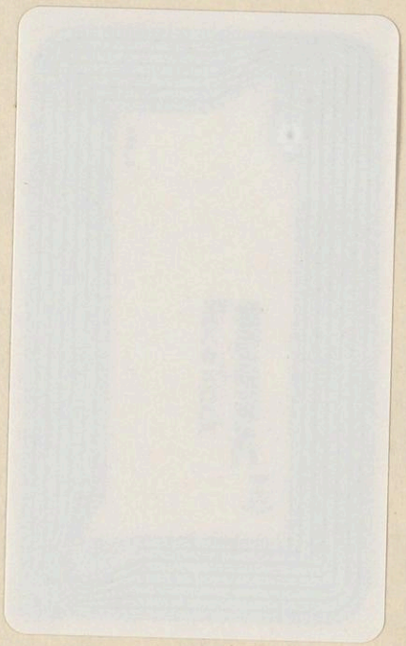


N12<520605718 021
N11< 45059817 021
ubTÜBINGEN

WILH. KAPP
Buchbinderei
Tübingen Hintere Grabenstr. 45
Telef. 3287

TR lose ✓
1. Fachref.
2. ZZ
1959 K 4673

Herder-Korrespondenz

ORBIS CATHOLICUS

Oktober 1959

Der Papst über den heiligen Pfarrer von Ars

Katholisch-orthodoxes Theologentreffen?

Zur Soziologie der Mischehe

Spanien und die Staatssicherheit

Die Kirche auf Madagaskar

Rückblick auf die kommunistischen Weltjugendfestspiele

Der jugoslawische Kommunismus

HEFT 1

JAHRGANG XIV

Kb 190.4°

U-B TÜB.
12. OKT. 1959

Postverlagsort: Freiburg i. Br.

Inhalt des Heftes

Den Bemühungen des Kommunismus um die Weltrevolution möge der Erfolg versagt bleiben. Allgemeine Gebetsmeinung für November 1959 1

Meldungen aus der katholischen Welt 2

„Pausenmonat" für den Seelsorgsklerus der Diözese Hildesheim S. 2 — „Die katholische Kirche in Berlin und Mitteldeutschland" S. 3 — Zur Soziologie der Mischehe S. 4 — Die kommunistischen VII. Weltjugendfestspiele S. 6 — Die Vorbereitung des Ökumenischen Konzils S. 8 — Fortgang der Vorbereitung der Römischen Diözesansynode S. 9 — Um ein katholisch-orthodoxes Theologentreffen in Venedig 1960 S. 10 — Adoptionen italienischer Kinder in die USA S. 13 — Um die „Staatssicherheit" in Spanien S. 14 — Ein neuer kirchlicher Rundfunksender in Spanien S. 16 — Pressetagung der MIJARC in Canfranc S. 17 — Verbesserung der gesetzlichen Regelung für freie Volksschulen in England S. 18 — Kunst und Kirche — ein kritisches Wort aus England S. 19 — Daß auf der Insel Madagaskar das private und öffentliche Leben von christlichem Geiste tief durchdrungen werde. Missionsgebetsmeinung für November 1959 S. 19

Ökumenische Nachrichten 23

Zentralausschuß des Weltrates der Kirchen auf Rhodos S. 23 — Bischof Dibelius an Patriarch Alexius S. 26

Aus der islamischen Welt 26

Die Situation im Irak S. 26

Die Stimme des Papstes 28

Die Enzyklika *Sacerdotii nostri primordia* zum hundertsten Todestag des heiligen Pfarrers von Ars S. 28

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens 39

Die Struktur des jugoslawischen Kommunismus S. 39

Aus der Ökumene 43

Zum 9. Deutschen Evangelischen Kirchentag in München S. 43

Aktuelle Zeitschriftenschau 46

Vorschau auf das Rundfunkprogramm . . . . . Beilage

Die „Herder-Korrespondenz" erscheint im Verlag Herder, Freiburg, im Umfang von 48 Seiten. Preis des Heftes 2.80 DM zuzüglich Versandspesen (für Studenten 2.25 DM). Bezugsmöglichkeiten durch den Buchhandel, durch die Post oder durch den Verlag Herder KG, Freiburg i. Br., Hermann-Herder-Straße 4. Zahlungsmöglichkeiten auf Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 38 903, Basel V 21 890, 's Gravenhage 145 523, Wien 130 337; auf Konto Nr. 57/77 bei der Landeszentralbank, Freiburg. Schriftleitung: Karlheinz Schmidthüs (Hauptschriftleiter) und Dr. Lili Sertorius. Anschrift der Schriftleitung: Freiburg i. Br., Hermann-Herder-Straße 4. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der photomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Herder Druck Freiburg im Breisgau.

Herder-Korrespondenz

ORBIS CATHOLICUS

VIERZEHNTER JAHRGANG 1959/60

VERLAG HERDER FREIBURG IM BREISGAU

UNIV. BIBL. TÜBINGEN

Kb 190.4°

Die „Herder-Korrespondenz“ (Orbis Catholicus) erscheint monatlich im Umfang von 48 Seiten. Schriftleitung: Karlheinz Schmidthüs (Hauptschriftleiter) und Dr. Lili Sertorius. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der photomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Herder Druck Freiburg im Breisgau.

Inhaltsverzeichnis des 14. Jahrgangs

Kirchliches Lehramt und Fragen der Gegenwart

a) Der Papst

Über den Charakter des Ökumenischen Konzils . . 8— 9
Enzyklika *Sacerdotii nostri primordia* . . . . . 28— 38
Rundschreiben *Grata recordatio* über das Rosenkranzgebet 53
An den Benediktinerorden 53
Ankündigung des Datums für die Römische Diözesansynode 107
Homilie Johannes' XXIII. zum ersten Jahrestag seiner Krönung . . . . . 123—125
Zum Sinn der Kardinalsernennungen . . . . . 152—154
Enzyklika *Princeps Pastorum* über die Missionen . 170—180
Weihnachtsbotschaft 1959 . . . . . 226—229
An den deutschen Episkopat . . . . . 243—244
Über die Katholische Aktion . . . . . 248—249
An Bischof Kaczmarek 272
An die Römische Diözesansynode . . . . . 275—278
Über das Ökumenische Konzil . . . . . 297—299
An das Geheime Konsistorium . . . . . 343—344
An die Ordensoberen über religiöse Probleme Lateinamerikas 344
Über die Muttersprache in der Liturgie 345
Botschaft zum 1. Mai 396
Über die Frauenarbeit 396
Osterbotschaft 1960 . . . . . 414—415
Pfingstbotschaft 1960 . . . . . 494—496
Über die erste Römische Synode 498
Motu proprio *Superno Dei nutu* . . . . . 513—514
Ansprache an neugeweihte Missionsbischöfe . . . 541
Ansprache an die Katholiken Afrikas . . . 507, 541—542
Rundfunkbotschaft zur Eröffnung von Brasilia . . 555

b) Die Kurie

Änderung im Weihegebet an das Heiligste Herz Jesu 54
Das Heilige Offizium über die Arbeitermission in Frankreich . . . . . 76— 78
Die Staatssekretarie an die 46. Soziale Woche Frankreichs . . . . . 81— 82
Kardinalstaatssekretär Tardini über das Ökumenische Konzil . . . . . 103—106
Kardinalsernennungen und Personalveränderungen im Vatikan 106, 152, 203, 294
Gebetsaufruf Kardinal Micaras für die Römische Synode 107
Laudatio Pius' XII. durch Kardinalstaatssekretär Tardini . . . . . 131—134
Kardinal Ottaviani über Koexistenz und Gewissen 249—250
Dekret der Konsistorialkongregation über die Verlängerung der liturgischen Privilegien für Lateinamerika und die Philippinen 254
Neuer Nuntius für Deutschland 296
Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Vatikan und der Türkei 296
Dekret der Ritenkongregation über den Kommunionempfang am Abend . . . . . 342—343
Kardinal Bea an die Evangelische Akademie Westfalen 492
Ernennungen für das Ökumenische Konzil . . . 496, 542

c) Der Episkopat

Belgien
Gemeinsamer Hirtenbrief über das Fernsehen . . 58— 59

(Belgisch-)Kongo
Hirtenbrief zur Unabhängigkeit . . . . . 129—130

Deutschland
Erlaß des Bischofs von Hildesheim über „Pausenmonat“ 2
Bischofswort zur Kohlenkrise an der Ruhr . . . 50— 51
Hirtenbrief des Episkopats zur Vorbereitung des Eucharistischen Weltkongresses in München . . 125—127
Stellungnahme des Episkopats zum Entwurf des Bundesrundfunkgesetzes . . . . . 147—149
Silvesterpredigt Kardinal Döpfners . . . . . 244—245
Erzbischof Jaeger über die Aufgabe der Kirche im Zeichen des Konzils . . . . . 244—245
Gemeinsamer Aufruf der Bischöfe gegen Hunger und Krankheit in der Welt 269
Fastenhirtenbrief der Bischöfe der Sowjetzone . . 315—317
Kardinal Frings gegen das Fernsehprogramm . . 392
Osterpredigt Kardinal Döpfners . . . . . 415—417
Predigt von Bischof Hengsbach zum 1. Mai . . . 417—419
Antwort Erzbischof Jaegers auf die Anfrage der Evangelischen Akademie Westfalen 491

Dominikanische Republik
Hirtenbrief gegen totalitäre Diktatur . . . . . 303—304

Frankreich
Erklärung der Kardinäle und Bischöfe über die Arbeitermission . . . . . 78— 81
Erklärung der Kardinäle und Erzbischöfe über den Film 348
Erzbischof Lefèbvre über den Chruschtschow-Besuch 349
Bischöfliche Verlautbarung über den Stand des Glaubens . . . . . 400—401
Fastenhirtenbrief Kardinal Liénarts über den Antisemitismus . . . . . 515—516

Italien
Gemeinsamer Hirtenbrief der Bischöfe über den Laizismus . . . . . 397—398
Hirtenbrief Kardinal Montinis über die „apertura a sinistra“ 543

Jugoslawien
Kardinal Stepinac an die Vertreter des Tito-Staates 367—368

Kamerun
Hirtenbrief Bischof Mongos über die Zukunft des Landes . . . . . 230—231
Gemeinsamer Hirtenbrief der Bischöfe zur Erlangung der Unabhängigkeit 231

Kolumbien
Brief Kardinal Luques an die reformierte Mönchsgemeinschaft von Taizé 209

Kuba
Hirtenbrief des Erzbischofs von Santiago de Cuba über den Kommunismus in Kuba . . . . . 501—502

Libanon
Patriarch Meouchi über das Ökumenische Konzil . 60

Niederlande
Kollektivschreiben der Bischöfe über die Struktur der katholischen sozialen Organisationen in den Niederlanden . . . . . 551—554

Österreich
Bischof Rusch zu Fragen der katholischen Arbeiterbewegung in Österreich . . . . . 102—103

Portugal
Kardinal Gonçalves Cerejeira über Kirchenbau und Pfarrstruktur 204

Spanien
Hirtenbrief des Episkopats zugunsten der Arbeiter 301—302
Anweisungen des Bischofs von Santander für die Gestaltung der Messe und Predigt . . . . . 399—400

USA
Hirtenbrief über Geburtenkontrolle 210

Gebetsmeinungen des Heiligen Vaters

Allgemeine Gebetsmeinungen 1 49 79 145 193 241 289 337 385 433 489 537
Missionsgebetsmeinungen 19 61 114 160 211 256 304 353 404 435 503 557

Die Lage der Kirche in den Ländern

Das Heilige Offizium und die Arbeitermission in Frankreich . . . . . 76— 81
Die Lage in (Belgisch-)Kongo — ein Beispiel für die Probleme Afrikas . . . . . 127—130
Die Unabhängigkeit Kameruns und die Zukunft der Kirche . . . . . 229—234
Die Kirche und der „polnische Weg zum Sozialismus“ . . . . . 269—274
Zur Errichtung der Hierarchie in (Belgisch-)Kongo 317—319
Eine Epoche der Kirche in Jugoslawien: Kardinal Stepinac † . . . . . 366—370
Die Kollektivierung der Menschen in der Sowjetzone . . . . . 419—426
Der Katholizismus in Europa . . . . . 443—484
Das unabhängige Togo und die Kirche . . . . . 564—567

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Persönlichkeit und Werk Papst Pius' XII. . . . 131—134
Sinn und Möglichkeiten einer liturgischen Erneuerung des Bußsakramentes . . . . . 180—188
Die künstliche Geburteneinschränkung als soziale Gefahr . . . . . 232—235
Die Römische Diözesansynode . . . . . 274—278
Die Herrschaft Christi über die Kirche und die Welt 278—285
Die europäische Priesterfrage . . . . . 319—325
Der christliche Dialog und seine Grenzen . . . . 370—374
Die liturgische Gestaltung des 37. Eucharistischen Weltkongresses . . . . . 427—430
Die Münchener Volksmission 1960 . . . . . 439—443
Cor Jesu — Sinn und Wert der Herz-Jesu-Verehrung . . . . . 517—530
Probleme der katholischen Kirchenmusik . . . . 530—534
Neue Forschungen über das Traditionsprinzip . . 567—573

Fragen des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens

Die Struktur des jugoslawischen Kommunismus . 39— 43
Der Aufstieg der Völker in der menschlichen Gesellschaft — 46. Soziale Woche Frankreichs in Angers . . . . . 81— 85
Sport und Gesellschaft . . . . . 85— 89
Das sowjetische Propagandasystem in Ost und West 89— 94
Sind die Katholiken kulturell unterlegen? . . . . 134—138
Über Geschichte und Wesen der christlichen Demokratie . . . . . 281—285
Persönlichkeitsschutz und Recht auf freie Meinungsäußerung . . . . . 326—331
Der Episkopat und die katholische Presse im Dritten Reich . . . . . 374—381
Der Libanon nach den Wahlen . . . . . 573—576
Industriearbeiterschaft in der Sowjetzone . . . . 576—581

Der Hunger in der Welt

Die sozialen Auswirkungen der Industrialisierung in Indien und Pakistan . . . . . 65— 67
Die Aktion der deutschen Bischöfe gegen Hunger und Krankheit in der Welt; erste Hilfsmaßnahmen . . . . . 149—150
Landerschließung und Kolonisation in Brasilien . . 164—168
Hilfe für Sukumaland . . . . . 215—221
Hilfe für indische Parias . . . . . 261—262
Aufruf der deutschen Bischöfe „gegen Hunger und Krankheit in der Welt“ 269
Ausbildung von Führungskräften für Entwicklungsländer 292
Der Kampf gegen den Aussatz . . . . . 309—311
Geistige Hilfe für Entwicklungsländer . . . . . 353—358
Dorf- und Gebietsentwicklung in Nordkamerun . 408—411

Aus der Ökumene

Ökumenische Nachrichten 23 26 67 68 70 71 119 121 168 170 221 262 264 268 311 360 361 362 363 364 412 509 511 512 561 562
Zum 9. Deutschen Evangelischen Kirchentag in München 43
Ist jeder Staat „Obrigkeit“? 139
Grundlinien einer evangelischen Wirtschaftsethik . 235
Orthodoxe Laienbewegung in Griechenland . . . 331

Aus der islamischen Welt

26 313 364 412

Aus der jüdischen Welt

74 224

Aus der totalitären Welt

207 403 562

Das Forum

Zur Organisation des englischen Schulwesens . . . 189
Zum Schicksal Weihbischof Ancels 189
Zum neuen französischen Schulgesetz 285
Das Seminar für Spätberufene in Niederösterreich . 285

Soziographische Beilagen

Das Judentum in der Welt — Die nationalsozialistische Judenvernichtung (SB 11) . . . . . nach 120
Die Entwicklung der katholischen Minderheitenkirchen in den letzten hundert Jahren — Typische Beispiele für Wachstum und Rückgang (SB 12) . . . . . nach 408

SACHVERZEICHNIS

Die umfassenderen Stichwörter sind in sich alphabetisch zunächst nach sachlichen, anschließend gegebenenfalls nach geographischen Gesichtspunkten geordnet. — In Zweifelsfällen suche man außer dem betreffenden Land vor allem die großen Sammelstichwörter:

Katholische Kirche
Ökumenische Bewegung
Tagungen
Ökumenisches Konzil
Statistik
SB = Soziographische Beilage

A

Abendmahlsthesen der EKD 120
Abessinien, eigenständiges Patriarchat 72
Adoptionen italienischer Kinder in die USA 13
Afrika
— Familienprobleme, christliche 211
— Hilfsmaßnahmen gegen den Hunger 149
— Johannes XXIII. an die Katholiken des Kontinents 541
— Kardinalsernennung 295
— Missionsproblem und Freiheitsbewegung 258
— Rassen- und Stammesgesetze als Grund für Unruhen 128
— Rücktritt von Missionsbischöfen zugunsten einheimischer 359
— Sektenbildung 129
— Toleranz gegenüber Missionen 504
— Studenten, afro-asiatische, Bursen für 308
— *siehe auch Ägypten, Belgisch-Kongo, Kamerun, Südafrikanische Union, Sudan, Sukumaland, Tanganjika, Togo*
Ägypten, Zentrum christlicher Begegnung 353
Altkatholiken, Unionsmöglichkeiten mit 223
Amt, kirchliches, Dienstcharakter 371
Analphabetismus
— in Europa 483
— Rückgang in Missionsländern 256
Antiklerikalismus
— in Portugal 499
— in Spanien 346
Antisemitismus
— „christlicher" 101
— französischer Hirtenbrief 515
— und katholischer Glaube 515
Arbeit, Wert und Würde der 396
Arbeiter und Betrieb in der Sowjetzone 577
Arbeiterbewegung
— christliche in Italien (ACLI) 300
— Probleme der katholischen in Österreich 102
Arbeiterentlassung durch Rationalisierung in Frankreich 252
Arbeitermission in Frankreich 76
Arbeiterpriester, Verbot durch Heiliges Offizium 76
Arbeiterseelsorge, Schwierigkeiten in Argentinien 159
Arbeitnehmer
— christlicher, Kongreß in Köln 392
— und Gewerkschaften in den Niederlanden 551
Arbeitslosenproblem in West-Berlin 195
Argentinien
— Kirche und Peronismus 157
— Kommunismus 158
— Schwierigkeiten in der Arbeiterseelsorge 159
— Soziale Woche in La Plata 158
Asien
— Einreisebeschränkungen für Missionare 506
— Entwicklungshilfe von deutschen Katholiken 150
— Verchristlichung des Weihnachtsfestes im Osten 64
— Pressenotstände 260
Askese und Lebensstandard heute 202
Atheismus, neue Aktionen der Sowjetrussen 562
Äthiopier und Kopten, Einigung über Kirchenfragen 71
Atomkrieg und Obrigkeitsfrage in evangelischer Sicht 312
Augsburger Konfession, Artikel VII 373 492
Auslandshilfe in amerikanischer Sicht 209
Aussatz in der Welt 309
Australien
— Katholiken und Sozialisten 350
— Kongreß der Labour Party in Canberra 350

B

Beichte
— Anonymität der 182
— Reformvorschläge 186
— als Seelenführung 187
Beichtunterricht 187
Belgien
— Hirtenbrief über das Fernsehen 58
— Katholikenzahl 448
— Katholizismus 470
— Wechsel im Kolonialministerium 130
(Belgisch-)Kongo
— Hierarchie, Errichtung einer eigenständigen 317
— Hirtenbrief der Bischöfe 129
— Mission vor Bewährungsprobe 319
— Rassendiskriminierung 127
— und Ruandi-Urundi 129
Benediktinerorden, Johannes XXIII. über 53
Besatzungskinder, farbige, Auslandsadoptionen 246
Bilan du Monde, neue Enzyklika über die Kirche in der Welt 548
Bolivien, Volksmission 404
Brasilia, neue Hauptstadt Brasiliens 554
Brasilien
— Donauschwaben in 167
— Gründung einer neuen Diözese 555
— Japanische Siedlungen in 167
— Landerschließung und Kolonisation 164
— Rückwanderung aus 168
Buch
— Arbeitskreis über, in Ettal 389
— und Jugend in der Sowjetzone 339
Buddhismus 255
Bundesrundfunkgesetz, deutsches, Hirtenwort zum Entwurf 147
Burma, Rücktritt von Missionsbischöfen zugunsten einheimischer 360
Buße und moderner Mensch 182
Bußsakrament, liturgische Erneuerung 180

C

Caritas, Arbeitskreis über, in Ettal 389
Caritas heute 294
Caritasarbeit in West-Berlin 196
China
— Zehn Jahre Kirchenverfolgung 160
— Nachrichtenquellen über Lage in 161
— Reformkirche in 163
— Religiöses Leben in 162
— Terrorurteile gegen Bischöfe 403
— Volkskommunen 161
Christen und Juden heute 101
Christentum, reformatorisches und Kirche 100
Christliche Demokratie
— Begriffsbestimmung 281
— neue Organisationsformen 284
— Personalismus und Pluralismus 282
— Wachstumsschema 283
Christlicher Obrigkeitsbegriff in evangelischer Sicht 139
Chruschtschow-Besuch in Frankreich 348
Collegausbildung für Ordensschwestern in den USA 557
Cor Jesu 517
— *siehe auch Herz-Jesu-Verehrung*

D

Dänemark
— Katholikenzahl in 448
— Katholische Schule und Presse in 253

Defätismus in der Kirche 200
Dekanat und Seelsorge heute 457
Democracia Cristiana und apertura a sinistra in Italien 543
Demographische Struktur Europas 481

Deutschland
— Aktion der deutschen Bischöfe gegen Hunger in der Welt 149 269
— Besatzungskinder, farbige 246
— Bistum Berlin, Lage der Kirche 3
— Einzelbeichte in der evangelischen Landeskirche Württembergs 170
— Entwicklungshilfe, Ausbildung von Führungskräften 292
— Episkopat und katholische Presse im Dritten Reich 374
— Erzbischof Jaeger über das Konzil 244
— Eucharistischer Weltkongreß in München, Vorbericht 427
— Evangelische Akademie
— — 4. trikonfessionelles Gespräch in Berlin 338
— — Tagung in Loccum 512
— Evangelischer Kirchentag in München 43
— Fastenhirtenbrief der Bischöfe der Sowjetzone 315
— Fernsehen, Kritik durch Kirche 392
— Fernseh- und Rundfunkteilnehmer 246
— Gerichtsurteil über Grenzen der Kunstfreiheit 51
— Industriearbeiterschaft in der Sowjetzone 576
— Juden, Gemeindeorganisation 75
— Katholiken und Kultur 136
— Katholikenzahl 448
— Kirchenbesucher und Osterkommunikanten im Jahre 1954 462
— Kirchensynode der EKD in Berlin-Brandenburg 262
— Kollektivierung in der Sowjetzone 419
— Nuntius, neuer 296
— Osterpredigt Kardinal Döpfners 415
— Pausenmonat für den Seelsorge-Klerus 2
— Polytechnische Schule in der Sowjetzone 426
— Predigt von Bischof Hengsbach zum 1. Mai 1960 417
— Ruhr-Kohlenkrise, Bischofswort zur 50
— Rundfunkgesetz, Stellungnahme der Bischöfe 147
— Sexualerziehung in der Westberliner Staatsschule 290
— Silvesterpredigt Kardinal Döpfners 195
— Volksmission 1960 in München 439
— Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Arbeitstagung in Ettal 387, in München 538

Diaspora, Begriffsbestimmung 450
Diasporadiözesen in Nordwesteuropa 449
Diasporaländer, europäische 450
Dibelius-Schrift über Obrigkeit 139
Diözesaneinteilung in Westeuropa 452
Diözesansynode, Römische 9 54 107 145 274—278
Diözesen, europäische, Größenordnungen 453
Dogma und Tradition 568

E

Ecuador, Volksmission 404

Ehe
— junge, Arbeitskreis zum Evangelischen Kirchentag 45
— und Familie, Arbeitskreis in Ettal 387

Eherecht in islamischen Staaten 151
Ehesanierung, kirchliche, in Bolivien und Ecuador 404

Einheit
— der Christen, Arbeitskreis in Ettal 391
— Gebetsmeinung um 489
— der Kirche, Unterschiede katholischer und ökumenischer Begriffe 98 512

Emigranten und Flüchtlinge, Situation heute 451

England
— Diasporasituation 461
— Katholiken und Kultur 137
— Kirchenkunst 19
— Lehrereinstellung in katholische Schulen 59 189
— Liturgische Bewegung 402
— Schulfrage 18
— Schulsystem, Organisation 189

Entchristlichung in Frankreich 400

Entwicklungshilfe
— Ausbildung von Führungskräften in Deutschland 292
— Forderung einer geistigen 356

Entwicklungsländer
— Begriffsbestimmung 354
— Bildungsbemühungen 257
— internationale Bindung 84
— katholische Landjungend zum Problem der 550
— menschlicher Aufstiegsprozeß 82
— Presse, Aufgabe der katholischen 547
— Tätigkeit der Kirche 540

Entwicklungsprogramm für Kerala 410

Enzykliken
— *Princeps Pastorum*, Missionsenzyklika 170
— *Sacerdotii nostri primordia*, zum 100. Todestag des heiligen Pfarrers von Ars 28
— Verweise:
— — *Acerbo nimis* 37
— — *Ad annum sacrum* 54
— — *Ad catholici sacerdotii* 29 32
— — *Ad Petri cathedram* 46 171 177 178
— — *Divini Redemptoris* 31
— — *Evangelii praecones* 171 172 173 175 177
— — *Fidei donum* 171 174 177 178 179
— — *Haurietis aquas* 517
— — *Mediator Dei* 37
— — *Mystici Corporis* 37 175 177
— — *Rerum Ecclesiae* 171 174 175 177
— — *Sacra Virginitas* 31

Ettal, Arbeitstagung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken 387

Eucharistie
— im Leben des heiligen Pfarrers von Ars 32
— im reformierten Kloster von Taizé 68
— und Spiritualität des Christen in der Welt 391

Eucharistischer Weltkongreß
— Hirtenwort zur Vorbereitung 125
— Hinweis Johannes' XXIII. 243
— liturgische Gestaltung 427—430

Europa
— agrarischer Teil, Übersicht 479
— industrieller Teil, Übersicht 477
— Katholizismus in 443
— soziale und wirtschaftliche Integration und Kirche 538

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)
— Evangelische Akademie Loccum über südamerikanische Probleme 512
— Evangelische Anfrage an katholische Kirche 491
— Gesamtdeutsche Synode in Berlin 311
— Kirchensynode von Berlin-Brandenburg 262
— Kirchentag in München 43
— Vertreterbesuch der EKD in Moskau 26

Evangelische Theologie und Obrigkeitsbegriff 139
Everett-Plan für Ordensschwestern in den USA 557
Exkommunikation von Renegaten in der Sowjetunion 363

F

Faith and Order
— Gebetswoche für Einheit der Christen 168
— und Weltrat der Kirchen 25

Familie, evangelische Stellungnahme 45
Familienprobleme, christliche, in Afrika 211
Fanatismus, Gefahr in Spanien 347
Farbige Studenten in Europa, pastorale Aufgaben 305
Fastenhirtenbrief der Bischöfe der sowjetischen Besatzungszone 315
Fátima und das Salazarregime 114

Fernsehen
— belgischer Hirtenbrief zum 58
— deutsche Bischöfe gegen kommerzielles 147
— und Film, Arbeitskreis in Ettal 390
— Kardinal Döpfner über 196
— Kritik am deutschen 392
— Stand und Entwicklung in Europa 402
Fernseh- und Rundfunkteilnehmer in der Bundesrepublik 246
Film
— Erklärung der französischen Kardinäle und Erzbischöfe 348
— Kardinal Döpfner über 196
— kirchliche Aktion in Spanien 548
— und Fernsehen, Arbeitskreis in Ettal 390
Finnland, Katholikenzahl 448
Firmungszeremonien, Neugestaltung in den Missionsländern 57
Flüchtlinge und Emigranten, Situation heute 451
Frankreich
— Arbeiterentlassung durch Rationalisierung 252
— Bischofskonferenz in Paris 400
— Chruschtschow-Besuch 348
— Durchführungsverordnung zum Schulgesetz 401
— Entchristlichung als Zeiterscheinung 400
— Hirtenbrief zum Antisemitismus 515
— Katholikenzahl 448
— Katholizismus 472
— Klassenkampf 252
— Kirche und Film 348
— Laizistische Aktion 499
— Schulgesetz, neues 205
— Soziale Woche 1959 in Angers 81
— Soziale Woche 1960 in Grenoble 350
— Technischer Fortschritt und soziale Frage 251
— Verbot der Arbeiterpriester 76
— 1. Weltkongreß der MIJARC in Lourdes 548
Frauenarbeit
— Johannes XXIII. über 396
— Kollektivierung in der Sowjetzone 426
Freizeitpflege, Arbeitskreis in Ettal 388
Frömmigkeit, individualistische 200

G

Gebetsmeinungen, allgemeine für 1960 99
Gebetstag für Israel 99
Gebetswoche von Faith and Order 168
Geburtenbeschränkung als soziale Gefahr 232
Geburtenfreudigkeit in Europa 481
Geburtenkontrolle
— Hirtenbrief amerikanischer Bischöfe gegen 210
— und Kultur 233
— Stellungnahme amerikanischer Politiker 210
Geistliches Leben, Arbeitskreis in Ettal 391
Geheimprostitution 148
Gemeinde und Ämter in evangelischer Sicht 169
Gemischtkonfessionelle Länder in Europa 448
Generalsynode, lutherische, über Missionsaufgaben 119
Gesellschaft
— und Jugendschutz 147
— und Sport heute 85
— und Staat 326
Gewerkschaft und Betriebsrat in Frankreich 252
Gewerkschaften, christliche
— und katholische Standesorganisationen in den Niederlanden 551
— Verhältnis zur Hierarchie in den Niederlanden 554
Glaubensverkündung und sozial-caritativer Dienst 357
Glaubensverfolgung, Gebetsmeinung 49
Gottesfeindschaft 386
Götzendienst heute 386
Grata recordatio, päpstliches Rundschreiben über das Rosenkranzgebet 53
Gregorianischer Gesang 530
Griechenland
— Apostolisches Diakonat 332
— Diasporasituation der Katholiken 460
— 4. Generalversammlung des „Syndesmos" 121
— Katholikenzahl in 448
— Katechetische Schulen 334
— Nothilfe der deutschen Katholiken 150
— Orthodoxe Laienbewegung 331
— Orthodoxe und panorthodoxe Konferenz auf Rhodos 362
— Tagung des Zentralausschusses des Weltrates der Kirchen 23

H

Haiti
— Kirche und Staat, Konflikt zwischen 59
— Kirche und Trujillo-Diktatur 302
— Kirchenpolitische Spannungen 254
Herrschaft Christi über Kirche und Welt, katholisches Votum 278
Herz-Jesu-Gebetsmeinung 97
Herz-Jesu-Gebetstextänderung 54
Herz-Jesu-Theologie und Einheit der Christen 98
Herz-Jesu-Verehrung 517—530
Hierarchie
— eigenständige, in (Belgisch-)Kongo und Ruandi-Urundi 164 317
— einheimische, in den Missionsländern 171
Hinduismus, Wesen des 255
Hirtenbriefe:
— der belgischen Bischöfe zum Fernsehen 58
— der deutschen Bischöfe zum Bundesrundfunkgesetzentwurf 147
— der deutschen Bischöfe zum Eucharistischen Weltkongreß 125
— der deutschen Bischöfe gegen Hunger und Krankheit in der Welt 269
— der Bischöfe der Sowjetzone (Fastenhirtenbrief) 315
— der dominikanischen Bischöfe gegen die Diktatur 303
— des Bischofs von Lille zum Antisemitismus 515
— der italienischen Bischöfe zum Laizismus 397
— der Bischöfe Kameruns zur Unabhängigkeitserlangung 231
— des kubanischen Erzbischofs zum Kommunismus 501
— der niederländischen Bischöfe über die Struktur der katholischen sozialen Organisationen 551
— der spanischen Bischöfe zugunsten der Arbeiter 301
— der Bischöfe der USA über Geburtenkontrolle 210
Holland, Internationale Studienwoche über Mission und Liturgie in Nymwegen 55
— *siehe auch Niederlande*
Hunger in der Welt
— 1. Weltkongreß der MIJARC in Lourdes 548
— Aktionen gegen 65 149 164 215 261 269 292 309 353 408

I

Indien
— Lage der Parias 261
— Missionstätigkeit der syro-malabaresischen Karmeliten 311
— Soziale Folgen der Industrialisierung 65
— Vereinigung der Monophysiten 71
— *siehe auch Kerala*
Inferiore Gruppe, Begriffsbestimmung 450
Internationale katholische Union der Presse (UICP) 546
Internationale Religionswoche in Manila 255
Internationaler Missionsrat, Eingliederung in Weltrat der Kirchen 509-511
Irak
— Ausweisung von Missionaren 28
— Kassem und die Minderheiten 366
— Vordringen der Kommunisten 26
— Zulassung politischer Parteien 364
Irland
— Katholikenzahl 448
— Katholizismus 470
Islam
— und Kirche 313
— und sowjetischer Atheismus 564
Islamisierungspolitik im Sudan 412
Israel, Wahlen in 224

Italien
— Adoption italienischer Kinder 13
— Apertura a sinistra und italienische Parteien 543
— Arbeiterwegung und Demokratie in 300
— Diözesen nach ihrer Katholikenzahl 454
— Herbstversammlung 1959 der Bischöfe 108
— Hirtenbrief über den Laizismus 397
— Katholikenzahl 448
— Katholizismus 473
— Verhältnis von Kirche und Politik 543
— Kommunismus und Demokratie 543
— Kongreß der christlichen Arbeitervereine in Mailand (ACLI) 299
— Ordensgemeinschaft weiblicher Ordensgenossenschaften, neue 54
— Staatspension für Weltklerus 55
— Synode zur religiösen Erneuerung Roms 9 54 107 145 274—278

J

Japan, säkularisierte Weihnachtsbräuche 62
Johannes XXIII.
— an den Benediktinerorden 53
— an den deutschen Episkopat 243
— an einheimische Missionsbischöfe 541
— an das Geheime Konsistorium 343
— *Grata recordatio*, über das Rosenkranzgebet 53
— Homilie zum Jahrestag seiner Krönung 123
— zum Sinn der Kardinalsernennungen 152
— an die Katholiken Afrikas 507 541
— über die Katholische Aktion 248
— über Lateinamerikas religiöse Probleme 344
— zum 1. Mai 1960 396
— Motu proprio *Superno Dei nutu* 513
— über die Muttersprache in der Liturgie 345
— über das Ökumenische Konzil 8 297
— Osterbotschaft 1960 414
— Pfingstbotschaft 1960 494
— *Princeps Pastorum*, Enzyklika 170
— an die Römische Diözesansynode 107 275
— *Sacerdotii nostri primordia*, Enzyklika 28
— Weihnachtsbotschaft 1959 226
Johannes Baptista Maria Vianney, zum 100. Todestag 28
Juden
— und Christen heute 101
— in Deutschland 74
— Gebete für 99
— in der Welt SB 11
— Vernichtung durch Nationalsozialismus SB 11
Jugend
— katholische, und Entwicklungshilfe 164
— — Selbstdarstellung 549
— positive Leitbilder für 290
— und Literatur in der Sowjetzone 339
Jugendschutz
— und Gesellschaft 147
— und Kunstfreiheit 51
Jugoslawien
— Auswirkungen des Parteiprogramms 41
— Entwicklung des Kommunismus 39
— Kardinal Stepinac und sein Vermächtnis 366
— Lebensmittelspende von deutschen Katholiken 150
— neue Phase in der Kirchenpolitik 369
— Stellung zur sowjetischen Parteipolitik 40

K

Kamerun
— christliche Verfassungsforderungen 231
— Dorf- und Gebietsentwicklungen im Norden 358
— Hirtenbrief der Bischöfe über Unabhängigkeit 230
Kanonisches Recht, Theologie des 372
Kardinäle, auch nichtresidierende, Kongregationsteilnehmer 203
Kardinalsernennungen 106 152 294 343
Karmeliten, syro-malabaresische, Missionstätigkeit 311
Karrer-Festschrift 370
Katakombenkirche in Sowjetrußland 267
Katecheten in den Missionsländern 177
Katechetische Schulen in Griechenland 334
Katechisten, Bedeutung für die moderne Mission 557
Katholiken
— in Europa 447
— und europäische Integration 476
— und Kultur, historische Gründe für Unterlegenheit 134—138
— und Politik 198
— und Sozialisten in Australien 350
Katholikenzahl pro Diözese in Europa 453
„katholisch", Begriffsbestimmung 445
Katholische Aktion
— Johannes XXIII. über 248
— Mahnung zur Einheit 387
— in den Missionsländern 177
Katholische Kirche
— und afrikanischer Ehebegriff 214
— in (Belgisch-)Kongo 127
— im Bistum Berlin und Mitteldeutschland 3
— und Defätismus 200
— und Film in Frankreich 348
— auf Haiti und Staat 59
— und Heimat, Arbeitskreis in Ettal 390
— und industrielle Arbeitswelt 238
— in Jugoslawien 42
— in Kamerun und Unabhängigkeitsproblem 230
— in Kerala 409
— auf Madagaskar und Entkolonisierung 19
— in Polen und Sozialismus 269
— in Portugal 204
— und reformatorisches Christentum 100
— in Rom 275
Katholisches Bildungswerk 338
Katholische Zeitschriften im Dritten Reich 376
Katholizismus
— in Europa 443
— und Kapitalismus 135
— und Parteienwesen in Deutschland 390
— in der Sicht der Sowjetideologen 564
Katholizität und Konzil 245
Kerala
— Entwicklungshilfe 410
— Kampf gegen Kommunismus 408
— Lage der Kirche 409
— Wahlen 408
Kindersterblichkeit in Europa 483
Kir und Chruschtschow-Besuch in Frankreich
Kirche, von Jesus gestiftet 371
Kirche in Südindien 511
Kircheneinheit und Rechtfertigungslehre 361 512
Kirchenfeinde, Definition 385
Kirchengesang, evangelischer 533
Kirchenkampf
— auf Haiti 59
— in der Sowjetunion 70
— in Tunesien 313
Kirchenkunst in England 19
Kirchenmangel in Lissabon 204
Kirchenmusik, Probleme der katholischen 530
Kirchenspaltung und Ökumenische Bewegung 5 100
Kirchenstaat, Katholikenzahl in derzeitigen Diözesen 455
Klassenkampf in Frankreich 252
Klassische Literatur in der Sowjetzone 340
Klerus
— und Laizismus in Italien 398
— einheimischer, in den Missionsländern 171
Klerusausbildung in den Missionsländern 172
Koexistenz
— und Gewissen, Kardinal Ottaviani über 249
— in der Literatur 207
Kollektivierung
— in der Sowjetzone 419
— Stellungnahme der Kirche zur 423

Kollektivsünde
— soziologische Aspekte 110
— im politisch-sozialen Leben 111
Kolonialsystem, Überwindung des 202
Kolonisation in Brasilien 164
Kolumbien, Presseapostolat, ökumenisches 208
Kommission für Weltmission, Aufgaben 510
Kommissionen, vorbereitende, zum Konzil 496
Kommunionempfang am Abend, Dekret über 342
Kommunismus
— in Argentinien 158
— und Demokratie in Italien 543
— Entwicklung des in Jugoslawien 39
— und Industriearbeiterschaft in der Sowjetzone 564
— im Irak, Spaltung der Partei 365
— und Jugendliteratur in der Sowjetzone 339
— und Kirche in Jugoslawien 366
— Pressebemühungen in Afrika 258
— Wahlsieg in Kerala 409
— VII. Weltjugendfestspiele in Wien
Konfessionszonen in Europa 452
Kongreß christlicher Arbeitnehmer
— in Mailand 299
— in Köln 392
Konkordat, österreichisches, Teilverträge 493
Kontinentaleuropa, Situation in konfessionell gemischten Ländern 462
Kontroverstheologie 370
Konzil, ökumenisches, *siehe Ökumenisches Konzil*
Kopten
— Kirchenpolitik in Abessinien 72
— Treffen römisch-katholischer und von Rom getrennter 352
Krankenhausapostolat katholischer Mädchen 195
Krieg, Stellung der Katholiken zum 202
Kuba, Hirtenbrief zum Kommunismus 501
Kulturelle Integration Europas, Bedeutung für Katholiken 484
Kunstfreiheit, Gerichtsurteil über Grenzen der 51

L

Laien und Ökumenisches Konzil 104
Laienapostolat in den Missionen 177
Laienbewegung, orthodoxe, in Griechenland 331
Laiendiakonat und Katechisat in der Mission 558
Laienstellung in den Missionsländern 175
Laienverantwortlichkeit 244
Laizismus
— Hirtenbrief der italienischen Bischöfe 397
— und Klerus 398
— Wesen des 397
Laizistische Aktion in Frankreich 499
Landjugend
— internationale katholische 17
— Weltkongreß der MIJARC in Lourdes 548
— katholische, und internationale soziale Frage 548
Landvolk, Arbeitskreis in Ettal 389
Landwirtschaft, Krise der europäischen 480
Lateinamerika
— Ausnahmeregelungen, verlängerte 254
— Entwicklungshilfe von deutschen Katholiken 150
— Johannes XXIII. zu religiösen Problemen des Landes 344
— Kirche und Trujillo-Diktatur 302
— liturgische Privilegien 254
— Presseapostolat in Kolumbien 208
— Priesterhilfe für 157 500
— Volksmission 404
Lehrereinstellung in den katholischen Schulen Englands 59
Lepra-Hilfe deutscher Katholiken 310
Libanon
— Maronitischer Patriarch zum Ökumenischen Konzil 60
— außenpolitische Situation 576
— Parteien 574
— Wahlen 575
Literatur
— antireligiöse 342
— über Christenbegegnung 370
— Koexistenz in 207
Liturgie
— und Muttersprache in römischen Kirchen 345
— der Reformierten von Taizé 69
Liturgische Bewegung in England 402
Liturgische Erneuerung in den Missionsländern 55
Lohnpolitik des Vatikans 155
Lutheraner und katholische Kirche 120
Luxemburg
— Katholikenzahl 448
— Katholizismus 471

M

Madagaskar
— Kirche und Entkolonisierung 19
— Rücktritt von Missionsbischöfen zugunsten einheimischer 360
— Schule, christliche 22
Massenbeeinflussung in der Sowjetunion 88
Massenmedien, evangelische Stellungnahme 45
Massensport und Massengesellschaft 86
Meßgestaltung
— in den Missionen 56
— liturgische, in Santander 399
MIJARC (Mouvement International de Jeunesse Agricole Rurale Catholique)
— Pressetagung in Canfranc 17
— 1. Weltkongreß in Lourdes 548
Militärseelsorgevertrag, Geltung des 312
Minderkirchen, katholische, Wachstum und Rückgang SB 12
Mischehe
— Anfälligkeit nach Geschlecht und sozialer Schicht 468
— evangelische Stellungnahme 44
— Folgen der 468
— in konfessionell gemischten Ländern Europas 466
— zwischen europäischen und orientalischen Christen 152
— zwischen Christen und Muslimen 150
— zur Soziologie der 4
— Institutionalisierung der M.-Seelsorge 5
Misereor, bischöfliches Werk gegen Hunger und Krankheit 149 215 269 309 408
Mission de France 79
Mission und Liturgie, Internationale Studienwoche 55
Mission
— Aufgaben der Kirche 116 401
— und Entwicklungshilfe 391
— Enzyklika *Princeps Pastorum* 170
— Gefahrenherde für, in Afrika 506
— Lutherische Generalsynode über 119
— materielle Hilfe der Katholiken im Jahre 1959 540
— und orientalische Christen 114
— und Schule 256
Missionare
— Ausweisung im Südsudan 413
— Einreisebeschränkungen in Asien 506
Missionsgebetsmeinungen 1960 118
Missionsländer
— geistige Hilfe durch Europa 353
— Intelligenz und Klerus in 174
— Katecheten in 177
— Neugestaltung der Firmungszeremonien 57
— Schwierigkeiten für katholische Presse 257
— Rückgang des Analphabetentums 256
— Verkitschung des Weihnachtsfestes 61
Missionsorden, ökumenischer 511
Missions-Ordensberuf, Bedeutung 437
Missionsproblem und Freiheitsbewegung in Afrika 258
Missionsrat, internationaler, und Weltrat der Kirchen 25
Missionstätigkeit syro-malabaresischer Karmeliten 311
Missionsvorhaben der Orthodoxen 121
Mittelschulen, katholische, in Österreich 394
Mönchtum in der evangelischen Christenheit 100
Monophysiten, kirchenpolitische Friedensschlüsse 71
Monotheismus und Brüderlichkeit 256
Moral, christliche, und afrikanische Ehe 213
Motu proprio *Superno Dei nutu* 513
Münchner Volksmission 1960 439
Musik, neue, Tagung des Instituts für 530

N

Niederlande
— Hirtenbrief über Struktur der katholischen sozialen Organisationen 551
— Katholiken und Kultur 135
— Katholikenzahl 448
— Kirchenbesuch 464
— Nihilismus, religiöser 5
— Standesorganisationen und christliche Gewerkschaften 553
— Verhältnis zwischen Verstädterung und religiöser Praxis 465

Nihilismus als Zeiterscheinung 197
Nordwesteuropa, Diasporadiözesen in 449
Norwegen, Katholikenzahl 448
Nuntius, neuer, für Deutschland 296

O

Obrigkeit und Christ 139
Obrigkeitsfrage in der EKD 263 312

Ökumenische Bewegung
— Brief von Bischof Dibelius an Patriarch Alexius 26
— Brief von Kardinal Bea und Erzbischof Jaeger an Evangelische Akademie Westfalen 491
— Christenbegegnung in Ägypten 352
— Einheit der Christen, Arbeitskreis in Ettal 391
— Ekklesiologie in katholischer und ökumenischer Sicht 370
— Eucharistie im reformierten Kloster Taizé 68
— Evangelische Anfrage an katholische Kirche 491
— Evangelische Stellungnahme zur Ökumene 45
— Maronitischer Patriarch über Ökumenisches Konzil 60
— Monophysiten und Orthodoxie 72
— Patriarch von Konstantinopel über Einheit der Christen 561
— Presseapostolat in Kolumbien 208
— Sekretariat des Konzils für die Einheit der Christen 492 496

Ökumenische Berichterstattung, Bemühung um korrekte 268
Ökumenisches Gespräch „Herrschaft Christi über Welt und Kirche“ 278

Ökumenisches Konzil
— Annäherung an christlichen Osten 298
— Aufgaben der Kirche, Erzbischof Jaeger über 244
— „Das Ökumenische Konzil, die Kirche und die Christenheit“ von Erzbischof Jaeger 492
— Einheit als Thema? 299
— Erneuerungen für die Kommissionen 496
— Erneuerungen für die Zentralkommission 496
— Erwartungen in Spanien 156
— evangelische Stellungnahme 45 412
— Johannes XXIII. zum 243 297
— und Katholizität 245
— Laienfragen zum 193
— Maronitischer Patriarch über 60
— Motu proprio zum 513
— Neuernennungen für die Konzilskommissionen 542
— Patriarch Athenagoras zum 562
— Pfingstbotschaft Johannes' XXIII. zum 494
— Pressekonferenz über 103
— und Römische Synode 498
— Vorbereitungen, Gebetsmeinung 193 297
— und Weltrat der Kirchen 24 412

Orden, muslimische, im Sudan 412
Ordensberufe, weibliche, für die Missionen 435
Ordensgemeinschaft weiblicher Ordensgenossenschaften, neue 54

Orient, naher
— Entwicklungshilfe von deutschen Katholiken 150
— kulturelle Eigenständigkeit und lateinisches Christentum 117

Orthodoxe Kirche und Weltrat der Kirchen 67
Orthodoxe Konferenz auf Rhodos 562
Orthodoxe Laienbewegung in Griechenland 331
Orthodoxe und Monophysiten 72

Orthodoxie
— und Einheit der Christen 99
— und Kirche 299
— und Mission 121
— in Rumänien 364
— Situation am Jahresanfang 1960 221
— in der Sowjetunion 563
— und Weltrat der Kirchen 23

„Osservatore Romano“
— neuer Chefredakteur 345
— umstrittener Leitartikel 544

Osterbotschaft Johannes' XXIII. 414
Osterpredigt Kardinal Döpfners 415

Österreich
— Arbeiterbewegung, katholische 102
— Elend in Wien, Untersuchungen über 293
— katholische Mittelschulen 394
— Katholikenzahl 448
— Katholizismus 471
— Pastoral, zeitgemäße, Bemühungen um 52
— Seelsorgertagung in Wien 199
— Studentenmission in Wien 198
— Teilverträge des Österreichischen Konkordats 493

Ostkirchen
— und katholische Christen 114
— und lateinische Kirche 61

Ottaviani, Kardinal, über Koexistenz und Gewissen 249
Ozeanien, Hilfsmaßnahmen der Aktion gegen Hunger und Krankheit 150

P

Pakistan, soziale Folgen der Industrialisierung 65
Panorthodoxe Missionsgesellschaft 121
Panorthodoxe Synode, Vorbereitungen 221
Pansexualismus als Zeiterscheinung 197
Papstbesuch in den Vororten Roms 344
Papstkrönung Johannes' XXIII., 1. Jahrestag 123
Parias, Lage in Indien 261
Parteien und Katholizismus in Deutschland 390
Parteien im Sudan 412
Peronismus in Argentinien 157
Personaländerungen in der Kurie 106 154
Personalkosten des Vatikans 155

Persönlichkeitsschutz
— Mißbrauch und Abhilfe 326
— Notwendigkeit gesetzesförmiger Maßnahmen 326
— Recht auf freie Meinungsäußerung 326

Petruswerk in Berlin 195
Pfarrstrukturen in den europäischen Ländern 455
Pfingstbotschaft Johannes' XXIII. 494
Pharisäertum als katholische Lebensform 339

Philippinen
— Internationale Religionswoche der UNESCO 255
— verlängerte Ausnahmeregelungen der Kirche 254

Pius XII.
— Würdigung durch Kardinalstaatssekretär Tardini 131
— Konzilspläne 105

Planwirtschaft in Entwicklungsländern 84

Polen
— und der Heilige Stuhl 272
— Kirche und Sozialismus 269
— Priesterseminare unter Kontrolle 270
— Schwangerschaftsverhütung, Gesetz über 270

Politik
— christlich-soziale, Neuansätze 392
— und kirchliches Lehramt 544

Polizeigesetz, neues, in Spanien 14
Polytechnische Schulen in der Sowjetzone 426

Portugal
— Katholikenzahl 448
— Katholizismus 474
— Lissabon, Kirchennot in 204
— Nöte des kirchlichen Rundfunks 347
— Sozialprobleme der Kirche 204
— Verfassung und Kirche 112
— Verfolgung des Bischofs von Porto 250

Presse
— in Afrika 259
— als Ausdruck der Gesellschaftstendenzen 329
— katholische, und Episkopat im Dritten Reich 374
— als gesellschaftliche Institution 331
— in Missionen 257
— und Rundfunk, Arbeitskreis in Ettal 389
— und Schriftleitergesetz im Dritten Reich 376
— und Schule in Dänemark 253
— und sowjetzonale Industriearbeiterschaft 580
— 6. Weltkongreß der katholischen in Santander 546

Presseapostolat, ökumenisches, in Kolumbien 208
Pressekonferenz über Ökumenisches Konzil 103
Pressepolemik gegen russische Bischöfe 70

Priester
— und Meßopfer 34
— Entlastung vom Schulunterricht 323
— Hilfe, spanische, für Lateinamerika 175 500
— Mangel, Rationalisierung des Einsatzes 323
— Situation in europäischen Ländern 319
— Weihen 476
— Ausgleich zwischen den Ländern 324

Priesterberufe
— als Gradmesser der Religiosität 474
— Gebetsmeinung um 433

Priesternachwuchs
— Förderung 324
— für die Missionen 321

Priesterseminare unter Kontrolle in Polen 270
Priestertum, Einsatz gegen Laizismus 399
Priestertum und Weltgeist 241
Princeps Pastorum, Missionsenzyklika 170
Propagandasystem, sowjetisches 89
Prophetie der Kirche 280
Protestantismus und Sowjetideologie 564
Psalmodie, deutsche 532
Punti fermi und Reaktionen 545

R

Rassendiskriminierung in (Belgisch-)Kongo 127
Rassen- und Stammesgesetze, Grund für Unruhen in Afrika 128
Rechtfertigungslehre und Einheit der Kirchen 512
Reformatorische Lehre und Traditionsprinzip 569
Reformierte und Eucharistie 68
Reformkirche in China 163
Reformvorschläge für die Beichte 186

Religionssoziologie in Sowjetrußland 265
Religionsunterrichtsbehinderung in Polen 270

Religiöse Praxis
— nach Diözesen in Österreich 472
— der Katholiken in Europa 460
— in konfessionell gemischten Ländern 460
— kirchliche, nach Geschlechtern 463

Religiosität
— in (Belgisch-)Kongo 128
— in katholischen Ländern Europas 469

Rhodos, panorthodoxe Konferenz im September 1960 362
Rom als Bistum 146

Römische Diözesansynode 9 54 107 145 274—278
— und Konzil 498

Rosenkranzgebet, päpstliches Rundschreiben über 53
Ruanda-Urundi, eigenständige Hierarchie 164
Ruhr-Kohlenkrise, Bischofswort zur 50
Rumänien, Verschlechterung der Lage der Orthodoxen 364

Rundfunk
— und Industriearbeiter in der Sowjetzone 580
— kirchlicher, in Portugal 347
— kirchlicher, in Spanien 16 547
— und Presse, Arbeitskreis in Ettal 389

Rundfunkbotschaften Johannes' XXIII.
— an Katholiken Afrikas 507 541
— zu Weihnachten 1959 226
— zu Ostern 1960 414

Russische Kirche
— und Rom 222
— und Weltrat der Kirchen 222
— in religionssoziologischer Sicht 266

S

Sacerdotii nostri primordia, Enzyklika zum 100. Todestag des heiligen Pfarrers von Ars 28
Säkularinstitute, Schaffung von, in Frankreich 78
Salazar zum Fall des Bischofs von Porto 498
Salazarregime und Fátima 114
Schintoismus, Wesen des 255
Schismen, kirchliche, Rückgang 267

Schottland
— Diasporasituation 461
— Katholikenzahl 448

Schule und Erziehung
— Arbeitskreis in Ettal 388
— atheistische, Evangelische Synode gegen 262
— in England 18 59 189
— in Frankreich 205 401
— auf Madagaskar 22
— und Presse in Dänemark 253
— und Sexualerziehung in West-Berlin 290
— in der Sowjetzone 424
— in Tanganjika 218

Schwangerschaftsunterbrechung in Polen 270
Schweden, Katholikenzahl 448

Schweiz
— Katholikenzahl 448
— Katholiken und Kultur 136
— religiöse Praxis 465

Schwesternausbildung, modernisierte, in den USA 556
SED-Regime und Kirchenspaltungstendenzen 264
Seelsorge und Mischehe 5
Seelsorgeklerus, Pausenmonat in der Diözese Hildesheim 2
Seelsorgeprobleme afro-asiatischer Studenten im Westen 306
Seelsorgertagung in Wien 199
Sekretariat des Konzils für die Einheit der Christen 492 496
Sektenbekämpfung in Sowjetrußland 265
Sektenbildung in Afrika 129
Selbstbestimmungsrecht der Kongolesen nach Hirtenbrief 129
Sexualerziehung in der Westberliner Staatsschule 290
Silvesterpredigt Kardinal Döpfners 197

Sowjetrußland
— Erziehungsziele 91
— Exkommunikation von Renegaten 363
— Forschungen, religionssoziologische 264
— Katakombenkirche 267
— Kirchenpolitik 363
— literarisches Piratentum 207
— Mobilisierung der Wissenschaft gegen Weltreligionen 562
— Nachrichtensystem 90
— Rundfunk, Fernsehen, Film 91
— Propagandasystem 89
— Sektenbekämpfung 265
— und sowjetzonale Industriearbeiter 581
— Verleumdungskampagne gegen russische Bischöfe 70

Sowjetzone *(vgl. auch Deutschland)*
— Einstellung der Industriearbeiter 576
— Fastenhirtenbrief der Bischöfe 315
— Jugendliteratur 339
— Kollektivierung 419
— Schulgesetz, neues 424

Sozialakademie, katholische, in Österreich 103
Sozialarbeit, christliche, in den Missionen 356
Sozialausbildung von Seminaristen in Österreich 52
Sozial-caritativer Dienst und Glaubensverkündung 357
Soziale Arbeit, Arbeitskreis in Ettal 388
Soziale Frage und technischer Fortschritt in Frankreich 251

Soziale Woche Frankreichs
— 1959 81
— 1960 350
Sozialethik, evangelische 393
Soziale Ziele der ACLI 300
Sozialisten und Katholiken in Australien 350
Sozialistisches Schulgesetz in der Sowjetzone 262
Soziallehre, katholische 393
Sozialzentren, Einrichtung von in den Entwicklungsländern 220
Spanien
— Armenkampagne auf Madeira 205
— Bischof von Porto in Verbannung 250
— Bischofswort zur Meßgestaltung in Santander 399
— Brief eines Klerikers an Antiklerikale 346
— Hirtenbrief zur sozialen Lage 301
— Katholikenzahl 448
— Katholische Gespräche in San Sebastián 109
— Katholizismus 473
— Verhältnis zwischen Kirche, Rundfunk und Film 16 547
— Konzilserwartungen 156
— Pressetagung der MIJARC in Canfranc 17
— Polizeigesetz, neues 14
— Priesterhilfe für Lateinamerika 157 500
— Verhaftung katholischer Persönlichkeiten 15
— Volksmission in Lateinamerika 404
— 6. Weltkongreß der katholischen Presse in Santander 546
Sport
— und Gesellschaft 85
— Ideologisierung des 85
— als Integrationsfaktor 87
Staat
— und Gesellschaft 326
— in Jugoslawien 39
— und Kirche auf Haiti 59
— Machtbeschränkung des 328
— und Obrigkeitsbegriff 139
Staatspension für italienischen Weltklerus 55
Staatspolitische Arbeit, Arbeitskreis in Ettal 390
Stadionbesucher als Massentyp 88

Statistik:

— Afrika
— — afro-asiatische Studenten im Westen 305
— — Lage der Kirche
— — — in Kamerun 230
— — — im Kongo 128
— — — in Togo 566
— — Community Development in Kamerun 359
— — Tanganjikahilfe der deutschen Katholiken 149
— Argentinien:
— — Kommunistische Infiltration 158
— Belgien:
— — Eigenständige Hierarchie im Kolonialgebiet 164
— — Gottesdienstbesuch 470
— — Katholikenzahl 448
— Brasilien:
— — Bevölkerungsdichte 166
— — Rückwanderung aus 168
— — Pro-Kopf-Einkommen 165
— China:
— — Kirche in China 1949 160
— Dänemark:
— — Katholikenzahl 448
— Deutschland:
— — Aktion der Bischöfe gegen Hunger in der Welt 149
— — Einstellung der sowjetzonalen Arbeiterschaft zur SED 577
— — — zum Volkseigenen Betrieb 577
— — — zu den sozialen „Errungenschaften" 580
— — farbige Besatzungskinder in der Bundesrepublik 246
— — Juden in Deutschland 74
— — Katholikenzahl 448
— — Katholikenzahl im Bistum Berlin 3
— — Katholische Studenten und Professoren 136
— — Kirchenbesucher und Osterkommunikanten 1954 462
— — Münchner Volksmission 1960, Ergebnisse 411
— — Streuung der Fernseh- und Rundfunkteilnehmer 246
— England:
— — Katholikenzahl 448
— — Liturgische Bewegung 402
— Europa:
— — Analphabetismus 482
— — Bevölkerung in Bergbau und Industrie tätig 478
— — Bevölkerung in Fischerei und Landwirtschaft tätig 479
— — Diasporadiözesen in Nordwesteuropa 449
— — Diasporaländer, europäische 450
— — Diasporasituation in konfessionell gemischten Ländern 461
— — Diözesaneinteilung in Westeuropa 452
— — Fernsehen, Stand und Entwicklung 402
— — Gemischtkonfessionelle Länder 448
— — Katholiken in 447
— — Katholikenzahl pro Diözese 453
— — Kindersterblichkeit 483
— — Konfessionszonen 452
— — Korrelation zwischen Landwirtschaft und Industrialisierung 480
— — Mischehe
— — — Folgen der 468
— — — in konfessionell gemischten Ländern 466
— — Pfarrstrukturen in westeuropäischen Ländern 455
— — Priesterweihen in den Jahren 1953/54 bis 1957/58 476
— — religiöse Zusammensetzung der europäischen Länder 448
— — Verhältnis von Seelsorger und Gläubigen 475
— — Wohnungsbestandplan, europäischer, am 31. 12. 53 483
— Finnland:
— — Katholikenzahl 448
— Frankreich:
— — Katholikenzahl 448
— — Katholizismus 472
— Griechenland:
— — Diasporasituation der Katholiken 460
— — Katholikenzahl 448
— Indien:
— — Kapitalbedarf für Kerala 411
— — Wahlen in Kerala 408
— Irland:
— — Katholikenzahl 448
— Italien:
— — Katholikenzahl 448
— — Katholikenzahl nach Diözesen 454
— — Katholizismus 473
— — Pro-Kopf-Einkommen 481
— — Stärke der ACLI 299
— Kirchenstaat:
— — Gehälter 155
— — Katholikenzahl in derzeitigen Diözesen 455
— Lateinamerika:
— — Spanische Priester in 157
— — Volksmission 404
— — — Ergebnisse 407
— Libanon:
— — Religionen im 574
— — Wahlergebnisse 575
— Luxemburg:
— — Katholikenzahl 448
— — Katholizismus 471
— Niederlande:
— — Katholikenzahl 448
— — Katholische Studenten und Professoren 553
— — Osterkommunikanten in den Diözesen 464
— — Verstädterung und religiöse Praxis 465
— Norwegen:
— — Katholikenzahl 448
— Österreich:
— — Elendsuntersuchungen in Wien 293
— — Katholikenzahl 448
— — Katholische Mittelschulen 395
— — Katholizismus 471
— — Religiöse Praxis nach Diözesen 472
— — Teilnehmer an Kommunistischen Weltjugendfestspielen 6
— Polen:
— — Bevölkerungszunahme 271

— Portugal:
— — Katholikenzahl 448
— — Katholizismus 474
— Schottland:
— — Katholikenzahl 448
— Schweden:
— — Katholikenzahl 448
— Schweiz:
— — Katholikenzahl 448
— — Konfessionen 136
— — religiöse Praxis 465
— Sowjetrußland:
— — religionssoziologische Forschungen 264
— Spanien:
— — Katholikenzahl 448
— — Katholizismus 473
— USA:
— — Katholische Naturwissenschaftler 138
— — Konfession und Schulbesuch 137
— Welt:
— — Katechisten in der Welt 557
— — Verteilung der Spenden aus Aktion „Misereor" 149
Stepinac, Kardinal, und Kroatien 368
Studenten
— aus Entwicklungsländern 179
— Probleme der farbigen in westlichen Ländern 305
— Mission in Wien 198
— Vereinigungen in Griechenland 333
Südafrikanische Union, Verchristlichung des Weihnachtsfestes 64
Sünde
— in sozialer Sicht 184
— und Sühne 181
Sündenbewußtsein in der modernen Welt 111
Sudan
— Islamisierungspolitik 412
— Missionarsausweisung im Süden 413
— Parteien 412
— Pressepolitik im Süden 413
Sukumaland (Tanganjika)
— Finanzierungsplan 220
— Gesundheitswesen 219
— Hilfe gegen Hunger und Krankheit 215
— Wasserversorgung 217
Superno Dei nutu, Motu proprio zum Konzil 494
Synode
— gesamtdeutsche, der EKD in Berlin 311
— Römische, 9 54 107 145 274—278

T

Tagungen (nach dem Land der Tagungsorte, chronologisch geordnet):

— Argentinien:
— — Soziale Diözesanwoche September 1959 in La Plata 158
— Australien:
— — Kongreß der Labour Party, 7. März 1960 in Canberra 350
— Deutschland:
— — 9. Deutscher Evangelischer Kirchentag, 12. bis 16. August 1959 in München 43
— — Lutherische Generalsynode, 5. bis 9. Oktober 1959 in Lübeck 119
— — Studientagung in Niederalteich, 12. bis 16. Oktober 1959 100
— — Wochenendtagung der Rhabanus-Maurus-Akademie, 7. und 8. November 1959 in Bad Königstein 101
— — Jahrestagung des Volkswartbundes, 16. November 1959 in Köln 148
— — Westdeutsche Bischofskonferenz, 9. Dezember 1959 in Beuel 147
— — Gesamtdeutsche Synode der EKD, 21. bis 26. Februar 1960 in Berlin 311
— — 4. Trikonfessionelles Gespräch der Evangelischen Akademie Berlin, 26. bis 28. Februar 1960 in Berlin 338
— — Tagung der Katholischen Akademie der Erzdiözese Freiburg, 5. und 6. März 1960 in Neckargemünd 326
— — Kongreß christlicher Arbeitnehmer, 26. und 27. März 1960 in Köln 392
— — Arbeitstagung des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, 25. bis 28. April 1960 in Ettal 387
— — Tagung evangelischer und katholischer Theologen, 4. bis 7. Mai 1960 in Loccum 412
— — Tagung der Evangelischen Akademie Loccum, 28. bis 31. Mai 1960 512
— — Tagung des Institutes für neue Musik und Musikerziehung, 6. bis 11. Juni 1960 in Darmstadt 530
— — Internationale Studientagung über das Verhältnis von Kirche und Europa, 23. bis 26. Juli 1960 in München 538
— — Eucharistischer Weltkongreß, 31. Juli bis 7. August 1960 in München 427
— Frankreich:
— — Soziale Woche Frankreichs, Juli 1959 in Angers 81
— — Generalversammlung der „Mission de France", 14. bis 17. September 1959 in Pontigny 79
— — Frühjahrsversammlung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs, 16. bis 18. März 1960 in Paris 348
— — Französische Bischofskonferenz, 25. bis 27. April 1960 in Paris 400
— — 1. Weltkongreß der MIJARC, 27. bis 29. Mai 1960 in Lourdes 548
— — Soziale Woche Frankreichs, Juli 1960 in Grenoble 350
— Griechenland:
— — 4. Generalversammlung des „Syndesmos", September 1958 in Saloniki 121
— — Tagung des Zentralausschusses des Weltrates der Kirchen, 19. August 1959 auf Rhodos 10 23
— Italien:
— — Bischofskonferenz, 13. bis 15. Oktober 1959 in Rom 108
— — Geheimes Konsistorium, 14. Dezember 1959 in Rom 152
— — Kongreß christlicher Arbeitervereine Italiens, Dezember 1959 in Mailand 299
— — Römische Diözesansynode, 25. bis 31. Januar 1960 274
— Lateinamerika:
— — Lateinamerikanischer Bischofsrat, November 1959 in Fomeque 157
— Niederlande:
— — Internationale Studientage über Mission und Liturgie, 12. bis 18. September 1959 in Uden 55
— Österreich:
— — VII. Weltjugendfestspiele, 26. Juli bis 4. August 1959 in Wien 6
— — Tagung der Katholischen Arbeiterbewegung Österreichs, 11. bis 13. September 1959 in Wiesenhof 102
— — Weihnachts-Seelsorgertagung, 28. bis 30. Dezember 1959 in Wien 199
— Philippinen:
— — Pax-Romana-Kongreß, 26. Dezember 1959 bis 9. Januar 1960 in Manila 255
— — Internationale Religionswoche, 2. bis 9. Januar 1960 in Manila 255
— Sowjetunion:
— — Atheistische Allunionskonferenz, 15. bis 17. Juni 1959 563
— Spanien:
— — Pressetagung der MIJARC, 9. bis 11. August 1959 in Canfranc 17
— — 13. Internationale katholische Gespräche, 7. bis 12. September 1959 in San Sebastián 109
— — Treffen der Beauftragten der Spanischen Katholischen Wanderungskommission, September 1959 157
— — 6. Weltkongreß der katholischen Presse in Santander, 6. bis 10. Juli 1960 546
— USA:
— — Gesamtamerikanische Bischofskonferenz, Ende November 1959 in Washington 157

Tanganjika-Hilfe für Entwicklungsprojekt Mwanza 216
Taufzeremonien in den Missionen 56
Terrorurteile gegen chinesische Bischöfe 403
Togo
— Größenverhältnisse 564

— Geschichte bis zum 2. Weltkrieg 565
— Parteien seit 1945 565
— Lage der Kirche 566
Toleranz Afrikas gegenüber den Missionen 504
Traditionsbegriff und apostolische Väter 569
Traditionsprinzip, neue Forschungen 567—573
Trienter Konzil
— in katholischer Sicht 372
— und Traditionsprinzip 567 569 572
Trier, Anbetung des Heiligen Rockes 243
Trujillo-Diktatur und Kirche auf Haiti 302
Türkei, Beziehungen zum Vatikan 296
Tunesien, Lage der Kirche in 313

U

USA
— Adoptionen italienischer Kinder 13
— Auslandshilfe als innenpolitisches Problem 209
— Hirtenbrief über Geburtenkontrolle 210
— Katholiken und Kultur 137
— Schwesternausbildung, modernisierte 556
Unfehlbarkeit des Papstes und Ökumenisches Konzil 105
Unsittliche Literatur in den Missionsländern 259

V

Vatikan
— Diplomatische Beziehungen zur Türkei 296
— Diplomatencorps des Heiligen Stuhls, Neuerungen im 204
— Soziale Lohnpolitik 155
Verantwortung, christliche, für Mission und Entwicklungshilfe 391
Verantwortungsbewußtsein, seelsorgerliches 35
Vereinigte ev.-luth. Kirche Deutschlands, Generalsynode 119
Vereinigte Staaten von Amerika, *siehe USA*
Verfassungswirklichkeit in Portugal 112
Vianney, Johannes Maria, als Priestervorbild 28 242
Vietnam, Aussätzigenhilfe 310
Volksgesang, Psalmen als 532
Volkskommunen in China 161
Volksmission
— in Lateinamerika 404
— in München 439
Volksschulen, freie, in England 18
Volkswartbund, Tagung des, in Köln 148
Vulgärmaterialismus in den Missionsländern 258

W

Weltjugendfestspiele, VII., in Wien 6
Weltkirchenlexikon, evangelisches 360
Weltmission
— und Unionsfrage 114
— Verantwortung der EKD für 120
Weltrat der Kirchen, neuer Verfassungsentwurf 509
Weltrevolution, Gebetsmeinung gegen 1
Weihnachtsfest, Verkitschung in den Missionen 61
West-Berlin
— Flüchtlingsfrage 195
— Sexualerziehung 290
— Überalterung in 195
Westeuropa, Diözesaneinteilung 452
Widerstandsliteratur in der Sowjetzone 341
Wiederbegegnung, christlich-jüdische 101
Wiedervereinigung im Glauben
— Gebetsmeinung um 97 337
— Stellungnahme des Patriarchen von Konstantinopel 561
Wien
— Elendsuntersuchungen in 293
— Studentenmission 198
Wirtschaft
— Konzentrationstendenzen 393
— Strukturgesetze in evangelischer Sicht 236
Wirtschaftsethik, evangelische 235
Wirtschafts- und Sozialethik, christliche 393
Wohnungsbauprogramm für Kerala 411
Wohnungsnot in Europa 483

Z

Zentralausschuß des Weltrates der Kirchen 23
Zentralkommission
— zum Konzil 496
— Repräsentation der Gesamtkirche 497
Zentralkomitee der Deutschen Katholiken
— Arbeitstagung in Ettal 387
— Arbeitstagung in München 538

PERSONENVERZEICHNIS

Aufgeführt sind alle im Jahrgang erwähnten lebenden oder in den letzten zwei Jahren verstorbenen Personen sowie die Päpste seit Pius X. Von, de, d', van *sind grundsätzlich nachgestellt*

A

Abboud, Ibrahim, Ministerpräsident des Sudans 412 413
Abd-el-Jalil, Johannes Mohammed OFM 287
Abdi, Achmad 27
Abenthum, Karl 427
Adenauer, Konrad 250
Adisumarta, Kaptin R. 305
Adolph, Walter 376 377
Agagianian, Grégoire Pierre XV. Kardinal 496
Aguiar, Cesar L. 546 547
Ahidjo, Amadou 232
Aldama, José Antonio de SJ 518
Alessandrini, Federico 346
Alevisopoulos, Antonios 331 334
Alexeev, V. S. 23
Alexius, orthodoxer Patriarch von Moskau 26 73 363 364
Alfrink, Bernhard Jan Kardinal, Erzbischof von Utrecht 295 496
Alivisatos, Hamilkar 13 48 96
Almeide Batista, José Newton de, Erzbischof von Brasilia 555
Aloisi Masella, Benedetto Kardinal 496
Alonso, Dámaso 287
Altendorf, H.-D 114
Alter, Karl Joseph, Erzbischof von Cincinnati 496
Altmeyer, Karl Aloys 374
Amici, Giuseppe, Erzbischof von Modena 108
Amissah, John Kodwo 360
Ammann, Joachim OSB 214
Anastasio, Rosario OCD 542
Ancel, Alfred, Weihbischof 81 189
Andrade y Silva, Florentino de, Apostolischer Administrator 114 251
André, Brien 534
Andreotti, Giulio 346
Anicar, Alberto 535
Antezana y Roias, Abel Isidoro, Erzbischof von La Paz (Bolivien) 496
Antoniutti, Ildebrando, Erzbischof, Apostolischer Nuntius in Spanien 251
Arendt, Hannah 239
Arnion, J.-M. 144
Arnold, Paul 143
Arrighi, Giovanni OP 534
Arteaga y Betancourt, Manuel Kardinal, Erzbischof von Havanna 496
Asmussen, Hans 48 208 361 371 373 374 584
Athenagoras I., orthodoxer Patriarch von Konstantinopel 221 222 223 298 362 561 562
Attwater, Donald 71
Audet, Lionello, Weihbischof von Quebec 542
Auer, Alfons 391 485
Auer, Johann 190
Aufenanger, Heinrich 486
Auhofer, Herbert 191
Aujoulat, Louis-Paul 214
Ayuso, J. Cerón 15

B

Baade, Fritz 287
Bacci, Antonio Kardinal 295
Baciocchi, J. de SM 46 69 239
Backes, Ignaz 542
Baes Herrera, Porfirio, Außenminister der Dominikanischen Republik 304
Bafile, Corrado, Erzbischof, Apostolischer Nuntius für Deutschland 296
Baghir, Kamil 414
Bahrdt, Hans Paul, 143 431
Bakaric, Vladimir 367 369
Balic, Carlo OFM 542
Barbieri, Antonio Maria Kardinal, Erzbischof von Montevideo 496
Bardot, Clément 60
Barrère, Alain 350
Barros Camara, Jaime de, Kardinal, Erzbischof von Rio de Janeiro 496
Barros, R. B. SJ 535
Barth, Enrique 16
Barth, H. F. 16
Barth, Karl 48 100 262 361 364 382
Bartoccetti, Vittorio 203 542
Barzani, Mustapha el- 365
Basetti-Sani, G. 94
Bashir, Antonius 223
Basilios, Erzbischof von Äthiopien 72
Baudouin, König der Belgier 127 130
Bauer, Fritz 331
Bauer, Werner 342
Baum, Günther 582
Baumann, Richard 208
Bayar, Celâl 296
Bazin, Victor, Erzbischof von Rangoon (Birma) 496
Bea, Augustin Kardinal 94 106 153 203 286 485 492 496 497 517
Becher, Hubert SJ 191
Beck, Andrew 18
Beckel, Albrecht 390
Becker, E. 485
Becker, Hellmut 191
Becker, Karl 389
Becker, Walter 336
Beckmann, Heinz 43 335
Beckmann, Joachim SMB 46 312
Beelitz, Annerose 388
Behrendt, Richard 144
Beilner, Wolfgang 339
Beinaert, Louis 95
Bélanger, Marcel OMI 542
Beltrão, Calderan Pedro 48
Benedikt XV., Papst, 132 171—175
Benedikt, Heinrich 536
Benediktos, orthodoxer Bischof von Zypern 298
Bennett, John C. 232
Benoist, P. de PA 260 355
Beras, Octavio Antonio, Erzbischof der Dominikanischen Republik 303 496
Bergen, Willwerner v. 47
Bergh, Émile SJ 523
Berkenkopf, Galina 47
Berna, P. SJ 409 411
Bernard, Michel, Erzbischof von Brazzaville 496
Berndt, Alfred 150
Bernier, Paul, Bischof von Gaspé (Kanada) 496
Bertetto, Domenico 542
Bertoldi, Paolo 298
Berutti, Cristoforo OP 496
Beste, Niklot, Landesbischof von Mecklenburg 423
Betz, Johannes 485 570
Beumer, Johannes SJ 581
Bidagor, Raimondo SJ 496
Bigirumwami, Louis, Apostolischer Vikar von Nyundo, Ruanda 164
Binet, Jacques 213
Binkowski, Johannes 388
Birkeli, Fridtjov 121
Bismarck, Klaus v. 235
Black, P. 536
Blanchet, Paul 60
Blank, Theodor 393
Bless, Wilhelm SJ 190
Blomjous, Joseph, Bischof von Mwanza 217 561
Blücher, Voggo Graf 577
Bodzenta, Erich 48 484 536
Boegner, Marc 12
Böhm, Franz 74 335
Bokler, Willi 388
Bolewski, Hans 512
Bolte, Karl Martin 191
Bonichon, P. 112
Bonnichon, André 535
Bontsch-Brujewitsch, V. D. 265
Borovoi, Vitalij 23
Bosc, Jean SJ 286
Bosio, G. SJ 534
Böttcher, Karl W. 95
Botterweck, Johannes 430
Bouchaud, J. CSSp 213
Bouladoux, Maurice 431
Boulard, Fernand 319 320 323 325 474 475 542
Boulloche, André 205
Bourgiba, Habib, Staatspräsident von Tunesien 314
Boyer, Charles SJ 69 520
Brady, William, Erzbischof von St. Paul 542
Bragança, Duarte Nuno de 114
Brandenburg, Albert 373 374 391 412
Brandt, Gerhard 191
Bratsiotis, Panagiotis P. 288 584
Braun, Heinrich Suso OMCap 198
Braun, Walter 264
Breda, Gregorius von OFMCap 214
Bredel, Willi 340
Bréhier, Louis 488
Breisky, Hubert v. 384
Breithaupt, Hans 432
Brennan, Francesco 542
Bres, Yvon 350
Brestel, Heinz 41
Bretault, Joseph, Bischof von Koudougou 561
Bride, André 542
Bridstone, Keith R. 288 361
Briefs, Götz 328 583
Bringmann, Karl 389 546
Brinktrine, Johannes 542
Brown, Robert McAfee 374
Browne, Michael, Bischof von Galway und Kilmacduagh 497 542
Brucculeri, Angelo SJ 487
Bruckberger, Raymond OP 335
Bruckhaus, Helmut 488
Brüning, Elfriede 342
Brugarola, Martín SJ 404
Bruls, J. SAM 190 548
Brunner, Augustin SJ 190 582
Brunner, Emil 488
Brunner, Peter 48 240 361 584
Büchi, Willy 47
Buchheim, Hans 281
Buchheim, Karl 431
Büchner, Franz 431
Buchrucker, Armin-Ernst 192 384
Bugnini, Annibale CM 529 542
Bühlmann, Walbert OFMCap 118 357 384
Bulgakow, Sergij 96
Bultmann, R. 100
Bundschuh, Alkuin OSB 214
Burckhardt, C. J. 336
Burgalassi, H. H. S. 458 473 474 484 485
Burghart, Heinz 286
Burmeister, Alfred 273
Burrett, S. E. 402
Burzio, Lorenzo 431
Busimba, Bischof von Goma (Kongo) 540
Busse, Kurt 382

C

Cabasés, Felix Juan SJ 346
Cadet, Jean 431
Caggiano, Antonio Kardinal, Erzbischof von Buenos Aires 496
Calwell, Arthur Augustus 350 351
Caldwell, Erskine 207
Calvez, J. Y. 350 431 583
Camelot, Pierre-Thomas OP 286
Campbell, Donald Alphonsus, Erzbischof von Glasgow 496
Campo, José del 547
Canali, Nicola Kardinal 154 155
Canavan, Francis P. SJ 191
Candolfi, J. 468 484
Canestri, Alberto 542
Cantero Cuadrado, Pedro, Bischof von Huelva 546 547
Cappelo, Felice SJ 542
Carballo, Antonio Lago 487
Carboni, Romolo, Apostolischer Nuntius in Perú 436
Cardijn, Joseph 102 429
Carpentier, René SJ 430 485
Carpino, Francesco, Erzbischof von Monreale 542
Carrier, H. SJ 110
Carrillo, Albornoz A. F. 96
Cassaigne, Jean 310
Castaldo, Alfonso Kardinal, Erzbischof von Neapel 108
Castellan, G. 368
Castelli, Alberto, Titularbischof von Jericho 542
Castellino, Giorgio 542
Castro, Antonio 156
Castro, Fidel 501 535
Cavagna, Alfredo 542
Cayer, Johannes Capistran, Apostolischer Vikar von Alexandrien 352
Cekada, Smiljan, Bischof von Skoplje 370
Cento, Fernando Kardinal 158 159 496
Cerfaux, Lucien 542
Césaire 504
Chacko, Thomas 408
Chacón, Acacio, Erzbischof von Mérida (Venezuela) 496
Chalon, P. 48
Chami, Pierre, Erzbischof von Bosra (Syrien) 352
Chauleur, Pierre 191
Chavanne, Albert 350
Chavannes, Henry 68
Chavasse, A. 46
Chávez y González, Luis, Erzbischof von San Salvador 496
Chenu, M.-D. 94
Chichinian, Zaven, Archimandrit von Alexandrien 352
Chifley, Ben 351
Choquet, Maurice CSC 254
Choromanski, Zykmunt 272
Chou Chi-shih, Joseph CM, Bischof von Nanchang 163 164

Christiaens, J. SJ 46
Christophoros, orthodoxer Patriarch von Alexandrien 13 352
Chruschtschow, Nikita S. 39 91 93 160 208 249 348 349 421 423 426
Chrysostomos, Johannes OSB 48
Churchill, Winston 306
Ciappi, Luigi OP 524 542
Cicognani, Amleto Kardinal 106 154 496
Cicognani, Gaetano Kardinal 154 496
Ciriaci, Pietro Kardinal 496
Citati, Pietro 382
Clark, Colin 47
Clement, Olivier 364
Closon, Francis 350
Closs, Alois 486
Coghlan, Brian 351 352
Colemann, W. J. 406
Colesanti, Giovanni OFM 522
Colombo, Carlo 524
Congar, Yves OP 46 115 116 143 192 286 350 372 485 497 542 571 572 581 583
Concha Córdoba, Luis, Erzbischof von Bogotá 496
Connery, John R. SJ 287
Cooley, John K. 383
Coorey, Thomas B., Erzbischof von Colombo (Ceylon) 496
Copello Santiago, Luis Kardinal 497
Coppé, A. 484
Cordeiro, Joseph, Erzbischof von Karachi (Pakistan) 57
Correa León, Pablo, Bischof von Cúcuta 543
Corrinth, Curt 341
Cortes, Marcel de 143
Costa, Gustavo 583
Costa, H. de la SJ 255
Cousineau, A. F. 254
Cousins, Norman 207
Coussa, Acacio 542
Couve de Murville, Maurice 189
Crane, Paul SJ 535
Crawford, E., Apostolischer Vikar der Salomon-Inseln 540
Criado, Rafael SJ 519
Critchon, James D. 19
Cruz, Lopes da 348
Cullmann, Oscar 371 372 384 430
Cushing, Richard James Kardinal, Erzbischof von Boston 157
Czaja, Herbert 390

D

D'Abreo, Desmond A. SJ 485
Da Costa Nunes, José, Patriarch, Titularerzbischof von Varna
Dahl, Nils A. 361
Dalmeis, J.-H. OP 94 143 382
Dalla Torre, Giuseppe 345 346 546
D'Alton, John Kardinal, Erzbischof von Armagh 496
Damm, H. 287
Dander, P. SJ 542
Daniélou, Jean SJ 46 239 335 382
Dante, Enrico 542
Darmanskij 363
Das Gupta, S. B. 255
Daud el Sajegh 365
David, Jakob SJ 387 389 393
Davis, Thurston N. SJ 96 546 547
Dejaifve, Georges SJ 581
Delahaye, Karl 432 443
Delanglade, Jean 383
Delforge, Marc 546
Delgado y Gómez, Enrique, Erzbischof von Pamplona 16
Delhaye, Philippe 542
Dell'Acqua, Angelo, Titularbischof von Chalcedon 542
Dellepiane, Giovanni, Titularerzbischof von Stauropolis, Apostolischer Nuntius in Österreich 493
Dellepoort, Jean J. 325 474 475 484
Delius, Otto 264
Demetz, Peter 287
Demmel, Johannes Josef 223
Dery, Peter, Bischof von Wa (Ghana) 540
Descamps, Eugène 350
Deskur, Andrea 496
Dessarp, Alain de 285
Dessauer, Philipp 198
Deuerlein, Ernst 192
Deus, Franz 388
Dhanis, Edyord SJ 542
Dibelius, Otto, Bischof der Landeskirche von Berlin-Brandenburg 25 26 44 120 139 142 262 263 264 311 312 313 336
Dicke, Werner 488
Diepen, H. M. OSB 524 525
Dieterich, Anton 287
Dietzfelbinger, Hermann, Landesbischof der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern 44 120 312
Di Jorio, Alberto Kardinal 496
Dingemans, L. OP 474
Dinh, Xuan Nguyen 260
Djilas, Milowan 7 367 578
Dion, Gerard 47
Dirks, Marianne 387 485
Ditter, Horst 312
Doi, Peter Tatsuo Kardinal, Erzbischof von Tokio 295 496
Dolch, Heimo 198
Dombois, Hans 372 488
Domenach, Jean-Marie 190 488
Doms, Herbert 335
Dönhoff, Marion v. 141
Döpfner, Julius Kardinal, Bischof von Berlin 3 101 152 195 196 198 292 295 415 423 434 537
Doppelbauer, J. F. 530
Doresse, J. 46
Dorland, R. OP 200
Dörmann, D. 213
Doronzo, Emmanuele OMI 542
Dorr, Karl 201
Dossing, Gottfried 391
Drascher, Wahrhold 504
Draper, William H. 210
Dreier, Wilhelm 388
Drimmel, Heinrich 493
Dublineau, J. 144
Dubois, Charles 352
Dubois, Marcel-Marie, Erzbischof von Besançon 542
Dubois-Dumeé, J. P. 546
Dufault, Wilfried Joseph 543
Dulumann, Jewgraf 363
Du Mont, Étienne 485
Dumont, Christophe OP 10 11 12 24 336 584
Dumoulin, Heinrich SJ 239 475
Duocastella, R. 474
Dürig, Walter 286 389
Duschak, William SVD, Bischof von Calapan 56
Dusen, Henry van 25 432 509
Duval, André OP 382
Duvalier, François, Ministerpräsident von Haiti 60 254
Dwyner, George P., Bischof von Leeds 542
Dyker, SMM 56

E

Ebneter, A. SJ 240
Echeverría, Lamberto de 546 547
Eckert, Willehad OP 339
Effa, Henry 288
Egenter, Richard 427
Eggerath, Werner 264
Eguino Trecu, José, Bischof von Santander 399
Ehrenburg, Ilja 207
Ehrlich, Ludwig 101
Eichrodt, Walter 286
Eisenhower, Dwight D. 60 210 211
El-Baramossi, Kommos Yacoub 352
Eliade, Mircea 486
Eliot, Thomas Stearns 287
Ellinger 264
Ellul, Jacques 235
Ellwein, Eduard 384
Emanuel, Isidor, Bischof von Speyer 368
Emery, Pierre-Yves 68
Emil, Mary IHM 556
Engel, Erika 340
Engelen, W. 46
Engelland, Hans 536
Ennen, Karl SJ 143
Enrici, Domenico, Apostolischer Internuntius in Japan 60 254
Erhard, Ludwig 47
Erler, Fritz 43
Ernst, Hermann 391
Escudeiro, Granada Aurelio SJ 17
Escudero García, J. M. 156
Eskeland, Lars 460
Espiau de la Maëstre, André 382
Etoga, Paul 230
Evatt, Herbert Vere 350 351
Evdokimov, Paul 144
Exeler, Adolf 96

F

Fabrègues, Jean de 154
Fagley, Richard M. 232
Falcâo, Manuel Franco 485
Falière, Albert Pierre, Erzbischof von Mandalay (Burma) 360
Fascher, Erich 264 432
Faulkner, William 95
Feiner, J. 46
Felici, Pericle 104 496
Feltin, Maurice Kardinal, Erzbischof von Paris 76 79 348
Fenton, Joseph 542
Fergussons, F. 287
Fernandes, Josef Alexander 56
Fernández Gennaro del S. Cuore 543
Fernando, Thomas 55 56
Ferraira Gomes, Antonio, Bischof von Porto 113 114 250 251 499
Ferrette, Giuseppe 254 542
Ferrofino, Giovanni 304
Fichter, Joseph H. SJ 191 458 484
Fierro, P. OP 17
Figur, D. 423
Filippucci, Jean-Baptiste, Erzbischof von Naxos 13
Filograssi, Josephus SJ 518 523
Finan, T. 143
Finbar, Ryan, Erzbischof von Trinidad 496
Fincke, Ernst 371
Fischer, Balthasar 46 190 382
Fischer, H. SVD 475
Fischer, Martin 264
Fitzgerald, G. R. 488 536
Fitzsimons, M. A. 487
Fleckenstein, Heinz 486
Fleig, Paul 388
Fleischhack, Erich 423
Floridi, Ulisse Alessio SJ 582
Florit, Ermengildo, Erzbischofkoadjutor von Florenz 542
Florowsky, Georges 48 288 360
Flory, Charles 81 82
Fogarty, Michael P. 281—285 536
Fohrer, Georg 488
Folliet, Joseph 111 357 487
Fonse, Laurentius di OFMConv 542
Fonzo, Lorenzo di 522
Forestier, Denis 500
Forster, Leopold H. 487
Fossati, Maurilio Kardinal, Erzbischof von Turin 108
François, J. 549
Franco y Bahamonde, Francisco 14 15 16 114 473 547
Franič, Franjo, Bischof u. Apostolischer Administrator von Split 542
Franke, Wolfgang 95
Fränkel, R. 423
Frankl, Viktor E. 335
Frei, Otto 422
Freiberger, Lorenz 46
Freundorfer, Joseph, Bischof von Augsburg 100
Freytag, Walter 121
Friebel, Ingeborg 340
Friedrichs, Günter 95
Fries, Heinrich 100 570 581 582
Frings, Josef Kardinal, Erzbischof von Köln 152 353 392 393 417 496
Frings, P. 484
Frisque, J. SAM 548
Frohn, Robert 191
Frondizi, Arturo 157
Fuchs, Emil 563
Fueter, Eduard 535
Fukahori, Dominikus, Bischof in Japan 436
Fumasoni-Biondi, Pietro Kardinal † 154
Funder, Friedrich 546
Funk, F. X. 176
Furrmann, Jochen 336
Fürstenberg, Adolf, Bischof von Abercorn (Nordrhodesien) 558

G

Gabel, Émile 546
Gablentz, Otto von der 142
Gad, Hyazinth 13
Gagnebet, M. Rosario OP 542
Gaillard, G. 144
Gaillard, J .143
Galvin, G. Apostolischer Vikar von Miri (Borneo) 540
Gantin, Bernhard 295 360
Gardet, L. 94
Gargitter, Joseph, Fürstbischof von Brixen 542
Gariby y Rivera, José Kardinal, Erzbischof von Guadalajara (Mexiko) 496
Garmendia, Juan J. 548
Garofalo, Salvatore 520 542
Garrigou-Lagrange, Madeleine 498
Garrigou-Lagrange, P. OP 542
Garrone, Gabriele, Erzbischof von Toulouse 80 400
Gaulle, Charles de 19 205 229 250 336 401 500 549
Gaupp, Otto SJ 189
Gawlina, Josef, Titularbischof von Madito 496
Geiger, Wilhelm 192 331 327 546
Geiselmann, Josef Rupert 371 485 567 568 570 571 573 581
Gehlen, Arnold 382
Gelineau, Joseph SJ 530 532 533
Gemeinder, Georg SVD 561
Genewein, G. M. 198
Gentile, Giuseppina 14
Gerest, Régis-Claude 286
Gerlier, Pierre Kardinal, Erzbischof von Lyon 79 81 349
Gerstenmaier, Eugen 313
Ghattas, Gabriel 353
Ghysens, G. 239
Giedion, S. 556
Gier, Peter 393
Gillan, Ludovico OP 542

Gilroy, Norman Kardinal, Erzbischof von Sydney 496
Giniewski, Paul 535
Girdvainis, Stanislas 204
Gitz-Johansen 340
Glaser, Hans-Georg 287
Gleißner, H. 549
Glorieux, Achille 105 106 274 496
Goddijn, Walter OFM 239 450 484
Godfrey, William Kardinal, Erzbischof von Westminster 496 549
Goff, James 209
Gogarten, Friedrich 288
Goldberg, Arnold Maria 533
Goldbrunner, Josef 190 335
Goldmann, Nachum 74
Goldschmidt, Hermann Levin 339
Gollwitzer, Helmut 264
Goltzen, Herbert 144 384 488
Gomulka, Wladislaw 269—274 420
Gonçalves Cerejeira, Manuel Kardinal, Erzbischof von Lissabon 204 250 496 555
Gong, Walter 211
Gonzaga, Lino R., Bischof von Palo (Philippinen) 57
Gordan, Paulus OSB 488 512 513
Gordillo, Mauricio SJ 523
Gori, Alberto OFM, Erzbischof, Lateinischer Patriarch von Jerusalem 298
Goertz, Heinrich 64
Goetz, Diego OP 198 486
Goetz, Robert 350
Götze, Willibald 535
Gouveia, Teodosio Clemente de, Kardinal, Erzbischof von Laurenço Marques 295 496
Graber, Rudolf 526
Gracia, Felix OSA 16
Gracias, Valerian Kardinal, Erzbischof von Bombay 55 57 496
Graf, Heinz 429
Graffin, René 230
Graner, Lawrence Leo, Erzbischof von Dacca 496
Granditsch, Gustav 198
Grandjean, Étienne 192
Grasso, Domenico SJ 534
Graumann, C.-F. 190
Greaves, John A. 402 403
Greenberg, S. 255 256
Gregor, J. 536
Greitemann, Nikolaus 94
Grenzmann, Wilhelm 95
Grievas 92
Griffiths, Bede OSB 240 583
Griffiths, James H., Weihbischof von New York 542
Grigoriou-Garo, H. H. P. 485
Grinenberger, Étienne CSSp 59
Grösz, Jozef, Erzbischof von Kalocsa 496
Groner, Franz 5 6 486 535 536
Gronchi, Giovanni 249 250
Grosse, Gottfried 16 302
Großmann (ČSR) 287
Grote, Nicolaus 95
Grotewohl, Otto 139 141 423
Grub, Josef 584
Grubb, Kenneth 361
Grundmann, Herbert 335
Grundmann, Siegfried 488
Grünewald, Johannes 96
Grunitzky, Nikolaus 566
Guallart, José 112
Guardini, Romano 185 533
Guarducci, Margherita 144
Guerrero, Eustaquio SJ 487
Guerri, Sergio 496
Guerry, Émile Maurice, Erzbischof von Cambrai 80 542
Guillet, Jacques 110
Gundlach, Gustav SJ 389 390
Gut, Benno OSB 53 497
Gypkens, Franz 506

H

Haas, Adolf SJ 335
Haas, Harry SAM 305 306 308
Haas, Johannes SJ 94
Hach, Nguyen Cao 66
Haeck, Hermann SJ 546
Hafner, Othmar 192
Hagan, Bischof von Oturkpo (Nigeria) 540
Hagemann, W. 375 376
Hagemeier, Bernhard 389
Hahn, Georges 350
Hahn, Karl Josef 431
Haible, Eberhard 190
Hain, Günter 340
Haker, Ricardo Struve 209
Haile Selassie, Kaiser von Äthiopien 72 73
Hamel, Johannes 336
Haendler, Otto 47
Hang, Thaddäus 288
Hanisch, Hubert 389
Haenkel, Josef 95
Hannan, Jerome D., Bischof von Scranton 542
Hansen, A. 309
Hanssler, Bernhard 134 387 490
Hardel, Lilo 342
Harder, Günther 264
Häring, Bernhard CSSR 187 200 201 382 542
Harms, Hans Heinrich 288
Hardy, E. R. 288
Hartmann, Albert SJ 239
Hartung, Hermann 339 340
Häußler, Erwin 394
Häußling, Josef 112
Hase, Hans Christoph v. 336
Hauschild, Karl 584
Havet, Jacques 256
Hayek, M. 94
Heard, William Kardinal 106 153 203 496
Heckel, J. 488
Heckel, Roger 336
Heenan, John C., Erzbischof von Liverpool 402
Heer, Friedrich 144 288
Heidegger, Martin 382
Heiderscheid, H. H. A. 485
Heinemann, Gustav 43
Heinen, W. 486
Hellbrügge, Theodor 192
Hemelrijk, Maurice van 127 130 508
Hemingway, Ernest 207
Hengsbach, Franz, Bischof von Essen 50 293 417
Henry, A.-M. 240 288
Henze, Clemens 584
Herberg, Will 383
Hermaniuk, Maxim, Ruthenischer Erzbischof von Winnipeg 542
Hermelink, Jan 121
Hertsens, Marcel 485
Hertz, Anselm OP 390
Hess, Werner 45 392
Hesse, Erwin 198
Heufelder, Emmanuel OSB, Abt 97
Heuschen, L. 430
Heuss, Theodor 45 74
Heydte, Friedrich August von der 240
Hild, Jean 142 286
Hillebrand, Elmar 95
Hillmann, Willibrord OFM 430
Himmer, Charles-Marie, Bischof von Tournai 50 252
Hippel, Ernst v. 287
Hirlemann, M. 536
Hirschmann, Johannes SJ 387
Ho Chi Minh 162
Hoedendijk, J. C. 361
Hoffmann, Georg 371
Höffner, Joseph 192 383 388
Hofinger, Johannes SJ 56 485 558—560
Hofstetter, Karl 372
Hohoff, Curt 287
Hollenbach, Johannes Michael SJ 47 432
Höller, Karl 409
Hollitscher, Walter 342
Holstein, Henry SJ 94 527 572
Holthusen, Hans Egon 47 582
Holubnychy, Vsevolod 336
Holzamer, Karl 287 390
Homolla, Burkhard 342
Hopfenbeck, Gabriel 187
Hornstein, F. X. v. 486 534
Hornton, Douglas 25
Houphouet-Boigny, Felix 505
Houtart, François 457 484 548
Hrubin, F. 287
Hsieh 255
Hubert, Amand, Bischof von Sais 115 352
Hübner, Friedrich 512 513
Hucke, Helmut 530 531
Hudon, G. OMI 143
Huelin, Enrique SJ 405 407
Hultgren, Gunnar, Erzbischof von Uppsala 26
Hurdes, F. 549
Hurley, Denis E., Erzbischof von Durban 259 496
Hürth, Franz SJ 542
Husain, M. 255
Hüssler, Georg 389

I

Ingrim, Robert 336
Inönü, Ismet 296 297
Ioannidis, Basil 10 12 23 25
Iturmendi, Antonio 16
Iwand, Hans † 142

J

Jacob, Günter 264
Jacobi, Gerhard, evangelischer Bischof von Oldenburg 584
Jachym, Franz, Erzbischof-Koadjutor von Wien 199 319 320 324 325
Jaeger, Harald 190
Jaeger, Lorenz, Erzbischof von Paderborn 50 194 244 245 491
Jakovos, orthodoxer Erzbischof von Nord- und Südamerika 26 67 68 223 362 562
Jänicke, Johannes, Landesbischof von Magdeburg 423
James, orthodoxer Metropolit von Philadelphia (Kleinasien) 10 11 12 13 25 67
Jannsens, Artur 542
Jansen, E. G. 64
Janssen, Heinrich Maria, Bischof von Hildesheim 3
Janssen, Karl 336
Janssens, Johannes SJ 497
Jedin, Hubert 372 572 582
Jelmini, Angelo Giuseppe, Bischof von Lugano 496
Jenabi, Daud 27
Jerak, Rudolf 370
Jering, Karl 143
Johannes XXIII., Papst 2 8 9 10 11 23 24 28 38 46 47 53 54 61 68 76 79 96 97 104—108 115 117 118 123 125 129 131 134 143 145 146 152—155 164 170 180 194 203 204 208 210 226 241 242 bis 245 248 272 274 276 277 278 294—299 304 336 337 338 343—346 348 352 360 362 370 396 414 427 428 485 487 491 492 494 495 497 498 507 509 513 514 540 541 555
Johansen, Alf 363
John, Eric 382
Jolif, J.-Y. 239
Jomier, J. 94
Jostock, Paul 487
Journet, Charles 384 542
Joussard, Georges 542
Jubany Arnau, Narcisio, Weihbischof von Barcelona 542
Juffermans, C. MSF 355
Jullien, André Kardinal 496
Jumblatt, Kamal 574
Jungmann, Josef A. SJ 46 57 391 427 485

K

Kaczmarek, Czeslaw, Bischof von Kielce 271 272
Kaelin, Jean OP 53 485
Kafka, Gustav 390 583
Kahlefeld, Heinrich 403
Kahlmann, Johannes CSSR 519
Kamstra, Jakob SVD 382 487
Kampschöer, Loek 487
Karamanlis, Konstantin 223
Karame, Raschid 575
Kardelj, Eduard 41
Karpov, G. G. 363
Karrer, Otto 96 370 371 373 429
Kasavubu, kongolesischer Staatspräsident 127 319
Kasbauer, Sixta SSpS 437
Kassem, Abdel Karim, irakischer Ministerpräsident 26 27 28 365 366
Katzer, Hans 393
Kéita, Modibo 505
Keller, Rudolf 383
Kellner, Josef SJ 56
Kennedy, John F. 209 210 211 544
Kerrigan, Alessandro OFM 542
Kesting, Wilhelm SVD 308
Khoreiche, Antoine, Maronitischer Bischof von Saido 542
Kilasara, Bischof von Moshi (Tanganjika) 540
Kilger, Laurenz OSB 214
Kimbondo, Pierre 164
Kinder, Ernst 288 371 373 491 492 584
Kir, Félix 349
Kirchgässner, Alfons 430
Kirschbaum, Engelbert SJ 144
Klaus, Bernhard 536
Klees, Hubert 439
Klein, Andreas 46
Klein, Franz 389
Klein, Günter 339
Klein, Joseph 240 370 372 373
Kleinschmidt, Karl 341
Klementjew, S. 342
Klenk, G. Friedrich 143
Klimaschewski 342
Kloppenburg, Boaventura OFM 542
Knecht, Josef 390 488
Köberle, Adolf 371
Kochs, Anton 390
Kohler, Adolf 284
Köhler, Oskar 360
Konidaris, Gerasimos 13
König, Franz Kardinal, Erzbischof von Wien 198 199 496
Konstantinides, C. 24 288
Koep, Leo 389
Köstel, Alois 388
Köpke, W. 535
Koplowitz, Jan 342
Kornyljak, Platon V., Byzantinischer Bischof für Ukrainer und Ruthenen in Deutschland 542
Koster, M. Dominikus OP 430
Koulamallah, Ahmed 505
Koya, Ummer 408
Kramer, Constans F. OFM, Bischof von Luanfu 56
Kramer, H. 255 256

Kranz, Gisbert 535
Kreck, Walter 432
Kreisky, Bruno 493
Kreyssig, Lothar 423
Krogh-Tonning, Karl 460
Krois, Erich 143
Krol, John J., Weihbischof von Cleveland 542
Kroll, Gerhard 95
Krüger, Hanfried 96
Krüger, Hildegard 239
Kruse, Ludger 190 382
Krylow, A. 342
Kubbah, I. 366
Kubitschek, Juscelino 554 555
Kuby, Erich 190
Kuczynski, Jürgen 340
Kuhn, Helmut 335
Kuhn, Wolfgang 431
Kuehnelt-Leddihn, Erik v. 288
Kumlien, Gunnar 336
Kummer, Karl 102
Küng, Hans 48 371
Künneth, Walter 235—238
Kung-Ping-mei, Ignaz, Bischof von Schanghai 163 403
Kuriacose, Thomas SJ 309
Kurojedov, V. A. 363
Kusters, W. 477 479 480 482—484
Kyrillos VI., 72 116 352 353

L

Labbens, J. 484
Labourdette, Michel OP 542
La Brie, Napoleone Alessandro, Titularbischof von Hilta 540
Lacombe, O. 255 256
Lackmann, Max 372
Lackner, Franz SJ 525
Ladrière, Jean 47
Ladurantie, Geneviève 583
Laloux, J. 484
Lamm, Hans 101
Lamy, Frédéric-Édouard, Erzbischof von Sens 79
Landázuri Ricketts, Juan, Erzbischof von Lima 496
Lapie, Pierre Oliver 205
Lapraz, Y. OP 484
Lardone, Francesco, Titularerzbischof von Rizeo, Päpstl. Nuntius in der Türkei 296 298
Larenz, Karl 327
Larin, Sergij, orthodoxer Erzbischof von Astrachan und Stalingrad 70
Larraona, Arcadio Kardinal 106 153 203 496 557
Laurent, Vitalien 203
Laurentin, René 542
Lavalette, H. de SJ 485
Lawler, Justus George 96
Lawrence, Antoine 356
Le Blond, J.-M. SJ 80 529
Le Bras, Gabriel 473
Leclercq, Jacques 46 383 583
Leclercq, Jean OSB 521
Le Corbusier 556
Le Cordier, Jacques, Bischof von Priene 79
Lécuyer, J. CSSp 46 382 525 542
Leeming, Bernhard SJ 432 527
Leenhardt, Franz 584
Leetham, C. R. 536
Leeuwen, B. van OFM 5 6 446 466 467 468 484
Lefèbvre, Joseph, Erzbischof von Bourges 295 349
Lefebvre, Marcel CSSp, Erzbischof von Dakar 258 496
Le Gall, Jean 260
Legg, A. H. 589
Léger, Paul Emile Kardinal, Erzbischof von Montreal 496
Le Hurt, Melaine 22 23
Le Guillou, M.-J. OP 485 584
Lell, Joachim 240
Lemarié, J. 143
Lemieux, Maria-Joseph OP, Erzbischof von Ottawa 542
Lengeling, Emil Joseph 48 144
Lengsfeld, Peter 572 573
Lennerz, H. SJ 485 567—571 573
Lenz, Helmut 383
Lépargneur, Fr. 96
Lepargneur, H. OP 485
Leppich, Johannes SJ 440
Lequerica, José María 14
Lercaro, Giacomo Kardinal, Erzbischof von Bologna 108
Lersch, Philipp 86
Leskovec, Paolo SJ 432 488
Lestapis, Stanislas de SJ 232—235
Leuba, Jean Louis 68 432
Leuwers, J. M. 251
Lewandowski, Rudolf 284
Lewis, C. S. 535
Lichtheim, George 487
Liénart, Achille Kardinal, Bischof von Lille 78 79 81 206 496 515
Lierde, Pietro van 275
Ligutti, Luigi 549
Lilje, Hans, Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers 119 120 139 140 141 142 264
Lingenheim, Jérôme, Bischof von Sokodé 566
Lio, Ermenegildo OFM 542
Lipold, Richard 388
Lisowski, Gerhard 339
Littell, Franklin H. 360
Lloyd, Geoffrey 18
Loffeld, Eduard CSSp 508
Loffredo, Ferdinando 535
Löhrer, Magnus OSB 371 372
Lolli, Cesidio 346
Lombardi, Riccardo SJ 440
Lorenz, J. 136 484
Lorenz, Willy 336
Loretz, Oswald 286
Lortz, J. 94
Löslin, Frank 286
Louvaris, N. 255
Loew, P. 80
Lozano, Pérez J. M. 157
Lu, Cölestin OSB 507
Lubac, Henri de SJ 193 288 542
Lübke, Heinrich 393
Lucchesi, Emiliano 543
Luckner, Gertrud 101 486
Lücker, Maria A. 391
Lumumba, Patrice 127 319
Lund-Quist, Carl 361
Luquet, R. 239
Luykx, Bonifac 286
Lwamosa, Weihbischof von Mwanza (Tanganjika) 540
Lynch, John J. SJ 534

M

Maccari, Carlo 9 10
Macedo, Veiga de 114
MacEoin, Gary 546
MacMillan, F. 485
Mager, Reimer 45
Magliore, Jean 60
Magrath, Oswin OP 508
Mahdi, Abd el-Rahman el- 412
Mahdi, Sajed Siddik el- 412 414
Maître, J. 48 485
Maldonado, Tomás 47
Malenkow, G. M. 39
Malraux, André 259
Malula, Joseph, Titularbischof von Attanaso, Apostol. Vikar von Léopoldville 129 164
Mamy, Georges 350
Mann, Thomas 52
Mannix, Daniel, Erzbischof von Melbourne 352
Manzini, Raimondo 346 546
Marchwitza, Hans 341
Marella, Paolo Kardinal, Apostolischer Nuntius in Frankreich 106 153
Marlé, René 297 535
Maron, Gottfried 488
Marrec, Joseph 59
Martegnani, Giacomo SJ 543
Martin, Alfred v. 47
Martin, Josef 582
Masner, Werner 431
Masse, Benjamin L. 431
Massenkeil, Wolfgang 388
Mathew, David, Erzbischof von Apamea 496
Matteucci, Benvenuto 523
Matthes, Joachim 238 536
Matthijssen, J. M. 48 134 135 138 484
Matton, Vincent T. 488
Mauer, Otto 198 200
Mauer, Wilhelm 584
Maunz, Theodor 51
Mayer, August 234
Mayer, August OSB 496
Maximos IV. Saigh, Melchitischer Patriarch von Antiochien 496
Mboya, Tom 506
McCluskey, Neil G. 431 556 557
McGuigan, James Charles Kardinal, Erzbischof von Toronto 496
McIntyre, James Francis L. Kardinal, Erzbischof von Los Angeles 496
McKeefry, Peter Thomas, Erzbischof von Wellington 496
Medawar, Pierre K. 143
Mehnert, Gottfried 584
Meinhold, Peter 208 336 360 536
Meisner, Helmut 434
Meister, Johannes 432 536
Melchinger, Siegfried 95
Melckebeke, Charles J. van, Bischof 55 56
Mena Porta, Juan José Anibal, Erzbischof von Asunción (Paraguay) 496
Menczer, Béla 535
Menéndez Pidal, Ramón 16
Menges, Walter 48 440 466 468
Mensa, Albino, Bischof von Ivrea 543
Menzies, Robert Gordon 350
Meouchi, Paul-Pierre, maronitischer Patriarch von Batroun und Joubbet-Bécharré 60 61
Mercier, J.-L. 144
Messineo, Antonio SJ 486
Messner, Johannes 95 198
Mestrović, Ivan 367 368
Meyer, Albert G. Kardinal, Erzbischof von Chikago 106 153 203
Meyer, D., luther. Landesbischof von Lübeck 119 120 121
Meyer, Werner 371
Meyer-Rey, Ingeborg 430
Micara, Clemente Kardinal 10 107 154 275
Michel, A. 542
Michiels, Gommaro OFMCap 543
Mielinski, Romano 546
Mikojan, A. J. 41
Milcent, Ernst 567
Miller, Josef SJ 202
Mimmi, Marcello Kardinal 156 254 496
Miranda y Gómez, Miguel Dario, Erzbischof von Mexiko 542
Mitnacht, Alfons Maria OESA 391
Mitzenheim, Moritz, evang. Landesbischof von Thüringen 26 139 423
Miyamoto, H. 410
Modrego y Casáus, Gregorio, Erzbischof von Barcelona 16
Mogenet, Henri SJ 437
Molotow, W. M. 39 91
Mongo, Thomas 230
Monnerot, Jules 94
Montanelli, Indro 498 499
Montini, Giovanni Battista Kardinal, Erzbischof von Mailand 123 543 544
Montvalon, Robert de 81 357
Monzel, Nikolaus 47
Morals, Ramón Villeda 407
Morano, Francesco Kardinal 106 153 203
Morant, P. 486
Morcillo González, Casimiro, Erzbischof von Zaragoza 157 501 542
Morel, Jean 240 288
Moro, Aldo 144
Morosow, Pawel 90
Mörsdorf, Klaus 372
Mosiek, Ulrich 115
Moßhammer, O. 486
Mpadi, Simon-Pierre 129
Müller-Armack, Alfred 135
Müller, Eberhard 235 237
Müller, H. 390
Müller, Josef 192 535
Müller, Karl Ferdinand 535
Müller, Karl Valentin 536
Müller-Markus, Siegfried 190
Muldonn, Thomas G., Weihbischof von Sydney 540 542
Mumm, Reinhard 372
Muench, Aloisius Kardinal 107 153 203 496
Munderassy, Joseph 409
Mures, R. G. R. 335
Murray, Elinor 536
Murray, John C. SJ 190 383
Mussner, Franz 286
Musulin, Stella 144

N

Nabaa, Philippe, Melchitischer Erzbischof von Beirut 542
Nakamura, Hajime 255 256
Nambudiripad, E. M. Sankaran 408 409
Nasser, Gamal Abd-el 365 366 412 576
Nathan, Alex 85—89
Neill, Stephan C., anglikanischer Bischof von Tinnevelly 360 361
Nell-Breunng, Oswald v. SJ 102
Nelson, Knut Ansgar 55
Nenni, Pietro 249 543 545
Neundörfer, L. 445 449 477
Newbigin, Lesslie 168 488 511 512
Newman, H. H. J. 485
Neyrand, P. G. 260
Ngo-dinh-Thûc, Pierre Marie, Apostol. Vikar von Vinh-Long 496
Nicolas, J.-H. OP 534
Nielen, Josef Maria 430
Niemeier, Gottfried 383 425 488
Niemeyer, Oscar 555 556
Niemöller, Martin, Kirchenpräsident der evangelischen Kirche in Hessen-Nassau 43 263 312
Nigg, Walter 241
Nikolai, russisch-orthodoxer Metropolit von Krutizy 26 73 222 223 268
Nkongolo, Joseph 164
Noguchi, Bischof von Hiroshima 540
Nolde, O. Frederick 222
Norden, Albert 92
Noth, Gotthelf, Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Sachsen 423
Novotny, Fritz 383
Ntuyagaga, Michel 164
Nunes Gabriel, Manuel, Bischof von Malanje 259
Nyerere, Julius 217 506

O

Oberhauser, Alois 388
O'Connor, Martin J., Erzbischof von Laodizea 496
Ogihara, Akira 435
Olaechea Loizaga, Marcelino SDB, Erzbischof von Valencia 251
Olympio, Sylvanus, Ministerpräsident von Togo 504 505 565 566
Ondrak, Leone Ambrogio OSB 542
Oraison, Marc 234
Orbegozo, Angel 156
Ordóñez, Francisco 209
Orfei, Ruggero 144 488
Ossipov, A. A. 363
Osner, Karl 43
Osterloh, Edo 43
Ostermann, Heinrich SJ 430
Ottaviani, Alfredo Kardinal 106 249 250 496
Otto, J. A. SJ 356 391 438

P

Pachomov, Valentin 70
Palazzini, Pietro 542
Pank, Werner 17 82 356 549
Pannikar, Raimundo 383
Papailler, Hubert 60
Papee, Kasimir 204
Papen, Franz v. 375
Parente, Pietro, Erzbischof von Ptolemais 106 108 203 542
Parisot, Louis 295 360
Parker, A. A. 536
Parrel, P. 64
Pascher, Joseph 427
Paeschke, Hans 143
Paschini, Pio 542
Pasternak, Boris † 91
Pasquazi, Giuseppe 542
Paulsen, Gottfried 340
Paulus II. Cheikho, Patriarch der chaldäischen Kirche von Babylonien 311 496
Peeters, René 17
Pegon, J. 581
Pélissier, Jean 79
Pfleger, Karl 583
Pelletier, Georges Léon, Bischof von Trois-Rivières 542
Pelletier, Gérard 536
Pereira, Petro B. 409 411
Pérez de Urbel, J. 16
Perón, Juan 158 159
Perrin, Maurice, Erzbischof von Karthago 314 496
Pessôa Câmara, Helder, Weihbischof von Rio de Janeiro 542
Pfaff, K. 149
Philipon, M.-M. OP 382
Philippe, Paul 203 542
Philips, Gérard 46 213 542
Piazzi, Giuseppe, Bischof von Bergamo 542
Pichler, W. 485
Picht, Werner 383
Pieck, Wilhelm † 341
Pieper, Josef 191 582
Pies, Otto SJ 559
Pike, James A., Bischof der protestantischen Episkopalkirche 120 232
Pin, Émile SJ 239 458 582
Pinay, Antoine 47
Piolanti, Antonio 528 542
Pirolley, Émile, Bischof von Nancy 80
Pittini, Ricardo SDB 303
Pius X., Papst 10 29 31 33 36—38 125 153 241 245 248 287
Pius XI., Papst 29 31 32 34 77 89 95 96 116 118 132 133 171 172 174 248 249 253 279 295 343 501 516 517 518 527 540
Pius XII., Papst 1 10 30 32—37 49 53 61 78 82 97 105 106 118 124 125 131—134 143 145 146 153 bis 156 164 171—176 178 179 190 192—194 201 202 226 227 235 241 248 252 261 278 280 286 306 322 336 338 348 367 427 434 435 439 445 452 487 489 490 517 518 521 532 540 556 557
Pizzardo, Giuseppe Kardinal 73 79 80 81 111 154 190 488 496
Pla y Deniel, Enrique Kardinal, Erzbischof von Toledo und Primas von Spanien 496
Plaßmann, Agnes 485
Plaza, Antonio José, Erzbischof von La Plata (Argentinien) 158 159
Plessner, Helmuth 86—89 239 431
Plum, Werner 336
Pochhammer, Wilhelm v. 240 261
Pohlmann, Heinz 92
Polidori, Alfredo OFM 298
Pollatschek, Walter 340 342
Polonska-Wasylenko, N. 288
Pöppel, Karl Gerhard 383
Porozynski, Marian CSSR 271
Porter, Thomas 360
Portmann, Adolf 143
Pourier, François, Erzbischof von Port-au-Prince (Haiti) 59 60 496
Prenter, Regin 361
Primatesta, Raul, Weihbischof von La Plata 542
Primetshofer, Bruno 494
Prinz, P. SJ 439
Purdy, W. 143

Q

Quack, Erhard 530—534
Quermonne, Jean-Louis 350
Quilan, Thomas 496
Quiroga y Palacios, Fernando Kardinal, Erzbischof von Santiago de Compostela 251

R

Raab, Julius 250
Raaflauf, F. 509
Rabis, Valentin 341
Racovenau, George 286
Rad, G. v. 286
Radosavljevic 369
Räber, Ludwig 584
Rahner, Hugo SJ 46 517 520 521
Rahner, Karl SJ 46 190 200 201 390 488 523 524 570 571
Raiser, Ludwig 311
Rajonarivo, Bischof von Miarinarivo (Madagaskar) 540
Rakotamamala 496 540
Ramírez, Giacomo OP 542
Ramlot, M.- L. OP 239
Ratzinger, Joseph 286 335
Rausch, Jürgen 238
Rayappan, Ambrose 310
Reber, Alfred 488
Reichling, Alfred 534
Reina, Mario 144 301
Rémond, René 350 431
Renard, Alexandre, Bischof von Versailles 400
Reter, Ursula 340
Rétif, André SJ 47 129 306
Rétif, P. 187 188
Reuß, Henry S. 487
Reuß, Joseph Maria, Weihbischof von Mainz 538
Riberi, Antonio, Erzbischof, Apostolischer Internuntius in China 403
Richaud, Paul Marie Kardinal, Erzbischof von Bordeaux 80 549
Richter, Stefan OFM 198
Richter, Willi 393
Ridder, Helmut 326
Rideau, Émile SJ 335 472 484
Rieber-Mohn, H. OP 485
Ries, Johannes OMI 582
Riishoejgaard, Siegfried M. 253
Riklin, Alois 192
Rincón, Luciano 15
Ringger, J. 372
Rivera, J.-F. 46
Rivero, Jean 350
Roberti, Francesco Kardinal 154
Roberts, Thomas D. SJ 47
Rockefeller, N. A. 510
Rocque, Bertrand de la 358
Rodari, Gianna 340
Roegele, Otto 389
Roguet, A.-M. 143
Rohlf, Helmut 342
Rombold, Günter 143
Rondet, Henri SJ 517 528
Roepke, Wilhelm 583
Roques, Clement Émile Kardinal, Erzbischof von Rennes 206
Rosa, Giuseppe de SJ 487
Rose, André 582
Roesle, Maximilian OSB 370
Rossel, J. 488
Rossi, Amadeo CM 542
Rotenstreich, N. 335
Roth, Cecil 74
Roth, Paul 89
Rousseau, Giuseppe OMI 496
Rousseau, Olivier OSB 96 299
Rovasenda, Enrico OP 111
Roey, Josef Ernest van, Kardinal, Erzbischof von Mecheln 496
Rudolf, Karl 199
Rüdiger, Horst 191
Rugambwa, Laurian Kardinal, Erzbischof von Rutabo 295 344 359 496 542
Runte, Heinrich 584
Rupprecht, W. 584
Rusch, Paul, Bischof, Apostolischer Administrator von Innsbruck 52 102 103 201 202

S

Sachse, Arno 486
Sadak, Nekmeddin 296
Sagan, Françoise 259
Sagüés, P. 109
Salas, Maria 156
Salaverri, Giocchino SJ 542
Salaville (Athen) 13
Salazar, Oliveira Antonio de, portugiesischer Ministerpräsident 113 114 250 251 474 498 499
Saleh el Abdi, Achmed 27
Salem, Saeb 575
Salmon, Pietro 542
Salomonsen, Anna 535
Samoré, Antonio, Titularbischof von Tirnowo 157 542
Sand, Alexander 382
Sanders, Ben SVD 508
Santamaría, B. A. 350
Santamaría, Carlos 109
Santis, Fabrizio de, 295
Santos, Rufino Kardinal, Erzbischof von Manila 295 496
Sartory, Thomas OSB 100 240 373 374 432 491 493
Sartre, Jean-Paul 111 259
Saurás, Emilio OP 111
Sauvy, A. 233
Savatier, René 350
Scelba, Mario 346
Schaack, Joseph SJ 522
Schaaf, Karl 286
Schachinger, Hubert 202
Schade, Herbert SJ 535
Schäfer, Karl Th. 430
Schakovski, Alexander 207
Schamoun, Kamil 574 575
Scharf, Kurt 423
Scharl, Emmeran 389
Scharmach, Leo, Apostolischer Vikar in Rabaul (Neu-Guinea) 496
Schasching, Johannes 431
Schatten, Fritz 427
Schauf, Heribert 542
Schauff, Johannes 165
Scheffzcyk, Leo 391 430 485
Schehab, F., Präsident des Libanon 575 576
Scheler, Hermann 342
Schelkle, H. 371
Schelsky, Helmut 144 236 237 238 447
Scherer, Alfredo Vincente, Erzbischof von Porto Alegre 542
Scherer, Robert 387 390 391 485
Scheuner, Ulrich 140 141 144 583
Schiller, Otto 95
Schilling, O. 52
Schlette, Heinz Robert 486
Schlier, Heinrich 286 371
Schlink, Edmund 24 48 192 268 288 361 584
Schloenbach, Manfred 336
Schönherr, A. 264
Schoeps, Hans-Joachim 74
Schmauch, C. 485
Schmaus, Michael 239 427 536 542
Schmemann, Alexandre 48
Schmid, Josef 372
Schmid, Margarete 201
Schmidthüs, Hans 281
Schmidthüs, Karlheinz 191 326
Schmolz, F. M. OP 487
Schnackenburg, Rudolf 190 199
Schneider, Matth. SVD 438
Schneider, Gerhard 46
Schnitzler, Theodor 286 427
Schöllgen, Werner 46 388 486
Scholochow, Michail 207
Schorer, E. 485
Schreiber, Wilfried 394
Schreibmayr, Franz 427
Schreyer, Wolfgang 342
Schrijver, August de 130
Schröder, Gerhard 147
Schröder, Paul SJ 336
Schröffer, Joseph, Bischof von Eichstätt 542
Schroer, Hans 388
Schröter, Heinrich 423
Schückler, Georg 357
Schuder, Rosemarie 342
Schulte, Bernhard 389
Schultze, Bernhard SJ 48 582
Schulz, Bruno 536
Schulz, Werner 302
Schur, Gustav 342
Schüring, Jürgen 95
Schürmann, Heinz 185 188
Schuster, Hans 426
Schuster, T. J. 485
Schütte, Fr. SVD 55
Schütte, Heinz 373 491—493
Schutz, Roger 68 190 209
Schuwarek, Wilhelm 388
Schwarzbauer, E. 323
Schweitzer, Albert 288 383
Schweitzer, J. A. SJ 214
Schwendimann, Friedrich SJ 517 526
Seckler, Max 430
Seeger, Theodor 582
Seghers, Anna 342
Seghor, Leopold 505
Seibel, Wolfgang SJ 240 584
Sembel, Guillaume, Bischof von Dijon 349
Semmelroth, Otto SJ 239 371 486

Sensi, Giuseppe 298
Sépinski, August 497
Serantes, Enrique Peréz 501
Sergius, russisch-orthodoxer Metropolit 70 363
Sessou, Bischof in Togo 566
Seumois, X. SMA 46
Severus, Emmanuel v. OSB 391 430
Sfair, Petrus, maronitischer Titularbischof von Epiphanien (Syrien) 61 542
Sheen, Fulton J., Weihbischof von New York 439 540
Shilbata, Minoru 255
Shu Haiyun 403
Siegel, Karl August 390
Sigismondi, Pietro, Erzbischof von Neapolis in Pisidia 542
Silva Pereira Botelho, Almeida P. Adriano da 113
Silva Santiago, Alfredo, Erzbischof von Concepción (Chile) 496
Simmel, Georg SJ 198
Sommonet, Maurice-René 206
Simonds, Justin Daniel, Weihbischof von Melbourne 542
Siri, Giuseppe Kardinal, Erzbischof von Genua 108 109 496
Skvorecky 287
Slesser, Henry 235
Sloyan, Gerard S. 96
Soccorsi, Filippo SJ 486
Soegijapranata, Albert SJ, Apostolischer Vikar in Semarang (Indonesien) 496
Sofer, Johannes 335
Söhngen, Gottlieb 190 582
Solano, Jesús SJ 529
Sommer, Siegfried 51
Sommet, R. P. 350
Sopeña, Federico 16
Soras, Alfred de SJ 111 356
Sousa, David de OFM 205
Sovik, Arno 360
Spaemann, Heinrich 99 239
Spasskij, N. 70
Spellman, Francis Kardinal, Erzbischof von New York 298 404 496
Speidel, Hans 92
Spielbauer, Josef CSSR 439
Spülbeck, Otto, Bischof von Meißen 139
St.-John-Stevas, Norman 383
Stadnjuk, Iwan 341
Stählin, Wilhelm 96
Staffa, Dino 542
Staiger, Emil 335
Stakemeier, Eduard 382 572 582
Staniloae 364
Stanley, David Michael SJ 520
Stasiewski, Bernhard 432
Stauffer, Ethelbert 372
Stefan I. Sidarouss, Koptischer Patriarch von Alexandrien 352 496
Stehe, Hansjakob 274
Stehlin, Albert 389
Steinbeck, John Ernest 207
Steinhauer, Georg 388
Steinwand, Edmund 48
Stempvoort, P. A. van, 371
Stephanou, Pelopida SJ 584
Stepinač, Aloys Kardinal, Erzbischof von Agram † 42 366—370
Sternberg, Fritz 336
Sternberger, Dolf 239
Steurer, Josef 103
Stevenson, Adlai 207
Stohr, Albert, Bischof von Mainz 542
Stolpe, Sven 460
Stomma, Stanislas 273
Stork, Hans 235 236 238
Straaten, Werenfried van OPraem 321 322
Strasser, Hans Gotthilf 264
Strebler, Joseph, Erzbischof von Lomé 566
Streit, C. SVD 485
Strittmatter, Erwin 92 342
Strotmann, Theodor OSB 10 96 382
Stummer, Anton 390
Sucker, Wolfgang 44 360
Suenens, Leo Jozef, Weihbischof von Mecheln 542
Suhr, Johannes Theodor OSB, Bischof von Kopenhagen 253 496
Swan, Conrad 114
Szrant, Carlo CSSR 543
Sztachelski, Jerzy 271

T

Tappouni, Ignace Gabriel Kardinal, Syrischer Patriarch von Antiochien 496
Tardini, Domenico Kardinal 9 10 57 103—106 108 109 131—133 155 156 193 194 251 297 298 360 412 546
Tassinari, P. C. 62
Tavard, G. 485 581
Tawils, Joseph 352
Taylor, L. H. 46
Tellechea, Ignacio 110
Testa, Giacomo, Apostolischer Delegat in der Türkei 153
Testa, Gustavo Kardinal 107 153 203 427
Tewes, Ernst 427
Thabar, Nagli 297
Thadden-Trieglaff, Reinold v. 44 360 390
Thälmann, Irma 341
Théas, Pierre Maria, Bischof von Tarbes und Lourdes 80
Theiner, Andreas 287
Theokletos, orthodoxer Erzbischof von Athen 332
Théry, Henry 350
Théry, René 350
Thielicke, Helmut 140—142 235—238 288 384
Thieme, Karl 101 339 430 486
Thijssen, Fr. 48
Thurian, Max 46 69 360 382
Tien-Chen-sin SVD, Thomas Kardinal, Erzbischof von Peking 496
Tilmann, Klemens 201 286 427 438 488
Timiadis, Emile 12
Tisserant, Eugenio Kardinal 10—13 154 203 496
Tito-Broz, Josip 39—42 368—370 543
Titus, P. 543
Tornow, Werner 432
Torre, Carlos María Kardinal de la, Erzbischof von Quito (Ecuador) 496
Towers, B. 536
Toynbee, J. M. C. 63 144
Trachsel, Albert 546
Tracy, G. M. 485
Traglia, Luigi Kardinal 54 107 275 295
Trap, Agostino OESA 542
Traven, B. 341
Travi, Thomas SJ 407
Trefulka 287
Troisfontaines, R. SJ 486
Tromp, Sebastian SJ 496 525
Trujillo y Molina, Rafael Leónidas 303 304
Tschiang Kai-schek 403
Tschesnokow, D. 91
Tschub, Michail 70
Tschukowski 91
Tshibangu, Tharcisse 384
Tsirana, Philibert 21 22
Tsung-Yi Lin 48
Tucci, Roberto SJ 523
Tucek, James J. 274 297
Tufari, P. SJ 474
Twardowski, Fritz v. 287

U

Uhl, Hildegard 312
Ujcic, Josip, Erzbischof von Belgrad 369 496
Ulbricht, Walter 93 142 420—423 426
Ulrich, José F. 204
Unger, Dominikus OMCap 542
Urbani, Giovanni Kardinal, Patriarch von Venedig 108
Uspenskij, Nikolaj 223
Utz, Arthur Fridolin OP 191 487
U Win, Jean-Joseph, Erzbischof von Mandalay (Burma) 360

V

Vadakkan, Joseph 409
Vagaggini, Cyprien OSB 522
Vailland, G. 287
Vajta, Vilmos 382
Valenta 287
Valeri, Valerio Kardinal 496
Vanistendael, August 47 240 336 391
Vass, George T. 143
Vaux-Saint-Cyr, Marie-Bruno Carra de OP 286
Vázquez, P. OP 474
Vedel, Georges 350
Vega, Alonso Juan 15
Veillet-Lavallée, Marc 549
Verardo, Raimondo 203
Verdu, Pablo 111
Vergin, Nury 296
Veronese, Vittorino 487
Verwimp, Alphonse, Apostolischer Vikar von Kisantu (Kongo) 496
Veuillot, Pierre, Bischof von Angers 542
Vicedom, Georg 121
Villain, Maurice 10
Villanyi, Andreas 384
Visser 't Hooft, Willem Adolf 12 23 24 45 168 190 222 412 488
Vogel, Heinrich 263 264 313 388
Voegelin, Eric 239
Vogelsanger, Peter 240
Vögtle, Anton 371
Voillaume, R. 239
Volk, Hermann 190
Vries, Wilhelm de SJ 117 142 391
Voyadzis, G. 23

W

Wagner, Johannes 427
Wallner 285
Wallraff, H. J. SJ 393
Walsh, James Edward, Bischof von Sata (China) 403 404
Walter, Eugen 286 371
Walz, Angelus OP 522
Walz, Hans Hermann 238 360
Ward, Benjamin 41
Wedding, Alex 341
Wehr, Matthias, Bischof von Trier 542
Wehrhahn, H. 488
Weigel, Gustave SJ 374
Weilner, Ignaz 335
Weinkauff, Hermann 142
Weinert, Erich 91
Weiser, Fr. X. SJ 143
Weiskopf, Grete 341
Weizsäcker, C. F. v. 192
Weber, L. W. 486
Weber, Max 89
Wellek, René 287
Welskopf-Henrich, Liselotte 340
Welty, Eberhard OP 95 287
Welykyi, OSBasil 496
Wendel, Josef Kardinal, Erzbischof von München-Freising 44 152 428 430 439 440 496
Wendland, Heinz-Dietrich 95 360
Wenger, Antoine 10—13 487 546
Wenke, Hans 191 384
Westphal, Charles 288
Whalley, W. B. 536
Wheelwright, Ph. 287
Whyte, J. H. 384
Wieninger, Karl 388
Wilkens, Erwin 139 336
Willebrands, J. G. M. 10 24 288 412 496
Wilm, Ernst 141
Wilson, Mitchell 207
Wilson, Norris 232
Wingen, Max 48
Winklhofer, Alois 488
Winterfeld, Achim v. 240
Wirth, Joseph 92 450
Witte, Johannes SJ 542
Wölber, Hans Otto 432
Wolf, Erik 142
Wolf, H. H. 240
Wölke, W. 423
Wright, John Joseph, Bischof von Pittsburgh 542
Wulf, Friedrich SJ 485
Wulf, Hans SJ 288 382 384 485
Wuermeling, Franz Josef 148
Wynen, Arturo 542
Wyszyński, Stefan Kardinal, Erzbischof von Gnesen und Posen 269—272 274 496

X

Xiberta, Bartolomeo OCarm 542

Y

Yago 496 540
Yahia, O. 255
Yearley, C. K. 336
Yougbaré, D., Bischof von Koupéla 384

Z

Zachariades, Nikos 332
Zahn, Gordon C. 374 375 379 380
Zahrnt, Heinz 43
Zalba, Marcelino SJ 111
Zander, A. 584
Zangerle, Ignaz 390 488
Zeeden, Ernst Walter 536
Zeegers, G. H. L. 354 485
Zeiler, E. SVD 409
Zenzen, Eucharius OSB 530
Zerba, Cesare 542
Zillken, Elisabeth 389
Zimmering, Max 341
Zimmermann, Heinrich 286
Zipkes, R. 339
Zittel, Bernhard 96
Zogel, Adelheid 192
Zöller, J. O. 432
Zoré, Giovanni N. 522
Zorlu, Fatim 296
Zoungrana, Bischof von Ouagadougou 540
Zumkeller, Adolar OESA 94
Zurbano, Francisco SJ 156

VERZEICHNIS DER ZITIERTEN PERIODIKA

Die kursiven Zahlen beziehen sich auf die Zeitschriftenschau

Ábside, Oña (Spanien) 346
Actualité religieuse dans le Monde, Paris *484*
Afrika, München 356 505 558
Afrique Nouvelle, Dakar 260 355
Agence France-Presse (AFP), Paris 11 12 16 154
Aggiornamenti Sociali, Mailand *144* 299 301 *487 583*
Agoge, Athen 332
Akropolis, Athen 13
Aktines, Athen 332
Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland, Düsseldorf 76
Allgemeines Deutsches Nachrichtenbüro (ADN), Ost-Berlin 92
America, New York 63 65 *96 191 287 288 383 431 488 535* 545 547 556
Anima, Freiburg i. Ü. *46 286 534*
Apostolos Andreas, Konstantinopel 72 296 362 562
Asia, Monthly Review of the Apostolate in the Far East, Hongkong *485*
Avvenire d'Italia, Bologna 249
A Voz do Pastor, Porto 113 114 204 251

Begegnung, Köln *534*
Bibel und Leben, Düsseldorf *430*
Bible et vie Chrétienne, Paris *582*
Blackfriars, Oxford *143*
Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, Frankfurt 52
Boletim da Acção Católica Portuguesa, Lissabon 348
Borba, Belgrad 42 369
Bulletin der „Internationalen Juristenkommission", Den Haag 113
Bulletin der „Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen", Paris 113
Bulletin International, Paris 355
Bulletin ecclésiastique du Diocèse de Strasbourg, Straßburg *536*

Caritas, Freiburg i. Br. *192*
Catholica, Münster *190* 253 *286 382* 572 *581*
Catholicisme Allemand, Paris 449
Christian Century, Chicago 374
Christlicher Sonntag 492
Christ und Welt, Stuttgart 16 72 222 362 562
Christus, Paris *239 430 534*
Chronique Sociale de France, Lyon *144 487 583*
Church and World, Genf 70
Civitas, Luzern/Zürich *192 485*
Contacts, Brüssel *48* 364
Corriere della Sera, Mailand 11 106 295 344 498
Courrier, Namur 546
Cross Currents, New York *488*

Das Dorf, Freiburg i. Br. *192*
Das Münster, München *95*
De Katholieke Missien, Teterdingen (Holland) 508
De Bazuin, Nijmegen 545
De Linie, Amsterdam 545
De Tijd, Amsterdam 545 551
Der große Entschluß, Wien 438
Der Tagesspiegel, Berlin 302
Deutsche Tagespost, Augsburg 308 374 438
Deutsche Zeitung, Köln 302 512
Die Deutsche Universitätszeitung, Frankfurt a. M. *95 143 287 335 431*
Diário de Manhã, Lissabon 113 114 499
Die katholischen Missionen, Bonn/Freiburg i. Br. 214 435 438 559 560
Die Mitarbeit, Berlin *95* 235 236 238
Die neue Ordnung, Walberberg/Paderborn *47 95 191 287 288 383 384 487 583 584*
Die Furche, Wien 284 494
Die Neue Rundschau, Frankfurt *335*
Die Politische Meinung, Bonn *488* 512 *583*
Die Sammlung, Göttingen *143 191 384*
Die Welt, Hamburg/Essen/Berlin 16 162 271
Die Welt der Bücher, Freiburg i. Br. 281
Die Zeit, Hamburg 141 142 318 499
Digest des Ostens, Königstein 89
Dokumente, Köln *47 143 287 430*
Drum, Kapstadt 259

Eastern Churches Quarterly, Ramsgate 72
Echo der Zeit, Recklinghausen 194 245 369 409
Ecclesia, Madrid 16
Eckardt, Witten *192*
Eco di Bergamo, Bergamo 9
Église Vivante, Löwen *190 286 288* 306 *384*
Einkehr, Bremen 148
Ekklesia, Athen 73
El Fajr el Jadid, Bagdad 28
Entwicklungsländer, Baden-Baden *287 336 432*
Esprit, Paris *94 190*
Études, Paris *46 47 95* 129 *191* 297 306 *430* 438 *535*
Europa-Archiv, Frankfurt a. M. *287 535*
Evangelisch-lutherische Kirchenzeitung, Berlin *96 336 432 488 536*
Evangelische Theologie, München 370
Evangelische Verantwortung, Siegen (Westf.) 583
Evangelisches Missionsmagazin, Stuttgart *488* 509
Evangelischer Pressedienst (epd) Bethel bei Bielefeld 67 232

Fährmann, Freiburg i. Br. 284
Fides, Agenzia Internazionale, Rom 62 128 160 161 163 230 319 504 505 507 508 546
Filmdienst, Düsseldorf 52
Forces Nouvelles, Paris 206
Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a. M. 41 86 249 264 302 343 368 421 424 426
Frankfurter Hefte, Frankfurt a. M. *95 143 191 239 336 431*
Freiburger Katholisches Kirchenblatt, Freiburg i. Br. 134
Freiburger Rundbrief, Freiburg i. Br. *486*
Freiburger Zeitschrift für Philosophie und Theologie, Freiburg i. Br. *582*

Gaceta del Norte, Bilbao 547
Geist und Leben, München/Würzburg *46 190 335 485*
Gewerkschaftliche Monatshefte, Düsseldorf *95 336 535*
Gregorianum, Rom 568 *582*

Het Christelijk Oosten en Hereniging, Nijmegen *288*
Het Missiewerk, Nijmegen 308 508
He phone tou Kyrion, Athen 332
Hochland, München *143 144 287 335 431 432 486 535 582 583*
Homo Dei (ČSR) 271

Il Messagero, Rom 345
Il Popolo, Rom 11 345
Il Quotidiano, Rom 9 300
Il Regno, Bologna 543
Il Tempo, Rom 345
Informationsblatt für die Gemeinden in den niederdeutschen lutherischen Landeskirchen, Hamburg *96 192 240 336 383* 425 *432 488 536 584*
Informations Catholiques Internationales, Paris 79 254 299 455 *485*
Indo-Asia, Stuttgart *535*
Internationale Kirchliche Zeitschrift, Bern 72
Irénikon, Chevetogne 10 69 *96 239 382 584*
Istina, Paris 24 *192 278 279 485 488* 571 *584*
Isvestija, Moskau 73 93 349 363 562

Japan-Times, Tokio 63 65
Journal des Moskauer Patriarchats, Moskau 70 72 73 223 363 364
Journal Officiel de la République Française, Paris 401
Justice dans le Monde/World Justice, Löwen 47 *487 583*

Kairos, Salzburg *95 287 486 583*

Katechetische Blätter, München *96 190 286 335 382* 438 439 *488*
Katholische Internationale Presse-Agentur (KIPA), Freiburg i. Ü. 154 254 303 314 366
Katholische Nachrichtenagentur (KNA), Bonn 16 154 157 203 368
Katolsk Ugeblad, Kopenhagen 253
Kerygma und Dogma, Göttingen 24 *384 584*
Kölner Pastoralblatt, Köln *286 432 536*
Königsteiner Blätter, Königstein 466
Komsomolskaja Pravda, Moskau 70 363

Labor, Brüssel/Essen *48* 66 *240 336 431 536*
La Civiltà Cattolica, Rom 406 *432 485 486 487 488 534 582 584*
La Croix, Paris 10 11 13 69 79 104 105 106 127 251 271 274 302 314 400 494 496 497 499 546
La Documentation Catholique, Paris 72
La France Catholique, Paris 154 258 547
La Hora (Argentinien) 158
La Maison-Dieu, Paris *46 142 382*
La Nación, Buenos Aires 159
La Phalange, Porte-au-Prince 59 60 254
La Revue Nouvelle, Tournai (Belgien)-Paris 457 *484*
La Semaine Religieuse, Paris 348
La Stampa, Turin 250
La Vie Spirituelle, Paris *534*
L'Effort Camerounais, Yaounde 230 231 *288*
Lebendige Seelsorge, Freiburg i. Br. *286 382* 442 *485*
Le Messager, Alexandrien 72 353
Le Monde, Paris 10 12 42 76 154 250 272 350 368 545
Les Missions Catholiques, Lyon 259 260 357
Liturgie und Mönchtum, Maria Laach *239*
Liturgisches Jahrbuch, Trier *190 430*
Liturgy, Collegeville (Minnesota) 19
L'Orient, Beirut 575
Lumen, Kopenhagen 253
Lumen Vitae, Brüssel *485* 559 561
Lumière et Vie, Lyon *239 286*
Lutherische Rundschau, Hamburg *48 240 384 536*

Materialdienst des Konfessionskundlichen Instituts, Bensheim *240 488 536*
Mensaje, Santiago de Chile *535*
Merkur, Stuttgart *47 143 191 239 336 382 487 582*
Missi, Lyon 254 255
Missionary Bulletin, Tokio 62 63
Mission de l'Église, Paris 22
Moderne Welt, Köln *95 240* 261 *583*
Monitor, Buffalo 59
Münchner Katholisches Kirchenblatt, München *46*
Münchener Theologische Zeitschrift, München *48 144 286 536*
Musik und Altar, Freiburg i. Br. 531

Neue Berliner Illustrierte, Ost-Berlin *92*
Neue Zeit, Graz 140 264
Neue Zeitschrift für Missionswissenschaft, Beckenried (Schweiz) *384*
Neue Zürcher Zeitung, Zürich 14 16 41 42 206 273 274 365 369 376 402 420 421 422 423 544 545
NCWC News Service, Washington 10 11 14 16 54 104 154 158 159 253 274 297 303 345 402 409 413 508
Neuer Arbeiter, Wien 103
Neues Deutschland, Ost-Berlin *92* 420
News Chronicle, London 18
New York Times, New York 11 162 303
Noticas Ecumenicas, Bogotá (Kolumbien) 208 209
Nova et Vetera, Genf *384 485*
Novidades, Lissabon 112 113 114
Nuestra Palabra (Argentinien) 158
Nuestra Tierra, Rosario 158
Nueva Era (Argentinien) 158
Nouvelle Revue Théologique, Brüssel *485 486 581*

Ökumenischer Pressedienst (Oepd), Genf 11 12 67 72 222 223 232
Ökumenische Rundschau, Frankfurt/Stuttgart *192 279 288 432 584*
O orthodoxos paratiritis, Athen 562
Ordo Socialis, Münster *47 383*
Orientierung, Zürich 409 *431*
Osservatore Romano, Vatikanstadt 10 28 29 60 81 104 106 154 164 170 174 203 226 249 273 275 294 296 298 343 345 368 404 494 496 497 498 504 507 509 513 541—546
Österr. Archiv für Kirchenrecht, Wien *536*
Ostkirchliche Studien, Würzburg *582*

Parole et Mission, Paris *94 96 144 240* 260 *288*
Paroisse et Liturgie, Brügge *430*
Paulus, Freiburg i. Br. 442
Pax Christi, Aachen 99
Perspectives de Catholicité, Brüssel 306
Politische Studien, München *191*
Polytika (Polen) 270
Poreuthentes, Salonika 122 123
Pravda, Moskau 90 363
Pravoslavnaja Rusj, Jordanville (USA) 562
Présence Africaine, Paris 113
Priester und Mission, Aachen/München 357
Proche Orient Chrétien, Jerusalem 74 143

Ratio, Frankfurt a. M. *335*
Razón y Fe, Madrid *487*
Recherches de science religieuse, Paris 572
Recht der Jugend, Berlin-Frohnau 52
Reformatio, Zürich *240 383 584*
Rencontre, Lome 567
Réponse (Belgien) 215
Reuter Agentur, London 24
Revue de l'Action Populaire, Paris *239 287 335 336 383 431 487*
Revue des sciences philosophiques et théologiques, Paris *581*
Revue Internationale des Sciences Sociales, Paris *48*
Revue Politique, Brüssel 282
Revue Thomiste, Paris *382*
Rheinischer Merkur, Köln 43 139 426 443 546 554
Rivista Internazionale di Scienze sociali, Mailand *535*

Saturday Review, New York 207
Salzburger Nachrichten, Salzburg 494
Scholastik, Freiburg *581*
Schweizerische Kirchenzeitung, Luzern 442
Schweizer Monatshefte, Zürich *47 144 336 535 583*
Schweizer Rundschau, Zürich *192 484 488*
Semaine Africaine, Brazzaville 260
Sendbote des Göttlichen Herzens (Dänemark) 253
Signes du Temps, Paris *383*
Social Compass, Den Haag *48* 134 *239 477 484 485*
Social Forces, Baltimore *484*
Social Order, St. Louis *191*
Sociologia Religiosa, Pisa 459 *484*
Sonntagsblatt, Hannover/Hamburg 16 43 45
Stalingradskaja Pravda, Stalingrad 70
Stimmen der Zeit, München/Freiburg i. Br. *46 47 48 94 96* 117 *142 143 190 191 192 239 240 286 287 288 335 336* 356 *382 383* 409 *430 431 432 486 487 535 582 584*
Streven, Amsterdam *46*
Studium Generale, Berlin *47 190 287*
Süddeutsche Zeitung, München 16 210 273 302 426

Tagesspiegel, Berlin 16
TASS, Moskau 90
Témoignage Chrétien, Paris 80 403 497 498
The Christian Democrat, Oxford *535*
The Clergy Review, London *143*
The Commonweal, New York *47 96 240 336 383 431 487* 545
The Dublin Review, London *144 382 384 536*
The Economist, London 576
The Ecumenical Review, Genf *96 288 432 584*
The Examiner, Bombay 259 438
The Heythrop Journal Chipping, Norton *432*
The Journal of Political Economy, Chicago 41
The Manchester Guardian, Manchester 18
The Month, London 485 *535*
The Review of Politics, Notre Dame (USA) *487*
The Star of the East, Adur (Indien) 71
The Tablet, London 545
The Time Review, Washington 249
Theologische Literaturzeitung, Leipzig *47 144 288 430 432 488 536*

Theologische Quartalschrift, Stuttgart *190 430*
Theologie und Glaube, Paderborn 115 *582*
Theology Digest, St. Mary's *190*
To Ergatikon Phos, Athen 334
Trierer Theologische Zeitschrift, Trier *46 239 286 485 582*
Tübinger Theologische Quartalschrift, Tübingen *192 273 430 536*
Tygodnik Powszechny, Krakau 273

Ultramare, Brüssel 54
Una-Sancta-Rundbriefe, Meitingen/München *46 48 240 384 582 583*
Universe, London 162
Universitas, Stuttgart *95 144 192 239 288 335 383 582*

Verbum Caro, Neuchâtel/Paris 68 *144 431*
Vida Nueva, Madrid/Barcelona 156
Vierteljahreshefte der Evangelischen Akademie, Berlin *288*
Vivante Afrique, Dakar 561
Vita e Pensiero, Mailand *144 431 488 535*
Volksstimme, Wien 6
Voprosy filosofii, Moskau 563
Wiener Kirchenblatt, Wien 493
Wissenschaft u. Religion, Mokau 563
Wissenschaft und Weltbild, Wien 86 *583*
World Council of Churches Informations, Genf 11
World Justice, Löwen *47* 487 583
Worldmission, USA 439
Wort und Wahrheit, Wien/Freiburg i. Br. *94 95 143 144 190 191 239 240 286 287 335 336 382 383 384 432 484 486 535 536*

Ya, Madrid 547

Zeitschrift für Evangelische Ethik, Gütersloh *336*
Zeitschrift für katholische Theologie, Wien *94*
Zeitschrift für Missionswissenschaft und Religionswissenschaft, Münster *382 384 487*
Zeitwende, Hamburg *48 96 144 335 384 488*
Zoe, Athen 332
Zoe tou paidiou, Athen 333

HERDER-KORRESPONDENZ

Erstes Heft — 14. Jahrgang — Oktober 1959

Es hat ein Gutes für uns, daß wir bisweilen vor Schwierigkeiten und Ungemach stehen; oft werden wir so zu uns selbst zurückgerufen, so daß wir uns als Verbannte erkennen und keinerlei Hoffnung auf etwas Irdisches setzen. Es ist auch gut, daß wir manchmal Widerspruch erfahren und Tadel und Mißfallen uns zuteil werden, auch wo wir recht getan und edle Absicht hatten. Dies eben drängt uns zur Demut und schützt vor eitlem Ruhm. So nämlich suchen wir noch mehr den inneren Zeugen, Gott, je mehr die Menschen in der Welt uns geringachten und schlechte Meinung von uns haben.

Nachfolge Christi

Den Bemühungen des Kommunismus um die Weltrevolution möge der Erfolg versagt bleiben. Allgemeine Gebetsmeinung für November 1959

1. Wenn das oberste Hirtenamt der Kirche alle Gläubigen dafür beten läßt, daß die kommunistischen Bemühungen um eine Weltrevolution keinen Erfolg haben mögen, so ist das mehr als ein frommer Wunsch. Dahinter steht das reife, wohlunterrichtete Urteil des Papstes, in diesem Falle noch Pius' XII., über die tatsächlichen Gefahren, von denen die Völker bedroht sind. Das ist zunächst einmal festzuhalten, und zwar in einem Augenblick, da viele Menschen über den schwebenden Gipfelgesprächen der Mächtigen vergessen könnten, daß der atheistische Kommunismus auf sein erklärtes Ziel, die Weltrevolution, keineswegs verzichtet hat. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Man könnte daher diese Gebetsmeinung auch positiv wenden. Dann würde sie etwa besagen: Wir, die es uns ja alle angeht und besonders diejenigen, die politische Verantwortung tragen, mögen wachsam bleiben, daß dem Kommunismus der erstrebte Erfolg, die allgemeine Weltrevolution, versagt bleibt. Das Wetterleuchten in dem südindischen Staat Kerala und an den Nordgrenzen Indiens, in Tibet, in Laos, im Irak, dazu die Härte des kommunistischen Kurses in der Sowjetzone (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 549 f.) müßten allein schon genügen, um politisch zur Wachsamkeit zu mahnen, von mancherlei Vorgängen und Reden um die Berlin-Krise während des Sommers ganz zu schweigen. Die Berichte über „Methoden und Erfolg kommunistischer Wühlarbeit in der Bundesrepublik" und „Der Kommunismus in Zahlen" (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 80 ff.; 12. Jhg., S. 577 ff.) geben einen globalen Aufriß von den systematischen Bemühungen des Kommunismus zur Vorbereitung der Weltrevolution. Das sind unbequeme Aspekte für eine Wohlstandsseligkeit, aber sie sind wahr. Man kann die Gefahren an den erwähnten Berichten wie an einem Schaltbrett ablesen, wenn man sich die Zeit nehmen würde.

2. Wie auch immer diese Gefahren im einzelnen beschaffen sind, wie aktuell sie werden können, das ist eine politische Frage. Die Gebetsmeinung der Kirche dagegen ist nicht so sehr eine politische, sie ist eine geistliche Warnung. Was bedeutet das in diesem Falle? Darüber wurde an dieser Stelle schon einmal gehandelt anläßlich der Gebetsmeinung für August 1958: „Alle mögen die Verkehrtheit und Gefährlichkeit des atheistischen Materialismus

N 414 *Witwe mit vier Kindern* in Oberschlesien, nach dem Kriege alles verloren, sehr schweres politisches Schicksal (drei Jahre Gefängnis), in drückenden Verhältnissen lebend, erbittet Hilfe jeder Art.

N 416 a *80jährige Witwe* in Oberschlesien, die am Kriegsende ihr Geschäft mit aller Habe verlor und nun ohne Rente mit ihrer Tochter, welche mangels Sprachkenntnis nur geringst bezahlte Tätigkeit ausüben kann, in äußerst ärmlichen Verhältnissen lebt, erbittet Lebensmittel- und Kleidungshilfe.

N 417 *Familie eines Schwerbeschädigten* in Oberschlesien, Vater 77prozentiger Kriegsversehrter mit Monatsrente von rund 50 Mark (Kaufkraft), drei Kinder von 6 bis 17 Jahren, erbittet Lebensmittel- und Kleidungshilfe, vor allem für die Kinder.

N 424 *Fünf arme Ordensschwestern* in Oberschlesien ohne ausreichende Existenzgrundlage, daher sehr in Not, erbitten Hilfe mit Wolle und Hemdenflanell, da solche Anschaffungen ausgeschlossen.

Geldspenden sind einzusenden auf Postscheckkonto Karlsruhe 7926 des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg i. Br. mit Vermerk: „SOS-Ost" und der jeweiligen Kennzahl.

durchschauen und verabscheuen" (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 441 f.). Damit ist die ernsteste Gefahr genannt, die einer Ausbreitung der kommunistischen Weltrevolution Vorschub leistet: mangelnde Erkenntnis der Verkehrtheit des atheistischen, den Menschen entwürdigenden, sein göttliches Ebenbild zerstörenden Materialismus. Dieser Mangel ist um so gefährlicher, als die Befangenheit im westlichen, bürgerlichen Materialismus einen kaum bezähmbaren Drang nach Expansionsgeschäften mit der kommunistischen Wirtschaft hervorbringt, und zwar so stark, daß manche bereit sind, in ideologischer Hinsicht Fünfe gerade sein zu lassen und auf jene natürlichen Tugenden der Klugheit und der Rechtschaffenheit zu verzichten, von denen in anderem Zusammenhang anläßlich der vorigen Gebetsmeinung für das Gelingen der Volksmissionen gesprochen werden mußte (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 561 f.). Wer so weit gekommen ist, daß er, wie unsere Bischöfe einmal sagten, den Lebensstandard als Götzen anbetet, der ist zwar noch fern von der Anbetung kommunistischer Idole, aber einmal beim Götzendienst angelangt, hört die geistige Fähigkeit auf, die Welt Gottes und die Welt des Satans zu unterscheiden, und damit beginnt der westliche Materialist allmählich reif zu werden für eine Überrumpelung. Er wird eingeschläfert. Er kapituliert um eines materiellen oder vordergründigen politischen Nutzens willens vor einer Macht, deren endzeitlichen Charakter das Lehramt der Kirche wieder und wieder gekennzeichnet hat. Die Weltrevolution des Kommunismus ist dann schon in der Weise mit Erfolg gekrönt, daß man ihre territorialen Errungenschaften legitimiert und damit die Menschen in diesem Bereich verkauft, die noch an den Namen des Erlösers glauben. Ist es schließlich der kommunistischen Macht auch noch gelungen, dieselben wirtschaftlichen und technischen Wunder zu vollbringen wie der Westen, so kann die Paarung jederzeit beginnen, und sie wird nicht ausbleiben.

3. Den anderen gefährlichen Beitrag zu einem Erfolg der kommunistischen Weltrevolution leisten sogenannte christliche Völker, die sich den Notwendigkeiten sozialer Reformen entziehen und die katholischen Soziallehren zur Farce machen. Man hört gelegentlich sagen, die Kirche habe „keine Macht", d. h. keine politische Macht, um für die Beachtung ihrer Soziallehren zu sorgen. Das ist ebenso richtig wie es anderseits auch eine faule Ausrede ist, die wir uns nicht erlauben sollten. Denn sie besagt nicht mehr und nicht weniger, als daß Christus von uns die Macht abgesprochen wird, diese Welt durch den Einbruch des Geistes in die Gewissen zu erneuern. Die Kirche hat so viel Macht, wie ihre Bischöfe, Priester und verantwortlichen Laien gut beten, sich selber von unnötigem Lebensstandard frei halten und den Mut haben, soziale Mißstände anzugreifen und sie auch dann an die große Glocke zu hängen, wenn einige jener beliebten privilegierten „Wohltäter" verlorengehen, bei denen man sonst für einen guten Zweck zu betteln pflegt. Der Reichtum der Kirche waren noch zu allen Zeiten die vielen Armen und nicht die wenigen Reichen. Ohne hier bestimmte Länder und Erdteile eigens beim Namen zu nennen, die gegebenenfalls eine Beute des Kommunismus werden könnten, muß für das Gebetsanliegen grundsätzlich gesagt werden: ein weiteres Vordringen des Kommunismus wird nicht nur durch Waffen, sondern durch rechtzeitige Reformen und rechtzeitige Pflege der unterentwickelten Gebiete gewährleistet, was nicht nur eine Sache der rechnenden Finanzierungsinstitute ist, sondern ebenso eine Sache der sich verschwendenden Liebe wohlhabender christlicher Völker. Seit dem Fastenopfer dieses Jahres fangen wir endlich auch bei uns zulande an, das zu begreifen. Aber es war bisher nur ein Anfang.

4. Eine dritte Versuchung, der kommunistischen Weltrevolution zum Erfolg zu verhelfen, ist die Vernachlässigung des Glaubens an die Solidarität — die Ostkirche nennt es die Gemeinschaft — der Christen. Der verstorbene Papst wurde nicht müde, die Gläubigen daran zu erinnern, daß sie den Bereich der privaten Frömmigkeit, der individualistischen und oft auch egoistischen Selbstheiligung überschreiten und für die großen Anliegen der Kirche leben möchten. Zu diesen Anliegen gehört nun auch, daß wir für das Erstarken des christlichen Glaubens und der christlichen Kirchen im Machtbereich des Kommunismus besser beten. Dieser Kommunismus ist zwar keine bloße Doktrin, er ist eine mächtige internationale Partei und eine gewaltige militärische Maschinerie, und weithin sind seinen technischen Wunderwerken auch die Menschen verfallen. Aber der Mensch gehört Gott allein, und in das Herz der Menschen ist die Wahrheit Gottes eingeschaffen, an deren Wirksamkeit wir glauben dürfen und sollen; besonders dort ist sie am Werke, wo sie von den Gnadengaben Christi genährt wird. Die kommunistische Welt ist kein Monolith, und der Osten ist noch nicht der unbestrittene Herrschaftsbereich des Satans. In den Untergründen der menschlichen Seele herrscht dort nach wie vor die Heiligste Dreifaltigkeit, und je mehr die katholische und die orthodoxe Kirche im Osten wieder die Herzen der Gläubigen mit der Wahrheit Christi erfüllen, desto geringer werden die Aussichten, daß die Macht des atheistischen Kommunismus überbordet. Suchen wir wenigstens im Gebet die innigste Gemeinschaft mit den Christen im Osten. Das wollte Pius XII., und das ist eines der großen Anliegen des regierenden Papstes Johannes XXIII. Es gibt einen von Gott gebotenen Weg, die kommunistische Weltrevolution niederzubeten — vorausgesetzt, daß wir im eigenen Bereich analogen Mächten wachsam entsagen. Dieser Weg ist ohne Opfer nicht gangbar. Er beginnt beim Magnificat: „Die Gewaltigen stürzt er vom Throne und erhöhet die Niedrigen. Die Hungernden erfüllt er mit Gütern . . ." Aber: „die Reichen läßt er leer ausgehen!" Wir kommen um die Frage nicht herum: Wem zuliebe sollte Gott jene Mächtigen vom Thron stürzen?

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

„Pausenmonat" für den Seelsorgsklerus der Diözese Hildesheim

Die zunehmende Überbelastung des Seelsorgsklerus zwingt immer wieder zu neuen Überlegungen, auf welche Weise heute eine wirksame seelsorgerliche Arbeit des Priesters gewährleistet und gefördert werden kann. Sie läßt sich nur sichern, wenn die maßlos angewachsenen Verpflichtungen und die ständig steigenden Erwartungen, denen sich heute die praktische Pastoral gegenübergestellt sieht, rigoros, d. h. auf ein vernünftiges Maß, zurückgeführt werden. In welcher Form das

im einzelnen geschehen kann, haben sowohl die Freiburger Richtlinien zur Vereinfachung der Seelsorge (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 386) wie auch die Richtlinien der Diözese Würzburg (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 444) gezeigt.

Einen neuen Weg hat jetzt der Bischof von Hildesheim, Heinrich Maria Janssen, für seinen Seelsorgsklerus eingeschlagen. Durch einen mit „Notverordnung" überschriebenen Erlaß (veröffentlicht im Kirchlichen Anzeiger für das Bistum Hildesheim, 1. August 1959) wurde — versuchsweise für dieses Jahr — ein allgemeiner „Pausenmonat" für alle Seelsorger der Diözese eingeführt. Zum „Pausenmonat" wurde der September erklärt. Begründet wurde die „Notverordnung" wie folgt: „Der Mangel an Seelsorgsgeistlichen in Verbindung mit den ständig wachsenden Seelsorgsaufgaben hat eine Arbeitslast hervorgerufen, die den Gesundheitszustand des Klerus bedenklich zerrüttet hat. Für den Seelsorgsklerus gibt es keinen freien Sonntag, kein freies Wochenende, keine Fünf-Tage-Woche, sondern seit langem nur pausenlos sich folgende Werktage. Erschwerend kommt in diesem Jahr die Hitzeperiode hinzu. Unerwartete körperliche und seelische Zusammenbrüche, frühzeitige Todesfälle sind leider die Folgen. Es erscheint daher dringend notwendig, eine Pause einzulegen, damit die Seelsorgsgeistlichen wieder einmal zur Ruhe kommen und neue Kraft schöpfen können."

Der neueingeführte „Pausenmonat" September, so wird in der „Notverordnung" ausdrücklich betont, berührt die Urlaubsregelung nicht. Auch seien die Anweisungen der Verordnung nicht als Vorschriften, sondern als Ermächtigungen zu verstehen, „da die Überbelastung und auch die körperliche Widerstandsfähigkeit verschieden sind".

Im einzelnen heißt es in der Verordnung:

1. Im Monat September können sämtliche Predigten, Ansprachen und dergleichen wegfallen. Ausgenommen sind die üblichen Ansprachen bei Trauungen und Beerdigungen.
2. Nichtzeitgebundener Unterricht wie Konvertitenunterricht, allgemeine Kurse für Brautleute usw. sind auf den nächsten Monat zu verschieben.
3. Binationen und Trinationen sind nur in wirklich notwendigen Fällen gestattet.
4. Vereins- und Gruppentätigkeit soll in diesem Monat ganz den Laien überlassen werden.
5. Seelsorgshausbesuche fallen fort. Ausgenommen sind seelsorglich notwendige Krankenbesuche.
6. Teilnahme an Konferenzen, Tagungen, Kursen, Zeltlagern und dergleichen sind im Monat September unerwünscht.
7. Autofahrten sind auf das seelsorglich unbedingt notwendige Maß zurückzuschrauben.

Die Einrichtung des „Pausenmonats" ist, wie gesagt, als Versuch gedacht. Die „Notverordnung" verlangt von allen Pfarrern und selbständigen Seelsorgern am Ende des „Pausenmonats" einen Bericht über die Durchführung der Verordnung, ferner eine Stellungnahme darüber, ob der „Pausenmonat" eine fühlbare Entlastung gebracht und zur körperlichen und seelischen Erholung beigetragen hat und ob seine Wiederholung im nächsten Jahr gewünscht und für notwendig gehalten wird. Auch können sich die Geistlichen dazu äußern, welcher Monat ihnen für ihre Seelsorgsstellen als „Pausenmonat" am geeignetsten erscheint. Die Verordnung mahnt die Geistlichen, den „Pausenmonat" zu dem zu benutzen, wozu er gedacht ist, „nicht aber die frei gewordene Zeit für irgendwelche Sonderarbeiten zu verwenden, wodurch der Zweck der Sache verhindert würde".

„Die katholische Kirche in Berlin und Mitteldeutschland"

„Die katholische Kirche in Berlin und Mitteldeutschland" lautet der Titel einer Broschüre, die jetzt der Morus-Verlag, Berlin (64 S., mit 29 Fotos und drei Karten), veröffentlicht hat. Das Bändchen, das in hohem Maße geeignet ist, die Bindungen zwischen den Gläubigen der Bundesrepublik und ihren mitteldeutschen Glaubensbrüdern zu festigen und zu vertiefen, will zunächst nicht mehr — so heißt es in dem Vorwort — als die Fragen beantworten, „die in der Regel von Besuchern Berlins gestellt werden, sofern sie sich dem Leben und den Sorgen der katholischen Kirche verbunden fühlen". Wichtiger noch als die Beantwortung reiner Sachfragen in diesem Bändchen ist sein dokumentarischer Teil, der den Ursachen der Spannungen zwischen Kirche und Staat in Mitteldeutschland nachgeht. Er nimmt den weitaus größten Teil der Broschüre ein. Auf knappstem Raum ist hier die Entwicklung des Kirchenkampfes in der Ostzone nachgezeichnet, insbesondere der Kampf des Regimes um die atheistische Durchdringung der Familie und aller anderen Erziehungseinrichtungen (Schule, Religionsunterricht, die Universitäten, die schulfreie Zeit) sowie seine Bemühungen um den Aufbau einer atheistischen Gegenreligion. Sowohl die Dokumentation des militanten Atheismus wie auch die angeführten Beispiele für wahrhaft christlichen Bekennermut machen jedem gläubigen Christen deutlich, daß die Härte des Kampfes auf die Dauer nur ertragen und bestanden werden kann, wenn in den Kirchen und christlichen Familien der Bundesrepublik das Gebet für die Bekenner nicht nachläßt, wenn es intensiv und unablässig die tägliche Last der Unterdrückten mitträgt. Das ist wohl der eigentliche Sinn dieser Publikation: die Katholiken der Bundesrepublik teilhaben zu lassen am Los der verfolgten Kirche in unserem Vaterland. Die Schrift mahnt damit auch den Seelsorger, die ihm anvertrauten Gläubigen immer wieder zu Gebet und Opfer für die bedrängte und kämpfende Kirche in Mitteldeutschland anzuspornen.

Die besondere Situation des Bistums Berlin

In seinem ersten Teil bietet das Bändchen Zahlen und Daten aus dem kirchlichen Leben in Berlin und Mitteldeutschland (Aufbau der kirchlichen Verwaltung, Zahl der Seelsorgspriester und -stellen, der Kirchen, die Priesterausbildung und die caritativen Einrichtungen in der Zone, die Arbeit des St.-Benno-Verlages in Leipzig). Wir greifen hier nur als Beispiel für die Schwierigkeiten, die sich der Seelsorge in diesem Teil Deutschlands täglich stellen, einige Angaben über die Situation im Bistum Berlin heraus.

Das Bistum Berlin weist folgende zahlenmäßige Aufteilung auf: In den Westsektoren wohnen 276 000 Katholiken, im Ostsektor 130 000 und in der Zone 180 000 Katholiken. Zwei Drittel der Katholiken des Bistums wohnen also in der unter Vier-Mächte-Kontrolle stehenden Stadt Berlin, ein Drittel im Gebiet der „DDR".

Das Bistum ist praktisch dreigeteilt. „Der Bischof von Berlin, Kardinal Döpfner, wohnt in Westberlin, kann daher sich auch in Ostberlin frei bewegen, darf aber nicht

die Zone betreten. Die Gläubigen aus der Zone können zu ihm nach Berlin kommen, aber er nicht zu ihnen. Unmittelbar erreicht der Kardinal sie nur über den Rundfunk, wie z. B. durch seine Morgenansprachen, die er an jedem zweiten Montag in aller Frühe im Sender Freies Berlin hält. Die beiden Weihbischöfe von Berlin wohnen hingegen in Ostberlin, haben daher auch Bewegungsfreiheit in Westberlin und in der Zone. Für den Bischof ist es unmöglich, einen Priester vom Westsektor in den Ostsektor oder in die Ostzone zu versetzen; denn er erhält dort keine Aufenthalts- und Zuzugsgenehmigung. Umgekehrt wäre es zwar möglich, einen Priester vom Osten in den Westen zu versetzen, aber dieser Priester ließe sich im Osten nicht mehr ersetzen."

Besonders eigenartig liegen die Verhältnisse bei der Pfarrei Staaken. „Sie liegt im westlichen Stadtrande Berlins, unmittelbar an der Zonengrenze; ja die Zonengrenze zerschneidet die Pfarrei. Die Kirche und das Pfarrhaus liegen in der ‚DDR'. Dort wohnt auch der Pfarrer. Ein großer Teil der Gläubigen wohnt in Westberlin, hier wohnt jetzt auch der Kaplan. Die Westberliner Gläubigen können nicht in ihre Pfarrkirche in der ‚DDR'. Darum mußte im Westberliner Gebiet eine Notkirche gebaut werden. Wird der Pfarrer in Staaken krank, so darf sein Westberliner Kaplan nicht über die Straße (die Zonengrenze ist) gehen, um für ihn Gottesdienst in der Pfarrkirche zu halten, sondern aus dem über 30 km entfernten Ostberlin muß ein Priester nach Staaken kommen, für den dann aus Westberlin ein Vertreter nach Ostberlin geschickt werden kann."

Zur Soziologie der Mischehe

Das Problem der Mischehe ist in seiner quantitativen Bedeutung mit Hilfe der kirchlichen und staatlichen Statistik verhältnismäßig leicht zu erfassen; man braucht ja nur die Trauungsziffern zueinander in Beziehung zu setzen. Aber damit allein ist für die Pastoral noch nicht viel gewonnen. Als Grundlage für die Registrierung gilt die von den Ehepartnern angegebene nominelle Konfessionszugehörigkeit, das heißt in der Regel der Taufschein. Unter den heutigen Verhältnissen sagt aber der Taufschein über die innere Einstellung seines Besitzers nicht viel aus, wenigstens nicht in Westdeutschland, wo es eine nennenswerte Strömung zum formellen Kirchenaustritt zur Zeit nicht gibt und demnach Gläubigkeit und Konfessionszugehörigkeit durchaus nicht immer identisch sind. Deshalb sind differenziertere soziologische Felduntersuchungen notwendig, wenn man über die Zusammenhänge zwischen Gläubigkeit und Mischehe und über deren Ursachen und Auswirkungen zuverlässige Erkenntnisse gewinnen will, die die Voraussetzung für geeignete seelsorgliche Maßnahmen sind.

Eine vorzügliche Untersuchung darüber, die allerdings die Verhältnisse in den Niederlanden zum Gegenstand hat und nur zum Vergleich auch anderen Ländern, darunter an erster Stelle Deutschland, Aufmerksamkeit schenkt, ist soeben in der Schriftenreihe des Katholischen Sozial-Kirchlichen Institutes in Den Haag erschienen. Sie beruht auf sehr umfangreichem statistischem Material. Es handelt sich um das Buch von B. van Leeuwen OFM: „Het Gemengde Huwelijk" (Assen 1959). Der Verfasser gibt zunächst einen Überblick über die Entwicklung der kirchlichen Mischehepraxis in seinem Lande von der Reformation bis zur Gegenwart, der von hohem Interesse ist, hier aber übergangen werden muß. Dann analysiert er die Daten unseres Jahrhunderts und besonders der Nachkriegszeit, die er schon rein statistisch unter einer Reihe origineller Gesichtspunkte aufschlüsselt. Es würde zu weit führen, hier einzelne Zahlen anzugeben. Sie rechtfertigen aber eine Anzahl pastoralsoziologischer Folgerungen, die als Möglichkeiten und Überlegungen auch außerhalb der Niederlande in Betracht kommen.

Mischehen nehmen zu

Bekanntlich steigt die Zahl der Mischehen in Deutschland zwar langsam, aber kontinuierlich. In absehbarer Zeit wird es, wenn diese Strömung anhält, so weit sein, daß auf zwei rein katholische kirchlich getraute Paare eine Mischehe katholisch getraut wird. Bezieht man die bürgerlichen Eheschließungen ein, dann kommen auf hundert standesamtliche Trauungen zweier Katholiken zwischen sechzig und siebzig Trauungen konfessionsverschiedener Partner. Man verweist nun in Deutschland bisweilen darauf, daß das in den Niederlanden nicht so sei, und dabei schwingt manchmal die Vermutung mit, es könne an der seelsorglichen Praxis liegen. Nach den Untersuchungen von van Leeuwen trügt der Anschein. In den Niederlanden gibt eine zunehmend große Zahl von Katholiken beim bürgerlichen Abschluß der Ehe an, keine Konfession zu haben. „Sie gehen somit keine Mischehe, sondern vielmehr eine homogen unkirchliche Ehe ein" (382). Das hängt damit zusammen, daß die Konfessionslosigkeit namentlich in den großen Städten des Landes verbreiteter ist als in Deutschland, hat aber einen Vorteil: Diejenigen, die sich auch beim Eheabschluß zu einer Konfession bekennen, haben eine gewisse religiöse Substanz. So hat der Begriff „Mischehe" mehr an religiösem Inhalt, und diese Art von Mischehen ist tatsächlich im Abnehmen.

Gründe für die Zunahme

Es ist nichts Neues, daß die Diasporasituation, also der geringfügige Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung, die Mischehe am wirksamsten begünstigt und zwar mit der Tendenz, daß der der Minderheitskonfession angehörige Teil seine Konfessionszugehörigkeit praktisch oder auch formell aufgibt. Diese Beobachtung ist aber nicht vollständig richtig. Die differenziertere Statistik zeigt die Bedeutung eines entgegengesetzten Faktors. Er wird geschaffen durch das religiöse und soziale Milieu. Wo das religiöse Leben, soweit es statistisch erfaßbar ist, stärker pulsiert, dort ist die Zahl der Mischehen geringer. Aber eine noch größere Bedeutung hat, wenigstens in den Niederlanden, der Unterschied von Stadt und Land. Die Größe und Struktur der Städte ist für die Häufung der Mischehen „ausschlaggebend". Auch die soziale Stellung der Männer hat statistisch eine Beziehung zur Häufigkeit der Mischehen. Sie werden am häufigsten von Arbeitern, vor allem von ungelernten Arbeitern, abgeschlossen, was van Leeuwen darauf zurückführt, daß diese dem zersetzenden Großstadtmilieu am meisten ausgesetzt und am wenigsten von Rücksichten auf die Familie geleitet sind. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die religiöse Gleichgültigkeit und Unkirchlichkeit eher die Ursache oder eher die Folge der Mischehe sei. Es scheint, daß das Milieu beide Phänomene gleichmäßig begünstigt.

Der Anteil der Geschlechter

Der Anteil der beiden Geschlechter an den Mischehen ist sowohl in den Niederlanden als auch in der Bundesrepu-

blik in ausgesprochenen Diasporagebieten bei den Männern höher. In katholischen Gebieten und selbst in solchen, wo die Katholiken eine starke Minderheit bilden, überwiegen die Mischehen katholischer Frauen, und diese überwiegen insgesamt nicht unbeträchtlich. Die Soziographie findet dafür keine eindeutige Erklärung. Ein Grund kann darin gesehen werden, daß die Katholiken im großen ganzen eine schwächere wirtschaftliche Stellung haben; ein weiterer darin, daß Männer sich stärker von sachlichen Überlegungen (wozu dann auch die religiösen zu zählen wären), Mädchen dagegen weit mehr von affektiven Bindungen leiten lassen; ein dritter schließlich darin, daß katholische Mädchen vielleicht stärker in der Hoffnung leben, daß ihr Partner konvertieren werde.

Religiöser Nihilismus

Aufschlußreich ist die Tatsache, daß in den Niederlanden die Zahl der Katholiken, die einen konfessionslosen Partner heiraten, rapide zunimmt. Von hundert Katholiken, die eine Mischehe eingingen, heirateten im Jahre 1939 26, 1956 aber schon 39 einen Mann oder eine Frau ohne jede kirchliche Bindung. Diese Entwicklung wird, wie oben angedeutet, in Deutschland verdeckt. Ob sie aber der Sache nach nicht auch vor sich geht? Sie hat jedenfalls zu bedeuten, daß die Mischehen bei einer solchen Entwicklung zunehmend in den Einflußbereich atheistischer oder doch religiös ganz indifferenter Haltungen geraten. „Quantitativ gesehen, ist die konfessionelle Nivellierung der Ehepartner auf dem Niveau der Unkirchlichkeit der am meisten verfolgte Weg" (387). Das wird u. a. auch durch die religiöse Entwicklung der Kinder aus Mischehen bewiesen. Da die Konfessionslosigkeit in den Niederlanden so verbreitet ist, nimmt es nicht wunder, daß der Anteil der Kinder aus katholischen Mischehen, die überhaupt nicht mehr getauft oder einer Religion zugeführt werden, von Jahr zu Jahr steigt. Von den Kindern aus solchen Ehen wurden 1956 38,5 % katholisch, 15,3 % evangelisch, 46,2 % dagegen überhaupt nicht mehr getauft! Nicht selten sind die ältesten Kinder noch getauft, die folgenden dagegen nicht mehr.

Sind rein katholische Familien besser?

Im Gegensatz zu einer weitverbreiteten Meinung kommt van Leeuwen zu dem Ergebnis, daß der Unterschied in bezug auf die religiöse Praxis und Teilnahme am kirchlichen Leben zwischen rein katholischen Ehen und katholisch getrauten Mischehen sowie das religiöse Leben der in ihnen aufwachsenden Kinder im Durchschnitt „erstaunlich gering" sei. Allerdings fällt er dieses Urteil auf einer schmalen Erfahrungsbasis, wie er selbst sagt, und darum ist es fraglich, ob es verallgemeinert werden darf. Es hat auch einen mehr negativen als positiven Sinn: Der Einfluß des Zeitgeistes ist bei den durchschnittlichen katholischen Familien nicht wesentlich geringer als in den Mischehen. Übrigens erhärtet die Statistik, daß das religiöse Leben in katholischen Mischehen günstiger verläuft, wenn die Frau der katholische Teil ist. In den nicht kirchlich getrauten Mischehen dagegen nehmen auch die Kinder sehr wenig am kirchlichen Leben teil, selbst wenn sie getauft sind.

Hinweise für die Seelsorgspraxis

Hinsichtlich der pastoralen Praxis zur Verhinderung künftiger Mischehen hat van Leeuwen die Erfahrung gemacht, daß die Warnung vor den Gefahren für den Glauben nicht viel fruchtet; sie würden nicht ernst genommen, und die Abneigung gegen Mischehen, soweit sie vorhanden sei, habe sehr viel weniger religiöse Motive als vielmehr den Grund einer gewissen Furcht davor, daß die menschliche und eheliche Harmonie in einer Mischehe weniger gewährleistet sein könnte als in einer religiös homogenen Ehe.

Beachtliche Hinweise für die Seelsorgspraxis in der Frage der Mischehen enthält auch ein Aufsatz von Franz Groner im Köln-Aachen-Essener Pastoralblatt (Mai 1959, S. 120—130). Groner lenkt zunächst die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß dieses Seelsorgsproblem wegen der stets zunehmenden Zahl der Katholiken, die in einer Mischehe leben, immer dringender wird, und das besonders im Hinblick auf die ebenfalls steigende Zahl der Kinder aus solchen Ehen. Die Zahl der religiös gemischten Familien werde voraussichtlich schon bald 40 % der Familien einer durchschnittlichen Pfarrgemeinde ausmachen. Die zunehmende Gewöhnung der Gläubigen an die Selbstverständlichkeit von Mischehen könnte das Tempo der Entwicklung sogar noch steigern. „Bei den religiösen Mischehen ist die einzige Stelle, an der es in der katholischen Kirche Deutschlands in der Gegenwart eine rechtswirksame und ins Gewicht fallende Abfallbewegung gibt" (122).

Die pastorale Praxis muß, wie Groner ausführt, zur Kenntnis nehmen, daß die Mischehen allermeist ihre Ursache nicht in einer plötzlich getroffenen Entscheidung haben, sondern durch langsam heranreifende Haltungen vorbereitet werden, die um so schwerer zu beeinflussen sind, als sie einen kollektiven Charakter haben. Wiewohl die Mischehe im Einzelfall und konkret immer in einer persönlichen Entscheidung gründet, nimmt doch die allmählich erworbene und zudem durch eine gewisse „öffentliche Meinung" in dieser Frage vorbedingte „eigene Meinung" und religiöse Einstellung der Entscheidung in dem Augenblick, wo sie fällig ist, das Gewicht und in einem gewissen Sinne die Freiheit. Ein vielleicht unbewußter religiöser Indifferentismus zusammen mit einem Mangel an religiösem Verständnis der Ehe läßt es beinahe selbstverständlich erscheinen, daß man eine Mischehe eingeht, wenn die Dinge sich so fügen. Deswegen bleibt die seelsorgliche Einwirkung, wenn sie erst in diesem Augenblick kommt, fast immer ohne Erfolg.

Institutionalisierung der Sorge um die Mischehe

Wegen der Wichtigkeit der Sache macht Groner den Vorschlag zur „Institutionalisierung" dieser kirchlichen Sorge. Er ist der Meinung, sie sei ebenso wichtig wie die Organisierung der Caritas oder der Sorgen um die Missionen, die Diaspora, den Film und Rundfunk oder die Suchtgefahren. Das Mischeheproblem ist wichtig genug und bleibend genug, um eine derartige Intensivierung und Koordinierung der Seelsorge zu rechtfertigen. Das kann und muß selbstverständlich ohne jede Polemik gegen andere Konfessionen geschehen, die ja in der Sorge um die Seelen in dieser Frage denselben Standpunkt vertreten wie die katholische Kirche, nämlich daß Mischehen aus religiösen Gründen unerwünscht sind.

Motivbeeinflussung

Davon abgesehen, hält Groner die Stärkung der religiösen Abwehrkräfte gegen eine Mischehe unter folgenden Bedingungen für möglich und wirksam:

„Sie muß prophylaktisch in langer Vorausschau erfolgen.

Sie muß kontinuierlich, das heißt mit großer Stetigkeit und über lange Zeiträume durchgeführt werden.
Es müssen die Motive entsprechend ihrer Wirksamkeit und in weiser Beschränkung gestreut werden. Zu viele Motive können sich in ihrer Wirksamkeit gegenseitig schwächen. Die höchsten Motive sind zwar die der reinen Gottesliebe. Es dürfte aber die Vermutung dafür stehen, daß die zunächst wirksamsten hier betreffenden Motive die sind, die in Beziehung zu einem berechtigten Egoismus stehen" (129—130).
Groner trifft sich in dieser Feststellung mit van Leeuwen, der ebenfalls die Erfahrung berichtet, die jungen Menschen zeigten sich religiösen Motiven weniger zugänglich als allgemeinmenschlichen, wie etwa dem der „Harmonie" des Familienlebens. Und dazu steuert Groner ein Beispiel aus einer Kölner Gemeinde bei. Dort wurde jährlich einmal in der Predigt darüber gesprochen, daß die Höhepunkte des Familienlebens (Taufe, Erstkommunion, Trauung, Tod) nur in der religiösen Gemeinsamkeit voll erlebt werden. Die Zahl der Mischehen in dieser Gemeinde ging im Lauf von sieben Jahren radikal zurück, womit natürlich nicht gesagt werden kann, welchen Anteil derartige Vorstellungen an diesem Rückgang hatten.

Die kommunistischen VII. Weltjugendfestspiele

Vom 26. Juli bis 4. August 1959 fanden in Wien die „VII. Weltjugendfestspiele" statt. Die Veranstalter dieser alle zwei Jahre (zuletzt 1957 in Moskau) stattfindenden Festspiele sind bekanntlich die Kommunisten, die sich aber hier wie in so vielen anderen Dingen nicht offen als solche deklarieren, vielmehr unter farblosen Benennungen und mit den Parolen „Friede und Freundschaft" die Jugend der ganzen Welt zu gemeinsamem Spiel und Sport einladen. Sie sehen in dem „Festival", wie es kurz und im Interesse internationaler Verständlichkeit heißt, eine große Möglichkeit, mit den Mitteln der Tarnung in der nichtkommunistischen Welt für die politischen Ziele und Parolen des Kommunismus zu werben und die Politik der Weststaaten zu diskreditieren.
Zum erstenmal wurden die Weltjugendfestspiele außerhalb der kommunistischen Welt abgehalten. Das „Internationale Vorbereitungskomitee" hatte bei der österreichischen Bundesregierung angefragt, und die Regierung gab ihre Zustimmung, obwohl der österreichische Bundesjugendring, in welchem alle österreichischen Jugendverbände mit Ausnahme der Kommunisten zusammengeschlossen sind, heftig gegen die Abhaltung der Festspiele in Wien protestierte.
Die österreichischen Jugendverbände waren von vornherein entschlossen, an dem Festival nicht teilzunehmen, wie ja auch die große Mehrzahl der anderen Jugendverbände der westlichen Welt nicht teilnahm. Diese Haltung wurde da und dort mit dem Argument kritisiert, daß man in der heutigen Situation in der tiefen Entzweiung und Kriegsgefahr jede Gelegenheit des Kontaktes mit der östlichen Welt ergreifen müsse. Die österreichischen Jugendverbände (und ähnlich die anderen) sagten sich aber, daß sie im Rahmen der offiziellen Veranstaltungen auf keinen Fall zu einem offenen, freien Gespräch mit den Festivalteilnehmern gelangen und gegenüber einer Regie, die fest in den Händen der Kommunisten liegt, niemals — auch nicht mit den geschultesten Rednern — wirksam zu Wort kommen, vielmehr zwangsläufig in die offiziellen Slogans hineingezogen würden und dadurch nur mithülfen, das wahre Gesicht des Kommunismus zu verschleiern und seine Position in der Welt zu stärken.
Mit der Ablehnung konnten sich die österreichischen Jugendverbände natürlich nicht zufriedengeben. Sie mußten vielmehr versuchen, die vielen Tausend jungen Menschen, die zu erwarten waren und erstmalig eine nichtkommunistische Stadt sehen würden, mit einer Gegenpropaganda zu beeindrucken und womöglich mit einzelnen oder kleinen Gruppen ins Gespräch zu kommen, um deren Bild vom Kommunismus und von der westlichen Welt zu erschüttern. Diese Vorbereitung setzte zeitlich im Frühjahr ein. Man wandte sich auch an befreundete Organisationen des Auslandes und hatte schließlich, als das Festival begann, über 1500 sprachkundige und geschulte Mitarbeiter zur Verfügung, die katholischen Verbände ca. 800, davon die Hälfte aus dem Ausland, die Sozialisten 700, davon ebenfalls viele aus dem Ausland.
Auch für die österreichische Presse und den Rundfunk stellte sich die Frage, wie sie den Festspielen entgegenwirken sollten; sie beschlossen, als wirksamstes Mittel das ganze Festival während seiner Abwicklung totzuschweigen, höchstens vorher eine Grundsatzerklärung abzugeben. Dadurch wurden die Veranstalter des Festivals besonders schwer getroffen, da sie nun gerade das entbehrten, was sie am meisten brauchten: die Publizität.
In Prag, Budapest, Moskau und Peking wurde (sicherlich) mit großer Aufmachung über die Veranstaltungen berichtet, nur die Stadt, in welcher sie abgehalten wurden, ignorierte sie völlig. Die kommunistische „Volksstimme" wandte sich beschwörend an die Wiener Bevölkerung, die „Mauer des Schweigens" zu durchbrechen, doch die 97 % nichtkommunistischer Bevölkerung nahmen davon keine Notiz. Erst nachdem die Festspiele vorbei waren, erschienen in der Presse kritische Beurteilungen der ganzen Veranstaltung.

Die Teilnehmer

Die Zahl der Festivalteilnehmer wurde vom Veranstaltungskomitee mit 17 000 angegeben, die Wiener Polizei hingegen schätzte ca. 14 000. Das ist gewiß keine überwältigende Zahl. Bei der großen Eröffnungsfeier im Wiener Stadion waren zusammen mit den Wiener Kommunisten und neugierigen Zuschauern maximal 40 000 Personen anwesend, die natürlich das große Stadion nur zur Hälfte füllen konnten. Die Versammlung auf dem Rathausplatz zählte 20 000 Teilnehmer, der Marsch über die Ringstraße und die anschließende Kundgebung auf dem Heldenplatz 12 000, also nicht einmal so viel, als die Zahl der Festivalteilnehmer ausmachte. Außer diesen großen Kundgebungen gab es eine Unmenge von kulturellen Veranstaltungen, u. a. original chinesisches Theater, die aber nur wenig Wiener Bevölkerung als Zuschauer hatten, und die Diskussionsseminare, zu welchen jedoch nur die Festivalteilnehmer, und auch die nur in kleineren Gruppen, Zutritt hatten. In diesen letzteren konnten die Kommunisten dank ihrer Regie die gestellten Themen, wie Weltfriede, Unabhängigkeitsstreben der farbigen Völker, in ihrem Sinn behandeln. Doch selbst hier gab es kritische Stimmen, besonders von seiten der USA-Delegation, die kräftig ihre Meinung über persönliche Freiheit zum Ausdruck brachte. Dies führte zu einer Auf-

spaltung der USA-Delegation, wie es auch bei anderen Delegationen über die aufgeworfenen Fragen wesentliche Meinungsverschiedenheiten und scharfe Worte gab, so bei der italienischen, indischen, pakistanischen und brasilianischen.

Hinsichtlich des freien Ausgangs untertags und in den Abendstunden bestanden große Unterschiede. Die Teilnehmer aus den Weststaaten und aus Übersee konnten sich bis spät in die Nacht im Prater — dort waren in den Hallen des Messegeländes ca. 5000 Festivalteilnehmer untergebracht — und in den Straßen der Stadt bewegen, während die aus den Oststaaten nur sehr beschränkten oder gar keinen Ausgang hatten. Völlig isoliert waren die Rumänen. Sie waren auf Schiffen im Winterhafen untergebracht und wurden geschlossen mit Autobussen zu den Veranstaltungen und wieder zurückgebracht, während zur Nachtzeit Scheinwerfer die Umgebung der Schiffe unter Kontrolle hielten, ähnlich wie das in den Gefangenenlagern der Fall ist.

Bei ihrem Wandern durch die Stadt machten die Festivalteilnehmer keinen unsympathischen Eindruck, manche waren in malerischer Nationaltracht, die anderen in normaler, meist einfacher Kleidung. Auffällig war, daß sich unter ihnen viele Personen befanden, die man bei uns nicht mehr in die Jugend einreiht. Das ist einmal dadurch zu erklären, daß für die kulturellen Darbietungen sehr viele Künstler nach Wien gekommen waren, zum anderen aber wohl durch die übergroße Zahl von geeichten Funktionären, die man vorsichtshalber mitgeschickt hatte.

Die Gegenaktionen

Die Gegenaktion der österreichischen Jugendverbände (Bundesjugendring und österreichische Hochschülerschaft) war sehr vielfältig: 1. Eine Ausstellung im Künstlerhaus, unmittelbar neben dem Hauptquartier des Festivals, „Österreichs Jugend stellt sich vor". In Plakaten, Spruchbändern, Fotos und Schriften wurde gezeigt, daß es hierzulande eine Vielfalt von Jugendorganisationen gibt, alle auf der Basis völliger Freiheit und des Geltenlassens der anderen. Es kamen immer wieder Festivalteilnehmer herein, freilich im ganzen nicht sehr viele. 2. Informationsstellen an 15 markanten Punkten der Stadt, wo Fragen beantwortet und Schriften verteilt wurden, auch Bücher, wie „Doktor Schiwago" und „Die neue Klasse" von Djilas, ferner religiöse Schriften, wie Bibeln in verschiedenen Sprachen. In den 15 Informationsstellen wurden täglich zusammen ca. 4000 Besucher gezählt, darunter 800—1000 Festivalteilnehmer. (Die übrigen 3000 Besucher erklären sich durch den großen Fremdenstrom, der sich durch Wien bewegte.) In und vor den Informationsstellen entwickelten sich häufig lebhafte Diskussionen mit den Festivalteilnehmern. 3. Unentgeltliche Filmvorführungen in mehreren Wiener Kinos mit Filmen wie „Ungarn in Flammen" und „Völker, hört die Signale". Anfangs konnte man nur relativ wenige Festivalteilnehmer hineinbringen, später aber immer mehr, besonders in ein Kino, das einem von den Kommunisten für die Festspieldauer gepachteten so nahe lag, daß den Besuchern eine Unterscheidung schwerfiel. Außerdem wurden große, gutbesuchte Konzerte veranstaltet. 4. Mehrsprachige Plakate an den Plakatwänden der Stadt und eine Zeitung „Stimme der Jugend" in Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch und Russisch. Noch intensiver war die publizistische Aktion des Herausgebers der „Presse", der durch zehn Tage hindurch täglich die „Wiener Nachrichten" in sieben Sprachen erscheinen ließ. Ferner kreisten stundenweise Flugzeuge, die den Text nachzogen: „Denk an Ungarn", „Denk an Tibet", „Festival ohne uns", über der Stadt.

Außer diesen gemeinsamen Aktionen des Bundesjugendringes und der österreichischen Hochschülerschaft gab es gesonderte Aktionen der katholischen und der sozialistischen Gruppe. Die katholischen Verbände veranstalteten eine Ausstellung „Unbesiegter Glaube" über die Christenverfolgungen im Osten. Unter den über 60 000 Besuchern waren immerhin 600 Festivalteilnehmer. Außerdem veranstalteten sie unentgeltliche Autobusfahrten zum Eisernen Vorhang, damit die Besucher sich von der Existenz des Stacheldrahtverhaues und der Wachttürme an den Grenzen des kommunistischen Paradieses überzeugen konnten. Die katholischen Verbände allein veranstalteten 88 Fahrten mit 3000 Personen, darunter ca. 1300 Festivalteilnehmern, also ein großer Erfolg. Überdies wurden bei den Informationstellen und bei den Autobusfahrten insgesamt 22 000 Postkarten mit dem Bild des Stacheldrahtverhaues verteilt. Auch die Sozialisten veranstalteten Fahrten zum Eisernen Vorhang, allerdings nicht so viele, machten statt dessen aber Stadtrundfahrten und Betriebsbesichtigungen in Wiener und niederösterreichischen Fabriken. Weiter sind zu nennen die Einladungen zum Mittagessen in Wiener Familien (100 Personen) und die 150 Reisestipendien in die westlichen Länder, die von den Deutschen Jugendverbänden und von der evangelischen „Union junger Christen" ausgegeben wurden. Sehr erfolgreich waren die beweglichen kleinen Teams (2—3), um einzelne durch die Straßen schlendernde Festivalteilnehmer bzw. kleine Gruppen anzusprechen. Für die eigenen Leute und die Wiener Bevölkerung wurden Gottesdienste und Gebetsstunden für die verfolgte Kirche gehalten.

Diese verschiedenen Aktionen waren gewiß eine sehr bedeutende Leistung der österreichischen Jugendverbände. Viel mehr zu tun war wohl nicht möglich. Die Kosten dieser Aktion machten etwa 4 Millionen Schilling aus, die zum Teil von den österreichischen Jugendverbänden, zum anderen sehr erheblichen Teil durch Spenden aufgebracht wurden. Demgegenüber betrugen die Kosten des Festivals gut 4 Millionen Dollar, also über 100 Millionen Schilling.

Erfahrungen

Die Frage ist nun, in welchem Maße man wirklich an die Festivalteilnehmer herankam, um sie zum Nachdenken über Programm und Wirklichkeit des Kommunismus anzuregen. Die Diskussionen vor dem Künstlerhaus und anderen stark besuchten Informationszentren, die bis tief in die Nacht dauerten, waren im Grunde die weniger ertragreichen. Sie spielten sich meist zwischen kommunistischen Funktionären, die offensichtlich von der Festivalleitung geschickt waren, und Sprechern der Gegenseite, vielfach Leuten aus der zusammengeströmten Wiener Bevölkerung, ab, während die Festivalteilnehmer angesichts ihrer Funktionäre bloß zuhörten und wenig von dem merken ließen, was sie sich dachten. Zu besserem Kontakt führten die Diskussionen in den ruhigeren Informationsstellen, wohin die Festivalleitung keine Redner entsandt hatte, und besonders bei den Rückfahrten vom Eisernen Vorhang und mit den kleinen beweglichen Teams. Man konnte beobachten, daß die Festivalteilnehmer anfangs in größeren Gruppen gingen und meist von einem Funktionär begleitet waren, der ein Gespräch mit einem dieser

Teams verhinderte; daß aber später die Teilnehmer aus der nichtkommunistischen Welt diese Bevormundung abschütteln konnten und in kleinen Gruppen oder einzeln gingen. Kam ein Gespräch in Gang, stellten die Festivalteilnehmer immer gleich die Frage, weshalb man sie hier so unfreundlich behandele, indem man sich weigere, mitzutun, und nichts über das Festival berichte. Damit war man in medias res gelangt, und der Gesprächspartner wies auf die Tatsachen Ungarn und Tibet und das wahre Gesicht des Kommunismus hin. Mit diesen Argumenten machte man, wie es schien, einigen Eindruck auf die Ostdeutschen und die Polen — doch läßt sich die tatsächliche Wirkung schwer beurteilen, da die Menschen der östlichen Welt gelernt haben, sehr zurückhaltend zu sein —, von den Russen z. B. prallten derartige Argumente ab, während man mit den Ungarn, Tschechoslowaken und Rumänen so gut wie gar keinen Kontakt fand. Relativ schwach waren auch die Kontakte mit den Leuten aus Westeuropa, da diese wenig in Erscheinung traten und wenig Interesse für Gespräche hatten. Sehr schwierig erwies sich auch das Gespräch mit den Südamerikanern, schon aus sprachlichen Gründen, da man entsprechend sprachkundige Leute nicht zur Verfügung hatte.

Wieder anders war die Situation bei den Asiaten und Afrikanern. Für das Gespräch mit ihnen wurden die bestgeschulten Leute eingesetzt, darunter 26 katholische Studenten dieser Länder, die in Wien studieren. Die Teilnehmer aus Übersee waren von der großen Aufmachung der Veranstaltung und der betonten Herzlichkeit und Achtung seitens der Festivalleitung sichtlich stark beeindruckt. Sie sehen keine sonderliche Gefahr im Kommunismus (eine Tatsache, die aus den Missionen immer wieder berichtet wird). Sie haben ein tiefes Ressentiment gegen ihre einstigen und zum Teil noch heutigen Kolonialherren. Ein Ausspruch für viele ist hier charakteristisch: „Den westlichen Kolonialismus kennen wir, den östlichen aber nicht." Sie sind von einem brennenden Unabhängigkeitsverlangen erfüllt und erklären, daß jeder, der sie auf diesem Wege unterstütze, ihr Freund sei. Immerhin konnte erreicht werden, daß sie angesichts mancher unleugbarer Tatsachen der kommunistischen Welt nachdenklich wurden und ihr Bild von Europa ein wenig korrigierten. Alle Festivalteilnehmer waren von der Tatsache beeindruckt, daß die Wiener Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit den Kommunismus ablehnt.

Diese Bilanz der persönlichen Kontakte könnte vielleicht gering erscheinen. Man muß aber bedenken, daß die ausländischen Teilnehmer ein reiches Programm abzuwickeln hatten und von vielen Eindrücken überschüttet wurden, was naturgemäß die Zeit und Energie für persönliche Gespräche, noch dazu unter sprachlichen Schwierigkeiten, sehr einschränkte. Ferner ist zu bedenken, daß bei einem einmaligen Gespräch — nur selten gelang eine zweite oder dritte Begegnung — die ungeheure geistige Entfernung, die zwischen östlicher und westlicher Welt besteht, nicht so leicht überwunden werden kann. Wenn man diese Schwierigkeiten bedenkt, war der Erfolg nicht gering. Die eigentlichen, tiefer reichenden Auswirkungen der Begegnung von östlicher und überseeischer Welt mit einer Stadt wie Wien und mit Menschen, die sich um echten Kontakt bemühten, können wohl überhaupt nicht abgeschätzt werden.

Aus dem Vatikan

Die Vorbereitung des Ökumenischen Konzils

Papst Johannes XXIII. läßt, wie wir wissen, keine Gelegenheit vorübergehen, an das von ihm angesagte Ökumenische Konzil zu erinnern. Meist geschieht das in kurzen Erwähnungen und Aufforderungen zum Gebet und zur inneren Vorbereitung, um das Bewußtsein des kommenden großen Ereignisses bei den Gläubigen wachzuerhalten. Er hat jedoch auch in verschiedenen Ansprachen konkretere Äußerungen getan, die wir hier zusammenstellen. Daneben gehen die Vorarbeiten der Vorbereitenden Konzilskommission weiter.

Papst Johannes XXIII. über den Charakter des Konzils

In der Ansprache an eine Gruppe von Nationalseelsorgern der Katholischen Aktion Italiens am 7. Juli gedachte der Heilige Vater der Heiligen des liturgischen Festes dieses Tages, der Slawenapostel Cyrill und Methodius: „Diese beiden außerordentlichen Gestalten mahnen uns an unsere Pflicht, uns mit ständig wachsender Liebe um unsere getrennten Brüder zu bekümmern und sie durch jede Form der Anziehung einzuladen, wie es die liturgischen Hymnen dieses Festes offen ersehnen. Die wunderbaren Unternehmungen der Heiligen Cyrill und Methodius öffnen vor unsern Augen Horizonte, die wir noch nicht genau betrachten können, weil ein großer Schleier — der Eiserne Vorhang — sie uns verbirgt.

Wir stellen uns gern vor, daß die Vorsehung dank unserer Gebete und Opfer im Begriff ist, eines der wunderbarsten Geheimnisse der Geschichte auszuarbeiten, das Geheimnis der Erbarmung des Herrn über alle Völker."

Die wichtigsten Äußerungen über das kommende Konzil tat der Papst in einer Ansprache an die Diözesanpräsidenten der Katholischen Aktion Italiens, die er Anfang August in Castelgandolfo empfing. Der „Osservatore Romano" berichtet über diese Ansprache am 10./11. August. Nachdem Papst Johannes verschiedene andere Themen berührt hatte, kam er auf das Konzil zu sprechen.

„Das Ökumenische Konzil", so gibt der „Osservatore" den Inhalt der Ansprache wieder, „stellt sich als eine Kundgebung wahrhaft weltumspannender Katholizität von ungewöhnlicher, weittragendster Bedeutung dar. Was geschieht, bestätigt, daß der Herr den heilbringenden Plan mit seiner heiligen Gnade unterstützt. Die Idee des Konzils ist nicht als Frucht langdauernder Erwägung gereift, sondern wie die plötzliche Blüte eines unerwarteten Frühlings.

Der Heilige Vater hatte den glücklichen Vorschlag angenommen, die jährliche ‚Gebetswoche für die Einheit der Kirche' in der Basilika San Paolo am 25. Januar abzuschließen. In diesen Tagen dachte er ständig darüber nach, daß das Ziel jener Gebete eben das ‚unum sint' unseres Herrn Jesus Christus sei, der Seufzer, die Klage des Erlösers, der schon ausgerufen hatte: ‚Erhebet eure Augen, und schaut die Felder an, wie sie weiß sind zur Ernte' (Joh. 4, 35).

Petrus ist immer bereit, seiner Aufgabe treu zu bleiben angesichts der neuen Möglichkeiten, die die Hilfsmittel des menschlichen Fortschritts auch in materiellen Dingen den geistigen Aufgaben zur Verfügung stellen. In unserer Zeit sind Treffen von Politikern, Diplomaten, Wissenschaftlern, Industriellen häufig ... Warum sollten sich nicht auch die zusammenfinden, die einig sind in der Verherr-

lichung des größten Ereignisses der Menschengeschichte: des Sieges der Zivilisation im Lichte Christi? . . .
Was hoffen und was wünschen wir? Für alle den vollen Sieg unseres Herrn Jesus Christus und seines Kreuzes. In Erwartung jenes unvergleichlichen Ziels liegt schon ein großer Trost darin, das günstige Echo und die außerordentliche Freude bei der bloßen Ankündigung des Konzils von allen Seiten zu vernehmen . . .
Mit Gottes Gnade werden wir also dieses Konzil abhalten; wir wollen es vorbereiten, indem wir uns um das bemühen, was auf Seiten der Katholiken am meisten nötig hat, geheilt und gestärkt zu werden, wie es uns unser Herr gelehrt hat. Wenn wir dann diese mühevolle Aufgabe durchgeführt und so alles das ausgemerzt haben, was im menschlichen Bereich ein rasches Fortschreiten behindern konnte, werden wir die Kirche in ihrem ganzen Glanz vorstellen, ‚sine macula et ruga', und allen anderen, die von uns getrennt sind, den Orthodoxen, den Protestanten usw., sagen: Seht, Brüder, dies ist die Kirche Christi. Wir haben uns bemüht, ihr treu zu bleiben, den Herrn um die Gnade zu bitten, daß sie immer so bleiben möge, wie Er sie gewollt hat.
Kommt, kommt: dies ist der Weg, der sich für die Begegnung, für die Heimkehr öffnet; kommt, euren Platz einzunehmen oder wiedereinzunehmen, der für viele von euch der Platz eurer Väter war. O welche Freude, welche Blüte auch im bürgerlichen und sozialen Bereich darf die ganze Welt vom religiösen Frieden, von der Wiederherstellung der Christenfamilie erwarten!"
In einer weiteren Audienz, in der der Heilige Vater am 9. August in Castelgandolfo eine Gruppe von 80 Seminaristen aus seiner Heimatdiözese Bergamo empfing, hielt er eine Ansprache, die die Zeitung „Eco di Bergamo" referiert. Auch hier ging Papst Johannes wieder auf die Beziehung des Konzils zu den getrennten Brüdern ein. Er sprach von der liebevollen Aufmerksamkeit, mit der Orthodoxe und Anglikaner den Fortgang der Konzilsvorbereitungen verfolgen. Bei früheren Gelegenheiten haben diese Kirchen kein so wohlwollendes Interesse gezeigt. Jetzt hingegen besteht eine große Sehnsucht und Teilnahme am Gebet bei Millionen von Brüdern, die auf ihre Heimkehr zur Kirche warten. All dies ist ermutigend und weckt zugleich Optimismus und das Bewußtsein der großen Verantwortung. Wenn die Katholiken auch die Rückkehr der getrennten Brüder voll Eifer wünschen, so müssen sie doch zuerst für ihre eigene Läuterung und Eintracht sorgen. Der Heilige Vater ermahnte die Seminaristen, sich keinem oberflächlichen Optimismus zu verschreiben, sondern auf die Allmacht Christi zu vertrauen.
Wiederum sprach Papst Johannes von dem kommenden Konzil in einer Audienz vor etwa 2000 Pilgern in Castelgandolfo am 30. August. An diesem Tag hat er (nach „La Croix", 1. 9. 59) erklärt, daß, wenn die getrennten Brüder dem Konzil beiwohnen wollen, man sie vernünftigerweise auch empfangen müsse, da ja „die Kirche immer ihr Haus geblieben ist, von dem sie sich im Laufe der geschichtlichen Ereignisse getrennt haben".
Anfang August hat Kardinalstaatssekretär Tardini, Präsident der Vorbereitenden Konzilskommission, der Presse mitgeteilt, ein Rundbrief sei an rund 2700 Prälaten und Ordensleute der ganzen Welt versandt worden mit der Aufforderung an die Adressaten, mit größter Offenheit und Klarheit ihre Meinung über die Probleme abzugeben, die ihrer Ansicht nach auf dem Ökumenischen Konzil behandelt werden müssen. Ungefähr 40 Antworten waren Mitte August bereits eingetroffen; sie werden photokopiert und in mehrfacher Ausführung speziellen Dossiers einverleibt. Wie schon gemeldet, sind folgende weitere Gremien zur Vorarbeit aufgefordert: die Katholischen Universitäten und kirchlichen Hochschulen, die durch ihre Experten Studien über Fragen der Theologie, Moral, Philosophie, Liturgie, Kirchenrecht, Soziologie usw. ausarbeiten lassen sollen, die das Konzil interessieren können, und die Römischen Kongregationen, die Kommissionen von Konsultoren und Gelehrten der verschiedenen Nationalitäten konstituiert haben, um die Fragen auszuarbeiten, die sie dem Konzil vorlegen wollen.

Fortgang der Vorbereitung der Römischen Diözesansynode

Über den Fortgang der Vorarbeiten für die Römische Diözesansynode berichtete der Sekretär der Synodalkommission, Msgr. Maccari, in einem längeren Aufsatz im „Quotidiano" vom 5. Juli 1959.
Zu diesem Zeitpunkt war die Arbeit der acht Unterkommissionen (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 464 f.) bereits weit fortgeschritten und hatte rund 700 Beiträge mit Vorschlägen für die Synode zusammengetragen (sechs Wochen später sprach Msgr. Maccari bereits von 800 Beiträgen), die in langen, minutiösen Untersuchungen ausgearbeitet worden waren. Sie wurden dann zu Berichten verdichtet und zusammengefaßt, und aus diesen sind wieder kurze Vorschläge herausdestilliert worden. Diese Arbeiten benötigen bis zu ihrem Abschluß ungefähr hundert Sitzungen der Unterkommissionen.
Der nächste Schritt besteht darin, daß die Berichte der Unterkommissionen der eigentlichen Synodalkommission zugeleitet werden, damit diese sie zu einem einheitlichen Text verarbeitet und die einzelnen Gesichtspunkte ins richtige Verhältnis zueinander bringt. Dieser Text wird dann dem Bischof von Rom, Papst Johannes XXIII., zur Billigung unterbreitet werden. Als Bischof von Rom ist der Papst der einzige Gesetzgeber der Synode.
Über den vermutlichen „Inhalt" der Synode schrieb Msgr. Maccari in diesem Aufsatz, wenn man auch noch große Zurückhaltung bewahren müsse, so könne man doch wohl sagen, daß die Synode, die die Erneuerung des christlichen Glanzes der Ewigen Stadt zum Ziel habe, eben die Mittel suchen werde, die zu diesem Ziel führen können. Dazu ist vor allem eine „mutige und moderne Erkenntnis der Probleme, auch der ernstesten", nötig. Als Richtlinie dürfe man wohl das Thema der ersten Enzyklika Papst Johannes' XXIII. ansehen: Wahrheit und Einheit.
Die Wahrheit muß in bezug auf die brennenden pastoralen und organisatorischen Probleme aufgedeckt werden, ohne Furcht vor bitteren und schmerzlichen Erkenntnissen. Auch wenn Msgr. Maccari sich hier nur in ganz allgemeinen Hinweisen äußern kann, so glaubt er doch, jeder könne daraus schon ersehen, zu welch pastoralem Aufschwung, zu welchem Dynamismus die Synode in diesem Bereich die Diözese aufwecken werde.
Für die Diözese Rom ist auch das Ziel der Einheit von großer Bedeutung. Die hundert und aber hundert katholischen Institutionen, die in Rom existieren, werden aus der brüderlichen Vereinigung unter der Leitung ihres Bischofs neue Lebenskraft gewinnen, die noch weit über die kostbaren, aber begrenzten Ziele jeder einzelnen hinausgeht.

Wenige Tage später ließ Papst Johannes durch die Vermittlung Kardinal Tardinis dem Kardinalvikar von Rom, Msgr. Micara, eine Botschaft zukommen, in der er seine Wünsche für die geistige Vorbereitung des gesamten Klerus von Rom auf die Synode zum Ausdruck bringt. Der Heilige Vater hofft, daß sich der ganze römische Klerus in besonderen Exerzitien auf dieses große Ereignis seiner Diözese vorbereitet. In dem Schreiben Kardinal Tardinis wird darauf hingewiesen, daß „man vielleicht nicht genügend beachtet hat, daß die Übergabe des Primats an Petrus während einer Zeit der Einkehr geschah, als der Meister mit seinen Jüngern in der Einsamkeit in der Gegend von Cäsarea Philippi weilte". Die Bedeutung der Einkehr für die Vertiefung des priesterlichen Lebens ist von Papst Pius XII. und vorher schon vom heiligen Papst Pius X. nachdrücklich betont worden. „Priester, vor allem die Seelsorgsgeistlichen, müssen die ersten sein, die die Schwere und Dringlichkeit des Problems erkennen, und sie müssen sich würdig darauf vorbereiten, Werkzeuge Gottes zu sein." Pius XII. ermahnte den römischen Klerus zu besonderen Exerzitien zur Vorbereitung auf das Heilige Jahr 1950. Ebenso ermahnt jetzt Johannes XXIII. den römischen Klerus zur Vorbereitung auf die Synode, die der feierlichste rechtliche Akt einer Diözese ist und das Ziel hat, die geeignetsten Mittel und Wege zu finden, durch die Jahrhunderte hin das göttliche Werk fortzuführen, das der Erlöser begonnen hat, und ihm Erhabenheit und Gesetzeskraft zu geben. Der Papst macht diese besonderen Exerzitien dem römischen Klerus nicht direkt zur Pflicht, aber er ermahnt ihn dringend dazu.

Msgr. Carlo Maccari äußerte sich am 13. August nochmals über den Stand der Vorarbeiten für die Synode. Er gab diesmal mit ziemlicher Sicherheit an, daß die Synode vor Jahresende zusammentreten werde. Die Arbeit der Unterkommissionen war Mitte August abgeschlossen. Für den römischen Klerus waren sieben ausgedehnte Kurse geistlicher Exerzitien angekündigt worden (der „Osservatore Romano" veröffentlichte das diesbezügliche Schreiben Kardinal Micaras am 22. August), die im September und Oktober abgehalten werden sollen.

Msgr. Maccari wies dann darauf hin, daß dies die erste römische Diözesansynode seit der Zeit vor dem Trientiner Konzil, nämlich seit 1461, sein werde. Er betonte auch nochmals einige andere Umstände, die diese Synode auszeichnen werde: sie betrifft die Mutterdiözese der Welt, und daher sind einige ihrer Amtsträger auch Amtsträger der Gesamtkirche; Rom ist der Sitz nicht nur der Kurie der Kirche, sondern auch der Leitungen der größten religiösen Orden; der Papst hat als Bischof von Rom den Beschluß gefaßt, die Synode einzuberufen, und hat an ihrer Vorbereitung aktiven Anteil genommen; der Papst hat die Synode ausdrücklich auf die Vorbereitung des Ökumenischen Konzils und die geplante Reform des Kanonischen Rechts bezogen (nach NCWC News Service, 17. 8. 59).

Aus Süd- und Westeuropa

Um ein katholisch-orthodoxes Theologentreffen in Venedig 1960

An der Tagung des Zentralausschusses des Weltrats der Kirchen im August auf der Insel Rhodos (vgl. ds. Heft, S. 23) nahmen auch zwei katholische Theologen als Beobachter teil, und zwar: Christophe Dumont OP, Direktor des Studienzentrums „Istina" in Paris und Mitglied des Direktoriums der „Katholischen Konferenz für ökumenische Anlegenheiten", einer 1952 gegründeten, von Rom ermutigten nicht-offiziellen Studiengemeinschaft katholischer Spezialisten verschiedener Länder für Kontakte mit dem Weltrat der Kirchen, sowie Msgr. T. G. Willebrands, Warmond, Sekretär dieser Konferenz. Ferner waren katholischerseits auf Rhodos anwesend: P. Maurice Villain, Autor verschiedener Werke über ökumenische Fragen; P. Strotmann OSB, Mönch von Chevetogne in Belgien und Mitarbeiter der Zeitschrift „Irénikon", und P. Antoine Wenger, Professor für orientalische Theologie an den Katholischen Fakultäten von Lyon und Chefredakteur der französischen katholischen Tageszeitung „La Croix".

Mißverständliche Pressemeldungen und Dementis

Die erste Nachricht über diese Zusammenkunft katholischer und orthodoxer Vertreter wurde durch eine Meldung der Agentur Reuter aus Rhodos vom 22. August verbreitet, die (nach „Le Monde", 23./24. 8. 59) folgenden Wortlaut hatte:

„Die katholische Kirche und die östliche orthodoxe Kirche haben sich bereit erklärt, im folgenden Jahr eine Theologenkonferenz abzuhalten, die die Aussichten der Wiedervereinigung der beiden Kirchen, die seit neun Jahrhunderten getrennt sind, untersuchen soll.

Diese Abmachung ist am Freitag getroffen worden, als die orthodoxen Prälaten, die an den Arbeiten der Zentralkommission des Weltrats der Kirchen teilnehmen, den Vorschlag Kardinal Tisserants, des Doyens des Heiligen Kollegiums, annahmen.

Der Vorschlag wurde anläßlich einer Geheimsitzung zwischen den Leitern der orthodoxen Kirche (inklusive einigen Vertretern des orthodoxen Patriarchats von Moskau) und zwei katholischen Kirchenmännern, die der Tagung als Korrespondenten katholischer Zeitungen beiwohnen, aber in Wahrheit Abgesandte des Vatikans sind, übermittelt."

Diese Reuter-Meldung ist so voll von Unrichtigkeiten und Ungenauigkeiten, daß sie nur dementiert werden konnte. Die allgemeine Presse hat sowohl die Agenturmeldungen wie die darauf folgenden Dementis verbreitet, nicht aber die weiteren Klarstellungen. Wesen und Bedeutung dieser Begegnung orthodoxer und katholischer Persönlichkeiten sind daher in weiten Kreisen überhaupt nicht erfaßt worden. Die späteren Veröffentlichungen, zumal P. Wengers in „La Croix" und ein ausführlicher Kommentar von Radio Vatikan, lassen jedoch keinen Zweifel mehr darüber offen. Wir stellen hier die Dokumentation über den gesamten Vorfall zusammen.

Auf die Reuter-Meldung folgten zunächst Dementis sowohl von orthodoxer wie von katholischer Seite.

Am 24. August wurde vor dem Zentralausschuß des Weltrats der Kirchen — der sich über die Meldung von einer „Sonderkonferenz" der Orthodoxen mit den katholischen Theologen am Rande seiner Tagung sehr verärgert gezeigt hatte — eine Erklärung verlesen, die der griechische Metropolit Jakovos von Philadelphia und ganz Amerika (früher Erzbischof von Malta und besonderer Vertrauter des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel) und Prof. Ioannidis, einer der führenden Theologen der Universität Athen, abgaben:

„Wir sind über einige Mißverständnisse und grobe Übertreibungen sehr erstaunt, die in der Presse im Blick auf

ein freundliches Gespräch zwischen orthodoxen Mitgliedern des Zentralausschusses und zwei römisch-katholischen Gästen auf der Tagung des Ökumenischen Rates erschienen sind.

Der wahre Sachverhalt ist der, daß eine absolut informelle Kontaktaufnahme zwischen verschiedenen Persönlichkeiten ohne Auftrag oder Weisung stattgefunden hat — wie das auch bei anderen Gelegenheiten an verschiedenen Orten geschieht —, und zwar auf der Ebene informeller theologischer Kontakte.

Um jede falsche Auslegung unmöglich zu machen, möchten wir Orthodoxen ganz klar betonen, daß der Hauptpunkt unseres inoffiziellen Gesprächs eben diese Art von Kontaktaufnahme zwischen theologischen Fakultäten war. Ein Gespräch oder gar Verhandlungen über irgendwelche offiziellen Kontakte zwischen den beiden beteiligten Kirchen hat nicht stattgefunden. Jede andere Auslegung müssen wir energisch zurückweisen." (Diese Erklärung hat das Informationsblatt des Weltkirchenrats „World Council of Churches Information" am 24. August veröffentlicht.) Einem Vertreter der „New York Times" gegenüber erklärte Metropolit Jakovos gleichzeitig, eine Einladung auf hoher Ebene könne keinesfalls ernstlich in Betracht gezogen werden, bevor sie nicht im Namen Seiner Heiligkeit Papst Johannes' XXIII. erginge. „Diesmal kann es sich nicht um ein Treffen zwischen Orthodoxen schlechthin und Katholiken schlechthin handeln, es ist nichts, was sich mit einer Synode oder einem Konzil vergleichen ließe; es wird sich auf einer ganz niederen Ebene, zwischen Theologen, abspielen" (nach NCWC News Service, 24. 8. 59).

Auf der anderen Seite mußte sich Kardinal Tisserant sofort gegen die Rolle verwahren, die man ihm zugeschrieben hatte. Er gab am 24. August der französischen Presseagentur AFP die Erklärung ab (und ähnlich wurde seine Stellungnahme auch in der italienischen Presse, zumal in „Il Popolo" und im „Corriere della Sera" wiedergegeben), daß er „absolut nichts von einer solchen Tagung wisse" — nämlich von einer Tagung offizieller Vertreter der beiden großen Kirchen —, daß er dagegen den Vorschlag P. Dumonts, der ein Treffen von Theologen im Auge habe, durchaus billige; denn, so fügte er hinzu, „das liegt auf der Linie der von Johannes XXIII. herausgestellten Prinzipien". NCWC News Service meldete ebenfalls bereits am 24. August, daß sowohl das Heilige Offizium wie auch die Staatssekretarie einen „Auftrag" an die beiden katholischen Priester dementierten (dies sind die beiden Stellen, die allein einen solchen im Namen der Kirche erteilen könnten). Auch P. Dumont stellte sogleich richtig, daß er als einfacher Beobachter in Rhodos sei. „Ich verfolge", so sagte er, „seit dreißig Jahren ein ökumenisches Werk, und dieses Treffen mit den Leitern der orthodoxen Kirche hat nicht mehr zu bedeuten als jeder andere meiner Kontakte."

Die ersten falschen Pressemeldungen und die darauf folgenden Dementis haben bei vielen Menschen, die sich mit den Fragen der Wiedervereinigung der Christen und zumal der Annäherung zwischen der katholischen und der orthodoxen Kirche befassen, einige Unruhe hervorgerufen. Die Teilnehmer an jenen Gesprächen orthodoxer Prälaten und katholischer Theologen auf Rhodos waren sich an jenem Abend darüber einig gewesen, daß sich ihre Arbeit am besten und fruchtbarsten im Verborgenen vollzöge, ohne Einmischung der Öffentlichkeit. Trotzdem gelang es den Presseagenturen irgendwie, an unzutreffende Nachrichten zu gelangen. In einer Stellungnahme des Generalsekretariats des Weltrats der Kirchen (OePD vom 18. 9. 59) wird die Schuld daran den katholischen Gesprächsteilnehmern zugeschoben.

Bestätigung durch Radio Vatikan

Am 3. September hat Radio Vatikan eine Note „offiziösen Charakters" bekanntgegeben, die bestätigt, daß im kommenden Jahr ein Treffen zwischen zehn katholischen und ebenso vielen orthodoxen Theologen in Venedig stattfinden wird. „Die Kirche", so heißt es in dieser Note, „hat die Bemühungen unserer getrennten Brüder, die verlorene Einheit wiederzufinden, immer mit Interesse verfolgt, aber sie ist nicht Mitglied des Ökumenischen Rates, und die Anwesenheit gewisser katholischer Theologen bei der Tagung in Rhodos steht auf einer anderen Ebene. Sie sind alle Spezialisten des ökumenischen Problems, und ihre Arbeit auf diesem Gebiet wird vom Heiligen Stuhl ermutigt." Die Note erinnert dann an eine kürzlich abgegebene Erklärung Kardinal Tisserants, in der er sagte, es sei noch eine gewaltige Arbeit zu leisten, um alle Mißverständnisse und Vorurteile zu beseitigen, und fährt dann fort: „Man versteht, daß die katholische Kirche zwar ihre Spezialisten zu einem vertieften Meinungsaustausch mit den Vertretern der orthodoxen Kirche ermutigt, solchen Treffen aber keineswegs einen offiziellen Charakter gibt. Die Phase des Vortastens, in die sie gehören, ist wirksamer, und wenn sie günstig verlaufen, kann der Heilige Stuhl auf ein Terrain vorstoßen, das nunmehr bereits bekannt und vorbereitet ist."

Radio Vatikan verkündete dann, daß „das sicherste Ergebnis der Gespräche von Rhodos die offizielle Organisation einer Konferenz von katholischen und orthodoxen Theologen in Venedig für das nächste Jahr ist, einer Konferenz, die die Gespräche zwischen der getrennten Kirche des Ostens und der von Rom auf einer breiteren und repräsentativeren Grundlage fortführen wird wie bisher".

Der Bericht P. Wengers über die Gespräche auf Rhodos

P. Wenger hat am 5. September in „La Croix" einen richtigstellenden Bericht über die Gespräche auf Rhodos zwischen den katholischen Theologen und den orthodoxen Prälaten veröffentlicht, da er selber unter den Teilnehmern dieser Gespräche war und daher den wirklichen Vorgang genau kennt.

Danach wurden die fünf katholischen Theologen, die bei der Tagung des Zentralausschusses des Weltrates der Kirchen auf Rhodos zugegen waren, von den Vertretern der verschiedenen orthodoxen Kirchen — der griechischen, russischen, jugoslawischen, amerikanischen und anderer Kirchen — zu einem Essen eingeladen, an das sich freundschaftliche Gespräche anschlossen. Im Verlauf dieses Zusammenseins, so berichtet P. Wenger, legte P. Dumont seine Ansichten über eine Annäherung zwischen der griechischen und der katholischen Kirche dar. Der erste Schritt dazu muß, wie es auch Papst Johannes XXIII. empfohlen hat, eine bessere gegenseitige Kenntnis, ein besseres gegenseitiges Verständnis sein. Die Orthodoxen, die von jetzt an nach Paris kommen, werden nicht mehr nur die Sorbonne oder Montmartre besuchen, sondern auch Kontakt aufnehmen mit dem französischen Katholizismus, wo er am lebendigsten ist, in dieser oder jener

Pfarre, dieser oder jener Gruppe der Katholischen Aktion; sie werden unsere liturgische Bewegung, unser sakramentales Leben, unser Gemeinschaftsleben kennenlernen wollen. Umgekehrt wird der französische Katholik, der seine Ferien in Griechenland zubringt, nicht mehr nur die Akropolis bewundern, sondern Berührung mit all dem suchen, was die Kirche von Griechenland ihm an Schönem zu zeigen hat. „Das sind nur sehr allgemeine Methoden der Annäherung", fügte P. Dumont hinzu. „Wenn wir mehr ins Konkrete gehen wollen, kämen Treffen von katholischen und orthodoxen Theologen in Frage, Treffen, die keinen gelehrten und rein theoretischen Kongreß darstellten, sondern eine brüderliche Diskussion über die Vorbedingungen der Wiedervereinigung, nach der sich so viele Seelen sehnen." „Wenn ich so deutlich spreche", endete P. Dumont, „so glaubt mir, daß ich die nötigen Autorisationen und lebhafte Ermutigungen besitze, um dies zu tun." Er bat dann alle um Diskretion, da dies dem Gelingen eines solchen Unternehmens diene. „Das Gute macht keinen Lärm, und der Lärm bewirkt nichts Gutes."

Dieser Rat wurde, so schreibt P. Wenger weiter, leider nicht befolgt. Die auf Rhodos vertretenen Presseagenturen brachten bereits am folgenden Morgen Sensationsmeldungen, die viel Unruhe stifteten. Der Generalsekretär des Weltrats der Kirchen, Dr. Visser 't Hooft, erschien mit Recht sehr verstimmt über etwas, was als offizielle Versammlung von Orthodoxen und Katholiken im Rahmen einer Tagung der Zentralkommission des Weltrats der Kirchen dargestellt wurde, dem die katholische Kirche nicht angehört. In der oben zitierten, vom OePD am 18. 9. 59 veröffentlichten Stellungnahme des Generalsekretariats in Genf wird es als „bedauerlich" bezeichnet, „daß die römischen Katholiken, die der Tagung des Zentralrats als Gäste beiwohnten, die verantwortlichen Leiter der Konferenz nicht über ihre Absichten informiert haben".

P. Wenger berichtet dann von der beruhigenden Rolle, die von orthodoxer Seite der Metropolit Jakovos und von protestantischer Seite Pastor Boegner, der Leiter der Reformierten Kirche Frankreichs, gespielt haben. Wir haben den Text, den der Metropolit Jakovos zusammen mit Prof. Ioannidis verfaßt hat und der vor dem Zentralausschuß des Weltrats der Kirchen verlesen wurde, bereits wiedergegeben. Auch Pastor Boegners Richtigstellungen trugen viel dazu bei, das Mißverständnis auf protestantischer Seite zu beheben. Er gab gegenüber der AFP (Agence France Presse) die Erklärung ab, die Meldung ausländischer Presseagenturen habe sie alle aufs äußerste verblüfft. „Jedes Jahr", fuhr er fort, „kommen in den verschiedensten Teilen der Welt katholische und orthodoxe Theologen zusammen, um gemeinsam ein theologisches Problem zu studieren, genauso wie das zwischen orthodoxen und protestantischen Theologen geschieht. Der Zweck des Treffens in Rhodos, das so viel Staub aufgewirbelt hat, war dazu bestimmt, eine solche Zusammenkunft für 1960 vorzubereiten ... Niemals war die Rede von Vorschlägen, die den orthodoxen Vertretern im Namen des Vatikans gemacht worden wären ..."

Jedoch klingt die (besonders auf P. Wengers Darstellung hin erfolgte) Stellungnahme des Generalsekretariats des Weltrats der Kirchen vom 18. 9. 59 keineswegs so beruhigend wie die Worte Pastor Boegners. Es heißt dort:

„1. Es ist nichts Ungewöhnliches an der Tatsache, daß römisch-katholische und orthodoxe Theologen miteinander theologische Gespräche führen wollen.

2. Ungewöhnlich ist es allerdings, solche Gespräche dahingehend zu beschreiben, daß sie die ‚Bedingungen für die Wiedervereinigung' zum Thema haben werden, und daß der offiziellen ‚Bevollmächtigung' zu solchen Gesprächen besonderer Nachdruck verliehen wird. Nach einer Mitteilung von Radio Vatikan vom 3. September — einer Sendung, der Pater Wenger ‚offiziösen' Charakter beimißt — wird das Ergebnis der orthodox-katholischen Zusammenkunft von Rhodos die Organisation eines offiziellen Treffens römisch-katholischer und orthodoxer Spezialisten sein sowie die ‚Wiederaufnahme von Gesprächen zwischen der Kirche des Ostens und Rom auf einer breiteren und repräsentativeren Basis, als dies in der Vergangenheit bisher der Fall gewesen ist' ...

5. Die sich widersprechenden Mitteilungen in der römisch-katholischen Presse und dem römisch-katholischen Rundfunk über den Inhalt und die Bedeutung der Vorschläge, die die römischen Katholiken in Rhodos unterbreitet haben, sind weit davon entfernt, das bereits entstandene ‚Unbehagen' zu zerstreuen, und tragen nur noch zu der Verwirrung bei, was durchaus nicht im Interesse der christlichen Einheit sein kann."

Der derzeitige Vertreter des Ökumenischen Patriarchen beim Weltrat, Archimandrit Emile Timiadis, gab im Auftrag des Patriarchen eine (in der gleichen Nummer des OePD veröffentlichte) Erklärung ab, die dessen Solidarität mit dem Weltrat hervorhebt:

„Obwohl klar und deutlich gesagt worden ist, daß das Treffen zwischen den orthodoxen Delegierten und den römisch-katholischen Beobachtern in Rhodos völlig informellen und freundschaftlichen Charakter trug, wird dennoch durch weitere Kommentare in der Presse und durch Radio Vatikan die Bedeutung dieser Zusammenkunft übertrieben.

Das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel möchte darum noch einmal ausdrücklich betonen, um den wahren Sachverhalt ganz klarzumachen, daß es keine formellen Gespräche irgendwelcher Art in Erwägung zieht. Das Ökumenische Patriarchat steht nach wie vor hinter dem Ökumenischen Rat der Kirchen und bedauert den unglücklichen Eindruck, als ob es auf die eine oder andere Weise seine Beziehungen zum Ökumenischen Rat der Kirchen zu schwächen versuche.

Mehr denn jemals zuvor hegt das Patriarchat den aufrichtigen Wunsch, an der Wiederherstellung der Einheit der Kirche und des gemeinsamen Glaubens mitzuarbeiten."

Kardinal Tisserant seinerseits hat sich zu der Ankündigung der Konferenz von Venedig durch den Vatikansender sehr zustimmend geäußert. Er erklärte: „Es ist von größter Bedeutung für uns und für die Orthodoxen, daß wir uns besser kennenlernen, und das kann nur durch häufige Zusammenkünfte und Treffen geschehen, die gewisse Kontaktpunkte herausstellen können, und auch daß wir eine praktische Zusammenarbeit beginnen, um dadurch den Gottesgedanken besser in der Welt des gottlosen kommunistischen oder nichtkommunistischen Materialismus zu verbreiten. Ziel all dieser früheren und künftigen Zusammenkünfte muß es sein, das zu suchen, was uns eint, und nicht das, was uns trennt" („Le Monde", 6./7. 9. 59).

Das Interview Kardinal Tisserants mit der Athener Zeitung „Akropolis"

P. Wenger hat in „La Croix" (8. 9. 59) auch das Interview wiedergegeben, das Kardinal Tisserant der Athener Tageszeitung „Akropolis" über das Problem der Wiedervereinigung der Kirchen gewährt hat. „Akropolis" hat eine große Enquete über das Thema der Wiedervereinigung durchgeführt und mit deren Veröffentlichung am 14. Juni begonnen. Diese Tatsache als solche ist schon sehr beachtenswert. Wenn ein großes volkstümliches Blatt in Athen eine Artikelserie über die Frage der Einheit der Kirche veröffentlichen kann, ist das ein Zeichen dafür, daß das Interesse an der Wiedervereinigung bei den griechischen Lesern, „unsern orthodoxen Brüdern von Griechenland", wie P. Wenger sagt, weit verbreitet ist (99 % aller Griechen sind orthodox). Der Redakteur der „Akropolis" hat eine Reihe auch uns bekannter Männer zu dieser Frage interviewt: als erste zwei Professoren der Theologischen Fakultät in Athen, Prof. Konidaris und Prof. Alivisatos, und zwei orthodoxe Bischöfe, die Bischöfe von Samos und von Volos; dann den Patriarchen Christophor von Alexandrien. Ein kurzes Telegramm hat er vom Metropoliten Jakovos von Philadelphia erhalten, ein längeres Interview vom katholischen (lateinischen) Erzbischof von Tinos und Naxos, Msgr. Philipucci. Weiter tauchen in der Serie die Namen der Patres Salaville und Nowak auf, beide Assumptionisten in Athen; es folgt Msgr. Gad, der kürzlich neu ernannte Apostolische Exarch für die Unierten Griechen des byzantinischen Ritus, dann der orthodoxe Bischof von Mytilene. Alle diese Interviews sind im Juni in der „Akropolis" veröffentlicht worden. Später folgten andere Interviews in lockerer Folge, darunter eines von dem Leiter des Instituts für orthodoxe Theologie St. Serge in Paris, eines vom Primas der anglikanischen Kirche, schließlich, am 23. August, wurde das Interview mit Kardinal Tisserant veröffentlicht.

Die erste Frage, die an den Kardinal gerichtet wurde, betraf eben diese Enquete selber. Der Kardinal begrüßt sie lebhaft: „Was mich persönlich angeht, so segne ich alle Initiativen dieser Art von ganzem Herzen, besonders wenn sie dazu beitragen, Mißverständnisse zu beseitigen und einen Geist des Friedens und der Liebe zwischen den christlichen Brüdern zu schaffen." Man fragte ihn dann, ob er wisse, daß in Athen private Begegnungen zwischen katholischen und orthodoxen Theologen stattgefunden haben, bei denen über nichtdogmatische Fragen und Kontaktmöglichkeiten gesprochen wurde. Kardinal Tisserant wußte davon und beglückwünschte die Anreger dieser Treffen, „denn das beste Mittel, Mißverständnisse zwischen der einen und der anderen Kirche zu beseitigen, besteht im persönlichen Kontakt. Die Kirche verurteilt Dispute und Polemiken, und wer daran arbeitet, Liebe und Frieden wiederherzustellen, wird von Gott und von der Kirche gesegnet werden." Man fragte ihn dann, ob er eine baldige Wiedervereinigung für möglich hielte. Er antwortete: „Jahrhunderte sind seit dem Beginn des Schismas vergangen; Unwissenheit und Fanatismus haben dazu beigetragen, daß sich viele Mißverständnisse und Vorurteile der einen Kirche gegenüber der andern tief eingewurzelt haben. Die Politik hat dann ihrerseits weiter eine sehr böse Rolle gespielt, nämlich die der Isolierung und Trennung. Um die Vorurteile auszurotten und die Mißverständnisse zu beenden, ist eine große mühevolle Arbeit nötig." Und wie stelle sich der Kardinal diese Arbeit vor? „Durch Treffen und brüderliche Kontakte, durch Zusammenarbeit auf sozialem und philanthropischem Gebiet, durch Meinungsaustausch und Diskussionen über nichtdogmatische Fragen. Die gegenseitige Kenntnis wird zur Zuneigung führen."

Der Kardinal wurde dann nach den seiner Meinung nach schwerwiegendsten Mißverständnissen gefragt. „Auf seiten des Osten ist es", sagte er, „das Vorurteil, zu glauben, daß die katholische Kirche den Osten unterjochen und auslöschen will. Die katholische Kirche wünscht aber ganz im Gegenteil die Erhaltung all der alten Privilegien, Sitten und Gebräuche der orientalischen Kirchen, unter der einzigen Bedingung, daß sie den Dogmen nicht widersprechen. Darum hat sie die Kongregation für die Orientalische Kirche, die ich leite, und viele andere orientalische Institute und Kollegien gegründet. Die liturgischen Überlieferungen aller Riten werden von der katholischen Kirche mit Eifer gehütet, und Roms Tätigkeit bestätigt, was ich hier sage." Auf die Frage, was der Kardinal bei den Orthodoxen am meisten bewundere, sagte er, die Verehrung der Allerseligsten Jungfrau. Von ihr erhoffe er daher auch die stärkste Hilfe und die größten Gnaden zu dem Werk der allmählichen Wiederannäherung und schließlichen Wiedervereinigung der Kirchen des Westens und des Ostens.

Adoptionen italienischer Kinder in die USA

In letzter Zeit gingen durch die internationale Presse Meldungen von einem Export italienischer Kinder in die Vereinigten Staaten. Es wurde von einem blühenden Babyhandel gesprochen und sogar ein Preis von 100 000 Lire genannt, den amerikanische Vermittler bezahlen, wenn italienische Mütter oder Vormünder ein Kind hergeben. In einem Jahr sollen etwa 300 italienische Kinder auf diese Weise „verkauft" worden sein.

Die Berichte knüpften vor allem an zwei Einzelfälle an. In einem Fall hatte eine Mutter von sechs Kindern, die sehr arm in Neapel lebt, gegen einen Betrag von 200 000 Lire in die Adoption von zweien dieser Kinder durch amerikanische Eltern eingewilligt. Die Adoption war durch einen amerikanischen Rechtsanwalt italienischer Abstammung vermittelt worden. Bei der Abreise der Kinder auf dem Flughafen Ciampino ergaben sich Paßschwierigkeiten. Die Mutter erlitt einen Zusammenbruch und nahm die Kinder wieder mit. Die Sekretärin des Anwalts verlangte die Rückgabe des empfangenen Geldes.

In einem andern Fall war der Hilfsdienst der National Catholic Welfare Conference beteiligt, der neben dem Internationalen Roten Kreuz von der italienischen Regierung ausschließlich autorisiert ist, Adoptionen nach den Vereinigten Staaten zu vermitteln. Eine Mutter hatte dreimal dringend gebeten, ihrem Kinde eine Adoption zu verschaffen, und dreimal weigerte sich das Kind, ins Flugzeug zu steigen und sich von seiner Mutter zu trennen. Jedesmal wurde dem Willen des Kindes Rechnung getragen.

Da die Bekanntgabe solcher Fälle und die Existenz einer organisierten Vermittlung von Adoptionen die öffentliche Meinung Italiens, dessen Bewohner für ihren Familiensinn bekannt sind, erregt hat, so daß die Wellen der Erregung bis ins Parlament fluteten, und da eine katholische Wohlfahrtsorganisation in die Angelegenheit hinein-

gezogen wurde, hat die Herder-Korrespondenz die Catholic Relief Services der NCWC um eine Stellungnahme gebeten.

Die Erklärung der NCWC

Der Beauftragte des Hilfsdienstes der NCWC in Italien hat zur Sache und zu den zwei genannten Fällen erklärt:

Der im ersten Falle genannte Rechtsanwalt steht in keinerlei Verbindung mit dem Hilfsdienst, und dieser hat mit dem Fall nichts zu tun.

Im Falle der zehnjährigen Giuseppina Gentile, dem die Linkspresse weite Publizität gegeben hat, war der katholische Hilfsdienst auf dringende und begründete Bitten der Mutter tätig geworden. Die kleine Josepha war unterrichtet und befragt worden und hatte jedesmal zugestimmt, dann aber im letzen Augenblick ihre Zustimmung widerrufen. Jedesmal wurde dem Widerruf Rechnung getragen. Übrigens sollte das Kind nicht zu fremden Leuten, sondern zur Schwester ihrer Mutter reisen.

In der Stellungnahme heißt es dann: Es wäre zu bedauern, wenn durch einen solchen Zwischenfall das nützliche und erfolgreiche Werk des Hilfsdienstes diskreditiert würde.

Der Vermittlungsdienst für Adoptionen des Hilfswerks der NCWC ist seit 1951 in Italien tätig. Damals erließen die Vereinigten Staaten ein Gesetz, das nicht zuletzt aus caritativer Absicht die Adoption ausländischer Kinder erleichterte. In den letzten zwei Jahren hat der katholische Hilfsdienst 500 Adoptionen vermittelt. Hundert Kinder kamen zu Verwandten. 85 % der Kinder wurden von überzeugt katholischen Familien italienischer Herkunft adoptiert. Das amerikanische Hilfswerk prüft die Verhältnisse sowohl der Adoptiveltern als auch der Kinder auf das sorgfältigste. In beiden Fällen beläuft sich der Prozentsatz der Bewerber, die angenommen werden, auf etwa ein Drittel. Das Hilfswerk bevorzugt vor allem solche Kinder, die in Italien selbst schwer untergebracht werden können.

Immer muß die Initiative zur Adoption von den Eltern bzw. dem verantwortlichen Elternteil ausgehen. In keinem Falle wird eine finanzielle Entschädigung gezahlt. Wenn die Kinder in Amerika in einer Familie untergebracht sind, bleiben sie unter der Kontrolle der NCWC zunächst auf Probe dort. Die Probezeit dauert ein halbes bis ein ganzes Jahr. Erst dann werden endgültige Entscheidungen getroffen. Die Adoptionseltern haben die Hälfte oder zwei Drittel der Adoptions- und Reisekosten zu tragen. Sowohl das Hilfswerk wie auch die italienische Regierung bemühen sich, ausschließlich den Interessen der Kinder zu dienen. Das amerikanische Hilfswerk arbeitet außerdem auch in dieser Sache mit dem Päpstlichen Hilfswerk zusammen.

Es ist demnach nicht gerechtfertigt, ein wichtiges caritatives Werk durch sensationelle und Tatsachen entstellende Meldungen in Verruf zu bringen. Einem Kinde, das entweder keine Eltern mehr hat oder dessen familiäre Verhältnisse zerrüttet sind — denn Kinder aus normalen Familien kommen für diese Adoptionen nicht in Frage —, eine Heimat in der Familie zu bieten, ist ein Liebeswerk von hohem Rang. Sein Wert wird auch nicht dadurch beeinträchtigt, daß es ausländische Familien sind, die sich dazu bereit erklären. Der einzige Grund zur Erregung könnte darin gefunden werden, daß Adoptionen in der Absicht vorgenommen werden, das Adoptivkind auszubeuten, wie das in europäischen Ländern den Ziehkindern und Pflegekindern nicht selten widerfahren ist. Das zu verhindern betrachtet der amerikanische Hilfsdienst als seine vornehmste Pflicht.

Eine andere Frage, die auch durch die Stellungnahme des NCWC-Relief Service nicht beantwortet wird, betrifft die privaten oder durch private Mittelspersonen arrangierten Adoptionen ins Ausland. Die „Neue Zürcher Zeitung" (17. 8. 59) fragt unter Anspielung auf den oben erwähnten Fall des amerikanischen Rechtsanwalts, wie die italienischen Behörden hier ihre Pflicht erfüllt haben. Es könnte sein, daß im Schatten caritativer Bestrebungen dunkle Geschäfte gemacht werden. Diese Möglichkeit muß zur Aufmerksamkeit anspornen, darf aber nicht eine gute Sache generell verdächtigen oder gar unterbinden.

Um die „Staatssicherheit" in Spanien

Selbst in seiner republikanischen und nach außen hin demokratischen Periode war Spanien ein Polizeistaat, dessen Methoden in der Unterdrückung politischer Opposition ein Hohn auf rechtsstaatliche Begriffe waren. „Dies gilt besonders für die unteren Klassen der Bevölkerung, die als Menschen ohne Beziehungen und ohne Einfluß zu allen Zeiten, gleichviel um welche Regierung es sich handelte, der Härte der Polizei schutzlos ausgesetzt waren, wenn sie sich gegen die bestehende Ordnung auflehnten" (Neue Zürcher Zeitung, 14. 6. 59).

General Franco hat also mit seinen Polizeimethoden nichts Neues eingeführt; er hat sie lediglich technisch vervollkommnet und systematisch gegen seine Gegner gerichtet. Die Zeit der „Säuberung" (depuración), der Tausende von Führern und Anhängern der Volksfront-Republik zum Opfer fielen, ist ein wenig rühmlicher Abschnitt der spanischen Innenpolitik; er dauerte bis in die Fünfzigerjahre. Der größte Teil der damals Verfolgten und Verurteilten ist nach Ablauf der Strafzeit oder durch Amnestien inzwischen entlassen und wieder in das bürgerliche Leben eingegliedert worden; nur noch ganz wenige, die ihre oppositionelle Tätigkeit auch im Gefängnis nicht einstellten, sind in Haft geblieben. Die Zahl dieser und anderer politischer Gefangener ist natürlich nicht festzustellen. Nach offizieller Mitteilung der spanischen Regierung gibt es „keinen einzigen politischen Gefangenen", sondern lediglich 768 inhaftierte Personen, die wegen Vergehen gegen die innere und äußere *Staatssicherheit* verurteilt sind, sowie 91 Personen, die solcher Vergehen angeklagt sind und erst ihren Prozeß erwarten. Die meisten könnten einer bezahlten Arbeit nachgehen, wobei zwei Arbeitstage für einen Tag Haft gelten (Botschafter Lequerica im Mai 1957 vor dem UN-Sozialausschuß, von entlassenen Gefangenen bestätigt). Nach neuester offizieller Verlautbarung (Juni 1959) beläuft sich die Zahl der aus solchen Gründen inhaftierten Personen jetzt auf 1201 gegenüber 15 830 im letzten Jahr der Republik 1936.

Ein neues scharfes Polizeigesetz

Franco sitzt lange und fest genug im Sattel und wurde durch den Zwang der Verhältnisse auf wirtschaftlichem Gebiet zur Liberalisierung gezwungen (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 554), so daß man meinen sollte,

er würde auch auf politischem Gebiet die Zügel lockern. Genau das Gegenteil ist leider der Fall. Gleichzeitig mit dem wirtschaftlichen Sanierungsprogramm wurde vom Kabinett ein neues und keineswegs abgemildertes „Gesetz über die öffentliche Sicherheit" (Ley de Orden Público) verabschiedet. Es löst das aus der Republik stammende und formell noch immer gültige Polizeigesetz von 1933 ab, das allerdings durch Ausführungsverordnungen auch bisher schon allen autoritären Bedürfnissen genügte.
Das neue Gesetz, das diese zahlreichen Einzelverordnungen zusammenfassen und ersetzen soll, gibt der Polizei außerordentliche Befugnisse; sie kann schon bei versuchten Störungen der öffentlichen Ordnung und bei Ungehorsam Verhaftungen vornehmen und in gewissen Fällen auch ohne gerichtliche Verfügung Haussuchungen durchführen. Als Anschlag gegen die öffentliche Ordnung gelten nicht nur Meutereien, bewaffnete Übergriffe oder Tumulte, sondern auch Streiks, eigenmächtige Betriebsschließungen, nichtangemeldete Versammlungen und jeder Akt des Ungehorsams gegenüber staatlichen Organen. Das Gesetz richtet sich zugleich gegen die jugendlichen Rowdies („gamberros" = Halbstarke), die auch in Spanien zu einem Begriff und einem Problem geworden sind; doch kann kein Zweifel bestehen, daß das Gesetz vorwiegend *politischen* Charakter hat.
Bei umfangreicheren öffentlichen Störungen verhängt das Kabinett den Ausnahmezustand, wobei der Innenminister den unmittelbaren Befehl über alle Polizeistreitkräfte übernimmt und automatisch „Dringlichkeitsgerichte" zur summarischen Aburteilung aller Ruhestörer zusammentreten. Es gelten dann Reisebeschränkungen, ein grundsätzliches Versammlungsverbot sowie ein Ausgangs- und Verkehrsverbot für bestimmte Tages- und Nachtzeiten. Sind die zivilen Behörden nicht mehr imstande, die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten, so wird der Kriegszustand erklärt, und die Armee tritt an die Seite der Polizei. Es mußte wie ein Hohn wirken, daß Innenminister General Alonso Vega dieses Gesetz vor dem Parlament die „Magna Charta des sozialen Zusammenlebens" nannte.

Die innenpolitische Lage

Man fragt sich, warum überhaupt und warum gerade jetzt hier derart scharf vorgegangen wird. Die öffentliche Meinung ist unzufrieden wie eh und je, aber keineswegs revolutionär gestimmt. Ein konkreter Anlaß liegt also nicht vor. Im Gegenteil, der für den 18. Juni 1959 ausgerufene und wochenlang mit ungeheurem Aufwand in Spanien selbst wie vom Ausland her propagierte kommunistische Generalstreik ist jämmerlich zusammen- bzw. gar nicht erst ausgebrochen. (Die Regierung hat in ihrem Triumpf darüber sehr zurückgehalten, weil damit ihr Argument von der großen kommunistischen Gefahr widerlegt ist, die angeblich die einzige Opposition in Spanien darstellt.)
Die Gleichzeitigkeit von Wirtschaftsreform und Polizeigesetz ist aber ganz gewiß kein Zufall. Franco will damit wohl seinen Landsleuten bedeuten, daß die Beseitigung der wirtschaftlichen Barrikaden keineswegs ein gleiches für die politischen Freiheiten bedeuten soll. Vielleicht erwartet er auch eine wachsende soziale Unzufriedenheit im Gefolge der mit der Wirtschaftsreform verbundenen Einschränkungen und Verteuerungen.
Spaniens Grenzen sind in mehr als nur touristischer Hinsicht immer offener geworden. Auch in Spanien hält das moderne Industriezeitalter mit allen seinen Freiheiten wie Mißständen Einzug und ist nicht mehr aufzuhalten. Francisco Franco weiß wohl selbst am besten, daß er auf einem Pulverfaß sitzt, das nur deshalb noch nicht in die Luft geflogen ist, weil seine Gegner uneins sind.

Neue Verhaftungen

Im Frühsommer 1959 fanden neue Verhaftungen an den Universitäten von Madrid, Barcelona, Valencia und Salamanca statt, und zwar von Studenten, die oppositionellen studentischen Gruppen (auch katholischen Gruppen) angehörten. In San Sebastián wurden der Direktor der Psychiatrischen Klinik und ein Mathematikprofessor verhaftet. Unter den verhafteten katholischen Oppositionellen befinden sich Botschaftsrat J. Cerón Ayuso vom Außenministerium in Madrid und Chefredakteur Luciano Rincón, Bilbao.
Die Zahl der Verhaftungen im Zusammenhang mit dem Streikversuch vom 18. Juni soll 250 bis 400 betragen haben. Verhandelt wurde bisher nur (am 3. August) gegen neun Angeklagte, in der Mehrzahl Studenten (unter ihnen ein 19jähriges Mädchen). Die Anklage stützte sich auf das aus dem Jahr 1943 stammende Ausnahmegesetz über „militärische Rebellion": den Angeklagten wurde vorgeworfen, Flugblätter mit Streikaufrufen für den 18. Juni verteilt zu haben. Sie erhielten Strafen zwischen sechs Monaten und drei Jahren Gefängnis.

Das Strafsystem

Als besonders hart und ungerecht wird in all diesen Fällen empfunden, daß der Tatbestand politischer Opposition grundsätzlich nicht der ordentlichen Jurisdiktion, sondern Militärgerichten untersteht (auch dies ist keine Erfindung von Franco, sondern spanische Tradition). Gegen diese Militärgerichtsurteile gibt es keine Berufung, sondern nur Gnadenanträge an den Militärbefehlshaber der Provinz (Capitán General), der das Urteil bestätigen muß. Sowohl das Militärjustizsystem wie das Gesetz von 1943 über „militärische Rebellion" sind im neuen Polizeigesetz ausdrücklich bestätigt.
Bei der Beurteilung des spanischen Justiz- und Strafsystems muß man scharf zwischen der Untersuchungshaft und der Strafhaft unterscheiden. Die Unterbringung und Verpflegung in den Polizeigefängnissen ist außerordentlich schlecht, die Behandlung oft brutal. Das spanische Strafgefängniswesen gilt dagegen mit Recht als eines der humansten der Welt. „Spanische Strafgefangene, die sich auch im Ausland gemeiner Verbrechen schuldig gemacht hatten, erklärten mit aller Freimütigkeit, daß sie nie mehr in einem mitteleuropäischen Land eine Strafe verbüßen möchten, während sie sich in Spanien lobend über die Behandlung aussprachen" (Neue Zürcher Zeitung, a. a. O.). Die Freiheiten gehen bisweilen so weit, daß politische Gegner vom Gefängnis aus weiterhin ihre Oppositionsgruppen dirigieren konnten.
Die Zeit zwischen Verhaftung und Urteil dauert allerdings oft Jahre. Mitte Mai 1959 fand vor einem zivilen Gericht in Barcelona ein Prozeß wegen „subversiver gewerkschaftlicher Tätigkeit" im Jahr 1944 statt. Die noch lebenden sieben (von dreißig) Angeklagten waren in den 15 Jahren zeitweilig in bedingte Freiheit entlassen worden und wurden jetzt zum größten Teil freigesprochen. Auch solche Verzögerungen sind in der Konkurrenz

zwischen Militär- und Ziviljustiz begründet, wobei es Jahre dauern kann, bis das Militärtribunal die Zuständigkeit ablehnt und den Fall an ein ziviles Gericht überweist.

Eine Bittschrift

Bereits im vergangenen Jahr haben wir von einer Bittschrift an den Armeeminister berichtet, mit der fünfzig angesehene spanische Priester zugunsten der damals verhafteten Studenten intervenierten (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 500f.). Wie jetzt bekannt geworden ist, sind auch im Sommer 1959 kirchliche Kreise bei den für die Verhaftungen zuständigen Behörden vorstellig geworden, unter ihnen der Bischof von Barcelona, Erzbischof Dr. Modrego Casaus. Eine neue Denkschrift wurde im Mai an den Justizminister gerichtet. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Sehr verehrter Herr Justizminister!

Die Unterzeichneten wenden sich an Euer Exzellenz, um ihre Ansicht in einer Frage darzulegen, die ihnen von außerordentlicher Tragweite scheint.

Das Problem ihres inneren Zusammenlebens ist für die Spanier noch ungelöst. Noch sind nicht ausreichend die Fundamente gelegt, um allen die Teilnahme am spanischen Leben zu gestatten. Wie der Leitartikel der ‚Ecclesia' vom 4. April aufzeigte, sind noch unverheilte Risse in der spanischen Seele. Einen der tiefsten bilden jene Landsleute, die sich in den Gefängnissen oder im Exil befinden und dadurch verhindert sind, mit uns an den Aufgaben mitzuarbeiten, die das Leben unseres Landes stellt.

Wir glauben jedoch, daß nichts mehr diese schmerzliche Tatsache rechtfertigt. Es ist die Zeit gekommen, daß die letzten blutenden Wunden gestillt werden. Die Hindernisse, die die Versöhnung aller Spanier verhindern, müssen aus dem Weg geräumt werden. Wir glauben, daß ein äußerst notwendiger und wirksamer Schritt auf diesem Weg die Generalamnestie für alle politischen Gefangenen und Exilierten wäre.

Deshalb bitten wir Euer Exzellenz, sie möge unser Anliegen gütigerweise dem Ministerrat übermitteln und eine Amnestie erreichen, die die volle Eingliederung aller Spanier in das nationale Leben gestattet.

Wir zweifeln nicht, daß Euer Exzellenz unsere Gefühle verstehen und unserem Anliegen Beachtung schenken wird."

Die Bittschrift trägt die Unterschriften der führenden Vertreter des spanischen Geisteslebens, unter ihnen mehrere Priester und an der Spitze der 90jährige Nestor und Akademiepräsident Ramón Menéndez Pidal. An 5. Stelle hat der Provinzial der Augustiner, Félix García OSA, unterzeichnet, an 7. Pater Federico Sopeña, der führende spanische Musikwissenschaftler und Rektor der Universitätskirche Madrid; weiter folgen der Dekan der Juristischen Fakultät in Madrid, Pater Eloy Montero, und der bekannte Benediktiner J. Pérez de Urbel, der im Frühjahr die Leitung der neugegründeten Abtei und die Seelsorge in der Basilika der von Franco errichteten monumentalen Gedächtnisstätte „Tal der Gefallenen" (Valle de los Caídos) übernommen hat. Insgesamt wurde das Memorandum von 300 bis 400 Personen unterzeichnet.

Justizminister Antonio Iturmendi dementierte im Juni, daß ihm die Bittschrift (deren Tatsache er nicht abstritt) jemals zugestellt worden sei; auch Abt Pérez de Urbel habe nicht zu den Unterzeichnern gehört. Das Dementi wurde durch die französische Nachrichtenagentur AFP veröffentlicht.

Die Spanier erfahren von diesen Dingen nichts

Die Nachricht von dieser Denkschrift wurde in Deutschland einzig durch KNA (nach NCWC News Service) verbreitet. Sie gelangte nirgends in die Tagespresse. Daß ein Monopol-Korrespondent wie Enrique Barth („Süddeutsche Zeitung") alias H. F. Barth („Deutsche Zeitung", „Tagesspiegel", „Sonntagsblatt", „Christ und Welt" u. a.) alias Gottfried Grosse („Die Welt") bei der Vielzahl der zu schreibenden Beiträge keine Zeit findet, sich Hintergrundsinformationen zu beschaffen, ist noch begreiflich. Wesentlich bedenklicher ist es, wenn ein so gut informiertes Blatt wie die „Neue Zürcher Zeitung" in einem sonst vorzüglichen Überblick über die politischen Gefangenen in Spanien (a. a. O.) nichts von den kirchlichen Interventionen weiß, sondern die ausschließliche Initiative für die politischen Gefangenen den Kommunisten zuspricht.

Vollends die Spanier wissen von allen diesen Dingen nichts. Es gibt nicht einmal „eingeweihte Kreise"; selbst Leute in führenden Positionen erfahren meist nicht, was sich an anderer Stelle hinter den Kulissen ereignet. Die spanische Presse unterrichtet gut über das Ausland, über Ministerreden, über Kultur und Sport; über die eigentliche Innenpolitik und Sozialpolitik aber erfährt niemand etwas. Gewiß, jeder kann privat ungeniert über Franco schimpfen, wie er nur will; aber das ist ein billiges und nutzloses Ventil, wenn man die tatsächlichen Verhältnisse vorher gar nicht erfährt. Die Freiheit der privaten Meinung ist nur eine Illusion, wenn die öffentliche Meinung geknebelt ist.

Hier kann man ermessen, daß die Unterdrückung der Informations- und Meinungsfreiheit wohl die schlimmste aller Maßnahmen eines totalitären Staates ist. Nicht umsonst unternimmt die spanische Kirche seit Jahren immer wieder Vorstöße um die Wiederherstellung der Pressefreiheit (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 251 und 252; 11. Jhg., S. 78; 12. Jhg., S. 209). Zuletzt war es im Mai 1959 ein Leitartikel der offiziellen Wochenzeitschrift „Ecclesia", der endlich die Beseitigung der Ausnahmegesetzgebung von 1938 auf dem Pressesektor forderte.

Ein neuer kirchlicher Rundfunksender in Spanien

Wir haben im vergangenen Jahr vom Aufbau des kirchlichen Senders „Radio Vida" in Sevilla berichtet (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 326f.). Inzwischen hat der Erzbischof von Pamplona und Vorsitzende der spanischen Bischofskommission für Film, Funk und Fernsehen, Enrique *Delgado Gómez,* am 4. August 1959 in Pamplona-Villava die neue kirchliche Rundfunkstation „Radio Popular de Pamplona" eröffnet, die von den Dominikanern und einer auf die Technik spezialisierten Brüderkongregation der Dominikaner aufgebaut und übernommen wurde. Es handelt sich um ein neues Glied in der Senderkette „España Ondas Populares" (EOP), die sich nach dem vollständigen Ausbau über alle Diözesen erstrecken wird. Erzbischof Delgado erklärte bei der Einweihung: „Ist es denn angesichts der großartigen Kommunikationsmittel, deren sich der Mensch heute bedient, verwunderlich, wenn die Kirche die Verpflichtung empfindet, diese

selbst in Gebrauch zu nehmen und damit das Gebot besser zu erfüllen: Gehet hin und predigt allen Völkern." Auf der im August eröffneten Genfer Konferenz zur internationalen Neuverteilung der Wellenlängen wird die kirchliche Rundfunkarbeit in Spanien durch einen eigenen Delegierten (P. Fierro OP) vertreten sein und ihre Ansprüche anmelden.

Pressetagung der MIJARC in Canfranc

Für die Zeit vom 9. bis 11. August 1959 hatte die Zentralführung der MIJARC (Mouvement International de la Jeunesse Agricole et Rurale Catholique) ca. 40 Redakteure der internationalen Katholischen Landjugendpresse zusammengerufen. Die Tagung, an deren Teilnahme von den (europäischen) Nationalbewegungen lediglich der italienische Verband verhindert war, fand in den spanischen Pyrenäen, in Canfranc, statt. Die Aufgabe, die sich diese Arbeitstagung gestellt hatte, bestand in erster Linie darin, Leitlinien für eine publizistisch wirksame Vorbereitung des Ersten Weltkongresses der katholischen Land- und Bauernjugendbewegung, der im kommenden Sommer in Lourdes stattfinden wird, zu erarbeiten. Das Thema des Weltkongresses wird lauten: Der Hunger in der Welt.

Die Einführung in dieses weitgefaßte Thema gab Werner Pank, Freiburg i. Br. Es kann nicht Aufgabe dieses Berichtes sein, die Ausführungen des Referenten hier im einzelnen wiederzugeben. (Die von ihm gemachten empirischen Angaben sind alle zu finden in: Werner Pank, Der Hunger in der Welt, Herder-Bücherei Bd. 38.) Pank ging es vor allem um zweierlei. Einmal versuchte er seinen Hörern die Komplexität des Themas deutlich zu machen, indem er seinen Bericht auf die vielfältigen Ursache-Folge-Reihen, in deren Zusammenhang der Hunger nur ein Symptom ist, abstellte (daher lautete das Thema seines Vortrages auch: „Warum hungern die Völker heute?"). Zum anderen versuchte er, die Wirklichkeit des leiblichen Hungers (in seinen mannigfachen Formen) immer als Ausgangspunkt der verschiedenen Kausalreihen (wirtschaftlicher, kultureller, sozialer wie auch historischer und zeitgeschichtlicher Art) im Auge zu behalten (wobei dieser empirisch-analytische Weg selbstverständlich die moralische Frage nicht ausschloß, sondern im Gegenteil immer auf sie hinführte), um einer möglichen einseitigen Spiritualisierung der internationalen sozialen Frage entgegenzuarbeiten.

Daß eine solche Befürchtung nicht grundlos war, zeigte sich sehr bald in der lebhaften Diskussion, in der sich ein fast diametral anderes Verständnis des Kongreßthemas von Lourdes unter den Teilnehmergruppen herausschälte. Während der mittel- und westeuropäische Block, die „germanische" Sprachgruppe, unter Führung der (flämischen) Zentralleitung die Verpflichtung der MIJARC auch für die „technische" Seite des internationalen Hungers — in dem ihr angemessenen Rahmen — anerkannte und propagierte, interpretierten die iberischen Vertreter das internationale Hungerproblem, wenn nicht ausschließlich, so doch vorrangig als ein geistlich-pastorales Problem, wobei von ihnen Hunger vor allem als Hunger nach Gott, Liebe, Gerechtigkeit verstanden und damit seines sozialen Charakters weitgehend entkleidet wurde. Abgesehen von den unterschiedlichen Interpretationen des „Hungers", die von den verschiedenen nationalen Vertretungen nach Canfranc — bereits fixiert — mitgebracht wurden und daher nicht innerhalb von 48 Stunden auf einen Nenner gebracht werden konnten, ist die Begründung für die iberische Interpretation bemerkenswert — sie wurde von Aurelio Granada Escudeiro SJ, dem Aumonier der portugiesischen Landjugend, vorgetragen: Die Realität des leiblichen, biologischen Hungers und seiner Auswirkungen sei nicht zu bestreiten. Indessen könne es nicht erste Aufgabe der MIJARC sein, in diesem Bereich zu helfen, da sie als Katholische Aktion Glied der Kirche sei, die für die technische Lösung des Problems nicht zuständig ist.

Der Präsident der MIJARC, René Peeters, Löwen, stellte zum Abschluß der Diskussionen fest, daß die Akzente, die die Ländervertretungen bezüglich des Lourdes-Thema machten, beträchtlich voneinander abwichen, daß man im Rahmen einer so kurzbefristeten Arbeitstagung die Unterschiedlichkeit des Verständnisses jedoch nicht überwinden könne, zumal ihm auch gewichtige unterschiedliche Auffassungen über das Wesen der spezialisierten Katholischen Aktion zugrunde lägen.

Die von den einzelnen Ausschüssen erarbeiteten Empfehlungen gingen z. T. weit über die Richtlinien für die publizistische Vorbereitung des Kongresses hinaus. Die niederländischen, flämischen, deutschen und österreichischen Vertreter brachten u. a. folgende Empfehlungen ein:

1. Aus mannigfachen Gründen, besonders auch im Hinblick auf die zu unterstützenden Entwicklungsländer, solle sorgfältig — auch innerhalb der Verbandspublizistik — zwischen Aktionen für die Mission und solchen zur Bekämpfung des internationalen Hungers und Elends unterschieden werden. Bei der praktischen Arbeit, der Durchführung der verschiedenen Hilfen, insbesondere wenn es sich um Austausch junger Menschen zum Zwecke des Studiums in Europa bzw. zur Hilfe in Übersee handelt, könne jedoch auf keinen Fall auf die Mitwirkung der betreffenden Missionsstellen verzichtet werden.
2. Da heute das internationale Sozialproblem in erster Linie ein Problem geeigneter und befähigter Menschen — und nicht ein finanzielles oder Kapitalproblem — sei, solle der Verband vor allem Bildungsaufgaben pflegen. Zur christlichen Durchdringung der verschiedenen Formen der internationalen Technical Assistance sei es unerläßlich, daß die MIJARC in Zukunft stärker mit der FAO zusammenarbeite, daß sie die Mittel bereitstelle zur Ausbildung geeigneter Spezialisten, die innerhalb der FAO und des Internationalen Arbeitsamtes als überzeugte Christen an der Lösung des internationalen Sozialproblems mitarbeiten.
3. Alle Hilfsaktionen der einzelnen nationalen Verbände im Kampf gegen den Hunger seien zu unterstützen und durch die publizistischen Organe sämtlicher Gliedverbände der Bewegung bekanntzumachen und zu propagieren. Es erscheine jedoch angesichts der internationalen Verpflichtung der MIJARC gerade gegenüber den Entwicklungsländern unerläßlich, daß von seiten der Zentralführung eine strategische Planung im Kampf gegen Hunger und Elend entwickelt werde und mit dieser Aufgabe geeignete Persönlichkeiten betraut werden, die den Aktionen der nationalen Verbände selbstverständlich nicht den spontanen Charakter nehmen, die Aktionen jedoch sinnvoll koordinieren sollten und im Bedarfsfalle auch strategisch unerläßliche Aktionen einleiten müßten. Wich-

tig seien kontinuierliche Anstrengungen, die auf strukturelle Verbesserungen in den Entwicklungsländern hinausliefen. Daher dürfe der Kongreß von Lourdes nur als der Startschuß zu einer umfassenden, langfristigen pädagogischen Aktion verstanden werden.

4. Um ihren Verpflichtungen als Weltorganisation in allen Entwicklungskontinenten wirksam nachkommen zu können, sei die MIJARC verpflichtet, das Netz ihrer Organisation — ohne „europäischen Ballast" — in Afrika, Lateinamerika und Asien zu entwickeln und zu entfalten, auch wenn andere internationale katholische Organisationen und Verbände ihr diese Aufgabe absprächen mit der kurzschlüssigen Begründung, daß die Wirtschaft aller Entwicklungsländer von der Agrarwirtschaft zur industriellen Produktion dränge und daher Verpflichtungen, wie sie der MIJARC als spezialisierter katholischer Aktion für die europäischen Länder zukämen, sich in absehbarer Zeit in den Entwicklungsländern erübrigten.

Verbesserung der gesetzlichen Regelung für freie Volksschulen in England

Im Gegensatz zur historischen Entwicklung in fast allen kontinentalen Staaten hat der englische Staat erst relativ spät sich mit der Schule beschäftigt, nämlich im Jahre 1870 durch den Forster Education Act, der das Recht jedes Kindes auf Schulbildung verkündete. 1880 wurde die allgemeine Schulpflicht eingeführt, 1891 fiel der Schulgeldzwang bei den neugeschaffenen öffentlichen Schulen. Zuvor waren fast alle Schulen von religiösen Vereinigungen der anglikanischen Hochkirche, der Freikirchen oder der Katholiken getragen worden. Der Schulzwang führte nun dazu, daß der Staat finanziell für die notwendig gewordene Verbreiterung des Schulwesens sorgen und eigene Schulen gründen mußte. Nach der Tradition der englischen Selbstverwaltung wurden zur Verwaltung und Überwachung der neuen Schulen gewählte lokale Schulkomitees (local school boards) geschaffen. Konfessionell gebundener Religionsunterricht an diesen Schulen war nicht gestattet. Doch blieben die konfessionellen Schulen bestehen, und das Recht auf Neugründung solcher Schulen wurde — entsprechend den freiheitlichen Verfassungsgrundsätzen der englischen Demokratie — garantiert. Finanziell wurden ihre Probleme durch das Schulgesetz der Regierung Balfour im Jahre 1902 geregelt. Konfessionelle Schulen, die ihren Lehrplan nach den staatlichen Examensforderungen ausrichteten, haben nur für die Bau- und Reparaturkosten der Schulgebäude aufzukommen. Die Unterhaltungskosten für Heizung, Beleuchtung, Lehrmittel und Lehrerbesoldung trägt die Gemeinde oder der Staat.

Ein neues Schulgesetz aus dem Jahre 1944 stellte dieses schon zur Tradition gewordene Prinzip des Lastenausgleichs in Frage. Die Grundschulerziehung wurde aufgeteilt in eine erste Etappe für Kinder von 5 bis 11 Jahren und eine zweite für Kinder von 11 bis 14 oder 15 Jahren. Das Schulgesetz verlangte eine räumliche Trennung dieser neu einzurichtenden Primar- und Sekundarschulen. Dadurch wurde ein gewaltiges Schulneubauprogramm notwendig, dem die konfessionellen Schulen finanziell nicht gewachsen waren. Die Regierung kam den Sorgen der Religionsgemeinschaften entgegen und schuf den Typ der „freien subventionierten Schule" (voluntary aided schools). Hier liegt die Ernennung der Lehrer bei einem Leitungskomitee, das sich zu zwei Dritteln aus Mitgliedern zusammensetzt, die von der Trägervereinigung der freien Schule (z. B. Pfarrei oder Diözese) benannt werden, und zu einem Drittel aus Vertretern der zuständigen Gebietskörperschaften (Grafschaft oder Gemeinde). Der Lehrplan muß dem staatlichen Lehrplan entsprechen, der Religionsunterricht wird völlig frei von der Religionsgemeinschaft, die Träger ist, erteilt. Der Staat kommt nicht nur für die Unterhaltungskosten dieser Schulen auf, sondern trug bisher auch 50% der Schulneubaukosten, die die stufenweise Durchführung des Planes der Zweiteilung der Schule mit sich brachte. Bedingung dafür war allerdings, daß die Träger der freien Schulen beweisen konnten, daß sie in der Lage waren, die restlichen 50% aufzubringen. Nicht nur die Durchführung dieses Gesetzes, sondern auch die in der Nachkriegszeit erfolgte Bevölkerungsumschichtung vom Land nach der Stadt und die Zunahme der katholischen Bevölkerung durch die irischen Einwanderer erforderten für die Erhaltung und die notwendig gewordene Erweiterung des katholischen Schulwesens sehr große finanzielle Aufwendungen. Nach einer schriftlichen Mitteilung des englischen Unterrichtsministers Geoffrey Lloyd vom 24. Dezember 1958 an das Unterhaus brachten die Katholiken seit dem Schulgesetz von 1944 etwa 113 Millionen DM für 276 Schulhausneubauten auf. Die seit einiger Zeit beschleunigte Durchführung des Trennungsplanes hätte nach der bis vor kurzem gültigen Finanzregelung für die freien Schulen den Katholiken in den nächsten 20 Jahren eine finanzielle Belastung von etwa 610 Millionen DM gebracht, wenn sie ihr Schulsystem im bisherigen Umfang aufrecht erhalten wollten. Durch Verhandlungen der Bischofskommission für Unterrichtsfragen unter der Leitung von Bischof Andrew Beck von Salford mit der Regierung und durch einen geschickt ausgeübten Druck der katholischen Wähler auf ihre Abgeordneten gelang es jedoch dem sehr wohlwollenden Unterrichtsminister Lloyd, im Juni 1959 ein neues Finanzierungsgesetz im Unterhaus durchzubringen. Es erhöht den Staatszuschuß für konfessionelle Schulhausneubauten auf 75% und erlaubt für den Rest zinsverbilligte und langfristige Staatskredite an die Trägergemeinschaften. Es sieht zum ersten Mal auch Zuwendungen der lokalen staatlichen Schulkomitees an konfessionelle Mittel- und Berufsschulen vor. Somit bedeutet dieses Gesetz eine große Erleichterung für die englischen Katholiken, wenn auch die Durchführung der aufgestellten Neubaupläne noch immer ein Aufkommen von mehr als 300 Millionen DM vor allem durch Spenden der katholischen unteren Einkommensschichten aus der irischen Einwanderung erfordert.

Bemerkenswert im Vergleich zu anderen Ländern (z. B. zu Frankreich; vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 576) ist die Ruhe und Sachlichkeit, mit der die Verhandlungen der Bischöfe mit der Regierung und zwischen den Parteien im Parlament geführt worden sind. Auch das Presseecho der großen liberalen Zeitungen war durchaus positiv. So schrieb der „Guardian" aus Manchester: „Es kann nicht angehen, daß man von öffentlichen Geldern spricht, die an konfessionelle Gesellschaften verteilt werden, denn die konfessionellen Schulen haben lange die gleiche Last getragen wie die staatlichen." Die „News Chronicle" griff vereinzelte protestantische Gegenstimmen an und meinte, daß es nicht angehe, „daß man religiösen Minderheiten grundsätzliche Freiheiten des Erziehungs-

betriebes immer noch abspreche und daß man immer wieder vergesse, um wieviel besser Freiheit und gegenseitiges Verständnis seien als Unduldsamkeit und Rivalität zwischen den einzelnen Anschauungen".

Kunst und Kirche — ein kritisches Wort aus England

Der Herausgeber der englischen Fachzeitschrift „Liturgy", Pater James D. Critchon, hielt vor der Newman-Association an der Universität Exeter den Festvortrag über das Thema Architekt und Priester. Grundsätzlich meinte der Referent, daß auch ein Pfarrer in seinem ästhetischen Urteil über Plan und Bau einer Kirche irren könne. Wie oft verlöre er z. B. sein Herz an einem Altar aus italienischem Marmor. Wenn ihm jedoch der Architekt klarmache, wie sehr ein solches Unding im Widerspruch zu allem in der Kirche stehe, so müsse er die Demut haben, sein Urteil zu revidieren. Anderseits müsse der Pfarrer auch den Mut haben, einem Architekten nein zu sagen, der ein Konzept zu verwirklichen suche, das den kirchlichen Vorschriften zuwiderläuft.

Statuen, die so wirklichkeitsfremd sind, daß sie fürs Volk zum Kreuzworträtsel werden, seien für Kirchen ungeeignet. Abstrakte Figuren des heiligen Josef, Gorgonzola-Madonnen und St. Patricks aus Buntmetallgestänge dienten dem christlichen Gottesdienst in keiner Weise.

Die Innenausstattung zu vieler Kirchen in England gleiche einem „frommen Kulissenschrank" oder einem „kirchlichen Woolworth". Eine Abhilfe erwartet sich Pater Critchon dadurch, daß „englische Kirchen durch Engländer gebaut werden sollten". Zu lange sei dieses Land durch die Kunst des Kontinents beeinflußt worden. Englische Künstler könnten der religiösen Kunst vielleicht ein gewisses Maß an Stabilität verleihen.

Aus den Missionen

Daß auf der Insel Madagaskar das private und öffentliche Leben von christlichem Geiste tief durchdrungen werde. Missionsgebetsmeinung für November 1959

Bei der Erörterung der Probleme des in Umwandlung begriffenen Afrika tritt die Insel Madagaskar, die in 400 km Entfernung der Ostküste des Erdteils vorgelagert ist, meist in den Hintergrund. Ihre Einbeziehung in das französische Kolonialreich vor rund 62 Jahren bewirkte zwar, daß sie in das uniforme Verwaltungssystem eingegliedert wurde, das nach dem Muster des „Mutterlandes" ganz Französisch-Afrika erfaßte. Aber diese äußere Gleichschaltung hat nie die Besonderheiten der geschichtlichen Entwicklung und der ethnographischen Struktur der großen Insel verwischen können, deren Bewohner eine vom festländischen Afrika absolut verschiedene völkische, kulturelle und politische Eigenentwicklung zu verzeichnen haben. Zwar hat die Insel mit den Nebeninseln nur 5 Millionen Einwohner, deren Zahl sich jährlich um etwa 80 000 vermehrt. Im Gesamtbild der Weltbevölkerung und in der Problematik des gewaltigen Bevölkerungsanstiegs der Erde spielt Madagaskar also wahrlich keine große Rolle. Aber das Land ist anderthalbmal so groß wie Deutschland, und es ist durchaus entwicklungsfähig, wenn es gelingt, der Landwirtschaft, in der der allergrößte Teil der Bevölkerung beschäftigt ist, eine bodenständige Industrie an die Seite zu stellen und das koloniale System der Ausbeutung durch ein solches zu ersetzen, in dem die Madegassen selbst die Früchte ihres Fleißes ernten. Die Insel, die im 19. Jahrhundert Streitobjekt des englischen und französischen Imperialismus war, wird nie mehr die strategische Bedeutung haben, die ihr die westlichen Völker sogar noch während des zweiten Weltkrieges zumaßen. Um ihren Besitz wird man sich nur noch im Rahmen globaler Auseinandersetzungen streiten. Madagaskar kann auch nie gegenüber dem Festlands-Afrika die Rolle übernehmen, die England gegenüber dem Festlands-Europa spielte. An den innerafrikanischen Auseinandersetzungen über die Revision der von den Kolonialmächten geschaffenen Grenzen ist es unbeteiligt, da seine Grenzen die Wasser des Ozeans sind. So kann man hoffen, daß Madagaskar, das sich im November 1958 nach einer Volksabstimmung mit überwältigender Mehrheit zur selbständigen Republik erklärte und dann als erstes der unter de Gaulle zur Entscheidung für oder gegen die französische Gemeinschaft aufgerufenen Länder den Anschluß an diese Gemeinschaft vollzog, nunmehr in Ruhe seine Angelegenheiten ordnen kann. Bei all ihren administrativen und wirtschaftlichen Sorgen können die Führer des Landes darauf hinweisen, daß die Insel im vorigen Jahrhundert schon unter der Herrschaft der Hovas eine fast vollständige politische Einheit bildete, die international anerkannt war. Erst die französische Okkupation machte diesem Reich ein Ende.

Die Kirche in der Kolonialzeit

Die Geschichte des Christentums auf Madagaskar ist mit der europäischen Expansion der Neuzeit eng verbunden. Jesuiten und Vinzentiner versuchten im 16. und 17. Jahrhundert vergeblich, dort für dauernd das Christentum einzuführen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wollte Msgr. Bruno de Solages, der von Rom zum „Apostolischen Präfekten der Insel Bourbon, der Insel Sainte Marie, Madagaskar und aller Inseln des Pazifik" ernannt worden war, Madagaskar zur Drehscheibe seines Apostolats zu machen. Bei einer Erkundungsreise wurde er getötet. Mehr Glück hatte im Jahre 1818 die protestantische Londoner Missionsgesellschaft, die sich auf der Insel festsetzen konnte und eine beachtliche Zahl von Anhängern gewann. Die damals in Tananarivo regierende Hova-Königin Ranaválona I. entfachte aber gegen die Christen eine dreißig Jahre dauernde Verfolgung, die viele Märtyrer forderte. Man prangert gerne die absolute Intoleranz der Königin an. Aber ihre Haltung war letztlich durch die Angst einer politischen Überfremdung seitens Englands bestimmt. Die Glaubenszeugen der damaligen Zeit werden heute von Katholiken und Protestanten gemeinsam als die Erstlingsmärtyrer des Christentums auf der Insel verehrt. Diese Tatsache versöhnt in etwa mit den unerfreulichen Reibungen beider Konfessionen vor den Augen der Heiden, die auftraten, als die katholische Kirche in Verbindung mit den französischen Ausdehnungsbestrebungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf der Insel erschien. Diese Reibungen haben erst an Heftigkeit verloren, als sich beide Bekenntnisse in jüngster Zeit gezwungen sahen, bei den Wahlen zu den Selbstverwaltungskörperschaften des zur Selbständigkeit geführten Landes zum Schutze gemeinsamer Interessen zusammenzustehen. Die Anregung dazu ging von den Katholiken aus. Die Heiden aber sahen mehr als ein Jahrhundert lang die protestantische Religion als die Religion der Engländer, die katholische als die der Franzosen an.

Noch in der Zeit der Christenverfolgung unter Ranaválona I. versuchte der Nachfolger von Msgr. de Solages vergeblich, mit Hilfe von Jesuiten neue solide Ausgangsbasen für die katholische Mission zu schaffen. Zwei Patres drangen in bürgerlicher Kleidung bis zur Hauptstadt Tananarivo vor. In Gegenwart von nur wenigen Personen, darunter des Erbprinzen, feierte P. Finaz SJ im Jahre 1855 dort die erste heilige Messe. Der hundertste Gedenktag dieser Messe wurde 1955 in Anwesenheit von 50 000 Katholiken festlich begangen. Aber die Jesuiten mußten bis 1862 auf jegliches Apostolat verzichten, nutzten indes die siebenjährige Wartezeit, um sich durch linguistische Studien und die Vorbereitung eines Katechismus in madegassischer Sprache für zukünftige Arbeitsmöglichkeiten vorzubereiten. Als der Erbprinz dann die Königin Ranaválona I. ablöste, erhielt das Christentum die Freiheit. Aber bald kam es zu neuen Konflikten, als die Franzosen ihren politischen Einfluß auf der Insel gegenüber den an anderen Stellen Afrikas engagierten Engländern auszudehnen suchten. Die Königin Ranaválona II. erklärte den Protestantismus („die Religion der Engländer"!) zur Staatsreligion, offenbar um dadurch eine verstärkte Hilfe des protestantischen England gegen die akute Bedrohung seitens der Franzosen zu provozieren. Ein großer Teil des Adels ging nun zum Protestantismus über, der so zu einer sehr beachtlichen Bedeutung im staatlichen Leben gelangte. Während zweier Kriege des Hova-Königreichs mit den Franzosen (1883—1886 und 1894) mußten natürlich die (französischen) katholischen Missionare als Vertreter der „Religion der Franzosen" das Land vorübergehend verlassen. Dennoch konnte die Kirche ihre neugewonnenen Stellungen halten und sich bei wachsender Festigung der politischen Macht der Franzosen langsam weiter entfalten. Betrug die Katholikenzahl im Jahre 1890 33 783, so schon fast 100 000 im Jahre 1900. Unter den Neubekehrten befanden sich natürlich viele Opportunisten. Die Missionare waren sich dessen durchaus bewußt (vgl. „Etudes", Paris, 1932, S. 537). Ein erheblicher Teil der Neukonvertiten fiel auch wieder ab. Die Mission sanierte diese ungesunden Verhältnisse durch Vorschrift einer langen Taufvorbereitung. Nach Überwindung jener Krise verlief die Entwicklung der Kirche ruhig und stetig bis zum Jahre 1947. Damals brach auf dem Hochplateau im Inneren der Insel der große Aufstand gegen die französische Verwaltung aus, der 80 000 Menschen das Leben kostete. Die Aufständischen gingen in großen Bezirken des Inneren und der Ostküste auch gegen die katholische Kirche als „das Gebet der Weißen" vor. Da die Protestanten wenig behelligt wurden, ist klar, daß man hier „das Gebet der Franzosen" meinte, also französische Kolonialregierung und Kirche in solidarischer Verbindung sah. Manche Priester und Christen fielen damals den Wurfspeeren der „Rebellen" zum Opfer. Viele hundert Kirchen, Kapellen und Schulen wurden zerstört. Gruppen von Katholiken fielen ins Heidentum zurück. Nur relativ wenige Christen haben sich am Aufstand beteiligt. Es waren hauptsächlich Protestanten, die damals auch wieder geflissentlich die These propagierten, der Katholizismus sei nur zur Festigung des französischen Regimes eingeführt worden. Von den Belastungen geistiger und materieller Art des schweren Jahres 1947 hat sich die katholische Kirche der Insel überraschend schnell und gut erholt. Sie ist dadurch in ihrem inneren Zusammenhalt nicht geschwächt worden. Ihre Anhängerzahl stieg dauernd und hat heute die erste Million überschritten. Von den 5 Millionen Einwohnern sind gut ein Fünftel katholisch. Unter den 3 Millionen Heiden gewinnt die katholische Kirche jährlich noch immer 40—50 000 erwachsene Neuchristen. Prozentual übersteigt das Wachstum der Kirche den natürlichen Bevölkerungszuwachs des Landes um das Zwei- bis Dreifache. Die Zahl der Protestanten betrug im Jahre 1957 nach dem World Christian Handbook 841 000. 63 000 Quäker sind darin nicht einbegriffen. Im Norden leben noch 230 000 Mohammedaner. Wenn Katholiken und Protestanten der Insel in den Lebensfragen des Christentums wirklich zusammengehen, während gleichzeitig dieses Christentum immer mehr in der Kultur des Landes verwurzelt wird, ist es keine Utopie, wenn man in absehbarer Zeit ein christliches Madagaskar erwartet.

Kirche und Entkolonialisierung

Die Jahre von 1948 bis 1959 brachten die Entwicklung Madagaskars vom Status einer Kolonie zum selbständigen Staat. Nach dem Erlebnis von 1947 hatte man kirchlicherseits einigen Grund zu ernsten Besorgnissen. Die große Mehrzahl der Missionskräfte sind noch immer Franzosen. Von den 14 Bischöfen haben nur zwei oder drei nichtfranzösische Nationalität. Der einheimische Klerus ist noch gering an Zahl (ein Bischof und etwa 120 Priester bei einem Gesamtklerus der Insel von 520 Priestern). Größer ist die Zahl der einheimischen Ordensbrüder (150 von 270) und der Ordensfrauen (300 von 700). Wie leicht konnte diese Kirche auch noch in der entscheidenden Phase der Ablösung des Kolonialstatus als Ausländerkirche in der Öffentlichkeit gebrandmarkt werden. Dazu kam, daß die Kirche bis zuletzt an die Bestimmungen des Kolonialregimes gebunden blieb, dessen Geist liberal-laizistisch war und dessen Sozial- und Wirtschaftspolitik einseitig auf die Förderung der französischen Wirtschaft und den Profit der großen Kapitalgesellschaften der Metropole ausgerichtet war. Den dringenden Notwendigkeiten der Stunde entsprechend, hätte man gerne schon früher eine umfassende kirchliche Aktion in die Wege geleitet, um die Einheimischen zur Erfüllung ihrer christlichen Aufgaben in einem der Selbständigkeit entgegengehenden Madagaskar zu schulen. Aber alle Versuche dieser Art mußten die Kirche bei der Regierung und den 40 000 Franzosen im Lande, die alle Schlüsselstellungen in den Händen hatten, dem Verdacht „staatsgefährdender politischer Umtriebe" aussetzen. Es gelang allerdings die Bildung christlicher Gewerkschaften, als Frankreich der Entfaltung des Gewerkschaftswesens in den afrikanischen Kolonien keinen Widerstand mehr entgegensetzen konnte. Die christlichen Gewerkschaften sind als die stärksten Gewerkschaften der Insel in 92 örtlichen Syndikaten für die verschiedensten Berufsgruppen gut organisiert, genießen die tatkräftige Unterstützung der christlichen Gewerkschaftsinternationale (IBCG) und haben auch schon die Hilfe ihrer deutschen Arbeitskameraden erfahren. Erst als Frankreich sich gezwungen sah, in wenigen Jahren Madagaskar zum Selbstentscheid über sein Schicksal durch stufenweise durchgeführte Wahlen vorzubereiten, erhielt die Kirche die Freiheit, die Kader für das Wirken der Katholiken im öffentlichen Raum vorzubereiten. Die zur Verfügung stehende Zeit war leider sehr kurz. Man ging mit aller Energie an die Aufgabe, und die Kirche, die vorher wegen ihrer äußerlich erzwungenen Zurückhal-

tung von gewissen einheimischen Kreisen des Konformismus mit dem Regime bezichtigt wurde, mußte nun den gleichen Vorwurf von den französischen Kolonisten hören, die sie des Opportunismus gegenüber den neuen politischen Mächten bezichtigten.

In dem Augenblick, in dem es der Regierung nicht mehr möglich war, die Kirche mit Repressalien wegen ihrer Haltung in der Unabhängigkeitsfrage zu bedenken, gaben die Bischöfe der Insel (im Jahre 1954) eine gemeinsame Grundsatzerklärung ab, die feierlich das Recht auf Unabhängigkeit anerkennt. Nach Darstellung des rein geistlichen Charakters der Kirche, die nicht die Aufgabe hat, eine bestimmte Regierungsform zu fördern oder zu erklären, ob ein Volk fähig ist oder nicht, sich selbst zu leiten, stellte die Erklärung fest: „Die Kirche wünscht innigst, daß die Menschen und Völker zu größerem Wohlergehen fortschreiten und stets mehr ihre Verantwortlichkeiten übernehmen. Die Größe des Menschen liegt darin, daß er frei und verantwortlich ist, und die politische Freiheit stellt eine dieser grundlegenden Freiheiten und Verantwortlichkeiten dar. Sie nicht zu genießen stellt eine unvollendete Entwicklung dar und kann nur zeitweiligen Charakter haben. So anerkennen Kirche und Naturrecht die Freiheit der Völker, sich selbst zu regieren. Im übrigen bekräftigt die Kirche nur das Prinzip. Die geistige Befreiung, die sie bei den Christen sichert, ist eines der wirksamsten Mittel, um den Menschen zu seiner vollen Reife gelangen zu lassen. Und indem sie allen gegenüber die Größe der menschlichen Würde und die daraus sich ergebenden Pflichten hervorhebt, trägt sie in aller Wirklichkeit zur Besserung der Beziehungen unter den Menschen bei . . . Wir anerkennen den legitimen Charakter des Strebens nach Unabhängigkeit wie auch jedes aufbauende Bemühen, dahin zu gelangen. Aber wir warnen vor möglichen Entgleisungen, besonders vor dem Haß, der in einem Christenherzen keinen Platz finden darf." — Das Echo in den Kolonistenkreisen war äußerst ungünstig, und der französische Hochkommissar Bargues bemerkte beim kurz nach der Erklärung stattgefundenen Neujahrsempfang: „Es ist bedauerlich, daß irgend jemand, der sich zu den geistigen Führern des Volkes rechnet, sich von den Lehren der Bibel so weit entfernt haben sollte, daß er amtlich Manöver ermutigt, die auf den Umsturz der bestehenden Ordnung zielen, die Verfassung verletzen und dem französischen Volk einen integrierenden Teil des Gebietes der Republik stehlen wollen."

Im gleichen Jahr (1955) richtete Rom auf der Insel die ordentliche Hierarchie ein und tat damit den entscheidenden Schritt zur Schaffung einer bodenständigen Kirche. Heute bestehen auf Madagaskar drei Erzdiözesen und elf Diözesen, an deren Spitze freilich (bis auf die Diözese Miarinarivo, die seit 1939 einen einheimischen Bischof hat) bis zur Stunde Ausländer stehen. Von den madegassischen Priestern nehmen im übrigen viele schon wichtige Stellungen im kirchlichen Leben ein. — Im Jahre 1956 setzte die Bischofskonferenz ihre offene Stellungnahme zu Fragen der Evolution fort. Es war das Jahr, wo die Kolonialregierung erstmalig Wahlen auf der untersten Verwaltungsstufe durchführte. Die Bischöfe wiesen auf die Krankheiten des bisher geltenden Sozial- und Wirtschaftssystems hin und forderten die Christen auf, in dem Augenblick der Errichtung eines mehr demokratischen Regimes ohne Zögern und Furcht ihre sozialen und bürgerlichen Verantwortlichkeiten zu übernehmen.

Schon bei den Kommunalwahlen zeigten sich die Kommunisten sehr aktiv. Sie verfügten über in Moskau, Peking, Warschau, Prag und in Frankreich ausgebildete Führer sowie über eine Anzahl von Zeitungen. In einem Geheimdokument, das kirchlichen Stellen bekannt wurde, waren die Richtlinien des Vorgehens angegeben: Die Kommunisten sollten sich an die Spitze der Unabhängigkeitsbewegung drängen und für die Einheit der Aktion Sorge tragen, um dann desto sicherer die Führung an sich reißen zu können. Die Hilfe der Freimaurer, von denen viele leitende Posten in der Verwaltung einnähmen, sei anzustreben, weil sie viel Geld hätten und antiklerikal gesinnt seien. Das Zusammengehen zwischen Katholiken und Protestanten müsse unter allen Umständen verhindert werden. Es sei also Mißtrauen zwischen beiden Gruppen zu säen, desgleichen zwischen kirchlicher Führung und gläubigem Volk. Die Kommunisten sollten sogar die Kirchen besuchen und dort beten, wenn sie damit Vertrauen gewinnen könnten. Die kirchliche Führung sah sich so genötigt, für die im Jahre 1957 stattgefundenen Wahlen zu den höheren Verwaltungskörperschaften fieberhaft an der staatsbürgerlichen Erziehung der unerfahrenen ländlichen Massen zu arbeiten und auch an der Bildung der politischen Kader mitzuwirken. Den Geistlichen wurde aber jede Annahme eines Mandats verboten. In der Diözese Ambanja (Nordmadagaskar) stellten die (elsässischen) Kapuziner bei den allgemeinen Wahlen sogar gegen die das Volk bedrückenden Häuptlinge und die Direktoren der großen europäischen Unternehmungen eine eigene „Volksliste" auf, die mit Zweidrittelmehrheit den Sieg errang. Im allgemeinen waren die christlichen Listen im ganzen Lande recht erfolgreich.

Ein französischer Ministerpräsident

Die erste demokratische Regierung, die noch unter dem französischen Oberkommissar stand, sah einen überzeugten Katholiken, den in Frankreich herangebildeten Philibert Tsiranana, als stellvertretenden Ministerpräsidenten, und die Mehrheit der Kabinettsmitglieder war gleichfalls katholisch. Nachdem dann Tsiranana Ministerpräsident geworden war, trat er sogleich eine Auslandsreise an, um für Kapitalinvestierungen auf Madagaskar zu werben. Die französische Kolonialregierung hatte stets verhindert, daß ausländisches Kapital im Lande in beachtlichem Maße angelegt wurde. Man führte die Rohprodukte nach Frankreich und bot Madagaskar die Fertigwaren zu Preisen an, die über den Weltmarktpreisen lagen. Tsiranana war 1958 im Verfolg seiner Mission auch in Deutschland, wo man in Köln um ihn einen großen Kreis führender Industrieller versammelte. Man hatte bei dieser Zusammenkunft den Eindruck, daß beide Teile kaum etwas voneinander wußten. Weder kannte Tsiranana etwas von dem wirtschaftlichen Mechanismus außerhalb der Französischen Union noch die deutschen Industriellen etwas von den grundlegenden sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten des Landes, mit dem sie bisher nur wenig Kontakte hatten. Für die wenigen deutschen Teilnehmer aus dem Bereich des Kulturlebens war die Erklärung des Ministerpräsidenten am eindrucksvollsten, daß Madagaskar seine Zukunft nur im Anschluß an den Westen sichern könne. Tsiranana gab ein zurückhaltendes, aber deutliches Bekenntnis zu den echten Werten abendländischer Kultur ab. Heute ist er sozusagen einstimmig gewählter Präsident der Unabhängigen Republik Mada-

gaskar und hat den Willen bekundet, das Land in schwesterlicher Liebe zur französischen Republik zu führen. Es gibt allerdings noch immer Kreise unter den französischen Kolonisten und unter den führenden Persönlichkeiten Frankreichs, die nicht umdenken können und ihm die Durchführung seiner Absichten erschweren. Tsiranana verdient in seinem nicht leichten Kampf um die Schaffung eines Sozialstaates christlicher Prägung auf jeden Fall die wache Unterstützung des Weltkatholizismus und der ganzen übrigen christlichen Welt. Nachdem ein Referendum vom 28. September 1958 eine überwältigende Mehrheit für die Gründung einer politisch und ökonomisch mit Frankreich verbundenen selbständigen Republik ergeben hatte, erklärte der Episkopat erneut seine Zustimmung zu dem hier sichtbar gewordenen Volkswillen und sprach die Zuversicht aus, daß beim Aufbau der Republik das wertvollste Element des nach Madagaskar gebrachten abendländischen Kulturguts, die christlichen Grundsätze, richtunggebend seien. Der Wunsch der Bischöfe, den Glauben an Gott in der Verfassung bekundet zu sehen, fand Erfüllung. Die gesetzgebende Versammlung baute am 28. April 1959 mit 85 gegen eine Stimme in die Präambel des Grundgesetzes „den Glauben des Volkes an Gott und seine Überzeugung von dem eminenten Wert der christlichen Persönlichkeit" ein.

Die Lage der christlichen Schule

Die Kirche Madagaskars ist ins zweite Jahrhundert ihrer Existenz getreten, und das zweite Jahrhundert einer Missionskirche ist immer schwieriger als das erste. Neben Altchristen, die durch christliche Schulen gingen, gibt es solche, die in den liberalen Staatsschulen der Kolonialverwaltung ihre Grundschul- und höhere Bildung erhielten. Das alte Heidentum hat seine Spuren nicht nur in den Massen erwachsener Neuchristen bewahrt, die in jüngster Zeit sich der Kirche anschlossen, sondern auch in den älteren Christengenerationen. Solches kann nur jenen in Verwunderung setzen, der sich in der Frühgeschichte des eigenen (abendländischen) Christentums nicht auskennt. Die Missionskirche Madagaskars hat stets in der christlichen Schule das beste Mittel gesehen, um von Grund auf christliche Gemeinden entstehen zu lassen. Vier männliche und 20 weibliche Lehrorden leiten in den Städten 110 höhere Knaben- und Mädchenschulen mit 40 000 Schülern, während in 1 500 Dörfern neben der Kirche die katholische Volksschule steht. Das katholische Schulwesen genoß in neuerer Zeit eine bescheidene staatliche Beihilfe, während die Staatsschulen mit öffentlichen Mitteln unterhalten werden. Wegen seiner Qualität ist der Missionsschulunterricht sehr gesucht. Aber die Aufbringung der Mittel zum Unterhalt der bestehenden Schulen und zum Bau neuer Unterrichtsstätten wird immer schwieriger. Die Missionsschulen können bei dem erschreckend geringen Durchschnittseinkommen der Bevölkerung kein hohes Schulgeld nehmen. Sonst sind die Eltern gezwungen, ihre Kinder in die religionsfreien Staatsschulen zu senden. Außerdem fühlt sich die Mission verpflichtet, begabten Kindern auch der ärmsten Bevölkerungsschichten alle Bildungsmöglichkeiten zu geben. Die weltlichen Lehrkräfte der Missionsschulen sind mit geringen Gehältern zufrieden, und das Lehrpersonal der Orden ist aus Raumnot meist in Dachkammern der Schulgebäude untergebracht. Wenn die Regierung nicht wenigstens stufenweise eine finanzielle Gleichstellung der Privatschulen mit den öffentlichen Schulen herbeiführt, ist die Zukunft der christlichen Schulen, in denen mehr als die Hälfte aller die Schule besuchenden Kinder Madagaskars unterrichtet werden, sehr gefährdet.

Um die Vertiefung des christlichen Lebens

Einige Sorgen bereitet der Kirche Madagaskars heute das Problem der Einsenkung der Kirche in den Kulturboden. Wie in allen jungen afrikanischen Staaten ist auch auf Madagaskar das Bestreben sichtbar, die politische Selbständigkeit durch Rückbesinnung auf das eigene Kulturerbe und durch Pflege uralten (meist heidnischen) Brauchtums zu untermauern und zu festigen. Die Kolonialära war der entschlossenen Kulturakkommodation seitens der Kirche nicht günstig, und die Missionare sind trotz redlichen Bemühens nicht immer zu voller Erkenntnis der religiös-sozialen Grundanschauungen der einheimischen Bevölkerung gelangt. Es war psychologisch schwer, die europäische Brille abzulegen. Heute bemüht man sich intensiv, zu einer Tiefenschau der Volksseele zu gelangen, das Brauchtum zu studieren, schon verchristlichtes Brauchtum zu fördern und heidnisch gebliebenes Brauchtum christlich umzugestalten.

Sehr instruktiv ist in dieser Hinsicht ein Aufsatz, den ein Missionar Madagaskars, der seit 1934 im Lande tätige Montfortaner-Pater Melaine Le Hurt, im Juni 1958 in der Pariser Zeitschrift „Mission de l'Eglise" unter dem Titel: „Haben wir die Lehren aus den Ereignissen von 1947 auf Madagaskar verstanden?" veröffentlichte. Der große Aufstand jenes Jahres hatte sich besonders im Ostteil der Insel beim Volke der Betsimisaraka gegen die katholische Kirche gerichtet. Von 783 Kirchen jenes Gebietes wurden damals 758 zerstört. P. Le Hurt stellt fest, daß ganze Gemeinden zu den „Gebräuchen der Ahnen" zurückkehrten. Der tiefste Grund der Erhebung war die Zerstörung der traditionellen Werte des Volkes durch die Regierung. Man wandte sich gegen einen Laizismus, der den homo oeconomicus vom homo religiosus trennte. Nach den Anschauungen der Betsimisaraka, einer Volksgruppe von 638 000 Seelen, gibt es keine bürgerliche Gesellschaft, die unabhängig von der religiösen Gesellschaft ist. Es gibt weder rein profane noch rein religiöse (sakrale) Akte. Im Kampf gegen die Politik der Regierung ging man auch gegen „das Gebet der Weißen", die katholische Kirche, vor, weil sie sich nach außen nicht genügend von der Politik der Regierung abgesetzt hatte. Nach P. Le Hurt hätte man die Kirche als die Vollendung der „Religion der Ahnen" darstellen müssen, nicht als eine solche, die sich einfachhin an die Stelle der urtümlichen Gebräuche setzte. In den Schwierigkeiten auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete, die das Eindringen der westlichen Zivilisation brachte, hätte der Katholizismus als eine Religion erscheinen müssen, die sich auf das ganze Leben ausdehnte, die mit der Achtung der Person des Einzelmenschen das menschliche Gesamtwohl sichert, eben entsprechend der religiösen Grundkonzeption der Betsimisaraka. Man durfte auch diesem Volke keine Katechisten geben, die, aus anderen Stämmen kommend, von Anpassung keine Ahnung hatten und nicht einmal den Dialekt der Leute sprachen. Die traditionellen religiösen Führer des Volkes fühlten sich also tief verletzt. Man sah katholischerseits nicht, daß man eine besondere Zivilisation zu taufen hatte: „Man hatte sich sehr stark auf die Kinder

gestützt. Das täuschte bei den großen Taufzahlen über die mangelnde Akkommodation hinweg. Die Missionare und die Verwaltung erweckten den Eindruck, daß sie, jeder in seinem Bereich, dieses alte Brauchtum zerstörten, das bis dahin den Frieden mit dem Schöpfergott und den Ahnen sowie den Frieden in der Familiengruppe sicherte." Die Mission hatte nicht genügend ihre innere Unabhängigkeit von der Zivilgewalt demonstriert. Sie hatte nicht genügend gezeigt, daß ihre Lehre, aufbauend auf der Lehre der Alten, imstande war, Gerechtigkeit und Frieden in der Gemeinschaft zu sichern. Die Mission hätte auf dieser lehrhaften Grundlage mit den Betsimisaraka in ein Gespräch kommen müssen. Ein Volk nimmt nicht leicht den Monolog an, woher er auch kommt. Das gilt besonders auf religiös-sozialem Gebiete. — Soweit P. Le Hurt.

Die Mission stößt auch noch in anderen Teilen Madagaskars auf eigengeprägte religiös-soziale Gesamtstrukturen, die der Christianisierung besondere Aufgaben stellen, so bei den Sakalaven an der Westküste. Hier handelt es sich um vom Festland eingewanderte Negerstämme, die sich energisch gegen das Christentum zur Wehr setzen. Aber im allgemeinen verwischen sich allmählich die Besonderheiten, nicht zuletzt unter dem Einfluß der eindringenden westlichen Zivilisation (Individualismus, arbeitsteilige Gesellschaft usw.), die besonders in den Städten tiefgreifende Veränderungen der geistigen Grundhaltung hervorruft. Zu den unerfreulichsten Erscheinungen gehören hier der sich selbst bei der ländlichen Bevölkerung ausbreitende Materialismus und der Einfluß des französischen Laizismus besonders in der einzigen Großstadt Madagaskars, der 200 000 Einwohner zählenden Stadt Tananarivo. Das Vorhandensein spiritistischer Zirkel in fast allen Städten zeigt, daß es aus der religiösen Brauchtumskultur entwurzelte Bevölkerungsschichten gibt, die in der Stadtzivilisation keine neue seelische Beheimatung gefunden haben. Schließlich hat auch das Christentum mit seinen Ideen das geistige Leben der ganzen Insel einschließlich des noch heidnischen Raumes außerordentlich beeinflußt. Die Kirche sieht sich so gezwungen, verschiedengeartete Umwelten mit unterschiedenen Missionsmethoden anzugehen. Die Rassenmischung auf der Insel, die in mehreren Jahrtausenden stattfand und auch heute nicht beendet ist, erschwert zudem das Apostolat in der Erfüllung der Aufgaben der Anpassung. Die Bevölkerung setzt sich heute, wenn man sie nach den morphologischen Grundtypen aufgliedert, zu 37 Prozent aus Abkömmlingen indonesischer, zu 52 Prozent aus solchen negro-ozeanischer, zu 2 Prozent negro-afrikanischer und zu 9 Prozent europäischer Herkunft zusammen. Dazu kommen die Einflüsse der angelsächsischen und lateinischen Einwanderung des letzten Jahrhunderts sowie des Einströmens von Indern und Chinesen aus jüngster Zeit. Madagaskar ist ein Schmelztiegel von Völkern, deren Zusammenwachsen durch den abgeschlossenen Charakter der Insel stets sehr gefördert wurde, neuerdings auch durch die verkehrsmäßige Erschließung und die moderne Organisation der Arbeit.

Die wichtigste Aufgabe der Kirche ist jetzt die beschleunigte Heranbildung eines guten, zahlenmäßig starken Klerus, zumal das Land an fühlbarem Priestermangel leidet. Wenn heute aus politischen Gründen der ausländische Klerus die Insel verlassen müßte, stände die Kirche der Insel vor einer sehr schweren Entwicklungskrise.

Ökumenische Nachrichten

Zentralausschuß des Weltrates der Kirchen auf Rhodos

Die diesjährige Tagung des 90köpfigen Zentralausschusses des Weltrates der Kirchen, die teilweise unerledigte Probleme der letztjährigen Tagung in Nyborg (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 92) fortzuführen hatte, stand wesentlich im Zeichen der Ehrung der orthodoxen Kirchen. Sie fand auf Rhodos, im Jurisdiktionsbereich des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, und zwar im Castello, der mittelalterlichen Festung des Johanniterordens, statt, wo sie am 19. August eröffnet wurde. Eine Botschaft des gastgebenden Patriarchen sprach die Hoffnung aus, daß diese Tagung zur weiteren Vertiefung des Verständnisses zwischen den Kirchen westlicher und östlicher Tradition beitragen möge. Ein Grußwort des griechischen Königspaares erinnerte an den Apostel Paulus, der vor genau 1900 Jahren auf Rhodos Station gemacht habe. Die Grüße der griechischen Regierung überbrachte Kultusminister G. Voyadzis. Er forderte, man solle mit dem Proselytismus endlich Schluß machen, da er nur Mißtrauen zwischen den Kirchen schaffe. Der Leiter der Abteilung für religiöse Angelegenheiten im Erziehungsministerium, Prof. Basil Ioannides, warnte vor einer Unterschätzung der Schwierigkeiten, die einer Wiedervereinigung im Glauben entgegenständen.

Ehrung der orthodoxen Kirchen

Neben den Patriarchaten von Konstantinopel und der Kirche von Griechenland, Zypern und Kreta waren auch die orthodoxen Patriarchate von Jerusalem, Antiochien und Alexandrien vertreten, und das Moskauer Patriarchat hatte als Beobachter den Dozenten Vitalij Borovoi von der Leningrader Theologischen Hochschule sowie den Referenten vom Außenamt, V. S. Alexeev, entsandt, die beide kurz vorher dem Genfer Generalsekretariat des Weltrates der Kirchen einen längeren Informationsbesuch abgestattet hatten.

Das ganze Programm stand sichtlich im Dienste einer Beschwichtigung der orthodoxen Kirchen, über deren Spannungen zum Weltrat teils aus dogmatischen Gründen (vgl. die kritische Haltung der Kirche von Griechenland in Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 22), teils aus Abneigung gegen die geplante Fusion des Weltrates mit dem Internationalen Missionsrat (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 20 und 222) hier ausführlich berichtet wurde, eine Spannung, die durch die Wirren um die Ankündigung eines Ökumenischen Konzils durch Papst Johannes XXIII. nicht geringer geworden war (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 355 f. und 401 f.). Daher würdigte der Generalsekretär des Weltrates, Dr. Visser 't Hooft, in seinem Rechenschaftsbericht den führenden Beitrag, den gerade die Orthodoxie, vor allem der einstige Patriarch von Konstantinopel, schon seit 1919 für die Entwicklung der Ökumenischen Bewegung geleistet habe. Schon damals erkannten die Orthodoxen, daß eine Einigung in Lehrfragen der zwischenkirchlichen Zusammenarbeit, an der sie interessiert sind, nicht vorausgehen müsse, sondern sehr wohl durch diese Zusammenarbeit gefördert werden könne.

Was insbesondere die Russisch-Orthodoxe Kirche betrifft, so erklärte Dr. 't Hooft auf einer Pressekonferenz, sie sei dabei, den Weltrat der Kirchen zu entdecken, den sie 1948 noch abgelehnt hatte. Der Besuch von Delegierten

des Moskauer Patriarchats in Genf und auf Rhodos werde im Dezember dieses Jahres durch einen Gegenbesuch in Moskau erwidert. Er meinte, daß sich eine ähnliche Entwicklung in den orthodoxen Kirchen Polens, Jugoslawiens, der Tschechoslowakei und Rumäniens anbahnen werde, die ebenfalls bisher dem Weltrat der Kirchen ferngeblieben waren. Es nahmen übrigens auch Vertreter der orthodoxen Kirchen Polens und Jugoslawiens an der Tagung des Zentralausschusses als Beobachter teil. Um keinen Zweifel daran aufkommen zu lassen, ob dem Weltrat der Kirchen dadurch gewisse politische Belastungen auferlegt würden, erklärte Dr. 't Hooft, daß man sich ebenso wie bisher gegen jede politische Infiltration von Westen wie von Osten abschirmen werde.

Zum Ökumenischen Konzil

Dem Zentralausschuß lag u. a. auch ein Bericht des Exekutivausschusses über Informationen betreffend das Ökumenische Konzil vor. Darin heißt es, die bisher gewahrte Zurückhaltung habe sich als richtig erwiesen, während Vermutungen der Presse, daß das von Papst Johannes geplante Konzil in erster Linie der Frage der christlichen Einheit diene und dazu auch die nichtrömischen Kirchen eingeladen werden sollten, unzutreffend gewesen seien. Der Exekutivauschuß wolle jedoch die weitere Entwicklung mit Interesse verfolgen, da die Führer der Ökumenischen Bewegung einem Ereignis nicht gleichgültig gegenüberstehen könnten, das notwendigerweise auf die Beziehungen der Kirchen untereinander Einfluß haben müsse. Die Beziehungen zur römischen Kirche, heißt es, könnten wesentlich verbessert werden, wenn 1. die Möglichkeit zu breiterer Zusammenarbeit auf dem sozialen Sektor und bei dem gemeinsamen Eintreten für einen gerechten und dauerhaften Frieden gegeben würden; wenn es 2. häufiger zu Gesprächen unter den Theologen komme und wenn 3. alle Kirchen gemeinsam danach streben würden, für alle Menschen in allen Ländern die Freiheit des Glaubens wiederherzustellen.

Eine gewisse Störung der Tagung entstand durch eine übertreibende Reutermeldung, wonach zwei römisch-katholische Beobachter, P. C. Dumont OP von der „Istina", Paris, und Prof. J. Willebrands, Sekretär der „Katholischen Konferenz für ökumenische Angelegenheiten", die privatim in Rhodos weilten, in Gesprächen mit orthodoxen Vertretern für kommendes Jahr eine gemeinsame Konferenz in Venedig „zur Klärung der Möglichkeiten einer Union" vereinbart hätten (vgl. ds. Heft, S. 10 f.).

Ein grundlegendes Referat von Edmund Schlink

Der theologische Höhepunkt der Tagung war das Referat von Prof. Edmund Schlink, Heidelberg, über „Die östlichen und westlichen Traditionen in ihrer Bedeutung für die Christenheit", ein Thema, das er bereits in der Zeitschrift „Kerygma und Dogma" von verschiedenen Seiten beleuchtet hatte. Er ging davon aus, daß der Reichtum östlicher und westlicher Liturgie und Kirchlichkeit bedroht wurde, seit man in Anlehnung an die Rechtsgestalt des Römischen Imperiums die Einheit der Kirche in der Einheitlichkeit der Gottesdienste, der dogmatischen Formeln und Ämter zum Ausdruck brachte und sich der politischen Gliederung des Imperiums anpaßte. Sein Verfahren als Lutheraner beruht nun darauf, daß er nicht die eigene Tradition erklären will. Er hält es vielmehr angesichts der bestehenden Entfremdung für den ersten notwendigen Schritt zur Verständigung, daß jeder sich bemüht, nach der Tradition des anderen zu fragen und sie zu verstehen.

Darum erklärte Schlink den ökumenischen Hörern die Bedeutung der östlichen Tradition für die westliche Christenheit. Er nannte als die drei Grundstrukturen der Ostkirche erstens die Aussageform des Hymnus und der Anbetung, die Doxologie, in die der Glaubende hineinverwandelt werde. Zweitens sei das Dogma in der Orthodoxie primär liturgische Aussage, selbst dort, wo es sich philosophischer Begriffe bediene. Es kenne keine metaphysische Überfremdung. Drittens gebe es bei aller Betonung der Hierarchie nicht nur Über- und Unterordnung, sondern das sie Umfassende bleibe stets die Gemeinschaft, was wiederum der Liturgie entspreche. Was schließlich das Verhältnis zum Staat betreffe, so sei es von der Kirche stets nur als geistlicher Dienst aufgefaßt worden, ohne daß sie je nach politischer Macht getrachtet habe.

Die Grundstrukturen der westlichen Christenheit seien andere. Gegenüber der Doxologie trete das kirchliche Handeln in Wort und Sakrament mit ausgesprochen voluntaristischen Zügen in den Vordergrund. Hinzu kämen weitere dogmatische Entscheidungen mit Aussagen über den Menschen, über die Gnade und die Rechtfertigung auf der Basis der metaphysischen Scholastik, ferner die Bemühung um rechtliche Klärung des Verhältnisses der Kirche zur weltlichen Gewalt bis zum päpstlichen Zentralismus.

Von diesen Voraussetzungen her habe man von einer Schwäche der Ostkirche gesprochen und ihr nachgesagt, sie überlasse durch den Rückzug in die Liturgie die Welt ihrer Eigengesetzlichkeit, sie verzichte auf soziale und rechtliche Gestaltung der Welt zum Schutz des Menschen. Bei der Erörterung dieser Frage dürfe man nicht vergessen, daß die Ostkirche Jahrhunderte hindurch von Arabern, Mongolen und Türken unterdrückt worden sei. Sie könne jederzeit aus ihrer liturgischen Mitte wieder in Vollmacht in die Welt vorstoßen. Aus ihren Grundstrukturen folge nicht notwendig der Verzicht auf Weltgestaltung. Sie habe im Gegenteil in dieser Liturgie die geistliche Kraft, die großen Probleme unserer Zeit der Lösung näherzubringen, u. a. auch die Frage der Wiedervereinigung im Glauben.

Die westliche Christenheit werde dagegen bedenken müssen, daß es bei ihr gerade an den Punkten, an denen man sehr viel weiter gegangen sei als die Ostkirche, zu tiefgreifenden Spaltungen kam. „Je mehr man im Westen die Struktur der Gemeinschaft verließ und je mehr man in allen diesen Fragen die Uniformität und rechtliche Verbindlichkeit der Entscheidung anstrebte und die Einheit der Kirche in der Einheit der Formel suchte, desto mehr ist es zu Spaltungen gekommen." Jede dieser Traditionen habe ihre besonderen Gefahren. Sie könnten sich vorzüglich ergänzen und sich gegenseitig vor den Gefahren schützen. „Wir stehen heute in Ost und West vor der Aufgabe, es besser zu machen als die Unionskonzilien des Mittelalters, in denen es im wesentlichen um die Durchsetzung eines dogmatischen Uniformismus und einer zentralistischen rechtlichen Ordnung ging."

Zum gleichen Thema sprach der griechische Theologe Chrysostom Konstantinides von der Hochschule des Patriarchats in Konstantinopel.

Zur Integration des Internationalen Missionsrates

Die erste Probe auf diese grundsätzliche Einsicht hatte der Zentralausschuß bei der erneuten Beratung des Planes zu

bestehen, eine Verschmelzung des Weltrates mit dem Internationalen Missionsrat auf der 3. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen Ende November 1961 in Neu-Delhi — nicht, wie früher geplant, in Ceylon — vorzunehmen. Nach dem Bericht des Vorsitzenden des Verbindungsausschusses, Prof. Henry van Dusen, haben bisher zwar erst 46 von 171 Mitgliedsgemeinschaften des Weltrates eine zustimmende Antwort gegeben, doch lasse die sichere Zustimmung von weiteren 55 keinen Zweifel mehr am Gesamtergebnis. Von den 38 Mitgliedern des Internationalen Missionsrates, der nicht aus „Kirchen", sondern aus freien Missionsgesellschaften wesentlich protestantischer Herkunft besteht, haben bisher 22 zugestimmt, 12 noch nicht Stellung genommen, während 3 ablehnten und aus dem Missionsrat ausgeschieden sind.

Im Rahmen des Integrationsplanes, der von den protestantischen Gruppen des Weltrates konsequent durchgezogen wird, standen Dokumente über die Verfassung der geplanten „Kommission für Weltmission und Evangelisation", die durch ihre Organe die Tätigkeit des Internationalen Missionsrates übernehmen soll, und eine dementsprechende Verfassungsänderung für den Weltrat der Kirchen zur Diskussion, über die man sich erst nach Veröffentlichung des gedruckten Protokolls ein Bild wird machen können. Jedenfalls haben in den Aussprachen die orthodoxen Vertreter ihre „ernsten Bedenken" gegen den geplanten Zusammenschluß wiederholt. Der Vertreter des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, Erzbischof Jakovos — neuerdings James von Philadelphia genannt —, bemerkte z. B., daß die orthodoxen Kirchen in dieser Frage zwar eine aufgeschlossene und positive Haltung einzunehmen wünschen und auch weiterhin Mitglieder des Weltrates der Kirchen bleiben wollen, aber dem Zusammenschluß mit dem Internationalen Missionsrat könnten sie im Hinblick auf die „nichtkirchlichen" Missionsgesellschaften, z. B. die Vereinigte Sudanmission, nicht ohne Besorgnis entgegensehen. Der Zentralausschuß möge daher seine Entscheidungen so treffen, daß das Wesen des Weltrates als eines Rates von Kirchen nicht verändert wird. Prof. Basil Ioannidis, Athen, warnte ebenfalls: „Wenn es zur Integration kommt, haben wir eine Mammutorganisation", und es sei doch weithin so, daß der Weltrat in seiner gegenwärtigen Gestalt heute noch nicht von seinen Mitgliedskirchen und den Gemeinden verstanden werde. Ein anderer Sprecher warnte vor den ungünstigen Auswirkungen des geplanten Zusammenschlusses auf die Beziehungen zum Moskauer Patriarchat. Im Namen der Fusionsanhänger bat seinerseits der anglikanische Bischof von Gibraltar die Orthodoxen, sie möchten ihre Haltung überprüfen. Bischof Lesslie Newbigin von Südindien, Präsident des Internationalen Missionsrates, gab den Orthodoxen zu bedenken, daß nicht nur sie allein, sondern auch die protestantischen Kirchen unter dem Bekehrungseifer gewisser Sekten zu leiden hätten und der Internationale Missionsrat eher ein Opfer als ein Angreifer sei. Doch damit konnten die Besorgnisse der Orthodoxen nicht zerstreut werden, daß sie vor allem im Vorderen und Mittleren Orient von protestantischen Gesellschaften als Missionsgebiet betrachtet würden, eine Frage, die näherer Prüfung bedürfte.

Was wird aus „Faith and Order"?

Zu anderen Aufgaben gehörte die Erörterung der hier mehrfach gemeldeten Anliegen der „Kommission für Glaube und Kirchenverfassung", von den Hemmungen der Verfassungsänderung von 1952 wieder befreit zu werden (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 289 f.). Die Kommission unterbreitete dem Zentralausschuß entsprechende Vorschläge, die die Voraussetzung für die theologische Erweiterung ihrer Arbeit und für eine stärkere Betonung ihres Hauptanliegens bringen sollen, die kirchliche Einheit in dogmatischer Hinsicht zu fördern: „Wenn der Weltrat der Kirchen die Sache der christlichen Einheit wirksam vertreten will, muß unserer Ansicht nach Glauben und Kirchenverfassung im Brennpunkt seines Wirkens stehen und zum wesentlichen Element seiner organisatorischen Struktur werden", so heißt es in dem Bericht. Die Vorschläge beinhalten u. a., daß die jetzt der Studienabteilung des Weltrates untergeordnete „Kommission für Glaube und Kirchenverfassung" erweitert und einem eigenen Direktor unterstellt wird, der u. U. den Rang eines beigeordneten Generalsekretärs bekommen sollte. Auf dieser strukturellen Grundlage soll sich die erweiterte Arbeit von „Faith and Order" aufbauen.

Im einzelnen wird in dem Bericht angeregt, theologische Gespräche mit „zwei kirchlichen Gruppen" aufzunehmen, die „unsern Herrn Jesus Christus als Gott und Heiland anerkennen [wie die christologische Basis des Weltrates ohne trinitarische Präzisierung lautet], nämlich der römisch-katholischen Kirche und jenen protestantischen Kirchen, die nicht Mitglieder des Weltrates der Kirchen sind". Auch sollten zur Förderung dieses Anliegens mehr regionale Konferenzen stattfinden, etwa wie jene vom Jahre 1957 in den USA (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 147 f.). Der derzeitige Vorsitzende der „Kommission für Glaube und Kirchenverfassung", Professor Douglas Horton, unterstützte die Vorschläge, ebenso wie es Bischof Otto Dibelius tat, der „fair play" für Faith and Order forderte. Vorerst wurde eine Finanzkommission eingesetzt, die die Kosten dieser Vorschläge prüfen und später darüber berichten soll. Eine Rückwendung zu der schwierigen und in Lund 1952 noch so aussichtsreich erscheinenden Arbeit von „Faith and Order" neben den leichteren Erfolgen auf dem Gebiete der Organisation und der politischen Parolen dürfte schon als Zugeständnis an die Orthodoxen unabwendbar sein.

Politische Probleme

Aus dem vielseitigen, meist überladenen Arbeitsprogramm des Zentralausschusses sollen wenigstens die wichtigsten Themen auf dem Gebiete der Politik genannt werden. Da ist als erstes ein Wort zum Weltflüchtlingsjahr, dessen sich die Kirchen besonders annehmen sollen. Ferner die erneute Prüfung der Frage, wie man zur Abschaffung der Atomwaffenversuche gelangen könnte, die bereits das bekannte Dokument von Nyborg weitgehend geklärt hatte (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 93). Wesentlich Neues kam diesmal nicht heraus außer einer wiederholten Bitte an die Großmächte, ja nicht einseitig die z. Z. stillgelegten Versuche mit Atomwaffen wiederaufzunehmen. Auch Empfehlungen der „Kommission für internationale Angelegenheiten" in der Deutschland- und Berlinfrage fehlen nicht, ein Appell an Frankreich, die Algerienfrage schnell zu bereinigen, Vorschläge für eine internationale Vereinbarung über die Erschließung des Weltraumes und die Forderung, der unkontrollierten Bevölkerungsvermehrung mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Sonst widmete man sich besonders der Vorbereitung der

3. Vollversammlung des Weltrates, die, wie schon gesagt, wegen politischer Unruhen von Ceylon nach Neu-Delhi verlegt und für Ende November 1961 beschlossen worden ist, obwohl manche Einsprüche dagegen erfolgten, daß die Delegierten des Weltrates dort als Touristen in den modänen Hotels erscheinen, was ihrer Sendung nur abträglich sein könne.

Nicht unerwähnt bleiben darf, daß der frühere Botschafter des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel beim Genfer Generalsekretariat, Erzbischof Jakovos von Melita, jetzt Metropolit der Nord- und Südamerikanischen Diözese der Orthodoxen Kirche mit dem Sitz in Philadelphia, anstelle des verstorbenen Erzbischofs Michael zu einem der sechs Präsidenten des Weltrates der Kirchen gewählt worden ist. In den 12 Mitglieder zählenden Exekutivausschuß wurde anstelle des verstorbenen Erzbischofs Ingve Brilioth von Uppsala sein Nachfolger, Erzbischof Gunnar Hultgren, aufgenommen.

Bischof Dibelius an Patriarch Alexius

Anläßlich des Besuches, den Vertreter mitteldeutscher evangelischer Landeskirchen für zwei Wochen in der Sowjetunion machten, wobei sie auch dem Patriarchen Alexius einen Besuch abstatteten, übergab Landesbischof Mitzenheim von Thüringen am 5. September ein von Bischof Dibelius unterzeichnetes Schreiben des Rates der EKD. Es hat folgenden Wortlaut:

„Gnade und Friede von unserem Herrn Jesus Christus zuvor! Daß jetzt abermals deutsche Bischöfe der Einladung Ew. Heiligkeit folgen und nach Moskau reisen dürfen, gibt mir Veranlassung und Gelegenheit, Ew. Heiligkeit herzliche Grüße und Segenswünsche im Namen der ganzen Evangelischen Kirche in Deutschland auszusprechen.

Der Rat der EKD, an dessen Spitze ich stehe, ist davon durchdrungen, daß das hohepriesterliche Gebet unseres Herrn Jesus Christus in unseren Tagen besonders eindringlich zu den Herzen der Gläubigen spricht: ‚Daß sie alle eins seien, gleichwie du, Vater, in mir und ich in dir!' Jeder persönliche Austausch von Bischöfen und anderen leitenden Männern unserer Kirche kann ein wenig zur inneren Einheit der Christenheit helfen. Er kann darüber hinaus dazu beitragen, daß unser aller Füße auf dem Weg des Friedens bleiben.

Wir sehen mit freudiger Erwartung dem Besuch des hochwürdigsten Metropoliten Nikolaj und seiner Begleiter in Deutschland entgegen. Wir hoffen, daß auch dieser Besuch demselben Ziel dienen wird. Die Herzen der Gläubigen in Deutschland sind aufgeschlossenen für jeden Beweis der christlichen Liebe und des respektvollen Verständnisses, der zwischen unseren Kirchen hin und her geht. Genehmigen Ew. Heiligkeit den Ausdruck meiner Ehrerbietung und meiner herzlichen Fürbitte!

Ich bin Ihr Bruder und williger Diener in Christus Jesus, unserm gemeinsamen Herrn."

Aus der islamischen Welt

Die Situation im Irak

Während der letzten Wochen und Monate schien es, als ob das Vordringen der Kommunisten im Irak (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 443 f.) durch eine vorsichtige, aber entschlossene Politik des Ministerpräsidenten Kassem zum Stillstand gekommen sei. Ein solcher Eindruck konnte dadurch entstehen, daß Kassem die Beteiligung der Kommunisten an der Regierung ablehnte, einige Kommunisten aus der Armeeführung entfernte und Ende Juli sogar eine Entwaffnung des kommunistisch beherrschten „Volkswiderstandes" anordnete, nachdem es in Kirkuk zu einem bewaffneten Aufstand der Kommunisten gekommen war, bei dem nach nicht prüfbaren Berichten ca. 100 Menschen getötet worden sind. Gleichzeitig wurden „Nationalisten" — nicht unbedingt Nasseristen — aus den Gefängnissen entlassen und auch solche Personen, die lediglich auf Betreiben der Kommunisten in Haft gehalten wurden. All dieses schienen sichere Anzeichen dafür zu sein, daß Kassem sich entschlossen hatte, sich nunmehr gegen die Kommunisten zu wenden. Dafür sprach auch die Einstellung der ägyptischen Propagandakampagne gegen Kassem.

Leider besteht eine ziemlich große Differenz zwischen den angekündigten Maßnahmen der Regierung und ihren Erfolgen, so daß man manchmal nicht weiß, ob die Regierung nicht in der Lage ist, sich gegenüber den Kommunisten durchzusetzen, oder ob ihre Maßnahmen gegen die Kommunisten vielleicht gar nicht ernst gemeint sind und lediglich dazu dienen sollen, die wirklichen Zustände zu verschleiern. So wird z. B. die Tatsache, daß es so etwas wie eine kommunistische Infiltration gibt, von den Regierungsorganen dadurch aus der Welt geschafft, daß sie sagen, im Irak gebe es gar keine kommunistische Partei — sie sei wie alle Parteien verboten. (Aus diesem Grunde ist es auch ausländischen Korrespondenten verboten, in ihren Presseberichten die „Kommunistische Partei" zu erwähnen.) Auch bei seinen jüngsten öffentlichen Angriffen gegen die Kommunisten sprach Kassem von Leuten, die in ihren guten Absichten fehlgeleitet worden seien und die sich in blindem Fanatismus zu Taten hätten hinreißen lassen, die dem Staate schaden. Neuerdings spricht er sogar von anarchistischen Elementen, nie jedoch von Kommunisten.

Die Unruhen in Kirkuk

Am 13. Juli 1959 kam es in der nordirakischen Stadt Kirkuk zu Unruhen zwischen Turkmenen (einer türkisch sprechenden Minderheit) und Kurden, an denen die Kommunisten maßgeblich beteiligt waren. Die eigentlichen Ursachen sind so undurchsichtig wie alles im Irak. Die emotionelle Grundlage scheint die traditionelle Feindschaft zwischen Turkmenen und Kurden gewesen zu sein. Die Turkmenen, die als antikommunistisch gelten, hatten in Kirkuk, um die Revolution vom 14. Juli zu feiern, Triumphbögen zu Ehren General Kassems aufgestellt. Damit bekundeten sie, wie es scheint, ihre Hoffnung, daß Kassem mit den Kommunisten abrechnen werde. Die Kommunisten wiederum — in Kirkuk vorwiegend Kurden — hatten angesichts der letzten antikommunistischen Schritte Kassems beschlossen, den 14. Juli nicht zu feiern (ein Beschluß, der in Bagdad in letzter Minute aufgehoben wurde). Die Triumphbögen wurden von Kurden niedergerissen, und so kam es unvermeidlich zu Zusammenstößen, bei denen die kurdischen Kommunisten bzw. die kommunistischen Kurden ihrerseits die Gelegenheit wahrnahmen, gegen die Turkmenen vorzugehen. Die in diesem Gebiet stationierte 2. Division, die zu 70 % aus Kurden besteht, sollte den Turkmenen zu Hilfe kommen, scheint

sich statt dessen aber auf die Seite der Kurden geschlagen zu haben, was nur natürlich war. Auch gilt der inzwischen abgesetzte Kommandant der 2. Division, Daud Jenabi, als Kommunist. Die Unruhen dauerten drei Tage, und erst nachdem Truppen aus Bagdad eingetroffen waren, konnte die Stadt wieder befriedet werden.

Die Unruhen in Kirkuk wirkten sich ungünstig für die Kommunisten aus. Der irakische Militärgouverneur, Achmad Abdi, der gegenüber den Kommunisten eine etwas entschlossenere Haltung einnimmt, hat nach den Unruhen in Kirkuk ein Waffenverbot für den ganzen Irak erlassen, was einer Entwaffnung der kommunistischen Miliz, des „nationalen Widerstandes", gleichkommt — vorausgesetzt, daß die Entwaffnung ernstlich durchgeführt wird. Auch Kassem hat sich öffentlich und entschieden gegen die Vorfälle in Kirkuk ausgesprochen, ohne jedoch die Kommunisten beim Namen zu nennen.

Aus den Vorgängen in Kirkuk mußten die Kommunisten erkennen, daß die Zeit für sie noch nicht reif ist. Es erfolgte eine gewisse Revision der Parteilinie, verbunden mit der nötigen Distanzierung von den Vorfällen in Kirkuk und einer neuen Loyalitätserklärung gegenüber Kassem.

Kommunistischer Terror

Ganz im Gegensatz zu dem oft beteuerten Grundsatz, daß die kommunistische Partei den persönlichen Terror ablehne (und dies weniger aus ethischen Überlegungen als aus der vernünftigen Erkenntnis, daß wenigstens in europäischen Staaten der persönliche Terror nie zu greifbaren Erfolgen führt und letzten Endes nur der Polizei nützt), scheint sich im Irak eine Art kommunistisches Terrorregime entwickelt zu haben. Solange die Regierungsorgane nicht tatsächlich eingreifen, ist dieser Terror für die Kommunisten auch ganz nützlich, denn die Feinde der Kommunisten werden auf diese Weise eingeschüchtert.

Trotz der Ankündigung der Regierung, Ordnung schaffen zu wollen, und trotz der neueren Eingeständnisse der Kommunisten, daß gewisse Methoden nicht am Platze seien, wurde noch am 17. Juli in Bagdad die kleine Druckerei der antikommunistischen Zeitung „Bagdad" von „Demonstranten" zerstört. Die Zeitung war im Juni verboten worden, durfte jedoch dank der Wendung in der Regierungspolitik wieder erscheinen. (Bezeichnend für die Zustände im Irak ist, daß Kassem von dem Verbot der Zeitung nichts gewußt haben will.) Daß die Druckerei der Zeitung nun zerstört werden konnte, geht zu Lasten der Regierungsorgane, die einen Soldaten zur Bewachung der Druckerei postierten, eine handgreifliche Auseinandersetzung mit den Kommunisten aber nicht wagten. Die Regierung versprach zwar, den Schaden zu ersetzen; derartige Versprechen sind jedoch, wie alle finanziellen Zusagen im Orient, von zweifelhaftem Wert. Tatsächlich wagt heute kaum eine Zeitung, die Kommunisten beim Namen zu nennen.

Der Terror führte ganz ähnlich wie im Libanon zu einer geographischen Aufteilung. Es gibt Quartiere, Städte oder Dörfer, die als kommunistisch gelten, und solche, die nationalistisch sind — die ideale Voraussetzung für einen Bürgerkrieg. Innerhalb der Quartiere übt die jeweils herrschende Partei faktisch die Macht aus.

Der kommunistische Terror ist allerdings nur in begrenztem Maße eine rein kommunistische Angelegenheit. Die Verhältnisse begünstigen diese Methoden, und darüber hinaus ist nur ein Bruchteil der Beteiligten wirklich Kommunisten, und selbst die „Anregungen" zu Ausschreitungen müssen nicht immer von der Partei kommen, auch wenn Kommunisten daran beteiligt sind. Es wird hier wohl vor allem anderen das Gesetz der „Straße" wirksam, die ihre Opfer braucht. Dabei sind nur selten politische Motive ausschlaggebend.

Wie stark sind die Kommunisten?

Niemand vermag heute zu sagen, wie stark die Kommunisten im Irak wirklich sind. Es gibt gewisse Positionen, die von ihnen beherrscht werden. Sie beherrschen das Propagandaministerium, die Gewerkschaften, wenigstens in den Spitzen, die Studenten- und Schülerverbände, die im ganzen Nahen Osten das unruhigste Element sind. Sie beherrschen die von ihnen geschaffenen Massenorganisationen und die Milizen, die angeblich entwaffnet werden sollen. Dabei erweist sich allerdings eines: die Kommunisten sind kaum noch in der Lage, diese Gruppen wirksam zu kontrollieren. Die Zahl der zuverlässigen Parteimitglieder ist so gering, daß man manchmal den Eindruck hat, es gäbe mehr Organisationen als Mitglieder. Die Massen, die heute den kommunistischen Parolen folgen, sind nicht kommunistisch. Diese Massen können sich selbständig machen, sie können sich im Namen der Kommunisten zu Ausschreitungen hinreißen lassen, die keineswegs im Interesse der Partei sind. Dies ist die große Schwäche der Kommunisten, und hier liegt eigentlich auch die Gefahr für den Irak.

Die Politik der Regierung

Völlig undurchsichtig ist die Politik der Regierung, d. h. General Kassems. Es scheint, als ob er das einzige Machtinstrument, das ihm zur Verfügung steht, die Armee, wirklich von Kommunisten freihalten will. Das ist auch die Voraussetzung dafür, daß er überhaupt gegen die Kommunisten vorgehen kann. Die jüngste Rechtswendung im Kurs der Regierung findet ihren einzig ernsthaften Ausdruck darin, daß eine Anzahl von Personen, vor allem von den Anhängern des zum Tode verurteilten Obersten Aref, aus der Haft entlassen worden ist. Das ist nicht ungefährlich; denn diese Leute sind während ihrer Haft kaum zu loyalen Anhängern Kassems geworden. Sie stärken zwar die Kräfte, die gegen die Kommunisten wirken, aber nicht unbedingt die Regierung, die ja schon einmal die Hilfe der Kommunisten brauchte, um mit ihnen fertig zu werden. Alles deutet darauf hin, daß die Regierung zur Zeit nicht gegen die Kommunisten regieren kann, daß sie aber — so scheint es jedenfalls — versucht, ein gewisses Gleichgewicht herzustellen. Die Kommunisten haben allerdings in dem Militärgouverneur des Irak, Achmed Saleh el Abdi, der praktisch der zweitstärkste Mann im Staat ist, einen Gegner gefunden, der ihnen gewachsen zu sein scheint. Abdi geht auf dem „Wege des Gesetzes" gegen die Kommunisten vor, indem er einige von den Kommunisten geschaffene Organisationen, so z. B. die Dachorganisation der Gewerkschaften oder die „Ausschüsse für die Verteidigung der Republik", die auf eigene Faust die Ministerien säuberten, auflöste, weil sie „ohne Lizenz" gegründet worden waren. Welcher Erfolg dem Vorgehen Abdis beschieden ist, bleibt allerdings abzuwarten.

Die Regierung geht heute vor allem gegen einzelne Kommunisten vor, die mit den Gesetzen in Konflikt ge-

raten. Von der kommunistischen Partei scheint sie offiziell keine Kenntnis zu nehmen. Es ist jedoch schon als ein großer Fortschritt anzusehen, wenn die Gegner der Kommunisten sich wieder rühren können.
Die größte Schwierigkeit entsteht Kassem dadurch, daß er über keinerlei politische Bewegung verfügt, die die soziale Revolution, zu der sich Kassem berufen fühlt, durchführen könnte. Er kann nur auf einige Offiziere zählen. Das ist schließlich der Grund dafür, daß eine Situation, so wie sie heute im Irak besteht, entstehen konnte.

Die religiösen Kreise

Fast keine Opposition kommt aus den religiösen Kreisen des Iraks. Kassem selbst betont von Zeit zu Zeit, daß er ein gläubiger Moslem sei, und auch die Kommunisten hüten sich vor jeder offenen Verletzung der religiösen Gefühle der gläubigen Bevölkerung. Religion gilt lediglich als „altmodisch". Wenn auch Kassem ein gläubiger Moslem ist, so ist er doch „fortschrittlich". Die Jahresfeier der Juli-Revolution z. B. fiel in diesem Jahre mit den Trauerfeiern für den Kalifen Hussein zusammen, den höchsten Feiertagen der Schiiten. Auf eine Bitte, die Revolutionsfeiern doch um eine Woche zu verschieben, soll Kassem, der ein Sunnit ist, gesagt haben, daß der 14. Juli die Erfüllung der vergeblichen Revolution Husseins gebracht habe, man könne daher beide Revolutionen am gleichen Tage feiern. Nur in Kerbela und Nejef, den heiligen Stätten der Schiiten, sollen am Hauptfeiertag die Dekorationen für die Revolutionsfeier entfernt worden sein, um den schwarzen Fahnen Platz zu machen.
Der Widerstand bei den Schiiten, die zugleich als rückständigste und fanatischste Gruppe anzusehen sind, ist also nicht sonderlich groß. Von den Sunniten hört man überhaupt nichts. Anderseits ist es z. B. eine religiöse Zeitung, „El Fajr el Jadid", die es wagt, die Kommunisten offen als solche zu titulieren, und laut verkündet, daß die Grundsätze des Islams nicht mit dem Kommunismus vereinbar sind. (Die Zeitung hat nur eine geringe Auflage. Redaktion und Druckerei wurden im März von den Kommunisten zerstört.)

Ausweisung von Missionaren

Die Christen im Irak leben nach wie vor unbehelligt, doch ist besonders unter den Katholiken die Angst vor einer Machtergreifung der Kommunisten groß. Während die Regierung kaum eine Gelegenheit vorbeigehen läßt, um die christlichen Minderheiten ihrer Sympathie zu versichern, werden zahlreiche ausländische Missionare des Landes verwiesen. Fast alle protestantischen Missionare, die auf dem flachen Lande wirkten (vorwiegend Engländer und Amerikaner), aber auch die französischen „Kleinen Brüder" und „Kleinen Schwestern Jesu", die in „Zivil" und auf dem Lande arbeiteten, wurden ausgewiesen. Ein System läßt sich noch nicht erkennen. Bisher nahm man an, daß die Ausweisungen angesichts der unsicheren Verhältnisse zum Schutze der Missionare selbst geschahen — die Regierung hätte sie außerhalb der Hauptstadt nicht schützen können, und jeder westliche Ausländer ist der Bevölkerung verdächtig. Doch wurden in jüngerer Zeit auch solche Missionare ausgewiesen, die in keiner Weise gefährdet waren, vor allem Amerikaner in Bagdad. Es ist durchaus möglich, daß auch hier keine bestimmte Politik verfolgt wird und die Missionare auf Grund von Denunziationen und mit eben der gleichen Inkonsequenz ausgewiesen wurden, mit der sich seit einigen Monaten (um nicht zu sagen seit dem 14. Juli 1958) alles im Irak abspielt.
Die katholische Kirche wird vorerst wenigstens von den Ausweisungen kaum betroffen werden, da die chaldäische Hierarchie einheimisch ist. Eine gewisse Gefahr besteht jedoch für den Fortbestand der Missionsschulen, wenn die ausländischen Lehrkräfte ausgewiesen werden sollten.

Die Stimme des Papstes

Die Enzyklika „Sacerdotii nostri primordia" zum hundertsten Todestag des heiligen Pfarrers von Ars

Am 1. August 1959 veröffentlichte Papst Johannes XXIII. eine Enzyklika zum hundertsten Todestag des heiligen Pfarrers von Ars. Ihr Wortlaut ist im „Osservatore Romano" vom gleichen Tage enthalten. Die Übersetzung der Herder-Korrespondenz aus dem lateinischen Urtext ist mit Zwischenüberschriften versehen, die der italienischen Übersetzung in der gleichen Nummer des „Osservatore Romano" beigefügt sind. Die Enzyklika beginnt mit den Worten „Sacerdotii nostri primordia".

Im ersten Teil spricht der Heilige Vater im Anschluß an die drei evangelischen Räte von der priesterlichen Askese. Im zweiten Hauptstück äußert er sich über das Wesen priesterlicher Frömmigkeit, in deren Mittelpunkt die Eucharistie stehen muß. Der dritte Teil behandelt das priesterliche Wirken auf der Kanzel, in der Katechese und im Beichtstuhl. Zum Schluß appelliert der Papst an die Jugend, an die christlichen Familien und an alle Gläubigen, die Priester durch Gebet und Tat zu unterstützen und für den Priesternachwuchs Sorge zu tragen.

An die ehrwürdigen Brüder,
die Patriarchen, Primaten,
Erzbischöfe, Bischöfe
und die anderen Oberhirten,
die in Frieden und Gemeinschaft
mit dem Apostolischen Stuhle leben.
Zum hundertsten Jahrestag des seligen Heimgangs
des heiligen Johannes B. Maria Vianney.

JOHANNES XXIII., PAPST

Ehrwürdige Brüder,
Gruß und Apostolischer Segen!

Ein denkwürdiges Zusammentreffen

Die reichen und tiefen Freuden, die Uns zu Beginn Unseres Priestertums erfüllten, sind in Unserer Erinnerung mit einem Ereignis verbunden, das Uns im Innersten er-

griffen hat. Dieses Ereignis war die feierliche Seligsprechung des demütigen französischen Priesters Johannes Baptista Maria Vianney in der herrlichen Petersbasilika am 8. Januar 1905. Wenige Monate zuvor zur Würde des Priestertums gelangt, waren Wir hingerissen von dem großartigen Vorbild priesterlicher Tugenden, das Unser Vorgänger seligen Angedenkens, der heilige Pius X., der ehemalige Pfarrer von Salzano, zu seiner großen Freude allen Seelsorgern zur Nachahmung vor Augen stellen konnte. Wenn Wir heute, nach so langer Zeit, daran denken, erfüllt Uns immer noch eine unauslöschliche Dankbarkeit gegen Unsern Erlöser, der Unser Priestertum von Anfang an durch diesen starken übernatürlichen Anreiz zur Tugend begnadete.

Wir dürfen daran erinnern, daß Wir am Tage der Seligsprechung die Nachricht erhielten, daß Jakob M. Radini Tedeschi zum bischöflichen Amte erhoben worden war, jener große Bischof, der Uns wenige Tage darauf in seine Dienste berief und Uns ein lieber Lehrer und Vater wurde. In seiner Begleitung pilgerten Wir zu Beginn eben jenes Jahres 1905 zum ersten Male frommen Sinnes nach Ars, das durch die Heiligkeit seines Pfarrers so berühmt geworden ist.

Wir erblicken ferner einen besondern Ratschluß der göttlichen Vorsehung darin, daß Wir gerade im Jahre 1925 zum bischöflichen Amte berufen wurden, als Papst Pius XI., seligen Angedenkens, am 31. Mai dem demütigen Pfarrer von Ars die Ehren der Heiligen des Himmels zuerkannte. Damals stellte der Papst in seiner Homilie vor aller Augen „die zarte körperliche Gestalt Johannes B. Vianneys, dessen Haupt von langen weißen Haaren wie von einer leuchtenden Krone umgeben war und dessen vom Fasten abgehärmtes Antlitz so sehr die Demut und Unschuld einer heiligen Seele ausstrahlte, daß unzählige Menschen bei seinem ersten Anblick auf heilsame Gedanken gebracht wurden" (AAS XVII, 1925, S. 224). Kurz darauf, im Jahre seines fünfzigjährigen Priesterjubiläums, erklärte derselbe Papst, „um das geistliche Wohl aller Pfarrer auf der ganzen Welt zu fördern" (Apost. Brief *Anno jubilari*, AAS XXI, 1929, S. 313), den heiligen Johannes Maria Vianney zu deren himmlischem Patron, nachdem schon früher der heilige Pius X. die Seelsorger Frankreichs seinem Schutz anvertraut hatte.

Diese Amtshandlungen Unserer Vorgänger, ehrwürdige Brüder, die sich für Uns mit so dankbaren persönlichen Erinnerungen verbinden, möchten Wir durch diese Enzyklika ins Gedächtnis rufen. Denn bald werden es hundert Jahre sein, da dieser heilige Mann, gebrochen durch eine vierzigjährige unermüdliche Arbeit im heiligen Dienst, allseits wie ein Heiliger verehrt, am 4. August 1859 seine Seele Gott zurückgab.

Wir danken dem gütigen Gott dafür, daß er nicht nur schon zweimal feierliche Stunden Unseres Priesterlebens durch den himmlischen Glanz dieses Heiligen überstrahlt hat, sondern Uns auch Gelegenheit gibt, zu Beginn Unseres Pontifikates aus Anlaß dieses Jubiläums eines so hingebungsvollen Seelenhirten feierlich zu gedenken. Es wird Euch, ehrwürdige Brüder, nicht verwundern, daß Unsere Sorgen und Gedanken in diesem Brief vor allem unseren geliebten Söhnen, den Priestern, gelten. Wir möchten sie, und ganz besonders die Seelsorger, eindringlich ermahnen, daß sie sich das herrliche Beispiel zu Herzen nehmen, das dieser heilige Mann, einst ihr Mitbruder und jetzt ihr Schutzpatron, ihnen gegeben hat.

Die Lehren dieser Jahrhundertfeier

Es gibt bekanntlich viele päpstliche Lehrschreiben, die den Priestern die Erhabenheit der Verpflichtungen ihres heiligen Amtes zu Bewußtsein bringen und den Weg zu ihrer Erfüllung weisen. Um nur die neueren zu erwähnen, die die übrigen an Bedeutung überragen, weisen Wir Euch eindringlich hin auf die Apostolische Adhortatio *Haerent animo* des heiligen Pius X. (Acta Pii X. IV S. 237—264), die Uns in den ersten Priesterjahren zum Streben nach Frömmigkeit aneiferte, ferner auf die wunderbare Enzyklika *Ad catholici sacerdotii* Unseres Vorgängers Pius' XI. (AAS XXVIII, 1936, S. 5—53), und endlich, was Unsern unmittelbaren Vorgänger betrifft, auf die Apostolische Adhortatio *Menti nostrae* (AAS XLII, 1950, S. 357 bis 702 [Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 62 ff., 130 ff.]), sowie die drei Ansprachen, in denen er aus Anlaß der Heiligsprechung Pius' X. das Wesen und die Auswirkungen der Priesterweihe meisterhaft beschrieben hat (AAS XLVI, 1954, S. 313—317 und 666—677 [vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 463 ff.]). Diese Dokumente, ehrwürdige Brüder, sind Euch zweifellos bekannt. Gestattet jedoch, daß Wir aus der letzten Rede Unseres Vorgängers, die zu halten der Tod ihn hinderte, einige Worte zitieren, die gleichsam die letztgültige Mahnung dieses großen Papstes zu priesterlicher Heiligkeit enthalten: „Mit dem Weihecharakter besiegelt Gott den ewigen Bund der Liebe, durch den er seine Priester vor allen anderen auszeichnet. Sie müssen diese Vorliebe Gottes durch ein heiligmäßiges Leben vergelten. Der Kleriker ist als ein Mann zu betrachten, der aus dem Volk ausgesondert und in einer einzigartigen Weise mit einem höheren Amt beauftragt wird. Er nimmt an Gottes eigener Macht teil und ist, mit einem Wort gesagt, ein anderer Christus. Er darf nicht mehr sich selber leben und ebenso auch nicht mehr seiner Familie, seinen Freunden, seinem irdischen Vaterland ganz gehören. Er muß in der Liebe zu allen brennen. Sein Denken, Wollen und Fühlen kreist nicht mehr um sein Ich, sondern um Jesus Christus, der sein Leben ist" (vgl. Osservatore Romano, 17. 10. 58).

Der heilige Johannes Maria Vianney lockt uns alle, ja er drängt uns förmlich auf diesen Weg priesterlichen Lebens. Daß die Priester unserer Zeit ihn beschreiten mögen, das ist der Sinn Unserer Mahnungen. Wir kennen wirklich ihre Sorgen und Nöte. Wir wissen, welche Schwierigkeiten sich heute dem apostolischen Wirken in den Weg stellen. Sosehr Wir beklagen, daß manches Gemüt durch die Wogen unserer Zeit aus dem Gleichgewicht geworfen wird und in Resignation erstarrt, erleben Wir doch bei der Mehrzahl der anderen einen Glauben, der sich unter Härten bewährt, und eine Begeisterung, die gar nicht so wenige zu einem edelmütigen Idealismus bewegt. Den einen wie den anderen, die ja doch alle Priester geworden sind, widmet Christus, der Herr, die liebevollen Worte: „Ich nenne euch nicht mehr Diener, sondern Freunde" (Pontif. Rom.; vgl. Joh. 15, 15). Wenn doch diese Enzyklika dem ganzen Klerus zu einer Stärkung und Vertiefung dieser Freundschaft behilflich sein könnte. In ihr liegt ja doch die Freude und die Fruchtbarkeit alles priesterlichen Wirkens.

Sinn der Enzyklika

Ehrwürdige Brüder, Wir haben nicht im Sinn, die einzelnen Probleme des heutigen Priesterlebens zu behandeln. Wir halten Uns an den heiligen Pius X. „und werden

weder Euch noch sonst jemandem etwas absolut Neues sagen, sondern nur das, was alle wirklich beherzigen sollen" (Exhort. *Haerent animo* Acta Pii X., S. 238). Die Grundeinstellung unseres Heiligen, richtig verstanden, weist uns den Weg zu zeitlosen Erkenntnissen, die allerdings gegenwärtig so aktuell sind, daß Unsere apostolische Verantwortung Uns nötigt, sie bei diesem Jubiläum in Erinnerung zu rufen.

Die katholische Kirche hat diesen „durch Seeleneifer und beständige Liebe zu Gebet und Buße bewunderungswürdigen" (Oratio der Festmesse) Priester zur Ehre der Heiligen erhoben. Nun, hundert Jahre nach seinem Heimgang, stellt sie ihn in mütterlicher Freude dem gesamten Klerus als Vorbild dar, ein leuchtendes Beispiel priesterlicher Askese und zumal der eucharistischen Frömmigkeit wie auch des seelsorglichen Eifers.

I.

Priesterliche Askese

Wenn man vom heiligen Johannes Maria Vianney spricht, dann ersteht im Bewußtsein sogleich das Bild eines Priesters, der sich aus Liebe zu Gott und zum Heil seiner Mitmenschen ganz ungewöhnliche körperliche Abtötungen auferlegte. Er enthielt sich fast vollständig der Nahrung und des Schlafes, vollbrachte die härtesten Werke der Buße und übte vor allem eine heroische Selbstverleugnung. Sicherlich sind nicht alle Gläubigen zu einer solchen Lebensweise verpflichtet. Aber die Vorsehung Gottes sorgt dafür, daß es in der Kirche zu jeder Zeit Seelsorger gibt, die unter dem Einfluß des Heiligen Geistes ohne Zögern diesen Weg beschreiten. Gerade durch solch ein Leben finden viele Menschen aus den Verlockungen des Irrtums und der Sünde leichter auf den rechten Weg zum Guten zurück. Das bewunderungswürdige Beispiel der Selbstverleugnung, durch das der heilige Johannes Vianney, „hart gegen sich und mild gegen andere" (vgl. Vat. Geh. Archiv, Ritenkongreg., Prozeßakten, Bd. 227, S. 196), sich so sehr auszeichnet, ruft in beachtenswerter und eindringlicher Weise die Bedeutung in Erinnerung, welche die Priester in Hinsicht auf die ihnen auferlegte Vervollkommnung ihres Lebens der Tugend der Buße schenken müssen.

Die evangelischen Räte und das priesterliche Vollkommenheitsstreben

Unser verewigter Vorgänger Pius XII. hat diese Lehre in das rechte Licht gerückt und gewisse falsche Bedenken zerstreut. Er hat verneint, daß „der geistliche Stand — als solcher und insofern er aus göttlichem Recht hervorgeht — nach seiner Natur oder wenigstens in Konsequenz seiner Natur von seinen Angehörigen die Beobachtung der evangelischen Räte verlange" (Alloc. *Annus sacer* AAS XLIII, 1950, S. 29). Abschließend erklärt er mit Recht: „Der Kleriker wird also durch das göttliche Recht nicht zur Beobachtung der evangelischen Räte der Armut, der Keuschheit und des Gehorsams verpflichtet" (ebd.). Doch wer es wagen würde, daraus den Schluß zu ziehen, daß die Kleriker weniger als die Ordensleute verpflichtet seien, nach einem vollkommenen Leben im Sinne des Evangeliums zu streben, der entstellte zweifellos die wirkliche Meinung dieses um die Heiligung des Klerus so besorgten Papstes und setzte sich in Widerspruch zu der einhelligen Lehre der Kirche in dieser Sache. Es verhält sich völlig anders: Zu der gehörigen Verwaltung der priesterlichen Ämter „wird eine größere innere Heiligkeit verlangt, als sie selbst der Ordensstand fordert" (Thomas, S. Th. II II q. 184 a. 8 c.). Wenn die evangelischen Räte den Geistlichen nicht mit dem geistlichen Stande selbst vorgeschrieben werden, um die Vollkommenheit ihrer Lebensführung zu gewährleisten, so sind sie offensichtlich doch für die Kleriker wie für alle Gläubigen der sicherste Weg zu dem ersehnten Hochziel christlicher Vollkommenheit. Es ist Uns ein großer Trost, daß so viele Priester heutzutage edelmütig dafür Verständnis zeigen und auch, wenn sie dem Weltklerus angehören, die Hilfe kirchlich approbierter frommer Gemeinschaften in Anspruch nehmen, um auf dem Weg zur Vollkommenheit leichter und besser fortzuschreiten.

In der vollen Überzeugung, daß „die hohe Würde des Priestertums ganz und gar in der Nachfolge Christi besteht" (vgl. AAS XLV, 1953, S. 288), müssen die Geistlichen ein möglichst offenes Ohr haben für die folgende Mahnung des göttlichen Meisters: „Wer mir nachfolgen will, der verleugne sich selbst, nehme sein Kreuz auf sich und folge mir" (Matth. 16, 24). Wir wissen, daß „der heilige Pfarrer von Ars dieses Wort des Herrn oft aufmerksam betrachtet und sich bemüht hat, es zur Richtschnur seines Handelns zu machen" (vgl. Vat. Geh. Arch., Bd. 227, S. 42). Freudig nahm er diese Forderung auf sich, und Gott gab ihm die Gnade, sie mannhaft durch die Tat zu erfüllen. So weist sein Vorbild den sicheren Weg zu den mannigfachen Tugenden priesterlichen Vollkommenheitsstrebens. Unter ihnen ragen besonders hervor die Armut, die Keuschheit und der Gehorsam.

Der heilige Johannes als Vorbild evangelischer Armut

Betrachtet zunächst seine Armut! In dieser Tugend eiferte der demütige Pfarrer von Ars gewissenhaft seinem Vater, dem heiligen Franz von Assisi, nach. Als Mitglied des Dritten Ordens hielt er getreu seine Regel (vgl. ebd. Bd. 227, S. 137). Reich im Schenken an andere, lebte er für sich selbst äußerst arm. Er hielt sich völlig fern von den unsteten und vergänglichen Gütern dieser Welt. Weil sein Herz frei war von dieser Last, konnte er es öffnen für das Elend aller Art, das hilfesuchend in Massen auf ihn einströmte. „Mein Geheimnis", sagte er, „ist ganz leicht zu verstehen. Mit einem Wort: alles hergeben und nichts für sich behalten" (vgl. ebd. Bd. 227, S. 92). Seine Bedürfnislosigkeit ermöglichte ihm, wirksam und großzügig für die Armen zu sorgen, besonders in seiner Pfarrgemeinde. Ihnen gegenüber zeigte er sich von größter Menschlichkeit und umgab sie „mit aufrichtiger Liebe, äußerster Güte, ja mit Ehrfurcht" (vgl. ebd. Bd. 3897, S. 510). Er sprach die Mahnung aus, man dürfe Notleidenden niemals von oben herab begegnen; denn ihre Verachtung trifft Gott selbst. So oft Bettler an seine Tür klopften, nahm er sie liebenswürdig auf und freute sich herzlich, ihnen sagen zu können: „Auch ich lebe in Armut, ich bin einer von euch" (vgl. ebd. Bd. 227, S. 305). Am Ende seines Lebens wiederholte er mit Befriedigung Worte wie das folgende: „Ich gehe freudig auf die Reise. Ich besitze nichts mehr. Deshalb bin ich sofort bereit, wenn der gütige Gott mich ruft" (vgl. ebd. Bd. 227, S. 305).

Anwendungen für die Priester von heute

Ihr werdet verstehen, ehrwürdige Brüder, wie Uns die Mahnung am Herzen liegt, daß alle Unsere geliebten

Söhne im Priestertum dieses Beispiel der Armut und Liebe überdenken. „Durch tägliche Erfahrung", und als er das schrieb, dachte Pius XI. namentlich an den heiligen Johannes M.Vianney, „wird bestätigt, daß Priester bei bescheidener Lebenshaltung, wenn sie gemäß der Lehre des Evangeliums wirklich gar nicht auf ihren persönlichen Vorteil bedacht sind, dem christlichen Volk eine wunderbare Wohltat erweisen" (Enz. *Divini Redemptoris* AAS XXIX, 1937, S. 99). Und im Hinblick auf die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse richtete derselbe Papst auch an die Priester nicht minder als an alle anderen die schwerwiegende Mahnung: „Während man zusehen muß, wie Menschen alles für Geld verkaufen und um Geld kaufen, sollen jene frei von übertriebener Sorge um sich selbst durch die Lockungen dieser Laster schreiten, in heiliger Gesinnung die unwürdige Habgier verachten, nicht Geld, sondern Seelen gewinnen und mit ganzem Herzen nicht ihre eigene Ehre, sondern Gottes Ehre suchen" (Enz. *Ad catholici sacerdotii* AAS XXVIII, 1936, S. 28).

Diese Worte muß jeder Priester seinem Herzen tief einprägen. Wenn jemand Rechtens über ein gewisses Eigentum verfügt, soll er sich hüten, daß er nicht eifersüchtig daran hängt. Er soll besonders daran denken, daß er, gemäß den Vorschriften des kirchlichen Gesetzbuches über die kirchlichen Benefizien, die ernste Pflicht hat, „die überflüssigen Einkünfte für die Armen oder für fromme Zwecke zu verwenden" (CIC can. 1473). Gott verhüte, daß einer jenes strenge Urteil auf sich beziehen müßte, das damals der Pfarrer von Ars tadelnd über seine Schäflein sprach: „Wie viele legen Geld zurück, während so viele Bedürftige Hungers sterben" (vgl. Predigten des hl. Johann B. Vianney, 1909, Bd. I, S. 364). Wir wissen sehr wohl, daß heute viele Priester in wirklicher Armut leben. Wenn diese Priester bedenken, daß einem von ihnen die Ehre der Heiligen zuteil geworden ist, da er auf alles freiwillig verzichtete und nichts sehnlicher wünschte, als der ärmste Mann in seiner Pfarrgemeinde zu sein (vgl. Vat. Geh. Archiv, Bd. 227, S. 91), kann dieser Gedanke sie anregen, durch die bewußte Annahme ihrer evangelischen Armut sich in der Selbstverleugnung zu bewähren. Und wenn Unsere Teilnahme sie darin ermuntern kann, mögen sie wissen, wie sehr Wir Uns darüber freuen, daß sie ohne jeden Eigennutz hochherzig Christus und der Kirche dienen.

Wenn Wir die hohe Tugend der Armut so sehr empfehlen und hervorheben, soll das nicht besagen, daß Wir das unwürdige Elend gutheißen, in dem sowohl in manchen Städten als auch auf abgelegenen Dörfern die Diener des Herrn zuweilen zu leben gezwungen sind. Hierüber sagt der heilige Beda Venerabilis in seiner Erklärung der Worte des Herrn über den Verzicht auf irdische Güter, um einer mißbräuchlichen Auslegung zuvorzukommen: „Es ist nicht der Sinn dieses Gebotes, daß die Diener Gottes kein Geld zurücklegen dürften, um es für sich oder für die Armen zu verwenden. Denn wir lesen, daß der Herr selbst für den Aufbau seiner Kirche eine Kasse hatte... Dagegen wird verlangt, daß wir Gott nicht um des Geldes willen dienen oder aus Furcht vor Not die Gerechtigkeit verletzen" (In Luc. Ev. Expositio IV c. 12; Migne PL 92, col. 494—495). Im übrigen ist jeder Arbeiter seines Lohnes wert (vgl. Luk. 10, 7). Deshalb machen Wir Uns die Sorge Unseres unmittelbaren Vorgängers zu eigen und richten an die Gläubigen die dringende Bitte, freudig den Aufforderungen ihrer Bischöfe nachzukommen, die sich löblicherweise bemühen, ihren Mitarbeitern im heiligen Dienst den notwendigen Lebensunterhalt zu sichern (vgl. Adhort. Apost. *Menti nostrae* AAS XLII, 1950, S. 697—699 [vgl. Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 62 ff., S. 130 ff.]).

Die Keuschheit des Heiligen

Johannes M. Vianney gab nicht nur durch seinen Verzicht auf irdisches Hab und Gut ein herrliches Beispiel, sondern auch durch die Abtötung seines Leibes. „Es gibt nur eine Möglichkeit", so sagte er, „sich durch Selbstverleugnung und Buße Gott so hinzugeben, wie sich das gehört; man muß sich ihm ganz zum Opfer bringen" (vgl. Vat. Geh. Archiv, Bd. 227, S. 91). Das hat der heilige Pfarrer von Ars zeit seines Lebens im Hinblick auf die Keuschheit tapfer verwirklicht.

Dieses leuchtende Vorbild der Keuschheit scheint für die Priester in unserer Zeit von besonderer Bedeutung zu sein. Denn um ihres Amtes willen müssen sie leider in vielen Ländern inmitten einer Gesellschaft leben, die von einer allzu dichten Atmosphäre der Sinnlichkeit und Sinnenlust benebelt wird. So betrifft sie nur zu häufig das Wort des hl. Thomas von Aquin: „Es ist recht schwer, in der Seelsorge ein gutes Leben zu führen, wegen der äußeren Gefahren" (S. th. a. a. O.). Dazu kommt, daß sie sich oft isoliert fühlen und von den Gläubigen, deren Seelsorge sie sich widmen, wenig verstanden, in ihren Bemühungen wenig unterstützt und gefördert werden. Sie alle und besonders diejenigen, die stark unter der Vereinsamung leiden und deshalb größeren Gefahren für diese Tugend ausgesetzt sind, möchten Wir, ehrwürdige Brüder, durch dieses Schreiben von Herzen dazu aufrufen, daß ihr ganzes Leben für die heilige Keuschheit Zeugnis ablege, die vom heiligen Pius X. mit Recht „der vornehmste Schmuck unseres Weihestandes" (Exhort. *Haerent animo* Acta Pii X., Bd. IV, S. 260) genannt worden ist. An Euch, ehrwürdige Brüder, ist es, nach Kräften und mit aller Anstrengung dafür zu wirken, daß der Euch anvertraute Klerus Lebens- und Arbeitsbedingungen hat, die seine freudige Bereitschaft fördern. Es muß alle Mühe aufgewandt werden, um die Gefahren eines allzu einsamen Lebens zu beseitigen, Unvorsichtigkeiten und Unüberlegtheiten durch angemessene Ermahnungen zu verhindern und die Versuchungen lässigen Müßigganges ebenso wie übermäßiger äußerer Tätigkeit einzudämmen. In bezug hierauf ist es angebracht, die weisen Vorschriften in Erinnerung zu rufen, die Unser letzter Vorgänger in der Enzyklika *Sacra Virginitas* (AAS XLVI, 1954, S. 161 bis 191 [vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 412 ff.]) gegeben hat.

Es wird berichtet, daß das Antlitz des Pfarrers von Ars durch seine Reinheit gestrahlt habe (vgl. Vat. Geh. Archiv, Bd. 3897, S. 536). Doch auch wer heute betrachtend sich ihm zuwendet, wird tief beeindruckt von der Tapferkeit des Herzens, mit der dieser Streiter Christi den Leib unter seine Herrschaft brachte (vgl. 1 Kor. 9, 27), und erst recht von der Überzeugungskraft, die einen großen Strom frommer Pilger mit himmlischer Zartheit auf den Weg der Nachfolge lockte. Aus täglicher Erfahrung im Bußsakrament hatte er die traurigen Verwüstungen der unreinen Lust kennengelernt. Darob entrang sich seiner Brust der Ausruf: „Wenn es nicht unschuldige Seelen gäbe, die das sühnten, was wir Gott mit diesen Sünden antun, wie viele harte Strafen müßten wir dann gewärtigen!" Aber

auch einen aufrichtenden Rat wußte er aus seiner eigenen Erfahrung den Zuhörern zu geben: „Die Werke der Buße bringen so viel Freude und Linderung, daß man nicht mehr davon lassen kann, wenn man einmal davon gekostet hat. Wenn man diesen Weg beschreitet, sind nur die ersten Schritte mühsam" (vgl. Vat. Geh. Archiv, Bd. 3897, S. 304).

Die Askese der priesterlichen Keuschheit engt das Herz des Priesters durchaus nicht auf einen unfruchtbaren Egoismus ein, sie disponiert und weitet es vielmehr für die Nöte der Brüder. Dazu macht der heilige Johannes Maria Vianney die treffliche Bemerkung: „Eine Seele, die mit der Tugend der Keuschheit geschmückt ist, ist unfähig, die anderen nicht zu lieben; denn sie hat Gott gefunden, der die Quelle und der Ursprung der Liebe ist."

Wie viele und große Wohltaten erweisen der menschlichen Gesellschaft doch solche Menschen, die, frei von den Sorgen der Welt und nur dem Dienst Gottes gewidmet, ihr Leben, ihr Denken und ihre Kräfte zum Heil ihrer Brüder einsetzen. Wie wertvoll für die Kirche sind Priester, die sich bemühen, die Keuschheit unversehrt zu bewahren, die Wir mit Unserm Vorgänger Pius XI. für die höchste Zierde des katholischen Priestertums halten und „die Uns den Anliegen und Wünschen des Heiligsten Herzens Jesu von seiten der Priesterseele die würdigste und ebenbürtigste Antwort zu geben scheint" (Enz. *Ad catholici sacerdotii* AAS XXVIII, 1936, S. 28). Kam nicht auch das Empfinden von Johannes Maria Vianney dem Anliegen der göttlichen Liebe entgegen, als er den erleuchteten Satz schrieb: „Das Priestertum, das ist die Liebe zum Heiligsten Herzen Jesu" (vgl. Vat. Geh. Archiv, Bd. 227, S. 29)?

Der Geist seines Gehorsams

Für die Tugend des Gehorsams, die diesen heiligen Mann auszeichnete, gibt es unzählige Zeugnisse. Man darf wohl sagen, daß die Ergebenheit gegen die kirchlichen Oberhirten, die er bei seiner Priesterweihe gelobt und unverbrüchlich bewahrt hat, ihn vierzig Jahre lang zu einem ununterbrochenen Opfer seines Eigenwillens zwang. Sein ganzes Leben lang sehnte er sich brennend nach einem zurückgezogenen Dasein in der Stille und betrachtete das seelsorgliche Amt als eine übergroße Last auf seinen Schultern, von der er sich zu wiederholten Malen zu befreien suchte. Um so bewundernswerter ist sein Gehorsam gegen den Bischof. Dafür, ehrwürdige Brüder, möchten Wir in dieser Enzyklika einige Zeugnisse anführen: „Schon vom fünfzehnten Lebensjahr an sehnte er sich glühend nach einem Leben in der Einsamkeit. Aber seine Sehnsucht blieb unerfüllt. Das quälte ihn und nahm ihm die Freude an dem, was das Leben ihm sonst hätte bieten können" (vgl. ebd. Bd. 227, S. 74). Doch „Gott ließ nicht zu, daß sein Vorhaben in Erfüllung ging. So sorgte die Vorsehung Gottes zweifellos dafür, daß der heilige Johannes Maria Vianney seinen eigenen Willen dem Gehorsam unterordnete und die Pflicht seines Amtes den eigenen Wünschen voranstellte. Infolgedessen mußte sich seine Selbstverleugnung immerzu bewähren" (vgl. ebd. Bd. 227, S. 39). „Um seinen Oberhirten vollkommen zu gehorchen, verwaltete Johannes M. Vianney das Pfarramt in Ars und blieb in diesem Amt bis zu seinem Tode" (vgl. ebd. Bd. 3895, S. 153).

Bemerkenswerterweise war sein vollkommener Gehorsam gegen die Anordnungen seiner Oberhirten ganz übernatürlich begründet. Er erkannte die kirchliche Auktorität an und unterwarf sich ihr aus Glaubensgehorsam gegen die Worte Christi, des Herrn, der seinen Aposteln versichert hat: „Wer euch hört, der hört mich" (Luk. 10, 16). Um sich seinen Vorgesetzten getreu zu fügen, gewöhnte er sich daran, seinen Willen in Zucht zu nehmen, sei es durch die Übernahme der Bürde des Beichthörens, sei es durch Aushilfen bei seinen Mitbrüdern, die der Seelsorge dienlich sein konnten.

Wir weisen den Klerus auf das Beispiel dieses vollkommenen Gehorsams hin, im Vertrauen darauf, daß es den Glanz und die Größe dieser Tugend besser zu würdigen gestattet und zur Nachahmung aneifern wird. Wenn manche die große Bedeutung dieser Tugend in Zweifel zu ziehen wagen, wie es heute zuweilen vorkommt, dann soll sie ein Wort Unseres Vorgängers Pius' XII. eines Besseren belehren, das man sich gut merken muß: „Die Heiligkeit eines Lebens und die Wirksamkeit eines Apostolats wird getragen und gestützt von der festen Grundlage des beständigen und treuen Gehorsams gegen die Hierarchie" (Exhort. *In auspicando* AAS LX, 1948, S. 375). Auch Unsere anderen Vorgänger in neuerer Zeit haben ja, ehrwürdige Brüder, wie Ihr wißt, die Priester oft und ernst auf die Größe der Gefahr hingewiesen, die aus der zunehmenden Abneigung gegen den Gehorsam im Klerus entsteht, und zwar im Hinblick sowohl auf das kirchliche Lehramt als auch auf die Wahl der Methoden der Seelsorge und die kirchliche Disziplin.

Wir wollen nicht länger bei diesem Thema verweilen, halten es aber doch für angebracht, die Mahnung auszusprechen, alle Unsere priesterlichen Söhne möchten in ihrem Herzen den Geist kindlicher Verbundenheit mit der Mutter Kirche sorgfältig pflegen. Man hat vom hl. Johannes M. Vianney gesagt, er habe so sehr mit der Kirche gelebt, daß er ausschließlich für sie arbeitete und sich darin verzehrte, wie wenn Spreu in glühenden Kohlen verglimmt. Da wir zum Priestertum Jesu Christi erhoben sind, möge auch uns die Flamme erfassen und verzehren, die vom Heiligen Geist entzündet wird. Alles, was wir sind und haben, verdanken wir der Kirche. Arbeiten wir deshalb Tag für Tag ganz und gar in ihrem Sinne und und unter ihrer Auktorität. Bemühen wir uns, das Amt, das sie uns anvertraut hat, redlich zu verwalten. Streben wir, in brüderlicher Einheit verbunden, danach, ihr so vollkommen zu dienen, wie sich das gehört (vgl. Vat. Geh. Archiv, Bd. 227, S. 136).

II.
Gebet und Verehrung der Eucharistie

Wie der heilige Johannes M. Vianney — Wir haben es dargelegt — in hohem Maß die Tugend der Buße übte, so verstand er auch, daß „der Priester sich in erster Linie beharrlich dem Gebet widmen muß" (vgl. ebd. Bd. 227, S. 33). Nachdem er zum Pfarrer eines Dorfes ernannt worden war, in dem das christliche Leben ganz darniederlag, verbrachte er bekanntlich lange Stunden der Nacht in der Anbetung des eucharistischen Heilandes. So sehr erschien ihm der Tabernakel als die Quelle jener übernatürlichen Kraft, von der seine Frömmigkeit lebte und der Erfolg seines seelsorglichen Wirkens abhing. Man könnte auf das Dorf Ars zu Zeiten dieses heiligen Mannes sehr wohl die Worte anwenden, mit denen Unser Vorgänger Pius XII. die christliche Pfarrei beschrieb: „Der Mittelpunkt ist das Gotteshaus. Der Mittelpunkt des

Gotteshauses ist der Tabernakel mit den Beichtstühlen zu seinen Seiten. Dort wird dem christlichen Volk das Leben der Seele wiedergeschenkt und seine Gesundheit wiederhergestellt" (vgl. Reden und Rundfunkansprachen Pius' XII., Bd. 14, S. 452).

Das Gebet in Beispiel und Lehre des hl. Pfarrers von Ars

Dieses Beispiel beharrlichen Gebetes, gegeben von einem Mann, der sich opferte für die Linderung der Seelennot, ist äußerst zeitgemäß und heilsam für die Priester unserer Tage, die manchmal geneigt sind, die äußere Tätigkeit zu überschätzen, und sich darin so sehr verausgaben, daß ihr Innenleben darunter leidet. „Was uns Priester daran hindert, heilig zu werden", sagte der Pfarrer von Ars, „das ist unser Mangel an Innerlichkeit. Wir haben einen Widerwillen dagegen, uns von den äußeren Dingen zurückzuziehen. Deshalb wissen wir nicht, was wir eigentlich tun sollen. Wir brauchen die intensive Betrachtung, das anhaltende Gebet, die innige Vereinigung mit Gott." Sein Leben bezeugt seinen beharrlichen Gebetseifer, von dem ihn weder die Last des Beichthörens noch die anderen Seelsorgspflichten im geringsten abbringen konnten. „Trotz seiner Überbeanspruchung unterließ er es nicht, mit Gott zu reden" (vgl. Vat. Geh. Archiv, Bd. 227, Nr. 131). Geben Wir ihm selber das Wort. Seine Beredsamkeit war unerschöpflich, wenn er von dem Glück und Segen sprach, die das Gebet uns schenkt: „Wir sind Bettler, die alles von Gott erbitten müssen" (vgl. ebd. Bd. 227, S. 1100), „Wie viele Menschen können wir durch unser Gebet zu Gott heimrufen!" (Vgl. ebd. Bd. 227, S. 54.) Wiederholt sagte er: „Die glühende Hingabe an Gott im Gebet ist der Gipfel menschlicher Seligkeit auf Erden" (vgl. ebd. Bd. 227, S. 45). Er genoß diese Seligkeit in vollen Zügen, wenn er seine schlichte und reine Seele unter den Strahlen des Lichtes von oben betrachtend zum Himmel erhob und sie von dem Geheimnis der Menschwerdung des Wortes Gottes zu den Gipfeln der Heiligsten Dreifaltigkeit hinüberwandern ließ, die er so sehr liebte. Die Scharen der Pilger, die ihn im Gotteshaus umgaben, erlebten etwas von dem innersten Geheimnis des Seelenlebens dieses demütigen Priesters, wenn aus seinem glühenden Herzen, wie das häufig geschah, Worte wie dieses hervorbrachen: „Wenn man von Gott geliebt wird, wenn man mit Gott vereint ist, wenn man vor Gott wandelt und ihm lebt, was für ein seliges Leben, was für ein seliges Sterben" (vgl. ebd. Bd. 227, S. 29).

Der Priester — zuerst ein Mann des Gebetes

Es ist Unser sehnlichster Wunsch, ehrwürdige Brüder, daß die Diener des Heiligtums, die Euerer Wachsamkeit unterstellt sind, aus dem lebendigen Zeugnis des heiligen Johannes M. Vianney die Gewißheit schöpfen, daß es notwendig ist, mit allen Kräften den Gebetseifer zu pflegen, aber auch, daß das trotz der bisweilen übergroßen Beanspruchung durch die Seelsorge möglich ist. Dazu bedarf es allerdings eines wirklichen Lebens aus dem Glauben, von dem Johannes Maria Vianney so durchdrungen war, daß er in seiner Kraft Wunder wirkte. „Wunderbar, der Glaube dieses Priesters", rief einer seiner Mitbrüder aus. „Er ist so groß, daß er eine ganze Diözese bereichern könnte" (vgl. ebd. Bd. 227, S. 976).

Die beständige Vereinigung mit Gott wird hervorgebracht und gesichert durch die verschiedenen Übungen priesterlicher Frömmigkeit, von denen die wichtigeren durch kirchliche Vorschriften zur Pflicht gemacht werden. Dazu gehören besonders die tägliche Betrachtung, der Besuch des allerheiligsten Altarsakramentes, das Rosenkranzgebet und die Gewissenserforschung (CIC can. 125). Zum Breviergebet sind die Priester auf Grund ihres kirchlichen Amtes strengstens verpflichtet (ebd. can. 135). Die Vernachlässigung der einen oder andern dieser Vorschriften ist vielleicht oftmals der Grund dafür, daß Geistliche vom Wirbel der äußeren Ereignisse dahingerissen werden, innerlich verarmen und schließlich durch den Reiz irdischer Versuchungen in große Gefahr geraten, weil ihnen der Schutz des geistlichen Lebens fehlt. Ganz im Gegensatz dazu hat Johannes Maria Vianney, „während er sich mit größter Hingabe um das Heil anderer mühte, das eigene Heil nicht vernachlässigt. Er strebte eifrig nach persönlicher Heiligkeit, um desto wirksamer auch die anderen dahin führen zu können" (vgl. Vat. Geh. Archiv, Bd. 227, S. 36). Um die Worte des heiligen Pius X. zu zitieren: „Wir sind davon überzeugt, daß der Priester, um seines Standes und Amtes würdig zu leben, mit äußerster Hingabe das Gebet pflegen muß ... Er hat viel genauer als alle übrigen das Gebot Christi zu erfüllen: Ihr sollt allezeit beten! Worauf Paulus so eindringlich hinweist, wenn er sagt: Gebt euch dem Gebet hin! Seid wachsam in Danksagung! Betet ohne Unterlaß!" (Exhort. *Haerent animo* Acta Pii X., IV, S. 248—249). Außerdem machen Wir Uns auch gern die Worte zu eigen, die Unser unmittelbarer Vorgänger zu Beginn seines Pontifikates den Priestern als Losung zurief: „Betet, betet immer mehr und immer inniger!" (Rede vom 24. Juni 1939, AAS XXXI, 1939, S. 249).

Die eucharistische Frömmigkeit des heiligen Pfarrers

Der Gebetseifer des heiligen Johannes M. Vianney, der, wie man wohl sagen kann, die letzten dreißig Jahre seines Lebens fast ausschließlich im Gotteshaus verbrachte, wo er durch die ungeheuere Menge der Beichtkinder festgehalten wurde, hat seine besondere Note in der Vorliebe für die Eucharistie. Es ist kaum zu glauben, mit welch glühender Frömmigkeit er den Herrn im heiligen Sakrament verehrte. „Dort weilt der", so sagte er, „der uns so sehr lieb hat. Warum wollen wir ihn nicht auch lieben?" (Vgl. Vat. Geh. Archiv, Bd. 227, S. 1103.) Er liebte das heilige Sakrament des Altares inbrünstig, und seine Seele fühlte sich mit unwiderstehlicher übernatürlicher Gewalt zum Tabernakel hingezogen. Den Gläubigen empfahl er folgende Gebetsweise: „Viele Worte sind nicht nötig, um recht zu beten. Wir glauben, daß der gütige Gott im Tabernakel zugegen ist. Wir öffnen ihm unser Herz. Wir freuen uns, daß er uns zu sich kommen läßt. Das ist die beste Art zu beten" (vgl. ebd. Bd. 227, S. 45). Er ließ nichts unversucht, um die Ehrfurcht der Gläubigen vor Christus im heiligen Sakrament und ihre Liebe zu ihm wachzurufen, und ermunterte sie zu dessen Empfang, ging aber mit dem Beispiel seiner eigenen Frömmigkeit den anderen voran. „Um sich davon zu überzeugen", so haben die Zeugen berichtet, „genügte es, ihn beim heiligen Opfer zu beobachten oder auch nur bei der Kniebeugung, wenn er am Tabernakel vorüberging" (vgl. ebd. Bd. 227, S. 459).

Die Bedeutung der Eucharistie im Priesterleben

„Das wunderbare Beispiel des heiligen Johannes Maria Vianney", so bezeugt Unser unvergeßlicher Vorgänger Pius XII., „behält auch für unsere Zeit seine volle Gültig-

keit" (vgl. Botschaft vom 25. Juni 1956, AAS XLVIII, 1956, S. 579). Das ausgedehnte priesterliche Gebet vor dem Allerheiligsten hat eine Würde und Wirkung, die der Priester durch nichts anderes erreichen und ersetzen kann. Wenn der Priester Christus, den Herrn, anbetet und ihm Dank sagt oder seine eigenen und fremde Sünden abbittet oder endlich die Anliegen, die ihm aufgebürdet werden, Gott von ganzem Herzen empfiehlt, wächst er in der Liebe zu seinem göttlichen Erlöser, dem er die Treue versprochen hat, und zu den Menschen, denen er seine Hirtensorge schenkt. Eine glühende, eifrige und tätige eucharistische Frömmigkeit nährt und fördert das geistliche Innenleben und entbindet jene übernatürlichen Kräfte für das Seelsorgsamt, die die tüchtigen Arbeiter Christi auszeichnen.

Nicht unerwähnt lassen Wir den Segen für die Gläubigen, die zu Zeugen dieser Frömmigkeit ihrer Priester werden und sich durch ihr Beispiel zur Nachahmung hingezogen fühlen. Unser Vorgänger Pius XII. bemerkte einmal in einer Ansprache an den römischen Klerus: „Wenn ihr wollt, daß die euch anvertrauten Gläubigen fromm und gern beten, dann muß ihnen im Gotteshaus euer Beispiel voranleuchten. Sie müssen euch selber beten sehen. Der Priester, der ehrfürchtig vor dem Tabernakel kniet und in tiefer Andacht zu Gott betet, bietet dem christlichen Volk ein schönes Vorbild, das zu ebensolcher Frömmigkeit anreizt und einladet" (vgl. Rede vom 13. März 1943 AAS XXXV, 1943, S. 114—115). Das war die Waffe des jungen Pfarrers von Ars bei der Ausübung seines apostolischen Amtes. Ohne Zweifel ist sie zu jeder Zeit und an jedem Orte wirksam.

Der Priester und das Meßopfer

Niemals darf in Vergessenheit geraten, daß das heilige Meßopfer die hervorragendste Form des eucharistischen Gebetes ist. Das müssen Wir um so sorgfältiger erwägen, ehrwürdige Brüder, als es sich hier um eine äußerst wesentliche Seite des priesterlichen Lebens handelt.

Wir haben nicht vor, an dieser Stelle ausführlich von der überlieferten Lehre der Kirche über das Priestertum und das eucharistische Opfer zu sprechen. Unsere Vorgänger Pius XI. und Pius XII. haben sie im einzelnen in bedeutsamen und erleuchteten Hirtenschreiben dargelegt, so daß Wir nur die Mahnung hinzufügen, Ihr möget Euch angelegen sein lassen, Euere Priester und Gläubigen besser damit vertraut zu machen. So wird die Unsicherheit schwinden und werden die gewagten Behauptungen berichtigt werden, die in dieser Sache hie und da geäußert worden sind.

Auch hier wieder dürfte es von Nutzen sein, wenn Wir in Unserer Enzyklika zeigen, mit welch tiefer Berechtigung der heilige Pfarrer von Ars in seiner heroischen Treue gegen die priesterlichen Pflichten den Seelsorgern als Vorbild hingestellt und ihr himmlischer Schutzpatron genannt werden kann. Wenn es wahr ist, daß der Priester die heilige Weihe empfangen hat, um dem Altar zu dienen, und wenn er sein Amt antritt mit der Darbringung des eucharistischen Opfers, dann ist das Meßopfer für den Diener Gottes sicherlich Zeit seines Lebens Urgrund und Quelle sowohl seines persönlichen Strebens nach Heiligkeit als auch seiner Hingabe an die Seelsorge. Das alles ist im heiligen Johannes Vianney auf das glücklichste verwirklicht.

Worin anders gipfelt das priesterliche Wirken, wenn man es alles in allem betrachtet, als darin, überall, wo die Kirche lebt, das gläubige Volk, das in der Taufe wiedergeboren und von den Sünden gereinigt ist, um den Altar zu scharen? Dann bringt der Priester in heiliger Vollmacht das göttliche Opfer dar, in dem Christus jene einzigartige Hingabe erneuert, die er zur Erlösung des Menschengeschlechtes und zur Ehre des himmlischen Vaters auf Kalvaria vollzog. Dann werden die Christen eins, und mittels der Dienste des Priesters versöhnen sie sich durch das göttliche Opferlamm mit Gott und bringen sich ihm dar als „lebendige, heilige und Gott wohlgefällige Gabe" (Röm. 12, 1). Dort findet das Volk Gottes die Belehrung im Glauben und seinen Geboten sowie die Nahrung des Leibes Christi, die ihm übernatürliches Leben schenken und mehren und notfalls seine Einigkeit stärken. Dort wächst von Generation zu Generation überall auf der Erde der mystische Leib Christi, der da ist die Kirche in der Kraft des Geistes.

Der heilige Johannes Vianney, der seine Zeit im Lauf der Jahre immer ausschließlicher zwischen der Verkündigung der göttlichen Wahrheiten und der sakramentalen Vergebung der Sünden teilte, bei jeder seiner pastoralen Tätigkeiten jedoch den Blick auf den Altar Gottes gewandt hielt, verdient es, daß man aus diesem Grunde sein Leben als ein hervorragend priesterliches und seelsorgliches würdigt. Es ist offensichtlich, daß die Sünder in Scharen und aus freien Stücken in die Kirche von Ars strömten, wohin der Ruf des heiligen Pfarrers sie zog, während viele Priester große Schwierigkeiten haben, ihre Gläubigen auch nur so weit zu bringen, daß sie ihnen in missionarischer Form die Anfangsgründe der christlichen Lehre vermitteln können. Diese notwendige und bisweilen beschwerliche seelsorgliche Tätigkeit soll die Priester aber nicht hindern, das seelsorgliche Hochziel im Auge zu behalten, das sie anstreben müssen und das der heilige Johannes Vianney durch die Erfüllung der wesentlichsten Aufgaben der Seelsorge in seiner schlichten Landkirche erreichte.

Die heilige Messe — Quelle persönlicher priesterlicher Heiligkeit

Das Folgende aber ist von höchster Wichtigkeit: Alles, was der Priester erwägt, beschließt und unternimmt, um heilig zu werden, muß sein Modell und seine Gnadenquelle im eucharistischen Opfer haben, das er darbringt. Er muß sich an die Weisung des Pontificale Romanum halten: „Ihr sollt wissen, was ihr tut, und nachahmen, was ihr vollzieht!" Wir möchten hier die Worte anführen, die in der Adhortatio *Menti nostrae* unseres letzten unvergeßlichen Vorgängers zu lesen sind: „Wie das ganze Leben unseres Retters auf sein eigenes Lebensopfer hingeordnet war, so muß das Leben des Priesters, der das Abbild Christi sein soll, mit ihm, in ihm und durch ihn zu einem Opfer werden . . . Deshalb soll er das eucharistische Opfer nicht nur zelebrieren, sondern auch innerlich nachleben. Dann kann er daraus jene übernatürliche Kraft schöpfen, die ihn im Tiefsten verwandelt und ihm Anteil schenkt an der versöhnenden Kraft des göttlichen Erlöserlebens . . ." (Adhort. Apost. *Menti nostrae* AAS XLII, 1950, S. 666 bis 667 [vgl. Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 65—66]). Und ferner: „Was auf dem Opferaltar geschieht, das muß die priesterliche Seele nachzuvollziehen bestrebt sein. Wie Jesus Christus sich selbst dahingibt, so muß sein Diener in der Vereinigung mit ihm sich aufopfern. Wie Jesus die Sünden der Menschen tilgt, so muß der Priester

über den hohen Weg christlicher Askese zur inneren Erneuerung sowohl des eigenen Ich als auch seiner Mitmenschen gelangen."

Dieses erhabene Lehrstück hat die Kirche im Auge, wenn sie die Diener des Heiligtums aus mütterlichem Herzen einladet und drängt, die Askese zu pflegen und das eucharistische Opfer in höchster Ehrfurcht darzubringen. Wenn Priester von jener ersten Liebe, die sich ihnen in der heiligen Weihe mitteilte, allmählich abgelassen haben, so ist zu fragen, ob das nicht daran liegt, daß sie sich nicht genügend klar waren über die gegenseitige Beziehung zwischen der eigenen Hingabe und dem eucharistischen Opfer? Diese Beziehung hat der heilige Johannes Vianney durch Erfahrung kennengelernt und mit folgenden Worten ausgesprochen: „Der Grund, warum Priester in ihrer Lebensführung nachlassen, liegt darin, daß sie nicht andächtig und fromm das heilige Opfer feiern." Er, der die heilige Gepflogenheit hatte, „sich zur Sühne für die Sünder anzubieten" (vgl. Vat. Geh. Archiv, Bd. 227, S. 319), vergoß Tränen, „wenn er die unglücklichen Priester betrachtete, die der Heiligkeit ihrer Berufung nicht genügen" (vgl. ebd. Bd. 227, S. 47).

In väterlicher Liebe bitten Wir Unsere geliebten Priester, daß sie sich zu bestimmten Zeiten darüber erforschen mögen, wie sie das heilige Opfer feiern, mit welcher seelischen Teilnahme und Haltung sie an den Altar treten und welche Früchte sie davonzutragen suchen. Das heilige Jubiläum zu Ehren dieses hervorragenden und bewunderungswürdigen Priesters, der „aus dem Trost und der Seligkeit der Feier des heiligen Opfers" (vgl. ebd. S. 667 bis 668) die Begeisterung zum Opfer seiner selbst schöpfte, möge sie dazu bewegen. Seine Fürbitte, darauf vertrauen Wir zuversichtlich, wird ihnen in reichem Maße Licht und Kraft dazu erwirken.

III.

Seeleneifer

Der heilige Pfarrer von Ars — ein Vorbild des Seeleneifers

Die bezeichnenden Proben der priesterlichen Askese und Frömmigkeit, ehrwürdige Brüder, die Euch vorgelegt wurden, zeigen auch aufs deutlichste, aus welcher Quelle der heilige Johannes M. Vianney seinen Seeleneifer schöpfte, der seiner Tätigkeit so wunderbare übernatürliche Erfolge eintrug. Unser verewigter Vorgänger Pius XII. sagte darüber: „Der Priester soll sich bewußt sein, daß sein schwerer Dienst um so fruchtbarer sein wird, je mehr er mit Christus verbunden ist und von seinem Geiste geleitet wird" (Adhort. Apost. *Menti nostrae* AAS XLII, 1950, S. 676 [vgl. Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 130]). Tatsächlich erweist das Leben des Pfarrers von Ars von Neuem die Gültigkeit des obersten Gesetzes für das seelsorgliche Wirken, das enthalten ist in den Worten Jesu Christi: „Ohne mich könnt ihr nichts tun" (Joh. 15, 5).

Natürlich kann hier nicht die ganze Geschichte dieses demütigen Landpfarrers erzählt werden, der dreißig Jahre lang im Beichtstuhl von unzähligen Menschen derart belagert wurde, daß er von einigen Leuten verächtlich „der Volksverführer des neunzehnten Jahrhunderts" (vgl. Vat. Geh. Archiv, Bd. 227, S. 629) genannt worden ist. Wir wollen auch nicht im einzelnen von seinen Seelsorgsmethoden sprechen, die in unserer Zeit nicht durchweg anwendbar sind. Nur darauf möchten Wir hinweisen, daß dieser Heilige seiner Zeit ein Beispiel von Seeleneifer vorlebte in einem schlichten Dorf, das noch unter den Schäden litt, die die Französische Revolution dem christlichen Glaubensleben zugefügt hatte. Bevor er sein Pfarramt antrat, erhielt er den Auftrag: „In dieser Pfarrgemeinde wirst du wenig Gottesliebe vorfinden; sieh zu, daß sie durch dich geweckt wird" (vgl. ebd. Bd. 227, S. 15). Wie er sich aber dann als unermüdlicher Arbeiter Gottes bewährte, eifrig und klug in der Gewinnung der Jugend und in der Erziehung der Familien zu christlicher Sitte, redlich besorgt um die irdischen Nöte seiner Schäflein, deren Lebensweise er sich anzupassen verstand, so sehr aufgeschlossen für die seelsorglichen Notwendigkeiten aller Art, daß sogar die Gründung christlicher Schulen und die Abhaltung von Volksmissionen gelang, das alles zeigt den heiligen Johannes M. Vianney wirklich als Nachfolger des guten Hirten inmitten einer kleinen, ihm anvertrauten Herde, der seine Schäflein kennt, vor Gefahren schützt und so gütig wie energisch leitet. Unbewußt hat er sein eigenes Lob gesungen, als er einmal in einer Predigt ausrief: „Ein guter Hirte, ein Hirte, der dem Auftrag und den Wünschen Jesu Christi ganz entspricht, das ist das größte Geschenk, das der gütige Gott einer Pfarrgemeinde machen kann" (vgl. Predigten a. a. O., Bd. 2, S. 86).

In dreifacher Hinsicht ist das Beispiel dieses heiligen Mannes von größter Bedeutung für alle Zeiten, und darauf, ehrwürdige Brüder, möchten Wir Euere Aufmerksamkeit lenken.

Tiefes seelsorgliches Verantwortungsbewußtsein

Vor allem beeindruckt Uns seine hohe Wertschätzung des seelsorglichen Amtes. Seine Demut war so groß, und der Wert des menschlichen Seelenheils erschien ihm so hoch, daß er das Amt des Pfarrers nie ohne die Furcht vor seiner Verantwortung ertragen konnte. „Lieber Freund", so gestand er einem Mitbruder, „du weißt nicht, was für eine furchtbare Sache es ist, wenn der Priester aus der Seelsorge vor Gottes Gericht gerufen wird" (vgl. Vat. Geh. Archiv, Bd. 227, S. 1210). Außerdem ist bekannt, und Wir haben es schon erwähnt, wie lange er flehentlich darum bat, sich in die Einsamkeit zurückziehen zu dürfen, um dort, wie er sagte, sein armseliges Leben nach Gebühr zu beweinen und zu sühnen. Nur der Gehorsam und die Sorge um das Heil der anderen konnten ihn dazu bewegen, auf seinen verlassenen Seelsorgsposten zurückzukehren.

Wenn er die Größe seines Amtes so sehr auf sich lasten fühlte, daß sie ihn zuweilen fast zu erdrücken schien, dann liegt das daran, daß er eine so hohe Vorstellung von diesem Amte und den Seelsorgspflichten hatte, wie sie nur ein mutiges Herz zu ertragen vermag. Bei seinem Amtsantritt als Pfarrer wandte er sich an den Himmel mit folgendem Gebet: „Mein Gott, gib, daß die mir anvertrauten Schäflein auf die gute Weide zurückkehren. Ich bin bereit, mein ganzes Leben lang alles zu erleiden, was Dir gefällt" (vgl. Vat. Geh. Archiv, Bd. 227, S. 53). Gott hat dieses Gebet erhört; denn später mußte der Heilige selbst gestehen: „Wenn mir die Leiden, die mich später erwarteten, schon damals bekannt gewesen wären, als ich nach Ars kam, dann würde ich zweifellos an der Furcht vor ihnen gestorben sein" (vgl. ebd. Bd. 22, S. 991). Er folgte den Spuren der Seelsorger aller Zeiten, und darum wußte er, daß er durch das Kreuz am wirksamsten für das Heil seiner Anvertrauten sorgen konnte. Um ihretwillen er-

trug er klaglos Verleumdungen, Vorurteile und Widerstände aller Art. Um ihretwillen nahm er freudig die harte seelische und körperliche Belastung auf sich, die das fast ununterbrochene Beichthören Tag für Tag durch dreißig Jahre mit sich brachte. Um ihretwillen kämpfte er als Streiter Christi gegen die Dämonen. Um ihretwillen schließlich tötete er in freiwilliger Askese seinen Leib ab. Hierhier gehört seine bekannte Antwort an einen Priester, der sich über die Erfolglosigkeit seiner Bemühungen in der Seelsorge beklagte: „Du hast inständig zu Gott gebetet, du hast unter Tränen ihn angefleht. Hast du auch gefastet, gewacht, auf bloßer Erde geschlafen und dich gegeißelt? Solange du das nicht getan hast, darfst du nicht glauben, du habest alles getan" (vgl. ebd. Bd. 227, S. 991).

Wieder wenden Wir Uns an die Priester, die in der Seelsorge stehen, mit der innigen Bitte, diese schwerwiegenden Worte auf sich wirken zu lassen. Möge ein jeder im Lichte der übernatürlichen Klugheit, die ja alle unsere Handlungen leiten soll, seine Lebensweise daraufhin prüfen, ob sie dem Anspruch der Sorge um die anvertrauten Seelen genügt. In dem Vertrauen, daß der barmherzige Gott der menschlichen Schwäche niemals seine Hilfe versagt, mögen die Diener des Heiligtums über ihre Pflichten und Aufgaben nachdenken und dabei auf den heiligen Johannes M. Vianney wie in einen Spiegel schauen. „Es ist das große Elend bei uns Seelsorgern", klagte der Heilige, „daß unsere Seele vor Überdruß ermattet", und mit diesen Worten meinte er die unglückliche Gewöhnung mancher Seelsorger an den sündigen Zustand vieler ihrer Anvertrauten. Wenn sie den Pfarrer von Ars in einem noch tieferen Sinne nachahmen wollen, der davon überzeugt war, „daß man die Menschen lieben müsse, um ihnen wohltun zu können" (vgl. Vat. Geh. Archiv, Bd. 227, S. 1002), dann mögen die Priester sich die Frage vorlegen, wie groß ihre Liebe zu den Menschen ist, deren Seelsorge Gott ihnen anvertraut hat und für die Christus gestorben ist.

Gewiß ist es durch die menschliche Freiheit und auch durch Umstände, die der menschlichen Freiheit entzogen sind, zuweilen bedingt, daß selbst heilige Männer in ihren Bemühungen erfolglos bleiben. Dennoch muß der Priester sich bewußt sein, daß nach dem geheimnisvollen Ratschluß der göttlichen Vorsehung das ewige Schicksal vieler Menschen an seinem Seelsorgseifer und dem Beispiel seines priesterlichen Lebens hängt. Muß nicht die Wucht dieses Gedankens die Trägen aneifern und die eifrigen Arbeiter Christi zu noch größeren Bemühungen anspornen?

Unermüdlich als Prediger und Katechet

In seinem Bestreben, „jederzeit für die Bedürfnisse der Seelen dazusein" (vgl. ebd. Bd. 227, S. 580), wie wir es kennengelernt haben, war der heilige Johannes M. Vianney als guter Hirte auch darin vorbildlich, daß er seinen Schäflein in reicher Fülle die Nahrung der christlichen Wahrheit darbot. Sein ganzes Leben lang wirkte er als Prediger und Katechet.

Um dieser Aufgabe gewachsen zu sein, der das Konzil von Trient eine erstrangige Bedeutung zuerkennt, wandte er, wie wir wissen, beständig angestrengteste Arbeit auf. Wegen seines höheren Alters bereitete ihm schon das Studium viel Mühe. Am Anfang forderten ihm die Predigten viele wache Nächte ab. Was könnten die Diener des Wortes Gottes daraus lernen! Es gibt so manchen, der sich ganz zu Unrecht leichthin mit seiner geringen Bildung entschuldigt, wenn er das Studium fast ganz und gar unterläßt. Diese Seelsorger täten besser daran, sich die Hartnäckigkeit zum Vorbild zu nehmen, die der Pfarrer von Ars darein setzte, sich nach dem Maß seiner Begabung für diese große Aufgabe zu qualifizieren. Übrigens war er nicht so unbegabt, wie man ihm gewöhnlich nachsagt. Er verfügte über einen klaren Verstand und ein scharfes Urteil (vgl. Vat. Geh. Archiv, Bd. 3897, S. 444).

Die Priester müssen sich diejenigen Kenntnisse der menschlichen Verhältnisse und die Fülle theologischen Wissens aneignen, die ihrer Begabung und ihrem Amt entsprechen. Möchten doch die Seelsorger so viel Fleiß darauf verwenden, wie der Pfarrer von Ars sich Mühe gab, um die Hemmungen und Schwierigkeiten des Studiums zu überwinden, sein Gedächtnis zu üben und vor allem die Wissenschaft vom Kreuz des Herrn zu erwerben, das ja das wichtigste aller Bücher ist. Sein Bischof gab einmal einigen Anklägern die Antwort: „Ich weiß nicht, ob er gebildet ist. Auf alle Fälle besitzt er übernatürliche Erleuchtung" (vgl. ebd. Bd. 3897, S. 272).

Ganz mit Recht hat deshalb unser seliger Vorgänger Pius XII. nicht gezögert, diesen demütigen Landpfarrer den Predigern der Heiligen Stadt als Vorbild hinzustellen: „Der heilige Pfarrer von Ars besaß nicht die großartige Rednergabe eines Segneri oder Bossuet. Aber seine lebendigen, klaren und tiefen Überzeugungen klangen durch seine Worte hindurch und leuchteten in seinen Augen. Sie brachten ihn in Kontakt mit dem Denken und der Phantasie seiner Bilder und gaben ihm begriffliche Formulierungen, passende Bilder und anmutige Gleichnisse ein, die selbst den heiligen Franz von Sales in Begeisterung versetzt haben würden. Das sind die Prediger, die ihr gläubiges Auditorium wirklich gewinnen. Wer erfüllt ist von Christus, der findet unschwer Mittel und Wege, auch die anderen zu Christus zu führen" (vgl. Rede vom 16. März 1946, AAS XXXVIII, 1946, S. 186). Diese Charakteristik gibt ein gutes Bild vom heiligen Pfarrer von Ars als Prediger und als Katechet.

Als dann gegen Ende seines Lebens die ermattete Stimme die Zuhörer nicht mehr erreichen konnte, da waren es sein Feuerblick, seine Tränen, seine Seufzer, die Zeugnis gaben von seiner Gottesliebe und dem Schmerz, den ihm der bloße Gedanke an die Sünde bereitete, und die die Gläubigen, welche seine Kanzel umstanden, bekehrten. Wie hätten diese auch unbeeindruckt bleiben können von der Sprache eines so restlos Christus hingegebenen Lebens?

Bis zu seinem seligen Tode erfüllte der heilige Johannes M. Vianney treu die Pflicht der Verkündigung vor seinen Pfarrangehörigen und den Pilgern, die sein Gotteshaus besuchten. Er tadelte, „ob gelegen oder ungelegen" (2 Tim. 4, 2), das Böse, wie immer es sich auch tarnen mochte, bevorzugte aber die Predigt, die die Seelen zu Gott hin aufrichtet. „Ihm lag es mehr, die Schönheit der Tugend als die Korruption des Lasters darzustellen" (vgl. Vat. Geh. Archiv, Bd. 227, S. 185). Wie tief verstand dieser schlichte Priester die Würde und Größe des Wortes Gottes! „Unser Herr", sagte er, „der die Wahrheit selber ist, schätzt sein Wort nicht geringer als seinen Leib."

Man begreift demnach die Freude Unserer Vorgänger, dieses Modell den Seelsorgern zum Vorbild geben zu können; es liegt ja so viel daran, daß der Klerus sein Verkündigungsamt ernst nimmt. Pius X. sagt dazu: „Man kann nicht genug darauf hinweisen, daß es für sämtliche

Priester keine wichtigere Aufgabe und keine dringendere Verpflichtung gibt als diese" (Enz. *Acerbo nimis* Acta Pii X., Bd. 2, S. 75). Ehrwürdige Brüder, Wir wiederholen diese beständige Mahnung Unserer Vorgänger, die auch der Codex Iuris Canonici (can. 1330—1332) zur Vorschrift macht, beim Jubiläum des heiligen Katecheten und Predigers von Ars. In diesem Zusammenhang begrüßen Wir Euere Initiative in einer Reihe von Ländern, die religiöse Bildung der Jugend und der Erwachsenen in neuen geeigneten Formen zu vertiefen. Derartige Versuche sind wertvoll. Aber durch dieses Jubiläum will Gott uns hinweisen auf die unüberwindliche Kraft eines Priesters, der in Wort und Leben den gekreuzigten Christus bezeugte, „nicht durch weise menschliche Überredungskunst, sondern im Beweis von Geist und Kraft" (1 Kor. 2, 4).

Der unermüdliche Beichtvater

Nun bleibt schließlich noch jene Seelsorgstätigkeit des heiligen Johannes M. Vianney zu würdigen, die sein tägliches Martyrium war, seine ruhmvolle und so überaus fruchtbare Wirksamkeit im Beichtstuhl. „Beinahe fünfzehn Stunden täglich hörte er geduldig Beichten. Diese anstrengende Arbeit begann früh am Morgen und dauerte bis in die tiefe Nacht" (vgl. Vat. Geh. Archiv, Bd. 227, S. 18). Als er zusammenbrach und ihn fünf Tage vor seinem Tod die Kräfte verließen, kamen die letzten Beichtkinder an sein Sterbebett. Man schätzt, daß gegen Ende seines Lebens jährlich 80 000 Menschen ihn aufsuchten (vgl. ebd.).

Es ist fast nicht möglich, sich die Last und die Beschwerden, die körperlichen Anstrengungen vorzustellen, die mit diesem endlosen Beichthören verbunden waren, um so mehr, als er ja durch Fasten, Bußübungen, Krankheit, Nachtwachen und Schlaflosigkeit geschwächt war. Aber noch mehr quälten ihn seelische Depressionen. Hören wir deren Ausdruck: „Was Gott angetan wird, ist so ungeheuerlich, daß man das Ende dieser Welt herbeiwünschen möchte. Man muß nach Ars kommen, um zu erfahren, wie viel und wie schwer gesündigt wird. Was da zu machen ist, das weiß ich leider auch nicht. Man kann nur trauern und beten." Der Heilige vergaß hinzuzufügen, daß er freiwillig einen Teil der Sühne auf sich nahm. Als man ihn darüber befragte, gab er zur Antwort: „Ich lege meinen Beichtkindern nur eine geringe Buße auf. Die übrige übernehme ich an ihrer Stelle selber" (vgl. Vat. Geh. Archiv, Bd. 227, S. 1018).

Die „armen Sünder", wie er sie nannte, behielt der heilige Johannes M. Vianney immer im Auge und in seinem Herzen. Er hoffte auf den Augenblick, da sie sich zu Gott bekehren und ihre Sünden bereuen würden. Ihnen galt sein innerstes Denken und Sorgen. Für sie verschwendete er seine Zeit und seine Kraft (vgl. ebd. Bd. 227, S. 18). Denn er kannte aus seiner Erfahrung als Beichtvater die Bosheit und die zerstörende Macht der Sünde. „Wenn wir", so sagte er, „eine todsündige Seele mit dem Blick des Glaubens aus der Nähe sehen könnten, wir würden vor Schrecken sterben" (vgl. ebd. Bd. 227, S. 290).

Aber was ihn schmerzte und zu reden zwang, das war nicht so sehr das Schicksal der Sünder als vielmehr das Leid um die Vernachlässigung und Beleidigung der Liebe Gottes. Die Herzlosigkeit der Sünde, die Mißachtung der Güte Gottes trieb ihm die Tränen in die Augen. „Mein Freund", sagte er, „ich bin traurig, weil du nicht traurig bist" (vgl. ebd. Bd. 227, S. 999). Und doch, wie gütig bemühte er sich, bußfertige Sünder aufzurichten! Er scheute keine Mühe, ihnen als Diener der göttlichen Barmherzigkeit zur Seite zu stehen. Denn die göttliche Barmherzigkeit, um mit seinen Worten zu reden, „reißt wie ein Strom die Herzen mit sich dahin" (vgl. ebd. Bd. 227, S. 978). Sie zittert mehr als ein Mutterherz. „Gott verzeiht schneller, als eine Mutter ihr Kind aus dem Feuer holt" (vgl. ebd. Bd. 3900, S. 1554).

Möge das Beispiel des Pfarrers von Ars den Seelsorgern die Schwere dieser Amtspflicht nahebringen, die ebensoviel Hingabe wie Klugheit fordert. Denn da triumphiert die Barmherzigkeit Gottes über die menschliche Bosheit, da werden die Sünden weggewaschen und die Menschen mit Gott versöhnt. Hier ist zu erwähnen, daß Unser verewigter Vorgänger Pius XII. sich „sehr ernst" gegen die geringschätzige Würdigung der sakramentalen Beichte der läßlichen Sünden ausgesprochen hat. Er sagte dazu: „Zum Fortschritt auf dem Weg der Tugend empfehlen Wir mit Nachdruck die häufige Beichte, welche die Kirche unter dem Einfluß des Heiligen Geistes eingeführt hat" (Enz. *Mystici Corporis* AAS XXXV, 1943, S. 235). Besonders eindringlich empfehlen Wir den Priestern den Gehorsam gegen die kanonische Vorschrift (CIC can. 125 § 1), die ihnen die regelmäßige Beichte als unumgängliches Mittel zu ihrer Heiligung auferlegt. Mögen sie die Weisungen beherzigen, die Unser Vorgänger mehrfach „traurigen Herzens" wiederholt hat (vgl. Enz. *Mystici Corporis* AAS XXXV, 1943, S. 235; Enz. *Mediator Dei* AAS XXXIX, 1947, S. 585 [vgl. Herder-Korrespondenz 2. Jhg., S. 206], Adhort. Apost. *Menti nostrae* AAS XLII, 1950, S. 674).

Schlußwort

Zum Schluß dieser Enzyklika, ehrwürdige Brüder, fühlen Wir Uns gedrängt, Euch Unsere herzerhebende Hoffnung mitzuteilen, daß dieses festliche Jubiläum mit Gottes Gnade alle Priester aneifern wird, sich um eine hingebende Erfüllung der Pflichten ihres heiligen Amtes zu bemühen, und zwar besonders „um die erste der priesterlichen Pflichten, die Pflicht, nach persönlicher Heiligkeit zu streben" (Adhort. Apost. *Menti nostrae* AAS XLII, 1950, S. 677).

Wenn Wir von der Höhe des Pontifikates, zu der Wir durch den geheimnisvollen Ratschluß der göttlichen Vorsehung erhoben worden sind, Ausschau halten nach dem, was die Menschen hoffen und erwarten, sei es in den vielen Ländern, wo das Licht des Evangeliums noch nicht leuchtet, sei es in der Christenheit mit ihren unzähligen Nöten, immer tritt dann das Bild des Priesters vor Unser Auge. Wenn der Priester nicht wäre oder sein tägliches Wirken ausfiele, was würde dann aus allen apostolischen Werken werden, selbst wenn sie noch so zeitgemäß sind? Was würden die Laien, die hochherzig dem Apostolat ihre helfenden Dienste leihen, erreichen? Deshalb appellieren Wir an alle Priester, die Wir so sehr ins Herz geschlossen haben und auf die die Kirche so große Hoffnungen setzt, im Namen Jesu Christi und aus väterlicher Sorge, sie mögen mit äußerster Treue erfüllen, was ihre hohe kirchliche Würde von ihnen verlangt. Mögen die folgenden weisen Worte des heiligen Pius X. Unserm Appell Nachdruck verleihen: „Um das Reich Jesus Christi in der Welt aufzubauen, ist nichts notwendiger als die Heiligkeit der Geistlichen, damit sie mit ihrem guten Beispiel, ihrem

Wort und ihrer Lehre den Gläubigen den Weg weisen" (vgl. Brief *La ristorazione* Act. Pii X., Bd. I, S. 257). In demselben Sinne äußerte der heilige Johannes M. Vianney zu seinem Bischof: „Wenn Sie Ihre ganze Diözese zu Gott bekehren wollen, müssen alle Priester heilig werden."

Auf Euch, ehrwürdige Brüder, fällt die schwere Aufgabe der Heiligung Eueres Klerus schließlich zurück. Wir möchten Euch diese Unsere geliebten Söhne von Herzen empfehlen mit der Bitte, daß Ihr Euch entgegenkommend der oft so großen Schwierigkeiten annehmen möget, die ihr Leben und ihre Tätigkeit belasten. Wieviel vermag ein Bischof, der den ihm unterstellten Klerus liebt, sein Vertrauen besitzt, ihn wirklich kennt, für ihn sorgt, ihn stark und väterlich leitet! Wenn auch die Hirtensorge um die ganze Diözese auf Eueren Schultern liegt, so haben doch diejenigen einen Anspruch auf Euere ganz besondere Fürsorge, die als Priester Euere engsten Mitarbeiter und durch viele heilige Bande mit Euch verbunden sind.

Allen Gläubigen aber möchten Wir aus Anlaß dieses Jubiläums väterlich ans Herz legen, inständig für ihre Priester zu Gott zu beten und sie dadurch nach Kräften bei ihrer persönlichen Heiligung zu unterstützen. Die eifrigen Christen blicken heute mit großen Hoffnungen und Erwartungen auf den Priester. In einer Zeit, die gekennzeichnet wird durch die Herrschaft des Geldes, die Verlockungen der Sinne und die Überschätzung der Technik, wollen sie in ihm den Mann sehen, der im Namen Gottes redet, von festem Glauben erfüllt ist und stark und selbstlos zu lieben vermag. Mögen alle daran denken, wieviel sie dazu beitragen können, daß die Diener des Heiligtums zu solcher Größe gelangen, wenn sie der priesterlichen Würde die gebührende Achtung erweisen, den seelsorglichen Aufgaben und Schwierigkeiten die nötige verständnisvolle Wertschätzung entgegenbringen und schließlich mit wachsendem Eifer ihre helfenden Dienste zur Verfügung stellen.

Wir können nicht schließen, ohne noch ganz besonders ein väterliches Wort an die Jungen zu richten, denen Unsere ganze Liebe gehört und auf deren Mitarbeit die Kirche ihre Hoffnung für die Zukunft setzt. Die Ernte ist reich, aber der Arbeiter sind wenige (vgl. Matth. 9, 37). In zahlreichen Ländern warten die erschöpften Boten des Evangeliums sehnsüchtig auf Ablösung. Es fehlt nicht an Völkern, die mehr unter seelischem als unter leiblichem Hunger leiden. Wer wird ihnen die himmlische Speise des Lebens und der Wahrheit reichen? Wir hoffen zuversichtlich, daß die Jugend unserer Tage nicht weniger als in früheren Zeiten der Einladung des göttlichen Meisters zu diesem so notwendigen Werk hochherzig entsprechen wird.

Die Priester müssen oft unter schwierigen Verhältnissen leben. Das nimmt nicht wunder; denn die Gegner der Kirche zeigen ihre Feindschaft an erster Stelle durch Schikanen und Hinterhältigkeiten gegenüber den Priestern. Es ist so, wie der Pfarrer von Ars sagte: Wer die Religion ausrotten will, fordert in seinem Haß zunächst die Priester heraus.

Aber auch unter den schwierigsten Verhältnissen schenkt das Bewußtsein von ihrem Amte den eifrigen Priestern großes und wirkliches Glück; wissen sie sich doch vom göttlichen Heiland dazu berufen, einer heiligen Sache zu dienen, der Rettung der Seelen und dem Aufbau des mystischen Leibes Christi. Die christlichen Familien mögen ihre großen Aufgabe darin sehen, der Kirche Priester zu schenken, und ihre Söhne freudigen Herzens für den heiligen Dienst anbieten.

Doch da diese Aufgabe auch Euch auf das stärkste bewegt, ehrwürdige Brüder, erübrigt es sich, daß Wir länger dabei verweilen. Wir sind gewiß, daß Ihr Unsere Sorge und ihre Dringlichkeit vollauf würdigt und unterstützt. Wir empfehlen dieses so außerordentlich wichtige Anliegen, das eng verknüpft ist mit dem Heil unzähliger Menschen, der Fürbitte des heiligen Johannes M. Vianney.

Und nun erheben Wir Unsere Augen zur unbefleckt empfangenen Gottesmutter. Kurz bevor der heilige Pfarrer von Ars seinen langen und an himmlischen Verdiensten reichen Lebenslauf vollendete, war sie in einem andern Teil von Frankreich einem unschuldigen und demütigen Mädchen erschienen, um durch sie die Menschen in mütterlicher Sorge zum Gebet und zu christlicher Buße einzuladen. Ihre erhabene Stimme bewegt auch noch nach hundert Jahren die Herzen und findet weit und breit ein unermeßliches Echo. Was jener zur Ehre der Heiligen erhobene Priester, dessen hundertjähriges Gedächtnis wir jetzt begehen, damals tat und aussprach, das stellt die übernatürlichen Wahrheiten, die in der Grotte von Lourdes einem unschuldigen Mädchen offenbart wurden, schon zu früher Zeit in ein himmlisches Licht. Der Heilige, der die unbefleckte Empfängnis der jungfräulichen Gottesmutter innig verehrte, weihte im Jahre 1836 seine Pfarrkirche der Unbefleckten Empfängnis und nahm im Jahre 1854 das Dogma, das diese Wahrheit unfehlbar bestätigte, mit Ehrfurcht und jubelndem Herzen entgegen (vgl. Vat. Geh. Archiv, Bd. 227, S. 90).

Mit der gebührenden Dankbarkeit gegen den großen Gott verbinden Wir die beiden Jahrhundertfeiern von Lourdes und von Ars, die nach der Vorsehung aufeinander folgen und jenem Uns so teueren Volk zur Ehre gereichen, das diese heiligen Orte zu besitzen sich rühmen kann. Im Andenken an die Fülle schon empfangener Gnaden und in dem festen Vertrauen, daß weitere für Uns selbst und für die Kirche folgen werden, entlehnen Wir dem heiligen Pfarrer von Ars das Gebet, das so oft über seine Lippen kam: „Gepriesen sei die Unbefleckte Empfängnis der seligen Jungfrau und Gottesmutter Maria! Alle Völker auf der ganzen Erde mögen Dein unbeflecktes Herz rühmen, anrufen und verkündigen" (vgl. ebd. Bd. 227, S. 1021).

In der festen Hoffnung, daß die hundertjährige Gedächtnisfeier des heiligen Johannes M. Vianney überall auf der Erde die Begeisterung der Priester und der von Gott gerufenen Anwärter auf das Priestertum neu entfachen und die teilnehmende Sorge der Gläubigen am Leben und Wirken der Priester zu Taten führen wird, erteilen Wir allen und jedem, und vor allem Euch, ehrwürdige Brüder, aus liebevollem Herzen den Apostolischen Segen als Unterpfand der Gnaden des Himmels und als Zeichen Unseres Wohlwollens.

Gegeben zu Rom, bei Sankt Peter, am 1. August 1959, im ersten Jahre Unseres Pontifikates.

JOHANNES XXIII., PAPST

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Die Struktur des jugoslawischen Kommunismus

Die Frage nach der Struktur und den Entwicklungstendenzen des jugoslawischen Kommunismus ist durchaus nicht nur von politischem Interesse. Die ideologischen Differenzen zwischen der sowjetischen und der titoistischen Konzeption des Marxismus-Leninismus, die in der Struktur der beiden Systeme und ihrer inneren und äußeren Politik zu Realitäten werden, können uns behilflich sein, das Ausmaß und die Grenzen der inneren Wandlungsfähigkeit des Kommunismus abzuschätzen. Aus diesem Grunde wird hier darüber berichtet. Wer immer mit dem Gedanken einer Koexistenz zwischen kommunistischer Gesellschaftsordnung und christlicher Weltanschauung umgeht und erst recht wer mit diesem Problem in der politischen Wirklichkeit zu tun hat wie die Katholiken in den Satellitenländern, muß den Spielraum ausmessen, den der Kommunismus seinen Anhängern für die Anlage eines bestimmten „Weges zum Sozialismus" gewährt.

Die Entwicklung des jugoslawischen Kommunismus

Um das Programm Titos zu verstehen, dürften folgende geschichtliche Erinnerungen nützlich sein. Am 28. Juni 1948 wurde Jugoslawien aus dem Kominform ausgeschlossen. Auf dem 19. Parteitag der sowjetischen Partei im Jahre 1952 nannte Malenkow Tito und seine engsten Mitarbeiter „amerikanische Agenten". In dieser Zeit vollzog sich in Jugoslawien eine ideologische Umwandlung in immer stärkerer Abkehr vom Stalinismus, die auf dem 6. Kongreß der jugoslawischen Partei im November 1952 erstmalig programmatischen Ausdruck fand. Nach dem Tode Stalins am 5. März 1953 begann eine Annäherung zwischen Moskau und Belgrad, die aber 1955 durch eine tiefe Verstimmung unterbrochen wurde, als Molotow erklärte, daß die jugoslawischen Kommunisten „jetzt ihre Fehler begriffen hätten". Diese Verstimmung wurde durch einen Besuch Chruschtschows im gleichen Jahre beigelegt. In der Belgrader Deklaration vom 2. Juni 1955 wurde unter anderm auch der „Austausch von Informationen über die Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus" vereinbart. Beim Gegenbesuch Titos im Juni 1956 wurde daraus eine „Verstärkung der freundschaftlichen Zusammenarbeit auf dem Prinzip der Gleichberechtigung". Nach dem Aufstand in Ungarn kam es zu neuen Spannungen. Tito nannte in seiner Rede in Pola am 11. November 1956 das sowjetische Vorgehen einen „fatalen Fehler" und sagte: „Jetzt geht es darum, ob in den kommunistischen Parteien der neue Geist siegen wird, der in Jugoslawien seinen Ausgang genommen hat und für den in den Beschlüssen des 20. Parteitags der sowjetischen Partei ziemlich viele Anzeichen vorhanden sind." Die Spannungen erreichten einen neuen Höhepunkt, als die jugoslawische Partei auf ihrem 7. Parteitag vom 22. bis 26. April 1958 ihr endgültiges Programm veröffentlichte.

Gleichberechtigung oder Hegemonie?

Als Schwerpunkte der ideologischen Differenzen zwischen dem Kreml und Tito dürfen die folgenden bezeichnet werden:

Nach Ansicht des Kreml muß die kommunistische Bewegung zur Weltrevolution in einer einzigen Organisation zusammengefaßt sein, in der die Sowjetunion die Führung hat. Die jugoslawischen Kommunisten lehnen sowohl eine solche organisatorische Zusammenfassung als auch die Hegemonie der Sowjetunion und der sowjetischen Partei entschieden ab und treten für bilaterale Beziehungen zwischen den einzelnen Parteien ein. Schon 1952 beschuldigte Tito die Sowjetunion gerade im Hinblick auf die Satelliten eines imperialistischen Verhaltens. Und im Programm von 1958 hieß es: Der Ausschluß Jugoslawiens aus dem Kominform war „ein Versuch, die Ungleichheit in den Beziehungen der kommunistischen Länder zu legalisieren, eine Verneinung der Unabhängigkeit der Völker bei der Entwicklung der sozialistischen Beziehungen". Eine „Hegemonie bei den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern" ist der Verwirklichung des Sozialismus schädlich; denn „Sozialismus ist zwar ein einheitlicher Begriff, aber die Völker gehen zu ihm verschiedene Wege und unter Anwendung verschiedener Methoden". Ja das Programm von 1958 toleriert sogar eine Verschiedenheit der Meinungen von einzelnen Richtungen des Sozialismus: „Die Konzeption, gemäß welcher nur die kommunistischen Parteien ein Monopol auf verschiedene Formen der sozialistischen Bewegung besitzen und daß nur sie den Sozialismus verkörpern — diese Konzeption ist theoretisch falsch und praktisch äußerst schädlich."

Staat und Gesellschaft

Ein zweiter Unterschied zeigt sich in den Auffassungen vom Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft bzw. Wirtschaft. In der staatlichen Machtkonzentration sehen die jugoslawischen Kommunisten die Ursache für den Bürokratismus, die Herrschaft der Funktionäre und den Personenkult, die Erscheinungsmerkmale des Stalinismus. „Die ausschließliche Verwaltung der Wirtschaft und des gesamten gesellschaftlichen Lebens durch den staatlichen Apparat führte zu einer immer stärkeren Zentralisierung der Verwaltung und dem Zusammenwachsen des staatlichen und des Parteiapparates mit dem Ziel, sich der Gesellschaft aufzudrängen. Diese Erscheinungen sind das unmittelbare Ergebnis von Tendenzen, die sich im politischen und wirtschaftlichen Leben des sozialistischen Staates äußern und das Ziel haben, den Apparat zum Herrn der Gesellschaft zu machen, statt deren Diener zu bleiben." „Der Bürokratismus trennt die Verbindungen zwischen den führenden politischen Kräften und der Arbeiterklasse und verschärft die inneren gesellschaftlichen Gegensätze."

Die Sowjetunion ist also in den Augen der Jugoslawen noch keineswegs das Modell eines sozialistischen Staates, für das sie sich hält. Das Sowjetsystem stalinistischer Prägung erscheint ihnen nicht nur unter politischem Gesichtspunkt als imperialistisch, sondern ebenso in Hinsicht auf seine soziale Struktur als staatskapitalistisch. Es ist keine Diktatur des Proletariates, sondern eine Diktatur der Funktionäre, mithin ein Klassenstaat. Es befindet sich im Widerspruch zur marxistischen Theorie vom Absterben des Staates in der sozialistischen Gesellschaft.

Diese Theorie war die Basis für den jugoslawischen Weg

zum Sozialismus, wie er etwa seit 1950 beschritten wurde. Das Besondere dieses Weges besteht, wenigstens programmatisch, in der Dezentralisierung der Volksmacht und der Wirtschaftsführung, die dazu dienen soll, das Ideal der sozialistischen Demokratie zu verwirklichen. Im Prinzip werden der politischen Zentralgewalt nur die Aufgaben reserviert, die ihrer Natur nach zentral gelöst werden müssen: Außenpolitik, Verteidigung, Rechtsordnung, Wirtschaftspolitik. In diesem Rahmen aber soll sich der Staat mehr und mehr zu einem „spezifischen Mechanismus der Selbstverwaltung" entwickeln. Unter den Institutionen der Selbstverwaltung sind die Arbeiterräte in den Betrieben und die Kommunen bei den örtlichen Behörden die wichtigsten, jene in Hinsicht auf die Wirtschaft, diese als Organe der Verwaltung. Selbstverständlich kann die Umgestaltung nur Schritt für Schritt vollzogen werden, aber sie muß sich konsequent nach dem Maßstab richten, daß die Initiative der Gesellschaft wachsen und die des Staates abnehmen soll. Das Ziel wird, wie Tito sagte, dann erreicht sein, „wenn die Produktionsmittel sich völlig in die Händen der Produzenten befinden". Deswegen denkt man auch nicht an eine Verstaatlichung der Landwirtschaft. „Grundlegend für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft ist die Orientierung auf die Förderung der Produktivkräfte und der Arbeitsproduktivität. Nur bei gleichzeitiger Förderung der Produktivkräfte und der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft kann man an die Formen des Zusammenschlusses der Bauern richtig herangehen."

Es bedarf keiner Erörterung, daß die Demokratisierung nicht dem Revisionismus, also der Annäherung an die bürgerliche Demokratie, dienen soll. Diese beruht nach jugoslawischer Meinung nach wie vor auf dem Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Arbeiterschaft. Man beweist diese These nicht ganz mit Unrecht und jedenfalls nicht ungeschickt mit dem Hinweis auf das Verhältnis zwischen den westlichen Mächten und den Entwicklungsländern. Es stehe im Zeichen des Bestrebens, erschütterte Positionen um jeden Preis aufrechtzuerhalten und, wenn das nicht mehr möglich ist, die politische Hegemonie in eine wirtschaftliche umzuwandeln. Gegenüber diesem kapitalistischen Imperialismus und dem unter der falschen Flagge des „proletarischen Internationalismus" propagierten Hegemonieanspruch der Sowjetunion vertritt Tito ein Programm der „aktiven Koexistenz", d. h. der gegenseitigen Hilfe zwischen den proletarischen und neutralen Völkern. Hier liegt der Schlüssel zum Verständnis seiner Außenpolitik. Was die Zukunft des Kapitalismus angeht, glauben die Jugoslawen, daß auch in allen westlichen Ländern der Trend zum Staatskapitalismus sich mehr und mehr durchsetzen werde, wodurch die marxistische Theorie von der zunehmenden Konzentration der Kapitalmacht zwar modifiziert, doch im Prinzip bestätigt würde. Im übrigen fördere diese Tendenz die sozialistischen Bestrebungen. „Die spezifischen Formen der staatskapitalistischen Beziehungen können gleichzeitig Versuche zur Erhaltung des Kapitalismus wie auch ein erster Schritt zum Sozialismus — sie können gleichzeitig aber auch das eine wie das andere sein."

Die Aufgabe der Partei

Ein dritter ideologischer Unterschied zwischen Moskau und Belgrad liegt in den verschiedenen Auffassungen von der Rolle, die die kommunistischen Parteien bei der Verwirklichung des Sozialismus zu erfüllen haben. Nach der sowjetischen und uns bis jetzt allein geläufigen Konzeption des Kommunismus ist die Partei die „lenkende und beseelende Kraft" in Staat und Gesellschaft und das „Herz und Hirn unserer Epoche". Sie übt allein die Macht im Staate und über die Gesellschaft aus, wenn sie auch unter besonderen Verhältnissen, wie in der DDR, in Polen und in Ungarn, auf ihren Einheitswahllisten einige Kandidaten aufstellt, die nicht Parteigenossen sind. Eine selbständige Politik können deren Fraktionen in keinem dieser Länder treiben. In der Exekutive übt die Partei nicht nur in der Form der Personalunion, sondern kraft direkter Befehlsgewalt allein die Macht aus. Als „Herz und Hirn" besitzt sie auch die Gabe der Unfehlbarkeit im Urteil über alle Fragen der Wissenschaft und Praxis des gesellschaftlichen Lebens. Zudem verkörpert sie in sich selbst den höchsten Wert, das Herz des menschlichen Lebens.

Die jugoslawische Partei hat schon 1952 ihren Namen geändert. Sie heißt seitdem „Bund der Kommunisten Jugoslawiens", und das sollte eine Strukturänderung ausdrükken. „Der Bund der Kommunisten ist in seiner Arbeit kein unmittelbarer operativer Leiter und Befehlsgeber, weder im wirtschaftlichen noch im staatlichen und gesellschaftlichen Leben, und kann es auch nicht sein. Er wirkt vielmehr mit seiner politischen und ideologischen Tätigkeit in erster Linie durch Überzeugungskraft in allen Organisationen, Organen und Behörden darauf hin, daß seine Linie und seine Haltung oder die Haltung einzelner seiner Mitglieder angenommen werden." Im Programm von 1958 heißt es außerdem: „Die an der Macht befindlichen kommunistischen Parteien sind in ihrer Tätigkeit nicht nur den Parteimitgliedern verantwortlich, sondern der Nation als ganzer ... Sie dürfen keine Entscheidungen treffen, die den von der Bevölkerung gewählten Organen vorbehalten sind." Diese Unterscheidung zwischen dem Staat als Machtträger und der Partei als Ideenträger in der sozialistischen Gesellschaft hat natürlich nicht den Sinn, der Partei die alleinige politische Entscheidungsgewalt aus der Hand zu nehmen. Aber „die führende politische Rolle des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens wird stufenweise in der Perspektive immer mehr verschwinden, und gleichzeitig werden sich entwickeln und immer mehr verstärken vielseitige Formen der unmittelbaren sozialistischen Demokratie. Diese Wandlung wird sich proportional zu dem objektiven Prozeß des Absterbens der sozialen Antagonismen und aller Formen des Druckes, die während der historischen Entwicklung aus diesen Antagonismen entstanden, entwickeln." Bis dahin besteht die Rolle der Partei vor allem im Wächteramt gegenüber dem Dogmatismus, der selbst „eine tiefe antiwissenschaftliche Revision des Marxismus-Leninismus darstellt", insofern er sich jedem Versuch der Anpassung an die gegenwärtigen sozialen Bedingungen widersetzt — und gegenüber dem Revisionismus, d. h. der Gefahr der Verbürgerlichung.

Die Jugoslawen betonen immer wieder, daß ihre Eigenständigkeit, die in den oben dargestellten Prinzipien begründet ist, keine Preisgabe, sondern gerade die wirklichkeitsgerechte Realisierung des Marxismus-Leninismus bezwecke. Sie denken auch nicht daran, ihre Solidarität mit den übrigen kommunistischen Parteien zu verleugnen. Auf dem 7. Parteikongreß erklärte Kardelj: „Es versteht sich von selbst, daß wir mit allen kommunistischen Par-

teien in allen Fragen solidarisch sind, die sich auf die Verteidigung und die Entwicklung des Sozialismus und des Gesellschaftsprozesses beziehen, ebenso auf die Stärkung der Arbeiterbewegung und die Festigung des Friedens." Sie wollen nicht als Nationalkommunisten oder Rechts- bzw. Linksabweicher von der Idee betrachtet werden, was ihnen in der Sowjetunion und schärfer noch von China zum Vorwurf gemacht wird. Dennoch hat sich das Gesicht der Partei seit 1952 geändert.

Darüber berichtete die „Neue Zürcher Zeitung" (31. 5. 59): „Aus einer straff zentralistisch organisierten Partei von gläubigen Funktionären, die ausschließlich nach Weisungen von oben arbeiteten, ist eine Partei von praktisch orientierten Wirtschaftsleitern und Administratoren geworden. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man von einem langsamen Versickern der Partei in den unmittelbaren Arbeitsbereichen ihrer Mitglieder spricht." Die praktischen Aufgaben, vor allem die wirtschaftlichen, haben die Ideologie in den Hintergrund gedrängt. Doch wäre es falsch oder wenigstens höchst voreilig, daraus den Schluß zu ziehen, daß der Kommunismus in Jugoslawien sich auch innerlich in Richtung auf einen weltanschaulichen Pragmatismus entwickle, so daß man eine Annäherung an die westlichen Ideologien erhoffen dürfte. Auch die Masse der „pragmatischen" Kommunisten denkt nicht im entferntesten daran, zugunsten größerer Meinungsfreiheit oder gar einer formalen Demokratie und pluralistischen Gesellschaft ihre eigene Position und Macht zu gefährden, also das politische Herrschaftssystem in seinem Grundgefüge in Frage stellen zu lassen. „Dieses im Grunde bereits konservative Streben nach Erhaltung der Macht bringt bei den Kommunisten trotz aller Versachlichung der Parteiherrschaft nach wie vor ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl gegenüber der Partei hervor, das sich in einer auch jetzt noch ungebrochenen Disziplin gegenüber der Partei ausdrückt." Diese Gefühle werden durch die Treue gegenüber der Persönlichkeit Titos mythologisiert. Außerdem ist es eine offene Frage, wie sich das Kräfteverhältnis zwischen den einzelnen Strömungen innerhalb der oberen Parteigremien, die es natürlich auch unter den jugoslawischen Kommunisten gibt, wenn sie auch durch Tito im Zaum gehalten werden, in Zukunft gestalten wird. Und schließlich ist auch das derzeitige jugoslawische Parteiprogramm nicht nur verschiedenster Auslegung und Handhabung zugänglich, es ist ex definitione kein für alle Zukunft gültiges Credo.

Die Auswirkungen des jugoslawischen Parteiprogramms

Wenden wir uns nun zu den Auswirkungen, die das Programm in der Wirklichkeit des Lebens hervorgebracht hat. Diese Auswirkungen sind am deutlichsten sichtbar in der Außenpolitik des Landes. Sie hat ein Janusgesicht, entspricht aber ziemlich genau den Prinzipien. Tito vermeidet alles, was die Sowjets reizen könnte, mehr noch, er begünstigt, soweit das möglich ist, die weltpolitischen Absichten des Ostblocks, so in der Deutschlandfrage. Er kommt jedem Annäherungsversuch von Moskau um mehr als die Hälfte entgegen. Mikojan hat bei seinem Besuch in Amerika gesagt, die Gleichschaltung der Außenpolitik Jugoslawiens wäre keine Frage, wenn Moskau die hundert Millionen Dollar pro Jahr bezahlen würde, um die sie zu haben ist. Nicht um diesen Preis zu haben ist allerdings die innere Selbständigkeit Jugoslawiens. Tito hat die Hegemonie des Sowjetkommunismus 1948 mit sehr großem Risiko abgelehnt und darin trotz vieler Schwierigkeiten und Nachteile durchgehalten. Auf friedlichem Wege dürfte die Sowjetunion in absehbarer Zeit daran nichts ändern können.

Die Arbeiterräte

Die Dezentralisierung und „Demokratisierung" von Wirtschaft und Verwaltung ist der zweite Programmgrundsatz, und auf ihm liegt der Akzent der gesellschaftspolitischen Entwicklung in Jugoslawien. Seit 1952 wurden eine Reihe von Gesetzen erlassen, die den Unternehmen oder, besser gesagt, den Betrieben nach und nach das Recht einräumten, innerhalb der staatlichen Normen über ihren Produktionsumfang, ihre Löhne und Preise und sogar über ihre Gewinne selbst zu verfügen. Träger dieser Verfügungsmacht sind im Prinzip die von der Belegschaft gewählten Arbeiterräte. Sie umfassen in größeren Betrieben bis zu 120 Mitgliedern. Die tatsächliche Ausübung ihrer Rechte liegt aber in den Händen des jeweiligen Führungsausschusses, der aus drei bis elf Mitgliedern besteht und vom Arbeiterrat bestellt wird. Dieser Ausschuß ernennt die leitenden Angestellten (ausgenommen die Direktoren, bei deren Ernennung auch die Kommunen mitwirken), entwirft die jeweiligen Wirtschaftspläne und überwacht die Betriebsführung. Im ganzen gab es 1958 in Jugoslawien in 10 593 Betrieben solche Räte und Ausschüsse. Inwieweit bestimmen nun also die Arbeiter mit? Sowjetische Kritiker tun die Bedeutung dieser Mitbestimmung mit einer Handbewegung ab. Ein amerikanischer Beobachter, Benjamin Ward (Workers' Management in Yugoslawia, in: The Journal of Political Economy, Oktober 1957), wies darauf hin, daß die Wahlen in den Betrieben von den Gewerkschaften gesteuert werden, also einen politischen Akzent haben; ferner daß die Räte selbst teils aus Passivität, teils aus Mangel an Sachkenntnis eine wirkliche Kontrolle oder Entscheidungsgewalt nicht ausüben. Die Entscheidungen würden von den Direktoren und allenfalls von den wenigen Mitgliedern des Führungsausschusses getroffen. Ward kommt zu dem Ergebnis: „Alle Beobachtungen ... führen zu dem Schluß, daß die jugoslawischen Industriearbeiter im allgemeinen nicht in der Lage sind, die Politik ihrer Betriebe zu kontrollieren ... Die Demokratie in kleinen Dosen wird zwar in die Industrie eingeführt. Aber, um im Bilde zu bleiben, man versucht die richtige Dosis dadurch herauszufinden, daß man eine große Quantität Demokratie als Endziel verschreibt, die tatsächlich gegebene Dosis jedoch wieder beschränkt, indem man einer Anzahl von Institutionen das Recht gibt, den Zuteilungsprozeß zu überwachen." Nun liegt das natürlich zum guten Teil an den allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Jugoslawien eine vollkommene Aufhebung der Zwangswirtschaft noch nicht gestatten. Daß die politischen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Dezentralisation aber die Produktivität erheblich gesteigert haben, ist nicht zu bestreiten, und ebensowenig, daß diese Steigerung breiten Volksschichten zugute kam, wenn auch das Realeinkommen „bestenfalls ein Drittel des westdeutschen Niveaus betragen dürfte", wie Heinz Brestel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (27. 9. 58) schrieb. Andere Schätzungen der wirtschaftlichen Zustände im Lande äußern sich günstiger. Natürlich müßte untersucht werden, inwieweit die Produktivitätssteigerungen durch die neuen Organisationsformen verursacht sind und inwieweit

durch die westlichen Auslandshilfen. Aber davon abgesehen, hat der jugoslawische Arbeiter, Bauer und Handwerker das Gefühl, ein freierer Mensch zu sein als der sowjetische Staatsarbeiter. Besonders gilt das für das Bauerntum, das sich durch die Genossenschaften gestützt und nicht einfach unterdrückt oder aufgesogen fühlt. Die wirtschaftliche Dezentralisierung trägt also wirklich den Charakter einer Liberalisierung.

Die innenpolitische Wirklichkeit

Das Gleiche kann nicht von der politischen Dezentralisierung gesagt werden. Gewiß besitzt Jugoslawien unter allen kommunistischen Staaten die am weitesten ausgebaute Selbstverwaltung, was übrigens mehr historische als ideologische Gründe hat. Und es mag auch richtig sein, daß die Selbstverwaltung in den Dingen des täglichen Lebens überwiegend nach praktischen Gesichtspunkten verfährt und viel weniger nach marxistischen Prinzipien handelt, als eine Zentralverwaltung das tun muß, die sich einem Parteidirektorium gegenüber zu verantworten hat. Aber dieser Pragmatismus hält sich im Einklang mit den Grunddogmen der Partei und mehr noch mit dem Willen der Partei, sich die Macht zu bewahren.

Mit dieser Feststellung ist ein Kriterium zur Beurteilung des dritten Programmgrundsatzes gegeben, der die Macht dem Staat und dem Volk, die politische Erziehung aber dem „Bund der Kommunisten" überträgt. Es wäre vielleicht unbillig, darin nichts weiter als einen Trick zu sehen. Aber es wäre töricht, daran zu glauben, daß die Kommunisten diesen Satz auch dann anwenden würden, wenn sie damit die Macht auch nur zum Teil aus den Händen geben müßten. Die Teilung der Aufgaben, die das Programm vorsieht, beruht auf der gar nicht diskutierbaren Voraussetzung, daß auch im Staat und in der Wirtschaft Kommunisten die Führung innehaben. Und diese Voraussetzung gründet nicht nur im Zutrauen zu den Möglichkeiten indirekten Einflusses, die die Partei besitzt, sondern auch in dem allen Marxisten gemeinsamen Glauben an den unwiderstehlichen Sieg der marxistischen „Wissenschaft", der die Entwicklung und schließlich dann die Einsicht der Mehrheit des Volkes Recht geben werden. Das Vertrauen zur inneren Kraft und Stärke der Partei ist es, das eine Gewaltenteilung ermöglicht.

Inwieweit diese Voraussetzung zutrifft und praktikabel ist, daß nämlich die Partei mit den guten Kräften des Volkes identisch sei, das zu testen machen auch die jugoslawischen Kommunisten keine Anstalten. Erst vor kurzer Zeit, am 12. Mai 1959, ereigneten sich in Agram und anscheinend auch in anderen Universitätsstädten Studentenunruhen. Nachdem die offiziellen Stellen diese Unruhen zunächst bagatellisiert hatten, wurden sie durch Tito selbst kurz darauf geradezu dramatisiert. Sie seien ein von „den Feinden" inszenierter Versuch gewesen, die Schwäche des sozialistischen Systems in Jugoslawien abzutasten. Es gebe Elemente, welche des Glaubens sind, daß das gegenwärtige System einer vermehrten Demokratisierung eine derartige feindliche Tätigkeit erleichtere. Die jugoslawische Demokratie sei zwar eine Demokratie, aber für die Mehrheit des Volkes und nicht für die Gegner. Die Revolution lebe und könne jederzeit ihre Macht demonstrieren (vgl. „Neue Zürcher Zeitung", 23. 5. 59). Eine solche Drohung aus dem Munde eines sozialistisch-kommunistischen Demokraten gibt genügend Aufschluß darüber, wie sich auch der jugoslawische Kommunismus das Verhältnis zwischen dem Willen zur Macht und dem Willen zur Demokratie vorstellt. Was das innere Gefüge der Partei betrifft, möchten wir zurückgreifen auf ein Zirkular des Exekutivkomitees vom vorigen Jahr über „negative Erscheinungen im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben und Schwächen in der Aktivität der Partei" (veröffentlicht in „Le Monde", 6. 3. 58). Das Zirkular verschont fast niemanden mit seinem Tadel. Der Erfolg der Demokratisierung, so liest man, besteht darin, daß die partikulären Interessen jetzt die Rücksicht auf die Gemeinschaft überwuchern. Jedermann suche persönliche Privilegien einzuheimsen. Die Disziplin und die Moral der Kommunisten hätten gelitten. Man kann daraus entnehmen, daß Kommunisten für die Versuchung persönlicher Privilegien ebenso anfällig sind wie andere Menschen. Aber man muß daraus ebenso gewiß entnehmen, daß diejenigen, die über die entscheidenden Instrumente der Macht gebieten, die Demokratisierung in dem Augenblick stoppen werden, wo sie das Herrschaftssystem bedroht. Tito läßt keinen Zweifel daran, daß auch er an dem marxistischen oder vielmehr leninistischen Grundsatz festhält, daß Worte, Gedanken, Ideologien dazu da sind, der Macht zu dienen. Vielleicht ist der Leninismus die konsequenteste Theorie zur Rechtfertigung monarchischer oder oligarchischer Macht, die es überhaupt gibt.

Partei und Kirche

Unter solchen Vorzeichen steht die Zukunft der Religion und besonders der katholischen Kirche in diesem Land. Sie hat von der Demokratisierung nicht das Geringste vernommen. Einer der Gründe dafür liegt höchstwahrscheinlich darin, daß die jugoslawischen Kommunisten in den Kirchen, und besonders in der römisch-katholischen Kirche, vor allem Konkurrenten um die Macht erblicken. Die ununterbrochene Polemik der Belgrader „Borba" gegen den Vatikan ist fasziniert von der Zwangsvorstellung, daß der Vatikan eine innenpolitische Herrschaft in Jugoslawien anstrebe. Diese Furcht begründet auch die Haltung der Regierung gegenüber Kardinal Stepinac, in dem man die Macht der Kirche und die Autorität einer potentiellen politischen Opposition verkörpert sieht. Die Frage der Koexistenz von Kirche und Staat und der Wiederannäherung zwischen Belgrad und dem Vatikan ist deswegen so schwer zu lösen, weil die Kirche in Kroatien und Slowenien in demselben Maß, als man ihr Freiheit der Betätigung einräumt, eine gesellschaftliche Macht darstellt. Ihr Einfluß ist in dem Programm der Demokratisierung nicht vorgesehen. Das hat übrigens nicht nur ideologische Gründe. Die Kommunisten gerade dieses Landes sind durch einen alten und tief eingewurzelten Antiklerikalismus geprägt. Soweit wir wissen, ist die jugoslawische Partei die einzige, die ihren Mitgliedern ausdrücklich die Zugehörigkeit zu einer Kirche untersagt, und in gewissem Sinne die radikalste von allen, was den Kampf gegen die Kirche betrifft.

Die Religionspolitik der jugoslawischen Kommunisten bestätigte schon immer diesen Eindruck, und sie hat sich bis heute nicht geändert. Nachdem die Methode brutaler Gewaltanwendung gegenüber Bischöfen und Geistlichen mittels der Justiz, der Polizei und des Pöbels, die Versuche, den Klerus auszuhungern und das gläubige Volk einzuschüchtern, ihre Wirkung getan haben, wird die Tätigkeit der Geistlichen gegenwärtig durch Kontrolle und Bespitzelung in den engsten Grenzen gehalten, zu-

mal was die Verkündigung betrifft. Gleichzeitig läuft die atheistische Propaganda unter der Jugend, unter dem Militär, unter den Arbeitern und im Rahmen der ganzen Parteitätigkeit auf vollen Touren. Es kann nicht genügend oft darauf hingewiesen werden, daß die Demokratisierung des jugoslawischen Kommunismus und die größere persönliche Freiheit, die er gewährt, nicht das Geringste mit religiöser Toleranz zu tun haben. Die katholische und ebenso auch die orthodoxe Kirche in diesem Lande erleiden ein härteres Schicksal, sie werden mindestens mit größerer Feindseligkeit behandelt als in anderen Ländern des Ostblocks.

Aus der Ökumene

Zum 9. Deutschen Evangelischen Kirchentag in München

Der 9. Deutsche Evangelische Kirchentag fand vom 12. bis 16. August 1959 in München statt, also erstmalig in der Diaspora, einer katholischen Stadt, in der aber immerhin 220 000 Protestanten leben. Über diese Veranstaltung ist schwerer in Kürze zu berichten als über den 7. Kirchentag in Frankfurt am Main 1956 (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 44 f.). In den verflossenen drei Jahren wurde nur die nachträglich zum 8. Kirchentag erklärte Berliner Delegierten-Konferenz als Arbeitstagung abgehalten, und künftig soll, im Wechsel mit dem Katholikentag, ein zweijähriger Turnus gewahrt werden. Seit Frankfurt hat sich an der Organisation wie an der Konzeption des Kirchentages manches geändert. Er ist zwar nach wie vor eine wohlgeplante Massenversammlung. In München gab es immerhin 40—50 000 Dauergäste an den Veranstaltungen, dazu kamen die Massen bei der Schlußversammlung auf der Theresienwiese. Von der Ostzone durften diesmal allerdings nur rund 1100 Gläubige teilnehmen, die sich ziemlich passiv verhielten und nicht das Bild beherrschten. Er ist auch nach wie vor — das wird von freundlichen Kritikern mit Bedauern vermerkt — im wesentlichen ein Treffen der kirchentreuen Kerngemeinden gewesen. Seine Dynamik dringt noch nicht zu den „Randsiedlern" durch.

Aber das Neue daran scheint zu sein, daß die Zahl der Menschen unter 25 Jahren fast die Hälfte der Besucher ausmachte. Neu ist auch die Vermehrung der Arbeitsgemeinschaften von 6 auf 10, was allerdings eine weitere Zersplitterung der Probleme nach sich zieht und es dem einzelnen Besucher völlig unmöglich macht, das Ganze mitzuerleben, zumal da es diesmal keinen programmatischen Gesamtausdruck fand. Neu ist vor allem eine Verschiebung der Akzente. Das Interesse an den politischen Fragen, das früher zu starken Spannungen geführt hatte, ähnlich wie auf den EKD-Synoden, ist stark zurückgetreten. Teils liegt es daran, daß die Vorausplanung sorgfältig die Referenten, die Diskussionsredner und auch die Referate gesichtet hat, so daß die Redner nicht mehr nur ihre persönliche Meinung, sondern auch die Linie des Kirchentagspräsidiums vortrugen, wie sie vorher im einzelnen erarbeitet worden und in einem umfangreichen „Vorbereitungsheft" (Kreuz-Verlag, Stuttgart, 96 S.) mit den Thesen wie mit den präparierten Diskussionsfragen herausgegeben worden ist, eine Broschüre, deren Beschaffung und Studium sich übrigens lohnt. Sie ist fast inhaltsreicher als alles, was bisher über den Verlauf des Kirchentages berichtet worden ist, und sie enthält etwa das, was man sich vorher als Ergebnis gedacht hatte: die Quintessenz des bewußten Protestantismus unserer Tage.

So kam es, daß z. B. fast der ganze Niemöller-Heinemann-Flügel fortblieb. Die „Stimme der Gemeinde" (Heft 17, 1. 9. 59), das Organ dieses Kreises, spricht von einer „Selbstamputation" des Kirchentages, der zu einer CDU-Organisation geworden sei. Aber das ist eine einseitige Perspektive. Sonst hätten nicht in der Arbeitsgruppe 6 über den Staat der CDU-Minister Edo Osterloh und der SPD-Abgeordnete Fritz Erler ein Beispiel dafür abgelegt, wie Christen als politische Gegner richtig miteinander umgehen sollen. Aber diese Gruppe war merkwürdig schlecht besucht, das Kirchenvolk drängte in die überfüllten Hallen, wo die morgendlichen Bibelstunden stattfanden, und in die Arbeitsgruppen, in denen die praktischen Fragen des persönlichen Lebens zur Sprache kamen: Gemeinde, Kirche, Diaspora, Familie, Erziehung. Daher fragt selbst ein so kirchentagsfreundlicher Beobachter wie Dr. theol. Heinz Zahrnt vom „Sonntagsblatt" (Nr. 34, 23. 8. 59): „Ist der Kirchentag noch der Ort, wo wirklich gefragt und gesagt werden kann, womöglich radikal und einseitig bis zur Ungerechtigkeit hin gefragt und gesagt werden kann, was heute in Deutschland zu fragen und zu sagen ist, oder hat auch der Kirchentag sich einzurichten und einzureihen begonnen? ... Macht er es sich mit seiner Aufgabe noch schwer genug, oder weicht auch er schon manchmal aus und sucht rasch fertige Lösungen?"

Das scheint uns falsch gefragt. Er sucht eben keine fertigen Lösungen, sondern er will das Fragen in Gang setzen. Da sieht wohl Heinz Beckmann im „Rheinischen Merkur" (21. 8. 59) treffender, wenn er feststellt, daß hier eine „unverhoffte Springflut des konkreten leibhaftigen Lebens" in Erscheinung trat, die den bekannten Abstraktionen der Zeitanalysen zu entgehen suchte, um beim Leben und der christlichen Existenz zu bleiben. Der Kirchentag habe jetzt erst seine endgültige Gestalt gefunden, und diese liege weniger in der Fülle der Referate und Diskussionen, die die Menschen aufbereiten und in Bewegung setzen sollen, sondern in den reichlich, künftig immer reichlicher gebotenen Möglichkeiten zur evangelischen Beratung, zum seelsorgerlichen Gespräch, zur Beichte und zum Abendmahl, also zum leibhaften Wort und zur lebendigen Gemeinde, die daheim so nicht möglich ist. Das sind gewichtige Beobachtungen.

„Ihr sollt mein Volk sein!"

Da wenig über die Reaktion des Kirchenvolkes zu sagen ist, sei vor allem über die Konzeption des Deutschen Evangelischen Kirchentages berichtet. Es ist sicher kein Zufall, daß sie in einer katholischen Stadt und in bewußter Pflege guter katholischer Nachbarschaft sichtbar wurde, sowohl in außerordentlich klarer protestantischer Absetzung vom Katholischen wie im Bemühen, das Ge-

meinsame wachzurufen und mit unter die Generalparole zu stellen: „Ihr sollt mein Volk sein!". Dazu sagte der Präsident, D. Dr. Reinold v. Thadden-Trieglaff, in seiner Eröffnungsrede, man solle mit dem Wort Gottes Ernst machen und keine selbstsüchtige Privatfrömmigkeit in dem unbeschreiblichen Elend der Menschheit pflegen. Der Kirchentag sei keine Insel der Seligen, er gebe der Tatsache Ausdruck, daß die Kirche nur dann ihre Botschaft vollmächtig ausrichten kann, wenn die Gläubigen bereit sind, wirklich Anteil an der tiefen Weltverantwortung unserer Generation zu haben: „Kommt, wir wollen wieder zum Herrn, den wir verlassen haben."

Auch der gastgebende Landesbischof, Hermann Dietzfelbinger, stellte die gesamtdeutsche und ökumenische Bedeutung des Kirchentages innerhalb der Diaspora ins Licht, und Bischof Otto Dibelius dankte für die große Hilfsbereitschaft der katholischen Kirche und Bevölkerung bei der Unterbringung der Kirchentagsbesucher, von denen ein dänischer Bischof bei Kardinal Wendel einquartiert war, während katholische Ordenshäuser ihre verfügbaren Betten bereitgestellt hatten, die Jesuiten sogar ihre eigenen Schlafräume. Dibelius erklärte, die Verlegung des Kirchentages nach München — ursprünglich hatte man an Nürnberg gedacht, aber dort nicht die Platzmöglichkeiten gefunden — sei keine kirchenpolitische Absicht, um gegenüber den Katholiken eine Demonstration vorzunehmen, und das ist sicher richtig.

Unbeschadet der pastoralen Zielsetzung, die D. v. Thadden-Trieglaff dahin formulierte: der Kirchentag sei nicht nur eine Arbeitstagung, „die eigentlichen Grundlagen der Gewissenshilfe, die wir zu bieten versuchen, sind die Gottesdienste, die Bibelarbeit und das gemeinsame Gebet" (in diesem Zusammenhang sind auch die 17 Pfarrer zu vermerken, die in zwei Kirchen täglich bei mittelstarkem Andrang zum Hören der Sündenbekenntnisse bereitstanden), setzte die Arbeit in den zehn Gruppen typischerweise beim „Wort" an: beim Worte Gottes, das sich in Jesus Christus dem Menschen ausliefert und das dann im Wort der Verkündigung weiterlebt. Hier wurde eine charakteristische Erscheinung des modernen Menschen aufgegriffen, der über den Wörtern das Wort Gottes und sich selbst, seine Mitteilungsfähigkeit eingebüßt hat und darum stumm geworden ist, so stumm, daß Gott ihn kaum über sein Wort mehr erreichen kann. Die Krise der Predigt und das lähmende Mißtrauen gegenüber dem Wort der Kirche! Aber wo suchte man die Heilung? In der Liturgie, im Sakrament? Keineswegs, sondern in der Wiedergewinnung der Person Jesu, durch die der Mensch wieder Person werden kann und die Menschen wieder zueinanderfinden.

Was ist Autorität?

In der Gruppe 2 „Die Gemeinde" wurde dasselbe Thema von einer anderen Seite her angegriffen: Wie kommt man wieder zum Glauben? Wie kann die sich selbst genügende Kirchengemeinde die Tür für die draußen Wartenden wieder richtig öffnen? Man forschte nicht, ob draußen wirklich viele auf Einlaß warten. Die Gruppe 3 „Die Kirche" ging die Frage von einer dritten Seite an, hier wurden die protestantischen Akzente sichtbar: „Eine Kirche, die nur vom Sakrament her lebt, kann es sich leisten, in reiner Objektivität den Altardienst zu zelebrieren." Aber sie kommt auf die Dauer ohne die Fastenprediger nicht aus, denn der Glaube kommt aus der Predigt. Aber woher kommt der Predigt die Autorität, so wurde gefragt. Nicht von vorbildlichen „Oberhirten"; denn es gibt nur einen Hirten, Christus, die anderen sind höchstens Hilfshirten. Darum hat Autorität nicht schon der, der sie ausübt, der ein Amt hat, sondern Gott verleiht durch sein Wort Autorität. Mehr Autorität in der Kirche kann nur entstehen durch ein sorgfältiges, schriftgebundenes Reden, das Gottes Wort durchläßt. Da war allerdings das Fragen nach der Autorität abgebogen, um nicht ins Katholische zu geraten.

Diese Tendenz wurde besonders deutlich in Gruppe 4 „Die Diaspora" mit der Frage, ob denn verschiedene Kirchen sein müssen. Diese Frage wurde verneint und damit einem Grundempfinden der Evangelischen entsprochen, das in München deutlich zutage trat. Aber die Verneinung geschah von den Referenten in der Behauptung der protestantischen Position und nicht in ihrer Befragung: Die Einheit der Kirche und ihr wahres Wesen besteht allein in der Verkündigung des Evangeliums und der Sakramentsspendung, allein im Hören auf das göttliche Wort, nicht aber in organisatorischer oder denkerischer Einheit. Das war das Nein zu Rom, und dieses Nein kam sehr selbstbewußt zu Wort, indem man die Frage der Mischehe aufrollte (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 518 f.; 13. Jhg., S. 205 f.). Man war gewiß nicht nach München gegangen, um den Katholiken das Evangelium zu bringen, aber nachdem man einmal dort war, hielt man es für sinnvoll, gerade jetzt zu sagen, was man auf dem Herzen hatte. Und das war nicht wenig.

In römisch-katholischer Nachbarschaft

Man wolle es nicht geringschätzen, daß der Papst zur Heimkehr mahnt und daß die Evangelischen seit Jahr und Tag in besonderer Weise der seelsorgerlichen Liebe der römisch-katholischen Kirche ausgesetzt sind. Man wolle für die neue Sprache, die gesprochen wird, dankbar sein. Aber eine höhere Autorität der Kirche von Rom wurde nicht entdeckt, im Gegenteil, es wurde den evangelischen Gläubigen eingeschärft, daß sie nicht unter Minderwertigkeitskomplexen gegenüber der imponierenden Einheit der römischen Kirche leiden sollten, denn dahinter stecke eine Mischung aus Unsicherheit und Angst, Angst um ihren Bestand, nämlich in der Weise, wie sie die Mischehenfrage behandelt. Daß es sich hier um sorgsame, vielleicht hier und da auch angstvolle Treue gegenüber dem Sakrament der Ehe handelt, wurde nicht gesehen. Man warf sich selber, jedenfalls in der Kirchentagsbroschüre, in ein hohes Selbstbewußtsein, indem man sagte, man wolle auch der katholischen Kirche in guter Nachbarschaft den Bruderdienst leisten, ihr zu helfen, daß das Evangelium auch bei ihr wirksam werde!

In dieser Haltung wurde von Oberkirchenrat Sucker mit aller Entschiedenheit gefordert, daß in der Mischehenpraxis die Evangelischen nicht als Christen minderen Rechtes behandelt, d. h., daß Mischehen, die von einem evangelischen Pfarrer, wenn auch nicht geschlossen — was vor dem Standesamt geschieht —, so doch eingesegnet sind, als gültige Ehe von Rom anerkannt werden, eine unmögliche Forderung, wie wir früher dargelegt haben. Rom müsse sein Kirchenrecht ändern: „Reißt die konfessionellen Zonengrenzen nieder, die rechtlicher Natur sind", lautete eine Entschließung auch der Arbeitsgruppe 5 „Die Familie". Und in der Diskussion brachte ein Münchner Laie, Dr. Prigge, Tatsachen vor, die Empörung

auslösten und allerdings eine sicher unnötige Konsequenz in der katholischen Pastoral der Mischehen darstellen, daß nämlich katholische Pfarrer eine evangelisch getraute katholische Ehefrau als Fräulein mit ihrem Mädchennamen anschreiben.

Es fielen aber auch freundliche Worte. Derselbe Dr. Prigge erklärte: „Wir Evangelischen folgen heute Luther darin nicht mehr, daß wir in dem Papst schlicht den Antichristen sehen." Er sehe zwar keine menschliche Möglichkeit zur Wiedervereinigung der Kirchen, aber man dürfe auch nicht resignieren. Bei aller Deutlichkeit der Haltung wurde doch von einem „Wettbewerb des Glaubens und der Liebe" gesprochen und die Spaltung als Ärgernis erklärt. Man müsse daher Zeichen der Gemeinsamkeit aufrichten, für die Einheit inständiger beten, sich gemeinsam mehr in die Heilige Schrift vertiefen und das betrachtende Gebet der Katholiken erlernen. Der wichtigste Vorschlag war wohl der, daß für alle vorkommenden Streitfälle eine gemeinsame Schlichtungsordnung erarbeitet werden sollte. Jeder, der für eine Verständigung sprach, erhielt weithin Beifall, antikatholische Äußerungen wurden kritisiert, was wiederum Beifall auslöste.

Um die junge Ehe

Diese Vorgänge haben für uns ein besonderes Interesse. Für den Kirchentag waren wichtiger die Fragen des persönlichen Lebens. Die Hallen der Gruppe 5 „Die Familie", eigentlich die junge Ehe und Erziehungsfragen, waren stets überfüllt, und in der Diskussion überwogen die heiklen Fragen der Jugend, z. B. ob vorehelicher Verkehr unter Liebenden erlaubt sei. Dazu berichtet das „Sonntagsblatt": „Die Antworten der Referenten bewegten sich zwischen strikter Ablehnung und dem sichtlich zögernd vorgebrachten Appell an das eigene Verantwortungsbewußtsein. Das Fragezeichen blieb im Raum stehen." Darf das sein? Sehr stark wurde geltend gemacht, daß die jungen Paare ihre Ehen im Einverständnis mit den Eltern schließen sollten, weil sie die Belastungen allein nicht tragen könnten. Auch die schwierigsten Fragen der Kindererziehung mit schlechtem Gewissen wurden aufgerollt, aber sie wurden nicht immer beantwortet, „weil sehr viele, sehr wesentliche Dinge aus der intimen Sphäre des bedrängten und suchenden Menschen bei einer Massenveranstaltung nicht anzusprechen sind". Die Broschüre begnügt sich auch mehr mit einer Kasuistik von Fragen, die erkennen lassen, daß hier keine klare Orientierung durch ein evangelisches Lehramt möglich ist.

Auch Gruppe 7 „Die Wirtschaft" ging unter fachmännischer Leitung wichtigsten Fragen nach, fand aber nur wenig Zuhörer, die dafür Interesse zeigten, wann Leistung zum Götzendienst wird, wo menschlich die Grenzen der Arbeitswut liegen und warum das ganze System von Versicherungen dennoch dem Menschen keine Geborgenheit gibt.

Was hier von den Referenten vorgebracht wurde, kommt katholischer Ansicht nahe. Besondere Erwähnung verdient noch die Arbeitsgruppe 9 über „Die Massenmedien", das jüngste Kind des Kirchentages, wie man gesagt hat. Die Halle war dicht gefüllt. Es kamen alle Fragen über Film, Fernsehen und Radio zur Sprache, wieweit sie den Menschen in die Selbstentfremdung führen und wie er sich dieser Mittel vernünftig bedienen sollte, damit die mitmenschlichen Beziehungen nicht ersterben. Auch hier mehr Fragen, Sorgen und Gewissenserforschungen als wirkliche Lösungen. Der zuständige Beauftragte der EKD, Pfarrer Hess, hatte das Erdenklichste geleistet, um diese Arbeitsgruppe auch durch Vorführungen anschaulich und mitreißend zu gestalten. Eine Linie war nicht erkennbar. Aber die Arbeit steht ja erst am Anfang. Es wurde besonders vermerkt, daß heute mehr Menschen, ja Millionen mehr, den Gottesdienst am Rundfunk abhören als in die Kirche gehen. Welche Aufgabe für den rechten Gebrauch dieser Medien!

In der 10. Gruppe kam „Die Ökumene" zu Wort, die Verantwortung für die Mission vor allem. Am letzten Tag fand sogar auf dem Königsplatz für die Jugend ein ökumenischer Gottesdienst statt, dessen Predigt der Generalsekretär des Weltrates der Kirchen, Dr. Visser 't Hooft, hielt. Die Worte zum Credo waren Glaubenszeugnisse junger Christen aus Amerika, Griechenland, Korea, Indonesien, Frankreich, Ghana, Finnland, Jugoslawien, Ungarn und Argentinien, eingeleitet von einem Pfarrer aus Haiti. Das Fürbittegebet wurde eröffnet mit der Bitte um Gottes Gnade für die römisch-katholische Kirche und um seine Hilfe für die Gewissensnöte der Mischehen. Das Opfer wurde für Spitäler in Korea erbeten.

Antwort auf das Konzil

Auf der Hauptversammlung am Sonntag nachmittag, dem 17. August, erschien unerwartet auch Bundespräsident Prof. Heuss und würdigte die Leistung des Kirchentages, der die Ökumene zu einer Realität in Deutschland gemacht habe. Er sprach seine Freude darüber aus, auch katholische Menschen anwesend zu sehen, Menschen, unter denen er sein Leben lang manche Freunde gehabt habe. So wurde auch von höchster politischer Stelle ein Wort zur christlichen Solidarität gesagt, die wohl diesen Kirchentag mehr beherrscht hat als irgendeinen anderen. Die Schlußlosung vor den 250 000 Gläubigen auf der Theresienwiese sprach Synodalpräsident Mager aus Dresden. Er unterstrich, daß das Wort Gottes „Ihr sollt mein Volk sein!" ein Wort sei, auf das man sich zu stellen und dem man zu folgen habe. Gott melde damit seine Besitzrechte an. Gott wolle nicht den heimlichen Glauben und auch nicht nur den Glauben auf der Kirchenbank, sondern seine Zeugen sollten in die Rathäuser und in Schulen, in Universitäten und Betriebe gehen. Gott habe sein Volk in allen Völkern. Das müsse besonders beachtet werden.

Auf dieser Schlußkundgebung erfolgte dann auch durch einen Sprecher eine ausdrückliche Zitierung des Ökumenischen Konzils. Er fragte: „Was können wir erkennen und erbitten für Gottes Volk in beiden Kirchen?", und gab u. a. die Antwort: „Mit Aufmerksamkeit haben die evangelischen Christen gehört, daß der Papst zu einem Ökumenischen Konzil eingeladen hat. Wir wissen, daß diese Pläne zunächst nur die römisch-katholischen Bischöfe betreffen. Wird dieses Konzil uns nun näher zusammenführen oder noch mehr trennen? Wir Evangelischen leiden mit allen Christen unter dem Skandal der Trennung. Auch in der Kirche der Reformation lebt die Leidenschaft zur Einen Kirche. Einheit gibt es aber nicht durch die Anerkennung einer Institution. Einheit gibt es allein in der immer neuen Umkehr zu Christus, der die Wahrheit und das Leben ist. Es erwarte keiner von uns, daß wir diese Wahrheit preisgeben. Wir Evangelischen haben das Vaterhaus nicht verlassen. Wir wissen doch: Mit allen, die Christus liebhaben, sind wir begnadete Kinder des Vaters im Himmel." Das war die wohlüberlegte Ant-

wort des Deutschen Evangelischen Kirchentages an die Antrittsenzyklika Papst Johannes' XXIII. *Ad Petri cathedram.*

Auch sonst wurde in der Schlußlosung ein Wort, und zwar ein bitteres Wort für die Katholiken gesagt: „Verschweigt euren katholischen Nachbarn nicht, daß es nur einen Mittler gibt zwischen Gott und den Menschen, Jesus Christus." Ob es recht war, der katholischen Marienfrömmigkeit die Häresie zu unterstellen, daß sie um die Einzigkeit des Mittlers Christus nicht weiß, die das Zentrum der katholischen Liturgie ist?

Als ein katholisches Nachwort über den Unterschied des Deutschen Evangelischen Kirchentages zu den Katholikentagen neuen Stils sei ein Wort von Msgr. Freiberger vom „Münchner Katholischen Kirchenblatt" zitiert: „Einem Katholiken, der wiederholt als Pressemann auf Katholikentagen war, erscheint die Fülle des gesprochenen Wortes auf dem Evangelischen Kirchentag fast bedrückend. Er empfindet es dankbar, daß die Katholikentage mehr und mehr einen Gebets- und Wallfahrtscharakter mit großen Gottesdiensten und Feiern annehmen." Er sei erstaunt, wie der Kirchentag in München „beinahe aszetisch" auf große und allumfassende Feiern und Höhepunkte verzichtete. Selbst der Sonntagvormittag (außer der Schlußkundgebung am Nachmittag) erschien dem katholischen Beobachter merkwürdig zerteilt, so daß wohl darin der wesentliche Unterschied beider Konfessionen offenbar werde. Das ist vielleicht zuviel gesagt. Es ist gewiß, daß auch die evangelischen Brüder die sichtbare Darstellung der einen Kirche gerne hätten. Aber sie wird ihnen nicht geboten. Ein wenig hat das der Bericht über das evangelische Glaubens- und Kirchenbewußtsein erklärt, mit dem der letzte Jahrgang abschloß (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 601 f.). Waren die Begründer des Deutschen Evangelischen Kirchentages nicht einst ausgezogen, die eine evangelische Kirche zu bezeugen? Wer hindert sie heute daran? Das ist die katholische Frage, die wir ihnen schuldig sind.

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

DANIÉLOU, J. *Un Recueil inédit de Paroles de Jésus?* In: Etudes Jhg. 302 Nr. 7/8 (Juli/August 1959) S. 38—49.

Das 1952 in Ägypten mit vielen gnostischen Schriften zugleich entdeckte sog. „Thomas-Evangelium" liegt jetzt in französischer Übersetzung mit einer sehr guten Einleitung von J. Doresse vor (Plon 1959). Die genaue Analyse ergibt, daß es keine gnostische Schrift, jedoch auch keine Sammlung authentischer Aussprüche Jesu ist, sondern aus judenchristlichem Milieu, wahrscheinlich aus der 1. Hälfte des 2. Jh., stammt, vielleicht in Edessa verfaßt. Es ist jedoch in jeder Hinsicht hochinteressant. Ein Teil der Worte Jesu, die es enthält, entspricht Aussprüchen bei den Synoptikern, bewahrt jedoch eine, vielleicht mündlich überlieferte, viel stärker semitische Form. Andere Aussprüche entspringen offensichtlich den frühesten Spekulationen des Judenchristentums.

DE BACIOCCHI, J., SM. *Présence eucharistique et transsubstantiation.* In: Irénikon T. 32 (2. Trimester 1959) S. 139 bis 164.

Dieser Vortrag vor einer Studienkonferenz in Chevetogne klärt den altkirchlichen Sinn des Begriffes Substanz-Sein und findet, daß das Dogma von der Transsubstantiation den Stiftungsworten Jesu beim Abendmahl nichts Neues hinzufüge. Christus allein verwandelt die seinshaften Funktionen und Bedeutungen der Elemente, ohne diese zu verändern. Der Lyoner Theologe eröffnet damit das Gespräch mit dem Buch von Max Thurian, Taizé, „L'Eucharistie", auf dessen hohe Bedeutung für das ökumenische Gespräch wir zurückkommen werden.

CONGAR, Yves, OP. *Die Konzilien im Leben der Kirche.* In: Una-Sancta-Rundbriefe Jhg. 14 Heft 3 (August 1959) S. 156 bis 171.

Dieser bereits in „Informations Catholiques internationales" (15. 2. 59) erschienene Aufsatz gibt einen geschichtlichen Überblick über die Konzilien bis zum Vatikanum, sodann eine Theologie des Konzils mit den Prozeduren der Einberufung und schließlich Vermutungen über den Gegenstand des künftigen Konzils, wobei man vielleicht dem Verfasser hätte Gelegenheit geben sollen, sie auf den neuesten Stand der Dinge zu bringen.

JUNGMANN, Josef Andreas, SJ. *Corpus Mysticum.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 84 Heft 12 (September 1959) S. 401—409.

In diesen „Gedanken zum kommenden Eucharistischen Weltkongreß" zeigt Jungmann, wie Corpus Mysticum für die alte Kirche *sakramentaler* Leib Christi *und* Leib Christi, d. h. die Kirche, war. Diese Zusammenschau ging im Spätmittelalter verloren. Heute sind wir dabei, wieder ein Stück geistigen Besitzes der alten Kirche zurückzugewinnen, „und dies sowohl für das Verständnis der Kirche wie für dasjenige der Eucharistie".

RAHNER, Karl, SJ. *Über die Besuchung des Allerheiligsten.* In: Geist und Leben Jhg. 32 Heft 4 (1959) S. 260—270.

Ausgehend von gewissen Schwierigkeiten, die heute der Übung der Visitatio bei gläubigen Katholiken erwachsen, verteidigt der Verfasser die Lehre des Tridentinum, weist aber darauf hin, daß diese Visitatio nicht allein in der realen Gegenwart des eucharistischen Christus gesucht werden sollte. Der Beter müsse beachten, daß er den zur Speise angebotenen Leib des Herrn vor sich hat, daß also die geistliche Kommunion, die freilich eine häufigere sakramentale Kommunion voraussetzt, zur Visitatio gehöre, ferner sei im Altarsakrament das Zeichen für die Einheit der Kirche gegenwärtig, vor allem dürfe der Beter nicht vergessen, daß Christus durch seinen Geist auch in uns gegenwärtig ist.

SCHNEIDER, Gerhard. *Die Idee der Neuschöpfung beim Apostel Paulus und ihr religionsgeschichtlicher Hintergrund.* In: Trierer Theologische Zeitschrift Jhg. 69 Heft 5 (1959) S. 257—270.

In Auseinandersetzung mit der bisher einzigen Monographie zum Thema von L. H. Taylor (Baptist) und der protestantischen Exegese sowie unter Verwendung der Qumranfunde weist der Verfasser nach, daß bei Paulus der Begriff der neuen Schöpfung in Weiterführung der Prophetien des Jeremias und Ezechiel eine christologisch begründete sittlich-religiöse Verwandlung im Innern des Menschen meint.

Der Laie als Sendbote der Kirche. Sammelnummer von Anima Jhg. 14 Heft 2 (1959) S. 97—186.

Das Heft behandelt Themen des Laienapostolats (Referenten sind G. Philips, J. Leclercq, W. Schöllgen, H. Rahner, J. Feiner u. a.). Andreas Klein befaßt sich mit dem Thema „Apostolat in Büro- und Verkaufsbetrieb". Er lehnt eine Verpflanzung religiöser Gebräuche und Zeremonien aus dem Bereich der Familie oder der Kirche in den Betrieb ab („der Betrieb kann nicht getauft werden"). Das Apostolat des Arbeitgebers und Arbeitnehmers habe zu wirken in Richtung der sachgemäßen (zur Erreichung des wirtschaftlichen Zieles) und zur menschengemäßen Gestaltung des Betriebes (zur Erreichung des sozialen Zieles). Zur „sachlichen" Seite gehören: Räumlichkeiten, Arbeitsmittel, Maschinen; zur „menschlichen" Seite Kontakte, Betriebsklima, informelle Gruppen, „Mitspracherecht". (Alles das lasse sich jedoch nicht organisieren und diktieren.) Dazwischen liege die institutionell-rechtliche Seite: Aufgaben des Apostolats stellen sich hier nicht allein in der Wahrung der staatlichen Arbeits- und Sozialgesetze, sondern auch hinsichtlich der kollektiven und individuellen Arbeitsverträge.

Du Catéchuménat à la Confirmation. Sammelnummer von La Maison-Dieu Nr. 58 (2. Trimester 1959).

Das Thema dieses Heftes der Zeitschrift des „Centre de Pastorale Liturgique" ist besonders auf die Missionsländer abgestimmt, für die die Erwachsenentaufe mit der dazugehörigen Vorbereitung und den Riten der christlichen Initiation ständig aktuell bleibt. Die Grundlage zum vertieften Verständnis der christlichen Initiation liefert J. Lécuyer Cssp (Théologie de l'Initiation chrétienne chez les Pères), den Bezug von Vorbereitungszeit und Taufe auf Fastenzeit und Ostern skizziert A. Chavasse. Es folgen Darstellungen der Initiationsriten in der spanischen Liturgie (J.-F. Rivera), in den amerikanischen Missionen des 16. Jh. (J. Beckmann SMB), der chinesischen Katechumenate im 16. Jh. (J. Christiaens SJ) und — besonders aktuell — der Probleme der heutigen Mission im schwarzen Afrika (X. Seumois SMA). B. Fischer stellt die historischen Formeln der Erneuerung des Taufgelübdes im Abendland zusammen.

Kultur

ENGELEN, W. *Een Humanistische Internationale.* In: Streven Jhg. 12 Nr. 11/12 (August/September 1959) S. 1010—1019.

Im Jahr 1952 ist eine „Internationale Humanistische und Ethische Union" gegründet worden, deren einzige starke Gruppe der „Niederländische Humanistenverband" mit seinen 11 000 Mitgliedern ist (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 393); die übrigen, z. T. schon älteren Gruppen in Europa, Amerika und Indien sind zahlenmäßig schwach, aber von hohem Niveau. Die Union, die einen linken, von der Aufklärung herkommenden, und einen rechten, innerhalb der christlichen Kirchen entwickelten Flügel hat, glaubt, eine dritte Kraft neben Totalitarismus und Dogmenchristentum werden zu können. Humanismus soll eine ethisch-undogmatische Religion sein. Die niederländische Zeitschrift „Streven" warnt davor, diese Bewegung zu leicht zu nehmen, da ihre Anhänger von großem Idealismus und Glauben erfüllt sind.

HAENDLER, Otto. C. G. *Jung.* In: Theologische Literaturzeitung Jhg. 84 Nr. 8 (August 1959) Sp. 561—588.

Der Verfasser gibt eine vollständige Übersicht über das Schrifttum des Schweizer Psychotherapeuten mit einer positiven kritischen Würdigung seiner Forschungsergebnisse vom christlichen Standpunkt aus. Es kommen auch die Schüler Jungs zu Wort, dazu wichtige Werke zur Bedeutung C. G. Jungs für Theologie und Kirche.

HOLTHUSEN, Hans Egon. *Deutscher Geist im Urteil der Welt.* In: Merkur Jhg. 13 Heft 7 und 8 (Juli und August 1959) S. 668—684 bzw. 752—769.

Diese Bestandsaufnahme beschränkt sich auf die Bedeutung der deutschen Literatur in der Welt (die Weltgeltung der deutschen Musik sei trotz zweier Kriege so unbestritten, daß sie überhaupt nicht mehr als „deutsch" empfunden wird). Auch den wissenschaftlichen Beitrag Deutschlands (mit Ausnahme der Philosophie) klammert Holthusen aus. Das Ergebnis ist beschämend. Vom Ruhm, den die deutsche Kultur zu Zeiten Coleridges, Carlyles und der Frau von Staël genoß, ist nichts geblieben, und zwar nicht erst seit den dreißiger Jahren. Schon in der Bismarckära, als Deutschland zum erstenmal eine „Gesellschaft" hatte (die allerdings für die Repräsentation des Geistes nicht sonderlich geeignet war), wurde das klassische Deutschlandbild zerschlagen. Heute heißt es — nach Holthusen: Germanica non leguntur — trotz einzelner Ausnahmen: Hölderlin und Kleist, nicht Goethe.

MALDONADO, Tomás. *Die Krise der Pädagogik und die Philosophie der Erziehung.* In: Merkur Jhg. 13 Heft 9 (September 1959) S. 818—833.

Der Wert dieser Arbeit besteht darin, daß sie Einblick in die Kontroversen der amerikanischen Pädagogik gewährt. Der Verfasser kennzeichnet die Erziehungskrise von heute dadurch, daß sie nicht wie in früheren Zeiten auf einem Konflikt zwischen pädagogischen Theorien und Institutionen beruht, sondern auf das Fehlen eines solchen Konfliktes. Ohne Erziehungsziel gehe es nicht, es zu entwickeln sei weder der Pragmatismus (Deweys) noch der Humboldtsche Humanismus, noch die Sowjetpädagogik fähig, auch keine jener „dogmatischen, ultrareaktionären perennialism". Erziehungsziel ist nach Verfassers Ansicht identisch mit Wissenschaftstheorie, und auch diese wird auf Methodologie reduziert.

RÉTIF, A. *Pullulemente des „Eglises" nègres.* In: Etudes Bd. 302 Nr. 9 (September 1959) S. 186—195.

Das Phänomen christlich-heidnischer Sekten im schwarzen Afrika ist nicht neu, häuft sich aber in Krisenzeiten. Südafrika ist besonders fruchtbar, man kennt über tausend messianische Sekten bei den Bantu. Doch ebenso gibt es Sekten mit heidnischen und christlichen Elementen an der Elfenbeinküste, am Kongo (Kitawala, eine Abart der Zeugen Jehovas; später Kibangismus und seine Ableger); in Kenia (Mau-Mau), in Dahomey und Nigeria. In Britisch-Ostafrika wirkt eine Prophetin mit großem Anhang usw. Solche Sekten sind sowohl aus den protestantischen wie aus den katholischen Missionen hervorgegangen, übernehmen vom Protestantismus die Vorliebe für die Bibel, zumal das Alte Testament, vom Katholizismus gewisse Riten, äußere Elemente. Allen gemeinsam ist die Revolte gegen die Weißen und ihre Welt. Die Missionare haben oft die Bedürfnisse der Negerseele nicht genug beachtet. Nötig ist eine Stärkung des Negerelements in der Kirche selber (d. h. Adaptation der Kirche an dieses neue Milieu), wodurch der Ausbruch in die Sekten eingedämmt werden kann.

Politisches und soziales Leben

BERGEN, Willwerner v. *Afrika im Umbruch.* In: Schweizer Monatshefte Jhg. 39 Heft 5 (August 1959) S. 377—396.

Interessant an diesem Überblick über die wirtschaftliche und politische Entwicklung Afrikas im vergangenen Jahr sind besonders die Ausführungen des Autors über die „euroafrikanische" Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet. Sie wird hauptsächlich von internationalen Konsortien getragen und geht weit über eine Politik des reinen Gewinnes hinaus.

BERKENKOPF, Galina. *Wert und Preisbildung als ein dringendes Problem der kommunistischen Wirtschaftslehre.* In: Die neue Ordnung Jhg. 13 Heft 4 (1959) S. 269—284.

Am Beispiel der Wert-Preis-Diskussion innerhalb der sowjetischen Nationalökonomie zeigt die Verfasserin, wie heute die Unzulänglichkeit ideologischer Kategorien — zunächst einmal zur Überwindung des Preischaos — immer stärker in der UdSSR erkannt wird. Die keineswegs gesteuerte Diskussion habe es jedenfalls erreicht, daß sich die Sowjetwirtschaft heute im Übergang von der kameralistischen Verwaltung zu größerer Selbständigkeit auf Betriebsbasis befindet. Anerkannt ist ferner, daß die Forderung nach Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage zu Recht besteht. Gefordert werden außerdem Einheitlichkeit der Preise (also Abkehr von künstlich manipulierten Teilabsatzmärkten) und Umstellung der Politökonomie von einer theoretisch-ideologischen zu einer empirisch-analytischen Wissenschaft.

BÜCHI, Willy. *Sozialer Friede und Unternehmerverantwortlichkeit.* In: Die neue Ordnung Jhg. 13 Heft 4 (1959) S. 241 bis 248.

Dieser Bericht über den UNIAPAC-Weltkongreß (3.—7. 6. 59 in Luzern) ist in hohem Maße geeignet, eine Vorstellung von den Zielen, Aufgaben und praktischen Möglichkeiten des Internationalen Verbandes christlicher Unternehmer zu vermitteln. Die Chancen des Verbandes bei der Realisierung des diesjährigen Kongreßthemas „Sozialer Friede und Unternehmerverantwortlichkeit" ergeben sich aus dem besonderen Charakter der UNIAPAC: sie ist kein Berufs- oder Wirtschaftsverband im üblichen Sinne (Interessenverband), sondern sie sieht ihre Aufgabe vor allem darin, durch weltanschauliche, berufsethische und staatspolitische Schulung die christlichen Unternehmer für ihre Aufgaben zu befähigen.

CLARK, Colin. *The Earth can feed its people.* In: World Justice Vol. 1 Nr. 1 (September 1959) S. 35—55.

Seit 1. September 1959 erscheint „World Justice". Die neue Vierteljahresschrift wird herausgegeben vom Research Center of International Social Justice der Universität Löwen (zwei Ausgaben, französisch und englisch, je Heft 142 S., Preis jährlich sechs Dollar). Die Zeitschrift beabsichtigt, auf dem Wege theoretischer und empirischer Studien einen Beitrag zur internationalen Sozialordnung zu leisten. Dies schließt eine Auseinandersetzung mit Fragen des internationalen Rechtes, der Wirtschaft, Demographie, aber auch des friedlichen Gebrauchs der Atomenergie, der „Koexistenz" der beiden Machtblöcke sowie der verschiedenen Weltkulturen usw. ein. In diesem ersten Heft schreiben Clark über die Ernährungsmöglichkeiten der Erde, Bundeswirtschaftsminister Erhard über soziale Aspekte der deutschen Wirtschaftsentwicklung, Auguste Vanistendael über die Ergebnisse seiner Asienreisen. Jean Ladrière informiert über die derzeitigen Trends in einer ausführlichen Literaturübersicht. Eine umfangreiche Bibliographie beschließt den Band.

DION, Gerard. *The Christian and Politics.* In: The Commonweal Vol. 70 Nr. 19 (4. September 1959) S. 463—465.

Die alte europäische Diskussion um die Rolle des Christen in der Politik ist z. Z. in den USA hoch aktuell (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 276). Der Verfasser greift zwei Tendenzen an: Einerseits bezeichnet er den politischen Absentismus als unmoralisch und unchristlich. Anderseits bergen für ihn christliche Parteien die Gefährdung in sich, in die Niederungen des Pharisäismus zu führen. Der Christ sei verpflichtet, Naturrecht und Evangelium zu respektieren und Politik als eine diesen untergeordnete Wissenschaft, als Kunst und „prudentia" im thomistischen Sinn in konkreter Situation und mit den gegebenen Möglichkeiten zu betreiben.

HOLLENBACH, Johannes Mich., SJ. *Die Rechtsgrundlagen der Vaterautorität.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 84 Heft 12 (September 1959) S. 453—461.

Die Vaterautorität gründet sich auf das Sorge- und Erziehungsrecht. In die geistige Vaterschaft, das Erziehungsrecht, teilt er sich mit der Mutter. Rechtsgrund und Maßstab, durch den die elterlichen Rechte und Pflichten bestimmt werden, ist die erzieherische Eignung der beiden. Bezüglich der Ordnungsmacht des Vaters — Hollenbach versteht darunter die Sicherstellung der gemeinsamen Lebensbedingungen der Familienmitglieder — hat der Staat Eingriffsrecht, nicht jedoch in die geistige Vaterschaft, die bei Vater und Mutter gemeinsam liegt. Nur bei Versagen beider mit verbundener Gefährdung des Kindes muß der Staat die Interessen des Kindes wahren (was er heute nur unzulänglich tue). Nach kirchlicher Lehre ist der Vater dazu berufen, um Christus willen Haupt der Familie zu sein, „er ist es also nur bedingungsweise, jedenfalls im Bereich der Erziehung".

MARTIN, Alfred v. *Das Klassenproblem in der Gesellschaft von heute.* In: Studium Generale Jhg. 12 Heft 7 (1959) S. 411 bis 429.

Eine kritische Sichtung der neueren soziologischen Arbeiten zum Thema Klassengesellschaft. Martins Analyse kommt zu dem Ergebnis, daß die strukturelle Klassensituation (im Gegensatz zur psychologischen) so lange bestehen wird, wie es im Produktionsprozeß ein „oben" (mit Macht) und ein „unten" (das zu gehorchen hat) geben wird. Abgebaut werden können nur die Härtegrade möglicher Konflikte, die latent immer vorhanden sind — und zwar eher und wirksamer in einer demokratisch-liberalen als in einer autoritären Gesellschaft.

MONZEL, Nikolaus. *Probleme einer „berufsständischen" Ordnung.* In: Ordo Socialis Jhg. 7 Heft 2 (1959/60) S. 89—104.

Dieser bedeutende Beitrag beleuchtet einige außerordentliche Schwierigkeiten, die sich der Verwirklichung einer „leistungsgemeinschaftlichen" Ordnung (nach *Quadragesimo anno*) in den modernen Demokratien in den Weg stellen: 1. Wie soll das Verhältnis zwischen wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Leistungsgemeinschaften aussehen? Werden diese nicht dauernd von jenen majorisiert werden? 2. Welches Verhältnis soll der parlamentarische Staat gegenüber den Leistungsgemeinschaften (die Ausdruck der Gesellschaft sind) haben? Wird er auf die Dauer darauf verzichten können, sich der Leistungsgemeinschaften als seines verlängerten Armes zu bedienen? Ohne eine neue politische Ethik bei unseren Parteien sei bei Einführung von Leistungsgemeinschaften nur Schlimmes zu befürchten. 3. Wie soll in einer ständig auf Mehrung ihres Gewinns, auf Rationalisierung ihrer Techniken bedachten hochdynamischen Wirtschaft der einzelne in einer ihrer ganzen Tendenz nach auf Statik angelegten „berufsständischen Ordnung" seinen Platz finden?

PINAY, Antoine. *Die Wirtschaftsrevolution in Frankreich.* In: Dokumente Jhg. 15 Heft 4 (August 1959) S. 267—274.

Die Sanierung der französischen Wirtschaft war nur durch drastische Eingriffe möglich. Pinay entschloß sich daher zur Abwertung des Franc, um im Rahmen einer freien Wirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit des französischen Handels wiederherzustellen, ferner um den unerläßlichen Finanzausgleich durchzuführen und die wirtschaftliche Expansion zu fördern. Durchgeführt wurde das Programm vor allem durch Einschränkung der wirtschaftlichen und sozialen Subventionen. Trotz gewisser Preissteigerungen, die vorauszusehen waren, hat sich das Programm bewährt. Das französische Volk habe die damit verbundenen Härten bis jetzt diszipliniert ertragen.

ROBERTS, Thomas D., SJ. *Council of Survival.* In: The Commonweal Vol. 70 Nr. 17 (14. August 1959) S. 415—417.

Der frühere Missionserzbischof von Bombay nimmt die Ankündigung Johannes' XXIII. für ein Konzil traditioneller Art zum Anlaß, in reichlich origineller Art eine rasche, weltweite Zusammenkunft aller spiritualistischen Kräfte vorzuschlagen. In äußerst ironisierend-polemischer Art stellt er die Begrenztheit und Bedingtheit jeder einzelnen dieser Gruppen und Kräfte dar, um sie dann an ihrem einzigen gemeinsamen Interesse, näm-

lich demjenigen ihres Überlebens in der heutigen Welt, zu packen. Er spricht von der qualitativen Veränderung der heutigen Kriegführung und fordert die Suche nach revolutionären geistigen Methoden durch das „Council of Survival", um der dadurch drohenden Vernichtung der Menschheit zu entgehen.

TSUNG-YI LIN. *Les effets de l'urbanisation sur la santé mentale.* In: Revue Internationale des Sciences Sociales Vol. 11 Nr. 1 (1959) S. 26—36.

Der Verfasser untersucht die Auswirkungen der Verstädterung auf die geistige Gesundheit. An Hand umfangreichen Schrifttums zeigt sich, daß die Urbanisation bei der sensibleren Intelligenzschicht Neurosen hervorruft, während die unteren Schichten an schizophrenen Störungen leiden. Am widerstandsfähigsten gegenüber dem Anprall der städtischen Zivilisation erweist sich die Mittelschicht (Kaufleute, Händler).

WINGEN, Max. *Zur theoretischen Grundlegung der Familienpolitik.* In: Die neue Ordnung Jhg. 13 Heft 4 (1959) S. 249 bis 263.

Eine sehr ausführliche Besprechung des Werkes von Pedro Calderan Beltrão („Vers une politique de bien-etre familial", Rom/Löwen 1957). Nach Wingen stellt es einen gewichtigen Baustein für die unerläßliche *theoretische* Grundlegung der Familienpolitik dar. Das Werk ist analytisch-empirisch orientiert, es konfrontiert jedoch auch die Untersuchungsergebnisse mit den Prinzipien, bewegt sich also in der Mittellage zwischen Realität und Norm. Wichtige Erkenntnisse sind: daß Familienpolitik nur strukturell mit Erfolg betrieben werden kann; daß die strukturelle Anpassung nicht nur die „sekundären Systeme" berührt, sondern auch die Familie selbst — ihre zeitlichen Formen und Ausprägungen. Wenn freilich der Wesensgehalt der Familie bedroht ist, müssen Wirtschaft und Gesellschaft sich der Familie anpassen. Bemerkenswert sind ferner die Vorschläge Beltrãos für eine Doktrin der Familienpolitik, die als eine „Kunstlehre" verstanden wird.

Begegnung zwischen Ost und West. Sammelnummer von Labor Jhg. 6 Heft 2/3 (März/Juni 1959) S. 53—129.

Diese Sondernummer berichtet über das erste Seminar der Internationalen Christlichen Gewerkschaften (IBCG) auf asiatischem Boden (Saigon, 19. bis 31. Januar 1959). Das Thema lautete: Die Begegnung zwischen Ost und West. Neben der Wiedergabe der wichtigsten Referate verdient das statistische Material Aufmerksamkeit.

Chronik des katholischen Lebens

MATTHIJSSEN, J. M. *Catholic intellectual emancipation in the western countries of mixed religion.* In: Social Compass Vol. 6 Nr. 3 S. 91—113.

Der Beitrag befaßt sich mit dem Anteil der Katholiken an den akademischen Berufen in Holland, Deutschland, Schweiz, England und den USA. Die Statistik zeigt in allen diesen Ländern: überall weisen die Katholiken einen Rückstand in den akademischen Berufen auf, überall spitzt sich dieser Rückgang in den naturwissenschaftlichen Fächern zu, überall stellt sich aber auch heraus, daß sich dieser Abstand gegenüber den anderen Bevölkerungsgruppen verringert hat. Am günstigsten ist noch die Lage in der Bundesrepublik. „Katholisch" bedeutet in dieser bemerkenswerten Arbeit freilich nur die Konfessionszugehörigkeit; es sagt nichts über die religiöse Praxis aus.

La sociologie religieuse en Europe. In: Social Compass Vol. 6 Nr. 4/5 S. 117—176.

Aus Anlaß der Sechsten Internationalen Konferenz für Religionssoziologie (die vom 3. bis 6. September 1959 in Bologna stattfand) hat „Social Compass" in diesem Heft Arbeits- und Informationsberichte über die Lage der Religionssoziologie in Italien, Deutschland (W. Menges), Frankreich (J. Maitre), Österreich (E. Bodzenta), Belgien (P. Chalon), Holland und Spanien zusammengestellt. Die Berichte zeigen, daß in allen diesen Ländern die katholische Religionssoziologie heute ihren festen Ort hat, wenn auch die Probleme und wissenschaftlichen Fragestellungen sehr unterschiedlich gelagert sind.

Chronik des ökumenischen Lebens

ALIVISATOS, Hamilkar. *Kirche, Staat und Gesellschaft in orthodoxer Sicht.* In: Lutherische Rundschau Jhg. 9 Heft 2 (August 1959) S. 177—182.

Dieser Aufsatz ist eine glückliche Ergänzung aus griechisch-orthodoxer Feder zu dem Referat von Edmund Schlink vor dem Zentralausschuß des Weltrates der Kirchen auf Rhodos (vgl. ds. Heft, S. 23) und bestätigt dessen Ergebnisse.

ASMUSSEN, Hans. *Das ‚Offenbare' und das ‚Verborgene'.* In: Una-Sancta-Rundbriefe Jhg. 14 Heft 3 (August 1959) S. 187 bis 197.

Diese kontroverstheologische Antwort auf die im vorigen Heft veröffentlichten Darlegungen des katholischen Theologen Fr. Thijssen, Utrecht, ist für katholische Leser deshalb besonders beachtenswert, weil sie hier zu einigen Hauptfragen (Taufe, Abendmahl, Amt, Papst) die Substanz evangelischer Anliegen zu hören bekommen, und zwar von einem Manne, der von dem Verdacht frei sein dürfte, daß er im affektiven Protestantismus steckengeblieben ist. In der Abweisung eines unzureichenden Argumentierens über den Papst hätte sich Asmussen Scheebens „Mysterium" bedienen können.

BRUNNER, Peter. *Rechtfertigung und Kircheneinheit.* In: Zeitwende Jhg. 30 Heft 9 (September 1959) S. 594—608.

War schon der 1. Teil dieser Auseinandersetzung mit Küngs Buch über die Rechtfertigungslehre Karl Barths „Trennt die Rechtfertigungslehre die Konfessionen?" (Heft 8, S. 524—536) höchst beachtlich, so muß man von diesem 2. Teil wünschen, daß seine entscheidend wichtigen, wissenschaftlich belegten Gedanken der ganzen theologischen Fachwelt im Wortlaut zur Kenntnis kommen. Sie zeigen in vollendeter Klarheit und Sachlichkeit, daß die vermutete Übereinstimmung zwischen der Rechtfertigungslehre Barths und der des Tridentinums, von allen besonderen Fragen abgesehen, nur deshalb erdacht werden konnte, weil Küng ebenso wie Barth das Grundthema der Theologie Luthers, die Unterscheidung von „Gesetz und Evangelium", völlig übergangen haben. Das Problem des Sünders, wie es die lutherische Theologie sieht, könne bei Barth überhaupt nicht erscheinen, und so sei „das, was an ökumenischer Gemeinsamkeit zwischen reformatorischer und katholischer Theologie noch vorhanden ist, radikal in Frage stellt". Brunner sieht eine ganz andere biblische Übereinstimmung zwischen dem lutherischen Bekenntnis und dem Tridentinum.

FLOROVSKY, Georg. *Das bevorstehende Konzil der römischen Kirche.* In: Una-Sancta-Rundbriefe Jhg. 14 Heft 3 (August 1959) S. 172—176.

Dieser dem „Sendboten der russischen christlichen Studentenbewegung" (Paris/New York) entnommene Aufsatz des bekannten Sprechers der Orthodoxen im Weltrat der Kirchen erklärt, warum für ein Unionskonzil noch kein Boden da sei. Johannes Chrysostomos OSB berichtet anschließend über „das Ökumenische Konzil und die Orthodoxie" (S. 177—186), historische Äußerungen früherer orthodoxer Theologen.

LENGELING, Emil Joseph. *Der gegenwärtige Stand der liturgischen Erneuerung im deutschen Protestantismus.* In: Münchener Theologische Zeitschrift Jhg. 10 Heft 2 (1959) S. 83 bis 101.

Dies ist der erste Teil einer Abhandlung, die auf Grund aller erreichbaren neueren Literatur und Quellen nicht nur die verschiedenen liturgischen Versuche im evangelischen Raum darstellt, sondern auch ihre theologischen und geschichtlichen Voraussetzungen zu erfassen sucht, besonders die Entdeckungen der neutestamentlichen Exegese. Die Arbeit ist überaus sachlich und hält sich frei von falschen Hoffnungen.

SCHMEMANN, Alexandre. *Unité, séparation, réunion à la lumière de l'ecclésiologie orthodoxe.* In: Contacts Jhg. 11 Nr. 26 (2. Trimester 1959) S. 73—88.

Der Aufsatz beschäftigt sich mit der Vorstellung von der Einheit der Kirche im Sinne der orthodoxen Überlieferung (doch sind sich in dieser Frage die orthodoxen Theologen keineswegs einig). Interessant ist dabei der Ausgang von einer ganz anderen Einheitskonzeption als der in der katholischen Kirche gebräuchlichen: Einheit ist nicht Teilhabe der Teile an der Einheit des Ganzen, sondern das Vorhandensein der Einheit und Ganzheit in jedem wohlkonstituierten Teil (Bischof mit Gläubigen in der wahren Lehre und Überlieferung). Der Begriff des Schismas hat hier keinen Platz, es gibt nur Abweichung vom Glauben. (Diese Einheitsvorstellung wird zwar in der katholischen Kirche von dem Begriff des Ganzen und der Teile überdeckt, ist aber durchaus vorhanden.) Eine nicht berührte Frage ist die des Primats und der Worte Jesu an Petrus.

SCHULTZE, Bernhard, SJ. *Das Unionskonzil von Florenz.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 84 Heft 12 (September 1959) S. 427 bis 439.

Gegenüber der Ansicht orthodoxer Theologen, das Unionskonzil von Florenz (1438—1439) könne nicht als ökumenisches Konzil (im theologischen Sinne) gewertet werden, weist Schultze nach, daß das Konzil, das ja zu einer Union, wenn auch nur zu einer sehr kurzlebigen, führte, wirklich ökumenisch gewesen ist. Wenn es kein ökumenisches Konzil gewesen wäre, dann „steht die östliche Theologie vor der großen Schwierigkeit, zu erklären, wie eine solche Lücke [von Konzilien] von mehr als einem Jahrtausend hat entstehen können in jener Kirche, die sich bis in die neueste Zeit hinein rühmt, Kirche der ökumenischen Konzilien zu sein".

STEINWAND, Edmund. *Luthertum und Orthodoxe Kirche.* In: Lutherische Rundschau Jhg. 9 Heft 2 (August 1959) S. 146 bis 165.

Der Erlanger Kirchenhistoriker gibt hier für die neu gepflegte Verbindung zur Orthodoxie einen geschichtlichen Überblick über die bisherigen Begegnungen seit dem Fall von Byzanz bis in die Gegenwart, von denen er sich manches erhofft, obwohl die Orthodoxie sich nicht vor das dogmatische Forum einer anderen Kirche zitieren lasse.

In unserer Übersetzung der Enzyklika Ad Petri cathedram *(13. Jhg., Heft 11) ist auf S. 543, rechte Spalte, zweiter Absatz, Zeile 8 v. o., der Ausdruck „Eckstein" durch „Fels und Fundament" zu ersetzen. Desgleichen muß es in der Missionsgebetsmeinung für Oktober 1959 (Herder-Korrespondenz 13. Jhg., Heft 12), S. 580, linke Spalte, Zeile 16—21 v. u., heißen: Als Glied der Kirche ist also jeder Christ verpflichtet, an einer Funktion der Kirche mitzuwirken, die ihm räumlich sehr ferne sein kann, die ihm aber ebenso nahesteht wie das Heimatapostolat und die ja der Ordnung nach den ersten Platz im Apostolat der Kirche einnimmt.*

Vorschau auf das Rundfunkprogramm

Wir weisen unsere Leser auf folgende religiös, weltanschaulich und kulturell bedeutsame Sendungen hin

1. Oktober (Donnerstag)

14.30 Schulf. Die Entwicklung der biblischen Textkritik (RIAS)
17.15 Technisches Wissen und menschliche Qualitäten, *J. Heyde* (ÖRF II)
18.15 Die Lyrik Mao-Tse-Tungs, *C. Streiter* (SAA II)
20.00 Kleiner Abriß des tschechischen Schrifttums, *M. Dor* und *R. Federmann* (ÖRF III)
20.55 Der Arzt als Christ, *W. Schulte* (STU)
22.15 Ist christliche Politik möglich? *W. Weymann-Weybe* (SWF)
22.20 Der holländische Film, *A. von Domburg* — Die Sedimentologie, *A. Leroi-Gourhan* — Das Naturempfinden der romanischen Schriftsteller, *H. de Ziegler* (FRA II)
23.05 Das Problem der Nichtwiderlegbarkeit von Philosophien, *K. R. Popper* (RIAS)
23.15 Die Quintessenz neuer Musik im Streichquartett, *P. Gradenwitz* (SFB)

2. Oktober (Freitag)

14.40 Die Poesie der Lüfte, *G. Bachelard* (ÖRF II)
17.10 Der Antiheld in der russischen Literatur, *A. Moravia* — Die Menetekel des Doktor Schiwago, *W. Vix* (SAA)
18.40 Diagnostik mit radioaktiven Isotopen, *H. Frischauf* (ÖRF III)
20.30 Der Nobelpreis, *A. Eggebrecht* (SWF) II
21.00 Zum 30. Todestag von Gustav Stresemann, *O. Schnabbe* (MÜ)
21.45 „Frommes Denken", *H. Buhr* (STU II)
22.15 Das Werk Teilhard de Chardins im wissenschaftlichen Denken unserer Zeit, *A. Portmann* (MÜ II)
22.15 Der Film — mit den Augen der Jugend gesehen (BRE)
22.30 Die Malerei nach 1945 im Brennspiegel der Kritik *Ch. Maack* (STU)
22.45 Mahatma Ghandi, *R. Rolland* (BRE)
22.45 Theologie und Philosophie, *H. Gollwitzer* und *W. Weischedel* (SFB)
22.45 Der Fortschritt als Idee ist verblaßt, *E. Gürster* (SWF II)
23.10 Tocqueville und das Amerikabild von heute, *G. Mann* (MÜ II)

3. Oktober (Samstag)

14.00 Die politische Geschichte der deutschen Ostgrenze (MÜ II)
17.30 Die Moral der Schwarzen in Afrika, *H. Himmelheber* (FRA II)
18.15 Von einem, der auszog, das Beten zu lernen, *J. Weidenheim* (WDR II)
19.05 Die Botschaft der Ikonen, *O. Lochner* (MÜ II)
20.00 Brot und Wein, *W. Honig* (WDR III)
20.30 Zum 100. Geburtstag der Eleonore Duse, *S. Schüller* (WDR II)
20.30 Walter Rathenau schreibt Briefe, *H. Schöffler* (SWF II)
21.10 Die Geschichte der Piazza di Spagna, *H.* von *Hülsen* (STU II)

4. Oktober (Sonntag)

8.00 Eine Kirche in einer Welt, *W. Kampe* (MÜ II)
8.30 Die Arbeit der Diakonissen in den Gemeinden, *R. Grimm* (MÜ II)
9.00 Il Papa Lambertini, *R. Raffalt* (MÜ)
10.00 Soziologie und Sozialreform, *H. Achinger* (STU)
10.30 Politische Struktur und Sozialreform in den USA, *L. Shell* (SWF)
11.00 Der Atheismus und die Frömmigkeit, *W. Dirks* (STU II)
11.15 Christliche Frömmigkeit im technischen Handeln, *A. Auer* (SWF II)
11.30 Tunesische Erinnerungen, *G. Marx-Mechler* (SAA)
11.45 Jesus und die Pharisäer, *E. Stauffer* (SWF II)
12.00 Sekte und Kirche, *H. Jungbluth* (FRA II)
18.10 Schule und Lenkung heute und morgen, *F. Messerschmid* (STU II)
21.30 Soziologie der Sowjetunion, *A. G. Meyer* (SFB)

5. Oktober (Montag)

14.40 Das irdische Element in der Dichtung, *G. Bachelard* (ÖRF II)
14.45 Schulf. Um Deutschlands Weltgeltung unter Wilhelm II. (SWF)
16.45 Columban als großer Seelsorger, *D. Hauss* (BRE)
17.05 Die Wiederbelebung der hebräischen Sprache, *M. Y. Ben-gavriêl* (WDR)
17.40 Begrenzte Heimat der Urvölker, *W. Hirschberg* und *O. König* (ÖRF II)
18.15 Pastor Marc Boegner, der Präsident der französischen Protestanten (SFB)
18.40 Was ist ein Intellektueller? *K. Thieme* (ÖRF III)
20.45 Die Malerei nach 1945 im Brennspiegel der Kritik, *Ch. Maack* (STU II)
21.05 Methoden und Ziele der Ethnologie (MÜ II)
21.15 Fehlurteile über Frankreich, *P. Daninos* (SWF)

6. Oktober (Dienstag)

14.30 Der Rosenkranz und seine Geschichte, *E. Grabner* (ÖRG)
16.30 Roepkes dritter Weg abseits von Kapitalismus und Sozialismus, *H. Stegemann* (SWF II)
18.40 Die Raketenprogramme der kommenden Jahre, *D. Krafft-Ericke* (ÖRF III)
18.45 10 Jahre deutscher Bundesjugendring (FRA)
21.05 Wofür die Völker Europas einst kämpften und wofür sie heute stehen (MÜ II)
22.10 Probleme des Fernen Ostens, *M. Schmaus* (MÜ)
22.20 Eine Untersuchung der Erscheinungen des Okkultismus, *G. Ledig* (SAA)
22.30 Der Bundesrepublikaner als Bücherkonsument, *H. Jaesrich* (FRA)
23.05 Hauptfragen der gegenwärtigen Logik, *J. M. Bochenski* (RIAS)

7. Oktober (Mittwoch)

14.15 Die Stellung der Frau in der evangelischen Kirche Kanadas, *F. R. Haarbaus* (SAA)
16.45 Weißruthenien als Sowjetrepublik (MÜ)
17.00 Schulf. Die Inflation 1923 (STU II)
18.40 Pfeiftöne aus der Atmosphäre, *O. Burkard* (ÖRF III)
18.45 Die Ämter der römischen Kurie, *E. Schmitz* (SWF II)
20.00 Zehn Jahre DDR (SFB)
21.00 Der Tod des Hamirouche, *G. Regler* (SWF)
21.05 Das Werk von Karl Barth, *Ch. Rhein* (MÜ II)
21.30 Soziologie und Sozialreform, *H. Achinger* (STU II)
23.15 Landeskunde von China, *E. Thiel* (SFB)

8. Oktober (Donnerstag)

14.00 Holland baut Superdämme für das Meer (SAA)
14.30 Die großen Lebensinhalte und ihr Zusammenhang, *H. Wolf* (ÖRG)
16.30 Edgar Allan Poes dämonische Melancholie, *L. Unger* (ÖRF)
17.35 Wie wird die Entwicklung der Frau im Berufsleben weitergehen? *E. Jentsch* (WDR)
17.45 Zum 80. Geburtstag von Max von Laue, *H. Hartmann* (SWF)
18.40 Zum 100. Geburtstag Henri Bergsons, *R. Biach* (ÖRF III)
20.30 Die dreigeteilte Vorhalle zum Christentum, *W. Stäblin* (BRE II)
20.30 Tucholskis Beziehung zu Kafka, *H. Prescher* (SWF II)
22.15 Spaniens junge Literatur setzt sich durch, *H. Uhlig* (SWF)
22.20 Der jugoslawische Film, *F. Brenk.* — Der Indeterminismus in der Physik, *P. Mariens.* — Die italienische Schweiz in der literarischen Darstellung, *F. Filippini* (FRA II)
23.05 Grundzüge und Aufgaben semantischer Forschung, *A. Tarski* (RIAS)
23.15 Die Musikkultur des Vorderen Orient, *K. Reinhard* (SFB)

9. Oktober (Freitag)

14.40 Die schaffende Hand in der Dichtung, *G. Bachelard* (ÖRF II)
17.20 Zur Frage der Konzentration im Einzelhandel (WDR)
17.30 Gift im Rhein, *H. Kohlhaas* (WDR)
18.40 Neue mikroskopische Untersuchungsmethoden bei krankhaften Gewebeveränderungen, *H. Chiari* (ÖRF III)
20.30 Zum 80. Geburtstag von Max von Laue, *P. Jordan* (BRE II)
20.45 Das Problem der Reifebeschleunigung bei Jugendlichen, *L. Nitschmann* (STU)
21.15 Der ärgerniserregende Turm von Pisa, *G. R. Hocke* (FRA II)
21.45 Exerzitium der Wahrhaftigkeit, *W. Warnach* (STU II)
22.20 Die literarischen Wegbereiter des Dritten Reiches, *F. Schonauer* (MÜ II)
22.45 Kann die Vernunft die Welt ändern? *E. Gürster* (SWF II)
23.00 Massenpsychologie als Meta-Politik, *W. Rothe* (SFB)

10. Oktober (Samstag)

14.00 Prag bei Nacht (MÜ II)
18.15 Wissen und Glaube Teilhard de Chardins, *H. Daiber* (WDR II)
19.05 Jugend und Film, *G. Theisen* (SAA II)
20.00 Weltbild und Zeitgeist um 1860, *H. Lilje* (MÜ II)
20.00 Kunst und Maske in der Sowjetunion, *G. Ruge* (WDR III)
21.45 Zum 1. Todestag Papst Pius' XII., *H. Michel* (SWF II)

11. Oktober (Sonntag)

8.00 Katholische Rundfunkarbeit in Deutschland (MÜ II)
8.45 Asien im Wetterleuchten, *H. Thielicke* (SAA II)
8.30 Christen in Südafrika, *F. Bissinger* (MÜ II)
9.25 Erasmus von Rotterdam als europäischer Moralist (MÜ II)
9.30 Revolte und Niedergang der tschechischen Literatur, *M. Dor* (WDR II)
10.00 Das russische Imperium und sein Gestaltwandel, *R. Wittram* (STU)
10.30 Vom Geist universalistischer Theologie bei Erich Przywara, *S. Behn* (SWF)
11.00 Die Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an Professor Theodor Heuss (alle deutschen und österreichischen Rundfunkanstalten)
11.15 Jesus und die Andersgläubigen, *E. Stauffer* (SWF II)
15.00 Die Volksmusik in der Tschechoslowakei, *W. Stepanek* (FRA II)
19.15 Metereologie und Radioaktivität (STU II)
21.15 Das sowjetische Bildungsideal, *L. Froese* (SFB II)

12. Oktober (Montag)

14.30 Schulf. Max Hölz, Irrwege eines Rebellen (RIAS)
14.40 Die Symbolgestalt des Schmiedes in der Dichtung, *G. Bachelard* (ÖRF II)
17.15 Ausgefallene Lebensgewohnheiten bei Tieren, *H. An der Lan* (ÖRF II)
17.40 Geburt, Hochzeit und Tod bei den Urvölkern, *W. Hirschberg* und *O. König* (ÖRF II)
18.30 Manager und Funktionäre (FRA II)
20.45 Ludwig Tieck, das Wunderkind der Sinnlosigkeit, *A. Schmidt* (STU II)
21.05 Lebensformen der ältesten Zeit, *M. Schuster* (MÜ II)
22.00 Über den Konformismus, *Ch. von Imhoff, O. B. Roegele* und *E. Stammler* (MÜ II)
22.30 Marx, Engels und die Dichter, *H. E. Holthusen* (SWF)

13. Oktober (Dienstag)

14.30 Schulf. Georg Büchner (RIAS)
17.45 Kaiser Franz Josef I. von Österreich, *R. Sexau* (SWF II)
20.45 Meine Freunde, die Kommunisten, *R. Neumann* (BRE)
20.45 Solidarität und Hilfe während des zweiten Weltkrieges, *J. Wulf* (STU)
21.00 Sprachprobleme in Israel, *H. Gans* (FRA)
21.05 Die Donauschwaben (MÜ II)
22.00 Triumph des Spießers, *W. Schilling* (STU II)
22.10 Probleme des Fernen Ostens, *M. Schmaus* (MÜ)
22.20 Tradition, Arbeitsweise und Gesicht der Buchgemeinschaften, *K. Wagenbach* (FRA)
22.25 Mensch und Universum, *O. Schatz* (ÖRF)
23.15 Semantik und Kybernetik, *N. Wiener* (RIAS)

14. Oktober (Mittwoch)

14.15 Visionen und Prophezeiungen, *K. Rahner* (SAA)
17.15 Gegenwartsaufgaben der Universitätspädagogik, *R. Schwarz* (ÖRF II)
17.30 Das geistige Schlesien, *G. Kirchhoff* (STU)
18.40 Arbeitsmethoden der Viruszüchtung, *W. Frisch-Niggemeyer* (ÖRF III)
21.05 Friedrich Wilhelm Hegel, *A. Hübscher* (MÜ II)
21.35 Das russische Imperium und sein Gestaltwandel, *R. Wittram* (STU II)
23.15 Grundfragen der Geschichte Chinas bis 1911, *G. Haenisch* (SFB)

15. Oktober (Donnerstag)

16.45 Die Unterschiede von westlichem und östlichem Denken, *E. Vietta* (SWF)
18.40 Die europäische Kulturmission in der Welt, *H. Riehl* (ÖRF III)
20.30 Die späten Jahre Bertold Brechts, *W. Paul* (BREII)
20.30 Überlegungen zum Thema Politik und Moral, *P. Coulmas* (SWF II)
20.50 Der Atomphysiker als Christ, *W. Gerlach* (STU)
22.15 Augen ohne Gesicht, der neue Romantypus von Alain Robbe-Grillet, *M. Peitz* (SWF)
22.15 Der Nationalismus gestern und die deutsche Jugend heute, *O. A. Dilschneider* (WDR II)
22.20 Die Komödie auf der englischen Leinwand, *R. Hamer.* — Die literarische Darstellung der italienischen Landschaft, *D. Valeri* — Neue Methoden der prähistorischen Forschung, *A. Leroi-Gourhan* (FRA II)
23.05 Zur logischen Struktur der Naturwissenschaften, *H. Feigl* (RIAS)
23.15 Programm-Musik in fünf Jahrhunderten, *K. Westphal* (SFB)

16. Oktober (Freitag)

14.40 Johann Comenius, *K. Treimer* (ÖRF II)
14.45 Schulf. Schillers und Goethes Xenienkampf (SWF)
19.30 Abraham a Santa Clara und Friedrich Hagedorn — vergessene Humoristen, *W. Zitzenbacher* (ÖRF II)
20.45 Die Stellung der Arbeit unter den Werten des Lebens, *O. von Nell-Breuning* (STU)
21.00 Herders Weg ins Leben, *G. F. Hering* (SWF)
21.45 Verantwortung für den Glauben des andern, *H. Bolewski* (STU II)

22.20 Das Dritte Reich und die Intellektuellen, *F. Schonauer* (MÜ II)
22.45 Was ist Typologie? *E. Przywara* (SWF II)

17. Oktober (Samstag)

14.00 Die polnische Presse nach den Oktoberereignissen 1956 (MÜ II)
16.10 Hinter den Kulissen der Amüsierbetriebe, *R. Albrecht* (SWF)
16.20 De Gaulle als Schriftsteller, *K. J. Hahn* (MÜ II)
18.00 Von Marx zu Christus, *L. Lepp* (BRE)
19.05 Altrömische Kulturbilder, *A. Wotschitzky* (ÖRF III)
20.00 Der Salon in seiner gesellschaftlichen und geistesgeschichtlichen Bedeutung, *H. Stallmach* (WDR III)
20.30 Schaffen, Muße, Lebensglück, *R. Jacobs* (WDR II)
21.15 Die Möglichkeiten der Justiz im Dritten Reich, *P. von Haselberg* (FRA II)
21.45 Christliche Dichtung amerikanischer Neger, *F. A. Hoyer* (SWF II)

18. Oktober (Sonntag)

8.00 Der Laie in der Kirche, *E. Martin* (MÜ II)
8.15 Die Mission der evangelischen Kirche in Kanada, *F. R. Haarhaus* (SAA II)
9.00 Kelten und Germanen in Bayern und Skandinavien, *E. Graf Oxenstierna* (MÜ II)
10.00 Lernende Automaten, *K. Steinbuch* (STU)
10.30 Zur Bildungstheorie der technischen Bildung, *E. Fink* (SWF)
11.00 Christsein am Welthorizont, *J. Hermelink* (STU II)
11.15 Glauben heißt Wissen, *H. Fries* (SWF II)
11.30 Heimat, *C. J. Burckhardt* (SAA)
11.45 Ist der Mensch schlimm? *O. Weber* (SWF II)
18.10 Von der Volksschule zur Hauptschule, *E. Weniger* (STU II)
21.30 Wissenschaft und Staat in der Sowjetunion, *K. Meyer* (SFB)
22.25 Der Entwurf der neuzeitlichen Philosophie durch Descartes, *R. Lauth* (ÖRF)

19. Oktober (Montag)

14.30 Schulf. Johannes Hus (SAA)
17.15 Seelische Hygiene, *A. Waitusch* (ÖRF II)
17.40 Das Leben der Urvölker in Gefahr, *W. Hirschberg* und *O. König* (ÖRF II)
18.40 Karoghiozis, das griechische Schattentheater, *N. Aranca* (ÖRF III)
20.00 Der Tod des James Dean, *A. Andersch* (FRA)
21.05 Die Schamanen und ihr Ritual, *M. Schuster* (MÜ II)
22.30 Massenhypnose oder Körperkultur? *P. Noack* (SWF)

20. Oktober (Dienstag)

17.15 Konservatives Krisenbewußtsein am Ende der Weimarer Republik bei Edgar Julius Jung, *J. H. Knoll* (SWF II)
18.40 Moderne technische Hilfsmittel für den Bahnbetrieb, *P. Freyensteiner* (ÖRF III)
20.30 Reise in die französische Provinz, *W. Koeppen* (STU)
21.05 Die junge Generation in der französischen Literatur (MÜ II)
22.10 Die evangelische Kirche und das Weltflüchtlingsjahr, *H. Riedel* (MÜ)
22.25 Europas Aufgabe in dieser Stunde, *O. Hederer* (ÖRF)
23.05 Wahrscheinlichkeit und Statistik, *H. Münzer* (RIAS)

21. Oktober (Mittwoch)

14.15 Schulf. Der 30. Januar 1933 (RIAS)
14.40 Der Schuldbegriff zwischen Magie und Ethik *I. Hilling* (ÖRF II)
17.15 Farbige Elite unter uns, *G. Strübel* (SWF II)
20.00 Die Ideologie der modernen Physik (SAA II)
20.15 Buchbespr. Gerhard Ebeling „Das Wesen des christlichen Glaubens", *U. Schmidbäuser* (STU II)
21.05 Das Werk von Rudolf Bultmann, *E. Wolf* (MÜ II)
21.15 Der Weg der Soziologie in Deutschland, *H. Plessner* (FRA II)
21.30 Deutsch-französische Vorurteile (MÜ)
22.15 Lord Byrons „Kain", *H. Thiele* (SAA)
23.15 China von Sun-Yat-Sen bis zum Sieg des Kommunismus, *H. Herrfahrdt* (SFB)

22. Oktober (Donnerstag)

14.40 Juan Ramon Jimenez, *H. Haselbach* (ÖRF II)
15.30 Schulf. Ghandi (FRA)
17.15 Nuklearmedizin, *E. H. Graul* (ÖRF II)
17.40 Das Schicksal der deutschen Kaiserkrone, *H. Trott* (STU)
18.40 Soll unsere Rechtschreibung geändert werden? *F. Wallisch* (ÖRF III)
19.05 Frankreich ändert sein wirtschaftliches Gesicht (MÜ II)
20.30 Hat unsere Epoche einen Stil? *P. Krieger* (SWF II)
20.45 Der Theologe als Christ, *G. Bornkamm* (STU)
22.15 Die Kritik der Bundesrepublik im deutschen Roman, *K. Colberg* (SWF)
23.05 Über die statistische Charakterisierung atomarer Prozesse, *L. Rosenfeld* (RIAS)
23.15 George Gershwin — ein Porträt, *E. Helm* (SFB)

23. Oktober (Freitag)

18.40 Kreuzschmerz und Ischias als soziales Problem, *B. Jettmar* (ÖRF III)
20.45 Der Kampf gegen die Arbeit, *H. Achinger* (STU)
21.00 Die Unbekannte, eine neue Entdeckung im Leben Hölderlins, *W. Schwerbrock* (SWF)
21.45 Bekenntnis unter marxistischem Regime, *Ch. Bourbeck* (STU II)
22.20 Volkhafte Dichtung in der Literatur des Dritten Reiches, *F. Schonauer* (MÜ II)
22.45 Typologie des Menschen, *E. Przywara* (SWF II)
22.30 Poesie und Metaphysik im Werke von Henri Michaux, *K. Leonhard* (STU)
22.30 Rhythmus des Lebens, *H. Hoske* (SFB II)
23.00 Gérard de Nerval, der Dichter am Anfang der Moderne, *R. Güttler* (SFB II)

24. Oktober (Samstag)

14.00 Wenn Sowjetbürger reisen (MÜ II)
15.40 Ist Politik uninteressant? (STU)
16.30 Über das Altern, *K. H. Stauder* (MÜ II)
19.05 Genetik, *H. Nachtsheim* (ÖRF III)

25. Oktober (Sonntag)

8.30 Evangelische Diaspora in Mainfranken, *W. Korn* (MÜ II)
9.50 Michel de Montaigne als europäischer Moralist (MÜ II)
10.00 Über die Sprache der Insekten (STU)
10.30 Zur Bildungstheorie der technischen Bildung, *E. Fink* (SWF)
11.00 Konfessionsloses Christentum, *F. Heer* (STU II)
11.15 Glauben heißt Wissen, *H. Fries* (SWF II)
11.45 Der gute Kern, *O. Weber* (SWF II)
19.15 Neue Ausgrabungen aus der germanischen Bronzezeit (STU II)
22.25 Sind uns die Afrikaner ein Rätsel? *R. Italiaander* (ÖRF)

26. Oktober (Montag)

14.40 Menschwerdung und Lebensanfang, *P. Jordan* (ÖRF II)
17.15 Die bleibenden Aufgaben der Eltern in der Erziehung, *L. Tremmel* (ÖRF II)
20.45 Poesie und Metaphysik im Werk von Henri Michaux, *K. Leonhard* (STU II)
22.20 Zehn Jahre „Frankfurter Zeitung" unter der Hitlerdiktatur (MÜ II)
22.30 Glanz und Ende des literarischen Futurismus, *F. K. Prieberg* (SWF II)

27. Oktober (Dienstag)

8.45 Gesundheit und Motorisierung, *F. Halla* (ÖRF)
15.00 Die christliche Landesbühne in Hessen, *D. Gerber* (FRA II)
16.45 Evangelische Akademie in Japan, *A. Schmidt* (STU)
18.40 Das Zeitparadoxon der Weltraumfahrt, *W. Benesch* (ÖRF III)
19.05 Zum Jahrestag der Wahl Papst Johannes' XXIII., *W. Sandfuchs* (MÜ II)
20.00 Die Qualität von Nahrungspflanzen im Widerstreit der Meinungen, *P. Schuphan* (FRA II)
20.30 Das beunruhigte Frankreich, *W. Koeppen* (STU)
21.00 Das Gesetz des Stierkampfes, *H. G. Dahms* (FRA
21.05 Krieg der Ideologen im Vorkriegsfrankreich) *A. Mohler* (MÜ II)
22.10 Neugier und Glaube, *H. J. Baden* (MÜ)
22.20 Gedanken zu Ernst Blochs philosophischem Hauptwerk „Hoffnung als Kritik", *J. von Kempski* (FRA)
22.25 Der bleibende Beitrag Griechenlands, Roms und Jerusalems zur europäischen Geistes- und Kulturwelt, *F. Gonzague de Reynold* (ÖRF)

28. Oktober (Mittwoch)

14.40 Ist Kopfarbeit mehr wert als Handarbeit? *A. Silva-Tarouca* (ÖRF II)
17.00 Schulf. Gustav Stresemann (STU II)
17.15 Hadrian, der Architekt auf dem Kaiserthron, *A. Wotschitzky* (ÖRF II)
17.15 Kirchen für eine neue Welt, *H. W. Gensichen* (SWF II)
17.30 Johannes Honterus, der Reformator der Siebenbürger Sachsen, *B. Obsam* (STU)
20.30 Die Ereignisse 1809—1815 in Tirol, *F. Haider* (ÖRF II)

29. Oktober (Donnerstag)

18.40 Buchbespr. Friedrich Heer „Der Humanismus als Dritte Kraft", *O. Schatz* (ÖRF III)
20.30 Auf der Suche nach der unsichtbaren Bühne, *B. Rübenach* (SWF II)
22.15 Zum System einer Kultur- und Staatsmorphologie im 19. Jahrhundert, *J. H. Knoll* (SWF)

30. Oktober (Freitag)

14.40 Die Uhren der Vergangenheit, *P. Jordan* (ÖRF II
17.15 Altertümliche Vertreter der heutigen Tierwelt, *H. An der Lan* (ÖRF II)
18.40 Alterserkrankungen und Berufsfähigkeit, *B. Jettmar* (ÖRF III)
20.45 Die Bedeutung des Berufs in der modernen Gesellschaft, *H. Schelsky* (STU)
21.45 Menschsein vor der Maschine, *H. Storck* (STU II)
22.20 Die Bürgerlichen in der Literatur des Dritten Reiches, *F. Schonauer* (MÜ II)
22.45 Politische Typologie, *E. Przywara* (SWF II)

31. Oktober (Samstag)

10.35 Die Eine Kirche, *P. Althaus* (MÜ)
11.45 Was wollte die Reformation? *O. Weber* (SWF II)
17.30 Vom Wesen der Psychoanalyse, *G. Ledig* (FRA II)
18.55 Die literarische Spiegelung der Daseinsenge, *K. J. Hahn* (ÖRF III)
21.15 Warum werden unsere Kinder straffällig? *H. van Bergh* (FRA II)
20.00 Die Entstehung der Parteien in Deutschland (MÜ II)
22.40 Julius Robert Mayer, der schwäbische Physiker,) *W. Gerlach* (STU II)

(BRE) Radio Bremen; (FRA) Hessischer Rundf. Frankfurt; (MÜ) Bayerischer Rundf. München; (NDR) Norddeutscher Rundf.; (ÖRF) Österr. Rundf.; (ÖRG) Österr. Rundf., Lokalsendung Graz; (ÖRK) Österr. Rundf., Lokalsendung Klagenfurt; (ÖRL) Österr. Rundf., Lokalsendung Linz; (ÖRS) Österr. Rundf., Lokalsendung Salzburg; (ÖRT) Österr. Rundf., Lokalsendung Tirol; (ÖRW) Österr. Rundf., Lokalsendung Wien; (RIAS) RIAS Berlin; (SAA) Radio Saarbrücken; (SFB) Sender Freies Berlin; (STU) Süddeutscher Rundf. Stuttgart; (SWF) Südwestfunk; (WDR) Westdeutscher Rundfunk

HERDER-KORRESPONDENZ

Zweites Heft — 14. Jahrgang — November 1959

Es ist die Zeit der Aussaat, nicht der Ernte. Gott sät: einmal wird er auch wieder ernten. Um das eine will ich mich mühen: wenigstens als fruchtbares und gesundes Saatkorn in die Erde zu fallen — und in des Herrgotts Hand. Es sollen einmal andere besser und glücklicher leben dürfen, weil wir gestorben sind.

Alfred Delp SJ †

Die Katholiken mögen nicht müde werden, die um ihres Glaubens willen Verfolgten durch Gebet, Wort und Werk zu unterstützen. Allgemeine Gebetsmeinung für Dezember 1959

1. Unter dem Pontifikat Pius' XII. war fast in jedem Herbst eine Allgemeine Gebetsmeinung der Not der verfolgten Christen gewidmet; die letzte von ihnen lautete im Oktober 1957: „Die Gläubigen mögen in ihrem Eifer nicht nachlassen, den um ihres Glaubens willen Verfolgten die Gnade der Beharrlichkeit zu erflehen" (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 545). Diesmal fällt eine ähnliche Gebetsmeinung in den Adventsmonat und gewinnt dadurch einen besonderen Ernst. Denn in der Verkündigung Jesu Christi vom Weltende und vom Weltgericht ist es eines der Zeichen für die kommende Verwandlung, daß die Gläubigen um Christi und des Evangeliums willen verfolgt werden (Mark. 13, 9 f.). Dabei werden falsche Messiasse mit Zeichen und Wundern auftreten, Zeichen, die von der Offenbarung Johannis auf eine politische und wirtschaftliche Zwangsherrschaft gedeutet werden. Advent ist nicht nur die Wiederkunft Christi in Herrlichkeit, sondern zunächst auch die Entfesselung des „Menschen der Gesetzlosigkeit . . ., der sich über alles erhebt, was Gott und was heilig heißt, um sich sogar in den Tempel zu setzen und sich als Gott aufzuspielen" (2 Thess. 2, 3-4). Angesichts dieser eschatologischen Erscheinung, die es auch schon bei uns zulande gegeben hat, können wir Katholiken uns nicht mit einer scheinbaren, vielleicht sehr vorübergehenden und für das Seelenheil nicht ungefährlichen Geborgenheit zufriedengeben. Wir müssen auf das Ganze des Weltgeschehens achten. Dazu gehört, daß wir die Einheit des mystischen Leibes Christi, seiner Kirche, ernster nehmen, dessen Glieder die Verfolgten ebenso sind wie wir, die verfolgten Katholiken im engeren Sinne, die im Osten besonders wegen ihrer Treue zum Papst, dem sichtbaren irdischen Oberhaupt des Leibes Christi, leiden müssen, aber auch alle übrigen Christen, die durch die Gnade Christi seinem mystischen Leibe irgendwie zugeordnet sind. Für diese alle sind wir gehalten zu beten.

2. Der Papst befürchtet offensichtlich, daß wir müde werden, uns der verfolgten Christen anzunehmen. Es ist keine Frage, daß auch der gläubige Mensch ermüden kann, wenn er Jahr um Jahr betet und, wie es scheint, ohne Aussicht auf eine Änderung oder Besserung der Lage der Kirche etwa in China oder in anderen kommunistischen Staaten, vor allem ohne den ständigen Anreiz zum Gebet, den ein persönlicher Einblick in das Leiden der Verfolgten geben könnte. Ihre Not ist so weit entfernt von uns, und die Versuchungen eines guten Lebens schieben sich mit aufdringlicher Gewalt täglich wie ein undurchdringlicher Schleier zwischen uns und jene Not in der Ferne. Aber der Gnade der Beharrlichkeit, der die Leidenden bedürfen, muß sich eine entsprechende Gnade der Treue und der Solidarität mit ihrem Leiden auf unserer Seite hinzugesellen, wenn der mystische Leib Christi in rechter Ver-

N 426 *Schwerkriegshirnverletzter* in Oberschlesien, als Bergmann über Tage auf Kohlengrube arbeitend, Ehefrau seit 25 Jahren schwer rheumakrank, kleines Einkommen, Rente im Werte von 25.— DM Kaufkraft monatlich, erbittet Hilfe in jeder Form.

N 428 *Familie mit sieben Kindern* in Oberschlesien, die alle unter elf Jahren alt sind, erbittet Bekleidungshilfe, da das kleine Einkommen des Vaters zu Anschaffungen nicht ausreicht.

N 429 *Schwer herzkranke Sozialrentnerin* in Oberschlesien, 65 Jahre alt, alleinstehend, mit sehr kleiner Rente, vollkommen arbeitsunfähig, erbittet wegen großer Notlage Hilfe jeglicher Art.

N 432 *87jährige alleinstehende Frau* in Oberschlesien, die infolge des Verlustes der Sehkraft ihren Beruf als Schneiderin nicht mehr ausüben kann und völlig auf die Hilfsbereitschaft anderer angewiesen ist, erbittet wegen ihrer großen Notlage Hilfe jeder Art.

Geldspenden sind einzusenden auf Postscheckkonto Karlsruhe 7926 des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg i. Br. mit Vermerk: „SOS-Ost" und der jeweiligen Kennzahl.

fassung sein soll, und diese Treue kann nur im täglichen Kampf gegen die Gebetsmüdigkeit bewahrt werden. Wer erinnert sich noch daran, daß der Katechismus unter dem fünften Gebot die sieben leiblichen und die sieben geistlichen Werke der Barmherzigkeit nennt (im neuen Katechismus Lehrstück 118—119)? Und wenn man diese Auslegungen des Gebotes nachliest, werden nicht einmal die um ihres Glaubens willen Verfolgten ausdrücklich erwähnt. Es bedarf daher schon einer besonderen Anstrengung, um sein Gebet von den Nöten des Tages abzuwenden und in die Weite, in die Katholizität der Kirche einzudringen, die gerade bei den Verfolgten wirksam ist. Man muß sich auch um Nachrichten über ihr Schicksal und ihre Prüfungen kümmern wollen, die in vielen katholischen Zeitschriften laufend berichtet werden. Es ist uns weitgehend vertraut, daß wir in der hl. Messe die Gemeinschaft der Heiligen herbeirufen, aber gehörte nicht in die Messe auch das Gedenken an die Verfolgten, die unmittelbar in die Existenz des Kreuzes Christi gerufen sind? Werden diese Verfolgten während des Opfers unserem betenden Geist gegenwärtig? Gedenken wir auch in rechter Weise der Verfolger? Wenn nicht, so haben wir nicht katholisch genug das hl. Opfer gefeiert. Das Gebet für die um ihres Christusglaubens willen Verfolgten darf nicht ein Sonderanliegen der Kirche neben anderen werden, es gehört immer und ständig in die Mitte der eucharistischen Vorbereitung. Kann denn ein Christ in rechte Communio mit dem eucharistischen Opferleibe Jesu Christi treten, ohne die Gemeinschaft auch mit den um seines Namens willen Verfolgten in irgendeiner Weise gesucht zu haben?

3. In welcher Weise? Die Gebetsmeinung spricht nicht nur vom Beten, sondern auch von der Unterstützung durch Wort und Werk. Darunter ist sehr vielerlei zu verstehen. Zunächst gehört dahin die Pflicht aller, die es angeht, über die Leiden der um ihres Glaubens willen Verfolgten so genau wie möglich und unermüdlich zu berichten, auch wenn das durch die Gleichförmigkeit der Nachrichten über Verhaftungen, Verurteilungen oder Hinrichtungen schwer gemacht wird. Es gibt Länder, aus denen nur noch wenige Nachrichten zu uns dringen, z. B. China, und es gibt andere, vor allem die Sowjetzone, über die wir viel erfahren können, wenn wir wollen. Während sich das Gebet an Gott richtet und sicher die wirksamste Hilfe darstellt, hält das Wort die öffentliche Meinung wach und läßt es nicht zu, daß über politischen und wirtschaftlichen Geschäften, deren Zweckmäßigkeit oder Notwendigkeit für den Frieden nicht bestritten werden soll, das Los der Verfolgten vergessen wird. Man kann aber auch durch das Wort die Verfolgten teilweise noch erreichen, vor allem durch Rundfunksendungen, und ihnen neben der Verkündigung des Evangeliums das Bewußtsein geben, daß sie nicht von ihren Glaubensbrüdern im Westen vergessen werden. Wird dieser Weg genügend genützt? Andere Länder wiederum kann man sogar durch Sendung von Büchern, Paketen oder gar Geldmitteln erreichen, worüber jede Diözesan-Caritas Auskunft gibt. Diese Form der Unterstützung sollte im Advent ganz besonders zur Wirkung kommen. Können wir uns noch ein Weihnachtsfest leisten, bei dem nicht das tatkräftige Gedenken an die Verfolgten Jesu Christi im Mittelpunkt steht? Sollten wir nicht endlich daran denken, bei der Millionenzahl der Verfolgten einen anderen Glanz am heiligen Christfest zu suchen als den einer frommen Welt?

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Bischofswort zur Kohlenkrise an der Ruhr

Die seit Monaten die Bevölkerung des Ruhrgebietes bewegende Kohlenkrise hat zu einer sehr abgewogenen bischöflichen Stellungnahme geführt. Anläßlich der konstituierenden Sitzung des Kuratoriums des Gemeinsamen Sozialinstituts des Erzbistums Paderborn und des Bistums Essen am 12. September haben die beiden Oberhirten Erzbischof Lorenz Jaeger und Bischof Franz Hengsbach eine gemeinsame Erklärung abgegeben. Im Vergleich zu dem auch auf strukturelle Wirtschaftsfragen eingehenden Hirtenwort des Bischofs von Tournai, Charles-Marie Himer, das während des Höhepunktes der Kohlenkrise im belgischen Revier der Borinage erschien (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 355), halten sich die deutschen Oberhirten angesichts der undurchsichtigen und unabsehbaren Fülle von Konzeptionen, Argumenten und raffiniert getarnten Interessen an eine Aufzählung ethischer Leitsätze, die bei der Lösung der Krise zu berücksichtigen sind.

Wortlaut des Hirtenwortes

Immer wieder und immer drängender wenden sich in der Sorge um Arbeitsplatz, Beruf und Zukunft die Männer des Bergbaus auch an die Kirche. Sie kommen in einer verständlichen Sorge. Mag auch dabei manchmal etwas zu verspüren sein von jener Sorge, vor der uns der Herr in seiner Bergpredigt gewarnt hat, so sind doch dabei auch sehr viele echte und berechtigte Anliegen. Es ist ja dem Menschen aufgegeben, für seine eigene Zukunft und für die Zukunft der Seinen zu sorgen. Bei der Verflochtenheit des modernen wirtschaftlichen Lebens kann er das nicht aus eigener Kraft allein. Er ist angewiesen auf die Solidarität all derer, die die Zukunft seines Arbeitsplatzes, seiner beruflichen Arbeit, der eigenen Zukunft und der Zukunft seiner Familien mitbestimmen.

Das aber ist die große Frage, ob es dieser Solidarität gelingen wird, die mit der Strukturkrise des Bergbaues zusammenhängenden Sorgen zu beheben.

Es kann *nicht* Sache der Kirche sein, hier zu der ganzen Fülle von umstrittenen Tatsachenfragen und Lösungsvorschlägen Stellung zu nehmen, über die man, unbeschadet eines klaren Ja zu den christlichen Grundsätzen, unter Christen geteilter Meinung sein kann. Noch weniger kann sich die Kirche dafür hergeben, einseitig die Interessen einer bestimmten Gruppe auf Kosten berechtigter Interessen anderer oder auf Kosten des Gemeinwohls zu vertreten.

Wohl aber wird die kirchliche soziale Bildungsarbeit immer wieder hinweisen auf die unvergänglichen Wahrheiten und Werte, die bei der Lösung aller Fragen sich aus der gottgesetzten Ordnung des menschlichen Arbeitslebens verbindlich ergeben. Einige dieser Wahrheiten seien kurz genannt:

Der oberste Grundsatz bei der Lösung aller wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten, die Änderungen in der Wirtschaft zu begleiten pflegen, ist die Wahrung der Gerechtigkeit. Der arbeitende Mensch hat ein Recht darauf, daß, wenn er seinen Arbeitsplatz oder gar seine Arbeit wechseln muß, was ohne Verletzung der Rechtsordnung möglich, ja notwendig werden kann, doch als ein

Wesen geachtet wird, das in seinem Leben eine gewisse Einheit und Kontinuität wahren muß, ohne die es seinen Halt verlöre.
Der arbeitende Mensch hat ein Recht darauf, daß bei den Änderungen in seinen Arbeitsverhältnissen, die ihm zugemutet werden, auch an seine Familie gedacht wird, auch an die Gemeinden, in denen er steht, mit ihrem sinnvollen und rechtmäßigen Eigenleben.
Dazu müssen alle, die es angeht — auch die staatlichen Institutionen in Wirtschaft und Politik —, zusammenwirken, um durch wirksame wirtschafts- und sozialpolitische Mittel die Zeit einer qualvollen Ungewißheit zu verkürzen und die daraus resultierenden sozialen Spannungen und die für unser Zusammenleben besonders gefährliche Unsicherheit einzudämmen und zu beheben. Bei Durchführung unvermeidlicher Maßnahmen darf nicht schematisch verfahren werden. Jeder einzelne Fall sollte — so schwer es verwaltungsmäßig auch sein mag — mit dem Blick auf die betroffene Person in ihrer persönlichen sozialen Lage gesehen und behandelt werden. Die Berichterstattung über die Situation und die Auseinandersetzung über ihre Überwindung sollten jede Dramatisierung und vornehmlich alles vermeiden, was Beunruhigung, Verängstigung oder Verbitterung schafft. Geradezu freventlich wäre es, Not und Sorge des einzelnen zur Durchsetzung eigensüchtiger Einzel- oder Gruppeninteressen zu mißbrauchen.
Wichtiger als die Frage danach, wer an den augenblicklichen Schwierigkeiten schuld ist, ist die Frage, wie sie überwunden werden können. Allerdings sollte man sich auch fragen, wo in der Vergangenheit Fehler gemacht wurden, um für eine sinnvolle Lösung der Fragen, die uns die Zukunft stellt, zu lernen. Das gilt für alle Beteiligten.
Unsere Sozialarbeit wird sich nicht nur um die Klärung und Verkündigung dieser Grundsätze bemühen, sondern auch nach Kräften und im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu ihrer Verwirklichung beizutragen helfen. Jeder an der Stelle, an der er hier steht. Das geht die im Bergbau schaffenden Menschen an, das geht alle im Revier an. Das geht auch den Bischof an, der für alle Verantwortung trägt. Aus dieser Verantwortung heraus wurden diese Worte gesprochen.

Ein deutsches Gerichtsurteil über die Grenzen der Kunstfreiheit

Das Bonner Grundgesetz schützt in Art. 5 Abs. 1 die Freiheit der Meinungsäußerung, bindet sie jedoch in Abs. 2 an die allgemeinen Gesetze zum Schutz der Jugend und das Recht der persönlichen Ehre. Der anschließende Abs. 3 lautet: „Kunst und Wissenschaft, Lehre und Forschung sind frei."
Die bisherige Gerichtspraxis — insbesondere das „Sünderin-Urteil" des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Dezember 1954 — hat das Grundgesetz formal ausgelegt und die Freiheit der Kunst (Abs. 3) *über* die Schranke der allgemeinen Gesetze gestellt. Das nachträglich sehr umstrittene BVerwG-Urteil hat den Spielfilm „Die Sünderin" „im allgemeinen als ein Erzeugnis der Kunst" beurteilt und ihm damit gegen alle Rechtstradition einen fast kontrollfreien Verfassungsrang eingeräumt. Insbesondere der Staatsrechtler und jetzige Kultusminister Theodor Maunz hat damals das Urteil einer scharfen Kritik unterzogen (Bayer. Verwaltungsblätter 1955, S. 215).
Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen in Münster hat in einer kürzlich veröffentlichten und rechtskräftig gewordenen Entscheidung vom 18. November 1958 ein Urteil völlig anderen Inhalts gefällt (Az. VII A 900/57). Es verneint die rein formale Auffassung, „daß ein Werk *entweder* als eine Meinungsäußerung anzusprechen sei *oder* als ein Kunstwerk". „Soweit der Künstler mit der *Veröffentlichung* seines Werkes eine Meinung äußert, unterliegt seine Tätigkeit den ‚systematischen Gewährleistungsschranken', die sich aus Gesetzen ergeben, die nach Art. 5 Abs. 2 GG in zulässiger Weise ... die Freiheit der Meinungsäußerung beschränken. Als derartiges Gesetz kommt das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (GjS) in Frage."

Aufnahme in die „Schmutz-und-Schund-Liste"

Dem Prozeß lag folgender Vorgang zugrunde: Der Sozialminister des Landes Rheinland-Pfalz hatte beantragt, den Roman von Siegfried Sommer „Meine 99 Bräute" („Aufzeichnungen eines Vorstadtkavaliers", Untertitel: „Kaperfahrt durch die Damenwäsche", S. 368) auf die Schmutz-und-Schund-Liste zu setzen, und zwar als eine Schrift, die geeignet ist, Jugendliche sittlich zu gefährden (§ 1 GjS). Die Bundesprüfstelle hat durch Entscheidung vom 9. Januar 1957 diesen Antrag abgelehnt mit der Begründung, der Roman dürfe trotz seines jugendgefährdenden Charakters als zur literarischen *Kunst* gehörig nicht indiziert werden, und seine Verbreitung liege als Beitrag über die Verhältnisse in einem Teil der Großstadtjugend im öffentlichen Interesse. (Zur Praxis der BPrSt vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 98, und 11. Jhg., S. 101.)
Auf die Anfechtungsklage des Sozialministeriums Rheinland-Pfalz wurde die Entscheidung der BPrSt aufgehoben und diese verpflichtet, den Roman in die Liste der jugendgefährdenden Schriften aufzunehmen. BPrSt, Autor und Verlag legten beim OVerwG in Münster Berufung ein. Das Urteil des OVerwG bestätigt den Bescheid der vorherigen Instanz und macht in der eingehenden Begründung wichtige Ausführungen über die Freiheit der Kunst.

„Der Kunst dienen"

Gemäß § 1 Abs. 2 GjS sollte die Indizierung ausgeschlossen sein, sofern eine Schrift „der Kunst dient". Dazu erklärt das Gericht: „‚Der Kunst dienen' kann nur bedeuten, daß die Schrift ... eine Bereicherung des künstlerischen Besitzes eines Volkes bedeutet, wobei unter künstlerischem Besitz die Gesamtheit der Werke zu verstehen ist, in denen ein geistig-seelischer Gehalt nach bestimmten Gesetzen in einer eigenwertigen Form gestaltet wurde. Dazu ist eine Bewertung des geistig-seelischen Gehalts der Schrift *und* ihrer künstlerischen Gestaltung, der Form, erforderlich."
Die Anwendung dieser Grundsätze auf den Roman von Sommer ergibt: „Der Gehalt ist objektiv *wahrheitswidrig*. Es ist nicht wahr, daß ein Mensch fünf Jahre lang ein Leben in der Art des Romanhelden führen kann, ohne daß er dadurch in seiner Persönlichkeitsentwicklung nachteilig gestört wird, und daß er auf Grund der auf diese Weise gesammelten Erfahrungen ohne Einsicht in das Unrecht seiner Handlung und seiner Schuld, ohne Reue und Sühne, also ohne innere Wandlung, geeignet ist, eine Ehe zu schließen und eine Familie zu gründen."
„Die Tatsache allein, daß der Gehalt eines Romans wahrheitswidrig ist, schließt noch nicht aus, daß er ein positiv

zu bewertendes Kunstwerk ist ... Auch die Darstellung des Irrtums kann positive Wirkungen erzeugen, indem sie die Suche nach der Wahrheit befruchtet. Eine solche Wirkung kann aber nur erzielt werden, wenn das Werk erkennen läßt, daß der Künstler, der irrige Auffassungen vertritt, ernsthaft *bestrebt* war, die Wahrheit zu *finden* ... Davon kann in dem Roman des Verfassers keine Rede sein ... Der Verfasser hat offensichtlich in seinem Roman Wunschbilder über die Situationen junger Menschen in der modernen Gesellschaft niedergeschrieben, die einem in dieser Gesellschaft häufig anzutreffenden Streben entspringen, Unrecht, Schuld, Verstrickung, Reue und Sühne als belanglos anzusehen, die Verantwortung für ihr Handeln abzulehnen und keinen Preis dafür zu zahlen, trotzdem aber oder gerade dadurch sich ein unbeschwertes und ‚glückliches' Leben zu verschaffen. Ein Autor, der diesen bequemen Weg mitgeht, mißachtet die Forderung an den Künstler, wie sie Thomas Mann formuliert, und macht dadurch sein Werk als Kunstwerk wertlos."

Es folgen Darlegungen, daß bei so schweren inhaltlichen Mängeln auch „die Form der Gestaltung" den Roman nicht zu einer Schrift machen kann, die der Kunst dient. „... Die Erzählkunst ist eine *Technik*, die ein Romanschriftsteller beherrschen muß, die aber für den Wert seines Werkes niemals ausschlaggebend sein kann. Sie vermag daher den Roman nicht als ein Werk, das der Kunst dient, zu qualifizieren."

Abschließend wird das von der Bundesprüfstelle behauptete „öffentliche Interesse" an der Verbreitung des Werkes verneint. „Zur Unterrichtung der breiten Öffentlichkeit über dieses Problem ist der Roman gänzlich ungeeignet, weil er dieses Problem im Ergebnis völlig verharmlost ..."

Kampf um die Menschenwürde

Von großer Bedeutung ist die ausdrückliche Feststellung des Gerichts: „Den obersten Jugendbehörden der Länder steht ein *Recht* darauf zu, daß die Bundesprüfstelle eine Schrift in die Liste der jugendgefährdenden Schriften aufnimmt, wenn die Voraussetzungen des Gesetzes erfüllt sind."

Der Vorsitzende der BPrSt, Oberregierungsrat Schilling, hat sich in einem Kommentar in der Fachzeitschrift „Recht der Jugend" (abgedruckt auch im „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel" 1955, Nr. 55) gegen das Urteil des OVerwG Münster ausgesprochen. Er ist der Meinung, daß durch die dort ausgesprochenen Grundsätze die juristische Praxis „eher noch mehr kompliziert als erleichtert" werde. Er stellt die Frage, ob nicht dadurch das Grundrecht der Kunstfreiheit in seinem Wesensgehalt angetastet werde; zudem hält er die Bundesprüfstelle nunmehr (durch die Notwendigkeit eines Vergleichs mit der „Gesamtheit der Kunstwerke") für überfordert. „Auch das besprochene Urteil hat eine Tendenz: die möglichst perfektionistische Erfassung alles dessen an Literatur, was nur irgendwie als jugendschädlich beurteilt werden kann. Demgegenüber gibt es eine andere Meinung, die den staatlichen Jugendschutz begrenzt sehen möchte auf solche negative Erscheinungen, deren sich die für die Jugend in erster Linie verantwortlichen Erziehungskräfte ohne staatlichen Schutz nicht erwehren können. Dem Gesichtspunkt der möglichst umfassenden Anwendbarkeit des GjS steht die (z. Z. noch nicht erreichte) Forderung gegenüber: Beschränkung auf das Notwendigste, insoweit aber umfassende und schnellste Wirksamkeit des Schutzes!"

Dagegen hat der „Film-Dienst" (1959, Nr. 39) die Entscheidung des OVerwG Münster als einen „entscheidenden Beitrag" mit Auswirkungen auch auf die Filmarbeit begrüßt. „Wir warten allerdings noch auf eine Rechtsprechung, welche die Menschenwürde als absoluten Achtungsanspruch aktualisiert ... Ermuntern wir die Gerichte, bei ihrem Kampf gegen den Versumpfungsrekord, den eine gewisse westdeutsche Publizistik gegenüber Ost und West anzustreben scheint, standhaft zu bleiben!"

Neue Bemühungen um eine zeitgemäße Pastoral in Österreich

Die außerordentlichen Schwierigkeiten, mit denen der österreichische Klerus bei seiner täglichen Seelsorgsarbeit kämpfen muß, hat Bischof Paul Rusch, den Apostolischen Administrator von Innsbruck und Feldkirch, veranlaßt, neue Wege in der Ausbildung der Seminaristen zu beschreiten. Das von ihm entwickelte Programm, über dessen Durchführung der Bischof selbst wacht, kann man am besten mit „Spezialausbildung auf sozialem Feld für Seminaristen" bezeichnen, wobei eine Besonderheit dieses Programmes darin besteht, daß der Seminarist entsprechend seiner Veranlagung und Neigung sich selbst seinen späteren Arbeitsbereich wählen kann. Wenn also der Priesterkandidat sich in den vier Jahren seines Studiums, das eine intensive Beschäftigung mit der kirchlichen Soziallehre miteinschließt, für ein besonderes Arbeitsfeld entschieden hat, dann wird er auch, sofern er die speziellen Prüfungen und Tests besteht, später in dem von ihm gewählten Sektor seelsorgerlich arbeiten können. Solche Sektoren sind: Sozialarbeit, Jugendseelsorge, Landpastoral, Seelsorge in Städten mit überwiegend mittelständischer Bevölkerung, Seelsorge in extremen Industriebezirken.

Um die notwendigen praktischen Erfahrungen zu gewinnen, muß der Seminarist regelmäßig zwei Monate lang während der Sommerferien in dem Sektor praktisch arbeiten, den er sich für seine spätere Tätigkeit gewählt hat. Die Erfahrungen, die er hier sammelt, werden später in Seminaren und Diskussionen ausgetauscht und vertieft.

Zum Abschluß muß er sich einer praktischen Prüfung unterziehen. Er muß z. B. zeigen, wie er es anstellt, um in ein freundliches Verhältnis mit Arbeitern eines Betriebs zu kommen, in den er unter irgendeinem Vorwand geschickt wird. Und zwar schickt man ihn in einen Betrieb mit sozialistischen Arbeitern, die sofort merken, ob der „schwarze" Besucher mit ihnen Kontakt findet und ihre Sprache spricht oder ob er vor ihnen bange ist und seine Furcht mit forschem Auftreten zu kompensieren sucht.

Die Spezialausbildung ist mit der Ordination der Seminaristen nicht beendet. Auch nach der Priesterweihe, wenn die Geistlichen der ordentlichen Pfarrseelsorge nachgehen, verlangt Bischof Rusch von ihnen, daß sie „Aktivistenrunden" einberufen und die Gespräche und Auseinandersetzungen der jungen katholischen Arbeiter leiten.

Wie sehr sich die Kirche in Österreich um neue Wege bemüht, die der Pastoral neuen Auftrieb geben können, geht auch daraus hervor, daß man jetzt eine Möglichkeit gefunden hat, die potentiellen Berufungen, denen bisher häufig der Weg zum Priestertum verschlossen blieb, aufzufangen und sie oder wenigstens einen Teil von ihnen in absehbarer Zeit der praktischen Seelsorge, die wie

kaum in einem anderen Land Europas unter Priestermangel leidet, zuzuführen.
Im Herbst dieses Jahres werden die ersten hundert Alumnen aus allen Teilen Österreichs in das erste interdiözesane Seminar für Spätberufene, in der Nähe von Horn (Niederösterreich), einziehen. Auch solche Kandidaten werden hier aufgenommen werden, die über keine abgeschlossene höhere Schulbildung verfügen. Das Seminar wurde dem österreichischen Episkopat von den Katholiken der USA, der Schweiz, Deutschlands und Italiens geschenkt.

Aus dem Vatikan

Aufforderung des Papstes zum Rosenkranzgebet

Am 26. September 1959 veröffentlichte Papst Johannes XXIII. ein Rundschreiben, das mit den Worten *Grata recordatio* beginnt und den Klerus und das christliche Volk zu eifrigem Rosenkranzgebet während des Monats Oktober auffordert. Einleitend erinnert Johannes XXIII. an die Rundschreiben Leos XIII., in denen sein Vorgänger Sinn und Mächtigkeit dieser Art des Betens darlegt. Als Anlaß für sein Rundschreiben nennt Johannes XXIII. die ersten Jahrestage des Todes Pius' XII. und seiner eigenen Wahl. Die darin sichtbare Kontinuität des römischen Pontifikates erfordere von den Gläubigen eifriges Gebet zu Gott, „daß er den apostolischen Oberhirten und alle Stände der Kirche in seiner heiligen Religion erhalten wolle". Doch vor allem seien die Gläubigen an das Rosenkranzgebet zu Maria, „der Quelle des Heiles für das ganze Menschengeschlecht", zu erinnern. Der Papst zählt dann folgende Gebetsintentionen auf:

Mission der Alt- und Neuheiden

Am 11. Oktober werde er einer Anzahl junger Missionspriester das Missionskreuz überreichen und am Nachmittag den 100. Jahrestag des nordamerikanischen Kollegs mitfeiern. Beide Ereignisse, die nur zufällig an einem Tag zusammenfielen, ließen folgenden tiefen Sinn erkennen:
„Die katholische Kirche wird in all ihrem Tun von himmlischer Glut bewegt und von den Prinzipien und Geboten der ewigen Wahrheit geleitet. All ihre Söhne fördern mit vollem Einsatz und ebenso großmütigem wie starkem Willen die gegenseitige Hochachtung, die brüderliche Verbindung aller Völker und den sicheren Frieden. Es ist ein großartiges Schauspiel, diese jungen Männer zu sehen, die nach Überwindung zahlloser Schwierigkeiten und Hindernisse sich ganz Gott hingeben, damit auch ihre Mitmenschen Christus gewinnen (vgl. Phil. 3, 8). Sie gehen in ferne Länder, in denen die Wahrheit noch nicht leuchtet oder in die ungeheuren geschäftigen und entnervenden Großstädte, wo das Tagwerk so wirbelnd und schwindelerregend ist, daß es die Seelen verhärtet und in den Strudel der Diesseitigkeit zieht. Dieses Schauspiel, so wiederholen Wir, ist so großartig, daß es Hoffnung auf bessere Zeiten weckt ..." Das Missionswirken dieser jungen Männer möge im Gebet der allerseligsten Jungfrau anempfohlen werden.

Frieden und Einheit zwischen den Völkern

Die ganze Kirche möge auch zu Maria beten, „daß die verantwortlichen Staatsmänner der großen und kleinen Nationen, deren legitime Rechte und geistiger Reichtum unverletzt und heilig zu halten sind, mit größter Aufmerksamkeit Krise und Anruf unserer Zeit verstehen. Deshalb flehen wir alle zu Gott, daß sie die Ursachen der Zwietracht sorgfältig erkennen, abwägen und durch guten Willen ausmerzen und überwinden. Vor allem möge ihnen zu Bewußtsein kommen, daß kriegerische Auseinandersetzungen, die Gott verhüten möge, nur den Untergang aller hervorbringen. Die Staatsmänner dürfen deshalb keine Erwartungen mehr darauf setzen. Sie sollen das Privatrecht und das öffentliche Recht, durch das die nationale und internationale Ordnung geregelt wird, den Nöten der Menschen unserer Zeit anpassen. Dabei müssen sie die ewigen Gesetze berücksichtigen, die in Gott ihren Ursprung haben und Grundlage und Angelpunkt der Gesellschaftsordnung sind ..."
Anschließend stellt Johannes XXIII. heraus, daß es philosophische Positionen gebe, die einfach unvereinbar mit dem Christentum seien und deshalb kompromißlos bekämpft werden müßten.
Er habe Vertrauen in einen Heilungsprozeß, der die Übel des Materialismus und Laizismus durch jene gesunde Doktrin überwinde, die jeden Tag stärker ihre Wirksamkeit beweise. Ihr Grundgedanke sei, „daß Gott der Schöpfer des Lebens und all seiner Gesetze und Beschützer des Rechtes und der Menschenwürde ist".
Auch die Evolution der Völker in den Entwicklungsländern wird vom Papst als Quelle der Energie für eine bessere Zukunft der Menschheit bezeichnet, in der Wahrheit, Gerechtigkeit und Friede herrschen werden. Das sicherste Mittel, daß all diese Hoffnungen sich erfüllen und auch die römische Diözesansynode und das Konzil zum Erfolg führen, sei das Gebet, vor allem das Rosenkranzgebet im Monat Oktober, zu dem der Papst die ganze Kirche aufruft. Mit großer Eindringlichkeit wiederholte Johannes XXIII. diese Gebetsanliegen auch in seiner ersten Ansprache im Oktober vor den Teilnehmern des Kongresses des Blindenapostolats.

Papst Johannes XXIII. und der Benediktinerorden

Vom 18. bis 25. September waren in Rom die Benediktineräbte der ganzen Welt zu ihrer Generalversammlung zusammengekommen, um den neuen Abtprimas zu wählen. Nach den Satzungen des Ordens finden alle sechs Jahre Generalversammlungen statt, um die allgemeinen Angelegenheiten des Ordens zu beraten; alle zwölf Jahre wird ein neuer Abtprimas gewählt. In Anwesenheit von über 150 Äbten fand diese Wahl am 24. September statt. Benno Gut OSB, Mönch und zuletzt Abt der Abtei Einsiedeln in der Schweiz, löst für die nächsten 12 Jahre den bisherigen Abtprimas Kaelin, ebenfalls Mönch von Einsiedeln, ab. Der Benediktinerorden zählt heute mehr als 12 000 Mitglieder in 165 Abteien und 49 Prioraten; dazu kommen 20 000 Benediktinerinnen in 250 Abteien, Prioraten und Klöstern. Protektor des Benediktinerordens ist der Papst selber.
Ein Besuch in dem römischen Benediktinerkloster S. Anselmo auf dem Aventin war am 25. September die erste Amtshandlung, die Papst Johannes XXIII. nach seiner Rückkehr aus Castelgandolfo vornahm. Der eben neugewählte Abtprimas verlas eine Begrüßungsansprache an den Heiligen Vater, in der er den Willen des Ordens betonte, aus all seinen Kräften an der monastischen Observanz festzuhalten und in der Ausübung der Tätigkeiten fortzuschreiten, die die Bedürfnisse der Zeit von

ihm verlangen. Man habe bereits die Vorarbeiten dafür begonnen, daß alle Benediktinermönche mit vollem Eifer und voller Bereitschaft ihren Beitrag zum glücklichen Ausgang des Ökumenischen Konzils leisten können.
Der Heilige Vater dankte dem Abtprimas durch eine Ansprache, in der er zunächst die Verdienste des Benediktinerordens für die Kirche im Laufe von mehr als 15 Jahrhunderten hervorhob. Von ihrem Leitwort „Ora et labora" ausgehend, betonte er dann die erste und allem vorangehende Rolle, die das Gebet im Leben des Mönches zu spielen hat. Nicht durch Werke, sondern durch sein Gebet, „Tag und Nacht", trägt er auch vor allem zur Rettung der anderen mit bei. In der heutigen Zeit bildet sein Gebet ein Gegengewicht gegen die Äußerlichkeit so vieler Menschen. „Wenn die Menschen heute in der Liebe erkalten, glüht ihr von göttlicher Liebe; wenn viele über ihren irdischen Tätigkeiten und Sorgen vergessen, über die himmlischen Dinge nachzudenken, erhebt ihr den Geist in Gebet und Kontemplation zu Gott; wenn durch die einander widersprechenden Reden, Kundgebungen, Predigten und Schriften viele Ohren betäubt und viele Herzen verwirrt werden, so lobt ihr *‚una voce dicentes'* den Herrn auch für jene mit, die nicht mehr an die Tugend und an das ewige Leben denken oder jämmerlich im Elend der Sünde daniederliegen. Auch in der Nacht, wenn tiefes Schweigen alles umfangen hält, ertönt bekanntlich zur festgesetzten Stunde plötzlich das Glöckchen: dann erhellen sich die Fenster der Zellen, die Mönche stehen auf und eilen zur Kirche, um zu Gott zu flehen . . ." Der Papst ermahnte die Mönche dann, auch in den Werken, denen sie sich widmen, eifrig fortzufahren und dabei auch moderne Methoden, wo sie nützlich sind, anzuwenden, insbesondere aber bei allem die Eintracht der Geister zu bewahren. „Dazu ermahnen Wir euch wieder und wieder: zu dieser bereitwilligen, ruhigen, heiteren Einheit, die sich nicht um das kümmert, was die Geister spaltet, sondern um das, was sie eint."

Die Änderung im Gebet zur Weihe des Menschengeschlechts an das heiligste Herz Jesu

Durch ein offizielles Bulletin des Heiligen Stuhls, das am 22. August in den Acta Apostolicae Sedis veröffentlicht worden ist, hat Papst Johannes XXIII. aus dem Weihegebet des Christkönigsfestes am letzten Sonntag im Oktober, das in der ganzen Welt gesprochen wird, die Bezugnahme auf den Islam und auf das „ehemals auserwählte Volk" gestrichen. Weg fällt die Stelle: „Sei König auch über alle jene, die immer noch vom alten Wahn des Heidentums oder des Islams umfangen sind; entreiße sie der Finsternis, und führe sie alle zum Licht und zum Reiche Gottes. Blicke endlich voller Erbarmen auf die Kinder des Volkes, das ehedem das auserwählte war. Möge das Blut, das einst auf sie herabgerufen wurde, als Bad der Erlösung und des Lebens auch auf sie fließen."
Der Originaltext dieses Weihegebets stammte von Leo XIII. und wurde von ihm als Anhang seiner Enzyklika *Ad annum sacrum* für das Heilige Jahr 1900 im Mai 1899 publiziert. Dieser Originaltext enthielt die Stellen, die sich auf den Islam und auf die Juden beziehen, nicht, er enthielt nur den ersten Teil des jetzt wieder abgeschafften Zusatzes, ohne das Wort Islam. Diese Zusätze wurden in den offiziellen Text des Weihegebets, der bei der Einführung des Christkönigsfestes im Jahre 1925 an alle Bischöfe gesandt wurde, eingefügt.
NCWC News Service hat aus einer Quelle bei der Heiligen Apostolischen Pönitentiarie erfahren, daß der Papst diese Änderung in dem Gebetstext aus Achtung vor den anderen Religionen gewünscht habe (NCWC News Service, 21. 9. 59). Die Entscheidung gehört also in eine Linie mit der Unterdrückung des Ausdrucks *„perfidi Hebraei"* in den Karfreitagsfürbitten. Es ist damit nicht gemeint, daß die Kirche nicht mehr für diese Andersgläubigen beten werde, im Gegenteil. Das Weihegebet bleibt ein Gebet zur Weihe des gesamten Menschengeschlechts, und stehengeblieben ist, als alle umfassender Ausdruck, die Fürbitte für alle, die „durch Irrlehre getäuscht oder durch Spaltung von Dir getrennt sind".

Aus Süd- und Westeuropa

Der Stand der Vorarbeiten zur römischen Diözesansynode

Ende September hatten die acht Unterkommissionen der Vorbereitenden Kommission für die Diözesansynode des Bistums Roms ihre Sammelarbeit beendet und bei einem Treffen unter Leitung Erzbischof Traglias, des stellvertretenden Vikars von Rom, rund 800 Anregungen vorgelegt. Die Vorbereitende Kommission hat nun die Aufgabe, diesen Stoff zusammenzufassen, zu sichten und zu formulieren. Wenn diese Arbeit beendet ist, soll eine vollständige Agenda für die Synode in italienischer und lateinischer Sprache im Druck veröffentlicht werden. Der Gebrauch der lateinischen Sprache wurde beschlossen, damit auch die Hierarchie und der Klerus anderer Diözesen in der ganzen Welt verstehen können, was in Rom beschlossen wird. In der Tat haben schon eine ganze Anzahl von Bischöfen darum gebeten, daß man ihnen die Ergebnisse der vorbereitenden Arbeiten zugänglich machen möge. Papst Johannes hat bekanntlich mehrmals geäußert, daß die römische Synode ein Muster auch für andere Diözesen und eine Vorbereitung für das Konzil darstellen soll.
Die Synode wird sich (nach „Ultramare", 3. 10. 59) namentlich mit dem Laienapostolat und mit einer Neueinteilung des römischen Klerus befassen, von dem heute bekanntlich nur ein geringer Prozentsatz in der Pfarrseelsorge steht.

Zusammenschluß weiblicher Ordensgenossenschaften

Zwölf italienische weibliche Ordensgenossenschaften mit insgesamt etwa 6700 Mitgliedern, von denen die größte 6000 und die kleinste 22 Schwestern zählt, sind durch ein Dekret der Religiosenkongregation zu einer einzigen Ordensgemeinschaft zusammengeschlossen worden, die in Zukunft den Namen „Kongregation der Schwestern vom hl. Joseph Benedikt Cottolengo" führen wird.
Der Zusammenschluß umfaßt sowohl aktive als auch kontemplative Gemeinschaften. Das gibt ihm eine besondere Note. Innerhalb derselben Ordensgenossenschaft werden in Zukunft sowohl kontemplative als auch caritative Berufungen ihre Heimat finden können, und der Übergang von der einen zur anderen Form religiösen Lebens wie auch zwischen den einzelnen Zweigen apostolischer Tätigkeit und caritativen Wirkens, entsprechend den Neigun-

gen und Begabungen, wird dadurch sehr erleichtert. Die Ordensleitung ihrerseits kann den Anforderungen, die durch die personellen Bedürfnisse der einzelnen Anstalten an sie gestellt werden, zweckmäßiger entsprechen. Außerdem werden die bisher z. T. allzu kleinen dieser Genossenschaften in Zukunft weder durch Nachwuchsmangel noch durch äußere Sorge in ihrer Existenz bedroht sein. Man kann deswegen hier von einem Akt erleuchteter Vernunft sprechen, der vom Heiligen Stuhl in anderen Fällen gelegentlich bereits angeregt und in kleinerem Ausmaß auch schon bewerkstelligt wurde.

Allerdings waren die Voraussetzungen in diesem Fall besonders günstig. Denn alle nunmehr zusammengeschlossenen Gemeinschaften gehen direkt oder indirekt auf Cottolengo, den Begründer der „Piccola Casa della Divina Providenza" in Turin, zurück und sind, wenigstens mit einem Teil ihrer Mitglieder, in den verschiedenen Zweigen dieses großräumigen und großartigen Werkes der Barmherzigkeit tätig, obwohl die verschiedenen Kongregationen zusammen 716 auswärtige Niederlassungen in Italien, Frankreich und der Schweiz besitzen. Dennoch haben sie alle einem größeren Zweck und einem sinnvolleren Einsatz ihrer Kräfte im Reiche Gottes das großmütige Opfer gebracht, auf die eigenen Lebensregeln und Gewohnheiten, auf ihre eigene spezielle Tradition und Wirksamkeit zu verzichten, und dadurch ein schönes Beispiel gemeinschaftlicher klösterlicher Demut gegeben.

Staatspensionen für den italienischen Weltklerus

Es ist bekannt, daß die Priester in Italien durchweg in sehr bescheidenen, zu einem beträchtlichen Teil in ärmlichen oder geradezu armseligen Verhältnissen leben müssen. Im Alter oder bei vorzeitiger Invalidität gerieten viele regelrecht in Not, ohne daß die Bischöfe, die ja nach dem Kirchenrecht verpflichtet sind, für sie zu sorgen, in der Lage gewesen wären, dies in gehöriger Weise zu tun.

Die italienische Regierung hat jetzt eine Gesetzesvorlage verabschiedet, um diesem Mißstand abzuhelfen, der für ein katholisches Land weder ehrenvoll noch gesellschaftspolitisch gesund war. Die vorgesehenen Staatspensionen sind so bescheiden, daß es keinen Grund gibt, an ihnen Anstoß zu nehmen, wenn man den Maßstab sozialer Gerechtigkeit oder gar den heute anerkannten Maßstab staatlicher Sorgepflicht an sie anlegt. Außerdem werden die Pensionen nicht in Anlehnung an beamtenrechtliche Grundsätze, sondern in freier Nachgestaltung der Sozialversicherung gegeben, das heißt, sie werden von einer Beitragszahlung abhängig gemacht, die der Staat lediglich gegen Risiken schützt und bezuschußt.

Die Pensionen sollen, je nach der Höhe der entrichteten Beiträge, zwischen etwa 900 und 3100 DM pro Jahr betragen. Der Höchstsatz soll mit 70 Jahren erreicht werden, und das soll als normales Alter für die Inanspruchnahme gelten, ausgenommen die Fälle, in denen ein Geistlicher schon früher dienstunfähig wird. Der persönliche Jahresbeitrag der Geistlichen zu dieser Invaliden- und Altersversicherung soll rund 200 DM betragen. Die notwendigen Staatszuschüsse werden für die Zeit des Aufbaus des Fonds auf 3000 DM für jeden Pensionär beziffert. In der Übergangszeit der nächsten zehn Jahre sollen alle empfangsberechtigten Geistlichen, unabhängig von der Höhe bisher gezahlter Beiträge zu den kirchlichen Altersfonds, eine Monatspension von 100 DM erhalten.

In Italien gibt es zur Zeit etwa 45 750 Weltgeistliche (denn nur für sie ist die Pension vorgesehen). Von ihnen sind über 37 000 weniger als 70 Jahre alt. Etwa 8000 würden aus Altersgründen und etwa 600 wegen vorzeitiger Invalidität sofort in den Genuß der Pension kommen. Auch im Ausland tätige italienische Priester sollen berücksichtigt werden.

Mission und liturgische Erneuerung — erste internationale Studienwoche

Unter dem Vorsitz des Erzbischofs von Bombay, Valerian Kardinal Gracias', trafen sich zehn einheimische Bischöfe aus Asien, sieben aus Afrika, 20 Missionsbischöfe sowie 90 Missionare, Missions- und Liturgieexperten vom 12. bis 18. September in der diskreten Abgeschiedenheit des Exerzitienhauses Uden bei Nymwegen zur ersten internationalen Studienwoche über Mission und Liturgie. Träger der Veranstaltung waren das Institut für Missionsapologetik in Manila, das Missiologische Institut der Universität Nymwegen und das Interdiözesane Sekretariat für Liturgie in Nymwegen. In kleinen Arbeitsgruppen und Plenarsitzungen wurden die vielfältigen und drängenden Probleme behandelt, wie die Liturgie als äußere Lebensform des Gnadenlebens der Kirche und des Christen mit der Missionsarbeit in der heutigen Welt des Umbruchs aller traditionellen Relationen in Übereinstimmung gebracht werden kann. Zu oft ist noch, wie P. Fr. Schütte SVD, der Generalsuperior der Gesellschaft vom Göttlichen Wort, sagte, die richtige Sicht der Dinge dadurch verstellt, „daß die Missionare so sehr durch materielle Aufgaben wie Schulen und Krankenhäuser überlastet sind. Und so vergessen sie ihre erste Aufgabe: aus den Menschen Tempel des Heiligen Geistes zu machen. Diese Tempel bleiben bestehen, wenn, wie in China, die materiellen Strukturen der Kirche verschwinden. Sicher, die Kirche braucht viele äußere Mittel, um ihre Mission zu erfüllen. Ihre Werke lassen ihre Liebe erkennen; sie tragen dazu bei, den Verstand zu erleuchten und den Glauben auszubreiten. Aber wesentlich durch die Liturgie und durch die Sakramente geschieht es, daß die Menschen Anteil am göttlichen Leben erhalten."

Während in der Vergangenheit das liturgische Hauptanliegen vieler Missionare darin bestand, von Rom die eine oder andere Dispens oder Erlaubnis zu erhalten, zeigte diese erste sehr repräsentativ und breit angelegte internationale Studienwoche, daß sich die Missionskirche heute um Grundsätze einer liturgischen Erneuerung bemüht. Die Schwierigkeiten für eine solche Zielsetzung beginnen jedoch schon mit dem ersten dieser allgemein anerkannten Grundsätze, nämlich daß die örtlichen Gegebenheiten in die liturgische Gestaltung des Gottesdienstes einbezogen werden sollen. Dadurch wird im äußerst differenzierten Raum der Missionskirche die generelle Formulierung der Anliegen und Aufgaben sehr erschwert. Doch zeichneten sich während der Tagung gewisse Schwerpunkte ab, deren Diskussion zur Ausarbeitung einer Entschließung an die Kongregation für die Glaubensverbreitung führte.

Die Notwendigkeit liturgischer Erneuerung

Drei Bischöfe, Thomas Fernando von Tuticorin (Indien), Charles J. van Melckebeke (z. Z. Singapur) und Knut Ansgar Nelson (Stockholm), hoben das Bedürfnis hervor, die Liturgie unserer Zeit anzupassen. Neben der wieder-

entdeckten zentralen Stellung der Liturgie im Gnadenleben der Kirche stand vor allem ihr katechetischer Wert im Vordergrund der Argumentation. Die europäische Form der rationellen Glaubensübermittlung durch Unterricht stößt in den Missionsländern schon auf die Schwierigkeit des Schulmangels und Analphabetismus. Deshalb ist ein wohlgestalteter Gottesdienst das beste Mittel umfassender Katechetik. Darüber hinaus wird die aktive und verständnisvolle Teilnahme der Gläubigen neben der ex opere operato bewirkten Integration in den mystischen Leib Christi zum prägenden Gemeinschaftserlebnis der christlichen Minderheiten in einer heidnischen Umwelt und schafft Überzeugungstreue und Bekennermut. Das immer stärker werdende und äußerst sensible kulturelle Selbstbewußtsein der Völker Asiens und Afrikas verlangt von der Kirche, daß ihre Gläubigen den authentischen Werten der überkommenen Kultur nicht entzogen werden. Diese Werte müssen vielmehr ihren Platz im Erziehungsplan der christlichen Schulen und Familien und ihre Ausdrucksformen (Musik, religiöser Tanz usw.) in den liturgischen und paraliturgischen Feiern finden: „Das neue Gottesvolk will seine Frömmigkeit und seinen Gottesglauben in den Formen seiner eigenen Kultur zum Ausdruck bringen" (Bischof Fernando). Gerade im Fernen Osten, der unter dem Druck des chinesischen Imperialismus oder des eigenen Nationalismus steht, ist dem Volk nicht nur die Liturgiesprache, sondern auch alles andere an Symbolen, Farben, liturgischer Bekleidung, Musik und Gesten fremd und ruft nach Anpassung. Doch versteht man erst heute ganz langsam wieder — wie im 17. Jahrhundert, als die Chinamissionare aus der Gesellschaft Jesu die Erlaubnis hatten, die Messe in der Mandarinensprache zu lesen, wenn auch die Situation damals diametral entgegengesetzt war —, daß die Einheit mit Rom nicht die unbedingte Nachahmung der liturgischen Zeremonien, die sich in den Kirchen Europas und Amerikas herausgebildet haben, in sich schließen muß. In den letzten 25 Jahren hat die Kongregation für Glaubensverbreitung eine neue Richtung in ihrem Verhalten gegenüber den chinesischen und japanischen Riten eingeschlagen. Damit wäre eigentlich „die Basis für eine liturgische Erneuerung abgeklärt" (Chinabischof v. Melckebeke). Der Erfahrungsaustausch der Missionsbischöfe über diesen Punkt ergab jedoch, daß diese Linie nur eingehalten und noch klarer herausgearbeitet werden kann, wenn den zuständigen römischen Dikasterien klar begründete und konstruktive Vorschläge unterbreitet werden.

Messe und priesterloser Gottesdienst

Der zentrale Punkt aller Liturgie ist die Feier der Eucharistie. Deshalb war die Gestaltung der Messe ein Schwerpunkt der Diskussionen. Die Instructio der Ritenkongregation vom 3. September 1958 (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 148 ff.) wurde den Überlegungen zugrunde gelegt und in Beziehung zu der einen grundlegenden Forderung einer aktiven Teilnahme der Gläubigen in den Missionsländern an der Messe gesetzt, so daß sich eine ganze Reihe von darüber hinausgehenden Vorschlägen ergab. Sie wurden von Bischof William Duschak SVD aus Calapan (Philippinen) und Erzbischof Josef Alexander Fernandes aus Delhi (Indien) vorgetragen. Immer wieder taucht das Anliegen auf, die Volkssprache stärker einzubauen sowohl für den Lehrteil als auch den Dialog zwischen Priester und Volk. Wie in den Tagen der frühen Christenheit ist heute die Sonntagsmesse für breite Bevölkerungsschichten die einzige Möglichkeit für religiöse Belehrung. Das Mittun des Volkes soll durch die Offertoriumsprozession und eine Darbringung der Gaben sowie durch die *„Oratio populi"*, ein gemeinsames Gebet von Priester und Volk, das in Litaneiform die großen Anliegen der Kirche, des Volkes und jedes einzelnen im Rahmen der Messe Gott unterbreitet, gefördert werden. Als Ideal der künftigen Meßfeier sieht Bischof Duschak „eine einfache Form, deren Wirklichkeit dadurch völlig verstanden wird, daß der Priester in einsichtigen Worten und Gesten das letzte Abendmahl vergegenwärtigt und so, wie nur er es kann, den Platz des Herrn einnimmt und sich über den Altartisch hinweg mit den heiligen Worten an das Volk wendet, die zu wiederholen er den Auftrag hat". Jedes Ideal müsse einmal ausgesprochen werden und müsse dann seinen Weg machen . . .

Der priesterlose Gottesdienst hat in den Missionen eine ganz besondere Bedeutung durch die ungeheuere räumliche Ausgedehntheit der Pfarreien und die permanente Gefährdung des Aufenthaltes der Missionare und Priester. Die Missionsgeschichte zeigt, wie sich nur durch den priesterlosen Gottesdienst der Glaube oft jahrhundertelang gehalten hat. Chinabischof F. G. Kramer OFM von Lu An nannte den priesterlosen Gottesdienst, den er in den Rahmen der von der schon zitierten Instructio als „pia exercitia" bezeichneten Gottesdienste eingeordnet wissen will, eine fruchtbare Möglichkeit, in der sich einheimisches Kulturgut und christliches Leben begegnen. Als konkrete Form empfahl er die von Johannes Hofinger SJ und Josef Kellner SJ in ihrem Buch „Liturgische Erneuerung in der Weltmission" ausgearbeiteten Vorschläge (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 332 ff.).

Taufe und Firmung

Sinn und Bedeutung der Taufe wieder ins Bewußtsein zu heben war das Anliegen, das Pater Dyker SMM aus Bika (Indonesien) vortrug. Das geeignete Mittel dafür sah er in der Wiedereinführung des altchristlichen Standes des Katechumenats. Das ist ja bei den zahlreichen Erwachsenentaufen in den Missionsländern praktisch gut möglich. Die im Taufritus des Rituale Romanum zum reinen Symbol zusammengedrängten Zeremonien zur Aufnahme der Katechumenen in die Kirche sollen wieder zu einem stufenweise erfolgenden Eingliederungsrhythmus des Gläubigen in die Kirche auseinandergezogen werden. Dyker nennt drei Etappen:

1. Die Zulassung zum Katechumenat: In diesem ersten Kontakt mit der Welt der Offenbarung soll der Postulant in einem geeigneten Ritus seinem Verlangen nach dem Glauben und seinem Abscheu vor der Sünde Ausdruck geben. Dadurch erhält er innerhalb der Gemeinschaft der Gläubigen das Recht, an Sonn- und Festtagen der Verkündigung des Wortes Gottes beizuwohnen. Nr. 5—15 des Rituale Romanum enthalten die alten Zulassungsriten.
2. Die Skrutinien: Sie dienen der unmittelbaren Taufvorbereitung. Diese Prüfungen finden am III., IV. und V. Fastensonntag statt. Der Erwählte (electus) erhält den Exorzismus und unterzieht sich den andern im Rituale Nr. 16—29 vorgesehenen Riten. Angebracht ist auch die alte Tradition der feierlichen Verlesung des Anfangs jedes Evangeliums, des Credos als Zusammenfassung der

Offenbarung und des Vaterunsers als Gebets aller Gebete bei den Skrutinien.
3. Die Taufe selbst in der Osternacht: Hier sollten nur das Credo und das Herrengebet nicht vor, sondern nach dem Taufakt stehen, so daß sie nicht mehr den Charakter der Antwort auf eine Frage, sondern denjenigen eines Engagements und einer Danksagung für empfangene göttliche Gnade bilden.
Auch die Firmung soll wieder stärker in das bewußte Erleben der Grundtatsachen des Lebens gehoben werden und am Anfang des Erwachsenseins des Christen stehen. Eine neue Form und Gestaltung dieses Sakraments werde zur Zeit noch von Fachleuten wie Pater Jungmann untersucht, so daß sich die Mitglieder der Studientagung jeder Stellungnahme enthielten. Die Frage des Diakonates wurde ebenfalls weniger von seiner Funktion als vielmehr von seinem Standescharakter in der Kirche her aufgeworfen. Dabei ergab sich, daß diese Frage zur Diskussion noch nicht reif ist.

Die Anpassung des Rituale

„Wenn das Rituale ein versiegeltes Buch für das religiöse Gemeinschaftsverhalten der Gläubigen ist, dann bleibt ihr Leben dem Irdischen verhaftet und seine Höhepunkte werden auf weltliche, ja sogar abergläubische Weise gefeiert. Denn ein unverständliches Rituale würde eine solche Entwicklung bei Menschen fördern, die an Zauberriten gewohnt sind, deren bedeutungslosen Ausdruck der Uneingeweihte nicht ergründet", stellte Bischof Lino R. Gonzaga von Palo (Philippinen) fest. Eine Anpassung des Rituale ist deshalb notwendig. Kriterium jeder Anpassungsmaßnahme muß die pastorale Sorge sein, oberstes Gebot die Einbeziehung des Volkes in die Zeremonien.
Mit Zustimmung des Heiligen Stuhles wurden schon große Fortschritte in der Übersetzung des Rituale Romanum in die verschiedenen Volkssprachen erzielt, doch sollte diese Entwicklung noch stärker im Sinne einer Anpassung der Ideen an die Volksmentalität als im Sinne einer streng literarischen Übersetzung verlaufen. Sonst käme das Christentum in Verruf, den Völkern Asiens und Afrikas, die eine reiche und vielfältige Symbolwelt gewohnt sind, eine rationalistische Verarmung zu bringen. Unter diesen Gesichtspunkten wurden von Bischof Gonzaga folgende Anregungen zur Überlegung gegeben:
Vereinfachung einiger Riten ohne Beeinträchtigung ihrer Struktur und ihres Symbolcharakters; kurze Erklärungen während der Zeremonien selbst unter „strenger Berücksichtigung des Faktors Zeit"; die Wiederbelebung älterer Zeremonien, wenn sie den gegenwärtigen Zeitbedürfnissen entsprechen, wie z. B. des *„ritus continuus"* bei der Spendung der Sterbesakramente; die Verallgemeinerung der Möglichkeiten von Einsegnungen aller Art; die Einführung neuer Zeremonien bei zeitgegebenen Anlässen, wie z. B. der Einführung eines katholischen Staatsoberhauptes oder der Zulassung von Meßdienern usw.; die Ersetzung von Riten, die bei einigen Völkern Abscheu erregen wie der Kuß oder der Gebrauch des Speichels; die Hinzufügung von Bibellesungen bei feierlichen Segnungen sowie des Credos und des Vaterunsers, um eine Gemeinschaftsbeteiligung zu erreichen. Die schwierige Aufgabe der Untersuchung und Auswahl des liturgisch brauchbaren einheimischen Kulturgutes und Brauchtums, gerade bei Tod und Beerdigung, und sein Einbau in Paraliturgie und Liturgie der Kirche sollte — trotz aller erfolgreich geleisteten Arbeit des Missionsklerus auf diesem Gebiet, die die hohe Anerkennung des Kardinals Gracias fand — schließlich und ausschließlich dem einheimischen Klerus und Episkopat zufallen. Gerade dafür muß er eine hochstehende theologische und liturgische Ausbildung erhalten.

Liturgische Ausbildung

Erzbischof Joseph Cordeiro von Karachi (Pakistan) legte sehr konkrete Vorschläge über die Bildung von „Zentren der liturgischen Erneuerung" vor. Er will sie hauptsächlich in die Klöster derjenigen Orden verlegt wissen, die sich bisher schon um die Liturgie bemühten. Er fordert auch mehr Niederlassungen kontemplativer Orden in den Missionen. In diesen Zentren kann ein Gottesdienst eingeführt werden, der die ganze Gemeinde mit einbezieht und die geeigneten Formen des Gemeinschaftsgottesdienstes entwickelt. In diesen Klöstern besteht dann auch die Möglichkeit, eingehende Studien über Missionsadaptationen der Liturgie auszuführen und die für die Gläubigen notwendigen liturgischen Texte zu erarbeiten. Auch in den Stammhäusern der Missionsgesellschaften soll der liturgische Geist gepflegt werden, so daß er sich im Missionseinsatz auswirken kann. Erzbischof Cordeiro schlägt schließlich die Bildung eines ganzen Netzes von Regional- und Diözesanzentren vor, die in den Missionsgebieten eine große Anzahl von Priestern, Seminaristen und Katecheten in den Dienst der Pastoralliturgie einbeziehen sollen und dadurch eine mächtige Bewegung liturgischer Erneuerung schaffen. Damit wäre die Breiten- und Tiefenwirkung für das geschaffen, was sich als intellektuelle und seelsorgliche Vorhut einer Mission durch die Liturgie auf dieser ersten internationalen Studienwoche sehr lebenskräftig erwiesen hat. Der Heilige Stuhl verfolgt aufmerksam diese Bestrebungen, wie ein Grußtelegramm Kardinalstaatssekretär Tardinis zeigte. Eine Ergebenheitsadresse des Kardinals Gracias begleitete die Schlußresolutionen nach Rom.

Entschließungen

Über das heilige Meßopfer:
1. Das vom Heiligen Stuhl schon einigen Ordinarien in den Missionsländern bewilligte Privileg, nach dem die Gläubigen bei einer Singmesse das Ordinarium (Kyrie, Gloria, Credo usw.) in ihrer Muttersprache singen dürfen, möge auf alle Missionsgebiete ausgedehnt werden. Darüber hinaus ist die Erlaubnis erwünscht, auch das Proprium oder an seiner Stelle entsprechende Gesänge oder Hymnen in der Volkssprache singen zu dürfen.
2. Es ist erwünscht, daß Diakon und Subdiakon (oder der zelebrierende Priester) die Erlaubnis erhalten, Lesung und Evangelium unmittelbar in der Volkssprache und mit dem Gesicht gegen das Volk lesen zu dürfen. Die Anzahl der Schriftstellen in der Sonntagsliturgie sollte so ausgewählt werden, daß die Schätze der Heiligen Schrift etwa im Ablauf von vier Jahren den Gläubigen zugänglicher würden. Die Lesungen und Gesänge der heiligen Messe, die von Diakon oder Subdiakon, vom Chor oder vom Volk gesprochen oder gesungen werden, sollten vom Priester nicht wiederholt werden müssen (vgl. die neue Liturgie der Karwoche).
3. Wenn ein feierliches Hochamt nicht möglich ist — was in den Missionen häufig vorkommt —, so ist es erwünscht,

daß zur Erhöhung der Feierlichkeit der Liturgie einige Zeremonien aus dem feierlichen Hochamt auch bei einer Singmesse erlaubt werden, wie das Mitwirken eines Diakons oder eines Klerikers, der diese Funktion erfüllt, und der Gebrauch des Weihrauchs bei allen Messen, denen Gläubige beiwohnen. Gleicherweise möge es den Bischöfen den Umständen entsprechend gestattet werden, eine Pontifikalmesse mit nur einem Diakon zu lesen.

4. Das sogenannte Gebet der Gläubigen (oratio fidelium) sollte so wiederhergestellt werden, daß gemeinsam mit den Gläubigen in der Volkssprache für die großen Anliegen der Universal- und der Heimatkirche gebetet wird.

5. Es scheint wünschenswert zu sein, Möglichkeiten zu geben, liturgische Feiern wie die Rogationen auf Tage zu verlegen, die der Bischof den lokalen Verhältnissen besser angepaßt findet.

Über das Rituale:

1. Es scheint notwendig zu sein, die Riten der Sakramenten- und Sakramentalienspendung servatis servandis dem örtlichen Brauchtum anzupassen, zuerst durch das Weglassen von Riten und Texten, die in völligem Gegensatz zu den Denkgewohnheiten der einheimischen Bevölkerung stehen.

2. Es ist erwünscht, daß die Rubriken des Rituale ausschließlich die Struktur der Riten bestimmen, in der Ausführung selbst dagegen Bewegungsfreiheit lassen, so daß die Riten durch den Ordinarius den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden können.

3. Segnungen, die dem Wohl der Gläubigen oder der Katechumenen geweiht sind, sollten in der Volkssprache erlaubt sein. Der lateinische Text kann in den Büchern jeweils beigefügt werden.

4. Es ist erwünscht, daß die Ordinarien unter Berücksichtigung der Nöte und Gebräuche der Gläubigen selbst Formen für Segnungen aufstellen und sie dem Heiligen Stuhl zur Billigung unterbreiten können.

5. Der Ritus der Erwachsenentaufe und derjenige der Kindertaufe sollten völlig getrennt werden. Bei der Änderung sollte man Vorsorge treffen, daß der Ritus der Erwachsenentaufe in verschiedenen Etappen nach Art des alten Katechumenates erfolgt. Auch eine geeignetere Form des Exorzismus sollte gefunden werden.

6. Die Spendung der Firmung sollte so erfolgen, daß die christliche Gemeinde, besonders die gefirmten Kinder und ihre Eltern die große Bedeutung dieses Sakramentes besser verstehen.

7. Der Ritus der Eheschließung sollte so verschönert werden, daß diese Feier nicht hinter der sozialen Bedeutung des Aktes zurückbleibt. Zu diesem Zweck kann auch örtliches Brauchtum eingefügt werden entsprechend der Auffassung des Konzils von Trient und den Rubriken des Rituale Romanum VIII, 2, 3. Der Ritus der Eheschließung sollte in die Brautmesse eingefügt werden, wie dies schon im niederländischen Rituale geschehen ist.

8. Lokales Brauchtum sollte auch bei den Beerdigungsriten servatis servandis berücksichtigt werden entsprechend der Beurteilung durch den zuständigen Ordinarius.

Über die liturgische Bildung:

1. Es ist erwünscht, daß Fachleute auf dem Gebiet der Liturgie und der Missiologie ein liturgisches Handbuch zum Gebrauch in den Missionsseminaren und Bildungsstätten der Missionsgesellschaften ausarbeiten.

2. Zeitschriften für Missionare sollten sich stärker mit Pastoralliturgie befassen. Häufige Studientagungen über dieses Thema unter Teilnahme von Fachleuten sind notwendig.

3. Ordinarien und Ordensobere sollten darauf achten, daß auch für die Missionen Fachleute in diesen Fragen herangebildet werden.

4. Pastoralliturgische Zentren sollten in den Missionsländern errichtet werden. Ihre Zusammenarbeit würde sehr erleichtert durch die Errichtung eines Hauptzentrums in den Missionsländern.

5. Es wäre sehr vorteilhaft, wenn einige Missionare zu Konsultoren in der Ritenkongregation ernannt würden. Ferner ist die Entsendung von Fachleuten durch Rom in die Missionsländer erwünscht, die den Missionaren in ihrem liturgischen Apostolat Instruktionen erteilen können.

6. Da die Liturgie vom Worte Gottes abhängt, sollten alle Bemühungen der Bibelübersetzung in die Volkssprachen immer stärker unterstützt werden. Die Gläubigen sollten eine Einführung zu fruchtbarer Schriftlesung erhalten.

7. Es ist erwünscht, daß in den verschiedenen Missionsländern Pastoralhandbücher herausgegeben werden, in denen der Liturgie der gebührende Platz eingeräumt wird.

8. Die Collectanea der Kongregation für Glaubensverbreitung und der sogenannte Syllogus sollten erneut aufgelegt werden, so daß sie den Missionaren zugänglich sind.

(Ein umfassender Tagungsbericht und der Wortlaut der meisten Referate, die auf dieser ersten internationalen Studientagung für Missionsliturgie gehalten wurden, werden im Frühjahr 1960 im Matthias-Grünewald-Verlag, Mainz, erscheinen.)

Die belgischen Bischöfe über das Fernsehen

Entsprechend ihrer Gepflogenheit, im September jeden Jahres über eines der modernen Kommunikationsmittel zu ihren Gläubigen zu sprechen, haben die belgischen Bischöfe am 26. September, dem „Sonntag für Presse, Film und Funk", in einem gemeinsamen Hirtenbrief zum Fernsehen Stellung genommen.

Wird das Fernsehen vernünftig gebraucht, so heißt es in dem Hirtenwort, dann kann es zu einem ungewöhnlichen kulturellen Faktor werden. „Es ist dann eine Quelle des Wahren, Guten und Schönen." Im gegenwärtigen Zeitpunkt lasse das Programm in dieser Hinsicht jedoch noch viele Wünsche offen.

Besondere Beachtung schenken die Bischöfe dem Einfluß des Fernsehens auf das Familienleben. Zunächst stellen sie fest, daß der häufige Gebrauch des Bildschirmes die Aktivitäten der Jugendlichen stark beschneidet, daß er leicht zu einer „passiven Intelligenz" verführt. Die Eltern werden angehalten, für ihre Kinder Programme auszuwählen, die den Anforderungen der von den katholischen Fachleuten erarbeiteten Richtlinien entsprechen. Unzulängliche und für Kinder unangemessene Sendungen sollten nicht einfach abgeschaltet werden, sondern seien als Gelegenheit zu benutzen, die Urteilsfähigkeit und das Gewissen der Kinder zu entwickeln. Die Eltern sollen ebenfalls nicht mit ihrer Anerkennung, aber auch nicht mit ihrer Kritik an den Sendungen zurückhalten und ihre Urteile den katholischen Beauftragten für den Fernsehfunk zugehen lassen, damit auf diesem Wege auf eine gute, saubere Programmgestaltung eingewirkt werden kann. Außerordentliches Lob finden die belgischen Bischöfe für

die sonntäglichen Fernsehgottesdienste. Solche Sendungen seien nicht nur ein willkommener Dienst für die alten Leute und Kranken, die nicht zur Kirche gehen können, sondern sie seien auch ein Mittel, um Abgefallene und „Randkatholiken" zur religiösen Praxis wieder zurückzuführen.

Richtlinien für Stellenbesetzungen an katholischen Schulen in England

Die gesetzliche Neuregelung des freien Schulwesens in England, die ein vernünftiges Entgegenkommen des Staates gegenüber den dauernd steigenden Kosten des Schulbetriebes bedeutet (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 18), machte es den katholischen Bischöfen möglich, nun ihrerseits Maßnahmen zu einer qualitativen Verbesserung des Unterrichts einzuleiten, obwohl anerkannterweise die Leistungen der katholischen Schulen schon bisher keineswegs hinter denen der Staatsschulen zurückgeblieben waren. Eine erste Maßnahme erstrebt die Vereinheitlichung der Lehrereinstellung: Allgemein wird gewünscht, daß bei der Besetzung der Direktoren- und Lehrerstellen an katholischen Schulen nach öffentlicher Ausschreibung bei sonstiger Gleichheit der Bedingungen dem Bewerber der Vorzug gegeben wird, der eine katholische Lehrerbildungsanstalt besucht und schon Berufserfahrungen in katholischen Schulen gesammelt hat. Die Bischöfe wünschen eine feste Regelung, bei der folgende Bedingungen eingehalten werden:

1. Lehrer an freien subventionierten Volksschulen sowie Fachlehrer an freien Berufs- und Sonderschulen des katholischen Schulwesens müssen einerseits die staatlich verlangten Voraussetzungen mitbringen und anderseits sowohl praktizierende Glieder der Kirche sein als auch die nach den Bestimmungen der Hierarchie abgelegte Missio für den Religionsunterricht mitbringen.
2. Offene Stellen an den traditionellen katholischen Privatschulen sollen grundsätzlich jedem katholischen Lehrer offenstehen, der die erforderlichen Voraussetzungen aufweist, die vom besonderen Statut und Charakter dieser Schule gefordert werden.
3. Dauereinstellungen an solchen Privatschulen sollen öffentlich bekannt werden und nach den Einstellungsbestimmungen der staatlichen Gesetze oder den Hausregeln, die mit den staatlichen Gesetzen abgestimmt sind, erfolgen.
4. Dienstleistungen außerhalb des normalen schulischen Dienstbetriebs dürfen keineswegs zu Einstellungsbedingungen gemacht werden.
5. Jede Art persönlichen Beeinflußungsversuchs bei der Bewerbung disqualifiziert den Kandidaten.

Diese Richtlinien lassen klar zwei Tendenzen erkennen: Bei den freien subventionierten Schulen, bei denen Staatsorgane ein Mitspracherecht in der Lehrerbesetzung haben, wird das katholische Element durch die Forderung nach der praktizierenden Mitgliedschaft in der Kirche und nach der Missio verstärkt. Bei den eigentlichen Privatschulen, die in der Lehrerbesetzung frei sind, sollen der freie Wettbewerb, die Kontrolle der Öffentlichkeit und die staatlichen Qualifikationsbestimmungen die Qualität des Lehrkörpers verbessern. Auch dieser Schritt in der englischen Schulentwicklung zeigt, wie bei einer entkrampften Atmosphäre ein leistungsfähiges, pluralistisches Schulsystem in einer modernen Gesellschaft aufgebaut werden kann.

Aus Amerika

Konflikt zwischen Staat und Kirche in Haiti

Einer der seit Jahrzehnten schwersten Konflikte zwischen der katholischen Kirche und einem Staat der Freien Welt ereignete sich im August 1959 in Haiti. Die Vorfälle sind durchaus typisch und werfen ein Licht auf die Zustände in Lateinamerika, wo dem Katholizismus in der Öffentlichkeit ein außerordentlich starker Antiklerikalismus gegenübertritt.

Der Erzbischof und Metropolit von Port-au-Prince (der Hauptstadt der zu 99,95 % aus Negern bestehenden 4-Millionen-Republik), François *Poirier*, erfuhr im Laufe sich zuspitzender Spannungen, daß die Regierung die Ausweisung zweier französischer Priester plane. Es handelte sich um Pater Superior Etienne Grinenberger CSSp, den Rektor der führenden katholischen Schule St. Martial und des Knabenseminars von Port-au-Prince (85 % aller haitianischen Priester stammen aus dieser Anstalt), und um Joseph Marrec, den außerordentlich beliebten Pfarrer von St. Marc (40 000 Seelen), 45 Kilometer von der Hauptstadt. Grinenberger wirkte seit sechs, Marrec seit dreißig Jahren in Haiti; beide sind — wie auch Erzbischof Poirier — französische Staatsbürger.

Erzbischof Poirier forderte die Regierung auf, ihm entsprechend den Bestimmungen des Konkordats von 1860 die Gründe für die beabsichtigte Ausweisung bekanntzugeben. Dies wurde sowohl ihm wie dem Apostolischen Nuntius wie dem französischen Botschafter verweigert.

Am 17. August wurde in der Regierungszeitung „Monitor" der Ausweisungsbefehl veröffentlicht, „zur Aufrechterhaltung der Staatssicherheit und des Friedens im Land". Erzbischof Poirier veröffentlichte am nächsten Morgen einen Hirtenbrief, in dem er gegen die unrechtmäßige Ausweisung protestierte und die Gläubigen zum Gebet für die beiden und für alle anderen Priester des Landes aufrief. Das Hirtenwort wurde in allen Kirchen der Erzdiözese verlesen und in der führenden Tageszeitung des Landes, „La Phalange", veröffentlicht.

Am Nachmittag versammelten sich an die 4000 Personen in der Kathedrale von Port-au-Prince, um für die Priester zu beten. Daraufhin drangen fünfzig bewaffnete Polizisten in das Gotteshaus ein, vertrieben die Gläubigen und nahmen nahezu hundert Personen fest, darunter eine 83jährige Frau. Einige von ihnen wurden geschlagen. Das Kolleg St. Martial und das Ordinariat, wo sich ebenfalls Menschen versammelt hatten, wurden umzingelt; auch hier wurden sechzig Verhaftungen vorgenommen. Viele Gläubige flüchteten in das Innere des Kollegs, das weiterhin abgeriegelt blieb, und verbrachten dort die Nacht.

Haftbefehl gegen den Erzbischof

Am 20. August verließen die ausgewiesenen Priester auf dem Luftweg die Insel. Die hohen Geistlichen aus vier haitianischen Diözesen, die demonstrativ zum Abschied gekommen waren, wurden kurz vor dem Flugplatz aufgehalten und zurückgewiesen.

Am Tag zuvor war Erzbischof Poirier vom Distrikts-Staatsanwalt vorgeladen worden, um sich für seinen Hirtenbrief zu verantworten; er war der Vorladung nicht nachgekommen. Daraufhin erließ der Staatsanwalt einen Haftbefehl, mit dem die Polizei um 10 Uhr vormittags im Erzbischöflichen Palais erschien. Der Metropolit weigerte sich, dem Haftbefehl zu gehorchen, und verwies die

Beamten an die Nuntiatur. Der Geschäftsträger der Nuntiatur (der Nuntius selbst war zu dieser Zeit außer Landes) erklärte auf Anfrage, der Erzbischof habe keine Verbrechen begangen und er (der Geschäftsträger) könne ihm nicht erlauben, auf die Beschuldigungen zu antworten. Der Erzbischof wurde in seinem Palais unter Hausarrest gestellt.
Nachdem die übrigen haitianischen Bischöfe und der Klerus gegen die Regierungsmaßnahmen protestiert hatten, schaltete sich gegen Abend Ministerpräsident Duvalier ein und forderte den Justizminister auf, sich weiterer Aktionen gegen den Erzbischof zu enthalten. Der Haftbefehl wurde aufgehoben. Die Nuntiatur legte bei der Regierung formellen Protest ein.

Kommentare

Der Regierungsrundfunk versuchte der Bevölkerung zu erklären, die Maßnahmen seien zum „Schutz der Staatssouveränität" erforderlich gewesen. Der Haftbefehl stütze sich auf Artikel 185 und 186 des Strafgesetzbuches, die es Geistlichen verbieten, „das Wirken der Staatsautorität zu zensieren oder zu kritisieren".
Nachdem Radio Vatikan und der „Osservatore Romano" scharfe Kommentare veröffentlicht und Exil-Haitianer bereits ein Protestschreiben an Präsident Eisenhower gerichtet hatten, erklärte Staatssekretär Paul Blanchet auf einer Pressekonferenz in Port-au-Prince: „Die Regierung von Dr. François Duvalier hat dem Klerus stets ihre rückhaltlose Unterstützung gegeben; nur Betrüger können das Gegenteil glaubhaft machen wollen... Der Ausweisungsbefehl gegen die beiden Priester mußte erlassen werden, um die geistige Einheit des Landes zu wahren ... Sie verübten ein Werk der sozialen Spaltung und vergingen sich an der Würde des Präsidenten der Republik." Innenminister Jean Magliore berichtete bei der gleichen Konferenz, er habe den Erzbischof vor Monaten vergeblich gebeten, den Seelsorgsauftrag für die beiden Geistlichen nicht mehr zu verlängern. „Die Regierung betrachtet diese Tatsache als eine Provokation. Der Skandal ist also nicht von *uns* gesucht.
Der Bürgermeister von Port-au-Prince schob auf einer Pressekonferenz anläßlich seines Aufenthaltes in New York die Schuld für die Vorfälle auf die französischen Priester. „Nur ein sehr kleiner Teil von ihnen zeigt einen wirklichen Eifer für seine Aufgabe. Die übrigen erkennen bei ihrer Ankunft in Haiti nicht, daß dieses Land keine französische Kolonie mehr ist. Sie wollen die Bevölkerung in einer Art geistigem Kolonialismus halten. Im allgemeinen unternehmen nur die haitianischen Priester und die protestantischen Religionsdiener ernsthafte Anstrengungen, um gegen die alten Aberglauben anzukämpfen." Die französischen Priester seien systematisch gegen die demokratischen Regierungen eingestellt.
Der Sekretär des Präsidenten Duvalier, Clément Bardot, erklärte kurz nach den Vorfällen, die Regierung werde dem Heiligen Stuhl „Beweise" vorlegen, daß sich Erzbischof Poirier „gegen die Regierung verschworen" und „eine unmögliche Lage" geschaffen habe; sie werde um die Abberufung des Erzbischofs ersuchen. Bardot fügte hinzu: Wenn der Erzbischof nicht entfernt werde, werde der Haftbefehl vollstreckt. Spätere Regierungsäußerungen waren dann zurückhaltender.
Der Apostolische Nuntius in Haiti, Domenico Enrici, der sich zum Urlaub in Italien aufhielt und zur Berichterstattung in den Vatikan gekommen war, kehrte am 1. September vorzeitig nach Haiti zurück, um in Verhandlungen mit der Regierung den Konflikt beizulegen. Der Vatikan hat vorläufig keine offizielle Stellungnahme abgegeben.

Haiti

Die fünf haitianischen Bischöfe haben bald nach den Vorfällen einen Protest veröffentlicht und die Regierung angeklagt, „Aufruhr zu provozieren, Furcht zu verbreiten und die menschliche Würde zu verletzen". Am 29. August schrieben fünf angesehene Geistliche in der katholischen Zeitung „La Phalange", das Regime Duvalier wolle die Kirche zum „absoluten Gehorsam" zwingen und bediene sich in dieser Kampagne „totalitärer Taktiken".
Die Geschichte Haitis, das nach blutigen Negeraufständen bereits 1803 (als zweiter Staat Amerikas) vom Kolonialregime frei wurde, ist eines der traurigsten Kapitel der Neuzeit. Die Sklaverei wurde unter den halb- bis dreiviertelschwarzen Herren (Mulatten) schlimmer als vorher unter den weißen. Nationale Mulattenhäuptlinge nahmen den Titel „Kaiser" an und kassierten jährlich 100 000 Goldmark Gehalt. Blutige Kämpfe, Plündereien und Massenauswanderungen folgten, und die blühenden Plantagen (Haiti war Frankreichs wertvollste Kolonie!) verfielen. Nach einer Revolution, bei der Präsident Sam buchstäblich in Stücke zerrissen und 200 Bürger hingeschlachtet wurden, führten die völlig chaotischen Zustände zu einer zwanzigjährigen Besetzung durch die USA (1915/34), deren Einfluß bis heute vorherrscht. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen mit der Kirche sind weniger aus rassischen als aus antikolonialistischen, nationalistischen, etatistischen und antiklerikalen Affekten gespeist. Es wird schon lange angestrebt, den (französischen) Erzbischof durch einen geborenen Haitianer zu ersetzen.
Haiti, das zuletzt 1957 einen Bürgerkrieg erlebte, ist heute ein Militär- und Polizeistaat. Kultusminister ist ein Ordenspriester, Hubert Papailler, der im Sommer 1959 ohne Zustimmung seiner Oberen und der Hierarchie ernannt wurde. Präsident Duvalier gab dabei bekannt, er werde einen Protestanten zum Kultusminister machen, falls der Ernannte seinen Dienst nicht antrete. In dem Kolleg St. Martial, dessen Rektor nun ausgewiesen wurde, haben schon mehrmals politisch Verfolgte Unterschlupf gesucht. Gleichzeitig mit den geschilderten Vorfällen hat die Regierung einen Putschversuch im Südwesten der Insel niedergeschlagen. Ein neues, angeblich kommunistisches Komplott wurde Mitte September aufgedeckt, worauf der Präsident „für die Dauer eines Monats" Generalvollmachten an sich zog.

Aus dem Nahen Osten

Die Wünsche des maronitischen Patriarchen Meouchi für das Ökumenische Konzil

Im Mai dieses Jahres hat der maronitische Patriarch Meouchi seinen ersten Besuch ad limina seit seiner Wahl zum Oberhaupt der maronitischen Christenheit im Jahre 1955 in Rom gemacht. Die Maroniten — die einzige ostkirchliche Gruppe, die keine dissidente Gruppe des gleichen Ritus neben sich hat und seit dem 4. Jahrhundert in ununterbrochener Einheit mit Rom gelebt hat — bilden die größte christliche „Nation" (wie die verschiedenen christlichen Gruppen im

Nahen Osten genannt werden) im Vorderen Orient, und ihr Oberhaupt trägt den Titel „Patriarch von Antiochien und dem ganzen Orient" (was nicht ausschließt, daß Patriarchen anderer morgenländischer Kirchen den gleichen oder einen ähnlichen Titel tragen; vgl. Soziographische Beilage Nr. 10 im 13. Jhg., nach S. 432). Patriarch Meouchi hat bekanntlich eine umstrittene Rolle in den Unruhen im Libanon in den letzten Jahren und besonders 1958 gespielt, da er sich auf die Seite des arabischen Nationalismus gestellt hat. Die maronitischen Patriarchen sind infolge der Verhältnisse, unter denen die Christen seit mehr als tausend Jahren inmitten einer mohammedanischen Umwelt im Vorderen Orient leben, mit politischer Verantwortung beladen worden, die sie zu den eigentlichen Leitern und Führern ihrer „Nation" macht. Msgr. Meouchi glaubt, dieser Verantwortung nur entsprechen zu können, wenn er — wie er selber sagt — „mit dem Strom und nicht gegen den Strom schwimmt", d. h., wenn die maronitischen Christen des Libanon politisch und staatlich mit ihrer arabischen Umwelt zusammengehen.

In Rom wurde der Patriarch, der zunächst die üblichen Besuche bei der Kongregation für die Orientalische Kirche und bei der Staatssekretarie gemacht hatte, von Papst Johannes XXIII. in einer langen Audienz empfangen. Die Dauer der Audienz fiel besonders auf, da der Heilige Vater sich in den ohnedies äußerst angefüllten Pfingsttagen dazu Zeit nahm; er legte die Audienz auf den Abend des 15. Mai. An ihr nahmen auch die maronitischen Bischöfe Anton Khoreiche von Sidon und Petrus Sfair, Titularbischof von Epiphanien in Syrien, der in Rom amtiert, sowie alle in Rom anwesenden maronitischen Kleriker, ungefähr 50 an der Zahl, teil. Anschließend an diesen ersten Besuch in Rom reiste der Patriarch nach Frankreich und Spanien weiter und begab sich dann vor seiner Heimreise nochmals nach Rom, um am 11. Juni aus der Hand des Papstes das Pallium entgegenzunehmen. Er war dann nochmals zu einer langen Aussprache beim Papst. In diesen Audienzen sind offenbar alle Probleme der mit Rom vereinten Kirchen des Vorderen Orients, wie überhaupt die Stellung der Ostkirchen gegenüber der lateinischen Kirche besprochen worden, Fragen, die Papst Johannes sehr am Herzen liegen.

Nach seiner Rückkehr nach dem Libanon am 14. Juni hat der maronitische Patriarch Mitte August einen Hirtenbrief an seine Gläubigen gerichtet, in dem er die verschiedenen Hauptprobleme der maronitischen Christenheit behandelt, so wie sie sich ihm nach seiner Reise nach Rom und nach Frankreich und Spanien darstellen. Der erste Teil dieses Hirtenbriefes behandelt die Anliegen der maronitischen Kirche im Hinblick auf das Ökumenische Konzil. Die beiden anderen Teile sind mehr politischer Art und stellen die Lage des Libanon gegenüber Frankreich und gegenüber den arabischen Ländern dar. In dem ersten Teil dankt der Patriarch zunächst dem Heiligen Vater und den römischen Kongregationen. „Nichts wird dort aus Leidenschaft gemacht, nichts bleibt ungeprüft. Alles ist von äußerster Genauigkeit und Objektivität. Es ist einer der Aspekte der römischen Größe, daß man sich dort zwar immer auf der Ebene der Prinzipien bewegt, aber zugleich den wandelbaren Wirklichkeiten des Tages nahe, ganz nahe bleibt . . ." Über seine Unterhaltung mit Papst Johannes schreibt er, der Papst habe ihm gesagt: „Wir wünschen, daß die orientalischen Kirchen ihren Ritus, ihre Sprache, ihre Traditionen und ihre Vorrechte eifersüchtig bewahren." Es heißt dann in dem Hirtenschreiben weiter:

„Seine Heiligkeit ist sich vollkommen klar darüber, daß jede unserer orientalischen Kirchen um ihr Patriarchat zusammengeschlossen ist, von diesem ihre Einheit und Handlungsfähigkeit erhält und von ihm in allen religiösen und weltlichen Angelegenheiten bei den Regierungen und den Völkern vertreten wird, die ihrerseits häufig allein die Patriarchate als für diese Kirchen verantwortlich betrachten. Sollte es daher nicht möglich sein, daß die Beziehungen dieser Kirchen zum Heiligen Stuhl entsprechend der Lage einer jeden von ihnen und zugleich im Rahmen der Einheit der Kirche verstanden und geregelt werden könnten, wie es ihr göttlicher Gründer gewünscht hat? Man erwartet, daß das künftige Konzil diese Besonderheiten mit der Sorgfalt, die sie verdienen, untersucht.

Wir haben unsererseits dem Heiligen Vater versichert, daß die Maroniten, die mit dem Heiligen Stuhl bereits durch eine so lange Überlieferung verbunden sind, alles, was in ihren Kräften steht, tun werden, um mitzuhelfen, daß die Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden, die die Einigkeit zwischen Osten und Westen verhindern. Wir sind heute bereits davon überzeugt, daß ihr, geliebte Söhne, mit der gesamten Kirche eure flehentlichen Gebete für das Gelingen dieses Konzils erheben werdet, auf daß ‚eine Herde und ein Hirte werde' nach dem Worte unseres Herrn selber (Joh. 10, 16)."

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die Kritik, die der zuletzt veröffentlichte Teil des Orientalischen Kirchenrechts, noch unter Papst Pius XII., beim griechisch-unierten Patriarchat von Alexandrien gefunden hat, worüber wir im November vorigen Jahres berichtet haben (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 84 ff.). Die mit Rom vereinten orientalischen Kirchen sind sich ihrer Würde und ihrer großen alten Tradition wohl bewußt; sie hoffen auch, als Brücken zu den nichtkatholischen Christenheiten dienen zu können; aber sie haben ihren richtigen Platz innerhalb der Gesamtkirche und gegenüber der lateinischen Kirche noch nicht gefunden.

Aus den Missionen

Daß das Weihnachtsfest in Asien und Afrika seinen wahren Sinn bewahre und die Völker zur vollen Erkenntnis Christi führe. Missionsgebetsmeinung für Dezember 1959

Um die Weihnachtszeit mehren sich in unserer Kirchenblatt- und allgemeinen religiösen Kulturpresse von Jahr zu Jahr die Artikel, die sich mit der Entseelung, Verkitschung und Kommerzialisierung der äußeren Feier des Weihnachtsfestes befassen und die Verfälschung der Symbolik eines der höchsten Feste des Kirchenjahres beklagen. Unsere Seelsorge steht in einem schweren Kampf, um das immer fühlbarer werdende Einströmen des Säkularismus in die Intimsphäre der christlichen Weihnacht und die damit verbundene Zerstörung hoher religiöser und erzieherischer Werte abzuwehren.

Seitdem nun die westliche technische Zivilisation mit ihren Veräußerlichungstendenzen die ganze Erde erobert, werden auch die jungen Missionskirchen immer stärker von den gleichen Gefahren bedroht, denen die christliche Weihnachtsfeier in den sog. altchristlichen Ländern westlicher Kultur ausgesetzt ist, da die säkularisierte Weih-

nachtsfeier mit der technischen Zivilisation verbreitet und von wirtschaftlich interessierten Kreisen Asiens und Afrikas übernommen wird. Der innere Sinn des Weihnachtsfestes wird dabei von den nichtchristlichen Massen überhaupt nicht verstanden.

Diese Entwicklung trifft die Missionskirchen um so härter, als sie meist kleine Minderheiten im Volksganzen darstellen, sämtlich noch um die Kulturakkommodation ringen und seit jeher das Fest der Geburt des Welterlösers in der Atmosphäre des heidnischen Alltags begehen müssen, der ein Arbeitstag wie jeder andere ist. Jeder ernsthafte Versuch, aus der Weihnachtsfeier der kleinen Missionsgemeinden heraus den Sinn dieses Festes auszustrahlen und seinen Sinngehalt apostolisch wirksam werden zu lassen, wird durch diese Atmosphäre des heidnischen Alltags beeinträchtigt. Die Missionare haben schon immer über diese Schwierigkeiten berichtet. Ihre Aufgabe wird aber um ein Vielfaches erschwert, wenn das säkularisierte Weihnachtsfest des Westens schon in der Adventszeit gleichsam gegen die Christengemeinden anbrandet und dem Austritt der Weihnachtsbotschaft aus dem Kirchenraum heraus den Weg versperrt. Besonders traurig ist dabei, daß die Umgestaltung des Weihnachtsfestes zu einem Vergnügungs- und Geschäftsrummel durch aktive Mitwirkung der Europäer und Amerikaner, zum mindesten aber durch ihr Vorleben eines verweltlichten Weihnachtsfestes, außerordentlich erleichtert wird. Die große Masse der westlichen Menschen, die im Kolonialzeitalter in den Missionsländern Fuß faßten, waren bzw. sind keine praktizierenden Christen. Die wenigsten von ihnen besuchen — aufs große ganze gesehen — die Weihnachtsgottesdienste, mögen sie auch zu Hause noch ererbte Weihnachtsbräuche der Heimat ihrer Väter pflegen, die übrigens immer mehr verflachen. In den Städten der heidnischen Welt rücken sie zwar zu Weihnachten näher zusammen. Das gleiche gilt in besonderem Maße für jene Gebiete (etwa Afrikas), wo die Weißen in Streusiedlungen als Farmer wohnen und gerade in diesen Tagen eine seltsame Unruhe in ihren Seelen verspüren. Diese „Christmas-Parties" sind aber rein gesellschaftliche Begegnungen, die allzuoft mit Tanzvergnügen verbunden sind. Kann es für die scharf beobachtende heidnische — oder auch von Neuchristen gebildete — Umgebung einen wirksameren Ansporn geben, solche Beispiele nachzuahmen und dabei die Veräußerlichung des Weihnachtsfestes noch zu steigern und zu vergröbern? In den Tropen kommt hinzu, daß die klimatischen Bedingungen das Heraustreten des Weihnachtsfestes aus der Stille des Heims außerordentlich erleichtern. Die Kommerzialisierung des Weihnachtsfestes im Westen ist den Asiaten und Afrikanern ebenfalls nicht entgangen, nachdem sie in immer stärkere Berührung mit unseren Lebensformen kamen. Von den Kaufleuten und Reklamefachleuten des Westens angeleitet und unterstützt, suchen ihre Handelsfirmen das Fest bei sich zu Hause heimisch zu machen, um ihren Absatz zu steigern. Sorgfältig pflegen sie die Geschenkpsychologie des christlichen Weihnachtsfestes, zumal man hier über die Wünsche des Kindes das Geld der Erwachsenen zum Rollen bringen kann.

Das Musterbeispiel Japan

Wo immer unser Thema in einer umfassenden Sicht betrachtet wird, fehlt das klassische Beispiel „Japan" nicht. Dieses asiatische Land hat am ersten und entschlossensten die westliche Zivilisation übernommen, während sich seit den Zeiten Franz Xavers das Christentum um seine Gewinnung bemüht. Die Christen feiern Weihnachten seit jenen Zeiten mit wahrhaft religiöser Innerlichkeit. Im modernen heidnischen Japan aber ist es zu einem Volksfest geworden, dessen wahren Sinn man nicht versteht. „Was Christmas (abgekürzt Xmas) wirklich ist, weiß niemand so recht. Keiner fragt nach dem Sinn. Keiner erklärt ihn. Es ist ein unbekanntes ‚X'. Christmas ist eine Zeit für die Festlichkeiten des Jahresendes, eine wirklich gute Zeit für das Geschäftsleben, eine Zeit, Geld auszugeben und zu gewinnen, Sake (Reiswein) zu trinken und ‚Silent Night' zu singen. Schon am Eingang der großen Geschäfte stehen als ‚Father Christmas' gekleidete Männer (und sogar Frauen), die ihre Werbeplakate schwingen und die Gunst der Käufer zu gewinnen suchen oder den Kindern Luftballons aushändigen." So der Japan-Missionar P. C. Tassinari (Missionary Bulletin, Tokio 1957, Nr. 10).

Anfang November schon beginnen die Weihnachtsplanungen der Warenhäuser. Weihnachtsmänner ziehen ab Mitte des Monats werbend durch die Straßen. Allmählich folgen auch die kleineren Geschäfte mit der Weihnachtswerbung, vor allem durch ihre oft sehr geschmackvollen Auslagen. Jedes Paket wird mit imitierten Stechpalmzweigen geschmückt, deren Herstellung einer ganzen Industrie Verdienstmöglichkeiten gibt. Um die Mitte des Monats November starten die Bars und Kabaretts ihre sog. Christmas-Parties, die von Anfang Dezember an Nacht für Nacht stattfinden. Die schon vor dem zweiten Weltkrieg wachsende Beliebtheit des Weihnachtsfestes hat sich seither dauernd gesteigert, und es stellt mancherorts schon die Feier des Neujahrsfestes in den Schatten, mit dessen Bräuchen es immer mehr zusammenwächst. Stellenweise nimmt der Christmas-Rummel geradezu Karnevalscharakter an. Millionen sind am Tage vor Weihnachten in Tokio auf den Beinen. Verkehrsstockungen sind unvermeidlich. Die Zahl der Betrunkenen, der in den Geschäftsvierteln verlorengegangenen Kinder, der wirtschaftlichen Zusammenbrüche wegen hemmungsloser Verausgabung der Mittel ist in Japans Hauptstadt wohl zu keiner Jahreszeit größer als zur Weihnachtszeit. Am 4. Januar 1958 gab die Agenzia Fides (Rom) ein Stimmungsbild über das Weihnachtsfest 1957 in Tokio. Es heißt darin: „In den Geschäftsstraßen, den Vergnügungsvierteln und den großen Department-Stores wird eine gewisse Atmosphäre durch Musik, besser gesagt, amerikanische Ritornells, geschaffen. Überall ertönt das sentimentale ‚I'm dreaming of a white Christmas'. Die ausländischen Besucher sind fast betroffen ob des kommerziellen und profanen Aspekts des Festes, wie es sich in den Hauptverkehrsstraßen darbietet. So wird Santa Claus dargestellt, wie er in einem Sputnik mit der Hündin Laika, den Engeln und weiblichen Abwandlungen des Santa Claus, um nicht zu sagen: kaum bekleideten Frauen, vom Himmel herabsteigt. Sehen wir darin keine schlechten Absichten, vielmehr eher das Fehlen der elementarsten religiösen und sittlichen Kenntnisse. Unsere Christen sind darüber beschämt."

Die völlige Lösung des säkularisierten Weihnachtsfestes von seinem ursprünglichen Inhalt führt zu drolligen Mißverständnissen. Vom Weihnachtsfest 1954 in Tokio berichtete die gleiche Agenzia Fides, daß ein Mann in der Heiligen Nacht beim Anblick einer hellerleuchteten katholischen Kirche in den Ruf ausbrach: „Sieh da! Selbst

die Kirche feiert Weihnachten." — Ein Japanreisender machte folgende Beobachtungen: Zwei Japaner betrachteten die im Schaufenster eines Geschäftes aufgestellte Krippe mit dem Jesuskind. Der eine fragte den anderen: „Was bedeutet dieses Kinderspielzeug?" Darauf der andere: „Es ist kein Spielzeug für Kinder, sondern jener Christus, den wir im Kino sahen." Kurze Zeit später hörte der gleiche Reisende folgendes Gespräch: „Alle die Dinge (Jesuskind, Krippe, Maria und Joseph), die wir zur Weihnachtszeit gesehen haben, sind schön. Aber ich verstehe nicht, warum auch die katholische Kirche solche Mißbräuche mitmacht." Zustimmend erwiderte der andere: „Durchaus auch meine Meinung. Religiöse Organisationen dürften solche profanen Gebräuche nicht zulassen" (Streven, II [1958], S. 475).

Im Jahre 1956 führte ein Japaner in einem Weihnachtsbeitrag der „Japan-Times" die Ausbreitung der Feier des Weihnachtsfestes im nichtchristlichen Japan zum Teil auf amerikanischen Einfluß zurück. Das ist für die Zeit nach dem Kriege unbestreitbar. War doch das von den USA besetzte Japan stärkstem amerikanischem „Kultureinfluß" unterworfen. Selbst gebildete Japaner sahen amerikanische Demokratie, Lebensart und Religion (Christentum) als eine innere Einheit an. Wenn man also für Demokratie amerikanischer Prägung war, mußte man auch amerikanisches Brauchtum übernehmen, wie es sich äußerlich darbot. So kam es zur Pflege des Santa-Claus- und Business-Weihnachten der amerikanischen Öffentlichkeit, während Geist und Praxis der kirchlichen Weihnachtsfeier amerikanischer Christen weithin unbekannt blieben. Zweifellos haben amerikanische Besatzungstruppen und Zivilisten gerade zu Weihnachten stets in großem Maßstab Kinder und Arme in Japan beschenkt, um zu dokumentieren, daß Weihnachten ein Fest schenkender Liebe sei. Aber der letzte und tiefste innere Grund für die Betätigung dieser Caritas blieb den Japanern verborgen, zumal er auch der säkularisierten Öffentlichkeit der USA immer mehr aus dem Bewußtsein entschwunden ist. Selbst wenn Santa Claus vermittels eines Hubschraubers der US-Armee, mit Geschenken reich beladen, auf japanische Waisenhäuser vom „Himmel" hernieder schwebte, wurde dadurch der Sinn christlicher Weihnachten um nichts deutlicher. Höchstens war diese Art, den „Himmel" mit der Erde in Verbindung zu bringen, für die so lange mit Mythologien genährte Seele der heidnischen Japaner Anlaß, den Santa Claus in den eigenen Mythenhimmel heraufzuheben und entsprechend zu werten. Es bestand so für die Psychologie der Japaner keine Schwierigkeit, den Santa Claus oder den Father Christmas mit Symbolen der eigenen Mythologie zu umgeben, auch nicht, ihn als Werbefigur zur Erhöhung des Umsatzes der Geschäfte zu verwerten, nachdem die alten Mythologien in den Volksmassen kaum noch geglaubt werden. Der innere Prozeß der Säkularisierung, der zur Verweltlichung des Weihnachtsfestes in der westlichen Welt führte, hat in Japan seine Parallele, und er hat die Umdeutung der Symbole des christlichen Weihnachtsfestes ungemein erleichtert.

Das Business-Weihnachten der Japaner ist eine genaue Kopie des amerikanischen Vorbildes. Am 1. November beginnt in den Vereinigten Staaten die Vorbereitung der Weihnachtsaktion der Warenhäuser. Am Danksagungstag (4. Sonntag im November) eröffnet die Reklame den Angriff auf die „Kind"-Psychologie. Fast einen Monat lang erscheinen nun in den Zeitungen die „Christmas-Botschaften", die über das Kind die Eltern zu erreichen suchen. Nichts wird übersehen, um die Kauflust in dieser Jahreszeit, die sonst keine geeigneten Anknüpfungspunkte für die Geschäftswerbung bietet, anzustacheln, und der Santa Claus ist das Symbol und Idol der Geschäftsweihnachten. Der Widerstand der christlichen Kirchen ist hier machtlos. Der Einfluß der bohrenden Geschäftsreklame läßt weder Kirche noch Heim, noch Schule unberührt. „Christmas, das Geschäfts-Christmas, ist nicht länger mehr ein christliches Fest. Seine Beobachtung besteht in der Überreichung von Geschenken an Freunde und Kinder. Es hat Juden, Mohammedaner, Agnostiker und Atheisten in seinen Sog hineingerissen, und Santa Claus ist das Symbol des neuen Weihnachten." So schrieb schon am 26. Dezember 1931 die katholische Wochenschrift „America".

Das „Business-Christmas" breitet sich auch in den übrigen nicht unter kommunistischer Herrschaft stehenden Ländern Fernasiens aus, vornehmlich in den Küstenstädten, aber auch in weiter zurückliegenden Großstädten. Es seien hier Seoul, Saigon, Hongkong, Singapore, Manila genannt. In Afrika sind vor allem die Städte mit ansehnlicher weißer Bevölkerung (hier ist besonders die Südafrikanische Union zu nennen) von der Entwicklung betroffen. Eine neue Erscheinung wird im Schwarzen Afrika sichtbar. Die heidnischen und halbchristlichen Sekten vermischen westliche (besonders kirchliche) Weihnachtsbräuche mit altheidnischem Brauchtum und führen so in ihrer Art die Synthese afrikanischer und westlicher Kultur herbei, die dem allgemeinen Trend der Kulturentwicklung des Erdteils entspricht. So wird dort die Feier des Weihnachtsfestes eher ein Mittel zur Förderung des religiösen Indifferentismus und sogar der Erneuerung des alten Heidentums als zu einer Verbreitung des Glaubens an den menschgewordenen Gottessohn. Der Kommunismus aber sieht in den unter westlichem Einfluß stehenden Ländern Asiens und Afrikas die Profanierung des Weihnachtsfestes nicht ungern, fördert sie sogar im Schwarzen Afrika, weil sie dem Materialismus die Wege ebnet.

Anlaß zur christlicher Selbstbesinnung

Das „Missionary Bulletin" in Tokio veröffentlichte in der Dezembernummer 1958 einen Aufsatz, der den Titel trug: „Skeptische Betrachtungen zum japanischen Weihnachtsfest", der aus einer in Japan erschienenen Publikation englischer Sprache übernommen wurde. Dort heißt es: „In Japan muß der Brauch der Feier des Weihnachtsfestes mit der Dampfmaschine, dem Telegraphen, der Doppelten Buchführung und anderen Neuerungen des Westens Eingang gefunden haben. Nach Professor Toynbee kann man das äußere Drum und Dran einer Zivilisation nicht übernehmen, ohne etwas von ihrem Geist in sich aufzunehmen. Stimmt dies, so ist Weihnachten eine geistliche Sache und nicht gerade eine Frage des Weihnachtsbaumes . . ." Der Verfasser gibt dann ein plastisches Bild des säkularisierten japanischen Christmas und fährt fort: „Worin besteht nun das ganze Geheimnis des japanischen Weihnachten? Wenn selbst eine Dampfmaschine den Geist der Zivilisation, die dahinter steht und von der man annehmen darf, daß sie die der Christenheit ist, mit sich führen kann, um wieviel mehr müßten Christbäume und die gesamte Übernahme der äußeren Formen von Weihnachten dies bewirken. Und die Japaner müßten, in hochherziger Gesinnung dem Anruf folgend, alle Christen geworden sein. Nun gut, gehen Sie zur nächsten christ-

lichen Kirche — an sich schon ein schwieriges Problem — und fragen Sie den Missionar, ob dies der Fall ist . . ."
Neben die Selbstkritik trete die Kritik von draußen: Vor etlichen 25 Jahren weilte ein deutscher Priester am 25. Dezember in Dacca (Bengalen). Im Missionshaus reichte man ihm die Zeitungen des Vortages, in denen Hindus mit scharfen Worten die leeren Äußerlichkeiten des Christfestes im sog. christlichen Abendland geißelten. In einem dieser Aufsätze stellte der Verfasser das ganze unchristliche Getue am Weihnachtsfest in Gegensatz zum wirklichen Christentum, wie es „unser Christus, der ja ein Asiate war", gepredigt und vorgelebt hatte. „Es war Christi Mißgeschick", so fährt der Schreiber fort, „daß seine Lehre in westliche Hände fiel und entstellt wurde. Westlicher Ungeist hat unheilvoll an ihr herumgedrechselt. Und im Leben der Christen wurde Wesentliches zur Äußerlichkeit. Welchen Wert hat noch ein Christenleben, wenn es dem schönen Einband des Buches gleicht, dessen Inhalt die weißen Ameisen zu Staub gemacht haben! Wenn der Geist ausgezogen ist, dann ist alle Religion nur noch Possenspiel und nichts mehr." Und ein anderer Hindu schrieb: „Der Brunnen der Liebe scheint in Europa ausgetrocknet zu sein. Die Herrschaft Christi wurde durch die Herrschaft des Götzen Moloch ersetzt, dem Menschen geopfert werden" (Heinrich Goertz, Missionar auf tausend Straßen, Pfeiler-Verlag, Rottenburg 1959).

„Bringt Christus zurück ins Weihnachtsfest!"

Die Missionskirche ist allmählich zur vollen Erkenntnis der Gefahren erwacht, die dem religiösen Leben ihrer Christen und der Ausbreitung des Evangeliums in Asien und Afrika durch die „Internationalisierung" des verweltlichten Weihnachten drohen. Wird doch hier die fundamentalste Wahrheit des Christentums verdunkelt, verfälscht und entehrt. Man geht das Problem gleichzeitig von zwei Seiten an, indem man die Verinnerlichung des Weihnachtsfestes in Kirche und Familie fördert und die Christen anleitet, die Frohbotschaft dieses Tages auch nach außen in die heidnische Umwelt zu tragen, aber auch indem man sich der modernen Mittel der Ideenwerbung bedient, um die Öffentlichkeit über den wahren Sinn des Weihnachtsfestes aufzuklären. Im Kirchenraum wird Weihnachten in den Missionen oft infolge der Umstände allzu nüchtern begangen. Auch der katechetische Wert der Liturgie ist nicht genügend erkannt, bzw. man glaubt, ihn nicht genügend auswerten zu können, solange nicht eine stärkere Akkommodation der Liturgie gestattet wird. Die immer mehr an Kraft und Tiefe wachsende missionsliturgische Bewegung hat hier ein dankbares Arbeitsfeld. In Gebieten, in denen die christliche Weihnachtsfeier am stärksten der Gefahr der Säkularisierung ausgesetzt ist (z. B. Tokio und Hongkong), wird die Mitternachtsmesse mit größter Feierlichkeit begangen und auch Erwachsenentaufen sowie Erstkommunionen damit verbunden. Der Entwicklung paraliturgischer Weihnachtsbräuche, der beim jetzigen Stand der Liturgiefrage gerade in den Missionsländern so große Bedeutung zukommt, müßte noch mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, zumal man damit auch die Heiden beeindruckt, deren religiöse Feste im Vergleich zu der Gottesdienstgestaltung der Christen oft soviel farbiger und brauchtumsreicher sind und auch die gesellschaftliche Umwelt in ihren Bann ziehen.
In Korea und Südvietnam ist man zu Weihnachten auf die Straßen gegangen, ließ sie mit Triumphbogen schmücken und führte dann das Krippen-Kindlein in feierlicher Prozession durch die Gemeinden. Zur Vorbereitung dieser äußeren Feier wurden Flugblätter mit der Erklärung der christlichen Weihnacht verteilt, Einladungen an die Heiden zur Teilnahme an der Prozession brieflich gesandt, Krippen in den Geschäften ausgestellt usw. P. Parrel, der Leiter dieser Aktion in Vietnam, die auch in Indien katholischerseits weithin bekannt gemacht wurde, berichtet, daß sie die Christen aus ihrer Stumpfheit aufweckte und der ganzen Gemeinde einen neuen Antrieb zur Teilnahme am Apostolat vermittelte. In Dalat erreichte man auf diese Weise, daß sich 500 meist neuchristliche Familien verpflichteten, das Jahr hindurch eine ihnen bekannte heidnische Familie christlich zu beeinflussen. Auch die Caritasgesinnung der Katholiken gegenüber den Heiden wurde zu Weihnachten neu belebt. Nur wenn man draußen Weihnachtsatmosphäre schafft, so sagt P. Parrel, kann man den Heiden die Bedeutung des Weihnachtsfestes nahebringen. In Japan hat die Mission stellenweise den erfolgreichen Versuch gemacht, die heidnische Bevölkerung in große Säle einzuladen, um ihr eine christliche Weihnachtsfeier zu zeigen. Darüber hinaus ist die Kirche vor allem in Japan dazu übergegangen, systematisch zu Weihnachten aufklärende Flugschriften über den Sinn des Weihnachtsfestes zu verbreiten, Weihnachtsplakate anzubringen und vor allem den Rundfunk, der für Weihnachtssendungen gerne ausreichend Sendezeiten zur Verfügung stellt, zu benutzen. Man lernte dabei aus den Methoden der Londoner Aktion „Bringt Christus in das Weihnachtsfest zurück" und benutzte zum Teil auch ihr Material. In Vietnam, Korea und auf Formosa ist man ebenfalls zu ähnlichen „Christmas-Campaigns" übergegangen.
Da in Südafrika die Verformung des Weihnachtsfestes unter dem Einfluß der weißen Bevölkerung sehr ausgeprägt ist, machen katholische Organisationen dort alljährlich besondere Anstrengungen, vor allem durch Weihnachtsplakate, die in den Geschäften oder (in Großformat) an den Außenflächen von Häusern angebracht werden, um an den wahren Sinn der Weihnacht zu erinnern. Die Unkosten werden durch Verkauf von Weihnachtsbriefmarken und -karten gedeckt. Als zu Weihnachten 1957 der Christmas Stamp Fund eine Weihnachtsbriefmarke Marias mit dem Kinde zeigte, liefen die holländisch-reformierte Kirche und die protestantischen Vereinigungen des Landes dagegen Sturm, weil hier angeblich katholische Symbole verwandt würden. Schließlich mußten die Briefmarken auf Verlangen der Gattin des Generalgouverneurs E. G. Jansen zurückgezogen werden! Wenn doch die Dutch Reformed Church einen ähnlichen Eifer in Bekämpfung antichristlicher Weihnachtssymbole zeigte!
Das Hineintragen christlicher Weihnachtssymbole in die heidnische Welt ist nicht frei von Gefahren. In Amerika sind manche christliche Kreise nicht unglücklich, daß der Santa Claus das Christkind verdrängte: „Dank dem Santa Claus bleibt der Platz des Christkindes da, wohin er gehört, in der Krippe der Kirchen und in den Herzen der Gläubigen. Dank dem Santa Claus geht die kommerzielle Befleckung am Stall von Bethlehem vorbei . . . Man schaudert bei dem Gedanken, was geschehen würde, wenn das Christkind als Symbol der Geschäftsreklame das Santa-Claus-Plakat verdrängte, das zur Wiederbenutzung im nächsten Jahr zusammengefaltet wird, wenn die Feier-

glocke des Heiligen Abends das Ende der Weihnachtssaison der Warenhäuser ankündigt" („America", 26. 12. 31). In den Missionen ist die Ausstellung von Weihnachtskrippen zu einem Teil der Aktion zur Verchristlichung des Weihnachtsfestes geworden, und die Geschäfte der Heiden stellen sie recht gerne aus. In Tokio haben selbst große Warenhäuser recht geschmackvolle Krippenausstellungen gemacht, in einem Falle sogar unter gleichzeitiger wahrheitsgetreuer Erklärung des Weihnachtsgeheimnisses. Aber man müßte „schaudern", wenn heidnischer Synkretismus, vereint mit heidnischer Geschäftsreklame, dem „Father Christmas" oder dem „Santa Claus" auch das Jesuskind beigesellte.

Im Kampf gegen die Entseelung des Weihnachtsfestes in Asien und Afrika findet die Kirche heute manchmal unerwartete, aber dankbar angenommene Hilfe in der heidnischen Tagespresse. Echt religiös empfindende Menschen, Künstler und Schriftsteller drücken ihren Abscheu über die Banalisierung des Weihnachtsgeheimnisses der christlichen Kirche aus. In der „Japan-Times" erschien Weihnachten 1957 ein Artikel „Geschäfts-Christmas", der die Forderung stellte, entweder solle man den religiösen Geist des Festes erneuern oder die Feier den christlichen Ländern überlassen, wohin sie gehöre.

Wenn man die Aktionen zur Rettung des christlichen Charakters des Weihnachtsfestes in den Missionsländern studiert, fällt einem die geringe Zusammenarbeit der christlichen Kirchen bei der Einwirkung auf die Öffentlichkeit auf. Und doch wäre hier ein Arbeitsfeld, auf dem sich alle Missionskirchen zusammenfinden könnten und müßten, die sich zum menschgewordenen Gottessohn bekennen. Dieser Kampf kann natürlich nicht allein in den Missionen geführt werden. Die Wurzel des Übels liegt in jener Zivilisation, in der das Weihnachtsfest seine Gestaltung erhielt. Letztlich kann nur die Rechristianisierung des vermaterialisierten Weihnachtens der westlichen Welt das Anliegen der Missionsgebetsmeinung für Dezember 1959 zum vollen Erfolg führen.

Der Hunger in der Welt: Die sozialen Auswirkungen der Industrialisierung in Indien und Pakistan

Eines der schwerwiegendsten Probleme, das die Industrialisierung in Asien, Afrika und Lateinamerika aufwirft, sind ihre Folgen für den Menschen. So wie der Übergang von der agrarisch-statischen Wirtschafts- und Gesellschaftsform in eine stärker dynamisch-industrielle für die europäisch-westlichen Gesellschaften sich nicht reibungslos vollzog, sondern vor allem im 19. Jahrhundert zu schweren Deformierungen der gesunden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung führte, so ist damit zu rechnen, daß eine rasche Industrialisierung der bislang rein landwirtschaftlich orientierten Wirtschaften der großen Entwicklungsländer nicht ohne nachteilige Folgen für den einzelnen Menschen wie auch für die Sozialverfassung bleiben wird, in denen bisher die Menschen dieser Kontinente relativ gesichert, wenn auch — in wirtschaftlicher Hinsicht — äußerst primitiv dahinlebten. Die Meinung, die sich zunächst aufdrängen könnte, wenn man die mit Sicherheit eintretenden Gefahren für den Sozialkörper jener Länder und Kontinente am liebsten verhindert sehen möchte, die Entwicklungsländer sollten doch zunächst ihre Landwirtschaften weiterentwickeln und auf eine Industrialisierung verzichten, ist jedoch falsch. Wir haben (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg, S. 582) bereits darauf hingewiesen, daß eine weitere Rationalisierung der einheimischen Landwirtschaften nur mit Hilfe einer Teilindustrialisierung möglich ist, ferner — was bedeutsamer ist — daß die Landwirtschaften der Völker Asiens nicht in der Lage sind, noch mehr Menschen als bisher Arbeit und Brot zu sichern, daß vielmehr ihre Landwirtschaften erst volkswirtschaftlich rentabel werden können, wenn Menschen aus ihr abgezogen werden. Die außerordentlich hohe Fruchtbarkeit all dieser Völker fordert von den Staatsmännern Asiens, daß sie so rasch wie möglich neue Arbeitsplätze für die in das Berufsleben Eintretenden bereitstellen. Das ist aber nur auf dem Wege der Industrialisierung der Volkswirtschaften möglich. Schließlich *wollen* diese Völker die Industrialisierung, weil sie ihnen allein Wohlstand und soziale Sicherheit verspricht. Auch wenn diese Annahme falsch sein sollte, so haben die europäischen Völker nicht das Recht, ihnen diesen Weg der „Entwicklung" unmöglich zu machen.

Niemand bestreitet heute ernstlich, daß die Überwindung des Hungers in all diesen Ländern ohne Industrialisierung möglich sein könnte. Niemand zweifelt auch daran, daß diese Umstellung mit schweren Gleichgewichtsstörungen für die dortigen Wirtschaften, und — was noch schwerer wiegt — die traditionellen Gesellschaftsverfassungen verbunden sein wird. Worauf es ankommt, ist, die nachteiligen und gefährlichen Folgen, die dieser Umwandlungsprozeß mit sich bringt, so gering wie möglich zu halten, damit die Gesamtexistenz jener Völker, ihre Freiheit und Unabhängigkeit, aber auch die Substanz ihrer sittlichen und kulturellen Werte nicht zerstört wird.

Diese Aufgabe ist jedoch nur dann einigermaßen zu erfüllen, wenn der Prozeß der Industrialisierung ständig unter Beobachtung steht. Und zwar nicht nur unter der Beobachtung und Kontrolle der Wirtschaftler und Techniker, die dies im Rahmen ihrer Planungsaufgaben in fast allen Entwicklungsländern unausgesetzt tun, sondern auch von jenen Wissenschaftlern und Experten, die in der Lage sind, die primären und sekundären Auswirkungen dieser wirtschaftlichen Entwicklung auf den Menschen und die Sozialverfassungen festzustellen und zu bewerten. Das sind zwei gänzlich unterschiedliche Aufgaben, die beide wahrgenommen werden müssen, wenn das Werk der Entwicklung den Völkern in Asien, Afrika und Lateinamerika wirklich dienen soll.

Diese zweite Aufgabe ist bisher fast überhaupt noch nicht in Angriff genommen worden. Wohl werden an einzelnen, neu entstehenden Schwerpunkten der Industrialisierung, vor allem in Afrika, auch von den Technikern und Wirtschaftsfachleuten immer wieder Veränderungen der Lebensgewohnheiten der Einheimischen, die sich für diese Arbeiten zur Verfügung stellen, festgestellt. Aber diese Feststellungen sind rein impressionistischer Art, Ergebnisse des Augenscheins, entbehren der Systematik und auch der Methode. Allenfalls auf dem Gebiete der Binnenwanderungen, die als Folge der Industrialisierung in Afrika aufgetreten sind, existieren bescheidene Statistiken (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 409).

Die Frage, wer für die Wahrnehmung dieser wichtigen Aufgabe zuständig und verantwortlich ist, kann nur dahin beantwortet werden: alle, die von den Problemen etwas verstehen und unausgesetzt mit ihnen konfrontiert werden. Das sind in erster Linie die unmittelbar am Werk der Entwicklung Beteiligten. Da jedoch nicht jeder von

ihnen für alle Fragen, die das Problem der Industrialisierung aufwirft, zuständig und verantwortlich sein kann, muß es im zunehmenden Maße auch in den Entwicklungsländern zu einer Arbeits- oder Aufgabenverteilung kommen. Die soziale Problematik der Industrialisierung zu verfolgen, fällt dabei schon heute in fast allen überseeischen neuen Staaten weitgehend den Gewerkschaften zu. Diese sind zur Wahrnehmung dieser Aufgaben besonders dann geeignet, wenn sie als internationale Organisationen mit dem Gewicht ihrer Erfahrungen auch aus anderen Ländern und, sofern sie bereits eine „Geschichte" haben, aus der Vergangenheit dienen, d. h. helfend und steuernd eingreifen können. Darüber hinaus benötigen sie freilich, wenn sie den wahren Interessen dieser Völker dienen wollen, eine Konzeption vom Menschen und der Gesellschaft, die das Wesen des Menschen nicht verrät. (Welche Probleme sich heute konkret den großen internationalen Gewerkschaftsbewegungen, besonders den christlichen, in den Entwicklungsländern stellen, soll in einem späteren Beitrag dargelegt werden.)

Es ist daher nur verständlich, wenn gerade diese Frage, die sozialen Auswirkungen der Industrialisierung in Entwicklungsländern, auf dem Seminar des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften (IBCG) vom 19. bis 31. Januar 1959 in Saigon, dem ersten auf asiatischem Boden, besonders eindringlich behandelt wurde. (Ausführlich über diese Tagung hat „Labor", März/Juni 1959, S. 49—128, berichtet.)

Professor Nguyen Cao Hach, der das Thema in Saigon behandelte, beklagte den Mangel vor allem an Mikroanalysen in dieser Frage. Er konnte jedoch mit einigen Untersuchungsergebnissen bekannt machen.

Ergebnisse über partielle Entwicklungen in Indien

Das Unesco-Forschungszentrum für die sozialen Auswirkungen der Industrialisierung in Südasien hat Ende 1958 die Ergebnisse der Untersuchungen veröffentlicht, die vom September 1956 bis Oktober 1958 in Bombay, Kalkutta und Uttar Pradesh durchgeführt worden sind. Danach scheinen die Arbeiter Kalkuttas in sozialer Hinsicht fortschrittlicher zu sein, während die Bombays liberaler denken. Die Arbeiter in Kalkutta verdienen weniger, sie suchen ihr Einkommen durch Überstunden zu erhöhen. Die Arbeiter in Bombay haben höhere Löhne, machen aber auch höhere Schulden. Sie sind indessen mit ihrer Arbeit zufriedener als die Arbeiter in Kalkutta, die sich schwerer der Arbeitsdisziplin und Kontrolle unterordnen. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Frage gewidmet, ob die Industriearbeit die Lebensweise der Arbeiter aus Uttar Pradesh geändert hat. Die Untersuchung hat festgestellt, daß die Arbeiter, die aus den ländlichen Bezirken von Uttar Pradesh in die Industrie abwandern, ihre Lebensweise nur wenig verändern. Nguyen sagt, „sie sind fähig, in verschiedener Hinsicht ihre Identität beizubehalten". Die konservative Einstellung, in der sie großgeworden sind, trägt sie auch — zumindest am Anfang — unter veränderten Lebensbedingungen.

Nur — so stellt der Bericht ausdrücklich fest — werde die religiöse Praxis dieser Arbeiter durch den Kontakt mit der Stadt abgebaut. Im übrigen änderten die Arbeiter erst nach längerer Zeit, wenn sie qualifizierte Arbeiter geworden sind, gewisse Verhaltensweisen. Sie passen sich den Erfordernissen des Fabriklebens stärker an. Sie lesen Bücher und Zeitungen. Sie suchen ihre Lebensbedingungen durch Überstunden und Sparen zu verbessern. Auch sind sie bereit, wenn es nötig ist, ziemlich hohe Schulden zu machen. — Die ungeschulten Arbeiter ziehen Beschäftigungen vor, die Geschicklichkeit und Erfahrung verlangen. Sie seien mehrheitlich an Stücklöhnen interessiert; sie seien sich auch der Vorzüge der industriellen Wirtschaft bewußt.

Die sozialen Veränderungen durch den Einbruch der Technik in Ostpakistan

Bereits im Jahre 1953/54 führte die Universität Dacca eine ähnliche Untersuchung für Ostpakistan durch. Während die modernen technischen Methoden vor dem zweiten Weltkrieg kaum Einfluß auf die einheimische Bevölkerung gehabt hatten, zeichneten sich nach der Teilung des Subkontinents von 1947 (in Indien und Pakistan) erhebliche Veränderungen auf sozialem Felde ab. Das gilt besonders für die Arbeiter, die aus den ländlichen Bereichen in die neuen Industrien abgewandert sind. Ihr durchschnittlicher Monatslohn betrug 60,62 Rs; der durchschnittliche Tageslohn mit 2,47 Rs lag erheblich höher als der der besitzlosen Landarbeiter (diese erhielten nur 1,38 Rs). Sie erhielten außerdem im Gegensatz zu den Landarbeitern ihr Einkommen regelmäßig und dazu zweimal im Jahr eine Prämie. Ihre Wohnungslage hingegen war katastrophal. 26 % der Arbeiter lebten damals in Werkwohnungen, in denen drei bis fünf Personen einen Raum teilten, so daß jeder Person nur 1,8 qm zur Verfügung standen. „Überfüllung, Schmutz, Unrat und klägliche sanitäre Bedingungen sind charakteristische Erscheinungen. Die Abortanlagen sind im allgemeinen leichte Bambusbauten über einer offenen Grube." Die Arbeiter litten häufig an Malaria, Magenbeschwerden, Ruhr, Influenza, Typhus, Hautleiden. Nach Urteil der Fabrikärzte sind diese Leiden auf die unhygienischen Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie ungeeignete Nahrung (billige oder verdorbene Waren) zurückzuführen.

78 Prozent der untersuchten Arbeiter lebten zur Zeit der Untersuchung in Großfamilien, sie lebten also nicht nur mit Frau und Kindern, sondern auch mit weiteren Verwandten zusammen. Bemerkenswert jedoch ist die Feststellung, daß mit zunehmenden Dienstjahren des Arbeiters der Umfang der Familien abnimmt. Arbeiter mit weniger als viereinhalb Dienstjahren unterhielten außer Frau und Kinder noch weitere vier bis fünf Familienangehörige. Bei Arbeitern mit 14 bis 19 Dienstjahren betrug die Zahl der (außer Frau und Kinder) unterhaltenen Familienangehörigen nur noch zwei. Die Beschäftigung in der Industrie verändert die Einstellung des aus ländlichen Milieus kommenden Arbeiters gegenüber der Großfamilie zunächst nicht. Die Arbeiter sind von deren Vorzügen überzeugt und suchen sie solange wie nur irgend möglich unter den veränderten wirtschaftlichen Lebensbedingungen zu halten. Die von der Familie getrennt lebenden Arbeiter schicken ihrer Familie regelmäßig einen Teil ihres Einkommens (durchschnittlich 36,3 % ihres Einkommens). Manche kaufen auch Kleider und andere Bedarfsartikel in den Industriegebieten ein und bringen sie ihren Familienangehörigen mit, wenn sie sie besuchen. Arbeiter, die Land besitzen, können es allein nicht bearbeiten, wenn sie in Fabriken arbeiten. Sie treffen Absprachen mit Nachbarn, die ihrer Familie bei der Bestellung der Felder helfen. Es sind in der Hauptsache diese Arbeiter mit etwas Landbesitz, die bereit sind, ihre Familien auf den Dörfern zurückzulassen.

Die Haltung gegenüber der Ehe wird vom industriellen Milieu bis jetzt nicht sonderlich beeinflußt. Die aus den Dörfern stammenden Arbeiter heiraten meistens im Dorf oder in der Nähe ihrer Dörfer. Sie respektieren die alte Ordnung, nach der die Anbahnung einer Ehe Vorrecht des Vaters oder des ältesten Familienmitgliedes ist. Die sozialen Schäden, die die Trennung des Arbeiters von seiner Familie mit sich bringt, sind jedoch beträchtlich. Der Arbeiter „befindet sich in einer fremden Umgebung, und er genießt seine Freiheit von der Familiendisziplin sowie von dem in den Dörfern vorherrschenden strikten moralischen Zwang. Die Anzahl der Geschlechtskranken unter den Industriearbeitern scheint ziemlich hoch zu sein."

Zehn Prozent der Arbeiter fehlen regelmäßig an ihren Arbeitsplätzen. Der häufigste Grund für die Absenz ist der Besuch der Familie. In Saat- und Erntezeiten ist die Abwesenheitsquote besonders hoch, die Arbeiter unterstützen dann ihre Familien bei der Landbestellung. Es wurde festgestellt, „daß die Arbeiter, die Ländereien besitzen, ihre Familie zweimal häufiger besuchen als die besitzlosen Landarbeiter". Diese enge — gesunde — Verflechtung des Industriearbeiters mit seiner Scholle wird nur dadurch möglich, daß viele Fabriken nach 1945 in Ostpakistan auf dem Lande errichtet wurden. Die Nachbarschaft von Land und Industrie erlaubt es den Arbeitern, nach ihrem Acker zu sehen und gleichzeitig Fabrikarbeiter zu sein. „Die Leitung der Unternehmen scheint diese Sachlage als zweckmäßig zu betrachten, in dem Sinne, daß die Arbeiter, die gleichzeitig ihr Einkommen aus der Landwirtschaft und der Industriearbeit beziehen, leicht mit ihren Industrielöhnen zufrieden sind, die sie mehr oder weniger als zusätzliches Einkommen betrachten. Tatsächlich werden Arbeitsschichten häufig so organisiert, daß die Arbeiter nach einer Arbeitsschicht von vier Stunden eine Ruhepause von vier Stunden erhalten, während der sie ihr Land bebauen können." Auch für die landlosen Industriearbeiter ist diese Regelung nicht ohne Reiz. Sie können — sicher in Saat- und Erntezeiten — ihre Einkünfte aus der Fabrikarbeit durch Hilfe auf den Feldern während der Arbeitspausen in der Fabrik verbessern.

Ökumenische Nachrichten

Keine orthodox-katholische Theologenkonferenz

Die unglückliche Nachrichtengebung über Gespräche katholischer Theologen mit orthodoxen Prälaten anläßlich der Tagung des Zentralausschusses des Weltrates der Kirchen auf Rhodos (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 10f.) hat dazu geführt, daß der griechisch-orthodoxe Erzbischof Jakovos von New York Ende September seinerseits eine Erklärung zu den Vorgängen auf Rhodos abgab.

Die Gespräche auf Rhodos hatten einen informellen Charakter, und die in Venedig geplante Theologenkonferenz sollte keine Verhandlung der Kirchen, sondern nur eine Begegnung von Theologen sein. Durch die erwähnte unglückliche Nachrichtengebung wurde ihnen eine von beiden Seiten nicht intendierte kirchenpolitische Bedeutung beigemessen; dies klarzustellen, ist auch von katholischer Seite inzwischen versucht worden. Von dieser Verschiebung des Problems geht die Erklärung des Erzbischofs Jakovos aus.

Die Differenz zwischen den beiden orthodoxen Stellungnahmen erklärt sich vielleicht so: Metropolit James mit dem Titel „von Philadelphia in Kleinasien" (den wir im letzten Heft S. 10f. und 25 irrtümlicherweise mit dem orthodoxen Erzbischof für Nord- und Südamerika Jakovos identifiziert hatten) residiert als Mitarbeiter des Ökumenischen Patriarchen im Phanar zu Konstantinopel und gab auf Rhodos im Namen des Patriarchen die Erklärung vom 24. August ab. Erzbischof Jakovos aber war auf Rhodos nicht anwesend. Er hat also erst in die schwebende Frage von katholisch-orthodoxen Theologengesprächen eingegriffen, nachdem dieser von Radio Vatikan und anderen katholischen Nachrichten eine weitergehende Bedeutung zugeschrieben worden war.

Die Verlautbarung von Erzbischof Jakovos wurde vom Ökumenischen Pressedienst (Nr. 38 von 2. 10. 59) und vom Evangelischen Pressedienst (Nr. 221 vom 29. 9. 59) verbreitet, von letzterem mit der Überschrift: „Die Orthodoxen gehen nicht nach Venedig — Keine Wiedervereinigungsgespräche außerhalb des Weltrates der Kirchen."

Erzbischof Jakovos äußerte sich danach sehr positiv über die Tagung des Zentralausschusses auf Rhodos und erklärte u. a.: „Viele orthodoxe Vertreter, die hier zum erstenmal mit dem Weltrat der Kirchen in Berührung kamen, sehen in diesem ein Instrument der göttlichen Vorsehung, um die Kirchen einander näher zu bringen." Um die Orthodoxen noch mehr als bisher mit der Arbeit des Weltrates bekannt zu machen, soll im Kloster Philerimos auf Rhodos ein ökumenisches Zentrum unter dem Protektorat des Patriarchen von Konstantinopel geschaffen werden. Dieses Institut soll mindestens 40—60 orthodoxe Kirchenvertreter im Jahre erfassen. Auch die Russische Kirche habe ihr Interesse an der Errichtung dieses Zentrums bekundet.

Dialog Konstantinopel — Rom möglich?

Über die Beziehungen der orthodoxen Kirchen zum Vatikan erklärte der Erzbischof wörtlich: „Wenn wir von der Ökumenischen Bewegung sprechen, so meinen wir alle Christen, Protestanten, Anglikaner, Orthodoxe und römische Katholiken. Wir können niemanden vom ökumenischen Gespräch ausschließen und würden die katholische Kirche gern im Weltrat der Kirchen willkommen heißen, wenn sie diesen Wunsch äußern sollte." Der Patriarch von Konstantinopel und alle orthodoxen Kirchen sähen es daher als ihre Pflicht an, auch mit Rom Gespräche über die christliche Einheit zu führen. Es sei durchaus möglich, daß es zu einem Dialog Konstantinopel—Rom komme, ja der Patriarch wäre auch zu einem persönlichen Gespräch mit dem Papst bereit, wenn dieser einen Gegenbesuch nach Konstantinopel versprechen würde. Aber derartige Aussprachen müßten vom Geist gegenseitiger Achtung und Anerkennung bestimmt sein. Rom müsse zunächst zeigen, daß es bereit sei, mit Konstantinopel „auf gleicher Basis" zu sprechen. Völlig unannehmbar seien für die Orthodoxen Gespräche, die eine Rückkehr nach Rom vorbereiten sollten: „Wir werden den Dialog mit der römischen Kirche nicht zurückweisen, aber er kann und wird niemals dahin führen, daß eine bloße Wiedervereinigung der katholischen und orthodoxen Kirchen zustandekommt, von der die nichtrömische und nicht-orthodoxe Christenheit ausgeschlossen ist."

Bisher, so erklärte Erzbischof Jakovos, habe der Vatikan den Ökumenischen Patriarchen weder über die orthodox-

katholische Zusammenkunft auf Rhodos und die bei dieser Gelegenheit vorgetragenen römischen Pläne noch über das Vorhaben eines orthodox-katholischen Theologentreffens in Venedig unterrichtet. Daher könne der Patriarch vorläufig auch nicht offiziell dazu Stellung nehmen. Die Orthodoxen betrachteten die Gespräche mit katholischen Theologen auf Rhodos als durchaus informelle und freundschaftliche Aussprache, sie hätten aber weder Venedig als Verhandlungsort angenommen noch Vertreter benannt.
Wenn Rom an einer Aussprache mit den Orthodoxen interessiert sei, wäre es das Gegebene, zunächst schriftlich den Patriarchen über ein derartiges Ansinnen zu unterrichten und seine Zustimmung zu erbitten. Der Patriarch werde dann nach Rücksprache mit den anderen orthodoxen Kirchen Vorschläge für ein eventuelles Theologentreffen machen. Nach Venedig würden die orthodoxen Kirchen keine Vertreter entsenden. Erzbischof Jakovos unterstrich in diesem Zusammenhang, daß zwischen Konstantinopel und den anderen Patriarchaten in der letzten Zeit engstes Einvernehmen hergestellt worden sei.

Eine römische Stellungnahme

Soweit die bedeutsame Erklärung, die vermutlich in Übereinstimmung mit dem Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel wie wohl auch mit dem Generalsekretariat des Weltrates der Kirchen abgegeben worden ist. Inzwischen erfährt dpa aus „maßgeblichen vatikanischen Kreisen" eine katholische Stellungnahme dazu. Der wesentliche Punkt darin ist, daß Rom die von Erzbischof Jakovos gestellte (und vom Weltrat der Kirchen gewünschte) Bedingung für orthodoxe Theologengespräche mit römisch-katholischen Theologen ablehnt, die Bedingung nämlich, daß auch Protestanten hinzugezogen werden sollten bzw. daß solche Gespräche nur im Rahmen des Weltrates der Kirchen stattfinden könnten. Es sei wohlbekannt, daß die theologischen Fragen, die zwischen Katholiken und Protestanten stehen, sehr verschieden seien von denen, die Rom von der Orthodoxie scheiden. Eine allgemeine Zusammenkunft zwischen Katholiken, Orthodoxen und Protestanten erfordere eine andere Vorbereitung als nur eine Begegnung zwischen Katholiken und Orthodoxen. Angesichts der durch Fehldeutungen entstandenen Komplikationen sei die für Venedig geplante Konferenz katholischer und orthodoxer Theologen ebenso auf unbestimmte Zeit vertagt wie eine Konferenz, die im Oktober in Assisi zwischen katholischen Theologen und Theologen des Weltrates der Kirchen hätte stattfinden sollen. Diese Stellungnahme dürfte wohl nicht heißen, daß Rom grundsätzlich direkte Gespräche mit den Orthodoxen nach geklärten Vorbedingungen ablehnt.

Die Eucharistie im reformierten Kloster Taizé

In der Tiefe der Ökumenischen Bewegung, über deren kirchenpolitische Aspekte und Bemühungen um eine christliche Verantwortung für die Ordnung der Welt in diesen Spalten oft berichtet werden muß, lebt das Leiden an der fehlenden Gemeinschaft im eucharistischen Sakrament. Hier wird die Spaltung innerhalb des Weltrates der Kirchen ständig als ein Skandalon erfahren, und vielfältig sind von jeher die Bemühungen, dieses Ärgernis zu überwinden. So entstand auf der Weltkonferenz von „Glaube und Kirchenverfassung" 1952 in Lund eine synthetische Abendmahlsformel (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 90), und es wurde, nicht ohne auf Widerspruch zu stoßen, ein Fortschritt in der Erkenntnis des Opfercharakters der Eucharistie gemacht, der innerhalb der „Kommission für Glaube und Kirchenverfassung" leider nicht weiter entfaltet wurde. Offenbar gehört zur tieferen Erkenntnis der Geheimnisse Christi die Atmosphäre des Gebetes und der Betrachtung.
So mag es sich erklären, daß im vergangenen Jahre die theologische Arbeit in dem bekannten, 1940 gegründeten reformierten Kloster Taizé-les-Cluny, Burgund, einem von Roger Schutz geleiteten Orden der Arbeit und der Anbetung, der frei von aller kirchenpolitischen Zielsetzung lebt, einige erstaunliche Früchte getragen hat. Sie sind erwachsen aus dem Bemühen, ähnlich wie es die lutherische „Michaelsbruderschaft" in Deutschland für das Luthertum tut, dem Calvinismus seine katholischen Quellen wieder zu erschließen und über die Betrachtung der Bibel, die auch im Geist der alten Kirchenväter geleistet wird, die zeitbedingten protestierenden und humanistischen Elemente des Calvinismus abzustreifen. Das ist keine Rückkehr zu Rom, aber man betritt wieder einen gemeinsamen Boden. Seit die Brüder von Taizé vor einigen Jahren die von Jean-Louis Leuba geleitete Zeitschrift „Verbum Caro" übernommen haben (Delachaux & Niestlé, Neuchâtel), ist die Richtung dieser Arbeit immer deutlicher erkennbar. Die letzten Hefte galten besonders der rechten Erkenntnis des kirchlichen Amtes, auch des Episkopats, der Tradition und vor allem der Eucharistie. Man mußte aufhorchen, als der erstaunliche Aufsatz von Henry Chavannes in „Verbum Caro" (Nr. 50) erschien (vgl. die Zeitschriftenschau der Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 456), der an Hand einer Analyse der Abendmahlslehre des hl. Thomas entdeckte, daß dieser bei der Darlegung der Transsubstantiation eine „materialistische" Präsenz Christi nicht behauptet, während Calvin, ohne dies zu wissen, nur gegen die massive römische Meßopfertheorie seiner Zeit mit ausgesprochen nominalistischen Begriffen anging.
Heft 51 überraschte sodann mit einer umfangreichen Studie von Pierre-Yves Emery, Bruder von Taizé, über „Das eucharistische Opfer" nach den reformierten Theologen Frankreichs im 17. Jahrhundert. Sie dient dem Nachweis, daß die heutige reformierte Theologie viel von den liturgischen Erkenntnissen verloren hat, die es damals über den Opfercharakter der Eucharistie noch gab. Und schließlich erschien kürzlich, zum 400. Jubiläum der Reformation Calvins in Genf, ein viel beachtetes Buch von Max *Thurian,* dem Theologen von Taizé, über die Eucharistie („L'Eucharistie. Mémorial du Seigneur, sacrifice de grâces et d'intercession." Delachaux & Niestlé, Neuchâtel 1959, 286 S.). Im Schlußwort heißt es, das Buch war gerade im Druck, als Papst Johannes XXIII. ein Ökumenisches Konzil ankündigte, und sein Verfasser, der seit langem in der ökumenischen Arbeit tätig ist, möchte es nunmehr den katholischen Brüdern als Zeichen der Brüderlichkeit widmen und als Beitrag für die Arbeit des Konzils, von dem man viel erwarte. Wenn auch auf der hinteren Titelseite vermerkt ist, das Buch sei „eine Forschungsarbeit und engagiert nicht theologisch die Gemeinschaft von Taizé", so steht daneben doch ein sprechendes Zeugnis, die soeben erschienene „Eucharistische Liturgie" von Taizé, in Großformat für den reformierten Gottesdienstgebrauch zweifarbig gedruckt in der eigenen Druckerei des Klosters (63 S.). Wir werden am Schluß dieses Berichtes kurz darauf eingehen.

Die Eucharistie ein wahres Opfer

Das Buch von Thurian ist keine dogmatische, sondern wesentlich eine biblisch-exegetische Studie. Charles Boyer SJ, Rom, Vorsitzender des Direktoriums der „Katholischen Konferenz für ökumenische Angelegenheiten", schrieb darüber in „La Croix" (30. 6. 59), hier sei ein eklatanter Beweis erbracht, daß sich in der Kontroverse zwischen Protestanten und Katholiken etwas geändert hat. Tatsächlich kommt Thurian von der Bibel her zu einer weitgehenden Übereinstimmung mit der Meßopferlehre eines Cajetan und des Konzils von Trient (148 und 181). Wie ist das möglich?

Es geschieht nicht durch eine metaphysische Theologie der Natur und Übernatur, sondern durch „das Einwurzeln der eucharistischen Liturgie in die große jüdisch-christliche Tradition, die von der Schrift repräsentiert wird". Thurian gewinnt ein echteres Verständnis der Realpräsenz Christi im eucharistischen Opfer, indem er in zwei großen Teilen zunächst den realistischen Sinn des liturgischen Gedenkens im Alten Testament untersucht (19—135), um von hier aus zu verstehen, was Christus gewollt und die Apostel gemeint haben, wenn sie vom liturgischen Gedenken sprachen (Teil 2: Das Gedenken im Neuen Testament, 137—275), nämlich die Eucharistie als Vergegenwärtigung des einmaligen sühnenden Bundesopfers Jesu am Kreuz. Weil Christus das Abendmahl als Opfer begangen hat, erfordere die von ihm gebotene Wiederholung die wirkliche Gegenwart seiner Menschheit unter den Gestalten von Brot und Wein: „Im eucharistischen Gebet opfert die Kirche mit dem Leib und Blut Christi nicht nur eine menschliche Wirklichkeit mit einem menschlichen Herzen, sondern sie kann dem Vater zusammen mit dem Opfer ihrer eigenen Armseligkeit das einmalige und vollkommene Opfer Jesu Christi anbieten" (221).

In dem entscheidenden Schlußkapitel des 2. Teils über „Die wirkliche Gegenwart" wird dann zur katholischen Lehre von der Transsubstantiation positiv gesagt, daß sie nichts anderes wollte als die Wahrheit von der wirklichen Gegenwart Christi im eucharistischen Sakrament gegen eine spiritualisierende Symbolik festhalten (vgl. dazu den auf Thurian Bezug nehmenden Aufsatz von de Baciocchi in „Irénikon" [2. Trim. 1959 S. 139f.] nach Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 46).

Kritik an Calvin

In diesem Zusammenhang wagt Thurian eine notwendige Kritik an der Christologie Calvins, der auch von der „Substanz" des eucharistischen Sakramentes spreche. Aber bei ihm bedeute dieser Begriff nicht eine Art unsichtbaren materiellen Substrates, sondern „wirksames Zeichen" der Gnade, ein Zeichen, das nicht wie bei Zwingli oder auch wohl im Heidelberger Katechismus (Fr. 75 f.) unter humanistischen Vorstellungen zum Symbol geworden ist. Es bringt vielmehr die Substanz Jesu Christi selbst zur Gegenwart, und zwar durch das Wirken des Heiligen Geistes, der eine Ausstrahlung Christi ist, während sein verklärter Leib im Himmel thront. Calvin dachte nur an diesen erhöhten Leib, nicht an den im Kreuzesopfer erniedrigten und vernichteten Leib Christi. Sein Verständnis der wirklichen Gegenwart im Sakrament leidet an einer „zu fleischlichen Konzeption" des Leibes Christi. Er identifizierte zu sehr den körperlichen Zustand des erhöhten mit dem des gekreuzigten Christus. Thurian meint, gelegentlich sogar einen doketischen Zug in Calvins Sakramentslehre zu finden. Daher würden wohl in der kalvinistischen Theologie ganz allgemein die beiden Naturen Christi zu stark unterschieden, ja sogar einander entgegengesetzt. Dieser Mangel wird ausführlich erklärt. Sodann weist Thurian einen andern Grund für das zu pneumatische Verständnis der kalvinistischen Realpräsenz nach: Calvins Lehre vom Heiligen Geist, dessen Charakter als dritter Person der Trinität soweit minimalisiert werde, daß er zum Instrument Christi wird. Das Dogma von Chalkedon müsse aber genauer respektiert werden. Thurian legt schließlich folgende eigenen Thesen über die wirkliche Gegenwart Christi in der Eucharistie vor:

1. Der Leib und das Blut Christi, seine ganze Menschheit und seine Gottheit sind wahrhaftig, wirklich und substantiell gegenwärtig. Diese Gegenwart bedeutet aber nicht eine materielle im natürlichen Sinn. Ist auch die Substanz der Eucharistie der Leib und das Blut Christi, so bleiben Brot und Wein chemisch, was sie sind.
2. Wie sich der in Herrlichkeit thronende Christus leibhaft im Sakrament gegenwärtig macht, sei ein Werk des Heiligen Geistes, ein Mysterium, das die Kirche zwar erbitten und vollziehen, aber nicht erklären könne. „Man darf die wirkliche Gegenwart Christi nicht als eine Lokalisierung begreifen, die auf die Gestalten von Brot und Wein beschränkt ist."
3. Der Heilige Geist verwandelt das Sein von Brot und Wein, die chemisch unverändert bleiben, in den Leib und das Blut Christi. Daher hat die Liturgie von Taizé nach dem Sanctus und vor den Einsetzungsworten eine ausführliche Epiklese (s. u.). Infolgedessen kann Thurian
4. sagen, es sei nicht notwendig, den Zeitpunkt zu fixieren, wann sich das Mysterium ereigne, es geschehe während der ganzen liturgischen Handlung. Hier zeigt sich ein kritischer Punkt, auf den Charles Boyer SJ aufmerksam machte: Die Übereinstimmung mit dem katholischen Dogma sei in wesentlichen Punkten beachtlich, „aber es bleiben einige wichtige Unterschiede", z. B. der grundlegende Unterschied über die Person und Vollmacht des Priesters. Daher kommt in der Darlegung Thurians den Konsekrationsworten nicht dieselbe konstituierende Bedeutung zu wie in der katholischen Lehre von der Weihevollmacht des Priesters.

Die 5. These besagt, Brot und Wein sind das Zeichen dafür, daß Christus unsere Speise ist. „Aber die Eucharistie ist kein heiliges Objekt, sondern eine Handlung und eine Kommunion." Daraus folgt im weiteren, daß die konsekrierten Gestalten nicht zur Anbetung aufbewahrt werden. Boyer glaubt, daß diese Lehrunterschiede auch noch durch ein Gespräch überwunden werden können. Sind sie aber nicht Seinsunterschiede, die die ganze kirchliche Struktur betreffen?

Die Liturgie

Noch ein Wort zum Formular der eucharistischen Liturgie von Taizé. Sie ist in ihrem Aufbau erstaunlich katholisch, sie hat dazu von der orthodoxen Liturgie im Anschluß an das Credo die Fürbitten übernommen, die ebenso wie die „Litanei" und das Memento von dem immer wiederkehrenden „Maranatha, der Herr kommt!" durchzogen werden. Die zahlreichen Präfationen erinnern wörtlich an das Missale einschließlich der Präfation der Marienfeste (58). Die Epiklese nach dem Sanctus lautet:

„Unser Vater, Gott der Mächte des Himmels, erfülle mit deiner Herrlichkeit unser Lobopfer. — Dieses Opfer (off-

rande) segne, vollende und nimm an als die Gestalt (figure) des einzigen Opfers unseres Herrn. — Sende deinen Heiligen Geist auf uns und unsere Eucharistie herab: Weihe (consacre) dieses Brot zum Leibe Christi und diesen Kelch zum Blute Christi, daß der Heilige Schöpfer-Geist die Verheißung deines geliebten Sohnes erfülle." Das auf die Einsetzungsworte nach 1. Korinther 11 folgende Gedenken umspannt den ganzen Heilsweg Christi von der Inkarnation bis zur Wiederkunft. Schließlich fällt u. a. auch das darauffolgende Gebet auf: „Wir bringen dir auch dar, Herr der Herrlichkeit, als unsere Danksagung (action de grâces) und unsere Fürbitte die Zeichen des ewigen, einzigen und vollkommenen, des lebendigen und heiligen Opfers Christi: das Brot des Lebens, das vom Himmel herabsteige, und den Kelch des Friedens in deinem Reich."

Pressepolemik gegen russische Bischöfe

Als neue Methode antireligiöser Propaganda empfiehlt sich in letzter Zeit in der Sowjetpresse eine Art der Berichterstattung über kirchliche Persönlichkeiten, die man nur als Verleumdung und skandalöse Beleidigung bezeichnen kann. Die sogenannte „wissenschaftlich-atheistische" Argumentation scheint nicht zu verfangen, da die Gläubigen mit Erfolg ihre Haltlosigkeit aufzeigen und mit Thesen über die Vereinbarkeit von Religion und Wissenschaft sogar zum Gegenangriff übergehen. Dies geht aus Diskussionsberichten, Antworten auf Leserbriefe und zahlreichen Artikeln hervor. Auch der Vorwurf politischer Unzuverlässigkeit ist angesichts der loyalen Haltung der Geistlichkeit nicht mehr möglich. So greifen die Atheisten denn zum probaten Mittel des Klatschs und der Verleumdung, um angesehene Bischöfe und Priester in den Augen der Gläubigen zu verunglimpfen und sie den staatlichen Behörden gegenüber zu verdächtigen (soweit diese Polemiken nicht von vornherein auf höhere Weisung hin erfolgen).

Als Zielscheibe bietet sich die günstige materielle Lage der Kirche an. Weil die Kirche laut Sowjetgesetz noch immer keine Möglichkeit hat, irgendwelche soziale oder caritative Einrichtungen zu unterhalten, muß der erhebliche Teil der Opfergelder, der nach Deckung der Ausgaben für die kirchliche Verwaltung und das kirchliche Schulwesen noch übrigbleibt, fast ausschließlich für die äußere Herrichtung des Kults, die Ausschmückung von Kirchen, Anschaffung kostbarer Gewänder, Unterhalt großer Chöre usw. verwendet werden. Es ist bekannt, daß die Geistlichkeit zum Teil sehr hohe Gehälter bezieht und oft einen Lebensstil führt, der in einem krassen Gegensatz zu den Verfolgungen und Entbehrungen der Jahre steht, da sie zur Kategorie der entrechteten Bürger gehörte.

Die antireligiöse Propaganda versucht, diesen Wohlstand in den Verdacht eigennützigen Gewinnstrebens und unsittlicher Ausschweifungen zu bringen. Einen besonderen Akzent erhalten diese Beschuldigungen dadurch, daß sie von früheren Geistlichen und Vertrauten der Verleumdeten veröffentlicht werden, von Leuten, die sich von Glauben und Kirche losgesagt haben und jetzt, wie sie versichern, „Arbeit und Glück" in der ein neues Leben aufbauenden Sowjetgesellschaft gefunden haben. Ob es sich hierbei um eingeschleuste Agenten oder um echte Apostaten handelt, ist für den außenstehenden Beobachter kaum feststellbar.

Ein Musterbeispiel für diese Art antireligiöser Propaganda ist die „Beichte eines früheren Kammerdieners" Valentin Pachomov in der „Komsomolskaja Pravda" vom 13. 8. 59. Dieser Pachomov, bis vor kurzem Diener des Erzbischofs Sergij (Larin) von Astrachan und Stalingrad, gießt den ganzen Schmutz alles dessen, was er aus nächster Nähe in der Lebensführung seines Bischofs gesehen haben will, über ihn aus. Luxus, Trinkgelage, ausschweifendes Leben, Frauengeschichten, Anschaffung von zwei Villen mit kirchlichen Geldern zur Unterbringung seiner Protegierten — das ist die Liste der Entlarvungen über den Bischof und seine Umgebung. Eine Einzelheit scheint sich auf tatsächliche Fakten zu gründen, die jedoch wissentlich verdreht und mißdeutet werden, nämlich die Erwähnung von Kindern, die der Bischof von seinen „Verehrerinnen" hatte. Bischof Sergij (Larin) gehörte zu jener Gruppe von schismatischen „Erneuerer"-Bischöfen, die Anfang 1944 vor dem Patriarchen Sergij Buße taten und in die Orthodoxe Kirche zurückkehrten. Das Erneuerer-Schisma erlaubte die Heirat von Bischöfen.

Erzbischof Sergij (Larin) ist als energischer, populärer und sehr gastfreundlicher Hierarch bekannt. Seine Eparchie blühte unter seiner Leitung auf (Church and World, Nr. 110—111, 1959). Wenn die über ihn ausgestreuten Gerüchte wahr wären, hätte die Moskauer Kirchenleitung ihn zumindest in den Ruhestand versetzen müssen. Einen Monat später wurde er durch Beschluß des Heiligen Synods und des Patriarchen nach Omsk in Sibirien versetzt (Journal des Moskauer Patriarchats Nr. 8, 1959, S. 6).

Angebliche Enthüllungen über den Bischof veröffentlichte bereits am 7. Juni in der „Stalingradskaja Pravda" der Dekan des 3. Stalingrader Kirchenbezirks, N. Spasskij, der ebenfalls Atheist wurde und sein Amt niedergelegt hat. Dieser Spasskij polemisiert auch gegen den früheren Bischof von Smolensk, Michail (Tschub). Bischof Michail, der gleichzeitig die Verwaltung der (ost-)deutschen Eparchie innehatte, war als Kenner der westlichen theologischen Literatur und Vertreter des Patriarchats auf internationalen Theologentreffen vielen ausländischen Kirchenmännern bekannt. Auch die deutsche evangelische Kirchendelegation, die Ostern 1958 die Sowjetunion bereiste, lernte ihn schätzen. Sein theologisches und kirchliches Hervortreten im vergangenen Jahr ist unseren Lesern bekannt (vgl. seine Referate anläßlich des 40jährigen Patriarchatsjubiläums im Mai und während der Utrechter ökumenischen Gespräche im August in Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 105, 340). Wenn Spasskij den Bischof Michail allzu verschwenderischer Gastfreundschaft und eines luxuriösen Lebens beschuldigt, muß das bei allen, die diesen asketisch-mystischen, ernsten Gelehrtentyp von schwacher Gesundheit kennen, größtes Erstaunen hervorrufen. „Church and World" (a. a. O.) bezeichnet ihn als couragierten und unabhängigen Mann. Seine zahlreichen Auslandsbeziehungen mögen den Sowjetbehörden mißfallen haben. Zum Besuch des Münchener Byzantinistenkongresses im vorigen Jahr erhielt er keine Ausreisegenehmigung. Auch andere Besuche im Ausland, die verabredet worden waren, konnten nicht mehr stattfinden. Seine im März dieses Jahres verfügte Versetzung auf den Bischofssitz von Ishevsk im Ural (JMP Nr. 4, 1959, S. 6) wurde mit seiner angegriffenen Gesundheit in Verbindung gebracht. Es ist aber möglich, daß das Patriarchat damit den gegen ihn in Szene gesetzten Machenschaften Rechnung tragen mußte bzw. ihnen zuvorkommen wollte.

Es scheint üblich geworden zu sein, solche Bischöfe, gegen die in der Sowjetpresse polemisiert wird, auf entlegene Eparchialsitze zu versetzen. Die Anschuldigungen, die gegen sie erhoben werden, erscheinen im richtigen Licht, wenn man ihre kirchlichen Verdienste und ihre Popularität kennt. Es darf freilich nicht übersehen werden, daß es auch Fälle von wirklicher Unwürdigkeit gibt. Hier dürfte aber das Patriarchat mit schärferen Maßnahmen reagieren, etwa der Versetzung in den Ruhestand oder Einweisung in ein Kloster, was auch in solchen Fällen geschieht, die einen offenen Konflikt mit den staatlichen Gesetzen bedeutet (vgl. den Fall des Bischofs von Shitomir und Ovrutsch, in Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 291).

Zwei wichtige Friedensschlüsse in der monophysitischen Christenheit

In früheren Überblicken über die Lage der Christenheit in Indien (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 111 bis 115 und 13. Jhg., S. 294—297) haben wir auf die Existenz einer nicht zu Rom gehörenden syrisch-jakobitischen Kirche im Gebiet der Malabarküste hingewiesen. Diese Gruppe, die sich „orthodox" nennt, setzt die Tendenzen fort, die seit der Ankunft der Portugiesen in Indien, besonders seit der um die Mitte des 17. Jahrhunderts ausgebrochenen Krise der Union den Anschluß an die römische Kirche ablehnten. Während die malabarischen Katholiken die Zurückgewinnung der von Rom Getrennten als ihre unmittelbarste Missionsaufgabe betrachten (9. Jhg., S. 112, 114), glauben diese die Träger der Kontinuität des alten indischen Thomas-Christentums zu sein, dessen Einheit erst durch die Tätigkeit westlicher — katholischer und protestantischer — Missionare seit dem 16. Jahrhundert auseinandergebrochen sei. „Die Kirche, die in einer nichtchristlichen Umgebung ihre Einheit zu bewahren in der Lage war, begann als Folge eines aggressiven Proselytismus in jede denkbare Form westlich-christlicher Sekten auseinanderzufallen. Was sogar die Mohammedaner mit dem Schwert nicht vermochten, das vollbrachten die Missionare mit ihrer politischen und theologischen Propaganda" (The Star of the East, Vol. XX, Nr. 1—2, Mai 1959, S. 1).

Die Tatsache, daß die indischen „Orthodoxen" nach Vertreibung der Portugiesen durch die Holländer ihre Bischöfe vom westsyrischen jakobitischen Patriarchat von Antiochien erhielten (9. Jhg., S. 113), enthielt den Keim für schwere innere Auseinandersetzungen. Zweifellos ging es dabei nicht um den dogmatischen Gegensatz zwischen dem Nestorianismus, der die christliche Tradition Indiens im Zuge der von der persischen Reichskirche ausgehenden Mission seit alters begründet hatte, und der anderen großen morgenländischen Häresie, dem Monophysitismus, dem die (west)syrische jakobitische Kirche verfallen war. Die Differenzen betrafen vielmehr den Umfang und den Charakter der Jurisdiktionsgewalt des Patriarchen von Antiochien über die Kirche in Malabar.

Vor 50 Jahren exkommunizierte der Patriarch von Antiochien während eines Besuchs in Indien den indischen Metropoliten, weil sich dieser weigerte, die administrative Oberhoheit des Patriarchen anzuerkennen. Dies hatte die Errichtung eines indischen „Katholikats" und die Spaltung der Kirche in zwei Parteien zur Folge: eine Patriarchen-Partei mit zuletzt vier Bischöfen und der von der Mehrheit des Volkes unterstützten Partei des Katholikos mit zuletzt neun Bischöfen. Der Streit kam mehrmals vor die höchsten weltlichen Gerichte, da es dabei um das kirchliche Eigentum ging, das die beiden Gruppen sich streitig machten; aber sogar das Eingreifen des englischen Vizekönigs, Lord Irwin, konnte die Angelegenheit nicht bereinigen.

Die ganze Entwicklung schien unsere Feststellung zu bestätigen, daß „in der jakobitischen Restkirche noch immer der Geist der Spaltung herrscht, dem Jurisdiktionsfragen höher stehen als das gemeinsame christliche Erbe" (9. Jhg., S. 114). In seinem Werk über die christlichen Kirchen des Ostens schrieb Donald Attwater noch 1947: „Es scheint, daß die Jakobiten der Malabarküste einen Prozeß durchlaufen, in dem sie sich endgültig in zwei selbständige Gruppen organisieren, die sich ‚Bava-(Patriarchen-)Partei' und ‚Orthodoxe (Katholikos-)Partei' nennen" (The Christian Churches of the East, Vol. II, S. 240). Bei den syrischen Orthodoxen waren sich weitsichtige Geister längst im klaren, daß ein Andauern und eine Vertiefung dieses Schismas angesichts des „aggressiven Proselytismus von außen" ihren Untergang als selbständige Kirche bedeutet hätte.

Da fällte der Oberste Gerichtshof Indiens im Dezember vorigen Jahres ein Urteil, das von der in Indien erscheinenden syrisch-jakobitischen Zeitschrift „The Star of the East" als die Magna Charta der indischen Kirche bezeichnet wurde. Alle kirchlichen Güter wurden dem Katholikos zugesprochen. Die Gruppe des Patriarchen erwog daraufhin nochmals alle Möglichkeiten der Fortexistenz und kam dabei zu dem Ergebnis, daß nur Aussöhnung den Fortbestand der „orthodoxen" Kirche Indiens überhaupt ermöglichen könne. Der Katholikos wurde mit seinen neun Bischöfen als gültig geweiht und gewählt bestätigt, der Patriarch dagegen als geistliches Oberhaupt der Kirche (unter der Bedingung seiner kirchlichen Anerkennung) anerkannt, doch ohne jede weltliche Administrativgewalt. Bald danach erklärte der Patriarch von Antiochien seine bedingungslose Anerkennung des Katholikos und seiner Bischöfe, die ihrerseits den Patriarchen offiziell anerkannten. Am 16. Dezember 1958 fand in der Kathedrale zu Kottajam der feierliche Vereinigungsgottesdienst im Zeichen der Anahme des vom Obersten Gerichtshof gefällten Spruchs statt (The Star of the East, Vol. XX, Nr. 1—2, Mai 1959, S. 2). Das Ereignis wurde vom „Star of the East" als Gewinn für beide Seiten gefeiert. Die Partei des Katholikos habe damit die notwendige Autonomie der indischen Kirche erkämpft, die Partei des Patriarchen aber habe die geistliche Oberhoheit des Antiochenischen Patriarchats durchgesetzt. „Kaum jemals ist ein so langer Streit durch eine so vollkommene Übereinstimmung beendet worden . . . Das sollte für andere Kirchen ein Ansporn zur Beilegung ihrer Streitigkeiten sein" (a. a. O. S. 3). Diese „orthodoxe" Gruppe der indischen Christenheit umfaßt nunmehr rund 800 000 Gläubige. Die Zugehörigkeit zu den Diözesen nach der Einigung ist noch nicht neu geregelt.

Äthiopier und Kopten

Auch der langwierige Streit zwischen der äthiopischen Kirche und ihrer koptischen Mutterkirche ist nun beigelegt worden.

Die Abhängigkeit der äthiopischen Kirche vom Patriarchat der Kopten in Ägypten geht darauf zurück, daß der erste christliche Bischof von Alexandrien ins Land gesandt wurde. Als sich Ägypten nach dem Konzil von

Chalcedon in eine orthodoxe (melchitische, d. h. dem Kaiser von Byzanz treue) und eine monophysitische (koptische) Partei gespalten hatte, war die Stellung der äthiopischen Kirche zunächst unklar. Erst die arabische Eroberung Ägyptens trennte Äthiopien endgültig von der orthodoxen Christenheit der Mittelmeerländer. Das Land erhielt sein kirchliches Oberhaupt nur noch vom koptischen Patriarchen in Ägypten aus den Reihen der koptischen Geistlichkeit. Dies und die Anerkennung des koptischen Patriarchen als geistliches Oberhaupt stellte die Abhängigkeit der äthiopischen Kirche dar; darüber hinaus gibt es keinen Grund, die äthiopische Kirche als „koptisch" zu bezeichnen. Im Gegenteil, die Kirche Äthiopiens hat sich in religiöser Beziehung selbständig, auf eigener nationaler Tradition und mit eigener Kirchensprache entwickelt.

Seit alters gab es in Äthiopien nur einen Bischof (den „Abuna" = Unser Vater), da das koptische Patriarchat das ganze Land als eine Eparchie betrachtete. Aber dieser Zustand erschien den Äthiopiern mit der Zeit immer ungerechtfertigter, insofern die äthiopische Kirche ihrer koptischen Mutterkirche, die in Ägypten mehr und mehr zur Minderheit herabgedrückt worden war, zahlenmäßig weit überlegen wurde. Schon im 19. Jahrhundert wurde in Äthiopien die Forderung nach eigenen Bischöfen unter einem eigenen, nationalen Kirchenoberhaupt laut. Mit dem Tode des Abuna Matthäus von Äthiopien im Jahre 1926 setzt der allmähliche Rückgang des koptischen Einflusses in Äthiopien ein. Die Äthiopier wollten nun keinen Ägypter mehr als ihren Abuna akzeptieren. 1929 schloß man einen Kompromiß. Die Äthiopier willigten ein, ihr Kirchenoberhaupt wiederum vom Patriarchen anzunehmen, unter der Bedingung jedoch, daß der Patriarch vier einheimische äthiopische Bischöfe weihte.

Die italienische Besetzung Äthiopiens (1936—1940) förderte die äthiopischen kirchlichen Selbständigkeitstendenzen. Das koptische Patriarchat suchte durch Proteste und Anathemas die Entwicklung zu bremsen. 1942 begannen langwierige Verhandlungen, die schließlich 1948 zu folgendem Ergebnis führten: 1. Gegen das Zugeständnis der Weihe von fünf einheimischen Bischöfen durch das koptische Patriarchat muß die äthiopische Kirche damit einverstanden sein, daß der Patriarch von Kairo ihr Oberhaupt ernennt. 2. Der zum Oberhaupt der äthiopischen Kirche ernannte Erzbischof Kyrill behält seinen nominellen Titel als Erzbischof der Kirche von Äthiopien bis zu seinem Tode bei, seine Residenz ist Alexandrien (de facto wurde die äthiopische Kirche von einem der einheimischen Bischöfe, Bischof Basilios, verwaltet). 3. Sein Nachfolger wird aus dem äthiopischen Episkopat gewählt und soll das Recht haben, je nach den kirchlichen Erfordernissen andere Kandidaten zu Bischöfen zu weihen, und zwar stets mit Wissen des koptischen Patriarchen (Journal des Moskauer Patriarchats Nr. 11, 1958, S. 69).

Als Erzbischof Kyrill im Jahre 1949 starb, konnte zum erstenmal ein Äthiopier, Bischof Basilios, zum Abuna von Äthiopien gewählt werden. Der koptische Patriarch bestätigte die Wahl des Bischofs Basilios und setzte ihn am 14. Januar 1950 zum Erzbischof von Äthiopien ein (a. a. O., Eastern Churches Quarterly Vol. IX, Nr. 1, 1951, S. 62).

Obwohl diese Regelung große Befriedigung in Äthiopien hervorrief, brachte sie noch keine endgültige Bereinigung des Verhältnisses zwischen beiden Kirchen. Die praktisch autonom gewordenen Äthiopier beanspruchten nun ihrerseits eine angemessene Mitwirkung bei der Wahl des koptischen Patriarchen, und während der Streitigkeiten, die die koptischen Kirche unter ihrem im November 1956 verstorbenen Patriarchen Youssab II. erschütterten (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 117), verlangte eine äthiopische Abordnung in Kairo mit Erfolg die Wiedereinsetzung des von der Regierung seiner Amtsgeschäfte enthobenen Patriarchen (Internationale Kirchliche Zeitschrift Nr. 2, 1956, S. 97).

Die politischen und kirchlichen Spannungen zwischen Addis-Abeba und Kairo zeigten sich dann wieder deutlich in der Abwesenheit einer äthiopischen Abordnung bei der Inthronisation des neuen koptischen Patriarchen Kyrill VI. am Sonntag vor Pfingsten 1959. Die Äthiopier hatten in dem Bemühen, die gleichen Rechte bei der Patriarchenwahl zu erhalten, einen Wahlaufschub verlangt und sich dann nicht an der Wahl beteiligt („Christ und Welt", 21. 5. 59). Doch die bevorstehende Reise des Kaisers Haile Selassie nach Ägypten ließ die Anerkennung des neuen koptischen Patriarchen, wie es hieß, als ratsam erscheinen, um die Anwesenheit des Patriarchen bei den geplanten Staatsempfängen für den Kaiser zu ermöglichen (Apostolos Andreas, 1.7.59). Ende Mai empfing man in Addis Abeba eine starke koptische Kommission aus Bischöfen und Laienvertretern, um die Differenzen zwischen beiden Kirchen aus dem Wege zu räumen. Nach langen Debatten wurde vereinbart: 1. Anerkennung des neuen koptischen Patriarchen Kyrill VI. durch die äthiopische Kirche. 2. Proklamierung der äthiopischen Kirche als autokephales Patriarchat-Katholikat durch den koptischen Patriarchen und Ernennung des bisherigen Erzbischofs von Äthiopien zum Patriarch-Katholikos. 3. Entsendung einer äthiopischen Kommission nach Kairo zur Besprechung dieser Regelung mit dem koptischen Patriarchen (Bericht aus Addis Abeba vom 15. 5. 59 in „Apostolos Andreas", 1. 7. 59). (Vgl. auch den detaillierten Text der Abmachungen zwischen den beiden Kirchen im Organ des Apostolischen Vikariats von Alexandrien, „Le Messager", vom 5. Juli 1959, das „La Documentation Catholique", Nr. 1310, vom 16. 8. 59 abgedruckt hat.)

Im Zusammenhang mit dem Staatsbesuch des äthiopischen Kaisers in Ägypten wurde der dreißigjährige Streit zwischen beiden Kirchen im obigen Sinne endgültig beigelegt. Die geistliche Vorrangstellung des koptischen Patriarchen als des Nachfolgers des hl. Markus wird in dem Abkommen dadurch gewahrt, daß der äthiopische Patriarch-Katholikos als zweithöchster Würdenträger der Kirche und die Autorität des koptischen Patriarchen über die gesamte koptische Christenheit als „unanfechtbar" und seine Person als „über alle Kritik erhaben" bezeichnet wird. Eine gewisse Anzahl äthiopischer Vertreter soll in Zukunft bei der Wahl des koptischen Patriarchen mitwirken. Ende Juni wurde der äthiopische Abuna Basilios in der Kairoer St.-Markus-Kathedrale vom koptischen Patriarchen unter Beisein des Kaisers Haile Selassie zum ersten äthiopischen Patriarch-Katholikos geweiht (OePD Nr. 26 v. 3. 7. 59; „Christ und Welt", 2. 7. 59). Dem Kaiser von Äthiopien steht nun ein Patriarch zur Seite.

Monophysiten und Orthodoxie

Es ist zu erwarten, daß beide Friedensschlüsse die monophysitischen Kirchen stärken werden, indem sie die bisher in jurisdiktionellen und Verfahrensstreitigkeiten ver-

schwendeten Energien für wichtigere Aufgaben freimachen. Die Zahl der Gläubigen in den betreffenden Kirchengemeinschaften ist nicht unbedeutend. Auf der einen Seite sind es etwa 800 000 indische Christen, die der morgenländischen Christenheit des Nahen und Mittleren Orients durch die neu bekräftigte Bindung an das (monophysitische) Patriarchat von Antiochien wieder näherrücken. Auf der anderen Seite können nach neuesten Angaben neben den ca. zwei Millionen Kopten in Ägypten über zehn Millionen Christen in Äthiopien angenommen werden.

Die Beilegung des Streites mit den ägyptischen Kopten ist ein eindeutiger Erfolg des äthiopischen Kaisers. Der ägyptische Abuna — zuweilen nicht einmal der Landessprache mächtig — hatte zwar in Äthiopien keinerlei politischen und in den letzten Jahrzehnten wenigstens faktisch auch keinen religiösen Einfluß (er erfüllte lediglich eine rituelle Funktion), dennoch bestand immer die Gefahr, daß der koptische Abuna versuchen könnte, sich mit äthiopischen Angelegenheiten zu befassen, nicht zuletzt im Interesse der ägyptischen Regierung. Wohl vor allem aus diesem Grunde war eine Unabhängigkeit von den ägyptischen Kopten erwünscht. Daß der koptische Patriarch als Kirchenoberhaupt anerkannt wird, ist keineswegs als Zugeständnis zu bewerten, denn das war er ja ohnehin; das Zugeständnis machten vielmehr die Kopten, indem sie den Äthiopiern ein Mitspracherecht bei der Wahl des Patriarchen zugestanden. Dies dürfte ihnen um so schwerer gefallen sein, als sie die Äthiopier eher als „Wilde" zu betrachten pflegen. Doch scheint diese Einigung für die Kopten das kleinere Übel gewesen zu sein, weil eine Loslösung der äthiopischen Kirche das politische Gewicht der Kopten in Ägypten erheblich vermindert hätte. Der Erfolg dürfte dem Kaiser in vielerlei Hinsicht zugute kommen; er stärkt seine Position gegenüber Nasser, von dem immer wieder befürchtet werden muß, daß er die zuweilen unruhige muslimische Minderheit Abessiniens (ca. 40 % der Bevölkerung?) für seine afrikanische Politik zu mobilisieren versucht, was wiederum bei der zukünftigen Regelung der Nilwasserstraße von Bedeutung sein könnte. Auch für die kürzlich erfolgte Reise des äthiopischen Kaisers nach Moskau dürfte die Bereinigung der Differenzen mit der ägyptischen Mutterkirche von Vorteil gewesen sein, da der Einfluß dieses bewußt christlichen Kaisers, der den Namen der Dreieinigkeit trägt, in die koptischen Kreise Ägyptens hinein als ein Politikum erscheinen könnte. Während seines Besuches dürften auch Fäden einer orthodox-monophysitischen Annäherung gesponnen worden sein. Das Interesse der russischen Orthodoxie an den nationalen Kirchen des Osten ist alt und hat seine Tradition. Die in der Mitte des 19. Jahrhunderts unterbrochenen persönlichen Kontakte wurden anläßlich eines Besuches des Erzbischofs von Chartum, Süd-Sudan und Uganda in der Sowjetunion (August-September 1957) wiederaufgenommen. Dieser koptische Würdenträger erklärte in Moskau, die Russische Orthodoxe Kirche könne für die Einheit der Orthodoxie, die von vielen Staaten bedroht werde, viel tun, wobei er sich mit seiner Kirche offenbar zur „Orthodoxie" rechnete (Journal des Moskauer Patriarchats, Nr. 9, 1957, S. 15). Das November-Heft des Journals des Moskauer Patriarchats (1958) widmete der Koptischen Kirche einen längeren Aufsatz, der die Reise einer Moskauer Kirchendelegation nach Äthiopien Anfang dieses Jahres einleitete. Diese Delegation wurde auch von Kaiser Haile Selassie empfangen (JMP, Nr. 4, 1959, S. 70—77). Der Besuch des äthiophischen Kaisers in der Sowjetunion dürfte ein Höhepunkt dieser kirchlichen Annäherung gewesen sein, wenn man sich aus begreiflichen Gründen hierüber auch nicht offiziell vernehmen ließ. Auf dem vom Kaiser im Kreml am 10. 7. gegebenen Empfang waren der russische Patriarch Aleksij und Metropolit Nikolai anwesend; auch zur Verabschiedung des Kaisers am 13. 7. auf dem Flugplatz waren die beiden höchsten Würdenträger der russischen Kirche erschienen (Isvestija, 11. 7. 59; Pravda, 13. und 14. 7. 59).

Über die möglichen religiösen Motive dieser Reise wurde allerdings niemals etwas geäußert. Vor allem anderen wurde wohl eine Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion gewünscht. Eine Verbesserung der Beziehungen zur orthodoxen Kirche kann dem zwar dienlich sein, ist aber kaum das Hauptanliegen des Kaisers, der in Moskau nicht geistlichen Rat, sondern Wirtschaftshilfe und vielleicht auch eine politische Rückendeckung gegenüber Nasser suchte. Die Annäherung an Rußland, die auch sonst in der abessinischen Politik zu erkennen ist, hat nur den Grund, daß der Kaiser immer darum bemüht war, fremde Einflüsse in seinem Land auszuschalten. Da nun das wirtschaftliche Aufbauprogramm nicht ohne fremde Hilfe durchführbar ist, werden möglichst viele Mächte zugleich in Anspruch genommen. Diese, manchmal übertriebene, aber nicht unberechtigte Vorsicht gegenüber fremden Einflüssen, wird wohl auch bei allen Annäherungen auf religiösem Gebiet ein beachtliches Hindernis bleiben.

Nicht nur die russische Kirche bemüht sich um eine Annäherung zwischen der Orthodoxie und dem Monophysitismus. Auch die orthodoxen Patriarchen des Ostens und die autokephalen orthodoxen Kirchen (besonders Griechenland, Rumänien und Serbien) haben in letzter Zeit wiederholt das Problem einer Vereinigung erörtert (vgl. etwa den Artikel „Die Frage der Einheit von Kopten und Orthodoxen" in der Athener Synodalzeitschrift „Ekklesia", Nr. 23, 1956, S. 405—407). Seit der Weltkirchenkonferenz von Evanston mehrte sich der Besuchs- und Delegationsaustauch zwischen den orthodoxen und monophysitischen Kirchen. Den Anstoß gaben die Kontakte mit monophysitischen Delegierten der Weltkirchenkonferenz, die auf ihren Reisen nach und von Evanston die Gelegenheit wahrnahmen, die auf ihrer Reiseroute liegenden orthodoxen Kirchen näher kennenzulernen. Besonders wichtig ist die in Evanston begonnene Fühlungnahme der koptisch-äthiopischen und indisch-jakobitischen Kirchen untereinander.

Hierbei versucht in letzter Zeit der jakobitische Patriarch von Antiochien (der in Homs, Syrien, residiert; er darf nicht mit dem orthodoxen Patriarchen von Antiochien, Sitz: Damaskus, verwechselt werden) eine wichtige Rolle zu spielen. Während eines Aufenthalts in Ägypten im Januar dieses Jahres hat er mehrmals seinen Willen zum Ausdruck gebracht, die Einheit der monophysitischen Kirchen zu fördern, und er versäumte nicht, auch die dritte große Gruppe monophysitischer Christen — die Armenier — in den Kreis seiner programmatischen Absichten einzubeziehen. Sein nächstes Ziel ist die Abhaltung einer monophysitischen Synode. Mit Anspielung auf die bedauerliche Entwicklung in Indien unterstrich er, daß „sich eine Bevölkerung von einer Million Gläubigen in Indien nicht

über die Entscheidungen des Patriarchen von Antiochien hinweggesetzt hätte", wenn schon Jahre zuvor eine monophysitische Synode zustande gekommen wäre („Proche Orient Chrétien", T. IX, Nr. 1, S. 71). Dabei bleibt nur die Frage offen, auf welcher Grundlage diese Einigung erzielt werden soll.

Je mehr sich die verschiedenen Zweige der Monophysiten konsolidieren und untereinander enger zusammenrücken, desto intensiver wird das Problem der Beziehungen zur Orthodoxie in Angriff genommen werden müssen. Auf beiden Seiten ist man mehr und mehr bereit, alte dogmatische Differenzen zu entschärfen, indem man sie als zeitbedingte terminologische Unklarheiten interpretiert. Ähnlich wie der orthodoxe Patriarch von Alexandrien in seinen berühmten Neujahrsansprachen bezeichnete ein Aufsatz im Journal des Moskauer Patriarchats die Christologie der Kopten ihrem Wesen nach als orthodox und nur der Terminologie nach als monophysitisch (Nr. 11, 1958, S. 61). Dahinter öffnen sich gewisse kirchen-politische Perspektiven, deren Bedeutung von den Politikern in Ost und West mehr und mehr erkannt zu werden scheint.

Aus der jüdischen Welt

Die Juden in Deutschland

Im Sommer dieses Jahres erschien die 2. Auflage des Almanachs „Die Juden in Deutschland" (Die Juden in Deutschland . . ., ein Almanach, herausgegeben von Heinz Ganther. Gala-Verlag, Hamburg 1959, 587 S.).

Wir nehmen das Erscheinen der neuen Auflage zum Anlaß, um über die gegenwärtige Situation der Juden in Deutschland zu berichten. Der Almanach gibt neben einzelnen ausgezeichneten Aufsätzen über das jüdische Problem in Deutschland (das u. a. von Theodor Heuss, Cecil Roth, Franz Böhm, Hans-Joachim Schoeps, Nachum Goldmann behandelt wird) einen Bericht über die Judenverfolgung im „Dritten Reich" und über die gegenwärtige Situation der Juden in Deutschland, das Leben der Gemeinden und nicht zuletzt über den Stand der Wiedergutmachung.

Um die Gedankenwelt der heute in Deutschland lebenden Juden zu verstehen, genügt es, darauf hinzuweisen, daß von 525 000 Juden, die im Januar 1930 in Deutschland lebten, in den Jahren 1942 bis 1945 170 000 bis 190 000 ermordet worden sind. Ca. 250 000 gelang es, auszuwandern; diese leben heute vorwiegend in Israel, Amerika, Südafrika und anderen überseeischen Staaten. 1959 wohnten ca. 22 000 Juden in Deutschland.

Daß diese Juden überhaupt in Deutschland verblieben sind, daß sie darangehen, wieder jüdische Gemeinden als ständige Einrichtungen zu konstituieren, Synagogen und Gemeindezentren zu errichten — und nicht nur Altersheime für die, die zu alt oder zu schwach sind, um Deutschland zu verlassen —, ist ein Akt, zu dem genausoviel Mut wie Vertrauen gehört.

Die Lage kurz nach Kriegsende ließ in keiner Weise erkennen, daß es in Deutschland je wieder jüdische Gemeinden geben würde. Die 180 000 jüdischen Displaced Persons, die sich nach Kriegsende in Deutschland befanden, hatten nur einen Wunsch, das Land, in dem sie selber nur mit knapper Not dem Tod entronnen sind, möglichst bald zu verlassen. Unter diesen Überlebenden waren nur sehr wenige deutsche Juden, aber auch diese hatten vielleicht mehr noch als jene, die überwiegend aus Osteuropa kamen, den dringenden Wunsch, Deutschland sobald wie möglich zu verlassen. Die Abwanderung der Juden, die 1945 noch bzw. wieder in Deutschland waren, war 1952 faktisch abgeschlossen. Die jüdischen Organisationen, denen auch die Aufgabe zufiel, die ohne alle Existenzmittel und vorwiegend in DP-Lagern lebenden Juden in jeder Hinsicht zu versorgen, lehnten einen Wiederaufbau jüdischer Gemeinden in Deutschland entschieden ab.

Trotzdem erwies es sich dann als notwendig, nicht zuletzt gegen den Willen der jüdischen Auslandsorganisationen, in Deutschland wieder Gemeinden zu gründen. Es blieb eine Anzahl deutscher Juden und auch DP's im Lande, die keine Möglichkeit zur Auswanderung fanden. Auch kehrten eine Anzahl emigrierter Juden wieder zurück, manche, weil sie sich letzten Endes als Deutsche fühlten, manche, weil es ihnen nicht gelungen war, sich in den Immigrationsländern einzuleben oder eine angemessene wirtschaftliche Existenz zu finden.

Statistisches

Die heute in Deutschland lebenden Juden sind im Sinne des Wortes „Überlebende". Ein großer Teil von ihnen hat während der Verfolgung schwere gesundheitliche und seelische Schäden erlitten. Die Überalterung tritt aus den Statistiken klar zutage.

Die Zahl der Juden in Deutschland betrug am:

1. 1. 1871	512 000
1. 1. 1910	615 000
1. 1. 1925	564 000
1. 1. 1933	525 000
16. 6. 1933	499 682
1. 9. 1937	450 000
17. 5. 1939	235 000
1. 11. 1940	160 000
1. 9. 1943	20 000
8. 5. 1945	19 664
1. 1. 1946	180 000
1. 7. 1952	20 886
1. 4. 1955	15 684
1. 1. 1956	16 029
1. 1. 1959	21 449

Altersmäßig setzte sich die jüdische Bevölkerung wie folgt zusammen (Stichtag: 1. 1. 1959):

Alter	Gesamtzahl	männlich	weiblich
0— 3	407	226	181
4— 6	487	266	221
7—15	1800	934	866
16—20	401	189	212
21—30	1215	595	620
31—40	3035	1714	1321
41—50	3690	2186	1504
51—60	4412	2356	2056
61—70	3631	1776	1855
über 70	2371	1169	1202
insgesamt	21449	11411	10038
Altersdurchschnitt	46,5	46,1	47,1

Einer kleinen Geburtenzahl steht eine erschreckend hohe Zahl der Todesfälle gegenüber. Wenn die Zahl der Juden in der Bundesrepublik in den Jahren 1955—1959 dennoch um fast 6000 zugenommen hat und der Altersdurchschnitt, wenn auch geringfügig, abnahm (1. 4. 1955 = 47,4; 1. 1. 1959 = 47,1), dann ist dies allein auf die Rück-

wanderer zurückzuführen, unter denen sich neben sehr alten auch jüngere Menschen befinden.
Die Bevölkerungsbewegung der Juden in Deutschland verlief zwischen 1955 und 1959 wie folgt:
1955 betrug die Zahl der in Deutschland ansässigen Juden 15 684. Dazu kamen (bis 1959): Geburten 222, Rückwanderer 6316, Sonstige (Übersiedlung usw.) 4225. Das wären zusammen (Anfang 1959) 26 447 Juden. Im gleichen Zeitraum verlor die jüdische Bevölkerung in Deutschland durch Todesfälle 1363, Auswanderung 1741, Sonstige 1894; also insgesamt 4998 Menschen. Danach betrug die Zahl der Juden in Deutschland Anfang 1959 21 449.
Die Zahl der Eheschließungen ist der Überalterung entsprechend gering. Sehr hoch ist die Zahl der Mischehen. In den Jahren 1951 bis 1956 war die durchschnittliche Zahl der Eheschließungen ca. 110, davon 29 Mischehen. Die Mischehen mit protestantischen Partnern überwiegen leicht gegen den Mischehen mit Katholiken. (Sämtliche Statistiken sind in gekürzter Form dem Jüdischen Almanach entnommen.)

Die Sozialstruktur

Von einem Wandel in der Sozialstruktur bei den deutschen Juden zu sprechen, ist beinahe abwegig; denn wie könnte man die wenigen, heute in Deutschland lebenden Juden noch mit jenen vergleichen, die einst ein wichtiger kultureller und wirtschaftlicher Faktor in Deutschland waren? 25 % der deutschen Juden sind über 60 Jahre alt und leben von Renten oder von der sozialen Fürsorge; die, denen durch Wiedergutmachungsleistungen zu einem „geruhsamen" Lebensabend verholfen wurde, sind keineswegs sehr zahlreich. Die geistige Elite ist zugrundegegangen oder ausgewandert. Die Zahl der freien Berufe, vor 1933 ungewöhnlich hoch, ist stark zurückgegangen. Es scheint sogar an jüdischen Juristen und Ärzten zu fehlen.
Ca. 65 % der heute in Deutschland lebenden Juden kommen aus dem Osten und Südosten Europas. Diese bilden das eigentlich lebendige und vor allem jüngere Element in den Gemeinden. Sie sind vorwiegend Kleingewerbetreibende. Obwohl es den meisten an einer regulären Berufsausbildung fehlte — denn die jüngeren haben ihre Jugend in Konzentrationslagern, DP-Lagern und auf der Wanderschaft verbracht —, konnten sie sich doch, wenn auch oft nur in einem bescheidenen Rahmen, dank der Gewerbefreiheit beruflich durchsetzen. Sie assimilieren sich nur sehr langsam an ihre Umwelt, und ihre Umgangssprache ist noch keineswegs immer Deutsch. Doch werden die in Deutschland aufwachsenden Kinder voll assimiliert werden.
Es gibt in Deutschland kein jüdisches gesellschaftliches Leben, eben weil die geistige Elite fehlt. Diejenigen jungen Juden, die nach dem Krieg in Deutschland studiert haben, sind zum großen Teil nach Beendigung ihres Studiums abgewandert, nicht zuletzt deshalb, weil ihnen die Verhältnisse in Deutschland zu unsicher waren und sie als Juden in Deutschland keine Zukunft mehr vor sich sahen.
Der größte Teil der deutschen Juden lebt in Großstädten (Berlin: 6339; Frankfurt/M.: 2478; München: 2276; Düsseldorf: 877; Hannover: 412; Dortmund: 394).

Die Gemeindeorganisation

Die Grundlage des organisatorischen Zusammenschlusses ist stets die örtliche jüdische Gemeinde. Die Wiedererrichtung der jüdischen Gemeinden war nach dem Kriege besonders dadurch erschwert, daß es an geeigneten Persönlichkeiten zur Leitung einer Kultusgemeinde fehlte. So kam es, daß selbst solche Juden, die in Mischehen lebten und dem Judentum eigentlich schon entfremdet waren, Vorstandsämter in den Gemeinden übernehmen mußten.
Die jüdischen Gemeinden schlossen sich auf Länderebene zu Landesverbänden zusammen. Für die Bundesrepublik wurde eine zentrale Vertretung der Gemeinden, der „Zentralrat der Juden in Deutschland" geschaffen. Dieser wird von allen jüdischen Institutionen des In- und Auslandes und von den deutschen Behörden als höchster Repräsentant und offizielle Vertretung des Judentums in Deutschland anerkannt.
Es gibt zur Zeit in Deutschland 73 jüdische Kultusgemeinden (gegenüber 9 in Ostdeutschland), von denen einige wahrscheinlich nicht mehr als die vorgeschriebenen zehn männlichen Gemeindemitglieder zählen. Die Gründung von Kultusgemeinden geschieht zwangsläufig an jedem Ort, an dem sich einige Juden zusammenfinden, denn selbst die elementarsten Observanzen setzen eine „Gemeinde" voraus. Darüber hinaus ist die Kultusgemeinde auch eine Interessenvertretung gegenüber den Behörden.
Die rechtliche Form der jüdischen Gemeinden ist in den einzelnen Bundesländern verschieden. In den meisten Ländern bilden sie anerkannte Körperschaften des öffentlichen Rechts, in Bremen und Niedersachsen sind sie als „eingetragener Verein" konstituiert.
Die jüdischen Gemeinden von heute sind nur in den seltensten Fällen die wirklichen Nachfolger der Gemeinden, die 1938 aufgelöst oder zur Selbstauflösung gezwungen wurden. Sie haben daher im Rahmen des Rückerstattungsgesetzes auch nicht die Eigentumstitel der untergegangenen Gemeinden erhalten (diese erhielt die JRSO), jedoch den uneingeschränkten Nießbrauch. Bei Auflösung der Gemeinde, d. h., wenn die Zahl der männlichen Gemeindemitglieder unter zehn gesunken ist und kein Gemeindegottesdienst mehr möglich ist, erlischt der Nießbrauch.
Ein kompliziertes Problem ergab sich aus der Frage, was mit den zum großen Teil zerstörten Synagogen geschehen sollte, die in absehbarer Zeit nicht mehr verwendet werden können. (Der Verkauf von „Heiligtümern" ist nur gestattet, wenn der Erlös zum Erwerb von „Heiligtümern höheren Grades" verwendet wird.) Obgleich es für die Gegebenheiten in Deutschland keinen Präzedenzfall gab, entschied ein rabbinischer Senat mit Zustimmung des rabbinischen Kollegiums in Jerusalem, daß die Erhaltung der vorhandenen Synagogen und Lehrstätten den Vorrang habe. Selbst baufällige Heiligtümer dürfen nicht veräußert werden, wenn sich am Ort noch Juden befinden; der Wiederaufbau von Synagogen wird ausdrücklich befürwortet. Während der Verfolgung zweckentfremdete Synagogen sollen nicht als entweiht gelten. Bei Verkauf, der nur dann gestattet ist, wenn die Erhaltung unmöglich ist, muß der Erlös religiösen Zwecken zugeführt werden.
Auf keinen Fall dürfen Friedhöfe veräußert werden, und die Erhaltung der Gräber muß für alle Zukunft gesichert werden. (Allein in Baden z. B., wo es nie sehr viele Juden gegeben hat, muß für 78 Friedhöfe gesorgt werden, von denen nur noch 6 benutzt werden.) Über die Instandhaltung der Friedhöfe besteht im Rahmen der Wiedergutmachung ein Vertrag mit der Bundesrepublik. In einer Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bundesinnenministerium und den Ländern bzw. Gemeinden wurden letztere mit der technischen Durchführung beauftragt.

Die Zahl der Synagogen und Betstuben ist im jüdischen Almanach leider nicht angegeben. Im Gemeindeverzeichnis zählten wir 16, doch ist bei einigen weiteren Gemeinden mit Sicherheit anzunehmen, daß sie über Synagogen oder wenigstens Betstuben verfügen. An manchen Orten gehören erhebliche Teile der jüdischen Bevölkerung nicht der Kultusgemeinde an. Diese sind zwar nicht als Dissidenten zu betrachten, sie nehmen jedoch am religiösen Leben nicht teil. Die bis 1933 zahlreichen Konversionen zum Christentum sind aus verständlichen Gründen eindeutig zurückgegangen.

Religiöses Leben

Das Judentum scheint als Religionsgemeinschaft in Deutschland nur eine untergeordnete Rolle zu spielen. Jene, die in Mischehen lebten oder Mischehen entstammten, also kaum noch religiöse Bindungen zum Judentum hatten, überlebten am ehesten, und diese geben dem deutschen Judentum heute eher das Gepräge einer sozialen Gemeinschaft. Auch in der Arbeit des „Zentralrates der Juden" spielen die Fragen der Wiedergutmachung oder der Bekämpfung des Antisemitismus anscheinend eine größere Rolle als die Wiedererweckung des religiösen Lebens. Das gleiche gilt für die jüdische Publizistik, sofern man noch von einer solchen sprechen darf. (Es gibt drei jüdische Wochenzeitungen, von denen zwei in München erscheinen. Bedeutung hat allein die „Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland".)

Das religiöse Niveau ist besonders durch das Abwandern vieler jüdisch gebildeter Ostjuden gesunken. Es gibt drei Landesrabbinate. In Bayern gibt es zwar eine Anzahl ostjüdischer Rabbiner, aber kein Rabbinat. Nur in Berlin, München, Frankfurt und Fürth werden die täglichen Früh- und Abendgottesdienste abgehalten, in anderen Großstädten nur die Sabbatgottesdienste, in kleinen Gemeinden finden Gottesdienste nur an den hohen Feiertagen statt. Die Landesrabbiner besuchen zuweilen auch die kleineren Gemeinden.

Gemeinden mit eigenen Rabbinern, Vorbetern und Religionslehrern gibt es außer den vier oben genannten nicht. Neu ist die Errichtung von Synagogen mit „Gemeindezentrum" (jetzt in Düsseldorf) nach amerikanischem Vorbild. Sie sollen vor allen Dingen der Zusammenführung der Gemeinde zu kulturellen Veranstaltungen dienen. Auf diese Weise wird zugleich aber auch das religiöse Gemeinschaftsleben gestärkt.

Für die wenigen deutschjüdischen Kinder gibt es nur in einigen Großstädten Religionsunterricht. Die orthodoxen ostjüdischen Kinder werden im Elternhaus religiös erzogen. Auch stehen ihnen sonstige Möglichkeiten für das religiöse Studium zur Verfügung. (Hier sei noch bemerkt, daß das Judentum eine Religion ist, deren Praxis ein gewisses religiöses Studium voraussetzt, welches wiederum Teil der Praxis ist.) Wegen des empfindlichen Mangels an Religionslehrern muß bei vielen deutschjüdischen Kindern ein Unterricht in Israelkunde und jüdischer Geschichte den Religionsunterricht ersetzen. Die Versorgung mit rituell geschlachtetem Fleisch geschieht von München, Frankfurt und Hamburg aus. Ritualien müssen importiert werden.

Die „jüdische Wissenschaft" (das religiöse Studium auf wissenschaftlicher Grundlage), einst in Deutschland begründet und besonders gepflegt, ist praktisch tot, doch finden sich in einigen Gemeinden die Ostjuden zu gemeinsamem Talmudstudium zusammen. Am deutlichsten zeigt sich die religiöse Situation wohl daran, daß der bayerische Rundfunk für die „jüdische Feierstunde" (wöchentlich 15 Minuten) die Musik mit Bandaufnahmen aus dem Ausland, die Ansprachen mit Laienpredigten bestreiten muß.

Der gegenwärtige Zustand ist vor allem durch den Verlust der jüdischen Elite bestimmt und dadurch, daß viele Juden, die zur Gemeindearbeit berufen wären, sich ihr nicht widmen wollen. Unter den gegenwärtigen Umständen kann eine neue jüdische religiös orientierte Elite eigentlich nur aus den Kreisen der jetzt in Deutschland lebenden Ostjuden kommen, weil bei diesen allein ein religiös gebildeter Nachwuchs zu erwarten ist.

Die jüdischen Gemeinden in Deutschland werden wohl niemals wieder jene Bedeutung erlangen, die sie in den letzten 100 Jahren vor der Verfolgung hatten. Es geht heute wohl vielmehr darum, jene Menschen dem Judentum zu erhalten, die Juden sind, und eine neue geistige Substanz zu schaffen, eine Aufgabe, die angesichts des religiösen Verfalls in der ganzen Welt nicht leicht zu lösen sein wird.

Die Kirche in den Ländern

Das Heilige Offizium und die Arbeitermission in Frankreich

Als Kardinal Feltin, Erzbischof von Paris, Anfang Juni dieses Jahres seinen ersten Ad-limina-Besuch bei Papst Johannes XXIII. machte, überreichte er diesem in einer Sonderaudienz einen ausführlichen Bericht über die gegenwärtige Lage der Arbeitermission in Frankreich. Man wußte auch, daß er darum bitten werde, in besonderen Fällen wieder Arbeiterpriester im vollen Sinne, d. h. mit voller Arbeitszeit, einsetzen zu dürfen, wie es deren rund 100 vor dem Verbot vom November 1953 gegeben hat (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 470 ff.). Diesem Wunsch hat der Heilige Stuhl nicht entsprochen. Durch eine Indiskretion ist der Brief, mit dem Kardinal Pizzardo, bis Oktober 1959 Sekretär des Heiligen Offiziums, den Beschluß Kardinal Feltin am 3. Juli mitgeteilt hat und der dazu bestimmt war, geheim zu bleiben, an die Presse gelangt, zunächst an „Le Monde", der ihn am 15. September im vollen Wortlaut veröffentlicht, worauf ihn auch alle katholischen Blätter übernahmen, um durch Bekanntgabe des exakten Textes Gerüchten vorzubeugen. Der Brief lautet folgendermaßen (die Zwischenüberschriften stammten von der Herder-Korrespondenz).

Der Brief Kardinal Pizzardos

„Der Bericht, den Eure Eminenz mir über das Arbeiterapostolat in Frankreich und insbesondere über die ‚arbeitenden Priester' (prêtres au travail) hat zukommen lassen, ist Gegenstand einer Untersuchung seitens des Heiligen Offiziums gewesen.

Diese Oberste Heilige Kongregation hatte bereits mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs im

März 1957 unter der Leitung Eurer Eminenz die ‚Mission ouvrière' ins Leben gerufen hat mit dem Auftrag, ‚alle Apostolatsbemühungen in der Arbeiterwelt und insbesondere die Tätigkeit der aktiven Laien der JOC und ACO zu koordinieren'. Sie freut sich, jetzt zu erfahren, daß bereits 19 ‚Missionssektoren' [vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 481—485] in 14 Diözesen unter der tatsächlichen Leitung eines Beauftragten des Ordinarius eingerichtet worden sind.

Aber die von Eurer Eminenz eingereichte Note bittet darum, daß Priester, die von ihrem Bischof ausgewählt, wohl vorbereitet und durch ein authentisches priesterliches Leben gestützt sind und die in Verbundenheit mit dem Pfarrklerus arbeiten, als vollbeschäftigte Arbeiter und nicht nur für drei Stunden am Tag in die Fabrik gehen können.

Nachdem die Meinung aller Konsultoren eingeholt worden ist, haben die Ehrwürdigsten Väter dieser Höchsten Heiligen Kongregation die wichtige und heikle Frage dieser ‚arbeitenden Priester' aufmerksam geprüft. Hier folgen die Schlußfolgerungen, zu denen sie in ihren Vollsitzungen am 10. und am 24. Juni gelangt sind:

Notwendigkeit des Arbeiterapostolats

Der Heilige Stuhl teilt die Überzeugung der Bischöfe Frankreichs in bezug auf die Notwendigkeit eines intensiven und wirksamen Apostolats im Arbeitermilieu, um dieses zum Glauben und zur christlichen Lebensführung zurückzuführen, wovon es sich unglücklicherweise entfernt hat.

Er beglückwünscht die französischen Bischöfe zu ihrem Hirteneifer und zu den großen Anstrengungen, die sie zur Lösung des schweren Problems der Evangelisierung des Arbeitermilieus gemacht haben und immer noch machen.

Er ist überzeugt, daß die Priester, die sich diesem Apostolat weihen, mit der Gnade Gottes auf dem Grund der Seele des französischen Arbeiters die christliche Sehnsucht, die durch die lange katholische Tradition ihres Landes in ihr verwurzelt ist, wiedererwecken können. Im übrigen ist es wohl schwierig, eine Masse von Menschen als vollkommen entchristlicht zu betrachten, von denen noch eine sehr große Zahl das unauslöschliche Siegel der Taufe empfangen hat.

Verbot der Fabrikarbeit für Priester und deren Begründung

Der Heilige Stuhl ist der Meinung, daß es zum Apostolat im Arbeitermilieu nicht unerläßlich ist, Priester als Arbeiter in das Arbeitermilieu zu schicken, und daß es nicht möglich ist, die überlieferte Auffassung vom Priestertum zu diesem Zweck zu opfern, wenn auch die Kirche in diesem Apostolat eine ihrer teuersten Aufgabe sieht.

Der Priester wird wesentlich zur Ausübung sakraler Funktionen geweiht: um Gott das heilige Meßopfer und das öffentliche Gebet der Kirche darzubringen, um den Gläubigen die Sakramente zu spenden und das Wort Gottes zu verkünden. Alle anderen Betätigungen des Priesters müssen in irgendeiner Weise auf diese Funktionen hingeordnet sein oder aus ihnen als praktische Folgerungen hervorgehen, und alles, was mit ihnen unvereinbar ist, muß aus dem Leben des Priesters ausgeschieden werden.

Wohl trifft es zu, daß der Priester, wie die Apostel, Zeuge ist (vgl. Apg. 1, 8), aber um von der Auferstehung Christi zu zeugen (vgl. Apg. 1, 22), also von seiner göttlichen und erlösenden Sendung. Dieses Zeugnis legt er vor allem durch das Wort ab und nicht durch die manuelle Arbeit unter Fabrikarbeitern, als ob er einer der Ihren wäre.

Außerdem ist der Heilige Stuhl der Meinung, daß die Arbeit in der Fabrik oder auf dem Bau mit dem priesterlichen Leben und seinen Verpflichtungen unvereinbar ist.

An den Arbeitstagen würde es dem Priester tatsächlich fast unmöglich sein, alle Gebetspflichten zu erfüllen, die die Kirche ihm für jeden Tag auferlegt: Feier der heiligen Messe, vollständiges Breviergebet, Betrachtung, Besuch des Allerheiligsten und Rosenkranz.

Doch selbst wenn einige das fertigbringen, bleibt es nicht minder wahr, daß sie der manuellen Arbeit eine Zeit widmen, die sie für ihr Priesteramt oder für fromme Studien benützen sollten (vgl. can. 129): haben die Apostel nicht eben darum das Diakonat eingerichtet, um sich von den zeitlichen Aufgaben zu befreien und mehr Zeit für Gebet und Predigt frei zu bekommen? (vgl. Apg. 6, 2 und 4).

Anderseits setzt die Arbeit in der Fabrik und selbst in kleineren Betrieben den Priester nach und nach der Gefahr aus, dem Einfluß des Milieus zu erliegen. Der ‚arbeitende Priester' lebt nicht nur mitten in einer materialistischen Umgebung, die für seine geistige Haltung verhängnisvoll werden und oft selbst seine Keuschheit gefährden kann; er übernimmt auch, fast ohne es zu wollen, auf sozialem und gewerkschaftlichem Gebiet die Denkweise seiner Arbeitskameraden und schließt sich ihren Forderungen an: eine bedenkliche Verflechtung, die ihn rasch dazu führen kann, am Klassenkampf teilzunehmen. Das ist aber für einen Priester unzulässig.

Aufgabe der christlichen Laien

Das sind die Gründe, die die Hochwürdigsten Kardinäle des Heiligen Offiziums veranlaßt haben, die Einstellung der Arbeit der Priester als Fabrikarbeiter und -angestellte und an anderen Arbeitsplätzen, z. B. als Matrosen auf Fischerei- und Transportschiffen, und die Ablösung der ‚arbeitenden Priester' durch Gruppen von Priestern und Laien, die sich speziell dem Apostolat im Arbeitermilieu widmen, zu beschließen.

In der Audienz vom 11. Juni 1959 hat der Heilige Vater sich herabgelassen, diese Entscheidungen zu billigen, und als er Eure Eminenz am gleichen Tage empfing, hat er Ihnen seine Gedanken über diesen Punkt mitgeteilt. Nachdem er den Bericht gelesen hat, den Eure Eminenz ihm überreicht hat, erschien es seiner Heiligkeit richtig, die Dekrete des Heiligen Offiziums vom 10. und 24. Juni zu bestätigen.

Es ist jetzt Sache der Bischöfe Frankreichs, die verschiedenen Formen vorzubereiten, die das Apostolat im Arbeitermilieu annehmen soll.

Im Gefolge Papst Pius' XI. haben sie nicht aufgehört, die christlichen Arbeiter an ihre ‚sehr wichtige Mission' zu erinnern: ‚Unter der Führung ihrer Bischöfe und Priester sind sie es, die die Aufgabe haben, die Massen ihrer Arbeitsbrüder zur Kirche und zu Gott zurückzuführen, die sich in ihrer Verzweiflung, daß sie nicht verstanden und nicht mit der ihnen zustehenden Achtung behandelt wurden, von Gott entfernt haben' (Enzyklika *Divini Redemptoris*).

Seit zwei Jahren ist es der ‚Mission ouvrière' unter der Führung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs ge-

lungen, dieses Laienapostolat mit dem Wirken der Pfarrpriester und der Seelsorger der Katholischen Aktion zu koordinieren.

Die Formel der Säkularinstitute

Der Heilige Stuhl fordert die Bischöfe Frankreichs auf, zu überlegen, ob nicht der Augenblick gekommen ist, diesen ausgezeichneten Initiativen die Schaffung eines oder mehrerer Säkularinstitute hinzuzufügen, deren Mitglieder sich aus Priestern und Laien zusammensetzen könnten.

Diese letzteren können in den Fabriken ohne andere zeitliche Begrenzung arbeiten als die, die ihnen das geistige Leben und ihre Gesundheit auferlegt: als Mitglieder einer kirchlichen Institution werden sie ein besonders wertvolles Zeugnis ablegen können.

In dieser neuen Form der Arbeitermission haben die Priester eine wichtige und wirksame Aufgabe. Sie geben ihren Laienbrüdern die gründliche, ihrem Lebensstand und ihrer Arbeiterexistenz angepaßte religiöse Unterweisung und spirituelle Formung. Sie machen sie immer besser mit der kirchlichen Soziallehre bekannt, insbesondere, was die Probleme der Arbeit angeht. Die Priester führen ihre Laienbrüder bei ihrem Werk der täglichen Einwirkung auf ihre Arbeitskameraden, beraten sie bei ihren Problemen und stützen sie in ihren Schwierigkeiten.

Dank der Kontakte, die durch die Laienmitglieder der Weltlichen Institute eingeleitet sind, können die Priester beginnen, ihr Amt bei den Arbeitern außerhalb der Fabriken, bei den Familien und Kindern auszuüben. Ihre vertiefte und durch Studien lebendig erhaltene Kenntnis der christlichen Soziallehre wird ihnen erlauben, die Arbeiter in Gewerkschaftsfragen und in vielen anderen weltlichen Anliegen zu beraten und ihnen hier die richtige christliche Lösung vorzulegen. Schließlich und vor allem werden sie in der Atmosphäre von Vertrauen, die durch diese Kontakte geschaffen wird, diese Seelen nach und nach der übernatürlichen Wahrheit aufschließen und sie zur Praxis des christlichen Lebens hinführen.

Der Heilige Stuhl bittet Eure Eminenz, diese neue Form des Apostolats, die den besonderen Erfordernissen der Evangelisierung der Arbeitermassen zu entsprechen scheint, genau zu studieren: Ist nicht das Säkularinstitut, so wie es Papst Pius XII. in seiner Apostolischen Konstitution *Provida Mater Ecclesia* dargestellt hat, seiner Natur wie seinen Methoden nach den Bedürfnissen des Arbeiterapostolats vollkommen angepaßt?

Schrittweise Ablösung der ‚arbeitenden Priester'

Selbstverständlich soll sich die Ablösung der ‚arbeitenden Priester' durch neue Institutionen gemäß aller gebotenen Klugheit allmählich vollziehen, damit jeder improvisierte oder generalisierte Wechsel, jede gefährliche Verwirrung im Apostolat bei den Arbeitern vermieden wird. Die Ordinarien werden gewiß jede günstige Gelegenheit zu ergreifen verstehen, um sie aus der Arbeit zurückzuziehen und ihnen ein anderes Amt bei den Arbeitern zu übertragen.

Was die Priester betrifft, die auf dem Meer arbeiten, so dürfen sie keine neuen Kontrakte unterzeichnen, und sobald sie an Land sind, müssen sie diejenigen lösen, die sie bereits eingegangen sind.

Ich bitte Eure Eminenz, sich mit Seiner Eminenz Kardinal Liénart in Verbindung zu setzen, dem ich in seiner Rolle als Vorsitzender der Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs eine Abschrift dieses Briefes zukommen lasse, und ich bitte Eure Eminenz als Vorsitzenden der ‚Mission ouvrière', diese Entscheidungen den Erzbischöfen und Bischöfen sowie den Ordensoberen zukommen zu lassen, die ‚arbeitende Priester' in ihrer Diözese oder in ihrem Orden haben.

Der Heilige Stuhl weiß, daß er den ‚arbeitenden Priestern' ein wirkliches Opfer auferlegt, indem er von ihnen fordert, auf ihre Tätigkeit als Arbeiter zu verzichten. Aber er weiß auch, daß er auf ihre kindliche Unterwerfung unter diese Entscheidungen, die in ihrem Interesse und in dem des Apostolats bei den Arbeitern getroffen worden sind, rechnen darf. Mögen sie darauf vertrauen, daß ihr Gehorsam für ihr priesterliches Leben und für ihr Amt Früchte trägt. Sie sollen wissen, daß der Heilige Vater sie mit sehr wohlwollender Sorge umgibt."

Aufnahme der neuen Weisungen bei Episkopat und „arbeitenden Priestern"

Kardinal Feltin, der im Juni mit großen Hoffnungen nach Rom gegangen war und der dort bereits die in dem Brief von Kardinal Pizzardo enthaltene Stellungnahme erfuhr, brachte all jenen, die an Wert und Notwendigkeit der Arbeiterpriester glauben, eine bittere Enttäuschung nach Paris zurück. Die Enttäuschung war um so größer, als es diesmal keine „Skandale", keine politischen oder gewerkschaftlichen Verflechtungen, keinerlei öffentliches Aufsehen gegeben hatte und das erfolgreiche Wirken sich in aller Stille vollzog. Auch die Zusammenarbeit zwischen arbeitenden Priestern und ACO hatte sich nach anfänglichen Schwierigkeiten gut eingespielt. Alle betroffenen Personen haben sich jedoch den Anforderungen des Heiligen Offiziums sofort und ohne Widerstand unterworfen. Von Gehorsamsverweigerungen, wie 1954, als das erste Verbot gegen die Arbeiterpriester von Rom erlassen worden war und sich von den damals rund hundert Arbeiterpriestern ungefähr 30 nicht fügten, war diesmal keine Rede.

Es muß aber auch betont werden, daß sich die Ausführungen Kardinal Pizzardos bei genauem Zusehen nur gegen einen extremen Fall im Ganzen der Bemühungen um die Mission in der Arbeiterwelt richten, um ein Experiment, das im großen und ganzen in dieser Form der Vergangenheit angehört. Zwar hatte der französische Episkopat sich große Hoffnungen gemacht, das Experiment der Arbeiterpriester noch einmal erneuern zu dürfen, jedoch hatte der Heilige Stuhl offenkundig schon in den Jahren 1953/54 die Absicht, nach einer Übergangszeit auch die letzten Reste des Experiments auszulöschen, so wie es jetzt geschehen ist, und zwar trotz der persönlichen Erlaubnis, die Papst Pius XII. noch 1957 Kardinal Feltin erteilt hatte, in seiner Erzdiözese sechs Arbeiterpriester wieder acht Stunden täglich arbeiten zu lassen. Der französische Episkopat hatte eine ergänzende Formel ausgearbeitet, die der „Mission ouvrière". Diese (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 481—485) wird vom Heiligen Offizium sehr gelobt, wenn auch offenbar von Anfang an gewünscht wurde, daß die Priester, die den aus Priestern und Laien gemischten Gruppen der „Mission ouvrière" in den „Missionssektoren" angehören, nunmehr nicht mehr ihre drei Stunden in die Fabrik gehen sollen. Die rund 60 „arbeitenden Priester", die bisher diesen dreistündigen Arbeitseinsatz gemacht haben, haben sich, wie gesagt, samt

und sonders bereit erklärt, sich dem Heiligen Stuhl in vollem Gehorsam zu unterwerfen; eine Übergangszeit ist nötig, um die arbeitsrechtlichen Fragen zu regeln.

Erste Verlautbarung der Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe

Das alles hätte in der Stille vor sich gehen sollen. Nachdem nun aber die Presse den Text des Briefes von Kardinal Pizzardo veröffentlicht hatte, fühlten sich die französischen Bischöfe, die mit der Missionierung der Arbeiterwelt zu tun haben, gedrängt, öffentlich für ihre „arbeitenden Priester" einzutreten.

Am 18. September versammelten sich in Paris die drei französischen Kardinäle Liénart, Gerlier und Feltin und die 18 Erzbischöfe und Bischöfe Frankreichs (diese Zahl geben „La Croix" und „Informations Catholiques Internationales"), die in ihren Diözesen arbeitende Priester oder Priester der „Meeresmission" haben, um die Direktiven des Heiligen Offiziums zu prüfen. Die Sitzung war streng geheim. Doch gaben die versammelten Kardinäle, Bischöfe und Erzbischöfe zum Schlusse folgendes Kommuniqué heraus:

„Die Erzbischöfe und Bischöfe, die ‚arbeitende Priester' in ihren Diözesen haben, haben sich um Kardinal Feltin, den Präsidenten der Arbeitermission, versammelt.

Es liegt ihnen am Herzen, entgegen gewissen Presseinformationen zu betonen, daß die arbeitenden Priester ihr Apostolat in Übereinstimmung mit dem ihnen von ihren Bischöfen erteilten Auftrag ausgeübt haben.

Die Bischöfe haben über die Form beraten, in der sie den Weisungen des Heiligen Stuhls nachkommen wollen. Sie haben beschlossen, mit ihren Priestern und ihren Gläubigen, insbesondere mit den Verantwortlichen der Katholischen Aktion der Arbeiter, ihre Bemühungen fortzusetzen, um ‚das ernste Problem der Evangelisation der Arbeiterwelt zu lösen'." Weitere Beschlüsse hat diese Versammlung nicht bekanntgeben können.

Kardinal Feltin über die „arbeitenden Priester"

Am Tage vorher, dem 17. September, fand der erste Priester-Einkehrtag der Erzdiözese Paris für mehrere hundert Priester in Issy-les-Moulineaux bei Paris statt. Vor diesen Priestern gab Kardinal Feltin einige Präzisierungen in bezug auf die Note des Heiligen Stuhls über die arbeitenden Priester. Er erinnerte insbesondere daran, daß Pius XII. dem Erzbischof von Paris in dieser Frage sein Vertrauen geschenkt hat. Durch dieses Vertrauen gestärkt, hatte der Kardinal sechs Priester seiner Diözese ermächtigt, mit voller Arbeitszeit zu arbeiten. Andere arbeiteten, mit ausdrücklicher Genehmigung des Heiligen Stuhls, mit halber Arbeitszeit. Trotzdem war die Frage noch nicht gelöst. Der Kardinal hat dann den durch die neuen römischen Maßnahmen betroffenen Priestern feierlich seine Hochachtung ausgesprochen und betont, daß sie bedingungslosen Gehorsam leisteten.

Kardinal Liénart an die Priester der „Mission de France"

Vom 14. bis 17. September hielt die „Mission de France" unter dem Vorsitz Kardinal Liénarts und in Anwesenheit Erzbischof Lamys von Sens und Bischof Le Cordiers, Auxiliarbischofs von Paris, in Pontigny ihre jährliche Generalversammlung ab. Eine Anzahl Priester der „Mission de France" arbeitet mit der „Mission ouvrière" zusammen und ist daher von den neuen Weisungen mitbetroffen („La Croix", 22. 9. 59). Kardinal Liénart hat diesen Priestern am Schluß der Generalversammlung eine kurze Erklärung zur Ermutigung mitgegeben. Sie lautet:

„Am Schluß dieser Generalversammlung der Mission de France möchte ich euch sagen, daß ihr die Gesamtheit der Apostolatsaufgaben, denen ihr euch geweiht habt, weil ihr den Auftrag dazu erhalten hattet, in Übereinstimmung mit eurer Berufung erfüllt habt. Ich möchte euch in einem Augenblick, in dem ich die Last meiner bischöflichen Verantwortung gegenüber euch und der Kirche stärker denn je empfinde, meine tiefe Befriedigung aussprechen.

Ich kenne eure Unruhe in bezug auf die missionarische Bemühung, und ich möchte euch sagen, daß ihr euch in eurer Treue und eurem Gehorsam gegenüber der Kirche mehr denn je zweier Wirklichkeiten bewußt sein müßt, die auf religiöser Ebene eure Daseinsberechtigung bilden und euer Wirken begründen:

Die Tatsache der Entchristlichung geht in Frankreich in den Sektoren, die uns anvertraut sind, sehr weit, zumal in der Arbeiterwelt. Diese Tatsache wird in der Vollversammlung des Episkopats 1960 studiert werden, deren Arbeitsthema: ‚Die Entchristlichung Frankreichs und was dagegen geschehen kann', von Papst Johannes XXIII. ausdrücklich gebilligt worden ist.

Die zweite Wirklichkeit ist die, daß es in erster Linie Sache der Bischöfe und der Priester ist, für die Evangelisierung ihres gesamten Volkes zu sorgen.

Diese doppelte Überzeugung stützt sich auf die Apostolische Konstitution, die uns der Heilige Stuhl gegeben hat. Er hat ausdrücklich gewünscht, daß eine Gemeinschaft von Weltpriestern sich der Evangelisierung der entchristlichten oder nichtchristlichen Welt widmet und daß sie zu diesem Zweck den Bischöfen zur Verfügung gestellt werden soll.

Wir müssen also vor allem der Mission treu bleiben, die die Kirche uns anvertraut hat, welche Schwierigkeiten uns auch bei der Erfüllung dieser Aufgabe begegnen mögen."

Der „Mission de France" gehören heute — wie Kardinal Liénart im Mai in einem Interview mit Jean Pélissier von „La Croix" sagte (20. 5. 59) — mehr als 300 Priester an, die sich auf 80 Gemeinden verteilen; das Seminar bildet gegenwärtig weitere 82 Seminaristen aus. Die Gemeinden, in denen Gruppen von Priestern der „Mission de France" wirken, setzen sich aus rund 40 ländlichen Gemeinden und 35 städtischen Gemeinden zusammen, dazu kommen drei Posten in der Handelsmarine. Einige Gruppen arbeiten auch in Algerien, Tunesien und Martinique. Sie wirken in den verschiedensten Milieus, im Gasthausgewerbe, in Krankenhäusern, in wissenschaftlichen Laboratorien. Ihr Charakteristikum ist, daß sie stets in Gruppen zusammenbleiben. Ihre Stellung ist vor allem dadurch von der der übrigen „arbeitenden Priester" verschieden, daß sie nur in Sonderfällen den Ortsordinarien unterstehen und sich ihre missionarische und seelsorgliche Tätigkeit nicht auf die Arbeiterschaft beschränkt.

Fortführung der Arbeitermission

Wie es in der Erklärung der Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe, die „arbeitende Priester" in ihren Diözesen hatten, vom 18. September hieß, ist der französische Episkopat mitsamt seinem Klerus und seinen Gläubigen entschlossen, sich mit allen Kräften weiter um die Wiedergewinnung der Arbeiterwelt für den Glauben zu bemühen. Für die Priester, die jetzt auf die Weisungen Roms hin

ihre bisherige Arbeit aufgeben und das schmerzliche Opfer des Verzichts auf ihr Ideal bringen müssen, haben alle klarsichtigen Katholiken Frankreichs, von der Rechten bis zur Linken, tiefes Mitgefühl und echte Trauer empfunden: eine seltene Einmütigkeit! Verschiedene Bischöfe haben auch sofort, um keine Entmutigung aufkommen zu lassen, in ihren Kirchenblättern oder anderen pastoralen Äußerungen die positiven Seiten des Schreibens Kardinal Pizzardos herauszustellen versucht, so besonders Erzbischof Guerry von Cambrai, Vorsitzender der Bischofskommission für die Arbeiterwelt. Er hat zur Beantwortung von Fragen, die von Mitgliedern der Katholischen Aktion der Arbeiter (ACO) an ihn gerichtet worden sind, ein Schreiben über „Die positiven Seiten des römischen Dokuments über die arbeitenden Priester" veröffentlicht.

Darin unterstreicht er vor allem den Satz Kardinal Pizzardos: „Der Heilige Stuhl teilt die Überzeugung der Bischöfe Frankreichs in bezug auf die Notwendigkeit eines intensiven und wirksamen Apostolats im Arbeitermilieu ... Er beglückwünscht die französischen Bischöfe zu ihrem Hirteneifer ..." Stärker noch hebt er das Vertrauen hervor, das der Heilige Stuhl in die Arbeit der Laien setzt. Erzbischof Guerry fügt kommentierend hinzu, es sei Tatsache, „daß viele Franzosen bisher nie begriffen haben, daß die Katholische Aktion der Arbeiter als organisierte Laienschaft die erste und privilegierte Lösung für eine Evangelisierung der Arbeiterwelt darstelle." Schließlich begrüßt er die Aufforderung, Säkularinstitute zur Missionierung der Arbeiterwelt zu schaffen. Dies ist der Weg, den P. Loew gegangen ist, einer der ersten „Arbeiterpriester" nach 1945, der fast zehn Jahre lang unter den Dockarbeitern von Marseille lebte: als 1954 das Experiment der Arbeiterpriester eingestellt wurde, unterwarf er sich um so williger, als er selber in gewisser Weise die Unruhe des Heiligen Stuhls angesichts dieses Versuchs auf Grund der eigenen Erfahrungen teilte. Er arbeitete nun das Projekt eines Säkularinstituts „Sankt Peter und Sankt Paul" aus, in dem Laien und Priester zusammen auf Pfarrbasis sich dem Arbeiterapostolat widmen sollen. Das Institut ist international gedacht. Es besteht heute jedoch erst aus einer Gruppe von zehn Laien sowie P. Loew und einem Vikar als Priester. Einige Seminaristen aus diesem Kreis befinden sich z. Z. im Studium auf der Dominikanerhochschule der französischen Südprovinz in St. Maximin in Toulouse. Die „Mission St. Peter und St. Paul" ist die einzige Gruppe, die bisher in Frankreich mit dieser besonderen Zielsetzung existiert und in etwa die Form eines Säkularinstituts hat. Erzbischof Guerry weist darauf als auf ein nachahmenswertes Beispiel hin. Er betont aber, daß es eine Mißdeutung des römischen Dokumentes wäre, wenn man es so auslegen wollte, als seien Säkularinstitute von nun an die einzigen zulässigen Organe zur Mission in der Arbeiterwelt; im Gegenteil, all die vielfältigen „ausgezeichneten Initiativen", die in Frankreich bereits unternommen worden sind, werden nachdrücklich gelobt.

Schließlich greift Erzbischof Guerry auch die Mahnung auf, am traditionellen Begriff des Priestertums festzuhalten. Er weist auf den Pfarrer von Ars (dessen Hundertjahrgedächtnis eben gefeiert worden war), der durch seine Heiligkeit, allein dadurch, daß er ein Mann des Gebets war, seine große Wirkung ausgeübt hat. „Das mindert in nichts die Verdienste, die oft heroische Hingabe, den Mut jener Priester, die in ihrem Herzen das Leid der Abspaltung der Arbeiterwelt von Christus und der Kirche tragen und die versucht haben, ihr Leben zu teilen, um ihr die Heilsbotschaft zu bringen. Gewisse Leute überschütten sie mit Spott und reden von Verurteilung. Der Heilige Vater jedoch denkt an sie, an das ‚echte Opfer', das er ihnen auferlegt, wie das Dokument durch seinen Schlußsatz bezeugt: ‚Sie sollen wissen, daß der Heilige Vater sie mit sehr wohlwollender Sorge umgibt.' "

Eine Anzahl anderer Mitglieder der französischen Hierarchie haben sich in ähnlichem Sinn an ihre Gläubigen gewandt, so Erzbischof Garrone von Toulouse (der das Schreiben Erzbischof Guerrys in seinem Kirchenblatt mitsamt einem kurzen Vorwort veröffentlichte), Bischof Théas von Tarbes und Lourdes, Bischof Pirolley von Nancy, u. a. Kardinal Richaud von Bordeaux betont, daß nicht jede Art Handarbeit dem Priester verboten wird, sondern nur manuelle Arbeit unter bestimmten Bedingungen, wie sie eben in Fabriken, Werkstätten und anderen Unternehmen herrschen. Und Bischof Théas präzisiert: „Bei aufmerksamer Lektüre des Dokuments ergibt sich, daß weder die manuelle Arbeit ganz allgemein, noch die Arbeit des Handwerkers noch die auf dem Feld verboten sind." Er weist außerdem darauf hin, daß, wenn für die Priester in der Arbeiterwelt das Prinzip gelte, daß „alles, was mit ihnen (den priesterlichen Funktionen) unvereinbar ist, aus dem Leben des Priesters ausgeschieden werden muß", auch die anderen Priester, wenn sie ihr Leben im Licht dieses Prinzips betrachten, bei sich allerlei zu verbessern, zu ändern, zu stärken hätten.

Übrigens sagt J.-M. Le Blond, der eine Glosse über das Dokument Kardinal Pizzardos für die Zeitschrift „Études" (T. 303, Nr. 10, Oktober 1959, S. 100—102) geschrieben hat, daß sich gewisse Gruppen der „Mission ouvrière" in den Missionssektoren bereits von selber in einem Sinne entwickelt hätten, wie ihn das Dokument vorschlage, so z. B. in Montreuil: hier haben die Arbeitergemeinden, in denen ein „arbeitender Priester" lebte, nach etwa drei oder vier Jahren aus eigenem Antrieb die Versorgung ihres Priesters übernommen und ihm Wohnung und Nahrung verschafft, damit er sich ausschließlich seinen priesterlichen Tätigkeiten widmen könnte. Immerhin war diesen spontanen Akten die Bekanntschaft mit dem Priester innerhalb des Arbeitsmilieus vorausgegangen.

Die Größe des Problems der Arbeitermission

Lange bevor die Entscheidung des Heiligen Stuhls in bezug auf die „arbeitenden Priester" gefallen war, hatte der französische Episkopat bereits das Thema für seine Vollversammlung im April 1960 ausgegeben: „Die Entchristlichung Frankreichs und die Maßnahmen, die man dagegen ergreifen kann". Man kann heute schon voraussagen, daß das Bild des entchristlichten Frankreich, das dort aufgedeckt werden wird, sehr düster sein wird. Der Brief Kardinal Pizzardos klärt gewisse Fragen, in welcher Richtung weitere Missionsbemühungen zu entwickeln sind, und es ist anzunehmen, daß der französische Episkopat bis zum Frühjahr konkrete Pläne vorlegen kann. Wie das Problem von seiten der Betroffenen aussieht, dafür kann man sich wohl am besten auf „Témoignage Chrétien" berufen, die von rechts viel angefeindete „linkskatholische" Wochenzeitung, die sich zur besondern Aufgabe gesetzt hat, die moderne Welt, die Welt der Arbeit, Technik und Wissenschaft, mitsamt ihren christlichen Möglichkeiten

aufzuzeigen und die allen Experimenten der Arbeitermission stets nahegestanden hat. Ihr Chefredakteur, Robert de Montvalon, schrieb am 18. 9. 1959: „Wer sieht nicht, wenn Rom die Rolle des Priesters in der Arbeiterwelt definiert, die Weite des Problems? Nicht nur wird das, was man vom Priester sagt, die Stellung des Laien beeinflussen, sondern die Fabrik hat aufgehört, ein Tumor zu sein, der aus der alten bäuerlichen Kultur herausgewachsen ist. Sie ist eine der Gestalten einer technischen Welt, die ganz und gar außerhalb des Christentums aufgebaut wird. Die Kirche Jesu Christi gegenüber der zweiten technischen Revolution: das ist der eigentliche Gegenstand dieses gewaltigen Kampfes."

In der Nummer von 25. 9. wird die Lage nach dem Abdruck der Erklärung der Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe vom 18. September und der Erklärung Kardinal Liénarts vor der „Mission de France" so zusammengefaßt: „a) Die Bischöfe beteuern die Treue der ‚arbeitenden Priester' gegenüber der Kirche und den Direktiven der geistigen Autorität, von der sie abhängen; b) Die Bischöfe beabsichtigen, bei der Ausführung der Direktiven des Heiligen Stuhls die Verantwortung zu übernehmen, die ihnen in der Kirche und in ihrer Diözese auferlegt ist; c) Die Bischöfe bestätigen, daß Frankreich in zahlreichen Sektoren seiner Bevölkerung tief entchristlicht ist; d) Die Bischöfe bestätigen, daß in einer Diözese die Verantwortung der Evangelisierung (‚in erster Linie', wie Kardinal Liénart präzisiert) dem Bischof, seinen Priestern und den Laien (zumal der Katholischen Aktion) obliegt." Dann heißt es weiter: „Diese Texte . . . zeigen klar, welche Probleme die römischen Direktiven — denen im übrigen niemand den Gehorsam verweigert — aufwerfen. Es handelt sich um die Teilung der Verantwortung zwischen dem Heiligen Stuhl einerseits und den Bischöfen anderseits. Es geht auch um die Verantwortung der Laienschaft als solcher. Es geht um den Grad der Entchristlichung der modernen Welt mitsamt den Folgen, die sie für das Apostolat mit sich bringt."

Das Schicksal des „arbeitenden Bischofs" Alfred Ancel

Acht Tage nach der Publizierung des Briefs Kardinal Pizzardos wurde auch bekannt, daß der einzige „Arbeiterbischof", den Frankreich hatte, seit dem Monat August dieses Jahres seine Arbeit — Heimarbeit — hat einstellen müssen. Weihbischof Ancel von Lyon war seit Oktober 1954 Superior der Priestervereinigung vom Prado in Lyon (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 106/07), einer seit 1860 bestehenden Gemeinschaft, die sich das Apostolat unter der allerärmsten Bevölkerung zur Aufgabe gesetzt hat. Mit Erlaubnis Kardinal Gerliers von Lyon hatte er bei gleichzeitiger Ausübung seiner bischöflichen Aufgaben auch mit zwei anderen Priestern und zwei Laien die Betreuung einer Pfarre in einem der ärmsten Viertel Lyons übernommen. Er ist jetzt auch aufgefordert worden, seinen Posten als Superior des Prado aufzugeben. Wer sein Nachfolger werden soll oder ob die Vereinigung des Prado selber auch besondere Weisungen aus Rom erhalten hat, ist bisher nicht bekannt. Doch bleibt Bischof Ancel weiterhin Auxiliarbischof von Lyon an der Seite von Kardinal Gerlier.

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Der Aufstieg der Völker in der menschlichen Gemeinschaft

46. Soziale Woche Frankreichs in Angers

Die Soziale Woche der französischen Katholiken im Juli 1959 erfreute sich dank der Aktualität ihres Gegenstandes einer sehr starken Beteiligung, auch aus dem französischen Afrika. Die Sozialen Wochen haben großen Einfluß auf die Bildung einer öffentlichen Meinung im französischen Katholizismus und in den Vereinigungen und Gemeinschaften, die ihn im gesellschaftlichen Leben der Nation repräsentieren. Wenn die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsvölkern die soziale Schicksalsfrage unseres Jahrhunderts ist, so wie die Überwindung der Klassengegensätze die Aufgabe des vorigen Jahrhunderts war, dann kann nicht ernst genug bedacht werden, daß die Nachlässigkeit gegenüber solchen säkularen Verpflichtungen im sozialen Leben häufig mit revolutionären Umwälzungen bezahlt werden muß. Die kommunistische Revolution von 1917 mit allen ihren Folgen könnte durch eine zukünftige Explosion des Zündstoffs, der in den Gegensätzen zwischen den reichen und den armen Völkern angehäuft ist, vielleicht in den Schatten gestellt werden. Nun wird zwar viel über die Notwendigkeit, einer solchen Entwicklung zuvorzukommen, gesprochen und geschrieben und einiges dafür getan. Doch besteht die Gefahr, daß man heute wie vor hundert Jahren sich dem Glauben hingibt, die soziale Frage allein mit caritativen Hilfen und materiellen Mitteln lösen zu können. Gegen die Versuchung, dem Völkerproletariat unserer Zeit mit Brosamen vom Tisch der Reichen helfen zu wollen, hat die Woche von Angers ein Bild von der Vielseitigkeit der Aufgabe vermittelt, die vor allem eine gründliche Umstellung im Denken und menschlichen Einsatz in vielen Formen verlangen wird. Und gerade darin sollten die Christen Europas mit ihrem Beispiel vorangehen.

Der Brief des Kardinalstaatssekretärs an die Soziale Woche

Wie in jedem Jahre hat auch diesmal das päpstliche Staatssekretariat in einem Schreiben an den Präsidenten der Sozialen Wochen, Charles Flory, die Richtlinien des Heiligen Stuhles für die Woche von Angers zum Ausdruck gebracht („Osservatore Romano" 20./21. 7. 59). Der Brief knüpft an ein Wort des Papstes an, worin er die Sorge darüber äußerte, daß die in ihrer Existenz benachteiligten Völker „sich des skandalösen Gegensatzes zwischen dem Wohlstand der einen und der Not der anderen bewußt werden, und zwar manchmal in der Form der Revolution" (Ansprache vom 18. Februar 1959 — AAS Bd. 51, S. 148). Die großen Unterschiede im Lebensstandard sind der beste Angriffspunkt für demagogische Propaganda. Davon abgesehen, haben alle Völker auf Teilnahme am wirtschaftlichen und zivilisatorischen Fortschritt einen Anspruch, der die Aufgabe, ihnen dabei zu helfen, zu einer

„Pflicht der Gerechtigkeit und der Nächstenliebe" macht, zu einer „schweren Verpflichtung unserer Generation, für deren Erfüllung man die notwendigen Opfer auf sich zu nehmen bereit sein muß".

Was bisher geschehen ist, verdient zwar Anerkennung, „steht aber in keinem Verhältnis zur Größe der Bedürfnisse und zur Schnelligkeit der Ereignisse". Die Kirche möchte die „Aktion menschlicher Solidarität" mit ihrer ganzen moralischen Autorität unterstützen. Der Brief erinnert an das segensreiche Wirken der Missionare und ruft den Teilnehmern der Sozialen Woche noch einmal die Enzyklika *Fidei donum* vom 21. April 1957 (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 474) mit ihrer Darstellung der Verhältnisse und Bedürfnisse Afrikas in Erinnerung.

Die Pflicht der katholischen Christen angesichts dieser Aufgabe unserer Zeit besteht, wie der Brief weiter ausführt, zunächst darin, daß sie sich selbst über den engen Horizont erheben, den Egoismus des Herzens überwinden und die Vorurteile zerbrechen, die als Auswirkungen der menschlichen Sündhaftigkeit einer aufrichtigen Zusammenarbeit der Völker entgegenstehen.

„Man muß den Katholiken der privilegierten Nationen die neuen und weiten Dimensionen zeigen, die die immerwährende Verpflichtung zur Achtung vor der Person des Menschen und zu christlicher Liebe für sie heute angenommen hat. Für alle geht es darum, sich zu informieren, das eigene Urteil, wenn nötig, zu revidieren, seine Ansichten zu klären und den kommenden Aufrufen zu entsprechen. Aber von manchen wird mehr verlangt. Ihnen legte schon eine Empfehlung, die im Namen Papst Pius' XII. gegeben wurde, nahe, sich persönlich für Arbeiten von internationaler Bedeutung zur Verfügung zu stellen. ‚Ganze Länder bedürfen der brüderlichen und selbstlosen Mitarbeit von Fachleuten und Technikern. Mögen die Katholiken willig bei diesen großen Werken mitarbeiten. Sie können ihnen durch ihre berufliche Tüchtigkeit in Verbindung mit ihrem christlichen Geist unersetzbare Dienste leisten, und so kann mit ihrer Hilfe das christliche Denken und die christliche Sittenlehre in dieser neuen Welt ein Sauerteig der Kultur werden'" (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 408).

„Nicht weniger bedeutsam ist die Aufgabe, die sich den Katholiken der aufsteigenden Völker stellt. Dieselben Lehren der Kirche, auf denen die gegenwärtigen Verpflichtungen zu menschlicher Solidarität beruhen, fordern von ihnen, daß sie die Liebe und Loyalität gegenüber ihrem Vaterlande verbinden mit dem Willen zu friedlicher Zusammenarbeit gegenüber jenen Ländern, die ihrem Vaterlande helfen können, ohne es verwerflichen Lehren zu unterwerfen. In den jungen Nationen, die vor den schweren Problemen ihrer Entwicklung stehen — denken wir nur an die Schwierigkeit, den Gewinn der politischen Unabhängigkeit zu bewältigen —, gebietet die klare Sicht vom wirklichen Gemeinwohl in Gegenwart und Zukunft den Katholiken, die am öffentlichen Leben teilnehmen, die wahren sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritte gegenüber unfruchtbaren Prestigeempfindlichkeiten herauszustellen. Deshalb möchte man wünschen, daß die Angebote einer zu Diensten bereiten und nicht auf egoistischen Profit bedachten Wirtschaft eine Antwort erhalten, die großzügiger Herzen würdig und frei von engstirnigem, übertriebenem Nationalismus ist. Wirklich lassen sich auf den ganzen humanen Aufstieg eines Volkes die folgenden Worte des Heiligen Vaters anwenden: ‚Die Kirche steht den Eliten zur Seite, die sich an sie wenden, um die kulturellen Kräfte ihres Landes oder ihrer Rasse zu entwickeln. Sie ladet sie ein, dabei in einer Gesinnung harmonischer Zusammenarbeit und Sympathie mit den Strömungen der anderen echten Kulturen zu verfahren. Nur um diesen Preis wächst der Geist in die Weite und schlingen sich die Bande geistiger Gemeinsamkeit um eine brüderliche menschliche Gemeinschaft enger' (Ansprache vom 1. April 1959 — AAS Bd. 51, S. 260)."

Die soziale Frage heute: Die ungleiche Entwicklung der Völker — Die Rede von Charles Flory

Der Präsident der französischen Sozialen Wochen, Charles Flory, bezeichnete es als den Sinn der Sozialen Wochen, die Gewissen für die soziale Not des Augenblicks aufzuschließen. Er sagte: „Ungeachtet einer gewissen Beruhigung in unseren westlichen Ländern, hat die soziale Frage ein neues Gesicht bekommen. Die unerträgliche Trennung zwischen den Privilegierten und den Proletariern besteht heute weniger zwischen einzelnen Personen als zwischen ganzen Völkern. Man kann diese Tatsache nicht mehr länger übersehen. In der Nachbarschaft von Ländern, die im Überfluß leben, leiden weite Gebiete in Asien, Afrika und Südamerika, in denen ungefähr zwei Drittel der Bevölkerung der Welt leben, Not und Hunger. In den nackten Lebensbedingungen, den Lebenserwartungen, den geistigen Entwicklungsbedingungen gibt es Unterschiede, die das Gewissen der Allgemeinheit und vor allem der Christen ins Unrecht setzen."

Flory erläuterte seine Behauptung durch einige Zahlen. Vielleicht genügen zwei Beispiele. In USA verdient man im Durchschnitt 1500 Dollar pro Jahr, in Indien und Afrika noch nicht einmal 100. In Westeuropa wird man im Durchschnitt 65 Jahre alt, in Indien oder China 34. Flory wies hin auf die exakten Untersuchungen über diese Existenzbedingungen. [In deutscher Sprache unterrichtet darüber das Buch von Werner Pank: Der Hunger in der Welt (Herder-Bücherei Bd. 38).] Das Überraschende und Erschütternde an Florys Darstellung war die Erkenntnis, daß dieses Problem nicht etwa, wie man meist annimmt, im Zuge der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung sich von selber lösen wird oder doch an Dringlichkeit verliert. Im Gegenteil, wenn man den Lebensstandard und die technisch-ökonomischen Fortschritte in den Entwicklungsländern mit denen des Westens vergleicht, vergrößert sich der Abstand immer mehr, ganz zu schweigen von den Erschütterungen der herkömmlichen Lebensweise und der gesellschaftlichen Ordnungen, die um so stärker sind, je rascher die Industrialisierung vorangetrieben wird.

„In den übervölkerten Agrarwirtschaften wirken sich die Versuche zur Reform und Rationalisierung der Landwirtschaft zunächst in der Freisetzung von Arbeitskräften und in ihrem Gefolge als Landflucht aus. Die Industrialisierung drängt sich als Ausweg auf. Aber so notwendig sie ist, so viele Gefahren liegen in der Schwierigkeit der menschlichen Umstellung und Umordnung, die sie fordert ... Der Einbruch moderner industrieller Unternehmungen in eine vorindustrielle Gesellschaft bedeutet eine doppelgleisige Wirtschaft, die die traditionellen Ordnungen und Lebensgewohnheiten erschüttert, wirkliche menschliche Dramen schafft und gerade unter der Elite zerrissene Existenz hervorbringt, die zwischen zwei Zivilisationsformen hin und her geworfen werden."

Dazu gesellt sich der demographische Überdruck. Die Länder mit den elendesten Lebensbedingungen haben die größte Vermehrung der Bevölkerung aufzuweisen und anderseits nur eine sehr geringe Steigerung ihrer wirtschaftlichen Produktivität. Das vergrößert die Not, und zwar nicht nur, insofern der Konsumanteil des einzelnen geringer werden muß, sondern noch mehr dadurch, daß die mit der Bevölkerungsvermehrung zusammenhängenden nationalen Investitionen zu Lasten des Produktivkapitals gehen.

Nun wird aber der wachsende Abstand zwischen dem Sozialniveau der einen und der anderen Länder heute nicht mehr als Schicksal hingenommen. Die aufsteigenden Völker fühlen sich sowohl in ihrer Rolle als bloße Rohstofflieferanten als auch durch die Errichtung ausländischer Industrieunternehmungen in ihrer Heimat ausgebeutet und gedemütigt. Ihre Schicksalsergebenheit schlägt um in Ressentiments und Angriffslust. Sie werden sich der politischen Macht bewußt, die sie dank ihrer Menschenmassen und ihrer Interessensolidarität in die Waagschale werfen können. Dabei machen sie die früheren Kolonialmächte dafür verantwortlich, daß ihre neue politische Selbstständigkeit nicht auch sofort den erhofften wirtschaftlichen Aufschwung nach sich zieht, sondern daß sie nun erst recht erfahren müssen, wie abhängig sie sind.

Diese Situation macht sich der Kommunismus zunutze. Er verheißt sozialen Aufstieg durch Annahme der marxistischen Doktrin und Gesellschaftsordnung und beeindruckt die aufsteigenden Völker besonders dadurch, daß die Sowjetunion und China ihre industrielle Entwicklung aus eigener Kraft geschafft haben. Der ideologische Einfluß Rußlands ist stärker und gefährlicher als das, was es bis jetzt an wirtschaftlichem Einfluß gewonnen hat.

Abgesehen von Notstands- und Katastrophenhilfen, zu denen uns die Menschlichkeit und das Gewissen verpflichten, brauchen die Entwicklungsvölker unsere Unterstützung vor allem in zwei Formen: als Investitionshilfen, und das vor allem für jene langfristigen Unternehmungen, die zur Voraussetzung einer planmäßigen Industrialisierung erforderlich sind (man faßt diese Voraussetzungen heute gewöhnlich unter dem Begriff „Infrastrukturen" zusammen), und als sogenannte „technische Assistenz". Deren Ziel ist es vor allem, die Entwicklungsvölker bei ihrem Hineinwachsen in das technische Zeitalter fachlich und soziologisch zu beraten. Darin besteht die menschliche Hilfe, die wir ihnen bieten können.

Beide Formen der Hilfe verlangen wirkliche und großzügige Opfer. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß jede Verlangsamung der Steigerung unseres eigenen Lebensstandards in der westlichen Welt dem heftigsten Widerstand begegnet, dann ist von einer Bereitschaft zu solchen Opfern wenig zu spüren. Daraus ergibt sich als eine erste Pflicht für die Christen die überzeugte und nachhaltige Einwirkung auf die öffentliche Meinung.

Eine zweite hat die Enzyklika *Fidei donum* hervorgehoben. Der Papst sprach darin von der Notwendigkeit einer sozialen und kulturellen Aktion in Afrika, die im wesentlichen getragen werden müßte von christlichen Laien, die sich in und von ihrem Beruf aus der Menschen jener Völker brüderlich annehmen. „Die Zusammenarbeit ruft nach Aposteln, die aus Überzeugung und Großmut dorthin gehen, nicht um Geld zu machen, sondern um zu dienen." Solche Laienapostel zu gewinnen und sie für ihre Aufgabe fachlich und soziologisch vorzubereiten, das ist eine Sache, deren sich der europäische Katholizismus stärker annehmen muß.

Es besteht die Gefahr, daß wir bei der „technischen Assistenz" für die aufsteigenden Völker einzig und allein deren wirtschaftliche Entwicklung im Auge haben. „Ihre Entwicklung darf aber nicht nur eine technische, sie muß eine total menschliche sein." Das fordert Verständnis für die Eigenart und Tradition jener Völker, Respekt und Einfühlungsvermögen. Man darf das Gefühl der Überlegenheit, die wir in technischen Dingen haben, nicht ausarten lassen zu der Überheblichkeit, als sei unsere Kultur Kultur schlechthin. Man darf nicht von oben her schulmeistern wollen, sondern muß, zur Begegnung und zum Austausch bereit, vor die Menschen jener anderen Welten hintreten.

Nur unter der Voraussetzung einer so menschlichen Solidarität können die Hilfsvorsätze und -programme Erfolg haben. Wenn sie den Erwartungen und Hoffnungen nicht auch menschlich entsprechen, die Würde und das Selbstbewußtsein ihrer Empfänger und auch deren Vorstellungs- und Wertwelt berücksichtigen, bleiben sie Fremdkörper und erzeugen nur Ressentiments. Vor allem muß die echte Dienstbereitschaft und Selbstlosigkeit unserer Hilfe sichtbar werden. Organisatorisch ist eine internationale und multilaterale Aktion unter diesem Gesichtspunkt einer bilateralen vorzuziehen. In sich selbst wird sie in hohem Grade durch die Menschen geprägt, die sie ausführen.

Im Sinne dieser Gedanken kam die Soziale Woche zu einer Reihe von Entschließungen.

Entschließungen der Sozialen Woche

In ihrem ersten Teil enthalten die Entschließungen neben einem Resümee der Daten des Problems eine Bestimmung des Begriffs von sozialer Entwicklung unter den Gesichtspunkten einer christlichen Wertordnung. Es ist wichtig, daß dieser Begriff von einer materialistischen Sinngebung freigehalten und auf die geschichtlichen Bedingungen der einzelnen Völker bezogen wird. „Eine christliche Doktrin über Entwicklung muß auf dem Begriff des bonum commune aufbauen. Durch Jahrhunderte wurde das Gemeinwohl in der Sicht auf bestimmte Gruppen und ihre innere Struktur bestimmt. Das ist in unseren Tagen in dieser Art nicht mehr zulänglich. Jedes Volk und jede Nation, jede Zivilisation hat ein Anrecht auf eine Entwicklung, die gleichzeitig ihren besonderen Bedürfnissen und ihrer Eigenart entspricht. Eine solche Entwicklung ist nur in allgemeiner Zusammenarbeit möglich. Man muß das Gemeinwohl im Blick auf weite Zusammenhänge und die menschliche Gemeinschaft als ganze begreifen und verwirklichen. Demnach müssen wir unsere Auffassung von sozialer Gerechtigkeit durch Einbeziehung einer internationalen sozialen Gerechtigkeit erweitern."

Daraus zog die Soziale Woche mehrere sozialökonomische Folgerungen: „Es ist Zeit, von der Habsucht der Nationen zu einer humanen Wirtschaft überzugehen, das heißt von einer liberal-kapitalistischen Bereicherungswirtschaft, einer monopolkapitalistischen Machtwirtschaft und einem Sozialismus sowjetischen Typs zu einer am Bedarf und an der Solidarität orientierten Wirtschaft."

„Man muß also konsequent sowohl den liberalistischen und den Monopolkapitalismus ablehnen, der übrigens erwiesenermaßen vor dem Problem der wirtschaftlichen Unterentwicklung versagt hat, wie die Wirtschaft sowjeti-

schen Typs, die eine gewisse materielle Entwicklung nur um einen schrecklichen Preis für den Menschen, nämlich durch ein totalitäres Regime, erreicht hat."

„In einer solidarischen Wirtschaft können die aufstrebenden Völker mit Hilfe der technisch und wirtschaftlich besser gerüsteten voranschreiten. Diese Hilfe darf aber nicht die Form einer kolonialen Bevormundung haben, selbst wenn diese gut gemeint und erfolgversprechend ist. Der Paternalismus mag einst einen Sinn gehabt haben. Aber seine Zeit ist vorbei. Die Hilfe darf nicht darauf ausgehen, mittels ihrer Leistungen die Entwicklungsvölker in politische Klientel zu verwandeln, die an ihre Wohltäter gekettet sind. Eine solche Politik des Schachers würde im Endergebnis bei den Vasallenvölkern nur Ressentiments und Aufstände bewirken. Die Hilfe muß als aufrichtige Unterstützung gegeben werden. Man hat von ‚technischer Unterstützung' gesprochen. Dieser Begriff ist mißverständlich. Die Entwicklungsvölker sollen nicht in einem Sinne ‚unterstützt' werden, der diesem Wort etwas von Passivität und Demütigung beimischt. Auf die Zeit der Ausbeutung folgte die des Paternalismus; auf diese die der Unterstützung. Auf sie muß eine ehrliche Zusammenarbeit folgen, die aus der Ungleichheit zu vollständiger Gleichheit führt. Damit ist gesagt, daß die unterstützenden Völker den aufsteigenden weder ihre eigenen Ziele und ihre Autorität auferlegen noch ihnen ihre Verantwortungen abnehmen dürfen. Es geht darum, ihnen zu helfen, und das schließt nicht nur die Hergabe von Geld und Maschinen oder die Entsendung von Technikern ein, sondern vor allem die schleunige Heranbildung einheimischer Gruppen von Kräften. Die Rolle der gebenden Völker ist in erster Linie die von selbstlosen Anregern und Erziehern. Übrigens haben sie selbst von den Entwicklungsvölkern viel zu lernen und zu empfangen."

Im Hinblick auf die Kapitalinvestitionshilfen, seien sie Geschenke oder Darlehen, wird ein planwirtschaftliches Vorgehen empfohlen. Es soll ihr Zweck sein, die nehmenden Völker allmählich in den internationalen Handel einzuschalten und dadurch auf eigene Füße zu stellen. Stabilisierte Rohstoffpreise müssen den Entwicklungsländern die für die Entwicklung notwendige wirtschaftliche Sicherheit gewährleisten und in solcher Höhe vereinbart werden, daß sie die Kosten eines angemessenen sozialen Standards decken. Hier kann ein großes und wirksames Opfer der reichen Länder sinnvoll werden.

In bezug auf die notwendigen planwirtschaftlichen Maßnahmen heißt es: „Die Planung setzt starke und gesicherte Autoritäten voraus. Sie muß aber auf genug Schmiegsamkeit und Offenheit bedacht sein, um nicht einem Integralismus und Zentralismus zu verfallen, die allmählich mit Sicherheit in einen irgendwie ideologisch verbrämten technokratischen Totalitarismus münden würden. Aber Planung ist nötig, übrigens nicht nur jeweils auf Landesebene, sondern in größeren territorialen Zusammenhängen und, soweit möglich, für die ganze Weltgemeinschaft."

Die politisch selbstständig gewordenen Völker werden vor dem Nationalismus gewarnt, der zu ihrer „Balkanisierung" führen könnte. „Die Anerkennung der internationalen Abhängigkeit auf Gegenseitigkeit ist die Vorbedingung echter Unabhängigkeit."

Mit einer Warnung vor übertriebenen Hoffnungen, die in der raschen Industrialisierung ein Allheilmittel sehen, und der Mahnung zu einer vielseitigen und flexiblen industriellen Aufbaumethode verbinden die Entschließungen weiterhin ihre Sorge um den noch vordringlicheren Ausbau der Landwirtschaft:

„Die Soziale Woche lenkt die Aufmerksamkeit aller Verantwortlichen auf den drängenden und vordringlichen Charakter des Problems der Entwicklung der Landwirtschaft in den aufsteigenden Ländern. Daran sind nicht bloß diese Länder selbst interessiert, sondern die ganze Welt, weil sie vor die Frage der Ernährung des Bevölkerungszuwachses gestellt wird. Die Reform der Landwirtschaft betrifft die subtropischen, tropischen und äquatorialen Gebiete. Sie hat technische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aspekte und muß den Traditionen und der Mentalität eines jeden Volkes Rechnung tragen, ohne in unkluger Weise ausländische Erfahrungen nachzuahmen. Wichtiger als die Motorisierung und Mechanisierung ist heute eine Wirtschaftsweise, die der Erhaltung der Fruchtbarkeit des Bodens Beachtung schenkt. Diese Aufgabe fordert die nötige Zahl von Landwirten als Lehrer, Professoren und Berater."

Zur Frage des Gesundheitsdienstes, den manche Neomalthusianer mit gemischten Gefühlen betrachten, sagt die betreffende Entschließung, man sollte das Gewicht weniger auf spektakuläre Einrichtungen legen als auf die Herstellung einer genügenden ärztlichen und sozialen Allgemeinversorgung.

„Die Industrialisierung und die Reform der Landwirtschaft werden unvermeidlich tiefgreifende kulturelle Umwälzungen nach sich ziehen, namentlich den fortschreitenden Übergang zu einer technischen, industriellen und städtischen Zivilisation. Diese Umgestaltungen müssen die kulturellen und geistigen Werte achten und zu bewahren suchen. Nicht nur jedes einzelne Land, sondern die ganze Menschheit bedarf ihrer. Hierbei können Soziologen, Anthropologen und Ethnologen eine Hauptrolle spielen. Doch müssen sie nicht nur Techniker und Gelehrte sein, sondern Menschen, denen nichts Menschliches fremd ist. Eine der wichtigsten Entwicklungsaufgaben ist die beschleunigte Heranbildung kultivierter, sachverständiger und selbstloser örtlicher Gruppen, die sich der Aufgabe widmen, die feudale Vorstellung, daß gesellschaftliche Funktionen Privilegien verleihen, in die moderne Auffassung umzuprägen, daß ein Amt zum Dienst verpflichtet. Diese Umstellung muß sehr schnell geschehen und auf allen Stufen. Die Techniker müssen nicht nur technisch, sondern auch geistig und sittlich gebildet werden."

Zur Frage des Neo-Malthusianismus erklärt eine Entschließung: „Eine allgemeine Geburtenbeschränkung mittels künstlicher Empfängnisverhütung kann nur zu einer Sexualisierung und Dekadenz der Gesellschaft führen. Die wahrhaft menschliche Lösung liegt in vernünftiger sexueller Disziplin und in der Vervielfältigung der Subsistenzmittel durch Erfindungskunst und Anstrengung."

In ihren politischen Entschließungen bedauert die Soziale Woche, daß die Rivalität der Machtblöcke eine gemeinsame Hilfe an die Entwicklungsländer erschwert, und verurteilt sowohl den Imperialismus der Macht wie den der Ideologien. Ferner verweist sie auf die Pflichten Frankreichs gegenüber seinen ehemaligen Kolonien, die mit deren Unabhängigkeit nicht erloschen seien.

Zuletzt macht die Soziale Woche „den Christen guten Willens einige Vorschläge für sofortige Aktion":

„1. Materielle, geistige und moralische Unterstützung jener Repräsentanten der aufsteigenden Völker, die sich

als Studenten oder Arbeiter in unserm Lande befinden, mit dem Ziel, ihnen die nötige Bildung für ihre künftigen Aufgaben zu vermitteln.
2. Bereitstellung von Mitteln und Kräften für die Bildung örtlicher Arbeitsgruppen und -zentren in den Entwicklungsländern: eine Aufgabe, die in Asien und Afrika bereits durch Sozialsekretariate in Angriff genommen worden ist.
3. Unterstützung der von Missionaren gegründeten Schulen in den Entwicklungsländern, die ihrerseits schon viele örtliche Arbeitsgruppen geschaffen haben.
4. Ermutigung und Heranbildung geeigneter Menschen zur Mitarbeit in den internationalen Organisationen, die für die Entwicklungsarbeit tätig sind, oder auch direkt in diesem oder jenem Entwicklungslande. In dieser Hinsicht haben die laienmissionarischen Organisationen schon Bemerkenswertes geleistet.
5. Kräftige und methodische Anstrengungen zur Einwirkung auf die öffentliche Meinung in den industriell entwickelten Ländern durch Vortragsarbeit, Studiengruppen, Presse, Radio und sonstige Mittel.
Mögen diese Aktionen auch bescheiden sein, so werden sie doch augenblicklich wirksam, und jedermann hat die Möglichkeit, sich daran zu beteiligen. Nur so können die Bemühungen der Sozialen Woche von Angers eine bleibende und konkrete Wirkung erlangen."

Sport und Gesellschaft

Niemand, der unserer Zeit wachen Sinnes begegnet, kann daran zweifeln, daß der Sport das Bewußtsein unzähliger Menschen erfüllt. Die Bemerkungen zeitgenössischer Kulturkritik über den Sport als Surrogat, als Religionsersatz, als Flucht vor der Wirklichkeit sind so allgemein, daß ihr Aussagewert für den, der sich mit dem Phänomen des modernen Sports näher befassen will und — wie die praktische Seelsorge — befassen muß, fast null ist. Auch wenn heute allgemein erkannt ist, daß Sport und „Sport" noch lange nicht das gleiche sind, daß die typischen Erscheinungen des Massensports keineswegs allgemeine Geltung für sämtliche Bereiche des Sports haben — die Alpinistik war, ist und wird niemals eine Angelegenheit der Massen sein —, so überrascht doch, wie wenig bislang sich die Vertreter jener Wissenschaften, in deren Mittelpunkt der Mensch als Individual- und Sozialwesen steht, der Anthropologie und der Soziologie etwa, mit dem modernen Sport auseinandergesetzt haben. Wenn Wissenschaftler sich bisher mit dem Sport befaßte, dann waren das Mediziner, Physiologen, Kliniker, vielleicht auch Psychologen, die sich den Fragen stellten, die das Verhältnis von sportlicher Leistung und menschlichem Organismus aufwirft.
Diese Tatsache ist mehr als nur ein Faktum. Sie hat symptomatischen Charakter — jedenfalls bei uns in Deutschland. Sie erklärt sich — auf die kürzeste Formel gebracht — aus der Unsicherheit, mit der jene, die den modernen Massensport zum Ziel ihrer — ausgesprochenen oder unausgesprochenen — Kritik machen, wie auch jener, die ihm ihr ganzes Sinnen und Trachten verschrieben haben, dem heutigen Sportbetrieb gegenüberstehen. Ist der Sport eine Verfallserscheinung innerhalb der modernen Gesellschaft? Oder gehört er heute zum „Kulturleben" unseres Volkes? Das sind Fragen, die je nach dem Standort dessen, der sie sich stellt, ganz unterschiedlich beantwortet werden.

Das Verhältnis von Sport und Geist

Im Rahmen des Landessportverbandstages von Schleswig-Holstein hat Prof. Alex Nathan, Worcester (England), am 20. Juni 1959 einen Vortrag gehalten, der sich mit jenem eigentümlichen Schwebezustand des modernen Sports in unserer Gesellschaft auseinandersetzt. Nathan ist für die deutsche Sportaristokratie — Leistungssportler wie Manager und Sportkritiker — kein Unbekannter. Er war in den zwanziger Jahren einer der besten Leichtathleten in Deutschland, hat nach seiner Emigration die Entwicklung des Sportbetriebs in seiner deutschen Heimat unablässig verfolgt und kann sie — das gibt seiner Kritik das Gewicht — mit der anderer Länder, vor allem der englischen, vergleichen.
Aus Nathans Vergleich ergibt sich, daß die Unsicherheit gegenüber dem modernen Sport keineswegs überall so groß ist wie gerade in Deutschland. Die nach Nathan für die deutschen Verhältnisse typische Situation, daß die dem Massensport verschworenen Kreise, weniger die Aktiven selbst als die Vertreter der sportlichen Organisation, die Gleichstellung des Sports mit den verschiedenen Äußerungen des intellektuellen Lebens fordern, eine Forderung, die ihnen die professionellen Verwalter des Geistes verwehren, sei in England z. B. undenkbar, „weil dort der Sport keinen Geltungsanspruch auf Gleichberechtigung erhoben hat". In England, sagt Nathan, dient der Sport ausschließlich der Erholung und dem Vergnügen. „Ich kann deswegen nicht recht die soziologische Berechtigung einsehen, mit der gewisse Sportkreise in Deutschland seine Gleichstellung auf intellektueller Ebene immer wieder fordern. Dieser Fanatismus, von der Geisteswelt als gleichberechtigt anerkannt zu werden, ohne daß dazu ein Grund vorliegt, scheint mir möglicherweise einen ungesunden, wenn nicht gar sportfremden Minderwertigkeitskomplex widerzuspiegeln ... Diese Bemühung um eine recht fragwürdige Anerkennung ist dann oft zu einem Grund für jenen Sporthaß geworden, den man so oft in deutschen Geistesbezirken zu spüren bekommt, den es aber außerhalb seiner sprachlichen Grenzen deswegen nicht gibt, weil sich dort niemals die Problemstellung von Sport und Geist erheben würde."

Ideologisierung des Sports

Diese typisch deutsche Problemstellung hat ihren vielleicht wichtigsten Grund — so Alex Nathan — „in dem fatalen Bemühen jener Mythomanen, [die] den Sport von heute mit den so spekulativen Auslegungen einer versunkenen Klassik von gestern belasten". Solche Ambitionen seien absolut wirklichkeitsfremd. Für Nathan „ist dieses Ideal vom klassizistischen Bild des harmonischen Griechen ein Wunsch". „In dieser Suche nach der griechischen ‚Blauen Blume', in diesem Hang nach romantischem Irrationalismus, kommt eine Tendenz zum Ausdruck, die nicht nur wirklichkeitsfremd, sondern deswegen auch höchst faszinierend, wenn nicht fragwürdig erscheinen sollte, weil sie hier in Deutschland am stärksten zu spüren ist, während dem ausländischen Sport ... diese hellenische Mythomanie weitgehend fremd geblieben ist."
Diese Worte mögen sich in erster Linie an die Adresse gewisser Sportfunktionäre und -pädagogen richten, die auf der Suche nach einem ideologischen Unterbau des modernen Sports sind. Die Masse der Aktiven wie der Stadienbesucher berührt diese Frage nicht direkt. Sie betreiben ihren Sport aus Gründen, die tiefer liegen. Sie

sind jedoch nicht unansprechbar, wenn es darum geht, das Hobby des Zuschauens oder die sportliche Leistung mit moralischen Kategorien aufzuladen: mit Größe, Adel, Einfachheit und beschwingter innerer Ausgeglichenheit, wie Nathan sagt, „jenen zehn Geboten einer nicht existierenden sportlichen Moraltheologie". Hier sieht Nathan die eigentlichen Gefahren, die weit über den Sport hinausreichen: „Wo anders werden dem Sport von heute Aspekte verliehen und Deutungen gestattet, die im Ausland völlig unvorstellbar . . . wären? Deswegen liegt auch eine tiefere Bedeutung in der Frage, ob der ideologische Unterbau des deutschen Sports nicht auch in Gefahr schweben könnte, das Opfer einer Tyrannei eines Ideals zu werden, eben jener zerstörenden Herrlichkeit der Griechen . . . In rückstrahlender Beschäftigung mit diesem klassischen Hellas, in der sport-geistigen Konzentration auf ein Griechenland, das weder zu Wasser noch zu Lande bestanden hat, liegt ein starkes Stück Romantik verborgen, das zum Kerngedanken deutscher Sportideologie von Anfang an geworden zu sein scheint . . . In jener Macht aber, die selbst den nobelsten Idealen innewohnen mag, liegt etwas Beunruhigendes, wenn sie zum zerstörenden Element für das reale Leben, für das wirkliche Leben werden könnte. Angesichts der ständig komplizierter werdenden Problematik des modernen Sports, die wirklichkeitsnahe Lösungen erforderlich gemacht hat, könnte eine chronische Flucht in eine Geisteswelt pseudohellenischer Vorstellungen ähnliche bedenkliche Katastrophen herbeiführen, wie man sie in der Geschichte der deutschen Literatur nachlesen kann." Diese Kritik Nathans wendet sich auch gegen den weitverbreiteten Rummel mit dem „olympischen Geist".

Massensportbetrieb als Reaktion

Wie man sieht, richtet sich Nathans Mahnung vornehmlich an die Adresse deutscher Sportideologen. Über die Beziehung zwischen Sport als einer „internationalen Lebensäußerung" (Nathan) und moderner Gesellschaft, sagt diese Analyse wenig aus. Dieses Thema ist im Rahmen eines Akademievortrages vor einiger Zeit in Wien von Prof. Helmut Pleßner, Göttingen, behandelt worden. (Das Referat „Die Funktion des Sports in der industriellen Gesellschaft" wurde in der Zeitschrift „Wissenschaft und Weltbild", Dezember 1956, S. 262—274, veröffentlicht.)
Pleßner hat sich in seiner Untersuchung vor allem mit dem Massenphänomen im modernen Sport beschäftigt, im Gegensatz etwa zu Philipp Lersch, München, der im Spätherbst vergangenen Jahres auf dem Bundestag des deutschen Sportbundes in Hamburg in einem programmatischen Vortrag die Bedeutung und den Wert des Sports heute behandelte („Der Sport als Aufgabe unserer Zeit", veröffentlicht in „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 21.11.58). Als Voraussetzung für die besondere Ausprägung des Massensports, deren innerer Konnex mit dem sog. „gesunden Spiel und Sport" in fast allen Punkten der Analyse durchschimmert, nennt Pleßner den Prozeß der Verstädterung. „Der Sport entwickelt sich offenbar nur in einer industrialisierten, das heißt von Technik und weitgehender Arbeitsteilung geprägten städtischen Gesellschaft. Auf dem Lande bei den Bauern, war und ist im wesentlichen das Spiel zu Hause, nicht der Sport." Gewiß lägen die Wurzeln der Sportgesinnung und vieler Sportzweige in der vorindustriellen Epoche. „Aber die Ausbreitung des Sports, seine Differenzierung in die verschiedensten Zweige und seine wachsende Popularität läuft doch der Entwicklung der modernen Industriegesellschaft im wesentlichen parallel."

Die Motive für den modernen Sport

Die Hauptmotive für den modernen Sport sieht Pleßner, erstens, im gestörten Körpergefühl des heutigen Menschen, zweitens, im Widerstand gegen die Anonymität des einzelnen in der Masse und schließlich im Widerstand gegen die Entfremdung aller für alle durch die Intellektualisierung des heutigen Lebens.
Pleßner resümiert ganz knapp alle die Erscheinungen, die zu jenem gestörten Körpergefühl des modernen Menschen geführt haben: Urbanisierung, arbeitsteilige Wirtschaft, Mechanisierung, Spezialisierung, Bürokratisierung, alles Selbstverständlichkeiten, gegen die heute gerade von den jungen Menschen mit Bewußtsein nicht mehr opponiert werde. Das ändere jedoch nichts an dem weitverbreiteten Gefühl, „daß in der modernen Arbeit, der Handarbeit wie der Kopfarbeit, der Mensch in seiner leibhaften, körperlichen Gesamtexistenz nicht zu seinem Recht kommt". Verstärkt wird dieses Gefühl durch die Mechanisierung des Verkehrs. „Der Fußgänger wird allmählich anachronistisch." Der Nachteil dieser Mechanisierung des Verkehrs liege nicht nur in der Verkümmerung unserer körlichen Kräfte. Die Formen des modernen Reisens überschreiten die Möglichkeiten menschlicher Wahrnehmung und beschaulichen Durchlebens. (Pleßner zitiert jenen Mekkapilger, der im Flugzeug in wenigen Stunden sein Ziel erreicht und sagt: „Ich bin im Geiste noch gar nicht da.")
Bezüglich des zweiten Motivs stellt Pleßner fest: Die Befriedigung, die die Arbeit in der vorindustriellen Epoche, also bis Mitte des vergangenen Jahrhunderts, dem Menschen schenkte, wird ihm von der arbeitsteiligen Wirtschaft nicht mehr gewährt. Alle sind heute spezialisiert, alle werden nur nach der Leistung gemessen, alle sind auswechselbar. „Gegen ihre Bewertung nach Leistungsskalen wehren sich [die Menschen] dabei nicht, weil sich heute die meisten, die große Masse, kaum noch andere Bewertungsweisen überhaupt vorstellen können; sie wehren sich vielmehr gegen das damit unvermeidlich verkoppelte Unsichtbarwerden ihrer eigenen Person." Das Untergehen in der Masse, die Anonymität, drücke auf sie stärker. „Der Mensch will eben gesehen werden, bewundern und bewundert werden. Das von der industrialisierten Welt allgemein geweckte, in allem irgendwie großgezogene und zugleich doch an seiner Erfüllung gehinderte Verlangen hat sich ein Feld der Verwirklichung im Sport geschaffen."
In der Masse und für die Masse etwas bedeuten, d. h. aus ihr aufsteigen, so daß dieser Aufstieg begriffen und bewundert werden kann, ist aber nur möglich, wenn die Masse diesen Aufstieg verstehen kann, wenn sie ihn als Leistung begreifen kann. Welche Leistung kann heute die Masse verstehen? Pleßner glaubt: nur die der körperlichen Kraft und Gewandtheit. Es sei nicht so, daß die Masse nicht bereit wäre, eine anders geartete Leistung, z. B. eine geistige, anzuerkennen. Aber begreifen könne sie sie nicht. Dafür sei im Zeitalter der Wissenschaft und Technik die geistige und organisatorische Leistung zu speziell. Über die eigene Arbeitsleistung hinaus könne sie nur begreifen, was vor aller Spezialisierung liegt, die natürliche Kraft. Dazu komme noch ein anderer

Grund. Gewiß hat es in allen Kulturen Leistungen gegeben, die der Masse unzugänglich waren. Aber diese Unverständlichkeit hielt sich in der vorindustriellen Gesellschaft in Grenzen. Sie wurde — und Pleßner sieht das für entscheidend an — „als nicht auffällig empfunden, weil die Trennung in Stände und Kasten als gottgewollt und natürlich galt". Die moderne Gesellschaft will hingegen egalitär sein. Sie erträgt eine feste Rangordnung nicht, sie versteht sich als eine offene Klassengesellschaft des freien Wettbewerbs, in der jedem alle Chancen offenzustehen haben. Aus spezialisierter Arbeit und Leistung und aus egalitärem Denken erkläre sich das merkwürdig gespaltene Bewußtsein der großen Masse: „Was der andere kann, das kann ich eigentlich auch oder könnte ich, wenn ich die gleichen Chancen der Ausbildung hätte wie er. Auf der anderen Seite: das kann ich nicht und verstehe ich auch nicht, darf ich im Grunde auch nicht verstehen."

Sport als Integrationsfaktor

Dieses in sich widerspruchsvolle Phänomen wird nun auf eine Lösung hingedrängt, die integrieren soll. Diese Integration kann nur in der Ebene vollzogen werden, in der alle wirklich gleiche Chancen haben und die für alle verständlich ist. Das aber ist der Sport.
Der Sport ist nach Pleßner eine Ausgleichsreaktion. Er „stellt einen Bezirk dar, in welchem die unter dem Druck der spezialisierten Arbeitswelt stehenden Menschen gewisse, elementare, von ihr geweckte und zugleich in ihrer Erfüllung gehemmte Wünsche befriedigen wollen." Die Bedürfnisse des Städters nach Erholung und Kontakt, nach Selbstbetätigung und Heldenverehrung lassen sich selbstverständlich auch außerhalb des Sports erfüllen. „Aber dann bleibt sie [Erholung usf.] Privatsache. Und diese können sich heute nicht mehr viele Menschen leisten. Die Versklavung der übergroßen Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger an die Öffentlichkeit, die Einengung ihres äußeren, aber auch inneren Spielraumes, die Uniformierung ihrer materiellen Existenz nicht weniger als ihrer Phantasie hat ein so großes Maß erreicht, daß der Elan zur Privatexistenz rapide schwindet. Je vollkommener uns alles durch die Presse, durch das Radio, durch den Film, durch die Gesellschaftsreisen und so vieles nahgebracht wird, um so vollkommener wird jeder von sich entfernt und abgelenkt. Darum tendieren die Bedürfnisse nach Erholung und sozialem Kontakt, nach Aggression und Spiel, nach Wettstreit und Selbstbestätigung, nach Heldenverehrung zur Öffentlichkeit und finden ihre Erfüllung im Sport. Er kann sie alle integrieren und in irgendeiner Weise auffangen und erfüllen. Jeder kommt in ihm auf seine Rechnung als Mitspieler und als sich identifizierender Zuschauer, ob beim Fußball oder irgendeiner der leichtathletischen Formen . . ."

Der Arbeitscharakter des Sports

Aus alledem geht hervor, daß der Sport und die Begeisterung für ihn etwas mit der modernen Sozialverfassung zu tun hat. Das wird noch deutlicher, wenn man bedenkt, welche Bedeutung die Leistung in der modernen Arbeitswelt und im modernen Sport hat. Pleßner nennt unsere Gesellschaft geradezu „eine Gesellschaft des Leistungswettbewerbs", und Nathan charakterisiert den modernen Sportler als einen Mann, der durch seine Leistung „heute überall siegen, um jeden Preis und für jeden Preis" siegen will. Ja man darf sagen, daß moderner Sport überhaupt erst durch die Übernahme des Leistungsprinzips aus der Arbeitswelt in Verbindung mit den Elementen des Spiels zustandekommt. Gerade durch diese Verbindung von Spiel als Element der Nichtarbeit mit dem Prinzip der Leistung (der Arbeitswelt) gewinnt der Sport seine unerhörte Anziehungskraft. Auf Grund dieses Zusammenhanges kann dann auch Pleßner feststellen, daß der Sport „gewisssermaßen eine dem Arbeitscharakter der Gesellschaft, der Arbeitsgesellschaft gegenüberstehende zweite Gesellschaft aufbaut, ein gesellschaftliches Verhalten, das Spielcharakter hat, aber nun den Spielcharakter zugleich zur Basis einer neuen Arbeitswelt nimmt".
So steht also jener Mensch, der sich dem Sport verschrieben hat, in zwei Arbeitswelten, die ihn beide erschöpfen. Und doch unterscheiden sie sich beide gerade dadurch, daß die eine, der Sport, das gibt, was die andere, die Welt der Arbeit, dem Menschen verweigert: das Spiel, jene Situation des Unernstes, die einen wirklichen Existenzkampf nicht kennt, die typisch auch für den modernen Leistungssport ist und die um so mehr begehrt und vielleicht auch benötigt wird, je mehr der Konkurrenzkampf des Leistungswettbewerbs in der modernen Arbeitsgesellschaft die Existenz des Menschen bedroht.

Sport als Mittel zum sozialen Aufstieg

Dazu kommt noch ein weiteres. „Alles, was in einer hochspezialisierten Gesellschaft an Schwierigkeiten vorfällt, mühevolle Arbeit, Beziehung, Herkunft, was dazugehört, um ins Licht der Öffentlichkeit zu kommen, das fehlt im Sport so gut wie ganz", schreibt Pleßner. „Das Kind aus dem Volke, wenn es gesunde Anlagen und Spaß an der Sache mitbringt, hat hier eine einzigartige Chance der Publikation." Wir vermuten, daß Alex Nathan diesen Satz Pleßners nicht unterschreiben wird; und zwar deshalb nicht, weil gerade die große Publizität, die der moderne Sportler erstrebt, ohne mühevolle Arbeit und ohne Protektion nicht erlangt wird. Auch der Sportler-Star wird heute „gemacht", wenn auch nicht in dem Ausmaß, wie das z. B. beim Filmstar der Fall ist, der ja heute von der Kunst des Mimen nicht mehr viel zu verstehen braucht. Um ein Spitzensportler zu werden, muß jeweils eine Leistung, ja eine kontinuierliche Höchstleistung erbracht werden, die für jedermann erkennbar ist. Erst wenn gleiche Leistungen von mehreren Athleten vorliegen, beginnt das Spiel der Beziehungen und Protektionen. — Unbeschadet dieser Einschränkung besteht jedoch kein Zweifel, daß die sportliche Leistung den Aufstieg auf der Stufenleiter des gesellschaftlichen Prestiges ermöglicht und daß dieser Weg des Aufstiegs um so mehr gerade von jenen gewählt wird, die sich durch berufliche Leistungen in der Arbeitswelt nicht im gleichen Ausmaß qualifizieren können. Im Sport kann jeder, so sagt Pleßner, für seine Person verwirklichen, was die vollendetste Demokratie einem jeden zwar rechtlich garantiert, und was darum für die meisten abstrakt bleibt: den gleichen Anspruch auf sozialen Aufstieg, auf Anerkennung und gleiche Chance im Leben. Denn, so fährt er fort, „was die demokratische Gesellschaft durch die Niederlegung der Standes- und Schichtengrenzen und Klassenschranken an Bahnen freilegt, versperrt sie auch wieder durch die Steigerung des Wettbewerbs aller gegen alle. Sie bremst, indem sie freimacht."

Die Bedeutung des Agonalen in der modernen Gesellschaft

Mit dieser Feststellung wird noch ein weiteres Motiv für die Popularität des Sportes deutlich. Pleßner nennt es „das von der industriellen Gesellschaft im offenen Wettbewerb gezüchtete und zugleich an seiner Befriedung gehemmte Bedürfnis nach Aggression". Die moderne Wettbewerbsgesellschaft lebt vom Leistungskampf. Sie muß jedoch die volle Wirkung des von ihr ins Spiel gebrachten agonalen Prinzips unterdrücken, um den Bestand ihrer hochkomplizierten Arbeitsorganisation zu sichern. Die Folge davon sind Hemmungen, Insuffiziens-, Frustrations- und Minderwertigkeitsgefühle beim Berufstätigen von heute. Die seelischen Spannungen suchen nach einem Abfluß. Sie finden ihn im Sport, genauer: im sportlichen Wettkampf. Diese Bemerkung Pleßners ist nicht nur in dem Sinne zu verstehen, daß auf dem Spielfeld eine Mannschaft „angreifen" und das Publikum sich durch anfeuernde Schreie abreagieren kann (ein in der modernen Arbeitswelt unmöglicher Vorgang), sondern sie gilt auch in dem Sinne, daß elementare und auch wertvolle Impulse, die in der überorganisierten und daher undurchsichtig gewordenen modernen Gesellschaft nicht mehr abgesättigt werden können, hier ersatzweise zum Tragen kommen, wie z. B. der nationale Impuls. Auch derjenige, der sich im allgemeinen nicht für sportliches Geschehen interessiert, begeistert sich oder nimmt wenigstens Anteil am Sieg jener Männer und Frauen, „die die Farben der Nation tragen".

Die Situation der Stadienbesucher

Alle die hier angeführten Feststellungen und Überlegungen, die nicht mehr als Elemente einer noch zu schreibenden Soziologie des Sports darstellen — Pleßner sagt das ausdrücklich am Anfang seines Vortrages —, könnten insofern mißverstanden werden, als sie sich zunächst ausschließlich auf die „Aktiven" (genauer: auf die relativ bescheidene Anzahl von Spitzensportlern) zu beziehen scheinen. Pleßners Ausführungen, z. B. über den aggressiven Charakter des Sports, verdeutlichen jedoch ausreichend, daß jeder, der Sport treibt und am Sport Anteil nimmt, gleichsam ein Opfer des besonderen Verhältnisses von industrieller Arbeitswelt und Sport in unserer Zeit ist. Auch für den Jugendlichen, der sich in irgendeiner namenlosen Mannschaft abmüht, gilt das Gesetz der großen Leistung, die ihn berühmt machen kann. Niemand in einer Mannschaft will einen Mitspieler, der beteuert, an der Leitung, am Sieg liege ihm nichts, nur Erholung, die kein ständiges Üben erfordert, veranlasse ihn zum Mitspielen. Denn die Mannschaft wie der einzelne will siegen, immer wieder siegen. Dieser Wille zum Sieg schließt den Willen zur Leistung und Leistungssteigerung ein.

Was die Massen bewegt, Sonntag für Sonntag die Stadien zu füllen, ist der Wunsch, sich mit etwas identifizieren zu können, was die berufliche Arbeitswelt ihnen vorenthält: mit Kampf, Aggression, Sieg. Und zwar in einer Form, die nicht existentiell ist (sonst wäre eine Niederlage nicht zu verschmerzen). Die Auseinandersetzung, der Kampf der Gegner wird nur dadurch erträglich, weil er — kein Zuschauer, auch der fanatischste nicht, bestreitet das ernstlich — Spiel ist und damit unverbindlich bleibt. Er hat keine Folgen. Das schließt nicht aus, daß die Leistungen, die in diesem Spiel geboten und von ihm erwartet werden, so qualifiziert sein müssen, daß nur noch ganz wenige Spezialistensportler sie zu leisten in der Lage sind. Indem die Leistungsnormen aus der industriellen Arbeitswelt auf den Bereich des Sportes übertragen werden — nur die große Leistung zählt noch —, schneidet sich zugleich die Masse der Zuschauer die Möglichkeit ab, selbst Sport zu treiben: sie hat längst erkannt, daß sie auf Grund ihrer körperlichen Disposition, ihres Alters etwa, nicht zu derartigen Leistungen in der Lage ist. Wenn sie „Sport" treibt, dann ist sie sich darüber im klaren, daß ihr „Sport" niemals der Sport sein kann, der ihr Bewußtsein die Woche über ausfüllt. Das wichtigste Stimulans, das die Massen am Wochenende in die Stadien treibt, liegt jedoch in der Ungewißheit des Ausganges jeder sportlichen Auseinandersetzung. Eine Überraschung ist immer auch dann noch möglich, wenn die Chancen ganz eindeutig verteilt zu sein scheinen. Diese Ungewißheit ist nicht die des Lottos oder Glücksspiels. Sie ergibt sich vielmehr daraus, daß menschliche Leistung niemals so perfektioniert werden kann wie maschinelle Leistung. Der Sieg hängt immer von einer Leistung ab (was beim Glücksspiel niemals der Fall ist), aber von einer Leistung, die nicht kalkulierbar, planbar und damit sicher ist. Sosehr die Leistung auch die „zweite Arbeitswelt des Sportes" (um den Ausdruck Pleßners aufzugreifen) bestimmt, sie ist wesensmäßig anderer Natur als die Leistung der industriellen-maschinellen Arbeitswelt, in der die Masse lebt und die sie nicht befriedigt und nicht befriedigen kann.

Verhängnisvolle Auswirkungen

Was ist von dem modernen Sport zu halten? Wie ist er zu bewerten? Nathan wie auch Pleßner haben sich zu dieser Frage geäußert. Dabei überrascht es, daß Nathan, der den modernen Leistungssport sehr hart kritisiert — vielleicht wegen seiner engen kommerziellen Bindungen, für die jedoch der Sport als solcher nicht zu belangen ist —, die sozialen Aufgaben, die ein sinnvoll betriebener Sport erfüllen könnte, erheblich höher einschätzt, als Pleßner das tut. Für Nathan kommt es allein darauf an, daß man dem Sport einen Sinn gibt, „der die realistischen Forderungen der Gegenwart widerspiegelt". Was sich heute in der großen Welt des Sports abspielt, sei genau das Gegenteil: er entfremdet. „Er entführt den Sucher aus der Wirklichkeit in einen Bereich, in dem es verständlich erscheint, das Leben unpolitisch zu nehmen — im platonischen Sinne unpolitisch." „Eine solche Flucht . . . in ein unrealistisches Denken führt aber gleichzeitig zur Leugnung eines jeden staatsbürgerlichen Verantwortungsgefühles und macht ein positives Bekenntnis zu unserer Zeit, vor allem aber zur Lösung ihrer Probleme, besonders in der westlichen Welt, sehr oft zu einem Lippenbekenntnis." Auf Grund seiner englischen Erfahrungen ist Nathan der Überzeugung, daß der Sport in hohem Maße gerade bei jungen Menschen soziale Verantwortungen entwickeln kann. Der Sport, der im englischen Schulwesen eine wichtige Stelle einnimmt, wird hier nicht gemanagt. Die Schüler sind für Organisation, Vorbereitung und Durchführung ihrer sportlichen Wettkämpfe allein verantwortlich. Sie lernen hier — in einem nicht existentiellen Bereich — „politische" Rollen spielen, deren Beherrschung ihnen später im existentiellen Bereich zugute kommt. Diese politische Aufgabe, die der Sport zu erfüllen habe, sei in England viel wichtiger, als sportliche Leistungen heranzuzüchten. Ja „das Kind lernt frühzeitig auf dem Sportfeld sportliches Geschehen als sekundär anzusehen, da das Schicksal einer Nation noch niemals in einer Arena entschieden worden ist".

Pleßner, der den inneren Zusammenhang zwischen Sport und moderner Gesellschaft herausgearbeitet hat und sich nicht auf eine strikte Abgrenzung zwischen Schulsport z. B. und modernem Leistungssport einläßt, die sich in der Praxis auch sehr schwer ziehen läßt, ist im Hinblick auf den sozialen Wert des Sportes weniger optimistisch als Nathan. Gewiß, seine Bedeutung für die Gesundheitsgesinnung der Völker sei bedeutend, der Sport entkompliziere auch. Aber, so sagt Pleßner, er ist zugleich auch in hohem Maße symptomatisch für unsere Gesellschaftsverfassung überhaupt. „Wir leben heute in einer Kultur, die ihr Ziel nicht angeben kann, wie es die mittelalterliche, die Kultur der Aufklärung, des Fortschrittsglaubens bis tief in das 19. Jahrhundert mit gutem Gewissen konnten." Die gegenwärtige Kultur könne und wage das nicht mehr. „Eine solche Kultur, die das nicht kann, hat keine andere Wahl, als sich auf neutral-formale Funktionswerte der sauberen Leistung, der Pflege des fair-play und all der anderen Tugenden gleichsam zurückzuziehen, die auch der Sport pflegt. Sie macht darum aus Beruf und Arbeit einen Sport." Diese Tatsache berühre die Gesinnung und den persönlichen Glauben des einzelnen Menschen nicht. „Der einzelne Sportsmann kann ein gläubiger Katholik, Protestant, Mohammedaner, Marxist sein, aber die Gesamtheit berührt und bestärkt sie in ihrem Leistungswillen, ihrer Rekordsucht, ihrer Überbewertung der Funktion, ihrem Indifferentismus gegen Ziele, ihrer Geringschätzung all dessen, was sich nicht in Leistung offenbart und an Leistungsmaßstäben fassen läßt." Das Bündnis zwischen industrieller Arbeitswelt und Sport hat also auch seine bösen Seiten. Pleßner weist in diesem Zusammenhang nicht einmal so sehr auf die Faktoren hin, die der Sport „zwangsweise" vom modernen Industrialismus übernimmt, als vielmehr auf Einstellungen, mit denen der Sport, nun rückwirkend, auf die Arbeitswelt einwirkt, auf jenen Funktionalismus und Formalismus, „der im Gewande einer Ethik untadeliger Unverbindlichkeit auch da noch zu spielen gestattet, wo die Existenz auf dem Spiele steht". „Die agonale Gesinnung des Sports wirkt auf die Gesellschaft zurück und lenkt sie von sich ab, so daß sie sich selber nur noch als Wettkampf versteht, mit oder ohne Plan." Die aggressiven Tendenzen erfahren „auf diese Weise eine ideelle, um nicht zu sagen eine ideologische Rechtfertigung durch das Ethos der Sportlichkeit". Dieses Ethos mache die Menschen gegen tiefere Besinnung auf den Zweck ihres Tuns, die Grenzen ihrer Steigerungsfähigkeit immun. „Es nimmt ihnen den Sinn für Ruhe und Maß, Muße und Spiel. Wenn es ihnen wenigstens die Möglichkeit ließe, über ihre Rastlosigkeit zu erschrekken. Aber selbst die Möglichkeit des schlechten Gewissens scheint es ihnen amputieren zu wollen . . ."

Der Sport ist nach Pleßner nicht besser und nicht schlechter als die Gesellschaftsordnung, der er entstammt und für die er einen Ausgleich darstellt. „Seine Rekordsucht ist ihre Rekordsucht."

Mit dieser etwas apodiktisch klingenden Feststellung ist jedoch nicht gesagt, daß ein gesundes, vernünftiges, sinnvolles Leben in unserer Gesellschaft dem einzelnen unmöglich wäre. Nur sind die Möglichkeiten dazu begrenzt, sie sind zudem ständig bedroht. Wer es wagt, ein sinnvolles Leben heute zu führen, schwimmt gegen den Strom der Zeit. Worauf es Pleßner in seiner Analyse ankommt, ist, zu zeigen, daß zwischen den Erscheinungen des modernen Sports und unserer Gesellschaftsverfassung ein unheilvoller Zusammenhang besteht, den zu durchbrechen den vielen nicht ohne weiteres zugemutet werden kann. Sie können sich als Masse dem Sport gegenüber eigentlich gar nicht anders verhalten, als sie sich heute verhalten. Ja ihre Reaktion auf unsere unmenschliche Arbeitswelt ist eigentlich gesund. Gefährlich und verderblich ist nur, daß das Sich-Absetzen, die reaktiven Verhaltensweisen, da sie immer auch unter der Einwirkung der Gesetze der Arbeitswelt stehen, ebenfalls korrumpiert sind (wobei ihre Verderbtheit wiederum auf die Arbeitswelt zurückwirkt, was einen Circulus vitiosus auslöst). Wie dem abhelfen? Den einzelnen stark machen gegen die zerstörerischen Kräfte, die in unserer gegenwärtigen Gesellschaftsverfassung liegen, oder die Gesellschaftsverfassung ändern? — Es ist das die gleiche Frage, die heute alle Erzieher, Volksbildner, Seelsorger und Schulreformer bewegt. Wir werden sie im Zusammenhang mit dem Thema der Schulreformpläne erneut zu stellen und, soweit sich Ansätze zu ihrer Beantwortung zeigen, sie zu beantworten haben.

Das sowjetische Propagandasystem in Ost und West

Auf dem 9. Kongreß „Kirche in Not" (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 563) hielt Dr. Paul Roth, *in Rußland aufgewachsener Sohn eines deutschen Diplomaten und gegenwärtig Schriftleiter der Königsteiner Monatszeitschrift „Digest des Ostens", ein Referat über die sowjetische Propaganda in Ost und West. Wir geben es in ausführlicher Zusammenfassung wieder, weil es sehr einprägsam die Methoden schildert, mit denen der Kommunismus arbeitet: „ein System voll Irrtum und Trugschlüssen" mit einer „wahrhaft dämonischen Propaganda"* (*Pius XI.*, Divini Redemptoris).

Nach einem Wort von Max Weber setzt alle Herrschaft die Zustimmung der Beherrschten zu den Maßnahmen der Regierung voraus. So bezweckt auch die Meinungslenkung in der Sowjetunion die Zustimmung der Untertanen zu den Maßnahmen der Regierung, und zwar in drei Stufen:

1. Anerkennung und Aneignung der bolschewistischen Weltanschauung;
2. Ausrichtung des Privatlebens entsprechend dieser Weltanschauung;
3. Förderung und Unterstützung sämtlicher staatlicher Maßnahmen.

Die sowjetische Meinungslenkung unterscheidet sich von der Meinungslenkung in der Freien Welt durch ihr Monopol, durch die organisierte Zusammenballung aller Beeinflussungsmittel, durch den Anspruch, bis in den intimsten menschlichen Bereich hineinzuwirken, vor allem aber durch die skrupellose Anwendung von Lüge und Gewalt. Lenin und Stalin haben mehrmals erklärt, daß die Macht der Sowjets auf Zwang *und* Überzeugung beruhe. Das ist nur folgerichtig für jene Ideologie, in der der Einzelmensch nur als Kollektivwesen gilt und seine Freiheit in der „Einsicht in die Notwendigkeit" besteht.

Das System in der Sowjetunion

Grundlage und Voraussetzung der Meinungslenkung in der Sowjetunion sind:

1. Vernichtung und Mundtotmachung aller Andersdenkenden;

2. Ausschluß jeder nichtkommunistischen Nachricht oder Meinungsquelle;
3. der tägliche Zwang, die Sowjetpropaganda zu hören, nachzusprechen und durch Taten zu bestätigen.
Lenin sagte bei der Auflösung des frei gewählten Russischen Parlaments 1918: „Die Auflösung der Konstituante bedeutet die vollständige und offene Liquidation der Idee der Demokratie zugunsten des Gedankens der Diktatur."
In seinen Werken kann man weiter lesen: „Nur Schufte und Idioten können sich einbilden, daß das Proletariat erst die Majorität haben muß in Wahlen ... Wir dagegen behaupten, daß das Proletariat erst die Bourgeoisie stürzen und die Macht an sich reißen muß und dann diese Macht so gebrauchen muß, daß es die Sympathie der Majorität der Werktätigen für sich gewinnt."
Einige Beispiele für Vernichtung und Mundtotmachung durch bolschewistischen Terror:
Zum offiziellen Symbol des Kampfes gegen die „reaktionäre Familie", die als Hort des Aberglaubens bezeichnet wurde, machte die Partei Pawel Morosow, der seinen Vater bei der Polizei anzeigte. Noch nach dem zweiten Weltkrieg erschien in der Sowjetunion eine Briefmarke zu Ehren Morosows, obwohl inzwischen die Familie als kleinste Parteizelle des Staates propagiert wird.
Als die Bauern keinerlei Begeisterung zeigten, sich in Kolchosen zusammenzuschließen, ließ Stalin sie in Massen verschleppen und durch eine Hungersnot dezimieren.
Als die Sowjetregierung Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre in der Ukraine eine Gefahr für das Regime zu sehen meinte, organisierte sie eine Hungersnot, der nach Schätzung weit über eine Million Menschen zum Opfer fielen. Die Auswirkungen dieser Hungersnot habe ich als Kind in der Ukraine mit eigenen Augen gesehen. Daß sich an dieser Methode nichts geändert hat, beweisen die Verschleppungen ganzer Völker, die Deportationen aus den baltischen Staaten.

Hermetische Abriegelung

Der gewaltsamen Mundtotmachung jedes Andersdenkenden tritt zur Seite eine hermetische Abriegelung und das Spitzelsystem. Keinem gewöhnlichen Sowjetbürger ist eine Auslandszeitung zugänglich. Rundfunknachrichten des Auslandes werden gestört. Die Post wird zensiert. Auslandsvisen erhalten nur sorgfältig Geprüfte. Die nach Beendigung des zweiten Weltkrieges in die Sowjetunion zurückkehrenden Ostarbeiter und Kriegsgefangenen wurden vielfach von der übrigen Bevölkerung isoliert, um sie umzuerziehen.
Die kommunistische Partei zählt nach offiziellen Angaben zur Zeit 8,4 Millionen Mitglieder bei einer Bevölkerung und rund 209 Millionen. Ihr stehen als Hilfstruppen die Massenorganisationen zur Verfügung, angefangen von den sogenannten Gewerkschaften (1958: 50 Millionen) bis hin zum Komsomol (1958: 18,5 Millionen). Die meisten Sowjetbürger sind ihr Leben lang zumindest einer solchen Organisation eingegliedert und ihrer Schulung unterworfen.
An der Spitze der zahlreichen Schulungseinrichtungen steht die „Akademie der Gesellschaftswissenschaften" beim ZK der KPdSU. Im Jahre 1952 waren nicht weniger als 600 000 Kommunisten als Lehrer und Lektoren solcher Schulen beschäftigt.
Die Nachfolge des „Bundes der Gottlosen" hat die 1947 gegründete „Sowjetische Gesellschaft für die Verbreitung politischer und wissenschaftlicher Kenntnisse" angetreten. Im Jahre 1954 hatte sie 300 000 Mitglieder. Die erste Entlassung von Absolventen der Universität für atheistische Wissenschaften beim Zentrallektorat der Gesellschaft fand 1959 statt. Zweigstellen dieser Universität sollen 1960 errichtet werden. Für die atheistische Arbeit stehen natürlich auch die zahlreichen Klubs in der Sowjetunion zur Verfügung, z. B. das Haus des Atheisten in Odessa.

57 Millionen Zeitungsexemplare

Stalin nannte die Presse „das einzige Mittel, mit dessen Hilfe die Partei täglich, stündlich mit der Arbeiterklasse in ihrer eigenen, ihr notwendigen Sprache spricht". Alle 7500 in der Sowjetunion erscheinenden Zeitungen (Auflage 57,5 Millionen in 67 Sprachen) sind Organe von Organisationen. An der Spitze der Zeitungspyramide steht das Organ des ZK der KPdSU, „Pravda". Ihr Wort ist für die Kommunisten der ganzen Welt Befehl und Dogma zugleich.
In allen Bereichen der Agitation und Propaganda wird die sowjetische Neusprache verwendet, die neue Worte schafft und alte Begriffe in ihrer Bedeutung verfälscht. Wir können von einer Neusprache im Sinne des Romans „1984" von Orwell reden, wo es heißt: „Siehst du denn nicht, daß die Neusprache kein anderes Ziel hat, als die Reichweite der Gedanken zu verkürzen?" Das Endziel ist ohne Zweifel, daß die Sowjetbürger auf ein gewisses Kennwort hin reflexartig reagieren — genauso wie die berühmten Hunde Pawlows auf das Klingelzeichen ihres Herrn.
Dafür ein Beispiel. Im Jahre 1947 wurde in Karaganda der deutsche Revuefilm „Die Frau meiner Träume" gezeigt. Die Bevölkerung war begeistert von diesem unpolitischen Film, auch meine Mitarbeiter im Normbüro eines Schachtes lobten ihn überschwenglich. Als jedoch die örtliche Parteizeitung diesen Film eines Tages als dekadent bezeichnete, erklärten mir am nächsten Tag dieselben Mitarbeiter im Büro allen Ernstes, dieser Film sei doch wirklich ein minderwertiges Erzeugnis — ungeeignet für einen Sowjetbürger.
Der Beeinflussung dient aber nicht nur das Wort, sondern vor allem auch das Bild, das Plakat, die Karikatur. Auch hier die Kontrastschablonen: lächelnde Spitzenarbeiter, blühende Sowjetstädte auf der einen Seite — blutrünstige Kriegsverbrecher und hungernde Arbeitslose auf der anderen.
In diesem Zusammenhang muß auch die Nachrichtenagentur „TASS" erwähnt werden, die heute ein Drittel der Menschheit mit Nachrichten versorgt. Sie allein hat in der Sowjetunion das Recht, Nachrichten zu verbreiten. Durch ihre Filter geht jede Auslandsnachricht; sie schreibt vor, wie die Meldungen formuliert und plaziert werden müssen. Im Jahre 1956 erklärte der Leiter der TASS, Palgunow, vor Studenten des Instituts für Journalistik an der Universität Moskau: „Die Nachrichten sollen nicht nur einfach über diese oder jene Tatsache, über dieses oder jenes Ereignis berichten. Sie müssen einen bestimmten Zweck verfolgen. Nachrichten bedeuten Agitation vermittels Tatsachen ..."

Rundfunk, Fernsehen, Film, Literatur

Natürlich sind auch sämtliche sowjetischen Rundfunkstationen an TASS gefesselt. Die Wortsendungen im Radio gleichen aufs Haar den Texten der Sowjetpresse.

Nach offiziellen Angaben gibt es in der Sowjetunion 9,5 Millionen Empfangsgeräte, aber — und das ist bezeichnend — 27 Millionen Drahtfunkanschlüsse. Ferner sollen 3 Millionen Fernsehgeräte in Betrieb sein. D. Tschesnokow, Philosophieprofessor und Vorsitzender des staatlichen Rundfunk- und Fernsehkomitees der Sowjetunion, sagte über die Aufgabe des sowjetischen Fernsehens: „Es muß helfen, den Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft in der UdSSR voranzutreiben."
Im Jahre 1958 besuchten 3,5 Milliarden Sowjetbürger die Kinos. Was sie vorgesetzt bekamen, waren nach wie vor die positiven Helden, die ins Neuland fahren, für das Wohl ihrer sozialistischen Heimat schaffen und kapitalistische Spione entlarven; selbst Kinderfilme haben keinen anderen Inhalt. Wir dürfen uns also nicht beirren lassen von Sowjetfilmen wie „Die Kraniche ziehen".
Wir brauchen uns nur an den Fall Pasternak zu erinnnern, um die Schlußresolution des dritten sowjetischen Schriftstellerkongresses in diesem Jahr recht zu verstehen. „Unsere Literatur", so hieß es in dieser Resolution, „muß die Prinzipien der kommunistischen Ethik und Moral bejahen und dem Staat bei der Verwirklichung seines großartigen Belehrungsprogrammes beistehen."

Erziehung zum Sowjetmenschen . . .

In seinem Referat auf dem XXI. Parteitag der KPdSU sagte Chruschtschew: „Um zum Kommunismus, der gerechtesten und vollkommensten Gesellschaftsordnung, zu kommen, bei der die besten moralischen Züge des freien Menschen vollkommen zur Geltung kommen werden, müssen wir bereits jetzt den Menschen der Zukunft erziehen."
Diese Erziehung strotzt aber von Lügen und Verheimlichungen. So haben die Sowjetbürger zum Beispiel niemals offiziell die Wahrheit über den Aufstand in der Sowjetzone und über die ungarische Revolution erfahren. Über den sowjetischen Überfall auf Finnland im Jahre 1939, der in der ganzen westlichen Welt Empörung hervorrief, lügt die eben erschienene neue Parteigeschichte: „Gegen Ende des Jahres 1939 gelang es den westlichen Imperialisten, die finnischen Reaktionäre zum Angriff auf die Sowjetunion zu provozieren."
Im gleichen Maße, wie die Verhältnisse in den kapitalistischen Staaten als vollständig korrupt dargestellt werden, schildert die sowjetische Meinungslenkung nur die Lichtseiten in der Sowjetunion. Sie hat nie eine Statistik der erschreckenden Jugendkriminalität in der Sowjetunion publiziert.

. . . Erziehung zum Haß

Bei dieser Umerziehung geht es nicht nur darum, in den Ereignissen das Schema des historischen Materialismus zu beweisen. Die Sowjetbürger sollen zu gesteigerter Arbeit und gesteigertem Haß gegen die Gegner veranlaßt werden. Besonders groteske Formen nähm dies an, als nach dem Hitler-Stalin-Pakt im Jahr 1939 die Sowjetpresse ihre Schimpfworte von den Nazis auf die Westmächte verlagern mußte. Molotow sagte damals in einer Rede über die Außenpolitik der Sowjetunion: „Im Zusammenhang mit diesen wichtigen Veränderungen der internationalen Lage sind einige alte Ausdrucksweisen, die wir noch vor kurzem gebrauchten und an die schon viele gewöhnt sind, ganz klar veraltet und können jetzt nicht mehr angewandt werden. Es ist bekannt, daß in den letzten Monaten einige Begriffe wie ‚Aggressor', ‚Aggression' eine neue konkrete Bedeutung erhalten haben, einen neuen Sinn." Und Molotow sprach weiter von der Friedensliebe der Nazis und der Kriegsentfachung durch England und Frankreich.
Die Weckung von Abscheu, Verachtung, Haß gehört zur sowjetischen Meinungslenkung. Wie stark sie bis in die kindliche Psyche hineinwirkt, geht aus folgender Episode hervor, die der Sowjetuntertan Tschukowski in einem Buch über Wortschatz und Denkgewohnheiten der Kinder zwischen zwei und fünf Jahren schildert. Eine Mutter hatte ihren Kindern erklärt, daß in Amerika Nacht sei, wenn in der Sowjetunion die Sonne scheine. Sie erhielt darauf die Antwort: „Sie kriegen, was sie verdienen, diese Kapitalisten!"
Besser als lange Erläuterungen spricht wohl das Gedicht des deutschen Kommunisten Erich Weinert in einem sowjetischen Lese- und Lernbuch für den Deutschunterricht:

„365 Morgen die gleichen Sorgen!
365 Tage die gleiche Plage!
365 Nächte, aus denen man nicht erwachen möchte!
Und nun kommt wieder die alte Frage:
Noch einmal 365 Tage?
Ja, Genosse!
Vielleicht noch dreimal, vielleicht noch zehnmal.
Aber, Genosse, nicht verzagen!
In diesen 365 Tagen
Brechen wir aus dem morschen Haus
Wieder einen Grundstein heraus!
Das bedeutet, Genosse:
365 Morgen sollst du dein Herz mit Haß versorgen,
365 Tage deine Stimme erheben, daß keiner verzage,
365 Nächte Kräfte sammeln zum letzten Gefechte.
Denn es gibt keinen Gott der Rache.
Die Rache, Genosse, ist deine Sache."

Meinungslenkung in den sowjetischen Satellitenstaaten

Im Vordergrund der sowjetischen Propaganda in den Satellitenstaaten steht die Parole von der Freundschaft zur großen Sowjetunion, der Befreierin vom faschistischen Joch. Wir wollen uns bei der Darstellung der Meinungslenkung in den Satellitenstaaten am Beispiel der Sowjetzone orientieren. Die Grundlage dieser Meinungslenkung ist auch hier der Zwang. In den KZs der Sowjetzone waren von 1945 bis 1950 nicht weniger als 185 000 Menschen jeden Alters inhaftiert; 96 000 davon sind bis 1950 umgekommen. Die Zahl der politischen Häftlinge in der Sowjetzone wird zur Zeit auf 9000 geschätzt.
Wahlmanipulationen, Behinderungen der bürgerlichen Parteien, Entfernung von Sozialdemokraten, die man nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur Fassade benutzt hatte, Verhaftungen lieferten bald die gewünschten Wahlergebnisse in der Zone.
Zum Terror und zur Mundtotmachung trat die Abriegelung. Die Erschwerung des innerdeutschen Reiseverkehrs ist dabei wohl die einschneidendste Maßnahme. Aber bereits der Besitz westdeutscher Publikationen, das Hören westlicher Sender reicht für eine Aburteilung aus. Ein dreißigjähriger Landwirt wurde zu viereinhalb Jahren Zuchthaus, ein Gastwirt zu zweieinhalb Jahren verurteilt, weil ihnen der Gemeinschaftsempfang westdeutscher Fernsehsendungen für andere Sowjetzonenbürger vorgeworfen wurde. Die Formulierung lautete: „Organisierte Kriegshetze".

Organisationen als verlängerter Arm der Partei

Genauso wie in der Sowjetunion leitet in der Sowjetzone die kommunistische Partei (SED) die Meinungslenkung und Umerziehung. An der Spitze ihrer Schulungseinrichtungen steht die Parteihochschule in Klein-Machnow, in der auch der Doktorgrad erworben werden kann. Die Parteischulung endet im unteren Bereich im sogenannten Parteilehrjahr der SED, das für alle Mitglieder und Kandidaten der Partei Pflicht ist.

Selbstverständlich sind auch in der Sowjetzone die Massenorganisationen, wie FDGB, FDJ, Gesellschaft für Sport und Technik, die „Transmissionsriemen" der Partei. Die 1954 gegründete „Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse" verbreitet Atheismus. Sie übernahm von den Volkshochschulen und dem Kulturbund nach und nach das gesamte populärwissenschaftliche Vortragswesen. Im Jahre 1958 verfügte sie allein über 800 Angestellte.

Selbst das Rote Kreuz der Sowjetzone muß dem Regime dienen. In einem Führungsblatt des Innenministeriums, dem das Rote Kreuz untersteht, hieß es 1959: „Es ist falsch, zu glauben, das Rote Kreuz sei eine neutrale Organisation. Feinde der Gesellschaft dürfen für sich nicht das Recht in Anspruch nehmen, daß ihnen irgend jemand hilft. Die Gesundheitshelfer [gemeint sind die Rotkreuzhelfer] haben daran mitzuwirken, die soziale Gesundheit zu erhalten, zum Beispiel durch Entlarvung feindlicher Agenten."

Presse und Film

Die staatliche Nachrichtenagentur ADN hat das Monopol für Nachrichtengebung. An sie sind die 39 Tageszeitungen mit einer Auflage von über 4 Millionen gefesselt (Bundesrepublik und Westberlin vergleichsweise 1464 mit 17 Millionen). Genauso wie in der Sowjetunion steht an der Spitze der Zeitungspyramide das Zentralorgan der SED, „Neues Deutschland". Die Nachricht „als Mittel des Klassenkampfes" ist jeder beliebigen Manipulation und Verfälschung unterworfen. Grundsätzlich hat sich nichts geändert seit dem Erscheinen der folgenden Presseanweisung aus dem Jahre 1953:

„In der Woche vom 9. bis 16. Mai hat das Presseamt folgende Presseanweisung herausgegeben:

1. Über ADN ein Interview von Dr. Wirth gut bringen...

5. Eine Reihe von Meldungen über Wirtschaftskrise in Westdeutschland bringen — Belastung durch den Verteidigungsbeitrag.

6. In den nächsten Tagen Echos und Erklärungen sowie Stellungnahme zu dem Programm des Bundes der Deutschen gut herausstellen ...

11. Auf die wachsende Stimmung gegen Remilitarisierung Westdeutschlands in England und Frankreich hinweisen. Grotewohl allein vertritt die deutsche Außenpolitik — Adenauer nur Exponent der amerikanischen Politik.

12. Terror in Westdeutschland in aller Breite aufrollen...

15. Kampagne gegen Atomausbilder in Westdeutschland fortsetzen."

Als Beispiel der Filmproduktion der staatlichen Filmgesellschaft DEFA sei hier das „Unternehmen Teutonenschwert" genannt. Ein sogenannter Dokumentarfilm, der unter skrupelloser Verfälschung der historischen Tatsachen General Speidel der Vorbereitung des Mordes am jugoslawischen König Alexander I. und dem französischen Außenminister Barthou am 9. 10. 1934 in Marseille bezichtigt. Wie gefährlich ein solcher Film auch jenseits des sowjetischen Machtbereiches werden kann, zeigt das lange Hin und Her in Großbritannien, ehe man dort von einer Aufführung dieses Filmes absah.

Alles wird in den Rahmen der Meinungslenkung mit hineingepreßt. Briefmarken sollen nach sozialistischen Gesichtspunkten gesammelt werden, Schlager müssen für den sozialistischen Aufbau werben, Tanzgruppen tanzen gegen die Atombombe usw. Das alles natürlich in jener Schwarzweißmanier, die Haß wecken soll — zumindest aber Antipathie.

Schmutz und Schund

Im Kampf gegen Glaube und Religion wird auch die Pornographie verwendet. Einen besonders unrühmlichen Namen hat sich dabei Erwin Strittmater geschaffen mit seinen Büchern „Der Wundertäter" und „Der Ochsenkutscher". Es ist übrigens bezeichnend, daß der „Wundertäter" ins Russische übersetzt wird. Herr Strittmater hatte die Ehre, vor kurzem auf dem 3. Kongreß der Sowjetschriftsteller die Grüße der Schriftsteller der Sowjetzone zu überbringen.

Daß diese Literatur gezielt ist, beweist auch das Ostberliner „Magazin", ein Gemisch von schlüpfrigen Geschichten, sozialistischem Realismus und Aktfotos.

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, daß sich die sowjetzonale „Neue Berliner Illustrierte" an jenen Herrn Pohlmann gewandt hat, der in der Bundesrepublik zeitweise inhaftiert war, weil er unter Verdacht stand, die Lebedame Nitribitt umgebracht zu haben. Pohlmann behauptet, die Redaktion der Illustrierten habe ihm für eine „Kundenliste" der Nitribitt 40 000 Ostmark und das Asylrecht in der Sowjetzone angeboten.

Als Schulungsbuch der Volksarmee veröffentlichte der Verlag der Volksarmee ein Buch von Grievas „Jenseits der Pyrenäen". Inhalt: Zu Beginn des spanischen Bürgerkrieges ermordet ein Pfarrer zunächst einen Demokraten, dann zerstört er den Altar seiner Kirche, steckt die Kirche in Brand, um diese Verbrechen den Kommunisten in die Schuhe zu schieben. Anschließend begibt er sich in den Wald und überfällt in der kommenden Nacht zusammen mit einem Haufen Mönche aus dem nächsten Kloster das friedliche Dorf, dessen Pfarrer er war.

Die CDU der Sowjetzone

Auch die sogenannten „bürgerlichen" Parteien sind nichts anderes als Hilfsorganisationen der SED. Professor Albert Norden, der im ZK der SED für die Agitation verantwortlich ist, gab 1958 Funktionären seiner Partei Anweisungen für die bevorstehende Wahl, in denen es unter anderem heißt:

„Einen dankenswerten Dienst leistet uns hier die CDU [gemeint ist natürlich die Ost-CDU], die ja ebenfalls in ihren ideologischen Formulierungen sehr scharf zwischen christlich und kirchlich unterscheidet. Wenn die CDU sagt: Der Christ findet im Sozialismus die von ihm ersehnten christlichen Belange restlos erfüllt, während die Kirche unter Mißbrauch der christlichen Vokabeln unchristliche Ziele verfolgt, dann bedeutet das, daß man zur Realisierung der christlichen Belange die Kirche nicht nur nicht mehr nötig hat, sondern daß die Kirche das größte Hindernis auf dem Wege der Verwirklichung der christlichen Ziele ist."

Ohne Zweifel lehnt die große Mehrheit der mitteldeut-

schen Bevölkerung das Ulbrichtsche Herrschaftssystem ab. Man darf jedoch nicht übersehen, daß die Ideologie des Systems teilweise Eingang gefunden hat. Das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen veranlaßte eine Testbefragung unter geflüchteten Arbeitern und fand etwa 15 Prozent „echte Kommunisten" unter den befragten Arbeitern der Zone. Darüber hinaus aber fanden sich kommunistische Ideologie und Terminologie weit verbreitet.

Sowjetpropaganda in der Freien Welt

Zu den Maßnahmen gegenüber der Freien Welt gehört zuerst die Zensur, das heißt, kein Journalist kann aus der Sowjetunion einen Bericht unzensiert durchgeben. Es gibt darüber einen netten, zutreffenden Witz. Ein ausländischer Journalist in Moskau beendet seinen Brief an die Heimatredaktion mit den Worten: „Ich hoffe, daß dieser Brief Sie erreicht — die sowjetische Briefzensur ist nämlich sehr streng." Ein paar Tage später bekam er den Brief zurück mit einer Notiz in russischer Sprache: „Nicht weitergeleitet wegen falscher, die Sowjetunion betreffender Angaben. Es gibt in der Sowjetunion keine Briefzensur."
In Moskau existiert ein eigenes Büro, das die Zensur der Berichte der Auslandskorrespondenten vornimmt.

Die Welttarnorganisationen

Während die kommunistischen Ideen nach dem ersten Weltkrieg vor allem durch die Komintern und Kominform verbreitet wurden, traten nach dem zweiten Weltkrieg eine Reihe von Welttarnorganisationen auf die Bühne, die Nichtkommunisten zur Mitarbeit heranziehen sollen (vgl. darüber Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 81 ff.). Ich brauche Sie nur hinzuweisen auf die Weltjugendfestspiele, die in diesen Tagen von zweien dieser Organisationen in Wien veranstaltet worden sind. Wie unangenehm der Sowjetunion jeder Hinweis auf die Hintergründe ist, geht aus einem Artikel hervor, den die sowjetische Regierungszeitung „Isvestija" am 28. 6. veröffentlichte. In der üblichen Art kommunistischer Verleumdung behauptet er, in Westdeutschland würden einige Tausend „jugendlicher Halsabschneider" einer besonderen Ausbildung unterzogen, um das Festival zu stören. Außerdem würden zur Anlockung schwankender Jugendlicher in Wien „Prostituierte aus den westdeutschen Freudenhäusern" eingesetzt.

Beispiel Indien

Die sowjetische Auslandspropaganda arbeitet in den Ländern Asiens und Afrikas mit dem ständigen Wechsel von Drohungen, Versprechungen und Hilfsangeboten. Diese Propaganda nützt jeden Zwiespalt, um Unruhe zu schaffen, und schreckt vor keiner Entstellung der Wirklichkeit zurück.
Betrachten wir ein Land näher: Indien. 1955 schätzte man die Mitglieder der kommunistischen Partei Indiens auf 55 000. Bei den Nationalwahlen 1957 gewannen die Kommunisten mehr als 10 Prozent der Stimmen. Die kommunistische Partei tritt mit dem Anspruch auf, für die Rechte der Arbeiter einzutreten. Sie verspricht den Bauern das Land und tut so, als wäre sie es gewesen, die die Unabhängigkeit Indiens erkämpft habe. In Kerala ist es den Kommunisten jetzt zum erstenmal in der Geschichte gelungen, durch eine legale Wahl an die Macht zu kommen.
Es wird geschätzt, daß die Sowjetunion jährlich 2,5 Millionen Dollar für Veröffentlichungen in Indien ausgibt. Selbst in Tabakgeschäften kann man kommunistische Publikationen kaufen. Die Sowjetbotschaft in Delhi bietet umfangreiches Material kostenlos an und veröffentlicht mehrmals wöchentlich ein Bulletin. 1955 reisten 126 indische Delegationen in kommunistische Länder, während von dort 58 nach Indien kamen.
Natürlich weist die sowjetische Propaganda ständig auf die finanzielle Hilfe der Sowjetunion hin. Zu den bekanntesten Propagandamotiven gehört das 200-Millionen-Dollar-Projekt von Bhilai, das weitgehend von der Sowjetunion finanziert wurde. Während die USA ihre bei weitem größere Hilfe für Indien auf viele kleine Projekte verteilte, hat sich die Sowjetunion auf ein großes konzentriert, um der Propanganda die Arbeit zu erleichtern.
Durch die Ereignisse in Tibet und Kerala wurde bei vielen Indern eine gewisse Antipathie gegen den Kommunismus hervorgerufen. Doch sind viele dieser Vorkommnisse der ungebildeten Masse unbekannt oder werden vergessen, sobald kommunistische Propaganda gegen den westlichen Imperialismus wettert, so wie es auch Chruschtschew auf seiner Indienreise tat.

Meinungslenkung in der Bundesrepublik . . .

In der Propagierung eines gesteigerten Kulturaustausches mit dem „kapitalistischen" Westdeutschland ist Moskau unermüdlich tätig. Künstler, Sportler, Ballettgruppen sollen dazu beitragen, beim Bundesbürger die Vorstellung eines andersartigen, aber doch harmlosen Riesenreiches im Osten zu schaffen.
Die Sowjetbotschaft in der Bundesrepublik versendet laufend eine illustrierte Zeitschrift, die ihren wahrscheinlich 200 000 Empfängern kostenlos zugeht. Diese Zeitschrift berichtet über Fortschritt und Kultur, Religions- und Meinungsfreiheit in der Sowjetunion. Fast jeder Nummer ist der Text einer offiziellen Stellungnahme der Sowjetregierung oder der Nachrichtenagentur TASS beigelegt. Die geschickte Verfälschung der Tatsachen ist für den Durchschnittsleser nur schwer festzustellen. Mit Recht ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Publikation einer solchen Zeitschrift den üblichen diplomatischen Gepflogenheiten widerspricht, zumal die deutsche Botschaft in Moskau keine ähnliche Publikationsmöglichkeit hat.

. . . und organisierte Wühlarbeit

Zwar wurde die KPD am 17. August 1956 vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe verboten. Sie hatte aber jahrelang Zeit, ihren Apparat umzubauen, und er funktioniert heute wieder in ziemlichem Umfang. Der Schwerpunkt dieser Arbeit ruht ohne Zweifel in den Betrieben, in denen Dreier- und Fünfergruppen gebildet werden. Vor allem werden Funktionäre des FDGB herangezogen. Die Westabteilung der SED in Ostberlin kontrolliert die Arbeit. In besonderen Kursen werden Funktionäre ausgebildet.
Diese Agenten versuchen durch Flüsterpropaganda und die Verbreitung illegaler Druckschriften Unruhe zu erzeugen und den Boden für die kommunistischen Ziele zu bereiten.
Das meiste Agitationsmaterial wird dabei in der Zone hergestellt und in die Bundesrepublik eingeschleust. Bis zum 1. 8. 58 waren in der Bundesrepublik an 72 verschiedenen Orten 1956 illegale kommunistische Betriebs-

zeitungen erfaßt. Inzwischen sind weitere hinzugekommen. Für die Bundeswehr wird das pornographisch aufgemachte Magazin „Die Kaserne" hergestellt. Darüber hinaus laufen ständige Briefaktionen, die in der Form von Privatbriefen an Bürger der Bundesrepublik kommunistische Propaganda herantragen oder sie verwirren sollen.

Nach wie vor bestehen in der Bundesrepublik unter häufig wechselnden Namen kommunistische Tarnorganisationen. Nach einer Mitteilung des bayerischen Innenministers waren zu Beginn dieses Jahres in Bayern etwa 100 solcher Tarnorganisationen tätig.

Im Rahmen dieser Beeinflussungsversuche wäre als ein Beispiel noch die Aktion „Frohe Ferien" zu erwähnen, die auch in diesem Jahre wieder zahlreiche Kinder aus der Bundesrepublik in Ferienlager der Sowjetzone schaffte, wo sie politisch beeinflußt werden. Dafür kommen aus der Zone sogenannte Kulturgruppen mit Volkstänzen, Liedern und anderen Darbietungen, die geschickt unter anderem das Gedankengut der Kommunisten verbreiten.

Nach Feststellungen des Bundesministeriums des Innern wandten die Sowjetzonenmachthaber im Jahre 1958 nicht weniger als 280 Millionen DM für die illegale Untergrundarbeit der KPD in der Bundesrepublik auf.

Natürlich setzt Pankow auch seine Rundfunksender und sein Fernsehen politisch ein. Der Ministerrat der DDR plant bis 1964 mindestens 44 UKW-Sender in Betrieb zu haben, die speziell nach dem Westen senden sollen. Für die KPD arbeitet in Ostberlin der Freiheitssender 904. Entlang der Zonengrenze soll eine Fernsehoffensive gegen die Bundesrepublik gestartet werden, „denn die westdeutschen Arbeiter sollen am Bildschirm den Aufbau des Sozialismus in der DDR verfolgen".

Wo liegt die Stärke des Kommunismus?

Auf zwei Dinge spekuliert die kommunistische Agitation in besonderer Weise: auf die Dummheit und Unkenntnis und auf die Angst. So wechselt sie ständig Drohung und Verharmlosung.

Ohne Zweifel gibt es in der Bundesrepublik wenig Kommunisten. Ohne Zweifel aber auch viele Unwissende, viele, die sich für alle Fälle sichern wollen, und manche, die sich einen Gewinn erhoffen. Diese Gruppe von „Unschuldslämmern" charakterisiert Jules Monnerot in seinem Buch „Soziologie des Kommunismus" folgendermaßen: „Die Stärke des Kommunismus besteht nicht in den Rowdys, in den geheimen Kadern, die wissen, wie man einen Streik organisiert und verstärkt, wie man eine Maschine zerstört und einen Handstreich gut führt, sie besteht vielmehr in den ‚Unschuldslämmern' und vor allem in den ‚Sympathisierenden', die jenen Sicherheitsring bilden, in dessen Innern die Gesamtheit der aktiven und spezialisierten Mitglieder der Weltverschwörung arbeiten kann."

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

BEA, Augustin, SJ. *„Religionswissenschaftliche" oder „theologische" Exegese?* In: Biblica Jhg. 40 (1959) S. 322—341.

Zur Geschichte der neueren biblischen Hermeneutik gibt der Verfasser einen Überblick über die protestantische Exegese seit dem Pietismus bis zur Gegenwart. Er begrüßt die Wendung zur theologischen Exegese seit Barth und das Suchen nach sicheren kirchlichen Normen für die heilsgeschichtlichen Erkenntnisse. Er stellt dem die katholische Praxis gegenüber, wo die Kirche über die Auslegung der Heiligen Schrift autoritativ entscheidet. Der Aufsatz zeigt aber auch, wie weit die Methoden der evangelischen Forschung rezipiert worden sind.

CHENU, M.-D. *Wahrheit und Freiheit im Glauben.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 14 Heft 10 (Oktober 1959) S. 573—587.

Der zuerst im „Esprit" (April 1959) erschienene, in der vorliegenden deutschen Übersetzung von Nikolaus Greitemann betreute Artikel befaßt sich mit den Wandlungen des Glaubensverständnisses in der Kirche. Wenn auch niemand grundsätzlich die „Offenheit" des Glaubens leugnet, so zeigt sich doch immer wieder Widerstand gegen das Infragestellen der Glaubensaussage durch den menschlichen Geist, der ja auch begreifen will. Chenu entwickelt und zeigt an vielen Beispielen das „conditionnement", die „Umwelt" des Glaubens, die „Bedingungen des menschlichen Subjekts", die die Glaubensrealität zu erfassen und zu formulieren hat, den darauf wirkenden Einfluß von Erfahrungen, die wiederum von der Epoche und dem jeweiligen Stand der profanen Wissenschaft beeinflußt werden. So kommt es, daß die Terminologie, in die Heilswahrheiten gefaßt sind, nicht als überzeitlich gültig anzusehen sei. Die mutige Bereitschaft, den „Glauben durch den Intellekt immer wieder in Frage stellen zu lassen", ist die Voraussetzung dafür, daß die ganze Offenbarung fortschreitend sichtbar wird.

DALMAIS, I.-H. *Conditions et dépassement du dialogue islamo-chrétien.* In: Parole et Mission Jhg. 2 Nr. 6 (Juli 1959) S. 425—434.

Bis heute haben die Theologen die Vorbedingungen zu einem fruchtbaren Gespräch zwischen Islam und Christentum noch kaum untersucht, obwohl ein solches möglich wäre. Erste Vorbedingung ist gegenseitige Kenntnis, die von christlicher Seite bisher allerdings mehr gesucht worden ist als von islamischer. Es gibt Untersuchungen über die Vielfalt innerhalb des Islams, doch wird die eigentliche Qualität des Glaubens, der die Vielfalt eint, meist nicht genügend erkannt: sein unerbittliches Festhalten an der Idee des Einen Gottes (hierzu: L. Gardet, Connaître l'Islam). Besonders wichtig ist es, die Vorstellung von Jesus und Maria im Islam zu begreifen: für den Moslem ist das Kreuz ein Ärgernis, er erkennt Christus nur Prophetentum zu (hierzu: M. Hayek: Le Christ de l'Islam; J. Jomier: Bible et Coran). Diese Wahrheit, daß Christen und Mohammedaner Christus verschieden sehen und beide sich dabei auf ihre heiligen Schriften berufen, muß anerkannt werden, damit das Gespräch gelingt. Gemeinsam ist beiden jedoch das Verlangen, Gottes Willen völlig zu erfüllen. Schließlich wäre ein interessanter Punkt des Gesprächs die Mystik (hierzu G. Basetti-Sani: Mohammed et S. François, der die Haltung des Propheten und Franz' von Assisi in Parallele setzt).

HOLSTEIN, Henry. *La tradition d'après le Concile de Trente.* In: Recherches de Science Religieuse T. 47 Nr. 3 (Juli/September 1959) S. 367—390.

Diese Interpretation der Entscheidung des Tridentinum über die Tradition stellt fest, daß es das einzige Lehrdokument der Kirche darüber sei. Ihre Absicht war, gegenüber dem sola scriptura der Reformation die ergänzende Relevanz der vom Heiligen Geist geleiteten Lehre der Kirche über den Inhalt der Schrift zu betonen, wobei beachtet werden müsse, daß das partim-partim gestrichen worden ist, das leider dann im Katechismus des Canisius und anderen Katechismen wieder auftauchte und das Glaubensbewußtsein des katholischen Volkes mehr bestimmt hat als das Tridentinum.

ZUMKELLER, Adolar, OESA. *Das Ungenügen der menschlichen Werke bei den deutschen Predigern des Spätmittelalters.* In: Zeitschrift für Katholische Theologie Bd. 81 Heft 3 (1959) S. 265—305.

Dieser ausführliche Bericht über die Predigten des 14. und 15. Jahrhunderts zum Thema der Werke in Italien und verschiedenen Gebieten des Reiches kommt zu einem ähnlichen Ergebnis wie J. Lortz: der Kampf gegen das pharisäische Vertrauen auf die eigenen Werke sei ziemlich allgemein gewesen, bei manchen so stark, daß der Verdienstcharakter der Werke erweicht oder gefährdet erscheine. Allerdings fehlt das sola gratia Luthers, der aber in einem Milieu aufwuchs, wo der Gedanke an das Ungenügen der menschlichen Werke nicht so fern lag.

Philosophie

HAAS, Johannes, SJ. *Das biologische Erbgut.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 1 (Oktober 1959) S. 43—50.

Haas führt den Nachweis, daß die obligatorischen Erbmerkmale nicht in ihrem materiellen Substrat gründen, sondern in ihrem immateriellen. Entsprechend der ontologischen Struktur der Organismen „wird man eine zweifache innerlich verschiedene Übertragungsweise von Erbmerkmalen erwarten, wie sie von der biologischen Wissenschaft in der Tat ausgewiesen wird".

SCHÜRING, Jürgen. *Für und wider die Schulbildung in Geisteswissenschaften und Philosophie.* In: Deutsche Universitätszeitung Jhg. 14 Heft 9 (September 1959) S. 526—529.

Sind schon „Schulbildungen" in den geisteswissenschaftlichen Disziplinen fraglich, weil Kulturphänomene niemals einen Gegenstandsbereich im Sinne einer exakten Subjekt-Objekt-Relation zum Forscher haben, so hält der Verfasser „Schulbildungen" in der Philosophie für ganz verfehlt. Die Philosophie habe die Möglichkeit zur infiniten Selbstkritik und Selbstgrundlegung.

Kultur

GRENZMANN, Wilhelm. *Nobelpreisträger William Faulkner, sein Weg und seine Dichtung.* In: Universitas Jhg. 14 Heft 9 (September 1959) S. 909—920.

Grenzmanns Würdigung des Faulknerschen Werkes legt Gewicht auf den besonderen Moralismus des Dichters. Faulkners Werke stehen nicht um ihrer selbst willen da. Der Dichter ist Kritiker, der Maßstäbe kennt und Wege weist. Er will bessern. Seine Maßstäbe sind streng, alttestamentlich. Dennoch sei Faulkner kein Puritaner. Askese, Verneinung der Sinne, Sündenangst kenne sein Werk nicht. Das Heil kommt nach ihm von den Geduldigen, Maßvollen, Anspruchslosen. Seine „natürliche" Sittlichkeit bedeute nicht, daß der Mensch nur natürlich leben müsse, um sittlich bestehen zu können. Der Mensch stehe der Natur auch gegenüber. Er müsse sich vor ihr hüten, wenn er von ihr nicht verschlungen werden wolle.

HAEKEL, Josef. *Hochgott und Götter im alten Mexiko.* In: Kairos Jhg. 1 Heft 3 (1959) S. 131—144.

Am Beispiel der aztekischen Religion zeigt der Verfasser, daß Gottheiten im altmexikanischen Polytheismus nur Tezcatlipoca und Quetzalcoatl (neben dem Hochgott) waren. Für alle anderen Erscheinungen des aztekischen Pantheons sei daher die Bezeichnung Gottheit verfehlt. Sie gehören einem „Zwischenreich" heiliger und mythischer Gestalten an. Bedenkt man, daß die Göttlichkeit der oben erwähnten altmexikanischen Götter auch als Aspekte, Hypostasen oder Emanationen des Hochgottes verstanden werden könne, so dürfte man im Falle der aztekischen Religion nicht mehr von einem Polytheismus sprechen.

MELCHINGER, Siegfried. *Hinter den Kulissen. Zur Situation des deutschsprachigen Theaters 1959.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 14 Heft 9 (November 1959) S. 607—611.

Melchinger befaßt sich mit dem heutigen Theaterpublikum, von dem man bis jetzt so gut wie nichts weiß, und mit dem Ensemble, das künstlerisch fragwürdig geworden sei. Beide Faktoren sind entscheidend für die Gestaltung der Spielpläne, die, wenn sie unter den vorgegebenen Bedingungen gut und realisierbar sein sollen, heute immer eine Meisterleistung darstellen.

VON EINEM, Herbert. *Das Menschenbild in der modernen Kunst.* In: Universitas Jhg. 14 Heft 9 (September 1959) S. 949 bis 959.

Auch in der modernen Kunst gibt es ein christliches Menschenbild, freilich losgelöst von der Tradition, immer als Ausdruck eines Weges von einzelnen. Das gelte nicht im gleichen Ausmaß vom humanistischen Bild des autonomen Menschen in der Kunst. Letzteres hat nach v. Einem seine Umwertung erfahren und kann daher nicht wieder erneuert werden. In einer funktionalisierten Welt ist der Grat für die Kunst schmal, sie ist notwendig einsam. Dennoch wird jede Kunst, auch die abstrakteste, immer einen Bezug zum Menschen haben. Ja die Aufgabe der modernen Kunst ist nach v. Einem gerade darin zu sehen, daß sie Bilder und Zeichen für das scheinbar Gestaltlose unserer Welt findet und sie so dem menschlichen Erleben öffnet.

Neue Werke deutscher Bildhauer. Sonderheft von Das Münster Jhg. 12 Heft 7/8/9 (Juli/August/September 1959) S. 223—326.

Auf 181, z. T. ganzseitigen Abbildungen werden in diesem ungewöhnlich wertvollen Sonderheft neue Werke christlicher Plastik in Deutschland vorgestellt. Neben den Arbeiten von Gies, Kirchner, Knappe, Lehmann, Marcks und Mataré kommt vor allem die jüngere Generation zum Zuge. Besonderes Gewicht wird auf das Werk des Kölner Bildhauers Elmar Hillebrand gelegt, wohl der größten Begabung, die Deutschland heute auf dem Gebiet der christlichen Plastik hat. Das Heft ist auch als Sonderpublikation erschienen (Preis: 9.40 DM, Verlag: Schnell und Steiner, München).

Politisches und soziales Leben

BEIRNAERT, Louis. *La guerre subversive: le mythe et la réalité.* In: Études Bd. 303 Nr. 10 (Oktober 1959) S. 27—39.

Es handelt sich um den Algerienkrieg, der das Gewissen der französischen Katholiken so schwer beunruhigt. Die Definition des „Umsturzkrieges" ist von Pius XI. in der Enzyklika *Divini Redemptoris* 1937 gegen den Kommunismus gegeben worden. Sie auf den Algerienkrieg anzuwenden, verzerrt das Bild der Wirklichkeit, zumal auch für Pius XI. der Erfolg des Kommunismus nicht nur seiner Propaganda und Taktik, sondern ebenso dem herrschenden Elend zuzuschreiben ist, dem die Christen nicht offen genug begegneten, das sie nicht genug bekämpft haben. Es ist eine Simplifizierung, in Algerien nur kommunistische Machenschaften am Werk zu sehen, nicht jedoch die berechtigten Wünsche eines aufsteigenden Volkes, und jedes Mittel mit dem Schlagwort vom „Kommunismus" zu rechtfertigen.

BÖTTCHER, Karl W. *Die Angestellten in der industriellen Gesellschaft.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 14 Heft 9 (September 1959) S. 672—677.

Einige aufschlußreiche Daten über die Angestellten in der Bundesrepublik. Seit 1882 hat sich die Zahl verzehnfacht. Heute kommt ein Angestellter auf drei Arbeiter. Jeder dritte Angestellte ist heute eine Frau. Die Masse von ihnen übt einfache Tätigkeiten ohne irgendwelche Leitungsbefugnis aus. In ihren Konsumgewohnheiten unterscheiden sich die Angestellten nicht von den Arbeitern, doch liegen ihre Bildungsinteressen höher, weil sie schulisch besser ausgebildet sind. Ihr Standort ist — weit stärker als bei den Arbeitern — die Großstadt.

FRANKE, Wolfgang. *Revolutionslehre und Revolutionspraxis Mao Tse-tungs.* In: Moderne Welt Jhg. 1 Heft 1 (Juni 1959) S. 44—49.

Franke zeigt, daß die chinesische Revolution unabhängig und gegen die offizielle Doktrin des Marxismus-Leninismus durchgeführt worden ist. Es war eine Bauernrevolution, wie sie China des öfteren in seiner Geschichte gesehen hat. Sie wurde freilich im zunehmenden Maße den Zielsetzungen der kommunistischen Elitekader dienstbar gemacht. — Der Beitrag Frankes ist in der neuen Zeitschrift „Moderne Welt. Zeitschrift für vergleichende geistesgeschichtliche und sozialwissenschaftliche Forschung" erschienen. Sie wird herausgegeben vom „Arbeitskreis für Ost-West-Fragen" (Vorsitzender: Prof. Otto Schiller, Hamburg), erscheint vierteljährlich im Verlag für Politik und Wirtschaft, Köln-Marienburg, mit einem Umfang von 112 Seiten und kostet je Heft 6.— DM.

FRIEDRICHS, Günter. *Mitgliederstagnation.* In: Gewerkschaftliche Monatshefte Jhg. 10 Heft 10 (Oktober 1959) S. 593 bis 598.

Der Verfasser stellt fest, daß die Mitgliederzahl des DGB „besorgniserregend" sei. Nur 29 v. H. aller Arbeitnehmer sind z. Z. Mitglied des DGB. Hält die Entwicklung an, so werden es 1972 nur noch 22 v. H. sein. Die Ursachen des Stagnierens sieht der Verfasser a) in dem Anwachsen nichtmanueller Tätigkeiten, b) in der Zunahme der Frauen am Arbeitsprozeß, c) in der Konzentration der Unternehmen und d) in der wachsenden Bedeutung der Dienstleistungen. Die außerordentlich hohe Fluktuation im DGB lasse jedoch vermuten, daß die Mitglieder nicht richtig behandelt würden. Die passiven unter ihnen haben den Eindruck, daß man sich nicht genug um sie kümmere. Der Verfasser schlägt daher vor, sich in Zukunft intensiv mit diesem weitaus größten Teil der inaktiven Beitragszahler zu befassen, indem man ihn freizeitlich im DGB-Geiste betreue. Desgleichen müsse die DGB-Presse diese Mitglieder stärker durch neu zu schaffende Illustrierte und Boulevardblätter, „die nicht notwendigerweise als gewerkschaftseigen erkennbar zu sein brauchen", binden. Schließlich benötige man jährlich nur 25 Millionen DM für „koordinierte Massenwerbung" (Zeichentrickfilme, Plakat, Anzeigen, Funkwerbung), um die Gewerkschaften kampffähiger zu machen. Es komme freilich nicht darauf an, „neue Mitglieder zu gewinnen, sondern vor allem, sie der Organisation zu erhalten".

KROLL, Gerhard. *Baulandbeschaffung und Bodenreform.* In: Die neue Ordnung Jhg. 13 Heft 5 (Oktober 1959) S. 336—343.

Kroll stellt die These auf, daß ungeachtet des Geredes vom unerschwinglichen Bauland „in einem einigermaßen geordneten Gemeinwesen" Bauland „weder knapp noch teuer zu sein braucht". Die Tatsache, daß im Gegensatz zur durchschnittlichen Anhebung des Preisniveaus in der Bundesrepublik von 30 % (1950/58) die Baulandpreise über 1000 % gestiegen sind, ist nach Kroll in der rein individualistisch-liberalen Regierungspolitik begründet, deren jüngstes Baulandgesetz alle Bemühungen um eine Bodenreform (seit George, Damaschke und Ehlen) „wieder auf die Ausgangsbasis des Hochkapitalismus zurückgeworfen" hat.

MESSNER, Johannes. *Was wird aus der christlichen Sozialreform?* In: Wort und Wahrheit Jhg. 14 Heft 10 (Oktober 1959) S. 589—606.

Diese „kritische Bestandsaufnahme" (Untertitel) der christlichen Sozialreform kreist um die beiden Pole der modernen Sozialproblematik: um Eigentum und Arbeit. Messner stellt u. a. fest: 1) eine Entspannung, wenn auch keine Überwindung des Klassenkampfes; 2) eine verlangsamte Entwicklung am Eigentumspol (dabei werden die sozialen Ordnungsfunktionen des Privateigentums auffallend vernachlässigt, weil die Eigentumsverteilung, die die Gemeinwohlgerechtigkeit fordert, noch nicht vollzogen ist, deren Erfolg jedoch von der rechten Eigentumsgesinnung abhängt, die bis jetzt nicht gesichert erscheint); 3) ermutigend sei die Entwicklung am Arbeitspol (der Arbeiter wird weitgehend nicht mehr als funktionales Instrument angesehen, sondern als Mitarbeiter anerkannt); 4) bezüglich der Wohlfahrtsordnung legt Messner das Gewicht auf die „seelische Entproletarisierung", eine Aufgabe, die von den Katholiken heute zu wenig gesehen wird. Abschließend befaßt er sich mit der rechten Wirtschaftsordnung zwischen Liberalismus und Sozialismus und der Notwendigkeit einer Begegnung von Katholiken und freiheitlichem Sozialismus.

WELTY, Eberhard, OP. *Das „konkrete" Gemeinwohl.* In: Die neue Ordnung Jhg. 13 Heft 5 (Oktober 1959) S. 321—335.

Zeitnähe und Überzeitlichkeit des Gemeinwohls, d. h. seine zeitliche Geltung und seine überzeitliche Wertfülle widerstreiten sich nicht, sondern fordern und bedingen einander. Am Beispiel des heutigen Staates und der derzeitigen Gesellschaft, der gegenwärtigen öffentlichen Meinungsbildung und unserer Wirtschaft (insbesondere der Partnerschaft) zeigt Welty, wie die Naturrechtslehre vom Gemeinwohl als Ziel und als Ordnung sich heute bewähren muß und kann. Alle uns heute bewegenden Fragen können nicht sach- und zeitgerecht gelöst werden, wenn das Gemeinwohl vernachlässigt wird. Das gleiche gelte auch von den zwischen- und überstaatlichen Problemen.

WENDLAND, Heinz-Dietrich. *Die Aufgabe der Kirche am Unternehmer.* In: Die Mitarbeit Jhg. 8 Heft 9 (September 1959) S. 485—491.

Diese Anmerkungen zu einem Aufsatz von Nicolaus Grote in der gleichen Zeitschrift (Märzheft 1959) über „Wirtschaft—Kirche" erklärt, daß es die

evangelische Kirche im 19. und 20. Jahrhundert an der Ausbildung einer Wirtschaftsethik hat fehlen lassen. Kapital und Geld nur als ein neutrales Produktionsmittel zu betrachten sei unangemessen. Die Kirche müsse in ständiger Kooperation zu allen gesellschaftlichen Gruppen an einer Umgestaltung der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mitarbeiten und sie ihrer autonomistischen Dynamik entwinden.

ZITTEL, Bernhard. *Rätemodell München 1918/19.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 1 (Oktober 1959) S. 25—43.

In der sehr ausführlichen Darstellung der Entwicklung Bayerns zur Räterepublik 1918 und ihrem Zusammenbruch 1919 zeigt der Verfasser, wie die Kommunisten geschickt taktieren und zunächst herrschende Bewegungen sich zunutze machen, wie aber auch anderseits ihre Politik nicht in jedem Falle zum Ziele führen muß.

Chronik des katholischen Lebens

DAVIS, Thurston N., SJ. *Ills of Our Time.* In: America Vol. 102 Nr. 1 (3. Oktober 1959) S. 10—12.

Der Herausgeber der amerikanischen Jesuitenzeitschrift legt dar, daß die katholische Soziale Aktion bisher viel auf dem Gebiet der quantitativen Probleme geleistet, aber das Gebiet der qualitativen Dimensionen der sozialen Bedürfnisse noch kaum angegangen habe. Er zählt einige solcher kultureller, soziologischer und spiritueller Fragen auf: Freizeitgestaltung, die „beat"-Generation, das Managertum, die Probleme des Fernsehens, die Gleichförmigkeit des Vorort- (suburbia) Lebens, die Überalterung, das Absinken der elterlichen Autorität usw. Er meint, die katholische Soziale Aktion habe bisher versäumt, um die Mitarbeit der katholischen akademischen Welt zu werben, die sie zur Bewältigung dieser „qualitativen" Probleme der modernen Welt dringend brauche. Auch dieser Artikel steht in der Reihe der selbstkritischen Untersuchungen, die im Katholizismus Amerikas seit einiger Zeit nicht abreißen. Davis begrüßt sie als ein gesundes Zeichen.

EXELER, Adolf. *Das Katechetische Institut in Paris.* In: Katechetische Blätter Jhg. 84 Heft 10 (Oktober 1959) S. 441—445.

Ein Informationsbericht über das Institut Supérieur Catéchétique (ISC) in Paris. Das ISC hat ausdrücklich nicht die Aufgabe, Katecheten heranzubilden. Seine Hörer aus aller Welt sind Personen, die sich darauf vorbereiten, selbst wiederum Katecheten auszubilden. Die Namen der zehn Lehrstuhlinhaber des Instituts zeigen, daß Frankreich seine theologische Elite für diese Aufgabe bereitgestellt hat. Dadurch wird es möglich, die katechetische Forschungsarbeit auf einem sehr hohen Niveau zu betreiben.

LAWLER, Justus George. *Obedience and Scholarship.* In: The Commonweal Vol. 71 Nr. 1 (2. Oktober 1959) S. 15—18.

Die Reduktion des Glaubens auf reinen Gehorsam sei der Grund des intellektuellen Abstiegs des katholischen Denkens. Die an vielen amerikanischen Colleges herrschende Überbetonung des Wertes des Gehorsams erzeuge Mittelmäßigkeit und Passivität. Absolventen katholischer Universitäten seien wegen ihrer habituellen Gefügigkeit in vielen Firmen als Angestellte bevorzugt. Das verhindert auch die energische Anwendung der Sozialenzykliken im täglichen Leben. Der Artikel steht in einer Reihe von Aufsätzen, die sich schon seit längerer Zeit von den verschiedensten Gesichtspunkten kritisch zum katholischen amerikanischen Erziehungssystem äußern.

LÉPARGNEUR, Fr. *De quelques problèmes de la pastorale missionnaire au Brésil.* In: Parole et Mission Jhg. 2 Nr. 6 (Juli 1959) S. 443—459.

Brasilianische kirchliche Würdenträger wiegen sich noch zu leicht in der Vorstellung, sie leiteten ein durchaus katholisches Land; ihre Pastoralprogramme gehen nicht weiter (z. B. für das neugegründete Pastoralinstitut in São-Paulo Tagungsvorschlag: Administration der Sterbesakramente; Religionsunterricht durch Priester; Priesterberufe; lokale Christliche Familienbewegung). Dagegen stehen die wirklichen Pastoralprobleme Brasiliens: ein tief religiöses Volk, dessen Religion mehr auf Gefühl als auf Begreifen beruht, daher Überwucherung des Ostermysteriums durch Paraliturgien aller Art und mit Aberglauben gemischte Nebensachen, Spiritismus usw. Also vordringlich eine Pastoral des Ostermysteriums! Ganz allgemein müßte man von der Mentalität der „Erhaltung" zu der des „Fortschreitens" übergehen. Wichtig wäre, heidnisch durchsetzte Riten zu bekämpfen, die beklagenswerten politischen Sitten des Landes zu bessern und ganz besonders der Spielsucht entgegenzutreten, die, mit Aberglauben gemischt (Traumdeutung), die Nation lähmt und ihr Verantwortungsgefühl untergräbt. Christentum verlange nicht nur Gefühl, sondern auch Bemühung. Das große Positivum des brasilianischen Volks ist seine Großherzigkeit und seine Freiheit von Haß: bester Boden für wahre vertiefte Christlichkeit.

SLOYAN, Gerard S. *Religion in the State University.* In: The Commonweal Vol. 71 Nr. 1 (2. Oktober 1959) S. 7—10.

Der bekannte katholische Religionspädagoge der Catholic University of America wendet sich gegen die These, die Neutralität der Staatlichen Universitäten in religiösen und weltanschaulichen Fragen verbiete sozusagen, daß solche Fragen in Vorlesungen von denen behandelt würden, die einen definitiven Glauben hätten. 97 % der staatlichen Universitäten sehen religiöse Kurse vor, die jedoch kein akademisches Niveau haben, weil sie nicht von Theologen gehalten werden. Doch hat sich auch der Theologe dem akademischen Rahmen der „pluralistischen" Universität anzupassen. Sloyan stellt fest: Die Universität kann nicht von der Theologie verlangen, ihren Prinzipien und Methoden zu entsagen, aber sie kann von den Theologen verlangen, ihr Fach mehr in der Art der „freien Künste" vorzutragen als in der einer Vorbereitung zum Priesterberuf. Er schlägt vor, die personellen Schwierigkeiten der richtigen Besetzung solcher Lehrstühle in der gründlichen theologischen Ausbildung von Laien zu suchen.

Chronik des ökumenischen Lebens

ALIVISATOS, Hamilcar. *The proposed Ecumenical Council and Reunion.* In: The Ecumenical Review Vol. 12 Nr. 1 (Oktober 1959) S. 1—10.

Diese orthodoxe Stellungnahme des Athener Theologen zum Konzilsplan Johannes' XXIII. entspricht seinem in der Herder-Korrespondenz 13. Jhg. S. 404 berichteten Aufsatz und sieht den Stein des Anstoßes in der Lehre vom Primat. Er meint aber, daß eine Einladung orthodoxer Vertreter als Beobachter zum Konzil angenommen würde, wobei sich dann vielleicht manche positive Folgerung ergeben könnte, besonders zur Herstellung einer gemeinsamen christlichen Front gegenüber der geeinten Front des Antichrists. Warum solle man nicht an die Möglichkeit eines zweiten Pfingsten glauben?

CARRILLO DE ALBORNOZ, A. F. *Roman Catholicism and religious liberty.* In: The Ecumenical Review Vol. 12 Nr. 1 (Oktober 1959) S. 23—43.

Dieser Aufsatz setzt den früheren in der gleichen Zeitschrift fort (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 608). Er geht von Entscheidungen der Päpste des 19. Jahrhunderts gegen den Liberalismus aus, gibt einen Überblick über die Stellung katholischer Theologen des 20. Jahrhunderts zu dem Problem der religiösen Freiheit (darunter auch von J. C. Murray SJ) und zeigt die neueren Entscheidungen der Kirche, besonders die Toleranzansprache Papst Pius' XII. mit ihrem Echo in der Theologie (u. a. bei Albert Hartmann SJ). Die Zusammenfassung bemerkt, daß trotz der versöhnlichen Erklärungen der letzten Päpste noch eine autoritative Entscheidung zugunsten der Gewissensfreiheit fehle.

GRÜNEWALD, Johannes. *Einheit der Kirche.* In: Evangelisch-lutherische Kirchenzeitung Jhg. 13 Nr. 19 (1. Oktober 1959) S. 312—317.

Eine lutherische Auseinandersetzung mit dem römisch-katholischen Gedanken der Einheit der Kirche, die vom Primat des Bischofs von Rom her gedacht wird und von Papst Johannes XXIII. auf der von Pius XII. gewiesenen Linie fortgeführt werde, während Pius XI. mit dem Problem gerungen habe, wie man eine rückläufige Entwicklung vom päpstlichen Zentralismus zur Syntaxis in der Liebe anbahnen könnte (nach O. Karrer).

KRÜGER, Hanfried. *Wo steht die ökumenische Bewegung heute?* In: Informationsblatt Jhg. 8 Nr. 19 (1. Oktoberheft 1959) S. 305—310.

Ein sachkundiger Überblick über die Tagung des Zentralausschusses des Weltrates der Kirchen von dem zuständigen Referenten des Kirchlichen Außenamtes der EKD, der die „unverkennbare Krise" des Weltrates infolge des Fusionsplanes mit dem Internationalen Missionsrat nicht verschweigt und den störenden Zwischenfall der katholisch-orthodoxen Theologengespräche auf Rhodos freundlich behandelt. Im ganzen stellt Krüger eine zunehmende Konsolidierung der Ökumenischen Bewegung fest, die auf Rom ihre Rückwirkung habe.

ROUSSEAU, Olivier, OSB. *Le prochain Concile et l'unité de l'Église.* In: Irénikon T. 32 (3. Trimester 1959) S. 309—333.

Mit interessanten Hinweisen auf die Vorgeschichte des Konzilsgedankens in der theologischen Arbeit des Klerus von Venetien leitet der Verfasser eine Analyse der Probleme ein, die das kommende Konzil besonders für eine mögliche Wiedervereinigung mit den Orthodoxen stellt, und gibt einen Überblick über die bisher erreichbaren Stellungnahmen orthodoxer Theologen (vgl. auch Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 401 f.). Th. Strotmann OSB erörtert im gleichen Heft (S. 295—308): „L'Orthodoxie orientale dans le débat sur la transsubstantiation", besonders an Hand von Bulgakow die abweichende Bearbeitung der Gegenwart Christi in den sakramentalen Gestalten durch die orthodoxe Theologie.

STÄHLIN, Wilhelm. *Die dreigeteilte Vorhalle.* In: Zeitwende Jhg. 30 Heft 10 (Oktober 1959) S. 657—666.

Anknüpfend an die dreiteilige Vorhalle des Doms zu Freising zeigt der Verfasser, daß es in der urchristlichen Situation nur zwei Menschentypen gab, denen das Evangelium zu bringen war, Juden und Heiden. Heute kämen hinzu die säkularisierten Menschen. „Nach Rom gehen" heiße für den heutigen Missionar im Unterschied zu Petrus und Paulus, in den Bereich des Pro-fanum vorstoßen, des ganz weltlichen Menschen, dessen Wesen man noch nicht ganz beschreiben könne.

A Report on responsible parenthood and population problem. In: The Ecumenical Review Vol. 12 Nr. 1 (Oktober 1959) S. 85—92.

Dieser sog. Mansfield Report einer Kommission des Weltrates der Kirchen schlägt in der Linie der letzten Lambethkonferenz der Anglikanischen Kirche (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 131 f.) bei starker Betonung des Gnadencharakters der Ehe und dem Willen zum Kinde eine Verwertung der Erkenntnisse der Medizin zur verantwortlichen Familienplanung vor, die keinen Unterschied machen zwischen dem Gebrauch technischer Mittel und vernünftiger Aszese. Katholische Theologen haben sich inzwischen gegen diesen Bericht ausgesprochen.

Vorschau auf das Rundfunkprogramm

Wir weisen unsere Leser auf folgende religiös, weltanschaulich und kulturell bedeutsame Sendungen hin

1. November (Allerheiligen)

8.00 Heilige heute? *F. A. Hoyer* (MÜ II)
8.30 Luthers Bild vom Menschen, *H. Lilje* (MÜ II)
9.00 Zwei Weisen der Meditation, *U. von Mangoldt* (MÜ)
10.00 Schichten und Dimensionen des Lebens, *P. Tillich* (STU)
10.30 Calvins Stellung innerhalb der Reformation und ihrer Theologie, *E. Wolf* (SWF)
10.30 Heilige heute, *F. A. Hoyer* (SAA)
11.45 Ist Freiheit gefragt? *O. Weber* (SWF II)
12.00 Aus der hessischen Reformationsgeschichte, *H Streitz* (FRA II)
12.05 Die Stätten der Bibel, *A. Petor* (MÜ II)
13.20 Schwäbische Klöster und Kirchen im Dichterwort, *K. Fuss* (STU)
17.15 Die große Rattenschlacht, *A. Herdan-Zuckmayr* (FRA II)
18.00 Der Intellektuelle und sein Affekt gegen den Sport, *H. Wegner* (WDR)
18.00 Gott ist wunderbar in seinen Heiligen, *A. Kirchgässner* (FRA)
18.10 Mittel der Auslese im Schulwesen, *F. Messerschmidt* (STU II)
19.00 Die Heiligen und das Heilige, *W. Stählin* (MÜ)
21.15 Die Wirtschaft der Sowjetunion, *K. C. Thalheim* (SFB)

2. November (Montag, Allerseelen)

16.45 Allerseelen, *L Kleine* (BRE)
18.40 Die Entdeckung und Entzifferung verschollener Schriften und Sprachen, *E. Doblhofer* (ÖRF III)
20.00 Bismarck und die Deutschen, *F. Schnabel* (MÜ)
20.00 Der Turm der Beständigkeit, *P. Hübner* (FRA)
20.45 Zum Problem der Sensation in der modernen Literatur, *D. Wyss* (STU II)
20.50 Panzer rollen in Afrika vor, *R. Fiedler* (WDR)
21.40 Der Christ und der Rechtsstaat, *P. Mikat* (SFB)
22.00 Die Randzonen von Tag und Nacht, *H. Dettelbach* (ÖRF III)
22.30 Katholische Theologie heute, *W. Weymann-Weybe* (SWF)

3. November (Dienstag)

16.45 Wiedersehen mit Jerusalem, *O. H. Klingele* (STU)
18.00 Seelische Hygiene des Alltags, *H. Graupner* (SAA II)
20.00 Was ist Krankheit? *H. H. Reckeweg* (FRA II)
20.10 Über die Raumnot der Studenten, *H. Kühlke-Zurnidden* (WDR)
20.45 Über die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa, (MÜ II)
21.30 Luther in Worms, *F. Illert* (SWF II)
22.00 Friedrich Wilhelm Foerster (BRE II)
22.10 Religion und Politik im Libanon, *W. de Vries* (MÜ)
22.15 Entstehung und Verbreitung der Totentänze, *H. Smola* und *E. Gampe* (SAA)
22.20 Andrek Belyj — ein Klassiker der russischen Moderne, *H. von Ssachno* (FRA)
22.25 Der heilige Benedikt — Ordner und Bildner Europas, *E. von Severus* (ÖRF)
23.05 Das Atomkraftwerk Calder Hall, *L. Owen* (RIAS)

4. November (Mittwoch)

16.45 Jugend im Erziehungsfeld, *W. Rössler* (BRE)
20.30 Literatur und Freiheit, *D. de Rougemont* (ÖRF III)
21.05 Das Werk von Emil Brunner, *W. Lohff* (MÜ II)
21·30 Unsere Marktwirtschaft geht auf Krücken (MÜ)
23.15 Die Elemente der chinesischen Kultur, *R. Goepper* (SFB)

5. November (Donnerstag)

15.30 Schulf. Die Spur Gottes in der Welt (FRA)
16.45 Die Hilfsprogramme der Vereinten Nationen, *A. Erbart* (BRE)
16.45 Ehrfurcht und Furcht, *H. Stegemann* (SWF)
17.15 Die Entwicklung des Tieres und des Menschen, *A. Portmann* und *A. Silvia-Tarouca* (ÖRF II)
18.40 Die Missionstätigkeit des Islam, *N. Ahmad* (ÖRF III)
20.30 Parkinsons Sartire über den Apparat, *H. J. Merkelbach* (SWF II)
20.50 Der Architekt als Christ, *R. Schwarz* (STU)
21.15 Deutsche Kulturarbeit im Ausland, das Stiefkind der Legationsräte, *H. Linnerz* (BRE)
22.15 Neues aus dem Reich der geheimen Verführer, *G. Mehren* (SWF)
22.20 Der englische Film, *F. Powell* —
Die wirtschaftl. Mechanismen, *D. N. Worswick* —
Die jugoslawische Landschaft in der literarischen Darstellung, *D. Matic* (FRA II)
23.05 Über wissenschaftliche Voraussetzungen und technische Probleme der Weltraumfahrt, *R. Stublinger* (RIAS)
23.15 Die Musikkultur Indiens und Indonesiens, *K. Reinhard* (SFB)

6. November (Freitag)

14.40 Das Leben auf dem Mars, *P. Jordan* (ÖRF II)
15.30 Schulf. Wandlungen des Fauststoffes (FRA)
19.05 Leo Trotzki — Revolutionär und Feldherr, *P. de Mendelssohn* (MÜ II)
19.20 Der Mensch lebt vom Sterben Gottes, *H. R. Müller-Schwefe* (WDR)
20.45 Die physiologischen Möglichkeiten der Lebenssteigerung, *O. Graf* (STU)
21.45 Automation als menschliches Problem, *H. H. Schrey* (STU II)
22.20 Äußere und innere Emigration in der Literatur während des Dritten Reiches, *F. Schonauer* (MÜ II)
22.30 Der Dichter und die Ratio, *F. Sternberg* (STU)
22.45 Religiöse Typologie, *E. Przywara* (SWF II)
23.15 Der Deutsche und die Revolution (SFB)

7. November (Samstag)

10.30 Über die Kulturpolitik hinter dem Eisernen Vorhang (SAA)
14.30 Erinnerung an dunkle Zeit (FRA II)
16.20 Leo Baeck, das philosophische und theologische Werk des großen Rabbiners, *H. Liebschütz* (MÜ II)
16.30 Die deutsche Handelsluftfahrt und ihr Beitrag, *V. Pantenburg* (WDR II)
17.30 Als Hexe verbrannt, *R. Albart* (FRA II)
18.15 Der Räuberhauptmann Gottes Don Luigi Orione, *W. Schmitz-Bunse* (WDR II)
19.05 Neue Kunst aus Afrika, *R. Italiaander* (ÖRF III)
20.00 Adolf Hitler, der Führer ins Nichts, *H. Buchheim, E. Eucken-Erdsiek, G. Buchheit* und *H. D. Adler* (WDR III)
20.30 Die andere Seite des Mondes, *J. W. Reifenrath* und *J. F. Wicke* (WDR II)
21.45 Campo Santo Teutonico, *A. Schuchart* (SWF II)

8. November (Sonntag)

8.00 Kirche und Staat in den USA, *F. Oertel* (MÜ II)
8.15 Gottes Herrschaft und Reich, *R. Schnackenburg* (SAA II)
8.30 Friedrich von Schiller und das Christentum (MÜ II)
9.00 Schillers Bund mit Goethe, *F. Burschell* (MÜ)
10.00 Hat Darwin recht behalten? (STU)
11.00 Ziele und Folgen der Friedenskonferenzen des 20. Jahrhunderts, *H. Herzfeld* (SAA)
11.45 Die persönliche Wahrheit, *M. Metzger* (SWF II)
12.00 Krieg ohne Frieden, *R. Fiedler* (SAA II)
17.55 Das dramatische Frühwerk Paul Claudels, *E. M. Landau* (SAA)
18.10 Rahmenpian und Elternrecht, *E. Wende* (STU II)
18.45 Narkotisiertes Gerechtigkeitsgefühl, *L. Dembicki* (WDR II)
21.45 Nationalitäten in der Sowjetunion, *H. Seton-Watson* (SFB II)

9. November (Montag)

14.40 Die Urgeschichte der Erde, *P. Jordan* (ÖRF II)
18.15 Vom Sinn der Gebote, *R. Greve* (SFB)
20.30 Napoleon erobert Rußland, *L. Wiedner* (ÖRF III)
20.30 Neue Dokumente zu Hitlers erstem Auftreten 1921—1923, *E. Deuerlein* (WDR II)
20.45 Der Dichter und die Ratio, *F. Sternberg* (STU II)
21.00 Die jüdische Diaspora, *C. Wingenroth* (BRE II)
21.05 Hirten und Nomaden, *H. Straube* (MÜ II)
21.55 Zur neuen Dramaturgie, *W. Hildesheimer* (MÜ II)
22.30 Lolita und das Problem des Obszönen in der Literatur *G. Böse* und *W. E. Süskind* (SWF)

10 November (Dienstag)

11.00 Zum 200. Geburtstag Friedrich von Schillers, *C. Zuckmayr* (SWF II, SAA, STU)
15.30 Schulf. Die Todesstrafe (FRA)
16.45 Der Halbmond über dem Heiligen Land, *O. A. Klingele* (STU)
17.15 Verantwortung vor dem Unendlichen, *E. Scheibelreiter* (ÖRF II)
17.45 Schillers Berufung nach Jena, *W. Andreas* (SWF II)
18.40 Jodrell-Bank — das riesige englische Radioteleskop, *F. Keller* und *F. Felten* (ÖRF III)
20.00 Das Freie Deutsche Hochstift, *R. Bohne* (FRA II)
20.45 Über die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas (MÜ II)
21.00 Leben gleich Chemie? *H. H. Reckeweg* (FRA)
22.00 Auszug des Geistes, *H. Rothe* (BRE II)
22.10 Über das Lachen, *H Flügel* (MÜ)
22.20 Die politische Realität in Schillers Dramen, *D. Sternberger* (FRA)
22.25 Die respublicana christiana und die karolingisch-ottonische Reichsidee, *H. Schmidinger* (ÖRF)
23.05 Disproportionale Entwicklung in der modernen Kultur, *H. E. Barnes* (RIAS)

11. November (Mittwoch)

14.30 Schulf. Theodor Heuss, der erste Bundespräsident (RIAS)
14.40 Theater der Flucht und der Scheinexistenz, *R. Montigny* (ÖRF II)
15.30 Schulf. Der Bußpsalm (FRA)
16.45 Neue Erkenntnisse der Schulpsychologie, *H. Donat* (BRE)
17.15 Von der Theologie der Bibel, *J. Bauer* (ÖRF II)
17.45 Afrika zwingt zum Umdenken, *G. Vicedom* (SWF II)
17.55 Ketzerische Gedanken zur gegenwärtigen Buchsituation, *W. Schreckenberg* (ÖRG)
18.40 Wer steuert die Wissenschaft? *G. Gerster* (ÖRF III)
20.00 Die Ideologie der modernen Physik (SAA II)
20.00 Die Rolle der Auslandschinesen in Ostasien, *J. Pechel* (BRE)
20.15 Das Nebeneinander der Räume und Zeitalter in der technischen Welt, *J. Rausch* (FRA II)
23.15 Chinas Entwicklung vom Bauernland zum Industriestaat, *W. Berger* (SFB)

12. November (Donnerstag)

15.30 Schulf. Otto von Freising: Gottes Reich auf Erden (FRA)
16.45 Wege und Ziele der technischen Hilfe, *A. Gerbart* (BRE)
17.40 Honoré Daumier als großer Satiriker, *M. Rathsprecher* (ÖRF II)
18.10 Elternpädagogik, *P. Eckhardt* (WDR II)
20.20 Die Vorläufer der Weltraumfahrt, *P. Müller*
Neue Methoden der prähistorischen Forschung, *A. Leroi-Gourhan*
Die Landschaft Japans in der literarischen Darstellung, *S. Endo* (FRA II)
20.45 Die Frau in den Weltreligionen (SWF)
21.15 Der Schriftsteller als Christ, *H. Böll* (STU)
21.15 Die alliierte Landung in Nordafrika 1944, *R. J. Guiton* (WDR II)
22.45 Wer war Friedrich von Schiller? *H. Steinberg* (BRE II)
23.05 Das Problem der Masse und der modernen Gesellschaft, *Th. Geiger* (RIAS)
23.15 Dimitri Schostakowitsch, *R. Bauer* (SFB)

13. November (Freitag)

14.40 Die Urgeschichte des Lebens, *P. Jordan* (ÖRF II)
15.00 Sitten und Riten des Begräbnisses (FRA II)
18.40 Epilepsie und Berufsleben, *B. Jettmar* (ÖRF II)
19.00 Das NS-System und seine „Rechtssicherheit" (STU)
20.45 Automat und Mensch, *O. Kraemer* (STU)
21.45 Automation als menschliches Problem, *H. H. Schrey* (STU II)
22.30 Der Mythos vom Manager, *Th. Pirker* (STU)
22.45 Christliche Typologie, *E. Przywara* (SWF II)
23.15 Die Barden der HJ und SA, *F. Schonauer* (MÜ II)
23.15 Der politische Schiller, *H. E. Hass* (SFB)

14. November (Samstag)

10.30 Die bewältigte und die unbewältigte Vergangenheit, A. *Betzner* (SAA)
14.30 Die Internationale Schwesternkonferenz der Weltgesundheitsorganisation (FRA II)
15.40 Organisationen, Autoritäten und Werte in der Meinung junger Menschen (STU)
16.05 Demokratischer Sozialismus und katholischer Glaube, *B. Kautsky* und *O. Simmel SJ* (MÜ II)
18.15 Von Barmen bis zum zweiten Weltkrieg, der evangelische Kirchenkampf, *E. Bickel* (WDR II)
21.45 350 Jahre „Philotea" des Franz von Sales, *J. A. Flach* (SWF II)

15. November (Sonntag)

8.00 Abraham, der Vater der Glaubenden, *F. Leist* (MÜ II)
8.30 Bericht über den „Höllenstreit" in Norwegen, *G. Aberle* (MÜ II)
10.00 Das Rote Kreuz und das 19. Jahrhundert, *K. Hamburger* (STU)
10.30 Jesus von Nazareth und die Qumran-Sekte, *H. Braun* (SWF)
11 00 Weltliches Reden von Gott, *G Ebeling* (STU II)
11.45 Das Beispiel des Glaubens, *M. Mezger* (SWF II)
12.00 Was ist christliche Freiheit? *A. Auer* (FRA II)
13.30 Leipzig — Mittler zwischen Ost und West (MÜ II)
17.15 Das Ende der Saurier, *H. Steiner* (FRA II)
19.15 Kann man die Schwerkraft aufheben? (STU II)
20.30 Das Wort ist mächtiger als das Schwert, *H. Kühner* (SWF II)
21.20 Das Sterben im Wandel der Zeit, *S. Lenz* (SFB)
22.10 Die Landwirtschaft in der Sowjetunion, *O. Schiller* (SFB II)

16. November (Montag)

14.40 Politik und Musik, *P. Nettl* (ÖRF II)
18.40 Das Atom, der Vater der Geisteswissenschaft, *H. Sterneder* (ÖRF II)
20.30 Neue Konstruktionen der Wissenschaft und Technik im Raketenbau, *E. Franke-Gricksch* (ÖRF III)
20.45 Der Mythos vom Manager, *T. Pirker* STU (II)
21.05 Das heilige Königtum, *E. Haberland* (MÜ II)
22.30 Sorgenkind Feuilleton, *G. Ramseger, D. Sternberger* und *W. E. Süskind* (SWF)
23.00 Schiller in der Sicht Hugo von Hofmannsthals, *G. E. Hering* (STU)

17. November (Dienstag)

14.40 „Zerschwatzte Dichtung", *F. Maier-Bruck* (ÖRF II)
16.45 Am Brunnen Jakobs, *O. H. Klingele* (STU)
17.45 Christliches Selbstverständnis, *E. Biser* (SWF II)
19.00 Reichstag der NS-Presse (STU)
20.00 Dichtung und Dichter auf Madagaskar, *E. de Bary* (FRA II)
21.00 Der Mensch im Zeitalter des Atoms, *R. Lucas* und *E. Naused* (STU)
22.10 Bericht über neue Wege der Pax-Christi-Arbeit, *M. Hörhammer* (MÜ)
22.20 Die Zukunft der Stilkritik, *B. Allemann* (FRA II)
22.25 Die Stiftung der europäischen Universitäten, *E. Behler* (ÖRF)
23.05 Private Daseinsgestaltung zwischen Konformismus und Autonomie, *R. König* (RIAS)

18. November (Mittwoch)

9.00 Jesus von Nazareth und die Qumran-Sekte, *E. Braun* (SWF)
9.00 Die Anatomisierung der Person, *M. Picard* (STU)
14.40 Das Gespräch als Übung des Geistes, *W. Riemerschmid* (ÖRF II)
11.00 Die Wege der Kirche nach dem Kriege, *M. Haug, H. Diem. H. Riess. E. Stammler* und *A. Müller-Schoell* (STU II)
16.30 Abendländisches in Chikago, *J. Piper* (SFB)
18.00 Savonarola: Predigt von 1495, *P. Hoffmann* (STU II)
18.00 Hiob, ein Knecht Gottes (SWF)
18.45 Was aus den zornigen jungen Männern in England wurde (Fra II)
19.45 Wider das Vergessen, *A. Schmidt* (STU)
20.00 Die Zukunft des Unglaubens, *G. Szczesny* und *F. Heer* (FRA II)
20.15 Pilgerfahrt auf den Berg Athos, *N. Pobl* (STU II)
21.00 Die Hohe Karlsschule, *E. Müller* (STU)
21.05 Das Werk von Paul Althaus, *W. Lohff* (MÜ II)
23.10 Das Erlebnis des Schmerzes in unserer Zeit, *P. A. Loos* (SFB)

19. November (Donnerstag)

14.30 Die bildende Kunst in Österreichs Ostalpenraum, *H. Riehl* (ÖRG)
14.45 Aus der großen Vergangenheit der Stadt Speyer, *G Buchheit* (SAA)
15.30 Schulf. Der Widerstand 1944 (FRA)
16.45 Das gute Beispiel der heutigen Jugend (FRA)
17.15 Die künftigen Aufgaben der Salzburger Geschichtsforschung, *E. Wenisch* (ÖRF II)
17.40 Sankt Elisabeth, *W. Baur* (STU)
18.40 Gestaltwandel des Göttlichen, *H. Keller* (ÖRF III)
19.05 Kitchener und Churchill, *P. de Mendelssohn* (MÜ II)
20.30 Marx, Engels und die Dichter, *H. E. Holthusen* (SWF II)
22.15 Henry James oder die Begegnung mit dem Entsetzlichen, *G. Hofmann* (SWF)
23.05 Ethik und Lebenssituation, *L. von Wiese* (RIAS)

20. November (Freitag)

14 40 Die Seele der höheren Tiere, *P. Eipper* (ÖRF II)
19.05 Stationen auf dem Weg zu einem ersten europäischen Gesetz (MÜ II)
20.45 Die Wandlung der Arbeit durch die Automation *H. E. Schachtschabel* (STU)
21.45 Automation als menschliches Problem, *H. H. Schrey* (STU II)
22.00 Was sagen sie zu „Lolita"? *R. W. Leonhardt* und *F. Sieburg* (MÜ II)
22.30 Am Ende des Massenzeitalters, *H. Pross* (STU)
22.45 Die Erlösungsidee in der Geschichte der Religionen, *H. J. Schoeps* (SWF II)
23.15 Alexander Blok und die russischen Symbolisten, *G. Anspach* (SFB)

21. November (Samstag)

15.40 Rummelplatz der kleinen Reize, *A. Görlitz* (STU)
16.10 Die Frau in der modernen Welt, *A. Kilian* (MÜ II)
18.55 Strukturwandel der Literatur, *C. Pack* (ÖRF III)
21.45 Rückkehr der griechischen Götter? *H. J. Baden* (SWF II)
22.00 Zum 90. Geburtstag von André Gide, *B. Kahr* (ÖRF III)

22. November (Sonntag)

8.00 Neues religiöses Schrifttum, *W. Sandfuchs* (MÜ II)
8.30 Meditation über die Zeit, *H. Flügel* (MÜ II)
9.00 Laotse, *A. Eckardt* (MÜ)
10.00 Geschichte und Geschichtswissenschaft, *H. Heimpel* (STU)
11.00 Schweigende Verkündigung, *Ch. West* (STU II)
11.45 Das unbestechliche Urteil, *M. Mezger* (SWF II)
12.00 Der Friedhof, *R. Schmidt* (FRA II)
18.10 Der Rahmenplan, ein Plan ohne Ideen? *W. Dirks* (STU II)

23. November (Montag)

14.40 Die Seele der Katzen, *P. Eipper* (ÖRF II)
15.30 Schulf. Mission in Afrika (FRA)
16.40 Männer, von Frauen verdrängt? (MÜ)
16.45 Schillers vielseitige Erscheinung, *A. von Grolman* (STU)
17.15 Die Quadratur des Kreises, *A. Aigner* (ÖRF II)
20.30 Die Unverstandenen der jungen Generation (SWF II)
20.45 Am Ende des Massenzeitalters, *H. Pross* (STU II)
21.05 Das Inkareich als Hochkultur, *K. Hissink* (MÜ II)
22.30 Die Frage nach dem christlichen Dichter, *H. E. Holthusen* (SWF)
23.00 Das Barometer des Stellenmarktes, *F. H. Hoyer* (STU)

24. November (Dienstag)

16.45 Qumeran am Toten Meer, *O. H. Klingele* (STU)
18.40 Kann man die Schwerkraft aufheben? *E. Haux* (ÖRF III)
21.00 Wie fängt man Verbrecher in der Wüste? *M. Y. Ben Gâvriel* (FRA)
21.00 Der Mensch im Zeitalter des Atoms, *R. Lucas* und *E. Naused* (STU)
21.05 Das Tagebuch des Francesco Pacelli, *B. Schneider* (MÜ II)
21.30 Der Ökumenische Rat in Genf, *K. Reintgen* (SWF II)
22.10 Braucht der Westen eine Ideologie? *H. Zahrnt* (MÜ)
22.40 Bernard von Brentano als Analytiker der Gesellschaft, *F. Knoller* (STU)

25. November (Mittwoch)

14.40 Gedanken und Plaudereien über das Reich der großen Zahlen, *A. Steyrer* (ÖRF II)
17.15 Gegenwartsfragen der Universitätspädagogik, *R Schwarz* (ÖRF II)
20.30 Lebensart oder Beruf als Zweck des Studiums an den Universitäten Englands, *A. Natan* (FRA II)
21.05 Friedrich Nietzsche, *A. Hübscher* (MÜ II)
20.30 Wege und Abwege des Sports, *P. Noack* (SWF II)
21.30 Geschichte und Geschichtswissenschaft, *H. Heimpel* (STU II)

26. November (Donnerstag)

18.40 Der technische Eros, *J. Hommes* (ÖRF III)
20.00 Die Ordnung der Welt und der Musik in Indien, *R. Raffalt* (ÖRF II)
20.15 St. Nikolaus der Heilige der Kinderwelt, *H. Lienhard* (ÖRK)
20.45 Die Frau in den Weltreligionen (SWF)
22.15 Perspektiven der neuen Gesellschaft, *E. Naused* (SWF)

27. November (Freitag)

14.40 Die Seele der Affen und Elefanten, *P. Eipper* (ÖRF II)
17.15 Der afrikanische Mensch von heute, *R. Italiaander* (ÖRF II)
20.45 Wandlung und Wert der Arbeit des Bauern, *H. Priebe* (STU)
21.45 Tendenzen gegenwärtiger Theologie, *M. Seckler* (STU II)
22.30 Die Grenzscheide Maghreb-Nahost, *P. Coulmas* (STU)
22.45 Die Erlösungsidee, *H. J. Schoeps* (SWF)

28. November (Samstag)

15.30 Über die Meinungsfreiheit im Rundfunk, *W. von Cube* (MÜ II)
16.10 Hilfe für Entwicklungsländer, *Z. A. Hanfi* (SWF)
17.40 Die Juden in Eisenstadt, *H. Graschitz* (ÖRF II)
19.05 Chruschtschews Rede an die Sowjetschriftsteller *O. Hofmann-Wellenhof* (ÖRF III)
20.00 Das Victorianische Zeitalter, *K. Stephan* (MÜ II)
21.15 Der Kaufmann im Zeitalter der Manager, *L. Schubert* (FRA II)

29. November (Sonntag)

8.15 Ein Gedenkblatt für Abraham a Santa Clara, *F. Schilling* (SWF II)
8.30 Rückblick auf den Jüngsten Tag, *P. Rieger* (MÜ II)
10.30 Hat unsere Bildung noch eine Zukunft? *R. Schwarz* (SWF)
11.00 In der Wüste, *H. Flügel* (STU II)
19.30 Über die Hoffnung, *E. Schaper* (MÜ)

30. November (Montag)

14.40 Panorama der zeitgenössischen Literatur Japans, *K. Yamata* (ÖRF II)
18.40 Ist das Sprachursprungsproblem noch aktuell? *J. Knobloch* (ÖRF III)
22.30 Glaube und Unglaube, *F. Heer* und *G. Szczesny* (SWF)

(BRE) Radio Bremen; (FRA) Hessischer Rundf. Frankfurt; (MÜ) Bayerischer Rundf. München; (NDR) Norddeutscher Rundf.; (ÖRF) Österr. Rundf.; (ÖRG) Österr. Rundf., Lokalsendung Graz; (ÖRK) Österr. Rundf., Lokalsendung Klagenfurt; (ÖRL) Österr. Rundf., Lokalsendung Linz; (ÖRS) Österr. Rundf., Lokalsendung Salzburg; (ÖRT) Österr. Rundf., Lokalsendung Tirol; (ÖRW) Österr. Rundf., Lokalsendung Wien; (RIAS) RIAS Berlin; (SAA) Radio Saarbrücken; (SFB) Sender Freies Berlin; (STU) Süddeutscher Rundf. Stuttgart; (SWF) Südwestfunk; (WDR) Westdeutscher Rundfunk

HERDER-KORRESPONDENZ

Drittes Heft — 14. Jahrgang — Dezember 1959

Der Anspruch der katholischen Kirche, die Fülle der Wahrheit zu besitzen, wird aufhören ein Stein des Anstoßes zu sein, wenn wir mit gleicher Eindeutigkeit und Entschiedenheit uns auch um die Fülle der Liebe bemühen. Darum müssen wir jetzt alles daransetzen, eine Atmosphäre echter Liebe zu schaffen, müssen wir zuerst bei uns selber alle Formen der Lieblosigkeit, der Eifersucht, des „Rangstreites der Jünger" bekämpfen. Wer in der Zeit der Vorbereitung auf das Konzil, das der Einigung der Christenheit dienen will, die Liebe verletzt und Spaltung im eigenen Bereich fördert, arbeitet dem Widersacher in die Hände, der statt der Einigung ja die Spaltung will.

Abt Emmanuel Heufelder OSB

Alle, die die wahre Kirche suchen, mögen das Verlangen des Herzens Jesu nach der Einheit der Seinen tiefer erkennen und dadurch zur Einheit geführt werden. Allgemeine Gebetsmeinung für Januar 1960

1. Es ist nicht verwunderlich, daß diese erste eigene Gebetsmeinung von Papst Johannes XXIII. — die bisherigen waren noch von seinem Vorgänger Pius XII. — der Einheit der Kirche Christi, der wahren Kirche gilt. Es ist vielleicht nicht minder bezeichnend, daß formale Kennzeichen der Einheit nicht genannt werden — was nicht bedeutet, sie seien nicht mitgedacht. Die Dynamik der Einheit wird aus dem Verlangen des Herzens Jesu nach den Seinen verstanden, das tiefer erkannt werden möge. Damit hat der Papst in katholischer Sprache etwa denselben Ausgangspunkt gewählt, der zur Entstehung der Ökumenischen Bewegung geführt hat. Ganz ähnlich ist die Allgemeine Gebetsmeinung für Juni formuliert: „Die Gläubigen mögen mit Ausdauer die Hilfe des Heiligen Geistes für die Wiedervereinigung aller Christen in dem einen wahren Glauben und der einen Kirche erflehen." Es ist gut, diese andere jetzt schon mit ins Auge zu fassen. Man darf freilich nicht übersehen, daß die Missionsgebetsmeinung für Januar (vgl. ds. Heft S. 114), die sich an die getrennten Christen des Orients wendet, die Glaubenseinheit mit dem Heiligen Stuhl und der katholischen Kirche verbindet. In den beiden allgemeinen Gebetsmeinungen aber werden Jesus Christus und der Heilige Geist als die Subjekte der Bewegung zur Einheit angesehen. Das ist sehr wichtig, denn in diesem Punkte besteht Einmütigkeit mit allen Christen. Die Schwierigkeiten beginnen bekanntlich erst, wenn die Einheit näher bezeichnet wird, wie es in entsprechenden Allgemeinen Gebetsmeinungen von Pius XII. für den Monat Januar geschah, z. B. für 1958: „Alle mögen die Einheit der Christen nur in der katholischen, von Christus gestifteten Kirche suchen"; oder für 1956: „Wer die wahre Kirche sucht, möge im Primat des Papstes das Fundament kirchlicher Einheit erkennen" (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 105). Bei Papst Johannes liegt eine Verschiebung der Akzente von der römisch-katholischen Form der Einheit der Kirche, die keineswegs preisgegeben wird, auf die göttlichen Personen vor. Das heißt wohl: Wir sollten für unser Gebet um die Einheit der wahren Kirche eine neue Distanz von allzu

N 450 *Zehnköpfige Invalidenfamilie* in Oberschlesien, deren Vater beide Beine verloren hat und deren Mutter rheumakrank ist, erbittet, da die Kinder noch unversorgt sind und bei der kleinen Unfallrente an Anschaffungen nicht zu denken ist, Hilfe für Kleidung und Schuhe.

N 452 *Zwei hochbetagte ehemalige Pfarrhaushälterinnen* in Oberschlesien, 70 und 74 Jahre alt, Schwestern eines verstorbenen Geistlichen, erbitten Hilfe jeder Art. Die beiden Frauen, von denen jede eine Fürsorgeunterstützung von monatlich 25.— DM (in Kaufkraft gerechnet) erhält, haben bisher von Handarbeiten gelebt. Wegen ihres Alters und ihrer Gebrechlichkeit sind ihnen solche nicht mehr möglich.

N 453 *71jährige Bergmannswitwe* in Oberschlesien, herz- und blutdruckleidend, einziger Sohn und Ernährer gefallen, Monatsrente im Werte von 36.— DM, erbittet Hilfe an warmen Wintersachen.

N 457 *Ordensschwesternschaft* in Niederschlesien, acht Schwestern, sehr arm, da ohne Einkommen, auf Almosen angewiesen, bittet um Mantelstoff, Wäscheflanell und Strickwolle.

Geldspenden sind einzusenden auf Postscheckkonto Karlsruhe 7926 des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg i. Br. mit Vermerk: „SOS-Ost" und der jeweiligen Kennzahl.

konventionellen katholischen Vorstellungen gewinnen und wirklich tiefer zur Quelle der Einheit, der Liebe Christi, durchdringen, den ja nicht nur die römischen Katholiken als ihren Herrn bekennen. Wir sollen unser Gebet für die Wiedervereinigung der Christen in einer neuen, gleichsam göttlichen Freiheit verrichten. Das ist keine leichte Aufgabe.

2. Sie ist deshalb nicht leicht, weil unser katholisches Gebet dogmatisch gebunden ist und bleibt. Aber darüber hinaus entspricht zuweilen unsere persönliche Interpretation des Dogmas oder der Lehre von der einen wahren Kirche nicht immer der Weite des Dogmas, sondern leidet an einer gewissen Enge und Begrenzung unserer geschichtlich gewohnten Vorstellungen von der Einheit, Vorstellungen, die wohl durchbrochen werden müßten, wenn die katholische Kirche ihrer Aufgabe als hervorragendster Mitarbeiterin Christi und des Heiligen Geistes bei der Sammlung aller Christen voll gerecht werden soll. Das Verlangen des Herzens Jesu nach den Seinen achtet zwar das göttliche Recht, weil es dem gesetzgeberischen Willen Christi selber entstammt, das Erlöserherz schaut aber gewiß auch auf den Glauben aller derer, die Jesus als Gott und Heiland anrufen, und es mag außerordentliche Wege ersinnen, wie dieser Glaube an den göttlichen Herrn allmählich in Übereinstimmung mit der geschichtlichen Kontinuität der Einen Kirche gebracht werden kann. Unser Beten wird daher lernen müssen, auch nach neuen Wegen Christi zu forschen. Das erfordert ein hohes Maß an Selbstentäußerung und Wachsamkeit, damit wir nicht etwa den Judenchristen ähnlich werden, die von den gläubigen Heiden einst verlangten, sie müßten sich erst der Beschneidung unterziehen und im Gesetze des Moses wandeln (Apg. 15). Sinngemäß würde das nämlich bedeuten, daß wir von den Getrennten die uneingeschränkte Annahme der Romanitas als Bedingung für die Zulassung zur Einen Kirche fordern. Nötig ist sodann ein hohes Maß an Einfühlungsvermögen in die sehr verschiedenen ökumenischen Anliegen und Empfindlichkeiten der Orthodoxen wie der Protestanten, in denen sich neue Wege Christi ankündigen könnten, unbeschadet der Tatsache, daß in der Ökumenischen Bewegung bisher noch eine Leugnung der geschichtlichen Kontinuität der Kirche und ein Nein zu Rom mitwirkt. Müßten wir nicht nachprüfen, wieweit dieses Nein den einen wie den anderen gegenüber ohne geistliche Notwendigkeit durch Menschlichkeiten in der Kirche provoziert wurde? Aber es sind nicht nur Menschlichkeiten, zum Teil können die getrennten Christen die völlig anderen Voraussetzungen nicht mitvollziehen, unter denen wir die Einheit wie die Gestalt der Kirche zu lehren gewohnt sind.

3. Was die Einheit betrifft, so ist unser Denken daran gewöhnt, sie deduktiv von bestehenden formalen Indizien her zu bestimmen, die nicht allen Christen aus dem Herzen Jesu verständlich sind, zumal da sie ohne diese Kennzeichen Christen wurden und, soweit sie Protestanten sind, seit 400 Jahren glauben, ohne sie gute Christen sein zu können. Die Orthodoxen Kirchen sind sogar der Überzeugung, die echtere Gestalt der Kirche bewahrt zu haben, die auf der freien Gemeinschaft der Patriarchen unter dem Einem Haupte, Christus, beruht. Wir denken die Einheit sehr von den rechtlichen Mitteln der Heilszuwendung her, vom Primat des Papstes, von der apostolischen Sukzession der Bischöfe, die in Gemeinschaft mit dem Nachfolger Petri leben, von der Einheit des Dogmas und der Disziplin im römischen Sinne. Diese Einheit von oben her verstehen wir ohne weiteres aus der Anwesenheit des Geistes Christi in der Kirche und aus seinem gesetzgeberischen Willen, während die getrennten Christen meist ohne eigene Schuld aus einer entgegengesetzten Glaubenserfahrung herkommen. Wenn sie von der Rückwendung aus der schuldhaften geschichtlichen Zerspaltenheit zur Einen Kirche sprechen, so stellt sich dieses Streben dar als ein gleichsam von unten und von innen her, aus den gläubigen Herzen kommender Zug des Gewissens, um Christi willen die Sonderungen ihres Kircheseins zu öffnen und sie in freiwilligem, brüderlichem Zusammenschluß miteinander zu überwinden. Die Orthodoxen vertreten in diesem Bemühen die liebevollen Begleiter, die an die ursprüngliche Einheit der Kirche vor dem großen Schisma erinnern. Während unsere katholische Vorstellung von Einheit einen gesetzlichen Charakter hat, der das Glauben der Einen Kirche auch mit dem historischen Element „römisch" mit allen Einzelheiten seiner geschichtlichen Entfaltung belastet, ist die Einheit bei den getrennten Christen weithin eine rein pneumatische oder zukünftige, die von Christus selber wiederhergestellt werden wird. Ihr Zueinanderkommen und ihr Entschluß, trotz tiefster Unterschiede in einem Covenant (feierlicher Vertrag) beieinanderzubleiben, worin wir leicht eine nur soziologische Erscheinung sehen, ist auch freie gläubige Bereitschaft für den Herrn Jesus Christus, unbeschadet des ganzen Erbes nichttheologischer Faktoren, von denen auch sie sich so schwer trennen können. Einheit und Einheit sind also hüben und drüben nur dem Worte nach dasselbe, dem Inhalt nach aber einander entgegengesetzt. Sie können nicht zur Deckung kommen, solange unser Gebet nicht das Verlangen des Herzens Jesu tiefer erkennt und von diesem Herzen her das gläubige Suchen der Getrennten nach der Einen Kirche verstehen lernt.

4. Wie die Vorstellung von der Einheit, so ist erst recht die Vorstellung von der Kirche nicht die selbe. Während wir selbstverständlich die Kirche vor allem als hierarchisch-sakramentale Ordnung des Leibes Christi verstehen und ihren Charakter als Institution nicht nur als solchen, sondern auch mit allen seinen geschichtlichen Sedimenten, also nichttheologischen Faktoren, als gegeben annehmen und nun eine Rückkehr zu dieser Institution als dem gemeinsamen Vaterhaus erwarten, begreifen wir nur schwer, warum die getrennten Christen dieses prächtige Vaterhaus nicht als das ihre anerkennen können. Sie verstehen Kirche, ganz besonders soweit sie den evangelischen Gruppen des Weltrates angehören, vorwiegend als Versammlung der Gläubigen, die nur durch das Evangelium von der Rechtfertigung allein aus Glauben um Christi willen, nicht aber, wie viele sagen, „durch Ordnungen, von Menschen gemacht", zur Einheit der wahren Kirche verbunden werden. Sie wissen nicht genug, wie sehr diese Idee von Kirche von polemischen und durchaus unbiblischen Negationen bestimmt wird, die der Wirklichkeit der römischen Kirche des 16. Jahrhunderts entgegengestellt wurden. Und sie werden von diesen Negationen wohl nicht eher frei, solange unser katholischer Lehrbegriff von Kirche nicht ihre theologisch berechtigten Anliegen mit einschließt. Die ökumenischen Christen sehen auch schwer, wie sehr sie selber einer „judenchristlichen" Versuchung unterliegen, wenn etwa die Orthodoxen daran festhalten, eine Ordnung der Ge-

samtkirche zu bewahren, die einst aus politischen Gründen von den byzantinischen Kaisern als Gesetz auferlegt wurde, weil sie einen mit dem Papst in Rom gleichrangigen Patriarchen in Neu-Rom (Byzanz) zu haben wünschten; oder wenn die Orthodoxen die universale Kirche einseitig als Sobornost, als Gemeinschaft selbständiger Kirchen verstehen, die außer Christus kein irdisches Oberhaupt haben dürften; oder wenn einige orthodoxe Kirchenführer neuerdings sogar den Weltrat der Kirchen im Licht ihrer Sobornost-Idee deuten und von Rom erwarten, daß es ihm beitritt. Eine ähnliche Versuchung liegt vor, wenn die Protestanten von Rom fordern, es müsse den angelsächsisch-kongregationalistischen Begriff von Kirche als freier Gefolgschaft, als fellowship (Bruderschaft) und Covenant, wie er sich im Weltrat der Kirchen darstellt, als Gesetz des Heils annehmen. Das ist praktisch der Sinn jener Genfer Forderung, die unlängst interkonfessionelle Theologengespräche vorerst dadurch in Frage stellte, daß solche Gespräche mit römisch-katholischen Theologen über eine Wiedervereinigung „nur im Rahmen des Weltrates der Kirchen" stattfinden dürften (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 67). So wird, sogar mit Hilfe orthodoxer Sprecher, die Institution des Weltrates gleich einer „Superkirche", die von Menschen gemacht ist, der göttlichen Institution der katholischen Kirche entgegengesetzt, wenn nicht gar übergeordnet, mit dem Anspruch, die wahre ökumenische Gemeinschaft der Christen und „das Zeichen der bereits erreichten Einheit der Kirche" zu sein (Evanston I).

Nach menschlicher Einsicht ist nicht zu sagen, wie diese einander widersprechenden Vorstellungen von wahrer Kirche zur Deckung kommen sollen. Nur das Verlangen des Herzens Jesu nach der Einheit der Seinen vermag es, allen, die es angeht, den Weg zu zeigen. Darum wollen wir im Gebet für dieses große Anliegen des Papstes nicht meinen, nur die getrennten Christen müßten das Verlangen des Herzen Jesu tiefer erkennen. Das müssen auch wir Katholiken, sogar mehr als die getrennten Brüder, weil der Kirche des Apostels Petrus mit der „Sorge für alle Kirchen" die größere Verantwortung, die größere Liebe und die größeren Gaben auferlegt sind, die Wege des Heiligen Geistes für die Wiedervereinigung aller Christen zu entdecken, und zwar in innigster Gemeinschaft mit dem Apostel Paulus.

Die Allgemeinen Gebetsmeinungen des Heiligen Vaters für 1960

Januar: Daß alle, die die wahre Kirche suchen, das Verlangen des Herzens Jesu nach der Einheit der Seinen tiefer erkennen und dadurch zur Einheit geführt werden (ut omnes, qui veram Ecclesiam quaerunt, amore Cordis Jesu pro unitate suorum profundius agnito, ad eam adducantur).

Februar: Um die religiöse Erneuerung Roms durch die Römische Synode (ut per Synodum Romanam vita religiosa in Urbe novo fervore revirescat).

März: Daß die Vorbereitungsarbeiten zum Ökumenischen Konzil zu einem vollen Erfolg führen (ut labores ad Concilium Oecumenicum praeparandum plenum effectum sortiantur).

April: Daß die Priester bei den Sorgen ihres Amtes durch reichlichere Gnade des Heiligen Geistes gestärkt werden (ut sacerdotes inter sollicitudines sui muneris uberiore gratia Spiritus Sancti corroborentur).

Mai: Daß die Jugendzeit in ihrer ganzen Bedeutung erkannt und heilig verbracht werde (ut tempus iuventutis debite aestimetur et sancte transigatur).

Juni: Daß die Gläubigen mit Ausdauer die Hilfe des Heiligen Geistes für die Wiedervereinigung aller Christen in dem einen wahren Glauben und der einen Kirche erflehen (ut Christifideles auxilium Spiritus Sancti pro denuo instauranda unione omnium christianorum in una vera fide Ecclesiaque instanter implorent).

Juli: Daß der Verschlagenheit und Gottlosigkeit der Feinde Gottes die christliche Wahrheit entgegengestellt werde (ut fraudibus et impietatibus inimicorum Dei veritas christiana strenue opponatur).

August: Um viele Priesterberufe in der Kirche des Schweigens und um Beharrlichkeit der Berufenen (ut in „Ecclesia silentii" consurgant ac perseverent copiosae vocationes ad statum sacerdotalem).

September: Daß alle Katholiken in den gegenwärtigen Schwierigkeiten untereinander und mit ihren Hirten verbunden bleiben (ut omnes catholici inter perturbationes praesentes inter se et cum suis Pastoribus uniti maneant).

Oktober: Daß in der Stunde der Verfolgung die Gläubigen, durch die Hilfe Mariens gestärkt, standhaft bleiben (ut instante hora persecutionis per intercessionem B. V. Mariae fideles invicto animo roborentur).

November: Daß die Lesung der Heiligen Schrift in den Familien gefördert werde (ut lectio S. Scripturae in familiis promoveatur).

Dezember: Daß Einheit und Friede unter den Völkern durch die Demut und Sanftmut der Gläubigen gefördert werde (ut unio et pax populorum humilitate et mansuetudine Christifidelium promoveantur).

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Ein Gebetstag für Israel

Das Präsidium des deutschen Zweiges der Pax-Christi-Bewegung hat seine Mitglieder gebeten, den 28. Dezember 1959 als Gebetstag für Israel zu begehen. Es hat sich damit einen Vorschlag Heinrich Spaemanns zu eigen gemacht, der in einem Aufsatz in der Zeitschrift „Pax Christi" (H. Spaemann, Juden und Christen in der Heilsgeschichte, „Pax Christi", Oktober 1959, S. 8—9) ausführlich begründet wurde. In diesem Aufsatz wird das Verhältnis der Kirchen zu den Juden an Hand des Gleichnisses vom verlorenen Sohn und des Ölbaumbildes im 11. Kapitel des Römerbriefes dargelegt: Israel verlor durch die Verkennung des Messias zwar seine theologische Existenz als Volk, doch blieb es auch in der Zerstreuung bewahrt und wird, wenn die vorbestimmte Zahl der Heiden in den Neuen Bund eingetreten ist, als ganzes Volk wiederkehren. Das Reich Gottes wird vorher nicht offenbar werden; so ist „die Heimkehr Israels das letzte Ziel der Weltgeschichte".

Der 28. Dezember, das Fest, das zum Gedächtnis der Unschuldigen Kinder begangen wird, sollte zugleich als Bußtag begangen werden (der er ja in der römischen Liturgie auch ist) und auch dem Gedächtnis der Kinder gewidmet werden, die „durch einen Herodes unserer Tage — und unserer Nation — unschuldig starben".

Für den Gebetstag werden folgende Fürbitten für Israel vorgeschlagen:

„Herr Jesus Christus, du bist Mensch geworden aus Maria, der Jungfrau, der Tochter Davids und Abrahams. Aus Israel, deinem Volke, hast du dir die Apostel, die Jünger, die Zeugen der Auferstehung, die pfingstliche Urgemeinde und den Lehrer der Völker, Paulus, erwählt.
Israel hast du die Heilige Schrift anvertraut und aus ihm die Fülle des Lichtes zur Erleuchtung der Heiden hervorgehen lassen. Wir bitten dich:
daß du deine Verheißung erfüllen und ganz Israel in dir seinen Messias und Herrn erkennen lassen wollest . . .
daß du dein erlösendes Blut über dein auserwähltes Volk kommen lassen wollest . . .
daß du das Licht deiner Herrlichkeit über Israel und allen, die auf Erlösung warten, aufgehen lassen wollest . . .
daß du die Leiden des jüdischen Volkes in Gnaden ansehen und mit deinen heiligen Leiden vereinigen wollest . . .
daß du dein Volk Israel nicht der Gewalt seiner heutigen Feinde überliefern wollest . . .
daß du uns in Israel den älteren Bruder, Gottes erstgeborenes Volk erkennen und lieben lassen wollest . . .
daß du alle, die an seiner Verfolgung durch Tat, Unterlassung oder Gesinnung schuldig geworden sind, zur Reue und Umkehr führen wollest . . .
daß du uns alle zur wahren Buße führen wollest . . .
Denn du bist unser Friede. Du hast den Zaun zwischen Juden und Heiden niedergerissen und willst alle erlösen, die deine Ankunft lieben und wie du leiden. Dich preisen wir mit dem Vater und dem Heiligen Geist in alle Ewigkeit. Amen."

Studientagung in Niederalteich: Das reformatorische Christentum und die katholische Kirche

Der Bischof von Augsburg, Dr. Joseph Freundorfer, lädt alljährlich den Klerus seines Bistums zu einem theologischen Kurs, auf dem „zentrale Themen der Theologie und Verkündigung aus der Tiefe heutiger Problematik" erörtert werden. Im Hinblick auf das angekündigte Ökumenische Konzil stand der diesjährige Kurs unter dem Thema: „Das reformatorische Christentum und die katholische Kirche". Univ.-Professor Dr. Heinrich Fries, München, und Thomas Sartory OSB, Niederalteich, teilten sich in die Referate.
Prof. *Fries* behandelte in zwei einleitenden Referaten die Fragen: Warum Religionsgespräche überhaupt, warum soll mit evangelischen Christen und wie und worüber soll gesprochen werden? Wenn wir auch nicht schuld sind am Ärgernis der Glaubensspaltung, führte Professor Fries aus, so könnten wir doch schuldig werden, wenn wir die objektiv schwer schuldhafte Spaltung der Christenheit gleichgültig hinnähmen oder als notwendigen und begrüßenswerten Zustand betrachteten, wenn wir nicht alles täten, um das Ärgernis aufzuheben. Die Wiedervereinigung wird ein Werk des Heiligen Geistes sein; aber Gott wird dieses neue Pfingsten nicht bewirken ohne unser Beten und unsere Mitarbeit. Als Grundlage für interkonfessionelle Begegnungen und Religionsgespräche eignen sich die evangelischen Bekenntnisschriften. Th. *Sartory* gab einen Überblick über Geschichte und Inhalt der Confessio Augustana, zu der sich jeder lutherische Pastor bei seiner Ordination bekennen muß. Er verglich die Confessio Augustana mit der katholischen Lehre, hob das gemeinsame Lehrgut heraus, zeigte aber auch, wie durch offenen Widerspruch, durch theologische Umdeutung oder durch Verschweigen die Struktur der katholischen Lehre verändert wurde. Wenn die Einheit der Christenheit auch nicht das Ergebnis der theologischen Bemühung allein sein kann, so ist die Wiedervereinigung doch nicht möglich unter Umgehung der Fragen des Glaubens. So sprach Professor Fries über den unaufgebbaren Beitrag der Theologie zur Frage der Begegnung der Konfessionen, wobei das theologische Ethos ebenso beachtet werden muß wie die Wissenschaft. P. Sartory analysierte in einem weiteren Referat die evangelische Lehre von der Kirche, wie sie in den Art. 7 und 8 der Confessio Augustana enthalten ist, und faßte das Ergebnis so zusammen: Die Protestanten betonen den dynamischen Charakter der Kirche, ihre Unsichtbarkeit, die Souveränität Gottes, die Superiorität Christi und die Unmittelbarkeit, mit der Gott und Christus auf die Kirche wirken. Der evangelischen Auffassung stellte er die katholische Lehre gegenüber. Wie sehr das Gespräch mit den evangelischen Brüdern nicht nur der besseren Kenntnis und der Hochschätzung der andern dient, sondern auch das eigene Selbstverständnis fördert, wurde den Kursteilnehmern in den folgenden Referaten bewußt, in denen Prof. Fries über „Karl Barths Lehre von der Kirche", „R. Bultmanns Anliegen im Lichte der katholischen Theologie" und über „Dietrich Bonhoeffer: Die Botschaft von Christus in einer Welt ohne Gott" sprach und P. Sartory in das interkonfessionelle Gespräch sowie in die innerhalb der evangelischen Kirche laufende Diskussion über Maria und die Eucharistie einführte. Als hoffnungsvolles Zeichen deutete P. Sartory in seinem Referat über „die Regel von Taizé" die Wiederentdeckung des Mönchtums im evangischen Christentum. In der Regel der Brüder von Taizé, die der reformierten Kirche angehören, ist nichts mehr von der sterilen Haltung des antikatholischen Widerspruchs zu spüren, sondern das grundevangelische Anliegen verwirklicht, die Botschaft des Evangeliums zur Herrschaft zu bringen. Die Lesung der Regel und die einfühlende und eindringende Untersuchung P. Sartorys brachte es allen Hörern zum Bewußtsein, wie „hier die katholische Wahrheit in der evangelischen Sprache weithin einen treffenderen Ausdruck gefunden hat als in katholischen Regeln und Erbauungsbüchern". Eine große Bedeutung für die Wiedervereinigung hat das angekündigte Ökumenische Konzil, das ein Reformkonzil sein wird. Was im Hinblick auf das Konzil getan werden kann und wie es vorbereitet werden muß, um die außerordentlichen psychologischen Hindernisse und die grundsätzlichen Schwierigkeiten zu überwinden, die zwischen den katholischen und getrennten Christen bestehen, legte P. Sartory vor dem Klerus und dem Akademikerkreis dar. In nüchterner Analyse der gegenwärtigen Lage zählte der Referent die Tatsachen auf, die einen günstigen, einen ungünstigen und einen sowohl günstigen wie ungünstigen Einfluß ausüben. Der letzte Tag des Kurses war der praktischen Arbeit gewidmet. P. Sartory sprach von der rechten Einschätzung und Methode dieser Aufgaben und gab wertvolle Anregungen für die pastoralen Bemühungen um die Wiedervereinigung. „Dieses hochbedeutsame Werk", das die Kirche als „eine ihrer höchsten Aufgaben und Pflichten" betrachtet, muß „mehr und mehr eine Hauptaufgabe der gesamten Seelsorge und ein Hauptanliegen inständigen Gebetes des ganzen christlichen Volkes" werden (Instr. S. Officii, 20. Dez. 1949, AAS XL,

1950, 142—147). Es fordert glühenden Glauben und viel Mühe in Liebe und Geduld (Kard. Mercier). Den getrennten Brüdern sollen wir in Ehrfurcht, Weisheit und Liebe begegnen; niemals dürfen wir den einzelnen oder seine Gemeinschaft als Ketzer betrachten (Kard. Döpfner). Um die Atmosphäre zu reinigen, muß viel Annäherungsarbeit geleistet werden, die unser Glauben und Hoffen, Lieben und Beten läutert und erprobt. Im einzelnen ist pastorale Klugheit geboten, um unechte Konversionen zu vermeiden. Wenn feststeht, daß ein Konvertit richtig getauft ist, soll die Taufe nicht bedingungsweise wiederholt werden. Zu prüfen sind auch die Formeln, die bei Konversionen gesprochen werden, wie überhaupt in allem die Sorge walten soll, nicht unnötig Anstoß zu geben. Es genügt nicht, vor Mischehen zu warnen; der Seelsorger soll sich um die in Mischehe Lebenden kümmern und mit besonderer Güte die betreuen, die nicht katholisch getraut sind.

Christen und Juden heute

Eine Wochenendtagung der Rabanus-Maurus-Akademie, die am 7. und 8. November 1959 in Bad Königstein stattfand, befaßte sich mit dem Thema: „Christen und Juden heute". Es war dies das erste Mal, daß die Akademie sich dieses Themas annahm, und es war eher ein Versuch, das Interesse der Teilnehmer zu prüfen und, wie es im Programm hieß, diese Terra incognita in gemeinsamem Bemühen zu durchforschen. Es erwies sich dann, daß das Interesse so groß war, daß eine Anzahl von Anmeldungen nicht angenommen werden konnten.

Von den vier Vorträgen der Tagung sind zwei — allein der Thematik wegen — hervorzuheben: „Das christlich-jüdische Verhältnis in seiner geschichtlichen Entwicklung — der religiöse Aspekt der Judenfrage" von Prof. Dr. Karl *Thieme*, Germersheim, und „Christen und Juden heute — die christlich-jüdische Wiederbegegnung" von Prof. Dr. Karl Thieme und Dr. Ludwig *Ehrlich*, Basel.

Bedeutsam waren vor allem einige Formulierungen Thiemes zum Gegensatzverhältnis zwischen Christen und Juden, in dem sich zweierlei Verhältnisse überschichten: Zu dem gegebenen konfessionellen Antagonismus gesellt sich mit dem Überhandnehmen der Nichtjuden in der christlichen Kirche ein ethnischer, so daß die Feindschaft zwischen Juden und Christen (die in den ersten Jahrhunderten noch ein „gegenseitiges Verhältnis" war) auch zu einer Feindschaft zwischen Juden und Heiden wird. Damit hatte Thieme das zweifache Verhältnis, das ja auch in der Gegenwart noch besteht, im wesentlichen definiert, leider ohne die entsprechenden Konsequenzen für die Praxis darzulegen, was in seinem Vortrag wohl auch nicht gut möglich war.

Das konfessionelle Verhältnis, sagte Thieme, „scheint in einigen wichtigen Punkten dem Verhältnis von Katholiken und Protestanten zu gleichen", ohne daß dabei die grundlegenden Unterschiede übersehen werden dürfen. Die Legitimation Pauli gegenüber den Juden, zu denen er sich ja nach seinem eigenen Zeugnis selber zählt (vgl. Apg. 23, 1—5) ist der „Auferstandene", die Legimation Lukas die „Bibel". In beiden Fällen also der Glaube, der einer Glaubenstradition gegenübergestellt wurde.

Im weiteren zeigte Thieme verschiedene Stufen des „christlichen Antisemitismus" auf, so wie sie sich aus der Geschichte ergaben und deren letzte bis in die christlichen Reihen hineinreichte und sich in Skepsis und Mißtrauen gegenüber den Neophythen äußerte. Zum gegenwärtigen Verhältnis sagte Thieme, daß dieses nicht als ein Verhältnis der Mission wie gegenüber den Heiden angesehen werden sollte, sondern als ein Verhältnis zum „älteren Bruder", denn „wer die Ökumene sucht, der wird durch die Schrift entschieden auf Israel verwiesen". Das Trennende solle zwar nicht bagatellisiert, jedes Anpredigen sollte jedoch vermieden werden. Wichtig, und das sei das Ergebnis der Arbeit der letzten zehn Jahre, sei der Abbau der Mißverständnisse über das Judentum.

Der Vortrag Dr. Ehrlichs über die „Christlich-jüdische Wiederbegegnung" war in seiner Konsequenz nichts weniger als erschütternd. Es wurde in aller Offenheit gesagt, daß es weniger die Verfolgung der Juden durch das Dritte Reich war, die den Christen die Augen gegenüber dem Wesen des Antisemitismus öffnete, sondern die Einsicht, „daß 2000 Jahre lang ähnliches von der Kirche praktiziert worden war". Die Motive waren zwar verschieden — „früher hatte man die Juden erschlagen, weil sie bei der Wurzel blieben" — das Resultat war jedoch das gleiche. Die Zerstörung von Synagogen und der gelbe Fleck wurden immerhin von Christen angeregt. Erst in jüngster Zeit begann eine Neubesinnung, als man einzusehen begann, daß eine Ausscheidung des Judentums aus dem Christentum eine fatale Verfälschung zur Folge hätte. Man erkannte endlich, daß der Jude ein Mensch ist — vorher trug das Bild des Juden im Christentum kaum noch menschliche Züge: das ist das schlechthin Neue. Man erkannte, daß in jedem Juden, der in Auschwitz ermordet wurde, auch Christus als Jude getötet wurde.

Ein entscheidender Faktor in den christlich-jüdischen Beziehungen ist auch der Schulunterricht. Katholische Kinder werden vielerorts in dem Eindruck bestärkt oder belassen, als ob die heute lebenden Juden die Nachfahren der „Mörder Christi" seien. Dieser primitive Geist ist zwar nicht maßgebend für eine ganze Kirche, aber man sollte ihn nicht unterschätzen. Das Verständnis des Judentums sollte nicht akademisch bleiben, sondern bis in jedes Dorf kommen. Man sollte jedem Katecheten ein Buch in die Hand geben, das ihm vernünftig Auskunft über das Judentum gibt. Vom Judentum wiederum muß erwartet werden, daß es das Christentum als echten Partner des Judentums erkennt und anerkennt. In der Tat gibt es heute kaum einen jüdischen Gelehrten, der sich nicht ernsthaft mit dem Christentum auseinandersetzt.

Zwei weitere Vorträge, ein Lichtbildvortrag über Israel von Gertrud *Luckner*, Freiburg i. Br., und ein Vortrag über „Die Lage der Juden in der Bundesrepublik, in Israel und in der übrigen Welt" von Hans *Lamm*, Köln, gaben einen knappen Überblick über die gegenwärtige Situation der Juden. Die Diskussion bewegte sich im wesentlichen um die Themen „Religionsunterricht" und „Antisemitismus".

Wie schon gesagt, war die Tagung als ein Versuch gedacht, bei dem sich dann auch die ganze Breite und Tragweite der gestellten Fragen erwies. Wie der Leiter der Akademie ausführte, soll diesem durchaus gelungenen Versuch nun die Behandlung einzelner Themen im Rahmen der Arbeit der Akademie folgen. Es ist in jeder Hinsicht zu begrüßen und wünschenswert, daß hier die Gedanken der christlich-jüdischen Verständigung an den einzelnen Christen herangetragen werden.

Schon auf dieser ersten Tagung erwies es sich, daß das christlich-jüdische Verhältnis ein durchaus vielschichtiges

Problem ist. Was als erstes wichtig scheinen mag, das Problem des Antisemitismus, ist — wenn es gelingt, diesen zu überwinden oder doch wenigstens zu bannen — eher nebensächlich. Es wäre überhaupt nicht existent, wenn das Gebot der Nächstenliebe auch nur annähernd so ernst genommen würde wie das Verbot des Stehlens (oder wie ein jüdischer Teilnehmer der Tagung am Rande sagte: „Man sollte sich wenigstens darauf einigen, Menschen wegen ihrer Religion nicht umzubringen"). Abgesehen nun von diesem elementaren Verhältnis zum Juden erweist es sich aber immer mehr, daß auch das Verhältnis zum Judentum einer angemessenen Klärung bedarf. Das ist — vorerst — eine ausschließlich christliche Frage, obgleich man nicht darauf verzichten sollte, auch die Juden zu befragen. Es geht darum, „sich auf die Wurzel zu besinnen", sich der jüdischen Wurzel und des daraus wachsenden jüdischen Bestandteils des Christentum bewußt zu werden. Hieraus ergibt sich dann auch von selber das richtige Verhältnis zum Volk Israel, das zwar im wesentlichen erst in der Endzeit ganz offenbar werden kann, das jedoch heute schon das Verhältnis der Christen zu den Juden bestimmen sollte.

Fragen der katholischen Arbeiterbewegung in Österreich

Die Katholische Arbeiterbewegung Österreichs (KAB), die seit 1951 als selbständiger Zweig der Männerbewegung der Katholischen Aktion besteht (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 488 ff.), veranstaltete vom 11.—13. September 1959 in ihrem Bildungs- und Erholungsheim Wiesenhof (Hall/Tirol) eine Studientagung, an der etwa 120 KAB-Führer und 20 Priester, sowie der Referent für Arbeiterfragen in der Österreichischen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Paul Rusch, teilnahmen.

In einem einleitenden Referat, „Die Situation der österreichischen Arbeiterschaft" betonte Nationalrat Karl *Kummer*, daß die materielle Besserstellung der Arbeiterschaft nicht im Verhältnis zur Steigerung des Nationalproduktes erfolgt ist (durchschnittlicher Brutto-Stundenlohn: bei Facharbeitern S 11,25, bei Hilfsarbeitern 9,60, bei Frauen 7,10). So wichtig eine Lohnerhöhung auch sei, so wird doch der Schwerpunkt der künftigen Sozialreform auf der Änderung der Sozial- und Wirtschaftsstruktur der Betriebe und der Wirtschaft überhaupt liegen müssen. Der Arbeiter ist Mitglied einer Leistungsgemeinschaft und hat ein *Anrecht* auf Beteiligung am Unternehmen und auf Mitgestaltung. Wie Professor Nell-Breuning befürwortet Kummer den Investitionslohn als eine Form des gerechten Anteils am Erfolg. Die Unternehmer freilich wollen sich bis heute auf eine Diskussion dieser Ideen nicht einlassen. Entscheidend wäre das Experiment.

Zur Frage des Österreichischen Gewerkschaftsbundes erklärte der Vortragende, daß die Stellung der christlichen Fraktion im ÖGB sehr unbefriedigend sei, anderseits aber die Gründung eigener christlicher Gewerkschaften — wie in Deutschland etwa — in Österreich aus verschiedenen Gründen, nicht zuletzt vermögensrechtlichen Gründen, nicht möglich sei.

Eine Analyse von Bischof Rusch

Das Hauptreferat (2. Tag) hielt Bischof *Rusch* über „Die Schwierigkeiten und Möglichkeiten des Einstoßes der KAB in die Arbeiterschaft" mit einigen sehr grundsätzlichen Feststellungen. Die Hauptschwierigkeit ist das Erbe der Vergangenheit: Die Mehrheit der Arbeiter Österreichs ist bekanntlich von der Sozialdemokratischen Partei geprägt worden, und diese stand in der Vergangenheit gegen Christentum und Kirche. Das neue Parteiprogramm bietet wohl eine kleine Öffnung, jedoch eine kleinere als der Vorentwurf. Denn die im Vorentwurf enthaltene Stellungnahme gegen Karl Marx ist im endgültigen Programm wieder zurückgenommen worden. Solange aber der Sozialismus vom Marxismus durchtränkt ist, bildet er eine ernste Gefährdung der Religion. Der eigentliche Gegensatz ist nicht Sozialismus und Christentum — wie das Beispiel der englischen Labourparty zeigt —, sondern Marxismus und Christentum. Eine Folge dieser geschichtlichen Entwicklung in Österreich ist die „Gruppenentscheidung" (contrainte sociale, „Außenlenkung") der Arbeiterschaft: „der richtige Arbeiter" darf nicht oft in die Kirche gehen; „der Bauer" soll irgendwie „christlich" sein. Dazu kommt, daß die Maschinenwelt in ihrer unmittelbaren Realität des Funktionierens oder Nichtfunktionierens den Blick auf die dahinterliegenden Mächte leicht verdeckt. In der gleichen Richtung wirkt die Steigerung des materiellen Lebensstandards, die, wie die tägliche Beobachtung lehrt, weithin mit einem Absinken des „inneren Lebensstandards" Hand in Hand geht. Wo kein Interesse für geistige Fragen da ist, gibt es auch kein religiöses Interesse.

Neben diesen Schwierigkeiten, die sehr düster stimmen können, gibt es aber auch Möglichkeiten: Die Arbeiterschaft befindet sich jetzt, da die ärgste materielle Not und Überforderung durch lange Arbeitszeiten beseitigt sind, in einer neuen Wachstumsphase, wie Bischof Rusch es nennt: im Streben nach gesellschaftlicher Gleichberechtigung und Persönlichkeitsentfaltung. Cardijn wurde bei seinem Besuch in Österreich gerade deshalb von der jungen Arbeiterschaft so herzlich begrüßt, weil diese sofort spürte, daß Cardijn ein Führer für diese Wachstumsphase ist. Und wenn die sozialistische Bewegung heute von einem „personalen Sozialismus" spricht, so entspricht das dem christlichen Anliegen der Persönlichkeitsentfaltung (Persönlichkeitsentfaltung sei jedoch mit dem echten Marxismus unvereinbar, da dieser in diesem Punkt von Hegel abhängig ist und die Idee und das Kollektiv über den Einzelmenschen stellt).

Hier haben KAJ (Katholische Arbeiterjugend) und KAB eine echte Chance, hier liegt die Stärke der Kirche, die ein reiches geistiges Erbe besitzt und echte Antworten geben kann, während sie auf sozialem Gebiet, wie man zugeben muß, zu wenig verwirklicht hat. Zu dieser Situation kommt das Ungenügen der bloß wirtschaftlichen Lösungen, die Erfahrung, daß gläubige Kinder und Jugendliche leichter erziehbar sind und leichter bei geistigen Interessen gepackt werden können, und schließlich die ungeheure Gefährdung der Welt durch den technischen Fortschritt, eine Gefährdung, die nur durch ein großes geistiges Konzept, wie sie die christliche Weltanschauung anbietet, überwunden werden kann.

Zu den Wegen, die man gehen muß, sagte Bischof Rusch, daß eine größere Aufgeschlossenheit der KAB zur KAJ notwendig sei. Eine Haltung der Überlegenheit wirkt nur entfremdend. Wenn auf der einen Seite ein bißchen Wildwuchs ist, so wächst auf der anderen Seite oft ein bißchen zu wenig.

Ein weiteres: Man ist zu einem Grundsatzprogramm ge-

kommen, doch nicht zu einem einheitlichen Aktionsprogramm, was noch wichtiger wäre. Das 19. Jahrhundert war ein Jahrhundert des Wortes, das 20. Jahrhundert aber ist ein Jahrhundert der Tat. Karl Marx — und dies ist seine starke Seite — ist auf die Aktion ausgegangen und damit wegweisend für die Zukunft geworden. Jede Arbeiterbewegung muß auf Aktion angelegt sein. Daher die Wichtigkeit der Aktivistenarbeit. Jede Aktivistenrunde ist so zu halten, daß nach Ende der Runde die Aktion beginnt. Im Betrieb muß ein sog. Werksaktiv sein, mit welchem man etwas verwirklichen kann, z. B. eine veränderte Betriebsatmosphäre, die den jungen Menschen Halt gibt und sie nicht enttäuscht, wie es heute oft der Fall ist.

Nach dem Grundsatz der notwendigen Aktion will Bischof Rusch auch die Katholische Sozialakademie aufgebaut haben: Zuerst ein Semester Ausbildung mit Vorträgen u. ä., dann ein Jahr Bewährung in der Welt der Arbeit und, wenn Lebenstüchtigkeit und Erfahrung gewonnen sind, ein zweites Semester Weiterbildung. Dann könne ein Arbeiter leicht zum Betriebsrat aufsteigen.

Ein weiterer Weg zur Realisierung ist die Begegnung zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern. In Tirol ist auf dem Katholikentag 1959 ein Anfang gemacht worden. Eine Anzahl Unternehmer haben erklärt, daß sie den sozialen Betrieb bejahen und sobald als möglich verwirklichen wollen. Das ist zwar noch nicht der volle Partnerschaftsbetrieb, doch ein Anfang dazu. Die Tiroler Aussprachen haben gezeigt, daß der Arbeiter nicht bloß ausführendes Organ ist, sondern seine Sache sehr gut vertreten kann, worüber manche Unternehmer recht erstaunt waren.

Teilprobleme

Im 3. Referat der Tagung „Schwerpunkte der kommenden KAB-Arbeit" betonte Josef *Steurer,* Vorsitzender der KAB Österreichs, daß etwa gleichrangig zwei Aufgaben zu leisten sind: das religiös-missionarische Apostolat, d. h. Arbeiter so weit religiös zu bilden, daß sie den christlichen Glauben an ihre Arbeitskollegen heranbringen können, und die soziale, die gesellschaftsverwandelnde Aktivität. An der großen Romwallfahrt des Internationalen Bundes der Katholischen Arbeiterbewegung im Mai 1961 wird sich die KAB Österreichs mit 1000 Mitgliedern beteiligen.

Neben den großen Referaten gab es auch Beratungen in Teilkreisen über die Situation in der Arbeiterschaft überhaupt und Berichte darüber vor dem Plenum sowie Berichte über die Tätigkeit der KAB der einzelnen Diözesen. Folgende Fragen wurden behandelt:

Religiöse Fragen: Die Beziehung der Arbeiter zu Gott: Es gibt wenig Gottesleugner; viele glauben an „etwas" in sehr verschwommenen Formen. — Die Stellung zur Kirche: noch immer finden sich viele gehässige Einstellungen: sie sei fortschrittsfeindlich, eine Verdummungsanstalt, eine Schutzmacht der Unternehmer. Religiöse Fragen, die im Betrieb diskutiert werden, bilden Beichte, Wunder, die schlechten Christen, der Zölibat, das Leben nach dem Tode, der § 144 (Schwangerschaftsunterbrechung). Der Arbeiter sucht ferner den Priester als Menschen, das erst beseitigt das Mißtrauen. Hindernisse für den Arbeiter, einen besseren Kontakt zu suchen, sind hauptsächlich seine Menschenfurcht (die Gruppenentscheidung!) und Angst vor Verpflichtungen. (Praktische Möglichkeiten für die KAB bieten persönliche Gespräche, doch keine Gruppendebatten; ferner in der Zeitung „Neuer Arbeiter" eine Bibelauslegung in einer modernen Sprache.)

Wirtschaftliche Fragen: Der durchschnittliche Verdienst reicht nur zum allernotwendigsten Lebensunterhalt, nicht aber für Anschaffungen. Das Doppelverdienertum ist weit verbreitet und wird in jungen Ehen fast überall als notwendig angesehen. Eigentumsbildung aus den Mitteln des Verdienstes ist nicht möglich. Stellung zur Gewerkschaft: ihre Notwendigkeit wird grundsätzlich anerkannt, kritisiert wird die Bürokratisierung und die Höhe der Beiträge.

Soziale Fragen: Gefordert wird die Angleichung des Arbeiterlohnes an den der Angestellten. Wichtig ist die Förderung der Bildung, denn Arbeiterkinder haben es sehr schwer, sich richtig auszubilden. Die derzeitige Steuerpolitik Österreichs wird als familienfeindlich empfunden.

Freizeit: Die Abendbeschäftigung ist meist sehr primitiv (Kino, Kartenspiel, Fernsehen). Ein besonderes Problem sind die Wochenendpendler; für sie müßte mehr geschehen. Am Wochenende herrscht viel Schwarzarbeit.

Sittliche Fragen: Die Arbeitsauffassung ist sehr stark vom Bildungsgrad abhängig; es finden sich alle Abstufungen vom bloßen Gelderwerb bis zum ausgesprochenen Arbeitsethos. Die Eheauffassung ist noch stark von überlieferten christlichen Anschauungen bestimmt. Doch weithin wird eheliche Untreue und Ehemißbrauch nicht als schwere Sünde angesehen. Die Familie hat relativ viele Kinder. Die große Mehrzahl der Kinder besucht den Religionsunterricht; denn die Eltern wollen nicht, daß die Kinder „wild" aufwachsen. Religion ist wichtig als Stütze des sittlichen Verhaltens.

Kulturelle Fragen: Das kulturelle Interesse des Arbeiters ist nicht geweckt, doch meist latent vorhanden. Möglichkeiten bieten das persönliche Gespräch, z. B. über Wohnkultur.

Die Berichte aus den Diözesen waren zu unterschiedlich, um daraus ein Gesamtbild für Österreich zu geben. Nur einige Berichte teilten Zahlen mit. Der allgemeine Eindruck ist, daß es vorwärtsgeht, wenngleich langsam. Relativ am besten scheint es in Vorarlberg zu stehen: hier hat die KAB 230 Mitglieder. Die größte Zahl an Mitgliedern hat mit 300 in 51 Runden Oberösterreich. Wien berichtete von 30 Aktivistenrunden. Gemessen an der Zahl der Arbeiter in Österreich handelt es sich gewiß um winzige Minderheiten. Sind es aber wirklich Aktivisten, können kleine Gruppen unter Tausenden passiver Menschen gewiß einiges erreichen (Beispiele hierfür liefert ja auch die Kommunistische Partei). Es ist hier wie überall in der KAB: Man weiß aus Referaten und Tagungen längst, was zu tun ist, und braucht im allgemeinen keine „neuen Ideen". Aller Erfolg hängt davon ab, daß sich Menschen finden, die das auch wirklich tun.

Aus dem Vatikan

Die Pressekonferenz Kardinalstaatssekretär Tardinis über das Ökumenische Konzil

Am 30. Oktober 1959 hielt Kardinalstaatssekretär Tardini eine große Pressekonferenz über das künftige Ökumenische Konzil ab. Mehr als hundert Journalisten und Publizisten aus allen Ländern und von jeglicher politischen Einstellung waren dazu erschienen; alle großen Presseagenturen,

die wichtigsten Tageszeitungen, die Rundfunkstationen und andere publizistische Mittel waren vertreten. Die Pressekonferenz fand in der Villa Nazareth, einem Knaben-Waisenhaus, das unter dem besonderen Schutz Kardinal Tardinis steht, in einem einfachen Konferenzsaal statt. Der Kardinalstaatssekretär war ganz in Schwarz gekleidet und trug keine Abzeichen seiner Würde, saß auf einem einfachen Stuhl am oberen Ende des Konferenztisches und wirkte wie ein Dozent — was er früher auch gewesen ist. Kardinal Tardini ist der Präsident der Vor-vorbereitenden (antipreparatoria) Kommission für das Ökumenische Konzil; er hatte Msgr. Felici, den Sekretär der Kommission, neben sich. Es war die zweite Pressekonferenz dieser Art, die Tardini abhielt. Für die Nachrichtenverbreitung des Vatikans ist das eine ganz neue Methode; sie wurde von den Pressevertretern lebhaft begrüßt.

Die Pressekonferenz war dadurch vorbereitet worden, daß den Pressevertretern eine Liste mit 15 Fragen (die aus einer vorher von ihnen eingereichten Liste ausgewählt worden waren) mit den dazugehörigen Antworten ausgehändigt wurde. Fragen und Antworten wurden von Msgr. Felici verlesen und dann von Kardinal Tardini ausführlich und unter Einbeziehung der an ihn gerichteten weiteren Fragen kommentiert, wobei er die Lehre der Kirche, ihre Dogmen und Termini erklärte. Der Kardinal würzte seine Kommentare mit Anekdoten und Scherzen, ohne die Bedeutung des Themas jedoch irgendwie zu verhüllen. Die Konferenz dauerte ungefähr zwei Stunden.

Berichterstattung über die Konferenz

Der unmittelbare Kontakt mit mehr als hundert Presse- und Rundfunkvertretern bringt es mit sich, daß der Bericht z. B. im „Osservatore Romano" über die Konferenz nicht „offizieller" ist als der aus irgendeiner anderen zuverlässigen Quelle, wie sie etwa die großen, um sichere Information bemühten Zeitungen und Agenturen der verschiedenen Länder darstellen. Sie bringen alle das gleiche Material zur Kenntnis, können aber verschieden akzentuieren und treffen vor allem eine verschiedene Auswahl in der Wiedergabe des mehr Anekdotischen, das die Berichte verlebendigt. Die Reihenfolge, in der die Fragen behandelt wurden, die die Journalisten dem Kardinal zugeleitet hatten, geht wohl am deutlichsten aus dem Bericht des „Osservatore Romano" hervor. Sie ergab sich im übrigen aus der Logik der Sache.

Warum ein Ökumenisches Konzil?

Der Kardinal begann damit, zu erklären, was ein Ökumenisches Konzil sei, nämlich die Versammlung aller Bischöfe und bestimmter anderer Prälaten der katholischen Kirche, die das Recht haben, mit dem Papst und unter seiner Autorität die wichtigsten dogmatischen und disziplinären Fragen zu untersuchen und zu entscheiden.

Ziel des künftigen Konzils, das das Zweite Vatikankonzil genannt werden wird und in der Peterskirche in Rom tagen soll, wird es, wie Papst Johannes XXIII. von Anfang an betont hat, sein, das Wachstum des katholischen Glaubens zu fördern, eine Erneuerung der Moral des christlichen Volkes einzuleiten und eine Anpassung der kirchlichen Disziplin an die Erfordernisse der heutigen Zeit vorzubereiten. Das Konzil soll damit ein so wunderbares Beispiel von Wahrheit, Einheit und Liebe geben, daß es die, die vom römischen Stuhl getrennt sind, anreizt, sich dieser Einheit zu verbinden, nach der sich heute so viele sehnen: die katholische Kirche wird ihnen in mütterlicher Liebe ihre Arme öffnen.

Kardinal Tardini wiederholte nochmals, daß an einem Ökumenischen Konzil der katholischen Kirche alle Kardinäle, alle Diözesanbischöfe (auch wenn sie nur erst ernannt, aber noch nicht geweiht sind), die Prälaten und Äbte nullius, d. h. diejenigen, die einen Teil kirchlichen Gebiets mit Jurisdiktionsvollmacht verwalten, die Abt-Superioren der monastischen Kongregationen und die Generalsuperioren der exempten Ordenskongregationen teilnehmen und in ihm beschließende Stimme haben. Zu einem Konzil werden üblicherweise auch die Titularbischöfe und andere kirchliche Persönlichkeiten (Theologen, Kanonisten usw.) eingeladen; sie haben jedoch nur beratende Stimme. Ob und welche andere Personen zu dem künftigen Konzil noch eingeladen werden, ist Gegenstand von Erörterungen und wird erst durch das offizielle Dokument der Einberufung des Konzils bekanntgegeben. Die Kirche will alles tun, was sie kann, um die Bischöfe der Länder hinter dem Eisernen Vorhang auf dem Konzil zu haben oder sie zum mindesten laufend genau zu informieren.

Die getrennten Kirchen

An dieser Stelle beantwortete Kardinal Tardini die Frage, ob auch Vertreter der getrennten Kirchen zu dem Konzil eingeladen werden würden. Er sagte, die Frage werde gegenwärtig studiert. Das Konzil ist eine innere Angelegenheit der katholischen Kirche, aber es ist wahrscheinlich, daß diejenigen, die es wünschen, als Beobachter anwesend sein können. „Damit sie den Arbeiten des Konzils folgen können, sollten ihnen die wichtigsten vorbereitenden Dokumente zugeschickt werden" (nach „La Croix", 1./2. 11. 59). Nichtkatholiken werden zwar bei den Sitzungen des Konzils nicht das Wort ergreifen können. Aber es wird ihnen nicht an Gelegenheit fehlen, ihre Meinung in privaten persönlichen Kontakten zum Ausdruck zu bringen. Die Kirche wird jedenfalls keine direkten Einladungen ergehen lassen, wie es noch vor dem Vatikankonzil von 1870 gegenüber den orthodoxen Bischöfen geschah, denen diese Einladungen zugingen, da sie als rechtmäßige Nachfolger der Apostel gültig geweiht sind; sie mußten diese Einladung ablehnen, da sie sich Rom nicht unterordnen konnten. Die Einladung an die nichtkatholischen Interessenten wird diesmal dagegen nur ganz allgemein ergehen; sie wird ankündigen, daß die katholische Kirche jeden willkommen heißen wird, der anwesend zu sein wünscht. Mit dieser allgemeinen Formel will die Kirche „eine unerwünschte Form von Insistenz" vermeiden. „Wir werden sie wissen lassen, daß sie willkommen sind und daß sie mit der ihnen geschuldeten Freundlichkeit und aller nur möglichen Hochachtung behandelt werden werden. Aber sie werden keine direkte Einladung erhalten" (NCWC News Service, 2. 11. 59).

Die Laien

Auf die Frage, ob Regierungsvertreter eingeladen werden würden, antwortete der Kardinal, das werde nicht geschehen. „Die Zeiten haben sich geändert. Früher hingen auch die Kommunikationsmöglichkeiten von den Fürsten ab, jetzt hingegen kann sich die Kirche frei bewegen."

Auf die Frage, ob Laien am Konzil teilnehmen werden, antwortete Kardinal Tardini, sie würden nicht direkt teilnehmen. Aber das Thema der Bedeutung der Laien in der

Kirche werde auf dem Konzil einen breiten Raum einnehmen. Schon seit dem Eingang der ersten Antworten der Bischöfe über ihre Anliegen an das Konzil sei es deutlich geworden, daß diese Frage im Interesse der Bischöfe der ganzen Welt mit an erster Stelle stehe.

Konzil und Primat und Unfehlbarkeit des Papstes

Da von verschiedenen Seiten die Frage gestellt worden ist, welche Rolle ein Konzil noch spielen könne seit der dogmatischen Definition des Primats und der Unfehlbarkeit des Papstes, erläuterte Kardinal Tardini sodann eingehend die Bedeutung dieser beiden vom Vatikankonzil als Glaubenswahrheiten festgelegten Prädikate des Papstes und die Stellung der Bischöfe in der Kirche. Er führte aus, daß der Papst einen echten Primat der Jurisdiktion über die Gesamtkirche besitze, über Bischöfe sowohl wie Gläubige, einzeln und als Gemeinschaft. Er ist nicht nur oberster Lehrer, sondern auch oberster Gesetzgeber und besitzt die oberste Gerichts- und Strafgewalt. Aber dieser Primat schließt die Bischöfe nicht von der Kirchenregierung aus, und zwar auf Grund göttlichen Rechtes. Christus hat seine Kirche hierarchisch geordnet. Sie besteht aus dem christlichen Volk unter Leitung seiner Hierarchie, die sich in zwei Stufen gliedert: die Bischöfe als Nachfolger der Apostel und den Papst als Nachfolger Petri. Der Papst kann zwar Zahl und Auswahl der Bischöfe frei bestimmen; aber er ist gehalten, sich ihrer bei der Lenkung der Kirche zu bedienen. In der Praxis übt der Papst sein Jurisdiktionsrecht mit größter Diskretion aus und greift in die Leitung der Diözesen nur ein, wenn die Vorschriften des Rechts nicht beobachtet werden.

Unter diesen Umständen ist die Einberufung eines Ökumenischen Konzils, bei dem die Bischöfe zusammen mit dem Papst und unter seiner Autorität über wichtige Fragen des Lebens der Gesamtkirche entscheiden, unter bestimmten Bedingungen sehr nützlich und angebracht. Zu dem gleichen Ergebnis kommt man, wenn man die Lehrunfehlbarkeit des Papstes näher betrachtet: sie ist an vier Bedingungen gebunden: der Papst muß als Hirt und Lehrer der Gesamtkirche, nicht als einfacher Gelehrter sprechen; seine Entscheidung muß Glaubens- und Sittenfragen im Zusammenhang mit der göttlichen Offenbarung betreffen; die Lehräußerung muß die gesamte Kirche angehen; und die Form muß die einer letzten und endgültigen Entscheidung sein. Jede solche päpstliche Entscheidung, deren Unfehlbarkeit letzten Endes einzig auf dem göttlichen Beistand beruht, erfolgt erst nach langer Vorarbeit, bei der die Heilige Schrift, die Überlieferung, das kirchliche Lehramt und der Glaube des christlichen Volkes zu Rate gezogen werden. Hier ist der Moment, bei dem die Bischöfe der ganzen Kirche konsultiert werden (wie es etwa vor der Dogmenverkündigung der leiblichen Aufnahme Mariens in den Himmel geschah).

Der Beitrag der Bischöfe zur Leitung der Kirche

Wenn die Bischöfe zu streng dogmatischen Fragen um ihre Meinung befragt werden, so ist ihre Mitarbeit in Fragen der Disziplinarreformen noch entscheidender, denn sie steuern auf Grund ihres ständigen Kontakts mit den Gläubigen der ganzen Welt ihre tiefe Kenntnis der konkreten Probleme zur Lösung dieser Fragen bei. „Wenn man daran denkt, was die Apostolischen Vikare Afrikas, die Bischöfe der Vereinigten Staaten, des Nahen Orients, der verschiedenen Gegenden Asiens sein können, so kann man sich eine Vorstellung davon machen, daß sie das Klima der Lokalsituationen mitbringen werden, und das wird von größter Bedeutung für die Ausrichtung der Arbeiten sein." Kardinal Tardini betonte überhaupt nachdrücklich, daß den Meinungen und Anregungen der Bischöfe aufs stärkste Rechnung getragen werden würde.

Kardinal Tardini betonte dann auch den nicht zu unterschätzenden psychologischen Wert einer Entscheidung, die von allen im Konzil vereinten Bischöfen getroffen werde, und den Eindruck, den das Schauspiel ihrer Einheit auf alle, die von der katholischen Kirche getrennt sind, machen müsse.

Einige Journalisten stellten die Frage, ob man das Konzil mit einem Parlament vergleichen könne. Kardinal Tardini antwortete scherzend, da die Bischöfe dort sprächen, könne man gewiß auch von einem Parlament sprechen: „zum Glück werden sie Latein sprechen" und werden sich daher kürzer fassen! — Doch bestehen gegenüber dem Wesen demokratischer Parlamente entscheidende Unterschiede. Die Bischöfe sprechen zwar als Interpreten des Glaubensbewußtseins des christlichen Volkes, aber das Recht dazu ist ihnen mittels der Ernennung durch den Papst von Gott selber verliehen. Zudem hat das Konzil, d. h. die mit dem Papst vereinten Bischöfe, bei letzten und endgültigen Entscheidungen in Fragen des Glaubens und der Sitten die Gabe der Unfehlbarkeit. Ihm steht, außer dem Lehramt und der legislativen Macht, auch die Exekutive und Jurisdiktion zu.

Konzilspläne Pius' XII.

Kardinal Tardini bestätigte, daß auch Pius XII. bereits an die Möglichkeit eines Konzils gedacht hat. Einige vorbereitende Arbeiten sind unter seinem Pontifikat schon von einer begrenzten Anzahl gelehrter Kirchenmänner geleistet worden und können jetzt mitbenutzt werden.

Die Konzilssprache

Die Sprache des Konzils wird, wie Kardinal Tardini mitteilte, Latein sein, weil Latein die offizielle Sprache der Kirche ist und in ihr die Begriffe der Lehre und die Normen der Disziplin am klarsten, schärfsten und exaktesten ausgedrückt werden können. (Der Bericht Msgr. Glorieux' in „La Croix" vom 1./2. 11. 59 modifiziert etwas: „Es ist fast gewiß, daß es die lateinische Sprache sein wird, weil sie die im größten Teil der katholischen Kirche gebräuchliche Sprache ist; Kardinal Tardini gab zu, daß das für die orientalischen Bischöfe eine Schwierigkeit darstellen würde . . .")

Vorläufig wird nicht an eine Simultanübersetzung mit Kopfhörern gedacht, weil in Glaubensdingen ein schlecht wiedergegebenes oder nicht ganz exaktes Wort Verwirrung stiften könnte, wie es schon früher in der Geschichte der Kirche vorgekommen ist.

Die vorbereitenden Arbeiten

Nachdem Kardinal Tardini so zuerst eine Reihe von gleichsam grundlegenden Fragen über die Organisation der Kirche und dann eine Reihe speziellerer Fragen über die Bedeutung und Ordnung des künftigen Konzils beantwortet hatte, befaßte er sich als letztes mit einer Reihe von Fragen über den mehr technischen Aspekt der Vorbereitung des Konzils.

Die Vorarbeiten beginnen, wie man weiß, damit, daß die

Wünsche und Meinungen aller katholischen Bischöfe der ganzen Erde, der Apostolischen Nuntien und Delegaten, der Äbte nullius, der Apostolischen Administratoren und Exarchen, der Generalsuperioren der exempten und nichtexempten Ordenskongregationen und der Apostolischen Vikare und Präfekten eingeholt werden. Es sind keine Fragebogen ausgesandt worden, sondern jeder kann seine Wünsche frei äußern. Um dazu aufzufordern, sind rund 2700 Briefe ausgesandt worden. Bis zum Tage der Pressekonferenz waren mehr als 1600 Antworten eingetroffen; 80 % der residierenden Bischöfe hatten bereits geantwortet. Im einzelnen liegen Antworten vor von 80 % der italienischen, 100 % der spanischen, 94 % der französischen Bischöfe. 20 von den 26 deutschen, die Hälfte der 30 polnischen Bischöfe und 15 polnische Weihbischöfe haben bereits geantwortet. Fast alle drücken ihre Freude darüber aus, sich völlig frei über alles, was ihnen am Herzen liegt, äußern zu können. Die römischen Kongregationen haben interne Studienkommissionen konstituiert, um die ihren Bereich betreffenden Fragen zu sichten und für eine Diskussion auf dem Konzil vorzubereiten. Auch von allen kirchlichen und katholischen Universitäten werden Antworten erwartet, doch ist ihnen ein späterer Termin, der 30. April 1960, gestellt worden — in Anbetracht des wissenschaftlichen Charakters ihrer Fragestellungen.

Dieses ganze Material muß nun zunächst von der vorvorbereitenden Kommission gesichtet, geordnet und katalogisiert werden. „Die Vor-vorbereitende Kommission hat die Pflicht, unter all den Vorschlägen diejenigen auszuwählen, die ihrer Meinung nach die dringendsten und die für die gewünschte Erneuerung der Kirche geeignetsten sind. Ist das geschehen, so wird dies Material dem Papst vorgelegt. Es ist dann Sache des Papstes, die Themen des Konzils im einzelnen zu bestimmen. Erst dann können die eigentlichen Vorbereitenden Kommissionen eingesetzt werden." Genaues läßt sich über diese Kommissionen heute noch nicht sagen. Es wird theologische und kirchenrechtliche Kommissionen geben, in denen Prälaten, Theologen und Kanonisten aller Nationen sitzen und über Fragen des Dogmas, der Sitte, der Liturgie usw. beraten werden; daneben jedoch auch solche mit bescheideneren, jedoch nicht minder wichtigen Aufgaben technischer Art: für die gesamte Organisation, die Unterbringung usw. Zur Beruhigung der Journalisten versicherte der Kardinal, es werde auch ein Pressebüro geschaffen werden, um schnelle und zuverlässige Information zu gewährleisten (er fügte lächelnd hinzu, zu dieser Frage habe er schon Anregungen aus Amerika erhalten).

Zeitpunkt des Konzils

Immerhin werden die Vorbereitungen, trotz der großen Erleichterungen, die die modernen Verkehrsmittel und die Schnelligkeit der Nachrichtenübermittlung gewähren, eine lange Zeit brauchen. Kardinal Tardini hält drei Jahre für das Minimum; es könne aber auch sein, daß daraus vier und fünf Jahre würden. Über den Termin des Zusammentretens des Konzils kann also noch nichts gesagt werden. Man rechnet mit ungefähr tausend Teilnehmern an den Sitzungen. Es ist der Wunsch des Papstes, daß die schriftliche Vorbereitung so weit vorangetrieben wird, daß die eigentlichen Konzilssitzungen nicht mehr allzuviel Zeit in Anspruch nehmen und die Bischöfe nicht allzulange von ihren Diözesen fernhalten werden.

Personaländerungen und Kardinalsernennungen

Beim Heiligen Offizium, der höchsten und wichtigsten Behörde der römischen Kurie, deren Präfekt stets der Papst selber ist, sind einige wichtige Personalveränderungen vorgenommen worden. Sie hängen damit zusammen, daß Giuseppe Kardinal Pizzardo, seit 1952 Sekretär des Heiligen Offiziums, auf Grund seines hohen Alters von diesem Amt entbunden wurde. Kardinal Pizzardo, Bischof von Albano, gleichzeitig auch Präfekt der Seminarienkongregation und Mitglied der Kardinalskommission für die Vatikanstadt (diese Ämter behält er bei), ist bereits 82 Jahre alt. Der „Osservatore Romano" teilte am 22. Oktober mit, daß zu seinem Nachfolger Alfredo Kardinal Ottaviani ernannt worden ist, der bisher Prosekretär bei der gleichen Kongregation war und als solcher bereits seit Jahren die tatsächliche Leitung dieses Amtes in Händen hatte. Wenige Tage später wurde Msgr. Pietro Parente, Erzbischof von Perugia und Präsident der Kommission für kulturelle Fragen bei der italienischen Bischofskonferenz, zum Assessor des Heiligen Offiziums ernannt.

Bei der entscheidenden Rolle, die das Heilige Offizium in der Leitung der Kirche spielt, erhebt sich die Frage, was diese Ernennungen bedeuten. Sie bedeuten zweifellos zunächst (wie z. B. Msgr. Glorieux in „La Croix" oder der Kommentar des „Corriere della Sera" betonen), daß Papst Johannes XXIII. seine Absicht weiterführt, die Struktur der Kurie, die in den letzten Jahren Pius' XII. durch Personalausfall und Zusammenlegung von Ämtern von ihrem überlieferten Aufbau abgewichen war, wieder zu normalisieren und auch dem Heiligen Offizium seine normale personelle Struktur zurückzugeben. Seit Msgr. Alfredo Ottaviani, damals Assessor des Heiligen Offiziums, im Jahre 1953 die Kardinalswürde und den Titel eines Prosekretärs zugeteilt erhielt (während Kardinal Pizzardo noch die Beschlüsse der Kongregation mit seinem Namen zeichnete), war der Posten des Assessors, normalerweise der zweitwichtigste der Kongregation, unbesetzt geblieben. Die höchsten Ämter des Heiligen Offiziums sind jetzt wieder normal besetzt.

Eine zweite Frage betrifft die Persönlichkeiten, die mit diesen Ämtern betraut worden sind. Kardinal Ottaviani gehört dem Heiligen Offizium seit 23 Jahren an. Sowohl als Assessor vor 1953 wie auch als Prosekretär ist er durch lange Jahre bereits die Seele des Heiligen Offiziums gewesen, und die Entscheidungen dieser Kongregation in all diesen Jahren kennzeichnen seinen Geist. Er vertritt konservative Tendenzen und wird zugleich von dem kleinen Volk des römischen Armenviertels Trastevere, aus dem er selber stammt, heiß geliebt und verehrt. Auch Msgr. Parente gilt als konservativ.

Bei Redaktionsschluß erreicht uns die Nachricht von einer weiteren bedeutsamen Umbesetzung in der Kurie: Kardinal Tisserant wurde als Sekretär der Ostkirchenkongregation durch Amleto Kardinal Cicognani ersetzt. Ferner wurde die Ernennung von acht Kardinälen bekanntgegeben, die wir vorerst hier nur registrieren können (Konsistorium am 14. Dezember 1959):

P. Augustin *Bea* SJ (Professor am Päpstlichen Bibelinstitut, Beichtvater Papst Pius' XII.), Msgr. William T. *Heard* (Dekan der Sacra Rota Romana), P. Arcadio *Larraona* CMF (Sekretär der Religiosenkongregation), Erzbischof Paolo *Marella* (Apostolischer Nuntius in Frankreich), Erzbischof Albert G. *Meyer* von Chicago, Msgr. Francesco *Morano* (Sekretär des Obersten Gerichts-

hofes der Apostolischen Signatur), Erzbischof Aloysius *Muench* (Apostolischer Nuntius in Deutschland), Erzbischof Gustavo *Testa* (Apostolischer Nuntius in der Schweiz).

Aus Süd- und Westeuropa

Ankündigung des Datums für die römische Diözesansynode

Papst Johannes XXIII. hat durch einen vom Christkönigsfest, dem 25. Oktober 1959, datierten und am 28. Oktober, dem Jahrestag seiner Wahl, veröffentlichten Brief an Erzbischof Traglia, Stellvertretenden Vikar der Stadt Rom und Präsidenten der Kommission für die Vorbereitung der römischen Diözesansynode, das Datum der Eröffnung dieser Synode bekanntgegeben. Sie ist auf den 25. Januar 1960 festgelegt worden, also genau auf den Jahrestag der ersten Ankündigung der „drei großen Ereignisse": der Diözesansynode des Bistums Rom, des Ökumenischen Konzils und der Neubearbeitung des Kanonischen Rechts (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 387). Der 25. Januar ist das Fest der Bekehrung des Apostels Paulus und der Schlußtag der Gebetswoche für die Wiedervereinigung im Glauben.

Der Brief des Heiligen Vaters

Der Text des Briefes des Heiligen Vaters an Erzbischof Traglia lautet:

„Zu Beginn der neuen Aufgaben, zu denen Uns die Vorsehung berufen hat, standen als erstes zwei konkrete Pläne guter Hirtenarbeit vor Uns: das Ökumenische Konzil für die Gesamtkirche und die römische Synode für Unsere geliebte Diözese.

Unmittelbarer zu verwirklichen und leichter vorzubereiten war die Diözesansynode. Wie Wir schon zu erklären Gelegenheit hatten, ist sie von größtem Interesse, zunächst für die Stadt Rom, die von ihren christlichen Anfängen an ehrwürdig und heilig und jetzt durch das rasche Wachsen der Stadt für neue religiöse Erfordernisse aufgeschlossen ist, so daß, was in der Vergangenheit überflüssig erscheinen mochte, heute nicht nur berechtigt, sondern notwendig ist.

Wir haben Uns daher entschlossen, anzukündigen, daß die feierlichen Sitzungen dieses großen und ungewöhnlichen Ereignisses am 25. Januar 1960 beginnen können. Und Wir haben heute morgen in Unserm Gebet erwogen, daß sich, um dieser Mitteilung Würde und Bedeutung zu geben, kein günstigerer Tag finden könnte als das heutige Fest des Königtums Christi, den Wir bei der Übernahme des Obersten Hirtenamtes als Richter, Gesetzgeber und König grüßten: ‚Dominus iudex noster: Dominus legifer noster: Dominus rex noster'.

Seit mehreren Monaten verfolgen Wir aus nächster Nähe die hingebende Arbeit zur Vorbereitung der Synode, die die Kommission und die acht Unterkommissionen in bewunderungswürdigem Einsatz, hoher Einsicht und in erbaulichem priesterlichem Eifer leisten. Dies alles flößt Unserm Herzen das größte Vertrauen in den glücklichen Erfolg der außerordentlichen Bestätigung religiöser Vitalität ein, die für Rom einen unvergeßlichen Glanz himmlischer Gnaden bedeuten wird.

Drei Monate liegen noch vor uns. Es versteht sich von selbst, daß sie für alle eine Intensivierung innigsten und vertrauensvollsten Gebets bringen sollen. Dann wird die Gnade des Herrn, die durch so viele Kanäle geleitet wird, die Seelen, die Familien, die Institutionen der Diözese erreichen und Früchte gegenseitiger Erbauung, Früchte der Brüderlichkeit und des Friedens tragen.

Wir möchten Ihnen anvertrauen, Ehrwürdiger Bruder, daß Wir seit dem Beginn der ersten Arbeiten für die Synode am Horizont etwas wie das Heraufziehen eines strahlenden Tages wahrnahmen. Der Widerhall, den Wir in allen Herzen fanden, steigerte noch Unsere Freude angesichts der Vorarbeiten, die in der steten hochherzigen Bereitschaft geführt wurden, aus den Stimmen der Zeit, in der wir leben, alles herauszuhören, was geeignet sein kann, die Formen und Mittel des pastoralen Wirkens den modernen Verhältnissen immer mehr anzupassen.

Als Unterpfand der himmlischen Gaben und zur Bestätigung Unseres besonderen Wohlwollens erteilen Wir Unserm geliebten und hochwürdigen Kardinalvikar, Ihnen, Ehrwürdiger Bruder, und allen Priestern des Welt- und Ordensklerus, den Ordensbrüdern und -schwestern und Unserm geliebten römischen Volk den glückbringenden Apostolischen Segen."

Gebetsaufruf des Kardinalvikars von Rom

Gleichzeitig mit diesem Schreiben des Heiligen Vaters wurde ein Aufruf Kardinal Micaras, des Generalvikars von Rom, an die Gläubigen der Diözese Rom veröffentlicht, in der es heißt:

„Vor einem Jahr, geliebte Gläubige von Rom, jubelten wir alle bei der feierlichen Verkündigung, daß die Kirche einen neuen Obersten Hirten habe, und in kindlicher Ergriffenheit sprachen wir zum erstenmal den Namen aus, der uns in kurzer Zeit so vertraut und so teuer werden sollte.

Wir fühlten damals von der ersten Segensbotschaft an, die er unmittelbar an das römische Volk richten wollte, wieviel Hirtensorge im Herzen des neuen Papstes für seine Diözese lebte, wieviel Wärme für seine nächsten und geliebtesten Kinder. Bald kamen Beweise, die die kindliche Ahnung jener Tage bestätigten. Johannes XXIII. bewies, mitten in der ‚Sorge für alle Kirchen', mit Wort und Tat, daß er der Diözese Rom, deren Bischof zu sein er sich mit Freuden und mit Verantwortungsgefühl bewußt war, ganz besondere Sorgfalt zuwenden wollte.

Der feierlichste und bedeutungsvollste Akt dieser Hirtensorge war der Entschluß, die Diözese zu der ernsten Aufgabe einer Synode aufzurufen ... Heute, nach neun Monaten seit jenem Tag, der Klerus und Volk von Rom mit so viel Hoffnungen erfüllte, hat der Heilige Vater das Datum für den Beginn ‚der feierlichen Sitzungen dieses großen und ungewöhnlichen Ereignisses' festgelegt ...

Mehrmals haben wir euch zu Gebet und zu guten Werken aufgerufen, um den göttlichen Beistand und Segen auf ein so wichtiges Werk herabzurufen ... Für den Monat Oktober, der jetzt zu Ende geht, haben wir euch ermahnt, von der Muttergottes ‚Salus Populi Romani' die glückliche Erfüllung der Erwartungen und Hoffnungen zu erflehen, die wir für unsern ehrwürdigsten Bischof, den Heiligen Vater, und für uns alle mit ihm in die bevorstehende Feier der Synode setzen.

Wiederum seid ihr mit hochherziger Hingabe dieser Einladung nachgekommen. Doch jetzt, da das Datum für das große religiöse Ereignis festgelegt ist und kaum drei Monate uns noch davon trennen, glauben wir, daß es überflüssig ist, euch nochmals zum Gebet zu ermahnen ... Euer Eingehen auf die Wünsche des Heiligen Vaters ist

bis jetzt Ursache großen Trostes für ihn gewesen: möge in jedem von euch und in der ganzen Diözese, je näher das Datum des 25. Januar rückt, die Bereitschaft wachsen, morgen schon eifrig und bereitwillig jene Anordnungen auszuführen, die der Heilige Vater euch durch die Diözesansynode geben wird . . ."

Herbstversammlung der italienischen Bischofskonferenz

Vom 13. bis 15. Oktober 1959 tagte in Rom die Herbstversammlung der italienischen Bischofskonferenz. Dieses Gremium, das sich aus den acht Kardinalerzbischöfen Italiens, den Erzbischöfen, die den kirchlichen Regionen Italiens vorstehen und die rund 300 italienischen Bischöfe vertreten, dem Apostolischen Nuntius bei der italienischen Regierung, dem Militärbischof, dem Generalassistenten der Katholischen Aktion Italiens und dem Ständigen Sekretär der Bischofskonferenz, insgesamt ungefähr 20 Prälaten, zusammensetzt, hat auch früher schon in regelmäßigen Zusammenkünften gearbeitet, ist jedoch fast nie an die Öffentlichkeit getreten (eine Ausnahme bildete die Erklärung vor den Wahlen vom 25. Mai 1958; vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 400). Die Bedeutung der italienischen Bischofskonferenz hat sich jedoch grundsätzlich dadurch geändert, daß Papst Johannes XXIII. ihr bzw. den einzelnen Ordinarien die Katholische Aktion Italiens unterstellt hat, die vorher unmittelbar dem Papst unterstand (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 225). Seitdem kürzlich der bisherige Präsident der italienischen Bischofskonferenz, Kardinal Fossati von Turin, aus Altersgründen von diesem Amt entbunden worden ist und an seine Stelle Kardinal Siri von Genua trat, der zugleich auch Präsident der Bischofskommission für die Katholische Aktion Italiens ist, tritt die Bedeutung dieser Neuordnung für das Leben der italienischen Diözesen auch geradezu sinnfällig hervor.

Die neue Rolle, die der Diözese hiermit im religiösen Leben Italiens zugeteilt worden ist — in Wahrheit die Rückgabe ihrer normalen Funktionen, wie sie sie auch in allen anderen Ländern der Christenheit ausübt —, führte auf der diesjährigen Herbsttagung zunächst dazu, daß fünf Studienkommissionen eingesetzt worden sind, die sich um die verschiedenen Bereiche des kirchlichen Wirkens zu kümmern haben. Es sind: 1. die Kommission für pastorale Arbeit unter dem Vorsitz von Kardinal Lercaro von Bologna; 2. die Kommission für katechetische Arbeit unter dem Vorsitz Kardinal Urbanis, Patriarch von Venedig; 3. die Kommission für kulturelle Arbeit unter dem Vorsitz Erzbischof Parentes von Perugia, der kürzlich zum Assessor im Heiligen Offizium ernannt worden ist (vgl. ds. Heft, S. 106); 4. die Kommission für Caritas und soziale Fragen unter dem Vorsitz von Kardinal Castaldo von Neapel und 5. die Kommission für Freizeitgestaltung unter dem Vorsitz Erzbischof Amicis von Modena.

Jeder der Teilnehmer an der Konferenz hatte einen ausführlichen Bericht über die gesamte Lage in seiner Region mitgebracht; diese Berichte sind später an den Kardinalstaatssekretär Tardini weitergeleitet worden.

Themen der Tagung

Im Verlauf der Sitzungen sind zahlreiche Themen behandelt worden, solche rein pastoraler und religiöser Art, doch auch solche der konkreten gegenwärtigen Situation in den verschiedenen Gegenden des Landes. Auch das Thema der politischen Lage wurde behandelt. Die Kardinäle und Erzbischöfe Italiens beklagten vor allem tief die Bitterkeit und Heftigkeit, mit der die verschiedenen Strömungen innerhalb der Democrazia Cristiana, der großen christlichen Sammelpartei Italiens, sich am Vorabend ihres Parteikongresses gegenseitig angegriffen haben, und wiederholten dann auch in ihrer Schlußerklärung mit Nachdruck ihre Mahnung zur Einheit, die sie auch früher schon vorgebracht haben (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 400).

In der ausführlichen Erklärung, die die Bischofskonferenz diesmal, im Gegensatz zu früherem Brauch, nach Beendigung ihrer Tagung herausgegeben hat, wendet sie sich nacheinander an die verschiedenen Gruppen und Schichten, aus denen sich eine Diözese zusammensetzt: zunächst an den Klerus, dem sie hohes Lob erteilt, dem sie jedoch auch das Beispiel des Pfarrers von Ars vorstellt und den sie ermahnt, sich „vor den Listen, Einflüssen und Versuchungen des heute so verbreiteten laizistischen Geistes" zu hüten.

Die Katholische Aktion und die anderen im Dienste der Kirche arbeitenden Laienorganisationen werden dem gläubigen Volk wärmstens empfohlen. Ganz besonders wendet sich die Erklärung an die Christlichen Arbeitervereine Italiens, die ACLI; sie wünscht den christlichen Arbeitern, daß sie sich „dank ihrer kindlichen Anhänglichkeit an die Hierarchie, durch die sie vor allen Gefahren des Irrtums und des falschen Urteils bewahrt werden, von den ewig gültigen Grundsätzen leiten lassen und aus Glauben und Gnade die sanfte Kraft schöpfen, die Hindernisse zu überwinden, so daß sie dem Tag nicht mehr ferne sind, an dem sie die Aufgabe der Führung in der Arbeiterwelt übernehmen können".

Ein weiteres Arbeitsthema, das in der Schlußerklärung einen Niederschlag gefunden hat, bildete die Schulfrage, die ja in Italien, dem Land mit einem — zumal im Süden — immer noch weitverbreiteten Analphabetismus oder Halbanalphabetismus, besonders dringlich ist und auch vom Parlament immer wieder aufgegriffen wird. Die italienischen Bischöfe, die immer schon für Unterrichtsfreiheit, d. h. für die Zulassung und Vollgültigkeit katholischer Schulen neben den staatlichen, gekämpft hatten, fordern jetzt auch finanzielle Unterstützung von Staats wegen, um ihr Schulsystem allen Volksschichten zugänglich machen zu können (wie es ähnlich auch in Frankreich und in Belgien gefordert wird und z. T. durchgeführt ist).

Zum Schluß der Erklärung wünscht sich der Episkopat noch eine weitere Verbreitung der katholischen Presse und die Verteidigung der öffentlichen Sittlichkeit durch alle Gläubigen.

Audienz bei Papst Johannes XXIII.

Am letzten Tag der Bischofskonferenz wurden die Teilnehmer an der Tagung vom Heiligen Vater in einer ganz privaten und intimen Audienz in seiner Privatbibliothek empfangen. Nicht einmal Kardinalstaatssekretär Tardini war dabei anwesend. Man hat daher scherzend gesagt, dies sei gar keine Audienz gewesen, sondern eine letzte Sitzung, an der auch der Bischof von Rom teilgenommen und mit seinen italienischen Konfratres seine römischen Sorgen besprochen habe. Nach einer Begrüßungsanrede des Episkopats und einer kurzen Ansprache des Papstes unterhielt dieser sich freundschaftlich mit den einzelnen Teilnehmern.

Tagung des Generalrats der Katholischen Aktion Italiens

Kurz vor der Herbstversammlung der italienischen Bischofskonferenz tagte vom 3. bis 4. Oktober in Rom der Generalrat der Katholischen Aktion Italiens. Es war die erste Tagung seit der Neuorganisierung der Katholischen Aktion Italiens im Juni dieses Jahres und der Ernennung der neuen Leitung (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 516). Zweck der Zusammenkunft war die Prüfung der religiösen und moralischen Lage in Italien und die Aufstellung von Richtlinien für die neue Arbeit.

Anläßlich dieser Tagung wurde dem Generalrat ein Schreiben Kardinalstaatssekretär Tardinis überreicht, durch das das bisherige Statut der Katholischen Aktion Italiens um fünf Artikel erweitert wird. Dadurch sind die im Juni getroffenen Neuerungen nunmehr auch statutenmäßig festgelegt worden. Die neuen Artikel besagen, daß die Katholische Aktion Italiens in Zukunft unter der obersten Leitung der italienischen Bischofskonferenz (nicht mehr der des Papstes) steht. Die bisher bestehende Bischofskommission für die oberste Leitung der Katholischen Aktion bleibt bestehen, verliert jedoch ihren autonomen Charakter und wird eines der Organe der italienischen Bischofskonferenz. Ihre personelle Zusammensetzung bleibt unverändert. Der Zuständigkeitsbereich der Bischofskommission für die Katholische Aktion Italiens ist dagegen erweitert worden: zu ihrem Ressort gehört künftig nicht mehr nur die Katholische Aktion im eigentlichen Sinne, sondern auch die Tätigkeit aller anderen in Italien bestehenden Organisationen des Laienapostolats. Der Vorsitzende der Kommission (gegenwärtig Kardinal Siri) oder in seiner Vertretung der Sekretär hat nicht mehr, wie bisher, dem Papst, sondern in erster Linie der Bischofskonferenz Bericht zu erstatten. Der Heilige Stuhl hat sich jedoch das Recht vorbehalten, den Vorsitzenden und den Sekretär der Katholischen Aktion Italiens selbst zu ernennen.

13. Internationale katholische Gespräche von San Sebastián: Die Kollektivsünde

„Le Péché Collectif" war das Thema der XIII. Conversations Catholiques Internationales in San Sebastián (7. bis 12. 9. 59), an der eine Reihe von Wissenschaftlern aus Spanien, Frankreich, Deutschland, England und Italien teilnahmen. Theologen, Soziologen, Historiker und Juristen hatten ihre Thesen vor der Tagung bereits eingereicht, um dem kurzen Referat und der Diskussion Stellungnahme und Ansatzpunkte zu diesem schwierigen Thema zu ermöglichen. Carlos *Santamaría*, Hauptinitiator dieser und der bisherigen Tagungen, leitete die Gespräche und verhalf ihnen zu einem Erfolg, der sich allerdings weniger in fertigen Definitionen niederschlug, als in der Durchdringung der mit Kollektivsünde und Kollektivschuld zusammenhängenden Probleme und der Konfrontierung oft sehr gegensätzlicher Standpunkte.

Kollektivsünde — Kollektivschuld: Beide Begriffe sind suspekt und die damit gemeinte Sache, so bekannt sie zu sein scheint, schwer zu fassen. Von Sünde wie Schuld kann man zunächst nur in bezug auf den einzelnen sprechen. Individuelle Sünde und individuelle Schuld kennzeichnen die Situation des Menschen, der für sein Handeln verantwortlich ist. Und vollends ist das Gewissen der Gerichtshof des Einzelmenschen, vor den er sich wegen seiner Taten gerufen sieht. Offenbar kann man darum dem Gebrauch von „Kollektivsünde" und „Kollektivschuld" nur in übertragener Bedeutung zustimmen, und man ist gezwungen, beide Begriffe jeweils auf die individuelle Ausgangslage zurückzuführen. Schließt daher nicht das Wesen von Sünde und Schuld die Zusammenstellung mit „kollektiv" aus?

Sünde als individuelle Tat

Einer solchen Sicht schienen die Erwägungen von P. *Sagüés* in seinem grundlegenden philosophischen Referat über den „analogen Gebrauch des Begriffes Sünde im Ausdruck Kollektivsünde" und die der Moraltheologen zunächst recht zu geben. Sünde ist immer die des Einzelmenschen. Er ist vom Gebot Gottes abgefallen, hat sich bewußt außerhalb des göttlichen Gesetzes gestellt. In seinem individuellen Sein als Person ist er durch diese Sünde betroffen, und die Schuld vor Gott stellt sich ihm in seinem Gewissen dar. Die klassische Konzeption der Moraltheologie — ohne daß die Problematik der Erbsünde als schuldhaften Zustands aller Menschen seit der Sünde Adams daran etwas ändert — bezieht sich auf die individuelle Tat der Einzelperson und kennt keine Kollektivschuld oder Kollektivsünde, die nicht vom einzelnen abhängen würde. Auch der Wortgebrauch zeigt nur einen analogen oder metaphorischen Sinn dieser Begriffe auf, da Kollektivsünde als solche eigener Art unter Absehen von der individuellen Sünde nicht faßbar ist.

Der historische Charakter der „Kollektivschuld"

Von diesem individuellen Ausgang aus kommt man in der Erörterung nicht weiter. Von vornherein sah man diese traditionelle Schwierigkeit und legte den Schwerpunkt der Gespräche auf drei andere Bereiche: Analyse der Kollektivsituation des auserwählten Volkes; soziologische Aspekte des Problems der Kollektivsünde und der Kolektivschuld; beide Begriffe im öffentlichen Leben, der Politik, und im Urteil des Strafrechts und des Völkerrechts.

Ohne damit der Schwierigkeit einer auf Individuum und Person bezogenen Ethik und Moral auszuweichen, sah man sich zunächst in die historische Wirklichkeit versetzt, sah sich inmitten kollektivierender Erscheinungen der heutigen Gesellschaft und führte sich auch wieder die Schuldproblematik vor Augen, die, bereits nach dem ersten Weltkrieg um das deutsche Volk entstanden, nach diesem Krieg ein unübersehbarer Diskussionsgegenstand geworden war. Aber Schuld und Sünde sind ja nicht Wirklichkeiten derselben Art wie Krieg oder völkerrechtliche Verträge, sondern jene geben diesen erst den anthropologischen Beziehungsraum und nehmen sie damit aus der Reihe bloßer Naturereignisse und bloßer Fakten heraus. Die Gespräche von San Sebastián führten zu dem historischen Faktum „Kollektivsünde" und „Kollektivschuld" — und dieses Faktum gibt es ohne Zweifel —, um nach dessen Darstellung die eigentliche anthropologische Wirklichkeit oder Unwirklichkeit herauszufinden. Und niemand, der mit Bewußtsein die geistige Situation des marxistisch „verwalteten" Weltteils von heute betrachtet, macht sich Illusionen darüber, daß es mit der einfachen Ablehnung kollektiver Situationen und auch einer daraus vielleicht resultierenden sogenannten Kollektivsünde und Kollektivschuld von einer einseitigen personalistischen Ethik und Moral aus bereits getan ist. Niemand verkennt, daß er mit einer bestimmten menschlichen Gemeinschaft, sei es Volk oder sei es Klasse oder auch einer solchen der

Gläubigen, in Schuld fallen kann, zu der er Stellung nehmen muß, wo er sich entscheiden muß, um nicht persönlich schuldig zu werden.

Das Beispiel Israel

Prof. *Guillet*, Lyon, gab in seiner Analyse des Volkes Israel das Bild einer einmaligen kollektiven Berufung und kollektiven Schuld. Diesem Volk enthüllt Gott sein Gesetz, diesem Volk versprach er eine Zukunft besonderer Art im göttlichen Weltplan, und mit der Treue dieses Volkes rechnet Gott, um diesen seinen Plan zu verwirklichen.

Hier hilft nicht die Erkenntnis weiter, das Alte Testament sei noch in primitiverem kollektivem Denken befangen, und erst das Neue Testament gewinne die individuelle Basis des Menschen vor Gott; hier ist im Gegenteil gerade die Einsicht zu gewinnen, daß auch das Neue Testament nicht Sünde und Schuld der Menschheit vom einzelnen wegnimmt, sondern gerade seine am Beispiel des Kreuzestodes Christi gewonnene individuelle Verantwortung den einzelnen befähigt, dieser Menschheit verbunden zu bleiben, wie Christus, der an ihrer Sünde keinen Anteil hat, ihr gerade durch seinen Tod verbunden bleibt.

Die „Schuld" der Kirche

Sicher ist der Fall des Volkes Israel einzigartig, und es gibt nach ihm mit der Menschwerdung Christi kein „auserwähltes" Volk mehr. Keine menschliche, natürliche Gemeinschaft, keine Rasse ist privilegiert, keine anderen übergeordnet eines göttlichen Heilsplanes wegen. Aber was das auserwählte Volk im Alten Testament für den göttlichen Heilsplan darstellt und wo es als Ganzes versagt, das stellt nach dem Leben und Sterben Christi die Kirche dar. Sie ist die Fortführung der auserwählten Gemeinschaft, und sie hat die Bestimmung, die ganze Menschheit zu umfassen. Der Christ, Glied dieser Kirche, ist unaufhebbar persönlich verantwortlich für seinen Anteil am Kreuzestode Christi und für dessen Fortwirken in der Kirche. Aber Gleichgültigkeit, Passivität, bloßes äußeres Mittun machen ihn mitschuldig an der geringeren Wirklichkeit dieser Gemeinschaft. Diese innerliche Art der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der in Christus Wiedergeborenen innerhalb der Kirche bestimmt seinen Anteil an ihrer Wirksamkeit und ihrem Versagen und zeigen eine Verbindung auf, die zwischen individuellem und kollektivem Aspekt von Sünde und Schuld besteht.

P. Ignacio *Tellechea* verwies in späteren Ausführungen über den in Deutschland kaum bekannten seligen Johannes von Ávila, einen spanischen Historiker des 16. Jahrhunderts, auf dessen Denkschrift zum Konzil von Trient („Ursache und Heilmittel der Häresie"). Sie wirkt wie eine historische Illustration des oben Gesagten: nicht die Protestanten und deren „Schuld" sind in diesem Buch so sehr behandelt als die Glieder der Kirche, auf die in ihrer Gesamtheit das zurückfällt, was — wenn auch nur in manchen Teilen — an Glaubenseifer, an Bedingungslosigkeit für das Heilswerk Gottes und für die Ausbreitung der Kirche Halbheit geblieben war. Die Kritik des Übels von seiten der Kirche kann nur zutreffen und helfen, wenn es nicht nur um individuelle Schuld geht, sondern deren Verwirktheit mit der ganzen Gemeinschaft der Gläubigen erkannt und ernst genommen wird.

Der Aspekt der Soziologen

Hatten schon diese historischen Situationen die Wirklichkeit einer kollektiven Schuldlage so herausgestellt, daß die Entscheidung des einzelnen sich nicht auf einer isolierten Insel abspielt, sondern mit der Existenz der Gemeinschaft unlösbar verbunden ist, so brachte H. *Carrier* SJ als Soziologe das Kollektivproblem als das des heutigen Individuums noch mehr in den Blick und zwar gerade dort, wo es um die bisher nur dem Individuum zugeschriebenen Bereiche von Sünde und Schuld geht.

Daß dem Wort „kollektiv" etwas Negatives anhaftet und daß der Individualist einen gewissen Schock verspürt, wenn er mit dem „Kollektiv" zu tun bekommt, hängt neben der nivellierenden Wirkung des Kollektivs auch zum Teil mit dem überspitzten Individualismus zusammen, der gemeinschafts- und gesellschaftsfremd geworden war. Zunächst einmal gilt es zu erkennen, wo wir selbst kollektiven Reaktionen unterliegen, wo wir getragen werden von ihnen und wo wir notwendig an ihren Urteilen beteiligt sind. Neben spontanen Kollektivurteilen — meist Vorurteilen —, deren Abhängigkeit vom sozialen Milieu in den meisten Fällen schnell zu erkennen ist und neben der unbestimmten Verbreitung einer kollektiven Verantwortung oder auch einer Schuldlage, deren psychologische Bedingtheit herausgestellt werden kann, spielt vor allem das Kollektivbewußtsein eine entscheidende Rolle innerhalb der Gesellschaft wie auch innerhalb der Völkergemeinschaft.

Aber schon hier beim soziologischen Befund eines sogenannten Kollektivbewußtsein macht sich nicht nur die Rückführung auf ein persönliches Bewußtsein als Verantwortungsgrund geltend, sondern auch die Skepsis des empirischen Soziologen gegenüber einer solchen „Objektivierung" des Einzelbewußtseins; leicht würde sich der verabschiedete „objektive Geist" Hegels wieder einstellen und die empirische Soziologie teleologisch ausrichten. Trotzdem konstatiert der Soziologe Carrier die Existenz und die Macht kollektiver Gegebenheiten im geistigen Leben menschlicher Gemeinschaften, wenn sie auch immer auf das individuelle Urteil und damit auf die individuelle Verantwortung zurückbezogen werden müssen. Nur stellen die heutigen zusammenlebenden Gruppen, Rassen oder sonstige Gemeinschaften der Menschen eine soziologische Wirklichkeit eigener Art dar, die über die reale Lebenswirklichkeit ihrer Gruppenexistenz gerade infolge kollektiver Reaktionen, seien es Handlungen oder Urteile, hinausreichen.

Gerade der Christ muß erkennen, in welcher Solidarität er zum Nächsten steht und wie ihn sein Wesen — und nicht nur eine äußere Lage und Notwendigkeit — auf andere hinweist und auf andere angewiesen sein läßt. Von hier wird sein moralisches Verhalten mitbestimmt, werden seine Urteile mitgeformt, seine Gefühle entstehen aus dieser komplexen Lage: zwischen der Gruppe und mit ihr verwirkt und doch ein einzelner zu sein. Sosehr man sich hüten muß, voreilig Kollektivsünde und Kollektivschuld als existent nachzuweisen, so sicher geht man, Sünde und Schuld auch unter dem Aspekt zu sehen, wo sie in das auf Gemeinschaft mit dem Nächsten angewiesene menschliche Wesen tief eingreifen.

Überformung des Individuellen durch kollektive Kräfte

Ein Mangel dieser Gespräche war es, daß es kein „anthropologisches" Referat gab. Überall bezog man sich auf das

Wesen des Menschen, setzte eine bestimmte Anthropologie voraus, ohne daß diese klar in den Blick kam. So tat man sich auch schwer, die dogmatisch sehr gut fundierten Referate von Prof. *Zalba* SJ, Oña, und Prof. *Saurás* OP, Valencia, die nochmals den moraltheologischen Aspekt aufnahmen, in die konkrete Wirklichkeit des Menschen als Individuum *und* gesellschaftliches Wesen zu beziehen; denn nirgends wird das soziale Klima, der Beruf, die wirtschaftliche und geistige Lage des Volkes, kurz, all die Faktoren, die auf den in der Gemeinschaft lebenden Menschen wirken, problematischer in ihren Auswirkungen als in der Moral. Wie weit reicht da die persönliche Verantwortung allen wirksamen kollektiven Faktoren gegenüber, die — wie es Prof. Zalba ausführte — auf tiefgehende Weise das individuelle Bewußtsein und Gewissen beeinflussen und verändern? Die aber auch — darauf ging Prof. Saurás vor allem ein — als soziale Institution, als Gesetz objektiviert, sich oft nicht mehr mit der moralischen Grundeinstellung der Kirche in Einklang bringen lassen. Hier den Beginn in der Form eines persönlichen Versagens, einer persönlichen Schuld zu suchen, ist, im großen historischen Ablauf gesehen, fast unmöglich; und doch kann niemand von seiner individuellen Verantwortung und Entscheidung entbunden werden, so sehr kollektive Lagen alles auch zu überformen scheinen.

Verlust des Sündenbewußtseins in der modernen Welt

Man muß nur als Anschauungsunterricht die Formen heutiger Publicity vornehmen, deren schamlosen Vorgehen kein Gegenstand mehr entzogen ist und die es schwer macht, wirksam ein gesundes Urteil dagegenzusetzen. Symptomatisch ist gerade diese Form einer Kollektivaussage, die alle überschwemmt und in sich keinerlei Moralbegriffe oder Sündenbewußtsein kennt. Über diesen „Verlust des Sündenbewußtseins in der gegenwärtigen Welt" sprachen Prof. *Rovasenda* OP und Joseph *Folliet*, die beide in der Verdunklung des göttlichen Gesetzes die Ursache dieses Verlustes sahen. Prof. Rovasenda suchte diese Entwicklung an einem großen Teil moderner Literatur und Philosophie deutlich zu machen, die entweder jedes verpflichtende Gesetz ablehnt, es einfach übersieht oder auch auf wissenschaftliche Weise die Moral auflöst und eine Ideologie des „Sündenlosen" entwickelt, die sich vor allem im Bereich des Sexuellen nivellierend auswirkt. Mit Philosophen wie Sartre ging er ins Gericht, wenn sie die Freiheit des Menschen zu einer sinnlosen Verurteilung degradieren und damit jeden kollektiven Exzeß ermöglichen, da in einem solchen Individuum keinerlei Möglichkeit für das göttliche oder auch das vernünftige Gesetz existiert. Darin liegt die Auslieferung dieses Individuums an jede kollektive oder diktatorische Vergewaltigung. Doch neben psychoanalytische und existenzialistische Irrwege tritt der soziologische, der aus der Sünde gegen Gott und das ewige Gesetz nur ein Verbrechen gegen den Staat oder die Gesellschaft macht; wenn Sünde, und damit auch Kollektivsünde, in einer solchen Gesellschaft Begriffe ohne Wirklichkeit sind, so gewinnt doch gerade die Kollektivschuld hier eine unheimliche Rolle, weil sie ihrer notwendigen Verbindung mit dem freien Individuum beraubt ist. Folliet fügte dem noch entscheidende Erkenntnisse über den Verlust des Verhältnisses des Christen zur Beichte, zur Sündenvergebung, zur Reue, zur Askese und zu moralischen Regeln zu, die in der menschlichen Natur begründet sind. Die Vernebelung des moralischen Sinnes infolge des Nebeneinanders von Standesmoral, Gruppenmoral, infolge des undurchsichtigen Verhältnisses von Zivilgesetzen, Sitten und besonderen Ehrbegriffen haben zu einem Verlust der Erkenntnis des menschlichen Wesens geführt, zeigen aber nur, daß man schon vorher die Erkenntnis des geoffenbarten Gottes verloren hat und seine dauernd gegenwärtige Transzendenz nicht mehr sieht und ernst nimmt.

Der Christ verantwortlich für die ganze Menschheit

Der Christ nun, der um seine persönliche Berufung zum Heil weiß, der sie vergißt, wenn er sündigt, bleibt verantwortlich für die göttliche Berufung an die ganze Menschheit. Untrennbar ist seine persönliche Heilssituation von der der ganzen Menschheit, und er wird mitschuldig, wenn die Menschheit von dieser Berufung abfällt, wenn sie sich im Organisieren ihres eigenen irdischen Lebens erschöpft. P. *de Soras* ging auf diese Untrennbarkeit des individuellen und des kollektiven, d. h. des menschheitlichen Aspektes des göttlichen Heilsplanes ein und entwickelte daraus die Konsequenz eines Apostolates, besonders des Laien. Alles Menschliche ist fähig, geheiligt zu werden — aber ebenso auch, dem Teufel anheimzufallen. Der Ruf Gottes an den einzelnen ist für den Katholiken eine Herausforderung, diesen Ruf an die ganze Menschheit wirksam werden zu lassen, ihm so überhaupt zu entsprechen. Mit dieser Sendung ist die Forderung nach Aktivität verbunden, um der Universalität des göttlichen Heilsplanes zu entsprechen. Wer nur seinen individuellen Part innerhalb dieses Planes sehen will, vernimmt unvollkommen die der ganzen Menschheit gegebene Offenbarung Gottes und wird mitschuldig an der gottfernen Situation der heutigen Welt.

Kollektivschuld im politisch-sozialen Leben

Man kann bisher zusammenfassen: Die Lage der Menschheit und die Offenbarung Gottes wurden in ihrer vielfältigen Beziehung zueinander sichtbar gemacht. Dazwischen der einzelne, verantwortliche Mensch, der für den göttlichen Ruf an die Menschheit mitverantwortlich ist und nichts auf die Kirche oder sonst eine Gemeinschaft abschieben kann. Nun steht die Kirche in Spanien vor anderen Aufgabe als in Frankreich. Doch in beiden Ländern handelt es sich um exemplarische Situationen einer sozialen Lage gegenüber, die Mitschuld und Mitverantwortung nicht auf andere Zeitalter schieben kann. In San Sebastián kamen gerade nach dem Referat von P. Soras die auseinandergehenden Meinungen hierüber in der Diskussion zum Ausdruck (der Brief Kardinal Pizzardos zur Frage der Arbeiterpriester war gerade bekannt geworden). Der sozialen Aufgeschlossenheit der französischen Orden, die mitten im modernen Leben das „diviniser le monde" vertreten, steht eine dogmatisch stark fundierte Glaubenshaltung der Spanier gegenüber, die sozialen Experimenten der kirchlichen Missionierung abhold ist und jeder Heilserwartung, innerhalb dieser Welt verwirklicht, mißtrauisch begegnet.

Doch befindet sich der Spanier heute im allgemeinen in bezug auf seine Aktivität im öffentlichen Leben in einer heiklen Lage. Der „katholische" Staat erleichert ihm diese Aktivität nicht. Pablo *Verdu*, Santiago, ging in seinem Referat über die „Kollektivsünde im politischen Leben" vor allem auf das Problem der politischen Korruption ein; mit anderen Worten auf die Schuld, einen sozial unge-

rechten Status andauern zu lassen. Was das in einem katholischen Staat heißt, in dem jeder vom eigenen Gewissen her aktiv am Gemeinschaftsleben beteiligt sein soll, braucht nicht betont zu werden. Aber gerade hier unterstrich die Diskussion die Unmöglichkeit, daß ein Staat sich mit dem Christentum oder den Zielen der Kirche als solcher identifiziere. Scheint er das zu tun, schafft er den Boden für unlösbare Gewissenskonflikte, da der Staat sicher das „bonum commune" verwirklichen soll, jede Staatsform und die Regierenden insbesondere aber die Tendenz haben, sich mit diesem „bonum commune" identisch zu erklären, und mit allen Mitteln dann bestrebt sind, die Regierungsgewalt zu behalten. Damit fällt aber ein ganzer Staat dem Dilemma anheim, daß die soziale Wirklichkeit nicht mit der Staatswirklichkeit übereinstimmt und die soziale Gerechtigkeit unerreichbar ist. Das Problem der wirksamen Kontrolle der Macht, in Spanien das Problem der Verfassung, bleibt bestehen und ist nicht trennbar von der notwendigen politischen Verantwortung des einzelnen.

Anders liegt das Problem der Macht und damit verbunden das der Kollektivschuld im Verhältnis der Völker zueinander. Der Gebrauch der Macht steht mit dem Führen eines Krieges in unlösbarem Zusammenhang, und in keinem anderen Bereich ist so viel über Kollektivschuld geredet worden als in diesem. Vor wem wird ein Volk oder eine ganze Gruppe von Völkern oder auch nur eine Gruppe von Menschen schuldig, wenn sie einen ungerechten Krieg begonnen haben? Kann es einen Gerichtshof geben, der über Schuld — hier Kollektivschuld — eines Volkes befindet oder ist auch da nur individuelle Schuldzuerkenntnis möglich? Josef *Häußling,* Würzburg, ging auf diese Fragen im Zusammenhang mit den Lehren der großen Theologen und der spanischen Völkerrechtler, vor allem Vitorias, über Krieg und die Schuldsituation der Kriegführenden ein. Historisch boten sich in der Analyse der beiden bekannten Artikel des Friedensvertrages von Versailles (Art. 227 u. 231) und im Nürnberger Prozeß Präzedenzfälle an, die, gerade auf den eigentlichen Anklagehorizont verfolgt, das Weltgewissen oder das öffentliche Gewissen („conscience publique" wird es in der Konvention von Den Haag von 1907 genannt) als Urteilshof ausweisen sollten. Die Unbestimmtheit — nicht die Unwirklichkeit — dieser Begriffe ließ beide Versuche, zu einem Schuldspruch über ein ganzes Volk zu kommen, scheitern; als echte Einsicht ist nur geblieben, daß Kollektivhaftung und auch Kollektivverantwortung die verantwortliche Entscheidung des Einzelnen in die Gemeinschaft fordern, ob er die Taten dieser Gemeinschaft mitträgt und verantwortet. Innerhalb desselben Problemkreises machten P. *Bonichon* und José *Guallart,* Zaragoza, das Verbrechen derer deutlich, die einen Angriffskrieg beginnen; persönliche Verantwortung und persönlicher Schuldspruch sind hier unerläßlich, um jede globale Verurteilung im Interesse der Sieger und deren Machtposition zu verhindern, außer daß eine eng zusammengehörige Gruppe, die gemeinsam ihre Ziele verwirklicht und verantwortet, als solche schuldig sein kann. Allerdings ging gerade P. Bonichon auf die notwendige Garantie vorher formulierter Gesetze ein, die Ausdruck der Rechtswirklichkeit sind, auf die sich die urteilenden Richter gerade in den Verfahren berufen, wo Weltgewissen oder öffentliches Gewissen mit im Spiel ist. Guallart zeigte den Weg in internationalen Abkommen auf, den naturrechtliche Grundsätze genommen haben, bis sie den gesetzlichen Schutz der Menschheit vor verbrecherischen Angriffen in den heutigen Deklarationen der Menschenrechte mit tragen und die auch in einem internationalen Strafgesetzbuch ihren Platz finden sollen.

Der individuelle und soziale Charakter der Sünde

Kollektivsünde — Kollektivschuld: Das paradoxe Ergebnis dieser in der Fragestellung mutigen Tagung zeigt sich darin, daß in einer Zeit der „Kollektive" Sünde und Schuld zu symptomatischen Begriffen geworden sind, die sich nicht einfach mit „Kollektiv" verbinden lassen. Ihre Verankerung in der individuellen Komponente ist wesensnotwendig; aber auch die Erkenntnis der Unlösbarkeit des individuellen und „kollektiven" Aspektes stellt sich für diese Problematik heraus. Denn jede Sünde hat unbestimmte Auswirkungen in die Gemeinschaft, ist in irgendeiner Form Störung einer Ordnung und Verletzung göttlicher Gesetze; und über diese mehr oder minder deutlichen Auswirkungen der individuellen Sünde wird sie zu einer negativen Wirklichkeit der Gemeinschaft und legt den Grund zu einer kollektiven Schuldlage. Von jedem Glied der Gemeinschaft wird die Entscheidung gefordert, ob es diese gestörte Ordnung, sobald sie erkennbar ist, widerspruchslos teilt oder nicht — nur dann wird es frei von einer „Kollektivschuld". Hier aber hat sich die Unsicherheit des individuellen Gewissens, von dem jede Entscheidung auszugehen hat, als kranker Bereich innerhalb der öffentlichen Meinung von heute erwiesen. Denn Weltgewissen und Weltbewußtsein, die sich jenseits der wandelbaren öffentlichen Meinung zu echten Wirklichkeiten herausbilden und die einen Schuldspruch über eine Gruppe von verbrecherischen Menschen tragen sollen, können nur in Verbindung mit dem intakten individuellen Gewissen der verantwortlichen Person zu einem echten Maßstab werden. Die „naturalis ratio", wie Vitoria sie als Hintergrund aller Beziehungen der Völker sah, findet auf diese Weise ihre fruchtbare Konkretisierung, ohne daß sie zum Klassenbewußtsein verengt wird oder nationalen Interessen, solchen einer privilegierten Gruppe oder den Interessen der Sieger, einseitig unterworfen ist.

Dieses Thema war wie kein anderes geeignet, einen weiten Widerhall in der spanischen und französischen Öffentlichkeit zu finden, und die starke Beteiligung spanischer Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und des Klerus bewies, wie wichtig gerade solche Gespräche in Spanien sind.

Fassade und Wirklichkeit in Portugal

„Portugal war schon immer das antiklerikalste Land der Welt", schrieb die katholische Tageszeitung des Landes, „Novidades" (Lissabon, 5. 6. 59). Ein anschauliches Beispiel boten die Verfassungsberatungen in der Nationalversammlung im Juli. Die Präambel der neuen Verfassung sollte nach dem Vorschlag des federführenden Ausschusses mit dem Satz beginnen: „Die portugiesische Nation ruft getreu dem Glauben, in dem sie entstand und groß wurde, den Namen Gottes an und gibt sich durch ihre gewählten Vertreter das folgende Grundgesetz." Ein Kompromißvorschlag lautete auf folgende Formulierung: „Am Anfang ihres Grundgesetzes ruft die Nation den Namen Gottes an."

Als diese Texte am 7. Juli 1959 dem Plenum vorgelegt wurden, entstand eine förmliche Debatte, wie sie sonst nur in Parlamenten echter Demokratien üblich ist. Mehrere

Abgeordnete wandten sich gegen diese Texte, wobei sie versicherten, daß sie selbstverständlich treue Katholiken seien. Man dürfe aber den Bereich des persönlichen Glaubens nicht mit dem Bereich der Politik vermengen, müsse das Gewissen anderer respektieren usw. usw. (diese verstaubten Argumente sind bekannt). Der letzte Redner schloß mit den Worten: „Den Namen Gottes ohne eine nähere Doktrin anzurufen ist nutzlos, ja schädlich." Beide vorgeschlagenen Formulierungen wurden in namentlicher Abstimmung mit 43 gegen 37 Stimmen abgelehnt.

Das regierungsoffiziöse Blatt „Diário da Manhã" (12. 7. 59) lobte die Entscheidung der Nationalversammlung, die „vom edelsten Geist der Toleranz und des religiösen Verständnisses getragen war". „Die Anrufung des Namens kann die Idee eines Kultes erwecken, und hier beginnt natürlich die Scheidung unter den Portugiesen." — „Novidades" (11. 7. und 14. 7. 59) wandten sich gegen diese Spiegelfechtereien; man könnte Protestanten, Mohammedaner, Juden oder Hindus befragen, und sie wären sicher alle der gleichen Meinung gewesen. Die katholische Zeitung bestritt, daß die Nationalversammlung in dieser Sache wirklich das portugiesische Volk vertreten habe. Sie veröffentlichte in den folgenden Nummern eine ganze Reihe von Protesten: des Kardinalpatriarchen, des Kardinalerzbischofs von Lourenço Marques, mehrerer Bischöfe und Priester, katholischer Gruppen und prominenter Bürger. Das Diözesanblatt von Porto, „A Voz do Pastor" (11. 7. 59), brachte das lapidare Telegramm seines Schriftleiters: „Protestiere namens 50000 Leser gegen Zurückweisung Namen Gottes."

Weitere Anklagen gegen Salazar

Über die kirchenpolitische Situation in Portugal, von der das Ausland ganz falsche Vorstellungen zu haben pflegt, hat unser Beitrag im vergangenen Jahr ausführlich unterrichtet (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 344 ff.). Die Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat ist keineswegs beendet. Am 1. März 1959 richtete eine Gruppe von 45 Katholiken — unter ihnen sechs Priester — einen Offenen Brief an Salazar, in dem sie gegen politische Terrormethoden Einspruch erheben und Freiheit und Rechtsstaatlichkeit für Portugal fordern. In dieser Denkschrift, die wiederum unter der Hand im Land verbreitet wurde, heißt es unter anderem: „Die Regierung, der Ew. Exzellenz vorstehen, und das Regime, das Ew. Exzellenz verkörpern, gelten als christlich inspiriert und als Bannerträger der katholischen Kirche. Diese Tatsache, aus der das Regime unbezweifelbare Vorteile zieht — und die es manchmal über Gebühr ausgebeutet hat —, verlangt eine Unterwerfung unter die christliche Lehre, um nicht durch das katholische Gewissen der flagranten Lüge bezichtigt zu werden ... Verschiedene und ständige Anzeichen deuten darauf hin, daß die Unterdrückungsdienste des Regimes Methoden zulassen und anwenden, die ein unverbildetes menschliches Gewissen nicht hinnehmen kann und die aus christlichem Geist scharf zurückgewiesen werden müssen. Durch eine außerordentlich strenge Zensur, durch eine entsprechende Propaganda und möglicherweise auch durch die Wirksamkeit der Unterdrückungsmaßnahmen, die die Opfer selbst und die Zeugen zum Stillschweigen zwang, war es lange Zeit hindurch möglich, einen großen Teil der Nation in Unwissenheit zu lassen. Indessen trugen die Anhäufung und Verallgemeinerung der Gerüchte, einige öffentliche Verlautbarungen und das Heraustreten der Unterdrückungsgewalt aus der Verborgenheit auf die offene Straße während der vergangenen Wahlperiode dazu bei, die öffentliche Meinung zu alarmieren und weite Volksteile zu überzeugen, daß sehr schwerwiegende Dinge vor sich gehen und vor sich gegangen sind ..." Die Verfasser schildern dann eine Reihe von Terrorfällen, wie sie in zuverlässigen ausländischen Zeitschriften (Bulletin der „Internationalen Juristenkommission", den Haag, Bulletin der „Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen", Paris, „Présence Africaine", Paris) und in dem Buch „Unterdrücktes Portugal" (Rio de Janeiro 1958) veröffentlicht worden waren. Das achtseitige Schreiben schließt mit den Worten: „Die Unterzeichner haben keinerlei persönliche Ansprüche; sie fühlen lediglich die Gewissensverpflichtung, als Katholiken und von christlichen Grundsätzen aus eine breite, vollständige und endgültige Klärung der aufgeworfenen Fragen zu fordern. Sie tun es in dem Bewußtsein, daß Ew. Exzellenz eines Tages vor der Geschichte zur Verantwortung gezogen und vor allem als Mensch und Christ von Gott gerichtet wird. Wenn andere Katholiken und Ew. Exzellenz der Meinung sein sollten, die Unterzeichner hätten ihre Rechte als einfache Katholiken mißbraucht, so bleibt uns doch die Hoffnung, daß wir den Forderungen unseres Gewissens gehorcht haben — so wie es schließlich auch Ew. Exzellenz tun werden. Allein Gott wird über alle das Urteil sprechen."

Anfang Mai 1959 richteten 400 portugiesische Studenten eine Denkschrift an Salazar, in der sie ihn ersuchen, sich „zum Wohle der Universität und Portugals" aus dem öffentlichen Leben zurückzuziehen. Sie beklagen die mangelnde Autonomie der Universität, das hohe Schulgeld, das nur Kindern der Oberschicht den Besuch ermögliche, sowie die politischen Verhältnisse, die viele Professoren ins Exil getrieben und zu einem Mangel an geeigneten Lehrkräften geführt hätten. Nur unter einem Regime, das vom jetzigen völlig verschieden sei, könne die portugiesische Universität wieder unabhängig und demokratisch werden.

Verhaftungen

Die Antwort Salazars auf diese Denkschriften war eine Rede, in der er von einem „kommunistischen Komplott gegen Portugal und Spanien" sprach, sowie die Verhaftung von rund 150 Personen im Laufe der Monate März und April, davon acht Offiziere, sieben Priester und der Vorsitzende der Christlichen Arbeiterjugend (JOC). Unter den verhafteten Priestern war der Pfarrer des Lissaboner Stadtteils Almeida, P. Adriano da Silva Pereira Botelho, der an zweiter Stelle die genannte Denkschrift unterzeichnet hatte. Er hatte auf der Kanzel erklärt, die bloße Tatsache, daß man Brot und Arbeit fordert, gelte in Portugal als Verbrechen und sei Grund genug zur Einkerkerung. Über das Schicksal der Verhafteten ist seither nichts mehr bekannt geworden.

Das kirchenpolitische Hin und Her ist den Sommer über mehr oder weniger versteckt weitergegangen. Sprecher der „Nationalen Union" griffen den Bischof von Porto an (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 347 f.), der „Diário da Manhã" veröffentlichte Anschuldigungen gegen andere Priester, während die katholischen Organe immer wieder das Recht der Katholiken herausstellten, auch den portugiesischen Staat gemäß der kirchlichen Lehre einer kritischen Prüfung zu unterziehen. „Uns

scheint, daß es keine unfehlbaren Regierungen gibt, die auf die Mitarbeit des Volkes verzichten können ... Verständnis und Vertrauen zwischen Regierung und Volk kann sich nur auf die Basis von Freimütigkeit gründen, sei es nun in Fällen übereinstimmender Meinung oder bei Meinungsverschiedenheiten. Nur so können die beiden überaus unheilvollen Klippen vermieden werden: der systematische Defätismus und der bedingungslose Beifall, d. h. die schreckliche Sünde der Lobhudelei" („A Voz do Pastor", 30. 5. 59). „Aus den höheren Forderungen seines Glaubens heraus ist der Katholik verpflichtet, für eine immer gerechtere und menschlichere Sozialordnung zu kämpfen" („Novidades", 1. 6. 59). In einem Leitartikel wies „A Voz do Pastor" (4. 4. 59) die Ideen Maurras' zurück, während „Diário da Manhã" soeben dessen siebten Todestag feierte.

Der Fall des Bischofs von Porto

Wir haben im vergangenen Jahrgang geschildert, wie sich der Bischof von Porto, Dr. Antonio Ferreira Gomes, mit seiner Kritik am Regime Salazars bis an die Grenze des Möglichen vorgewagt hatte. Ende Juli 1959 verließ der Bischof — sicherlich nicht freiwillig — das Land. Das Ordinariat erklärte, dies geschehe „auf unbestimmte Zeit, vielleicht ein bis drei Monate. Er bleibt Bischof von Porto." Im September ließ ihn die portugiesische Regierung wissen, sie betrachte seine Rückkehr als nicht opportun.

Am 9. Oktober veröffentlichten alle portugiesischen Zeitungen eine kurze Mitteilung des Außenministeriums, wonach der Heilige Stuhl den Weihbischof von Porto, Florentino de Andrade e Silva, zum Apostolischen Administrator „ad nutum Sanctae Sedis" mit den Rechten eines residierenden Bischofs ernannt habe. Nähere Kommentare wurden weder vom Vatikan noch von der portugiesischen Regierung abgegeben. Das Kirchenblatt von Porto, „A Voz do Pastor", nennt den neuernannten Administrator in seinen Veröffentlichungen nirgends „Bischof", sondern nur „Herr (Senhor Dom) Florentino de Andrade e Silva" oder höchstens „Seine hochwürdigste Exzellenz".

Der Fall von Porto erinnert an einen anderen iberischen Kirchenfürsten: Kardinal Segura y Sáenz († 1957), der zunächst 1931 als Primas von Spanien durch das Freimaurerregime Alcalá Zamora als unerwünscht des Landes verwiesen und der dann 1957 als Erzbischof von Sevilla von Franco erneut ins Exil geschickt wurde.

Das Regime Salazar und Fátima

Zum erstenmal seit 1925, also zum erstenmal in der Ära Salazar, stattete im August 1959 ein portugiesischer Staatspräsident jenem Ort einen Besuch ab, der in der katholischen Welt bekannter ist als das ganze übrige Portugal. Staatspräsident Américo Deus Rodrigues Tomas war auf der Reise nach Leiria zum Empfang des äthiopischen Kaisers Haile Selassie und kam dabei zu einem kurzen Besuch in das Marienheiligtum. (Der portugiesische Thronprätendent Duarte Nuno de Bragança nimmt dagegen an allen großen Festen in Fátima teil.)

Im Oktober weihten sich in Fátima 200 Arbeiterehepaare, die ihre kirchliche Trauung nachgeholt hatten, in Anwesenheit von Korporationsminister Dr. Veiga de Macedo dem Unbefleckten Herzen Mariens. Der Minister sprach dabei über den Vorrang des Sittengesetzes vor allem Materiellen. Der regierungsoffiziöse „Diário da Manhã" brachte dazu einen kurzen Kommentar „Der Geist der portugiesischen Politik", in dem es heißt: „Als ein lebendiges Glaubenszeugnis bestätigt die Feier den geistlichen Gehalt der nationalistischen Idee, in der Portugal seit einem Vierteljahrhundert lebt." Die katholische Presse hat den Vorgang überhaupt nicht gemeldet.

Aus den Missionen

Daß die vom Heiligen Stuhl getrennten orientalischen Christen vom Verlangen nach einer wahren und vollkommenen Einheit im Glauben mit der katholischen Kirche erfüllt werden. Missionsgebetsmeinung für Januar 1960

Der Frage der Wiedervereinigung der lateinischen und der orientalischen Christenheit in der einen Mutterkirche hat die Herder-Korrespondenz stets eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt und sowohl der Chronik über die wichtigsten Ereignisse innerhalb der unierten wie der nichtunierten Kirchen als auch der wertenden Stellungnahme zu den Unionsbestrebungen einen breiten Raum gewidmet.

Im Monat Januar, dem Monat, in dem die herkömmliche Gebetsoktav zur Wiedervereinigung im Glauben (18. bis 25. Januar) Christen aller Bekenntnisse im Gebet um die Wiederherstellung der Glaubenseinheit in stets wachsendem Maße vereint sieht, pflegt auch die Leitung des Gebetsapostolats nicht nur die allgemeine, sondern auch die Missionsgebetsmeinung auf eine Frage im Bereich des Anliegens der Gebetsoktav abzustellen. Sie sah sich in diesem Jahr besonders dazu veranlaßt, da die Ankündigung der großen Ziele des Ökumenischen Konzils die orientalische Kirchenfrage in den Vordergrund des Interesses der katholischen Weltöffentlichkeit gerückt hat.

Warum interessiert die katholische Weltmission die Unionsfrage? Die Antworten darauf geben kurz und bündig die Generalstatuten des Priestermissionsbundes, in die bei der im Jahre 1937 stattgefundenen Neubearbeitung der aus dem Jahre 1926 stammenden Satzungen folgender Absatz (I, 4) aufgenommen wurde: „Darüber hinaus (d. h. über die Förderung der Missionen hinaus) bemüht sich der Priestermissionsbund, die Rückkehr aller Nichtkatholiken zur Einheit der Kirche zu fördern, da die Einung aller Christen eine Vorbereitung von großer Bedeutung zur Erlangung der Heidenbekehrung ist." Seither ist die Tätigkeit des Priestermissionsbundes für die Unionsarbeit ständig gewachsen. In manchen Ländern ist sogar die Arbeit zugunsten der Wiedervereinigung im Glauben unter dem Volke organisatorisch eng mit der kirchenamtlichen Missionsbewegung verbunden worden, wenn die Arbeitsbereiche auch säuberlich getrennt blieben.

Missions- und Unionsaufgabe

Unter den Missionswissenschaftlern besteht nun keine Einigkeit darüber, inwieweit die Aufgabe der Wiedergewinnung der Schismatiker und Häretiker als Missionsaufgabe (wenigstens im „uneigentlichen" Sinne) angesprochen werden kann. Wenn man den Begriff „Mission" in dem weitesten Sinne der Sendung der Kirche faßt, die alle Menschen unter einem Hirten in einer Herde vereinigen soll, so ist selbstverständlich die Wiedergewinnung der von der Einheit der Leitung oder des Glaubens Getrennten auch eine „Missionsaufgabe" der einen Kirche Christi. Versteht man aber unter der Missionsfunktion die ganz spezifische Aufgabe der Pflanzung neuer Kirchen in

kirchenlosem Land, so muß man schon bei Anwendung dieses verengten Missionsbegriffs auf die getrennten Christen eine Reihe wichtiger Unterscheidungen machen, um die Wahrheit nicht zu vergewaltigen und die Liebe nicht zu verletzen. Praktisch betrachtet man in der heutigen Missionstheologie die Funktion der Kirchengründung und jene der Wiedergewinnung der Schismatiker und Häretiker als zwei getrennte Funktionen der einen Apostolatsaufgabe der Kirche.

Es kommt bei Erörterung dieser Fragen viel darauf an, ob man mit dem dogmatischen oder dem kanonistischen Kirchenbegriff an unser Problem herantritt. Lesenswert ist in diesem Zusammenhang der Aufsatz von Dozent Dr. Ulrich Mosiek, Freiburg i. Br., über die Zugehörigkeit zur Kirche im Rahmen der Kanonistik (in: „Theologie und Glaube", Heft 4, 1959). Der Verfasser stellt sich die Frage, wie die klare Feststellung des can. 87 CIC, nach der der Mensch durch den gültigen Empfang der sakramentalen Taufe ohne weiteres die Kirchenmitgliedschaft erhält, mit den Aufstellungen der Enzyklika *Mystici Corporis* vom 29. Juni 1943 zu vereinbaren sei, in der festgestellt wird, daß die Taufe nicht allein genügt, um Mitglied der Kirche zu sein, daß vielmehr noch drei Bedingungen erfüllt sein müssen: die Teilnahme an der kirchlichen Gemeinschaft im Glauben, im Gebrauch der Heilsmittel und in der Leitung. Und während can. 87 CIC in Verbindung mit can. 732 § 1 CIC (in dem vom unauslöschlichen Merkmal der Taufe die Rede ist) klar die Unverlierbarkeit der Mitgliedschaft zur Kirche auch bei Suspension der Rechte in der Gemeinschaft zum Ausdruck bringt, kann nach *Mystici Corporis* die Gliedschaft durch eigene Absonderung oder durch Ausstoßung seitens der kirchlichen Autorität verlorengehen. Es springt in die Augen, wie sehr diese Fragestellung die Angehörigen der von Rom getrennten Orientkirchen betrifft, deren Taufen gemeinhin als gültig anerkannt werden müssen. Es kann hier nicht im einzelnen die Untersuchung von Mosiek wiedergegeben werden. Es sei nur die abschließende Feststellung zitiert: Der Unterschied der beiden Stellungnahmen ist nur formeller Natur: „Je nach dem zugrunde liegenden Kirchenbegriff bestimmt sich auch der Kreis derer, die zur Kirche gehören. Materiell aber lehren beide (CIC und *Mystici Corporis*) dasselbe. Denn wenn man den Bellarminschen Kirchengemeinschaftsbegriff mit seiner eindeutigen Hinordnung auf die Gemeinschaft der Gläubigen berücksichtigt, dann muß auch der Kanonist neben dem Empfang der sakramentalen Taufe das Bekenntnis des rechten Glaubens und die Unterstellung unter die hierarchische Führung der Kirche fordern, denn ohne diese drei Wesensmerkmale ist auch für ihn die *Gemeinschaft* der Gläubigen nicht denkbar. Sieht man dagegen in der Kirche vornehmlich die von Christus für alle Menschen gegründete Heilsanstalt und stellt man so mehr das Tätigsein Gottes in den Vordergrund der Betrachtung, dann ist notwendigerweise der Kreis derer, die zur Kirche gehören, weitaus größer, weil hier die Taufe als gliedschaffendes Prinzip angesehen werden muß."

Der spezifische Gegenstand der Missionstätigkeit ist, theologisch gesehen, das extensive Wachstum der Kirche, die mit der Schaffung ihrer sichtbaren Organe den Seelen den Organismus des Heils anbietet, sie zugleich in der gnadenhaften Liebe zusammenschließend und dem Mystischen Leib Christi so aufs innigste verbindend. Die Mission schafft also nicht bloß eine äußere Organisation, erschließt vielmehr zugleich den dauernden Zugang der zur Kirche bekehrten Seelen zum Leben der Gnade. Wollte man die Wiedergewinnung der Orientalen als „uneigentliche" Missionsaufgabe ansehen, so müßte man zum mindesten zugeben, daß die Bauelemente der Kirche hier nicht nur materiell (in Gestalt der Menschen) vorhanden sind, sondern daß es sich um getaufte Menschen handelt, denen der Zugang zum Gnadenleben schon erschlossen ist. Sie sind unsere Brüder in Christus, „die auf der Stirn ebenfalls den Namen Christi tragen, das heilige Evangelium lesen und nicht unempfänglich sind für die Eingebungen der Frömmigkeit und der Wohltun spendenden Liebe" (Johannes XXIII.). Mehr noch: Ihre Gemeinschaften werden in den offiziellen katholischen Dokumenten „Kirchen" genannt, während man dort den protestantischen Gemeinschaften diesen Titel nicht gibt. In einer objektiv unvollkommeneren Weise, als es bei der katholischen Kirche der Fall ist, verkörpern sie die Wirklichkeit der sichtbaren Kirche mit ihrer hierarchischen und sakramentalen Struktur. Am meisten gilt dies für die sog. orthodoxen Kirchen, die, abgesehen von der Frage der universalkirchlichen Stellung des Bischofs von Rom, die Grundprinzipien der Struktur und des Lebens der Kirche nie bestritten haben. Aber auch für die Kirchen, die dem Nestorianismus oder dem Monophysitismus folgten, kann man diese Behauptung aufstellen, wenngleich nicht zu leugnen ist, daß die christologischen Irrtümer dieser Kirchen zwar nicht die objektive Wirklichkeit ihrer Bischofsverfassung und ihres sakramentalen Lebens, wohl aber die Grundhaltung zum Wesen und zu den Aufgaben der Kirche in der Welt notwendigerweise stark verfälschen mußten. Deshalb bilden sie in dem System konzentrischer Kreise, in denen Yves Congar OP die Verwirklichung des Begriffs der Kirche als des Leibes Christi bildlich darzustellen versuchte, den äußeren Kreis, dem zur Mitte hin die orthodoxen Kirchen folgen, während die katholische Kirche den Zentralkreis darstellt, um den sich die beiden anderen gruppieren.

Wegen der in beiden Kirchen wirksamen Gnadenverbindung mit Christus fühlen sich Ostkirchen und römisch-katholische Kirche trotz aller geschichtlichen und kulturellen Entfremdung im Herzen doch aufs innigste verbunden. Orthodoxe und katholische Stimmen haben es in dieser Zeit einer starken Sehnsucht nach der Wiedervereinigung des öfteren laut bekundet, und den Protestanten im Weltrat der Kirchen wird es immer klarer, warum die Orthodoxen so viele Vorbehalte gerade gegenüber den Kirchen der Reformation in Sachen der Unionsarbeit machen.

So erklärt es sich auch, warum es allgemein zugelassen wird, daß Angehörige der römischen und der getrennten Orientkirchen in Todesgefahr und bei Abwesenheit eines Priesters der eigenen Kirche bei Priestern der anderen Gemeinschaften beichten und die heilige Kommunion empfangen dürfen. So wird verständlich, warum man in den Anfangszeiten der Versuche, im Nahen Orient schismatische Christen zur Einheit zurückzuführen, die „Konvertiten" innerhalb der orthodoxen Gemeinschaften beließ, um auf diese Weise von innen heraus die Wiedervereinigung zu bewirken. Die Methode wurde später zugunsten der Gründung unierter Gemeinden aufgegeben. So wundert es uns auch nicht, wenn (als Frucht einer neuen gegenseitigen Annäherung) bei der Weihe des neuen lateinischen Bischofs Msgr. Hubert in der Kathedrale von Choubrah am 23. Mai 1959 die höchsten Würdenträger und viele Priester der getrennten Kirchen Ägyptens teilnahmen und den liturgischen Inzens sowie den Friedenskuß des Zele-

branten empfingen, nachdem schon 14 Tage vorher sämtliche katholische Bischöfe und Patriarchalvikare an der Inthronisation des neuen koptischen (nichtunierten) Patriarchen Kyrillos VI. teilgenommen hatten.

Wenn man anstelle des früher recht unprägnanten Missionsbegriffs den seit Pius XI. auch von den päpstlichen Missionsenzykliken gebrauchten Missionsbegriff der dauerhaften Einrichtung bzw. der Pflanzung (Einpflanzung) der Kirche da, wo sie noch nicht besteht, setzt, kann man also nur in höchst uneigentlichem Sinne von einer Missionsarbeit unter den getrennten Orientalen sprechen, da das eigentliche Mysterium der Kirche im Grunde im Osten das gleiche ist wie im Westen (vgl. Yves Congar OP, Neuf cents ans après. Notes sur le „Schisme Oriental". Deutsch: Zerrissene Christenheit, Wien/München 1959, S. 71 f.). Anderseits bleibt die Tatsache bestehen, daß die von der Einheit der Kirche getrennten Kirchengemeinschaften, dogmatisch und kanonistisch gesehen, nicht als Glieder der Una Catholica betrachtet werden können, obwohl die getrennten Orientalen auf der Grundlage ihrer ekklesiologischen Auffassungen glauben, Vollmitglieder der einen Kirche Christi und nie von ihr getrennt gewesen zu sein.

Orientalen wollen nicht „Missionsobjekt" sein

Es ist begreiflich, daß die getrennten Orientalen aus ihren ekklesiologischen Vorstellungen heraus es als eine Beleidigung empfinden, wenn die Kirche Roms sie „bekehren" bzw. „missionieren" will. Mit dem gleichen Rechte, so sagen sie, könnten sie beanspruchen, die römische Kirche zu missionieren.

Es ist nun unbestreitbar, daß seit Gründung der Propagandakongregation (1622) der Großteil der Unionsarbeit unter den Orientalen von Missionaren geleistet wurde, die der Missionskongregation der Kirche (der Propagandakongregation) unterstanden und daß diese Missionare sie im Geiste der Glaubensverbreitung auffaßten. Der psychologisch und sachlich mißliche Zustand ist erst schrittweise behoben worden: durch Schaffung einer eigenen Kardinalskongregation für die seit dem großen Schisma von 1054 zur Union zurückgekehrten bzw. in Unionskirchen gesammelten Orientalen unter Leo XIII., die von 1894 bis 1902 bestand; durch die Gründung einer Kongregation für die Ostkirche (1917), die sich seither bemühte, das Eigensein und das Eigenrecht dieser Kirchen wieder voll zur Geltung zu bringen, und durch die schrittweise erfolgte Überführung von Gebieten mit starken orientalischen Christengruppen aus der Jurisdiktion der Propaganda Fide in die der Orientkongregation. Damit wurde *eine* psychologische Belastung behoben, vielleicht die geringste. Schwerer wurde überhaupt der Einbruch der „westlichen Patriarchalkirche" in den Raum der Orientkirchen empfunden, dessen härtester Ausdruck in den Augen der orthodoxen Kirche die Übergabe von Patriarchalsitzen der Orientkirchen an Lateiner (in den Kreuzzügen), die Gründung des Lateinischen Patriarchats in Jerusalem, die gewaltsamen Latinisierungsversuche an den Kirchen von Malabar und Abessinien und die Schaffung unierter Hierarchien mit einem Patriarchen an der Spitze war. So hat sich der Begriff „Mission der Lateiner" mit dem Begriff eines gewaltsamen Einbruchs in geheiligte Rechte assoziiert. Die Förderung der Unionskirchen durch Rom wird nur als eine andere, raffiniertere Form einer „imperialistischen" Missionsarbeit betrachtet, die es auf die Täuschung des schlichten Volkes über den wahren Charakter dieser Eroberungspolitik abgesehen hat. Man erhält, so wird argumentiert, die äußeren Formen der Riten, die doch tatsächlich Ausdruck einer ganzen religiös-kulturellen Welt sind, lehrt aber die Priesterkandidaten die Theologie der Lateiner, läßt spezifisch westliche Frömmigkeitsformen einströmen und hat das orientalische Kirchenrecht mit dem Geist der lateinischen Kirche erfüllt, es zugleich stramm auf den römischen Primat ausgerichtet. Die Übernahme östlicher Riten durch Priester der lateinischen Kirche wird direkt zur Maskerade gestempelt. Mission der Lateiner bleibt für die Orientalen eine Mission der Latinisierung. Selbst wenn also die Tätigkeit der Kirche unter den Orientalen in einem uneigentlichen Sinne als Missionstätigkeit gekennzeichnet werden könnte, widerspräche es jeder seelsorglichen Klugheit, diese wissen zu lassen, daß sie Gegenstand eines „Missions"bemühens der Kirche sind. Den unierten Kirchen ist ein solches Denken ebenso fremd. Wenn ein Sprecher der mit Rom vereinigten griechisch-melkitischen Bischöfe vor einiger Zeit erklärte, sie würden im Falle der Wiedervereinigung gerne resignieren, um den derzeit schismatischen Bischöfen ihres Ritus Platz zu machen, versteht man, warum diesen unierten Kirchen die Herstellung der Union nicht als „Missionsaufgabe" erscheint.

Die Aufgabe der Missionskirche bei der Annäherung

Dennoch hat die Mission in der Förderung der Union mit den Orientalen heute eine sehr bedeutsame Rolle zu spielen. Die Ausbreitung der lateinischen Kirche über die Welt hat es mit sich gebracht, daß lateinische Kirchen heute überall örtlich in Kontakt mit den Orientkirchen stehen. Diese Kirchen werden von den getrennten Orientalen mit tiefem Mißtrauen beobachtet. Man hegt auch gegen sie geschichtlich erklärbare Vorurteile. Anderseits haben sich die Massen der lateinischen Christen in den Missionsländern nie um ein inneres Verstehen der getrennten Orientchristen bemüht. Dieses Vorrecht hatten dort bisher nur einige wissenschaftliche bzw. pastorale Zentren, die von gelehrten Priestern geleitet werden. Und diese Zentren fühlten sich in ihrem Bemühen oft sehr isoliert. Wenn eine wachsende Entfremdung zwischen Ost und West in der Kirche, die schon im vierten Jahrhundert begann, die theologischen und vor allem die ekklesiologischen Differenzen zu unüberbrückbar scheinenden Gegensätzen verhärtete, so sind die lateinischen Missionen, deren Mitglieder mit den Orientalen gleichsam in Hausgemeinschaft leben, am ersten berufen, am Abbau der Entfremdung mitzuarbeiten. Es hätte nicht vorkommen dürfen, daß z. B. in Kairo, als die melkitische Synode im Jahre 1958 in würdiger Sprache und mit einer sehr sympathischen theologischen Begründung ihre Bedenken gegen gewisse Bestimmungen im Personenrecht des um jene Zeit gerade erschienenen Teiles des neukodifizierten orientalischen Kirchenrechts anmeldete, anscheinend unter den lateinischen Christen eine wahre Kampagne von Verdächtigungen gegenüber der unierten Gemeinschaft einsetzte (vgl. den ausführlichen Bericht in: Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 84—87). Dies war um so schmerzlicher, als gerade das Kernproblem der Union mit den Orientalen die Wiedergewinnung der mindestens 150 Millionen zählenden byzantinischen Kirche ist und die unierten Melkiten sich bemühen, die kulturelle Spannung zwischen lateinischer und griechischer Tradition und Kultur zu

mildern. Mit Freuden liest man dagegen, wenn aus dem gleichen Ägypten, wo die christlichen Kirchen heute unter schwerstem Druck leben, berichtet wird, daß dort die Atmosphäre der interkonfessionellen Beziehungen zur Zeit ausgezeichnet ist und daß Katholiken, Orthodoxe und Protestanten brüderlich ihre Meinungen über die Fragen austauschen, die sich der Kirche stellen, und zwar unter Ausschluß jeder dogmatischen Erörterung. Diese Art des Vorangehens liegt ganz auf der Linie des Heiligen Vaters, der bei einem Empfang des Klerus Venetiens die Etappen der Union wie folgt erhofft: „Im Orient erst die Annäherung, dann das Wieder-Zusammenrücken und schließlich die vollständige Wiedervereinigung so vieler getrennten Brüder mit der alten gemeinsamen Mutter" (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 413). Dieses Zusammenrücken wird heute durch äußere Umstände ungemein erleichtert, da lateinische und Orientkirche vom Materialismus (dem praktischen wie dem ideologischen) auf dem gleichen geographischen Boden bedroht sind und von eisernen Notwendigkeiten zu einer gemeinsamen Front zusammengeführt werden. Dabei ist die Lage der getrennten Ostkirchen noch schwieriger als die der katholischen Kirche, da fast 80 Prozent ihrer Mitglieder heute im kommunistischen Machtbereich leben. Die restlichen 20 Prozent müssen also Annäherung an andere Christengemeinschaften suchen. Wenn wir ihnen nicht brüderlich nahetreten, sind sie gezwungen, allein mit den Protestanten zusammenzuarbeiten. Die christliche Abwehrfront wird dadurch sehr geschwächt. Eine prächtige Gelegenheit zu einer gemeinsamen Verteidigung christlicher Grundrechte ist heute Katholiken und Orientalen im indischen Staate Kerala gegeben. Auch hier führt die Not die getrennten Brüder im außerkirchlichen Raum zwangsweise zusammen. Schließlich sollte die katholische Mission versuchen, trotz aller vorhandenen Schwierigkeiten, auf dem Gebiete der Caritas, des sozialen Lebens, der Gesundheitsfürsorge mehr als bisher mit den getrennten Brüdern Hand in Hand zu arbeiten, auch auf der Ebene der internationalen Organisationen. Im Weltkirchenrat können wir ihnen aus dogmatischen Gründen nicht begegnen. In den UN-Organisationen und den übrigen internationalen Körperschaften ist aber die Gelegenheit reichlich geboten. Die Nützung dieser Chancen würde zur Auftauung des Klimas der gegenseitigen Absonderung sehr viel beitragen.

Die Überwindung der Angst vor kultureller Überfremdung

Rom hat den unierten Orientalen die Bewahrung ihrer Riten zugesagt. Es schützt diese Riten, sogar so weit, daß die Kongregation für die Orientkirche sich seit langem bemüht, sie von eingedrungenen Latinismen zu säubern. Es besteht kein Zweifel, daß die getrennten Orientkirchen bei einer Wiedervereinigung der gleichen Rechte teilhaftig werden. Aber sie sind trotzdem beunruhigt, weil ihnen die unierten Kirchen kein genuin östliches Christentum darzustellen scheinen. „Auch wenn man die äußere Schale der Riten und Gebräuche respektierte, so hat man katholischerseits doch für den inneren Kern östlicher Geisteshaltung durchweg wenig oder gar kein Verständnis aufgebracht. Man hat mit der größten Selbstverständlichkeit den Osten innerlich latinisiert durch Einführung spezifisch westlicher Frömmigkeitsformen und natürlich auch der westlichen Theologie ohne jede Rücksicht auf die berechtigte Eigenart östlicher Tradition. So ist ein innerlichlich stark verwestlichtes ‚uniertes' Ostchristentum entstanden, das vielfach wenig geeignet ist, für die Sache der Wiedervereinigung zu werben. Das alles zeigt, wie verzweifelt schwer es uns lateinischen Katholiken fällt, wirklich ‚katholisch' zu denken und zu begreifen, daß die katholische Religion nicht notwendig im Gewand der westlichen Kultur auftreten muß. Heute denkt man in Rom freilich anders . . ." (Wilhelm de Vries SJ, Verstehen wir die Ostkirche?, in: „Stimmen der Zeit", Mai 1957, S. 125). In diesem Zitat ist die Frage der Erhaltung der östlichen Riten aus dem Bereich herausgenommen, in dem wir sie so gerne sahen, indem wir ihre „Konservierung" als einen Akt reiner Ehrfurcht vor geschichtlich gewachsenen Formen bzw. als eine „Konzession" an den charakterlich so „schwierigen" Osten ansahen, um ihn leichter wieder mit Rom vereinigen zu können. In Wirklichkeit handelt es sich hier aber nicht um eine Frage kirchenpolitischer Taktik, es steht hier vielmehr ein theologisches Prinzip von größter Tragweite zur Debatte, das jetzt in seiner ganzen fordernden Kraft in den Missionen auftaucht, nämlich das Prinzip, daß die Kirche wesensgemäß in allen Kulturen „Fleisch" annehmen muß, wie Christus, ihr Haupt, die menschliche Natur annahm. De Vries hat als Ostkirchenspezialist diese innere Beziehung des Ostkirchenproblems zum Problem der Akkommodation in den Missionen gesehen, wenn er an anderer Stelle des Artikels schreibt: „Bei der Missionstätigkeit in der Neuzeit war Rom . . . vor allem auf die Wahrung der Einheit bedacht. Inzwischen war die zentrale Organisation der Kirche sehr viel weiter ausgebaut worden. Die katholische Kirche war praktisch auf den lateinischen Westen beschränkt. So lag es nahe, lateinische Geistesart, lateinische Liturgie und Kultsprache als das einzig genuin Katholische anzusehen. Es ist begreiflich, daß dabei die Rücksicht auf ganz anders geartete Völker, denen man das Evangelium brachte, wenig zu ihrem Recht kam. Lag es nicht vielleicht auch daran, wenn es nirgendwo gelang, die Mehrheit dieser Völker für das Christentum zu gewinnen und in jenen Ländern eine bodenständige, mit dem Volk verwurzelte Kirche zu gründen? Gilt nicht heute auch deswegen in Asien und Afrika das Christentum immer noch als die Religion der Fremden, von denen man nichts mehr wissen will? Wurde nicht so eine Situation geschaffen, die in ihrer ganzen Gefährlichkeit erst heute zutage tritt, da Asien und Afrika zum vollen Bewußtsein ihrer Eigenrechte erwachen? Allerdings, wann ist je in der Geschichte ein missionierendes Zentrum wesentlich anders als Rom vorgegangen?..." De Vries bringt dann ein Beispiel dafür, daß auch die getrennte Orientkirche der Nestorianer bei ihrer Entfaltung nach Fernasien hin ihren Ritus sowie ihre Kultsprache von Persien aus mit sich führte. Man könnte auch aus dem Raum der orthodoxen Kirche zahlreiche Beispiele hinzufügen. Die Orientkirchen haben sehr oft, nachdem sie sich in Kulturzentren formiert hatten, auch andersgearteten Randvölkern ihres Bereichs den eigenen Ritus gebracht, ohne daß jeweils eine neue Akkommodation stattfand, es sei denn in der Kultsprache. Und auch dieses Prinzip wurde bei weitem nicht überall durchgeführt. Man sollte das hier liegende schwierige Problem auch in den getrennten Orientkirchen leidenschaftlos sehen und nicht nur den Kulturimperialismus der Lateiner anprangern.

Historische Rückschau allein führt aber in dem Augen-

blick nicht weiter, in dem sich die Kulturräume der Welt neu formieren und die Kulturen in intensive Wechselwirkung treten, während eine alle Völker verbindende materielle Einheitszivilisation in allen Kulturen auch gewisse geistige Gemeinsamkeiten schafft. Die Kulturakkommodation der Weltkirche muß neu durchdacht werden. Die Anpassung erfordert aber, daß man der Spontaneität der Kulturen Entfaltungsmöglichkeiten schafft. Es hat keinen Sinn, hier wie fasziniert auf Gefahren einer Spaltung der Kirche zu starren, die man aus der Geschichte gerade der Orientkirchen herauslesen zu können glaubt. Es sind andere Dinge als die Verwirklichung einer dogmatisch geforderten Kulturanpassung, die — unter anderen geschichtlichen Bedingungen — zu dem großen Bruch zwischen Ost und West in der Kirche führten. Die heutige grundsätzliche Haltung der Kirche wird deutlich in verschiedenen Kundgebungen der Päpste seit Leo XIII., die in der Vielfalt der Riten des Orients eine Bereicherung der Kirche und einen eindrucksvollen Erweis ihrer Universalität sehen und die eine rein äußerliche „Einerleiheit" (Pius XII.) ablehnen, weil sie „kraftlos macht". Und „in der gottgemäßen Entfaltung der Eigenarten und Eigengaben der Völker" sieht die Kirche „mehr den Reichtum der Mannigfaltigkeit als die Gefahr von Absonderungen" (Enzyklika Pius' XI. *Mit brennender Sorge*). Es ist sinnlos, den lateinischen Ritus — der hier in der Fülle eines Kulturausdrucks, wie ihn die Orientalen sehen, verstanden werden soll — zum Polizisten der kirchlichen Einheit machen zu wollen, wenn sich herausstellt, daß er die Seele der Völker Asiens und Afrikas in der Kirche nicht zum Schwingen bringt. Eindrucksvoll wurde dies sichtbar in so manchen Stellungnahmen auf der Internationalen Studienwoche über Mission und Liturgie zu Nimwegen, wo vor allem die Dringlichkeit einer „Erneuerung" der Liturgie für Afrika (von Walbert Bühlmann OFMCap) herausgestellt wurde, weil die Gefahr besteht, daß das lateinische Christentum nur als Abstraktion formalistisch aufgenommen wird, ohne die Tiefen der afrikanischen Seele zu erfassen. Es wurde in Nimwegen auch der Rat gegeben, die orientalischen Liturgien als Ratgeber für die Erneuerung der Liturgie heranzuziehen.

Gelingt es nun der großen lateinischen Missionskirche, in der Steuerung eines organischen Werdeprozesses ihr Kulturgewand — immer im Hinblick auf die Kulturentwicklung der zur Einheit strebenden Welt — aufzulockern, dann werden drei Dinge auf die Orientalen tiefen Eindruck machen: 1. Es fällt der Alpdruck von ihnen, daß die Kirche sie latinisieren will. 2. Sie sehen eine neue organische Kulturgliederung der Kirche entstehen, die ihren Kulturen den natürlicherweise ihnen zukommenden Platz sichert. 3. Es wird ihnen klar, daß auch ihre Riten keine starren und unveränderlichen Gebilde und Geisteshaltungen sein dürfen, wenn sie sich dem Weltapostolat anschließen wollen. Damit werden sie auch vorbereitet, um nach einer Wiedervereinigung an Weltaufgaben der Kirche teilzunehmen, die über den Raum einzelner Kulturen hinausgehen. Inzwischen sollte man katholischerseits keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um mit den getrennten Kirchen bzw. ihren Mitgliedern auf internationaler Ebene in allgemein-christlichen Anliegen zusammenzuarbeiten.

Der Beweis der Tat

Eine Auflockerung des herrschenden Dirigismus auf dem Gebiete der Anpassung zugunsten der schöpferischen Intention der einheimischen Kirchen würde nicht nur das Gefühl des Eigenseins und der Eigenverantwortung der jungen Kirchen steigern, sondern sie auch anregen, selbsttätig stärker als bisher missionarisch tätig zu sein. Denn schließlich sollen *sie* ja Asien und Afrika bekehren, nicht die Missionare aus dem Bereich der lateinisch-westlichen Kulturwelt. In dem Panzer einer fremden Kultur ist das Vorwärtsschreiten allzusehr behindert. Eine spontane Aktion in die eigene Kulturwelt hinein ist nur einer kulturell eingewurzelten Kirche möglich. Eine den jungen Kirchen gewährte stärkere kulturelle Gestaltungsfreiheit würde auch bedingen, daß man von ihnen Formen einer im Abendland gewachsenen Zentralisation fernhält, die ihrer Art fremd sind und in denen sie sich unfrei fühlen. Ohne ein wenig Vertrauen in ihre eigene Gestaltungskraft auch auf diesem Gebiet kann eine einheimische Kirche nicht zur Reife geführt werden. An dem Tag nun, an dem unsere jungen Kirchen aus eigener Kraft, in eigenem Selbstvertrauen und mit einer angemessenen Freiheit apostolisch in ihre eigenen Kulturräume vordringen und Christus nicht nur in den Seelen, sondern auch im eigenen Kulturraum „Fleisch werden" lassen, werden die getrennten Orientkirchen nicht mehr sagen können, daß diese Kirchen vom römischen Zentralismus in ihrer Entfaltung gehemmt werden und daß man ihnen die lateinische Form aufprägen will. Dieser Tatbeweis würde eine Menge von Vorurteilen der Orientalen beseitigen. Die Sicherung der Einheit des Glaubens, der Sitte und der Grundstruktur der Gesamtkirche wäre bei diesem Prozeß der Entbindung originaler Lebenskräfte der einheimischen Kirchen die Aufgabe Roms. Hier sind natürlich schwere Probleme zu lösen. Wenn diese aber auf der eben skizzierten Grundlage angefaßt werden, kann es nicht ausbleiben, daß die getrennten Orientalen bei Beobachtung dieser Entwicklung auch zu einem besseren Verständnis der Notwendigkeit des Petrusamtes in der einen Weltkirche kommen, die allen Kulturen, nicht nur der lateinischen und jener der heutigen Orientkirchen, Raum und Entfaltung in ihrem Schoße gewähren will und muß.

So könnte die Missionskirche an der Erreichung des nächsten Zieles der Wiedervereinigung mit den getrennten Orientkirchen, der Annäherung, wirksam mitarbeiten. Auf dieses Ziel sollten wir realistisch im Augenblick alle Kraft verwenden und nicht gleichzeitig schon die zweite Phase (das Zueinanderrücken), von der der Heilige Vater zum Klerus Venetiens sprach, erhoffen, erst recht nicht die „vollständige Re-Union". Geschichtliche Entwicklungen brauchen Zeit. Es mag uns genügen, daß die Sehnsucht nach Einheit heute in beiden Kirchen stärker ist denn je und daß die Weltentwicklung für diese Union arbeitet, nicht gegen sie. Hier dürfen wir das Wirken des heiligen Geistes der Einheit sehen, dem wir in Gebet und Tat unsere Hilfe zu leisten gerufen sind.

Die Missionsgebetsmeinungen des Heiligen Vaters für 1960

Januar: Daß die vom Heiligen Stuhl getrennte Christenheit des Orients von ernstem Verlangen nach wahrer und vollkommener Glaubenseinheit mit der katholischen Kirche erfaßt werde (ut christiani orientales, ab Apostolica Sede seiuncti, studio verae perfectaeque unitatis fidei cum Ecclesia Catholica assequendae incendantur).

Februar: Daß die verfolgte Kirche Chinas durch die ge-

schlossene Einheit der katholischen Welt wirksam unterstützt werde (ut Ecclesia, in Sinis persecutionem patiens, sanctae communionis integritate totius mundi Catholici, efficaciter fulciatur).
März: Daß das Familienleben in Afrika ganz nach christlichen Grundsätzen gestaltet werde (ut in Africa vita familiaris principiis Christianis profunde imbuatur).
April: Daß die Katholiken in den Missionsländern sich des schlechten Schrifttums erwehren können (ut Catholici efficaciter agere valeant contra pericula preli nocivi in missionibus).
Mai: Für die katholischen Studenten aus Afrika und Asien auf den europäischen und amerikanischen Universitäten (pro alumnis Catholicis ex Asia et Africa qui in universitatibus Europae et Americae studiis operam navant).
Juni: Daß unter Mithilfe der Katholiken den unterentwickelten Ländern zugleich mit der materiellen auch geistige Hilfe geboten werde (ut cooperantibus Catholicis auxilium spirituale simul cum materiali praebeatur regionibus minus evolutis).
Juli: Um tiefgreifende, dauernde Wirkungen der großen Volksmissionen in Lateinamerika (ut in America Latina magnae missiones populares profundos manentesque effectus habeant).
August: Um mehr Ordensberufe für die Missionen unter der weiblichen Jugend (ut inter puellas numerus vocationum religiosarum pro missionibus crescat).
September: Daß die christliche Caritas eine Trennung Asiens und Afrikas aus Rassenhaß von der christlichen Welt verhindere (ut caritas Christiana impediat, ne Africa et Asia ex odio stirpium a mundo Christiano avellantur).
Oktober: Um mehr Katechisten in den Missionsländern und eine noch bessere Ausbildung derselben (ut catechistae in missionibus numero et qualitate augeantur).
November: Für die Jugend Japans (pro iuventute Iapanoiae).
Dezember: Daß sich die Katholiken Indiens ihrer Verantwortung hinsichtlich des sozialen Apostolates voll bewußt werden (ut Catholici in India sibi plene conscii fiant de propria responsabilitate quoad apostolatum socialem).

Ökumenische Nachrichten

Lutherische Generalsynode über Missionsaufgaben

In der Hansestadt Lübeck, dem Sitz des lutherischen Bischofs D. Meyer, tagte die diesjährige Generalsynode der VELKD vom 5.—9. Oktober und widmete sich dem lutherischen Beitrag für die Weltmission, nachdem die Generalsynode von 1958 das Thema „missionierende Kirche" nach der Seite der Volksmission behandelt hatte (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 510f.). Bis auf wenige Ausnahmen konnten die Synodalen der lutherischen Landeskirchen aus der DDR an der Tagung teilnehmen, die auch von zahlreichen Experten für Missionsfragen besucht war, darunter Dr. Sovik, Direktor der „Kommission für Weltmission" des Lutherischen Weltbundes (LWB) in Genf. Die systematische Planung der lutherischen Generalsynoden war diesmal durch einen aktuellen Notstand hervorgerufen worden, daß nämlich für die weitverzweigte Missionsarbeit des Lutherischen Weltbundes von dem vorgesehenen Budget für 1960 über 472 599 Dollars die lutherischen Kirchen der USA und Kanadas 468 000 Dollars aufbringen, während die übrigen lutherischen Kirchen in Europa und anderen Erdteilen ganze 4599 Dollars bereitstellen, so daß für die Arbeit wesentlich deutscher Missionsgesellschaften 2 Mill. Deutsche Mark von nichtdeutschen Kirchen kommen. Diesem Übelstand mußte endlich durch einen kräftigen Appell an das missionarische Verantwortungsbewußtsein der deutschen Landeskirchen und ihrer Gemeinden abgeholfen werden, zumal da das deutsche und schwedische Luthertum eine theologische Führung im Lutherischen Weltbund beansprucht.

Aus dem Bericht des leitenden Bischofs D. Lilje

Wie üblich begann die Synode mit mündlichen Erläuterungen zu dem gedruckten umfangreichen Tätigkeitsbericht der Kirchenleitung, die der leitende Bischof, z. Z. D. Hanns Lilje, gab. Er betonte u. a., die VELKD wolle weiter wie in den zehn Jahren ihres Bestehens sich als fester Tragpfeiler für die Einheit der „Evangelischen Kirche in Deutschland" bewähren, wenn man auch nicht alles unwidersprochen hinnehmen könne, was auf deren Synoden als politische Ideen vorgebracht werde. „Es ist ein schwerer Schaden geschehen, wenn die Welt den Eindruck gewonnen hat, daß die Frage der atomaren Bewaffnung wichtiger wäre als die Frage, wie diese Welt von der Kraft der Auferstehung Jesu wissen kann." Er geißelte das geschichtliche Unrecht der Aufspaltung Deutschlands und verlangte für die evangelischen Christen gleiche Freiheit des Reiseverkehrs zwischen beiden Staaten, die auch die obersten Staatsmänner zur Überwindung der politischen Spannung in der Welt in Anspruch nehmen.
Kurz streifte D. Lilje das Problem des Verhältnisses der Christen zur Obrigkeit (vgl. ds. Heft S. 139). Es sei eine ernste Frage an die Christenheit, was sie unter Obrigkeit verstehe: „Es ist ein naheliegender, aber nicht erlaubter Irrtum, zu meinen, man könne überhaupt das Vorhandensein von Obrigkeit in der Welt ignorieren. Ich versuche, die Gewichte so gerecht wie möglich zu verteilen. Man hat den Eindruck, daß es manchem schon theologisch verdächtig erscheint, wenn jemand sich relativ unbefangen über die Obrigkeit im Westen ausspricht. Man weist kritisch darauf hin, daß die Obrigkeit auch im Westen nur ein Provisorium sei. Provisorium oder nicht — sie ist Obrigkeit, und Obrigkeit ist Anordnung Gottes, um die Welt vor dem Chaos zu bewahren. Ein Staatswesen, wie auch immer es sei, ohne Obrigkeit, die Autorität hat, ist zum Untergang verurteilt. Es gehört nun einmal zur lutherischen, und ich meine zur christlichen Theologie, diese Ordnung Gottes, die er gegeben hat ‚ut genus humanum maneat', damit der Fortbestand der menschlichen Gesellschaft gesichert sei, anzuerkennen. Das muß natürlich auch gelten, wenn der Christ nicht einem Staatswesen westlicher Demokratie gegenübersteht, zumal es ja nicht ganz einfach sein würde, zu sagen, in welchem Maße westliche Demokratien auf den Titel eines christlichen Staates Anspruch erheben könnten. Diese Frage ist unabweisbar in der anderen Hälfte unseres Vaterlandes. Es ist kein einfaches Problem für den Christen, wenn er sich einem Staatswesen gegenübersieht, das eine eindeutige ideologische Voraussetzung hat, von der kein Verständiger bestreiten kann, daß sie mit den Grundvoraussetzungen des christlichen Glaubens nicht zusammengeht; das wird ja auch offen ausgesprochen. Es gehört vielleicht sehr

viel dazu, um deutlich zu machen: auch das ist Obrigkeit, eine Anordnung Gottes ‚ut genus humanum maneat'. Man kann auf der Straße nicht fahren, wie man will; man kann viele andere Dinge nicht ohne Rücksicht auf die gemeinsame Ordnung tun, wenn man eine staatliche Ordnung erhalten will. Dem Christen ist auferlegt, um des Bruders willen eine solche Ordnung ernst zu nehmen. Dabei kann ihn eine doppelte Erwägung auf seinem Wege stärken. Erstens: Selbst eine Obrigkeit, die von Gott nichts wissen will, verwaltet einen Auftrag Gottes, ob sie es weiß oder nicht, ob sie es bejaht oder nicht. Wer das menschliche Gemeinschaftswesen in Ordnung hält, tut, was Gott mit dieser Welt als eine ursprüngliche Anordnung mitgegeben hat. Und der Christ kann sich davon nicht willkürlich dispensieren." Luthers Lehre von den Zwei Reichen sei ein ausgezeichneter Wegweiser für bedrängte Gewissen. Es sei zu wünschen, sie für unsere Zeit neu zu formulieren.

An diesen Ausführungen von D. Lilje wurde nicht deutlich, daß es vielen Christen, wie z. B. Bischof Dibelius, zweifelhaft ist, ob die Regierung der DDR unter das Dictum „ut genus humanum maneat" gebracht werden kann, weil sie mit ihrer Ideologie und ihrem am politischen Nutzen orientierten Recht das Wesen des Menschen verunstaltet und zerstört.

Verhältnis zu Rom

Was das Konzil der römisch-katholischen Kirche betrifft, so entspreche sein Charakter als einer innerkatholischen Angelegenheit dem, „was wir von Anfang an als Intention dieses Konzils verstanden haben". Die Lutheraner seien sich der Problematik des reformatorischen Gesprächs mit Rom bewußt. Man habe sich bemüht, es an theologischer Sorgfalt nicht fehlen zu lassen. „Auch in der so zerteilten Welt der Kirchen gibt es einige Dinge, die wir tatsächlich gemeinsam sagen und anstreben können. In einer Zeit, die unsicher geworden ist, was Glaube, Freiheit des Glaubens und Bekenntnisses ist, hätten die Christen aller Konfessionen einige nicht unwesentliche Dienge gemeinsam auszusprechen. Wir haben das Gespräch geführt und sind bereit, es weiterzuführen, nicht im Stile einer vordergründigen Polemik, an der uns wenig liegt, sondern in Beugung unter die Wahrheit, die unser Gewissen bindet."

In der Aussprache erklärte zu dieser Frage der bayerische Landesbischof Hermann Dietzfelbinger, Beauftragter der VELKD für Fragen des Verhältnisses zum Katholizismus, die lutherische Kirche schulde der Welt als Kirche der Reformation das Wort von der Rechtfertigung als die eine zentrale Antwort auf die Frage nach dem Heil, die auch heute hinter mancherlei geistigen Fassaden verborgen stehe. Er wandte sich entschieden gegen eine Einheitssehnsucht, die die Wahrheitsfrage ausklammere. Es gelte darum auch, nüchtern zu erkennen, daß sich die Glaubensspaltung in mancher Hinsicht werde vertiefen können, „zumal bestimmte Entwicklungen in der römischen Kirche, etwa im Mariendogma oder eben jetzt in der Verehrung des Heiligen Rockes zu Trier, Anlaß zu ernster Besorgnis geben". In dem gedruckten Tätigkeitsbericht steht dazu noch etwas mehr: „Nachdem die Enzyklika *Ad Petri Cathedram* das Konzil als ein ‚wunderbares Schauspiel der Einheit' bezeichnet hat, als eine ‚sanfte Einladung' an die ‚vom Apostolischen Stuhl Getrennten', bei denen sich ‚eine gewisse Sympathiebewegung abzeichne', wird man nicht umhin können, die dahinterstehenden Erwägungen als illusionäres Verkennen der ökumenischen Situation zu bezeichnen."

Zu den Arnoldshainer Abendmahlsthesen der EKD

Von Interesse ist die Stellungnahme des gedruckten Tätigkeitsberichtes zu dem bekannten Abendmahlskonsens einer theologischen Kommission der EKD, über den wir hier ausführlich berichtet haben (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 255 f., 287, 383 und 436). Die Kirchenleitung der VELKD habe eine gemeinsame Stellungnahme durch den Theologischen Ausschuß veranlaßt, nachdem die Diskussion weitere Klärungen erbracht habe. Man müsse positiv wohl anerkennen, daß das Abendmahlsgespräch der Kommission trotz divergierender Positionen der Teilnehmer zu einem zwar nicht einstimmigen, aber doch von fast allen gebilligten Ergebnis gekommen sei. Das sei ein gutes Beispiel für das notwendige Aufeinander-Hören. Begrüßenswert sei auch der Versuch, die Wirklichkeit des Abendmahls in neuer Denk- und Sprachform auszusagen und aus der Enge der dogmengeschichtlichen Kontroverspunkte heraus vorzustoßen in den Reichtum neutestamentlicher Aussagen. Kritisch müsse dagegen gefragt werden, ob die angebotene Formulierung einer Lehrkonkordie den biblischen Sachverhalt des Abendmahls treffend und ausreichend wiedergibt. Aufs Ganze gesehen, sei doch zu befürchten, daß die Unterschiede im Abendmahlsverständnis nicht wirklich ausgetragen, sondern nur überdeckt sind. Um so mehr müsse das Gespräch mit Geduld und Sorgfalt fortgesetzt werden, so daß der magnus consensus doch in Erscheinung tritt, der jetzt noch keinesfalls erreicht sei.

Verantwortung für die Weltmission

Für das Hauptthema der Synode sprachen vier Fachreferenten. Bischof Meyer, Lübeck, erläuterte die gemeinsame Verantwortung der lutherischen Kirchen für die Weltmission, die sich aus dem gemeinsamen Glauben an das Evangelium sola gratia, sola fide, sola scriptura ergebe, und schilderte die Arbeit der Kommission des LWB, deren Spitze aus sechs Mitgliedern besteht, drei Weißen und drei Farbigen (ein Afrikaner, ein Inder, ein Indonesier), die aber einen großen Kreis beratender Mitglieder aus den Missionsgesellschaften um sich vereint. Er forderte, daß viel mehr als bisher die einzelnen Kirchen selbst sich engagieren und Missionsreferenten ernennen müßten, um das Interesse auch der Gemeinden zu wecken. Im Etat der Landeskirchen müßten Mittel für die Missionen eingesetzt werden.

Ohne Bedenken berichtete er, daß nun die jahrelangen Verhandlungen zwischen den Lutheranern Indiens und der „Kirche von Südindien" zu einem erfolgreichen Abschluß gekommen seien (vgl. über die kritische Vorgeschichte Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 150). Man habe sich nicht nur über die Fragen der Gnadenwahl, der Sakramente und der Rechtfertigung mit den teils reformierten, teils anglikanischen Mitgliedern der „Kirche von Südindien" geeinigt, sondern auch über den zwischen Lutheranern und der anglikanischen Kirche anstehenden historischen Episkopat. Er erklärte aber nicht, wie das nach dem lutherischen Gutachten über die apostolische Sukzession möglich gewesen ist (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 362 f.). Er fragte lediglich: „War es richtig, daß die Kommission des LWB ihrer Freude dar-

Das Judentum in der Welt

Die jüdische Volks- und Religionsgemeinschaft führt sich auf den **Bund Gottes** mit den Erzvätern und mit dem gesamten Volke am Berg Sinai zurück. Die Juden konstituierten sich durch den Bund mit Gott zum Volk (oder richtiger: wurden von Gott so konstituiert). Durch diesen war zugleich die gemeinsame Religion gegeben. Die Konstitution als Volk — die einzige, die die Geschichte kennt — ist also *theologisch* bestimmt. Erst im 19. Jahrhundert versuchten einzelne Gruppen sich als „Religionsgemeinschaft" und das Judentum als **bloße Religion** zu verstehen; seit Beginn des 20. Jahrhunderts gibt es anderseits Gruppen, die das Judentum als **ethnische Gemeinschaft** verstehen, der das religiöse Bekenntnis untergeordnet ist. Diese Schwierigkeiten erwachsen aus der Tatsache, daß die einzigartige heilsgeschichtliche Zielsetzung des Bundesvolkes eine *nur* nationale oder *nur* religiöse Existenz ausschließen: die eine ist mit der anderen identisch.

Nach dem jüdischen Religionsgesetz gilt als Jude jeder, der von einer jüdischen Mutter geboren oder aber der in den Bund aufgenommen wurde (Übertritt zum Judentum — die jüdische *Heidenmission* wurde allerdings im frühen Mittelalter eingestellt). Diese Kriterien werden auch von den agnostischen (aber nationalen) Juden im wesentlichen anerkannt.

Die **Zerstreuung** der Juden begann mit dem Untergang des Reiches Israel im 8. Jahrhundert vor Christus. Schon um die Zeitenwende lebten wahrscheinlich mehr Juden und Proselyten außerhalb Palästinas als im Lande selber. Nach der Eroberung Palästinas durch die Muslimen wurde die Zerstreuung total. Der Verlust der Eigenstaatlichkeit hatte nicht den Untergang des Volkes zur Folge, weil die Konstitution als Bundesvolk nicht territorial gebunden, sondern auf das verheißene Land Israel ausgerichtet war.

Die theologischen **Lehren** des Judentums sind bis auf einige elementare Glaubenssätze nicht *dogmatisch* fixiert (das lebendige Gotteserlebnis ließ dies nicht zu); daher gab es innerhalb des Judentums immer ausgesprochen heterogene Strömungen und Sekten, ohne daß es zu einem Schisma kommen konnte (wirkliche Loslösung nur im Fall der Karäer). Fixiert dagegen wurden die *rituellen* und *moralischen Vorschriften*, in denen der Glaube an den einzigen Gott und die Annahme der Gottesherrschaft ihren Ausdruck fanden. Nach der Zerstörung des zweiten Tempels hat sich die pharisäische Richtung durchgesetzt.

Das Judentum kennt seit dem Verlust der Eigenstaatlichkeit weder zentrale **Institutionen** noch eine Hierarchie. Das Priestertum ist mit dem Untergang des Tempelkultes, an dessen Stelle die Liturgie trat, für die Praxis bedeutungslos geworden. Die Organisationsform ist die Gemeinde, der ein Gemeinderat und der Rabbiner bzw. ein Rabbinat vorsteht. Die regionalen Zusammenschlüsse der Gemeinden funktionieren auf der Basis der freiwilligen Anerkennung. Eine das gesamte Judentum repräsentierende Institution gibt es nicht.

Im Laufe der Jahrhunderte haben sich durch die geographisch bedingte Trennung verschiedene **Riten** herausgebildet. Diese unterscheiden sich durch verschiedenes Brauchtum und Abweichungen in der Liturgie. Zu einer faktischen Spaltung (doch nicht zum Schisma) führte die Gründung von *reformierten* Gemeinden im 19. Jahrhundert (Mitteleuropa, USA), die eine modernisierende Reform der Liturgie und der religiösen Praxis durchführten (starke Erleichterung der Ritualgesetze bei Betonung der moralethischen Vorschriften, Aufgabe des Selbstverständnisses als Volk und Konstituierung des Judentums als Konfession). Heute sind etwa 20 bis 25 % der Juden als „orthodox" oder „konservativ" (eine gemilderte Form der Orthodoxie) anzusehen. Ein gleicher Teil dürfte vollkommen agnostisch sein. Vielleicht 10 % mögen den verschiedenen Richtungen der Reformbewegung oder liberalen Gemeinden angehören. Der Rest hat keine bestimmbare Position, zum mindesten was die religiöse Praxis betrifft. (Vgl. „Die religiöse Situation des Judentums", Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 470 ff.)

Die Gründung des **Staates Israel** hat für das religiöse Judentum keine wesentliche Bedeutung; es handelt sich um eine ausschließlich weltliche Staatenbildung, nicht um die von Gott verheißene Wiederherstellung des Reiches Israel — wobei es dem einzelnen unbenommen bleibt, der Entwicklung dennoch eine heilsgeschichtliche Bedeutung zuzuerkennen. Auch politisch ist die Bedeutung des Staates Israel auf das Land selber beschränkt, obwohl der Staat jedem Juden das „Recht auf Heimkehr" gewährt; damit hätte die sogenannte „Heimatlosigkeit" der Juden ein Ende, nicht jedoch das heilsgeschichtlich zu verstehende „Exil". Es wird nicht gewünscht, daß die Juden ihre Heimatrechte an ihren bisherigen Wohnsitzen aufgeben, da der Staat wenigstens in den nächsten Jahrzehnten unmöglich alle Juden aufnehmen kann.

Die Staatsgründung hat allerdings das nationale *Selbstbewußtsein* der meisten Juden gestärkt, gleichgültig ob dieses ein geschichtlich-nationales oder ein religiös-nationales ist. Es ist anzunehmen und entspricht den Zielen des jüdischen Staates, daß Israel im Laufe der Jahre zu einem kulturellen und geistigen und möglicherweise auch zu einem religiösen Zentrum der jüdischen Diaspora wird. (Vgl. 12. Jhg., S. 31 ff.)

In fast allen Staaten der westlichen Welt sind die Juden heute **gleichberechtigte Bürger** und können in der Regel ihre Religion uneingeschränkt ausüben. In den *arabischen*

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bis 1900 lebten mehr als 80 % aller Juden in Europa. Der Anteil Amerikas stieg — vor allem durch die osteuropäischen Auswanderungswellen (russische Pogrome 1905) — von 0,3 % (1825) auf 30 % (1930). Der Anteil Asiens und Afrikas blieb mit 7 bis 8 % relativ konstant.

Durch die nationalsozialistische Verfolgung wurde das Weltjudentum von 1939 bis 1946 von 16,6 auf 11 Millionen, d. h. um ein Drittel, dezimiert (Seite 4). Das Schwergewicht verlagerte sich in die USA (45 %); der Anteil Europas sank von 62 % (1930) auf 31 % (1958). In Israel leben 16 % aller Juden (Seite 3).

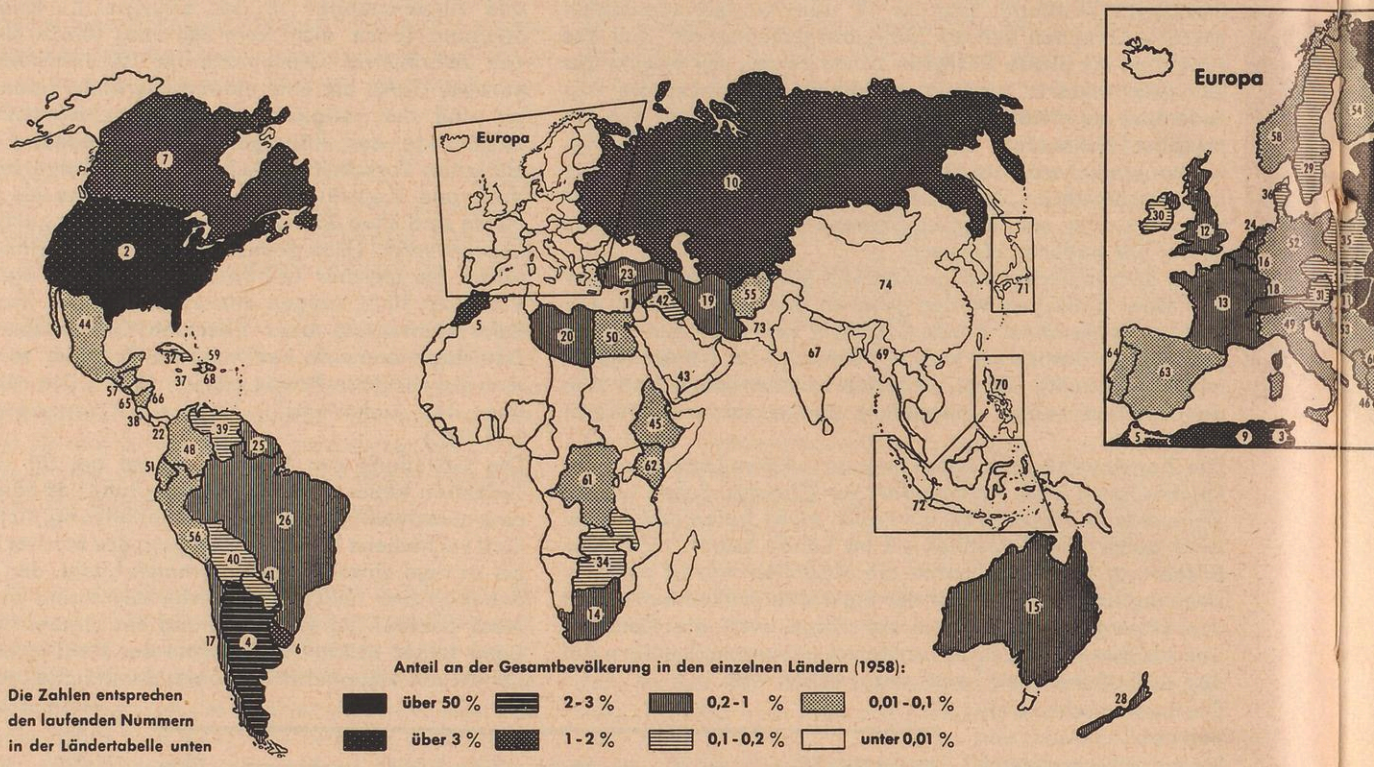
Die Juden und ihr Anteil an der Bevölkerung nach Kontinenten:

	1958		1945/46	1939	1920/30	1880
Nordamerika	5 520 000	**2,5 %**	3,0 %	3,1 %	3,0 %	0,5 %
Europa	3 400 000	**0,5 %**	0,6 %	1,8 %	1,9 %	1,9 %
Afrika	ca. 560 000	**0,5 %**	0,6 %	0,7 %	0,7 %	
Australien	65 000	**0,5 %**	0,4 %	0,4 %	0,3 %	
Lateinamerika	655 000	**0,4 %**	0,4 %		0,3 %	
Asien	1 910 000	**0,14%**	0,07%	0,07%	0,1 %	0,04%

Der Anteil an der Weltbevölkerung beträgt 0,4 % (Katholiken 18 %, Reformationskirchen 9 %, Orthodoxe rd. 5 %, Muslimen 13 %, vgl. Soziographische Beilagen Nr. 1, 3, 5, 10).

Das Judentum

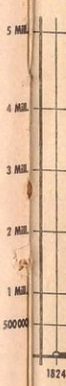
(Erläuterungen



		1958		1945	1939	1920/30	früher
1	Israel	1 780 000	89 %	32	31	27 (1935)	11 (1922)
2	USA	5 250 000	3,0 %	3,7	3,7	3,4	
3	Tunesien	80 000	2,1 %	2,5	2,3	2,3	
4	Argentinien	400 000	2,0 %	2,6	2,0	1,8	0,1 (1895)
5	Marokko	200 000	1,9 %	3,5	3,5	2,2	
6	Uruguay	50 000	1,9 %	1,7		0,03	
7	Kanada	246 000	1,5 %	1,5	1,4	1,5	
8	Rumänien	225 000	1,3 %	2,5	4,5	5,0	4,0 (1880/1900)
9	Algerien	130 000	1,3 %	2,0	1,6	1,4	
10	Sowjetunion	2 000 000	1,0 %	1,1	1,6		11 (europ. Teil 1897)
11	Ungarn	100 000	1,0 %	1,8	4,5	4,9	
12	England	450 000	0,9 %	0,7	0,7	0,6	0,25 (1880)
13	Frankreich	350 000	0,8 %	0,5	0,8	0,5	0,26 (1880)
14	Südafrik. Union	110 000	0,8 %	0,9	0,9	1,0	
15	Australien	60 000	0,6 %	0,4	0,4	0,3	
16	Belgien	35 000	0,4 %	0,4	1,2	0,6	0,05 (1891)
17	Chile	30 000	0,4 %	0,5	0,1	0,1	0,1 (1915)
18	Schweiz	19 000	0,37 %	0,6	0,6	0,5	0,3 (1900)
19	Iran	80 000	0,36 %	0,23	0,23	0,44	
20	Libyen	3 800	0,35 %	3,4	3,4	2,5	
21	Luxemburg	1 000	0,30 %	0,2	1,0	0,75	
22	Panamá	2 500	0,25 %	0,18		0,17	
23	Türkei	60 000	0,24 %	0,3	0,3	0,6	1,7 (1890)
24	Niederlande	26 000	0,23 %	0,3	1,7	1,9	2,0 (1900)
25	Guayana	2 100	0,22 %	0,3			
26	Brasilien	125 000	0,20 %	0,25	0,12	0,17	
27	Libanon/Syrien	12 000	0,20 %	1,0	1,0	1,0	
28	Neuseeland	4 500	0,20 %	0,2	0,2	0,19	
29	Schweden	13 000	0,19 %	0,23	0,12	0,12	0,07 (1890)
30	Irland	5 400	0,19 %	0,16	0,14	0,12	
31	Österreich	11 300	0,16 %		0,9	4	
32	Kuba	11 000	0,16 %	0,23	0,20	0,20	
33	Tschechoslowakei	20 000	0,15 %	0,4	2,4	2,4	
34	Rhodesien	7 000	0,15 %	0,15	0,15	0,07	
35	Polen	41 000	0,14 %	0,4	9,4	9,4	14 (1897)
36	Dänemark	6 500	0,14 %	0,13	0,2	0,17	0,18 (1870)
37	Jamaica	2 200	0,14 %	0,18		0,1	

		1958		1945	1939	1920/30	früher
38	Costa Rica	1 500	0,14 %	0,01			
39	Venezuela	8 000	0,13 %	0,04		0,01	
40	Bolivien	4 000	0,13 %	0,15			
41	Paraguay	2 000	0,12 %	0,29		0,05	
42	Irak	5 000	0,10 %	2,4	2,4	3,5	
43	Jemen	3 500	0,10 %	2	5		
44	Mexiko	26 000	0,08 %	0,08	0,1	0,1	
45	Äthiopien	12 000	0,08 %	0,5	0,5	0,5	
46	Griechenland	6 500	0,08 %	0,1	1,0	2,0	
47	Bulgarien	6 000	0,08 %	0,7	0,8	0,8	
48	Kolumbien	9 000	0,07 %	0,06	0,04	0,001	
49	Italien	32 000	0,06 %	0,06	0,12	0,10	0,13 (1871)
50	Ägypten	15 000	0,06 %	0,4	0,4	0,5	0,3 (1898)
51	Ecuador	2 000	0,05 %	0,1			
52	Deutschland	30 000	0,04 %		0,35	0,9	1,2 (1870/90)
53	Jugoslawien	7 000	0,04 %	0,07	0,5	0,5	
54	Finnland	1 900	0,04 %	0,04	0,04	0,05	
55	Afghanistan	4 000	0,03 %	0,05	0,07	0,06	
56	Peru	3 000	0,03 %	0,03		0,005	
57	Guatemala	1 000	0,03 %	0,03			
58	Norwegen	1 000	0,03 %	0,03	0,1	0,05	
59	Dominik. Republik	600	0,02 %	0,05		0,06	
60	Albanien	300	0,02 %	0,03	0,02	0,02	1,3 (1914)
61	Belgisch-Kongo	2 000	0,015 %			0,002	
62	Kenia	1 000	0,015 %			0,005	
63	Spanien	3 000	0,010 %	0,013	0,018	0,020	
64	Portugal	750	0,010 %	0,05	0,05	0,015	
65	El Salvador	200	0,010 %	0,01			
66	Nicaragua	150	0,010 %	0,01			
67	Indien	25 000	0,008 %	0,008	0,008	0,008	
68	Haiti	200	0,007 %	0,005		0,007	
69	Burma	500	0,002 %				
70	Philippinen	500	0,002 %	0,006	0,006	0,004	
71	Japan	1 000	0,001 %	0,002	0,002	0,001	
72	Indonesien	500	0,001 %				
73	Pakistan	400	0,001 %				
74	China	400	0,001 %	0,006	0,006	0,003	



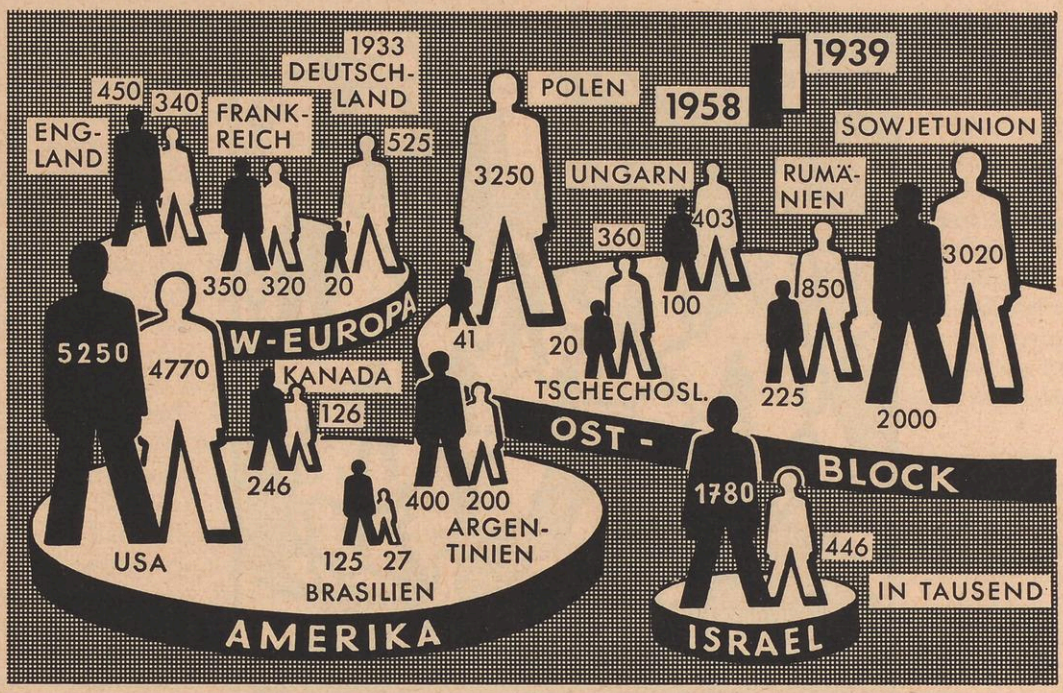


Die

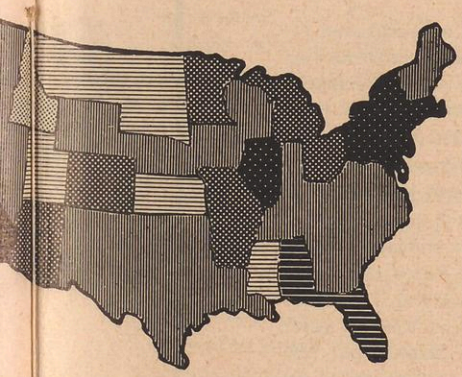
um in der Welt

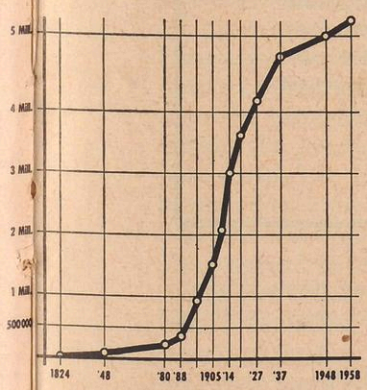
ngen auf Seite 1)





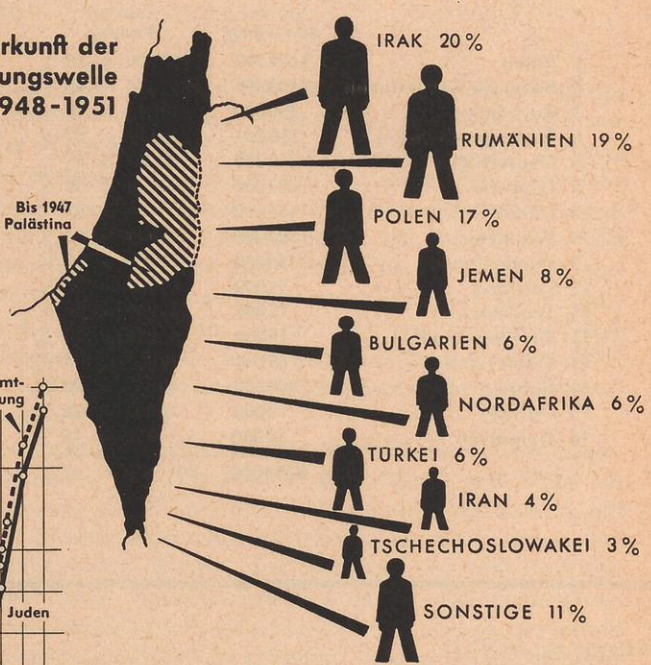
Dezimierung und Umschichtung 1939–1958



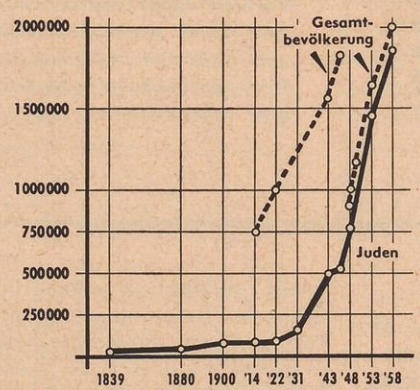


Die Juden in USA

Herkunft der Haupteinwanderungswelle 1948-1951



Die Entwicklungskurven beziehen sich bis 1947 auf das britische Mandat Palästina (Gesamtbild der Karte), seit 1948 auf den Staat Israel (ohne die schraffierten Gebietsteile, die heute zu Jordanien beziehungsweise Ägypten zählen)



Die Juden in Palästina/Israel

Die nationalsozialistische Judenvernichtung



		Vor der Verfolgung	Zahl der Verluste	
1	Polen	3300000	2900000	= 88 %
2	Besetzte Sowjetunion	2100000	1000000	= 48 %
3	Rumänien	850000	420000	= 49 %
4	Tschechoslowakei	360000	300000	= 83 %
5	Deutschland	240000	200000	= 83 %
6	Ungarn	403000	200000	= 50 %
7	Litauen	155000	135000	= 87 %
8	Frankreich	300000	130000	= 43 %
9	Niederlande	150000	120000	= 80 %
10	Lettland	95000	85000	= 89 %
11	Jugoslawien	75000	65000	= 87 %
12	Griechenland	75000	60000	= 80 %
13	Österreich	60000	40000	= 67 %
14	Belgien	100000	40000	= 40 %
15	Italien	75000	15000	= 26 %
16	Bulgarien	50000	7000	= 14 %
		8370000	5717000	= 68 %

Der größte Teil der Verluste des europäischen Judentums wurde durch den Nationalsozialismus verursacht. Die Zahl der getöteten oder gewaltsam umgekommenen deutschen Juden beträgt etwa 200000, die Zahl der zwischen 1933 und 1942 ausgewanderten knapp 300000. In Osteuropa war die Zahl derer, die auswandern konnten, minimal. Am erschütterndsten ist das Schicksal der jüdischen Kinder: Nach den verschiedenen Volkszählungen gab es in Deutschland, Österreich, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und den besetzten Teilen der Sowjetunion 1,8 Millionen jüdische Kinder unter 14 Jahren; von ihnen sind nur 280000 dem NS-Vernichtungssystem entronnen. Alle diese Zahlen sind durch wissenschaftliche Forschungsarbeiten von deutscher, amerikanischer, englischer und französischer Seite in der Größenordnung gesichert und unbezweifelbar.

(Fortsetzung von Seite 1)

Staaten sind sie (soweit sie noch nicht ausgewandert sind) einem politischen Druck ausgesetzt, der zuweilen in Pogrome ausartet. In den Staaten des *Sowjetblocks* — mit Ausnahme von Polen — ist ihnen jede zionistische Betätigung untersagt; die Auswanderung nach Israel ist teilweise völlig unmöglich (UdSSR), teilweise behindert (Rumänien). In der *Sowjetunion* begann 1952 der Bolschewismus auch die kulturelle Aktivität zu unterdrücken, um eine totale Assimilation der Juden zu erreichen. Das kommt einer geistigen Vertilgung des Judentums gleich.

Als **Quellen** standen für unsere Darstellung zur Verfügung:
The Jewish Encyclopedia, New York/London 1901—1906 (12 Bände)
Encyclopaedia Judaica, Berlin 1928—1934 (10 Bände, nur bis Lyra)
American Jewish Yearbook, New York/Philadelphia, Band 35 (1933), 49 (1947), 50 (1948), 60 (1959)
Arnold M. Goldberg, *Integration in Israel*. In: Deus lo vult, Nr. 6, Mai 1955
Kurt R. Großmann, *Wie hoch sind die jüdischen Verluste?* In: Rheinischer Merkur 1959, Nr. 10

über Ausdruck gab, daß durch das Eintreten der Lutheraner in Lehrgespräche ein Lehrkonsensus erzielt wurde, ohne daß nun jeder einzelne Punkt dieses Lehrkonsensus damit zugleich auch bestätigt worden ist? War es richtig, daß hier die Lutheraner der Kirche von Südindien tatsächlich einen in der indischen Situation ungeheuer wichtigen Dienst geleistet haben, indem sie dieser Kirche zu dem Bewußtsein verholfen haben, daß eine Kirche, gerade wenn sie in Asien und Afrika lebt, nicht ohne ein Bekenntnis existieren kann?" In einem ähnlichen Falle, bei der Installation eines lutherischen Bischofs für die Kirche von Buhaya, Tanganjika, habe man allerdings von der Hinzuziehung eines anglikanischen Bischofs zur Handauflegung aus dem benachbarten Uganda abgeraten. Angesichts der zu erwartenden kritischen Haltung in der VELKD stellte Bischof Meyer die besorgte Frage, „ob wir nicht die Frage nach der Wahrheit hier bei uns in der VELKD allzusehr im luftleeren Raum, im Glashaus unseres eigenen Konfessionalismus zu beantworten versuchen und uns nicht darüber klar sind, daß diese Frage nur in der Begegnung mit den anderen recht und gültig beantwortet werden kann". Man solle doch das lutherische Erbe nicht als eine lex fidei mißverstehen.

Der inzwischen verstorbene bedeutende lutherische Missionskenner, Prof. Walter Freytag, Hamburg, stellte in seinem Referat die Landeskirche als Teil der Weltmission dar, um die Erkenntnis zu wecken, daß Mission nicht mehr Sache der einzelnen Missionsgesellschaften und Kirchen allein sei. „Wir stehen vor der neuen Wirklichkeit einer Christenheit, die sich der Gemeinsamkeit ihres Missionsauftrages bewußt wird." Der Wandel in den Religionen sei überdies heute so groß, daß man das Evangelium nicht mehr verkündigen kann mit der früheren Kenntnis dieser Religionen. Er berichtete, daß die Mehrzahl der in diesem Jahre in Kuala Lumpur versammelt gewesenen 48 Kirchen und Nationalen Christenräte bereits Missionsarbeit außerhalb ihres eigenen Raumes leisteten. Die deutschen Landeskirchen könnten mit dieser Entwicklung nur Schritt halten, wenn sie sich der Frage asiatischer Christen stellten, ob man bei uns überhaupt noch wisse, warum man Christ ist. Es bedürfe nicht nur unserer finanziellen Opfer, sondern „eines neuen Durchbruches der christlichen Existenz als missionarischer Existenz".

Diese Gedanken führte Prof. Georg Vicedom, Neuendettelsau, weiter und forderte die Erneuerung der Gemeinden durch die Freude an der Mission. An seinen Ausführungen ist zu erkennen, welche Wandlungen sich noch im deutschen Luthertum vollziehen müssen, bis in den Gemeinden auch nur ein ähnliches Mitbeten und Mitopfern erreicht ist, wie es in der katholischen Kirche lebt. Über die besondere Missionsaufgabe an den vielen Tausenden von Studenten aus farbigen Völkern in Deutschland sprach Dr. Jan Hermelink, eine Sorge, die auch im katholischen Raum noch nicht gelöst werden konnte. Dr. Fridtjov Birkeli, Stavanger, Direktor der Norwegischen Missionsgesellschaft, gab ein Bild von der neuen Welt Asiens und Afrikas als Frage an die Kirchen des Abendlandes. Die Missionskirchen müßten heute beweisen, daß sie nicht Überbleibsel einer kolonialen Epoche sind, und bezeugen, was eigentlich die verachtete Kirche des Kreuzes Christi ist. Der Zug zur Vereinigung aller Missionskirchen sei groß und bedrohe die Wahrheit der reformatorischen Botschaft von der Gnade allein durch den Glauben, allein auf Grund der Autorität der Schrift, zumal da diese Botschaft auch in den Kirchen des Westens nicht mehr klar verkündigt wird. Heute herrsche in vielen Teilen der Welt eine „Matthäus-Kapitel-24-Stimmung". Ihr müsse eine dynamische Missionserweckung auch in den alten Kirchen begegnen.

Beschlüsse und Empfehlungen

Eine Reihe von Empfehlungen der Synode formulierten als Ergebnis u. a., daß die Gliedkirchen der VELKD sich von dem zentralen Missionsorgan des Lutherischen Weltbundes beraten lassen sollten und ihre finanziellen Pflichten zur Deckung der Kosten der Mission übernehmen müßten. Die Gemeinden sollten zu einem Opfer für eine gesamtkirchliche missionarische Aufgabe aufgerufen werden, und die einzelnen Gliedkirchen sollten bestimmte Projekte der Kommission für Weltmission in ihren Haushalt übernehmen. Jede Gliedkirche sollte einen Missionsreferenten bestellten und die Missionsbereitschaft bis in die Gemeinden hineintragen. Unter den vielen guten Gedanken findet sich auch die Übernahme von Patenschaften durch die lutherischen Gemeinden für besondere Missionsdienste.

Es wird noch großer Anstrengungen bedürfen, bis alle diese Pläne zum Tragen kommen, da sie eine stärkere kirchliche Gesinnung der evangelisch-lutherischen Christen voraussetzen, als sie heute noch besteht. Im Rahmen des Erneuerungsprogramms der VELKD hat nun jedenfalls der die Ökumenische Bewegung beherrschende Missionsgedanke einen festen Platz gefunden. Kennzeichnend für ihn ist das prinzipielle Festhalten an den reformatorischen Ansätzen, die einst aus dem Verlangen nach dem persönlichen Heil gefunden wurden und die von sich aus nicht die kirchlich-missionarische Verantwortung erwekken, wie sie etwa im Kalvinismus und im Pietismus, den beiden Hauptträgern der evangelischen Mission, enthalten ist.

Orthodoxes Missionsvorhaben

In der östlichen Orthodoxie scheint sich immer mehr das Bewußtsein von der Notwendigkeit eines neuen missionarischen Anfangs durchzusetzen. Nach der von uns gemeldeten Gründung einer griechisch-orthodoxen Missionsgesellschaft in Amerika (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 273) hört man jetzt von einer neuen Initiative, die bezeichnenderweise in einem engen Zusammenhang mit der aktiven Rolle steht, die seit einiger Zeit von der orthodoxen Jugend (außerhalb des kommunistischen Machtbereichs) durch ihre internationale Dachorganisation „Syndesmos" ausgeübt wird.

Im September 1958 beriet in Saloniki die 4. Generalversammlung des „Syndesmos" über Mittel und Wege zur Belebung des Geistes der hl. Väter, über die Kontinuität der Tradition der „Einen, Orthodoxen, Katholischen und Apostolischen Kirche" und besonders über die Probleme eines neuen missionarischen Ansatzes. Die Generalversammlung beschloß, „in naher Zukunft eine panorthodoxe Missionsgesellschaft zu gründen", und setzte als vorbereitenden Schritt ein „Exekutivkomitee für äußere Mission" ein, das sich inzwischen unter dem Namen „Executive Committee on Orthodox Missions" etabliert hat. Dem Generalsekretariat in Athen, das eng mit dem Generalsekretariat von „Syndesmos" zusammenarbeiten soll (Anschrift beider Sekretariate: Athen, Akademias 45), ge-

hören neben einem griechischen Laientheologen und der Leiterin der Diakonissenschule der Kirche von Griechenland ein Medizinstudent aus Uganda und ein koreanischer Theologiestudent an. Nach den Beschlüssen von Saloniki besteht die Aufgabe des Generalsekretariats zunächst in einem missionshistorischen Studium im Hinblick auf das Problem einer zeitgenössischen orthodoxen Mission, in der Unterrichtung der öffentlichen Meinung und Gewinnung interessierter Mitarbeiter sowie in der Unterstützung der jungen orthodoxen Kirchen von Uganda, Korea und Japan.

Bei dieser — für die Orthodoxen unserer Zeit höchst ungewohnten — Arbeit, über deren Erfolg sich bislang nichts sagen läßt, wollen die beteiligten Jugendgruppen nicht vergessen, daß ohne göttliche Hilfe kein menschliches Werk gedeihlich begonnen werden kann. Deshalb wurde ein „Gebetsfeldzug" ausgerufen, der allen Beteiligten täglich ihre Aufgabe und ihren „Kampf" vergegenwärtigen soll. 40—50 junge Menschen haben in Athen beschlossen, jeden Abend zu einer bestimmten Zeit jegliche Arbeit und Beschäftigung zu unterbrechen, um ein kurzes Gebet für die äußere Mission zu sprechen, und hierzu weitere Kreise zu gewinnen. Das Schlagwort „Gebetsfeldzug", heißt es in der Entschließung, soll nicht nur eine schöne Idee bleiben, die mit dem ersten Enthusiasmus verschwindet, sondern in einen Akt kämpferischen Geistes verwandelt werden, der diesen Enthusiasmus fortpflanzt.

Die erwähnte Generalversammlung von „Syndesmos" in Saloniki hatte den Segen der Orthodoxen Kirche. Der Patriarch von Konstantinopel und der Heilige Synod von Griechenland übermittelten Grußbotschaften. Inzwischen haben Kontakte von Mitgliedern des Exekutivkomitees für orthodoxe Mission mit verschiedenen kirchlichen Persönlichkeiten und Behörden stattgefunden, über deren Einzelheiten jedoch keinerlei Auskunft gegeben wird. Ein gewisses Mißtrauen und das Bemühen, sich zunächst nicht zu exponieren, mögen die offiziellen kirchlichen Stellen zur Zurückhaltung veranlassen. Einerseits erscheint vielen konservativen Kirchenführern die neuartige Aktivierung des Glaubenslebens durch die Jugend bedenklich modernistisch; auf der anderen Seite scheinen gewisse Unterschiede im Verhältnis zur Ökumenischen Bewegung zu bestehen, da die ökumenische Mitarbeit der orthodoxen Kirchen von der integralistisch eingestellten orthodoxen Jugend vielfach als unzulässiger Kompromiß in Glaubensdingen bezeichnet wird. Eine offene Unterstützung ihrer Bestrebungen würde unter Umständen zu Spannungen mit dem Weltrat führen.

Informationsorgan des Generalsekretariats ist die Missionszeitschrift „Poreuthentes" (nach Matth. 19, 28), deren erste Nummer im Februar dieses Jahres in Athen erschien. Die Umschlagseite führt die über „Syndesmos" mitarbeitenden orthodoxen Jugendorganisationen auf (wir übernehmen die offiziellen englischen bzw. französischen Bezeichnungen):

Action Chrétienne des Étudiants Russes (Frankreich), Christian Union of Working Youth (Griechenland), Greek Orthodox Youth of Korea, Mouvement de Jeunesse Orthodoxe (Libanon), Orthodox Student Association und Orthodox Youth Association (Finnland), Orthodox Student Association (Griechenland), Orthodox Youth Association (Großbritannien), Orthodox Christian Unions (Griechenland), Orthodox Youth Group (Deutschland), Student Christian Union, Syndesmos of Greekwomen Theologians, Union of Graduates of Apostoliki Diakonia (alle Griechenland), Tokyo Orthodox Young Believers Association (Japan).

Unter dem Titel „Das vergessene Gebot" brachte die erste Nummer grundsätzliche Betrachtungen zur Frage einer orthodoxen Missionsarbeit. Schon Anfang der dreißiger Jahre habe die Kirche von Griechenland die Gründung einer panorthodoxen Missionsgesellschaft, die Errichtung einer Missionsschule und die Publikation entsprechender Literatur erwogen, doch sei man nicht weitergekommen, da die panorthodoxe Pro-Synode auf dem Berg Athos 1932, der diese Vorschläge vorgelegt werden sollten, nicht zustande kam. Im übrigen kam man hinsichtlich der Mission über zufällige Gedanken und jugendlichen Emotionalismus nicht hinaus. Der Verfasser unterstreicht, daß die orthodoxe Tradition durchaus nicht missionsfremd ist, und weist auf die missionarische Ausbreitung des byzantinischen und später des russischen Christentums hin. Aber heute haben die Orthodoxen vergessen, daß die Lehre von der Rettung auch die menschliche Beteiligung an diesem Werk fordere. Der erstaunlichen katholischen und protestantischen Missionsentfaltung steht auf orthodoxer Seite habituelle Indolenz gegenüber. Der Artikel bestreitet die Stichhaltigkeit und Berechtigung der beiden Argumente, die im allgemeinen auf orthodoxer Seite gegen die Mission erhoben werden. Einmal ist dies der Hinweis auf die ungelösten Probleme und Nöte der eigenen Kirchen, das andere Mal das pessimistische In-Rechnung-Stellen der finanziellen und organisatorischen Schwäche.

Ungeachtet ihrer heutigen Verfolgungen und internen Probleme, versichert der Verfasser, ist die Orthodoxe Kirche heute wieder berufen, eine große Rolle in der Welt zu spielen. Aber bezeichnenderweise handelt es sich bei den angeführten Beispielen, die einen gewissen Optimismus rechtfertigen sollen, gar nicht um eigentliche Missionserfolge, sondern um Erfolge, die der Orthodoxie sozusagen zufällig in den Schoß gefallen sind. Das eine Beispiel ist die Bekehrung von etwa 20 000 Uganda-Negern zur Orthodoxen Kirche (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 273 f.), das zweite die erst im Dezember 1958 bekannt gewordene Aufnahme von 10 000 Mau-Mau durch das Patriarchat von Alexandrien. Vielleicht sind diese Fälle in starkem Maße darauf zurückzuführen, daß die Orthodoxe Kirche auf den Missionsfeldern nicht, wie die anderen christlichen Missionen, durch eine Verbindung mit solchen Mächten kompromittiert ist, die des Kolonialismus verdächtig sind. Das geschärfte Selbstbewußtsein dieser Völker und ihr wachsendes Mißtrauen gegen fremde Einflüsse wird einem orthodoxen Missionar, der sich nicht auf eine mächtige Weltorganisation stützen kann, nicht solche Hindernisse in den Weg legen, wie sie heute auf Schritt und Tritt der westliche Missionar vorfindet. Weder in Afrika noch im Fernen Osten wird man in der Arbeit etwa eines finnischen orthodoxen Missionars eine Bedrohung für die eigene Freiheit und Unabhängigkeit erblicken, sagt der erwähnte Artikel. Sicherlich ist das zutreffend; aber ist diese Feststellung nicht so lange rein theoretisch, als es noch lange keine ins Gewicht fallende finnisch-orthodoxe Mission geben wird? Anderseits sind hier zweifellos Fakten und Bewußtseinskonstellationen angedeutet, die in der Tat der orthodoxen Mission eines Tages die Wege ebnen können.

Auch wenn zunächst mit der eigentlichen Missionsarbeit noch keine größeren Erfolge zu erzielen sein werden, so

ist doch die Initiative der orthodoxen Jugend für die eigenen Kirchen von großer Bedeutung, insofern das missionarische Anliegen die verschiedenen autokephalen Kirchen — zumindest ihre Jugend — einander näherbringen kann. „Das Prinzip der nationalen orthodoxen Kirchen verdeckt oftmals den universalen, katholischen Charakter der Orthodoxen Kirche", heißt es in der zweiten Nummer der Zeitschrift „Poreuthentes". Eine weitere Aufgabe der neuen Missionszeitschrift besteht daher darin, über die orthodoxen autokephalen Kirchen in aller Welt zu informieren, um dadurch das Bewußtsein der orthodoxen Einheit zu fördern.

Die Stimme des Papstes

Der erste Jahrestag der Papstkrönung Johannes' XXIII.

Zur Feier des ersten Jahrestags der Papstkrönung Johannes' XXIII. wurde in der Basilika St. Peter eine feierliche Pontifikalmesse zelebriert, der eine unübersehbare Menge von Gläubigen beiwohnte. Zelebrant war der Kardinal-Erzbischof Montini von Mailand. Der Feier wohnten alle Kurienkardinäle, die an der Kurie beschäftigten Erzbischöfe und Bischöfe, alle in Rom lebenden Ordensangehörigen und viele offizielle italienische und ausländische Gäste bei. Ein großer Teil der Peterskirche war für die Gläubigen und Pilger offengehalten. Nach dem Evangelium gab der Heilige Vater eine kurze Homilie. Damit griff er auf eine uralte Tradition zurück, die jedoch schon lange nicht mehr in Gebrauch war. Die Vorgänger Papst Johannes' XXIII. haben in den Messen zum Gedächtnis ihrer Papstkrönung nicht das Wort ergriffen. In seiner Ansprache wies der Papst auch auf eine andere kurze Ansprache zurück, die er in der Generalaudienz am 28. Oktober, dem Jahrestag seiner Wahl, ebenfalls vor einer unübersehbaren Menge von Gläubigen über die stete Aktualität der sieben Vaterunser-Bitten gehalten hatte.
Die Ansprache des Heiligen Vaters vom 5. November hat folgenden Wortlaut:

Hochwürdige Brüder und geliebte Söhne!

Die jüngere Überlieferung der Pontifikalmesse zum Jahrestag der Krönung eines Papstes verbietet nicht, zum alten Brauch zurückzukehren, von dem Uns als klingendes und ergreifendes Zeugnis die fünf Reden des hl. Leo d. Gr. *in anniversario suae ordinationis et assumptionis* erhalten sind.

Erlaubt daher der Vertraulichkeit des Vaters, dem heutigen heiligen Ritus einige ergänzende Worte hinzuzufügen.

Die Gedanken dazu haben Uns die Einleitungsnoten der Messe geschenkt, die Wir soeben von Unserer Cappella musicale gehört haben: „Statuit ei Dominus testamentum pacis, et principem fecit eum — Den Bund des Friedens hat der Herr mit ihm geschlossen, zum Fürsten hat er ihn gemacht" (Ekkl. 45, 30).

Diese ersten Worte sind ein Grund zu tiefer Ergriffenheit. Sie stellen Uns dieser göttlichen Besiegelung des „testamentum pacis" gegenüber, dieses Fürstentums, das Unserem Priestertum ewige Würde überträgt.

Darum verwandelt sich auch der liturgische Gesang sogleich danach in Gebet und erhebt sich im Namen des unübersehbaren Volkes zum Herrn, zum Herrn Jesus, der „aller Gläubigen Hirte und Lenker" ist, so als wolle er den doppelten Charakter der hohen Sendung hervorheben, die dem Nachfolger Petri anvertraut ist.

Was für Worte für einen Menschen, der glaubt und Verantwortungsbewußtsein hat!

Von diesem Grab des Apostelfürsten aus geht der Blick bis zu den fernsten Enden der Erde. Die Zahl der Gläubigen wächst und wächst, und vor dem zu Jubel und Lobpreis hingerissenen Geist erscheinen, trotz all der Gründe zu Angst und Schmerz, die von dem unaufhörlichen Ansturm des Irrtums und der Bosheit ausgehen, wie auf granitenen Säulen die Fundamente des sozialen Lebens der Kirche, deren auf Erden begonnene Sendung nur der Anfang himmlischer Herrlichkeit ist.

Kämpfende Kirche im unmittelbaren Kontakt: triumphierende Kirche in zitternder und vertrauensvoller Erwartung.

Verbum et exemplum — Wort und Beispiel! Damit ist dem römischen Pontifikat der Weg vorgezeichnet. Das verbum, das Wort, ist der Widerschein der Verbindung des Gottessohnes mit allen Menschenkindern, die durch die Erlösung seine Brüder geworden sind. Das exemplum weist auf die Form des Lebens und der Tätigkeit des göttlichen Hirten hin, der mit seiner erleuchtenden und heiligmachenden Gnade alle Seelen durchdringt.

Im Abstand eines Jahres von jenem höchsten Augenblick, in dem der demütige Diener Gottes — belaßt Uns die Zärtlichkeit dieses Ausdrucks, der Uns vertraut geworden ist — zum Amt des Dieners der Diener des Herrn berufen wurde, hegen Wir ganz natürlich die heitere Zuversicht — so als ob Wir in eurer kindlichen Liebenswürdigkeit ein Zeichen dafür sehen dürften —, daß der Hirt in seinem Dienst nicht versagt hat: der Hirt, der an der Tür des Schafstalls steht und seine Schafe jedes einzeln zählt, ihnen auf dem Weg vorangeht, sie zur Weide und zu den Quellen führt, nachts nicht schläft, sondern wacht, wacht und schon in der Luft die verhängnisvollen Anzeichen des drohenden Wolfes wahrnimmt, der näher kommt.

Der andere Gedanke — der des Vorbilds — ist eher ein ständiger Blick nach innen, den Wir Unsern Kindern anbieten, um sie zum Gebet, zur Wachsamkeit, zur Sanftmut, zu den zahlreichen Werken der Barmherzigkeit, zum lebendigen Lobpreis des Dekalogs und des Evangeliums, den Grundlagen eines ehrenhaften und vollkommenen Lebens und wahrer christlicher Bildung, einzuladen.

Das wenige, was der neue Papst von sich selbst und seinen Mängeln weiß, erlaubt ihm gewiß keinerlei persönliche Überheblichkeit, die den Beweisen von Hochachtung und allgemeinem Beifall entspräche, deren Gegenstand er bisher war und ist.

In dieser Beziehung konnte Leo d. Gr. im Gedanken an seine Wahl sagen: „Necessarium est trepidare de merito: religiosum tamen gaudere de bono." Natürlich ist das Zittern um die eigene Unwürdigkeit, aber die gesunde christliche Vernunft erlaubt, sich über das Gute, das er-

reicht worden ist, zu freuen (S. Leo Magnus, Sermo II, ML 54, 143).

Lebendig ist in Uns das Gefühl der Dankbarkeit gegenüber dem Herrn und das der herzlichen Anerkennung gegenüber Unsern Brüdern und Söhnen, die Uns von allen Enden der Erde persönlich oder durch die Stimme ihrer Bischöfe bei ihrem Besuch ad limina den Ausdruck gläubiger Ergebenheit in so erhebenden Äußerungen erneuern, daß man glauben könnte, die Vorsehung habe für Unsere Tage die Feier jenes „testamentum pacis", jener inneren und äußeren Harmonie und festen Geschlossenheit der Heiligen Kirche aufgespart, die ihr von ihrem göttlichen Stifter bestimmt war.

Ach, Unsere geliebten Brüder und Söhne! Nein, Wir können Uns vor Gott nicht rühmen. Aber wenn diese ständigen Kundgebungen vor Unserer demütigen Person keine Illusion der Eigenliebe wären, sondern ein Phänomen, das der Wirklichkeit der klingenden Worte entspräche, mit denen dieser heilige Ritus eingeleitet wurde, und Wir Uns wirklich vor dem „Bund des Herrn" befänden, der immer wieder die Zusicherung seiner Gegenwart und seines Beistandes gegenüber seinem Volk besiegelt, glaubt ihr dann nicht, daß es richtig ist, daß wir immer mehr Mut fassen, daß unser Glaubenseifer, der Schwung zur genauen Erfüllung des ersten göttlichen Gebotes als Grundlage unseres häuslichen und sozialen Lebens, zur Vorbereitung des Reiches Gottes auf Erden immer lebendiger werden muß?

Während dieser Monate hatten Wir reiche Gelegenheit, in dieser Basilika und in den vatikanischen Sälen und auch in den neuen Räumen von Castelgandolfo mit zahllosen Menschen in Berührung zu kommen, die den Hirten in seinem Haus aufsuchen kamen und ihm aufs Land folgten, um sich seinem Geist in der gleichen Erhebung zu vereinen.

Am stärksten ergreift Uns in diesen Tagen und in dieser Stunde das ununterbrochene Eintreffen von Glückwünschen und Ausdrücken der Ermutigung sowohl von Staatsmännern fast der ganzen Welt wie auch von einfachen Gläubigen jeder sozialen Schicht.

Die Festlichkeit eurer Gegenwart heute bei der Feier des ersten Jahrestags Unserer Einführung in den Dienst als Hirte aller bestätigt Uns ebenfalls beredt, daß Wir nicht das Opfer von Illusionen sind und daß der Geist der Wahrheit, der Einheit, der Eintracht, des Friedens noch immer durch die Welt weht und sich über unsere Häupter hinweg ausbreitet, um in uns das gleiche Wunder zu erzeugen, das am Beginn der Zeiten das ganze Universum mit neuem Leben erfüllte. Das Wort Christi behält seine volle und unerschütterliche Gültigkeit: „Nolite temere: Confidite: Ego vici mundum — Fürchtet euch nicht! Habt Mut: ich habe die Welt besiegt." Nein, Gott sei Dank, die atheistischen und materialistischen Vorstellungen von Leben und Geschichte werden nicht Sieger bleiben!

Diesem Unserem Bewußtsein, das für die höchsten Dinge geöffnet ist, entsprechen auch die Eindrücke der Krönung im vergangenen Jahr, deren Wir heute gedenken.

Das ist ein Zeichen starker und dauernder Jugend. Und es verbindet sich mit den Gefühlen aller, die sich von der unvergeßlichen und segensreichen Verehrung des Namens Pius' XII., des unbezwinglichen und glorreichen Papstes, sofort zur kindlichen und eifrigen Mitarbeit mit seinem Nachfolger wandten.

Noch klingt in Unserem Herzen die Rührung nach, die Uns bei der Antwort der Menge auf Unsere Frage am 28. Oktober, dem genauen Jahrestag Unserer Wahl, erfüllte.

An jenem Abend lenkten Wir die Seelen zu dem göttlichen Gebet des Vaterunsers als einer neuen und feierlichen Bestätigung des alten und immer gültigen Programms, das das gläubige Lebensgefühl des christlichen Volkes in die sieben demütigen und vertrauensvollen Bitten an den himmlischen Vater zusammenfaßt.

Auf Unsere Frage an die Menge: Haben wir uns also verstanden? — erhob sich aus dem ganzen Schiff der Basilika und aus der Apsis ein begeistertes und jubelndes Ja, ja; wir haben uns alle verstanden.

Hochwürdige Brüder und geliebte Söhne! Ja, der göttliche Meister hat für die ganze Welt bestimmt, daß sich die Ausübung des Lehr- und des Hirtenamts nach diesem großen und erhabenen Programm vollziehen soll.

Der Name Gottes sei geheiligt und gepriesen; sein geistiges Reich in den einzelnen und den Völkern siegreich; das persönliche und gemeinsame Streben nach Heiligung in Übereinstimmung mit dem Willen des himmlischen Vaters. Das ist der Ausgangspunkt, das Wesentliche; alles übrige wird uns nicht mangeln, denn unser Gott hat versprochen, es uns zu geben: unser tägliches Brot; die Vergebung unserer Sünden, um die wir flehen oder die wir verdienen in dem Maße, als auch wir unsern Brüdern vergeben; den brüderlichen Frieden aller Völker; die Kraft für unsern Widerstand gegen das Böse; und die Bewahrung vor den persönlichen und sozialen Unordnungen.

Indem Wir am Beginn dieses zweiten Pontifikatsjahres aufschauen und die guten Vorsätze der Mitwirkung am Werke Gottes im Hinblick auf die höchsten Güter erneuern, möge diese für Augen und Herz so tröstliche und ermutigende Schau die Seelen des Hirten und der Herde immer begeistern und erfreuen: die Seelen von Bischöfen und Priestern in Ausübung ihres wunderbaren und manchmal heroischen Dienstes oder bei der Vorbereitung auf das Amt in den Seminarien und Missionskollegien, die diese Stadt Rom wie eine Blüte zieren und hier die Jugend der ganzen Christenheit vertreten; jungfräuliche Seelen in der Ausübung der mannigfachen Werke der Barmherzigkeit; Seelen aus allen gesellschaftlichen Schichten, jede nach besten Kräften bemüht, die rechte Lehre zu verbreiten und Zeugnis für eine vollkommene Übereinstimmung des Fühlens mit der Heiligen Kirche geben.

Wer Lebenserfahrung besitzt — Wir wiederholen es nochmals —, kann aus der Feststellung der Jugend der Kirche Mut schöpfen. Wir können das Schauspiel der mehr als vierhundert Missionare und Missionsschwestern nicht vergessen, die im Oktober hier zusammengekommen sind, um das Kreuz aus der Hand des Papstes zu empfangen: eine neue ergreifende Kundgabe der jugendlichen Begeisterung der Kirche, die trotz aller Widerstände, die es im übrigen in jeder geschichtlichen Epoche gegeben hat, vertrauensvoll und kühn zur Verwirklichung des Gebotes ihres göttlichen Meisters fortschreitet: zu lehren, zu vergeben, zu heilen, das übernatürliche Leben der Gnade zu vermitteln zur Vorbereitung auf den ewigen Genuß der Glorie.

Hochwürdige Brüder, geliebte Söhne! Wir haben die Gelegenheit dieser großen Feier benutzen wollen, um dem Ritus Unser Wort hinzuzufügen. Hier machen Wir halt. Und Wir fordern eure Stimmen und Herzen zum Gebet für Uns auf, die Wir nach der Probe eines Jahres die

Arbeit in der vor Uns vorgezeichneten Bahn, gefolgt vom Eifer der gläubigen katholischen Seelen der ganzen Welt, weiter fortführen.

Das Datum des Jahrestages Unserer Krönung fällt mit dem liturgischen Fest des großen Vorbilds aller Bischöfe der Neuzeit und der Gegenwart, des hl. Karl Borromäus, zusammen. Im vergangenen Jahr haben Wir gewünscht, daß sein Name in die alte Litanei der Heiligen eingefügt werde, die beim Ritus der Krönung eines neuen Papstes angerufen werden. Dieses Jahr ist sein Andenken Uns noch lebendiger in der kostbaren Reliquie des Herzens des hl. Karl, das aus seiner römischen Kirche hierhergebracht worden ist, und in dem ungewöhnlichen und glücklichen Zufall der Gegenwart seines Nachfolgers, des Kardinals von Mailand, dem die Ehre, die heutige Votivmesse zu feiern, zugefallen ist. Das Gebet der ganzen katholischen Kirche, die hier vereint oder vertreten ist, möge dazu beitragen, daß die Pläne, die der Herr mit Unserer Person und Unserm Leben hat, erfüllt werden: „ut Deus" — der Ausdruck stammt von Leo d. Gr. in seiner letzten Ansprache, „in anniversario coronationis suae" — „ut Deus misericordiarum ministerii nostri tempora benignus aspiciat, pastoremque ovium suarum custodire semper dignetur, et pascere" — der Gott der Barmherzigkeit möge gnädig auf diese letzte Wegstrecke unseres päpstlichen Amtes herabschauen und immer den Hirten und die Herde beschützen (S. Leo, Sermo V in anniversario assumptionis suae ad pontificatum, ML 54, 156).

Hirtenworte in die Zeit

Die deutschen Bischöfe zur Vorbereitung des Eucharistischen Weltkongresses in München

Aus Anlaß des im kommenden Jahre stattfindenden Eucharistischen Kongresses in München (31.7. bis 7.8.60) haben die Ende September auf ihrer Jahrestagung in Fulda versammelten deutschen Bischöfe ein gemeinsames Hirtenschreiben erlassen. Das Schreiben datiert vom 30. September. Es wurde am 25. Oktober bekanntgegeben. Es lautet:

Im Jahre 1909 war in Köln zum letztenmal ein Eucharistischer Weltkongreß auf deutschem Boden. Im kommenden Jahr wird vom 31. Juli bis zum 7. August der XXXVII. Eucharistische Weltkongreß in München gefeiert werden. Gleichsam als Abschiedsgeschenk seiner Liebe zu Deutschland hat Papst Pius XII. München zur Stadt dieses Kongresses bestimmt. Unser gegenwärtiger Heiliger Vater, Johannes XXIII., hat sich diese Entscheidung seines hochseligen Vorgängers huldvoll zu eigen gemacht. So wird im nächsten Sommer München zu einem gewaltigen Haus des Eucharistischen Herrn werden, in dem sich die katholische Christenheit voll gläubiger Freude versammelt. Das Psalmwort „Voll Freude war ich, da sie mir sagten: Zum Hause des Herrn wollen wir ziehen" (Ps. 121, 1) soll das Echo der katholischen Welt auf die Einladung zum Eucharistischen Weltkongreß sein. Als die Gastgeber der Weltkirche haben wir deutschen Katholiken uns und das Haus für die Eucharistische Weltfeier zu rüsten.

Vom Sinn des Kongresses

Hat ein Eucharistischer Weltkongreß, so könnte man fragen, heute noch einen Sinn, oder wird er nur gefeiert, weil es nun einmal Brauch geworden ist, daß von Zeit zu Zeit der langen Kette der Eucharistischen Weltkongresse ein neues Glied angefügt wird? Eucharistische Weltkongresse sind nicht nur frommer Brauch, sondern verfolgen hohe und heilige Ziele. Was frühere Kongresse erstrebten, ist zu einem guten Teil erreicht: die öffentliche Verehrung der heiligen Eucharistie ist neu erstanden; die verständnisvolle und aktive Mitfeier des heiligen Opfers und der häufige Empfang des Opfermahles werden bejaht und von vielen geübt; auch die Frühkommunion unserer Kinder bricht sich Bahn und soll durch den Eucharistischen Weltkongreß im Jubiläumsjahr des Dekretes *Quam singulari,* in dem der hl. Papst Pius X. vor fünfzig Jahren zur frühen Kommunion der Kinder aufgerufen hat, besondere Förderung erfahren. Für das eucharistische Leben Zeugnis zu geben und es zu fördern wird immer wieder Aufgabe der Eucharistischen Kongresse sein.

In allen Ländern der Erde wird Tag für Tag in Kathedralen, Kirchen und Kapellen das heilige Opfer gefeiert. „Überall ist es der eine Christus, hier in seiner Ganzheit und dort in seiner Ganzheit, *ein* Leib. Wie nun der vielerorts Geopferte nur *ein* Leib ist und nicht viele Leiber, so ist auch nur ein einziges Opfer", schreibt der hl. Chrysostomus (Erkl. zu Hebr. 10 Hom. 17, 3 PG 63, 131). Dies ist unser Glaube. Für diesen Glauben aber ist es gut, wenn er von Zeit zu Zeit einen sinnfälligen Ausdruck findet, gleichsam sichtbar wird. Das geschieht auf einem Eucharistischen Weltkongreß. Dieser Eucharistische Weltkongreß soll eine *Statio orbis* sein. Das heißt ein Zusammenkommen, ein Sichversammeln der katholischen Welt, um sichtbar in der Einheit des Glaubens und der Liebe das zu tun, was das Wichtigste auf Erden ist, nämlich Eucharistie zu feiern: dem Vater im Himmel Dank zu sagen in der Gedächtnisfeier des Kreuzesopfer seines Sohnes, unseres Erlösers. In Rom wurde einst an den gewöhnlichen Sonn- und Feiertagen das heilige Opfer in verschiedenen Kirchen gefeiert. An bestimmten Festtagen aber versammelten sich Bischöfe, Priester und Gläubige um den Papst zur Statio urbis, zur *gemeinsamen* Opferfeier der ganzen Stadt. Heute ist das Wort des Propheten Malachias in Erfüllung gegangen, und das heilige Opfer wird in den Kirchen der ganzen Welt gefeiert vom Aufgang der Sonne bis zu ihrem Untergang (Mal. 1, 11). So wird ein Eucharistischer Weltkongreß zu einer Statio orbis, einer Zusammenkunft zur gemeinsamen Opferfeier der Katholiken aus aller Welt. Wie für einen Eucharistischen Weltkongreß geschrieben erscheint das Wort aus der Morgenfrühe des Christentums, das uns in der sogenannten Zwölfapostellehre aufgezeichnet ist und das heißt: „Wie dieses gebrochene Brot verstreut war auf den Hügeln und nun, zusammengebracht, *eines* geworden ist, also möge Deine Kirche von den Enden der Erde zusammengebracht werden in Dein Reich. Denn Dein ist die Herrlichkeit und die Macht durch Jesus Christus in Ewigkeit" (9, 4 BKV 35, 11/12). Um den himmlischen Vater zu preisen, wollen wir im eucharistischen Gedächtnis den Tod des Herrn be-

gehen, den der hl. Ambrosius (De excessu fratris sui Satyri 2, 45. PL 16, 1327) als die „große Festfeier der Welt" bezeichnet. So wird uns der Eucharistische Kongreß zum großen Weltfronleichnamstag.

Wir feiern diesen Weltfronleichnamstag in einer geschichtlichen Stunde: am Vorabend der „einen Welt" oder in der Abenddämmerung des „Menschheitstodes". Tatsächlich könnten alle äußeren Voraussetzungen gegeben erscheinen für ein Sichfinden der Menschen im irdisch-politischen Sinn, für eine friedvolle Vereinigung der Völker zu der einen Welt. In Wirklichkeit aber sind an dieser Schwelle eines totalen Weltfriedens die Völker der Erde in zwei Hälften auseinandergebrochen und laufen Gefahr, sich mit der Macht ihrer großartigen Technik selbst zu vernichten. In dieser Stunde der Geschichte versammeln wir uns zur eucharistischen Statio orbis, um das eine Brot zu brechen, das uns Christus gab als sein „Fleisch für das Leben der Welt" (Joh. 6, 51); denn dazu ist er ja gekommen, daß wir das Leben haben und in Fülle haben (Joh. 10, 10).

Um in der Einheit des Glaubens und der Liebe, um in der Gemeinschaft mit Christus zu beten, kommen wir zusammen. Wir wollen keine religiöse Massenveranstaltung. Gerade wir Christen sind mißtrauisch geworden gegen Massenveranstaltungen; denn wir wissen, wie rasch sich ihrer die Dämonen bemächtigen. Eine Eucharistiefeier der katholischen Welt ist keine Sache der Massen. Wer je einmal am Ostermorgen auf dem Petersplatz zu Rom stand und mit den Hunderttausenden betend und singend das Segenswort des Papstes erwartete, der hat es erfahren: nichts schützt so sehr vor der Vermassung als das Gebet aus gläubigem Herzen, aus dem mündigen religiösen Entscheid des persönlichen Gewissens.

Ebenso will der große Weltfronleichnamstag 1960 auch keine Demonstration bedeuten. Es geht nicht um die Bekundung kirchlicher Macht; dazu wird der Kongreß, wie wir hoffen, zu einfach und innerlich gestaltet sein. Es geht auch nicht nur um ein öffentliches Bekenntnis unseres Glaubens. Es geht um *Gottesdienst*, um das große Danksagen, indem wir „den Tod des Herrn verkünden, bis er wiederkommt" (1 Kor. 11, 26). So richtet sich der Kongreß gegen niemand, weder gegen einen politischen Gegner noch gegen religiös Andersdenkende, sondern betet und opfert für alle, für das Leben der Welt.

Die Aufgaben der deutschen Katholiken

Wir wissen also, was wir wollen; so schicken wir uns an, es in lauterer Absicht und mit bester Kraft zu tun. Wir deutschen Katholiken dürfen es nicht gering anschlagen, daß uns das Oberhaupt der Weltkirche in einem hochherzigen Beweis des Vertrauens die Durchführung des Eucharistischen Kongresses übertragen hat. Ihn würdig und voll religiöser Ehrfurcht zu gestalten muß uns Ehrensache, ja mehr noch, muß uns Herzenssache sein. Wir wollen auf dem Kongreß keine religiöse Paradeveranstaltung bieten. Was in den Jahrzehnten der liturgischen Erneuerung gewachsen ist an gewissenhaft durchdachtem und durchformtem Vollzug der heiligen Eucharistie, an Gestaltung des religiösen Lebens der Gemeinden und der einzelnen vom Altare her, das wollen wir vollziehen.

Der Kongreß soll Frucht und Ausdruck der religiösen Arbeit sein, die wir bereits geleistet haben und die wir besonders in der Zeit bis zum Kongreß noch auf uns nehmen wollen. Es gibt keine bessere, aber auch keine notwendigere Vorbereitung auf den Eucharistischen Weltkongreß als die gewissenhafte, sorgfältige und fromme Feier der heiligen Eucharistie in allen unseren Gemeinden und die Formung unseres persönlichen Lebens in der Gnadenkraft des heiligsten Altarssakraments. Was auf dem Eucharistischen Kongreß erscheinen wird, darf keine rasch errichtete Fassade sein; es soll vielmehr die religiöse Wirklichkeit widerspiegeln. In diesem Sinn baut jede Pfarrei und jeder einzelne von uns an dem segensreichen Gelingen der großen eucharistischen Feier im nächsten Jahr mit.

Das Lebensgesetz der Kirche ist nicht in erster Linie menschliche Leistung, sondern Gottes Gnade. Wie alles in der Kirche will darum auch der religiöse Erfolg des Eucharistischen Kongresses in der Gnade Gottes erbetet und eropfert werden. Im Anblick des Eucharistischen Weltkongresses, seiner Teilnehmer und seiner Feiern, wird uns vielleicht das Wort des Herrn in den Sinn kommen: „Erhebet euere Augen, und betrachtet die Felder. Sie sind schon weiß zur Ernte" (Joh. 4, 35). Bei der Vorbereitung des Kongresses aber dürfen wir nicht vergessen, was der wogenden Schönheit der Erntefelder vorausgeht: „Wenn das Weizenkorn nicht in die Erde fällt und stirbt, bleibt es allein; wenn es aber stirbt, bringt es viele Frucht" (Joh. 12, 24).

Wir werden also selbst eingehen müssen in den Opfertod des Herrn, opferbereit und betend, daß Gottes Herrlichkeit in der großen Eucharistiefeier zu München sich gnadenvoll offenbare. Dazu rufen wir deutschen Bischöfe euch alle auf, Brüder und Schwestern. Zum Gebet und Opfer rufen wir die Kinder, besonders die Erstkommunikanten dieses und des nächsten Jahres. Unser Ruf ergeht an die katholische Jugend: Sei stark in der Selbstüberwindung! Bringe dein Opfer und bete! Wir wenden uns an die Kranken und an die vereinsamten alten Leute, an die Heimatlosen, an die Witwen und Waisen, kurz, an alle, auf denen ein besonders schweres Kreuz lastet, und bitten sie: Tragt in diesem Jahr euer Kreuz für den Eucharistischen Weltkongreß! Betet und opfert! Im übrigen hat jeder von uns sein Kreuz zu tragen, und er möge es in den nächsten Monaten Gott darbieten für das Gelingen des Eucharistischen Kongresses.

Aber sollten wir nicht noch mehr tun? Gibt es einen schöneren und wirksameren Zugang zu den Gnadengeheimnissen der kommenden eucharistischen Feier als ein mutig-liebendes Opfer auch in der Gestalt einer Opfergabe? Die deutschen Katholiken sind sich im Fastenopfer dieses Jahres für die Hungernden und Kranken in der Welt bewußt geworden, daß die tätige Liebe, das Werk der leiblichen Barmherzigkeit, zum Leben der Christen gehört. Auch im kommenden Jahr werden wir Euch, liebe Diözesanen, um das gleiche Fastenopfer bitten, und im Jahr des Eucharistischen Weltkongresses, über dem auch in diesem Sinn geschrieben steht „Für das Leben der Welt", soll Euere Opferbereitschaft nicht kleiner sein, als sie in diesem Jahre war.

Einladung zum Kongreß

Seien wir überzeugt, liebe Diözesanen, das segensreiche Gelingen des Eucharistischen Weltkongresses in München ist von der göttlichen Vorsehung weitgehend in die Hand der deutschen Katholiken gelegt! Es ist nicht nur der Organisationsgabe und dem Arbeitseifer derer anvertraut, die unmittelbar mit der Vorbereitung des Kongresses zu

tun haben. Es ist vielmehr uns allen aufgegeben, unserer gläubigen und liebenden Bereitschaft, unserem Beten und Opfern. Vernehmen wir also den Ruf dieser Stunde: „Bereitet den Weg des Herrn“ (Mark. 1, 3), des eucharistischen Herrn, in einer inneren, religiösen Vorbereitung auf den Eucharistischen Kongreß. Und dann, liebe katholische Brüder und Schwestern, kommt in frohen Scharen zur großen Eucharistiefeier nach München. Aus dem christlichen Altertum klingt es an unser Ohr: „Die göttlichen Gaben liegen bereit; der mystische Tisch ist gedeckt, der lebenspendende Trunk ist gemischt. Der König der Herrlichkeit läßt zu sich bitten, der Sohn Gottes hält Empfang, das fleischgewordene Gotteswort ermuntert uns, zu kommen“ (Ps.-Cyrill v. Alex., 10. Hom. zum mystischen Mahl, PG 77, 1017). Wohlan denn, auch wir deutschen Katholiken wollen das Wort des heiligen Sängers aufnehmen: Voll Freude sind wir, da man uns sagt, zum Haus des Herrn wollen wir ziehen.

Die Kirche in den Ländern

Die Lage in Belgisch-Kongo — ein Beispiel für die Probleme Afrikas

Seit unserem letzten Bericht über die Unruhen in Belgisch-Kongo zu Beginn dieses Jahres (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 283 ff.) haben sich die Verhältnisse dort rapide zugespitzt. Der Aufruf König Baudouins vom 13. Januar, der den Kongolesen das Recht auf Selbstbestimmung zuerkannte und für Dezember dieses Jahres und März 1960 als ersten Schritt dazu Gemeinde- und Provinzialwahlen nach dem Grundsatz des allgemeinen Wahlrechts festsetzte, hat die Gemüter nicht beruhigt, sondern vielmehr erst recht erhitzt. Es ist nach den Unruhen in Leopoldville (im Januar) im Sommer zu neuen Unruhen in anderen Städten, Luluaburg und Matadi, und zuletzt noch im Oktober in Stanleyville gekommen, Städten in ganz verschiedenen, weit auseinanderliegenden Teilen des Landes. Eine neue radikale afrikanische Partei, das „Mouvement National Congolais“ (MNC) unter Leitung des als gewalttätig geltenden Patrice Lumumba ist an die Seite des älteren, ebenfalls für die Unabhängigkeit kämpfenden Abako („Alliance Bakongo“, d. h. Allianz der Bewohner des unteren Kongo) getreten, deren Anführer Kasavubu ist. Beide haben ihre Gefolgschaft aufgefordert, die Wahlen zu boykottieren. Im September ist der bisherige Kolonialminister van Hemelrijk aus Protest gegen die Schwierigkeiten, die ihm bei der Durchführung seines Programms gemacht wurden, zurückgetreten. Unter den Einheimischen greift eine allgemeine Ablehnung der Weißen, auch der weißen Missionare, immer weiter um sich, und der Drang nach Unabhängigkeit ist zum beherrschenden Motiv aller Vorgänge geworden.

Die Weißen in Belgisch-Kongo

Bekanntlich hat das friedliche Zusammenleben von Weißen und Schwarzen in der großen und an natürlichen Schätzen aller Art außerordentlich reichen belgischen Kolonie noch lange fortbestanden, als es in anderen Teilen Afrikas schon heftig gärte, und die Belgier begannen sich in dem Traum zu wiegen, sie hätten die Fehler vermieden, die andere Kolonialmächte begangen haben, und würden daher auch nicht in die Umwälzungen anderer afrikanischer Kolonialgebiete mit hineingezogen werden. Die belgische Regierung hat in Belgisch-Kongo nie Rassengesetze erlassen und keine Rassendiskriminierung propagiert. Die Weißen in der Kolonie erkannten dabei allerdings nicht, daß sich trotzdem eine faktische Rassentrennung herausgebildet hatte, wenn sie auch heute im Gewand einer sozialen Schichtung auftritt. Gleichzeitig hat Belgien es mehr als andere Kolonialmächte versäumt, eine größere schwarze Elite heranzubilden. Die Missionsschulen reichten nicht entfernt aus, um die eingeborene Bevölkerung als Ganzes auf einen höheren kulturellen Stand zu heben. Zudem machte sich der Schulkonflikt im Mutterland (d. h. der Streit über Zulassung und Finanzierung des katholischen Schulwesens zur Zeit der sozialistisch-liberalen Regierung in Belgien) in der Kolonie verhängnisvoll bemerkbar, vor allem durch das Schauspiel der Uneinigkeit der Weißen. Möglicherweise wären die Kongolesen jedoch noch lange ruhig geblieben, wenn die afrikanischen Länder rund um sie herum nicht in Bewegung geraten wären. Aber Ghana und Guinea, die völlige Unabhängigkeit errungen haben, Kamerun, das vor seiner Unabhängigkeitserklärung im Rahmen der Französischen Gemeinschaft steht, sind seine nächsten Nachbarn. Auch den Kongolesen ist nun in der Januarbotschaft König Baudouins die schrittweise Überführung in die Unabhängigkeit zugesagt worden, und Kolonialminister van Hemelrijk hatte deren Verwirklichung zu seiner Aufgabe gemacht. Aber jetzt geht die Entwicklung den Eingeborenen nicht schnell genug.

Im Juni brachte die französische Zeitung „La Croix“ (20. 6. 59) einen Bericht aus Belgisch-Kongo und dem Mandatsgebiet Ruanda-Urundi, in dem es heißt, die Wirklichkeit sehe oft ganz anders aus als die Versprechungen König Baudouins und Minister van Hemelrijks. Nicht weil es diesen mit ihren Versicherungen nicht absolut ernst sei, sondern weil ein gewisser Teil der weißen Ansiedler in diesen Gebieten dagegenarbeite. Dieser Widerstand äußerte sich in bewußter oder unbewußter Sabotage von Maßnahmen, die zur Unabhängigkeit der Kolonie führen könnten, von seiten gewisser Elemente in der Verwaltung, in Versuchen von europäischer Seite, „gemäßigte“ politische Parteien unter den Eingeborenen aufzuziehen, in Unterstützung des Widerstands der schwarzen Stammeshäuptlinge gegen das allgemeine Wahlrecht und schließlich in direktem Boykott des Kolonialministers van Hemelrijk, der das Symbol der neuen Politik war und in den nationalistischen Kreisen der Hauptstadt Leopoldville zunächst große Popularität genoß.

Dabei sind die eigentlichen Kolonisten, die weißen Ansiedler, in dem riesigen Gebiet der Kolonie ganz gering an Zahl, während der Verwaltungsapparat und alle übrigen höheren Stellen durchweg mit Weißen aus dem Mutterland besetzt sind.

Ende 1957 waren in Belgisch-Kongo (nach „La Croix“, 20. 6. 59) nur 5033 Belgier und 4231 andere Weiße wirklich ansässig und beheimatet. Sie bilden keine homogene Gruppe — wie etwa die französischen Kolonisten in Algerien. Etwa 18 % von ihnen sind Farmer, 16 % Indu-

strielle, 15 % üben freie Berufe aus oder sind Rentner, andere wieder sind Kaufleute. Diese Ansässigen bilden aber nur eine schwache Minderheit unter den gesamten in Belgisch-Kongo lebenden Weißen.
Für April 1959 gibt die offizielle Statistik für Belgisch-Kongo und Ruanda-Urundi 116566 Nichtafrikaner an, darunter 92144 Belgier. Im Kongo allein befanden sich 109407 Nichtafrikaner, darunter 86736 Belgier, in der Hauptstadt Leopoldville mit ihren 320000 Einwohnern 32143 Nichtafrikaner, davon 27337 Belgier. In Belgisch-Kongo arbeiten 7131 ausländische Missionare, 5553 katholische und 1528 protestantische. Die katholischen Missionare sind zum größten Teil (4456) belgischer Nationalität, von den protestantischen Missionaren sind nur 39 Belgier, die anderen kommen vorwiegend aus Amerika, England und Schweden. Im Mandatsgebiet Ruanda-Urundi wirken 919 Missionare, 733 katholische (zumeist Belgier) und 185 protestantische (von denen nur 4 Belgier sind; nach Fides-Agentur, 26. 9. 59).
Unter diesen Weißen gibt es mächtige Gruppen, die aus diesem oder jenem Grunde die Unabhängigkeitsbewegung des Landes eher fördern als bremsen: so die Großindustrie und die belgischen Holding-Gesellschaften, die den Übergang zur Unabhängigkeit für unvermeidlich halten und sich deshalb schon jetzt darauf umstellen. Aus ganz anderen Gründen ist auch die katholische Kirche eine Förderin des Unabhängigkeitsstrebens, wie es noch kürzlich ein gemeinsamer Hirtenbrief des Episkopats von Belgisch-Kongo und Ruanda-Urundi ausgeführt hat (s. S. 129).
Die Gesamtbevölkerung von Belgisch-Kongo beläuft sich auf ungefähr 13 Millionen; davon sind etwa vier Millionen katholisch und eine Million protestantisch. In Ruanda-Urundi, einem armen, aber dichtbevölkerten Gebiet, leben etwa 4,5 Millionen Menschen, von denen mehr als eine Million katholisch ist.

Die Schwarzen in Belgisch-Kongo

Die afrikanische Bevölkerung Belgisch-Kongos und des Mandatsgebiets Ruanda-Urundi spiegelt die ganze dramatische, ja tragische Lage des Schwarzen Afrika im gegenwärtigen geschichtlichen Moment wider. Das Gebiet, das hier unter belgischer Verwaltung steht, ist riesig (2345860 qkm ohne Ruanda-Urundi) und wird von ganz verschiedenen Negergruppen bewohnt: in der Hauptsache sind es Bantustämme — die aber verschiedene Sprachen sprechen —, im Norden leben Sudanneger. In den Waldgebieten des Innern haben sich auch noch primitive Pygmäenstämme erhalten (z. B. die Batwa, die in Ruanda-Urundi von den höheren Stämmen als Sklaven benutzt werden). Südlich des unteren Kongolaufes, auf einem Gebiet, das heute z. T. zur portugiesischen Kolonie Angola gehört, bestand im Mittelalter ein kulturell hochstehendes Negerkönigreich, das im 16. Jahrhundert von den portugiesischen Missionaren christianisiert wurde, im 18. Jahrhundert jedoch den Angriffen wilder heidnischer Stämme erlag. Hier, wie überall im Schwarzen Afrika, drängt es mächtig nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung; es erscheint aber unvermeidlich, daß sich dann auch ein Kampf der einen gegen die anderen entwickeln wird, da die Rassen, Sprachen, Bildungsgrade, Religionen und Traditionen ganz verschieden sind. Schon jetzt kommt es immer wieder zu blutigen Zusammenstößen zwischen den verschiedenen Stämmen sowohl in den Gebieten, die bereits eine große Unabhängigkeit genießen, wie auch etwa in Belgisch-Kongo selbst. Die Rassen- oder Stammesgegensätze sind gewiß unter den Kolonialregierungen niedergehalten gewesen, so daß die Kolonialmacht als ein Element der Befriedung erschien; sie sind anderseits jedoch auch dadurch akut geworden, daß die Grenzen der Kolonialgebiete nichts mit den historischen Überlieferungen des Schwarzen Kontinents zu tun haben, sondern jeweils Räume vereinigten, die sich allein durch Eroberung, Entdeckung, Teilung, Kauf durch europäische Mächte gebildet haben und deren einzelne Bevölkerungsgruppen jetzt wieder ihrem Eigenleben zustreben. Trotzdem glauben die Führer der afrikanischen Freiheitsbewegungen daran, daß das Ideal des Freien Afrika schließlich über die internen Konflikte siegen wird — und das ist selbstverständlich durchaus möglich. Vorläufig jedoch macht Afrika eine Zeit der Umwälzung und Umordnung durch, in der alles brodelt. In Belgisch-Kongo entstehen immer neue politische Parteien, die alle die Unabhängigkeit wollen, jedoch auf verschiedenen Wegen. Auch hier herrscht Chaos, wenn auch zwei Bewegungen, wie wir schon sagten, führend sind: Abako und das MNC, das eine radikale Gruppe in der Landschaft Kassaï im Innern und eine gemäßigtere in Leopoldville umfaßt.
Man weiß — und wir haben das schon öfter erwähnt —, daß die alte, in der Stammesordnung begründete afrikanische Lebensform durch den Einbruch der abendländischen Kultur, der christlichen Religion und — endgültig — durch die Welt der Technik wohl unwiederbringlich zerstört worden ist. Die schwarze Rasse ist sich jedoch vor allem seit dem Ende des zweiten Weltkriegs in ihren Führern dessen bewußt geworden, daß sie ihre eigenen schöpferischen Kräfte einsetzen muß, um die bestehende Richtungslosigkeit zu überwinden. Die katholische Kirche, in der das Bewußtsein davon, daß sie nicht an die abendländische Kultur gebunden ist, daß in ihr jede Kultur ihren Raum und ihren tiefsten Sinn finden muß, in den letzten Jahrzehnten ebenfalls immer stärker zum Durchbruch gelangt ist, ermutigt die Bemühungen um die Einwurzelung ihrer Formen in den Geist dieser neugewonnenen Kultur sehr (und gerade Afrika hat bereits ergreifende Werke der Skulptur und der Musik aus rein afrikanischem Wesen für die Kirche geschaffen). Aber Afrikas Religiosität befindet sich in einem starken Gärungsprozeß und hat im letzten halben Jahrhundert eine Unzahl von Sekten hervorgebracht. Sie treten auch bei den politischen Unruhen immer wieder hervor. In Belgisch-Kongo ist die Sekte der Kitawala, die bei den Januarunruhen in Leopoldville eine Rolle gespielt hat, schon seit Anfang des Jahrhunderts tätig; sie ist eine afrikanische Transposition der „Zeugen Jehowas“ und hat in einer Reihe von afrikanischen Kolonien — Njassaland, Tanganjika, Nordrhodesien — Fuß gefaßt; in den meisten Gebieten verhält sie sich ruhig, in Belgisch-Kongo jedoch hat sie schon mehrmals blutige Unruhen hervorgerufen.
Die bekannteste Sekte von Belgisch-Kongo ist die messianische Sekte des Kibangismus, die sich nach dem schwarzen Thaumaturgen und Propheten Simon Kibango benennt, der seit 1921 an beiden Ufern des unteren Kongo auftrat und sich als Sohn Gottes und Erlöser seines Volkes fühlte. Seine Anhänger glauben nicht, daß er gestorben ist, oder sie glauben, daß er auferstanden ist oder auferstehen wird, um sie zu befreien. Schüler Kibangos — die, wie Kibango selber, in Missionsschulen erzogen worden

sind und Christliches mit Heidnischem mischten — haben seine Sekte weitergeführt. Simon-Pierre Mpadi z. B., der zuerst 1939 hervortrat, führte die Sekte in einem ausgesprochen gegen die Missionskirchen gerichteten Geist weiter. Diese Bewegung scheint bei den Unruhen von Leopoldville im Januar mindestens einen Teil der Verantwortung getragen zu haben (vgl. auch Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 285). Die meisten dieser neueren afrikanischen Sekten haben vom Protestantismus die Bibelkenntnis übernommen, wobei ihnen das Alte Testament näher liegt als das neue; Sekten wie die Heilsarmee und die Zeugen Jehowas haben einen Beitrag zum anarchischen Charakter dieser Bewegungen geliefert. Von der katholischen Kirche haben sie vor allem gewisse Riten, Elemente aus Liturgie und Kult, übernommen (sie gleichen darin dem südamerikanischen Wodu). Aber das heidnische Element überwiegt doch diese christlichen Einflüsse bei weitem. Eines ist sicher: diese Sekten bilden einen Sammelpunkt der Auflehnung gegen die Welt der Weißen. Gerade dadurch stellen sie auch ein so schweres Problem für die Fortführung der christlichen Mission in Afrika im allgemeinen und in Belgisch-Kongo im Besonderen dar. Es besteht heute kein Zweifel mehr darüber, daß das einzige wirksame Gegenmittel eine „Afrikanisierung" der Mission und der einheimischen Kirche ist (nach A. Rétif, „Pullulement des ‚Églises' nègres", in: Études, September 1959).

In diesem Zusammenhang ist von größter Bedeutung, daß Papst Johannes XXIII. Mitte August dieses Jahres Abbé Joseph Malula zum dritten schwarzen Bischof Belgisch-Kongos ernannt hat. Er ist Titularbischof von Attanaso und Apostolischer Vikar von Leopoldville geworden. Bischof Malula hat seine ganze priesterliche Laufbahn in seinem eigenen Land absolviert; nach seiner Priesterweihe 1949 (er ist 1917 geboren) war er nur kurz im Busch tätig, erhielt dann aber bald eine Kaplan- und später eine Pfarrstelle in Leopoldville, zuletzt an der Pfarre Saint-Pierre, die in der wichtigsten Eingeborenensiedlung der Hauptstadt mit 64 000 Einwohnern liegt, von denen 33 000 Katholiken sind. Der neue Apostolische Vikar von Leopoldville hat aber nicht nur eine rein afrikanische Laufbahn hinter sich (ohne Studien in Rom), sondern er ist auch der Gründer der „Conscience Africaine", jener Gruppe junger schwarzer Intellektueller, die im Juli 1956 das erste politische Manifest des Kongo lancierte. Anläßlich der Weltausstellung in Brüssel im vergangenen Jahr war Abbé Malula in Belgien und hat dort in Brüssel, am 28. Mai, mit einer Ansprache einiges Aufsehen erregt; denn er sprach über das Gottesbewußtsein Afrikas, das vom Abendland nichts mehr empfangen könne, da dieses selber das Gottesbewußtsein verloren habe und in die Sklaverei des Materialismus gesunken sei. Abbé Malula setzte sich in dieser Rede auch nachdrücklich für die politische Unabhängigkeit seines Landes ein. Bei seiner Bischofsweihe in Leopoldville sprach er ebenfalls wieder von einer „kongolesischen Kirche in einem kongolesischen Staat".

Der gemeinsame Hirtenbrief der Bischöfe von Belgisch-Kongo und Ruanda-Urundi

Am 15. August veröffentlichten die 44 Apostolischen Vikare und Präfekten von Belgisch-Kongo und Ruanda-Urundi einen gemeinsamen Hirtenbrief im Hinblick auf die kommende Unabhängigkeit des Landes, in dem den Gläubigen die Rolle und Aufgabe der Christen im Kongo und in Ruanda-Urundi inmitten der grundlegenden Veränderungen, die sich vollziehen, erklärt wird.

Die Mission der Kirche ist zwar eine wesentlich religiöse; sie fordert die Gläubigen mit Christus auf: „Suchet zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit." Aber der Christ muß sein Heil suchen, während er in dieser Welt lebt, und er hat auch dieser Welt gegenüber eine Aufgabe. Er muß alles tun, damit in ihr Wahrheit, Gerechtigkeit und Liebe herrschen. Aus diesem Grund hat die Kirche das Recht und die Pflicht, ihre Gläubigen auch über ihre Verantwortung im irdischen Zusammenleben zu belehren. Ihre Lehre geht dabei von der Würde der menschlichen Person, sowohl in der Familie wie in den größeren Gemeinschaften, aus.

Wenn es Sache der Kirche ist, hier die sittlichen Richtlinien anzugeben, nach denen die Christen zu handeln haben, so ist es deren Sache, über die praktische Anwendung zu entscheiden. Aber die Aufgabe der Kirche, Richtlinien zu geben, erstreckt sich doch auch bis in den politischen Bereich: sie fordert ihre Gläubigen auf, aktiv im politischen Leben mitzuarbeiten und in der Sorge um die göttliche Bestimmung des Menschen für das Wohl des Landes zu wirken. Im Hinblick auf die kommenden Wahlen fühlt sich der Episkopat verpflichtet, vor allem zur Frage der Unabhängigkeit Stellung zu nehmen.

„Die Kirche begrüßt mit großer Hoffnung die Ankündigung der Unabhängigkeit für den Kongo und Ruanda-Urundi. Sie möchte bei dieser Gelegenheit feierlich ihre Hochachtung vor dem Werk ausdrücken, das Belgien in Afrika geleistet hat. Sie ist überzeugt davon, daß bei loyaler und hochherziger Zusammenarbeit alle diese Länder zu Wohlstand und Glück gelangen werden und in der Geschichte Afrikas und der Welt die Rolle spielen können, die ihnen die Vorsehung vorbehalten hat."

„Schon in ihrer Erklärung von 1956 haben die Bischöfe von Kongo und Ruanda-Urundi das Recht der Bewohner dieser Länder betont, selber an der Führung der öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen, und unterstrichen, daß die Kirche die Emanzipation eines Volkes für sein Recht hält, vorausgesetzt, daß diese sich unter Beachtung der gegenseitigen Rechte und der Liebe vollzieht . . . Die Kirche, die als erste den Afrikanern bedeutende Verantwortungen anvertraut hat, möchte diesen Aufstieg zur Unabhängigkeit dadurch unterstützen, daß sie diejenigen, die das Räderwerk des Staates organisieren müssen, durch das Licht der christlichen Lehre über internationale Fragen, politische Demokratie, soziale Beziehungen, Berufsleben und wirtschaftliche Betätigung erleuchtet . . ."

Die Bischöfe nennen dann einige besonders schwierige Probleme, die sich im Kongo und in Ruanda-Urundi den führenden Männern stellen werden.

„1. Was für eine Regierungsform sich ein Staat auch gibt, sie muß, um dauerhaft zu sein und dem Geist der Nation zu entsprechen, in den erprobtesten und authentischsten Überlieferungen verankert werden. Jedes Volk besitzt seinen Schatz an uralter Weisheit und praktischer Erfahrung, der ihm von seinen Vorfahren überliefert worden ist und in dem sich sein Wesen ausdrückt: es wäre nicht klug, das zu vergessen."

Dieser erste Punkt der bischöflichen Ratschläge ist ganz besonders hervorzuheben: in ihm äußern sich Erkenntnisse, die für Afrika von eminenter Bedeutung sind und die hier vielleicht zum erstenmal von einer kirchlichen

Hierarchie formuliert worden sind. Hier zeigt sich, wie sich die vertiefte Auffassung des Missionsbegriffs als des Einsenkens der Botschaft Christi in das jeweilige Wesen und die Kultur der neu aufsteigenden Völker zum wirklichen Verstehen, Geltenlassen und Lieben fremden Seins und anderer Kultur ausweitet.

Die folgenden Punkte, in denen der Hirtenbrief des Episkopats von Belgisch-Kongo und Ruanda-Urundi Ratschläge zu den wichtigsten Problemen der unabhängig werdenden Völker erteilt, sind weniger überraschend, doch ebenso wichtig. Sie behandeln: 2. das Los der Kleinen, Armen, der entrechteten Massen, für die zu sorgen eines der obersten Anliegen einer Regierung sein muß; es darf keine bevorzugte Minderheiten geben. 3. Die nationale Gemeinschaft muß allen Rassen und Stämmen gleiche Rechte geben, welche Form sie auch wählt (mehr föderalistisch oder mehr zentralistisch). 4. Recht und Sicherheit der Personen anderer Nationalität müssen gemäß dem internationalen Recht geregelt werden. Die Kirche ermahnt vor allem zu friedlicher Zusammenarbeit mit den ehemaligen Kolonialmächten, deren Hilfe noch gebraucht wird, wie sie anderseits die Weißen ermahnt, die autochthone Regierung durchaus zu achten. 5. Bei der Einfügung der neuen Gemeinschaften in die universale Völkergemeinschaft haben die Katholiken eine besondere Verantwortung zu tragen, da sie mehr als andere befähigt sind, alle nationale Enge zu überwinden und andern Völkern brüderlich zu begegnen.

Weiterhin betont der Hirtenbrief die Wahlpflicht der Christen und die Pflicht der Gewählten, vor allem dem Gemeinwohl zu dienen. Was die politischen Parteien betrifft, so können Christen hier verschiedene Standpunkte vertreten, vorausgesetzt nur, daß sie alle das Gemeinwohl im Auge haben. „In unserm Land ist es berechtigt und wünschenswert, daß die Katholiken im Bereich der zeitlichen Einrichtungen mit den Christen anderer Konfessionen und mit Nichtchristen zusammenarbeiten. Wenn die Kirche in gewissen Gebieten zuweilen eine bestimmte Partei gestützt hat, so nur, weil diese allein die vom christlichen Standpunkt aus unerläßlichen Garantien zu bieten schien. Aber sie hat diese Situation niemals als ideal betrachtet." Die Christen werden auch ermahnt, die religiösen Überzeugungen der andern zu achten; dafür können sie erwarten, daß die Mission der Kirche nicht durch politische Gewalt behindert wird. Die Politik untersteht dem Moralgesetz, und es ist wichtig, im Kongo und in Ruanda-Urundi von Anfang an gesunde politische Sitten einzuführen.

Die Bischöfe danken der bisherigen Verwaltung auf allen ihren Stufen für die Dienste, die sie dem Land erwiesen hat. Regierungen wechseln, aber dieser Stab von Beamten aller Art bleibt und bildet die Gewähr der Ordnung. Es ist zu hoffen, daß die bisherigen Beamten jetzt hochherzig bereit sind, die afrikanischen Kräfte in ihre Arbeit einzuführen und ihnen zu einem guten Start zu verhelfen. „Wir hoffen, daß alle, die ihre Kompetenz den neuen Einrichtungen zur Verfügung stellen, bereit sind, mit Hingabe und Unbestechlichkeit zu dienen."

Es folgt ein dritter Teil des Hirtenbriefs, in dem die Lehren der Kirche über Kirche und Gesellschaft dargelegt werden, und zwar unter den Gesichtspunkten Kirche und Familie, Familie und Staat, Kirche und Staat, Wirtschafts- und Soziallehre, Löhne, Arbeits- und Streikrecht, menschliche Beziehungen in der Arbeitswelt, Mittelstand, bäuerliche Welt. Die Kirche, so heißt es, ist bereit, in allen Bereichen mit dem Staat zum Wohl der Allgemeinheit zusammenzuarbeiten. Einen besonderen Anruf richtet die Kirche schließlich an die Eliten von morgen, die Akademiker und alle, die höhere Studien absolviert haben; sie sind die Hoffnung der Zukunft. Diese Hoffnung müssen sie durch hingebende Arbeit, offenen Geist, Bereitschaft, für den Aufstieg der Massen zu sorgen, rechtfertigen. Schließlich rufen die Bischöfe alle zur Liebe auf. Die Gegensätze zwischen den Rassen, Stämmen, sozialen Schichten, wirtschaftlichen Interessen müssen endlich überwunden werden. Nicht das, was trennt, sondern das, was eint, soll gesucht werden: die Nation, die christliche Zivilisation, die Einmütigkeit der Arbeit, der Aufstieg. Hier hat auch die Presse eine besondere Aufgabe. „Aus ganzem Herzen fleht die Kirche Gott für unsere Länder und ihre Führer an, die gegenwärtigen und zukünftigen; sie fordert die Christen auf, sich in brüderlichem Gebet zu vereinen, damit die Vorsehung ihren reichen Segen über den Kongo und Ruanda-Urundi ausgieße."

Die politischen Ereignisse des Herbstes

Anfang September trat, wie eingangs erwähnt, der bisherige Kolonialminister der belgischen Regierung, van Hemelrijk, zurück, weil er glaubte, die Versprechen nicht erfüllen zu können, die er im Namen und im Auftrag der Regierung den Kongolesen gemacht hatte. Sein Rücktritt rief in Belgien große Erregung hervor, die sich jedoch rasch wieder legte, als schon nach acht Tagen ein sowohl der Regierungspartei der Christlich-Sozialen wie der sozialistischen Opposition genehmer Nachfolger für van Hemelrijk in der Person des neuen Kolonialministers de Schrijver gefunden wurde. De Schrijver, von weniger nervösem Temperament als van Hemelrijk, will mit ruhigerer Hand die gleiche Politik weiterführen, und die Richtlinien der Erklärungen König Baudouins vom 13. Januar behalten ihr volle Gültigkeit. Ob es heute noch Zeit ist, das zu verwirklichen, was durch die Sabotagen und Boykotte eines halben Jahres bisher versäumt worden ist, das ist allerdings eine andere Frage. Wurde van Hemelrijk von der weißen Kolonialbevölkerung abgelehnt, weil er für sie die Kapitulation vor den Forderungen der Eingeborenen verkörperte, so hatte er sich schließlich auch die Sympathie der Schwarzen verscherzt, weil er seine Versprechen nicht erfüllen konnte. Dadurch hat sich die Stimmung in der Kolonie außerordentlich verschärft. Die verschiedenen blutigen Unruhen bezeugen das. Nach dem Aufstand von Stanleyville in den letzten Oktobertagen, bei dem es 20 Tote und mehr als 70 Verletzte gab — alles Schwarze —, und nach der Erklärung der beiden stärksten afrikanischen Organisationen, Abako und Mouvement National Congolais, die bevorstehenden Wahlen im Dezember zu boykottieren, hat Minister de Schrijver in einer langen Parlamentsdebatte in Brüssel erklärt, er werde sich in der zweiten Novemberhälfte nach Leopoldville begeben, um sich dort zu einem Kolloquium mit den Leitern aller verschiedenen Gruppen und Parteien zusammenzusetzen. Nur von einer solchen Beratung mit allen Eingeborenenführern ist jetzt noch eine friedliche Weiterentwicklung und Lösung auf dem Weg zur Unabhängigkeit dieser Gebiete zu erhoffen, deren Wünsche als berechtigt anerkannt worden sind und die sich jetzt nicht mehr hinhalten lassen.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Persönlichkeit und Werk Papst Pius' XII.

Am 20. Oktober 1959 würdigte Kardinalstaatssekretär Tardini in Anwesenheit Papst Johannes' XXIII. durch eine groß angelegte Ansprache das Wirken und Leiden des vor einem Jahr verstorbenen Papstes Pius XII. Die einleitenden Worte waren von dem Thema bestimmt: „Die Päpste sterben, der Papst stirbt nicht." Während seines Pontifikates in der unsterblichen Reihe sterblicher Päpste habe Pius XII. „unendlich viel, ja alles getan, was er tun konnte und tun mußte. Und er hat alles wohl getan".

Der Charakter

„Der Herr schenkte ihm viele Gaben: lebendige, brillante, geschmeidige Intelligenz, einen starken und großzügigen Willen, ein großartiges Gedächtnis. Zu diesen und vielen andern glänzenden natürlichen Gaben kamen hinzu: glühende Frömmigkeit, grenzenlose Liebe, unbedingtes Pflichtbewußtsein, intensiver und fast pausenloser Fleiß, heroische Bereitschaft zu Verzicht und Opfer. So bereitete die Göttliche Vorsehung diese Seele auf ihre hohe Bestimmung vor. Man könnte fast sagen, der Herr führte seinen Diener an der Hand." Nach einer Aufzählung der Lebens- und Berufsdaten Pius' XII. (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 57) fuhr der Kardinalstaatssekretär fort: „Pius XII. war wirklich groß. Groß als Künder der Wahrheit! Groß als Befrieder der Völker! Groß als Richter über eine Menschheit, die sich ihrer eigenen Schuld zu rühmen schien! Groß als milder Vater aller seiner Söhne! Groß als Tröster und Wohltäter aller, die bedrückt waren! Groß vor allem als Geist, der beständig dem Herrn verbunden war und immer inbrünstiger der göttlichen Vollkommenheit zustrebte.

Die Dornenkrone

All diese Verdienste hätten Pius XII. vor Gott und den Menschen eine leuchtende Ruhmeskrone einbringen können. Doch war es eher, wie der Papst selbst sagte, eine Dornenkrone. Im Leiden jedes Tages, ja jeder Stunde reifte er zu seiner Größe und zu seinem Ruhm heran. Er hatte ein Verhältnis zu seinen Vertrauten, aber er vertraute sich hauptsächlich dem Herrn an. Vor dem Tabernakel meditierte er oft lange über das Leiden, dorthin begab er sich mit brennenden Wunden im Herzen. Zeugnis und Frucht dieses Zwiegesprächs ist die Häufigkeit, mit der in der wunderbaren Harmonie seiner Reden und Botschaften das Thema des Leidens immer wieder aufklingt ... in wenigen Sätzen zusammengedrängt die ganze katholische Lehre von der heilerwirkenden Kraft des Leidens im menschlichen Leben.

Der Kelch des Leidens

...Wer Pius XII. gut kannte, der erkannte in seinen Worten nicht nur gründliches psychologisches, moralisches und theologisches Wissen, sondern er spürte vor allem den Aufschrei eines leidgeprüften Herzens. Auch für ihn war das Leid — um seine eigenen Worte zu gebrauchen — eine *Einführung*, die ihn zu den Wegen der Heiligkeit drängte und ermutigte. Es war der *Schmelztiegel*, der seine Seele reinigte und verfeinerte. Es war das *Licht des Geistes*, das ihn immer mit seinem unbeschreiblichen Glanz erhellte. Er nahm das Leid an und bewertete es als Geduldsprobe, um seine Tugend zu festigen und zu stärken, und als Zeichen der Verbundenheit mit den Menschen, das seinen heroischen Opferwillen für seine Kinder und Brüder stählte. Das Leid war schließlich der Prüfstein, an den seine brennende und großzügige Liebe zu Gott und den Menschen erprobt wurde. Dieser edle und außerordentlich feinfühlige Geist mußte bis zur Neige den Kelch des Leidens leeren. Nicht nur die furchtbare Not des Krieges und die schreckliche Nachkriegsperiode mit ihren Drohungen und Gefahren, sondern auch die unzähligen, vielfältigen Arten seiner unerschöpflichen Tätigkeit kosteten ihn Mühe, Verzicht, inneren Kampf und gleichsam übermenschliche Anstrengung ...

Das Geheimnis des scheinbaren Gegensatzes

Doch immer mit Gott verbunden, gelang es ihm, Ruhe in der Auseinandersetzung zu bewahren sowie Heiterkeit in aller Bitternis. Er war besorgt, doch nie verwirrt, beängstigt, doch nie entmutigt. Auch die härtesten Kämpfe erschütterten seinen Seelenfrieden nicht. So zeigte sich Pius XII. immer als fröhlicher Mensch, was er im Grunde seines Herzens auch war ... Er war eine arglose Seele ... Lebhafte Unterhaltungen gefielen ihm. Wie ein Humanist der Renaissance schätzte er schöne, kunstvolle Satzperioden. Als echter Römer liebte er den scharfsinnigen Witz und erkannte gleich die komische Seite, die sich so oft in der unerschöpflichen Vielfalt der menschlichen Schicksale verbirgt. Wenn er lachte mit seinem breiten offenen Mund, den funkelnden Augen und den erhobenen Armen, dann machte er — ich finde keinen andern Vergleich — den Eindruck eines glücklichen Kindes. Aber auch die ‚vollendete Fröhlichkeit' war Preis und Frucht des Leidens.

Und so wurde Pius XII. in einer wahrhaft tragischen Weltsituation als ihr Bändiger bezeichnet und war in Wirklichkeit ihr erstes Opfer. Er war der Bedrängteste von allen und wurde der Tröster aller. Er beseelte und richtete die Massen auf. Und doch ging seine tiefste und lebendigste Sehnsucht auf Studium, Betrachtung und Einsamkeit. Als brillanter Redner schien er sich an seiner gepflegten und gründlichen Beredsamkeit zu erfreuen. Und doch erforderte jede dieser Reden und Botschaften lange und schwierige Vorbereitungsarbeit. Als kluger Wegweiser zeigte er andern den Weg, während er oft nur zaghaft sich den eigenen Weg bahnte. Sein furchtsames Temperament ließ ihn von Natur aus den Kampf verabscheuen. Und doch wurde er zum unbeugsamen Kämpfer, wann immer der Schutz der Wahrheit, der Gerechtigkeit und des Wohles der Seelen es verlangten.

Dieser ganze Komplex von Gegensätzen und Widersprüchen wirft Licht auf das, was ich das Geheimnis Pius' XII. nennen möchte ..."

Papst in der Kriegszeit — Künder des Friedens

In der Beschreibung des Pontifikats Pius' XII. erwähnte Kardinalstaatssekretär Tardini einleitend, daß bei seiner Wahl am 2. März 1939 einige Kardinäle Bedenken gehabt hätten, einen solchen Mann des Friedens und der vermittelnden Diplomatie für die drohende Kriegszeit zu wählen. Sein ganzes Pontifikat sei ja dann auch wirklich in eine Zeit des permanenten Krieges, des heißen und kalten, des weltweiten und lokalen Krieges gefallen ...

„Pius XII. nahm vom Herrn das drückende Kreuz entgegen: Er litt, er half, er sprach und handelte. Der ganze Schmerz seiner Mitmenschen belastete seinen hochsensiblen väterlichen Geist. Um die unzähligen und unsäglichen Nöte der Kriegszeit zu lindern, gab er alles, was er hatte, und sich selbst. Er mobilisierte den Rundfunk und die Diplomatie, er gründete das Päpstliche Hilfswerk. Er nahm in sein Haus die Flüchtlinge und Verfolgten auf, und alle Geretteten wissen ihm Dank. Er besorgte der Bevölkerung Roms Hungerspenden und rettete sie, so daß man ihn *Verteidiger der Stadt* nannte. Nach den Bombenangriffen eilte er nach San Lorenzo und San Giovanni. Sorgfältig ließ er nach den Vermißten forschen. Seine diplomatischen Vertreter mußten die Kriegsgefangenen besuchen und ihnen seine Gaben überbringen. Er bezahlte das von den Deutschen geforderte Gold, um die Juden zu retten. Er legte Fürsprache für die Deportierten und zum Tode Verurteilten ein.

Er fastete, vermehrte seine Bußübungen und ordnete an, daß auch im kältesten Winter seine Wohnung nicht geheizt werden dürfe . . .“

Der Lehrmeister des Friedens

Nach dieser Darstellung der persönlichen Lebensführung und Tätigkeit Pius' XII. während des Krieges gab der Kardinalstaatssekretär einen gedrängten Überblick über die vielfältigen Botschaften Pius' XII. an die Welt: „Krieg und Frieden, die Sozialordnung, die zwischenstaatlichen Beziehungen, die Familie, die Wirtschaft, die Wissenschaft, die Arbeit und vieles andere sind die Themen, die in seiner leidenschaftlichen Sprache immer wieder aufklangen. Durch die drei berühmten und eigenhändig geschriebenen Telegramme vom 10. Mai 1940 bedauerte er die an diesem Tag erfolgte Völkerrechtsverletzung. Er forderte die kriegführenden Parteien zu Mäßigung auf. Er wurde zum Schützer der wehrlosen Bevölkerung. Er warnte vor der Gefahr der tödlichen Waffen, mißbilligte die unterschiedslosen Bombenangriffe, er verkündete und unterstützte das Recht und die legitimen Ansprüche der Völker. Er stellte die wahre Würde der Arbeiter heraus. Er zeichnete mit Mut und Klarheit die Prinzipien und Normen des wahren Friedens. Er lud Regierungen und Völker zu brüderlicher Zusammenarbeit ein, definierte die Grundlagen der gesunden Demokratie, empfahl die Abrüstung und erinnerte die reichen und mächtigen Völker an ihre Pflicht, den armen und schwachen zu helfen.

Das so reiche Kompendium an bewundernswürdigen Dokumenten bildet ein *corpus doctrinae* und ein *corpus iuris*, dem man den Titel geben könnte: Prinzipien und Grundnormen für den persönlichen, familiären, sozialen, nationalen und internationalen Frieden.“ Sodann stellte der Kardinalstaatssekretär fest, daß die Welt diese Botschaft wieder nicht hören wollte, und zog Vergleiche zum ersten Friedenspapst dieses Jahrhunderts, zu Benedikt XV. Einige sorgfältig ausgewählte Zitate Pius' XII. über den Frieden schlossen den Abschnitt über den Friedenspapst in der Gedenkrede des Kardinalstaatssekretärs.

Getrennt von den Menschen

Im zweiten Teil seiner Ansprache führte der Kardinalstaatssekretär die einleitend angeführten Gedanken über die Einsamkeit Pius' XII. vor Gott und mit Gott weiter und beschrieb die Arbeitsmethoden und den Tageslauf des verstorbenen Papstes: „Seine Natur zwang ihn unwiderstehlich zur Besinnung auf sich selbst und zur Trennung von den Mitmenschen. Hingebungsvoll widmete er sich dem Studium und fühlte sich zufrieden an seinem Schreibtisch inmitten der Bücher, Zeitschriften und Dokumente. Seine scharfe Intelligenz erfaßte rasch und klar die kompliziertesten und verschiedensten Gedankengänge. Sein außerordentliches Gedächtnis bot ihm für jeden Gedanken eine Fülle von Kenntnissen, Lesefrüchten und Tatsachen. Dadurch entstand diese unerhörte Leichtigkeit, ein Ereignis mit einem andern in Beziehung zu setzen, eine Frage mit einer andern zu verbinden und die Zeitläufte in die Geschichte einzuordnen. So hatte er eine umfassende und klare Sicht der Dinge. Daraus kamen weise und abgewogene Entscheidungen. Es mißfiel ihm, spontane Entscheidungen zu treffen . . . Er schwieg und überlegte. Er zögerte nicht nur, hier und jetzt eine Entscheidung zu treffen, sondern selbst beim Formulieren schien er gehemmt, die Worte zu finden. Am Ende war er nie zufriedengestellt, sondern gab oft noch durch das Telefon eine völlig andere Lösung. Er ließ sich Zeit, um jedes Ding gut zu bedenken. Oft bestellte er am Abend eine umfassende Dokumentation über einen bestimmten Punkt. Am folgenden Morgen traf er dann in klar geprägten Sätzen eine klare und einsichtige Entscheidung als Frucht langer Überlegung.“ Anschließend würdigte Kardinal Tardini den unermüdlichen Arbeitseifer, den erdrückenden Tagesplan und die Entspannungsstunden Pius' XII., die er dem Gebet widmete. Aus Gebet und Arbeit entstanden dann in einem sorgfältigen Vorbereitungsprozeß, den Kardinal Tardini im einzelnen beschrieb, die Reden und Botschaften dieses Papstes, die ein weltweites Echo fanden.

Der Mann, der seine eigene Natur besiegt

„Pius XII. war von Natur aus sanftmütig und scheu. Er war nicht mit dem Temperament des Kämpfers geboren. Darin unterschied er sich von seinem großen Vorgänger Pius XI.“ Nach Auffassung Kardinal Tardinis lassen sich manche Handlungen seines Pontifikats aus seiner Arglosigkeit erklären: „Sie ließ in ihm einfach den Verdacht nicht aufkommen, daß bei seinen Mitmenschen Wahrhaftigkeit und Aufrichtigkeit fehlen könnten.“ Vom rein Geistigen her wurden, wie Kardinal Tardini sagte, die Entscheidungen angegangen, und bei ihrer Übersetzung in die Wirklichkeit war das Gewissen Pius' XII. „immer von der Furcht geplagt, ob er nicht zuviel Konzessionen gemacht oder zu rasch und in außergewöhnlicher Weise etwas zugestanden habe . . . Aus diesem Grund entstand beim Heiligen Vater Pius XII. eine gewisse Ängstlichkeit, kirchliche Würdenträger und Priester zu empfangen . . .“, wenn auch der geistliche Kontakt zwischen dem obersten Hirten und den Diözesanbischöfen immer gut und fruchtbar gewesen sei.

„Ein anderes Kreuz für Pius XII. waren die Ernennungen, die, je höher sie waren, um so schwieriger und um so begehrter wurden. Man weiß, daß für solche Posten Bewerber nie fehlen. Die Streber möchte ich gar nicht nennen, die ihren persönlichen Wert nach der Fülle ihres Ehrgeizes einschätzen, sich der Illusion hingeben, in Wirklichkeit nichtvorhandene Fähigkeiten zu besitzen, und sich zu oft auf nicht vorhandene Rechtsansprüche stützen. Manchmal kann es sogar vorkommen, daß solcherlei nicht beispielhafte Ambitionen bequeme Zuflucht und wohlwollende Protektion bis in den seidenen Faltenwurf der

Purpurmäntel hinein finden." Pius XII. habe bei seiner strengen Gewissenhaftigkeit und Zaghaftigkeit dieses Spiel verabscheut und nicht gerne Veränderungen vorgenommen, sondern lieber Entscheidungen aufgeschoben. „So erlebte die römische Kurie eine gewisse Stagnation, wie wenn in einem Körper Unregelmäßigkeiten im Blutkreislauf beginnen. Wir Alten verstopften den Zugang und verhinderten den Aufstieg frischerer und jüngerer Kräfte, als wir es selbst sind."

Die religiösen Höhepunkte

Als Höhepunkte des Pontifikates Pius' XII. bezeichnete Kardinal Tardini drei kühne und erfolgreich durchgeführte Entschlüsse:

1. Die neue Psalmenübersetzung, damit der Klerus die Schönheit der täglichen liturgischen Gebete besser verstehe und schätze;
2. die Definition des Dogmas von der leiblichen Aufnahme Marias in den Himmel;
3. die Ausgrabungen am Grabe des heiligen Petrus.

Der Kämpfer, der die Welt nicht fürchtet

Pius XII. besiegte nach den Worten Kardinal Tardinis seinen Charakter, der ihn zu friedlichem Kompromiß, Zurückhaltung und Einsamkeit drängte. Er wurde zum Kampf gezwungen und dadurch zum Kämpfer, der die Welt nicht fürchtete.

„An Weihnachten 1939 sagte er: ‚Wir mußten leider eine Reihe von Taten erleben, die entweder mit den Vorschriften des positiven Völkerrechtes oder mit den Prinzipien des Naturrechtes und den elementarsten Gefühlen der Menschheit nicht vereinbar sind, nämlich die wohlüberlegte Aggression gegen ein kleines, fleißiges und friedliches Volk unter dem Vorwand einer weder existierenden noch gewollten, ja nicht einmal möglichen Drohung, die Grausamkeiten, von welcher Seite sie auch begangen sein mögen, und der unerlaubte Gebrauch von Vernichtungsmitteln auch gegen Zivilisten, Flüchtlinge, Greise, Frauen und Kinder . . .; die Mißachtung der Würde, der Freiheit und des menschlichen Lebens . . .; die immer umgreifendere und methodische antichristliche, sogar atheistische Propaganda besonders unter der Jugend' (Discorsi vol. I, S. 638).

Diese Worte mutiger Verurteilung waren besonders gegen Hitler gerichtet, der im Mai die Tschechoslowakei besetzt und im September zusammen mit Rußland Polen angegriffen und verwüstet hatte.

Wenige Monate später schickte Hitler den Frechling v. Ribbentrop zu Pius XII., um die Geisteshaltung des Papstes ausforschen und vielleicht um durch eine übertriebene Darstellung der militärischen Machtmittel ihn einschüchtern zu lassen. Der Papst ergriff jedoch die Gelegenheit, um feierlichen Protest gegen alle Übergriffe des Nazismus auf die Kirche einzulegen. Der ‚Hoheitsträger' wurde verwirrt. Er gab Allgemeinplätze über die verschiedenen religiösen Bekenntnisse von sich und fügte hinzu, er sei unparteiisch, weil er keine Religion habe und sie deshalb alle beurteilen könne. Natürlich gab der Papst ihm die passende Antwort und erzählte mir sofort die tragikomische Episode.

Mussolini wagte es, dem Papst schwerwiegende Vorwürfe darüber zu machen, die als Bedrohung aufgefaßt werden konnten. Gelassen antwortete Pius XII., daß er, um seiner Pflicht treu zu bleiben, auch ins Konzentrationslager gehen würde. Rom wurde von Nazitruppen besetzt. Das Gerücht ging um, die Verantwortlichen bereiteten eine Zwangsüberführung des Papstes nach Deutschland vor. Pius XII. kümmerte sich nicht darum und verzichtete nicht einmal auf seinen täglichen Spaziergang in den vatikanischen Gärten. Besorgt waren nur die Beamten des Vatikans. Palatingarde, Schweizergarde und Nobelgarde besetzten die ‚strategischen Schlüsselstellungen' und waren bereit, den Papst zu verteidigen. Der Papst dankte und lächelte. Was hätten auch der Mut und Wert eines Häufleins Männer gegen Waffenübermacht und nazistische Gewalttat ausgerichtet?"

Anschließend zeichnete Kardinal Tardini ein Bild des Künders der Wahrheit mit vielen eingestreuten kurzen Zitaten über die Schwerpunkte der Lehrtätigkeit Pius' XII. (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 57 ff.) und ging mit folgenden Worten auf den Sinn der politischen Tätigkeit Pius' XII. über:

Ein großer Staatsmann

„Wenn wir unter Politik die Wissenschaft und die Kunst verstehen, das Gemeinwohl im Staat und in der Völkergemeinschaft zu sichern, so müssen wir ohne Zögern bekennen, die Zeit Pius' XII. war wirklich ein Pontifikat großer, gesunder und heiliger Politik.

Wer wie Pius XII. sich alle Mühe gab, zuerst den Krieg zu vermeiden und dann seine unbeschreiblichen Schrecken einzudämmen, wer sich für die Wiederherstellung des Friedens verzehrte, wer Regierungen und Völkern klug und abgewogen die Wege der Kultur und des Fortschritts zeigte, der ist zweifellos ein ausgezeichneter und verdienter Staatsmann, dem die ganze Welt zu Dank verpflichtet ist. Pius XI. mußte eines Tages feststellen, daß die Kirche das Recht und die Pflicht zu politischen Interventionen habe, wenn die Politik nach dem Altar greift. Hat nun die Politik nicht nach dem Altar gegriffen? Bei vielen Völkern und in unermeßlich weiten Räumen greifen politische Gewalten und Systeme nicht nur nach dem Altar, sondern greifen ihn an. Die Kirche wird verfolgt; Priester, Bischöfe und Gläubige werden ins Gefängnis geworfen, Kirchen geschlossen und entweiht, jedes Freiheitsstreben zertreten und neue teuflische Methoden angewandt, um den geistigen Widerstand der bedauernswerten Opfer zu brechen, so daß sie zwar lebende Personen bleiben, aber zu abgestorbenen Persönlichkeiten werden. Konnte da Pius XII. schweigend zusehen? Ist es vielleicht nicht Pflicht eines Papstes, die Gefahren für den Glauben zu entlarven, die Schwachen zu ermutigen, die Haltlosen zu stützen und Gewalttaten und Verfolgung beim Namen zu nennen? Wer kann dem Papst das Recht verweigern, seine Kinder, die Opfer der Grausamkeit wurden, zu beklagen und diejenigen zu rühmen, die aus Liebe zur Kirche zu Märtyrern des Glaubens wurden?

Das tat Pius XII., und er mußte es tun. Wahr ist, daß in vielen andern Ländern, die sich ‚freie Welt' nennen, der Altar nicht angegriffen wird. Aber wer kann sagen, daß man nicht nach ihm greift? Soziale Ungerechtigkeit, nationale Egoismen, die genauso beklagenswert wie der persönliche ausschließliche Eigennutz sind, Vergötzung der Technik, praktischer Materialismus, Rassendiskriminierung, Zerfall der Familie, immer weiterwachsende Unmoral, das alles steht nicht in Übereinstimmung mit dem Gesetz Christi. Wer aber das Gesetz Christi verletzt, verletzt die Kirche, verletzt den Papst. Deshalb erhob sich

Pius XII. mit apostolischem Eifer gegen diese Übel, erhellte die Gründe und empfahl die wirksamen Heilmittel.
Das Wort Pius' XII. traf auch die politischen Parteigruppierungen, nicht aus der Absicht heraus, sich in armselige Machtkämpfe einzumischen, sondern wegen des weltanschaulichen Sprengstoffes, den solche Parteien in sich tragen und verkünden: Materialismus, Atheismus, Indifferentismus, Laizismus.
Und die Presse? Wie oft verdrehten gewisse Blätter das Wort des Papstes, verfälschten seinen Sinn und verleumdeten seine Absichten. Diese Presse griff nicht nur nach dem Altar, sondern schien geradezu die Gesetzestafeln zerbrechen und alle Zehn Gebote Gottes (wie Seine Heiligkeit Johannes XXIII. sagte) übertreten zu wollen.
Gegen diese Sturmflut von Ungerechtigkeit, Irrtum und Schmutz erhob Pius XII. die Stimme. Er sprach, um die Kirche zu verteidigen, er sprach mit der Zuständigkeit des Richters, mit der Autorität des Lehrers und der Liebe des Vaters . . ."
Mit einer Reihe persönlicher Erinnerungen und Tagebuchaufzeichnungen aus der Zeit enger Zusammenarbeit mit Pius XII. schloß der Kardinalstaatssekretär Johannes' XXIII. seine Würdigungsrede über dessen Vorgänger mit den Worten: „In Schmerz und Leiden verzehrte sich Pius XII. als bewußtes und großherziges Opfer in täglicher Hingabe. Wenn seine Krone eine Dornenkrone war, so war ihm das Kreuz Stütze, Zuflucht und Trost. Wieder einmal wurde am leuchtenden Himmel der Kirche für einen heiligen und großen Papst das Kreuz zum Thron der Majestät, zum Lehrstuhl der Wahrheit, zum Banner des Ruhmes und Sieges."

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Sind die Katholiken kulturell unterlegen?

In den europäischen und amerikanischen Ländern, wo die katholische Bevölkerung seit der Reformation in der Minderheit lebt, war das Diasporadasein wohl fast überall mit sozialer Inferiorität verbunden. Die Katholiken gehörten meist den ärmeren Schichten an und waren deshalb in den gebildeten Ständen und gesellschaftlich einflußreichen Stellungen fast gar nicht oder doch nicht so vertreten, wie es ihrer Zahl entsprochen hätte.
An und für sich braucht eine religiöse Minderheit durchaus nicht auch gesellschaftlich oder in ihrer Bildung unterlegen zu sein. Das Judentum in Mitteleuropa hat den überzeugendsten Beweis für das Gegenteil erbracht. Daß es bei den Katholiken nicht so war, sondern daß sie großenteils in der sozialen Unterschicht lebten, hängt sicherlich damit zusammen, daß der Grundsatz „cuius regio, eius et religio" auch in denjenigen Staaten, wo er nicht formell proklamiert wurde, die Angehörigen des herrschenden Bekenntnisses sozial ungemein begünstigte, wenn er die Minderheit nicht zunächst überhaupt zum Verschwinden brachte. In diesen Fällen verdankt sie ihr Wiederaufleben vor allem der Einwanderung, wie in England, oder der Binnenwanderung, wie in Deutschland, den reformierten Kantonen der Schweiz oder den Niederlanden. Zugezogene, mögen sie aus dem Ausland oder aus dem Inland kommen, gehören aber im allgemeinen, wenigstens für einige Generationen, überwiegend zur sozialen Unterschicht.
Seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts und erst recht in dem unsrigen haben sich nun aber die Einkommens- und Vermögensverhältnisse erheblich umgeschichtet und ausgeglichen, und außerdem ist der soziale Aufstieg sowie die Bildungsmöglichkeit nicht mehr so stark vom materiellen Wohlstand abhängig wie in der ehemaligen Feudalgesellschaft. Beide Umstände müßten sich, so darf man von vornherein vermuten, in den Ländern mit katholischer Minderheit zugunsten der Katholiken ausgewirkt haben. Dennoch scheint manches darauf hinzudeuten, daß der Abstand nicht ganz aufgeholt worden ist. Um ein Beispiel zu nennen: es gibt in Westdeutschland Städte, in denen der Anteil der katholischen Schüler höherer Lehranstalten durchaus nicht der konfessionellen Struktur entspricht, obwohl dafür kein Grund in den sozialen Verhältnissen gefunden werden kann.
In diesem Bericht wird nicht beabsichtigt, die Paritätsfrage aufzuwerfen. Es mag zutreffen, was der Direktor des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Bernhard Hanssler, kürzlich gesagt hat: „In der modernen Gesellschaft muß man nicht nur einen Kopf, man muß auch einen Stuhl haben, Sitz und Stimme" (vgl. Freiburger Kath. Kirchenblatt, 18. 10. 59). Aber sicherlich ist das weniger auf den Taufschein zu beziehen als auf die christliche Gläubigkeit und Entschlossenheit im öffentlichen Leben, die die überzeugten Christen beider Konfessionen in gemeinsamer Front vereinigt.
Es wird auch nicht beabsichtigt, und übrigens ist es mangels genügend genauer Unterlagen bisher auch noch gar nicht möglich, das innere Verhältnis der Katholiken zur humanen Kultur und Bildung oder gar dessen Hintergründe allseitig darzustellen. Das soziographische Material erlaubt nur die Fixierung einiger Symptome und den Versuch einer vorläufigen Deutung. Unter diesen Symptomen ist eines allerdings beachtenswert, weil es zu den wichtigsten Voraussetzungen einer Einwirkung auf das gesellschaftliche Leben gehört: das Bildungsniveau der Katholiken und ihre Gegenwärtigkeit in den geistigen Berufen.
Einiges Material zu diesem Thema ist jüngst in einem Aufsatz von M. A. J. M. Matthijssen (Catholic Intellectual Emancipation in the Western Countries of Mixed Religion. In: „Social Compass", Bd. 6, Nr. 3, S. 91—113) zusammengestellt und analysiert worden. Wie der Titel des Aufsatzes schon andeutet, stellt der Soziologe einen Fortschritt der Beteiligung der Katholiken am kulturellen Leben in den überwiegend nichtkatholischen Ländern fest.

Religionssoziologische Theorien

Seit langem bemüht sich die Kultursoziologie um die Erforschung der Zusammenhänge zwischen den Religionen oder Weltanschauungen einerseits und dem zivilisatorischen Fortschritt anderseits. Namentlich hat die Verlagerung des politischen und wirtschaftlichen Schwergewichts in Europa seit den Tagen der Reformation ihre Aufmerksamkeit erregt. Es war Max Weber, der den

Anteil der Religion an diesem Vorgang besonders hoch eingeschätzt hat, insofern er dem Kalvinismus eine ausschlaggebende Bedeutung für den sozialen Umbruch in der Neuzeit und für die Entstehung des „kapitalistischen Geistes" zuerkannte. Und das im wesentlichen aus folgenden Gründen: 1. Die Prädestinationslehre Calvins löst den Zusammenhang zwischen dem irdischen Tun des Menschen und seinem ewigen Heil auf. So trägt sie bei zur Autonomisierung der sozialen Lebensvorgänge. 2. Die kalvinistische Ethik sieht in der Verherrlichung Gottes den Lebenssinn des Christen und in rastloser Berufsarbeit dessen höchste Verwirklichung. Dadurch erhält die Arbeit eine unmittelbar religiöse Weihe. 3. Die kalvinistische Askese verlangt weitgehend Verzicht auf den Genuß irdischer Güter, da der Mensch nur deren Verwalter ist und sie deshalb nur im Rahmen des unbedingt Notwendigen für sich gebrauchen darf.

Die Auffassung Max Webers hat manche Korrekturen erfahren. Doch wird allgemein anerkannt, daß der Kalvinismus dazu beigetragen hat, das kapitalistische Erwerbsstreben von moralischen Hemmungen zu befreien, und daß er deshalb beim Bürgertum starke Zuneigung fand. Dagegen blieb in den wichtigsten katholischen Ländern Europas die Feudalstruktur bestehen, oder sie wurde, wie etwa in den norditalienischen Handelsrepubliken, von neuem wiederhergestellt. Was Frankreich betrifft, dessen kapitalistische Entwicklung jene Hypothesen zu widerlegen scheint, so hat namentlich Müller-Armack den Gallikanismus dafür verantwortlich gemacht, der die Soziallehre der Kirche um ihre Wirkung brachte, wie sehr sie sich auch zu behaupten suchte. Immerhin beweist das Beispiel Frankreichs, daß der Kalvinismus nicht allein die geistige Wurzel des kapitalistischen Geistes ist. Eher wäre nach der Meinung von Matthijssen das Urteil gerechtfertigt: „Der Grund dafür, daß die katholischen Länder in der kapitalistischen Entwicklung zurückblieben, liegt wahrscheinlich mehr in der antikapitalistischen Ethik des Katholizismus als in der kapitalistischen Ethik des Kalvinismus."

Im neunzehnten Jahrhundert blieb der Gegensatz zwischen den sozialen Ordnungsbildern bestehen. Allerdings war nun nicht mehr der Kalvinismus der Gegenspieler. Die soziale Vorstellungswelt des Hochkapitalismus und des Sozialismus wurde vielmehr durch die Aufklärung, den Positivismus, den Rationalismus und den Materialismus geprägt. Wiederum jedoch, und zwar wegen dieser geistigen Ausrichtung, nahm der Katholizismus eine zurückhaltende, wenn nicht sogar eine ablehnende Haltung ein gegenüber allem, was sich als sozialer Fortschritt proklamierte. In dieser Haltung wurde er durch das offizielle Lehramt bis zu Pius IX. auf das nachdrücklichste bestärkt.

Bei allen diesen Erwägungen wird unterstellt, daß die soziale Inferiorität der Katholiken in den religiös gemischten Ländern und das Zurückbleiben der katholischen Länder in bezug auf den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt nicht ausschließlich durch natürliche Faktoren oder einmalige geschichtliche Ursachen bedingt ist, sondern etwas mit der Religion selbst zu tun hat. Wäre diese Annahme richtig, dann müßte sie sich auch in der Gegenwart und Zukunft bestätigen! Das würde nicht gegen die Wahrheit des katholischen Glaubens zeugen. Christus kam nicht in diese Welt, um ihre Kultur zu erhöhen, sondern um uns das Heil zu bringen. Die Kulturträchtigkeit oder gar die bloße Zivilisationskraft einer Religion ist kein Kriterium ihrer Wahrheit. Ja die Tatsache einer sozialen, wirtschaftlichen oder Bildungsinferiorität würde nicht einmal ein entscheidendes Argument gegen die humanisierende Wirkung der katholischen Religion darstellen; denn die höchsten innerweltlichen Kulturwerte sind ethische, und es dürfte schwer sein, zu beweisen, daß die Menschen durch die europäische Zivilisation der Neuzeit, im ganzen genommen, besser geworden sind, gleichgültig welche Leitbilder man einem solchen Urteil als Normen zugrunde legt.

Dennoch ist es nicht einerlei, ob die soziale und kulturelle Inferiorität der Katholiken in den Ländern der Reformation geschichtlich bedingt war oder ob sie unabwendbares Schicksal ist. Die Studie, über die hier berichtet wird, hat die akademische Bildung zum Gegenstand.

Die Niederlande

Die niederländischen Katholiken haben sich, wie Matthijssen ausführt, bis weit ins neunzehnte Jahrhundert hinein als Bürger zweiter Klasse gefühlt, obwohl sie 40% der Bevölkerung ausmachten. Ursache ihrer Inferiorität sei aber nicht allein die gesellschaftliche Diskriminierung gewesen. „Die Katholiken ihrerseits waren sehr passiv. Sie zogen sich ängstlich in die Isolierung zurück, voller Furcht, daß sie ihren Glauben verlieren könnten, wenn sie am kulturellen und geistigen Leben aktiv Anteil nähmen."

Erst nach 1870 begann dieses Mißtrauen allmählich zu schwinden. Die Zahl der katholischen Studenten an den Universitäten stieg langsam an. Nach 1900 wurden diese Akademiker zu Trägern eines katholischen intellektuellen Lebens. In diese Jahre fällt die Gründung mehrerer kultureller Institutionen. Von entscheidender Wirkung aber war die Errichtung der katholischen Universität Nijmegen im Jahre 1923 und drei Jahre später der Wirtschaftshochschule Tilburg.

Diese Entwicklung verdeutlicht der Verfasser an zwei Statistiken über die Zahl der Katholiken an den Hochschulen. Daraus entnehmen wir als Beispiele die folgenden Zahlen. Im Jahre 1900 gab es in den Niederlanden unter 209 Hochschullehrern ganze zwei Katholiken. 1921 war ihre Zahl auf 19 gestiegen (4,6%); 1930, nach Eröffnung der beiden katholischen Hochschulen, auf 55 (11%). Von ihnen waren 34 in Nijmegen und in Tilburg tätig. Im Jahre 1956 gab es unter 889 Dozenten 195 Katholiken (21,9%), von denen 62 an den staatlichen Hochschulen lehrten (8,2%).

Ähnlich stieg die Zahl der katholischen Studenten. 1900 waren sie 200 unter 2800 (7,14%), 1930 zählte man 1858 unter 10970 (17%), 1955 dagegen schon 6831 unter 24528 (27,3% — bei den Studentinnen allerdings nur 20,7%). Charakteristisch ist die Verteilung dieser Studierenden auf die einzelnen Fakultäten. Ihr Anteil an der Gesamtstudentenschaft betrug in der philosophischen Fakultät 38,5%, in den Wirtschaftswissenschaften 31%, in der Medizin 30%, bei den Juristen 29%; in den technischen Fächern dagegen nur 24%, in Mathematik und Physik sogar nur 20%. Das mag damit zusammenhängen, daß man die letztgenannten Fächer damals an den katholischen Hochschulen noch nicht studieren konnte, ist aber auch insofern nicht uninteressant. Matthijssen meint, ohne diese Ansicht beweisen zu können, daß das Mißtrauen der Katholiken gegenüber den Naturwissenschaften am tiefsten verwurzelt war. Aber die Zahl der katholischen Studenten

steigt in den letzten Jahren gerade in den naturwissenschaftlichen Disziplinen stärker an als in den übrigen.
Im ganzen betrachtet, entspricht der Anteil der holländischen Katholiken an den Hochschulen noch nicht ihrer Bevölkerungszahl. Er steigt aber von Jahr zu Jahr. Daraus kann man folgern, daß die kulturelle Inferiorität der niederländischen Katholiken in der Vergangenheit geschichtliche und keine dogmatischen Gründe hatte.

Deutschland

Die Geschichte des deutschen Katholizismus im neunzehnten Jahrhundert ist zu einem guten Teil die Geschichte seines Kampfes um die Parität. Zwar war das Kampfziel zunächst ein religiöses, nämlich die paritätische Anerkennung des katholischen Kirchenbegriffs und seiner Rechtsfolgen gegenüber dem Staatskirchentum. Dieser Kampf zeitigte aber vielfältige soziale Begleiterscheinungen. Die wichtigste von ihnen war wohl die Benachteiligung der Katholiken bei der Besetzung der höheren öffentlichen Ämter, selbst in überwiegend katholischen Ländern wie Bayern oder Baden. In Preußen trug sie einen rigorosen Charakter, und das preußische Beispiel machte Schule, je mehr die Hegemonie Preußens wuchs. Außerdem hatte die Aufklärung auf geistigem Gebiete und die Säkularisierung mit der Zerstörung fast des gesamten katholischen Bildungswesens auch organisatorisch die vordem so blühenden kulturellen Kräfte des Katholizismus in Süd- und Westdeutschland weithin lahmgelegt und ihn in ein Getto gedrängt, das zwar nicht von juristischen, doch von sehr massiven sozialen Zäunen umgeben war. Die Katholiken wurden in die praktischen Berufe abgedrängt und verloren nach und nach von selbst den Zusammenhang mit dem geistigen Leben der Nation. Noch um die Jahrhundertwende, als ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung mit Oberschlesien, Posen und Elsaß-Lothringen 40 % betrug, zählte man an den höheren Schulen in Preußen nur 25 %, in Baden 41 % oder in Württemberg 28 % katholische Schüler.
Der Bildungsvorsprung der Protestanten hatte aber auch in Deutschland vielleicht nicht nur die eben erwähnten sozialen Ursachen. G. v. Hertling hat in seiner 1899 erschienenen Studie „Das Prinzip des Katholizismus und die Wissenschaft" davon geschrieben, wie sehr die Einstellung vieler Katholiken gegenüber der Wissenschaft von Reserve und Furcht bestimmt war und wie konservativ sie dachten. Aber selbst wenn die Beobachtungen Hertlings richtig waren, zeigt die Entwicklung in unserem Jahrhundert doch, daß die Haltung von damals mehr geschichtliche als dogmatische Gründe gehabt haben muß. Denn die deutschen Katholiken haben ihren Rückstand immer schneller aufgeholt. Der Anteil der Katholiken unter den Studenten, der noch 1929 nur 27 % betrug (bei einem Bevölkerungsanteil von damals 33 %), stieg bis 1953 in der heutigen Bundesrepublik auf 42 %, bei den Studentinnen allerdings nur auf 38 %. Bei einem Bevölkerungsanteil von 45 % erfüllt dieser Prozentsatz zu 93 % das proportionale Soll (gegenüber 82 % im Jahre 1929). Leider verbietet die Spaltung Deutschlands einen Vergleich für Gesamtdeutschland.
Daß im deutschen Katholizismus ein echter Bildungsaufstieg vor sich geht, ergibt sich auch aus der sozialen Herkunft der Studenten. Unter den Studenten aus Akademikerfamilien sind nur 34 % katholisch, unter denen, die aus Arbeiterfamilien kommen, dagegen 55 % und unter den Bauernsöhnen 61 %. Das bestätigt von neuem die Tatsache, daß die Katholiken der älteren Generation unter den Akademikern verhältnismäßig zu schwach vertreten sind, dieser Mangel aber aus dem Reservoir des breiten Volkes mehr und mehr wettgemacht wird. Die Vorliebe der katholischen Studenten für die einzelnen Fächer zeigt ein ähnliches Bild wie in den Niederlanden: Im Jahre 1954 betrug der Anteil der Katholiken in den theologischen Fakultäten 55 %, bei Juristen und Volkswirtschaftlern 45 %, in der philosophischen Fakultät 43 %, bei den Medizinern 41,5 %, unter den Technikern 39 % und in den Naturwissenschaften 34,5 %. (Vgl. Soziographische Beilage Nr. 7, Herder-Korrespondenz 11. Jhg., nach S. 372.) Abgesehen von der Theologie, erreichen also auch gegenwärtig die Katholiken in keiner einzigen Fakultät den proportionalen Anteil, am wenigsten in allen technischen und naturwissenschaftlichen Zweigen. Das wurde durch eine im Jahre 1954 bei 2000 Oberprimanern in Nordrhein-Westfalen veranstaltete Umfrage von neuem bestätigt. Unter den künftigen Diplom-Ingenieuren waren 70 % evangelisch, bei den Naturwissenschafts-Aspiranten 60 %. Dagegen stellten die Katholiken 69 % unter denen, die Volksschullehrer werden wollten. Man kann in Deutschland heute, sofern man diese Maßstäbe anerkennt, demnach kaum mehr von einem Bildungsrückstand der Katholiken sprechen. Doch ist noch nicht geklärt, ob die Bildungsrichtung mit der katholischen Weltanschauung zusammenhängt oder zufällige Gründe hat.

Schweiz

Die Schweizer Kantone haben die Konfessionszugehörigkeit noch weit stärker beeinflußt als die deutschen Länder. Die Reformation hat dieses Land konfessionell nach Kantonen bis auf den Grund gespalten, und diese Spaltung wirkt bis heute stärker nach als in irgendeinem andern der hier besprochenen Staaten.
Acht Kantone (Unterwalden 96 %, Wallis 96 %, Schwyz 93 %, Uri 93 %, Tessin 92 %, Freiburg 86 %, Luzern 85 % und Zug 84 %) haben mehr als vier Fünftel katholische Bewohner; drei Kantone (Bern 85 %, Appenzell 84 % und Neuchâtel 80 %) ebenso viele Protestanten. In weiteren neun Kantonen ist die Mehrheit protestantisch; nur in zweien (St. Gallen 60 % und Solothurn 56 %) ist sie katholisch. Insgesamt sind 42 % der Schweizer katholisch. Sie leben in der Mehrzahl in den bäuerlichen Kantonen; 70 % von ihnen wohnen in Orten mit weniger als 10 000 Einwohnern, dagegen nur 59 % der Protestanten. Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Mittelpunkte der Schweiz sind ohne Ausnahme vom Protestantismus geprägt, und das wirkt sich bei der starken Kantonsgebundenheit der Gesellschaftsstruktur unmittelbar auch in Hinsicht auf unsere Frage aus. Wie überall, hat die mächtige Industrialisierung auch in der Schweiz eine starke Binnenwanderung hervorgerufen. Aber sie bestätigt nur die anfangs aufgestellte These, daß die Wanderer in den unteren Rängen der Gesellschaft ankommen. In der Schweizer Industrie stellen die Katholiken 17 % der Manager, 29 % der leitenden Angestellten, 30 % der Facharbeiter, dagegen 59 % der Hilfsarbeiter.
Aber auch in der Schweiz wird diese Inferiorität nicht allein auf historische Umstände zurückgeführt. Matthijssen zitiert ein Wort von J. Lorenz: „Es liegt auch an der mangelhaften und vielfach fehlgeleiteten Berufsorientierung der Katholiken inner- und außerhalb der Diaspora."

Doch auch in der Schweiz ist ein Fortschritt in der Teilnahme der Katholiken an den Hochschulen und am akademischen Stand festzustellen. Leider sind die statistischen Unterlagen in diesem Fall besonders dürftig. Immerhin steht fest, daß die Zahl der katholischen Studenten an den schweizerischen Hochschulen von 26,2 % im Jahre 1935 auf 31,1 % im Jahre 1945 gestiegen ist. In dieser Beziehung sind die Dinge in der Schweiz nicht so gut bestellt wie in Deutschland, aber ein klein wenig besser als in den Niederlanden. Bei einem Bevölkerungsanteil von 41,6 % stellen die Katholiken 34,8 % der Theologen, 34 % der Juristen und Volkswirte, 35 % der Mediziner, 28 % der Philologen und Naturwissenschaftler (Differenzierung nicht möglich), 26,5 % der Techniker, 19 % der Naturwissenschaftler an den Technischen Hochschulen.

England

Ein exakter Bericht über die Verhältnisse in England ist nahezu unmöglich, da es in diesem Lande keine offiziellen Konfessionsstatistiken gibt. Deshalb weiß man nicht einmal genau, wie viele Katholiken überhaupt in England leben. Nur aus verschiedenen Indizien kann man mit Wahrscheinlichkeit folgern, daß sie etwa 10 % der Gesamtbevölkerung ausmachen.

In keinem Lande, über das hier berichtet worden ist, haben die Katholiken ein so schweres Schicksal erlitten wie in England. Die Reformation hat dort den Katholizismus nahezu ausgelöscht. Am Ende des 18. Jahrhunderts war weniger als 1 % der Bevölkerung römisch-katholisch, und bis 1791 war das Bekenntnis zum katholischen Glauben gesetzlich verboten. Erst 1829 fielen die letzten Beschränkungen der bürgerlichen Freiheit.

Um die Mitte des Jahrhunderts begann mit der Industrialisierung die Masseneinwanderung aus dem katholischen Irland. Sie vermehrte schnell die Zahl der Katholiken, aber sie bestimmte auch den sozialen Standard. Die Iren bildeten die unterste Schicht des Proletariates in den britischen Industriestädten, und sie wurden echte Proletarier. Das versetzte dem Ansehen des Katholizismus einen schweren Schlag — und auch seiner homogenen Entwicklung; denn die englischen Katholiken schämten sich der irischen Glaubensgenossen.

Den entscheidenden Anstoß zu einer Änderung der Dinge gab die Oxford-Bewegung. Nicht die Zahl, sondern die Qualität der Konvertiten bestimmt ihr Gewicht. Seither hat der Katholizismus in England auch in den Kreisen der Intelligenz eine Bedeutung. Im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts wurden in Oxford fast ebenso viele Konvertiten gezählt, wie Katholiken an der Universität studierten. Bis heute besteht die geistige Prominenz des englischen Katholizismus aus Konvertiten, oder sie stammt von Konvertiten ab. Heute werden in England etwa 12 000 Konversionen jährlich gezählt, unter denen die Intellektuellen zwar nur eine kleine Zahl ausmachen, aber einen großen Faktor bedeuten. Den Konversionen ist es zuzuschreiben, daß der englische Katholizismus heute in allen Schichten der Bevölkerung Fuß gefaßt hat, wenn auch hauptsächlich in den Kreisen der Arbeiter. Das ist statistisch so gut wie erwiesen.

Die Zahl der Katholiken auf den höheren Schulen und Universitäten ist nicht genau zu ermitteln. Schon der Begriff von „höherer Schule" ist in England nicht so eindeutig zu bestimmen wie hierzulande. Auch von katholischer Seite wird festgestellt, daß die katholischen höheren Schulen, besonders in den Naturwissenschaften, nicht konkurrenzfähig sind, von Ausnahmen abgesehen. Ihre Abiturienten sind an den Universitäten nicht proportional vertreten, ja sie haben, kaum zu glauben, überhaupt erst seit den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts sich an die Universitäten gewagt. Übrigens war ihnen das in den letzten dreißig Jahren des vorigen Jahrhunderts sogar von den kirchlichen Behörden verboten, weil es den Glauben gefährde! Man braucht sich also nicht darüber zu wundern, daß die Zahl der katholischen Universitätsstudenten bis auf den heutigen Tag proportional gering ist. Man schätzt sie auf 5—7 % aller Studenten. Und auch in England macht man dieselbe Beobachtung wie in den anderen Ländern: der Anteil der Katholiken ist in den naturwissenschaftlichen Fächern am geringsten. Unter den 5166 Dozenten an den Hochschulen in Großbritannien gab es im Jahre 1950 150 Katholiken, also weniger als 3 %.

So ungenügend ein Urteil über den intellektuellen Standard des englischen Katholizismus statistisch belegt werden kann, so sicher ist es doch, daß er sich im Rückstand befindet und im Vergleich zu den anderen Ländern den geringsten Elan zum Aufstieg zeigt.

Vereinigte Staaten von Amerika

Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika beginnt die Geschichte des Katholizismus mit der irischen Einwanderung. Bevor sie um die Mitte des vorigen Jahrhunderts einsetzte, machten die Katholiken kaum 1 % der Bevölkerung aus, während ihr Anteil heute auf etwa 21 % geschätzt wird. Auch in den Vereinigten Staaten gibt es keine offiziellen Konfessionsstatistiken. Im Unterschied zu England ist aber die soziologische Feldforschung auch auf diesem Gebiet so rührig, daß für unsere Frage vertrauenswürdiges statistisches Material vorliegt.

Für die soziale Struktur des amerikanischen Katholizismus haben zwei Faktoren eine entscheidende Bedeutung erlangt. Die Katholiken erschienen in nennenswerter Zahl ziemlich spät auf dem Boden Amerikas, nachdem das Land in seiner gesellschaftlichen Tradition vom evangelischen Glauben geprägt war, so daß „die Zugehörigkeit zu einem protestantischen Bekenntnis die Vorbedingung für gesellschaftliche Geltung darstellte". Zweitens kamen sie weit überwiegend als ganz arme Leute und aus den armseligsten Milieus in Europa. Diese Tatsache war nicht geeignet, dem Katholizismus in den Vereinigten Staaten Ansehen zu verschaffen. Bis heute ist das Vorurteil nicht ausgestorben, der Katholizismus sei im Grunde eine unamerikanische Form der Religion, und das ist in den Vereinigten Staaten eines der schwerwiegendsten Werturteile. Lange galt der Katholizismus schlechthin als die Religion des Proletariates. Und bis heute ist er in den oberen und mittleren Gesellschaftsschichten schwächer vertreten als die Gesamtheit der evangelischen Bekenntnisse und als die Juden. Rund zwei Drittel seiner Gläubigen gehören zur Unterschicht, noch nicht einmal 10 % zum oberen Drittel der Gesellschaft.

Auch in bezug auf ihre Schulbildung sind die Katholiken im Hintertreffen. Während von den Juden 63,1 % und von den Protestanten 49,1 % eine höhere Schule besuchen, sind es bei den Katholiken nur 43 %. Ähnlich ist es um das Verhältnis bei den graduierten Absolventen der Colleges bestellt. Und selbst die graduierten Katholiken gelangen durchschnittlich in schlechtere Stellungen. „Nach Beruf und Einkommen liegen die Juden relativ am höch-

sten und die Katholiken verhältnismäßig am niedrigsten."

Bekanntlich besuchen die Katholiken in Amerika zu einem großen Teil kirchliche Schulen und Hochschulen. Eine Umfrage bei 18 000 Naturwissenschaftlern, die an 490 verschiedenen Hochschulen studiert haben, hat ergeben, daß unter den 450 am meisten genannten keine einzige katholische ist. Die Zahl der Naturwissenschaftler unter den Absolventen der katholischen Hochschulen liegt unterhalb von 3 %, an den anderen dagegen zwischen 14 und 17 %. Aus dem amerikanischen „Who is who" läßt sich entnehmen, daß die Katholiken nur auf drei Gebieten des öffentlichen Lebens zahlenmäßig eine proportional genügende Repräsentation besitzen: Religion, Erziehung und Rechtswesen. Darin bekundet sich noch einmal die Berufsneigung, die auch in den europäischen Ländern festzustellen war.

Das Gesamturteil Matthijssens in bezug auf Amerika läßt sich zusammenfassen in der Feststellung, daß die Emanzipation des Katholizismus in diesem Lande sehr langsam fortschreitet und daß er noch sehr viel aufzuholen hat.

Einige Gründe dafür wurden oben schon genannt. Aber die Soziologen führen außerdem auch andere an, die in der Struktur des amerikanischen Katholizismus liegen. Lange Zeit hindurch spielten dort die Nationalpfarreien eine wichtige Rolle. Sie verbanden ihre Mitglieder, nicht nur religiös, isolierten sie aber zugleich auch und erschwerten ihr Einleben in die amerikanische Gesellschaft. Es war und ist in gewissem Ausmaß heute noch ein Kennzeichen der amerikanischen Pfarrgemeinden, daß sie sich bemühen, das ganze soziale Leben ihrer Mitglieder unter ihrem Einfluß zu halten. Ganz natürlich fällt dabei dem Klerus eine Führerrolle zu, die weit über das religiöse Gebiet hinausreicht. Eine Nebenwirkung davon scheint darin zu bestehen, daß man in katholischen Kreisen Führerschaft und geistige Tätigkeit häufig als eine Prärogative des Klerus ansieht und weder für sich noch für seine Kinder ein eigentliches Bildungsbedürfnis hat. Die Soziologen wollen festgestellt haben, daß das typisch katholische Milieu in den Vereinigten Staaten von einer frommen, aber nicht gerade kulturfreudigen Mentalität erfüllt wird.

Vergleichende Beobachtungen

Wenngleich in allen beschriebenen Ländern eine gewisse kulturelle Inferiorität der Katholiken festgestellt wurde, die allerdings im Begriff steht, aufgeholt zu werden, so ist sie doch je und je das Ergebnis recht unterschiedlicher Faktoren. In den Niederlanden z. B. beruhte sie auf jahrhundertelanger Diskriminierung, in der Schweiz dagegen auf der Konzentration der Katholiken in den ärmeren der bäuerlichen Kantone, in Deutschland wiederum auf der mächtigen Entwicklung und dem Übergewicht Preußens, in England und Amerika schließlich auf der Sozialstruktur. Auch in anderen Ländern, die hier nicht herangezogen wurden, scheint es das gleiche Problem zu geben. In Ungarn, um nur eines zu nennen, waren die Katholiken in den führenden Gesellschaftskreisen unterproportional vertreten. Ein anderes Beispiel: Unter den Mitgliedern der französischen und der britischen Akademie aus ganz Europa im 19. Jahrhundert befanden sich unverhältnismäßig wenige Katholiken.

Die Tatsachen scheinen, wenn auch nicht mit Evidenz, das Urteil zu rechtfertigen, daß der Beitrag der Katholiken zum Aufbau der europäischen Kultur der Neuzeit, besonders der Wissenschaften, und hier wieder vornehmlich der Naturwissenschaften, insgesamt geringer war als jener der Nichtkatholiken. Der Zeitpunkt, zu dem der Katholizismus aufzuholen begann, ist zwar in den einzelnen Ländern jeweils ein verschiedener. Aber er muß doch wohl in Zusammenhang mit dem Pontifikat Leos XIII. gesehen werden. Dieser Papst hat begonnen, die Kirche und ihre Lehre, die nach einem Urteil des verstorbenen Kardinals de Jong seit dem 18. Jahrhundert den Zusammenhang mit dem öffentlichen Leben verloren hatten, mit der modernen Gesellschaft wieder in Kontakt zu bringen, nicht weniger aber auch mit der modernen Wissenschaft. Seine Nachfolger haben diesen Weg fortgesetzt, mit dem Ergebnis, daß die Katholiken gerade in den religiös gemischten Ländern am sozialen Leben ihrer Völker in steigendem Maße teilnehmen.

Intensität und Tempo dieses Prozesses werden in hohem Maße dadurch bestimmt, welche Förderung Bildung und Wissenschaft erfahren seitens der Kirche, des Klerus und aller katholischen Institutionen und Personen, die dazu in der Lage sind. Mit einer geradezu frappierenden Deutlichkeit zeigt das niederländische Beispiel, wie die Errichtung katholischer Hochschulen, höherer Schulen und Förderungsgesellschaften die intellektuelle Emanzipation des katholischen Volksteils begünstigt hat.

Allerdings ist das nicht allein und nicht einmal in erster Linie eine Frage der Quantität der Institute und ihrer lehrenden und lernenden Mitglieder. Die rasche Vermehrung der katholischen höheren Schulen in den Niederlanden hat die Gewinnung qualifizierter Lehrkräfte „zu einem der brennendsten Probleme der Erziehung in diesem Lande" gemacht. Auch was die katholischen Erziehungs- und Bildungsinstitute in den Vereinigten Staaten betrifft, hat dieser Bericht bewiesen, daß die Zahl nicht identisch ist mit Bedeutung und Einfluß, ein Mangel, dessen man sich auch in Amerika durchaus bewußt ist (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 114). Höhere Schulen und Hochschulen können ihren Sinn nur dann erfüllen, wenn sie in allen Disziplinen dem Stand der Wissenschaft gerecht werden, darüber hinaus aber den Studierenden die lebendige Berührung mit dem christlichen Weltbild und seiner Wertwelt vermitteln, was an die intellektuellen, pädagogischen und menschlichen Qualitäten der Lehrenden hohe Anforderungen stellt. Matthijssen sagt mit Recht, daß diese Anforderungen um so größer werden, je weniger die Schüler aus einem christlich gebildeten und gefestigten Elternhaus kommen. Deswegen birgt die an und für sich selbstverständliche Forderung nach einem katholischen Bildungswesen innere Schwierigkeiten, die nicht kurzerhand gelöst werden können. Neben einer deutlichen und konkreten Konzeption von christlicher Bildung im Rahmen zeitgemäßer höherer und Hochschulen muß man zunächst an die Heranbildung von Forschern, Dozenten und Lehrern denken, die einer so hohen Aufgabe gewachsen sein werden. Dazu scheint, was Deutschland betrifft, mit dem Cusanus-Werk, der Studienstiftung des deutschen Episkopates, eine Einrichtung geschaffen worden zu sein, die zu Hoffnungen berechtigt.

Aus der Ökumene

Ist jeder Staat „Obrigkeit"?

Zur Aussprache um eine Schrift von Bischof Otto Dibelius

Bischof Otto Dibelius hatte Ende September zum 60. Geburtstag des lutherischen Landesbischofs Hanns Lilje an diesen einen als Privatdruck herausgegebenen und nur für wenige kirchliche Persönlichkeiten bestimmten Brief über die Frage gerichtet, ob 1. Luther das griechische Wort exousia in Röm. 13, 1 angemessen übersetzt habe, und 2., ob der Begriff Obrigkeit, der im deutschen Sprachgebrauch einen Beigeschmack hat, weil er ursprünglich auf Dynasten von Gottes Gnaden angewandt wurde, heute noch auf moderne Demokratien mit ihrer Parteienherrschaft und besonders auf totalitäre Staaten anwendbar sei, die von sich aus nach ideologischem Ermessen darüber entscheiden wollen, was Gut und Böse ist. Dieser Brief kam nicht aus heiterem Himmel, und er ist nicht die Sensation, die die Presse daraus gemacht hat, weil die lange Vorgeschichte nicht beachtet worden ist. Er hat aber eine Geschichte, und zwar nicht nur in der persönlichen Entwicklung von Dibelius, der sich mehrfach mit dem Problem des Staates, so in seinem Buch „Grenzen des Staates" (1949), befaßt hat. Es scheint uns nicht ganz ausreichend, wie es Oberkirchenrat Erwin Wilkens im „Rheinischen Merkur" (6. 11. 59) als Sprecher der Lutheraner getan hat, nur diese persönliche Vorgeschichte ins Auge zu fassen und Dibelius in die Nähe von Jakob Burckhardt zu stellen, für den die Macht an sich böse war. Der Brief von D. Dibelius ist vielmehr ein Dokument einer seit 1918 durch den Sturz der Monarchien erzwungenen Entwicklung der evangelischen Kirchen, sich von ihrer Staatsgläubigkeit abzusetzen, und der seit 1933 notwendig gewordenen Distanzierung von einem Staate überhaupt, der sich nun als Ersatzkirche zu erkennen gab. Diese Distanzierung wurde mit schwerem Herzen durch die „Bekennende Kirche" auf ihren großen Bekenntnissynoden seit Barmen 1934 vollzogen (vgl. dazu den Bericht: „Politische Prophetie im Bundestag"; Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 287 f.).

Im übrigen ist der Brief von Dibelius an D. Lilje die geradlinige Weiterführung seines offenen Briefes, den er zur Stärkung der schwankenden Haltung evangelischer Landeskirchen in der DDR am 20. April 1959 an Ministerpräsident Grotewohl gerichtet hatte, indem er dessen atheistische, von politischen Zwecken bestimmte Sittlichkeit anprangerte (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 433 f.). Schon damals zeichnete sich der lutherische Landesbischof Mitzenheim von Thüringen durch einen peinlichen Konformismus mit der DDR aus, der neuerdings wieder in Erscheinung trat. Man geht wohl nicht fehl, wenn man in dem Brief des Vorsitzenden des Rates der EKD an seinen Stellvertreter, D. Lilje, der zugleich leitender Bischof der VELKD ist, einen Versuch sieht, etwas zur Stärkung der evangelischen Front in der DDR durch Abbau eines spezifisch lutherischen Obrigkeitsdenkens mitzuwirken. Ob der Weg und die theologischen Mittel dazu ausreichten, ist eine andere Frage.

Für uns Katholiken ist die Frage von hohem Interesse, wenn auch in einem Punkte, bezüglich der Demokratie, schon seit der Enzyklika Papst Leo's XIII. *Diuturnum illud* von 1881 (Denzinger 1855 f.) der Abbau historischer Bindungen weit fortgeschritten ist. Der Papst war damals genötigt, das katholische Staatsdenken vom Monarchismus zu lösen und mit der Demokratie zu versöhnen. Darum traf er die Unterscheidung, daß es im Staate notwendig Vorgesetzte geben müsse, denen das Imperium, die Hoheit und Befehlsgewalt zukommt. Diese Befehlsgewalt ist von Gott und hat ihre Autorität von Gott her, der Träger der Gewalt kann je nach der Staatsform durch Erbfolge oder Wahl durch das Volk bestellt werden. Bei uns ist der Begriff der Obrigkeit keineswegs so mit mystischen Imponderabilien belastet, weil es immer als selbstverständlich galt, daß der Staat den Normen des Naturrechts zu folgen hat. Auch in katholischen Ausgaben des Neuen Testaments findet sich der Ausdruck meist nicht, sondern statt dessen „obrigkeitliche Gewalt" (Herder, Kepplerhaus, Schöningh; Kuss, Regensburger NT, übersetzt sogar im Sinne von Dibelius „übergeordnete Gewalten"). Ungeklärt ist allerdings auch bei uns die Frage, wieweit eine Staatsgewalt noch als von Gott gesetzt angesehen werden kann, die zwar gewisse Mindestfunktionen an Rechtspflege und wirtschaftlicher Ordnung wahrnimmt, im wesentlichen aber darauf abzielt, das gottgeschaffene Menschenbild zu zerstören, so daß sie weniger unter Röm. 13 als vielmehr unter das Bild der Apokalypse vom Tier aus dem Abgrund fällt; wovon wiederum zu unterscheiden ist die Frage, wie sich dann der einzelne Christ zu dieser Gewalt verhält. Gewisse Anhaltspunkte für die Beantwortung der Frage vom katholischen Standpunkt enthält der Hirtenbrief, den die katholischen Bischöfe in der DDR zu Pfingsten dieses Jahres veröffentlicht haben (vgl. den Bericht: „Die Gewissensnot der Christen in der Sowjetzone", Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 552 f.), vor allem aber die große Predigt von Bischof Spülbeck auf dem Kölner Katholikentag (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 31 ff.).

Der Inhalt des Briefes

Aus dem Privatdruck von D. Dibelius liegen uns nur die von seinem Pressereferat freigegebenen Auszüge vor. Danach geht der evangelische Bischof, wie bereits gesagt, von der exegetischen Frage aus und schlägt Übersetzungen vor, wie sie in katholischen Texten gebräulich sind, z. B. „Jedermann sei den übergeordneten Gewalten untertan". Paulus habe, seinem mit dem antiken Naturrecht vertrauten Denken entsprechend, „eine allgemeine Weisung" gemeint, ohne eine konkrete Kasuistik zu geben und ohne eine geistliche Entscheidung für besondere Fälle, wenn z. B. ein Fest für die Götter des Staates anberaumt werde, auszuschließen. Dibelius verweist darauf, daß auch im Englischen nüchterner „higher powers", im Französischen „puissances supérieures" übersetzt werde. In seiner anschließenden Analyse des tatsächlichen deutschen Sprachgebrauchs bringt Dibelius das Wort Obrigkeit allerdings in einen fast zu ausschließlichen Zusammenhang mit dynastischer Obrigkeit, und da diese 1918 verschwunden sei, so sei auch die Sache verschwunden. Es fehlt bei ihm die Unterscheidung der katholischen Staatslehre zwischen der Hoheitsgewalt des Staates, die von Gott ist, und der Form, wie der Träger dieser Gewalt bestellt wird. Er hat aber darin sicher Recht, daß der Ausdruck Obrigkeit aus dem deutschen Sprachgebrauch, auch aus dem Staatsrecht, verschwunden ist und als altmodisch empfunden wird.

Warum solle nur die Kirche das Wort bewahren? Er hat auch darin Recht, daß das heutige Staatssystem, das die Träger der Staatsgewalt sei es durch demokratische Wahlen, sei es durch revolutionäre Akte an die Macht bringt, „eine gebrochene Autorität" habe. Er unterscheidet aber nicht genug die demokratische Form der Besetzung der Hoheitsämter, bei der der sittliche Zweck des Staates als Hüter des Rechtes und der Menschenwürde prinzipiell gewahrt wird, von den Machthabern totaler Staaten, die über Gut und Böse entscheiden und bei denen das Recht nicht mehr im eigentlichen Sinne Recht für alle ist. Wichtig bleibt, daß Dibelius aus zwingenden Gründen in aller Form auf das Problem der „ideologischen Tyrannis" hingewiesen hat, wie H. Thielicke den von Dibelius gemeinten Sachverhalt in seiner „Theologischen Ethik" (II, 2, S. 33 f.) nennt und ausführlich beschreibt, mit der Konsequenz, daß die Ideologie entpersönlicht, weil sie Götzendienst ist (S. 61 f.). Daher interpretiert Thielicke folgerichtig das Verhältnis des alten Obrigkeitsstaates zur ideologischen Tyrannis aus Offenbarung Johannis 13 (S. 68 f.): „Der Machtstaat der Apokalypse ist ein Unstaat", weil er sich nicht mehr als Diener Gottes versteht, sondern sich göttliche Autorität anmaßt. Thielicke trifft damit, wie es scheint, genau, was Dibelius gemeint hat, und er leistet mit seiner Analyse bereits die Desillusionierung des Obrigkeitsbegriffes, die Dibelius für die Ostzone wünscht, nur zieht er keine praktischen Folgerungen daraus, weil, wie wir später sehen werden, das eine Sache der besonderen Situationsethik der Christen in der Ostzone selber bleiben muß.

Bischof Dibelius dagegen entwickelt ausführlich, leider auch bis in das unglückliche Beispiel von der doppelten Straßenverkehrsordnung in der Ostzone, die für Funktionäre eine höhere Geschwindigkeit gestattet als für normale Bürger, daß dieses illegitime System für das christliche Gewissen keinerlei innerlich verpflichtende Kraft habe. Er geht auch darin über Paulus hinaus, wenn er diesem unterstellt, er sehe nur ein „christlich verstandenes Recht" als verbindlich im Sinne von Röm. 13, 1 an. Er schließt mit dem bekannten Augustinwort: „Wo es kein Recht mehr gibt — was sind da die Staaten anderes als Räuberbanden?"

Die Haltung der Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg

Wenn man diese Auszüge liest, so kann man als Gegner von Dibelius zu dem Mißverständnis gelangen, dieser predige die Revolution, während er lediglich eine Wandlung der Motivierung politischer Loyalität durch Abbau des lutherischen Obrigkeitsbegriffes erstrebt, wie sich noch zeigen wird. Als Stellen aus dem Brief an die Öffentlichkeit kamen, war die Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg in Abwesenheit des im Ausland weilenden Bischofs genötigt, an die Pfarrer eine Klarstellung ergehen zu lassen, die nun wieder am 14. Oktober in „Neue Zeit" als eine Distanzierung der Kirchenleitung von Dibelius veröffentlicht wurde. In dem Schreiben der Kirchenleitung heißt es: „Zur Frage der Obrigkeit hat die Synode der EKD 1956 beschlossen: ‚Das Evangelium rückt uns den Staat unter die gnädige Anordnung Gottes, die wir in Geltung wissen, unabhängig von dem Zustandekommen der staatlichen Gewalt oder ihrer politischen Gestalt.' An diesem Beschluß hält die Kirchenleitung fest. Es gibt innerhalb der EKD verschiedene, z. T. stark umstrittene theologische Interpretationen von Römer 13. Bischof Dibelius hat von seinem theologischen Verständnis aus bestimmte praktische Konsequenzen hinsichtlich der Wertung einer Obrigkeit gezogen und diese — z. T. bildhaft — dargelegt. Diese Wertungen können wir uns nicht zu eigen machen. Der uns von der Heiligen Schrift gebotene Gehorsam gegenüber jeder Obrigkeit gilt auch heute gegenüber den bestehenden Regierungen. Er schließt einen von der Heiligen Schrift gebotenen Widerspruch da nicht aus, wo es um die Ehre Gottes und das Menschsein des Menschen geht."

Eine weitere Klärung des Vorfalles ergab ein Protokoll über die gemeinsamen Beratungen von Kirchenleitung und Bischof Dibelius vom 23. Oktober. Es lautet:

„Die Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg hat unter dem Vorsitz von Bischof Dibelius über die Auswirkungen seiner Schrift ‚Obrigkeit' beraten. In der Beratung hat Bischof Dibelius festgestellt: Daß er seine Frage an den Landesbischof D. Lilje als Privatdruck herausgegeben hat und habe deutlich machen wollen, daß er niemanden in der Kirche auch nur auf die Fragestellung habe festlegen wollen; wichtig sei ihm allein gewesen, darauf hinzuweisen, welch grundsätzliche Bedeutung es für den Charakter des Staates habe, wenn die Rechtsprechung in ihm an bestimmte menschliche Programme gebunden werde.

Auf Grund der Beratung stellt die Kirchenleitung fest, daß manche Mißverständnisse geklärt werden konnten. Vor allem ist deutlich geworden, daß Bischof Dibelius nicht zu faktischem Ungehorsam des Staatsbürgers hat aufrufen wollen. Die Beratung führte noch nicht dazu, die sachlichen Differenzen zwischen Bischof und Kirchenleitung zu überwinden. Sie ergab vielmehr, daß diese weiter mit Ernst auszutragen sind. Die daraus zu ziehenden Folgerungen bleiben weiterer Erörterung vorbehalten.

Bischof und Kirchenleitung bejahen in brüderlicher Verbundenheit den gemeinsamen Auftrag, den sie von ihrem Herrn empfangen und in der Kirche und gegenüber der Welt wahrzunehmen haben. In der besonderen Frage, um die es ging, stehen sie miteinander zu dem Beschluß der Synode der EKD vom 27.—29. Juni 1956 . . ." (s. obiges Zitat, vgl. auch Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 511).

Das Konferenzgespräch mit dem Sender Rias

Angesichts der Bestürzung der westdeutschen Presse über die mißverstandene Schrift von Dibelius und die Unsicherheit in der Ostzone, die durch erhebliche Drohungen der Zonenpresse gegen eine weitere Tätigkeit von Dibelius im Ostsektor von Berlin verstärkt wurde — seine Reformationspredigt am 1. November in der Marienkirche blieb indessen unbehindert —, veranstaltete der Sender Rias, Berlin, am 27. Oktober ein Konferenzgespräch zwischen Bischof Dibelius, Landesbischof Lilje und dem Bonner Staatsrechtler Prof. Ulrich Scheuner, das in vollem Wortlaut durch die große Presse ging. Der Sprecher, Alfred Berndt, wies in seiner Einführung sehr richtig darauf hin, daß das Problem auf die Barmer Synode von 1934 zurückreicht. Dibelius gab hier nochmals öffentlich seinen Standpunkt bekannt, den wir kurz zusammenfassen. Was Bischof Lilje entgegnete, auf der Grundlage völliger Übereinstimmung in der Frage, daß der Christ auch im totalitären Staate Gehorsam in den Grenzen schuldig sei, die die Heilige Schrift ihm setzt, ist weitgehend schon in unserer Meldung über die Lutherische Generalsynode zu Lübeck wiedergegeben (vgl. ds. Heft S. 119).

In diesem Gespräch erklärte Bischof Dibelius, der Staat

sei Macht, und wer in seinem Machtbereich lebt, müsse sich natürlich einordnen und die Gesetze respektieren, anders könne er nicht leben. Die Ausnahme für den Christen sei die: Wenn diese Anordnungen dem christlichen Gewissen direkt zuwiderlaufen, dann müsse er Gott mehr gehorchen. Das habe man im nationalsozialistischen Staat durchexerziert. D. Lilje stimmte dem zu. Meinungsverschiedenheiten, so fuhr der Berliner Bischof fort, bestünden nur darüber, unter welchen Motiven dieser Gehorsam zu leisten sei. Ist der Staat wirklich Gottes Diener, wie es Paulus in Römer 13 sagt — und er habe doch wohl Gut und Böse in einem christlichen Sinne verstanden, zwar nicht in dem spezifisch christlichen Sinn, aber in einem Sinne, über den es damals zwischen Christen und Heiden keinen Streit gegeben habe —, so sei ihm als einer gnädigen Anordnung Gottes zu gehorchen. Mit dem modernen Totalstaat sei aber etwas völlig Neues in die Welt getreten. Er mache eine gewisse Revision der traditionellen Anschauung vom Gehorsam notwendig, weil dieser Staat nicht nur atheistisch sei, sondern auch über Gut und Böse nach politischen Maßstäben bestimmen wolle. Das habe Ministerpräsident Grotewohl klar gesagt (gemeint ist jene Rede vom Frühjahr 1959, auf die der oben erwähnte offene Brief von Bischof Dibelius geschrieben wurde): Gut sei, was dem Sozialismus nützt. Wenn aber der Staat das Recht mißachte, verliere er seine Qualifikation als Diener Gottes. Das habe ungeheure Konsequenzen für den Christen. „Sie werden nicht notwendig äußerer Art sein, denn dabei bleibt es: Wer im Machtbereich eines Staates lebt, muß sich in seine Anordnungen einfügen. Aber sie werden innerer Art sein", weil der Christ in einem solchen Staat ein säkularisiertes Machtgebilde sieht. Sein Gehorsam wird sich nicht mehr auf den Staat direkt begründen, sondern auf die Liebe zum Mitmenschen, die es ihm verbietet, ein Leben der Ordnung in ein Leben der Unordnung zu verwandeln.

Etwa auf dieser Linie äußerte sich auch Bischof Lilje, und Prof. Scheuner trat den beiden Kirchenführern in der Ansicht bei, daß der Staat dem Menschen zu dienen habe, wenn er dies aber nicht mehr tue, auch keinen Gehorsam mehr aus innerer Überzeugung fordern könne. Dibelius ging dann auf das bekannte Beispiel ein, daß Luther auch dem Staat der Türken gegenüber Gehorsam gefordert habe. Denn die Türken legten keinen Wert darauf, was die unterworfenen Leute von ihnen dachten, und sie anerkannten immerhin Gott und gewisse sittliche Normen, die sie mit den Christen gemeinsam hatten. Der totale Staat der Gegenwart habe diese Kennzeichen nicht mehr, er wolle sich die Seelen der Menschen unterwerfen. Bischof Lilje gab zu, daß die Vokabel Obrigkeit natürlich sehr belastet sei, aber der Begriff halte doch immerhin fest, daß im Staat Autorität sein müsse, unabhängig von seiner christlichen Qualität. Alle drei Redner einigten sich auf eine Gehorsamspflicht äußerer Art, die in jedem Fall zu leisten sei, und daß der Staat in keinem Fall die letzte Dignität für sich in Anspruch nehmen könne. Auf die Frage, welche Konsequenzen praktischer Art sich für die Christen der Ostzone daraus ergeben würden, lehnte Bischof Dibelius eine Antwort ab, da er in Westberlin lebe und über Konfliktsituationen jeder in seinem Bereich selber entscheiden müsse.

Der umstrittene Hintergrund

Daß mit dieser etwas vordergründigen Klarstellung die Frage nicht erledigt ist, zeigt sowohl ein Beschluß des Rates der EKD vom 6. November, wonach die theologischen Studien über die Obrigkeitsfrage in der Gegenwart wiederaufgenommen werden sollen und als vordringlich zu fördern seien, wie auch die nach dem Reformationsgottesdienst in der Marienkirche erneuerten Angriffe der Ostzonenpresse auf Bischof Dibelius, die mit strafrechtlicher Verfolgung drohen, vor allem aber eine Reihe von theologischen Stellungnahmen, die seitdem erschienen sind und von denen wir einige hier erwähnen müssen. Die Schwierigkeit für alle Beteiligten, der Frage durch öffentliche Behandlung gerecht zu werden, liegt darin, daß niemand die Lage der Christen in der Ostzone noch mehr gefährden möchte. Präses Wilm von der Evangelischen Kirche in Westfalen erklärte beispielsweise am 2. November, man müsse im Westen mehr Verantwortungsbewußtsein für die Christen in der Zone aufbringen: „Über diese Frage auf Leben und Tod, die unsere Brüder drüben beschäftigt, darf man nicht so billig schreiben, wie Bischof Dibelius es leider getan hat. Das war kein gutes Wort."

Präses Wilm wies in diesem Zusammenhang auf ein Dokument hin, das Anfang 1959 ausgearbeitet und den mitteldeutschen Mitgliedern der Synode der Evangelischen Kirche der Union übermittelt worden war. Es trägt den Titel „Das Evangelium und das christliche Leben in der DDR" und ist als Manuskript für den innerkirchlichen Dienstgebrauch gedruckt und nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Die streng theologisch-pastorale Schrift über Wege, wie der Christ das Evangelium zu bezeugen und zu leben habe, enthält auch ein Kapitel über den politischen Gehorsam unter einer Diktatur im sozialistischen Weltanschauungsstaat, mit dem man bisher so gut wie keine Erfahrungen habe. Die überaus vorsichtigen Gedanken werden u. W. in ihrem Gehalt, nicht in ihrem Wortlaut, am besten wiedergegeben durch eine Stellungnahme, die Prof. Helmut Thielicke, Hamburg, in „Die Zeit" (6.11.59) veröffentlichte, in der noch einige andere bemerkenswerte Antworten zur Diskussion über das Thema „Apostel Paulus und die DDR" gegeben werden, ein Thema, das Marion Gräfin Dönhoff in der Ausgabe vom 23. Oktober durch vier Fragen gestellt hatte:

1. Wenn jede Obrigkeit von Gott ist, ist dann für den Christen jede Entscheidung zwischen den politischen Systemen gegenstandslos? — 2. Besteht ein Unterschied, ob es sich um eine a-christliche (römische, türkische) oder eine antichristliche (kommunistische) Ordnung handelt, die ihren marxistisch-materialistischen Glauben zur Pseudokirche erhebt und an den Menschen nicht nur als Staatsbürger, sondern auch als Gläubigen Ansprüche stellt? — 3. Wann darf und wann muß der Bürger gegen die Obrigkeit Widerstand leisten? — 4. Wann darf und wann muß der Christ gegen die Obrigkeit Widerstand leisten?

Diese Fragen gehen alle Christen an. In unserem Bericht können aber die Stellungnahmen nur soweit angeführt werden, als sie auf das Anliegen von Bischof Dibelius eingehen.

Da ist also zunächst die Ansicht von Prof. *Thielicke*. Er hält es für einen verhängnisvollen Fehlgriff, wenn Dibelius einer Demokratie den Obrigkeitscharakter absprechen, weil ihre Regierungsgewalt nicht „von Gottes Gnaden" sei. Das erinnere an das Legitimitätsprinzip von Fr. J. Stahl. Die Demokratie sei [wie auch Papst Leo XIII. schon erklärte] eine der legitimen Spielarten der Staats-

form. Die Wahl in das Amt der Obrigkeit hebt deren Unverfügbarkeit nicht auf. Sodann: wenn jede Obrigkeit von Gott gesetzt sei, so bedeute das nicht, daß alle politischen Systeme gleich recht sind. Es gäbe auch pervertierte Obrigkeit, die der Mensch nur leidend erdulden kann, nämlich die oben erwähnte „ideologische Tyrannis". Wenn sie die Seelen beschlagnahme, sei sie Pseudokirche. Aber „selbst in der Entartung bleibt ein Minimum obrigkeitlicher Ordnungsfunktionen erhalten. Auch der massivste Unrechtsstaat kann nicht funktionieren, ohne für gewisse Dinge zu sorgen: für Ernährung, für Ordnung auf den Straßen usw. Gerade weil die Staatlichkeit eine unverfügbare Ordnung ist, kriegt der Mensch deren Grundelemente auch in der äußersten Hybris nicht kaputt." Daraus ergäben sich zwei Konsequenzen. Der Christ zieht natürlich den optimalen Ausdruck der Staatlichkeit vor. „Er wird aber selbst in der ideologischen Tyrannis noch den unzerstörbaren, weil nicht verfügbaren Ordnungsrest ehren. Indem er das tut, hilft er auch im Rahmen staatlicher Perversion einen gewissen Raum einigermaßen ideologiefreier Sachlichkeit zu bewahren. So könnte ein Christ vielleicht den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften noch beitreten, weil in ihnen der sachlichen Arbeit am täglichen Brot noch ein gewisser Spielraum zur Verfügung steht. Wahrscheinlich aber könnte er nicht mehr Lehrer werden . . ." Charakteristisch für diese Situation des Christen sei der permanente Zwang, zwischen dem Mehr und dem Weniger an Unrecht wählen zu müssen. Abstrakte und radikale Alternativen seien völlig illusorisch. Denn bloße Existenz in der Tyrannis erzwinge irgendeine Form von Mitmachen, sofern nicht das Volk als Ganzes zum Martyrium und zur kollektiven Selbstvernichtung aufgefordert werden soll. Bischof Dibelius, so meint Thielicke, sehe diese östliche Situation nicht — was uns unwahrscheinlich dünkt. Es fehle ihm nicht nur an theologischer Erkenntnis, sondern auch an Barmherzigkeit. Zu dieser Folgerung kann man kommen, wenn man den ganz konkreten Konflikt aus dem Auge verliert, den Dibelius in der Leitung seiner Kirche mit lutherischen Antipoden durchzustehen hat, weil sie in der Wahl zwischen einem Mehr oder Weniger an Unrecht zuviel Herztöne an die Tyrannis verschwenden und damit die Sache der Kirche gefährden.

Auch Prof. Hans *Iwand* schreibt an derselben Stelle in „Die Zeit", der Brief von Bischof Dibelius gehe souverän an der ernsten und differenzierten theologischen Debatte vorüber. Allerdings habe er in einem entscheidenden Punkt recht: „Wir müssen alles daran setzen, um die Anarchie von Gut und Böse in politicis zu überwinden, unter der Recht und Staatlichkeit zugrunde gehen und Macht und Gewalt als leere Ordnungsprinzipien übrigbleiben." Unrecht habe Dibelius darin, daß er einem seinen Begriffen von Sittlichkeit nicht entsprechenden Staatswesen die Möglichkeit aberkennt, Rechtsstaat zu sein oder es zu werden. Man müsse ihm dankbar sein, das Problem aufgeworfen zu haben. Otto *v. d. Gablentz*, Direktor der Hochschule für Politik in Berlin, läßt es ebenfalls nicht an kritischen Worten gegenüber der Argumentation von Dibelius fehlen. Er versteht aber Dibelius dahin, daß dieser bei dem Recht, das der Apostel Paulus als Merkmal der Obrigkeit erkannte, an das Naturrecht gedacht hat, eine Sache, „von der, wie der Freiburger Jurist Erik Wolf meint, wir alle wissen, daß es sie gibt, auch wenn wir sie nicht recht definieren können". Ein Regime, das dagegen verstoße, sei im allgemeinen nicht schlechthin satanisch. Ein Minimum von Recht werde meist wirklich geschützt: „Es ist schon ein Unterschied zwischen absoluter Willkür und dem Regime der DDR. Das Regime wird dadurch nicht besser, aber die Verantwortung, bei einem Widerstand auch noch dieses Minimum zu zerstören, ist nicht zu leugnen." Die Regierung Ulbricht sei nicht Obrigkeit, „nicht weil sie schlecht ist, sondern weil es heute überhaupt keine Obrigkeit gibt. Damit hat Dibelius recht . . ."

Von Bedeutung ist schließlich eine kurze Zuschrift von Dr. Hermann *Weinkauff*, Präsident des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe. Er schreibt: „Die Grenze (für den Gehorsam des Christen) verläuft etwa dort, wo die staatliche Machtordnung die menschliche Personhaftigkeit, also die Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen, und die grundlegenden von Gott gesetzten Ordnungen für das menschliche Zusammenleben antastet oder aufhebt. Jedenfalls scheint es mir fast absurd zu sein, die obersten Machthaber eines totalitären Systems als ‚Obrigkeit' im Sinne von Römer 13 zu bezeichnen."

So dürfen wir diese sicher noch nicht abgeschlossene Diskussion über eine vitale Frage für alle Christen in totalen Staaten vorerst mit der Bemerkung schließen: Bischof Dibelius hat mit seinem Privatbrief an D. Lilje den Zweck erreicht, der seiner reifen und erfahrenen Hirtensorge in diesem Zeitpunkt vor Augen stand, nämlich daß die Frage, ob und wieweit ein totales Regime „Obrigkeit" genannt werden kann, in der Christenheit nicht mehr zur Ruhe kommt.

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

DE VRIES, Wilhelm, SJ. *Das Problem der Wiedervereinigung des getrennten Ostens.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 2 (November 1959) S. 131—143.

De Vries behandelt die Schwierigkeiten, die einer Wiedervereinigung der Ostkirchen mit Rom im Wege stehen. Es sind das in erster Linie historische, bedingt durch die gänzlich verschiedenen Entwicklungen von Ost- und Westkirchen während der letzten 1000 Jahre. De Vries appelliert besonders an den christlichen Westen, seinen Dünkel, sich allein als *die* katholische Kirche zu betrachten, abzulegen, weil er faktisch die Union unmöglich mache. Bemerkenswert sind seine Überlegungen zum politischen Aspekt der Wiedervereinigung: Auch wenn die Orthodoxie zur Wiedervereinigung bereit wäre, so würden doch über 80 Prozent aller heute lebenden Orthodoxen von ihr ausgeschlossen bleiben, weil sie unter sowjettischem Regime leben.

HILD, Dom Jean. *L'Avent.* In: La Maison-Dieu Nr. 59 (3. Trimester 1959) S. 10—24.

Diese Lieferung der Zeitschrift des Centre de Pastorale Liturgique faßt eine Reihe von Aufsätzen über das Thema „Advent, Weihnachten, Epiphanie" zusammen. Im ersten davon zeigt Dom Hild die Geschichte und das Mysterium der Vorbereitungszeit auf Weihnachten auf, die wir heute Advent nennen. Diese Festzeit entstand nur in der römischen — nicht in den orientalischen und auch nicht in den anderen alten westlichen Kirchen — aus einer Buß- und Fastenzeit, die anfangs dem Weihnachts- und Epiphaniefest vorangeschickt wurde, in Parallele zur Fastenzeit vor Ostern. Die frühe Kirche war sich ihres Wartens auf die Wiederkunft des Herrn ständig bewußt und feierte sie zugleich mit dem Gedächtnis der Auferstehung. Die Ostkirche hat das eschatologische Bewußtsein in ihrer gesamten Liturgie viel stärker erhalten als der Westen, dafür aber keinen „Advent" entwickelt, in dem die römische Kirche die Erwartung der Wiederkunft mit den Worten des auf den Messias wartenden Israel so

erschütternd vereint. — Die weiteren Aufsätze des Heftes bringen herrliche Texte aus den syrischen und byzantinischen Vorweihnachtsoffizien (I.-H. Dalmais OP) und aus den Texten zum Gedächtnis der Taufe Christi im Jordan (Dom J. Lemarié). Weihnachten als Mysterium und Gedächtnisfeier (Dom J. Gaillard), das Weihnachtsmysterium bei Augustinus (G. Hudon OMI) und die Folklore der Advents- und Weihnachtszeit (Fr. X. Weiser SJ) werden untersucht. Eine „theologische Meditation" von Y. Congar OP beschließt den Zyklus.

MEDAWAR, Pierre K. *De la sauvegarde des droits de l'Église orientale.* In: Proche Orient Chrétien Bd. 9 Nr. 3 (Juli/September 1959) S. 224—241.

Der Artikel folgt, als vom griechisch-unierten Patriarchen von Antiochien autorisierter Kommentar, der offiziellen Fixierung des antiochenischen Sonderrechts in gewissen Punkten, in denen der neue Kodex des orientalischen Kirchenrechts von 1957 ausdrücklich Sonderrechte der einzelnen Kirchen zugelassen hatte. Msgr. Medawar stellt jedoch dann nochmals die großen Beschwerdepunkte der orientalischen unierten Kirchen gegenüber dem neuen orientalischen Kirchenrecht heraus, die nach dem Tode Pius' XII. jetzt Johannes XXIII. unterbreitet werden: die Rangminderung der Patriarchen, die, anstatt die ersten nach dem Papst zu sein, nach allen Kardinälen und päpstlichen Legaten rangieren; die Einschränkung der Macht der Patriarchen, die in vielen Fällen auf Rom rekurrieren müssen; die Frage der Ritenwahl bei Konversionen von Nichtkatholiken östlicher Kirchen: bisher haben die Päpste stets darauf bestanden, daß sie in ihrem Ritus bleiben, jetzt dürfen sie auch den lateinischen Ritus wählen. All dies schwächt und entehrt die uralten, auf die Apostel zurückgehenden Patriarchate des Ostens und wirkt auf die Orthodoxen abschreckend.

ROGUET, A.-M. *Le problème du psautier.* In: La Maison-Dieu Nr. 59 (3. Trimester 1959) S. 162—166.

Nach Ansicht des Verfassers wird man das Problem des Psalters noch einmal neu aufnehmen müssen. Der neue Psalter Pius' XII. hat unleugbare Vorteile: Klarheit, Verständlichkeit, wenn auch manchmal auf Grund umstrittener Interpretationen, unzählige Verbesserungen in Einzelheiten. Aber der Psalter der Vulgata hat den großen Atem der lebendigen Sprache, der religiösen Fülle. Man sollte — um nicht planlos beide Versionen zusammenzuschmelzen — nach dem klaren Grundsatz vorgehen, sich in der Diktion, im Stil und Vokabular, so sehr wie möglich an die Vulgata zu halten, jedoch sie auf Grund der neuen Übersetzung korrigieren, wo sie unklar und ungeordnet erscheint. Damit bleibt man auch der tausendjährigen Tradition verbunden.

ROMBOLD, Günter. *Das Wagnis des Glaubens.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 14 Heft 11 (November 1959) S. 658—666.

Der Verfasser analysiert Newmans Grundfrage: Wie ist die Annahme des göttlichen Wortes vom Menschen her möglich?, als eine auch für Newman primär *philosophische* Fragestellung. In enger Anlehnung an Newmans „Proof of Theism" (1859) zeigt der Verfasser den Ausgangspunkt des Newmanschen Denkens: Selbstbewußtsein und Gewissen als Erstgegebenheiten des Geistes, d. h. das Ich (nicht als res cogitans, sondern als Person). Newman bindet Erkenntnis an das Gewissen, das bei ihm immer heteronom ist, und entgeht so dem Relativismus. Gerade durch seine Gewissenstheorie (Gewissen als Echo der Stimme Gottes) hat er nicht nur Ethik und Religion, sondern auch Ethik und Noetik miteinander verknüpft.

VASS, George T. *Teilhard de Chardins christologische Spiritualität.* In: Dokumente Jhg. 15 Heft 5 (Oktober 1959) S. 353 bis 363.

Der Verfasser untersucht die Bedeutung der Teilhardschen Anschauung über die universale Natur der Evolution für das geistliche Leben Teilhards und für den modernen Menschen in der Welt. Teilhard weiß, daß er in zwei Welten wohnt; da sie aber aufeinander bezogen sind, die „Welt" durch Christus sowohl erlöst und geheiligt wie auch auf ihn hin ausgeweitet ist, kann er in seiner Aszetik viel mehr von Bejahung als von Entsagung sprechen. Auch wenn Teilhards persönliche Einsichten nicht allen mitteilbar sind, so spricht doch die Teilhardsche Spiritualität alle jene an, die die „Welt" wieder organisch in das christliche Leben eingliedern wollen.

Philosophie

KLENK, G. Friedrich. *Unabwendbarer Untergang?* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 2 (November 1959) S. 81—93.

Eine Kritik an Marcel de Cortes „Das Ende einer Kultur" (Kösel 1957, 360 S.). Klenk wendet sich gegen den zu engen rationalistischen Geistbegriff Cortes, der die Voraussetzung seines Glaubens an unsere „todgeweihte Kultur" bildet. Außerdem sei fraglich, ob die archaische Gesellschaft, an der de Corte mißt, wirklich das schlechthin gültige Ideal sei; schließlich lehnt Klenk die Zyklentheorie de Cortes ab.

PORTMANN, Adolf. *Teilhard de Chardin.* In: Merkur Jhg. 13 Heft 11 (November 1959) S. 1021—1033.

Der Basler Zoologe skizziert das wissenschaftliche Werk Teilhards (an Hand von „Der Mensch im Kosmos", München 1959, und „Le Groupe Zoologique Humain", München 1960). Die Schwierigkeit einer Auseinandersetzung mit Teilhards Werk beruht nach Portmann in der Verbindung von wissenschaftlicher Feldforschung mit „mystischer Versenkung in das Wunder des Lebens". Hieraus ergeben sich dann auch die kritischen Ansätze Portmanns. Aber, so stellt Portmann fest, gerade das, was Kritik und Skepsis an diesem Werke herausfordert, ist zugleich das Faszinierende an ihm. Folgende Positiva sieht Portmann im Werke Teilhards: 1) Seine Kompetenz in der Paläontologie, die neue Perspektiven für das Ursprungsproblem und die Evolutionsfrage aufreißen; 2) seine Intensität, die uns das Verständnis für die Eigenart des Lebendigen entfaltet; 3) die besondere Ausprägung einer Seinsweise in diesem Werk, sie wird mit Innerlichkeit, „intériorité", bezeichnet: die Dimension des Dimensionslosen.

Kultur

ARNOLD, Paul. *Umsturz in der Kenntnis vom alten Rom.* In: Deutsche Universitätszeitung Jhg. 14 Heft 10 (Oktober 1959) S. 602—605.

Ein Bericht über die Forschungsergebnisse Dumézils, der eine gewisse Einheitlichkeit von Religion, Mythos und sozialer Ordnung unter den indogermanischen Völkern festgestellt hat, woraus sich neue Einblicke in die altrömische Welt ergeben. — Mit diesem Heft verabschiedet sich die Deutsche Universitätszeitung, die 14 Jahre lang — sie erhielt im November 1945 als zweite Zeitschrift die Lizenz der englischen Besatzungsmacht — ein Forum unabhängigen Geistes und ein repräsentatives Spiegelbild des akademischen Lebens in der Bundesrepublik war. Sie teilt das Schicksal von „Wandlung" und „Gegenwart".

ENNEN, Karl, SJ. *Lateinunterricht heute.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 2 (November 1959) S. 103—111.

Davon ausgehend, daß der Bildungswert des Lateinischen ohne die systematisch gepflegte Verbindung mit dem Griechischen zweifelhaft ist, wünscht der Verfasser eine stärkere Konfrontierung des heutigen, der griechischen Sprache meist nicht mächtigen Lateinschülers mit jenen Epochen europäischer Latinität, denen die unsere näher steht als der sog. Klassik, da — wie er sagt — unsere Berührung mit der Antike keine unmittelbare mehr ist.

FINAN, T. *Evolution: A practical approach.* In: The Cergy Review Vol. 44 Nr. 9 (September 1959) S. 527—534.

Das Darwin-Gedenkjahr stellt die englischen Seelsorger vor schwierige Fragen: Die Wissenschaftler behaupten, die Evolutionstheorie sei unbestreitbare Tatsache. Viele Katholiken hängen noch einem Wortglauben der Genesis an. Um das Dilemma zu überwinden, empfiehlt der Autor, katholische Wissenschaftler sollen nach strengen empirischen Gesetzen naturwissenschaftlich forschen, ihre Ergebnisse jedoch dem philosophisch-theologischen System des „relativen Transformismus" einordnen. Es besagt: 1. Gott schuf alle Dinge. 2. Durch einen besonderen Eingriff schuf er den ersten lebenden Organismus. 3. Er legte in die primitiven Organismen die Möglichkeit, sich zu differenzieren und zu entfalten. 4. Jede menschliche Seele ist von Gott geschaffen und der Leib des ersten Menschen durch einen besonderen Eingriff Gottes. 5. Die gesamte Menschheit stammt von einem Urpaar ab. 6. Gott leitet und kontrolliert den ganzen Evolutionsprozeß. In diesem System hätte jede spezifisch naturwissenschaftliche These ihren Platz.

JERING, Karl. *Die westdeutsche Jugend und der Osten.* In: Die Sammlung Jhg. 14, Heft 10 (Oktober 1959) S. 508—515.

Jering erhebt die pädagogische Forderung nach einer neuen, der Erfahrungswelt der Jugendlichen angepaßten, von allen Relikten eines überalterten Geschichtsbildes ebenso wie von aller politischen „Kreuzzugsstimmung" befreiten Ostkunde. Sie müßte über die Gegenwarts- und Sozialkunde führen. Eine solche, Vergangenheit und Gegenwart umspannende Ostkunde fehlt heute in den Schulen ebenso wie in den westdeutschen Jugendverbänden, von denen Jering allein den Verband der „Deutschen Jugend des Ostens" ausnimmt.

KROIS, Erich. *Russische Dichtung als politisches Spiegelbild.* In: Hochland Jhg. 52 Heft 1 (Oktober 1959) S. 67—78.

Im Rahmen einer Sammelbesprechung von Werken zur sowjetischen Literaturgeschichte weist der Verfasser immer wieder darauf hin, wie unerbittlich die Partei die Dichter der UdSSR am Zügel hält und wie geschickt sich diese ihr zu entziehen wissen.

PAESCHKE, Hans. *Zur Bestimmung des europäischen Denkens.* In: Merkur Jhg. 13 Heft 10 (Oktober 1959) S. 963—972.

Der deutsche Diskussionsbeitrag zum Thema „Provinzialismus und Universalismus in der europäischen Kultur" (Tagung in Lourmarin, Aix-en-Provence). Der Verfasser versucht zwischen berechtigtem Provinzialismus und Universalismus bzw. deren Gegenteil zu unterscheiden. Es komme in erster Linie heute darauf an, daß jeder einzelne bei sich anfängt, Ordnung zu schaffen: Abbau des Ideologischen, Reduktion auf seinen Ursprung als Idee, restitutio ad integrum.

PURDY, W. *Some refections on the Church and the Arts.* In: Blackfriars Vol. 40 No. 475 (Oktober 1959) S. 434—438.

Der englische Katholizismus wird derzeit von der Frage bewegt, genuine Ausdrucksformen auf allen Gebieten der kirchlichen Kunst zu finden. Der Autor konstatiert einen künstlerischen Minderwertigkeitskomplex der Engländer gegenüber den Kontinentaleuropäern, den manche britischen Historiker auf ein puritanisches Nicht-Unterscheiden-Können zwischen „sinnlich" und „sinnenhaft" zurückführen. Diese Hypothese sei falsch. Eine Überwindung der Krise könne erfolgen durch kritische Intelligenz von Künstler, Auftraggeber und Publikum sowie durch ausgeglichene und warmherzige Hingabe des Künstlers an sein Werk.

Politisches und soziales Leben

BAHRDT, Hans Paul. *Die kollektive Selbsteinschätzung der Angestellten.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 14 Heft 11 (November 1959) S. 793—800.

Bahrdt spricht über sein Thema nur Vermutungen aus, denn die Schwierigkeiten, Angestellte zu testen und zu befragen, sind aus zahlreichen Gründen viel größer als beim Arbeiter. Bahrdts Hypothese lautet: Die ursprünglichen Privilegien des Angestelltenstandes, Stabilität der Position und Tätigkeit von geistigem Rang (häufig verbunden mit dem Umgang mit Geld) gelten weitgehend nicht mehr. Sie bestimmen jedoch das Bewußtsein des heutigen Angestellten, und zwar um so mehr, je weniger sie gelten.

BEHRENDT, Richard. *Die heutige weltpolitische Stellung und die Zukunft der Entwicklungsländer.* In: Universitas Jhg. 14 Heft 10 (Oktober 1959) S. 1009—1026.

Behrendt behandelt einige Probleme des Verhältnisses zwischen den Entwicklungsländern und dem Westen. Das Abendland hat sein bis zum ersten Weltkrieg ausgeübtes Oligopol eingebüßt durch die von ihm in aller Welt eingeführten Ideen und geübten wirtschaftlichen und politischen Praktiken. Das Problem des Westens besteht darin, daß es uns an Voraussicht mangelte, um den von uns ausgelösten Strukturveränderungen sinnvoll zu begegnen. Wir haben nach Behrendt den Sturm über uns kommen lassen wie das ancien régime im 18. Jh. in Frankreich die Revolution.

OHRFEI, Ruggero. *Verso il congresso della Democrazia Cristiana.* In: Vita e Pensiero Jhg. 42 (Oktober 1959) S. 731 bis 737.

Die christlich-demokratische Partei Italiens, große Einheitspartei aller katholischen Kräfte, macht schon lange eine Krise durch, in der Rechtsgruppen und Linksgruppen um die Macht ringen. Der vorliegende Aufsatz kommentiert eine Rede des neuen Parteisekretärs Aldo Moro, in der dieser die Probleme zwar nicht löst, aber bedeutend klärt, indem er unterstreicht, daß die Democrazia Cristiana wie jede andere Partei zwar in Erscheinung tritt in den Wahlstimmen und in der Parlamentsvertretern, im Grunde aber beruht auf dem Programm ihrer eingeschriebenen Mitglieder, um dessen Verwirklichung gerungen wird und das stets gleichbleibend der überlieferten christlichen Tradition Italiens entspricht. Diese Idee hält die Partei zusammen, trotz aller Spaltungsversuche, die von außen geschürt werden. Das augenblickliche Zusammengehen mit den Rechtsparteien ist ungewollt und in keiner Weise prinzipiell, es ist Folge innerparteilicher Vorgänge in den anderen demokratischen Parteien.

REINA, Mario. *Le partecipazioni statali in Italia.* In: Aggiornamenti sociali Jhg. 10. Nr. 10 (Oktober 1959) S. 521—544.

Ausführliche Wiedergabe der Tatsachen und Statistiken, die in der letzten Parlamentsdebatte in Rom über die Betriebe mit staatlicher Beteiligung ausgegeben worden sind, und Stellungnahme zu der Lage: es handelt sich (abgesehen von den schon lange nationalisierten Hauptdiensten wie Eisenbahn, Post, Telefon, Telegraf usw.) um zwei Gruppen, die IRI (Instituto per la Ricostruzione Industriale) und ENI (Ente Nazionale Idrocarburi); die staatliche Beteiligung an der Wirtschaft erreicht in Italien noch lange nicht den gleichen Prozentsatz wie in Frankreich und Deutschland; daß sie soviel Angriffspunkte zur Kritik (von liberaler Seite) bietet, liegt vor allem daran, daß die christlich-demokratische Regierung nie ein wohldurchdachtes Programm vorgelegt und es auf die sozialen Grundsätze gestützt hat, mit denen allein heute die sozialen und wirtschaftlichen Probleme gelöst werden können.

SCHELSKY, Helmut. *Der Mensch am Lebensabend.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 14 Heft 11 (November 1959) S. 667—679.

Einige dominante Struktur- und Entwicklungstendenzen in unserer Sozialverfassung, die die paradoxe Lage des Alters in unserer Gesellschaft deutlich machen. Es herrscht eine Kluft zwischen Altersvorstellung und Alterswirklichkeit. Es wird von der Gesellschaft viel für das Alter getan, aber der alte Mensch fühlt sich am wohlsten, wenn er nicht als Alter behandelt wird. Alter sollte Ausruhen sein, in der modernen Gesellschaft bedeute es dagegen den Aufbau einer neuen Lebensepoche mit erhöhter Anpassung.

SCHEUNER, Ulrich. *Erfolge und Schwächen des erneuerten deutschen Föderalismus.* In: Schweizer Monatshefte Jhg. 39 Heft 8 (November 1959) S. 722—742.

Scheuner stellt fest, daß die föderative Verfassung der Bundesrepublik sich bis jetzt gut bewährt habe, besonders wenn man bedenkt, daß nach 1945 fast alle Bundesländer Neubildungen waren und daß die Verfassung territoriale Eingriffe in den Länderbestand vorsieht. Scheuner behandelt ferner die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern, die Auswirkungen des Wohlfahrtsstaates (zum Nachteil der Föderierten) und besonders die Bastion der Länder, den Bundesrat, der als zweite Kammer in der ganzen Welt heute einmalig sei.

Problèmes de la Vieillesse et des Vieillards. In: Chronique Sociale de France Jhg. 67 Nr. 6 (Oktober 1959) S. 395—448.

Drei Untersuchungen zur Klärung des sozialen Problems der alten Leute und der Überalterung der Völker. Frankreichs Prozentsatz an Menschen über 60 Jahren ist der größte in der Welt (1/5 der Bevölkerung). Nach einer historischen Studie über Altersverhältnisse vergangener Zeiten (G. Gaillard) und eine medizinisch-psychologische über das Wesen des Alters und des Alterns (Dr. J. Dublineau) geht J.-M. Arnion die konkreten Fragen in Frankreich an: berufliche und geistige Fähigkeiten des Alters und deren Ausnutzung, Ruhestand und dessen Finanzierung, Bedürfnisse des alten Menschen, tatsächliche Maßnahmen zur Altersfürsorge in Frankreich, ungelöste Aufgaben im Zusammenleben, Gesundheitspflege, seelische Fragen.

Chronik des katholischen Lebens

HEER, Friedrich. *Die Intellektuellen und die Kirche.* In: Hochland Jhg. 52 Heft 1 (Oktober 1959) S. 1—12.

Neben den christlichen Erblastern, Haß und Angst, wird der Intellektuelle besonders vom Neid in seinen verschiedenen Formen geplagt. Da für Heer alle Männer der Kirche wie auch alle jene, die das Thema des Intellektuellen in der Kirche interessiert, Intellektuelle sind, wütet der Neid zunächst innerhalb der Kirche — zwischen Klerus und Laien. Die innerkonfessionellen Kämpfe seit dem 16. Jh. seien härter gewesen als die interkonfessionellen. Dennoch müsse die Kirche den „zersetzenden Einfluß" der Intellektuellen in der Kirche ertragen, wenn es für die Kirche Wachstum geben soll.

MERCIER, Dom J.-L. *L'hindouisme et la conversion chrétienne.* In: Parole et Mission Jhg. 2 Nr. 7 (15. Oktober 1959) S. 542—559.

Man weiß, daß für den Hinduismus alle Religionen gleich gut und gleich unvollkommen sind, der Gedanke der Konversion darin keinen Platz hat, weil es einzig auf jene „Bekehrung" ankommt, die im eigenen Inneren Weg zu Gott stattfindet. Die indischen Christen neigen dazu, ebenso zu denken bzw. den Unterschied in den Begriffen gar nicht zu erfassen. Wenn der Missionar sich auch bemühen muß, die Lehre Christi zu „indisieren", damit sie in die indische Seele eingehen kann, so muß er doch, in Anbetracht dieser Neigung des Hinduismus zur Gleichsetzung aller Religionen, zur Gleichwertung aller religiösen Persönlichkeiten, zu denen auch Christus gezählt wird, anderseits aufs stärkste den Bruch betonen, der mit eben diesen Vorstellungen notwendig ist, er muß die Andersartigkeit der Offenbarung, der Bekehrung, der Erlösung, wie sie nur der eingeborene Sohn Gottes schenken kann, klar verkünden.

SWAN, Conrad. *Ecclesia Canadiana. Past and Present.* In: The Dublin Review Nr. 481 (Herbst 1959) S. 199—220.

Als Historiker gibt der Verfasser einen empirischen Überblick über die Entwicklung der kanadischen Kirche, die in diesem Jahr das 300jährige Bestehen ihrer eigenständigen Hierarchie feiert. Der heutige kanadische Katholizismus — mit sieben Millionen Anhängern die größte geschlossene Gruppe innerhalb des britischen Commonwealth — findet seinen inneren Reichtum durch die Ergänzung der Traditionen und Einflüsse aus dem französischen und irischen Katholizismus.

TOYNBEE, J. M. C. *Grafitti beneath St. Peter's.* In: The Dublin Review Nr. 481 (Herbst 1959) S. 234—254.

In einer ausführlichen Besprechung des dreibändigen Werkes der Archäologin Prof. Margherita Guarducci kommt der Cambridger Archäologe zu dem Ergebnis, daß die Behauptungen der römischen Gelehrten, auf dem von den Ausgräbern als Mauer bezeichneten Mauerfragment unter der confessio von St. Peter vielmals den Namen des hl. Petrus zusammen mit dem Namen Christi und der Mutter Gottes gefunden zu haben, als „unbewiesen" gelten müßten. Der Verdacht liege nahe, daß die Forscherin mit dem festen Entschluß ans Werk gegangen sei, den Petrusnamen in den Inschriften der betreffenden Mauer zu finden — und ihn also auch gefunden habe. Die Auslegung der „Kryptographie" dieser Grafitti, die Prof. Guarducci entdeckt zu haben behauptet, wird von Toynbee an zahlreichen Beispielen widerlegt.

Chronik des ökumenischen Lebens

ALTENDORF, H.-D. *Die römischen Apostelgräber.* In: Theologische Literaturzeitung Jhg. 84 Nr. 10 (Oktober 1959) Sp. 731—740.

Diese kritische Würdigung der Veröffentlichungen von Engelbert Kirschbaum SJ bestreitet an Hand anderer archäologischer Untersuchungen, daß es gelungen sei, eine faßbare Spur des Grabes Petri zu ermitteln, das im übrigen in einer tieferen Schicht zu suchen sei.

EVDOKIMOV, Paul. *L'Église orthodoxe.* In: Verbum Caro Nr. 52 (1959) S. 331—361.

Zur Unterrichtung der Leser dieser calvinistischen Zeitschrift des Klosters Taizé gibt der Pariser orthodoxe Theologe eine umfassende Darstellung der theologischen Positionen und der Eigenart der Orthodoxen Kirche im ökumenischen Gespräch, die auch für katholische Leser lehrreich ist. Ein Ausgleich mit röm.-kath. Lehren wird darin nicht versucht, sondern die orthodoxe Ekklesiologie, die einen Primat ablehnt, der katholischen entgegengesetzt, anderseits aber auch betont, daß die Orthodoxen, solange die römische Kirche dem Weltrat der Kirchen fernbleibt, diesen daran hindert, zu einer panprotestantischen Bewegung zu werden.

GOLTZEN, Herbert. *„Das Geheimnis ist groß." Zur evangelischen Lehre von der Ehe.* In: Zeitwende Jhg. 30 Heft 11 (November 1959) S. 741—755.

Der Verfasser stellt in diesem energischen Angriff auf die landläufige evangelische Ehepraxis die aus der reformatorischen Frontstellung erwachsene Aussage von ihrer „Weltlichkeit" in Frage und begründet, daß die Ehe nicht nur unauflöslich ist, sondern warum die evangelischen Kirchenleitungen eine Wiederverheiratung Geschiedener nicht mehr gestatten sollten. Goltzen gehört zu jenen Lutheranern, die ein kirchliches Eherecht anstreben.

LENGLING, Emil Joseph. *Der gegenwärtige Stand der liturgischen Erneuerung im deutschen Protestantismus.* In: Münchner Theologische Zeitschrift Jhg. 10 Heft 3 (1959) S. 200—225.

Hier setzt der Verfasser seinen in Heft 2 (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 48) begonnenen Bericht fort, der vor allem die Arbeiten und Ergebnisse der neuen lutherischen Agenden analysiert, wiederum auf Grund der wissenschaftlich erfaßten Literatur. Die eindrucksvolle Überschau enthält sich aller theologischen Wertungen, erkennt aber die möglichen Fortschritte für ein Glaubensgespräch.

MUSULIN, Stella. *Wie katholisch sind die Anglikaner?* In: Wort und Wahrheit Jhg. 14 Heft 11 (November 1959) S. 699 bis 703.

Aus diesem Erfahrungsbericht mit Anglikanern geht hervor, daß in der heutigen anglikanischen Kirche katholisierende Tendenzen stark vertreten sind, doch bedeutet nach Urteil der Verfasserin diese Entwicklung noch keine Annäherung an Rom im dogmatischen Sinne. Die Anglikaner seien weithin der Überzeugung, daß sie die wahre katholische Kirche seien. „Katholisierung" könne daher nur im Sinne einer Angleichung, vor allem in der Liturgie, an die katholische Kirche verstanden werden.

Vorschau auf das Rundfunkprogramm

Wir weisen unsere Leser auf folgende religiös, weltanschaulich und kulturell bedeutsame Sendungen hin

1. Dezember (Dienstag)

14.40 Zum 250. Todestag Abraham a Santa Claras, *H. Himmel* (ÖRF II)
15.30 Schulf. Stätten der Bibel heute (FRA)
17.00 Schulf. Christen in China (STU II)
17.05 Buchbespr. Pierre Teilhard de Chardin: „Der Mensch im Kosmos", *H. J. Merkelbach* (WDR)
18.00 Wir und die Reklame, *A. Czettritz* (SAA II)
18.00 Ephesus, frühe Stätte des Christentums (SFB)
19.20 Der zweite Weltkrieg und seine Folgen, *R. Fiedler* (WDR)
21.00 Vom Beginn des Lebens, *H. Steinert* (FRA)
21.00 Das große Dilemma der Atombombe, *R. Lucas* und *E. Naused* (STU)
21.05 Sozialkritische Studie der Manager (MÜ II)
21.30 Hinter den Kulissen der Amüsierbetriebe, *R. Albrecht* (SWF II)
22.10 Brot für die Welt, *W. Heidland* (MÜ)
22.10 Über Illusionslosigkeit und Zuversicht, *H. Neumeister* (WDR)
22.20 Zum Aufstand der intellektuellen Boheme in den USA, *R. Hülsenbeck* (FRA)
22.25 Das Problem der Organisation der Staatengemeinschaft in der abendländischen Völkerrechtslehre, *A. Verdross* (ÖRF)
23.05 Zur Struktur der autoritären Persönlichkeit, *E. Fromm* (RIAS)

2. Dezember (Mittwoch)

14.15 Schulf. Josef Goebbels oder „Canaille Mensch" (RIAS)
15.30 Schulf. Die Steine von Gethsemane (FRA)
17.15 Wie und wann ist die Formenwelt unserer östlichen Alpen entstanden? *A. Winkler-Hermaden* (ÖRF II)
17.45 Was geht uns Christen Afrika an? *G. Vicedom* (SWF II)
18.40 Die physiologischen Grundlagen des Bewußtseins, *H. Schäfer* (ÖRF III)
20.00 Die Ideologie der modernen Physik (SAA)
21.00 Die Schattenseiten der modernen Arbeitswelt, *R. Jacobs* (SFB)
21.05 Das Werk von Paul Tillich, *H. Bürkle* (MÜ II)
21.15 Toynbee und die Kulturen, *J. von Kempski* (FRA II)
21.30 Schule und Arbeitswelt im industriellen Zeitalter, *H. Wenke* (STU II)
21.30 Der Eucharistische Weltkongreß in München (MÜ)
23.15 Rotchina und das Auslandschinesentum, *H. Stange* (SFB)

3. Dezember (Donnertag)

14.30 Schulf. Max Eyth und die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft (RIAS)
15.30 Schulf. Gottes Volk in der Gefangenschaft (FRA)
16.45 Karl Kraus als Klassiker, *B. von Brentano* (SWF)
16.45 Die Aufgaben der UNESCO, *A. Ehrhart* (BRE)
18.40 Der Zen-Buddhismus — eine neue Modereligion? (ÖRF III)
19.05 Truman und McArthur, *P. de Mendelssohn* (MÜ II)
20.15 Die Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945/46, *E. Deuerlein* (WDR II)
20.30 Die Kritik an der Bundesrepublik im deutschen Roman, *K. Colberg* (SWF II)
21.00 Die Geschichte vom Ende der Welt, *K. Colberg* (BRE)
22.15 Über Sinn und Unsinn der Kunstpreise, *G. Böse* und *F. Sieburg* (SWF)
22.20 Das Antriebsproblem bei der Weltraumfahrt, *J. Ducarme* — Ist Experimentalpsychologie möglich? *P. Fraisse* — Freihandel, *D. N. Worswick* (FRA II)
21.05 Zur Wissenssoziologie von Erb- und Rassenlehren, *O. W. Haselhoff* (RIAS)
23.15 Die Musikkultur Ostasiens, *K. Reinhard* (SFB)

4. Dezember (Freitag)

14.40 Der Roman im zeitgenössischen Japan, *K. Yamata* (ÖRF II)
15.30 Schulf. Martin Buber (FRA)
17.20 Weihnachten — wirtschaftlich gesehen, *J. Haase* (WDR)
17.30 Europäische Einflüsse im Kulturleben der USA, *P. Zucker* (WDR)
20.45 Die Arbeit als Therapie, *Th. Luig* (STU)
21.45 Tendenzen gegenwärtiger Theologie, *M. Seckler* (STU II)
22.30 Die Revolutionierung der Landwirtschaft von Amerika bis China (MÜ II)
22.30 Das Institut für Jonosphärenphysik in Lindau, *W. Dieminger* (STU)
22.30 Zum Bilde Rudolf Bindings, *H. Schwab-Felisch* (RIAS)
22.45 Die jüdische Erlösungserwartung, *H. J. Schoeps* (SWF II)

5. Dezember (Samstag)

9.00 Schulf. Komponisten suchen Gott (FRA)
10.30 Über die Kulturpolitik hinter dem Eisernen Vorhang (Saa)
16.15 Wladimir Majakowskij — Dichter zwischen Zorn und Verzweiflung, *G. Zwerenz* (MÜ II)
17.30 Über die Bedeutung von Sternbildern, *K. Kissbauer* (FRA II)
18.15 Zum 250. Todestag von Abraham a Santa Clara, *M. Seckler* (WDR II)
18.30 Ein Kibbuz in Israel (BRE II)
21.40 Zu Neuerscheinungen über die Botschaft Jesu in deutschen Verlagen, *D. Hasselblatt* (SWF II)

6. Dezember (Sonntag)

8.00 Der heilige Ambrosius — Römer und Christ, *O. Hiltbrunner* (MÜ II)
9.00 Der Mond und die Raumfahrt, *W. Büdeler* (MÜ)
9.00 Das Schöne und das Göttliche, *O. Heuschele* (SAA II)
10.00 Sprache als Information, *C. F. von Weizsäcker* (STU)
10.30 Die Möglichkeiten unserer Bildung, *R. Schwarz* (SWF)
11.00 Jeremias zwischen den Fronten, *H. Flügel* (STU II)
11.00 Die europäischen Universitäten des Mittelalters, *E. Behler* (SAA)
11.15 Der Rufer in der Wüste, *A. Kirchgässner* (SWF II)
11.45 Wenn Christus heute wieder käme, *P. Meinhold* (SWF II)
12.00 Panzer rollen in Afrika vor, *R. Fiedler* (SAA)
12.00 Glaubensanfechtungen in der Bibel, *D. Frindte* (FRA II)
18.45 Zynismus — Bequemlichkeit oder Verzweiflung? *H. Jaeger* (WDR II)
19.15 Weltuntergang durch Antimaterie? (STU II)
21.20 Was ist Gesundheit? *O. Schleckat* (SFB II)
22.25 Das „Magnifikat" in Kompositionen des 15. bis 18. Jahrhunderts, *J. Obrecht* (SFB)

7. Dezember (Montag)

14.40 Das zeitgenössische japanische Theater, *K. Yamata* (ÖRF II)
14.45 Schulf. Luther vor dem Reichstag zu Worms (SWF)
17.15 Der Nobelpreis und seine Stiftung (ÖRF II)
20.30 Sonnensteine und Atomuhren, *W. Riegel* (ÖRF III)
20.45 Die Konferenzen von Jalta und Potsdam, *P. Caulmas* (BRE II)
21.05 Die Auseinandersetzung der Naturvölker mit dem Abendland, *G. Odermann* (MÜ II)
22.30 Welteinheit und Wissenschaft, *H. Maier* (SWF)

8. Dezember (Dienstag)

15.00 Marienwallfahrten in Österreich (ÖRT)
17.45 Philosophenkonzil in Honolulu, *F. J. von Rintelen* (SWF II)
20.00 Vom Beginn des Parlamentarismus, *W. Treue* (FRA II)
20.00 Chateaubriands Jugend, *G. Metken* (SAA)
21.00 Über Kulturleistungen des kolonialen Imperialismus, *A. von Haller* (FRA)
21.05 Das Ende der österreichischen Republik (MÜ II)
22.10 Die katholische Kirche in der Schweiz, *M. von Galli* (MÜ)
22.30 Die Drohung der Atombombe, *R. Lucas* und *E. Naused* (SWF II)
22.35 Sind uns die Afrikaner ein Rätsel? *R. Italiaander* (ÖRF)
22.45 Freie und angewandte Kunst, *P. Zucker* (STU)
23.05 Zur Entstehung des Faschismus (RIAS)

9. Dezember (Mittwoch)

14.15 Schulf. Der erste Schritt zur Machtergreifung (RIAS)
14.40 Die Wissenschaft von der Freizeit, *H. Grau* (ÖRF II)
17.30 Die Marienburg heute (STU)
18.40 Instrumente der Virusforschung, *W. Frisch-Niggemeyer* (ÖRF III)
20.00 Die Ideologie der modernen Physik, *P. Mariens* (SAA II)
20.15 Stierkampf — Betrachtung, *I. Loos* (WDR II)
20.30 Advent über Tirol (ÖRF II)
20.50 Dokumente und Dichtung aus sowjetischer Gefangenschaft, *H. Bender* (SAA II)
21.00 Das neue Japan im neuen Asien, *J. Pechel* (SAA)
21.05 Henry Bergson, *A. Hübscher* (MÜ II)
21.15 Toynbee und die Religion, *J. von Kempski* (FRA II)
21.30 Sprache als Information, *C. F. von Weizsäcker* (STU II)
22.30 Die Hoffnung im Atomzeitalter, *R. Lucas* und *E. Naused* (SWF II)
23.15 Wiedergeburt von Marx und Lenin im Reiche der Mitte, *M. Freund* (SFB)

10. Dezember (Donnerstag)

14.30 Die gotischen Flügelaltäre in Österreichs Ostalpenraum, *H. Riehl* (ÖRG)
16.45 Weltbank und Währungsfonds, *A. Erhart* (BRE)
18.10 Bemerkungen zur Berufswahl der Jugendlichen, *I. Loos* (WDR II)
18.40 Von der Psychologie des Geldes, *H. Haselbach* (ÖRF III)
19.05 Boulanger und Clemenceau, *P. de Mendelsson* (MÜ II)
20.30 Sorgenkind Feuilleton, *Q. Ramseger, D. Sternberger* und *W. E. Süskind* (SWF II)
20.45 Die Frau im Buddhismus (SWF)
20.45 Die medizinische Bedeutung von Urlaub und Freizeit (STU)
22.30 Die medizinisch-biologischen Voraussetzungen für interplanetare Flüge, *J. Stemmer* — Einflüsse der Nachkriegsästhetik auf den brasilianischen Film, *A. Duarte* — Die endoktrinen Drüsen, *J. Nicod* (FRA II)
23.05 Objektivität und Entscheidung in der Wissenschaft, *K. Löwith* (RIAS)

11. Dezember (Freitag)

14.30 Schulf. Ein Tag im Vatikan (SAA)
14.40 Die zeitgenössische japanische Presse, *K. Yamata* (ÖRF II)
17.15 Österreichs Wissenschaft und der Nahe Osten, *W. E. Petrascheck* (ÖRF II)
17.40 Sankt Damasus, Dichter, Forscher und Papst, *W. Baur* (STU)
21.45 Tendenzen gegenwärtiger Theologie, *M. Seckler* (STU II)
21.45 Aus Selbstzeugnissen von Michelangelo, *P. Hoffmann* (BRE II)
22.45 Der christliche Erlösungsgedanke, *H. J. Schoeps* (SWF II)
23.15 Zum 100. Geburtstag des yiddischen Humoristen Schalom Alechem, *J. Wulf* (SFB)
23.40 Der Sohn des Diktators, *S. Lenz* (FRA II)

12. Dezember (Samstag)

17.30 Erdgas für dreißig Jahre, *J. R. Kaim* (FRA II)
21.40 Der Dichter Francis Thompson, *F. A. Hoyer* (SWF II)
20.00 Friedrich Schiller — Legende und Wirklichkeit, *B. von Wiese* (ÖRF III)
20.00 Franz Joseph I. und das Mysterium Österreichs, *K. Hoffman* (MÜ II)
20.00 Kultur zwischen Dilettant und Scharlatan, *W. Hoffmann* (WDR III)

13. Dezember (Sonntag)

10.00 Arzneitherapie und ärztliches Wagnis, *H. Haas* (STU)
10.30 Wesen und Existenz der Freiheit, *L. Gabriel* (SWF)
11.00 Gehorsam und Treue, *G. Marcel* (BRE)
11.00 Die Juden im Exil, *H. Flügel* (STU II)
11.15 Johannes der Täufer als Martyrer, *A. Kirchgässner* (SWF II)
11.30 Kopernikus und seine Ahnen, *W. von den Steinen* (SAA)
11.45 Das Kommen Gottes unter der Hülle des menschlichen Wortes, *P. Meinhold* (SWF II)
12.00 Glaubensanfechtungen in der Bibel, *D. Frindte* (FRA II)
19.15 Über die Blühhormone der Pflanze (STU II)
21.15 Gefahren für die Gesundheit des Kindes, *C. Bennholdt-Thomsen* (SFB II)
21.45 Morgenröte des lyrischen Expressionismus, *W. Rosengarten* (SAA)
22.40 Der Dichter Jakob Haringer — der letzte Vagabund, *P. Härtling* (SWF II)

14. Dezember (Montag)

9.20 Schulf. Zur Zeit der Geburt Christi (MÜ)
14.45 Schulf. Benedikt von Nursia (SWF)
16.40 Lebensform und Wohnkultur um 1800 (MÜ)
16.45 Die unentrinnbare Begegnung, *H. J. Baden* (BRE)
17.05 Die Drusen, ein Volk, das seine Religion nicht kennt, *M. Y. Ben-gavriel* (WDR)
18.00 Der Herr in der Stadt Davids (SAA)
18.15 Kommunistisches Programm und christliche Hoffnung (SFB)
18.40 Die Menschheit im Advent, *O. Karrer* (ÖRF III)
20.45 Ein Weg zu Schiller, *C. Zuckmayer* (STU II)

21.05 Völkerkunde und Vorgeschichte, *G. Smolla* (MÜ II)
22.30 Armut, Reichtum, Mensch und Tier, *F. Kölling* (SWF II)

15. Dezember (Dienstag)

16.45 Schulfernsehen — der letzte Schrei? *H. Heinrichs* (WDR)
17.15 Soziologie als Wissenschaft vom sozialen Handeln, *O. Schatz* (ÖRF II)
18.00 Können wir noch richtig Weihnachten feiern? *A. Prätorius* (SAA II)
18.40 Revolution in der Beleuchtungstechnik, *K. Rayner* (ÖRF III)
21.00 Wie weit reicht die exakte Wissenschaft? (FRA)
21.15 Hörsp. „Die Sankt-Lukas-Gilde", *J. M. Bauer* (WDR II)
21.30 Keine Zeit für gute Taten? *R. Bungert* und *E. Bottlinger* (SWF II)
22.10 Christlicher Advent, *R. Egenter* (MÜ)
22.15 Die überzeitliche Bedeutung der scholastischen Staatsidee, *A. Auer* (ÖRF)
22.20 Vom Wechsel sozialer Leitbilder, *E. W. Eschmann* (FRA)
22.35 Der Tag eines Kindes, *H. Stahl* (MÜ II)

16. Dezember (Mittwoch)

17.15 Narkose bei Tieren, *O. Überreither* (ÖRF II)
20.00 Die Besiedlungsbedingungen der unfruchtbaren Gebiete, *H. O'Reilly-Sternberg* (SAA II)
21.05 Das Werk von Reinhold Niebuhr, *H. Rohrbach* (Mü II)
21.15 Die Lust am Chaos bei Hans Henny Jahnn, *H. Schirmbeck* (FRA II)
21.30 Die Konzentration der Wirtschaft (MÜ)
22.15 Fragen der Ästhetik in unserer Zeit, *M. Bense, H. Geissner* und *W. Reinert* (SAA)
22.15 Altern — ein Problem für Künstler, *G. Benn* (BRE)
23.15 Wissenschaft und Bildung im neuen China (SFB)

17. Dezember (Donnerstag)

14.30 Der Stephansdom in Wien, *H. Riehl* (ÖRG)
19.05 Ludendorffs alldeutsche Konzeption, *P. de Mendelsson* (MÜ II)
19.20 Einübung in die Frömmigkeit, *B. Hanssler* (WDR)
20.00 Atahuallpas Söhne in Peru, *E. Edlitzberger* (ÖRF II)
20.30 Glanz und Elend des literarischen Futurismus, *F. K. Prieberg* (SWF II)
21.40 Junge Menschen vor dem Richter, *B. Bondy* (WDR II)
22.15 Solon oder Lykurg — zwei Typen politischen Denkens, *H. J. Merkelbach* (SWF)
22.20 Medizinisch-biologische Probleme des Weltraumfluges, *J. Stemmer* —
Die Kompliziertheit des psychologischen Experimentes, *P. Fraisse* —
Der internationale Zahlungsverkehr, *D. Worswick* (FRA II)
23.15 Joseph Haydn heute, *R. Bauer* (SFB)

18. Dezember (Freitag)

14.40 Rundfunk und Fernsehen im heutigen Japan (ÖRF II)
14.45 Schulf. Weihnachten in Krieg und Gefangenschaft (SWF)
17.15 Kinderspielzeuge im Wandel der Jahrhunderte, *E. Scheibelreiter* (ÖRF II)
19.50 Wege zur Insel Berlin, *H. G. Berthold* (WDR)
20.45 Freizeit wozu? *H. Thielicke* (STU)
21.45 Tendenzen gegenwärtiger Theologie, *M. Seckler* (STU II)
22.10 Die Philosophie, die Philosophen und das Philosophieren, *R. Heiss* (WDR)
22.30 Rechtfertigung allein aus dem Glauben, *K. Raeber* (STU)
22.45 Das Christusbild des Paulus, *H. J. Schoeps* (SWF)
23.15 Der Einbruch der Moderne bei den Südslawen, *M. Bernath* (SFB)

19. Dezember (Samstag)

9.15 Legenden um Schutzheilige unserer Tiere, *J. Ober* (ÖRF II)
10.15 Schulf. Junge Kirche in Indien (STU)
16.05 Die Einheit der deutschen Literatur, *E. Franzen, W. Jens* und *H. Mayer* (MÜ II)
17.30 Ein Beitrag zur Physiognomik des Menschen, *R. Schenk* (FRA II)
18.15 Worauf die Menschen warten, *V. Sturm* (WDR II)
18.55 Vom Optimismus der Kulturpessimisten, *J. Strelka* (ÖRF III)
20.00 Kirchengeschichte und christliches Bewußtsein, *K. Schaezler* (MÜ II)
20.00 Die russische Nationaloper und Alexander Puschkin, *W. Seifert* (WDR III)
21.40 Religion ohne Entscheidung, *H. Kanitz* (SWF II)
22.10 Weltliche und geistliche Erwartungen im Advent, *M. Loeser* (WDR II)

20. Dezember (Sonntag)

8.00 Die Benediktiner (MÜ II)
8.15 Mission der Kirche, *Ch. Couturier* (SAA II)
8.15 Von der Kunst des Faulenzens, *R. Schroeder* (SWF II)
8.30 Die Flucht nach Ägypten, *Th. Bilder* (MÜ II)
9.00 Von der Einfalt, *O. Hiltbrunner* (MÜ)
10.00 Vom Ausdruck der Sprechstimme, *J. Rudert* (STU)
10.30 Wesen und Existenz der Freiheit, *L. Gabriel* (SWF)
11.00 Im Vorfelde des Heiles, *H. Flügel* (STU II)
11.00 Klassische Dichtung heute, *H. Motekat* (SAA)
11.15 Johannes der Täufer, *A. Kirchgässner* (SWF II)
11.45 Das Kommen Gottes durch die Taten seiner Gläubigen, *P. Meinhold* (SWF II)
13.30 Heilige des Ostens in Bayern, *J. von Herzogenberg* (MÜ II)
19.15 Über den schwedischen Stahl, *E. Oxenstierna* (STU II)
21.15 Ernährung und Gesundheit, *H. O. Kleine* (SFB)
22.00 Neue deutsche Prosa, (FRA II)
22.25 Über den künstlerischen Schöpfungsakt, *H. Schwarz* (ÖRF)

21. Dezember (Montag)

9.00 Schulf. Mönche und Geister in Hinterindien (FRA)
14.40 Hugo v. Hofmannsthal, *C. J. Burckhardt* (ÖRF II)
17.15 Antike Geschütztechnik, *K. Jax* (ÖRF II)
18.15 Douglas Hyde, *H. G. Müller* (SFB)
21.00 Hongkong — Tal der duftenden Wasser, *P. von Felinau* (SFB)
21.05 Völkerkunde in unserer Zeit, *H. Niggemeyer* (MÜ II)
22.00 Schillerparodien Bertold Brechts, *H. Geissner* (SAA)
22.30 Die Frage nach den christlichen Dichtern, *H. E. Holthusen* (SWF)
23.00 Unbürgerlichkeit als Illusion, *H. Bänziger* (STU)

22. Dezember (Dienstag)

17.45 Rembrandts Begegnung mit der Bibel, *F. Gruenagel* (SWF II)
18.40 Das automatisierte Büro, *L. Lessing* (ÖRF III)
20.15 Die philosophische Utopie in Kants Entwurf zum ewigen Frieden, *K. Schauder* (SAA II)
21.00 Vom Wesen der Träume, *R. Schenk* (FRA)
21.05 Georg Büchners dramatische Existenz, *F. Grothe* (MÜ II)
22.20 Die Einheit der deutschen Literatur (FRA)
22.25 Der christliche Osten Europas, *O. Halecki* (ÖRF)

23. Dezember (Mittwoch)

14.30 Der Himalaya, *F. Standenath* (ÖRG)
14.40 Weihnachten in Griechenland, *Aranca* (ÖRF II)
17.15 Der alte Mensch, *R. Svoboda* (SWF II)
17.15 Die Barockisierung unserer Volkskultur, *L. Kretzenbacher* (ÖRF II)
18.40 Leben und Sterben in den Gewässern, G. *Pleskot* (ÖRF III)
20.00 Der Einfluß des Menschen auf den Boden, *H. O'Reilly-Sternberg* (SAA II)
20.30 Das Geheimnis der Christgeburt, *A. Grévan* (FRA II)
21.00 So blind sind wir Menschen! *W. Schwarz* (SWF)
21.30 Idee und Wirklichkeit europäischer Kinderdörfer, *M. Peitz* (RIAS)
21.45 Weihnachtsbotschaft von Papst Johannes XXIII. (SFB)
23.15 Das Entwicklungsland China, *H. Bräker* (SFB)

24. Dezember (Donnerstag)

20.00 Weihnachtsansprache von Bischof Dibelius (SFB)
21.00 Vom Sinn der Heiligen Nacht, *R. Schneider* (SWF)
21.00 Weihnachtsansprache von Julius Kardinal Döpfner (SFB)
21.55 Die Weihnachtsbotschaft des Papstes (STU)

25. Dezember (1. Weihnachtstag)

10.30 Gesang vom Kindchen, *Th. Mann* (SWF)
11.00 Wege und Worte des Sir Sarvapalli Radhakrischnan, *W. Schwarz* (SAA)
11.15 Gott kommt zu uns, *O. Karrer* (SWF II)
11.45 Kein Raum in der Herberge, *W. Stählin* (SWF II)
12.45 Ansprache von Bundeskanzler Dr. Adenauer (alle deutschen Rundfunkanstalten)
18.00 Zum 100. Geburtstag Samuel Fischers (SWF)
20.00 Und Friede den Menschen, *K. H. Waggerl* (SWF II)

26. Dezember (2. Weihnachtstag)

9.45 Der Mensch als Gottes Stellvertreter, *W. G. Bauer* (SWF)
10.00 Das Gebot der Liebe und der menschliche Alltag, *P. Althaus* (STU)
11.00 Christliche Zeichen im sowjetischen Atheismus, *W. Schwarz* (STU II)
11.15 Gott bleibt bei uns, *O. Karrer* (SWF II)
11.45 Der weite Weg nach Bethlehem, *W. Stählin* (SWF II)
15.10 Der Protest der Jungen in Amerika (FRA)
16.30 Christgeburt und böse Geister — Weihnachten in Griechenland, *Aranca* (SFB II)

27. Dezember (Sonntag)

8.30 Der Evangelist Johannes, *W. Stählin* (MÜ II)
9.45 Die Tugend der Gelassenheit, *O. F. Bollnow* (SWF)
11.00 Wird die evangelische Kirche mit der Atombombe fertig? *W. Schweitzer* (STU II)
11.15 Gott führt uns in die Einheit, *O. Karrer* (SWF II)
11.45 Ein Augenzeuge des Unsichtbaren, *W. Stählin* (SWF II)
17.30 Buchbespr. Ernst Jünger: An der Zeitmauer, (SWF)

28. Dezember (Montag)

22.30 Selbstporträt im Zwiegespräch, *C. J. Burckhardt* (SWF)

29. Dezember (Dienstag)

16.45 Die Flucht nach Bethlehem, *F. J. Weinrich* (STU)
17.45 Mensch und Friede, *F. Kraus* (SWF II)
22.10 An der Jahreswende, *Th. Kampmann* (MÜ)

30. Dezember (Mittwoch)

17.45 Glaube und Mißtrauen, *H. J. Baden* (SWF II)
21.00 Der Rassendünkel der Farbigen, *R. Jacobs* (SWF)
21.05 Thomas Dewey, *A. Hübscher* (MÜ II)

31. Dezember (Donnerstag)

17.00 Der Räuberhauptmann Gottes, *W. Schmitz-Bunse* (STU II)
22.30 Über Prophezeiungen, *S. von Radecki* (SWF II)
22.45 Gedanken zum Jahresschluß, *C. J. Burckhardt* (MÜ II)

(BRE) Radio Bremen; (FRA) Hessischer Rundf. Frankfurt; (MÜ) Bayerischer Rundf. München; (NDR) Norddeutscher Rundf.; (ÖRF) Österr. Rundf.; (ÖRG) Österr. Rundf., Lokalsendung Graz; (ÖRK) Österr. Rundf., Lokalsendung Klagenfurt; (ÖRL) Österr. Rundf., Lokalsendung Linz; (ÖRS) Österr. Rundf., Lokalsendung Salzburg; (ÖRT) Österr. Rundf., Lokalsendung Tirol; (ÖRW) Österr. Rundf., Lokalsendung Wien; (RIAS) RIAS Berlin; (SAA) Saarländischer Rundfunk; (SFB) Sender Freies Berlin; (STU) Süddeutscher Rundfunk; (SWF) Südwestfunk; (WDR) Westdeutscher Rundfunk

HERDER-KORRESPONDENZ

Viertes Heft — 14. Jahrgang — Januar 1960

Du aber, was richtest du deinen Bruder, oder was denkst du gering von ihm? Werden wir doch alle vor den Richterstuhl Gottes treten! . . . So wollen wir denn nicht mehr übereinander urteilen, sondern richtet euer Augenmerk eher darauf, daß ihr dem Bruder nicht Anstoß und Ärgernis gebt . . . Wir, die „Starken", sind verpflichtet, die Gebrechen der „Schwachen" zu tragen, ohne selbstgefällig zu sein. Jeder von uns suche seinem Nächsten gefällig zu sein, zur gegenseitigen Förderung im Guten. Hat doch auch Christus nicht der Selbstliebe gelebt . . . So nehme sich denn zur Ehre Gottes einer des andern an, wie sich Christus euer angenommen hat.

Der Apostel Paulus an die Römer

Um die religiöse Erneuerung Roms durch die Römische Synode. Allgemeine Gebetsmeinung für Februar 1960

1. Am 25. Januar 1960 wird die genau vor einem Jahr im Zusammenhang mit dem Ökumenischen Konzil angekündigte Synode der Diözese des Bischofs von Rom zusammentreten, um nach gründlicher Vorbereitung wirksame Maßnahmen zur religiösen Erneuerung jener schwierigen, in der Geschichte mit vielen Fragezeichen bedachten Diözese zu beschließen, die zugleich der universalen Kirche das sichtbare Oberhaupt gibt, nicht weil sie Rom heißt, sondern weil dort Petrus sein Hirtenamt ausübte. Geht man von einem Wort des 1. Petrusbriefes, Kapitel 4, 17, aus: „Denn die Zeit ist da, daß das Gericht beim Hause Gottes anhebt . . ." und im 5. Kapitel 2—4: „Weidet die Herde Gottes an eurem Ort, und behütet sie, nicht mit Zwang, sondern aus innerer Hingabe nach Gottes Willen . . . als Vorbilder für die Herde", so sieht man aus dem Vorhaben Papst Johannes' XXIII., daß der oberste Hirte der Kirche dem Gericht am Hause Gottes zuvorkommen will. Dabei fußt er zweifellos auf Gedanken, die schon sein Vorgänger Pius XII. erwog. Unvergessen ist dessen Ansprache vom 5. März 1957 an die Pfarrer und Fastenprediger Roms, in der es u. a. hieß: Der warnende Appell des Papstes an die Römer vom Frühjahr 1952, sie sollten endlich den Mittelpunkt der Christenheit erneuern, sei zwar in vielem erfüllt worden — Kirchenbau in den Vorstädten, Religionsunterricht usw. —, aber Rom sei noch „weit entfernt, so zu sein, wie Gott es haben will". Immer noch nennen sich Tausende dem Namen nach Katholiken, aber folgen nicht der Kirche, immer noch sei das äußere Bild der Stadt nicht dem Artikel 1 § 2 des Konkordats angepaßt, sondern biete ein Bild der Sittenlosigkeit wie jede andere Großstadt, immer noch sei der Seelsorgsklerus zahlenmäßig zu gering und seine Zunahme halte mit der wachsenden Stadt nicht Schritt. Pius XII. appellierte damals an die Selbsthilfe und Selbstverantwortung der Katholiken Roms (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 327). Wir erinnern uns auch noch des Wirbels in der italienischen Presse, die sich über diese Rede empörte, weil sie die Immoralität Roms öffentlich anprangerte, eine Empörung, die weitgehend auf dem mangelnden Verstehen der Tatsache beruhte, daß der Papst zunächst Bischof von Rom ist (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 353 f.). Diese Tatsache trat aber

N 458 *Spätheimkehrer-Familie mit sechs Kindern* in Oberschlesien, Vater nach dreieinhalb Jahren Internierung in Rußland mit chronischem Nierenleiden heimgekehrt, Mutter Kreislaufstörungen und Herzleiden, weil sie vier Jahre schwere Streckenarbeit an der Bahn und acht Jahre Wäschereiarbeit leisten mußte, um die Familie durchzubringen, mit 78jährigem Großvater, der 26 Mark monatliche Rente hat (in Kaufkraft gerechnet), zusammen also neun Personen, bittet um Kleidung und Wäsche.

N 460 *Schwerkranke Familie* in Oberschlesien, Vater nach Rückkehr aus Gefangenschaft seit acht Jahren gelähmt, ohne Rente, Mutter nerven- und bruchleidend, meist bettlägerig, 50 Mark Rente (Kaufkraft), ein Sohn gefallen, ein Sohn durch Straßenbahnunfall beinamputiert und durch Kopfverletzung schwachsinnig, mit 30 Mark monatlicher Fürsorgeunterstützung, erbittet Hilfe jeder Art.

N 465 *Kriegsinvalide des ersten Weltkrieges* in Oberschlesien, 75 Jahre, fast erblindet, Invalidenrente 26 Mark (in Kaufkraft gerechnet), keine Versorgungsrente, in großer Not lebend, erbittet Lebensmittel- und Bekleidungshilfe.

Geldspenden sind einzusenden auf Postscheckkonto Karlsruhe 7926 des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg i. Br. mit Vermerk „SOS-Ost" und der jeweiligen Kennzahl.

sonst im Wirken Pius' XII. nicht sonderlich in Erscheinung, ausgenommen in den schwersten Zeiten des Krieges. Erst seit Johannes XXIII. haben die Römer wieder das lebendige Bewußtsein erhalten, daß der Papst ihr Bischof ist. Dazu hat vermutlich beigetragen, was wir als den neuen „Stil" des Papstes beschrieben haben (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 465 f.). Die Gebetsmeinung geht nun von der Vorstellung aus, daß die religiöse Erneuerung Roms durch die bevorstehende Synode nicht nur Sache der Katholiken Roms und Italiens, sondern aller Katholiken ist, die dafür beten sollen. Das gilt es zu verstehen.

2. Papst Johannes XXIII. schwebt mit dieser Gebetsmeinung nicht nur vor, daß wir Katholiken, weil er unser Papst ist, unser Beten für einen seiner Lieblingsgedanken aufopfern möchten. Denn die Erneuerung Roms als Bistum ist keine persönliche Angelegenheit des Bischofs von Rom. Es soll mit dieser Synode und der Sorge des Papstes um seine eigene Diözese offensichtlich eine für das Ökumenische Konzil und für die ganze Christenheit wichtige Tatsache in Erscheinung treten. Sie hat zwar immer seit der Gründung des ersten Bistums Rom bestanden, aber sie war nicht immer deutlich zu erkennen. Nicht nur die Römer, alle Katholiken haben daran irgendwie Anteil, daß „Rom" schlechthin nur als der Amtssitz des Papstes in seiner Eigenschaft als Inhaber des Primates der Gesamtkirche erschien. Wer nach Rom reiste oder pilgerte, der besuchte nicht das Bistum Rom, sondern er besuchte den Papst, die Peterskirche, den Vatikan und natürlich auch noch andere Kirchengebäude und Sehenswürdigkeiten. Oder ein auswärtiger Bischof, der in Rom seinen ad-limina-Besuch machte, ging die vatikanischen Zentralbehörden durch, die römischen Kongregationen, die mit dem Bistum Rom nichts zu tun haben, es sei denn, die in ihnen tätigen Priester leisten am Wochenende Aushilfsdienste in der Pfarrseelsorge. Man könnte fast sagen, wer nach Rom ging, sah den Wald vor lauter Bäumen nicht, d. h., man sah wohl die vielen Kirchengebäude und kirchlichen Palazzi, man sah vor allem den Einen, den Papst. Man übersah oder überging aber geflissentlich „die Kirche von Rom", das Bistum. Es lag auch gar nicht recht im Blickfeld der Besucher, und doch ist dieses Bistum ein Gegenstand ernster Sorge der Päpste, auch mit Rücksicht auf die Pilgerscharen aus aller Welt, die sich unwillkürlich ihre Gedanken darüber machen, in welcher Großstadtatmosphäre mit ihrem offenen Säkularismus der Papst lebt. Man fragte sich: Geht denn keine größere Strahlungskraft vom päpstlichen Primat aus? Gewiß, man kann aus einer Großstadt kein Kloster machen. Aber es sollte vielleicht doch etwas geschehen, daß Rom als Bistum ein besseres Vorbild gibt und daß es dadurch dem Bischof von Rom in seiner Eigenschaft als Diözesanbischof ein breiteres Fundament gelebter Autorität für seine Arbeit im Primat gibt. Papst Johannes XXIII. hat sich jedenfalls vorgenommen, auch ein vorbildlicher Diözesanbischof zu sein und das Ansehen der Kirche von Rom, die ihm besonders anvertraut ist, vor den Augen der Christenheit zu heben. Er hat als Papst mit dem Ökumenischen Konzil die Absicht, vor den Türen anderer Diözesen zu kehren. Er kehrt daher zunächst vor seiner eigenen Tür. Das wird jeder Katholik und jeder rechtschaffene Christ verstehen, und die Katholiken werden gerne dafür beten, daß der Versuch gelingt, damit hernach auch die größeren Vorhaben gelingen können.

3. In welchem Licht sieht der Papst selber das Unternehmen der Römischen Synode? Er hat sich zweimal darüber ausgelassen; bei ihrer Ankündigung (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 387 f.) und bei der Verkündung des Datums für ihren Beginn am Christkönigsfest 1959 (vgl. ds. Jhg., S. 107). Er spricht in diesen Dokumenten ausdrücklich von seiner doppelten Verantwortung als Bischof von Rom und als Hirte der universalen Kirche. Er stellt sein Unternehmen unter Christus „unsern Richter, Gesetzgeber und König" und will in seinem Dienste „gute Hirtenarbeit" leisten, damit „die Gnade des Herrn, die durch so viele Kanäle geleitet wird, die Seele, die Familien, die Institutionen der Diözese erreiche und Früchte gegenseitiger Erbauung, Früchte der Brüderlichkeit und des Friedens bringen" kann. In der Sache geht es vor allem darum, wie der Sekretär des Vikariats von Rom mitteilte (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 465), die seit 1931 von 950 000 auf 2 Millionen Einwohner angewachsene Stadt mit ihren jetzt 182 statt damals 68 Pfarreien mit genügend Priestern zu versorgen, allein schon für den Religionsunterricht fehlen heute etwa 250. Es fehlen sodann trotz der 608 bestehenden öffentlichen Gotteshäuser noch Kirchen in den Außenbezirken der Stadt. Es handelt sich also um kirchliche Elementarnotwendigkeiten, die in geringerem Ausmaß jede andere normale Diözese auch kennt und die in Rom zu lange vernachlässigt wurden.

Dazu kommen zwei andere Erscheinungen, die ebenfalls in allen Diözesen um sich greifen, in Rom jedoch besonders kraß als Kontrast zum Sitz des obersten Lehr- und Hirtenamtes der Kirche auffallen. Das eine ist „der Mißbrauch und das Versagen der Freiheit des Menschen", der immer mehr der „Jagd nach den Gütern dieser Welt" verfällt und den technischen Fortschritt anbetet, ohne zu merken, daß er damit neben Gott auch fremden Göttern huldigt. Das andere sind lehrhafte „Irrtümer", die in der Geschichte des Christentums immer neue Spaltungen und den geistigen wie sittlichen Zerfall der Völker verursacht haben. Ohne diese Irrtümer im einzelnen zu nennen — es sind gewiß dieselben, gegen die auch Papst Pius XII. ankämpfte —, wünscht der Papst als Bischof von Rom „einige althergebrachte Formen der Lehrverkündigung und weise Anordnungen der kirchlichen Disziplin" wiederaufzunehmen, die die Geschlossenheit der religiösen Einheit bewirken und die Flamme des christlichen Eifers entzünden sollen. Zur Vorbereitung dieser Synode hat der Papst außer zahlreichen Prälaten auch 30 Pfarrer herangezogen, aber keine Laien, von denen er wohl die geistliche Mitarbeit durch das Gebet erwartet, des Gebetes der Römer wie aller anderen Katholiken. Können wir uns bisher auch keine Vorstellung von den Einzelheiten der Reformsynode machen, so ist doch eines gewiß: Dieser Versuch des Bischofs von Rom, der ihn in seiner väterlichen Autorität und Kraft als Hirte seiner schwierigen, auch kommunistisch verseuchten Diözese zeigen wird, darf nicht scheitern, weil sonst auch die Autorität des Primats moralischen Schaden leiden könnte. Rom ist eine so besonders geartete Diözese, daß man nicht gut sagen kann, was dort geschieht, sei Vorbild für normale und gutgeleitete Diözesen in anderen Teilen der Welt. Das Vorbildhafte liegt vielmehr darin, daß die geistliche Kraft des päpstlichen Primats sich auch im bischöflichen Amt ausweisen soll. Der Primat der Lehre in Fragen des Glaubens und der Sitte wird um so intensiver wirken, je mehr er im eigensten Bereich zur Geltung kommt. Dafür zu beten haben wir Katholiken zwingende Gründe.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Die deutschen Bischöfe zum Entwurf des Bundesrundfunkgesetzes

Bei einer Zusammenkunft am 9. Dezember 1959 in Beuel behandelten die westdeutschen Bischöfe u. a. die Gefahren des unter der Federführung von Bundesinnenminister Gerhard Schröder zustande gekommenen und von der Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften zugeleiteten Entwurfes eines Rundfunkgesetzes. Folgende Verlautbarung wendet sich vor allem gegen das geplante kommerzielle Fernsehen:

„Bereits im Jahre 1955 hat die Fuldaer Bischofskonferenz die grundsätzlichen Forderungen der Kirche bei einer Neuordnung des Rundfunk- und Fernsehwesens herausgestellt. Damals war ein Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern über die Ordnung des Rundfunkwesens in Vorbereitung (Allgemeiner Rundfunkvertrag und dessen Zusatzverträge: Kurzwellenvertrag, Langwellenvertrag, Fernsehvertrag); ein kommerzielles Werbefernsehen stand noch nicht zur Debatte. Inzwischen liegt nun dem Bundestag der ‚Entwurf eines Gesetzes über den Rundfunk' vor. Die dadurch erneut aufgekommenen Auseinandersetzungen zwischen Bund und Ländern geben uns Veranlassung zu der folgenden Stellungnahme, mit der wir zugleich verhindern möchten, daß die kirchliche Autorität in unzutreffender Weise in Anspruch genommen wird. Die Frage, ob die Rundfunkgesetzgebungskompetenz und das Recht zur Veranstaltung von Rundfunksendungen beim Bund oder bei den Ländern oder bei beiden liegen, ist Sache der juristischen Fachdiskussion. Wir würden es begrüßen, wenn Bund und Länder sich in einer so bedeutenden Frage einigen könnten.

I

Wir stellen mit Befriedigung fest, daß in dem Entwurf jene Forderungen der Kirche vom Jahre 1955 zum großen Teil berücksichtigt sind. Wir bitten erneut, daß sie auch in die Gesetze bzw. Staatsverträge über jene Rundfunkanstalten aufgenommen werden, wo sie noch fehlen.

In den § 5 des genannten Entwurfs sollten aber die Bestimmungen des § 46 vollinhaltlich eingefügt werden. In den Bestimmungen des § 46, Absatz 1, Satz 1 sollten außer der Übertragung gottesdienstlicher Handlungen und Feierlichkeiten auch religiöse Sendungen gewährleistet werden.

II

Zu einer ausführlichen Stellungnahme veranlaßt § 22 des Gesetzentwurfes. Die päpstliche Enzyklika *Miranda prorsus* vom 8. 9. 1957 stellt fest: ‚Der kirchlichen Lehre und dem hohen Zweck der genannten publizistischen Mittel widerspricht die Einstellung aller, die diese Erfindung lediglich in den Dienst der Politik und ihrer Propaganda oder des wirtschaftlichen Fortschritts stellen wollen.' Rundfunk und Fernsehen dürfen demnach weder dem Staat (Bund und Länder) noch Wirtschafts- oder Interessengruppen allein überlassen werden. In Übereinstimmung mit dieser Enzyklika hat die von uns eingerichtete Hauptarbeitsstelle *Katholische Rundfunk- und Fernseharbeit in Deutschland* sich des öfteren eindeutig gegen die Einführung eines rein kommerziellen Fernsehsystems ausgesprochen.

Für ein rein kommerzielles Fernsehsystem halten wir auch das im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehene ‚Deutschland-Fernsehen', wenn das Programm von einer oder mehreren privaten Gesellschaften produziert und im wesentlichen durch Werbung finanziert wird.

In Anbetracht der besonderen technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen des Fernsehwesens bringt die Übertragung von Senderechten an Gesellschaften privaten Rechts die Gefahr einer sozial und kulturell nicht zu rechtfertigenden Bevorzugung bestimmter finanzstarker Gruppen unseres Volkes mit sich. Wir beobachten heute in der wirtschaftlichen Werbung eine immer stärker werdende Hemmungslosigkeit. Die Produktion richtet sich vielfach nicht nach dem vom Menschen her bestimmten Bedarf, sondern ruft im Interesse einer nicht vertretbaren Vorstellung von Wirtschaftsdynamik unbegrenzt neue Bedürfnisse künstlich hervor.

Die Erfahrungen des Auslandes lassen erkennen, daß im Wettbewerb verschiedener programmgestaltender Kräfte die von kommerziellen Gesichtspunkten ausgehenden die stärksten sind. Diesen Zug nach unten zeigen deutlich auch jene Zeitungen, Zeitschriften und Filme, die auf breitesten Publikumsgeschmack angelegt sind. Darüber hinaus bedauern wir lebhaft jede nicht vom Programm her notwendige zeitliche Ausweitung des Fernsehens, zu der ein kommerzielles Werbefernsehsystem natürlicherweise neigt.

Aus diesen Gründen ist die Veranstaltung von Fernsehsendungen durch gemeinnützige Anstalten des öffentlichen Rechts auf Gebührengrundlage die beste Lösung, wenn auch, wie die Erfahrung zeigt, die Fernsehwerbung in solchen Anstalten nicht selten Anlaß zu ernsthaften Beanstandungen gibt.

Soweit die Wirtschaft Ansprüche auf Fernsehreklame erhebt, sollte diese Werbung bei solchen öffentlich-rechtlichen Anstalten liegen. Der Werbeteil muß im Programm von den übrigen Sendungen getrennt sein und zu diesen, insbesondere durch eine zeitliche Beschränkung, in einem untergeordneten Verhältnis stehen.

III

Wir bitten alle Verantwortlichen eindringlich, bei dem jetzt bestehenden und bei dem kommenden zweiten Fernsehprogramm die Ordnung und die Würde der Familie zu achten und die gesunde Entwicklung der noch nicht entscheidungsreifen Kinder und der Jugendlichen nicht durch ungeeignete oder zeitlich falsch angesetzte Sendungen zu stören. Wir schließen mit dem Wort der erwähnten Enzyklika: ‚Wir geben zu, daß es hier schwierige Fragen gibt. Ihre Lösung aber darf man nicht auf die Zukunft vertagen. Wird nämlich die Inanspruchnahme dieser Technik nicht durch die Zügel weiser Voraussicht gelenkt, dann erwachsen dem einzelnen und der menschlichen Gesellschaft überaus ernste Schäden.'"

Gesellschaft und Jugendschutz — Jahrestagung des Volkswartbundes

Der Jugendschutz erhält weithin sein Gepräge durch die jeweilige aktuelle Jugendgefährdung. Das massenweise Einströmen der vielfach entwurzelten oder heimlosen Jugend in die Lokale der Vergnügungsindustrie, des Gastgewerbes und des Films machte es notwendig, Schutzbestimmungen gegenüber dem freien Zutritt Jugendlicher (speziell zur Abendstunde) zu erlassen. Nach dem Nachlassen des Zustroms in die Lokale (u. a. der Besatzungstruppen) mußte speziell der Kinobesuch unter Kontrolle gestellt werden. Die skrupel-

lose Geschäftstüchtigkeit der zahllosen inzwischen aufgeschossenen Illustrierten, Leihbüchereien und Broschüren-Verlage ließ dann den *literarischen* Jugendschutz in den Vordergrund treten.

Neuerdings beschäftigt die Fachleute mehr und mehr die Sorge, welche Abschirmmöglichkeiten gegenüber dem ungeheuer übermächtig gewordenen *Fernsehen* bestehen, namentlich wenn dieses einmal in kommerzielle Hände und Gesetzlichkeiten geraten ist. Verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit erfährt hingegen die *Geheimprostitution,* wie sie sich in verschiedenen Geselligkeitsformen erschreckend entwickelt hat; zweifellos wird auch noch zu wenig getan, um einer Fehlentwicklung des *Campingwesens,* namentlich unter den Einflüssen der „Freikörper-Bewegung", wirksam vorzubeugen. Auch die Bemühungen der „Arbeitsgemeinschaft der katholischen Seelsorger für Fremdenverkehr und Gastgewerbe" und ihrer rasch zu Ansehen gekommenen Zeitschrift „Einkehr" sind erst in einigen Diözesen von Erfolg gewesen, namentlich was die Weckung eines Berufsapostolates an den Gästen betrifft.

Um dem Jugendschutz mehr Rückhalt in der Öffentlichkeit zu geben, wurden ein Zeitlang Jugendschutzwochen auf breitester Grundlage durchgeführt; aber gerade ihr „neutraler" Charakter — zwischen den im Jugendbereich rivalisierenden Weltanschauungen, Konfessionen und Parteien, auch zwischen den Behörden und freien Verbänden — hat ihre Durchschlagskraft immer wieder beeinträchtigt. Aus den gleichen Gründen haben die gebildeten Arbeitsgemeinschaften und ihre Geschäftsstellen auf Bundes- oder Landesebene keinen leichten Stand. Auf katholischer Seite hat sich — zunächst im Rahmen der Hoheneck-Zentrale (Hamm) — eine eigene Bundesarbeitsstelle entwickelt, die mit ihren gezielten Aktionen, Kundgebungen und Veröffentlichungen („Ruf ins Volk" u. a.) starke Wirkungen erreicht.

Dem literarischen Jugendschutz hat sich seit langem in besonderer Weise der *Volkswartbund* (Köln) zugewandt. Seine Jahresversammlung in Köln am 16. November 1959 bot wiederum einen Einblick in seine Zielsetzung und Arbeitsmethode (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 98, und 11. Jhg., S. 101) und deren Bekräftigung durch den neuen Vorsitzenden und Geschäftsführer. Bei dieser Gelegenheit wurden zwei Referate gehalten, die über den Anlaß hinaus unser Interesse beanspruchen.

Bundesminister Dr. *Wuermeling,* Bonn, sprach über „Jugendschutz und Demokratie" und fragte nach den rechtlichen Voraussetzungen für ein wirksames Eingreifen. Auch bei voller Anerkennung der verfassungsgemäßen Sicherung sowohl der Freiheit der Person wie der Meinungsäußerung durch das Bonner Grundgesetz muß doch grundsätzlich daran festgehalten werden, daß damit keiner gefährlichen Willkür das Wort geredet sein kann, welche die unveräußerlichen Rechte anderer wesentlich beeinträchtigt. Vielmehr ist der Vorrang des Jugendschutzes vor der Pressefreiheit im Grundgesetz (Art. 5 Abs. 2) ausdrücklich garantiert, und selbst die Freiheit von Kunst und Wissenschaft (Art. 5 Abs. 3) setzt den Jugendschutz voraus. Das Grundrecht der Jugend auf ungestörte Entwicklung bleibt vorrangig! Eine rechtverstandene Demokratie verlangt gegenseitige Rücksichtnahme, die das Individuum nicht aus seiner Gemeinschaftsbezogenheit entläßt. Auch das Elternrecht, das im Grundgesetz (Art. 6) verankert ist, muß als moralische Verpflichtung zur Sorge um das Wohl des Kindes verstanden werden, bei deren Versagen der Staat nachrangig zugunsten des gefährdeten Kindes eingreifen kann und muß, wobei ihm freie Gemeinschaften behilflich sein sollen. Dieses *staatliche Schutzrecht* zugunsten der Jugend wird zu einer pflichtigen Verantwortung nicht nur im Fall versagender oder schlechtberatener Eltern, sondern erst recht gegenüber profitkapitalistischen und mitunter geradezu dämonischen Einflüssen, wie sie den jungen Menschen heute bedrängen.

Der Minister kam sodann auf die sittlichen Werte und Forderungen der christlichen Ordnung zu sprechen, die schon durch die Weimarer Verfassung geschützt waren und auch für die heutige Gesellschaft gelten. Das Bundesverfassungsgericht habe sich 1954 ausdrücklich gegen die Auffassung eines Hamburger Justizbescheides gewandt, daß „das gewandelte sittliche Empfinden" auch die sittlichen Maßstäbe verändert hätte, so daß „Unsittlichkeit" nicht mehr im früheren Sinne als solche angesehen und gewertet werden könne. Hier wird der Unterschied zwischen äußerer Konvention und Sitte einerseits und dem ewigen Sittengesetz mit seinen festen Normen anderseits geflissentlich übersehen. Der Staat, der weltanschauliche Neutralität zu wahren hat, darf nicht einer sittlichen Neutralität huldigen, die zu allgemeiner Sittenlosigkeit führt, gesellschaftsauflösend wirkt und zum Totengräber der Demokratie wird. Gewiß hat es eine Diktatur leichter, Auswüchse zu beseitigen. Aber ein Mißbrauch der Staatsgewalt in der Diktatur ist noch gefährlicher als der Mißbrauch der Freiheit in einer Demokratie. Deshalb muß der Jugendschutz mit demokratischen Mitteln gesichert werden.

Vor allem gilt es, der heutigen Manie der Nötigung, den übersteigerten Angeboten (z. B. im Automatenverkauf von Schutzmitteln), der Indiskretion und Selbstentwürdigung, der Übersteigerung der Bedeutung des Sexuellen entgegenzutreten. Vom Fernsehen mit seiner starken Bildwirkung gerade auf Kinder und Jugendliche muß verlangt werden, daß es familiengerecht und jugendfördernd wirke. Der Rundfunk sollte sein Programm bis 21 Uhr so gestalten, daß keine nachteiligen Folgen für die Jugend befürchtet werden müssen.

Unser Jugendschutz darf sich jedoch nicht nur auf Abwehr schädlicher Einflüsse erstrecken, sondern noch viel mehr auf *positive* Maßnahmen: namentlich durch Förderung des Geschmackes und der Urteilskraft, durch gutes Schrifttum, durch Filmklubs, durch Pflege der gesunden Widerstandskräfte im Jugendlichen, durch Weckung verantwortlicher Mitwirkung aller ansprechbaren Bürger. Große Aufgaben fallen der *Familie* zu, die heutzutage leider in vielen Fällen nicht recht erziehungsfähig ist. Eltern tun sich schwer, *für* ihre Kinder zu leben, wenn sie fast nicht *mit* ihren Kindern leben. Aber in einer Zeit, wo selbst intakte Familien ihre Jugend nicht mehr genügend gegen die vielfältige Gefährdung und Verführung schützen können, muß die Gesellschaft selbst an ihre Seite treten. Jugendschutz und Demokratie sind keine Gegensätze, sondern bedingen sich gegenseitig und gehören zusammen.

An diese grundsätzlichen Darlegungen des Bundesministers knüpften die zwei *Arbeitskreise* des Nachmittags an, von denen der eine die Wünsche zur Novellierung der Jugendschutzbestimmungen zusammenfaßte; der andere wandte sich — im Sinne der Zielsetzung des Volkswartbundes — den Erscheinungen von Schmutz und Schund im heutigen Jugendschrifttum zu, erreichte sein Arbeitsziel aber of-

fensichtlich nicht, weil das gezeigte und zur Diskussion gestellte Anschauungsmaterial den versammelten Experten wohl nicht die geeignetsten Anknüpfungsmöglichkeiten bot. Über den Rahmen einer Jahresversammlung hinausgehend, hatte sich Dr. K. *Pfaff*, Aachen, in einem Vortrag mit dem heutigen „Jugendlichen in der Maske des Erwachsenen" befaßt, also desgleichen einem Thema außerhalb des literarischen Jugendschutzes; seine anregenden Ausführungen, die demnächst in Buchform erweitert erscheinen sollen, verdienen die Beachtung aller, die der Jugend nahestehen.

Die bischöfliche Aktion gegen Hunger und Krankheit in der Welt: Erste Hilfsmaßnahmen

Das bischöfliche Werk „Misereor", das durch einen Beschluß der Fuldaer Bischofskonferenz 1958 gebildet wurde und allein durch die Spendenaktion während der Fastenzeit 1959 etwa 32 Millionen DM erhielt, hat bis zum 15. November 1959 folgende Summen in die Entwicklungsländer verteilt:

Afrika

Algerien 124 000.— DM

Für die Anschaffung eines Ambulanzwagens und für Lebensmittel- und Medikamentenhilfe an algerische Flüchtlinge, Kinder und alte Leute

Basutoland 1 525 000.— DM

Für die Verbesserung des Gesundheitswesens und der Ernährungslage

Belgisch-Kongo 10 000.— DM

Für Medikamente

Tanganjika 3 710 800.— DM

Für die Besserung des Gesundheitswesens, Brunnenanlagen, handwerkliche Ausbildung und konstruktive Maßnahmen zur Ernährungsverbesserung

Njassaland 1 397 928.— DM

Der Betrag verteilt sich auf Einrichtung und Ausstattung von Krankenhäusern und konstruktive Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährung

Rhodesien 542 800.— DM

Darin sind enthalten die Errichtung, Vollendung bzw. der Ausbau von vier Hospitälern, eine Lebensmittelhilfe für Hungernde und Hilfe für Überschwemmungsgebiete

Uganda 52 000.— DM

Für die Verbesserung der Ausstattung zweier Krankenhäuser

Kenia 200 000.— DM

Für konstruktive Verbesserung der Ernährungssituation

Französisch-Somaliland 356 000.— DM

Darin sind enthalten eine Direkthilfe (Lebensmittel) für Hungernde, Maßnahmen zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit und Mütterhilfe

Französisch-Westafrika 861 000.— DM

Für konstruktive Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungslage (landwirtschaftliche Anleitung u. ä.) und Lebensmittel an hungernde Kinder

Französisch-Zentralafrika 10 000.— DM

Für landwirtschaftliche Geräte und den Ausbau eines Ambulatoriums

Ghana 166 000.— DM

Einrichtung eines Hospitals für verkrüppelte Kinder und Ausbildungsmaßnahmen

Madagaskar 182 000.— DM

Darin enthalten sind zwei Soforthilfen (Lebensmittel) und die Errichtung eines Gesundheitszentrums

Marokko 150 000.— DM

Für Direkthilfe (Lebensmittel und Medikamente) vorwiegend für Kinder und algerische Flüchtlinge

Nigeria 35 000.— DM

Für Medikamente an eine Missionspraxis und die Vollendung eines Krankenhauses

Ruanda-Urundi 4 000.— DM

Ambulanzwagen für Krankenbetreuung

Südafrikanische Union 794 000.— DM

Für Direkthilfe (Lebensmittel) in den Dürregebieten vorwiegend an Kinder, Wasserbeschaffung und für den Bau eines Tuberkulosenkrankenhauses

Südwestafrika 694 000.— DM

Für Direkthilfe (Lebensmittel) in den Dürregebieten, Wasserbeschaffung und Maßnahmen zur Besserung der Ernährungslage

Tunesien 120 000.— DM

Für Direkthilfe (Lebensmittel und Medikamente) an algerische Flüchtlinge und Kinder

Afrika insgesamt 10 934 528.— DM

Asien

Formosa 87 000.— DM

Als Soforthilfe (Lebensmittel und Medikamente) für die Opfer einer Überschwemmung und für ein Kinderheim

Hongkong 1 000 000.— DM

Für Hilfsmaßnahmen unter den chinesischen Flüchtlingen

Indien 3 687 000.— DM

Darin sind enthalten: Einrichtung bzw. Erweiterung von sieben Krankenhäusern und zwei Aussätzigenzentren, Kinderspeisung und konstruktive Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährung, Hilfe für Waisenhäuser und Obdachlose u. ä.

Japan 475 000.— DM

Darin sind enthalten Hilfe für zwei Krankenhäuser, für die Opfer der Taifunkatastrophe, für ein Waisenhaus und konstruktive Maßnahmen zur Ernährungsverbesserung

Korea 654 008.— DM

Für die Einrichtung eines Krankenhauses mit Krankenpflegeschule, für die Opfer des Taifuns und konstruktive Maßnahmen zur Ernährungsverbesserung

Laos 180 000.— DM

Für Lebensmittelhilfe in den Hungergebieten und konstruktive Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährung und Gesundheitsfürsorge

Malaya	207 000.— DM
Für die Fertigstellung eines Krankenhauses	
Vietnam	120 000.— DM
Röntgenapparat für ein Krankenhaus und Hilfe für eine Leprakolonie	
Pakistan	35 000.— DM
Für ein Aussätzigenheim und für konstruktive Maßnahmen zur Ernährungsverbesserung	
Asien insgesamt	6 445 208.— DM
Vorderer Orient	
Israel	10 000.— DM
Hilfe für eine in Not geratene christliche Siedlung	
Jordanien	15 000.— DM
Direkthilfe für hungernde Kinder	
Iran	407 000.— DM
Für die Einrichtung einer Poliklinik	
Vorderer Orient insgesamt	432 400.— DM
Lateinamerika	
Argentinien	15 000.— DM
Für Lebensmittel an Opfer einer Überschwemmungskatastrophe	
Bolivien	67 180.— DM
Für zwei Urwaldspitäler und Verbesserung der Ernährungslage	
Brasilien	122 000.— DM
Für Lebensmittel in die Dürregebiete, drei Aussätzigenspitäler und eine Krankenstation	
Chile	215 000.— DM
Für Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährung, eine Handwerkerschule und eine Poliklinik	
Haiti	4 200.— DM
Für Lebensmittelbeschaffung an Arme	
Mexiko	25 000.— DM
Für die Opfer der Überschwemmungskatastrophe	
Perú	5 000.— DM
Für eine Krankenstation	
Uruguay	15 000.— DM
Für die Opfer einer Überschwemmungskatastrophe	
Lateinamerika insgesamt	468 380.— DM
Ozeanien	
Indonesien	204 000.— DM
Für die Versorgung eines Krankenhauses, Medikamente, konstruktive Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungs- und Gesundheitssituation	
Neuguinea	253 000.— DM
Für Maßnahmen zur Ernährungssicherung und eine Entbindungsklinik	
Polynesien	5 000.— DM
Für Opfer eines Erdbebens	
Philippinen	45 000.— DM
Zur Anschaffung landwirtschaftlicher Geräte und für caritative Hilfsmaßnahmen	
Salomonen-Inseln	25 000.— DM
Für eine Aussätzigenstation und ein Hospital	
Ozeanien insgesamt	532 000.— DM
Europa	
Griechenland	6 300.— DM
Für Arme der Insel Tinos	
Jugoslawien	10 000.— DM
Lebensmittelspende	
Sonstige	
Beihilfe für Maßnahmen zur Ernährungssicherung hungernder Völker durch die Internationale Ernährungsorganisation (FAO) der Vereinten Nationen im Rahmen des Welthungerjahres	420 000.— DM
Für die Ausbildung einheimischer Ärzte und Pflegerinnen	84 000.— DM
Sonstige insgesamt	504 000.— DM

Mischehen zwischen Christen und Muslimen

Die deutsche Regierung hat sich in den letzten Jahren darum bemüht, möglichst vielen Studenten aus den Entwicklungsländern einen Studienaufenthalt in der Bundesrepublik zu ermöglichen. Im Jahre 1958 studierten etwa 2800 Studenten aus den Ländern Asiens und 1700 aus Afrika an den westdeutschen Hochschulen. Auch die österreichischen Hochschulen werden von etwa 1250 farbigen Überseestudenten vieler Länder besucht. Gleichzeitig bemühten sich zahlreiche Institutionen darum, persönliche und gesellschaftliche Kontakte zwischen den Gaststudenten und der Bevölkerung herzustellen, um diesen Studenten einen möglichst guten Einblick in das Leben des Landes zu ermöglichen. Diese Bemühungen sollten in jeder Weise gefördert werden, nicht zuletzt deshalb, weil die Begegnung dieser Studenten mit dem europäischen Leben zugleich auch eine Begegnung mit dem Christentum ist — oder doch wenigstens sein sollte.

Der gesellschaftliche Kontakt zwischen Mitteleuropäern und nichteuropäischen Studenten führt allerdings in manchen Fällen auch zu Eheschließungen zwischen den Gaststudenten und christlichen Mädchen, die besonders dann erleichtert werden, wenn die vorhandenen rassischen Vorurteile oder religiösen Bedenken der europäischen Partner beseitigt sind. Hier ergeben sich nun Gefahren für den europäischen Partner, vor denen er nur durch eingehende Aufklärung geschützt werden kann. Daß diese Aufklärung in möglichst taktvoller Form geschehen muß, versteht sich von selbst.

Beweggründe der Männer

Am häufigsten sind in Deutschland und Österreich die Ehen zwischen muslimischen Männern (Araber, Perser, Türken) und christlichen Mädchen. Genaue Zahlen sind nicht bekannt, doch übersteigt die Zahl der Eheschließungen sicherlich hundert im Jahr. Ehen zwischen muslimischen Mädchen und christlichen Männern sind nicht bekannt. Da eine Ehe zwischen Muslimen und Christen auch

heute noch keineswegs selbstverständlich ist, muß man wohl danach fragen, aus welchen Gründen diese Ehen eigentlich geschlossen werden. Dabei wird man der verschiedenen Herkunft entsprechend zwischen den Beweggründen der Partner unterscheiden müssen.

Bei den muslimischen Männern ist nicht zuletzt der Umstand entscheidend, daß eine Eheschließung in ihrer Heimat durch die gegebenen sozialen und religiösen Verhältnisse außerordentlich erschwert ist. Der zwanglose gesellschaftliche Verkehr zwischen Männern und Frauen ist in den Ländern des Islams unbekannt und gilt auch heute noch als unsittlich (nur in der Türkei sind diese Sitten etwas gemildert). Der Mann hat daher vor der Eheschließung nicht die Möglichkeit, seine zukünftige Frau kennenzulernen. Die freie Gattenwahl ist unbekannt. Die Ehe wird nach Vermittlung der Verwandten durch Vertrag geschlossen. Der Mann muß einen ansehnlichen Betrag als Morgengabe an die Familie der Braut bezahlen. Viele junge Männer können diese Morgengabe bzw. den Kaufpreis nicht ohne weiteres aufbringen und werden 30 bis 40 Jahre alt, bis sie heiraten können.

Der muslimische Student nun (oder auch der Geschäftsmann) begegnet in Europa einer gänzlich anderen Lebensweise, in der die Eheschließung — nach seinen Maßstäben — unerhört erleichtert ist. Er braucht fast keine finanziellen Vorleistungen zu machen und kann u. U. sogar noch eine Mitgift erwarten. Er lernt seine Frau vorher kennen, und das leidige Vermittlungsgeschäft fällt weg. Da die Ehe zwischen muslimischen Männern und nichtmuslimischen Frauen gestattet ist (nicht jedoch zwischen nichtmuslimischen Männern und muslimischen Frauen), spricht alles dafür, daß er in Europa quasi mühelos heiratet und seine Frau in seine Heimat mitnimmt. Manche der Ehen werden allerdings erst in der Heimat des Mannes geschlossen.

Man könnte die Brautwerbung muslimischer Studenten in Europa für die gutgläubige Wahrnehmung einer besonders günstigen Gelegenheit halten, wenn nicht manches dagegenspräche: Fast alle Moslems wissen, daß die europäischen Vorstellungen vom ehelichen Leben durchaus andere sind als die der muslimischen Gesellschaft und daß ein christliches Mädchen nur in den seltensten Fällen bereit wäre, eine Ehe mit einem Muslim einzugehen, wenn ihr die wirklichen Lebensverhältnisse bekannt wären. Die Ehen kommen daher oft unter Umständen zustande, die man als Täuschung bezeichnen muß. Daß diese Art des Betruges auch in Europa nicht unbekannt ist, ändert nichts an dieser Tatsache.

Beweggründe bei den Mädchen

Gänzlich anders sind die Beweggründe bei den Mädchen, die eine Ehe mit Muslimen eingehen. Vor allem anderen wirkt der Reiz des Fremden und Exotischen, verbunden mit einer völlig falschen Vorstellung von der Stellung der Frau in der muslimischen Gesellschaft. Der arabische, persische oder pakistanische Student ist nicht annähernd so „prosaisch", „sachlich" oder „nüchtern" wie der Mitteleuropäer. Da niemand weiß, daß er für gewöhnlich in seiner Heimat auch nichts anderes als Beamter, Kaufmann oder Angestellter ist (nur meistens unter sehr viel ungünstigeren Verhältnissen) und daß er oft aus den ärmlichsten Familien stammt, ist es nur zu leicht, ihn für einen Märchenprinzen zu halten. Die Söhne wohlhabender Eltern, die keinerlei Schwierigkeiten haben, in ihrer Heimat eine oder mehrere Frauen zu finden, sind nicht sehr zahlreich, und sie bemühen sich auch nicht darum, in Europa billig zu einer Frau zu kommen; sie begnügen sich hier eher mit einem Abenteuer.

Die Gaststudenten sind zum überwiegenden Teil Stipendiaten. Die Stipendien sind oft so großzügig bemessen (bis zu 800.— DM im Monat), daß sie sich den Anschein der Wohlhabenheit geben können. Nichts weist darauf hin, daß die beruflichen Aussichten dieser Studenten im allgemeinen schlecht sind und daß nur ein Teil von ihnen nach der Rückkehr in ihre Heimat auch nur annähernd so viel verdienen kann, wie sie als Stipendiaten erhalten.

Die Ansprüche, die die Männer an ihre zukünftigen Frauen stellen, sind sehr viel geringer als etwa die der europäischen Männer. Sie suchen, fürs erste jedenfalls, eine ausschließlich erotische Gemeinschaft. Sie erwarten weder besonders gute noch besonders tüchtige Frauen, sie sind gegebenenfalls bereit, großzügig auf eine Aussteuer zu verzichten, die Familienverhältnisse sind ihnen gleichgültig, da nur die wenigsten beabsichtigen, irgendwelche persönliche Beziehungen zur Familie der Frau zu pflegen.

Die Mädchen kommen zum größeren Teil aus den unteren sozialen Schichten („Studentenehen" scheinen relativ selten zu sein).

Die europäischen Mädchen begegnen so einem Manne, der scheinbar in den besten Verhältnissen lebt, scheinbar keine Mustergattin sucht, der nicht auf Vermögen und Herkunft sieht, der ihnen ein Paradies in seiner Heimat verspricht und zu allem anderen noch ein äußerst charmanter Liebhaber sein kann, kurzum, dem Märchenprinzen, wie er in jeder Illustrierten steht.

Die Gefahren der Mischehen

Nur wenige kennen die äußerst großen Gefahren, die mit dem Eingehen eine solchen Ehe verbunden sind. Daß eine Ehe zwischen Katholiken und Nichtchristen grundsätzlich ungültig ist, mag in diesen Fällen keinen überzeugenden Eindruck machen; denn wahrscheinlich haben die meisten Mädchen, die eine solche Ehe eingehen wollen, jede religiöse Bindung verloren. Doch sprechen noch so viele andere Gründe gegen das Eingehen einer solchen Ehe, die auch bei den Mädchen, die diese Absicht hegen, Gehör finden dürften, daß eine Warnung nützlich und erfolgreich sein könnte.

Vor allem anderen ist hier hervorzuheben, daß in fast allen muslimischen Staaten das konfessionelle Eherecht auch Staatsrecht ist (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 116f.), daß eine Ehe zwischen einem muslimischen Mann und einer christlichen Frau in diesen Staaten nach muslimischem Recht (Schariah) geschützt wird. Dabei ist es gleichgültig, ob die Ehe vor einem deutschen Standesamt oder in der Heimat des Mannes geschlossen wurde.

Der muslimische Mann hat das Recht, bis zu vier Frauen gleichzeitig zu haben. Daneben, soweit er es sich leisten kann, eine nicht begrenzte Anzahl von Konkubinen. Wenn die Monogamie auch die Regel ist — nur die wenigsten können mehr als eine Frau unterhalten —, so muß doch jede Frau damit rechnen, daß sie im Hause ihres Mannes nicht die einzige bleibt, besonders wenn dieser begütert ist.

Die Frau kann jederzeit verstoßen werden, und zwar sowohl auf Zeit (dann hat der Mann für ihren Unterhalt zu sorgen, doch muß die Frau dann auf Wunsch des

Mannes zurückkehren) oder endgültig. Im ersten Falle genügt das einmalige Aussprechen der Verstoßungsformel, bei der endgültigen Verstoßung muß diese dreimal ausgesprochen werden. Die Frau hingegen hat in der Praxis fast gar keine Möglichkeit, sich scheiden zu lassen. Die Kinder werden in fast jedem Falle dem Mann zugesprochen.

Die Frau darf ohne Erlaubnis des Mannes das Haus nicht verlassen, kann also und wird fast immer wie eine Gefangene im „Harem" gehalten. Verläßt sie das Haus ihres Mannes, dann kann sie jederzeit auf dem Vollstreckungsweg zurückgeholt werden. Der Mann hat das Erziehungsrecht und somit auch das Züchtigungsrecht an der Frau — und viele Männer machen davon auch Gebrauch. Einen „Ehebruch" des Mannes gibt es nicht, der Ehebruch der Frau wird dagegen in den zivilisierten Staaten mit sechs Monaten Gefängnis, in Saudi-Arabien und Jemen mit dem Tode durch Steinigen bestraft.

Die einzige materielle Sicherheit, die die muslimische Frau besitzt, ist der Ehevertrag, in dem die Morgengabe festgesetzt ist. Die Morgengabe wird bei der Eheschließung nur zur Hälfte an die Familie der Frau gezahlt, die andere Hälfte wird beim Ableben der Frau oder im Falle der Scheidung fällig. Da es sich dabei um einen beachtlichen Betrag handelt, steht die Pflicht zur Zahlung der Scheidung entgegen. Die meisten europäischen Mädchen werden um diesen Ehevertrag betrogen, weil sie von den Männern nicht darüber aufgeklärt werden.

Das Mädchen, das einen muslimischen Mann heiratet und ihm in seine Heimat folgt, wird dort nur allzuoft schwere Enttäuschungen erleben. Der erwartete Wohlstand des Mannes erweist sich nicht selten als Täuschung (eine vorherige Information ist meistens sehr schwierig). Der Lebensstandard in den muslimischen Ländern ist, sieht man von den wenigen reichen Familien ab, denkbar niedrig, und nur wenige Mädchen denken daran, daß ihr Traum von einem Märchenschloß in einer Lehmhütte auf dem Dorf ohne jede sanitäre Einrichtung oder in der Einzimmerwohnung der Schwiegereltern enden könnte. Aber auch dann, wenn die materiellen Erwartungen nicht enttäuscht werden, ist das Leben in völliger Abgeschlossenheit unter Umständen zusammen mit einer zweiten Frau für die meisten unerträglich.

Die wenigsten Mädchen wissen, daß sie nicht nur den Mann, sondern auch seine Familie heiraten, und die wenigsten können sich vorstellen, daß ihr Mann, einmal in seine Heimat zurückgekehrt, mit ihnen zusammen weder ein Lokal aufsuchen noch sich in irgendeiner Weise in der Öffentlichkeit zeigen würde. Nur wenige europäische Mädchen sind der gesellschaftlichen und menschlichen Isolierung gewachsen, in der die muslimische Frau zu leben gezwungen ist.

Eine Rückkehr ist nur in den wenigsten Fällen möglich, denn die Frau erhält nur auf Antrag des Mannes einen Reisepaß und muß im Falle der Scheidung die Kinder zurücklassen. Es mag auch glückliche Ehen zwischen christlichen Mädchen und muslimischen Männern geben, die Voraussetzungen hierfür sind jedoch nur in den seltensten Fällen gegeben. Die Zahl der deutschen Frauen, die sich in der letzten Zeit an die deutsche Botschaft in Ägypten wandten und dort um Hilfe baten, weil sie es bei ihren Männern nicht mehr aushalten, wird immer größer, ohne daß ihnen irgendwelche Hilfe gewährt werden kann.

Möglichkeiten des Schutzes

Unter diesen Umständen scheint es unerläßlich, alles nur mögliche zum Schutze der betroffenen Mädchen zu unternehmen.

Eine allgemeine öffentliche Aufklärung ist unter diesen Umständen sehr schwierig. Eine diskrete persönliche Aufklärung setzt voraus, daß eine beabsichtigte Eheschließung rechtzeitig bekannt wird. Soweit es sich um Studentinnen handelt, wird es die Aufgabe der Studentenseelsorger sein, für die nötige Aufklärung zu sorgen.

Da bei diesen Mischehen im allgemeinen das Wohl deutscher Staatsbürger gefährdet ist, sollten auch die Behörden dafür sorgen, daß in Deutschland keine Mischehen geschlossen werden, ohne daß die Eheschließenden über die rechtlichen Verhältnisse aufgeklärt werden, und zwar rechtzeitig. Das ist insofern relativ einfach, weil durch das Aufgebot die beabsichtigten Eheschließungen zwar spät (besonders dann, wenn bereits ein Kind erwartet wird), aber doch nicht zu spät bekannt werden.

Ehen zwischen orientalischen und europäischen Christen

Völlig anders liegen die Verhältnisse bei Ehen zwischen europäischen und orientalischen Christen. Kirchlicherseits bestehen hier keine unüberwindlichen Hindernisse; soweit es sich um Ehen zwischen Angehörigen des „lateinischen Ritus" und solchen der unierten Riten handelt, überhaupt keine. Doch sind auch solche Ehen aus sozialen Gründen nicht immer unbedenklich. (Über die Zahl der Ehen zwischen orientalischen und „westlichen" Christen in Mitteleuropa ist uns nichts bekannt, in Amerika sind sie keineswegs selten.)

Solange die Ehegatten in Europa wohnen, sind die Aussichten für eine glückliche Ehe keineswegs schlecht. Fast alle Orientalen passen sich den sozialen Verhältnissen des Landes, in dem sie leben, ganz ausgezeichnet an. Kehrt das Paar jedoch in die Heimat des Mannes zurück, dann wird von der Frau erwartet, daß sie sich den Lebensverhältnissen des Mannes anpaßt. Diese sind von den europäischen Verhältnissen auch bei den Christen grundverschieden. Die Frau wird zwar nicht in einem „Harem" gehalten, doch erwartet man von ihr, daß sie „im Hause" lebt und in der Familie des Mannes aufgeht. Sie muß sich fast völlig den orientalischen Lebensverhältnissen assimilieren, was keineswegs einfach ist. Auch hier scheint geeignete Aufklärung durch den Seelsorger, der in diesen Fällen ja eher gehört wird, ratsam.

Aus dem Vatikan

Die Kardinalsernennungen und Personalveränderungen in den römischen Kongregationen

Am 14. Dezember fand das Geheime Konsistorium statt, in dem die neuen Kardinäle, deren Namen bereits Mitte November bekanntgegeben worden sind (vgl. ds. Jhg., S. 106), feierlich ernannt wurden. Ein Geheimes Konsistorium setzt sich ausschließlich aus den in Rom anwesenden, bereits mit dieser Würde bekleideten Kardinälen zusammen. Die deutschen Kardinäle, Frings, Wendel und Döpfner, nahmen an diesem Konsistorium teil. Vor etwa 40 anwesenden Kardinälen hielt Papst Johannes XXIII. eine lateinische Ansprache, in der er zunächst kurz den Sinn der neuen Ernennungen angab.

Der Sinn der Ernennungen

Nach den Begrüßungsworten sagte der Papst wörtlich: „Ihr wißt, warum Wir euch heute vor allem zusammengerufen haben: um neue Mitglieder des Kardinalskollegiums zu ernennen, die Wir der hohen Würde des Römischen Purpurs für würdig erachten. Diese Prälaten und Ordensangehörigen haben Wir aus den verschiedensten Nationen gewählt; denn hier wie bei allem ist es Unsre Absicht, in leuchtender Weise herauszustellen, daß die katholische Kirche nicht nur durch ihre Einheit stark ist, sondern auch allen Völkern gehört, die sie alle mit gleicher Liebe umfängt, weil der göttliche Erlöser sie ihr anvertraut hat."

Rückblick auf das erste Jahr des Pontifikats

Da die Kardinalsernennungen vom 14. Dezember gerade ein Jahr nach den Ernennungen in dem ersten Geheimen Konsistorium Johannes' XXIII. stattfanden, ergab sich für den Heiligen Vater ein Anlaß, einen Rückblick über die Ereignisse dieses ersten Jahres seines Pontifikats zu geben. Er zählte die frohen, die traurigen und die zukunftsträchtigen Ereignisse dieses Jahres auf: Tröstlich der unaufhörliche Zustrom von Gläubigen, von Pilgern aus allen Ländern (unter denen er den nationalen Pilgerzug Frankreichs besonders erwähnte), die Ehrung der Heiligen, deren Jubiläum gefeiert wurde, Pius' X. und Don Boscos, die Fronleichnamsprozession durch die Straßen Roms, durch die das eucharistische Sakrament seit mehr als 200 Jahren nicht mehr getragen worden war; die Staatsbesuche, darunter zuletzt noch der des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika; die Besuche der Bischöfe, insbesondere die Tagung der Lateinamerikanischen Bischöfe in Rom im November 1958, der Besuch einer starken Gruppe nordamerikanischer Bischöfe zur Jahrhundertfeier ihres römischen Kollegs im letzten Oktober und der vielen deutschen und österreichischen Bischöfe zum Jubiläum der „Anima". Zu den tröstlichen Ereignissen zählten ferner die Kontakte mit den in Rom ansässigen Ordensgemeinschaften, insbesondere die Feier des 750. Jahrestags der Anerkennung der Regel des hl. Franziskus und die Feierlichkeiten anläßlich der Wahl des neuen Benediktinerprimas. Schließlich erwähnte der Papst nochmals, wie schon bei verschiedenen früheren Gelegenheiten, mit besonderer Ergriffenheit die Verleihung der Kruzifixe an mehr als 400 ausziehende Missionare und Missionsschwestern, die er selber in St. Peter vorgenommen hat.

Der Papst stellte diesen tröstlichen Ereignissen eine Reihe schwerer Leiden und Sorgen der Menschheit und der Kirche gegenüber: an erster Stelle das menschliche Leid all derer, die von Naturkatastrophen betroffen worden sind. Schwerer allerdings ist noch der Schmerz um diejenigen, die sich vom Glauben abwenden und Gott vergessen und für die der Papst ständig betet. Sehr am Herzen liegt ihm auch das Problem des Hungers in der Welt, dem viele mit den unerlaubten Mitteln der Geburtenbeschränkung begegnen wollen, anstatt, wie es Gottes Gebot ist und die Gerechtigkeit verlangt, die Reichtümer der Erde besser zu verteilen. Eine schwere Sorge bleiben auch die zahllosen Flüchtlinge. Und schließlich bedrückt den Heiligen Vater die große Not jenes Teils seiner Herde, der seinen Glauben nicht frei bekennen und ausüben darf. Die Sorge um China ist in diesem Jahr seit dem Antritt seines Pontifikats nicht geringer geworden.

Doch gibt es auch gewichtige Gründe zum Vertrauen. Dazu gehört der Widerhall, den die Enzykliken des Papstes gefunden haben, insbesondere die über das Priestertum zum Gedächtnis des heiligen Pfarrers von Ars. Vor allem aber setzt der Papst seine Hoffnung auf die beiden großen Ereignisse der römischen Diözesansynode und des Ökumenischen Konzils. Das Konzil stellte der Papst unter den besonderen Schutz der Unbefleckten Jungfrau. Um sie um ihren besonderen Segen zu bitten, hat Johannes XXIII. am Vorabend des Festes der Unbefleckten Empfängnis eine alte Tradition wiederaufgenommen und sich in die römische Basilika der Heiligen Apostel begeben (wo er an der Schlußfeier einer Novene zur Vorbereitung auf das Fest der Gottesmutter teilnahm, wie es von Sixtus IV. bis zum Jahre 1869 Brauch war). Vor dem Geheimen Konsistorium sprach Papst Johannes im Anschluß an den Hinweis auf unzählige Gebete, die sich an die Allerheiligste Jungfrau für das Gelingen des Konzils wenden, von „seinen Kindern der Kirche östlicher Riten", deren glühende Verehrung der Gottesmutter er kennt.

Nach dieser kurzen Zusammenfassung dessen, was für Papst Johannes das Wesentliche des ersten Jahrs seines Pontifikats ausmacht, gab er die Namen der neuen Kardinäle an, zu deren Ernennung er, der Tradition gemäß, formell die Meinung des Kardinalskollegiums einholte.

Kommentar zu den Kardinalsernennungen

Von den acht neuen Kardinälen ist nur einer residierender Bischof: der Nordamerikaner Albert G. Meyer, Erzbischof von Chikago und als solcher Nachfolger von Kardinal Stritch, den Papst Pius XII. im März 1958 als ersten amerikanischen Kurienkardinal nach Rom berief und an die Spitze der Propaganda-Kongregation stellen wollte; er starb jedoch kurz nach seiner Ankunft in Italien.

Die übrigen sieben neuen Kardinäle sind für die Kurie bestimmt. Sie sind zweifellos im Hinblick auf das künftige Konzil ausgewählt worden, zu dessen Vorbereitung sie durch ihre besonderen Kenntnisse und Erfahrungen beitragen sollen. Der ehemalige Beichtvater Papst Pius' XII., P. Augustin Bea SJ, wird seine gründliche theologische und philosophische Bildung, seine besondere Kompetenz in Bibelfragen und seine Vertrautheit mit den Verhältnissen in der Ökumenischen Bewegung in den Dienst dieser Arbeiten stellen; der neue englische Kardinal, der Kurialrichter William Heard, steht mit seinen Kenntnissen des Kanonischen Rechts zur Verfügung. Kardinal Muench hat Sozialwissenschaften studiert, Kardinal Morano Physik und Chemie, Kardinal Larraona ist besonderer Spezialist für die Vollkommenheitsstände und Organisator der großen Bewegung zur Modernisierung und Anpassung derselben. Die bisherigen Nuntien, die in die Kardinalswürde erhoben werden, tragen ihre Kenntnis der Länder bei, in die sie ihre diplomatische Karriere geführt hat: Kardinal Muench war bekanntlich bisher Nuntius in Bonn, Kardinal Marella zuletzt in Paris und Kardinal Gustavo Testa in Bern. (Letzterer ist nicht zu verwechseln mit Erzbischof Giacomo Testa, der im Juni von seinem bisherigen Posten als Apostolischer Delegat in der Türkei, wo er im Auftrag Johannes' XXIII. auch mit dem Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel Verbindung aufgenommen hatte, nach Rom auf den Posten des Präsidenten der „Pontificia Accademia Ecclesiastica" berufen worden ist.)

Eine bemerkenswerte Tatsache ist es, daß Kardinal Heard

Konvertit aus dem Anglikanismus ist. Seit der Zeit Kardinal Newmans ist kein Konvertit mehr zu dieser Würde erhoben worden.

Wie der Papst in seiner Ansprache vor dem Geheimen Konsistorium betont hat, dient die Ernennung der neuen Kardinäle auch der weiteren Internationalisierung des Heiligen Kollegiums, ja der Kurie selber. Die Zahl der Kurienkardinäle hat sich durch das Konsistorium von 24 auf 31 erhöht; von diesen sind acht Nichtitaliener. Ein Verhältnis zwischen Italienern und Nichtitalienern von 4 zu 1, wie es jetzt besteht, hat es in neuerer Zeit an der Kurie noch nie gegeben. Insgesamt erhöht sich die Zahl der Kardinäle durch die Neuernennungen auf 79. Das Kardinalskollegium setzt sich folgendermaßen nach Nationalitäten zusammen: 31 Italiener, 7 Franzosen, 6 US-Amerikaner, 5 Spanier, 4 Deutsche, 3 Brasilianer, 2 Engländer, 2 Portugiesen, 2 Kanadier, 2 Argentinier, je ein Belgier, Österreicher, Irländer, Ungar, Jugoslawe, Pole, Armenier, Syrer, Inder, Chinese, Australier, Kubaner, Ekuadorianer, Uruguayaner und Mexikaner. Wahrscheinlich wird das Kardinalskollegium in nicht zu ferner Zeit noch mehr erweitert und dann auch noch weiter internationalisiert werden.

Die Personalveränderungen an der Kurie

Wenn die Ernennung von sieben neuen Kurienkardinälen einerseits als Schritt zur Vorbereitung des Ökumenischen Konzils betrachtet werden kann, so steht sie doch zugleich auch im Zusammenhang mit der allgemeinen Neuorganisierung der Kurie, die Papst Johannes von Beginn seines Pontifikats an auf sein Programm gesetzt hat und die im Grunde eine Rückkehr zu früheren Verhältnissen darstellt. Pius XII. hatte in seinen letzten Jahren, da er keine neuen Kardinäle mehr ernennen wollte und deren Zahl immer mehr zusammenschmolz, die meisten Kurienkardinäle mit zwei oder mehreren führenden Stellen betraut und belastet. Papst Johannes XXIII. hat die Absicht, die Arbeit der Kurienämter dadurch zu normalisieren, daß er die Aufgaben wieder zwischen mehreren Personen aufteilt und so die mit Ämtern überbürdeten Kardinäle entlastet. Künftig soll jeder Kurienkardinal nur *einen* leitenden Posten bekleiden. Dieses Ziel kann nur schrittweise erreicht werden. Jedenfalls haben alle an den römischen Kongregationen leitend tätigen Kardinäle dem Papst noch im vergangenen Jahr ihre Ämter zur Verfügung gestellt und ihm dadurch die Neuverteilung erleichtert. Als erster ist, auf eigenen Wunsch, Kardinal Pizzardo von seinem Amt als Sekretär des Heiligen Offiziums entbunden worden (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 106), während er die Leitung der Studienkongregation behalten hat.

Am 16./17. November teilte der „Osservatore Romano" mit, daß zwei weitere Kardinäle eines ihrer führenden Ämter aufgegeben hätten. Kardinal Eugène Tisserant ist von der Leitung der Kongregation für die Orientalische Kirche und Kardinal Gaetano Cicognani von dem Amt eines Propräfekten des Obersten Gerichts der Apostolischen Signatur entbunden worden.

Kardinal Tisserant bleibt dagegen Präfekt der Vatikanbibliothek und Präfekt der Zeremonialkongregation, an welches Amt der Rang des Dekans des Kardinalskollegiums geknüpft ist, den der Kardinal seit vielen Jahren innehat. Mit der Leitung der Kongregation für die Orientalische Kirche ist der vor einem Jahr neu ernannte und bisher noch nirgends eingesetzte Kardinal Amleto Cicognani (Bruder des Kardinals Gaetano Cicognani) betraut worden. Den Posten des Propräfekten des Obersten Gerichts der Apostolischen Signatur hat der ebenfalls vor einem Jahr neu ernannte Kardinal Francesco Roberti erhalten.

Damit ist die Umbesetzung der Kurienämter zweifellos noch nicht beendet. Papst Johannes hält sich in Anbetracht der ungeheuer angewachsenen Aufgaben der Kirche in der gegenwärtigen Zeit nicht mehr an die traditionelle Zahl von 70 Kardinälen gebunden, wie er jetzt bereits mehrfach bewiesen hat. Man nimmt an, daß bei den Personalveränderungen nur einige Kardinäle wegen ihres hohen Alters ausgenommen bleiben werden, insbesondere die Kardinäle Nicola Canali, Clemente Micara und Pietro Fumasoni-Biondi, die ihre Ämter formell behalten sollen, auch wenn sie sie nicht mehr wahrnehmen können.

Der „Fall" Tisserant

Die Entbindung Kardinal Tisserants von der Leitung der Kongregation für die Orientalische Kirche, der er während 23 Jahren vorgestanden hat, hat großes Aufsehen erregt und zumal in Frankreich zum Teil sehr erregte Kommentare hervorgerufen. Kardinal Tisserant, der mit seinen 73 Jahren ein noch äußerst rüstiger und tätiger Mann ist, hat sich keinesfalls durch seine verschiedenen Ämter überbürdet gefühlt. Daß ihm eines dieser Ämter abgenommen werden mußte, lag im Zuge der Neuordnung der Kurie. Sicher hatte jedoch niemand erwartet, daß es gerade die Leitung der Kongregation für die Orientalische Kirche sein würde. Gewisse Kreise der französischen öffentlichen Meinung (wie sie z. B. „Le Monde" am 18. November zum Ausdruck brachte) zeigten sich über diese Regelung besonders darum empört, weil sie die Angelegenheiten der Ostkirchen als einen Bestandteil der Situation des Nahen Ostens betrachten (wo ja ein wichtiger Teil der unierten Ostkirchen beheimatet ist) und sie deren Schutz als ein althergebrachtes Recht Frankreichs ansehen. Kardinal Tisserant selber hat verschiedentlich dagegen Einspruch erhoben, daß man hinter seinem Abgang von der „Orientalischen Kongregation" irgendwelche verborgenen oder persönlichen Hintergründe suche, so in einem Interview mit der französischen Presseagentur AFP und in einem anderen mit dem Redakteur der katholischen Wochenzeitung „La France Catholique", Jean de Fabrègues. Zweifellos hat Kardinal Tisserant die Aufgabe, der er seit 23 Jahren gedient hat, schweren Herzens nach einem langen Gespräch mit dem Heiligen Vater aufgegeben. Es ist klar, daß dieser Neuordnung gerade im Hinblick auf das von Papst Johannes XXIII. so sehr erhoffte Gespräch mit den orthodoxen Kirchen eine besondere Bedeutung zukommt. Unter ihrem neuen Sekretär, Kardinal Amleto Cicognani (Präfekt dieser Kongregation ist bekanntlich der Papst selber), wird die Kongregation für die Orientalische Kirche zwar in der gleichen Tradition, doch unter der Führung eines neuen Mannes weiterarbeiten, der von Papst Johannes selbst zum Kardinal kreiert und ebenso von ihm an diesen Posten gestellt worden ist. Gewisse römische Kreise vermuten indessen, daß Kardinal Tisserant auf Grund seiner Kenntnisse des christlichen Ostens bei der Vorbereitung des Konzils vielleicht eine besondere Aufgabe zuerteilt wird. Katholische Nachrichtenagenturen (NCWC, KIPA, KNA) haben die natürlich ganz unverbürgte Nachricht verbreitet, er würde Legat des Papstes für das Konzil werden.

Die soziale Lohnpolitik des Vatikans

Schon kurz nach seiner Wahl hat Papst Johannes XXIII. den etwa 3000 Angestellten und Arbeitern des Vatikanstaates und der römischen Dikasterien versprochen, ihre Löhne und Gehälter zu verbessern und die von Pius XII. begonnenen Vorarbeiten für eine organische Gehaltsreform zu beschleunigen. Er gab für die Ausarbeitung der neuen Tarifordnung folgende Richtlinien: „Allen Arbeitern und Angestellten müssen zum Leben ausreichende Löhne und Gehälter bezahlt werden. Die kinderreichen Familien müssen unterstützt werden. Für Kinder im Studium müssen besondere Vorkehrungen getroffen werden. Die niedrigsten Lohnkategorien müssen besonders berücksichtigt werden, da ihre gegenwärtige Höhe keineswegs den Lebenshaltungskosten entspricht" (aus dem Begleitbrief zur neuen Tarifordnung, den der Vorsitzende der Kardinalskommission für den Vatikanstaat, Kardinal Canali, an den Personalchef der vatikanischen Verwaltung richtete).

Entsprechend diesen Leitgedanken enthielt die neue Gehaltsordnung, die am 1. Juni 1959 in Kraft trat, eine massive, den heutigen Lebenshaltungskosten in Rom (die mit den deutschen Lebenshaltungskosten nur sehr schwer zu vergleichen sind) entsprechende Erhöhung der niedrigsten Gehaltskategorien, die nach den Spitzengehältern hin abfällt. Die Treue zum Arbeitgeber wird durch eine alle zwei Jahre erfolgende Gehaltszulage belohnt. Die Familienzulagen sind bedeutend erweitert, so daß die Arbeiter und Angestellten des Vatikans mit ihren Familien jetzt einen angemessenen Lebensunterhalt verdienen. Dadurch ist nun der von Leo XIII. in der berühmten Sozialenzyklika *Rerum novarum* 1891 geforderte „familiengerechte Lohn" für die Angestellten der Kurie verwirklicht. Die Gehälter der untersten Stufen liegen durchschnittlich um 40% über denjenigen, die der italienische Staat bezahlt, wenn auch hier ein Vergleich sehr schwierig ist.

Familienzulagen

Unabhängig von der Höhe des Gehaltes werden die Familienzulagen, die bisher 5000 Lire (34.— DM) für die Ehefrau und jedes Kind betrugen, auf 10000 Lire (68.— DM) für die Frau und für jedes Kind bis zum 21. Lebensjahr auf 12500 Lire (85.— DM) monatlich erhöht. Studiert das Kind nach Erreichung des 21. Lebensjahres noch weiter, so trägt der Vatikan bei entsprechendem Studienfortgang die Kosten des Studiums. Für im Haushalt lebende Eltern und unverheiratete Schwestern werden ebenfalls 10000 Lire Familienzulage bezahlt. In den Genuß dieser Vergünstigungen kamen zum Zeitpunkt der Lohnerhöhungen 240 Ehefrauen, 410 Kinder und etwa 300 andere Verwandte. Benachteiligt sind die vom Vatikan abhängigen Familien gegenüber den italienischen Staatsbediensteten nur durch die äußerst hohen Mieten in vatikaneigenen Wohnungen, in denen sie zu wohnen verpflichtet sind.

Finanzielle Belastung

Durch diese Gehaltsaufbesserung stiegen die Personalkosten des Vatikans von jährlich 2,8 Milliarden Lire (über 19 Millionen DM) um 1,5 Milliarden Lire (über 10 Millionen DM) auf etwa 4,5 Milliarden Lire (fast 30 Millionen DM). Bei den Empfängern der höheren Einkommen, deren Zuwachs prozentual nicht so stark gestiegen ist und auf denen durch ihr Amt mannigfaltige Verpflichtungen lasten, stieß diese Neuordnung auf manche Kritik. Dazu erklärte Kardinalstaatssekretär Tardini auf einer Pressekonferenz: „Wären nun auch die höheren Gehälter entsprechend gesteigert worden, so hätten die Finanzen des Heiligen Stuhles eine Last zu tragen gehabt, der sie einfach nicht gewachsen sind. Nach einem Wort Johannes' XXIII. ist die Kirche kein auf Gewinn berechnetes Unternehmen, aber sie ist auch kein Bankrottunternehmen — und da nicht alle gleichmäßig beteiligt werden konnten, zögerte der Papst keinen Augenblick, die kleinen Leute zu bevorzugen, für welche die Erhöhung des Gehaltes nicht die Anschaffung eines neuen Autos, sondern vielleicht einen neuen Mantel für das älteste Kind bedeutet."

Finanzquellen

Die Gehälter der vatikanischen Arbeiter und Angestellten werden meist aus den Beträgen des Peterspfennigs gedeckt, also aus den Summen, die die Katholiken der ganzen Welt dem Heiligen Stuhl durch die einzelnen Diözesen zuwenden. „Damit 4,5 Milliarden Lire etwa aus Kapitalzinsen

Folgende Auswahltabelle zeichnet in groben Zügen die neue Gehaltspyramide:

Stellung	Früheres Gehalt		Neues Anfangsgeh.		Erhöhung alle 2 Jahre		Endgehalt		Erhöhung des Anfangsgehaltes in %
	Lire	DM ca.	Lire	DM ca.	Lire	DM ca.	Lire	DM ca.	
Kardinal	350000	2380	400000	2720	—	—	400000	2720	14%
Sekretäre der Kongregationen, Nuntien, Richter und Spitzenfunktionäre des Vatikanstaates	187000	1270	220000	1485	6000	40	280000	1845	12%
Sektionschef	151250	1030	165000	1125	6000	40	225000	1520	9%
Höherer Beamter und Offizier	110000	735	127500	865	5500	37	182500	1260	16%
Leitender Angestellter	98750	654	117500	780	5000	34	167500	1115	19%
Bürogehilfe der untersten Kategorie	51500	340	70000	465	3000	20	100000	680	36%

Diese Grundgehälter gelten (ohne Familienzulagen) für eine 36-Stunden-Arbeitswoche

bezahlt werden können, müßte der Heilige Stuhl über ein Kapital von 90 Milliarden Lire (etwa 630 Millionen DM) verfügen — und leider hat er solche Kapitalien nur nach den Informationen gewisser Zeitungen und Zeitschriften, aber nicht nach den Büchern der vatikanischen Güterverwaltung", stellte Kardinal Tardini fest.

Aus Süd- und Westeuropa

Spanische Erwartungen zum kommenden Konzil

Die Ankündigung eines Ökumenischen Konzils hat in der ganzen Welt außerordentliche Hoffnungen und Erwartungen geweckt. In Spanien hat die sehr lebendig gestaltete kirchliche Wochenzeitschrift „Vida Nueva" (Madrid-Barcelona, 21. 11. 59) sechs im öffentlichen Leben stehende Katholiken — vier Laien und zwei Priester — um ihre Meinung befragt, was sie vom kommenden Konzil erwarten. „In der Familie können, ja sollen die Kinder über die Probleme oftmals ihre eigene Meinung haben. Wir wissen, daß es den Eltern nur recht ist, wenn sie erfahren, was ihre Kinder denken. Wie in einer Familie — wohl wissend, daß wir auch irgendeine Dummheit sagen können — haben wir uns also gefragt, was das Ökumenische Konzil nach unseren Vorstellungen behandeln sollte. Jeder hat das geschrieben, was ihn im Herzen bewegt und worum er Gott bittet, daß er die Väter des Konzils erleuchte." Alle sechs Stellungnahmen widerlegen das gängige Klischee vom spanischen „Integralismus" und „Dogmatismus" und scheinen über die Grenzen Spaniens hinaus die öffentliche Meinung unter den Katholiken widerzuspiegeln.

„Es ist so viel, was wir reformiert sehen möchten"

„Lohnt es die Mühe und ist es überhaupt möglich, hier Einzelheiten zu nennen, da es doch so viel ist, was wir reformiert sehen möchten — und das nicht nur bei den Söhnen, den Kleinen, sondern nach unserem Urteil auch bei den Vätern, der Hierarchie?" (J. M. García Escudero, Schriftsteller). „Wir leben in einer Epoche der Annäherung, der Überwindung der Grenzen, einer einmaligen Konjunktur für die Katholizität. Für die Christen hat sie das Zeichen der Liebe. Unter diesem Zeichen der Liebe und der Annäherung erwarte ich vom Konzil eine Anweisung zur *Demut* für Regierende und Regierte — für die Ecclesia docens und die Ecclesia discens —, die sich umsetzt in den *Dienst* für den Mitmenschen. Das bedeutet: weniger ‚Abstand'; denn die Autorität darf niemanden in die Flucht jagen und darf sich nicht in jener kalten Atmosphäre äußern, mit der sie bisher im allgemeinen dem Christen begegnet..." (Antonio Castro, Weltpriester). „Liebe zu den Juden, zu den Protestanten und den Sündern, Liebe zu den Unbekannten, zu den Dieben und Politikern, Liebe zu allen!" (J. M. Pérez Lozano, Publizist).

Um die Einheit der Christen

„Meines Erachtens sollte das Konzil keine Glaubenswahrheiten definieren, die nicht unbedingt notwendig sind. Jedes neue Dogma entfernt die von der römischen Kirche getrennten Christen noch mehr. Dagegen würde es mich freuen, wenn einige disziplinäre Fragen gelöst würden. Z. B. daß wir ein beredteres Zeugnis evangelischer Armut gäben, in erster Linie wir Ordensleute, aber dann auch die Weltpriester, die Bischöfe und der Vatikan; dieses Gebiet bildet für manche Menschen ein Hindernis zur Konversion... Oder daß es nicht so viele Ordensgemeinschaften gäbe, vor allem nicht so viele Frauenorden, und daß sich die Nonnen einer besseren geistlichen Formung widmen..." (Francisco Zurbano SJ, bekannter Publizist). Pater Zurbano wünscht sich vom Konzil die Heiligsprechung Papst Pius' XII.

„Ich wünschte, das Konzil werde kein Hindernis, sondern ein geräumiges Flußbett für die Einheit der an Gott Glaubenden. Das ist ein schwieriges Ziel, wie die Kirchengeschichte zeigt, in der manche dunklen Seiten mit Konzilien verbunden sind. Bitten wir Gott, er möge uns jetzt die große Gnade der Glaubenseinheit und der Liebe geben — sowohl in der Schwangerschaft des Konzils wie in der Abwicklung seiner Sitzungen. Ich wünschte, das Konzil werde dem Menschen unserer Zeit etwas sagen. Zum Schauspiel der versammelten Kirche sind nicht nur die Engel und die Heiligen, ja nicht einmal nur die Priester und die Gläubigen eingeladen; es wird viele andere Menschen geben, die zuschauen und zuhören, um zu sehen, ob wir uns lieben. Um dieser Menschen willen — Gläubige oder nicht — bedarf das Konzil einer vitalen Sprache, eines erhebenden und weittragenden Inhalts, einer einladenden Botschaft. Gott will kein Konzil für Theologen, Kanonisten, Apostolisten und damit basta; Gott will — weil wir ihn so glühend darum bitten — ein Ökumenisches Konzil im weitesten Sinn des Wortes!" (Ángel Orbegozo, der junge Chefredakteur der kirchlichen Nachrichtenagentur PA).

Die Laien als Handlanger

Die Problematik des Verhältnisses von Priestern und Laien spielt in Spanien — wie in allen romanischen Ländern — eine unverändert große Rolle. Fünf der sechs Autoren erhoffen eine Klärung der Stellung des Laien in der Kirche. „Ich wollte, der Laie würde nicht mehr als bloßer Handlanger betrachtet... Ich glaube, daß die Kirche die Fülle ihrer erzieherischen Fähigkeiten erst erreicht, wenn der Laie mit voller Verantwortung und genügender Bildung seine Rolle in ihr spielen kann. *Seine* Rolle, versteht sich, nicht die des Priesters! Bis heute ist der Laie in den meisten Fällen verlassen und vergessen" (Pérez Lozano).

María Salas, Leiterin in der Katholischen Aktion, wendet sich dabei gegen die Projekte eines Laiendiakonats. „Es gibt noch Hunderte von Priestern, die den größten Teil des Tages damit verbringen, in kirchlichen Büros zu sitzen, Häuser zu bauen, Filmclubs zu leiten oder Latein zu unterrichten. Ich will nicht sagen, daß sie dies nicht tun sollen; aber wenn sie etwas aufgeben, dann sollen sie dies aufgeben. Um so mehr als für verheiratete Diakone die Gefahr bestünde, daß sie mit der Übernahme neuer und für sie zweitrangiger Aufgaben ihre vordringlichen Pflichten als Familienväter und Glieder der Gesellschaft vernachlässigen. Alles in allem: Wenn die Priester mit ihren Aufgaben nicht mehr zurechtkommen, scheint es mir besser, daß sie statt einer Reform einfach den Laien das überlassen, was diese vielfach noch vorteilhafter verwirklichen können."

Zum Abschluß der Beiträge wandelt der Herausgeber der Zeitschrift, J. M. Pérez Lozano, die gestellte Frage um in den Anruf zur persönlichen Verantwortung jedes einzelnen: „Was können wir selber schon jetzt für das Konzil tun?"

Spanische Priesterhilfe für Lateinamerika

Marcello Kardinal Mimmi, Sekretär der Konsistorialkongregation (die auch für alle Wanderungsfragen zuständig ist) und Präsident der Päpstlichen Kommission für Lateinamerika (CAL), die von Papst Pius XII. in den letzten Monaten seiner Amtszeit gegründet wurde, weilte Ende September 1959 in Spanien, um dort nacheinander an zwei kirchlichen Tagungen teilzunehmen. Zunächst trafen sich in der neuen Benediktinerabtei im „Tal der Gefallenen" (Valle de los Caídos) die Diözesanbeauftragten und Auslandsseelsorger der Spanischen Katholischen Wanderungskommission, die mit der Internationalen Katholischen Wanderungskommission und mit dem Zwischenstaatlichen Europäischen Wanderungskomitee (ICEM) (beide Genf) zusammenarbeitet. Ihre Aufgabe ist die soziale und religiöse Betreuung der spanischen Auswanderer, die sich in den bisherigen drei Jahren ihres Bestehens auf 30 000 Familien erstreckte. Außer den organisierten Auswanderungsgruppen kommen monatlich durchschnittlich 500 individuelle Auswanderer aus eigener Initiative. Gegen eine Anzahlung von 40 % vermittelt die spanische Kommission die Überfahrt; der Rest ist zinslos in 18 oder 24 Monatsraten zurückzuzahlen.

In Madrid feierte anschließend das Hispanoamerikanische Priesterhilfswerk (Obra de Cooperación Sacerdotal Hispanoamericano) unter dem Ehrenvorsitz von Kardinal Mimmi sein zehnjähriges Bestehen. Der Einladung des Präsidenten des Werkes, Erzbischof C. Morcillo González von Zaragoza, waren 42 spanische Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe gefolgt. Kardinal Mimmi betete bei der Eröffnung im Seminar des Werkes: „Möge sich Gottes Gnade von diesem Hause aus über Spanien und über Amerika ergießen, wo Spanien seine Sprache und sein Blut gelassen hat." Er erinnerte an die Verpflichtung der alten christlichen Länder Europas, den jungen Kirchen der Neuen Welt zu helfen. „Dabei fällt die erste Rolle Spanien zu, weil Spanien jenem Kontinent den Glauben und die christliche Kultur gab." Gegenwärtig wirken 400 spanische Priester in 72 lateinamerikanischen Diözesen; diese Zahl wird sich von Jahr zu Jahr weiter erhöhen. Spanien hat seit mehreren Jahren eine Flut von Priesterberufen, so daß alle Seminarien überfüllt sind und bereits Bewerber abgewiesen werden müssen. Laufend werden neue Seminargebäude errichtet; Kardinal Mimmi weihte ein Haus, das ausschließlich der Vorbereitung der für Lateinamerika bestimmten Priester und Laien dienen wird.

Die Gesamtzahl der außerhalb Spaniens wirkenden spanischen Priester liegt bei 1800. Für die Missionsidee wird sehr viel getan. Durch 21 Städte zog kürzlich eine Missions-Wanderausstellung, die von 200 000 Personen besucht wurde. Auf 40 Tafeln wurden u. a. der Text der Missionsenzyklika Pius' XII. *Fidei donum* wiedergegeben und durch Graphiken und Schlagzeilen veranschaulicht. Mitte November fand im „Tal der Gefallenen" in Anwesenheit von sechs spanischen Missionsbischöfen und in Zusammenarbeit mit dem Außenministerium eine Missionstagung statt, die sich mit der Lage und den Bedürfnissen der spanischen Missionare befaßte.

Priesterhilfe aus Nordamerika — SOS-Ruf des CELAM

Dem Priestermangel in Lateinamerika und den Möglichkeiten priesterlicher Hilfe war auch eine Tagung von Bischöfen der USA, Kanadas und Südamerikas gewidmet, die sich Anfang November 1959 in Washington trafen. Es soll auch hier eine ständige Einrichtung geschaffen werden, wie sie von der kanadischen Bischofskonferenz unlängst bereits gebilligt wurde. An der Tagung in Washington, die von Kardinal Cushing geleitet wurde, nahm auch der Sekretär der Päpstlichen Kommission für Lateinamerika, Erzbischof Samoré, teil; Kardinal Mimmi nannte das Treffen „ein einzigartiges Ereignis in der Geschichte der Neuen Welt". Auch der Heilige Vater hatte an die Tagung eine Botschaft gerichtet, in der er von der ständig wachsenden Sorge um die geistliche Situation in Lateinamerika spricht und zur Solidarität aller in der Liebe Christi aufruft.

Kardinal Cushing, der Erzbischof von Boston, erinnerte im Oktober anläßlich eines Besuchs in Irland daran, daß ein Drittel aller Katholiken der Welt in Lateinamerika leben. Innerhalb von 25 Jahren werde dieser Anteil auf die Hälfte angewachsen sein. Als dringendsten Bedarf nannte er 60 000 bis 70 000 neue Priester. Kardinal Mimmi bezifferte die Zahl der für eine ausreichende Erfüllung der Seelsorgsaufgaben erforderlichen Priester auf 160 000 — fünfmal mehr als der gegenwärtige Bestand. In Lateinamerika selbst ist die Lage nahezu trostlos; der schon bisher völlig unzureichende Priesternachwuchs ist sogar noch im Schwinden begriffen.

Der Lateinamerikanische Bischofsrat (CELAM) versammelte sich mit 16 Oberhirten im November 1959 in Fomeque (Kolumbien) zu einer zehntägigen Generalversammlung. In einer gemeinsamen Erklärung warnen sie vor dem Kommunismus, fordern die Schaffung einer gerechten Sozialordnung und empfehlen die kirchliche Soziallehre als beste Richtschnur für alle sozialen Bestrebungen. KNA (5. 12. 59) schreibt hierzu: „Zwei Drittel aller Lateinamerikaner sind unterernährt, die Hälfte ist obdachlos oder nur notdürftig behaust, über ein Drittel sind Analphabeten ... Auf dem Hintergrund dieses Massenelends sowie der zunehmenden Wühlarbeit und Erfolge der Kommunisten kommt diese Erklärung der lateinamerikanischen Bischöfe einem *SOS-Ruf* an die Welt und die Weltkirche gleich."

Aus Amerika

Kirche und Peronismus in Argentinien

Es scheint unmöglich, daß Argentinien politisch zur Ruhe kommt. Politische Krisen, Militärrevolten, Streiks, Bombenanschläge stellen die Zukunft der Regierung Frondizi, ja die demokratische Entwicklung des Landes immer wieder in Frage. Als jedoch Anfang Oktober ein von den kommunistischen und peronistischen Gewerkschaften gemeinsam angesagter Generalstreik schon kurz nach seinem Ausbruch wieder zusammenbrach, weil die Masse der Arbeiter der ausgegebenen Streikparole nicht gefolgt war, schien die Regierung eine erhebliche Stärkung erfahren zu haben, und es sah so aus, als werde das Volk ihr Zeit lassen, die wichtigste Grundlage einer Stabilisierung, die Behebung der wirtschaftlichen Notlage, ohne ständige Beunruhigungen durchzuführen. Diese Hoffnung hat sich jedoch nicht erfüllt.

Zwei entscheidende Faktoren stellen sich in Argentinien einer durchgreifenden Neuordnung des Landes und der Gesellschaft entgegen: einmal die verhängnisvolle wirtschaftliche Lage, und dann das Fortbestehen der Anhänger-

schaft des ehemaligen Diktators Juan Perón. Die Peronisten bilden in der Innenpolitik und damit für die Stärke der Regierung das ausschlaggebende Gewicht. Nach dem Sturz des Diktators wurde seine Einheitspartei zwar verboten; aber bei den Präsidentschaftswahlen im Februar 1958 hatte sie sich durch Abgabe weißer Stimmzettel als eine Macht von immer noch 2 Millionen erklärter Anhänger gezeigt. Die Gewerkschaften sind zum großen Teil „peronistisch" geblieben, sofern sie nicht unter kommunistische Führung gerieten. Die Arbeiterschaft hatte durch das Regime Peróns soziale Fortschritte machen können, die sie nicht vergaß; sie fühlte sich von der neuen demokratischen (liberal gesinnten) Regierung keineswegs in gleicher Weise betreut; und die sozialen Fragen sind in Argentinien — wie in ganz Lateinamerika — bekanntlich äußerst dringlich. Im Hin und Her der politischen Unruhen der letzten Zeit spielte die Frage, wie man die „Peronisten" in das nationale demokratische Leben hinüberziehen und einordnen könne, stets eine große Rolle, und man machte ihnen bald mehr, bald weniger Konzessionen. Schließlich erschien sogar wieder eine „Justizialistische Partei" auf dem Plan, die sich auf die sozialen Ideen der Ära Perón berief, zugleich aber beteuerte, sie habe mit dem Ex-Diktator keinerlei Verbindung und sei durchaus demokratisch. Trotzdem ist die peronistische Erbschaft eine völlig undurchschaubare Masse, ebensosehr, weil das gewissen Elementen der Führung nur recht ist, als auch weil die große Masse der Arbeiterschaft keinerlei klare Vorstellung von ihren politisch-sozialen Zielen hat und daher Agitatoren leicht zugänglich ist. Die peronistischen Gewerkschaften arbeiten jedenfalls auch aufs beste mit den Kommunisten zusammen.

Die Kommunisten in Argentinien

Die kommunistische Partei gehört zwar auch heute noch zu den kleinsten politischen Organisationen des Landes: im letzten Januar zählte sie offiziell 76 000 Mitglieder. Man kann schätzen, daß sie seither um rund 10 000 Mitglieder gewachsen ist. Wenn man die Wahlstimmen abschätzt, die der kommunistischen Partei heute zufallen würden, so kommt man (von Provinzial- und Bezirkswahlen schließend) heute auf rund eine halbe Million von 10 Millionen Wahlstimmen. Aber wenn diese Proportion auch noch bescheiden erscheint, so sind die Geldmittel, die der Partei zur Verfügung stehen, um so größer. Man hat im letzten Jahr die Ausgaben der Partei auf rund 50 Millionen Pesos geschätzt, von denen 20 Millionen durch Sammelaktionen und Mitgliedsbeiträge zusammengekommen sein mögen, der Rest aber offenbar aus dem Ausland stammt. Mit diesen Geldern konnte die kommunistische Partei in Argentinien einen umfangreichen Propagandaapparat aufziehen. Sie besitzt eine Tageszeitung, „La Hora", mit einer Auflage von 100 000 Exemplaren, eine Wochenzeitung, „Nuestra Palabra", mit ebenfalls einer Auflage von 100 000 Exemplaren. In Rosario erscheint eine Tageszeitung für die Landbevölkerung, „Nuestra Tierra", der eine unentgeltliche juristische Beratungsstelle zur Verteidigung der Rechte der Landarbeiter und Pächter angeschlossen ist. Als offizielles Organ der Parteizentrale erscheint die Monatsschrift „Nueva Era", und schließlich gibt die Propagandakommission noch ein Bulletin, „Hacia las Masas", heraus. Daneben erscheinen aber noch eine ganze Reihe Zeitschriften und Zeitungen von kommunistischen Tarnorganisationen. Es besteht die große Gefahr, daß die ehemaligen Anhänger der Diktatur oder auch nur Nutznießer des peronistischen Systems in dieses kommunistische Lager abwandern. Um dem entgegenzuwirken, bemühen sich eine ganze Anzahl von Oppositionsparteien im Parlament um sie, und auch die katholische Kirche sieht es als eine wichtige Aufgabe an, diesen Teil der Bevölkerung einerseits vor dem Kommunismus zu bewahren, anderseits in seinen sozialen Rechten zu stützen.

Das Vorspiel der kommenden Wahlen

Die innerpolitischen Spannungen in Argentinien nahmen erneut an Schärfe zu, seit der Termin für die Teilerneuerungswahlen für das Parlament festgesetzt wurde: am 27. März 1960 soll die Hälfte des argentinischen Parlaments neu gewählt werden. Ein erstes Problem erhebt sich dabei durch die Frage, ob man bei dem bisher gültigen Mehrheitswahlsystem bleiben oder stattdessen das Verhältniswahlrecht einführen soll. Auch bei dieser Entscheidung spielt die Frage der Einbeziehung der Peronisten in das staatliche Leben eine entscheidende Rolle. Nicht nur, daß bei den Wahlen von 1958 infolge des Mehrheitswahlrechts ungefähr 30 % der Wähler, d. h. nahezu 3 Millionen, keine Vertretung im Parlament gefunden haben; man ist heute der Meinung, daß man, bei Annahme des Verhältniswahlrechtes, ohne Gefahr eine peronistische bzw. justizialistische Partei zulassen könne, da diese (wie sich bei diesjährigen Provinzwahlen gezeigt zu haben scheint) heute nicht mehr als 20 % der Stimmen erhalten könnte und im parlamentarischen Spiel höchstens 30 von 187 Sitzen erhalten würde. Man wüßte dann, woran man mit diesen Leuten ist, während sie jetzt als anonymes Gewicht ein ständiges Element der Unruhe bilden. Diese Berechnung ist natürlich sehr umstritten. Andere glauben, die peronistischen Massen auf andere Weise in den demokratischen Staat einordnen zu können und zu sollen, und zu diesen gehört, wie gesagt, auch ein Teil der Katholiken und der Hierarchie. Das Vorgehen einiger hoher kirchlicher Würdenträger in diesem Bereich hat erhebliches Aufsehen erregt und z. T. sehr unfreundliche Kommentare gefunden. Was ist wirklich geschehen? (Wie bei allen lateinamerikanischen Vorgängen sind natürlich die letzten Hintergründe schwer zu erfassen, weil jeder Bericht aus parteiischer Quelle stammt.)

Die Rolle des Erzbischofs Plaza von La Plata

Im September 1959 veranstaltete Erzbischof Antonio Plaza von La Plata, einem hochindustrialisierten Gebiet, eine „Soziale Woche", auf der die katholische Soziallehre besser bekannt gemacht werden sollte. Zur Teilnahme waren Arbeiter aller politischen Richtungen aufgefordert worden, Kommunisten und Peronisten mit eingeschlossen. In der Tat waren die meisten Arbeiter, die an der Sozialen Woche teilnahmen, Peronisten, und einige, wie Erzbischof Plaza später zugeben mußte (nach NCWC News Service, 19. 10. 59), waren zweifellos von ihren Gruppen oder Gewerkschaften mit dem ausdrücklichen Auftrag hingeschickt worden, Unruhe zu stiften. Aber was Presseberichte daraus gemacht haben, bezeichnete Erzbischof Plaza als Irreführung. Kurz darauf folgte der argentinische Eucharistische Nationalkongreß in Córdoba. Päpstlicher Legat bei diesem Kongreß war Kardinal Cento. Erzbischof Plaza, der an dem Eucharistischen Kongreß teilnahm, hat, wie gewisse Zeitungen es ausdrückten, eine „Abordnung der peronistischen Partei" bei Kardinal

Cento eingeführt. Diese Abordnung überreichte dem Kardinal eine Bittschrift, in der er darum gebeten wurde, bei der argentinischen Regierung die Zulassung der Peronistischen Partei zu den Wahlen im März 1960 zu befürworten. Die Bittschrift soll auch darum gebeten haben, dem Leichnam Eva Peróns in Argentinien eine würdige Grabstätte zuzugestehen und die Aufhebung der Exkommunikation Juan Peróns, des ehemaligen Diktators, zu erreichen. Presseberichte meldeten auch, Erzbischof Plaza habe während seines Aufenthalts in Córdoba gesagt, die Zerstörung von Kirchen während der Revolution von 1955, die Perón zur Abdankung zwang, sei nicht, wie man allgemein sage, von Anhängern Peróns ausgegangen, sondern das Werk der Freimaurer. Etwas später wurde der Erzbischof auch im argentinischen Parlament properonistischer Umtriebe beschuldigt. Ein Mitglied der Partei der „Radikalen bürgerlichen Volksunion" forderte sogar die Regierung auf, den Erzbischof seiner Stellung zu entheben unter der Beschuldigung, daß er sich in die Politik einmische.

Am 19. Oktober verteidigte sich Erzbischof Plaza gegen diese Vorwürfe in einer Fernsehsendung. Er erklärte, er habe gesagt, die Kirchenverfolgung in den letzten Jahren der Diktatur Peróns sei von den Freimaurern von Buenos Aires, Chile, Mexiko und Kolumbien unterstützt worden. Er fügte hinzu, er wolle die Peronisten nicht von dem Vorwurf der Kirchenverfolgung freisprechen; aber die Brandstiftungen bei Kirchen seien tatsächlich von freimaurerischen Kreisen innerhalb der peronistischen Bewegung ausgegangen, und in Arbeitervierteln seien — trotz der peronistischen Haltung der Arbeiterschaft — keine Kirchenverbrennungen vorgekommen. Der Erzbischof gewährte um dieselbe Zeit der nordamerikanischen katholischen Nachrichtenagentur NCWC News Service ein Interview, in dem er in bezug auf die Soziale Woche sagte: „Wir haben jedermann aus den Läden, Fabriken und von anderen Arbeitsplätzen eingeladen. Zweifellos war die Mehrzahl peronistisch oder justizialistisch eingestellt . . . Daß eine Entfremdung der arbeitenden Schichten von der Kirche besteht, ist offenkundig. Dagegen müssen wir ankämpfen. Die Soziale Woche hatte dieses Ziel. Die Arbeiterklasse soll die Soziallehre der Kirche kennenlernen, und wir haben schon viel erreicht." Der Erzbischof gab an, es seien ungefähr tausend Teilnehmer zu der Sozialen Woche erschienen, und 85 % davon seien wirkliche Arbeiter gewesen. Die Berichterstattung sei darum irreführend gewesen, weil sie Nebensachen zur Hauptsache gemacht habe. Man habe darauf hingewiesen, daß der Name Peróns mehrere Male aufgetaucht sei (einzelne Teilnehmer beriefen sich z. B. auf ihn). Der Name des Heiligen Vaters sei hundertmal genannt worden, aber die Berichte hätten das nirgends erwähnt.

Der Erzbischof von La Plata ist mit diesen Handlungen und Äußerungen mitten in die Werbung der Parteien um die Anhänger des ehemaligen Diktators hineingeraten. Gewisse Kreise, vor allem das Militär, lehnen jede Aussöhnung mit den Peronisten absolut ab und erheben aus dieser Einstellung heraus heftige Vorwürfe gegen den Erzbischof und gegen die katholische Kirche überhaupt, bei der sie ein Bestreben zur Aussöhnung mit den Peronisten wahrnehmen. Am 23. Oktober ist sogar vor dem bischöflichen Palais in La Plata eine Bombe explodiert, und eine Handgranate wurde in die Bibliothek des Erzbischofs geworfen. Kirchliche Kreise gaben dagegen bekannt, daß es sich bei der Haltung der Kirche gegenüber den Peronisten (die gleiche Haltung wie Erzbischof Plaza nehmen auch die Erzbischöfe von Córdoba und Tucumán, zwei Hochburgen gegen die Übergriffe der Diktatur im Jahre 1955, ein) nur um einen Befriedungsversuch im christlichen Sinne des Vergebens und Vergessens handle, keineswegs aber um eine Rechtfertigung der Verbrechen des ehemaligen Dikators oder um seine Rehabilitierung. Unterlagen über die gesamten Vorgänge wurden an den Vatikan geschickt.

Politische Schwierigkeiten der Arbeiterseelsorge

Diese ganzen Ereignisse zeigen nur, wie schwierig die Lage der Kirche in Argentinien — und in allen anderen Ländern mit ähnlichen sozialen Verhältnissen — ist. Die Auseinandersetzung mit den Ideen der ehemaligen Diktatur ist zwar eine rein argentinische Angelegenheit; Peronisten und Kommunisten stehen hier nahe zusammen und sind die einzigen organisierten großen Gruppen, mit denen die Kirche sich auf einem ihrer wichtigsten Arbeitsfelder auseinanderzusetzen hat: es geht um das Heil der Arbeiterwelt. In Argentinien ist der größte Teil der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften peronistisch oder kommunistisch organisiert. Wenn die Kirche sich der Arbeiter annehmen will, kann sie nur in Kreise gehen, die eben diesen Ideologien anhängen. Wie weit sie dabei gehen kann, das kann nur von Fall zu Fall, nicht aber prinzipiell entschieden werden. Auch innerhalb der katholischen Kreise Argentiniens gehen z. B. die Meinungen über die Richtigkeit und sogar über die Ehrlichkeit des Vorgehens Erzbischof Plazas weit auseinander. Erzbischof Plaza wird in Argentinien der „Bischof der Arbeiter" genannt. Er hat zur Zeit der Herrschaft Peróns keineswegs mit diesem paktiert, sondern ist im Gegenteil im Juli 1955, mitsamt allen seinen Domherren, ins Gefängnis geworfen worden. Steht er jetzt — wie z. B. auch die katholische Tageszeitung „La Nación" und verschiedene katholische Organisationen annehmen — auf der extremen Rechten der nationalistischen Katholiken? Das ist kaum anzunehmen. Anderseits läßt sich auch nicht voraussagen, ob er mit seiner Hinwendung zu den peronistisch oder kommunistisch organisierten Arbeitern, um ihnen die kirchliche Soziallehre nahezubringen, Erfolg haben wird.

Gegenüber der Arbeiterschaft bemüht sich der Erzbischof von La Plata um den Beweis, daß die Kirche eine Soziallehre hat, die ihrem wahren Wohl mehr dient als die Ideologien, von denen sie sich bisher haben verführen lassen. Er muß gleichzeitig aber auch gegen den Katholischen Landwirteverband (dem die konservativen Kreise der Landbesitzer angehören) die in der Provinz Buenos Aires vorgesehene Agrarreform als nicht „marxistisch inspiriert" verteidigen. Die sozialen Fragen werden offenbar in Argentinien — wie man gerade an diesem Beispiel deutlich sieht — infolge der politischen und wahltaktischen Spannungen nicht objektiv betrachtet, sondern nur noch unter parteipolitischen Gesichtspunkten. Für die Kirche besteht das Problem, gleichzeitig ihre Mission gegenüber den Armen und Entrechteten zu erfüllen und sich nicht in dieses Spiel hineinziehen zu lassen. Für den Beobachter ist es jedoch schwierig, zu erkennen, wo es wirklich um soziale Ziele geht oder wo das machtpolitische Spiel im Vordergrund steht.

Daß die verfolgte Kirche Chinas in der heiligen Lebensgemeinschaft mit der ganzen katholischen Christenheit einen wirksamen Rückhalt finde. Missionsgebetsmeinung für Februar 1960

Zuletzt vor einem Jahr gab die Herder-Korrespondenz (13. Jhg., S. 183—187) bei Darstellung der Missionsgebetsmeinung für Februar 1959 einen zusammenfassenden Überblick über die verfolgte Kirche in China, und zwar unter dem Gesichtspunkt eines drohenden Schismas. Waren doch am 13. 4. 1958 unter dem Druck der Regierung dort die ersten unerlaubten Bischofsweihen erfolgt. Inzwischen hat sich der Würgegriff, mit dem das kommunistische Regime das Leben der Kirche zu ertöten sucht, nicht gelockert. Entsprechend stärker ist auch die Lebensnot der katholischen Kirche in diesem riesigen Lande geworden. Aller äußeren Stützen beraubt, lebt sie tatsächlich nur aus ihren übernatürlichen Kräften weiter, und da sie trotz rigoroser Absperrung von der äußeren Gemeinschaft der Weltkirche so aufs stärkste mit der Gnadengemeinschaft der ganzen Kirche verbunden bleibt, ist es unsere heilige Pflicht, ihr die Hilfen reichlichst zu geben, die nach unserer Glaubensüberzeugung von der communio sanctorum die wirksamsten Hilfen sind, um ihr Überleben in dieser furchtbaren Bedrohung zu sichern: das Gebet und das Leidensopfer.

Zehn Jahre nach der kommunistischen Machtergreifung

Am 1. Oktober vorigen Jahres begingen die Kommunisten Chinas den zehnten Jahrestag ihrer Machtergreifung in der Hauptstadt Peking. Zu gleicher Zeit wurden die Christen sich bewußt, daß zehn Jahre der systematischen Verfolgung der Kirche durch die politische Zentralautorität Chinas vergangen waren. Sie werden erstaunt gewesen sein, daß diese Verfolgung erst zehn Jahre gedauert haben sollte. Denn in der ungeheueren Qual dieser Jahre wurde ihnen die Zeit zur Ewigkeit. Anderseits lag der Beginn der partiellen Drangsalierung der Katholiken tatsächlich schon viele Jahre vorher. In dem von der Agenzia Fides im Heiligen Jahr 1950 herausgegebenen Statistischen Handbuch über die Missionen (Le Missioni Cattoliche dipendenti della Sacra Congregazione „De Propaganda Fide") leitete der Bearbeiter des China-Teils seine Ausführungen über die Lage der Kirche in China mit folgender Feststellung ein: „Es ist in diesem Augenblick (1949) nicht leicht, eine umfassende Darstellung der religiösen Situation in China zu geben. Zwar ist die Kirche im größeren Teil der Diözesen Chinas mehr oder weniger gelähmt, und in einigen von ihnen existiert sie nicht mehr als tätiger sozialer Organismus. Anderseits aber geht in einigen Diözesen die apostolische Arbeit doch noch weiter ... Man kann aber, ohne die tatsächlichen Gegebenheiten zu verzeichnen, sagen, daß die allgemeine Entwicklung immer mehr in Richtung auf die vollständige Erdrosselung des religiösen Lebens geht."

Es mag nützlich erscheinen, hier noch einmal zu zeigen, was die katholische Kirche Chinas, im Lichte der Statistik gesehen, im Jahre 1947 darstellte, also zwei Jahre vor der endgültigen Festigung der kommunistischen Macht beim Einzug der Roten in Peking am 1. Oktober 1949. Diese Angaben, die das genannte Statistische Werk als letzte *zuverlässige* Gesamtstatistik der Chinakirche zugrunde legte, geben 145 Sprengel an. Es ist eine schier endlose Reihe von Jurisdiktionen, die hier, nach 20 bürgerlichen Provinzen aufgegliedert, aufmarschieren. Wie bei allen Missionssprengeln des ganzen Handbuchs sind die Angaben so geordnet, daß knappen statistischen Daten kurze Erläuterungen über geographische Lage und geschichtliche Entwicklung der Mission beigegeben werden. Von den 435 Seiten des Buches, die der Aufzählung der Missionsgebiete der „Propaganda Fide" gewidmet sind, kommt ein volles Fünftel allein auf die Kirche Chinas! Und während damals in der ganzen Missionswelt erst 180 ordentliche Diözesen eingerichtet waren, alle übrigen Gebiete aber noch juridisch das Merkmal des Übergangsstatus zur vollen Selbständigkeit trugen, bestanden in China schon 90 Diözesen. Mit anderen Worten: Die volle Hälfte aller Missionsdiözesen kam auf China! Von den Missions- bzw. Kirchenleitern waren 33 Chinesen. Wie ein riesiges Netz mit ungleich großen Maschen, die in den küstennahen Gebieten enger, in jenen des Innern aber weiter gezogen waren, lagen die kirchlichen Jurisdiktionen über ein Gebiet von schier unermeßlicher Größe ausgebreitet. Es war dies nicht nur ein Zeichen für die Verbreitung der Kirche in China, sondern auch für den festen Willen der kirchlichen Gesamtleitung, im größten Volk der Erde die größte Teilkirche der Gesamtkirche erstehen zu lassen. Das Fischernetz Petri war mit einem unerhörten Mut entfaltet worden. Die Organisation ging zweifellos dem wirklichen inneren Wachstum der Kirche in diesem Volke voraus, die nach vier Jahrhunderten moderner Missionsanstrengung der lateinischen Kirche erst im 20. Jahrhundert sich kräftig entfalten konnte und damals (1947) 3 251 347 Katholiken und 190 850 Katechumenen zählte. Immerhin muß man sagen, daß die hohe Zahl von 2542 einheimischen gegenüber 3046 ausländischen Priestern, 663 einheimischen gegenüber 414 ausländischen Brüdern, 4717 einheimischen gegenüber 2036 ausländischen Schwestern auf einen weit fortgeschrittenen Stand der Entwicklung der Kirche hinwies. Das gleiche gilt hinsichtlich des Schulwesens: 1559 Elementarschulen, 445 Mittelschulen, 156 höhere Schulen und 3 große Universitäten. 216 Krankenhäuser wurden von der Mission geleitet, ferner 847 Ambulatorien bzw. Armenapotheken. Dazu kam eine Reihe hochentwickelter überdiözesaner Einrichtungen, die das geistige Zusammenwachsen der Diözesen, die Vereinheitlichung wirksamer Seelsorgsmethoden, die Anpassung der Kirche an die Volkskultur usw. sichern sollten.

Die äußere Organisation der Kirche war zwölf Jahre später vernichtet, die ausländischen Missionskräfte waren vertrieben, alle Missionswerke zerschlagen bzw. in kommunistische Hände übergegangen. Die einheimischen Katholiken sind einer mit modernsten psychologischen Methoden grausam arbeitenden Verfolgung ausgesetzt, die ihre Krönung in dem Versuch zur Schaffung einer von Rom getrennten staatshörigen katholischen Kirche fand. Das ist für die Kirche die Bilanz der zehnjährigen Kommunistenherrschaft, die am 1. Oktober 1959 zu Peking in Gegenwart des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow feierlich begangen wurde. Sicherlich hat die Mission psychologische und sachliche Fehler gemacht, vielleicht allzu viele. Darüber besteht schon eine wachsende Literatur katholischer Selbstkritik, die ihrerseits wiederum zum Teil Gegenstand innerkirchlicher Kritik geworden ist. Im großen gesehen stehen wir bei dem Schicksal der Chinamission vor einer überaus komplexen Erscheinung geschichtlicher Vorgänge und Entwicklungen, in die die Kirche in ihrer Sichtbarkeit hineingestellt war. Wer könnte behaupten, daß die China-Kirche heute blühen

würde, wenn sie in den letzten vierhundert Jahren „alles richtig gemacht" hätte?
Für die Kommunisten ist die Zehnjahresbilanz auch nicht erfreulich. Durch den Kampf gegen die Religionen und die Methoden der Behandlung ihrer Untertanen („Volksgenossen"), die alle ähnlichen von Kolonialmächten gegen fremde Völker übertreffen, haben sie ungezählte Millionen enttäuscht und in den Untergrund des geheimen Widerstandes gegen ein Regime gedrängt, das vorgab, den „Willen des Volkes" zu erfüllen und sich von ihm tragen zu lassen. Heute steht einem kleinen festgefügten diktatorischen Apparat die Masse des Volkes in passivem (und nur bisweilen revoltierendem) Dulden gegenüber, jenem Dulden, das die asiatische Seele seit jeher gegenüber Systemen zeigt, die sie äußerlich nicht abschütteln kann, das aber seine Wirksamkeit zur Änderung der Verhältnisse immer wieder erwiesen hat. Keiner, auch kein katholischer Beobachter, wagt es vorauszusagen, wie lange sich das bestehende Regime hält. Daß es kein monolithisches System ist, liegt auf der Hand. Aus dem Vergleich mit dem kommunistischen Rußland lassen sich auch keine gültigen Schlüsse dieser Art ziehen. Dafür sind die Umstände und die inneren Voraussetzungen allzu verschieden. Zweifellos hat die Pekinger Regierung die Schraube des Systems mit der Gründung der Volkskommunen überdreht und sieht sich — bei wachsendem Verlust ihres Ansehens — genötigt, dauernd kleine Schritte rückwärts zu machen. Die gesellschaftliche Organisation und das Wirtschaftsleben sind gründlich durcheinandergebracht, und das Volk Chinas geht trotz unleugbarer materieller Fortschritte des Gesamtvolkes augenblicklich durch den grimmigsten Winter seit Beginn des Regimes.

Die Nachrichtenquellen über die Lage der Kirche

Der Überblick über die Lage in China wird dem Ausland zur Zeit besonders dadurch erschwert, daß die kommunistischen Zeitungen des Landes neuerdings bis auf wenige Blätter nicht mehr über die Grenze gelassen werden. Sie wurden bisher von spezialisierten Kräften interessierter ausländischer Regierungen und Organisationen eifrig studiert und in Informationsdiensten ausgewertet. Durch Vergleich und innere Kritik dieser Quellen suchte man die Wirklichkeiten zu ergründen, die hinter der propagandistischen Fassade verborgen waren. Man kann es begreifen, daß diese Ausforschungsarbeit dem Regime in Peking gerade in diesem Augenblick vielgestaltiger innerer Schwierigkeiten wenig angenehm ist. Deshalb vielleicht die verstärkte Abschirmung nach außen. Unter dieser Sperre leiden natürlich auch die katholischen Informationen über die Lage der Kirche, soweit man sie bisher notgedrungen zuerst aus kommunistischen Blättern entnehmen mußte, um sie dann zu studieren und mit anderen Informationen zu vergleichen. Es dürfte angebracht sein, einen Versuch zu machen, den Ursprung der Nachrichten über die Lage der Kirche einmal ganz allgemein darzustellen, um dann das Ergebnis der über diese Kanäle kommenden Ermittlungen aus dem letzten Jahr gedrängt wiederzugeben.
China hat zwei ausländische Enklaven direkt am Meer: Hongkong und Macao. An ihrer Aufrechterhaltung ist das kommunistische Regime aus manchen Gründen interessiert, vor allem aus handels- und devisenpolitischen Gründen. In Hongkong und Macao haben nicht nur die westlichen, sondern auch die kommunistischen Stellen ihre Geheimdienste. Macao ist nach der Hafenseite hin dem rotchinesischen Ufer an verschiedenen Stellen fast so nahe wie das rechtsrheinische dem linksrheinischen Köln. Die Fahrt mit einem PKW zur Grenze hin dauert nur 10 Minuten. Von der Grenze flutet dauernd ein starker Lastwagenverkehr nach Macao, denn die Stadt lebt von den Lebensmitteln, die aus Rotchina einströmen. Flüchtlinge kommen in großer Zahl. Sie riskieren entweder nächtlich den Durchbruch durch die kommunistischen Grenzsicherungen, wobei viele ihre Leben lassen, oder versuchen auf Dschunken bei dunklen Regen- oder Sturmnächten das rettende portugiesische Ufer zu erreichen. Macao sah seine Bevölkerung im Jahre 1958/59 um 63 000 Menschen wachsen, fast alles Flüchtlinge. Darunter befanden sich auch viele Katholiken. Von Macao kann man in einer Dampferfahrt von wenigen Stunden das zweite große Flüchtlingszentrum Hongkong erreichen, das mit seinem Festlandsteil Kowloon direkt in Grenzverbindung mit Rotchina steht und in den letzten zehn Jahren über eine Million Flüchtlinge aufnahm, die durchaus nicht alle zu Lande das britische Territorium erreichten, sondern von allen möglichen Küstenplätzen Chinas aus Rettung suchten und fanden. Die starken katholischen Gemeinden von Macao und Hongkong haben, namentlich auf dem Weg über den Handelsverkehr, manche Möglichkeiten, Nachrichten zu geben und zu empfangen, wenn es auch oft dem Zufall überlassen werden muß, ob diese Nachrichten, anonym gegeben, ihr Ziel erreichen. Die Not macht hier erfinderisch. So kam die Papstenzyklika *Ad Apostolorum Principis* nach Rotchina. Sie tauchte plötzlich überall auf. Kein Mensch wußte, woher sie kam. Und wenn jüngst gemeldet wurde, daß allen noch mit dem Apostolischen Stuhl in Verbindung stehenden Oberhirten, auch jenen, die im Gefängnis sind, die Nachricht von dem geplanten Ökumenischen Konzil übermittelt werden konnte, so liegt hier der Beweis vor, daß man in diesem Fall Informationen selbst hinter Kerkermauern gelangen lassen und die Bestätigung ihres Erhalts empfangen konnte. Aus den Berichten der Agenzia Fides in Rom geht ferner hervor, daß tatsächlich Briefe von hüben nach drüben gehen, besonders von Schanghai nach Hongkong. Über die Vorgänge in dem noch immer nicht gebrochenen Widerstandszentrum der Kirche in Schanghai lagen noch im ganzen letzten Jahr recht eingehende Berichte vor, die auf geheime Verbindungswege schließen lassen. Die Nachrichten kommen bezeichnenderweise fast stets aus großen Städten Rotchinas, fast nie aber vom Lande. In den Städten gibt es noch Katholiken, die in der Gruppe leben und sich als Gemeinschaft fühlen. Von dort geht der Handelsverkehr aus, der dann auch die beiden ausländischen Enklaven zu erreichen vermag . . . Die Briefe aus Rotchina sind nun in jüngster Zeit immer schweigsamer geworden. Man mag hier an Abstumpfung denken, an menschlich begreifliche Hoffnungslosigkeit hinsichtlich der äußeren Lage der Kirche. Die Hauptursache aber dürfte die wachsende Gefahr der Entdeckung und damit grausamer Strafe sein.
Eine weitere Nachrichtenquelle sind die Reisenden, die aus Rotchina kommen, sei es, daß sie als Kaufleute etwa die Handelsmesse von Kanton besuchten und dann Macao ansteuern, sei es, daß sie auf Einladung der rotchinesischen Regierung unter Führung gewisse Teile Chinas besuchen können. Ihre Aussagen haben aus mancherlei Gründen meist nur begrenzten Wert. Bleiben dann noch die Zeitungen. Auf langen Umwegen, oft durch postalische Fehlsendungen, kommen bisweilen Lokalzeitungen, selbst aus

entlegenen Gebieten Chinas, nach Hongkong. Eine Anzahl von Parteiblättern aus den großen Städten konnte bis vor kurzem über den Zeitungsbuchhandel in Hongkong abonniert werden, nie aber die „Kirchenzeitungen" der patriotischen Katholiken. Alle derartigen Versuche scheiterten. Anderseits sind oft ausländische katholische Blätter nach Rotchina gelangt. Zwei Exemplare der englischen Wochenzeitung „Universe" konnten nach Mitteilung des Blattes jahrelang, in Streifen zerschnitten und in Paketen verborgen, nach China gesandt werden, bis die Kommunisten hinter das Geheimnis kamen. Ein drittes Exemplar ging unbeanstandet bis zum April 1959 an das Jesuitenobservatorium in Schanghai. Dann wurde erst die Sendung abgestoppt. Das bedeutet in nüchterner Klarheit, daß man sich bis dahin in der völlig isolierten Heldenkirche von Schanghai möglicherweise allein durch den „Universe" ein vollständiges Bild über alle Vorgänge der Weltkirche machen und auch die Reaktionen der katholischen Gemeinschaft außerhalb der Grenzen Chinas auf die Kirchenverfolgung studieren konnte! — Seit November 1959 hat nun die chinesische Regierung die Belieferung der Zeitungshändler Hongkongs mit rotchinesischen Zeitungen bis auf eine (das Pekinger Parteiblatt) verboten. Auf Schleichwegen kommen (nach „New York Times", Int. Ed., 23. 11. 59) trotzdem noch andere Zeitungen nach Hongkong, die für westliche Studienorganisationen am Ort bestimmt sind. Die Preise dafür sind aber „steil in die Höhe gegangen". So müssen wir damit rechnen, daß die Informationen über die Chinakirche auf dem Presseweg immer knapper werden, zumal die chinesische Lokalpresse über die Versammlungen der patriotischen Katholiken und über die „Bischofsweihen" nur noch am Rande berichtet. Ob man keine Freude mehr an der Entwicklung dieser Bewegung hat? Die besten Übersichten über das in Hongkong zusammenlaufende Material hinsichtlich der Lage der Kirche bot bisher die französische Ausgabe der Agenzia Fides in Rom, die von einem Jesuitenpater in Hongkong bedient wird, der im geistigen Leben der China-Kirche bis zu seiner Vertreibung eine bedeutende Rolle spielte. Wenn der Korrespondent der „Welt" (7. 6. 59) von „einem sehr klugen Jesuitenpater" spricht, den er in Hongkong aufsuchte und den er als „vatikanischen Beobachter" bezeichnete, so dürfte es sich um die gleiche Person handeln.

Das religiöse Leben

Was sagen uns nun die Nachrichtenquellen über die Lage der China-Kirche im Jahre 1959? Aufschlußreich ist hier zunächst das Interview, das der Chef des staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten, Herr Ho, dem genannten Korrespondenten von „Die Welt" gewährte. Er sagte, man habe präzise Zahlenangaben über die Kirche in China und führe über die Christen genaue Listen. Wahrscheinlich wird hier etwas dick aufgetragen, da man die Christen derart auseinandergesprengt hat, daß es selbst der chinesischen Geheimpolizei nicht möglich sein wird, alle zu erfassen, besonders jene nicht, die sich durch Wechsel des Aufenthaltsortes zeitig der Ausspähung entzogen. Interessanter ist aber die folgende Bemerkung des Kirchenministers: „Natürlich ist die Religionsübung in China frei. Das garantiert Artikel 88 der Verfassung. Aber sehen Sie doch selbst: diese Menschen sind doch gar keine Gläubigen. Sie sind abergläubisch. Die sog. Lehre, der sie anhangen, läßt sich wissenschaftlich nicht beweisen. Sie laufen irgendeinem Unsinn nach. Sie sind also gar nicht religiös. Sie sind nur abergläubisch, und den Aberglauben werden wir bekämpfen." Damit wird offen enthüllt, warum die Regierung die papstfreie katholische Kirche in China gründete. Der Zweck ist, „die Bekämpfung des religiösen Aberglaubens" um so besser sichern zu können, und diese schismatische Kirche ist zur religiösen Aushöhlung verdammt.

Wie steht es mit dem religiösen Leben der Katholiken? Auf dem Lande liegt es „in tiefem Schlummer". Die Kirchen sind geschlossen, das Leben der Menschen ist kollektiviert und militarisiert, die Priester sind im Gefängnis oder in ihrem Wohnbezirk bei der Arbeit oder zu den Grenzen im Norden deportiert. Das Schweigen der Presse über das katholische Leben scheint echt zu sein. Dieses ist aus der Öffentlichkeit verschwunden und hat sich ins Haus, in die Familie zurückgezogen, soweit noch trotz der Verhaftungen, Deportierungen, Kollektivierungen die Familien in etwa zusammengeblieben sind. Aus den verschiedensten Gegenden Chinas kommen Nachrichten, daß die unter Leitung regierungshöriger Priester noch geöffneten Kirchen selbst an Sonntagen eine gähnende Leere aufweisen. Die Kommunisten sagen entschuldigend, alle Christen seien eben wie die übrigen im Arbeitseinsatz. Sicherlich meiden die Katholiken immer mehr diese Kirchen, sei es aus Opposition zum Regime, sei es, weil sie die „patriotischen" Predigten satt sind, die keinen echten religiösen Gehalt mehr haben, sei es, daß sie wirklich wegen der Kollektivierung des Lebens keine Zeit mehr zum Besuch des Gottesdienstes haben. Die Kirchenmüdigkeit ist vielleicht zu einem gewissen Teil auch darin begründet, daß selbst den schlichtesten Katholiken der abenteuerliche Weg klar geworden ist, auf dem sie durch die patriotische Kirche geführt werden. Auf jeden Fall können die Kommunisten mit dem Kirchenbesuch gegenüber den ausländischen Besuchern keine Propaganda mehr machen. In Peking gehörte bis zum Jahre 1958 die Führung zu einem christlichen Gottesdienst zum Programm des chinesischen Intourist-Büros. Seitdem aber die vielleicht vier noch in Peking geöffneten katholischen Gotteshäuser bei den Sonntagsgottesdiensten nur noch ein paar hundert der einst 215 000—230 000 Katholiken anzuziehen vermögen, sind die Führungen nicht nur eingestellt worden, man verweigert vielmehr auch direkten Bitten ausländischer Besucher, zum Gottesdienst geführt zu werden, die Gewährung. Ähnlich steht es mit dem Kirchenbesuch in der großen katholischen Gemeinde von Schanghai, wo man zu Ostern vorigen Jahres anscheinend Hunderte von Nichtkatholiken in die Kirchen führte, um eine Euphorie des katholischen Lebens vorzutäuschen, nachdem schwere Beleidigungen der Kirche in der Öffentlichkeit zu einer Obstruktion der Katholiken in Form der Boykottierung der Gottesdienste geführt hatten.

Die schnell vorgetriebene Kollektivierung der Schulen, in denen die aus den Familien herausgerissenen Kinder wie in einem Pensionat leben, ermöglicht es den Kommunisten, den Einfluß der Eltern ganz auszuschalten und diese Kinder ideologisch ganz im Sinne ihrer Weltanschauung zu beeinflussen. Das Schulkollektiv erfaßt vor allem die ländlichen Gebiete. Darum müssen gerade auf dem Lande die katholischen Eltern fürchten, daß ihre Kinder antireligiös oder zum wenigsten areligiös erzogen werden. Hier ist die offene Wunde, an der die Kirche auf dem Lande verbluten kann, wenn die Kollektivierung des

ländlichen Lebens nicht wegen der sich häufenden Schwierigkeiten zurückgenommen werden muß.

Die äußere Verfolgung

Im Gegensatz zu anderen großen Städten mit beträchtlichen Katholikenzahlen, wo der äußere Widerstand der Katholiken gebrochen zu sein scheint, dauert der Kampf der Kommunisten mit den Katholiken Schanghais seit Jahren unvermindert an, obwohl gerade von dort der größte Teil der dynamischen jungen Katholiken, besonders der Studenten, schon lange verschleppt bzw. in Arbeitslager gesteckt wurde. Die über die Heldenkirche in Schanghai geschriebenen Artikel und Bücher könnten mit neuem Material aus dem letzten Jahr um neue Abschnitte bzw. Kapitel erweitert werden. Noch immer finden sehr zahlreiche Verhaftungen von Jugendlichen beiderlei Geschlechts statt, die nach monatelangen Indoktrinationskursen und moralischen Folterungen die Verschickung in Arbeitslager dem Verrat an der Kirche vorziehen. Alle diese jungen Menschen schauen verehrend zu ihrem Bischof Ignatius Kung (Kiong) auf, der nun schon im fünften Jahr, wahrscheinlich in Schanghai selbst, im Gefängnis ist. Neue Verhaftungen von Priestern und Ordensleuten (auch von Schwestern) werden immer wieder bekannt. Nach der Agenzia Fides befanden sich im August 1959 von 92 noch in China weilenden Jesuiten (die hauptsächlich im Bereich von Schanghai tätig waren) 41 im Gefängnis. Der Bericht fügt hinzu, daß andere Orden mit ähnlichen Zahlen aufwarten könnten. In Schanghai befanden sich Mitte 1959 von 100 Weltpriestern der Diözese 24 im Gefängnis oder waren deportiert. Alle nicht in Haft befindlichen Priester Schanghais müssen arbeiten. Die Versuche, progressistischen Priesternachwuchs heranzubilden, scheinen vollständig gescheitert zu sein, da man keinen Professorenstab schaffen konnte. Auch aus anderen Teilen Chinas hört man nichts darüber, wie der Nachwuchs an Priestern für die Reformkirche gesichert werden soll. Über die Zwangskurse für „Umerziehung" in Schanghai, von denen jene für Priester und Ordensfrauen jeweils über ein Jahr bzw. über zehn Monate dauerten, liegen eingehende Darstellungen von Teilnehmern vor, die nach Hongkong gelangt sind. Sie nehmen den bekannten Verlauf. 300 Schwestern leben unter Bewachung in einem alten Kloster und werden jeden Tag in aller Frühe zur „Metallfabrik" (frühere Jesuitenniederlassung Zikawei) geführt, wo sie zusammen mit Priestern sich an der „Schlacht um den Stahl" beteiligen müssen, indem sie in kleinen Hochöfen einen (industriell unbrauchbaren) Gußstahl herstellen. Der Slogan dieser Arbeitserziehung lautet: „Im Ofen schmilzt man den Stahl, an den Öfen wird der Mensch umgeschmolzen." Ein Teil der widerspenstigen Priester und Ordensfrauen wurde deportiert, um weit weg von der Heimat im Straßenbau und bei anderen öffentlichen Arbeiten Verwendung zu finden. Von den 130 chinesischen Priestern des Jahres 1949 in Peking sind nur noch 20 frei, die anderen befinden sich im Gefängnis oder sind „auf Arbeit". In Kanton sind alle Priester in einer chemischen Fabrik eingesetzt. Aus der Diözese Swatow (Provinz Kwangtung) wird berichtet, daß mehr als ein Drittel aller Priester in Haft ist. Die Lage des Klerus in allen Provinzen, aus denen Nachrichten vorliegen, wird von der Agenzia Fides als „ausnehmend bemitleidenswert" bezeichnet. Zwei mit Namen genannte Priester (ein Jesuit und ein Franziskaner) sind infolge der seelischen Torturen so schwer erkrankt, „daß sie mehr oder weniger den Verstand verloren zu haben scheinen" (Fides, 6. 6. 59).

Die Massendeportationen in die Grenzprovinzen Chinas im Norden (Sinkiang, Tsinghai, Kansu, Mongolei) dauern an. Unter den Opfern befinden sich noch immer viele Priester und Ordensfrauen. Vor allem ist dort ein Teil der katholischen Jugend zu Zwangsarbeiten eingesetzt. In Schanghai gibt es keine einzige katholische Familie, von der nicht ein Mitglied zu den Grenzen deportiert ist (Fides, 6. 6. 59). Aus der Familie eines Priesters befinden sich 27 Mitglieder in Tsinghai (Fides, 27. 6. 59). Man vermutet, daß viele Priester und Ordensfrauen, über die man seit Jahren keine Nachricht hat, sich im Norden befinden. Den Priestern in diesen Arbeitslagern ist die Feier der hl. Messe generell untersagt. Über Todesfälle geben die Behörden keine Nachricht. Hie und da gelangt ein Brief aus den Grenzprovinzen auf Umwegen nach Hongkong.

Die Reformkirche

Über die Zahl der bisher unrechtmäßig, aber vielleicht gültig geweihten Bischöfe gehen die Schätzungen auseinander. Wir sind hier weitgehend auf kommunistische Quellen angewiesen. Nachdem nun in einem Fall die Nachforschungen ergaben, daß es sich um eine Falschmeldung handelte, muß man noch vorsichtiger im Urteil sein. Durchwegs zählt man 26 solcher Bischöfe, von denen anscheinend nur zwei im Jahre 1959 geweiht wurden (zu Kirin in der Mandschurei und in Peking). Über die seelische Situation der Weihenden und der Geweihten können wir wohl in allen Fällen kein Urteil abgeben, gleichfalls nicht über die objektive Gültigkeit dieser Weihen, die ja nicht allein durch die Weiheformel übertragen werden, sondern beim Weihenden und beim Geweihten bestimmte objektive und subjektive seelische Voraussetzungen fordern. Ist es deshalb voreilig, alle diese Bischöfe als „Zwangsbischöfe" zu bezeichnen, so ebenso, ohne weiteres hier von „schismatischen Bischöfen" zu sprechen. Die amtlichen Erklärungen des Papstes und der römischen Instanzen proklamieren nirgends die Tatsache des vollendeten Schismas, sprechen aber das Wort „Schisma" in dem Sinne aus, daß die unmittelbare Gefahr eines Schismas nicht mehr zu leugnen ist, eines Schismas allerdings, das unter anormalsten Bedingungen politischen Drucks sich entwickelt. Die Weihehandlung von Kirin im Vorjahr ist typisch für die Tatsache, daß hinter den Weihen immer die diktatorische Geste des staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten und seiner örtlichen Beauftragten steht. Der für Kirin als Bischof ausersehene Priester hatte im Jahre 1951 gegen den französischen Ortsbischof Gaspais Stellung genommen, was ihn aber nicht davor bewahrte, unter der Auflage, keine priesterlichen Funktionen mehr auszuüben, in seine Familie zurückgesandt zu werden. Nun wurde er plötzlich nach sieben Jahren aus der Versenkung geholt und der Gemeinde von Kirin als Bischof aufgenötigt. Die Pläne, der patriotischen Kirche ein eigenes Oberhaupt (einen „China-Papst") zu geben, scheinen der Verwirklichung noch nicht näher gekommen zu sein. Die Kommunisten hatten schon 1952 den Bischof Joseph Chou CM, eine der hervorragendsten Gestalten des Episkopats, als „Papst Chinas" ausersehen. Seine Weigerung trug ihm fünf Jahre Haft ein. Im Jahre 1957 aus der Haft entlassen, nahm er sofort den Kampf mit der Patriotischen Kirche wieder auf. Dies führte dann zu

seiner Absetzung und zur Wahl eines Nachfolgers auf den erzbischöflichen Sitz von Nanchang (Kiangsi) im Oktober 1958. Seither lebt der Erzbischof in strengstem Hausarrest.

Man muß weit in der Geschichte zurückgehen, um eine schismatische Kirche zu finden, die so wenig von innen heraus Gestalt annahm und so sehr durch staatliche Einmischung auf den Weg gebracht wurde wie die chinesische Reformkirche. Vielleicht findet man überhaupt in der Kirchengeschichte keine ähnliche Erscheinung. Dementsprechend ist auch diese Kirche bis ins Mark politisiert. Und wo hat man je in einer jungen schismatischen Kirche erlebt, daß nach der Wahl eines Bischofs der Sprecher der Wähler vorschlug, die Kirche solle den Mut haben, sich von „irrationalen religiösen Systemen loszusagen und sich den Bedürfnissen der Produktion zuzuwenden"? So geschah es aber im Oktober 1958 bei der Absetzung des hervorragenden Erzbischofs Chou von Nanchang und seiner Ersetzung durch einen neuen schismatischen Bischof, der dazu noch von einer gemeinsamen Konferenz katholischer und protestantischer Vertreter gewählt wurde! Das Faktum der schismatischen Kirche in China scheint traurige Wirklichkeit zu sein, aber diese religiös ausgehöhlte Kirche wird nie zu einem Siegeszug durch das Land antreten können. Es gibt in Rußland eine dem Staat unterworfene schismatische Kirche. Aber wie unvergleichlich erhaben steht sie in der Hut echter Religiosität über diesem Gebilde der chinesischen Kommunisten!

Die katholische Kirche Chinas ist heute mit ihrem Herrn ans Kreuz geheftet. Sie blutet aus tausend Wunden. Nichts ist naheliegender, nichts verdienstvoller, nichts wirksamer in der Hilfe für die Kirche des Schweigens in China, als wenn wir in diesem Monat bei jeder von uns besuchten heiligen Messe, in der das Kreuzopfer unblutigerweise erneuert wird, die gemarterte Kirche Chinas dem Erlöserherzen Jesu empfehlen und die eigenen Opfer und Leiden dieses Monats ihm für unsere leidenden Brüder anbieten. Diese Hilfe ist eine übernatürliche Hilfe und damit die entscheidende Hilfe. Sie dringt in jedes Zwangsarbeitslager, in jedes Gefängnis, in jedes Haus, wo noch Katholiken um Kraft zum Leiden in schwerster Not ringen. Wir würden eine große Schuld auf uns laden, wenn wir hier nicht entschlossen die Folgerungen aus der Wahrheit zögen, die am Schluß der Enzyklika *Evangelii Praecones* (vgl. Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 548) zum Ausdruck gebracht wird: „Alle Christgläubigen bilden ja eine einzige große Familie, deren Glieder sich die Gnadenschätze der streitenden, leidenden und triumphierenden Kirche gegenseitig mitteilen."

Errichtung der kirchlichen Hierarchie in Belgisch-Kongo und Ruanda-Urundi

Papst Johannes XXIII. hat die Apostolischen Vikariate von Belgisch-Kongo und Ruanda-Urundi zu Diözesen erhoben und damit diesen Gebieten die eigenständige Hierarchie anstelle der Verwaltung durch die Kongregation für Glaubensverbreitung gegeben.

Der „Osservatore Romano" hat dieses Ereignis in der gleichen Nummer vom 29. November 1959 mitgeteilt, in der er die große Missionsenzyklika Johannes' XXIII. *Princeps Pastorum* (vgl. ds. Heft, S. 170) veröffentlichte. Dadurch wird das Grundsätzliche dieses Schritts besonders hervorgehoben. Schon lange hat die Kirche nach dem Grundsatz gehandelt, wo immer es die Verhältnisse erlauben, die Länder der neuen Christenheiten aus der Verwaltung der Apostolischen Vikare zu entlassen und ihnen eine eigene Hierarchie zu geben; solche Fälle sind im letzten halben Jahrhundert immer häufiger geworden und werden zweifellos noch zunehmen, wie man auf Grund der Missionsenzyklika erwarten kann. Besonders interessant ist die Entlassung von Belgisch-Kongo und Ruanda-Urundi aus dem Zuständigkeitsbereich der Kongregation für die Glaubensverbreitung, weil sie zeitlich ungefähr mit dem ersten entscheidenden Schritt zur politischen Unabhängigkeit, den vorgesehenen freien Wahlen, zusammenfällt (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 127 ff.) und nun der Sicherung der Kirche in einem möglicherweise bald vom bisherigen Mutterland unabhängigen und den verschiedensten geistigen Strömungen ausgelieferten Lande zugute kommen kann.

Die neue Regelung sieht acht Kirchenprovinzen vor, die ihre jeweiligen erzbischöflichen Sitze in Léopoldville, Coquilhatville, Stanleyville, Bukavu, Luluaburg. Elisabethville, Kabgayi und Kitega haben werden. Léopoldville hat 6 Suffraganbistümer, Coquilhatville 4, Stanleyville 5, Bukavu 4, Luluaburg 3, Elisabethville 4, Kabgayi 1 und Kitega 2. Einige dieser Kirchenprovinzen haben noch eine zugeordnete Apostolische Präfektur. Die bisherigen Apostolischen Vikare sind zu Bischöfen erhoben worden. Drei von ihnen sind Afrikaner: Joseph Nkongolo (Luebo in Belgisch-Kongo), Louis Bigirumwami (Nyundo in Ruanda) und Michel Ntuyahaga (Usumbura in Urundi). Ein augenblicklich vakanter Sitz (Goma) soll demnächst ebenfalls durch einen einheimischen Bischof besetzt werden. Zwei Diözesen in Belgisch-Kongo haben zudem eingeborene Weihbischöfe: Pierre Kimbondo (Kisantu) und Joseph Malula (Léopoldville). Die neue Ordnung betrifft in dem ganzen Gebiet zusammen 5,5 Millionen Katholiken unter 16,5 Millionen Einwohner.

Zum letzten Mal hat ein ähnliches Ereignis stattgefunden, als Papst Pius XII. am 6. November 1955 Französisch-Äquatorialafrika, Französisch-Westafrika und Togo, Kamerun und Madagaskar die eigene Hierarchie verlieh (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 122).

Der Hunger in der Welt: Landerschließung und Kolonisation in Brasilien

Die Überzeugung, daß Menschen, die wo immer in der Welt materielle und dadurch auch häufig seelische Not leiden, geholfen werden muß, scheint sich bei uns in Deutschland mehr und mehr Bahn zu brechen. Im Laufe der letzten drei, vier Jahre zeichnet sich immer deutlicher der Wille, gerade unter der Jugend, ab, sich sowohl mit den Fragen der internationalen Not intensiver zu befassen wie auch persönlich etwas zur Bekämpfung der Ursachen jenes Symptoms, das wir „Hunger in der Welt" nennen, zu leisten. Je mehr die Bereitschaft zum „Dienst auf Zeit" zugunsten der Entwicklungsländer unter den jungen Menschen wächst, desto deutlicher wird freilich auch, daß es an notwendigen Vorkehrungen, die die jugendliche Spontaneität wirksam auffängt und in sinnvoller Aktion zum Zuge kommen läßt, bei uns weithin noch mangelt. Das Auswärtige Amt in Bonn klagt wohl darüber, daß es immer schwieriger werde, geeignete deutsche Experten für die Entwicklungsländer zu finden. Das ist jedoch bei der Bezahlung, die den für solche Aufgaben geeigneten Technikern und Fach-

leuten angeboten wird (die Bezahlung richtet sich nach den Sätzen deutscher Diplomaten im Ausland), nicht verwunderlich, vor allem auch, wenn man bedenkt, wie angespannt unser Arbeitsmarkt heute ist (auf 19 Stellungsgesuche kommt ein Stellung suchender Ingenieur, auf 46 ausgeschriebene Stellen ein Maschinenkonstrukteur). Was uns heute fehlt, sind Einsatzmöglichkeiten für „mittlere und untere Führungskräfte" in den Entwicklungsländern, also nicht solche für Spezialisten, die wir nicht haben, weil unsere Planung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses bisher fast nur auf die Deckung der innerdeutschen Verhältnisse abgestellt war. Unter „mittlere und untere Kräfte" sind jene jungen Menschen zu verstehen, die vor oder nach dem Wehrdienst bzw. vor oder nach Abschluß ihres Hoch- oder Fachschulstudiums — jedenfalls vor dem Eintritt in das Berufsleben — ihre Kräfte und Fähigkeiten in den Dienst der „Entwicklung" stellen wollen, die anderseits wissen, daß sie für verantwortliche Aufgaben noch zu jung sind, die aber glücklich wären, wenn sie unter der sicheren Führung eines erprobten Fachmannes ihren Willen zum Dienen in die Tat umsetzen könnten. Unsere verantwortlichen Stellen werden sich etwas einfallen lassen müssen, um dieses sich immer deutlicher abzeichnende Potential guten Willens zu heben und für die Entwicklungsländer fruchtbar zu machen.

Freilich wird anderseits auch immer deutlicher, daß gerade jene (jungen) Menschen, die die Notwendigkeit einer außerordentlichen Aktion für die Entwicklungsländer uneingeschränkt bejahen und bereit sind, hierbei mit gutem Beispiel voranzugehen, wohl eine Vorstellung über die allgemeinen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zustände unserer Welt, besonders über das große Gefälle zwischen armen und reichen Ländern, heute haben, jedoch fast nie Kenntnisse über konkrete regionale Entwicklungsprobleme. Daher sind ihre Erwartungen und Vorstellungen häufig falsch, und Enttäuschungen bleiben sicher nicht aus, wenn sie heute vom Auswärtigen Amt oder privater Seite nach Asien, Afrika oder Lateinamerika im Rahmen der technischen Hilfsprogramme geschickt würden.

Notwendig wäre eine intensivere, spezialisiertere Information über konkrete Fragen der Entwicklungshilfe — auf breiter Basis. Diese Aufgabe ist von Presse und Funk allein nicht zu leisten. Hier haben der Staat und die Träger des gesellschaftlichen Lebens (Kirchen, Wirtschaftsverbände, Schulen und Universitäten) eine gemeinsame Aufgabe, nämlich Unterlagen und Erfahrungen zu vermitteln und auszutauschen, eine Aufgabe, die ohne ein Minimum an Willen zur Koordination und Kooperation nicht zu leisten ist. So wichtig und notwendig bis heute das Aufrütteln der Gewissen angesichts des „Hungers in der Welt" auch war und ist — die Gefahr besteht, daß bei ständig gleichbleibenden Appellen die Sache zerredet wird, die Gewissen abstumpfen und die Hochherzigkeit ermattet. Daher ist auf die Dauer eine intensivere Information unerläßlich, die um so wirksamer sein wird, je konkreter sie ist, und zwar auf breiter Basis. Denn die Aufgabe der „Entwicklung" steht und fällt mit den Menschen, die sich ihr zur Verfügung stellen.

In der derzeitigen Situation, wo die noch keineswegs in die Entwicklungsfrage „eingestiegene" deutsche Presse konkrete Unterlagen über Entwicklungsländer sich von weit her holen muß, wenn sie überhaupt sachlich berichten will (man kann als Regel in etwa folgenden Satz aufstellen: je handfester die Unterlage, desto weiter ihr Weg), erscheint die Schrift von Johannes Schauff: Landerschließung und Kolonisation in Lateinamerika (Landschriften-Verlag GmbH, Berlin/Bonn 1959. 256 S.). Schauff, einst Reichstagsabgeordneter der Zentrumspartei und rechte Hand Brünings in Siedlungsfragen, nach seiner Emigration Kolonisationsexperte in der Mandschurei und Brasilien, liefert zusammen mit ca. 20 Experten, die als Verfasser der Beiträge dieser Broschüre zeichnen, ein Beispiel, wie heute konkrete Entwicklungsprobleme aufzuarbeiten und einer weiteren interessierten Öffentlichkeit mitzuteilen sind.

Das Beispiel Brasilien

Schauff befaßt sich, was aus dem Titel der Schrift nicht unmittelbar ersichtlich ist, mit dem fundamentalen Problem aller Entwicklungsländer, der Steigerung des Sozialprodukts oder, negativ ausgedrückt, mit der Überwindung der chronischen materiellen Not. Bekanntlich kann dieses Ziel auf verschiedenen Wegen angesteuert werden, durch Landerschließung = landwirtschaftliche Expansion, durch innere Kolonisation in Verbindung mit Rationalisierung und Intensivierung der Anbaumethoden, ferner durch Abzug der an Arbeitskräften übersättigten Landwirtschaften in eine neu aufzubauende industrielle und gewerbliche Wirtschaft mit eigenen regionalen Märkten und Exportmöglichkeiten und schließlich durch die Koppelung beider Möglichkeiten. In der Praxis wird heute weithin der dritte Weg, die gleichzeitige Entwicklung von Landwirtschaft und Industrialisierung, verfolgt. Doch werden je nach den besonderen Voraussetzungen des betreffenden Entwicklungslandes in den Wirtschaftsprogrammen die Schwerpunkte der Entwicklung verschieden gesetzt. Trotz starker Ambitionen auch der lateinamerikanischen Staaten, zu industrialisieren, was angesichts ihrer reichen natürlichen Ausstattung an Bodenschätzen verständlich ist, bietet sich für den amerikanischen Subkontinent, insgesamt betrachtet, in der „Entwicklung" seiner Landwirtschaften ein relativ leichterer Weg zur Überwindung der materiellen Not; denn im Gegensatz etwa zu Indien, China und den übrigen Fernoststaaten, aber auch zu Ägypten, gehört Lateinamerika zu den unterbevölkerten Gebieten der Erde und verfügt über reiche Bodenreserven, die wiederum im Gegensatz zu den asiatischen Territorien ohne allzu große Schwierigkeiten kultiviert werden können. Die wichtigste Voraussetzung für die wirtschaftliche Erschließung des lateinamerikanischen Bodens sind dazu befähigte Menschen — die Größe (in der Rechnung) also, an der es Südamerika ganz besonders fehlt.

Im Falle Brasiliens, des größten lateinamerikanischen Staates, heißt das konkret: Obgleich das Land außerordentlich reich ausgestattet ist, mit Kautschuk, Ölen, Holz, Eisen (22—25 % der Weltreserven), Mangan, Edelsteinen, Bauxit, Uran, Erdöl, und obgleich Brasilien an erster Stelle der Kaffeeerzeugung der Welt steht, nach Ghana der zweitwichtigste Kakaoproduzent ist, den sechsten Teil aller Baumwolle der Erde herstellt, beträgt das Pro-Kopf-Einkommen seiner Bevölkerung doch jährlich nicht mehr als 224 Dollar (gegenüber 1600 Dollar in den USA und über 900 Dollar in der Bundesrepublik), besitzt es heute noch 51,4 % Analphabeten und verfügt seine Bevölkerung über nicht mehr als täglich 2354 kal (gegenüber rund 3000 kal in den angelsächsischen und europäischen Ländern).

Daß der natürliche Reichtum des Landes der Bevölkerung

noch keinen Wohlstand (in unserem Sinne) sichert, hat freilich auch seine historischen Gründe (Kolonialwirtschaft und ihre Folgen). Aber im Zuge des Abbaus der ungünstig auf die Wirtschaft des Landes einwirkenden „Fremdfaktoren" wird heute immer deutlicher, daß die Schwierigkeit, die der brasilianischen Wirtschaftsentwicklung im Wege steht, im Mangel an (zahlenmäßig) ausreichenden qualifizierten Menschen zu suchen ist.

Brasilien wird heute von 59 Millionen Menschen bewohnt, auf einen Quadratkilometer kommen bei dem 8,5 Millionen qkm großen Staatsgebiet 7 Einwohner. Die Durchschnittsdichte der Bevölkerung ist regional freilich sehr unterschiedlich. Sie schwankt zwischen 1 und 22 pro qkm. Da die Bevölkerungszahl jedoch unaufhörlich wächst — für 1980 rechnet man mit 105 Millionen Einwohnern, was einer Durchschnittsdichte von 12,4 Menschen pro qkm entsprechen würde —, müssen sich Staat und Regierung darum bemühen, die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes zu erschließen. Sie sind fast unbegrenzt vorhanden; denn bis heute werden erst 2 Prozent des Landes wirtschaftlich genutzt, das sind nicht mehr als 5 Prozent der wirtschaftlichen Nutzfläche des Landes. Wenn also Brasilien dank seiner hervorragenden natürlichen Bodenausstattung keine Sorgen für die Zukunft seines ständig wachsenden Volkes zu haben braucht — alle diese Menschen werden ja dringend bei der Erschließung des Landes benötigt —, braucht doch das Land eine qualifizierte Schicht von Pionieren, die dank ihrer Bildung, ihrer speziellen Kenntnisse, ihrer Härte und pädagogischen Fähigkeiten in der Lage sind, den Prozeß der „Entwicklung" voranzutreiben. Diese Pionierschicht hat sich das Land — jedenfalls in der Vergangenheit — über den Weg der Einwanderung zu verschaffen gesucht.

Der Hauptstrom der ca. 5 Millionen Immigranten, die heute in Brasilien leben, kamen zwischen 1880 und 1930 ins Land. Nach dem zweiten Weltkrieg nahm die Einwanderung zu. Im Jahre 1953 betrug sie allein 80 000 Menschen. Heute setzt sich die Bevölkerung des Landes aus folgenden Rassen zusammen: 61,7 % Weißen, 11 % Negern, 26,6 % Mulatten, 0,7 % Indianern und Asiaten.

Kolonisation ist mit Risiken verbunden

Die Mehrzahl der Immigranten hat in der Vergangenheit in Brasilien gesiedelt. Trotz großer Anstrengungen war das Siedlungswerk nicht immer ein Erfolg. Zumal im 19. Jahrhundert, in dem die Auswanderung rein nach kaufmännischen Gesichtspunkten gehandhabt und der soziale Aspekt vernachlässigt wurde, war die Anzahl derer, die scheiterten, beträchtlich. Immer aber wenn sich ein überragender Kopf fand, der die Führung übernahm, wurde Erstaunliches geleistet. Insgesamt gesehen, kann weder von einem vollen Erfolg noch von einem totalen Mißerfolg der früheren Siedlungsversuche gesprochen werden. Die Ergebnisse sind zufriedenstellend. Nach dem zweiten Weltkrieg ging man in Brasilien dazu über, die Einwanderer nach bestimmten Gesichtspunkten auszuwählen. Auch war die brasilianische Regierung eine der ersten, die unter eigener Leitung Landsiedlungsprojekte durchführte, und zwar sowohl mit Einheimischen wie mit Ausländern. Alle Neusiedlungen in Paraná und in São Paulo wurden finanziell weitgehend von der Regierung oder den Internationalen Organisationen getragen. „Ihr Beispiel beweist, daß eine sorgfältige Vorbereitung, die es den Siedlern ermöglicht, ihr neues Leben auf den Höfen unter günstigen Bedingungen anzufangen, von ausschlaggebender Bedeutung für den Erfolg bäuerlicher Einwanderung ist." Dennoch, so heißt es in der Schrift, kann trotz zehnjähriger Erfahrung mit der gelenkten Landsiedlung nicht mit Sicherheit gesagt werden, welches das beste Siedlungssystem ist. „Die Art, wie eine Siedlung am besten aufgezogen wird und wie die einzelnen Wirtschaften am besten geführt werden, muß zum großen Teil von dem verfügbaren Kapital, von dem Charakter der Siedler, ihren Sitten und Gebräuchen sowie von ihrer Ausbildung und ihren Fähigkeiten abhängen."

Typen von Kolonisation

„Die verschiedenen Typen der Kolonisation richten sich in erster Linie nach der Art des Bodens, auf dem die Siedlung durchgeführt wird." Man unterscheidet zwischen Neuland und altem Land, das bereits kultiviert ist oder war. Das jungfräuliche Land ist entweder Urwaldboden oder offenes, nur mit Naturgräsern bewachsenes Campland. Der Urwaldboden übertrifft an Qualität das offene Land bei weitem. Für den Siedler ist der Anfang allerdings hier meist sehr schwer. Die Technisierung und die Schaffung von baumwurzelfreiem Pflugland benötigen viele Jahre. In dem weniger guten Camp ist die Bearbeitung des Bodens dagegen leichter. Die Technisierung ist eher möglich. Doch müssen bald Düngemittel verwendet werden, was mit einem größeren Kapitalbedarf verbunden ist. Ein Vorzug ist hier die Bildung übersehbarer Dorfgemeinschaften. Beide Formen von Landerschließung verlangen die Besiedlung eines größeren Gebietes, weil sonst die wirtschaftliche Kraft der Kolonie nicht ausreicht für ihre weitere Entwicklung; notwendig sind also die verkehrsmäßige Erschließung, die Entwicklung landwirtschaftlicher Nebenindustrien und ein wenn auch bescheidenes kulturelles Leben.

„Der zweite Kolonisationstyp, die Siedlung auf altem Land, und damit im Anschluß an entwickelte Gebiete, ist von vornherein grundverschieden (von der Neulandgewinnung), vor allem weil die Verkehrsbedingungen in bereits erschlossenen Gebieten viel günstiger sind." Alte, abgebaute Kaffee- und Zuckerrohrländereien sind heute in Brasilien in großem Umfang vorhanden und oft billiger als fruchtbares Urwaldland. Aber da der Boden durch die Monokulturen zerstört ist, so daß die Landschaft fast immer steppenähnlichen Charakter hat, hat hier nur der erfahrene Landwirt bei großem Kapitalaufwand Erfolg. Am ehesten noch sind solche Ländereien für Vieh- und Milchwirtschaft brauchbar. In den letzten Jahrzehnten haben die europäischen Einwanderer praktisch bei Kolonisationsprojekten aller Typen mitgewirkt. „Die größten wirtschaftlichen Erfolge sind im allgemeinen bei geringstem Eigenkapital in der Form der Urwaldsiedlung mit persönlichem Eigentum erzielt worden, wenn der Siedlungsträger die Großkolonisation durchgeführt hat."

Das Siedlungsverfahren heute

Früher wählten die Einwanderungsgruppen ihr Land selbst aus, bewohnten und bebauten es und wurden dadurch zu Eigentümern des Bodens. Auch heute noch gibt es große Landflächen in Brasilien, die weder registriert noch privates Eigentum sind. Aber diese Ländereien sind für Siedlungen meist ungeeignet. Die brasilianischen Föderalstaaten stellen Siedlungsstellen für Landsuchende zu geringem Preis zur Verfügung. Dabei wird zur Be-

dingung gemacht, daß das Grundstück bewohnt, bewirtschaftet und auf ihm ein Haus gebaut wird. Neben den staatlichen Initiativen gibt es auch solche privater Unternehmungen, die sich eine systematische Besiedlung von größeren oder kleineren Gebieten zur Aufgabe machen. Sie parzellieren das von ihnen erworbene Land und verkaufen es an Interessenten. Diese privaten Gesellschaften bauen auch Straßen, Kirchen, Schulen und andere öffentliche Anlagen in ihrem Siedlungsgebiet. Gleich ob es sich bei den Siedlungsgesellschaften um mehr caritative oder stärker wirtschaftlich-kaufmännische Organisationen handelt, immer gilt die Regel, daß die Siedlungsgesellschaft dann am meisten profitiert, wenn sich die Siedlung stark und rasch entwickelt. Die Interessen einer guten Siedlungsgesellschaft gehen mit denen der Siedler parallel.
Der heutige Siedler, der aus Europa kommt, erwartet ein geregeltes Leben auch in der neuen Umgebung, mit den Vorteilen der modernen Zivilisation. Elektrizität, motorisierter Straßenverkehr, fertige Gebäude, gerodetes Land und gesicherter Absatz für seine Produkte sind heute die Bedingungen, die er an die Siedlungsgesellschaft stellt. Diese haben sich auf die Wünsche ihrer Klienten eingestellt. Sie verkaufen nicht mehr nur das Stück Land am Wege, sondern „einen gerodeten, mit Gebäuden versehenen Landsitz, auf dem die ersten Kulturpflanzen schon wachsen und auf dem der Viehbestand Nutzen abwirft". Der Anfang ist dadurch wohl erheblich leichter geworden, dafür ist auch der Kapitalbedarf viel größer als früher, „die Schulden sind bei der Übernahme höher, und es dauert länger, bis der Siedler schuldenfrei dasteht". Der Kapitalbedarf eines brasilianischen Neusiedlers unterscheidet sich daher heute nicht mehr von dem eines Neusiedlers in Kanada oder Australien.

Guarapuava — eine Siedlung der Donauschwaben in Paraná

Ein Beispiel für das Auf und Ab einer europäischen Siedlung in Brasilien bietet die Entwicklung der Donauschwabensiedlung in Guarapuava (Paraná).
Auf Initiative des „Schweizerischen Caritasverbandes" und der „Schweizer Europahilfe" beschloß man 1951, 500 volksdeutsche Bauernfamilien in Brasilien anzusiedeln. Die Gruppe bestand aus insgesamt 2500 Personen, die aus dem Banat geflohen oder vertrieben worden waren und in österreichischen Flüchtlingslagern lebten.
Finanziert wurde der Plan durch die genannten Organisationen und durch schweizerische Exportgewinne. Das Gesamtkapital belief sich auf 9 Millionen sfr. Da die Siedlung anfangs mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, wurden mehrmals Sanierungen vorgenommen. Die „Schweizer Europahilfe" verzichtete auf die Rückzahlung der Kredite (40 Millionen Cruceiros), und die Schweizer Regierung schoß 500 000 Franken zu. Sonderkredite kamen ferner vom Staate Paraná und der „Banco do Brasil".
Als Siedlungsraum wurde Entre Rios bei Guarapuava gewählt, 330 km westlich von der Hauptstadt Paranás. Das Gebiet liegt 1100 m hoch und besteht aus Campland. Es hat gemäßigtes Klima mit Winterfrost bis zu —8 Grad. Der Regen verteilt sich auf das ganze Jahr (Regenmenge 1630 mm). Angebaut werden Weizen, Reis, Mais, Kartoffeln, Gemüse. Die Siedler wurden mit Holländervieh, Schweinen und Hühnern ausgestattet. Insgesamt umfaßt die Siedlung 20 000 ha. Jeder Siedler erhielt mindestens 20 ha Land, für jeden Sohn über 16 Jahre 5 ha zusätzlich. Nichtlandwirte bekamen je einen Hektar zugeteilt. Die vorhandenen Holzhäuser enthielten 2—3 möblierte Wohnräume.
Die Siedlerfamilien wurden in Österreich sorgfältig ausgewählt, Familientrennung wurde vermieden. Es wurden fünf Dörfer gegründet, davon vier mit katholischer und eines mit evangelischer Bevölkerung. Trotz günstiger Startbedingungen war die Abwanderung zeitweilig beträchtlich, und zwar vor allem deshalb, weil sich sehr bald organisatorische und wirtschaftliche Schwierigkeiten einstellten. Nachteilig wirkten sich vor allem Anbauten außerhalb der Anbauzeiten, Verwendung von schlechtem Saatgut sowie das Fehlen jeglicher Ersatzteile für die neu eingekauften Maschinen aus. Außerdem war die Weizenernte von 1952/53 schlecht. Persönliche Differenzen zwischen dem Leiter der Siedlung mit den Neubauern wie auch mit der „Schweizer Europahilfe" brachte die Kolonie an den Rand des Ruins. Die Bauern konnten ihre Felder nur noch auf primitivste Weise bestellen. Nach Ablösung des Leiters der Kolonie sanierte sich die Siedlung sehr rasch. Bereits 1955 konnten die Schulden von 50 Millionen Cruceiros auf 32 Millionen gedrückt werden. Die Reisernte war im Gegensatz zu anderen Gebieten des Staates Paraná gut. Noch einmal erfolgte ein Rückschlag durch die schlechte Ernte von 1957. Das Jahr 1958 bedeutete dann den Beginn einer neuen Entwicklungsphase: um den Reisbau auszudehnen, pachteten die Einzelbauern und Gruppen zusätzlichen Campboden. Guarapuava soll ein brasilianisches Reisanbauzentrum werden.

Die Japaner in Brasilien

Unter den siedlungswilligen Immigranten Brasiliens nehmen die Japaner eine Sonderstellung ein. Sie sind die jüngste unter den großen Einwanderungsgruppen. Erst 1907, nachdem die italienische Regierung sich einer weiteren Rekrutierung italienischer Landarbeiter für die Plantagen widersetzt hatte, kam es zu Übereinkommen zwischen der brasilianischen und japanischen Regierung. Bis 1922 war die Zahl der Japaner in Brasilien auf 31 000 gestiegen. Die Masse der heute in Brasilien lebenden Japaner — ca. 160 000 — wanderte jedoch erst zwischen 1929 und 1939 ein. Diese Entwicklung wurde durch den zweiten Weltkrieg unterbrochen. Nach dem Kriege (bis Ende 1955) kamen weitere 13 000 Japaner ins Land. Man rechnet, daß heute in Brasilien 370 000 Japaner leben. Zusammen mit den sog. Nipobrasilianern, den Kindern der ersten und zweiten Generation, erreicht ihre Zahl ca. 750 000.
Die japanische Auswanderung nach Brasilien wurde von Anfang an durch den japanischen Staat streng dirigiert und kontrolliert und seit 1929, nach eingehender Vorbereitung und Auslese zu Hause, mit eigenen Schiffen durchgeführt. Fast alle Auswanderer waren Kleinstbauern und Landarbeiter. Sie mußten sich für zwei Jahre auf Farmen als Arbeiter, meist in Kaffeepflanzungen, verpflichten und wurden dann, nach bestandener Probe, in Neuland (Urwald) oder in der Gartenbauwirtschaft, nahe den Großstädten, eingesetzt. Im und nach dem ersten Weltkrieg wurde das unerschlossene Hinterland von São Paulo entwickelt. Auf diesem „Marsch nach dem Westen" hielten die tropenerfahrenen Japaner die Spitze. In dem neuen Gebiet bauten sie neben den Hauptprodukten Kaffee, auf leichterem Boden Baumwolle und Maulbeerbäume; sie entwickelten auch die Hühnerzucht. Dank

ihrer Tüchtigkeit konnten sie das Pachtland in Eigenbesitz überführen. Außer der Erschließung von Neulandgebieten gelang den Japanern als ersten die Wiederfruchtbarmachung alter, aufgegebener Kaffeeböden. Sie begannen damit 1914 in Cotia bei São Paulo. Seitdem sind die Japaner führend in der Versorgung der Großstädte, besonders von São Paulo und Rio. „Erst sie machten das Gemüse zu einem Bestandteil der brasilianischen Ernährung. Der Großmarkt von São Paulo wird heute zwischen 70 (Eier, Zwiebeln) und 100 Prozent (Radieschen, Pfirsiche, Tomaten) von japanischen Produzenten beliefert." 1954 stellten sie innerhalb einer Region mit 100 000 ländlichen Familien oder 10 % der ländlichen Bevölkerung 26 % der Agrarproduktion (100 % Tee, Pfirsiche, 95 % Tomaten, 90 % Rohseide, Ramie, Eier, 60 % Kartoffeln). Ramie, Tee und der Maulbeerbaum wurden überhaupt erst von den Japanern in Brasilien eingeführt. Auch auf dem Gebiete der Insektenbekämpfung und Saatzucht wurde von ihnen Bedeutendes geleistet. Ohne die wirtschaftliche Aktivität der Japaner wird auch eine geregelte Versorgung der neuen Hauptstadt Brasilia nicht möglich sein, insbesondere da die Landflucht der einheimischen Bevölkerung rapide zunimmt.

Die Leistungen der Japaner für die brasilianische Entwicklung werden in der Broschüre mit folgenden Worten begründet: „Es ist durchaus kein Wunder, daß die Massensiedlungen der Japaner in Brasilien überall als von keiner Nation erreichte Musteranlagen gelten. Hier tritt zu den persönlichen guten Siedlungseigenschaften des Japaners noch das virtuos gebrauchte Zaubermittel einer geradezu mustergültigen Organisation hinzu. Sie läßt sich, soweit sie sichtbar in Erscheinung tritt, in wenigen Schlagzeilen zusammenfassen:

1. Keine Siedlung der Japaner wird ohne die gründlichste und gewissenhafteste Vorprüfung der Boden-, Klima- und örtlichen Wirtschaftsverhältnisse durch wirkliche Fachleute angelegt, die nicht nur die Gewohnheiten und Bedürfnisse ihrer Landsleute, die die Siedlung bewohnen sollen, genau kennen, sondern im voraus, gestützt auf eine mehrjährige Landeserfahrung in Brasilien, auch die Arten der Kulturen und ihre Aussichten zu beurteilen in der Lage sind.
2. Die Siedler sind nicht nur sorgfältig ausgesucht, sondern auch in Japan selbst vorgeschult und über das, was sie erwartet, unterrichtet. Die Siedler wissen über die anzulegenden Kulturen bereits vorher genau Bescheid. Man kann nicht sagen, daß die Neuankömmlinge die brasilianische Landessprache beherrschen, wohl aber daß sie sich gut verständlich machen können.
3. Das jedem einzelnen zur Verfügung stehende Kapital ist verschieden je nach dem Siedlungsort, stets jedoch von ausreichender Größe. Damit fällt von vornherein jeder wirtschaftliche Zwang und vor allem die Notwendigkeit, Schulden zu machen, für den japanischen Siedler weg.
4. Unter Leitung berufener landeskundlicher Fachleute werden sofort Kooperativen organisiert, die für alle die Mittel des einzelnen übersteigenden Anlagen, z. B. Baumwollgarn-Anlagen, Sorge tragen und die gesamte Warenbewegung der Siedlung unter fachmännischer und kaufmännischer Leitung in die Hand nehmen.
5. Jede Siedlung unterliegt der obligatorischen Beratung und Anleitung durch technische Sachverständige, so daß von vornherein auf die Standardisierung der erzeugten Produkte als Vorbedingung ihrer guten Absatzmöglichkeiten hingearbeitet werden kann."

Die hervorragende Bedeutung der Japaner für die Entwicklung der brasilianischen Wirtschaft wird noch aus einem anderen Zusammenhang deutlich: Die Japaner haben von allen größeren Immigrantengruppen die niedrigsten Quoten an Rückwanderern zu verzeichnen. Sie bilden das stabilste Element unter den Einwanderern. Nur 6,5 Prozent von ihnen kehrten (zwischen 1925 und 1929, dem einzigen Zeitraum, für den uns eine Statistik der Rückwanderung nach Nationen vorliegt) in ihre Heimat zurück. Bei den Polen betrug die Quote über 40, bei den Spaniern über 42, bei den Portugiesen über 45, bei den Italienern über 65 und bei den Deutschen über 75 Prozent.

Wenn auch heute die Bedeutung der Landerschließung und Siedlung durch Einheimische in Brasilien ständig zunimmt und rein zahlenmäßig der Anteil der großen Immigrantengruppen zurückgeht, so bedarf die „Entwicklung" doch des unablässig arbeitenden Motors des Erfolges. Daß die japanischen Siedlungsaktionen fast immer erfolgreich verlaufen sind, bestreitet heute niemand mehr in Brasilien. So ist zu hoffen, daß die Hemmungen gegen die japanische Einwanderung immer geringer werden und die Furcht des weniger Tüchtigen vor der Leistung des Qualifizierten schwindet. Solange Brasilien außerordentliche Anstrengungen machen muß, um aus dem Zustand der permanenten Unterentwicklung herauszukommen, solange wird es auch Pioniere benötigen. Angesichts der Tatsache, daß die Zahl der Siedlungswilligen aus anderen Nationen ständig zurückgeht, besteht aller Grund, die Einwanderung von Japanern zu fördern. Sie bedeutet Hilfe sowohl für Brasilien wie für Japan.

Ökumenische Nachrichten

Die Gebetswoche für die Einheit der Christen nach „Faith and Order"

Alljährlich gibt das Referat „für Glaube und Kirchenverfassung" (Faith and Order) des Weltrates der Kirchen eine Handreichung für die Weltgebetsoktav vom 18.—25. Januar heraus. Diese Entwürfe tun sich meist schwer, die Erfordernisse der Einheit beim rechten Namen zu nennen, um bei keiner der sehr verschieden in der Sache denkenden Mitgliedskirchen anzustoßen (vgl. u. a. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 167 für Januar 1954). Infolgedessen neigen die Texte oft zu dogmatischer Unbestimmtheit. Für Januar 1960 dagegen wurde eine Handreichung herausgegeben, die einer Berichterstattung wert ist. Sie ist am 1. Korintherbrief ausgerichtet, also streng biblisch, und deutet von hier aus die Gegebenheiten der Trennung innerhalb der Organisation des Weltrates, die endlich zu überschreiten von erfahrenen Pionieren immer dringender gefordert wird, ohne daß der Weg und das Ziel klar genannt würden. Jedenfalls geht aus neuen Verlautbarungen sowohl des Generalsekretärs des Weltrates, Dr. Visser 't Hooft, wie des Sekretärs des Internationalen Missionsrates, Bischof Lesslie Newbigin, hervor, daß der Weltrat nicht wie bisher weitermachen könne, wenn er die „Phase der Komplikationen" bestehen will. Er müsse sich vielmehr entschließen, der Leitung, also wohl dem Zentralausschuß, gewisse Befugnisse zur Weisung bestimmter Wege an die

Kirchen zu übertragen. Wir kommen auf diese heikle Frage einer Änderung der Verfassung des Weltrates noch zurück.

Die Ortsgemeinde als ökumenischer Mikrokosmos

Die Gebetsoktav ist unter die Parole gestellt: „Die Einheit der Ortsgemeinde in der Einheit der Gesamtkirche". Sie soll „den Gemeinden helfen, ihre lebendige Einheit und ihren darin liegenden Auftrag an die Welt besser zu verstehen. Denn die Einheit der Christen ist nicht eine Sache der Beziehungen auf höchster kirchlicher Ebene. Sie besteht vielmehr in der Gemeinschaft von sehr verschieden begabten Christen an einem Ort." Damit ist jene besondere Form der Einheitsidee, die von unten her denkt und der römisch-katholischen Vorstellung entgegengesetzt ist, so gekennzeichnet, wie es in der Erklärung zur Allgemeinen Gebetsmeinung für Januar 1960 angedeutet worden war (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 98).

Die ekklesiologische Grundthese in dem begleitenden Kommentar lautet: „In meiner Ortsgemeinde wird die Allgemeine Kirche Jesu Christi sichtbar. Meine Ortsgemeinde besteht aus einer Vielfalt von verschiedenen Gliedern mit vielerlei geistlichen Gaben. Meine Ortsgemeinde bildet eine Einheit, in der diese vielen verschiedenen Glieder zum Heil und Wohl der Gesamtheit zusammenwirken. Meine Ortsgemeinde ist ein ökumenischer Mikrokosmos, der in seiner Mannigfaltigkeit das wesenhafte Einssein der Kirche Christi widerspiegelt..." Diese Thesen haben einmal den Sinn, der immer noch zu geringen Beachtung der Ökumenischen Bewegung und des Weltrates der Kirchen in den Ortsgemeinden entgegenzuwirken (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 94 und 263) und sodann den ökumenischen Kirchengedanken — weitgehend in Übereinstimmung mit einer ähnlichen, aber nur ähnlichen orthodoxen Ekklesiologie — aus der eucharistischen Gemeinde zu entwickeln. Dabei werden aber wieder die dogmatischen Aporien mit einem vorwiegend angelsächsischen Realismus übersprungen und Gegensätze von Wahrheit und Irrtum oder verzerrter Wahrheit als Mannigfaltigkeit gedeutet. Die Thesen über die Ortsgemeinde meinen durchaus nicht nur die bekenntnismäßig bestimmten und am jeweiligen Ort voneinander geschiedenen anglikanischen, orthodoxen, lutherischen oder methodistischen Gemeinden, sondern sie beziehen sich wohl auf das, was man z. B. in Deutschland die ökumenische „Arbeitsgemeinschaft" der bekenntnismäßig verschiedenartigen Gemeinden an ein- und demselben Ort nennt, eine Einrichtung, die in den USA und vor allem in den Missionsgebieten sehr ausgebildet ist und hier und da, etwa in Indien, bereits zu regelrechten Unionskirchen wie die „Kirche von Südindien" geführt hat (vgl. zur letzteren die neue Haltung der Lutheraner, Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 120).

In den Gebetsstichworten, die jedem Gebet für die einzelnen Tage der Oktav vorausgeschickt sind, werden diese Gedanken durchgeführt. Da heißt es für den 18. Januar: „Die Gemeinde aller Zeiten und Orte kommt von Christus her. Er ist das Haupt, alles andere Glieder; er ist die Einheit, wir die Vielfalt — Korinth, Delhi, Rio —, diese geistliche Vielfalt ist geplant, sie ist notwendig, sie ist Reichtum." Im Gebet wird für diese Vielfalt gedankt, aber auch um Vergebung für das Gegeneinander gebetet: „Vergib uns, daß wir immer wieder unsere eigene Ehre suchen und auf unser eigenes Recht achten und dabei deine Gaben mißbrauchen . . ."

Der 19. Januar steht unter dem Stichwort „Apostel und Propheten". Es wird gesagt, daß die Gemeinde, die von Christus herkommt, von ihm durch die Apostel als Augenzeugen gegründet wurde. Die Apostel sind das Fundament der Kirche. Eine Differenzierung der Apostel, eine Heraushebung des Petrus wird vermieden. Es wird „die Notwendigkeit apostolischer Lehre und vollmächtiger Prophetie heute" betont und schließlich darum gebetet, „daß wir durch die Lehre deiner Apostel und Propheten in der Einheit des Glaubens verbunden und erbaut werden zu einem heiligen Tempel . . ."

Kein gemeinsames Hirtenamt

Der 20. Januar stellt die „Zeugen und Evangelisten" heraus und weist auf die Mission: Erbarmen als Grundhaltung und Motiv der Mission, der eine Inhalt ihres Zeugnisses Jesus Christus. Der 21. Januar gilt den „Hirten und Lehrern" und anerkennt, daß „Lehre Weitergabe des anvertrauten Geheimnisses" ist. Der „eigentlich vollmächtige Lehrer der Gemeinde ist Jesus Christus durch seinen Heiligen Geist", Lehrer und Hirten seien die berufenen Werkzeuge Gottes. Von einem Bischofsamt wird nicht gesprochen. Das Gebet erbittet „allezeit getreue Hirten und Lehrer". Der 22. Januar ist den diakonischen Gaben gewidmet, der 23. den „Ältesten und Leitern", die für gesunde Lehre verantwortlich sind, auch für die Lebendigkeit und Reinheit der Gemeinden. Auch Priester werden beiläufig erwähnt. Der 24. Januar nennt „Zungenrede und Lobpreis Gottes" als Tagesthema und sagt u. a.: „Durch das gemeinsame Lob der Kirchen wird der eine Herr sichtbar, der größer ist als Ortsgemeinde, Konfession und Gesamtkirche." Dieser eine Herr wird also nicht in einem bestimmten Hirtenamt sichtbar, der Glaube an seine Gegenwart überstrahlt auch das Verlangen nach sichtbarer Einheit der Kirche im katholischen Verständnis. Am letzten Tag der Gebetsoktav, dem 25. Januar, wird das 13. Kapitel des 1. Korintherbriefes zugrunde gelegt: „Die Ortsgemeinden in Korinth, die alten und die jungen Kirchen sowie die eine Allgemeine Kirche sind nichts ohne die Liebe . . ." Das Tagesgebet dazu lautet: „Heiliger Vater, vergib uns, was wir gegeneinander gefehlt haben. Es ist so wenig Einigkeit, so viel Zerstreuung und Mißtrauen unter uns. Laß den Geist der Liebe und des Vertrauens in unseren Gemeinden eine Macht werden, damit wir Gemeinschaft mit lauterem Herzen pflegen mögen und eines werden als Brüder und Schwestern, wie es dir gefällig ist . . . Gib uns Liebe, damit die Welt durch unsere Einheit dich erkenne. Mach uns bereit zum Opfer zur Ehre deines Sohnes Jesus Christus und den Menschen zum Heil."

Die Kommission für Faith and Order, die auf der letzten Zusammenkunft des Zentralausschusses des Weltrates der Kirchen ein umfangreiches Memorandum zur Erhöhung ihrer Selbständigkeit vorgelegt hat (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 25; im vollen Wortlaut jetzt in „Minutes and Reports of the Twelfth Meeting", Rhodos, S. 175 ff.), dürfte mit dieser Gebetshandreichung dem gegen sie bestehenden Verdacht keine Nahrung gegeben haben, daß sie hochkirchliche Tendenzen verfolgt. Ob sie mit dieser maßvollen Entfaltung ihrer Ziele die „organische Einheit" der Mitgliedskirchen des Weltrates wirksamer erreichen kann, mag die Zukunft erweisen. Die großen Zeiten von Faith and Order sind schon fast vergessen. Wird ein tiefer gehendes Suchen nach den Grundlagen je wiederkehren?

Eine Beichtordnung der Evangelischen Landeskirche Württembergs

Seit dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Frankfurt am Main 1956, der mutig die Frage der Einzelbeichte aufgegriffen und diese sogar praktiziert hat (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 44), ist in den evangelischen Landeskirchen die Rückkehr zur Einzelbeichte fortgeschritten. Neuerdings legt sogar die Evangelische Landeskirche in Württemberg ein vom Landeskirchentag beschlossenes „Wort zur Einzelbeichte" vor, das den ausgesprochen evangelischen Charakter dieser Einrichtung zeigt. Darin heißt es:

„Das Wort von der Versöhnung will von jedem persönlich genommen werden; er muß es auf sich selbst beziehen. Das geschieht beim Gebet im Kämmerlein, wo wir Gottes Zusage im Glauben ergreifen. Das geschieht beim Gnadenzuspruch in der allgemeinen Beichte der Gemeinde, wo wir alles hören als von Gott zu uns gesprochen. Das geschieht auch in der Einzelbeichte, die sich uns neu zu erschließen beginnt ... Es war ein Irrweg, wenn aus dem freiwilligen Sündenbekenntnis vor dem Bruder ein kirchlicher Beichtzwang und aus dem Vergebungswort der Absolution ein Vorrecht des Priesters gemacht wurde. Was in der Einzelbeichte geschieht, das muß alles in der Freiheit der Kinder Gottes geschehen."

Den Pfarrern wird gesagt, daß es zu ihrer Amtspflicht gehört, Einzelbeichte zu hören. In der Begründung heißt es, das „Wort zur Einzelbeichte" sei in keiner Weise abschließend gemeint. „Nicht um eine Neueinführung einer evangelischen Einzelbeichte als kirchliche Institution kann es sich für uns handeln. Die Ansätze in der Gegenwart, z. B. bei den Kirchentagen, in der Michaelsbruderschaft, in der Studentengemeinde ... wie in der Seelsorge des Pfarrers und der Gemeindeglieder untereinander haben in ihrem nicht angeordneten, freibleibenden Wachstum einen Typus der Einzelbeichte entwickelt, der erhalten bleiben sollte, auch wenn eine breitere Basis zu wünschen wäre." Die Einzelbeichte sei etwas grundsätzlich anderes als ein seelsorgerliches Gespräch. „Der Kern jeglicher Beichte — darin sind die reformatorischen Zeugnisse eindeutig — ist die ausgesprochene Absolution. Nur sollte das schlicht Persönliche wie im ernsthaften Gespräch auch in der eigentlichen Einzelbeichte nicht durch eine allzu liturgische Formung verlorengehen."

Ordnung der Einzelbeichte

Als Beispiel ist die Ordnung der Einzelbeichte beim Münchener Deutschen Evangelischen Kirchentag beigefügt. Sie lautet:

Beichtiger: Der Friede des Herrn sei mit dir. — Beichtender: Amen. — Beichtiger: Du bist gekommen, um Gott dem Heiligen und Allwissenden deine Beichte abzulegen. Darum bekenne vor mir als dem Diener der Kirche, was dich beschwert und was du bereust. — Beichtender (etwa): Vor Gott dem Heiligen und Allwissenden bekenne ich ... Das alles ist mir leid. Ich bitte um Gnade. Ich will mich bessern. — Beichtiger: Hast du deine Beichte beendet? — Beichtender: Ja! — Beichtiger: Knie nieder und bete mit mir also: Gott, sei mir gnädig nach deiner Güte und tilge meine Sünde nach deiner großen Barmherzigkeit. Schaffe in mir, Gott, ein reines Herz und gib mir einen neuen, gewissen Geist. Verwirf mich nicht von deinem Angesicht und nimm deinen Heiligen Geist nicht von mir. — Beichtender: Amen. — Beichtiger: Gott sei dir gnädig und stärke deinen Glauben. Amen. Glaubst du auch, daß die Vergebung, die ich dir zuspreche, Gottes Vergebung ist? — Beichtender: Ja! — Der Beichtiger legt dem Beichtenden die Hand auf und spricht: Wie du glaubest, so geschehe dir. In Kraft des Befehls, den der Herr seiner Kirche gegeben hat, spreche ich dich frei, ledig und los: Dir sind deine Sünden vergeben. Im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes. Amen. Der Gott des Friedens heilige dich durch und durch, und dein Geist samt Seele und Leib möge bewahrt werden unsträflich auf die Zukunft unseres Herrn Jesu Christi. Getreu ist er, der dich ruft; er wird's auch tun. Gehe hin in Frieden. — Beichtender: Amen.

Die Stimme des Papstes

Die Enzyklika „Princeps Pastorum" über die Missionen

Die dritte große Enzyklika Papst Johannes' XXIII. ist den Missionen gewidmet. Sie ist vom 28. November 1959 datiert und im „Osservatore Romano" am 29. November veröffentlicht worden. Daß die Missionen Johannes XXIII. besonders am Herzen liegen, ging schon aus seiner ersten Rundfunkbotschaft vom 30. Oktober vorigen Jahres hervor (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 114), in der er die Missionare an erster Stelle grüßte, und ebenso aus seiner Homilie bei der Krönungsmesse (ebd. S. 116), in der er die Mission als die erste Aufgabe des Papstes bezeichnete.

Die Richtlinien, die der Papst in der Enzyklika gibt, sind nicht neu. Aber der Nachdruck, mit dem die Notwendigkeit einheimischer Hierarchien, eines einheimischen Klerus und des einheimischen Laienapostolats begründet wird, übertrifft an Dringlichkeit frühere Lehräußerungen und beweist die Hirtensorge der Kirche in den ganz konkreten Situationen einer gewandelten Welt.

Die Enzyklika hat folgenden Wortlaut (die Zwischenüberschriften sind der italienischen Übersetzung des „Osservatore Romano" entnommen):

An die ehrwürdigen Brüder,
die Patriarchen, Primaten,
Erzbischöfe, Bischöfe
und die anderen Oberhirten,
die in Frieden und Gemeinschaft
mit dem Apostolischen Stuhl leben,
über die katholischen Missionen
zum 40. Gedenktag des Apostolischen Briefes
„Maximum illud" Papst Benedikts XV.

JOHANNES XXIII., PAPST.

Ehrwürdige Brüder,
Gruß und Apostolischen Segen!

Persönliche Erinnerungen

Seitdem Uns der oberste Hirte (1 Petr. 5, 4) die Lämmer und Schafe und damit die ganze Herde Gottes (vgl. Joh. 21, 15—17) auf der gesamten Erde in seine Obhut gegeben hat und Wir diesen Ruf seiner Liebe im Bewußtsein Unserer Niedrigkeit, aber doch mehr noch im Vertrauen auf seine Hilfe angenommen haben, ist Uns die große, schöne und schwere Aufgabe der katholischen Mission immer gegenwärtig gewesen (vgl. Homilie am Krönungstag, AAS L, 1958, S. 886; Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 116—117). Wir haben niemals aufgehört, ihr Unsre lebhafte Sorge und Anteilnahme zuzuwenden. In der Homilie zum ersten Jahrestag Unserer Krönung mit der dreifachen Tiara haben Wir den 11. Oktober, an dem über 400 Boten des Evangeliums in der Vatikanbasilika aus Unserer Hand das Kruzifix empfingen, ehe sie als Träger des Lichtes Christi in ferne Länder auszogen, zu den glücklichsten Tagen Unsres Pontifikats gerechnet.

Gottes Vorsehung hat in ihrer geheimen, liebevollen Weisheit Unseren priesterlichen Dienst von jungen Jahren an auf die Förderung dieses Anliegens gerichtet. Bald nach Beendigung des ersten Weltkriegs hat Unser Vorgänger, Benedikt XV., Uns aus Unserer Heimatdiözese nach Rom berufen, um Uns in den Dienst des „Päpstlichen Werkes der Glaubensverbreitung" zu stellen; dieser Aufgabe haben Wir während vier Jahren Unsres Priesterlebens mit großer Freude gedient. Gern erinnern Wir Uns auch an jenes Pfingstfest 1922, an dem 300 Jahre seit der Gründung der Kongregation für Glaubensverbreitung vergangen waren, deren besondere Aufgabe es ist, das Licht des Evangeliums und die himmlischen Gaben bis zu den äußersten Enden der Welt zu tragen. Wir hatten das Glück, an der Jahrhundertfeier teilzunehmen.

In jenen Jahren bestärkte Uns auch Unser Vorgänger unvergeßlichen Andenkens Pius XI. durch Wort und Beispiel darin, die Missionsaufgaben zu fördern; schon bevor ihn das Kardinalskollegium mit dem Beistand des Heiligen Geistes im Konklave zum Nachfolger Petri erwählte, hörten Wir ihn sagen: „Wir können von dem neuen Stellvertreter Christi nichts Größeres, Erhabeneres, Nützlicheres erhoffen als zwei Dinge: daß er dafür sorgt, daß die Botschaft des Evangeliums zu allen Völkern getragen wird, und daß er den Völkern wahren Frieden vermittelt und sichert" (vgl. La propagazione della fede. Scritti di A. G. Roncalli, Roma 1958, S. 103 ff.).

Sorge der Päpste für die Missionen

Diese und andere teure Erinnerungen und zugleich das Bewußtsein der schweren Aufgaben, die dem obersten Hirten der Herde Gottes obliegen, erfüllen Unsern Geist. Daher möchten Wir, ehrwürdige Brüder, die Gelegenheit des 40jährigen Gedächtnisses des Apostolischen Briefes *Maximum illud* Unsres Vorgängers Benedikt XV. (vgl. AAS XI, 1919, S. 440 ff.), in dem er die Sache der katholischen Missionen durch neue Richtlinien und die Aufforderung der Gläubigen zu neuem Eifer mächtig vorantrieb, ergreifen, um mit Euch durch dieses Schreiben in väterlicher Weise über die Notwendigkeit und die Hoffnung zu sprechen, das Reich Gottes in jenen weiten Gebieten zu verkünden, in denen die Missionare wirken und keine Mühe scheuen, damit die jungen Saaten der Kirche wachsen und heilbringende Frucht tragen.

Zu diesem Gegenstand haben auch Unsre Vorgänger Pius XI. und Pius XII. wichtige Richtlinien und Ermahnungen herausgegeben (vgl. Enzyklika Pius' XI. *Rerum Ecclesiae*, AAS XVIII, 1926, S. 65 ff.; Enzyklika Pius' XII. *Evangelii praecones*, AAS XLIII, 1951, S. 497 ff. — Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 490—493 und 544 bis 549 —; Enzyklika *Fidei donum*, AAS XLIX, 1957, S. 225 ff. — Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 474 bis 480), die Wir selber in Unserer ersten Enzyklika *Ad Petri Cathedram* (AAS LI, 1959, S. 497 ff.; Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 538—548) mit gleicher Autorität und in gleicher Liebe bestätigt haben. Aber Wir glauben, ja Wir sind überzeugt, daß wir alle nie genug tun können, um den Auftrag unsres göttlichen Erlösers in dieser Hinsicht zum Ziel zu führen und alle Schafe unter der Führung des einen Hirten in dem einen Schafstall glücklich zusammenzuführen (vgl. Joh. 10, 16).

Die neue Enzyklika

Wenn sich Unser Geist und Herz jenen höchsten himmlischen Gütern zuwendet, die die Kirche den Völkern zu bringen hat, die vom Licht des Evangeliums noch nicht bis ins Innerste erleuchtet sind, haben Wir zum Teil Gebiete vor Augen, in denen reiche Ernten heranreifen, zum anderen Teil solche, in denen die Mühen und Schwierigkeiten der Arbeiter im Weinberg Gottes außerordentlich groß sind, und wieder andere schließlich, in denen die Feinde Gottes und Jesu Christi die christlichen Gemeinden durch gewaltsame Verfolgungen quälen und den Samen des Wortes Gottes zu ersticken und auszurotten suchen (vgl. Matth. 13, 19). Von allen werden Wir gedrängt, nach den besten Maßnahmen zu suchen, um die Seelen zum ewigen Heil zu führen, alle flehen Uns an: „Komm uns zu Hilfe" (Apg. 16, 9). All diesen Gebieten, in denen Missionare „aus allen Völkern unter dem Himmel" (Apg. 2, 5) bereits durch ihren Aposteleifer und manchmal mit ihrem Blut gesät haben und aus denen durch Gottes Gnade auch schon eingeborene Apostel wie neue Keime hervorgegangen sind und Früchte des Heils tragen, möchten Wir ein Wort des Lobs, der Aufmunterung und der Liebe sagen und ihnen zugleich Richtlinien, Vorschriften und Ermahnungen erteilen. Denn Wir sind von großer Hoffnung erfüllt, da die Verheißungen des göttlichen Meisters nicht täuschen können. Er hat gesagt: „Siehe ich bin bei euch alle Tage, bis an das Ende der Welt" (Matth. 28, 20). „Habt Mut, ich habe die Welt besiegt" (Joh. 16, 33).

I

Einheimische Hierarchie und einheimischer Klerus

Der Brief „Maximum illud" und der eingeborene Klerus

Kaum war der erste furchtbare Weltkrieg, der so vielen Völkern Leid und Verwüstung gebracht hat, zu Ende, als der Apostolische Brief Benedikts XV. mit väterlicher Stimme alle Katholiken, wie Wir schon sagten, zur Ausbreitung des Friedensreiches Gottes unter allen Völkern aufforderte, des Reiches Gottes, das allein allen Menschen, die ja alle Kinder des himmlischen Vaters sind, unvergänglichen Frieden und wahren Wohlstand bringen und sichern kann. Seither ist das Werk der Missionare in 40 Jahren eifriger Arbeit immer mehr aufgeblüht und fruchtbar geworden. Dabei ist vor allem eine Tatsache von größter Bedeutung: das stetige Wachsen der einheimischen Hierarchie und des einheimischen Klerus in den Missionsgebieten.

Um die Worte Unsres unmittelbaren Vorgängers, Pius' XII., zu gebrauchen: die Missionare „sollen dies gleichsam als ihr höchstes Ziel betrachten und immer vor Augen haben, daß die Kirche bei den anderen Völkern fest verankert werden soll und diese ihrer eigenen einheimischen Hierarchie übergeben werden müssen" (Enzyklika *Evangelii praecones*, AAS XLIII, 1951, S. 507; Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 493). Der Heilige Stuhl hat immer, insbesondere aber in der letzten Zeit, auf Grund reiflicher und weitherziger Überlegung für gut befunden, die kirchliche Hierarchie in jenen Gebieten einzusetzen oder wiederherzustellen, in denen es die Verhältnisse erlaubten, Bischofssitze einzurichten und sie, wo immer möglich, einheimischen Priestern zu übergeben. Man weiß, daß auch die Kongregation der Glaubensverbreitung ständig das gleiche Ziel verfolgt. Es war jedoch der Apostolische Brief *Maximum illud*, der die Bedeutung und Dringlichkeit der Verwirklichung dieses Ziels erst ins volle Licht setzte. In ihm hat Unser Vorgänger Benedikt XV. alle Oberen der katholischen Missionen dringend ermahnt, alle, die in den Missionsgebieten von der göttlichen Gnade zum Priestertum berufen würden, aufs sorgfältigste auszubilden, damit der damals sogenannte eingeborene Klerus — dieses Wort ohne beleidigende oder diskriminierende Absicht angewandt, denn sonst würden es die Päpste oder die kirchlichen Dokumente niemals benutzt haben — an Zahl und Eignung wachsen möge.

Entwicklung unter Pius XI. und Pius XII.

Diese Mahnung Benedikts XV., die Unsre Vorgänger Pius XI. und Pius XII. wiederholten, hat mit Gottes Hilfe reiche Frucht getragen. Wir bitten euch daher auch, mit Uns zugleich Gott unaufhörlich dafür zu danken, daß in den Missionsländern eine so große und auserlesene Schar von Bischöfen und Priestern erwachsen ist, Unsre vielgeliebten Brüder und Söhne, deren Vorhandensein Uns zu den größten Hoffnungen ermutigt. Wenn Wir einen kurzen Blick auf die Statistiken jener Gebiete werfen, die der Kongregation der Propaganda Fide unterstehen — mit Ausnahme derjenigen in den Ländern der Kirchenverfolgung —, so können Wir zu Unserm großen Trost Folgendes feststellen: der erste Bischof asiatischer Herkunft wurde 1923 geweiht, die ersten Apostolischen Vikare afrikanischer Herkunft 1939; bis zum Jahr 1959 ist die Zahl der Bischöfe asiatischer Herkunft auf 68, die der Afrikaner auf 25 gestiegen. Der einheimische Klerus, der sich 1918 auf 919 Priester belief, zählte 1957 in Asien 5553; in Afrika, wo es 1918 nur 90 einheimische Priester gab, waren sie bis zum Jahr 1957 schon auf 1811 vermehrt. Durch dieses wunderbare Wachstum des Klerus wollte der Herr der Ernte (Matth. 9, 38) die Mühen und Verdienste derjenigen angemessen belohnen, die durch eigene Initiative oder vielfältige Mitarbeit in Befolgung der Richtlinien des Heiligen Stuhls beim Werk der katholischen Missionen nach besten Kräften mitgeholfen haben. Völlig berechtigter Weise konnte Unser unmittelbarer Vorgänger Pius XII. mit Genugtuung feststellen: „Einst spielte sich das Leben der Kirche, soweit es sichtbar ist, in den alten Ländern Europas ab, wo es stark und blühend war; von da aus strömte es wie ein breiter Strom zu den übrigen Ländern und bis an die Peripherie des Erdkreises — wie die Griechen es ausdrückten — hinaus; heute dagegen wird das Leben der Kirche gleichsam durch einen wechselseitigen Austausch zwischen den einzelnen Gliedern des mystischen Leibes Christi vermittelt. Auch in den verschiedenen Gegenden anderer Kontinente werden schon längst gewisse Völker nicht mehr von den Missionen, sondern von ihrer eigenen kirchlichen Hierarchie geleitet und teilen den übrigen Gemeinschaften der Kirche, von denen sie früher fast alles empfingen, nun ihrerseits freigiebig geistliche und irdische Güter mit" (vgl. Weihnachtsbotschaft Pius' XII. 1945; AAS XXXVIII, 1946, S. 20). An die Bischöfe und den übrigen Klerus dieser neuen Christenheiten möchten Wir Unsere väterlichen Mahnungen richten, ganz besonders darum zu beten und sich darum zu bemühen, daß ihr Priesteramt fruchtbar werde, und wenn sie zum Volk sprechen, ihm so oft wie möglich die Würde, Schönheit, Notwendigkeit und Verdienstlichkeit des Priesteramts zu schildern, so daß diejenigen, die den Ruf Gottes zu dieser hohen Ehre vernehmen, ihm bereitwillig und freudig folgen. Sie sollen dafür sorgen, daß auch die ihnen anvertraute Herde zugleich mit der gesamten Kirche um diese Gabe zu Gott betet, wenn sie, der Mahnung des göttlichen Erlösers folgend, darum bittet, daß „der Herr der Ernte Arbeiter in seine Ernte sende" (Luk. 10, 2), zumal in dieser Zeit, wo „die Ernte groß, die Arbeiter aber wenige sind" (ebd.).

Brüderliche Zusammenarbeit zwischen einheimischem und auswärtigem Klerus

Die einheimischen Kirchen, denen bisher die Missionare ihre Arbeit gewidmet haben, werden, auch wenn sie jetzt schon von einer eigenen Hierarchie geleitet werden, immer noch die Hilfe auswärtiger Missionare nötig haben, teils wegen der Ausgedehntheit dieser Gebiete, teils wegen der wachsenden Zahl der Gläubigen und der ungeheuren Schar derer, die das Evangelium noch nicht empfangen haben. Auf diese Missionare kann man zweifellos den Satz Unsres unmittelbaren Vorgängers beziehen: sie sind „ein Klerus, den man wahrhaftig nicht als fremd ansehen darf, da jeder katholische Priester, der wirklich seinen Beruf erfüllt, sich als Sohn jenes Landes fühlen wird, in dem er dafür arbeitet, daß das Reich Gottes blüht und wächst" (Apostolisches Schreiben *Ad Ecclesiam Christi* an Kardinal Piazza über die Probleme Lateinamerikas; AAS XLVII, 1955, S. 542; Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 16). Darum sollen sie alle in aufrichtiger brüderlicher Liebe einträchtig miteinander vereint arbeiten, einer Liebe, die die Liebe widerspiegelt, in der sie zu Christus und seiner Kirche entbrannt sind. Den Bischöfen sollen sie mit freudigem, eifrigem, kindlichem Gehorsam folgen; denn „der Heilige Geist hat jene eingesetzt ... um die Herde Gottes zu weiden" (Apg. 20, 28), sie sollen „ein Herz und eine Seele sein" (Apg. 4, 32), jeder dem anderen dankbar für die geleistete Hilfe, so daß alle an ihrem Handeln erkennen, daß sie die Schüler dessen sind, der die gegenseitige dienende und helfende Liebe als sein besonderes „neues" Gebot den Seinen gegeben hat (vgl. Joh. 13, 34; 15, 12).

II

Die Ausbildung des einheimischen Klerus

Vorrang der geistlichen Bildung in der Erziehung des jungen Klerus

Unser Vorgänger Benedikt XV. hat in dem Apostolischen Schreiben *Maximum illud* die katholischen Missionsoberen eindringlich ermahnt, dem einheimischen Klerus eine geistige und seelische Bildung zu vermitteln, die „voll-

kommen und in jeder Hinsicht umfassend" (AAS XI, 1919, S. 445) ist. „Denn", so schrieb er, „der einheimische Priester ist seinen Landsleuten durch seine Herkunft und geistige Veranlagung, durch Gemüt und Neigungen so verbunden, daß er eine einzigartige Befähigung besitzt, ihnen den Glauben nahezubringen. Viel besser als jeder andere kennt er die Wege, sie zu überzeugen" (ebd.).

Es ist wohl kaum nötig, daran zu erinnern, daß eine gediegene Ausbildung und Erziehung der Priester vor allem darauf bedacht sein muß, die Kandidaten des heiligen Amtes gütig, aber zielbewußt zu den Tugenden hinzuführen, die das Priestertum an allererster Stelle verlangt. „Seine erste Aufgabe ist die Selbstheiligung" (Adh. Ap. Pius' XII. *Menti Nostrae,* AAS XLII, 1950, S. 477; Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 62). Deshalb muß der neue Klerus jener Gebiete in einen frommen Wettstreit treten mit dem Klerus der alten Diözesen, aus deren Schoß schon immer Priester von so hervorragender Tugend hervorgegangen sind, daß sie dem Klerus der ganzen Kirche als Vorbilder empfohlen werden konnten. Denn besonders durch ihre Heiligkeit können und müssen die Priester Licht der Welt und Salz der Erde (vgl. Matth. 5, 13—14) sein, im Hinblick sowohl auf ihr eigenes Volk als auch auf die ganze Welt. Durch ihre Heiligkeit können sie die Schönheit und überirdische Kraft des Evangeliums jedem veranschaulichen und alle darüber belehren, daß die christliche Vollkommenheit das Ziel ist, das alle Kinder Gottes mit ganzer Kraft und in beharrlichem Ringen anzustreben befähigt und verpflichtet sind, gleichgültig aus welchen Völkern sie stammen, in welchem Milieu sie leben und auf welcher Stufe der Kultur und Zivilisation sie stehen.

In Unserm väterlichen Herzen hegen Wir die starke Hoffnung, daß überall und im Klerus eines jeden Volkes Priester gefunden werden können, die geeignet sind, die Priesterkandidaten ihres eigenen Volkes zu leiten sowie in der rechten, frommen Weise zu bilden und zu erziehen. Ja, schon jetzt ermahnen Wir die Bischöfe und katholischen Missionsoberen, unbedenklich aus dem heimischen Klerus Priester auszuwählen, die sich durch ihre Tugend und ihre pädagogische Fähigkeit dazu eignen, ihren Landsleuten auf dem Weg zum Priestertum Lehrer und Führer zu priesterlicher Vollkommenheit zu sein.

Anpassung der Erziehung an das Milieu

Wie Ihr genau wißt, ehrwürdige Brüder, hat die Kirche zu allen Zeiten vorgeschrieben, daß die Diener des Heiligtums sich eine gründliche und umfassende Bildung des Geistes und des Herzens anzueignen haben. Nun wird niemand, zumal heutzutage, daran zweifeln, daß junge Männer aus jedem Volk und jedem Land der Erde die Befähigung dazu in sich tragen; denn das ist reichlich durch die Erfahrung bewiesen. Zweifellos muß aber die Ausbildung des Klerus jeweils den besonderen Verhältnissen angepaßt werden, die in den verschiedenen Ländern und Völkern gegeben sind. Doch für alle Priesterkandidaten ist die weise Regel zu empfehlen, daß es ratsam ist, die jungen Leute nicht „in Ausbildungsstätten zu erziehen, die von ihrer sozialen Welt zu sehr abgesondert sind" (Adh. Ap. Pius' XII. *Menti Nostrae,* AAS XLII, 1950, S. 686; Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 134). Wenn sie nämlich dann „in die Öffentlichkeit hinaustreten, werden sie nicht leicht den Zugang finden sowohl zum einfachen Volk als auch zu den Gebildeten, und sie werden dann sehr häufig eine falsche Haltung gegenüber dem christlichen Volk einnehmen oder ihre eigene Bildung falsch einschätzen" (ebd.). Sie müssen eine vollkommene priesterliche Bildung erhalten, aber auch „allmählich und in kluger Weise in die Seele ihres Volkes eindringen" (ebd. S. 687), jenes Volkes, dem sie das Licht und die Wahrheit des Evangeliums bringen und das sie mit Hilfe der Gnade Gottes zu einem heiligen Leben führen sollen. Dieser Norm für den Unterricht und die Erziehung müssen sich die Leiter der Seminare fügen. Natürlich sollen sie sich aller zivilisatorischen und technischen Hilfsmittel bedienen, die uns der Fortschritt gebracht hat und die sozusagen ein gemeinsames Vermögen aller Völker darstellen, das uns gestattet, besser und leichter zu leben und für die leibliche Gesundheit und die Erhaltung unserer Kräfte zu sorgen.

Erziehung zur Verantwortung und Initiative

Die Ausbildung des einheimischen Klerus muß, wie schon Unser Vorgänger Benedikt XV. schrieb, darauf bedacht sein, daß er, sobald er dem heiligen Amt gewachsen ist, auch „die Leitung seines Volkes ... übernehmen kann" (Ep. Ap. *Maximum illud,* AAS XI, 1919, S. 445). Er soll die eigenen Landsleute durch seine Verkündigung und seinen seelsorglichen Dienst auf dem Weg zum ewigen Heil führen. Deshalb empfehlen Wir dringend, daß sowohl die fremden wie die einheimischen Priestererzieher es als ihre Amtspflicht betrachten, gewissenhaft dafür zu sorgen, daß ihre Schüler den Ernst und die Schwere ihres Amtes immer mehr würdigen lernen und nach Maßgabe der Klugheit in den Genuß der erlaubten Freiheit des Denkens und Handelns kommen (vgl. Adh. Ap. Pius' XII. *Menti Nostrae,* AAS XLII, 1950, S. 686; Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 133), wodurch sie allmählich, aber doch möglichst schnell dahin gelangen, daß sie auch die höheren kirchlichen Ämter zusammen und in Eintracht, aber auch in voller Gleichberechtigung mit dem ausländischen Klerus übernehmen können. Das wird den Wert ihrer Ausbildung unter Beweis stellen und ihren Erziehern zu der verdienten hohen Ehre gereichen.

Akkommodation an die einheimische Wertwelt

In Würdigung der Umstände, die nicht nur für die richtige geistige und geistliche Erziehung des Priesternachwuchses von Bedeutung sind, sondern für die gesamten Bedürfnisse der einzelnen Völker und ihre Mentalität, hat der Apostolische Stuhl den ausländischen und einheimischen Klerus zum Studium der Missionswissenschaft angehalten. Unser Vorgänger Benedikt XV. hat an der Hochschule der Propaganda Fide Lehrstühle dafür geschaffen (ebd. S. 448). Unser unmittelbarer Vorgänger Pius XII. hat große Freude über die Gründung des „Missionswissenschaftlichen Institutes" an dieser Hochschule empfunden und auch an der Errichtung „nicht weniger missionswissenschaftlicher Fakultäten und Lehrstühle in Rom und anderswo" (Enz. *Evangelii praecones,* AAS XLIII, 1951, S. 500; Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 490). Deshalb soll es in den katholischen Missionsseminarien nicht fehlen an Lehrgängen für die verschiedenen Zweige der Missionswissenschaft und für sachliche Fragen, deren Kenntnis zur Seelsorge in den einzelnen Ländern nützlich scheint. Die Ausbildung muß unbedingt nicht nur die ganze, rechtgläubige, überlieferte Lehre der Kirche umfassen, sondern auch den Geist der Studenten aufschließen und schärfen für die Beurteilung ihrer heimatlichen Kultur, hauptsächlich in bezug auf die Philosophie, die Theo-

logie und ihr Verhältnis zur christlichen Religion. „Die katholische Kirche", so sagte Pius XII., „hat die Überzeugungen der Völker weder verachtet noch verschmäht, die Kirche hat sie vielmehr von Irrtum und Unvollkommenheit gereinigt und durch die christliche Weisheit vervollkommnet und vollendet. Ebenso hat sie deren Kunst und Kultur ... und die Sitten und überlieferten Bräuche ... gewissermaßen geheiligt. Auch ihre Feste hat sie unter Änderung von Inhalt und Form als Erinnerungstage an die Märtyrer und zur Verherrlichung der heiligen Geheimnisse in ihren Dienst genommen" (ebd. S. 522). Auch Wir selbst haben Unsere Auffassung darüber schon geäußert: „Wo immer wirkliche Fortschritte in Künsten und Wissenschaften die Kultur der Menschheit bereichern können, fördert und unterstützt die Kirche die darauf gerichteten Anstrengungen des Geistes. Denn die Kirche verbindet sich, wie ihr wohl wißt, nicht mit einer einzigen Kultur, als wäre diese ihr einzig angepaßt und jede andere zu verachten. Sie wirft sich auch nicht einmal der Kultur Europas und der westlichen Völker in die Arme, wiewohl sie mit dieser nach dem Zeugnis der Geschichte besonders eng verbunden ist. Denn die Aufgabe, die der Kirche anvertraut ist, hat die Religion und das ewige Heil der Menschen zum Gegenstand. Die Kirche, die immer jung bleibt und immer wieder durch den Hauch des Heiligen Geistes erneuert wird, ist jederzeit voller Anerkennung und Aufnahmebereitschaft, ja sogar eine tätige Anregerin für alles, was der Menschheit geistig und seelisch zur Ehre gereicht, auch wenn es in anderen Teilen der Welt als dem Mittelmeerraum seinen Ursprung hat, der nach Gottes Vorsehung die Wiege ihrer Kindheit war" (vgl. Rede an den 2. Weltkongreß der Schriftsteller und Künstler schwarzer Rasse — „Osservatore Romano", 3. 4. 1959, S. 1).

Durchdringung der gebildeten Schichten

Wenn die einheimischen Priester in der dargelegten Weise gründlich gebildet und zum richtigen Vorgehen auf diesem schwierigen Gebiete ausgerüstet werden, dann können sie unter Leitung ihrer Bischöfe einen sehr nützlichen Beitrag leisten, insbesondere den Kontakt mit ihren gebildeten Mitbürgern finden und diese nach dem Beispiel des berühmten Missionars Matthäus Ricci der christlichen Wahrheit geneigt machen, zumal in den uralten Kulturvölkern. Auch die einheimischen Priester haben die Pflicht, „jeden Verstand gefangenzunehmen, um ihn zum Gehorsam Christi zu führen" (vgl. 2 Kor. 10, 5), wie der unvergleichliche Verkündiger des Evangeliums und Völkerapostel Paulus versichert; sie werden sich „der Wertschätzung der Führenden und Gebildeten ihres Volkes erfreuen" (Enz. Pius' XI. *Rerum Ecclesiae,* AAS XVIII, 1926, S. 77). Gestützt auf ihr Urteil und ihre Hilfe, werden die Bischöfe Sorge tragen, möglichst bald in geeigneter Form, je nach den Bedürfnisssen, für einzelne oder auch für mehrere Gebiete gemeinsam Zentren für Studien und Lehre zu schaffen, in denen die auswärtigen wie die einheimischen Priester ihr Wissen und ihre Erfahrung auswerten und nutzbar machen können für das Wohl des Volkes, in dem sie geboren sind oder zu dessen Missionierung sie erwählt worden sind. Wir müssen hierzu ein Wort Unseres Vorgängers Pius' XII. in Erinnerung rufen, in dem er darauf hinwies, daß es Aufgabe der Katholiken ist, „katholisches Schrifttum aller Art zu vermehren und zu verbreiten" (Enz. *Fidei donum,* AAS XLIX, 1957, S. 233; Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 476) und alle Anstrengungen zum Ausbau „der modernen Massenkommunikationsmittel zu unternehmen, die zur Verbreitung von Lehren dienen; denn es kann niemandem verborgen bleiben, wieviel darauf ankommt, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und in der richtigen Weise zu bilden" (ebd.). Nicht überall kann alles getan werden. Aber man muß alle Chancen nutzen, um für Bedürfnisse jeder Art vorzusorgen, auch wenn manchmal „ein anderer sät und ein anderer erntet" (Joh. 4, 37).

Vorsichtsmaßnahmen bei sozialen und caritativen Werken

Die Ausbreitung der Wahrheit und der Liebe Jesu Christi ist die eigentliche Aufgabe der Kirche. Darum ist es auch „ihre heilige Pflicht, den Völkern im Rahmen des Möglichen die Wohltat ihres Lebens und ihrer Lehre zu vermitteln, auf der sich eine neue, an christlichen Grundsätzen ausgerichtete gesellschaftliche Ordnung aufbauen kann" (Enz. *Fidei donum,* AAS XLIX, 1957, S. 231; Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 474). Aus diesem Grunde ist die Kirche auch in den Missionsgebieten mit aller Energie um das Zustandekommen sozialer Werke und Unternehmungen der Entwicklungshilfe bemüht, die den christlichen Gemeinschaften und den Völkern, zu denen diese Gemeinschaften gehören, von Nutzen sein können. Es muß aber dafür gesorgt werden, daß die apostolische Tätigkeit der Missionare nicht durch ein Übermaß weltlicher Arbeiten belastet oder gehindert wird. Man möge sich auf solche Einrichtungen beschränken, die notwendig, leicht durchführbar und von unmittelbarem Nutzen sind, und ihre Verwaltung und Leitung so bald wie möglich einheimischen Männern oder Frauen anvertrauen, damit die Missionare ihre ganze Kraft der Verkündigung und der Sorge um ihre eigene und die Heiligkeit der anderen und das ewige Heil widmen können.

Bildung des Geistes allumfassender Liebe

Wie Wir sagten, fordert ein fruchtbares Apostolat offensichtlich und mit höchster Dringlichkeit, daß die einheimischen Priester die Traditionen ihres Vaterlandes kennen und zu würdigen wissen. Aber noch klarer ist es, daß auch ihnen der folgende Satz Unseres letzten Vorgängers gilt, den er an die katholische Welt richtete: „Die allgemeinen Anliegen und Intentionen der Kirche sollen auch die Anliegen und Intentionen ihres alltäglichen christlichen Lebens sein" (ebd. S. 238). Deshalb muß der einheimische Klerus nicht nur die Angelegenheiten, Verhältnisse und Bedürfnisse der Gesamtkirche gründlich kennen, sondern auch von der Liebe zur Gesamtheit der Christgläubigen geleitet und getragen werden. Sehr richtig und gut hat der heilige Johannes Chrysostomus, als er von der Feier der Liturgie sprach, bemerkt: „Wenn wir zum Altar hintreten, dann beten wir an erster Stelle für die ganze Welt und die gemeinsamen Anliegen" (Hom. II in 2 Kor. Migne, PG, LXI, S. 398). Der heilige Augustinus aber sprach den folgenden schönen Satz: „Breite deine Liebe über die ganze Welt aus, wenn du Christus lieben willst; denn die Glieder Christi sind über die Welt hin verstreut" (In Ep. Joan. ad Parthos Tr. X cap. 5. Migne, PL, XXXV, S. 2060).

Aus dieser Erwägung, daß der Geist katholischer Einheit, von dem das Missionswerk geleitet und beseelt sein muß, ungebrochen bewahrt und tief empfunden werde, warnte Unser Vorgänger Benedikt XV. mit den folgenden Wor-

ten sehr ernst vor einer Gefahr, die aus den Absichten der Missionare unbedingt verbannt werden muß, da sie die Wirksamkeit ihrer Arbeit mindern kann: „Es wäre überaus traurig, wenn Missionare ihre Würde soweit vergäßen, daß sie mehr an ihr irdisches als an das himmlische Vaterland dächten und sich mehr als recht und billig für die Ausbreitung seiner Macht und seines Ruhmes einsetzten. Das wäre die schlimmste Schädigung des Apostolates, es würde in einem Verkündiger des Evangeliums die Liebe zu den Seelen entnerven und seine Autorität beim Volk untergraben" (Ep. Ap. *Maximum illud,* AAS XI, 1919, S. 446).

Die gleiche Gefahr, wenn auch in anderen Formen und Zusammenhängen kann auch heute entstehen, um so mehr, als nicht wenige Missionsvölker mit aller Macht nach der Freiheit und der vollen Selbstbestimmung und Souveränität streben. Die errungene politische Freiheit kann zu maßlosen Bewegungen führen, die dem gemeinsamen Wohl und Interesse der menschlichen Gesamtfamilie wie auch der Liebe entgegenstehen.

Wir vertrauen darauf, daß auch der einheimische Klerus sich leiten lassen wird von Absichten und Gedanken, die den allgemeinen Grundsätzen der christlichen Religion entsprechen und mit der Lehre der katholischen Kirche voll übereinstimmen, die alle Menschen mit der gleichen Liebe umarmt und so auch, soweit das an ihr liegt, auf das Beste für das wirkliche Wohl jedes einzelnen Vaterlandes besorgt ist.

Hierzu hat derselbe Papst die folgende berechtigte Feststellung getroffen: „Die katholische Kirche ist in keinem Volk und in keiner Nation eine Fremde" (ebd. S. 445). Deshalb beweist keine christliche Gemeinschaft in irgendeinem Lande ihre Einheit mit der Gesamtkirche, aus der doch das übernatürliche Leben Jesu Christi entspringt, wirklich und in der Tat, wenn ihr Klerus und das Volk sich nur um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern, sich von Mißgunst gegen die anderen Völker leiten lassen, übertriebenem Nationalismus huldigen und sich von ihm verwirren lassen; denn das erschüttert die Liebe, die alle zu umfassen hat. Und auf dieser Liebe gründet die Kirche Gottes, und um ihretwillen heißt sie in Wahrheit „katholisch".

III

Die Laien in den Missionen

Die Laien im Leben der Kirche

Unser Vorgänger Benedikt XV. betonte, wie Wir gesagt haben, sehr entschieden die Notwendigkeit, den einheimischen Klerus mit Sorgfalt und im rechten Geiste auszubilden, damit er den Anforderungen der Gegenwart genügen könne. Aber auch noch eine andere dringende Sorge beschäftigte ihn: die Heranbildung von Laien aus allen Völkern zu einem wahrhaft christlichen persönlichen Leben und für die Aufgaben des Apostolates. Auch Unser unmittelbarer Vorgänger Pius XII. hat sich ausdrücklich und eindringlich dafür eingesetzt (Enz. *Evangelii praecones,* AAS XLIII, 1951, S. 510ff.; Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 544f.). Nicht nur das eine Mal, sondern immer wieder äußerte er sich zu dieser Aufgabe, die heute die größte Aufmerksamkeit verlangt und so gründlich und schnell wie möglich gelöst werden muß.

Pius XII. hat auch das Verdienst, in eingehenden Belehrungen und wiederholten Aufrufen den Laien nahegelegt zu haben, sich dem Apostolat zuzuwenden und ihre Kraft der Hierarchie zur Verfügung zu stellen, wie die Gläubigen von Anfang an und durch die Jahrhunderte hindurch es getan und ihren Bischöfen und Priestern geholfen haben, die christlichen Gebote im religiösen und gesellschaftlichen Leben erfolgreich in die Tat umzusetzen. In noch viel höherem Maße ist das eine Forderung unserer Zeit; das Bedürfnis dafür steigt von Tag zu Tag, je mehr die Zahl der Menschen wächst, die das geistige Brot der Wahrheit nötig haben, und je schwieriger und verwirrender sich ihre Lebensverhältnisse gestalten. Außerdem ist es wesentlich, daß die Kirche überall, wo sie mit ihrer Mission Erfolg hat, sich auch in der ganzen Fülle ihrer Struktur darstellt, zu der ja nicht nur die verschiedenen Grade der Hierarchie gehören, sondern auch der Stand der Laien. Alle müssen an der Arbeit für das Heil mitwirken (Enz. Pius' XII. *Mystici Corporis,* AAS XXXV, 1943, S. 200—201; Enz. Pius' XI. *Rerum Ecclesiae,* AAS XVIII, 1926, S. 78).

Ziel der Laienbildung in den Missionsländern

Zu diesem Zweck genügt es nicht, die Menschen in den jungen christlichen Gemeinden nur zum katholischen Glauben zu bekehren und sie nach der Taufe in großen Zahlen in die Kirchenbücher einzutragen. Unter allen Umständen müssen sie eine christliche Erziehung erhalten, die den Verhältnissen und der Zeit angemessen ist und sie befähigt, je nach ihrer Eignung die Aufgaben zu übernehmen, die für das Wohl und Wachstum der Kirche in Gegenwart und Zukunft von Wert sind. Die Zahl der Christen bedeutet wenig, wenn ihnen die Stärke fehlt, das heißt, wenn sie nicht mit unerschütterlicher Festigkeit ihren Glauben bekennen, wenn nicht das Gnadenleben in ihrer Seele Kraft hat und nach außen Früchte zeitigt, wenn sie nicht nach ihrer Wiedergeburt aus der Gnade Gottes zu jener blühenden und reifen Jugend heranwachsen, die zu fruchtbarem Wirken im Dienste des Guten unablässig bereitsteht. Das christliche Glaubensbekenntnis ist nicht bloß ein Gegenstand der Volkszählung, sondern in erster Linie muß es den neuen Menschen schaffen (vgl. Eph. 4, 24) und seinem ganzen Handeln übernatürliche Kraft verleihen, es anregen, normieren und leiten.

Besondere Aufgaben des Klerus

Die Laien werden aber schwerlich zu diesem Ziel gelangen, wenn nicht der Klerus, der ausländische wie der einheimische, das Aktionsprogramm befolgt, von dem Wir gesprochen haben und das schon der erste Stellvertreter Christi in großen Zügen angedeutet hat mit den Worten: „Ihr aber seid ein auserwähltes Geschlecht, ein königliches Priestertum, ein heiliger Stamm, ein Gott eigenes Volk; ihr sollt die Großtaten dessen verkünden, der euch aus der Finsternis in sein wunderbares Licht berufen hat" (1 Petr. 2, 9).

Ein Unterricht und eine Erziehung im Christenglauben, die sich darauf beschränken würden, die Gläubigen Katechismusformeln zu lehren und mit den wichtigsten sittlichen Geboten sowie ihrer Anwendung summarisch bekanntzumachen, ohne ihnen den Weg zur Erfüllung zu zeigen und sie dazu anzueifern, kommt in die große Gefahr, der Kirche ein träges Volk zuzuführen. Aber ganz im Gegensatz dazu sollen die Schäflein der Herde Christi dem Hirten nicht nur zuhören, sondern ihn und seine Stimme kennen (vgl. Joh. 10, 4 14) und ihm treu und willig auf die Weide des ewigen Lebens folgen (vgl. ebd. 10, 9 10), um einmal aus der Hand des höchsten Hirten

„die unverwelkbare Krone der Herrlichkeit" (1 Petr. 5, 4) in Empfang zu nehmen. Die Schäflein, die den Hirten, der sein Leben für seine Schafe dahingab (vgl. Joh. 10, 11), kennen, ihm nachfolgen und sich ihm hingeben, sollen aber auch in freudigem Gehorsam gegen seinen göttlichen Willen darum bemüht sein, daß andere Schafe, die ihm nicht nachfolgen, sondern weitab herumirren, wiewohl er der Weg, die Wahrheit und das Leben ist (ebd. 14, 6), endlich in die eine und einzige Herde eingehen.

Ohne das wache und eifrige Apostolat hat das Bekenntnis zum christlichen Glauben keinen rechten Sinn. „Jeder ist verpflichtet, seinen Glauben anderen mitzuteilen, sei es durch die Belehrung und Stärkung anderer Gläubiger, sei es in der Verteidigung gegen die Ungläubigen" (S. Th. II II q. 3 a. 2 ad 2). Das gilt besonders für unsere Zeit, da die Kirche und die ganze Menschheit in einer besonders schwierigen Lage sind.

Eine vollkommene und wirksame christliche Erziehung hängt davon ab, daß die Lehrer und Erzieher den Weg zur Mentalität, zu den innersten Neigungen und Veranlagungen der Menschen finden und sie darin verstehen, damit dann die neuen Jünger Jesu Christi die Gebote der göttlichen Offenbarung mit ihren Folgerungen und Normen innerlich aufnehmen und sich ihnen ganz anpassen. Der göttliche Erlöser hat uns sein großes Gebot zu wahrhaftiger Befolgung gegeben, jedem einzelnen. Es lautet: „Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben aus ganzem Herzen, aus ganzer Seele und mit deinem ganzen Gemüt" (Matth. 22, 37). Den Menschen, die zum katholischen Glauben kommen, muß die ganze Großartigkeit des christlichen Bekenntnisses aufleuchten, so daß sie dadurch begeistert werden für ein Leben persönlicher Größe und apostolischen Eifers, ein Leben nach dem herrlichen Beispiel Jesu Christi, der als Menschensohn uns geboten hat, seinen Spuren zu folgen" (vgl. 1 Petr. 2, 21; Matth. 11, 29; Joh. 13, 15).

Zeugnis der Wahrheit — Pflicht des Laien

Wer den Namen eines Christen trägt, ist sich dessen klar bewußt, daß es erste und grundlegende Gewissenspflicht ist, Zeuge der Wahrheit, an die er glaubt, und der Gnade, die ihn umgestaltet hat, zu sein. Darüber sagt ein hervorragender Kirchenvater: „Deshalb ließ uns Christus hier zurück, damit wir Träger des Lichtes, Lehrer unserer Mitmenschen und Sauerteig seien; damit wir wie Engel mit den Menschen, wie Erwachsene mit Kindern und wie geistbegabte Wesen mit Tieren verkehren, um sie zu gewinnen; damit wir wie Samenkörner seien und reiche Frucht hervorbringen. Überflüssig wäre die Rede, wenn unser Leben aus sich heraus schon strahlend wäre; überflüssig das Wort, wenn wir Taten zeigen würden. Keiner wäre mehr Heide, wenn wir wirklich Christen wären" (Joh. Chrys. Homil. zu 1 Tim. Migne, PG, LXII, S. 551).

Wenn auch alle Christen auf der ganzen Erde ganz offensichtlich diese Aufgabe zu erfüllen haben, so ist es noch viel einleuchtender, daß gerade in den Missionsgebieten aus der Erfüllung dieses Auftrags einzigartige und überreiche Früchte ersprießen können. Sie gehört zur Ausbreitung des Reiches Gottes bei den Menschen, die das herrliche Geschenk unseres Glaubens nicht kennen und der die Natur übersteigenden Kraft der Gnade nicht teilhaftig sind. Dazu rief schon der Herr auf: „So leuchte euer Licht bei den Menschen, daß sie eure guten Werke sehen und euern Vater im Himmel preisen" (Matth. 5, 16). Und der Apostel Petrus ermahnte die Gläubigen: „Enthaltet euch von fleischlichen Gelüsten, die wider den Geist streiten! Führt einen guten Wandel unter den Heiden, damit sie gerade in dem, worin sie euch verlästern wie Übeltäter, als Folge eurer guten Werke euch achten und Gott preisen" (1 Petr. 2, 12).

Wirksames Zeugnis der Liebe

Das Zeugnis des einzelnen muß durch das Zeugnis der ganzen christlichen Gemeinschaft bestätigt und erweitert werden, genauso wie es in der Frühzeit der katholischen Kirche gegeben wurde. Die Einheit und Übereinstimmung aller Christen, „die in der Lehre der Apostel sowie in der Gemeinschaft des Brotbrechens und des Gebetes verharrten" (Apg. 2, 42), sowie ihr Verbundensein in eifrigen Liebesdiensten schenkten ihnen die größten Freuden und gegenseitigen Anreiz zur Frömmigkeit. Und so lebten sie „Gott lobpreisend und beliebt beim ganzen Volk. Der Herr aber vermehrte dadurch die, die täglich gerettet wurden" (ebd. 47).

Die Einheit im Gebet zu Gott und in der aktiven Teilnahme an den göttlichen Geheimnissen der heiligen Liturgie bereichert und vollendet das christliche Leben des einzelnen und der ganzen Gemeinschaft aufs wirksamste. Das gilt am meisten für die Stärkung der Menschen in der Liebe, die das Kennzeichen wirklichen Christseins ist. Die Liebe überwindet die Gegensätze zwischen Völkern und Kulturen und verbindet alle Menschen in Freundschaft, ob sie Brüder oder Gegner waren. Dafür gilt das Wort Unseres Vorgängers, des heiligen Papstes Klemens: „Wenn die Heiden von uns das Wort Gottes hören: ‚Ihr habt kein Verdienst, wenn ihr die liebt, die euch lieben, aber alles Verdienst, falls ihr eure Feinde und Hasser liebt' (vgl. Luk. 6, 32—35), so bewundern sie diese erhabene Güte. Wenn sie aber sehen, daß uns nicht nur die Liebe gegen diejenigen fehlt, die uns hassen, sondern auch gegen die, die uns lieben, lachen sie über uns, und der Name Gottes wird gelästert" (F. X. Funk, Patres Apostolici, Bd. I, S. 201).

Der bedeutendste Künder des Evangeliums, der hl. Apostel Paulus, schrieb gerade zu dem Zeitpunkt, als er den Völkern im Westen das Wort Gottes bringen wollte, an die Römer von „der Liebe ohne Heuchelei" (Röm. 12, 9 ff.), nachdem er schon zuvor diese Tugend gepriesen hatte, ohne die der Christ nichts ist (1 Kor. 13, 2).

Die materielle Hilfe

Die Liebe wird auch in materieller Weise sichtbar, wie Unser unvergeßlicher Vorgänger Pius XII. sagte: „Ein Leib verlangt auch eine Vielheit von Gliedern, die so untereinander verbunden sein müssen, daß sie sich gegenseitig Hilfe leisten. Und gleich wie in unserm sterblichen Leib, wenn ein Glied leidet, alle andern mitleiden und die gesunden Glieder den kranken zu Hilfe kommen, so leben auch in der Kirche die einzelnen Glieder nicht einzig für sich, sondern unterstützen auch die andern, und alle leisten sich gegenseitig Hilfsdienste, zu gegenseitigem Trost, wie besonders zum weiteren Aufbau des ganzen Leibes (Enz. *Mystici Corporis*, AAS XXXV, 1943, S. 200). Materielle Nöte, unter denen die Gläubigen leiden, bestehen auch für das Leben und die Institutionen der Kirche. Die einheimischen Gläubigen mögen sich daran gewöhnen, nach besten Kräften ihre Kirchen, Vereinigungen und den Klerus, der sich ihnen ganz geweiht hat, freiwillig durch ihre Gaben zu unterhalten. Es hat keine Bedeutung, wenn die-

ser Beitrag klein ist. Es kommt nur darauf an, daß er Zeugnis für das Bewußtsein religiöser Gemeinschaft ablegt.

IV

Das Laienapostolat in den Missionen

Vorbereitung

Da es den Gläubigen als Gliedern eines lebendigen Leibes nicht freisteht, sich von den andern zu trennen und der Meinung zu sein, daß sie ihre Pflicht getan haben, wenn sie sich ausschließlich um die eigenen Bedürfnisse kümmern und sorgen, sollen sie auch alle zusammen, jeder nach seinen Möglichkeiten, hilfreichen Dienst am Wachstum und der Ausbreitung des Reiches Gottes leisten. Zu diesem allgemeinen Dienst rief Unser Vorgänger Pius XII. mit folgenden Worten auf: „Die Katholizität ist ein wesentliches Merkmal der Kirche, so daß ein Christ nicht wirklich mit der Kirche verbunden sein kann, wenn er nicht ebenso mit der Gesamtheit der Gläubigen verbunden ist und wünscht, daß die Kirche bei allen Völkern Wurzel schlage und blühe" (Enz. *Fidei Donum,* AAS. XLIX, 1957, S. 237; Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 477).
Alle mögen deshalb im heiligen Wettstreit miteinander Zeugnis ablegen von ihren Bemühungen um das geistliche Wohl ihrer Mitmenschen, die Sicherung ihres eigenen Glaubens und seine Mitteilung an diejenigen, die ihn gar nicht oder nur ungenügend kennen und deshalb abwertend beurteilen. Die Priester, die Familien und die örtlichen Apostolatsvereinigungen mögen so handeln, daß sie die religiöse Bindung an diese Aufgabe auch in den jungen Christengemeinden den Menschen von frühester Kindheit und Jugend an beibringen. Um ihn in geeigneter und wirksamer Weise zum Apostolatsauftrag hinzuführen, bieten sich sehr günstige Gelegenheiten bei der Vorbereitung junger Menschen und erwachsener Täuflinge auf den Empfang des Sakramentes der Firmung, durch deren „Salbung den Gläubigen neue Kraft verliehen wird, daß sie die Mutter Kirche und den Glauben, den sie von ihr erhielten, tapfer schützen und verteidigen" (Enz. *Mystici Corporis,* AAS XXXV, 1943, S. 201). Diese Vorbereitung muß vor allem bei den Völkern geschehen, die besondere bodenständige Initiationsriten haben, um die jungen Menschen in das gesellschaftliche Leben rechtlich einzugliedern.

Katecheten

Wir können es an dieser Stelle nicht unterlassen, das Werk der Katecheten in das gebührende Licht zu setzen. Es ist offensichtlich, daß sie seit Beginn der Missionsgeschichte einen einzigartigen und notwendigen Beitrag zur Mission geleistet haben. Zu jeder Zeit waren sie die einsatzbereitesten Mitarbeiter der Künder des göttlichen Wortes, teilten ihre Mühsal und nahmen ihnen Arbeit ab. Unsere Vorgänger erklärten eindeutig, wie wichtig es für die Ausbreitung des Evangeliums ist, „ihre Zahl zu vermehren" und sie sorgfältigst auszubilden (Enz. *Rerum Ecclesiae,* AAS XVIII, 1926, S. 78). Sie hielten das Katechetenamt für den „vielleicht wichtigsten Fall des Laienapostolates" (Pius XII. an den zweiten Laienweltkongreß, AAS XLIX, 1957, S. 937; Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 118). Wir erteilen ihnen erneut höchstes Lob und ermahnen sie, daß sie das Glück der Seele, das diesem Amt entspringt, sorgfältig bewahren und sich unablässig und eifrig bemühen, unter Leitung der kirchlichen Hierarchie das religiöse Leben zu pflegen und ein wahrhaft christliches Leben zu führen. Von ihnen sollen die Katechumenen ja nicht nur die ersten Elemente des Glaubens empfangen, sondern auch die Anleitung zu Tugend und warmer, aufrichtiger Liebe zu Christus und seiner Kirche. Alle Sorge um die Erhöhung der Zahl und die angemessene Ausbildung dieser hervorragenden Helfer der kirchlichen Hierarchie sowie alles, was sie selbst an Mühe als Künder der katholischen Lehre auf sich nehmen, um ihr Amt so richtig und gut wie möglich zu führen, sind unmittelbar wirksame Instrumente für Gründung und Gedeihen neuer christlicher Gemeinden.

Katholische Aktion

In Unserer Antrittsenzyklika haben Wir aus verschiedenen schwerwiegenden Gründen im Hinblick auf unsere Zeit die Mahnung ausgesprochen, daß überall auf Erden „Laien in die friedliche Armee der Katholischen Aktion berufen werden, um die kirchliche Hierarchie in ihrer Apostolatsarbeit zu unterstützen" (vgl. Enz. *Ad Petri cathedram,* AAS LI, 1959, S. 523; Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 546). Mit folgenden Worten haben wir sie unterbaut: „Es ist Uns ein großer Trost, daran zu denken, was diese Hilfskräfte der Bischöfe und Priester in der Vergangenheit bereits auch in den Missionsländern mit ihrem Eifer und ihrer Energie geleistet und erreicht haben" (ebd. S. 523 bzw. 546). Dazu wollen Wir noch aus der Liebe, „die Uns drängt" (vgl. 2 Kor. 5, 14), eindringlich die Ermahnungen Unseres unvergeßlichen Vorgängers Pius XII. wiederholen:
„Darum ist es absolut notwendig, daß sich zahlreiche Laien in der Katholischen Aktion zusammenschließen, um ihren hochherzigen und tatkräftigen Eifer mit dem hierarchischen Apostolat des Klerus zu vereinen" (Enz. *Evangelii praecones,* AAS XLIII, 1951, S. 513; Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 544 f.).
Zur Verwirklichung dieses Willens des Papstes haben sich Missionsbischöfe, Welt- und Ordensklerus sowie hochherzige und im religiösen Leben erfahrene Gläubige in lobenswertem Eifer zusammengefunden. Dadurch entstanden fast überall auf der Welt glückliche Unternehmungen und erblühten fruchtbare Werke. Doch ist es notwendig — und Wir halten es für richtig, immer wieder darauf hinzuweisen —, daß die Apostolatsart den örtlichen Bedingtheiten und Notwendigkeiten angepaßt wird. Denn es ist einfach unmöglich, das, was sich an einer Stelle erfolgreich durchgesetzt hat, unterschiedslos irgendwohin zu übertragen. Deshalb sollen die Verantwortlichen unter Leitung der kirchlichen Hierarchie und in gelassenem Gehorsam gegenüber ihren Hirten Sorge tragen, daß die verschiedenen Apostolatsformen nicht zur übermäßigen Belastung werden, die kostbare Energien verhindern oder zersplittern könnte, so daß nur bestimmte Teilleistungen erreicht werden und eine Aktion unvollständig, stümperhaft und zu sehr spezialisiert bleibt, die, anderswo erfolgreich, dort eben weniger Erfolg hat, wo Umgebung und Notwendigkeiten anders sind. In der Antrittsenzyklika haben Wir schon die Katholische Aktion gestreift und angekündigt, sie bei gegebener Gelegenheit umfassender zu behandeln. Daraus werden, wie Wir vertrauen, auch die Missionsländer bedeutende Vorteile ziehen und neue Impulse schöpfen. Inzwischen mögen alle Gläubigen in einträchtigem Wollen und übernatürlicher Gesinnung sich ans Werk begeben und überzeugt sein, daß sie sich nur

unter diesen Bedingungen rühmen können, dem Göttlichen, der Kultur und dem Fortschritt ihres Volkes zu dienen.

Ausbildung von Führungskräften der Katholischen Aktion

„Die Katholische Aktion ist eine Gemeinschaft von Laien mit einem eigenen und verantwortlichen Handlungsbereich in notwendiger Unterordnung unter die kirchlichen Oberen" (Pius XII. an die Katholische Aktion am 11. 10. 46; Discorsi e Radiomessaggi, VIII, S. 468), doch so, daß die Laien selbst Führungsposten innehaben. Hier müssen Personen eingesetzt werden, die die einzelnen Verbände mit apostolischem Eifer zu erfüllen vermögen und so wirken, daß diese erfolgreich sind. Um sich der von der Hierarchie ihnen anvertrauten zentralen oder untergeordneten Leitung der Verbände würdig zu erweisen, müssen es Männer und Frauen sein, die sichere Garantien dafür bieten, daß sie christliche Lehren und christliche Sitten kennen und vorleben, so daß „sie den andern das geben, was sie selbst als überreiche göttliche Gnade empfangen haben" (Enz. *Ad Petri cathedram,* AAS LI, 1959, S. 524; Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 543). Man kann sagen, der geeignetste Ort und die Ausbildungsstätte für die Führungskräfte der Katholischen Aktion ist die christliche Schule. Sie kann jedoch ihr Ziel nur erreichen und ihre Aufgabe erfüllen, wenn dort von den Lehrern, seien sie aus dem Welt- oder Ordensklerus oder seien sie Laien, wirkliche Christen erzogen werden.

Es ist allgemein bekannt, welche Bedeutung die Schule für die Missionsgebiete hatte und hat, welche Energie und Mühe die Kirche dem Unterricht jeder Art gewidmet und wie tatkräftig sie ihn geschützt und gefördert hat. Da es jedoch offensichtlich schwierig ist, dem Unterricht allein die Ausbildung der Führungskräfte der Katholischen Aktion zu überlassen, müssen hoffnungsvolle junge Leute außerhalb der Schule zusammengefaßt werden, um sie zum Apostolat hinzuführen und anzuleiten. Die Ortsordinarien mögen deshalb Sorge tragen, in richtiger Weise und der bestmöglichen Form Apostolatsschulen zu eröffnen, deren Bildungsplan sich von dem der eigentlichen Schulen naturgemäß unterscheidet. Es ist außerdem wichtig, Kinder und Jugendliche, die nichtkatholische Schulen besuchen müssen, vor falschen Ansichten zu bewahren. Immer jedoch wird es notwendig bleiben, die an den öffentlichen Schulen vermittelte Allgemein- und Berufsausbildung durch eine klug und überlegt gestaltete geistliche Bildung zu ergänzen, damit die Menschen nicht falsch unterrichtet und zur Arroganz aufgeblasen jene Schulen verlassen und dadurch der Kirche und ihrem Volk mehr schaden als nützen. Ihre religiöse Bildung muß der geistigen Entwicklung folgen, so daß sie zur Führung eines katholischen Lebens innerhalb ihrer Gesellschaftsordnung und der menschlichen Umgebung, in der sie wirken, gut ausgerüstet werden und zum richtigen Zeitpunkt einen Platz in den katholischen Organisationen einnehmen können. Für junge Menschen, die von zu Hause fort müssen, um in den Städten die öffentlichen Schulen zu besuchen, sollten Internate geschaffen werden, in denen christliches Leben und christliche Sitten eine Einheit bilden und ihr Sinnen und ihre Kraft auf die hohen Ziele des Apostolates lenken.

Auch wenn Wir solchen Schulen eine ganz besondere und wirksame Bedeutung zumessen, so wollen Wir doch dadurch die Familien nicht von ihren Verpflichtungen entbinden oder ihre Autorität schmälern. Denn sie vermögen in diesem Punkt mehr als die Schule, indem sie in die Seelen der Kinder die Flamme des Apostolates einpflanzen, sie zu einer immer reiferen Beachtung der christlichen Gebote anleiten und zum Handeln im Leben führen. Dieses häusliche Zusammenleben ist die beste Schule, die nichts ersetzen kann.

Die spezifischen Aufgaben der Laien

Der „gute Kampf" (2 Tim. 4, 7) für den christlichen Glauben wird nicht nur im stillen Kämmerlein des eigenen Gewissens und innerhalb der vier Wände des eigenen Heimes ausgetragen, sondern auch an allen Fronten des öffentlichen Lebens. Überall auf der Welt erheben sich in unseren Tagen Probleme. Wer sich um ihre Lösung müht, stützt sich zumeist nur auf Menschenweisheit und befolgt Grundsätze, die nicht selten den Forderungen des christlichen Sittengesetzes entgegengesetzt sind. „Die meisten Länder machen eine soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklungsphase durch, die ihre Zukunft entscheidend bestimmen wird" (Enz. *Fidei donum,* AAS XLIX, 1957, S. 229; Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 475). Probleme, die bei manchen Völkern schon gelöst sind oder in deren Tradition Elemente der Ordnung vorfinden, drängen bei andern zu einer unaufschiebbaren Lösung. Das ist insofern gefährlich, als es zu übereilten und leichtsinnigen Lösungsversuchen kommen könnte, die die religiösen Grundlagen der einzelnen und der Völker vernachlässigen oder ihnen widersprechen. Diese Probleme dürfen alle auf das Wohl der Menschen und der Kirche bedachten Katholiken weder übersehen noch sorglos eine schädliche Lösung zulassen, so daß später eine Beseitigung der Fehler viel schwieriger und die Verbreitung des Christentums auf Erden behindert wird.

Im Rahmen der öffentlichen Tätigkeit ist das Werk der Laien in den Missionsländern noch unmittelbarer und wichtiger. Umsichtig und energisch müssen die christlichen Gemeinden dafür Sorge tragen, daß die Männer, die zum Wohl ihres Landes in öffentliche Stellungen kommen, die ihnen anvertrauten Ämter und Aufgaben nicht nur lobenswert ausfüllen, sondern auch durch ein wahrhaft christliches Leben die Kirche, aus deren Reichtum sie wiedergeboren sind, ehren. Dann können die Bischöfe auch ihnen das Lob spenden, das wir in den Schriften des hl. Basilius lesen: „Ich danke dem heiligen Gott, daß ihr als Männer des öffentlichen Lebens nicht das Leben der Kirche verlassen habt. Im Gegenteil, jeder von euch hat sich darum gekümmert wie um ein ganz persönliches Anliegen, von dem sein Leben abhängt" (Ep. 288; Migne, PG 32, 855).

Ganz besonders in Fragen des Schul- und Bildungswesens, der Sozialhife, der Arbeitervereinigungen und der politischen Ordnung wird die Mitarbeit sachkundiger einheimischer Katholiken vorzüglich sein, wenn sie ihre Absichten und Taten am christlichen Sittengesetz ausrichten, wie es ihre Gewissenspflicht erfordert, die sie ohne Verrat am Glauben nicht verletzen können. Eine jahrhundertealte Erfahrung lehrt, daß sich die wirksamste und energischste Mitarbeit am Gemeinwohl so vollzieht.

Es ist einsichtig, daß die weltweit verbreiteten katholischen Organisationen in brüderlicher Liebe verbunden von großer Nützlichkeit und Durchschlagskraft für Förderung des Apostolats in den Missionsgebieten sein

können — wie schon Unser unvergeßlicher Vorgänger Pius XII. feststellte — sei es in bezug auf Lehre und Forschung, um gerade die sozialen Fragen der jungen Staaten zu einer Lösung zu bringen, sei es für das Apostolat selbst, um durch Ratschläge die unter der Fahne Christi kämpfenden Laien zu unterstützen. Es ist Uns bekannt, was die Laienhelfer in den Missionen schon geleistet haben und noch leisten, die zeitlich begrenzt oder für das ganze Leben ihr Vaterland verließen, um in den Bekehrungsgebieten auf viele Weisen zum gesellschaftlichen und religiösen Wohl beizutragen. Wir bitten Gott inständig, daß er die Zahl dieser hochherzigen Helfer wachsen lasse und sie in den Schwierigkeiten und Mühsalen, die sie in apostolischer Absicht ertragen, stärke. Desgleichen helfen Mitglieder der Säkularinstitute den einheimischen Laien der Missionsländer in äußerst fruchtbarer Weise, wenn sie andere durch ihr Beispiel hinreißen und den Ortsordinarien ihre geistige und körperliche Arbeit freiwillig und gerne zur Verfügung stellen, um die jungen Christengemeinden rasch zur Reife zu führen.

Auch an alle andern Laien, die überall auf Erden durch ihr Wirken oder durch ihre Stellung im öffentlichen Leben im Vordergrund stehen, richten Wir die Mahnung, daß sie ernsthaft erwägen, wie sie, auch ohne die Heimat zu verlassen, ihren neuen christlichen Brüdern helfen können. Sie vermögen ohne große Mühe und Nachteil Hilfe zu schaffen durch Rat, Erfahrungsübermittlung sowie technische Hilfe und dadurch eine große Wirkung zu erreichen. Die Gutgesinnten werden sicher Möglichkeiten finden, das, was Wir väterlich wünschen, in die Tat umzusetzen. Sie werden darum besorgt sein, diesen Unsern Wunsch aufgeschlossenen Mitmenschen weiter zu vermitteln, um ihren Willen zu bewegen und sie zu der für sie passenden Tat zu veranlassen.

Die Studenten aus Entwicklungsländern

Schon Unser unmittelbarer Vorgänger ermahnte die Bischöfe, „daß sie sich im Geiste brüderlicher und selbstloser Zusammenarbeit" um das geistliche Wohl der jungen Menschen, die aus den Missionsländern zum Studium oder zu technischer Ausbildung in ihre Diözesen kommen, kümmern sollen. Diese Ausbildung gibt ihnen ja die Möglichkeit, in ihrer Heimat rasch zu führenden Stellungen zu gelangen (vgl. Enz. *Fidei donum,* AAS XLIX, 1957, S. 245; Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 479). Jeder von euch, ehrwürdige Brüder, weiß, wieviel geistige und moralische Gefahren sie in einer Gesellschaft bedrohen, die ihrer eigenen fremd ist und leider keineswegs so beschaffen, daß sie ihren Glauben stärken und sie zu christlicher Tugend führen könnte. Deshalb gehört es zu den missionarischen Gewissenspflichten eines jeden von euch, sich mit Liebe, höchster Sorgfalt und geeigneten Methoden ihrer anzunehmen. Es wird nicht schwierig sein, diese jungen Studenten ausfindig zu machen, sie Priestern oder Laien, die zu einer solchen Aufgabe fähig sind, anzuvertrauen, ihnen geistlichen Beistand zu leisten und schließlich zu erreichen, daß sie die Geborgenheit und Hilfe der christlichen Liebe verspüren und erleben, durch die wir alle einen brüderlichen Bund eingehen und in der einer dem andern hilft. Deshalb fügt so vielen und so großen Hilfeleistungen für die Missionen auch noch dieses Hilfswerk hinzu, durch das die fernen Länder, die ja auch eurer Sorge anvertraut sind, euch ganz nahe vor Augen gestellt werden.

Diesen Studenten wollen Wir nicht nur Unsere Liebe zeigen, sondern sie auch eindringlich und liebevoll ermahnen, daß sie das Zeichen des Kreuzes, das auf ihrer Stirn durch das Blut Christi und die Salbung mit Chrisam eingeprägt ist, unversehrt weiter tragen und, solange sie bei fremden Völkern sind, keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, sich auf ihre künftigen Aufgaben vorzubereiten und ihr religiöses Leben besser zu begreifen. Wenn sie auch Gefahren und dem Schlechten ausgesetzt sind, so haben sie doch die beste Gelegenheit, während ihres Aufenthalts bei christlichen Völkern viele geistliche Vorteile zu erlangen. Deshalb müssen alle Christen, wer sie auch sind und woher sie kommen, daran denken, daß sie die Pflicht haben, ein gutes Beispiel zu geben und sich gegenseitig durch Frömmigkeit zu erbauen.

V

Dank und Bitte

Nachdem Wir nun, ehrwürdige Brüder, die aktuellen und wichtigsten Nöte der Kirche in den Missionsländern behandelt haben, müssen Wir mit bewegtem Herzen Unsere Dankbarkeit allen übermitteln, die bis an die Grenzen der Erde zur Verbreitung des Glaubens, keine Mühe scheuend, sich aufreiben: den geliebten Missionaren aus dem Welt- und Ordensklerus, den Missionsschwestern, die großmütig, einsatzbereit und überaus wirksam ihre vielfältigen Missionsaufgaben erfüllen, den Laienhelfern, die mutig an die Glaubensfront geeilt sind. Wir sichern ihnen Unser inständiges tägliches Gebet und alle Hilfe zu, die Wir ihnen zukommen lassen können. Ein glücklicher Erfolg ihrer Mühen zeigt sich schon in der geistlichen Kraft der jungen Christengemeinden. Sie ist ein Zeichen himmlischer Zustimmung und Gunst und ein Zeugnis der Geschicklichkeit und Klugheit, mit der die Kongregationen für die Glaubensverbreitung und die Orientalische Kirche die ihnen anvertrauten Aufgaben lösen.

Wir bitten alle Bischöfe, den Klerus und die Gläubigen der Diözesen der ganzen Welt, die durch Gebet und Sammlungen die Not der Missionen geistig und materiell erleichtern, immer und immer wieder, daß sie diese Hilfe, die überall gebraucht wird, freiwillig vergrößern. Wenn auch die Bischöfe der ältesten Diözesen durch Priestermangel beunruhigt sind, so mögen sie doch jene fördern und in ihrem Vorhaben bestärken, die die göttliche Berufung zum Missionar verspüren, und es auch gerne hervorragenden Laienkräften gestatten, daß sie neuen Diözesen eingegliedert werden. Für diesen Verlust, den sie für Gott erleiden, werden recht bald himmlische Geschenke kommen. Je mehr die Bedürfnisse steigen, desto mehr muß auch die Freigebigkeit wachsen, durch die alle Gläubigen des Erdkreises im Wettstreit ihren Eifer und ihre tatkräftige Hilfe zu den Werken beisteuern, die unter Leitung der Kongregation für Glaubensverbreitung die Gaben aus aller Welt an diejenigen verteilen, denen sie am meisten nützen können und die sie am nötigsten haben. Diese von den Brüdern eifrig und bereitwillig geleisteten Liebes- und Hilfswerke werden die jungen Christengemeinden zu christlichem Leben anspornen und ihnen Zeugnis der Liebe sein, die die menschliche Natur übersteigt und ihre Wurzel in der Gnade hat.

Viele Diözesen und Christengemeinden in den Missionsgebieten erleiden zur Zeit eine grausame Verfolgung. Wir richten an ihre Hirten, die ihren Kindern im Herrn ein

Beispiel unbeugsamen Glaubens und todesverachtender Treue geben, und an die Gläubigen, die im Leid erprobt und daher dem heiligsten Herzen Jesu teuer sind, das den ungerecht Verfolgten überreichen Lohn verspricht, die Ermahnung (vgl. Matth. 5, 10—12): Haltet tapfer durch im Kampf, in dem die Sache Gottes entschieden wird! Zweifellos ist der Herr in seinen unergründlichen Ratschlüssen immer barmherzig. Mit überreichen himmlischen Gaben, Freuden und Tröstungen wird er euch erfüllen. Mit denen, die bedrückt werden, ist die ganze Kirche Gottes in der Gemeinschaft des Betens und Leidens verbunden. Sie weiß, daß sie den erwarteten Sieg erringen wird.

Aus ganzem Herzen rufen Wir auf die katholischen Missionen den mächtigen Schutz ihrer heiligen Patrone und Martyrer herab, ganz besonders die Fürsprache der heiligen Gottesmutter Maria, die uns alle liebt und Königin der Missionen ist. Jedem von euch, ehrwürdige Brüder, und allen, die an der Verbreitung des Reiches Gottes mitarbeiten, übermitteln Wir in Liebe den Apostolischen Segen als Trost und Unterpfand der Gnade des himmlischen Vaters, der sich in seinem Sohn, dem Erlöser, offenbart und überall den Missionseifer entzünden und vermehren möge.

Gegeben zu Rom bei St. Peter am 28. November 1959 im zweiten Jahre Unseres Pontifikates.

JOHANNES XXIII., PAPST

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Sinn und Möglichkeiten einer liturgischen Erneuerung des Bußsakramentes

Im März 1959 berichtete die Herder-Korrespondenz (vgl. 13. Jhg., S. 297) über mehrere Veröffentlichungen zur Frage einer Reform der österlichen Bußpraxis. Der Bericht enthielt auch Hinweise auf gewisse Versuche französischer Seelsorger zu einer nutzbringenderen Gestaltung der Osterbeichte in ihren Gemeinden.

Den Anstoß zu jenen Erörterungen und Versuchen hatte die Tatsache gegeben, daß die Ostervorbereitung und die Ostersakramente allem Anschein nach nur wenig zu einer inneren Erneuerung (Metanoia, Conversio) der Gläubigen beitragen. Und das sollte doch eigentlich die Frucht der jährlichen Osterfeier sein!

Reue und Buße, der neue Anfang im Bemühen um eine vollkommenere Erfüllung der Gebote des Herrn, sie sind einem jeden Christen sein Leben lang aufgegeben. Gerade die Heiligen bezeugen das, und die Kirche drängt besonders zur Osterzeit darauf. Aber vor allen anderen werden die offensichtlichen Sünder zur Bekehrung aufgerufen. Die Verantwortung dafür tragen nicht allein sie selber, sondern mit ihnen ihre Seelsorger und Gemeinden. Man fragt sich, ob nicht vielleicht neue pastorale und liturgische Formen der gemeinschaftlichen Buße diesen Bemühungen mehr Erfolg bringen könnten.

Wie in der liturgischen Meß- und Kommunionbewegung richteten sich auch in dieser Sache die Blicke auf die Ursprünge und die Geschichte des kirchlichen Bußwesens, auf der Suche nach Elementen, die vielleicht für die Zukunft richtungweisend sein könnten. Zugleich aber hielt man Ausschau nach Möglichkeiten zu einer Vertiefung der vorösterlichen Buße, die dem Seelsorger auch ohne kirchenrechtliche und liturgische Reformen schon heute gegeben sind.

Diese Probleme haben bei den Lesern dieser Zeitschrift eine starke Anteilnahme gefunden, so daß die Schriftleitung eine größere Zahl von Seelsorgern und Theologen um ihre Ansichten befragte. Ihre Antworten sollen hier zu einem Gesamteindruck zusammengefaßt werden. Das hat den Zweck, die Fragen zu präzisieren und zu vervollständigen, aber auch einige Hinweise auf das zu geben, was schon heute in der Seelsorge geschieht oder für möglich gehalten wird, und anderseits, was an Bedenken und Schwierigkeiten im Raum steht. Der Leser wird gestatten, daß die Namen unserer Korrespondenten nicht genannt werden. Wörtliche oder fast wörtliche Zitate aus ihren Briefen werden durch Anführungszeichen kenntlich gemacht. Im übrigen wird versucht, ihre Ansichten sinngetreu darzustellen.

1. Der Sinn der österlichen Buße

In mehreren Briefen wurde darauf hingewiesen, daß eine Pflicht zur Osterbeichte nur bedingt besteht, wenn nämlich die Beichte notwendig ist, damit man der Pflicht zur österlichen Kommunion nachkommen könne. Schon dadurch sei dem Wunsch, aus dem österlichen Empfang des Bußsakramentes eine kommunitäre Angelegenheit zu machen, eine Schranke gesetzt. Was die Praxis betrifft, scheint diese Einschränkung allerdings keine große Bedeutung zu haben. Wer die Osterkommunion empfängt, geht in der Regel auch zur Osterbeichte. Sowenig die Gemeinschaftsmesse und Gemeinschaftskommunion Gesetz ist, sowenig braucht man aus der Gemeinschaftsbuße eines zu machen, wenn eine solche überhaupt empfehlenswert ist.

Die Anregungen dazu wurden vor allem mit dem Wunsch begründet, eine Bußform zu schaffen oder wiederherzustellen, die stärker auf innere Erneuerung hinwirkt. Dieser Wunsch hat mehrere Einsender zu der Frage veranlaßt, ob dieser Gesichtspunkt wichtig genug sei, eine liturgische Reform der österlichen Buße zu begehren. Das Bußsakrament ist doch wesentlich zur Vergebung der begangenen Sünden eingesetzt!

Keine Überforderung des Sakramentes

Weder das Pontificale Romanum noch das Rituale sprechen im Zusammenhang mit dem Sakrament von der Conversio. Selbstverständlich gehört zu den vorbereitenden Akten des Pönitenten der gute Vorsatz, aber auch nicht mehr! Ein Korrespondent bemängelt, daß der Bericht der Herder-Korrespondenz im Zusammenhang mit unserer Frage nicht auf die Studie von P. Charles SJ rückverwies, der schon vor Jahren und bis in die Formulierungen hinein die Anliegen von heute ausgesprochen und auch gesagt hat, worauf es eigentlich ankomme. Darüber hat die Herder-Korrespondenz (7. Jhg., S. 515) ausführlich berichtet. In der Tat decken sich sehr viele Gedanken unserer Korrespondenten mit denen von P. Charles. Zur Beichte gehört die bußfertige Haltung des Pönitenten. Dem Beichtvater wird aufgegeben, daß er sein Beichtkind „ad

vitam emendandam ac melius instituendam inducet". Aber das Schwergewicht liegt nach dem Rituale auf der „castigatio peccatorum praeteritorum". Man kann auch im Hinblick auf die Zukunft gar nicht mehr verlangen als einen ehrlichen Vorsatz. „Für den Effekt des Vorsatzes" — das heißt für die tatsächliche Conversio — „kann niemand garantieren." „Mit der Sündenvergebung, die Christus eingesetzt hat, ist eine tatsächliche Lebensbesserung nicht verbunden." Nur der herzliche Wille dazu. Es sei geradezu ein Irrtum, so heißt es in einem der Briefe, in der Beichte ein „Institut zur moralischen Lebensbesserung" zu sehen. Und in einem andern: „Von der sakramentalen Buße ist die Tugend der Buße wesentlich zu unterscheiden."

Die Briefe warnen vor einer Überforderung des Sakramentes und der Menschen, die es empfangen. Es wäre schön, wenn die Beichte und besonders die Osterbeichte die Gläubigen umwandelte. Aber nur ja keine Reformen, die aus einem Ideal ein Gesetz machen! So darf man die Meinung der Seelsorger wohl interpretieren.

Metanoia und Buße

Mehrere fragen, was denn mit der geforderten Metanoia überhaupt gemeint ist. Sehr plastisch schreibt ein in Deutschland bekannter alter Landpfarrer: „Die Metanoia zur Zeit Johannes' des Täufers und des Herrn hatte damals eine ganz andere Bedeutung, da sie den Entschluß enthielt, ein neues Leben mit Christus zu beginnen. Heute wird schon mit der Kindertaufe der Zug bestiegen, der die rechte Richtung auf Gott hin hat. Ich brauche deshalb doch nicht bei jeder Station zu fragen, ob ich den rechten Zug auch wirklich bestiegen habe. Ich brauche doch nicht meinen ersten Entschluß immer wieder nachprüfen. Das ist doch nicht jedes Jahr fällig, wenn ich zur Beichte gehe."

In anderen Briefen ist wohl dasselbe gemeint, wenn ausgesprochen wird, daß viele Gläubige einer eigentlichen Metanoia nicht bedürfen.

Freilich haben alle die Pflicht, ihr Leben ständig zu vervollkommnen, und ebenso, die Sünden ihrer Vergangenheit zu sühnen. Aber „zur Besserung des Lebens gehören andere Dinge: das, was wir Buße im eigentlichen Sinne nennen, Enthaltsamkeit in den verschiedensten Dingen, Übung in der Überwindung". Diese Buße mit dem Sakrament verknüpfen zu wollen, halten einige Korrespondenten für bedenklich. Zwar wird der Vorschlag gemacht, „an Stelle der Gebete konkrete, einschneidende und plastische Bußwerke aufzuerlegen, vor allem Geldspenden für gute Zwecke, also richtige Bußgelder, natürlich ohne irgendwelche geschäftliche Nebengedanken". Doch ist sich der Verfasser selbst bewußt, daß die Verbindung von Beichte und Geldspenden mit äußerster Vorsicht gehandhabt werden müßte. Wahrscheinlich ist es besser, ganz davon abzusehen, vielmehr auf andere Weise „den Genugtuungswillen des Sünders zu entfachen und zu betonen". Aber auch dann stößt man auf Schwierigkeiten. Wenn die Beichtbuße schon eine Art von Genugtuung sein soll, dann müßte sie ja auch wohl ihrer Natur und Schwere nach in einem gewissen Verhältnis zu der Sünde stehen. „Wegens eines Ehebruches acht Tage nicht rauchen?" Damit deutet der Verfasser dieser Bemerkung an, daß er die Auflage wirklich einschneidender Bußwerke für unmöglich hält, wenn man nicht die Gläubigen ganz und gar abschrecken will. Und selbst bei kleineren Bußen befürchtet er: „Was werden die Gläubigen dazu sagen?"

Asketische Bußen können angeraten, in Devotionsbeichten vielleicht auch gelegentlich auferlegt werden. Gerade in ernsten Fällen aber sind sie wohl kaum das geeignete Mittel, die Metanoia des Sünders zu bewirken. Mit dieser Feststellung deckt sich eine andere: Die Gläubigen verbinden schon bei der gegenwärtigen Praxis mit dem Wort Buße die Vorstellung von Strafe und Härte, während Metanoia doch eigentlich in der Heimkehr zu Christus besteht. Die Sehnsucht nach dieser Heimkehr kann durch eine Verschärfung der Bußdisziplin sicherlich nicht gesteigert werden.

Sünde und Sühne

Davon abgesehen, hat schon P. Charles betont, daß die Sühne des Gott zugefügten Unrechts von Christus geleistet wird und einzig von ihm geleistet werden kann. In dieser Tatsache liegt die Rechtfertigung dafür, daß dem Sünder in der Beichte Buße in der Form des Gebetes auferlegt wird. Betrachtet man das als einen Hinweis darauf, daß er sich zum Zweck der Genugtuung an Christus wenden muß, dann ist die Gebetsbuße sinnwidrig. Nach der klassischen Definition enthält die Sünde neben der Abkehr von Gott das weitere Moment der verkehrten Hinwendung zu einem geschöpflichen Gut. Es scheint, daß asketischen Bußwerken in erster Linie die Bedeutung zukommt, diese Unordnung und die dadurch angerichteten Schäden wiedergutzumachen, wogegen die Abkehr von Gott durch den Anschluß des Sünders an das Heilswerk Christi in Gebet und Kommunion gesühnt wird. In einem andern Brief wird darauf hingewiesen, daß asketische Bußwerke, die man freiwillig übernimmt, zumal wenn es sich um Öpferchen und nicht um Opfer handelt, nicht den Blick auf die Buße verstellen dürfen, die Gott selbst uns auferlegt und die darin besteht, daß wir das Kreuz unserer Lebensschicksale nicht nur ertragen, sondern bejahen. „Hier liegt unsere große Aufgabe, dahin zu wirken, daß daraus Buße und Sühne wird. Hier ist für das große Feld der korporativen Gemeindebuße und Sühne." Der Brief entfaltet diesen Gedanken im Hinblick auf unser ganzes Volk, das sein Schicksal und seine Schuld nicht übernommen und aufgearbeitet habe. „Sonst müßte es anders unter den Völkern der Erde — als ein liebendes dastehen."

In den Äußerungen zu unserer Umfrage ist durchweg keine Neigung zu irgendeiner Erschwerung der sakramentalen Buße zu bemerken, und zwar gerade deswegen, weil eine solche die Metanoia eher verhindern als fördern würde. Auch der Gedanke, die Osterbeichte sozusagen über die ganze Fastenzeit hin zu erstrecken und mit korporativer Fastenbuße zu verbinden, scheint undurchführbar, wenn er ernst gemeint wird und sich nicht in liturgischer Symbolik erschöpft. Ein Korrespondent schreibt kurz und bündig: „Eine vierzigtägige Bußfrist kann der moderne entnervte Mensch nicht durchhalten. Der Besserungswille würde ohne die Kraft des Sakramentes erlahmen."

Positiver Sinn der Osterbeichte

In bezug auf den Besserungswillen sind die Äußerungen der Seelsorger über die Osterbeichten übrigens gar nicht so skeptisch. Daß die Gläubigen das Ostersakrament wenig ernst nehmen, schreibt ein Pfarrer, „das ist ein unrechtes, verallgemeinerndes Fehlurteil. Es gibt solche, aber es sind nicht die vielen. Gerade auf dem Dorf, dem gern ein Fassadenchristentum vorgeworfen wird, ist die

Beichte in der Fastenzeit wirklich ein Ereignis, das ins Leben, ins ganz private Leben tief einschneidet. Es ist für den Pfarrer bald jedes Jahr fast ein beseligendes Erlebnis." Diese Beurteilung der Osterbeichten überwiegt in den Antworten auf unsere Umfrage. „Wer hier die Treue hält, weiß im allgemeinen, was er tut." „So pessimistisch bezüglich einer wirklichen Metanoia bin ich nicht. Die Gläubigen sind im allgemeinen sehr gut disponiert. Die allermeisten Beichten dürften auch irgendeine Frucht in Hinsicht auf den Fortschritt zeitigen." Ein anderer Pfarrer unterscheidet drei Kategorien: die Leute, die zur Beichte gehen, damit sie gegangen sind, weil das Milieu es verlangt; die anderen, die eine Pflicht erfüllen, wobei sie manches verschweigen, und die „ernsten Gläubigen, die aus ihrer Glaubenshaltung gut beichten". Ja diese Beichte nicht abschätzig behandeln, heißt es in einem Brief! Und ja nicht sie dramatisieren, nicht sie erschweren. Es wird die Frage gestellt, ob es nicht ein gutes Zeichen sei, daß überhaupt gebeichtet wird. „Wenn jemand heute den Beichtstuhl betritt, bekennt er sich dadurch als Sünder." Schon das ist Metanoia. „Ein alter erfahrener Priester tat einmal gesprächsweise den Ausspruch: ‚Normalerweise kann man bei jedem, der in den Beichtstuhl kommt, annehmen, daß er Bußgesinnung hat, daß er sich bessern will; denn sonst käme er gar nicht mehr dorthin.' Mehr oder weniger ist also in den normalen Fällen, wo kein physischer oder moralischer Druck zum Beichten ausgeübt wurde, der Wunsch nach einer Metanoia vorhanden. Es ist auch an das geheimnisvolle Walten der sakramentalen Gnade zu denken." „Mindestens wird doch eine Metanoia bewirkt in dem Sinne, daß das Sakrament die Menschen vor einem weiteren Abgleiten bewahrt und ihnen wieder einmal ernstlich Einhalt gebietet. Ein Osterbeichttag bedeutet für eine Pfarrgemeinde doch etwas Besonderes, es ist wie ein erleichtertes Aufatmen, ein guter Wille ist wieder für kurze Zeit spürbar, es ist wie eine allgemeine Erneuerung." Derselbe Korrespondent hatte seine Darlegungen begonnen mit dem spontanen Eindruck: „Fast möchte man als Seelsorger pessimistisch antworten: Nur einmal legt der Durchschnittschrist eine gute Beichte ab, und das ist die Erstbeichte." Aber dieser Pessimismus hat psychologisch wahrscheinlich darin seine Ursache, daß die Seelsorger gerade zu Ostern und zum Weißen Sonntag ihre deprimierendsten Erfahrungen mit jenen Beichten machen, die aus irgendwelchen mehr äußeren menschlichen Gründen und Rücksichten abgelegt werden, vielleicht nach Jahren oder Jahrzehnten, „und die an Materie kaum so viel aufweisen, wie von einem vollkommenen Heiligen in einer wöchentlichen Andachtsbeichte zu sagen wäre". Mit Unrecht aber würden dergleichen Beichten schlechthin als repräsentativ angesehen. Sie stellen keineswegs den Durchschnitt dar.

2. Der moderne Mensch und die Buße

Die Äußerungen zur Rundfrage der Herder-Korrespondenz lassen mehrere Folgerungen zu: Eine Reform der sakramentalen Buße müßte der seelsorglichen Vertiefung des Sakramentenempfangs dienen, wozu der Rückgriff auf altkirchliche Bußformen nicht als geeignet erscheint. Davon unabhängig wäre aber eine liturgische Vertiefung der kirchlichen jährlichen Bußzeit wünschenswert. Diese könnte sich vorsichtig an früheren Formen orientieren. Die sakramentale Buße und die Übung der persönlichen Buße müssen jedenfalls sorgfältig auseinandergehalten werden.

Ein Brief macht darauf aufmerksam, daß die Kirche in der konkreten Gestaltung der sakramentalen Buße eine sehr große Anpassungsfähigkeit gezeigt hat. Kein anderes Sakrament hat eine solche Geschichte aufzuweisen. Mit gutem Grund; denn keines verlangt so viel an persönlichem Einsatz des Empfängers und muß deshalb so sehr seine Seelenlage berücksichtigen. Sacramenta propter homines. Nirgendwo findet dieser Grundsatz eine zwingendere Anwendung als hier, zumal dann, wenn man an Reformen denkt. „Grundsätzlich halte ich es nicht für richtig, Formen des religiösen Lebens aus einer früheren, ganz anders gearteten Zeit auf die moderne Zeit zu übertragen. Die Bußpraxis der alten Kirche hatte damals ihre große Bedeutung. Dieses Milieu besteht heute nicht mehr." „Sich um einen Weg zu bemühen, wie man die Menschen zu innerlicher Umstellung führen könnte, das scheint mir wichtiger, als sich Gedanken über die Erneuerung der alten Kirchenbuße zu machen."

Seelsorglicher Ansatzpunkt jeder Reform

Man kann sich nach Meinung mehrerer unserer Korrespondenten nicht auf eine sogenannte „Hochform" der sakramentalen Buße berufen, die ursprünglich bestanden habe und noch im Pontificale ihren Ausdruck finde. Hier liegt keine Parallele zur Hochform der Messe vor, und deswegen ist es nicht angebracht, die liturgische Bewegung zur gemeinschaftlichen Eucharistie dadurch integrieren zu wollen, daß man nun auch zu einer Vergemeinschaftung der sakramentalen Buße drängt. „Die öffentliche Buße hat immer nur für wenige gegolten." Die gemeinschaftliche Eucharistiefeier dagegen war die Norm für alle. In einem andern Brief heißt es: „Es scheint mir unzulässig, die bischöfliche Form des Bußsakramentes als die Hochform der Buße anzusehen. Die Kirche kannte zur gleichen Zeit auch die ebenso klassische und gültige Form der geheimen Beichte für jene Sünden, die nicht den Öffentlichkeitsraum der Kirche berührten."

Der Ansatzpunkt für eine liturgische Erneuerung der Buße, wenn sie überhaupt notwendig ist, muß der seelsorgliche sein. Er liegt in der Frage: Wie kann den Gläubigen unserer Zeit besser geholfen werden?

Der Mensch von heute — und die sakramentale Buße: das ist ein weites Feld, und es sind dazu viele, bisweilen recht gegensätzliche Ansichten vorgetragen worden. Beginnen wir mit den Übereinstimmungen.

Anonymität der Beichte

Die Gläubigen unserer Tage bevorzugen eine möglichst verschwiegene Beichte. Ein Pfarrer schildert ausführlich, wie die Pfarrkinder selbst mit erheblichen Unbequemlichkeiten der Beichte in ihrer eigenen Pfarrkirche ausweichen. Sogar der fremde Beichtvater in der eigenen Pfarrkirche genügt ihnen nicht, um die Anonymität zu wahren. „Der Trend der Beichten geht so sehr von der Gemeinschaft weg, daß man keine gemeinschaftlichen Formen der Beichte versuchen kann." Bekehrungen der Art, wie sie im kirchlichen Altertum durch öffentliche Buße vollzogen wurden, sind heute, wenn überhaupt je, „immer nur in der stillsten und unauffälligsten Form" zu erreichen. „Das Bußsakrament wird wie kaum ein anderes als Privatsache betrachtet. Die wenigsten Gläubigen dürften eine Änderung der bisherigen Beichtpraxis wünschen." „Die

Christen betrachten ihre religiöse Einstellung und Praxis weitgehend als persönliche Angelegenheit." „Sie sind sehr dankbar für die charmante Form, in der sich heute der reuige Sünder mit seinem himmlischen Vater versöhnen kann." „Die meisten Menschen haben eine Scheu, schwerwiegende innere Vorgänge der Öffentlichkeit preiszugeben."

Es ist kein Beweis gegen diesen Wunsch nach Verborgenheit, daß bei Wallfahrten und in Wallfahrtskirchen gern gebeichtet wird. Die Gemeinschaft der Beichtenden an diesen Orten hebt die Anonymität oder doch die Möglichkeit, in der großen Schar zu verschwinden, nicht auf. Anders scheinen die Dinge dort zu liegen, wo noch ein innerlich geschlossenes katholisches Milieu vorhanden ist, das durch „gediegene Seelsorgsarbeit" gefestigt und erhalten wird. Dieses Milieu gibt es vielleicht nur noch in Bauerngemeinden. Dort scheint so mancher auch in bezug auf eine ernste Beichte noch von der Gemeinschaft getragen zu werden. Es liegen aber auch Anzeichen dafür vor, daß dieses, wahrscheinlich unaufhaltsam schwindende Naturmilieu als Elitemilieu gläubiger Kerngemeinden aufersteht. Ein Seelsorger aus einer verlorenen Großstadt schreibt: „Für eine gemeinsame Gewissensbildung ist der innere Kern unserer Gemeinde zu haben." Und mehrere Briefe betonen, die Verinnerlichung der Buße müsse, so wie einst die eucharistische Bewegung, beim Kern der Gläubigen beginnen.

Es ist möglich, daß das Beispiel solcher Kerngemeinden weitere Kreise zieht. Ein Brief macht darauf aufmerksam, daß gemeinsame Bußbekenntnisse in Sekten mitunter Bekehrungen bewirken. Aber „man soll sich über die Breitenwirkung gemeinschaftlicher Buße keine Illusion machen". Die Mehrheit, „der moderne Mensch", flüchtet mit seinem Gewissen aus der Gemeinschaft weg in die Intimsphäre.

Das braucht nicht zu bedeuten, daß dieser Mensch sich scheut oder gar weigert, sein Gewissen zu offenbaren. Zwar ist beobachtet worden, daß „der Individualismus" sich bis zu dem Standpunkt versteigt: „Was zwischen Gott und mir vorgefallen ist, geht die Kirche nichts an." Und wenn diese Meinung auch nicht so konsequent durchgehalten wird, daß man überhaupt nicht mehr zur Beichte geht, wirkt sie sich doch häufig dahin aus, daß das Bekenntnis so unpersönlich und schematisch wie möglich erledigt und daß manches einfach verschwiegen wird, weil es niemanden etwas angehe. Aber die Scheu, mit der die Intimsphäre gehütet wird, hat eine andere unübersehbare Auswirkung. „Die Buße wandert", wie ein bekannter Pastoraltheologe es formuliert, „trotz der Bemühungen der liturgischen Bewegungen von der Liturgie ab — zur Seelsorge." Das heißt, die Conversio vollzieht sich im Gespräch, im länger andauernden Kontakt mit einem Seelsorger, in „außerliturgischen Formen", die nicht mehr an Orte und Zeiten, kirchliche Räume und Veranstaltungen gebunden sind. Selbstverständlich gipfelt sie in einer Beichte, im Sakrament. Aber sie wird dann sozusagen nur noch ratifiziert. Das ist kein unwichtiger Akt, im Gegenteil, er ist die Vollendung. Aber diese Beobachtung warnt vor der Annahme, es sei heute noch möglich, Bekehrungen in den Formen urkirchlicher Praxis herbeizuführen. „Ob die Mutter Kirche nicht triftige Gründe hat, von einer gemeinschaftlichen Feier des Bußsakramentes abzusehen?"

Ist das nun wirklich bedauerlich? Ist das nur ein Verfall des Sinnes für die kirchliche Gemeinschaft und für die Schwere der Sünde?

Sittliches Bewußtsein heute

Wir treffen wiederholt auf die Feststellung, daß sowohl der Sinn für kirchliche Gemeinschaft als auch das Bewußtsein von den Zusammenhängen zwischen persönlicher Schuld und Buße mit der kirchlichen Gemeinschaft geschwunden sei.

„Die Gemeinde ist nicht nur im bürgerlichen Sinn sozial und geographisch durch die moderne Freizügigkeit aufgelockert, sie hat auch als Gemeinschaft der Christen an Bedeutung verloren. Angesichts der modernen Isolierung des Menschen inmitten der Masse spielt auch für die sittliche Bewährung die Gemeinde keine große Rolle mehr. Das sittliche Bewußtsein hat sich verändert und bezieht sich heute auf das persönliche Gewissen. Die Sünde führt den Menschen von heute nicht vor die Kirche oder die Gemeinde, vielleicht nicht einmal vor den Richterstuhl Gottes, sondern vor den einer natürlichen Gewissenhaftigkeit."

Wenn es in einem andern Brief heißt, daß der moderne Mensch selbst im Angesicht des Todes in seinem Gewissen nicht mehr erschüttert und zu einer Bekehrung gebracht werden könne, weil sein Gewissen zu abgestumpft sei, dann wird man das wohl kaum so zu verstehen haben, daß die Natur des Menschen in ihrem Herzen, dem Gewissen, heute, vierhundert Jahre nach der Reformation, nun endlich da angelangt sei, wo Luther sie schon damals sah, nämlich bei der absoluten Korruption. Die Behauptung, daß „der moderne Mensch" kein Gefühl mehr für Sünde und Schuld habe, kann von der katholischen Theologie unmöglich aufgestellt werden, weil sie die menschliche Natur der höchsten Form von Verderbnis, der permanenten Sünde wider den Heiligen Geist, beschuldigen würde.

Das sittliche Bewußtsein ist nicht erstorben, sondern verändert. „Die Sünde wird heute nicht mehr wie zur Zeit der alten Kirchenbuße vorwiegend in der Übertretung formulierter Gesetze durch äußerlich feststellbare Handlungen gesehen, die der Büßende fortan unterlassen soll. Jetzt werten wir mehr die innere Gesinnung. Selbst große Verbrechen wie Mord oder Ehebruch haben wir bei verschiedenen Menschen verschieden beurteilen gelernt ... Wie sich die Sünde äußerlich in Werken zeigt, das hängt von den Umständen ab. Gott schaut ins Herz. Die Umkehr besteht also vor Gott nicht bloß im Unterlassen äußerer Handlungen, sondern in dem Entschluß, sich fortan von der Liebe leiten zu lassen ... Sobald dieser Entschluß gefaßt ist, sind die Sünden nur mehr menschliches Versagen aus Schwäche und Irrtum, wenn der Mensch bei seinem Entschluß bleibt. Seine Sünden trennen ihn nicht mehr von Gott, er leidet vielmehr selbst unter seinem Versagen und bedarf keiner ‚Umkehr' ... Die eigentliche Umstellung aber auf die von Gott geforderte Liebe, Gerechtigkeit und Wahrheit läßt sich nicht in der Weise mit einem äußern Ritus verbinden wie die Sühne für äußere Gesetzesübertretungen."

Dasselbe scheint in einem andern Brief gemeint zu sein, der zu der Folgerung kommt: „Deshalb sind Buße und Bekehrung für den heutigen Menschen nicht so sehr verknüpft mit einem Akt der Kirche oder gar der Gemeinde, sondern mit seinem ganz persönlichen Leben ... Anderseits ist die Strafe für die Sünder heute nicht so sehr eine

disziplinarische, zumal Öffentlichkeit und Umgebung dabei nicht mehr mitwirken, sondern sie besteht vorwiegend in der Angst und Not des eigenen Herzens."

Es kann dahingestellt bleiben, ob die Gläubigen zu Zeiten der öffentlichen Kirchenbuße wirklich das Wesen der Sünde vorwiegend in der Übertretung formulierter Gesetze erblickt haben, und gleichfalls, ob die oben als die für den modernen Menschen charakteristisch bezeichnete Ansicht über das Verhältnis von Gesinnung bzw. grundsätzlichem Entschluß und konkreter Tat theologisch korrekt ist. Sicher ist es so, daß der heutige Mensch „sich gegenüber der konkreten Schuld und Sünde eine Philosophie des Bagatellisierens zugelegt hat" und dazu neigt, die einzelnen konkreten Sünden zu erklären und zu beschönigen, zu verzeihen und zu vergessen. Er sieht in ihnen nichts Schlimmeres als Übertretungen eines Gesetzes, dem er im besten Falle eine relative Gültigkeit zuerkennt. Dennoch weiß er etwas von „natürlicher Gewissenhaftigkeit", von Pflichttreue und Solidarität, um nicht zu sagen von Liebe; er unterscheidet sehr wohl zwischen Gut und Böse, wobei er aber mehr auf die Gesinnung, das Herz und die Motive blickt als auf die Taten selbst, es sei denn, daß in ihnen die Bosheit geradezu sichtbar wird.

Zwiespalt der heutigen Beichtform

Das hat selbstverständlich auch Folgen für seine Auffassung vom Bußsakrament. Einer unserer Korrespondenten sagt: „Das Sakrament der Buße wird neuerdings nicht mehr so sehr als Heilmittel zur Buße begangener Taten verstanden, sondern mehr als Hilfsmittel zur Heiligung. Denn dem Menschen von heute ist der in der Beichte vorausgesetzte Sündenbegriff nicht mehr recht vertraut. Dagegen hat er wohl das Bewußtsein von der Notwendigkeit einer Hilfe von oben zu seiner sittlichen Bewährung. Von hier aus wird im Sakrament die Verbindung zu Christus gesucht." In einem andern Brief wird unterschieden zwischen Beichten, deren Bekenntnis pflichtgemäß nach dem Beichtspiegel, aber irgendwie unpersönlich abläuft, so daß anscheinend wirklich nur eine Pflicht erfüllt wird, aber der Beichtende mit seinem innersten Ich kaum daran beteiligt zu sein scheint, und anderen, in denen wirklich das Ich mit seinem Schuldbewußtsein und seiner Hilfsbedürftigkeit sich ausspricht. Es besteht offenbar bei vielen Gläubigen heute ein seelischer Zwiespalt: Die Kirche verlangt das Bekenntnis konkreter einzelner Sünden, die manchmal nicht als solche empfunden, ein andermal als unabänderlich empfunden und oft nicht als die eigentliche Schuld empfunden werden, und diese wieder samt der Not und Ratlosigkeit, die damit verbunden sind, findet in der Beichte nur schwer Worte und Antwort.

Einige Briefe zeigen, daß dieser Zwiespalt von den Beichtvätern lebhaft empfunden wird. „Eines der größten Übel in der Bußpraxis der letzten zwei Jahrhunderte", so schreibt ein prominenter Theologe, „ist meines Erachtens die einseitige Konzentration der Kraft des Beichtenden und des Beichtvaters auf das materiell vollständige Bekenntnis, wobei zu schematisch verfahren wurde... Das schlimmste war, daß die Vertiefung der Metanoia neben der Achtsamkeit auf das vollständige Bekenntnis zu kurz kam. Das Bußsakrament wurde im Bewußtsein sehr vieler Gläubiger und Priester nicht mehr in erster Linie gesehen als ein Sakrament der Heimkehr, nicht als Erfahrung der Allmacht und Barmherzigkeit Gottes, sondern es kam nur darauf an, alles genau zu bekennen. Das war die Frucht eines einseitig gesetzlichen Moralismus." Ein Pfarrer spricht sich noch deutlicher aus. Er schreibt: Die Misere der Beichtenden entsteht „durch die jansenistische Überbetonung des Sextum und das allzu leichte Urteil über das, was schwere Sünde ist. Wir heilen nichts, wenn wir auf Prinzipien herumreiten und das Sextum immer noch als das wichtigste Gebot behandeln, so als könne man wegen nichts anderm ewig verlorengehen. Müßten wir nicht ein wirkliches Einsehen haben für die so überaus schwierige Situation, die zur Empfängnisverhütung führt?... Sittliche Zeitprobleme werden nicht immer durch radikale Strenge und Absolutionsverweigerung überwunden, sondern viel wirksamer durch Einschränkungen, die dem Sünder seine Randstellung deutlich machen, aber nicht gleich das Bewußtsein der Zugehörigkeit zur Kirche nehmen" und ihn in Hoffnungslosigkeit stürzen, wenn er kirchlich denkt. Eine Äußerung geht sogar so weit, für die ungültig Getrauten mehr Barmherzigkeit zu verlangen. Sie sind ja praktisch heutzutage die einzigen Gläubigen, die auch dann nicht absolviert werden können, wenn sie bereuen, daß sie Gott beleidigt haben, aber anderseits in auswegloser Situation sind. Diese Äußerungen sprechen sehr deutlich aus, daß die Scheu vor der sakramentalen Buße und die psychologischen Hemmungen, sich ihr mit ganzem und frohem Herzen hinzugeben, häufig ihren Grund nur in sexuellen Schwächen oder Aporien haben. Sie betonen ausdrücklich, daß sie keinem Laxismus das Wort reden wollen, sondern nur einer barmherzigen Behandlung. „Würden wir doch einmal zugeben, daß auch der Sonntagschrist, der grundsätzlich an seinem Glauben festhält und wenigstens guten Willens ist, durchaus nicht alle Tage in der Todsünde lebt!"

Ein anderer angesehener Pfarrer schreibt: Die Kirche mutet seit langem den Gläubigen weniger und weniger zu. Es gibt heute kaum noch ein von der Kirche auferlegtes, fühlbares Opfer. „Anderseits erwartet die Kirche von diesen selben Menschen, daß sie unter Umständen in der Ehe plötzlich zu Helden werden... Durch Unterforderung einerseits und Überforderung anderseits wird der Christ von heute in eine unechte und unehrliche Lage gedrängt. Kein Wunder, daß sich diese Unechtheit oder Unehrlichkeit auch in seiner Beicht- und Bußpraxis zeigt."

Die soziale Seite der Sünde

Diese Unehrlichkeit — vielleicht sagt man gerechter, diese Unsicherheit — der Gewissen wird neben den Kalamitäten auf dem Gebiet des sechsten Gebotes noch durch einen sehr viel wichtigeren Faktor bestimmt. In der gegenwärtigen Beichtpraxis ist, wie einer unserer Korrespondenten sagt, das Bekenntnis „individualistisch", „das heißt, das soziale Gewissen kommt zu kurz". Und durch sämtliche Zuschriften, die der Schriftleitung zugegangen sind, zieht sich wie ein roter Faden die Feststellung, daß heute die „soziale Seite" der Sünde nicht mehr gesehen wird.

Dieser Ausdruck bedeutet zweierlei: zunächst, daß die Sünden wider den Nächsten und die Gemeinschaft durchschnittlich weniger empfunden, wichtig genommen, ernsthaft bereut und aufrichtig gebeichtet werden als diejenigen gegen das dritte oder sechste Gebot. Die Grundtugenden des sozialen Lebens, Gerechtigkeit und Liebe, nehmen vielleicht nicht im sittlichen Bewußtsein, jeden-

falls aber im sakramentalen Schuldbekenntnis nicht den Platz ein, der ihnen gebührt. Diese Feststellung bezieht sich natürlich nicht auf grobe Vergehen, wie etwa Ehebrüche, offensichtliche Eigentumsdelikte, Körperverletzungen und ähnliches. Sie trifft aber um so mehr zu, je weniger die Sünden gegen Gerechtigkeit und Liebe sich in greifbaren Taten äußern, also etwa in bezug auf Feindschaften, Intrigen und den ganzen Komplex des achten Gebotes oder die Sünden im Berufsleben und ganz allgemein auf Unterlassungssünden aller Art.

Unzulänglichkeit des Beichtspiegels

Ein Grund dafür liegt sicherlich in den Formulierungen vor allem der älteren gebräuchlichen Beichtspiegel, und es ist wirklich schwierig, wenn nicht unmöglich, die so außerordentlich differenzierten und situationsbedingten Pflichten, die sich aus den Geboten der Gerechtigkeit und Liebe je und je ergeben, in einem Beichtspiegelschema zu erfassen. Aber es gibt noch einen tieferen Grund. Die Beichtpraxis der Kirche und dementsprechend auch die Beichterziehung ist auf das Bekenntnis einzelner konkreter Gedanken, Begierden, Taten — wenn der Ausdruck der Deutlichkeit wegen gestattet wird — „handfester" Sünden eingestellt, die mit Zahl und spezifizierenden Umständen zu nennen sind. In älteren Beichtanweisungen, sogar für Kinder, konnte man den Satz lesen: „Bei schweren Sünden mußt du die Zahl angeben, so genau du sie hast finden können; sonst ist deine Beichte ungültig." Daß dieser Gesichtspunkt der materialen Vollständigkeit in den Vordergrund getreten ist, hat historische Gründe. Einer unserer Korrespondenten weist hin auf die Beicht- und Bußkataloge aus der Zeit der iro-schottischen Mönche und des heiligen Bonifatius, die vor allem zweifellos „für jene Sünden gedacht waren, die als Reste aus dem Heidentum in den Herzen der Neugetauften getilgt werden sollten". Hier liegt wohl auch der Ursprung der Art und Weise, wie man die läßlichen und schweren Sünden bestimmte und unterschied, der Ursprung des Prinzips der „materia gravis bzw. levis". Daß es Sünden gibt, die vom Reiche Gottes ausschließen, d. h. Todsünden, und andere, in die leider auch der Gerechte täglich fällt, ist eine Offenbarungswahrheit. Was aber im Bewußtsein einer großen Zahl von Beichtenden daraus geworden ist, z. B. daß Sünden gegen das vierte oder achte Gebot, von den Unterlassungssünden in Erfüllung der Pflichten von Gerechtigkeit und Liebe ganz zu schweigen, „leicht" sind, Sünden aber gegen das sechste und siebente Gebot der Sache nach „schwer", und was diese Vorstellung an sittlichen Verhaltungsweisen nach sich gezogen hat, das hat sicherlich mehr historische als dogmatische Gründe und dürfte aus den Lasterkatalogen des heiligen Paulus biblisch schwer zu begründen sein. Jedenfalls hat diese Vorstellung ihre Auswirkungen gehabt für eine gewisse Leichtfertigkeit, mit der über soziale Sünden hinweggegangen wird.

Die Verletzung des mystischen Leibes

Der Ausdruck „soziale Seite der Sünde" hat aber noch eine andere Bedeutung. Die Sünde beleidigt nicht nur Gott, sie richtet sich, wenn sie von einem Christen begangen wird, gegen den menschgewordenen Gott und gegen das Corpus Christi mysticum. Sie richtet sich auch gegen die Kirche als Gesellschaft. Und das ist — neben der Metanoia — das andere Grundmotiv, das zu kommunitären Formen der Buße drängt. Weder die Sünde noch die Buße geht nur Gott und die einzelne Seele etwas an, beides geht auch die Kirche an, und die Kirche ist beauftragt, im Namen Gottes seine und ihre Rechte gegenüber dem schuldig gewordenen Glied wahrzunehmen, aber auch, mit ihrer mystischen Macht, es von seiner Sünde zu heilen. Der Sünder seinerseits hat auch der Kirche Genugtuung zu leisten.

Diese soziale Seite der Sünde ist nach übereinstimmendem Urteil unserer Korrespondenten dem Bewußtsein der Gläubigen so gut wie entschwunden. Und das hat Folgen. „Weil diese soziale Seite des Bußsakramentes dem Individualismus entschwunden ist, sehen viele Christen mit Recht nicht ein, warum sie zum Priester ins Gotteshaus beichten gehen sollen. Was zwischen Gott und mir vorgefallen ist, geht gleichsam die Kirche nichts an." Es ist Privatsache.

Gemeinschaft der Kirche und Buße

Mehrere Briefe geben der Liturgischen Bewegung Schuld daran, daß diesem Individualismus zu wenig entgegengearbeitet worden ist.

„Schon seit vielen Jahren beschäftigt mich die Frage: Warum spart die Liturgische Bewegung die Erneuerung des Bußsakramentes aus?" „Als Abt Ildefons Herwegen seinerzeit daran ging, die Kreise der Jugend und der Akademiker für die liturgische Kultfeier zu gewinnen, hielt ihm ein befreundeter Benediktinerabt entgegen: ‚Wenn Sie die liturgische Feier der heiligen Messe so stark betonen, dann müßten Sie auch die Bußdisziplin der alten Kirche erneuern; sonst besteht die Gefahr, daß die liturgische Erneuerung eines Tages im Formalen und Ästhetischen erstarrt.'" Genau das sagt Schürmann (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 297).

Im Zug der Liturgischen Bewegung, so meint ein anderer, haben sich Ansichten entwickelt, „die zu einseitig die geschehene Erlösung durch Christi Leiden und Tod betonen und nicht genügend herausstellen, was Paulus meint: ‚Ich ersetze an meinem Leibe, was den Leiden Christi ermangelt — für seinen Leib, die Kirche' (Kol. 1, 24)." Man macht sich das Kommunizieren zu leicht. Die zweite der beiden Bedingungen der Kommunion, die rechte Meinung, beinhaltet doch „das ehrliche und stetige Streben, sich mehr und mehr auch von der läßlichen Sünde zu lösen, deren Auswirkungen bei ihrer Häufigkeit nicht selten viel tragischer sind als die einer seltenen Todsünde . . . Den inneren Zusammenhang zwischen Kommunion und Beichte sehe ich darin: wer die heilige Kommunion nicht ernst genug nimmt, wird auch Beichte und Buße nicht genügend ernst nehmen." Es sei eigentlich kaum zu begreifen, so äußert sich ein anderer Seelsorger, daß zur selben Zeit, da nach dem berühmten Wort Guardinis die Kirche in den Seelen wiedererwacht, so wenig Verständnis vorhanden ist sowohl für die Wunden, die die Sünden dem Corpus Christi mysticum zufügen, als auch für die Bedeutung gemeinschaftlicher Buße und Fürbitte oder überhaupt Sorge um die Sünder. Es müsse doch wohl daran liegen, daß die Liturgische Bewegung in ihrer an sich berechtigten Freude über die Erlösung, die Eucharistie und die Kommunion die biblischen Forderungen eines entsprechenden Wandels nicht ebenso stark betont habe.

Einer unserer Korrespondenten untersucht aber die Behauptung, daß die Sünde und ihre Wiedergutmachung heute durchweg als Privatsache betrachtet werde, etwas genauer und kommt zu dem Ergebnis, daß diese Behaup-

tung doch wohl ein wenig eingeschränkt werden muß. Es ist nicht richtig, daß die Ansicht, man könne seine Sünden beichten, aber auch auf andere Weise Vergebung erlangen, es stehe also im privaten Belieben, vom Bußsakrament Gebrauch zu machen, daß diese Ansicht heute zunehmend als eine „sententia probabilis" empfunden wird, wenn es auch — wir fügen diese Bemerkung aus einem andern Brief hinzu — der Wunsch der „Abständigen" sein mag, „eine Beichte nach protestantischem Muster" zu bekommen, „also eine Beichte in der Form der Generalabsolution ohne persönliches Bekenntnis" oder doch mit einem allgemeineren persönlichen Bekenntnis, das nicht geniert, bei dem vor allem die Frage nach der zukünftigen Unterlassung ganz bestimmter Handlungen nicht erörtert wird. Der Ausdruck „Privatsache" bedeutet vielmehr, daß die Gläubigen die Wiedergutmachung ihrer Schuld nicht öffentlich und auch nicht in Gemeinschaft mit anderen vornehmen wollen. In dem Wunsch nach einer so diskreten Form liegt aber keine Leugnung der Wahrheit, daß niemand Vergebung erlangen kann, außer durch die Fürbitte der Kirche, der gesamten, vor allem aber der triumphierenden Kirche. Diese Tatsache ist mit dem Wesen des Bußsakramentes verbunden; sie kommt in der Absolutionsformel deutlich zum Ausdruck. Sie bedarf keiner Bestätigung durch eine gemeinschaftliche liturgische Beichte. Damit wird nicht die Notwendigkeit bestritten, diese Tatsache stärker in das Bewußtsein der Gläubigen zu heben. Aber das muß nicht unbedingt durch eine Änderung der Liturgie geschehen. „Ich glaube", so schreibt dieser Korrespondent, „die Para-Liturgie von Petit-Colombes überspannt den Bogen und sprengt den Rahmen des Sakramentes. Die Diskretion und Stille, die das Bußsakrament umhüllt, wird durch eine solche Gemeindefeier aufgehoben. Jedenfalls ist sie nicht aus der Natur des Bußsakramentes abzuleiten." „Etwas anderes", fügt derselbe Autor hinzu, „ist es natürlich, daß die Buße als Tugend, Gedächtnis des Todes Christi in gemeinschaftlichen Formen gepflegt wird." Natürlich auch als Fürbitte für die Sünder.

Wenn man versucht, die Meinungen, die bisher geäußert wurden, zusammenzufassen, darf gesagt werden, daß eine liturgische Reform der Buße, insofern sie Sakrament ist, und im Vollzug des Sakramentes nicht viel Gegenliebe findet. Das Problem der sakramentalen Buße wird nicht als ein liturgisches, sondern als ein theologisches und pastorales angesehen. Verschiedene Aspekte dieses Problems sind angedeutet worden. Von einigen Hinweisen zu seiner Bewältigung wird noch berichtet werden.

Eine liturgische Reform in bezug auf die Buße, insofern sie als Tugend oder als Askese verstanden wird, hat dagegen viele Fürsprecher gefunden. Man wünscht eine Erweiterung der Erneuerung der Osterliturgie auf die ganze Fastenzeit. Selbstverständlich würde das nicht ohne Wirkung auf den Empfang der Ostersakramente bleiben. Im Rahmen gemeinschaftlicher liturgischer Buße in der Fastenzeit könnte er vorbereitet werden. Die Meinungen dazu geben wir im folgenden Teil unseres Berichtes wieder.

3. Reformvorschläge

Bei der Wiedergabe der Anregungen in bezug auf eine Bußreform berichten wir zunächst über diejenigen, die den Vollzug des Bußsakramentes, also die Beichte, betreffen, und dann über das, was zur liturgischen Vertiefung der gläubigen und gemeinschaftlichen Buße im weiteren Sinne und in Verbindung damit über eine bessere Vorbereitung des österlichen Sakramentenempfangs gesagt wurde.

Reform der Einzelbeichte

„Die Reform der Einzelbeichte ist das, was uns Priestern zunächst auf der Seele brennt." Ihr Ziel besteht darin, „die Beichtenden zu einem persönlicheren Bekenntnis zu führen und die meist allzu schematische Beichte zu überwinden". Die schematische Beichte „nach den Vorlagen des Beichtspiegels" hindert „bei der gewohnten Praxis" den Beichtvater, „Anknüpfungspunkte freizulegen, um daran das sittliche Streben anzuschließen und Ziele für eine spezielle Anstrengung aufzugeben". „Gott schaut ins Herz und wertet nicht so sehr die Tat an sich als vielmehr den Grad von Mißachtung der Liebe, Gerechtigkeit und Wahrheit, der die Tat veranlaßte und motivierte." Es wird als „wichtig" bezeichnet, in der Beichte ein Sündenbewußtsein zu wecken, „das sich nicht auf Gesetzesübertretungen beschränkt wie einst bei den Pharisäern", sondern in Übereinstimmung mit Matth. 15, 19 (u. a.) das böse Herz aufdeckt. Für den Mangel, auf den diese Bemerkung hinweist, wird die einseitige Ausrichtung des Bekenntnisses auf materiale Vollständigkeit mitverantwortlich gemacht. Die daraufhin angelegte Formulierung der Beichtspiegel zieht nicht nur zuweilen einen inquisitorischen Ablauf der Beichte nach sich, sondern gestattet auch, sich hinter den Formulierungen zu verstecken oder durch ihre Maschen zu schlüpfen. Die massiv definierten und den Gläubigen von Jugend auf eingeprägten „wichtigen Sachen" dienen z. B. so manchem als Ausweichgleis, der es zwar nicht nötig hat, ein Auto zu stehlen, aber durchaus nötig hätte, über seine soziale oder caritative Einstellung in der Beichte etwas zu sagen. Aber wie die Dinge liegen, fühlt er sich nicht dazu verpflichtet. Er hat ja nicht gestohlen.

Das persönliche Bekenntnis

Diese Tatsachen zwingen zum Nachdenken über zwei Fragen: Wie kann man die „Gerechten", die niemanden totgeschlagen, nichts gestohlen und keine Ehe gebrochen haben, zu einem persönlicheren Bekenntnis bringen — und wie kann man den „armen Teufeln", die in irgendeiner Sache ausweglos festgefahren sind, mittels der Beichte helfen? Keine von beiden Fragen kann durch eine liturgische oder kirchenrechtliche Reform des Bußsakramentes gelöst werden. Vielmehr richtet sich die eine wie die andere an Verkündigung und Pastoral.

Unter den Gläubigen, die keine materia gravis zu beichten haben oder zu beichten wissen, sind zunächst jene, die die Beichte mit Recht vorwiegend als „Hilfsmittel zu ihrer Heiligung" auffassen, wie es oben hieß. Es handelt sich hier um die Devotionsbeichten. Dazu schreibt ein Pfarrer: „Die Andachtsbeichte leidet am meisten unter Formelhaftigkeit und Ausdruckslosigkeit. Hier müßte angesetzt und versucht werden, durch eine Anleitung zu genauerer und gewissenhafterer Vorbereitung zu den innersten Schichten des Herzens vorzustoßen." Dazu gibt es zwei konkrete Möglichkeiten. Es stimmt nachdenklich, wenn in mehreren Briefen darauf aufmerksam gemacht wird, daß die Seelenführung in Verfall gerät, vielleicht wegen der Überlastung der Beichtväter, vielleicht auch wegen des modernen Dranges zur Anonymität. Wir verzeichnen zwei Äußerungen: „Bei den Heiligen war es oft oder immer so, daß

sie einen sehr guten Beichtvater fanden, der ihnen half, sich selbst wirklich unter Kontrolle zu halten." „Sehr zu bedauern ist, daß das Verständnis und Bedürfnis für eine Seelenführung durch den Priester bei den meisten Christen erstorben ist. Auch ein Heiliger kann eines Seelenführers nicht entraten, meint der hl. Bernhard." Diese Bemerkungen legen nahe, den gutwilligen Gläubigen die Wahl eines ständigen Beichtvaters zu empfehlen und die Beichte bei ihm zu einer wirklichen Aussprache zu nutzen. Als zweite Möglichkeit zur Vertiefung der Devotionsbeichten wird die gemeinsame Vorbereitung auf die Beichte für Kernkreise und Standesgruppen empfohlen, und zwar mit dem Akzent auf der tieferen Gewissenserforschung. Einige unserer Korrespondenten wissen von guten Erfahrungen mit solchen Versuchen zu berichten. „Für eine gemeinsame Gewissensbildung bei Einkehrtagen oder in Verbindung mit den Fastenpredigten ist der innere Kern der Gemeinde zu haben." „In kleineren Gemeinden läßt sich der Brauch, einen fremden Priester einzuladen, der zu den einzelnen Ständen spricht und sie auf die Beichte vorbereitet, leicht im Sinne einer gemeinsamen Bußfeier ausbilden." „Ich habe im Advent und in der Fastenzeit jeweils einen der Naturstände eine Stunde vor einer Abendmesse versammelt. In der ersten halben Stunde habe ich sie gemeinschaftlich vorbereitet, in der zweiten halben Stunde fand die Beichte statt, und daran schloß sich die gemeinsame Kommunion."

Guter Beichtunterricht

Sehr viel schwieriger ist die Aufgabe, jene Beichten zu vertiefen, die den Eindruck der Oberflächlichkeit, wenn nicht gar der subjektiv vielleicht nicht einmal bewußten Unehrlichkeit erwecken. Dagegen hilft nach Meinung unserer Korrespondenten nur eine langfristige Beichterziehung, die schon im Beichtunterricht beginnen, in der religiösen Unterweisung der Schul- und Berufsjugend fortgesetzt und in Predigten immer wieder aufgefrischt werden muß. In einem Brief wird auch die Abhaltung besonderer Triduen mit dem ausdrücklichen Ziel der Erziehung zum rechten Beichten als ein erfolgreiches Mittel genannt. Mehrere Briefe weisen darauf hin, daß das Thema des richtigen Beichtens und die Belehrung über die subjektiven Akte im Bußsakrament heute vielfach zu sehr vernachlässigt werden. An Büchern bzw. Schriften, die diese Belehrung ergänzen können, wurden empfohlen: Bernhard Häring, „Frohes Beichten" und Gabriel Hopfenbeck, „Freiwillig vor Gericht".

Im Beichtunterricht, der in vielen Fällen die Beichtweise der Gläubigen für das ganze Leben bestimmt, müßte man, wie ein Pfarrer schreibt, vor allem dazu anleiten, daß die Kinder die Dinge sagen, „wie sie sie erlebt haben, sei es auch zunächst sehr unbeholfen. Aber nur so wird die Beichte persönlich. Im andern Fall werden viele auch nach der Schulzeit immer nur Beichtspiegelsünden aufsagen." Beim Beichtbekenntnis ist ja nicht das gute Gedächtnis entscheidend, sondern die offene Anklage der Haltungen und Handlungen, die als Schuld erlebt worden sind. Die spätere Beichterziehung muß das Schuldbewußtsein vor allem nach zwei Seiten hin schärfen, vertiefen, vielleicht sogar überhaupt erst erwecken: in Richtung auf die Grundhaltungen und Motive des Herzens, aus denen nach den Worten Jesu die bösen Gedanken und Taten entspringen, und in Richtung auf „die Umwelt des christlichen Lebens und den anti-sozialen Charakter der verschiedenen Sünden". Als Beispiele für das, was hier gemeint wird, nennen die Briefe u. a. die Pflicht zur Bezeugung christlicher Existenz im heutigen Milieu; die Sorge um den Menschen im Mitmenschen; von der alltäglichen Solidarität mit denen, die uns begegnen, bis hin zu den Entwicklungsvölkern; die Verantwortung für den Nächsten — diese z. B. als wichtigstes Moment in Fragen der Erotik; die Verpflichtung zum Dienst an den Gemeinschaften, namentlich als wirkliche Hingabe an den Beruf.

Die Reue

Wenn das Gewissen unter solchen Gesichtspunkten mehr und mehr gebildet wird, „wenn die ganze Pastoral heilssozial orientiert wird und die Gläubigen von allen Zusammenhängen her die wesentliche Ausrichtung christlichen Lebens auf den Nächsten und sein Heil und die Mitverantwortung für das Milieu erfassen, dann dürfte sich in der heutigen Beichtpraxis auch ohne revolutionäre Änderung der äußeren Formen einiges erreichen lassen". In diesem Zusammenhang wird hingewiesen auf die Unzulänglichkeit „landläufiger Reueformeln", von denen manche „jeder Deist nachvollziehen kann", die aber andermals auch wieder so hochtrabende Worte gebrauchen, daß sie ehrlicherweise vom Pönitenten nicht vollzogen werden können, so daß die Gefahr besteht, die Reue mit dem Ablesen einer Reueformel zu verwechseln, eine Gefahr, die übrigens auch durch den Ausdruck oder die Frage: Hast du auch Reue erweckt? nahegelegt wird. Auch der Vorsatz und der Genugtuungswille würden bei stärkerer Konzentration der Bußerziehung auf das Hauptgebot wahrscheinlich an konkreter Gestalt gewinnen. Ein Pastoraltheologe äußert sich sehr zuversichtlich darüber, daß der Beichtzuspruch da, wo die Erkenntnis der Heilsgemeinschaft bereits durchgebrochen ist, soziale Verantwortung wecken kann. Der Wille, das weiterzugeben, was man im Sakrament von der Gemeinschaft empfangen hat, muß nur geweckt und angeregt werden.

Beichte als Seelenführung

Eine differenzierte Gewissenserziehung und Anleitung zu einer persönlicheren Beichte würde sich aber zweifellos auch im Beichtstuhl selbst auswirken. Die Begegnung zwischen dem Beichtvater und dem Pönitenten würde dialogischer vor sich gehen. Das ist der wichtigste Einwand mehrerer unserer Korrespondenten gegen einen Gemeinschaftsempfang des Bußsakramentes. „Wenn man um des kommunitären Aspektes willen das Personale vernachlässigt, entsteht nicht echte Gemeinschaft, sondern Masse. Gerade deshalb muß man sehr vorsichtig sein, daß bei neuen Versuchen nicht der falsche Anschein oder die wirkliche Gefahr unpersönlicher Allgemeinheit entsteht." „Die Gefahr, daß das Ganze den Beichtenden einen betriebsmäßigen Eindruck macht, scheint mir bei dem französischen Beispiel zu wachsen." „Der Seelsorger fürchtet sich vor Massenbeichten ein wenig." Abgesehen von dieser psychologischen Gefahr, wird die Beichte gerade dann, wenn sie intensiviert werden soll, zu einem „Zeitproblem", und zwar um so mehr, je größer der Priestermangel wird. Ein Pfarrer rechnet aus, daß die Durchführung einer Beichte nach dem Modell von P. Rétif in seiner Pfarrei die gleichzeitige Anwesenheit von dreißig Beichtvätern erfordern würde, während er Mühe hat, auch nur einen zur Aushilfe zu bekommen. Die persönliche Beichte drängt aus ihrer Natur heraus, wie schon erwähnt wurde, vom

gemeinsamen Vollzug weg in die Stille und Bedächtigkeit persönlicher Aussprachen, was nicht zu bedeuten braucht, daß sie dadurch ihre soziale Ausrichtung verliert. Auf eine „Zeitfrage" läuft auch das Postulat hinaus, daß die Osterbeichten eigentlich am Gründonnerstag beendet sein sollten. Ein Großstadtpfarrer bemerkt, daß gerade der Karfreitag immer mehr zu einem Beichttag wird und daß die Karfreitagsliturgie einen starken Einfluß auf die Disposition vieler Pönitenten ausübe. „Das spürt man den Männerbeichten am Nachmittag und Abend des Karfreitag an."

Auch für die Beichte wird der Wunsch nach stärkerer Berücksichtigung der Muttersprache laut. Schon heute könnte der Beichtvater sein Beichtkind statt mit den lateinischen Worten: Dominus sit in corde tuo... in der Muttersprache begrüßen, wie Kardinal Montini es in der Mailänder Mission angeordnet hatte. In der Hauptsache aber geht es um die Absolutionsworte. In dem Augenblick, „da das Wort des göttlichen Erbarmens zu sprechen ist, wenn der Vater den verlorenen Sohn in die Arme schließt, also in dem Augenblick, da der Mensch wirklich erschüttert werden könnte, da ist der Priester verpflichtet, etwas Lateinisches vor sich hinzusagen, das niemand versteht. Dazu kommen Gebete, die duplizieren, ein Gebet ad cautelam für Exkommunizierte, das man auch über kleine Kinder und all die guten Leutchen zu sprechen hat, das aber unwirksam ist, wenn man, ohne es zu wissen, tatsächlich einen Exkommunizierten vor sich hat. Welch anderen Eindruck würde es doch wohl machen, könnte man statt des ganzen Geflüsters den einen effektiven deutschen Satz sagen: ‚Ich spreche dich los von den Sünden, die du gebeichtet hast.'"

„Öffentliche Sünder"

Die Sorgenkinder aller Seelsorger sind die „öffentlichen Sünder", die Abständigen, diejenigen, denen die Absolution verweigert werden muß oder eigentlich verweigert werden müßte. Ihre Einstellung gegenüber der Kirche und den Sakramenten ist durchaus nicht einheitlich. So ist es nicht richtig, die Begriffe „nicht praktizieren" und „nicht zu den Sakramenten gehen" einfach gleichzusetzen. „Viele derer, die in ungültiger Ehe leben, kämen sehr gern, viele nicht Praktizierende könnten sehr wohl kommen. Ich habe eine Anzahl von Fällen, in denen die Leute ihren Irrtum zu spät einsehen, aber die ungültige Ehe aus vielen Gründen nicht mehr lösen können und nun um so mehr beten und durch fleißigen Kirchenbesuch den unmöglich gewordenen Sakramentenempfang zu ersetzen versuchen. Kann man helfen? Aus diesem Dilemma gibt es keinen Ausweg." „Es wäre falsch, ihnen zu sagen: ‚Machen Sie sich keine Sorge!' Aber es wäre auch nicht richtig, wenn man nur sagte: ‚Es ist dir nicht erlaubt.'" „Gibt es keine Möglichkeit, nicht zwar einer laxeren Moral, aber einer Praxis, die das Sakrament der Versöhnung und Barmherzigkeit Gottes betont und nicht mehr verlangt, als man erwarten kann?" Es gibt wohl keine; es sei denn die, die ein Professor der Moraltheologie andeutet, wenn er „vor allem eine größere Einheitlichkeit in der Behandlung besonders delikater Probleme" verlangt. Mehrfach wird der Wunsch nach einem einheitlichen Direktorium für die Pastoral des Bußsakramentes geäußert, und zwar gerade deshalb, weil hinsichtlich des vom Pönitenten zu fordernden Vorsatzes in der Beichte keine einheitliche Praxis und keine für die Praxis vollkommen ausreichende Klarheit besteht.

Religiöse Vertiefung der Fastenzeit

Die Vorschläge und Gedanken zu einer liturgischen Reform des Bußsakramentes, die in dem Aufsatz von Schürmann, den Verhandlungen der französischen Pastoralkongresse und den praktischen Versuchen von Rétif und anderen enthalten sind, werden hinsichtlich des Sakramentes der Buße mit größtem Vorbehalt aufgenommen, um so wärmer aber begrüßt, wenn es sich dabei um eine liturgische Vertiefung der Fastenzeit handelt. Und diese wieder scheint nach überwiegender Meinung durchaus möglich zu sein, wenn die schon heute in der Liturgie gegebenen Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden. Dabei scheint den Predigten in der Fastenzeit, sowohl den Fastenpredigten als auch vor allem den Predigten im Gottesdienst die entscheidende Bedeutung beigelegt zu werden. Ihr Thema muß in erster Linie die Buße sein. Das sei, so heißt es in einem Brief, vordringlicher als die vielfach übliche Behandlung des Leidens Christi, deren Erfolg oft nur in sentimentalem Mitleid bestehe. Natürlich kann gerade das Leiden Christi auch unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, um den es hier geht. Einer unserer Korrespondenten zeigt einen Vorschlag zur Verbindung mit den Sonntagsevangelien der Fastenzeit: 1. Versuchung Jesu — Lebensentscheidung; 2. Verklärung — Lebenserneuerung; 3. Teufelsaustreibung — Bußsakrament; 4. Brotvermehrung — Eucharistie; 5. Kreuz; 6. Ablehnung oder Aufnahme Christi, von allen und jedem einzelnen.

Es ist nicht schwer, die liturgischen Texte der Fastenmessen in kurzen Ansprachen oder Meditationen für die Bußgesinnung zu nutzen. Dafür wird hingewiesen auf: Dom Jules Baudot, „Catechisme liturgique", Tours 1923.

Große Bedeutung wird in mehreren Briefen der Aschermittwochliturgie zugeschrieben. Wo an diesem Tage nur eine Kerngemeinde erfaßt werden kann, da steht, wie ein Korrespondent meint, nichts im Wege, die feierliche Auflegung des Aschenkreuzes in einer eigenen Bußandacht am ersten Fastensonntag nachzuholen. Aus den Versuchen von Rétif wird sodann die Anregung zur Abhaltung eigener feierlicher Bußandachten in der Fastenzeit aufgenommen. „Da könnte die Osterbeichte durch Betrachtungen des Priesters mit nachfolgendem Stillschweigen, durch Bußlieder und entsprechende Gebete gründlich gemeinsam vorbereitet werden: einmal Gewissenserforschung, dann wieder Reue, Vorsatz, Bekenntnis, Genugtuungswille und Streben nach Buße im christlichen Leben." Nur wird davor gewarnt und an dem Modell von Rétif bemängelt, daß die Andacht zu lange dauert.

Keine Paraliturgie

Von korporativen Bußübungen oder symbolischen liturgischen Akten in Nachbildung altchristlicher Formen wird, wie es scheint, nicht viel erwartet. „Ich kann mir, offen gestanden, wenig Vernünftiges darunter vorstellen", schreibt ein Großstadtpfarrer. „Was bedeutet schon eine nächtliche Anbetung gegenüber den ständigen Nachtschichten, die so viele unserer Gemeindemitglieder machen müssen. Fasten? Abstinenz? Ist nicht Buße für uns in der Hauptsache das bereite Weitertragen der Lasten des Christseins in dieser (mitteldeutschen!) Umwelt?" Die meisten Briefe gehen über diese Frage schweigend hinweg. „Nach einer Paraliturgie haben wir keine Sehnsucht", urteilt ein Pfarrer, der besonders auf die Ehrlichkeit und Echtheit kultischer Vollzüge bedacht ist. Was würde wohl gewonnen sein, wenn in solchen Andachten etwa die Prie-

ster, Ministranten, Kirchenältesten oder wer immer in Bußgewändern den altchristlichen Ritus symbolisch darstellten? Würde es nicht vielleicht theatralisch wirken?
Dagegen können die Liturgien am Gründonnerstag und Karfreitag erschüttern. „Mit der Fußwaschung, angesichts dieser letzten sich entäußernden Liebe des Herrn, kamen wir in den letzten Jahren immer zu einer Buß- und Schulderklärung des Zelebranten im Namen aller Priester der Gemeinde vor der Gemeinde: ‚Verzeiht uns und verzeiht einander!' Es gab eine unvergleichliche Atmosphäre, die durch keine Paraliturgie wahrscheinlich je so erreicht werden kann. Danach die Beichten. Da wird der Einfluß spürbar. Und dann wieder der Einfluß der Karfreitagsliturgie. An ihr beteiligt sich schon seit Jahren alles, bis zum letzten Mann unter der Orgelbühne." In diesen beiden Liturgien liegt, die Vorbereitung der Gläubigen während der Fastenzeit vorausgesetzt, ein unüberbietbarer Impuls zur Metanoia.

Das Forum

Briefe an die Schriftleituug der Herder-Korrespondenz

Zur Organisation des englischen Schulwesens

Ich lese regelmäßig die „Herder-Korrespondenz", die ich sehr schätze. Ich möchte jedoch gegen Ihre Darstellung und Deutung der Verlautbarung der englischen Hierarchie über die Stellenbesetzung an katholischen Schulen (14. Jhg., S. 59) Einspruch erheben.
Was den Text betrifft, der in gekürzter Form wiedergegeben wird, so hat Ihr Übersetzer die Ausdrücke, die unsere verschiedenen Schulkategorien bezeichnen, völlig mißverstanden. Im Absatz 1 übersetzt er „Aided Schools" mit freien subventionierten Volksschulen und „Special Agreement Schools" mit freien Berufs- und Sonderschulen. Doch besteht der Unterschied nicht im Schultyp, sondern im Grad der Kontrolle, die der Staat über die Schule ausübt.
Bei einer „Aided School" tragen die lokalen Schulbehörden die laufenden Kosten, stellen jedoch die Lehrer nicht ein. Diese Schulen wurden auf Grund des Education Act von 1944 geschaffen. Sie können Primarschulen (5—11 Jahre) oder Sekundarschulen (11—18 Jahre) sein.
Bei der „Special Agreement School" tragen die lokalen Schulbehörden alle Kosten und stellen die Lehrer ein. Die Kirche hat nur ein Vetorecht gegenüber den Religionslehrern. Diese Schulen wurden auf Grund des Education Act von 1936 geschaffen. Sie können Primar- und Sekundarschulen sein, sind tatsächlich jedoch zumeist Sekundarschulen und nur gering an Zahl (zusammen 4788 katholische und protestantische „Aided Schools" und nur 63 „Special Agreement Schools").
In Absatz 2 ist es nicht richtig, „Maintained Catholic Schools" mit traditionellen katholischen Privatschulen zu übersetzen. Die laufenden Kosten der „Maintained School" werden vom Staat getragen. Dieser Ausdruck wird in der bischöflichen Verlautbarung benutzt, um sowohl „Aided Schools" als auch „Special Agreement Schools" zu bezeichnen und nicht als Gegensatz zu diesen beiden Schularten.
Als Folge dieser Mißverständnisse verfehlte Ihr Redakteur den „Sitz im Leben". Er kommentiert die Verlautbarung so, als ob sie zur Besserung der Lehrerqualifikation in den Privatschulen dienen sollte. Ihr Ziel ist es jedoch, der Stellenausschreibung in den „Maintained Schools" mehr Publizität zu verleihen. Denn die „Managers of School" (unter der Leitung des örtlichen Klerus) haben zuweilen Posten an solchen Schulen mit Ordensleuten oder andern Personen besetzt, ohne den als Lehrer ausgebildeten Laien eine Chance zu geben, sich unter fairen Bedingungen um die Posten zu bewerben. Der katholische Lehrerbund drängte deshalb die Bischöfe zur Herausgabe der Verlautbarung, um die Interessen der katholischen Laienlehrer zu wahren (vgl. The Catholic Teacher 1959 Nr. 137, S. 6).

Dartford (England) — *Maurice Couve de Murville*
vicarius cooperator

Zum Schicksal Weihbischof Ancels

Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie sehr die Herder-Korrespondenz hier im Hause — von den Professoren der theologischen Fakultät und von den Jesuitenscholastikern — geschätzt wird. Ich denke, daß es Ihnen recht ist, wenn ich Sie auf einen Fehler hinweise, der Ihrem Korrespondenten unterlaufen ist. Da wir hier in Lyon die Lage natürlich einigermaßen kennen, hat Ihre Notiz über Msgr. Ancel einige Verwunderung erregt.
In der Nummer 2, Jahrgang 14, im Artikel: Das Heilige Offizium und die Arbeitermission in Frankreich, schreiben Sie im letzten Abschnitt über Weihbischof Ancel (Seite 81): „Er ist jetzt aufgefordert worden, seinen Posten als Superior des Prado aufzugeben. Wer sein Nachfolger werden soll . . . ist bisher nicht bekannt."
Msgr. Ancel ist weiterhin Generalsuperior des Prado, er hat jüngst in dieser seiner Eigenschaft eine Reise nach Japan gemacht, ja es war nie davon die Rede, daß er diesen Posten aufgeben solle. Was mit dem vorhergehenden Satz gemeint ist, konnte man sich hier nicht recht erklären; es kann sich höchstens um die Pfarrei von St. Fons handeln, in der Prado-Priester mithelfen (dort befindet sich das Noviziat), aber Msgr. Ancel ist keineswegs selbst unmittelbar an der Betreuung dieser Pfarrei beteiligt . . .

Lyon-Fourvière — *P. Otto Gaupp SJ*

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

AUER, Johann. *Militia Christi.* In: Geist und Leben Jhg. 32 Heft 5 (1959) S. 340—351.

Als einen Beitrag „nutzloser Zeitkritik" — weil heute das Verständnis für den aktiven Leidensgeist, für den Kampf um die Seligkeit geschwunden ist — gibt der Verfasser einen Überblick über die Geschichte eines christlichen Grundbildes, ausgehend von dem urmenschlichen und vorchristlichen Grund der Kampfidee über den christlichen „Kriegsdienst" nach der Offenbarung und seiner Übung in den drei Jahrhunderten der Märtyrerzeit und der Mönchsbewegung bis ins späte Mittelalter und den großen Bruch mit der Reformation. Heute werde zwar das Bild der Christusnachfolge noch gelehrt, sei aber in der persönlichen Frömmigkeit nicht mehr beherrschend, weil „die metaphysischen Begründungen psychologischen Praktiken gewichen" seien.

BLESS, Wilhelm SJ. *Die Frühkommunion.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 3 (Dezember 1959) S. 175—183.

Der Bericht schildert zunächst die Praxis der Frühkommunion in Holland: Eltern und Schule bereiten in neun Monaten mit Hilfe eines kindlich faßbaren Lehrstückkatechismus und eines Bilderkatechismus alle Siebenjährigen auf die Frühkommunion vor. Bless setzt sich dann mit den Argumenten für und gegen diese Praxis auseinander wie mit der Problematik der Frühkommunion überhaupt. Der Verfasser sieht den Wert der Frühkommunion vor allem darin, daß sie die affektiven Kräfte des Kindes anspricht und sie in die religiöse Erziehung miteinbezieht. Die Eltern sind nach seiner Ansicht meist nicht in der Lage, allein das Kind systematisch neun Monate lang vorzubereiten. Das könne die Schule besser, die ja auch später das Kind im Religionsunterricht weiter unterrichtet. Die gemeinsame Feier der Frühkommunion lasse das Kind auch leichter begreifen, daß die Eucharistiefeier nicht als ein privater Akt aufzufassen sei.

BRULS, J. *Le missionnaire catholique devant la mission protestante.* In: Église Vivante Jhg. 11 Nr. 6 (November/Dezember 1959) S. 399—406.

Dieses ganze Heft der belgisch-französischen Missionszeitschrift ist dem Problem der Missionen und der Gespaltenheit der Christen gewidmet. Eine Reihe führender Protestanten der Ökumenischen Bewegung haben daran mitgearbeitet (R. Schutz: S'unir pour que le monde croie; W. A. Visser 't Hooft: Importance des Églises d'Asie dans le mouvement œcuménique u. a.). Abbé Bruls, selber zehn Jahre lang Missionar in Afrika, stellt die Haltung des durchschnittlichen katholischen Missionars gegenüber den getrennten Brüdern dar, deren Grundmerkmal Unkenntnis ist. Alles, was in der Kirche auf dem Gebiet der Kenntnis und Begegnung mit den nichtkatholischen Christen seit Jahren geschehen ist, ist den meisten Missionaren unbekannt. Ihre apologetisch-polemische Haltung gegenüber anderen Christen (die nicht immer nur Sektenangehörige sind!) ist ein großes Hindernis für die Glaubwürdigkeit der Botschaft der Liebe. Allerdings ist die richtige Haltung nicht leicht.

DOMENACH, J.-M. *Les prêtres au travail.* In: Esprit Jhg. 27 Nr. 12 (Dezember 1959) S. 711—720.

„Esprit" greift noch einmal die Frage der Priester in den Fabriken, auf Baustellen und Schiffen auf: die Autorität Roms hat durch den Brief Kardinal Pizzardos gesprochen. Aber war sie hinreichend informiert, da die Verurteilung *vor* der Überreichung des letzten Gutachtens stattfand? Dies darf sich der Katholik fragen, da es sich auf keinen Fall um eine Entscheidung auf Grund dogmatischer Fragen handelt. Der Artikel plädiert für den Wagemut des Apostolats. Zur Bekräftigung der Rechtmäßigkeit dieser Forderungen folgt (nach der Wiedergabe des Briefs Kardinal Pizzardos) ein Exkurs (S. 725—728) über die mittelalterlichen Wagnisse der Orden der Trinitarier und Merzenarier zum Loskauf von Christen aus muselmanischer Sklaverei, wobei Priester sich selber zu Sklaven machten; Sklaverei ist aber nach kanonischem Recht ein Hindernis für Priestertum. Trotzdem wurden diese Orden anerkannt.

FISCHER, Balthasar. *Formen gemeinschaftlicher Tauferinnerung im Abendland.* In: Liturgisches Jahrbuch Jhg. 9 Heft 2 (1959) S. 87—94.

Der im nächsten Heft fortzusetzende Aufsatz geht von der Erneuerung des Taufgelübdes in der Osternacht aus und meint, sie bedürfe noch anderer Formen der Tauferinnerung als Stütze, die in diesem ersten Teil aus der Geschichte der Liturgie (Sondervesper in der Osteroktav, Weißer Sonntag, überhaupt der Sonntagsmesse) gewonnen werden und eine Änderung der Taufsitte, d. h. anstelle der üblich gewordenen Abwesenheit des Mannes und Vaters die Einbettung einer Taufe in eine möglichst große Taufgemeinde fordert.

HAIBLE, Eberhard. *Die Einwohnung der drei göttlichen Personen im Christen nach den Ergebnissen der neueren Theologie.* In: Theologische Quartalschrift Jhg. 139 Heft 1 (1959) S. 1—27.

Der Verfasser arbeitet, von Suárez ausgehend, die ganze neuere Literatur zur Inhabitationstheologie bis zu K. Rahner und G. Söhngen durch, den er den einzigen Theologen nennt, der die Einwohnung des Heiligen Geistes wirklich aus biblischen Zeugnissen gewinnt. Für die noch offenen Fragen, wieso u. a. Gott unsern Glauben gerade als ewiges hypostatisches Wort und unsere Liebe gerade als Heiligen Geist verwirklichen müsse, wird ein noch breiteres biblisches Fundament gefordert, sowohl für die Frage nach dem „daß" wie nach dem „wie", weil diese Fragen rein spekulativ nicht zu bewältigen seien.

JAEGER, Harald. *Religionsunterricht an höheren Schulen und elterliche Verantwortung.* In: Katechetische Blätter Jhg. 84 Heft 12 (Dezember 1959) S. 545—549.

Angesichts der weltanschaulich neutralen höheren Schule in Deutschland, der weithin zerfallenden Familien und einer überforderten Jugend beklagt der Verfasser den wenig entwickelten Religionsunterricht an den höheren Schulen, der noch immer von den Auffassungen vergangener Zeiten bestimmt sei. Ihre Gefahren liegen vor allem in der Methode, die „zuviel Stoff und zuwenig personale Durcharbeitung bietet" (Goldbrunner).

KRUSE, Ludger. *Glaube als sakramentales Zeichen und Sakrament als Glaubenszeichen.* In: Catholica Jhg. 13 Heft 3 (1959) S. 200—211.

Diese Untersuchung über die wechselseitige Stellvertretung von Glaube und Sakrament an Hand der Definitionen des Tridentinum über das votum sacramenti findet, daß bei letzterem der durch die Liebe wirksame Glaube des einzelnen, weil Glaube an das Glaubenszeichen der Kirche, rechtfertigende Wirkung ohne realen Empfang des Sakraments (der Taufe) haben kann, während bei der Kindertaufe das Sakrament, weil Zeichen des Glaubens der Kirche, den Glauben des zum persönlichen Glaubensakt noch unfähigen Kindes vertritt.

MURRAY, John C., SJ. *The Morality of War.* In: Theology Digest Vol. 7 Nr. 3 (Herbst 1959) S. 131—137.

Nach der Darlegung verschiedener einseitiger Standpunkte zur Frage der Erlaubtheit der Aufrüstung und des Krieges beim heutigen Stand der Waffentechnik — Standpunkte, die ebenso zum unwirksamen sentimentalen Pazifismus wie zum verbrecherisch zynischen „Realismus" führen — breitet der amerikanische Theologe die von Pius XII. zeitgemäß weitergeführte klassische katholische Lehre vom „gerechten Krieg" aus. Er stellt fest, daß es sich hier nur um eine Grenzmoral handeln kann, um eine Bemühung, einem menschlichen Handeln, dem Kriegführen, das immer grundsätzlich irrational bleibt, ein Minimum an Vernunft zugrunde zu legen. Murray führt diese Bemühung weiter, indem er zeigt, wie die Rechtsfrage (quaestio iuris) nach der Erlaubtheit von Aufrüstung und Verteidigungskrieg unvermeidbar in einer ungeheuren Fülle kompliziertester Tatsachenfragen (quaestio facti) der heutigen Welt- und Konfliktslage verwoben ist, zu deren Erkenntnis sein Artikel eine Fülle wertvoller Ansatzpunkte gibt. (Vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 374 ff.)

SCHNACKENBURG, Rudolf. *Die Vollkommenheit des Christen nach den Evangelien.* In: Geist und Leben Jhg. 32 Heft 6 (1959) S. 420—433.

In Absetzung von dem griechischen Ideal der Vollkommenheit gründet der Verfasser den christlichen Sachverhalt teils auf seine alttestamentliche Grundlage, sodann aber auf die beiden einzigen Stellen bei Matthäus (5, 48 und 19, 21), wo das Wort „vollkommen" auftritt. Danach erhält die Vollkommenheit des Christen den Charakter einer „Verpflichtung", einer absoluten „Forderung" für alle.

VOLK, Hermann. *Die Theologische Bestimmung des Menschen.* In: Catholica Jhg. 13 Heft 3 (1959) S. 161—182.

Das Anliegen des Verfassers bei der Analyse der fünf (und nicht weniger) theologischen Bestimmungen des Menschen: durch die Kreatürlichkeit, durch Gnade, Sünde, Erlösung und die Eschata, die alle in Christus kulminieren, ist dieses, bei keiner der einzelnen Bestimmungen den Zusammenhang mit allen anderen aus dem Auge zu verlieren. So ergeben sich in der Durchführung und im Aufweis der Probleme Durchblicke von hoher Bedeutung, die in einer isolierenden Darbietung so nicht gesehen wurden. Es geht dem Verfasser auch hier um die optimale Entfaltung der Katholizität für das interkonfessionelle Gespräch, in dem er eine führende Rolle spielt.

Philosophie

BRUNNER, August, SJ. *Pierre Teilhard de Chardin.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 3 (Dezember 1959) S. 210—222.

Eine sehr scharfe Kritik an der Evolutionstheorie Pater Teilhard de Chardins SJ. Brunner legt Lücken und gedankliche Fehlansätze in dem Werke des großen französischen Forschers bloß (Gleichsetzung von Hypothese mit „wissenschaftlicher Erfahrung", Unklarheiten über das „Streben nach Einheit", über die „Liebe", „die Schöpfung Gottes", das Fehlen des „Ursprungs des Bösen"). Daher folgert Brunner: „Das Werk Teilhards, soweit es nicht eigentlich fachwissenschaftlich ist, erweist sich also nicht als eine Darstellung von festgestellten Tatsachen, sondern als eine aus persönlichen Beweggründen geborene Weltansicht . . . Um das Existentielle ging es im Grunde auch Teilhard. Aber seine Philosophie und seine wissenschaftliche Beschäftigung haben ihn dazu verleitet, es mit den Kategorien des Naturhaften erfassen zu wollen. Das ergibt aber ein Weltbild, das folgerichtig zu Ergebnissen führen müßte, die er ablehnte."

GRAUMANN, Carl-Friedrich. *Zur Psychologie des kritischen Verhaltens.* In: Studium Generale Jhg. 12 Heft 11 (1959) S. 694—716.

Der Verfasser versucht, eine Situation, die als typisch für kritisches Verhalten bezeichnet wird, psychologisch zu analysieren und von dieser Analyse aus zu einer Psychologie kritischen Verhaltens zu gelangen. Als Paradigma einer Kritiksituation wählt er Kubys Buch „Das ist des Deutschen Vaterland". An Hand der verschiedenen Kritiken zeigt er die verschiedenen Strukturglieder der Kritik auf, die einbeziehen: das Buch, den Kritiker, die Kritik-Analyse selbst und den Leser, an den sich die Kritik wendet. Erst aus dem Ganzen werde die Psychologie des kritischen Verhaltens gewonnen. Graumann untersucht ferner die Genese aktuellen kritischen Verhaltens sowie die Ontogenese der Kritik durch die menschlichen Reifephasen.

MÜLLER-MARKUS, Siegfried. *Der Prozeß Einstein.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 14 Heft 12 (Dezember 1959) S. 755 bis 770.

Im Verlaufe der Auseinandersetzungen innerhalb der sowjetrussischen Philosophie und Naturwissenschaft bezüglich des Verhältnisses zwischen

Diamat und Relativitätstheorie zeichnen sich folgende Reaktionen ab: 1. eine Gruppe leugnet physikalische Sachverhalte, um die Doktrin zu retten; 2. eine Gruppe behauptet positivistisch, die Physik genüge sich selbst; 3. eine Gruppe behauptet, die Relativitätstheorie sei von falschen Überlagerungen zu reinigen; 4. eine Gruppe versucht die Theorie aus dem Diamat zu deduzieren; 5. eine Gruppe versucht die Theorie streng wissenschaftlich, ideologiefrei, zu begründen. Der Verfasser schildert ferner ausführlich die Wissenschaftsauseinandersetzungen zwischen 1951—1955 über 1. das Verfahren der Relativitätstheorie, 2. die physikalischen Prinzipien, 3. die Eigenschaften der Materie, 4. das Verhältnis von Masse und Energie, 5. die kosmologische Frage.

PIEPER, Josef. *Aktualität der Scholastik.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 14 Heft 12 (Dezember 1959) S. 733—739.

Pieper untersucht die Frage, inwieweit spezifisch mittelalterlich geltende Strukturelemente der scholastischen „christlichen" Philosophie für unsere Zeit von Bedeutung sind. Neben den heute wieder relevanten formalen Strukturen (Lernen, Meditieren, Diskutieren) betont Pieper besonders den paradigmatischen Charakter der scholastischen Philosophie, wie Geglaubtes und Gewußtes miteinander verknüpft werde, ihre musterhafte Verwirklichung, die jedoch nicht einfach nachgeahmt und wiederholt werden könne. Die für die mittelalterliche Philosophie typische Verknüpfung von fides und ratio sei die einzig mögliche Gestalt der Philosophie überhaupt, wenn es wahr ist, daß der Logos Gottes in Christus Mensch geworden ist und wenn unter „Philosophieren" auch heute noch das verstanden wird, was die griechischen Denker darunter verstanden haben.

UTZ, A. F. *Diskussion um die Neuorientierung der Rechtsphilosophie.* In: Die neue Ordnung Jhg. 13 Heft 6 (November 1959) S. 401—412.

Ein Bericht über den Kongreß der „Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie" in Wien, der das Thema „Sozialstruktur und Rechtsform" behandelte. Utz berichtet vor allem über die streng logische Rechtstheorie des Marxisten Lukic, Belgrad, die vom Begriff der Gerechtigkeit ausgeht, wobei leider das Ideal mit der Wirklichkeit verwechselt werde; ferner über das Verhältnis von Rechtsphilosophie und Soziologie, das Schasching, Innsbruck, behandelte. Das Recht habe heute vor allem zwei Funktionen: 1. die selbstmächtig sich entwickelnden Gesellschaftselemente zu koordinieren; 2. den vielseitigen Pluralismus der Gesellschaftsgruppen zu einem Ganzen zu integrieren.

Kultur

BECHER, Hubert, SJ. *Der Formzerfall des gegenwärtigen Romans.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 3 (Dezember 1959) S. 161—175.

Der sehr instruktive, gut belegte Beitrag zeigt, wie literarische Gehalte und Formen mit dem Zerfall eines gesicherten Weltbildes in der Moderne sich zersetzen. Durch den Existentialismus wird ein neues Ordnungsdenken vorbereitet, in dem das Ich wieder entdeckt und betont wird. Auch die verschiedenen Formen des Solipsismus läßt die Romanliteratur heute hinter sich. Es entsteht wieder welthaltige Dichtung.

BECKER, Hellmut. *Bildung und Politik.* In: Merkur Jhg. 13 Heft 12 (Dezember 1959) S. 1156—1164.

Becker untersucht die Frage, ob unsere Bildungseinrichtungen demokratische Vitalität hervorzubringen in der Lage sind. Er glaubt, daß bei uns heute die politische Bildung an der Macht vorbei stattfindet, d. h., daß nur die formale Seite der Demokratie Gegenstand der Bildung sei, nicht aber ihre Wirklichkeit, ihre gefährdete Wirklichkeit. Daher bedeutet für Becker jemanden politisch bilden, ihn auch zu bewegen, die Spannung zwischen Demokratie und Gesellschaft auf sich zu nehmen. Die vornehmste Aufgabe der politischen Bildung sieht Becker jedoch in der Schaffung aktiver Minderheiten, keine Eliten im hierarchischen Sinne, sondern „opinion leaders", „animateurs".

FROHN, Robert. *Bildungsreform am Reißbrett.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 14 Heft 12 (Dezember 1959) S. 740—750.

Eine kritische Stellungnahme zum „Rahmenplan" des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen, Frohn hält es für problematisch, daß der Ausschuß zunächst die organisatorische Neuordnung des Schulwesens behandelt habe. Der Wert des Rahmenplanes werde sich erst dann bestimmen lassen, wenn der zweite Teil des Planes, der der inhaltlichen Seite, der Bildungsaufgabe der Schule, gewidmet sein wird, erschienen ist. Einwände erhebt der Verfasser besonders gegen die geplante Förderstufe und ihre Begründung sowie die damit verbundene Aufgabe der Einheit des höheren Schulwesens.

RÜDIGER, Horst. *Literatur ohne „Klassiker"?* In: Wort und Wahrheit Jhg. 14 Heft 12 (Dezember 1959) S. 771—784.

In dieser Antrittsvorlesung vom 18. 6. 1959 in der Mainzer Universität wird zunächst die Geschichte des Begriffes „klassisch", d. h. der Vorgang seiner Ausweitung, das Schwinden seiner festen Kontur dargelegt. So allgemein auch heute noch vom Klassischen als einer Hochleistung gesprochen wird, so unklar sind die Kriterien für „das Klassische" geblieben. Rüdiger, der von der Notwendigkeit eines klassischen Kanons als Maßstab für Dichtung und Literatur überzeugt ist, der jedoch nicht allein aus dem consensus omnium gewonnen werden könne, sieht in der Konzeption des Klassischen von Bodmer eine Möglichkeit, einen Kanon für Weltliteratur zu schaffen. Danach sind unter klassischen Werken solche zu verstehen, die die allgemein menschlichen Potenzen bewirken, gestalten und umgestalten.

SCHMIDTHÜS, Karlheinz. *Buch und Familie.* In: Die neue Ordnung Jhg. 13 Heft 6 (November 1959) S. 413—424.

Obgleich das Buch seinem Wesen nach nicht den Gesetzen des Marktes allein unterworfen sein dürfte, ist es im Zuge der vermehrten technischen Möglichkeiten zu einem Konsumgut geworden. Schmidthüs untersucht die Frage, inwieweit die Familie heute noch fähig ist, die entsprechende Buchauswahl für die ihr Anvertrauten selbst zu treffen. Seine Antwort lautet: Der Zwang zur hohen Auflage, die durch die technische Entwicklung des Buchgewerbes bedingt ist, fordert Vertriebsmöglichkeiten, besonders in Form der Buchgemeinschaften, die, sofern sie weltanschaulich nicht gebunden sind, die verlegerischen Risiken wohl eindämmen, die Literatur jedoch funktionalisieren und Haus und Familie die Aufgabe der Buchauswahl entziehen.

WENKE, Hans. *Über den Umgang mit der Freizeit.* In: Die Sammlung Jhg. 14 Heft 11 (November 1959) S. 535—539.

Freizeit kann und soll als Möglichkeit, sich beruflich fortzubilden, benutzt werden. Diese Ergänzung verliert ihren Sinn, wenn sie aus Mangel an Phantasie zur verlängerten Berufsarbeit wird. Anderseits kann Freizeit auch als ein Gegengewicht zur Berufsarbeit verstanden werden. Ein solches Verständnis müsse darauf achten, daß aus der Freizeit keine Gegenwelt zur Arbeit werde, weil sonst Selbsttäuschungen und absonderliche Formen der Ich-Spaltung nicht ausbleiben. Bezüglich des Hobby mahnt Wenke, ihm nicht verpflichtenden Charakter zuzubilligen: Ich *muß* verreisen, weil ich ein Auto habe.

Politisches und soziales Leben

AUHOFER, Herbert. *Der spanische Bürgerkrieg.* In: Politische Studien Jhg. 10 Heft 116 (Dezember 1959) S. 817—831.

Gründe, Voraussetzungen, Verlauf und Bilanz des spanischen Bürgerkrieges (1936—1939) werden hier von kompetenter Seite dargestellt und analysiert Besonderes Augenmerk richtet der Verfasser auf die Kirche: ihr Versagen vor dem Kriege, ihre ungeheuren Verluste durch den Krieg und ihre schwierige Position nach dem Kriege gegenüber dem politischen Regime.

BOLTE, Karl Martin. *Die wirtschaftliche Funktion und die soziale Gesetzgebung.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 14 Heft 10 (Oktober 1959) S. 725—734.

Die Umschichtung und Neuordnung des Gefüges der Arbeitnehmerschaft, in der die Grenzen zwischen Arbeiter und Angestellten immer fließender werden, läßt es dem Verfasser wenig sinnvoll erscheinen, die beiden Bezeichnungen um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Der Funktionsausgleich habe freilich gewichtige Folgen auf die Angestelltenmentalität. Während sich der „ursprüngliche" Angestellte weitgehend mit seinem Betrieb identifizierte, verliert sich der Wille zum Engagement in den Angestelltengruppen sowohl jener, die die Routinearbeiten ausführen, wie jener, die Spitzenstellungen in der betrieblichen Hierarchie einnehmen. Letztere verstehen sich als Akademiker, Manager, Wissenschaftler und Techniker, nicht als Angestellte. Sie sehen ihre Angestellteneigenschaft häufig als ein Negativum, das sie ungerechtfertigterweise von den Vorteilen, die funktionsähnliche Beamte genießen, ausschließt.

BRANDT, Gerhard. *Der „Mythos des Mittelstandes" — ökonomisch und politisch.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 14 Heft 12 (Dezember 1959) S. 881—889.

Der Bericht über den Internationalen Mittelstandskongreß (Madrid, Mai 1958, veranstaltet vom Institut für Sozialwissenschaften der Universität Fribourg) setzt sich kritisch auseinander mit den Analysen über Wesen und Lage des Mittelstandes heute, den in Madrid formulierten Programmen der Selbsthilfe (als Selbstverständigung) und den Perspektiven: Wirtschaftlich könne heute dem Mittelstand nicht mehr die Aufgabe des Ausgleichs gegenüber den großen Industrien zugeschrieben werden, weil der Mittelstand weder moralisch noch wirtschaftlich über die notwendigen Voraussetzungen dazu verfügt. Hingegen stelle er politisch in fast allen europäischen Ländern eine bedeutende Macht dar.

CANAVAN, Francis P., SJ. *Politics and Catholicisme.* In: Social Order Vol. 9 Nr. 10 (Dezember 1959) S. 458—463.

Der Autor, Professor für Politische Wissenschaften, ist bestrebt, die allgemeinen Prinzipien der katholischen Staats- und Gesellschaftslehre mit „Vermittlungsprinzipien" zu verbinden, die sie im konkreten amerikanischen Verfassungs- und Gesellschaftsleben wirksam machen sollen. Im Rahmen der Verfassungsgesetzgebung setzt er sich für einen strafferen Schutz von Ehe und Familie sowie der öffentlichen Moral ein, „sonst will die nächste Generation Euthanasie, Vorbeugungssterilisation und Abtreibung aus psychologischer Indikation verfassungsrechtlich garantiert sehen". In den unvermeidbaren Trend zum wirtschaftlichen Etatismus bringe das Subsidiaritätsprinzip, das bei allen sich bietenden Einzelfällen von den Katholiken theoretisch ausgefeilt und praktisch verwirklicht werden müsse, den notwendigen positiven Zug. Schließlich sei der katholische Internationalismus innerhalb der pluralistischen amerikanischen Gesellschaft eine starke Stütze zeitgemäßer Außenpolitik.

CHAULEUR, Pierre. *Le Cameroun à la veille de l'indépendance.* In: Études Bd. 303 Nr. 11 (November 1959) S. 202—214.

Am 1. Januar 1960 erhält das französische Mandatsgebiet Kamerun — der größte Teil der früheren deutschen Kolonie — die absolute Unabhängigkeit. Diese wird ihr auf Grund des Gutachtens der Mandatsmacht durch einen Entschluß der UN vom März 1959 erteilt. Die Gutachterkommission war beeindruckt durch die Weisheit und Mäßigung der kamerunesischen Führer und die Ordnung im Land. Sofort nach der Zuerkennung des Unabhängigkeitsrechts brachen jedoch schwere Unruhen in allen drei untereinander sehr verschiedenen Teilen Kameruns aus, in denen sich die sozialen Probleme des Landes spiegeln (im Norden Feudalherrschaft einer mohammedanischen Oberschicht über heidnische Massen; kommunistische Hetze in dem entwickelsten Teil, dem stark christlichen Süden; Exzesse des seines religiösen Charakters immer mehr entkleideten Häuptlingstums auf dem reichen Hochplateau der Mitte). Schwere Aufgaben erwarten also den neuen Staat, die sicher nicht durch bloße Übernahme abendländischer demokratischer Formen gelöst werden können, sondern nur durch Festhalten an der bisherigen Linie unbedingten Widerstandes gegen die kommunistischen Einflüsse und zugleich Aktivierung aller echten Kräfte.

FICHTER, Joseph H., SJ. *Is Germany afraid of success?* In: America Vol. 102 Nr. 8 (21. November 1959) S. 238—239.

Der amerikanische Soziologe gibt die Quintessenz vieler Gespräche mit Angehörigen des intellektuellen deutschen Mittelstandes wieder, die sich

durch die negativen Auswirkungen des deutschen „Wirtschaftswunders" erschrocken zeigen und zu herabsetzenden Vergleichen mit der amerikanischen Gesellschaftsstruktur kommen. Ohne die tiefer liegenden Analysen deutscher Kulturkritiker und Soziologen heranzuziehen, meint Fichter abschließend: „Ob dadurch eine moralische Verschlechterung in Deutschland oder in den Vereinigten Staaten eingetreten ist oder nicht, unterliegt einem Urteil, das ich nicht abgeben möchte."

GRANDJEAN, Étienne. *Die Bedrohung der Gesundheit durch Verunreinigung der Stadtluft.* In: Universitas Jhg. 14 Heft 11 (November 1959) S. 1195—1204.

Der Verfasser stellt fest, daß die Verunreinigung der Stadtluft durch Haushaltheizung, Fabriken und besonders durch die Auspuffgase der Benzin- und Dieselmotore nach übereinstimmenden Ergebnissen der Forschung folgende Wirkungen habe: 1. Beeinträchtigung der Sicht und Belästigung durch Gerüche; 2. Reizeinwirkungen auf die Schleimhäute der Augen und Atmungsorgane mit gelegentlichen Pneumonien und einer allgemeinen Erhöhung der Krankheitsanfälligkeit; 3. Begünstigung der Entstehung von Lungenkrebs.

HAFNER, Othmar. *Leben und Probleme der farbigen Studenten in Europa.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 59 Heft 7 (Oktober 1959) S. 363—368.

Im Gegensatz zu früher verteilen sich die 50 000 afro-asiatischen Studenten, die 1959 an den europäischen Universitäten studierten, auf alle wissenschaftlichen Disziplinen. Ihre Schwierigkeiten rühren in erster Linie aus der absolut fremden Welt, in der sie sich bei uns bewegen müssen; eine Art geistiger Entwurzelung sei daher fast unvermeidlich. Auffallend sei ihre politische Einstellung, die sich uns gegenüber in einem starken antikolonialem Affekt äußere. Ihre Haltung gegenüber dem Kommunismus sei häufig kritisch, wenn auch nicht so kritisch wie gegenüber dem Westen. Zehn Prozent der in Europa lebenden Überseestudenten seien Christen „oder waren es wenigstens bei ihrer Ankunft; denn viele verlieren hier langsam ihren Glauben".

HELLBRÜGGE, Theodor. *Die Kinderkrankheiten in der Massenzivilisation.* In: Universitas Jhg. 14 Heft 11 (November 1959) S. 1139—1150.

Ein erschütternder Bericht über die gesundheitliche Lage des Kindes und Kleinkindes in der Großstadtwelt. Sämtliche kindlichen Entwicklungs- und Verhaltensstörungen, die heute fast als normal anzusehen sind, lassen sich auf Außenfaktoren zurückführen: Wohnraumenge, außerhäusliche Tätigkeit der Frau, fortschreitende Auflösung der Familie, Reizeinwirkungen, zu lange Schulzeiten, höchst gefährlichen „Schichtunterricht". Um diese unverantwortbare Situation zu ändern, ist nach Hellbrügge die Erkenntnis nötig, „daß es nicht unbedingt notwendig ist, die in der Zivilisation gelegene vernünftige Erweiterung und Verfeinerung des äußeren Lebensapparates durch eine vernunftwidrige Verflachung des inneren Lebenssinnes zu erkaufen".

HÖFFNER, Joseph. *Der Sonntag in der modernen Gesellschaft.* In: Das Dorf Jhg. 11 Heft 9/10 (September/Oktober 1959) S. 129—133.

Höffner behandelt die Bedrohung des Sonntags in der modernen Gesellschaft und das Sonntagsgebot bzw. die fünffache Befreiung von ihm. Wertvoll ist sein Hinweis, daß die Fünftagewoche ungefähr 1000 Jahre lang bei uns verwirklicht war, bis das arbeitsbesessene 19. Jahrhundert der Kirche wegen ihrer vielen Feiertage schwere Vorwürfe machte und die heute wieder modern gewordene Fünftagewoche nach und nach abschaffte.

ZOGEL, Adelheid. *Über die Familienzusammenführung der Spätaussiedler.* In: Caritas Jhg. 60 Heft 12 (Dezember 1959) S. 351—357.

Ein Erfahrungsbericht über die Probleme der „Spätaussiedler" und der „Familienzusammenführung" im Lager Friedland. Die Verfasserin schildert die Schwierigkeiten des Aussiedlungsverfahrens der Ausreisewilligen aus den Gebieten hinter der Oder-Neiße-Linie, die Möglichkeiten und Bedingungen, unter denen die Aussiedler nach dem Westen fahren, den Altersaufbau der Aussiedler, die mustergültige Zusammenarbeit der verschiedenen Freien Wohlfahrtsverbände in Friedland sowie den Transportablauf in der Bundesrepublik mit all den Schwierigkeiten, die sich Menschen stellen, die jahrelang voneinander getrennt gelebt haben. Die wichtigsten Betreuungsgesetze, Bundesvertriebenengesetz und Lastenausgleichsgesetz, finden auch auf die Aussiedler Anwendung. Doch sei eine nachgehende Fürsorge unerläßlich.

Chronik des katholischen Lebens

Einige Aspekte des Kommunismus. Sonderheft von Civitas Jhg. 15 Heft 3/4 (Dezember 1959) S. 59—138.

Um der auch unter den schweizerischen Studenten herrschenden Unwissenheit über den Kommunismus zu begegnen, hat die Schriftleitung von „Civitas" den Fragen des Kommunismus ein Sonderheft gewidmet. Nach einem temperamentvollen Beitrag von Alois Riklin (Kommunismus — unsere Antwort) werden Fragen der „Ostkontakte", des Ost-West-Handels, der sowjetischen Pädagogik, der Studentenauslese in den Ostblockstaaten u. a. behandelt. Sehr interessantes Material bietet der Beitrag Josef Müllers (Kommunistische Infiltration der Schweiz) über den derzeitigen Stand der „Partei der Arbeit", ihre Methoden in den Betrieben und Gewerkschaften, und über die kommunistischen Frontorganisationen, Satus, Schweizerische Bewegung für Frieden, Gesellschaft Schweiz—Sowjetunion, „Kultur und Volk", „Freie Jugend der Schweiz" u. a.

DEUERLEIN, Ernst. *Der Gewerkschaftsstreit.* In: Tübinger Theologische Quartalschrift (1. Quartalheft 1959) S. 40—81.

Ausführlich wird hier der Gewerkschaftsstreit „Berlin—Köln" (1895—1914) behandelt, sowohl die Überlegungen der Wortführer beider Gruppen — auf der Kölner Seite Hitzes, Brauns, Stegerwalds, auf der Berliner de Savignys — als auch die schwankende Haltung des Episkopats und der Kurie. Die Fragen des damaligen Streites sind heute beantwortet. „Er hat . . . die Legitimität bisher unbekannter und deshalb problematischer ‚dritter' Organisationen — neben Diözese und Pfarrei einerseits und kirchlichen Kongregationen und Vereinen anderseits — durchgesetzt und ihr Verhältnis zur kirchlichen Autorität festgelegt."

GEIGER, Willi. *Zum gegenwärtigen Stand der Information der Christen über internationale Probleme und Einrichtungen.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 3 (Dezember 1959) S. 184 bis 199.

In dem Referat Geigers, gehalten auf dem 3. Kongreß katholischer Juristen der Pax Romana (Luxemburg, 11. 9. 59), wird festgestellt, daß die Katholiken im allgemeinen nicht mehr über die internationalen Organisationen wissen als die Nichtkatholiken, d. h., daß sie praktisch nichts wissen. Gepflegt werden im katholischen Raum allenfalls die internationalen Beziehungen katholischer Verbände. Dabei sei es nicht so, als ob es keine Möglichkeiten zur Information über die internationale Institutionen gäbe. Sie sind vorhanden, nur ist der Blick der Katholiken auf sie und ihre Aufgaben verstellt.

Chronik des ökumenischen Lebens

BUCHDRUCKER, Armin-Ernst. *Das deutsche Abendmahlsgespräch.* In: Informationsblatt Jhg. 8 Nr. 22 (2. Novemberheft 1959) S. 349—357.

Der wissenschaftlich belegte Aufsatz gibt einen wohl vollständigen Überblick über die Vorgeschichte der Arnoldhainer Abendmahlsthesen der EKD (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 255 f.) und die bisherige Entwicklung ihrer Auslegung im Für und Gegen, vorwiegend im lutherischen Raum. Er beschließt die „lutherischen Fragen" an diese Thesen mit der Bewertung, man habe mit ihnen „dem Suchen nach einem aufrichtigen konfessionellen Miteinander in Deutschland keinen guten Dienst geleistet" (vgl. dazu das Urteil der VELKD; Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 120).

CONGAR, Y. M.-J., OP. *Conscience ecclésiologique en Orient et en Occident.* In: Istina Jhg. 6 Nr. 2 (April/Juni 1959) S. 187 bis 236.

Dieser Aufsatz ist eine Vertiefung der bereits in der Studie „Neuf cents ans après" (deutsch: Zerrissene Christenheit. Wo trennten sich Ost und West?, Wien/München 1959) skizzierten Verschiedenheiten des ekklesiologischen Bewußtseins der Ostkirche inmitten selbständiger Nationalstaaten und der römischen Kirchen als Erzieherin der germanischen Völker. Er beschränkt die Kennzeichnung der vitalen Unterschiede auf das 6. bis 11. Jahrhundert, stellt aber einen wesentlichen Beitrag für das aktuelle Glaubensgespräch mit den Orthodoxen dar.

SCHLINK, Edmund. *Die Bedeutung der östlichen und westlichen Tradition für die Christenheit.* In: Ökumenische Rundschau Jhg. 8 Heft 4 (Oktober 1959) S. 165—174.

Dies ist der programmatische Vortrag, den der Heidelberger Lutheraner vor dem Zentralausschuß des Weltrates der Kirchen auf Rhodos gehalten hat und von dem die Herder-Korrespondenz (ds. Jhg., S. 24) einen Auszug gab.

WEIZSÄCKER, Carl Friedrich v. *Verhütung von Kriegen.* In: Eckart Jhg. 28 Heft 4 (Oktober/Dezember 1959) S. 317—324.

Dieser Auszug aus dem soeben erschienenen Buch „Atomzeitalter, Krieg und Frieden" (Witten und Berlin 1959) mit Beiträgen namhafter, auch theologischer Autoren erörtert in Fortführung des Studiendokuments von Nyborg (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 93) in großer Nüchternheit, besonders gegenüber der kommunistischen Eschatologie, die Möglichkeiten, wenigstens den Status quo zu bewahren und die Zukunft durch Einübung in Verfahren zur friedlichen Lösung lokaler Konflikte vorzubereiten.

La Seigneurie du Christ sur l'Église et sur le monde. In: Istina Jhg. 6 Nr. 2 (April/Juni 1959) S. 131—161.

Diese Studie über das ursprünglich für die 3. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen vorgesehene Generalthema ist ein dokumentarischer Beitrag der „Katholischen Konferenz für ökumenische Angelegenheit". Die Bedeutung des Dokuments, das auch den Analysen der Herder-Korrespondenz über die lehramtliche Verkündigung Pius' XII. Rechnung trägt, bedarf einer ausführlichen Berichterstattung, weil es im Hinblick auf das Ökumenische Konzil Wege für ein Zusammenwirken der Christen in der Bewältigung der Weltfragen bahnt. Das erste Dokument dieser Art über „Christus, die Hoffnung der Welt" wurde von demselben Gremium für die 2. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen in Evanston erarbeitet (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., S. 519 f.).

Vorschau auf das Rundfunkprogramm

Wir weisen unsere Leser auf folgende religiös, weltanschaulich und kulturell bedeutsame Sendungen hin

10. Januar (Sonntag)

8.00 Die Anfänge der Liturgischen Bewegung, *B. Fischer* (MÜ II)
8.30 Neue Wege der Mission, *J. Lehmann* (MÜ II)
9.18 Das Weltepos vom Iran, *U. von Witzleben* (FRA)
9.40 Der geheilte Patient, *J. P. Hebel* (MÜ II)
9.45 Friedrich Hölderlin (FRA II)
10.00 Dalai-Lama und Pantschen-Lama in Religion und Geschichte Tibets, *H. Nachtigall* (STU)
10.30 Philosophie als Kulturkritik, *M. Horkheimer* (SWF)
11.00 Über das Vorurteil, *J. C. Hampe* (BRE)
11.00 Eindrücke aus der Französischen Revolution, *W. von den Steinen* (SAA)
11.00 Fragen eines Katholiken an den Protestantismus, *O. Karrer* (STU II)
11.15 Die zentrale Idee bei Meister Eckhart, *U. Plotzke* (SWF II)
11.45 Der Sohn, *W. von Loewenich* (SWF II)
12.00 Der helle Morgenstern, *K. Goebels* (FRA II)
18.00 Das Theater der zweiten Nachkriegszeit, *S. Melchinger* (WDR)
19.15 Über den Geruchssinn (STU II)
21.00 Zum 100. Todestag von Wilhelm Grimm, *G. Zerres* (WDR)
21.15 Die religiösen Wurzeln Albert Schweitzers, *F. Kraus* (SWF)
22.00 Ist die deutsche Literatur provinziell? *M. Delling* (FRA II)

11. Januar (Montag)

14.30 Schulf. Freiheit der Meere (RIAS)
14.40 Der Neorealismus im Film, *R. Castellani* (ÖRF II)
16.45 Franz von Assisi als Seelsorger, *H. Lilje* (BRE)
17.05 Organisation — Struktur — Gerechtigkeit, *J. Loos* (WDR)
18.40 Goethe als Naturforscher, *H. Dettelbach* (ÖRF III)
20.30 Granada — maurisches Märchen in christlicher Welt, *A. Rothbauer* (ÖRF III)
20.45 Die Welt der Symbole, *L. von Reinken* (BRE II)
20.45 Das Kriegsjahr 1943, *R. Fiedler* (WDR)
21.05 Die Struktur der Materie, *W. Gerlach* (MÜ II)
22.15 Eine Anthologie des Versagens, *H. M. Enzensberger* (MÜ II)
22.30 Das Drama und die Geschichte bei Georg Büchner, *F. Schonauer* (SWF)

12. Januar (Dienstag)

14.30 Schulf. Große und kleine Leute im Zerrspiegel der Satire bei Jonathan Swift (RIAS)
15.30 Schulf. Arbeiterpriester (FRA)
16.45 Katholische Kritik an der westlichen Welt, *H. Maier* (STU)
18.40 Tragflügelboote, ein neues schnelles Verkehrsmittel *A. Matl* (ÖRF III)
20.45 Über die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (MÜ II)
20.45 Junge Mädchen in der Fabrik, *C. Rothweiler* (STU)
21.45 Hörsp. „Die Nashörner", *E. Ionesco* (WDR)
22.10 Der Katholizismus in Italien, *E. M. Jung* (MÜ)
22.20 Techniken und Instrumente der Meinungs- und Verhaltenssteuerung, *H. Kesting* und *J. Rubrich* (FRA)
22.25 Der Arzt im technischen Zeitalter, *K. Jaspers* (ÖRF)
22.45 Der Lyriker Franz Kafka, *P. Jokostra* (STU)
23.05 Soziologisches zur Gegenwartslage, *A. Weber* (RIAS)

13. Januar (Mittwoch)

10.00 Vom Frieden, *K. Conradi* (SWF)
14.30 Schulf. Zum 85. Geburtstag Albert Schweitzers (RIAS)
15.30 Schulf. Praktischer Katholizismus bei Abbé Pierre (FRA)
17.15 Zeitgeschichte als Forschungsproblem, *L. Jedlicka* (ÖRF II)
17.45 Kirche im Neuland der Industrie, *H. G. Bahr* (SWF II)
18.40 Pflanzen sind nicht wehrlos, *F. Wurnowsky* (ÖRF III)
20.15 Zum 85. Geburtstag von Albert Schweitzer (ÖRF)
21.05 Nicolai Hartmann, *A. Hübscher* (MÜ II)
21.15 Hoffnung als Kritik — Zu Ernst Blochs philosophischem Hauptwerk, *J. von Kempski* (FRA II)
21.30 Konjunktur im Banne der Raten (MÜ)
22.15 Widerstandsrecht — Widerstandspflicht — Kollektivschuld, *A. von Martin* (SAA)

14. Januar (Donnerstag)

14.30 Schulf. Hermann von Helmholtz, Physiker und Arzt (RIAS)
15.30 Schulf. Die Predigt des heiligen Bernhard (FRA)
16.30 Der Dichter Rudolf Borchardt, *J. Strelka* (ÖRF)
16.45 Von der Macht der Verhältnisse, *R. Gutte* (BRE)
16.45 Selbstentfremdung des deutschen Geistes, *H. Schirmbeck* (SWF)
18.10 Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag (SAA II)
19.05 Josef Edmund Jörg, *F. Herre* (MÜ II)
19.45 Perikles und Augustus, *W. Jens* (WDR)
20.00 Erinnerungen an Kurt Tucholsky (BRE)
20.30 „Weltbühne" und „Spiegel" — Zum Thema Macht und Wirkung der Presse, *H. Prescher* (SWF II)
22.20 Die wissenschaftliche Rolle der künstlichen Satelliten, *J. Lequeux* —
Was geschieht in einem psychologischen Laboratorium? *P. Fraisse* —
Planwirtschaft oder freies Unternehmertum? *D. N. Worswick* (FRA II)
23.05 Zur Sozialgeschichte der Gegenwartsforschung, *M. Freund* (RIAS)

15. Januar (Freitag)

14.40 Kino und Theater, *L. Visconti* (ÖRF II)
15.30 Schulf. Clemens von Brentano: *Katharina Emmerich* (FRA)
17.30 Chinas kulturelles Erbe und die kommunistische Revolution, *M. Porkert* (WDR)
18.40 Behandlungsmethoden der modernen Medizin (ÖRF III)
20.45 Sicherheit und Eigenverantwortung zur Vorsorge, *H. Möller* (STU)
21.45 Ökumenisches Konzil in historischer Sicht, *K. A. Fink* (STU II)
22.00 Literarischer Kitsch in Ost und West, *H. J. Usko* und *G. Zwerenz* (RIAS)
22.30 Das Rätsel der Sphinx, *W. Hilsbecher* (STU)
22.35 Deutsche Lyrik des 20. Jahrhunderts (MÜ II)
22.45 Die Entstehung des Staates Israel, *J. Funkenstein* (SWF)

16. Januar (Samstag)

15.30 Über die Notwendigkeit des Rundfunks, zu unterhalten (MÜ II)
16.30 Die Entstehung der Südafrikanischen Union, *J. M. Elsing* (WDR)
17.30 Das Rätsel um Sofia, *H. Wachtler* (FRA II)
18.15 Pater Maximilian Kolbe, *U. Kühn* (WDR)
18.30 Miguel de Cervantes (BRE II)
19.05 Der Christ und der Humor, *W. H. Recktenwald* (SAA)
21.45 Der indische Mystiker Ramakrishna Paramamsa, *I. Anthappa* (SWF II)

17. Januar (Sonntag)

8.00 Zum 200. Geburtstag von Bischof Michael Dittmann, *W. Kröner* (MÜ II)
9.18 Das Weltepos vom Iran, *U. von Witzleben* (FRA)
10.00 Mathematik als Hilfsmittel moderner Erfahrungswissenschaften, *H. Strubecker* (STU)
10.30 Tradition und Fortschritt, *A. Gehlen* (SWF)
11.00 Glaube oder Frömmigkeit? *W. Dittmann* (STU II)
11.00 Über Bildung und Bild, *R. Benz* (BRE)
11.15 Gott und die Kreatur nach Meister Eckhart, *M. Hörhammer* (SWF II)
11.30 Gestalt und Werk Paul Claudels, *E. M. Landau* (SAA)
11.45 Das Zeichen, *W. von Loewenich* (SWF II)
12.00 Eucharistische Weltkongresse, *R. Egenter* (FRA II)
13.30 Was wissen wir über die Vereinigte Arabische Republik? (FRA II)
19.15 Holz als Rohstoff, *E. Oxenstierna* (STU II)
21.30 Urlaub, Freizeit und Freizeitgestaltung, *A. Hittmair* (SFB II)
22.00 Neue deutsche Lyrik (FRA II)

18. Januar (Montag)

14.40 Der Neorealismus — Filmtheater in Wirklichkeit, *M. Antonioni* (ÖRF II)
17.15 Kräuter, Knollen und Bakterien als Heilmittel, *M. Graef* (ÖRF II)
18.45 Drei Generationen Türkinnen (FRA)
20.45 Das Rätsel der Sphinx, *W. Hilsbecher* (STU II)
21.05 Die Struktur der Materie, *W. Gerlach* (MÜ II)
22.15 Wissenschaft und Publizität, *H. M. Enzensberger* (MÜ II)
22.30 Lyrische Stimmen aus der Sowjetzone, *P. Jokostra* (SWF)
23.00 Kommunismus und Demokratie (SFB)

19. Januar (Dienstag)

14.40 Zum 25. Todestag von Kurt Tucholsky, *P. Wimmer* (ÖRF II)
16.45 Religion im Schlafzimmer, *E. Kock* (STU)
17.45 Der Historiker Hermann Heimpel, *G. Böse* (SWF II)
18.40 Die Möglichkeiten des Schallschutzes im modernen Hochbau, *P. Hazmuka* (ÖRF III)
20.45 Über die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (MÜ II)
21.00 Wann beginnt die Masse? *L. Dembicki* (FRA)
21.05 Wissen und Verständigung als Probleme unserer Zeit, *F. W. Schoberth* (MÜ II)
21.15 Der Islam in der Sowjetunion, *P. Scholl-Latour* (SAA II)
22.10 Glaube und Toleranz, *H. Bornkamm* (MÜ)
22.25 Der Arzt im technischen Zeitalter, *K. Jaspers* (ÖRF)
23.05 Zur Grundlagenproblematik der Sozialwissenschaften, *S. Chapin* (RIAS)

20. Januar (Mittwoch)

14.30 Die Türkei heute, *K. Treimer* (ÖRG)
14.30 Schulf. Das zweite Kriegsjahr 1940 (RIAS)
17.15 Der heilige Sebastian, Not- und Seuchenpatron, *L. Kretzenbacher* (ÖRF II)
17.45 Pius XII. und das Konzil, *O. B. Roegele* (SWF II)
18.40 Die Erschließung von Trink- und Nutzwasser, *H. Grubinger* (ÖRF III)
21.00 Tugendhaft gleich leicht zurückgeblieben, *W. von Hollander* (SFB)
21.05 Das Werk Romano Guardinis, *J. Laubach* (MÜ II)
21.15 Theater der zwanziger Jahre — Theater heute (FRA II)
23.15 Das Bild des Menschen in Krise und Erneuerung, *E. Neumann* (SFB)

21. Januar (Donnerstag)

14.40 Der deutsche Dichter Hermann Kesten, *E. Wurm* (ÖRF II)
15.30 Schulf. Die Flagellanten (FRA)
16.45 Von der Notwendigkeit freier Entscheidung, *R. Gutte* (BRE)
16.45 Sartre und die heutige englische Philosophie, *G. A. Brogan* (SWF)
18.40 Demokratie von gestern und Gesellschaft von heute, *H. Becker* (ÖRF II)
22.00 Erinnerungen an Kurt Tucholsky (BRE II)
22.15 Literarische Eindrücke aus Spanien und Portugal, *K. Krolow* (SWF)
22.20 Die Verschmutzung der Gewässer und ihre Folgen, *R. Weimann* —
Die wissenschaftliche Rolle der künstlichen Satelliten, *J. Lequeux* —
Die Endokrinologie der Nebennieren, *A. Fleisch* (FRA II)
23.05 Zum Problem der empirischen Kontrolle von Erziehungslehren, *O. W. Haseloff* (RIAS)
23.15 Die Musikkultur Amerikas und der Südsee, *K. Reinhard* (SFB)

22. Januar (Freitag)

14.40 Der Film als Zeitdokument, *A. Lattuada* (ÖRF II)
15.00 Charles de Foucauld (FRA II)
17.15 Die gesellschaftliche Struktur der Donaumonarchie, *M. von Preradovic* (ÖRF II)
17.40 Industriestadt aus wilder Wurzel — Neugablonz, *H. Bausinger* (STU)
18.40 Über die Behandlung des hohen Blutdrucks, *E. Uber* (ÖRF III)
20.45 Die Familie als Sicherheit, *H. Freyer* (STU)
21.45 Ökumenisches Konzil in historischer Sicht, *K. A. Fink* (STU II)
22.30 Das Prinzip Hoffnung nach der Vorstellung des Philosophen Ernst Bloch, *H. Heißenbüttel* (STU)
22.45 Soziale, wirtschaftliche und kulturelle Struktur des Staates Israel, *J. Funkenstein* (SWF II)
23.15 Arbeit, Schulung und Freizeit in amerikanischen Städten, *F. Sternberg* (SFB)

23. Januar (Samstag)

14.00 Sekten in der Sowjetunion (MÜ II)
16.05 Die Freiheitsstrafe (MÜ II)
20.00 Die Entdeckung der elektrischen Energie (MÜ II)
21.45 An den Grenzen des Schweigens, *C. Heitmann* (SWF)

24. Januar (Sonntag)

8.00 Unsere Orden heute (MÜ II)
8.30 Die kommunistischen Ersatzriten, *F. Publ* (MÜ II)
9.00 Der schwarze Napoleon, *J. Zimmermann* (MÜ)
10.00 Europa und der Aufstieg des Fernen Ostens, *J. Gebser* (STU)
10.30 Europa und der Aufstieg des Fernen Ostens, *J. Gebser* (SWF)
11.00 Der Jagdhund des Himmels, *F. A. Hoyer* (STU II)
11.15 Gottesdienst in der Geisteswelt Meister Eckharts, *U. Plotzke* (SWF II)
11.45 Dein Licht kommt, *W. von Loewenich* (SWF II)
12.00 Die Probleme des christlichen Akademikers, *D. Sehüler* (FRA II)

19.15 Die Auswirkungen des Lebensmittelgesetzes (STU II)
22.00 Europa und der Aufstieg des Fernen Ostens, *J. Gebser* (FRA II)

25. Januar (Montag)

14.40 Die Filmidee, *C. Zavattini* (ÖRF II)
15.15 Schulf. Kreuz und Zaubertrommel bei den Lappen (FRA)
18.40 Geheime Miterzieher, *B. Schilling* (ÖRF III)
18.45 Moderne Ernährung (FRA)
21.05 Die Struktur der Materie, *W. Gerlach* (MÜ II)
20.15 Jugendliche Rechtsbrecher und ihre Behandlung, *H. Bamberger* (ÖRG)
22.30 Baudelaire in der Hauptstadt des 19. Jahrhunderts, *W. Benjamin* (SWF)
23.00 Die Kulturtendenzen der Fünften Republik in Frankreich, *G. Schlocker* und *K. Schwedhelm* (STU)

25. Januar (Dienstag)

14.30 Hexenwahn in (historisch-psychologischer Sicht, *M. Eisenberger* ÖRG)
15.30 Schulf. Die Inquisition (FRA)
16.45 Komfort als Weltanschauung, *E. Kock* (STU)
18.40 Technik des Fernmeldewesens im afrikanischen Busch, *A. Stoltz-Dorlawall* (ÖRF III)
20.45 Über die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (MÜ II)
20.45 Zur Soziologie des Dorfes, *K. Roehler* (STU)
21.05 Ist der Teufel tot? *H. Schirmbeck* (MÜ II)
22.10 Das Ökumenische Konzil und die Einheit der Christen, *F. Wulf* (MÜ)
22.20 Woher kommt das neue Interesse am literarischen Expressionismus? *C. Hohoff* (FRA)
22.25 Die Flüchtlingsfrage als Weltproblem, *E. Hederer* (ÖRF)
22.45 Mao Tse-tung als Lyriker, *C. Streitter* (STU)
23.05 Begriff und Soziologie der Restauration und des Neokonservativismus, *S. Landshut* (RIAS)

27. Januar (Mittwoch)

17.45 Mitternachtsmission in Japan, *H. Lübbe* und *D. Mundinger* (SWF II)
21.00 Freiheit der Meere, *R. Jacobs* (SWF)
21.05 Benedetto Croce, *A. Hübscher* (MÜ II)
21.15 Die Zukunft der Stilkritik, *B. Allemann* (FRA II)
21.30 Philosophische Lebensführung, *K. Jaspers* (STU II)

28. Januar (Donnerstag)

14.30 Stifte und Klöster des österreichischen Barocks, *H. Riehl* (ÖRG)
15.15 Schulf. Die Versorgung West-Berlins (MÜ II)
15.30 Schulf. Friedrich II. und der Papst (FRA)
17.15 Was sieht der europäische Kinderarzt in Amerika? *P. Nef* (ÖRF II)
17.40 Johann Chrysostomus, der große Kirchenvater *W. Baur* (STU)
20.30 Das Ende der Persönlichkeit, *A. Gehlen* und *H. Paeschke* (SWF II)
22.15 Der Feiertag in der modernen Massengesellschaft, *P. A. Loos* (SWF)
22.20 Wie es zur Gewässerverschmutzung kam, *R. Weimann* —
Der Film als Dokumentation, *R. Rossellini* —
Die wissenschaftliche Rolle der künstlichen Satelliten, *J. Lequeux* (FRA II)
23.05 Zur Soziologie der Denkform, *H. Gerth* (RIAS)

29. Januar (Freitag)

14.40 Mein Filmschaffen, *W. Forst* (ÖRF II)
18.40 Behandlungsmethoden der modernen Medizin (ÖRF III)
20.45 Soziale Sicherheit für alle, *G. Weißer* (STU)
21.45 Ökumenisches Konzil in historischer Sicht, *K. A. Fink* (STU II)
22.30 Deutsche Lyrik des 20. Jahrhunderts (MÜ II)
22.30 Porträt einer Zeitschrift, *E. F. Hering* (STU)
22.45 Israel und die Weltmächte, *J. Funkenstein* (SWF II)

30. Januar (Samstag)

14.00 Der Protestantismus in Polen (MÜ II)
14.30 Berufsvorstellungen junger Mädchen (FRA II)
16.10 Persönliche Erinnerungen an Bert Brecht, *F. Sternberg* (MÜ II)
17.30 Wenn die Erde bebt, *H. Schiffers* (FRA II)
19.05 Zur Psychologie der Museumsbesucher, *G. Martin* (ÖRF III)
21.45 Der Christ vor der Welt, *L. Küppers* (SWF II)

31. Januar (Sonntag)

8.15 Die Kunst, Zeit zu haben, *Th. Bovet* (SWF II)
9.45 Giordano Bruno (FRA II)
10.30 Selbstverständnis als Mittler zwischen den Völkern, *F. von Rintelen* (SWF)
11.00 Über den Gottesdienst, *G. Harbsmaier* (STU II)
11.15 Weltgebundene Frömmigkeit bei Meister Eckhart, *U. Plotzke* (SWF II)
11.45 Der Mensch als Ebenbild Gottes, *A. Köberle* (SWF II)
17.15 Wie die Hühner gackern — Ein Beitrag zur Verhaltensforschung (FRA II)

Radio Vatikan sendet in deutscher Sprache täglich um 13.45 Uhr (Wiederholungssendung), 15.45 Uhr (Nachrichten) und 20.45 Uhr (Reportagen, Kommentare, Vorträge). Jeden Dienstagabend werden Missionsfragen behandelt.
Die Sendungen gehen über Mittelwelle 196 m = 1529 kHz und über Kurzwelle im 19-, 25- und 31-Meter-Band. Leider werden die Sendungen in der Regel von den Sowjets systematisch gestört. Zur Einstellung des Senders nehme man am besten das tägliche Rosenkranzgebet um 21.00 Uhr (aus der Hauskapelle von Radio Vatikan), das ungestört bleibt. Ebenfalls ungestörte Sendungen in den wichtigsten westlichen Fremdsprachen sind am Abend: Englisch 19.15 Uhr, Italienisch 19.33 Uhr, Französisch 20.15 Uhr, Spanisch 21.45 Uhr. Insgesamt sendet Radio Vatikan in 27 Sprachen. Heilige Messen werden an Sonn- und Feiertagen im lateinischen Ritus um 9.30 Uhr, im orientalischen Ritus um 10.30 Uhr übertragen.
Am Samstagabend, 16. Januar 1960, um 20.45 Uhr wird ein Interview zwischen dem Leiter der deutschen Sendungen, Pater Emil Schmitz SJ, und unserem Redaktionsmitglied Dr. Herbert Auhofer über die *Herder-Korrespondenz* gesendet.

(BRE) Radio Bremen; (FRA) Hessischer Rundf. Frankfurt; (MÜ) Bayerischer Rundf. München; (NDR) Norddeutscher Rundf.; (ÖRF) Österr. Rundf.; (ÖRG) Österr. Rundf., Lokalsendung Graz; (ÖRK) Österr. Rundf., Lokalsendung Klagenfurt; (ÖRL) Österr. Rundf., Lokalsendung Linz; (ÖRS) Österr. Rundf., Lokalsendung Salzburg; (ÖRT) Österr. Rundf., Lokalsendung Tirol; (ÖRW) Österr. Rundf., Lokalsendung Wien; (RIAS) RIAS Berlin; (SAA) Saarländischer Rundfunk; (SFB) Sender Freies Berlin; (STU) Süddeutscher Rundfunk; (SWF) Südwestfunk; (WDR) Westdeutscher Rundfunk

HERDER-KORRESPONDENZ

Fünftes Heft — 14. Jahrgang — Februar 1960

Da wir allzu ausschließlich von der Kirche reden, zeigen wir sie nicht mehr in ihrer echten Wirklichkeit, die sakramentaler Natur ist. Ohne es zu wollen, machen wir sie zu einem Blickfang, und für jene Hörer, die nicht schon das Mysterium der Kirche erleben, wird dadurch ihr mystischer Hintergrund verdunkelt. So entsteht dann der verbreitete Eindruck, die Männer der Kirche verkündigen sich selber. Die Folge ist Befangenheit, Befremdung, ja Mißtrauen, und diese Gefühle werden durch unsere Aufrufe zu Vertrauen, Gehorsam und kindlicher Hingabe noch gesteigert.

Henri de Lubac

Die Vorbereitungsarbeiten zum Ökumenischen Konzil mögen zu einem vollen Erfolg führen. Allgemeine Gebetsmeinung für März 1960

1. Diese Gebetsmeinung gilt dem zentralen Anliegen des regierenden Papstes, Johannes' XXIII., dem Gelingen des von ihm am 25. Januar 1959 angekündigten kanonischen Ökumenischen Konzils der Bischöfe der römisch-katholischen Kirche. Der im weiteren Sinne ökumenische Charakter des Konzils liegt darin, daß es „die ganze Breite des christlichen Denkens umfassen" und überdies die katholische Kirche derart erneuern sowie den pastoralen Erfordernissen der Zeit anpassen soll, daß sie den getrennten Brüdern als die wahre Kirche, als die Erfüllung des ökumenischen Suchens nach der Einheit erkennbar wird. Erst dann wird die Frage nach der Wiedervereinigung einer Lösung nähergebracht werden können, anders mit den Orthodoxen, anders mit den Anglikanern und Protestanten, ohne diese verschiedenartigen Probleme völlig voneinander zu trennen. Von dieser umfassenden, eben katholischen Zielsetzung her gesehen, kommt den Vorbereitungsarbeiten zum Konzil eine entscheidende Bedeutung zu. Für diese bereits in vollem Gang befindlichen Vorarbeiten soll die ganze katholische Christenheit beten, ebenso wie nach vielen maßgebenden Äußerungen die nichtkatholischen Christen für das kommende Konzil beten, weil sie seinen gesamtchristlichen Sinn erfaßt haben.

Man kann sich die Betrachtung dieses großen Gebetsanliegens leichtmachen, wenn man nur an die Vorbereitungsarbeiten der sogenannten Vor-vorbereitenden Kurienkommission unter dem Vorsitz des Kardinalstaatssekretärs Tardini denkt, der über den bisherigen Stand der Arbeiten in seiner Pressekonferenz vom 30. Oktober 1959 ausführlich berichtet hatte (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 103 f.). Aber diese Einschränkung dürfte weder den Intentionen des Papstes noch der Sache selbst entsprechen. Wie der Heilige Vater im April vorigen Jahres äußerte, sollte „schon jetzt in den Herzen der Bischöfe und Priester der gute Vorsatz und der dringende Wunsch geweckt werden, die Grenzen der christlichen Liebe weiter zu ziehen" (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 413); daher dürfen wir auch den ganzen Bereich der vorbereitenden Arbeiten ins Auge fassen, wie er der tatsächlichen theologischen Arbeit für die Erneuerung der Kirche in den letzten Jahrzehnten und vor allem den lehramtlichen Initiativen der letzten Päpste, besonders Pius' XII., entspricht, ehe überhaupt an ein Konzil gedacht war. Ja wir müssen wohl sogar den Blick noch weiter richten, nämlich auf die innere Anteilnahme der getrennten Christen an der katholischen Kirche und auf ihre kritischen Erwartungen, die sie seit der Ökumenischen Bewegung in die

N 467 *Alleinstehende Witwe* in Oberschlesien, 52 Jahre, ohne Rente (Mann an den Folgen der Internierung in Rußland gestorben), muß auf Grube arbeiten, um sich zu erhalten; Verdienst sehr gering, da Untertagearbeit unmöglich; erbittet Hilfe für Wintersachen und Lebensmittel.

N 468 *Drei sehr arme Ordensschwestern* in Niederschlesien, die im und nach dem Kriege alles verloren haben und, da ohne Einnahmen, völlig auf milde Gaben angewiesen sind, benötigen dringend Hilfe in Lebensmitteln, Leibwäsche und Bettzeug.

N 469 *Alleinstehende, schwerbeschädigte Frau* in Oberschlesien, 60 Jahre alt, durch schwere Verbrennungen steife Finger, 80 % erwerbsgemindert, Monatsrente im Werte von 52 Mark, erbittet Bekleidungshilfe.

N 475 *Kinderreiche Arbeiterfamilie* in Oberschlesien, deren Mutter bisher mitverdiente, aber jetzt durch ein Unterleibsleiden arbeitsunfähig geworden ist und weil der Lohn des Vaters für den Familienunterhalt und für Anschaffungen nicht ausreicht, in schwerer Notlage, erbittet Hilfe jeder Art, besonders für ihre vier unversorgten Kinder.

Geldspenden sind einzusenden auf Postscheckkonto Karlsruhe 7926 des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg i. Br. mit Vermerk: „SOS-Ost" und der jeweiligen Kennzahl.

Erneuerung der Kirche setzen. Mit diesen unabsehbaren Erwartungen bleiben wir durchaus im Rahmen des geplanten Konzils, sonst hätte Kardinal Tardini nicht in der erwähnten Pressekonferenz vor aller Welt vorgeschlagen, daß den getrennten christlichen Gemeinschaften die wichtigsten vorbereitenden Dokumente zugeschickt werden sollten, damit sie den Arbeiten des Konzils folgen und ihre Meinung dazu in privaten, persönlichen Kontakten zum Ausdruck bringen können. Diese Offenheit der Konzilsführung ist in der Geschichte des Papsttums etwas Neues und Verheißungsvolles. Aber darin werden auch Ansprüche an den wahrhaft katholischen Geist der Gläubigen laut, denen weithin wohl noch nicht entsprochen wird.

2. Das Konzil, obschon formell „eine innere Angelegenheit der katholischen Kirche", geht tatsächlich alle Christen an und soll sie alle angehen. Das erfordert aber von den katholischen Betern eine meist ungewohnte Weite des Herzens. Sie müssen sehr viel mehr mit ihrem Gebet umfassen, als was ihnen gewöhnlich in der täglichen Praxis ihres Lebens mit der Kirche als römisch-katholisch erscheint. Die Gläubigen werden durch unsere Pastoral, weder durch die Bischöfe noch durch die Priester, übermäßig beansprucht, und soweit einzelne Gläubige das Verlangen nach besonderen „guten Werken" haben, bleiben diese Werke in der Regel wohl auf die Selbstheiligung bedacht, so daß Papst Pius XII. mehrfach erklärte, die Gläubigen lebten zu wenig mit den großen Anliegen und Hirtensorgen der Kirche, die ihnen ja in den Allgemeinen Gebetsmeinungen wie in den Missionsgebetsmeinungen der Päpste Monat für Monat vor Augen gestellt werden. Das gute Werk, das der inneren Vorbereitung auf das Gebet für die erfolgreiche Arbeit am Konzil dient — ein Gebet, das nicht nur auf den Monat März beschränkt sein kann, sondern durchhalten muß, bis das Konzil vollendet ist —, verlangt daher eine außerordentliche Selbstüberwindung der Herzen und eine Bereitschaft der Gläubigen, möglichst viel von jenen Arbeiten zur Kenntnis zu nehmen, die seit langem von vielen Theologen für die Befreiung des katholischen Bewußtseins aus seiner Defensivhaltung gegenüber der „Welt" wie gegenüber den getrennten Christen geleistet werden. Katholische Zeitschriften und Kirchenblätter sollten vielleicht doch versuchen, darüber mehr zu berichten. Das katholische Kolumbien scheint mit einer neugegründeten ökumenischen Zeitschrift ein leuchtendes Vorbild geben zu wollen (vgl. ds. Heft, S. 208). In vielen Pfarrgemeinden sollte man sich wohl fragen, ob die Weise des Katholischseins, die dort bewahrt und gepflegt wird, wirklich schon die Vollendung des katholischen Glaubens und Lebens darstellt, und was man folglich tun könnte, um auch hier die Kirche anziehender für die benachbarten Christen zu machen, statt nur abzuwarten, was eines Tages bei dem Konzil herauskommen wird. Papst Johannes XXIII. mahnt ständig, daß alle Gläubigen sich an der Vorbereitung des Konzils wenigstens durch ihre geistliche Anteilnahme im Gebet beteiligen. Er will in seinem großen Anliegen nicht mit den Bischöfen allein gelassen werden.

Der nächste Weg, die Gläubigen für die geistige Mitarbeit an der Vorbereitung des Konzils zu gewinnen, ist wohl der, daß recht viele Bischöfe, die ihre Vorschläge nach Rom gerichtet haben, auch den Gläubigen ihre Konzilsanliegen erklären, wie das z. B. der Erzbischof von Paderborn, Lorenz Jaeger, in der Weihnachtsnummer des „Echo der Zeit" getan hat. Obwohl er schrieb, es sei noch zu früh, um sichere Angaben machen zu können — denn erst wird ja die Vor-vorbereitende Kurienkommission nach Eingang aller Voten im Laufe dieses Jahres „die nach ihrer Meinung dringendsten und für die gewünschte Erneuerung der Kirche geeignetsten auswählen" und dem Papst zur Entscheidung über die Konzilsthemen vorlegen (Tardini) —, ist der Erzbischof doch der Meinung, daß die auf dem Ersten Vatikanischen Konzil begonnene Definition der Lehre von der Kirche nach allen Seiten zur Entfaltung gelangen und daß besonders die Verantwortung der Laien in der Kirche geklärt wird. Diese Ansicht wird durch Kardinal Tardini insofern bestätigt, als er erklärte, die bisherigen Vorschläge der Bischöfe rücken die Frage der Laien mit an die erste Stelle, weil in der heutigen Welt die Wirksamkeit der Kirche nur durch die verantwortliche Tätigkeit der Laien in ihren Sachbereichen verbürgt wird, sowohl in den sogenannten christlichen Völkern wie vor allem in den Missionsgebieten. Deshalb ist es notwendig, daß die Laien sich über den Umkreis ihrer Verantwortung klarwerden. Passive Gemeinden, die das Konzil nur über sich ergehen lassen, entsprechen nicht mehr den Anforderungen des kirchlichen Hirtenamtes. Gerade weil die Erneuerung des kirchlichen Lebens und die Verarbeitung der Probleme des technischen Zeitalters auf dem Konzil breiten Raum einnehmen werden, ist es nötig, daß die Gebete der Laien nicht nur die gewohnten Litaneien sprechen, sondern daß sie auch artikuliertere Formen annehmen, die das aussagen, was heute und jetzt zu erbeten ist. Zwar reden Laien auf dem Konzil nicht mit — das ist auch nicht erforderlich —, aber sie sollten sich vorher in geziemender und umfassender Weise zu Wort melden, wie das schon hier und da geschehen ist.

3. Es ist freilich in der Kirche nicht anders als im Bereich der Welt: Mitreden und Mitraten kann nur einer, der weiß, worum es geht. Wie viele aber wissen das bereits, wie viele wissen es so gut, daß sie ein abgewogenes, nutzbringendes Urteil darüber geben könnten? Der beklagenswerte Tatbestand, daß die Anliegen der Ökumenischen Bewegung und des Weltrates der Kirchen den nichtkatholischen Gemeinden bisher weitgehend fremd geblieben sind, dürfte eine analoge Entsprechung in der katholischen Kirche haben, wo ebenfalls die allgemeinen Sorgen des obersten Hirtenamtes nicht immer bei den Pfarrgemeinden verstanden werden. Man wird auch schwerlich sagen können, daß die ganze Hierarchie, der Klerus und die Gläubigen nun auf eine erklärte Inspiration des Heiligen Vaters hin schon einmütig und in gleichem Maße vom Willen zur Erneuerung der Kirche beseelt sind. Neben vorandrängenden Kräften, die eine größere Katholizität wünschen, gibt es immer auch die Beharrenden, die „Neuerungen" abhold sind, in verständlicher Sorge, daß die Kirche zwar Konvertiten ertragen kann, daß aber die Konsequenzen einer Wiedervereinigung der Christen ein wohl eingespieltes hierarchisches System gefährden könnten. Es wäre freilich nicht das erstemal in der Geschichte der Kirche, daß ein Papst die Kräfte der Beharrung hinter sich läßt und mit neuen Kräften, die ihm aus der Kirche zuwachsen, neue Wege beschreitet. Es dürfte ihm kaum verborgen bleiben, wo gern vom kommenden Konzil gesprochen und nach Literatur gegriffen wird, um sich darauf vorzubereiten, und wo man sich zurückhält, als ginge einen diese Sache vorerst gar nichts an, zumal da es noch viele Jahre dauern kann, bis das Konzil stattfindet, falls dann der Papst noch lebt und sein Nachfolger den Konzilsplan fortzuführen gedenkt. Wer diese Zu-

sammenhänge erwägt — und es ist wohl an der Zeit, sie offen auszusprechen —, der wird erst ermessen, was es heißt, für den vollen Erfolg der Vorbereitungsarbeiten zum Konzil zu beten. Das heißt u. a. auch: Stellung nehmen, sich ausreichend unterrichten, die Bischöfe auf schwebende Fragen hinweisen, die einer Lösung bedürfen. Wo aber ist die Hochflut gemeinverständlicher Literatur zu den Problemen, die das Konzil beschäftigen sollten — und findet sie auch Käufer? Wo ist der gläubige Realismus in dieser Literatur, der das vorerst Unerreichbare geduldig zurückstellt, um die Verwirrung und den Widerstand nicht zu vergrößern, und das Erreichbare, z. B. die Zusammenarbeit in den Fragen der rechten Weltordnung, gründlich studiert und praktisch für den Vollzug im Leben bis in die Einzelheiten durchdenkt? Wir haben einen guten Papst, bedeutet ja doch nicht: „Er wird's schon recht machen!", sondern es bedeutet, daß ihm alle Kräfte der Erneuerung zur Verfügung gestellt werden, und zwar derart, daß er sich ihrer auch im Rahmen des für die Gesamtkirche Möglichen bedienen kann, die Gesamtkirche wohlgemerkt, und in dieser hat nur eine Minorität der Hierarchie positive Erfahrungen im friedlichen Zusammenwirken mit anderen Christen. Der Papst selber war es, der seit einem Jahre auf die großen Schwierigkeiten des Konzils immer wieder hingewiesen und immer wieder erklärt hat, nur die Gebete der Gläubigen würden ihrer Herr werden. Es bedarf also im Fastenmonat noch anderer, nämlich geistlicher Anstrengungen, als das neue Fastenopfer für den Hunger in der Welt sie erfordern. Die Menschheit lebt nicht vom Brot allein!

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Die Silvesterpredigt Kardinal Döpfners Wie die Mehrzahl der deutschen Bischöfe, sprach auch der Bischof von Berlin, Julius Kardinal Döpfner, am Silvestertag 1959 zu den Gläubigen seiner Diözese. Im Gegensatz zu den letzten Jahren, die den Oberhirten an diesem Tag in den Ostteil der Stadt geführt hatten, predigte der Kardinal diesmal in St. Ludwig in West-Berlin. Seine Worte standen unter dem Thema: „Nicht vom Brot allein lebt der Mensch, sondern von jedem Wort, das aus dem Munde Gottes kommt" (Matth. 4, 4). Von diesem Wort aus deutete er die Aufgabe des Christen in der Gegenwart, „aber mit einem wachen Blick auf die Lage in West-Berlin".

I. Der Mensch braucht das Brot

„Der Herr sagt: ‚Nicht vom Brot allein lebt der Mensch.' Also lebt der Mensch auch vom Brot. Er braucht Nahrung und Kleidung, braucht ein für ein menschenwürdiges Leben notwendiges Auskommen. Die Kirche nimmt auch an dieser Brotsorge der Menschen Anteil; denn aus ihrer Verantwortung für den Menschen weiß sie sich einer gerechten Sozialordnung verpflichtet. Sehen wir einmal, welche sozialen Nöte sich bei uns finden.

Soziale Not in West-Berlin

Gewiß haben sich die Lebensbedingungen in den letzten Jahren erfreulich gebessert, für viele sogar in einer Weise, daß daraus ernste Gefahren erwachsen, wie wir noch sehen werden. Doch über dieser Aufwärtsentwicklung dürfen wir nicht vergessen, daß Berlin immer noch die ‚Hauptstadt der deutschen Not' ist. In West-Berlin kommen immer noch 56 von der öffentlichen Fürsorge Unterstützte auf 1000 Einwohner, während im Bundesgebiet nur 18 Unterstützte auf 1000 Einwohner entfallen."
Als besondere Schwerpunkte sozialer Not nannte der Kardinal die *Flüchtlinge:* „Seit Jahren geht ein großer Strom von Flüchtlingen über Berlin nach Westdeutschland, aber viele dieser Flüchtlinge sind auch in Berlin geblieben, um sich hier eine neue Existenz zu bilden. Darf ich hier einschalten, daß die Kirche solche Flucht nicht fördert, wie manchmal behauptet wird. Wie sollte sie, um von anderem zu schweigen, so töricht sein und die Schwächung ihrer eigenen Gemeinden wünschen! Wohl ist die Kirche für volle Freizügigkeit zwischen den einzelnen Teilen Deutschlands, weil dies ein wichtiger Bestandteil menschlicher Freiheit ist. Ebenso wird sie sich all derer seelsorglich annehmen, die diesen Weg gewählt haben."
Als zweiten Schwerpunkt sozialer Not nannte der Bischof die *Arbeitslosen:* „Obwohl infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs in West-Berlin die Arbeitslosigkeit weithin beseitigt ist, gab es doch im Monat Oktober noch 38 000 Erwerbslose, unter denen sich viele ältere männliche und vor allem weibliche Angestellte finden, die nur sehr schwer wieder in Arbeit vermittelt werden können. Die Aussichtslosigkeit, Beschäftigung zu finden, steigert in ihnen das Gefühl der Sinnlosigkeit des Lebens."
Schließlich erinnerte er an die *Alten:* „Von 100 Berlinern waren Ende 1958 19 über 65 Jahre alt, von 100 Bewohnern der Bundesrepublik nur 11. Besonders deutlich aber wird die Überalterung Berlins, wenn man bedenkt, daß demgegenüber von 100 Berlinern nur knapp 11 Kinder unter 15 Jahren sind. Welche Schwierigkeiten und Aufgaben mit dieser Überalterung gegeben sind, liegt auf der Hand, besonders wenn man bedenkt, daß in Berlin die Zahl der alleinstehenden und einsamen alten Menschen sehr groß ist."

Hilfen

Die Hilfe, die zur Bewältigung dieser Not geleistet werde, sei erfreulich und dankbar anzuerkennen. Neben den öffentlichen Stellen leiste vor allem auch die Kirche einen wertvollen Beitrag zur Behebung der Nöte.
Als Beispiele dafür nannte der Kardinal die *caritativen Anstalten:* „Mit namhafter Förderung öffentlicher Stellen konnten 1959 drei neue Altersheime mit 210 Plätzen und fünf Kindertagesstätten mit 270 Plätzen sowie der Erweiterungsbau des St.-Marien-Krankenhauses mit 100 Betten in West-Berlin eröffnet werden . . ."
Ferner das *„Petruswerk":* „Unser Katholisches Siedlungswerk, das kurz vor dem Katholikentag gegründet wurde, konnte in diesem Jahr sein erstes Richtfest feiern. Damit soll zur Schaffung familiengerechter Wohnungen mitgeholfen werden. 72 Wohneinheiten, von denen 40 Eigenheim-Wohnungen sind, befinden sich beim ‚Petruswerk' z. Z. im Bau. Im Jahr 1960 soll mit dem Bau von weiteren 127 Wohneinheiten begonnen werden. Wer die Berliner Wohnverhältnisse kennt, weiß, wieviel trotz der gewaltigen Leistungen der letzten Jahre noch geschehen muß, vor allem für kinderreiche Familien."
Schließlich würdigte der Kardinal das *Krankenhaus-Apostolat der katholischen Mädchen:* „Über 600 Mädchen

in Ost- und West-Berlin haben sich verpflichtet, einmal im Monat einen halben Sonntag in einem katholischen Krankenhaus zu arbeiten, um dadurch unsere so sehr überanstrengten Krankenschwestern zu entlasten. Nach der bisherigen Erfahrung erfüllen unsere Mädchen diese Aufgabe mit einer fröhlichen Bereitschaft und leisten auch eine echte Hilfe. Wir dürfen hoffen, daß manche von ihnen, wie es in Einzelfällen schon geschehen ist, dadurch Freude an den heute so wenig gesuchten und dabei so bitter notwendigen sozialen Berufen erhalten."

Bleibende Aufgaben

Vieles sei geschehen, fuhr der Kardinal fort, vieles bleibe noch zu tun. Drei Aufgaben hob er besonders heraus:
1. Raum für die caritative Arbeit der Kirche;
2. Ausbau der caritativen Arbeit der Kirche. Dazu sagte der Kardinal: „... Wir brauchen bei der starken Beanspruchung der Familie durch die heutigen Arbeitsverhältnisse noch mehr Kindertagesstätten und Kinderhorte. Es fehlen uns noch Plätze für kranke und pflegebedürftige Alte, für sog. Hospitaliten. Dringend notwendig ist auch der Ausbau der caritativen Hauspflege und Hauskrankenpflege, damit kranke und alte Menschen auch in ihren Wohnungen ausreichend gepflegt werden können. Noch viel wichtiger freilich ist, daß unsere katholischen Familien in einer wachen Sorge an den Nachwuchs denken für die sozialen Berufe und auch für unsere caritativen Schwesterngemeinschaften ..."
3. Pflege der persönlichen Caritas in Pfarrei und Nachbarschaft: „Wenn Berlin die Stadt einer starken Überalterung und mancher verschämten Not ist, dann muß auch das Leben unserer Gemeinden davon geprägt sein. Jede Pfarrei braucht eine wohlüberlegte, planvolle Caritasarbeit; sie braucht noch mehr lebendige Zellen der Liebe, etwa in der Form der Vinzenz- oder Elisabethkonferenzen, der Legio Mariae oder in anderer Weise. Beachten wir sehr wohl: In der Liebe gibt es keine Ablösung, etwa durch Geld- oder Sammlungsgaben. Wir müssen selbst etwas tun! Jede Familie, jeder einzelne Katholik sollte um sich schauen und in persönlichem Kontakt helfen und ein wenig Liebe von Herz zu Herz tragen. Eine Seelsorgsgemeinde bemißt sich in ihrem letzten Wert danach, ob sie lebendige Liebesgemeinschaft ist."

II. Nicht vom Brot allein

Dann stellte der Kardinal die Frage: „Wo findet der Mensch die Erfüllung für den Hunger, der nicht durch Brot allein, also nicht durch die notwendigste Existenzsicherung, gestillt werden kann? Wie wird der Mensch zufrieden, glücklich, innerlich ausgefüllt? Hier gibt es viele Antworten. Greifen wir ein Gebiet heraus, das in besonderer Weise unser Augenmerk verdient. Die Freizeit, also jene Zeit, die dem Menschen heute — gottlob — in viel reicherer Fülle geschenkt ist und die ihm so notwendig ist, daß er zu sich selbst kommt. Gelingt ihm nun dieses Zu-sich-selbst-Kommen?"
Hier begegne uns etwas Seltsames. „In diese freie Zeit tritt der heutige Mensch vielfach nicht wie in einen umfriedeten, heimeligen Raum, der ihm gehört, wo er ausruht, sich entfaltet, sondern wie in eine gähnende Leere, vor der er erschrickt, die ihn von neuem in Bewegung bringt, ja in die Flucht jagt." Folgende Formen von „Fluchten" nannte der Kardinal:

Flucht in das Übermaß ständig neuer Reize

„Da ist die Hetze des übermäßigen und oft genug zersetzenden Sehens. Es sei gleich dem Mißverständnis vorgebeugt, als seien nach Meinung der Kirche die verschiedenen Angebote zum Sehen — sei es nun Fernsehen, Film, Bild o. ä. — in sich schlecht. Sie alle bergen echte Werte in sich. Gefährlich ist nur der falsche Gebrauch und eine verantwortungslose Gestaltung, die der Fluchtneigung des heutigen Menschen um des Geschäftes willen oder aus Haltlosigkeit entgegenkommt." Im einzelnen führte er aus:

Fernsehen

„Jeder fünfte Haushalt in West-Berlin besitzt bereits ein eigenes Fernsehgerät. Wird nun das Programm von den Fernsehern ausgewählt oder urteilslos hingenommen, ja wahllos ‚hineingefressen'? Leider geschieht das zweite allzuoft und höhlt den einzelnen Menschen und die Familie aus.
Wir wollen gern das Bemühen der Rundfunkanstalten anerkennen, ein wertvolles Programm zu gestalten. Doch kommen auch Entgleisungen vor, die die Verantwortung für den Menschen und die Familie vermissen lassen. Von besonderer Bedeutung für die Zukunft ist die Einführung des Zweiten Fernsehprogrammes, das nach den bisherigen Plänen der Bundesregierung sehr stark mit dem Werbefernsehen verknüpft werden soll. Die deutschen Bischöfe haben zu dieser Frage am 9. Dezember 1959 [vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 147] eine Erklärung abgegeben. Sie sprechen sich darin — wohlgemerkt — nicht gegen ein zweites Programm aus und auch nicht gegen eine zeitliche Ausweitung des Programms, aber sie weisen besorgt darauf hin, daß durch ein kommerziell bestimmtes Fernsehen eine inhaltliche Niveausenkung zu befürchten steht. Wir können nur hoffen, daß von verantwortlicher Seite diese ernste Gefahr gesehen und vermieden wird."

Film

„West-Berlin ist die kinofreudigste Stadt des Bundesgebietes. Jeder Berliner ging im Jahre 1957 durchschnittlich 27mal ins Kino. Von unseren zehn- bis elfjährigen Kindern gehen, wie die Landesbildstelle Berlin feststellte, im Monat fast 40 % öfter als zweimal ins Kino, von den Zwölf- bis Fünfzehnjährigen tun dies sogar fast 45 % öfter als zweimal. Dabei ist erwiesen, daß zahlreiche Kinder und Jugendliche den Film konsumieren ohne die Fähigkeit sinnvollen Auswählens und ohne kritische Auseinandersetzung. Sehr betrüblich ist, daß nach den Feststellungen des Katholischen Filmdienstes das sittliche Niveau der Filme in letzter Zeit erheblich gesunken ist. Spielen hier nicht rein geschäftliche Gesichtspunkte — etwa im Blick auf die Konkurrenz des Fernsehens — eine stärkere Rolle als die Verantwortung für den Menschen?"

Illustrierte und Bildzeitungen

„Illustrierte und Bildzeitungen sind heute zum geistigen Konsumgut nicht nur der Massen geworden, sondern sie kommen auch — etwa durch fragwürdige Lesemappen — in viele unserer katholischen Familien. Mag auch der Katholische Zeitschriftendienst in letzter Zeit eine gewisse Besserung einiger Illustrierten festgestellt haben, so bleibt doch bedenklich, wie gerade auflagenstarke Blätter durch

Bloßstellung der Intimsphäre und Eindringen in das Privatleben einzelner Menschen Leser anzuziehen versuchen. Oft ist nicht das Echte und Wichtige entscheidend, sondern das Prickelnde. Das gleiche gilt für die Bildzeitungen, die das Leben in kleine, nicht selten zersetzende Sensationen zerhacken und den Leser eher verwirren, statt ihm hilfreiche Übersicht zu verschaffen.
Gern sei angemerkt, daß ernste Tageszeitungen in Berlin eine beachtliche Tagesauflage erreichen. Hier zeigt sich für einen recht breiten Kreis in Berlin ein erfreulich ernsthaftes Leserinteresse."

Sport

„Selbst im Sport, der doch bei der einseitigen Beanspruchung des Menschen durch das heutige Arbeitsgeschehen eine so große Bedeutung für eine echte Freizeitentspannung besitzt, begnügt man sich weithin mit dem Zuschauen. Ein paar Spitzensportler ziehen immer größere Massen an. Welche Bedeutung damit eine rechte Pflege des Sportes unserer Jugend in der DJK besitzt, liegt auf der Hand."

Flucht in Pansexualismus

„Besonders verheerend wirkt sich die Flucht in einen Sexualismus aus, der sich völlig losgelöst hat von einer echten menschlichen Liebe in selbstloser Hingabe und nichts mehr weiß von der wesentlichen Bedeutung einer menschlichen Intimsphäre, um von Scham überhaupt nicht zu sprechen, die als rückständiges Muckertum abgetan wird. Leider wird in Filmen und Theaterstücken, in Illustrierten und billiger Unterhaltungsliteratur ungescheut die von keinen sittlichen Normen geführte geschlechtliche Leidenschaft wachgerufen. Oft ist hier gewissenlose Spekulation auf das Geschäft am Werk und nicht selten auch eine sehr fragwürdige Auffassung von der Kunst, die glaubt, das Menschenleben, wie es sich nun einmal in Wirklichkeit vollziehe, darstellen zu müssen, ohne anmaßend den moralischen Zeigefinger zu erheben oder eine Lösung bieten zu wollen. Dabei wirkt sich auch eine falsche Auffassung der demokratischen Freiheit unheilvoll aus. Die Angst vor einer ‚undemokratischen Zensur' ist oft weit größer als die Sorge um das Volk und vor allem um die Jugend. Begreift man nicht, daß die Freiheit sich selbst das Grab bereitet, wenn sie sich nicht Bindungen auferlegt, die dem wahren Wohl des Menschen und der rechten Ordnung der menschlichen Gesellschaft, letztlich also den Geboten Gottes, entsprechen?! Wie viele junge Menschen unserer Großstadt versinken im Sumpf einer geschlechtlichen Zügellosigkeit, weil verantwortliche Stellen versagen, weil keine öffentliche Meinung sich gegen schaurige, offenkundige Mißstände erhebt."

Flucht in den Nihilismus

„Dieser Flucht in den Sexualismus unmittelbar benachbart ist die Flucht in den Nihilismus. Was heißt das? Für viele ist heute der letzte Sinn des Lebens eben die Sinnlosigkeit, das ‚nihil', zu deutsch das Nichts. Man glaubt nicht mehr an die Möglichkeit, anderen eine Lebenshilfe geben zu können, und begnügt sich deshalb damit, die Sinnlosigkeit des Lebens offen auszusprechen oder aber die Fragen des Menschenlebens in einer nichtssagenden Unverbindlichkeit darzustellen. Beides wird in Kunst und Kunstkritik auch in Berlin nicht unbedenklich gefördert. Während z. B. unsere Städtischen Bühnen — abgesehen von ihren Klassiker-Aufführungen — fast nur moderne Stücke dieser Art aufführen, hat etwa das von klarer Lebensbejahung getragene, aus religiösem oder gar christlichem Gehalt geformte moderne Theater auf diesen Bühnen fast keinen Raum. Von einem echten Beitrag zur geistigen Auseinandersetzung mit der Welt und dem Menschenbild des dialektischen Materialismus kann keine Rede sein. Während der dialektische Materialismus mit allen Mitteln der Kunst seine Botschaft zu verbreiten sucht, gehen bei uns viele so weit, daß sie der Kunst jede echte lebensformende Aufgabe abstreiten. Man begnügt sich damit, sagen zu können: ‚Bei uns im Westen ist alles möglich.' Aber hätte nicht gerade hier West-Berlin eine wichtige Aufgabe, für Deutschland wegweisende Aufgabe?"

Flucht in ständige Genußsteigerung

„... Der Konsum an Alkohol und Nikotin steigt beständig. Dahinter verbirgt sich viel Sucht, die letztlich unerfüllt bleibt, und ein bedauerlicher Hang, vergessen zu wollen, wo doch die Vergangenheit verarbeitet und die Zukunft vorbereitet werden müßte. Viel Kraft zur Bewältigung menschlichen Lebens geht so verloren ..."

III. Leben aus dem Worte Gottes

Nach dieser kritischen Zeitanalyse gab dann der Bischof seinen Gläubigen die Antwort aus dem Glauben. Dem Herrenwort „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein" sei ja erklärend hinzugefügt: „sondern von jedem Wort, das aus dem Munde Gottes kommt". „Das also ist für uns entscheidend, daß wir das Wort Gottes mit gläubigem Hunger aufnehmen, es in uns Wurzel schlagen und zur prägenden Kraft unseres Lebens werden lassen. Zwei Worte der Schrift sollten dabei bedacht sein:
1. ‚Gleichet euch nicht dieser Welt an, vielmehr wandelt euch durch Erneuerung des Sinnes, um durch Erfahrung zu lernen, was der Wille Gottes ist, das Gute, Wohlgefällige und Vollkommene' (Röm. 12, 2)." Dazu führte der Kardinal aus:
„... Wir müssen nüchtern darum wissen, daß wir vom Geist der Zeit bedroht, ja oft schon angesteckt sind. Wir dürfen uns nicht leichtsinnig in jede Gefahr begeben. Die warnenden Worte des Katechismus von der ‚nächsten Gelegenheit zur Sünde', von der ‚Gefahr zur Sünde', halten manche Christen schon für Feigheit und sehen darin eine — wie sie sagen — Flucht ins katholische Getto. Seien wir doch ehrlich! Diese nüchternen Warnungen sind berechtigt. Der katholische Christ geht nicht in jeden Film, er sieht sich nicht jede Fernsehsendung an, er liest nicht jede Illustrierte und Bildzeitung. Katholische Eltern leben ihren Kindern solche Freiheit und Zucht vor und geben ihnen eine kluge, aber feste Führung inmitten einer wahrhaft gefährlichen Umwelt ..."
2. „Pro mundi vita" — „Das Brot, das ich geben werde, ist mein Fleisch für das Leben der Welt" (Joh. 6, 51).
„Christi Erlösungswille geht auf die ganze Welt. Und diese weltumspannende Liebe unseres Herrn ist auch unser Maß. Heiligung in Christus ist nicht denkbar ohne apostolische Verantwortung für die Welt ... Aus den vielen Möglichkeiten apostolischen Wirkens wollen wir ... nur folgendes herausgreifen: Wir müssen als Christen, soweit uns dies möglich ist, die bestehenden Verhältnisse

bessern ... Gerade hier in West-Berlin stellen sich einige aktuelle Aufgaben:

a) Der Senator für Volksbildung hat für die Westberliner Schulen *Richtlinien über die sexuelle Erziehung* der Kinder herausgegeben. Ein weltanschauliches Leitbild fehlt diesen Richtlinien. So können sie leicht zu einem nicht unbedenklichen Experiment werden, das in die Hand der Lehrer gegeben ist. Die Lehrer können sehr Unterschiedliches, u. U. sogar Verderbliches in einem solchen Unterricht sagen. Darum ist höchste Wachsamkeit der Eltern geboten. Unsere Eltern müssen die Klassen-Elternversammlungen dazu benützen, um von den Lehrern klare Rechenschaft darüber zu erlangen, in welcher Weise sie über diese Dinge mit ihren Kindern sprechen; sie müssen Einfluß auf eine wirklich ehrfürchtige Behandlung dieser Themen zu gewinnen suchen.

Freilich steht ein großer Teil unserer Eltern dem sexualpädagogischen Aufgaben, die doch ureigener Bestandteil der Elternpflichten sind, hilflos gegenüber. Deshalb sollen alle dazu dienlichen Bildungsmöglichkeiten, vor allem die Elternschulen in den Pfarreien, noch besser als bisher genützt werden. Die Seelsorger mögen unseren Eltern dazu geeignete Hilfen in die Hand geben ...

b) Die Schwierigkeiten der sozialpädagogischen Richtlinien zeigen erneut, wie wichtig eine geschlossene *Schulerziehung aus katholischem Geist* ist, die in Berlin nur in unseren Privatschulen gewährleistet wird. In den acht katholischen Privatschulen werden 4000 Schüler und Schülerinnen unterrichtet, von denen ein recht erheblicher Teil nicht unseres Glaubens ist. Wir können darin die Hochschätzung erkennen, die auch nichtkatholische Eltern unserer Erziehungsarbeit zollen. Aber wir dürfen uns gleichzeitig nicht verhehlen, daß noch manche Plätze an unseren katholischen Schulen von unseren eigenen Kindern nicht ausgenützt werden. Viele katholische Eltern bringen große finanzielle Opfer, um ihre Kinder in unseren Privatschulen unterrichten zu lassen, doch bei einem großen Teil der Elternschaft fehlt das Verständnis für die Bedeutung des katholischen Schulwesens. Es wäre sehr schlimm, wenn unsere Eltern das in vieler Hinsicht in Berlin unbefriedigende Schulwesen als selbstverständlich hinnehmen, so allmählich ihr klares Urteil verlieren und das unentwegte Bemühen um eine Besserung aufgeben."

Nach einem aufrüttelnden Hinweis auf die Bedeutung des Buch- und Presseapostolates sowie der katholischen Einrichtungen und Werke behandelte der Kardinal

c) die *Bedeutung der meinungsbildenden Berufe:*

„In Theater, Film und Fernsehen, in Funk und Presse wird sich so lange wenig ändern, als nicht junge Christen auf diesen Gebieten in vollem Verantwortungsbewußtsein und mit hohem fachlichem Können sich durchzusetzen suchen. Solche Berufswahl mag ein Abenteuer und Wagnis sein, aber gerade der junge Katholik und seine Eltern sollten bei der Berufswahl nicht in erster Linie die Frage nach dem Verdienst und der Pensionsberechtigung stellen, sondern auch bei gegebener Voraussetzung einmal ein echtes Wagnis um des Reiches Christi willen eingehen. In jeder Berufswahl sollte die Frage entscheidend sein: Wie kann ich mit meiner Kraft den Menschen, letztlich dem Reiche Gottes dienen?" — Schließlich umriß der Kardinal das Thema

d) die Katholiken und die *Politik.*

„Die Katholiken dürfen nicht politisch abstinent sein. Die Atmosphäre einer Stadt wird weithin im Rathaus bestimmt. Wenn ihr mitbestimmen wollt, müßt ihr im Rathaus mitwirken. Das heißt einmal: ihr müßt jene fördern, die aus christlichem Geist heraus versuchen, dem Gemeinwesen zu dienen und die Atmosphäre des Gemeinwesens zu verbessern. Ihr selbst aber sollt auf allen Ebenen, von kleinen örtlichen Gremien bis zur Verantwortung in der Verwaltung und in den gesetzgebenden Körperschaften, bereit sein, um des Ganzen willen Aufgaben zu übernehmen.

Wer aber Verantwortung trägt — und damit wende ich mich besonders an alle, die im öffentlichen Leben wirken —, der denke nicht nur an die befriedigende Lösung der materiellen Probleme, sondern auch an die Förderung jener geistigen Kräfte, ohne die eine freiheitliche Demokratie keinen Bestand haben kann."

Zum Schluß sagte der Kardinal: „Nun habe ich euch manches ernste Wort gesagt. Doch habe ich dabei nicht vergessen, daß die Menschen unserer Stadt in den letzten Jahren des Krieges und besonders auch in der Zeit nach 1945 schwerste Lasten tapfer getragen haben und so in der ganzen Welt zu einem leuchtenden Beispiel des Einsatzes für echte Freiheit geworden sind. Solcher Vergangenheit getreu, sollt ihr, die Katholiken Berlins, den Ruf der gegenwärtigen Stunde hören und vollziehen: Das ist der tiefste Sinne meiner Silvesterbetrachtung ..."

Studentenmission in Wien

Nach einem Intervall von fünf Jahren wurde in Wien in der Zeit vom 24. 11. bis 4. 12. 1959 wieder eine Studentenmission abgehalten (zur ersten Studentenmission vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 198 ff.). Der äußere Rahmen war ähnlich dem vom Jahr 1954: zuerst in den Hörsälen der Hochschulen an drei aufeinanderfolgenden Tagen religiöse Vorträge, dann in einer Kirche (der Kirche am Hof) an sechs Tagen Morgen- und Abendmessen mit Predigt, wobei die letzte Messe und Predigt von Kardinal König selbst gefeiert bzw. gehalten wurde.

Für die religiösen Vorträge an den Hochschulen waren folgende Redner gewonnen worden:

Universität:
Geisteswissenschaften: Msgr. Erwin *Hesse,* Wien
Naturwissenschaften: Prof. Heimo *Dolch,* Paderborn
Medizinische Fakultät: Rektor G. M. *Genewein,* München
Juristische Fakultät: Prof. Johannes *Messner,* Wien

Hochschule für Welthandel: Diego *Goetz* OP, Wien
Tierärztliche Hochschule: Prof. Gustav *Granditsch,* Wien
Hochschule für Bodenkultur: Stefan *Richter* OFM, Bonn
Technische Hochschule: Msgr. Otto *Mauer,* Wien
Akademie der bildenden Künste und Musikakademie: Philipp *Dessauer,* München.

Die Vorträge behandelten zum Teil die spezifischen weltanschaulichen Fragen der betreffenden Wissenschaften (so für die Naturwissenschaften: Objekt des Forschens und Engagement des Glaubens, die Naturwissenschaft und die Letzten Dinge), überwiegend aber die zentralen religiösen Fragen, wie sie sich jedem Intellektuellen stellen (das Ärgernis Jesu, die Zukunft des Christentums, Ziel des Menschen, Kirche in der Welt, die vielen Religionen und die eine Kirche, der verpflichtende Charakter der Religion u. a.).

Die Prediger in der Kirche am Hof waren Heinrich Suso *Braun* OMCap, Innsbruck, und Georg *Simmel* SJ, München.

Vier Wochen vor Beginn der Mission hielt Kardinal König mit mehreren Hundert Studenten eine Betstunde in der Kirche am Hof und sprach über das Anliegen der Mission: die Wiederbegegnung von Glaube und Wissenschaft, über die seit 1945 veränderte geistige Situation an den Hochschulen und die apostolische Aufgabe und Möglichkeit jedes Christen.

Die Mission auf akademischem Boden vollzog sich in einer ausgesprochen freundlichen Atmosphäre, wie es schon 1954 der Fall war. Die geistige Haltung, in der die Mission durchgeführt und aufgenommen wurde, kann folgendermaßen gekennzeichnet werden: Die Kirche stellt sich im Rahmen der akademischen Freiheit der Kampfstätte des Geistes; sie zwingt niemanden, sondern legt ihre Antworten auf die Welt- und Lebensprobleme vor und gibt Gelegenheit zur Frage und Diskussion. Sie ist nicht etwas, was im Grunde gar nicht auf die Hochschule gehörte (so die tief eingewurzelte liberale Auffassung, die am stärksten im vorigen Jahrhundert ausgeprägt war), sondern hat das volle Recht, in allen Bereichen einer pluralistischen Gesellschaft präsent zu sein.

Kontakt mit den Professoren und Dozenten

Zum besseren Kontakt zwischen Hochschule und Kirche wurden einmal die Hochschulprofessoren — zirka 200 — von Kardinal König zu einem Empfang ins Erzbischöfliche Palais eingeladen und ein anderes Mal die Dozenten und Assistenten ins Studentenhaus in der Ebendorferstraße. Dasselbe war auch 1954 unter Kardinal Innitzer geschehen. Beide Male wurden die Einladungen und die große Beteiligung daran als ein Zeichen der veränderten Situation an den Hochschulen empfunden. Die Fremdheit zwischen Kirche und Universität, die das ganze 19. Jahrhundert gekennzeichnet hat, scheint überwunden zu sein.

Die Beteiligung

Die Teilnahme an den Hochschulvorträgen nahm fast bei allen Fakultäten vom 1. zum 3. Abend zu und erreichte am 3. Abend insgesamt 2800 Hörer. Bei den Predigten in den Kirchen waren es weniger, die Zahlen schwankten zwischen 1500 und 2000. Da nicht jedesmal dieselben Zuhörer kamen, sondern schätzungsweise jeweils 10 % andere, kann man die Zahl derer, die wenigstens bei einem Vortrag oder einer Predigt anwesend waren, mit 3600 bis 4000 beziffern, das sind 25 bis 28 % aller katholisch getauften Hochschüler, gewiß ein hoher Prozentsatz, höher als der bei Volksmissionen. Auch etwa 100 Hochschulprofessoren nahmen an dem einen oder anderen Vortrag teil.

Die Werbung zur Mission erfolgte sowohl mit den üblichen Mitteln wie Plakaten, Flugzetteln und Briefen an jeden der 15 000 in Wien eingeschriebenen Studenten wie auch durch persönliche Kontakte von Mensch zu Mensch, die durch kleine Gruppen mit zusammen 500 Mitarbeitern durchgeführt wurden. Diese 500 waren vor allem Mitglieder der kirchlichen Organisationen (Katholische Hochschuljugend, Kongregationen, Legio Mariens). Sehr bewährte sich die von der Katholischen Hochschuljugend schon seit Jahren in den Arbeitskreisen an den einzelnen Fakultäten und Fachgruppen geleistete Arbeit.

Der weitaus größte Teil der Teilnehmer kam aus den katholischen Verbänden, kirchlichen Vereinigungen im engeren Sinn und den zahlreichen CV-Verbindungen. Nur etwa 10 bis 20 % der Teilnehmer waren nichtorganisierte Studenten. (1954 war deren Anteil größer.) Relativ gering war die Beteiligung der Erstsemestrigen wie überhaupt der jungen Semester; die Maturanten kommen, wie es scheint, mit wenig Aufgeschlossenheit gegenüber den religiösen Fragen an die Hochschule, sie werden erst aufgeschlossen durch die studentischen Gemeinschaften, soweit sie in solche hineinfinden (daher ist eine wesentliche Aufgabe dieser Gemeinschaften die Betreuung der Erstsemester). Bezeichnend dafür ist ja der geringe Anteil der nichtorganisierten Studenten. Nicht zu übersehen ist eine gewisse geistige Saturiertheit bei den Studenten, eine Folge der allgemeinen Wohlstandsatmosphäre, der sich keine Schicht entziehen kann. 1954 waren die Studenten, wie die Studentenseelsorger feststellen konnten, aufgeschlossener. Immerhin ließen die Diskussionen, die überwiegend im Studentenhaus stattfanden, erkennen, daß ein Teil der Jugend bereit ist, sich ernsthaft mit den Problemen der Religion auseinanderzusetzen.

Das gegenüber 1954 geringere Ausstrahlen über den Kreis der katholischen Verbände hinaus besagt wohl auch, daß sich die geistigen Positionen im Laufe der Jahre verfestigt haben. Wer nicht von vornherein aus katholischem Milieu stammt, wird nicht leicht erreicht.

Weihnachts-Seelsorgertagung 1959: Der Christ und die Weltwirklichkeit

Die Weihnachts-Seelsorgertagung, die alljährlich vom Österrreichischen Seelsorgeinstitut unter Leitung von Prälat Karl *Rudolf* in Wien veranstaltet wird, behandelte im vergangenen Jahr (28.—30. 12.) das Thema „Der Christ und die Weltöffentlichkeit". Die Teilnehmerzahl war wie immer sehr groß: Aus den österreichischen Diözesen sowie aus Südtirol und Deutschland waren insgesamt über 400 Priester gekommen.

In den Eröffnungsworten betonte Erzbischof-Koadjutor Dr. Franz *Jachym* die Notwendigkeit für die Kirche, sich immer wieder mit der Weltwirklichkeit zu konfrontieren. Die besonderen Umstände, die die Moraltheologie seit jeher als wichtig für die sittliche Bewertung einer Tat betrachtet hat, dürften nicht nur individuell verstanden werden, sondern müßten das gesamte soziale Milieu berücksichtigen. In der Konfrontation mit der Welt müssen vielleicht manche Kapitel der Aszese neu geschrieben werden.

Christusnachfolge heute

Dem eigentlichen Thema der Tagung ging ein Referat von Professor Rudolf *Schnackenburg*, Würzburg, über „Die Christusnachfolge" voraus. Der Vortragende erinnerte daran, wie unmittelbar und konkret Christus selbst diese Nachfolge aufgefaßt hat: alles zu verlassen, Christi Weg mitzugehen und sein Leben zu teilen in aller Härte und Unbedingtheit; und wie dann im Verständnis der Urkirche Christusnachfolge vor allem die Nachfolge über Leiden und Kreuz zur Herrlichkeit war. Im Anschluß daran entwickelte Professor Schnackenburg Gedanken, um diesen zentralen Begriff für unsere Zeit und unsere Verkündigung lebendig zu machen: Die Nachfolge Christi ist nicht zuerst ein Anruf zu sittlichem Tun, sondern die gnadenhafte Verbundenheit mit Christus als unserem Heil („Ich bin das Licht der Welt . . ."). Christusnachfolge heißt, mit ihm gehen, wohin auch der Wille des Vaters führt; so kann der Mensch sein irdisches Schicksal als Wil-

len Gottes begreifen und ihm einen Sinn geben. Erst aus dem Gedanken der Christusnachfolge gewinnt der Mensch von heute die Kraft, die radikalen sittlichen Forderungen des Christentums zu bejahen. Christusnachfolge ist aber auch eine herrliche Verheißung, ein Gedanke, der gerade der Urkirche Kraft in aller Trübsal gab.

Überwindung der individualistischen Frömmigkeit

In den Referaten „Die Kirche ist die Liebe oder Die vergessene Brüderlichkeit" und „Sünde und Heiligkeit als Sozialphänomene" kam es dem Vortragenden, Professor Bernhard *Häring* CSSR, Rom, darauf an, zu zeigen, daß entgegen dem individualistischen Denken der Neuzeit, von welchem auch die Christen geprägt worden sind, heute ein stärkeres Gemeinschaftsdenken notwendig ist. Im ersten Referat ging Prof. Häring davon aus, daß die Kirche nach dem Willen ihres Stifters das allen Menschen erfahrbare Zeugnis sein soll, daß Gott die Liebe ist. Durch die Kirche will Gott die Menschen von der Kraft der Liebe überzeugen, und je mehr die Kirche Liebe ist, um so glaubwürdiger ist ihre Glaubensverkündigung. Die Wirklichkeit aber ist weithin die vergessene Brüderlichkeit. Daher fehlte auch die Kraft, den Nationalismus und die sozialen Gegensätze zu überwinden. Dazu kam die individualistische Verzerrung der Auffassung von den Sakramenten. Es wurde kaum daran gedacht, daß die Taufe die Aufnahme des Kindes in die Gemeinde ist, daß die Firmung die Spendung der Geistesgaben im Hinblick auf die Gemeinde ist, daß das Bußsakrament die Versöhnung mit Gott über die Versöhnung mit der Gemeinschaft gewährt, daß bei der Eucharistie gerade in der Gemeinschaft der Kinder Gottes Gott am meisten verherrlicht wird. Wer den Sakramenten ihren Gemeinschaftscharakter nimmt, so formulierte Prof. Häring scharf, beraubt sie ihrer Wirksamkeit. Für einen Wandel der Dinge sei notwendig, daß die Liturgie dem Volk verständlich wird — daher weitgehende Verwendung der Muttersprache — und von einem wirklichen Gemeinschaftsbewußtsein getragen ist. Die Brüderlichkeit wird am ehesten im gleichen Milieu verwirklicht, wo schon viele natürliche Gemeinschaftsfaktoren vorhanden sind, und im kleinen Kreis, in Zelle und Nachbarschaft.

Auch im zweiten Referat betonte Prof. Häring das Gemeinschaftsmoment in Sünde und Heiligkeit. Es müßten wesentliche Dinge wieder bewußt gemacht werden: Die Unheils-Solidarität aller Menschen mit Adam und die Heils-Solidarität mit Christus, der eben dadurch, daß er sich nicht außerhalb der Unheils-Solidarität stellte, sondern die Last unserer Sünden auf sich nahm, die Solidarität des Heiles erwirkt hat. Denn darauf beruht unsere eigene Rechtfertigung und Heiligung. Jede Gnade und Gabe ist uns mit Rücksicht auf die Gemeinschaft gegeben, und wer die Gabe nicht nützt, versündigt sich auch am Nächsten: Wer sich allein heiligen will, den Nächsten aber seinem Schicksal überläßt, ist von der Heiligkeit am weitesten entfernt. Große Heilige haben denn auch tatsächlich das Schicksal ihrer Gemeinden und ihrer Länder geändert (u. a. der hl. Vinzenz v. Paul; anderseits wirken auch deutliche „Frostgebiete" weithin nach). Durch viele religionssoziologische Untersuchungen ist festgestellt worden, daß ein zugewanderter Arbeiter in einer liturgisch lebendigen Pfarre eine viel größere Chance hat, gläubig zu bleiben. All das zeigt die ungeheure Verantwortung der Eliten.

R. *Dorland* OP, Straßburg, griff in seinem Referat „Weltverantwortung und Apostolat" die Frage von der besonderen Funktion des Laien in der Welt auf, ohne natürlich in dem einen Referat den verwickelten (und vielfach sehr theoretischen) Fragenkomplex erschöpfend behandeln zu können. Die Situation des Laien will P. Dorland nicht bloß negativ kennzeichnen, als Nichtbesitzer der Priesterweihe, sondern mehr positiv als die eines Menschen, für den die Welt als wesentliche Aufgabe existiert, in Ehe, Beruf und weltlichem Wirken.

Dadurch daß der Priester auf die Dinge, welche das Weltwirken des Laien ausmachen, verzichtet, ist ihm die Welt nur mehr ein Heilsobjekt, was aber keine Absonderung von der Welt bedeutet. Zu diesen Formulierungen könnte ergänzend noch manches gesagt werden, doch bildete diese Frage nicht das Hauptthema der Tagung.

Defätismus in der Kirche

Der zweite Tag begann mit einem Vortrag von Msgr. Otto *Mauer:* „Die Hoffnung der Christen. Wider den Defätismus." Msgr. Mauer ist der Ansicht, daß es nirgends soviel Defätismus gibt wie im katholischen Klerus. Dafür nannte er verschiedene Ursachen: einmal die Überforderung, da besonders der Pfarrer, der allein ist, ein ganzes Bündel von Berufen hat; die ständige Überlastung; den mangelnden Kontakt der Priester untereinander und das Fehlen von Formen des Zusammenlebens; ferner, daß die Geistlichen nicht auf das Gesetz der Konkurrenz in der Welt eingestellt sind, daß sie zuwenig über ihren Umkreis hinaussehen und zum Teil in der Vergangenheit und in der (ganz unbiblischen) Vorstellung einer totalen Symbiose von Kirche und Welt leben statt in der Diasporasituation; den tiefsten Grund aber sieht der Vortragende in dem Konflikt mit dem Gott der Liebe und der Freiheit: man will nicht recht zur Kenntnis nehmen, daß Gott aus aus Liebe die Freiheit gestiftet hat und die Freiheit der Antwort will, sondern man erwartet im Grunde, daß Gott zum Heile zwingen und dadurch seine Macht erweisen soll.

Der zweite Teil des Vortrags über die christliche Hoffnung war eine Zusammenballung markanter Formulierungen (die in verkürzter Form schwer wiederzugeben sind).

Allgemeine ethische Prinzipien und individueller Anruf Gottes

Das bedeutendste Referat dieses Tages war das von Professor Karl *Rahner* SJ, Innsbruck: „Der Anspruch Gottes und der einzelne." Wenn auch die sogenannte „Situationsethik", so begann Prof. Rahner, falsch ist — unter anderem deshalb, weil sie eine falsche Metaphysik voraussetzt, nämlich die nominalistische Auffassung, daß es nur das einzelne gibt —, so steckt doch etwas Richtiges in ihr, das von der Moraltheologie meist nicht genügend herausgearbeitet wird. Dieses Richtige ist das Individuelle, an den einzelnen Gerichtete, das man „Existential-Ethik" nennen könnte.

Prof. Rahner entwickelt seine Gedanken von folgender Grundlage aus: Es gibt unbeschadet der realen Gültigkeit allgemeiner Wesenheiten und sittlicher Normen (die „essentielle" Ethik) die geistige Person, das individuum ineffabile, das im Allgemeinen nicht aufgeht. Das Indi-

viduum ist mehr als der Anwendungsfall einer allgemeinen Idee; denn es hat persönliches Bewußtsein, Freiheit und eine ewige Bestimmung. Dies muß eine christliche Weltbetrachtung herausarbeiten.

Wenn es aber das individuum ineffabile gibt, dann gibt es auch einen besonderen Anruf Gottes an den einzelnen, einen Anruf, der nicht die bloße Summe oder der Schnittpunkt der allgemeinen Prinzipien ist und nicht auf diese zurückgeführt werden kann.

Die Anerkennung dieses Besonderen entspricht durchaus unserer Metaphysik. Unsere Ethik geht von der Beschreibung der Wirklichkeit aus und übersetzt sie in der Aufforderung an den Menschen, das in Freiheit zu sein, was er schon ist. Da die katholische Theologie der letzten Jahrhunderte ständig in Abwehr stand gegen die verschiedenen im Nominalismus wurzelnden Auffassungen, betonte sie, daß es eine allgemeine gleichbleibende Menschennatur gibt und daß sich aus dieser die sittlichen Gesetze ergeben, welche die Kirche verkündet. Darüber trat aber das Individuelle in der Ethik zurück.

Dies hatte zur Folge, daß der Freiheitsraum, der durch die allgemeinen sittlichen Prinzipien eingegrenzt wird, als ein ethisch gleichgültiger Raum aufgefaßt wurde, wo man beliebig dieses oder jenes tun könne. Das ist jedoch durchaus nicht der Fall. Vielmehr gibt es hier den konkreten Anruf Gottes, und dieser ist verpflichtend und heilsbedeutsam, obwohl das Gegenteil mit den allgemeinen Prinzipien vereinbar erscheint. Prof. Rahner brachte hier ein Beispiel: In der NS-Zeit haben wohl wenige Priester gegen die allgemeinen sittlichen Prinzipien gehandelt, und trotzdem haben heute viele das Gefühl, daß sie damals nicht richtig gehandelt haben. Sie müssen sich sagen: Ich werde durch das Einhalten der allgemeinen Prinzipien noch nicht gerechtfertigt; denn ich kann von Gott gefragt werden, ob ich das getan habe, was Gott damals von mir wollte.

Die einseitige Festlegung auf die allgemeinen Prinzipien hatte eine große Auswirkung. Das Handeln der Christen wurde weithin paralysiert durch ein ewiges Wenn und Aber, Einerseits und Andererseits der allgemeinen Prinzipien. In der Sozialpolitik z. B. wußten sie nicht was sie eigentlich tun sollten. Es wurden zwar sehr viele allgemeine Prinzipien herausgearbeitet, doch für das praktische Handeln wären konkrete Imperative notwendig gewesen, und da diese aus den allgemeinen Prinzipien nicht ableitbar waren, glaubte man, daß es diese Imperative überhaupt nicht gibt. Daher geschah im Grunde nichts. Diese Denkweise geht durch alle Bereiche hindurch. Das Spontane und Charismatische wurde dadurch sehr eingeschränkt, wenn nicht unmöglich gemacht.

Dasselbe gilt für bestimmte Länder und bestimmte Zeiten. Es kann von Gott etwas Bestimmtes gefordert sein, obwohl man es aus den allgemeinen Prinzipien nicht ableiten kann. Da man keine konkreten Aufträge kennt, wird dann mit Berufung auf die allgemeinen Prinzipien einfach das Bestehende verteidigt.

Ein weiteres Beispiel: Um die Una-Sancta-Bewegung voranzutragen, müßte heute alles getan werden, was die unio erleichtert. In Wirklichkeit aber ist diese Überzeugung in der Kirche nicht lebendig, daher geschieht auch nichts Ernsthaftes.

So überfordert man einerseits die Essential-Ethik und läßt anderseits, wo nichts daraus abzuleiten ist, die Dinge einfach treiben. Das Handeln des Christen wäre anders, wenn er überzeugt wäre, daß es eine schwere Sünde gibt bzw. geben kann, die nicht von den allgemeinen Prinzipien als solche gekennzeichnet wird.

Die lebendigen Entscheidungen der Zeit kommen mit unseren Prinzipien in keinen Konflikt, aber auch in keine lebendige Berührung.

Die weitere Frage ist, wie man einen solchen individuellen Anruf Gottes erkennen könne. Prof. Rahner stellte die Frage nur, ohne sie im Rahmen seines Referates beantworten zu können.

In der anschließenden Diskussion erklärte sich P. Häring mit den Ausführungen von Prof. Rahner völlig einverstanden. Zur Tatsache der einseitigen Betonung der allgemeinen Prinzipien wies er darauf hin, daß die Moraltheologie hauptsächlich in der Zeit ausgebaut wurde, als man dem Priester beim Beichthören eine Hilfe geben wollte. Da konnte man natürlich nur allgemeine Prinzipien aufstellen und mußte dem persönlichen Gewissen des Beichtenden die letzte Entscheidung überlassen (das Gegenteil wäre ja ein unerlaubter Totalitätsanspruch gewesen). Aus dem Herausstellen der allgemeinen Prinzipien entstand dann die Meinung, daß man damit das ganze Leben normieren könne. Durch die große Zahl von Vorschriften wurde aber vielfach die seelische Tragkraft des Menschen erschöpft, so daß er nicht mehr die Kraft zur schöpferischen Initiative hatte.

Gegenüber den Gedanken von Prof. Rahner kann der Bericht über die beiden weiteren Referate „Die Spiritualität des Laien" (Margarete *Schmid*), und „Der Beichtspiegel" (Kanonikus Karl *Dorr*) kurz gefaßt werden. Frau Schmid wies unter anderem darauf hin, daß in der Welt des Berufes die geistig-sittliche Haltung etwa des Arztes, Lehrers, Technikers, Politikers noch nicht richtig herausgearbeitet worden ist, ebenso nicht die geistig-sittliche Haltung, die der modernen technischen Welt angemessen ist. Es wären auch die eigentümlichen Tugenden in Nachbarschaft und Partnerschaft und für eine Zusammenarbeit mit dem Nichtgläubigen näher auszuformen.

Kanonikus Dorr führte aus, wie die Aufzählung der Sünden im üblichen Beichtspiegel aus der historischen Entwicklung der Beichte und Bußpraxis zu verstehen ist — indem eine Korrelation zwischen Verfehlung und Buße aufgestellt wurde —, und besprach dann die Schwierigkeiten der üblichen negativen Beichtspiegel. Diese lassen den Beichtenden oft im Stich und können nicht die Verschiedenheit des infantilen, verbürgerlichten oder hypersensiblen Gewissens berücksichtigen. Diesen negativen Gewissensspiegeln stellt er den Versuch von Klemens Tilmann gegenüber, nach den Worten des Vaterunsers einen positiven Gewissensspiegel aufzustellen.

Engagement der Christen in den politischen Fragen

Der dritte Tag war verschiedenen Einzelfragen gewidmet: Erlaubtheit des Krieges, politische Ethik, Sexualethik, Bewältigung des Lebensstandards.

Die beiden ersten Themen behandelte Bischof Paul *Rusch*, Innsbruck. In der Frage, ob ein Krieg heute überhaupt noch als erlaubt angesehen werden könne, teilte er nicht den Standpunkt der extremen Pazifisten, sondern entschied — in verstandesmäßiger, nicht gefühlsmäßiger Weise, wie er betonte — im Sinn der kirchlichen Lehre, für die u. a. zahlreiche Erklärungen Pius' XII. vorliegen. Der Krieg, einschließlich der Atomkrieg, kann

nur unter sehr großen Einschränkungen als erlaubt angesehen werden:
1. Der Krieg muß ein Verteidigungskrieg sein gegen einen ungerechten Angreifer.
2. Es muß sich dabei um die Verteidigung des ganzen Volkes und um die Verteidigung seiner höchsten Güter, wie christlicher Glaube und Lebensordnung, handeln.
3. Der Einsatz der Atombombe ist nur gestattet, wenn es keine anderen Mittel der Verteidigung gibt.
4. Die Wirkung der Atombombe muß kontrollierbar sein.
Sehr wesentlich ist die Einschränkung, daß die Wirkung der Atombombe kontrollierbar, d. h. begrenzt bleiben muß. Wenn dies nicht der Fall ist, handelt es sich schlechthin um Vernichtung, was auf keinen Fall erlaubt sein kann (so Pius XII.). Diese Nichtkontrollierbarkeit könnte für die H-Bombe zutreffen.
Wenn gegen die grundsätzliche Erlaubtheit des Krieges die Worte der Bergpredigt angeführt werden, so handelt es sich im Zusammenhang dieser Schriftstelle um den einzelnen und um veräußerliche Rechte. Der Jünger Christi in seiner Jünger-Aufgabe soll darauf verzichten, sich zu wehren. Anders steht es, wenn es sich um unveräußerliche Rechte handelt und um Menschen, die zu schützen man verpflichtet ist. Da gibt es keine Schriftstelle, die verbietet, sich zu wehren. Von der Obrigkeit heißt es ausdrücklich, daß sie „das Schwert trägt", d. h. die Pflicht hat, die Bürger zu schützen.
Die Lehre von der grundsätzlichen, wenn auch sehr eingeschränkten Erlaubtheit des Krieges wird wesentlich ergänzt durch die unbedingte Verpflichtung, alles zu tun, um einen Krieg zu vermeiden. Man müsse mithelfen, eine Atmosphäre des Friedens zu schaffen, was viele Verzichte und viel nationale und auch kirchliche Demut erfordere. Man müsse ferner die Notwendigkeit einer Weltorganisation des Friedens erkennen, die UN als positive Kraft ansehen, ihre Leistungen würdigen und nach seinen Möglichkeiten mitarbeiten. Hier hat auch die Pax-Christi-Bewegung ihre große Aufgabe. Das gleiche gilt von den Fragen der Abrüstung, der Rüstungskontrolle und schließlich der Ächtung der Atombombe. An diesen Fragen müßten wir ein starkes sittliches Interesse haben; die theologischen Fakultäten sollten dazu ihre Gutachten abgeben.
In der Diskussion kam kein extremer Pazifismus zu Wort. Es wurde vielmehr betont, daß die staatliche Autorität die Pflicht hat, die Gemeinschaft zu verteidigen. Weiter wurde gesagt, daß die Fragen dadurch kompliziert werden, daß die östlichen Völker bzw. ihre Führungsschichten mit Krieg und Frieden nicht das gleiche wie wir meinen, sondern erklärtermaßen das Ziel haben, die Weltrevolution herbeizuführen. Der Verzicht auf jede Verteidigung würde den vollen Sieg des Kommunismus nach sich ziehen oder aber bedeuten, daß man ein besonderes Eingreifen Gottes fordert, was aber in dieser Weltzeit nicht gefordert werden kann.
Im zweiten Vortrag skizzierte Bischof Rusch die Baugesetze des Staates im Sinn der christlichen politischen Ethik und legte großen Nachdruck auf Toleranz und Partnerschaft als zwei Leitworten in unserer pluralistischen und vielgliedrigen Gesellschaft. Toleranz bedeutet dem anderen die gleichen Rechte zubilligen, die man selbst beansprucht.
Das heißt auch, nicht zu viele Forderungen an den Staat stellen und ihn nicht überlasten. Man könne auch nicht mit der (relativ) kleinen Zahl Katholiken alles beherrschen.
Auf internationaler Ebene geht es heute um die endgültige Überwindung des Kolonialsystems, um eine gerechtere Verteilung der Güter (20% der Erdbevölkerung verfügen heute über 80% der Wirtschaftsgüter), die Überwindung des Hungers in der Welt und um eine gewisse Begrenzung der nationalen Souveränität.
Die Christen müßten ihre Verantwortung erkennen und an diesen Fragen interessiert sein. Wichtig ist, daß man immer wieder mit Menschen anderer Kontinente konfrontiert wird (Bischof Rusch als Vorsitzender der Österreichischen Pax-Christi-Bewegung hatte schon viele solcher Begegnungen und weiß, wie die Farbigen über Europa denken).
Für diese Aufgaben, nationale wie internationale, müßte eine Führungsschicht herangebildet werden. Diese Heranbildung müßte bei der Jugend einsetzen; doch sei es auffällig, daß der Staat sich wenig um diese Fragen kümmert.
Diese Führungsschicht wird nicht religiös-weltanschaulich einheitlich sein, doch müßte sie — und das hält Bischof Rusch in Hinblick auf das Beispiel der Franzosen für möglich — ein gemeinsames Bewußtsein von der Hierarchie der Werte haben.
Die Partnerschaft im innerstaatlichen Bereich müßte zu einer Partnerschaft der Völker ausgeweitet werden. Dies steht in engem Zusammenhang mit den Aussichten der christlichen Mission. Denn die farbigen Völker werden unsere Glaubensbotschaft erst annehmen, wenn wir die universale Partnerschaft in der Welt verwirklicht haben.
Über Fragen der Sexualethik sprach Josef *Miller* SJ, Innsbruck. Das Referat kann in unserem Bericht aus Raumgründen nur erwähnt werden. Es verdiente einen eigenen ausführlichen Bericht.

Gegenkräfte gegen die Vergötzung des Lebensstandards

Das letzte Referat der Tagung hielt Dechant Hubert *Schachinger*, Wien, über „Askese und Lebensstandard". Er wies auf die bekannte Tatsache hin, daß die technische Zivilisation notwendigerweise eine ständig wachsende Gütermenge produziert und einen erhöhten Lebensstandard für alle bringt, daß aber dabei, wie die Erfahrung lehrt, die inneren Werte einschließlich der religiösen in Gefahr geraten, verlorenzugehen. Dieses Problem wird heute auch von den Soziologen und Medizinern und von nichtchristlichen Weltanschauungsgruppen gesehen. Die Kirche könne dieser Gefährdung entgegenwirken, indem sie in positiver Weise in ihren Gläubigen das Wissen um die Herrlichkeit des christlichen Glaubens lebendig macht. Das gibt ihr einen anderen Standort gegenüber den Dingen der Technik. Die Kirche müsse sich ferner in die Welt und ihre Werke mit Liebe vertiefen und mit den Werkleuten, die an der Welt arbeiten, Kontakt haben; gerade diese Kontaktlosigkeit verursacht soviel Unsicherheit und Angst vor den Dingen, die diese Menschen machen. Es dürfe aber auch nicht übersehen werden, daß eine große Bemühung, ein „agere contra", notwendig sei, damit die Dinge nicht zum Gesetz für uns werden. Die Priester (und wir möchten hinzufügen, auch die Laien) müssen den anderen den Verzicht auf manche nicht notwendige Dinge des Lebens (z. B. das Auto) vorleben. Nach dem Worte Jesu können die bedrängenden Geister „nur mit Fasten und Gebet" ausgetrieben werden.

Weitere Neubesetzungen von Ämtern und Ernennungen an der Kurie

Es ist normal, daß die römische Kurie sich von Zeit zu Zeit erneuert und daß Personen, die in ihrem Dienste stehen, von einem Posten auf einen anderen berufen werden können. Wir halten es jedoch in Anbetracht der Tatsache, daß ein neues Pontifikat sich stets zumal in seinen ersten Ernennungen und Ämterzuweisungen einen eigenen Ausdruck zu geben strebt, und im Hinblick auf das besondere, große Ereignis des Ökumenischen Konzils, das Papst Johannes vorbereitet, für aufschlußreich, diese Vorgänge an der Kurie zur Zeit stärker als sonst zu verfolgen, und registrieren und berichten daher die wichtigsten dieser Akte des Heiligen Vaters mit einem kurzen Kommentar.

Die neu ernannten Kurienkardinäle haben Mitte Dezember 1959 ihren künftigen Wirkungskreis zugeteilt erhalten. Die von ihnen bis dahin bekleideten Ämter müssen gleichzeitig neu besetzt werden. Am 16. Dezember hat Papst Johannes die beiden Kurienämter neu besetzt, die durch die Ernennungen der Kardinäle Larraona und Morano frei geworden sind. Zum Sekretär der Religiosenkongregation wurde als Nachfolger P. Larraonas der französische Dominikanerpater Paul Philippe ernannt, zum Sekretär des Obersten Kirchlichen Gerichtshofes der Apostolischen Signatur Msgr. Vittorio Bartoccetti.

Msgr. Bartoccetti war bisher Untersekretär der Sakramentenkongregation.

P. Philippe hatte bereits früher als Konsultor der Religiosenkongregation sehr aktiv mit dem bisherigen Sekretär P. Larraona zusammengearbeit, war Apostolischer Visitator des Seminars der „Mission de France" (KNA, 16. 12. 59) und hat mehrere Missionen in Nord- und Südamerika ausgeführt. Er trat 1952 auch als Konsultor dem Heiligen Offizium bei und stieg dann zum „Kommissar" auf (dieses Amt hat den Charakter eines Untersuchungsrichters und wird stets von einem Dominikaner bekleidet). Da das Heilige Offizium seit 1953 keinen Assessor mehr hatte, lag ein großer Teil der Verantwortung in dieser Zeit beim Kommissar. Diese Verantwortung ist P. Philippe durch die kürzliche Ernennung Msgr. Parentes zum Assessor des Heiligen Offiziums abgenommen worden, so daß er jetzt zu einer anderen verantwortungsvollen Aufgabe herangezogen werden konnte.

Zum „Qualifikator" des Heiligen Offiziums wurde gleichzeitig der französische Assumptionistenpater Vitalien Laurent ernannt, dessen gesamte bisherige Tätigkeit als Gelehrter sich auf den christlichen Osten bezogen hat (sein Name ist mit der Geschichte der berühmten Assumptionistenbibliothek verbunden, die 1936 von Konstantinopel nach Bukarest gebracht wurde und 1947 von Bukarest nach Paris herübergerettet werden konnte). Sein Spezialgebiet sind die früheren Unionskonzile und das byzantinische Patriarchat.

Am 18. Dezember veröffentlichte der „Osservatore Romano" die Zuweisung der neu ernannten Kardinäle an die verschiedenen römischen Kongregationen, Tribunale und Päpstlichen Kommissionen. Jeder Kardinal ist Mitglied mehrerer solcher Dikasterien und Gremien. Zugewiesen wurden:

Gustavo Kardinal Testa den Kongregationen der Orientalischen Kirche, der außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten und der Bauhütte von St. Peter;

Aloisius Kardinal Muench den Kongregationen der Religiosen, der Riten und der außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten;

Gregory A. Kardinal Meyer der Propagandakongregation, der Seminarienkongregation und der Bauhütte von St. Peter;

Arcadio Kardinal Larraona den Kongregationen der Konzilien und der Religiosen und der Päpstlichen Kommission für die authentische Interpretation des Kodex des Kanonischen Rechts;

Francesco Kardinal Morano der Sakramenten- und der Zeremonienkongregation und der Apostolischen Signatur;

William T. Kardinal Heard der Sakramentenkongregation, der Apostolischen Signatur und der Päpstlichen Kommission für die Redigierung des Kodex des Orientalischen Kirchenrechts;

Augustin Kardinal Bea der Riten- und der Seminarienkongregation und der Päpstlichen Kommission für biblische Studien.

Diese Liste zeigt, daß zwei der neuen Kardinäle mit langer internationaler Erfahrung, Kardinal Testa und Kardinal Muench, der Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten, zwei Juristen wie Larraona und Heard den Kommissionen für Kanonisches Recht bzw. orientalisches Kirchenrecht, schließlich Kardinal Bea als international bekannter Bibelkenner der Kommission für die biblischen Studien zugeteilt worden sind.

Am 28./29. Dezember schließlich gab der „Osservatore Romano" bekannt, daß ein neuer Kommissar für das Heilige Offizium in der Person des Dominikanerpaters Raimondo Verardo ernannt worden ist. Er wird damit Nachfolger P. Philippes, dessen erster Mitarbeiter er bisher war.

Zulassung aller in Rom weilenden Kardinäle zu den Sitzungen der Kongregationen

Einige Tage vor Weihnachten hat Papst Johannes XXIII. angeordnet, daß die römischen Kongregationen künftig zu ihren Plenarsitzungen alle gerade in Rom weilenden Erzbischöfe und Bischöfe der Welt, die Kardinäle sind, einzuladen haben.

Auf diese neue Bestimmung ging Kardinal Tisserant als Dekan des Kardinalskollegiums in seiner Glückwunschansprache an den Heiligen Vater beim Weihnachtsempfang des Kardinalskollegiums ein. Nachdem er auf eine „Neuheit in bezug auf die heute anwesende Gruppe" der Kurienkardinäle hingewiesen hatte, nämlich darauf, daß „acht von ihnen außerhalb Italiens geboren worden sind", fuhr er wörtlich fort: „Eure Heiligkeit hat noch ein Weiteres tun wollen, um die Bande zwischen der römischen Kurie und den nationalen Hierarchien enger zu gestalten. Vor einigen Tagen hat Eure Heiligkeit vorgeschrieben, daß die Vorsitzenden der Kongregationen zu ihren Plenarsitzungen, die übrigens jetzt auch häufiger stattfinden, die vorübergehend in Rom weilenden Erzbischöfe und Bischöfe, die im Range eines Kardinals stehen, einzuladen haben. Ihre Teilnahme wird unseren Sitzungen einen Beitrag pastoraler Erfahrung einbringen, die zu erwerben nur wenige der Kurienkardinäle vor ihrer Ernennung Gelegenheit hatten.

Die Entschließung Eurer Heiligkeit wird außerdem für die auswärtigen Kardinäle selber einen großen Vorteil bieten, die sich so, wenn sie an den Arbeiten der römischen Kongregationen teilnehmen, ‚de visu' ein Bild von unse-

ren Arbeitsmethoden und unseren apostolischen Sorgen machen und dann in den Versammlungen der nationalen Episkopate mit größerer Kompetenz und Autorität jenes ‚sentire cum Ecclesia' darlegen können, dessen Nuancen in Rom am fühlbarsten sind."

Veränderungen in der Liste des beim Heiligen Stuhl akkreditierten Diplomatencorps

Die vatikanische Staatssekretarie hat am Ende des Jahres 1959 zum erstenmal unter dem Pontifikat Johannes' XXIII. die Liste des beim Heiligen Stuhl akkreditierten Diplomatischen Corps publiziert. Sie erscheint in der offiziellen Tipografia Poliglotta Vaticana in französischer Sprache. Die diesmalige Neuauflage enthält einige Neuerungen. Zum erstenmal erscheinen in der Liste neben den Botschaften und Gesandtschaften auch zwei „Geschäftsträger". Diese sind für Polen Botschafter Kasimir Papee und für Litauen Minister Stanislas Girdvainis.
Die Botschaft der Vereinigten Staaten erscheint als „geschlossen". „Geschlossen" sind ebenfalls die Gesandtschaften von Rumänien, der Tschechoslowakei und Jugoslawien.

Aus Süd- und Westeuropa

Sozialprobleme der portugiesischen Kirche

Kirchliche Wohltäter im Erzbistum Lissabon haben sich zusammengetan und im Einverständnis mit ihrem Kardinalpatriarchen eine „Stiftung Kardinal Cerejeira" gegründet. Sie hat sich in erster Linie den Wohnungsbau zu erschwinglichen Preisen für Minderbemittelte zum Ziel gesetzt. Darüber hinaus sollen Einrichtungen für die soziale, kulturelle und moralische Betreuung — wie Ferienkolonien, Gemeinschaftszentren und Bibliotheken — geschaffen werden. Am 26. November 1959 wurde die Stiftung vom Patriarchen einem Verwaltungsrat übergeben; er besteht aus drei Laien, an der Spitze der ehemalige Minister und jetzige Direktor der portugiesischen Atomenergiebehörde, José F. Ulrich. Als erste Aktion ist der Bau eines Stadtviertels mit 200 einfachen Häuschen für 1000 arme Menschen geplant.
Das Stiftungskapital beträgt gegenwärtig 1 365 000 Escudos, das sind 200 000 DM; weitere Spenden sind angekündigt. Für unsere Begriffe mag diese Summe klein sein; man muß aber die finanzielle Lage der portugiesischen Kirche berücksichtigen. Um ihre Unabhängigkeit zu wahren, hat sie entgegen den im Konkordat von 1940 theoretisch gebotenen Möglichkeiten auf jeglichen staatlichen Zuschuß verzichtet und lebt allein von Spenden der Gläubigen. Wie schwierig das bei den großen kirchlichen Werken ist, zeigte eine kürzliche Nummer des Kirchenblattes von Porto, „A Voz do Pastor" (5. 12. 59), in der sich mehrere Beiträge mit dem Unterhalt der Diözesanseminare befaßten. Die vier Seminare von Porto beherbergen zusammen rund 550 Alumnen. Der Internatspreis ist für den einzelnen niedrig gehalten und liegt bei nur 25 DM monatlich. Zwischen den dadurch erzielten Einnahmen von 150 000 DM und den wirklichen Unterhaltungskosten von 660 000 DM liegt ein jährliches Defizit von mehr als einer halben Million Mark, dessen Deckung für die Diözese außerordentliche Schwierigkeiten aufwirft. Die Gläubigen werden inständig beschworen, durch Spenden den Unterhalt der Seminare zu sichern.

Kirchennot in Lissabon

Ebenso bedrückend ist ein Blick in das Patriarchat Lissabon (das etwas mehr als das Doppelte des Gebietes der Hauptstadt umfaßt). Sein Erzbischof, Manuel Kardinal *Gonçalves Cerejeira,* veröffentlichte am 15. Dezember 1959 einen Hirtenbrief, der sich mit dem Problem der Kirchengebäude und der Pfarreien befaßte. Die letzte Pfarreinteilung der Stadt Lissabon stammte aus dem Jahre 1885 und sah damals 43 Pfarreien vor; für die Einwohnerzahl von 1900 (356 000) ergibt das einen Durchschnitt von 8300 Seelen. Inzwischen ist aber Lissabon auf 860 000 Katholiken angewachsen, so daß die Pfarreien durchschnittlich 17 600 Seelen betreuen müssen. Hinzu kam — wie in allen Großstädten — die Verlagerung der Wohnsitze vom Zentrum in die Außenviertel, wobei einige Pfarreien stark dezimiert wurden, während die anderen über Gebühr anwuchsen. Es gibt in Lissabon 7 Pfarreien mit über 30 000 Gläubigen, und die größte (U. L. Frau da Penha de França) hatte bisher 60 000.
Im März 1959 hat der Kardinalpatriarch eine Umgruppierung der Pfarreien vorgenommen, wodurch sich eine Zahl von 61 und ein Durchschnitt von 14 000 ergab. Eine zweite Etappe der Pfarrgliederung sieht 9 neue Pfarreien vor, eine dritte und endgültige plant im Anschluß an den Lissaboner Generalbebauungsplan insgesamt 83 Parreien. Auch dann wird die durchschnittliche Seelenzahl (bei der vorgesehenen Bevölkerung von 1,115 Millionen) noch bei 13 000 liegen.
Aber das alles können vorläufig nur Projekte sein. Im Laufe seiner Amtszeit (seit 1928) mußte Kardinal Cerejeira in erster Linie die Zerstörungen der vorausgegangenen revolutionären Epoche beseitigen, so daß die bisherigen 25 Kirchenbauten meist nicht als „neue" Kirchen zu Buch schlugen. „Was in der Schaffung neuer Kirchen noch zu tun bleibt, ist bei den Bedingungen der portugiesischen Kirche eine Herkulesarbeit. Sie wäre entmutigend, wenn es nicht um Leben oder Tod der Kirche im Patriarchat ginge."
Von den 15 bereits neu geschaffenen Pfarreien haben 9 überhaupt keinen Kirchenraum, 5 nur eine kleine Kapelle (von denen eine z. B. für 57 000 Gläubige dienen muß). Wenn man sich auf den dringendsten Bedarf beschränkt, müßten gegenwärtig in der Stadt Lissabon 18 neue Kirchen gebaut werden. Eine ebenso große Anzahl wird in den übrigen Teilen des Patriarchats benötigt, wo in den letzten drei Jahrzehnten ein ähnlicher Wachstumsprozeß vor sich gegangen ist (z. B. in Sintra von 38 000 auf 75 000 Seelen, Almada von 24 000 auf 60 000, Cascais von 23 000 auf 54 000).
Abschließend kommt der Kardinal auf die Notwendigkeit von Pfarrheimen zu sprechen, ohne die eine missionarische Seelsorge heute nicht mehr möglich ist. Aber selbst wenn man sich auf den rein liturgischen Raum beschränkt, ist der Bedarf — gemessen an den Möglichkeiten des armen Landes und der noch ärmeren Kirche — erschreckend: 70 Kirchen und 115 Kapellen müssen im Patriarchat Lissabon gebaut werden. Und zwar, wie der Hirtenbrief betont, „so schnell wie möglich".
„Wir gehen nach Afrika, um die Heiden zu bekehren, und hier in Portugals Hauptstadt lassen wir zu, daß die Portugiesen zu Heiden werden?" Der Kardinal ruft alle Gläubigen zu großherzigen Spenden für einen Kirchenbaufonds auf.

Soziale Kampagne auf Madeira

Wenige Tage vorher rief der Bischof von Funchal auf Madeira, David *de Sousa* OFM, zu einer großen Kampagne für die Armen auf. In seinem Hirtenbrief vom 12. Dezember 1959 heißt es unter anderem: „Einen hungernden und durstenden Armen besuchen und ihm von den Bedürfnissen der Seele nach himmlischer Speise und himmlischem Trank zu erzählen, das ist verlorene Zeit, das ist sogar eine Provokation, die in ihm Gefühle des Aufruhrs und Unglaubens weckt, die seine Verzweiflung über das gegenwärtige Dasein noch verschlimmert durch die Verzweiflung über das zukünftige Leben... Die Kirche als Mutter der Armen darf sich diesen Problemen nicht entziehen. Sie muß handeln, wenn auch nur in Ergänzung gegenüber dem Staat."
Der Bischof verpflichtet alle Pfarreien, in den Monaten Januar, März, Mai, Juli, September und November eine Kollekte abzuhalten, mit deren Erlös Lebensmittel, Bekleidung und Medikamente für die Armen zu beschaffen sind. In den dazwischenliegenden sechs Monaten soll gleichfalls eine Kollekte abgehalten werden, um in allen Pfarreien ein Armenhaus zu errichten. Über die Erträgnisse und die Verwendung der Kollekten muß alljährlich dem Bischof schriftlich genaue Rechenschaft abgelegt werden. Für die Verwaltung der Gelder sind die Pfarrer verpflichtet, einen Ausschuß von Laien zu gründen. Ebenso werden die Katholische Aktion und alle kirchlichen Gruppen aufgefordert, diese Armenkampagne mit allen Kräften voranzutreiben.

Zum neuen französischen Schulgesetz

Die Bedeutung des Problems der freien d. h. vor allem der katholischen Schulen für die französische Innenpolitik sowie seine Entwicklung bis Mitte 1959 hat die Herder-Korrespondenz schon ausführlich behandelt (vgl. u. a. Die Katholiken und das Ende der Vierten Republik, 12. Jhg., S. 523). Wir haben auch über die Absichten und den Zeitplan der ersten Regierung der Fünften Republik berichtet, die dieses leidige Problem aus der Welt schaffen mußte, weil es jede gesunde und zeitangepaßte parteipolitische Gruppierung der französischen Wähler überlagert und dadurch unmöglich macht (13. Jhg., S. 576). Im Juli 1959 wurde dementsprechend eine neutrale Untersuchungskommission unter Pierre Oliver Lapie eingesetzt, um ein Gutachten als Verhandlungsgrundlage auszuarbeiten. Termingerecht legte die Kommission das Ergebnis ihrer Arbeit der Regierung und Öffentlichkeit vor: einen umfassenden Bericht über die Situation des gesamten französischen Schulwesens und eine Auswahl von Möglichkeiten, das staatliche und private Schulsystem finanziell zu koordinieren und ihr gegenseitiges Verhältnis zu bessern. Sowohl die Regierung als auch die interparlamentarische Gruppe zur Verteidigung der Unterrichtsfreiheit nahmen die Schlußfolgerungen des Berichtes als Diskussionsgrundlage an. In mehreren stürmischen Sitzungen des Ministerrats, in deren Gefolge fast eine Regierungskrise ausgebrochen wäre, da die ideologischen Fronten quer durch die Regierung gehen, wurde eine Kompromißlösung für eine Gesetzesvorlage erarbeitet, für deren Zustandekommen Staatspräsident de Gaulle persönlich sein ganzes Prestige einsetzen mußte. Dabei gelang es ihm jedoch, für die Schlußformulierung die Verantwortung dem Parlament zuzuschieben.

Der Druck der öffentlichen Meinung

Stärker als bei jedem anderen Problem lastete der Druck der öffentlichen Meinung auf den regierungsinternen Auseinandersetzungen zur Schulfrage. Den Sprechern des Bundes für die freie Schule (Action pour l'Enseignement Libre, APEL) boten die Vorschläge der Kommission Lapie keine genügende Garantie für das Weiterbestehen der Unterrichtsfreiheit, während die meisten Bischöfe grundsätzlich eine solche Garantie in ihnen sahen, jedoch noch einmal mit allem Nachdruck für ihre Sicherung durch das Gesetz eintraten und Verständigung und Versöhnung der Franzosen in dieser Frage forderten. Das Nationalkomitee für laizistische Aktion (Comité National de l'Action Laique, CNAL) dagegen organisierte seine schon seit dem Sommer hauptsächlich von den Kommunisten vorbereiteten Massendemonstrationen über das ganze Land (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 576), die am 6. Dezember in Paris mit einer Beteiligung von etwa 100 000 Teilnehmern ihren Höhepunkt fanden. Wie wenig diese „Kämpfer der Freiheit" die Lebensgesetze der pluralistischen Gesellschaft, die der Katholizismus in Frankreich heute fast durchgehend bejaht, selbst anzuerkennen gewillt sind, zeigte das tendenzverschleiernde und doch sehr aufschlußreiche Wortspiel des Vorsitzenden der laizistischen Aktion: „Für uns ist nicht die Unterrichtsfreiheit wesentlich, sondern der Unterricht über die Freiheit." Die kommunistische Absicht, durch Parlamentsneuwahlen über die Schulfrage wieder ins Parlament einzuziehen, wird aus der Schlußresolution ersichtlich: „... in einem so wichtigen Anliegen muß das Volk gefragt werden. Die gegenwärtige Parlamentsmehrheit hat nie den Auftrag erhalten, ein Schulsystem umzustürzen, das unserer Tradition und unserer Geschichte entsprungen ist." Die gesamte innenpolitische Atmosphäre wurde so aufgeputscht, daß kaum jemand, der mit „Kultur" zu tun hat oder zu tun haben möchte, darum herumkam, mit seinem oder seiner Organisation Namen eines der zahllosen Manifeste für oder gegen die vorgesehene Schullösung zu zeichnen.

Der Gesetzestext

Trotz dieser Schwierigkeiten verabschiedete das Kabinett die Gesetzvorlage am 19. Dezember. Nach einer letzten Änderung durch den Druck der Parlamentsmehrheit zugunsten der freien Schulen, die der Erziehungsminister André Boulloche — er war von der in Opposition stehenden sozialistischen Partei beurlaubt und zur Verteidigung der laizistischen Positionen in die Regierung Debré geschickt worden — als Verlierer mit seinem Rücktritt quittieren mußte, wurde die Vorlage dann am 24. Dezember als Gesetz mit 427 gegen 71 Stimmen bei 18 Enthaltungen in der Nationalversammlung verabschiedet.
Das Gesetz enthält folgende Dispositionen: Der Staat gibt zunächst eine Grundsatzgarantie, „die Unterrichtsfreiheit zu respektieren und ihre Ausübung in den regelmäßig geöffneten privaten Unterrichtsanstalten zu gewährleisten". Bemerkenswerterweise wird zum erstenmal in der modernen französischen Schulgesetzgebung der Religionsunterricht an den Staatsschulen garantiert: „Der Staat ergreift alle geeigneten Maßnahmen, um den Schülern der staatlichen Unterrichtsanstalten freie Religionsausübung und Religionsunterricht zu ermöglichen." Die Subventionierung des freien Unterrichtswesens erfolgt unter den Bedingungen einer freiwillig eingegangenen vertraglichen

Regelung, die die Unterrichtsanstalt der Staatskontrolle unterstellt. „Eine solche Anstalt behält einerseits ihren Eigencharakter, erteilt jedoch anderseits ihren Unterricht in totaler Respektierung der Gewissensfreiheit. Alle Kinder ohne Unterschied ihrer Überzeugung und Glaubenszugehörigkeit haben Zutritt zu einer solchen Anstalt."
Die vertragliche Regelung sieht folgende drei Möglichkeiten vor:
1. Die völlige Eingliederung der bisher freien Schulen in das staatliche Unterrichtssystem und die Übernahme des Lehrkörpers in die Beamtenlaufbahn des Staates.
2. Den Assoziationsvertrag mit dem staatlichen Unterrichtssystem. Er kann sich auf nur wenige Klassen oder auf die gesamte Anstalt erstrecken. Der Unterricht wird dann nach den Regeln und Programmen des staatlichen Unterrichtssystems entweder von staatlichen Professoren oder von Professoren, die durch Sondervertrag an den Staat gebunden sind, erteilt. Die Finanzierung erfolgt wie bei den Staatsschulen.
3. Den einfachen Vertrag. Freie Volksschulen können mit dem Staat einen einfachen Vertrag eingehen, der die Bezahlung der Lehrer entsprechend ihren Diplomen übernimmt. Der Staat zieht dafür die pädagogische und finanzielle Kontrolle an sich. Für höhere Schulen und Berufsschulen ist diese Regelung nur nach Maßgabe des nationalen Schiedskomitees (Comité National de Conciliation) möglich, das beim Unterrichtsminister eingerichtet wird und an der Spitze der ebenfalls zu bildenden departementalen Schiedskomitees steht, die diesen Eingliederungsvorgang überwachen sollen. Dieser einfache Vertrag hat eine Laufzeit von zwölf Jahren. Aus den bis dahin zu sammelnden Erfahrungen sollen dann Regierung und Parlament eine neue gesetzliche Regelung vorbereiten.
Von jetzt ab haben die Gemeinden die Pflicht, auch Schüler der freien Schulen an ihren Sozialaufwendungen teilhaben zu lassen. Die Lex Barangé, die derzeit eine gewisse Subventionierung der freien Schulen vorsieht, bleibt noch drei Jahre gültig, bis sich die neue Regelung eingespielt hat, und kann dann noch um weitere drei Jahre verlängert werden. Das Gesetz eröffnet schließlich noch die Möglichkeit, daß Unterrichtsanstalten völlig frei weiterbestehen, die sich allerdings nach Erlöschen der Lex Barangé ohne staatliche Subventionen selbst erhalten müssen.

Der betroffene Personenkreis

Das neue Rahmengesetz und seine Möglichkeiten betrifft folgenden Personenkreis (Schuljahr 1957/58): 1 090 000 Kinder bis zu 14 Jahren in den freien Volksschulen (das sind 15,4 % aller französischen Volksschüler); 440 000 höhere Schüler (40 % aller höheren Schüler Frankreichs); 262 000 Berufsschüler (44,7 % aller Berufsschüler Frankreichs).
Das katholische Schulsystem verfügt über etwa 14 000 Schulen und 74 400 Lehrer. Davon sind 33 600 weltliche Lehrerinnen, 9600 weltliche Lehrer, 20 300 Ordensschwestern, 5000 Ordensbrüder und 5900 Geistliche. Die 310 nichtkatholischen freien Schulen mit etwa 100 000 Schülern fallen dagegen kaum ins Gewicht.

Die Realisierungsmöglichkeiten

Die „Neue Zürcher Zeitung" (25. 12. 59) charakterisiert den Kompromißcharakter des Gesetzes als eine „ganze Kollektion von Widersprüchen. Man gewährleistet den katholischen Schulen ihre Eigenart, bricht ihnen aber zugleich das Rückgrat, weil ihnen die Privilegierung der nichtkatholischen Schüler vorgeschrieben wird. Man bietet eine finanzielle Unterstützung an, die einem Danaergeschenk gleicht, weil sie eine Kontrolle nach sich zieht. Als wenn die Regierung einen Mißerfolg dieser Neuerung voraussehen würde, sieht sie eine Verlängerung der Lex Barangé vor, die logischerweise abgeschafft werden müßte." Auch wenn diese Kritik des liberalen schweizerischen Blattes pessimistisch überpointiert ist, so verdeutlicht sie doch die schon aus der Textanalyse ersichtliche Tatsache, daß die neue französische Schulgesetzgebung die verschiedensten Möglichkeiten auch für politisch-ideologisch sich widersprechende Realisierungen bietet. Es lassen sich auch schon die verschiedensten Ansatzpunkte für solche, den weiten Rahmen des Gesetzes nutzende Machenschaften einzelner Gruppierungen erkennen.
Der Episkopat erkennt die Bemühungen des Staates um eine gerechte Lösung der Schulfrage an. Kardinal Liénart erklärte: „Wir wissen, daß (das Gesetz) eine gerechte Lösung für das freie Unterrichtswesen ohne Beeinträchtigung des staatlichen Systems erstrebt. Es beinhaltet nicht eine einfache Koexistenz, sondern geht auf Annäherung und Zusammenarbeit der beiden Systeme aus. Dieser Geist erregt nicht unser Mißfallen; denn für uns Christen sind Gerechtigkeit und Zusammenarbeit die Grundlage jedes Friedens" (Le Monde, 26. 12. 59). Kardinal Roques von Rennes empfahl ein Abwarten, wie die Durchführungsverordnungen und Anwendungskriterien ausfallen. Doch sei es „ein Gesetz der Toleranz und der Versöhnung, und wir müssen alles tun, damit es dieses Ziel erreicht und eine leidenschaftliche Erregung der öffentlichen Meinung vermieden wird" (La Croix, 3. 1. 60).
Die katholischen Politiker sehen die Aufgabe vor sich, den Gesetzestext im Sinne der christlichen Schulen auszufüllen. So schreibt der Generalsekretär des MRP, Maurice-René Simmonet: „Es muß allen klar sein, daß man in den Vertragsschulen weiterhin einen freien Unterricht geben muß und daß z. B. in den christlichen Schulen ein am christlichen Glauben orientierter Unterricht gegeben wird" (Forces Nouvelles, 24. 12. 59).
Die reinen Interessenvertreter zur Verteidigung der freien Schulen (APEL) protestieren „gegen den Gesetzestext, der weder in seiner Begründung noch in seinen Artikeln einen Schulpluralismus zuläßt, der allein das Recht der Familien auf freie Schulwahl für ihre Kinder garantiert". Doch dürfte ihr Übereifer durch die positive Stellungnahme des Episkopats zum neuen Gesetz bald gedämpft sein.
Die laizistischen Aktionskomitees und einige der in ihnen vertretenen Parteien würden bei einem erfolgreichen Zusammenarbeiten von Staat und Kirche in Sachen Schule ihren Existenzgrund verlieren. „Schlangennest und jesuitische Fußangel" gehören deshalb noch zu den anständigsten Qualifikationen des Gesetzestextes, die Polemik in Gang halten. Die politische Aktion gegen das Gesetz soll durch eine Petitionskampagne im ganzen Land zu seiner Abschaffung, durch verstärkte Forderungen nach Auflösung der Nationalversammlung, eine eventuelle Berufung an den Verfassungsrat (höchstes Verfassungsgericht), einen Schulstreik und durch Nichtbeschickung der Schiedskomitees durch die laizistischen Lehrerverbände weitergetrieben werden. Ob dieser stark kommunistisch infiltrierte Versuch, die breiten Massen als quasi-revolutionäre Druckgruppen mit Hilfe der Schulfrage gegen die Fünfte Republik aufzuwiegeln, Erfolg haben wird, hängt vom

politischen Interesse des Durchschnittsfranzosen ab. In der Bannmeile von Paris ist es nicht schwer, 100 000 gewerkschaftlich organisierte Kommunisten zu einer Versammlung zu bringen. Doch hat eine Repräsentativbefragung, die sich über ganz Frankreich erstreckte, ergeben, daß nur 9 % der Befragten entschieden gegen eine Staatssubvention der freien Schulen sind, während 5 % sie ebenso entschieden forderten. 8 % verteidigten das Monopel der Staatsschule, 11 % die Schulfreiheit. Der Rest war indifferent. Falls also die politischen Trägheitsgesetze normal spielen und das politische Bewußtsein der Masse bald durch andere Ereignisse überlagert wird, dürfte der von der Regierung angestrebten und von den Bischöfen unterstützten Versöhnungs- und Beruhigungspolitik in der Schulfrage Erfolg beschieden sein.

Aus der totalitären Welt

Koexistenz in der Literatur

Steine können koexistieren. Leblos und friedlich liegen sie nebeneinander. Menschen und Staaten dagegen müssen zusammen leben. Grundlage allen Zusammenlebens ist jedoch, daß man einander hören kann und sich versteht. Eine charakteristische Geschichte, wie über den Eisernen Vorhang hinweg selbst im hohen Reich des Geistes bei ganz konkreten Fragen die Ohren verstopft sind, erzählt Norman Cousins, Chefredakteur der „Saturday Review", in seiner Zeitschrift (5.9.59). Bei einer Reise in die Sowjetunion wollte er sich um die Frage der Autoren- und Verlagsrechte amerikanischer Schriftsteller kümmern, deren Werke als Übersetzungen in der Sowjetunion erscheinen. Während die Sowjetunion nicht einmal daran denkt, der Berner Union, deren Mitgliedstaaten das Welturheberrechtsabkommen unterzeichnet haben, beizutreten, erscheinen in den sowjetischen Staatsverlagen jährlich etwa eine Million Exemplare sorgfältig ausgewählter amerikanischer und sonstiger ausländischer Autoren, die oft nicht einmal etwas von ihrem Glück wissen. Ein Ilja Ehrenburg oder Michael Scholochov erhalten durch Privatverträge von ihren amerikanischen Verlegern dicke Dollarhonorare. Ihre amerikanischen Kollegen dagegen — zumeist gesellschaftskritische Linksintellektuelle — haben nur die Möglichkeit, Klagerufe über literarische Piraterie im Lande des Sozialismus auszustoßen. Schon Adlai Stevenson, der zweimal erfolglose linksintellektuelle Präsidentschaftskandidat der Demokraten, hatte auf einer Rußlandreise den hochoffiziellen Versuch unternommen, in koexistenzfreudigem Klima dem alten Gesetz von Leistung und Gegenleistung auch auf literarischem Gebiet rechtliche Verbindlichkeit zu verschaffen. Norman Cousins sprach davon auf seiner Reise mit dem Exekutivausschuß des sowjetischen Schriftstellerverbandes. Er stieß auf taube Ohren. Der eigentliche Krankheitsbazillus der Taubheit in diesem Kreis könnte fast westlich-kapitalistisch sein: Die Staatsverlage schütten einen Teil ihres Gewinnes an die Mitglieder des Schriftstellerverbandes unabhängig von ihrer Leistung aus. Urheberrechtsgebühren für die von ihnen verlegten ausländischen Werke an Autor und Verlag würden die Profite und damit die Verlagstantiemen der Sowjetschriftsteller schmälern... Worin unterscheidet sich nun der sozialistische Mensch der neuen Klasse vom alten Adam des Westens?

Rechtsgültige Regelung abgelehnt

Norman Cousins meinte, auch in Amerika würden noch die Rechte einiger sowjetischer Schriftsteller verletzt. Doch sei eine solche Methode auf jeden Fall tadelnswert und schädlich. Die amerikanischen Verleger seien zu einer Regelung im Sinne der Berner Copyright Convention bereit. Cousins bat die sowjetischen Verleger, zunächst einmal eine zweiseitige gesetzliche Regelung zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten bei ihrer Regierung zu empfehlen, denn gerade sie könnten doch die ethischen und beruflichen Werte würdigen, die ein solcher Vertrag bringe. Die „dialektische" Antwort — in der die Antithese an der These pharisäisch vorbeigezielt wurde — gab der Chefredakteur der Zeitschrift „Ausländische Literatur", Alexander Schakovski: Seine Zeitschrift habe trotz des Kalten Krieges in wachsendem Maß amerikanische Literatur veröffentlicht, während die amerikanischen Verleger an den Verdiensten der sowjetischen Autoren kaum Interesse zeigten. Der amerikanische Autor solle sich doch freuen, daß seinem Land durch die Veröffentlichung in der Sowjetunion ein so großer Dienst erwiesen würde. „Es wäre schrecklich, glauben zu müssen, daß der amerikanische Autor mehr am Geld interessiert sei als an der Notwendigkeit, daß sein Werk dort bekannt werde, wo es soviel Gutes wirkt."

Norman Cousins antwortete, daß die Amerikaner der Veröffentlichung ihrer Werke in der UdSSR nicht abgeneigt seien. Sie widersetzten sich nur der Tatsache, daß ihr Eigentum ohne Zustimmung und Vereinbarungen, auf die selbst die Sowjetschriftsteller im eigenen Land Wert legten, benutzt werde. Die Vaterlandsliebe der Sowjetschriftsteller hindere sie nicht daran, Autorenhonorare in Empfang zu nehmen.

Diese berechtigte Entmoralisierung des Problems durch den Amerikaner zwang den sowjetischen Literaturfunktionär Schakovski, auf die sachlichen Argumente des Problems genauso unsachlich wie in seinem Moralpart einzugehen: „Wir veröffentlichen eine große Anzahl von Amerikanern, allen voran Hemingway, Steinbeck, Caldwell und Mitchell Wilson. In Ihrem Land veröffentlichen Sie nur sehr, sehr wenig Sowjetschriftsteller. Wenn wir nun der Berner Copyright Convention beitreten, die auf 50 Jahre Urheberrechte vorsieht, so stellen Sie sich vor, was wir veröffentlichen könnten, wenn wir dann noch zahlen müssen — bei der Dollarknappheit, die hier herrscht! Was würde passieren? Wir würden bankrott machen!"

Damit war der Dialog der Tauben zu Ende. Keine Möglichkeit einer rechtsverbindlichen Regelung zur Beendigung internationaler literarischer Freibeuterei durch den sowjetischen Buchproduktionsapparat zeichnete sich ab. In diesem Punkt sind eben die Sowjetkommunisten so unverfroren, daß sie am Abschluß und an der Einhaltung internationaler Rechtsnormen, die für das friedliche Zusammenleben der Menschen von grundsätzlicher Bedeutung sind, nicht einmal aus taktischen Gründen interessiert sind. Wozu auch? — Niemand kann ihnen ja im eigenen Land die Respektierung fremden Rechtes aufzwingen. Verbindliche internationale Rechtsnormen sind jedoch bei allem Geschäftsinteresse der westlichen Welt der entscheidende Unterschied zwischen dem Westen und der neuen „Soz-Gesellschaft". Schließlich könnten auch internationale Vereinbarungen auf literarischem Gebiet ein weiteres kleines Loch in das engmaschige Netz der Gesinnungs- und Kulturkontrolle des totalitären Staates

reißen. Das will der Entstalinisierer Chruschtschow nicht. Deswegen erklärte er selbst zu dieser Koexistenzdiskussion um den Literaturaustausch: „Unsere Leute wollen keine schlechten Speisen, die vom Gift der bürgerlichen Ideen verseucht sind."

Aus Amerika

Beispielhaftes ökumenisches Presseapostolat — in Kolumbien

In Kolumbien, dem Land der „Protestantenverfolgung", erscheint seit Mai 1959 eine neue Zeitschrift, „Ökumenische Nachrichten" (Noticias Ecuménicas). Sie wird herausgegeben von der kolumbianischen Bischofskonferenz unter Federführung von deren „Nationalsekretariat für Glaube und Sittlichkeit" in Bogotá (Apartado Aéreo 7443). Dem Leitartikel in Nr. 1 entnehmen wir folgende Abschnitte:

Die Katholiken und das Problem der Ökumene

„Es ist notwendig, daß sich die Katholiken in das ökumenische Problem vertiefen, weil in der Tat noch eine große Unkenntnis über die anhängigen Fragen besteht. Wenn die Mitgliedskirchen des Weltrats der Kirchen bis heute die Feststellung machen mußten, daß ihre Arbeit für die Wiedervereinigung der getrennten Christen auf die obere Ebene beschränkt blieb und die ‚gewöhnlichen Christen', das ‚einfache Volk' nur ungenügend erreicht, so ist es nicht weniger sicher, daß sich auch die Katholiken nicht in der geschuldeten Art und Weise mit dem ökumenischen Problem befassen.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß unsere Gebete der erforderlichen Herzensqual und Beharrlichkeit ermangeln, einfach weil sich nur wenige über die Gewichtigkeit des Problems und der seiner Lösung im Wege stehenden Hindernisse im klaren sind.

Ein Blättchen — so einfach auch sein äußeres Gewand sein mag —, das ausschließlich der Verbreitung derartiger Kenntnisse gewidmet ist, bedarf nach allem keiner Rechtfertigung; es drängt sich geradezu als eine unbedingte Notwendigkeit auf, damit das Herzensanliegen des Heiligen Vaters nicht in Unkenntnis, Verständnis- und Interesselosigkeit untergeht . . .

Wie soll man gegenüber der einigen Front der feindlichen Mächte den Sieg erhoffen, solange die Christen in der Spaltung verharren? Und wie kann man diese Einheit erzielen (sei es auch nur eine taktische Einheit — in Wahrheit ist sie ja viel tiefer verpflichtend), wenn die christlichen Kirchen einander nicht verstehen, sondern sich durch empörende Kompetenzstreitigkeiten, Bruderkämpfe und niedrige Verleumdungen bloßstellen?

Die ‚Ökumenischen Nachrichten' wollen nach Maßgabe ihrer Kräfte und der erhofften Unterstützung zum gegenseitigen Verständnis, zum Studium der gemeinsamen Probleme und zur Verbreitung besserer Kenntnisse der ökumenischen Frage beitragen. Das soll immer und ohne Ausnahme in dem weiten und großzügigen Geist geschehen, der aus den Worten Papst Johannes' XXIII. sprach: ‚Wir wollen nicht einen historischen Prozeß aufrollen; Wir wollen nicht aufzeigen, wer recht hatte und wer nicht. Die Verantwortung ist geteilt. Wir wollen nur einfach sagen: Vereinigen wir uns, setzen wir den Spaltungen ein Ende!' (am 30. 1. 59 in SS. Giovanni e Paolo an die Pfarrer der Diözese Rom)."

Begeisterte Aufnahme

Die Herausgabe der neuen Zeitschrift für die Dauer eines Jahres wurde durch die Spende eines ungenannt gebliebenen Wohltäters ermöglicht; mit den Einkünften und Spenden des ersten Jahres kann dann der zweite Jahrgang finanziert werden. Der jährliche Bezugspreis beträgt nur DM 1.10 (2.00 Pesos).

Der Inhalt der Zeitschrift (monatlich vier bis acht Seiten im Großformat) setzt sich aus allgemein verständlichen theologischen Leitartikeln, Beiträgen zur Geschichte der Glaubensspaltung und der Ökumenischen Bewegung, über die dogmatischen Unterschiede, die Ostkirchen, die Sekten sowie aus hervorragend redigierten ökumenischen Kurznachrichten zusammen. Bibliographische Übersichten behandeln u. a. auch Bücher von Asmussen, Baumann, Meinhold.

Von der ersten Nummer der Zeitschrift wurden 3000 Exemplare gedruckt; davon gingen 2000 an private Anschriften, 600 an kirchliche Institute und Verbände in Kolumbien, der Rest an die lateinamerikanischen Bischöfe, Seminarien, Noviziate, Marianischen Kongregationen sowie an Nichtkatholiken.

Von da ab mußte die Auflage des Blattes von Monat zu Monat erhöht werden. „Das kolumbianische Volk hat den ‚Ökumenischen Nachrichten' eine so enthusiastische Aufnahme bereitet, daß diese Tatsache schon allein die Klagen der Welt über die ‚religiöse Intoleranz' des kolumbianischen Volkes zu einem guten Teil entkräftet." Überall wurde — teilweise auf bischöfliche Anordnung, teilweise spontan — jeder dritte Sonntag im Monat zum Gebets- und Opfertag für die Ökumene erklärt. Mehrere kirchliche Kollegien begannen mit längeren Gebets- und Opferwochen.

Die Nummern 1 bis 3 der Zeitschrift waren im Nu bis auf das letzte Exemplar vergriffen. Ab Nummer 4 (September 1959) wurde nebenher ein brieflicher Unterrichtskurs über die Ökumene eingerichtet, bei dem die Leser vorgedruckte Fragen schriftlich beantworten und ausarbeiten. Auch dieser „Curso por Correspondencia" hatte bald Tausende von Beziehern; bereits einen Monat nach seinem Beginn waren z. B. aus der Diözese Garzón fast sämtliche Männer- und Frauenklöster, Seminarien, Kollegien und ein Großteil der Pfarrer fest abonniert.

Gebet um die Einheit

Neben der Zeitschrift und den Unterrichtsbriefen wurde im vergangenen Jahr weiteres Schrifttum (vorwiegend apologetischen Inhalts) in Broschürenform herausgegeben, darunter auch ein „Kleines ökumenisches Handbuch für Lehre und Praxis". Verteilt wurde ein achtseitiger Gebetszettel: „Sprechen wir vor Gott mit unseren getrennten Brüdern!" Drei längere Absätze über die Orthodoxen, die Anglikaner und die „Söhne der Reformation" geben Stoff zur Betrachtung. Den Abschluß bildet folgendes Gebet:

„Heilige Dreifaltigkeit: Vater, Sohn und Heiliger Geist, Ein Gott, den wir Katholiken im Schoße der Katholischen, Einen und Heiligen, Universalen und Apostolischen Kirche bekennen, komm unserer Unfähigkeit zu Hilfe und erfülle unsere Brüder mit jener Liebe zur Einheit, die zwischen ihnen und uns die in Jahrhunderten aufgerichteten Schranken niederreißt. Du bist der Herr der Herzen, Du erwartest, daß unsere Liebe zunehme, daß unser Glaube größer und tiefer, daß unser Leben besser werde.

Wandle uns um, so wie wir Dich bitten, daß Du unsere Brüder umwandelst. Schau auf die schon zahlreichen Seelen, die für den Sieg der Einheit arbeiten und sterben. Tröste und stärke Deine Kirche, verleihe ihr die großmütige Hingabe aller Christen.
Vor allem aber, Herr Jesus Christus, bewahre uns davor, mutlos zu werden und von ‚Fehlschlägen' zu sprechen, wenn es darum geht, Deine Schafe wieder zusammenzuführen. Mach, daß wir, ungeachtet aller Schwierigkeiten und Widersprüche, mit einem unerschütterlichen Glauben uns Deines Gebetes erinnern, das die Einheit unserer Kirche begründet und die Einheit jener, die sie verloren haben, verheißen hat: ‚Heiliger Vater, bewahre sie in Deinem Namen, den Du mir gegeben hast, damit sie eins seien wie wir ... Nicht für sie allein bitte ich, sondern auch für jene, die durch ihr Wort an mich glauben: daß alle eins seien, wie Du, Vater, in mir und ich in Dir; daß auch sie in uns eins seien' (Joh. 17, 11. 20—21)."
Die „Ökumenischen Nachrichten" gaben auch ein Beispiel praktischer ökumenischer Hilfe. Als bei Unruhen in La Plata die Tomatenpflanzungen eines protestantischen Farmers verwüstet wurden, veröffentlichte die Zeitschrift einen großen Aufruf um brüderliche Hilfe (Nr. 6, Oktober 1959).

Ein ökumenisches Testament

Die verworrene politische Lage in Kolumbien, die in der Weltöffentlichkeit immer wieder als „Protestantenverfolgung" interpretiert wird, haben wir vor drei Jahren in allen Einzelheiten dargelegt (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 231—236). Wir möchten dem lediglich ein Dokument hinzufügen, das zu dieser Frage das Testament eines Kirchenfürsten darstellt. Der im vergangenen Jahr im Alter von 70 Jahren verstorbene Erzbischof von Bogotá und Primas von Kolumbien, Crisanto Kardinal *Luque,* war im Spätjahr 1958 auf dem Weg nach Rom zu seinem Ad-limina-Besuch. Während der Durchreise durch Frankreich empfing er eine Abordnung der reformierten Mönchsgemeinschaft von Taizé unter ihrem Prior, Frère Roger Schutz; sie wurden wegen der „religiösen Verfolgung in Kolumbien" bei ihm vorstellig. Über den Inhalt der Unterredung ist nichts bekanntgeworden, wohl aber der Wortlaut eines Briefes, den der Kardinal am 17. November 1958 von Rom aus nach Taizé richtete.
„... 1. Niemals hat die kirchliche Hierarchie in Kolumbien irgendeine Losung für die Verfolgung von Protestanten oder irgendwelchen anderen Personen ausgegeben.
2. Zweifellos sind aber isoliert und ohne Koordination bedauernswerte Ereignisse vorgekommen; sie hatten ihren Ursprung manchmal in politischen Motiven, manchmal in Reaktionen auf die beleidigende Art, in der sich einige Protestanten gegenüber der Römisch-Katholischen Kirche, ihren Dogmen, ihren Sakramenten und Priestern ausdrücken [vgl. a. a. O., S. 233 f.]. Das hat in einigen Fällen zu Störungen der öffentlichen Ordnung geführt, die die Regierung meines Landes zur vorübergehenden Schließung einiger protestantischer Gotteshäuser zwang.
3. Es war mein lebhafter Wunsch, daß eine Kommission aus einem Katholiken und einem Protestanten das Land besuche und in absoluter Freiheit eine objektive Studie über die religiöse Lage in Kolumbien anfertige. Ich habe diesen Wunsch wiederholte Male ausgesprochen, aber bis heute keine Antwort erhalten. Ich beehre mich, Ihnen nochmals zum Ausdruck zu bringen, daß ich mich über die Verwirklichung eines solchen Besuches freuen würde.
4. Wenn aus religiösen Gründen, wie man häufig sagt (aber dafür habe ich keinen Beweis und nicht einmal eine glaubwürdige Nachricht), das Blut von Protestanten vergossen worden wäre, so wäre ich der erste, der diese Tatsache beklagt und unsern Herrn um Verzeihung für die Täter bittet ...
6. Allezeit und bis heute unverändert erfüllt mich der Geist der Toleranz. Ich befürworte es ohne Abstriche, daß die Protestanten in Kolumbien volle Garantien erhalten, ihren Gottesdienst in den dafür bestimmten Kirchen und Bereichen feiern und ihre Kinder ihrem Glauben gemäß erziehen können.
7. Ich kann es nicht verstehen (und niemand kann es verstehen), warum es Leute gibt, die es allem anderen vorziehen, nach Kolumbien zu kommen, um dort eine die Lehre des Evangeliums redlich bekennende und an der Glaubenseinheit hängende katholische Christenheit zu entzweien — während es doch noch so viele Nichtchristen in der Welt gibt ..."

Die Bruderhand zurückgewiesen

Mit dem Hauptverantwortlichen der antikatholischen Propaganda in Kolumbien, James Goff, Barranquilla, vom „Evangelischen Bund von Kolumbien" (CEDEC, ein Dachverband von 17 Sekten ohne Beteiligung der Lutheraner, Anglikaner, Episkopalen, Methodisten, Baptisten), hatte der Direktor des Bischöflichen Nationalsekretariats für Glaube und Sittlichkeit und Schriftleiter der Ökumenischen Nachrichten, Ricardo Struve Haker, eine persönliche Unterredung. Er informierte ihn über die neue Zeitschrift und die ganze ökumenische Friedenskampagne der katholischen Kirche in Kolumbien und bat ihn unter Hinweis auf seine schwere Verantwortung inständig, die Herausgabe diffamierender CEDEC-Bulletins einzustellen. Mister Goff verweigerte eine derartige Zusage und brachte wenig später im August 1959 Nr. 51 seiner Bulletins heraus: „Geschichte des evangelischen Christentums in Kolumbien" von Francisco Ordóñez, einem abgefallenen Priesterseminaristen. Es enthält zahlreiche Verleumdungen und beschreibt die katholische Kirche als mittelalterliche, fanatische, gefürchtete Terrorinstitution.
Mit Pressemitteilungen vom 4. September 1959 wenden sich das Bischöfliche Sekretariat und der katholische Pressedienst an die Weltöffentlichkeit und bitten sie, ihre „schmerzvolle Lage" zur Kenntnis zu nehmen.

Auslandshilfe und Geburtenkontrolle als innenpolitisches Problem in den USA

Die Herder-Korrespondenz hat in ihrer Berichterstattung über die Diskussionen um einen katholischen Präsidentschaftskandidaten in den USA schon berichtet, daß das Problem der Geburtenkontrolle zu einer hochaktuellen Weltanschauungsfrage im Ringen um die Gunst der Wählergruppen werden kann. Während der aussichtsreichste katholische Bewerber, Senator John F. Kennedy, schon im März 1959 mit den andern „Weltanschauungsfragen" der amerikanischen Innenpolitik (Trennung von Kirche und Staat, Vatikanbotschaft und Staatssubventionen an katholische Schulen) konfrontiert wurde (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 422), hielten damals die interessierten Kreise die Frage der Geburtenkontrolle als „sleeper" noch in der Reserve. (Ein „sleeper" ist in der Terminologie der amerikanischen

Wahlmanager ein Problem, „das vorübergehend einschläft, aber latent bleibt und jederzeit explodieren kann. Meist explodiert es inmitten einer Wahlkampagne" [Walter Gong, „Süddeutsche Zeitung", 12./13. 12. 59].)
Im Zuge der politischen Entwicklung hätte die Frage der Geburtenkontrolle in den unmittelbaren Kompetenzbereich des Präsidenten rücken können und wäre zum offenen politischen Problem geworden, wenn dieser die Empfehlungen des „Draper-Berichtes" angenommen hätte. Auf Anordnung Präsident Eisenhowers war nämlich ein Studienausschuß unter Vorsitz des Generals William H. Draper jr. eingesetzt worden, der eine Revision der dem Präsidenten unmittelbar unterstellten Auslandshilfe vorbereiten sollte. Im Schlußbericht des Ausschusses, der im Juli 1959 vorgelegt wurde, stand die Empfehlung: „Die Vereinigten Staaten und die andern hochentwickelten Länder können und müssen bereit sein, Gesuchen (der Entwicklungsländer) um Information und technische Hilfe zum Problem der Bevölkerungsvermehrung zu entsprechen. Eine solche Information kann behilflich sein, die Schwere dieses Problems herauszustellen und entsprechende Aktionen in Ländern, die unter Bevölkerungsdruck leiden, voranzutreiben ... Die Vereinigten Staaten sollen in der Formulierung von Programmen helfen, die dazu bestimmt sind, mit dem Problem des schnellen Bevölkerungswachstums fertig zu werden." Damit waren offensichtlich Programme zur Geburtenkontrolle gemeint, die mit staatlichen Mitteln der Auslandshilfe subventioniert werden sollten. Bei einer Annahme dieser Empfehlungen durch den jetzigen Präsidenten wäre ein Präzedenzfall geschaffen worden. Es wäre ein hochexplosiver „Sleeper" gegen einen katholischen Präsidentschaftskandidaten oder gar Präsidenten gewesen.

Der Hirtenbrief der amerikanischen Bischöfe über Geburtenkontrolle

Ihn vorzeitig und in einem günstigen Zeitpunkt „zur Explosion gebracht zu haben" ist das Verdienst der amerikanischen Bischöfe. Kurz vor der Weltreise Präsident Eisenhowers, in deren Verlauf ja auch ein Besuch bei Papst Johannes XXIII. stattfand, am 26. November 1959, erließen sie einen Hirtenbrief unter dem Titel „Explosion or Backfire?" (Explosion oder Fehlzündung?). In der gewohnten Klarheit amerikanischer Hirtenbriefe stellten sie fest: „Unsere Absicht ist es, die Stellung der katholischen Kirche darzulegen, daß die einzig wahren Lösungen immer moralisch einwandfrei sind und unter dem natürlichen Gesetz Gottes stehen. Wir werden nie den auf einseitigen Mutmaßungen beruhenden Versuch von Anwälten anerkennen, die Vereinigten Staaten durch Panik oder Terror in eine nationale oder internationale Politik zu treiben, die der Würde der menschlichen Person widerspricht. Die Anwendung sittlich verwerflicher Mittel, die angepriesen werden, um der sogenannten Bevölkerungsexplosion zuvorzukommen, wird auf das Menschengeschlecht selbst zurückfallen."
Der Hirtenbrief stellt fest, daß seit Jahren eine intensive, ständig zunehmende Propagandakampagne betrieben werde, um die internationale, nationale und persönliche Meinung zugunsten von Geburtenverhütungsprogrammen zu beeinflussen. Mittel zu dieser Propaganda sei der vor kurzem erfundene propagandistische Terrorausdruck „Bevölkerungsexplosion". „Einerseits alarmiert dieser Ausdruck die volle Aufmerksamkeit, die dem Bevölkerungsdruck geschenkt werden muß. Anderseits erzeugt er jedoch auch einen Nebelvorhang, hinter dem der Öffentlichkeit ein moralisches Übel suggeriert wird und der die vielfältigen Faktoren verschleiert, die bei dieser Lebensfrage in Betracht gezogen werden müssen."
Die Bischöfe bedauern den derzeitigen Versuch einiger Vertreter christlicher Gruppen, „eine theologische Doktrin der Familienplanung zu erarbeiten, die die Geburtenverhütung durch künstliche Mittel in der Ehe als ‚von Gott gewollt' anstrebt" (vgl. ds. Heft, S. 232). Es liegen, nach Aussage der Bischöfe, genügend Beweise für eine systematische und durchorganisierte Bemühung vor, die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten, Gesetzgeber und Politiker zu überreden, daß Bundesbehörden und internationale Organisationen öffentliche Mittel bereitstellen, um künstliche Geburtenverhütung in den Entwicklungsländern einzuführen.
Die Experten selbst sind sich jedoch nicht „darüber einig, was der Ausdruck ‚Bevölkerungsexplosion' eigentlich sagen will. Wenn also die Auguren der Bevölkerungsexplosion sich des Rechtes bedienen, einen Bevölkerungszuwachs vorauszusagen, so müssen sie uns auch das Recht zugestehen, vorauszusagen, daß Produktionssteigerungen für Nahrungsmittel, die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen und Ausbildungsstellen möglich sind."
Die Einstellung der amerikanischen Katholiken gegenüber der wachsenden und bedürftigen Bevölkerung ist nach den Worten der Bischöfe realistisch und im Naturrecht begründet. „Es muß klargestellt werden, daß das natürliche Sittengesetz kein Dschungelgesetz ist, wie des öfteren irrtümlich verkündet wird." Die amerikanischen Katholiken glauben, „daß die Güter dieser Erde von Gott zum Gebrauch aller Menschen geschaffen wurden. Sie glauben, daß der Mensch nicht willkürlich dahin definiert werden dürfe, daß an Stelle menschlicher Dynamik ein kleinliches und statisches Bild von ihm gesetzt werde."
Und deshalb glauben die amerikanischen Katholiken auch, „daß die Förderung künstlicher Geburtenverhütung moralisch, menschlich, psychologisch und politisch eine unglückliche Lösung des Bevölkerungsproblems darstellt".

Die Reaktion der Politiker

Diese klare Stellungnahme wurde sofort vom Bischof der protestantischen Episkopalkirche Amerikas, James A. Pike, aufgegriffen. Er machte sich zum Sprecher der Anhänger der Geburtenkontrolle und spitzte die Diskussion auf die höchst politische Frage zu, ob die Stellungnahme der katholischen Bischöfe auch für die Kandidaten katholischen Glaubens für hohe öffentliche Ämter bindend sei.
Darauf mußte Senator Kennedy antworten. Er erklärte zum Problem selbst: „Es wäre ein Fehler der Regierung der Vereinigten Staaten, Geburtenbeschränkung für die Entwicklungsländer zu befürworten ... Wenn die Vereinigten Staaten auf dieser Ebene intervenieren würden, so wäre das ein Zeichen für einen niederträchtigen nationalen Egoismus, der nach meiner Ansicht von den Entwicklungsländern als verwerflich empfunden würde. Es wäre der größte psychologische Fehler für uns, das Wachstum der weißen, schwarzen oder gelben Völker, das nicht stärker ist als unser eigenes, beschränken zu wollen."
Auf die Frage, wie er als Präsident handeln würde, gab Kennedy die diplomatische Antwort: „Allein, wie es die Interessen der Vereinigten Staaten verlangen." Doch solle man seiner Ansicht nach auch die andern Politiker und

eventuelle Präsidentschaftskandidaten fragen. Das geschah.
Die Antworten ergaben, daß in der gegenwärtigen Situation nur von sehr wenigen Persönlichkeiten des politischen Lebens eine offene Befürwortung der Geburtenkontrolle in den Entwicklungsländern durch öffentliche Fonds der Auslandshilfe gefordert wurde. Präsident Eisenhower erklärte vor seinem Abflug nach Rom: „Ich kenne kein Thema, das weniger geeignet wäre, politisch diskutiert und Objekt regierungsamtlicher Tätigkeit und Verantwortung zu werden ... Meine Regierung hat kein Programm in der Frage der Geburtenkontrolle erarbeitet und wird keines erarbeiten. Das ist nicht unser Geschäft."
Die eindeutige Stellungnahme der Bischöfe hat damit verhindert, daß die Regierung Eisenhower den Empfehlungen des Draper-Report gefolgt ist. Für Kennedy hat der Hirtenbrief einen gefährlichen Präzedenzfall verhindert. Er hat das Problem so frühzeitig vor der Präsidentschaftsnomination zur Diskussion gestellt, daß bis zu diesem Zeitpunkt im Juli 1960 eine gewisse Klärung eingetreten sein sollte. Ob sie sich in den Parteigremien der Demokraten für oder gegen Senator Kennedy auswirken wird, ist noch nicht zu übersehen. Am 2. Januar 1960 gab der Senator jedoch offiziell bekannt, daß er sich in seiner Partei um die Nominierung als Präsidentschaftskandidat bemühen werde.

Aus den Missionen

Daß in Afrika das Familienleben von christlichen Grundsätzen tief durchdrungen werde. Missionsgebetsmeinung für März 1960

Im Schrifttum der westlichen Länder wird heute der rapiden Evolution im Schwarzen Afrika große Aufmerksamkeit geschenkt. Jedesmal wenn ein neuer Staat seine Selbständigkeit proklamiert, werden die völkischen, politischen, sozialen und ökonomischen Gegebenheiten, die besonderen Eigentümlichkeiten der örtlichen Kultur, die religiösen Verhältnisse, der Stand der Schulbildung und Hygiene, das Gewerkschaftswesen usw. erörtert. Ganz selten findet man aber eine sachkundige Behandlung der Familienprobleme bzw. der Familienstruktur. Und doch ist die Familie die Kernzelle des sozialen Lebens, in Afrika vielleicht mehr noch als anderswo. Sie wird von den gesellschaftlichen Umwälzungen zuerst und zutiefst ergriffen. In ihrem Schoße suchen die entstandenen Spannungen den Ausgleich. Hier ringt die alte mit der jungen Generation um Lebensauffassung und Lebensgestaltung in der den ganzen Erdteil überziehenden technischen Zivilisation mit deren weltanschaulichem Beiwerk. Die ererbten Sozialstrukturen, die Stammesreligionen, die ganze Brauchtumskultur sind erschüttert, und da sich Neues nicht in organischer Entwicklung aus dem Alten formen will, entstehen tiefe Risse im sozialen Gebäude, die sich zunächst auf die Urzelle der gesellschaftlichen Ordnung zersetzend auswirken: die Familie. Die christliche Kirche in Afrika kann all diesen Vorgängen nicht teilnahmslos gegenüberstehen. Es geht hier um die Grundsicherung ihrer irdischen Existenz und die Erfüllung ihres apostolischen Auftrages. Nie wird sie sich im Volke verwurzeln können, wenn sie nicht eines ihrer wesentlichsten Ziele erreicht: die Schaffung einer auf gesunden sittlichen und religiösen Grundlagen aufruhenden Familienstruktur.

Die Umwelteinflüsse

Die der Kirche hier gestellte Aufgabe ist schwieriger, als man gemeinhin in Europa glaubt. Abgesehen davon, daß die islamische Ehe- und Familienauffassung seit Jahrhunderten in der Verbreitung der Religion Mohammeds auf den Schwarzen Kontinent einwirkt, ist Afrika heute auch für den Einfluß des säkularistischen Menschenbildes und damit der Eheauffassungen der modernen Diesseitszivilisation offen. Zwar ist dieser Einfluß noch nicht bei der Masse der ländlichen Bevölkerung Schwarz-Afrikas fühlbar, aber doch schon in den überall aus dem Boden schießenden neuen Städten, die außerhalb der sog. Brauchtumskultur sich entwickeln. Besonders anfällig für diese Ehekonzeption sind natürlich die sog. Evoluierten, d. h. die mehr oder wenig abendländisch Gebildeten, vorzüglich jene ehemaligen afrikanischen Überseestudenten, die als kulturell Entwurzelte heimgekehrt sind. In Afrika gibt ihnen das Eheleben vieler Weißen denselben traurigen Anschauungsunterricht, der ihnen in den Städten des Westens zuteil wurde. Neuerdings ist nun auch der Kommunismus mit seiner Werbung für das kollektivistisch-materialistische Gesellschaftsideal auf den Plan getreten. Der Afrikaner hat eine spiritualistische Weltanschauung, und dementsprechend ist auch seine Familienidee durchaus spiritualistisch. Aber auf der Suche nach Ersatz für die mit dem Verschwinden der Stammesordnung verlorengegangene Bindung und Lebenssicherheit, die auch die westliche Zivilisation ihm nicht wiedergibt, wird er allmählich doch in den Bann der kommunistischen Volksbeglückungsparolen hineingezogen und vielleicht zu spät entdecken, was der gottlose Kommunismus ihm an ererbten Familienwerten nahm. Es ist ein Grundzug der afrikanischen Kulturen, daß ihre Menschen starke Gemeinschaftsbindungen suchen. Vom Soziologischen her ist also der Zug zum Kommunismus als Gesellschaftsform verständlich, obwohl dessen Ideologie für den Afrikaner sehr schwer assimilierbar sein dürfte. Leider wird auch das christliche Familienideal in Afrika nicht einheitlich dargestellt und verwirklicht. Sehen wir von den feineren Unterschieden dogmatischer Art ab, die sich bei den verschiedenen christlichen Bekenntnissen auch in der Darstellung der Familie zeigen und die Stoßkraft des Christentums bei der Verbreitung der christlichen Ehe- und Familienstruktur schwächen, so muß es direkt als verhängnisvoll bezeichnet werden, wenn einzelne christliche Kirchen (im Gegensatz zur katholischen Kirche) die Polygamie unter Christen wenigstens als „Übergangsstadium" zu gereifteren christlichen Lebensformen dulden, während gewisse aus dem Christentum hervorgegangene Sekten unter Berufung auf die Patriarchen des Alten Testaments die Vielehe propagieren und nach dem Urteil sachkundiger Afrika-Soziologen gerade diesem Umstand ihre schnelle Verbreitung danken.
Generell gesehen ist die Masse der Christen, einschließlich der katholischen Christen, noch nicht zur vollen Erkenntnis der entscheidenden Züge der christlichen Ehe- und Familienidee erwacht, wenn es auch — was die Missionare immer wieder betonen — schon eine kleine Elite gibt, die aus tiefer Überzeugung ein Ehe- und Familienleben führt, das sich in nichts mehr von jenem der religiösen Elite altchristlicher Länder unterscheidet. Die Tatsache darf uns nicht verwundern. Wie lange hat es in Europa gedauert, bis das christliche Familienideal sich im privaten Leben und in der Gesetzgebung vollständig durchsetzte? In

Europa hat es mehr als zehn Jahrhunderte gebraucht, bis eine wirkliche Verchristlichung der Ehesitten erreicht war. Die moderne Afrikamission ist aber kaum 120 Jahre alt, und die Familien von gut 90 Prozent der katholischen Christen Schwarz-Afrikas sind erst in der zweiten oder gar ersten Generation katholisch. Diese ganze Christenheit lebt zudem (auch unter Einrechnung der Protestanten) weltanschaulich noch immer in einer Diasporasituation. Nur in ganz wenigen Gebieten nähert sich das Christentum der 50-Prozent-Grenze der Bevölkerung, und auch dort hat oft die gewaltige Streuung der Christen über große Gebiete zur Folge, daß diese von heidnischer Bevölkerung umklammert oder von ihr durchsetzt ist. Millionen von Christen leben in Ländern mit 90, 80, 70 Prozent Andersgläubiger, und es gibt sogar viele Länder, in denen auf je 100 Einwohner nur ein bis fünf Christen kommen. Diese echte Diasporasituation kommt in den statistischen Daten über den Fortschritt der Missionen nicht immer genügend zum Ausdruck. Sie wirkt sich nun in den afrikanischen Lebensformen, wie sie bis vor kurzem überall bestanden und heute noch den größten Teil der einheimischen Bevölkerung umfassen, hinsichtlich der Familie ganz anders aus als in den Ländern der westlichen Zivilisation. In Afrika kann sich eine religiöse Diaspora nicht ohne weiteres aus dem gesellschaftlichen Gefüge des Ganzen rechtlich, sozial, ökonomisch, kulturell ausgliedern. Solches ist allenfalls in den Städten möglich, deren Lebensform europäisch geordnet ist und in denen die Schwarzen außerhalb ihrer Brauchtumsumwelt leben. Millionen und aber Millionen von Afrikanern leben auf dem Lande, besonders im Innern des Kontinents, trotz der rasch fortschreitenden Auflösung der Stammesbindungen noch im Verband der Großfamilie, des Clans, des Stammes. Die totale Bindung an dieses System ist noch heute so groß und wirklich, daß sie selbst jene riesigen Massen von Wanderarbeitern nicht losläßt, die zwischen Brauchtumsumwelt und Stadt hin und her pendeln. Wenn also das Christentum sich nicht vollständig und vorbehaltlos in die religiös-heidnisch bestimmte Brauchtumskultur hineinstellen kann, wenn es die heidnischen Auffassungen über Persönlichkeitsrechte, Familienstruktur, Erziehungsrecht an den Kindern, Auflösbarkeit der Ehe usw. nicht zu akzeptieren vermag, wenn es das aus christlicher Sicht Gute behalten und entwickeln, das Schlechte aber ausmerzen möchte, zwingt es seine Neugetauften irgendwie aus dem alten System heraus, ohne sie jedoch gänzlich davon befreien zu können. Selbst wenn die Kolonialgesetzgebung in der Vergangenheit hier menschlicher und christlicher Freiheit Raum zu schaffen versuchte, so lebten die ererbten Grundanschauungen in den Seelen weiter. Die heidnische Verwandtschaft sucht bei jeder Gelegenheit über die christlich gewordenen Mitglieder der Großfamilie die alten Rechte geltend zu machen, besonders hinsichtlich der Eheschließung, der Stellung der Frau in der Ehe, der väterlichen Gewalt über die Kinder, der Wiederverheiratung der Witwen nach der starren Stammesordnung und so fort. Die von den Kolonialbehörden eingesetzten oder anerkannten einheimischen Gerichte, deren Mitglieder meist bestechlich waren, schufen bei ihren Entscheidungen oft für Christen kaum tragbare Situationen. Die Kinder heidnischer Eltern, die die Missionsschulen besuchten und dort katholischen Religionsunterricht erhielten, waren zu Hause wieder den Lebensformen der Brauchtums-Zivilisation ausgesetzt und nahmen gerade in den Reifejahren unbewußt auch unchristliches Gedankengut der Umwelt auf. Es wird heute den Missionsschulen in Afrika manchmal ein Versagen in der religiös-sittlichen Erziehung vorgeworfen. Man muß aber gerechterweise ihre sehr schwierige Situation berücksichtigen. Eher wäre auf Versäumnisse der nachschulischen Jugenderziehung hinzuweisen. Woher aber hätte die Mission in diesen blutjungen Christengemeinden die Priester und vor allem die Laien für diese Aufgabe hernehmen sollen, und zwar in einer Zeit stürmischer äußerer Ausbreitung? Noch ein weiteres: die christlichen Kinder heidnischer Eltern wurden als Erwachsene die Mütter von Kindern der zweiten christlichen Generation. Die meisten von ihnen traten nach afrikanischem Brauch sehr jung in den Ehestand. Sie bemühten sich, die Gebote der christlichen Ehe zu befolgen, so gut und schlecht dies nach ihrer mangelnden Unterrichtung und den heidnischen Umwelteinflüssen ging, und sie taten dies mehr aus Gehorsam gegen die Kirche als aus innerer Einsicht in die Größe und Schönheit des Sakraments. Die religiöse Unterweisung der Kinder überließen sie den Katechisten, den Lehrkräften der christlichen Schule und dem Missionar, weil in der Stammesordnung die moralisch-religiöse Vorbildung der Kinder mehr durch Vorbild der Alten und Eingliederung der Jugend in das religiöse Brauchtum gegeben wurde als durch Unterricht. Vor allem hatte die Mutter nur in wenigen Kulturen solche Aufgaben zu erfüllen. Der Vorbereitung auf die Ehe dienten im Heidentum die Initiationsriten. Sie zu verchristlichen waren die Missionen stets bemüht. Diese Riten waren aber kein Ersatz für eine gediegene christliche Ehe- und Familienerziehung besonders der weiblichen Jugend. Die Missionen haben heute für die heiratsfähigen Mädchen viele Einrichtungen geschaffen, die diese in religiöser, sittlicher und beruflicher Hinsicht auf den Ehestand vorbereiten sollen. Ordensfrauen, die eine tiefe, innere Kenntnis der Umwelt und der Psychologie der afrikanischen Frau besitzen, erhielten in dieser Tätigkeit die kostbare Hilfe von weltlichen Sozialassistentinnen aus Europa, die ihrerseits wieder einheimische Kräfte heranbilden. Aber es gibt noch heute große Missionsgebiete ohne Ordensfrauen, die Zahl der Sozialassistentinnen ist zu klein und ebenso die Zahl der Sozialen Schulungszentren („Foyer Social") in Stadt und Land. Die Aufgabe der Vorbereitung der Mädchen auf eine christliche Ehe wird heute dadurch erleichtert, daß der Widerstand der Eltern gegen die Schulbildung ihrer Töchter, der dem wirtschaftlichen Eigennutz der Stammesorganisation entsprang, nicht nur gewichen ist, sondern einem stürmischen Verlangen nach der Mädchenschulbildung Platz gemacht hat. Dadurch wird allmählich auch die innere Gleichgewichtsstörung in so vielen (selbst christlichen) Ehen beseitigt, in denen der Mann Schulbildung, die Frau aber keine besaß. Dieser Zustand war geeignet, die untergeordnete Rolle, die die Frau in der Brauchtumskultur gemeinhin einnahm, und die das Christentum zu beseitigen trachtete, zu unterstreichen und auf der Ebene einer gehobenen Zivilisation beizubehalten.

Das Hindernis des afrikanischen Familienbegriffs

Die stärkste psychologische und soziologische Schwierigkeit für die Annahme der christlichen Familienauffassung durch die Afrikaner haben wir bisher nur gestreift. Der afrikanische Familienbegriff steht nämlich der westlichen Familienkonzeption von heute vollständig entgegen. Bündig formulierte Schwester Marie-André vom hlst. Herzen,

eine der anerkanntesten Sachkenner auf dem Gebiete des afrikanischen Familienbegriffs und des afrikanischen Eherechts, in ihrem, im Jahre 1953 zu Paris erschienenen Buche „La condition humaine en Afrique Noire": „In Europa gründen die verheirateten jungen Leute ein neues Heim; in Afrika ordnet sich das junge Mädchen, das man in die Ehe gibt, in eine schon gegründete Familie ein, um deren Wachstum zu sichern." Im Vorwort eines soeben erschienenen soziologischen Werkes von Jacques Binet, „Le Mariage en Afrique Noire" (Paris, Les Éditions du Cerf), sagt J. Bouchaud CSSp, einer der ersten Kenner der afrikanischen Familiensituation: „Wenn die Missionare die christliche Botschaft der Bevölkerung des Schwarzen Afrikas vorstellen, so macht der theoretische, dogmatische Teil dieser Botschaft keine Schwierigkeit. Es widerstrebt dem Afrikaner keinesfalls, an einen allmächtigen Gott und einen Erlöser, an die Gnade, das Paradies und die Hölle zu glauben. Noch weniger machen ihm die Bibel und die Liturgie Schwierigkeiten. Gerade im traditionellen Heidentum gab es ja analoge Elemente, die den Weg bereiteten und auf die man aufbauen kann. Kommt man aber zur Moral, besonders zur Ehe- und Familienmoral, so laufen die Dinge anders. Auf diesem Gebiet handelt es sich ja um konkrete Stellungnahmen, die das Alltagsleben und die eigentlichen Strukturen der Gesellschaft betreffen. Dazu unterscheiden sich die überlieferten Eheanschauungen und der traditionelle Familienbegriff radikal von den entsprechenden christlichen Vorstellungen. Es macht keine Schwierigkeit, von einem Dorfoberhaupt zu verlangen, das Credo zu erlernen und zur Messe zu gehen. Fordert man aber von ihm, daß er vor Empfang der Taufe zunächst alle seine Frauen bis auf eine entläßt, so steht man bei ihm vor einer völlig veränderten seelischen Situation."

Die afrikanische Familie ist die Großfamilie, deren institutionelle Achse die Abstammungslinie entweder in der väterlichen oder mütterlichen Generationenfolge ist, je nachdem von der betreffenden Sippe bzw. dem genealogischen Verband die väterliche (patrilineare) oder mütterliche (matrilineare) Abstammungslinie als Grundlage der Rechtsordnung angenommen ist. Die meisten Sippen Afrikas leben nach der patrilinearen Rechtsordnung. Hier ist der Mann Führer, Priester (er übernimmt die religiösen Funktionen) und Richter. Im matrilinearen Familienverband liegen zwar auch Autorität und Führung fast immer beim Manne, aber er hat geringere Verfügungsgewalt über die Kinder, die rechtlich, auch erbrechtlich, zur Familie der Frau gehören, die sie geboren hat. Die Dinge komplizieren sich dadurch, daß die afrikanische Großfamilie durchweg die Polygamie als institutionelle Einrichtung besitzt, nicht aus einer Konzession an die Sinnlichkeit heraus, sondern um das biologische Gedeihen und das Wachstum des Stammes zu sichern. Im vaterrechtlichen Verband sind alle Söhne des gleichen Vaters, im mutterrechtlichen Verband alle Söhne der gleichen Mutter „Brüder". Entsprechend sind die übrigen Verwandtschaftsbeziehungen ausgerichtet. Die Fachleute fassen patrilineare und matrilineare Familienordnung unter den Oberbegriff „konsanguinischer Ehetyp" und stellen ihn dem „konjugalen Typ" des Abendlandes gegenüber, in dem Vater und Mutter mit den Kindern eine in sich geschlossene neue Familie eigener Verantwortung bilden, aus der dann die Kinder bei der Eheschließung austreten, um neue selbständige Familien mit gleicher Selbständigkeit zu gründen. Dabei sind natürlich vielerlei Abhängigkeiten moralischer, psychologischer und selbst materieller Art von der beiderseitigen Verwandtschaft der Ehepartner nicht ausgeschlossen. Aber sie haben keinen Rechtscharakter und bilden kein integrierendes Element der Ehe. Der konsanguinische Ehetyp bietet jungen Ehepartnern einen nicht zu verachtenden moralischen, sozialen und wirtschaftlichen Halt. Die Blutsverwandtengruppe muß auch stets für Witwen und Waisen sorgen. In diesen Großfamilien ist ein starkes Element der Stabilität. Jeder muß die Ausstoßung aus der Gemeinschaft gewärtigen, wenn er die Ordnung gröblich verletzt, und er sieht in dieser Ausstoßung oder der zeitlichen Ausschließung eine der schwersten Strafen. Auch dem schweifenden Trieb wird hier eine gewisse Mäßigung auferlegt.

Katholische Moral und konsanguinischer Ehetyp

Wenn auch die Kirche die Polygamie, die nicht notwendiger Bestandteil des konsanguinischen Ehetyps ist (wie Geschichte und Brauchtum der Völker zeigen), nicht akzeptieren kann, so ist doch die Frage zu stellen, ob dieser Ehetyp mit Naturrecht und katholischer Moral an sich vereinbar ist oder nicht. Die Erörterung dieser Frage hat auf der Missionsstudienwoche in Bonn (September 1958), die vom Institut für Missionswissenschaft zu Münster veranstaltet wurde, zu heißen Debatten geführt. Katholische Ethnologen und Soziologen, die neben den Unwerten auch die Werte des afrikanischen Ehegefüges, das heute dem Ansturm einer individualistischen Zivilisation zum Opfer zu fallen droht, sehen, fordern die Prüfung dieser Frage durch die Moraltheologie, die bisher, stark abendländisch orientiert, dieser Frage zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt habe. Auch einheimische afrikanische Priester und Laien stellen dies Ersuchen (vgl. die Frage einheimischer Priester im Kongo an den Theologieprofessor Msgr. G. Philips aus Löwen: „Muß man die soziologischen Formen der europäischen Familien nach Zentralafrika verpflanzen, um zur Schaffung wirklich christlicher Familien zu gelangen?"; Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 233). Alle diese Männer sind der Meinung, daß man dem Zerfall der Ordnungen in Afrika im Interesse des zeitlichen und ewigen Wohls der Afrikaner eine neue gemeinschaftsbezogene Ordnung entgegenstellen muß, und sie lassen durchblicken, daß der konjugale Ehetyp, obwohl er sich bei den evoluierten Afrikanern allmählich verbreitet und sogar von ihnen oft gefordert wird, nicht das Heilmittel für die afrikanische Gesellschaft darstellen könne. Der auf das Individuum gegründete katholische Ehetyp wird sogar in diesem Zusammenhang fälschlich als „individualistischer" Ehetyp bezeichnet. Da in Afrika die Sozialpolitik fast hilflos hinter dem Einbruch der abendländisch-individualistischen Zivilisation von heute herhinkt und die Bildung eines wachsenden sozialen Strandguts nicht verhindern kann, werden die Rufe dieser Afrikaner immer dringender.

Die Kirche kann bei Prüfung der Frage nicht von den augenblicklichen Verirrungen in der afrikanischen Familienstruktur, die zum Teil wirklich verhängnisvoll sind, ausgehen, sondern muß von der auch von den Missionsenzykliken, einschließlich der letzten *(Princeps Pastorum)* aufgestellten Anpassungs-Maxime ausgehen, daß alles, was nicht in sich schlecht bzw. nicht unrettbar besserungsunfähig ist, von der Kirche geheiligt werden kann. Während auf der Bonner Studienwoche Subsidiar Dörmann, Meckenheim, behauptete, die konsanguinische Ehe ver-

stoße gegen Offenbarung und Naturrecht, antwortete ihm Gregorius von Breda OFMCap, Tilburg, in diesen Ausführungen komme die typisch abendländische Auffassung der Ehe zum Ausdruck. Die Frage der Verträglichkeit des Sippenwesens mit dem Christentum müsse gelöst werden. Und während der Obere einer in Westafrika tätigen Missionskongregation anläßlich eines Interviews im Niederländischen Katholischen Rundfunk am 7.1.58 unumwunden erklärte, durch das Matriarchat (d. h. das Matrilineat) habe die Mutter in Westafrika einen solchen Einfluß, daß die katholische Kirche mit dem einheimischen Eherecht gar nichts anfangen könne, und zudem in diesem System die Frau zur Beobachtung der katholischen Moral unfähig sei, erklärte in Bonn der resignierte Abtbischof Joachim Ammann OSB von Ndanda (Ostafrika), der 25 Jahre im Bereich matrilinearer Kulturen gearbeitet hatte, das Matrilineat sei zwar eine heidnische Sozialstruktur, biete aber genügend Ansätze zur Verchristlichung. Es stelle keine Schwierigkeit für die katholische Theologie und Moral sowie für die Erreichung des letzten Zieles der Menschen dar. Vor allem sei hier das Kind geschützt. Natürlich ergebe sich im tatsächlichen bestehenden heidnischen System des Matrilineats ein gewisser Nachteil für die Position des Mannes. Zeuge er keine Nachkommenschaft oder sorge er nicht entsprechend für die Kinder, so werde er verjagt, ebenso wenn er seine Manneskraft zu Ungunsten seiner Frau verwende. Der Abtbischof wies bei dieser Gelegenheit auf die große Verantwortung der Missionswissenschaft bei Klärung dieser Frage hin und regte an, gegebenenfalls auch Rom um Untersuchungen darüber zu bitten. Auf der Tagung wurde dann noch die Stellungnahme eines erfahrenen Missionars (Alkuin Bundschuh OSB) zitiert: „Die ganze soziale Struktur und Ordnung ist (in Afrika) aufgebaut auf der Sippe. Es handelt sich dabei um eine einzigartige naturhafte und blutverbundene soziale Ordnung in gegenseitiger Hilfeleistung wie bei keinem anderen Volk. Sie garantiert allen eine Lebensmöglichkeit und läßt keinen verhungern oder im Elend zugrunde gehen, außer die ganze Sippe ist am Verhungern oder im Elend. Eine Zerstörung der Sippe müßte zu völligem Chaos führen. Der einzelne wird seine soziale Sicherheit verlieren, ohne daß wir Ersatz dafür bieten können." (Vgl. zum Ganzen den Bonner Tagungsbericht „Das Sozialgefüge der Völker und die Weltmission heute", herausgegeben von Laurenz Kilger OSB, Münster i. W. 1959. Auslieferung durch die Geschäftsstelle des Internationalen Instituts für missionswissenschaftliche Forschungen, Aachen, Stephanstr. 35.)

Schwester Marie-André, die vor dem Ordenseintritt an der Katholischen Universität Lille sich auf römisches, altgermanisches und gallisches Eherecht spezialisiert hatte und in Staatsrecht den Doktortitel erwarb, verlieh ihren Büchern über Ehe und Familie in Afrika, die auf 17jährigen Missionserfahrungen beruhen und in ausgedehnten Studienreisen fast durch das ganze Schwarze Afrika Ergänzung fanden, dadurch einen besonderen Reiz, daß sie die afrikanische Ehestruktur stets mit dem altrömischen und altgermanischen Recht verglich und hier frappierende Analogien entdeckte. Vor allem stellte sie heraus, daß das römische Eherecht auf der konsanguinischen Eheordnung (unter Ausschluß der Polygamie) beruhte. Sie zeigte auch, wie die Kirche langsam diese Ordnung christlich umwandelte, wie sie es später bei ähnlichen Formen in Germanien und Gallien machte. Die staatliche Rechtsordnung ging aber dieser Umwandlung durchaus nicht immer parallel und hielt noch an unchristlichen Rechtsformen fest, als die Kirche diese innerlich schon umgewandelt hatte. Diese Spannungen haben bis weit in die Neuzeit hinein das Verhältnis von staatlichem und kirchlichem Eherecht charakterisiert. Wir haben jedenfalls in der abendländischen Kirchengeschichte das Beispiel dafür, daß, theoretisch gesehen, in Afrika möglich wäre, was in Europa möglich war: die Christianisierung konsanguinischer Familientypen. Auf diese Zusammenhänge wies auch einer der Schriftleiter der Zeitschrift „Die katholischen Missionen" (J. A. Schweitzer SJ) auf der Bonner Tagung hin: Wie in der abendländischen Auffassung der Ehe römische und germanische Elemente sich zu einem Neuen verbunden hätten, so müßten auch die afrikanischen matrilinearen und patrilinearen Strukturen ins christliche Eherecht aufgenommen werden. Auch sie gehörten zum naturrechtlichen Ehebegriff ... Weniger akzentuiert schrieb der bekannte Gründer der französischen Laienmissionsbewegung Ad Lucem, Louis Paul Aujoulat, damals Staatssekretär im französischen Gesundheitsministerium und Deputierter von Kamerun, im Jahre 1953: „Die Verwirklichung monogamer Gemeinschaften, die eine gewisse Autonomie genießen, steht nicht im Widerspruch zur Aufrechterhaltung eines recht umfassenden Familienverbandes. Bewahren wir Afrika diesen Geist der Gemeinschaft und des Familienzusammenhangs, der seine Stärke ausmacht."

Die Schwierigkeiten der augenblicklichen Lage

Anderseits zeigen die Bücher und Vorträge von Schwester Marie-André sowie neuere katholische sozialwissenschaftliche Werke über die afrikanische Ehefrage (so das genannte Buch von Binet, in dem handfestes Zahlenmaterial geboten wird, sowie die hervorragende Arbeit von P. Joseph Bouchaud, L'Église en Afrique Noire, Verlag La Palatine, Paris 1958), an welch großen Gebrechen die heutige afrikanische Ehestruktur des Brauchtumsrechts leidet, besonders seitdem in diese Ordnung der individualistische und egoistische Geist einer nicht gebändigten westlichen materialistischen Zivilisation eingedrungen ist. Dies kommt vor allem in der Frage der sog. Brautgabe zum Ausdruck, die ursprünglich eine feierliche Bestätigung des Ehekontraktes war, nun aber, in die vom Westen eingeführte Geldwirtschaft eingegliedert, die Frau zum wirtschaftlichen Handelsobjekt der interessierten Parteien gemacht hat. Schwester Marie-André hat in zahllosen Vorträgen das afrikanische Eheelend von heute geschildert. Als sie auf der Sozialen Studienwoche von Léopoldville über das Thema „Die soziale Struktur Afrikas im Lichte des Christentums" sprach und dabei die Frage der Anpassung der Kirche an diese Struktur behandelte, konnte sie es nicht vermeiden, deren große Gebrechen zu zeigen. Spontan erklärte danach ein einheimischer Priester, man brauche sich überhaupt nicht mit der Anpassung der Kirche an den einheimischen Familien- und Ehebegriff zu befassen, man müsse vielmehr darauf ausgehen, „die Fensterscheiben einzuschlagen". Das bedeutete eine radikale Absetzung der Kirche von der in Jahrtausenden entwickelten afrikanischen Ehestruktur und eine einseitige Förderung der abendländischen Eheauffassung. Die Versuchung liegt nahe, da auch zahlreiche afrikanische Evoluierte in diese Richtung zielen. Anderseits rät die in Afrika sichtbar werdende Bewegung zur Wiederbelebung altafrikanischen Brauchtums und zur Rettung der Eigenwerte der Kultur des Schwarzen Erdteils hier zu äußerster Vorsicht. Afrika

wird vieles von Europa übernehmen, aber lange nicht alles. Die Kirche könnte sich sehr leicht kulturell selbst aus der Entwicklung herausspielen, und man könnte sie erneut des Europäismus beschuldigen, wenn sie nicht in großer geistiger Weite sich in eine Entwicklung hineinstellte, die zu einer Kultursynthese drängt. Das innere Gesetz dieser Synthese wird aber von dem Grundzug afrikanischer Kultur bestimmt sein, der deutlich auf die Erhaltung stärkerer sozialer Gemeinschaftsbindungen gerichtet ist, als sie sich in Europa vorfinden. Eine radikale Ablehnung der afrikanischen Ehestruktur würde ferner pastoral bedenklich sein, da die Kirche jetzt und heute noch mit vielen Millionen Afrikanern zu tun hat, die aus der Brauchtumskultur direkt zur Kirche kommen. Schließlich besteht die Gefahr, daß der soziologisch auf das Individuum aufbauende abendländisch-christliche Ehebegriff mit der individualistischen Ehementalität der gottfreien, säkularisierten Gesellschaft des modernen Abendlandes verwechselt wird.

Die Aufgabe der Kirche ist hier natürlich unendlich schwieriger als im alten Europa. Afrikas Kulturentwicklung geht nicht langsam und organisch vor sich. Seine Menschen müssen in wenigen Jahrzehnten einen abrupten Übergang in eine neue Kulturform vollziehen, deren gestaltender Einfluß nicht allein bei der Kirche und beim Christentum liegt, sondern weithin bei Kräften und Mächten, die sich vom Geist des Christentums emanzipiert haben. Unter diesen Umständen ist eine Konzentration der Kräfte der Kirche auch auf dem Gebiete des Familienapostolats notwendig. Die Formen dieses Apostolats müssen gründlich studiert werden. Vor allem muß die vielgestaltige Ehesituation in Afrika moraltheologisch aufgearbeitet werden. In Rom hat man an der Gregorianischen Universität den Anfang damit gemacht, indem man dort studierende einheimische Priester über Fragen des afrikanischen Eherechts doktorieren läßt. Nur wenn die Kirche mit einheitlichen moraltheologischen Prinzipien an ihre Aufgabe der Rettung der afrikanischen Familie herantritt, sind auch die Fragen der Familienpastoral zu lösen.

Zu diesem letzten Themenkreis bietet die Stimme eines Afrikaners Gedanken, die auch der Pastoral im Westen Anregungen bieten können. In der Zeitschrift „Réponse" der belgischen Vereinigung von Universitätsstudenten zur Hilfe für die Missionen (AUCAM) wurde im November 1959 der Artikel eines Ruandesen über das Christentum in der Gesellschaft von Ruanda veröffentlicht. Der Verfasser beklagt dort, daß die Kirche die traditionelle religiöse Aufgabe der ruandesischen Familie verkannt habe: „In unserer Gesellschaft, die nie ein amtliches Priestertum kannte, hatte die Familie eine große Bedeutung für das religiöse Leben des einzelnen. Sie übermittelte die wesentlichen religiösen Kenntnisse. Sie führte die Jugend in die verschiedenen Kultübungen ein. Sie übernahm die Aufgabe der zahlreichen Opfer im Namen aller ihrer Glieder. Auf den verschiedenen Stufen der ‚Familie', d. h. im Heim (der Kernfamilie), im Schoße der Großen Familie oder in der Nation hatte das ‚Oberhaupt der Familie' als Vertreter des gemeinsamen Ahnen eine priesterliche Aufgabe. Er war Vertreter Gottes, erzog die Mitglieder der ‚Familie' zur Frömmigkeit, leitete den Gottesdienst und die anderen Kultgebräuche. Die Mutter übernahm hauptsächlich die religiöse Erziehung und die allmähliche Einführung in das kultische Leben. Im Christentum Ruandas wurde nun dies Band gelockert. Das Zentrum des religiösen Lebens ist nicht mehr das Heim, vielmehr die Pfarrkirche, die meist sehr weit von den einzelnen entfernt ist. Die religiöse Erziehung übernahmen der Klerus und seine Hilfskräfte. Die Rolle der Eltern war dabei meist auf die Sendung der Kinder zur Mission oder zum Katechisten beschränkt. Diese Auseinanderreißung von Erziehung und religiöser Grunderziehung führte zu einer Art von Aufteilung des religiösen Lebens in zwei getrennte Abteilungen, die vor dem Christentum undenkbar war. Einst war die Religion integrierender Teil des Lebens, während heute viele Christen die Neigung haben, sie in bestimmte Kader einzuschließen: die Mission, den Sonntag usw. Muß man nicht auch den individualistischen Charakter unterstreichen, den die christliche Lehre in den Augen des Ruandesen hat? Das begünstigt nicht eine Gemeinschaft geistigen Lebens in der Familie. Während in unserer überlieferten Gesellschaft alles die Solidarität im Schoße der Familie und besonders unter den Eltern gegenüber ihren Kindern unterstrich, fühlt sich heute in sehr vielen Familien jeder Gatte als eine Individualität im religiösen Leben, die nur für ihre individuellen Akte Rechenschaft zu geben hat. Daher eine gewisse Tendenz, jedes Kind individuell mit dem Priester alles regeln zu lassen, was sich auf das religiöse Leben bezieht. Man begreift, welche wenig glücklichen Ergebnisse dieser plötzliche Übergang eines stark vom Gemeinschaftsgeist getragenen religiösen Lebens zu einem sehr individualisierten religiösen Leben haben kann."

Der Hunger in der Welt: Hilfe für Sukumaland

Die Herder-Korrespondenz hat im Januarheft (vgl. ds. Jhg., S. 149) die ersten Hilfsmaßnahmen des Bischöflichen Werkes „Misereor" „gegen Hunger und Krankheit in der Welt" bekanntgegeben. In der Liste der Hilfen rangiert Afrika mit fast 11 Millionen DM an erster Stelle. Unter den Hilfen für Afrika fällt besonders Tanganjika durch die Höhe der bewilligten Summe auf: Tanganjika erhielt von den deutschen Katholiken 3 710 000 DM zugesagt „für die Besserung des Gesundheitswesens, Brunnenanlagen, handwerkliche Ausbildung und konstruktive Maßnahmen zur Ernährungsverbesserung" — wie es stichwortartig in der vom Bischöflichen Werk veröffentlichten Spendenliste heißt.

Was bedeutet eine solche Hilfe im Rahmen der Zielsetzung der Fastenaktion der deutschen Katholiken „gegen Hunger und Krankheit in der Welt"? Welche Überlegungen liegen ihr zugrunde? Und wie wird sie praktisch durchgeführt?

Die Antwort auf diese Fragen — eine Antwort, auf die die deutschen Katholiken ein Recht haben, denn sie haben das Geld zu einem ganz bestimmten Zweck, zur Bekämpfung von Hunger und Elend in der Welt, geopfert — die Antwort ergibt sich, wenn man weiß, daß der deutsche Episkopat die Spenden der deutschen Katholiken vor allem für sog. strukturelle Hilfe verwendet sehen will. Das heißt, es sollen mit den geopferten Geldern Maßnahmen eingeleitet, entwickelt und fortgeführt werden, die geeignet sind, die materielle Not — langfristig — *endgültig* zu überwinden (eine Zielsetzung, die selbstverständlich Ad-hoc-Hilfen für Katastrophengeschädigte — durch Überschwemmungen, Hungerepidemien — oder für Flüchtlinge nicht ausschließt, wie aus der Übersicht über die ersten Hilfsmaßnahmen eindeutig hervorgeht).

Die strukturelle Hilfe ist die eigentlich erfolgversprechende, wirksame, weit über eine rein materielle Besser-

stellung hinausgehende Hilfe, weil sie immer vom *Gesamt* der sozialen und wirtschaftlichen „Unterentwicklung", der mangelnden Volksgesundheit, der hohen Sterblichkeit, des Analphabetismus, der fehlenden wirtschaftlichen Möglichkeiten und Energien ausgehen wird, um das *Gesamt* des Lebensniveaus zu heben; und weil diese Hilfe nur zu leisten ist durch die *andauernde, gemeinsame* Anstrengung aller an ihr Beteiligten und für sie Verantwortlichen, in der derzeitigen Phase internationaler Not also von Einheimischen *und* Fremden, in unserem Falle von Afrikanern *und* Europäern, wodurch sich bei ihrer Durchführung erst ein Austausch der verschiedenartigen Einsichten und Begabungen, Erwartungen und Absichten vollziehen kann: die unerläßliche Voraussetzung für eine neue, echte Solidarität zwischen den Völkern. Nur wenn man diesen Zusammenhang kennt, kann man die bis jetzt von der Bischöflichen Kommission genehmigten Anträge auf „Entwicklungshilfe" würdigen.

Strukturelle Hilfe ist freilich immer schwierig. Sie ist weit weniger als Direkthilfe (Seuchen- oder Katastrophenhilfe) eine Organisationsfrage als vor allem Planung — Berücksichtigung und Ins-Spiel-Bringen ganzer Faktorenbündel, auch unbekannter, weil zukünftiger Faktoren. Die Aussichten auf Wirksamkeit dieser Hilfe sind um so größer, je eindeutiger die Unsicherheitsfaktoren ausgeschaltet werden können und je sicherer die Imponderabilien, die sich im Verlaufe eines jeden „Entwicklungsprozesses" einstellen, abgefangen, immunisiert oder in positive Trends umgewandelt werden können.

Tanganjika

Ist eine solche strukturelle Hilfe im Sinne von kontrollierbarer, beeinflußbarer „Enwicklung" für große Territorien — etwa für ganz Afrika oder Asien — möglich? — Mit Sicherheit nein. Denn dafür sind die regionalen Unterschiede in Afrika — und zwar in jeder Hinsicht — viel zu stark ausgeprägt. Gleiches gilt auch für große Länderterritorien — wie etwa für Tanganjika — mit vielen verschiedenartigen Völkerschaften, unterschiedlichen Religionen und Sprachen, Sitten und Konventionen, stark differenzierten Wirtschaftsbedingungen und isolierten Wirtschaftsformen.

Wie alle afrikanischen Länder gehört auch Tanganjika in die Reihe der wirtschaftlich „unterentwickelten", sozial nichtintegrierten Länder. In Tanganjika, dem ehemaligen, heute noch als Treuhandgebiet der UN von den Engländern verwalteten Deutsch-Ostafrika, das zweimal so groß wie das Deutschland von 1937 ist (937 500 qkm), leben 120 Völker, im Süden Nguni-Elemente, im Norden Massai, am Viktoriasee Sukumas, ferner Nyamwesi, Sandawe, Buschmänner. Von den 8,4 Millionen Landesbewohnern sind 70 000 Inder und Pakistani, 16 000 Araber, 25 000 Europäer.

Die in Tanganjika verbreiteten Religionsgemeinschaften lassen sich ebensowenig im einzelnen aufzählen. Immerhin kann man sagen, daß der Ostteil, das Küstengebiet, von Mohammedanern bewohnt wird, während im Norden und Westen mehr Christen leben (von ihnen sind 700 000 Katholiken, sie bilden die größte christliche Gruppe des Landes). Vegetation, Klima und Bodenbeschaffenheit sind außerordentlich vielseitig, jedoch bis heute in nur wenigen Regionen einer wirtschaftlichen Entwicklung günstig (41 % des Landes ist Urwald, dazu kommen ausgedehnte Savannen und Steppen). Tanganjika bildet also zur Zeit weder sozial noch wirtschaftlich eine geschlossene Einheit. Einen „Entwicklungsprozeß" für das ganze Land gleichzeitig einzuleiten ist ausgeschlossen.

Die Seeprovinz und ihre Bewohner

Es verwundert daher nicht, daß nach dem Willen der deutschen Bischöfe die Tanganjika-Hilfe der deutschen Katholiken für ein ausgesprochen begrenztes, überschaubares und kontrollierbares Regionalprojekt angewendet werden soll, Das Tanganjika-Projekt 142 lautet genau: Entwicklungsprojekt Mwanza (Sukumaland). Mwanza ist die Hauptstadt der sog. Seeprovinz von Tanganjika.

Die Seeprovinz hat ihren Namen vom Viktoriasee, dessen südlicher Teil die Mitte und den Norden der Provinz weitgehend ausfüllt (der nördliche Teil des Sees gehört zu vier Fünfteln zu Uganda, der Rest zu Kenia). Obgleich die ganz im Nordwesten Tanganjikas gelegene Seeprovinz größenmäßig (101 356 qkm) erst an fünfter Stelle der acht Provinzen des Landes steht, wohnt in ihr doch nahezu ein Fünftel aller Bewohner Tanganjikas (1,85 Millionen). Die Bevölkerungsdichte beträgt hier 19 Menschen pro qkm (in der doppelt so großen Westprovinz kommen nur 5 Menschen auf einen qkm). Das bedeutet, daß die Seeprovinz relativ „reich" ist. Es handelt sich hier um ein gut bewirtschaftetes Agrargebiet. Gebaut werden vor allem Sisal (Tanganjika ist der erste Sisalerzeuger der Welt, die Sisalplantagen befinden sich jedoch meist in den Händen der 1500 Europäer der Provinz), Baumwolle, Erdnüsse und Kaffee; gegraben wird nach Gold und Diamanten (die im Außenhandel Tanganjikas jedoch nur eine untergeordnete Rolle spielen).

Die Gründe für die Bischöfliche Kommission, die Seeprovinz zu unterstützen, waren folgende: Die Provinz ist bereits „entwickelt", verglichen mit anderen Teilen Tanganjikas und Ostafrikas, das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung in der Seeprovinz übersteigt das für Tanganjika durchschnittliche Einkommen von 56 Dollar jährlich beträchtlich. Die sehr zähen, arbeitswilligen einheimischen Sukumabauern besitzen heute die am besten bestellten Felder Tanganjikas. Sie kennen schon in etwa Fruchtfolge, Gründüngung, Mixed-Farming, sie arbeiten auch in Genossenschaften zusammen. Sie sind geistig sehr aufgeschlossen. Man kann hier bereits Bestehendes weiter ausbauen und braucht nicht zu fürchten, daß die Einheimischen neue Formen der Bewirtschaftung nicht verstehen oder sabotieren werden. Die sehr festgefügte Stammesstruktur der Sukumas und die gut funktionierende Selbstverwaltung der Eingeborenen (Native Authority) erleichtert die Zusammenarbeit zwischen Afrikanern und Europäern wesentlich. Sukumaland bietet also unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten alle Voraussetzungen für ein erfolgreiches Pilotprojekt, d. h. ein regionales Entwicklungsprojekt, das zugleich zum Modellprojekt für andere Teile Tanganjikas und Afrikas werden kann.

Dazu kommen noch weitere Gründe: Wenn schon der Einfluß der Katholiken in Tanganjika nicht unbedeutend ist, so ist er in der Seeprovinz mit Sicherheit für afrikanische Verhältnisse ungewöhnlich groß. Von den 23 Häuptlingen Sukumalands sind 21 Katholiken. Die Sukumas stellen den größten Prozentsatz unter den 700 000 Katholiken Tanganjikas. Der 1922 in der Seeprovinz geborene

katholische Führer der Tanganyika African National Union, Julius Nyerere, hat alle Chancen, Premierminister in einem bald unabhängigen Tanganjika zu werden. Der Bischof von Mwanza, der Hauptstadt der Seeprovinz, der Holländer J. Blomjous, ist zudem der Bischöflichen Kommission seit langem gut bekannt. Er bietet die Gewähr für eine sinnvolle Verwendung der von den deutschen Katholiken gespendeten Gelder. Er ist der Antragsteller und der eigentliche Urheber des Mwanza-Projektes.

Grundsätze für die Durchführung des Projektes

Folgende Grundsätze werden bei der Durchführung des Projektes besonders beachtet werden:
1. Der Plan soll — soweit er sich auf ländliche Gebiete bezieht — die bestehende Stammesstruktur einbeziehen.
2. Notwendige Übergänge, die sich aus den modernen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen ergeben und für die Hebung des Lebensstandards unumgänglich sind, sollen allmählich und sorgfältig vorbereitet werden. Die in der Stammeskultur vorhandenen menschlichen, sozialen und kulturellen Werte sollen erhalten bleiben.
3. Die Initiative der Einheimischen, besonders auf genossenschaftlichem Sektor, soll in jeder Weise in die Aktion einbezogen werden.
4. Es soll von vornherein darauf hingearbeitet werden, daß alle Einrichtungen mit der Zeit von Afrikanern übernommen und getragen werden können.
5. Das Projekt Sukumaland soll nicht in Konkurrenz mit den Entwicklungsplänen der Regierung, sondern in Zusammenarbeit mit ihr durchgeführt werden.
6. Soweit es möglich ist, sollen sich alle Projekte wirtschaftlich selbst tragen. (Dieses Prinzip ist bis jetzt in den meisten Pfarreien der Diözese Mwanza verwirklicht worden.)

Das Projekt im einzelnen

Das Projekt besteht aus verschiedenen Einzelmaßnahmen, die sich gegenseitig ergänzen oder bedingen. Das Gesamtprojekt, das zunächst für einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren geplant ist, erstreckt sich auf:
1. landwirtschaftliche Maßnahmen (Schulung und Ausbildung von Bauern, Bewässerung usw.),
2. auf die hauswirtschaftliche Schulung von Mädchen und Frauen,
3. auf die Verbesserung des Gesundheitswesens,
4. auf fürsorgerische Maßnahmen, Errichtung eines Sozialzentrums und eines Sozialen Forschungsinstitutes.

Von den gesamten für das Projekt notwendigen Investitionen tragen die deutschen Katholiken nur einen Teil. Weitere Mittel werden von der Diözese Mwanza, der Native Authority Sukumalands, verschiedenen Ordensgenossenschaften und anderen Geldgebern aufgebracht.

Die Wasserversorgung

Die Bereitstellung von Wasser für die Bewässerung der Felder und zur Trinkwasserversorgung der Bevölkerung Sukumalands ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine wesentliche Verbesserung und Hebung der landwirtschaftlichen Produktion. Der Mangel an Wasser verursacht regelmäßig große Einbußen der Ernte, die gelegentlich zu Hungersnöten führen. Die schlechte Qualität des Wassers, die aus mangelnder Sorgfalt und Hygiene bei der Bereitstellung herrührt, führt häufig zu ansteckenden Krankheiten. Die schlechte Verteilung der Wasserstellen zwingt Menschen und Vieh zu weiten Wanderungen, wobei die riesigen Viehherden, wenn sie sich auf engem Raum zusammendrängen, die Grasnarbe zertrampeln und so wesentlich zur Bodenerosion beitragen.
Die Ursache für die ungenügende Wasserversorgung ist darin zu sehen, daß sich der jährliche Regenfall auf drei oder vier Monate im Jahr konzentriert und die natürlichen Wasserreserven für die lange Trockenzeit nicht ausreichen.
Die Lösung dieses Problems soll versucht werden durch:
1. Erschließung von vorhandenen unterirdischen Quellen,
2. Bau von Wasserleitungen vom Viktoriasee her für nahe am See gelegene Gebiete,
3. Anlage von flachen Brunnen in trockenen Flußläufen, in denen sich unter dem Sand auch in der Trockenzeit noch Wasser findet,
4. Anlage von tiefen Brunnen zur Gewinnung des Tiefenwassers,
5. Aufspeicherung des überschüssigen Regenwassers durch kleinere Dammbauten, wodurch gleichzeitig die Frage des überbewässerten Landes gelöst werden könnte.

Verwirklicht werden können diese Möglichkeiten auf folgende Weise: Mit einer vollständigen Ausrüstung für Brunnenbohrungen und für den Bau von Flachbrunnen und Dämmen soll in Zusammenarbeit mit den örtlichen Behörden nach und nach die Wasserversorgung an verschiedenen Stellen sichergestellt werden. Als erstes sollen zwei kleine Modellprojekte durchgeführt werden, und zwar Anlage eines Tiefbrunnens, mit dem eine kleine Veterinärstation und eine Viehschwemme zur Desinfizierung des Viehs verbunden werden soll, sowie ein kleiner Damm und ein Flachbrunnen.
Das Wasserversorgungsprogramm erstreckt sich über mehrere Jahre. Die Investitionen sollen in den ersten drei Jahren vorgenommen werden.

Im ersten Jahr Bau eines Hauses für europäische Fachleute und Ausrüstung	77 000 DM
Davon sind bereits verfügbar	62 000 DM
Im zweiten Jahr Bau des ersten Modellprojektes, weitere Ausrüstung	57 000 DM
Im dritten Jahr Bau des zweiten Modellprojektes, weitere Ausrüstung	27 000 DM
Die Gesamtinvestitionen belaufen sich demnach auf	161 000 DM

Da 62 000 DM bereits vorhanden sind, wurden bei der Bischöflichen Kommission 99 000 DM als Darlehen beantragt.

Erziehung und Schule

Ein besonderes Problem für alle Entwicklungsländer bildet die Schule. Wie in der Herder-Korrespondenz bereits dargestellt wurde (vgl. 13. Jhg., S. 482 ff.), darf die Schule in diesen Ländern den Abbau und die Überwindung des weitverbreiteten Analphabetismus nicht als Selbstzweck betrachten und betreiben, sondern sie muß hier vor allem funktionales, anwendbares Wissen vermitteln, wenn sie zur Überwindung der Not wirklich beitragen will. Die Schwierigkeit besteht nun fast immer darin, daß in den meisten Entwicklungsländern wohl ein Elementarunterricht vermittelt wird, auf den jedoch keine weitere schu-

lische Ausbildung folgt. (Die Folge dieser einseitigen, halben Schulpolitik sind „Gebildete", die nicht wissen, was sie mit ihren Kenntnissen anfangen sollen.) Der Erziehungsplan der Regierung von Tanganjika sieht einen vierjährigen Elementarunterricht vor, der von 36 Prozent der Kinder im Schulalter besucht werden soll (1950 betrug der Hundertsatz der Schulbesucher 27). Heute besuchen fast 200 000 Kinder die Elementarschulen, zum größten Teil Missionsschulen; 15 000 Schüler besuchen Mittelschulen, 3800 Oberschulen, 1700 Lehrerbildungsanstalten. Aber nur 460 Schüler absolvierten 1956 einen Fachunterricht.

Diesem disproportionierten Schulsystem in Tanganjika gilt es abzuhelfen, zumal der Auf- und Ausbau von fortbildenden Schulen von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung des Landes ist. In Sukumaland sollen daher ausgebaut bzw. neu errichtet werden: die Handwerkerschule von Nyegezi, eine Landwirtschaftsschule in Nyegezi, sowie Kurse zur Weiterbildung von Schulentlassenen und Erwachsenen auf Pfarrebene.

In Nyegezi besteht seit 1930 eine *Handwerkerschule, an* der bisher Schreiner und Mechaniker in Kursen für insgesamt 25 Schüler ausgebildet wurden. Drei europäische Laien und ein Afrikaner lehren hier. Diese Schule soll in fünf Jahren zu einer vollwertigen Handwerkerschule mit verschiedenen Berufssparten ausgebaut werden. Da die Schule die einzige ihrer Art in Nordtanganjika ist, wird sie auch für die Handwerkerausbildung in den übrigen nördlichen Diözesen von Bedeutung sein.

Die Schule soll folgende Handwerkerkurse erhalten: Schreiner, Mechaniker und Schlosser, Bauhandwerker, Schneider, Schuhmacher. Nach dem vollständigen Ausbau wird die Schule 280 Schüler aufnehmen können. Die Aufnahme in die Schule setzt Mittelschulbildung voraus, die Diplome der Schule werden staatlich anerkannt.

Der Ausbau der Schule, in die bisher 180 000 DM investiert wurden, geht in folgenden Etappen vor sich:

1. Etappe 1959: Ausbau der Schreiner- und Mechanikerabteilung, Einführung von Maurerkursen	171 000 DM
Davon sind bereits verfügbar	55 000 DM
2. Etappe 1960: Erweiterung der Abteilungen und der Lehrerwohnungen	110 000 DM
3. Etappe 1961: Weiterer Ausbau, Einführung des Schneiderkurses	101 000 DM
4. Etappe 1962: Wie 1961, Einführung des Schuhmacherkurses	107 000 DM
5. Etappe 1963: Vollendung der Abteilungen	106 000 DM

Die Gesamtsumme der geplanten Investitionen beträgt demnach 595 000 DM. Die laufenden Kosten der Schule werden durch die Einnahmen finanziert werden können. Die Schule wird einen jährlichen Ertrag erwirtschaften. Von der Bischöflichen Kommission wurden 540 000 DM als Darlehen beantragt.

Die neuzugründende *Landwirtschaftsschule* in Nyegezi soll zur allmählichen Verbesserung der Landwirtschaft und zur Heranbildung gut geschulter afrikanischer Bauern dienen. Mit ihr wird eine landwirtschaftliche Versuchsanstalt und eine Veterinärstation verbunden sein, die vom Institut für Tropische Landwirtschaft Wageningen (Niederlande) geführt werden wird.

Die Erfahrungen mit der Landwirtschaftsschule der Regierung in Ukirigulu, die nur landwirtschaftliche Regierungsinspektoren ausbildet, haben erwiesen, daß das System der landwirtschaftlichen Beratung durch die Regierung nicht geeignet ist, die Landwirtschaft wesentlich zu verbessern. Die in Nyegezi geplante Schule stellt ihre Ausbildungsziele bewußt auf die praktische Ausbildung von Bauern ab. Dabei will sie besonderen Wert auf die Überwindung der Probleme legen, die sich aus den traditionellen, noch primitiven Arbeitsmethoden u. a. ergeben.

Besondere Probleme der Landwirtschaft Sukumalands sind:

1. das Bodenrecht, nach dem der Stamm Eigentümer des Bodens, der einzelne Afrikaner nur Nutznießer ist. Diese Rechtsform hat schwerwiegende Folgen für die Erhaltung der wirtschaftlichen Produktivität der Böden;
2. die Wind- und Wassererosion (häufig verursacht durch die zu zahlreichen Rinderherden);
3. die extensiven, z. T. primitiven Formen der Bebauung, die die an sich vorhandenen Möglichkeiten bei weitem nicht ausnutzen;
4. die Überstockung des Viehbestandes;
5. die geringe Qualität des Viehs;
6. die verschiedene Qualität der Böden, verbunden mit dem Problem des Wasserhaushaltes. (50 Prozent der Böden sind schwere, dunkle Tonböden, die in der Regenzeit nicht bebaut werden können. Anderseits gibt es auch zahlreiche Sandböden, die im Sommer unter Wassermangel leiden.) Hieraus ergibt sich auch die besondere Dringlichkeit des Wasserversorgungsprogrammes.

Die geplante Landwirtschaftsschule soll 150 Schüler aufnehmen können. Der Stab wird aus zwei europäischen und vier afrikanischen Lehrkräften sowie aus einigen europäischen short-time-Instruktoren bestehen.

Der Ausbau der Schule wird in vier Stufen erfolgen (1959 bis 1962). Die Gesamtsumme der geplanten Investitionen beträgt 424 500 DM. Sie wurde bei der Bischöflichen Kommission als Darlehen beantragt.

Die Notwendigkeit der *Pfarrkurse* zur Weiterbildung der Jugend ergibt sich daraus, daß 85 Prozent der Schulentlassenen nicht in der Lage sind, eine Mittelschule zu besuchen und, da sie meist noch zu jung sind, um einer regelmäßigen Beschäftigung nachzugehen, die Gefahr besteht, daß diese Jugend verwildert. Die Pfarreien wollen daher Kurse einrichten, in denen der Jugend und möglichst vielen Erwachsenen moderne handwerkliche und landwirtschaftliche Techniken von geschulten Lehrkräften beigebracht werden. Daneben sollen auch Bürgerkunde, Englisch, andere allgemeine Fächer und Religion gelehrt werden.

Zur Zeit existieren bereits drei solcher Kurse für Jungen (280 Schüler) und vier hauswirtschaftliche für Mädchen und Frauen (162 Schüler). Geplant sind für die nächsten fünf Jahre weitere 39 Kurse (20 für Jungen und 19 für Mädchen), so daß jede Pfarrei einen solchen Kursus haben wird. Die Kurse werden in eigenen Schulgebäuden durchgeführt, die aus einem Klassenraum und einem Arbeitsraum bestehen. Die Kosten für ein Gebäude betragen 7670 DM (Einheitstyp, dessen Bauelemente in der Handwerkerschule Nyegezi hergestellt werden). Die Kosten für die Einrichtung belaufen sich auf 1475 DM. Die Gesamtinvestition für 39 Kurse beträgt demnach 356 655 DM. Die Unterhaltungskosten werden durch Schulgelder und Zuschüsse der Native Authority gedeckt.

Bei der Bischöflichen Kommission wurden für 16 Fortbildungskurse 146 320 DM als Schenkung beantragt.

Verbesserung des Gesundheitswesens

Die Gesundheit der Sukumas wird heute nicht nur von den bekannten Tropenkrankheiten einschließlich der Lepra bedroht, sondern vor allem von der ungeheuer um sich greifenden Tbc, die den Afrikaner viel heftiger angreift als den immunisierten Europäer. Es kommt dabei nicht nur auf eine gute Behandlung der Kranken an, sondern auch darauf, durch vorbeugende medizinische Maßnahmen und Verbesserung der Ernährung den zahlreichen Krankheiten, vor allem der Tbc, den Boden zu entziehen. Der hygienischen Erziehung der Bevölkerung kommt dabei besondere Bedeutung zu.

Vorgesehen sind folgende Maßnahmen:

1. Ausbau bzw. Neuerrichtung der Krankenhäuser in den vier Verwaltungsbezirken Sukumalands: Geita, Mwanza, Kwimba und Ukerewe;
2. systematische Bekämpfung der Tbc und Vorbeugung, ausgehend von einem Tbc-Zentrum in Bukumbi;
3. Einrichtung verschiedener spezialisierter Gesundheitsdienste;
4. medizinisch-hygienische Betreuung und Erziehung der Bevölkerung durch Hausbesuche, Vorführungen, ausgehend von den einzelnen Krankenhäusern;
5. Ausbildung von einheimischen Krankenschwestern, Hebammen und medizinischen Assistenten.

Im Kwimba-Distrikt mit 300 000 Einwohnern gibt es zur Zeit nur das Krankenhaus in *Sumwe*, zu dem weitere vier Dispensaries sowie zwei mit Maternity verbundene Dispensaries gehören. Dieses Krankenhaus soll vergrößert und modernisiert werden. U. a. soll es eine gut eingerichtete chirurgische Klinik erhalten. Nach Fertigstellung wird das Haus mindestens 250 Betten haben (auf ein Bett kommen demnach 1200 Distriktsbewohner, in der Bundesrepublik kommen auf ein Krankenhausbett 101 Bewohner). Der Stab besteht aus zwei Ärzten (ein Arzt kommt hier auf 150 000 Menschen, in der Bundesrepublik ein Arzt auf 740 Einwohner), 13 qualifizierten Schwestern, Hebammen und medizinischen Assistenten sowie weiteren 11 Helfern.

Die Neuinvestitionen für eine Krankenhausabteilung für Männer, Frauen und Kinder, für eine Entbindungsabteilung und einem Operationssaal belaufen sich auf 613 000 DM (Gebäude und Einrichtungen).

Die Kosten für zwei weitere Dispensaries betragen 68 000 DM.

Bei der Bischöflichen Kommission wurden 400 000 DM als Darlehen beantragt. Die Rückzahlung des Darlehens erscheint gesichert, da das Krankenhaus Sumwe regelmäßig Erträge erwirtschaftet. Sie belaufen sich auf jährlich 110 000 DM Reinertrag. Eine Rückzahlung innerhalb von fünf Jahren in jährlichen Raten von 80 000 DM ist daher möglich.

Für den Distrikt Mwanza ist das Krankenhaus in *Bukumbi* zuständig. Es dient einer Bevölkerung von 223 000 Menschen. Zur Zeit hat es 60 Betten, nach dem Ausbau soll es über 120 verfügen. Das Personal besteht aus einem Arzt und sechs afrikanischen und europäischen Krankenschwestern. Mit dem Krankenhaus Bukumbi sollen — da es sehr günstig gelegen ist — verschiedene spezialisierte Gesundheitsdienste und ein Ausbildungszentrum für Krankenpflege verbunden werden, desgleichen das erwähnte Zentrum für Tbc-Bekämpfung, alles Einrichtungen von überregionaler Bedeutung.

Geplant sind folgende Investitionen: Poliklinik, OP, Schwesternhaus, Wohnungen für den zusätzlichen Stab, Männer-Isolierabteilung, Klasse-Abteilung, Labor, Wäscherei, Wasserversorgung, elektrische Installation. Für alle diese Gebäude und Einrichtungen werden 1 050 000 DM benötigt.

Für ein geplantes Zentrum für Zahnbehandlung (das erste für Sukumaland), ein Zentrum für Blinde, eine medizinische Forschungsstation, für ein Ausbildungszentrum für Krankenschwestern würden weitere 1 600 000 DM benötigt.

Die Finanzierung der zuerst aufgeführten Investitionen von 1 050 000 DM ist zum Teil gesichert. Die Finanzierung der restlichen 1 600 000 DM ist dagegen noch offen. Von den deutschen Katholiken wurden 34 000 DM als Darlehen für die Installierung der Wasserversorgung erbeten.

Für den Ausbau des Krankenhauses *Kagunguli* (Ukerewe) (neue Maternity, Wasserversorgung u. a.), der sich auf 240 000 DM belaufen wird, wurden bei der Bischöflichen Kommission 180 000 DM beantragt. Entsprechend wurde für die Neuerrichtung des Krankenhauses in *Kibara* (Ukerewe) (mit 60 Betten), dessen Kosten sich auf 250 000 DM belaufen, 125 000 DM als Darlehen bei der Bischöflichen Kommission beantragt.

Das neugeplante Krankenhaus in *Sengerema* soll die Bewohner des Geita-Distrikts gesundheitlich betreuen. Im Geita-Distrikt lebten noch vor wenigen Jahren nur 25 000 Menschen, heute sind es 270 000, für die bis jetzt im Regierungskrankenhaus in Geita nur 60 Betten zur Verfügung stehen. Der Neubau wird 200 Betten aufweisen, ferner ist hier eine überregionale Ausbildungsstätte für Hebammen, Krankenschwestern und medizinische Assistenten vorgesehen. (Medizinische Assistenten können selbständig ein Dispensary leiten. Bisher gab es für ganz Tanganjika nur eine Ausbildungsstätte für medizinische Assistenten in der Hauptstadt Dar-es-Salaam.) Dem Krankenhaus sollen sechs Dispensaries und weitere vier mit Maternity angeschlossen werden.

Der Stab wird aus einem Arzt (später wird ein zweiter folgen), 8 Barmherzigen Brüdern von Helvoirt, 5 Barmherzigen Schwestern vom hl. Borromäus (von Maastricht) und einer Reihe einheimischer Schwestern und Assistenten bestehen.

Die Investitionskosten für das Krankenhaus (ohne die Kosten für das Ausbildungszentrum) werden 1 380 000 DM betragen (980 000 DM Baukosten und 400 000 DM Einrichtungskosten). Die Kosten für die geplanten Dispensaries belaufen sich auf 238 000 DM. Der Bau wird in mehreren Stufen vor sich gehen. Die für den ersten Ausbau (100 Betten) notwendige Summe von ca. 700 000 DM soll aufgebracht werden von der Pius-XII.-Stiftung (250 000 DM) und von den deutschen Katholiken (450 000 DM). Die Dispensaries werden durch die Native Authority finanziert. Von der bei der Bischöflichen Kommission erbetenen Hilfe sind 300 000 DM als Darlehen und 150 000 DM als Schenkung beantragt. Mit dem Bau wurde bereits begonnen.

Für die weitere systematische *medizinische Betreuung* der Bevölkerung von Sukumaland sind zunächst vier Ambulanzwagen notwendig (ausgebildetes einheimisches Personal steht dafür zur Verfügung). Die vier Wagen kommen auf 96 000 DM. Bei der Bischöflichen Kommission wurden zwei Wagen (48 000 DM) als Schenkung beantragt.

Mit der Errichtung eines *Tbc-Zentrums* in Bukumbi, dem ein Tbc-Facharzt vorstehen wird und das im Zusammenhang mit der medizinisch-hygienischen Betreuung der Bevölkerung ein Programm von vorbeugenden und heilenden Maßnahmen durchführen will, soll versucht werden, der Tbc in diesem Teil Tanganjikas Herr zu werden. Die gleichzeitig auf dem Gebiete der Landwirtschaft und Ernährung durchgeführten und durchzuführenden Maßnahmen eröffnen dem Vorhaben gute Erfolgschancen. Die Kosten für das Tbc-Zentrum werden mit 400 000 DM veranschlagt (beantragt wurden bei der Bischöflichen Kommission 150 000 DM).

Einrichtung von sozialen Zentren

In Nyegezi soll ferner ein *Community Development Training Center* errichtet werden. Der Begriff des Community Development läßt sich am besten mit Gemeinwesenentwicklung übersetzen. Das Community Development berücksichtigt die verschiedenen Aspekte der Gemeinschaft und Gemeinschaftsbildung und umfaßt alle Maßnahmen, die auf die Entwicklung der Gemeinwesen in kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht abzielen. Der Begriff ist zunächst ein nur technischer. Community Development vermittelt alle Techniken, mit denen ein Gemeinwesen auf eine gesunde Grundlage gestellt werden kann. Unter kulturellem Aspekt wird jedoch ein Ideal vorausgesetzt, auf das das Gemeinwesen hinorientiert werden soll. Das Ideal, von dem das Center in Nyegezi ausgeht, ist das der afrikanischen christlichen Gemeinde und Gemeinschaft.

Das Center wird sich in zwei Zweige gliedern, wobei die allgemeinen Fächer für beide Zweige gelten. In besonderen Kursen werden Genossenschaftler und Gewerkschaftler, andererseits Hauswirtschaftslehrerinnen und Sozialarbeiterinnen (Sozialfürsorgerinnen) ausgebildet. Die Schule wird von zwei Weißen Vätern geleitet, der weitere Lehrkörper soll aus vier Laien bestehen. An Investitionen sind erforderlich für die Ausbildung der weiblichen Kräfte 330 000 DM, für die männlichen Kräfte 1 046 000 DM. Von den deutschen Katholiken wurden hierfür 310 000 DM als Schenkung erbeten.

Desgleichen soll in Mwanza ein *Sozialzentrum* errichtet werden, das den Zuwanderern aus den ländlichen Bezirken die Anpassung an die städtischen Verhältnisse in der Großstadt Mwanza erleichtert. Drei amerikanische Fürsorgerinnen stehen für diese Aufgabe bereits zur Verfügung. Die Investitionskosten für das Zentrum sind auf 195 000 DM veranschlagt. Von den deutschen Katholiken wurden dazu 110 000 DM als Schenkung erbeten.

Schließlich ist auch die Errichtung eines *katholischen sozialen Forschungsinstitutes* in Nyegezi (Social Research Center) geplant. Eine solche Einrichtung ist bekanntlich die Voraussetzung aller Entwicklungsplanung. Denn nur ein solches wissenschaftliches Institut vermag die notwendigen Kenntnisse der sozialen und wirtschaftlichen Daten exakt und umfassend zu erstellen. Das Institut wird sich jedoch nicht nur auf Analysen beschränken, sondern soll auch Lösungsvorschläge erarbeiten. Ein Ethnologe und ein Soziograph stehen bereits zur Verfügung. Ein Soziologe mit Erfahrungen wird noch gesucht.

Die Kosten des Projekts werden auf 258 000 DM veranschlagt. Bei der Bischöflichen Kommission wurden 120 000 DM als Schenkung beantragt.

Der Finanzierungsplan

Das gesamte Projekt gliedert sich demnach wie folgt auf:

	Gesamte Neuinvestition	Bei der Bischöflichen Kommission beantragt
Handwerkerschule Nyegezi	595 000 DM	540 000 DM (Darlehen)
Landwirtschaftsschule Nyegezi	424 500 DM	424 500 DM (Darlehen)
Wasserversorgungsprogramm	161 000 DM	99 000 DM (Darlehen)
Nachschulische Fortbildung	356 655 DM	146 320 DM (Schenkung)
Krankenhaus Sumwe	681 000 DM	400 000 DM (Darlehen)
Krankenhaus Bukumbi	2 836 000 DM	34 000 DM (Darlehen)
Krankenhaus Kagunguli	375 000 DM	180 000 DM (Darlehen)
Krankenhaus Kibara	250 000 DM	125 000 DM (Darlehen)
Krankenhaus Sengerema	1 618 000 DM	450 000 DM (300 000 DM Darlehen, Rest Schenkung)
Medizinisch-hygienische Betreuung d. Bevölkerung	132 000 DM	48 000 DM (Schenkung)
Tbc-Zentrum Bukumbi	400 000 DM	150 000 DM (Schenkung)
Community Development Training Centre Nyegezi	1 379 000 DM	310 000 DM (Schenkung)
Sozialzentrum Mwanza	195 000 DM	110 000 DM (Schenkung)
Katholisches Soziales Forschungszentrum Nyegezi	522 000 DM	120 000 DM (Schenkung)

Die Gesamtsumme der vorgesehenen Investitionen beträgt also 9 925 155 DM. (Diese Summe wird sich noch etwas erhöhen, da noch nicht alle Zahlen vorliegen.) Von den deutschen Katholiken wurden bisher 3 036 820 DM erbeten, 1 034 320 DM als Schenkung und 2 002 500 DM als Darlehen. Die Darlehen werden praktisch zinslos gewährt (nur 1 % wird zur Deckung der Verwaltungskosten erhoben). (Die restlichen ca. 670 000 DM, die von der Bischöflichen Kommission für Tanganjika bewilligt wurden, verteilen sich auf Planungen in Provinzen, die nicht zur Diözese Mwanza gehören.)

Trägerschaft

Um den gesamten Plan, auf dessen inneren Zusammenhang es entscheidend ankommt, auch institutionell zu sichern und um eine rationelle und aufeinander abgestimmte Durchführung zu gewährleisten, soll eine eigene Institution, die Sukumaland Development Corporation, gegründet werden. Diese Organisation, die Rechtscharakter erhalten und von einem Geschäftsführer geleitet werden soll, hätte vor allem über die Durchführung der einzelnen Projekte sowie über die Verwendung der Gelder zu wachen. Sie soll jedoch auch weitere Initiativen für die Entwicklung Sukumalands einleiten, insbesondere durch Beschaffung von Mitteln von der FAO, der WHO, der Ford- und Rockefeller Foundation usw. Der Vorstand wird aus Vertretern der Kirche und Vertretern der Einheimischen (Häuptlinge und andere prominente Afrikaner) gebildet werden. Als Träger der Projekte im juristischen Sinne kommen die Diözese, eigene Trägergesellschaften, die noch zu bilden sind und in denen auch die Diözese vertreten sein wird, sowie die Pius-XII.-Stiftung (für das Krankenhaus in Sengerema) in Frage.

Die Bedeutung des Projekts für Tanganjika

Wenn alle Verantwortlichen und Beteiligten das hier beschriebene Projekt Sukumaland mit der gleichen Umsicht und Gewissenhaftigkeit, mit der es geplant ist, nach und nach zu verwirklichen suchen, dann wird Gottes Segen gewiß nicht ausbleiben und dem Bemühen um eine „Entwicklung" der Region Erfolg schenken.

Welche Bedeutung hätte ein „entwickeltes" Sukumaland für Tanganjika? Tanganjika verfügte dann mit Sukumaland über eine Region, die nicht mehr unter offenem und latentem Hunger litte, nicht mehr unter hoher Sterblichkeit, Kindersterblichkeit, nicht mehr unter Krankheiten und Seuchen, nicht mehr unter Unwissenheit und Analphabetismus und elenden Wohnverhältnissen. Kurz: Tanganjika besäße in Sukumaland eine Region, die nicht mehr unter den Faktoren litte, die bisher alle Bemühungen und Anstrengungen um ein menschenwürdiges Dasein immer wieder in Frage stellten oder zunichte machten. Ein „entwickeltes" Sukumaland bedeutete für Tanganjika, eine Provinz zu haben, in der nicht etwa eine Statik wohlgeordneter Verhältnisse erreicht wäre, sondern in der die negativen und instabilen sozialen und wirtschaftlichen Faktoren ausgemerzt wären. Das heißt: der allen sozialen und wirtschaftlichen Prozessen eigentümliche Trend mit entweder positiven oder negativen Folgen würde durch die Verwirklichung des Projekts mit Sicherheit in generell positive Richtung gelenkt werden (was bis jetzt noch nicht der Fall ist). Im Umschlagen-Lassen negativer oder instabiler sozialer und wirtschaftlicher Trends einer Region in positive — durch geeignete gesteuerte und als Ganzes konzipierte Maßnahmen — besteht die eigentliche Aufgabe und Leistung struktureller „Entwicklungshilfe".

Wird durch die Verwirklichung des Projekts in der Seeprovinz eine positive Entwicklung eingeleitet und gelingt es, auch in anderen Regionen Tanganjikas einen solchen Prozeß mit positiven Folgen einzuleiten, etwa in dem durch den Handel relativ reichen Gebiet an der Ostküste und im Kilimandscharogebiet, wo die Dschagga heute schon aus ihrer Landarbeit Überschüsse erwirtschaften, dann wäre es nur eine Frage der Zeit, bis Tanganjika über drei oder vier „Wohlstandszentren" verfügte. Von ihnen aus müßten dann die dazwischen liegenden „unterentwickelten" Gebiete saniert und „entwickelt" werden.

Ökumenische Nachrichten

Die Orthodoxie am Jahresanfang 1960

Nachdem es in den vergangenen Jahren dem Moskauer Patriarchat wiederholt gelungen war, die Weltorthodoxie mehr oder weniger vollständig bei sich zu versammeln, scheint sich jetzt das Schwergewicht orthodoxer Einheitsbestrebungen in die Bereiche der griechisch-orthodoxen Kirchen des östlichen Mittelmeerraumes zu verlagern. Eifrige Förderer der panorthodoxen Bewegung sind hier die Patriarchen der alten historischen Sitze von Alexandrien, Antiochien, Konstantinopel und Jerusalem. Dem Patriarchen von Konstantinopel, dem das Ehrenprimat in der Orthodoxie zukommt, ist es gelungen, auf diesem Wege am weitesten vorzudringen. Voraussetzung und Grundlage seines Einflusses sind das in Europa, Amerika, Australien und Afrika verstreute, großenteils recht einflußreiche Griechentum, die von ihm konsequent unterstützte Ökumenische Bewegung mit ihren Organisationen und Verbindungen in aller Welt und nicht zuletzt sein persönliches Geschick, das ihm viele Wege auch im Spiel der internationalen Politik geöffnet hat.

Zum Studium der Probleme und Möglichkeiten eines engeren Zusammenschlusses der orthodoxen Kirchen und der Wiedervereinigung der monophysitischen und nestorianischen östlichen Nationalkirchen mit der Orthodoxie wurde beim Patriarchat Konstantinopel kürzlich ein Synodalausschuß für gesamtchristliche Fragen gebildet. Patriarch Athenagoras I. hat sich ferner zu einer persönlichen Initiative entschlossen, der außerordentliche Bedeutung zukommt. Die Tradition seiner Vorgänger durchbrechend, die seit der Eroberung Konstantinopels durch die Türken im Jahre 1453 weder die Türkei verließen noch die ihnen im Rang nachstehenden anderen drei östlichen Patriarchen besuchten, begab er sich Mitte November vergangenen Jahres auf eine Reise in den Nahen Osten, um die Patriarchen von Alexandrien, Antiochien und Jerusalem zu besuchen. Offiziell sind dies Gegenbesuche, aber der eigentliche Zweck der Reise ist — im kirchlichen Sinn — hochpolitisch: Athenagoras I. möchte mit seinen Amtsbrüdern einen engeren Zusammenschluß und eine Stärkung der orthodoxen Kirche im Nahen Osten erreichen. Es müssen also die brennenden Probleme des Verhältnisses zwischen Griechen und Arabern innerhalb der Orthodoxen Kirche und zwischen der Kirche und den arabischen Staaten besprochen werden. Auf der Basis einer nach außen hin und in ihrem inneren Zusammenhalt gestärkten Orthodoxie ist sodann das Problem der Wiedervereinigung mit den monophysitischen Armeniern und Kopten dringend, und alles das soll schließlich den nötigen Rückhalt für ein geschlossenes Auftreten gegenüber den anderen christlichen Kirchen und im Weltrat der Kirchen sichern. Athenagoras I. will sogar das Risiko eingehen, diese für die Orthodoxe Kirche lebenswichtigen Fragen auf einer panorthodoxen Synode verhandeln zu lassen.

Vorbereitungen einer panorthodoxen Synode

Zunächst ist eine vorbereitende panorthodoxe Konferenz für Juli dieses Jahres auf der zum kirchlichen Jurisdiktionsbereich des Patriarchen von Konstantinopel gehörenden griechischen Insel Rhodos vorgesehen. Aller Voraussicht nach werden die hier zusammenkommenden orthodoxen Kirchenführer eine für die Gesamtorthodoxie repräsentative Erklärung zum Problem der gesamtchristlichen Wiedervereinigung ausarbeiten, die sowohl dem Weltrat der Kirchen als auch Rom vorgelegt werden soll, so daß sich sowohl die 3. Vollversammlung des Weltrats der Kirchen als auch das geplante Konzil der katholischen Kirche damit zu befassen haben werden. Ob der Patriarch von Konstantinopel mit diesem Zeitplan Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten. Die außerordentlich rege Reisetätigkeit orthodoxer Hierarchen und Kirchenoberhäupter dient offensichtlich der Vorbereitung dieser Konferenz. Aber ihr Zustandekommen ist natürlich durch eine Verständigung unter den orthodoxen Kirchen außerhalb des kommunistischen Machtbereichs allein nicht gesichert. Zustandekommen und Erfolg hängen weitgehend von der Teilnahme und der Haltung der Russischen Kirche und der übrigen autokephalen Kirchen unter kommunistischer Herrschaft ab. Schon diese Vorkonferenz hätte alle Chan-

cen, einen historischen Wendepunkt in der neueren Geschichte der Orthodoxie zu markieren. Die letzten Jahre haben gezeigt, daß man in der Orthodoxie allenthalben gewillt und bemüht ist, innere Gegensätze auszugleichen. Ein Musterfall dafür war die Neuwahl des Patriarchen von Antiochien (November 1958), bei der erhebliche politische, kirchenpolitische und nationale Gegensätze durch freiwillige Verzichte und kluge Zurückhaltung schnell überwunden werden konnten. Auch der Gegensatz zwischen den repräsentativsten orthodoxen Patriarchaten — Konstantinopel und Moskau — ist merklich entschärft, so daß Athenagoras I. hoffen kann, daß die Russen und in ihrem Gefolge die orthodoxen Vertreter aus Rumänien, Bulgarien und den anderen Volksdemokratien nach Rhodos kommen.

Die große Unbekannte ist hier die Entscheidung der sowjetischen Außenpolitik. Wird diese, ihrer bisherigen Linie folgend, trotz verschärfter antireligiöser und antikirchlicher Propaganda in Presse und Öffentlichkeit der Sowjetunion die Kirche nach außen hin weiterhin stützen und versuchen, über die Delegation des Moskauer Patriarchats die Konferenz auf Rhodos zum außenpolitischen Erfolg umzumünzen? Zweifellos eine schwierige Entscheidung für die Sowjets, denn auch die Initiative des Patriarchen von Konstantinopel ist hinsichtlich ihrer politischen Abstützung nicht ganz durchsichtig. Gewiß, auch die Türkei, die in letzter Zeit einen merklichen Umschwung zugunsten eines positiven Verhältnisses zum Patriarchen von Konstantinopel vollzogen hat und ihm den Salonwagen des türkischen Staatspräsidenten für seine Reise zur Verfügung stellte, gehört zur NATO. Aber auch Staatspräsident Nasser hat bei der Ankunft Athenagoras' in Damaskus offizielle Ehrungen in Szene setzen lassen, wie sie von mohammedanischer Seite niemals zuvor einem christlichen Kirchenführer bezeigt worden sind („Christ und Welt", 10. 12. 59).

Russische Kirche und Weltrat der Kirchen

Ein gutes Vorzeichen für Rhodos ist die positive Einstellung, die in letzter Zeit vom Moskauer Patriarchat der Ökumenischen Bewegung gegenüber gezeigt wird. Eine Annäherung an den Weltrat der Kirchen bringt die Russische Kirche auch den in ihm mitarbeitenden anderen orthodoxen Kirchen näher. Metropolit Nikolaj hat als Leiter des Außenamts des Moskauer Patriarchats der letztjährigen Tagung des Zentralausschusses des Weltrats auf Rhodos eine Grußbotschaft zukommen lassen, die von einer „großen Sympathie für die Ökumenische Bewegung" spricht und entgegen der früheren Linie des Moskauer Patriarchats auch zustimmende Worte für die soziale Aufgabenstellung des Weltrats enthält. „Wir Orthodoxen können nur mit den Maßnahmen sympathisieren, die der Weltrat der Kirchen ergriffen hat und die auf eine Lösung vieler sozialer Probleme unserer Zeit abzielen. Der Kampf gegen soziale Unwahrhaftigkeit — denn wir haben die Wahrheit Christi erkannt —, die Bemühungen, den unterentwickelten Völkern zu helfen, die Verurteilung von Kolonialpolitik und Rassendiskriminierung, all das verdient nach den Geboten des christlichen Glaubens die aktive Unterstützung aller Christen." Doch nach wie vor sieht die Russische Kirche die Hauptaufgabe in der Wiederherstellung der dogmatischen Einheit. „Jedoch halte ich es für notwendig", fährt der Metropolit fort, „die Hoffnung auszusprechen, daß die sozialen Anliegen des Weltrates der Kirchen nicht die Hauptaufgabe der Ökumenischen Bewegung überschatten mögen, die durch verschiedene Auslegungen zerstörte Einheit im Glauben wiederherzustellen. Wir Christen müssen über den politischen Gegensätzen unserer Zeit stehen und den gespaltenen Völkern ein Vorbild an Einsicht, Frieden, Brüderlichkeit und Liebe geben, indem wir aller selbstgenügsamen Isolierung und allen Formen von Unfreundlichkeit absagen" (OePD, 28. 8. 59).

Eine Delegation des Weltrats unter Führung des Generalsekretärs Dr. Visser 't Hooft stattete im Dezember der Russischen Kirche einen zweiwöchigen Besuch ab. In Erwiderung der russischen Besuche in Utrecht und Genf ist damit zum ersten Mal eine internationale ökumenische Gruppe Gast des Moskauer Patriarchen gewesen.

Ein engerer organisatorischer Kontakt konnte allerdings noch immer nicht hergestellt werden. Die Delegation unterstrich eindringlich — besonders durch Ausführungen des Direktors der Kommission für Internationale Angelegenheiten, Dr. Nolde —, daß sich der Weltrat der Kirchen nicht mit „vagen Allgemeinheiten" zufriedengeben könne (Frieden, allgemeine Abrüstung usw.), die „harten Realitäten des politischen Alltags" zu sehen habe und die innere Entscheidungsfreiheit haben müsse, um „seine Positionen festlegen und gegebenenfalls solche Regierungen kritisieren zu können, die die Freiheit und den Frieden gefährdeten". Unter dem Eindruck dieser Erklärungen konnte das politisch gebundene Moskauer Patriarchat natürlich nicht über eine Mitgliedschaft im Weltrat verhandeln, da es einseitig auf die sowjetische Friedensbewegung festgelegt ist.

Dr. Visser 't Hooft teilte nach Rückkehr mit, daß keine offiziellen Verhandlungen geführt, jedoch die Möglichkeiten zur Erweiterung der Kontakte ausführlich erörtert wurden. Man rechne besonders mit einem verstärkten Besuchs- und Literaturaustausch (OePD, 22. 12. 59). Zweifellos wird das Ergebnis sich in irgendeiner Form auch auf die Beziehungen der russischen zu den anderen orthodoxen Kirchen auswirken. Seit dem Entstehen der Ökumenischen Bewegung in den zwanziger Jahren hat es sich immer wieder gezeigt, daß die Kontakte mit ihr der Selbstbesinnung der Orthodoxen und dem gesamtorthodoxen Einheitsbewußtsein sehr förderlich waren. In klarer Erkenntnis dieses Sachverhalts plant der Patriarch von Konstantinopel auf der Insel Rhodos die Errichtung eines Ökumenischen Zentrums im Kloster Philerimos, das ab Sommer 1960 alljährlich Hierarchen, Kleriker und Theologen aller orthodoxen Kirchen zu ökumenischen Studien vereinen und unter ihnen eine einheitliche Meinungsbildung fördern soll. Die Russische Kirche soll ihr Interesse an diesem Institut bereits geäußert haben (OePD, 2. 10. 59), wie bereits Erzbischof Jakovos von New York bekanntgegeben hatte (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 67).

... und Rom

Wenn die panorthodoxe Konferenz auf Rhodos den doppelten Anruf der westlichen Christenheit zu beantworten haben wird — die Vereinigungsbemühungen der Ökumenischen Bewegung und den Konzilsplan des Papstes —, wird die Stimme der Russischen Kirche von ausschlaggebender Bedeutung sein. Vorläufig sind die Tendenzen innerhalb der Russischen Kirche schwer einzusehen. Die traditionelle Haltung der Russen ist, die Reforma-

tion als inneres Problem des Westens zu betrachten und erst nach seiner Bereinigung das Wiedervereinigungsgespräch mit dem Westen, d. h. mit der katholischen Kirche, aufnehmen zu wollen. Man wird sich erinnern müssen, daß der — jetzt allerdings im Hintergrund verschwundene — Hauptsprecher des Moskauer Patriarchats gegen die Beteiligung an der Ökumenischen Bewegung auf dem Moskauer Konzil von 1948 versicherte, die Russische Kirche werde sich von der Ökumenischen Bewegung niemals für eine gegen die katholische Kirche gerichtete Politik gebrauchen lassen. Die Haltung zu Rom und zur Reformation hat Nikolaj Uspenskij, Professor der Leningrader Geistlichen Akademie, auf einer ökumenischen Studientagung in Helsinki im Mai 1958 folgendermaßen umrissen: „Die Orthodoxe Kirche und insbesondere die russisch-orthodoxe Regionalkirche ist betrübt sowohl über den 1054 erfolgten Bruch der Römischen Regionalkirche mit der Griechischen Kirche als auch über die in der Römischen Kirche selbst vor sich gegangenen Glaubensabweichungen von der Grundlage der Konziliarität (Sobornost'), als diese Kirche, die doch nur eine Regionalkirche war, neue Dogmen vorzubringen begann. Sie ist betrübt auch über jene Unordnungen in der Römischen Kirche, die im 16. Jahrhundert zum Aufkommen neuer christlicher Bekenntnisse in ihrem Schoße führten, die jener ersten Eigenschaft konziliarischen Wesens (Sobornost') entbehrten, von der der hl. Ignatius von Smyrna schrieb, nämlich der Hierarchie, die die apostolische Sukzession (in) der Gnade hat. Aber sie hat bis heute ‚konziliär' weder die Hierarchie der Römischen Kirche noch ihr Volk, noch die Reformatoren und ihre Anhänger verurteilt, wie sie das mit den alten Häretikern und Schismatikern tat, denn sie sieht bei ihnen keine Verstockung gegen die ihrem Wesen nach konziliäre Kirche, wie sie jene zeigten. Sie glaubt: ‚Wenn auch einige von den Zweigen ausgebrochen sind ... Gott kann sie wohl wieder einpfropfen' (Röm. 11, 17 und 23)" (Journal des Moskauer Patriarchats Nr. 7, 1959, S. 51).

Über verschiedene Verlautbarungen des Patriarchen von Konstantinopel, der die Annäherung an die katholische Kirche wärmstens begrüßt, falls der Papst nur von der Position eines Patriarchen des Westens aus verhandelt, anderseits aber die Wiedervereinigung der Christenheit mit Einschluß der Protestanten verwirklicht sehen will, haben wir früher berichtet. Athenagoras I. sucht die hinsichtlich der Probleme gesamtchristlichen Zusammenschlusses in der griechischen Orthodoxie bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu vereinen. Die ökumenische Linie wird vor allem durch eine starke Gruppe von Theologieprofessoren befolgt; ihr steht ein mehr katholisch orientierter Teil der Hierarchie gegenüber. Der frühere Vertreter des Patriarchen von Konstantinopel beim Weltrat der Kirchen und jetziger Exarch in Amerika, Erzbischof Jakovos, hat bei voller Stützung der ökumenischen Kirchenpolitik seines Patriarchen zu verstehen gegeben, daß sich die orthodoxe Kirche der katholischen gegenüber viel verwandter fühlt als den Protestanten gegenüber. Unmißverständlich hat sich der einflußreiche Exarch des Patriarchen von Antiochien in Amerika, Erzbischof Antonius Bashir, zum Sprecher der katholisierenden Gruppe in der Orthodoxie gemacht. Er forderte alle orthodoxen Kirchenführer auf, die mit der Einberufung des Konzils zusammenhängenden Bemühungen des Papstes um die christliche Einigung zu unterstützen, schlug die Einberufung eines orthodox-katholischen Theologentreffens durch den Papst und den Patriarchen von Konstantinopel vor und warnte vor einer Beteiligung der Protestanten, da diese „infolge der enormen und grundlegenden Lehrunterschiede nur zum Chaos führen" könne (OePD, 4. 12. 59).

Man erinnert sich, daß sich der Patriarch von Antiochien selbst sehr positiv zum römischen Konzilsplan geäußert und die Bereitschaft der Orthodoxen angekündigt hat, den Papst als primus inter pares anzuerkennen. Während seines mit großem Gepränge gefeierten Aufenthaltes beim Moskauer Patriarchen (Juli 1959) wird er diesen zweifellos für seine Gedanken zu gewinnen versucht haben.

Die „katholische" Linie in der Orthodoxie wird vermutlich auch von der Athener Regierung unterstützt, der an guten Beziehungen zum Vatikan gelegen ist, die aber bisher auf den entschiedenen Widerstand der Kirche von Griechenland gestoßen ist. Ob der von Ministerpräsident Karamanlis arrangierte Besuch des Athener Erzbischofs beim Patriarchen von Konstantinopel (Juni 1959) hier eine Wandlung geschaffen hat, wird die künftige Entwicklung erst zeigen.

Union mit den Altkatholiken in Sicht?

Während sich die Beziehungen der Orthodoxie zur Ökumenischen Bewegung und zur katholischen Kirche unter starker Beleuchtung durch die Weltpolitik in Ost und West entwickeln, vollzieht sich in einer mehr verborgenen Kleinarbeit ein Annäherungsprozeß von prinzipieller Bedeutung, der weittragende Folgen haben kann. Wegen der Geringfügigkeit politischen Einsatzes gewinnt dieser Prozeß an kirchlicher Bedeutung. Sowohl vom Patriarchat Konstantinopel als auch vom Patriarchat Moskau her ist man in den Gesprächen mit altkatholischen Hierarchen und Theologen (besonders der deutschen Altkatholiken) so weit gekommen, daß die Wiederaufnahme der Ende des vorigen Jahrhunderts begonnenen, dann aber abgebrochenen Wiedervereinigungsgespräche bevorzustehen scheint. Der Plan des Patriarchen von Konstantinopel, in Westeuropa ein orthodoxes Studienzentrum zu errichten, in dem orthodoxe Priester und Theologen mit den religiösen und sozialen Verhältnissen im Westen bekannt gemacht werden sollen, wird nunmehr im Rahmen der Altkatholischen Fakultät Bonn verwirklicht werden. Bedeutungsvoll war ferner der wenig beachtete Besuch einer altkatholischen Delegation unter Führung des Bischofs der deutschen Altkatholiken, Johannes Josef Demmel, beim Moskauer Patriarchat. Diesem Besuch war eine wiederholte Behandlung der Frage der Beziehungen zu den Altkatholiken im Journal des Moskauer Patriarchats vorausgegangen. In Moskau wurde ein Gegenbesuch der Russen vereinbart, der aller Wahrscheinlichkeit nach die offizielle Wiederaufnahme des Unionsgesprächs beider Kirchen mit sich bringen wird. Als Bischof Demmel in Moskau den Wunsch aussprach, dem russischen Patriarchen möge es vergönnt sein, das große Werk des Zusammenschlusses beider Kirchen zu leiten, erhob sich von seiten aller anwesenden Hierarchen und Kleriker demonstrativer Beifall und eine Ovation für den Patriarchen, die die Ernsthaftigkeit der Sympathien zur altkatholischen Kirche deutlich erkennen ließ. Metropolit Nikolaj sagte, wenn sich die Orthodoxe Kirche einer anderen christlichen Kirche nah und verwandt fühle, dann in erster Linie der altkatholischen. Von größtem Gewicht ist in diesem Zusammenhang, daß der Patriarch von Konstantinopel auch

Vertreter der Altkatholiken zur Teilnahme an der panorthodoxen Konferenz auf Rhodos eingeladen hat.

Verstärkte Beachtung der orthodoxen Grenzgebiete

Das Jahr 1959 hat eine verstärkte Aktivität verschiedener orthodoxer Kirchen zur Vereinigung mit den monophysitischen östlichen Nationalkirchen gezeigt. Mit Nachdruck verfolgt jetzt auch das Patriarchat Moskau diese Linie. Die für Juli geplante orthodoxe Vorkonferenz auf Rhodos wird ein besonderes Gesicht erhalten, falls die Oberhäupter der koptischen Kirchen von Ägypten und Äthiopien und der Armenischen Kirche die an sie ergangenen Einladungen des Patriarchen von Konstantinopel annehmen.
Auf missionarischem Gebiet versucht man, die von uns gemeldeten Ansätze zu unterstützen und zu vertiefen. Den seit einiger Zeit von verschiedenen orthodoxen Jugendgruppen, besonders von den Russen in Paris versuchten Hilfsaktionen schloß sich Ende 1959 die Kirche von Griechenland an, indem sie in allen Gemeinden Sammlungen für die Errichtung von orthodoxen Kirchen und Institutionen in Uganda (Ostafrika) veranstaltete (OePD, 27. 11. 59).
Während somit die orthodoxen Kirchen zu Beginn des Jahres 1960 nach außen hin ein geschlosseneres Bild zu bieten scheinen und die Chancen für gesamtorthodoxe Aktionen selten günstig stehen, ist aber ihr inneres Gefüge und ihre geistige Gesamtsituation von Gefahren und Problemen bedroht, deren schwerwiegendstes dasjenige der inneren Integrität der Russischen Kirche ist, die sich auch im vergangenen Jahr einer ständig zunehmenden Flut antireligiöser und antikirchlicher Propaganda in Staat und Gesellschaft gegenübersah. Hierauf werden wir später zurückkommen.

Aus der jüdischen Welt

Die Wahlen in Israel

Der Ausgang der Wahlen zur 4. Knesseth (Parlament), die Anfang November 1959 in Israel abgehalten wurden, brachten einen erheblichen Stimmenzuwachs für die bisherige Regierungspartei MAPAI (Israelische Arbeiterpartei, etwa der englischen Labour Party vergleichbar). Der Anteil der MAPAI an den Wählerstimmen erhöhte sich von 32,2 auf 38,5 Prozent. In Israel wird dieser Stimmenzuwachs als eindeutiger Wahlsieg der Partei des Ministerpräsidenten Ben Gurion angesehen.
Die Wahlen wurden von der israelischen Öffentlichkeit vor allem als ein Machtkampf zwischen der rechtsradikalen Cheruth-Partei (die gelegentlich und nicht ganz zu Unrecht als faschistisch bezeichnet wird) und der MAPAI betrachtet. Die Cheruth hatte bei den Wahlen zur 3. Knesseth 12,6 Prozent der Stimmen erhalten und war somit die zweitstärkste Partei im Lande. Die rechtsstehende bürgerliche Partei der „Allgemeinen Zionisten", die der Cheruth sehr nahestand, hatte bei den Wahlen zur 3. Knesseth 10,2 Prozent erreicht, so daß die Aussichten der Cheruth keineswegs ungünstig schienen. Die Cheruth hat, wie es scheint, den fatalen Fehler begangen, daß sie den Wahlkampf mit der Losung „Weg mit der MAPAI, die Cheruth an die Regierung" führte. Das mag viele Wähler nachdenklich gemacht haben, die unter Umständen die Cheruth gewählt hätten. Die anderen Punkte des Wahlprogrammes der Cheruth: Vorwürfe gegen die Außenpolitik der Regierung (verbunden mit der Forderung nach „einem Marsch an den Jordan"), stärkere Unterstützung des Mittelstandes und Forderung nach wirtschaftlichen Reformen in Form einer Liberalisierung, traten dagegen zurück, nicht zuletzt deshalb, weil mit Ausnahme der äußeren Linken und von den militärpolitischen Forderungen abgesehen alle anderen Parteien mit ähnlichen Programmen in den Wahlkampf gingen. So wurde es denn als eine schwere Niederlage gewertet, daß die Cheruth nur 13,4 Prozent der Wählerstimmen erhielt. Die Cheruth hat damit vermutlich ihre größte Ausbreitungsmöglichkeit erreicht. Da sie mit der Regierungspartei keine Koalition eingehen kann, ohne den Rest ihrer Anziehungskraft einzubüßen, und sie ebenso wie die Kommunisten nicht als koalitionsfähig gilt, wird sie in Zukunft bedeutungslos sein. Die der Cheruth nahestehenden „Allgemeinen Zionisten" erhielten nur noch 6,3 Prozent, was auf die Unsicherheit der Parteilinie zurückgeführt wird. Offensichtlich wurde der größte Teil der Stimmen an die MAPAI verloren.
Einer der wichtigsten Punkte im Wahlprogramm der MAPAI war die Forderung nach einer Wahlreform (Persönlichkeitswahl nach englischem Muster), die eine klare Regierungsmehrheit und, wie Ministerpräsident Ben Gurion meinte, auch eine eindeutigere Opposition ermöglichen würde. Gegenüber den religiösen Parteien wurde die Forderung nach „Religionsfreiheit" hervorgehoben und das sog. Religionsmonopol der Orthodoxie in Israel (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 35) heftig angegriffen. So hieß es z. B. in einer Wahlanzeige der MAPAI (Jerusalem Post, 2. 10. 59): Die Nationalreligiöse Partei macht die Religion zu einem Gegenstand der Politik und nicht des Gewissens. „Die MAPAI würde sich freuen, wenn die jüdische Religion im ganzen Staate Israel, dem Lande der Propheten, blühen und gedeihen würde. Deshalb glaubt die MAPAI an religiöse Freiheit. Sollen doch jene, die glauben, die Ungläubigen bekehren und nicht mit Steinen nach ihnen werfen." Die MAPAI umging so in ihrer Wahlpropaganda die eigentlichen Probleme, indem sie die Einflußnahme der religiösen Parteien bzw. des Rabbinats auf die Gesetzgebung als bloße Unduldsamkeit hinstellte. Dabei wurde geflissentlich übersehen, daß es im orthodoxen Judentum nicht nur persönliche Gewissensentscheidungen gibt, sondern auch den Grundsatz der kollektiven Verantwortung des Volkes vor Gott.
Der Wahlsieg der MAPAI wurde zweifellos durch den Wunsch breiter Bevölkerungskreise nach einer politischen Stabilisierung herbeigeführt. An den Wahlen nahmen ca. 70 000 Erstwähler und etwa die gleiche Zahl neuer Einwanderer teil. Man befürchtete, daß von diesen 140 000 Wählern viele die Cheruthpartei wählen würden. In den letzten Monaten vor den Wahlen war es wiederholt zu Unruhen unter den nordafrikanischen Neueinwanderern gekommen, die nur sehr schwer und zum Teil noch gar nicht in das wirtschaftliche Leben eingegliedert werden konnten und die besonders unter Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Zudem wird das öffentliche Leben faktisch von den europäischen Juden beherrscht, so daß sich die orientalischen Juden benachteiligt fühlen. Diese Situation wurde vor allem von der Cheruth und von den Kommunisten in ihrer Wahlpropaganda ausgenutzt. Die übrigen Parteien bewarben sich um die Stimmen der orientalischen Juden, indem sie orientalische Kandidaten an sicherer Stelle auf ihre Wahllisten setzten.

Die Kommunisten verloren fast die Hälfte ihrer Stimmen (2,8 %, vorher 4,5). Dies wird auf die außenpolitische Situation zurückgeführt. Man nimmt an, daß diese Stimmen den Linksparteien zugute kamen, welche wiederum Stimmen an die MAPAI verloren haben. Die linksextremistische Achdutha Haawodah verlor ein Viertel ihrer Wähler (5,9 Prozent; vorher 8,2). Die linksradikale MAPAM hat mit 7,1 Prozent ihren Wählerstamm, der sich vorwiegend aus Mitgliedern der landwirtschaftlichen Kooperativen und Facharbeitern zusammensetzt, halten können.

Zwölf Parteilisten erhielten weniger als ein Prozent, werden also im neuen Parlament, in dessen Sitze sich zehn Parteien teilen, nicht vertreten sein. Die „neuen" Parteien, die sich speziell an die orientalischen Juden wandten, wie etwa die „Nordafrikanische Union" oder die „Yemenitische Fraktion", hatten keinen Erfolg. Auch die Liste der „Invaliden und Feuergeschädigten" fand nur 1800 Wähler.

Die religiösen Parteien konnten ihre Positionen geringfügig verbessern. Die Nationalreligiöse Partei, in der die bürgerlich-orthodoxe Misrachi-Partei und die orthodoxe Misrachi-Arbeiterpartei vereinigt sind, erreichte einen Stimmenanteil von 9,9 Prozent (vorher 9,1), die ultraorthodoxe Agudath-Jisrael und die ihr angeschlossene Arbeiterpartei erhielten 4,7 Prozent (vorher 4,4). Die Auseinandersetzung zwischen Liberalen und Orthodoxen, die in den letzten Jahren zuweilen heftige Formen angenommen hatte (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 34; 13. Jhg., S. 341), blieb also ohne Einfluß auf die Wählerschaft dieser Parteien. Der Stimmenzuwachs könnte auf die Stimmen von Neueinwanderern zurückgeführt werden, was jedoch keineswegs als sicher angesehen werden kann, weil ein großer Teil der Neueinwanderer aus Polen und Rumänien agnostisch ist und weil die nordafrikanischen Juden nicht ohne weiteres eine so betont aschkenasische (Mittel- und Osteuropa-)Partei wählen. Mit einiger Sicherheit kann jedoch angenommen werden, daß die religiösen Parteien ihren Stimmenanteil unter den Erstwählern halten konnten, was um so beachtlicher ist, als diese in einem für die jüdische Orthodoxie denkbar ungünstigen politischen und geistigen Klima aufgewachsen sind.

Die neue Regierung

Obgleich die MAPAI gestärkt aus den Wahlen hervorging, gestalteten sich die Koalitionsverhandlungen äußerst schwierig, so daß die neue Regierung erst im Dezember gebildet werden konnte. Die Koalition zwischen den Linksparteien Achdutha-Haawodah und MAPAM war vor den Wahlen zusammengebrochen, weil die Linksparteien Ben Gurions Bedingungen (kollektive Verantwortung der Koalitionsparteien für alle Entscheidungen des Kabinetts) nicht mehr anerkannten. Zur Regierungskrise kam es, als die Linksparteien die Waffenlieferungen an die Bundesrepublik Deutschland in der Öffentlichkeit und im Parlament verurteilten, obgleich sie schon vorher davon Kenntnis hatten. Ben Gurion ist jedoch auf die Unterstützung dieser Parteien angewiesen, da die Regierung für die nächste Zukunft wirtschaftliche Reformen plant (evtl. Abwertung des israelischen Pfundes), deren Durchführung ohne die Mitarbeit der Gewerkschaften, in der die Linksparteien entscheidende Positionen halten, nicht möglich ist.

Die „Progressive Partei" (bürgerlich-liberal) machte die Einführung eines staatlichen Gesundheitsdienstes zur Bedingung für ihre Teilnahme an der Regierung. (Die Krankenkassen sind Gewerkschaftsinstitutionen [vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 384].) Die Mehrheit der MAPAI würde einer solchen Lockerung des Gewerkschaftsmonopols nicht zustimmen, obgleich Ben Gurion selber und einige einflußreiche Gruppen in der Partei seit langem dafür eintreten. Immerhin wurde eine Kompromißlösung gefunden, nach der eine Regierungskommission zur Prüfung des Problems eingesetzt werden soll.

Die National-Religiöse Partei, die nach den Auseinandersetzungen über die Begriffsbestimmung „Jude" (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 341) aus der Regierung ausgeschieden war, machte die Beibehaltung der gesetzlichen Regelung der Sabbathruhe zur Bedingung und auch die Wahrung religiöser Belange an den Mittelschulen. Letzteres ist von besonderer Bedeutung, da in Israel die allgemeine Schulpflicht erweitert werden soll. Der National-Religiösen Partei wurde darüber hinaus die Errichtung besonderer Schulen bzw. besonderer Klassen für die Kinder orthodoxer Eltern innerhalb des staatlichen Schulsystems zugesagt.

Die Verteilung der Kabinettsposten weist keine wesentlichen Veränderungen gegenüber den früheren Koalitionskabinetten auf. Der sog. Nachwuchs der MAPAI ist durch den bisherigen Generalsekretär der Partei, Giora Josephtal (Arbeit), den bisherigen Vertreter Israels bei den UN, Aba Eban (ohne Portefeuille), und den aus der Armee ausgeschiedenen General Mosche Dajan (Landwirtschaft) vertreten. Diese zeichnen sich vor allem durch ihren politischen Pragmatismus aus, den sie in mancher Hinsicht mit Ben Gurion gemeinsam haben. Ihre Aufnahme ins Kabinett ist als ein ziemlich sicheres Zeichen für den zurückgehenden Einfluß der sozialistischen „Dogmatiker" in der Partei anzusehen. Der sephardische Rabbiner Jacob Toledano, der nach der Regierungskrise über die Definition der Bezeichnung „Jude" das Religionsministerium übernommen hatte, bleibt Religionsminister. Inwieweit dies als eine Absage an die National-Religiöse Partei zu werten ist, ist schwer zu sagen. Eine wesentlich veränderte Regierungspolitik ist nicht zu erwarten.

Die Stimme des Papstes

Die Rundfunkbotschaft Papst Johannes' XXIII. zu Weihnachten 1959

Am 23. Dezember 1959, mittags um 12 Uhr, hat Papst Johannes XXIII. seine Weihnachtsbotschaft an die Bischöfe, Priester, Gläubigen und an die Völker der ganzen Welt ausgesandt. Ihr Hauptgegenstand war der Friede unter all seinen verschiedenen Aspekten. Die Weihnachtsansprache, die in italienischer Sprache gehalten wurde, hatte folgenden Wortlaut (wir geben sie in eigener Übertragung; die Zwischenüberschriften sind der Veröffentlichung der Botschaft im „Osservatore Romano", 24. 12. 59, entnommen):

Ehrwürdige Brüder, geliebte Söhne!

Wieder ist Weihnachten nahe: das zweite Weihnachten Unseres Pontifikats. Wenn wir es noch aus der Ferne vor uns sehen und noch im Geiste wie Maria und Joseph nach Bethlehem unterwegs sind, so kosten wir schon einige Tage im voraus die Süße, die uns der Gesang der Engel bringen wird, wenn er den himmlischen Frieden verkündet, der allen Menschen guten Willens angeboten wird; und so überdenken wir von Tag zu Tag, daß die Wanderschaft nach Bethlehem uns wirklich den richtigen Weg zu dem Frieden vorzeichnet, von dem alle reden, den alle ersehnen, den alle im Herzen erhoffen.

Von Papst Leo dem Großen stammen die Worte der Liturgie, die uns schon mit festlicher Aufforderung ermahnen: „Lobpreiset den Herrn, Geliebteste: freut euch in geistigem Entzücken, denn der Tag der Erlösung erneuert sich, der Tag der alten Erwartung, die Verheißung der ewigen Seligkeit" (Serm. XX in Nativitate Domini, PL 54, 193). Und neben dieser feierlichen und ergreifenden Stimme, die aus dem 5. Jahrhundert zu uns herübertönt, und mit ihr zum Chor vereint, hören wir, gleichsam alle zusammen, die Stimmen der Päpste vor und nach den beiden Kriegen, die die Menschheit in unserem Jahrhundert zerrissen haben, und uns am nächsten die Stimme der neunzehn Weihnachtsbotschaften Unseres Heiligen Vaters Pius XII. teuren und seligen Angedenkens.

Eine ununterbrochene Aufforderung also, unsere Schritte auf den Wegen nach Bethlehem, die für uns Wege des Friedens sind, zu beschleunigen.

Wie viele Wege zum Frieden werden der heutigen Welt vorgeschlagen und aufgezwungen: wie viele werden auch von Uns empfohlen, die Wir doch, wie Maria und Joseph, die Sicherheit besitzen, Unseren Weg zu kennen, und nicht zu befürchten brauchen, daß Wir Uns irren.

Seit dem Ende des zweiten Weltkriegs bis heute, wie viele verschiedene Formulierungen: und auch wieviel Mißbrauch mit diesem heiligen Wort: Friede, Friede (Jer. 6, 14).

Wir sprechen dem guten Willen all der Friedenssucher und Friedenskünder in der Welt Unsere Hochachtung und Anerkennung aus: den Staatsmännern, erfahrenen Diplomaten und ausgezeichneten Schriftstellern.

Aber die menschlichen Bemühungen um einen allgemeinen Frieden sind doch noch weit entfernt von den Berührungspunkten zwischen Himmel und Erde.

Der wahre Friede kann nur von Gott kommen; er hat nur einen einzigen Namen: Pax Christi — der Friede Christi; er hat nur ein Gesicht: jenes, das Christus ihm gegeben hat. Und Er hat, gleichsam um den Mißbräuchen des Menschen zuvorzukommen, unterstrichen: „Den Frieden lasse ich euch; meinen Frieden gebe ich euch" (Joh. 14, 27).

Der christliche Friede

Der wahre Friede hat drei Aspekte:

Er ist ein Friede der *Herzen:* Der Friede ist vor allem ein inneres Gut, ein geistiger Zustand, und seine Grundvoraussetzung ist die liebevolle, kindliche Abhängigkeit vom Willen Gottes: „O Herr, Du hast uns zu Dir hin erschaffen, und unser Herz ist unruhig, bis daß es ruht in Dir" (Augustinus. Confessiones l. 1, 1, 1. PL 32, 661). Alles, was diese Übereinstimmung und Vereinigung des Willens schwächt, zerbricht, zerstört, stellt sich dem Frieden entgegen, in erster Linie und vor allem die Schuld, die Sünde. „Wer böte Ihm Trotz und bliebe heil?" (Job 9, 4). Der Friede ist das glückliche Erbteil derer, die das göttliche Gesetz befolgen: „Die Dein Gesetz lieben, haben Frieden in Fülle" (Ps. 118, 165).

Der gute Wille seinerseits ist nichts anderes als der aufrichtige Vorsatz, das ewige Gesetz Gottes zu achten, sich seinen Geboten anzugleichen, seinen Wegen zu folgen, kurz: in der Wahrheit zu stehen. Das ist die Ehre, die Gott von den Menschen erwartet. Friede den Menschen guten Willens.

Der Friede hat auch einen *sozialen* Aspekt. Der soziale Friede kann nur auf der gegenseitigen Achtung vor der persönlichen Würde des Menschen sicher begründet werden. Gottes Sohn ist Mensch geworden, und seine Erlösung betrifft nicht nur die Gesamtheit, sondern auch jeden einzelnen Menschen: „Er hat mich geliebt und hat sich für mich hingegeben", sagt der hl. Paulus im Brief an die Galater (Gal. 2, 20). Und wenn Gott den Menschen so sehr geliebt hat, so bedeutet das, daß der Mensch ihm gehört und daß die menschliche Person absolut geachtet werden muß. Das ist die Lehre der Kirche, die zur Lösung der sozialen Fragen immer die menschliche Person in den Mittelpunkt gestellt hat und lehrt, daß die Dinge und die Einrichtungen — Güter, Wirtschaft, Staat — vor allem für den Menschen da sind, und nicht der Mensch für sie. Die Unruhen, die den inneren Frieden der Nationen erschüttern, haben hauptsächlich den Grund, daß der Mensch fast ausschließlich als Werkzeug, als Ware, als armseliges Rädchen im Getriebe einer großen Maschine, als bloßer Produktionsfaktor betrachtet worden ist. Nur wenn man die persönliche Würde des Menschen zum Maßstab seiner Wertung und seiner Tätigkeit nimmt, hat man ein Mittel an der Hand, z. B. die soziale Zwietracht, die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die oft tief gehen, zu befrieden, vor allem auch der Institution der Familie jene Lebens- und Arbeitsbedingungen und jene Sicherheit zu geben, die es ihr ermöglichen, ihre Funktion als Zelle der Gesellschaft und erste, von Gott selber eingesetzte Gemeinschaft zur Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit besser zu erfüllen.

Nein: der Friede kann keine solide Grundlage haben, wenn in den Herzen kein Gefühl von Brüderlichkeit genährt wird, wie es doch bestehen muß zwischen Menschen, die den gleichen Ursprung und die gleiche Bestimmung haben. Das Bewußtsein, einer einzigen Familie anzugehören, erstickt in den Herzen Habsucht, Gier, Hochmut, Herrschsucht, die die Wurzeln von Zwietracht und Krieg sind; es verbindet alle durch ein Band höherer, freigiebigerer Solidarität.

Schließlich hat der Friede einen *internationalen* Aspekt: Das Fundament internationalen Friedens bildet vor allem die Wahrheit. Denn auch in den internationalen Beziehungen gilt das Wort des Evangeliums: „Die Wahrheit macht euch frei" (Joh. 8, 32). Gewisse irrige Ideen müssen also überwunden werden: die Mythen der Gewalt, des Nationalismus und andere, die das Gemeinschaftsleben der Völker vergiftet haben, und an ihre Stelle muß ein friedliches Zusammenleben gemäß den Moralprinzipien treten, die die gesunde Vernunft und die christliche Doktrin lehren.

Daneben, und von der Wahrheit erleuchtet, muß die Gerechtigkeit herrschen. Sie räumt die Gründe zu Kampf und Krieg weg, löst die Streitigkeiten, umreißt die Kompetenzen, präzisiert die Pflichten, gibt jedem das Seine.

Die Gerechtigkeit ihrerseits muß durch die christliche Liebe ergänzt und gestützt werden. Die Liebe zum Nächsten und zur eigenen Nation darf nicht selbstbezogen bleiben, nicht zu einem in sich verschlossenen Egoismus werden, der dem Wohl des anderen mißtraut, sondern sie muß weit und offen in spontanem Gemeinschaftsgefühl alle Völker umfangen und mit ihnen lebendige Beziehungen anknüpfen. Dann wird man von Zusammenleben und nicht bloß von Koexistenz reden können; denn diese errichtet, eben weil ihr das Gefühl der Solidarität fehlt, Schranken, hinter denen sich gegenseitiges Mißtrauen, Angst und Terror einnisten.

Menschliche Irrwege auf der Suche nach Frieden

Der Friede ist ein unvergleichliches Geschenk Gottes. Aber ebenso ist er die höchste Sehnsucht des Menschen. Er ist unteilbar. Keiner der Züge, die sein unverwechselbares Antlitz kennzeichnen, kann übergangen oder ausgeschlossen werden.

Da auch die Menschen unserer Zeit die Forderungen des Friedens nicht ungeschmälert verwirklicht haben, hat es sich ergeben, daß die Wege Gottes zum Frieden mit denen des Menschen nicht zusammenfallen. Daher die anormale Situation dieser Nachkriegszeit, die sozusagen zwei Blöcke mit ihrem Mißbehagen geschaffen hat. Es ist kein Kriegszustand, aber es ist auch kein Friede, nicht jener wahre Friede, nach dem sich die Völker so glühend sehnen.

Eben aus dem Grunde, weil der wahre Friede etwas in seinen verschiedenen Aspekten Unteilbares ist, kann er auf sozialer und internationaler Ebene nicht verwirklicht werden, wenn er nicht auch und vor allem eine innere Wirklichkeit ist. Vor allem sind daher — Wir müssen es wiederholen — „Menschen guten Willens" nötig: genau diejenigen, denen die Engel von Bethlehem den Frieden verkündigt haben: „Friede den Menschen guten Willens" (Luk. 2, 14). Der Friede Christi den Menschen guten Willens. Nur sie können die Bedingungen verwirklichen, die in der Definition des Friedens bei Thomas von Aquin angegeben sind: die geordnete Eintracht der Bürger (Contra Gent. III, c. 146), Ordnung also und Eintracht. Wie kann aber diese zweifache Blüte von Ordnung und Eintracht erblühen, wenn die Persönlichkeiten, die die öffentliche Verantwortung tragen, nicht vor allem, noch ehe sie die Vorteile und die Risiken ihrer Entschlüsse sichten, anerkennen, daß sie selber, persönlich, den ewigen Moralgesetzen unterstehen?

Die Hindernisse, die die menschliche Bosheit aufrichtet, müssen entschlossen weggeräumt werden. Das Vorhandensein solcher Hindernisse merkt man an der Propaganda der Immoralität, an sozialen Ungerechtigkeiten, an der Arbeitslosigkeit, am Elend im Kontrast zu den Privilegien derer, die verschwenden können, an dem erschreckenden Mißverhältnis zwischen technischem und moralischem Fortschritt der Völker, an dem zügellosen Wettrüsten, ohne daß man bis jetzt eine ernstliche Möglichkeit sieht, zu einer Lösung des Abrüstungsproblems zu gelangen.

Das Werk der Kirche

Die jüngsten Ereignisse haben eine Atmosphäre sogenannter Entspannung geschaffen. Dadurch sind in vielen Herzen wieder Hoffnungen wach geworden, nachdem man so lange in einer Zeit des Scheinfriedens, einer äußerst unsicheren Situation gelebt hat, die mehr als einmal am Rand der Explosion stand.

Das alles beweist nur, wie tief in den Herzen aller das Verlangen nach Frieden verwurzelt ist.

Auf daß dieses allgemeine Verlangen bald erfüllt werde, betet die Kirche voll Vertrauen zu dem, der die Geschicke der Völker lenkt und die Herzen der Regierenden zum Guten wenden kann. Nicht Kind dieser Welt, doch in dieser Welt lebend und wirkend, hat sie seit Anbeginn der christlichen Zeit — wie Paulus an Timotheus schreibt — „Bitten, Gebete, Fürbitten und Danksagungen verrichtet für alle Menschen: für Könige und alle Obrigkeiten, damit wir ein stilles und ruhiges Leben führen können in aller Frömmigkeit und Würde" (1 Tim. 2, 1—2); und so begleitet sie auch heute mit ihrem Gebet alles, was in den internationalen Beziehungen zur guten Atmosphäre der Begegnungen, zur friedlichen Regelung der Streitfragen, zur Annäherung der Völker und zur gegenseitigen Zusammenarbeit beitragen kann.

Außer dem Gebet stellt die Kirche ihre mütterlichen Dienste zur Verfügung, sie verweist auf die unvergleichlichen Schätze ihrer Lehre, drängt ihre Söhne dazu, aktiv an der Verwirklichung des Friedens mitzuarbeiten, indem sie sie an die berühmte Mahnung des hl. Augustinus erinnert: „Es ist ein größerer Ruhm, die Kriege mit dem Wort zu töten als die Menschen mit dem Eisen: und wahrer Ruhm ist es, Frieden durch Frieden zu erlangen" (Aug. Epist. CCXXIX, 2; PL 1019).

Sich um den Frieden zu bemühen gehört zur eigentlichen Aufgabe und Pflicht der Kirche, und sie weiß, daß sie nichts versäumt hat, was in ihrer Macht stand, um ihn den Völkern und den einzelnen zu sichern. Jede ernstliche Initiative, die dazu beitragen kann, der Menschheit neue Verluste, neue Metzeleien, neue unermeßliche Zerstörungen zu ersparen, findet den Beifall der Kirche.

Leider sind bis jetzt die Ursachen, die die internationale Ordnung gestört haben und stören, noch nicht beseitigt worden. Die Quellen des Übels müssen abgestellt werden, sonst bleibt die Bedrohung des Friedens als ständige Gefahr bestehen.

Die Ursachen des internationalen Unbehagens hat Unser Vorgänger Pius XII. unvergeßlichen Angedenkens klar

aufgewiesen, insbesondere in seinen Weihnachtsbotschaften 1942 und 1943. Es ist gut, sie nochmals aufzuzählen. Diese Ursachen sind: die Vergewaltigung der Rechte und der Würde der menschlichen Person und die Verletzung derjenigen der Familie und der Arbeit; die Umkehrung der Rechtsordnung und des gesunden Staatsbegriffs nach christlicher Auffassung; die Verletzung der Freiheit, der Integrität und der Sicherheit der anderen Nationen, welchen Umfang sie auch haben mögen; die systematische Unterdrückung der kulturellen und sprachlichen Besonderheiten der nationalen Minderheiten; die egoistischen Berechnungen derer, die sich die Wirtschaftsquellen und die Rohstoffe gemeinschaftlichen Nutzens aneignen wollen zum Schaden der anderen Völker; und besonders die Religions- und Kirchenverfolgung.

Es sei noch darauf hingewiesen, daß die Befriedung, die die Kirche erhofft, keinesfalls mit Nachgeben oder Lockerung ihrer Festigkeit gegenüber Ideologien und Lebensformen verwechselt werden darf, die in offenem und unauflöslichem Widerspruch zur katholischen Lehre stehen, noch Gleichgültigkeit gegenüber dem Seufzen bedeutet, das noch aus den unglücklichen Gebieten zu Uns dringt, in denen die Menschenrechte unbekannt sind und die Lüge zum System erhoben worden ist. Noch viel weniger können Wir den schmerzlichen Leidensweg der Kirche des Schweigens vergessen, wo die Glaubensbekenner wie Nachfolger der ersten christlichen Martyrer um Christi willen unendlichen Leiden und Folterqualen ausgesetzt sind. Diese Feststellungen warnen vor einem übertriebenen Optimismus; gleichzeitig aber geben sie unserm Gebet um eine wirkliche allgemeine Rückkehr zur Hochachtung vor der menschlichen und christlichen Freiheit noch größere Glut.

Ach, daß doch alle Menschen guten Willens zurückkehren, zu Christus zurückkehren, die Stimme seiner göttlichen Lehre hören mögen, die auch die seines Stellvertreters auf Erden und der rechtmäßigen Hirten, der Bischöfe, ist! Dann werden sie die Wahrheit finden, die von Irrtum und Lüge und Täuschung befreit; sie werden die Verwirklichung des Friedens von Bethlehem, wie die Engel ihn den Menschen guten Willens verheißen haben, beschleunigen.

Väterliche Ermahnungen und Wünsche

Während wir dies erhoffen und darum beten, sind wir alle wie Maria und Joseph, wie die einfachen Hirten von den Hügeln um Bethlehem, wie die Weisen aus dem Morgenland vor der Hütte angelangt, in der der Erlöser geboren worden ist.

O Jesus, wie ergreift uns diese Ankunft unserer Seele vor der Armut der Krippe; welch fromme Ergriffenheit erfüllt unser Herz, welch lebendiger Wunsch, daß wir alle an dem großen Werk des universalen Friedens mitarbeiten möchten vor Dir, göttlicher Urheber und Urgrund des Friedens!

In Bethlehem müssen alle ihren Platz finden. In erster Linie die Katholiken. Die Kirche wünscht ganz besonders heute, daß sie sich mit allen Kräften darum bemühen, sich ihre Friedensbotschaft anzueignen, die eine Aufforderung ist, sich uneingeschränkt der Erfüllung des göttlichen Gesetzes hinzugeben, das die entschlossene Nachfolge aller bis zur Aufopferung verlangt. Mit dem vertieften Verständnis muß die Tat Hand in Hand gehen. Keinesfalls dürfen die Katholiken sich mit der bloßen Haltung von Beobachtern zufriedengeben, sie müssen sich vielmehr gleichsam mit einer Mission von oben beauftragt fühlen. Die Bemühung darum ist zweifellos lang und mühsam.

Aber das Weihnachtsgeheimnis gibt allen die Gewißheit, daß nichts von dem guten Willen der Menschen, von dem, was sie in gutem Willen tun, vielleicht ohne sich dessen ganz bewußt zu sein, für die Ankunft des Reiches Gottes auf Erden verlorengeht, denn der irdische Staat wird nach dem Vorbild des Gottesstaates geformt. Ach, der Gottesstaat, die „Civitas Dei" des heiligen Augustinus, im Glanz der Wahrheit, die rettet, der Liebe, die lebendig macht, der Ewigkeit, die Sicherheit gibt! (vgl. Epist. CXXXVIII, 3; PL 33, 533).

Ehrwürdige Brüder und geliebte Söhne in der ganzen Welt!

Die letzten Worte dieser zweiten Weihnachtsbotschaft rufen Uns die erste Botschaft ins Gedächtnis zurück, die Wir am 23. Dezember 1958 in die Welt ausgesandt haben. Vor einem Jahr dachte der neue Nachfolger Petri, noch ganz ergriffen von den ersten Erschütterungen der hohen Aufgabe als Hirte der universalen Kirche, die ihm zugefallen war, in der Schüchternheit des Namens Johannes, den er zum Ausdruck seines zugleich angstvollen und entschlossenen guten Willens angenommen hatte, die Wege des Herrn zu bereiten, sogleich an die Täler, die auszufüllen, die Berge, die abzutragen sind, und er machte sich auf den Weg. Tag für Tag geschah es ihm dann in großer Demut des Geistes, daß wahrhaftig die Hand des Herrn mit ihm war. Das Schauspiel der frommen und gläubigen Mengen, die von allen Enden der Erde nach Rom oder nach Castelgandolfo kamen, um ihn zu grüßen, ihn zu hören, seinen Segen zu erbitten, hörte nicht auf und war ergreifend, oft überraschend und wunderbar.

Auch Geschenke sind Uns gebracht worden, die Wir in lebhafter Dankbarkeit aufbewahren. Zu den willkommensten und bedeutungsvollsten gehört ein gutes altes Gemälde aus der venezianischen Schule, das eine heilige Unterhaltung darstellt: Maria und Joseph mit Jesus und einem lieblichen kleinen Johannes, der Jesus eine Frucht hinhält: dieser nimmt sie mit leisem Lächeln, das das ganze Bild mit himmlischer Anmut erfüllt. Das Bild hat jetzt einen Ehrenplatz in Unserer Privatkapelle und ist Unserm täglichen Gebet verbunden.

Erlaubt Uns, geliebte Brüder und Söhne, daraus die glücklichste Eingebung für Unsern Weihnachtswunsch abzuleiten, den Wir mit Freuden und mit offenem, vertrauensvollem Blick der ganzen heiligen Kirche und der gesamten Welt aussprechen.

Die Sorge um den Frieden von Bethlehem steht an erster Stelle unter Unsern Bemühungen. Aber jene heilige Unterhaltung erweitert sich vor Unsern Augen, so daß sie alle um jene, nämlich um Jesus, Maria, Joseph und Johannes, versammelt, die mit euch zusammen im Geiste des universalen Dienstes, der Unserer demütigen Person anvertraut wurde, Unserm Herzen „in visceribus Christi" besonders teuer sind. Damit meinen Wir alle, die unter den Ängsten und dem Elend des Lebens leiden und für die Weihnachten ein sanfter Strahl des Trostes und der Hoffnung ist; die Kranken und Gebrechlichen, Gegenstand Unserer ständigen wachsamen Sorge und besonderen Liebe: die geistig und seelisch Leidenden infolge der Ungesichertheit ihrer Zukunft, der materiellen Sorgen, der Erniedrigung, die ihnen wegen irgendeiner Schuld, die sie auf sich geladen haben, auferlegt worden ist; die Kinder, die Jesus besonders liebt und die wegen ihrer Schwäche

und Verletzlichkeit besonders heilige Achtung fordern und die zarteste Aufmerksamkeit verlangen; die Alten, die so leicht der Versuchung der Melancholie und dem Gefühl des Überflüssigseins erliegen.
Angesichts dieser Vorstellung empfiehlt die Kirche ihre Gebetsintentionen und Wünsche und ihre Hirtensorgen für all diese, die ihr besonders teuer sind, doch nicht nur für diese: sondern auch für alle die Niedrigen, Armen, die Arbeiter, die Arbeitgeber und die Träger der öffentlichen Macht.
Und wie könnten Wir in dieser Vorweihnacht nicht Unserer Ehrwürdigen Bischöfe sowohl des lateinischen wie des östlichen Ritus gedenken, deren Eifer um ihre persönliche Heiligung und Hingabe für die Seelen Wir in ihrer ganzen brüderlichen Güte in den häufigen Begegnungen kennenlernen konnten? Und der hochherzigen und kühnen Scharen der Missionare, Missionsschwestern und Katecheten; der breiten Schicht edlen Welt- und Ordensklerus und der Ordensfrauen der unzähligen verdienstvollen Institutionen; und der gesamten katholischen Laienschaft mit ihrem Eifer für die Werke christlicher Frömmigkeit, der Fürsorge, Wohltätigkeit und Erziehung? Und wir wollen auch unsere getrennten Brüder nicht vergessen, für die Wir unaufhörlich Unser Gebet zum Himmel senden, auf daß sich die Verheißung Christi erfülle: „unus pastor et unum ovile".
Die Aufgabe des demütigen Papstes Johannes ist die, „dem Herrn ein vollkommenes Volk zu bereiten" (Luk. 1, 17), genau wie es die seines Namensgenossen und Schutzpatrons, des Täufers, war. Eine höhere und teurere Vollkommenheit läßt sich nicht denken als die des christlichen Friedens: er ist Friede des Herzens, der sozialen Ordnung, des Lebens, des Gedeihens, der gegenseitigen Achtung, der Brüderlichkeit aller Nationen.
Ehrwürdige Brüder und geliebte Söhne: zu diesem Frieden Christi, dem großen leuchtenden Frieden des Weihnachtsfestes, laßt uns noch einmal Herz und Gedanken erheben: euch allen in der ganzen Welt Unsern Glückwunsch alles umfassender Freude und Unsern Apostolischen Segen!

Die Kirche in den Ländern

Die Unabhängigkeit Kameruns und die Zukunft der Kirche

Im Laufe des Jahres 1960 erlangt eine Anzahl von afrikanischen Gebieten, die bisher Kolonial- oder Mandatsland waren, die teils vollständige, teils relative Unabhängigkeit. Das erste dieser Länder ist Kamerun, das am 1. Januar aus der Oberhoheit der Vereinten Nationen, die es als Mandatsgebiet Frankreich anvertraut hatten, entlassen wurde und ein völlig selbständiger Staat geworden ist.
Die Kolonisationsgeschichte Kameruns, die in Wohl und Wehe die heutige Situation des neuen Staates mitbestimmt, begann mit Verträgen, die einige deutsche Handelsfirmen 1884 mit verschiedenen Stammeshäuptlingen abschlossen. Kurz darauf übertrugen diese Kaufleute die so erworbene Oberhoheit, vor allem über die Küstengebiete, dem Deutschen Reich. Dieses erweiterte seinen Machtbereich, unterwarf die eingeborenen Stämme im Hinterland und entwickelte eine blühende Plantagenwirtschaft in dieser Kolonie. Als Deutschland nach dem ersten Weltkrieg seine überseeischen Besitzungen verlor, wurde Kamerun dem Völkerbund als Mandatsgebiet unterstellt, dessen Rolle später die Vereinten Nationen übernahmen. Durch den Völkerbund wurde 1922 der größte Teil der ehemaligen deutschen Kolonie Frankreich anvertraut, während ein kleiner Gebietsteil im Westen in zwei getrennten Streifen unter britische Aufsicht gestellt wurde. Frankreich gewährte dem Territorium am 23. Juni 1956 eine eigene Regierung und alle Institutionen eines Staates, behielt jedoch die Treuhänderschaft über das Land, das seine Vertreter nach Paris entsandte; ein mit praktisch uneingeschränkten Vollmachten ausgestatteter Hochkommissär und französische Truppen blieben im Lande. Die V. Republik de Gaulles, die die „Union Française" in die viel freier organisierte „Communauté Française" umwandelte, durch die die afrikanischen Gebiete zu einem Verband halbselbständiger Republiken zusammengeschlossen wurden, konnte Kamerun in diesen Verband nicht mit einbeziehen und gab daher dem Land am 1. Januar 1959 ein Statut, das den Übergang zur völligen Selbständigkeit vorbereitete. Wirtschaftlich wird der neue Staat eng mit Frankreich verbunden bleiben, das dort große Kapitalien investiert hat.
Das eigentliche Schicksal des Landes beruht aber vor allem auf der Tatsache, daß Kamerun, wie fast alle afrikanischen Kolonialgebiete, rein willkürlich und zufällig umgrenzt worden ist. Sein derzeitiger Zustand und seine Zukunft entwickeln sich auf der Grundlage eines Zusammenhalts, der eine von Fremdherrschaft diktierte Geschichte von 75 oder 100 Jahren hinter sich hat — weiter aber nichts! Die natürlichen Gegebenheiten des Schwarzen Erdteils, seine vorkoloniale Geschichte, seine Rassen- und Sprachräume spielten bei der Festsetzung der heute gültigen Grenzen überhaupt keine Rolle. Jetzt, wo die künstlichen Bande der Kolonialoberhoheiten hinfällig werden, zeigt sich, daß diese Gebiete nicht wirklich zu Ländern, zu Nationen zusammengewachsen sind. Die Führer der Selbständigkeitsbewegungen hoffen einerseits darauf, daß eben die Selbständigkeit nun das Nationalgefühl schaffen und die Gegensätze ausgleichen wird; anderseits beruht auf diesen geschichtlichen Grundlagen der Drang nach größeren staatlichen Zusammenschlüssen, in denen zerrissene Stämme wieder zusammengefügt und die einzelnen Rassen und Sprachvereine eine bessere Lebensgrundlage finden sollen. Doch auf jeden Fall ist der Moment des Übergangs zur Unabhängigkeit ein höchst kritischer (und selbstverständlich fehlen nirgends die Agitatoren, die die Gegensätze schüren und die Unzufriedenheit der verschiedenen Stammesgruppen auszunützen suchen). Kameruns Unabhängigkeitsfeiern sind von blutigen Unruhen überschattet gewesen.

Die Bevölkerung Kameruns

Noch uneinheitlicher als die kamerunesische Landschaft, die vom feuchtheißen Tropenklima in den Niederungen

bis zum Wüstenklima um den Tschadsee im Norden reicht, die durch ein Gebirgsplateau in zwei Teile geteilt ist und isoliert in der Südwestecke seinen höchsten Gipfel, den Kamerunberg, einen 4100 m hohen Vulkan, trägt, noch vielfältiger als Klima und Morphologie ist die Bevölkerung. Sie zählt insgesamt 3,5 Millionen (darunter nur 12 000 Weiße). Die wichtigsten und aktivsten Stämme sitzen im Süden des Landes, in Küstennähe: die Sanaga und Bamileke. In diesen Gebieten haben seit 1956 Aufstände stattgefunden, die das Land tief gespalten haben. Mitte 1959 gaben die offiziellen Statistiken das Bestehen von 84 politischen Parteien im Lande an. Aber die ethnischen Gruppen sind noch viel zahlreicher; es sind ungefähr 400.

Wie in vielen afrikanischen Ländern ist in Kamerun der Gegensatz zwischen Norden und Süden, oder genauer, zwischen dem küstennahen Land und dem Innern, ausgeprägt. Die Stämme im Norden sind durchweg sudanesischer Herkunft, die im Süden gehören zu der großen Gruppe der Bantuvölker. Im Norden hat sich noch eine feudale Gesellschaftsstruktur erhalten, die von muslimischen Häuptlingen beherrscht wird. Sie haben eine noch fast uneingeschränkte Autorität über die dort ansässigen rund 300 000 Fulbés mohammedanischer Religion und eine etwas weniger große Autorität über die rund 750 000 animistischen Kirdis, eine arme Bevölkerungsgruppe, die vor Zeiten von den fulbischen Eroberern unterworfen und ins Gebirge zurückgedrängt worden war.

Der Süden ist viel weniger einheitlich. Hier lebt ein wahres Rassenmosaik, bei dem der christliche Einfluß vorherrscht: Evondos in der Gegend von Yaunde, Bassas in den Wäldern der Sanaga, Dualas — die der größten Stadt des Landes, Duala, ihren Namen gegeben haben — im Küstengebiet, schließlich rund 750 000 Bamileke. Diese sind eine junge Bevölkerung, die zu 45 % aus Kindern unter 15 Jahren besteht, unternehmend, handeltreibend; sie steigen allmählich aus ihrer gebirgigen Heimat in die Städte des Südens herab. Unter den Bamileke hat die Rebellion seit 1956 nicht mehr aufgehört, hier ist ein Schwerpunkt der politischen Bewegung der Union des Populations du Cameroun (UPC), die eigentlich hinter allen Unruhen der letzten Jahre und der jüngsten Zeit zu finden ist.

Die Kirche in Kamerun und die Unabhängigkeit

Unter den 3,5 Millionen Menschen Kameruns leben insgesamt mehr als 700 000 Katholiken und über 100 000 Katechumenen, dazu über fünfhunderttausend Protestanten (in der Diözese Nkongsamba z. B. neben 150 000 Katholiken 80 000 Protestanten). Das Land hat eine Erzdiözese, Yaunde, und vier Diözesen, Duala, Nkongsamba, Dume und Garua. Der Bischof von Duala ist ein Einheimischer, Thomas Mongo, und Erzbischof René Graffin von Yaunde hat einen eingeborenen Weihbischof neben sich, Paul Etoga. Gewisse Gegenden des Landes sind bereits stark christianisiert, wie eben die Erzdiözese Yaunde selber, in der von 535 000 Einwohnern 304 000 Katholiken sind. Die Erzdiözese hat 53 einheimische Priester. Insgesamt hat Kamerun 113 einheimische Weltpriester und 30 einheimische Ordensleute (Stand von Juni 1958).

Trotzdem haben sich gerade in den letzten Monaten die Unruhen auch gegen die Missionen gewandt; Banden haben große und alte Missionsniederlassungen überfallen, Missionare getötet, Krankenhäuser verwüstet und Ordensfrauen zur Flucht gezwungen. Der schwerste — aber nicht der einzige — Schlag war der Überfall auf die Mission von Bafang in der Diözese Nkongsamba am 30. November 1959. Bei diesem Überfall wurden zwei Missionare getötet und enthauptet und die ganze Niederlassung zerstört. Sie war die blühendste dieser Gegend und bestand aus 16 000 Getauften und 3000 Katechumenen. Beunruhigter jedoch sind die christlichen Führer des Volkes durch das Übergreifen solcher Angriffe Anfang Januar auch auf die Diözese Duala, die bisher von missionsfeindlichen Banden frei war. Hier ist die Mission von Logbikoy in der Landschaft der maritimen Sanaga überfallen worden (zum Glück konnten sich die Missionare mit der Waffe verteidigen und die Angreifer verjagen); diese Mission liegt in einem Gebiet mit 11 000 Einwohnern, von denen 4080 Katholiken, 771 Katechumenen, 3069 Protestanten, 150 Mohammedaner und 2930 Heiden sind. Die Agenzia Fides kommentiert diese Ereignisse mit der Feststellung: „Es ist sicher, daß die Christen Kameruns sich nicht nur gegenüber einer starken marxistischen Strömung behaupten müssen, sondern vor allem auch gegenüber der Tatsache, die dieser überhaupt erst ihre Chancen gibt: den Stammesfehden und der ungerechten sozialen Lage, ob diese nun die Folge der Stammessitten (Häuptlingsrechte, Frauenkauf usw.) oder des modernen Lebens ist."

Die Hierarchie des Landes, die sich dieser Lage natürlich wohl bewußt ist, hat daher keine Gelegenheit versäumt, ihre mahnende Stimme zu Eintracht und festen sittlichen Grundlagen im Hinblick auf die Erlangung der Unabhängigkeit des Landes zu erheben.

Hirtenbrief Bischof Mongos über die Zukunft des Landes

Am 15. November 1959 veröffentlichte die kamerunesische katholische Wochenzeitung „Effort Camerounais" in einer Sondernummer einen bedeutenden Hirtenbrief von Bischof Thomas Mongo „an den Klerus und die Gläubigen seiner Diözese, an die für die Geschicke des Staates Verantwortlichen und an alle Menschen guten Willens" über die Voraussetzungen eines nach Gottes Willen gestalteten Staates. „Als Sohn eines ganz von religiösem Empfinden erfüllten Volkes und als Bischof der Kirche Jesu Christi" fühlt er sich verpflichtet, sein Volk daran zu erinnern, daß „Eintracht und Zusammenhalt der menschlichen Gesellschaft nur dann bewahrt und entfaltet werden können, wenn alle sich auf die gleichen Grundsätze beziehen, die von allen als unverletzlich anerkannt werden". Diese Grundsätze, die die Kirche Christi voll entfaltet, sind doch auch schon als Naturgesetz in das Herz des kamerunesischen Volkes gelegt worden, das immer schon an die Unumstößlichkeit religiöser Werte, an einen Gott und Schöpfer, an das Fortleben des Menschen nach dem Tode geglaubt und eine Vergeltung des Guten und des Bösen in einer anderen Welt geahnt, das immer schon gewisse sittliche Werte: die Achtung vor dem Leben, vor der Frau, vor den Vorfahren, vor dem Eigentum des anderen gekannt hat und dadurch auf die Botschaft Christi vorbereitet war. Der Bischof ermahnt darum seine Gläubigen, nicht wegen einzelner neuer und schwieriger Situationen, wegen der Verleumdung der Feinde Christi und dem Versagen mancher seiner Diener an diesem Glauben und an der Kirche irre zu werden. Die Kirche ist überall zu Hause, sie ist nirgends eine Fremde. „Jeder Mensch, der im Glauben Christus begegnet ist und in der Taufe diese

Begegnung ratifiziert hat, verfällt in einen schweren Irrtum, wenn er sich noch als Fremdling in dieser Kirche fühlt . . .“ Die Kirche ist in Kamerun aber auch längst schon „eingeboren“, sowohl durch ihren einheimischen Klerus wie durch ihre christlichen Laien. Auf Grund dieser Tatsache kann der Bischof seinem Volk die Grundlehren der Kirche und des Naturrechts über die menschliche Person, die Familie, den Staat als Grundlage des künftigen selbständigen Staatswesens darlegen.

Für das kamerunesische Volk ist dabei vor allem die christliche Lehre über die Rechte und die Würde der Frau wichtig — Grundsätze, die die Kirche in Kamerun immer und immer wieder dargelegt hat. Es handelt sich um die afrikanische Sitte des Frauenkaufs, bei dem der junge Mann den Eltern der Braut eine bestimmte, oft unerreichbar hohe Zahl Vieh geben muß. Die Kirche besteht auf freier Gattenwahl, ohne Kaufpreis, dann aber auch auf der Unauflöslichkeit der Ehe. Der Christ hat das Recht, daß diese seine heiligen Grundsätze auch in der künftigen Verfassung des Landes garantiert werden. Ein weiterer Grundsatz, den die Verfassung garantieren muß, ist das Elternrecht bei der Erziehung der Kinder und darum die freie Schule (vgl. auch ds. Heft, S. 211).

Schließlich ermahnt der Bischof noch sein Volk, dem Gemeinwohl zu dienen. „Die Verkennung des Gemeinwohls ist für ein Volk der kürzeste, sicherste Weg zum Untergang und zur Knechtschaft.“ Es ist auch Pflicht der Christen, am wirtschaftlichen Wohl des Landes nach besten Kräften mitzuarbeiten, denn ohne Wohlstand wäre Unabhängigkeit nur ein leeres Wort. Dabei muß der Christ sich jedoch von der christlichen Soziallehre leiten lassen und darf weder dem liberalen Kapitalismus noch dem Kommunismus verfallen.

Gemeinsamer Hirtenbrief der kamerunesischen Bischöfe zur Erlangung der Unabhängigkeit

Am 13. Dezember veröffentlichte die gleiche Wochenzeitung „Effort Camerounais“ eine kurze gemeinsame Erklärung der sechs kamerunesischen Bischöfe zu der bevorstehenden Erlangung der Unabhängigkeit ihres Volkes. Sie hat folgenden Wortlaut:

„In einigen Wochen, am 1. Januar 1960, wird die Unabhängigkeit eures Landes Kamerun Wirklichkeit geworden sein. Im Bewußtsein der Bedeutung dieses historischen Ereignisses haben wir, die Leiter aller Diözesen eures Landes, eure Bischöfe, uns vereint, um den Führern des Landes unsere aufrichtigen Glückwünsche auszusprechen und ihnen zu sagen, wie glücklich wir sind, dies Kamerun, wo die Mehrzahl von uns schon so lange Jahre wirkt, zur vollen Unabhängigkeit gelangt zu sehen. Gleichzeitig haben wir ihnen unserer Mitarbeit am Wohl des unabhängigen Kamerun versichert.

Euch, unseren geliebten Söhnen und Töchtern, legen wir ans Herz, diese Unabhängigkeit nicht nur als freie Bürger, sondern auch als Christen willkommen zu heißen. Wir haben euch schon gesagt und wiederholen jetzt, daß alle Macht von Gott kommt: die Macht zur Führung der Familie, die politische Macht, die Macht im sozialen Leben, die religiöse Macht. Alle diese besonderen Ausprägungen der Macht leiten sich von der höchsten Macht Gottes her und können nur in Übereinstimmung mit ihm ausgeübt werden. Manche neigen wohl dazu, zu glauben, jetzt, mit dem 1. Januar, werde sich alles mit einem Schlag und auf allen Gebieten ändern. Sie irren sich. Die Unabhängigkeit besteht darin, daß ein Land seine Angelegenheiten ohne die Unterstützung eines anderen Landes regeln, selber seine Verfassung bestimmen und den Verhältnissen und dem Geiste seiner Bewohner anpassen, seine eigene Regierung, Armee und Polizei besitzen, wirtschaftlich und finanziell selber entscheiden kann. Alle diese Rechte wird Kamerun jetzt erlangen. Ihr Christen müßt also Gott danken, daß er euch die Gnade gewährt hat, in die Reihe der freien Völker einzutreten.

Aber gleichzeitig, das müßt ihr wohl begreifen, können die neuen Einrichtungen in eurem Land nicht an einem Tag geschaffen werden und nicht von Anfang an vollkommen sein: ihr, als Christen, müßt mit noch größerer Hochherzigkeit als die anderen die Opfer auf euch nehmen, die die neue Situation, in die ihr bald eintretet, von euch verlangt. Ihr müßt mit Feuereifer an der Verwirklichung der neuen wirtschaftlichen Ordnung des Landes mitarbeiten und bereit sein, im Dienste des Wohls eures Staates die gerechten Gesetze, die erlassen werden, uneingeschränkt zu beobachten, selbst wenn sie euch als Last erscheinen.

Es ist recht, das Fest der Unabhängigkeit mit Jubel zu feiern, und wir legen euch dringend ans Herz, es in tiefster christlicher Freude zu tun, zugleich mit Dankbarkeit all denen gegenüber, die euch geholfen haben, dieses Ziel zu erreichen. Aber vergeßt, geliebte Söhne und Töchter, inmitten eurer Freude die Prüfungen nicht, die der Erlangung eurer Freiheit vorausgegangen sind: seit fünf Jahren macht euer Land eine grausame, oft blutige Krise durch, und schmerzliche Verirrungen haben den lieben Gott schwer beleidigt: wir wollen nicht darauf zurückkommen, aber wir bitten euch, zu beten, viel zu beten. Betet in Demut als Sühne für die Gott oder dem Nächsten angetane Beleidigung; betet mit Dankbarkeit, um Gott für die Gnade zu danken, die er euch in seiner Güte gewährt hat, ein seiner Bestimmung bewußtes Volk zu werden; betet mit Vertrauen und bittet die göttliche Vorsehung darum, euch auf die tiefste und vollkommenste Weise Frieden zu schenken für das Land, in dem die Meinungsverschiedenheiten nicht in brudermörderischen Kampf ausarten dürfen, Frieden im Gewissen, damit ihr in Ruhe unter Gottes Auge für den Fortschritt der Liebe zwischen allen, der besten Garantie für den Wohlstand des Landes, arbeiten könnt. ‚Wenn der Herr das Haus nicht baut, arbeiten die Arbeiter vergebens‘ . . .“

Fünf Forderungen der Christen an die künftige Verfassung

„Effort Camerounais“ hat als Sprachrohr der Katholiken Kameruns am 15. November auch die Forderungen der kamerunesischen Christen an ihre künftige Verfassung in fünf Punkten zusammengefaßt. Ein Verfassungsentwurf sollte im Laufe des Januar einem Volksentscheid vorgelegt werden. Bei diesem können die Christen von folgenden Forderungen nicht abgehen:

1. die Bezugnahme auf Gott, da das gesamte Volk an Gott glaubt; 2. politische und wirtschaftliche Freiheit unter Wahrung der öffentlichen Ordnung und mit dem notwendigen Vorrang wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts; 3. Achtung vor dem Privateigentum, zu dem allen der Zugang erleichtert werden muß; 4. Sicherung gegen Anarchie, wie sie eine starke Zentralmacht und eine einfache, ehrliche Verwaltung gewährleistet; 5. die Grundfreiheiten der Person und der Familie.

Die Unabhängigkeitsfeiern

Die Erlangung der Unabhängigkeit ist im ganzen Land mit großen Festzügen und Aufzügen und unter Teilnahme des ganzen Volkes gefeiert worden. Doch bis zuletzt hatten sich die führenden Männer, an ihrer Spitze das Staatsoberhaupt Amadou Ahidjo, große Sorgen gemacht, ob es nicht bei diesem Anlaß zu schwersten Unruhen kommen würde. Es ging das Gerücht, es seien Parolen ausgegeben worden, das Volk solle nicht an den Festlichkeiten teilnehmen und die Kinder sollten ferngehalten werden. Diese Parolen gingen, wie es hieß, auf die — offiziell verbotene — Partei der Union des Populations du Cameroun (UPC) zurück, die stark kommunistisch infiziert ist; sie hatte seit langem gefordert, es sollten Wahlen vor der Unabhängigkeitserklärung abgehalten werden, und sie widersetzte sich der fortbestehenden Freundschaft zwischen dem neuen freien Staat und der ehemaligen Mandatsmacht Frankreich aufs heftigste. Doch während man ihren Einfluß hinter den meisten der Bandenüberfälle und sonstigen Unruhen der letzten Zeit zu suchen hat und obwohl sie in der Landschaft Sanaga, nahe der Hauptstadt, besonders viele Anhänger zu besitzen scheint, ist sie mit ihren Parolen jedenfalls für den Unabhängigkeitstag nicht durchgedrungen. Gerade auch aus der Sanaga war eine starke Delegation des dort ansässigen Bassa-Volkes erschienen; sie führten allerdings das Bild eines ihrer vor einiger Zeit gefallenen Stammesführer mit, den sie für den Schöpfer der Unabhängigkeit halten und dessen Bild sie weit mehr bejubelten als das Regierungsoberhaupt. Amadou Ahidjo wurde dagegen zum Abschluß der Unabhängigkeitsfeiern in seiner eigenen Heimat in der nördlichen mohammedanischen Urwaldgegend von Garua mit aller Pracht alter Stammeszeremonien festlich empfangen (Ahidjo ist Mohammedaner).

Wie schon oben berichtet, haben kurz nach den Unabhängigkeitsfeiern die Unruhen jedoch wieder aufs neue begonnen und sogar auf neue Gegenden (Duala) übergegriffen. Daran kann sich auch kaum etwas vor den für März angesetzten ersten allgemeinen Wahlen des neuen Staates ändern, da seine jetzige Regierung bis dahin nur ein Provisorium darstellt. Im Gegenteil muß man befürchten, daß jetzt erst die eigentlichen Schwierigkeiten und Spannungen beginnen.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Die künstliche Geburtenbeschränkung als soziale Gefahr

In den letzten Monaten des vergangenen Jahres wurde das Problem der künstlichen Geburtenbeschränkung im Zusammenhang mit der Hilfe für die Entwicklungsländer in den Vereinigten Staaten politisch aktuell (vgl. dieses Heft, S. 209). Protestantische kirchliche Kreise unterstützen den Gedanken, die Übervölkerung in den Entwicklungsländern durch eine systematische Geburtenkontrolle einzudämmen. In dem sogenannten „Mansfield-Bericht" vom August 1959 hat eine Gruppe protestantischer Theologen, Ärzte und Soziologen den Gebrauch empfängnisverhütender Mittel zum Zweck der notwendigen Geburtenbeschränkung moralisch gebilligt. Der Direktor des „Kirchlichen Weltdienstes", einer Hilfsorganisation amerikanischer Kirchen, Dr. Norris Wilson, erklärte, seine Organisation sei schon seit Jahren darum bemüht, der Übervölkerung in den Entwicklungsländern durch Aufklärung über die Geburtenkontrolle Abhilfe zu schaffen (vgl. Ev. Pressedienst, 14. 12. 59). Vorsichtig, aber doch eindeutig befürwortete auch Dr. Richard M. Fagley, der Exekutivsekretär der Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten, diesen Weg.

Dabei wurde die Einstellung der katholischen Kirche zur künstlichen Geburtenbeschränkung scharf kritisiert. Wie der Ökumenische Pressedienst (11. 12. 59) mitteilt, sagte Bischof Pike von der Episkopalkirche in San Franzisko, „die Haltung der römischen Hierarchie verurteilt Millionen von Menschen in den wirtschaftlich benachteiligten Teilen der Welt zum Elend. Da es sich dabei zumeist nicht um römisch-katholische Christen handelt, kann man von ihnen nicht erwarten, daß sie die katholischen Skrupel gegenüber der Empfängnisverhütung teilen." Der Dekan des Union Theological Seminary in New York, Dr. John C. Bennett, beurteilte den katholischen Standpunkt als „jeder soliden ethischen oder religiösen Grundlage entbehrend". Er stellte fest, daß die meisten christlichen Glaubensgemeinschaften die katholische Unterscheidung zwischen künstlicher und natürlicher Geburtenkontrolle als sittlich irrelevant ansehen und daß außerdem der katholischen Kirche der Vorwurf nicht zu ersparen sei, daß sie das Übervölkerungsproblem verharmlose.

Voraussichtlich wird die Propaganda für die künstliche Geburtenbeschränkung bei der Hilfe für die Entwicklungsländer in Zukunft eine immer größere Rolle spielen. Die katholische Theologie setzt ihr das ethische Argument der Naturwidrigkeit entgegen. Aber dieses Argument wird in den meisten Fällen nur dann Verständnis finden, wenn es nicht als abstrakte Norm vorgetragen wird, sondern als ein menschliches Strukturgesetz, dessen Mißachtung sich niemals zum Segen der Gesellschaft auswirken kann. Es muß deutlich werden, daß die künstliche Geburtenkontrolle jene sozialen Effekte, zu deren Verwirklichung sie empfohlen und angepriesen wird, nicht hervorbringt, sondern im Gegenteil sehr unerwünschte Folgen hat und daß das sittliche Verbot tiefen menschlichen Erfahrungen entspricht.

In seinem Buch „La Limitation des Naissances" (Paris, Éd. Spes 1959) hat der den Lesern dieser Zeitschrift bekannte Soziologe Stanislas de Lestapis SJ wichtiges Material hierzu veröffentlicht. Er bietet eine ausführliche Rechtfertigung des Verbotes der künstlichen Empfängnisverhütung, und zwar gerade im Hinblick auf die obengenannten Gesichtspunkte. Daraus erscheint Folgendes als besonders berichtenswert:

Geburtenkontrolle — ein untaugliches Mittel

Es sind vor allem drei Gründe, die von den Befürwortern der künstlichen Empfängnisverhütung ins Feld geführt werden, um ihre soziale Nützlichkeit zu beweisen: sie vermindere die Zahl der Abtreibungen, sie sei ein Mittel zur Lösung des Hungerproblems, und schließlich, sie be-

freie die Frauen von den Depressionen unerwünschter Schwangerschaft und schaffe glückliche Mütter und Familien. Wie de Lestapis zeigt, ist keiner dieser Gründe stichhaltig.

Man sagt, unerwünschte Schwangerschaften zu verhindern sei besser, als sie zu unterbrechen. Die Tatsachen beweisen jedoch, daß die Zahl der Schwangerschaftsunterbrechungen in den Ländern mit weitverbreiteter Empfängnisverhütung eher steigt als fällt. Zwar ist es schwer, über die illegalen Schwangerschaftsunterbrechungen zuverlässige Angaben zu machen. In einem Gesetzesentwurf, der der französischen Nationalversammlung am 23. 2. 56 vorgelegt wurde, findet sich die Behauptung, daß nach Meinung von Spezialisten in diesem Lande jede zweite Schwangerschaft unterbrochen wird. Das mag übertrieben sein; denn es wurde vorgetragen, um eine erweiterte Legalisierung der Empfängnisverhütung zu befürworten. Aber auch aus den Vereinigten Staaten ist durch Enqueten bestätigt worden, daß die heimliche Schwangerschaftsunterbrechung häufig vorkommt.

Zuverlässig ist aber allein das statistische Material über die legalen Fälle, und hier gibt eine schwedische Statistik deutlichen Aufschluß. Sie betrifft ein Land, das für besonders liberale sexuelle Verhaltensweisen bekannt ist. In Schweden wird seit 1938 die Schwangerschaftsunterbrechung aus medizinischen, sozialen, eugenischen und humanitären Gründen gestattet. Die Zahl der Fälle, in denen davon Gebrauch gemacht wurde, stieg von 439 im Jahre 1939 auf 5322 im Jahre 1952 und scheint sich etwa auf dieser Höhe zu halten, während die Zahl der Geburten seit 1945 im Fallen ist. Sie betrug 1952 110100, so daß also etwa 5 % aller Schwangerschaften legal unterbrochen wurden.

Japan ist ein Sonderfall. Es ist das einzige unter den übervölkerten Ländern, in dem die unter amerikanischem Einfluß seit dem Kriege mit äußerstem Nachdruck propagierte künstliche Empfängnisverhütung weite Resonanz gefunden hat. Aber daß die Zahl der Schwangerschaftsunterbrechungen dennoch so anomal hoch ist — sie betrug 1955 1170143 gegenüber 1727040 Geburten (67,64 %) —, kann wegen des unterschiedlichen Bildungsstandes der japanischen Bevölkerung und wegen der nationalen Traditionen nicht so sehr als Argument in dieser Frage dienen wie das schwedische Beispiel. Aus ihm geht hervor, daß die Empfängnisverhütung kein Mittel ist, die Unterbrechung der Schwangerschaft zu verhindern. Es liegt sogar näher, sich der gegenteiligen Erkenntnis einer japanischen Enquete anzuschließen, die ergeben hat, daß Ehepaare, die die Empfängnis verhüten, im Verhältnis sechsmal mehr die Schwangerschaft unterbrechen als andere. Ähnliche Verhältniszahlen werden auch aus den Vereinigten Staaten berichtet. Daraus ergibt sich, daß die öffentlich gebilligte oder gar organisierte Empfehlung der künstlichen Empfängnisverhütung notwendig dazu führt, auch die Schwangerschaftsunterbrechung mehr und mehr zu legalisieren, ganz im Gegensatz zu der Theorie, die die künstliche Empfängnisverhütung als Gegenmittel empfiehlt.

Das zweite Argument der Befürworter dieser Praxis lautet, die Empfängnisverhütung könne das Übervölkerungsproblem lösen. Daß man Japan nicht als Beispiel anführen kann, ergibt sich aus dem oben Gesagten. In Japan blieben möglicherweise mehr Kinder durch Schwangerschaftsunterbrechung ungeboren als durch Empfängnisverhütung. In den sogenannten Entwicklungsländern hat die Propaganda bisher keine Erfolge erzielt, die sich in der Bevölkerungsstatistik niederschlagen. Lestapis hat nur beispielsweise Zahlen dafür genannt — etwa, daß in einem indischen Dorf auf intensive Propaganda hin 26 % der Männer und 40 % der Frauen positiv reagierten. Aber wie hoch diese Prozentzahlen auch sein mögen, es ist schlechterdings unmöglich, ein Land von der Größe Indiens und alle anderen Entwicklungsvölker auf diese Weise umzuerziehen in dem Zeitraum, der uns für die Lösung des Übervölkerungsproblems noch bleibt. Wahrscheinlich hat Lestapis Recht, wenn er sagt, daß man mit dieser Methode nur so viel erreicht, daß die intellektuellen und fortgeschrittenen Schichten in diesen Ländern, auf die man doch angewiesen ist, sich weniger vermehren werden, das Landproletariat dagegen verhältnismäßig um so mehr. Man wird also das genaue Gegenteil von dem erzielen, was man beabsichtigt. Er verweist auf eine Feststellung von A. Sauvy, die sehr einleuchtet: Die Geburtenplanung — mit sittlichen oder unsittlichen Mitteln — ist nur als Ergebnis, aber nicht als Anfang einer zivilisatorischen Entwicklung möglich.

Die Geburtenkontrolle, so wird dann ferner behauptet, schafft glückliche Mütter und Familien. Lestapis knüpft an an eine amerikanische Umfrage unter der immerhin beachtlichen Zahl von 1444 Ehepaaren, die ergeben hat, daß „die Verhältniszahl der glücklichen Männer, Frauen und Ehen sich konstant im Verhältnis zur Zahl der Kinder vermindert", von den kinderlosen Frauen abgesehen. Die Schlußfolgerung der Umfrage lautet: „Das Eheglück ist gebunden an die Möglichkeit, unerwünschte Schwangerschaften zu verhindern." Das nun ist eine Meinung, von der Lestapis selbst sagt, in der Diskussion darüber werde das dem Soziologen zustehende Feld der Tatsachen verlassen und die Grenze zu Werturteilen überschritten. Denn wie läßt sich der Begriff „Glück" eindeutig definieren? Hier kann der Soziologe mittels seiner Methoden der Befragung und Statistik nur eines feststellen: in vielen Fällen bleibt, immer unter der Voraussetzung geplanter Elternschaft, die tatsächliche Zahl der Kinder hinter der der erwünschten Kinder zurück, so daß im ganzen eine Gesellschaft, die in dieser Haltung lebt, nicht mehr fähig ist, sich zu regenerieren. „Glück oder nicht Glück — die Fruchtbarkeit reicht nicht aus, um die Erneuerung der Bevölkerung zu garantieren." Das ist der soziale Aspekt der Sache.

Geburtenkontrolle und Kultur

Es ist in der Diskussion über die Geburtenkontrolle noch kaum daran gedacht worden, daß neue Techniken einen neuen Lebensstil, ja einen Kulturwandel in Gang setzen können. Vielleicht ist auch die Geburtenkontrolle eine solche Technik. In einer Verlautbarung der Liga für Menschenrechte von 1957 hieß es, daß die Geburtenkontrolle dem Menschen die Möglichkeit gebe, eine Ungerechtigkeit der Natur zu korrigieren. Diese Korrektur könnte größere Folgen haben als jede frühere technische Erfindung. Denn sie betrifft nicht mehr nur die Umweltbedingungen unseres Lebens, sondern das Leben selbst. Lestapis hat ein makabres Bild von dieser vielleicht kommenden „Zivilisation der Empfängnisverhütung" entworfen.

Sie wird wohl zweifellos den Gegensatz zwischen der „glücklichen Familie" und der kinderreichen Familie so hochspielen, daß die letztere von der öffentlichen Meinung diskreditiert, ja vielleicht sogar vernichtet wird. Es ist, wie Lestapis sagt, eine Tatsache, daß die Familien mit mehr als vier Kindern in allen Ländern, wo die Geburtenkontrolle üblich ist, von einer Volkszählung zur andern we-

niger werden. Der Bevölkerungsnachwuchs in unseren Ländern wird heute nur mehr durch eine große Zahl von Erst-, Zweit- und allenfalls Drittkindern gesichert, da der Lebensstandard in unserer Zivilisation den unbedingten Vorrang hat. Diese Tendenz, so sagt der Verfasser warnend, herrscht schon jetzt in einer Zeit wirtschaftlicher Hochkonjunktur. Es ist nicht abzusehen, wie sie sich in einer Zeit der Depression auswirken würde.

Die Mentalität, die der Geburtenkontrolle zugrunde liegt, begünstigt die Vergreisung der Völker, und zwar physiologisch ebenso wie psychisch. Die Alterspyramide stellt sich langsam auf die Spitze. Aber schlimmer ist es, daß auch Initiative, Wagemut und Zukunftshoffnung erschlaffen, wenn die Wiegen leer bleiben. Rentnergeist macht sich breit. Man denkt nicht mehr an die Zukunft, außer um sich die Gegenwart zu sichern. Geburtenmüdigkeit ist ein sicheres Zeichen der Resignation.

Die rationelle Planung des Lebens, wozu die Geburtenkontrolle der erste und entscheidende Schritt ist, vollzieht einen Umsturz der Werte. Lestapis zitiert einen bezeichnenden Satz aus einem amerikanischen Ehevorbereitungsbuch, das mit Bedauern feststellt: „Wir sind noch lange nicht ein Volk, das die Produktion seiner Kinder so wirksam und erfolgreich regelt wie die Produktion und Verbesserung seines Viehbestandes." Aber der Verfasser dieses Satzes ist fest davon überzeugt, daß man dahin gelangen wird. So wird, sagt Lestapis, das Leben in die Kategorie der Konsumgüter und der käuflichen Vergnügen eingereiht. Die Ehrfurcht vor seinem Mysterium wird ebenso untergraben wie der schöpferische Elan. Der Genuß wird zum einzigen Wert.

Wie die Auffassung, daß die Sexualität in der Hauptsache zum Vergnügen da sei, auf die Jugend wirkt, zeigen viele exakte soziologische Untersuchungen. „Die sozialen Gruppen, in denen die Empfängnisverhütung herrscht, sind auch diejenigen, in denen die vorehelichen Beziehungen am häufigsten vorkommen." Wie nichts anderes begünstigt die Empfängnisverhütung die Erotisierung und Sexualisierung des ganzen Milieus, vor allem dadurch, daß sie die Frauen- und Mädchenwelt dazu anreizt, ihre angeborene Zurückhaltung preiszugeben. Nicht ohne Grund verfechten die Freunde der Geburtenkontrolle ihre Sache auch mit dem Argument der Gleichberechtigung der Frau, die durch die Möglichkeit zur Empfängnisverhütung die gleiche sexuelle Freiheit erlange, durch die der Mann in der ganzen Menschheitsgeschichte über sie dominiert hat. Daß darin eine Täuschung verborgen ist, die viel menschliches Unglück nach sich zieht, zeigt unter anderm die Tatsache, daß Schweden mit etwa 10 % den höchsten Satz aller unehelichen Geburten aufweist.

Eine der unheilvollsten Folgen der Empfängnisverhütung ist die Fixierung der Sexualität auf einem adoleszenten Stande der Autophilie. Darüber ist leider in katholischen Kreisen viel zuwenig Kenntnis verbreitet, wiewohl der Hinweis darauf von gläubigen jungen Menschen sehr ernst aufgenommen wird. Vor allem Marc Oraison hat darüber in sachkundiger und überzeugender Weise geschrieben (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 418 und 12. Jhg., S. 567). An dieser Stelle genügt es, zu sagen, daß die Empfängnisverhütung zwar nicht immer — das wäre ein vermessen hartes Urteil —, aber doch sehr oft nichts anderes ist als „eine Zusammenarbeit von Egoismen". Sie bringt zwar augenblicklich ein Gleichgewicht hervor, aber leider ein labiles, was die Scheidungsziffern bezeugen.

Lestipas sieht in der Empfängnisverhütung, wenn sie zu einer Selbstverständlichkeit in der Gesellschaft wird, geradezu einen selbstmörderischen Krieg gegen das Leben und die Mutterschaft. Kein Interesse mehr an Kindern — als offizielle, wenn auch geflüsterte Parole —, ist das nicht im tiefsten Lebenshaß oder mindestens Lebensüberdruß? Der Schöpfungselan, der der reifen Sexualität innewohnt, wandelt sich in eine Selbstsucht zu zweit, von der man, wenn sie zur gesellschaftlichen Maxime wird, wohl wirklich nichts anderes sagen kann als: „Après nous le déluge!"

Die Probleme der Sexualität werden in der katholischen Verkündigung vielleicht manchmal überakzentuiert, vielleicht aber noch öfter und verhängnisvoller nicht in ihrer Tiefenwirkung ganz allseitig dargestellt. Das dürfte aus den bisherigen Bemerkungen ersichtlich sein. Lestapis fügt ihnen noch eine weitere hinzu, über die man sich ebenfalls Gedanken machen muß. Die Mentalität, die durch die Selbstverständlichkeit der Empfängnisverhütung geschaffen wird, hebt die geschlechtliche Differenzierung von Mann und Frau auf, entartet sie, vermännlicht die Mädchen und verweiblicht die Männer. Sie schafft eine „Konfusion der Geschlechter", weil die Sexualität, die in Vater- und Mutterschaft gipfelt, wodurch erst Mann und Frau in ihrer letzten Eigenart geprägt werden, zu einem Gesellschaftsspiel wird, bei dem es im Grunde genommen nur noch um Unterhaltung geht. Jedenfalls sprechen die zunehmenden Ehescheidungen in allen Ländern mit verbreiteter Geburtenkontrolle dieser Ansicht eine eindeutige Berechtigung zu.

Auch an anderen Phänomenen, die mehr das Innenleben der Ehe betreffen und belasten und die auf mangelndem seelischem Gleichgewicht beruhen, ein Mangel, der heute nicht selten pathologische Form annimmt, kann die regelmäßig geübte Empfängnisverhütung die Schuld tragen. Der Tübinger Gynäkologe August Mayer hat in seiner aufschlußreichen und auch für den Theologen wichtigen Schrift: „Reifungsprobleme im Leben der Frau" (München 1959) auf die engen Zusammenhänge zwischen nervlich-seelischer Gesundheit und der geschlechtlichen Normalität, die mit der Sehnsucht nach Mutterschaft oder mindestens mit dem Bewußtsein der Empfängnisfähigkeit verbunden ist, nachdrücklich hingewiesen.

Selbstverständlich kann man die Empfängnisverhütung nicht für alle Zivilisationsschäden oder seelischen Anomalien unserer Zeit verantwortlich machen. Es sind viele Faktoren, die zu diesen Ergebnissen führen, zumal wenn sie zusammenkommen und sich überlagern. Auch de Lestapis will nicht übertreiben. Der Sinn seiner Ausführungen ist ein anderer: Wenn man die Empfängnisverhütung als den Weg zum menschlichen Glück und als das Mittel zu seelischer Harmonie und einer humaneren Moral anpreist, dann müßte dieses Mittel doch wohl gerade in den Ländern, wo es seit langer Zeit und im größten Umfang angewendet wird, also in den angelsächsischen und skandinavischen Ländern, seine Wirkung getan haben. Aber beklagt man nicht gerade in den Vereinigten Staaten die Zunahme seelischer Störungen und ehelicher Schwierigkeiten oder in den skandinavischen Ländern, besonders in Schweden, bedenkliche moralische Erscheinungen? Eines ist sicher: die Empfängnisverhütung hat in allen Zivilisationsländern, wo sie geübt wird, die Geburtenrate gesenkt und den individuellen materiellen Wohlstand dadurch gehoben. Ob sie damit auch dem Interesse des nationalen Wohls gedient hat, das wird erst die Zukunft erweisen. Noch eine Unterscheidung ist wichtig. Empfängnisverhütung in konkreten Notfällen, wiewohl auch diese

nach katholischer Lehre nicht erlaubt ist, kann vom sozialen Standpunkt aus nicht ebenso beurteilt werden wie die Theorie und Propaganda, die daraus eine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit machen möchte. Nur gegenüber dieser Absicht haben die von Lestapis vorgetragenen Bedenken ihre volle Schlagkraft. Aber diese Absicht ist mächtig am Werk, und zwar auf internationaler Ebene. Deshalb muß und darf man mit Recht von einer sozialen Gefahr sprechen und nicht nur von einer sittlichen Not.

Auch die katholische Kirche ist, wie der Verfasser in der zweiten Hälfte seines Buches zeigt, nicht Gegnerin einer Regulierung der Geburten. Wenn auch die Ehe in erster Linie der Fortpflanzung der Menschheit zu dienen hat, so dürfen und müssen doch auch katholische Eheleute sich für eine Regulierung der Zahl ihrer Kinder entscheiden, die sie für die optimale halten, wenn sie daran denken, daß sie ihren Kindern auch eine angemessene Erziehung zu geben verpflichtet sind. Das ist in der kirchlichen Verkündigung mitunter zu wenig deutlich gesagt worden. Aber Lestapis zeigt auch den tiefen Wesensunterschied zwischen einer Kontrolle der Geburten, die mittels künstlicher Empfängnisverhütung vor sich geht, und einer Regulierung, die der sexuellen Begegnung in der Ehe ihren natürlichen Sinn läßt. Dieser Unterschied berührt die tiefsten Schichten personalen Lebens. Ihn im einzelnen hier darzustellen würde den Raum überschreiten. Wir dürfen aber die Leser darauf verweisen, daß das Buch von Lestapis in den nächsten Monaten auch in deutscher Sprache erscheinen wird.

Aus der Ökumene

Grundlinien einer evangelischen Wirtschaftsethik

Zu Arbeiten von Thielicke und Künneth

Es ist nicht leicht, über die Bemühungen zum Entwurf einer evangelischen Wirtschaftsethik zu berichten, da sie noch keinen Abschluß gefunden haben und die Theologen sich mit Wirtschaftlern und Soziologen zu Arbeitsteams verbinden möchten, um der Probleme Herr zu werden. Es kann aber auch nicht länger gewartet werden. Wir gehen auf das Ökumenische Konzil zu und vermuten, daß angesichts der sehr begrenzten Möglichkeiten eines dogmatischen Gesprächs den Grundsatzfragen einer alle Christen verbindenden politischen Ethik erhöhte Bedeutung zugemessen wird, nachdem Papst Pius XII. in seiner lehramtlichen Verkündigung den vom Weltrat der Kirchen verbreiteten Lösungen in mancher Hinsicht sehr nahe gekommen war (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 93). Wir müssen also sehen, woran wir wenigstens in Deutschland sind, wo uns der Ruf zur Zusammenarbeit von evangelischer Seite erreicht hat. Anderseits ist auf der Landessynode der Evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern Ende November 1959 der Beschluß gefaßt worden, einen Ausschuß mit dem Entwurf einer neuen kirchlichen Lebensordnung zu beauftragen, da die geltende zu individualistisch sei. Die Gemeinden brauchten einen „Katechismus", der das Bekenntnis der Christen in Wirtschaft, Politik und Beruf klar zum Ausdruck bringt. Die evangelische Wirtschaftsethik, die lange vernachlässigt worden war, beginnt sich also schon an einer Stelle auszukristallisieren. Das neue Buch des Erlanger Theologen Walter *Künneth:* „Moderne Wirtschaft — christliche Existenz" (Theologie und Gemeinde, Heft 2. Claudius-Verlag, München 1960, 82 S.), ist an dem Plan sicher nicht unbeteiligt, zumal da der Verfasser als Mitglied der Landessynode auch diesem Ausschuß angehören dürfte.

Quo vadis ecclesia?

Aber wie sich im evangelischen Bereich alle Fragen in polaren Spannungen darstellen, so ist es sicher kein Zufall, daß gleichzeitig in den Evangelischen Monatsheften zur Gesellschaftspolitik, „Die Mitarbeit" (Dezember 1959), ein grundsätzlicher Aufsatz von Hans Stork erscheint, der die Frage stellt: „Quo vadis ecclesia?". Wenn irgendwo, so hat man bei der Evangelischen Sozialakademie Friedewald, die unlängst ihr zehnjähriges Bestehen feierte und von der „Die Mitarbeit" getragen wird, ein Gespür dafür, ob die praktische Arbeit dieses Jahrzehnts schon ein greifbares Ergebnis gezeigt hat. Stork berichtet, wie erst nach 1945 die evangelische Theologie zur Erkenntnis kam, daß die industrielle Arbeitswelt etwas grundsätzlich anderes ist als die Welt der Handwerksstuben, die sich in der reformatorischen Wirtschaftsethik widerspiegelt. Die Entdeckung der industriellen Probleme mit ihrer Herausforderung einer evangelischen Wirtschaftsethik fand 1955 ihren ersten Höhepunkt auf der Synode der EKD zu Espelkamp, wo leider die Vorlage „Die Kirche und die Welt der Arbeit" nur am Rande behandelt werden konnte, die von Pionieren wie Pfarrer Eberhard Müller, Bad Boll, und Klaus v. Bismarck vertreten wurde (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 307).

Für diese gute Sache hatte Dr. Müller kurz vorher seine aufrüttelnde kleine Schrift verfaßt: „Die Welt ist anders geworden" (Furche-Verlag, Hamburg 1953). Sein Programm, auf der Evangelischen Akademie in Bad Boll entwickelt, lautete damals: Bildung von christlichen Betriebszellen, „Betriebskernen", Paragemeinden und Darstellung des christlichen Glaubens in seiner Weltmächtigkeit durch eine christliche Bruderschaft in Ergänzung des betriebspsychologischen Programms der „human relations". Stork meint dagegen, daß die eigentliche Aufgabe der Kirche erst noch geleistet werden müsse. Die Kirche habe zwar durch die in aktiver Sozialarbeit tätigen Christen die Eigenart der industriellen Gesellschaft kennengelernt und sei mit ihrer Dynamik in Berührung gekommen, sie habe auch gelernt, in welchem Umfang der einzelne dieser industriellen Gesellschaft ausgeliefert sei. Aber gerade Männer der Kirche, wie der gut beobachtende Jurist Jacques Ellul, Bordeaux, seien zur Erkenntnis gelangt, daß „die Theologie der Welt tatsächlich heute nichts mehr zu sagen hat, weil es in unserer Kirche keine Laien gibt, die statt einer sorgfältigen Trennung zwischen ihrem Glauben und ihrem Leben, mit der sie sich durch eine Moral aus der Affäre ziehen, die Verkündigung in die Wirklichkeit hineintragen, von der die Pfarrer geschieden sind". Was Stork damit meint, hat er in einem Buch „Kirche im Neuland

der Industrie" (Vogt-Verlag, Berlin 1959) näher dargelegt. In demselben Heft der „Mitarbeit" erfährt Stork jedoch heftigen Widerspruch, den wir am Schluß dieses Berichtes zitieren, weil daran deutlich wird, wie offen noch alle Fragen in Theorie und Praxis sind.

Arbeiten, und warum?

Immerhin haben einige evangelische Theologen Grundlinien zu einer Wirtschaftsethik entworfen, wobei sie sich weitgehend der Ergebnisse der Soziologie, besonders der Schrift von H. Schelsky „Die Zukunftsaspekte der industriellen Gesellschaft" (1954) bedienen. Als erster tat das Helmut *Thielicke* in seiner „Theologischen Ethik" (Band II), bei deren Besprechung wir den Abschnitt über die Welt der Arbeit (S. 395—520) aussparen mußten (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 428). Da Künneth von Thielicke abhängig ist, müssen wir zunächst auf dessen Darlegungen zurückgreifen. Sie werden in dem reformatorischen Geist vorgetragen, wonach der Christ durch den Glauben an die Rechtfertigung „zur Sachlichkeit gegenüber der Welt befreit" sei, also nicht durch theologische Weisungen gegängelt werden müsse (1353; Zitate nach den Paragraphen). Diese Sachlichkeit aber versteht Thielicke nicht säkularistisch-autonomistisch, sondern vom Heilswillen Gottes her, seine gefallene Schöpfung zu erhalten. Damit stellt er das regulative Prinzip einer evangelischen Wirtschaftsethik auf: Was auch immer praktisch zu geschehen habe, es muß um des Menschen willen geschehen, der Gottes Eigentum und „teuer erkauft" ist. Der Mensch darf nicht versklavt, zum Mittel herabgewürdigt und sich selbst entfremdet werden.

Es ist hinlänglich bekannt, daß und warum die evangelischen Ethiker das Naturrecht für ihre Argumentationen ablehnen, obwohl sie es tolerieren, wozu sie z. T. von den Politikern genötigt werden (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 397 f.: „Zur evangelischen Ethik des Politischen"). Die katholische Beobachtung wird sich also weniger darauf richten, wo sich Chancen ergeben, die Evangelischen zum katholischen Naturrecht herüberzuziehen, sondern wo die evangelischen Intentionen liegen, die den katholischen entsprechen, weil sie biblisch sind, und wo die Evangelischen der Sache am nächsten kommen, nämlich Lösungen zur Bewältigung der Probleme der industriellen Gesellschaft zu finden.

Bei der Bestimmung der Arbeit und ihres Sinnes geht Thielicke nicht von einer allgemeinen, sondern von einer biblischen Anthropologie aus, ohne in Biblizismus zu fallen. Denn gegenüber dem biblischen Weltbild sagt er: „Die Welt ist ontisch anders geworden. Wir stehen angesichts dieser Wandlung vor der Alternative, entweder zuzugeben, daß das urchristliche Weltverhältnis keinerlei Affinität zu unserer Existenzweise besitze und darum preiszugeben sei, oder aber seine Botschaft auf unsere veränderte Weltsituation hin zu interpretieren. Die Entwicklung der Weltverhältnisse als solche ist irreversibel. Sie gehört zum Schicksal geschichtlichen Existierens." Außerdem sei nicht nur das Objekt, sondern auch das Subjekt des Verstehensaktes dem Fluß des Geschehens preisgegeben. Eine begriffliche Analyse der Arbeit klärt, daß sie stets einem Sollen unterworfen, also eine in Freiheit bejahte und mit Mühsal verbundene Tätigkeit ist, sowohl zur Fristung der Existenz wie zum Dienst am Menschen, daß sie arbeitsteilig vor sich geht und jedem eine stellvertretende Funktion im Ganzen auferlegt ist. Diese Analyse beruht auf dem noachitischen Bund, auf der Geduld Gottes, der um des Heiles willen diese Welt und damit auch die produzierende Aktivität des Menschen noch erhalten will, von der Thielicke sagt, daß sie „die besorgende Inanspruchnahme der göttlichen Fürsorge" sei, woraus Recht auf Arbeit und die Pflicht zur Arbeit folgen. Ein reiner Wohlfahrtsstaat wird theologisch abgewiesen (1516 f.), weil er der Tatsache nicht gerecht wird, daß der Mensch post lapsum in der Regel der Schwerkraft des amor sui erliegt. Die biblisch begründete Sinngebung der Arbeit erkennt sodann ihren besonderen Charakter als „Gottesdienst", wodurch sie ihre eigentliche Würde erhält: der gläubige Mensch arbeitet, weil Gott es so haben will und weil er ihm Freude machen möchte (1664). Daß Thielicke hier von der Rechtfertigungslehre eine Cooperatio des Menschen mit Gott ablehnt und das menschliche Werk nur als Echo und Nachvollzug des Schöpferwillens selber gelten läßt, ist eine reformatorische Nuance, die in der weiteren Analyse wohl nicht stört.

Strukturgesetze der Wirtschaft

Bemerkenswert ist vielmehr, wie Thielicke die konkrete Analyse des modernen Arbeitsprozesses theologisch von der „Zweideutigkeit der Arbeit" her erhellt, der Arbeit, die teils in der Schöpfung vor dem Fall angelegt ist (Gen. 2, 15), die aber nach dem Fall auch unter den Fluch gerät, so daß ihr etwas anhaftet, was der Auflehnung gegen Gott, d. h. der Zerstörung der Schöpfung und des Menschen entgegenwirkt (1683 f.). Er führt diese Einsicht an zwei Modellen durch, einmal am „Strukturgesetz der Konkurrenz", sodann am Gegensatz von selbständiger Unternehmerarbeit und abhängigen Arbeitsformen. Konkurrenz ist das Heilmittel gegen die Sucht des gefallenen Menschen: der freigewordene Egoismus wird durch fremden Egoismus in Schranken gehalten und dadurch zur Dienstbereitschaft für den Nächsten, den Kunden, gezwungen. Wo sie fortfällt, wie z. B. vor der Währungsreform von 1948, erstarrt das menschliche Zusammenleben völlig. Der Christ kann den Konkurrenzkampf nicht theologisch ablehnen, er kann sich nur immer fragen, wie weit er mitmacht, damit der Endzweck, die Erhaltung der Welt im Sinne Gottes, dadurch erreicht wird. Es gibt als Regulativ das göttliche Gebot, der Skrupellosigkeit des Konkurrenzkampfes entgegenzuwirken, wozu auch das schiedsrichterliche Amt des Staates dient (1720). Die christliche Ethik kann jedoch keine genormten Entscheidungen über die Anwendung des Rentabilitätsprinzips geben. Diese Entscheidung sei Sache der Verantwortlichen, sowohl der Unternehmerverbände wie der ihnen entgegengestellten Gewerkschaften.

Davon handelt das zweite Modell. Hier zeigt Thielicke die Berechtigung der Gewerkschaftsbewegung, deren marxistische Diagnose des industriellen Prozesses insofern recht gehabt hat, als sie die abstrakten Konsequenzen der industriellen Ausgangssituation, die Ausnutzung des Menschen als abhängige Arbeitskraft, als Ware, mit großer Folgerichtigkeit zog (1742 f.). Ihr Irrtum lag darin, daß ihre Prognose die menschliche Verantwortungsfähigkeit übersah. Man könne sagen, daß es letzten Endes die Arbeiterklasse selber gewesen ist, die die marxistische Prognose ad absurdum führte (1759). Sie hat erkannt, daß eine institutionelle Misere nicht durch private Wohltätigkeitsakte, sondern nur durch institutionelle Gegenmaßnahmen bekämpft werden kann. Ein legitimes Mittel

dazu sei der Streik, der aber zugleich in der Form des Generalstreiks dazu neigt, den Staat zu unterwandern, totalitäre Machttendenzen zu begünstigen. Außerdem stehen die Gewerkschaften wie alle gesellschaftlichen Großverbände unter der Eigengesetzlichkeit des Apparates. Die theologische Ethik müsse daher feststellen, daß die Tätigkeit der Gewerkschaften sowenig wie die der Unternehmerverbände ihren Dämonien überlassen werden dürfe. Sie sind vom Staat her steuerungsbedürftig. Thielicke lehnt es ab, hier theologische Ratschläge zu geben, sondern deckt nur die tatsächliche Möglichkeit institutioneller Machtbegrenzung durch Selbstkontrolle — u. a. durch eine gewisse Selbständigkeit der Christen in den Gewerkschaften — auf.

Das Kapitel gipfelt in einer Darstellung der Gefährdung der Arbeit, ihrer Perversion, die von einer „verdorbenen Existenz" herrührt, in der der Mensch sich nicht mehr als Mensch vor Gott versteht. Die Arbeit wird zum Selbstzweck, zum Betrieb, zum bloßen Umtrieb, besonders dann, wenn durch falsch verstandene Rationalisierung und Automatisierung die Arbeit zum Götzendienst entarten kann. Die Neigung, die Arbeit oder die Produktion zum Selbstzweck zu erheben, kann nicht einfach als Faktum verstanden werden, sie ist Verhüllung eines Frevels an Gott und dem Menschen. Auch der zum bloßen Leistungsträger im Kollektiv oder der von einer sozialpsychologischen „Bewirtschaftung" als Mittel verwertete Mensch kann sich seiner imago Dei (!) und ihres Character indelebilis nicht entziehen (vgl. zu diesem Begriff die Besprechung des I. Bandes der „Theologischen Ethik": Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 416 f.): „Die entschwundene Beziehung der Arbeit auf Gott als dem finis ultimus nötigt dazu, den Platz dieses finis ultimus zu besetzen. Denn obwohl die Beziehung zu ihm nicht mehr Gegenstand eines bewußten Ergreifens ist, so bleibt sie doch als ontisches Faktum bestehen, dem der Mensch nicht entrinnen kann. Infolgedessen muß der Mensch jene Beziehung — wenn er sie nicht eliminieren kann — inhaltlich anders füllen. Und er füllt sie in strenger Analogie zu den Vorgängen beim Götzendienst: so nämlich, daß geschöpfliche Größen an die Stelle des Schöpfers treten. In diesem Falle ist es das geschöpfliche Tun der Arbeit, die vergottet wird; oder es ist das Geschöpf Mensch, das sich paradoxerweise gerade darin vergottet, daß es unter die ihm zugeordnete Weise menschlicher Existenz hinuntersinkt, zum psychomotorischen Apparat", zum Homunkulus.

Die Theologen lernen von Schelsky

Thielicke anerkennt unumwunden die sachlich notwendige Rationalisierung, aber er hütet sich, sie zum Gegenstand einer ethischen Entscheidung zu machen. Die Wahrung der Menschenwürde des Arbeiters lasse sich nicht durch romantische Ablehnung der Rationalisierung erreichen: „Die menschliche Freiheit, und damit die humanitas, wird nämlich nicht in der Weise behauptet, daß die Freiheit Gesetze durchbricht — z. B. die Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft —, sondern daß sie sich unter dem Gesetz behauptet. Nur so jedenfalls kommt man zu einer realistischen Ethik und damit zur Ethik überhaupt." Das Prinzip der Wirtschaftlichkeit lasse die Frage noch völlig offen, unter welchem Vorzeichen der Produktionsprozeß stehen und welchem Ziel er dienen solle, ob für oder gegen den Menschen. Die Frage, ob man den arbeitenden Menschen als Träger eines unbedingten Wertes oder als Funktionär der bloßen Verwertbarkeit versteht, werde allerdings innerhalb der Rationalisierung akut. Die Möglichkeit zur Versklavung liege auch im System der sozialen Marktwirtschaft. Die Betriebsleitung müsse sich um den Menschen kümmern, was nicht einfach bedeutet, daß man seine Konsumbedürfnisse befriedigt. Man müsse ihm helfen, die rechten Bedürfnisse zu haben. Es komme auf die rechte Aufwandsgestaltung an (1887 f.). Es komme darauf an, die Vertrauenskrise zu beheben, die seit Jahrzehnten zwischen Unternehmern und Arbeitern ausgebrochen ist. Thielicke schlägt dafür sowenig wie Künneth die „Mitbestimmung" als Allheilmittel vor, aber er schiebt die Verantwortung den Verantwortlichen auf beiden Seiten zu, sich im sachlichen Gespräch um die Erfordernisse des Betriebs zu finden, ein Weg, der in Evangelischen Akademien mit Erfolg versucht worden ist.

In der Erörterung der Automatisierung folgt Thielicke und mit ihm Künneth den Prognosen von Schelsky. Dieser gibt der Sorge Ausdruck, es könnte mit den Automaten-Technikern eine „Radio-Kino-Illustrierten- und Readers-Digest-Kultur" heraufziehen, er sieht auch die „Minimisierung der ethischen Steuerungsmöglichkeiten" und dazu ein Nachlassen der sittlichen Widerstandskraft gegenüber ideologischen Diktaturen. Anderseits erfordere die Bedienung der Automaten technisch hochqualifizierte Kräfte, zu denen die Betriebsleitung persönliches Vertrauen haben müsse. „Durch die Automatisierung wird der Mensch in eine neue Subjekt-Stellung versetzt." Die Gefahr ist groß, aber auch die Chancen der christlichen Verkündigung wachsen, wenn sie den sinnentleerten technischen Menschen in seiner Freizeit erreicht. Thielicke verweist hier auf den Vorschlag von Eberhard Müller, christliche „Betriebskerne" zu bilden. Er stellt sich aber auch einem Vorwurf von Schelsky, daß die Allgemeinheit sittlicher Normen nicht die konkreten Fragen werde meistern können. Mit vollem Bewußtsein, eine sehr allgemeine Richtlinie zu geben, zitiert er das bekannte Wort von Augustin: „Dilige et fac quod vis". Er nennt es den neuralgischen Punkt, um den alles geht, ob dieses Prinzip dem Zweifel Schelskys standhalten könne. Seine Antwort lautet: Es hilft keine gesetzliche Kasuistik und keine neue Standesethik, sondern nur die christliche Freiheit, die gerade keine Unverbindlichkeit und damit Beliebigkeit des Handelns sei, sondern Befreiung zu einem neuen Gehorsam. Das ist wohl gut paulinisch, und es ist wichtig, den Nächsten, der unsere Liebe fordert, eine „neue repraesentatio Christi" zu nennen. Aber bedürfen nicht die Menschen, wie sie sind — genauso wie die Christen der vom Apostel Paulus gegründeten Gemeinden mit ihren ständigen Mißverständnissen seiner Theologie — bestimmter „Anweisungen", d. h. kirchlicher Weisungen, die ja auch Paulus gab? Ist es so abwegig, wenn Schelsky ein neues Gruppen-, Klassen- oder Standesethos als Gegengewicht gegen die technische Dynamik fordert?

„Sozialethische Impotenz der Kirche"?

Worin liegt nun die Eigenart der eingangs genannten neuen Schrift von Künneth? Sie nennt sich „eine Einführung in die Hauptprobleme der christlichen Wirtschaftsethik" und ist in der Hoffnung verfaßt, „um den verantwortlichen Menschen in der Wirtschaft einen vielleicht hilfreichen Beitrag zur Gewinnung ihres Selbstverständnisses zu vermitteln, in der Gemeinde das Interesse zu erwecken für ihre Mitverantwortung an der Gestaltung der

Wirtschaftswelt" und schließlich, um die Theologen vor die ökumenischen Probleme zu stellen. Auch Künneth nimmt seinen Ausgangspunkt im Heilswillen Gottes, auch er gibt für den Bereich der Wirtschaft eine Gewissens- und Gesinnungsethik, die personalistisch-individuell geformt ist, aber zugleich eine Ordnungsethik sein soll, die den Sachverhalten Rechnung trägt. Man darf wohl sagen, daß diese Schrift weitgehend Thielicke und seinen Unterlagen, u. a. auch Schelsky folgt, wobei der Frage des persönlichen Eigentums unter dem eigentlichen Eigentümer, Gott, und seines sozialen Gebrauchs, auch der Frage der „Mitbestimmung" im Betrieb breiterer Raum gewidmet wird. Auch er lehnt eine „christliche Sozialordnung" als einen „primitiven Kurzschluß" ab, der auf einer Vermischung von Weltreich und Gottesreich beruhe (41). Seine regulativen Prinzipien sind dieselben wie bei Thielicke: Ermöglichung der personalen Existenz des Menschen vor Gott.

Bemerkenswert ist darüber hinaus das Schlußkapitel über „Die Kirche und der wirtschaftliche Mensch". Hier stellt Künneth mutig die Frage, die man schon öfters aus dem evangelischen Raum gehört hat: „ob die christliche Kirche in ihrer konkreten zeitgeschichtlich bedingten Erscheinungsform, belastet mit der gesamten Problematik einer Volkskirche, befähigt ist, ihre sozialethische Aufgabe (als Trägerin der Offenbarungsbotschaft) dem wirtschaftlichen Menschen in der Gegenwart gegenüber wahrzunehmen und sachgemäß zu verwirklichen" (74). Er spricht von einer „sozialethischen Impotenz" der — vermutlich evangelischen — Kirche. Als erforderliche Maßnahme anerkennt er den Ruf nach einer „neuen Sprache" der kirchlichen Verkündigung und den Dienst der Arbeiterpfarrer und Industriepfarrer. Aber er warnt vor einer Kritik an der Kirche, die nur die Vordergründe kirchlicher Mißstände sieht und meint, die Kirche könne ihre Botschaft dem modernen technischen Menschen ohne das Skandalon des gekreuzigten und auferstandenen Christus mundgerecht machen. Sie kann nur die Glaubensentscheidung des einzelnen erwirken, sie muß sodann die Grenzen der wirtschaftlichen Existenz aufdecken und vor allem inmitten einer christentumsfremden Umwelt „eine neue Gemeinschaft christlicher Bruderschaft entstehen lassen".

Kritische Fragen

Es ist nicht unsere Aufgabe, hierzu kritische Fragen zu stellen, abgesehen vielleicht von der Feststellung, daß keiner der Autoren das Problem aufrollt, ob eine Wirtschaft, die Exzesse des Bedarfs künstlich weckt, um auf Hochkonjunktur zu bleiben, und den Konsum durch einen raffinierten Werbeimperialismus erzwingen muß, sittlich verantwortbar ist (vgl. dazu Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 161 ff.). Das heißt aber nicht, daß dieses Problem im evangelischen Bereich nicht gesehen würde, denn es ist in der von Hans H. Walz im Auftrage des Deutschen Evangelischen Kirchentages herausgegebenen Schrift „Wirklichkeit heute" (Kreuz-Verlag, Stuttgart 1958) von Jürgen Rausch (21) durchaus gesichtet, aber Rausch ist bezeichnenderweise Laie.

In diesem begrenzten Bericht ist vielmehr dreierlei dankbar zu erkennen: Erstens hält der Versuch einer evangelischen Wirtschaftsethik an der biblischen Offenbarung über den Menschen fest. Das ist gemeinsamer Boden, und man muß wohl nicht darauf insistieren, daß die Evangelischen auch das katholische Naturrecht oder das angelsächsische annehmen, um den Menschen in der industriellen Arbeitswelt für Gott offen zu halten; obwohl es wiederum ein Problem ist, wie man gegenüber „Weltmenschen" ohne Heranziehung auch rationaler Prinzipien argumentieren soll. Zweitens ist — weniger bei Thielicke als bei Künneth — ein gewisser Zug von regulativen Prinzipien zu konkreten, d. h. wohl kirchlichen Weisungen im Sinne des Apostels Paulus (z. B. 1 Thess. 4, 2; 2 Thess. 3, 14) erkennbar, damit das „Gesetz Christi" — ebenfalls paulinisch und nicht moralistisch verstanden (1 Kor. 9, 21; Gal. 6, 2) — konkret erkennbar ist und die Gewissen derer, die aus Liebe zu Christus handeln wollen, richtig inspiriert werden können. Schließlich ist das Bemühen zu begrüßen, den sozialen Sachverhalten durch konkrete theologische Analyse näher zu kommen, und das Eingeständnis, daß man dabei noch sehr am Anfang steht.

Wie offen das zugegeben wird, dafür sei am Schluß wiederum aus dem Dezemberheft der „Mitarbeit" eine Antwort an Hans Stork zitiert, die von Joachim Matthes unter dem Titel: „Die kirchliche Sozialarbeit bedarf der soziologischen Analyse!" (643—651) gegeben worden ist. Die kirchliche Arbeit in den Landeskirchen selbst müsse sich der Kritik der Soziologie stellen, die aber kein Lückenbüßer für kirchliche Engpässe sei. Matthes fragt die Theologen: „Was ist präzis unter der ‚Welt der Arbeit', unter der ‚industriellen Arbeitswelt' zu verstehen? Ein auch nur flüchtiger Blick in die einschlägige Literatur zeigt, daß kaum einmal eine Analyse des Verhältnisses von Kirche und ‚industrieller Gesellschaft' betriebssoziologische Forschungsergebnisse zitiert, geschweige denn verarbeitet. Daraus erklärt sich das merkwürdige Betriebsbild, das der evangelischen Sozialarbeit zugrundeliegt, auch wenn man keine ‚Betriebskerne' mehr will. Was der Betrieb als Sozialfigur ist, was er sein kann und sein sollte, ist bis zum heutigen Tage auf keine soziologische oder sozialethische Formel zu bringen. Und doch müßte man es in etwa wissen, um zielgerecht handeln zu können. Das ist ein echtes Erkenntnisdilemma, das immer nur provisorisch zu lösen ist. Um aber das Provisorium des Handelns nicht zu verdecken, sollte man pauschale Begriffsbildungen wie ‚industrielle Arbeitswelt' möglichst vermeiden. Und selbst wenn man bei der großräumigen sozialgeschichtlichen Betrachtung stehen bleibt, muß ja gefragt werden: ist dann auch im Begriff der ‚industriellen Arbeitswelt' einbezogen, daß gerade die Industrialisierung in ihrer gegenwärtigen Phase den Bereich der tertiären (Dienstleistungs- und Verwaltungs-)Berufe ausweitet, die keineswegs den gleichen Gesetzlichkeiten unterliegen wie die industriellen Betriebs-Berufe im engeren Sinne? ... Die Beantwortung dieser Frage ist m. E. entscheidend für die Konsequenzen, die sich für die Kirche daraus ergeben. Und schließlich: Hat die Kirche, oder auch nur die evangelische Sozialarbeit die ‚industrielle Arbeitswelt' wirklich schon entdeckt? Hat sie wirklich schon begonnen, diese zu verarbeiten, gar nicht einmal theologisch — nur als solche? Ist der Betrieb wirklich das ‚Integrationszentrum der Gesellschaft' geworden? ... Wir sind, meine ich, noch recht weit davon entfernt, die heutige Wirklichkeit auf ihren Begriff bringen zu können — zumindest, was die soziologische Aussagefähigkeit angeht."

Es gibt also eine führende evangelische Zeitschrift, die solche für eine Wirtschaftsethik wichtigen Fragen zu stellen wagt.

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

DANIÉLOU, Jean. *La direction spirituelle dans la tradition ancienne de l'Église.* In: Christus Bd. 7 Nr. 25 (Januar 1960) S. 6—21.

Dieses Heft der von Jesuiten herausgegebenen Vierteljahresschrift (deren Untertitel „Cahiers spirituels" lautet) ist der Seelenführung gewidmet. J. Daniélou SJ gibt zur Einführung einen Überblick über Begriff und Praxis des Seelenführers in der christlichen Frühzeit. Seine Rolle und Bedeutung wird zuerst bei Gregor von Nyssa, Johannes Chrysostomus und Basilius d. Gr. deutlich, also Ende des 4. Jahrhunderts. Der Seelenführer findet sich zuerst im Monachismus, wird aber in den prinzipiellen Ausführungen Gregors von Nyssa für alle Christen, die nach Vollkommenheit streben, für notwendig erklärt. Ihr Charisma ist das der Unterscheidung der Geister, sie bewahren vor Illusionen, Trägheit und Eigenbrötelei. Ihr Wirken verlangt eine Öffnung der Seelen, doch weniger zum Sündenbekenntnis und Gedankenaustausch als zum Erkennen des Heiligen Geistes. Daniélou findet die gleichen Züge in der ignatianischen Seelenführung wieder, die auch die Grundlage der übrigen Beiträge des Heftes bildet.

DUMOULIN, Heinrich, SJ. *Gedanken zur religiösen Begegnung von Ost und West.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 4 (Januar 1960) S. 265—274.

Dumoulin zeigt das Gemeinsame und Trennende zwischen den Religionen des Westens und Ostens auf. Während sich der westliche Mensch vorwiegend nach oben richtet, wendet sich der östliche nach innen, freilich nicht mit dem Ziel einer Bewußtseinsisolierung, sondern um mit dem Kosmos eins zu werden. Der westliche Denker setzt seine Geisteskraft für den Aufbau klarer Begriffsschemata ein: er scheidet. Trotz dieser sehr verschiedenen Wege der Wahrheitssuche hält Dumoulin eine Annäherung der großen asiatischen Religionen an das Christentum nicht für ausgeschlossen, wenn das Christentum als Religion der göttlichen Offenbarung die ganze Wahrheit, die ja nicht ausschöpfbar ist, den Völkern des Ostens repräsentieren kann.

GHYSENS, G. *Présence réelle eucharistique et transsubstantiation.* In: Irénikon T. 32 (4. Trimester 1959) S. 420—435.

Diese beachtliche Untersuchung ergänzt die entsprechende Arbeit von de Baciocchi in der gleichen Zeitschrift (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 46), indem sie klarstellt, daß die Definition des Tridentinum zur Transsubstantiation nicht den aristotelisch-thomistischen Begriff Substanz-Akzidenz zugrunde gelegt habe, sondern Definitionen früherer Konzilien bis zur Lehrentscheidung gegen Bérengar von Tours, woraus folge, daß Substanz schlicht den Gegensatz von Wirklichkeit zu Symbol meine. Damit wäre die Annahme widerlegt, daß das Tridentinum eine bestimmte Philosophie dogmatisiert habe.

KRÜGER, Hildegard. *Laien auf dem Konzil?* In: Frankfurter Hefte Jhg. 15 Heft 1 (Januar 1960) S. 29—36.

In dieser historischen Studie zeigt die Verfasserin den bedeutenden Anteil der Laien am Leben der frühen Kirche (Theologie, Disziplin, Jurisdiktion, Mönchtum, Mission), der später durch die zunehmende Klerikalisierung aller Lebensgebiete der Kirche immer mehr eingeengt wurde. Zum Zeitpunkt, da diese Entwicklung abgeschlossen erscheint, setzt eine Gegenbewegung ein, die dem Laien innerhalb der hierarchisch geordneten Heilsgemeinschaft die ihm zukommenden Mitrechte wieder einräumt. Die Entwicklung wird von Newman ausgelöst, geht über Leo XIII., Pius XI. auf Pius XII. Die Verfasserin fragt: „Dürfte nicht jetzt, da ein Ökumenisches Konzil vorbereitet wird, der Kairos gekommen sein, ernst zu machen mit dem schönen Wort vom ‚Teilhaben' (der Laien) am Hirtenamt des Bischofs? . . ."

SCHMAUS, Michael. *Unsterblichkeit der Geistseele oder Auferstehung von den Toten?* In: Universitas Jhg. 14 Heft 12 (Dezember 1959) S. 1241—1250.

Schmaus beantwortet die Frage dahin: der Zustand der unsterblichen Geistseele zwischen Tod und der Totenerweckung entspricht einer vorläufigen Seligkeit. Danach ist außer Christus und Maria noch kein Mensch im Vollhimmel. Auf die Frage, worin die Vollgestalt der Seligkeit (die in der leiblichen Verklärung gewonnen wird) sich von der Vorgestalt der Seligkeit im Zwischenzustand unterscheidet, antwortet Schmaus mit dem Hinweis auf die Unterscheidung zwischen einer psychologischen und einer ontologischen Vollgestalt der Seligkeit, „insofern ontologisch das Ereignis der leiblichen Verklärung erst bevorsteht, während der Selige es psychologisch schon ergreift und so in seiner Gegenwart schon besitzt".

SEMMELROTH, Otto, SJ. *Das Christusereignis und unser Heil.* In: Trierer Theologische Zeitschrift Jhg. 68 Heft 6 (1959) S. 332—346.

Der Verfasser lenkt wieder den Blick vom Kreuz auf die Menschwerdung als dialogisches Ereignis und komplementäre Größe zum Kreuzesopfer; er handelt sodann von den Mißdeutungen der Gnade, die ereignishafte, personale Teilhabe am Christusereignis sei, aber ihre existentielle Subjektivität sei nur möglich innerhalb der zuvorkommenden Gnadenmitteilung der Kirche, in der die Menschwerdung des Wortes wie das Opfer Ereignis wird.

SPAEMANN, Heinrich. *Das Sakrament der Krankensalbung.* In: Liturgie und Mönchtum Heft 25 (1959) S. 1—17.

Eingehende biblische Besinnung ruft ins Bewußtsein, daß Christus in erster Linie zu den Kranken, besonders den „Besessenen" (d. h. Gemütskranken) gekommen ist, um sie zu heilen und den Jüngern das gleiche aufzutragen. Der Kranke lebt die Wahrheit vom elenden Menschen, die sich dem Reichen und Gesunden verhüllt. Das Sakrament, dessen Wirkungskraft auch vom Glauben des Spenders abhänge (Römischer Katechismus), werde zu Unrecht als „letzte Ölung" verstanden. Man solle es wieder — auch der Enzyklika *Mystici Corporis* und dem neuen Katechismus folgend — allen Schwerkranken spenden.

Amour de Dieu, amour des Hommes. In: Lumière et Vie Bd. 8 Nr. 44 (September/Oktober 1959).

Das sehr interessante Heft der dominikanischen Zeitschrift hat den Zusammenhang zwischen Gottes- und Nächstenliebe zum Gegenstand. Einstimmigkeit der Autoren ist nicht angestrebt, das Verhältnis zwischen Gottes- und Nächstenliebe ist sehr verschieden interpretiert. Tief dringt der bibelexegetische Aufsatz M.-L. Ramlots OP, der die Möglichkeit echter Nächstenliebe an den Bund mit Gott bindet: sie ist daher im AT nur innerhalb des auserwählten Volkes möglich, im NT aber durch Christi Besiegelung des Neuen Bundes für alle durch das „neue Gebot", neu, weil außerordentlich und eschatologisch. A.-M. Besnard OP untersucht: Wer ist mein Nächster? Der, den ich liebe, wie Gott die Menschen liebt, in voraussetzungsloser und nicht zurücknehmbarer Liebe, die sich dem anderen annähert, wie sich aus der Exegese verschiedener Texte ergibt. R. Voillaume, der Generalobere der Kleinen Brüder Jesu, schreibt einen besonders ergreifenden Beitrag: „Nächstenliebe, göttliche Freundschaft", der die christliche Liebe als eine Liebe „mit dem Herzen Christi", wie Gott die Menschen liebt, in ihrer Tatsächlichkeit zeigt. Ein Beitrag von J.-Y. Jolif charakterisiert die Liebesauffassung bei Ignatius v. Loyola und ihre Grenzen. R. Luquet betont die Möglichkeit der Verwirklichung der Nächstenliebe rein im Gebet und in der Kontemplation.

Kultur

PLESSNER, Helmuth. *Der Weg der Soziologie in Deutschland.* In: Merkur Jhg. 14 Heft 1 (Januar 1960) S. 1—16.

Erst in den zwanziger Jahren gelang es der Soziologie, nach Abwehr und epochal bedingtem Zusammenbruch der Ansprüche des Wissenschaftsprogressimus des 19. Jh. als eigenständige Wissenschaft anerkannt zu werden. Das neue Verständnis von Soziologie als systematischer Durchforschung der Gesellschaftsformen im Sinne sozialer Funktionssysteme und ihrer Strukturgesetze sowie der dazu erforderlichen Sinngesetze (transzendentale Theorie der Gesellschaft) wurde von Tönnies, Simmel, Sombart, M. und A. Weber sowie Scheler entwickelt. Nach 1945 begann dann eine verstärkte empirische Forschung, häufig unter Verkennung ihrer gerade in Deutschland entwickelten und gepflegten Tradition. Soziologie als zur Institution erhobene Dauerkontrolle der sozialen Verhältnisse in Wissenschaftsform — wie sie sich nach Plessner heute versteht — umfaßt demnach diagnostische und therapeutische Aufgaben, „nämlich soziale Ordnung in einer . . . veränderten Welt wiederherzustellen". Das bedeute: Kritik der soziologischen Begriffsbildung, Brechung der Knechtschaft durch falsch verstandene Werte. „Gerade als Tatsachenforschung, nicht als normative Wissenschaft, als Theorie der gesellschaftlichen Erscheinungen wird Soziologie heute zu einem Ferment der Kritik, zu einem Werkzeug der Freiheit."

VOEGELIN, Eric. *Religionsersatz.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 15 Heft 1 (Januar 1960) S. 5—18.

In dieser meisterhaften Studie befaßt sich Voegelin mit den „gnostischen Massenbewegungen unserer Zeit". Als solche bezeichnet er Progressismus, Positivismus, Marxismus, Psychoanalyse, Nationalsozialismus (Faschismus). Ihnen allen ist der Glaube gemeinsam, daß die Welt schlecht organisiert sei, daß sie daher geändert werden müsse, daß der historische Prozeß die Seinsordnung ändern könne, daß eine solche Änderung im menschlichen Handlungsbereich liege. Da die Änderung der Seinsordnung durch den Menschen möglich erscheint, muß ein Rezept dafür gesucht werden. Voegelin untersucht dann die speziellen geschichtlichen Symbole, die Derivationen christlicher Symbolik (ins Immanente): die Vorstellung der Vollendungsidee, das Dritte Reich (von Joachim v. Fiore), den Dux und den Vorläufer. Entscheidend bleibe immer der Glaube und der Versuch, rein immanentistisch eine neue Welt zu schaffen. Dieser Versuch der modernen Gnosis erkläre sich aus der Unsicherheit der Massen gegenüber einer erst jenseits der Zeit gesicherten Welt.

Politisches und soziales Leben

GODDIJN, Walter, OFM. *La Diaspora: essai d'analyse fonctionelle.* In: Social Compass Vol. 6 Heft 1 S. 32—41.

Trotz zahlreicher soziographischer Erhebungen über die Lage der Diasporachristen kann bis heute von einer Soziologie der Diaspora noch nicht gesprochen werden. Der holländische Soziologe versucht eine solche Soziologie zu entwickeln mit Hilfe von R. Mertons System der Funktionsanalyse (Social Theory and Social Structure, Glencoe, III., 1949).

HARTMANN, Albert, SJ. *Über die Autorität des Staates.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 4 (Januar 1960) S. 241—252.

In Auseinandersetzung mit Hannah Arendt, Otto Dibelius und Dolf Sternberger — vor allem mit dessen Vorwurf, die konservative Vorstellung, Autorität sei gleich Vaterwürde, sei besonders in der katholischen Gedankenwelt beheimatet — entwickelt Hartmann das Wesen der staatlichen Autorität als sozialer Leitungsgewalt in einem Gebilde, das notwendig in einer göttlichen Idee gründet. Am Wesen dieser Autorität und ihrer Macht (Entscheidungsvollmacht, die auch mit Zwang durchgesetzt werden kann) kann sich nichts ändern. Wohl aber können sich die Gedanken ändern, die sich die Menschen vom Staat und von dem Grund seines Anspruches machen.

PIN, É., SJ. *Culture et psychologie ouvrières.* In: Revue de l'Action Populaire Nr. 134 (Januar 1960) S. 49—58.

Gibt es eine eigenständige Arbeiterkultur, Voraussetzung auch jedes spezialisierten Apostolats in der Arbeiterwelt? Handelt es sich nicht vielmehr um eine Teilkultur? Für das Apostolat fällt es wohl ins Gewicht, die spezifischen Werte der Arbeiterwelt — Solidaritätsgefühl, gegenseitige Hilfe — zu retten und zu heiligen, doch muß ebenso erkannt werden, daß der

Arbeiter heute fast allgemein aus dieser seiner eigenen Welt, die er vielleicht noch ideologisch verherrlicht, praktisch hinausstrebt, indem er sich der „Globalkultur" der Nation annähert und ihre „Symbolgüter" — Auto, Radio, Waschmaschine usw. — übernehmen will. Das Apostolat geht irre, wenn es diese Tendenz verkennt und die Mission auf die „Werte der Arbeiterwelt" aufbauen will, statt diese zu universalisieren. Ein spezialisiertes Apostolat ist trotzdem nötig, solange der Drang zur Überwindung der Trennung von der allgemeinen Kultur noch vorwiegend Tendenz ist.

VANISTENDAEL, August. *Die Funktion der Gewerkschaftsbewegung in der modernen Welt.* In: Labor Jhg. 6 Heft 6 (Dezember 1959) S. 241—251.

In diesem Vortrag (gehalten am 2. 10. 59 in Caracas) befaßt sich der Generalsekretär des IBCG mit den verschiedenen Gruppierungen innerhalb des Gewerkschaftslagers. Dem immer wieder zu hörenden Vorwurf, die christlichen Gewerkschaften zerstörten die Aktionseinheit der Arbeiter, sie seien weder neutral noch frei, begegnet Vanistendael mit dem Hinweis, die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung zeige deutlich, daß dem Arbeiter an der Einheit der Organisation nichts liege, sondern daß er eine Solidarität in der Aktion suche. Die solidarische Aktion werde in geistig klar profilierten Gewerkschaften nachhaltiger verwirklicht als in Einheitsgewerkschaften. Daher hätten jene auch nicht unter Stagnation und Ermüdung zu leiden (wie etwa die skandinavischen Gewerkschaften oder der DGB).

VON DER HEYDTE, Friedrich August. *Eine Zweite Teilung Europas?* In: Wort und Wahrheit Jhg. 15 Heft 1 (Januar 1960) S. 28—36.

Von der Heydte behandelt das Verhältnis von EWG (den „inneren Sechs") zur Freihandelszone (den „äußeren Sieben"). Er sieht Chancen für einen Zusammenschluß beider Organisationen. Rückschläge und Enttäuschungen würden sicher auf dem Wege zur wirtschaftlichen Integration Europas nicht ausbleiben, aber nur dann würde der Weg zur Integration endgültig verbaut sein, wenn die Enttäuschungen zu einer Politik der Ressentiments führten.

VON POCHHAMMER, Wilhelm. *Indien und China.* In: Moderne Welt Jhg. 1 Heft 2 (1959) S. 126—131.

Der Verfasser, der jahrzehntelang als Diplomat im Mittleren und Fernen Osten gelebt hat, zeigt die grundsätzlichen Unterschiede zwischen China und Indien auf. Indien hat bis heute seine kulturellen Traditionen im Gegensatz zu China lebendig halten können. Seine Befreiung war das Werk des indischen Bürgertums (in China kommunistischer Militärs). Wenn auch die Sozialverfassung Chinas und Indiens sich beide auf der Großfamilie aufbauen, so hält Indien bis heute an diesem Fundament fest, das in einzigartiger Weise durch die Kastenordnung geschützt wird, die in China niemals existierte. Die Kaste sei in Indien wesentlicher Bestandteil der Religion. Indien ist ferner von allen asiatischen Staaten dem Westen am stärksten zugewandt — durch Rasse, Geschichte und eine kluge, wenn auch wirtschaftlich rücksichtslose Politik Englands in der Vergangenheit.

VON WINTERFELD, Achim. *Der Richter und der Rechtsstaat.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 15 Heft 1 (Januar 1960) S. 19—27.

Eine Kritik an der Justiz und ihrer Verfassung in der Bundesrepublik: Rechtsordnung und Gerichtsbarkeit sind zerspalten, die Rangordnung des Rechtes ist unklar, die Strafprozeßordnung ist überholt, das Prinzip der materiellen Wahrheitsfindung überfordert den Richter, das Ermittlungsverfahren ist unzulänglich, die Untersuchungshaft hat den Charakter der Beugehaft angenommen.

Chronik des katholischen Lebens

GRIFFITHS, Bede. *The Church Universal.* In: The Commonweal Vol. 71 Nr. 14 (1. Januar 1960) S. 387—390.

Der Verfasser geht in seinen Betrachtungen von der Frühkirche aus, in der östliche und westliche Riten gleichberechtigt nebeneinanderstanden und zeichnet an historischen Beispielen das Zurückdrängen der östlichen Riten durch den lateinischen Ritus. Am Modell der syrischen Kirche wird sodann die Verschiedenheit der Kirchen östlicher und westlicher Prägung aufgezeigt. Die Theologie des Ostens ist durch Bibel und Liturgie geformt, deren Bedeutung heute auch von den Theologen des Westens stärker erkannt wird. Die Versöhnung mit der Ostkirche würde für den Westen zur Entdeckung wertvoller theologischer Elemente christlicher Tradition führen und die Missionsaufgabe der Kirche erleichtern, da nach Ansicht des Verfassers der syrische Ritus der geeignetste Ausgangspunkt für die Gestaltung der Kirche in Asien und der koptische Ritus für eine solche der afrikanischen Missionskirche wäre.

HENRY, A.-M. *Les non-sacramentalisables.* MOREL, J. *La pastorale des non-sacramentalisables.* In: Parole et Mission Jhg. 3 Nr. 8 (Januar 1960) S. 106—132.

Die noch junge Missionszeitschrift wird von einer Gruppe von Seelsorgern und Missionaren getragen, die von Zeit zu Zeit Kolloquien abhalten, so kürzlich über die Pastoral derer, die nicht zu den Sakramenten zugelassen werden können oder wollen: Nichtchristen, bei denen Hindernisse für die Taufe vorliegen, Getaufte, die dem sakramentalen Leben der Kirche fernstehen. P. Henry berichtet über das Gespräch, an dem etwa 40 Missionare, Seelsorger und Theologen teilgenommen haben. Der einzige Vortrag war der von P. Jean Morel, Superior des Seminars der Mission de France. Die Kirche ist verantwortlich für das Heil aller; es müssen Wege gefunden werden, auch die Sakrament-Fernen der Kirche zuzuordnen, ihren Glauben zu vertiefen, ihr Gebet zu stützen, ihr Leben christlich zu führen, soweit es möglich ist. Sowohl Priester wie Laien sind mitverantwortlich; doch genüge individuelle Betreuung nicht, institutionelle Formen (oft ohne Öffentlichkeitscharakter) sind notwendig. Der Bericht in dieser Zeitschrift weist eine Anzahl konkreter Versuche auf. Interessant ist auch ein weiterer Bericht (A.-M. H.) über die Gründung einer Bruderschaft im Senegal für Eingeborene, die wegen ihres Familienstandes nicht Christen werden können, aber von Christi Botschaft angerührt sind.

Un moine chilien. Le témoignage chrétien en Amérique Latine. In: Parole et Mission Jhg. 3 Nr. 8 (Januar 1960) S. 88—95.

Die Bemerkungen dieses chilenischen Mönchs, der soeben zwei Jahre in dem südfranzösischen kontemplativen Kloster der „Vierge de la Pauvreté" zugebracht hat und demnächst nach Chile zurückkehren will, über den Zustand des südamerikanischen Katholizismus — Unkenntnis des Glaubens, geschichtlich verständlicher Mangel an Anpassung der Verkündigung an den einheimischen Charakter, äußere Erscheinung der Kirche im Prunk des kolonialen Barock — trifft auf viele andere Missionsländer ebenfalls zu. Das Interessante an diesem Aufsatz ist die Charakterisierung des südamerikanischen Volks als gefühlsbetont, ohne Sinn für Arbeit und Erfolg, tief melancholisch, dem die große Verehrung des Mütterlichen in der allerseligsten Jungfrau entspricht. Das Apostolat sollte hiervon ausgehen, das Folkloristische nicht ausrotten, sondern einordnen, der Marienverehrung den rechten Platz in der christlichen Botschaft geben; vor allem könnte die Gründung kontemplativer Klöster, die völlig fehlen, Wunder tun.

Chronik des ökumenischen Lebens

BRUNNER, Peter. *Das Hirtenamt und die Frau.* In: Lutherische Rundschau Jhg. 9 Heft 3 (November 1959) S. 298—329.

Angesichts der Ordination weiblicher Pfarrer in Dänemark und Schweden und der Rückwirkung auf das Verhältnis zur orthodoxen und katholischen Kirche versucht der Verfasser, von den Bekenntnisschriften wie vom Lehramt im Stich gelassen, eine biblisch-dogmatische Begründung wesentlich aus dem 1. Korintherbrief, um auf Grund der Kephale-Struktur der Schöpfung wie der Heilsordnung diejenigen geistlichen Funktionen zu ermitteln, die der Frau zugewiesen werden können und welche nicht, in der Hoffnung, damit einer gemeinsamen Entscheidung des Lutherischen Weltbundes vorzuarbeiten.

LELL, Joachim. *Die römische Kirche als Rechtskirche.* In: Materialdienst des Konfessionskundlichen Instituts Jhg. 10 Nr. 6 (November/Dezember 1959) S. 101—110.

Da das Buch des zur evangelischen Kirche übergetretenen ehemaligen Sekretärs von Kardinal Schulte, Joseph Kleins „Skandalon", im katholischen Raum kein Echo fand, bemüht sich das Organ des Evangelischen Bundes, dieser Sammlung von Aufsätzen eine Bedeutung für das Gespräch mit Rom zu geben, die das Buch schon deshalb nicht hat, weil der Verfasser ein solches Gespräch für zwecklos hält.

SARTORY, Thomas, OSB. *Gedanken zur Regel von Taizé.* In: Una-Sancta-Rundbriefe Jhg. 14 Heft 4 (Dezember 1959) S. 242—262.

Dem Abdruck der sehr instruktiven Regel des reformierten Ordens von Taizé, der zu neuen Niederlassungen schreitet, folgt eine Analyse ihrer „katholischen" Züge mit dem Rat, die pelagianischen und semipelagianischen Häresien in katholischen Ordensregeln oder Erbauungsbüchern zu prüfen, sodann eine Herausarbeitung ihres evangelisch-biblischen Charakters, der alles Gesetzliche meidet und dadurch wiederum katholischen Orden zur Gewissenserforschung dienen könne.

SEIBEL, Wolfgang, SJ. *Um die Wiedervereinigung im Glauben.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 4 (Januar 1960) S. 252 bis 265.

Einer verständnisvollen und sachlichen Darlegung des theologischen Programms der lutherischen „Sammlung" mit der Feststellung vieler dogmatischer Gemeinsamkeiten schließt der Verfasser eine kritische Auseinandersetzung über einige wesentliche, noch offene Fragen (Primat, Wertung der Reformation) an und meint, die angestrebte „korporative Gliedschaft" in der römisch-katholischen Kirche sei ein gangbarer Weg, wenn die entsprechende lutherische Gemeinschaft ein verpflichtendes Lehramt und eine einheitliche Ordnung mit verbindlichem Bekenntnis besitze. Auch dann sei der einzelne evangelische Christi nicht von der persönlichen Entscheidung entbunden.

VOGELSANGER, Peter. *Friede unter den Kirchen.* In: Reformatio Jhg. 8 Heft 11/12 (Dezember 1959) S. 679—708.

In diesem Sonderheft „Christ und Weltfriede" über die 2. Schweizerische Evangelische Akademikertagung in Zürich veröffentlicht der Hauptschriftleiter sein Referat über die neue Lage, die nach der Ankündigung eines Ökumenischen Konzils entstanden ist. Das Zentralproblem der Einigung sei das Verhältnis zu Rom, und Blockbildungen, die etwa von Genf versucht würden, seien antiökumenisch. Das Hindernis der Einigung seien die grundverschiedenen Vorstellungen von Einheit (vgl. dazu Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 98). Aber die Primatfrage scheide nicht die Evangelischen von Rom, denn ein Papst sei erträglicher als viele Päpstlein. Anschließend folgt das freimütige Votum, das A. Ebneter SJ auf der Tagung abgab, neben dem ablehnenderen Votum von Prof. H. H. Wolf, Bossey, der die Verständigung mit den Orthodoxen für dringlicher hält.

Die Vereinigte Ev.-Luth. Kirche zu den Arnoldshainer Thesen. In: Informationsblatt Jhg. 9 Nr. 1 (1. Januarheft 1960) S. 9 bis 11.

Dies ist der volle Wortlaut des Gutachtens samt Änderungsvorschlägen, die der theologische Ausschuß der VELKD mit letztlich negativem Urteil über die Abendmahlsthesen der EKD abgegeben hat (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 120).

Vorschau auf das Rundfunkprogramm

Wir weisen unsere Leser auf folgende religiös, weltanschaulich und kulturell bedeutsame Sendungen hin

1. Februar (Montag)

10.15 Schulf. Die Erziehung zum Machtmenschen unter dem Nationalsozialismus (STU)
14.30 Schulf. Der Friede von Brest-Litowsk (SAA)
14.40 Der finnische Film heute, *M. Kassila* (ÖRF II)
14.45 Schulf. Franz von Assisi (SWF)
15.30 Schulf. Die Meteora-Klöster in Thessalien (FRA)
18.00 Schulf. Zille und sein Milljöh (SAA II)
18.45 Die Frau in den mathematischen Fächern (FRA)
20.00 Die Absage an das 19. Jahrhundert (MÜ)
20.00 Krieg ohne Frieden, *R. Fiedler* (SAA)
20.40 Das neue Japan im neuen Asien, *J. Pechel* (BRE II)
20.45 Porträt einer Zeitschrift, *G. F. Hering* (STU II)
21.05 Die Struktur der Materie, *W. Gerlach* (MÜ II)
22.00 Französischer Geist im Spiegel seiner Zeitschriften, *H. Paeschke* (MÜ II)
22.30 Tradition und Experiment im französischen Roman, *E. Franzen* (SWF)

2. Februar (Dienstag)

11.15 Moderne Architektur in England, *F. Walter* (SWF II)
15.00 Schulf. Markgraf Christoph von Baden, *H. B. Grien* (STU)
15.30 Schulf. Staat und Kirche (FRA)
16.45 Zwischen Steinbeil und Atomreaktor, *J. Rzitka* (STU)
18.40 Das Wunder der Stereophonie, *T. Nielsen* (ÖRF III)
20.00 Krankheit von Herz und Kreislauf, *W. Heupke* (FRA II)
20.00 Dokumente und Berichte zur Kapitulation Stalingrads (BRE II)
20.30 Junge Menschen vor dem Richter, *B. Bondy* (WDR)
21.00 Lebensgemeinschaft mit Bakterien, *A. v. Haller* (FRA)
21.05 Christentum und Liberalismus (MÜ II)
21.45 Nachbarschaft, *W. Höcker* (WDR)
22.20 Die unvollendeten Selbstkorrekturen des amerikanischen Kapitalismus, *H. v. Borch* (FRA)
22.25 Die Flüchtlingsfrage als Weltproblem, *A. Rorholt* (ÖRF)
22.45 Versteckte Sprachverwandtschaft des Englischen mit dem Schwäbischen (STU)
23.05 Bürokratisierung und Daseinssicherung, *P. Honigsheim* (RIAS)

3. Februar (Mittwoch)

11.15 Öffnung eines etruskischen Grabes, *F. Gordian* (SWF II)
14.30 Schulf. „Die Weber", von G. Hauptmann (RIAS)
14.40 Die geistigen Väter der europäischen Einigung, *J. Maderner* (ÖRF II)
16.45 Volksbegriff und Staatsideologie der Tschechen, *E. Lemberg* (MÜ)
16.45 Musische Erziehung — brotlose Kunst? (BRE)
17.00 Schulf. Die Erziehung zum Mitmenschen unter dem Nationalsozialismus (STU II)
17.15 Hormone in Geburtshilfe und Frauenheilkunde, *J. Froewis* (ÖRF II)
17.45 Die katholische Kirche in der Schweiz, *M. v. Galli* (SWF II)
18.40 Die Bedeutung der Mikroben für die Bodenfruchtbarkeit, *W. Loub* (ÖRF III)
21.05 Das Werk von Heinrich Schlier, *J. Laubach* (MÜ II)
21.15 Die Rolle des Eros in der Sowjetliteratur, *H. v. Szachno* (FRA II)
21.30 Auslese für und durch die höhere Schule, *U. Undeutsch* (STU II)
21.30 Das Problem des Hungers in einer Welt des Wohlstandes (MÜ)

4. Februar (Donnerstag)

14.30 Barocke Plastik in Österreichs Ostalpenraum, *H. Riehl* (ÖRG)
14.30 Schulf. Tycho Brahe — Astronom und Mathematiker (RIAS)
14.40 Der Dichter Richard Dehmel, *W. Röttinger* (ÖRF II)
15.30 Schulf. Die gegenwärtige Historik (FRA)
15.45 Der japanische Kaiser- und Staatskult, *S. v. Wittek* (ÖRF)
16.00 Sind Frauenvereinigungen heute schon überholt? *E. Worschitz* (ÖRF II)
17.40 St. Veronika — der Lostag für den Flachs, *W. Baur* (STU)
18.40 Das klassische und das neue Naturrecht, *W. Schöllgen* (ÖRF II)
20.00 Idee und Wirklichkeit der katholischen Universität, *O. Schatz* (ÖRF II)
20.30 Carl J. Burckhardt — Selbstporträt im Zwiegespräch (SWF II)
20.45 „Aufklärung" oder Geleit (SWF II)
21.20 Studie über die Formen des Sozialprestiges, *D. Wellershoff* (BRE II)
21.30 Deutsche Prosa des 20. Jahrhunderts (MÜ)
22.15 Aus Elio Vittorinis „Offenem Tagebuch", *M. Delling* (SWF)
22.20 Was bedeutet Leben unter dem Gesichtspunkt der biologischen Chemie? *A. Butenandt* — Die Weltraumfahrt, *J. Stemmer* — Das Insulin und das Glukagon, *H. Isliker* (FRA II)
23.05 Freiheit und Planung in der Demokratie, *G. Leibholz* (RIAS)

5. Februar (Freitag)

14.40 Der holländische Film, *A. van Domburg* — Der belgische Film, *A. Gauvin* (ÖRF II)
14.45 Bernau, die alte Hussitenstadt, *E. Franke-Gricksch* (SWF II)
17.15 Altes Heilwissen im neuen Gewand, *M. Graef* (ÖRF II)
17.45 Stimmen des Rechts im 3. Reich, Schulf. (SWF II)
18.40 Behandlungsmethoden der modernen Medizin (ÖRF III)
20.45 Wer bezahlt die soziale Sicherheit? *H. Achinger* (STU)
21.00 Die Teufelstänzer auf Ceylon, *G. Bonn* (SWF)
21.45 Friedrich Heer, *U. Schmidthäuser* (STU II)
22.30 Versuchsfeld Sprache, *B. Brock,* (STU)
22.45 Jerusalem — Problem einer geteilten Stadt, *J. Funkenstein* (SWF II)

6. Februar (Samstag)

14.30 Über die Not der Seminare an den Universitäten (SWF)
16.10 Das Jugendstrafrecht (MÜ II)
17.30 Mikrowellen im Vordringen, *W. Braunbeck* (FRA II)
20.00 Reichstag und Herrenhaus, *H. Proebst* (MÜ II)
21.45 Die Wiederentdeckung der Mystik, *J. Baden* (SWF II)

7. Februar (Sonntag)

8.00 Kirche und Kultur, *H. Meissner* (MÜ II)
8.15 Das Leben der Christen in der „DDR", *G. Heidmann* (SAA II)
8.30 Zur Theologie J. Hromadkas, *A. Hudak* (MÜ II)
9.00 Die großen Tatsachen unseres geistigen Lebens. *E. Hoffmann-Harnisch* (SAA II)
10.00 Freizeit wozu? *H. Thielicke* (STU)
11.00 Über evangelische Filmarbeit, *K. Stoll* (STU II)
11.00 Die Kunst des Romans als die Wissenschaft vom Leben, *H. Eisenreich* (SAA)
11.15 Gott in der Geschichte, *P. Mianecki* (SWF II)
11.45 Der Mensch in der Entzweiung, *A. Köberle* (SWF II)
12.00 Der kirchliche Auftrag in der Öffentlichkeit. *H. Hild* (FRA II)
13.30 Die junge Fabrikarbeiterin (FRA II)
18.00 Dichter Österreichs im 20. Jahrhundert, *H. A. Fiechtner* (ÖRF III)
18.00 Erscheint die ältere Generation der Jugend in Deutschland glaubwürdig? *A. Wolfmann* (WDR)
18.00 Das Volksmärchen als Gegenstand der Literaturwissenschaft, *M. Lüthi* (MÜ II)
19.15 Fische sind nicht stumm (STU II)
20.20 Erkenntnisse der modernen Chemie, *E. Wiberg* (SFB II)

8. Februar (Montag)

8.15 Schulf. Stefan Zweig: Die Welt von gestern (MÜ)
8.45 Schulf. Romain Rolland: Johann Christoph (MÜ II)
14.05 Die amerikanische Universität als Filmproduzent (ÖRT)
14.40 Der jugoslawische Film, *F. Brenk* (ÖRF II)
14.45 Schulf. Das Hambacher Fest (SWF)
16.40 Hat der Westen ein Leitbild für die Schule? *W. Schulz* (RIAS)
16.45 Der Sputnik und der liebe Gott, *H. Rohrbach* (BRE)
20.00 Das heutige Verhältnis von Landwirt und Landarbeiter, *M. Jenke* (BRE)
20.00 Manager der Unterwelt (MÜ)
20.15 Jugendkriminalität und ihre Ursache, *R. Bischof* (ÖRG)
20.30 Der Staatssicherheitsdienst und seine Methoden (RIAS)
21.05 Die Struktur der Materie, *W. Gerlach* (MÜ II)
22.10 Die Homosexualität, *R. Schmitt* (MÜ II)
22.30 Monarchie und Monarchismus, *W. Först* (SWF)
23.00 Leben und Werk des russischen Dichters Sergej Jessenin, *M. Dor* (STU)
23.00 Zigeunerlyrik, *B. Doerdelmann* (BRE II)
23.00 Kommunismus und Demokratie (SFB)

9. Februar (Dienstag)

9.20 Schulf. Robert Koch (MÜ)
16.45 Christliche und nichtchristliche Gesänge aus Übersee (STU)
17.45 Eine steckengebliebene Weltgeschichte, *D. Herdmenger* (SWF II)
18.00 Wo findet die Toleranz ihre Grenzen? (SFB II)
18.00 Was erzählen die künstlichen Erdtrabanten aus dem Weltraum? *F. Umschaden* (ÖRF III)
20.00 André Malraux: Conditio humana (SAA)
20.15 Krieg ohne Frieden, *R. Fiedler* (WDR)
21.00 Kommt die Reaktor-Rakete? *W. Braunbeck* (FRA)
21.05 Die Diktatur des Lebensstandards, *E. Paetzmann* (MÜ II)
22.00 Geschichtliche Entwicklung des Volksliedes zum Schlager, *W. v. Lewinski* (BRE II)
22.10 Das Außenamt der EKD, *A. Wischmann* (MÜ)
22.10 Ist die Wissenschaft mehr wert als jede Literatur? *H. Schirmbeck* (WDR)
22.20 Chinesische Lyrik ohne Kolorit, *A. Donath* (FRA)
22.25 Wozu Weltflüchtlingsjahr? *H. Coursier* (ÖRF)
23.05 Zur Geschichte übernationaler Integrationsversuche, *P. Guggenheim* (RIAS)

10. Februar (Mittwoch)

8.45 Becket oder die Ehre Gottes, *R. Montigny* (ÖRT)
14.30 Architektur und Bildhauerkunst Indiens, *F. Standenath* (ÖRG)
14.30 Schulf. Der Tag von Potsdam (RIAS)
14.30 Schulf. Die gefährlichen Gespräche des Sokrates (RIAS)
14.45 Schulf. Nigeria — Staat im Werden (SWF)
15.30 Schulf. Im Kloster (FRA)
16.45 Die deutsch-italienischen Beziehungen im Geschichtsunterricht, *O. E. Schüddekopf* (BRE)
17.45 Die evangelische Kirche in Finnland, *H. Buch* (SWF II)
18.40 Die Stazione Zoologica in Neapel, *K. Stromberg* (ÖRF II)
21.00 Vergangenheit und Gegenwart in Italien, *H. Schöffler* (SWF)
21.00 Die „Ehemaligen" zwischen Tradition und Unbelehrbarkeit, *M. Walden* (BRE)
21.05 Bertrand Russell, *A. Hübscher* (MÜ II)
21.15 Die Zukunft unserer Städte, *W. Rothe* (FRA II)
21.25 Wer sitzt im DGB-Bundesvorstand? *W. Posselt* u. *M. Feuersinger* (MÜ)
21.30 Freizeit wozu? *H. Thielicke* (STU II)
22.15 Die Technik politischer und religiöser Konversionen, *R. Güttler* (SAA)
23.15 Zum Verständnis der messianischen Idee, *G. Scholem* (SWF)

11. Februar (Donnerstag)

14.30 Barocke Malerei in Österreichs Ostalpenraum, *H. Riehl* (ÖRG)
15.00 Schulf. Der Brief des Apostels Paulus an die Korinther (BRE)
15.15 Schulf. In der Mongolei (MÜ II)
16.45 Die Hilfswerke in Spanien (BRE)
18.40 Sprache und Religion, *J. Sofer* (ÖRF III)
19.05 Das Verhältnis des Menschen zum Tier, *W. Mittler, E. v. Holst* und *K. Lorenz* (MÜ II)
20.00 Geschäfte mit jungen Menschen (BRE)
20.30 Die Frage nach dem christlichen Dichter, *H. E. Holthusen* (SWF II)
20.45 „Aufklärung" oder Geleit? (SWF)
20.45 Das Parlament als Hüter der Demokratie, *H. L. Mikoletzky* (ÖRW)
22.00 Wie weit reicht Europas Wohlstand im Süden? *R. Raffalt* (BRE II)
22.20 Was bedeutet Leben unter dem Gesichtspunkt der biologischen Chemie, *A. Butenandt.* — Aus dem Leben der Ameisen, *A. Raignier.* — Psychologische Meßverfahren, *P. Fraisse* (FRA II)
23.05 Entwicklungstendenzen und Gestaltungskräfte einer Gesellschaft im Übergang, *E. Heimann* (RIAS)
23.15 Ästhetische Grundlagen der neuen Musik, *H. Dräger* (SFB)

12. Februar (Freitag)

10.00 Der Krankenbesuch, *C. Heitmann* (BRE)
14.30 Schulf. Der 2. Weltkrieg — Angriff auf Polen (SAA)
14.40 Die Komödie auf der englischen Leinwand, *R. Hamer* (ÖRF II)
14.45 Schulf. Stimmen des Rechts (SWF)
15.00 Schulf. Der Prozeß der Jeanne d'Arc (FRA)
18.40 Behandlungsmethoden der modernen Medizin (ÖRF III)
19.05 Der Kompromiß — Stationen auf dem Weg zu einem ersten europäischen Gesetz (MÜ II)
21.00 Literarischer Kitsch in West und Ost (RIAS)
21.00 Es geschah in Polen, *H. Pillau* (WDR)
21.45 Die neuesten Werke von Karl Rahner, *H. Vorgrimler* (STU II)
22.45 Lebensregeln nach Wilhelm Raabe, *W. Hinz* (BRE II)
22.45 Das Gleichgewicht der Mächte — gestern und heute, *L. Freund* (SWF II)

22.55 Phänomenologie des Erfolgsmenschen, *K. G. Simon* (SFB)
23.35 Deutsche Lyrik des 20. Jahrhunderts — Else Lasker-Schüler, *W. Kraft* (MÜ II)

13. Februar (Samstag)

10.20 Lessing und der Hamburger Hauptpastor Goeze, *M. Loeser* (SAA)
10.45 Schulf. Aus den Anfängen der Heilkunde (RIAS)
14.00 Die Konferenz von Jalta (MÜ II)
15.30 Soll der Bayerische Rundfunk bayerisch sein? (MÜ II)
15.45 Das Gesamtwerk von Antoine de Saint-Exupéry, *E. Hartl* (ÖRL)
17.00 Möglichkeiten der Begabtenauslese im Alter zwischen 10 und 12 Jahren (SWF II)
17.15 Wert und Unwert von Traditionen, *H. H. Stuckenschmidt* (BRE II)
18.00 Das Werk des Speckpaters W. van Straaten, *H. Fischer-Barnicol* (BRE)
18.00 Der Tageslauf eines Bischofs (MÜ)
18.30 Schulf. Hans Christian Andersen (BRE II)
19.05 Der Christ und der Humor, *W. H. Recktenwald* (SAA)
20.00 Der kommerzialisierte Schriftsteller, *J. Brech* (WDR II)
20.00 Der deutsche Expressionismus, *R. Netzer* (MÜ II)
21.15 Die Überalterung in Großbritannien und Deutschland, *M. Müller* (FRA II)
21.45 Weder einsam noch unnütz, *R. Svoboda* (SWF II)

14. Februar (Sonntag)

8.00 Die katholische Kirche in Mitteldeutschland *H. G. Müller* (MÜ II)
8.30 Erfahrung mit der Telefonseelsorge, *R. Grimm* (MÜ II)
9.00 Einführung in das Werk von J. Chr. Grimmelshausen, *H. Emmerling* (SAA II)
9.18 Das Weltepos vom Iran (FRA)
10.00 Die Fürsorge in der gewandelten Welt, *H. Freyer* (STU)
10.30 Über die Psychologie der Lebensalter, *H. Wenke* (SWF)
11.00 Das Lied vom letzten Juden (WDR)
11.00 Undogmatisches Christentum? *H. Buhr* (STU II)
11.15 Gehört das antike Weltbild zur Offenbarung? *P. Mianecki* (SWF II)
11.30 Das Collège de France, *R. Minder* und *A. Betzner* (SAA)
11.45 Umkehr und Heimkehr, *A. Köberle* (SWF II)
12.00 Krieg ohne Frieden, *R. Fiedler* (SAA II)
13.30 Was wissen wir über Nigeria? (FRA II)
17.15 Über technische Prophezeiungen, *P. Cornelius* (FRA II)
17.15 Über das Schicksal ostdeutscher Künstler, *H. Buchholtz* (SAA)
18.00 Der Hunger der Welt, *O. Ambros* und *D. Lindner* (ÖRF III)
19.20 Pflanzen schützen das Leben (STU)
20.00 Von der Umwandlung chemischer Elemente, *E. Wilberg* (SFB II)
22.00 Gesichter aus meiner Stadt, *H. Böll* (FRA II)

15. Februar (Montag)

8.45 Schulf. Stefan Zweig: Die Welt von gestern (MÜ II)
10.15 Schulf. Mitläufer des Erfolgs unter dem Nationalsozialismus (STU)
14.05 Alaska — der neue Staat der Union (ÖRT)
14.40 Der Dokumentarfilm, *K. Reiz* (ÖRF II)
15.15 Schulf. König David (MÜ II)
17.15 Schulf. Die Auflösung der Donaumonarchie (SWF II)
18.45 Gedanken über die afrikanische Polygamie (FRA)
21.05 Die Struktur der Materie, *W. Gerlach* (MÜ II)
22.10 Die Homosexualität (MÜ II)
22.30 Probleme der sprachlichen Eindeutschung, *J. Jahn* (SWF)

16. Februar (Dienstag)

14.40 Der neugriechische Dichter Niko Kazantzakis, *O. M. Fontana* (ÖRF II)
16.45 Das javanische Gamelan im christlichen Kirchenraum, *J. Rzitka* (STU)
17.45 Geborgenheit, Bildung und Brüderlichkeit bei Romano Guardini, *W. Schwarz* (SWF II)
18.40 Die Weltformel, *W. Heisenberg* (ÖRF III)
20.15 Wie stark fühlt sich Persien? *R. Fiedler* (SAA II)
20.30 Hörsp. „Der Fall", *A. Camus* (SWF)
21.05 Zum 75. Geburtstag Romano Guardinis (MÜII)
22.10 Für das Leben der Welt, *M. von Galli* (MÜ)
22.20 Die Legende vom Jahrhundert der Jugend, Mythen, Idole und die soziale Wirklichkeit, *F. Heerwagen* (FRA)
22.25 Die Flüchtlingsfrage als Weltproblem, *Bischof Stephan Laszlo* (ÖRF)
23.05 Gedanken zum philosophischen Werk von Ernst Bloch, *H. Lieber* (RIAS)
23.30 Ernst Wiechert, *J. Günther* (RIAS II)

17. Februar (Mittwoch)

14.15 Schulf. Der Reichstagsbrand (RIAS)
16.45 Der Angestellte in der „Arbeiter- und Bauernmacht" (MÜ)
16.45 Mode auch für Christen? *W. Zimmermann* (SFB)
17.45 Die katholische Kirche in Frankreich, *A. Betzner* (SWF II)
18.40 Das Geheimnis des Geruchssinns, *F. Keller* (ÖRF III)
20.00 Zum 75. Geburtstag Romano Guardinis (SFB II)
21.05 Das Werk Urs von Balthasars, *J. Laubach* (MÜ II)
21.15 Der Deutsche und die Revolution, *W. Hahn* (SFB II)
23.15 Der dreifache Aspekt der Übermenschen (SFB)

18. Februar (Donnerstag)

14.45 Schulf. Die Reise des Dalai-Lama (SWF)
15.00 Schulf. Ermächtigungsgesetz 1933 (SFB II)
18.45 Die Zukunft Europas im Lichte ganzheitlicher Geschichtstheorien, *O. Anderle* (ÖRF II)
19.05 Walther Rathenau, *B. Hupka* (MÜ II)
19.15 Kardinalfehler in der Erziehung (FRA II)
19.45 Der Staat der Dienstleistungen und der Angestellten in den USA, *F. Sternberg* (RIAS II)
20.30 Das Drama und die Geschichte bei Georg Büchner, *F. Schonauer* (SWF II)
20.45 „Aufklärung" oder Geleit? (SWF II)
22.45 Probleme der sprachlichen Eindeutschung, *J. Jahn* (SWF)
23.05 Gedanken zum philosophischen Werk von Ernst Bloch, *H. J. Lieber* (RIAS)
23.15 Pädagogisch-soziologische Betrachtungen zur neuen Musik, *W. Kolneder* (SFB)

19. Februar (Freitag)

15.00 Schulf. Das Schicksal der Verfolgten des Nationalsozialismus (SWF)
15.30 Schulf. Bonifaz VIII. (FRA)
16.10 Wie wirken Medikamente auf ältere Menschen? (MÜ)
17.45 Schulf. Der Rhein in der literarischen Schilderung (SWF II)
18.40 Behandlungsmethoden der modernen Medizin (ÖRF III)
20.45 Sicherung der Freiheit im sozialen Rechtsstaat, *W. Bogs* (STU)
21.45 Die neuesten Werke von Walter Nigg, *H. E. Bahr* (STU II)
22.15 Dichterische Stimmen aus der Sowjetzone, *P. Jokostra* (RIAS II)
22.40 Zur Philosophie der neuen Musik, *T. Adorno* und *R. Stephan* (STU)
22.45 Bündnisse sichern den Frieden, *M. Freund* (SWF II)
23.15 Todesursache — Unvernunft, *F. Fischer* (SFB)

20. Februar (Samstag)

10.30 Über die literarischen Essays von Albert Camus, *G. Metzen* (SAA)
14.00 Die Braunkohlenindustrie in der „DDR" (MÜ II)
16.10 Gerechtigkeit und Gnade (MÜ II)
20.00 Neuromantik und Jugendbewegung, *H. Pross* (MÜ II)
21.50 Der Mensch hinter der Maske, *M. Hausmann* (SWF II)
22.00 Der Dichter Michelangelo, *F. Schwarz* (ÖRF III)

21. Februar (Sonntag)

8.00 Zum 100. Geburtstag von Francis Thompson, *J. A. Flach* (MÜ II)
8.15 Der Kommunismus als Frage an die Christenheit, *Ch. Walter-Velbert* (SAA II)
8.15 Sind alte Leute wirklich weise? *W. Haas* (SWF II)
9.00 Gefahren und Nutzen radioaktiver Strahlen, *W. Büdeler* (MÜ)
10.00 Lebensstandard und Herztod, *H. W. Bansi* (STU)
11.00 Claudel und die soziale Frage, *E. M. Landau* (SAA)
11.15 Gottes Fügung und Gottes Zeichen, *P. Mianecki* (SWF II)
11.45 Die Neuordnung des Lebens, *A. Köberle* (SWF II)
19.00 Das Problem der Wasserverschmutzung (STU II)
22.40 Neue finnische Lyrik (SWF II)

22. Februar (Montag)

14.40 Der englische Film, *D. Powell* (ÖRF II)
15.00 Privilegien des Dichters, *Werner Bergengruen* (SAA)
17.15 Vom Glück des Sammelns, *F. Wallisch* (ÖRF II)
18.40 Sind wir Materialisten? *A. Silva-Tarouca* (ÖRF III)
20.00 Sozialkritische Untersuchung über das organisierte Verbrechen (MÜ)
20.15 Jugendliche Verkehrssünder, *H. Bamberger* (ÖRG)
20.30 Die verbrannten Bücher des Walter Mehring, *P. Pesel* (SWF II)
21.05 Die Struktur der Materie, *W. Gerlach* (MÜ II)
22.45 Was ist Neofaschismus? *H. Pross* (SWF)

23. Februar (Dienstag)

16.45 Die heutige Bewertung des Berufes, *H. Nachtwey* (STU)
18.40 Elektrizität ohne Turbinen, *A. Okun* (ÖRF III)
21.05 Sowjetkultur in der Lagerstadt Magadan, *W. Pampuch* (MÜ II)
22.10 Gewissenskonflikt und Gewissenserziehung, *A. Köberle* (MÜ)
22.20 Die Schöpfung aus dem Nichts, *J. v. Kempski* (FRA)
22.25 Weltflüchtlingsjahr und private Initiative, *M. Potulicki* (ÖRF)

24. Februar (Mittwoch)

17.00 Schulf. Unter dem Nationalsozialismus — Die Verteidigung Großdeutschlands (STU)
17.15 Formen und Gehalte philosophischer Auseinandersetzungen in der industriellen Gesellschaft, *E. Topitsch* (ÖRF II)
17.45 Die Bewältigung des Wohlstandes, *H. H. Walz* (SWF II)
21.05 Karl Jaspers, *A. Hütter* (MÜ II)
21.15 Die Hypothek der Kriege, *H. Proebst* (FRA II)

25. Februar (Donnerstag)

14.30 Klassizismus und Romantik in Österreichs Ostalpenraum, *H. Riehl* (ÖRG)
15.00 Schulf. Die Kirchen (STU)
15.30 Schulf. Das Reich Karls V. (FRA)
18.40 Englands Beitrag zur Musik der Gegenwart, *H. Hollander* (ÖRF III)
19.05 Friedrich Naumann, *H. Hupka* (MÜ II)

26. Februar (Freitag)

14.40 Zeitnahe Filmkunst, *A. Wajda* (ÖRF II)
15.30 Luther als Sprachschöpfer (FRA)
18.40 Behandlungsmethoden der modernen Medizin (ÖRF III)
20.45 Die Idee der kollektiven Friedenssicherung, *W. Hubatsch* (STU)
22.35 Gottfried Benn, *F. Schonauer* (MÜ II)
22.40 Zur Soziologie der alten und der neuen Welt, *I. Seger* (STU)
22.45 Das Gleichgewicht der Mächte gestern und heute, *M. Freund* (SWF II)

27. Februar (Samstag)

9.15 Du und das Tier, *A. Mikulicz* und *G. Pichler* (ÖRF II)
15.30 Hörerwünsche und Programmplanung beim Rundfunk (MÜ II)
15.40 Junge Europäer im Kriegsgräberdienst (STU)
20.00 Über das Zeitalter der chemischen Entdeckungen (MÜ II)
21.45 Mensch und Gott im Weltraum, *G. Strübel* (SWFII)

28. Februar (Sonntag)

8.30 Aus dem Programm des Münchner Kirchentagskabaretts (MÜ II)
11.00 Über die Angst, *W. Schulte* (STU II)
11.15 Der rufende Gott und der angerufene Mensch, *P. Mianecki* (SWF II)
11.45 Das christliche Menschenbild im Blick von heute (SWF II)
20.45 Kommt der Snob wieder? *E. Pfeiffer-Belli* (SWFII)

29. Februar (Montag)

23.10 Karneval in Venedig, *A. Huxley* (SWF II)

(BRE) Radio Bremen; (FRA) Hessischer Rundf. Frankfurt; (MÜ) Bayerischer Rundf. München; (NDR) Norddeutscher Rundf.; (ÖRF) Österr. Rundf.; (ÖRG) Österr. Rundf., Lokalsendung Graz; (ÖRK) Österr. Rundf., Lokalsendung Klagenfurt; (ÖRL) Österr. Rundf., Lokalsendung Linz; (ÖRS) Österr. Rundf., Lokalsendung Salzburg; (ÖRT) Österr. Rundf., Lokalsendung Tirol; (ÖRW) Österr. Rundf., Lokalsendung Wien; (RIAS) RIAS Berlin; (SAA) Saarländischer Rundfunk; (SFB) Sender Freies Berlin; (STU) Süddeutscher Rundfunk; (SWF) Südwestfunk; (WDR) Westdeutscher Rundfunk

HERDER-KORRESPONDENZ

Sechstes Heft — 14. Jahrgang — März 1960

Es gibt auf der Welt nichts Unglücklicheres als einen Seelsorger! Womit bringt er die Zeit hin? Damit, anzusehen, wie Gott beleidigt wird; wie sein heiliger Name stets mißbraucht wird; wie seine Gebote übertreten werden; wie seine Liebe mißachtet wird! Der Priester sieht nur das, er hört nur das . . . Ach, wenn ich gewußt hätte, was ein Seelsorger ist, dann wäre ich eiligst zu den Trappisten gegangen.

Was Priester sein bedeutet, wird man erst im Himmel recht verstehen. Würde man es schon auf Erden begreifen, man würde sterben, nicht vor Entsetzen, sondern vor Liebe.

Der heilige Pfarrer von Ars

Die Priester mögen bei den Sorgen ihres Amtes durch reichlichere Gnade des Heiligen Geistes gestärkt werden. Allgemeine Gebetsmeinung für April 1960

1. Die Gebetsmeinung für den Ostermonat gilt wieder einmal den Priestern, die schon unter Papst Pius XII. mehrfach Gegenstand besonderer Gebetssorgen des obersten Hirtenamtes gewesen sind. Der Text läßt erkennen, daß die Priester, vor allem der Pfarr- und Seelsorgsklerus, heute von den Sorgen ihres Amtes schier erdrückt, ja oft in eine Verfassung der Hoffnungslosigkeit versetzt werden, so daß sie „vor Resignation erstarren". Denn sie sehen tagtäglich, wie ihnen die Gläubigen unter dem Einfluß des Weltgeistes immer mehr entgleiten, so weit, daß sie nicht mehr um die Sünde wissen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S.180 ff., über die Erneuerung des Bußsakramentes). Nicht umsonst ist ihnen von den letzten Päpsten seit Pius X. der hl. Pfarrer von Ars, neuerdings auch durch Johannes XXIII. (vgl. ds. Jhg., S. 28 ff.), zum Vorbild, Schutzpatron und Tröster gegeben worden. Jean-Marie Vianney war ein Pfarrer, auf dem keine Erwartungen lagen, wenn es auch übertrieben ist, ihn einen „erleuchteten Idioten" zu nennen (Nigg). Er kam in eine Landgemeinde, in der nach der Kirchenverfolgung der Französischen Revolution das geistliche Leben erstorben und die Laster ins Kraut geschossen waren. Es wird wenige Priester in der Welt geben, die so mangelhaft ausgebildet und mit so geringen geistigen Gaben in eine so schlechte Pfarrei entsandt worden sind; und keiner von ihnen wird angesichts der Fruchtlosigkeit seines Wirkens sagen können, er sei schlimmer dran als der Pfarrverweser von Ars. Warum hat dieser schließlich nach zehnjähriger Mühsal seine verwahrloste Gemeinde überwunden und durch und durch bekehrt? Warum mußte er in den letzten Jahrzehnten seines Wirkens auch noch 12—18 Stunden täglich in einem alten muffigen Beichtstuhl verbringen, den die Pilgermassen Tag und Nacht umlagerten? Warum wurde er gewürdigt, als ein „Martyrer des Beichtstuhls", als ein „Gefangener der Sünder" ein so großer Segen für die Kirche zu werden, daß selbst die Evangelischen ihn entdeckt haben? Weil er sich in den Sorgen seines Amtes durch reichliche Gnade des Heiligen Geistes stärken ließ und weil er gleich dem Apostel Paulus seine Verkündigung nicht auf Weltweisheit stützte, sondern „in Schwachheit,

N 476 *Zwei hochbetagte alleinstehende Schwestern* in Oberschlesien, die alles verloren haben und zusammen im Monat eine Rente bzw. Wohlfahrtsunterstützung im Werte von etwa 42 Mark erhalten, erbitten Kleidung und Wäsche.

N 483 *Schwerkranker Priester* in Schlesien (Lungentuberkulose, Magen- und Darmgeschwüre, Leber- und Nierenleiden), sehr arm, ein Bruder ebenfalls lungenleidend, erbittet, da sein Vater von einer kleinen Rente leben muß und nicht helfen kann, Hilfe in Stärkungsmitteln und Kleidung.

N 484 *Krankes, erwerbsunfähiges Ehepaar* in Oberschlesien — der Mann war fünf Jahre in Rußland zivilinterniert und ist krank und arbeitsunfähig heimgekommen, die Frau ist ebenfalls wegen Krankheit erwerbsunfähig — erbittet, da die Rente sehr gering ist, Hilfe in Kleidung und Wäsche.

N 485 *Arme Gemeinschaft von Ordensschwestern* in Niederschlesien, die sehr aufopfernd für die Bevölkerung tätig ist, aber keine Einnahmen hat, benötigt dringend Strickwolle für 50 Paar Strümpfe und Stoff für Umschlagtücher als Winterschutz.

Geldspenden sind einzusenden auf Postscheckkonto Karlsruhe 7926 des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg i. Br. mit Vermerk: „SOS-Ost" und der jeweiligen Kennzahl.

Furcht und großer Zaghaftigkeit" auf die Kraft des Geistes Christi baute (1 Kor. 2). Vianney sagte es fast mit den Worten des Apostels: „Gott erwies mir die große Barmherzigkeit, daß er mir nichts mitgab, worauf ich mich stützen konnte, weder Begabung noch Wissen, weder Weisheit noch Kraft oder Tugend." Er war buchstäblich einer, der „in der Welt nichts galt, ja gar kein Sein hatte", und darum wurde er von Gott auserwählt, „um das, was etwas ist, zunichte zu machen" (1 Kor. 1, 28). Das ging bei ihm so weit, daß er, der jahrelang seine Predigten aus alten Büchern mühselig zusammenstückelte, eines Tages, als ihm das Beichthören keine Zeit mehr zur Vorbereitung ließ, die Gnade des Heiligen Geistes anrief und dann auf die Kanzel stieg, um die Weisheit des Kreuzes und die göttliche Barmherzigkeit mit den reuigen Sündern aus dem Stegreif, nein, aus der Erfahrung zu verkünden. Hinter dieser Gebetsmeinung Johannes' XXIII. steht also gewiß die Erfahrung eines großen Heiligen, in dem Gott alles zusammengefaßt hat, was die Päpste in ihren Rundschreiben der letzten Zeit über das Priestertum gelehrt haben.

2. Der hl. Pfarrer von Ars hat mehr als einmal gestanden, daß der Beruf eines Seelenhirten eine unerträgliche Last ist: „Ihr wißt nicht, was es heißt, von einer Pfarre zum Gericht Gottes zu schreiten" und Rechenschaft abzulegen für all die Seelen, die einem anvertraut waren. Ihm waren nur weniger als 300 Seelen seiner Pfarre anvertraut. Was müssen dagegen Pfarrer empfinden, denen Tausende von Menschen zugehören, von denen aber nur ein Bruchteil die Sakramente in Anspruch nimmt, während die anderen kaum zum Gottesdienst kommen, und wenn die geringe Zahl der Beichtenden erkennen läßt, daß viele gar nicht merken, wie weit das moderne Leben sie von der wahren Gemeinschaft mit Christus und der Kirche entfernt hat und wie sehr ihre konventionelle Frömmigkeit nur eine Art Kompensation des Gewissens gegenüber dem Weltleben darstellt? Was müssen die Seelsorger, die besonders für die religiöse Erziehung der Jugend tätig sind, empfinden, wenn sie erfahren, wie ihre Aussaat schon wenige Jahre später mit dem Eintritt der Jugendlichen ins Leben fortgeschwemmt wird? Das Bewußtsein ihrer Ohnmacht wird immer stärker, und sie erfahren, daß die erlernte theologische Sprache, auch die Sprache der Liturgie, die Menschen nicht mehr recht erreicht und innerlich bewegt. Sie spüren die mangelnde Kraft der — isolierten — heiligen Sakramente, sie leiden unter der „Lebensfremdheit" der Kirche. Es gibt sicher viele, die auf ihre Weise darum ringen, dieses Leiden zum Segen ihrer Pfarrkinder werden zu lassen. Aber andere bemühen sich auch, die Kluft durch Kompromisse zu überbrücken und mit der Jugend auf den Sportplatz oder ins Kino zu gehen, wieder andere ziehen sich zurück auf den kleinen Kreis der Frommen, oder sie pflegen daheim, wenn ihnen zwischen Krankenbesuchen und Versehgängen, Religionsunterricht und Vereinsbetrieb noch Zeit bleibt, wie jeder andere Mensch irgendein Hobby. Die Stunden für das Beichthören sind auf ein Minimum beschränkt, und diese wenigen Stunden reichen völlig aus, von der Fastenzeit einmal abgesehen. Denn die Sünder laufen nicht wie bei Jean-Marie Vianney ihrem Pfarrer nach, sondern der Pfarrer muß froh sein, wenn wenigstens einige zu ihm kommen, denen er nachgelaufen ist, die Kirchenchristen. Was heißt in dieser Lage, die wir nicht näher ausmalen müssen, weil sie zu bekannt ist, daß die Priester durch reichlichere Gnade des Heiligen Geistes gestärkt werden mögen? Sollen sie den Pfarrer von Ars nachahmen? Oder sollen sie mehr studieren, ihre theologischen Kenntnisse vertiefen, die Zeit erforschen, ihre Sprache auffrischen?

3. Die Weisungen des obersten Hirtenamtes, die in dem Rundschreiben Papst Johannes' XXIII. *Sacerdotii nostri primordia* zum 100. Todestag des heiligen Pfarrers von Ars zusammengefaßt sind, lassen keinen Zweifel daran — und die Römische Bistumssynode hat das wieder bestätigt —, daß die reichlichere Gnade des Heiligen Geistes an die überlieferten Mittel priesterlicher Aszese, der freiwilligen Beobachtung der evangelischen Räte wie an eine intensive eucharistische Frömmigkeit und das anhaltende Gebet gebunden sind. Man könnte sie fast in einem Satz wiedergeben, der das ganze Geheimnis Jean-Marie Vianneys, seine Macht über Menschen enthält: er war zu den Sündern ein Abbild der Liebe Christi und legte ihnen nur leichte Bußen auf, weil er den größeren Rest der Buße selber leistete. Man weiß, wie er das getan hat. Es ist freilich auch wohlbekannt, daß seine harten Selbstkasteiungen nicht ohne weiteres jedem Priester zur Pflicht gemacht werden können. Die kirchlichen Oberen dürften dergleichen kaum erwarten. Sie können es um so weniger, als die theologische Ausbildung auf eine immer umfassendere intellektuelle Schulung konzentriert ist. Diese ist sicher nicht dasselbe, was der Apostel Paulus in seiner Kritik an den Korinthern „Wortweisheit" genannt hat, die das Kreuz Christi entwertet (1 Kor. 1, 17); obwohl die Grundsätze des theologischen Studiums, wie uns scheint, noch weitgehend einer Zeit entstammen, in der es darauf ankam, mit den Zweiflern und Abständigen überlegen disputieren zu können. Mit Disputationen und Argumenten aber bringt man die heutigen Weltgläubigen, die sich mit ihrem unerhörten technischen und wirtschaftlichen Fachwissen jedem Theologen konkurrenzlos überlegen fühlen, nicht mehr zur Erkenntnis der Heiligkeit Gottes und seiner Barmherzigkeit in Jesus Christus, geschweige denn zur Erkenntnis der persönlichen und der sozialen Sünde. Wortweisheit ist die Theologie unserer Priester keineswegs, aber ist sie immer das, was der Apostel die Weisheit des Kreuzes nennt, und erwächst sie aus derselben Verzagtheit und „Torheit", aus derselben Erfahrung der eigenen Nichtigkeit, in der allein Gottes Gnade mächtig werden kann?

4. Die reichlichere Gnade des Heiligen Geistes muß wohl als das, was sie ihrer Substanz nach ist, erbetet werden: als Gabe für solche, die arm vor Gott sind und die darauf verzichten können, vor sich selber und vor den Menschen etwas zu sein und zu gelten. Das ist ein großer Verzicht! Es bedarf heute nicht unbedingt jener monastischen Marterwerkzeuge, um für die Unzahl der Sünder mit Christus Buße zu tun. Es genügt schon fast, auf allen unnötigen Komfort zu verzichten, auf alle jene Genüsse, die heute im Haushalt der Wirtschaft in Milliardenbeträgen anstehen, und ein allen Menschen einsichtiges Leben zu führen, das sie beschämen könnte. Das ist wohl das Entscheidende, um dem seelenmordenden Wohlstandshang ein wirksames und glaubwürdiges Nein entgegenzustellen, dem sich zahlreiche Gläubige anschließen. Womit beschämen unsere Priester heute suchende Menschen, die mit ihnen — etwa in ihrer Wohnung — zusammentreffen? Mit welchen Sündern sitzen sie zu Tische wie Jesus, um mit ihnen das tägliche Brot zu teilen? Es bedarf keiner Fastennahrung von schimmeligen Pellkartoffeln. Lassen sich nicht manche Priester und Pfarrer beinahe künstlich abschirmen, sind sie nicht fast zu unnahbar herr-lich, fast ängstlich

darum besorgt, nicht in die lästige Gefangenschaft der Sünder zu geraten? Jeder Versuch der Selbstbewahrung und Selbstpflege, besonders wenn er ähnliche Formen annimmt, wie sie die Menschen in der Welt praktizieren, hat zwangsläufig die Wirkung, daß die reichlichere Gnade des Heiligen Geistes ausbleibt, und mag man noch so sehr in den liturgischen Formen um sie beten. Das oberste Hirtenamt wünscht zwar nicht jene bekannten und verkannten Experimente einer Solidarität von Priestern mit arbeitenden Menschen, die sich von der „bürgerlichen" Kirche abgewandt haben. Die Nähe zu den Abständigen wird nicht notwendig dadurch hergestellt, daß der Priester das gleiche tut wie sie. Aber das Verbot einer natürlichen Solidarität der Arbeitskameradschaft meint sicher nicht den Rückzug des Priesters in eine neue sakrale Abgeschlossenheit, es soll ihn vielmehr frei machen für die eigentlich notwendige und heilbringende, die übernatürliche Solidarität mit dem weltgläubigen Menschen wie mit dem Kompensationschristen, der sein weltgefangenes Gewissen stundenweise liturgisch beruhigt. Und diese übernatürliche Solidarität, die es Gott überläßt, die Abständigen umzuwandeln, wird ausschließlich dargestellt in der freiwilligen Übernahme der Last der Sünden aller, die dem Priester anvertraut sind, und in der Bereitschaft, sie in der Weise mit Christus zu sühnen, die heute verstanden wird und die heute ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Anrufung reichlicherer Gnade des Heiligen Geistes, die allein die Priester in den übermenschlichen Sorgen ihres Amtes stärken kann, darf nicht auf die liturgischen Formulare beschränkt bleiben. Und da sich die Gebetsmeinung an die Gläubigen wendet, damit ihr Gebet den Priestern nütze, müssen sich auch die Gläubigen fragen, was sie zu tun haben, um ihren Priestern das rechte Beispiel zu geben. Es ist üblich, alles auf die Priester abzuschieben, und es ist Mode geworden, nach „heiligen Priestern" zu verlangen. Es wird dabei vergessen, daß heilige Priester aus dem Beten und Leben wahrhaft gläubiger Christen hervorgehen. Der muß den ersten Schritt tun, dem die Gnade der größeren Einsicht gegeben worden ist.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Brief Papst Johannes' XXIII. an den deutschen Episkopat

In einem Schreiben, das vom 29. November 1959 datiert und an den deutschen Episkopat gerichtet ist, hat Papst Johannes XXIII. zu einigen Fragen der Kirche in Deutschland Stellung genommen. Der Brief ist zugleich die Antwort auf den Jahresbericht 1959 der deutschen Bischöfe. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Inmitten der Mühen des Apostolischen Amtes hat Uns der so ausführliche Brief angenehme Entspannung gebracht, den Ihr, Unsere geliebten Söhne und Ehrwürdigen Brüder, an Uns gerichtet habt, als Ihr, wie Ihr es jedes Jahr zu tun pflegt, zu Fulda am Grab des hl. Bonifatius, der festen Säule der Rechtgläubigkeit und des stets hilfreichen Patrons Eures Vaterlandes, miteinander vereint beratschlagtet, um den gemeinsamen Anliegen Eurer Diözesen Rechnung zu tragen.

Wie es Sinn und Ordnung der Liebe, über die hinaus es für die Gläubigen nichts Beglückendes und nichts Heilsames gibt, fordern, habt Ihr Uns frohe und traurige Nachrichten übermittelt, damit Wir Uns über jene gemeinsam mit Euch freuen, diese mit väterlichem Wort erträglicher machen, in allen Zeitläufen aber im Gleichklang der Herzen Gott loben; wenn Wir Ihn lieben, wird sich ja alles zum Guten wenden, mag dies auch bisweilen noch verborgen sein.

In diesem nun zur Neige gehenden Jahre hat ein bedeutungsvolles Ereignis bei Euch stattgefunden. Im vornehmsten Gotteshause von Trier wurde den Gläubigen der Heilige Rock zur öffentlichen Verehrung ausgestellt. Das war ein wirksamer Anlaß, weshalb dort zahlreiche fromme Pilgerscharen zusammenströmten, so daß sichtbare Früchte katholischer Frömmigkeit geerntet werden konnten. Und zwar verfolgte diese Frömmigkeit das Ziel, der Majestät des für uns gekreuzigten Christkönigs anbetend zu huldigen und zugleich die Einheit der Kirche, deren Sinnbild jenes Gewand ist, heller ins Licht zu stellen. Der so sichtbaren festen Einheit werden sich die Katholiken jederzeit in rechter Weise und frohen Herzens rühmen, aber auch die von dem *einen* Schafstall getrennten Brüder werden — das ist Unser Wunsch — ein um so lebhafteres Verlangen danach empfinden.

Doch auch im nächsten Jahre werden religiöse Festtage von nicht geringerer Bedeutung begangen werden. Sie sind von der Art, daß sie nicht nur in Eurem Volke über das gewohnte Maß hinaus religiösen Eifer entfachen, sondern auch die Augen des ganzen katholischen Erdkreises auf Euch lenken und eine Menge von Pilgern anziehen werden: Wir meinen den Internationalen Eucharistischen Kongreß zu München in Bayern. Da Wir sehr wohl wissen, mit welcher Sachkenntnis, Angemessenheit und Gründlichkeit dergleichen religiöse Feierlichkeiten vorbereitet werden, so halten Wir es für ausgemacht, daß das Ergebnis den Erwartungen entsprechen, ja sie vielleicht noch übertreffen und in den Annalen der Kirche Deutschlands wiederum ein ewig denkwürdiges Ereignis wie mit goldenem Griffel eingetragen werden wird. Die eucharistische Kultfrömmigkeit, der es vor allem zu danken ist, daß in Euren Landen der katholische Glaube unversehrt und stark geblieben ist, wird ohne Zweifel einen noch größeren Aufschwung nehmen. Da aber das so erhabene Sakrament, durch das wir mit Christus vereint und von Christus genährt werden, die Einheit der Kirche geheimnisvoll andeutet und zugleich bewirkt, so wird es, gleichsam mit erhobenem Panier, auch für diejenigen, die sich weit entfernt vom Schoße der Kirche befinden und des himmlischen Brotes entbehren, zu einer Einladung, die Schwelle des Mutterhauses aufzusuchen.

Das Allgemeine Konzil, dessen Zusammentritt Wir angekündigt haben, ist von Euch ohne Zögern und mit zustimmendem Eifer begrüßt worden. Ihr habt sogar beschlossen, drei aus der kirchlichen Hierarchie Eures Landes ausgewählte Ausschüsse zu bestellen, damit für die Erörterungen und Verhandlungen auf dem Konzil nach Maßgabe der Kräfte vorausschauende und wohldurchdachte Vorschläge ausgearbeitet würden.

Wir gestehen Euch, daß sich Unserm Herzen tief und fest die Hoffnung eingesenkt hat, das Allgemeine Konzil werde dem ganzen Erdkreis in mehr als einer Hinsicht und wirksam zum Segen sein. Möge die himmlische Gnade den Willen der Menschen beugen, so daß Vorurteile überwunden werden und so seine Beschlüsse nicht nur den einzelnen, sondern auch den Völkern, die durch Christi Heilsgesetz erneuert werden sollen, Nutzen bringen!

Unter anderem haben Wir Eurem Briefe neue leuchtende Zeugnisse dafür entnommen, wie sehr bei Euch die Unternehmungen der Wohltätigkeit blühen, die sich der katholischen Glaubensgenossen sowohl im Inland als auch im Ausland in freigebiger Weise annehmen. Immer hat der etwas, wovon er spenden kann, dessen Herz reich an Liebe ist.

Doch ein besonderes Lob verdienen nach Unserer Meinung Eure guten Werke, die nach genauester Planung in den Gegenden angesetzt werden, die man gemeinhin „Diaspora" nennt. Dort ist zwar die Zahl der Katholiken unscheinbar; selten und einsam sind dort die Priester. Dennoch lodert ebenda auch die Liebe zur Religion, und das katholische Leben leuchtet dort mit unverminderter Kraft. Hier und dort sind schmucke Kapellen und Kirchen kunstverständig errichtet worden, dank Eurer wachsamen Sorge, Ihr umsichtigen und liebevollen Hirten der Herde Christi, und dank der freigebigen Spenden der Vereinigungen, die sich um den katholischen Namen ausgezeichnet verdient machen, vor allem des Vereins, der nach dem heiligen Bonifatius in Ehren seinen Namen trägt. Wieviel Mühe wird nicht gescheut, wieviel Sorgfalt wird aufgewandt, damit auch die weit und abgelegen wohnenden Christgläubigen an Sonn- und Feiertagen dem eucharistischen Opfer beiwohnen und ihre Kinder katholischen Unterricht genießen können! Den Priestern, den Ordensleuten beiderlei Geschlechts, den Gläubigen, die in der Diaspora wohnen, gelten Unsere ganz besonderen Gebete und väterlichen Wünsche. Sie sollen wissen, daß uns die Kümmernisse ihrer Einsamkeit, ihre aus mannigfachen Ursachen entspringenden Nöte und ihre nie zur Ruhe kommenden Besorgnisse keineswegs verborgen sind. Sie sollen weiter in rechter und hochgemuter Gesinnung für den katholischen Glauben, den kein irdischer Schatz an Wert erreicht, eine eifrige Tätigkeit entfalten, ihn beispielhaft betätigen und vom Licht der Wahrheit und durch Übung der Tugenden erstrahlen lassen, so daß auch die ihm Fernstehenden zur Gemeinschaft der katholischen Kirche Neigung verspüren und heimkehren möchten.

So eilt nun unser Gedenken zu den Schafen, die die rechtmäßige Hürde Christi verlassen haben oder überhaupt nicht kennen, von denen der Herr gesagt hat: „Noch andere Schafe habe ich, die nicht aus diesem Schafstall sind" (Joh. 10, 16).

Wie viele von ihnen folgen treu ihrem Gewissen und verlangen vom Grund ihres Herzens nach der religiösen Wahrheit. Unsere Anerkennung zollen wir denen, die mit Büchern und Zeitschriften, Vorträgen und Gesprächen sich bemühen, solchen Bedürfnissen entgegenzukommen, und die den Unwissenden oder durch Vorurteile vom rechten Wege Abgewichenen das erhabene Antlitz der katholischen Religion enthüllen. Diesem Ziele zuliebe bemühen sich Mitglieder mehrerer religiöser Orden und Kongregationen, und zwar mit nicht geringem Erfolge, weil sie von apostolischem Geiste beseelt sind und geeignete Hilfsmittel anwenden. Möchten doch viele ihrem Beispiel folgen und mit missionarischem Eifer kostbaren Samen in die Furchen streuen, aus denen eine schweißgedüngte, jedoch um so köstlichere geistliche Saat der Ernte entgegenwachsen wird.

Auf solche und andere gottgefällige Anstrengungen, die unser Lob anerkennen muß und unsere Mahnungen anspornen sollen, richte die allerseligste Jungfrau Maria ihr gütiges Auge. Ihr zu Ehren sind ja innerhalb der Grenzen Eures Vaterlandes so viele Heiligtümer errichtet worden: Bollwerke des katholischen Glaubens, reine, reiche, von dem königlichen Glanze ihrer mütterlichen Hofhaltung strahlende Quellen himmlischer Gnaden, wo die Tröstungen Gottes reichlich strömen.

Mit den Worten des hl. Apostels Judas mahnen wir die geliebten Söhne der katholischen Kirche in Deutschland, nach immer Besserem und Höherem zu streben: „Ihr aber, Geliebte, baut euch selbst auf eurem hochheiligen Glauben auf, betet im Heiligen Geiste und bewahrt euch so in der Liebe Gottes" (Jud. 20—21).

Indem Wir Euch dies wünschen, erteilen Wir sowohl Euch, Unsere geliebten Söhne und Ehrwürdigen Brüder, als auch der Eurer Leitung anvertrauten Herde Christi als Verheißung himmlischer Hilfe und als Unterpfand väterlicher Liebe den Apostolischen Segen.

Erzbischof Jaeger über die Aufgabe der Kirche im Zeichen des Konzils

Der Erzbischof von Paderborn, Lorenz Jaeger, der für den deutschen Episkopat seit langem das Referat für Glaubensverbreitung betreut, nimmt sich in steigendem Maße der Unterrichtung seines Diözesanklerus und der Öffentlichkeit über die Aufgabe der Kirche angesichts des Ökumenischen Konzils an (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 194). In seinem Neujahrsgruß an den Klerus seines Erzbistums (Kirchliches Amtsblatt für die Erzdiözese Paderborn Nr. 1, 1960, S. 4 f.) geht er davon aus, daß sich eine neue Weltkultur vorbereitet, „die von dem Geist einer säkularisierten technischen Zivilisation beherrscht und geprägt ist", und sagt:

„Nicht nur die Menschheit, auch die Kirche steht an einem Wendepunkt ihrer Geschichte. Das sog. ‚Konstantinische Zeitalter' geht zuende", das die enge Verbindung von Kirche und Staat eröffnete, wie sie auch das Mittelalter kennzeichnet. Vielen kirchlichen Kreisen erschien bislang das Mittelalter als „Ideal, das mit allen Mitteln restaurativ wiederhergestellt werden müßte". Damit hing es zusammen, „daß man nach Möglichkeit versuchte, die Gläubigen in geschlossenen Räumen von allem abzuschirmen, was eine Auseinandersetzung mit den unchristlichen Zeitströmungen notwendig gemacht hätte ... Aber dieses Abgeschirmtsein des christlichen Volkes von der zunehmend sich säkularisierenden Weltkultur, dieses Betreut- und Geführtsein vom Klerus hat das Bewußtsein der eigenen Verantwortlichkeit des Laien für diese Welt und für das persönliche Zeugnis des Glaubens in seinen Lebensbereichen nicht voll zur Reife kommen lassen."

Die neue Verantwortlichkeit des Laien

Der Erzbischof erinnert daran, daß schon auf der Dechantenkonferenz des vergangenen Jahres überlegt wurde, „wie die falschen Sicherungen abzubauen sind und wie die böse Kluft im Leben so vieler Christen zwischen dem Verhalten in der Welt und dem Stehen vor Gott in einer an der Welt orientierten Frömmigkeit geschlossen werden kann ... Aus der für das Konstantinische Zeitalter charakteristischen Gemeinsamkeit von Kirche und Staat ist ein Gegenüber geworden, das in einigen Ländern freundschaftlicher, in vielen Ländern neutraler Art, leider auch in sehr vielen bereits von erklärter grundsätzlicher Feindseligkeit ist." Daher habe auch Papst Johannes XXIII. in seinem Rundschreiben *Princeps Pastorum* (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 170 ff.) bereits die Folgerungen für die Missionen gezogen und dabei vor allem eine Auf-

gabe der Kirche hervorgehoben, die er als „die vitale Notwendigkeit für alle Teile der Kirche bezeichnet: die Laien sollen ihren aktiven Posten auf dem Felde des Apostolats in Zusammenarbeit mit der Hierarchie einnehmen".
In diesem Zusammenhang erklärt der Erzbischof: „Mit Dank gegen Gott dürfen wir feststellen, daß, zusammen mit der großen Umwälzung in der Welt während der letzten 50 Jahre, eine Aktivierung des Laienapostolats auf allen Gebieten bereits begonnen hat. In der Literatur, in der Kunst, auf allen Gebieten wissenschaftlichen Arbeitens, speziell in der Philosophie, im gesellschaftlichen und sozialen Leben gibt es — Gott sei Dank — eine große Anzahl von Christen, die sehr ernsthaft und mit Erfolg sich bemühen, bei aller Wahrung der Eigengesetzlichkeit dieser Gebiete, die Forderungen der christlichen Sittenlehre zu vertreten und die Welt im Lichte des Glaubens an Jesus Christus zu verstehen. Diesen profilierten christlichen Persönlichkeiten und ihrem Wirken ist es nicht zuletzt zu danken, daß die Autorität und das Ansehen der Kirche trotz der schnell fortschreitenden Säkularisierung und trotz der Entchristlichung breiter Massen eine Geltung bekommen haben, wie es im Öffentlichkeitsbereich des 19. Jahrhunderts unvorstellbar gewesen wäre. Wenn wir nach dem eigentlichen Ursprung dieser segensreichen apostolischen Aktivität christlicher Laien fragen, so würden die Hinweise auf kirchliche Organisationen und katholische Verbände nur eine vorläufige, vordergründige Antwort sein. Der eigentliche Grund liegt tiefer. Es besteht ein innerer Zusammenhang zwischen der Aktivierung des kirchlichen Lebens durch die liturgische und eucharistische Bewegung, so wie durch die intensiveren Bibelstudien einerseits und die Aktivierung des Laienapostolats anderseits." Der Erzbischof von Paderborn weist auf die bahnbrechende Arbeit Papst Pius' X. für die Entfaltung einer persönlichen Christus-Frömmigkeit hin.
Die weiteren Gedanken dieses Neujahrsgrußes finden sich auch in einer Folge von Aufsätzen, die der Erzbischof von Paderborn zum Abschluß der Gebetsoktav für die Wiedervereinigung im Glauben im „Echo der Zeit" (24. und 31. 1. 60) veröffentlicht hat, um die Aufgaben des kommenden Konzils zu erläutern.

Das Konzil und die Katholizität

Im ersten der beiden Aufsätze erklärt Erzbischof Jaeger die vier Thesen: 1. Wiedervereinigung bedeutet Rückkehr zum Vaterhaus, 2. Wiedervereinigung ist das Gebot der Gegenwart, 3. die Trennung kann nur durch eine sichtbare Einheit überwunden werden, und 4. das Ökumenische Konzil wird die Katholizität der Kirche darstellen, d. h. die Einigkeit im Notwendigen, die Freiheit in den berechtigten Eigenarten liturgischer, theologischer und kirchenrechtlicher Art, alles in Liebe untergeordnet dem Herrn und Haupt der Kirche, Jesus Christus, und seinem sichtbaren Repräsentanten, dem Papst.
Wie das gemeint ist, erläutert der zweite Teil des Aufsatzes: „Das Konzil als Darstellung der Einheit und Katholizität der Kirche." Auch hier finden wir die Anknüpfung an das Ende des Konstantinischen Zeitalters, dazu den neuen entscheidenden Umschwung der Kultur vom Vatikanum bis heute, gekennzeichnet durch die Selbständigkeit der afrikanischen und asiatischen Völker, das Ende des kolonialen Zeitalters, in welchem die christliche Religion in den tatenlosen heidnischen Weltreligionen keinen ernsthaften Gegner mehr sah.
Heute dagegen stehe der größere Teil der Menschheit unter der Herrschaft der kommunistischen Weltanschauung oder unter dem Einfluß der wiedererwachenden nichtchristlichen Weltreligionen, Buddhismus, Hinduismus und Mohammedanismus. Diese versuchen eine eigene moderne Kultur nach ihren Anschauungen zu entwickeln, deren Nationalismus das Christentum als Fremdreligion ablehne. Der Gang der Geschichte scheine sich in Gegensatz zu stellen zur Mission der Kirche. Die 1958 herausgegebene „Sowjetische Enzyklopädie" sage in ihrem Artikel über die Missionen deren völligen Zusammenbruch voraus. Aber das Wort Gottes liege nicht in Ketten. Es sei der Grundfehler der Feinde des Christentums, daß sie die Kirche nach politischen und soziologischen Faktoren beurteilen, die wohl auch eine Rolle spielen, aber nicht die entscheidende. Der Erzbischof weist darauf hin, daß Papst Johannes XXIII. in seiner Missionsenzyklika die Anpassung der Missionen an die veränderte Weltlage vorzeichnet, die Entfaltung der vollen Katholizität der Kirche, die für alle Völker und Rassen, für alle Kulturen, für alle echten ethischen und religiösen Werte offensteht. Vier Grundsätze seien maßgebend für die Darstellung der Katholizität angesichts der veränderten Weltsituation:
1. Die Kirche identifiziert sich mit keiner einzigen Kultur oder Zivilisation, auch nicht mit der abendländischen. 2. So wie die Kirche die hellenistische Kultur reinigte, um alles Gute und Schöne auszuwählen, zu erhalten und zu beseelen, so will sie auch die wahren Werte der übrigen Weltreligionen und Kulturen von den Beimischungen des Irrtums reinigen, erheben und verklären. 3. Obwohl der Glaube und die wesentliche Struktur der Kirche göttlicher Herkunft sind und durch Jesus Christus für alle Zeiten bestimmt worden sind, wird die eine Botschaft Jesu Christi je nach dem Charakter der Völker und ihrer Kulturen aufgenommen und durch religiöse Gebräuche und Riten anschaulich gemacht. „Das geoffenbarte Gotteswort ist von solcher Tiefe und Fülle, daß die Menschen verschiedener Kulturen sich jeweils von einer besonderen Seite angesprochen fühlen, die ihrer geistigen Eigenart entspricht. Die Katholizität der Kirche bedeutet, daß sie die ganze Fülle der Wahrheit besitzt, die bis zum Ende der Welt immer vollkommener dargestellt werden kann . . ."
Zum Schluß schreibt Erzbischof Jaeger: „Die Kirche will für jede Zeit, für jedes Volk, für jede Zivilisation das Evangelium verkünden, so wie sie es in der Heldenzeit der Urkirche in den ersten drei Jahrhunderten vor Konstantin d. Gr. getan hat. Das bedeutet allerdings nicht, daß man die frühchristliche Epoche der Kirchengeschichte einfach restaurieren könnte, denn die Kirche gleicht einem Organismus. Man kann ihren gegenwärtigen Zustand nicht einfach auf den der vorkonstantinischen Zeit zurückversetzen wollen, so wenig wie man einen Baum auf seine Wurzeln und sein Anfangsstadium zurückschneiden kann. Es gibt, um im Bilde zu bleiben, Wachstumsgesetze der Kirche, und dazu gehört ihre Anpassungsfähigkeit an neue Verhältnisse. Die Kirche lebt in einer Art Symbiose mit der Welt. Bei aller Wahrung des einmal für immer von Gott gegebenen Glaubensgutes und der von Christus gegebenen Grundverfassung muß sich die Kirche doch immer neu auf die sich wandelnde Umwelt einstellen. Und in dieser Hinsicht hat die Kirche eine jeweils andere Gestalt und andere seelsorgerliche Methoden . . . Sie wird gerade durch das kommende Konzil einen machtvollen Schritt nach vorn machen, um sich in zukunftsträchtiger Weise der veränderten Weltsituation anzupassen."

Die Streuung der Fernseh- und Rundfunkteilnehmer in der Bundesrepublik

Die Zahl der bei der Post angemeldeten Fernsehempfänger betrug zum Jahreswechsel in der Bundesrepublik 3 375 000. Allein im Dezember 1959 wurden 173 000 Neuzugänge gemeldet. Am 1. Dezember 1959 ergab die Rundfunk- und Fernsehdichte — Zahl der Empfänger bezogen auf 100 Haushalte — in den Sendebereichen der Bundesrepublik und in West-Berlin folgendes Bild:

Sendebereich	auf 100 Haushaltungen Fernseher	Hörer
Westdeutscher Rundfunk	27	90
Radio Bremen	21	94
Sender Freies Berlin	19	96
Norddeutscher Rundfunk	18	88
Hessischer Rundfunk	17	90
Süddeutscher Rundfunk (Stuttgart)	14	91
Bayerischer Rundfunk (München)	11	90
Südwestfunk (Baden-Baden)	11	86
Saarländischer Rundfunk	6	84

Die Lage der farbigen Besatzungskinder in der Bundesrepublik

Ostern 1960 werden in der Bundesrepublik die ersten farbigen Besatzungskinder die Schulen verlassen und einen Beruf erlernen. Ihre Zahl beträgt heute insgesamt 6000. Das ist ein Zwölftel der 72 000 Kinder von Besatzungsangehörigen und deutschen Müttern. Der stärkste Geburtenjahrgang ist der von 1946, ihm gehören etwa 1500 farbige Kinder an (zu gleichen Teilen Jungen und Mädchen). Bis 1951 fiel die Zahl der Geburten bis auf 250, in den folgenden Jahren stieg sie wieder leicht an. Im Durchschnitt wurden in den letzten Jahren 300 farbige Kinder jährlich in der Bundesrepublik geboren. Die meisten Kinder leben im Bereich der früheren amerikanischen Besatzungszone, aber auch in den Ländern der ehemaligen französischen Zone sind sie anzutreffen, während die ehemalige britische Zone fast gar keine farbigen Besatzungskinder aufweist. Sofern man hier welche antrifft, handelt es sich fast immer um zugezogene Kinder.

Die Integration dieser Kinder in die Berufs- und Erwachsenenwelt ist eine Aufgabe der Gesellschaft. Um die dazu notwendigen Unterlagen zu beschaffen, vor allem um die besondere seelische Situation dieser Jugendlichen zu erkunden, hat das Psychologische Institut der Universität Hamburg, unterstützt von der Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge sowie von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, seit Anfang 1958 eine größere Untersuchung durchgeführt. (Die Ergebnisse dieser Erhebung wurden in den Informationen des Deutschen Caritasverbandes, 4. 2. 60, auszugsweise veröffentlicht.) Danach läßt sich über die besondere Situation dieser Kinder und Jugendlichen folgendes sagen:

Die Öffentlichkeit — wie selbstverständlich auch jeder einzelne — steht immer in der Gefahr, über diese Kinder pauschal zu urteilen. „Ihre dunklere Hautfarbe oder ihr auffälliges Kraushaar läßt sie auf den ersten Blick anders als alle anderen Kinder wirken. Genau betrachtet, sind dies jedoch die einzigen Merkmale, nach denen man sie zu einer Gruppe zusammenfassen kann. Schon ihrer Herkunft nach unterscheiden sie sich erheblich: Unter ihren Vätern finden sich fast europäisch-hellhäutige Mischlinge wie fast reinrassige Neger, sie kommen aus Puerto Rico, Indochina, Algerien, Marokko, Nordamerika." Aber nicht nur unter ethnischem Gesichtspunkt, sondern auch nach Begabung und Bildungsstand der Väter ist das Gefälle groß. Desgleichen kommen ihre Mütter aus ganz unterschiedlichen sozialen Milieus. „Schließlich ist das Schicksal jedes dieser Kinder von besonderen Bedingungen geprägt."

Die Väter

Über ihre Väter ist wenig bekannt. „Zu den meisten von ihnen haben die Mütter und Kinder heute keinen Kontakt mehr. Einige haben sich noch eine Weile um briefliche Verbindung bemüht, die dann aber abriß. Einige der Väter dürften nicht einmal wissen, daß sie in Deutschland ein Kind haben. Seit etwa 1951 scheinen die Beziehungen zwischen den Müttern und ihren farbigen Partnern stabiler geworden zu sein. Während in den Jahren direkt nach dem Krieg recht flüchtige Begegnungen überwogen, sind heute länger dauernde, gelegentlich eheähnliche Beziehungen häufiger. Einige Frauen haben mehrere Kinder von einem Farbigen. Die Fälle, in denen der Vater die Mutter heiratete und in Deutschland blieb, sind sehr selten. Gemeinsame Auswanderungen kommen häufiger vor, ihre Zahl wird auf 300 bis 400 geschätzt."

Die Mütter

Die Untersuchung hat ergeben, daß die allgemeine Annahme, bei den Müttern der farbigen Kinder handle es sich um unsolide Personen, die vielleicht sogar einen verwahrlosten Lebenswandel führen, nicht stimmt. Diese Annahme, so sagt der Bericht, treffe „keinesfalls" zu. Die Mehrzahl der Mütter stammt aus der Gruppe der ungelernten oder angelernten Arbeiterinnen. „Ganz auf sich gestellt, vermögen sie es oft nicht, der vielen materiellen und sozialen Schwierigkeiten, die sich mit der Existenz ihrer farbigen Kinder einstellen, Herr zu werden." Besonders bewältigten sie oft die Aufgabe nur ungenügend, ihren Kindern kontinuierlich eine Atmosphäre der Geborgenheit zu bieten.

Etwa 70 Prozent der Kinder leben bei ihren Müttern, und zwar 25 Prozent in einer vollständigen deutschen Familie, in die sie hineingeboren wurden oder die durch spätere Heirat der Mutter gegründet wurde. Etwa die Hälfte der alleinstehenden Mütter wohnen bei den Großmüttern der Kinder, „die recht häufig in der Erziehung der Kinder stärker hervortreten als die Mütter". Das knappe Drittel der Kinder, von denen sich die Mütter getrennt haben, lebt zu je 12 Prozent bei Verwandten oder in Heimen. „Nur für eine kleinere Zahl konnten in Deutschland Pflegeeltern gefunden werden (7 Prozent), besonders selten sind Jungen in Pflegefamilien untergebracht . . ."

Adoptionen ins Ausland

„Eines der schwierigsten Probleme in der Situation der farbigen Kinder ist deren Adoption ins Ausland." Die Zahl der Auslandsadoptionen beträgt heute mindestens 200, sie könnte erheblich größer sein. Doch sei zu bedenken, so fährt der Bericht fort, ob im Ausland, auch bei nachweisbar größerer Unbefangenheit gegenüber Minoritäten und Andersrassischen, echte Entwicklungschancen für die Kinder gegeben seien. Wenn schon Adoption ins Ausland, dann nur immer in Einzelfällen, niemals in Gruppenform. „Vor allem sollte bei Adoptionsvermittlungen ganz bewußt ausgeschlossen werden, daß irgendeine Bestrebung, gegenwärtige oder kommende Schwierig-

keiten abzuschieben, mit im Spiel ist. Angefangen von dem Wunsch nach Abwälzung der Unterhaltspflicht bis zur unbestimmten Hoffnung, dem Kind später ein schweres Schicksal in Deutschland zu ersparen, können vielerlei Motive in dieser Richtung wirksam sein. Diese Kinder sind jedoch deutsche Kinder, die Schwierigkeiten, die ihnen erwachsen könnten, sind unsere Schwierigkeiten, und wir können uns der Verantwortung für sie nicht entziehen, auch nicht durch eine Adoptionsvermittlung ins Ausland. Das schließt nicht aus, daß es für das eine oder andere Kind die beste Lösung ist, wenn es im Ausland neue Eltern findet."

Das Problem der farbigen Kinder sei für die deutsche Öffentlichkeit nicht unlösbar. Der Bericht weist darauf hin, daß 1951, als die ersten farbigen Kinder zur Schule kamen, sowohl Schulverwaltungen wie Sozialverbände durch umfassende wie kluge Aufklärung den farbigen Kindern die Wege ebneten. „Diese Bemühungen haben nach unseren Erfahrungen wesentlich dazu beigetragen, daß nach einigen anfänglichen Schwierigkeiten fast alle Kinder ohne Aufhebens in die Gemeinschaft der Schulen eingegliedert werden konnten."

Die psychische Eigenart der farbigen Kinder

Entsprechend der ethnischen und sozialen Unterschiede sowohl ihrer Väter wie ihrer Mütter, unterscheiden sich die Kinder in ihren Eigenarten stark. Dennoch läßt sich folgendes über sie als Gruppe aussagen: Ihre Intelligenz entspricht dem Durchschnitt aller deutschen Kinder. „Es gibt unter ihnen Hochbegabte, die ohne Schwierigkeiten die Oberschule besuchen könnten, aber auch Hilfsschüler. Die meisten weisen jedoch eine normale Begabung auf, die etwa den Anforderungen der Volksschule gerecht werden kann. Dennoch haben wir gefunden, daß nur wenige von ihnen die Mittel- und Oberschulen besuchen und daß eine größere Zahl, als das allgemein zu erwarten wäre, ihr jeweiliges Klassenziel nicht erreichte. Hierfür müssen andere Faktoren als die Intelligenz verantwortlich sein."

Farbige Kinder entwickeln sich entgegen immer wieder zu hörenden Vermutungen nicht schneller als ihre Altersgenossen. Viele von ihnen besitzen jedoch eine besondere motorische Gewandtheit, die sich in guten sportlichen Leistungen und in manueller Geschicklichkeit äußert. Ihre Berufswünsche entsprechen den Vorstellungen und Neigungen ihrer Alterskameraden.

Wenn auch nicht von wesentlich ererbten Gemeinsamkeiten gesprochen werden kann, so zeichnet sich doch die Gruppe durch einige Merkmale aus, „die sich aus der Ähnlichkeit der familiären Situation und der früheren Erfahrungen der meisten farbigen Kinder erklären lassen". Typisch sei, daß sie in der frühen Kindheit verwöhnt worden sind; „meist fehlte der Mann, der den Vater in der Familie hätte ersetzen können, und häufig fehlen die Anforderungen und Anregungen, die ein Kind erst zur Selbständigkeit und zur vollen Entwicklung seiner Kräfte kommen lassen". Als sie dann zur Schule kamen, machten sich diese Versäumnisse bemerkbar. Sie waren auf die Notwendigkeit von Leistung und Konzentration nicht vorbereitet. Sie mußten auch oft erfahren, daß sie abgelehnt oder gar angegriffen wurden. Zwar seien, so betont der Bericht ausdrücklich, die Fälle eindeutiger Isolierung und Diskriminierung sehr selten, aber es gebe doch nur sehr wenige Kinder, die nicht gelegentliche Zurücksetzungen hinnehmen mußten. „Dabei erwies sich, daß sie häufig auf Grund der Versäumnisse in ihrer früheren Erziehung nicht stabil genug waren, derartige Belastungen ohne Schäden zu ertragen. Zwar wäre es falsch, ein Bild drohender Verwahrlosung und Neurotisierung aller Mischlingskinder zu zeichnen, aber es kann auch nicht übersehen werden, daß nur sehr wenige von ihnen eine Erziehung genossen, durch die ihre Anlagen und Neigungen auf schulischem und sozialem Gebiet voll entwickelt wurden. Das Resultat sind erhebliche Versäumnisse in der Wissens- und Gewissensbildung und eine Minderung der Belastungsfähigkeit dieser Kinder."

Die Einstellung der Umwelt

Als Ergebnis einer Befragung in Hessen und Süddeutschland über die Einstellung der deutschen Bevölkerung zu den farbigen Kindern muß festgehalten werden, daß beträchtliche Teile der Bevölkerung die Existenz der farbigen Kinder in Deutschland als problematisch ansieht. Dabei kommen folgende Gründe und Motivationen zum Tragen: die Andersrassigkeit der Kinder, nationale Vorbehalte (die Kinder seien „Feindkinder", ein Argument, das auch für weiße Besatzungskinder gilt), die Unehelichkeit der Kinder, also moralische Einwände (die wiederum auch die Mehrzahl der weißen Besatzungskinder betreffen). Getroffen wird von dieser Einstellung jedoch vor allem das farbige Kind, da sein besonderer Status im Gegensatz zu dem weißen Besatzungskind äußerlich sichtbar ist.

Die Stärke der Vorurteile schwankt von Ort zu Ort beträchtlich. „Während in einigen Gemeinden eine wohlwollende Beurteilung vorherrscht und es dort bisher auch nur selten zu irgendwelchen Zurücksetzungen der Kinder kam, leiden an anderen Orten die meisten Kinder unter einer Ablehnung durch die Mitmenschen, die meistens auch in den Befragungsergebnissen deutlich zum Ausdruck kommt. Innerhalb der Großstädte findet man gelegentlich in einigen Wohnbezirken überwiegend negative Urteile, während in anderen, besonders in den ärmlicheren Vororten und Barackenlagern, die Bevölkerung eine indifferente, unvoreingenommene Haltung äußert."

Die Entwicklungsaussichten

Aus all diesen Daten folgert die Untersuchung: Die Ergebnisse sind nicht alarmierend, aber sie sind auch nicht zufriedenstellend. „Wir können bei einer großen Anzahl dieser Kinder nicht damit rechnen, daß sie mit einer optimalen Ausbildung ihrer Kräfte und Interessen die Grundschule verlassen werden. Sie kommen in eine Umwelt, in der sie oft mit Skepsis, gelegentlich gar mit unverhohlenem Mißtrauen betrachtet werden . . . Die Berufseingliederung dürfte bei den Jungen heute keine allzu großen Schwierigkeiten bereiten. Es stehen genügend Lehrstellen zur Verfügung. In einigen Städten ist die Berufsvermittlung für den ersten Jahrgang bereits erfolgreich abgeschlossen. Mit einer soliden Fachausbildung ist dem Jungen eine Möglichkeit gegeben, sich und anderen seinen eigenen Wert zu bestätigen und damit innerlich wie äußerlich unabhängiger zu werden. Jedoch sollte bedacht werden, daß zu einem sinnvollen Lehrverhältnis auch das Hineinwachsen in die Welt der Arbeitskollegen gehört. Deshalb müssen nicht nur ein Arbeitsplatz und ein fachlich versierter Vorgesetzter, sondern es muß auch die Bereitschaft vorhanden sein, den jungen Kollegen menschlich zu akzeptieren." Es

wäre auch gut, so heißt es in dem Bericht weiter, wenn Arbeitgeber und Lehrherren Bereitschaft zeigten, die Folgen früherer Erziehungsmängel und Entwicklungshemmnisse mit Geduld aufzufangen.

Die Chancen für die farbigen Mädchen, in geeigneten Berufen unterzukommen, beurteilt der Bericht sehr zurückhaltend. „Es gibt ohnehin weniger Lehrberufe für Mädchen", heißt es, und man müsse auch bedenken, daß sich die Mütter seltener als bei den Jungen um eine gründliche Berufswahl ihrer Töchter kümmerten. „Ob der traditionelle Trost, daß das Mädchen ohnehin bald heiraten werde, bei den Mischlingskindern am Platze ist, erscheint fraglich." Schon jetzt müsse daher überlegt werden, in welcher Weise sich für die farbigen Jugendlichen die Begegnung mit Gleichaltrigen des anderen Geschlechts abspielen werde. „Es steht zu fürchten, daß sie es schwerer haben werden als andere, ebenbürtige Partner zu finden. Auch hier erscheint die Situation der Mädchen besonders problematisch."

Aus dem Vatikan

Johannes XXIII. über die Katholische Aktion

Am 10. Januar 1960 sprach Papst Johannes XXIII. anläßlich der Feier des 40jährigen Bestehens des weiblichen Jugendverbandes der Katholischen Aktion Italiens über Formen und Ziel einer weltweiten Katholischen Aktion.

Das Werk der Vorgänger

Einleitend sprach der Heilige Vater über seine persönlichen Bindungen an dieses Werk: „Euer Papst hat durch Archivstudien ihren weit zurückliegenden Ursprung erforscht, die Schwierigkeiten und Höhepunkte miterlebt und ihre Entwicklung, die durch Zeit und Ort bedingte Anpassungen verlangt, verstanden. Er weiß, wieviel die Katholische Aktion unsern geliebten Priestern, vor allem den Pfarrgeistlichen, und so vielen edlen und opferbereiten Seelen verdankt, deren Namen Gott allein kennt und die in das Buch des Lebens eingeschrieben sind. Bei dem Dienst, zu dem der Herr Uns jetzt berufen hat, wenden Wir Unsere Gedanken oft Pius XI. unsterblichen Gedenkens zu. Als Wir Unser Hirtenamt in Venedig übernahmen, charakterisierten Wir ihn gern mit dem Namen ‚Patriarch der Katholischen Aktion'. Dieser große Vorgänger scheint Uns um so mehr in seinem Verständnis und in seiner Liebe für die Katholische Aktion inspiriert und spontan gewesen zu sein, als seine erste Lebensorientierung als Wissenschaftler dieser Apostolatsbewegung fremd gewesen war." Diesem Gedanken des Werkes Pius' XI. fügte der Papst sodann die Erinnerung an Pius XII. an und fuhr fort:

Ein wertvolles Instrument

„Wir preisen die ‚Intuition' und die väterlichen, weitblickenden Entscheidungen (Unserer Vorgänger), die aus dieser Organisation der Laien, die dem hierarchischen Apostolat dient, ein großartiges Instrument gemacht haben, um alle Lebensgebiete mit christlichem Denken zu durchdringen. So wurde der Traum Unserer Jugend zur vielversprechenden Wirklichkeit und die quälende Sorge der Seelenhirten und der für die Forderungen des modernen Apostolates aufgeschlossenen Katholiken überwunden."

Vertrauen

Nach einem Gruß an die Katholische Aktion Roms, aller Diözesen und der Missionsgebiete versicherte der Papst: „Wir haben Vertrauen in eure Führungskräfte, die klug an den Triumph der Kirche und an das Wohl der Gesellschaft denken. Wir haben Vertrauen in eure Mitglieder, die alle Lebensalter und Schichten der katholischen Laien repräsentieren. Wir verstehen die Schwierigkeiten, Sorgen und die Unsicherheit mancher Mitglieder sowie die Ungeduld der Jugend." Sodann sprach der Papst anerkennend und zur Einheit ermahnend über die derzeitigen Bemühungen in Italien, zu einer Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Apostolatsverbänden und der zentralisierten Einheitsorganisation der Katholischen Aktion zu gelangen.

Aktion

Der zweite Teil der Ansprache beschäftigte sich mit den Merkmalen der Katholischen Aktion. Nach den Worten des Papstes bezeichnete es der heilige Pius X. als sein besonderes Anliegen, die Katholische Aktion klar von jeder anderen religiösen und vor allem weltlichen Vereinigung abzugrenzen. Das bedeutete für ihn: Die Katholische Aktion ist streng von der hierarchischen Kirche abhängig. „Ihre Aktion ist großzügig, aber nicht lärmend und unklug. Aktion ja, aber nicht zum Nachteil des inneren Wachstums der Mitglieder oder der religiösen und moralischen Anliegen der Gemeinschaft." Diese Prinzipien müßten bei aller Verschiedenheit der angewandten Methoden und der Ziele den Geist und die Tätigkeit ihrer Verbände erfüllen.

Merkmale

Noch prägnanter für unsere Zeit ist nach den Worten des Papstes die Lehre Pius' XI. und Pius' XII. Sich an ihrer Verkündigung inspirierend, erklärte der Heilige Vater als wesentlichste Merkmale der Katholischen Aktion, die für die Erfordernisse des heutigen Apostolats nötig sind, diejenigen, „die aus ihr eine Hilfe der kirchlichen Hierarchie machen, ein Beispiel disziplinierter Einheit, ein Banner für die Welt".

Der Heilige Vater führte aus, daß die Katholische Aktion die Mitarbeit der Laien am hierarchischen Apostolat sei. Momentane Begeisterung nütze nichts. Auch könne man sich nicht damit begnügen, alte und liebgewordene Traditionen zu bewahren. Als Hochziel müsse man zusammen mit den Priestern die Vaterunserbitte haben „Zu uns komme dein Reich" und den Willen, jede Seele zu retten.

Das setze gegenüber dem Bischof vollständige Unterordnung und Mitarbeit voraus sowie ein tiefes geistliches Leben, das von liturgischem Geist getragen werde.

Die Katholische Aktion müsse ein Beispiel disziplinierter Einheit und Eintracht abgeben; denn das allein sei Grundbedingung der Wirksamkeit im Apostolat.

Schließlich sei die Katholische Aktion ein Banner des Heils im Angesicht der Welt. Liebevoll denke der Papst „an alle Mitglieder der Katholischen Aktion, die in der ganzen Welt an der Verwirklichung dessen arbeiten, was ihnen so sehr am Herzen liegt . . . Unsere Anliegen als höchster Hirte der universalen Kirche sind auch die euren, d. h. die Suche nach den höchsten Gütern für die Seelen. Als Antwort auf Unsern Wunsch seid ihr in einer starken Verteidigungsfront gegen alle Feinde der christlichen Sozial-

ordnung verbunden, erstrebt ihr die Rettung des von Christus erlösten Menschen und die Verwirklichung dessen, was seine Würde, seine Freiheit und seine unveräußerlichen Rechte begründet . . .
Das ist das Zeichen im Angesicht der Völker, ein Unterscheidungsmerkmal, daß ihr für die Notwendigkeit und Erfordernisse der modernen Welt aufgeschlossen seid. Dieses Mal besteht nicht in komplizierten Dingen und sichtbarer Besonderheit, sondern in der Klarheit des Programms, der Güte der Methoden und der Einfachheit des Wortes. Diese Gaben ziehen die Mitmenschen an und halten sie fest. Sie führen rasch und sicher zum gesteckten Ziel . . ."

Koexistenz und Gewissen

Am 7. Januar 1960 hielt Kardinal Alfredo Ottaviani vor Ostflüchtlingen in Santa Maria Maggiore zu Rom eine Ansprache, die die Welt zum Aufhorchen brachte. Den genauen Wortlaut hat die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 20. Januar 1960 veröffentlicht. Anknüpfend an die Stimmung seiner Zuhörer und unter Bezugnahme auf die Weihnachtsansprache des Papstes behandelte Kardinal Ottaviani die Frage, inwieweit die Toleranz gegenüber dem Osten mit dem christlichen Gewissen vereinbar sei.

Die Rede des Kardinals

Er sagte, daß der gegenwärtige Zustand der Welt den Namen „Friede" nicht verdient. „Solange es Kain möglich ist, Abel zu erschlagen, ohne daß jemand dies empfindet, solange es möglich ist, ganze Nationen in Sklaverei zu halten, ohne daß jemand da ist, der die Verteidigung der Unterdrückten übernimmt, . . . kann man nicht von wahrem Frieden sprechen, sondern allein von fügsamer Koexistenz mit dem ungestört wirkenden Schlächter."
Er schilderte dann die Greuel und Perfidien unserer Zeit und fällte das folgende Urteil über die Reaktion auf diese Ereignisse: „Man empfindet nicht mehr den geringsten Abscheu, dem neuen Antichristen die Hand zu reichen. Im Gegenteil, man tritt zum Wettlauf an, um zuerst anzulangen und sie ihm zu drücken und mit ihm ein trautes Lächeln zu tauschen."
Als Hitler nach Rom kam, habe Papst Pius XI. die Stadt verlassen und damit das mindeste getan, was er, nicht nur als Papst, sondern als „Ehrenmann" tun konnte. Heute dagegen sei das menschliche Gefühl bei vielen abgestumpft. „Wann sind wir jemals bis zu dieser Schmach gelangt, Millionen und Abermillionen von Bürgern der Gewalt, der Tyrannei, der Grausamkeit Beifall spenden zu sehen?"
Auch die Christen sind abgestumpft und spüren nicht mehr die Wunden, die dem Christentum geschlagen werden. Doch „nimmt ein Christ, der nicht mehr spürt, was das Antichristentum ist, nicht mehr am Leben des mystischen Leibes teil". Angesichts der großen Zahl von Gläubigen, die mit ihren Hirten um des Glaubens willen verfolgt werden, sollte man meinen, „daß man einem Protest, stark wie das Brausen des Meeres, beiwohnte, einem Aufstand der ganzen Menschheit, einem Schrei des Abscheus gleich einem unbezähmbaren Weinen. — Nichts von alledem."
Dann apostrophierte der Kardinal die Staatsmänner des Westens. „Politiker und Männer in verantwortlicher Stellung wissen, daß es in halb Europa keine Freiheit der geringsten Art gibt . . . Sie wissen es, aber sie erdulden die Initiative der anderen, sind uneins untereinander. Sie erdulden sie, wie verdummt durch den Terror, wenn sie nicht gar, wie gewisse Intellektuelle, in den Dienst der Verfolger treten, in der Hoffnung, im kritischen Augenblick davonzukommen."
„Erwägungen höherer Art werden daraufhin von ihnen, auch wenn sie sich als Christen bekennen, nicht mehr angestellt. Man kann der Mann sein, der auf der höchsten gesellschaftlichen Stufe steht, und doch tot sein . . . Wenn man morsch und faul ist, reagiert man nicht mehr."
„Darf darum ein Christ einem Schlächter von Christen . . . zulächeln und ihm schmeicheln? Darf ein Christ sich für ein Bündnis mit den Hilfstruppen, den Bundesgenossen jener entscheiden, die das Heraufkommen eines solchen antichristlichen Regimes des Schreckens in den noch freien Ländern verfechten und vorbereiten? Kann man sich mit irgendeiner Entspannung abfinden, wenn es zuallererst keine Entspannung in der Menschlichkeit gibt, in dem elementarsten Sinn der Achtung vor dem Gewissen und in unserm Fall vor dem Glauben, vor dem Antlitz Christi — noch einmal angespien, mit Dornen gekrönt und mit Fäusten geschlagen? Und darf man die Hand dem entgegenstrecken, der so etwas tut? ‚Wäre ich mit meinen Franken dagewesen', sagte Chlodwig, als er von der Passion Christi erzählen hörte. Aber die Passion Christi geht weiter. Ein anderer Franzose hat gesagt, auf einem unsterblichen Blatt: ‚Jesus liegt im Todeskampf, und du paktierst mit seinen Kreuzigern.'"
Der Kardinal beschloß seine Ansprache mit der Bitte an die Gottesmutter, sie möge die Herzen der Mächtigen rühren. „Wenn deine Hilfe sich verspätete, o Maria, wäre es nicht der Friede, sondern die Katastrophe."

Reaktionen

Da diese Rede gerade an dem Tage gehalten wurde, als der italienische Präsident Gronchi nach Moskau zu reisen beabsichtigte, und außerdem an demselben Tag im „Osservatore Romano" ein Aufsatz veröffentlicht wurde, der jede Zusammenarbeit mit dem Sozialismus aller Richtungen als unvereinbar mit dem katholischen Gewissen verwirft, ist es nicht verwunderlich, daß ein Teil der Presse, allen voran die italienische Linkspresse, der Ansprache eine politische Deutung gab. Da gegenwärtig auf dem linken Flügel der Democrazia Cristiana die Möglichkeit einer Koalition mit den Sozialisten Nennis erwogen wird, habe die Kirche von höchster Stelle aus die Offensive ergriffen.
Diese Deutung stellte Kardinal Ottaviani selbst in einem Interview mit einem Vertreter der Zeitung „Avvenire d'Italia" richtig. Der Schlüssel zum richtigen Verständnis seiner Worte liege in der theologischen Konzeption, die er entwickelt habe. Die Glaubenswahrheit vom Corpus Christi mysticum beinhalte eine „Gemeinschaft des Schmerzes mit den verfolgten Brüdern", der er Ausdruck verliehen habe. Der Kardinal verwies auf ein Interview, das er während seiner letztjährigen Reise durch Amerika kurz vor dem Besuch Chruschtschews in Washington der katholischen Zeitung „The Time Review" gegeben hatte. Er hatte es darin als opportun bezeichnet, daß der Westen den Kommunisten Gelegenheit gebe, sich von dem Vorurteil gegenüber dem „angriffslüsternen Kapitalismus" zu befreien. Doch müsse er zugleich mit größerem Nachdruck das Gewissen und die Freiheit verteidigen. Auch der „Osservatore Romano" ergänzte am 16. Januar unter der

Überschrift „Conferme" seine Ausführungen über die Zusammenarbeit mit dem Sozialismus in einem Sinne, der die Deutung zuläßt, daß es dem vatikanischen Blatt vor allem darum zu tun war, vor einer Nachgiebigkeit in prinzipiellen und religiösen Anliegen zu warnen, so daß nicht jede Form politischer Zusammenarbeit abgelehnt wird. Kein Geringerer als der verstorbene Papst hat ja immer wieder zu einer Zusammenarbeit aller Menschen guten Willens im Dienste des Gemeinwohls der Menschheit aufgerufen, und solche Menschen sind sicherlich im Kreise der demokratischen sozialistischen Parteien ebenso zu finden wie anderswo. Übrigens zeigt ja das Beispiel Polens, daß eine Zusammenarbeit auch mit Kommunisten notwendig sein kann, wenn es um die Erhaltung des Vaterlandes geht.

Wer sich daran erinnert, wie Kardinal Ottaviani in seinen „Institutiones iuris publici Ecclesiastici" über den modernen Krieg urteilt — „Praktisch ist es niemals erlaubt, den Krieg zu erklären" (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., S. 122) —, der kann seine Worte nicht als Protest gegen die Politik der Entspannung auslegen, die zur Zeit die einzig realistische Alternative zum Krieg zu sein scheint. Und diese Politik bringt nun einmal auch Begegnungen mit sowjetischen Staatsmännern mit sich, die sich mit Gesten protokollarischer Freundlichkeit abspielen. Der Kardinal hat denn auch in seinem Interview versichert, daß er nicht Staatspräsident Gronchi gemeint habe und ebensowenig gewiß Adenauer, Raab, de Gaulle oder andere integre Politiker, die mit den Führern der Sowjetunion im Interesse des Friedens zusammengetroffen sind oder zusammentreffen werden, sondern daß er „allgemein gesprochen" und das christliche Gewissen aller Katholiken angesprochen habe.

Sehr verständnisvoll schreibt dazu die französische Zeitung „Le Monde": „Ein Katholik kann unter keinen Umständen die Bande zerreißen, die ihn mit den Brüdern verbinden, die um des Glaubens willen verfolgt werden. Da geht es um die Gewissensfreiheit. Da geht es um die Kirche selbst und ihre sichtbare Existenz . . . Der Atheismus ist massiv. Er entleiht bei den Religionen die schlimmsten Exzesse des Kreuzzugsgeistes . . . Diese wichtige Sache scheint die Völker, die Chruschtschew Beifall spenden, nicht zu berühren. Der Kardinal tadelt sie wegen ihrer Leichtfertigkeit. Aber die Völker werden nicht begreifen, daß man sie tadelt. Denn sie haben Furcht. Und niemand wird sie hindern, sich zu freuen, wenn der Griff der Furcht sich lockert."

Von dieser Furcht, den erworbenen Wohlstand wieder zu verlieren und dem Grauen eines Atomkrieges ausgeliefert zu werden, geht die Versuchung aus, gute Miene zu dem bösen Spiel zu machen, das die Sowjetunion in ihrem Herrschaftsbereich treibt, und um des lieben Friedens willen sich in eine Koexistenz zu fügen, die die christlichen Brüder im Osten ihrem Schicksal überläßt. Diese Haltung veranlaßte den Kardinal zu seinen scharfen Worten. Sie sollten diejenigen wachrufen, die um des „materiellen" Friedens willen bereit sind, auf die ideellen Werte zu verzichten.

Aber die Presse hat Kardinal Ottaviani auch die Frage gestellt, wie man denn aus dem Dilemma zwischen „fügsamer Koexistenz" oder offenem Krieg einen Ausweg finden könne. „Man sieht nicht", so schreibt die Turiner „Stampa" (9. 1. 60), „was für ein konkreter Nutzen aus einer Rückkehr in die reine Abwehrposition herausspringen könnte." „Das Verdammungsurteil allein genügt nicht." Auf die Betroffenen macht es keinen Eindruck, an den Tatsachen ändert es nichts, und die Zuhörer wiegt es in eine falsche Sicherheit, als wären sie und wir, der Westen, das christliche Lager, das nur noch die Hilfe der Mutter Gottes erbitten muß, um dann die Kommunisten zum Teufel zu schicken. „Bisogna star attenti, che il ricorso alla preghiera non si trasmuti in egoismo camuffato."

Ähnliche Gedanken äußert „Le Monde". Es ist bedenkenswert, daß zwei Weltzeitungen, unabhängig voneinander, am Schluß ihres Kommentars zu der großartigen Urteilsrede des Leiters des Heiligen Offiziums der katholischen Kirche über das Verhalten gegenüber dem Kommunismus die Kurie auffordern: „Il doit donner aux autres le goût de la liberté spirituelle. Rude tâche."

Aus Süd- und Westeuropa

Der Bischof von Porto als Exempel

Der Fall des Bischofs von Porto (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 347 f., und ds. Jhg., S. 114) ist weder faktisch noch hinsichtlich der Diskussion in Portugal und Spanien, vor allem in kirchlichen Kreisen, als gelöst oder auch nur abgeschlossen zu betrachten. Auf Grund neuer authentischer Informationen ist es möglich, die jüngsten Vorgänge eingehender darzustellen.

Dr. António *Ferreira Gomes,* seit 1952 Oberhirte der nordportugiesischen Handelsmetropole, hat von Beginn seines Episkopats an soziale Initiativen entwickelt und mehrmals scharfe Kritik an der Politik Salazars geübt. In einem 24seitigen Brief vom 13. Juli 1958 beschuldigte er den portugiesischen Regierungschef einer „despotischen Wirtschaftspolitik", der ungerechten Verteilung des Volkseinkommens und der Beraubung der „natürlichen Rechte" seiner Staatsbürger. Salazar antwortete zunächst mit einer Propagandakampagne gegen den Bischof und dann mit einer öffentlichen Ansprache, in der er für die Kirche ernste Konsequenzen androhte, falls sie gegen die Übertretung der Schranken zwischen Kirche und Staat nichts unternehme. Diese Aufforderung wurde vom Episkopat und von Kardinalprimas Cerejeira ignoriert bzw. durch eine Reihe grundsätzlicher und kritischer Klarstellungen beantwortet.

Bischof Gomes war nun durch mehrere westeuropäische soziale und caritative Institutionen zu einer Besichtigung und zum Erfahrungsaustausch eingeladen worden. Eine entsprechende Reise war schon länger vorgesehen (und Bischof Gomes war auch vorher schon auf Auslandsreisen gewesen), so daß die Abreise im Juli 1959 nur fälschlich als Rückzug oder gar als Rücktritt gedeutet werden konnte. Als derartige Gerüchte auftauchten, wurden sie vom Ordinariat in einer öffentlichen Erklärung zurückgewiesen. — Soweit der Hergang, wie wir ihn a. a. O. bereits ausführlich berichtet haben.

Spanische Geheimpolizei

Bischof Gomes besuchte im Sommer vergangenen Jahres Sozialinstitute und caritative Organisationen in Frankreich, den Niederlanden, in Irland und der Bundesrepublik Deutschland. Wegen der politischen Vorgeschichte in Portugal vermied er dabei den Kontakt mit der Öffentlichkeit, und die Reise verlief ohne jeden Zwischenfall.

Anfang Oktober wollte der Bischof programmgemäß in

sein Land zurückkehren. Schon am spanisch-französischen Grenzbahnhof Irún fiel ihm auf, daß ihm die spanische Polizei ihre besondere Aufmerksamkeit zuwandte. Im Hotel „Nacional" in Madrid war er mit seinem Sekretär verabredet, der ihn im Auto nach Porto zurückbringen sollte. Beim Eintreten ins Gebäude erkannte er, daß er von spanischen Geheimpolizisten bewacht wurde. Er ging daraufhin sofort zur Madrider Nuntiatur, um seine Beobachtungen zu schildern. Es war dort nichts von irgendeiner gegen den Bischof gerichteten Aktion bekannt, doch wurde ihm geraten, vorläufig nicht nach Porto zu fahren. Er begab sich in das „Sozialinstitut Leo XIII." in La Granja bei Madrid, wo er bei Spaziergängen erneut die Beschattung durch Staatspolizisten feststellen mußte.

„An der Ausübung seiner Funktionen verhindert"

Wenige Tage später unterrichtete ihn der Apostolische Nuntius in Spanien, Erzbischof Ildebrando Antoniutti (von 1934 bis 1936 Auditor in Portugal), über die mittlerweile stattgefundenen diplomatischen Verhandlungen zwischen Lissabon und dem Heiligen Stuhl. Die Regierung Salazar hatte den Heiligen Stuhl davon in Kenntnis gesetzt, daß Bischof Ferreira Gomes nicht mehr nach Portugal einreisen dürfe; als Grund wurde angegeben, daß durch die bischöfliche Kritik an der staatlichen Sozialpolitik der religiöse Friede in der Diözese Porto ernstlich gefährdet worden sei. Vom Vatikan wurde umgehend geantwortet, daß gegen den Bischof nichts vorliege; sollte die portugiesische Regierung die Einreise dennoch verhindern, so werde der Heilige Stuhl einen Apostolischen Administrator ernennen und damit aller Welt kundtun, daß der Bischof von Porto an der Ausübung seiner Funktionen verhindert werde. Salazar beharrte auf seinem Standpunkt und war nicht zum Einlenken bereit. Daraufhin ernannte der Heilige Vater am 8. Oktober den Weihbischof von Porto, Florentino de Andrade e Silva, zum Apostolischen Administrator; es handelt sich um einen Schüler und engen Vertrauten von Bischof Gomes, der die Diözese ganz in dessen Sinn weiter verwalten wird. Die portugiesische Staatszensur verbot dem Kirchenblatt von Porto (der von uns schon mehrmals zitierten „Voz do Pastor"), den Namen Ferreira Gomes in Zukunft auch nur zu erwähnen.

Die Grenzpolizei verweigert die Einreise

Im Einvernehmen mit Nuntius Antoniutti entschloß sich der Bischof zu einem äußersten Schritt, um klare Tatsachen zu schaffen und die Verantwortlichkeit eindeutig festzulegen. Mit seinem Geheimsekretär als Zeugen reiste er am Sonntag, dem 18. Oktober 1959, bei Túy im äußersten Norden an die portugiesische Grenze, um die Einreise zu erzwingen.

In der portugiesischen Grenzstation verkündete der Polizeichef der PIDE (der gefürchteten Staatspolizei „Policia Internacional e de Defesa do Estado"), ein ehemaliger Priesterseminarist aus Bragança, dem Portuenser Oberhirten mit dem größten Bedauern, er habe strenge Order, seine, des Bischofs Gomes, Einreise in das Land zu verhindern. Bischof Gomes begnügte sich mit diesem Bescheid nicht und verlangte die Angabe von Gründen. Auch nach längerem Telephongespräch mit Lissabon erklärte sich der Polizeichef außerstande, nähere Auskünfte über das Einreiseverbot zu erteilen. Exzellenz Gomes protestierte daraufhin als portugiesischer Staatsbürger und als residierender Bischof der Diözese Porto gegen diese Maßnahme, die der Rechtsordnung Portugals widerspreche und damit illegal sei.

Der Fall zieht auch in Spanien Kreise

Bischof Ferreira Gomes hatte im Oktober beim Erzbischof von Santiago de Compostela, Fernando Kardinal *Quiroga y Palacios,* eine betont herzliche Aufnahme gefunden. Als sich in der Beschattung durch spanische Geheimpolizisten nichts änderte, zitierte der Kardinal den örtlichen Polizeikommandanten zu sich und teilte ihm mit, er werde die ganze Angelegenheit auf der Kanzel öffentlich anprangern, wenn die Überwachungsmaßnahmen nicht augenblicklich aufhörten. Seitdem ist die Überwachung eingestellt worden oder aber wird so geschickt durchgeführt, daß sie nicht mehr auffällt.

Wegen des für ihn unzuträglichen Klimas mußte der Bischof im November Santiago verlassen. Auf Einladung des Erzbischofs von Valencia, Marcelino *Olaechea Loizaga* SDB, siedelte er in die drittgrößte spanische Stadt und Diözese am Mittelmeer über (auch dort handelt es sich um einen den Lesern der Herder-Korrespondenz bekannten „Sozialbischof"; vgl. zuletzt 12. Jhg., S. 165).

In kirchlichen Kreisen Spaniens haben die Maßnahmen gegen den Bischof von Porto helle Empörung ausgelöst. Wie verlautet, beabsichtigt der spanische Episkopat zusammen mit dem Heiligen Stuhl, ihm eine Seelsorgsaufgabe mit bischöflichen Funktionen in der Erzdiözese Valencia zu übertragen. Anderseits wird es durchaus für denkbar gehalten, daß das Franco-Regime dem Bischof die Aufenthaltsgenehmigung entzieht, um die engen spanisch-portugiesischen Beziehungen zu demonstrieren.

Aus dem Bistum Porto sind schon ganze Gruppen von Priestern und Laien nach Valencia gepilgert, um ihrem ins Exil gezwungenen Oberhirten ihre Anhänglichkeit zu bezeugen. Unmittelbar nach der Ernennung des Weihbischofs zum Apostolischen Administrator hat der Klerus von Porto eine Denkschrift an Kardinalstaatssekretär Tardini gerichtet; darin erklärten sich sämtliche Geistlichen der Diözese mit ihrem Bischof und mit dessen Haltung im kirchenpolitischen Konflikt solidarisch. Ausgenommen waren nur vier Geistliche, die vom portugiesischen Staat Pensionen erhalten.

Technischer Fortschritt und soziale Frage in Frankreich

Die Drohung der Massenentlassung von Arbeitern im Zuge der Rationalisierung lastet weiter auf dem nordfranzösischen Industrierevier. Die zuständigen Bischöfe haben, als es während des letzten Jahres in dieser Frage zu einer aktuellen sozialen Krise kam, mit Hirtenbriefen eingegriffen (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 355). Die dort angeführten Gedanken wurden vom Regionalseelsorger der französischen Katholischen Aktion der Arbeiter für dieses Gebiet, J. M. Leuwers, systematisch aufgearbeitet und als „Eléments de Doctrine Sociale" veröffentlicht („La Croix", 20. 1. 60). Wir geben dieses Dokument, das die derzeit in Frankreich anders als im deutschen Sprachraum gelagerten Sozialspannungen und das soziale Engagement der Katholiken widerspiegelt, in zusammenfassender Übersetzung wieder. Von vier Phänomenen der modernen industriellen Arbeitswelt aus werden die Bezüge zur Menschenwürde und zur christlichen Bestimmung des Menschen hergestellt.

Entlassung

Die Entlassung auf Grund von Rationalisierungsmaßnahmen wirft das Problem des persönlichen Verflochtenseins des Arbeiters mit dem Leben des Betriebes auf. Bei einer nach rein betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgten Entlassung wird eine ganz bestimmte falsche Konzeption der Arbeit und des Betriebes vertreten. Denn der Arbeiter ist keine Maschine, die man hin und her schiebt oder wirft „wie einen Spielball" (Pius XII.). Er ist vielmehr ein menschliches Wesen, das durch seine Arbeit seine ganze Persönlichkeit in den Betrieb sowie seine Qualitäten als freies und selbstverantwortliches Wesen hineingibt, das dazu bestimmt ist, seine irdische und überirdische Erfüllung zu finden, und das schließlich zu der übernatürlichen Bestimmung, am Ende seiner Existenz Gott zu schauen, berufen ist. Wenn dieser Maßstab der menschlichen Person allgemein gilt, muß er auch für die Einstellung und Entlassung des Arbeiters sowie für das Verhalten ihm gegenüber berücksichtigt werden.

Gewerkschaft und Betriebsrat

Nach Ansicht der Kirche darf der Mensch nie isoliert gesehen werden. Dort, wo er in einem Industriebetrieb steht, ist es offensichtlich, daß er auf natürliche Weise in den organisierten Gruppen steht oder zu stehen hat, die das Leben der industriellen Gesellschaft heute ausmachen. Zur Zeit, im Rahmen des modernen Kapitalismus, ist die Gewerkschaft eine dieser organisierten Gruppen und der Betriebsrat — nach der französischen Gesetzgebung — ein anderes legales Mittel, die beide es dem Arbeiter erlauben, sich auf normale Weise zur Geltung zu bringen. Um diese oft polemisch angegriffenen Institutionen gerecht zu beurteilen, muß man sich die Worte Pius' XII. ins Gedächtnis zurückrufen: „Die Gewerkschaften entstanden als spontane und notwendige Folge des zum wirtschaftlichen System erhobenen Kapitalismus ... In der Gewerkschaft seht ihr eine feste Stütze der Wirtschaftsgesellschaft der heutigen Zeit, die mehr als einmal von der Soziallehre der Kirche anerkannt wurde." Als Ideal der Gewerkschaft nannte Pius XII. sogar die Verwirklichung der engen berufsständischen Verbundenheit der Arbeiterschaft (promotion ouvrière): „Bevor die Arbeiter auf die Hilfe der anderen Gruppen zählen können, müssen sie sich auf ihr eigenes Bemühen, ihre eigenen Verteidigungsanstrengungen und ihre gegenseitige Hilfe verlassen. Der wesentliche Punkt bei der Ausübung dieser letzteren ist das Gefühl engster Solidarität zwischen denen, die geben, und denen, die nehmen" (Ansprache an die christlichen Gewerkschaften Italiens v. 28. 6. 1948).
Betriebsräte und Tarifverträge gehören zu den Instrumenten, die die Kirche allgemein mit dem Namen Berufsorganisation bezeichnet, besonders Pius XII. in einer Ansprache vom 21. 1. 46 an die Arbeitnehmer und Arbeitgeber der italienischen Elektroindustrie. Diese Instrumente erlauben es den Arbeitern, ihre Isoliertheit, Zersplitterung und Ohnmacht zu überwinden. Dadurch können sie ihre Rechte geltend machen und sie mit den Arbeitgebern auf der Stufe der Gleichberechtigung aushandeln.

Modernisierung und Mobilität der Arbeiter

Großangelegte Modernisierungen in Betrieben, die zu umfangreichen Personaleinsparungen und Strukturveränderungen der Beschäftigungsverhältnisse ganzer Wirtschaftsregionen führen, werfen zwei Problemkreise auf: die technischen Fragen der Betriebsumgestaltung selbst und die Umorientierung der Arbeitskräfte.
Kein Denker unserer Zeit hat stärker als Pius XII. vor den Gefahren gewarnt, die ein übertriebener technischer Fortschritt erzeugen kann. Als eine der schwerwiegendsten Folgen zeigte er die Entpersönlichung des Menschen auf. Sie stellt sich nur zu oft ein, wenn neue Produktionstechniken eingeführt werden, ohne daß überhaupt an den Menschen gedacht wird, der Herr bleiben muß und nicht Sklave der Maschinenwelt werden darf.
Diese Feststellungen und Überlegungen führten jedoch bei Pius XII. nicht zu einem notwendigerweise negativen Urteil über den technischen Fortschritt. Er fordert nur, daß dieser technische Fortschritt, der vom Schöpfer gewollt ist, als zweitrangig in der Wertordnung steht. Die Arbeiter selbst anerkennen ja auch, daß nur mit Hilfe der Rationalisierung die Betriebe verbessert werden können und daß die Rationalisierung — sorgfältig gehandhabt und kontrolliert — ein Mittel des sozialen Fortschritts sein kann.
Was die industrielle Umgestaltung regionaler Wirtschaftsbezirke betrifft, zeigte der Bischof von Tournai, Charles Marie Himmer, in dessen Diözese das erschöpfte belgische Kohlengebiet der Borinage liegt (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 355), folgende Richtlinie auf: Die noch einigermaßen rentablen Zechen müssen finanziell gestützt werden. Nur wenn es keine andere Lösung mehr gibt, sind unrentable Industriezweige durch andere zu ersetzen. Für eine solche Reorganisation stellte er drei moralische Bedingungen:
a) Der Reformplan darf nur dann die Schließung alter Betriebe vorsehen, wenn dies unumgänglich notwendig ist.
b) Die für die Wirtschaftsorganisation einer Gegend Verantwortlichen, die Betriebsstillegungen beschließen, müssen größte Sorge dafür tragen, daß die entlassenen Arbeiter die Sicherheit haben, einen anderen Arbeitsplatz zu erhalten. Das erfordert die soziale Gerechtigkeit.
c) Wer ein solches Werk beginnt, sollte jedoch die Grenzen der reinen Gerechtigkeitsforderungen sprengen. Eine großartige Gelegenheit ist ihm dazu gegeben, indem er die industrielle Neugestaltung und den Wohnungsneubau im Sinne einer sozialen und menschlichen Besserstellung gestaltet.

Klassenkampf

Dadurch, daß die Grundgegebenheiten der christlichen Soziallehre und des Naturrechts nicht beachtet werden, entsteht auch heute in der modernen Wirtschaftsgesellschaft, die durch den Liberalismus inspiriert ist, der Klassenkampf. Die Kirche hat ihrerseits oft den Klassenkampf als Tatsache anerkannt, als eine beklagenswerte Tatsache, die der Nichtbeachtung der natürlichen Gesetze des sozialen Lebens entspringt. Diese Tatsache belastet die Arbeiterklasse und gefährdet aufs schwerste ihr Heil. Deshalb besteht die Pflicht, mit allen Kräften und im Geiste Christi sowohl die Ungerechtigkeiten, die Ursachen des Klassenkampfes sind, als auch die Sünden, die seine Begleiterscheinungen sind, zu bekämpfen (der Verfasser verweist hier auf die Broschüre „La lutte des classes", herausgegeben von der Bischöflichen Kommission für die Katholische Aktion der Arbeiter). Dadurch erfolgt eine christliche Reinigung des marxistischen Prinzips des Klassenkampfes,

auf die schon Pius XI. in *Quadragesimo Anno* hinzielte: „Werden die Feindseligkeiten und der Haß gegenüber der anderen Klasse aufgegeben, so kann der verwerfliche Klassenkampf entgiftet werden und sich wandeln in ehrliche, vom Gerechtigkeitssinn getragene Auseinandersetzung zwischen den Klassen . . ., die als Ausgangspunkt dienen kann und soll, von dem aus man sich zur einträchtigen Zusammenarbeit der Stände emporarbeitet."

Die katholische Schule und Presse in Dänemark

Wie wir schon öfter darauf hingewiesen haben (zuletzt 11. Jhg., S. 363), verfügt die Kirche in Dänemark — im Gegensatz zu den anderen Diözesen in den skandinavischen Ländern — über ein wohlausgebautes Schulsystem. Nach dem neuesten Stand (vgl. NCWC News Service, 18. 1. 60) beträgt die Zahl der katholischen Schulen in Dänemark 42 (1956: 26), davon befinden sich 9 in der Hauptstadt Kopenhagen. Das ist sehr viel, wenn man bedenkt, daß die 27 000 Katholiken unter den rund 4,45 Millionen Landesbewohnern nur eine verschwindende Minderheit bilden. (Die ganze Diözese Kopenhagen, die sich mit den Landesgrenzen Dänemarks deckt, zählt nur 39 Pfarreien.) Der intensive Ausbau des Schulwesens während der letzten Jahre war den Katholiken nur deshalb möglich, weil der Staat zu 80 Prozent die Privatschulen unterhält und Schulneubauten bis zu 90 Prozent durch zinslose Darlehen subventioniert. (Die Kirche hingegen erhält — wie übrigens in ganz Skandinavien — vom Staat keine Zuschüsse.) Zu den Schulen kommen weiter 12 Kinderheime bzw. Kindergärten, drei Haushaltungsschulen, ein Schulungszentrum für Krankenschwestern (ferner 16 Krankenhäuser und 11 Erholungs- und Altersheime). Auch wenn sich alle diese Einrichtungen einer wohlwollenden Unterstützung durch den Staat und die Kommunen erfreuen — Dänemark kennt z. B. keinen Schulkampf —, so lassen diese Zahlen doch erkennen, welche außerordentlichen Aufgaben mit dem Unterhalt dieser Einrichtungen für die Handvoll dänischer Katholiken verbunden sind.

Von den 42 katholischen Schulen sind 36 Volksschulen und 6 Mittel- bzw. Höhere Schulen. Von den fünf Mittelschulen — es handelt sich bei ihnen um die ein Jahr dauernde Mellemskole und die sich daran für ein weiteres Jahr anschließende „Realklasse" — haben vier staatlich anerkannte Abschlußzeugnisse. Ebenfalls staatlich anerkannt ist das einzige katholische Gymnasium des Landes, das von Jesuiten geleitete Niels-Stensen-Gymnasium, das mit dem Maturat, also dem Nachweis für Hochschulreife, abschließt. Wie der Bischof von Kopenhagen, Johannes Theodor Suhr OSB, vor kurzem erklärte, sind alle katholischen Schulen voll ausgelastet, und „nichtkatholische Eltern sind sehr darauf bedacht, ihre Kinder in katholische Schulen zu schicken".

Eine katholische Heimschule

Dagegen verfügte die Diözese bis jetzt über keine eigene Jugend-Heimschule. Diese Lücke soll jetzt geschlossen werden. Die Jugend-Heimschule, ein bei uns weitgehend unbekannter Schultyp, ist in Dänemark weitverbreitet. Sie hat sich aus der Volkshochschulbewegung, deren Bedeutung für die Erwachsenenbildung bekanntlich in den skandinavischen Ländern überaus groß ist, entwickelt. Die Jugend-Heimschule (also eine Schule auf Internatsbasis) ist ein besonderer Typ von Fortbildungsschule für Jugendliche über 14 Jahre. Sie wird wohl vom Staat gefördert, jedoch — wie auch die Volkshochschulen — von privaten, d. h. gesellschaftlichen Gruppen (Gewerkschaften, politischen Parteien, religiösen Gemeinschaften) unterhalten. Vor allem werden die Bildungsinhalte und -ziele von diesen Trägergruppen bestimmt. Die Jugendlichen, die in Dänemark nicht zum Besuch einer Berufsschule durch das Gesetz verpflichtet sind, erhalten in diesen Anstalten für eine gewisse Zeit einen theoretischen wie praktischen Unterricht, der auf den Kenntnissen der Elementarschule aufbaut, darüber hinaus die Jugendlichen aber befähigen soll, mit den besonderen Problemen unserer Zeit fertig zu werden; es sind also Schulen, die sich vor allem mit dem „savoir vivre" befassen.

Anfang dieses Jahres hat nun der ehemalige Staatsminister Siegfried M. Riishoejgaard — er konvertierte vor zwei Jahren mit seiner Frau und schied damit als Kirchenminister aus der Regierung aus — den Grundstein für die erste katholische Jugend-Heimschule Dänemarks gelegt. Die Schule wird erbaut in der Nähe von Gravenshoved und soll im September dieses Jahres bezugsfertig sein. Als ihr erster Direktor ist S. M. Riishoejgaard vorgesehen, der zur Zeit als Lehrer an der Pfarrschule in Kolding unterrichtet. Riishoejgaard wird den ersten Kursus, der über vier oder fünf Monate laufen wird, mit 40 Jungen und Mädchen im Herbst beginnen. Die Schul- und Unterhaltskosten werden pro Teilnehmer monatlich ca. 200 DM betragen, doch hofft Riishoejgaard, diesen Satz durch staatliche und kommunale Beihilfen wesentlich senken zu können. Die katholische Jugend-Heimschule wird auch von Jugendlichen aus Norwegen, Schweden und Finnland besucht werden können.

Presse und Schrifttumsapostolat der dänischen Katholiken

Verglichen mit dem Schulwerk der dänischen Katholiken, ist die Bedeutung ihres Presse- und Schrifttumsapostolates für das Land gering. Eine katholische Tagespresse existiert verständlicherweise in Dänemark nicht. Hingegen verfügen die Katholiken über eine Wochenzeitung, die seit 1849, dem Jahr der Glaubensfreiheit für die dänischen Katholiken, bis heute ununterbrochen erscheinen konnte. „Katolsk Ugeblad", mit 16 Seiten in Quartformat, hat heute 2500 Bezieher. Wie alle skandinavischen Kirchenblätter verzichtet das Blatt auf eine Unterhaltungsbeilage und behandelt fast ausschließlich Fragen des Glaubens und des kirchlichen Lebens. Auch über die Ereignisse in der Weltkirche wird regelmäßig berichtet. Die Vierteljahreszeitschrift „Catholica" wendet sich vor allem an gebildete Kreise. Sie genießt auch unter Nichtkatholiken Ansehen. Neben der „Catholica" besteht noch eine Zeitschrift für Theologie und Philosophie (für sämtliche skandinavischen Länder), „Lumen". Sie wird von den in Skandinavien stationierten französischen Dominikanern herausgegeben, die in den Schriftleitungen sämtlicher skandinavischer katholischer Publikationen vertreten sind.

Außer den Pfarrblättern und vervielfältigten Schriften erscheint noch seit 1916 der von den Jesuiten herausgegebene „Sendbote des Göttlichen Herzens", der sich großer Beliebtheit erfreut. Eine eigene Jugendzeitschrift gibt es nicht, doch hat die katholische Aktion „für das gute Jugendbuch" beträchtlichen Erfolg gehabt. Von privater katholischer Seite wurde eine Jugendschriftenreihe auf Subskriptionsbasis — die „Don-Bosco-Bücher" — gegrün-

det, die 1959 über den katholischen Leserkreis hinaus großes Interesse in der dänischen Öffentlichkeit gefunden hat. Eine kleine katholische Verlagsanstalt mit Buchhandel bemüht sich um die Verbreitung spezifisch katholischer Broschüren und Verlagswerke. Wie bereits berichtet (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 578), brachte dieser Verlag kurz vor Weihnachten 1958 eine dänische Übersetzung des neuen deutschen „Katholischen Katechismus" heraus, der auch unter den Lutheranern eine sehr gute Aufnahme gefunden hat. Die Auflagen katholischer Werke sind meistens bescheiden, und das dafür investierte Kapital bleibt oft für lange Jahre gebunden. Wie KIPA (26. 1. 60) vermutet, ist das mit ein Grund, weshalb sowohl katholische Schulen wie Pivatpersonen in Dänemark auf offizielle protestantische Übersetzungen des Alten und Neuen Testamentes zurückgreifen müssen: die katholischen Übersetzungen sind seit Jahren vergriffen. Die vor kurzem erschienene Übersetzung von Maria Fargues „Histoire Sainte d'après les textes bibliques" sucht diesem Mangel in etwa abzuhelfen.
Bei ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit können die Katholiken in diesem Lande einen direkten Einfluß auf Film, Funk und Fernsehen nicht ausüben. Doch ist seit Jahren ein Verband katholischer Rundfunkhörer und Fernseher bemüht, bei der jährlichen Abstimmung der Programme durch den Aufsichtsrat seine Stimme geltend zu machen, was durchaus mit Erfolg geschieht. Viermal jährlich findet die Ausstrahlung eines einstündigen katholischen Gottesdienstes statt, und der dänische Staatsrundfunk, der Rundfunk wie Fernsehen umfaßt, läßt einen katholischen Sprecher regelmäßig im Zeitfunk aktuelle katholische Ereignisse berichten und kommentieren.

Aus Lateinamerika und den Philippinen

Verlängerte Ausnahmeregelungen für Lateinamerika und Philippinen

Durch ein kürzlich veröffentlichtes Dekret der Konsistorialkongregation vom 8. August 1959 (unterzeichnet von Marcello Kardinal Mimmi und Erzbischof Giuseppe Ferretto) wurden die liturgischen Privilegien, die Papst Leo XIII. für Lateinamerika und später auch für die Philippinen gewährt hatte, für weitere zehn Jahre verlängert. Diese Regelung trägt den außerordentlichen Seelsorgssituationen in diesen Ländern Rechnung und gibt folgende Ausnahmebefugnisse:
1. Die Bischöfe können Pfarrern und Missionaren die Erlaubnis erteilen, Taufwasser nach der kurzen Formel Papst Pauls III. zu weihen, falls es schwierig ist, Weihwasser an den Ort der Taufe zu bringen.
2. Pfarrer oder Missionare, die „aus Zeitmangel oder Übermüdung" nicht die vollständigen Zeremonien für die Erwachsenentaufe befolgen können, dürfen mit Erlaubnis ihrer Ordinarien den verkürzten Ritus Papst Pauls III. verwenden.
3. Die Ordinarien dürfen bestimmten Priestern die Befugnis zur Firmung erteilen, aber „niemals einfachen Priestern, die am Ort der Sakramentenspendung leben". Die Vorschriften der Sakramentenkongregation müssen eingehalten werden.
4. Die Ordinarien können Priester delegieren, außerhalb ihres Pfarrsitzes Trauungen vorzunehmen; die Rechte des Pfarrers müssen jedoch respektiert und die Eheschließungen im Pfarregister eingetragen werden.
5. Die Ordinarien dürfen von Ehehindernissen dispensieren, die normalerweise dem Heiligen Stuhl vorbehalten sind; ausgenommen sind aber Hindernisse wegen heiliger Weihen, direkter Abstammung oder Verbrechen (can. 1075).
6. Die Gläubigen dürfen während des ganzen Jahres eine Ehe schließen, in der stillen Zeit allerdings ohne Formalitäten.
7. Im Bedarfsfall dürfen heilige Öle auch älteren Datums verwendet werden, vorausgesetzt, daß sie nicht älter als zwei Jahre und nicht zersetzt sind.
8. In Orten ohne Kirche oder bei großer Entfernung von der nächsten Kirche dürfen tragbare Altäre verwendet werden.
9. Die Ordinarien können die Erlaubnis zur Zelebration auf Schiffsreisen unter der Bedingung erteilen, daß durch einen ruhigen Seegang ein Verschütten der heiligen Gestalten ausgeschlossen ist.
10. Mit Genehmigung ihrer Ordinarien dürfen Priester bei schwierigen Transportverhältnissen anstelle des Altarsteins Reliquien aus Textil verwenden; die Rubriken über Altartücher und Korporale müssen jedoch eingehalten werden.
11. Die Gläubigen in Lateinamerika können ihre Osterpflicht in der Zeit zwischen Septuagesima und dem 6. Juli (Fest U. L. Frau vom Karmel) erfüllen.

Die kirchenpolitischen Spannungen in Haiti

Der am 20. August 1959 gegen den Erzbischof von Port-au-Prince erlassene Haftbefehl (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 59 f.) ist erst Ende November zurückgezogen worden; dies war das Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Apostolischen Nuntius, Erzbischof Domenico Enrici, und dem Staatspräsidenten François Duvalier. Die schon lange schwelenden Spannungen können dadurch keineswegs als beseitigt gelten. Wie die französische Missionszeitschrift „Missi" (Lyon - Paris, November 1959) meldet, beabsichtigen radikale nationalistische Kreise der Negerrepublik, den bevorstehenden hundertsten Jahrestag des Konkordatsabschlusses — den 28. März 1960 — als Anlaß zu benützen, um das Konkordat zu kündigen und die rund 200 französischen Priester auszuweisen.
Der Heilige Stuhl hat kürzlich einen kanadischen Priester, Maurice Choquet CSC, zum Titularbischof ernannt (die Bischofsweihe fand am 15. September in Montreal statt) und ihn als Weihbischof dem gleichfalls aus Kanada stammenden Oberhirten von Cap Haïtien, A. F. Cousineau CSC, zugeteilt. Die Regierung von Haiti hat die Zustimmung zu dieser Ernennung mehrmals und definitiv verweigert; eine solche Zustimmung ist (entgegen der Darstellung in „Informations Catholiques Internationales", 15. 11. 59) gemäß dem Konkordat nötig. Die Regierung hat zudem die im Konkordat vorgesehenen Zuschüsse für das Große Seminar des Landes gekündigt; auch ihre übrigen finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Kirche kann sie infolge der katastrophalen wirtschaftlichen Lage zum größten Teil nicht mehr erfüllen.
Die fünf ältesten eingeborenen Priester des Ezbistums Port-au-Prince (im ganzen gibt es etwa 100 eingeborene Priester und einen eingeborenen Bischof) haben sich in der katholischen Tageszeitung „La Phalange" (5. 9. 59) hinter ihre Hierarchie gestellt und jede innere Spaltung des Klerus von sich gewiesen. Sie bezeichneten ihre Loyalität gegenüber der Kirche als absolut, ihre Loyalität gegenüber

dem Staat aber als relativ, d. h., sie erstrecke sich hier nur auf *gerechte* Gesetze.
In der französischen Presse waren eine Reihe irreführender Berichte und Kommentare über den Kirchenkonflikt in Haiti erschienen; die schon zitierte Nummer der „Missi" mußte eine ganze Liste von Richtigstellungen veröffentlichen.

Internationale Religionswoche in Manila

Im Rahmen des Pax-Romana-Kongresses (26. 12. 1959 — 9. 1. 1960) in Manila (Philippinen) veranstaltete die UNESCO unter Mitwirkung der Pax Romana eine internationale Religionswoche (2. — 9. Januar). Experten der großen Weltreligionen fanden sich hier zusammen. Die UNESCO ist bekanntlich bemüht, die Völker kulturell einander näherzubringen. Das wird nur dann gelingen, wenn man sich gegenseitig versteht, die verschiedenen Kulturen kennen und schätzen lernt. Nur bei gegenseitiger Wertschätzung und Liebe werden die vielen Nationen friedlich nebeneinander leben und unter sich freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Kultur ist meistens mit Religion eng verknüpft. Das mag wohl der Grund gewesen sein, weshalb die Weltreligionen zum Gegenstand dieser Tagung gemacht wurden.
Außer dem Vorsitzenden, Prof. O. Lacombe, Paris, waren von der UNESCO zwölf Experten eingeladen worden, jeweils Vertreter der verschiedenen Religionen. Von seiten der Pax Romana waren auch katholische Experten bestellt worden. Außer diesen Fachleuten konnten natürlich die Mitglieder der Pax Romana den Sitzungen beiwohnen. Zudem wurden auch „Beobachter" zugelassen, die auf der Tribüne Platz nahmen. Ihre Zahl schwankte zwischen 100 und 150, während die eigentlichen Teilnehmer kaum hundert ausmachten; denn von den Vertretern der Pax Romana (etwa 150 aus aller Welt) wohnten den Sitzungen der Religionswoche meistens nur die Führer und die geistlichen Beiräte bei.
Das Zentralthema der Tagung könnte etwa so wiedergegeben werden: Der Einfluß und der Widerhall der großen Religionen im Leben der Völker des Ostens und Westens in der Gegenwart. Die meisten Weltreligionen kamen zur Sprache. So der Hinduismus (S. B. Das Gupta, Kalkutta), der Islam (M. Husain, Karatschi, und O. Yahia, Syrien), der Mahayana-Buddhismus (H. Nakamura, Tokio), der Schintoismus (M. Shibata, Kyoto), das Judentum (S. Greenberg, Los Angeles), der Protestantismus (H. Kramer, Genf), der getrennte christliche Osten (N. Louvaris, Athen), der Katholizismus (H. de la Costa SJ, Manila). Ein Vortrag über den Konfuzianismus war vorgesehen; der Redner (Dr. Hsieh, Taipei, Formosa) erschien aber nicht.
Die einzelnen Referenten zeigten auf, wie die Grundideen ihrer Religion und deren innere Werte im Leben des ganzen Volkes, in seiner Entwicklung, in seiner Kultur, in seinen Einrichtungen sich auswirkten.
Obwohl die großen Religionen unter sich sehr verschieden sind, waren doch die meisten Vertreter auf dieser Tagung sichtlich bemüht, jene Elemente ihrer Religion herauszuheben, die zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker, zu gegenseitiger Gerechtigkeit und Liebe und zum Weltfrieden beitragen können.

Der Hinduismus

Der Kerngehalt des Hinduismus wurde unter diesen Gesichtspunkten von Professor S. B. Das Gupta durch die Zitierung einer alten Mönchsweisheit einführend zusammengefaßt: „Ich beschwöre euch: klärt alle Gegenden der Erde durch das Licht der Religion auf, so daß die Welt nicht im Dunkeln bleibt." Der Hinduismus ist, nach den Worten Das Guptas, keine historische Religion. Er wuchs organisch und ist bei verschiedenen ethnischen Gruppen in je anderer Form eingewurzelt, versucht sie jedoch zu vereinen. Gegenüber dem Fortschritt habe sich der Hinduismus nie polemisch verhalten, sondern sich positiv bemüht, die Ergebnisse der Wissenschaft in seine Kosmologie einzuarbeiten.
Heute verändert die industrielle Gesellschaft das dörfliche Leben, die Stellung der Frau und der Familie sowie das alte Kastensystem, dessen Ursprung gesund war. Dadurch gewinnt der Marxismus eine gewisse Anziehungskraft auf die indische Bevölkerung. Doch ist nur eine kleine Minderheit intellektuell dem Marxismus verfallen. Viel größer ist die Zahl derer, die, ohne die materialistische Dialektik zu durchschauen, ihr Sympathie entgegenbringen. Auf eine große Anzahl Jugendlicher übt der Marxismus eine romantische Anziehungskraft aus.
Welches Gegengewicht der Hinduismus gegen diese Verführung setzen kann, konnte Professor Das Gupta zwar nicht genau sagen, doch lege der Hindu — im Gegensatz zum Marxisten — größten Wert auf das innere Leben und die Kontemplation auch in der Welt der Maschine und der Industrie. Die Seele allein gibt der übermäßig groß gewordenen Welt ihre Einheit. „Ich finde in mir das ganze Universum wieder; und ich finde mich im ganzen Universum. Diese universelle Gemeinschaft führt zum Glauben an die Gewaltlosigkeit, die zur Natur des Hindu gehört. Der Hinduismus ist keine Politik, sondern eine Geistigkeit, die zur größten Triebkraft im Menschen werden muß, stärker als die Atomkraft; denn sie ist Ausdruck der kosmischen Einheit."

Buddhismus und Schintoismus

Begrifflich fast zu scharf gefaßt, verteidigte Professor Hajime Nakamura, Tokio, den Buddhismus. Er zeigte seinen toleranten und synkretistischen Charakter auf, der jedem Religionskrieg abhold sei. Er besitzt, nach den Ausführungen Professor Nakamuras, kein dogmatisches Gerüst, sondern ist vor allem eine Ethik, die auf den Polen des Ich, des Mitmenschen und des Guten beruht. Der Buddhist erreicht seine Reinigung durch die Leere, die jedoch kein inneres Erlöschen sei, sondern einem Spiegel vergleichbar ist, der jedes Bild zurückstrahlt. Jedem Buddhisten schwebt der Friede als höchstes Ziel vor.
Die nationale Situation Japans wurde deutlich im Referat von Professor Minoru Shibata, Kyoto, über den Schintoismus. Die Kriegs- und Nachkriegszeit brachten eine ungeheuere Erschütterung der Gläubigen. Der Redner faßte die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der japanischen Seele in folgendem Zitat zusammen: „An welche Religion glaube ich? Darauf kann ich keine unmittelbare Antwort geben. An den Feiertagen gehe ich zu den schintoistischen Priestern. Die Beerdigungen in der Familie hält ein buddhistischer Mönch. Mein Verhalten wird von den Maximen des Konfuzianismus und der christlichen Moral bestimmt." Zur religiösen Praxis in Japan stellte Professor Shibata fest: „Wenn auch nach einer Periode des Suchens unmittelbar nach der Niederlage das Volk heute die Tempel nun wiederaufbaut und den religiösen Zeremonien ihren Prunk von einst verleiht, so darf man sich doch über

die Bedeutung dieser Wiedergeburt keinen Illusionen hingeben. Der neue Ise-Tempel mag ein Wunder an Schlichtheit und Ausdruckskraft sein und von der ganzen Welt bewundert werden, die Jugend bleibt der Religion gegenüber gleichgültig und sieht im Schintoismus ein folkloristisches Überbleibsel. Die wirtschaftliche Revolution Japans hat die soziologischen Grundlagen dieser Volksreligion untergraben."

Monotheismus und Brüderlichkeit

In der Fragestellung der Tagung nach den politisch-ethischen Werten der großen Religionen ergab es sich als selbstverständlich, daß die großen monotheistischen Religionen, das Christentum, das Judentum und der Islam, die den einen Schöpfergott anerkennen, die brüderliche Gemeinschaft aller Menschen in den Vordergrund stellen. Das wurde klar, als z. B. Prof. Greenberg, gestützt auf den inspirierten Bericht der Genesis, betonte, daß es nur einen Gott gibt, daß dieser den ersten Menschen erschuf und daß von diesem ersten Menschen das ganze Menschengeschlecht abstammt, daß somit in Wirklichkeit alle Menschen einen und denselben Gott haben und unter sich Brüder sind, sich also gegenseitig lieben müssen, aber auch gegenseitige Verantwortung tragen. Aus einer anderen Perspektive zeigte dann H. Nakamura, daß es schon im ursprünglichen Buddhismus ein Grundgesetz war, man müsse den Mitmenschen lieben und für seine Wohlfahrt besorgt sein. Dieser Grundsatz habe sich im ganzen Moralgesetz ausgewirkt und auf die Entwicklung des sozialen Lebens der buddhistischen Völker einen entscheidenden Einfluß ausgeübt. Das habe auch Folgen für die Politik unter den Nationen. Das politische Leben sollte sich abwickeln ohne Gewaltanwendung (Hinrichtung, Verletzung, Schädigung) und ohne Eroberung. Zwistigkeiten sollten auf friedlichem Wege beigelegt werden. Professor Shibata sagte am Schluß seines Referates über Schinto wörtlich: „Es war einmal eine Zeit, als der Schinto, welcher ursprünglich wahrscheinlich polytheistisch war, unter dem Einfluß des Christentums eine monotheistische Richtung anzunehmen schien. Nun, ich hoffe, daß eine Zeit kommen wird, wo der Schintoismus solche christliche Ideen aufnehmen wird wie Humanismus und Nächstenliebe."

Schwieriger Dialog

Des öfteren wurde Gelegenheit zur Diskussion geboten, d. h., es konnten Fragen gestellt werden, die dann vom entsprechenden Referenten beantwortet wurden, wenn es auch sehr selten zu einem eigentlichen Wechselgespräch kam. Nur ein Beispiel sei hier angeführt, weil es einen Punkt berührt, der auch in der Mitte des religiösen Dialogs in Europa steht. Nach dem Vortrag Dr. Kramers über den Protestantismus stellte Prof. Greenberg die Frage, wie sich im Protestantismus Schrift und Tradition verhielten. Der Referent erklärte zunächst, daß in dieser Frage innerhalb des Protestantismus im Laufe der Zeit ein bedeutender Wandel vor sich gegangen sei. Zu Beginn der Reformation habe man sich dagegen gewehrt, daß die Tradition über der Heiligen Schrift stehe. Dies habe dann dazu geführt, die Tradition überhaupt zu verwerfen und nur die Schrift als Glaubensquelle gelten zu lassen. Später seien die Gelehrten nach und nach zur Überzeugung gelangt, daß man ohne die Tradition nicht leicht auskomme. Denn schließlich müsse man doch eine sichere Norm haben, um zu bestimmen, welche Bücher inspiriert sind und besonders wie das Wort Gottes, das in der Heiligen Schrift niedergelegt ist, auszulegen sei. Diese Norm biete die Tradition, die infolgedessen notwendig sei, und daher könne man in gewissem Sinn sagen, nicht nur daß die Tradition notwendig sei, sondern auch daß sie irgendwie über der Schrift stehe. Damit wäre das „Sola Scriptura"-Prinzip natürlich aufgegeben. Prof. Greenberg wollte dem Problem noch weiter nachspüren und bemerkte, daß dieses Problem auch im Judentum und im Islam besteht und schließlich in allen Religionen, in denen „heilige Bücher" anerkannt werden. Denn in allen diesen Fällen könne man der Frage nicht ausweichen, wie der „heilige" Text zu verstehen sei; man sei auf eine mündliche Überlieferung angewiesen. Hier mußte das Gespräch wegen Zeitmangels abgebrochen werden. Es wäre natürlich noch zu bestimmen gewesen, was Tradition genaugenommen besagt. Damit wäre man auf die Frage gestoßen, wie eine sichere Norm der Auslegung zu gewährleisten ist, das heißt auf die Frage der Autorität oder, anders gesagt, des Lehramtes.

Schlußfolgerungen

Am Schluß der Religionswoche kamen die Experten in folgenden Punkten überein:
1) In späteren Tagungen dieser Art sollten die Themen enger gefaßt, auf ein spezifisch begrenztes Gebiet abgesteckt sein, wie etwa Erziehung, Überbevölkerung, Geburtenkontrolle usw.
2) Die betreffenden Themen sollten nicht auf dem Niveau hoher religiöser Grundsätze, sondern mehr vom praktischen Standpunkt aus besprochen werden.
3) Gegenseitige Toleranz sollte auch in den folgenden ähnlichen Treffen aufrechterhalten werden.
Der Vorsitzende, Prof. O. Lacombe, äußerte sich dahin, daß das Zentralthema dieser Tagung es von vornherein ausschloß, daß irgendwelche Art von Einvernehmen in religiösen Grundsätzen formuliert würde. Der Vertreter der UNESCO in Paris, Jacques Havet, bemerkte, diese erste Tagung habe immerhin Wege frei gemacht und Ausblicke eröffnet, die zum besseren Verständnis der verschiedenen Kulturen des Ostens und Westens führen werden. Das nächste Treffen der Experten werde voraussichtlich 1961 oder 1962 stattfinden.

Aus den Missionen

Daß die Katholiken in den Missionsländern in die Lage versetzt werden, den Gefahren glaubens- und sittenfeindlicher Presseerzeugnisse wirksam entgegenzuarbeiten. Missionsgebetsmeinung für April 1960

Nur ganz wenige Missionsländer, wie etwa Japan, die seit langem die allgemeine Schulpflicht haben, weisen einen ganz geringen Prozentsatz von Analphabeten auf. In den übrigen ist die Zahl der des Lesens und Schreibens Unkundigen meist noch sehr groß. Aber ihre Zahl vermindert sich dauernd. Am augenfälligsten ist hier der schnelle Rückgang des Analphabetismus in den großen Bereichen der Erde, deren Bewohner man gestern noch zu den sog. Primitiven rechnete. Im Augenblick bemüht sich die australische Mandatsregierung, kaum entdeckte Gebiete Neuguineas mit einem System von Schulen zu überziehen. Im Bereich der Communauté Française wurde im Jahre

1930 erst ein Prozent der im Schulalter befindlichen Jugend schulisch erfaßt, 1946 waren es schon 9 Prozent, 1959 28 Prozent. Im Kongo und in Britisch-Afrika ist der Fortschritt auf diesem Gebiete noch stärker. Immer mehr dringt die nach westlichem Vorbild aufgezogene Schule heute auch bis nach Zentralasien vor, und in Lateinamerika steht die Bekämpfung des Analphabetismus wenigstens in jedem Regierungsprogramm, mag auch nicht überall wegen der ewigen Finanzkrisen dem Willen die Tat entsprechen. Alle ideologischen Spaltungen der Menschheit im letzten Jahrhundert haben die Entwicklung des Schulwesens nicht beeinträchtigt. Wurde ein politisches System gestürzt, so nahm das nächste die vorgefundene Schularbeit wieder auf.

Die christlichen Missionen waren die Pioniere des Schulwesens in den heutigen Entwicklungsländern. Die Kolonialmächte stellten dann später teilweise den Schulsystemen der christlichen Bekenntnisse eigene staatliche gegenüber, bekämpften sie sogar bisweilen, nie aber mit dem Ziele, die Entwicklung des Schulwesens als solche zu unterdrücken. Es kam vielmehr zu einer Konkurrenz der privaten und öffentlichen Schulträger mit dem Ergebnis, daß die Anstrengungen beider Teile den Bereich der Schulbildung dauernd vergrößerten. Kein Kulturkampf gegen die christliche Schule in den Kolonialländern wollte die Schüler der Bildung berauben. Man wollte nur die geistige Ausrichtung der Schulen ändern. Der vordringende Kommunismus nahm der Kirche die Schulen mit den Schülern, um dann diese ganze Eroberung in ein neues, in schnellem Aufbau entwickeltes eigenes Schulsystem zu überführen, das die gesamte Jugend des Landes erfassen sollte. Man denke nur an den Einbau der mehr als 2000 katholischen Missionsschulen Chinas in ein seither gigantisch entwickeltes Volksschulwesen. Die Farbigen mochten noch so viele Ressentiments gegen die westlichen Imperialisten hegen: sie drängten sich doch zu ihren Schulen. Beim Übergang zur Selbständigkeit stehen für sie die Schulen nicht in Frage. Sie fördern sie weiter und bauen sie aus. Auch ihr Ideal ist die allgemeine Schulbildung. Nie unterdrücken sie christliche Missionsschulen als Schulen, sondern suchen sie höchstens in ihre Hand zu bekommen und geistig umzustellen. Man denke an den Südsudan, wo ein komplettes katholisches Schulwesen mit Einschluß der Lehrkräfte vom Staate übernommen wurde. In den Vereinten Nationen mag noch soviel Meinungsverschiedenheit herrschen, aber in der Frage der Ausdehnung der Schulbildung ist man eines Sinnes, und die UNESCO macht die größten Anstrengungen, um den Menschen aller Nationen möglichst bald die Kunst des Lesens und Schreibens beizubringen.

Wenn irgendwo in den Entwicklungsländern der Aufbau des Schulwesens ins Stocken gerät, so sind die Gründe im Mangel an Lehrkräften und finanziellen Mitteln zu suchen, nie aber in der Minderbewertung der Schule durch die Regierungen. Im Gegenteil: der Zugang zur Unabhängigkeit, der Zwang zu Beteiligung des Volkes an den Formen moderner Staatlichkeit, die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und das Verlangen des Volkes, durch erhöhte Bildung zu einem höheren Lebensstandard zu kommen: alles dies zieht in dieselbe Richtung. Die Regierungen müssen sich zum ausführenden Organ eines ungestümen Bildungsverlangens machen, und es hat ein forciertes Bemühen um den Ausbau des Bildungswesens eingesetzt. (Vgl. dazu die laufende Berichterstattung der Herder-Korrespondenz z. B. 13. Jhg., S. 482.)

Wachsende Notwendigkeit und wachsende Schwierigkeit katholischer Pressearbeit

Wächst so der Prozentsatz jener, die in den Missionsländern den Zugang zum Verständnis des gedruckten Wortes finden, von Jahr zu Jahr, so wächst damit gleichzeitig das Verlangen nach entsprechender Lektüre, zugleich auch die Möglichkeit, die Menschen zum Guten oder zum Schlechten geistig zu beeinflussen. Denn die Völker der Missionen leben heute nicht mehr in einer geistigen Isolierung. Sie sind hineingezogen in die zusammenwachsende Welt, in die Ideenströmungen, die durch keine Meere und Wüsten mehr aufgehalten werden, weil die modernen Mittel der Meinungsbildung alle natürlichen und künstlichen Grenzen überschreiten. Es wird nicht lange mehr dauern, bis auch die letzten Angehörigen von Primitivkulturen den Einflüssen der einen Weltzivilisation und ihren geistigen Ausdrucksmöglichkeiten offenstehen. Zu diesen Ausdrucksmitteln gehören mit an erster Stelle die Erzeugnisse einer hochentwickelten Druckkunst. Vor mehr als drei Jahren gab die Herder-Korrespondenz (10. Jhg., S. 508 bis 512) einen Überblick über den Stand der katholischen Presse in den Missionsländern. Ihre Aufgaben werden im öffentlichen Leben der zur Emanzipation gelangten Völker immer größer, aber auch immer schwieriger. Überall um die Verwurzelung in den nichtwestlichen Kulturen ringend, die ihrerseits aber selbst in Bewegung zu neuen Gestaltungen sind, soll sie den Menschen dieser Länder religiös-sittliche Wegweisung bieten. Zugleich geht überall die Möglichkeit einer schnellen flächenhaften Ausbreitung der Kirche zu Ende. In Asien war die absolute Diasporasituation der Kirche seit langem sichtbar geworden. In Afrika wird sie bald auch für jedermann sichtbar werden. Die literarische und die Pressearbeit der Missionen muß sich sehr nüchtern auf diese Gegebenheiten einstellen. Sie kann in absehbarer Zeit nicht damit rechnen, ganze Völker zum Christentum zu bekehren, indem sie ihre Führung gewinnt oder mit der Verchristlichung der sozialen Formen des Gesamtvolkes auch die Individuen sich angliedert. Der Geist der „pluralistischen" Gesellschaft zieht auch in die Missionen ein, deren Menschen dem Ansturm aller möglichen Ideologien ausgesetzt sind. Auch die größten Anstrengungen der Kirche auf dem Gebiete des Pressewesens der Missionen können nicht verhindern, daß auf dem Büchermarkt und in der Presse nichtkatholisches Gedankengut in Massen verbreitet wird. Die Zeit der „Christendörfer", der patriarchalisch-paternalistisch geleiteten Gemeinden, der Versuche einer Isolierung von Stämmen vom „bösen Geist der westlichen Zivilisation" ist vorbei. Ein reines Bewahrungssystem rettet nicht mehr. Auch in den Missionen wird in Bälde jeder einzelne Katholik von den verschiedensten Weltanschauungen umworben werden, und jeder, den die Mission für die Kirche gewinnen will, steht auch unter den werbenden Einflüssen anderer geistiger Mächte. Nicht mehr reizt die Tatsache, daß die Mission zugleich den Anschluß an eine gehobene Zivilisation bedeutet, denn diese Zivilisation ist inzwischen Weltzivilisation geworden. Eine solche Lage erfordert eine sehr gründliche religiöse Durchbildung des Einzelchristen und spezialisierte Formen des Apostolats unter den Nichtchristen. Niemand kann sagen, daß das Problem der nachschulischen religiösen Weiterbildung der Christen in Hinblick auf die neuen Verhältnisse in den Missionen befriedigend gelöst ist, wie dies übrigens ja auch in den altchristlichen Ländern nicht der Fall ist. In vielen

Missionen konnte diese Aufgabe sogar wegen Mangels an Menschen und Mitteln kaum angepackt werden. Es ist zu fürchten, daß im Zuge der Umwälzungen in Afrika Hunderttausende der Kirche verlorengehen, die im Klima der Kolonialära durch die Missionsschulen geschleust wurden und nun in dem revolutionären Klima der Freiheitsbewegung, das in ihren Augen alle Werte umwertet, sich religiös-weltanschaulich nicht mehr zurechtfinden. Ähnliches gilt für die Massenkatechumenate der Erwachsenen, in denen man selbst bei langer Dauer des Katechumenats und bei harten Forderungen hinsichtlich des Lebenswandels nach christlichen Grundsätzen oft nicht die Möglichkeit fand, der Einzelseele die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken und sie vor allem für die augenblickliche Übergangsperiode zu neuen Lebensformen ausreichend geistig auszurüsten. Bei dem Mangel an Missionskräften konnte der stürmische Fortschritt der Kirche Afrikas im ausgehenden Kolonialzeitalter nur auf Kosten einer vertieften religiösen Durchbildung der Neuchristen geschehen. Hier wird das gedruckte Wort, das zwar zunächst nur die führende kleine Bildungsschicht erreicht, aber von ihr an die Analphabeten weitergegeben wird, eine kostbare Seelsorgshilfe sein, zugleich aber, wenn es mutig die Probleme des außerkirchlichen Lebensraums christlich durchleuchtet, vielleicht das wichtigste Mittel sein, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und zu verhüten, daß die Kirche allmählich als religiös-sittliche Führungsmacht gänzlich ausgeschaltet wird.

Die Notwendigkeit größter Anstrengung der Kirche im Pressewesen der Missionen ergibt sich auch daraus, daß in den Entwicklungsländern andere Weltanschauungsträger der Ausbreitung der Grundschulbildung mit ihren Pressewerken auf dem Fuße folgen. Es ist bekannt, welche Bedeutung der Protestantismus dem Presseapostolat in den Missionen zuweist und wie stark er sich gerade um die Bildungsschichten bemüht. So sehr man begrüßen mag, daß hier Christus gepredigt wird, so sehr muß die Kirche bedacht sein, zu verhüten, daß durch die Werbung anderer christlicher Bekenntnisse die innere geistige Geschlossenheit der katholischen Gemeinschaften in den Missionen angenagt wird. In der augenblicklichen Verwirrung der Geister wäre ein allmähliches Abgleiten in ein unverbindliches, überkonfessionelles Christentum die Folge, das zum religiösen Indifferentismus führt, der dann eine leichte Beute der faszinierenden Anziehungskraft des Säkularismus wird. Eine neue Erscheinung in den Missionen ist das massive Auftreten gewisser Sekten chiliastischer Art. Gewinnen sie unter den Analphabeten Hunderttausende von Anhängern durch prophetische Erweckungsprediger, so verlegen sie sich in Ländern mit weitverbreiteter Schulbildung (so in Vietnam, Korea usw.) auf die auch bei uns bekannte Schriftenpropaganda, die kein Haus übersieht. Die Mittel zu solcher Werbung werden durch Umlagen bei den eigenen Anhängern in der ganzen Welt aufgebracht. Zaghaft, aber in stets stärkerem Maße bedienen sich auch die unter dem westlichen Anstoß neuerwachten großen nichtchristlichen Religionen des Ostens der Schriftenwerbung. Auch das Bemühen des Islams, mit der Kenntnis der arabischen Schrift die Lehre Mohammeds zu verbreiten, darf hier nicht unerwähnt bleiben.

Die umfassende kommunistische Propaganda kann hier nicht im einzelnen dargestellt werden. Das Studium der zahllosen afrikanischen Sprachen und Dialekte in Moskau gibt heute den Kommunisten die Möglichkeit, eine intensive Schriftenpropaganda auch unter den Bevölkerungsschichten zu verbreiten, die keine europäischen Sprachen verstehen. Über einen ausgebauten Verteilerdienst verbreitet das Moskauer Verlagshaus für Literatur in fremden Sprachen Bücher, Broschüren, Magazine zu billigsten Preisen über die ganze Missionswelt. Meist ist dies Schrifttum so getarnt, daß es nicht als kommunistisch erkannt wird. Die an den Verteilungsapparat angeschlossenen Sortimenter erhalten unbegrenzten Kredit. Im indischen Staat Kerala wurden in den letzten Jahren Millionen kommunistischer Broschüren verteilt. Die nichtchristliche Gewerkschaftspresse ist in den Entwicklungsländern oft völlig oder doch sehr stark mit kommunistischem Gedankengut durchsetzt. Die afrikanischen „Volksparteien" entwickeln sich immer mehr zu Trägern kommunistischer Ideen. Erzbischof Lefebvre von Dakar, der als Apostolischer Delegat von Französisch-Afrika einen tiefen Einblick in die Verhältnisse gewann, erklärte in einem Artikel, der den Titel trug: „Werden die christlichen Staaten das Schwarze Afrika dem (roten) Stern preisgeben?" (In: La France Catholique, 18. 12. 59): „Es gibt einen methodisch verfolgten, organisierten Einfluß, den des Kommunismus... Mit einer Beharrlichkeit und einer Organisation, die nur von den ausländischen Kommunisten unterhalten werden kann, existiert der kommunistische Einfluß überall." Einige Zeilen vorher erklärte der Erzbischof: „Zeitungen, Zeitschriften, Illustrierte, Emissäre und Propagandisten dringen überall ein." Die Zusammenhänge sind klar: In Afrika unterstützt eine raffiniert getarnte Pressewerbung die Wühlarbeit der Agenten, die zum großen Teil in Moskau ausgebildet wurden.

Die Verheerungen des vulgären Materialismus

Eine besondere Beachtung verdient die Einwirkung des modernen Diesseitsgeistes auf die Missionsländer vermittels der Presse. Diese „Weltanschauung" schmiegt sich derart selbstverständlich an die sich rapide ausbreitende technische Zivilisation an, daß die begierig nach dieser Zivilisation verlangenden Völker Asiens und Afrikas sie unvermerkt aufnehmen. Nur ihre geistige Elite setzt sich mit ihr auseinander. Man sieht in dem vulgären Materialismus, der mit dieser Zivilisation importiert wird, nicht ein Element jener typisch abendländisch-westlichen Geisteshaltung, gegen die sich die kulturelle Selbstbesinnung sträuben muß. Daher ist zunächst dem seichten Schrifttum des Westens überall da Tür und Tor geöffnet, wo europäische Sprachen verstanden werden. Hier liegt eine besondere Gefahr für Afrika, da dort die Sprachen der Kolonialmächte durch die Schulpolitik der Regierungen bisher weiteste Verbreitung fanden und selbst heute noch von den jungen Staaten überall gefördert werden müssen, wo diese als Amts- und Verkehrssprache wegen der ungeheueren Vielzahl der einheimischen Dialekte unentbehrlich sind. In diesem Bereich strömen die westlichen Boulevardblätter, Magazine und Illustrierten ein, die mit Flugzeugen schnellstens antransportiert werden. In den Städten, selbst jenen im Innern Afrikas, haben die Zeitungskioske, die nach westlichen Vorbildern und mit entsprechend sensationeller Aufmachung der Auslagen eingerichtet werden, schon ihre afrikanische Kundschaft. Selbst des Lesens Unkundige kaufen die Illustrierten und schneiden die Bilder als Wandschmuck aus. Ja es wird mit diesen Bildern ein schwunghafter Handel getrieben. Kein Zweifel, daß auf diesem Wege dauernd auch pornographische Literatur nach Afrika einsickert. So wird das

urgesunde sittliche Empfinden langsam abgetötet und einem dekadenten Sensualismus der Weg bereitet. Schon gibt es auch in Afrika Magazine, die seelenverderbenden Charakter haben. Von den 14 Magazinen, die beispielsweise in Tanganjika gelesen werden, ist das schlimmste das in englischer Sprache in der Südafrikanischen Union erscheinende „Drum". Von jeder Nummer werden in Tabora 500 Exemplare verkauft. Diese Zeitschrift hat inzwischen ihren Absatzbereich über das ganze englisch sprechende Ostafrika ausgedehnt. Es sind auch schon die ersten Magazine einheimisch-afrikanischer Herkunft erschienen, die Bilder afrikanischer Pin-Up-Girls zeigen. Der Lesehunger der Jugend bemächtigt sich wahllos jeder Lektüre, die erreichbar ist. Bücher, die in Zeitschriften empfohlen werden, bestellt man direkt in Europa. Ein Schweizer Benediktiner, der fünf Jahre lang in Abständen das Postamt von Jaunde (Kamerun) aufsuchte, stellte fest, daß die Räume geradezu überschwemmt waren von Büchersendungen, die Kameruner Schuljungen von französischen Buchhandlungen bezogen. Wird, wie seinerzeit in Fernasien, auch in Afrika eine Flut dekadenter europäischer Literatur den aufbauenden Bemühungen der Missionen gleichsam in den Rücken fallen? Erzbischof Denis E. Hurley OME von Durban hielt im Januar 1960 eine Rede, in der er die Dekade 1960—1970 als die Schicksalsdekade Afrikas bezeichnete. Er sprach bei dieser Gelegenheit von der Möglichkeit, daß das Erwachen des afrikanischen Riesen zum Hervortreten ragender kultureller Persönlichkeiten führen könne, wie sie die großen Durchbrüche im kulturellen Aufstieg Europas hervorbrachten: „Werden wir einen afrikanischen Plato, Aristoteles, Augustinus, Dante, da Vinci, Michelangelo und Shakespeare sehen?" Die Frage ist berechtigt. Anderseits erklärte in derselben Woche ein (portugiesischer) Bischof in Angola (Msgr. Manuel Nunes Gabriel von Malanje) in einem Artikel, der in seiner Bischofsstadt veröffentlicht wurde: „Es fällt nicht schwer, zu beobachten, daß in ganz Afrika die in Evolution befindlichen Massen religiös indifferent werden. Sie verließen ihre heimischen abergläubischen Praktiken und Zauberdoktoren, eigneten sich aber nicht an ihrer Stelle die Tugenden christlicher Gesittung an, da man ihnen nur eine materielle Zivilisation zeigte. So haben sich die sozialen und missionarischen Probleme in verschiedenen Teilen Afrikas vollständig verändert, und es bedarf einer sehr schnellen Anpassung an diese neuen Umstände, wenn das Feld nicht durch die technisch-materialistische Kultur erobert werden soll, die von Europa und Amerika importiert wurde." Wer sieht hier nicht die riesenhaften Aufgaben einer christlichen Literatur und Presse, die einer den Materialismus in allen seinen Formen verbreitenden Literatur und Presse entgegentritt?

Auch über Asien ergießt sich heute eine nach westlichen Vorbildern geschaffene sensualistisch-materialistische Literatur. In Japan hat die Polizei die Mithilfe der (heidnischen!) Frauenorganisationen zum Kampf gegen die Flut pornographischer Literatur erbeten. Im letzten Jahre erschienen 550 neue Zeitschriften meist seichtesten Charakters, billigste, „moralinfreie" Unterhaltungsliteratur. In Indonesien drohte im Vorjahr das Informationsministerium der Presse, die Geschichten über sexuelle Unmoral und Sadismus verbreiten, die Entziehung der Lizenzen an. Ein Leitartikel der katholischen Wochenschrift „The Examiner", in Bombay (2. 2. 59), klagte: „In den Volksmassen verliert die traditionelle Sittlichkeit schnell an Boden. Eine Flut unsittlicher Bücher, Magazine, Filme ist auf das Land losgelassen, was zur Folge hat, daß die seit unvordenklichen Zeiten bewahrte Zurückhaltung zwischen den Geschlechtern niederbrach und daß Reinheit und Keuschheit nicht länger mehr als Ideale betrachtet werden." Bestürzend sind auch die Berichte über die moralische Zersetzung, die eine dekadente Literatur zur Zeit in Südvietnam anrichtet, einem Land mit stärkster ländlicher Bevölkerung, das auch eine der größten und hoffnungsvollsten Katholikengruppen Ostasiens besitzt. Bei einem Besuch in Europa („Les Presses Missionnaires", Paris, 4, 1959) erklärte der Leiter des Katholischen Pressebüros von Saigon: „Die neue Generation hat eine andere Mentalität als die alte. Dem Einfluß moderner Theorien eines Sartre, einer Françoise Sagan, eines Gide und Malraux unterliegend, glaubt sie an fast nichts mehr, zweifelt an allem, mißtraut allem. Die erwachsenen Intellektuellen werden von Doktrinen und Theorien attackiert, die mit Moral und Religion tabula rasa machen möchten. In der großen heidnischen Masse verliert die urtümliche Religion immer mehr an Boden, immer mehr verschwindet die Reinheit der Sitten. Auf die Massen stürmen Bücher, besonders Romane, ein, die in anziehendem Stil geschrieben, aber im Inhalt meist frivol sind oder Probleme stellen, bei deren Behandlung alle Normen von Sittlichkeit und Verantwortlichkeit unbeachtet gelassen werden. In unglaublicher Zahl entstehen neue Zeitschriften, leichte Literatur mit Skandalgeschichten und pornographischen Bildern, die jung und alt vergiften . . . Die Katholiken sind auf die neue Situation nicht vorbereitet. Früher las man gehaltvolle profane oder religiöse Literatur in französischer Sprache. Heute aber kann man die Zahl jener, die Französisch lesen können, an den Fingern abzählen. Wir brauchten Werke in vietnamesischer Sprache, die man der Jugend in die Hand geben könnte. Leider haben wir fast nichts." — Eine eigene Behandlung erforderte die seit einer Reihe von Jahren in vielen asiatischen Ländern mit Regierungshilfe verbreitete Literatur über Geburtenkontrolle, die, abgesehen von den dort empfohlenen unsittlichen Praktiken, einen brutalen Naturalismus der Sprache zeigt und die Intimsphäre des Sexuallebens rücksichtslos enthüllt, ähnlich wie die namentlich in Japan verbreiteten Aufklärungsfilme für Jugend und Erwachsene. Auch in Afrika erscheint jetzt Literatur über Geburtenkontrolle. Ein ostafrikanischer Bischof mußte jüngst den Katholiken das Lesen einer im Lande erscheinenden Zeitschrift über Geburtenkontrolle verbieten.

Presseerfolge in Afrika — Notstände in Asien

Gegenüber den großen Gefahren, die dem religiösen Leben der Christen und der Ausbreitung der Kirche in den Missionen drohen, ist man natürlich nicht untätig. Erfreulicherweise werden heute in den verschiedensten Teilen Afrikas große Anstrengungen gemacht, um katholische Wochenblätter zur Entfaltung zu bringen. Ein Dutzend von diesen hat sich allgemeine öffentliche Beachtung erworben. Reicht ihre Leserzahl auch jeweils kaum über die 25 000-Grenze, so ist ihr Einflußgebiet doch sehr viel größer. Entscheidend bei der Beurteilung der katholischen Pressebemühungen in Afrika ist die Tatsache, daß auch die nichtkatholische für Einheimische bestimmte Presse keine größeren Auflagen besitzt, es sei denn, es handle sich um mit Steuergeldern subventionierte Regierungsblätter, die zum Teil gratis verteilt werden. Im Ansatz hätte die Kirche Afrikas im Augenblick alle Chancen, sich

mit ihrer Presse zur Geltung zu bringen, wenn sie nur der Ausbreitung der Lesekunst mit stets erhöhter Auflage und stets besserer Ausstattung folgen könnte! Es fehlen angesichts der Konkurrenz seitens der rein kommerziellen Presse, die sich in Afrika entwickelt, katholisch beeinflußte Magazine und Illustrierte, auch eine große illustrierte Kinderzeitschrift nach Art jener, wie sie in Hongkong vor sechs Jahren gegründet wurde. Mit großer Auflage ist diese heute über fünf ostasiatische Länder (jeweils mit geänderter Beschriftung) verbreitet. Die katholische Presse war an vielen Stellen Afrikas die erste im Rennen. Sie kämpft mit gewaltigen Schwierigkeiten rein äußerer Natur: Mangel an Verkehrsmitteln, unentwickelten postalischen Verhältnissen, Schwierigkeiten bei der Nachrichtensammlung, bei der Werbung und beim Aufbau des Verteilerapparates, Mangel an geschulten einheimischen Redakteuren, Unmöglichkeit der Selbstfinanzierung der Zeitungen, Unvollkommenheit der technischen Ausrüstung, besonders mit modernen Druckmaschinen. Dennoch konnte der Direktor der „Afrique Nouvelle", Dakar, P. de Benoist, schreiben: „Allmählich entfaltet sich der Fächer der katholischen Publikationen in Afrika, und jeder findet die Möglichkeit, sein Verlangen nach Bildung und Information zu befriedigen. Das Mißverhältnis zwischen den zur Verfügung stehenden Mitteln und der zu leistenden Aufgabe ist groß. Das erste Hindernis ist die ungeheure Weite der Räume. Aber schon trägt jede Woche das Flugzeug in alle Himmelsrichtungen des Kontinents Druckwerke, die zwar in der Aufmachung bescheiden, aber mit Glaube und Hoffnung befrachtet sind" („Les Presses Missionnaires", Nr. 35, 1958). Nicht alle Missionare scheinen die Forderungen der Stunde zu verstehen. Schrieb doch Jean Le Gall CSSp, der dynamische Direktor der „Semaine Africaine", Brazzaville, deren Leser auf einem Raum von der Größe Westeuropas verteilt leben: „Die Zeitung wird von manchen Missionaren und erst recht von der Mehrzahl der Christen als ein Luxus betrachtet, als ein zweifellos nützlicher, aber durchaus nicht unentbehrlicher Artikel. Ihre Notwendigkeit wird jener einer Orgel in einer Bischofskirche der Missionen gleichgestellt" („Les Presses Missionnaires", Nr. 38, 1959).

Ernster als in Afrika ist die Situation der katholischen Presse und Literatur zur Zeit in Asien. Wir beschränken uns auf einige „Blitzlicher". In Kerala (Indien), wo über 2 Millionen Katholiken leben, denen 14,8 Millionen Heiden und Christen anderer Bekenntnisse gegenüberstehen, gibt es zwar 5 katholische Zeitungen und 6 Wochenblätter, die aber zusammen nur 129 000 Abonnenten haben. Dabei gilt die katholische Presse in Kerala im Vergleich zu jener in anderen asiatischen Missionsländern als „imposant". Auf die Situation in Südvietnam, das über eine Million Katholiken zählt, wurde schon hingewiesen. In der Hauptstadt Saigon gibt es 20 Tageszeitungen. Es erscheinen dort fast 50 illustrierte Wochenblätter. Die Kirche verfügt dort nur über einige Pfarrblätter rein religiösen Inhaltes. „Wie können wir", so fragt der neuernannte Nationaldirektor für die katholische Presse, „der Jugend verbieten, diese Illustrierten, die sie anziehen und die wir für gefährlich halten, zu lesen, während wir nur Monatsblätter rein religiösen Inhalts haben? ... Bücher zur religiösen, pädagogischen, kulturellen, philosophischen oder theologischen Bildung fehlen fast völlig. Oft erbitten meine Studenten an der Universität von mir Bücher, um die katholische Religion kennenzulernen. Ich kann ihnen nichts geben" (Abbé Dinh Xuan Nguyen in: „Les Presses Missionnaires", Nr. 4, 1959). Über Korea schreibt ein Missionar in den Missionsblättern von St. Ottilien (Nr. 1, 1960): „Das Schrifttum für 300 000 katholische Koreaner ist absolut ungenügend. Wenn wir von allen bisher in Korea gedruckten katholischen Büchern je ein Exemplar nehmen und auf einem Bücherbrett aneinanderreihen, so ergibt sich eine Reihe von nicht einmal 2 m Länge." Die Folge ist, daß eine große Anzahl katholischer Laien eben zu Erzeugnissen heidnischer Druckereien greift ... Das Christentum hat (vor 150 Jahren) seinen Weg nach Korea durch Bücher gefunden, lange bevor der erste Missionar koreanischen Boden betrat. Auch heute noch ist der Koreaner lesefreudig. Kleine Flugschriften über die katholische Kirche, an die Massen verteilt, würden viele zur Wahrheit führen. „Während zur Zeit auch hier die Zeugen Jehovas von Dorf zu Dorf laufen und ihre Pamphlete in alle Häuser werfen, geschieht in der katholischen Kirche fast keine äußere Propaganda auf breiter Basis." In Japan fehlt es an Werken, die nicht Übersetzungen westlichen katholischen Schrifttums darstellen, vielmehr aus original-japanischer Geisteshaltung geschrieben sind. Hören wir wieder „Les Presses Missionnaires" (Nr. 4, 1959): „Es gibt zwar mehrere katholische Verlage in Japan. Bedauerlicherweise ist das intellektuelle Niveau der von ihnen herausgegebenen Werke ziemlich tief ... Die kleine Zahl der (264 000 katholischen) Christen begrenzt natürlich die Absatzmöglichkeiten ... Ein ‚ernsthafterer' Versuch wurde vom Verlag der Dominikaner und der Buchhandlung Enderle (Tokio) gemacht und hat sich als rentabel erwiesen. Dennoch ist die katholische Presse Japans im Vergleich zur Zahl der Zeitschriften und zur Blickweite der profanen Presse an Bedeutung und geistigem Gehalt noch recht arm." Ähnlich äußert sich P. G. Neyrand, Tokio, in der Pariser Zeitschrift „Parole et Mission" (Nr. 5, 1959): „Es gibt tatsächlich eine Bibliothek japanischen katholischen Schrifttums, und die Zahl ihrer Titel ist sogar beachtlich. Aber man muß gestehen, daß dieser Reichtum nur schlecht eine wirkliche Schwäche des geistigen Gehalts und des Ausdrucks verbirgt. Um es ganz offen zu sagen: es existiert noch kein einziges Werk von Format." Auf Formosa erleben wir heute den Versuch, in großem Maßstab Chinesen zur Schaffung einer katholischen Literatur zu veranlassen. Die Kuangchi-Press der Jesuiten brachte in drei Jahren fast 600 Bücher heraus, die der Mehrzahl nach Originalwerke von Chinesen sind. Diese Arbeit ist für das Apostolat um so bedeutsamer, als die Katholiken keine eigene Zeitung haben und den 475 Zeitschriften der Insel nur eine Wochenschrift und eine gutgeleitete Kulturzeitschrift gegenüberstellen können.

Die Aufgabe der Stunde

Generell gesehen, haben alle Missionen der Kirche mit der Herstellung von Druckwerken begonnen, als andere noch nicht daran dachten. Naturgemäß suchte man durch Herstellung von Katechismen, Gebet- und Erbauungsbüchern — meist sogar in Sprachen, für die seitens der Missionare erstmalig die phonetischen Ausdrucksmittel für den Druck gesucht werden mußten — vor allem den Bedarf des innerreligiösen Sektors zu decken. Dazu kam dann die schwere Aufgabe, biblische Geschichten und ganze Bibelübersetzungen herzustellen. Zuerst mußte alles in Europa gedruckt werden, dann schuf man Druckereien in den Missionen selbst, die nach wie vor mit solchen Aufgaben eigentlich voll

ausgelastet sind. Immer mehr aber machte sich das Bedürfnis geltend, mit religiösen Druckwerken in die profanen Lebensräume hineinzuwirken, schließlich sogar, Zeitungen und Zeitschriften zu schaffen, die zwar die Grundsätze der Kirche vertraten, aber primär dem ganzen weltlichen Lebensbereich dienen sollten. Auch an diese letztere Aufgabe machten sich die Missionare voll Idealismus und Selbstlosigkeit heran. Nur weil sie ohne Lohn arbeiteten, waren diese Anfangsunternehmungen finanziell überhaupt tragbar.

Nun aber fordert die technische Entwicklung der Presse und die kulturpolitische Lage der Missionsländer dringend die Ablösung der Missionare durch sachkundige Laien. Die Mission als solche kann viele Presseunternehmungen im weltlichen Sektor nicht mehr mit ihrer Autorität decken, sie hat auch nicht die finanziellen Mittel dazu. Hier ist der Punkt, wo die Loslösung aus einem alten Denk- und Verfahrensschema nur schwer gelingen will, wo aber anderseits den Missionaren aus der Solidarität der katholischen Presse der Welt heraus nicht die dringend notwendige Hilfe geboten wird, um im außerkirchlichen Bereich weltliche Presseunternehmungen auf katholisch-weltanschaulicher Basis zu schaffen. Auch verdeckt hier eine allzu enge Betrachtungsweise oft die gebotenen Möglichkeiten. Manchmal ist „katholische Presse" unmöglich, wohl aber kann man Einfluß auf die rein kommerzielle, weltanschaulich „neutrale" Presse gewinnen, indem man dort ein Team katholischer Redakteure hineinbringt oder indem man selbst solche kommerzielle Blätter gründet, in denen katholischer Geist unauffällig wirksam ist. Die Protestanten haben dies mancherorts erfolgreich getan. Notwendig für solche Gründungen ist technische Sachkunde, Kapital und eine Auswahl gut vorgebildeter einheimischer Redakteure. Gerade an letzteren fehlt es oft den katholischen Missionen. Manche haben die Opfer gebracht, solche Redakteure im Ausland ausbilden zu lassen. Hier ist noch fast alles zu tun. Es kann uns nicht mit Beruhigung erfüllen, daß Talente unter den einheimischen Katholiken heute in Paris und anderswo in den Redaktionen von Blättern ihrer Landsleute sitzen, die einen überspitzten unchristlichen Nationalismus predigen. Die Unterstützung der katholischen Presse in den Missionen ist für die Zukunft der Missionskirchen von höchster Bedeutung. Sie ist auch ein echtes Element der sog. Entwicklungshilfe, denn diese ist zuerst ein geistiges und sittliches, nicht ein materielles Problem. Wir hören viel von Patenschaften, die für Missionen, Kirchen, Krankenhäusern, Schulen übernommen werden, aber wenig von Patenschaften für katholische Pressewerke in den Missionen. Das einzige Institut für die Missionspresse, das alle Bedürfnisse auf diesem Gebiete zu fördern sucht, besteht in Paris. Seine 18 000 Mitglieder haben aber in zehn Jahren nur zusammen etwa 150 000 bis 200 000 DM aufbringen können. (Das Päpstliche Werk für Glaubensverbreitung gab im letzten Berichtsjahr für die Missionspresse 674 280 DM.) Besonders die katholische Presse in den altchristlichen Ländern müßte den Blick für die Notwendigkeiten der Stunde schärfen. Nicht umsonst richtete Pius XII. an den 5. Weltkongreß der katholischen Presse in Wien 1957 (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 57 f.) die Mahnung: „Besonders der Internationalen Union der katholischen Presse fällt die Aufgabe zu, eine tatkräftige Hilfe für die katholischen Zeitungen in den Missionsländern zu fördern, die allzuoft sich noch nicht selbst genügen können."

Der Hunger in der Welt: Hilfe für indische Parias

Bekanntlich wird das gesellschaftliche Leben in Indien durch die Kastenordnung geprägt. Eines der vier Prinzipien der hinduistischen Ethik, das Dharma, „Recht und religiöse Pflicht", bestimmt die Ordnung von Staat und Gesellschaft, letztere in der Form von Kasten. Die indische Kastenordnung ist also religiös begründet, ja sie ist, wie Wilhelm v. Pochhammer kürzlich schrieb (in „Moderne Welt", Heft 2, 1959, S. 128), „für viele Inder das wesentliche Element ihrer Religion, eine viel bedeutungsvollere Bindung als der vorgeschriebene Kult der Götter". Daraus erklärt sich auch, daß die staatliche Gesetzgebung, die schon 1950 die Hierarchie der Kasten offiziell abschaffte, bis heute — vor allem auf dem Land — sich nicht hat durchsetzen können.

So zählt Indien auch heute noch über 50 Millionen Parias, Menschen, die zu keiner Kaste gehören. Seit 1950 lautet ihre offizielle Bezeichnung „Scheduled Castes"; ähnlich wie die sog. Scheduled Tribes (Völker, die noch außerhalb der modernen Entwicklung leben, wie die Naga in Assam) versucht der Gesetzgeber sie in besonderer Weise zu schützen. Dennoch leben die Parias auch heute noch häufig außerhalb der Dörfer, in kleinen Weilern, weil es so der Wille der Kastenangehörigen ist. Ja sie haben zuweilen nicht einmal eine eigene Hütte. Sie sind außerstande, sich ihre Lebensbedingungen selbst zu geben.

Die wirtschaftliche Lage der Parias im Cuddapah-Distrikt

Letzteres gilt besonders für die Parias im Cuddapah-Distrikt. Dieser Distrikt liegt im Staate Andrah Pradesh, also im westlichen Teil Südindiens, 220 km nordwestlich von Madras. Alle Parias sind hier Landarbeiter. Ihre Löhne sind nicht geregelt. Der Betrag, der ihnen ausbezahlt wird, liegt meistens unter einer Rupie (= 80 Pfennig) täglich. Im allgemeinen wird der Lohn in Korn ausbezahlt. Das bedeutet, daß die Parias während der Tage, an denen sie Arbeit finden — denn selbst bei diesen Hungerlöhnen sind sie nicht sicher, arbeiten zu können —, versuchen, so viel zu arbeiten, daß der Lohn für zwei Mahlzeiten ausreicht. Während der Perioden jedoch, in denen es keine Arbeit für sie gibt, hängen sie von der Willkür der Pflanzer ab. Das indische Landwirtschaftsministerium hat festgelegt, daß die Parias im Cuddapah-Distrikt 189 Tage im Jahr in der Landwirtschaft und 29 weitere Tage in anderen Branchen arbeiten. Wenn keine Arbeitsmöglichkeiten für diese Landarbeiter vorhanden sind, leihen sie in bar oder in natura, unter der Bedingung, daß sie diese Darlehen durch ihre Arbeit in der Arbeitsperiode zurückbezahlen. Diese Darlehensbedingungen führen notgedrungen zu einer ständig wachsenden Verschuldung. Denn die verschuldeten Parias empfangen während der Arbeitsperioden keinen Lohn mehr; sie sind vielmehr verpflichtet, durch ihre Arbeitsleistung die Schulden, die sie in der arbeitslosen Periode gemacht haben, dem Geldverleiher, das ist im allgemeinen ihr Arbeitgeber, zurückzuzahlen. Um aber während der Zeit der Rückzahlung ihrer Schulden mittels ihrer Arbeitskraft leben zu können, müssen sie erneut Geld aufnehmen.

Wie der Erfahrungsbericht des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften, dem diese Angaben entnommen sind, betont, leben die Parias von Cuddapah praktisch im Zustand der Sklaverei. Sie können nicht mehr frei wählen, wann, wo und für wen sie arbeiten wollen,

„sondern sie sind gezwungen, ohne Lohn für denselben Arbeitergeber, der ihnen Geld leiht, zu arbeiten; ihm gehören jetzt ihre Dienste".

Hilfe ist schwierig

So gering ihr Arbeitslohn ist, so unzulänglich sind auch ihre Arbeitszeit und ihre Arbeitsbedingungen geregelt. Von außen her ist es kaum möglich, die wirtschaftliche Lage dieser Arbeiter zu verbessern. Nicht einmal der Regierung gelingt das. Denn die Zuschüsse, die die Regierung im Rahmen ihres Community Development Program den Kommunen gewährt, erreichen diese nicht im Kommunen zusammengefaßten Arbeiter nicht, und wenn sie sie erreichen könnten — was sich ja auf gesetzlichem oder administrativem Wege bewerkstelligen ließe —, so sind die Entwicklungsgelder für die Parias fast nutzlos, weil diese nicht der Lage sind, auch nur den geringsten Beitrag zu den verständlicherweise nicht sonderlich hohen Regierungsbeiträgen aus eigenen Mitteln aufzubringen.
Die Christlichen Gewerkschaften sind sich darüber im klaren, daß man diesen Menschen nicht durch Programme, Schulung und Organisation allein helfen kann. Zunächst kommt es darauf an, die verschuldeten Parias aus ihrer wirtschaftlichen Zwangslage zu befreien, indem man für sie Ausweichmöglichkeiten schafft. Das geschieht jetzt durch die Bereitstellung von Kornvorräten durch den IBCG, auf die die Parias während der arbeitslosen Zeit zurückgreifen, wodurch sie sich aus der sklavenähnlichen Abhängigkeit von ihren Arbeitgebern befreien können. Um dieses Ziel systematisch verfolgen zu können, haben die Christlichen Gewerkschaften die „Cuddapah District Cooley Sangham" gegründet. Die Cooley Sangham will wohl auch die Interessen der Arbeiter wahrnehmen, versteht sich jedoch selbst nicht als eine Gewerkschaft klassischen Stiles. Sie ist vielmehr eine Hilfsorganisation, die die rückständigen Pariaarbeiter in Cuddapah lehrt, wie sie sich auf eigene Füße stellen können. Die Durchführung dieser Formen Technischen und Sozialen Beistandes stößt jedoch auf außerordentliche Schwierigkeiten, weil die Pariaarbeiter zum Teil so stark von ihren Arbeitgebern abhängen, daß sie nicht einmal wagen, ihre Siedlungen zu verlassen. Außerdem haben sie Angst, sich informieren zu lassen, weil sie dann von ihren Arbeitgebern bedroht und geschlagen werden.
Trotz dieser Schwierigkeiten geben die Christlichen Gewerkschaften den Kampf um die Parias von Cuddapah nicht auf. Sie wissen, daß in Kürze die Kommunisten auch in diesem Distrikt Indiens ihre Losung „Freiheit für die Kulis" verbreiten werden und daß es entscheidend darauf ankommt, der kommunistischen Agitation den Boden zu entziehen. Bis jetzt betreut die „Cuddapah District Cooley Sangham" 2000 Mitglieder, teils aus eigenen Mitteln, teils aus Zuwendungen des IBCG. Notwendig wäre jedoch die Befreiung von 200 000 Menschen in Cuddapah.

Ökumenische Nachrichten

Die Zerreißprobe der Evangelischen Synode von Berlin-Brandenburg

Für eine katholische Zeitschrift, die um die Pflege möglichster Nähe und christlicher Solidarität zu den evangelischen Brüdern besorgt ist und oft genug daran erinnert hat, daß der innere Zusammenhalt der Evangelischen Kirchen in Deutschland von größerem Wert ist als eine fruchtlose Spaltung und Selbstparalyse, ist es sehr schwer, über die sich häufenden Krisensynoden zu berichten, Diese pflegen bis an den Rand des Bruches zu gehen, um, wie auch diesmal, mit einer Übereinstimmung, daß man verschiedener Meinung bleibe, zu enden. Die gefundene Lösung ist keine theologische, sondern eine pragmatische, so daß ein Bericht darüber das Vertrauen zu einem langsamen und stetigen Kirchewerden, wie es bei der VELKD zu beobachten ist, jedesmal neu erschüttert. Gewiß, ein evangelischer Bischof ist nicht Träger göttlicher Vollmacht wie der katholische Bischof, aber die Art, wie manche evangelische Theologen, die auf Karl Barth eingeschworen sind, mit Bischof Dibelius als einem „Häretiker" umgingen — ein Urteil, das doch wohl nur eine kirchliche Autorität fällen könnte —, läßt das Augenmaß für echte kirchliche Würde und Weisheit vermissen.
Bischof Otto Dibelius, dem man die Häresie des „Dibelianismus", des Denkens in „kirchlichen Fronten", anhängte wegen seiner Schrift über die Obrigkeit, ist nicht unser Bischof, und der Bericht der Herder-Korrespondenz zur Aussprache über dieses heikle Thema (ds. Jhg., S. 139 f.) ließ keinen Zweifel daran, daß Dibelius das Problem nicht gelöst hat. Aber darf man das geistliche Kapital einer echten menschlichen Autorität, die er verkörpert, vor den Augen des Widersachers derart verschleudern, wie es in Spandau geschah?

Gegen die atheistische Schulordnung

Die Vorgeschichte der außerordentlichen Synode der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg in Spandau (24.—29. Januar 1960), die den Streit um die Obrigkeitsfrage klären sollte, ist in dem oben genannten Bericht: „Ist jeder Staat Obrigkeit?" sowie in Situationsberichten über die Verschärfung des antikirchlichen Kurses in der DDR hinreichend dargelegt worden (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 433 f.). An sich hätte die Synode Anlaß gehabt, in der zentralen Frage des Widerstandes gegen die staatliche Unterdrückung gemeinsame Entscheidungen zu treffen. Es blieb aber wesentlich bei einer allgemein gehaltenen Kundgebung:
„Das Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR vom 2. Dezember 1959 und die Verordnung über die Sicherung einer festen Ordnung an den allgemeinbildenden Schulen vom 12. November 1959 haben die Voraussetzungen für eine totale sozialistische Erziehung geschaffen. Diese sozialistische Erziehung geschieht weithin im atheistischen Sinne. Die Besorgnisse der evangelischen Eltern um die christliche Erziehung ihrer Kinder sind berechtigt. Christliche Erziehung und kirchlicher Unterricht sind gefährdet. Die Durchführung der Christenlehre ist an vielen Orten behindert. Unsere Kirche kann die christliche Erziehung der Kinder nicht aufgeben."
Daher beauftragt die Synode die Kirchenleitung, Einspruch gegen die totale Beanspruchung der Kinder zu erheben und genügend Raum für die evangelische Unterweisung zu fordern. Eltern und Gemeinden sollen ermuntert werden, sich für die christliche Erziehung ihrer Kinder in Haus, Schule und Gemeinde einzusetzen.
Die Wirkung einer solchen Deklamation, nachdem die Synode in der vitalen Frage, die von Bischof Dibelius gestellt war, uneins blieb, ist gleich Null. „Christ und Welt" (4. 2. 60) schrieb mit Recht hierzu: „Es ist nicht so sehr Spaltung, was die Evangelische Kirche in Berlin-

Brandenburg und darüber hinaus in Deutschland gegenwärtig bedroht; die Spaltung könnte drohen, wenn die Zone eines Tages gegenüber ‚ihrer' Kirche eine ganz andere, lockend-korrumpierende Politik, eine Verführungspolitik, einleitete. Zur Zeit ist die Gefahr für die Kirche eher äußeres und inneres Absterben — äußeres infolge der kalten Abwürgungspolitik der Ulbricht-Regierung, inneres durch mangelnde Abwehrkraft, Zwist, Verwirrung und Undeutlichkeit in Sprache und Lehre. Diese Gefahren zu bannen, hat die Synode nicht vermocht ... Niemand kann aber auch die Synode tadeln, daß sie in dieser Hinsicht sich nicht mehr hat einfallen lassen. Der Abwehrkampf gegen den staatlichen Würgegriff muß in den einzelnen Gemeinden, so gut es geht, ausgekämpft werden. Keine Synode kann ihn den Pfarrern und Gemeindegliedern abnehmen. Was die Synode können sollte, ist, den Pfarrern und Gemeinden den Rückhalt klarer Lehre und Weisung zu geben. Dazu war sie nicht imstande."

Das Testament des Bischofs

So blieb das Hauptthema der Synode die Obrigkeitsfrage und die Bewältigung der an Meuterei grenzenden Opposition des „Weißenseer Arbeitskreises" — eines Ablegers der „Kirchlichen Bruderschaften" in Westdeutschland und geschworene Gemeinschaft auf die „Barmer Theologische Erklärung" von 1934 bzw. Fortsetzer der radikalen „Bekennenden Kirche" des Kirchenkampfes — gegen Bischof Dibelius. Dieser aber beherrschte die Synode durch seinen überlegenen Kampfstil.

Er begann mit seinem Tätigkeitsbericht, in welchem als Hauptforderung die Mobilisierung der Laien statt der Lehrstreitigkeiten stand. Er verteidigte seine Obrigkeitsthesen zu Römer 13 und kündigte eine ausführliche Schrift darüber an. Er gab sodann, den Gegnern den Wind aus den Segeln nehmend, bekannt, daß er im Herbst 1961, wenn sein Amt als einer der sechs Präsidenten des Weltrates der Kirchen erlösche, sowohl den Vorsitz im Rat der EKD wie das Bischofsamt für Berlin-Brandenburg niederlegen werde. Dann folgte sein „kirchliches Testament", das auf die Mehrzahl der 240 Synodalen tiefen Eindruck machte. Darin heißt es:

„Ich kenne diese meine Kirche mit ihren reichen Gaben und ihren Unzulänglichkeiten, unter denen ich oft gelitten, an denen ich auch selber teilgehabt habe. Aber ich glaube, daß mein Herr Jesus Christus diese seine Kirche nicht verworfen oder abgeschrieben hat ... Ich bitte diejenigen, die nach mir kommen, dieser Aufgabe eingedenk zu sein und niemals etwas anderes darstellen zu wollen als die Kirche dessen, der für uns gekreuzigt und auferweckt worden ist. Es muß bei dem Wort von Barmen bleiben ...: ‚Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben' (Artikel 1). Dafür, für nichts anderes steht die Kirche.

Ich bitte meine Kirche, sich niemals in ein Getto abdrängen zu lassen, sondern sich immer für das gesamte Leben unseres Volkes verantwortlich zu wissen, aber ich bitte sie mit ganzem Ernst, sich niemals den Mächten dieser Welt in die Gewalt zu geben. Ich bitte Gott, daß er die Kirche immer wieder frei mache von der Versuchung, den Geist der Agitation und der Propaganda, der vor ihrer Tür sein Wesen treibt, in ihre Mitte einzulassen ... Ich bitte Gott, daß er meiner Kirche, je schwerer ihr Leben wird, um so kräftiger den Geist der Einheit erhalte, der das Kleine klein und das Große groß zu sehen vermag ... Ich bete darum, daß die Zahl der Entschiedenen und Getreuen wachse, damit, wenn die Volkskirche zerfällt, die neue Bekennende Kirche bereitsteht, die die bewußten evangelischen Christen nur um so fester zusammenfaßt ... Ich bete für alle, die ein Amt in der Kirche haben, daß sie nicht mutlos werden, wenn die große geistige Krise dieser Zeit ihnen ihr Amt immer schwieriger zu machen scheint. Je schwerer das Amt, um so größer der Segen. Krisen gehen vorüber, Jesus Christus bleibt ...

Ich bete insbesondere für die, denen die Verhältnisse der Zeit das ganze Leben zur Last machen und die in Gefahr sind, müde zu werden. Es ist einer da, der den Müden Kraft gibt. Nicht die Verhältnisse entscheiden über des Menschen Leben, sondern der Glaube, der sein Kreuz zu tragen weiß. Und über diesem Glauben steht die Verheißung eines barmherzigen Herrn. In solchem Glauben habe ich mein Leben zu leben gesucht. Ich habe einst 1945 das Schuldbekenntnis unserer Kirche in Stuttgart formuliert. Einen Satz, und zwar den entscheidenden, hat Martin Niemöller eingefügt. Das übrige stammt aus meiner Feder. Ich will nicht aus der Welt gehen, ohne das, was wir damals gemeinsam bekannt haben, auch für mich persönlich zu bekennen. Auch ich gebe mir Schuld, daß ich ‚nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt habe'. Aber ich glaube an die Barmherzigkeit Gottes. Und wie ich selber jeden Tag aus der Vergebung Gottes gelebt habe, darum bitte ich auch die Menschen, an denen ich mich versündigt habe, mir zu vergeben, wie auch ich vergebe allen meinen Schuldigern."

Nach dieser ergreifenden Ansprache erhoben sich außer den vier Synodalen des „Weißenseer Arbeitskreises" und anfangs auch Professor Heinrich Vogel, ihrem Wortführer, alle Synodalen und hörten die Dankesworte des Präses Figur an den Bischof stehend an.

Ausbruch der Opposition

Naturgemäß wurde die Aussprache über die Obrigkeitsfrage in geheimer Sitzung des Plenums der Synode frei geführt. Dabei entstand ein Zwischenfall infolge der Heftigkeit der Angriffe von Heinrich Vogel, der darauf bestand, daß der Standpunkt der Opposition der Öffentlichkeit bekannt werde. Tatsächlich hat er dann seinen „Offenen Brief" an Bischof Dibelius in 300 Exemplaren ausgegeben und auch der Presse überreicht. Darin führt er Klage, daß Dibelius die Substanz seiner Auffassung vom Staat und vom Verhältnis des Christen zum Staat nicht widerrufen habe. (Bischof Dibelius hatte nur die Beispiele zur Begründung seiner Thesen zurückgezogen, die in der Tat weitgehendes Mißfallen fanden.) Vogel erregte sich vor allem darüber, daß Dibelius seinen Hörern weismachen wolle, Paulus habe bei Römer 13 gemeint, der römische Staat um das Jahr 50 sei ein Rechtsstaat gewesen, der sich an die allen Menschen von Natur eingepflanzten Moralgesetze gehalten habe. Das Entscheidende sei, daß die Mahnung des Apostels zur Treue gegenüber der Obrigkeit trotz Kaiserkult und Sklaverei gelte. Es handle sich da um ein Glaubensurteil, nicht um ein Werturteil. „Weil der Bischof dies verkennt, verkehrt er die eigentliche Intention dessen, was Römer 13 besagt, in ihr Gegenteil", und es fehle der Glaube an die Überlegenheit der Gnade Gottes. Das nenne er „Dibelianismus", der alle Predigten

des Bischofs durchsetze, und zwar von jeher. Freilich könne es geboten und notwendig sein, den offensiven Atheismus beim Namen zu nennen und zu enthüllen. Es komme jedoch darauf an, unter welchen Vorzeichen dies geschehe und in wessen Namen. „Der Atheismus will totgeliebt werden, damit die Brüder Atheisten es lernen, mit uns Gott zu loben ... Die Art und Weise, wie unter dem Vorzeichen des kirchlichen Frontdenkens den Atheisten die Wahrheit gesagt wird, ist mehr geeignet, die Verstockung zu erwirken als Erweckung." Wenn aus der Buße geredet werde, dann müsse uns der Atheismus in der eigenen Brust und in den eigenen Reihen mehr interessieren, der innere Abfall.

Es ist merkwürdig, daß die Gegner Römer 13 isolierten und nicht auch die Apokalypse Johannes heranzogen. Nur eine neutestamentliche und geschichtliche Gesamtsicht des Staates hätte den Konflikt lösen können. Aber man hoffte offenbar, das Nahziel, den Sturz des Bischofs, erreichen zu können, und das mißlang. Die hitzige Diskussion endete mit einer Entschließung, die zwar kein Vertrauensvotum für Dibelius darstellte, aber auch keine Mißbilligung.

„Die Provinzialsynode hat von den Darlegungen des Bischofs und dem Bericht der Kirchenleitung mit Dank Kenntnis genommen. Sie hat aus beiden ersehen, daß die in der Kirchenleitung vorhandenen Unterschiede in der Beurteilung wichtiger Sachfragen auf dem Gebiet der öffentlichen Verantwortung der Kirche eine gemeinsame Arbeit nicht verhindert haben. Es ist deutlich geworden, daß der Unterschied der Auffassungen in einem voneinander abweichenden Schriftverständnis seinen Grund hat und daß er sich auswirkt bis in die Folgerungen hinein... Ebenso ist in Erscheinung getreten, daß die Verschiedenheit eine fruchtbare Spannung bedeutet hat, die von letzter Einheit im Eintreten für das Evangelium umschlossen und gehalten war ..." Bischof Dibelius wird gedankt für seine Erläuterungen zu der als Privatdruck zum 60. Geburtstag von Bischof Lilje erschienenen Obrigkeitsschrift, und „der Bischof hat erklärt, er mißbillige den eigenmächtigen Nachdruck und die Verbreitung" der Schrift. Er bedauere, daß die darin enthaltenen Beispiele als Aufforderung zum Ungehorsam gegen die staatlichen Gesetze verstanden werden konnten; eine solche Aufforderung auszusprechen, habe ihm völlig ferngelegen. Er sei vielmehr auch persönlich willens, in seinem amtlichen Verkehr mit den Behörden der DDR und des „Demokratischen Sektors" von Berlin die dort geltenden Gesetze korrekt zu beachten wie bisher. Es werden sodann die Verleumdungen der Zonenpresse gegen den Bischof zurückgewiesen. Diese Entschließung wurde mit 182 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen bei 16 Enthaltungen angenommen.

Superintendent Schönherr faßte dann zusammen: Alle Versuche, die Vertreter der einzelnen Meinungen in den „kalten Krieg" hineinzuziehen, seien ungerechtfertigt. Eine Weisung an die Gemeinden habe man nicht finden können, und darum habe man auch keine Kompromißformel gesucht. Im praktischen Verhalten sei man ja einig: in den staatlichen Gewalten sehe man eine hilfreiche Einrichtung Gottes, „ihre Gesetze führen wir Christen mit Sorgfalt aus, und nur dann, wenn uns Dinge zugemutet werden, die gegen Gottes Gebote gehen, würden wir uns an das Wort halten, man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen". Dieses magere Ergebnis sei „der genaue Spiegel dessen, wie es um uns steht. Man kann nicht mehr geben, als man hat."

Von einiger Bedeutung ist allerdings der Beschluß, einen ständigen theologischen Ausschuß zu bilden, der zunächst die Frage von Römer 13 zu klären, dann aber wohl dem Bischof gewisse Beschränkungen aufzuerlegen hat. Ihm gehören u. a. an die Professoren Harder, Fischer, von Delius, Vogel, Gollwitzer sowie die Generalsuperintendenten Jacob und Braun.

Zum Schluß sei erwähnt, daß die Synode eine scharfe Kundgebung gegen die antisemitischen Vorfälle in der Bundesrepublik erließ.

Ein politisches Nachspiel?

Es steht zu vermuten, daß die Streitfrage nicht zur Ruhe kommen wird, obwohl sich die Gegner, Bischof Dibelius und Professor Vogel, zum Schluß freundliche Worte sagten und einander die Hand reichten. Denn außer dem „Offenen Brief" Vogels läuft eine Materialsammlung um, die die beiden Theologieprofessoren Martin Fischer von der Kirchlichen Hochschule in Zehlendorf bzw. Helmut Gollwitzer von der Freien Universität Berlin unter dem Titel „Dokumente zu Fragen der Obrigkeit" als „Violettbuch" veröffentlicht haben, das in der Presse der Sowjetzone und auf der bevorstehenden Synode der EKD seine Rolle spielen wird. Professor Fischer sprach sich nach einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (25. 1. 60) noch am Vorabend der Synode gegen eine „Ideologisierung" der Kirche aus, weil dabei ein Kampf Macht gegen Macht entstünde, bei dem der Mensch nicht berücksichtigt werde. Er befürwortete eine Koexistenz, wobei allerdings die Kirche das Recht beanspruchen müsse, der Obrigkeit die Wahrheit zu sagen.

Der Dekan der Theologischen Fakultät der Ost-Berliner Humboldt-Universität, Professor Fascher, hat von den an der Synode teilnehmenden Mitgliedern der Fakultät, Strasser, Vogel und Ellinger, verlangt, daß sie die Schrift von Dibelius ablehnen sollten. 22 Studenten und 12 Assistenten der Theologischen Fakultät hatten sich ebenfalls in diesem Sinne ausgesprochen. Das Zentralorgan der Sowjetzonen-CDU „Neue Zeit" vertrat eine Position, nach welcher der Christ sich damit zu begnügen habe, seinen Glauben zu bekennen, also kein Atheist zu sein. Im gesellschaftlichen Raum brauche es ihn aber nicht zu beirren, atheistischen Haltungen und Lebensformen zu begegnen, und er solle sie nicht ängstlich auf weltanschauliche Nebentöne abhören.

Noch vor Beginn der Synode fand zwischen den Generalsuperintendenten Braun, Potsdam, und Fuehr, Berlin-Ost, sowie den Superintendenten des Bezirks Potsdam eine Aussprache mit Vertretern der SED unter Beisein des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Eggerath, statt, um in einer „freundschaftlichen und offenen Atmosphäre" die laufenden Probleme zu erörtern und das Verhältnis zwischen Staat und Kirche zu verbessern. Man sieht daraus, daß die DDR versucht, unter Umgehung von Bischof Dibelius eine zonenfreundliche Opposition aufzubauen. Der Ausgang der Synode könnte sie darin bestärken.

Religionssoziologische Forschungen in Zentralrußland

Die Analyse der in Presse und Öffentlichkeit der Sowjetunion betriebenen sogenannten wissenschaftlich-atheistischen Propaganda zeigt, daß ihr Schwerpunkt heute in der Sektenbekämpfung liegt. Man spricht den Sektierern eine besondere Anhänglichkeit an ihre Lehre zu und hält sie im Vergleich zu den Orthodoxen

für stärker religiös orientiert. Diese Beurteilung wird durch den bekannten ethischen Rigorismus fast aller Sekten und das sie mit den Altgläubigen verbindende starre Festhalten an gewissen rituellen Äußerlichkeiten und Einseitigkeiten ihrer häretischen Ansichten gerechtfertigt. Die Forcierung einer Bekämpfung der Sekten ergibt sich ferner aus der Abwehr der latenten Gefahr, die die Sekten mit ihrer negativen Einstellung zum Staat noch immer bedeuten, sowie aus dem Umstand, daß sie institutionell und ideologisch viel schwerer aufspürbar sind als etwa die orthodoxe Kirche.

Nach den Forschungen von V. D. Bontsch-Brujewitsch ist in Sowjetrußland sehr wenig auf dem Gebiet der Sektenkunde getan worden, wohl nicht nur deshalb, weil die Abgeschlossenheit und Vielgestaltigkeit der sektiererischen Gemeinschaften ihre wissenschaftliche Erforschung außerordentlich erschwert, sondern wohl auch noch unter dem Eindruck der Sektenpolitik in den ersten Jahren nach der Revolution, als man die Sekten gegenüber der orthodoxen Kirche bevorzugte. Angesichts des Fehlens systematischer soziologischer Forschungen wurde vom Präsidium der sowjetischen Akademie der Wissenschaften und dem Koordinierungsausschuß für Fragen des Atheismus beschlossen, der Lage der religiösen Strömungen und insbesondere der Sekten vermehrte Aufmerksamkeit zu widmen, womit zugleich der allgemeinen Ausrichtung der antireligiösen Propaganda Genüge geleistet werden konnte.

Erste Erfahrungen erbrachte eine Expedition des Historischen Instituts der Akademie der Wissenschaften, die im Sommer 1959 im Gebiet Tambov arbeitete. Tambov liegt 400 km südöstlich von Moskau im zentralrussischen Schwarzerdegebiet. Das Gebiet Tambov wurde offenbar deshalb gewählt, weil es ehedem Entstehungs- und Ausgangspunkt einer großen Zahl russischer Sekten war.

Die Expedition arbeitete mit systematischen Befragungen der Anhänger und Prediger der Sektierergemeinden, mit Besuchen ihrer Gebetsversammlungen, Studium von Archivmaterial und Sammlung religiöser Dokumente. Dabei soll es zum ersten Male gelungen sein, Tonbandaufnahmen von religiösen Liedern der Sekte der Chlysten herzustellen.

Die Arbeiten der Expedition sollen in einem Sammelband veröffentlicht werden. Zunächst liegt eine summarische Zusammenfassung der Ergebnisse durch die Abteilung für Atheismus im Philosophischen Institut der Akademie der Wissenschaften vor, die bereits wichtige Schlüsse hinsichtlich der Zusammensetzung der Sektierergemeinden, der heutigen Sektierer-Ideologie und des allgemeinen Charakters der religiösen Strömungen im Gebiet Tambov gestattet. Ausdrücklich wird hierin der lokale Charakter der einzelnen Feststellungen vermerkt. Zusammensetzung und Dynamik der Gemeinden könnten anderswo ganz anders sein; man müsse auch damit rechnen, daß in anderen Gebieten der Sowjetunion eine Zunahme der Sektentätigkeit stattfindet.

Der Bericht nennt folgende Sekten, die im Gebiet Tambov noch bestehen und ihre Predigt ausüben: die (vereinigten) Evangeliumschristen und Baptisten, Molokanen, Chlysten, Sabbathfaster (Subbotniki) und Adventisten des Siebenten Tages.

Schwindende Anhängerzahlen der Sekten

Die Expedition kam zu der Feststellung, daß das Sektentum im Gebiet Tambov in den letzten 40 Jahren mit ständig zunehmender Schnelligkeit degeneriert und zerfällt. Dies beweisen die heutigen Feststellungen im Vergleich zu den statistischen Angaben der Tambover Gendarmerieverwaltung vom Jahre 1915 und zu sowjetischen Angaben aus den zwanziger Jahren. Folgende Beispiele veranschaulichen den Prozeß:

Anhänger der Molokanen und Sabbathfaster in Stadt und Rayon (früher Dorf und Amtsbezirk) Rasskazovo, 30 km östlich von Tambov

1915	1924/26	1959
4673	1000	100

Molokanen in Mitschurinsk (früher Kozlov), 70 km westlich von Tambov

1915	1959
600	30

Sektierer in Stadt und Rayon (früher Dorf und Kreis) Kirsanov, 100 km östlich von Tambov

1915		1959
716	Molokanen	—
67	Baptisten	40
316	Chlysten	—
19	Adventisten	—
163	Altgläubige	—

Die Abnahme der Sekten wird noch deutlicher, wenn man die erhebliche Bevölkerungszunahme in den genannten Gebieten berücksichtigt.

Bei der Erörterung der Lage der Baptisten verweist der Bericht auf die „aktive Predigttätigkeit" gewisser Sekten in anderen Teilen der Sowjetunion, wo sie im Vergleich zur Zeit vor der Revolution sogar zugenommen hätten. In erster Linie sind damit die Baptisten gemeint. Diese seien jedoch zusammen mit den anderen Sekten im Gebiet Tambov ebenfalls erheblich im Rückgang begriffen.

Baptisten im Gebiet Tambov

1915	1959
2500	700

In Rasskazovo halte sich die Baptistengemeinde schon mehrere Jahre mit nur 60 Mitgliedern (davon nur 4 Männer), die durchschnittliche Besucherzahl der Gebetsversammlungen betrage nur 25—30.

Zusammensetzung der Sektierergemeinden

Bezeichnend ist die von Jahr zu Jahr abnehmende Zahl jugendlicher Anhänger. Heute sind Sektierer unter 40 Jahren höchst selten.

Altersgruppierung der Sabbathfaster in Rasskazovo

1924/26		1955
41 % = 327	unter 30 Jahren	—
36 % = 290	30—50 Jahre	—
23 % = 184	darüber	30 (über 60 Jahren)

Folgende Tabelle veranschaulicht die Schnelligkeit des Vergreisungsprozesses besonders deutlich:

Altersgruppierung der Molokanen in Rasskazovo

1949		1959
50 %	ältere Jahrgänge	85 %
30 %	mittlere Jahrgänge	15 %
15 %	Jugend	—
157	Mitglieder insgesamt	46

Baptisten in Mitschurinsk und Dörfern der Umgebung

1922	1937	1959
350	250	100

(Von 90 im Raum Mitschurinsk 1959 befragten Baptisten waren 60 über 60 Jahre, 28 zwischen 40 und 60 Jahren und 2 unter 40 Jahre alt.)

Der soziologische Befund der Expedition (zumindest in der Darstellung der Abteilung für Atheismus im Philosophischen Institut) trägt die Züge des üblichen klassenkämpferischen Schemas: die Sekten im Gebiet Tambov bestehen vorwiegend aus Leuten, die keine öffentlich-produktive Arbeit leisten, mit der sozialistischen Arbeit nichts gemein haben und als Einzelhandwerker, Einzelbauern und nicht arbeitende Hausbesitzer in sich abgeschlossene und ständig sich verringernde Kollektive bilden. Die 100 Chlysten in Rasskazovo verdienen ihren Lebensunterhalt durch Verkauf von Gemüse, Getreide und Früchten. Äußerst selten treffe man unter den Sektierern auf Arbeiter und Angestellte. 1924/26 wiesen die Sabbathfaster von Rasskazovo noch 179 Arbeiter auf (heute null), bei den Molokanen verringerte sich ihre Zahl von 27 im Jahre 1949 auf 5.

Die Mehrheit der Sektierer sind Frauen. Bei den Baptisten in Mitschurinsk sind es 73 %.

Die sektiererische Ideologie hat, wie der Bericht versichert, keine irgendwie erhebliche Verbreitung unter Arbeitern, Angestellten und Kolchosbauern. Das Schicksal vieler Sektierergemeinschaften im Gebiet Tambov hänge an einem überalterten Mitgliederbestand, der ununterbrochen abnimmt. In den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren sei mit einem völligen Verschwinden der Chlysten, Sabbathfaster und Molokanen zu rechnen.

Die sektiererische Ideologie

Die Expedition kam zur Auffassung, daß von einem sektiererischen „Schaffen" keine Rede mehr sein kann und daß die verschiedenen Lehren in ihren traditionellen Vorstellungen erstarrt sind. Indem sie einerseits die allgemein christlichen Dogmen akzeptieren, konzentrieren die Prediger ihre Aufmerksamkeit auf gewisse Punkte, die für die einzelnen Sekten spezifisch sind. So predigen die Baptisten besonders gerne über die evangelische Liebe, den Frieden, das „himmlische Vaterland" und die „Arbeit für Gott". Mit gewisser Verwunderung registrierte man in den Predigten der Baptisten Gedankengänge über die „baldige Ankunft Christi", über das „Jüngste Gericht", die für die Baptisten im allgemeinen nicht charakteristisch seien.

Die meisten Sektenprediger rücken moralische Probleme in den Vordergrund und beanspruchen das Monopol der höchsten menschlichen Tugenden. „Die Welt liegt in der Sünde", sagen die Gläubigen, „nur bei uns wird ein sittliches Leben geführt." Häufig wird dabei die eigene Lehre in Gegensatz zur „toten" und „heuchlerischen" Lehre der Kirche gesetzt, die von „betrügerischen Popen" verbreitet werde.

Sogar bei den Molokanen, die bisher am meisten eine „geistige" Interpretation der christlichen Dogmen vertraten, werden dogmatische Fragen überhaupt nicht mehr behandelt. Der tiefere Sinn und Inhalt ihres Glaubens erschöpfe sich in den sittlichen Prinzipien der Liebe, Sanftmut und des Allverzeihens, und gerade von molokanischer Seite wurde den Expeditionsmitgliedern die Identität der sektiererischen mit der kommunistischen Moral versichert. Jetzt breche die von ihrer Lehre angekündigte Zeit evanlischer Liebe und Brüderlichkeit auf Erden an, sagen sie. Ähnlich sprachen sich auch die Baptisten aus. Der Berichterstatter sieht sich hier genötigt, eine Bemerkung über den tatsächlichen Unterschied zur „kommunistischen Moral" einzuflechten: diese lehne die Predigt der menschlichen Ohnmacht, die Suche nach einer „himmlischen Heimat" und die Vorstellungen von einer „Arbeit für Gott" entschieden ab. Wenn aber derartige Vorstellungen bei den Gläubigen noch häufig anzutreffen seien, so müsse man sich ernsthaft mit ihrer Kritik befassen. Tatsächlich ist die Abhebung der „kommunistischen Moral" von der christlichen und sektiererischen einer der Schwerpunkte der antireligiösen Propaganda in der Sowjetunion.

Die in der Vergangenheit von den Sektierern so gewissenhaft beachteten äußeren Verhaltensnormen spielen, wie weiter festgestellt wird, heute kaum noch eine Rolle. So sind Ehen von Molokanen mit Andersgläubigen keine Seltenheit mehr. Man hält sich auch nicht mehr an das traditionelle Gebot der „Nüchternheit" und ißt Schweinefleisch. Als Ausnahme werden die Baptisten genannt, deren religiöse Disziplin äußerst streng befolgt werde.

Von den Motiven der Zugehörigkeit zu den Sekten nennt der Bericht einmal die Familientradition. Wenn sich aber die Menschen dem Glauben zuwendeten — hier erfährt man überraschenderweise, daß Beitritte zu den Sekten auch in den letzten zehn Jahren stattfanden —, so seien meistens ein persönliches Unglück oder Mißgeschick ausschlaggebend gewesen. „Aller Kummer kommt von Gott, und der Herr wird uns für unsere Leiden belohnen", sagten viele Gläubigen zu den Expeditionsmitgliedern. Hieran knüpft der atheistische Berichterstatter folgende kommunistische Belehrung: „Am Beispiel dieser Reden konnte man den schädlichen, antihumanistischen Charakter des ‚religiösen Tröstertums' erkennen, dessen Sinn darin besteht, die Gläubigen aufzufordern, ‚sich der Leiden zu rühmen', seelische und physische Gebrechen für ‚nützlich' zu halten und den Menschen den Gedanken einzuflößen, daß Betrübnis und Kummer ein normaler, ja sogar ein ‚gnadenhafter' Zustand sind."

Die orthodoxe Kirche im Gebiet Tambov

Diese Einstellung dürfte für die russische religiöse Psyche allgemein kennzeichnend sein, insbesondere auch für die Gläubigkeit im Rahmen der Orthodoxie und ihrer Kirchlichkeit. Aber der Bericht kritisiert nur die sektiererische Haltung, die Orthodoxen werden offensichtlich geschont.

Über die orthodoxe Kirche unter dem Moskauer Patriarchen sind nur knappe Angaben im Bericht zu finden. „Wie die Tatsachen zeigen", heißt es, „hält sie ihren Einfluß noch aufrecht." So versammelten sich z. B. am Epiphaniasfest in den letzten Jahren Hunderte von orthodoxen Gläubigen der Stadt Mitschurinsk am Fluß zur traditionellen Wasserweihe, wobei einige im eisigen Wasser badeten. Die Religiosität der orthodoxen Bevölkerung äußere sich hauptsächlich an den zwölf hohen Feiertagen der orthodoxen Kirche. An gewöhnlichen Tagen und sogar an Sonntagen werde die Kirche nur von 100—150 Personen besucht, deren Mehrheit vorwiegend aus Frauen und aus Personen hohen Alters bestehe (Mitschurinsk hatte 1939 70 000 Einwohner).

Hat die orthodoxe Kirche ihre Stellung unter anderem auf Kosten der Sekten halten können? Der Bericht spricht nicht von einem Abwandern der Sekten im Gebiet Tambov zur Kirche. Die Begründung für den deutlichen Rückgang der Sekten ist allerdings recht fadenscheinig und zeigt das Gepräge des durch die Wirklichkeit vielfach widerlegten ideologischen Sowjet-Schematismus. Es heißt: „Der endgültige Sieg des Sozialismus in Stadt und Land, die Reorganisation der Landwirtschaft nach sozialistischen

Grundsätzen, das unentwegte Wachstum der Kultur und Bewußtheit der Massen, alles das hat die Grundlage der Sektenbewegung völlig untergraben; diese ist in ideeller und organisatorischer Hinsicht zum Überbleibsel der Vergangenheit geworden."

Warum, fragt man sich, ist die orthodoxe Kirche im Gebiet Tambov nicht ebenfalls von dem Faktor des „siegenden Sozialismus" betroffen (wird ja doch dieses Argument in der antireligiösen Propaganda durchaus auch gegen die orthodoxe Kirche gerichtet!)? Wenn bei den Orthodoxen die „sozialistische Wirklichkeit" wenig verfangen hat, sollten sich gerade die für ihre Standhaftigkeit bekannten Sektierer unter ihrem Eindruck gänzlich von jedem religiösen Glauben abgewandt haben? Haben sich vielleicht viele Sektierer der orthodoxen Kirche zugewandt?

Jedenfalls dürfte die orthodoxe Patriarchatskirche, die zwischen dem Sowjetatheismus und dem Sektentum einen schwierigen Kampf zu bestehen hat, über den von der Expedition festgestellten Schwund der Sekten im Gebiet Tambov sehr befriedigt sein, da die sektiererische starre Einseitigkeit für die Kirche unter Umständen eine größere Gefahr bedeutet als der religiös voraussetzungslose Atheismus.

Entschleiertes Geheimnis der „Katakombenkirche"

Die Expedition erbrachte ein weiteres Ergebnis, das innerhalb der Kreise um das Moskauer Patriarchat Genugtuung auslösen dürfte. Sie erstreckte ihre Beobachtungen auch auf solche religiöse Gruppen, die sich in der Gegnerschaft gegen die ihnen zu staatshörige Position des Moskauer Patriarchats von diesem trennten und als „wahrhaft orthodoxe Christen" oder als „wahrhaft orthodoxe Kirche" auch im Gebiet Tambov eine rege Predigttätigkeit entfalteten. Nebenbei erfährt man, daß sich die Sowjetpresse in letzter Zeit wiederholt mit diesen religiösen Gruppen befaßt hat (offenbar die lokale, nicht die zentrale Presse). Anscheinend hat man bisher diese Gruppen mehr oder weniger zum traditionellen Sektentum gerechnet, zweifellos deshalb, um das Skandalon einer die Loyalität der offiziellen Kirche zum Sowjetstaat mißbilligenden kirchlichen Absplitterung zu vertuschen. Die Expedition hat nun öffentlich bekanntgegeben, daß die Anschauungen dieser Gruppen tatsächlich nicht den Sekten nahestehen, im Gegenteil traditionell orthodox sind und eine „Modifikation der Ansichten jener kirchlichen Monarchisten darstellen, die sich von der Patriarchatskirche zu der Zeit trennten, als sich diese für ein loyales Verhältnis zur Sowjetmacht ausgesprochen hatte". Obwohl sich einige der Befragten als Anhänger der Tichon-Richtung bezeichneten, glaubt die Expedition sie doch als Nachfolger jener „monarchistischen" und „Kulaken"-Gruppen betrachten zu müssen, die erst zur Zeit der Kollektivierung entstanden und zur Sabotage der sowjetischen Maßnahmen aufriefen. Hiermit macht sich der Befund der Expedition die Auffassung der Moskauer Patriarchatskirche zu eigen, die an die Loyalitätserklärungen des Patriarchen Tichon nach seiner Haftentlassung und in seinem Testament anknüpft und die Inanspruchnahme der Tichon-Tradition für eine antisowjetische Polemik verwirft.

Die Gegnerschaft der „wahren orthodoxen Christen" und der „wahren orthodoxen Kirche" zur offiziellen Kirche zeigt sich darin, daß ihre Anhänger die Geistlichen der offiziellen Kirche als „Diener des Antichrist" brandmarken und ihre Kirchen meiden. Ihre an sich orthodoxe Lehre ist von einer besonderen Hervorhebung der Predigt vom baldigen Weltuntergang und des „Jüngsten Gerichts" über die Menschheit bestimmt. Unter Hinweis auf die biblischen Prophezeiungen (Daniel, Jesajas usw.) sieht die „wahre orthodoxe Kirche" unsere Zeit an der Schwelle zum Weltuntergang, da der Antichrist herrscht. Dieser sucht die Menschen in seine Netze zu ziehen, denen der Gläubige achtsam entgehen muß. So darf er nicht im Kolchos arbeiten, muß sich jeder öffentlichen Arbeit und der Wahlen enthalten, darf keine öffentlichen Anleihen zeichnen usw.

Die Anschauungen dieser orthodoxen Splittergruppen sind denen der russischen Emigrantenkirche (konservative, monarchistische Richtung) außerordentlich nahe, um nicht zu sagen identisch. Dem Kenner der russischen Geschichte muß gleichzeitig die Ähnlichkeit mit der Ideologie der Altgläubigen auffallen. Wenn jetzt die Expedition der Akademie der Wissenschaften die Existenz dieser das Moskauer Patriarchat ablehnenden Gruppen offiziell enthüllt, wird die Emigrantenkirche darin eine Bestätigung ihrer These von der Existenz einer die wahre Orthodoxie repräsentierenden „Katakombenkirche" erblicken. Anderseits bestätigt das Expeditionsergebnis aber die von uns und anderen Beobachtern immer wieder geäußerten Zweifel an der zahlenmäßigen Bedeutung und Organisiertheit jener Gruppen, die die Bezeichnung „Katakombenkirche" zuließe.

Da die genannten Gruppen die offenen orthodoxen Kirchen nicht benutzen, dienen ihnen heilige Quellen und ähnliche Wallfahrtsorte als Kultstätten, an denen sich ihre Anhänger treffen. Bis vor kurzer Zeit habe es im Gebiet Tambov zahlreiche solcher Stätten gegeben, an denen sich Massen von Gläubigen zu den großen kirchlichen Festen versammelten. Scharlatane und Betrüger geben sich dabei als „Propheten", als ehemalige Kirchenführer, die „für den Glauben gelitten hätten", und sogar als überlebende Mitglieder der Zarenfamilie aus. Doch seien solche Erscheinungen in letzter Zeit kaum noch zu beobachten.

Rückgang der kirchlichen Schismen

Die stärkste Aktivität der „wahren orthodoxen Christen" und der „wahren orthodoxen Kirche" bezieht der Bericht, ohne von den Vorkriegsjahren zu sprechen, auf die Jahre 1948—1950, als ihre Führer unter Ausnutzung der Nachkriegsschwierigkeiten die Gläubigen mit „antisozialen Ansichten" zu beeinflussen suchten und Mitglieder warben. Als wichtige Bestätigung durch die kirchliche Dokumentation können wir hierzu eine von uns vor zehn Jahren gebrachte Meldung heranziehen. Im September 1947 äußerte der Bischof von Tambov und Mitschurinsk seine Betrübnis über jene Christen, die sich nur so nennen, in Wahrheit aber Sektierer und sogenannte „Selbstweiher" seien, die das Heiligtum der Kirche Gottes nicht anerkennen, die orthodoxe Kirche und ihren Patriarchen schmähen und sich selbst das Recht beilegen, den orthodoxen Christen die Weihehandlungen der Kirche darzubringen. „Nur sich selbst halten sie für orthodoxe Christen. Diese Leute sind Feinde der orthodoxen Kirche, und ich schließe sie aus der Gemeinschaft der Gläubigen aus" (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., S. 357). In der Emigration wurde dies damals als Bestätigung für die Existenz einer „Katakombenkirche" angesehen, wogegen das Moskauer Patriarchat ausdrücklich argumentierte, die Existenz einer kleinen Zahl von Sektierern (!) gäbe nicht das Recht,

diesen die Bezeichnung „Katakombenkirche“ beizulegen (ebd.).

Laut Expeditionsergebnis bestehen die genannten Gruppen heute aber praktisch nicht mehr als organisierte Gemeinschaften. Viele ihrer Anhänger — auch Führer — hätten ihre früheren Ansichten und ihre frühere Tätigkeit aufgegeben (es wird wiederum nichts darüber gesagt, ob sich diese Kreise der offiziellen Kirche angeschlossen haben). „Die antisozialen Forderungen, mit denen sich die religiösen Fanatiker einstmals an die Gläubigen wandten — Ablehnung der Arbeit in den Kolchosen, Verweigerung der Beteiligung an den Wahlen usw. —, stoßen heute allenthalben auf Widerstand.“ Da die offizielle Kirche ihrerseits diese „gesellschaftswidrige Haltung“ verwirft, kann angenommen werden, daß sie sich innerhalb dieser Absplitterungen bis zu einem gewissen Grade durchgesetzt hat. Von der „wahren orthodoxen Kirche“ hat sich nach Feststellungen der Expedition lediglich eine sehr kleine Zahl „religiöser Fanatiker“ gehalten, die als Reste der reaktionären Geistlichkeit ein zurückgezogenes Leben führen und keinerlei aktive Predigttätigkeit betreiben.

Die Gründe, die der Expeditionsbericht (in seiner Darstellung durch die Abteilung Atheismus im Philosophischen Institut der Akademie der Wissenschaften) für das Verschwinden auch dieser religiösen Gruppen anzugeben weiß, erschöpfen sich wiederum im Hinweis auf „bedeutende Fortschritte im kulturellen Wachstum der Sowjetmenschen“, auf die „Entwicklung und Festigung der Kolchos-Struktur“. Die Hebung des materiellen Wohlstandes der Bevölkerung und jeder einzelnen Familie habe die „antisozialen Anschauungen“, die sich für den „wahren Glauben“ ausgaben, zurückgedrängt. Eine große Rolle habe ferner die zunehmende politische Reife der Bevölkerung gespielt, die Vermehrung der Klubs, Bibliotheken, Schulen usw. Doch gebe es immer noch Einzelfälle von „Seelenfang“ durch die religiösen Fanatiker. Da sich einzelne Anhänger der genannten orthodoxen Gruppen auch in anderen Teilen der Sowjetunion bis heute halten konnten, erfordere das Phänomen eine aufmerksame Beobachtung (über das Problem einer „Katakombenkirche“ vgl. ferner Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 44 und 245; 8. Jhg., S. 486).

Für korrekte ökumenische Berichterstattung

In dem um sich greifenden ökumenischen Gespräch zwischen Orthodoxen und Protestanten macht sich auf protestantischer Seite zuweilen ein Enthusiasmus bemerkbar, der von einer bedenklichen Fehleinschätzung besonders der dogmatischen Position der orthodoxen Kirche zeugt.

Gewiß, die betont freundliche Schwenkung der Russischen Kirche, deren „große Sympathie“ für die Ökumenische Bewegung durch den Metropoliten Nikolai dem auf Rhodos tagenden Zentralausschuß des Weltrats der Kirchen gegenüber zum Ausdruck gebracht wurde, berechtigt zu manchen Hoffnungen (vgl. ds. Jhg., S. 222). Im Oktoberheft des Journals des Moskauer Patriarchats wurde ein zwölf Seiten langer Bericht der beiden Beobachter veröffentlicht, die von der Russischen Kirche nach Rhodos entsandt worden waren. Mit großer Genugtuung werden hierin der „außergewöhnliche Eindruck“ und die „einmütigen, aufrichtigen und langanhaltenden Beifallskundgebungen“ vermerkt, mit denen die Versammlung auf Rhodos „in einer mächtigen Ovation“ auf die Botschaft des Metropoliten Nikolai reagiert habe. Besonders bemerkenswert ist das Urteil der russischen Beobachter über das theologische Grundsatzreferat des Heidelberger Professors D. Edmund Schlink über das Thema „Die Bedeutung der östlichen und westlichen Tradition im Christentum“. Der Vortrag Schlinks, „eines großen Kenners der Orthodoxie“, habe sich durch hohes wissenschaftliches Niveau, Gewissenhaftigkeit und große Sympathie zur Orthodoxie ausgezeichnet. „Von den Protestanten hat noch niemand so über die Orthodoxie gesprochen“ (a. a. O. S. 53).

Wir meinen, daß solche ehrlichen theologischen Bemühungen nicht die Atmosphäre für einen Enthusiasmus abgeben sollten, der die Unterschiede verwischt und leicht mißverstanden werden kann. Zumindest sollte die Berichterstattung sich befleißigen, bestehende Unterschiede beim Namen zu nennen.

In einem gewissen Zwielicht scheint uns eine Stelle der vom Ökumenischen Pressedienst verbreiteten deutschen Übersetzung der oben erwähnten Botschaft des Metropoliten Nikolai zu stehen. Da wir selbst durch Zitieren der falschen Übersetzung zum Opfer gefallen sind, muß diese hier korrigiert werden.

Die von uns zitierte Stelle aus der Botschaft Nikolais lautete nach der Übersetzung des Ökumenischen Pressedienstes: „Jedoch halte ich es für notwendig, die Hoffnung auszusprechen, daß die sozialen Anliegen des Weltrats der Kirchen nicht die Hauptaufgabe der Ökumenischen Bewegung überschatten mögen, die *durch verschiedene Auslegungen* zerstörte Einheit im Glauben wiederherzustellen“ (vgl. ds. Jhg., S. 222). Jedem mit dem Verhältnis der orthodoxen Kirche zum Weltrat und zum Protestantismus Vertrauten mußte diese Formulierung seitens eines orthodoxen Hierarchen in der Tat zweifelhaft erscheinen. Bei Drucklegung des Februarheftes der Herder-Korrespondenz hatten wir leider nicht die Möglichkeit, festzustellen, daß der im Journal des Moskauer Patriarchats veröffentlichte russische Originaltext tatsächlich nicht von „verschiedenen Auslegungen“ des Glaubens spricht, sondern von der wiederherzustellenden „Einheit des *durch verschiedene Entstellungen* geteilten Glaubens“ (russ. iskashenije = Verzerrung, Entstellung). Während die Übersetzung „verschiedene Auslegungen“ der Russischen Kirche eine konziliante dogmatische Haltung unterschiebt, zeigt die richtige Übersetzung ihre wahre Position an.

Hirtenworte in die Zeit

Erneuter Aufruf der deutschen Bischöfe „gegen Hunger und Krankheit in der Welt"

Wie im vergangenen Jahr (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 242—244) hat der deutsche Episkopat auch in diesem Jahr wieder die Gläubigen zu einer Fastenaktion aufgerufen, deren Ertrag mithelfen soll, Hunger, Krankheit und Not in aller Welt zu überwinden. Das gemeinsame Hirtenwort wurde am 21. bzw. 28. Februar 1960 in allen Kirchen verlesen. Es hat folgenden Wortlaut:

Als wir vor Jahresfrist euch zum Fastenopfer gegen Hunger und Krankheit in der Welt aufgerufen haben, dachten wir nicht, daß unsere Bitte einen solchen Widerhall in euren Herzen finden würde. Voll Freude habt ihr eure Gabe in reichem Maße gespendet und mit diesem Opfer euer Gebet für fremde Menschen in fernen Ländern verbunden, wie sie in Christus unsere Brüder sind.

Eure helfende Tat hat in der Welt ein frohes Echo gefunden. Der Heilige Vater hat in einem Schreiben seine Anerkennung und seinen Dank ausgesprochen. Auch viele Bischöfe jenseits der Meere danken euch heute für das Große, was ihr hungernden und kranken Menschen in den Missionsländern getan habt.

Wir haben eure Spende als ein uns anvertrautes Gut sorgsam verwaltet. Ein Bischöfliches Werk wurde geschaffen. Es hat mit größter Gewissenhaftigkeit alle Bitten geprüft, die aus der ganzen Welt eingegangen sind. Ein Teil der Fastenkollekte wurde für direkte Nothilfe dort eingesetzt, wo durch Erdbeben, Feuersbrünste, Wirbelstürme, Überschwemmungen, Hungersnöte oder Seuchen eine besondere Notlage eingetreten war. Mit dem größeren Teil wurde versucht, nicht nur die Folgen, sondern vielmehr die Ursachen der Not zu beheben, die ständig neues Elend erzeugen.

Brunnen werden gebohrt, wo die Menschen krank sind, weil sie verseuchtes Wasser trinken. Bewässerungsanlagen werden geschaffen, um neues Kulturland zu gewinnen. Neues Saatgut, Gerät und Vieh wird geliefert, wo einseitige Ernährung die Ursache tropischer Krankheiten ist. Die Menschen in Afrika, Indien und anderswo werden gelehrt, ihren Boden besser zu bestellen. So wird mit eurer Gabe, wer der Hilfe bedarf, in die Lage versetzt, sich selbst zu helfen und auch dem notleidenden Nachbarn beizustehen. Eure Spende vervielfältigt sich gleichsam auf diese Weise und wird in jedem Jahr von neuem Frucht tragen.

Aber die Not in der weiten Welt ist groß! 35 Millionen Mark habt ihr im vorigen Jahr gegeben. Über 100 Millionen hätte es aber bedurft, um allein die bis jetzt vorliegenden Bittgesuche berücksichtigen zu können.

So müssen wir auch in diesem Jahr an eure Hilfsbereitschaft und eure Großmut appellieren. Die Bevölkerung der Erde wächst schneller als die Lebensmittelerzeugung. So wird die Not von Tag zu Tag größer. Das muß nicht so sein: Gott hat die Erde groß und reich genug geschaffen, um den Hunger aller Menschen stillen zu können. Der Bodenertrag kann in den unterentwickelten Ländern noch um ein Vielfaches gesteigert werden. Aber diese Völker bedürfen unserer Starthilfe, um ihr Elend überwinden zu lernen. Jahrzehntelang hat Europa seinen Reichtum aus den Rohstoffen der Kolonialländer bezogen. Nun ist die Stunde gekommen, um einen Ausgleich zu schaffen. Unser Überfluß soll ihrem Mangel zu Hilfe kommen, damit niemand Not zu leiden braucht. Was wir so an materiellen Gütern opfern, wird uns selbst reich machen an geistigen Schätzen, die bei Gott hinterlegt sind.

Wir rufen euch zu Beginn der Fastenzeit wieder zu dieser Hilfe auf. Aus unserer Buße und Selbstüberwindung, ohne die wir vor Gott nicht bestehen können, soll zugleich das Werk der Liebe für unsere notleidenden Brüder erwachsen. Als der heilige Apostel Paulus für die notleidende Muttergemeinde in Jerusalem eine Sammlung durchführen wollte, hat er die Korinther aufgefordert, an jedem ersten Wochentag einen den persönlichen Verhältnissen entsprechenden Betrag zurückzulegen (1 Kor. 16, 2). So bitten wir euch, in jeder Woche der Fastenzeit so viel zu sparen, daß ihr am Passionssonntag eine Gabe vor dem Altar niederlegen könnt, die ein wirklich spürbares Opfer für euch bedeutet. „Jeder gebe nicht in Verdrossenheit oder Zwang, denn einen fröhlichen Geber hat Gott lieb" (2 Kor. 9, 7). So allein wird eure Spende euch selbst den größten Segen bringen, denn Gott wird euer Lohn sein.

Wir möchten euch aber noch einen besseren Weg der Liebe zeigen. Die Völker in Not brauchen nicht nur unser Geld. Sie bedürfen auch der Menschen, die ihnen Helfer und Ratgeber sein können. Sie brauchen hochqualifizierte Fachkräfte, um ihre Not zu überwinden, Menschen, die bereit sind, während einiger Jahre ihres Lebens ihre Fachkenntnisse und ihr warmes Herz in den Dienst der notleidenden Brüder in den Entwicklungsländern zu stellen. Ein solches Opfer wird ein leuchtendes Zeugnis der Liebe Christi in der Welt sein.

Wir Bischöfe hoffen zuversichtlich: Unser diesjähriger Aufruf wird ein gleiches Echo, ja eine noch größere Wirkung als der letztjährige haben. Die Fastenaktion im Jahr des Eucharistischen Kongresses soll die Gabenbereitung sein für die große Eucharistiefeier, die wir mit den Vertretern aller Völker der Welt in München begehen werden. Wir wollen unsere Gabe mit dem Opfer Christi vereinen, damit sie „Brot für das Leben der Welt" werde.

Die Kirche in den Ländern

Die Kirche und der „polnische Weg zum Sozialismus"

Mitte Januar 1960 haben Kardinal Wyszyński und Parteisekretär Gomulka sich nach Jahren wieder zu einer Aussprache getroffen, die mehrere Stunden dauerte. Das Ergebnis wurde als im allgemeinen befriedigend bezeichnet. Die Rede von einem solchen Zusammentreffen auf höchster Ebene ging schon mehr als ein halbes Jahr lang um. In der Tat war die Begegnung fällig und notwendig seit dem Dritten Parteitag im März 1959, auf dem Go-

mulka die Freiheit der Kirche an die Bedingung geknüpft hatte, daß sie sich „im Einvernehmen mit der Staatsräson verhält" (vgl. den Bericht der Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 438). Und das war nach Gomulkas Worten zu jenem Zeitpunkt nicht gewährleistet. Der Parteisekretär sprach von kirchlichen Herausforderungen der Staatsautorität „in bemerkenswertem Ausmaß". Er warnte vor ihnen, stellte aber die Koexistenz selbst nicht in Frage und ließ die Tür zu Gesprächen offen.
Innerhalb der gemischten Kommission, die nach dem Umschwung vom Oktober 1956 begründet wurde, um Meinungsverschiedenheiten auszugleichen (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 127), fanden auch Gespräche statt, die aber im Frühsommer 1959 ergebnislos unterbrochen wurden. Die Atmosphäre war zu frostig geworden.

Maßnahmen gegen die Kirche

Partei und Regierung zögerten nicht, den Warnungen Gomulkas durch eine Reihe von administrativen Maßnahmen Nachdruck zu verleihen, die das ganze vergangene Jahr über den Zukunftshorizont der polnischen Kirche verdüsterten. Zum Teil handelte es sich um Nadelstiche wie etwa, daß die Übertragung der Fronleichnamspredigt Kardinal Wyszyńskis durch Lautsprecher verboten wurde, was natürlich nicht hindern konnte, daß sie dennoch bekannt und verbreitet wurde, oder daß ein verehrtes Heiligenbild in einer Warschauer Straße entfernt wurde. Aber nicht alle Maßnahmen waren nur demonstrativer Art. Einige sind sehr schwerwiegend, zum Teil allerdings noch nicht so weit durchgeführt, daß die Lage nicht durch neue Vereinbarungen erleichtert werden könnte.

Behinderung des Religionsunterrichts

Zu diesen Maßnahmen gehört mit an erster Stelle die faktische Behinderung des Religionsunterrichts, der ja an den polnischen Staatsschulen erteilt werden darf, wenn auch außerhalb der normalen Unterrichtsstunden und nur nach Anmeldung der Kinder durch die Eltern. Nach den vorliegenden Nachrichten gehen Behinderungen dieses Unterrichts meist von örtlichen Stellen aus und sind deswegen nicht überall festzustellen. Meist handelt es sich um ungünstige Unterrichtszeiten und Anmeldefristen, außerdem um den allgemeinen Ausschluß der Ordensleute vom Lehramt. Größere Sorgen bereitet der Kirche aber der Aufbau eines religionslosen Schulwesens, der beträchtliche Fortschritte macht. Diese Schulen werden dem Namen nach nicht vom Staat, sondern von einer zu diesem Zweck gegründeten Gesellschaft betrieben. Ihre Zahl hat sich nach einer Angabe von „Polityka" von 402 am Ende des vergangenen Schuljahrs auf 1500 im gegenwärtigen erhöht. Sie werden, derselben Quelle zufolge, von 400 000 Schülern besucht, gegenüber 80 000 im Vorjahr. Das ist bei der Gesamtzahl von 25 000 Schulen zwar noch kein hoher, aber ein sehr rasch steigender Prozentsatz. Es ist wohl selbstverständlich, daß diese Steigerung ohne Mithilfe der Partei nicht möglich gewesen wäre.
Die Bischöfe haben in einem Hirtenbrief zu Beginn des neuen Schuljahrs die Eltern auf ihre Pflichten hingewiesen. Der Brief enthält jedoch keine Beschwerde gegen den forcierten Aufbau der religionslosen Schulen, mahnt dagegen zur Toleranz gegenüber andersdenkenden Schülern in den Staatsschulen und zum Respekt vor den Lehrern und der Autorität. Anderseits beklagt er in zurückhaltender Sprache „alle Beschränkungen der Rechte der Religion in den Schulen, die wir heute wahrnehmen und die mit Gewißheit im Gegensatz zum Willen der Eltern stehen". Private katholische Volksschulen gibt es in Polen nicht. Dagegen bestehen 16 Gymnasien, die als Internate geführt werden, und zwar 15 von Ordensleuten und eines von der Pax-Vereinigung, ferner 14 höhere technische Schulen.

Steuerforderungen

Eine andere Ursache zur Beunruhigung ergab sich im vorigen Jahr aus exorbitanten Steuerforderungen, die plötzlich gegenüber Pfarrgemeinden, Ordenshäusern, Priesterseminaren und der katholischen Universität Lublin geltend gemacht wurden und, wenn sie tatsächlich beigetrieben werden sollten, in vielen Fällen zum Ruin führen müßten. Von der Universität Lublin wurden nicht weniger als 600 000 DM Steuernachzahlungen gefordert und zu ihrer Sicherstellung das Bankkonto gesperrt. Die Priesterseminare sollen 65 Prozent der Pensionseinnahmen als Steuern abführen wie die Luxushotels. Ebenso werden Einnahmen der Gemeinden, die caritativen oder Bauzwecken dienen, mit bis zu 60 Prozent besteuert. Steuerfrei bleiben nur Gelder, die kultischen Zwecken im engsten Sinne dienen. Schon die Sammlungen zum Unterhalt der Kultdiener sind steuerpflichtig. Diese neuen Steuerforderungen überschreiten sogar das Maß der stalinistischen Zeit.

Enteignungen

Im Zusammenhang damit muß auch eine Verordnung für die polnisch verwalteten deutschen Ostgebiete erwähnt werden, die den gesamten kirchlichen Realbesitz einschließlich aller kirchlichen Gebäude zum Staatseigentum erklärt, das der Kirche hinfort nur gegen Mietzahlung überlassen werden soll. Dabei sind in Einzelfällen Mieten festgesetzt worden, die jeden vernünftigen Maßes entbehren. Die Besteuerung der Kirche in Polen und selbst ihre Enteignung würde aber wohl hingenommen werden, wenn sie nicht diskriminierenden Charakter hätte und sichtlich die Absicht verfolgte, die kirchliche Aktivität lahmzulegen.

Kontrolle der Priesterseminare

Eine andere Sorge betrifft die Lehrfreiheit in den Priesterseminaren. Mehrere polnische Bischöfe haben die Ankündigung erhalten, daß für ihre Seminare staatliche Inspektoren eingesetzt worden sind. Das ist ein Eingriff, den das frühere Regime vermieden hat. Über die Kompetenzen dieser Funktionäre wurde nichts verlautbart. Aber es ist offensichtlich, daß die Regierung damit ein Zeichen ihres höchsten Mißtrauens gegeben hat, das mindestens die Bedeutung einer staatlichen Kontrolle über die Einhaltung der vom Episkopat im Kirchenabkommen vom 14. April 1950 (vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., S. 412) übernommenen Verpflichtungen hat und unter diesem Vorwand zu Mißhelligkeiten führen kann.

Das Gesetz über Schwangerschaftsverhütung

Der Gegensatz auf weltanschaulich-doktrinärem Gebiet entzündet sich zur Zeit in bedrohlicher Form an einem neuen polnischen Gesetz über die Schwangerschaftsunter-

brechung. Diese war schon am 27. April 1956, also vor der Machtübernahme Gomulkas, legalisiert, damals jedoch an einschränkende Voraussetzungen gebunden worden. Das damalige Gesetz ließ auch den Ärzten eine gewisse Handlungsfreiheit. Jetzt sind die Einschränkungen weggefallen. Nach Meldung der polnischen Nachrichtenagentur braucht eine Frau nur zu erklären, „daß sie sich in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen befindet, die eine Unterbrechung der Schwangerschaft rechtfertigen". Auf diese Erklärung hin ist der Arzt verpflichtet, den Eingriff vorzunehmen oder die Patientin in die Klinik einzuweisen. Ebenso haben die Ärzte auf Verlangen empfängnisverhütende Mittel zu verschreiben und Belehrungen über ihren Gebrauch zu erteilen. Die Bischöfe haben zwar schon seit 1956 die Gläubigen immer wieder darauf hingewiesen, daß solche Eingriffe dem christlichen Gewissen verboten sind, so daß das neue Gesetz keine Verwirrung stiften wird. Es kann aber schwere Konflikte für das gesamte katholische Sanitätspersonal zur Folge haben, wenn die Weigerung, das Gesetz durchzuführen, bestraft wird.

„La Croix" (13. und 17. 1. 60) hat die Frage aufgeworfen, ob auch dieses Gesetz in der Hauptsache dazu bestimmt sei, der Kirche Schwierigkeiten zu bereiten, und zwar dadurch, daß man hier einen Gegensatz heraufbeschwor, in dem es keine Kompromisse geben kann und der deshalb auch in der Unterredung zwischen dem Kardinal und Gomulka ergebnislos verhandelt worden sein soll. Das französische Blatt weist darauf hin, daß Polen heute 6 Millionen Einwohner weniger habe als vor dem Krieg. Wenn das Land auch um 40 000 qkm kleiner geworden sei, werde diese Differenz doch überreich ausgeglichen durch den Wert der annektierten Gebiete im Westen. Aber ganz ohne Sorge kann die polnische Regierung der Bevölkerungsentwicklung nun tatsächlich nicht gegenüberstehen. Zwar kann das Land noch einen starken Bevölkerungszuwachs verkraften, aber nicht in dem gegenwärtigen Tempo. Polen liegt mit seiner Geburtenrate von 27,9 (auf 1000 Einwohner) an der Spitze in Europa und weit vor den Niederlanden mit 21,2, Frankreich mit 18,5 und der Bundesrepublik Deutschland mit 16,5. In seiner Untersuchung „Demographische Prognose für Polen bis zum Jahre 1975" schätzt der Bevölkerungswissenschaftler Holzer, daß die Bevölkerung Polens von 25 Millionen im Jahre 1950 auf 37,5 Millionen im Jahre 1975 anwachsen wird. Wie „Die Welt" (4. 12. 59), der wir diese Angaben entnehmen, näher ausführt, kann die Rationalisierung der Landwirtschaft und die Industrialisierung mit diesem Zuwachs kaum Schritt halten. Die für die Beschaffung der zusätzlichen Lebensmittel, Wohnungen, Schulen und Arbeitsplätze notwendigen Investitionen beanspruchen die wirtschaftliche Kapazität des Landes so sehr, daß für eine Hebung des Lebensstandards zu wenig übrigbleibt. Gomulka selbst hat in einer Rede am 17. Oktober 1959 darauf hingewiesen, als er sagte: „Hätte das kapitalistische England den gleichen Bevölkerungszuwachs wie das sozialistische Polen, dann würde dort der Lebensstandard von Jahr zu Jahr sinken, während er bei uns dank dem Sozialismus steigt." Dieser Euphemismus darf nicht täuschen. Die Worte fielen in einer Rede, in der der Parteichef die Krise in der Nahrungsmittelversorgung erklärte, die in Polen seit dem letzten Sommer andauert. Polen befindet sich also hier in einer Zwangslage, die mit der Lage der übervölkerten Entwicklungsländer in Asien und Afrika große Ähnlichkeit hat und die nur durch internationale Solidarität in einer Art und Weise gemeistert werden kann, die dem Sittengesetz entspricht.

Zwischenfälle

Es hat im vergangenen Jahre auch nicht an Zwischenfällen zwischen Behörden und Gläubigen oder kirchlichen Amtspersonen gefehlt, die den Grad der Spannung anzeigen. Ende Juni kam es in dem 30 km südwestlich von Lublin gelegenen Industrieort Krasnik-Fabryczny zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und der Bevölkerung, weil die Behörden der Errichtung eines Gotteshauses an diesem neu aufstrebenden Ort Schwierigkeiten bereiteten, die die Bevölkerung zur Selbsthilfe veranlaßten. Es kam zu Verhaftungen, aber glücklicherweise scheint die Sache bereinigt worden zu sein.

In einem andern Fall wurde ein Professor des Priesterseminars in Bialystok wegen staatsfeindlicher Äußerungen auf der Kanzel zu einer Gefängnis- und Geldstrafe verurteilt. Er hatte sich gegen die Entfernung der Kruzifixe aus den Schulen gewendet, dabei allerdings sehr scharfe Formulierungen gewählt. In einem andern Prozeß verwarf der Oberste Gerichtshof die Berufung von Marian Pirozynski CSSR, dem Redakteur der Priesterzeitschrift „Homo Dei", der wegen Verstoßes gegen die Zensurvorschriften zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war.

Bischof Kaczmarek

Der schwerste aller Zwischenfälle ereignete sich aber zwischen der Regierung und dem Bischof von Kielce, Msgr. Kaczmarek.

Die Regierung hatte ihm durch eine an den Episkopat gerichtete Verfügung vom 5. Juni 1959 die Ausübung seiner bischöflichen Jurisdiktion und Weihegewalt untersagt, ignorierte seither seine Amtshandlungen, so daß der Bischof keine Personalveränderungen mehr vollziehen konnte, da sie nach den Vereinbarungen genehmigungspflichtig sind, und hatte nach Meldungen zu Beginn dieses Jahres (vgl. KNA vom 23. 1. 60 und „La Croix" vom 26. 1. 60) den Klerus des Bistums unter Androhung von Sanktionen angewiesen, die Amtsgewalt des Bischofs als nicht mehr existent zu betrachten.

Der Fall war schwerwiegend, weil die Regierung hier durch ihr Vorgehen den Boden der bestehenden Abkommen verlassen hatte und, zweitens, weil die Maßregelung dieses Bischofs schon einmal eingestanden zu Unrecht erfolgt war und damals schwere Folgen gehabt hat.

Bischof Kaczmarek war 1953 wegen angeblicher staatsfeindlicher Betätigung und rückwirkend wegen Zusammenarbeit mit den Deutschen zu zwölf Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Der Protest gegen dieses Urteil in einer Predigt in der St.-Anna-Kirche in Warschau hat Kardinal Wyszyński damals die Verhaftung eingetragen. Der Bischof wurde nach der Machtübernahme Gomulkas voll rehabilitiert. Am 28. Dezember 1956 hob der Oberste Militärgerichtshof das Urteil gegen ihn auf mit der Begründung, daß es sich „auf erpreßte Geständnisse, die die Gesetze und die Menschenrechte verletzten, gestützt habe", und am 30. März 1957 schlug der Generalstaatsanwalt das Verfahren nieder, da „jeder Beweis für eine Schuld fehle". Seitdem amtierte Bischof Kaczmarek unangefochten.

Am 5. Juni 1959 nun eröffnete der Staatssekretär für kirchliche Angelegenheiten Jerzy Sztachelski dem Sekretariat des Episkopats: „Die Regierung der Volksrepublik

Polen hat mit Bezug auf Art. 7 des Dekretes vom 31. Dezember 1956 [vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 463] beschlossen, dem Bischof Czeslaw Kaczmarek die weitere Ausübung seiner Funktionen als Ordinarius der Diözese Kielce sowie der sich daraus ergebenden liturgischen Funktionen und der Regierung des Bistums Kielce zu untersagen." Zur Begründung dieser Maßregelung, deren wesentlicher Text von „Le Monde" (6. 10. 59) veröffentlicht werden konnte, wurde dem Bischof von neuem staatsfeindliche Betätigung vorgeworfen: er habe die Bauern unter dem Vorwand der Bedrohung ihres Eigentums gegen die Regierung aufgehetzt, in mehreren Redewendungen die Toleranz gegenüber den Nichtgläubigen verletzt und besonders die befreundete Volksrepublik China angegriffen. Er habe auch verschiedentlich seinen Klerus staatsfeindlich beeinflußt und Stimmung gegen den Staat gemacht.

Die Regierungsverfügung vom 5. Juni 1959 beantwortete der Sekretär der polnischen Bischofskonferenz, Msgr. Choromanski, am 19. Juni mit einem Schreiben, das neben der materialen Replik folgende juristische Gesichtspunkte betont:

„Zunächst ist festzustellen, daß weder der Gesamtepiskopat noch der Primas rechtlich befugt sind, einen Bischof zu ernennen oder abzusetzen. Ebensowenig sind sie in der Rechtslage, über einen Bischof ein Urteil zu fällen. Die Ernennung, Absetzung und Gerichtshoheit, die einen Bischof betrifft, stehen gemäß can. 1435 und 1557 CIC ausschließlich in der Zuständigkeit des Heiligen Stuhls. In Übereinstimmung damit bekundet das Kirchenabkommen von 1950 [vgl. Herder-Korrespondenz 4. Jhg., S. 412] in Artikel 5 den Grundsatz, daß der Papst die höchste für die kirchliche Jurisdiktion zuständige Autorität ist."

„Der Episkopat kann nicht seine Zustimmung dazu geben, daß in diesem Fall das Dekret vom 31. Dezember 1956 angewendet wird. Der Artikel 7 dieses Dekrets beweist, daß Absetzungen von Bischöfen in dem Dekret nicht vorgesehen sind. Das Dekret bestimmt, daß im Falle staatsfeindlicher Tätigkeit eines Geistlichen die zuständige Staatsbehörde mit der vorgesetzten Kirchenbehörde in Verbindung tritt. Der Episkopat ist aber keine Behörde, die einem Bischof vorgesetzt ist."

Die Regierung hat die kirchenrechtliche Argumentation nicht anerkannt, sondern diese Auslegung des Artikels 7 bereits am folgenden Tage zurückgewiesen. Wie schroff die Positionen eingehalten wurden, geht aus zwei weiteren äußerst formellen Noten des Episkopates vom 29. Juni und der Regierung vom 1. Juli 1959 hervor. Daraufhin wandte sich der Episkopat am 10. Juli an den Staatsrat, das polnische Staatspräsidium, und zwar unter Berufung auf die Legalität. Der Staatsrat wies die Berufung am 17. August zurück, indem er der Regierung ihre Kompetenz und Rechtlichkeit bestätigte.

Inzwischen ist dieser Zwischenfall vorläufig durch eine Bekanntgabe Kardinal Wyszyńskis von Mitte Februar 1960 beendet worden, daß Bischof Kaczmarek auf „unbefristete Zeit" beurlaubt sei. Diese Lösung ist insofern ein Kompromiß, als die Kirche ihren juristischen Standpunkt gewahrt hat, aber was die Person Kaczmareks betrifft, zurückgewichen ist. Die Amtsgeschäfte wurden dem Weihbischof von Kielce übergeben. Bischof Kaczmarek soll sich in einem Kloster in Krynica aufhalten.

Nach Ansicht von UPI ist die Maßnahme des Kardinals „als ein Schachzug zu werten" mit dem die Kirche vor dem Beginn neuer Verhandlungen in der gemischten Kommission eine gute Ausgangsposition zu sichern versucht hat.

Polen und der Heilige Stuhl

Am 19. August 1959 hatte Papst Johannes XXIII. an Bischof Kaczmarek ein Sympathieschreiben gesandt, worin er, ohne in den Rechtsstreit einzugreifen, die Hoffnung aussprach, daß „die Ursachen der Beunruhigung" bald vorübergehen würden. In einem solchen Augenblick politischer und juristischer Hochspannung hat der Tenor des Briefes Johannes' XXIII. dokumentarische Bedeutung. Der Papst schrieb dem Bischof folgende Worte: „Wir haben vor kurzem erfahren, daß neue Gefahren Sie bedrohen und Ihrem Klerus und den Gläubigen Furcht und Sorge bereiten. Wir hegen die Hoffnung, daß alles sich günstig entwickeln wird, und bitten Gott unablässig, daß die Ursachen der Beunruhigung bald vorübergehen mögen. Nehmen Sie mit diesen Zeilen, die Wir geschrieben haben, um Sie zu trösten und zu stärken, die Gewißheit entgegen, daß Wir Ihnen in inniger väterlicher Anteilnahme verbunden sind und in Demut zu Gott beten, daß er, der Geber aller Gaben, Ihnen den Frieden der Seele, Gelassenheit und Mut verleihen wolle." Neben dem Ausdruck der herzlichen Verbundenheit des Papstes mit einem Bischof läßt dieser Brief, der sich aller Vorwürfe gegen die Regierung enthält, doch wohl erkennen, daß der Heilige Stuhl keineswegs die feindselige Haltung einzunehmen wünschte, die ihm in der polnischen Presse oft genug vorgeworfen worden ist. Er hat im Gegenteil den Primas von Polen mit so weitreichenden Vollmachten ausgestattet, wie sie selten in neuerer Zeit einem Bischof verliehen worden sein dürften, und dadurch die Übereinkünfte zwischen Staat und Kirche ermöglicht, die Gomulka die politische und soziale Unterstützung der Katholiken gewährleisteten, und er hat gegenüber den politischen Entscheidungen der polnischen Bischöfe äußerste Zurückhaltung gewahrt.

Zwischen Polen und dem Vatikan gibt es nur ein einziges besonderes Spannungsmoment: die kirchliche Verwaltung der annektierten deutschen Gebiete. Die Tatsache, daß der Heilige Stuhl die endgültige Regelung dieser Frage bis zu einem Friedensvertrag zurückstellt, wird dem polnischen Volk von staatlicher und Parteiseite unermüdlich zum Bewußtsein gebracht und immer als Argument gegen den Papst, seine Einstellung zu Polen und seine aufrichtige Friedensliebe ausgewertet, wie es zuletzt wieder in der großen Warschauer Zeitung „Zycie Warszawy" (11. 12. 59) geschah, wo besonders der „Widerspruch zwischen den Worten und den Taten" des Papstes kritisiert wurde.

Trotz der Spannungen zwischen Regierung und Kirche, über deren wichtigste hier berichtet wurde, sind die Hoffnungen auf einen Fortbestand der Koexistenz und bedingten Zusammenarbeit heute wieder besser begründet als im vergangenen Sommer und Herbst, da selbst Kardinal Wyszyński mehrmals aus seiner Zurückhaltung heraustrat, von einer Wiederkehr der düsteren Zeiten sprach und ankündigte, daß er es unter Umständen auf eine zweite Verhaftung ankommen lassen werde.

Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat

Die Gründe dafür, daß auch der Staat an einer Zusammenarbeit mit der Kirche interessiert ist, sind nicht viel weniger ernst als im Oktober 1956. Nur handelt es sich diesmal nicht um äußere Gefahren für den Bestand der Nation, sondern um eine innen- und wirtschaftspolitische

Bewährungsprobe großen Ausmaßes. Polen ist in eine so katastrophale Wirtschaftslage geraten, daß man schon nicht mehr bloß von einer Vertrauenskrise gegenüber Gomulka und seinem Regime, sondern von einer zunehmenden Stimmung der Hoffnungslosigkeit und Anarchie zu sprechen hat. In einem Bericht über die Sitzung des Zentralkomitees der polnischen Vereinigten Arbeiterpartei vom 20. Januar 1960, die dem Problem einer Reorganisierung der Wirtschaft gewidmet war, schreibt Alfred Burmeister in der „Süddeutschen Zeitung" (23./24. 1. 60): „Wie die Sprecher der Kirche und die Parteifunktionäre in letzter Zeit gleichermaßen festgestellt haben, wird die schwere wirtschaftliche Situation in Polen vor allem durch die Disziplinlosigkeit der Arbeiterschaft, durch Gleichgültigkeit und durch teilweise anarchistische Tendenzen in der Bevölkerung verursacht. Solange in den Betrieben in großem Maße gestohlen wird, solange Amtsmißbrauch, Korruption und Unterschlagung katastrophale Ausmaße haben, kann sich die materielle Lage der polnischen Bevölkerung nicht verbessern. Trotz der verschiedenen Aspekte, unter denen die Kirche, die Parteiführung und die verschiedenen Wirtschaftsexperten die Dinge sehen, sind sie sich in diesem Punkt einig."
Zur Bewältigung dieser schweren Aufgabe hat, allem Anschein nach, Gomulka jetzt die Hilfe der Kirche zu gewinnen versucht. Es mußte auffallen, daß seine Unterredung mit dem Kardinal wenige Tage vor der erwähnten Tagung stattfand. Die „Übereinstimmung der Ansichten", von der nach der Begegnung gesprochen wurde, bezieht sich zweifellos in erster Linie auf diese Probleme.

Die Aussichten der katholischen Politiker in Polen

Das verdeutlicht ein wenige Tage nach der Unterredung im „Tygodnik Powszechny" veröffentlichter Aufsatz des katholischen, dem Kardinal nahestehenden Sejm-Abgeordneten Stomma, worin er die Katholiken auffordert, zwischen dem ideologischen Kompromiß mit dem Kommunismus und der Mitarbeit am Aufbau einer sozialisierten Wirtschaft zu unterscheiden. Wenn die Marxisten die Pflicht zur Mitarbeit mit ihrem Glauben an den Sozialismus motivierten, dann müßten die Katholiken den Ansporn zu Fleiß und Disziplin ihrem Patriotismus und ihrem moralischen Pflichtgefühl entnehmen. Es gebe keinen ideellen oder religiösen Vorwand zu wirtschaftlicher Sabotage. Stomma geht sogar noch einen Schritt weiter. Er anerkennt die Zugehörigkeit Polens zum Ostblock als eine unveränderliche politische Realität, aus der sich notwendig das sozialistische Wirtschaftssystem ergibt. Auf dem Boden der Tatsachen müßten die Katholiken „ein neues Verhältnis zum Gemeineigentum" finden. Es sei nun einmal ein „eisernes Gesetz" dieser Sozialordnung, daß der individuelle Wohlstand nicht über den Weg persönlichen Gewinnstrebens, sondern nur über den Wohlstand der Nation erreicht werden könne. Vom Staat forderte Stomma die Fortsetzung des allgemeinen und besonders des wirtschaftlichen Kurses der Demokratisierung „im Sinne von Mitverantwortung".
Stanislas Stomma, der heute unbestritten zu einem maßgebenden Sprecher der katholischen Laien Polens in politischen und sozialen Fragen emporgestiegen ist und auch die kleine Gruppe „Znak" der katholischen Abgeordneten im Sejm führt, wo er sehr unumwunden und vor sehr aufmerksamen Ohren redet, hat seinen Standpunkt im ganzen vergangenen Jahr auch in kritischen Stunden beibehalten. Im Juni 1959 schrieb er im „Tygodnik Powszechny" als Antwort auf Äußerungen im „Osservatore Romano", der damals die „Znak"-Gruppe recht scharf kritisierte (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 438): „Man sagt, daß die Hoffnungen auf Entspannung und Toleranz gegenüber dem Katholizismus in einem sozialistischen Regime utopisch, das Zusammenleben also unmöglich sei. Die Behauptung, daß die Koexistenz eine Utopie sei, ist nicht wahr ... Wir stellen ganz entschieden fest, daß die Politik der Verschärfung der inneren Konflikte im Widerspruch zum nationalen Interesse Polens steht und sich auch vom katholischen Standpunkt mit der Zeit als eine Politik des Selbstmordes erweisen müßte."
In Konsequenz dieser Überzeugung hat Stomma seit Monaten zielbewußt auf eine Wiederbegegnung von Kardinal Wyszyński und Gomulka hingearbeitet, im Sejm die Freiheit der Kirche verteidigt, aber ebenso entschieden am Bekenntnis zur Mitarbeit am Aufbau des sozialistischen Polen festgehalten.

Demokratisierung oder Konzentration der Macht?

Die Sorge der Katholiken, die am öffentlichen Leben Polens teilnehmen, richtet sich aber nicht nur auf die Aufrechterhaltung der Koexistenz von Kirche und Staat, sondern vielleicht noch mehr auf eine Frage, von der diese Koexistenz entscheidend mitbeeinflußt werden wird, nämlich auf die Zukunft der Parteilinie. Wie Stommas Fraktionskollege im Sejm, der Schriftsteller Kisielewski, im November 1959 ausführte, sind die inneren Schwierigkeiten Polens im Tiefsten dadurch verursacht, daß der Zug zur Demokratisierung, der der Politik Gomulkas ursprünglich ihr Gepräge gab, nicht mit genügendem Verantwortungsgefühl beantwortet wurde, und zwar weder bei den unteren Funktionären in Staat, Wirtschaft und Partei noch bei denjenigen, „welche nur die Vorteile des Oktoberumsturzes genießen wollten, aber darüber vergaßen, daß Dezentralisierung und vermehrte Freiheit auch größere Pflichten mit sich bringen". „Aus all diesem ziehen viele Leute nur eine Konsequenz: man müsse zur zentralistischen Plan- und Kommandowirtschaft zurückkehren und von neuem eine eiserne Arbeitsdisziplin erzwingen, man müsse gegenüber dem Dorf die Zügel straffer ziehen und auch dort die Planwirtschaft wieder einführen. Sogar viele überzeugte Anhänger des Oktobers sind heute der Ansicht, daß der einzige Ausweg darin bestehe, die Leute in die Hand zu nehmen, und viele Leute sehnen sich heute, angewidert von dem sich überall einschleichenden Chaos, wieder nach einer starken Faust ... Die Menschen guten Willens, die heute den Weg der starken Faust vorschlagen, weisen auf die bisherige Erfolglosigkeit aller anderen Mittel hin. Darin haben sie recht, aber sie vergessen, daß sich ein Regime der starken Faust nicht auf den wirtschaftlichen Sektor allein beschränken könnte, sondern Konsequenzen haben müßte, die sich auf das ganze Leben erstrecken" (vgl. „Neue Zürcher Zeitung", 14. 11. 59).
Die Gefahr, daß Gomulka — oder ein anderer nach ihm — wieder zu einem „Regime der starken Faust" zurückkehren könnte, wirft seit langem ihre Schatten voraus. Sie sind nicht nur auf das kirchenpolitische Gebiet gefallen, sondern in der gesamten Kultur- und Wirtschaftspolitik zu sehen. Vor allem beunruhigt die Tatsache, daß Go-

mulka bei Umbesetzungen in hohen Staats- und Parteiämtern immer mehr auf alte Stalinisten zurückgreift. Der Mangel an Verantwortungsgefühl und Elan reicht bis weit in die Partei hinein, die als die innerlich schwächste im ganzen Ostblock eingeschätzt wird. Ein Schweizer Beobachter schreibt: „Im Gegensatz zur Tschechoslowakei oder zu Jugoslawien wären die Kommunisten in Polen kaum imstande, die Wirtschaft und den Staatsapparat mit eigenen Leuten in Gang zu halten oder auch nur wirksam in allen Einzelfragen zu kontrollieren. Die polnischen Kommunisten können wohl die Fassade aufrechterhalten, aber das wirkliche Leben spielt sich zu einem großen Teil außerhalb ihres Bereichs ab" („Neue Zürcher Zeitung", 10. 1. 60). Hansjakob Stehle sprach in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (7. 11. 59) von der „Enttäuschung" Gomulkas, der nicht begreifen wolle, daß die „Heldenzeit" des Kommunismus in Polen vorüber ist, weil die heranwachsende industrielle Gesellschaft „nicht nur Brot, sondern auch liberalen Spielraum braucht".

So begrüßenswert eine solche Entmythologisierung des Kommunismus auch sein mag, wiewohl die Symptome des heutigen Polen nicht gerade auf eine ideelle Überwindung hindeuten — realpolitisch betrachtet, birgt sie die Gefahr in sich, daß die Machthaber des Landes sich gezwungen fühlen könnten oder von außen her gezwungen werden, einen ähnlichen Weg zu gehen wie die Trabanten des Kreml in Ungarn. Deswegen kann man im Interesse des polnischen Volkes und auch seiner Kirche nichts mehr wünschen, als daß die neue Begegnung zwischen Gomulka und Kardinal Wyszyński zu einer friedlichen Evolution der Grundgedanken des polnischen Oktober 1956 führen möge.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Die römische Diözesansynode

Die Synode der Diözese Rom, eines der drei großen Ereignisse, die Papst Johannes XXIII. zur Überraschung aller Welt am 25. Januar 1958 in der Basilika San Paolo fuori le mura zum Abschluß der Gebetswoche für die Wiedervereinigung im Glauben angekündigt hatte, hat genau ein Jahr nach dieser Ankündigung stattgefunden. Der Papst selber hat den Bezug der Synode auf das noch größere Ereignis des Ökumenischen Konzils, für das sie eine Art Vorspiel bildet, immer wieder betont — während das dritte der angesagten großen Ereignisse, die Überholung des Kirchlichen Rechts und die Herausgabe des Kirchenrechts für die orientalischen Kirchen, weit stiller vor sich geht.

Die römische Diözesansynode wurde von zwei großen öffentlichen Gottesdiensten an den beiden Sonntagen des 25. und 31. Januar eingerahmt. Der erste von diesen fand in der römischen Bischofskirche San Giovanni im Lateran statt, während der Abschluß der Synode in dem noch weitläufigeren Raum der Petersbasilika feierlich begangen wurde. Am 25., 26. und 27. Januar fanden die Arbeitssitzungen in der Benediktionsaula des Vatikans statt, an denen nur die offiziellen Mitglieder der Diözesansynode teilnehmen konnten. Die Presse hat ihre Zahl durchweg mit rund 800 angegeben; der Berichterstatter der französischen katholischen Zeitung „La Croix", Msgr. Glorieux, betont jedoch in seinem abschließenden Bericht ausdrücklich, der Heilige Vater habe in dem Wunsch, eine möglichst große Zahl von Mitgliedern des römischen Klerus an der Synode teilnehmen zu lassen, ihre Zahl auf mehr als 1200 erhöht. Ein Teilnehmer an der Synode, Msgr. Tucek, Rektor des amerikanischen Seminars in Rom, gibt sie (in NCWC News Service, 25. 1. 60) sogar mit 1300 an und berichtet, daß am 2. Tag auch die Studierenden der Großen Seminare hinzugezogen worden sind. Zu den Veranstaltungen im Rahmen der Synode gehörten außerdem noch am 28. und 29. Januar zwei Besuche des Papstes in der Kirche Sant'Ignazio im Zentrum des alten Rom, wo er das eine Mal zu 5000 Seminaristen — nicht nur Römern und Italienern, sondern solchen aus aller Welt —, das andere Mal zu 6000 Ordensfrauen sprach.

Geschichtlicher Rückblick

Die Situation der Diözese Rom ist eine ganz außergewöhnliche, in erster Linie dadurch, daß ihr Bischof zugleich das Oberhaupt der gesamten Weltkirche ist; aber nicht nur deswegen. Eine Diözesansynode in dem Sinne, wie man sie heute versteht — und wie das Kanonische Recht sie in der Kodifizierung von 1918 für mindestens alle zehn Jahre einmal vorschreibt und genau definiert (can. 356—362) — hat in Rom noch nie stattgefunden (obwohl die Diözese selbstverständlich auf Grund bestimmter Statuten geleitet wurde, die nach und nach erlassen worden sind). In weit zurückliegenden Jahrhunderten sind dreimal römische Synoden zusammengetreten, die den Charakter von Diözesansynoden hatten: 1384, 1392 und 1461. Alle drei Male handelte es sich um besonders kritische Momente im Leben der Stadt: die beiden ersten Synoden fanden kurz nach der Rückkehr der Päpste aus Avignon statt, die dritte zu der Zeit, als die Ideen der Renaissance bis in die höchsten kirchlichen Stellen eingedrungen waren. In allen drei Fällen war die religiöse Ordnung der Stadt, einmal durch die lange Abwesenheit des Bischofs, das andere Mal wegen der großen Laxheit, die überall eingerissen war, völlig neu zu gestalten. Die sogenannte „Sinoda Diocesana Romana" von 1725 war dagegen in Wahrheit keine Diözesansynode, sondern ein Provinzialkonzil, das Papst Benedikt XIII. einberief, um es als Muster für andere Provinzialkonzile in Italien aufzustellen.

Seither schien es, daß die Anwesenheit des Oberhaupts der katholischen Kirche auf römischem Boden allein schon genüge, um den Gang der Dinge in Ordnung zu halten. Dazu kam, daß die Stadt Rom noch zur Zeit der Einigung Italiens nach einer Statistik von 1871 kaum mehr als 200 000 Einwohner zählte und eine von ihrer großen Vergangenheit träumende stille und provinzielle Stadt war, die leicht überschaubar schien. Besondere Probleme schienen dabei nicht zu lösen zu sein. Selbst 1921 hatte Rom erst kaum mehr als eine halbe Million Einwohner. In den letzten 30 Jahren jedoch ist sie auf über zwei Millionen angewachsen, und dieses rapide Wachstum hält immer noch an.

Das heutige Rom

Heute hat sich um den alten Kern der Stadt Rom ein riesiges neues, kaum gestaltetes Siedlungsfeld gelagert. In der alten Stadt gibt es mehr als 1000 Basiliken, Kirchen, Kapellen und Oratorien. Allerdings sind nur wenige davon Pfarrkirchen. Selten weiß ein Bewohner der Altstadt, zu welcher Pfarrei er gehört. Die großen Ereignisse des religiösen Lebens der Stadt spielen sich vor allem in den großen Basiliken und Ordenskirchen ab. Die Altstadt wurde 1871 von 54 Pfarrern versorgt. 1921 hatte sie 62 Pfarreien für 660 000 Einwohner. Die römische Bischofskathedrale S. Giovanni im Lateran z. B. hat heute 400 Pfarrkinder. Aber in den Außenbezirken gibt es Pfarreien — sie sind in den letzten 30 Jahren für ganz Rom auf 190 angewachsen, von denen 88 vom Weltklerus, 102 vom Ordensklerus betreut werden —, die mehr als 30 000 Menschen zu pastorieren haben. Erzbischof Traglia, der die Diözesansynode vorbereitet hat, gibt an, daß in Rom rund 600 Diözesanpriester fehlen.

In dieser Hinsicht unterscheidet sich Rom nicht von vielen anderen rasch wachsenden modernen Großstädten. Aber es ist doch aufsehenerregend, daß von den Bewohnern dieses Mittelpunkts der katholischen Kirche ungefähr 70 % ohne Sakramente sterben (einer der Gründe dafür, wenn auch nicht der einzige, ist die große ständige Zuwanderung vom Land; die Zuwanderer finden sehr oft den Anschluß an die Kirche in der Großstadt nicht; selbstverständlich wirkt unter dem Elendsproletariat der Vorstädte auch der Kommunismus und überkreuzt sich mit dem vom Land mitgebrachten Aberglauben, während die Intelligenz vom Antiklerikalismus und Liberalismus der Zeit der nationalen Einigung zehrt). Rund 20 % der Römer sind der Kirche gänzlich entfremdet, eine große Masse ist indifferent. Im Jahr 1958 sind nur zwei gebürtige Römer zu Priestern geweiht worden, im letzten Jahr kein einziger.

Wenn dergleichen Tatsachen aber letzten Endes immer noch das Schicksal Roms mit dem unzähliger anderer modernen Großstädte verbinden, so gibt es andere Umstände, durch die sich die Situation der Stadt von der aller anderen Städte unterscheidet, und diese sind die Folge davon, daß das Oberhaupt der katholischen Kirche in ihr lebt. Rom ist voll von Priestern aller Nationen, die jedoch nicht im Dienste der Diözese stehen. Zu Rom gehört die Vatikanstadt: eine Exklave aus dem italienischen Staat, ein selbständiger Staat im kleinsten Ausmaß, der aber als solcher einen eigenen Generalvikar in der Person Bischof van Lierdes besitzt (im „italienischen" Rom ist Kardinal Micara der Vertreter des Bischofs, d. h. des Papstes). Die ganze Eigenart dieser Diözese wird anschaulich, wenn man die Einladung zu der Diözesansynode liest, die der „Osservatore Romano" am 20. Januar bekannt gegeben hat: Da werden, neben den Mitgliedern der Synodalkommission und der Unterkommissionen sowie den Synodalkonsultatoren, der Generalvikar der Vatikanstadt und die Vikare der Kardinalerzpriester der Patriarchalbasiliken eingeladen; ferner der Militärseelsorger mit einem Priester seines Klerus; der Delegat des Kardinalvikars für die Krankenhäuser und Kliniken, der Präsident des Päpstlichen Hilfswerks mit einem ihm unterstellten Priester; der „Ordinario Palatino" mit einem Priester; die Äbte „de regimine"; die Ordensoberen; ein Vertreter jeder der römischen Kongregationen; die dem Welt- oder Ordensklerus angehörigen Rektoren der theologischen Universitäten und Athenäen; zwei Kanoniker und zwei Benefiziaten von jeder Patriarchalbasilika, ein Kanonikus und ein Benefiziat für jedes andere Kapitel; die Richter des Vikariatsgerichts, apostolische Examinatoren und alle Priester des Vikariats, des Päpstlichen Werks zur Glaubensbewahrung und zur Errichtung neuer Kirchen; die Rektoren aller römischen Seminare und deren Spirituale; die Pfarrer der ganzen Diözese; zwei Beichtväter von jeder Patriarchalbasilika, ein Mitglied jeder Päpstlichen Akademie; der Generalassistent und die National- und Diözesanassistenten der verschiedenen Zweige der Katholischen Aktion; 40 Kapläne, 10 Religionslehrer an Staatsschulen, 4 Kirchen-Rektoren, 10 Krankenhausseelsorger, zwei Gefängnisseelsorger, zwei Professoren des Römischen Seminars und 10 Dozenten an vom Welt- oder Ordensklerus geleiteten Kollegien und Instituten; drei Priester und drei Kapläne der Seelsorger in weiblichen Orden. Auf eine einfache Formel gebracht, bedeutet das, daß der römischen Diözesansynode 29 Kurienkardinäle und alle in Rom residierenden Erzbischöfe und Bischöfe angehörten, dazu die Vertreter der römischen Kongregationen und des Vatikanvikariats sowie die Leiter von Akademien, Kollegs und Seminarien, in denen der Klerus der ganzen Welt herangebildet wird, und die Generaloberen vieler Orden, die in Rom residieren — und dann kommen erst die Teilnehmer, wie sie jede Diözesansynode kennt.

Schon diese augenfällig andersartige Gestalt der römischen Synode im Vergleich zu der seelsorglichen Lage der Stadt macht es deutlich, daß hier Ausgleiche gesucht werden müssen, die zwar zum Teil durch organisatorische Änderungen gefunden werden können, aber sicher zum größeren Teil nur durch innere Erneuerung zu erreichen sind. Diese ist denn auch das eigentliche Anliegen der Synode gewesen, was besonders in den verschiedenen Ansprachen des Papstes selber zum Ausdruck kam.

Die Ansprachen des Papstes

Der Heilige Vater hat sowohl bei der Eröffnung in der Lateranbasilika wie beim Abschluß der Synode acht Tage später in St. Peter, da bei beiden Gottesdiensten auch eine große Menge einfacher Gläubigen anwesend war, eine väterliche Ansprache an seine ganze Diözese gehalten. Traditonsgemäß werden solche Ansprachen in lateinischer Sprache gehalten; Papst Johannes ging jedoch beide Male nach kurzen lateinischen Einleitungen zur italienischen Sprache über, um von allen verstanden zu werden. Selbst in den eigentlichen Arbeitssitzungen am 25., 26. und 27. Januar sprach er nur das erste Mal Latein, am zweiten Tag benutzte er die italienische Sprache. Die Ansprachen an die Seminaristen und an die Ordensfrauen hielt er selbstverständlich auf italienisch. In allen drei Reden vor den Arbeitssitzungen ging es dem Heiligen Vater um *ein* Thema (das auch in anderen Reden und Kundgebungen des Papstes stets eine Rolle gespielt hat): die Heiligung des Priesterlebens. Das Thema der ersten Rede vor der Synode lautete: Das Priesteramt fordert ein heiliges Leben; das der zweiten: Das Priesteramt fordert gründliche Kenntnis der Lehre, ein reines Herz, richtigen Gebrauch des Worts. In dieser Ansprache erwähnte der Papst auch gewisse Bestrebungen zur Lockerung des Priesterzölibats. Er nannte den Zölibat jedoch einen der großen Ruhmestitel der Katholischen Kirche, der nicht wieder aufgegeben werden könne. Die dritte Ansprache behan-

delte eigens das Hirtenamt des Priesters. Alle drei Ansprachen zeigen deutlich, daß der Papst in allererster Linie von der Heiligkeit des Priesterstandes, der persönlichen Hingabe seiner Priester die Erneuerung der Kirche und zunächst seiner Diözese erwartet. Die Mitarbeit der Laien wird als unbedingt notwendig gefordert — doch vor allem durch Gebet und Heiligung.

Der Eröffnungsgottesdienst begann am Sonntag (24. Januar) um 16 Uhr in der Lateranbasilika, in der das Kardinalskollegium und die hohe Geistlichkeit im Chor, die übrigen Mitglieder der Synode im Querschiff Platz genommen hatten, das Hauptschiff und die Seitenschiffe aber von einer riesigen Menge von Gläubigen gefüllt waren. Zum Einzug des Papstes sangen Klerus und Volk gemeinsam das Credo; der Heilige Vater wurde mit Jubel und großem Applaus nach römischer Sitte empfangen. Nachdem der Papst die Reliquien der Apostel Petrus und Paulus, die in dieser Kirche aufbewahrt werden, verehrt hatte, richtete er von seinem Thron aus eine Ansprache an die Versammelten. Nur ein kürzerer erster Teil wurde, wie gesagt, in lateinischer Sprache gehalten: dieser Teil gab einen historischen Rückblick auf Konzilien und Synoden von den frühesten christlichen Zeiten an bis zu den besonderen Verhältnissen Roms und zum Tridentinischen Konzil. Dann fuhr der Papst — in italienischer Sprache — fort:

„An diesem Punkt Unserer Rede, ehrwürdige Brüder und geliebte Söhne, möchten Wir euch einen Sachverhalt erklären:

Die bevorstehende Diözesansynode ist eine Zusammenkunft von Klerikern, und zwar nur von solchen, die dem weltlichen oder regulierten Diözesanklerus angehören. [Der Papst gebrauchte mit Absicht diese ungewöhnliche Wendung, da er den Ordensklerus in der Pastoralarbeit durchaus dem Bischof unterstellen will.] Wenn die Arbeit der Synode beginnt, fordert die Stimme eines Prälaten alle Laien auf, hinauszugehen: Exeant omnes, gleichsam um die klare Demarkationslinie zwischen Klerus und Volk in der Kirche Gottes zu bezeichnen. Bedeutet das nun aber Bruch oder Kluft zwischen Klerus und Gläubigen, zwischen Priestern und Laien?

Nein, nein. Wahrhaftig keine Kluft. Aber an etwas muß erinnert werden. Die heilige Kirche Christi ist eine vollkommene Gesellschaft, in der die einzelnen, die sie zusammensetzen, an allen Vorteilen, allen geistigen Reichtümern ihres heiligen Erbes der Lehre und der Gnade teilnehmen. Da es sich um einen lebendigen Organismus handelt, ist alles hier mit einer solchen Kenntnis und Wertung der Elemente und Werkzeuge eingerichtet, daß es genau den übernatürlichen Zielen entspricht, die zwar die Erde berühren, aber sich zu den ewigen Himmeln erheben. Das führt zu einer klaren Unterscheidung zwischen Klerus und Volk: Unterscheidung, nicht Trennung. Der Klerus hat die Aufgabe der Leitung und Heiligung des ganzen Sozialkörpers, darum setzt er einen Ruf, eine göttliche Berufung, eine Weihe voraus. Das christliche Volk ist zu der gleichen Teilnahme an der himmlischen Gnade eingeladen. Aber die Austeilung dieser Gnade hat der Herr, der Herr Jesus Christus, das menschgewordene Wort Gottes, dem Priestertum, dem eigens zum Zweck der Ausübung dieses hohen Amtes der Vermittlung zwischen Himmel und Erde zum Heil und zur Heiligung des Volkes, das sich nach Christus nennt, eingesetzten Priesterstand anvertraut."

Der Heilige Vater stellte dann mit kurzen Hinweisen die beiden Titularheiligen der Lateranbasilika, Johannes den Täufer und Johannes den Evangelisten, als Beispiele und Vorbilder für den Ablauf und die Ziele der Synode hin und schloß daran eine genauere Erklärung der Arbeiten der Synode an:

„Die kanonischen Vorschriften (can. 358 CIC) bestimmen genau die kirchlichen Personen, deren Aufgabe und Pflicht es ist, an den Synodalsitzungen teilzunehmen; aber lobenswert ist es, wenn der gesamte Priesterstand der liebevollen Einladung des Bischofs Folge leistet, der bei dieser Gelegenheit gern eine möglichst große Zahl von Welt- und Ordensgeistlichen seiner Diözese um sich versammelt sieht. Und es ist nur natürlich, daß auch die Laien den Wunsch haben, in irgendeiner Weise an den Sorgen der Heiligen Kirche für den guten Ausgang des wichtigen und feierlichen Ereignisses teilzunehmen.

Die Laien verdienen daher sogleich die Ehre einiger genauerer Informationen hinsichtlich der bei dieser außerordentlichen Zusammenkunft behandelten Fragen. Es handelt sich um ein sehr umfangreiches Programm, dessen Vorbereitung während der Monate des vergangenen Jahres die intensive Arbeit von acht Unterkommissionen erfordert hat; diese Unterkommissionen setzten sich aus den tüchtigsten kirchlichen Sachverständigen zusammen. Nur in Rom war es leicht, sie in solcher Zahl und mit solcher theologischer, juristischer und pastoraler Kompetenz, bereits so aufeinander abgestimmt, so reich an praktischer Erfahrung zu finden, so daß in dieser Hauptstadt des Katholizismus, diesem Mittelpunkt der kirchlichen Oberleitung Wirklichkeit werden konnte, was schon Leo d. Gr. sich für seine Zeit gewünscht hatte. Nicht umsonst kam der heilige Apostel Petrus hierher und ist seither Meister des Glaubens und des religiösen Lebens aller Nationen geblieben.

Vom Beginn der Vorbereitung dieser Synode an standen acht umfangreiche Arbeitsthemen auf dem Programm. Die Titel dieser Themen werden euch zeigen, wie viel sie umfassen und wie groß ihre Bedeutung ist. Erstes Thema: die Personen, die den Priesterstand auf seinen verschiedenen Stufen zusammensetzen. Zweites Thema: das Lehramt. Drittes Thema: der Gottesdienst in all seinen verschiedenen Formen. Viertes Thema: die Sakramente, von der Taufe bis zur Ehe. Fünftes Thema: das Apostolat in allen seinen Formen. Sechstes, höchst wichtiges Thema: die christliche Erziehung der Jugend. Siebtes Thema: die Gegenstände, oder besser, das Erbe an Kultur, Kunst, sakralen Bauten und dazugehörigen Geräten. Achtes Thema: die Wohltätigkeits- und Unterstützungseinrichtungen, die heute so wichtig und weitgreifend im Dienste des menschlichen Trostes und der christlichen Brüderlichkeit arbeiten.

Geliebte Söhne, erinnert euch an das, was Wir euch [einleitend] von dem Konzil des Jahres 50 in Jerusalem erzählt haben. Die Antwort des hl. Petrus in bezug auf die jüdischen Bräuche der Beschneidung und andere Dinge ist immer noch wegweisend. In der Apostelgeschichte ist es Lukas, der dies schreibt. Die Worte des hl. Petrus und darauf die des hl. Jakobus führen uns zu Christus selber zurück. Matthäus schreibt (Matth. 5, 17), daß der göttliche Lehrer nach der Verkündigung der Seligkeiten und nachdem er den Aposteln gesagt hatte, sie seien das Salz der Erde und das Licht der Welt, hinzufügte: ‚Glaubt nicht, daß ich gekommen bin, das Gesetz und die Propheten aufzulösen. Nicht zum Auflösen, sondern zum Erfüllen bin ich gekommen.' Und er fügte einige Beispiele von Änderungen hinzu, die er bei der Anwendung des Textes der

alten Gesetze eingeführt hatte: ‚Ihr habt gehört . . ., ich aber sage euch.' Diese Ausdrucksweise zeigt, daß unser Herr Jesus Christus neue und wichtige Wahrheiten zur Erfüllung und Vervollkommnung des Alten Gesetzes hinzugefügt hat. Aber über die unveränderliche veritas Domini qui manet in aeternum hinaus gibt es auch einen veränderlichen Bestandteil in den nebensächlichen Formen, die zwar auch stets der Hochachtung würdig, aber doch der Abschwächung oder auch der lebendigeren Hervorhebung unterworfen sind.
Eben das geschieht in der Heiligen Kirche, die die Hüterin und Interpretin der Lehre Christi ist und seine Unterweisung, die sich nie ändert, fortsetzt; hinsichtlich der Disziplin und der nebensächlicheren Formen dagegen gestattet sie je nach Zeit und Umständen gewisse Änderungen . . ."

Die Arbeit der Synode

In seiner Eröffnungsansprache an Klerus und Volk von Rom hat Papst Johannes XXIII. den Fragenbereich, mit dem sich die Synode zu befassen hatte, in acht Punkte zusammengefaßt. Tatsächlich sind von den acht Arbeitskommissionen rund 770 sogenannte „Artikel" aus der Unmenge der Anregungen herausgearbeitet worden, die in drei sogenannten „Büchern" (diese wiederum zu einem Buch vereint) zusammengefaßt worden sind: das erste betraf die Personen, in dem zweiten, dem umfangreichsten, waren sämtliche Probleme und Aspekte der Pastoraltätigkeit zusammengestellt, mit den Unterabteilungen Lehramt (mit einem wichtigen Abschnitt über die christliche Erziehung, Religionsunterricht usw.), Sakramente, Gottesdienst und Liturgie und schließlich Laienapostolat und Katholische Aktion; das dritte, kürzeste, befaßte sich mit den kirchlichen Gütern. Dieser Text war dazu bestimmt, an den drei Sitzungstagen, bzw. jeweils nach der Messe bis zum Mittag, verlesen zu werden. Entsprechend dem (kirchen)rechtlichen Status jeder Diözese der römisch-katholischen Kirche werden bekanntlich auch ihre synodalen Verlautbarungen in juristischer Form bekanntgegeben. Die dabei formulierten Normen können in Gestalt von Geboten oder von Ratschlägen auftreten. Es ist jedoch strikt gefordert, daß beide Formen, die Gebote sowohl wie die Ratschläge, im Geiste der Ehrfurcht und aufrichtigen Bereitschaft aufgenommen werden. Um dieser Besonderheit der Arbeiten einer Synode willen wird später eine besondere Kommission eingesetzt werden, deren Aufgabe es ist, die Artikel, die angenommen worden sind, zu interpretieren.
Bei der Kürze der Zeit ist es nicht dazu gekommen, daß sämtliche 770 Artikel vor der Synode verlesen werden konnten. Ungefähr zwei Drittel kamen zum Vortrag, zuletzt in sehr abgekürzter Form. Doch ändert sich dadurch an der eigentlichen Arbeitsweise der Synode nichts. Der Text ist pro manuscripto für die Mitglieder der Synode gedruckt, und sie sind verpflichtet, ihn zu Hause gründlich zu studieren. Dieser Text ist nicht der endgültige, im Gegenteil: die Synodalmitglieder sind aufgefordert, ihre Einwendungen oder Korrekturen nunmehr schriftlich einzureichen, worauf dann erst die endgültige Fassung hergestellt wird. Sie erhält Gesetzeskraft, wenn der Bischof, in diesem Fall der Papst, sie veröffentlicht. Das soll in den Acta Apostolicae Sedis geschehen; über den Zeitpunkt, wann die Veröffentlichung zu erwarten ist, gehen die Vermutungen weit auseinander. Immerhin hat der Papst sich so eifrig persönlich an den Vorbereitungen der Synode beteiligt, daß man annehmen kann, ein großer Teil des Textes werde unverändert bleiben. Anderseits werden begründete Änderungsvorschläge zweifellos berücksichtigt werden.

Inhalt der Artikel

Die Tagespresse hat eine Reihe von Artikeln aus dieser gewaltigen Arbeit nach mehr oder weniger äußerlichen und sensationellen Gesichtspunkten herausgegriffen und damit ein völlig schiefes Bild von der eigentlichen Arbeit der Synode gegeben. Gewiß sind in den Artikeln eine ganze Reihe von Bestimmungen enthalten, die die Würde der Heiligen Stadt verteidigen sollen und dabei deren besondere Gefahren wie auch die besondere Mentalität des italienischen Volkes im Auge haben. In der Tat fiel die ständige Bezugnahme auf die Probleme der Gegenwart auf. Einen breiten Raum nahmen die Fragen der christlichen Erziehung der Jugend ein, ebenso die des Laienapostolats; die Fragen der Ehe und der Familie, die sozialen Fragen mitsamt den in Italien besonders dringenden Warnungen vor den falschen Lösungen, die der Kommunismus verspricht. Fragen der Freizeitgestaltung, der katholischen Presse, Probleme des Rundfunks, Fernsehens und des Films sind behandelt worden.
Zu den neuen, neu formulierten bzw. wieder ins Gedächtnis gerufenen Bestimmungen, die die Würde des Priesters in der Öffentlichkeit schützen sollen, gehört die Vorschrift des Tragens der Sutane (wie es in Italien allgemein üblich ist), die Vorschrift, nicht als Kläger vor Gericht zu gehen, die bürgerlichen Gesetze stets mustergültig zu befolgen, in der Öffentlichkeit nur katholische Zeitungen zu lesen, außer den geistlichen Vorgesetzten auch das Staatsoberhaupt und die zivilen Behörden zu ehren — wenn es auch bisweilen nötig sein kann, öffentlich vom moralischen Standpunkt aus Kritik zu üben; doch das darf nur mit Überlegung und Mäßigung geschehen. Der Priester darf nichts tun, um Reichtümer zu gewinnen, nur mit besonderer Erlaubnis Auto fahren, keine Bars, sportlichen Veranstaltungen oder parteipolitischen Versammlungen besuchen. Diese Einzelheiten der Artikel sind interessant für die Verhältnisse im heutigen Rom; sie spiegeln die Strömungen von modernem Aberglauben oder moderner Unruhe, denen auch die Priester zum Opfer fallen können: es wird ihnen verboten, sich als Wünschelrutengänger zu betätigen, Magie auszuüben, Psychoanalyse zu betreiben. Darüber hinaus werden die Laien noch davor gewarnt, sich von protestantischer, aufklärerischer, subjektivistischer, existentialistischer, modernistischer und freimaurerischer Propaganda einfangen zu lassen und akatholischen Gottesdiensten beizuwohnen, sich dem Spiritismus zu verschreiben oder auf die Schlagworte der Kommunisten von „sozialer Gerechtigkeit" hereinzufallen.
Eine Bestimmung wie die, daß Priester nicht Ärzte sein dürfen, zeigt offenkundig, daß sie auf römische, nicht auf allgemeingültige Verhältnisse abgestimmt ist: in den Missionen sind viele Priester Ärzte und müssen es sein.
All diese von der Presse hervorgehobenen Bestimmungen können uns noch kein Bild von dem wesentlichen Kern der Erneuerungsarbeit der Synode geben; dagegen zeigen sie uns deutlich Rom als riesige, rasch gewachsene Millionenstadt in einem uralten christlichen Raum, in dem jedoch auch das noch ältere Heidentum nie ganz ausgerottet worden ist, das nun in Zauberei, Spiritismus, wucherndem Aberglauben sein Unwesen treibt. Es zeigt die Wühlarbeit der Freimaurer, die in Italien seit den Zeiten des Risor-

gimento und der Einigung der Nation sehr tätig sind, und die neuerdings immer stärkere Tätigkeit amerikanischer Sekten, ganz zu schweigen von den kommunistischen Lockungen, die bei einem Volk von so großer Armut und mit so schroffen sozialen Gegensätzen natürlich leicht Erfolg haben können.
Es ist klar, daß der Diözese Rom eine ungeheure Arbeit auferlegt ist, um diese Welt, ihren Raum, in dem eine kirchenferne, verweltlichte moderne Großstadt und das Herz der katholischen Kirche zusammen bestehen, neu zu gestalten. Offenkundig soll die Erneuerung vom Altar ausgehen. Einige Bestimmungen, die in den Artikeln der Synode enthalten sind, zeigen, daß Rom auf dem Gebiet der liturgischen Erneuerung noch weit hinter anderen Ländern zurück ist. Andere Bestimmungen werden vielleicht auch von anderen Diözesen übernommen werden, so die, daß der Priester die Messe mit vernehmlicher Stimme lesen soll, soweit die Rubriken nichts anderes vorschreiben. Die Predigten sollen nicht länger als 15 Minuten dauern (auf diesem Gebiet ist in Rom eine Reform dringend nötig), dafür aber die Messe nicht rascher als in 25 Minuten gelesen werden. Genaue Kenntnis des Pfarrmilieus wird vom Priester verlangt.

Arbeit auf lange Sicht

In seiner Abschlußrede am Sonntag, dem 31. Januar, in der Peterskirche vor einer großen Menge von Klerus und Gläubigen erklärte Papst Johannes selber, daß die „Durchführung der Synodalkonstitutionen zweifellos eine gewaltige Arbeit darstellen wird". Die religiöse Lebendigkeit der Stadt Rom wird letzten Endes ja nicht von dieser oder jener einzelnen Bestimmung abhängen, sondern von der Lebenskraft ihrer Pfarreien und ihrer Apostolatsorganisationen, ebenso wie von der Qualität des christlichen Glaubens ihrer Bevölkerung. Der Papst als Bischof von Rom wird auch noch eine Diözesankurie einsetzen, wie es im zweiten Paragraphen der Einleitung zu den Synodalkonstitutionen (dem Buch in drei Teilen, das die 770 Artikel enthält) heißt: „Ihr Machtbereich und ihre Mission werden durch eine besondere apostolische Konstitution definiert werden, die als Anhang an die Akte der Synode erscheint." Mit dieser Einsetzung kann der Papst der gesamten Verwirklichung der Arbeiten der Synode noch eine weitere bestimmte, von ihm gewünschte Richtung geben.
Wichtig ist jedenfalls, daß die Synode den Eindruck hinterlassen hat, daß der römische Klerus als Ganzes bereit ist, sich der langen und mühsamen Arbeit der Erneuerung der Diözese hinzugeben. Die Vorarbeiten für die Synode haben bereits dazu geführt, daß sich eine Anzahl von Priestern *gemeinsam* der seelsorglichen Probleme der Stadt Rom bewußt geworden sind. Die Zusammenarbeit des Welt- und des Ordensklerus hat sich dabei verstärkt, die Bedeutung des Bischofs im Organismus der Kirche ist viel deutlicher als bisher hervorgetreten, und die Aufnahme, die die sehr ernsten Mahnworte bei seinen Zuhörern gefunden haben, ist ein gutes Vorzeichen für ihre Bereitschaft zu vollem Einsatz.
Allerdings, der Klerus allein kann es nicht schaffen. Wie wird das römische Volk reagieren? Hier wird auch die katholische Elite und die Katholische Aktion eine wichtige Aufgabe zu erfüllen haben. Denn die Mehrzahl der Bevölkerung ist, wie gesagt, gleichgültig, wenn nicht ganz der Kirche entfremdet. Die Aufrufe, die Pius XII. mehrmals an die Römer gerichtet hat, um sie zu einer religiösen Erneuerung zu wecken, insbesondere 1952 und zuletzt noch in seiner Ansprache an die Fastenprediger 1958 sind fast ganz ohne Erfolg geblieben. Die römische Presse, die von der Masse gelesen wird, ist äußerst mittelmäßig und hat über die Synode fast gar nichts berichtet. Aber wie nun diese gewaltige Arbeit tatsächlich angepackt werden wird, läßt sich frühestens nach der offiziellen Bekanntgabe der Synodalkonstitutionen beurteilen.

Die Herrschaft Christi über die Kirche und die Welt

Ein katholisches Votum für ein ökumenisches Thema

Seit dem Herbst 1952 gibt es die „Katholische Konferenz für ökumenische Angelegenheiten", einen internationalen Arbeitskreis führender katholischer Sachverständiger, die sich das Studium der ökumenischen Probleme unter dem Gesichtspunkt einer möglichen Wiedervereinigung im Glauben zur Aufgabe gemacht haben. Sieben Jahre lang stand diese Konferenz in einem losen Gespräch mit der Studienabteilung des Weltrates der Kirchen, und ihr erster größerer Beitrag, zum Generalthema der 2. Vollversammlung des Weltrats der Kirchen 1954 in Evanston, handelte von Jesus Christus, der Hoffnung der Welt. Er wurde seinerzeit von der „Istina", Paris, unter dem Titel „Christus, die Kirche und die Gnade im Heilsplan der christlichen Hoffnung" veröffentlicht (Nr. 2, 1954, S. 132—158) und von der Herder-Korrespondenz im Auszug wiedergegeben (8. Jhg., S. 519 f.). Sein Einfluß auf die Verhandlungen in Evanston war nicht erkennbar, denn aus dem ursprünglichen ökumenischen Entwurf wurde die Kirche als Zeichen der Hoffnung gestrichen (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 47 f.).
Trotzdem ließen sich die katholischen Theologen nicht davon abhalten, neue Kontakte zu suchen, und arbeiteten wiederum ein eigenes Votum zu dem ursprünglich vorgesehenen Generalthema für die 3. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen 1961 in Neu-Delhi aus: „Welt und Kirche unter der Herrschaft Christi". Dieses neue katholische Votum hatte zur Voraussetzung die 1958 veröffentlichte 2. Fassung des ökumenischen Studiendokumentes, über die hier ausführlich berichtet wurde (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 435 f.). Wie erinnerlich, enthielt dieses ökumenische Dokument einige außerordentlich wertvolle Ansätze für das Zeugnis der Kirche von der Herrschaft Christi über die Welt und die in den natürlichen Strukturen der Welt bereits angelegten Zuordnungen auf die Herrschaft Christi, Zusammenhänge, die besonders für die Christen in heidnischer Umwelt von größter Bedeutung sind. Man konnte damals vermuten, daß das Gespräch sowohl über die Lehre des Neuen Testaments wie über gewisse Kennzeichen der pastoralen Verkündigung Papst Pius' XII. eine fruchtbare Begegnung werden müßte. Diese Annahme hat sich vorläufig nicht bewahrheitet.

Zwischen zwei Stühlen

Denn inzwischen hatte die Studienabteilung des Weltrates im April 1959 eine 3. Fassung des ökumenischen Dokumentes erarbeitet, welche die erwähnten Ansätze zu einer theologischen Verständigung nicht mehr enthält. Der Text

dieses rein biblisch gemeinten Dokuments, das sich, wie es in der Einleitung heißt, bewußt einer systematischen Darlegung des Themas enthält, liegt jetzt in deutscher Fassung vor (vgl. „Ökumenische Rundschau", Januar 1960, S. 31 bis 42). Wir können hier nicht näher darauf eingehen, u. a. deshalb, weil die Herausgeber dazu sagen, auch die jetzige Fassung gebe keine Lösung der Probleme, da in der Diskussion neue Fragen aufgetaucht sind. Es trifft zwar zu, daß dieses neue Dokument vorwiegend exegetischen Charakter hat und wohl auch haben muß; denn für eine systematische Erfassung fehlt eine gemeinsame ökumenische Christologie und Ekklesiologie. Dennoch wird in der Darlegung immer von „der Kirche" gesprochen, ohne daß je versucht wird, zu sagen, was „die Kirche" ist und wie sie sich in der Gegenwart darstellt. Dazu ist der Weltrat nicht in der Lage. Dennoch findet sich in der biblischen Interpretation dessen, was die Christus widerstrebenden „Mächte" sind, ein bezeichnender Passus, der die improvisierte Ekklesiologie des Weltrates reflektiert. Es heißt da mit Bezug auf Kol. 2, 8 und 16—23 sowie Gal. 3, 1, es besteht „eine akute Gefahr nicht nur, wenn Menschen die Werke des Gesetzes gebrauchen, um ihre eigene Gerechtigkeit zu schaffen, sondern auch, wenn es nationalen, rassischen, gesellschaftlichen, ideologischen, politischen oder kirchlichen Bindungen und Sitten ermöglicht wird, Christen voneinander zu trennen und so die Einheit der Kirche zu zerstören" (S. 35).
In der Erwähnung der „kirchlichen Bindungen" wird also vorausgesetzt, daß sie die Christen voneinander und von der Einheit der Kirche trennen. Es wird in das Neue Testament hineingelesen, was die Pioniere des Weltrates der Kirchen ständig wiederholen, daß nämlich die Kirchen, so wie sie heute bestehen, ihre Bindungen preisgeben und in die Einheit der Kirche hineinsterben müssen (Evanston I vgl. nach Herder-Bücherei Nr. 10, S. 136—144). Wir erwähnen diese sich in biblischer Exegese verbergenden Tendenzen, weil das katholische Votum durch die 3. Fassung des Genfer Studiendokumentes praktisch nicht unmittelbar zum Tragen kommt. Trotzdem hat es bleibende Bedeutung als ein katholisches Zeugnis im ökumenischen Raum. Darum sollen im folgenden seine theologischen Schwerpunkte herausgearbeitet werden. Dieses katholische Dokument ist vorerst nur in französischer Originalfassung zugänglich und in „Istina" (Nr. 2, 1959, S. 131—166) abgedruckt. Die Verfasser sind nicht genannt, dürften aber zu den Spitzen der katholischen Theologen gehören. Der Text ist mit einem reichen wissenschaftlichen Apparat auf Grund der neusten theologischen Literatur versehen.

Was bedeutet „Herrschaft Christi"?

Das katholische Votum gliedert sich in drei Teile: A. Die Herrschaft Christi, B. Die Herrschaft Christi über die Kirche (S. 146 f.) und C. Die Herrschaft Christi über die Welt (S. 151 f.). Es versteht sich aus dem Wesen einer katholischen Lehrdarbietung, daß sie nicht nur „rein biblisch" vorgehen kann — was ja auch das ökumenische Dokument nicht vermag —, sondern daß schon in der Beschreibung der Herrschaft Christi nach den vorbereitenden Aussagen des Alten und den offenbarenden Aussagen des Neuen Testaments, die an den Kyriostitel anknüpfen, die klare Christologie von Chalkedon, die scholastische Lehre von der gratia capitis sowie päpstliche Lehrschreiben verwendet werden, z. B. Pius' XI. Enzyklika *Quas primas* von 1925 zur Stiftung des Christ-Königsfestes.

Abschnitt A 1 kommt zu folgenden biblisch fundamentierten Aussagen: „Die Ordnung der Erlösung oder der Gnade einerseits und die Ordnung der Natur oder der Schöpfung anderseits haben dieselbe Grundlage und bezeugen dieselbe Souveränität ein und derselben Herrschaft Jesu Christi, sowohl als Wort oder Schöpferweisheit wie als Fleischgewordenes Wort, als leidender Gottesknecht und Lamm Gottes . . . Unsere Theologie des Verhältnisses von Natur und Gnade, unsere Positionen bezüglich der Analogie des Seins und des Naturrechts haben ihr Fundament in der tiefen Identität und Wechselbeziehung der beiden Titel der Herrschaft Christi", die eine totale und absolute ist. Freilich erfordere der Eingang in die Neue Schöpfung eine Wiedergeburt, aber „die geschöpfliche Ordnung hat ihre Existenz, ihre Güte und damit eine wurzelhafte Eignung, zu Gott zurückzufinden, wenn ihr der Weg geöffnet wird . . ."
Abschnitt 2 entwickelt, daß die voll wirksame Ausübung der Herrschaft Christi eschatologisch ist, also erst am Ende der Tage in Erscheinung tritt. Bis zur vollendeten Konstituierung des Reiches Gottes wird die Herrschaft Christi auf Erden in forma servi ausgeübt. Abschnitt 3 stellt fest, daß bis zur Parousie eine Doppelheit der Bereiche, Kirche und Welt, und ein Widerstand der „Mächte" dieser Welt bestehen bleibt. Darum kann die Kirche, wie Pius XI. sagte, diese Welt nicht evangelisieren, indem sie sie zivilisiert, sondern sie zivilisiert sie, indem sie evangelisiert, d. h. die Kirche breitet die Herrschaft Christi in der Welt über die Gewissen der Menschen aus, die sie von innen her verwandelt. An der Herrlichkeit Christi haben wir nur Anteil, indem wir seinen Leidensweg mitgehen und an der Welt sühnend einen Dienst der Liebe verrichten.

Der Auftrag der Kirche

Teil B des katholischen Votums ist, wie ausdrücklich vermerkt wird, in besonderer Weise an den Weltrat der Kirchen und die Faith-and-Order-Kommission gerichtet. Er handelt von der Herrschaft Christi über die Kirche, die sowohl die Autorität des dreifachen Amtes Christi fortführt wie auch Versammlung der Gläubigen ist. Wesentlich sei, zu beachten, daß die totale Herrschaft Christi auch die apostolischen Vollmachten und die Sakramente, also eine Institution göttlichen Rechts gestiftet hat. Denn die Herrschaft Christi entfaltet sich auch durch die Zeit hindurch in der Geschichte der Kirche, die seine Kyria ist. Die Kirche hat eine Mitteilung des Königtums Christi empfangen, ihr prophetisches wie ihr priesterliches Amt sind auch königlich. Aber diese Teilnahme wahrt die Transzendenz des Königtums, der prophetischen und priesterlichen Souveränität Christi. Ihr Gesetz, das fleischliche Gesinnung immer wieder vergißt, ist gemäß dem Evangelium: Dienen und nicht sich dienen lassen. Diese Herrschaft ist also in der Kirche als Gemeinschaft von Gläubigen wesentlich eine geistliche. In der Kirche als apostolisch-hierarchischer Institution besteht sie in der religiösen Autorität. In dieser Ordnung aber ist sie wirklich.
In einer Gesellschaft, die von laizistischen Ideen erfüllt ist wie die unsere, muß daran erinnert werden, daß Jesus Christus eine gesetzgeberische Autorität ist und daß er in die Welt hinein ein Volk und ein Reich gestellt hat, dessen Lebensprinzip nicht allein innerlich und geistlich ist, sondern auch rechtlichen, göttlichen Charakter hat. Und gegenüber dem anarchischen Individualismus heute muß man, ohne das Thema von der christlichen Freiheit zu

vernachlässigen, an die christliche Idee des Gehorsams erinnern.

Das Königtum Christi besteht nicht nur in der Kirche, der es teilweise übermittelt ist, sondern auch über die Kirche. Das Neue Testament zeigt durch die Bilder von der Braut wie vom Leibe Christi, daß unbeschadet einer mystischen Einheit zwischen Christus und seiner Kirche Christus Haupt und Herr der Kirche bleibt. Der Herr übt auch in den großen Linien der Geschichte seiner Kirche diese Herrschaft souverän aus, etwa in der Beauftragung des Apostels Paulus oder in den Verurteilungen der Häresien auf den großen Konzilien oder, um ein Beispiel aus neuester Zeit zu nennen, in der Verurteilung des Kommunismus, von der Pius XII. zu Weihnachten 1954 sagte, das Jüngste Gericht werde sie bestätigen. Aber das Apostolat der Kirche ist reiner Dienst (2 Kor. 3, 6; Ephes. 3, 7; Kol. 1, 23). Das gilt auch für die Rolle des Vicarius Christi, des Primats, der die Aufgabe hat, darüber zu wachen, daß die ganze Kirche Christus unterworfen bleibt. Es gilt freilich anzuerkennen, daß fleischliche Gesinnung, der Geist der Macht und der Wille zur Herrschaft, ebenfalls in der Kirche, bei den Menschen der Kirche, am Werke waren und aus der Herrschaft Christi einen Klerikalismus und eine „Ekklesiokratie" gemacht haben. Gegen diese Versuchungen muß die Kirche mit Hilfe des Geistes Christi ständig ankämpfen, um ihrem Herrn untertan zu bleiben.

Die Herrschaft Christi über die Welt

In dem dritten und wichtigsten Teil C wird in zwei Abschnitten dargelegt, wie Christus seine Herrschaft über die Welt ausübt. Kirche und Welt sind ihm beide unterworfen, aber je auf verschiedene Weise in verschiedenem Grade.

Im 1. Abschnitt untersucht das katholische Votum, wie sich die Herrschaft Christi über die Welt und ihre schöpfungsmäßigen Strukturen auswirkt, und es wird auf den bekannten katholischen Realismus hingewiesen, die Achtung vor den seinshaften Sachverhalten. Zwar weiß die Welt nichts davon, daß Christus ihr Gravitationszentrum ist, sie verweigert sich ihm auch und stößt ihn von sich. Denn diese Welt hat ihren „Fürsten", für den das Neue Testament verschiedene Namen gebraucht. Er treibt die Geschöpfe Gottes dahin, autonom sein zu wollen, und daran werden die Geschöpfe krank. Die dämonischen Tendenzen der Welt werden beim Namen genannt: die Sucht nach Selbstrechtfertigung vor allem. Eine Liste moderner Idole zählt auf: Rasse, Klasse, Nation, Partei, Fortschritt, Menschheit, Wissenschaft, Technik, Komfort und Geld, selbst Leib und Gesundheit, auf religiösem Gebiet den Juridismus, Legalismus, Ritualismus, Aberglaube und Gnosis.

Aber in dieser Welt wirken auch positive Tendenzen. Menschen, die, ohne Gott in Jesus Christus zu kennen, die Gerechtigkeit suchen, ehren die Herrschaft Christi. Hier spricht das katholische Votum unmittelbar die 2. Fassung des ökumenischen Dokumentes an. Kranke heilen, die Wahrheit der geschaffenen Dinge erforschen und erkennen, für Gerechtigkeit sorgen, den Menschen aus der Sklaverei befreien, die Rohstoffe der Erde zum Nutzen der Menschen erschließen, das alles sind Tätigkeiten, die in dem Maße, wie sie authentisch sind, das Werk Gottes verrichten, obwohl sie ständig das Risiko der Zweideutigkeit enthalten und von Sünde bedroht sind. Auch die tiefere Entwicklung der Menschheit ist im Ganzen ein Suchen nach Heilung und Integrität, nach universaler Einigung und Versöhnung, und dient daher dem Reiche Gottes. Es gibt in der christlichen Lehrtradition, sogar bei Augustin, das Thema der natürlichen Wohltaten, der natürlichen Vorbereitungen auf das Evangelium. Hier weist das Votum ausdrücklich auf die lehramtliche Verkündigung Papst Pius' XII. hin, die auch den nächsten Abschnitt weitgehend beherrscht. Die katholische Lehre bestätigt das wurzelhafte Gutsein der Natur, ihre mögliche Offenheit für die Gnade. Allerdings gibt es in der konkreten Wirklichkeit keine „natürliche" Welt, sondern nur eine sündige und wiedererlöste Welt.

Die Prophetie der Kirche

Abschnitt C 2 handelt schließlich von der Herrschaft Christi über die Welt durch Vermittlung der Kirche. Die Kirche verändert zwar nicht die physische Struktur der Welt, sondern die Herzen der Menschen. Sie setzt mitten in diese Welt zeichenhafte „Inseln der Gnade" in Werken der Barmherzigkeit oder in Gestalt der Orden. Sie wirkt auf die Menschen durch ihren „Prophetismus", besonders durch das Lehramt des Papstes und der Bischöfe. An Hand lehramtlicher Taten der letzten Päpste wird gezeigt, wie die Gläubigen in dieser nicht mehr christlichen Welt angeleitet werden, die heutigen Aufgaben an der veränderten Welt auf eine christliche Weise zu übernehmen und die dämonischen Mächte, die das Lehramt beim Namen nennt, zu meiden. An dieser Stelle wird aus dem Gedankengang wie aus den Literaturnachweisen erkenntlich, daß auch die Arbeit der Herder-Korrespondenz in das Dokument eingegangen ist. Ihr wird auch ein Anhang gewidmet, der auf Bemühungen Pius' XII. verweist, die für die Gnadenwirklichkeit relevanten Strukturen und Bestrebungen der geschichtlichen Welt anzusprechen und die Gewissen darauf zu verpflichten.

Denn, so sagt das katholische Votum, das prophetische Wort der Kirche wendet sich nicht nur an die Gläubigen, über die es sogar eine jurisdiktionelle Autorität ausübt, sondern gleichermaßen an die ganze Welt, an die Christen, die nicht der Kirche angehören, und an alle Menschen, die an Gott glauben. Aus diesem Grunde appellieren die päpstlichen Verlautbarungen oft an das Naturrecht. In dem Maße nun, wie die Menschen diesen Appell verstehen und ihm folgen, vollzieht sich eine Art eschatologischer Recapitulatio unter die Herrschaft Christi. Sie wird im sozialen Bereich wirksam in Gestalt einer christlichen Gesetzgebung, christlicher Kultur und Unterweisung, in der Umgestaltung der Stellung der Frau, der Kinder und der Familie; obwohl man nicht übersehen sollte, daß es sich dabei oft um recht partielle und fragwürdige Erscheinungen handelt, zumal da auch Mangel an echtem Christenglauben und an christlichem Mut im Spiel ist. Eine andere Weise der Recapitulatio der Welt vollzieht sich in der Liturgie und den Sakramenten. Ja man kann die ganze Kirche ein Sakrament der Rückkehr der Welt zu Gott in Christus nennen.

Zum Schluß erinnert das Votum an die zahlreichen geschichtlichen Erfahrungen, die die Kirche seit Pfingsten mit der Macht Christi über die Welt erlebt hat: die Bekehrung des Kaisers Konstantin, die Bekehrung und Erziehung der germanischen Völker, die gregorianische Reform, die eine geistliche Unterwerfung der weltlichen Mächte sein sollte, wie die Historiker immer deutlicher erweisen, und keine „Weltherrschaft". Aber durch die An-

wendung einer juridischen Terminologie und die Einsetzung weltlicher Mittel, z. B. des Lehnseides, hat das Papsttum sich einer Zweideutigkeit ausgesetzt und ist nicht immer der Gefahr der Hierokratie oder Ekklesiokratie entgangen. So kam die Zeit der großen Konflikte, der Loslösungen von der Kirche, der Prozeß der Laisierung von Politik und Kultur, die den öffentlichen Ausdruck der Herrschaft Christi schwächten. Die Kirche antwortete auf die Säkularisierung des Lebens damit, daß sie sich auf ihr eigentliches Wesen besann und die große missionarische Expansion der neuesten Zeit vorbereitete. Sie hat nicht darauf verzichtet, die Herrschaft Gottes zu verkünden, aber sie hat sich den veränderten Bedingungen angepaßt und den Weg über die Formung der Gewissen gewählt. Keine menschliche Macht hat das Recht, sie darin zu behindern. So vollzieht sich heute in neuer Weise eine Art Vorbereitung auf das Evangelium.

Überblickt man das katholische Votum zum Thema: „Welt und Kirche unter der Herrschaft Christi" und vergleicht man es mit der 3. Fassung des ökumenischen Studiendokumentes, das versucht, den Boden des Neuen Testaments nicht zu verlassen, so wird einem deutlich, daß der klare christologische und ekklesiologische Aufbau der katholischen Antwort vorerst keine Brücke zu dem gegenwärtigen Stand der ökumenischen Diskussion zu schlagen vermag, nachdem die Pfeiler auf der anderen Seite, die die 2. Fassung aufwies, zurückgezogen worden sind. Diese Kluft liegt nicht nur an der katholischen Präzision, sondern auch an dem ökumenischen Ausweichen vor dem Zentralproblem der Kirche bzw. der gesetzgeberischen Vollmachten des Erlösers, die auch eine biblische Begrenzung des Themas erweisen würde, wenn die ökumenische Kommission auf alle evangelischen Exegeten aufmerksam hören könnte.

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Über Geschichte und Wesen der christlichen Demokratie

Während über den freiheitlichen Sozialismus eine fast unübersehbare Literatur vorliegt (vgl. u. a. Die Welt der Bücher 2. Folge, S. 79 ff.), war bisher das Schrifttum über die christliche Demokratie äußerst spärlich. Das gilt sowohl für Einzelforschungen über Teilfragen als auch für Gesamtdarstellungen der nach dem zweiten Weltkrieg zu einem politischen Ordnungsfaktor erster Ordnung in Westeuropa gewordenen christlichen Demokratie (u. a. Hans Buchheim, Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland, Kösel, München 1953). Eine erste breitangelegte Gesamtdarstellung hat unlängst der Professor für Industrial Relations an der Universität Cardiff und Mitglied der Labour-Party, Michael P. Fogarty, vorgelegt, die 1956 unter dem Titel „Christian Democracy in Western Europe 1820—1953" (Routledge and Kegan Paul, Ltd., London) und 1959 in einer Übersetzung von Hans Schmidthüs als „Christliche Demokratie in Westeuropa 1820—1953" (Herder, Freiburg) erschienen ist.

Der Begriff der christlichen Demokratie

Zum erstenmal wagt es Fogarty, ein soziologisch so komplexes Gebilde wie die christliche Demokratie aufzugliedern und zu definieren. „Die katholische Kirche anerkennt im Prinzip, und die protestantischen Kirchen anerkennen gewöhnlich in der Praxis drei Ebenen der Tätigkeiten, die von christlichen Idealen inspiriert werden. Da ist die der Geistlichkeit vorbehaltene Ebene, das Wort Gottes zu predigen und die Tradition und die geistlichen Übungen der Kirche zu bewahren. Da ist die Ebene der Katholischen Aktion oder, um auch die entsprechenden protestantischen Einrichtungen einzubeziehen, die christliche Aktion ... Sie zielt vorzüglich auf religiöse und sittliche Entwicklung, wenn auch mit besonderer Betonung der Ausbildung zu politischer, wirtschaftlicher und sozialer Tätigkeit." Im katholischen Raum untersteht diese Aktion der unmittelbaren Leitung des Episkopates und darf nicht verwechselt werden mit einer dritten Ebene der Tätigkeit, „bei der die Laien die Initiative und Verantwortung gänzlich übernehmen, wenn auch innerhalb des normalen Rahmens der Glaubenssätze, der Vorschriften und Praktiken ihrer Kirchen". Natürlich sind die Übergänge von der zweiten zur dritten Ebene fluktuierend und dem geschichtlichen Wandel unterworfen.

Fogarty unternimmt es nun, die Geschichte und Programmatik aller christlichen Bewegungen aufzuzeigen, die sich im Laufe der letzten 130 Jahre auf der zweiten und dritten Ebene dieses Schemas in Deutschland, Frankreich, Italien, Holland, Belgien, Österreich und der Schweiz im katholischen und evangelischen Raum angesiedelt und nach 1945 ihren „Durchbruch" zur stärksten politischen Kraft Westeuropas in den eigentlichen christlich-demokratischen Parteien erreicht haben. Er erweitert also den Begriff „christlich-demokratisch" vom rein Parteipolitischen auf diesen breiten Strom abendländischer Organisationsformen, weil er in ihm in der Nachfolge der feudalistischen und patriarchalischen christlichen Gesellschaftsauffassung die Gesamtbewegung jener Laien sieht, „die sich in eigener Verantwortung mit der Lösung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Probleme im Lichte christlicher Grundsätze befassen, die von diesen Grundsätzen und von der praktischen Erfahrung her schließen, daß in der modernen Welt die Demokratie normalerweise die beste Regierungsform ist: daß die Herrschaft der Menschen im Staat, Betrieb, Gemeinde oder Familie nicht nur *für* diese Menschen, sondern *durch* sie vollzogen werden sollte". Diese Bewegung anerkennt als Prinzipien den Personalismus und den Pluralismus der Gesellschaft. Als Techniken fordere sie politische Demokratie, Mitverantwortung in der Industrie und Beseitigung der patriarchalischen Familie. Sie hat zur Erreichung dieser Ziele entsprechend den historischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten in jedem Land eine Fülle von Organisationsformen in Verbänden, Berufsorganisationen, Gewerkschaften, Parteien und zu deren Unterstützung eine starke Presse, die katholischen Universitäten und Schulen sowie eine Vielzahl von Forschungs- und anderen Dienstleistungseinrichtungen hervorgebracht.

Die Programmatik

Die Programmatik der christlichen Demokratie ist nicht leicht zu fassen. Zum spezifisch christlichen Ausgangspunkt stellt Fogarty fest: „Aber wenn überhaupt, dann gibt es nur wenige Angelegenheiten der Politik, des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, von denen die christlichen Demokraten behaupten können, daß ihnen das Christentum dazu verhelfe, die Wahrheit zu erkennen . . . Dagegen behaupten sie, daß ihr Christentum ihnen eine zusätzliche Zuversicht, eine Gewißheit des Fühlens und eine Fähigkeit gibt, ihre Fehler zu erkennen und sich von ihnen zu erholen. Das befähigt sie, die Probleme des Lebens vollständiger und gültiger zu begreifen und zu lösen, als wenn sie sich allein auf die menschliche Vernunft verließen."
Die ganze Problematik des 19. Jahrhunderts drang nun in diese offene Geistigkeit der christlichen Demokraten über die vielfältigsten Organisationen ein, in denen sie sich zusammengeschlossen hatten, und erzeugte eine dem Leben angepaßte „katholische Synthese, die sowohl Ziele als auch Methoden deckt" und sich dadurch von der Einseitigkeit anderer Bewegungen innerhalb der freien Welt abhebt. „Die Parteien insbesondere nehmen Material von allen Ecken der politischen Welt und verarbeiten es kritisch in ein Muster, in dem jedes Element seinen Platz in der Perspektive der anderen findet." Das ganze Gedankensystem wird von folgenden drei Grundprinzipien getragen:

Personalismus

Die christlichen Demokraten beschäftigen sich nach Fogarty genauso wie die Liberalen ausschließlich mit dem Status, der Rolle und der Sicherheit des Individuums, mit Dingen wie den Menschenrechten und dem Wert der individuellen Initiative. „Aber der christliche Demokrat wird den liberalen Weg als zu individualistisch und als humanistisch im Sinne von profan kritisieren. Seine Anschauung ist personalistisch in dem Sinn, daß er allen Dimensionen der Persönlichkeit Rechnung trägt, den gesellschaftlichen wie den individuellen, den übernatürlichen wie den rein menschlichen . . . Er teilt mit den Sozialisten die Wertschätzung der Bedeutung und der Rechte des Kollektivs, wehrt sich aber gegen jede Übertreibung dieser Rechte und betrachtet jedes Kollektiv nur als Diener und nicht als Beherrscher des Individuums."

Pluralismus

Die christlichen Demokraten grenzen jedes Kollektiv ein und versuchen ihm seinen Eigenwert zu geben, indem sie die jeder Gruppierung zukommenden Funktionen und Organisationen zu definieren und ihre Rechte und Pflichten gegeneinander zu bezeichnen versuchen, von der Familie bis zur Gemeinschaft der Völker der Welt. „Der Staat bezieht seinen Platz lediglich als eine und nicht immer die unbedingt wichtigste in einer Hierarchie gesellschaftlicher Gruppierungen."
Dieser Pluralismus von der kleinsten Gemeinschaft der Familie bis zur größten der Völkergemeinschaft, der seinen sozialphilosophischen Ausdruck im Subsidiaritätsprinzip gefunden hat, wird gerade von den Verbänden der Katholischen bzw. christlichen Aktion mit Leben erfüllt, ob es sich nun um die Nachbarschaftshilfen und Familienbewegungen in den lateinischen Ländern als kleinste Gruppen oder um die Entwicklungshilfe der deutschen Katholiken als Zusammenarbeit der größten gesellschaftlichen Gruppen handelt. Die Parteien haben überall stets örtliche Verwaltungen stark befürwortet, immer jedoch in Unterordnung unter das durch die Nation vertretene größere Ganze. Auch für die Produktionsbedingungen des modernen Wirtschaftslebens streben die christlichen Demokraten die Zusammenarbeit einer Vielfalt organisierter Gruppen, u. a. in der Form der Mitbestimmung, an.

Konservativismus

Mit den Konservativen teilen die christlichen Demokraten die Achtung vor dem Faktor Zeit, vor den Schwierigkeiten erfolgreichen Wandels und vor der Bedeutung einer stetigen, ungebrochenen Entwicklung. Vom „Reaktionär", der an leeren Formen und meist aus egoistischen Gründen an überholten Positionen festhält, trennt sie jedoch das Bewußtsein, „daß der Mensch das Recht und die Pflicht hat, kraft seiner Vernunft und seines Willens fortschreitend seine Umwelt zu meistern".
Diese „Katholizität" des Programms ist nicht nur bei den Parteien zu finden, sondern charakterisiert mit standortbedingten verschiedenen Nuancen auch alle andern christlich-demokratischen Organisationen und Gruppen. Der Engländer Fogarty hat immer wieder, bei Teilnahme an internationalen Tagungen kontinentaleuropäischer christlicher Demokraten erstaunt festgestellt, über welch breiten Fundus gemeinsamer Grundhaltungen sie bei aller Gegensätzlichkeit der Standpunkte verfügen.

Die politische Doktrin

Doch muß Fogarty zugeben, daß bei den christlichen Demokraten das, was man im angelsächsischen politischen Denken die „mittleren Prinzipien" nennt, nicht genügend ausgebildet ist. Auf der einen Seite stehen die oben skizzierten großen Grundhaltungen des Personalismus, Pluralismus und gesunden Konservativismus, deren Erarbeitung ein Verdienst der Sozialphilosophen ist. Auf der anderen Seite steht die von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden angewandte Tagestaktik, um sich durchzusetzen und mit den reinen Tagesnotwendigkeiten fertig zu werden. Über das Zusammenfallen dieser beiden Pole stellt der von Fogarty zitierte Generalbericht des Jahreskongresses 1952 der NEI (Nouvelles Équipes Internationales = Internationale Union der christlichen Demokraten) in Freiburg i. Ü. fest: „Wir befürchten, daß die Summierung der beiden Teile noch keine Definition einer politischen Doktrin gibt. Teil I ist nicht politisch: er ist Philosophie. Teil II ist keine Angelegenheit der Doktrin: er ist ein Aktionsprogramm."
Was diese fehlenden „mittleren Prinzipien" oder „die Doktrin" sein sollen, definiert mit treffenden Worten der belgische Senator Houben: „Sobald man eine sich über eine Periode erstreckende politische Aktion beabsichtigt und vorherbestimmte Ziele anstrebt, ist eine politische Doktrin notwendig, um Kontinuität und Koordination zu garantieren, wenn man bedenkt, daß eine Anzahl Menschen zusammen oder nacheinander in den verschiedenen Sektoren und Stellungen des politischen Lebens handeln müssen . . . Eine Doktrin ist vor allem den Christen unerläßlich, die ihre Politik auf das allgemeine Wohl gründen wollen und in ihren Reihen Menschen jeder Herkunft und aller Klassen haben" (Revue Politique, Brüssel, III, 5 [1953] S. 13).

Fogarty meint, daß man die Selbstkritik wegen der fehlenden „Doktrin" nicht zu weit treiben dürfe, und zeigt in einem weit ausholenden historischen Exkurs, wie eine Doktrin sich in der Geschichte der christlich-demokratischen Verbände, Gewerkschaften und Parteien herausgebildet hat und vorhanden war ... aber für vergangene Epochen. Sie ist in einem historischen Prozeß gewachsen, war in den christlichen Volksmassen tief verwurzelt und hat viele und umfassende Organisationsformen gefunden.

Das Wachstumsschema großer gesellschaftlicher Bewegungen

Das geschichtliche Werden der christlichen Demokratie stellt Fogarty in den Rahmen eines Wachstumsschemas, dessen Kategorien hauptsächlich von der angelsächsischen Psychologie und Gruppensoziologie unter dem Titel „Fortschritt des Lernens" erarbeitet wurden und neben denen „die dialektische Geschichtstheorie von Karl Marx eine rohe und verzerrte Version war". Das Wachstum großer Sozialbewegungen weist folgende Etappen auf: „Ein Problem taucht in einer festen Gesellschaftsordnung auf. Eine Debatte entsteht zwischen denen, die es als unwichtig ansehen oder als Symptom von Abweichungen zu unterdrücken bestrebt sind. Keiner Seite gelingt es zunächst, das Problem klar oder in der richtigen Perspektive darzustellen; man kann nicht aus dem alten Begriffsschema heraus. Die Debatte verschärft sich, Experimente werden angestellt, und schließlich gelingt ein vorläufiger Durchbruch unter Führung neuer Leute, die von einer neuen, vorher nicht besonders hervorgetretenen Klasse oder Gruppe unterstützt werden. Das Problem wird klar gefaßt, ein neues Bezugssystem wird geschaffen, und neue Modelle für seine Lösung werden erarbeitet. Alles das braucht in einer Sozialbewegung etwa eine Generation, zwanzig Jahre für die Vorbereitung und zehn Jahre für den Durchbruch.

Es folgt eine Periode der Entspannung und Entwicklung, in der die Debatte auf einer neuen Ebene fortgesetzt wird, wobei die neuen Modelle ausgebildet und vervollkommnet werden und die Diskussion sich von den Vorkämpfern auf immer weitere Kreise ausdehnt.

Schließlich geschieht ein endgültiger, entscheidender Durchbruch, bei dem eine vollkommene Version der ‚neuen Modelle' angenommen wird als Standardpraxis und als normaler Teil der Kultur der Bewegung. Auch für diese Stufe braucht eine Generation zwanzig Jahre für die Vorbereitungszeit der ‚Entspannung' und etwa zehn für den Durchbruch. Es folgt eine flaue Periode, und dann beginnt sich die Aufmerksamkeit auf das nächste Problem oder die nächste Problemreihe, die Vorrang hat, zu konzentrieren."

Die Wachstumsperioden der christlichen Demokratie

Wenn auch nicht alle Komponenten der Entwicklung einer Bewegung, die so umfassend ist wie die christliche Demokratie, gleich laufen, so lassen sich nach Fogarty doch die Wachstumsperioden unterscheiden, in denen jeweils das oben gezeichnete Entwicklungsschema zum Durchbruch kommt.

Anpassung an die Welt des 19. Jahrhunderts

Die erste Periode, die genau zwei Generationen deckt, dauert von 1820 bis etwa 1880. Die Christen standen vor den von den liberalen Kräften formulierten und geforderten Techniken zur Gestaltung des politischen Lebens: politische Demokratie, wirtschaftlicher Wettbewerb, Garantien der Rechte von Menschen und Nationen. Später kamen die Sozialisten mit Techniken der Staatskontrolle und der Klassen- (Gewerkschafts-) Organisation zur Gestaltung der industriellen Produktionsbedingungen. Sodann verkündete die liberale Bewegung angesichts der Trennung der modernen Welt in Glaubensanschauungen, daß es mehr Schaden als Nutzen bringe, wenn eine bestimmte Glaubensanschauung mit Gewalt aufgezwungen würde. Die richtige Haltung sei Toleranz und gegenseitige Achtung der verschiedenen Weltanschauungsgemeinschaften. Um 1820 begann bei den Christen die Diskussion, ob diese Techniken, falls sie nicht zur Philosophie erhoben würden, zu akzeptieren seien. Um 1880 bestanden in allen Kirchen „starke christlich-liberale, wenn auch noch nicht christlich-soziale Gruppen, und ihr Sieg über den Traditionalismus war gesichert". In der katholischen Kirche ist Papst Leo XIII. der sichtbare Wendepunkt mit seinen drei Enzykliken: *Libertas praestantissimum,* die für die moderne Welt liberale Prinzipien wie Demokratie und Toleranz billigt; *Rerum novarum,* die die wesentlichen sozialistischen Anliegen der Klassenorganisation und der staatlichen Einmischung in die Wirtschaft übernimmt; schließlich *Au Milieu des sollicitudes,* die die katholischen Führer in Frankreich als stärkste verbliebene Gruppe katholischer Traditionalisten ermahnte, endlich die liberale Republik anzuerkennen.

„Es gab bis dahin noch keine klare oder wohldefinierte christlich-demokratische oder soziale Doktrin. Aber die Lektion, daß die Christen Ja sagen müssen zu den Techniken und Nein zu den totalitären Ansprüchen der Bewegungen, welche die moderne Welt gemacht haben, ist der Grundstein, auf dem alle folgenden Entwicklungen der christlichen Demokratie aufgebaut haben ... Von 1820—1850 wurde das Problem gestellt. Von 1850—1880 wurde die doppelte Linie auf das Ja wie auf das Nein hin geklärt und gefestigt."

Soziale Aktion und Anschluß der Protestanten

Die zweite Periode von etwa 1880 bis 1950 charakterisiert Fogarty als eine Zusammenfassung und Vervollständigung dieser noch ungeordneten Anfänge, „um mit ihnen am Ende des zweiten Weltkrieges eine umfassende und im vernünftigen Maße gut integrierte Bewegung aufzubauen". An hauptsächlichen Entwicklungstendenzen sind in diesem Zeitraum festzustellen: Die Protestanten in Deutschland, der Schweiz und Frankreich schlossen sich der Bewegung an, in der ihre Glaubensbrüder in Holland schon eine so wichtige Rolle spielten. Die christlich-demokratischen Sozialbewegungen und vor allem die Arbeiterbewegungen wuchsen zu voller Größe heran, und ihr Gewicht machte sich in den politischen Bewegungen sichtbar. Die politischen Bewegungen ihrerseits vervollständigten sich dadurch, daß sie sich eine breitere und festere Basis in den Sozialbewegungen verschafften und sich an Stärke und Zahl vermehrten. Besonders in Frankreich und Italien tauchten jetzt starke christlich-demokratische Parteien auf. Schließlich setzte sich eine Entkonfessionalisierung der Gewerkschaften und Parteien durch. Nicht einmal die historisch kurzlebigen Zwischenspiele des Faschismus und Nationalsozialismus konnten diesen Wachstumsprozeß christlich-demokratischer Berufsverbände, Gewerkschaften, Unternehmerorganisationen, Ju-

gendbewegungen und Parteien, deren Werden Fogarty detailliert darstellt, unterbrechen. Sie alle haben den christlichen Volksteil an das gesellschaftspolitische Geschehen herangeführt, die Leistungen der pluralistischen Gesellschaft im kontinentalen Westeuropa entscheidend mitbestimmt und sind als Ausdruck formal-politischer Macht mit rund 37 % aller Parlamentssitze weit stärker als die zweitgrößte Gruppe der Sozialisten mit rund 23 % (Vergleichszahlen von 1954).
Mit Hilfe eines umfangreichen statistischen Materials weist Fogarty nach, daß diese machtvolle Bewegung in groben Zügen heute fast alle praktizierenden Christen erreicht oder gar organisiert hat. Fogarty kommt sogar zu der Schlußfolgerung, daß „regelmäßige Kirchenbesucher" und „christlich-demokratische Wähler" auswechselbare Begriffe sind. Die seit 1820 diskutierten „ersten Muster" sind somit zum allgemeinen Durchbruch gekommen und Allgemeingut nicht nur der Christen, sondern weitgehend sogar der westeuropäischen Gesellschaft geworden. Damit wäre die Bewegung zu einem gewissen historischen Abschluß gekommen.

Eine neue Periode in Sicht?

Dieser historische Abschluß mag einer der tieferen Gründe sein für die oben beschriebenen Schwierigkeiten, die aus dem Fehlen einer allgemeinverbindlichen Doktrin in der heutigen Situation entstehen. Die Doktrin der vergangenen Epoche bestand eben darin, die Christen in der Demokratie zu organisieren, an die Errungenschaften des modernen freiheitlichen Staates und einer sozial ausgeglichenen Gesellschaft heranzuführen und diese entscheidend mitzubestimmen. Nach Fogartys Thesen über das geschichtliche Werden großer Sozialbewegungen wäre nun wieder die Zeit gekommen, neue Probleme zur Diskussion zu stellen. Das äußert sich zunächst in einer kritischen Distanzierung gegenüber den bestehenden Zuständen durch Einzelpersönlichkeiten. Eine solche Kritik, die grundsätzlich neue Probleme aufwirft, ohne noch neue Verhaltensmuster zu zeigen, äußert zum Beispiel Rudolf Lewandowski, der ehemalige langjährige Generalsekretär der Jugendsektion der NEI, nach einer eingehenden Situationsanalyse der christlich-demokratischen Parteien im Jahre 1959 in der „Furche" unter dem Titel „Abschied von der christlichen Demokratie" (Nr. 26 27 28, 1959): „Die Probleme der Technik, ihre Beziehungen zum Menschen, die vielfältigen Fragen der Automatisierung, der Verwendung der Atomenergie, ja der einfachen Anwendung moderner Arbeitsmethoden liegen nicht im Bereich der Erwägungen der christlichen Demokratie. Sie hat bisher in keiner Weise eine immer wie geartete Antwort zu geben versucht."
Nachdem Lewandowski aufgezeigt hat, wie die christlichen Demokraten zu Staatsparteien geworden sind und sich weitgehend dem nach bürokratischer Eigengesetzlichkeit und Trägheit handelnden Staatsapparat untergeordnet haben, stellt er fest, „daß sie zuwenig Interpreten einer Gruppe von Menschen sind, die ihre vielfältigen Aspirationen in Tätigkeit einer Partei vereinigen." Sie seien vielmehr zu Obrigkeiten geworden, „die kraft eines eingenommenen Standpunktes Vorteile, Posten und Ehren verteilen". Daß die von der Technik bedingten neuen Wirtschaftsmodelle und -vorgänge heute einer Diskussion und neuer „Gestaltungsmuster", in zeitgemäßer Gemeinschaftsarbeit herausgebildet, durch die in der Verantwortung stehenden christlichen Demokraten bedürfen, die zu einer neuen Doktrin führen, kommt auch in der Schlußfolgerung aus einer Kritik Adolf Kohlers an der CDU/CSU im „Fährmann" (Nr. 3, 1959, S. 84) zum Ausdruck:
„Die wirtschaftlichen Vorgänge, die heute das soziale und gesellschaftliche Leben bestimmen, sind zu vielfältig, als daß ein einzelner sie noch durchschauen und beherrschen könnte. Es müßte eine Gruppe hochqualifizierter Persönlichkeiten sich ans Werk machen, in gemeinsamer Arbeit zu versuchen, die dynamische Sachlogik der wirtschaftlichen Prozesse zu erfassen und dem christlichen Bild vom Menschen unterzuordnen, daraus ein wirkliches Programm zu entwickeln und diesem Programm die Chancen der Verwirklichung zu schaffen. Eine Fülle von Einzeluntersuchungen wäre zusammenzufügen und die Ergebnisse jahrelanger wissenschaftlicher Arbeit politisch auszuwerten."

Neue Organisationsformen

Während diese „Erststimmen einer neuen Periode" nach dem Entwicklungsschema Fogartys in der kontinentaleuropäischen Sicht einer programmatischen Erfassung der Produktions- und Wirtschaftsstrukturen der westeuropäischen Gesellschaft durch eine integrierte christlich-demokratische Bewegung den Vorrang einräumen, stellt der britische Labouranhänger einen anderen „Durchbruch" zur Diskussion: Fogarty geht von der Gesamtstärke der Bewegung, also nicht von den Parteien, aus und meint: „Heute geht das Interesse dieser Bewegung über die Verteidigung kirchlicher Anliegen, über die Befestigung christlicher Grundsätze oder selbst über die Schaffung starker und stabiler Organisationen hinaus. Alle diese wesentlichen Verteidigungsmaßnahmen waren zu ihrer Zeit notwendig als Aspekte eines Kampfes, um in einer Ordnung zu überleben, die abseits vom Christentum und oft gegen es gerichtet war. Heute hat sich der Akzent von der Verteidigung auf den Angriff verschoben. Es gilt nun die Strategie zu finden, mit der die militante Laienschaft, die heute mächtig und sich ihrer Ziele bewußt ist, die Umweltgesellschaft umwandeln kann. Dieser Wechsel von der Verteidigung zum Angriff ist der Echtheitsstempel der heranwachsenden Generation militanter Christen in den hier untersuchten Ländern und einer Erscheinung, die man wohl ‚Drittes Zeitalter der christlichen Demokratie' nennen kann. Unweigerlich erhebt sich die Frage, ob die traditionellen Organisationsformen, die so häufig der Rücksicht auf Überleben und Verteidigung entsprangen, für die Aufgaben von heute angemessen sind." Aus dieser Fragestellung kommt der Vorschlag: „Angesichts des Anwachsens des Kommunismus, der Kluft zwischen den Kirchen und wenigstens einigen Teilen der Arbeiterschaft und der Schwierigkeiten der Sozialreform werden viele Menschen nicht nur in der politischen Welt, sondern auch in den Gewerkschaften besonders angezogen von der Idee eines Gegenstücks zur britischen Arbeiterpartei. Sie würde Sozialdemokraten, christliche Demokraten (mindestens ihren linken Flügel), vielleicht auch einige Liberale und Bauern sammeln können."
Doch sieht Fogarty die großen Gefahren dieser Vorschlages — zumindest teilweise — selbst. Er legt das Für und Wider am holländischen Modell dar und meint abschließend: „Es kann sehr wohl die Aufgabe der gegenwärtigen und der kommenden Generation der Christen in Europa sein, Feststellungen wie diese zu ordnen und darauf eine allgemeine Theorie der Organisationen und der Methoden der christlichen Demokratie, eine Strategie der

Organisationen, parallel zu den ‚mittleren Prinzipien' oder der Strategie der Ideen, aufzubauen." Fogarty unterläßt es, vom Vorhandensein von Ansätzen einer neuen Doktrin zu sprechen, da ja auf diesem Gebiet noch kaum Arbeit geleistet wurde. Deshalb begnügt er sich, abschließend festzustellen: „Die Rohmaterialien für eine neue Theorie der Organisationen sind verfügbar, sie sind aber noch nicht zusammengestellt worden." Doch dürfte das kaum genügen.

Fogartys unbestreitbares Verdienst bleibt es, für die unumgänglich notwendige Diskussion über den Standort der christlichen Demokratie im technischen Zeitalter eine Fülle von historischem und soziologischem Material aufbereitet sowie Unterscheidungen und Begriffsbestimmungen eingeführt zu haben, die nicht mehr umgangen werden können. Fogarty hat der großen Bewegung der christlichen Demokratie in Europa eine wissenschaftliche, methodisch einwandfrei erarbeitete Basis geschaffen, die geeignet ist, die hisherige „Geschichtslosigkeit" dieser Bewegung zu erkennen und zu überwinden.

Das Forum

Briefe an die Schriftleitung der Herder-Korrespondenz

Zum neuen französischen Schulgesetz

In der Februarnummer (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 205) berichtete Ihre Zeitschrift über das neue Schulgesetz in Frankreich. Bei allen Bemühungen Ihrer Redaktion, die Materie objektiv darzulegen, dürfte es angebracht sein, einige Akzente anders zu setzen, um vereinfachte Vorstellungen beim Leser zu vermeiden und Gefahren aufzuzeigen. Die freie Schule in Frankreich kämpft seit ihrem Bestehen gegen die erdrückende Zentralisierung der französischen Unterrichtsverwaltung, die als Erbin des egalitären Jakobinismus Lehrstoff und Lehrplan „more geometrico" gleichzuschalten versucht. Die freien Schulen, vor allem einige höhere und Fachschulen, waren fast die einzigen Zentren, in denen noch der Mut zum pädagogischen Experiment vorhanden war und in denen die Schüler — zumeist aus einer ganz bestimmten Elite der französischen Gesellschaft stammend — zwar in strenger Disziplin, aber außerhalb jedes staatlichen Geistes- und Bürokratenzwanges erzogen wurden.

Das neue Schulgesetz birgt die große Gefahr in sich, daß die gebotenen Möglichkeiten der Integration und des Assoziationsvertrages, die die freien Schulen völlig der staatlichen Kontrolle unterwerfen, unter das Trägheitsgesetz geraten. Die leichteren Finanzierungsmöglichkeiten und die Integration der Professoren in den Beamtenstatus des absoluten Versorgungsstaates dürften manche freie Schule mit stolzer Tradition in den Sog der staatlichen Unterrichtsverwaltung ziehen. Damit dürfte ein Element wirklicher Freiheit auch in Frankreich aussterben. Viele andere Länder bieten dafür warnende Beispiele.

Ihrer Vermutung, daß die französische Linke die Schulfrage dazu benutzen könnte, um die Massen als quasirevolutionäre Druckgruppen gegen die Fünfte Republik aufzuwiegeln, dürfte insofern der Boden entzogen sein, als sich Präsident de Gaulle jetzt immer mehr auf diese Linke stützen muß. Sie wird sicher recht bald ihre Chance wahrnehmen, mit Hilfe des neuen Schulgesetzes das freie Schulwesen völlig in ihre Bildungsvorstellungen einbeziehen zu können . . .

Paris *Alain de Dessarp*

Das Seminar für Spätberufene in Niederösterreich

In der Novembernummer 1959 der Herder-Korrespondenz — Orbis Catholicus (14. Jhg., S. 52—53) wird in dem Artikel „Neue Bemühungen um eine zeitgemäße Pastoral in Österreich" über das „Seminar für spätberufene Priesterstudenten" in Horn, NÖ., gesprochen . . . Gar nicht den Tatsachen entsprechend ist . . . der letzte Satz Ihres Berichtes, demgemäß das Seminar „dem österreichischen Episkopat von den Katholiken der USA, der Schweiz, Deutschlands und Italiens geschenkt" worden sein soll.

Richtig wäre: Das Seminar baut das „Canisiuswerk zur Heranbildung katholischer Priester", einer Vereinigung von mehr als 80 000 österreichischen Katholiken. Das Canisiuswerk hat sich zur Aufgabe gemacht, die Kosten des Neubaues und seiner Einrichtung und Ausstattung aus Spenden aufzubringen. Viele Millionen Schilling haben in beispielloser Opferbereitschaft die österreichischen Katholiken, vor allem die Mitglieder des Canisiuswerkes, bereits für den Bau gespendet. Mit dankbarer Freude berichten wir, daß auch Spenden aus USA, Deutschland, der Schweiz und Italien verzeichnet werden können.

Die Finanzierung des Seminarbaues bedeutet für das Canisiuswerk eine ungeheure Sorge; durch Ihren Bericht jedoch könnte der Eindruck entstehen, es wären die Bitten um Hilfe und um Spenden, die wir nach wie vor an weite Kreise der Bevölkerung richten müssen, ungerechtfertigt . . .

Wien *Wallner, Direktor*

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

BEA, Agostino, SJ. *La scienza biblica cattolica da Leone XIII a Pio XII.* In: Divinitas Vol. 3 Fasc. 4 (1959) S. 599—634.

Der kompetente Verfasser zeigt, daß man die Entwicklung einer eigenen katholischen Bibelwissenschaft seit 60 Jahren als ein Ganzes sehen muß, beginnend mit Leos XIII. Enzyklika *Aeterni Patris* (1879). Den Schwerpunkt des Aufsatzes bildet die Verteidigung von Pius' XII. *Divino afflante spiritu* gegen Mißdeutungen seitens der evangelischen Theologie, mit deren Kritik sich Bea auseinandersetzt. Er betont zum Schluß die Bedeutung der katholischen Bibelwissenschaft für die Förderung des ökumenischen Gesprächs.

DÜRIG, Walter. *Die Eucharistie als Sinn-Bild der Consecratio mundi.* In: Münchener Theologische Zeitschrift Jhg. 10 Heft 4 (1959) S. 283—288.

Ausgehend von einer Interpretation der Schöpfung und dem biblischen Zeugnis, daß der gesamte Kosmos „in Christus seinen Bestand" hat, wird im Hinblick auf den kommenden Eucharistischen Weltkongreß dargelegt, inwiefern die heilige Eucharistie eine Consecratio mundi bedeutet, wobei der Verfasser auf sein Buch „Imago" über das Bilddenken der Liturgie verweist.

Le Concile Oecuménique. In: Lumière et Vie Bd. 8 Nr. 45 (November/Dezember 1959).

Eine Sammlung hervorragender Aufsätze, durch die die Bedeutung eines ökumenischen Konzils unter den verschiedensten Gesichtspunkten herausgearbeitet wird: Pierre-Thomas Camelot OP: Les conciles œcuméniques dans l'Antiquité (Charakteristik der ersten sieben Konzile). Marie-Bruno Carra de Vaux Saint-Cyr OP: Les conciles œcuméniques de second millénaire de l'histoire de l'Église (Problem der abendländischen Konzile in den geschichtlichen und geistigen Wirren von Mittelalter, Renaissance und Neuzeit). Jérome Hamer OP: Le concile œcuménique, engagement de toute l'Église (Das Konzil als Versammlung der Bischöfe, Nachfolger der Apostel, nicht Delegierte des Volks, aber die Laien trotzdem vertretend durch den ständigen Kontakt, die Beziehung des Hirten zur Herde). Yves Congar OP: Le concile, l Église et « les autres » (in Deutschland gehaltener Vortrag, der die Bedeutung allein schon der Hoffnung, des in Bewegung-Geratens hervorhebt). Régis-Claude Gerest OP: Les conciles œcuméniques d'union (Geschichte und Hintergründe der Unionskonzilien von Lyon und Ferrara-Florenz). George Racoveanu: L'œcuménicité du point de vue orthodoxe (Abdruck aus „Ostkirchliche Studien", 1958, sehr persönlich). Jean Bosc: Note sur la théologie conciliaire de la Réforme.

LORETZ, Oswald. *Israel und sein Gottesbund.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 15 Heft 2 (Februar 1960) S. 85—92.

Der Stand der alttestamentlichen Bibelwissenschaft wird vornehmlich an den Werken Eichrodts und G. v. Rads erläutert. Eichrodt hat mit seiner neuen theologischen Konzeption den überragenden Anspruch des Rationalismus und Historismus in den Bibelwissenschaften zu Fall gebracht. v. Rads Konzeption hingegen vereinigt alle Ergebnisse der modernen Literaturkritik, um den Gegenstand einer Theologie des AT besser erfassen zu können.

LÖSLEIN, Frank. *Zugänge zu jungen Menschen.* In: Lebendige Seelsorge Jhg. 11 Heft 2/3 (Februar/März 1960) S. 48—57.

Der Verfasser behandelt die Möglichkeiten, die sich für eine Begegnung zwischen Geistlichen und Jugendlichen bieten in Kirche, Schule, Glaubensstunde, in den Organisationen, durch Clubs, Heime der offenen Tür und persönliche Kontakte. Im gleichen Heft, das unter dem Generalthema „Kontaktstellen für die Seelsorge" steht, zeigt Eugen Walter die Möglichkeiten auf, die Kindergarten und Erstkommunion bieten, um durch die Kinder an die „unzugängliche" Generation der heute 30- bis 50jährigen zu kommen.

LUYKX, Boniface. *Adaptation de la liturgie.* In: Église Vivante Bd. 12 Nr. 1 (Januar/Februar 1960) S. 33—45.

Im Anschluß an den Nimweger Kongreß über Liturgie und Mission (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 55) mit seinen vorwiegend praktisch pastoralen Diskussionen wird hier eine theologische Grundlage für das Prinzip der Anpassung der Liturgie an verschiedene Kulturen dargelegt. Sie findet sich in der Lehre vom allgemeinen Priestertum der Gläubigen, das bedeutet, daß die Gemeinschaft der Gläubigen selber von Christus bestimmt worden ist, das Gotteslob darzubringen, den Kult zu feiern, was aber nur in der „eigenen Sprache", der eigenen Ausdrucksweise möglich ist. Die römische Liturgie hat eine verhängnisvolle Geschichte gehabt, die sie besonders ungeeignet für die Mission macht (viel günstiger steht es mit den orientalischen Liturgien, die sehr empfohlen werden); die römische Liturgie wurde zuerst, unverstanden, zu den Germanen verpflanzt, dann im Mittelalter von diesen assimiliert, doch nicht wirklich vom Volk getragen. Das Konzil von Trient vollendete durch seine Säuberung die Spaltung des Gottesdienstes in die „Liturgie der Kleriker" und das private Gebet der einfachen Gläubigen. Diesen Zustand in die Missionen zu verpflanzen, ist in jeder Hinsicht gefährlich — wir sehen das heute mehr und mehr ein.

MUSSNER, Franz. *Der heutige Stand der neutestamentlichen Forschung.* In: Katechetisches Blätter Jhg. 86 Heft 2 (Februar 1960) S. 53—64.

Mußner behandelt — weitgehend in Auseinandersetzung mit der evangelischen Forschung — einige wichtige Probleme des NT in Hinblick auf ihre katechetische Bedeutung: Formgeschichte der Evangelien (Traditions- und Redaktionsgeschichte) Entmythologisierung, die Frage nach dem historischen Jesus, paulinische Theologie (Schichten, Gnosis), Christologie, Kanon und „Frühkatholizismus".

RATZINGER, Joseph. *Primat, Episkopat und Successio Apostolica.* In: Catholica Jhg. 13 Heft 4 (1959) S. 260—277.

Angesichts des kommenden Konzils und der theologischen Bemühung, den Traktat „De Episcopo" neu zu schreiben, leistet diese Zusammenfassung der kirchlichen Lehre über Primat und Episkopat sowie über die apostolische Sukzession insofern einen guten Dienst, als sie apostolische Nachfolge nicht nur formal und juridisch, sondern auch als Kontinuität der Auctoritas und viva vox des Evangeliums versteht. Die Patriarchatsverfassung dagegen habe politische Gründe in der byzantinischen Reichsverfassung.

SCHAAF, Karl. *Der Film als pastoraltheologisches Anliegen.* In: Kölner Pastoralblatt Jhg. 12 Heft 1 (Januar 1960) S. 3—8.

Der Film bestimmt heute sehr stark das Weltbild des Menschen. Daraus ergeben sich Folgen für die Pastoral: 1. Der Seelsorger hat die Pflicht, vor schlechten Filmen zu warnen. 2. Wegen der Gefahr der Verzauberung durch den Film muß der Seelsorger bei Filmen, auch wenn sie nicht unmoralisch sind, auf Entzauberung hinarbeiten. 3. Er muß für die Förderung des guten Filmes arbeiten. 4. Er muß der Kinosüchtigkeit der Gläubigen durch eine Erziehung zur Askese zu begegnen suchen.

SCHLIER, Heinrich. *Der Staat nach dem Neuen Testament.* In: Catholica Jhg. 13 Heft 4 (1959) S. 241—259.

Da die Autoren des Neuen Testaments Christus nicht als Privatperson und die Kirche nicht als Verein ansehen, so hat für sie die Begegnung Jesu mit der politischen Macht grundsätzliche Bedeutung für die Einsicht in das Wesen des Staates, die niemand so verstanden habe wie der Evangelist Johannes, und seine Erkenntnisse werden vom ganzen Neuen Testament bestätigt. Für die schwebende Aussprache über die „Obrigkeit" dürften Schliers Darlegungen einen großen Dienst tun.

SCHNITZLER, Theodor. *Buße und Eucharistiefeier.* In: Anima Jhg. 14 Heft 4 (1959) S. 330—338.

In seinem einführenden Wort zu diesem Sammelheft „Die Buße im liturgischen Leben der Kirche" schreibt Jean Hild: „Eine liturgische Erneuerung kann nur dann ernst genommen werden, wenn sie auch eine Erneuerung der christlichen Bußgesinnung zur Folge hat." In dem zentralen Beitrag des Heftes expliziert Schnitzler diesen Satz: Wenn schon kein Zweifel besteht, daß Eucharistie und Buße eine Einheit bilden, wie die Einrichtungen in unseren Kirchen, die Liturgiefeier, die Lehre der Kirche und die Heilige Schrift zeigen, warum dann die zahllosen Mißerfolge, der Verfall des christlichen Lebens trotz der Eucharistiebewegung seit Pius X.? Darauf antwortet Schnitzler: Weil es bis heute an der rechten Eucharistieauffassung fehlte. In der Eucharistie wird ein Ende gesehen. Erst das Bußsakrament, dann der Empfang der hl. Kommunion. Eine solche Auffassung stehe in gefährlicher Nähe eines Sakramentalismus, ja der Magie. Nach der rechten Ordnung setze die Vereinigung mit Christus durch die Eucharistie einen Anfang, um unsere Umgestaltung in Christus zu beginnen über den Weg der christlichen Aszese. Jede eucharistische Erziehung, die nicht zugleich Erziehung zur Bußgesinnung, zur Aszese ist, ist daher falsch.

TILMANN, Klemens. *Grundforderungen für die geschlechtliche Erziehung.* In: Katechetische Blätter Jhg. 85 Heft 1 (Januar 1960) S. 44—45.

Da trotz mancher Bemühungen die geschlechtliche Aufklärung des Kindes durch die Eltern heute noch nicht immer als das Normale anzusehen ist, ja die geschlechtliche Erziehung von Eltern und Schule weder geplant noch als verpflichtendes Ziel anerkannt ist, stellt Tilmann u. a. folgende Forderungen auf: 1. Keinem Kinde dürfen auf diesem Gebiete unwahre Auskünfte gegeben werden (Storchenmärchen); 2. Jedes Kind, das in die Schule kommt, muß von den Eltern über die Mutterschaft belehrt worden sein (Schutz gegen Schmutzaufklärung); 3. Für die Eltern der Schulneulinge sind in jeder Schule Elternabende einzurichten, bei denen wenigstens zehn Minuten die notwendige Unterweisung über die Mutterschaft zu behandeln ist; 4. Da mindestens 30 Prozent der Elfjährigen über die Vaterschaft Bescheid wissen, sind entsprechende Elternabende im 5. Schuljahr anzusetzen; 5. Vom 13. Lebensjahr ab darf kein Jahr vergehen, ohne daß wenigstens einmal über Ehe, Reife und geschlechtliche Fragen verantwortlich gesprochen wird.

ZIMMERMANN, Heinrich. *Das absolute „Ich bin" in der Redeweise Jesu.* In: Trierer Theologische Zeitschrift Jhg. 69 (1960) Heft 1 S. 1—20.

Der Bonner Privatdozent erklärt ausführlich die Bedeutung des „Ich bin" im Munde Jesu als Offenbarungsformel, die er nicht nur in den einzelnen Perikopen des Johannesevangeliums, sondern auch an mehreren Stellen bei Markus nachweist. Dem Aufsatz liegt eine grundlegende Abhandlung des Verfassers in BZ NF 4 (1960) zugrunde „Das absolute ‚Ich bin' als neutestamentliche Offenbarungsformel".

Kultur

BURGHART, Heinz. *Die Jugend und das Dritte Reich.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 5 (Februar 1960) S. 343—352.

Da die heutige Generation viele weltpolitische Vorgänge ohne ihre Voraussetzungen nicht verstehen kann, ist Zeitgeschichte in den Schulen notwendig. Der Verfasser zeigt vor allem die psychologischen Schwierigkeiten auf, die diesen Unterricht — bei Schülern und Lehrern — heute belasten. Sie können überwunden werden, wenn dem Lehrer mehr Freiheit gegeben würde, neue Methoden, vor allem Gesprächsmethoden — in Verbindung mit Zeitungslektüre, Film und Funk — zu benutzen. Über den Erfolg dieser Unterrichtung über die NS-Zeit entscheidet freilich allein die Persönlichkeit des Lehrers.

CONNERY, John R., SJ. *Sin, Sickness und Psychiatry.* In: America Vol. 102 Nr. 16 (23. Januar 1960) S. 492—495.

Der Verfasser greift das in den USA leidenschaftlich diskutierte Thema der Beziehungen zwischen Psychiater und Seelsorger auf. Er widerlegt theologisch die Thesen, daß der Mensch psychisch unfrei und damit jeder moralischen Verantwortung für sein Tun ledig sei. In der moralischen Erziehung des Menschen könnten zwar Fehler gemacht werden, indem Gott nicht als Quell der Liebe, sondern als Superpolizist dargestellt werde. Das dadurch entstehende skrupulöse Gewissen könne zu einer Ursache von Neurosen werden. Doch haben Neurosen noch viele andere Gründe und müssen mit den genuinen Mitteln des Psychotherapeuten behandelt werden. Genau so müsse der Seelsorger in seinem Bereich der moralischen Lossprechung bleiben. Ein Konflikt zwischen Seelsorger und Psychiater sei ebenso überflüssig wie zwischen Arzt und Seelsorger, wenn beide in ihrem Eigenbereich bleiben.

DAMM, H. *Vom Wesen sog. Leibesübungen bei Naturvölkern.* In: Studium Generale Jhg. 13 Heft 1 (Januar 1960) S. 1—10.

Diese interessante Materialsammlung über Spiel und Sport bei Naturvölkern kommt zu dem Ergebnis, daß spielende Tätigkeiten bei urkulturlichen Wildbeutern nicht so ausgeprägt und entwickelt sind wie bei höher organisierten Jägern, Bauern- und Hirtenvölkern. Bewegungsspiele für Kinder finden sich in allen Kulturen. Mit dem Initiationsalter ist diese Form des Spielens häufig vorbei. Wenn man von den Würfelspielen absieht, die fast immer der Vorbereitung zu Jagd und Krieg dienen, haben die meisten Bewegungsspiele kultischen Charakter. Erst in späterer Zeit ist dieser besondere Charakter der Spiele in den Hintergrund getreten.

DIETERICH, Anton. *Literatur unter Franco.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 15 Heft 2 (Februar 1960) S. 101—116.

Der Beitrag zeigt den außerordentlichen Reichtum Spaniens an literarischen Begabungen, sowohl im Land selbst wie in der Emigration. Freilich ist nicht alles echt, was glänzt. Der staatliche Apparat, vor allem sein Prämierungssystem, züchtet literarischen Betrieb und Hektik, die auf die Dauer den meist jungen Künstlern nicht bekommen wird. Nicht so günstig wie für den Roman und die Lyrik ist die Situation des spanischen Theaters.

DUMOULIN, Heinrich, SJ. *Zen als Erleuchtungsweg und Religion.* In: Kairos Jhg. 1 Heft 4 (1959) S. 219—228.

Dumoulin rechnet das buddhistische Zen der natürlichen Mystik zu, es ist also, wenn nicht Religion, so doch religiöser Observanz. Die Techniken zur Gewinnung der Erleuchtung sind an sich sittlich indifferent. Würde man aber das Zen von aller Religion radikal lösen — wie die moderne Psychotherapie teilweise versucht —, dann wäre Zen keine Wirklichkeitserfahrung mehr nach Art der natürlichen Mystik. Die Zen-Technik würde nur mehr zur seelischen Entspannung dienen.

HOHOFF, Curt. *Die Literaturdoktrin des Marxismus.* In: Hochland Jhg. 52 Heft 2 (Dezember 1959) S. 122—129.

Hohoff schreibt weniger über die Literaturdoktrin des Marxismus als über das Verhältnis von Sozrealismus zu den Vätern der sozialistischen Literaturkritik. In Anlehnung an die Studien von Demetz weist Hohoff nach, daß von einer geistigen Vaterschaft Marxens und Engels' für den Sozrealismus und seinen Doktrinären nicht gesprochen werden kann. Engels war dem literarischen Realismus seiner Zeit verbunden, der an Horaz, Homer und Vergil geschulte Marx hatte zur zeitgenössischen Literatur nur ein ironisches Verhältnis.

HOLZAMER, Karl. *Der Rundfunk soll kein Streitobjekt sein.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 5 (Februar 1960) S. 373 bis 380.

Nach Holzamer hat der Bund ein legitimes Recht, durch die Einrichtung einer „Deutschen Welle" seine Ansichten und Interessen dem Ausland mitzuteilen; gleiches gilt auch für die Errichtung einer Langwelle zur Information der Deutschen jenseits des Eisernen Vorhanges; Holzamer befürwortet ferner die Errichtung eines zweiten Fernsehprogrammes aus grundsätzlichen Erwägungen, vor allem organisatorischen und rechtlichen, wobei er die Frage über die Trägerschaft des Zweiten Programmes offenläßt. Der zweite Teil des Beitrages behandelt die Fragen der Kulturhoheit, das Verhältnis zwischen Bund und Länder in Sachen Kultur.

THEINER, Andreas. *Der Prager Germinal.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 15 Heft 2 (Februar 1960) S. 93—100.

Ein Bericht über die Literatur in der Tschechoslowakei zwischen 1956/59. Nachdem 1956 das literarische „Tauwetter" eingesetzt hatte — kritische Wortführer waren dabei F. Hrubin, Großmann, Trefulka —, gerieten plötzlich die literarischen Randexistenzen, Valenta, Skvorecky u. a., die in der Schdanow-Ära zum Schweigen verurteilt waren — in den Mittelpunkt des Interesses. Sie suchen — wie auch die tschechischen Lyriker — nach einer neuen Wahrhaftigkeit. Im Frühjahr 1959 war die relative Freiheit wieder vorbei.

VON HIPPEL, Ernst. *Von Staat und Gewalt, von Recht und Politik.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 5 (Februar 1960) S. 334—342.

v. Hippel führt die Verwirrung, die heute bezüglich des Verhältnisses zwischen Staat und Gewalt, von Recht und Politik herrschen, auf die bis in unsere Zeit hineinwirkende naturalistische Staatsauffassung zurück, nach der der Staat als blinde Gewalt bzw. das Recht als Ausdruck eines rechtsleeren Willens aufgefaßt wird (Kelsen). Dieses Konzept von Staat und Recht ist außer- und daher unmenschlich. Nach realistischer und moralischer Weltsicht können der Staat und das Recht nur für den Menschen da sein — nicht umgekehrt, wobei die Gewalt — nicht mehr identisch mit dem Staat — zum Mittel wird, um den Interessen des Menschen zu dienen. Ähnliches gilt auch von der Politik.

WELLEK, René. *Die Hauptströmungen der Literaturkritik des 20. Jahrhunderts.* In: Studium Generale Jhg. 12 Heft 12 (1959) S. 717—726.

Wellek unterscheidet folgende Strömungen der Literaturkritik heute: 1. die marxistische Literaturkritik (ihr Einfluß reiche weit über den Ostblock hinaus, ihr Ziel ist, die latenten sozialen und ideologischen Hintergründe eines literarischen Werkes zu enthüllen). Ähnliches versucht 2. die psychoanalytische Literaturkritik (Fr. Fergussons, Ph. Wheelwright). Die 3. linguistische Kritik geht von der Sprache, der Syntax, der Klangschicht, vom Stil aus. Sie war und ist hauptsächlich in Rußland und Mitteleuropa verbreitet (Spitzer, Auerbach, Dámaso Alosso). Die Angelsachsen haben an ihrer Stelle die sog. semantische Kritik entwickelt (die Unterscheidung von Sinn, Ton, Gefühl und Absicht). Diese Richtung hat bedeutenden Einfluß auf die amerikanischen New Critics gehabt. Ferner 4. die organologische symbolistische Formalismuskritik (Croce, Gundolf, Valéry, Eliot) und 5 die existentialistische Kritik.

Politisches und soziales Leben

ABD-EL-JALIL, Jean. *Der moderne Islam und die internationale Zusammenarbeit.* In: Dokumente Jhg. 15 Heft 6 (Dezember 1959) S. 435—440.

Nach Abd-El-Jalil gibt es heute unter den modernen Arabern, deren Zugehörigkeitsgefühl im letzten Jahrzehnt gewachsen ist und die ihre religiöse Vorrangstellung in der islamischen Welt bewahrt haben, eine beträchtliche Gruppe, die auf Erneuerung aus sind und zwar in Zusammenarbeit mit dem Westen. Dieser Kooperation stehe ein schwerwiegendes psychologisches Hindernis gegenüber: das Mißtrauen. Abd-El-Jalil glaubt, daß es ohne Umdenken der westlichen Welt gegenüber der arabischen Welt nicht zu der notwendigen Zusammenarbeit dieser beiden geistigen Großgruppen kommen kann. Seine Hoffnung ist die Kleine Jüdin Maryam, die sowohl im Westen wie in der arabischen Welt unzählige Verehrer hat.

GLASER, Hans-Georg. *Einige Unterschiede im Partei- und Staatsaufbau zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China.* In: Europa-Archiv Jhg. 13 Heft 1/2 (5./20. Januar 1960) S. 1—12.

Der Verfasser zeigt, daß die personelle Verflechtung von führenden Partei- und Staatsämtern in China viel intensiver ist als in der UdSSR. Ebenfalls größer ist der kollektive Zusammenhalt in der chinesischen KP, verglichen mit der der UdSSR. Gründe dafür seien: die Verbundenheit der chinesischen Führer untereinander auf Grund gleicher regionaler Herkunft, gleichen Schulbesuches und gemeinsam durchgeführter Revolution. Daher kenne auch China keine Rivalität zwischen Partei und Armee. Auch die Verfassungen bzw. der Staatsaufbau der beiden Länder unterscheiden sich in einigen Punkten. Staatsorgane, Armee, Wirtschaft, alles ist in China stärker zentralisiert und von der Partei beherrscht.

TWARDOWSKI, Fritz von. *Kulturelles Zusammenwirken mit Entwicklungsländern.* In: Hilfe für Entwicklungsländer Jhg. 1 Heft 1 (Januar 1960) S. 13—14.

Der Verfasser zeigt die überragende Bedeutung der kulturellen Erziehungsarbeit für eine sinnvolle wirtschaftliche und soziale Evolution in den internationalen Notstandsgebieten. Der Beitrag ergänzt die Ausführungen des Bundespräsidenten, des Bundeswirtschaftsministers und Professor Baades, mit denen sich die neue Zeitschrift vorstellt (zweimonatliche Erscheinungsweise, je Heft 36 S. Umfang, 4.20 DM, Lutzeyer Verlag Baden-Baden). Besonders informativ sind die Kurznachrichten.

VAILLAND, G. *Les bandes des jeunes.* In: Revue de l'Action Populaire Nr. 134 (Januar 1960) S. 74—87.

Eine Untersuchung über das Phänomen der Jugendbanden, ihre Ursache, ihr Wesen und ihre „Heilung". Aus der Untersuchung ausgeschlossen sind die Gangs der bereits 18- bis 20jährigen mit ausgesprochen verbrecherischem Charakter. Banden bilden sich schon bei den 8- bis 10jährigen, oft geführt von einem Älteren, zuweilen auch von einem Mädchen. Zusammenschluß suchen vor allem Kinder mit schlechten Familienverhältnissen, ohne Heim, Vernachlässigte, zunächst aus dem allgemein kindlichen und jugendlichen Drang nach Kameradschaft, Abenteuer, dem „großen Spiel"; wenn die Banden, die von 3—4 bis zu 40 und 50 Mitglieder zählen können, auch nicht um der Untaten willen gebildet werden, so landen sie doch fast immer dabei. Anreiz ist: Gefahr, Sich-Hervortunkönnen, „Welt unter Ausschluß der Erwachsenen". Viele dieser Kinder sind asozial, viele durchaus noch anpassungsfähig. Einer der Hauptnährboden sind heute die neuen Riesenwohnblocks mit kinderreichen Familien und die Trümmergrundstücke. Zur Bekämpfung hat man in Frankreich seit zehn Jahren die Organisation der „Verantwortlichen", selber Jugendliche, die zu zwei oder drei in die Banden gehen und versuchen, sie auf der Basis reiner Freundschaft besseren Zielen zuzuführen. Dazu kommen seit kurzem die „Clubs du quatier" unter Leitung eines „Erziehers" (staatlich unterstützt): Baracke mit Spiel- und Aufenthaltsräumen, anscheinend ganz ohne Kontrolle, so daß der Freiheitstrieb nicht zurückschreckt. Doch steht alles noch in den Anfängen, hauptsächlich aus finanziellen Gründen.

WELTY, Eberhard, OP. *Die Aufgabe des Unternehmers in der heutigen Wirtschaft.* In: Die neue Ordnung Jhg. 14 Heft 1 (Februar 1960) S. 1—14.

Welty behandelt im Rahmen seines Themas den selbständigen Eigentümer-Unternehmer und das Management. Der selbständige Unternehmer ist für das Gedeihen von Wirtschaft und Gesellschaft unerläßlich, weil er Risikobereitschaft verkörpert, als Träger von Privateigentum die Gesellschaftsverhältnisse stabilisiert, menschliche, auch außerwirtschaftliche Werte besonders pflegt. Das selbständige Unternehmertum müsse daher durch Hilfe zur Selbsthilfe (von seiten des Staates und der Gesellschaft) gegenüber dem Großunternehmer geschützt werden. Das Management zeichnet sich dagegen durch das Fehlen der Eigentümerfunktion aus, es beschränkt sich auf reine Unternehmerfunktionen. Bestand und Ausdehnung des Unternehmens können hier leicht zum Selbstzweck werden. Nur der Staat kann hier eindämmen, freilich nicht dadurch, daß er immer mehr Gemeinwirtschaft einführt, sondern dadurch, daß er gesunde Ausgleiche herstellt.

Die Scheidemann-Studie. In: Die Deutsche Universitätszeitung Jhg. 15 Heft 1 (Januar 1960) S. 7—31.

Die jetzt in Frankfurt beheimatete Hochschulzeitung veröffentlicht in ihrem ersten Heft den sog. Scheidemann- Bericht über Studentenzahlen

und Fassungsvermögen der deutschen Hochschulen sowie die ersten Reaktionen auf diese Erhebung. Scheidemanns nüchterne Studie, aus der der deutschen Öffentlichkeit nur das — freilich ungeschickte — Wort vom „Herausprüfen" bekanntgeworden ist, zeigt, daß zwischen derzeitiger Kapazität und Studentenzahl eine Diskrepanz besteht, die in den nächsten fünf Jahren noch zunehmen wird, wenn die Kapazität der Universitäten nicht geändert wird. Inzwischen haben Regierung und Parlament ihren Willen bekundet, abzuhelfen, ohne die Rechte der Länder in Sachen Kultur zu beschneiden.

Chronik des katholischen Lebens

EFFA, Henry. *L'Église dans le Cameroun indépendant.* In: Église Vivante Bd. 12 Nr. 1 (Januar/Februar 1960) S. 17—26.

Effa, selber Kamerunese, ist Herausgeber der katholischen Wochenschrift Kameruns „Effort Camerounais", einer der führenden eingeborenen katholischen Laien. Er legt die Probleme für die Kirche im selbständig gewordenen Kamerun sehr klar dar. Das Schwierigste ist der Affekt gegen die Weißen als ehemalige Kolonialmächte, insbesondere die Franzosen; dieser Affekt trifft auch die Missionare. Adaptation der Kirche hilft hier nicht, sondern allein Abtretung aller wichtigen Posten an Einheimische. Effa glaubt für den Augenblick nicht an eine besondere Bedrohung durch den Islam und hält den Kommunismus als Ideologie für den Afrikaner gänzlich fremd und unverständlich, dagegen praktisch für gefährlicher durch die positive Einstellung der kommunistischen Staaten zu den Unabhängigkeitsbestrebungen, durch die Propaganda gegen den Westen und durch das Gemeinschaftselement der Gesellschaftsstruktur.

HANG, Thaddäus. *Die chinesischen Intellektuellen und das Christentum.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 5 (Februar 1960) S. 321—334.

Bis heute haben Chinas Intellektuelle — weder in China noch außerhalb des Landes — einen echten Zugang zum Christentum gefunden. Die Versäumnisse der Mission in der Vergangenheit gegenüber dieser wichtigsten Gesellschaftsschicht Chinas waren groß. Der Verfasser glaubt aber, daß das Christentum Erfolgsaussichten bei den Intellektuellen — auch den heute in Rotchina lebenden — haben wird. Voraussetzungen dafür sind eine noch zu schaffende Literatur, die das Wesen des Christentums den nichtchristlichen Intellektuellen verständlich machen kann, ferner Aufgeschlossenheit für den derzeitigen wirtschaftlichen und sozialen Umbruch Rotchinas, dessen Folgen nicht mehr rückgängig gemacht werden können.

HENRY, A.-M. *Les non-sacramentalisables.* MOREL, J. *La pastorale des non-sacramentalisables.* In: Parole et Mission Jhg. 3 Nr. 8 (Januar 1960) S. 106—132.

Die noch junge Missionszeitschrift wird von einer Gruppe von Seelsorgern und Missionaren getragen, die von Zeit zu Zeit Kolloquien abhalten, so kürzlich über die Pastoral derer, die nicht zu den Sakramenten zugelassen werden können oder wollen: Nichtchristen, bei denen Hindernisse für die Taufe vorliegen, Getaufte, die dem sakramentalen Leben der Kirche fernstehen. P. Henry berichtet über das Gespräch, an dem etwa 40 Missionare, Seelsorger und Theologen teilgenommen haben. Der einzige Vortrag war der von P. Jean Morel, Superior des Seminars der Mission de France. Die Kirche ist verantwortlich für das Heil aller; es müssen Wege gefunden werden, auch die Sakrament-Fernen der Kirche zuzuordnen, ihren Glauben zu vertiefen, ihr Gebet zu stützen, ihr Leben christlich zu führen, soweit es möglich ist. Sowohl Priester wie Laien sind mitverantwortlich; doch genüge individuelle Betreuung nicht, institutionelle Formen (oft ohne Öffentlichkeitscharakter) sind notwendig. Der Bericht in dieser Zeitschrift weist eine Anzahl konkreter Versuche auf. Interessant ist auch ein weiterer Bericht (A.-M. H.) über die Gründung einer Bruderschaft im Senegal für Eingeborene, die wegen ihres Familienstandes nicht Christen werden können, aber von Christi Botschaft angerührt sind.

Chronik des ökumenischen Lebens

BRATSIOTIS, Panagiotis P. *The Fundamental Principles and Main Characteristics of the Orthodox Church.* In: The Ecumenical Review Vol. 12 Nr. 2 (Januar 1960) S. 154—163.

Diese Selbstdarstellung der Orthodoxen Kirche geschah auf der orthodoxen „Faith and Order"-Konferenz in Kifissia, Griechenland, vor der Konferenz des Zentralausschusses des Weltrates der Kirchen auf Rhodos. Die Referate von E. R. Hardy (Anglikaner) über „The Bounds and Pillars of the Church" (ebd. S. 164—172), von Charles Westphal (Reformiert) über „The Marks of the Church" (S. 173—182) und von Georges Florowsky (Orthodox) über „The Ethos of the Orthodox Church" (S. 183—198) — letzteres von größtem Gewicht — werden im Anhang abgedruckt.

BRIDSTONE, Keith R. *Survey of Church Union Negotiations 1957—1959.* In: The Ecumenical Review Vol. 12 Nr. 2 (Januar 1960) S. 231—260.

Dieser Bericht des Sekretärs der Kommission „Faith and Order" des Weltrates der Kirchen gibt im Rahmen der Ökumenischen Chronik einen globalen Überblick über den Stand der Unionsverhandlungen zwischen konfessionsverwandten Glaubensgemeinschaften in den verschiedenen Erdteilen und hinterläßt ein eindrucksvolles Bild von der unermeßlichen Kleinarbeit, die der Weltrat der Kirchen zu bewältigen hat, ehe daran gedacht werden kann, die großen Früchte zu ernten.

KINDER, Ernst. *„Realpräsenz" und „Repräsentatio".* Feststellungen zu Luthers Abendmahlslehre. In: Theologische Literaturzeitung Jhg. 84 Nr. 12 (Dezember 1959) Sp. 881—894.

Zur Klärung der Kontroverse über die Abendmahlsthesen der EKD weist der Verfasser nach, daß es Luther nicht nur daran lag, die wirkliche Gegenwart Christi als Leib und Blut im Sinne des Urkerygmas festzuhalten, sondern es gebe Aussagen, die die Gegenwart der Person Christi intendieren. Der römisch-katholischen Meßopferlehre gegenüber müsse es freilich bei demselben Nein gegen das tridentinische „sacrificium vere propitiatorium" bleiben, wie es die Reformation gesprochen hat.

KONSTANTINIDIS, C. *The significance of the Eastern and Western Traditions within Christendom.* In: The Ecumenical Review Vol. 12 Nr. 2 (Januar 1960) S. 143—153.

Dies ist das orthodoxe Korreferat, das auf der Tagung des Zentralausschusses des Weltrates der Kirchen auf Rhodos neben dem Referat von Edmund Schlink (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 24) gehalten wurde. Es vertritt die These, daß die Reformationskirchen den Prozeß der Enttraditionalisierung rückgängig machen und zur altkirchlichen Tradition finden sollten, weil Kirche und Tradition zusammengehören.

KUEHNELT-LEDDIHN, Erik von. *American Protestants.* In: America Vol. 102 Nr. 15 (15. Januar 1960) S. 448—452.

Aperçuhaft gibt der österreichische Autor einen historischen Rückblick auf den Kulturkatholizismus und den Kulturprotestantismus in Europa, deren Gegensätze sich heute immer mehr vermindern, wodurch der Weg zu einem Glaubensgespräch freigelegt wird. Diese alten Gegensätze, durch politisch-gesellschaftliche Ressentiments zusätzlich überlagert, sind dagegen heute noch in den USA virulent und führen bei den Protestanten zur Ablehnung des katholischen Glaubens selbst. Nur der europäische Einfluß ernsthafter Kontroverstheologie könnte eine heilende Wirkung in dieser Auseinandersetzung erzielen.

MICHEL, Otto. *Albert Schweitzer und die Leben-Jesu-Forschung heute. Apokalyptik und Qumran.* In: Universitas Jhg. 15 Heft 1 (Januar 1960) S. 33—42.

Im Rahmen dieses Albert Schweitzer gewidmeten Heftes, behandelt der Tübinger Professor die Bedeutung Schweitzers innerhalb der jüngeren Leben-Jesu-Forschung. Besonders an Hand der Problemkreise der spätjüdischen Apokalyptik, ihrer Eschatologie, ihrer Menschensohn-Erwartung und Messiaslehre sowie des johanneischen Evangeliums wird gezeigt, welche Bedeutung den Schweitzerischen Arbeiten zukommt und wie sie vielfach von den Qumran-Funden bestätigt worden sind.

POLONSKA-WASYLENKO, N. *De Oekraïns-Orthodoxe Kerk, geschiedkundige en liturgische bijsonderheden.* In: Het Christelijk Oosten en Hereniging Jhg. 12 Nr. 3 (Januar 1960) S. 149—185.

Interessant zur Kenntnis des christlichen Ostens ist die Geschichte und Darstellung der ukrainisch-orthodoxen Kirche, der ältesten in Rußland, das ja von der ukrainischen Hauptstadt Kiew aus bekehrt wurde. Die Ukraine hat gewisse eigene Formen ihres religiösen Lebens entwickelt, z. T. unter westlichem Einfluß (so in der Fixierung des Augenblicks der Wandlung bei der Eucharistiefeier und im Taufritus). Als Moskau führend wurde, wurden eine Reihe dieser Besonderheiten wie auch der Gebrauch der ukrainischen Sprache bei Evangelienlesung und Predigt (anstelle von Kirchenslawisch) verboten. Die Verfasserin des Artikels ebenso wie der Übersetzer in einem Nachwort verraten den typischen antirussischen Affekt der Ukrainer seit der Revolution und eine chauvinistische Überhöhung der eigenen Tradition. Das gehört mit zu dem interessanten Bild, das hier entworfen wird.

SCHULTZ, Hans Jürgen. *Kritik an der Kirche.* In: Vierteljahrshefte der Evangelischen Akademie Jhg. 4 Heft 13 (Januar 1960) S. 5—17.

Der Herausgeber des Buches „Kritik an der Kirche" stößt hier nach. Der Untertitel seines Aufsatzes lautet: „Unverwandelt in einer verwandelten Welt" und glaubt feststellen zu können, daß sich die Kirche nicht im Vollzug ihres Auftrages selbst korrigiert. Es gäbe heute Christen ohne Gemeinde, auch auf katholischer Seite. Die übliche Schablone „Innen-außen" sei fragwürdig geworden. Die Sprachnot der Kirche, die den modernen Menschen nicht mehr erreicht, sei Existenznot. Der Verfasser glaubt an die Notwendigkeit einer völlig neuartigen Verjüngung der Kirche und zitiert als Kronzeugen neben Friedrich Heer und Henry de Lubac auch Friedrich Gogarten. Er hält die „Bekehrung der Christenheit zur Welt" für das Gebot der Stunde.

WILLEBRANDS, J. G. M. *Zu den Vorgängen auf Rhodos.* In: Ökumenische Rundschau Jhg. 9 Heft 1 (Januar 1960) S. 20—25.

Der Sekretär der „Katholischen Konferenz für ökumenische Angelegenheiten" und voriges Jahr einer der fünf katholischen Gäste bei der Tagung des Zentralausschusses des Weltrates der Kirchen, gibt hier eine Aufklärung darüber, wie es zu den verwirrenden Spannungen um die katholischen Gespräche mit Orthodoxen kommen konnte. Der Direktor der Studienabteilung des Weltrates, Dr. Hans Heinrich Harms, drückt dazu den Wunsch aus, daß nunmehr die Versuche aufhören, eine Seite gegen die beiden anderen auszuspielen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 10 f. und S. 67).

WULF, Hans, SJ. *Das Problem des Naturrechts in der Theologischen Ethik von Helmut Thielicke.* In: Die Neue Ordnung Jhg. 14 Heft 1 (Februar 1960) S. 15—28.

Der Hamburger Studentenseelsorger berichtet in diesem ersten Teil seiner Studie über die unzureichende Darstellung des katholischen Naturrechts in Band I der „Theologischen Ethik" von Thielicke, über die protestantischen Einwände gegen das Naturrechtsdenken und das sogen. ontologische Denkschema sowie über ihre theologischen Prämissen, die u. a. ein totales Sündigsein der gefallenen Welt behaupten. Die Fortsetzung im nächsten Heft soll die Widerlegung bringen.

Vorschau auf das Rundfunkprogramm

Wir weisen unsere Leser auf folgende religiös, weltanschaulich und kulturell bedeutsame Sendungen hin

1. März (Dienstag)

9.00 Schulf. Hans Baldung Grien: Markgraf Christoph von Baden (SWF)
9.30 Schulf. Hafenstadt Berlin (BRE)
14.30 Streifzüge durch die Weltliteratur, *F. C. Steinermayr* (ÖRG)
15.00 Schulf. Die Vormauer der Christenheit — Polen und Kosaken um 1650 (BRE)
15.00 Schulf. Heinrich von Kleist (SFB)
15.45 Der moderne Roman, *G. Saiko* (ÖRF)
16.10 Das literarische Werk von Frank Thieß, *G. Böse* (SWF)
16.45 Über das Lachen, *H. Flügel* (STU)
20.00 Parodien auf zeitgenössische Autoren, *R. Neumann* (MÜ II)
21.00 Die Dualität des Faust, *H. B. Schiff* (SAA)
22.30 Ludwig Thoma, *E. Fortner* (SWF II)
0.00 Konfetti und Confiteor, *M. Hörhammer* (SWF)

2. März (Mittwoch)

14.30 Schulf. Glanz und Untergang des Osmanischen Reiches (RIAS)
14.45 Sinai, *H. Skrobucha* (WDR)
14.45 Schulf. Reisebilder aus Ceylon (SWF)
15.00 Schulf. Die Sprache des Unmenschen — Das Nazi-Deutsch (BRE)
15.30 Schulf. Heilsarmee (FRA)
16.30 Altersfreude — Altersweisheit (SWF)
16.40 Gedanken zum Aschermittwoch, *H. Lang OSB* (MÜ)
16.45 Bericht über die Synode der EKD (SFB)
17.00 Schulf. Unter dem Nationalsozialismus — Die Verteidigung der Menschlichkeit (STU II)
17.15 Die jüngsten Textfunde in Ägypten, *J. Bauer* (ÖRF II)
17.30 Besprechung einer polnischen Broschüre zu den Oder-Neiße-Gebieten, *H. Girock* (STU)
17.45 Gerechtigkeit schafft Frieden, *F. Greiner* (SWF II)
18.05 Gedanken zur Fastenzeit, *H. J. Nachtwey* (STU)
18.40 Die Schädigung des menschlichen Erbgutes durch physikalische und chemische Einwirkungen, *H. Nachtsheim* (ÖRF III)
19.15 Pilgerfahrt auf den Berg Sinai, *H. Kornacher* (ÖRF II)
20.00 Eine Parabel von Franz Kafka, *H. Politzer* (SFB II)
20.15 Die Slawen kommen, *S. Schürenberg* und *W. Schenck* (SAA II)
20.15 Buchbespr. Galina Nikolajewa: Kampf unterwegs, *H. Proß* (STU II)
21.05 Das Werk von Yves Congar OP, *J. Laubach* (MÜ II)
21.15 Offizier — Gentleman — Funktionär, *E. W. Eschmann* (FRA II)
21.15 Wir sind getauft — aber sind wir Christen? *L. Seebaus* (SFB II)
21.30 An den Sektorengrenzen in Berlin, *T. Toelle* (SFB)
21.30 Die Wandlung unserer Sprache, *E. Zwirner* (STU II)
22.15 Nestroy und die Nachwelt, *K. Kraus* (BRE)
23.15 Der Mensch als Organ Gottes, *W. R. Corti* (SFB)

3. März (Donnerstag)

9.00 Schulf. Das Reich Karls V. (FRA)
14.30 Schulf. Glanz und Untergang des Osmanischen Reiches (RIAS)
15.00 Schulf. Die Währungsreform (SFB)
15.45 Der Codex Millenarius von Kremsmünster, *P. Becker* (ÖRF)
16.45 Trost aus Dichtung von Tod und Ewigkeit, *R. Lenk* (SWF)
16.45 Billensbach als Heimat für Afrikaner, *J. Rausch* (BRE)
18.40 Die Freundschaft, *K. Wolf* (ÖRF III)
19.05 Polnische Lyrik und Prosa der Gegenwart (MÜ II)
20.00 Von Kunstwerken, die nie fertiggestellt wurden, *F. Schwarz* (ÖRF II)
20.25 Ärztliche Ethik — und Wirklichkeit (SFB II)
21.00 Originalaufnahmen aus Berliner Gerichtssälen, *K. Wagner* (SFB)
21.15 Gedanken zur Kulturpolitik der Gemeinden, *P. Kimming* (BRE)
21.30 Deutsche Prosa des 20. Jahrhunderts — Franz Kafka (MÜ)
22.15 Der Traum von der Kolonie — D. H. Lawrence, *G. Marx-Mechler* (SWF)
22.20 Die endokrinen Drüsen, *P. Schneider* — Szenen aus dem Leben der Ameisen, *A. Raignier* (FRA II)
23.00 Die „Ehemaligen" zwischen Tradition und Unbelehrbarkeit, *M. Walden* (BRE II)
23.15 Arnold Schönberg — Stilporträts der neuen Musik, *W. Zilling* (SFB)

4. März (Freitag)

9.00 Schulf. Luther als Sprachschöpfer (FRA)
10.00 Carne vale, *H. Gabler* (BRE)
14.30 Schulf. Der zweite Weltkrieg — Zusammenbruch im Osten (SAA)
14.40 Die Abenteuer eines unabhängigen Filmregisseurs, *V. de Sica* (ÖRF II)
15.30 Schulf. Thornton Wilder (FRA)
15.45 Neuerscheinungen deutscher Prosa, *P. Wimmer* (ÖRF)
17.45 Schulf. Dichter schildern deutsche Nordseelandschaften (SWF II)
20.00 Unfall im Atomkraftwerk (SAA)
20.45 Sicherheitsbedürfnis und magisches Denken, *G. F. Hartlaub* (STU)
21.30 Frank Thiess — Eugen Klöpfer (SAA II)
22.15 Ein Gespräch mit Jean Paul Sartre (RIAS II)
22.30 Australische Romane, *J. Schulz* (SFB II)
22.30 Projekt Salzburg — Plan einer zukünftigen Universität, *H. Fischer-Barnicol* (STU)
22.45 Praktische Menschenkenntnis und wissenschaftliche Ausdruckskunde, *C. Fervers* (SWF II)
23.40 Alexander v. Bernus (FRA II)

5. März (Samstag)

8.45 Unter dem Kreuz des Südens, *K. Schulhofer* (ÖRF)
9.00 Die Polyphonie der Niederländer (SFB)
10.30 Thomas Münzer, *O. Riedel* (SAA)
14.00 Eine Reportage aus dem heutigen Berlin (MÜ II)
15.30 Die Masuren, *E. Franke-Griecksch* (SAA)
18.00 Die rote Religion (MÜ)
18.00 Weh dem, der widersteht — ein alttestamentliches Hörspiel, *H. Sierig* (BRE)
18.30 Schulf. Theodor Fontane (BRE II)
18.55 Man druckt wieder Dramen, *E. Pablé* (ÖRF III)
20.00 Ideal und Wirklichkeit von Weimar (MÜ II)
20.00 Liebe, Neurose und christliche Moral, *G. H. Theunissen* (WDR II)
21.20 Eine Reise durch Deutschland — Von Stamm zu Stamm, *H. Hartwig* (SWF)
21.45 Gebet in der Wüste, *R. Renner* (SWF II)

6. März (Sonntag)

8.00 Rückschau auf die erste Fastenopferaktion 1959, *F. Oertel* (MÜ II)
8.15 Besuch bei der russisch-orthodoxen Kirche, *K. Krämer* (SAA II)
8.30 Ein Bericht über das sogenannte Thomas-Evangelium, *E. Stauffer* (MÜ II)
9.00 Ein Kapitel über Etymologie, *A. Kuhn-Foelix* (MÜ)
9.40 Über das Schlafen in der Kirche, *J. Swift* (MÜ II)
9.45 Schulf. Alfred Nobel (FRA II)
9.45 Für und wider die Todesstrafe, *J. E. Mayer* (ÖRF)
10.00 Das sogenannte Evangelium des Thomas, *O. Cullmann* (STU)
10.30 Nationalstaat — Weltrevolution — Welteinheit, *W. Conze* (SWF)
11.00 Die Naturwissenschaft und die letzten Dinge, *H. Dolch* (STU II)
11.00 Universalismus und Nationalismus in der Musik, *E. Krenek* (SAA)
11.15 Fastenzeit heute — Konsumverzicht, *G. Corman OP* (SWF II)
11.45 Der Christ und die Eitelkeit, *H. J. Baden* (SWF II)
12.00 Die Frage nach der Obrigkeit, *H. Gerber* (FRA II)
15.10 Entwicklungsmöglichkeiten des spanischen Films, *L. G. Berlanga* (FRA II)
17.15 „Du sollst keine anderen Götter neben mir haben" (MÜ)
18.00 Der Hunger der Welt, *O. Ambros* und *D. Lindner* (ÖRF III)
18.30 Aktuelle Musikfragen, *H. H. Stuckenschmidt* (SFB)
21.00 Im memoriam Albert Camus (RIAS)
21.30 Makromoleküle — die Bausteine der Kunststoffe, *F. Patat* (SFB II)
22.25 Das Gehirn — Schaltwerk der Seele, *T. Nielsen* (ÖRF)

7. März (Montag)

8.45 Erinnerungen aus Danzig, *Carl J. Burckhardt* (MÜ II)
9.00 Schulf. Bei den Mormonen (FRA)
10.15 Schulf. Die Verteidigung der Menschlichkeit (STU)
10.40 Schulf. Mark Twain, *A. Wally* (ÖRF II)
10.45 Ehe-Philosophie: eine Krankenvisite, *L. Reiners* (STU)
14.45 Schulf. Gustav Stresemann (SWF)
15.30 Schulf. Die Juden in Frankfurt (FRA)
16.45 Robert Walser: Jesus im Schnee, *H. Schwarz* (BRE)
20.00 Das Bevölkerungsproblem und die Bereitschaft der Völker zum Krieg, *F. Schnabel* (MÜ)
20.10 Worpswede, *W. Reinert* (SAA II)
20.15 Probleme der Familie von heute, *W. Herzog* (ÖRG)
20.30 Der Staatssicherheitsdienst und seine Methoden (RIAS)
20.30 Wladimir Solowjew: Evolution oder Eschatologie? *O. Schatz* (ÖRF III)
20.45 Projekt Salzburg — Plan einer zukünftigen Universität, *H. Fischer-Barnicol* (STU II)
21.05 Die Struktur der Materie, *W. Gerlach* (MÜ II)
22.30 Dokumente der dichterischen Produktion, *W. Schwerbrock* (SWF)
23.00 Kommunismus und Demokratie (SFB)
23.00 Aus den Tagebüchern Alexander Puschkins, *W. Hilsbecher* (STU)

8. März (Dienstag)

9.00 Schulf. Glaubt Amerika anders? (FRA)
14.30 Über die Gefahren des Wundstarrkrampfes, *E. Herzeeg* (ÖRG)
14.45 Schulf. Johannes der Täufer (SWF)
15.00 Schulf. Weltwirtschaftskrise 1929/30 (BRE)
15.45 Hans Müller-Einigen: Die Kunst, sich zu freuen, *W. Röttinger* (ÖRF)
16.00 Die Flucht zum Psychoanalytiker, *E. Mörbe* (ÖRF II)
17.00 Schulf. Am Rande des Kreuzweges — Auf dem Wege nach Jerusalem (STU II)
17.15 Buchbespr. Werner Heisenberg: Physik und Philosophie, *H. Nabl* (ÖRF II)
17.30 Der imperiale Kommunismus, *G. Schulz-Wittbuhn* (WDR)
17.45 Gedanken nach einer Griechenlandreise, *A. Hilckmann* (SWF II)
20.15 Nation oder Stamm, *S. Schürenberg* und *W. Schenck* (SAA II)
21.00 Ist Schüchternheit heilbar? *J. von Plehwe* (FRA)
21.05 Matteo Ricci, *F. Heer* (MÜ II)
22.00 Die soziale Rolle der Intelligenz, *D. Wellershoff* (BRE II)
22.10 Was sind die modernen Utopien? *H. J. Merkelbach* (WDR)
22.10 Für das Leben der Welt, *M. von Galli* (MÜ)
22.20 Der Traum vom eigenen Auto und seine Konsequenzen für die Gesellschaft, *C. O. Heuser* (FRA)
22.25 Flüchtlingsnot in Hongkong, *L. Bianchi, Bischof von Hongkong,* und *C. Vath* (ÖRF)
22.30 Über die Zukunftsbedeutung der Astrophysik, *W. Pickering* (RIAS II)

9. März (Mittwoch)

9.00 Schulf. Die Heilsarmee (FRA)
9.20 Schulf. Der Materialismus (MÜ)
10.00 Schulf. Friedrich Hebbel (SFB)
14.30 Bildende und redende Kunst Indiens, *F. Standenath* (ÖRG)
14.45 Schulf. Die Maya-Stadt im Dschungel (SWF)
14.45 So lebten die Karthager zur Zeit Hannibals, *G. und C. Ch. Picard* (WDR)
15.00 Schulf. Theodor Heuss — 10 Jahre Bundespräsident (SFB)
15.30 Schulf. In der Synagoge (FRA)
16.40 Die Republiken der Sowjetunion — Die moldauische Republik (MÜ)
17.00 Schulf. Der junge Bismarck, *P. Aurich* (STU II)
17.30 Rostock, der Haupthafen der Sowjetzone, *P. Aurich* (STU)
17.45 Mangelkrankheiten der Wohlstandsgesellschaft, *H. H. Walz* (SWF II)
18.00 Schulf. Luis Philippe — der Bürgerkönig (SAA II)
20.20 Bericht einer Reise durch Bulgarien, *P. Groma* (SFB II)
21.05 Jean Paul Sartre, *A. Hübscher* (MÜ II)
21.15 Woher kommt das neue Interesse am literarischen Expressionismus? *C. Hoboff* (FRA II)
21.30 Verdienen wir zuviel? (MÜ)
22.15 Über die Unparteilichkeit des Schriftstellers, *F. von Gentz* (BRE)
22.35 Richard Wagner: Die Kunst und die Revolution (MÜ II)
23.35 Der Mensch als Organ Gottes, *W. R. Corti* (SFB)

10. März (Donnerstag)

9.20 Schulf. Auf einer Gummiplantage in Malaya (MÜ)
14.45 Kaiser Karl V., *R. Tyler* (WDR)
14.30 Schulf. Bericht über Japan, *P. von Felinau* (RIAS)
14.30 Die Baukunst des 19. Jahrhunderts in Österreich, *H. Riehl* (ÖRG)
14.45 Schulf. Okapis im afrikanischen Urwald (SWF II)
15.00 Schulf. Aus der Apostelgeschichte — Ende und Anfang (BRE)
15.00 Schulf. Postinspektor Schubert wird Pg. (SFB)
15.30 Schulf. Gustav Stresemann: Kampf um die Versöhnung (FRA)
15.45 Der Essay in unserer Zeit, *F. Taucher* (ÖRF)
16.30 Frank Thiess und sein Werk, *H. Zand* (ÖRF)
16.45 Das Müttergenesungswerk und die deutschen Hilfsverbände, *I. Bach* (BRE)
16.45 Wandlungen des Detektivromans, *E. W. Eschmann* (SWF)

16.50 Ein Wort über den Aberglauben, *R. Singhofen* (BRE)
17.00 Schulf. Die Industrialisierung Rhodesiens (STU II)
18.10 Das Metropolitan-Museum in New York (SAA II)
19.30 Das goldene Zeitalter in der Geschichte Englands, *D. Sullivan* (WDR)
20.00 Das Gilgamesch-Epos, *M. Ratsprecher* (ÖRF II)
20.30 Der Feiertag in der modernen Massengesellschaft, *P. A. Loos* (SWF II)
20.45 Große Wiener Museen, *G. Egger* (ÖRW)
21.30 Originalaufnahmen aus Berliner Gerichtssälen, *K. Wagner* (SFB)
22.00 Wer schuf den Jazz? *S. Jensen* und *H. H. Lange* (SFB II)
22.20 Die Konzilsidee, *W. von den Steinen* — Methoden der Experimentalpsychologie, *P. Fraisse* — Die literarische Darstellung der Landschaft Polens, *J. Iwaszkiewicz* (FRA II)
23.05 Ergebnisse des internationalen geophysikalischen Jahres, *J. Bartels* (RIAS)
23.15 Paul Hindemith, *S. Borris* (SFB)

11. März (Freitag)

10.00 Zeugnis und Ärgernis Reinhold Schneiders, *G. Strübel* (BRE)
14.40 Wolfgang Staudte spricht über sein Filmschaffen (ÖRF II)
14.45 Schulf. Dichter schildern deutsche Nordseelandschaften (SWF)
14.45 Ostpreußische Kleinstädte und Grenzgemeinden, *P. Aurich* (SWF II)
15.00 Schulf. Heim ins Reich (BRE)
15.00 Schulf. Religiöse Schlager (FRA II)
15.30 Schulf. Franz Kafka und das Judentum (FRA)
18.15 Gespräch über die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, *H. Köbler* und *F. K. Förster* (SFB)
19.50 Der zweite Weltkrieg und seine Folgen, *R. Fiedler* (WDR)
20.45 Sicherheit im Glauben? *G. Bornkamm* (STU)
21.30 Heinrich Mann — gest. 12. 3. 1950 (SAA II)
22.10 Das Germanische Museum in der Harvard University (WDR)
22.25 Boris Pasternak, Gedichte, *H. Lienhardt* (ÖRF)
22.30 Zellen für eine Welt von morgen, *G. Oliass* (STU)
22.30 Literatur und Journalismus, *T. Koch* (SFB II)
22.45 Praktische Menschenkenntnis und wissenschaftliche Ausdruckskunde (SWF II)
23.15 Auf der Suche nach der unsichtbaren Bühne, *B. Rübenach* (SFB)

12. März (Samstag)

8.15 Schulf. Justus von Liebig (MÜ)
9.00 Schulf. Spirituals (FRA)
9.30 Ihr seid Mein Volk, *F. A. Schiler* (SWF II)
10.30 Schulf. Theodor Plivier (RIAS)
10.30 Leben und Lehre des Mark Aurel (SAA)
15.30 Die Kurische Nehrung — Land zwischen Haff und Meer, *E. Franke-Gricksch* (SAA)
15.40 Was liest die Jugend in der Sowjetzone? *H. Hartung* (STU)
16.10 Was heißt „Akademische Freiheit"? (Mü II)
17.30 Über das Wesen der Diät, *W. Eisenberg* (FRA II)
18.00 Ein Hörbild über Dr. Carl Sonnenschein, *E. Kock* (BRE)
18.15 Ein Hörbild über Klaus von Flüe, *H. T. Risse* (WDR)
18.30 Schulf. Ricarda Huch (BRE II)
19.05 Glaube der Mystik und Wissenschaft der Gegenwart, *W. Veauthier* (SAA II)
20.00 Afrika — Porträt eines Kontinents, *F. Kolmannsperger* (SAA II)
20.00 Das geistige Gesicht der Weimarer Republik, *H. Kuhn* (MÜ II)
21.45 Die Familie in der modernen Welt, *O. B. Roegele* (SWF II)
22.00 In memoriam Werner Krauss, *O. M. Fontana* (ÖRF III)
22.15 Buchbespr. Iwan Gontscharow: Die Schlucht, *H. Lipinsky-Gottersdorf* (BRE II)
22.30 Der Anti-Untertan, *H. Schwab-Felisch* (RIAS)

13. März (Sonntag)

8.00 Unsere Orden heute — Franziskaner und Kapuziner (MÜ II)
9.00 Über Technik in der Antike, *E. K. Hornauer* (MÜ)
9.00 Aus den Erinnerungen von Selma Lagerlöff — Zum 20. Todestag (SAA II)
9.35 Martin Buber: Zwei chassidische Legenden (MÜ II)
9.45 Das Gebot der Liebe — Briefe der Menschlichkeit (SWF)
9.45 Der Tod auf der Straße, *A. Boll* (ÖRF)
10.00 Über die Entstehung und Bekämpfung von Vorurteilen, *M. Harkheimer* (STU)
10.30 Nationalstaat — Weltrevolution — Welteinheit, *W. Conze* (SWF)
11.00 Gerechtigkeit — heute, *J. Pieper* (BRE)
11.00 Wir Deutschen und die Juden, *H. Gollwitzer* (STU II)
11.15 Fastenzeit heute — Rechter Zeitgebrauch, *G. Corman* (SWF II)
11.00 Von der Menschlichkeit, *H. Arendt* (SAA)
11.30 Feierstunde der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit (RIAS)
11.45 Die geistliche Eitelkeit, *H. J. Baden* (SWF II)
13.15 Begegnungen in der polnischen Haupstadt, *P. Wiebe* (WDR)
15.00 Ausschnitte aus der Eröffnung der Woche der Brüderlichkeit (FRA)
16.05 Mischlingskinder vor der Berufsauswahl, *G. Dünser* (STU II)
16.25 Heinrich Böll spricht zur Woche der Brüderlichkeit (SAA II)
16.45 François Mauriac (SFB)
17.15 Du sollst den Namen des Herrn, deines Gottes, nicht mißbrauchen, *W. Dirks* (MÜ)
17.30 Karl Olten: Das leere Haus — Anthologie jüdischer Autoren (SWF)
18.00 Der Hunger der Welt — Pflanzen haben Feinde wie die Menschen, *O. Ambros* und *D. Linder* (ÖRF III)
18.45 Die Goethe-Bibliothek in Tel-Aviv, *A. Wolffmann* (WDR)
19.30 Auf dem Wege zu Europa, *H. Reiff* (SFB)
21.05 Haben wir etwas gegen die Juden? *H. Gollwitzer* und *E. Ehrlich* (SFB)
21.35 Makromoleküle — Die Bausteine des Lebens, *F. Patat* (SFB)
22.25 Gottes ist der Orient — Gottes ist der Okzident, *J. Strelka* (ÖRF)

14. März (Montag)

8.15 Schulf. Thornton Wilder (MÜ)
14.05 Amerikanische Pfadfinderinnen adoptieren Großeltern (ÖRV)
14.40 Das deutsche Filmwesen der Nachkriegszeit *P. Heimann* (ÖRF II)
15.00 Schulf. Ein Dorf weicht der Kohle (SFB)
15.00 Schulf. Nikolaus Lenau (ÖRF II)
16.45 Was wir füreinander tun müssen, *L. Paepcke* (STU)
17.15 F. W. Foerster: Die jüdische Frage, *E. Hurwicz* (SFB II)
17.15 Die Quellen der Sonnenenergie, *O. Mathias* (ÖRF II)
17.45 Schulf. Jüdische Kinder berichten (SWF II)
18.00 Schulf. Carl Sonnenschein (SAA II)
18.40 Die Gefährdung der Gesundheit durch Autoabgase, *F. Engel* (ÖRF III)
20.00 Krieg ohne Frieden — Bis zum Endsieg, *R. Fiedler* (SAA)
20.10 Ernst Kamnitzer: Schicksal in der Emigration, *A. Betzner* (SAA II)
20.45 Forschungszentren für die Entwicklung der Wissenschaften (STU II)
21.05 Heinrich Mann, *F. Schonauer* (MÜ II)
22.30 Der Aufstand im Warschauer Getto, *J. Wulf* (SWF)
22.45 Lieder der Nächstenliebe — A. Duval u. a., *G. Walter* (SWF II)
23.30 Kommunismus und Demokratie (SFB)

15. März (Dienstag)

8.45 Bronchialasthma, *F. Halla* (ÖRF)
10.00 Die Vereinten Nationen am Werk (RIAS II)
10.00 Menschen und Götter auf Sumatra, *J. Fabricius* (SWF II)
14.30 Schulf. Die Waffe der Toleranz (RIAS) (ÖRG)
15.00 Schulf. Eine Fahrt auf der Wolga, *J. Goldberger* (ÖRF II)
15.00 Schulf. Karl XII. in Rußland (BRE)
15.30 Schulf. Hygiene: Lepra (FRA)
16.45 Zum Verständnis Israels, *K. Thieme* (STU)
17.00 Schulf. Am Rande des Kreuzwegs: Im Garten Gethsemane (STU II)
17.40 Fritz Reuter als Student in Heidelberg, *K. Winkler* (STU)
20.00 Die moderne Physik im Zeichen der Dualität, *W. Braubek* (FRA II)
20.00 Auf den Spuren der Bibel (BRE II)
20.45 Politik und Moral, *T. Eschenburg* (STU)
21.05 Roberto de Nobili: Gesang im Feuerofen, *F. Heer* (MÜ II)
21.30 Die Religionen im Staat Israel, *W. Littmann* (SWF II)
22.00 Die Grundlagen der europäischen Kultur, *C. Schmid* (BRE II)
22.10 Kirche und Welt — Nächstenliebe und Organisation, *O. Jandl* (MÜ)
22.25 Die Flüchtlingsfrage als Weltproblem, *M. Peitz* (ÖRF)
22.30 Neugestaltung der Machtverhältnisse und Wirtschaftsstrukturen im Jahrhundert der Kernphysik (RIAS II)
23.05 Der verkannte Gotthold Ephraim Lessing, *F. Roh* (RIAS II)

16. März (Mittwoch)

10.00 Frauen in Israel, *I. Blumenthal-Weiss* (BRE)
10.00 Schulf. Selbsterziehung zu Europa — Stefan Zweig (SFB)
10.30 Schulf. Der Kapp-Putsch (RIAS II)
14.30 Schulf. Auschwitz heute (RIAS)
14.45 Der Widerspruch — Reinhold Schneider, *J. Rast* (WDR)
15.00 Schulf. Papst Pius XII. — Die Stimme der Versöhnung (SFB)
15.30 Geschichte und Volksleben der Färöer, *H. Filipic* (ÖRG)
16.30 Mütterliche Weisheit — Zum 20. Todestag von Selma Lagerlöf (SWF)
16.40 Polen und Deutsche als Nachbarn (MÜ)
17.00 Schulf. Eine Inspektionsreise Friedrichs des Großen (STU II)
17.30 Heitere Geographie Schlesiens, *W. Menzel* (STU)
17.45 Junge Menschen zwischen Betrieb und Familie, *H. Dewald* (SWF II)
20.15 Requiem für die Gefallenen, *P. Hermann* (SAA II)
20.30 Die schwedische Dichterin und Nobelpreisträgerin Selma Lagerlöf, *V. Reichert-Heidt* (ÖRF III)
21.00 Eine Hörfolge zum 40. Jahrestag des Kapp-Putsches, *H. Nerth* (SFB)
21.00 Das Caféhaus der Toten, *A. T. Wegner* (SWF)
21.05 Karl Rahner, *J. Laubach* (MÜ II)
21.15 Die unvollendeten Selbstkorrekturen des amerikanischen Kapitalismus, *H. von Borch* (FRA II)
21.30 Über die Entstehung und Bekämpfung von Vorurteilen, *M. Harkheimer* (STU II)
22.15 Solidarität und Hilfe während des zweiten Weltkrieges, *J. Wulf* (SAA)
22.15 Aus der Praxis der Macht — Julius Cäsar (BRE)
22.35 Kierkegaard: Aus den Schriften über sich selbst (MÜ II)
23.15 Die Erneuerung des Menschen, *A. Portmann* (SFB)

17. März (Donnerstag)

10.40 Schulf. Österreich in den Wandlungen unseres Jahrhunderts, *F. Berger* (ÖRF II)
14.30 Die Plastik des 19. Jahrhunderts in Österreich, *H. Riehl* (ÖRG)
14.30 Schulf. Illegale und Untergetauchte (RIAS)
15.00 Die Grabeskirche in Jerusalem, *L. Fischer* (ÖRF II)
15.00 Schulf. Sozialistengesetz und soziale Gesetzgebung (SFB)
16.30 Der Dichter Heinrich Mann, *W. Riemerschmid* (ÖRF)
16.45 Flüchtlingsstarthilfe Hamburg (BRE)
18.15 Polytechnische Erziehung in der UdSSR, *E. L. Moss* (SFB)
18.30 Richtige Lebenshaltung und ihr Gegenteil: Tapferkeit, *K. Wolf* (ÖRF)
18.40 Wo bleibt in der Technik der Mensch? *J. Hommes* (ÖRF III)
19.05 Heinrich Brüning, *H. Hupka* (MÜ II)
20.00 Eine Sendung über Irland, *J. Maderner* (ÖRF II)
20.30 Was ist Neofaschismus? *H. Pross* (SWF II)
20.30 Salomo in Frankreich — Weltgeschichte in der Felsenhöhle, *H. Unbehaun* (SFB II)
20.45 Expressionismus — Impressionismus (ÖRW)
21.00 Bericht über eine Tagung der Evangelischen Akademie Hofgeismar, *P. Arnsberg* (FRA)
21.00 Farbige Studenten in Deutschland — Vorurteile (RIAS II)
21.30 Originalaufnahmen aus Berliner Gerichtssälen, *K. Wagner* (SFB)
22.15 Jüdisches Schicksal in deutschen Gedichten, *C. Hoboff* (SWF)
22.20 Die Probleme der Entwicklungsländer, *P. Moussa* — Konzilien, *W. von den Steinen* — Die Waldameise, *A. Raignier* (FRA II)

18. März (Freitag)

14.30 Schulf. Bei den Bretonen (SAA)
14.30 Bischof Martin Brenner, der Führer der Gegenreformation in der Steiermark, *H. Mezler* (ÖRG)
15.00 Schulf. Die Darmstädter Marienschwestern (FRA II)
17.45 Schulf. Die Mark Brandenburg (SWF II)
18.40 Die Heilanwendung des elektrischen Stromes, *H. Schneider* (ÖRF III)
20.45 „Sicherheit über alles", *P. A. Loos* (STU)
20.45 Zum 190. Geburtstag Friedrich Hölderlins (RIAS)
21.30 Theodor Fontane: Wanderungen durch die Mark Brandenburg, *H. Pillau* (SFB)
21.50 Die Integration des europäischen Surrealismus, *K. Krolow* (SFB II)
22.30 Das Erbe Humboldts, *K. Katz* (STU)
22.35 Konrad Weiss: Deutsche Lyrik des 20. Jahrhunderts, *W. Warnach* (MÜ II)
22.45 Praktische Menschenkenntnis und wissenschaftliche Ausdruckskunde, *C. Fervers* (SWF II)
23.00 Der Todessänger, *A. T. Wegner* (BRE II)
23.15 Weltbürgergeist im altpreußischen Berlin, *J. Wulf* (SFB)

19. März (Samstag)

8.45 Eine Fahrt in das westliche Morgenland, *M. Hoffmann* (ÖRF)
10.00 Albert Schweitzer (FRA II)
10.30 Chinesische Texte aus dem Jahrhundert des Aufruhrs, *W. Helwig* (SAA)
14.00 Die wirtschaftliche und soziale Eingliederung der Ostemigranten (MÜ II)
15.45 Werner Kraft: Wort und Gedanke, *E. Hartl* (ÖRS)
16.05 Der Justizirrtum (MÜ II)
16.20 Francisco de Goya, *W. Rastvogel* (ÖRF)
17.30 Bericht über die australische Gesellschaft, *R. Grimm* (FRA II)
18.00 Der Afrikaner — Knecht oder Bruder? *U. Namgalies* (BRE)
18.00 Die rote Religion (MÜ)
18.55 Vom Wandel einer Literaturgattung — Der Roman, *A. Holzinger*, (ÖRF III)

19.05 Die Grundlagen der abendländischen Kunst, *H. Riehl* (ÖRF III)
20.00 Bayern in Deutschland und Europa, *G. Frhr. von Pölnitz* (MÜ II)
21.05 Der Freistaat Bayern, *G. Frhr. von Pölnitz* (MÜ II)
21.20 Zum 200. Geburtstag von Johann Peter Hebel (STU II)
21.45 Bemerkungen zum Antisemitismus, *H. Stemper* (SWF II)
22.00 Amerikanische Lyrik unseres Jahrhunderts, *F. Zaic* (ÖRF III)
22.40 Kann man Dichter besuchen? *A. Fabri* (STU II)

20. März (Sonntag)

8.00 Das Wachsen der katholischen Bibelbewegung, *E. Martin* (MÜ II)
8.15 Das Mißverständnis der Kirche, *G. Zimmer* (SAA II)
9.00 Aus Schriften und Predigten von Abraham a Sancta Clara, *H. Emmerling* (SAA II)
9.00 Das Jahr Giuseppe Garibaldis, *J. Zimmermann* (MÜ)
9.20 Friedrich Hölderlin zum 190. Geburtstag (MÜ II)
9.45 Der Tod des Managers, *A. Holl* (ÖRF)
10.00 Asiatische Religionsmission in Europa, *E. Benz* (STU)
10.30 Die Mündlichkeit des Wortes, *W. Schadewaldt* (SWF)
11.00 Gottfried Benn: Nihilistisch oder positiv? (SAA)
11.15 Fastenzeit heute: Umgang im Betrieb, *G. Corman* (SWF II)
11.45 Die Eitelkeit der Demut, *H. J. Baden* (SWF II)
13.30 Was wissen wir über Indonesien? (FRA II)
15.00 Gespräch über moderne Kirchen (SAA II)
15.00 Frédéric Chopin, *W. Reich* (STU II)
15.10 Der Film in der Welt — Kanada (FRA II)
17.15 „Du sollst den Feiertag heiligen", *J. Ch. Hampe* (MÜ)
17.15 Paul Claudel, *E. M. Landau* (SAA)
18.00 Der Hunger der Welt, *O. Ambros* und *D. Lindner* (ÖRF III)
19.00 Probleme der Flugsicherung und ihre technische Lösung (STU II)
20.00 Zur 100. Wiederkehr des Geburtstages von Hugo Wolf, *E. Uray* (ÖRF II)
21.00 Die Geschichte der Narkose, *A. Tichy* (ÖRF II)
21.15 Der Schauspieler Werner Krauss, *C. Zuckmayer* (SWF)
22.25 Der Mensch — das Maß aller Dinge, *R. Ruth* (ÖRF)

21. März (Monatg)

8.45 Schulf. Thornton Wilder (MÜ II)
10.40 Schulf. Das Internationale Rote Kreuz (ÖRF II)
14.05 Neue Ergebnisse der amerikanischen Weltraumforschung (ÖRV)
14.30 Schulf. Kunst und Politik im Dritten Reich (RIAS)
14.40 Orient und Okzident — Gegensatz oder Einheit? *F. Sauer* (ÖRF II)
14.45 Schulf. Jüdische Kinder berichten (SWF)
15.30 Schulf. Jugendweihe (FRA)
15.30 Schulf. Der Tag von Potsdam (RIAS)
15.45 Selma Lagerlöf (MÜ)
16.45 Bemerkungen zu Martin Schongauer, *A. von Grolman* (STU)
20.30 Theorie und Experiment in der modernen Physik, *J. Kolb* (ÖRF III)
20.45 Das Erbe Humboldts, *K. Katz* (STU II)
23.05 Ist der Teufel tot? — Versuch einer dämonologischen Analyse unserer Zeit, *H. Schirmbeck* (RIAS)

22. März (Dienstag)

9.00 Schulf. Der griechische Befreiungskampf (SAA)
9.00 Schulf. Hygiene — Lepra (FRA)
9.20 Schulf. Zwischen 28. Juni und 1. August 1914 (MÜ)
14.30 Schulf. Friedrich Naumann — Zu seinem 100. Geburtstag (RIAS)
15.30 Schulf. Schauprozeß (FRA)
16.45 Zu viele Menschen auf der Erde? *W. Schulenburg* (STU)
17.00 Am Rande des Kreuzweges — Im Gerichtshaus (STU II)
17.45 Der Kapp-Putsch, *A. Gerigk* (SWF II)
18.40 Metallurgie auf neuen Wegen, *E. Behrendt* (ÖRF III)
21.00 Wie weit reicht die Psychotherapie? *L. Dembicki* (FRA)
21.05 Léon Foucault — der Heilige in der Wüste, *F. Heer* (MÜ II)
22.10 Für das Leben der Welt, *M. von Galli* (MÜ)
22.30 Über einige Grundlagenprobleme in der modernen Biologie, *H. Giersberg* (RIAS II)
23.30 Ein Versuch über die jugoslawische Satire (RIAS II)

23. März (Mittwoch)

9.00 Schulf. Der Antisemitismus in Deutschland (MÜ)
10.00 Reinhold Schneider, *G. Strübel* (SWF)
10.35 St. Benedikt und die Kranken, *H. Lang OSB* (MÜ)
14.30 Die Malerei des späten 19. Jahrhunderts in Österreichs Ostalpenraum, *H. Riehl* (ÖRG)
14.45 Schulf. Bei den Ureinwohnern Australiens (SWF)
15.30 Schulf. Wieviel Erde braucht der Mensch? (FRA)
17.15 Die europäische Kernforschung, *P. Urban* (ÖRF II)
17.45 Größe und Krisis des christlichen Sozialismus, *P. Meinhold* (SWF II)
18.00 Schulf. Der Zusammenbruch im Osten (SAA II)
20.00 Die literarische Darstellung der Landschaft Italiens, *D. Valeri* (SAA II)
20.15 Die tausend Gesichter des Kommunismus, *S. Schürenberg* und *W. Schenck* (SAA II)
21.05 Martin Heidegger, *A. Hübscher* (MÜ II)
21.30 Asiatische Religionsmission in Europa, *E. Benz* (STU II)
21.50 Gustav Mahler — Dialektik der Vieldeutigkeit, *H. Brün* (MÜ II)

24. März (Donnertag)

14.30 Schulf. Paul Nipkow — Zur 1. Fernsehsendung vor 25 Jahren (RIAS)
15.00 Schulf. Als erster Europäer in Tibet (ÖRF II)
15.30 Schulf. Lenin: Klassenlose Gesellschaft (FRA)
16.00 Jugendkriminalität und ihre Ursachen, *G. Boruttau* (ÖRF II)
18.40 Bericht über die Auffindung des photianischen Lexikons, *Aranca* (ÖRF III)
19.05 Das Familienbildungswerk in Frankfurt — ein Modellfall (MÜ II)
20.30 Jean Paul Sartre: Porträt des Antisemiten (SWF II)
23.05 Über kybernetische Modelle des menschlichen Gehirns (RIAS)

25. März (Freitag)

10.40 Schulf. Die menschliche Leistung als Wirtschaftsfaktor (ÖRF II)
14.15 Marienlegenden — Maria Verkündigung, *E. Brand* (ÖRF II)
14.30 Schulf. Geschichte und Entwicklung der Negro-Spirituals (RIAS)
14.40 Der antike Orient in der modernen Kultur, *E. Swoboda* (ÖRF II)
14.45 Dichter schildern die Mark Brandenburg (SWF)
15.00 Schulf. Preußen und Österreich 1866 (STU)
15.30 Schulf. Makarenko: Der Weg ins Leben (FRA)
15.45 Die Welt des Karagöz-Theaters der Türken (ÖRF)
17.00 Schulf. Druck und Vertrieb einer Zeitung (STU II)
20.00 Festversammlung zum 100. Geburtstag Friedrich Naumanns (RIAS)
20.45 Die Jugend und das Versorgungsdenken, *W. Krautkrämer* (STU)
22.25 Franzis Thompsons Gedichte, *H. Lienhard* (ÖRF)
22.30 Theodor Heuss spricht zum 100. Geburtstag Friedrich Naumanns (SWF II)
22.35 Deutsche Lyrik des 20. Jahrhunderts — Gertrud Kolmar, *F. Kemp* (MÜ II)
23.40 Reise mit „Intourist" in Sowjet-Rußland, *W. Hanf* (FRA II)

26. März (Samstag)

9.00 Schulf. Kirchengesang der Ostkirche (FRA)
9.20 Schulf. Der Antisemitismus in Deutschland (MÜ)
9.30 Eine Wanderung durch Rumänien (SWF II)
14.00 Das wissenschaftliche Leben in der UdSSR (MÜ II)
15.40 Junge Europäer im Kriegsgräberdienst (STU)
16.10 Ein Gespräch mit Carl Jakob Burckhardt (MÜ II)
16.20 Adalbert Stifter, *E. Franke-Gricksch* (ÖRF)
17.40 Hungertuch und Fastenkrippe, *L. Kretzenbacher* (ÖRF II)
18.00 Die rote Religion — Diamat plus Agitprop (MÜ)
18.55 Epilog zum Schillerjahr, *W. M. Neuwirth* (ÖRF III)
19.05 Schönheit in der Kunst, *A. Dietrich* (ÖRF III)
19.05 Begegnung der Weltreligionen, *P. Jung* (SAA)
21.45 Das Kardinalskollegium, *H. Michel* (SWF II)

27. März (Sonntag)

8.30 Zum 100. Geburtstag Friedrich Naumanns, *Th. Heuss* (MÜ II)
9.45 Selbstmord durch Genuß, *A. Holl* (ÖRF)
10.30 Die Wirkung des Kunstwerkes, *E. Rothacker* (SWF)
11.00 Formen menschlichen Zusammenlebens, *D. von Oppen* (STU II)
11.15 Fastenzeit heute — Umgang in der Familie, *G. Corman* (SWF II)
11.45 Der Christ und die Eitelkeit — Eitelkeit und Erlösung, *H. J. Baden* (SWF II)
12.00 Das deutsche Rituale, *J. Wagner* (FRA II)
13.30 Familie, Rundfunk und Fernsehen in Afrika und Asien (FRA)
15.10 Der Film in der Welt (FRA II)
17.15 „Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren", *K. Ihlenfeld* (MÜ)

28. März (Montag)

14.40 Der Orient — Wiege der Weltreligionen, *G. Molin* (ÖRF II)
15.30 Schulf. Grabschändung (FRA)
20.30 Wahres und Unwahres über Gespenster, *W. Bruckner* (ÖRF III)
22.30 Literarische Eindrücke einer Reise nach Portugal und Spanien, *K. Krolow* (SWF)

29. März (Dienstag)

8.45 Berufskrankheiten, *F. Halla* (ÖRF)
14.30 Streifzüge durch die Weltliteratur, *F. C. Steinermayr* (ÖRG)
14.40 Der amerikanische Dichter Robert Frost, *W. Riemerschmid* (ÖRF II)
15.00 Schulf. Der utopische Roman der Gegenwart, *K. Fleischmann* (ÖRF II)
16.45 Evangelische Grundsätze zur Geburtenregelung, *E. Haberer* (STU)
21.00 Was ist Rheumatismus? *H. Mahr* (FRA)
22.10 Vom Sinn der Heimat, *W. Künneth* (MÜ)
22.20 Kann ein Volk ohne Erinnerung leben? *H. Proebst* (FRA)

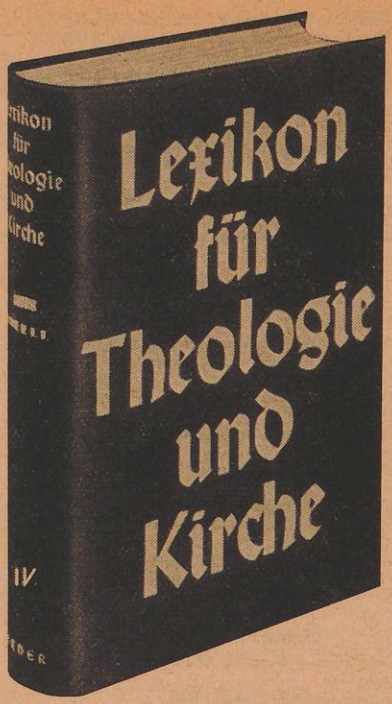
30. März (Mittwoch)

14.05 Erziehung im Spiegel der Völkerkunde, *I. Seger* (ÖRS)
17.45 Vatikanische Bibliothek und Geheimarchiv, *E. Schmitz* (SWF II)
21.15 Die Religion des Islam, *H. L. Kaster* (FRA II)

31. März (Donnerstag)

9.00 Schulf. Lenin: Klassenlose Gesellschaft (FRA)
14.30 Die Eigenart der österreichischen Kunst, *H. Riehl* (ÖRG)
15.30 Schulf. Savonarola (FRA)
18.40 Kultstätten der Mayas, *J. Herzele* (ÖRF III)
20.00 Totentänze in den Alpenländern, *L. Kretzenbacher*
20.15 Graz, die mittelalterliche Residenzstadt, *W. Stipperger* (ÖRG)
21.00 Elektronik im Dienste der modernen Medizin, *S. W. Escher* (FRA)
22.15 Das physiognomische Weltbild Rudolf Kassners, *J. Eich* (SWF)

(BRE) Radio Bremen; (FRA) Hessischer Rundf. Frankfurt; (MÜ) Bayerischer Rundf. München; (NDR) Norddeutscher Rundf.; (ÖRF) Österr. Rundf.; (ÖRG) Österr. Rundf., Lokalsendung Graz; (ÖRK) Österr. Rundf., Lokalsendung Klagenfurt; (ÖRL) Österr. Rundf., Lokalsendung Linz; (ÖRS) Österr. Rundf., Lokalsendung Salzburg; (ÖRT) Österr. Rundf., Lokalsendung Tirol; (ÖRW) Österr. Rundf., Lokalsendung Wien; (RIAS) RIAS Berlin; (SAA) Saarländischer Rundfunk; (SFB) Sender Freies Berlin; (STU) Süddeutscher Rundfunk; (SWF) Südwestfunk; (WDR) Westdeutscher Rundfunk



Soeben erscheint Band IV

Begründet von
Dr. Michael Buchberger

2., völlig neu bearbeitete Auflage

Unter dem Protektorat von Erzbischof Dr. Michael Buchberger, Regensburg, und Erzbischof Dr. Hermann Schäufele, Freiburg im Breisgau, herausgegeben von Josef Höfer, Rom, und Karl Rahner, Innsbruck

10 Bände im Format 17,5 × 25,8 cm

Je Band etwa 700 Seiten mit Illustrationen im Text und auf Kunstdrucktafeln.

Preis je Band in Leinen 77.— DM, in Halbleder 86.— DM

„Es ist den Herausgebern gelungen, eine vorbildliche Synthese von gesunder Traditionsverbundenheit und kritischer Aufgeschlossenheit für die Probleme der Gegenwart zu schaffen. Wer mit diesem Werk längere Zeit umgeht, wird mehr gewinnen als eine Bereicherung seines theologischen Sachwissens. Er wird vor allem lernen, in welchem Geist der Offenheit, Sachlichkeit und (wo es um das Gespräch mit ‚den anderen' geht) Vornehmheit man Theologie zu treiben hat . . ."
Scholastik, Frankfurt

„ . . . Die 2. Auflage ist unverkennbar ein ganz bedeutender Fortschritt gegenüber der ersten, sowohl bezüglich Zahl und Länge als auch bezüglich Auswahl und Inhalt der Beiträge. Die Beiträge entsprechen dem heutigen Stand der wissenschaftlichen Forschung; manche dürfen als ‚bahnbrechend' bezeichnet werden, d. h., in ihnen wird wirklich Neues zutage gefördert, sie können im besten Sinne als wegweisend gelten . . ." *Die neue Ordnung, Walberberg*

„ . . . Das LEXIKON FÜR THEOLOGIE UND KIRCHE ist auch für den praktischen Seelsorger von unschätzbarer Bedeutung . . . Dieses Lexikon gibt klare Auskunft. Es lohnt sich gerade für den überanspruchten Seelsorger unserer Zeit, statt vieler kleiner Broschürchen und Traktätchen dieses große Werk zu bestellen." *Prediger und Katechet, Freiburg*

Ein kostenloser Sonderprospekt steht zur Verfügung.

VERLAG HERDER FREIBURG · BASEL · WIEN

„Hier ist eine große Synthese der Theologie geglückt", schrieb die Zeitschrift „Die Seele", Regensburg, über

Die katholische Glaubenswelt

Wegweisung und Lehre

Inzwischen ist der zweite Band erschienen:

Moraltheologie

Mit 4 Bildtafeln, 1104 Seiten, Leinwand
Subskriptionspreis 52.— DM

Das Passauer Bistumsblatt urteilte:

„Ein Werk, das wir freudig begrüßen, weil es eine moderne Gesamtdarstellung der katholischen Glaubenswelt enthält, die dem heutigen Stand theologischer Besinnung entspricht, dabei aber nicht nur bloßes Wissensmaterial bietet, sondern auch die innere Einheit der Theologie, die Querverbindung zwischen verschiedenen Fächern, den Zusammenhang der einzelnen Fragen, kurz — die Glaubenswelt als ein organisch gewachsenes Ganzes aufzeigt. Die katholische Glaubenswelt ist gleichzeitig auch eine ‚Wegweisung' durch die katholische Glaubenslehre. Die Herausgeber, eine Arbeitsgemeinschaft führender französischer Theologen, haben es verstanden, die wesentlichen Fragestellungen der Theologie und ihre Anliegen so lebendig herauszuarbeiten, daß das persönliche Interesse und Verständnis des Lesers geweckt wird, daß er zum eigenen Mitdenken angeregt, daß gleichsam sein ‚Mitmachen in der Theologie' herausgefordert und ermöglicht wird."

Nutzen Sie die Vorteile des Subskriptionspreises und lassen Sie sich bald von Ihrem Buchhändler das Werk einmal vorlegen!

Durch alle Buchhandlungen erhältlich

HERDER FREIBURG · BASEL · WIEN

herder

HERDER-KORRESPONDENZ

Siebtes Heft — 14. Jahrgang — April 1960

Gott, Du siehst, es fehlt uns jede Kraft. So behüte Du uns inwendig und außen, daß unser Leib vor allem Unheil bewahrt und unsere Seele von irren Gedanken gereinigt werde. Durch unsern Herrn.

Oration am 2. Fastensonntag

Die Jugendzeit möge in ihrer ganzen Bedeutung erkannt und heilig verbracht werden. Allgemeine Gebetsmeinung für Mai 1960

1. Diese Gebetsmeinung des Papstes für das Heil der Jugend fällt sicher nicht ohne Grund in den Marienmonat. Es ist eine bewährte Überlieferung der Kirche, daß sie die Reinheit der Jugend unter den Schutz der jungfräulichen Gottesmutter stellt. Das erste Anliegen ist aber, daß die Jugendzeit, die Zeit des Reifens für künftige Bewährungen im Leben und im Glauben überhaupt, in ihrer ganzen Bedeutung erkannt werde. Das gilt sowohl für die jungen Menschen selbst, die heute vielfach allzufrüh danach trachten, erwachsen zu werden oder für erwachsen zu gelten, und die besonders in der Wahrnehmung des Lebensgenusses, in Kleidung und Make-up, natürlich auch im Geldverdienen, den Erwachsenen nachfolgen möchten. Es gilt ebensosehr und wohl noch viel mehr für Eltern und Lehrer, daß sie der Jugend ihre Jugendzeit so lange wie möglich erhalten und sie nicht so früh wie möglich in den Broterwerb, in die Fabrik, ins Büro, kurz ins „Leben" mit seinen schweren Versuchungen hinausschicken, damit sich das Einkommen der Familie steigere und den Wohlstandsgötzen mehr geopfert werden kann. Die Unvernunft vieler Eltern ist in dieser Hinsicht fast noch ärger als der Lebenshunger der Jugendlichen. Davon wissen unsere Lehrer einiges zu erzählen, besonders die Lehrer in den Fremdenverkehrs- und Industrieorten klagen darüber, daß die Leistung und die Aufmerksamkeit der Kinder auffallend nachlassen, sowie die Zimmervermieterei und das Doppelverdienen der Mutter beginnt. Das ist eine ziemlich verbreitete Erscheinung. Sie zeugt von einer Umkehrung der Werte, die die materiellen Vorteile gewissenlos der Pflege des heranwachsenden Lebens, dem Menschen, überordnet. Man darf wohl sagen, daß unsere Lehrer einen oft verzweifelten Kampf gegen diese Sucht der Eltern kämpfen, von denen sie nicht nur in dieser Frage bei der Heranbildung gefestigter junger Menschen im Stich gelassen werden. Wenn jemand die ganze Bedeutung der Jugendzeit kennt, dann sind es unsere Pädagogen und auch die Priester, die sich der religiösen Unterweisung der Jugend widmen. Man muß für sie beten, daß sie nicht in den Wind hineinsprechen, wenn sie sich schützend vor die Jugend stellen. Man sollte auch jener wachsamen Menschen gedenken, die sich dem katholischen Filmdienst widmen oder die ein der Jugend entsprechendes Schrifttum herstellen und verbreiten.

2. Einer der schwerwiegendsten Irrtümer der Erwachsenen, der Eltern vor allem, liegt heute darin, daß sie nicht nur die Jugend zu rasch in ihr eigenes zweckbestimmtes Leben verwickeln, sondern daß sie bei vielen Jugendlichen nicht die wache Skepsis, den nüchternen Widerstand gegen das Leben der Erwachsenen ernst nehmen. Das liegt vielfach daran, daß die Eltern sagen: Wir haben ja auch keine rechte Jugend gehabt! Und das trifft für viele heute zu, die in den Jahren des Krieges und danach aufgewachsen sind. Man hat sie damals mißbraucht und ihre Jugend geradezu zerstört. Es ist freilich schwer, ein solch tragisches Schicksal mit sich herumschleppen zu müssen, aber es ist unerlaubt, den eigenen Kindern ein ähnliches Schicksal zu bereiten. Die verschiedenen Perioden des Reifens brauchen eben ihre Zeit, und noch

N 486 *Familie mit vier Kindern* in Oberschlesien, in wirtschaftlich schwieriger Lage, ein Mädchen mit 9 Jahren, drei Buben mit 11, 14 und 16 Jahren, erbittet Hilfe in Lebensmitteln und Kleidung, besonders zur Erstkommunion.

N 487 *45jährige Kriegerwitwe* in Oberschlesien, erster Mann in Rußland gefallen, zweiter Mann an Krebs gestorben, ohne Rente, rheumaleidend, daher unfähig zu schwerer Arbeit, mit 80jährigem Vater, der nur eine kleine Rente hat, und 10jährigem Sohn aus zweiter Ehe, der zur Erstkommunion geht, seit vier Jahren kränkelnd, erbittet Hilfe in Lebensmitteln und Kleidung zur Erstkommunion.

N 488 *Familie* in Oberschlesien mit sehr kleinem Verdienst des Vaters, vier Kinder (10, 8, 5 und 2 Jahre), von denen der älteste Sohn Erstkommunikant ist, erbittet Bekleidungshilfe zur Erstkommunion, da Anschaffungen unmöglich.

N 490 *Bergmannswitwe* in Oberschlesien mit sieben Kindern, Vater in der Grube verunglückt, die jüngste Tochter mit 8 Jahren Erstkommunikant, sehr bedrückte Verhältnisse, Gesamtrente für acht Personen rund 160.— DM monatlich, in Kaufkraft gerechnet, erbittet Hilfe aller Art, besonders Bekleidung.

Geldspenden sind einzusenden auf Postscheckkonto Karlsruhe 7926 des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg i. Br. mit Vermerk: „SOS-Ost" und der jeweiligen Kennzahl.

mehr: Die Jugend braucht andere und positivere Leitbilder, als sie die mit allen Wassern gewaschenen und zahlreichen Lebensnöten entronnenen Erwachsenen noch haben und zu bieten vermögen. Mit den sogenannten Klassikern kann man auf der Schule heute keinen Staat mehr machen, dieser Idealismus zieht nicht mehr. „Ideale", die der Jugend ein fruchtbares Ausreifen zur Person und zur politischen Gemeinschaft, zur Verantwortung ermöglichen, müssen wohl oder übel die Zone der Sachlichkeit und Nüchternheit durchmessen haben, sonst verfallen sie unweigerlich der Ablehnung, und was bleibt, ist das bekannte Nichts. Haben wir diese ewigen Leitbilder im Bereiche dessen, was man früher „Bildung" nannte, in der Literatur, im Theater, im Film und Fernsehen? Man wagt kaum, die Frage zu stellen. Und wenn nicht, woher sollen wir sie nehmen, damit nicht Sport, Technik und Existentialismus die Lücken füllen, die wir Erwachsenen gelassen haben? Es ist leicht, über die grausame Nüchternheit und Aufsässigkeit der Jugend zu urteilen, aber wer achtet immer auf die Not, die dahinter lebt, auf den Sinn für Wahrheit, der sich nicht betrügen lassen will und sich mit unserem geschäftstüchtigen Dasein oder mit unserer Leere nicht abfindet? Es gibt keine echte und fruchtbare Jugendzeit, wenn ihr nicht ausgereifte und lebensechte Erwachsene die Grenze und das Maß setzen können. Erwachsene, die seelische Krüppel sind, können nur wieder seelische Krüppel heranziehen; und es ist schon eine besondere Gnade, wenn die Persönlichkeit eines Lehrers oder eines Priesters die jungen Menschen zu sich selber führt und vor Irrwegen bewahrt.

3. Aber das Hauptanliegen der Gebetsmeinung des Heiligen Vaters ist ja dies: die Jugendzeit möge auch heilig, d. h. im Glauben der Kirche, „in Christus", verbracht werden. Wie viele Eltern sind sich darüber klar, daß es keine bessere Nahrung für den Willen der Jugend zur Nüchternheit gibt als das Evangelium? Wir sagen mit vollem Bewußtsein zuerst: das Evangelium von Jesus Christus, und dann erst die Gebote; und wir betonen die Gemeinschaft der Kirche, die sich von der Welt absetzt. Denn fangen wir bei der reiferen Jugend mit den Geboten Gottes an, dann wird sie eine einfache und schwer widerlegbare Antwort darauf geben: Solange euer Leben und das öffentliche Leben in Gemeinde und Staat, in Betrieb und Gewerbe, das ein so ängstliches Getue um den Jugendschutz erforderlich macht, so ist, wie es ist, imponieren uns die Gebote gar nicht, sie sind ja nur Kinderbewahrgitter. Da nutzt auch das persönliche Beispiel mancher Eltern und Lehrer nicht viel. Die Kinder in Dorf und Stadt wissen zu genau, was bei den Erwachsenen weithin gespielt wird und wie die Gebote geschickt umgangen oder verbogen werden. Sie wissen das schon vor der Firmung. Etwas anderes ist es, wenn sie von vornherein erfahren, daß „die Welt im argen liegt" und daß ein Leben in Christus mit dieser Art des Weltlebens wenig oder nichts zu tun hat und daß der Mensch diese Welt nur in der Gnade Christi überwinden kann, wobei dann auch schulische Tüchtigkeit, Sport und Spiel ihren erheblichen Beitrag leisten können. Das Erfüllen der Gebote, von denen es mindestens eines gibt, das der heranreifenden Jugend bittere Not macht und sie von den Sakramenten fernhält, kann und darf nicht das erste und das letzte Wort sein. Die Verlockungen sind heute zu groß, der Hedonismus ist eine öffentliche Macht. Darum gibt nicht ein Moralismus der Jugend die rechten Leitbilder, sondern Christusglauben, ein Glauben, der das sakramentale Leben durchhält, was auch kommen mag, und der den regen jugendlichen Geist mit der lebenswahren Nüchternheit des Evangeliums und der Erfahrung des lebendigen Christus nährt. Ist diese persönliche Mitte des Glaubens nicht frühzeitig entwickelt, so helfen alle Grundsätze nichts, so notwendig sie auch zur Bewahrung einer heiligen Jugendzeit sind. Jugend will aus den Quellen leben und selbständig schöpfen. Führen wir sie an diese ewigen Quellen. Bewahren wir sie vor aller Trockenheit religiösen Wissens, denn sie hält den Wirklichkeiten nicht mehr stand. Das Beten der Gläubigen und der Priester dafür, daß die Jugendzeit in ihrer ganzen Bedeutung erkannt und heilig verbracht werde, muß notwendig in ein Tun einmünden, das sich ernstlich darum müht, die strahlende Begegnung mit Jesus zu vermitteln, dem Freund der Sünder, dessen nüchterne Liebe zum Menschen, wie er ist, die Welt überwindet.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Sexualerziehung in der Westberliner Staatsschule

Am 25. November 1959 wurden in einer Pressebesprechung beim Westberliner Senator für Volksbildung druckfrische „Dienstblatt"-Exemplare vorgelegt mit „Richtlinien für die Sexualerziehung in der Berliner Schule". Die Richtlinien waren vom 26. September 1959 datiert und am 1. Oktober 1959 in Kraft getreten. Dem Erziehungsbeirat beim Senat wurden sie Ende Januar 1960 unterbreitet; er hat nach dem Schulgesetz die Aufgabe, den Senat und die Verwaltung allgemein in bezug auf pädagogische Fragen zu beraten; dieser Erziehungsbeirat, dem auch Vertreter der Lehrerorganisationen, der verschiedenen Elterngruppen und der Kirchen angehören, war also vorher nicht gehört worden. Die Richtlinien stießen in der Pressebesprechung auf weitestgehende Ablehnung, insbesondere wegen der verspäteten Bekanntgabe, wegen der Nichtbefragung der berufenen Elternvertreter und wegen einer Reihe von schweren Mängeln der Verfügungsmethoden. Diese Kritik fand breiten Niederschlag auch in der Tagespresse.

Den Anstoß zum Erlaß dieser Richtlinien hatte ein Beschluß des Berliner Abgeordnetenhauses aus dem Jahre 1957 gegeben, das bei der Beratung des Gesetzes zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten der Schulverwaltung die Auflage machte, nach Wegen und Mitteln für eine rechtzeitige Aufklärung der Kinder zu suchen. Eine von der Schulbehörde daraufhin eingesetzte Kommission von Berufspädagogen und Ärzten (zum Teil Väter und Mütter) hat dann einen Richtlinien-Entwurf ausgearbeitet, der nach langen Kommissionsberatungen schließlich die im November 1959 vorgelegte Endfassung erhielt.

Die Richtlinien haben in den Kultusministerien der übrigen Bundesländer sowie in den Elternvertretungen und in den christlichen Elterngruppen große Überraschung und teilweise auch Bestürzung hervorgerufen. Da vielleicht linksliberal und sozialdemokratisch orientierte Länderschulverwaltungen das Westberliner Beispiel aufgreifen können, sei hier ein kurzer Überblick gegeben.

Die Richtlinien der Schulverwaltung

„Eine verantwortungsbewußte Pädagogik muß" — heißt es in der Einleitung — „der geschlechtlichen Entwicklung

des heranwachsenden Menschen die Aufmerksamkeit widmen, die ihr gebührt. Das Wissen um die geschlechtlichen Fragen sollte von verantwortlicher Seite an die Jugendlichen herangetragen werden, damit es nicht aus unsauberen Quellen geschöpft wird. Durch eine unvoreingenommene Behandlung dieses Fragenkreises soll bei den Schülern die Bildung der Ansicht vermieden werden, daß das Geschlechtliche etwas Unsauberes oder Krankhaftes sei. Durch eine solche Auffassung können die jungen Menschen in Nöte und Konflikte geraten, die häufig Ursache einer späteren falschen Einstellung zum Geschlechtlichen sind und nachteilige Folgen für die Entwicklung haben."

Als Ziel der Sexualerziehung wird eine „sachlich einwandfreie Wissensübermittlung" an die Kinder bezeichnet, die ihrem „Alter und ihrer geistigen Reife entsprechen" soll. Der Jugendliche soll das Geschlechtliche in seiner Bedeutung für das Leben des einzelnen und der Gemeinschaft erkennen, der heranwachsende Mensch zu verantwortlichem Handeln den anderen Menschen und sich selbst und der Nachkommenschaft gegenüber erzogen werden.

Grundsätzlich ist es Aufgabe der Eltern, für die Sexualerziehung ihrer Kinder zu sorgen, Schule und Gesundheitsamt unterstützen das Elternhaus . . . sagen die Richtlinien. Die Schule soll das notwendige Wissen über geschlechtliche Fragen vermitteln, in erster Linie durch den in Biologie oder Gesundheitslehre unterrichtenden Lehrer. Erziehung zu sittlichem Verhalten auf geschlechtlichem Gebiet wird als Aufgabe aller Lehrer bezeichnet, solche Probleme sollen bei geeigneter Gelegenheit, beispielsweise auch im Deutschunterricht, erörtert werden.

Als Voraussetzungen für die angeordnete Durchführung der Sexualerziehung bezeichnen die Richtlinien 1. Hilfen für die Eltern, 2. Aus- und Weiterbildung der Lehrer. Den Eltern sollen Merkblätter zur Verfügung gestellt werden, in Klassen- und Schulelternversammlungen sollen geschlechtliche Fragen gegebenenfalls unter Hinzuziehung des Schularztes auch mit Vorführung geeigneter Filme behandelt werden. Für den Lehrernachwuchs sollten sexualpädagogische Vorlesungen an den Hochschulen gehalten werden. Für die im Dienst befindlichen Lehrer sind sexualpädagogische Lehrgänge vorgesehen. Jährlich einmal sollen diese Lehrer vom Hauptschulamt zu einer gemeinsamen Aussprache eingeladen werden. Bei diesen beiden als Voraussetzungen für die Durchführung der Sexualerziehung in der Schule bezeichneten Punkten ist besonders scharfe Kritik erfolgt. Bevor man die Richtlinien in Kraft setzte, hätte man die Voraussetzungen, vielleicht ein Jahr vorher, schaffen müssen.

„Rechtslage" der Lehrer

Die Richtlinien sagen: „Da die biologische Aufklärung und die Sexualerziehung Teile der allgemeinen Erziehung des Kindes und des Jugendlichen sind, ist die Behandlung geschlechtlicher Fragen im Rahmen der schulischen Erziehung Pflicht des Lehrers und setzt das ausdrückliche Einverständnis der Eltern nicht voraus." Hier handelt es sich zweifellos, wie die öffentliche Kritik herausstellte, um einen schweren Eingriff in das Elternrecht — wie immer der einzelne zu dem Problem Elternrecht stehen mag. Das Einverständnis der Eltern könnte vorher in den Elternversammlungen eingeholt werden, zumal ein erheblicher Teil von ihnen wegen der eigenen Unzulänglichkeit mit der Behandlung des Problems in der Schule einverstanden sein dürfte. Auch nach den Richtlinien ist es doch, wie zitiert, grundsätzlich Aufgabe der Eltern, für die Sexualerziehung der Kinder zu sorgen. Der Lehrer kann vielleicht in Einzelfällen bei unvorhergesehenen Fragen von Schulkindern es als seine Pflicht ansehen, das angeschnittene Thema kurz und sachlich zu behandeln, ohne in diesem Fall die Eltern vorher um Einverständnis gebeten zu haben.

Auch unter den „didaktischen und methodischen Hinweisen" ist mancherlei zu erwähnen. So sollen beispielsweise „geschlechtliche Belehrungen erst erfolgen, nachdem der Lehrer sich gründlich über die psychologische Situation der Klasse vergewissert hat". Wie soll er dies jedoch beispielsweise in einer Koedukationsklasse tun? Dem Lehrer soll es unbenommen bleiben, bei Koedukationsklassen besondere Probleme nur mit den Angehörigen eines Geschlechts zu besprechen, aber „grundsätzlich kann bei der Besprechung geschlechtlicher Fragen die vorhandene Koedukation gewahrt bleiben". Das Problem der Empfängnisverhütung soll nach den Richtlinien nur mit reiferen Schülern besprochen werden, sofern es aus pädagogischen und psychologischen Gründen „nicht zu umgehen ist". Wie soll ein „weltanschaulich neutraler" Lehrer der Westberliner „weltanschaulich neutralen" Staatsschule vor evangelischen und katholischen und zum Teil nichtchristlichen Kindern den Präventivkomplex — wahrscheinlich ohne eigene gründliche Vorbildung — korrekt behandeln?

„Rahmenplan" für die Sexualerziehung

Der den Richtlinien beigefügte Rahmenplan ist nach dem amtlichen Wortlaut „zunächst noch nicht verbindlich, weil die für diesen Unterricht notwendigen Lehr- und Lernmittel noch nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind; er soll vorläufig der praktischen Erprobung dienen". Auch die Voraussetzungen sind bekanntlich noch nicht geschaffen, nämlich die Hilfen für die Eltern und die Aus- und Weiterbildung der Lehrer.

Für die sechsjährige Westberliner Grundschule soll im Unterricht mit dem Familienleben der Tiere begonnen werden; es folgen die Beziehungen der Familienmitglieder untereinander, ethisch-moralische Grundlagen des Familienlebens, biologische Grundlagen von Pflanze und Tier und „Heranführung an das Fortpflanzungsgeheimnis in angemessener Weise".

In den mit der 7. Klasse beginnenden Oberschulen des praktischen, technischen und wissenschaftlichen Zweiges sollen „Homosexualität und Prostitution, Verlauf und Verhütung von Geschlechtskrankheiten, soweit es für den einzelnen von Bedeutung ist, Menstruation, Befruchtung, Schwangerschaft, Geburtenregelung in religiöser, ethischer, juristischer und volkswirtschaftlicher Sicht" behandelt werden. Wir wiederholen: Wie soll ein „weltanschaulich neutraler" Lehrer der Westberliner „weltanschaulich neutralen" Staatsschule vor evangelischen und katholischen und zum Teil nichtchristlichen Kindern dieses heißumstrittene Problem Geburtenregelung — vielleicht ohne eigene gründliche Vorbildung — korrekt behandeln?

Im Rahmenplan finden wir am Schluß als Themen für die 12. Klasse der Berufs- und Berufsfachschulen zum erstenmal das Wort Ehe: „Die Ehe als Fundament menschlichen Zusammenlebens, Verhältnis der Geschlechter zueinander, Rechtsfragen um das uneheliche Kind, Verlöbnis, Ehe, Gleichberechtigung der Geschlechter, Unterhaltspflicht der Ehegatten".

Soweit der Inhalt der Richtlinien für die Sexualerziehung in der Westberliner Staatsschule mit dem dazugehörigen unverbindlichen Rahmenplan.

Schwerste Bedenken der katholischen Eltern

Unmittelbar nach Bekanntwerden der vorstehend behandelten Richtlinien des Hauptschulamts hat sich der Berliner Elternkreis für religiöse Erziehungsfragen in Ausschußsitzungen und Plenarversammlung hiermit ausführlich befaßt. Auch die Spitzenvertretung der katholischen Eltern, die Katholische Elternschaft Deutschlands, behandelte das Thema bereits Anfang Dezember 1959. Die katholischen Pädagogenvereinigungen Westberlins nahmen Stellung. Die Bischöfliche Hauptstelle für Schule und Erziehung legte ein kritisches Gutachten vor. Der Katholikenausschuß des Bistums Berlin übermittelte dem Kultursenator eine ausführliche Stellungnahme. Kardinal Dr. Döpfner betonte in seiner Silvesterpredigt (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 195): „Der Senator für Volksbildung hat für die Westberliner Schulen Richtlinien über die sexuelle Erziehung der Kinder herausgegeben. Ein weltanschauliches Richtbild fehlt diesen Richtlinien. So können sie leicht zu einem nicht unbedenklichen Experiment werden, das in die Hand der Lehrer gegeben ist. Die Lehrer können sehr Unterschiedliches, u. U. sogar Verderbliches, in einem solchen Unterricht sagen. Darum ist höchste Wachsamkeit der Eltern geboten." Mit Recht sagt der Katholikenausschuß: „Die Sexualbelehrung ist ein Teil der geschlechtlichen Erziehung, die wiederum eingeordnet ist in die Gesamterziehung überhaupt; sie rührt an den Wesenskern des Menschen, da dieser wesensgemäß durch sein Geschlecht bestimmt ist; sie ist auch von größter Bedeutung für die Gemeinschaft in allen ihren Formen: Familie, Gemeinde, Staat usw. Darum muß sie immer im Rahmen der Gesamterziehung gesehen und vollzogen und darf auf keinen Fall isoliert werden; sie hat zum Ziel, Verständnis zu wecken für das Geschlechtliche in seiner Bedeutung für den Aufbau der menschlichen Person und für das Leben in der Gemeinschaft; sie muß die Voraussetzung schaffen für die Ausreifung der Gesamtpersönlichkeit, damit die elementaren Triebkräfte im geistigen und seelischen Bereich fruchtbar werden können. Dazu ist auch ein klares, geordnetes, der geistigen Reife der jungen Menschen entsprechendes Wissen um das Sexualleben notwendig. Bei aller Bedeutung des Wissens darf es jedoch nicht überbewertet werden. Es darf nur als ein Faktor in der Erziehung gesehen werden. Erstberufene Träger der geschlechtlichen Erziehung sind naturgemäß die Eltern. Insofern aber, als die Schule den Erziehungsauftrag der Eltern fortsetzt und ergänzt, hat auch sie ihren Anteil an diesem Bereich zu übernehmen. Da auch der Staat eine Verantwortung für die Erziehung seiner Jugend für ein geordnetes Familien- und Gemeinschaftsleben hat, gehört auch er zu den Erziehungsträgern. Darum hat auch die öffentliche Schule die Mitverantwortung für eine Sexualerziehung und eine Mitverpflichtung zu dieser Aufgabe. Für katholische Eltern hat aber auch die Kirche eine Verantwortung für die Sexualerziehung und einen wesentlichen Anteil an ihr; sie hat aus ihrem Wesen heraus einen eigenen verpflichtenden Erziehungsauftrag. Sie bietet in ihrer Glaubens- und Sittenlehre die religiös-sittliche Grundlage für die ethische Haltung und gibt über die natürlichen Motive hinaus tiefere Begründung und wirkkräftigere Verpflichtung. Auch in Berlin darf diese Tatsache, die eine unabdingbare Gewissensverpflichtung für die katholischen Eltern bedeutet, nicht übersehen werden."

Die ganze Problematik der Westberliner „weltanschaulich neutralen" Staatsschule ist bei dieser Anordnung des Kultursenators (evangelischer Christ, CDU) wieder einmal deutlich geworden. Eine Änderung des Schulsystems erscheint unter den gegenwärtigen politischen und parteipolitischen Verhältnissen nicht möglich. Die verantwortlichen Männer sollten sich aber vor Gott und ihrem Gewissen verpflichtet fühlen, in der Staatsschule das religiöse Weltbild und die sittliche Überzeugung der katholischen Kinder (wenn sie auch nur eine Minderheit darstellen) zu achten. Von etwa 24 000 katholischen Schulkindern können nur etwa 4000 die acht katholischen Privat-(Ordens-)Schulen besuchen. Die Eltern der übrigen Kinder sollten, wie Kardinal Döpfner in der Silvesterpredigt mahnte, „sich um die Schule, um den Schulunterricht ihrer Kinder kümmern. Die Lehrer und die Schulen sollen merken: Die katholischen Eltern unterstützen die Schule und die Lehrer in ihrer schweren Aufgabe, aber sie haben auch ein wachsames Auge für alle Vorgänge im schulischen Leben . . . Es wäre sehr schlimm, wenn unsere Eltern das in vieler Hinsicht in Berlin unbefriedigende Schulwesen als selbstverständlich hinnehmen, so allmählich ihr klares Urteil verlieren und das unentwegte Bemühen um eine Besserung aufgeben."

Ausbildung von Führungskräften für Entwicklungshilfe

Eine von Vertretern der deutschen katholischen Organisationen und Verbände gegründete „Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe" hat die Aufgabe übernommen, beruflich und persönlich qualifizierte Fachkräfte, die sich auf Anfragen staatlicher, kirchlicher oder privater Stellen aus den Entwicklungsländern einige Jahre für eine Tätigkeit im Rahmen der Entwicklungshilfe zur Verfügung stellen, vorzubereiten. Ferner bemüht sie sich darum, diesen Kräften die sozialen und rechtlichen Sicherungen für die Zeit ihrer Tätigkeit in den Entwicklungsländern und nach ihrer Rückkehr zu schaffen, um einen schädigenden Bruch in ihrer Entwicklung zu vermeiden.

Aufgaben

Als Nahziel übernimmt es die Arbeitsgemeinschaft, Fachkräfte für den Aufbau und die Durchführung von Projekten ausfindig zu machen und ausbilden zu lassen, die aus Mitteln der letztjährigen Fastenaktion der deutschen Katholiken „Gegen Hunger und Krankheit in der Welt" unterstützt werden. Diese Projekte erstreben vor allem die Durchführung von strukturellen Maßnahmen zur Entwicklung der Landwirtschaft und des Handwerks: Krankenhäuser, landwirtschaftliche und technische Ausbildungsstätten, Lehrwerkstätten, landwirtschaftliche und technische Schulen, Beispielbetriebe und Musterfarmen sowie auch Bau- und Siedlungsprojekte (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 149). Zunächst werden etwa 100 qualifizierte Fachkräfte benötigt. Nach dem Planungsstand vom Februar 1960 sind bis jetzt Arbeitsplätze für folgende Berufssparten vorgesehen: Soziologen 1, Ärzte 7, Ingenieure verschiedener Fachrichtungen 11, Lehrer 2, Genossenschaftsleiter 2, Landwirtschaftslehrer, Diplomlandwirte, Bauern und Gärtner 26, Arzthelferinnen 6,

Elektriker 4, Schlosser 3, Maurer 7, Schreiner und Zimmermeister 13.
Die Aufgabe dieser Fachkräfte ist zuerst beruflich-technisch. Doch kommt es wesentlich darauf an, daß bald einheimische Kräfte in die Lage versetzt werden, an die Stelle ihrer europäischen Mitarbeiter und Helfer zu treten. Für diese Hilfe zur Selbsthilfe ist deshalb über die berufliche Qualifikation hinaus pädagogisches Geschick erforderlich. Eine in einer religiösen Haltung verankerte Opferbereitschaft und Selbstlosigkeit muß schließlich den spezifischen Charakter dieser Aktion herausstellen.

Vorbereitung

Die Auswahl und die Vorbereitung der Fachkräfte erfolgt, wie der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft, Karl Osner, in einem Überblick bekanntgab, getrennt nach Berufsgruppen in Vorbereitungsstätten, deren Errichtung und Arbeit die Arbeitsgemeinschaft fördert und koordiniert. So hat bis jetzt die katholische Landjugendbewegung Deutschlands eine Vorbereitungsstätte auf dem Klausenhof bei Wesel für die landwirtschaftlichen Führungskräfte (Beginn des ersten Vorbereitungskurses April 1960) und die Deutsche Kolpingfamilie eine Vorbereitungsstätte für Handwerker, Facharbeiter und Techniker in Köln eingerichtet (Beginn des ersten Vorbereitungskurses März 1960). Der Bischof von Essen, Dr. Franz Hengsbach, wird nach Ostern in seiner Diözese ein Institut für Handwerker in Oberhausen einrichten. Weitere Vorbereitungseinrichtungen für weibliche sowie akademische Führungskräfte, insbesondere für Genossenschaftsfachleute und -leiter, sind im Aufbau.
Während der mehrmonatigen Vorbereitung soll die persönliche und berufliche Eignung der Bewerber für eine Tätigkeit im Rahmen der Entwicklungshilfe festgestellt werden. Die Bewerber erhalten eine gründliche Einführung in die politische, wirtschaftliche, kulturelle und religiöse Situation und die Geschichte der Entwicklungsländer, vor allem des Landes ihrer künftigen Tätigkeit, dazu eine intensive Unterweisung über die Ziele und Probleme und über den religiösen Sinn der Entwicklungshilfe als Hilfe zur Selbsthilfe sowie über die psychologischen Voraussetzungen für eine wirksame Hilfe. Die Vorbereitung umfaßt ferner eine pädagogische Schulung, einen Lehrgang über Genossenschaftsfragen, Sprachkurse, einen Kurs in erster Hilfe und Sport. Die technischen und handwerklichen Kräfte arbeiten, möglichst zusammen mit Praktikanten aus Entwicklungsländern, während ihrer Vorbereitung in Betrieben und Funktionen, die ihrer späteren Aufgabe entsprechen.
Während der ersten Monate ihres Aufenthaltes im Entwicklungsland werden die Fachkräfte in besonderen Eingangsstellen (gutgeführten landwirtschaftlichen oder technischen Schulen, Musterfarmen u. dgl., je nach ihrer künftigen Tätigkeit) auf ihre konkrete Aufgabe vorbereitet. Hier erhalten sie nochmals eine Sprachschulung und eine praktische Einführung in die örtlichen Verhältnisse.
Die für die Koordinierung der Arbeit der Vorbereitungsstätten, für die Verhandlungen mit den in- und ausländischen Stellen und für die Vertrags- und Versicherungsfragen zuständige Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe befindet sich in Köln, Helenenstraße 11.

Untersuchung über das Elend in Wien

Das Internationale Katholische Institut für kirchliche Sozialforschung (ICARES) hat kürzlich eine Untersuchung über das Elend in Wien vorgelegt. Grundlage der Untersuchung war die Kartei der Wiener SOS-Gemeinschaft, die auch den Auftrag zu dieser Untersuchung gegeben hat. Da die SOS-Gemeinschaft die einzige große überparteiliche und überkonfessionelle Sofort-Hilfe-Organisation in Wien und ganz Österreich ist — in den zehn Jahren ihres Bestehens hat sie rund 22 Millionen Schilling an Barleistungen und für 29 Millionen Sachspenden, zusammen also 51 Millionen, ausgegeben —, umfaßt ihre Kartei den größten Teil der Menschen, die im Elend leben, und ist daher repräsentativ für die Situation in Wien. Eine zuverlässigere Untersuchungsgrundlage gibt es nicht. Aus dieser 26 296 Fälle umfassenden allgemeinen Kartei (ohne die Wohnungskartei, die Kartei der Heimkehrerhilfe und der Ungeborenenhilfe) wurde eine Auswahl von 2 %, d. h. jede fünfzigste Haushaltskarteikarte, zusammen 525 Karten mit 1192 Personen, herausgenommen und als „repräsentativer Querschnitt" genauer untersucht.
In der Einleitung betont der Bericht über das Untersuchungsergebnis, daß in unserer westlichen Gesellschaft Armut und Elend als Massenerscheinung, d. h. als Kennzeichen ganzer Bevölkerungsschichten, verschwunden ist. Die Phänomene der Arbeitslosigkeit, des Hungers, der Mangelerkrankungen, Obdachlosigkeit, treten nur mehr sehr beschränkt auf. Die Sorge für die Wechselfälle des Lebens hat weitgehend die Öffentlichkeit übernommen. Nahezu jedem wird heute ein Lebensminimum garantiert. Anderseits gibt es aber noch Lücken in der Sozialversicherung, wodurch dann Notsituationen entstehen. Mag es auch schwierig sein, Armut und Elend genau zu definieren und im konkreten Fall abzugrenzen, in der Elendssituation sind jedenfalls die Menschen, die mit weniger leben müssen, als selbst die Fürsorge als Existenzminimum feststellt; Menschen, die durch einen Unglücksfall weit über ihre Rentensätze finanziell beansprucht werden; Menschen, die zwar für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen, aber mehr Personen als zumutbar damit erhalten müssen; Menschen, die in Katastrophen gestürzt werden, für die es noch keine Versicherung und keine amtliche Stelle gibt.
Der Umfang des Elends scheint für eine Stadt wie Wien nicht groß zu sein. Immerhin sind es, wenn man die in den 2 % der allgemeinen Kartei gefundenen Relation — 525 Haushalte entsprechen 1192 Personen — auf die Gesamtzahl der Haushaltskartei erweitert und zu der allgemeinen Kartei die verschiedenen Sonderkarteien dazunimmt und dadurch auf rund 30 000 Haushalte kommt, etwa 68 000 Personen, die sich in der Elendssituation befinden. Das sind 4,2 % der Gesamtbevölkerung, also doch mehr, als der flüchtige Beobachter annehmen würde.

Haushaltsgröße

Sehr bezeichnend ist die Verteilung der Haushaltsgröße. Von den 525 untersuchten Haushalten sind 247, d. s. 47 %, Haushalte mit einer Person (109 Männer, 136 Frauen, 2 unbekannt), 113 Haushalte (21,5 %) mit zwei Personen, 68 (13 %) mit drei, 33 (6,3 %) mit vier Personen und 64 (12,2 %) mit fünf und mehr Personen. Von den 1192 Personen sind 53,3 % weiblichen Geschlechts, 43,7 % männlichen (der Rest auf 100 % infolge mangelhafter Aufzeichnungen unbekannt).

Noch aufschlußreicher ist der Vergleich der Haushaltsgrößen mit der Struktur der Gesamtbevölkerung von Wien. Während der Anteil der Ein-Person-Haushalte in der SOS-Kartei, wie erwähnt, 47 % ausmacht, sind es in ganz Wien (nach der letzten Volkszählung vom Jahre 1951) bloß 24 % und gegenüber den 12,2 % Fünf-und-mehr-Personen-Haushalten der SOS-Kartei sind es in ganz Wien bloß 5,6 %. Die Zwei-, Drei- und Vier-Personen-Haushalte sind dafür schwächer vertreten, als es dem Wiener Durchschnitt entspricht. Es ergibt sich demnach aus der SOS-Kartei, daß die Schwerpunkte des Elends die alleinstehenden Personen und die Großfamilien mit unversorgten Kindern sind.

Altersgruppen

Eine Aufgliederung nach dem Alter läßt noch klarer erkennen, daß die Kinder und Jugendlichen bei den Elendsfällen in höherem Maße die Leidtragenden sind, als ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung zukommt. Während die Altersschicht 0 bis 6 Jahre in Wien 6,1 % der Bevölkerung ausmacht, ist sie in der SOS-Kartei mit 13,7 % beteiligt, bei der Altersschicht 6—14 Jahren sind es statt 9,8 % volle 15,9 %, und bei den 14- bis 18jährigen statt 2,9 % volle 6,7 %. Es überrascht, daß die Altersschicht über 65 Jahre in der SOS-Kartei nur mit 9,4 % beteiligt ist, gegenüber einem Anteil in ganz Wien von 12,8 %. Eine Aufschlüsselung nach dem Familienstand ergibt folgendes: Die Ledigen (hauptsächlich natürlich die Kinder und Jugendlichen) machen 51,5 % aus, gegenüber 34,2 % in ganz Wien, die Verheirateten 25 % gegenüber 49,9 %, die Verwitweten 8,8 % gegenüber 12 % und die Geschiedenen 8,5 % gegenüber 4 % (der Rest auf 100 % fehlt wieder wegen der mangelhaften Angaben der Kartei). Die Verheirateten sind also weitaus am besten daran, während auffällig viele Geschiedene unter den Elendsfällen sind. Auffällig ist bei der Aufgliederung der alleinstehenden Erwachsenen, daß ein Drittel davon Ledige sind, darunter mehr Frauen (146) als Männer (109). Von den 102 (8,5 %) Geschiedenen leben 45 allein, 40 sind verlassene Frauen mit Kindern, und 15 leben in einer neuen ungesetzlichen Lebensgemeinschaft.

Soziale Stellung

Eine weitere Frage der Untersuchung richtete sich auf Beruf und soziale Stellung. Es zeigte sich, daß anders als früher, da sich die Armen weitgehend aus den unteren Gruppen der Einkommensempfänger bzw. aus den Dauerarbeitslosen zusammensetzten, heute die im Elend Befindlichen fast aus allen Schichten (ausgenommen die obersten) kommen, besonders wenn sie im Alter aus dem Produktionsprozeß ausscheiden oder wenn sie durch große Kinderzahl oder katastrophale Krankheitsfälle ins Elend hinabgedrückt werden.

Doch ist der Anteil der sozialen Schichten sehr verschieden vom Anteil an der Gesamtbevölkerung in Wien. Während die Selbständigen samt den miterhaltenen Familienangehörigen in Wien 14,6 % ausmachen, beträgt ihr Anteil in der SOS-Kartei bloß 7 %; bei den Angestellten und Beamten sind es statt 34,2 % bloß 10,5 %, bei den Arbeitern und Lehrlingen jedoch statt 50,9 % bis zu 82,5 %. Trotz aller Sozialpolitik ist also die Arbeiterschaft, und in dieser besonders der Hilfsarbeiter, weitaus am anfälligsten für soziale Krisenfälle. Am größten ist die soziale Sicherheit bei den Beamten und Angestellten, geringer bei den Selbständigen, wo ältere Kleingewerbetreibende und freiberuflich Tätige, an sich oft schon Randexistenzen, leicht zu Fürsorgefällen werden.

Das Institut für kirchliche Sozialforschung hat auch die Wohnorte in ihre Untersuchung einbezogen. Es zeigte sich, daß in Wien keine zusammenhängenden Elendsbezirke (Slums) bestehen, daß vielmehr die Wohnorte der von der SOS-Gemeinschaft Betreuten sich über das ganze Stadtgebiet erstrecken. Lücken bilden nur der größte Teil des ersten Bezirkes, der 13., der 19. und der äußere 14. Bezirk. Eine genauere Betrachtung der geographischen Verteilung war bei der Untersuchung nicht möglich, doch deutet der Vergleich der Wohnorte der Betreuten mit den Gemeindebauten ganz darauf hin, daß die Elendsfälle weit häufiger in Althäusern auftreten als in den neueren Gemeindebauten.

Schließlich suchte der Bericht aus den Arten des jeweiligen Notstandes die typischen Elendskategorien in unserer Gesellschaft herauszuarbeiten. Es wurden deren sieben unterschieden und folgende prozentuale Verteilung ermittelt: 1. Kinderreiche Familien: ca. 32 % der Fälle; 2. Alleinstehende: 20 %; 3. Katastrophenfälle (Krankheit über die gesetzliche Unterstützungspflicht der Krankenkassen hinaus; plötzlicher Tod des Ernährers der Familie, überlange Wartezeit bei der Erledigung von Rentenansprüchen): 20 %; 4. alte Menschen: 13 %; 5. Geschiedene: 10 %; 6. Asoziale: 3 %; 7. Flüchtlinge: 2 %.

Caritas heute

Der Bericht weist ferner darauf hin, daß in unserer Gesellschaft die Interessenverbände der Berufstätigen ihre Wünsche meist gut durchsetzen, daß aber die Randschichten nicht das ihnen Zustehende erhalten. Es geht hier hauptsächlich um die Kinder, um die alten Leute und um die ledigen und geschiedenen Mütter. Wäre für diese drei Gruppen die Sozialpolitik auf der gleichen Höhe der Gesetzgebung wie bei den Berufstätigen, so würde die Hälfte der Elendsfälle bereits wegfallen.

In einem Schlußwort stellt der Bericht die Frage nach der Aufgabe der christlichen Caritas in unserer Gesellschaft der wachsenden staatlichen Wohlfahrtspolitik und kommt zum Ergebnis, daß die Caritas eine unersetzliche Einrichtung bleiben wird, einmal für die materielle Not, nämlich dort, wo der öffentliche Apparat versagt — was ja die Mehrzahl der Betreuungsfälle der SOS-Gemeinschaft ausmacht —, und zum anderen, wo Trost und guter Rat notwendig ist, der nicht vom Apparat, sondern nur in der persönlichen Begegnung gegeben werden kann. Daher widerspricht es der Idee der christlichen Caritas, die Notstandsfälle aus der Pfarre an die Zentralstellen abzuschieben. Vielmehr muß die Caritas wieder direkter und personbezogener werden. In den Pfarren muß die persönliche christliche Caritas wieder stärker als eine ursprüngliche Aufgabe der christlichen Gemeinde bewußt werden.

Aus dem Vatikan

Sieben neue Kardinäle

Am 4. März brachte der „Osservatore Romano" die Nachricht, daß Papst Johannes XXIII. am 28. März in einem geheimen Konsistorium sieben neue Kardinäle ernennen werde, und zwar:

Luigi *Traglia,* Titularerzbischof von Caesarea in Palästina, Vizeregens von Rom, der im letzten Jahr als Leiter der Vorbereitung und Durchführung der römischen Diözesansynode hervorgetreten ist;
Peter Tatsuo *Doi,* Erzbischof von Tokio;
Joseph *Lefèbvre,* Erzbischof von Bourges in Frankreich;
Bernhard Jan *Alfrink,* Erzbischof von Utrecht (damit hat Holland nach ungeduldigem Warten endlich wieder einen Kardinal);
Rufino J. *Santos,* Erzbischof von Manila;
Laurian *Rugambva,* Bischof von Rutabo in Tanganjika;
Antonio *Bacci,* Sekretär der Breven an die Fürsten und heute der beste Latinist der Kurie.

Schon am 3. März waren die Journalisten in Rom vom vatikanischen Pressebüro zur Entgegennahme der Mitteilung zusammengerufen worden, daß am 28. März ein geheimes Konsistorium mit Kardinalsernennungen stattfinden werde und wer die neuen Kardinäle sind. Man hatte schon seit den letzten Kardinalserhebungen im Dezember (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 152 ff.) damit gerechnet, daß bald weitere Ernennungen folgen würden, die diesmal vor allem residierende Bischöfe betreffen und die Internationalisierung des Kardinalskollegiums weiter ausdehnen würden. Trotzdem herrschte allgemeine Überraschung, daß von den sieben neuen Kardinälen nicht weniger als drei den sogenannten „farbigen" Völkern angehören. Die Philippinen hatten schon lange darauf gehofft, einen Kardinal zu erhalten; diese Hoffnung ist nun durch die Ernennung des Erzbischofs von Manila erfüllt worden. Man hatte auch mit Sicherheit darauf gerechnet, daß Afrika einen Kardinal erhalten werde. Die Erhebung des Erzbischofs von Tokio kam dagegen ganz überraschend. Es scheint, so meint Fabrizio de Santis im „Corriere della Sera" (4. 3. 60), daß gerade die geringe Zahl derjenigen, die sich in Japan mit seinen rund 93 Millionen Einwohnern zum Katholizismus bekennen — es sind heute rund 225 000 weit verstreut lebende Gläubige —, und der langsame Fortschritt der Kirche in diesem Land alter Kultur Papst Johannes dazu bewogen haben könnten, einen der Ihren ins Kardinalskollegium aufzunehmen. Im Jahresbericht über die Tätigkeit des Heiligen Stuhls von 1959 kann man lesen: „Um die Aufmerksamkeit des japanischen Volkes zu wecken, bedarf es energischer Mittel. Die anderen Religionen setzen solche reichlich ein, während sich die Tätigkeit der Katholiken in gewissen Sektoren aus Mangel an Mitteln und spezialisierten Kräften auf weniges beschränkt." Ein Kardinal, ein Mitglied des höchsten Senats der Kirche, wird vielleicht imstande sein, in Zukunft diese „energischen Mittel" einzusetzen, wie sie sich die Propaganda Fide wünscht. Kardinal Tatsuo Doi, der heute im Alter von 68 Jahren steht, hat mitsamt seiner ganzen Familie die Taufe empfangen, als er zwölf Jahre alt war. Den Priesterberuf wählte er 1921. Einige Jahre lang arbeitete er als Seelsorger in japanischen Pfarreien, dann erwarb er sich Kenntnisse in der Tätigkeit der päpstlichen Diplomatie als Sekretär des damaligen Apostolischen Delegaten in Japan. Pius XI. machte ihn zum Erzbischof von Tokio.

Kardinal Santos, Erzbischof von Manila, wird zu den jüngeren Kardinälen des Kardinalskollegiums gehören. Er ist heute 52 Jahre alt und wird in seinem Land besonders wegen seiner pastoralen Tätigkeit verehrt. Der künftige philippinische Kardinal hat seine Studien teilweise in Rom gemacht und dort zum Doktor der Theologie promoviert. 1947 wurde er, nach einigen Jahren seelsorglicher Arbeit in Pfarreien, zum Weihbischof von Manila, 1953 zum Erzbischof ebendort ernannt.

Der afrikanische Kardinal

Obwohl man erwarten konnte, daß Afrika bei der nächsten Kardinalskreierung mit einem neuen Kardinal in den Senat der Kirche einziehen werde, ist doch die Ernennung Bischof Rugambvas zum Kardinal in Anbetracht der Entwicklung, in der das Schwarze Afrika sich heute befindet, sicher das wichtigste Ereignis dieses Konsistoriums. Der afrikanische Erdteil besitzt zwar bereits einen Kardinal in dem Erzbischof von Lourenço Marques, Clemente de Gouveia, doch dieser ist portugiesischer Herkunft. Mit Bischof Rugambva zieht zum erstenmal ein Kardinal uralter afrikanischer Rasse in das Heilige Kollegium ein. Laurian Rugambva wird nach Kardinal Döpfner der zweitjüngste im Kardinalskollegium sein.

Die Ernennung dieses ersten schwarzafrikanischen Kardinals hat besonders in Missionskreisen große Befriedigung hervorgerufen. Man wird sich dort geradezu von Tag zu Tag deutlicher bewußt, daß die Kirche im Schwarzen Afrika nur weiterbestehen und eigenes, wurzelhaftes Leben gewinnen kann, wenn die verantwortlichen Ämter in die Hände der Einheimischen übergehen. Erst vor einem Monat ist zum erstenmal ein Afrikaner zum Erzbischof ernannt worden: der erst 37 Jahre alte Weihbischof von Cotonou, Bernardin Gantin. Hier, in der Hauptstadt von Dahomey, stand Weihbischof Gantin seit 1957 dem französischen Erzbischof Louis Parisot zur Seite. Dieser hat jetzt, im Alter von 74 Jahren, auf seinen Sitz verzichtet, um einem einheimischen Nachfolger Platz zu machen.

Laurian Rugambva stammt aus fürstlichem Geschlecht. Er ist in Bukongo 1912 geboren und wurde von den Weißen Vätern im Alter von 9 Jahren getauft. Er ist auch in Deutschland nicht unbekannt, denn er machte 1956 eine Besuchsreise, die ihn nach Köln, Würzburg, München, Berlin, Münster und Bochum führte. Seine Heimat, Tanganjika, gehörte bis nach dem ersten Weltkrieg zu Deutsch-Ostafrika.

Den Priesterberuf wählte er erst verhältnismäßig spät, und die Weihen erhielt er mit 31 Jahren. Eine Zeitlang war er dann in den afrikanischen Missionen tätig, kam jedoch später nach Rom und promovierte in Kanonischem Recht am Missionswissenschaftlichen Institut der Propaganda Fide. Zum Bischof von Rutabo wurde er 1951 geweiht. Wie man seinen fürstlichen Vorfahren nachsagt, daß sie die Geschicke ihrer Stämme mit Weisheit und Klugheit gelenkt hätten, so werden auch Kardinal Rugambva Klugheit, Weisheit und Beständigkeit sowie Milde und tiefe Frömmigkeit nachgerühmt. Diese Eigenschaften zusammen mit der Tatsache, daß Tanganjika einen hohen Prozentsatz von Katholiken unter seiner Bevölkerung hat (auf 8,4 Millionen Menschen kommen ungefähr 0,7 Millionen Katholiken), mögen den Ausschlag dafür gegeben haben, daß gerade er unter den 25 afrikanischen Bischöfen ausgewählt wurde, den Purpur zu empfangen. Außerdem ist er der Dekan der afrikanischen Bischöfe, wenn man von dem schon 1939 geweihten Bischof Joseph Kieramuka von Masaka (Uganda) absieht, der in schlechter gesundheitlicher Verfassung ist. (Außer den 25 Bischöfen afrikanischer Rasse gibt es in Afrika auch noch drei einheimische Bischöfe des äthiopischen Ritus und einen schwarzen Bischof, der aus Haiti stammt.)

Mit der Ernennung dieses afrikanischen Kardinals beweist

die Kirche, daß sie das Selbständigkeitsstreben des Schwarzen Erdteils, der sich so plötzlich und heftig aus den langen Kolonialbanden zu befreien sucht, großherziger und weitblickender als viele Staatsmänner und die meisten Kolonisten, als berechtigt anerkennt und alle Rassen und Sprachen in ihrem Raum die gleichen Rechte haben. Das Heilige Kollegium umfaßt nun einen Chinesen, einen Japaner, einen Inder, einen Philippinen und einen Afrikaner, dazu zwei Angehörige östlicher Riten, von denen der eine Syrer, der andere Armenier ist. Asien und Afrika sind in ihm vertreten und verwirklichen in ungeahnter Weite den Ausspruch Papst Benedikts XV.: „Die Kirche ist weder lateinisch noch griechisch noch slawisch, sondern katholisch. Sie macht keinen Unterschied zwischen ihren Kindern, ob sie nun Griechen, Lateiner oder Slawen sind oder noch anderen nationalen Gruppen angehören: sie alle haben vor dem Heiligen Stuhl den gleichen Rang."
Das Kardinalskollegium umfaßt jetzt 85 Mitglieder, von denen 33 Italiener und 52 „Ausländer" sind; sie gehören insgesamt 29 Nationen an. Nach den Italienern sind die Franzosen mit acht Kardinälen am stärksten vertreten.

Der neue Nuntius für Deutschland

Am 14. Februar gab der „Osservatore Romano" bekannt, daß der Heilige Vater den päpstlichen Geheimkämmerer Corrado Bafile zum Apostolischen Nuntius für Deutschland ernannt und ihn gleichzeitig zum Titularerzbischof von Antiochien in Pisidien erhoben habe. Seine Bischofsweihe, die der Papst selbst vollzog, fand am 19. März statt. Corrado Bafile ist 1903 in Aquila in Süditalien geboren.
Er studierte in München und Rom zunächst Naturwissenschaften und wechselte dann zum Studium der Rechtswissenschaft über. Sein juristisches Examen legte er im Jahre 1926 ab. Doch anstatt nach mehrjähriger praktischer Arbeit, die der eines deutschen Assessors vergleichbar ist, dann eine eigene Rechtsanwaltpraxis zu beginnen, entschloß er sich 1932, Priester zu werden, und studierte an der Gregoriana und im Römischen Seminar. 1936 wurde er zum Priester geweiht und trat dann sofort in die römische Kirchliche Akademie, die Ausbildungsstätte der päpstlichen Diplomaten, ein und promovierte in Kirchenrecht.
1939 wurde er in den diplomatischen Dienst des Heiligen Stuhls übernommen und der ersten Sektion des vatikanischen Staatssekretariates zugeteilt, in deren Zuständigkeit die außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten fallen. Bis vor ungefähr einem Jahr hatte er sich hier vor allem mit Fragen der Kirche in den Ländern hinter dem eisernen Vorhang zu befassen.
Papst Johannes XXIII. nahm Msgr. Bafile sofort nach seiner Wahl in die engere „päpstliche Familie" auf und berief ihn als ersten der vier Diensttuenden Geheimkämmerer in seine nächste Umgebung. In dieser Rolle war er in ständigem Kontakt mit dem Papst und erschien häufig bei öffentlichen Anlässen an seiner Seite.

Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Türkei

Zum erstenmal in der Geschichte sind diplomatische Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Türkei aufgenommen worden. Schon seit langem — man kann sagen, seit der Zeit, als Erzbischof Roncalli, heute Papst Johannes XXIII., von 1935—1944 als Apostolischer Delegat in Istambul lebte, ja noch früher, seit der antireligiöse Affekt, der die Gründung der Republik Türkei im Jahre 1923 begleitet hatte, allmählich zurückgegangen war — haben die türkischen Regierungen auf dieses Ziel hingearbeitet. Es rückte in nächste Nähe, als der heutige Präsident der Türkei, Celâl Bayar, am 11. Juni vorigen Jahres von Johannes XXIII. in Audienz empfangen wurde (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 513). Es war der erste Besuch eines türkischen Staatspräsidenten im Vatikan, dem nur ein Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Menderes zwei Jahre früher vorausgegangen war. Der „Osservatore Romano" veröffentlichte am 25./26. Januar 1960 die Nachricht, daß „der Heilige Stuhl und die Türkei in dem Wunsch, freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten, den Austausch diplomatischer Vertreter beschlossen" hätten, „mit dem Rang eines Apostolischen Internuntius von seiten des Heiligen Stuhls und mit dem Rang eines Botschafters von seiten der Türkei".
Schon am 12. Januar hatte der türkische Außenminister, Fatim Zorlu, in einem Überblick über die außenpolitischen Ziele der Türkei zu Beginn des Jahres u. a. bekanntgegeben, daß die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zum Heiligen Stuhl nahe bevorstände und daß von türkischer Seite der gegenwärtige Botschafter in Griechenland, Nury Vergin, als erster türkischer Botschafter beim Heiligen Stuhl vorgesehen sei. Auch die Person des ersten Apostolischen Internuntius in der Türkei war längere Zeit im Gespräch; der „Osservatore Romano" hat jedoch erst am 29. Februar 1960 die offizielle Nachricht gebracht, daß der Heilige Vater den bisherigen Apostolischen Delegaten in Istambul, Francesco Lardone, Titularerzbischof von Rizeo, zum Internuntius in der Türkei ernannt habe. Erzbischof Lardone ist erst im vergangenen November auf den Posten des Apostolischen Delegaten in Istambul versetzt worden und wurde im „Apostolos Andreas", dem offiziellen Organ des Ökumenischen Patriarchen der Griechisch-Orthodoxen Kirche (vom 18. 11. 1959), aufs wärmste willkommen geheißen.

Geschichtlicher Rückblick

Immer deutlicher zeigt sich, daß die religiösen Kräfte der verschiedensten Art gegenüber den Mächten des offen atheistischen Kommunismus und des verschleiert atheistischen Materialismus der westlichen Welt näher zusammenrücken. Das ist wohl auch der tiefere Grund, der es der Staatsleitung eines so durch und durch islamischen Landes wie der Türkei überhaupt erst möglich macht, sich dem Haupt der katholischen Kirche zu nähern. Gewiß haben die Säkularisierungsmaßnahmen Atatürks nach 1923 in der Türkei ihre Spuren hinterlassen, aber das Volk ist immer noch zu 98 % mohammedanisch und gläubig. Die moderne Türkei hat aus der Anfangszeit der Republik vor allem ihre Orientierung nach Westen, zur westlichen Kultur beibehalten. Um diese Orientierung zum Westen auch durch Beziehungen zum Heiligen Stuhl zu verstärken, hatte sogar Atatürk in den 20er Jahren veranlaßt, mit dem damaligen Apostolischen Visitator in Istambul, Erzbischof Ernesto Filippi, über die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zum Vatikan zu verhandeln. Diese Verhandlungen führten jedoch zu keinem Ergebnis. Erst 1950 traf der damalige türkische Außenminister, Nekmeddin Sadak, wieder in Paris mit Nuntius Roncalli zusammen und berichtete ihm, seine Regierung, unter Ismet Inönü, stehe dem Gedanken, diplomatische Beziehungen zum Vatikan anzuknüpfen,

sehr nahe. Sie wurde kurz darauf gestürzt und konnte daher diesen Gedanken nicht mehr verwirklichen. Auf Inönü folgte Staatspräsident Celâl Bayar. Schon 1951 drängte dann eine Frau, Nagli Thabar, im türkischen Parlament darauf, die Initiative zu ergreifen, um diplomatische Beziehungen zum Heiligen Stuhl aufzunehmen, denn „der Vatikan ist der Feind Nr. 1 des Kommunismus". Ein Jahr später drängte ein anderes Parlamentsmitglied wiederum auf Beziehungen zum Vatikan, weil „die Türkei die gleichen Grundsätze der Zivilisation wie der Heilige Stuhl verfolgt und verteidigt". Die öffentliche Meinung der Türkei war zugleich der Ansicht, daß durch Aufnahme von Beziehungen zum Vatikan bewiesen würde, die neue Türkei wolle den alten religiösen Gegensatz nicht verewigen. Kurz, während des letzten Vierteljahrhunderts war das Verhältnis bereits schon recht freundlich geworden. Auch im letzten halben Jahrhundert der Sultansherrschaft hatte schon eine Annäherung stattgefunden, und während des ersten Weltkriegs hatte der Heilige Stuhl tatkräftig auch für die türkischen Kriegsgefangenen gearbeitet. Diese freundlichen Beziehungen waren vor allem darum wichtig, weil bis nach dem ersten Weltkrieg, genau bis 1920, das Heilige Land zur Türkei gehörte.

Mit der jetzt erfolgten offiziellen Aufnahme der diplomatischen Beziehungen hat eine lange und oft blutige Geschichte ihren endgültigen Abschluß gefunden, die mit dem Einbruch der Türken in Europa im 16. Jahrhundert begann, als die Päpste verschiedentlich gegen sie zum Kreuzzug aufriefen und Pius V. sogar selber mit einer Allianz seefahrender Mächte gegen sie zu Feld zog, die 1571 in der berühmten Schlacht von Lepanto siegte.

Der Stand der Vorbereitungen des Ökumenischen Konzils

Ende Februar 1960 teilte P. James I. Tucek im NCWC News Service (29. 2. 1960) mit — was auch sonst schon bekannt war —, daß die Arbeiten der vor-vorbereitenden Kommission für das Konzil ihrem Abschluß entgegengehen. Ihr Leiter, Kardinalstaatssekretär Tardini, rechnet (in einem Interview, das er dem französischen Fernsehsender gegeben hat) damit, daß sie ihre Aufgabe bis Juli dieses Jahres erfüllt hat und dann an ihre Stelle die eigentlichen, das Konzil vorbereitenden Kommissionen treten werden.

Der entscheidende Schritt, den die Vorbereitung des Konzils in der letzten Zeit gemacht hat, besteht wohl darin, daß Papst Johannes XXIII. die persönliche Prüfung der Zusammenfassungen begonnen hat, die die Kommission aus den Eingaben der mehr als 2000 Bischöfe der Welt hergestellt hat.

Die vor-vorbereitende Kommission für das Konzil, die bekanntlich im vergangenen Mai eingesetzt worden ist und neben dem Kardinalstaatssekretär zehn Prälaten der römischen Kurie umfaßt, denen ein Sekretariat von vier Mitarbeitern zur Seite steht, war vom Heiligen Vater mit vier Aufgaben betraut worden: 1) den Kontakt mit dem Episkopat der ganzen Welt aufzunehmen und ihn um seine Meinung und um Anregungen zu fragen; 2) die Vorschläge der römischen Kongregationen zu sammeln; 3) die Hauptgedanken aus den Materialien herauszuarbeiten, die den Beratungen des Konzils unterbreitet werden sollen, und dazu die Meinung der katholischen Universitäten und der theologischen und kirchenrechtlichen Fakultäten einzuholen; 4) Vorschläge für die Zusammensetzung der verschiedenen Kommissionen auszuarbeiten, die die eigentlichen Vorarbeiten für das Konzil zu leisten hätten.

Die erste dieser Aufgaben ist jetzt abgeschlossen. Die Antworten der Bischöfe und anderer kirchlichen Persönlichkeiten, die in über 2700 Briefen erbeten worden waren, sind zu 80% eingetroffen. Ihre Vorschläge sind nach Hauptanliegen und Nebenanliegen katalogisiert worden. Diese wiederum sind nach ihrer nationalen Herkunft geordnet worden, und eben in dieser Form liegen sie nun Papst Johannes zur persönlichen Stellungnahme vor. Die zweite Aufgabe — die Einsammlung der Meinungen der römischen Kongregationen — soll bis zum 15. März abgeschlossen sein. Die dritte Aufgabe ist bereits zur Hälfte durch die Katalogisierung erfüllt worden. Die Gutachten der Theologen und Kirchenrechtler dazu sollen im Laufe des Frühjahres eingehen. Ihre Aufgabe wird es — nach einer Formulierung René Marlés in „Études" (März 1960) — sein, „diese mehr oder weniger neuen Probleme im Licht einer mehr als zweitausendjährigen Tradition zu klären". Die letzte der Aufgaben bleibt noch zu lösen.

NCWC News Service glaubt zu wissen, daß Papst Johannes neben der Durchsicht der zusammengefaßten Anregungen der Bischöfe auch noch eine historische Untersuchung der Dokumente der bisherigen 20 Ökumenischen Konzile begonnen hat.

„Sammlung"

René Marlé betont in dem eben erwähnten Überblick zum Stand der Konzilsvorbereitungen („Un an après l'annonce du Concile") den Begriff der „Sammlung", der inneren Einkehr im religiösen Sinn, dem die Kirche sich vor allem zur Vorbereitung des Konzils unterziehe, nicht nur durch ihr Beten und Flehen, sondern auch durch die Vorarbeiten der an diesen beteiligten Personen. Die Kirche will, wie Papst Johannes immer wieder betont hat, ihre eigene Einheit und den Glanz ihres Glaubens festigen, wobei sie jedoch nie die übrige christliche Welt vergessen wird. Und „wenn die katholische Kirche sich gegenwärtig ‚sammelt'", so schreibt Marlé, „wie könnte sie es anders tun als in Dem, den alle Christen als ihren Herrn bekennen?" Gerade um dieser „Sammlung" willen ist die Dauer der vorbereitenden Zeit vor dem Konzil von großer Bedeutung. Die wahre Aufgabe, zumal der Theologen, besteht nicht darin, die Wünsche und Anregungen von mehr als 2000 Konzilsteilnehmern zusammenzufassen und die wichtigsten Fragen (Wiedervereinigung im Glauben, Laienapostolat, Liturgie usw.) herauszuarbeiten, sondern diese Probleme in die Tradition einzufügen, und das bedeutet, sie auf die Botschaft Christi und den Geist Gottes in der Kirche zurückzuführen, sie auf das Fundament zu stellen, das allein das einer künftigen Einheit sein kann. In diesem Sinn wird das Konzil — wie der Papst gesagt hat — sich vor allem vornehmen, im Hinblick auf die Wiedervereinigung Hindernisse aus dem Weg zu räumen (vgl. Documentation Catholique 1959, Sp. 1099).

Papst Johannes über das Konzil

Der Heilige Vater selber hat sich in letzter Zeit wiederum mehrmals und in verschiedener Hinsicht über das Konzil geäußert. Als er bei seiner Abschlußansprache zur römischen Diözesansynode in St. Peter auf das Konzil hinwies, stellte er es unter den besonderen Schutz dreier großer

Kirchenväter, deren Gräber sich im Petersdom befinden: Gregors von Nazianz und Johannes' Chrysostomus, die beide Patriarchen von Byzanz waren, und Papst Gregors des Großen.

Wenige Tage später, am Fest Mariä Lichtmeß, sprach er in besonders bewegten Worten von dem künftigen Konzil. An diesem Tag bringen traditionsgemäß die Kapitel der römischen Basiliken, der Malteserorden und der Orden vom Heiligen Grab, die Nationalkirchen in Rom, die Kollegien, Seminare und religiösen Institute Roms dem Papst als dem Bischof von Rom geweihte Kerzen, die mehrere Kilogramm schwer und mit Spitzen kunstvoll dekoriert sind. In einer kurzen Ansprache bei dieser Gelegenheit sagte der Papst:

„... Als Wir Uns heute morgen dem Altar Unserer Privatkapelle zur Feier der Frühmesse nahten, haben Wir Unser demütiges Leben als Opfergabe für das Ökumenische Konzil dargeboten; und Wir haben beschlossen, daß diese schönen, künstlerisch geschmückten Kerzen in alle Welt hinaus sollen, um zu den berühmtesten Heiligtümern aller Nationen zu gehen, die die Volksfrömmigkeit zu Ehren Christi, der Muttergottes, des hl. Joseph und der berühmtesten heiligen Apostel und Bekenner errichtet hat. Wir vertrauen darauf, daß die Kerzen in diesen Heiligtümern eine Einladung an die Gläubigen aller Rassen und aller Sprachen darstellen werden, sich mit dem Papst im Gebet zusammenzuschließen, damit die Vorbereitung und der Ablauf des künftigen Konzils, wie der Vorübergang des Engels des Herrn, allen Seelen das Zeichen eines Erwachens der Kräfte, eines Aufschwungs der Liebe aufprägt, so daß sie sich zu der heiligen katholischen und apostolischen Kirche erheben, die Christus in der Einheit der Herde und des Hirten finden will ..."

Am 15. Februar sprach der Papst zum Zentralrat der Katholischen Aktion in Italien und am 20. Februar zu einer Gruppe von Bologneser Priestern unter Leitung Kardinal Lercaros von Bologna über das Konzil. In beiden Ansprachen betonte er den Bezug des Konzils auf die Wiedervereinigung der getrennten Christen in dem Sinn, daß die innere Erneuerung der katholischen Kirche die wahre und einzig wirksame Vorarbeit für jene darstelle. Vor der Katholischen Aktion sagte er, wie schon oft, daß „wenn die getrennten Brüder, die sich losgelöst haben und auch unter sich uneins sind, die gemeinsame Sehnsucht nach Einheit verwirklichen wollen, können wir ihnen mit großer Liebe sagen: dies ist euer Haus; dies ist das Haus aller, die das Zeichen Christi tragen. Wenn dagegen, wie einige sagen, ein Wunsch besteht, Diskussionen und Debatten zu eröffnen, würde nichts erreicht werden."

Damit ist nicht nur, wie erkenntlich, der bisherige Weg des „Weltrats der Kirchen" abgelehnt, sondern vor allem auch — wenn man es einmal so ausdrücken will — unterstrichen, daß heute wie immer ein wirkliches Fortschreiten in der Verwirklichung des Willens Christi, in diesem Falle auf die Einheit hin, nur durch Umkehr und Erneuerung aller erreicht werden kann. Nach dem Willen des Papstes wird das Konzil — wie Kardinal Tardini in dem eingangs erwähnten Interview mitteilte — auch „nicht vorwiegend dogmatisch" sein, sondern die Fragen christlicher Verwirklichung behandeln.

Vor den Bologneser Priestern wies Papst Johannes (Osservatore Romano, 21. Februar 1960) darauf hin, daß im Jahre 1897 noch ein Brief des großen Papstes Leo XIII., der die getrennten Christen zur Rückkehr ins Vaterhaus einlud, mit bitterer Ablehnung, ja mit unerträglichem Hohn aufgenommen wurde, daß aber bei der bloßen Ankündigung des jetzigen Konzils die hochgespanntesten Hoffnungen zum Ausdruck kamen. Der Papst fuhr fort: „Die grundlegende Funktion eines Konzils betrifft immer die innere Einheit der Kirche; wenn wir vorher schon Gerüchten und Vorschlägen von außen Gehör schenken und sie zu diskutieren anfangen wollten, würden andere unseren Weg durchkreuzen, und bald würden verwickelte Hindernisse entstehen. Die Kirche muß dagegen vor allem daran denken, daß sie selbst ständig lebendig und auf ihr Ziel gerichtet bleibt und mit neuem Schwung auf den göttlichen Plan antwortet, den unser Herr festgelegt hat. Haben wir erst einmal die besten Lösungen erkannt, uns über sie geeinigt und sie dargelegt, auch im Hinblick auf die neuen Erfordernisse der Zeit, so werden wir den getrennten Brüdern den sicheren Weg zu jener Einheit aufweisen können, nach der auch sie sich sehnen."

Die Annäherung an den nichtkatholischen christlichen Osten

Dergleichen Äußerungen hat Papst Johannes XXIII. nun schon oft getan. Sie lassen keinen Zweifel darüber, daß er die Wiederherstellung der Einheit der Christen in der Rückkehr der getrennten Christen zu jener — allerdings erneuerten — Kirche sieht, die der Nachfolger Petri leitet. Aber es hat sich bestätigt, daß solche Äußerungen — zum mindesten im christlichen Osten — keine ablehnende Haltung mehr erwecken wie zur Zeit Leos XIII., sondern Verständnis finden. Zumal mit dem Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel sind die Beziehungen immer reger geworden (vgl. auch Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 221 f.). Hohe Würdenträger der katholischen Kirche haben ihn besucht — was bis vor kurzem noch undenkbar erschien. So empfing Patriarch Athenagoras auf seiner Besuchsreise zu den orthodoxen Patriarchen der alten Patriarchalsitze Alexandrien, Antiochien und Jerusalem im vergangenen November in Jerusalem den Besuch des dortigen katholischen Patriarchen des lateinischen Ritus, Alberto Gori OFM, und des Apostolischen Delegaten für Jerusalem und Palästina, Erzbischof Giuseppe Sensi. An diesem Treffen, bei dem auch der katholische Kustos des Heiligen Landes, P. Alfredo Polidori OFM, und andere hohe katholische Geistliche anwesend waren, nahmen auch der griechisch-orthodoxe Patriarch von Jerusalem, Benediktos, ein orthodoxer Bischof von Zypern und der orthodoxe Bischof von Athen teil. Im Libanon empfing der Patriarch den Besuch des dortigen Apostolischen Delegaten, Erzbischof Paolo Bertoli. Kurz nach seiner Rückkehr nach Konstantinopel machte der dortige Apostolische Delegat, Erzbischof Lardone (der jetzt zum ersten Internuntius des Heiligen Stuhls in der Türkei ernannt worden ist), dem Patriarchen einen Besuch, der ihn in einer 40 Minuten dauernden Privataudienz ohne Zeugen empfing. Ende Dezember besuchte auch Kardinal Spellman von New York den Patriarchen anläßlich eines Aufenthaltes in Konstantinopel und hatte eine halbstündige Privatunterhaltung ohne Zeugen mit ihm. Es war das erste Mal, daß ein Kardinal einen orthodoxen Patriarchen besuchte. Alle diese Kontakte darf man als Anzeichen dafür ansehen, daß der Aufruf zur Wiedervereinigung, der mit dem Konzilsgedanken verbunden bleibt, bei den orthodoxen Kirchen des Nahen Ostens eine Bewegung ausgelöst hat, die lebenskräftig zu sein scheint. Anfang Februar meldete epd, der Ökumenische Patriarch

habe den Papst in einem Schreiben „davon unterrichtet, daß er wahrscheinlich im September eine panorthodoxe Kirchenkonferenz abhalten werde, um die Entscheidung der orthodoxen Kirche in der Frage einer Teilnahme an dem römischen Konzil herbeizuführen". Mit diesem Schreiben beantwortete der Patriarch, wie es hier heißt, eine Weihnachtsbotschaft des Papstes, der darum gebeten hatte, der Patriarch möge „einen Beitrag zur Einigung unter den Christen" leisten. Der Patriarch betonte, er könne diesen Appell nicht unbeantwortet lassen. Es ist stets schwer festzustellen, ob eine solche Meldung genau den Tatsachen entspricht. Aber wenn es so sein sollte, dann würde die orthodoxe Kirche durch die Klärung ihrer eigenen Position genau in der Weise einen Beitrag zur Einigung leisten, wie die katholische Kirche es zu tun beabsichtigt: durch die Erkenntnis und Verlebendigung der Fülle der Tradition.

Wird die Einheit ein Thema des Konzils sein?

Trotz aller Äußerungen des Papstes über die notwendige Wiedervereinigung der getrennten Christen, trotz der lebhaftesten Anteilnahme der gesamten nichtkatholischen Christenheit an dieser Frage und trotz der bemerkenswerten Schritte einer bis vor kurzem noch undenkbaren Fühlungnahme scheint es nicht, als ob die Frage der unmittelbaren Wiedervereinigung zu den Themen gehören wird, die das Konzil auf sein Programm setzt. Die offiziellen Themen werden die innere Erneuerung der Kirche betreffen, nämlich — wie der Papst es in der Enzyklika *Ad Petri Cathedram* vom 29. Juni formulierte — „die Entwicklung des katholischen Glaubens zu fördern, das christliche Leben der Gläubigen zu erneuern und die kirchliche Disziplin den Erfordernissen unserer Zeit anzupassen". Erst als Folge davon wird das Konzil, „als großartiges Schauspiel der Wahrheit, Einheit und Liebe", auch für die getrennten Christen „eine milde Einladung sein, diese Einheit zu suchen und zu finden . . ." (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 542).

Aber — um den Ausführungen Dom Olivier Rousseaus, Prior des für die Union arbeitenden belgischen Benediktinerklosters Chevetogne, in einem Aufsatz in „Informations Catholiques Internationales" Nr. 112, 15. Januar 1960, zu folgen: Papst Johannes hat selber schon bald nach der Ankündigung des Konzils, von dem er erhofft, daß es der Wiedervereinigung im Glauben dient, gesagt, es könne sich zunächst nur um einen ersten Schritt, um eine Annäherung handeln. Auf eine tatsächliche Wiedervereinigung ist man in Wahrheit noch sehr wenig vorbereitet. Unter Wiedervereinigung verstehen die Christen der verschiedenen Kirchen und Konfessionen nicht das gleiche. Und wenn eine Bewegung der Annäherung zweifellos seit einigen Jahren im Gange ist, so hat sie doch bei weitem noch nicht alle Schichten der Gläubigen erreicht.

Es scheint, so schreibt Dom Rousseau, daß die Fragebogen, die an die Bischöfe und die katholischen Universitäten gegangen sind, die Frage der Wiedervereinigung nicht enthalten. Aber jeder von ihnen kann sie auf seine Weise und von sich aus zur Sprache bringen. Und wenn sie nicht als besonderes Thema auf der Tagesordnung erscheinen sollte, so wird sie doch ohne Zweifel ständig bei der Vorbereitung des Konzils und auf dem Konzil selbst gegenwärtig sein. Zu den „Bedürfnissen unserer Zeit" scheint in ganz ungewöhnlich dringlicher Weise das Bedürfnis nach Einheit zu gehören. Dom Rousseau nimmt an, daß es in dieser Form auf dem Konzil zur Sprache kommt, und er erhofft vor allem, daß das Konzil dann einen ständigen Organismus schaffen wird, der innerhalb der katholischen Kirche für eine fernere Zukunft die Wege für eine Wiedervereinigung ebnet. Dieser Organismus könnte etwa der „Konzilskongregation" entsprechen, die nach dem Konzil von Trient ins Leben gerufen wurde, um die Durchführung von dessen Ideen weiter zu treiben und zu überwachen. Ein solcher Organismus könnte ein ganz bestimmtes Arbeitsgebiet, ein umfassendes Programm und Methoden entwickeln, die dem, was seit mehr als 40 Jahren außerhalb der katholischen Kirche für die Einheit der Christen geschehen ist, gerecht werden würden. Ein einziges Konzil kann die heute noch so unbestimmten Ideen, die diese Fragen betreffen, nicht zur Klärung bringen.

Aus Süd- und Westeuropa

Kongreß der Christlichen Arbeitervereine Italiens

Die Christlichen Arbeitervereine Italiens (ACLI) haben im vergangenen Dezember ihren alle zwei Jahre stattfindenden Nationalkongreß in Mailand abgehalten und auf diesem Kongreß einige wichtige Fragen behandelt, die sich in sehr ähnlicher Weise auch den christlich inspirierten Gewerkschaften Italiens (CISL) stellen und von diesen bereits auf ihrem letztjährigen Nationalkongreß besprochen worden sind. Es handelt sich dabei weitgehend um Grundfragen christlicher Gewerkschaften und christlicher Arbeiterbewegungen überhaupt. Ihren Kernpunkt bildet das Problem der Autonomie dieser Bewegungen — Arbeiterverein oder Gewerkschaft — gegenüber den verschiedenen anderen Kräften des sozialen und politischen Lebens. Das Thema des Mailänder Kongresses der ACLI lautete: „Eine starke Bewegung zur Verteidigung der Demokratie und der Arbeiter". Eine lange Schlußerklärung unterstrich und umriß im Hinblick auf die politische Haltung der ACLI ihre Unabhängigkeit gegenüber Partei und Regierung, betonte aber zugleich, daß das nicht bedeuten könne, sie wolle sich ihrer Aufgabe entziehen, an einer politischen, demokratischen Erneuerung und an den wirtschaftlichen, sozialen und erzieherischen Problemen der Nation, soweit sie die Arbeiterschaft betreffen, mitzuwirken.

Ein interessanter Aufsatz in der von einer Mailänder Jesuitengruppe herausgegebenen Zeitschrift „Aggiornamenti sociali" (Februar 1960) arbeitet die Probleme deutlich heraus, wie sie sich dem Kongreß stellten und insbesondere in dem großen Bericht, den die Leitung der Christlichen Arbeitervereine Italiens vorlegte, zum Ausdruck kamen. Es handelt sich dabei auch um die Erfüllung einer Forderung der kirchlichen Autorität, die zwar die politische Stellungnahme und die soziale Arbeit der Christlichen Arbeitervereine durchaus bejaht, aber nicht wünscht, daß sie zu einem politischen Organ werden.

Bevor wir die Probleme der Christlichen Arbeitervereine Italiens in diesem Augenblick darlegen, seien einige statistische Daten gegeben:

Statistisches

Die ACLI hatten 1959 1 007 500 eingeschriebene Mitglieder, von denen 52 % auf Norditalien, 23 % auf Mittelitalien und 24 % auf den Süden und die Inseln entfielen. Die ACLI umfaßten 1957 7063 Arbeitsgruppen,

die sich bis 1959 auf 7500 erhöhten. Diese entfalten eine lebhafte Tätigkeit vor allem in Kursen zur Berufsausbildung: 6893 Kurse mit 165 852 Teilnehmern; verschiedenartigste Unterstützungstätigkeiten der ACLI erstreckten sich im Jahre 1958 auf 1 976 000 Arbeiter. 1959 ist eine neue Zentralschule zur Ausbildung von Führungskräften gegründet worden; daneben haben weitere 25 Ausbildungskurse durch das Zentrale Ausbildungsbüro stattgefunden.

Demokratie und Arbeiterbewegung

Das Thema des Kongresses erforderte eine Definition der Begriffe Demokratie und Arbeiterbewegung. Im Generalbericht wurde das Wesen der Demokratie in der Befreiung und Respektierung der Person und einem Zusammenleben gesehen, das die Entfaltung jeder Person und jeder sozialen Gruppe erleichtert. „Die Demokratie ist nicht so sehr eine Gesamtheit von Einrichtungen, Garantien, Beziehungen, als vielmehr die geordnete Zusammenarbeit eines ganzen Volkes zum Aufbau und zur Entwicklung einer offenen und solidarischen Gesellschaft . . . In diesem Rahmen steht die Arbeiterbewegung an erster Stelle auf Grund der Summe von Werten, Interessen, Impulsen, die sie vertritt . . .“

Da Italien ein Land ist, in dem in weiten Gebieten noch strukturelle Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung und dadurch wirkliches Elend herrscht, liegt die Gefahr nahe, daß eine Arbeiterbewegung ihr Ziel ausschließlich in der Beseitigung dieser materiellen Mißstände sieht. Demgegenüber betont die christliche Arbeiterbewegung ausdrücklich die Bedeutung der ideellen und moralischen Werte, die die Grundlage eines Staates und einer Zivilisation ausmachen. Sie behalten ihre Bedeutung und ihr Gewicht auch in sozial zurückgebliebenen Verhältnissen. Diese Werte sind vor allem dem Gewissen, der Erziehung, der Hingabe und den Sitten anvertraut. Die erste und innerste Kraft der Person ist das Gewissen und sein Ruf; jeder, der den religiösen Glauben besitzt und anerkennt, weiß das. Doch gerade diese ideellen und religiösen Werte verlangen eine umfassende Änderung auch der materiell-sozialen Verhältnisse.

Dieser Gedankengang setzt Demokratie und Arbeiterbewegung in enge Verbindung. Doch um die Berechtigung, Funktion und Sendung der ACLI zu verstehen, ist noch eine Präzisierung nötig: rein ideell liegt wohl schon in der Idee einer Arbeiterbewegung ganz allgemein die Neigung zur Demokratie, aber „in Wirklichkeit haben sich nur einige Bewegungen mit einem demokratischen Leitbild, andere jedoch ohne ein solches herausgebildet . . .“ Darum kann „auch in der konkreten Wirklichkeit unseres Landes nur jener Teil der Arbeiterbewegung für die Verteidigung der Demokratie und der Arbeiter wirken, der uneingeschränkt alle Werte der Demokratie als Technik des Zusammenlebens und als ideale Form der staatsbürgerlichen Gesellschaft akzeptiert“. Das ist Leitbild und Aktionsziel der ACLI.

Der christliche Charakter der ACLI drückt sich vor allem darin aus, daß sie die christliche Soziallehre als Grundlage und Leitfaden ihres Handelns sowohl für den einzelnen wie für die ganze Bewegung als solche angenommen haben. Wollen sie aber diesen christlichen Charakter wirklich ernst nehmen, so können sie das nur in treuem Gehorsam gegenüber der Lehre und der Hierarchie der Kirche. Dieser Gehorsam stellt keine Beengung dar, sondern eine Bereicherung und einen Schutz, damit die Bewegung ihre Kräfte nicht auf falschen Wegen vergeudet.

Die politische Haltung und die sozialen Ziele der ACLI

Am lebhaftesten diskutiert wurden auf dem Mailänder Kongreß der ACLI die sozialen Aufgaben und die politische Haltung der Bewegung. Die wichtigsten Leistungen des Kongresses bestanden wohl auch in den Versuchen einer Definition der Art und Weise, wie die ACLI in diesen Bereichen am wirksamsten und zugleich grundsatztreu arbeiten könne. Diese Klärung war um so notwendiger, weil die politische Haltung der ACLI vor einem Jahr, als innerhalb der Democrazia Cristiana eine neue Gruppe, das „Rinnovamento“, entstand, von dem es hieß, es sei zum großen Teil aus Männern der CISL und der ACLI sowie einigen Intellektuellen der linken Mitte der Partei getragen, von andern katholischen Gruppen, zumal der um den „Quotidiano“, heftig angegriffen worden war. Gegenüber den mißverständlichen Deutungen, die dabei vom Wesen der Christlichen Arbeiterbewegung gegeben worden waren, wollte man jetzt ihre wahre Haltung herausarbeiten und den einzelnen Mitgliedern ebenso wie der Bewegung selbst Richtlinien geben.

Die christliche Arbeiterbewegung Italiens erhebt auf Grund ihrer religiösen Unterbauung den Anspruch, zur eigentlichen Leitung der gesamten Arbeiterschaft berufen zu sein. „Wollte man den ACLI die Breite ihres politischen und sozialen Einsatzes nehmen, so würde man die Notwendigkeit einer christlichen Inspiration und Führung für die gesamte italienische Arbeiterschaft leugnen. Wer solche Einschränkungen vorschlägt, merkt nicht, daß die Folge davon die Preisgabe der Arbeiterschaft an einen anderen Geist und eine ganz andere Durchdringung sein würde, wobei zum mindesten in der Praxis alles negiert würde, was die Kirche und die katholische Sozialbewegung seit Jahrhunderten und bis in die Gegenwart vertreten haben.“

Auf Grund dieser erneut hervorgehobenen Position waren die ACLI gezwungen, ihre bisherigen Methoden nochmals zu prüfen und sich über ihre Anwendbarkeit für die Zukunft schlüssig zu werden. Es handelte sich dabei sowohl um die direkte wie um die indirekte Aktion.

Es wurde erneut bestätigt, daß die direkte Aktion das Wesen der Bewegung am besten zum Ausdruck bringt und sie in den Augen der öffentlichen Meinung rechtfertigt, daß jedoch die indirekte Aktion — die in der Hauptsache in der Betätigung der Mitglieder der ACLI persönlich, nicht im bestimmten Auftrag der Bewegung, besteht — sich oft als wirksamer oder als die einzige Möglichkeit zur Tat erwiesen hat. Dagegen besteht zumal in den letzten zwei Jahren eine Tendenz, die direkte Aktion, d. h. die Aktion der Bewegung selbst, stärker zu betonen. (Als Beispiel hierfür wurde u. a. die Aktion der ACLI bei der Krise des Unternehmens „Galileo“ — vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 353 — herangezogen. Hier wie in anderen Fällen hat der Einsitz der ACLI die öffentliche Meinung weitgehend mitbestimmt.) Es versteht sich von selbst, daß die Wirksamkeit des direkten Eingreifens der ACLI in die Meinungsbildung je nach den Problemen und Situationen mehr oder weniger erfolgreich ist. Bei manchen Fragen sind Untersuchungen, Aufdecken von gewissen Zuständen, öffentliche Kundgebungen und offizielle Stellungnahmen von entscheidender Bedeutung, in anderen dagegen, z. B. wenn es sich um das Durchbringen von

Gesetzesvorlagen oder Tarifverträgen handelt, ist ein Einfluß auf die Entscheidungen nur auf indirektem Wege, d. h. durch die Zugehörigkeit von Mitgliedern der ACLI zu gewissen Körperschaften, z. B. zum Parlament, zu erreichen. Darum kann im gegenwärtigen Augenblick auf dieses indirekte Wirken nicht verzichtet werden, wenn auch gewisse Meinungen dagegen anführen, die Zugehörigkeit zum Parlament oder zu provinzialen und kommunalen Parteigruppen schade der Autonomie der christlichen Arbeitergruppen. Würden die ACLI auf ihr indirektes Wirken durch einzelne ihrer Mitglieder verzichten, so bestünde die Gefahr, daß sich ihr Wirken auf unwirksame, rein deklamatorische Protestaktionen beschränken müßte. Kurz, es besteht vorläufig eine Notwendigkeit sowohl für das direkte wir für das indirekte Wirken.

Diese These erscheint — wie der Verfasser des Berichtes in „Aggiornamenti sociali", M. Reina, an dieser Stelle einfügt — der Jesuitengruppe, die die Zeitschrift herausgibt und gestaltet, als eine objektive Wertung der heutigen Lage in Italien, die die daraus folgenden Pflichten der christlichen Arbeiterbewegung richtig beurteilt. Ihre Verwirklichung ist kein leichtes Problem für die ACLI; die Mitglieder der Bewegung werden täglich vor diese Aufgabe gestellt. „Aggiornamenti sociali" hält es für bedeutsam, daß der Kongreß mit fast völliger Einstimmigkeit sich zu beiden Aktionsformen, der direkten und der indirekten, bekannt hat. Diejenigen, die — aus verschiedenen Gründen — gegen eine ausgeglichene Anwendung beider Methoden und für eine ausschließliche Anwendung nur der direkten waren, müssen bedenken, daß die Anwesenheit von Mitgliedern der ACLI in der Democrazia Cristiana bereits eine Bedeutung und ein Gewicht gewonnen hat, die niemand außer acht lassen kann. Würden sie jetzt zurückgezogen oder geschwächt, so würde das unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Partei erheblich schaden. Die Partei hat die Mitarbeit qualifizierter Männer, die mit der Arbeiterwelt verbunden sind, sehr nötig; und es genügt nicht, daß diese Männer aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangen sind, sie müssen sich auch ständig von dieser gestützt wissen.

Prinzip der Ämtertrennung

Das Problem, ob führende Posten in der provinzialen oder nationalen Leitung der ACLI mit einem Sitz im Parlament vereinbar sind, beschäftigt die Führung der ACLI bereits seit ihrem Nationalkongreß von 1952; die Mailänder ACLI erhoben die Unvereinbarkeit 1953 zum Grundsatz. Die wichtigsten Argumente, die für diese Trennung (die die Kirche im übrigen wünscht) angeführt werden, sind einerseits die Autonomie der Bewegung gegenüber Partei und Regierung und anderseits die Gefahren einer Häufung von Ämtern auf eine Person. Es wurde allerdings stets anerkannt, daß sich der Grundsatz der Unvereinbarkeit von ACLI-Ämtern mit parlamentarischen Ämtern nicht von heute auf morgen durchführen ließe. Übrigens haben die Freien Gewerkschaften Italiens (CISL) das Problem unter ähnlichen Gesichtspunkten ebenfalls auf ihrem vorjährigen Nationalkongreß diskutiert.

Daß das Prinzip der Unvereinbarkeit nicht sofort durchgeführt werden könne, mußten im übrigen selbst seine leidenschaftlichsten Verfechter zugeben. Die praktischen Schwierigkeiten, Ersatz für die freiwerdenden Posten entweder im politischen Leben oder in der Leitung der christlichen Arbeiterbewegung zu finden, wären unlösbar. Doch auch die psychologische und ideologische Schwierigkeit, die ACLI nicht zu einer Bewegung des Protestes, einer Bewegung ohne Einsatz, ohne Verantwortlichkeiten werden zu lassen, darf nicht leicht genommen werden. Eine andere Sache ist es, die Bedeutung des Prinzips der Unvereinbarkeit für den Fall, daß es einmal möglich würde, es durchzuführen, herauszuarbeiten. Eine solche Klärung hat der Kongreß nach Ansicht der Gruppe der „Aggiornamenti sociali" tatsächlich geleistet.

Das Prinzip der Unvereinbarkeit darf auf keinen Fall bedeuten, daß sich die ACLI nicht für die politische Aktion interessiert. Im Gegenteil wird die Mitarbeit von Mitgliedern der ACLI in der Partei und im Parlament für den Augenblick noch als eine Pflicht der Verteidigung der Arbeiterschaft und der Demokratie und zugleich als Gelegenheit gebilligt, den Verantwortungswillen und die Bereitschaft der Bewegung zur Zusammenarbeit mit anderen sozialen Gruppen und Organismen zu betätigen, und auch als Mittel, die katholischen Arbeiter zu einem klareren Bewußtsein des umfassenden Charakters der Probleme kommen zu lassen.

Demgegenüber soll jedoch die grundsätzliche Annahme des Prinzips der Unvereinbarkeit der gleichzeitigen Übernahme von Ämtern in Partei und Parlament und in den ACLI der Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung dienen; diese Unabhängigkeit ist notwendig, um die wahre Gestalt eines demokratischen Staates mit pluralistischer Gesellschaft zum Ausdruck zu bringen. Die echte Aufgabe der ACLI gegenüber der Partei und dem Parlament wird es — sobald das Prinzip der Unvereinbarkeit durchführbar ist — sein, die christlichen Arbeiter so zu formen, daß sie später Ämter in Partei und Politik übernehmen können. Das Prinzip der Unvereinbarkeit wird dann die ACLI davor bewahren, in die Gegensätze der Gruppen innerhalb der Democrazia Cristiana mit hineingezogen zu werden. Das ist auch die Meinung und der Wunsch der kirchlichen Autoritäten.

Gewisse interessierte Kreise hatten das Problem der Unvereinbarkeit der gleichzeitigen Arbeit in den ACLI und der Übernahme politischer Ämter und Aufgaben für unlösbar erklärt und behauptet, es gäbe nur entweder die Möglichkeit, auf die Autonomie der christlichen Arbeiterbewegung zu verzichten, oder die Möglichkeit, gegen die kirchliche Autorität zu rebellieren, die diese Forderung stellte. Nach der Meinung der Jesuitengruppe von „Aggiornamenti sociali" hat der Kongreß in Mailand jedoch eine Formel gefunden, die das Problem überbrückt. Vorläufig ist die jetzige Praxis unvermeidlich; die Trennung ist jedoch als ideale Lösung anzustreben.

Hirtenbrief des spanischen Episkopats zugunsten der Arbeiter

Zuletzt vor dreieinhalb Jahren haben die spanischen Metropoliten scharfe Mahnungen zur sozialen Lage ausgesprochen (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 79 f.). Unter dem Datum des 15. Januar 1960 haben sie diese Tradition wiederaufgenommen (vgl. den ersten derartigen Hirtenbrief in Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 550 ff.). Sie begrüßen das lebendige Echo, das die vergangenen Hirtenworte gefunden haben. „Wir müssen aber anerkennen, daß noch viele Etappen zurückzulegen sind, ehe das soziale Gewissen unserer Volkes jene Höhe erreicht hat, wie sie die glorreiche christliche Tradition und der notwendige Aufbau einer besseren Welt heute

fordern. Von uns aus wollen wir keine Anstrengung scheuen, um diese Entwicklung zu beschleunigen ... Im Bewußtsein dieser unserer Pflicht und nur auf das Wohl der Seelen bedacht, wollen wir die Maßstäbe des Evangeliums heute an eine Sache legen, die uns und viele andere lebhaft beschäftigt. Wir meinen die Maßnahmen, die kürzlich in unserem Land ergriffen wurden, um eine Währungsstabilisierung zu erreichen und die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben" (vgl. „Spanische Wirtschaft im Kreuzfeuer", Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 554—559).

Die Reichen sollen sparen

Als die „christliche Haltung" in dieser wirtschaftlichen Situation Spaniens fordern die elf Metropoliten (darunter vier Kardinäle) und der Armeebischof, die das Dokument unterzeichnet haben: Zurückhaltung und Sparsamkeit. „Zurückhaltung und Sparsamkeit vor allem bei den herrschenden Schichten, die durch ihr eigenes Beispiel zum Vorbild für die anderen verpflichtet sind: Zurückhaltung in ihrem persönlichen und privaten Leben, Disziplin in ihren öffentlichen Handlungen. Das bedeutet die Vermeidung aller unnötigen Ausgaben und sogar der Verzicht auf alles, was nicht absolut von ihren Aufgaben her gefordert ist ... Zurückhaltung und Sparsamkeit bei den Reichen, bei den Wohlhabenden und besonders bei den Unternehmern und Betriebsinhabern. Es wäre einfach ungerecht, von den Arbeitern und Angestellten Sparsamkeit zu fordern und ihnen in jeder Hinsicht unzureichende Löhne zu zahlen, während jene hingegen fette Einkünfte einstreichen, sich nicht mit normalen Gewinnspannen zufriedengeben und sogar die Investitionen vernachlässigen, die zur Verbesserung der Betriebseinrichtung und Unternehmensstruktur nötig sind ... Sparsamkeit, Unterdrückung des Luxus und Mäßigung bei den oft teueren Vergnügungen, das bedeutet: nicht einen Lebenszug besteigen (wie es heute so schön heißt), der mit der christlichen Bescheidenheit nicht mehr zu vereinbaren ist und für die unteren Schichten ein Ärgernis darstellt." Im einzelnen fordern die Bischöfe dann noch Zurückhaltung und Sparsamkeit „bei den Funktionären und Angestellten", „bei den Priestern und Ordensleuten" und schließlich auch bei den Arbeitern selbst.

Forderungen der sozialen Gerechtigkeit

Darüber hinaus aber erinnert das Hirtenschreiben „deutlicher als jemals zuvor" an die soziale Gerechtigkeit. „Erneut mahnen wir alle dazu, Schritte zu unternehmen in Richtung auf eine gerechtere Verteilung aller Güter und einen gleichmäßigeren Ausgleich aller Lasten, um die sozialen Abstände zu verringern und empörende Ungleichheiten zu beseitigen. Gewiß beruhen die Maßnahmen der wirtschaftlichen Stabilisierung zum großen Teil auf der Wirksamkeit der privaten Initiative. Aber sie fordern von dieser ein klares Bewußtsein ihrer Verantwortung für die Gesellschaft und besonders für die Beschäftigten in abhängiger Stellung. Das muß um so deutlicher in Erinnerung gerufen werden, weil die planwirtschaftliche Periode, in der unser Land lebte, viel dazu beigetragen hat, die weitreichende Verantwortung der Privatinitiative vergessen zu lassen."

„Niemand kann den Arbeitern, die — gestützt auf ihre Organisationen — ihre Ansprüche angemeldet haben, die Schuld geben, daß sie die wahnsinnige Preis-Lohn-Spirale vorangetrieben haben. Man kann ihnen vielleicht andere Mängel zuschreiben, aber man wird feststellen müssen, daß diese entweder auch für die übrigen Schichten der Gesellschaft gelten oder aber ihre Erklärung in der Tatsache finden, daß die Arbeiter einen übermäßigen Teil der allgemeinen Opfer zu tragen hatten, sowohl was das Lohnniveau wie die Arbeitszeit oder die Betriebsausrüstung betrifft ... Gerade gegenüber den Arbeitern hat der Staat heute eine besondere moralische Verpflichtung. Die arbeitenden Menschen spüren, daß sie den Grundstein für jeden Wirtschaftsplan und jede Wirtschaftsreform bilden. Pflicht des Staates ist es, ihnen die Furcht zu nehmen, daß die nachteiligen Folgen einer solchen Reform viel mehr sie als die Reichen und Mächtigen trifft."

Die Erzbischöfe widmen sich dann noch einigen speziellen Problemen des spanischen Wirtschaftssystems, so der versteckten Arbeitslosigkeit („nach der Meinung der Fachleute eine typische Krankheit unseres Landes") und den Gelegenheitsarbeitern. Die Beseitigung der Wirtschaftsmonopole und parasitärer Zwischenhändler nennen sie „ein striktes Erfordernis des Gemeinwohls".

„Ausgangsposition für die Parteienfreiheit"?

Das Hirtenwort hat in der Presse des Auslands ein überdurchschnittliches Echo gefunden. Von den wenigen deutschen Korrespondenten, die es in Spanien gibt, wurde es allerdings einseitig politisch ausgelegt. Werner Schulz („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 18. 2. 60) unterstellt den Bischöfen, sie „wollen günstige Ausgangspositionen für eine früher oder später unaufhaltsame Rückkehr zur Parteienfreiheit gewinnen". Gottfried Grosse (alias „Enrique Barth", „Süddeutsche Zeitung", 20. 2. 60; alias „H. F. Barth", „Der Tagesspiegel", 17. 2. 60) dagegen behauptet, der Hirtenbrief „kann keinesfalls als eine Kritik an der Sozialpolitik des Regimes verstanden werden ... Selbst wenn die spanische Kirche heute den klaren und einmütigen Willen hätte, einen deutlichen Trennungsstrich zwischen sich und dem Staat zu ziehen, wäre es fraglich, ob das für sie ratsam wäre ... Die Termine sind versäumt worden. Der Klerus sieht seine einzige Chance in dem, was die gemeinsame Erklärung der Erzbischöfe vorschlägt — in einer allmählichen Überleitung, im Abschleifen der sozialen Gegensätze, im sanften Übergang. Aber die Aussichten dafür sind nicht gut, wie von kritischen Geistlichen unumwunden zugegeben wird." Das klingt reichlich „realpolitisch", wenn man dazu den Satz aus einem anderen Beitrag des gleichen Autors hält („Deutsche Zeitung mit Wirtschaftszeitung", 22. 2. 60): „Nüchtern betrachtet, wäre es nicht leicht, der Kirche einen anderen Kurs als den jetzigen anzuraten."

Aus Amerika

Kirche und Trujillo-Diktatur

Von den merkwürdigen staatlichen Verhältnissen in Haiti war an dieser Stelle in den vergangenen Monaten bereits die Rede (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 59f. und 254f.). Die dort geschilderten Verhältnisse sind für Lateinamerika durchaus nicht einzigartig, sondern eher repräsentativ. In der Verfassung des Nachbarstaates auf der gleichen Insel, der Dominikanischen Republik, stand als unnachahmliche Definition für die Regierung: „durchaus bürgerlich, re-

publikanisch, demokratisch, repräsentativ, abwechselnd, unverantwortlich" (Verfassungsurkunden von 1896 und 1908). Über die Justiz des Landes schrieb das dominikanische Justizministerium selber in einem Bericht von 1883: Die Bürger können ihre Rechte nicht finden „teils wegen der Unwissenheit, teils wegen des verkommenen Gewissens der Richter". Die Verhältnisse sind seit damals kaum besser geworden.

„Gott und Trujillo"

Seit nunmehr 30 Jahren (mit kurzer Unterbrechung 1938) herrscht in der Dominikanischen Republik General Rafael Leónidas *Trujillo y Molina.*
Seine Verdienste sind nicht zu bestreiten. Er hat den Staatshaushalt ausgeglichen, die Arbeitslosigkeit beseitigt, ein gutes Straßennetz und neue Industrien errichtet, moderne Schulen und Krankenhäuser gebaut und vorbildliche Sozialeinrichtungen geschaffen. Dennoch wird dadurch sein Regierungssystem nicht gerechtfertigt. Er hat seit 1930 alle politischen Parteien beseitigt (seine Staatspartei umfaßt mit über 50 % aller Bürger den höchsten Bevölkerungsanteil aller Einheitsparteien der Welt) und die menschlichen Grundrechte unterdrückt. Die wenigen Menschen, die die Wahrheit über die Zustände im Land auszusprechen wagten, haben dieses Wagnis mit dem Tode bezahlt. Zuletzt galt dies für den spanischen Juristen Jesús de Galíndez, der sechs Jahre bei Trujillo gelebt und darüber ein Buch veröffentlicht hatte; am 12. März 1956 verschwand er spurlos in einem New Yorker U-Bahn-Schacht. In dem kurz vorher veröffentlichten Buch heißt es: „Trujillo unterhält im Ausland ein Spionagesystem, das ausschließlich dem Kampf gegen die Emigranten der Diktatur dient. Viele Menschen sind schon verschwunden. 140 politische Morde hat der Diktator auf seinem Gewissen!"
Wohl kaum ein Mensch seit der Antike hat einen solchen Kult mit sich getrieben und seine Familie so bereichert wie Trujillo. Die Hauptstadt Santo Domingo wurde in „Ciudad Trujillo" umbenannt. Die höchste Reiterstatue der Welt (28 m) ist nur eines von 2000 Denkmälern für Trujillo auf der kleinen Insel. Die Trinkwasserbrunnen tragen eine Bronzeplakette: „Gott und Trujillo beliefern euch mit Wasser." Sämtliche Familienmitglieder haben höchste Staatsämter inne; lediglich die ältere Tochter Flor de Oro („Goldblume") ist nach sieben skandalösen Ehen in Ungnade gefallen und wird durch Hausarrest von weiteren Eheabenteuern abgehalten. Die Familie Trujillo hat das Salz- und Lotteriemonopol und besitzt die größten Wirtschaftsbetriebe in sämtlichen Branchen. Um die Trujillo-Stacheldrahtproduktion anzukurbeln, wurde eine Verordnung erlassen, daß sämtliche Grundstücke auf dem Land eingezäumt werden müssen. Eine weitere Verordnung, daß jedes Haus einmal jährlich einen neuen Anstrich erhalten muß, sichert den Absatz einer Trujillo-Farben- und Lackfabrik.

Schweigt die Kirche?

In den vergangenen Monaten wurde eine große Zahl von Personen verhaftet, die an einem „Komplott" beteiligt gewesen sein sollen; der Generalstaatsanwalt nannte „123 Personen" gleich der „Gesamtheit aller Verschwörer", NCWC News Service sprach von „Hunderten", KIPA von „ein paar tausend". Unter den Verhafteten sollen auch Priester gewesen sein.

Unserem staatskritischen Denken fällt es schwer, die Kirche zu solchen Verhältnissen schweigen zu sehen. Angesichts der fast vollständigen Unterdrückung der Meinungsfreiheit und der ausgezeichnet funktionierenden Nachrichtensperre läßt es sich allerdings vom Ausland her schwer beurteilen, ob die Kirche wirklich immer geschwiegen hat. 1958 zum Beispiel mußte ein bekannter Jesuit aus dem Land fliehen, nachdem er den Sohn des Diktators aufgefordert hatte, die eingereichte Ehescheidungsklage zurückzuziehen. Nach einer Meldung des venezolanischen Rundfunks vom Februar 1959 wurde auch ein katholischer Priester verhaftet, weil er es abgelehnt hatte, für die Gesundheit des Diktators und seiner Familie eine heilige Messe zu lesen. Die Hierarchie des Landes war ziemlich behindert, weil der Erzbischof und Primas Ricardo Pittini SDB schon 84 Jahre alt und völlig blind ist; zudem ist er italienischer Nationalität. Anfang Februar 1960 hat nun der Papst den einheimischen Weihbischof Octavio Beras zum Apostolischen Administrator „sede plena" von Ciudad Trujillo und zum Armeebischof ernannt.

Gemeinsamer Hirtenbrief

Erzbischof Beras gilt bereits als der Verfasser des vom 25. Januar 1960 datierten und am 31. Januar in allen Kirchen verlesenen Hirtenschreibens, das von den sechs Bischöfen des Landes gemeinsam unterzeichnet ist. Wie die „New York Times" berichtet, verbot die Zensur energisch jede Verbreitung; nur durch Schmuggel gelangte ein Exemplar über die Grenze. In dem Dokument heißt es:
„Heikle Umstände haben einen Schatten von Traurigkeit auf die schöne Festzeit geworfen. Wir müssen unsere Hirtenpflicht ins Auge fassen und dürfen angesichts der tieftraurigen Lage, die so viele dominikanische Familien betroffen hat, nicht gefühllos bleiben. Das ist der Grund, warum wir ihnen unsere väterliche Zuneigung, unser tiefes Mitgefühl und unseren gemeinsamen Schmerz zu erkennen geben."
Das Hirtenwort beruft sich auf die Lehren Christi und erinnert den Staat an die menschlichen Grundrechte. „Jeder Mensch besitzt eine Summe von Rechten, die früher und höher sind als die irgendeines Staates. Es sind so unverletzbare Rechte, daß nicht einmal alle menschlichen Gewalten vereint ihre freie Betätigung hindern oder einengen dürfen." Dann werden diese Rechte im einzelnen dargelegt: das „Recht über das Leben", das „Recht auf Arbeit als geziemendes Mittel, Haus und Familie zu unterhalten", das „Recht, Handel zu treiben", das „Recht auf den guten Namen, das so schwerwiegend ist, daß es weder öffentlich noch privat verletzt werden darf", das „Recht auf Gewissensfreiheit, auf Pressefreiheit, auf Versammlungsfreiheit".
„Bevor wir diesen Brief beenden, können wir uns nicht der angenehmen Pflicht entziehen, euch mitzuteilen, daß wir euere Bitten, die wir zu den unseren machen, aufgegriffen haben: Wir haben deshalb in Ausübung unseres Hirtenamtes ein amtliches Schreiben an die höchste Autorität des Landes gerichtet, damit im Geist gegenseitiger Verständigung Exzesse vermieden werden können, die letzten Endes nur denen selbst schaden würden, die sie begehen. Und möchten doch möglichst bald so viele Tränen getrocknet werden, so viele Wunden Linderung finden und so vielen Familien der Friede zurückgegeben werden ... In der sicheren Überzeugung, daß diese unsere

Intervention ein gutes Ergebnis zeitigen wird, haben wir besondere Gebete versprochen, um von Gott die Gunst zu erflehen, daß keines von den Familienangehörigen der Obrigkeit jemals in seinem Leben die Leiden erfahren müsse, die heute die Herzen so vieler Familienväter, so vieler Söhne und Mütter und so vieler Gattinnen der Dominikanischen Republik bedrücken . . ."

„Für die Menschen im Kerker"

Gleichzeitig haben die Bischöfe ihren Geistlichen Anweisung gegeben, bei allen heiligen Messen „pro re gravi" das Gebet „pro quacumque tribulatione" (für die Menschen in Drangsal) oder „pro constitutis in carcere" (für die Menschen im Kerker) zu verrichten; diese Anweisung wurde befristet vom 25. Januar bis zum Aschermittwoch. Außerdem wurde dazu aufgefordert, besondere Gebete und Bußakte zu verrichten und in den religiösen Gemeinschaften täglich die Allerheiligenlitanei und das Miserere zu beten.

Zunächst war von der Regierung die Version ausgegeben worden, ein kubanischer Jesuit sei der Anstifter der von ihr entdeckten „Verschwörung in kommunistischem Stil". Dieses Urteil wurde wenig später zurückgenommen; die Angelegenheit habe sich auf gütlichem Wege regeln lassen. Am 29. Januar bemühte sich der Staatsrundfunk zu erklären: „Die Dominikanische Republik unterhält zur katholischen Kirche die besten Beziehungen." Außenminister Porfirio Herrera Baez wurde sofort nach Rom entsandt und suchte am 5. Februar in Begleitung des Botschafters beim Heiligen Stuhl das Staatssekretariat auf; am 8. Februar soll er auch bei Papst Johannes XXIII. gewesen sein, doch ist diese Audienz im Bulletin des Vatikanischen Presseamtes nicht verzeichnet.

Es ist nicht bekannt, was aus den Verhafteten geworden ist, doch hat Trujillo inzwischen den Brief der Bischöfe beantwortet. In dem Antwortschreiben heißt es: „Der Respekt, den ich der Verfassung und den Gesetzen der Republik schulde, erlaubt es mir nicht, in die Justizverwaltung der Nation einzugreifen — obwohl ich anderseits die edlen menschlichen Beweggründe Ihres Hirtenwortes nicht ignorieren kann . . . In Übereinstimmung mit diesen Gefühlen, die mich in meiner öffentlichen Mission von Anfang an unablässig bewegten, hat es mir gefallen, für die Entlassung aller Frauen einzutreten, die an dem Komplott beteiligt waren, und die Empfehlung auszusprechen, daß allen übrigen an diesem Verbrechen Beteiligten volle Garantien für die persönliche Sicherheit während der Behandlung im Gefängnis geboten werden." Abschließend bekennt der Diktator seinen „rückhaltlosen" katholischen Glauben und bittet die Gottesmutter um Frieden im Land und Schutz vor dem Kommunismus. — Hinsichtlich des Respekts vor der Verfassung ist noch anzumerken, daß Trujillo bisher schon viermal die Verfassung willkürlich abgeändert hat. — Der Episkopat hat am 6. März mit einem zweiten Hirtenbrief geantwortet, in dem er erneut die Begnadigung der politischen Gefangenen fordert. Der Bischof von La Vega, ein gebürtiger Spanier, hat Anfang März den Provinzialgouverneur und weitere Mitglieder der Provinzialregierung von La Vega exkommuniziert, weil sie eine kirchenfeindliche Zusammenkunft inszeniert und den Hirtenbrief gebrandmarkt hatten.

Für Haiti hat der Heilige Stuhl inzwischen einen neuen Nuntius ernannt. Es handelt sich um den bisherigen Nuntiaturrat in Bern, Giovanni Ferrofino.

Aus den Missionen

Die katholischen Studenten aus Asien und Afrika an den europäischen und amerikanischen Universitäten. Missionsgebetsmeinung für Mai 1960

Über die Aufgaben der Katholiken der westlichen Länder gegenüber den an den dortigen Hochschulen studierenden asiatischen und afrikanischen Studenten ist in den letzten Jahren außerordentlich viel geschrieben worden. Hirtenbriefe der Bischöfe, Aufrufe, Artikel der Tages- und Zeitschriftenpresse und auch der Rundfunk machten mit dem Problemkreis bekannt. Die Herder-Korrespondenz behandelte ihn u. a. im Rahmen der Erläuterung von zwei Missionsgebetsmeinungen (12. Jhg., S. 505 ff.; 13. Jhg., S. 279 ff.). In vielen Ländern des Westens (nicht in allen) ist die Aufgeschlossenheit der katholischen Öffentlichkeit groß und äußert sich in zahllosen Initiativen, von denen manche ins Schwarze trafen, andere, obwohl gut gemeint, rasch erlahmten, weil man sie mit unzulänglicher geistiger Vorbereitung und in Verkennung der psychologischen Situation unternahm. In der Gesamtschau der Lage unserer Kirche in der Welt sehen viele hier das vordringlichste aktuelle Missionsproblem der katholischen Kirche, von dessen glücklicher Lösung das Schicksal der jungen Kirchen in der farbigen Welt abhänge. Angesichts der Tatsache nun, daß in den letzten Jahrzehnten bald die beschleunigte Heranbildung des einheimischen Klerus, bald die Lösung der sog. Anpassungsfrage als die vordringlichste Missionsaufgabe dargestellt wurde, ist man wohl genötigt, bei der Aufstellung einer Prioritätenliste etwas Vorsicht walten zu lassen. Es kommt hier auf die jeweils verschiedene Sicht an, unter der man die Gesamtmissionsaufgabe der Kirche sieht. Alle diese „Vordringlichkeiten" sind miteinander verzahnt. Man wird aber keinem Widerspruch begegnen, wenn man feststellt, daß die kluge Beeinflussung der farbigen Studenten aus Übersee jene Missionsaufgabe ist, die für die altchristlichen Kirchen des Westens sich als die unmittelbarste darstellt, die direkt auf sie zukommt, in ihrem eigenen Lebensbereich gelöst werden muß, und zwar unter dem weitblickenden Einsatz des sittlich-religiösen, geistigen und materiellen Potentials der Heimatkirchen. Erstmalig in der Missionsgeschichte weilt der größte Teil der künftigen Führungsschicht der jetzt zur Selbstbestimmung gelangenden farbigen Völker, jener Völker, um deren Gewinnung für das Christentum wir uns seit Jahrhunderten bemühen, zum Studium in den Heimatländern der Missionare bzw. in den Ausgangsländern der Missionstätigkeit. Diese Feststellung gilt, auch wenn Zahlen veröffentlicht werden, die beweisen sollen, daß mehr als die Hälfte dieser Studenten an Hochschulen des kommunistischen Machtbereichs studieren. Tausende der angeblich im Osten ausgebildeten Studenten sind in Wirklichkeit nur Besucher von Propagandistenschulen. Einmalig ist die Chance, den im Westen studierenden Farbigen ein objektives Bild vom Wesen und Wirken der Kirche und von den wahren Werten einer christlichen Kultur zu vermitteln. Nur kurz ist die zur Wahrnehmung dieser Gelegenheit gebotene Zeit. Denn nach ein paar Jahrzehnten wird die Masse dieser Studenten an landeseigenen Universitäten ihre Ausbildung erhalten, während nur noch Spezialisten zur Vertiefung ihres Wissens den Westen aufsuchen werden. Das Beispiel Japans, in dem dieser Prozeß schon abgeschlossen ist, zeigt, wie die Entwicklung in anderen Ländern ablaufen kann, die sich erheblich später als diese Nation die Errungenschaften west-

licher Wissenschaft aneignen. Einmalig ist aber auch die Gefahr, da die Ausgangsländer der Missionsarbeit heute den Eindruck einer säkularisierten Kultur vermitteln. Entsprechend ist das Klima der meisten Universitäten des Westens. Die Studenten aus Asien und Afrika sind um so mehr in Gefahr, seelisch diesem Klima zu erliegen, als sie ja in ihrer überwältigenden Mehrheit nur mit der Einstellung zum Westen kommen, sich das Rüstzeug der technischen Zivilisation anzueignen, nicht aber eine Bereicherung ihres Kulturerbes zu suchen.

Das Kernproblem in kirchlicher Sicht

Bei dem vielgestaltigen Bemühen um die farbigen Studenten im Westen ist man nun heute allzuleicht geneigt, das Kernproblem der Kirche in diesem Bereich zu übersehen: die immerhin sehr beachtliche Zahl katholischer Studenten in ihren Reihen, die schon in ihrer Heimat im Rahmen der Missionskirchen den Glauben annahmen. Diese Studenten in der verweltlichten Atmosphäre des Lebens im Westen nicht nur im Glauben zu erhalten, sondern sie auch apostolisch zu bilden und zu geeigneten Werkzeugen beim Aufbau ihrer eigenen Kirche bzw. bei deren Ausstrahlung in die werdenden neuen Gemeinschaftsformen ihrer Länder zu machen, ist zweifellos die der Ordnung nach erste Aufgabe, die von der Christenheit des Westens hier zu erfüllen ist. Etwas überspitzt formuliert: Was nützt es der Kirche, wenn sie bei den nichtchristlichen Studenten im Westen eine große Hochschätzung erzielt, die sich bei deren Rückkehr nach Hause in wohlwollender Duldung, ja sogar Förderung der Kirche äußern mag, wenn sie ihre eigenen Glieder, die Hoffnung der jungen Kirchen, an den Unglauben oder die religiöse Gleichgültigkeit verliert? Mit den wenigen Konvertiten, die man in der heutigen psychologischen Situation der farbigen Studenten allenfalls unter den im Westen lebenden heidnischen Akademikern gewinnt, kann man unmöglich allein das Gebildetenapostolat der jungen Kirchen aufbauen, zumal ihr Wirken immer einen Erstanfang bedeuten wird, während die in den Missionskirchen selbst herangebildeten katholischen Studierenden in die katholische Umwelt wieder eintreten, die ihnen bestens bekannt ist. Es kann nun keineswegs befürwortet werden, die Hilfeleistung für die katholischen afroasiatischen Studenten von jener für ihre nichtchristlichen Landsleute gänzlich zu trennen. Beide Gruppen bedürfen der gleichen allgemeinmenschlichen Grundhilfen und der Unterstützung beim Einleben in eine ganz anders geartete Studienumwelt. Eine Bevorzugung der Christen auf der Ebene des rein Menschlichen würde die Annäherung an die Heiden außerordentlich erschweren. Dr. R. Kaptin Adisumarta (Indonesier), der in Europa studierte, erster Generalsekretär der Organisation der katholischen Überseestudenten in Europa (Overseas Students Coordination Organisation = OSCO) und später Sekretär der Pax Romana in Asien war, schrieb in einem Aufsatz: „Die Studenten aus Übersee — eine Frage der menschlichen Begegnung" (Kath. Missionsjahrbuch der Schweiz, 1959): „Bei der Betreuung von seiten der Katholiken ist es das Gegebene, daß man mit den katholischen Ausländern beginnt. Hier hat man sofort einen großen Kontaktpunkt, nämlich den Glauben . . . Anders aber ist die Frage, wie weit die Annäherung gehen kann. Bleibt man beim Glauben stehen? Sieht man diese Freundschaft nur unter dem Aspekt des Glaubens? Diese Frage sollte mit Nein beantwortet werden. In Wirklichkeit ist das aber oft nicht der Fall. Das sieht man, sobald nichtchristliche Ausländer dabei sind; dann spürt man, daß es einen Unterschied gibt, ob man katholisch ist oder nicht: dem Katholiken gegenüber ist die Freundschaft selbstverständlich, dem anderen gegenüber eine verlegene Höflichkeit. So versteht man, warum einer meiner Freunde mir im Ton des Vorwurfs sagte: ‚Die Eintrittskarte für gute Beziehungen ist das Katholisch-Sein.' Meine nichtkatholischen Brüder beneiden mich unentwegt, weil ich ‚es immer gut habe', weil ich überall ‚nette europäische Familien' kenne. Was haben wir Katholiken für die anderen übrig? Hier ist wieder ein Grund, warum man das Christentum so leicht europäisch nennt: die Nichtchristen bleiben ja von der Freundschaft der Europäer ausgeschlossen . . ." — Eine Trennung der Tätigkeit unter Katholiken und Nichtkatholiken auf der rein menschlichen Ebene ist auch deshalb unmöglich, weil die Afroasiaten landsmannschaftlichen Zusammenschluß an den Universitäten suchen und suchen müssen, um ihre Muttersprache zu sprechen, die Gemütswerte einheimischer Kultur zu pflegen und sich über die Entwicklungen in der Heimat zu unterrichten. Wir dürfen nichts tun, um den Katholiken den unbefangenen Verkehr mit den heidnischen Landsleuten zu erschweren, auch deshalb nicht, um ihnen Apostolatsmöglichkeiten in den eigenen Reihen zu lassen und ihnen ständig ihre religiösen Zukunftsaufgaben im Vaterlande vor Augen zu halten.

Zahl der afroasiatischen katholischen Studenten im Westen

Über die Zahl der katholischen afroasiatischen Studenten ist man in einigen Ländern genau unterrichtet, in anderen nicht. Was der um die Seelsorge und die Organisation dieser Studenten in Europa hochverdiente Priester Harry Haas SAM schon vor zwei Jahren schrieb, gilt teilweise heute noch: „Von welchen Ländern kann man behaupten, daß dort unter den afrikanischen und asiatischen Studenten die Mehrzahl der Katholiken erfaßt sei?" Da es ein perfektes innerkirchliches Meldesystem nicht gibt und vielleicht auch nicht geben kann, weil die zuständigen Missionsbischöfe oft selbst nicht über alle Ausreisen unterrichtet werden, ist man auf die Erfassung der jungen Leute in den einzelnen westlichen Ländern angewiesen. Wenn die Universitätsbehörden mit einer wohlorganisierten Studentenseelsorge zusammenarbeiten, gelingt die Erfassung, besonders in kleineren Ländern mit relativ geringer ausländischer Studentenzahl. Aber auch hier kommen zunächst Fehlschätzungen vor. Mancher weiße Student, der auf den Meldeformularen der Hochschulen als Geburtsort eine Stadt in Asien oder Afrika angibt, wird als Asiate oder Afrikaner gezählt. Erst die Nachforschungen der Seelsorger gestatten dann, die „echten" von den „unechten" Afrikanern oder Asiaten zu scheiden. Eine weitere Fehlerquelle der Statistiken liegt darin, daß man nicht mit einem einheitlichen Begriff von „Student" arbeitet. Oft werden die farbigen Schüler der obersten Klassen von Mittelschulen, deren es z. B. in England, Frankreich und den USA viele gibt, unter diesem Begriff mitgefaßt. Ferner ist in einigen Ländern des Westens das kirchliche Erfassungssystem kümmerlich entwickelt. Das gilt z. B. für Frankreich. Anderswo ist die Zahl der katholischen farbigen Studenten sehr groß, der kirchliche Seelsorgsapparat zu ihrer Betreuung aber so unvollkommen, daß eine wirkliche Erfassung allein schon an Personalschwierigkeiten scheitert. Besonders schlimm sind hier die

Verhältnisse in England, wo sich die größte Zahl der afroasiatischen Studenten und anscheinend auch die größte Zahl der katholischen Studierenden aus Asien und Afrika befindet. Ein hauptamtlicher Seelsorger in London bemüht sich, unterstützt von wenigen Hilfskräften, seit Jahren mit größter Hingabe, mit den in England lebenden katholischen Studenten aus Asien und Afrika in Kontakt zu treten, konnte aber bisher nur mit 2000 von schätzungsweise 5000 eine wirkliche Verbindung herstellen. Erst in jüngster Zeit schuf man ein in acht Zentren organisiertes Koordinationskomitee, das vor allem die Laienhilfe systematisch in den Dienst der Kontaktaufnahme stellen will. Es muß in diesem Rahmen einer Gesamtübersicht darauf verzichtet werden, auf die vom Ausland als vorbildlich bezeichnete Organisation der Tätigkeit für die Überseestudenten in der Bundesrepublik, die Jahr für Jahr vervollkommnet wird, einzugehen. Ist auch die Zahl der katholischen Afrikaner und Asiaten unter den Studenten hier noch gering (etwa 5 Prozent), so können sich die Verhältnisse doch rasch ändern, wenn politische Spannungen zwischen neuentstehenden Staaten und ehemaligen Kolonialherren zu einer noch stärkeren Bevorzugung der Bundesrepublik als Studienland seitens der Afroasiaten führen, die gewillt sind, auch eine ihnen bisher unbekannte Sprache zu lernen, eine dadurch bedingte Verlängerung des Studiums in Kauf zu nehmen und sich bisher fremden Formen der Universitäts- und Studiumsorganisation anzupassen, wenn ihnen der politische Kurs des bisherigen Gastlandes gegenüber ihrem Vaterland nicht gefällt. Ein Beispiel bieten hier die in der IMKI zusammengeschlossenen katholischen Indonesier, die von Holland aus immer stärker zu Hochschulen der Bundesrepublik überwechselten. Auch in Österreich (vorläufig nur 3,5 Prozent katholische Afroasiaten) und in der Schweiz (10 Prozent) macht sich der Zug zu Universitäten kolonialpolitisch „unbelasteter" Nationen bemerkbar. Für die USA, das Land mit der nach England größten Zahl afroasiatischer Studenten im Westen, sind keine zuverlässigen Gesamtzahlen der katholischen Studierenden zu erhalten. Angesichts der bekannten Schwierigkeiten, auf der Grundlage öffentlicher Erhebungen in USA zuverlässige Konfessionsstatistiken zu erhalten, nimmt dies nicht wunder. Die auf Erhebungen in den Pfarreien beruhenden kirchlichen Statistiken versagen hier ebenfalls, da die Afrikaner und Asiaten hier wie in allen westlichen Ländern keinen engeren Anschluß an die ordentliche Pfarrseelsorge suchen.

Die Zeitschrift der Internationalen Katholischen Laienhelferinnen „Perspectives de Catholicité" (Brüssel) veranstaltete vor einem Jahr eine sorgfältig ausgearbeitete Erhebung über die Zahl der afroasiatischen Studenten an westlichen Hochschulen und kam zu der „mit allem Vorbehalt" wiedergegebenen Zahl von 80729. Höchstens zehn Prozent dieser Studenten sollen nach der Erhebung katholisch sein. Wahrscheinlich ist diese Schätzung noch zu hoch gegriffen. Immerhin zeigt sie, was für die Kirche hier auf dem Spiele steht. Wenn sie diese Elite oder auch nur die Mehrzahl davon während des Studienaufenthalts im Westen verliert, wie sollen dann die jungen Kirchen in Asien und Afrika ihren inneren Aufbau bewerkstelligen und für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft die Männer und Frauen stellen, die christlichen Geist in die sich bildenden neuen Lebensordnungen tragen können? Es gibt leider keine Statistik über die Zahl der katholischen afroasiatischen Studenten, die im Westen der Kirche seit dem Ende des ersten Weltkrieges verlorengingen. Wir würden wahrscheinlich erschrecken, wenn uns eine solche Aufstellung geboten werden könnte. Nach den Feststellungen von Kennern der Verhältnisse in Frankreich hat es dort eine Zeit gegeben, in der von je zehn katholischen Studenten aus Asien und Afrika nur einer dem Glauben treu blieb. Und wie mag es heute dort stehen? Wir zitieren hier nur aus einem Aufsatz des bekannten Publizisten André Rétif SJ über „Apostolische Orientierungen im Schwarzen Afrika" (Études, Paris, Februar 1960): „Hinsichtlich der Spezialseelsorge der afrikanischen Studenten gibt es wohl hie und da wirksame Versuche, so z. B. in Bordeaux, aber wie kommt es, daß seit mehreren Jahren kein afrikanischer Priester mit der Seelsorge der zahlreichen afrikanischen Studenten in Paris betraut ist und daß diese Aufgabe nur europäischen Priestern überantwortet bleibt, die zwangsläufig weniger Gehör finden? Dennoch hatte Pius XII. in *Fidei Donum* [vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 479] die Bedeutung dieses Apostolates unterstrichen. In anderen Städten, wie Lyon, hat nicht einmal ein europäischer Priester diesen Auftrag erhalten." Man könnte diesen kritischen Bemerkungen noch eine andere hinzufügen: Man hat in Frankreich vorwiegend „nationale" Missionen (der Vietnamesen, Koreaner, Japaner, Inder, Afrikaner, Antillesen usw.) organisiert, die sich aller Angehörigen der betreffenden Nationen annehmen, ohne aber eine spezielle Seelsorge unter den so überaus zahlreichen Studenten aus diesen Ländern zu organisieren. Dieser Mangel muß sich gerade im Augenblick sehr nachteilig auswirken, wo sich die afroasiatische Studentenschaft in Frankreich in einer für die Kirche gefährlichen geistigen Gärung befindet.

Seelsorgefragen

H. Haas schrieb im Jahre 1958 einen Aufsatz „Ärgernis oder neue Hoffnung?" (Église Vivante, 1958, Nr. 5), in dem es hieß: „Niemals in der Geschichte hat eine so kleine Zahl die Dankbarkeit so vieler Menschen zu gewinnen verstanden, hat Winston Churchill von den Fliegern in der Schlacht um England gesagt. Die Tragik der Lage ist, daß man das gleiche von den Studentenseelsorgern sagen kann. Mehr noch: selbst diese kleine Zahl muß man lange suchen; um in der Terminologie der Missionsstrategie zu sprechen: es ist sicher, daß kein Plan mit so wenig personalen Kräften und so wenig Geldmitteln verwirklicht werden könnte. Tatsächlich ist nicht einmal das ‚lebensnotwendige Minimum' vorhanden. Dies ist wahrhaft ein Ärgernis . . . Man könnte sagen: die Zahl der Priester, die in einem Missionsland oder einem Land Europas an einer höheren Schule wirken, würde das Problem der für das Apostolat unter den afrikanischen und asiatischen Studenten im Westen spezialisierten Kräfte lösen." In den letzten zwei Jahren ist nun fast überall die Zahl der Seelsorger für die katholischen afrikanischen und asiatischen Studenten verstärkt worden. In Ländern mit jeweils kleinen Gruppen aus den einzelnen Nationen ergibt sich von selbst, daß man nicht jeder nationalen Studentengruppe besondere Seelsorger geben kann. Sind indes größere nationale Gruppen vorhanden, so mag unter besonderen Umständen (wie zur Zeit in Frankreich) die Notwendigkeit bestehen, den einzelnen Gruppen Priester ihrer Rasse als Seelsorger zu geben. Aber eine allgemeine Forderung dieser Art kann nicht erhoben werden. Die goldene Regel hat H. Haas aufgestellt: „Es braucht nicht immer ein Prie-

ster der gleichen Nationalität zu sein wie der der Studenten. Wie nicht jeder europäische Priester für die Arbeit geeignet ist, so auch nicht jeder asiatische und afrikanische Priester, wie auch nicht jeder Missionar, der afrikanische und asiatische Missionserfahrung hat." Oft ist sogar die Wahl eines geeigneten Priesters aus dem betreffenden Gastland der Studenten vorzuziehen, weil er besser den Kontakt der farbigen Studenten mit den weißen Studenten fördern kann und wirksam mitzuhelfen vermag, daß sich die nationalen Gruppen nicht gegeneinander und gegenüber der weißen Studentenschaft abkapseln.

Hervorragend haben sich die Studentenheime bewährt, weil sie nicht nur der Seelsorge Hilfen bieten, sondern auch eine Menge anderer Probleme der Studenten lösen. Im französischen Kulturkreis unter dem Namen „Foyers" bekannt und dort zunächst jeweils für nationale Gruppen geschaffen, wurden sie in verschiedenen Ländern auf internationaler Basis organisiert und werden in dieser Form nun in wachsender Zahl auch im deutschen Kulturkreis errichtet. So gibt es derzeit katholische Studentenheime dieser Art in München (2 Heime, von denen eines jetzt auf eine Belegstärke von 75 Studenten erweitert wird), Hamburg, Aachen, Berlin, Würzburg (in Verbindung mit dem Missionsärztlichen Institut). Diese Heime werden bisweilen in mehr oder weniger striktem Sinne als „Universitätskollegs" geführt und bieten besondere Möglichkeiten zur Vervollkommnung in der Sprache des Gastlandes, zu vertieftem Studium und zur Erweiterung der Allgemeinbildung. Das Hamburger St.-Franziskus-Kolleg der Franziskaner will sogar als Universitätskolleg in striktem Sinne betrachtet werden. Die afrikanischen und asiatischen Studenten, die in solchen Kollegs wohnen, empfinden hier dankbar eine echte Familienatmosphäre und einen inneren Halt in der für sie betäubenden äußeren Freiheit des deutschen Universitätslebens. Sie werden zugleich vor dem Einfluß des flachen Säkularismus des modernen Lebens in etwa geschützt. Die internationalen Heime haben den großen Vorzug, daß hier weiße und farbige Studenten zu einer Wohngemeinschaft zusammengeführt werden. Dadurch, daß sie auch heidnischen farbigen Studenten in begrenztem Maße ihre Tore öffnen, bieten die Heime Christen und Nichtchristen die Möglichkeit eines dauernden Kontaktes. Die Beziehungen auf der menschlichen Ebene werden so ungemein bereichert, Vorurteile und Hemmungen abgebaut und den katholischen Studenten, weißen und farbigen, dauernd vor Augen geführt, daß sie am heidnischen Bruder eine christliche Aufgabe zu erfüllen haben. Eine geistig und religiös überragende Leitung muß für eine Atmosphäre echter Duldung, die keine Proselytenmacherei aufkommen läßt, sorgen. Der Generalrat der Päpstlichen Missionswerke in Rom stellt seit Jahr und Tag erhebliche Mittel für Studentenheime bereit (im Vorjahr 1,2 Millionen DM). In Deutschland haben Bischöfe, Orden, Einrichtungen studentischer Fürsorge, staatliche Behörden und viele private Wohltäter den Bau und den Betrieb solcher Einrichtungen unterstützt, und es ist nur zu wünschen, daß geplante Projekte in mehreren Universitätsstädten verwirklicht werden. Vor allem muß hier unseren katholischen Glaubensbrüdern aus Asien und Afrika, die mit ihren heidnischen Kommilitonen noch immer über rassische Diskriminierung im Privatleben und Ausnutzung durch Vermieterinnen von möblierten Zimmern Klage führen, eine Atmosphäre geboten werden, in der sie wahre menschliche und religiöse Bruderliebe finden, vor dem Absinken in den Indifferentismus und den Säkularismus bewahrt werden und Anregungen erhalten, um sich auf ihre apostolische Aufgabe in der Heimat vorzubereiten.

Bei der Berührung mit unseren heimischen Katholiken vermissen die jungen katholischen Männer und Frauen aus Übersee oft die wirkliche katholische Aufgeschlossenheit, die man gleichberechtigten Gliedern der Kirche schuldet. Mit Recht oder Unrecht haben sie das Gefühl, eben als „Missionskatholiken", d. h. in diesem Falle als unfertige, unreife Katholiken betrachtet zu werden. Sie wollen ein Mitspracherecht an den allgemeinen Fragen der Kirche und nicht nur belehrt werden, sondern auch zu unserer Belehrung beisteuern, wenn wir ihnen etwa die Gelegenheit geben, über ihre heimische Kirchengemeinschaft zu sprechen. Wir müssen ihnen auch das Recht zugestehen, an kirchlichen Zuständen bei uns begründete Kritik zu üben. Es muß sie reizen, wenn sie dauernd über die Mängel und Unzulänglichkeiten in den Missionskirchen lesen oder sprechen hören. Es kommt in unserem Verhalten ihnen gegenüber bisweilen eine Abart des „Paternalismus" der Missionare einer vergangenen Missionsära zum Ausdruck, den sie leidenschaftlich ablehnen. Kommen diese Dinge nicht zu einer offenen Aussprache, so entsteht leicht eine Art von Antiklerikalismus, die schon so manchen katholischen Studenten aus Asien und Afrika hier im Westen von der Kirche abtrieb. Der kritische Sinn, durch unsere ganze Kulturatmosphäre direkt geweckt, kommt auch bei ihnen bald zur Entwicklung, und wir müssen dies als durchaus normal betrachten, nicht aber als Zeichen einer Rebellion deuten. Gerade die begabtesten Köpfe unter ihnen sind naturgemäß auch die kritischsten.

Viel Enttäuschung erleben manche unserer katholischen Aktivisten bei dem Versuch, die jungen katholischen Asiaten und Afrikaner apostolisch „aufzuladen". Sie bedenken nicht, daß die Missionskirchen bisher wenig horizontale Kontakte mit den Kirchen der übrigen Welt hatten und sich selbst in einer klaren Diasporasituation befinden, die stets die Versuchung zur abwehrenden Selbsteinschließung mit sich bringt. Wenn wir verstehen, daß etwa die wenigen Katholiken in Schweden und Norwegen bis auf eine Elite nicht auf den Gedanken kommen, apostolische Stoßtrupps zu bilden, um in eine festgefügte nichtkatholische Ideen- und Kulturwelt vorzustoßen, so müssen wir das gleiche Verständnis auch den Asiaten und Afrikanern gegenüber zeigen, die sich noch immer einer ungeheuren heidnischen Umwelt gegenübersehen — und beobachten, daß selbst in katholischen Gebieten Westeuropas die Christen weithin keinen apostolischen Schwung haben, sich vielmehr als „Betreute" in eine Seelsorgsorganisation einordnen, die in den Augen dieser Studenten manche Ähnlichkeit mit dem kirchlichen Lebensschema zu haben scheint, in dem sie in ihrer Missionskirche aufwuchsen. Ohne ein Begreifen dieser ihrer psychologischen Situation ist es unmöglich, sie apostolisch zu orientieren. Es ist anderseits ersichtlich, welche Bedeutung ihre Einführung in eine Innenschau des kirchlichen Lebens, in das Werden der abendländischen Kirche, in ihre Kulturwerte, in ihren Kampf gegen die Entchristlichung hat, wie wichtig es auch ist, sie zwanglos mit unserer apostolischen Elite und ihren Methoden bekannt zu machen. Diesen Zwecken dienen Besichtigungsfahrten, Aussprachegemeinschaften, Ferienlager, Teilnahme an nationalen und internationalen katholischen Kongressen usw. In Amerika hat man ferner zur geistig-religiösen Förderung der afroasiatischen katholischen Elite sog. Leadership-Seminaries eingerichtet.

Ähnliche Ziele verfolgen die Seminare, die vom Katholischen Akademischen Ausländerdienst (Zentrale in Bonn) für jene Studenten veranstaltet werden, die durch seine Vermittlung in Deutschland Stipendien erhielten.

Bursen und Bursenstudenten

Für begabte Asiaten und Afrikaner stehen katholischerseits noch immer viel zu wenig Bursen zur Verfügung. Der geistliche Beirat des Katholischen Akademischen Ausländerdienstes, P. Wilhelm Kesting SVD, schrieb am 27. November 1959 in der „Deutschen Tagespost": „Der KAAD braucht dringend Hilfe, um Stipendien an fähige und charaktervolle Überseestudenten zum Studium zu vergeben. Von 80 Anträgen konnten im letzten Sommer nur 32 positiv beschieden werden, obwohl alle 80 bereits eine Auswahl der Auswahl bedeuten. Wir erleben es immer wieder, daß Studenten verzweifelt vor uns sitzen und gestehen: ‚Wenn Sie uns nicht helfen, bleibt uns nichts anderes übrig, als in den Osten zu gehen, wo uns kostenloses Studium und freie Wohnung angeboten werden'." Zur Erklärung dieser Situation muß gesagt werden, daß es sich meist um Stipendiaten handelt, deren Stipendium zur Vollendung der Studien nicht ausreicht oder von vorneherein zu gering war. Oft treten auch unverschuldete Notstände (Krankheit usw.) ein. In vielen Ländern hat man sich katholischerseits auch noch nicht systematisch um Bursen bemüht, die von internationalen Instanzen wie der UNESCO oder von Regierungen zur Verfügung gestellt werden. Die sicherlich im Interesse der weltanschaulichen Formung beklagenswert geringe Anziehungskraft der katholischen Universitäten des Westens auf junge katholische Laienstudenten aus Asien und Afrika liegt (abgesehen von mangelnder Aufgeschlossenheit mancher dieser Hochschulen für unser Problem) darin begründet, daß diese Hochschulen nur geringe Mittel zur Gewährung solcher Stipendien zur Verfügung stellen können, oder auch, daß sie, mehr humanistisch orientiert, keine erstklassige naturwissenschaftlich-technische Ausbildung zu geben vermögen.

In der Verwaltung der relativ wenigen Bursen, die seitens der Missionen selbst zur Verfügung gestellt werden, „gibt es ebensoviel guten Willen wie Dilettantismus" (H. Haas). „Der Enttäuschungen mit durch Bischöfe stets erneut warm empfohlenen Studenten ist Legion" (ders. in „Het Missiewerk" Nr. a, 1959). Diese Studenten ertragen es schlecht, wenn sie nur als ein Verlängerungsstück der Mission angesehen werden, wie sie auch ein ungutes Gefühl haben, wenn sie sich im Westen als Objekt einer weitgespannten Missionsstrategie behandelt sehen. Die Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit der Einzelpersönlichkeit muß auch bei kirchlichen Stipendien geachtet werden, die irgendwie zukünftige Bindungen im Dienst der Kirche selbst einschließen. Solche Bindungen, besonders wenn sie mit geistig unfertigen Menschen ausgehandelt werden, die im Westen dann dem Ansturm einer gänzlich andersgearteten Umwelt ausgesetzt sind, dürften überhaupt problematisch sein. Ziel der kirchlichen Stipendienpolitik sollte es sein, überall da, wo es möglich ist, die wissenschaftliche Grundausbildung in den Missionsländern selbst absolvieren zu lassen und die Studenten erst zur Erwerbung einer Spezialbildung bzw. der akademischen Grade nach dem Westen zu senden. Viele Kalamitäten werden dann nicht eintreten. Nach den von Haas in Europa und Asien in vielen Jahren des Dienstes an den farbigen Studenten gewonnenen Erfahrungen steht im Hintergrund aller Schwierigkeiten zwischen Mission, altchristlichen Kirchen und farbigen Studenten unausgesprochen das Problem, das auch uns in Europa beschäftigt: die Stellung des Laienkatholiken in Kirche und Welt. Nach ihm kommen die meisten Schwierigkeiten bei der Heranbildung einer katholischen Laienelite in den jungen Missionskirchen daher, daß die Mission sich noch zu sehr als Institution und noch zu wenig als Kirchengemeinschaft betrachtet. Die Laien fühlen sich noch zu sehr von der Mission als Institution bevormundet, ein Gefühl, das sie oft entweder zu folgsamer Passivität oder zu unfolgsamem Antiklerikalismus führt. Werden sie nun von der Kirchengemeinschaft im Westen nur „betreut", haben sie das Gefühl, nicht als Vollglieder der Kirche betrachtet zu werden, machen naive oder von Rassenüberheblichkeit oder von den Missionsvorstellungen vergangener Zeiten (an denen unsere Missionswerbung nicht unbeteiligt war) eingegebene Bemerkungen auf sie den Eindruck, daß man sie menschlich als „unterentwickelt" betrachtet, so verstärken sich die Eindrücke von hüben und drüben gegenseitig und erzeugen eine Gesamthaltung, die zu einer bedauerlichen Entfremdung von der Kirche führen kann.

Unerläßlich erscheint, daß die zum Westen gehenden katholischen Studenten schon vor der Abreise über die Lebensbedingungen, die Eigenarten des Universitätssystems, der Kultur und des gesellschaftlichen Lebens ihres Gastlandes unterrichtet werden, was bisher in den wenigsten Fällen geschah. Ebenso wichtig ist, daß sie mit ihrer Heimatkirche einen Kontakt halten, der sich nicht auf Briefwechsel mit den Familienangehörigen beschränkt. Sie müssen in Verbindung mit den geistig lebendigen Kräften der eigenen Kirche gehalten werden. Schließlich besteht die große Gefahr, daß im Westen kritisch gewordene und mit den Ideen des westlichen Katholizismus genährte Studenten zu Hause reformerische Ideen entwickeln, die von ihren alten Missionaren als „revolutionär" betrachtet werden, obwohl sie es durchaus nicht immer sind, vielmehr nur in Richtung auf eine gesunde Evolution des kirchlichen Lebens hinzielen. Anderseits verstehen die heimkehrenden Studenten manchmal die Gegebenheiten und Möglichkeiten einer Missionskirche nicht mehr. Versuchen dann die Missionare die Mißverständnisse einseitig autoritär-paternalistisch zu beseitigen, sprechen sie von revolutionären, stolzen Intellektuellen, sind die Folgen unausweichlich: diese jungen Menschen arbeiten sich in eine negative Haltung zur Kirche hinein oder ergeben sich der religiösen Indifferenz.

Die Frage der katholischen Überseestudenten aus Asien und Afrika ist ein vielschichtiges Problem, das sich erst bei näherem Zusehen enthüllt. Hier ist eine Koordination aller in der Arbeit stehenden kirchlichen Kreise über alle nationalen Grenzen hinweg erfordert, vielleicht eher noch als die Schaffung einer zentralen Super-Organisation in Rom, die leicht zur Bürokratisierung des Apparats, zur Ertötung örtlicher Initiativen, zu gegenseitiger Überlagerung der Arbeit, zu vielen Kompetenzschwierigkeiten führen kann und schließlich auch viel Geld zusätzlich kostet.

Viel wichtiger als die Koordination der Initiativen von außen ist aber, daß die afrikanischen und asiatischen Studenten und Altakademiker selbst aktiv in die Lösung der Probleme miteintreten. Ihren nationalen Zusammenschlüssen im Westen müßten korrespondierend entsprechende Organismen in den Missionen selbst zur Seite tre-

ten, die mit ihnen Verbindung halten sowie sich um die Vorbereitung der Ausreisenden und um die geistige Wiedereingliederung der Heimkehrer in das kirchliche Leben der eigenen Nation kümmern. Ein solcher Versuch ist jetzt in Gestalt des „Service Center for Students abroad" (Leiter P. Thomas Kuriacose SJ) in Colombo (Ceylon) gemacht worden. In Indien besteht eine All-India Catholic University Federation, der sich jüngst eine Zweigorganisation in den Vereinigten Staaten mit schon 300 Mitgliedern anschloß. Sie veranstaltet u. a. Leadership-Seminaries und unterhält engsten Kontakt mit der Akademikerschaft der Heimatkirchen.

Nachdem die gröbsten Mängel in der Hilfeleistung für die asiatischen und afrikanischen Studenten im Westen behoben sind, ist man jetzt mit der weltweiten Zusammenfassung der Einrichtungen beschäftigt. Die Pax Romana spielt hier eine nicht genug zu würdigende Rolle. Alle diese Bemühungen dienen zugleich der Aneinanderfügung der altchristlichen Kirchen mit den der Reife entgegengehenden jungen Kirchen auf horizontaler Ebene, die dringend erforderlich ist.

Der Hunger in der Welt: Der Kampf gegen den Aussatz

Seit jeher galt der Aussatz als eine Geißel der Menschheit. Es handelt sich bei ihm um eine ansteckende bakterielle Krankheit mit ausgesprochenem Seuchencharakter. Der Erreger der Lepra — so heißt der Aussatz in der medizinischen Fachsprache — wurde 1873 von dem Norweger A. Hansen entdeckt; er ist ein Stäbchen, ähnlich dem Tuberkelbazillus, das sich besonders im Nasenschleim und in Geschwüren Leprakranker nachweisen läßt. Lepra wird häufig in früher Kindheit durch Ansteckung erworben und hat drei Verlaufsformen: die Hautlepra, die meist gutartig verläuft und nicht ansteckend ist, die Knötchenlepra, genannt nach den knotigen Veränderungen an Haut und Nerven, und die sog. Lepromatöse. Von letzterer können alle Organe befallen werden, sie ist daher fast immer tödlich. Alle drei Formen haben lange Inkubationszeiten, von wenigstens zwei Jahren bis manchmal zu Jahrzehnten. Die Ansteckung erfolgt meist durch Hausinfektion zwischen Eltern und Kindern, seltener zwischen Ehegatten. Da man bis heute den Lepraerreger weder züchten noch auf Tiere übertragen kann, sind auch die Heilmittel gegen ihn begrenzt. Nur im Frühstadium ist Aussatz heilbar.

Wegen des hohen Infektionsgrades der Krankheit hat sich von jeher die Gesellschaft gegen die von der Lepra Befallenen mit rigorosen Mitteln zu schützen gesucht. Man setzte die Kranken aus — daher der Name „Aussatz". Diese Form von Separierung der Kranken findet sich in allen Kulturen und Gesellschaften, die mit dem Aussatz jemals in Berührung kamen. Die „Aussetzung" geschah zunächst in bestimmte Reservate (Wald, Feld), seit dem 13. Jahrhundert in der Form der Überführung in Leprosenheime. Diese blieben zunächst auf Europa beschränkt. Heute gibt es in allen Kontinenten solche Leprosenheime (auch — euphemistisch — Hansen-Kolonien genannt). Sie reichen jedoch weder zahlenmäßig aus, um alle Aussätzigen aufzunehmen, noch könnten sie, wären sie in ausreichender Zahl vorhanden, allen Aussätzigen eine Heimstatt bieten, weil die Leprakranken, vor allem in den ersten Stadien des Leidens, ihre Krankheit zu verbergen und sich daher einer organisierten Pflege zu entziehen suchen. Denn alle Leprakranken wissen: ihre Krankheit ist keine gewöhnliche, sie hat vielmehr soziale Folgen, die fast noch schwerwiegender sind als die Krankheit selbst. Leprakranksein bedeutet aus der menschlichen Gesellschaft ausgeschlossen sein — selbst heute noch!

Auch in unserem Jahrhundert gibt es Leprakranke in allen Kontinenten, freilich in ganz unterschiedlichem Ausmaß. In Europa und Nordamerika ist der Aussatz bis auf geringe Reste zurückgedrängt. Von den 9000 Aussätzigen, die 1952 in Europa registriert waren, lebte die weitaus größte Zahl in südlichen Ländern, Griechenland, Spanien und Portugal. Das einzige Aussätzigenheim in Deutschland befand sich vor dem Kriege in Memel und war 1939 von nur 7 Aussätzigen bewohnt. Der Rückgang der gefürchteten Krankheit seit dem 16. Jahrhundert ist in Europa und Nordamerika besonders durch strenge Isoliermaßnahmen, Hebung der allgemeinen Volksgesundheit durch Hygiene, vorbeugende Maßnahmen und ausreichende Ernährung erreicht worden.

Dieser erfolgreiche Kampf gegen den Aussatz beschränkt sich jedoch nur auf die westlich-zivilisierten Länder. Das macht ein internationaler Vergleich deutlich. Für das Jahr 1952 wurden folgenden Zahlen von Leprakranken angegeben: Australien 4000, Nordamerika 400, Lateinamerika 90 000, Asien 2,1 Millionen, Afrika 390 000, Europa 9000. Demnach gab es 1952 2,6 Millionen Aussätzige auf der Welt. Diese Zahlen gelten heute als überholt. In ihrem Jahresbericht von 1957 über die soziale Situation in der Welt gab die WHO (World Health Organization) 2 bis 7 Millionen Leprakranke an; bereits ein Jahr später nannte der Rapport der WHO 10 bis 14 Millionen Aussätzige. Wahrscheinlich liegt die tatsächliche Zahl noch höher.

Wie erklären sich diese ungewöhnlich hohen Streuungen, bzw. die ungewöhnlich rasche „Zunahme" der Leprakranken in der Welt? Die sehr unterschiedlichen Schätzungen in früheren Jahresberichten der WHO legen nahe, daß wir bis heute noch nicht in der Lage sind, einigermaßen exakt das wirkliche Ausmaß der Lepra in der Welt festzustellen. Zu viele Regionen der Erde sind von der modernen Sozialforschung noch nicht erschlossen, zu viele Leprakranke entziehen sich in Entwicklungsländern, die heute über die Ansätze eines staatlichen Gesundheitsdienstes verfügen, den Erhebungen dieser Organisationen. Die „Zunahme" an Leprakranken in der Welt zwischen 1952 und 1959 kann daher nicht als echte Zunahme gewertet werden. Sie ist weitgehend das Ergebnis umfassenderer und gründlicherer Erhebungsmethoden.

Wir können daher, da wir heute noch nicht in der Lage sind, exakt das Ausmaß der Lepra in ihren hauptsächlichsten Verbreitungsgebieten zu ermitteln, auch nichts Sicheres über die Trends der Krankheit aussagen: Ist sie im Zunehmen begriffen oder geht sie zurück? Die moderne Medizin kann auf diese Fragen nur antworten: Wenn das Ausmaß des Hungers, vor allem des spezifischen Hungers, in den Notstandsgebieten der Erde, die auch Aussatz kennen, zunehmen sollte, wird mit größter Wahrscheinlichkeit auch die Zahl der Aussätzigen weiter steigen. Denn Hunger und Aussatz sind als soziale Erscheinungen voneinander abhängig. In der „Spezialuntersuchung der sozialen Bedingungen in nichtautonomen Territorien" (UN, 1953) wird auf die Ergebnisse von acht Reihenuntersuchungen hingewiesen, die in Ostafrika durchgeführt wurden. Insgesamt wurden in Uganda, Kenia und Tanganjika 361 000 Afrikaner auf Lepra untersucht. Als wichtigstes Ergebnis zeigte sich folgende Tatsache: Von 6017 offenen Leprafällen waren nur 20 Prozent lepromatös. Die anderen 80 Prozent litten an Hautlepra, die, wie gesagt, nichtinfek-

tiös ist, aus der sich jedoch im weiteren Verlauf die schweren unheilbaren Formen der Krankheit entwickeln können. Was aber war die Ursache für die hohe Anzahl von Hautleprosen? Die Antwort der Untersuchung lautet: chronische Unterernährung. Man kann daher sagen: In dem Maße, wie es uns gelingt, die hungernden Völker ausreichend und gesund zu ernähren, wird auch der Kampf gegen den Aussatz (und andere Krankheiten, heute vor allem auch gegen die Tuberkulose) in der Welt erfolgreich sein.

Die Leprahilfe der deutschen Katholiken

Zu den Aufgaben des Bischöflichen Werkes „gegen Hunger und Krankheit in der Welt" gehört auch der Kampf gegen den Aussatz. Die Aufgaben, die damit verbunden sind, lassen sich unterscheiden in vorbeugende, ambulante medizinische Maßnahmen, stationäre medizinische Behandlung (Krankenhausbau bzw. Bau von Dispensaries) und soziale Maßnahmen. In den letzten Monaten hat das Bischöfliche Werk mehrere solcher Projekte in Vietnam, Indien, Brasilien u. a. unterstützt.

. . . durch medizinische Betreuung

So bemüht sich der Erzbischof von Pondicherry und Cuddalore (Südindien), Ambrose Rayappan, um einen ambulanten Krankendienst für die 100 000 Leprosen, die unter den 3,1 Millionen Menschen seiner Diözese leben. Er möchte in diesem vom Aussatz heimgesuchten Gebiet vier Dispensaries einrichten, von denen aus Schwestern, die eine Spezialausbildung für Leprabehandlung erhalten haben, die umliegenden Dörfer regelmäßig besuchen und die Leprosen behandeln. Die Dispensaries sollen jeweils einer Missionsstation angeschlossen sein, so daß keine Gebäude errichtet zu werden brauchen. Die erbetene und auch bewilligte Spende in Höhe von 20 000 DM wird zur Beschaffung von Medikamenten und Behandlungseinrichtungen verwendet werden.

Um ein Krankenhaus mit 40 Betten für schwere Fälle von Leprosen zu bauen, haben sich die Franziskanerinnen-Missionare-Mariens in Qui-Hoa (Vietnam) an die Bischöfliche Kommission mit der Bitte um Hilfe gewandt. Die Bischöfliche Kommission hat für den Bau 31 500 DM bewilligt. Auch hier liegt wie in dem vorhergehenden Beispiel der Schwerpunkt der Hilfe der Schwestern, die die Träger des Franz-von-Assisi-Leprosariums in Vietnam sind, auf vorbeugender und frühzeitiger Behandlung durch vorgeschobene Ambulatorien. Im Lepradorf selbst leben 600 Menschen, von denen 100 nicht krank sind. Diese wollen sich jedoch von ihren kranken Ehepartnern nicht trennen.

Das Zusammenleben von Gesunden und Kranken in einem Lepradorf ist immer sehr problematisch, voller menschlicher Konflikte, wie aus folgendem Beispiel hervorgeht: Das Lepradorf von Djiring (Apostolisches Vikariat Saigon) wird von 185 Leprakranken bewohnt. Es ist ein selbständiges Gemeinwesen mit entsprechenden öffentlichen Einrichtungen. Der geistliche Leiter des Dorfes ist Weihbischof Cassaigne, der frühere Apostolische Vikar von Saigon, der wegen seiner französischen Nationalität und aus gesundheitlichen Gründen 1953 resigniert hat. Obwohl die vietnamesische Regierung einen monatlichen Zuschuß zum Kauf von Medikamenten gewährt, reichen die Mittel nicht aus, um allen Anforderungen nachzukommen. (Die Nahrungsmittelversorgung der Kranken ist durch Spenden der amerikanischen Katholiken gesichert.) Daher hat sich Bischof Cassaigne an das Bischöfliche Werk gewandt, um einen Beitrag für die medizinische Betreuung seiner Schutzbefohlenen zu erbitten. Die von ihm gewünschten 20 000 DM werden jedoch auch dazu dienen, um ein Kinderheim zu bauen für nicht lepra-infizierte Kinder lepröser Eltern.

. . . durch soziale Betreuung

Zu den sozialen Problemen der Leprakranken gehört nicht nur eine zufriedenstellende Regelung des Zusammenwohnens von Gesunden und Kranken, sondern auch die Entwicklung von Möglichkeiten, die den Kranken eine sinnvolle, ihren Fähigkeiten angepaßte Tätigkeit verschaffen, die ihr Selbstwertbewußtsein erhält und stärkt. Wie solche Möglichkeiten verwirklicht werden können, geht aus folgendem Antrag an das Bischöfliche Werk hervor: Das St.-Joseph-Leprosarium Ben San (Vietnam) besteht erst seit einigen Monaten und beherbergt zur Zeit 120 Leprakranke. Es soll allmählich zu einem Dorf für 600 bis 1000 Kranke ausgebaut werden. Die Kranken werden in Einheiten von zwei Häusern mit je 12 Personen untergebracht. Jede Einheit hat außerdem einen gemeinsamen Schweinestall. Jeder Kranke erhält ein Schwein und ein Stück Garten. Die jetzt im Dorf wohnenden Kranken machen einen zufriedenen Eindruck. Denn bis zu ihrer Aufnahme in das Dorf waren sie auf einem Friedhof in Saigon hinter Stacheldraht wie Gefangene untergebracht. Das Dorf Ben San machte erst Schwierigkeiten, da die Bewohner der Umgebung gegen die Errichtung eines Leprosendorfes protestierten. Nur dem persönlichen Eingreifen des vietnamesischen Staatspräsidenten ist es zu verdanken, daß das Dorf überhaupt erbaut werden konnte.

Die Schwestern des Heiligen Vinzenz von Paul bemühen sich darum, die Leprosensiedlung auch wirtschaftlich auf eigene Füße zu stellen. Der vietnamesische Staat zahlt täglich 53 Pfennig für jeden Kranken. Durch Viehzucht und Gartenbau tragen die Kranken selbst zu ihrem Unterhalt bei. Auch eine Pflanzung von Kokosnußbäumen wurde angelegt, die in einigen Jahren ein gutes Einkommen bringen wird. Ferner planen die Schwestern die Herstellung von Wand- und Fußbodenplatten sowie von Lackfarben. Ein Besucher des Dorfes hat seine Eindrücke wie folgt wiedergegeben: „Bei meinem Besuch war es mir möglich, den Unterschied zwischen Neuankömmlingen und den seit einigen Monaten bereits im Leprosarium lebenden Kranken zu sehen. Während die einen verschüchtert und oft mit großen offenen Wunden ankamen, hatten die anderen frohe Gesichter, sahen gut verpflegt aus, hatten saubere Verbände, Krücken, machten sich nützlich, wo sie konnten. Diese älteren Insassen waren offensichtlich stolz auf ihr Haus, ihre Gärten und vor allem ihre Schweine. Viele fabrizierten Käfige für Vögel und webten Matten. Es war ganz offensichtlich zum ersten Male in ihrem Dasein als Leprakranke, daß sie sich geborgen und wohl fühlten." Die Bischöfliche Kommission hat diesem Leprosarium 42 000 DM zum Bau von weiteren acht Häusern für 96 Leprakranke geschenkt.

Kontum — ein Zentrum für medizinische und soziale Fürsorge

Aus all diesen Beispielen geht eindeutig hervor, daß jedes Leprosarium neben den Aufgaben der medizinischen Be-

treuung auch wichtige soziale Funktionen erfüllt. Wie weit letztere gehen können, wird aus einem Antrag deutlich, den die Schwester Marie Louise, die Leiterin des Leprosariums in Kontum (Vietnam), an das Bischöfliche Werk gestellt hat. Schwester Marie Louise gründete vor dreieinhalb Jahren das Leprosendorf Kontum, in dem heute 300 Menschen einschließlich 80 nichtkranker Familienangehörigen leben. Die medizinische Leitung liegt in den Händen einer amerikanischen Ärztin, die dem Gral angehört.
Die in Kontum behandelten Menschen gehören zum Stamm der Montagnards, einem primitiven Bergstamm, der in kleinen Urwalddörfern lebt. Das Wort Lepra löst in der Bevölkerung Entsetzen aus; sie kennt nicht den Unterschied zwischen der ansteckenden und nichtansteckenden Form der Krankheit. Alle Leprakranken werden aus den Dörfern in den Urwald getrieben, wo sie meistens umkommen. Häufig verläßt auch die Familie mit ihren Ausgestoßenen das Dorf; auch die Angehörigen der Kranken sind damit oft dem gleichen Schicksal ausgeliefert.
Schwester Marie Louise weiß, daß ein Leprosarium herkömmlicher Art bei der hohen Zahl der Ausgestoßenen keine Lösung des Problems bietet. Nur eine ambulante Therapie kann auf die Dauer die Masse der Kranken im Anfangsstadium erfassen, Behandlung und Kontrolle durchführen und damit die weitere Ausbreitung der Krankheit verhindern. So hat sich Schwester Marie Louise zum Ziel gesetzt, die Montagnards in ihren Dörfern aufzusuchen, sie von der Heilbarkeit der Krankheit zu überzeugen, so daß sie ihre geheilten bzw. nicht ansteckenden Stammesangehörigen wieder in die Gemeinschaft aufnehmen. Schwester Marie Louise hat schon erreicht, daß 500 Leprakranke aus schwer erreichbaren Dörfern in regelmäßigen Zeitabschnitten zur Untersuchung kommen. Das Zentrum für diese geplante ambulante Behandlung und Kampagne soll das Leprosarium von Kontum sein, das weiterhin die ansteckenden Fälle aufnehmen wird.
Da die Montagnards handwerklich sehr geschickt sind, jedoch die Neigung haben, so wenig wie möglich zu arbeiten, will Schwester Marie Louise versuchen, die jungen Leute durch eine interessante handwerkliche Ausbildung zur Arbeitsamkeit zu erziehen. Außerdem werden handwerkliche Kenntnisse den Geheilten bei der Rückgliederung in die Stammesgemeinschaft sehr zustattenkommen. Es soll daher eine Halle gebaut werden, in der Ausbildungskurse für Schreiner und Maurer durchgeführt werden können. Dafür wie für weitere 40 wetterfeste Hütten (die von der Regierung erstellten sind aus so schlechtem Material, daß sie heute, nach drei Jahren, bereits baufällig sind) sowie für ein Dispensary mit 20 Betten für nichtleprakranke Familienangehörige hat Schwester Marie Louise von den deutschen Katholiken 93 400 DM erbeten. Die Bischöfliche Kommission hat ihr 120 000 DM überwiesen zum Bau der geplanten Räumlichkeiten sowie für Medikamente und ein Fahrzeug.

Missionstätigkeit der syro-malabaresischen Karmeliten

Die alte südindische Christenheit des syro-malabaresischen Ritus hat in ihrer mehr als anderthalbtausend Jahre alten Geschichte kein Mönchtum eigenen Charakters hervorgebracht. Erst durch den Anstoß des lateinischen Christentums entstand hier vor mehr als hundert Jahren eine Kongregation mit dem Namen eines Dritten Ordens der Unbeschuhten Karmeliten. Im vorigen Jahr hat sie die Erlaubnis erhalten, den Namen Karmeliterbrüder von der Unbefleckt Empfangenen Jungfrau anzunehmen. Das ist ein Zeichen für die Entwicklung zur Selbständigkeit.
Der Einfluß des lateinischen Christentums zeigt sich bei dieser Kongregation vor allem darin, daß sie einen ausgesprochen aktiven Charakter hat. Sie umfaßt heute mehr als 300 Priester, 250 Seminaristen, 76 Novizen, 108 Brüder und 200 Postulanten, die sich über drei Provinzen und auf 26 Klöster verteilen. Sie leiten Zeitungen, Kollegs und Hochschulen und sind auch in vier Bistümern in der Pfarrseelsorge tätig (vgl. auch Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 295).
Diese Karmeliter feiern den Gottesdienst — wie der größte Teil der alten südindischen Christenheit — nach dem ostsyrischen oder chaldäischen Ritus. Das Christentum ist in den ersten christlichen Jahrhunderten (der Legende nach bereits mit dem Apostel Thomas) aus dem ostsyrischen Raum, von Persien und Mesopotamien, nach Südindien herübergekommen. Lange schickten die malabaresischen Karmeliter ihre Missionskräfte ausschließlich in den Norden Indiens oder nach Burma, wo sich jedoch immer die Schwierigkeit ergab, daß sie dann zum lateinischen Ritus übergehen mußten. Heute beginnen sie nun, in ihre alten Herkunftsländer zurückzukehren. Im Iran (Persien) besitzen die Syro-malabaresen bereits einige Missionen. Jetzt hat auch der Patriarch der mit Rom vereinten chaldäischen Kirche von Babylonien, Paulus II. Cheikho, mit Sitz in Bagdad, der Hauptstadt des Irak, die Karmeliterbrüder von der Unbefleckt Empfangenen Jungfrau aufgefordert, Missionare zu entsenden, die in seinem Jurisdiktionsbereich Klöster gründen sollen. Vor kurzem sind die ersten drei Priester der südindischen Kongregation nach dem Irak eingereist.

Ökumenische Nachrichten

Die gesamtdeutsche Synode der EKD in Berlin

Nach fast zwei Jahren Abstand trat vom 21.—26. Februar in Ost- und West-Berlin wiederum eine gesamtdeutsche Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland zusammen. (Über die vorletzte Synode berichtete die Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 415 ff.) Die kirchlichen und politischen Probleme, die vor zwei Jahren unbewältigt blieben, wie die Schulfrage, die Konfirmation, die theologische Behandlung der Atomwaffen und die Lockerung des Militärseelsorgevertrags mit der Bundesrepublik, standen diesmal wieder an und waren mit dem Obrigkeitsproblem, das auf der Synode von Berlin-Brandenburg kurz vorher so viel Verwirrung gestiftet hatte (vgl. ds. Jhg., S. 262 f.), belastet. Diese neue Synode war jedoch eine disziplinierte Synode. Sie hat keines der Probleme gelöst, sie hat die erforderlichen offenen Aussprachen hinter verschlossenen Türen gehalten und schließlich in den wesentlichen Fragen Entschließungen mit großen Mehrheiten zustande gebracht.
Aus dem Rechenschaftsbericht von Bischof Dibelius, der dem auf der Provinzialsynode sehr ähnlich war und natürlich auch eine Apologie seiner Haltung in der Obrigkeitsfrage brachte, ist wohl zu ergänzen, daß er für den 1958 eingesetzten Atomausschuß unter dem Tübinger Professor *Raiser*, der diesmal eine führende Rolle spielte, eine ruhige Fortführung der Arbeit forderte, eine Forderung, die ihm erfüllt wurde.

Sonntag und Freizeit

Das Hauptthema der Synode lautete „Sonntag und Freizeit". Obwohl der Evangelische Pressedienst meldete, daß es nur mäßiges Interesse fand, möchten wir es in seiner Hauptstellung belassen, zumal da es durch beste Referate vertreten wurde. Was die Frankfurter Ärztin Hildegard *Uhl* über den ungenügenden Mutterschutz und die hohe Säuglingssterblichkeit in der Bundesrepublik infolge gewerblicher Arbeit der Mütter zu sagen hatte, war alarmierend. Sie fragte zur echten Freizeitgestaltung, ob nicht die Kirche um des Menschen willen eine ähnliche Tatkraft aufbringen könne wie etwa das junge Israel, wo eine orthodoxe Minderheit den Sabbath als Tag der Stille durchgesetzt habe. Auch was der Kaufmann Horst *Ditter* aus Eibenstock im Erzgebirge darüber ausführte, daß „wir Christen die Arbeit zum Götzendienst gemacht und Menschen der Produktion schlechthin geworden sind, so daß uns der Sinn des Lebens verlorengegangen ist", gilt nicht nur für die Sowjetzone. Demgegenüber betonte Bischof *Dietzfelbinger,* München, wohl auch aus lutherischer Abneigung gegen die Gesetzlichkeit, daß die Heiligung des Sonntags nur ein Zeichen dafür sei, daß der Mensch Gott gehöre. Er gibt zu, daß der von der Natur abgelöste Industriekalender mit seinen Tag- und Nachtschichten zwar unseren christlichen Gemeinschaftsformen erhebliche Schäden zufügen könne, der Christusglaube aber werde dadurch nicht erschüttert, denn er nehme den Tag des Herrn nur als Hinweis auf die „alltägliche" Möglichkeit des Gespräches mit Gott: „Für den Christen gibt es nicht heilige und unheilige Tage . . ., sondern in Christus steht er über dem Gesetz der Zeit." Aber seine wahre soziale Kraft entfalte der Sonntag erst dann, wenn er nicht nur Tag des Menschen, sondern Tag des Herrn sei.

In der Entschließung wurde „den Regierungen in beiden Teilen Deutschlands" dafür gedankt, daß sie die Arbeitsruhe am Sonntag durch ihre Gesetzgebung zu sichern versuchen. Die Kirchen müßten mehr darauf schauen, daß Sonntagsarbeit unterbleibe und die Freizeit eingehalten und sinnvoll ausgefüllt werde. Den berufstätigen Müttern müßte mehr Freizeit eingeräumt werden.

Möglichkeiten einer christlichen Erziehung

Dem Range nach an nächster Stelle dürfte die Erziehungsfrage stehen, die die Christen der Sowjetzone durch die neue Schulordnung vom November 1959 und das Gesetz über „Die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR" vom Dezember 1959 jetzt noch stärker belastet. Die Entschließung dazu, die die Landesbischöfe auffordert, erneut bei der Regierung in Pankow vorstellig zu werden, sagt: „Die genaue Befolgung dieses Gesetzgebungswerkes muß den durch die Verfassung garantierten kirchlichen Unterricht in starkem Maße behindern, wenn nicht gar unmöglich machen." Durch das Schulgesetz werde der atheistische Materialismus zur Grundlage des Bildungsprogramms der Schule in der DDR.

Zur Neuordnung der Konfirmation wurde ein Vorschlag von Präses J. *Beckmann,* Düsseldorf, ohne Diskussion zum Studium an die Landeskirchen weitergeleitet (über diese Probleme vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 417, und 13. Jhg., S. 188). Darin heißt es, die Konfirmation solle aus der Nähe der Schulentlassung (d. h. der mit ihr verbundenen Jugendweihe) herausgenommen, von dem traditionellen Gelöbnis des Glaubens gelöst und in die Mitte, nicht an das Ende des kirchlichen Unterrichts verlegt werden. Das Entscheidende an der Konfirmation sei die Zulassung zum Abendmahl, die somit etwa in das 12. Jahr vorverlegt wird. Eine einheitliche Handhabung der Konfirmation in allen Landeskirchen sei weder notwendig noch wünschenswert.

Um die Geltung des Militärseelsorgevertrages

Nach heftigen Debatten um den Militärseelsorgevertrag, aus dem die Landeskirchen der Sowjetzone auf eigenen Wunsch schon 1958 entlassen worden waren, Debatten, in denen es Bischof Kunst um die Aufrechterhaltung der rechtlichen Aktionseinheit der EKD ging — weil die Bundesregierung nicht mit den Landeskirchen verhandeln könne —, wurde erneut durch die Synode festgestellt, daß der Vertrag nur für die Gliedkirchen in der Bundesrepublik gilt, die ihm zugestimmt haben: „Er hat für die Gliedkirchen der DDR keine Wirksamkeit." Dem Wunsch der Gliedkirchen der Sowjetzone konnte dagegen nicht entsprochen werden, daß an die Stelle der EKD ein anderer Vertragspartner tritt. Man könne nur dies tun: die ausführenden Funktionen einem Gremium des Rates der EKD unterstellen, das ausschließlich aus westdeutschen Mitgliedern besteht. Demgemäß sei bereits die Geschäftsordnung des Rates der EKD geändert worden.

Atomkrieg und Obrigkeitsfrage

Auch die Atomkriegsfrage wurde wieder heftig diskutiert. Aber es gelang Prof. Raiser, seinen Ausschuß weiter für das Studium dieser Frage zu erhalten. Die Entschließung der Synode beschränkte sich darauf, die Regierungen angesichts der bevorstehenden Abrüstungskonferenz an ihre Verantwortung zu erinnern, und beschwor das fatale Bild von einer Aufstellung deutscher Truppen, die sich in absehbarer Zeit an Elbe und Werra mit Atomwaffen gegenüberstehen. Die Gemeinden wurden aufgerufen, diese Gefahr durch intensives Gebet zu überwinden.

Die einstimmige Entschließung zum Obrigkeitsstreit lautet, daß die Synode zu ihrer Theologischen Erklärung von 1956 steht (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 511 f.): „Das Evangelium rückt uns den Staat unter die gnädige Anordnung Gottes, die wir in Geltung wissen, unabhängig von dem Zustandekommen der staatlichen Gewalt oder ihrer politischen Gestalt. Das Evangelium befreit uns dazu, im Glauben nein zu sagen zu jedem Totalitätsanspruch menschlicher Macht, für die von ihr Entrechteten und Versuchten einzutreten und lieber zu leiden als gottwidrigen Gesetzen und Anordnungen zu gehorchen."

Schließlich bleibt noch zu berichten, daß sich die Synode mit einem überwältigenden Vertrauensvotum von 97 Ja-Stimmen bei nur 2 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen hinter Bischof Dibelius stellte. Dazu hatte wesentlich die Tatsache beigetragen, daß der Generalstaatsanwalt von Pankow ein Ermittlungsverfahren gegen Dibelius wegen seiner Obrigkeitsschrift angekündigt hatte. Selbst Kirchenpräsident Niemöller verurteilte diese Maßnahme, weil kirchliche Probleme nur auf kirchlichem Wege bereinigt werden könnten. In der Entschließung heißt es: „Ungeachtet der in ihr bestehenden sachlichen Meinungsverschiedenheiten weist die Synode die fortgesetzten Angriffe einer politischen Propaganda zurück, durch die die Person des Bischofs und die Beweggründe seines Handelns verleumdet werden. Sie weiß sich Bischof Dibelius in der Ge-

meinschaft Jesu Christi verbunden. Sie vergißt ihm nicht, daß er ein Leben lang für das Evangelium eingetreten ist und unserer Kirche in der Ökumene große Dienste geleistet hat." Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, einer der Synodalen, hatte vor der Abstimmung erklärt, daß diese Entschließung nicht auf die Ebene eines politischen Vertrauens- oder Mißtrauensvotums gestellt werden dürfe, vielmehr gehe es hier „um die innere Geschlossenheit der evangelischen Kirche".

Es sei zum Schluß vermerkt, daß Bischof Dibelius zu Beginn der Synode ungestört seine Funktion in der Ostberliner Marienkirche ausüben konnte. Auch am 7. März predigte er wieder dort und erklärte zu der Äußerung von Professor Heinrich Vogel, man müsse „den Atheismus totlieben": niemand verkenne den Ernst dieser Mahnung. Doch es stehe im Evangelium auch, daß sich die Christen von den Gottlosen zu scheiden hätten. Christus habe gesagt: „Ich sende euch wie Schafe unter die Wölfe."

Aus der islamischen Welt

Die Kirche in Tunesien

Im letzten Jahrzehnt haben alle arabischen Staaten (mit Ausnahme von Algerien und der Südküste der arabischen Halbinsel) ihre volle staatliche Selbständigkeit wieder erlangt. Das brachte auch für die christlichen Kirchen in diesen Ländern, die bis dahin den Schutz (wenn schon nicht die Unterstützung) der Mandatarmächte genossen, schwerwiegende Veränderungen mit sich.

In den Ländern des Islam werden die christlichen Kirchen, wenn auch in unterschiedlichem Maße, als Fremdkörper angesehen. Solange das Gemeinschaftsbewußtsein der Araber durch die Religion bestimmt wurde, galten die Christen, auch die Araber unter ihnen, als Ungläubige und daher als Fremde selbst dort, wo sie gerne geduldet wurden. Man gestand ihnen die Rechte selbständiger Gemeinschaften zu. Der Übergang zur sog. Nationalstaatlichkeit, der noch längst nicht abgeschlossene Übergang vom religiösen Gemeinschaftsbewußtsein zum nationalen, hat daran nicht sehr viel geändert. Selbst dort, wo die kulturellen und sozialen Unterschiede zwischen den Gemeinschaften durch eine allgemeine Europäisierung nivelliert wurden, bleibt die historische Trennung bestehen. Die Integration der christlichen Gemeinschaften in die neuen, vorerst nur als Postulat bestehenden arabischen Nationalstaaten wird auch durch das Bestehen einer eigenen Hierarchie der Kirche und separater religiöser Gemeinschaften erschwert. Während die muslimische Gemeinschaft, die ohnehin keine Hierarchie kennt, sich den neuen, der Form nach überwiegend laizistischen Staatswesen ohne weiteres unterordnet, weil das Staatswesen ja aus dieser Gemeinschaft hervorging, von ihr bestimmt wird und ihre Religion als die seine anerkennt, muß die christliche Gemeinschaft zwangsläufig ein corpus separatum bleiben: Der Staat kann sie dulden, sogar als gleichberechtigt anerkennen, aber nicht integrieren, ohne sie aufzulösen oder wenigstens in einem Maße zu assimilieren, das der Preisgabe der Religion gleichkommt. Man kann dies als eine Übergangserscheinung ansehen, muß aber damit rechnen, daß die Zeit des Übergangs sehr lange währen kann.

Besonders schwierig wird die Situation der Kirche in jenen Ländern, in denen die Christen zugleich wirkliche Fremde, Nachkommen von Kolonisten und Kolonisatoren sind und wo es eine autochthone christliche Bevölkerung nicht gibt. Das ist z. B. in Tunesien der Fall. Die einst blühende Kirche in diesem Lande (Karthago) wurde von den muslimischen Eroberern total vernichtet. Bis zur Errichtung des französischen Mandates im 19. Jahrhundert hat es in diesem Lande mehr als ein Jahrtausend lang keine Christen gegeben. Erst im Jahre 1884 wurde in Tunesien wieder ein Bischofssitz errichtet. Im Jahre 1956 zählte die Diözese Karthago wieder ca. 280 000 Seelen und 78 Pfarreien. Der gesetzliche Status der Kirche war das Werk der französischen Mandatsmacht. Die Kirche war in Tunis sehr viel besser gestellt als etwa im französischen Mutterland. So ist sie z. B. Eigentümerin der Kultgebäude und Pfarrhäuser.

Die Aufhebung des französischen Mandats über Tunis stellte zugleich die Existenz der katholischen Kirche in diesem Lande in Frage. Die neue Verfassung bestätigt zwar die Religionsfreiheit, der Islam ist jedoch Staatsreligion. Für eine Übergangszeit sollte der alte Status der Kirche bis zu einer neuen Regelung bestehen bleiben.

Die Auflösung der französischen Verwaltung und antifranzösische Demonstrationen als Folge des Algerienkrieges führten zur Abwanderung eines großen Teiles der französischen Katholiken. Die Pfarreien wurden im Sinne des Wortes entvölkert, und heute leben nur noch 100 000 Katholiken im Lande, fast ausschließlich Franzosen, Italiener und Malteser bzw. deren Nachkommen.

Man könnte mit einem gewissen Recht den Untergang der tunesischen Kirche als eine normale Entwicklung ansehen. Die Kirche hat in diesem Land trotz großer Leistungen auf kulturellem Gebiet keine neuen Gläubigen gewinnen können, ganz einfach deshalb, weil es so gut wie unmöglich ist, einen Muslim in seinem eigenen Lande zum Christentum zu bekehren. Das ist zwar nicht die Schuld der Kirche, nichtsdestoweniger aber eine Tatsache. Die im Lande lebenden Katholiken genossen bestenfalls ein Gastrecht; sie blieben dank ihrer anderen Religion (und nicht etwa ihrer anderen Zivilisation; denn es gibt auch europäisierte Tunesier) Fremde (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 183). Ihre Abwanderung hat den natürlichen Untergang ihrer religiösen Institution zur Folge.

Die Kirche ist jedoch nicht nur eine Institution der Seelsorge für ihre Gläubigen — auch in Tunesien nicht. Sie ist, besonders in den Ländern des Islam, vor allem anderen Zeugin für das Christentum, gleichgültig, ob sie dreihundert oder drei Millionen Gläubige zählt. Die Kirche in Tunesien wird sich dessen und der damit verbundenen Verantwortung auch immer stärker bewußt und sieht ihre gegenwärtige Aufgabe vor allem darin, ein selbstloses Zeugnis für die Liebe Gottes zu allen Menschen abzulegen.

Dieses Zeugnis ist in den Ländern des Islam weder erbeten noch erwünscht. Nur wenige sind bereit, zu glauben, daß es wirklich selbstlos ist, und halten es eher für eine neue, raffiniertere Methode der Proselytenmacherei oder — in der Sprache der sog. Nationalisten — des abendländischen Imperialismus. Man ist bereit, jedwede Hilfe entgegenzunehmen, auch die religiöser Institutionen, solange man ihrer nicht entbehren kann. Man wird jedoch dieselben Menschen, die sich ein Leben lang darum mühten, zu helfen, aus dem Lande jagen, wenn man glaubt, auf sie verzichten zu können, und dies nicht zuletzt deshalb, weil in den unterentwickelten Ländern der Helfende ein Zeuge der eigenen Hilflosigkeit und Unfähigkeit ist, dessen man sich möglichst schnell entledigen möchte. Die Aus-

weisung von Missionspriestern und Lehrern ist dabei die einfachste Methode, überflüssig gewordene Helfer verschwinden zu lassen. Man sollte sich durch derartige Entwicklungen nicht entmutigen lassen, sie jedoch immer in Rechnung ziehen.

Der Übergang in Tunesien

Die Kirche in Tunesien befindet sich fast in jeder Hinsicht in einer Phase des Übergangs. Ihre Ausgangssituation war die einer Kolonialkirche (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 183), ohne Rückhalt unter der autochthonen Bevölkerung. Wohin dieser Übergang schließlich führt, läßt sich heute in keiner Weise absehen. Es sind z. Z. zwei Probleme, die die tunesische Kirche und die Regierung zusammen zu lösen haben: die Schaffung eines neuen Rechtsstatus, der den neuen staatlichen Verhältnissen in Tunesien gerecht wird, und die Anpassung der kirchlichen Institutionen an die neuen Verhältnisse, die sich durch die Abwanderung der Gläubigen ergeben.
Der neue Rechtsstatus der Kirche wird vielleicht Gegenstand eines Konkordates werden. Nach seiner Audienz beim Heiligen Vater im Juli 1959 hatte Staatspräsident Bourgiba bereits den Wunsch geäußert, zusammen mit dem Heiligen Stuhl die Frage der Ernennung des Erzbischofs von Kathago, des kirchlichen Eigentums und der Schulen in Form eines Konkordates zu regeln („La Croix", 8. 10. 59; KIPA, 28. 1. 60). Auch das Personalstatut der christlichen Bevölkerung bedarf wohl einer Neuregelung, die in den muslimischen Ländern immer von besonderer Bedeutung ist.
Die Beziehungen zwischen der tunesischen Regierung und der Kirche in Nordafrika waren in den letzten Jahren durchaus herzlich. Dies ist vor allem auf die Haltung der Hierarchie gegenüber dem Streben der nordafrikanischen Völker nach Unabhängigkeit zurückzuführen (vgl. Herder-Korressondenz 10. Jhg., S. 363; 11. Jhg., S. 216 und 368; 12. Jhg., S. 311 und 357).
Leider wurden diese guten Beziehungen in den letzten Monaten durch eine Reihe von Zwischenfällen erheblich getrübt. Durch die Abwanderung der Christen wurde eine Anzahl kirchlicher Gebäude überflüssig. Mit Zustimmung des Heiligen Stuhles wurden mehrere Kirchen und Rektorate den Behörden zur Verfügung gestellt, allerdings unter der Voraussetzung, daß sie bestimmten Zwecken (als Apotheken, Schulen, Verwaltungsgebäude) zugeführt würden. Leider haben sich die tunesischen Behörden nicht immer an die Vereinbarungen gehalten. So wurde in einem Fall in einem überlassenen Gebäude eine Schule, in einem anderen ein Vergnügungszentrum errichtet.

Der Fall Kairouan

Als sehr viel schwerwiegender ist die Beschlagnahmung der Kirche in Kairouan am 14. September 1959 anzusehen. Die Kirche wurde bis dahin von einigen hundert Gläubigen und einer Schwesternkongregation benutzt. Die Behörden hatten die Übergabe der Kirche vom Erzbischof, Msgr. Perrin, erbeten, da die Gemeinde von Kairouan sich inzwischen erheblich verkleinert hatte. Der Erzbischof hatte die evtl. Übergabe in Aussicht gestellt, sobald ein anderes geeignetes Gotteshaus in der Stadt gefunden sei. Ohne die endgültige Zusage des Erzbischofs abzuwarten, forderten dann die Behörden der Stadt die Übergabe der Kirche binnen 24 Stunden. Die Proteste des Erzbischofs blieben erfolglos. Der Grund für dieses bedauerliche und überstürzte Vorgehen der Behörden war eher banal: Die Stadtverwaltung, die in der Kirche eine Bibliothek einrichten wollte, benötigte dringend einen geeigneten Saal, in dem sie den Staatspräsidenten Bourgiba empfangen konnte, der anläßlich des Festes des „Geburtstags des Propheten" in die heilige Stadt (des Islams) Kairouan kam. Allerdings mag hier auch der Wunsch eine gewisse Rolle gespielt haben, dem Propheten zu seinem Geburtstag ein besonderes Geschenk zu machen und die heilige Stadt von einem „heidnischen Kultort" zu befreien.
Im Oktober 1959 verfügte dann der Gouverneur von Kairouan die Schließung einer katholischen Schule und die Übergabe der Schlüssel binnen 48 Stunden. Der Protest Msgr. Perrins hatte lediglich den Erfolg, daß die Schwestern, die die Schule unterhielten, im Hause wohnen bleiben durften, doch wurde die Aufenthaltsgenehmigung zweier Schwestern (einer Malteserin und einer Spanierin) nicht erneuert, was einer Ausweisung gleichkam. Ähnlich verfuhren die Behörden mit der Einsiedelei von Sidi-Saad, in der zwei Geistliche und vier Schwestern lebten. Der mit der Einsiedelei verbundene Gutsbetrieb war dem Landwirtschaftsministerium zur Übergabe angeboten worden. Die Einsiedler hatten lediglich ein Areal behalten wollen, das sie für ihren Lebensunterhalt benötigten. Am 25. Oktober veröffentlichte das Amtsblatt die Enteignung der Einsiedelei, und wenige Tage später erhielten die Bewohner einen Ausweisungsbefehl. Ohne vorherige Verhandlungen wurde zu Beginn dieses Jahres eine Kirche in einem Vorort der Hauptstadt Tunis beschlagnahmt.

Gründe für die kirchenfeindliche Politik

Die Gründe für dieses immerhin sehr unfreundliche Verhalten der tunesischen Behörden sind denkbar undurchsichtig. Ein bestimmtes materielles Ziel, etwa die entschädigungslose Enteignung des Kirchengutes, scheint nicht gegeben zu sein, denn die Übergabe einer Anzahl von Grundstücken war ja schon vorher gütlich vereinbart worden. Es handelt sich auch nicht etwa um Übergriffe „örtlicher Behörden". In Tunesien herrschen durchaus geordnete Zustände, und es ist völlig ausgeschlossen, daß die Enteignungen und Ausweisungen ohne Kenntnis oder gar gegen den Willen des Staatspräsidenten vorgenommen wurden. Es handelt sich hier also nicht um planlose Einzelaktionen. Was also ist der Sinn dieses scheinbar sinnlosen Vorgehens?
Es gibt dafür eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die in Betracht zu ziehen sind. Es ist durchaus denkbar, daß sich die Regierung für die kommende Konkordatsverhandlung eine möglichst günstige Verhandlungsposition schaffen will. Durch an sich belanglose Repressalien kann demonstriert werden, daß die Kirche im Lande überhaupt keine Rechte hat und daß jedes Recht, das ihr zugestanden wird, ein zu honorierender Akt des Wohlwollens seitens der tunesischen Regierung ist. Es muß jedoch auch die Möglichkeit erwogen werden, daß die Regierung durch die Repressionspolitik gegen die Kirche sich gegenüber den radikalen Elementen im Lande ein Alibi verschaffen möchte und gleichzeitig den immer vorhandenen xenophoben Strömungen ein Ventil öffnen will. Das gehört zur unausgesprochenen Politik des Staatspräsidenten, die im allgemeinen gemäßigt ist, aber den radikalen Elementen durch nicht sonderlich ernst gemeinte Demonstrationen und „Forderungen" zuvorzukommen sucht, sozusagen „um größeres Unheil zu verhüten". Repres-

sionen gegen die Christen im Lande sind auch geeignet, die muslimisch orthodoxe Opposition zu beschwichtigen und sie über die laizistische Politik der Regierung zu beruhigen. Derartige Überlegungen könnten besonders bei den Vorfällen in Kairouan von Bedeutung gewesen sein.
Die wirklichen Motive sind letztlich nicht von allzugroßer Bedeutung: Die Position der katholischen Kirche im Lande ist denkbar schwach. Selbst wenn die letzten Übergriffe nicht sonderlich ernst gemeint sein sollten, so sind sie doch dazu geeignet, der Kirche großen Schaden zuzufügen. Bei der nichtchristlichen Bevölkerung des Landes könnte der nicht einmal unberechtigte Eindruck entstehen, daß die Kirche schutz- und machtlos ist und daß sie das Wohlwollen der Regierung nicht mehr genießt. Das kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu neuen Übergriffen führen, die vielleicht nicht mehr im Interesse der Regierung sind, die sich aber auch nicht mehr kontrollieren lassen.

Hirtenworte in die Zeit

Der Christ in atheistischer Umwelt

Die Bischöfe und Bischöflichen Kommissare der sowjetischen Besatzungszone veröffentlichten unter dem Datum des 20. Februar 1960 trotz zu erwartender und bereits eingetretener Schwierigkeiten durch die kommunistischen Machthaber einen Fastenhirtenbrief, der die Aufmerksamkeit der ganzen Welt erregt hat. Er hat folgenden Wortlaut:

In unserem gemeinsamen Fastenhirtenbrief des Jahres 1959 mußten wir Bischöfe von der wachsenden Not der Kirche sprechen. „Kirche unter dem Kreuz" — das stand in der Mitte unserer Erwägung. Dieses Mal wenden wir uns eurem Alltag zu, der schweren Gewissensnot, in die ihr gestellt seid. „Der Christ in atheistischer Umwelt" — soll das Thema des diesjährigen Hirtenwortes sein.

Quälende Fragen

Sehen wir zuerst, welche Fragen euch Tag für Tag bedrängen, damit die Antwort der Kirche eure Sorgen trifft.
Ihr lebt in einer sozialistischen Umwelt. Wir wollen in diesem Hirtenbrief nicht von der Gesellschaftslehre des Sozialismus sprechen, sondern uns gleich seiner weltanschaulichen Seite zuwenden. Die schwerste Belastung des gläubigen Christen besteht darin, daß der Sozialismus eine weltanschauliche Grundlage hat, die mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar ist, nämlich den dialektischen Materialismus. Der dialektische Materialismus lehnt grundsätzlich jegliche Religion ab, da sie „wahrer Wissenschaftlichkeit" angeblich widerspreche und den gesellschaftlichen Fortschritt hemme. Nun wird aber, gerade in letzter Zeit, mit wachsendem Druck darauf hingearbeitet, daß der dialektische Materialismus das gesamte Leben der Gesellschaft und auch des einzelnen durchdringen müsse. Alle Menschen sollen, wie man sagt, „sozialistisch leben".
Aus dieser Forderung eines sozialistischen Lebens erwachsen euch täglich schwere Gewissensnöte und Gewissensentscheidungen. Wir nennen einige solcher qualvoller Fragen:
Dürft ihr schweigen, wenn die Kirche, der christliche Glaube in Schule, Betrieb und Versammlungen verleumdet wird?
Dürfen Eltern zusehen, wenn ihre Kinder um des Glaubens willen in der Schule zurückgesetzt und verspottet werden?
Könnt ihr die sozialistischen Riten, z. B. Jugendweihe, sozialistische Namensgebung, sozialistische Trauung, mitmachen, um schwere Nachteile von euch abzuwenden?
Dürft ihr Resolutionen und Verpflichtungen unterschreiben, die gegen euer christliches Gewissen sind?
Dürft ihr die Propaganda des Atheismus unterstützen?
Könnt ihr einen Beruf wählen, in dem ihr nach den vorliegenden Erfahrungen nicht als Christen leben könnt?
Dürft ihr euch dazu hergeben, gegen andere Spitzeldienste zu leisten?
Dürft ihr euch von politischen Gruppen, die sich „christlich" nennen, gegen die Hirten der Kirche beeinflussen lassen?
Die Beantwortung dieser und ähnlicher Fragen ist dadurch belastet, daß mit ihr oft schwere und schwerste Nachteile für den einzelnen und seine Familie verbunden sind. So steht ihr letztlich vor der entscheidungsvollen Frage: Hat der Christ überhaupt noch eine Möglichkeit, in dieser Umwelt als Christ zu wirken? Findet er eine Aufgabe, die sein Leben innerlich erfüllt?
Wir wissen mit tiefem Dank gegen Gott, daß viele von euch in einer Klarheit, die aus dem Geiste Gottes kommt, auf solche Fragen Antwort geben und in einer begnadeten Tapferkeit alle schweren Folgen auf sich nehmen. Wir wissen aber auch, wie euch diese Fragen quälen, wie ihr um Antwort ringt. Darum halten wir es für unsere Pflicht, euch ein klärendes und zugleich stärkendes Wort zu sagen, ein Wort über eure Bewährung inmitten aller Schwierigkeiten und über eure Sendung in dieser Umwelt.

Bewährung des Christen

Wir können euch nicht auf jede Frage eine Antwort geben; dazu ist das Leben zu vielgestaltig. Aber einige Grundsätze wollen wir euch nennen, die euch helfen, den rechten Weg zu finden.

Seht euer Christenleben in der Nachfolge des Gekreuzigten!

Alle folgenden Ratschläge haben nur dann Sinn, wenn ihr fest entschlossen seid, Jünger des Gekreuzigten zu sein. Es gibt kein Christenleben ohne Opfer und Verzicht, schon gar nicht in der Welt, die euch umgibt. Die Kirche kann euch nicht sagen, wie ihr ohne Schwierigkeiten und Nachteile durchkommt; sie zeigt euch aber, wie ihr mit „gutem Gewissen und ungeheucheltem Glauben" (1 Tim. 1, 5) euren Weg zur ewigen Herrlichkeit gehen könnt. Es gibt Worte der Heiligen Schrift, die ständig in euren Herzen widerklingen sollen, um euer Leben zu prägen. Denkt etwa an das ernste Wort des Herrn: „Was nützt es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewinnt, aber an seiner Seele Schaden leidet?" (Matth. 16, 26). Oder laßt euch erinnern an den kühnen Satz des Römerbriefes: „Wer wird uns trennen können von der Liebe Christi? Not oder Drangsal, Verfolgung, Hunger, Blöße, Gefahr oder

Henkersschwert? ... Nichts in der Welt wird uns zu trennen vermögen von der Liebe Gottes, die ist in Jesus Christus, unserem Herrn!" (Röm. 8, 34—39).

Bekennt euch klar zu Christus und zu seiner Kirche!

Manchmal suchen gläubige Christen Ausflüchte, um so der Entscheidung zu entgehen. Die anderen nehmen dann eine solche Ausflucht als Zeichen der Schwäche oder eines beginnenden Nachgebens und lassen euch erst recht nicht in Ruhe. Ihr kommt nur in eine noch schwierigere Lage und werdet der Entscheidung doch nicht entrinnen. Oft ist es das beste, gleich eindeutig zu sagen: „Ich bin katholisch, ich kann das nicht tun."

Verweigert jedes Bekenntnis zur atheistischen Weltanschauung des Sozialismus!

Dem klaren Ja zu Christus entspreche ein klares Nein zum Materialismus. Laßt euch nicht durch beruhigende Reden beirren! In der Frage der sozialistischen Riten haben wir wiederholt zu euch gesprochen. So bekräftigen wir auch diesmal den Satz unseres letztjährigen Fastenhirtenbriefes: „Kein katholischer Christ kann die sozialistische Namensgebung, die sozialistische Jugendweihe, die sozialistische Trauung, die sozialistische Beerdigung oder ähnliche antikirchliche Feiern vollziehen, ohne seinen heiligen Glauben zu verleugnen. Zwischen dem Glauben an Gott und dem Bekenntnis zur Gottlosigkeit gibt es keinen Kompromiß." Verweigert auch alle Versprechungen dieser Art, wenn ihr etwa beim Schuleintritt eurer Kinder oder auch im Betrieb euch verpflichten sollt, die atheistischen Ersatzriten in eurer Familie durchzuführen!

Tretet stets ein für Glaube und Recht, wo ihr könnt, und schweigt niemals aus Menschenfurcht!

Gewiß könnt ihr nicht jedesmal eure Stimme erheben, wenn Unrecht geschieht oder Kirche und Glaube geschmäht werden. Ihr müßt sorgsam überlegen, ob ihr das rechte Wort sagen könnt und ob ein offenes Wort sinnvoll ist. Leider aber wird oft auch da geschwiegen, wo man reden könnte und reden müßte. Gerade zum Schutz der Kinder, die in der Schule um ihres Glaubens willen benachteiligt werden, sollten sich unsere Eltern mutig und klug einsetzen.

Wirkt nicht unmittelbar und ausdrücklich bei Handlungen mit, die gegen das christliche Gewissen sind!

Vieles könnt ihr nicht verhindern, was andere gegen Gottes Gebot tun, und oft wird das, was ihr selbst in rechter Absicht tut, zu unerlaubten Zwecken mißbraucht. Bewahrt euch in allem den klaren Blick für Recht und Unrecht! Prüft im einzelnen, wie weit ihr gehen dürft! Wenn z. B. die Ausübung eines Berufes ohne Abkehr von der Kirche oder ohne eine unchristliche Lebenshaltung nicht möglich ist, dann müssen wir euch schweren Herzens raten, lieber auf einen solchen Beruf zu verzichten. Wenn ihr in solchen Gewissensfragen unsicher seid, holt euch den Rat eines erfahrenen Seelsorgers oder auch eines gewissenhaften und frommen Glaubensbruders! Täglich solltet ihr beten um Erleuchtung, das Rechte zu sehen, und um die Kraft, das Rechte zu tun.

Seid vorsichtig gegen allen Mißbrauch des Christentums!

Ihr erlebt immer wieder, daß Gruppen, die sich „christlich" nennen, durch Versammlungen oder Aktionen euch in eurer klaren Haltung unsicher machen und euch von den Hirten der Kirche lösen wollen. Haltet euch von diesen Versuchen ganz zurück! Ihr leistet durch solche Mitarbeit weder der Kirche noch dem einzelnen Christen einen guten Dienst, sondern verwirrt dadurch euch selbst und andere. Gottlob blieb — aufs Ganze gesehen — derartigen Bemühungen der Erfolg versagt. Wir wollen auch weiterhin fest zusammenstehen.

Sendung des Christen

Den Belehrungen und Warnungen wollen wir nun ein Wort über eure große Berufung hinzufügen. Aus der Not, in die ihr gestellt seid, wird euch — so hoffen wir zu Gott — eine beglückende Aufgabe erwachsen.

Stellt eure Sache auf den Herrn!

Die gegenwärtige Stunde will euch fester in eurem Gott verankern. In allen Ländern der öffentlich geförderten Gottlosigkeit machen wir die tröstliche Erfahrung: Der Gottesglaube läßt sich nicht ausrotten. Wenn auch viele unsicher werden, so wird bei anderen — auch in der Jugend — die Sehnsucht nach der Antwort und dem Halt der Religion um so stärker. In allen Sorgen sprechen wir mit dem Psalmisten: „Meines Herzens Gut ist es, in Gottes Nähe zu weilen, in Gott dem Herrn meine Zuflucht zu haben" (Ps. 72, 28). Da in dieser Zeit der Bewährung manche von uns den drei Jünglingen im Feuerofen gleichen, so laßt uns auch, ihnen gleich, unseren Herrn um so lauter preisen.

Man sagt, die Religion sei überholt und schade den Menschen. Des Christen Sendung ist es, zu zeigen, was der Mensch mit Gott vermag. Ohne Gott verkümmert der Mensch im Tiefsten. Diese Welt braucht euch; denn für sie steht ihr vor Gott in stellvertretender Liebe betend und opfernd. So hat euer Leben einen großen und starken Sinn. Mag vieles auch mühselig und beschwerlich sein, der Herr hat zu euch gesprochen: „Kommet alle zu mir, die ihr voll Mühsal und beladen seid, ich will euch erquicken" (Matth. 11, 28). Ihr besitzt eine Freude, die euch nicht genommen wird und die hinüberreicht in das ewige Leben.

Stärkt die Kraft der Familie!

Heute ist die große Stunde der Familie. Je mehr die Vermassung und die Gottlosigkeit euch bedrohen, um so mehr muß die Familie ein Hort der Menschlichkeit und des Glaubens werden. Auch hier wird die Not Kräfte wecken, die sonst schlummern und ungenützt bleiben.

Durch das Schulgesetz vom 2. 12. 1959 kann der Zugriff einer gottlosen Schule auf eure Kinder noch schärfer werden, und für die Glaubensunterweisung droht neue Gefahr. Zudem liegt in der Linie des Gesetzes das Bestreben, das Recht der Eltern einzuengen. Wir Bischöfe hielten es deshalb für unsere Pflicht, im Namen der Familien, der Eltern und Schulkinder gegen dieses Gesetz Einspruch zu erheben.

Doch in diesem Wort zu euch wollen wir Vertrauen und Verantwortung wecken. Vertraut auf die tragende, formende Kraft der Familie! „Wären's der Wasser noch so

viel, die Liebe zu löschen vermögen sie nicht", heißt es in der Heiligen Schrift (Hohel. 8, 7).
Laßt euch in euren Familien durch die vielfältige Beanspruchung der Erwachsenen und auch der Kinder nicht auseinanderreißen, und nützt jene Zeit um so besser, in der ihr zusammensein könnt! Die Familie ist heute die wichtigste Glaubens- und Lebensschule für die Kinder, und ihr Eltern seid ihnen die erstverantwortlichen, unersetzlichen Seelsorger und Religionslehrer. Wenn aber jemand aus eurer Familie von Ungeist und Gottlosigkeit angesteckt wird, dann umfangt ihn mit geduldiger, helfender Liebe! Wir hegen wahrhaftig keine Illusionen über die Gefährdung und den vielfachen Verfall der Familie, aber noch größer ist unser Vertrauen, daß die Familie an der gegenwärtigen Not erstarkt.
Aus dieser Schau der Familie und bei dem harten Zugriff der Umwelt sollen unsere Seelsorgsgemeinden ein warmes, familienhaftes Gepräge erhalten, um allen, den Familien, der ringenden Jugend, besonders auch den Alleinstehenden Halt und Geborgenheit zu geben.

Tuet Gutes allen!

In der heutigen industrialisierten Gesellschaft sind überall die Beziehungen von Mensch zu Mensch gefährdet, besonders aber dort, wo noch dazu weltanschaulicher Druck auf den Menschen liegt. Die Menschen gehen nur allzuoft kalt und mißtrauisch aneinander vorüber. Doch sehnt sich der Mensch gerade in solch frostiger Umwelt nach einem verständnisvollen, stärkenden Wort und sucht die gütige Hand des Bruders. In diese Welt sind wir gesandt, „die Güte und Menschenfreundlichkeit Gottes unseres Erlösers" (Tit. 3, 4) darzustellen und unseren Mitmenschen zu schenken. Glückselig, wer das begriffen hat; er findet im härtesten Alltag eine erfüllende Aufgabe.
Zeigt diese Liebe gerade jenen, die irren und Gott ablehnen! Ihr Herz ist leer und gespalten, es hungert nach Glück und Liebe, auch wenn sie vielleicht selbstsichere und harte Reden gegen euch führen. Gerade sie brauchen eure Liebe. Wenn ihr als Jünger Christi mit den Augen des Guten Hirten durch eure Umwelt geht, so könnt ihr viele Wunden heilen, dürft Mutlose stärken und manchen Verirrten den Weg weisen. Freilich, solche Aufgabe wird nicht aus Menschenkraft gemeistert, sondern durch die Liebe Gottes, die durch den Heiligen Geist in unsere Herzen ausgegossen ist (vgl. Röm. 5, 5).

Heiligt eure Berufsarbeit!

Unsere Zeit ist ein Zeitalter hochwertiger, rastloser Arbeit. Dabei erlebt gerade ihr, wie die Arbeit vergötzt und zum letzten Ziel des Menschen gemacht wird, dabei aber den Menschen als schweres, drückendes Joch im Nacken liegt. In diese heutige Welt der Arbeit seid ihr als Christen gesandt.
Ihr arbeitet als Söhne und Töchter Gottes. Euch ist die Arbeit etwas Großes, nämlich Auftrag des Schöpfers, seine Welt zu gestalten und ihre Kräfte zu entfalten. Aber über der Arbeit steht euch die Rast bei Gott als Erfüllung eurer tiefsten Sehnsucht. Darum sind eure Arbeitstage geprägt vom Tag des Herrn, und eure Arbeitsstunden leben aus der Kraft eines betenden, gottliebenden Herzens.
Ihr arbeitet für eure Brüder. Alle Arbeit ist dem Christen irgendwie Dienst am Mitmenschen, am einzelnen oder an der Gemeinschaft. Ihr arbeitet für eure Familie, für eure Kinder. Wenn man heute soviel von „sozialistisch arbeiten" spricht, so weiß der Christ aus der Schau seines Glaubens um die soziale Verantwortung der Arbeit; darum arbeitet er gewissenhaft und setzt seine beste Kraft ein.
Ihr arbeitet als Jünger des kreuztragenden Herrn. Die Fron der Arbeit, die manchmal so drückend sein kann, wird dem Christen tragbar durch die Verbindung mit dem gekreuzigten Herrn, durch seinen regelmäßigen Gang zum Opferaltar. Darum steht der Christ innerlich froh auf seinem Arbeitsplatz und macht alle Arbeit, auch jene, die ihn unbefriedigt läßt, zu einem heiligen Opferdienst für seine Arbeitskameraden.
Wir fassen unser Hirtenschreiben zusammen in dem einen Satz des hl. Paulus: „Wandelt würdig der Berufung, die euch zuteil geworden ist!" (Eph. 4, 1). Das Leben in unserer Umwelt ist für uns nicht blindes Schicksal, mag es oft auch bitter sein, sondern liebender Ruf des Herrn an uns alle.
Liebe Brüder und Schwestern! Das Wort, das wir zu euch gesprochen haben, kam aus einem Herzen, das um die Last eures Lebens weiß und mit euch leidet. Doch die Verantwortung unseres Hirtenamtes und väterliche Liebe ließen uns so sprechen. Das aber sollt ihr wissen: In der kommenden Fastenzeit werden wir Tag für Tag am Opferaltar eurer Not gedenken und mit unserem Beten mitten unter euch sein.
Auch ihr mögt in diesen Gnadenwochen unserem Gott begegnen in Besinnung und Gebet, um seinen Ruf zu erfassen und seine Gnade in euer Leben hineinzuflehen. Wenn euch aber die Kirche zu Entsagung und Opfer mahnt, dann will sie euch näher zum Gekreuzigten führen und euch zugleich für den täglichen Kampf einüben. Inmitten aller Drangsal beten wir mit dem Völkerapostel voll gläubiger Zuversicht:
„Ihm aber, der durch seine wirksame Kraft in uns weit mehr zu tun vermag als alles, was wir erbitten und denken können: ihm sei Ehre in der Kirche und in Christus Jesus durch alle Geschlechter von Ewigkeit zu Ewigkeit! Amen" (Eph. 3, 20—21).

Die Kirche in den Ländern

Zur Errichtung der Hierarchie in Belgisch-Kongo

Mit Wirkung vom 10. November 1959 hat Papst Johannes XXIII. in Belgisch-Kongo und in dem angeschlossenen Mandatsgebiet von Ruanda-Urundi die Hierarchie errichtet. Im Kongo wurden in Anlehnung an die Verwaltungseinteilung sechs Kirchenprovinzen geschaffen, in Ruanda und Urundi je eine. Zu Metropolitansitzen wurden die Städte Léopoldville, Coquilhatville, Stanleyville, Bukavu, Luluabourg, Elisabethville im Kongo, Kabgayi in Ruanda und Kitega in Urundi bestimmt. Zu diesen acht Erzdiözesen werden neunundzwanzig Bistümer und sieben Apostolische Präfekturen gehören. Drei residierende

Bischöfe und zwei Weihbischöfe gehören dem einheimischen Klerus an, der 461 Priester zählt. Außerdem gibt es 473 einheimische Ordensbrüder und 1075 einheimische Schwestern. Insgesamt besteht das Missionspersonal aus 2379 Ordens- und 65 Weltpriestern, 125 Ordensscholastikern, 789 Ordensbrüdern und 2744 Schwestern. Die Zahl der Katholiken im Kongo beträgt etwa 4,5 Millionen, in Ruanda-Urundi etwa 2,5 Millionen unter einer Gesamtbevölkerung von 13 bzw. 5 Millionen Einwohnern.

Die Errichtung der Hierarchie geschah in einem Augenblick, der dem Lande eine geschichtliche Wende bringt. Am 30. Juni 1960 wird Belgien seiner bisherigen Kolonie die Souveränität übertragen. Schon vorher hat nun auch die katholische Kirche im Kongo die volle Selbständigkeit erlangt. Selbstverständlich hört sie damit nicht auf, eine Missionskirche und deshalb auch unter der Kontrolle der römischen Kongregation der Propaganda Fide zu verbleiben, wie sie auch fernerhin auf die Hilfe der Päpstlichen Missionswerke angewiesen sein wird. Jedoch amtieren die kirchlichen Oberhirten nun nicht mehr als Vikare des Papstes und als solche auf unmittelbare Weisung der Propaganda, sondern sie werden Ordinarien und stehen fortan in demselben Verhältnis zur römischen Kurie und ihren Kongregationen wie die Bischöfe in altchristlichen Ländern. Nur die sieben Apostolischen Präfekten in den Teilen des Landes, wo die Mission noch wenig konsolidiert ist, verbleiben in ihrer bisherigen Rechtsstellung. Dieser Hinweis soll den gelegentlichen Irrtum berichtigen, als würden die Länder, wo die Hierarchie errichtet wird, aus dem Missionsfeld der Kirche ausgeschieden.

Die belgischen Bischöfe haben das historische Ereignis zum Anlaß für einen gemeinsamen Hirtenbrief genommen. Darin charakterisieren sie es als die „herrliche Krönung der beharrlichen und heroischen, durch unerhörte Opfer befruchteten Anstrengungen der belgischen Missionare, die sich seit mehr als fünfzig Jahren der Missionierung Zentralafrikas gewidmet haben". In diesem Zeitraum haben 346 Ordenspriester und Scholastiker, 119 Brüder und 203 Schwestern auf dem Missionsfelde das Opfer ihres Lebens gebracht.

Der Hirtenbrief beschäftigt sich dann mit der Zukunft der kongolesischen Kirche. Die Bischöfe nehmen Bezug auf die Mahnungen der Enzyklika *Fidei donum* vom 21. April 1957 (Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 474), die den afrikanischen Völkern das Anrecht auf nationale Selbständigkeit garantiert, sie aber zugleich vor dem extremen Nationalismus warnt, und auf den Hirtenbrief des kongolesischen Episkopates vom 15. 8. 1959 (Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 129), der auf die Notwendigkeit hinweist, daß die Christen das neue Staatswesen und seine gesellschaftliche Ordnung mit christlichem Geist zu erfüllen suchen müssen. Daraus ziehen sie die Folgerung, daß Belgien dem Kongo nicht nur die Freiheit geben müsse, was es ja inzwischen getan hat, sondern in der Übergangszeit ihm auch behilflich sein müsse, von der Freiheit im Geist des Friedens und der Gerechtigkeit Gebrauch zu machen, und daß auch die Kirche Belgiens ihrer Schwesterkirche noch intensiver zu Hilfe kommen müsse als bisher.

Fehlende katholische Intelligenz

Wie der Bericht der Herder-Korrespondenz im Dezember 1959 (ds. Jhg., S. 127) bereits ausführte, liegen schwere Schatten nicht nur über der politischen, sondern auch über der kirchlichen Zukunft des Landes. Rein quantitativ betrachtet, gehörte die Mission in Zentralafrika in den letzten Jahrzehnten zu den erfolgreichsten der katholischen Kirche. Sie erzielte Massenbekehrungen. Aber leider mußte sie sich auch der Methode der Massenbekehrung bedienen. Im Vergleich zur Zahl der Katechumenen und Neuchristen war das Missionspersonal immer viel zu knapp, als daß die Einweihung ins Christentum und die Seelsorge hätten mit der nötigen Gründlichkeit oder gar in persönlichen Kontakten ausgeübt werden können. Auch die Missionsschulen haben fast ausschließlich eine relativ bescheidene Volksschulbildung vermittelt. Sie hat gewiß das geistige Niveau der einheimischen Bevölkerung mehr gehoben, als das in allen umliegenden Ländern geschehen ist. Heute sind 60 % aller Kinder eingeschult. Sie hat damit gewisse Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung des Kongo geschaffen und die Menschen auch befähigt, am sozialen und politischen Leben teilzunehmen. Aber es muß abgewartet werden, ob sie nicht auch den Nährboden für die radikalen nationalistischen, sozialen und weltanschaulichen Parolen geschaffen hat, die seit einem Jahr — für uns Europäer ganz unerwartet — den Kongo in einen Unruheherd verwandelt haben. Die Kongomission ist nicht mehr rechtzeitig dazu gekommen, eine zahlenmäßig nennenswerte katholische Intelligenz heranzubilden, die jetzt im entscheidenden Augenblick handelnd in die Gestaltung des neuen Staatswesens eingreifen und sich so zur Geltung bringen könnte, wie es dem fast 40 %igen Anteil der Katholiken an der Bevölkerung entspricht. Die Förderung der Intelligenz durch die Missionen hat sich im wesentlichen auf die Heranbildung eines einheimischen Klerus beschränkt, der jetzt notgedrungen und auf strenge Weisung des Episkopates hin äußerste politische Zurückhaltung üben muß. Wieder einmal fehlen die Laien in einer Stunde, wo alles auf ihre Präsenz ankäme.

Es ist kaum zu glauben, was Gräfin Dönhoff kürzlich in einem Reisebericht aus Luluabourg berichtete („Die Zeit", 4. 3. 60), daß es im ganzen Kongo nur sieben Akademiker schwarzer Hautfarbe gibt; aber da erst 1948 höhere Schulen gegründet wurden und erst 1956 die ersten Abiturienten auf die beiden neuen Universitäten in Léopoldville und Elisabethville zogen, wo heute etwa 500 Studenten ausgebildet werden, mag diese Angabe wohl ihre Richtigkeit haben. So besteht die große Gefahr, daß der Aufbau des neuen Staatswesens im Zeichen ganz anderer Prinzipien vor sich gehen wird, als sie durch die Einsicht in die sachlichen Notwendigkeiten, geschweige denn die Forderungen des Naturrechts und des Christentums geboten wären. Von der Brüsseler Konferenz, wo vom 20. Januar bis zum 20. Februar 1960 zwischen Belgiern und Vertretern der Stämme und Parteien des Kongo die Modalitäten der Übergabe ausgehandelt wurden, wird allerdings berichtet, es sei den Belgiern geglückt, den Kongolesen ein volkswirtschaftliches und juristisches Seminar zu halten und sie von der Unsinnigkeit mancher Vorstellungen zu überzeugen, mit denen sie nach Brüssel gekommen waren, und das sei ein großer Erfolg gewesen. Die Europäer im Kongo trauen diesem Frieden aber nicht. Die Kongowerte an den Börsen fallen, es werden Häuser verkauft und Gelder transferiert, Familien heimgeschickt, Ausverkäufe veranstaltet und Investitionen gestoppt.

Zersplitterte Bevölkerung

Das Bild der Einigkeit, das die kongelesische Delegation in Brüssel zu bieten suchte und mit Ausnahme der Extra-

vaganz des Führers der Abako, Kasavubus (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 127), auch bot, wird als täuschend empfunden. Im Kongo gibt es zunächst einmal eine Unzahl politischer Parteien von äußerst labiler Struktur. Sie entstehen, fusionieren, gehen auseinander und zerfallen. Das deutet schon genügend hin auf die Machtkämpfe und Rivalitäten der politischen Führer, die bei der Staatsgründung eine Rolle zu spielen beabsichtigen. Aber vielleicht stärker noch als durch das parteipolitische Chaos wird das Land durch die Stammesrivalitäten aufgewühlt, die im letzten Jahr zu blutigen Fehden größeren Ausmaßes führten. Sie konnten nur durch das Eingreifen der schlagkräftigen belgischen bewaffneten Macht beendet werden. Wer die Ordnung aufrechterhalten und die uralten Herrschaftsansprüche gewisser Stämme gegenüber ihren Nachbarn zügeln wird, wenn die Belgier abgezogen sind, das vermag heute niemand zu sagen. Ferner rivalisieren die Stammeshäupter und „Könige" mit den Führern der politischen Massenbewegungen. Auch Kasavubu und Lumumba lassen sich schon „König" titulieren. Es droht eine soziale Revolution, die aus den Stammesgegensätzen zusätzliche Spannungsmomente bekommt und von daher sehr leicht die staatliche Einheit gefährden kann. Von einer homogenen Einheit der Bevölkerung des Kongo oder auch nur von einem gemeinsamen Staatsgefühl kann keine Rede sein. Schon heute zeigen sich im reichsten Teil des Landes, dem südöstlichen Bergbaudistrikt Katanga, separatistische Neigungen.

Mission vor der Bewährungsprobe

Ob die Kirche die Kraft haben wird, zwischen den Polen dieses Spannungsfeldes ausgleichend zu wirken? Bisher hat keine der Parteien und politischen Gruppen eine feindselige Stellung ihr gegenüber eingenommen. Es sind auch in fast allen führenden Stellungen Katholiken tätig. Anderseits wurden die Missionen bei den Unruhen des letzten Jahres, soweit sie antieuropäischen Charakter hatten, nicht verschont. Eine ganze Anzahl von Missionsstationen wurde zerstört. Den extremen Nationalisten sind die Missionen wegen ihres guten Einvernehmen mit den belgischen Kolonialbehörden verdächtig. Die Beziehungen gewisser afrikanischer Führer und Journalisten zu belgischen und französischen Kommunisten sowie die Propaganda der von Moskau aus dirigierten sogenannten Weltorganisationen tun ein übriges, Kirche und Missionen zu verdächtigen. Der Kibangismus (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 128), der eine rassische Erlösungsreligion synkretistischer Prägung propagiert, bietet sich zur Ablösung des Christentums an, wenn das Ende der Herrschaft der Weißen gekommen sein wird. Der Glaube vieler schnell getaufter Katholiken ist nicht immer fundiert, um all solchen Verführungen zu widerstehen, und selbst unter guten Katholiken macht sich eine Stimmung der Lähmung bemerkbar. Der internationale „Fides-Dienst" schrieb am 12. Dezember 1959: „Das politisch-religiöse System des Kibangismus erscheint gerade unter den jetzigen Umständen besonders anziehend und brennt darauf, eine Art Nationalkirche nach dem Muster gewisser nichtkatholischer Kirchen anderer Kontinente zu werden. Auch Sekten wie die Zeugen Jehovas, die Sekte der ‚Gottgeschenkten' und unzählige Heilkünstler und Wundertäter arbeiten ganz offen und tragen zur Verwirrung bei. Der positivistische Relativismus, wie er an der Universität Elisabethville gelehrt wird, läßt unter dem Vorwand einer Rückkehr zum wahren Negertum ein Neuheidentum aufleben, will die alten Riten wieder erstehen lassen, verteidigt die Polygamie und tritt für alte Bräuche ein, die auf dem merkwürdigsten Aberglauben aufgebaut sind."

Die Kirchengeschichte zeigt, daß die allermeisten Missionen früher oder später einer ernsten Bewährungsprobe ausgesetzt worden sind. Ohne Prophetengabe läßt sich voraussehen, daß die bisher so ungestört aufblühende Kongomission in nicht ferner Zukunft ebenfalls vor eine solche gestellt sein wird.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Die europäische Priesterfrage

Das Beiwort „europäisch" läßt erkennen, daß es hier um eine religions- und pastoralsoziologische Frage geht. Sie beschäftigte im Oktober 1958 einen Kongreß der Fachleute in Wien, dem Erzbischof Dr. Franz Jachym präsidierte. Das Internationale katholische Institut für kirchliche Sozialforschung hat jetzt in eigenem Verlag (Wien 1959) einen umfangreichen Bericht über diese Tagung herausgegeben, der die Vielfältigkeit der Probleme aufzeigt, die zu einer soziologischen Untersuchung der europäischen Priesterfrage gehören, und der auch schon gewisse Ergebnise dieser Untersuchungen mitteilt. Wegen ihrer Bedeutung für die Seelsorge wird hier darüber berichtet.

Die Pastoralsoziologie

Die Pastoralsoziologie ist zwar auf dem Weg, sich durchzusetzen, begegnet aber in Seelsorgerkreisen vielfach noch gewissen Bedenken. Einmal, so hört man sagen, sind die Ergebnisse ihrer Felduntersuchungen zumeist nicht neu oder gar überraschend. Sie bestätigen im wesentlichen immer nur das, was ein tüchtiger Seelsorger mit seinem Fingerspitzengefühl erfährt, wenn sie nicht gar nur Binsenwahrheiten aussprechen, wie etwa die Tatsache, daß der Priesternachwuchs fast ausnahmslos aus christlichen Familien kommt. Dagegen ist zu sagen, daß gefühlsmäßige Urteile über soziale Faktoren im Bereich der Glaubenswelt und Seelsorge die Dinge oft zu sehr vereinfachen und dadurch verzerren. Was die Frage des Priesternachwuchses betrifft, wäre es, wie der bekannte französische Pastoralsoziologe, Kanonikus Fernand Boulard, Paris, in Wien sagte, falsch und praktisch unergiebig, alles auf einige wenige Ursachen zurückzuführen und demgemäß nach einem Allheilmittel zu suchen. Will man etwas erreichen, dann muß eine große Anzahl soziologischer Faktoren genau untersucht und dann auch praktisch beachtet werden. Und darum bemüht sich die Pastoralsoziologie und bemühte sich auch die Wiener Tagung.

Ein anderer Einwand ist tiefgründiger: Lassen sich christliche Phänomene wie die Gläubigkeit, die Befolgung der Gebote Christi, die Kirchentreue oder, in unserm Falle, das Priestertum überhaupt mit den Mitteln der Soziologie erfassen oder gar beeinflussen? Man kann Symptome er-

kennen, man kann feststellen, wie zahlreich die Gläubigen am Sonntagsgottesdienst teilnehmen und die Sakramente empfangen. Aber erfaßt man damit das, worauf es doch für die religiöse Beurteilung des Zustandes, des Aufschwunges oder Niederganges der Gläubigkeit einzig und allein ankommt: die Innerlichkeit der Teilnahme? Wie will man soziologisch das rein traditionelle Christentum vom innerlich gelebten unterscheiden? Dazu bemerkte einmal ein deutscher Bischof: „Ich kann zwar nicht sagen, ob eine Gemeinde mit gutem Sakramentenempfang eine gute Gemeinde ist, aber ich kann sicher sagen, daß eine Gemeinde mit schlechtem Sakramentenempfang keine gute christliche Gemeinde sein kann." Die soziologischen und statistischen Untersuchungen und Aufzeichnungen haben also mindestens den Wert eines negativen Kriteriums. Man kann die Frage, und das gilt besonders für die Priesterfrage, auch so formulieren: Kommt es nicht ganz auf die Gnade Gottes an, daß der Glaube wächst und die Zahl und Qualität der Priesterberufungen sich erhöht? Man kann sich doch nicht einbilden, solche Ereignisse der Gnade Gottes mit menschlichen Mitteln, wie die Soziologie sie vielleicht vorschlägt, herbeizwingen zu können.

Priesterberuf als Gnade

Dazu sagte Erzbischof Jachym: „Wir wollen bei unseren Bemühungen hier nie und nimmer in Frage stellen, daß der Priesterberuf eine Gnade ist, und wir wollen davon auch nicht nur rein philosophisch distinguierend absehen, so, als wollten unsere Überlegungen und Ratschläge das Beten zuletzt doch ersetzen und überflüssig machen: Herr, sende Arbeiter in deinen Weinberg! Wir hoffen im Gegenteil, daß gerade unsere Zusammenkunft hier ergibt, daß in dieser Hinsicht noch viel mehr zu tun ist, nicht genug getan werden kann, daß also das Beten um Berufe und gute Priester nur unterstrichen wird."

„Aber andererseits sagt uns der Glaube, daß im Heilswerk der Kirche Christi Menschenwerk und Gotteswerk engstens miteinander verbunden sind ... Die regel-, ja gesetzmäßige Abhängigkeit der Priesterberufe von innerweltlichen, gesellschaftlichen Faktoren, vom soziologischen Milieu wird heute nach den vielen soziographischen Vorarbeiten auf diesem Gebiet kein Einsichtiger mehr leugnen können." Und wiederum bestätigte Kanonikus Boulard die Bedeutung soziologischer Untersuchungen als negativer Kriterien, wenn er gerade auf Grund soziologischer Befunde zu dem Urteil gelangte, daß es keine wirkliche Abhilfe für den Priestermangel gibt außer einer echten Wiederverchristlichung, außer „einem aufgeklärten, lebendigen Christentum, das fest und sicher in der Gegenwart steht". Nun, die Erkenntnis der Gegenwart und die Bestimmung eines ihre Gefahren bannenden und ihre Entwicklung beeinflussenden menschlichen religiösen Verhaltens ist der soziologischen Forschung möglich, und darum ist sie eine Hilfe für die Seelsorge.

Die Bedeutung der europäischen Priesterfrage

Wenn man von einer europäischen Priesterfrage spricht, dann ist nicht nur gemeint, daß sie überall in Europa, mit Ausnahme von Irland, Belgien und den Niederlanden, vielleicht auch noch der Schweiz und Spanien, in der Form des Priestermangels und Nachwuchsmangels auftritt, sondern auch, daß ihre Existenz die heils- und kirchengeschichtliche Rolle Europas bedroht. Sie muß also im Zeichen gesamteuropäischer Solidarität gesehen werden.

Es sei, so bemerkte ein Redner, ein bedenklich stimmender Vergleich, daß gesamteuropäische Überlegungen, Planungen, Aktionen und Institutionen heute in der Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Technik, auch im kulturellen Bereich schon zur Selbstverständlichkeit geworden sind, in beträchtlicher Zahl existieren und eine erfolgreiche Wirksamkeit entfalten, während man in der Kirche weiterhin im wesentlichen in den Kategorien einer „diözesanen Autarkie" denkt. Wenn man sich die christliche Verantwortung Europas vergegenwärtigt, die den übrigen Motiven für eine Integration Europas ein religiöses hinzufügt, „dann ist es um so verwunderlicher, daß wir, die wir als Katholiken noch die besten Voraussetzungen dafür hätten, bisher in dieser Bewegung nicht die Führung innehaben, sondern eher den Eindruck von nachhinkenden Marodeuren machen". Hier liegt ein Fall vor, in dem die Anpassung an die Gegenwart sehr zu wünschen übrigläßt. Die Katholizität der Kirche, die Verbundenheit der Gläubigen wirkt sich zwar in der Vertikalen, in der Verbundenheit mit dem Papst und der Führungskraft des Papsttums heute stärker aus als je zuvor, dagegen ist sie in der Horizontalen, wenn man von Nachbarschaftskontakten, einigen internationalen katholischen Organisationen von unterschiedlicher Bedeutung, gelegentlichen Treffen und Kongressen und der Hilfe für die Missionen absieht, nur schwach entwickelt. Es fehlt mehr noch als an äußeren Kontakten am Gefühl der Verantwortung füreinander und der gemeinsamen Verantwortung der europäischen Katholiken für die übrige Christenheit.

Wenn sich nun aber im kirchlichen Bereich wirklich das Gefühl der Solidarität regt, dann meint man vielfach nur die Gebetshilfe und die Unterstützung mit Geld. Dagegen wird, abgesehen von der Werbung der Missionsorden und in allerletzter Zeit der Werbung christlicher Laienkräfte für die Entwicklungsländer, so gut wie gar nichts getan für einen solidarischen Einsatz des wichtigsten natürlichen Faktors der Seelsorge und Mission, nämlich des menschlichen. Auch darin scheint die Kirche einer stärkeren Anpassung an die Erfordernisse der Gegenwart und Zukunft bedürftig. Die Sorge um den Nachwuchs qualifizierter Kräfte für das Führungsreservoir, ihre Ausbildung für internationale Aufgaben und ihren rationellen Einsatz gehört heute zu den wichtigsten Problemen, vor die sich die Verantwortlichen in der Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Politik gestellt sehen. Was man in der soziologischen Fachsprache als „manpower" bezeichnet, als menschliches Potential, das wird mehr und mehr zu einem ausschlaggebenden Faktor der sozialen und politischen Konkurrenzkämpfe unserer Tage. Erzbischof Jachym trug kein Bedenken, diesen Begriff auch zur Kennzeichnung der Aufgabe zu verwenden, die der Kirche in Europa bevorsteht.

Moderne Organisation der Seelsorge

Die Bedeutung dieser Aufgabe und damit der Priesterfrage in Europa hat drei Aspekte, wenn man sie im Blick auf die Zukunft betrachtet. Zunächst einmal handelt es sich um einen rationelleren Einsatz und Ausgleich der vorhandenen Kräfte, das heißt um eine modernere Organisation der Seelsorge in den europäischen Ländern selbst, zuerst auf nationaler, dann aber auch auf internationaler Ebene. Die territoriale Struktur der Seelsorge entspricht weder in ihrer überkommenen Form noch als absolutes Prinzip den gesellschaftlichen Strukturen der modernen Massen- und Industriegesellschaft. Die krassen Größen-

unterschiede zwischen ländlichen und industriestädtischen Pfarreien rechtfertigt die Formulierung: Während die Menschen in die Städte wanderten, blieben die Priester auf dem Lande. Die Kirche ist den Menschen nicht genügend nachgegangen. Um ein Beispiel anzuführen, gibt es in der Diözese Besançon beinahe 600 Pfarreien mit weniger als 300 Seelen, in Amiens 555, in Soissons 460, in der Diözese Digne sogar mehr als hundert Pfarreien mit weniger als 50 Einwohnern. „Anstatt also fortwährend darauf hinzuweisen, daß in Frankreich mehr als 15 000 Pfarren ohne Priester sind, täte man besser, daran zu denken, daß in seinen Großstädten Millionen Katholiken sind ohne eine Pfarre und ohne genügend Priester." Das gilt nicht nur für Frankreich, sondern für die Großstädte wohl fast aller europäischen Länder. Der Hinweis auf unbesetzte Pfarreien ist kein sicherer Maßstab für den Mangel an Priestern. Aber das Territorialprinzip ist nicht nur in seiner historisch gewordenen Grenzziehung, sondern auch als Prinzip problematisch geworden. Es stammt aus dem Agrarzeitalter mit seiner seßhaften und durch Nachbarschaft verbundenen Bevölkerung. Es ist das kirchliche Gegenstück zur Heimat. Diese Maßstäbe haben für den motorisierten Industrie- und Massenmenschen von heute ihre Gültigkeit verloren. Man hat den Begriff der soziologischen Heimat geprägt, um auszudrücken, daß z. B. der Industriearbeiter mehr unter seinen Arbeitskameraden oder in seiner Klasse beheimatet ist als in seiner Mietskaserne und in seinem Wohnviertel. Deshalb wird es immer notwendiger, die Territorialseelsorge durch eine Sozialseelsorge zu ergänzen, und das wirft Probleme der Ausbildung und des Einsatzes der Priester auf, die auf diözesaner Ebene nicht gelöst werden können.

Verantwortung für Osteuropa

Aber wenn die Politik der diözesanen Autarkie aufgegeben würde und im Geiste katholischer Solidarität eine Rationalisierung des Einsatzes der Kräfte innerhalb Europas und zunächst seiner Länder zustande käme, hätte man die Wichtigkeit der europäischen Priesterfrage noch lange nicht erschöpft. Sie hat einen zweiten Aspekt, der von den meisten Gläubigen und wohl auch Priestern kaum bedacht wird: die Verantwortung für die osteuropäischen Völker, die zur Zeit vom Kommunismus beherrscht werden. Wir wissen, daß der Kommunismus in Massen Funktionäre züchtet, die die Länder der freien Welt, besonders die Entwicklungsländer, für ihn gewinnen sollen. Wir glauben anderseits, daß Osteuropa einmal von seinem Joch frei werden wird. Was tun wir, um den Völkern Osteuropas an diesem Tag X geistlich zu Hilfe zu kommen? Eine solche Hilfe kann doch nicht improvisiert werden. Wenn sie nicht vorbereitet wird, wird sie im gegebenen Falle nicht dasein, und die Chance der Wiedergewinnung des Ostens für Christus wird nicht genützt werden können. Die Verantwortung dafür trägt zweifellos die Christenheit Europas.
Über diesen Aspekt der europäischen Priesterfrage sprach in Wien P. Werenfried van Straaten OPraem in einem der aufregendsten Vorträge der Tagung. „Wir werden Länder betreten, in denen es kaum noch Priester und fast keine Gemeinden mehr gibt, keinen Priesternachwuchs, keine Klosterorden, keine Organisationen, keine Apostolatsmethoden, in denen es seit Jahren keinen Kontakt mehr zur Theologie der Weltkirche gegeben hat. Braches, ödes Land. Das wird die Lage sein. Wenn wir dann nicht sofort zur Stelle sind, kommen wir zu spät!"

Die Bereitschaft der Kirche Europas für diesen Einsatz wachzurufen und die Vorbereitung dafür organisatorisch, methodisch und theologisch zu fördern, soweit das in menschlichen Kräften steht, darin sieht die Ostpriesterhilfe ihre eigentliche Aufgabe. Man möchte sie für phantastisch halten. Aber es wäre nicht zum erstenmal, daß in der Kirche aus winzigen Anfängen große Dinge entstehen, die den καίρος, den schicksalhaften Augenblick, meistern. Der Bericht P. Werenfrieds erbrachte den überzeugendsten Beweis dafür, daß man auch vor einer anscheinend so aussichtslosen Aufgabe wie dieser nicht zu resignieren braucht, wenn man das nötige Gottvertrauen hat. Die Ostpriesterhilfe ermöglicht zur Zeit insgesamt 1500 jungen Emigranten aus dem Osten die Ausbildung für den künftigen Seelsorgsdienst in ihrer Heimat. Einen zweiten Weg beschritt sie mit der Rekrutierung junger Ordensleute aus Westeuropa für einen zukünftigen Einsatz im Osten. Der Anfang mit ihrer Sonderausbildung durch Ordensleute, die früher in Osteuropa gewirkt haben, ist bereits gemacht. Sie sollen den Kern bilden für Ordensgemeinschaften, die einmal als in sich gesicherte Verbände im Osten wirken können. Einem autarken Denken mag es utopisch erscheinen, die Seelsorge oder gar die Remissionierung in europäischen Ländern durch Ausländer für aussichtsreich zu halten. Aber man verwies in Wien immer wieder auf die Missionsgeschichte der Kirche, die ja doch zum großen Teil die Geschichte eines Wirkens von ausländischen Missionaren gewesen ist. Freilich kannten weder das Altertum noch das Mittelalter den Nationalismus der Gegenwart, der heute in Asien und zusehends auch in Afrika die katholische Mission bedroht. In unserm Falle aber kann doch wohl angenommen oder wenigstens erhofft werden, daß die Völker der Satellitenstaaten des Kommunismus im Falle seines Zusammenbruchs oder seiner Evolution dem Dienst der freien Welt ebenso zugänglich sein würden wie das deutsche Volk nach dem Ende des Nationalsozialismus. Aber auch diese Vorsorge für den Osten ist, rein quantitativ betrachtet, noch ungenügend. Deshalb sucht P. van Straaten den weiteren Plan einer „Fremdenlegion Gottes" zu verwirklichen. In diesem Institut sollen Welt- und Ordenspriester in Gemeinschaften zusammengeschlossen und mindestens ein Jahr lang für die Möglichkeit eines Einsatzes im Osten ausgebildet werden. Sie kehren nach dieser Ausbildung vorläufig in ihre derzeitigen Stellungen zurück.
Alles in allem hofft P. van Straaten, daß etwa im Jahre 1961 2500 Priester und Theologen für den Osten bereit sein werden und daß bei gutem Fortgang der Aktion im Jahre 1968 „die Christenheit des Westens gerüstet sein wird, ihren bedrängten Brüdern im Osten zu helfen".

Weltmission

Einen dritten Aspekt bietet die europäische Priesterfrage, wenn man sie im Licht der Aufgabe der Weltmission betrachtet. Europa wird noch für lange Zeit das bei weitem wichtigste Reservoir für Missionare sein. Es stellt heute noch beinahe 90 % aller auswärtigen Missionare, die in den Gebieten der Propaganda Fide wirken. Aus Belgien, Holland, Irland und der Schweiz, wo zusammen nur 3 bis 4 % aller Katholiken leben, kommen 40 % aller Missionare. Es kann nicht dem Zufall überlassen werden, daß dieser Strom weiterhin fließt. Das würde nicht der weltgeschichtlichen Epoche entsprechen, in der wir uns befinden, einer Zeit des Umbruchs, der mindestens seit der

Völkerwanderung kein Ereignis der Geschichte an Bedeutung für die Zukunft der Menschheit gleichkommt. Es würde aber auch nicht dem Auftrag Christi an seine Apostel genügen. Papst Pius XII. hat in der Enzyklika *Fidei donum* vom 21. April 1957 den Episkopat an seine Gesamtverantwortung für die Missionen erinnert. „Zweifellos", sagte der Papst, „hat Jesus Christus nur dem Apostel Petrus und seinen Nachfolgern, den römischen Bischöfen, die Gesamtheit seiner Herde anvertraut ... Doch wenn die einzelnen Bischöfe nur für jenen Teil der Herde, der ihnen besonders anvertraut ist, Hirten im eigentlichen Sinne sind, so sind sie doch als rechtmäßige Nachfolger der Apostel durch göttliche Einsetzung mitverantwortlich für die Missionsaufgaben der Kirche" (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 477). Gelingt es, den Priesternachwuchs insgesamt aufrechtzuerhalten und zu verstärken, dann werden die Missionsberufe ganz selbstverständlich daran teilnehmen.

So geht es also bei der europäischen Priesterfrage keineswegs nur darum, daß jede Diözese für sich selbst sorgt. Katholizität und Kirchturmspolitik, auch wenn es sich um den Turm der Kathedrale handelt, schließen einander schon ex definitione aus. Das ist das Ergebnis, wenn man über die Bedeutung der Sache nachdenkt, die in Wien verhandelt wurde.

Analyse des Problems

Dieser Bericht kann die überaus differenzierte Problemlage, die in Wien teils ausführlich zur Sprache kam, häufiger aber mangels genügenden Materials oder genügender Zeit auch bloß angedeutet wurde, nur summarisch wiedergeben und will sich bemühen, das hervorzuheben, was bei dieser Frage in weiteren Kreisen vielleicht weniger bedacht wird.

Die beherrschenden Gesichtspunkte, unter denen unser Thema meist erörtert wird, wenn die Rede darauf kommt, sind quantitativer Art. Man spricht von Priestermangel und Nachwuchsrückgang, wobei man mit statistischem Material argumentiert, wie es etwa in der Soziographischen Beilage Nr. 2 der Herder-Korrespondenz (9. Jhg., nach S. 360) in einer internationalen Überschau vorgelegt worden ist. Aber die Angaben über die Zahl der Priester, die in den einzelnen Ländern leben, selbst wenn sie in Beziehung zu der Zahl der dort nominell vorhandenen Gläubigen gebracht werden, lassen keinen Rückschluß zu auf das in den einzelnen Ländern tatsächlich verfügbare Seelsorgepotential. Das beste Beispiel dafür ist Rom, wo ein eklatanter Mangel an Seelsorgern besteht, obwohl wahrscheinlich keine andere Stadt der Welt soviel Klerus in ihren Mauern beherbergt. Auch die absolute Zahl der in der Seelsorge tätigen Priester ist kein genügender Maßstab, um eine Übersicht über das effektive Seelsorgepotential zu gewinnen, sowenig die Zahl der Soldaten einer Armee für die Schlagkraft dieser Armee an den Schwerpunkten der Front oder gar verschiedener Fronten etwas besagt. Seelsorgepotential ist die Zahl der Seelsorger, gemessen einerseits an ihrer persönlichen Einsatzfähigkeit, für die z. B. der Altersaufbau, die Ausbildung, die Aufgeschlossenheit und die Beweglichkeit entscheidend sind, und anderseits am effektiven Seelsorge- und Missionsbedürfnis, das durchaus geringer sein kann als die Zahl der etatmäßigen Stellen und Pfarreien, das aber wegen der steigenden Notwendigkeit einer sozialen und funktionalen Seelsorge auch nicht einfach nach den Quadratkilometern oder der Katholikenzahl einer Diözese berechnet werden kann. Wenn man diese Notwendigkeit berücksichtigt, „ist das Personal einer Diözese niemals vollständig ausreichend". Es gibt also Dringlichkeitsstufen. Es kommt nicht auf die Besetzung vorhandener Stellen an, sondern auf den richtigen Einsatz an den Schwerpunkten. Entspricht die durch Jahrhunderte überkommene Verteilung der Priester nach dem Territorialprinzip dem Gleichnis aus dem Evangelium, das uns erzählt, wie der gute Hirte 99 Schafe verläßt, um dem einen verlorenen nachzugehen?

Schwerpunkte der Seelsorgenot

Die Schwerpunkte werden durch zahlreiche soziologisch feststellbare Faktoren bestimmt. Einige davon liegen klar auf der Hand und sind schon lange bekannt, ohne daß man ihnen in der Praxis genügend Rechnung getragen hat. Da ist der Seelsorgenotstand in vielen Großstädten und in ihnen wieder besonders unter der Industriearbeiterschaft. Der krasseste Fall dieser Art ist wahrscheinlich Paris, ähnlich mag es aber auch in Wien, in Rom, in Barcelona, in Lissabon aussehen, lauter Städte inmitten katholischer Länder. Und warum sieht es dort so aus? Weil diese Diözesen sich aus eigener Kraft nicht helfen können, nicht in personeller und wahrscheinlich auch nicht in materieller Hinsicht. Boulard sagte: Die einzige wirkliche Priesternot in Frankreich besteht in Paris. Hier hat die Solidarität auf nationaler Ebene versagt. Mehrere Redner brachten zum Ausdruck, daß es, wenn man modern denkt, grotesk genannt werden muß, daß die Diözesen eines Landes zwar ununterbrochen ihre Menschen in diese Massenzentren abströmen lassen, aber nur wenig getan haben, um ihnen auch die Priester nachzuschicken. In Westdeutschland sind die Verhältnisse in bezug hierauf wohl ausgeglichener. Dafür spielt hier wieder ein anderer sozialer Faktor eine große Rolle, nämlich der der Diaspora.

Andere Schwerpunkte sind noch wenig untersucht, aber sie zeichnen sich ab. Dazu gehört die Erwägung, daß die Kirche in ihren Priestern überall dort in besonderer Weise präsent sein müßte, wo soziale oder weltanschauliche Offensiven drohen, ganz unabhängig vom Territorialprinzip. Es wäre ungerecht, zu behaupten, daß in dieser Hinsicht nichts geschehen wäre. Man braucht nur an die Flüchtlingsseelsorge, die französischen Arbeiterpriester oder die Mission de France zu erinnern. Aber jedenfalls wird die Spezialseelsorge immer dringender, und sie ruft ebenfalls nach überdiözesaner Solidarität, auch aus dem Grunde, weil hierfür speziell vorbereitete und ausgebildete Priester gebraucht werden. Eine andere Aufgabe, die das Pfarr- und Diözesanprinzip überfordert, besteht in der missionarischen Wiedergewinnung ausgesprochen paganisierter Gebiete oder Gesellschaftsschichten, die es — besonders offensichtlich — in Frankreich, aber bei genauerer soziologischer Untersuchung zweifellos auch in anderen Ländern gibt.

Die Folgerung, die sich aus einer Analyse des Problems ergibt und die hier an einigen wenigen Beispielen verdeutlicht werden sollte, hat P. Werenfried in Wien mit dem Wort „Lastenausgleich" sehr treffend ausgedrückt. Nur ist dieser Lastenausgleich nicht in Geld ablösbar; es geht um einen Ausgleich des Seelsorgepotentials. Und das besteht in erster Linie aus Priestern. Man hat die Abgabe von Priestern aus verhältnismäßig gut versorgten an notleidende Gebiete in Wien sozusagen als eine Selbstverständlichkeit betrachtet, wenn die Kirche sich den veränderten Strukturen der Gesellschaft anpassen will. Dieser Lasten-

ausgleich kann sich im überwiegenden Teil Europas jeweils auf nationaler Ebene vollziehen, so hat man in Wien festgestellt. Von den nordischen Ländern und England abgesehen, für das aber Irland das natürliche Reservoir werden könnte, gibt es nur zwei Länder in Europa, die insgesamt so sehr Not leiden, daß sie ausländischer Priesterhilfe bedürfen: Portugal und Österreich. Dennoch hat man aus zwei Gründen die Vorbereitung eines internationalen Ausgleichs in größerem Stil für notwendig gehalten. Es ist bei einer kritischen Betrachtung der Nachwuchsentwicklung möglich, daß auch andere Länder notleidend werden, ja daß sie schon heute in bezug auf ihr Seelsorgepotential bei genauerem Zusehen so sehr viel schlechter daran sind als andere, daß eine Blutzufuhr von außen sehr nützlich wäre. Zweitens aber scheint die wirtschaftliche, soziale und schließlich auch politische Integration unseres Kontinents, auf längere Sicht betrachtet, doch wohl ein unaufhaltsamer Vorgang zu sein. Das würde eine heute noch nicht abschätzbare Mobilität der Bevölkerung nach sich ziehen. Wird die Kirche nicht auch ihre Priester für eine solche Mobilität vorbereiten müssen, wenn sie nicht wieder einmal „die Dynamik der Zeit" verpassen will?

Praktische Folgerungen: Der priesterliche Lastenausgleich

Es gibt nur zwei Möglichkeiten, dem Mangel an Priestern oder, genauer gesagt, an Seelsorgepotential abzuhelfen: die Vermehrung des Nachwuchses und die Rationalisierung des Einsatzes. Da die erste, von der nachher berichtet werden soll, nur sehr beschränkt in unserer Macht steht, muß man sich mit der zweiten beschäftigen. Die Rationalisierung des Einsatzes der Priester wird überall dort, wo nicht ein wirklicher Überschuß vorhanden ist wie in Irland, schon unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der eigenen Diözese notwendig sein. Aber besonders Kanonikus Boulard drang darauf, daß sie in echter Katholizität nicht an dem Punkt haltmachen dürfe, wo die eigenen Bedürfnisse einigermaßen befriedigt sind. Er zitierte ein Motto, das seit zehn Jahren in der Diözese Luçon befolgt wird: „Es genügt nicht, sich hinlänglich mit Priestern zu versehen, man muß eine Höchstzahl an Priestern abgeben." Sowohl die Einsparung von Kräften als auch die Abgabe an andere Diözesen, womöglich gar an ausländische, hat ihre eigenen Schwierigkeiten.

Rationalisierung des Einsatzes

Zur Frage der Rationalisierung des Einsatzes werden wohl die meisten mit Professor Schwarzbauer, Linz, erklären: „Die Freimachung anderwärts beschäftigter Weltpriester für die Seelsorge ist — in größerem Ausmaß — kaum mehr möglich." Aber vielleicht eine solche von Seelsorgern mittels einer neuen Strukturierung der Seelsorge? Selbstverständlich lassen sich dafür keine allgemeingültigen Vorschläge machen; denn die Verhältnisse sind in jedem Lande andere. Zwei Vorschläge von französischer Seite, einer davon auch aus Österreich wiederholt, sollen jedoch genannt werden. Der erste betrifft eine andere Organisation der Landseelsorge. Es sind nun einmal verhältnismäßig weit mehr Priester auf dem Lande tätig als in der Stadt. Wenn also eingespart werden muß, dann wohl in erster Linie dort! Das bedeutet keine mindere Achtung der Landseelsorge, wenn man auch nicht vergessen darf, daß unter dem Gesichtspunkt der Schwerpunktbildung in der Industriegesellschaft die Stadt- bzw. Industriegemeinden, in denen die Würfel über die geistig-gesellschaftliche Entwicklung fallen, objektiv wichtiger sind, wenn man das Reich Gottes im ganzen sieht. Das kann auch nicht dadurch widerlegt werden, daß vor Gott alle Seelen gleichen Wert haben. Es gibt eben solche, die mehr, und solche, die weniger menschlichen Einsatz an Seelsorge nötig haben. In Frankreich ist man versuchsweise da und dort dazu übergegangen, kleine Landpfarreien nicht einfach unbesetzt zu lassen und dem Nachbarpfarrer zuzuweisen, sondern eine ganze Gruppe solcher Gemeinden von einer Zentrale aus durch eine kleine Gemeinschaft von Priestern betreuen zu lassen. Das heißt, man übernimmt das in den Missionen übliche Stützpunktsystem. So wird nicht das eine Dorf zum Pfarrort und das andere zur Filiale, sondern alle werden gleichmäßig vom Stützpunkt aus versorgt. Boulard sagt selbst: „Die Lösung ist nicht leicht, da man gegen tausendjährige Gewohnheiten anzukämpfen hat." Denn da verschwindet die ehrwürdige Gestalt des mit seinen Pfarrkindern auf Gedeih und Verderb verbundenen Landpfarrers. Aber haben die Landbewohner darauf ein unantastbares Recht, wenn man sich überlegt, daß in den Mammutpfarreien der Städte nicht nur von einem solchen gewiß sehr schönen Kontakt keine Rede ist, sondern überdies tausende hilfsbedürftiger Seelen nie einem Priester von Angesicht zu Angesicht gegenüberstehen, außer im Beichtstuhl, den sie aber nicht aufsuchen? Muß man nicht Ernst damit machen, daß radikale Änderungen der Zeiten auch in der Seelsorge nicht mit Pflästerchen kuriert werden können? Überall in der heutigen Welt tritt an die Stelle der Einzelleistung das team-work. Kann die Kirche sich davon ausschließen, um ehrwürdige Überlieferungen zu hüten, auch wenn sie tausend Jahre alt sind? Die Entscheidung in dieser Sache kann vielleicht als Prüfstein dafür dienen, wie mutig oder zögernd man aus den Gegebenheiten die Konsequenzen zieht. Übrigens wird das team-work auch die Autarkie der Stadtpfarreien, wo sie noch besteht, relativieren müssen. Die schon erwähnte funktionelle und soziale Seelsorge überschneidet nicht nur die Pfarrgrenzen von ihrem Objekt her, sondern kann auch nur von Seelsorger-teams bewältigt werden. Die Konzentration von Seelsorgern in Gemeinschaften auf dem Lande und vielleicht auch in Städten würde übrigens ein Hindernis beseitigen oder verkleinern, das nach Beobachtungen, die in Wien referiert wurden, manche Priesterberufung zunichte macht: die Furcht vor der Vereinsamung, die das Schicksal vieler Pfarrer, besonders auf dem Lande, ist. Einmal in einem Landpfarrhaus zu residieren, das ist für die Jugend von heute kein attraktives Ideal mehr, so hat man gesagt. Und schließlich entspricht die vita communis einer alten Vorstellung der Kirche vom priesterlichen Leben. In Frankreich führt man die Tatsache, daß die Ordensberufe zunehmen, während die zum Weltklerus in ständigem Rückgang sind, nicht zuletzt auf die Furcht vor der Isolierung zurück. Gewiß ist der französische Landpfarrer in weiten Gegenden mehr isoliert als der deutsche. Aber es geht schließlich nicht darum, ob das Landpfarrsystem als solches den Bedürfnissen des einzelnen Dorfes am besten entspricht, was es wahrscheinlich tut, sondern es geht um den rationellsten Einsatz des Seelsorgepotentials der Diözese, des Landes, Europas und der Weltkirche.

Entlastung vom Schulunterricht

Ein zweiter Ansatzpunkt zur Rationalisierung wird in der Entlastung des Seelsorgsklerus vom Religionsunterricht

gesehen. In manchen Ländern steht eine erstaunlich hohe Zahl von Priestern im Schuldienst, und zwar als Lehrer weltlicher Fächer in höheren Schulen und in der Funktion hauptamtlicher Katecheten in Volks- und Mittelschulen. In allen Ländern müssen die Seelsorger der Pfarreien ein großes Maß ihrer Arbeitskraft dem Religionsunterricht in den Volksschulen widmen. Dazu sagte Erzbischof Jachym: „Die Psychologen stellen uns vor Augen, daß die entscheidenden Wendepunkte des menschlichen Lebens etwa um das dritte Lebensjahr — jedenfalls in vorschulpflichtigem Alter — liegen, um das vierzehnte und um das achtzehnte; während in den Jahren, wo die Normalschule besucht wird, vom sechsten bis zum vierzehnten Lebensjahr, eine verhältnismäßig ruhige Entwicklung des jungen Lebens gegeben ist ohne besonders entscheidende Wende- und Ansatzpunkte. Ist es dann nicht merkwürdig, daß gerade für diese Jahre die Priester in einer Zahl und mit einem Kraftaufwand präsent sind, wie nie zuvor und danach im Leben der jungen Menschen?" Müßten nicht demnach alle Anstrengungen gemacht werden, hierfür Laien zu gewinnen? Ist das nicht einer der Orte, wo die vielberufene Mitarbeit der Laien im direkten Apostolat, auch unter dem Gesichtspunkt des Priestermangels, forciert werden sollte? Wie das geschehen könnte, das gehört nicht mehr in diesen Bericht. Um Mißverständnissen vorzubeugen, muß jedoch bemerkt werden, daß der Religionsunterricht an den oberen Klassen der höheren Schulen auch unter dem Gesichtspunkt der Förderung von Priesterberufen zu den Schwerpunkten des Einsatzes gehört.

Was an Seelsorgepotential durch solche oder andere Maßnahmen gewonnen werden kann, das muß zunächst den Großpfarreien der Städte und den Aufgaben der funktionalen und sozialen Seelsorge zugute kommen. Auch für die Großpfarreien der Städte bietet sich, sofern man sie nicht einfach aufteilen kann, die Lösung an, daß sie von einer Gemeinschaft von Priestern betreut werden, in der jeder einzelne die Verantwortung für einen bestimmten Sektor trägt, das gleiche Prinzip, wie es für die Seelsorge kleinerer Landgemeinden vorgeschlagen worden ist. Wenn in den einzelnen Sektoren auch Gottesdienststationen errichtet werden können, um so besser.

Überdiözesaner Lastenausgleich

Doch die Sorge, mit der man sich in Wien hauptsächlich beschäftigte, galt weniger dem innerdiözesanen als dem überdiözesanen und sogar übernationalen Lastenausgleich. Ihm stehen nicht nur eine Wolke von Vorurteilen, sondern auch reale Schwierigkeiten entgegen. Man hat in Wien, wohl mit Recht, gesagt: Wenn man diesen Ausgleich reglementieren wollte oder sogar ihn erzwingen, dann käme nichts dabei heraus. „Man muß sich also an das Gewissen und die christliche Nächstenliebe der wohlversehenen Diözesen wenden, wie *Fidei donum* es getan hat." Das Gewissen verkörpert in diesem Falle je und je der Bischof und der gesamte Diözesanklerus. Die realen Schwierigkeiten des Ausgleichs liegen vor allem darin, daß es bei der Seelsorge entscheidend auf den menschlichen Kontakt ankommt, der seitens des Seelsorgers eine gute Kenntnis der Verhältnisse des Landes und der Menschen, unter denen er wirken will, voraussetzt und Verständnis dafür verlangt. Dieses Verständnis wird in unserm Fall sicher nicht durch den fehlenden guten Willen der Seelsorger erschwert; denn es wird sich bei ihnen immer um Freiwillige handeln. Aber da sie normalerweise aus einem christlichen Milieu in einen entchristlichten Wirkungskreis kommen, werden sie vielleicht vor Schwierigkeiten gestellt, auf die sie gar nicht vorbereitet sind. Zum Beispiel könnten sie gewohnt sein, hauptsächlich vom Kirchenraum her zu wirken, und dadurch entmutigt werden, daß sie damit gar keine Resonanz finden, daß sie also nicht mehr wissen, wie sie wirken sollen. Es ist deshalb ein team-work der Einübung und der Zusammenarbeit erforderlich.

Förderung der Priesterberufe

Die Klage, daß der Priesternachwuchs zu knapp sei, wird in allen Ländern Europas mit Ausnahme von Irland und einigen Teilen Spaniens sowie Belgien erhoben. Doch kann man nicht von einem rückläufigen Trend oder gar von einem Nachwuchsschwund sprechen. Im Gegenteil. Fast alle Länder verzeichnen seit dem Kriege eine steigende Anzahl von Anwärtern auf das Priestertum.

Bedenklich stimmen im Augenblick nur folgende Beobachtungen: Die Zahl der Priesterkandidaten steigt nicht im gleichen Verhältnis wie die der Gesamtbevölkerung. Dagegen steigt der Prozentsatz derjenigen, die das Studium abbrechen. Er liegt heute fast in allen Ländern zwischen 30 % und 40 %. Das veranlaßte einen der Redner zu der Bemerkung, es komme heute nicht nur darauf an, die Seminare zu füllen. Ferner spiegelt sich die berufliche und soziale Struktur der Bevölkerung in der Zusammensetzung der Theologiestudentenschaft durchaus nicht adäquat wider. Wiewohl die Herkunft der Seminaristen in den einzelnen Ländern variiert, scheinen doch überall zwei der wichtigsten sozialen Schichten sehr ungenügend unter ihnen vertreten zu sein: die Angestellten und die Arbeiter. Endlich zeigen alle statistischen Enquêten eine außerordentlich starke Abhängigkeit des Priesternachwuchses vom Milieu, und zwar sowohl dem engeren der Familie, als auch dem weiteren der Schule, der Öffentlichkeit, der religiösen Klimalage, wenn man es so ausdrücken darf. Dazu wird die Beobachtung gemacht, daß das weitere Milieu teilweise stärker zu wirken scheint als das engere. Das heißt, daß in einem entchristlichten Klima auch das religiöse Elternhaus nicht mehr so fruchtbar für den Priesternachwuchs ist. In diesem Fall scheinen viele Eltern ihre Söhne nicht nur nicht mehr zum Priestertum anzuregen, sondern eher sich skeptisch zu verhalten oder auch Widerstand zu leisten. Und darin liegt wohl die ernsteste Besorgnis auf längere Sicht hin. Es gibt nur einen sicheren Index für die Entwicklung des Priesternachwuchses, sagte Boulard, die Intensität des katholischen Lebens. Deshalb ist der Versuch, diese Frage isoliert zu lösen, ohne große Hoffnung auf Erfolg.

Hier droht ein circulus vitiosus. Die Intensität des religiösen Lebens hängt, soweit menschliche Faktoren in Frage kommen, von der Intensität der Seelsorge ab. Mammutpfarreien haben wenig Priesterberufe. Priesterberufe beruhen sehr oft auf persönlichem Kontakt mit Priestern. Je weniger Priester zur Verfügung stehen, um so geringer ist die Möglichkeit zu solchem Kontakt, um so geringer der Nachwuchs. Und je weniger Nachwuchs, desto weniger Priester. Deshalb wurde in Wien mehrmals darauf hingewiesen, daß eine der wichtigsten Kontaktstellen zwischen Priestern und der Jugend, der Religionsunterricht an den höheren Schulen, besonders auf der Oberstufe, eine hohe Dringlichkeitsstufe hat.

Man ist den Gründen nachgegangen, warum das Priestertum heute auch auf religiöse junge Menschen nicht mehr

die Anziehungskraft ausübt wie früher: J. J. Dellepoort, Breda, der wissenschaftliche Leiter des Kongresses, nannte die „existentielle Realität" des heutigen Priesters unattraktiv für die Jugend: „Weder ein isoliertes Dasein ohne Aussichten noch die Figur eines überaktiven Priesterlebens, das sich in Nebensächlichkeiten erschöpft, sind imstande, die Jugend zu fesseln; dazu ist allein die Rückkehr zu dem Abenteuer eines missionarischen Ideals in einer entchristlichten Welt imstande. Die Jugend will im Priester zuallererst den Priester sehen ... als einen Mann, der in seinem Kontakt mit den Menschen das ‚misereor super turbam' darstellt, das Christus ihm als Liebesauftrag mitgegeben hat." Diese Vermutung wird in einigen Ländern dadurch bestätigt, daß die Zahlen des Ordensnachwuchses sich besser entwickeln als die der Berufungen für den Weltklerus. Im Zusammenhang mit der oben erwähnten „soziologischen Heimat" fiel die Bemerkung, daß Jungen sich wohl fürchten, als Priester in einen Stand hineinzugeraten, der ein allzu statisches Gepräge, allzu konservative Züge hat, der darum auch in der Gesellschaft von heute zunehmend isoliert wird, was nicht im Wesen des Priestertums liegt, sondern in einem gewissen Traditionalismus seiner Lebens- und Wirkform. Das alles sind natürlich Vermutungen, Ahnungen, latente Stimmungen, die erst noch einer exakten soziologischen Erforschung bedürfen.

Die Frage, was geschehen kann, um das Ideal des Priestertums wieder ins Licht zu rücken und Berufungen zu erwecken, wurde in Wien verhältnismäßig knapp behandelt. Man war sich darüber einig, daß Priester- und Ordensberufe in größerer Zahl nur aus einem christlichen Mutterboden hervorgehen. So mündet die Sorge um sie in die allgemeine Seelsorge, besonders die Familienseelsorge, ein. In den Familien, die unter dieser Seelsorge gedeihen, gilt es, den Sinn und das Verständnis dafür zu stärken, daß es sich auch heute lohnt, Priester zu werden oder seinen Sohn Priester werden zu lassen. Wiewohl keine gläubige Familie bestreiten wird, daß Priester notwendig sind, ist doch von dieser Erkenntnis heute ein ziemlich weiter Weg bis zu dem Entschluß, ein eigenes Kind auf diesen Weg aufmerksam zu machen. Es scheint, als ob das Sicherheitsbedürfnis und der Mangel an Wagemut, der die Lebensanschauung unserer Zeit kennzeichnet und selbstverständlich auch die gläubigen Menschen beeinflußt, sich auch darin äußert, daß christliche Eltern ihre Söhne vor dem Wagnis des Priesterberufs zurückzuhalten suchen, vielleicht ohne sich dessen bewußt zu werden.

Um so nötiger ist es, daß die Seelsorger sich mit diesem Anliegen direkt an die Jugend wenden, wo immer die Möglichkeit dazu besteht. Ob es nicht mitunter so sein mag, daß auch die Priester zwar über den Nachwuchsmangel klagen, aber nicht alles daransetzen, potentielle Berufungen zu erwecken? In Wien fiel das Wort: „Jeder Priester müßte wenigstens einen Nachfolger für sich heranziehen." Sicher eine überspitzte Bemerkung, die auch nur sagen will, daß die Dringlichkeit der europäischen Priesterfrage zunächst vom Klerus selbst so ernst genommen werden soll, wie sie ist. Und das geschieht praktisch, indem man das *germen vocationis,* von dem der Codex Iuris Canonici spricht, aufspürt, wo es zu finden ist. Solange das christliche Milieu, aus dem die Priester naturgemäß erwachsen, nicht da ist, bleibt nur das Suchen von Mensch zu Mensch.

Es geht aber nicht bloß, nach Boulard, nicht einmal in erster Linie darum, die Seminare zu füllen, sondern die Seminaristen dabei zu unterstützen, daß ihr Beruf erhalten bleibt. Das ist einerseits eine Frage der Erziehung und Ausbildung, anderseits ein nützlicher Gegenstand für die soziologische Erforschung der Motive, die dazu führen, das begonnene theologische Studium aufzugeben. Daß dieser schwere Entschluß heute sehr viel öfter gefaßt wird als in früheren Zeiten, muß wohl auch besondere Gründe haben. Einige wurden angedeutet. Die Jugend reift heute geistig und seelisch später, und zudem ist die Auseinandersetzung mit der umgebenden Welt heute schwieriger als zu Zeiten einer geschlossenen christlichen Tradition. Beide Umstände verschärfen die Krise der Entscheidung für den geistlichen Beruf in den Studentenjahren. Erzbischof Jachym warf die Frage auf, ob es angebracht wäre, das Weihealter hinaufzusetzen. Das könnte die Beharrlichkeit des Entschlußes zum Priestertum stärken. Es können aber inzwischen auch potentielle Berufungen verlorengehen. Die Frage des Zölibates wurde in Wien insofern berührt, als man die möglichen Auswirkungen der neuen Theologie der Ehe und Familie erwähnte, die vielleicht gerade religiöse junge Menschen stark beeindrucken.

Es ist aber auch zu überlegen, ob nicht manche Theologen schon an der Seminarerziehung scheitern und nicht an den Forderungen des zukünftigen Berufs. Die Diskussion über geschlossene und aufgeschlossene Priestererziehung, über Bewahrung und Bewährung war zu kurz und aphoristisch, als daß sie über die Binsenwahrheit *unum facere, aliud non omittere* hinausgekommen wäre. Was die Aufgeschlossenheit betrifft, soll nur erwähnt werden, daß die Perspektiven einer übernationalen Integration, von denen hier soviel die Rede war, naturgemäß auch eine Berücksichtigung in der Priestererziehung verlangen. Autarkes Diözesandenken ist die selbstverständliche Folge autarker Diözesanerziehung. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Orden ihren Nachwuchs in steigendem Maß international mischen und erziehen. Darf der Säkularklerus so sehr davon abgeriegelt werden wie bisher, wo die römischen Kollegien fast das einzige und darob vielgerühmte Beispiel einer Ausnahme darstellen? Auch ein anderes Problem blieb ungelöst zurück: Wie die Forderung verwirklicht werden kann, daß der Priester der Zukunft „die positiven Werte der neuen Welt" übernimmt, ohne geistig dem Szientismus zu verfallen und in seinem Leben den Mittelpunkt zu verlieren. Man hatte den Eindruck, daß zunächst eine gründlichere Vorstellung vom zukünftigen Stil priesterlichen Wirkens und Lebens entwickelt und erprobt werden muß, ehe man auch dazu erziehen kann. Eines wird sicherlich zu diesem Stil gehören: das teamwork und als menschlich entsprechender Typ der „Kollegialpriester", der nicht nur die territoriale, sondern auch die sachliche Arbeitsteilung kennt und anwendet. Sowenig man in der Theologie alle Gebiete beherrschen kann, sowenig wird das in der zukünftigen funktionalen und sozialen Seelsorge möglich sein, wenn auch die priesterlichen Urfunktionen immer allen aufgegeben bleiben. Aber die Begriffe Priester und Seelsorger decken sich nicht adäquat.

Die Wiener Tagung und der Bericht darüber wollten keine Urteile fällen und noch weniger Kritik an denen üben, die für die Seelsorge verantwortlich sind. Sie wollen Fragen aufwerfen und dazu anregen, Material zu sammeln. Das hat zweifellos den Wert, das Verständnis für die jeweils verschiedene Situation der Mitarbeiter im Reiche Gottes zu vertiefen, das Gefühl der Solidarität zu stärken und schließlich auch durch die Erkenntnis fremder Verhältnisse den Blick für die eigenen zu schärfen.

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Persönlichkeitsschutz und Recht auf freie Meinungsäußerung

Auf einer Tagung der Katholischen Akademie der Erzdiözese Freiburg am 5./6. März 1960 in Neckargemünd behandelte Hauptschriftleiter Karlheinz Schmidthüs den staats- und gesellschaftspolitischen Unterbau, der zu der scharfen öffentlichen Diskussion um den von der Bundesregierung am 10. Juni 1959 verabschiedeten Gesetzesentwurf zur Neuordnung eines zivilrechtlichen Persönlichkeits- und Ehrenschutzes geführt hat. Im folgenden geben wir dieses Referat mit leichten redaktionellen Kürzungen wieder, wobei zu bemerken ist, daß einzelnen seiner Thesen von dem zweiten Referenten der Tagung, dem Bonner Staatsrechtler Prof. Dr. Ridder, widersprochen wurde, was eine lebhafte Diskussion ergab, von der wir noch berichten zu können hoffen.

Der Umfang des Mißbrauchs

Daß ein Thema wie Ehrenschutz und Recht auf freie Meinungsäußerung emotionell so hochgespielt werden konnte, wie es geschehen ist, beweist, daß es an einen empfindlichen Punkt des allgemeinen Bewußtseins rührt und an eines der Tabus stößt, mit denen es sich gegen die Wirklichkeit abschützt. Es ist nicht ganz sachlich, den Gesetzesentwurf über den zivilrechtlichen Persönlichkeits- und Ehrenschutz allein unter dem Gesichtspunkt eines Pressegesetzes zu sehen. Er betrifft zwar in starkem Maße die Presse, aber er betrifft auch die werbende Wirtschaft mit ihrer Reklame, deren Rolle im Leben der organisierten Konsumgesellschaft nicht gering eingeschätzt werden darf und deren Bedeutung ständig im Steigen begriffen ist. Es betrifft weiter bestimmte Mißbräuche im geschäftlichen und öffentlichen Leben, die mit Tonbandaufnahmen und Abhörgeräten getrieben werden und deren Umsichgreifen doch immerhin eine erhebliche Unsicherheit und Beunruhigung in der Öffentlichkeit hervorgerufen hat, wann immer sie bekannt geworden sind. Die Tatbestände, die durch den Gesetzesentwurf erfaßt werden sollen, gehen also erheblich über die reinen Pressetatbestände hinaus, selbst wenn man unter „Presse" alle die Massenkommunikationsmittel der Zeit wie Rundfunk, Fernsehen und aktuelle Filmschauen mit subsumieren will. Gemeint sind in dem Entwurf alle Tatbestände, die die Indiskretionsmanie der modernen Gesellschaft zum Schaden der Würde des Menschen geschaffen hat.

Die grundsätzliche Frage nach der Abhilfe

Die erste Frage ist, ob es sich nur um Mißbräuche handelt, wie sie in jedem Lebensbereich vorkommen, und die man etwa wegen der hohen Bedeutung der Freiheit in Kauf nimmt, ohne sie durch spezielle Regelungen zu bekämpfen, weil man die Zuversicht hat, daß solche Mißbräuche entweder nicht ins Gewicht fallende Ausnahmeerscheinungen sind oder aber sich im freien Spiel der gesellschaftlichen Kräfte von selber regulieren bzw. ausmerzen, so daß sich also ein gesunder Zustand des Sozialkörpers ohne Eingriffe gesetzesförmiger Art von selber wiederherstellt. Oder anders gesagt, daß mögliche und wirkliche Mißbräuche nur der Preis sind, den man für den Besitz eines so hohen Gutes wie z. B. der Freiheit der Meinungsäußerung bezahlen muß. Wenn man eine solche Frage stellt, muß man aber bereit sein, sie realistisch zu untersuchen, und darf sie nicht nur als rhetorische Frage stellen, die auf Grund der vorherrschenden Ideologie von vornherein als beantwortet gilt. Es gibt auch Entwicklungsprozesse der Gesellschaft, die zweifellose Entartungserscheinungen sind, die die Autorität bekämpfen muß, weil man sieht, daß in der Gesellschaft die Heilungskräfte nicht stark genug sind. Wenn Entartungserscheinungen einen solchen Umfang angenommen haben, wie die die gesunde Menschlichkeit gefährdende Indiskretionsmanie unserer Zeit, dann spricht die Präsumption dafür, daß im Sozialkörper diese Heilungskräfte die Hilfe von außen brauchen. Es ist dann eine Aufgabe der staatlichen Autorität, auf Grund gesunder Normen gesetzesförmige Mittel zur Verfügung zu stellen, die diese Schäden hintanhalten oder ihre Weiterentwicklung wirksam hemmen.

Notwendigkeit gesetzesförmiger Maßnahmen

Es würde von einer primitiven Staatsgläubigkeit zeugen, a priori der Ansicht zu sein, daß der Staat auf jeden Fall im Besitz der gesunden Normen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens sei, oder anzunehmen, daß in Gesetzen und Maßnahmen des Staates von vornherein mit vorbildlicher Mäßigung nur das vorgesehen ist, was die Schäden und Deformierungen des Sozialkörpers hintanhält und daß der Staat nicht auch in der Versuchlichkeit stehe, seine Macht auszudehnen zum Schaden der freiheitlichen Einrichtungen des Volkes oder auch um Unbequemlichkeiten und Unannehmlichkeiten für seine Organe aus der Welt zu schaffen, die sich aus der freiheitlichen Verfassung unseres Staates für seine Organe ergeben. Äußerungen der Verfasser des vorliegenden Gesetzesentwurfes legen diesen letzten Verdacht nahe, was die Vertreter der Presse mit Recht in Harnisch gebracht hat. Doch spielen die subjektiven Motive von Gesetzesverfassern und Gesetzgeber für die objektive Auslegung und Anwendung in der Rechtsprechung nach geltender Lehre keine wesentliche Rolle; man kann also einen Gesetzestext ohne Rücksicht darauf objektiv auf seinen Wert prüfen.

Ein gesundes Mißtrauen gegen den Staat und seine Organe ist für eine lebendige Demokratie beinahe konstitutiv. Aber wirklichkeitsfern wäre es auch, gesellschaftsgläubig oder naiv genug zu glauben, daß das freie Spiel der Kräfte innerhalb der Gesellschaft, also daß die Freiheit der gesellschaftlichen Einrichtungen in sich schon das Heil garantierte. Und schließlich, wenn die Menschen des 20. Jahrhunderts staatlicher und gesellschaftlicher Entwicklung sehr kritisch gegenüberstehen, so sind sie bestimmt nicht verpflichtet, ausgerechnet der Presse gegenüber naiv und gläubig zu sein. Man braucht nicht einmal alle ihre Erscheinungen sorgfältig zu verfolgen. Ein Blick auf Schlagzeilen und Titelblätter genügt, um festzustellen, daß die große Krankheit der Gesellschaft, die es notwendig macht, gesetzesförmige Maßnahmen zum Schutze der Persönlichkeit und ihrer Ehre zu ergreifen, auch die Presse oder Teile der Presse befallen hat. Sie kann sich jedenfalls nicht der Prüfung entziehen, ob nicht solche Maßnahmen auch für sie gelten müssen.

Die Situation, in der die Maßnahmen zum Persönlich-

keitsschutz, natürlich im Rahmen der im Grundgesetz festgelegten Verfassungsgrundsätze, diskutiert werden, muß deshalb möglichst realistisch und umfassend untersucht werden. Das für die Demokratie konstitutive Mißtrauen darf nicht aus ideologischen oder emotionellen Gründen einseitig gegen eine der Mächte des öffentlichen Lebens, nämlich den Staat, gerichtet werden, sondern muß allseitig zur Wirkung kommen.

Die Tendenz der Rechtsprechung

Als erster Tatbestand in diesem Zusammenhang ist festzuhalten, daß die Initiative zur Schaffung eines Persönlichkeits- und Ehrenschutzgesetzes nicht aus einem Einfall des Kabinetts oder des Bundesjustizministers mit dem Ziele einer Machtabsicherung der Regierung gegen unerwünschte Kritik allein entsprungen ist, also dem Bestreben, der öffentlichen Meinungsäußerung einen Maulkorb anzulegen. Vielmehr hat der 42. Deutsche Juristentag in Düsseldorf schon vorher seiner Sorge Ausdruck gegeben, daß die Achtung vor der menschlichen Persönlichkeit insbesondere durch sensationelle Berichte über das Privatleben und durch heimliche Tonbandaufnahmen sowie Abhören von Gesprächen untergraben wird. Er hat daher in einem Appell an den Gesetzgeber gefordert, daß eine umfassende gesetzliche Regelung getroffen werde, um die Rechtspflicht zur Achtung der Persönlichkeit der Allgemeinheit mehr als bisher bewußt zu machen. Die Forderung des 42. Juristentages geht jedoch keineswegs darauf aus, absolut neue Rechtsgrundsätze in unser Rechtsleben einzuführen. Sie kann sich vielmehr darauf berufen, daß die Rechtsprechung unserer höchsten Gerichte schon seit längerem das allgemeine Persönlichkeitsrecht als Grundbestandteil der Privatrechtsordnung herausgearbeitet hat. Das ist vor allem durch die Interpretation des § 823 BGB geschehen, der vorschreibt, daß, „wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines anderen widerrechtlich verletzt, dem anderen zum Ersatze des daraus entstehenden Schadens verpflichtet ist". Hier ist der Begriff „oder ein sonstiges Recht" so ausgelegt worden, daß darunter Verletzungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechtes gefaßt werden können. In der Praxis des Bundesgerichtshofes findet sich dabei auch schon die Wiedergutmachung eines immateriellen Schadens bei solchen Verletzungen, also eines Schadens, der nicht Vermögensschaden ist, durch Geldentschädigung, d. h. eine analoge Anwendung des § 847 BGB, der ja bekanntlich eine solche Entschädigung explizite nur im Falle der Verletzung des Körpers oder der Gesundheit bzw. im Falle der Freiheitsentziehung, das sogenannte Schmerzensgeld, vorsah.

Der Herrenreiterfall

Eine solche grundlegende Entscheidung, die keinen Pressefall betrifft, ist der sogenannte Herrenreiterfall, in dem einem bekannten Herrenreiter, dessen Bild ohne seine Zustimmung zur Reklame für ein Sexualkräftigungsmittel benutzt wurde, eine Verletzung seines Persönlichkeitsrechtes (Recht auf das eigene Bild) bestätigt und eine entsprechende Geldentschädigung zugesprochen wurde. Da die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes bekanntlich auch für alle unteren Gerichte maßgebend ist, muß man in ihr eine richterliche Rechtsfortbildung sehen, durch die das geltende Recht geändert worden ist. Der Bundesgerichtshof hat also schon, ohne eine gesetzliche Regelung abzuwarten, den Ausbau des Persönlichkeitsschutzes selbst in die Hand genommen, weil er die neuen Möglichkeiten der Technik, in die persönlichste Sphäre eines Menschen einzudringen und Macht über ihn zu gewinnen, klar sieht (Larenz).

Rechte gegen den Staat

Die Rechtsentwicklung, die also von dem obersten Gericht unter Zustimmung bedeutender Rechtslehrer in Gang gebracht worden ist und vom Gesetzgeber aufgegriffen werden soll, weist aber noch einen höchst bedeutsamen Zug auf. Ihrer geschichtlichen Entwicklung nach sind die Grundrechte, die in unserem Grundgesetz, in allen Verfassungen demokratischer Länder und in der Menschenrechtskonvention des Europarates und der UN fixiert und nach der maßgeblichen Auslegung des Bonner Grundgesetzes vorstaatliche Rechte sind, die in ihrem Wesensgehalt nicht angetastet werden dürfen (Art. 19), ursprünglich gegen den Staat gerichtete Rechte, die den einzelnen vor staatlicher Willkür, vor Beschränkungen seiner Freiheitssphäre usw. durch die Übermacht des Staates schützen sollen. Sie sollen ihrem Sinne nach zunächst also der Staatsgewalt eine Schranke setzen. Daher kommt das ihnen innewohnende Pathos — sofern ihnen im allgemeinen Bewußtsein ein solches Pathos überhaupt noch innewohnt.

Die Drittwirkung der Grundrechte

Demgegenüber bemühen sich Rechtswissenschaft und Rechtsprechung nun, etwas anderes daneben herauszuarbeiten: die Drittwirkung der Grundrechte, das heißt, daß auch jemand, der nicht der Staat ist — eine natürliche oder juristische Person also —, so handeln kann, daß jemandes Persönlichkeitsrecht als Ausübung seiner Grundrechte verletzt, beeinträchtigt oder vereitelt wird und daß das, sofern dies vorsätzlich, fahrlässig oder auch nur leicht fahrlässig geschieht, zu einer deliktischen Schadensersatzhaftung nach dem BGB führt. Es wird also das Hineinwirken des Grundrechtes des Art. 2 GG in die Privatrechtsordnung herausgearbeitet und im Zusammenhang damit die Forderung erhoben, daß durch eine umfassende privatrechtliche Regelung der Allgemeinheit die Rechtspflicht der Achtung der Persönlichkeit in besonderem Maße bewußt gemacht werde. Das Grundrecht auf Entfaltung der Persönlichkeit erhält damit einen neuen Akzent und nimmt eine Wendung und Richtung, die es bisher im allgemeinen Bewußtsein noch kaum besaß. Sie weist auf die Tatsache hin, daß das Persönlichkeitsrecht zu seiner Entfaltung ja nicht nur eines Schutzes gegen Ein- oder Übergriffe des Staates bedarf, sondern auch gegen gesellschaftliche Verhältnisse, die eine solche Entfaltung behindern oder gar vereiteln können. Der rechtliche, vom Staat zunächst nur gegen sich selber garantierte Raum für die freiheitliche Betätigung der Grund- und Persönlichkeitsrechte kann sehr viel weiter sein als der Raum, den die gesellschaftlichen Tendenzen und Verhältnisse für diese Betätigung tatsächlich noch zulassen (Geiger).
Unsere gesellschaftlichen Verhältnisse engen nun den grundrechtlich garantierten Freiheitsraum ein. Wenn das Bemühen der Rechtsprechung und der Versuch der Bundesregierung, den Grundrechten in der Privatrechtsordnung nachdrücklich und in bewußter Rechtspolitik Geltung zu verschaffen, aus der Erkenntnis kommt, den gesellschaftlichen Ein-

engungstendenzen der Persönlichkeitsrechte entgegenzuwirken, ist es durchaus wirklichkeitsgerecht.

Begründung der Grundrechte

Diese Erkenntnis entspricht keineswegs der generellen Gestimmtheit der öffentlichen Meinung und auch nicht der überall zu beobachtenden Gestimmtheit der katholischen Soziallehre bzw. ihrer gängigen Auslegung, für die es sozusagen als axiomatisch gilt, daß das Gesellschaftliche immer und auf jeden Fall freiheitlicher sei als das Staatliche. Das ist angesichts der hohen Würdigung, die Autorität und Würde des Staates in der katholischen Gesellschaftslehre theoretisch genießen, nicht ganz konsequent, aber nach unseren Erfahrungen mit den Entartungserscheinungen des Staates in seiner totalitären Form mehr als verständlich. Die sittliche Zähmung der Macht, insbesondere jener sichtbarsten und am leichtesten verfügbaren Konzentration von Machtmitteln, wie sie der Staat als Inhaber der Zwangsgewalt besitzt, ist außerdem auch eines der ewigen Themen der Menschheitsgeschichte, ein Thema, das durch die christliche Lehre eine besondere Zuspitzung erhält, indem diese einen Bereich des Menschlichen proklamiert, der über den Bereich hinausragt, in dem der Staat Kompetenzen hat. Die Auffassung, die unserem Grundgesetz zugrunde liegt, hat sich bewußt von jener positivistischen Rechts- und Staatsauffassung abgewandt, die letzten Endes die totalitären Staatsformen unseres Jahrhunderts ermöglicht hat. Es ist die Auffassung, nach der die Grund- und Persönlichkeitsrechte vom Staate abgeleitet sind, von ihm eingeräumt werden und infolgedessen zu seiner Verfügung stehen. Sie sind vielmehr aus dem Wesen des Menschen abgeleitet, naturrechtlich oder metaphysisch, jedenfalls „metajuristisch" begründet und infolgedessen unaufgebbar und unveräußerlich. Ihrer Formulierung liegt natürlich keine einheitliche Welt- oder Gesellschaftsauffassung zugrunde. Sie stellt vielmehr einen Kompromiß aus christlicher, sozialistischer und liberal-humanistischer Gesellschaftsauffassung dar. Es ist jedoch mehr als ein bloßer Formelkompromiß, denn es bezeichnet jenes Maß an realer Übereinstimmung, das zwischen den beteiligten Kräften über die Grundlegung unseres staatlichen Lebens und die Werte, an denen es festhält, faktisch besteht.

Machtbeschränkung des Staates

Es gibt zwei Wege der Machtbeschränkung des Staates: einmal eine unabdingbare Sicherung des Bereiches, in dem er keine Kompetenz hat und in den er nicht eingreifen darf, dessen Schutz gegen Drittwirkungen er aber als eine positive Aufgabe der Gestaltung seiner Rechtsordnung betrachten muß. Diesen Weg hat die Bundesrepublik in ihrem Grundgesetz zu beschreiten versucht. Um ihn zu gehen, bedarf sie der notwendigen Stärke und Autorität. Der andere Weg ist der einer anhaltenden Schwächung der Autorität und Macht des Staates, die seine Organe und Vertreter unter dem dauernden Druck des Verdachtes hält, sie seien unfähig, sittlich oder gemäß der verfassungsmäßigen Wertordnung zu handeln. Diese Tendenz macht ihn unvermeidlich zum Diener der widerstreitenden Interessen statt zum Wahrer der Friedensordnung in diesem Widerstreit. Es verträgt sich gut mit dieser Tendenz, den Staat gleichzeitig mit Wohlfahrts- und Verwaltungsaufgaben zu überhäufen, in denen er in Wirklichkeit nach einem Worte von Götz Briefs als Juniorpartner der Interessengruppen auftritt, der mit seiner Unterschrift die Fiktion decken soll, die Bedienung möglichst vieler Interessen umschließe im Endeffekt das Gesamtinteresse, das Gemeinwohl. Es ist nicht immer richtig, daß die Allzuständigkeit des Staates unmittelbar zu einer Diktatur oder diktatorischen Machtkonzentration führen muß. Sie kann auch zu einer völligen Machtlosigkeit und Entmachtung der staatlichen Autorität führen, die dann freilich jederzeit die Möglichkeit des Umschlages in eine Diktatur in sich enthält. Es scheint, daß weite Kreise unseres Volkes entschlossen sind, diesen Weg zu gehen. Die Unentschiedenheit, in der die Gestalt unseres Staates noch immer steht, ist eine Folge dieses Zwiespaltes. Es kann kein Zweifel sein, daß von der rechtverstandenen katholischen Staatslehre her der erste Weg mit allem Nachdruck unterstützt werden muß.

Gesellschaftliche Verfügbarkeit des Menschen

Während also unsere Verfassung, zumindest in ihren Auswirkungen in die Rechtsordnung und Rechtsprechung hinein, eine nachdrückliche Verneinung der *staatlichen* Verfügbarkeit des Menschlichen enthält, scheint es vielen besorgten Gesellschaftskritikern, daß unser wirtschaftliches und soziales Leben von den stärksten Tendenzen durchwirkt ist, die auf eine *gesellschaftliche* Verfügbarkeit des Menschen abzielen. Es gibt darüber viele soziologische, psychologische, kulturkritische Untersuchungen, seitdem Karl Marx zum ersten Male mit einem (schon bei Hegel und Baader verwendeten Ausdruck) von der Selbstentfremdung des arbeitenden Menschen im industriellen Produktionsprozeß gesprochen hat. Inzwischen hat diese Selbstentfremdung vom Produktionsprozeß auf alle anderen Bereiche des sozialen Lebens übergegriffen. Das Phänomen hat die verschiedensten Facetten und Aspekte: die Unterwerfung des einzelnen unter die rationale Durchorganisierung seiner Zwecke und Bedürfnisse, die die Welt zu einer „verwalteten Welt" macht und um der Perfektheit dieser Verwaltung willen sowohl die Bedürfnisse wie deren Befriedigung standardisiert, die wissenschaftliche Verfeinerung mannigfacher Methoden und Techniken zur Lenkung, Beeinflussung, Propaganda, Manipulierung des Menschen, die alle darauf ausgehen, das „ineffabile" der Person, das Unaussprechliche, Einmalige der Persönlichkeit, das eigentliche personale Geheimnis zu leugnen und auch praktisch auszuschalten. Man hat für diesen zivilisatorischen Zustand, in dem wir uns befinden, den Begriff des „sekundären Systems" eingeführt, also eines Gefüges von Einrichtungen und Maßnahmen, das sich zwar einerseits ein hochperfektes System der Daseinssicherung und Daseinsbeherrschung herzustellen bemüht, anderseits aber nur Lebensantriebe und Handlungsmotive zuläßt, die diesem System adäquat, das heißt in seinem Sinne manipulierbar sind. Man kann in einem gewissen Sinne von der totalitären Gesellschaft sprechen, deren höchster sozialer Wertbegriff das „adjustment", die Anpassung an die dominanten gesellschaftlichen Zwecke ist.

Veröffentlichung des Menschen

Der wichtigste Betrachtungspunkt für die Weiterführung dieses Gedankenganges ist, daß die Manager des Apparates der Daseinsbeherrschung und Daseinssicherung um

seiner rationalen Beherrschbarkeit willen eine solche Reduktion des Menschlichen vornehmen müssen, daß der Mensch ihren Manipulationen zugänglich bleibt. Die Zugänglichkeit für die Manipulation ist das Gesetz dieser gesellschaftspolitischen Tendenz. Sie ist also prinzipiell feindlich allen Reservaten der Menschlichkeit, die der Öffentlichkeit unzugänglich bleiben, sie streben vielmehr nach ihrer Veröffentlichung, ihrer Offenlegung. Hier liegt ein Grund für die Mißachtung der Intimsphäre und einer der Gründe für die Verleumdung und Herunterziehung aller Motivationen, die aus den höheren, sich aus transzendenten Bestimmungen des Menschen nährenden Bereichen seines Handelns herleiten. Das allgemein Menschliche ist hier gleich dem gemein Menschlichen, seinen niedrigeren Seinsbereichen, die als sein Eigentliches angesehen werden: Machttrieb, Geltungstrieb und Geschlechtstrieb unter Ausschluß derjenigen geistigen Überformungen, die diesen Trieben die echte menschliche Prägung verleihen. Was also angegriffen wird, sind sowohl die Quellbezirke des Menschlichen, die Bergung, Stille, Zurückgezogenheit, Scham fordern, wie auch seine höchsten Bezirke, in denen der Mensch sein Leben allein angesichts der großen Seinswerte und -gesetze des Wahren, Guten und Schönen, angesichts Gottes verantwortet.

Manipulierbarkeit als ideologische Forderung

Diese Erkrankung des Sozialkörpers tritt nicht nur als eine menschliche Anomalie, sondern als Forderung mächtiger Tendenzen auf, die den Sozialkörper in ihrem Sinne zu gestalten versuchen. Dahinter steht eine Welt- und Gesellschaftsauffassung und ein Menschenbild oder vielmehr eine Verzerrung des Menschenbildes, die sich zwar nicht wie der totalitäre Staat auf eine einzige faßbare Doktrin zurückführen, sondern deren Doktrin diffus ist, ein Zusammenfluß verschiedener geistiger Strömungen, in dem deren Elemente gemischt sind. Das ändert nichts an der Mächtigkeit dieser Tendenzen und erhöht sogar ihre Gefährlichkeit, denn sie gehen, wie ein moderner Soziologe sagt, im Gewande der Bereicherung einher, als welche ja die Allzugänglichkeit vor allem dem naiven Menschen erscheinen muß. Die Indiskretionssucht der Zeit ist nur eine Außenerscheinung eines inneren Prozesses — wie ein lästiger juckender Ausschlag, in dem sich eine schwere innere Erkrankung äußert.

Mögliche Therapie

Inwiefern ist es nun sinnvoll, zu versuchen, die Persönlichkeit in den Bereichen, in denen die Öffentlichkeit nichts zu suchen hat, also in den Intimbereichen, und in den Bereichen, in denen man sie entehrt, wenn man ihre höheren Motivationen zu solchen niederen Ranges oder sogar zu völlig unwertigen Motiven entstellt, durch gesetzliche Maßnahmen zu schützen? Heißt das nicht nur an Symptomen herumkurieren, wie es etwa ein Arzt täte, der bei einem Hautausschlag nicht auch die innere Krankheit behandelte? Jeder Arzt wird zunächst die lästigen Erscheinungen des Hautausschlages zu lindern und, so gut es geht, zu beseitigen trachten. Und sofern es sich nicht um eine Todeskrankheit handelt, entwickelt jeder Körper der Krankheit entgegenwirkende Kräfte, die es auf jeden Fall zu stärken gilt. Das tut auch der Sozialkörper, er entwickelt kräftige Gegentendenzen, die es auf jeden Fall zu kräftigen, zu stärken, zu ermutigen und in ihrer Kampfkraft zu unterstützen gilt. Der Staat darf diese Gegenkräfte nicht allein lassen, insbesondere, wenn sie im Sinne seiner Grundordnung, derjenigen Wertordnung also, die er der Gestaltung seiner Gesamtordnung zugrunde legt, wirken. In diesem Sinne könnte schon der Gesetzentwurf zum Schutze der Persönlichkeitsrechte und der Ehre der Persönlichkeit selbst eine Unterstützung gesunder Kräfte und vielleicht sogar eine Ermutigung zur Einführung gesellschaftlicher Kontrollen sein, die einen großen Teil des Gesetzes vielleicht unnötig machen würden, die aber bisher im Interessenkampf nicht zustande gekommen sind.

Die Presse als Ausdruck der Gesellschaftstendenzen

Diese gesellschaftlichen Grundtendenzen in der Bundesrepublik lassen sich klar erkennen in der Diskussion um den oben genannten Gesetzesentwurf der Bundesregierung, der in verständlicher, aber doch vereinfachender Weise oft als „Pressegesetz" bezeichnet und von einem Großteil der Presse leidenschaftlich bekämpft wird. Das ist nicht verwunderlich, denn die Presse als Spiegel der Öffentlichkeit gibt alle jene Tendenzen wider, von denen unser staatliches und gesellschaftliches Leben durchwirkt ist. Dabei weist sie natürlich alle oben dargestellten Zwiespältigkeiten auf. Es ist auch nicht verwunderlich, daß sich jene Tendenzen, die zur Zerrüttung des Menschlichen und zur Entartung des gesellschaftlichen Lebens führen, gerade in jenem Teil der Presse breitmachen, die man als Massenpresse bezeichnet.

Technische Entwicklung und Presse

Dabei darf jedoch eine Entwicklung nicht übersehen werden: Die Technik hat die Entwicklung der Produktionsvoraussetzungen der Presse in außerordentlichem Maße gefördert mit dem Erfolg, daß sie die Produktionskapazität der drucktechnischen Mittel wie auch das in sie investierte Kapital vervielfältigt hat und immer noch weiter steigert. Zur Rentabilität dieses Kapitals gehört eine volle Ausnutzung der bereitgestellten Herstellungskapazität, so daß die Presse schon von den technisch-wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Massenproduktion hingedrängt wird. Dasselbe gilt mutatis mutandis auch von allen Kommunikationsmitteln, die ja schon von ihrer Anlage her als Massenkommunikationsmittel bezeichnet werden. Die Entwicklung der Presse zur Massenpresse ist also von den technisch-wirtschaftlichen Voraussetzungen her fast unausweichlich, das heißt, sie muß auf einen möglichst großen und ziemlich undifferenzierten Leserkreis abstellen. Diese zwangsläufige Entwicklung, die eine gewisse Nivellierung ihres Inhaltes mit sich bringt, ist bei der Beurteilung der Pressesituation in Rechnung zu stellen. Sie bedeutet eine gewisse Entlastung für Verleger und Redakteure, gleichzeitig aber auch eine Minderung der Bedeutung der Presse für eine verantwortungsvolle Meinungsbildung. Diese Minderung ihrer Bedeutung ist unter den Bedingungen des technisch industriellen Massenzeitalters ganz nüchtern in Rechnung zu stellen.

Gesicherte Absatzmöglichkeiten der Presse

Das Gesetz der Presse unter den Bedingungen einer ständigen Steigerung der Produktionskapazität ist genau wie für alle Konsumindustrien das einer ständigen Markt-

erweiterung, sowohl in bezug auf Abonnenten und Leser wie auch auf Inserenten, was beides in engster Beziehung steht. Sie muß sich dabei derselben Mittel bedienen wie die Werbung der Konsumindustrie und unter weitgehendem Verzicht auf Sachlichkeit neue und immer stärkere allgemeine und meist unsachliche Reizmittel erfinden. Statt Gesinnungswerbung erfolgt Prestigewerbung, statt Information Sensation, statt des sachlich Interessanten das sogenannte ‚human interest', der Run auf Intimitäten usw. Der Markt für die hochqualifizierte Information und Gesinnungsbildung ist dagegen schwer zu erweitern, er ist ziemlich festgelegt, wenn auch nicht klein; die steigenden Gestehungskosten und Rentabilitätskosten bewirken, daß die Zahl der Organe, unter die er aufteilbar ist, immer kleiner wird. Das heißt, daß die Zahl der hochqualifizierten Presseorgane immer kleiner werden muß, wie ein Vergleich der Zahlen von vor 1933 mit denen von heute ergibt. Andernfalls müssen sie subventioniert werden von Parteien, Interessengruppen, Verbänden oder auch als nobile officium von Verlegern, die dazu aber wieder andere massenkonforme Einnahmequellen brauchen. Die Unabhängigkeit dieser Presse wird dadurch wenig gesteigert.

Wert der Tradition

Daß das Bild nicht ganz so trostlos ist, wie es sein könnte oder eigentlich sein müßte, daß die Folgen dieser Zwangsläufigkeit erheblich abgemildert sind, liegt einmal daran, daß das deutsche Zeitungswesen eine ungemein starke Tradition hat, die vielen Zeitungen, das heißt Verlegern wie Journalisten, verbietet, unter ein bestimmtes Niveau zu gehen. Es ist schließlich eine Tatsache, daß der Journalistenstand ein relativ sehr hohes Berufsethos hat und es auch noch dem Nachwuchs in erheblichem Umfang mitzuteilen vermag. Der schlechte Ruf, den dieser Stand genießt, ist nicht so generell berechtigt. Er rührt zum Teil daraus her, daß der Journalist von berufswegen gezwungen ist, einflußreichen Kreisen der Politiker, Wirtschaftsführer, Beamten, Machthaber und Honoratioren häufig lästig zu fallen und ihnen ärgerlich zu werden. Machtkritik ist nie beliebt. Auch das ist ein Grund des schlechten Rufes, daß viele Menschen immer wieder veranlaßt sind, den Journalisten in gewisser Weise um ihrer oder ihrer Sache Publizität willen zu umwerben und diesen Zwang dann mit Äußerungen der Mißachtung für die gleichzeitig Umworbenen und Gefürchteten überzukompensieren. Der dritte Grund klingt fast noch paradoxer: der Bestand von Würde, Sachlichkeit, echter Bemühung um Information und Gesinnungsbildung, den viele Zeitungen und viele Journalisten sich zu bewahren ernsthaft anstreben, ist nicht ohne einen erzieherischen Effekt: er spricht nicht nur die darauf Ansprechbaren wirklich an, er ermutigt solche Ansprüche nicht nur, statt sie zu entmutigen, er fordert sie in vielen Fällen auch geradezu heraus, wo sie ohne diese Bemühung versanden würden. Dadurch bildet sich der Journalist immer wieder eine ansprechbare und anspruchsvolle Leserschaft.

Der Trend nach unten

Immerhin gibt es eine erschreckende Anzahl von Pressepublikationen und Journalisten, die, aus welchen Gründen auch immer, dem unleugbaren Trend nach dem unteren Niveau der Indiskretion, Sensation und Reizbefriedigung gefolgt sind. Die Presse spiegelt ja auch in ihrer Schichtung das Bild der Gesellschaft wider, in der die Kräfte der Nivellierung und Vermassung eine bedrohliche Mächtigkeit entwickelt haben und in denen die Gegenkräfte vorläufig noch einen verzweifelten Kampf gegen diesen Trend kämpfen.

Jeder weiß das im Grunde genommen. Auch die meisten Presseleute wissen es. Woher kommt es also, daß sie den Untergang der Demokratie zur Verteidigung eines Zustandes heraufbeschwören, der die Demokratie auf die Dauer sicher zu ruinieren imstande ist?

Widerstände gegen ein Persönlichkeitsschutzgesetz

Zunächst spielt zweifellos die tiefeingewurzelte Abneigung gegen staatliche Maßnahmen eine Rolle, Maßnahmen, von denen man nie weiß, wo sie enden, wenn einmal eine gesetzliche Grundlage für Eingriffe geschaffen ist. Es ist richtig, daß Selbsthilfemaßnahmen der gesellschaftlichen Kräfte das bessere Mittel wären, Schäden zu beseitigen, an denen gesellschaftliche Einrichtungen erkrankt sind. Die Selbstkontrolle des Filmes gibt hier ein Modell. Aber eine solche Kontrolle ist eben aus eigener Initiative der Presse bisher nicht zustande gekommen.

Gesellschaftspolitische Notwendigkeit des Gesetzes

Ein anderes Argument spielt eine Rolle: daß nämlich Mißbräuche der Pressefreiheit der Preis sind, den man für ein so hohes Gut, wie diese Freiheit es ist, bezahlen muß. Doch kann bei einem Phänomen, das eine solche Breite angenommen hat wie die Indiskretionssucht und Sensationsgier der Zeit und das so tief in mächtigen gesellschaftlichen Tendenzen verwurzelt ist, wohl kaum noch von einzelnen Mißbräuchen die Rede sein, sondern von einer allgemeinen Entartung. Somit besteht eine Pflicht der Autorität, für die Wahrung ihrer Grundordnung mit allen verfassungsmäßigen Mitteln einzutreten. Ihr Handeln ist in diesem Falle wirklichkeitsgerecht, der Widerstand dagegen aber versäumt es, seine Ideologie an dieser Wirklichkeit zu prüfen. Denn der gesellschaftliche Zustand droht eine Richtung der Entwicklung zu nehmen, der eben diese Grundordnung gefährdet.

Politische Grundordnung und Persönlichkeitsschutz

Nun ist freilich in dieser Grundordnung auch die Presse- und Meinungsfreiheit mit starken Sicherungen enthalten. Es wäre besser gewesen, diese Sicherungen ausdrücklich und mit konkreteren Bestimmungen, als sie das Grundgesetz enthalten kann, gleichzeitig mit einer Bestimmung ihrer Schranken auszusprechen, etwa in einem Pressegesetz. Es gibt aber hier bestimmte Schwierigkeiten, weil der Bund verfassungsmäßig nur Rahmenbestimmungen für ein Pressegesetz erlassen kann, die Durchführung selbst aber Sache der Länder ist. Tatsächlich handelt es sich bei vielen, vielleicht den gewichtigsten Presseerscheinungen aber um Komplexe, die ihrem Umfange und ihrer Reichweite nach über den Rahmen eines einzelnen Landes hinausgehen. Bei einem Pressegesetz handelt es sich also auch um Probleme der zeitgemäßen Anwendung unserer föderativen Ordnung, die einfach noch nicht gelöst, ja aus einer begreiflichen Selbstschutzreaktion der Länder noch kaum angegangen sind.

Die Presse- und Meinungsfreiheit hat einen außerordentlichen Symbolwert für die demokratische Entwicklung,

der in der geschichtlichen Rolle begründet ist, den der Kampf um die Pressefreiheit im Kampfe um die Durchsetzung demokratischer Rechte gespielt hat. Dieser Symbolwert ist auch heute noch vorhanden durch die Bedeutung, die das Recht auf Information und auf freie Diskussion und Kritik für die Teilnahme des Bürgers am öffentlichen Leben und für die Ermöglichung einer verantwortlichen Betätigung seiner demokratischen Rechte hat. Tatsächlich kann es keine Demokratie ohne dieses Recht auf Information und freie Diskussion und Kritik geben.

Der hohe Symbolwert der Presse- und Meinungsfreiheit ist also sowohl in der Tradition wie in der Gegenwart verankert, wenn auch die stark emotionelle Empfindlichkeit in allem, was sie berührt, wohl stärker durch die Tradition des Kampfes gegen den Polizeistaat bedingt ist und daher die Gefahr in sich birgt, daß diese Empfindlichkeit sehr leicht demagogisch gegen jede Autorität hochgespielt werden kann und das klare Urteil über Sachverhalte zu trüben imstande ist. Er ist ein ausgesprochener Antikomplex, der psychologisch aggressiver ist als eine positive Meinung und Überzeugung.

Presse als öffentlich-rechtliche Institution?

Im Kampfe um die Pressefreiheit als Ermöglichung und Symbol der Demokratie hat sich die Presse ihre Rolle als gesellschaftliche Institution, die eine öffentliche Aufgabe wahrzunehmen hat, erkämpft, und sie ist mit vollem Recht bereit, auch heute noch dafür auf die Barrikaden zu gehen. Doch ist in der Diskussion um das Persönlichkeits- und Ehrenschutzgesetz ein Argument aufgetaucht, das diese öffentliche Aufgabe als gesellschaftliche Institution in einer Weise erweitert, die für unsern Staatsbegriff und unsere Staatsauffassung schwerwiegende Konsequenzen haben könnte. Der Gesetzentwurf billigt in seinem § 14 der Presse zu, daß sie ein berechtigtes Interesse wahrnimmt, wenn sie im Rahmen ihrer öffentlichen Aufgabe die Öffentlichkeit unterrichtet oder Kritik übt, spricht dabei gleichzeitig von einer angemessenen Wahrnehmung eines berechtigten öffentlichen oder privaten Interesses. Angemessen ist nach der Begründung des Entwurfs die Wahrnehmung eines Interesses, wenn die Güter- und Interessenabwägung zu dem Ergebnis führt, daß ein Eingriff in die fremde Persönlichkeitssphäre überhaupt vertretbar ist und wenn dieser Eingriff seinem Charakter nach das schonendste Mittel ist. Die der Presse zugebilligte Wahrnehmung eines berechtigten Interesses ist also hier sehr stark eingeschränkt. Das entspricht der gegenwärtigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes, der einmal festgestellt hat, daß „gerade bei Presseangriffen wegen ihrer unberechenbaren und tiefgreifenden Wirkungen die Grenzen für das durch berechtigte Interessenwahrnehmung noch gedeckte Maß des Einbruchs in fremde Rechte eng zu ziehen sind". Sie sagt mit anderen Worten, daß die Presse die Wahrnehmung berechtigter Interessen nicht in einem weiteren, vielleicht sogar eher in engerem Sinne in Anspruch nehmen kann als irgendein Bürger oder ein Verband. Das genügt aber der Presse nicht, und sie kann sich zum Teil darauf berufen, daß bestehende Pressegesetze, wie etwa das Bayerische Pressegesetz und wie auch der Entwurf eines Bundespressegesetzes von 1952, in dieser Sache viel weiter zu gehen bereit sind und daß die Lehre in diesem Punkte nicht einheitlich ist. Sie hat sich in der gegenwärtigen Diskussion weitgehend eine Meinung zu eigen gemacht, die aus der öffentlichen Aufgabe der Presse eine öffentlich-rechtliche machen möchte. So sagt z. B. Löffler in seinem Kommentar, die Presse sei eine öffentlich-rechtliche Institution mit Verfassungsschutz, sie sei Trägerin öffentlicher Gewalt; sie stelle, da die alte Gewaltenteilung nicht mehr funktioniere, eine neue Gewaltenteilung im Gegenüberstehen von Presse und Staat dar. Der Frankfurter Generalstaatsanwalt Fritz Bauer interpretiert diese Meinung ähnlich: Die Presse habe die Befugnis, öffentliche Interessen wahrzunehmen als eine öffentliche Institution ähnlich den politischen Parteien. Ihr sei deshalb ein entsprechender Rang wie den Parteien zuzuordnen, und sie sei als Organ der politischen Willensbildung anzuerkennen. Dagegen hat Geiger mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Anspruch der Presse, als öffentliche Gewalt anerkannt zu werden, seine Parallele in ähnlichen Ansprüchen etwa der Gewerkschaften habe, die legitimen Sprecher des Volkes zu sein und als solche eine besondere Rolle im politischen Leben zu spielen, also bevorzugte und privilegierte Organe der politischen Willensbildung zu sein.

Staat und pluralistisch organisierte Gesellschaft

Damit ordnet sich die Problematik der Stellung der Presse in Staat und Gesellschaft in die allgemeine Problematik des Staates und der pluralistisch organisierten Gesellschaft ein, die Problematik der Mediatisierung des Staates durch die Machtgruppen der Gesellschaft. Die Anerkennung des Anspruchs der Presse, wie etwa auch derjenigen der Gewerkschaften, führte dabei jedenfalls zu einer völligen Auflösung unseres Staatsbegriffes, der dadurch praktisch aus der Welt geschafft würde.

Diese komplexe Grundproblematik unserer heutigen Gesellschaft, die im Untergrund auch den Kampf um das Persönlichkeitsschutzgesetz bestimmt, dürfte bei seiner weiteren Diskussion sowohl in den Fachgremien als auch in den zuständigen gesetzgebenden Körperschaften nicht aus dem Auge verloren werden.

Aus der Ökumene

Orthodoxe Laienbewegung in Griechenland

Zu den wesentlichen Kennzeichen moderner Apostolatsarbeit in den christlichen Kirchen und Glaubensgemeinschaften gehört der zunehmende Einbezug der Laienaktivitäten für die Ausbreitung des Glaubens und die Durchsetzung christlicher Prinzipien in der Welt. Für die Kirche wie auch für die nichtkatholischen, insbesondere die evangelischen Laienkirchen ist das heute angesichts des Mangels an Klerus bzw. ordinierten Kräften eine Selbstverständlichkeit. Weniger bekannt hingegen ist die Aktivität der Orthodoxen auf diesem Felde (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 121). Wie stark jedoch auch in der Orthodoxie das Laienelement heute an den Aufgaben der praktischen Pastoral teilnimmt, geht aus einem Vortrag hervor, den der griechische Laientheologe Antonios Alevisopoulos

am 16. Dezember 1959 in Bingen gehalten hat. Der Vortrag bezieht sich auf die Verhältnisse in Griechenland. Wir geben ihn in leicht gekürzter Fassung wieder.

Das apostolische Diakonat

Die „Apostolike Diakonia" (Das apostolische Diakonat) wurde 1936 gegründet und soll einer Systematisierung und Verbesserung der Seelsorge dienen. Sie besteht aus Klerikern und Laien. Vorsitzender ist der Erzbischof von Athen und Ganz-Griechenland. In den Provinzen stehen die Diözesanmetropoliten an der Spitze. Die praktische Arbeit leitet jedoch als Generaldirektor gegenwärtig ein Laie, ein Theologieprofessor der Universität Athen. Die „Apostolike Diakonia" hat folgende Aufgaben:
Das systematische Studium und die Organisation der Verkündigung in allen Schichten des gesellschaftlichen Lebens; die Ausbildung von Geistlichen für eine zeitangepaßte Spendung des Bußsakramentes; die Organisation der katechetischen Schulen in allen Diözesen Griechenlands; die Bewahrung der orthodoxen Frömmigkeit und der Schutz vor Heterodoxien, d. h. Fremdlehren und Bekehrungsversuchen durch andere Konfessionen; die Ausarbeitung und Durchführung eines Programmes für äußere Mission.
Organisatorisch ist die ganze Arbeit in vier Gebiete aufgeteilt: Verbreitung des Glaubens, katechetische Bewegung, Beichte, Presse und seelsorgliche Beratung. An der Spitze der katechetischen Bewegung steht z. Z. ein Laie. Für das Predigeramt werden außer den Geistlichen in allen Diözesen Griechenlands auch die Laientheologen der Apostolike Diakonia sowie auch die anderer Bewegungen herangezogen. Zahlreiche Predigtbücher sowie wissenschaftliche und andere Veröffentlichungen, die für die geistliche Erziehung der Gläubigen bestimmt sind, werden im eigenen Verlag der Apostolike Diakonia herausgegeben. Die Heilige Schrift, die zahlreichen liturgischen Bücher der orthodoxen Kirche sowie die Kirchenväter werden ebenfalls dort verlegt. Die Zeitschrift „He phone tou Kyriou" („Stimme des Herrn") ist für das Volk bestimmt und wird jeden Sonntag in allen Pfarreien Griechenlands in Tausenden von Exemplaren kostenlos verteilt.
Weiter sorgt die Apostolike Diakonia durch ihre Waisenhäuser und Berufsschulen für die Waisenkinder. Sie betreut die Insassen der Strafanstalten und vor allem die Kinder, die sich in Erziehungsanstalten befinden. Zu diesem Zweck ist ein eigenes „Büro zum Dienst für die Gefangenen" und der „Verein der Gefangenenfreunde" gegründet worden.

Diakonissen

Eine moderne Bewegung in der Kirche Griechenlands bilden die Diakonissen und die Diakonissenschule der Apostolike Diakonia. Sie empfangen zwar keine besonderen Weihen, haben aber den aus der Urkirche bekannten Namen einer Diakonissin angenommen und sich dem sozialen Dienst in der Kirche geweiht. In den beiden letzten Jahren haben die ersten Diakonissen der griechischen Kirche ihr Examen an der Diakonissenschule abgelegt, und Erzbischof Theokletos selbst hat ihnen in einer würdigen Zeremonie die Diplome überreicht. Alle hatten schon ihr theologisches Studium beendet, bevor sie auf die Diakonissenschule kamen. Jetzt sind sie in verschiedenen Pfarreien von Athen und Piräus eingesetzt, um die Geistlichen in den katechetischen Schulen zu entlasten, die Familien der Pfarrei zu besuchen, sich um deren gutes Verhältnis zur Kirche zu kümmern, für die Wiederherstellung des Friedens in den Familien zu sorgen, die unehelichen Kinder zu betreuen und allen anderen anfallenden caritativen Aufgaben nachzukommen. Die Diakonissen tragen zivile Kleidung und dürfen heiraten.

Die Apostel-Paulus-Bewegung

Die Apostel-Paulus-Bewegung besteht aus mehreren Zweigen, die eng zusammenarbeiten. Die Seele dieser Bewegung ist die theologische Bruderschaft „Zoe" (Das Leben). Sie wurde 1907 gegründet und besteht z. Z. aus etwa 80 Theologen, Klerikern und Laien, sowie 35 Nichttheologen. Ihre Mitglieder bleiben ehelos, leben im Gehorsam gegenüber den Oberen und haben kein persönliches Eigentum. Die Bruderschaft bildet eine Art von Mönchtum mitten in der Welt. Sie will auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens die Christusbotschaft verbreiten. Bevor die Mitglieder aufgenommen werden, studieren die meisten an den Theologischen Fakultäten und arbeiten während ihres Studiums in den verschiedenen Zweigen der Bruderschaft. Kurz vor dem theologischen Schlußexamen erfolgt eine strenge Auswahl für die Aufnahme in die Bruderschaft. Verschiedene Seminare sorgen sodann für eine weitere Ausbildung auf allen möglichen Missionsgebieten. Die Hauptaufgabe von Zoe besteht also darin, Missionare auszubilden, die entweder als Kleriker oder als Laien innerhalb oder außerhalb Griechenlands arbeiten wollen. Die besten Prediger der griechischen Kirche entstammen zum Teil dieser Bruderschaft. Ihre Wochenschrift „Zoe" hat eine Auflage von 165 000 Exemplaren.
Ein zweiter Zweig der Apostel-Paulus-Bewegung ist die „Christianike Epistemonike Henosis" (Christlich-wissenschaftlicher Verein), dem Akademiker und Wissenschaftler angehören, die in enger Beziehung zur Kirche und zum sakramentalen Leben stehen. Sie wollen durch ihre Mitarbeit das griechische Volk zu einer christlichen Kultur führen helfen. Der Verein gibt neben anderen Veröffentlichungen auch die Zeitschrift „Aktines" (Strahlen) heraus, die die Verbindung von Wissenschaft und christlichem Glauben im Bereich der modernen Physik, Philosophie, medizinischen Psychologie und anderen Wissenschaftsgebieten aufzuzeigen bestrebt ist (monatliche Auflage 20 000 Exemplare).
Im Oktober 1946 gab der Verein seine Proklamation gegen den Materialismus und den Atheismus heraus, die von den führenden griechischen Wissenschaftlern und zahlreichen nichtgriechischen Gelehrten unterzeichnet war. Sie hat große Verbreitung im In- und Ausland gefunden und traf die Kommunisten völlig unvorbereitet, so daß Zachariades, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Griechenlands, sagen mußte, die Kommunisten ständen dieser Proklamation wie „törichte Jungfrauen" gegenüber.
In der Apostel-Paulus-Bewegung steht auch der „Christianike Henosis Ekpaideutikon Leitourgon" (Christlicher Erzieherverband). Er wurde 1947 gegründet und zählt heute etwa 500 Mitglieder. Er versucht alle Lehrer mit dem Ziel zusammenzufassen, die christlichen Prinzipien im Erziehungssystem zur Anwendung zu bringen. Seine Zeitschrift „Agoge" (Bildung) bespricht die Erziehungsfragen im Lichte des christlichen Glaubens. Jedes Jahr werden vom Verein große Studientagungen in Athen und Saloniki durchgeführt.
Die Missionsschwesternschaft „Eusebia" (Frömmigkeit)

wurde 1938 begründet. Mitglieder sind ehelose Akademikerinnen, die für christliche Bildung der griechischen Mädchen durch ihre Arbeit in der katechetischen Schulbewegung und die Herausgabe der Kinderzeitschrift „Zoe tou paidiou" (Das Leben des Kindes) wirken (Auflagenhöhe etwa 160 000).
Der Verein der Krankenschwestern „St. Eunike" wurde 1940 gegründet. Ihm gehören heute rund 450 Schwestern, viele aus den besten Familien Griechenlands, an. Auch sie bleiben ehelos, haben ein gemeinschaftliches Haus, in dem sie ihre Freizeit in einer warmen und freundlichen Atmosphäre verbringen, und tragen zivile Kleidung. Sie sehen ihr Ziel nicht nur in der Krankenpflege, sondern wollen den Kranken die Frohbotschaft durch ihr lebendiges Beispiel der Caritas verkünden.
Der Verband „Hellenikon Phos" (Griechisches Licht) leistet beachtliche Sozialarbeit. Seine Jugendabteilung mit etwa 200 Jungen und Mädchen bildet einen besonderen und bekannten „Studienkreis für Sozialarbeit", während über das ganze Land mehr als 5000 Jugendliche mitarbeiten. Für die Eltern aus allen Ständen besteht die „Goneon Henosis he Christianike Agoge" (Verein der Eltern für christliche Erziehung), der in ganz Griechenland verbreitet ist und mehrere zehntausend Mitglieder zählt.

Studentenvereinigungen

Die „Christianike Phoitetike Henosis" (Christlicher Studentenverein) ist der Nachfolger des „Akademaikos Koinonikos Syndesmos" (Akademisch-gesellschaftlicher Bund), der 1933 gegründet wurde. Mit allen guten Mitteln moderner Publizistik hat der Syndesmos versucht, die Frohbotschaft unter den Studenten und auch im Volk zu verbreiten. Er mußte gegen Atheismus und kommunistische Weltanschauung, die damals unter der Studentenschaft verbreitet waren, schwer kämpfen.
Zu Beginn der deutsch-italienischen Besatzung während des zweiten Weltkrieges mußte der Syndesmos seine Arbeit einstellen. So schlossen sich viele seiner Mitglieder in den „Christlichen Studentenseminarien" zusammen. Diese Studentenbewegung mit ihrer neuen Form arbeitete mit großem Erfolg unter der Leitung von Wissenschaftlern. Sie gaben den Studenten eine umfassende Bildung: weltanschaulich, apologetisch, sozial usw. Etwas später teilten sie sich nach Fakultäten. Nach dem Abzug der fremden Truppen wurde die heutige christliche Studentenvereinigung gegründet.
In den Sommerferien 1946 lautete ihre Parole „Mission in den Provinzen". Junge Akademiker, vor allem Studenten und Studentinnen, sagten dazu ihr Ja. Sie waren bereit, „alles für die Ehre Christi" auf sich zu nehmen, wie sie in ihren Liedern sangen, und brachen auf. 3000 Vorträge wurden in 700 verschiedenen Orten Griechenlands gehalten. Jugendgruppen wurde aufgebaut und von den Provinzabteilungen der christlichen Studentenvereinigung weiter betreut. Sie arbeiteten aktiv am Wiederaufbau der während des Krieges zerstörten Kirchen, am Aufbau ganzer Dörfer und der Betreuung der Bevölkerung, an der Befreiung der von den Kommunisten geraubten und in die Ostblockländer verschleppten Kinder. Zur Zeit zählt die christliche Studentenvereinigung in Athen, Saloniki, Patras, Heraklion und Lamia rund 2500 Mitglieder. Außerdem gibt es zahlreiche Freunde des Vereins, die an verschiedenen Veranstaltungen regelmäßig teilnehmen und mitarbeiten. Auf den Universitäten und den anderen Hochschulen Griechenlands ist ihr Einfluß spürbar. Die Veranstaltungen religiöser, wissenschaftlicher und kultureller Art des Vereins werden sehr gut besucht. Politische Parteien oder andere Weltanschauungen spielen keine Rolle im öffentlichen Leben der Hochschulen.
Studenten und Studentinnen bilden jeweils eine Gruppe für sich, jedoch mit ähnlichem Programm. Großveranstaltungen, Feiern und Gottesdienste sind gemeinsam. Für die einzelnen Mitgliedsgruppen sind besondere Seminarien bestimmt, durch die die Studenten in ein tieferes Verständnis des orthodoxen Glaubens und Geistes eingeführt werden. Außerdem nehmen alle an den Bibelkreisen des Vereins teil, die jeden Sonntag in den Hochschulorten stattfinden. Diese Kreise werden von älteren Studenten oder jungen Akademikern geleitet. Man legt besonderen Wert darauf, die Heilige Schrift nicht als ein literarisches Werk zu betrachten, sondern als das Buch des Heils, das auf alle Fragen des menschlichen Lebens eine Antwort gibt, die zur regula vitae werden soll. Bibelkreise gibt es auch in den anderen Bewegungen, z. B. für Wissenschaftler, Eltern, junge Arbeiter usw. Die Sommerlager, die Kliniken und Waisenhäuser, die Armee, die Provinzen, die Auslandsstudenten, die Sonntagsschule und die Schulgruppe sind heute einige der wichtigsten Aufgabenbereiche der christlichen Studentenvereinigung, die für jedes dieser Gebiete eine Gruppe von Verantwortlichen bestellt hat.
Die Gruppe für die Armeefürsorge der christlichen Studentenvereinigung wurde 1947 gegründet. Während des Kommunistenkrieges korrespondierte sie mit über 2000 Soldaten. Über 330 000 Exemplare von Büchern und Zeitschriften religiösen Inhalts sowie Tausende von Paketen wurden den Soldaten geschickt. Auch heute wird diese Arbeit noch fortgesetzt. Die jungen Studenten, die dem Studentenverein angehören und ihren Militärdienst ableisten, bleiben in einer engen Verbindung mit dieser Gruppe, arbeiten mit der Armee-Seelsorge zusammen und helfen den Soldaten auf allen Gebieten.
Die Gruppe für die Provinzen unterstützt die Studenten, die während der Ferienzeit die Provinzen besuchen, um dort religiös zu arbeiten. Jeder Student soll überall von missionarischem Eifer inspiriert sein. Für diejenigen, die die Ferienzeit bei ihren Eltern im Dorf oder in kleineren Städten verbringen, werden Arbeitstreffen veranstaltet. Dabei erhalten die Studenten auch schriftliche Arbeitsunterlagen. Die Kinder im Dorf, die Jugend und auch die Erwachsenen warten auf die verschiedenen Veranstaltungen der Studenten. Sie sind schon daran gewöhnt. Junge Chemie- oder Medizinstudenten stehen den Theologiestudenten in ihrem missionarischen Eifer in nichts nach. Die Studenten, die an den verschiedenen Sommerlagern teilnehmen, haben eine ähnliche Aufgabe, sowohl in den Lagern wie auch in den umliegenden Dörfern.
Eine andere Gruppe des Vereins nimmt sich der kranken und hilfsbedürftigen Studenten an. Es sind meistens Medizinstudenten, die mit dieser Aufgabe betraut sind. Sie bilden die Pronoia, d. h. die Fürsorger des Vereins.
Jedes Jahr findet ein Gebetstag aller orthodoxen Studentenvereinigungen statt. Nach dem Studentengottesdienst in der Kathedrale von Athen ziehen sie in einem Demonstrationszug zur Universität. Der ganze Tag ist mit einem Programm, das von allen Studentenvereinigungen getragen wird, ausgefüllt.
Die „Christianike Henosis Ergazomenes Neolaias" (christ-

liche Vereinigung der Jungarbeiter) ist der christlichen Studentenvereinigung ähnlich aufgebaut, methodisch jedoch der einfacheren Bildung der Arbeiter angepaßt. Sie wurde 1946 gegründet. Heute umfaßt sie über 100 Zentren in ganz Griechenland und zählt über 2000 aktive Mitglieder. Dazu kommen mehr als 10 000 Freunde, die zwar nicht Mitglieder sind, der Vereinigung aber wertvolle Hilfe leisten. Sie besitzt auch ein eigenes Presseorgan, „To Ergatikon Phos" (Das Licht der Arbeiter), das unter dem Leitwort „Arbeit, Liebe, Gerechtigkeit" steht.

Seit 1947 leitet die „Apostel-Paulus-Bewegung" eine Ingenieur-Schule in Piräus. In dieser Schule wird neben der Fachbildung auf die ethische Erziehung der Studenten besonderer Wert gelegt. Auf diese Weise will die Schule für das griechische Volk Techniker und Mechaniker ausbilden, die in christlicher Weise für das Wohl der Gesellschaft arbeiten können.

Daneben gibt es noch weitere orthodoxe Sondergruppen, wie z. B. „Koinonikos Kyklos" (Der Sozialkreis), der aus Professoren und anderen Wissenschaftlern besteht.

Katechetische Schulen

Die Sonntagsschulen oder katechetischen Schulen wurden 1926 gegründet, um den Kindern eine tiefere religiöse Bildung zu geben, die sie im Leben verwirklichen sollen. Die eifrigsten Kinder werden in Schulgruppen zusammengefaßt, in denen ein lebendiger Missionseifer herrscht. Sie nennen sich „Streiter Christi" und fühlen sich verpflichtet, überall und immer als solche zu leben und zu wirken. Die Katecheten der Sonntagsschulen sowie die Leiter der Schulgruppen — es handelt sich zumeist um Studenten und Studentinnen — haben schon eine besondere Ausbildung erhalten und treffen sich wöchentlich, um die kommende Sonntagsstunde zusammen zu besprechen. Viele dieser religiösen Unterweisungsstunden finden in den Pfarrkirchen statt. Sie sind heute in ganz Griechenland verbreitet und werden nach den unmittelbaren Weisungen der Diözesanmetropoliten abgehalten. Nach einer Statistik von 1957 bestanden 7727 Sonntagsschulen, die von allen christlichen Bewegungen getragen wurden. Zur Zeit gibt es drei Zeitschriften, die für die Kinder der Sonntagsschulen bestimmt sind.

Der Syndesmos

Der „Syndesmos" ist eine internationale und panorthodoxe Organisation. Er wurde 1953 in Paris gegründet, hat jetzt jedoch seinen Hauptsitz in Athen. Der Syndesmos erstrebt eine lebendige Beziehung aller orthodoxen Gruppen, um der Einheit der Orthodoxie Ausdruck zu verleihen.

„Wir wünschen", heißt es im letzten Informationsblatt des „Syndesmos", „weiterzuarbeiten unter der Fahne der einen orthodoxen, katholischen und apostolischen Kirche, der heiligen Tradition, ihrer Universalität, welche durch die Allgemeinen Konzilien errichtet und von den großen heiligen Vätern verkündigt worden ist . . .

Wir sind zutiefst von dem Gedanken an eine neue missionarische Bewegung unserer Kirche zur Stärkung unserer Glaubensbrüder und zur Manifestation der Schätze unseres Glaubens bewegt.

Wir glauben an einen engeren Zusammenschluß der orthodoxen Jugend der fünf Kontinente durch geistige Verbindung und Zusammenarbeit im Syndesmos des Friedens (Eph. 4, 3)."

Der Syndesmos hat eine Abteilung für äußere Mission eingerichtet, die in Verbindung mit den orthodoxen Gemeinden in Zentralafrika und Korea steht.

Das Selbstverständnis der Laienbewegung

Abschließend stellte der Referent Antonios Alevisopoulos fest: „Die Laienbewegungen in Griechenland umfassen unter dem Segen der Kirche und deren Hierarchie jeden Beruf, jedes Alter, das ganze Leben der orthodoxen Gläubigen und leisten erfolgreiche religiöse, wissenschaftlich-kulturelle, soziale und caritative Arbeit. In diesen Laienbewegungen sieht man die Größe der orthodoxen Kirche und zugleich eines ihrer Charakteristika: Auf der einen Seite hält sie fest an der Hierarchie und deren göttlichem Ursprung, auf der anderen Seite aber macht sie keine schroffe Trennung zwischen der Hierarchie und den Laien in dem Sinne, daß die Laien etwa eine passive Rolle zu spielen hätten und lediglich zum Gehorsam verpflichtet wären. Der Laie darf freilich nicht das heilige Opfer darbringen und hat auch keine Vollmacht dazu. Aber er spielt in unserem Kultus eine große Rolle. Er ist selbst Laienprediger, der auch von der Kanzel der Kirche predigen darf. Viele der Professoren der theologischen Fakultäten und Priesterseminarien Griechenlands sind ebenfalls Laien. Die orthodoxe Kirche ist keine erstarrte und statische Kultusgemeinde, wie in westlichen Kreisen oft angenommen wird. Es ist wohl wahr, daß unsere Kirche das kultische und mystisch-sakramentale Leben in den Vordergrund stellt, sie ist eine transzendent orientierte eschatologische Kirche, die ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Jenseits richtet. Der orthodoxe Christ betrachtet sich, wie es beim heiligen Basilius heißt, als ‚Streiter Christi', der ein Leben führt, das an kein Haus, an keine Stadt und an keinen Besitz gebunden ist. Er ist frei und läßt sich von keiner weltlichen Sorge binden (vgl. Bas. praev. inst. asc. 2. MPG 31, 621 b). Er fühlt sich schon in diesem Leben als Bürger des Himmelreiches, und auf diese Weise ist für ihn die Ewigkeit schon etwas Gegenwärtiges, das alles zu heiligen und zu verherrlichen sucht. Gerade dieser Geist herrscht in allen oben genannten Bewegungen der orthodoxen Kirche Griechenlands: der lebendige Geist, der alle Angelegenheiten dieser Welt, das ganze menschliche Leben umfaßt, es aber immer aus der Sicht der Ewigkeit sieht. Er ist der Geist der Freiheit, der Freude der Endzeit, der Harmonie, der Verklärung."

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

DOMS, Herbert. *Priester und Zelebration.* In: Geist und Leben Jhg. 33 Heft 1 (1960) S. 25—36.

Dieser Vortrag vor der Unio Apostolica gibt keine Lehre vom Meßopfer, sondern er geht gegen die ständige Gefahr an, daß sich Priester „um die Tiefe des Kreuzesopfers herumdrücken". Es genüge nicht eine „würdige Zelebration", man müsse sich vor allen Projektionen eigener Wunschträume hüten und sich intensiv mit der Härte des Lebens und Leidens Jesu durch das Studium der neutestamentlichen Schriften beschäftigen. Das sei die Vorbedingung auch wirksamer Verkündigung und der rechten, durch Selbsthingabe in Erniedrigung bezeugten Geltendmachung priesterlicher Autorität.

GOLDBRUNNER, Josef. *Ein Weg zur Mitfeier der Gemeinde in der Osternacht.* In: Katechetische Blätter Jhg. 85 Heft 3 (März 1960) S. 97—103.

Unter der Voraussetzung, die Goldbrunner als gegeben ansieht, daß die Gläubigen heute der Mitfeier der Liturgie erwartungsvoll offen gegenüberstehen, werden hier Wege aufgezeigt, die den Gläubigen in der Mysterienfeier beheimaten können. Diese Beheimatung will vorbereitet sein durch Jahre hindurch: durch eine ruhige wohlgestaltete äußere Gottesdienstordnung, durch Ausweitung des Wissens der Gläubigen über die Heilsgeschichte, durch Konzentration an den heiligen Tagen selbst, durch ständig zu erneuernde Kontakte zwischen Priester und Gläubigen während der Feiern selbst, vor allem dann, wenn der lateinische Text sich hemmend für einen personalen Vollzug der Feier in den Weg stellt. Die Ansprachen, die der Priester zur Aufhebung und Abwendung der Versachlichung der Liturgie halten wird — Goldbrunner führt vier Beispiele für die Osternachtfeier an —, müssen i n der Situation stehen, sie sollen nicht darüber sprechen.

RATZINGER, Joseph. *Theologia perennis?* In: Wort und Wahrheit Jhg. 15 Heft 3 (März 1960) S. 179—188.

In diesem bedeutsamen Beitrag geht es um die Frage: Gibt es einen echten Gestaltwandel der Theologie, oder hat die Theologie ihre unwandelbare überzeitliche Gestalt schon längst gefunden? Was ist Akkommodation? Was müßte sie sein? Ratzinger sagt im Anschluß an Daniélou: Wenn es das Wesen der Mission ist, die Menschheit in die Christustatsache einzubeziehen, dann handelt es sich nicht um eine Einholung von Individuen, sondern auch der geistigen Welten, die sich Menschen geschaffen haben. Wie sich dieser Vorgang in der rechten Weise vollzieht, hat die frühe Kirche gezeigt. Unbeschadet der heilsgeschichtlichen Bedeutung der Einwurzelung der Kirche im Mittelmeerraum, stellt sich heute die Aufgabe der Einwurzelung der Kirche in eine zur Einheit werdenden Welt. Warum gelingt in dieser geschichtlichen Stunde die Akkommodation nicht? Weil, antwortet Ratzinger, die Akkommodation des Christentums an die moderne Welt (nicht Anpassung, sondern Heimholung) auch in der europäischen Welt nicht vollzogen ist. Das Christentum werde bei uns nicht besser und nicht schlechter verstanden als in Afrika, weil es uns fremd geworden sei: es ist eine mittelalterliche Welt, erstarrt, konserviert. Mission müßte daher bei uns selbst zunächst geschehen als Übersetzung des Glaubens in die moderne Welt: Einholung unserer Zeit in die Fleischwerdung Gottes.

WEILNER, Ignaz. *Von Mensch zu Mensch.* In: Geist und Leben Jhg. 33 Heft 1 (1960) S. 49—59.

Diese feinsinnige aszetische Studie sucht den auffallenden Mangel zu ergründen und zu beheben, daß gerade bei frommen Christen das unmittelbar Menschliche — besonders beim Geben — mißachtet und dadurch die Glaubwürdigkeit der von Christen erwarteten zwischenmenschlichen Beziehung (das, was die Evangelischen die Brüderlichkeit nennen) beeinträchtigt wird.

Philosophie

RIDEAU, Emile, SJ. *Christianisme et Libération de l'Homme.* In: Revue de l'Action Populaire N. 136 (März 1960) S. 322 bis 342.

Ein Versuch des bekannten Jesuiten, das christliche Menschenbild in einen dialektischen Gegensatz zu einem ganz bestimmten fortschrittsgläubigen modernen Welt- und Menschenbild zu setzen. Geistreich wird der Alienationsbegriff auf den Menschen angewendet, der das heutige wissenschaftliche Weltbild, das Rideau im Sinne Teilhard de Chardins akzeptiert, in Gegensatz zu Gott stellt. Eine sehr gestraffte historische Rückblende zur Abstützung dieser These schließt den interessanten Aufsatz.

ROTENSTREICH, N. *Philosophie und ökonomisches Modell.* In: Ratio Heft 2 Jahrgang 1959 S. 13—24.

Die auf englisch und deutsch im Verlag Öffentliches Leben, Frankfurt, erscheinende Zeitschrift „Ratio" widmet sich unter stark angelsächsisch-empirischen Gesichtspunkten den verschiedensten Bereichen der Philosophie. In dem Beitrag „Philosophie und ökonomisches Modell" setzt sich N. Rotenstreich, Professor an der Hebrew University of Jerusalem, mit dem Buch R. G. R. Mures „Retreat from Truth" auseinander, der den Empirismus grundsätzlich als in einer ökonomischen Denkweise verwurzelt ansieht, die einen „ökonomischen Irrtum" und daher keine Philosophie erzeuge. Rotenstreichs Kritik richtet sich gegen die verschwommene erkenntnistheoretische Grundlage Mures, ohne jedoch zu ontologischen Kriterien zu greifen, die er als „Platonismus" ablehnt.

Kultur

BECKMANN, Heinz. *Camus oder die glühenden Christen.* In: Zeitwende Jhg. 31 Heft 3 (März 1960) S. 183—187.

Eine ergreifende Würdigung des Werkes von Albert Camus, von dem sein Freund Raymond Bruckberger OP erzählt, daß er sich nie so sehr er selbst gefühlt habe wie in der Gemeinschaft glühender Christen des protestantischen Bergdorfes Le Chambon während der Résistance. Wir blieben als Christen einem so aufrichtigen Rebellen die Antwort schuldig, die ihn vor dem ungetrösteten Tode hätte bewahren können.

FRANKL, Viktor E. *Die Tranquilizer und der ärztliche Kampf gegen die Angst.* In: Universitas Jhg. 15 Heft 3 (März 1960) S. 275—282.

Frankl berichtet über seine Erfahrungen mit Tranquilizern bei der Behandlung von Neurosen. Er schätzt die Bedeutung dieser modernen Beruhigungsmittel sehr hoch ein unter der Voraussetzung, daß mit ihrem Gebrauch zugleich eine strenge psychotherapeutische Behandlung vorgenommen wird. Die heute verbreitete Tranquilizermode bezeichnet er hingegen als ein Symptom für eine Kollektivneurose, die sich aus dem zeitspezifischen Unvermögen ergebe, emotionale Spannungen auszuhalten. Sie könne nur durch eine „Reorientierung an Sinn und Werten von einer solchen Weite des Horizontes überwunden werden, daß sie auch noch den Sinn daseinsimmanenten Leidens mit in sich begreift".

GRUNDMANN, Herbert. *Bonifaz VIII. und Dante.* In: Hochland Jhg. 52 Heft 3 (Februar 1960) S. 201—220.

Nach einer Gegenüberstellung der Aussagen Dantes über Bonifaz VIII. (und seine päpstlichen Vorgänger und Nachfolger) und des Wissens der modernen Historie über diesen Papst kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß Dante Bonifaz nicht nur aus persönlichem Haß verdammt hat, sondern daß er vor allem in Bonifaz den verderblichen Weg des mittelalterlichen Papsttums hat kennzeichnen wollen, das seit Konstantin mit der Macht belastet war, durch die der eigentliche Auftrag der Stellvertreter Christi immer mehr verdunkelt wurde.

HAAS, Adolf, SJ. *Der Mensch, Zielgestalt der Evolution.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 6 (März 1960) S. 424—433.

In dem Maße, wie die weltanschauliche Bindung zwischen Evolutionsgedanken und monistischem Materialismus in der westlichen Welt überwunden wurde, ist der positive Charakter einiger Ergebnisse des Evolutionsgedankens um so klarer zutage getreten: Der Evolutionsgedanke habe den fruchtbaren Anstoß zu einer neuen Einheitsschau gegeben (phylogenetische Systematik); er hat ein neues Bewußtsein vom Werden des Kosmos und damit von seiner „Geschichtlichkeit" vermittelt; er hat die Erkenntnis gefördert, daß der Mensch Ziel und Sinn der Lebensentfaltung sei.

KUHN, Helmut. *Romano Guardini — Denker christlicher Existenz.* In: Hochland Jhg. 52 Heft 3 (Februar 1960) S. 221 bis 237.

Kuhn sieht die Bedeutung Guardinis vor allem darin, daß dieser sich dem neuzeitlichen Denken gestellt habe. Dieses Denken, das durch die „schweigende Verneinung der christlichen Existenz" gekennzeichnet ist, wurzelt in Erfahrungen, die Kuhn mit dem „Vorletzten" bezeichnet, das in der mittelalterlichen Welt zu kurz gekommen sei. Das neuzeitliche Bewußtsein sieht das Dasein als ein Gefüge von drei Momenten: Natur, Subjekt, Kultur. Guardini stellt sich diesem Bewußtsein, weil jedes der drei Momente über sich, transzendental, hinausweist. Aber sosehr er sich auch mit ihm einläßt, er hebt doch niemals die Unterscheidungen auf, die dieses autonome Bewußtsein von der Offenbarung trennen. Für Kuhn ist Guardini ein Denker augustinischer Prägung, er denkt sich nicht an das Leben heran, sondern denkt aus seiner Fülle.

SOFER, Johannes. *Albert Camus (1913—1960).* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 6 (März 1960) S. 433—450.

Eine sehr positive Würdigung des französischen Denkers. Sofer analysiert besonders Camus' Verhältnis zu Gott, Religion und Christentum. Camus sei sich immer gleich geblieben, er lehnte das Christentum ab, bekannte sich als Atheist. Im reiferen Alter erkannte er stärker transzendentale Werte an, er wünschte eine Zusammenarbeit von Gläubigen und Ungläubigen, um die Übel in der Welt zu vermeiden. Am Leid der unschuldigen Kinder ist er freilich gescheitert. In seinem Streben nach Gerechtigkeit und sittlicher Haltung erreichte er eine beachtliche Höhe.

STAIGER, Emil. *Schillers Größe.* In: Die Neue Rundschau Jhg. 70 Heft 4 (1959) S. 559—573.

Staiger charakterisiert Schiller als einen Menschen, der seine Not und die ihn umgebende Welt im Glauben an die Freiheit überwand. Alles, was uns heute unzulänglich, nichtssagend am Werke Schillers erscheint: der skandierende Vers, die scheinbare Trivialität der ausgesprochenen Maximen, die sachlichen und vor allem psychologischen Unstimmigkeiten, fällt auf uns, die Kritiker, zurück. Schiller versuche zu erschüttern, einen Aufruhr von Mitleid und Furcht zu entfesseln. Wer ihm folge, merke, daß danach der Alltag der Welt von uns abfalle und das Leben uns fremd werde. Der Mensch ist mit sich selbst allein, er wird sich seiner Bestimmung bewußt.

Politisches und soziales Leben

BÖHM, Franz. *Der Antisemitismus und die Deutschen.* In: Die Deutsche Universitätszeitung Jhg. 15 Heft 2 (Februar 1960) S. 22—24.

Es ist naiv, anzunehmen, schreibt Böhm, daß mit dem Ende der Naziherrschaft der Antisemitismus in Deutschland verschwunden sei. Er tauchte nur unter und wartete seine Stunde ab. Wenn auch kein Zweifel bestehe, daß das deutsche Volk als ganzes mit den Exzessen nichts zu tun haben wolle — weil sich der Exzeß in keiner Form schickt —, so liegt doch die Annahme nahe, daß gewisse untergründige Sympathien mit dem militanten Antisemitismus noch vorhanden sind. Nur durch diese geheime Teilsympathie lassen sich überhaupt neue Exzesse erklären. Den zahmen Antisemitismus (im Unterbewußtsein der Massen) gelte es zu überwinden.

BURCKHARDT, C. J. *Polen und die Tschechoslowakei zwischen den Kriegen.* In: Merkur Jhg. 14 Heft 3 (März 1960) S. 250—269.

Der letzte Hohe Kommissar von Danzig entwickelt in dieser Studie, wie sehr die kurzsichtige Politik der Westmächte bei der Staatengründung Polens und der Tschechoslowakei die Voraussetzungen zu deren Vernichtung durch Hitler bzw. Sowjetrußland schuf. Polen saß von Anfang an in der Zange der zwei aus der Völkergemeinschaft ausgestoßenen großen Nachbarn, seine Stellung verschlechterte sich durch die mehr als krumme Politik Frankreichs (Barthou). Mit der Tschechoslowakei wurde ein Gebilde geschaffen, das wenn auch wirtschaftlich, so doch niemals als zentralistischer Nationalstaat nach französischem Muster lebensfähig sein konnte.

FURRMANN, Jochen. *Angestellte und „Neue Mittelschicht" — international.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 15 Heft 3 (März 1960) S. 187—194.

Die Zahl der neuen Mittelschicht, der Angestellten — der Verfasser unterscheidet sie vom alten, weithin selbständigen Mittelstand durch ihre Funktion der „teilkontrollierten, vollinformierten Exekutive" in Abhängigkeit — ist in allen Ländern der Welt in Steigen begriffen. Ein internationaler Vergleich ist dabei sehr schwierig, weil eine gemeinsame Definition von „Angestellten" nicht existiert. Obwohl Position und Funktion der neuen Mittelschicht außerordentlich bedeutend sind — weder Manager noch Diktatoren seien in der Lage, ohne Mittelschicht Entscheidungen zu treffen und Pläne in die Tat umzusetzen —, sind sie in allen Ländern auffallend apolitisch. Sie haben keine eigenen gesellschaftspolitischen Ziele.

HECKEL, Roger. *L'Église et la Coexistence.* In: Revue de l'Action Populaire N. 136 (März 1960) S. 261—277.

Gegenüber dem aggressiven Koexistenzbegriff der Kommunisten einerseits und dem rein pragmatischen weiter Kreise der westlichen Welt andererseits entwickelt der Autor den geistig dynamischen und der heutigen weltgeschichtlichen Situation angepaßten Koexistenzbegriff Pius' XII. in folgenden fünf Punkten: 1. Keine Koexistenz in Illusionen befangen. 2. Keine Koexistenz unter Selbstaufgabe. 3. Keine Koexistenz in der Furcht. 4. Keine Koexistenz im Irrtum. 5. Koexistenz in der Wahrheit.

INGRIM, Robert. *Asiatische Gegengewichte.* In: Schweizer Monatshefte Jhg. 39 Heft 12 (März 1960) S. 1166—1172.

Wenn auch Sowjetrußland mit China Schwierigkeiten habe, solle man sich doch hüten, daraus Wunschbilder für die westliche Welt zu konstruieren. Vorläufig müßten die beiden kommunistischen Mächte als Einheit angesehen werden. Ingrim begrüßt die rechtlich verankerte Wiederaufrüstung Japans, weil sie geeignet sei, Kräfte Sowjetrußlands zu binden und das militärische Potential der freien Welt erheblich zu verstärken.

KUMLIEN, Gunnar D. *Zwischen „Italietta" und „Kirchenstaat".* In: Wort und Wahrheit Jhg. 15 Heft 5 (März 1960) S. 189—200.

In diesen Beobachtungen und Bemerkungen über das Italien von heute behandelt Kumlien Reichtum und Armut, Norden und Süden, das Halbstarkenproblem und die Kommunisten sowie das Verhältnis Italiens zur Kirche. Italien sei zu Italietta geworden (es ist keine Großmacht mehr), dennoch ist es das Zentrum der Welt — durch den Vatikan, an diesem Ruhme haben alle Italiener teil. So gefährlich manchen Italienern die politische Entwicklung des Landes zum Einparteiregime erscheint (es gibt keine demokratische Opposition, die Kommunisten sind keine), sowenig kümmert das den Italiener im Alltagsleben: der Vatikan ist ja da. Er nimmt — so Kumlien — die Stelle des „starken Mannes" im Bewußtsein des Italieners von heute ein, er ist sein de Gaulle.

PLUM, Werner. *Aspekte der europäischen Entwicklungshilfe.* In: Gewerkschaftliche Monatshefte Jhg. 11 Heft 3 (März 1960) S. 129—138.

Ein sehr besonnener kluger Beitrag zur Frage des Verhältnisses zwischen Europa und den Entwicklungsländern. Der Verfasser befaßt sich nach einem einführenden Hinweis darauf, wie schwer es heute sei, den Terminus Entwicklungsländer zu bestimmen, mit den sehr unterschiedlich gearteten Hilfen Englands und Frankreichs für ihre Einflußgebiete. Er streift dann einige Probleme, wie Vorrang integraler Entwicklung oder internationaler Arbeitsteilung, das psychologische Verhältnis zwischen Westen und nichtwestlicher überseeischer Welt, und kommt schließlich auf die Kulturfrage zu sprechen: Welche Bedeutung kommt alten Kulturen im 20. Jahrhundert zu? Das Heft bietet noch zwei interessante Beiträge über China von Vsevolod Holubnychy (Chinesische Wirtschaftsprobleme) und Fritz Sternberg (Rotchina und die Sowjetunion).

VANISTENDAEL, August. *Freiheit vor Einheit. Probleme der Gewerkschaftsbewegung in Lateinamerika.* In: Labor Jhg. 7 Heft 1 (Januar 1960) S. 4—8.

Als besondere Probleme der Gewerkschaften in Lateinamerika — die Christlichen Gewerkschaften stellen hier die größte Gruppe unter den freien Gewerkschaften — nennt Vanistendael ihre Unfreiheit, den Mangel an nationalen Führern und die starke Verquickung mit den polilitischen Parteien. In kaum einem lateinamerikanischen Staat seien die Gewerkschaften wirklich frei in ihrer Arbeit. Gewissen Arbeitnehmergruppen sei es verboten, sich gewerkschaftlich zu organisieren, es gibt ferner Polizeiaufsicht für Gewerkschaften, oder die Staaten versuchen, durch Gründung und Förderung von Einheitsgewerkschaften diese für ihre Zwecke einzuspannen. Der Mangel an Führern erkläre sich weitgehend mit aus den besonderen geographischen Gegebenheiten des Subkontinents, doch wirke sich auch die Konzentrierung aller organisatorischen Arbeit auf die Mammutstädte nachteilig für das Hinterland aus.

YEARLEY, C. K. *Latin American Complaints.* In: The Commonweal Vol. 71 No. 20 (12. Februar 1960) S. 539—542.

Der Verfasser skizziert die geschichtliche Entwicklung, die Lateinamerika aus der Finanzabhängigkeit Englands gebracht und zu einem Investitionsgebiet der USA gemacht und dadurch eine große Grenze um den ganzen Kontinent gelegt hat. Die Nachwirkung der Jahrhunderte alten Monokultur in den verschiedenen Ländern, die auch heute noch eine große Verwundbarkeit durch die Fluktuation der Weltmärkte mit sich bringt, sowie die Übergangsschwierigkeiten des rapiden Übergangs zu den Produktions- und Lebensformen der industriellen Gesellschaft mit Hilfe amerikanischen Kapitals werden oft aus politischen Gründen zu Anti-US-Komplexen umgemünzt. Objektiv seien die Beziehungen hilfreich, gerecht und wirklichkeitsangepaßt. Subjektiv müßten sie entemotionalisiert werden.

Chronik des katholischen Lebens

LORENZ, Willy. *Die Jugend des Joachim Pecci.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 6 (März 1960) S. 415—423.

An Hand der Briefe Joachim Peccis, des späteren Leo XIII., zeichnet Lorenz die Jugendjahre dieses großen Papstes nach. Leo XIII., der einer deklassierten Familie entstammte, ist nicht aus freiwilligem Antrieb Priester geworden. Dem Wunsch der Mutter folgend, benutzte er diesen Weg, um Karriere zu machen, dem Namen der verarmten Familie neuen Glanz zu verleihen, bis er seine Damaskusstunde unmittelbar vor der Priesterweihe erlebte. Aber auch ihre Wirkung blieb zunächst beschränkt. Erst während seines 32jährigen Wirkens als Erzbischof von Perugia erkannte er, daß ein Diener Gottes keine menschliche Protektion benötigt.

SCHRÖDER, Paul, SJ. *Hilfe der katholischen Kirche für die Entwicklungsländer.* In: Hilfe für Entwicklungsländer Jhg. 2 Heft 1 (29. Februar 1960) S. 13—14.

Schröder begründet in diesem Beitrag die Pflicht der offiziellen Kirche, an der Neuordnung der Gesellschaft in praxi mitzuarbeiten. Entwicklungshilfe bedeute nichts anderes als ganzheitliche Mission. Die Kirche führe solche Aktionen ohne jede Nebenabsicht durch, allein deshalb, weil sie ein notwendiger Teil ihres Missionsauftrages sei. Lesenswert sind in diesem Heft ferner die „Jährlichen finanziellen Leistungen der Bundesrepublik an Entwicklungsländer" und eine Ländermonographie über Kamerun.

Chronik des ökumenischen Lebens

DUMONT, C.-J., OP. *Rom, Konstantinopel und Genf.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 15 Heft 3 S. 165—178.

Der Direktor des ökumenischen Studienzentrums „Istina" (Paris) gibt hier eine Analyse der ökumenischen Gesamtlage, wie sie seit der Ankündigung eines Konzils durch Papst Johannes XXIII. entstanden ist. Der besondere Wert seiner Darstellung liegt darin, daß er als Kenner der Orthodoxie die Dinge auch von Konstantinopel her überdenkt und beurteilt, wo man die Ökumenische Bewegung nicht aus dogmatischen Rücksichten bejaht, sondern mehr unter dem Gesichtspunkt praktischer Zusammenarbeit gegen den Materialismus. Aber auch die Kennzeichnung der Lage von Genf her zeigt, daß die Ökumenische Bewegung unter dem Einfluß der Konzilsfrage an einem kritischen Wendepunkt angelangt ist.

JANSSEN, Karl. *Die Unterbrechung der aufgezwungenen Schwangerschaft als theologisches und rechtliches Problem.* In: Zeitschrift für Evangelische Ethik Heft 2 (März 1960) S. 65 bis 72.

Der Aufsatz leitet eine schwerwiegende Aussprache ein zu dem neuen Strafgesetzentwurf für Schwangerschaftsunterbrechung, u. a. infolge sich häufender Vergewaltigungen, und vertritt vorsichtig die These, daß das Strafgesetzbuch nicht von einer vergewaltigten Frau — angesichts des modernen Personbewußtseins der Frau — das Opfer der Austragung der Leibesfrucht erzwingen sollte, weil dieses Opfer nur unter seelsorgerlichem Rat freiwillig gebracht werden kann. Die neuen Paragraphen werden auf S. 101 f. abgedruckt. Walter Becker erörtert anschließend die „Schwangerschaftsbeseitigung in rechtlicher Sicht" nach dem Stande der heutigen Diskussion, und Hans Christoph v. Hase behandelt S. 110 f. die ernsten evangelischen Bedenken gegen eine „ethische Indikation".

MEINHOLD, Peter. *Das Selbstverständnis der orthodoxen Kirche.* In: Informationsblatt Jhg. 9 Nr. 4 (2. Februarheft 1960) S. 49—52.

Diese für lutherische Leser bestimmte Darstellung des Wesens der orthodoxen Kirche, die hier und da mit der römischen Kirche konfrontiert wird, dient der Auflockerung des lutherischen Kirchenbewußtseins.

SCHLOENBACH, Manfred. *„Christenheit unter marxistischer Herrschaft."* In: Evang.-luth. Kirchenzeitung Jhg. 14 Nr. 5 (1. März 1960) S. 70—73.

Eine ernste und aufschlußreiche Auseinandersetzung mit dem Buch gleichen Titels (Berlin „Unterwegs" 1959) von Pfarrer Joh. Hamel, der auch zu den scharfen theologischen Gegnern der Obrigkeitsauffassung von Bischof Dibelius gehört, über die Existenz der Christen in der Sowjetzone. Danach seien der „Totale Staat" (des Ostens) und der von ihm betriebene „Seelenmord" zwei Mythen, deren Realität auch im Westen zu beobachten sei. Hamel werde der bedrohlichen Tatsache nicht gerecht, daß die Marxisten „eine Veränderung des Bewußtseins" planmäßig betreiben.

WILKENS, Erwin. *Kirchlicher Jahresrückblick* (I und II). In: Informationsblatt Jhg. 9 (1960) Nr. 2 S. 17—22 und Nr. 3 S. 33—40.

Unter dem Titel „Kirche im Weltaspekt" gibt der Pressereferent des Lutherischen Kirchenamtes einen sehr lehrreichen Überblick zunächst über die Vorzüge und Nachteile darüber, daß im Jahre 1959 die Hinwendung kirchlicher Arbeit auf die Welt das Schwergewicht auf das Außerordentliche verlagert habe. Es folgen chronistische Kommentare zu den großen ökumenischen Ereignissen (Konzil, Zentralausschuß des Weltrates auf Rhodos samt den Konflikten mit den katholischen Gästen, die im Anhang dokumentarisch belegt sind) und dem etwas ermüdenden Refrain von der „Selbstisolierung der römischen Kirche". Der II. Teil behandelt die innerkirchlichen Probleme der EKD.

HERDER-KORRESPONDENZ

Achtes Heft — 14. Jahrgang — Mai 1960

Gott fragte mich: „Menschensohn, können diese Totengebeine wieder lebendig werden?“ Ich antwortete: „Allmächtiger Herr, du weißt es.“ Da sagte er zu mir: „Weissage über diese Gebeine und sprich zu ihnen: ‚Ihr verdorrten Gebeine, hört das Wort des Herrn: Seht, ich werde Geist in euch bringen, daß ihr lebendig werdet. Ich will euch Sehnen schaffen und euch Fleisch wachsen lassen und euch mit Haut überziehen und euch Geist einflößen, daß ihr lebendig werdet. Dann werdet ihr erkennen, daß ich der Herr bin.‘“

Der Prophet Ezechiel, Kapitel 37

Die Gläubigen möchten mit Ausdauer die Hilfe des Heiligen Geistes für die Wiedervereinigung aller Christen in dem einen wahren Glauben und der einen Kirche erflehen. Allgemeine Gebetsmeinung für Juni 1960

1. Diese Gebetsmeinung Papst Johannes' XXIII. für den Pfingstmonat nimmt das Thema der Gebetsmeinung für den Januar dieses Jahres wieder auf: „Alle, die die wahre Kirche suchen, mögen das Verlangen des Herzens Jesu nach der Einheit der Seinen tiefer erkennen und dadurch zur Einheit geführt werden“ (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 97 f.). Damals zogen wir bereits die Gebetsmeinung für Juni heran und fanden, daß der Papst Jesus Christus und den Heiligen Geist als die eigentlichen Subjekte der Bewegung zur Einheit ansieht und daß uns diese Akzentuierung davor bewahren sollte, zu selbstverständlich in gewohnten Kategorien von dem wahren Glauben und der Einheit der Kirche zu beten. Die Gebetsmeinung hat einen bestimmten Zweck, ein von Jesus Christus selbst gewolltes Ziel im Auge: die Wiedervereinigung „aller Christen“, und zwar vor allem „in dem einen wahren Glauben“. Das ist das erste Erfordernis, der Glaube an Jesus Christus, den Sohn des lebendigen Gottes; dieser Glaube ist auch weit über die Grenzen der römisch-katholischen Kirche hinaus lebendig. Sodann „in der einen Kirche“, das ist das zweite Erfordernis, eine notwendige Folge; wie notwendig, das wissen auch die getrennten Christen, und darum sucht die Ökumenische Bewegung die Einheit der Kirche sichtbar zu machen. Überaus vorsichtig wird in dieser Gebetsmeinung wieder vom einen wahren Glauben und der einen Kirche gesprochen, sie werden durchaus nicht massiv mit der römisch-katholischen Kirche bezeichnet oder gleichgesetzt. Das ist sicher kein Zufall. Der Heilige Vater möchte auch diesmal, daß wir die göttliche Freiheit des Betens im Geiste Jesu Christi finden, wenn wir für die Wiedervereinigung „mit Ausdauer“ beten, d. h. so lange beten, bis sie erreicht worden ist. In der Betrachtung der Allgemeinen Gebetsmeinung für Januar wurde ausführlich dargelegt, wie nötig es ist, diese Freiheit zu gewinnen, weil die Vorstellungen von Einheit und von Kirche auf katholischer und auf ökumenischer Seite sehr verschieden, oft sogar einander entgegengesetzt sind, und unsere Leser seien gebeten, diese Hinweise nochmals zu überdenken. Wenn wir die Hilfe des Heiligen Geistes anflehen, so müssen wir uns ebenso wie bei der Anrufung des Herzens Jesu vor einer Gefahr hüten:

2. Es wäre sehr einfach, allzu einfach — und angesichts einer gewissen, von den Getrennten beklagten katho-

N 491 *Familie mit vier Kindern* in Oberschlesien, die zum Teil noch unversorgt sind (zwei Mädchen: 19 und 15, zwei Buben: sechs und vier Jahre alt), bittet um Hilfe jeder Art, besonders für Bekleidung. Die älteste Tochter ist seit Geburt gelähmt und nicht berufsfähig; Vater wegen Magenoperation nur zu leichter, gering bezahlter Arbeit fähig. Notlage pfarramtlich bestätigt.

N 492 *Alleinstehende Kriegerwitwe* in Oberschlesien, Mann und einzigen Sohn in Rußland verloren, auf 36 Mark Monatsrente (Kaufkraft gerechnet) angewiesen, sehr in Not, erbittet Hilfe jeder Art, besonders in Lebensmitteln und Kleidung.

N 493 *Kriegerwitwe* in Oberschlesien, Mann im Westen gefallen, mit 15jährigem unterernährtem Sohn, ohne Witwen- und Waisenrente, weil gefallener Mann im Westen geboren und sie selbst das Mindestalter für Rentenanspruch noch nicht erreicht hat, muß sich und Sohn durch schwere Waldarbeit durchbringen, erbittet Bekleidungshilfe und Lebensmittel.

N 494 *Gymnasialdirektorswitwe* in Oberschlesien, Ostumsiedler, mit ganz kleiner Rente, wegen hohen Alters erwerbsunfähig, erbittet materielle Hilfe jeder Art, da große Notlage — vor allem Lebensmittel und Wolle.

Geldspenden sind einzusenden auf Postscheckkonto Karlsruhe 7926 des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg i. Br. mit Vermerk: „SOS-Ost“ und der jeweiligen Kennzahl.

lischen securitas wäre es eine ganz normale Versuchung für katholische Beter —, wenn wir meinten, der Heilige Geist müsse uns, ja uns, helfen, die getrennten Christen zu unserem zwar katholischen, aber doch nicht immer ausgereiften und voll entfalteten wahren Glauben und zur Einheit der Kirche, wie wir sie heute darstellen, zurückzuholen. Es gibt sogar viele Gläubige, die meinen, sie hätten schon wer weiß was geleistet, wenn sie überhaupt als die daheimgebliebenen Söhne des gemeinsamen Vaters der getrennten Brüder gleich dem verlorenen Sohn gedenken und wenn sie nicht einfach sagen — was viele andere tun: von uns aus könnten sie auch fortbleiben, das Erbe ist wohl in unseren Händen! Solche Gläubigen machen sich natürlich nicht die geringsten Gedanken darüber, wo denn die Plätze sind, die man gegebenenfalls den Getrennten einräumen könnte, und die Rechte, die sie bisher genossen haben, und wo sie etwa ihre (unsere) Bibel hinlegen und aufstellen könnten, die sie ja mitbringen würden und die bei ihnen auf dem Altar und auf der Kanzel liegt, ganz zu schweigen von den kraftvollen Chorälen, in denen sich ihr Glaube ausspricht. Solche und ähnliche Gedanken würden erst dann aufkommen können, wenn das Gebet den Heiligen Geist nicht als Helfer und Diener unserer Wunschvorstellungen oder unserer theologischen Meinungen anruft, sondern wenn man ihn den Herrn unseres Betens sein läßt, damit er uns die Augen öffnen kann für das Ausmaß der Erneuerung unseres Glaubens und unserer Fixierung dessen, was die Einheit der Kirche ist, eine Erneuerung, ohne die es den getrennten Christen bei uns nicht gefallen würde. Wollten die Gläubigen sich dem Heiligen Geiste, den sie anrufen, wirklich überlassen, so daß er sie in alle Wahrheit führen kann, und nicht versuchen, ihn zu führen, so wäre sicher ein aussichtsreicher Anfang für eine Wiedervereinigung gemacht. Auch der Klerus sollte diese Haltung einnehmen. Für ihn gelten besondere Überlegungen, z. B. diese, daß die getrennten Christen nicht gewohnt sind, die bei uns landläufigen Vorstellungen von der Aussonderung des Priesterstandes nachzuvollziehen, Vorstellungen, die nicht etwa nur im Sakrament des Ordo ihren Ursprung haben, sondern auch in einer antiquierten Auffassung der Herrenrechte des priesterlichen Standes, die mittelalterlich-barock sein dürfte. Es müßte viel von der neutestamentlichen Auffassung der priesterlichen „Dienste" in unser Bewußtsein eingehen, bis ein Evangelischer das Priestertum Jesu Christi und seiner Apostel in unserm katholischen Priestertum wiedererkennen könnte. An der Umwandlung unserer Vorstellungen vom Priestertum wird bereits von Exegeten und Pastoraltheologen gearbeitet, aber der Weg von ihren Büchern bis zur Ausbildung der jungen Theologen, die allzu rasch zum enfant gâté der Frommen werden und daran Schaden leiden, ist noch weit. Hier kann nur der Heilige Geist selber die Verwandlung vornehmen, ohne die jede Wiedervereinigung schon im Ansatz scheitern würde.

3. Die Gebetsmeinung des Heiligen Vaters ist sehr katholisch, weil sie *alle* Christen meint. Auch Pius XII. suchte alle Menschen, die auch nur eine Spur des Geistes Christi in sich bewahrt haben, anzusprechen und zu sammeln, nicht nur im Kultraum der Kirche, sondern auch schon in ihren Vorhöfen, den Bereichen der Gerechtigkeit und Liebe, die wesentlich auf die Kirche, den mystischen Leib Christi, hingeordnet sind (vgl. das katholische Votum „Die Herrschaft Christi über die Kirche und die Welt"; Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 280). Es ist die vornehmste Aufgabe des Heiligen Geistes, das Zerstreute einzusammeln zur rechten Gottesverehrung, wie es in der Oratio der Missa ad tollendum schisma heißt. Von den Geeinten wird dort freilich nur gesagt, daß der Heilige Geist sie bewahren möge. Aber die Lesung aus dem Epheserbrief (4, 1—7, 13—21) sagt über das Maß dieser Bewahrung mehr aus. Der Heilige Geist ruft die Zerstreuten aus der Zerstreuung heraus. Wie stark er darin ist, zeigt die unaufhaltsam rasche Entwicklung der Ökumenischen Bewegung der getrennten Christen. Da diese zunächst einmal eine bewährte brüderliche Gemeinschaft im Weltrat der Kirchen gefunden haben — wenn auch seine führenden Männer neuerdings darüber klagen, daß die Mitgliedskirchen an einer Föderation Genüge finden und nicht zur Einheit durchstoßen —, so ist es doch eine unerhörte Glaubenszumutung — Mysterium fidei! —, daß das Lehramt der Kirche von „allen Christen" erwartet, sie sollten sich aufs neue von Gott einen Weg durch die Wüste führen lassen. Wohin? Unter eine Hierarchie, von der sie nicht nur Gutes gehört haben und erwarten? Wo ist die katholische Entsprechung zu dieser Zumutung? Wo lassen wir auch uns aus den Schutzmauern der Gewöhnung und der Gesetze herausrufen, so wie es der Epheserbrief des Apostels Paulus beschreibt, herausrufen aus dem Zustand unreifer und nicht einmal sehr folgsamer Kinder zum Vollalter der Fülle Christi, „daß wir alle zur Einheit des Glaubens gelangen"? Wir alle, auch die sehr bewahrten und selbständiger Beantwortung der Gnade Christi ungewohnten Katholiken. Ohne eine katholische Entsprechung im Gehorsam gegen den Ruf des Heiligen Geistes, ohne eine analoge Zumutung an unsern eigenen Glauben gibt es keine Erfüllung der Gebetsmeinung auf Seiten der Getrennten! Die Zumutung an uns selber darf wirklich nicht geringer sein als an alle übrigen Christen, sonst stößt die Gebetsmeinung sie nur ab, und sie sagen nur: „Ach, das kennt man von Rom, wieder einmal der Ruf zur Rückkehr in das gemeinsame Vaterhaus, aber das ist nicht unser Haus!"

Also was soll geschehen? Das ist keine gute Frage. Darüber erwarten wir ja gerade eine Belehrung durch den Heiligen Geist. Es gehört zu der eigentümlichen Hirtenführung Johannes' XXIII., der übrigens von den Protestanten Nordamerikas bereits als „Papst des guten Willens" bezeichnet wird, daß er das Lehramt der Kirche, besser gesagt, sein eigenes oberstes Lehramt nicht überfordert, sondern daß er die ganze Kirche abhorchen läßt und ein hörender, ein die Wege des Heiligen Geistes erforschender Papst ist. Aber er erwartet von seinen Gläubigen das gleiche, damit durch ihr andauerndes Gebet der Heilige Geist über die Kirche und ihre Ämter Macht gewinnt. Wer den Heiligen Geist anruft, muß offen sein für Überraschungen und aufhören, schon alles wissen und selber machen zu wollen.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Jünger und Pharisäer. 4. Trikonfessionelles Gespräch in Berlin

Schon das vierte trikonfessionelle Gespräch ist nun von der Evangelischen Akademie Berlin gemeinsam mit dem dortigen Katholischen Bildungswerk, dieses Mal mit dem Thema „Jünger und Pharisäer", veranstaltet worden (26.—28. Februar 1960; vgl. zuletzt

Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 463). Die bisherige Höchstzahl von 64 Teilnehmern — mehr dürften es nicht werden, wenn der echte persönliche Austausch erhalten bleiben soll — ergab sich vor allem aus der Anwesenheit zahlreicher katechetisch tätiger oder Theologie studierender Gesprächspartner, dank deren Gegenwart auch anspruchsvollere Referate nicht so „über die Köpfe hinweg" gingen wie manchmal früher — und natürlich auch auf mehr Breitenwirkung des Erarbeiteten zu hoffen ist.

Zwei Referate galten den „historischen Pharisäern" (d. h. nicht dem Idealtypus des „Pharisäers"). Dr. Hermann Levin *Goldschmidt* vom Jüdischen Lehrhaus Zürich betonte einleitend, es gelte nicht etwa nur, jenen einstigen Pharisäern, sondern in ihrer Gestalt dem Judentum — gerade auch vom Neuen Testament aus — besser als bisher gerecht zu werden. Ihre große geschichtliche Leistung innerhalb desselben sei der Brückenschlag vom jüdischen Altertum zum jüdischen Mittelalter. Sie lasse sich in fünf Aspekte aufgliedern:

1. An die Stelle von Tempel und Tieropfer haben sie den Gebetsgottesdienst der Synagoge und die moraltheologische Begriffsklärung im Lehrhaus treten lassen;
2. an die Stelle der ‚Boden-' die ‚Bibelständigkeit' des Volkes (nach R. Zipkes);
3. an die des kastenmäßig ausgesonderten levitischen Priestertums das allgemeine grundsätzlich aller Männer;
4. beginnt das Märtyrertum als „Sieg durch den Tod" mit den makkabäischen Märtyrern, deren Blut zum Samen des Pharisäerordens — und dessengleichen von seinen Angehörigen immer wieder verströmt — wurde;
5. haben die Pharisäer das Prinzip der ‚mündlichen Überlieferung' als Auslegungsnorm für das schriftlich festgelegte Gotteswort, gegen dessen starre Buchstaben-Diktatur bei den konservativen Sadduzäern, durchgesetzt.

Das zweite Referat des Talmud-Forschers Dr. Gerhard *Lisowski* galt dem Pharisäertum zur Zeit des Neuen Testaments und betonte vor allem sehr stark, daß die damaligen Rabbiner als „Juristen" auf jede ihnen vorgelegte Frage eine praktikable begründete Entscheidung finden mußten; in sich selbst war ihr Normen-System völlig geschlossen und prinzipiell trotz großer Elastizität widerspruchsfrei; und wenn Jesus ihnen gegenüber etwa in der Scheidungsfrage auf das zurückgriff, was „im Anfang" galt (Matth. 19, 9), so hatte er schon damit den gemeinsamen Diskussionsboden verlassen und letzten Endes göttliche Autorität eigenen Rechts beansprucht.

Pharisäertum als katholische Lebensform

Daß hier und nur hier „Christus und die Pharisäer" in unüberbrückbarem Gegensatz zueinander standen, betonte — im Anschluß an das so betitelte neue Werk von Wolfgang Beilner (Wien 1959) — der katholische Hauptreferent der Tagung Dr. Willehad *Eckert* OP von der Albertus-Magnus-Akademie, welcher zugleich klar herausarbeitete, daß „das Positive am Pharisäertum in der katholischen Kirche fortlebt", daß wir uns zu ihrem Eifer der Gesetzeserfüllung — unbeschadet unsrer in Christus naturgemäß verschiedenen Auslegung — auch unserseits freudig bekennen.

Dagegen sah der evangelische, stark von Bultmann bestimmte Hauptreferent Dr. Günter *Klein* von der Universität Bonn auf Grund seiner Auslegung von Röm. 7 im Pharisäer nur die „Chiffre unserer eignen Vergangenheit", soweit sie als bloße Aufrichtung eigener Gerechtigkeit durch im Glauben neu geschenkte überwunden ist, und den historischen Vertreter bloß ‚formalen Gehorsams' gegenüber dem ‚verstehenden', den Jesus — unter radikaler Entzauberung der Welt — verkündet habe.

Aber: „Dies sollte man tun und jenes nicht lassen" (Matth. 23, 23 b), so unterstrich — wiederum an Beilner anschließend — Prof. Dr. Karl *Thieme*, Germersheim (Universität Mainz) in seiner biblischen Betrachtung über Matth. 23, 13—33 die unüberhörbare Mitte in des wirklichen Jesus siebenfachem Wehe — das wir als warnendes Wehe über „uns Theologen und Fromme" hören sollten, wenn wir Jesu Christi Jünger sein wollen und nicht Pharisäer — gegenüber den Pharisäern.

Was liest die Jugend der Sowjetzone?

In einer Broschüre, die im Februar 1960 erschienen ist („Was liest die Jugend der Sowjetzone?", Bonn 1960, 101 S.), versuchen Hermann Hartung und Gottfried Paulsen die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik mit der Jugendliteratur der Sowjetzone bekannt zu machen, um zu zeigen, in welchem Ausmaß und mit welchen Methoden Partei und Staat das für die Erziehung der Jugend so wichtige Gebiet der Jugendliteratur ideologisch-klassenkämpferisch aufgeladen haben. Im Dienste dieser ideologischen Uniformierung, in die man vom Kindergartenkandidaten bis zum Entlaßschüler der Berufsschulen alle Kinder und Jugendlichen hineinzuzwingen versucht, stehen nicht etwa nur die schöngeistige Literatur (Jugendroman, Abenteuerbuch, Märchen), sondern auch die Bücher über Technik, Naturwissenschaft, Forschung, Reisen und Sport.

Die Einflußnahme von Partei und Staat auf die Jugendbuchproduktion der Zone wird durch besondere Organisationsformen gesichert: Sowohl der „Kinderbuchverlag" wie der Verlag „Neues Leben" in Berlin — die beiden führenden Jugendbuchverlage in der SBZ — sind „volkseigene Betriebe" und werden direkt vom Kulturministerium bzw. von den entsprechenden Instanzen des Zentralkomitees der SED gelenkt und kontrolliert. Obwohl die vier anderen Kinder- und Jugendbuchverlage, die man noch zu den führenden rechnet, Privatunternehmen sind, nämlich der Alt-Berliner Verlag Lucie Groszer, der Alfred Holz-Verlag, Berlin, der Verlag Ernst Wunderlich, Leipzig, und der Gebrüder-Knabe-Verlag in Weimar, sind sie — was die Kontrolle durch den Staat betrifft — den gleichen Bedingungen wie die volkseigenen Verlage unterworfen, mit dem Unterschied allerdings, daß sie bezüglich der Papierzuteilung und in finanzieller Hinsicht nicht auf die Unterstützung der Partei zählen können, d. h., daß sie gegenüber den Staatsverlagen kräftig benachteiligt sind. Daraus ergibt sich die für diese Verlage seltsame Zwitterproduktion: sie müssen einerseits publikumswirksame Literatur herstellen, um existieren zu können, anderseits aber kommunistische Makulatur fabrizieren, um sich nicht die Gunst der Partei zu verscherzen.

Außer diesen ausgesprochenen Kinder- und Jugendbuchverlagen gibt es noch 26 Verlage in der Zone, die neben der Erwachsenenliteratur auch Bücher und Heftreihen für die Jugend herausgeben, so z. B. den Aufbau-Verlag in Berlin, den Urania-Verlag in Leipzig oder den Verlag „Volk und Wissen", ebenfalls in Berlin. Alle aufgeführten Verlage stehen unter dem gleichen Zwang: Die Klassikerausgaben, nach wie vor beliebt und sehr gefragt, dürfen nur im Rahmen der Pflichtprogramme neu auf-

gelegt werden, während die Produktion von Büchern mit einem „gesellschaftlich wichtigen" Inhalt, von Partei und Staat ständig forciert, immer mehr ansteigt. Sogar ausgesprochene Bestseller, wie z. B. der Expeditionsbericht „Nanga Parbat 1953", werden nicht mehr neu aufgelegt, da, laut „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel" (Leipzig 19. 2. 55), „der gesellschaftliche Bedarf an Büchern, die unsere Jugend mit den Entwicklungsgesetzen in Natur und Gesellschaft bekannt machen oder die einen wirksamen Damm gegen die auch in unsere Republik eingedrungene Schmutz- und Schundliteratur zu bauen vermögen..., größer ist als bei Büchern wie ‚Nanga Parbat 1953'." Dieser Passus macht deutlich, welche Tendenz in den Verlagsprogrammen der SBZ zu dominieren hat.

Die Literatur für das Erstlesealter

Sieht man sich die Produktion der Verlage, speziell die Literatur für das Erstlesealter, nun im einzelnen an, so fällt zunächst auf, daß sich hier die Kinderbücher viel weniger von der Erwachsenenliteratur unterscheiden als im Westen. Kindergeschichten sind in der Zone Anleitung und Vorbild für das alltägliche Leben des Kindes; es soll mit ihrer Hilfe rechtzeitig lernen, sich in die sozialistische Gesellschaft einzuordnen, um ein nützliches Mitglied des Staates zu werden. Typisch für das sogenannte „realistische Märchen", nach dessen Muster z. B. „Katja und Martin" von Ingeborg Friebel oder „Gaba, der kleine Grönländer" von Gitz-Johansen geschrieben wurden, ist, daß anstelle der bösen Geister und Hexen kapitalistische Ausbeuter und imperialistische Agenten stehen, die aber zuletzt von den guten Kräften, dem befreiten Volk und dem Volkspolizisten, vernichtet werden.
Da man jedoch auf die beliebten alten Märchen der Brüder Grimm oder H. C. Andersens nicht ganz verzichten konnte, schrieb ein Autor des Kinderbuchverlages, der Germanist W. Pollatschek, die alten Märchen einfach „sozialistisch" um. Er entfernte aus ihnen alle christlichen Vorstellungen und Bilder und änderte die Handlung des Märchens, wenn sie der sozialistischen Ideologie nicht entsprach. Diese willkürlichen Zusätze oder Abstriche, die den Sinn der Märchen zerstörten, fanden jedoch nicht den Beifall der Bevölkerung; im Gegenteil, es entstand bald in breiten Kreisen eine Art Anti-Pollatschek-Bewegung, so daß man sich gezwungen sah, ab 1956 die Kinder- und Hausmärchen der Brüder Grimm wieder in ihrer ursprünglichen Form herauszugeben.
Neben diesen großen Meistern der Erzählkunst finden wir nur noch wenige bedeutende Kinderbuchautoren der alten Zeit wieder, so z. B. Heinrich Hoffmann mit dem berühmten „Struwwelpeter", Wilhelm Hauff mit dem „Kleinen Muck" und E. T. A. Hoffmanns Märchen vom „Nußknacker und Mäusekönig". Diese Bücher sind gut ausgestattet und dabei preiswert, so daß sie mit den entsprechenden westdeutschen Ausgaben mühelos konkurrieren können. Leider ist ihre Auflagenhöhe — da ihr Inhalt tendenzlos und unverfänglich ist — beschränkt. Die Kinder sollen ja nicht diese Bücher lesen, sondern solche, die mit den „Errungenschaften und Institutionen der DDR" bekannt machen. Das geschieht z. B. in dem Bilderbuch „Geburtstag im Kindergarten" von Erika Engel mit Illustrationen von Günter Hain, in dem die Vier- und Fünfjährigen Freundschaft mit der Volkspolizei schließen, oder in dem Buch „Unser Schiffchen fährt durch Deutschland" von Ursula Peter und Ingeborg Meyer-Rey, einer Schwarzweißmalerei, die schon in den Kleinen den Haß zu wecken versucht. Da die zoneneigenen Autoren anscheinend für diese Art von Produktion nicht ausreichen, greift man auch auf geeignete ausländische Schriftsteller zurück, wie z. B. auf die Italienerin Gianna Rodari mit ihrem „Zwiebelchen", einer hübsch verpackten Klassenkampfgeschichte, oder auf die Erzählung des tschechoslowakischen Märchendichters Pavel Kohout „Das Herz eines Jungen aus dem Ural", in der Heldentum und Opferbereitschaft des Sowjetvolkes im „Großen Vaterländischen Krieg" besungen werden.
Für diese Literatur des Erstlesealters in der Zone läßt sich feststellen: Schon bevor das Kind überhaupt lernt, in Begriffen zu denken, wird es dazu erzogen, den sozialistischen Staat und seine Einrichtungen zu lieben, alles aber, was diesem Staat feindlich gegenübersteht, zu hassen und zu bekämpfen.

Die Jugendliteratur der SBZ für die Älteren

Die Jugendliteratur der SBZ für die 10- bis 16jährigen läßt sich nach Hartung und Paulsen in sieben Gruppen gliedern:

Klassische Autoren

An erster Stelle stehen die Werke der klassischen Jugendbuchautoren. Sie haben relativ hohe Auflagen. Da sie nur schwer „sozialistisch" ausgefüllt werden können, das Publikum also bei ihnen keine unliebsamen Überraschungen zu erwarten hat, ist die Nachfrage nach ihnen größer als das Angebot. Zu dieser Gruppe gehören Werke von Büchner, Eichendorff, Goethe, Gogol, Lessing, Hebbel, Herder, Heine, Hölderlin, Gottfried Keller, Kleist, Puschkin, Schiller, Seume, Shakespeare, Storm, Tolstoi, Tschechow und Tucholsky. Neben diesen ausgesprochenen Klassikern finden wir auch gute alte Bekannte wieder, wie „Onkel Toms Hütte" von Beecher-Stowe, den „Lederstrumpf" von Cooper, Stevensons „Schatzinsel", „Robinson Crusoe", Grimmelshausens „Simplizissimus" u. a. Nur Karl May fehlt in dieser Reihe, da die Diskussion über seine „Zulässigkeit" immer noch nicht abgeschlossen ist. An seiner Stelle versucht man „Die Söhne der großen Bärin" von Liselotte Welskopf-Henrich, der „first lady" unter den Schriftstellerinnen der Zone, an den Mann zu bringen. Dieses Buch ist tatsächlich ein Abenteuerroman aus dem Leben der Indianer von künstlerischem Rang, in dem das herkömmliche Klischee verkitschter Wildwestromantik überwunden wurde. Seine Autorin erhielt 1951 den 1. Preis für Kinder- und Jugendliteratur dafür. Die Schriftstellerin, die als Dozentin für griechische Geschichte und Alte Geschichte an der Humboldt-Universität tätig ist, schrieb außerdem noch die Kindererzählung „Drei Wassertropfen", die den Kindern unmerklich geographische und physikalische Kenntnisse vermittelt, wie auch die drei Erzählungen „Hans und Anna", die der Jugend historisches Wissen überliefern sollen.

Historische Erzählungen

„Hans und Anna" gehören schon zur zweiten Gruppe der Jugendbücher, nämlich zu den historischen Erzählungen. Hier sind die bedeutendsten „Die Geschichte unseres Vaterlandes von 1900 bis zur Gegenwart" des Historikers Jürgen Kuczynski, ferner der historische Roman „Die Vitalienbrüder" von Willi Bredel, der das Leben Klaus

Störtebekers behandelt, und schließlich die Biographien des suspendierten Schweriner Dompfarrers Karl Kleinschmidt über Thomas Müntzer und Ulrich v. Hutten. Auch die Jugendromane „Die Fahne des Pfeiferhänsleins", ein Buch über den deutschen Bauernkrieg, und „Das große Abenteuer des Kaspar Schmeck", ein Thema aus dem amerikanischen Unabhängigkeitskrieg, von Alex Wedding gehören zu den historischen Erzählungen, bei denen neben der Sozialkritik ein kämpferischer Optimismus vorherrscht. Die Autorin der letzten beiden Bücher, die aus Verbundenheit mit dem Berliner Milieu das Pseudonym „Wedding" wählte, heißt in Wirklichkeit Grete Weiskopf und ist die Witwe des 1955 verstorbenen Franz Carl Weiskopf. Sie verfaßte auch noch das bekannte Buch „Das eiserne Büffelchen", das ihr u. a. 1956 den sowjetzonalen Goethepreis einbrachte.

Neben der Darstellung rein historischer Stoffe findet sich in der Jugendliteratur der SBZ auch eine Mischung von Historie und Zeitgeschichte, wie z. B. die reich bebilderte Fibel „Deutschland, du liebe Heimat". Sie bietet einen Querschnitt durch Landschaft, Geschichte, Volkskunst und Mundarten Deutschlands und vereinigt hier in bunter Reihe Goethe, Heine, Storm, Büchner, Fontane und Rilke mit „fortschrittlichen" Autoren wie Johannes R. Becher und Irma Thälmann, der Tochter Ernst Thälmanns. Auch Wilhelm Pieck, der Präsident der SBZ, darf in diesem Kreis nicht fehlen.

Die kommunistischen Bewegungen in der Sowjetunion und in den Ostblockstaaten

Ein verhältnismäßig großer Teil der Jugendbuchproduktion der Zone wird von den in- und ausländischen Autoren bestimmt, die die Geschichte der kommunistisch-revolutionären Bewegung der Sowjetunion und der Ostblockstaaten behandeln. Als Vorbilder werden hier der mitteldeutschen Jugend die russischen Schriftsteller Maxim Gorki („Über die Jugend"), Arkadij Gaidar („Timur und sein Trupp"), Nikolai Ostrowski („Wie der Stahl gehärtet wurde") und Alexander Fadejew („Die junge Garde") angepriesen. Das in diesen Büchern immer wiederkehrende Motiv ist der Kampf der russischen Jugend während der Oktoberrevolution gegen die feindlichen Truppen des Westens oder — zur Zeit des „Großen Vaterländischen Krieges" — gegen die „Faschisten". Dabei ist zu bemerken, daß im sowjetischen Sprachgebrauch unter „Faschisten" stets nur die deutsche Armee verstanden wird. All diese Werke sind Hymnen auf die Vaterlandsliebe und Haßgesänge auf den Feind. Besonders hervorzuheben ist das aufrichtige Buch von Makarenko „Der Weg ins Leben"; es schildert den Kampf eines Erziehers um die Besserung einer Gruppe verwilderter Jugendlicher in der Zeit nach der Oktoberrevolution. Der Erzieher versucht, durch gutes Beispiel die Jungen zur Einsicht zu bringen, was ihm nach vielen Fehlschlägen schließlich auch gelingt. Obwohl dieses Buch auf Grund ganz bestimmter russischer Voraussetzungen geschrieben wurde, dient es heute als Grundlage zur Jugenderziehung in der SBZ.

Neben diesen „Meisterwerken des sozialistischen Realismus" finden sich noch einige Durchschnittsromane, die nur eine propagandistische Aufgabe haben, wie z. B. die Erzählung „Maxim Perepeliza" von Iwan Stadnjuk, die die Wehrbereitschaft der Jugend anspornen soll.

Besondere Beachtung schenken die Kulturfunktionäre der Zone auch dem „Klassenkampf" der Vergangenheit. Die Schriftsteller werden immer wieder aufgefordert, ihre Motive aus dieser Themengruppe zu wählen. Zu diesen Romanen zählen „Sturm auf Essen" von Hans Marchwitza — ein Buch, das den Kapp-Putsch zum Hintergrund hat — oder „Buttje Pieter und sein Held", in dem Max Zimmering von Ernst Thälmann erzählt.

Gesellschaftskritik an „kapitalistischen" Ländern

Einen wichtigen Platz unter den Jugendbüchern der Zone nimmt ferner die Literatur über die unterdrückten Völker und die politisch Verfolgten ein. Ein Beispiel für diesen Jugendbuchtyp ist das Buch von Curt Corrinth „Die Sache mit Päker". Corrinth, der als Verfasser des Schauspiels „Trojaner" schon seit 1929 bekannt ist, zählt zur literarischen Prominenz der Zone und analysiert auch in diesem Werk am Beispiel des Schicksals des Obertertianers Lewin das Rassenproblem zwischen Deutschen und Juden, wobei Westdeutschland als Hort des Nationalismus und des Rassendünkels entlarvt wird. Das Buch fand den Gefallen der Partei und diente der DEFA als Stoff für den Film „Zwischenfall in Benderath". Ebenfalls verfilmt wurde das Buch von B. Traven „Rebellion der Gehenkten". Trotz seiner Blutrünstigkeiten wird seine Lektüre der Jugend empfohlen, da es die Unterdrückung und Ausbeutung der Indios durch die kapitalistischen Eroberer anschaulich schildert. Gleiches gilt auch für die Bücher „Trini" und „Neger Nobi" von Ludwig Renn. Dieser Autor, der eigentlich Arnold Vieth von Golssenau heißt, ist eine der interessantesten Gestalten der mitteldeutschen Schriftstellerprominenz. Er wurde schon vor dem zweiten Weltkrieg durch seine Kriegsromane berühmt und ist heute durch die Geschichte des Indianerjungen Trini einer der populärsten Jugendbuchautoren der SBZ, wie eine Leserumfrage von 1957 ergab.

Um die Sünden der Kapitalisten anzuprangern, muß man jedoch nicht immer Neger und Indios beschreiben. Laut Parteimeinung gibt es in allen kapitalistischen Ländern Unterdrückte und Verfolgte. So bleibt Valentin Rabis (Pseudonym), ein in der Bundesrepublik lebender kommunistischer Jugendbuchautor, gleich zu Hause und schildert in seinem Erstlingswerk „Die Brücke von Kassel" die Tat junger westdeutscher „Friedenskämpfer", die in der Brücke von Kassel Sprenglöcher zumauerten und dafür von den Amerikanern ins Zuchthaus geworfen wurden. Für sein Buch „Am seidenen Faden", das „die Scheinblüte des westdeutschen Wirtschaftswunders entlarvt", erhielt Rabis 1957 den Literaturpreis des FDGB („Tribüne" v. 15. 6. 57).

Vom Klassenkampf vergangener Jahrzehnte erzählt der früher auch bei uns vielgelesene Martin Andersen Nexö in seinen künstlerisch wertvollen und menschlichen Büchern „Ditte Menschenkind" und „Pelle, der Eroberer", wobei in Ditte das Dulden der Armen verurteilt wird, während Pelle als Symbol für den Sieg der Unterdrückten gilt.

Der zweite Weltkrieg und die Widerstandsbewegung

Anfang Oktober 1957 verpflichteten sich auf einem Schriftstellerkongreß in Potsdam die Autoren der Zone, „... den zweiten Weltkrieg in der Literatur unserer jungen Republik endlich wertend zu behandeln". Die SED forderte von ihnen eine „volkstümliche Kriegsliteratur", die in der Lage sein müsse, vor allem die Jugend zu „patriotischer Verteidigungsbereitschaft" zu erziehen.

Der Erfolg dieser Aufforderung zeigte sich bald in einer Flut von knallig aufgemachten Groschenheftchen, die unter Titeln wie „Zur Abwehr bereit" oder „Gewehre in Arbeiterhand" erschienen. Sie sind eine Mischung von billigem Reißer und ernstgemeinter Widerstandsliteratur. Ein bedeutendes Buch über die antifaschistische Widerstandsbewegung im KZ ist „Das siebte Kreuz" von Anna Seghers, das, obwohl kein Jugendbuch, zur Pflichtlektüre der mitteldeutschen Jugend gehört. Eines der wichtigsten Ereignisse des deutschen Widerstandskampfes, die Geschehnisse des 20. Juli 1944, wurde von Wolfgang Schreyer in seiner Erzählung „Das Attentat" dargestellt, allerdings, wie üblich, mit zweckbestimmter Färbung.

Das „neue Leben in der DDR"

Ein Sorgenkind der Kulturfunktionäre der SBZ ist die Literatur über das „neue Leben in der DDR". Sie behandelt meist den Kampf der Partei um die Errichtung der neuen sozialistischen Gesellschaft, wobei sie den Widerstand von Außenseitern (oder „verstockten Klassenfeinden") zu überwinden hat. Zuletzt siegt aber immer das „sozialistische Bewußtsein", so z. B. in dem Musterbuch dieser Gattung, „Tinko" von Erwin Strittmatter. Dieser Autor, der vor dem zweiten Weltkrieg Bäcker war und erst nach Kriegsende über die Laufbahn eines Volkskorrespondenten zum „Volkspoeten" aufstieg, erhielt für seinen Roman „Tinko", der das Problem der Kollektivierung der Landwirtschaft behandelt, den Nationalpreis I. Klasse. Er versteht es sehr geschickt, seine ideologischen Belehrungen heiter und volkstümlich zu verpacken, wie z. B. in seiner Liebesgeschichte „Paul und die Dame Daniel", so daß er gern gelesen wird. Neben diesem Musterbeispiel sozialistischer LPG-Literatur gibt es noch eine Fülle von Erzählungen und Romanen, die das gleiche Thema behandeln, jedoch nicht ausschließlich für die Jugend bestimmt sind.
Ein ausgesprochener Mangel herrscht in der Jugendliteratur der SBZ an Mädchen- und Liebesromanen, was verständlich ist, denn private Beziehungen zwischen Menschen lassen sich nur sehr schwer „sozialistisch-fortschrittlich" gestalten. Zu den wenigen „mutigen" Schriftstellern, die sich an dieses heikle Thema gewagt haben, zählen Lilo Hardel mit ihrem Buch „Karlas große Reise" und Werner Bauer, der in seinem Roman „Eine Freundin wie Gerda" das Kollektiv als Erzieher auftreten läßt. Auch die Bücher „Es geht nicht ohne Liebe" von Jan Koplowitz und „Seine Freundin Ruth" von Elfriede Brüning kann man zu den Versuchen zählen, die „Liebe" für den „Fortschritt" einzuspannen.

Technik, Naturwissenschaft, Sport und Reisen

Noch interessanter ist das Experiment, das im Zuge der allgemeinen Sozialisierung und Kollektivierung mit der Themengruppe Technik, Naturwissenschaft, Reisen und Sport gemacht wurde. Da die Sowjetunion nach Meinung der SED auf all diesen Gebieten die führende Weltmacht ist, ging man einfach dazu über, Übersetzungen aus dem Russischen, wie z. B. „Die Maschine, dein Helfer" von A. Krylow oder „Erzählungen vom Auto" von S. Klementjew zu publizieren, da man hier schon die Garantie für ideologische Unfehlbarkeit hatte. Was Reise- und Abenteuerbücher betrifft, so zeigt uns der schon erwähnte Walter Pollatschek, wie man Fahrten mit sozialistischer Propaganda verbinden kann, in seinem Reisebericht „Über vier Meere", und der „Sportler der sozialistischen Gesellschaft" wird uns in „Täve, das Lebensbild unseres populärsten Sportlers" von Klimaschewski, einem Porträt des bekannten Magdeburger Radfahrers Schur, vorgestellt.
Über naturwissenschaftliche Fragen unterrichtet das Buch „Die Natur im Weltbild der Wissenschaft" von Walter Hollitscher. Das wichtigste populärwissenschaftliche Werk der Zone aber ist die Kollektiv-Produktion verschiedener Wissenschaftler „Weltall, Erde, Mensch", das auch zur Jugendweihe überreicht wird (vgl. Die Welt der Bücher 1955, S. 133).

Antireligiöse Literatur

Da der Sieg des Sozialismus nach der Schrift von Hermann Scheler „Die Stellung des Marxismus-Leninismus zur Religion" „... ohne die Überwindung der Unwissenheit und des Obskurantismus in Form von religiösem Glauben" unmöglich ist, muß dieser „Aberglaube" vernichtet werden. Diesem Zweck dienen u. a. vor allem die Romane „Im Schatten des Kreuzes" von Burkhard Homolla, „Der Ketzer von Naumburg" von Rosemarie Schuder und Helmut Rohlfs „Pfarrer Lohkamp". Hier werden Glaube und Dummheit, Kirche und Inquisition, Geistlicher und Heuchler gleichgesetzt, um den Jugendlichen den Glauben an „die Sinnlosigkeit jeglichen religiösen Lebens" einzuimpfen.

Aus dem Vatikan

Ein Dekret über den Kommunionempfang am Abend

Das Heilige Offizium hat am 21. März 1960 ein Dekret erlassen, wodurch den Bischöfen gestattet wird, die Spendung der Kommunion zu jeder Tageszeit auch außerhalb der heiligen Messe zu erlauben.
In dem Dekret heißt es: „Canon 867 § 4 hat bestimmt, daß die heilige Kommunion nicht außerhalb der Tageszeiten gespendet werden darf, zu denen das Meßopfer dargebracht werden kann, ‚wenn nicht ein vernünftiger Grund etwas anderes nahelegt'.
Nun wurde durch die Konstitution *Christus Dominus* vom 6. Januar 1953 die Disziplin in bezug auf das eucharistische Fasten gemildert und den Ortsordinarien die Vollmacht erteilt, an gewissen Tagen die Feier der Messe in den Abendstunden zu gestatten (nr. VI). Durch die der Konstitution beigefügte Instruktion des Heiligen Offiziums wurde festgestellt, daß die Gläubigen nach Belieben innerhalb dieser Messe oder unmittelbar davor und danach zur heiligen Kommunion gehen dürfen, sofern sie die Normen der genannten Konstitution (nr. 15) hinsichtlich des eucharistischen Fastens beachtet haben.
Alsdann wurde durch das Monitum vom 22. März 1955 eingeschärft, daß diese Erlaubnis ‚im Hinblick auf das Gemeinwohl der Gläubigen' gegeben worden ist und sich darum in den Grenzen desselben zu halten hat.
Weiterhin wurde durch das Motu Proprio *Sacram Communionem* vom 19. März 1957 den Ortsordinarien die Vollmacht gegeben, die Feier der Abendmesse auch ‚für jeden Tag zu gestatten, wenn das geistliche Wohl eines beträchtlichen Teils der Gläubigen das verlangt'.
Der Vergleich dieser Dokumente mit dem Text des oben genannten Canon veranlaßte die Frage, ob der letzte Satz jenes Paragraphen noch voll in Kraft bleibe, so daß jeder vernünftige Grund genügt, um die heilige Kom-

munion am Nachmittag auch unabhängig von der Feier der Messe zu erbitten und zu spenden.
Auf diese Frage hat diese Oberste Heilige Kongregation beschlossen zu antworten, daß die genannte Klausel zwar nicht formell aufgehoben ist, jedoch seltener angewandt werden kann, da nach der Milderung des eucharistischen Fastengebotes nicht so leicht ein vernünftiger Grund gegeben ist. Da das aber durchaus nicht ausgeschlossen ist und die Feier von Abendmessen nicht immer und überall ermöglicht werden kann, können die Ortsordinarien gestatten, daß die Bestimmungen der genannten Dokumente des Heiligen Stuhles über die Spendung der Kommunion in Abendgottesdiensten, wenn keine Messe stattfindet, auch in Verbindung mit einer vom Ortsordinarius zu bestimmenden Andacht in den Nachmittagsstunden angewendet werden können, und zwar in Pfarrkirchen und anderen Kirchen sowie in den Kapellen von Krankenhäusern, Gefängnissen und Anstalten.
Durch diese Genehmigung wird sowohl dem Gemeinwohl mehr Rechnung getragen als auch dafür gesorgt, daß die Seelsorger nicht durch häufige Bitten der Gläubigen an der Erfüllung ihrer heutigen Apostolatspflichten gehindert werden."

Die Feierlichkeiten bei der Kreierung der neuen Kardinäle

Als Papst Johannes XXIII. am Sonntag, dem 27. März, den römischen Vorort Garbatella besuchte und an die dort versammelten Gläubigen eine kurze Ansprache hielt, erwähnte er zuletzt noch die Ernennung der sieben neuen Kardinäle, deren Namen der „Osservatore Romano" bereits am 4. März veröffentlicht hatte (vgl. ds. Jhg., S. 294), und fügte hinzu, er habe noch weitere drei Kardinäle „in pectore" ernannt und damit einen alten Brauch wieder aufgegriffen. Diese Ernennung von Kardinälen „in pectore" — in der Brust — des Papstes bedeutet, daß ihre Namen jetzt noch nicht bekanntgegeben werden und nur der Papst selber sie kennt, daß sie aber zu gegebener Zeit, wenn ihre Ernennung bekanntgegeben wird, das Rangalter erhalten, das ihnen nach dem Wahldatum „in pectore" zukommt. Einer der bekanntesten Fälle von „in pectore" ernannten Kardinälen der jüngsten Geschichte war der Kardinal Bertram von Breslau, den Papst Benedikt XV. bereits bei dem Konsistorium vom 4. Dezember 1916 „in pectore" gewählt hatte, dessen Wahl aber erst nach Kriegsende bekanntgegeben worden ist. „Unter den heutigen Umständen liegt es nahe, die Ausgezeichneten in den östlichen Ländern von Litauen bis China zu suchen" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 29. 3. 60). In vatikanischen Kreisen gehen begreiflicherweise auch noch verschiedene andere Vermutungen um. Auch Papst Pius XI. hat Kardinäle „in pectore" kreiert; Gründe zu einer solchen Zurückhaltung des Namens der Erwählten können in der augenblicklichen Unersetzbarkeit des Erwählten oder in Hindernissen liegen, derentwegen die Wahl in einem bestimmten Moment nicht vollzogen werden kann. Gültigkeit erhält die Ernennung „in pectore" immer erst mit der öffentlichen Verkündigung und durch das Konsistorium, dann freilich mit zurückdatiertem Rangalter.
Am 28. März fand in der Konsistorienaula des Vatikanpalastes das Geheime Konsistorium statt, bei dem Papst Johannes XXIII. die neuen Kardinäle kreierte, neue Bischöfe ernannt und Ernennungen von Erzbischöfen und Bischöfen aus der letzten Zeit verkündet wurden, schließlich die Heiligsprechung des Seligen Johannes Ribera, Bekenner, Patriarch von Antiochien, Erzbischof von Valencia, angekündigt wurde.

Die Ansprache des Papstes im Geheimen Konsistorium

In seiner lateinischen Ansprache vor den versammelten Kardinälen und anderen hohen Würdenträgern der Kurie betonte der Papst, die neuen Kardinäle seien, im Vergleich mit den Ernennungen der beiden früheren Konsistorien seines Pontifikates, „diesmal unter noch kühnerer Erweiterung des Horizonts gewählt worden und bereichern das Heilige Kollegium mit hervorragenden und wohlverdienten Kirchenmännern, die ansehnlichen Teilen der Herde Christi angehören, die in fernen Ländern leben, aber deswegen nicht minder reich an Vitalität und Verheißung sind. Wir werden daher einen Kardinal aus Japan, einen von den Philippinen und einen dritten aus Tanganjika in Ostafrika haben: sie alle sind in gleicher Weise zur Verherrlichung Gottes geschaffen, der die Völker heiligt ohne Unterscheidung der Sprache, Herkunft oder Farbe und zu allen die gleiche Frohbotschaft gelangen läßt nach dem Wort: ‚Gehet hin in die ganze Welt und predigt das Evangelium allen Geschöpfen: lehret alle Völker' (Mark. 16, 15; Matth. 28, 19).
Dieses Ereignis, das tatsächlich in der Geschichte der Kirche und der Völker völlig neu ist, stellt nur die Besiegelung einer alten Lehre und einer zweitausend Jahre alten Überlieferung dar, angefangen mit der genauen Angabe in der Apostelgeschichte des hl. Lukas (Kap. 8, 26—40), der uns von der Taufe des mächtigen Ministers der Königin Kandake von Äthiopien durch die Hand des Diakons Philippus berichtet, bis zu der wunderbaren Blüte der katholischen Missionen auf dem afrikanischen Kontinent, dem sich Unser Blick und Unser Herz mit Vertrauen und Freude zuwendet. Christus ist der Erlöser aller Menschen und aller Völker: er hat für jede Nation ihre eigene Zeit festgesetzt, und seine Kirche wohnt ihrer Entfaltung bei, weint mit ihnen und tröstet sie in ihren vielfältigen schweren Prüfungen, feiert ihre Verdienste und jubelt über ihre Glaubenssiege . . ."
Der Papst wies dann auf die Worte des Priesters in der Messe beim Gebet für die Kirche hin, „die Du auf dem gesamten Erdkreis befrieden, behüten, einigen und lenken mögest": „. . . Das soll das Kardinalskollegium veranschaulichen, wenn es nun durch die edle Anwesenheit von Mitgliedern erweitert wird, die erlesenen Teilen der Herde Christi angehören, die schon seit Jahrhunderten unterwegs sind zur Teilnahme an den Glaubensschätzen der gesamten Katholizität."
Der Papst erwähnte dann auch noch das künftige Ökumenische Konzil, auf das auch diese dritte Kardinalskreierung seines Pontifikats bezogen werden müsse, für das Energien und Zeugnis von Personen der verschiedensten Herkunft benötigt werden, da nur dann erkannt werden könne, was die einzelnen Teile der Christenheit am notwendigsten brauchen, und nur so auch die Klarheit der Lehre und der Disziplin, das Wachsen der Lebendigkeit und des christlichen Apostolats herausgearbeitet werde.
Die Bedeutung, die der Papst der Aufnahme der drei Kardinäle anderer Rasse in das Kardinalskollegium beimißt, wurde auch dadurch hervorgehoben, daß bei der Zeremonie der Verteilung der Birette am 30. März die Alumnen des Päpstlichen römischen Kollegs der Propa-

ganda Fide und des Kollegs des hl. Apostels Petrus anwesend sein durften. Die drei neuen Kardinäle von Tokio, Manila und Rutabo wurden auch hier wieder besonders angeredet: „Sagt euren frommen und starken Völkern, daß der Papst sie liebt, und daß er bei der heutigen Gelegenheit sein Herz schmelzen fühlt wie der greise Simeon, als er den neugeborenen Erlöser der Welt in den Armen hielt. Wir halten eure Gemeinschaften nicht über die Taufe: aber Wir dürfen im Geiste demütig frohlocken im Herrn, daß Wir euch zum erstenmal das Zeichen der römischen Kardinalswürde übergeben haben in der Gewißheit, daß dieses Symbol der Einheit mit dem Stuhl Petri auch ein fruchtbarer Same neuer Kraft für unsere heilige Religion in künftigen Jahrhunderten ist.

Der Kardinalspurpur ist eine Ehre, die Wir den Missionaren und dem einheimischen Klerus erweisen, die auf mühsamem Weg und oft unter Tränen und Martyrertum den Anbruch dieses glücklichen Tages vorbereitet haben..."

Der lange begeisterte Applaus, der in der riesigen Benediktionsaula ausbrach, als der Erzbischof von Rutabo, Laurian Kardinal Rugambwa, die Stufen zum Papstthron erstieg, um das Kardinalsbirett in Empfang zu nehmen, erschien — wie „Corriere della Sera" (31. 3. 60) schreibt — wie die Stimme all derer, die die Rassendiskriminierung verabscheuen und in dem Entschluß Johannes' XXIII. eine Tat von historischer Bedeutung und eine Lehre nicht nur der christlichen Liebe, sondern auch der Menschlichkeit gegenüber der ganzen Welt sehen.

Der Papst an die Ordensoberen über die religiösen Probleme Lateinamerikas

Papst Johannes XXIII. hat die Generaloberen und -oberinnen der Orden und der religiösen Institute in Rom durch die Vermittlung der Päpstlichen Kommission für Lateinamerika und unter dem Protektorat der Religiosenkongregation zu einer Sonderaudienz am 25. März 1960 zu sich gerufen, um ihnen nochmals die religiösen Probleme Lateinamerikas ans Herz zu legen. Die Sorgen der Kirche um Lateinamerika sind dem Papst bereits kurz nach seiner Erhebung auf den Stuhl Petri durch den Lateinamerikanischen Bischofsrat CELAM nahegebracht worden, der Mitte November 1958 seine dritte feierliche Zusammenkunft seit seiner Gründung in Rom abhielt und am 15. November 1958 von Papst Johannes in Audienz empfangen wurde.

Bei der damaligen Tagung wurde bereits betont, wie sehr die Kirche in Lateinamerika auf die Hilfe der Orden, Kongregationen und weltlichen Institute der Gesamtkirche angewiesen sei. „Es handelt sich darum", so sagte der Papst in der Ansprache an die Ordensoberen und -oberinnen am 25. März dieses Jahres, „die wunderbaren Kräfte der alten Orden, der zahlreichen männlichen und weiblichen Kongregationen, Gesellschaften und Institute der Vollkommenheit und des Apostolats sowie die der neuesten weltlichen Institute zu vereinen, um sie mit immer wachsender Wirksamkeit zu den fernen Horizonten auszusenden, die sich in jenen Ländern ihrem wohltätigen Einfluß öffnen." Notwendig sei, so fuhr der Heilige Vater fort, vor allem die Zuweisung von Personal, denn überall in Lateinamerika sei es nötig, neue Schulen, Krankenhäuser, Altersheime und Einrichtungen sozialen Charakters zu gründen. Ganz besondere Sorge müsse aber auf die Weckung und Pflege von Priesterberufen verwandt werden. Trotz allem, was die CELAM seit ihrer Gründung geleistet habe, sei der Priestermangel noch immer das schwerste Problem, zumal angesichts des raschen Anwachsens der großen Städte und der Bevölkerung überhaupt. „Aus dem Nachdenken über diesen Sachverhalt und aus dem Wunsch, mit immer größerer Bereitschaft die Grundlagen für eine neue Blüte von morgen zu legen, ist unser heutiges Treffen hervorgegangen. Dieses Treffen gewinnt eine besonders tiefe Bedeutung, wenn wir sie im Licht des Ereignisses betrachten, das die hl. Liturgie ... heute der Frömmigkeit der Priester und der Gläubigen vorstellt." Es war das Fest Mariä Verkündigung. Wie immer ging Papst Johannes auch in dieser Ansprache vom Tagesevangelium aus, dem Geheimnis der Inkarnation, wobei Maria, nach dem hl. Ambrosius, „das Bild der Kirche ist, die ebenfalls unbefleckte Braut ist. Eine Jungfrau hat uns aus dem Heiligen Geist empfangen, eine Jungfrau uns ohne Schmerz geboren." Das bedeutet, daß der Ruf zur Wiedergeburt ständig weiter in die Welt hinausgehen muß, und zwar vom Priester der Kirche getragen. In diesem Licht muß auch die Aufgabe der Orden und aller übrigen Vollkommenheitsstände in Lateinamerika verstanden werden: sie sollen Mittel und vor allem Personal dorthin entsenden. Lateinamerika ist reich an noch ungehobenen spirituellen Schätzen; aber zu ihrer Hebung bedarf es der Hände von Priestern. Ebenso nötig sind allerdings auch dichte Scharen von Ordensleuten und gründlich ausgebildete Laien. Die Mitglieder der Orden und Vollkommenheitsstände, die von allen Arten von religiösen Gemeinschaften nach Lateinamerika entsandt werden sollen, müssen diese beiden Dinge vor allem im Auge haben: Pflege der Priesterberufe und Ausbildung der Laien.

Antwort der Orden und Institute auf die Aufforderung des Papstes

Anschließend an den Empfang beim Heiligen Vater hielten sowohl die männlichen wie auch die weiblichen Generaloberen, die der Audienz beigewohnt hatten, die einen am 26., die anderen am 27. März, Zusammenkünfte ab, bei denen sie auf Grund von Vorträgen Sachverständiger die konkreten Möglichkeiten eines wirksamen Einsatzes ihrer verschiedenen Institutionen in Lateinamerika diskutierten. Die Diskussion der Oberen der männlichen Orden, Kongregationen und sonstigen Institute ergab ein Programm von sechs Punkten:

1) Aufstellung von Nationalen Missionsteams; 2) sorgfältige Vorbereitung der Seminarprofessoren; 3) sonntäglicher Religionsunterricht, Armenschulen ohne Bezahlung, Abendschulen für Erwachsene und soziale Schulung; 4) organisierte religiöse Betreuung der Studenten und der ehemaligen Schüler katholischer Kollegs; 5) Ausbildung priesterlicher Spätberufe; 6) Unterstützung der lateinamerikanischen Studenten im Ausland.

Wie man sieht, handelt es sich dabei vorläufig nur um Anregungen, noch nicht um deren konkrete Verwirklichungsmöglichkeiten.

Der Papst als Bischof von Rom beim gläubigen Volk

Papst Johannes XXIII. ist sich — wahrscheinlich besonders bei den Vorarbeiten zur römischen Diözesansynode im letzten Jahr und bei deren Verlauf — sehr deutlich bewußt geworden, daß er es als Bischof von Rom nicht mehr mit dem alten Rom zu tun hat, auf dessen

Boden die frühen Märtyrer den Tod erlitten, über deren Gräbern die alten Basiliken errichtet worden sind, dem Rom, das von den Päpsten vor den Barbaren gerettet und später von ihnen mit den Kunstwerken der Renaissance und des Barock geschmückt worden ist, kurz dem Rom der sieben Hügel mit all seinen Erinnerungen und Schätzen, sondern mit einer modernen Großstadt mit riesigen Angestelltensiedlungen, deren Bischof er ebenso ist wie der des Stadtinneren. Im vergangenen Jahr hat der Papst bereits damit begonnen, an den Sonntagen der Fastenzeit an den römischen „Stationsgottesdiensten" (über deren Wesen wir damals berichtet haben; vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 323) teilzunehmen. In diesem Jahr hat er in ähnlicher Weise der feierlichen öffentlichen Einleitung der Fastenzeit am Nachmittag des Aschermittwochs in der Kirche Santa Sabina, einer der ältesten und schönsten Kirchen Roms, beigewohnt. In alten Zeiten hatten die Päpste sich stets am Aschermittwoch zur Einleitung der Fastenzeit zu der Kirche Sant'Anastasia am Fuße des Aventin begeben, des Hügels, auf dem Santa Sabina liegt, hatten hier die Schuhe abgelegt und waren barfuß nach Santa Sabina hinaufgestiegen. Seit mehr als zweihundert Jahren hat kein Papst mehr an dem Stationsgottesdienst auf dem Aventin teilgenommen. Papst Johannes XXIII. ließ seinen Wagen ganz unerwartet vor der Kirche Sant' Anastasia halten, wo ihn niemand außer dem Sakristan empfing; er betete hier kurz und ließ sich dann nach Santa Sabina weiterfahren, wo er am Gottesdienst und an der Prozession teilnahm und nach der Rückkehr der Prozession in die Kirche vom Ambon auf der Epistelseite aus eine kurze Ansprache hielt.

An den folgenden Sonntagen der Fastenzeit hat Papst Johannes jedoch nicht mehr die alten Stationskirchen besucht, wo die traditionellen Gottesdienste und Prozessionen stattfinden. Zu diesen kommen wohl zahlreiche Einwohner aller Teile der Innenstadt, nicht aber die Bewohner der Vorstädte, für die dies viel zu weit weg und zu fremd ist. Papst Johannes begab sich, statt in die Lateranbasilika, am ersten Fastensonntag zu einem „Stationsgottesdienst" gleicher Gestaltung, mit Prozession, in die Pfarrei San Felice da Cantalice in dem volkreichen Vorort Centocelle, wo allein mehrere zehntausend Gläubige wohnen. Viele Tausende hatten sich an den Straßen aufstellt und in der Kirche und auf dem davorliegenden Platz versammelt. In seiner Ansprache — die, wie immer, in der Art einer Homilie gehalten war — gab der Papst selber den Grund an, der ihn bewogen hatte, am ersten Fastensonntag nicht in seine Bischofskirche auf dem Lateran zu gehen, sondern sich nach Centocelle zu begeben. Gerade die heilige und ehrwürdige Bischofskirche auf dem Lateran habe ihm, so sagte er, den Gedanken eingegeben, als Bischof und Vater seiner Diözese weiter hinauszugehen: „Der Vater hat sich nach San Felice begeben, weil es ihm schien, daß die Freude solcher herzlichen religiösen Begegnungen nicht nur der großen Stadt vorbehalten sein darf, die seit Jahrhunderten an solche Ereignisse gewöhnt ist." Wer die einfachste Anwendung des Evangeliums betrachte, müßte sofort sehen, daß hier der Gute Hirte seinen Schafen nachgeht. Zweifellos braucht auch das Stadtinnere die Sorge des Vaters: aber die Schafe, die, sozusagen, am deutlichsten die Farbe der Herde Unseres Herrn Jesus Christus tragen, findet man auf dem Land, auch auf dem Land, das im Begriff ist, Stadt zu werden, ja es schon ist („Osservatore Romano", 7./8. 3. 60).

Die Muttersprache in der Liturgie

Weit größeres Aufsehen ist von dem Besuch ausgegangen, den der Heilige Vater am zweiten Fastensonntag (dem 13. März) der Pfarrei Santa Maria del Soccorso in der Arbeitervorstadt Tiburtina gemacht hat. Auch hier warteten wieder, trotz strömenden Regens, Tausende längs den Straßen, auf dem Platz vor der Kirche und in der Kirche auf den Papst. Die Prozession mußte wegen des schlechten Wetters ausfallen. Statt dessen wurden die Litaneien, die sonst die Prozession begleiten, in der kleinen überfüllten Kirche gesungen. Vielleicht weil diese lateinischen Gesänge in dem engen Raum so lange gedauert hatten (so meint NCWC News Service), griff der Heilige Vater kurz darauf in seiner — improvisierten — Ansprache die Frage der Verständlichkeit des Gottesdienstes für das Volk, zumal für das einfache Volk, das kein Latein kann, auf. Über den genauen Wortlaut dessen, was der Papst zu dieser Frage gesagt hat, und über den Sinn, den seine Bemerkung hatte, gehen die Presseberichte auseinander. Doch heißt es in mehreren Zeitungen (die sich offenbar zum mindesten auf zwei voneinander unabhängige Berichte stützen), der Papst habe gesagt, er werde sein Möglichstes tun, um den Gebrauch der italienischen Sprache bei den heiligen Riten zu erweitern und die lateinische Sprache nur auf die feierlichsten Zeremonien zu beschränken („Il Popolo", „Il Tempo", „Il Messaggero", 14. 3. 60, alle drei römische Tageszeitungen; diesen hat sich auch der Vatikansender angeschlossen). Der „Osservatore Romano" hat die Äußerung des Heiligen Vaters dagegen so wiedergegeben, als solle nur alles geschehen, daß das Volk in den Sinn der Gottesdienste immer besser eindringen könne; das Wort Muttersprache wird nicht erwähnt. Es hat sich schon oft gezeigt, daß der „Osservatore Romano" bei Wiedergaben von freien Reden des Papstes äußerst zurückhaltend ist. In Wahrheit liegt jedenfalls das Problem der Muttersprache im Gottesdienst selbst in Italien, dessen Sprache dem Lateinischen doch noch am nächsten steht, schon lange in der Luft. Gewiß war ein Hinweis auf die Ausdehnung des Gebrauchs der Muttersprache im Gottesdienst in der römischen Arbeiterpfarrei keine offizielle Ankündigung neuer Schritte, aber sie weist doch gewiß die Richtung, in der die Kirche ihren Weg sucht. Radio Vatikan hat aus der Bemerkung des Heiligen Vaters den Schluß gezogen, diese Frage werde zweifellos auf dem kommenden Ökumenischen Konzil erörtert werden.

Auch am vierten Fastensonntagnachmittag hat der Heilige Vater sich wieder in eine römische Vorstadt, nach Garbatella, begeben. Trotz anhaltenden schlechten Wetters waren auch bei der dortigen Pfarrei San Francesco Saverio und aus den Nachbarpfarreien viele Tausende von Gläubigen herbeigekommen. Ganz besonders zahlreich nahmen an diesem Tag Mitglieder der Katholischen Aktion, der ACLI (Christliche Arbeitervereine) und katholischer Jugendgruppen an dem Gottesdienst und den Freuden- und Treuekundgebungen für den Heiligen Vater teil.

Neuer Chefredakteur für den „Osservatore Romano"

Graf Giuseppe Dalla Torre, seit 40 Jahren Chefredakteur des „Osservatore Romano", der vatikanischen Tageszeitung, die vor kurzem ihr 100jähriges Bestehen feiern konnte, ist durch ein Billett der vatikanischen Staatssekretarie am 31. März emeritiert worden. Diese

Entscheidung bedeutete für die vatikanischen Kreise, trotz der Freundschaft, die Papst Johannes XXIII. dem Grafen bewiesen hat, keine Überraschung, da Dalla Torre 74 Jahre alt ist und bereits seit längerer Zeit von seiner aufreibenden Aufgabe hätte entbunden werden sollen.
Als sein Nachfolger ist der bisherige Chefredakteur der Bologneser Zeitung „L'Avvenire d'Italia", Raimondo Manzini, ernannt worden. Manzini ist 1901 in Lodi geboren, kam sehr rasch als Journalist vorwärts und trat bereits 1927 an die Spitze der Bologneser Zeitung. 1946 wurde er als christlich-demokratischer Abgeordneter ins Parlament gewählt; sowohl 1948 wie 1953 und 1958 wurde er wiedergewählt. 1954 bekleidete er im Ministerium Scelba den Posten eines Unterstaatssekretärs für Presse und Information. Im Parlament gehörte er u. a. dem Auswärtigen Ausschuß an. Innerhalb der Democrazia Cristiana stand er der Rechtsgruppe um Andreotti nahe. Mit der Übernahme des Postens des Chefredakteurs der Vatikanzeitung scheidet Manzini automatisch aus allen politischen Funktionen aus, da er die vatikanische Staatsangehörigkeit annehmen muß.
Neben Manzini bleiben Cesidio Lolli stellvertretender Direktor der Zeitung und verantwortlicher Redakteur für die rein religiöse Information sowie Federico Alessandrini Chef vom Dienst.

Aus Süd- und Westeuropa

Brief an die spanischen Antiklerikalen

Die inhaltlich wie in der Aufmachung hervorragend gestaltete Zweimonatszeitschrift der Jesuitenstudenten in Oña (Burgos), „Ábside", veröffentlicht in ihrer Nummer 23 (Januar/Februar 1960) auf Seite 1 und 2 den „Brief eines jungen Klerikers an einen jungen Antiklerikalen" von Félix Juan *Cabasés* SJ. Wir geben ihn im folgenden mit geringfügigen Kürzungen wieder.

Keine Verbündeten des Satans

„Mein lieber Feind: ich möchte dich zu allem Anfang beruhigen. Nach meiner Ansicht ist ein Antiklerikaler kein Verbündeter des Satans, sondern schlicht ein Mensch, dem wir Geistliche auf die Nerven fallen. Deshalb habe ich immer die Ansicht vertreten, daß wir gegenüber einem Antiklerikalen nicht das Buch der Exorzismen herausholen, sondern vielmehr zu einer eindringlichen und bis ins kleinste gehenden Gewissenserforschung ansetzen sollten, bei der wir uns folgende Grundfragen vorlegen: Warum fallen die Geistlichen bestimmten Personen auf die Nerven? Warum tun sie das in einem Ausmaß, daß der Antiklerikalismus in der modernen Gesellschaft zu einem krankhaften Massenphänomen geworden ist, ohne unsere katholische Gesellschaft in Spanien auszunehmen?
Es bieten sich einige leichte und schmeichelnde Antworten an. Wir predigen die erschreckenden Glaubenswahrheiten, und es gibt mehr als genug Leute, die daran interessiert sind, sie zu vergessen, so daß ihnen unser Amt nur unsympathisch sein kann. Wir sind Inspektoren der Sittlichkeit und müssen im gleichen Maß den lasterhaften Menschen mißfallen, wie die Polizei den Bösewichtern und die Steuerbeamten den Steuerzahlern mißfallen.
Sicher will ich diesen Antworten nicht jede Richtigkeit absprechen. Aber ich müßte mich als Geistlicher für sehr oberflächlich halten, wenn ich mich damit begnügte. Ich weiß nicht genau, welches deine innere Einstellung ist; aber ich glaube, daß sich das Problem — mindestens für viele Antiklerikale — in unterschiedlicher Art stellt. In erster Linie (und abgesehen von moralischen Bedingtheiten) gibt es eine echte Abweichung auf dem Glaubensgebiet selbst. Es gibt ganz schlicht Leute, die nicht glauben. Und viele von ihnen müssen denken, daß man ihnen ihre Mängel vergeben müßte, wenn das Christentum die Wahrheit predigt, wenn diese unermeßlichen und herrlichen Dinge, die es verkündet, wahr sind: die Geistigkeit und Unsterblichkeit der Seele, die Existenz eines liebenden Gottes, seine Menschwerdung. Alle kulturellen, sozialen und patriotischen Verdienste des Christentums reichen nicht aus, bei diesen Irrenden den Schrei nach Verfolgung zu dämpfen. Der Antiklerikale ist in diesem Fall die mildeste Form des Verfolgers.

Die Fassade der Kirche

Ich glaube jedoch, daß unter euch Antiklerikalen viele überzeugte Christen sind. Ihr glaubt an Gott, ihr betet Jesus Christus an, und ihr müßt auch anerkennen, daß dieser eine hierarchische Gesellschaft, genannt Kirche, gründete, der er die Sakramente (die man empfangen muß) und eine dreifache Gewalt (der man sich nur unterwerfen kann) übergab. Aber außer Sakramenten, Priestertum, Lehramt und Kirchenregiment findet ihr nun einmal auch kirchlichen Prunk, kirchliche Gebäude, kirchliche Stundenpläne, kirchliche Behandlung und sogar kirchliche Gerüche. Es ist sehr gut möglich, daß gerade diese ebenso typischen wie nebensächlichen Begleiterscheinungen es häufig sind, die eure Empfindlichkeit treffen und eueren Antiklerikalismus wecken. Deshalb bekenne ich dir, daß mich als Kleriker die Notwendigkeit einer Überprüfung bedrängt, ob diese äußere Fassade der Kirche dem Empfinden unserer Zeit entspricht. Ich bin überzeugt, daß wir kein Recht darauf haben, aus der ewigen Jugend der Braut Christi ein so unerforschliches, sinnentrücktes und mit dem Augenschein der Dinge in Widerstreit stehendes Geheimnis (un misterio tan impenetrable, tan remoto de los sentidos, tan en pugna con las sugerencias fenoménicas) wie das der Inkarnation oder der Eucharistie zu machen. Die Jugendlichkeit einer Gesellschaft muß so sichtbar sein wie diese selbst. Ich beruhige mich auch nicht bei dem Gedanken, daß die Langsamkeit der Kirche bei der Anpassung an die Zeitverhältnisse schon immer sprichwörtlich war; denn mir scheint diese Untätigkeit eine reine Gnadenzulassung Gottes zu sein, der hier wiederum geheimnisvoll die Freiheit der Menschen respektiert, in diesem Fall der kirchlichen Würdenträger.

Klerikale Mentalität

Noch schwerwiegender als das Problem der äußeren Formen scheint mir das der klerikalen Mentalität zu sein. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß wir uns in dem Bestreben, uns unserer Aufgabe bewußt zu werden und unsere Verantwortung für den Weg der Welt zu spüren, eine klerikale Seinsweise aneignen, ein Gemisch von Selbstgenügsamkeit, Reizbarkeit und Einmischung. Sie bilden jene typische Gefahr, die auf das Priestertum lauert (so wie jeder Wert von einer wesensmäßigen Gefahr begleitet ist). In der Praxis benehmen wir uns häufig so, als ob wir an folgenden fragwürdigen Kettenschluß glaubten:

1. Die Menschen sind nur dazu auf der Welt, um ihre Seele zu retten;
2. sie können das nur, indem sie sich der Kirche unterwerfen;
3. die Kirche sind wir Geistlichen;
4. also sind die Menschen zu unseren Diensten da.

Ich kann die klerikale Entrüstung nicht vergessen, die mich eines Tages in der von mir besuchten staatlichen Universität überkam, als mir ein Funktionär der Fakultät unbedacht die Tür seines Büros vor der Nase zuknallte...

Die Gefahr des Fanatismus

Vielleicht liegt die tiefste Wurzel dieses Problems in unserem legitimen Bewußtsein, daß jedes wahre Christentum, wenn es seine innere Logik nicht aufgeben will, ein *radikales* Christentum sein muß. Wir verfügen nun einmal nicht über eine zweite Ausgabe des Credos mit abgeschwächten Dogmen zum Gebrauch für die Weltkonformisten. Unser Glaube verpflichtet uns zum Bekenntnis solch welt- und zeitentrückter Dinge wie dieser: dieses Leben ist nicht das eigentliche Leben, der Mensch hat seinen Wert nur aus der übernatürlichen Dimension, das unumgängliche Mittel zur Erringung des Heils ist die Kirche als hierarchische Gesellschaft. Diese Überzeugungen als Skelett unserer Lebensidee mit einer tiefen Ehrfurcht vor der menschlichen Freiheit (für die Gott selbst uns so viele Beispiele gibt) zu vereinen, ist ein außerordentlich schwer zu lösendes Problem. Unsere Lehren reizen — noch mehr als die marxistischen — sehr leicht zum Fanatismus, zu einem Fanatismus, der eine in der Wahrheit begründete Tugend des Glaubens und der Liebe ist, wenn er sich in seinen rechten Grenzen hält. Aber wie jeder Fanatismus ist auch dieser von vielfachen Gefahren umlauert, von der Demagogie, von der Diktatur... Dir scheint sicher, daß wir ihnen allzuoft verfallen. Könntest du aber nicht, ohne deine wachsamen Positionen zu verlassen, wenigstens die ursprüngliche Richtigkeit unseres Impulses anerkennen?

Eine andere Gefahr, der sowohl wir wie ihr oft erliegen, ist die, die Einzigartigkeit der religiösen Fragestellung bei jedem einzelnen Menschen zu verkennen. Was uns angeht, gebe ich zu, daß wir oft stereotype Techniken des Seelenfangs oder Formeln der allgemeinen Indoktrinierung anwenden, ohne uns allzusehr um die angesprochene Person zu kümmern. Die Dringlichkeit der Aufgabe macht aus uns gehetzte Chirurgen, Opfer einer beruflichen Deformierung, die in Serie operieren und oft nicht einmal Zeit finden, einen Blick in das Antlitz des Patienten zu werfen; nachher wundern wir uns über die Bauchfellentzündungen. Du deinerseits mußt anerkennen, daß die Erwartung, jeder Priester müsse dir gerade bei den komplexen Problemen deines persönlichen Glaubens helfen können, eine Forderung darstellt, wie sie keinem anderen Beruf aufgebürdet ist... Wir sind Träger einer übernatürlichen Botschaft und übernatürlicher Realitäten, aber wir verwalten diese nicht mit übernatürlichen Geistesgaben, sondern in dem beschränkten menschlichen Maß unserer Einsicht und unseres guten Willens. Manchmal entfällt die Eucharistie unseren Händen, liegt vor aller Augen und kann von jedermann zertreten werden. Sie hört deshalb nicht auf, Christus zu sein, und unser Betragen ist deshalb noch kein Sakrileg, sondern vielleicht nicht mehr als Leichtsinn und Nachlässigkeit...

Der junge spanische Klerus

Viele von uns jungen spanischen Klerikern hat der Antiklerikalismus zweifellos überrascht. Wir sind die Söhne eines heroischen Augenblicks. Unsere Berufung keimte in der Atmosphäre einer Gesellschaft, die soeben dem Krieg — dem sogenannten Kreuzzug — entronnen war und sich nun mit Feuereifer einer katholischen Restauration hingab. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß wir uns vor Erhalt der Tonsur nicht darüber Rechenschaft ablegten, daß wir damit in eine soziale Klasse eintraten, die von einem großen Teil der Gesellschaft eine systematische und fast instinktive Ablehnung erfährt. Das Blut der Märtyrer war uns in den Kopf gestiegen und hatte unsern Blick getrübt. Wir konnten oder wir wollten nicht in Rechnung stellen, daß unser Bürgerkrieg zu einem großen Teil durch eine sozial ungerechte Situation bestimmt worden war, angesichts der der spanische Klerus nicht immer auf der Höhe der Zeit stand. Heute nun wirft man uns jungen Klerikern vor, wir widmeten uns der Sozialen Frage mit allzu materiellen Bemühungen, während unser Amt doch — wie man uns sagt — allein im Geistlichen läge. Tatsächlich bedrängt uns aber nur die Notwendigkeit, auf diesem Gebiet die schauderhafte Erbschaft abzutragen, die skandalöse Nachlässigkeit und schweigende Mittäterschaft vieler unserer Vorgänger im Apostolat. Gott sei Dank ist für uns die Gefahr vorbei, daß wir uns in leichtfertigem Begeisterungstaumel unter Simplifizierung der Tatsachen den Heiligenschein des Martyriums aufsetzen...

Ein letztes Bekenntnis? Wenn man unter Antiklerikalismus ein fast systematisches Zerwürfnis mit den äußeren Formen, der Mentalität und den Apostolatsmethoden der bisherigen Geistlichkeit versteht, so wird dich vielleicht das außerordentlich große Maß von Antiklerikalismus überraschen, der in einem guten Teil der nachwachsenden spanischen Geistlichkeit herrscht. Einige zögern nicht, uns allesamt krankhaft zu nennen... Krank oder nicht, die jungen spanischen Kleriker bilden jedenfalls eine nonkonformistische Generation mit einer betonten Eigenprägung zur Verwirrung derer, die uns mit allzu traditionellen äußerlichen Kategorien beurteilen. Wenn dieser Nonkonformismus ein Laster ist, ist die Angelegenheit alarmierender, als man sich dies zunächst vorstellen möchte. Es handelt sich nämlich nicht nur, wie einige vielleicht glauben, um ein bloßes Jugendphänomen. Der Beweis ist, daß wir die Schwelle der Reife übertreten, ohne das andere aufzugeben. Ich will heute kein moralisches Urteil abgeben, sondern dir dies nur als eine Erscheinung anzeigen, deren wahre Bedeutung und deren weittragende Folgen erst auf lange Sicht abzusehen sind. Was man heute schon voraussehen kann, ist dies: im Zuge dieser Entwicklung wird der Klerus seinen Hochmut verlieren und von seinen Schlössern herabsteigen, um mit allen Menschen einen Dialog des Evangeliums zu führen, bei dem nicht einmal ihr jungen Antiklerikalen als Gesprächspartner ausgeschlossen sein werdet."

Nöte des kirchlichen Rundfunks in Portugal

Über die wirtschaftlichen Sorgen der Kirche in Portugal, die vollkommen vom Staat getrennt ist, auf die Subventionen dieses Staates verzichtet und ganz auf die Spenden eines armen Volkes angewiesen ist, haben wir an Hand einiger Beispiele bereits berichtet (vgl.

Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 204 f.). Das Mitteilungsblatt der Katholischen Aktion, „Boletim da Acção Católica Portuguesa", veröffentlichte nun Anfang März 1960 einen Hilferuf des Leiters des kirchlichen Rundfunks in Portugal, Msgr. Lopes da Cruz.

Der kirchliche Rundfunk „Rádio Renascença" existiert seit 25 Jahren und hat heute drei Sender mit nahezu ganztägigem Programm. Da ihm von keiner Seite Gebührenzahlungen zufließen, wurde zu seinem Unterhalt eine kirchliche Genossenschaft gegründet, der möglichst viele Katholiken beitreten sollen. Die einzige Verpflichtung der Mitglieder ist die monatliche Zahlung von 5 Escudos (70 Pfennig).

Trotz intensiver Werbearbeit konnten bisher nur wenig mehr als 10000 Mitglieder gewonnen werden; die Bemühungen des Jahres 1959 hatten das kümmerliche Ergebnis von 746 neuen Genossen. Dieser Mitgliederstand reicht kaum zu einem Drittel aus, um die laufenden Unterhalts- und Sendekosten zu decken. Der kirchliche Rundfunk ist auf die Einnahmen durch Werbesendungen und im übrigen auf die Zuwendungen der Kirche angewiesen. Wie Msgr. Lopez da Cruz schreibt, ähnelt er „einem Bettler, der die Hand ausstreckt und der sterben müßte, wenn man ihm nichts gäbe, mit dem er am nächsten Tag sein Leben fristen kann".

Dennoch wurde nichts unversucht gelassen, um die Sendearbeit zu erweitern und zu verbessern. Es wären auch schon weitere Sender errichtet worden, um die Reichweite zu vergrößern — wenn nicht der Staat die Genehmigung dazu verweigert hätte.

Erklärung der Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs über den Film

Vom 16. bis 18. März 1960 hat in Paris die Frühjahrsversammlung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs getagt, der die Sitzungen der verschiedenen Bischofskommissionen vorausgegangen waren. Die Versammlung beschäftigte sich mit allen laufenden pastoralen Problemen Frankreichs, insbesondere auch im Hinblick auf die Vollversammlung des französischen Episkopats in der Osterzeit. Gewöhnlich gibt die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe Frankreichs keine Entschließungen heraus. Sie ist diesmal jedoch mit einer Erklärung über den Film hervorgetreten, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Versammlung der Kardinäle und Erzbischöfe stellt tief beunruhigt die wachsende Unmoral einer Reihe von Filmen französischer Produktion fest. Diese Unmoral erstreckt sich nicht nur auf die Themen und Bilder, sondern — und das ist neu und noch ernster — es scheint, daß gewisse Autoren den ganz bestimmten Willen offenbaren, den Menschen von jeder Sittlichkeit, selbst der natürlichen, loszulösen. Der Einfluß dieser Filme durchdringt die allgemeine Atmosphäre der Gesellschaft und lenkt so die Art, zu denken und zu handeln, bei einer großen Zahl unserer Zeitgenossen in Frankreich und im Ausland. Dadurch wird die innerste geistige Haltung unseres Landes — und selbst der modernen Welt — unmittelbar angegriffen.

Wir sind uns unseres Amtes zu deutlich bewußt, um noch länger schweigen zu können. Unser Schweigen könnte als Schwäche oder selbst als schuldhafte Gleichgültigkeit gegenüber einer solchen Gefahr der Verderbnis ausgelegt werden. Wir wissen, daß der Film, diese volkstümliche Kunst par excellence, den ganzen Menschen ergreift und eine wahre Verzauberung und völlige Herrschaft über den Zuschauer ausübt, wenn er sich der Magie des Schauspiels ohne den Willen zur Kritik überläßt. Die Gefahr ist um so ernster, als die Jugend das treueste Publikum der Leinwand bildet.

Es geht um eine wichtige Sache. Es wäre vergeblich, darauf zu hoffen, daß die Würde der Sitten unseres Landes wiederhergestellt und die Moral gehoben werden könnten, solange man weiter duldet, daß auf der Leinwand die Persiflage der Familientugenden und der menschlichen Werte, die maßlose Gier nach Geld, das Einverständnis mit den ausgiebig ausgebreiteten sinnlichen Ausschreitungen und die Verachtung jeder Autorität triumphieren.

Darum machen wir uns zum Sprachrohr der von den Päpsten oft genug wiederholten und von Seiner Heiligkeit Papst Johannes XXIII. in seinen jüngsten Botschaften ebenfalls gegebenen Unterweisungen und richten uns mit einem nachdrücklichen Anruf an das Gewissen all derer, die an der Verantwortung auf diesem Gebiet mitbeteiligt sind, insbesondere an die öffentliche Gewalt, die das Recht und die Pflicht hat, zur Erhaltung des Gemeinwohls einzugreifen, an diejenigen, die beruflich mit dem Film zu tun haben, zumal an die Christen, die eine maßgebliche Position im Filmbereich haben, endlich an die Journalisten, die ihrem Beruf nach Erzieher des Publikums sind. Zeigt nicht anderseits die Erfahrung, daß auch ein gesunder Film ein Kunstwerk sein und Schule machen kann? Was für das Schlechte gilt, kann das nicht auch und noch öfter für das Gute gelten?

Wir richten ebenfalls einen Appell an alle wohlgesinnten Menschen aller Weltanschauungen, sie möchten Achtung vor ihrer eigenen Würde und vor der moralischen Zukunft ihrer Kinder verlangen. Wir möchten unseren Gläubigen mit größtem Nachdruck wiederholen, daß sie die Gewissenspflicht haben, der Vorführung eines Films nicht beizuwohnen, den ‚zu sehen sie sich aus christlicher Disziplin versagen' müssen (c. 5).

Dagegen fordern wir sie gern auf, die — in unserer nationalen Produktion zahlreichen — Filme zu wählen, die sie, nach dem Wunsch Pius' XII., ‚fröhlicher, freier, und besser' machen."

Die Kirche Frankreichs und der Chruschtschow-Besuch

Die offizielle Reise Chruschtschows durch Frankreich vom 23. März bis zum 2. April 1960 hatte für den Diktator des Sowjetblocks nicht nur den von der Weltpresse reichlich kommentierten nationalstaatlich-machtpolitischen Aspekt, sondern konfrontierte ihn als ideologischen Chefmanager des Weltkommunismus mit den geistigen Kräften der freien Welt und eines freiheitlichen Menschenbildes. Die würdigste und entschlossenste Haltung der Abwehr gegen das Oberhaupt der atheistischen Ersatzreligion der Sowjetideologie vertrat die katholische Kirche. Die Grundzüge ihres Verhaltens gab der Erzbischof von Paris, Maurice Kardinal Feltin, schon am 16. Januar in seinem Diözesanblatt „La Semaine Réligieuse" bekannt: „Als Priester haben wir die Pflicht, uns von jeder politischen Aktivität fernzuhalten. Die Stellung der Kirche zum atheistischen Kommunismus ist eindeutig. Seit Jahren hat sie ihn verurteilt und gefordert, für die Kirche des Schweigens zu beten." Entsprechend der heutigen Grundtendenz der Kirche Frankreichs, sich nicht mehr in vordergründige politische Taktik und Agitation einbeziehen zu lassen, zog Kardinal Feltin auch sofort einen Trennungsstrich gegenüber Demonstrationen, die

von rechtsradikalen katholischen Gruppen gegen Chruschtschow geplant waren. „Die Verurteilung des Kommunismus und das Gebet für die verfolgte Kirche dürfen jedoch niemals in der Praxis mit der Haltung gewisser politischer Gruppen verwechselt werden. Diese dürfen sich der Kirche nicht bedienen. Die Kirche allein hat die Initiative zu ergreifen, um Gebete für die Kirche des Schweigens anzusetzen."

Würde, Zurückhaltung und Gebet

Kurz vor dem Eintreffen Chruschtschows in Frankreich ergingen dann von allen Kardinälen und Erzbischöfen sowie von den Bischöfen, deren Diözesen von der Rundreise des sowjetischen Partei- und Regierungschefs berührt wurden, verschieden formulierte, aber inhaltlich gleichlaufende Anweisungen an die Katholiken. Als Beispiel sei hier die Verlautbarung des neu zum Kardinal erhobenen Erzbischofs von Bourges, Joseph Lefèbvre, angeführt: „Einerseits müssen wir verstehen, daß Treffen zwischen den Staatsmännern notwendig sind. Sie sollen alles versuchen, was eine Chance in sich birgt, die Annäherung der Völker zu fördern und der Sache des Friedens zu dienen. Doch können wir nicht darüber vergessen, daß der Mann, der nun nach Frankreich kommt, der höchste Vertreter des atheistischen und kirchenverfolgenden Kommunismus ist. Wie muß seine Anwesenheit nicht in aller Schärfe das Martyrertum so vieler Bischöfe, Priester und Laien, deren Grundrechte verletzt sind, zu Bewußtsein bringen?
Wir haben uns jedoch davor zu hüten, unsere Gefühle anders als durch einen gesteigerten Gebetseifer zu zeigen. Die Haltung des Glaubens und der Liebe, die ihre Hoffnung vor allem andern auf Gott setzt, ist für den Christen allein richtig. Deshalb wollen wir in größter Ruhe und vollendeter Würde als aufrichtige Christen in den nächsten Tagen für unsere verfolgten Brüder und selbst für ihre Verfolger beten, damit Gott sie erleuchte. Von ganzem Herzen sind wir mit denen eins, die mutig um der Liebe Christi willen leiden. Wir wollen den Welterlöser bitten, daß durch seine Hilfe auf dieser Erde mehr Gerechtigkeit und Liebe herrsche. Unserer von Gegensätzen und Haß zerrissenen Welt möge der religiöse, soziale und internationale Friede geschenkt werden . . ."
Über diese allgemeine Anordnung an alle Katholiken zu politischer Zurückhaltung und Gebet hinaus erging an die Geistlichen der Kathedralen, die Chruschtschow auf seiner geplanten Reiseroute besuchen sollte, die konkrete Anweisung, daß sie als „rectores ecclesiae" ihn nicht empfangen dürfen und das Allerheiligste während seines Aufenthaltes aus der Kirche zu entfernen haben. Diese Anweisungen wurden durchgehend befolgt, ohne das Chruschtschow selbst davon Notiz nahm.
Der sowjetrussischen regierungsamtlichen „Izvestija" (20. 3. 60), deren Chefredakteur Chruschtschows Schwiegersohn ist, blieb es vorbehalten, in folgender propagandistischer Verdrehung der Verärgerung über diese wirksame und würdige Ablehnung Ausdruck zu verleihen: „Eine Reihe von französischen Kardinälen und Erzbischöfen hat, durch wenig religiöse Gründe veranlaßt, die Gläubigen aufgefordert, sich nicht über das französisch-sowjetische Treffen zu freuen. Sie bemühen sich, den Glauben zu erwecken, daß ein Konflikt zwischen Ost und West unvermeidlich sei. Die Führer der katholischen Kirche Frankreichs wollen katholischer sein als der Papst. Sie nehmen eine Haltung ein, die keineswegs dem Appell zugunsten der internationalen Entspannung entspricht, den man in der Weihnachtsbotschaft des römischen Papstes finden kann."

Der Fall Kir

Den einzigen Mißton in diese Geschlossenheit der Haltung der Kirche Frankreich brachten nicht die Linkskatholiken, sondern eine der skurrilsten Gestalten der französischen Politik, Kanonikus Félix Kir, Oberbürgermeister von Dijon, rechtsunabhängiger Deputierter, mit 84 Jahren Alterspräsident der Nationalversammlung und Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Französisch-Sowjetische Freundschaft. Die Weltpresse erwartete einen sensationell verwertbaren Händedruck zwischen dem Führer des Weltkommunismus und dem katholischen Prälaten und Oberbürgermeister. Doch hatte dessen Bischof, Guillaume Sembel, ihm untersagt, Chruschtschow während seines Aufenthaltes in Dijon am 28. März zu empfangen. Über die formelle Herkunft des Verbotes ließ der zuständige Erzbischof von Lyon, Pierre Kardinal Gerlier, wissen: „Der Befehl kam unmittelbar aus Rom und nicht aus Lyon." Mit der für den Gehorsam eines katholischen Priesters gegenüber seinem Bischof nicht gerade lobenswerten öffentlichen Erklärung „Auf Grund des Verbotes Seiner Exzellenz des Herrn Bischofs von Dijon werde ich Herrn Chruschtschow nicht empfangen", verließ Kanonikus Kir Dijon für einen Tag, währenddem Chruschtschow sich in der Stadt aufhielt. Doch ließ er dem sowjetischen Partei- und Regierungschef ein Schreiben zukommen, das eine reichlich subjektive Auffassung der heutigen Weltlage verrät. Einleitend würdigt der Kanonikus die Taten „des mutigen sowjetischen Volkes, das über 265 deutsche Divisionen triumphierte und bei Stalingrad die Eindringlinge endgültig aufhielt . . . Wenn die russische Armee den Angreifer nicht endgültig zum Rückzug gezwungen hätte, wäre Frankreich noch heute unter fremder Besatzung. Deshalb weht jedes Jahr am Gedenktag des Sieges die russische Fahne neben der französischen auf dem Rathaus von Dijon . . .
Ich will Sie heute, Herr Präsident, als einen der aktivsten Gegner des Kalten Krieges, der aller Welt soviel kostet und niemandem nützt, begrüßen. Mit Recht haben Sie mit den alten Formeln einer verkalkten Diplomatie brechen wollen, welche in den Geleisen der Entschlußlosigkeit verharrt, und Sie haben einen Kreuzzug für den allgemeinen Frieden eingeleitet. Daher begrüße ich es, daß Ihre Tätigkeit frei ist von offiziellen und veralteten Formeln, mag sie auch heikel sein, so ist sie trotzdem wirksam . . . In der Tat haben wir alle, unabhängig von allen wirtschaftlichen, administrativen und sozialen Methoden, den gleichen Wunsch, der ganzen Menschheit einen Geist des Friedens und der Freiheit zu geben."
Seinen Gläubigen und Wählern erklärte der Kanonikus sein Verhalten durch eine Presseerklärung, in der es u. a. heißt: „Ihr kennt mich gut genug, um zu wissen, daß es sich nicht um ein Wegschleichen meinerseits handelte. Im übrigen gehört dies nicht zu meinen Gewohnheiten, denn selbst vor einem Galgen würde ich meine unbeugsame Haltung wahren. Den Katholiken möchte ich zu bedenken geben: wenn die Apostel gewartet hätten, bis die benachbarten Nationen christlich wurden, dann wäre das Evangelium unter dem Scheffel geblieben. Die Bewohner der Côte d'Or wissen, daß ich in den letzten 20 Jahren fast der einzige gewesen bin, der in den Wirtshäusern des Départements öffentlich Vorträge gehalten hat. Mögen

jene, die mich kritisieren, an die Zeit meines Lebens denken, die Kühnheit und Entschlossenheit erforderte. Ich hielt mich am Abend des 28. März von Dijon fern, um jeden ärgerlichen Zwischenfall zu vermeiden."
Diese anekdotenhafte Begebenheit aus Dijon, die in Frankreich natürlich sofort wieder einmal eine heftige Diskussion um das Verhältnis von Kirche und Staat auslöste, verursacht durch einen alten Mann, dem selbst Georges Mamy in „Le Monde" (29. 3. 60) eine gewisse Senilität zubilligt, dürfte dennoch die grundsätzliche Problematik der Tätigkeit von Priestern in unmittelbar politischen Positionen aufweisen.

Die Soziale Woche Frankreichs 1960

Die diesjährige Soziale Woche Frankreichs findet vom 12. bis 17. Juli in Grenoble statt, wo sie seit 1923 nicht mehr getagt hat. Ihr Thema lautet: „Sozialisierung und menschliche Persönlichkeit". Ende März haben die Organisatoren dieser „wandernden Universität" Frankreichs das Programm der Tagung veröffentlicht. Ein ähnliches Thema ist schon einmal, 1937, auf der Sozialen Woche von Clermont behandelt worden. Dort war es formuliert: „Die menschliche Persönlichkeit in Gefahr". Seither ist das Problem noch viel dringlicher geworden, da die moderne Welt mit der Technisierung zugleich eine fast zwangsweise Tendenz zur „Sozialisierung" hat, deren Bedeutung für die Persönlichkeit des Menschen untersucht werden soll.
Das Programm kündet folgende Vorträge an:
Alain Barrère: Die Sozialisierungsbewegung, ihre Gefahren und Chancen
René Théry: Neue Formen und neuer Stil des sozialen Lebens
Robert Goetz: Der Wille zur Rationalisierung und der technische Fortschritt
Francis Closon: Die Entwicklung der Klassen und der sozialen Strukturen
Joseph Folliet: Bereicherung und Versklavung der Person
Jean-Louis Quermonne: Das Nachhinken der Institutionen
René Remond: Sozialisierung und totalitäre Tendenzen
J. Y. Calvez SJ: Die Krise der Sozialismen
Yvon Bres: Die Person und der Wert des Sozialen
Yves Congar OP: Christliche Ausblicke auf das persönliche und das kollektive Leben
R. P. Sommet SJ: Teilnahme der einzelnen und der Gruppen am sozialen Leben
Jean Rivero: Die öffentliche und die Privatsphäre
Georges Hahn: Wissenschaften vom Menschen und technische Einwirkung auf den Menschen
René Savatier: Das Recht im Dienste der Person
Albert Chavanne: Zwang und Repressalien
Henry Théry: Die Teilnahme am kommunalen Leben
Eugène Descamps: Gelenkte Wirtschaft und Wirtschaftsdemokratie
Georges Vedel: Zu neuen politischen Strukturen.

Aus Australien

Katholiken und Sozialisten in Australien

Am 7. März 1960 wurde in Canberra mit 40 gegen 30 Stimmen der 64jährige Arthur Augustus Calwell zum Führer der australischen Labour Party gewählt. Calwell ist Katholik. Er war seit 1950 stellvertretender Vorsitzender der Partei.

Der Abgang Herbert Evatts

Die Neuwahl war notwendig geworden, nachdem der bisherige Führer der Partei, Herbert Vere Evatt, im Februar dieses Jahres — nicht überraschend für die Eingeweihten — das Amt des Parteichefs niedergelegt und das Amt des Präsidenten des Obersten Gerichts von Neusüdwales übernommen hatte. Was und wer ihn zu diesem Amtswechsel bewogen hat, ist mit Sicherheit nicht bekannt. Vermutlich war es die Einsicht, verbunden mit einem gelinden Druck seiner alten Parteifreunde, daß die Partei unter seiner Führung für die Wahlen von 1961 nichts zu erhoffen haben würde. Vielleicht steht aber auch hinter diesem bitteren Entschluß die Erkenntnis, daß er, Evatt, es gewesen ist, der in den vergangenen neun Jahren, in denen er die Partei führte, die Einheit der früher so mächtigen und einflußreichen Labour Party Australiens durch eine starre und wirklichkeitsfremde Politik zerstört hat.
Wie es zu diesem Zusammenbruch der Partei kam, darüber haben wir zweimal berichtet (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 301; 10. Jhg., S. 18).
Bereits 1951 hatte Evatt in einer Auseinandersetzung mit der liberalen Regierung Menzies in der Kommunistenfrage — die Regierung bereitete damals die rechtlichen Voraussetzungen für die Auflösung der Kommunistischen Partei vor — seinen rechten Parteiflügel überspielt. Dieser hat ihm den Handstreich zugunsten der Kommunisten nie verziehen.
Auch in dem Konflikt, der drei Jahre später innerhalb der Labour Party ausbrach, ging es um die Kommunisten. Vom rechten Labourflügel her, auf dem die Mehrzahl der katholischen Labouranhänger stehen, war die sog. „Bewegung" — noch während der Kriegsjahre — mit dem Ziel aufgebaut worden, der Unterwanderung der australischen Gewerkschaften, die ihrerseits das Mitgliederreservoir der Partei bilden und dadurch auch erhebliche Einwirkungsmöglichkeiten auf die Partei haben, durch die Kommunisten ein Ende zu setzen. Die „Bewegung", die auch unter den Namen „Industrial Groups" bekanntgeworden ist, hatte von 1945 ab, als die Kommunisten fast alle Gewerkschaften kontrollierten, in Zusammenarbeit mit den Führern der Katholischen Aktion, besonders mit deren Generalsekretär B. A. Santamaria, mit z. T. recht massiven Methoden den Einfluß der Kommunisten abgebaut, so daß 1954 von einer kommunistischen Kontrolle der Gewerkschaften nicht mehr gesprochen werden konnte. Evatt, dem der Einfluß der Katholiken und besonders der Führung der Katholischen Aktion auf die Partei gefährlicher erschien als die Untergrundarbeit der KP, sprach sich gegen die „Bewegung" aus, berief im Frühjahr 1955 in Hobart (Tasmanien) einen Parteikongreß, auf dem der rechte Flügel, weitgehend Katholiken, vom linken derart in die Opposition gedrängt wurde, daß sich die Gemaßregelten von der Partei absetzten. (Unter anderem wurden eine Reihe von katholischen Parteifunktionären aus der Partei ausgeschlossen, eine Maßnahme, die dann auch für die verschiedenen Landesverbände — die Labour Party Australiens ist föderal organisiert — Folgen hatte.) Damit war die Einheit der Partei zerstört. Die Ausgeschlossenen gründeten die „Demokratische Labour Party", die in allen Staaten des Kontinents, mit Ausnahme von Neusüdwales und Tasmanien, die Evatt treu blieben, auch Anhänger fand.
Vielleicht ist die unglückliche Hand Evatts im Streit der beiden Parteiflügel, an dem die Partei schließlich zerbrach,

nur die Folge der Enttäuschung, die dieser zweifellos hochbegabte Mann im Verlauf seiner politischen Karriere erfahren hat. Evatt, der 1940 vom damaligen australischen Premier und Labourchef, Curtin, in die Bundespolitik geholt und sehr bald Bundesjustizminister wurde, später Außenminister (während der Kriegsjahre) war und der auf den ersten Versammlungen der UN eine bedeutende Rolle spielte, hat wohl nie ganz die Enttäuschung überwunden, daß nach Curtins Tod nicht er, sondern Ben Chifley Premierminister und Parteivorsitzender wurde. In den Wahlen von 1949 wurde Labour zum erstenmal in der Nachkriegszeit von den Liberalen besiegt. Seitdem ging es mit der Partei unaufhaltsam bergab.

Die Katholiken in der Labour Party

Wir haben den politischen Weg Herbert Evatts und mit ihm die jüngste Geschichte der australischen Arbeiterpartei so ausführlich dargestellt, weil aus ihr deutlich wird, mit welchen Schwierigkeiten Katholiken in einer Partei zu rechnen haben, deren Führung, einmal, die Zeichen der Zeit nicht begreifen will oder begreifen kann und in der, zweitens, ein orthodox-marxistischer Flügel kräftig und erfolgreich mitmischt und politische Ziele verficht, deren Verwirklichung nur den viel weiter gesteckten Zielen des Kommunismus dient. Was die erste Schwierigkeit anbelangt, so ist sie sicher in der Geschichte der christlichen Parteien nicht ungewöhnlich. Gleiches gilt auch für die Schwierigkeiten, die sich einer politischen Zusammenarbeit zwischen Katholiken und Marxisten entgegenstellen: sie sind nicht auf Australien beschränkt. Ungewöhnlich ist jedoch, daß die australischen Katholiken, soweit sie mit der Labour Party sympathisieren, nach den sehr niederdrückenden Erfahrungen der letzten Jahre an der alten Konzeption einer politischen Zusammenarbeit auch mit den marxistisch-orientierten australischen Arbeitern festhalten und der linke Flügel der Partei ihnen dabei entgegenkommt. Denn nichts anderes als das bedeutet die Wahl des Katholiken Calwell zum ersten Vorsitzenden der arg zerzausten Partei.

Auch wenn man berücksichtigt, daß die australische Labour Party nicht mit einer sozialistischen Partei zentraleuropäischer Prägung verglichen werden darf, daß man sie allenfalls mit dem Parteitypus der englischen Labour (zu deren Parteigängern ja auch die der sozialen Unterschicht angehörenden englischen Katholiken zählen), genauer noch: mit dem linken Flügel der US-amerikanischen Demokraten vergleichen kann, die sich ebenfalls der Sympathien der Katholiken erfreuen, so unterscheidet sich doch wiederum die australische Arbeiterpartei von diesen beiden Parteien in England und Amerika vor allem dadurch, daß der Einfluß der australischen Katholiken auf ihre Partei von jeher groß war, ja man darf sagen, daß die politische Bedeutung der australischen Arbeiterpartei *entscheidend* von der Mitarbeit der Katholiken abhängt.

Geschichtliche Voraussetzungen

Die Gründe für diese über lange Strecken enge und auch fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Sozialisten, Marxisten und Katholiken in Australien liegen in der besonderen Geschichte des Kontinents, insbesondere in dem ungewöhnlichen Weg der Kirche in Australien. Über dieses Thema hat vor zweieinhalb Jahren, im Herbst 1957, im Rahmen eines Vortrages in Bonn Professor Brian Coghlan, Adelaide, Bemerkenswertes berichtet.

Coghlan, dessen Vortrag wir nur insoweit wiedergeben, als er das Thema der Zusammenarbeit von Katholiken und Sozialisten in Australien berührt, weist zunächst darauf hin, daß die Geschichte der Kirche in Australien mit der der Besiedlung des Kontinents durch die weiße Bevölkerung fast identisch ist. Die Geschichte der Kirche in Australien ist diejenige einer westeuropäischen Kultur, „und zwar der angelsächsisch-keltisch-römischen Kultur Großbritanniens, die sozusagen ‚en bloc' exportiert wurde". Mit ihr wurden in die ganz andersartige Umgebung bestehende Traditionen und — was wichtiger ist — bereits fixierte Ressentiments verpflanzt. Dieser „Export" einer Kultur ging nicht auf friedliche Weise vor sich. Er bestand im wesentlichen darin, daß seit 1780 „jener besondere Bestandteil der britischen Kultur: die katholische Religion . . ., gewalttätig nach Australien ausgewiesen wurde". Die Folge davon war, daß von Anfang an die weiße Bevölkerung Australiens zu einem erheblichen Prozentsatz katholisch war, „und zwar katholisch auf eine besondere Art und Weise, nämlich irisch-katholisch". Die deportierten Katholiken, Opfer der englischen Unterdrückungspolitik nach dem Aufstand von 1798, brachten ihre traurigen Erfahrungen, die Gefühle des gegen sie begangenen Unrechts mit ins Land, das sich in seiner Einstellung gegen die Katholiken zunächst in nichts vom Mutterland unterschied. Zudem stammten diese Irländer aus einer verfolgten und unterdrückten Kirche, die, wie Coghlan sagt, ganz ähnlich wie die Orthodoxie auf dem Balkan gegenüber Konstantinopel Sammelbecken aller nationalen Gefühle gegen den Feind England war. Dieser verbitterte irische Katholizismus bildet — soziologisch gesehen — die Grundsubstanz der Kirche (als soziales Gebilde) in Australien.

Die Katholiken Australiens waren auf Grund der historischen Ausgangslage politisch, wirtschaftlich und sozial unterprivilegiert. Sie gehörten den unteren Schichten an (was auch heute noch weitgehend der Fall ist). Sie hatten lange Zeit nichts mitzureden. Die Unterprivilegierung in jeder Hinsicht und der Wille der Katholiken, aus diesem Zustand herauszukommen, bilden die entscheidende Voraussetzung dafür, daß sie sich bereits in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts, also zu Beginn der sozialistischen Bewegung, mit den Sozialisten zusammentaten und — je länger, desto stärker — dank dieses Bündnisses auf die Politik des Landes Einfluß gewannen. Coghlan hält diese Zusammenarbeit für singulär. „Die enge und erfolgreiche Zusammenarbeit des Katholizismus mit dem Sozialismus zwecks einer christlich-sozialen Bewegung", sagt er, „dürfte in der neueren katholischen Geschichte einmalig sein, sind doch der Katholizismus Europas und die sozialdemokratische Bewegung bis zur gegenwärtigen Stunde Erzfeinde geblieben."

Die Rolle des Episkopats

Die gemeinsame politische Aktion zwischen Katholiken und Sozialisten zur Durchsetzung ihrer Ansprüche, die, wie gesagt, sehr bald erfolgreich war, wurde auf katholischer Seite nicht nur von Laien getragen. Sie wurde vielmehr in einer für europäische Verhältnisse schlechterdings unvorstellbaren Weise von der offiziellen Kirche, dem Episkopat, gestützt.

Als der Gedanke der sozialen Gleichberechtigung in den

letzten beiden Dekaden des vergangenen Jahrhunderts Australien an den Rand des sozialen Umsturzes brachte und in der großen Streikwelle von 1890 gipfelte, durch die die Macht des Kapitalismus gebrochen werden sollte, fanden die katholischen und sozialistischen Arbeiter ihre stärkste Stütze im Erzbischof von Sidney, Kardinal Moran. Diesem Kardinal verdankt die moderne australische Labour Party weitgehend ihre sozialpolitische Konzeption wie auch die Linie ihrer organisatorischen Struktur. Der Kardinal war damals davon überzeugt, daß die Arbeiterpartei die ihr zukommende Rolle nicht spielen werden könne, solange jede Kolonie: Neusüdwales, Viktoria, Südaustralien, Westaustralien, Queensland, Tasmanien, eine eigene Regierung und eine eigene Arbeiterbewegung besäße, die eine radikal, die andere gemäßigt, die dritte klein usw. Um die Voraussetzung zu schaffen, die die Labour Party zur Übernahme der politischen Verantwortung in Australien befähigen könnte, wurde der Kardinal zum Führer der Föderalistischen Bewegung Australiens. Am 17. August 1900 wurde dann das föderalistische Commonwealth Australien und damit das moderne Australien geboren.

Die Zusammenarbeit zwischen Katholiken und Sozialisten ist in Australien fruchtbar gewesen. Um so eigenartiger berührt es, zu hören, daß die Aktionsfähigkeit der Partei bis weit in die Jahre nach dem ersten Weltkrieg geschwächt wurde wegen der auch in der Arbeiterpartei erbittert geführten Auseinandersetzung um die Frage der Wehrpflicht Australiens im ersten Weltkrieg. Der Episkopat, an seiner Spitze der heute 96jährige Erzbischof Mannix von Melbourne, hat diese Frage damals eindeutig verneint (Australien hat dann auch nur eine freiwillige Kriegshilfe geleistet, die freilich größer war als die irgendeines Mitgliedes des Britischen Commonwealth).

So notwendig und erfolgreich der soziale Kampf der australischen Katholiken auch war, er hat auch unbeabsichtigte Effekte gehabt, an denen die Kirche bis in die jüngste Zeit hinein krankte. Coghlan nennt hier vor allem den Mangel an einer katholischen Intelligenzschicht. Um sie heranzubilden, hatte man angesichts des Kampfes um die nackte Existenz einfach keine Zeit. Durch den ständigen Einstrom qualifizierter katholischer Einwanderer aus Mittel- und Osteuropa, vor allem seit 1945, sind jedoch jetzt alle Voraussetzungen gegeben, um diesem Mangel abzuhelfen und der Bildungsfeindlichkeit, die nach Coghlan besonders unter den einfachen Geistlichen irischer Herkunft verbreitet ist, entgegenzuwirken. Die neue katholische Intelligenz, der der Episkopat besondere Aufmerksamkeit widmet, wird der christlich-sozialen Bewegung neue Energien zuführen, die mit Sicherheit auch auf die Arbeit der Katholiken in der Labour Party ausstrahlen wird — so lange jedenfalls, wie sich für die Katholiken Australiens keine Möglichkeiten abzeichnen, in der hart an ihren britischen Traditionen festhaltenden Liberalen Partei wirksam zum Zuge zu kommen.

Aus dem Nahen Osten

Begegnung der Christen verschiedener Kirchen und Riten in Ägypten

Anfang März 1960 fand (nach NCWC News Service, 12. 3. 60) in Alexandrien in Ägypten ein Treffen zwischen Christen der verschiedensten Riten und und Sprachen im dortigen St.-Markus-Kolleg statt, einer international bekannten Institution, die von den Christlichen Brüdern geleitet wird.

Die höchsten Teilnehmer an dieser Zusammenkunft waren der griechisch-orthodoxe Patriarch von Alexandrien, Christophoros II., und der lateinische Apostolische Vikar von Alexandrien, Bischof Johannes Capistran Cayer, ein gebürtiger Kanadier. Außerdem nahmen noch der melkitische Erzbischof Pierre Chami von Bosra (Syrien), der sich gerade in Alexandrien aufhielt, und verschiedene andere Bischöfe und Patriarchalvikare des koptischen, maronitischen, armenischen und syrischen Ritus von katholischer Seite, von nichtkatholischer Seite der Patriarchalvikar des koptischen Patriarchen von Alexandrien, Kommos Yacoub El-Baramossi, der Pfarrer der protestantischen Gemeinde von Alexandrien, Pastor Charles Dubois, und der Archimandrit Zaven Chichinian, Haupt der Gregorianisch-armenischen Gemeinde von Alexandrien, an der Zusammenkunft teil. Die Versammlung wurde, als der griechisch-orthodoxe Patriarch und der lateinische Bischof zusammen ihren Einzug in die Kapelle des Kollegs hielten, durch den traditionellen Begrüßungsgesang für die lateinischen Bischöfe „Ecce sacerdos magnus" begrüßt.

Bei den Gottesdiensten wurde das Evangelium auf Latein, Griechisch, Koptisch, Armenisch, Arabisch, Altsyrisch, Kirchenslawisch, Französisch, Italienisch, Deutsch, Englisch und Russisch gelesen. Hymnen wurden von lateinischen, griechischen und koptischen katholischen Chören und von armenischen und griechischen orthodoxen Chören gesungen.

Bei dem Treffen sprach man über die Schritte, die in letzter Zeit auf eine Wiedervereinigung der Christenheit hin gemacht worden sind. Man hob dabei vor allem die Ankündigung des Ökumenischen Konzils durch Papst Johannes XXIII. hervor, bei der er das Anliegen der Einheit besonders genannt hat; ferner die Antwort, die der Ökumenische Patriarch Athenagoras von Konstantinopel darauf gegeben, und die Bemühungen, die er selber inzwischen aufgenommen hat; dann die Teilnahme von Vertretern aller christlicher Gemeinschaften bei den Inthronisierungsfeierlichkeiten des koptischen Patriarchen Kyrillos VI. in seiner Kathedrale in Kairo am 10. Mai und bei der Weihe des lateinischen Weihbischofs Amand Hubert, Apostolischen Vikars von Heliopolis, am 24. Mai vergangenen Jahres, schließlich bei der Weihe Erzbischof Joseph Tawils, Patriarchalvikars des katholischen melkitischen Patriarchen von Antiochien am 1. Januar dieses Jahres.

Zum Schluß ihrer Zusammenkunft rezitierten die Teilnehmer an dem Treffen gemeinsam das Vaterunser, jeder einzelne mit leiser Stimme in der eigenen Sprache. Danach empfingen alle mit gebeugtem Haupt den doppelten Segen vom Patriarchen Christophoros und von Bischof Cayer.

Die gemeinsame Spendung des Segens durch die beiden höchsten Würdenträger einer orthodoxen und einer katholischen Gemeinschaft ist wohl das religiös auffallendste Ereignis dieser Begegnung im Geiste der Wiedervereinigung im Glauben. Es ist nicht das erste Mal, daß etwas Derartiges auf ägyptischem Boden geschieht.

Besuch des katholisch-koptischen Patriarchen bei dem von Rom getrennten koptischen Patriarchen

Ende 1959 hat der katholisch-koptische Patriarch, Stephanos I., dem Patriarchen der von Rom getrennten Kopten (der größten christlichen Kirche in Ägypten), Kyrillos VI., einen Besuch abgestattet; über diesen hat die

Wochenschrift des lateinischen Apostolischen Vikariats von Alexandrien, „Le Messager", in einem kurzen Aufsatz berichtet, den wir wörtlich wiedergeben (nach „La Croix", 29. 12. 59):

„Wir sind Zeugen eines in seiner Art einzigen und für jeden Kopten, der stolz darauf ist, diesem Land der Pharaonen anzugehören, tief ergreifenden Schauspiels gewesen, das ganz auf der Linie des Ökumenischen Konzils liegt.

Letzten Sonntag, kurz nach 11 Uhr vormittags, hielt ein Auto vor der Freitreppe des Patriarchats, wo der Generalvikar und der Sekretär des Patriarchen Kyrillos VI. und einige Mitglieder ihrer Gemeinschaft warteten. Seine Seligkeit Stephanos I., katholisch-koptischer Patriarch, kam in Begleitung P. Gabriel Ghattas, Pfarrers der koptisch-katholischen Kathedrale, raschen Schritts heran und wurde von der Menge mit Applaus begrüßt.

In der Halle des ersten Stocks erwartete Seine Heiligkeit Kyrillos VI. den hohen Gast und empfing ihn mit der brüderlichen Umarmung, während die Menge, die Zeuge dieser Geste war, den beiden Patriarchen zujubelte und beiden Nachfolgern des hl. Markus langes Leben wünschte. [Der hl. Markus gilt als erster Bischof von Alexandrien, die Patriarchen als seine Nachfolger wie der Papst als Nachfolger Petri.]

Die Unterhaltung war sehr herzlich und dauerte mehr als eine halbe Stunde. Ich nehme an, daß die aktuellen Probleme den Gegenstand der Unterhaltung bildeten. Als der Gottesdienst in der Kathedrale beendet war, stellten sich dessen Teilnehmer im inneren Hof auf und jubelten den beiden Patriarchen zu, die auf den Balkon heraustraten und die dichte Menge segneten, die ihnen Beifall klatschte, Wünsche nach der Wiedervereinigung der Kirche Christi formulierte und ebenfalls den beiden Nachfolgern des hl. Markus zujubelte und wünschte, daß diese Brüderlichkeit ein Zeichen künftiger Glorie der Kirche in Ägypten sei.

Von neuem brach die Begeisterung im Saal des Patriarchats aus, wo die Menge an den beiden Seite an Seite sitzenden Patriarchen vorbeidefilierte, um ihren Segen zu empfangen und ihnen die Hand zu küssen. Auch dort schufen die Freudenschreie und die zagharîts der Damen eine ganz ungewöhnliche Atmosphäre ... War es ein Traum? ... Nein, denn die Menge ist Zeuge, und die zahlreichen Photographien, die während des Besuchs aufgenommen wurden, werden die Erinnerung an dieses Treffen für immer festhalten, das zwar nicht das erste war, aber eine ganz spontane und natürliche Atmosphäre der Gemeinschaft zweier Schwestergemeinschaften oder vielmehr zweier Brüder, die der gleichen koptisch-ägyptischen Gemeinschaft angehören, schuf.

Beim Abschied Seiner Seligkeit Stephanos' I. unterstrich Applaus die brüderliche Umarmung der beiden Patriarchen."

Ägypten als Zentrum christlicher Begegnung

Die christlichen Gemeinschaften in Ägypten bilden, alle zusammengenommen, natürlich nur eine Minderheit inmitten einer völlig islamischen Umwelt: unter rund 24 Millionen Einwohner, die zum weitaus größten Teil Mohammedaner sind, leben 1,5 Millionen Kopten und rund 500 000 andere Christen. Gegenüber dem Druck, den vor allem in der letzten Zeit der totalitaristische Staat der Vereinten Arabischen Republik auf diese Minderheit ausübt — wir haben in den letzten Jahren öfters darüber berichtet (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 116 ff., 316 f.; 11. Jhg., S. 170 f., S. 222 f.) —, schließen die christlichen Gemeinschaften sich naturgemäß leicht zur Verteidigung ihrer Rechte zusammen. Aber wenn man darum sagen will, daß diese Annäherung „politische Gründe" habe, so hat ja auch die Spaltung der Christenheit zum großen Teil „politische Gründe" gehabt — wenn nicht bei ihrem Entstehen, so jedenfalls bei ihrem Fortbestand. Die Geschichte mag sich jetzt umkehren: „politische Gründe" drängen die christlichen Gemeinschaften wohl näher aneinander. Doch von dieser Annäherung begünstigt, beginnen auch die gegenseitigen Vorurteile zu schwinden, und das Beispiel Ägyptens, in dem sich eine solche Annäherung bereits seit mindestens zehn Jahren ganz öffentlich vollzieht, beweist, wie weit die brüderliche Freundschaft fortschreiten kann und mit welcher Zustimmung sie auch von den christlichen Gläubigen begrüßt wird.

Aus den Missionen

Daß unter Mithilfe der Katholiken den unterentwickelten Ländern zugleich mit der materiellen auch geistige Hilfe geboten werde. Missionsgebetsmeinung für Juni 1960

Nicht in allen Ländern der katholischen Welt stehen heute die Fragen der kirchlichen Entwicklungshilfe so sehr im Vordergrund der Diskussion wie in deutschen Landen, wo bisher zwei großangelegte sogenannte Fastenaktionen des Episkopats gegen Hunger und Krankheit in der Welt die Gewissen aufrüttelten, die Aufgaben der Kirche erläuterten und auch zur Sammlung von materiellen Mitteln in einer Größenordnung führten, die einmalig in der Geschichte kirchlicher Sozial- und Caritasarbeit in Europa ist und selbst die anerkannt große Gebefreudigkeit der nordamerikanischen Katholiken für die Notstandsländer zu übertreffen scheint. Denn die durch die Hilfsorganisation der amerikanischen Bischöfe verteilten gewaltigen Lebensmittelmengen für hungernde Länder bestehen zu einem erheblichen Teil aus Surplus-(Überschuß-)Gütern, die seitens der amerikanischen Regierung über die großen Wohlfahrtseinrichtungen der Kirchen und anderer geeigneter Organismen zur Verteilung gebracht werden. Vor allem hat sich bisher keine Hilfsorganisation der katholischen Kirche so systematisch in die Aufbau- und Strukturhilfe eingeschaltet wie die deutsche Aktion „Misereor". Aber nicht in allen altchristlichen Kirchen der westlichen Welt, deren Glieder Anteil an dem gehobenen Lebensstandard ihrer Länder haben, ist das Bewußtsein der Größe von Aufgabe und Verpflichtung in ähnlicher Intensität erwacht. Dies hängt zum großen Teil damit zusammen, daß in einer Anzahl dieser Länder die Kirche mit schweren wirtschaftlichen Sorgen ringt und ihre eigenen Sozial- und Caritaswerke kaum unterhalten kann bzw. unter drückenden Lasten des Schulunterhalts steht. Es gibt „reiche" Länder des Westens, in denen die Kirche kaum die Mittel zum Unterhalt ihrer Priester und zur Bestreitung der Kultuskosten aufbringt. Dennoch können „die sozialen Weltaufgaben der Kirche", von denen Kardinal Frings, noch unter dem Eindruck des Erfolges der ersten bischöflichen Fastenaktion stehend, in einer Predigt am 1. Mai 1959 sprach, nur gelöst werden, wenn die Gesamtkirche sich hier in Gesinnung und Tat zusammenfindet. So hat die Missionsgebetsmeinung, die jeweils der ganzen katholischen Christenheit vorgelegt wird, eine große weltkirchliche Aktualität, selbst wenn

in Deutschland nun zum zweiten Male von den Kanzeln und durch die Presse die Pflicht aller Katholiken eingeschärft wurde, für die Notstandsländer aus christlichem Geiste fühlbare Opfer zu bringen.

Der Nachdruck der Gebetsmeinung für Juli 1960 liegt nun auf der Gestaltung der Hilfe. Es kommt die große Sorge der Kirche zum Ausdruck, daß man glaubt, mit rein materieller Hilfe bzw. mit Anleitung dazu die Probleme der Entwicklungsländer meistern zu können, während doch für das Gelingen der Aufgabe eine geistig-sittliche Menschenbildung von entscheidender Bedeutung ist. Im lateinischen Originaltext der Gebetsmeinung wird hier der Ausdruck „auxilium spirituale" gebraucht, was sowohl geistige als geistliche (religiöse) Hilfe bedeuten kann. Die kirchliche Entwicklungshilfe wird so zum Durchdenken der Wertordnung genötigt, in der ihre eigene Arbeit steht bzw. stehen soll. Es gibt hier Probleme, weil es sich um die Anwendung dogmatischer Prinzipien auf Gegebenheiten handelt, die in gewisser Hinsicht, allerdings durchaus nicht in jeder Hinsicht, neu sind. Es sei hier, um mit dem äußeren Kreis der Fragen zu beginnen, nur an die Frage erinnert, wie weit katholische Sozialaktion mit der Entwicklungshilfe der Organismen der Vereinten Nationen zusammengehen kann bzw. gegebenenfalls muß, eine Frage, die durch grundsätzliche und praktische Stellungnahmen der höchsten kirchlichen Autoritäten weithin als gelöst betrachtet werden kann. Eine weitere Frage ist, ob die Zusammenarbeit mit neutralen Organisationen so weit gehen darf, daß in der Vergangenheit durch die Mission unter oft großen Opfern und Entbehrungen für das materielle und kulturelle Wohl der Notstandsländer geschaffene Einrichtungen dadurch in ihrer Entwicklung Schaden leiden oder sogar untergehen. Muß man nicht zuerst danach trachten, bestehende Einrichtungen den Erfordernissen der neuen Lage anzupassen und auszugestalten? Müssen die Katholiken nicht zuerst die eigenen Investitionen an Menschen, Material und praktischen Erfahrungen in den kirchlichen Caritas- und Sozialeinrichtungen der sogenannten Entwicklungsländer retten und fruchtbar machen helfen? Die Frage ist vor drei Jahren in Holland lebhaft erörtert worden. Dabei wies man darauf hin, daß „neutrale" Gruppen ja nur materielle Hilfe leisten könnten und daß die Mehrzahl dieser „neutralen" Einrichtungen praktisch sozialistisches Denken verbreitet. So äußerte sich vor allem der Leiter des Van-Rossum-Instituts, Prof. G. H. L. Zeegers, der sich für eine auf internationaler Basis organisierte katholische Sozialaktion einsetzte, die dann nach dem Subsidiaritätsprinzip den Hilfsorganisationen der UN zur Seite treten sollte. Manchen schien nun eine derart organische allgemeine Bindung kirchlicher Aktionen an religiös neutrale internationale Gebilde inopportun, ja sogar gefährlich zu sein, obwohl sie den Vorteil bot, großräumige Projekte mit finanzieller Hilfe der Vereinten Nationen in Angriff zu nehmen. In Holland war nun schon eine Gruppe katholischer Organisationen dazu übergegangen, systematisch eine in den Niederlanden gegründete neutrale Hilfsorganisation zu unterstützen, deren allseitige Neutralität auf Grund der Zusammensetzung ihres Aktionsausschusses in Zweifel gezogen wurde. Diese Gruppe sah sich starken Angriffen gegen ihre Haltung ausgesetzt, machte aber geltend, daß sie durchaus nicht die Notwendigkeit eigener katholischer Initiative leugne, aber — in Übereinstimmung mit der Haltung höchster kirchlicher Stellen — die Auffassung vertrete, daß die Abwesenheit der Christen in den neutralen Organisationen diese zwangsläufig zum ausschließlichen Tummelplatz achristlicher und antichristlicher Weltanschauungen machen müßte. Praktisch entschied man sich dann für das „Sowohl-Als-auch".

Diese Debatte, die in der Presse ausgetragen wurde, leitet nun unausweichlich zum inneren Kreis der katholischen Überlegungen zum Thema „Entwicklungshilfe" über: Was ist letztes Motiv und Ziel kirchlicher Sozialaktion? Wie kann dieses gegebenenfalls nach außen sichtbar gemacht werden, ohne daß eine solche Aktion in den Geruch der Proselytenmacherei kommt? Wie verhalten sich überhaupt Leib- und Seelsorge der Kirche zueinander? Hat nicht in der Vergangenheit manchmal eine verfehlte Methode — Anreiz zur Bekehrung durch Darbietung materieller Vorteile — zu religiös unerfreulichen Ergebnissen geführt? Die Frage nach der inneren Ausrichtung katholischer Entwicklungshilfe ist auch besonders akut, weil unter dem einen Motto der Entwicklungshilfe eine sehr große Zahl übernationaler, nationaler und privater Organisationen angetreten ist. In der Kolonialära konnte die Sozialarbeit der Kirche sich von ihrem einzigen Mitbewerber auf diesem Gebiet, der Kolonialmacht, in ihrem Eigensein viel leichter nach außen und innen absetzen als heute von den vielen und vielgestaltigen Kräften, die scheinbar ohne weltanschauliche Bindung nur der Hebung der Bevölkerung dienen, aber doch weltanschaulich nicht neutral sein können, weil im Hintergrund jeder wirtschaftlich-sozialen Hilfe das Weltanschauungsbild des Gebers dieser Hilfe zur Auswirkung kommt. Nicht nur aus der inneren Verpflichtung ihrer göttlichen Sendung, sondern auch aus den Notwendigkeiten der Stunde heraus muß sich deshalb christliche Entwicklungshilfe ihr Eigensein nachdrücklich sichtbar machen.

Unterentwickelte Länder — Entwicklungsländer — Entwicklungshilfe

Die Schwierigkeiten für diese Sichtbarmachung beginnen schon mit den allgemein angenommenen Sachbegriffen bzw. Wortprägungen. Der Ausdruck „Unterentwickelte Länder" reizt direkt dazu, ihn nicht, wie er eigentlich gemeint ist, rein ökonomisch zu sehen, vielmehr in ihm auch soziale, kulturelle und weltanschauliche Elemente hineinzutragen. Der erste Beweis ist ein sogenannter negativer Beweis. Ihn liefert die farbige, aus der kolonialen Bevormundung herausgetretene Welt, indem sie den Ausdruck ablehnt, weil sie in ihm eine menschlich-kulturelle Minderbewertung wittert. Unseren Wirtschaftsmaterialisten wird damit zugleich eine Lektion erteilt, indem man ihnen zu verstehen gibt, daß der homo œconomicus nicht der ganze Mensch ist. Man gibt zu, daß man die moderne Technik nicht hat und daß man sie haben will, aber man legt Wert darauf, zu betonen, daß man eine eigene Kultur mit eigenen Werten und eigener Entwicklungsfähigkeit besitzt. Zugleich will man damit sagen, daß man die Menschenwürde im Vollsinn besitzt. Man lehnt es ab, daß altehrwürdige Kulturen des Ostens und die Primitivkulturen Afrikas an das unterste Ende einer Wertskala gesetzt werden, die eine technisch hochentwickelte, aber von religiös-sittlichen Werten entleerte Allerweltszivilisation als die Spitze der Kulturpyramide betrachtet. Der zweite Beweis kann positiv geführt werden. Alle Träger der „neutralen" internationalen Entwicklungshilfe erklären grundsätzlich, sie wollten nur ökonomisch-gesellschaftliche Hilfe leisten. Auf der untersten Ebene des unmittelbaren

menschlichen Kontaktes sehen die Dinge aber ganz anders aus. Der sowjetische Mechaniker, der den von der UdSSR gelieferten Traktor begleitet, ist zugleich Propagandist der materialistischen Weltanschauung. Er muß es sogar sein, weil er Anhänger des materialistischen Entwicklungsbegriffes ist, der ihm nicht gestattet, Wirtschaft und Weltanschauung geistig zu trennen. Der moderne Humanist trägt in die Entwicklungshilfe alle Träume von einer Welt hinein, in der der natürlich gute und edle Mensch das Maß aller Dinge ist. Der Wirtschaftsmaterialist westlicher Prägung sieht das Glück der Menschheit in dem Maße wachsen, als ihr eine stets vollkommener entwickelte Technik einen stets höheren Lebensstandard gestattet. Der antireligiöse Laizist sieht es für eine notwendige Aufgabe an, die religiösen Kräfte aus dem Entwicklungsprozeß auszuschalten. Der Ausdruck „Entwicklung" bietet sich jeder metaphysischen oder antimetaphysischen Deutung dar, er steht jeder weltanschaulichen Interpretation offen. In deutschen Landen hat man nun zwar den Ausdruck „Unterentwickelte Länder" durch „Entwicklungsländer" ersetzt, um damit die Empfindsamkeit der Asiaten und Afrikaner zu beruhigen. Aber jeder sieht, daß der neue Ausdruck ebenso nebelhaft ist wie der alte. Eben deshalb erfordert seine Verwendung katholischerseits stets eine wache Selbstbesinnung. Das gleiche gilt natürlich auch für den Ausdruck Entwicklungshilfe. Deshalb kann man auch dem Vorschlag nicht folgen, den der verdiente ehemalige Direktor der afrikanischen Wochenzeitung „Afrique Nouvelle", P. de Benoist PA, im Januar 1960 im Bulletin International, dem Organ der Internationalen Union der katholischen Presse (Paris), machte, nämlich den Ausdruck „Missionsländer" durch „Entwicklungsländer" zu ersetzen. De Benoist meint, weil man das inhaltreiche Wort „Missionar" mit antiquierten Begriffen verbinde, daß nämlich der Missionar mit unzureichenden Mitteln aus Almosen usw. „etwas zuwege bringe", während die Zeit vorbei sei, ihm auf diese Weise zu helfen, „deshalb wollen wir auf den so sinnreichen, aber auch zu Mißverständnissen führenden Ausdruck ‚Missionsländer' verzichten; sagen wir lieber ‚Entwicklungsländer': das Wort bietet den Vorzug, die Vorstellung eines neuen, dynamischen und in die Zukunft blickenden Werkes zu wecken". Gewiß ist der Ausdruck „Missionsländer" in die Liste der Wortprägungen gekommen, die von der Elite der jungen Nationen der farbigen Welt mit Unbehagen vermerkt werden, weil sie ihn mit den Vorstellungen der Kolonialära assoziieren, aber man sollte lieber hier einen neuen Begriff prägen, als diese Wesensfunktion der Kirche in dem schillernden Wort der Entwicklungshilfe untergehen zu lassen.

Die Ideenführung von P. de Benoist ist verwandt mit jener Auffassung, daß die kirchliche Sozialarbeit in der Entwicklungshilfe von heute vor einem absoluten Neuanfang stehe. In dieser Linie stehen bisweilen junge katholische Soziologen und Nationalökonomen, die in den Dienst der kirchlichen Entwicklungshilfe treten, von Tatendrang erfüllt sind und nicht die Zeit finden, die wirtschaftlichen und sozialen Verwirklichungen der Missionen in der Vergangenheit gründlich zu studieren. Da die Kirche in ihrer langen Geschichte unendlich viel für die Hebung der Völker auf allen Gebieten tat, kann doch die Frage der Entwicklungshilfe nicht in jeder Hinsicht für sie neu sein. Die Missionare haben das Problem im jeweils begrenzten Kreis ihrer Erfahrung immer wieder gesehen und sind ihm im Rahmen mehr oder weniger begrenzter kirchlicher Bewegungsfreiheit, mehr oder weniger begrenzter Mittel und mehr oder weniger ausreichender sozialökonomischer Vorbildung und Begabung begegnet. Nachdem aber die Entwicklungshilfe in der zur äußeren Einheit zusammenwachsenden Welt zur vordringlichsten internationalen Aufgabe geworden ist, müssen freilich auch die Missionen ihre Grundsätze und Methoden überprüfen und den neuen Gegebenheiten anpassen. Dies ist das Neue an der Sache. Es ist auch abwegig, wenn man es so darstellt, also ob die Caritasarbeit, die Bildungstätigkeit (Schulen!) und die Bemühungen der Kirche zur allgemeinen Hebung der Volksgesundheit in den Missionen der neuesten Zeit nur Vorstufen einer sozialökonomischen Aktion gewesen seien, in die die Kirche jetzt erst eigentlich eintrete. Die Mission hat nicht nur Vorbereitungsarbeit dieser Art geleistet, sondern mitten in der sozialökonomischen Arbeit vor allem in der Welt der Primitiven gestanden, als diese von der technischen Zivilisation erreicht wurde. Es gibt hier sogar Großraum-Projekte, die im Laufe einer längeren Zeit systematisch zu wirklichen und dauernden Erfolgen geführt wurden. Der Uganda-Missionar C. Juffermans MSF erklärte in einem Referat der Niederländischen Missionswissenschaftlichen Woche zu Nimwegen am 9. April 1959: „Man bekommt bisweilen den Eindruck, daß der niedrige Lebensstandard (der Einheimischen) erst in den letzten Jahren von den westlichen Ländern entdeckt wurde und daß man der Mission vorwirft, sie habe in all den Jahren nichts zu dessen Hebung getan. Das ist eine schiefe Vorstellung der Tatsachen. Die Mission hat in all den Jahren über diese Zustände in unseren ungelesenen Missionszeitschriften geschrieben, und jeder Missionar, Priester, Bruder oder Schwester, hat sich auf die eine oder andere Weise eingespannt, um die Not der Einheimischen zu lindern. Keiner hat sich ausschließlich auf geistliche Tätigkeit beschränkt ... Aber die Mission wurde aus Mangel an Geld und Mitteln allein mit der Arbeit nicht fertig. Was die Mission an Geld und menschlichen Energien bei diesem Bemühen eingesetzt hat, ist nicht zu sagen" (Het Missiewerk, 4, 1959). Es wäre für die derzeitige katholische Entwicklungshilfe verhängnisvoll, wenn sie sich selbst den Weg zur positiven Wertung der kirchlichen Sozialarbeit in den Missionen der jüngst vergangenen Zeit verbaute. Zur positiven Wertung kommt man aber nur, wenn man jene Arbeit nicht vom Kartentisch moderner Entwicklungsstrategie und Wirtschaftsplanung sieht, sondern mit dem Blick für geschichtliches Werden und die Bedingtheiten der jeweiligen Lage des betreffenden Missionsgebiets. Dringlicher als eine Pauschalkritik an der Vergangenheit ist heute, daß man die Verbindungslinien zwischen Vergangenheit und Gegenwart katholischer Sozialarbeit in den Entwicklungsländern herausarbeitet, um unter teilweise ganz neuen Gegebenheiten organisch weiterarbeiten zu können. Nur mit solch positiver Wegweisung ist auch den Feldmissionaren gedient, auf die heute soviel Kritik vom grünen Tisch herunterprasselt, daß sie entmutigt werden könnten, wenn sie nicht das Bewußtsein hätten, stets das Beste gewollt zu haben. Sie, deren Blickfeld naturgemäß auf das eigene Arbeitsfeld beschränkt war und die nun ihre lokalen Probleme im Lichte einer mit neuen Methoden arbeitenden internationalen Entwicklungshilfe sehen lernen müssen, sind durchaus lernbereit.

Eine theoretische Unterweisung, die übrigens immer mehr auch in die Studienordnung der Missionsseminare aufgenommen wird, nützt allerdings wenig, wenn man den Missionaren nicht auch die Mittel und die sachkundigen

Helfer aus dem Laienstande zur Verfügung stellt, die katholische Sozialprogramme aus katholischem Geiste durchführen helfen. Für die Heranbildung solcher Helfer geschieht im katholischen Lager sehr wenig, auch noch nach dem Aufruf der Enzyklika *Fidei Donum* bzw. den nachdrücklichen Hinweisen der jüngsten Missionsenzyklika *Princeps Pastorum.* Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen hat in den ersten zehn Jahren seines Bestehens der ihm unterstellen „Technischen Hilfe" 8000 hochqualifizierte Spezialisten und 14 000 Ausbildungskräfte zur Verfügung gestellt. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1957 arbeiteten mehr als 2000 Techniker aus den Ländern des Sowjetblocks in insgesamt 19 Entwicklungsländern. Umgekehrt wurden im gleichen Zeitraum 2000 Techniker und Studenten aus Entwicklungsländern in der Sowjetunion und den Satellitenstaaten speziell ausgebildet (vgl. Werner Pank, Der Hunger in der Welt, Freiburg i. Br., Herder 1959, S. 126). In Deutschland sind solche zum Dienst in den Entwicklungsländern bereite Experten noch absolute Mangelware. Darunter leidet nicht nur die Wirkkraft der staatlichen Entwicklungshilfe der Bundesrepublik, sondern auch die Bischofsaktion „Misereor", unter deren Antrieb im Vorjahr die Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (Köln, Helenenstraße 11) gegründet wurde, deren Ziel es ist, deutsche Fachkräfte vorzubereiten, die sich für einige Jahre einer Tätigkeit im Rahmen der Entwicklungshilfe zur Verfügung stellen wollen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 292). Die Arbeitsgemeinschaft will den betreffenden Kräften auch die entsprechenden sozialen und rechtlichen Sicherungen schaffen. Bei der Auslese dieser Personen wird man auch auf die charakterliche Eignung sehen. Es muß nachdenklich stimmen, wenn ein Deutscher aus Khartum schreiben konnte: „Unter den wenigen deutschen Spezialisten und Lehrern im Dienste der Entwicklungsländer trifft man leider immer wieder Menschen, die sich, sowohl beruflich als auch charakterlich gesehen, unter den in ihrem Heimatland herrschenden Konkurrenz- und Auslesebedingungen nicht durchsetzen konnten" („Die Zeit", 20. 11. 59).

Werte christlicher Sozialarbeit in den Notstandsländern

Der entscheidende Wert christlicher Sozialarbeit in den Missionsländern, demgegenüber alle menschlichen Unzulänglichkeiten bei ihrer Durchführung verblassen, war stets, daß sie nicht wertneutral war, vielmehr nach einer Totalkonzeption arbeitete, in deren Mittelpunkt der ganze Mensch als Geschöpf und Ebenbild Gottes stand, der eine unsterbliche Seele besitzt und zu einem jenseitigen Endziel berufen ist. Das bedeutete in keiner Weise, daß man die Bekehrung zum Christentum als Vorbedingung für soziale Hilfe stellte. Aber man wurde so davor bewahrt, mit Teilkonzeptionen zu arbeiten, die jeweils gewisse Bereiche der menschlichen Lebensäußerungen isoliert angehen, wie es beispielsweise bei der Technical Assistance geschieht. Echte und dauerhafte soziale Arbeit muß auch die geistige Entwicklung und die Beeinflussung der inneren Antriebskräfte des Menschen ins Auge fassen, um sie mit der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung in eine innere organische Verbindung zu bringen. Entsprechend der Struktur des Menschen haben die geistig-sittlichen Werte den Primat in der Gestaltung der Sozialordnung. Jede Entwicklungshilfe, die dies übersieht, bereitet ihren eigenen Fehlschlag vor. Und da der Mensch sein Handeln letztlich auf der Grundlage eines persönlichen Weltbildes bestimmt, sieht christliche Entwicklungshilfe es als ihr vornehmstes Ziel an, die (übernatürlichen und natürlichen) Antriebskräfte der christlichen Weltanschauung in den Entwicklungsprozeß einzuführen.

Wenn man die Programme über Entwicklungshilfe, wie sie jetzt außerhalb des spezifisch christlichen Sektors vorgelegt werden, liest, hat man zu oft den Eindruck, das Problem ließe sich allein mit gigantischen Kapitaltransaktionen und der Anleitung lösen, dies Geld nutzbringend zum Wirtschaftsaufbau zu verwerten. In einem Aufsatz „Zeichen und Zeugnis" zur zweiten Fastenaktion der deutschen Bischöfe („Die katholischen Missionen", 1, 1960) brandmarkte J. A. Otto SJ „diesen öden Wirtschaftsmaterialismus, auch wenn er sich humanistisch zu tarnen sucht, als die tödliche Gefahr aller profanen Wirtschaftshilfe. Die Säkularisten, die glauben, ohne Gott die Welt liberalistisch oder sozialistisch bewirtschaften zu können, treiben ein gefährliches Spiel mit dem Bumerang, der die Helfer selber zerschmettern könnte. Unaufhaltsam, wenn auch ungewollt, weil ihr flacher Geist nicht so tief reicht, zerschlagen sie die nichtchristlichen Religionen und ihre überlieferte, religiöse Lebensordnung, ohne an deren Stelle eine neue, religiös in Gott verwurzelte Lebensordnung geben zu können. Ahnungslos spielen sie Afrika und Asien dem Kommunismus in die Hände, vor dem sie diese bewahren wollen." Ganz ähnlich äußerte sich Alfred de Soras SJ auf der Sozialen Woche der französischen Katholiken in Angers 1959 (vgl. „Stimmen der Zeit", Jhg. 1959/60, S. 146): „Eine solche (Entwicklungs-)Hilfe muß zunächst auf den ganzen Menschen Rücksicht nehmen. Das bedeutet, daß sich eine solche Politik nicht auf das enge und begrenzte Gebiet des Technischen beschränken darf. Es ist auffallend, wie für manche Leute, die in der Entwicklungshilfe stehen, diese eine rein technische, d. h. wirtschaftliche bleibt. Diese Wirtschaftsbesessenheit ist nur eine mehr oder weniger verschleierte Form des Materialismus und ebenso tödlich wie dieser. Gleich ihm erstickt er das Menschliche im Menschen. Es fehlt ihm die Weite christlicher Sicht." Es kümmert diese Planer wenig, daß die unglücklichen Opfer solcher Entwicklungshilfe innerlich zerrissen werden, so daß man schon schrieb, die heutigen Generationen der unterentwickelten Länder seien geopferte Generationen. Diese Opferung ist nicht zwangsläufig. Sie kann verhütet werden, wenn man den von der modernen Technik überfluteten Kulturen hilft, sich im Besten ihres Seins wiederzufinden und die Technik in den Dienst des Menschen zu stellen und nicht den Menschen zum Sklaven der Technik werden zu lassen. Es gibt bei der Entwicklungshilfe primäre Probleme, die nicht vom Wirtschaftlichen her lösbar sind. In der Zeitschrift „Afrika" (München 3, 1959) stand ein sehr kluger Artikel des schwarzen Wirtschaftsexperten Antoine Lawrence, in dem gerade auf diesen Sachverhalt hingewiesen wurde. Man liest dort: „... Für uns, die Unterentwickelten, ist die wirtschaftliche Seite des Problems nicht einmal so wichtig wie die menschliche ... Der afrikanische Mensch und seine traditionelle Umwelt sind wichtiger als die wirtschaftliche Struktur und die Höhe des zu investierenden Kapitals ... Die Planung für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas muß in erster Linie allgemeine Maßnahmen für die Bildung der Menschen vorsehen, denn das

ist die Voraussetzung für die rein wirtschaftliche Seite der Aufbaupläne."

Zu dieser Bildung gehört auch eine Arbeitserziehung im ethischen Sinne. Denn wie sollen die Entwicklungsländer die Arbeitsenergien aufbringen, um im Rahmen der Industriewirtschaft die Fremdhilfe in Selbsthilfe zu überführen, wenn sie kein entsprechendes Arbeitsethos haben? „Man soll sich nicht der Illusion hingeben, als ob der Aufbau und das Funktionieren industrieller Betriebe und die Überwindung der Unterentwicklung ausschließlich eine Frage des Kapitals und der maschinellen Ausrüstung seien. Es geht hier vor allem um ein Problem der Mentalität. Genauigkeit, Pflichtgefühl, Zuverlässigkeit, Schätzung der Arbeit sind Voraussetzungen für den Aufbau eines Industriestaates, die ebenso wichtig sind wie Drehbänke, Kohle, Rohöl und elektrische Energie. In diesem Sinne muß in Afrika noch ein großer Schulungsprozeß vor sich gehen" (Walbert Bühlmann OFMCap in „Priester und Mission", 3, 1959). Es ist bekannt, welche Schwierigkeiten heute der ausländischen Entwicklungshilfe die religiös-heidnisch bestimmten Vorstellungen über den Sinn der Arbeit, vor allem der Handarbeit, sowie der ganze Komplex von Mythen, rituellen Vorschriften, religiösen Tabus usw. bereiten. Die christliche Mission hat sich stets bemüht, den christlichen Sinn der Arbeit durch Wort, Beispiel und Anleitung zu verbreiten. Da die nichtchristlichen Religionen heute ihre Wirkmächtigkeit über die Arbeitsgesinnung verlieren, bleiben zur Füllung des entstandenen Vakuums praktisch nur noch die christliche und die kommunistische Arbeitsideologie übrig . . . In der ethischen und fachlichen Arbeitserziehung haben die Missionen Großleistungen vollbracht. Sie riefen z. B. in Afrika den Stand der Handwerker erst ins Leben. Es ist Unrecht, wenn man ihnen heute vorwirft, die Zahl ihrer Berufsschulen (in Afrika waren es 1955 740) sei zu klein. Die Regierungen haben bis zum Ende des zweiten Weltkrieges Gründung und Betrieb solcher Schulen fast ausschließlich den Missionen überlassen, die dafür die Kosten aufbringen und den Lehrkörper stellen mußten. Ihre Versuche, die Lehrlingsbildung über den Bereich der Mission zu erweiteren, stießen auf das Unverständnis der Behörden und der weißen Unternehmer, die z. B. in Afrika diese Lehrlinge jahrelang wie ungelernte Arbeiter behandelten. Erst heute beginnt man unter dem Druck der Situation („Hilfe durch Selbsthilfe"!) zu begreifen, wie unersetzlich für eine im Aufbau begriffene industrialisierte Gesellschaft sowohl wirtschaftlich als auch sozialpolitisch jener landwirtschaftliche und handwerkliche Mittelstand ist, den die Missionen schaffen wollten. Hinsichtlich der durch die christlichen Missionen vermittelten Allgemeinbildung wird bei vielen die Tatsache Staunen erregen, daß in Afrika bis zum Ende des zweiten Weltkrieges 90 Prozent aller Schulen Missionsschulen waren. Die Schulen sind augenblicklich Gegenstand lebhafter Kritik der Entwicklungsplaner, weil sie eine zu einseitige intellektuelle Bildung vermittelten, die zuwenig auf die praktischen Notwendigkeiten des Lebens abgestellt war. Diese Feststellung gilt uneingeschränkt für die oberen Schulstufen, deren Unterrichtspläne aber von den Regierungen, nicht von den Missionen bestimmt wurden. Die meist nur auf wenige Jahre begrenzte Volksschulbildung, die nur Lesen, Schreiben und Rechnen vermittelte, konnte aber nicht die Weichen für eine Entwicklungsplanung stellen! Hier mußte der Schwerpunkt auf die nachschulische Fortbildung der Jugend gelegt werden, der sich die entwickelteren christlichen Missionen durch ihre von ihnen geleitete Lehrlingsausbildung sowie ihre landwirtschaftlichen und handwerklichen Schulen eifrig widmeten, während die Behörden weitestgehend auf eigene Initiativen verzichteten.

Es sollten hier nur einige Grundwerte christlicher Entwicklungshilfe in den Missionen hervorgehoben werden. Der Raum verbietet, auf die Bemühungen zur sozialen Hebung der Frau, auf die Fürsorge für Mutter und Kind, die Familienerziehung, das Genossenschaftswesen, die sozialen Schulen und Sozialsekretariate, die Spar- und Darlehenskassen, die umfassende Gesundheitsfürsorge der Missionen einzugehen. Mit der materiellen, technischen Anleitung ist hier immer eine aufopfernde Tätigkeit geistiger Einwirkung und Erziehung verbunden gewesen.

Glaubensverkündigung und sozial-caritativer Dienst

Die Gebetsmeinung will nun so aufgefaßt werden, daß die Katholiken sich bemühen sollen, bei der Entwicklungshilfe den Notstandsländern auch geistliche, religiöse Hilfe zu leisten. Das letzte Ziel kirchlicher Entwicklungshilfe kann immer nur das geistliche Wohl, das ewige Heil der Bewohner dieser Gebiete sein. Wenn wir bei der Leistung der Entwicklungshilfe darum beten und durch echte Opfergesinnung bei Spendung der materiellen Hilfe von Gott wirksame Bekehrungsgnaden für sie zu erlangen suchen, wird der soziale Hilfsakt in keiner Weise in seinem Eigensein verdunkelt und seine von äußeren Bekehrungsversuchen unbelastete Selbstlosigkeit nicht der Anzweiflung ausgesetzt, desgleichen nicht, wenn die in dieser Hilfe tätigen Katholiken durch ihr persönliches Beispiel christlichen Lebens für die christliche Religion werben. Anders wäre es, wenn man Sozialaktion und Glaubensverkündigung verquicken würde. Der Leiter des Zentrums der katholischen Sozialsekretariate in der Französischen Gemeinschaft, R. de Montvalon, schrieb einmal (Les Missions Catholiques, 3, 1953) zu dieser Frage: „. . . Die Missionsländer sind im religiösen Glauben gespalten. Eine hohe kirchliche Persönlichkeit in Rom sagte uns jüngst: ‚Achten Sie wohl darauf, die soziale Tätigkeit vom spirituellen Apostolat zu unterscheiden.' Wenn in der Tat die Sozialaktion der Christen den Nichtchristen als eine aufgespannte Falle zu ihrer Bekehrung erschiene, würden sie deren Schlußfolgerungen zurückweisen . . . Die Organismen christlicher Sozialaktion werden also klar kundtun, daß die soziale Tätigkeit ihr einziges Ziel ist. Das bedeutet nicht, daß wir uns mit aller uns möglichen Geschicklichkeit als Agnostiker tarnen dürfen, um den Einfluß unserer Sozialaktion auszubreiten . . ." Dennoch haben Glaubensverkündigung und soziales Wirken der Kirche eine tiefe innere Einheit. Die Frage, worin diese Einheit besteht und wie sie sichtbar gemacht werden kann, ist heute besonders akut, wo die kirchliche Sozialaktion vor neuen Gegebenheiten steht. So ist es dankenswert, daß Georg Schückler auf der Generalversammlung der Päpstlichen Missionswerke zu Osnabrück (Juli 1959) an Hand der Heiligen Schrift als des Wortes Gottes die Frage des Verhältnisses von missionarischer Verkündigung und sozial-caritativem Handeln der Kirche untersuchte und hier die Einheit der Urfunktionen der Kirche gerade in deren Verschiedenheiten darlegte (der Vortrag erschien in erweiterter Form unter dem Titel „Mission und sozial-caritativer Dienst. Grundsätzliche Erwägungen zur Fastenopferaktion Misereor", „Priester und Mission", 1, 1960): Christi messianisches Heilswirken ist immer auf den ganzen Menschen

ausgerichtet, umfaßt also Seele und Leib. Sein Selbstzeugnis macht deutlich, daß die von ihm bewirkten Wunder der Heilung, die zunächst einfach ein Akt erbarmender Liebe sind, offenbar machen, was Er kündet: den allumfassenden Heilswillen Gottes. Das in Christus gekommene Heil offenbart sich nicht zuletzt darin, daß auch der Leib und die Dinge in die rechte Ordnung kommen. Aber auch die Verkündigung der Heilsbotschaft gehört zu den Anzeichen der Heilszeit: Armen wird die Frohbotschaft von Gottes liebendem Heilswillen verkündet. Verkündigung und Dienst der Liebe, Wort und Werk, Seelsorge und Leibsorge stehen nicht nebeneinander, sondern ineinander als die eine und ganze Heilstat Christi und seiner Kirche, durch die die gesamte Kreatur heimgeholt wird vom Falle und erhoben wird in den Gnadenanteil an Gottes Herrlichkeit. So gibt es keine Verkündigung ohne Diakonie und keine Diakonie ohne Verkündigung. Die aus dem Glauben geführte und in der Liebe sichtbare Verkündigung soll die Heiden bereiten, daß sie sich in der ihnen von Gott bestimmten Stunde ihrer Erwählung von Gott erreichen und heimholen lassen. So hat die Leibsorge und alles soziale Tun christlich den Sinn, das Liebesopfer und Erbarmen Jesu Christi, der Fleisch geworden und unser aller Bruder ist, konkret vor der Welt zu bezeugen. Heute, wo von der Kirche eine universale Diakonie gefordert wird, ist die sozialpolitische Aktion eine notwendige Folge ihrer Diakonie und ihres grundsätzlichen Selbstverständnisses und Auftrags, Lebensprinzip der Gesellschaft zu sein.

Die in Caritas und sozialem Tun sichtbare und wirksame Liebe der Kirche handelt um des Bruders willen. Dies wird gerade in unserer Zeit sichtbar werden müssen, weil der Diakonie der Kirche immer wieder das Mißtrauen begegnet, die Hilfe, die sie anbiete, sei nur „Mittel zum Zweck", ihre Hilfeleistungen seien nur „Vorwerke", die die Menschen gleichsam überlisten sollen, damit sie sich der Wahrheit erst versehen, wenn sie schon gefangen sind. Das Neue Testament hat nirgends, wenn es die Nächstenliebe gebietet, diese der Verkündigung in *der* Form untergeordnet, daß sie nur ein „Hilfsmittel zur Bekehrung" darstelle. Eine so geartete Zuordnung von dienender Liebe und missionarischer Verkündigung würde eine Verkehrung der Liebe bedeuten. Wenn die Liebe den Leib befreit, so nicht, um die Seele zu fesseln. Die Liebe liebt, um zu lieben. Wo immer das Prinzip „do ut des" angewandt wird, ist ein Verrat der Liebe gegeben. Die Liebe liebt darum auch den, der sich nicht bekehrt. Es gibt eine letzte Indifferenz der Liebe dem „Erfolg" gegenüber. Sie tut ihren Dienst, selbst wenn niemand ihr danken wollte, sowenig sie anderseits dem Herrn verschweigen wird, in dem sie ihren Ursprung und Quellgrund hat.

In zeichengebendem Zeugnis für die Liebe Gottes und seiner Kirche zu den Menschen erschöpfen sich die unmittelbaren Möglichkeiten spiritueller Beeinflussung seitens der christlichen Entwicklungshilfe. Alles übrige ist Werk der Gnade, die nicht zuletzt durch die christliche Liebe und Opfergesinnung derer herabgerufen wird, die sich dem sozial-caritativen Wirken der Kirche widmen.

Der Hunger in der Welt: Dorf- und Gebietsentwicklung in Nordkamerun

In Kamerun besteht ein ausgesprochenes Ungleichgewicht zwischen dem Norden und dem Süden des Landes (über diesen Gegensatz vgl. „Die Unabhängigkeit Kameruns und die Zukunft der Kirche", in Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 230). Während der Süden des Landes einigermaßen erschlossen ist und auch über eine ausreichende Infrastruktur verfügt, ist der Norden nahezu unerschlossen geblieben. Die 750 000 Kirden des Nordens, die Heiden sind, leben an der Grenze des Existenzminimums. Der Grund für das wirtschaftliche Zurückbleiben der drei nördlichen „Regionen" des Landes südlich des Tschadsees liegt weitgehend in ihrer Bodenbeschaffenheit: es ist ein Savannengelände. Wichtiger freilich als die natürlichen Gegebenheiten des Landes sind ethnische, soziale und religiöse Gründe. Die Kirdi sind sudanesischer Herkunft (die Südbevölkerung gehört überwiegend der Bantugruppe an), sie sind Animisten, während ihre unmittelbaren Nachbarn im Süden Muslimen sind; sie stehen schließlich auch heute noch in einer, wenn auch schwachen Abhängigkeit von den feudalen muslimischen Fulbeherrschern, die die besten Weideplätze des Nordens für sich und ihre Glaubensgenossen in Beschlag genommen haben.

Der Gedanke, den wirtschaftlich sehr armen Kirdi zu helfen, drängt sich um so mehr auf, als in absehbarer Zeit mit einer wirksamen wirtschaftlichen Entwicklung des nördlichsten Kamerun durch die Regierung im Süden nicht zu rechnen ist. Diese hat ihre eigenen Sorgen und Probleme, von denen noch zu sprechen sein wird.

Der Chef des „Centre de Coopération pour le developpement économique et humain" in Paris, Bertrand de la Rocque, hat nun einen Plan ausgearbeitet, um dem Norden Kameruns wirtschaftlich und sozial zu helfen. Er hat sich dabei an das Bischöfliche Werk in Aachen mit der Bitte gewandt, diesen Versuch personell und finanziell zu unterstützen. Auf Grund einer Untersuchung, die de la Rocque persönlich durchführte, hat man sich jetzt entschlossen, von einem Dorf (Mayo Ouldeme) aus, ca. 140 km Luftlinie südlich vom Südufer des Tschadsees, zwischen Mora und Mokolo, der Hauptstadt der Region Margui-Wandala, das Kirdi-Gebiet zu entwickeln.

Aufgaben und Methode

Ansätze, die dieses Vorhaben erleichtern könnten, sind nicht vorhanden. (Man verfügt lediglich über die Erfahrungen, die die Kleinen Brüder Jesu bei ihrer Arbeit unter der einheimischen Bevölkerung gemacht haben.) Das Team, das das Entwicklungsvorhaben tragen soll, wird bestehen aus einem Arzt, einer Hebamme, einer Sozialassistentin, einem Landwirtschaftsingenieur, einem praktischen Landwirt, einem Maurermeister, einem Lehrer. Es soll vordringlich folgende Aufgabe erfüllen: Unterrichtung der Bevölkerung; Versorgung mit besserem Saatgut, Düngern, landwirtschaftlichen Geräten und Zuchtvieh, Wasserbeschaffung und sinnvolle Bekämpfung der Bodenerosion (der durch das hier übliche Buschfeuer und Brachliegenlassen der Böden Vorschub geleistet wird); Schaffung von Möglichkeiten von Lagerung, Konservierung und Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse; Anleitung der Bevölkerung in hauswirtschaftlichen, hygienischen und Ernährungsfragen; Errichtung und Unterhalt eines Dispensariums, ärztliche Versorgung der Bevölkerung; Entwicklung eines Dorfes zu einer selbständigen Gemeinschaft, die in der Lage ist, kulturell, sozial und sanitär zum Helfer und Motor der regionalen Entwicklung zu werden.

Angesichts der Tatsache, daß sich in dem zu „entwickelnden" Dorfe Mayo Ouldeme nichts vorfindet, worauf man aufbauen könnte, können hier die sonst üblichen Entwick-

lungsmethoden nicht angewendet werden. In der Beurteilung des Projekts durch die Geschäftsstelle des Bischöflichen Werkes heißt es daher: Obgleich das Projekt Pilotprojekt sein will, „setzt es mit vollem Bewußtsein in einem noch völlig unentwickelten Raum ein ... Sein Schwerpunkt liegt nicht im Institutionellen, sondern im persönlichen Engagement einer Gruppe einsatzbereiter Menschen." Es entstamme in gewisser Weise dem „esprit d'engagement" des französischen Katholizismus. Die Gruppe wird versuchen müssen, auf dem Wege persönlichen Kontakts, persönlicher Freundschaft und Hilfe das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen. Erst am Ende soll das Erreichte dann auch institutionalisierte Formen annehmen (z. B. durch Genossenschaften). Wie die Zusammensetzung der Gruppe erkennen läßt, wird die „Entwicklung" nicht in einem Sektor voranstoßen (z. B. Wirtschaft), sondern die zirkuläre Verursachung der Stagnation voll berücksichtigen.
Das Projekt der französischen Gruppe wurde sowohl von der derzeitigen Regierung Kameruns wie auch von der Generaldirektion der Assoziierten Gebiete der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (Brüssel) befürwortet.

Vorsichtsmaßnahmen

Das „Centre de Coopération", Paris, das der Rechtsträger des Projekts ist, hat von der Bischöflichen Kommission zur Durchführung des Projektes 481 550 DM erbeten, davon 218 250 DM als Darlehen.
Die Bischöfliche Kommission hat sich nur zur Übernahme von 266 187 DM entschließen können (davon 84 827 DM als langfristiges Darlehen), obwohl 1. das Projekt gut vorbereitet ist, 2. das Centre über eine große Erfahrung in ähnlichen Arbeiten verfügt, 3. hier versucht wird, durch einfache menschliche Kontakte von unten her zu helfen, 4. keine isolierten Maßnahmen vorgesehen sind (Berücksichtigung der zirkulären Verursachung).
Auch die Bewilligung dieser Teilsumme ist noch an folgende Bedingungen geknüpft worden:
1. Das Centre darf jeweils keine höheren Beträge oder Güter nach Kamerun transferieren, als augenblicklich benötigt werden. Sollte die Arbeit des Teams aus irgendwelchen Gründen vorzeitig abgebrochen werden müssen — das Projekt hat eine Laufzeit von drei Jahren —, dann müßte das Centre die nicht gebrauchten oder benötigten Beträge dem Bischöflichen Werk wieder zurückzahlen.
2. Das Centre ist gehalten, über die sonst üblichen Bedingungen hinaus, vierteljährlich über die finanzielle Entwicklung wie die sachliche Arbeit in der Berichtszeit ausführlich zu berichten.
3. Sollte das Centre einen neuen Antrag auf die vom Bischöflichen Werk nicht bewilligte Restsumme zur Durchführung des Projekts einreichen, so müßte es zuvor einen ausführlichen Rechenschaftsbericht (sachlich wie finanziell) über die erste Arbeitsperiode einreichen.

Politische Bedenken

Diese Kautelen sind nicht als ein Mißtrauensvotum des Bischöflichen Werkes gegenüber den Bemühungen des französischen Centre anzusehen. (Wäre dem so, dann hätte das Bischöfliche Werk besser dem französischen Projekt die Unterstützung versagt.) Auch das ungewöhnliche Ziel des Unternehmens, ein Modellprojekt in einem völlig unentwickelten Raum zu realisieren, und zwar auf einer Basis, die jede exakte Angabe über die einzuschlagenden Methoden unmöglich macht, dürfte die Vorsicht der Bischöflichen Kommission gegenüber dem Kirdi-Projekt nicht in erster Linie hervorgerufen haben.
Die eigentliche Schwierigkeit für das Projekt liegt in dem für ihn vorgesehenen Raum und Zeitpunkt. Kamerun ist am 1. Januar dieses Jahres selbständig geworden. Es wird, wenn dieses Heft erscheinen wird, vielleicht schon seine ersten freien Wahlen zur Bestellung einer Nationalversammlung hinter sich haben. Was im Lande zur Zeit vor sich geht, weiß niemand genau zu sagen, auch die Einheimischen nicht. Der allgemeine Eindruck ist der, daß das Land an der Schwelle des Bürgerkrieges steht, daß die derzeitige Regierung, mit dem 37jährigen muslimischen Premier Ahmadou Ahidjo an der Spitze, nicht das Vertrauen der Bevölkerung genießt, daß die legalen politischen Parteien nur eine Scheinexistenz führen und daß die Opposition, die „Union des Populations du Cameroun" (UPC), eine kryptokommunistische Partei, die freilich in mehrere Flügel gespalten ist, im Verein mit dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund von Kamerun (CGCT), der dem internationalen kommunistischen Gewerkschaftsbund angeschlossen ist, ständig an Boden gewinnt: weil sie in das nationalistische Horn bläst, d. h. jede Zusammenarbeit mit Frankreich und auch mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft strikte ablehnt und die Vereinigung von Britisch- und Französisch-Kamerun ständig proklamiert (obgleich durch eine Vereinigung der beiden Teile Kamerun nicht die gewünschte ethnische und sprachliche Einheit gewänne).
Das Interesse Moskaus an Kamerun und — was wichtiger ist — seine Chancen, hier zum Zuge zu kommen, sind groß, nicht nur weil es über eine von ihm abhängige, zahlenmäßig starke Partei mit einem — freilich negativen — Programm, von ihm abhängige Gewerkschaften und eine Reihe von Frontorganisationen verfügt, sondern weil auch andere nichtkommunistische Parteien scharf gegen den französisch orientierten Kurs der Regierung eingestellt sind. Dazu kommt, daß am 1. Juli 1960 der Truppenvertrag zwischen Kamerun und Frankreich ablaufen wird. Zur Zeit gründet sich aber die Autorität der Regierung nur auf die Anwesenheit der im Lande stationierten französischen Truppen. Wie bis zum 1. 7. Ahidjo Ordnung im Lande geschaffen haben will, aus welchen Leuten er bis dahin eine zuverlässige Polizeitruppe rekrutieren will, weiß niemand zu sagen.
Das als Entwicklungsprojekt vorgesehene Kirdidorf im Norden scheint weit weg von den unruhigen Südprovinzen des Landes zu sein. Aber es wäre sicher nur eine Frage der Zeit, bis die Wellen des Umsturzes (im Sinne der kommunistischen UPC) die Regionen des Tschadgebietes erreichten. Dem derzeitigen Träger des Projekts würde mit Sicherheit sofort jede Arbeitsmöglichkeit genommen sein.

Einheimische Erzbischöfe und Bischöfe lösen die Missionsbischöfe ab

Mit dem ersten Afrikaner, Erzbischof Rugambwa von Rutabo, der als Kardinal in den höchsten Rat der Katholischen Kirche eingezogen ist, sind auch die ersten beiden afrikanischen Erzbischöfe ernannt worden. Man erwartet in nächster Zeit noch mehr Bischofsweihen von Einheimischen.
Schon auf dem Missionskongreß von Nimwegen im September vorigen Jahres (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 55 ff.) war deutlich geworden, daß die Missionare

sich zum großen Teil immer mehr darüber klar werden, daß die Kirche in den Missionsländern nur dann Hoffnung auf Bestand und Blüte hat, wenn die verantwortlichen Ämter in ihr von Einheimischen besetzt werden. Im Laufe der letzten Monate hat deshalb eine ganze Reihe von Missionsbischöfen auf ihren Sitz zugunsten einheimischer Kräfte verzichtet. Als ersten afrikanischen Erzbischof ernannte der Heilige Vater Ende Januar den Weihbischof von Cotonou in Dahomey, Bernard Gantin, zum Nachfolger des zurückgetretenen Missionserzbischofs Louis Parisot von Cotonou, der im Alter von 74 Jahren auf seinen Sitz verzichtete. Erzbischof Gantin ist erst 37 Jahre alt und wurde erst vor zwei Jahren, 35jährig, zum Weihbischof geweiht. Seine Inthronisierung erfolgte am 17. März.

Als zweiten Afrikaner erhob Papst Johannes XXIII. den Weihbischof John Kodwo Amissah von Cape Coast, Ghana, zum Erzbischof dieses Sitzes. Sein Vorgänger, Missionserzbischof William Thomas Porter, ein Engländer von der Afrikanischen Missionsgesellschaft von Lyon, hatte bereits im vergangenen Mai auf den erzbischöflichen Stuhl von Cape Coast verzichtet. Der neue afrikanische Erzbischof ist 1922 geboren; er wurde 1949 zum Priester geweiht und erhielt 1957 die Weihe als Weihbischof seiner Heimatdiözese Cape Coast.

Weitere Missionsbischöfe sind zurückgetreten von ihren Sitzen Ouagadougou, Abidjan, Tabora und Tananarive (Madagaskar), offenbar in dem Willen, einheimischen Bischöfen Platz zu machen. Das gleiche ist kürzlich in einem anderen Missionsland, in Burma, geschehen, wo Erzbischof Falière von Mandalay zurückgetreten und an seine Stelle ein einheimischer Erzbischof, Msgr. Jean-Joseph U Win, getreten ist.

Damit ist die Zahl der neu ernannten einheimischen Bischöfe keineswegs erschöpft; es soll hier nur auf den besondern Vorgang bewußter Ablösung der „Ausländer" durch die Einheimischen hingewiesen werden.

Ökumenische Nachrichten

Ein evangelisches „Weltkirchen-lexikon"

Seit langem erwartet, ist nun das neue „Handbuch der Ökumene" unter dem nicht ganz eindeutigen Titel „Weltkirchen-Lexikon"erschienen, im Auftrag des Deutschen Evangelischen Kirchentages herausgegeben von dem Amerikaner Franklin H. *Littell* und von Hans Hermann *Walz*, Generalsekretär des Kirchentages (Kreuz-Verlag, Stuttgart 1960, 1760 Spalten = 880 S.). Der fast zu starke Band, der mit vielen Bildbeilagen ausgestattet ist, wird von DDr. Reinold v. Thadden-Trieglaff in einem Geleitwort mit der Aufgabe bedacht, „in erster Linie der Gemeinde zu dienen". Der deutsche Herausgeber stellt ihm die besondere Aufgabe, „den heutigen Stand des in den letzten Jahrzehnten in Gang gekommenen ökumenischen Gesprächs wiederzugeben". Ist diese wichtige Aufgabe gelungen?

Diese Frage wird durch das mutige Werk selbst herausgefordert. Es liegt einfach die Notwendigkeit für alle Beteiligten vor, für die Mitarbeiter der Ökumenischen Bewegung, für die Zuschauer wie auch für die römisch-katholischen Gesprächspartner —, deren 1952 gegründete Organisation „Katholische Konferenz für ökumenische Fragen" übrigens kein Stichwort bekommen hat —, nach den ersten Dezennien ökumenischer Arbeit, nach den vielen guten Protokollen des Zentralausschusses des Weltrates der Kirchen, der Studienkommission und anderer Gremien wie „Faith and Order", endlich einmal eine Art Generalprotokoll zu erhalten, das die geleistete Arbeit zusammenfaßt und die offenen Fragen genau umreißt. Man möchte außerdem sagen: auch für das kommende Ökumenische Konzil, das nach der Pressekonferenz von Kardinal Tardini vom 30. 10. 59 wirklich den Mythos von der „Selbstisolierung der katholischen Kirche" widerlegt (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 103 ff.), wäre es ein Desideratissimum, daß die Ökumenische Bewegung ihr Wesen, ihre Auswirkungen, ihre Tiefe und ihre Ergebnisse übersichtlich präsentiert, eine unentbehrliche Voraussetzung für den Anspruch an Rom, als Partner angenommen zu werden. Hat das „Weltkirchenlexikon", das letztlich ein Anliegen des Deutschen Evangelischen Kirchentages wahrnimmt, auch diese Aufgabe bewältigt?

Wer ein Lexikon macht oder daran mitwirkt, kennt die Schwierigkeiten einer solchen Aufgabe, die Not der rechten Auswahl. Für die Ökumenische Bewegung ist sie besonders groß, weil alle Fragen noch im Fluß sind und jedes Zentralproblem nur in vielfältiger Brechung entfaltet werden kann. Es ist sogar die Frage, ob diese Aufgabe überhaupt von Fulda her, ob sie nicht nur von Genf her als eine Arbeit ersten Ranges des Generalsekretariats des Weltrates der Kirchen selbst geleistet werden kann. Vielleicht wäre es dann möglich gewesen, dem Lexikon, unbeschadet einer alphabetischen Anordnung des Stoffes, eine stärkere Systematik zu geben. So entsteht der Eindruck, daß der lexikalische Usus die Herausgeber beherrscht hat. Von A—Z, von Abendmahl, das übrigens einem Exponenten der Opfertheologie, Max Thurian von Taizé, übertragen wurde und eine glänzende Eröffnung des Bandes gibt, bis Zölibat und Zypern ist die ganze Welt eingefangen, in Ländern, Erdteilen, allen christlichen Gemeinschaften (ein wertvoller Dienst zu authentischer Konfessionskunde), von der römisch-katholischen Kirche, die leider Oberkirchenrat Sucker bearbeitet hat, statt ihr eine Selbstdarstellung zu gewähren, bis zur Heilsarmee, Persönlichkeiten aus Kirche und Theologie, die ganze Flucht ökumenischer Organisationen, zusammengefaßt in dem hervorragenden Generalstichwort „Ökumenischer Rat der Kirchen" von H. H. Walz, theologische Kernfragen wie Kirche (Nygren), Gottesdienst, Hierarchie, apostolische Sukzession (recht konfus von St. C. Neill behandelt, um die anglikanischen Blößen zu verdecken), Tradition (Florowski), Eschatologie (H.-D. Wendland), dazu die historischen Aufrisse, in die sich Peter Meinhold (u. a. Papsttum) und der Katholik Oskar Köhler geteilt haben, das ist im einzelnen weitgehend gekonnt; und es ist für die gemeinten Leser, die Laien, die sich kein drei- oder sechsbändiges Lexikon kaufen können, wie das EKL oder die RGG, ein Vorteil, daß nur die nötigste Literatur zitiert wird, um den Einsatz in die Sache zu finden. Als Lexikon zweifellos ein Gewinn, obwohl Fachleute das meiste auch in den obengenannten Fachlexika finden könnten. Aber dieses Werk will nicht nur die Kenner zuverlässig bedienen.

Es fehlt etwas

Und doch, in die Freude und die Dankbarkeit für diese Orientierung mischt sich ein Gefühl der Enttäuschung, für Kenner wohlgemerkt. Es will uns scheinen, daß diesem Buch die „Blume", der eigentliche Reiz der Ökumenischen

Bewegung fehlt: eben das lebendige Gespräch, das Unvollendete, das immer ehrlich bekannt wird, die große Offenheit, die ein Katholik stets bewundern wird. Wäre es nicht besser gewesen, viel Ballast abzuwerfen und sich auf die ökumenische Dynamik zu konzentrieren? Und in diesem Falle den großen Stichworten wie „Glaube und Kirchenverfassung" und „Ökumenische Theologie", auch „Kirche" mehr Platz und mehr Differenziertheit durch eine Mehrzahl von Autoren oder gar durch das Votum einer ökumenischen Kommission mehr Fülle und Problemhaltigkeit zu geben? Muß man denn gewisse Unklarheiten der ökumenischen Arbeit schamvoll verschweigen? Das tun doch die Genfer Protokolle nicht! Warum verschweigt der Sekretär von „Faith and Order", K. Bridston, das Ringen um das drohende Versacken der Arbeit der „Kommission für Glaube und Kirchenverfassung" (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 271 f. und ds. Jhg., S. 25)? Warum übergeht H. C. Asmussen unter „Taufe" die notvolle Arbeit von Torrance und anderen, aus diesem Sakrament das Fundament ökumenischer Einheit zu gewinnen, was nicht gelang (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 223 f.). Warum überläßt man das Stichwort „Kirche" nur einem schwedischen Lutheraner, als ob nicht die Vorbereitungsbände für Lund erwiesen hätten, daß hier sehr viel mehr zu sagen wäre und gesagt werden könnte bis hin zu Schlinks Vortrag auf Rhodos? Diese Beispiele mögen genügen, um daran zu zeigen, daß noch einiges zu tun bleibt, bis das Werk zur Reife kommt. Daneben stehen dann meisterhafte Stichworte wie „Evangelisation" von J. C. Hoedendijk oder „Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten" von einem ihrer Direktoren, Kenneth Grubb. Aber beim Stichwort „Bischofsamt", wieder von dem Anglikaner Stephan C. Neill bearbeitet, fehlt das lutherische „Satis est", das Contra gegen diese anglikanische Liebhaberei, das in dem Votum der VELKD über die apostolische Sukzession niedergelegt worden ist (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 362 f.).

Gerade weil wir uns an dem Werk freuen, wünschen wir der 2. Auflage eine gründliche Überarbeitung und eine wirklich ökumenische Straffung des Stoffes.

Rechtfertigungslehre und Kircheneinheit

Viel fruchtbarer als die Frage, was man formelmäßig aus dem dogmatischen Werk von Karl Barth für eine Überwindung der Glaubensspaltung — im Bereich der Formeln! — herausholen kann, scheint uns die andere Frage: wann werden die Lutheraner aus der exegetischen Forschung die Folgerungen ziehen, daß eines Tages die Augsburger Konfession auf einer lutherischen Gesamtsynode revidiert werden sollte? Diese Zeit wird kommen, man muß nur warten können. Ein Beweis dafür ist das Jahrestreffen der theologischen Kommission des Lutherischen Weltbundes (LWB), das im August 1959 in Amsterdam stattfand und worüber jetzt die „Lutherische Rundschau" (Februar 1960, S. 478 f.) berichtet. Der kurze Bericht trägt die Überschrift: „Rechtfertigungslehre und Kircheneinheit", er geht also das Problem an, ob die Indizien von Augustana VII für die Einheit der Kirche, im wesentlichen die Rechtfertigungslehre des Artikels IV, für die Herstellung der Kircheneinheit genügen (vgl. auch ds. Heft, S. 372). Im Mittelpunkt der Beratungen stand ein Bericht von Professor Peter *Brunner*, Heidelberg, der in provozierender Weise die Anwesenden vor die Aufgabe stellte, den Lutherischen Weltbund noch mehr als die Lambethkonferenz der Anglikanischen Kirchen aus einer Föderation, die bisher keine „Superkirche" mit kirchenleitenden Befugnissen darstellt und auch nicht darstellen soll (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 68 f.), zu einer Art Magisterium auszubauen, das über die Gliedkirchen ein Lehramt ausübt. Der Vortrag hatte das Thema: „Der LWB als ekklesiologisches Problem." Das ist wirklich das Problem, und wenn es gelöst oder auch nur lösbar wäre, dann wären wir einen großen Schritt weitergekommen.

Um ein lutherisches Lehramt

Bezeichnenderweise stieß Brunner auf heftigen Widerspruch. Schon der Generalsekretär des LWB, Dr. Carl Lund-Quist, stellte die Frage, ob der Gedanke der Schaffung eines solchen Lehramtes jemals das Denken der Gründer des LWB ernsthaft beschäftigt habe. Natürlich nicht, aber das wäre ja kein zugkräftiger Einwand gegen die Notwendigkeit, das Problem anzunehmen. Professor Regin Prenter, Aarhus, nächst Brunner einer der angesehensten Theologen des LWB, stimmte zwar dem Gedanken einer Gemeinschaft innerhalb des LWB zu, distanzierte sich aber, wie der Bericht sagt, von Brunner in der Auffassung des Weltbundes als eines Gremiums mit Lehrfunktion. Die skandinavischen lutherischen Kirchen, die ja Staatskirchen sind, könnten dem LWB nicht als Vollmitglieder angehören, wenn sie an ein gemeinsames Lehramt gebunden wären. Ihnen ist der Status der Staatskirche, im Weltrat der Kirchen oftmals heftig angegriffen, doch so wertvoll, daß Prenter einwenden konnte, das Bestreben des LWB sollte nicht auf die Einheit der Lehre, sondern auf Kanzel- und Altargemeinschaft gehen. Man hört aber von deutschen Lutheranern, etwa in der Auseinandersetzung mit den Unionskirchen, daß es keine Kanzel- und Altargemeinschaft ohne die Einheit der Lehre geben könne (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 70), und man wundert sich, daß so argumentiert werden kann, da doch der LWB seiner Verfassung gemäß auf der Confessio Augustana invariata beruht. Rein pragmatisch war Prenters Argument, daß eine von Brunner erstrebte „Überzentralisierung" des LWB „ein Hindernis für die Ökumenische Bewegung werden müßte". Da wird auf einmal statt der Rechtfertigungslehre des Artikels IV Augustana die Ökumenische Bewegung zum Maß für Kircheneinheit. Was ist nun eigentlich lutherisch?

Was nun die Rechtfertigungslehre selbst betrifft, die ja das Zentralthema der 3. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes von 1957 in Minneapolis war: „Christus befreit und eint" (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 443—445), so wurde in Amsterdam beschlossen, einige wesentliche Punkte dieses Themas auf der nächsten Vollversammlung zu erörtern. Es bleibt also beim Thema Rechtfertigungslehre. Für diese Aufgabe hatte die Konferenz der Exegeten in Amsterdam Vorarbeiten zu leisten. Neben dem Thema: „Rechtfertigung und Taufe nach dem Neuen Testament" stand das andere: „Inwiefern ist nach dem Neuen Testament der Getaufte gerecht und Sünder zugleich?" (Nils A. Dahl, Oslo). Nach dem Bericht bestand unter den Neutestamentlern Einigkeit, daß die Rechtfertigung nicht der einzige Weg zur Interpretation der Taufe im Neuen Testament sei, daß aber Paulus diesen Weg einschlage. Man kam ebenfalls darin überein, daß Luthers Formel „simul justus et peccator" das Neue

Testament durch eine augustinische Brille sehe, wobei das, was bei Paulus von der Welt und dem Menschen insgesamt gesagt wird, einen individualistischen Akzent erhält. Man kam damit zu dem Schluß, daß die Formel bei Luther und bei Paulus keineswegs dasselbe beinhalte, und daß es bei Paulus im Unterschied zu Luther in erster Linie um die Gleichzeitigkeit von Crux und Gloria (!) gehe. Es wurde die Bemerkung gemacht, Luthers simul stamme eigentlich aus Johannes. Demnach hätte Luther, was bei Paulus vorwiegend kosmischer und äußerer Natur war, verinnerlicht: „Wenn also das Wort Rechtfertigung für Paulus die Stellung des Christen vor Gott ausdrückt, dann ist Getauftsein und Glauben dasselbe, auch wenn der textliche Zusammenhang darüber nichts aussagt . . . Demnach ist die Rechtfertigung im Neuen Testament ein auf eine Körperschaft bezogener Begriff. Glied der Kirche sein heißt, gerechtfertigt und erlöst sein, und Glied der Kirche ist man wiederum durch die Taufe."
Das sind immerhin beachtliche Entdeckungen. Sie zeigen, daß die Frage nach der Übereinstimmung der Rechtfertigungslehre der Reformatoren mit der des Tridentinum noch neue Akzente von seiten der Lutheraner bekommen kann.

Zur panorthodoxen Konferenz auf Rhodos

Wie einige Agenturen gemeldet haben, richtete der Patriarch von Konstantinopel an Papst Johannes XXIII. ein Schreiben mit der Mitteilung, daß er voraussichtlich im September dieses Jahres eine Konferenz aller orthodoxen Kirchen abzuhalten gedenke. Damit wolle er der in der letzten Weihnachtsbotschaft des Papstes enthaltenen Bitte entsprechen, seinerseits einen Beitrag zur christlichen Einheit zu leisten (KNA, 4. 2. 60).
Anscheinend ist die vorbereitende panorthodoxe Konferenz gemeint, die als Vorstufe zu einer panorthodoxen Synode ursprünglich auf Juli festgelegt worden war (vgl. ds. Jhg., S. 221; OePD, 18. 12. 59).
Wie bereits gemeldet, soll diese Konferenz zur Frage der gesamtchristlichen Einheit Stellung nehmen. In der kirchlichen griechischen Presse sind Meldungen und Kommentare zu diesem Problem und zu der damit im Zusammenhang stehenden panorthodoxen Konferenz auffallend selten. Diese Zurückhaltung wird dadurch unterstrichen, daß „Apostolos Andreas", Wochenblatt des Ökumenischen Patriarchats, in der Nummer vom 16. 3. 60 zum Thema der orthodoxen Konferenz auf Rhodos einen Nichtorthodoxen und Nichtgriechen zu Worte kommen läßt, nämlich durch Abdruck einer Übersetzung des von uns (ds. Jhg., S. 222) zitierten Artikels in „Christ und Welt" vom 10. 12. 59 über die Vorbereitungen und Aussichten eines Konzils der orthodoxen Kirchen.
Das Schweigen der Orthodoxen zu Fragen solcher Tragweite mag taktisch und psychologisch bedingt sein und auch mit den technischen Schwierigkeiten zusammenhängen, die im orthodoxen Bereich jeder Planung entgegenstehen. Auch das für die griechischen Kirchen sehr schwierige Problem, qualifizierte Mitarbeiter zu finden, spielt hier herein. Um ihm zu begegnen, scheint eine bestimmte Direktive des Patriarchen von Konstantinopel ergangen zu sein. Man kann es daraus entnehmen, daß orthodoxe Bischöfe amerikanischer Jurisdiktionen, die auf die Initiative des griechischen Exarchen in Amerika, Erzbischof Iakovos (Patriarchat Konstantinopel), im März in New York zusammengekommen waren, beschlossen haben, die Frage des Verhältnisses der Orthodoxie zu den anderen christlichen Konfessionen bis zur Beendigung der zum Sommer einberufenen panorthodoxen Konferenz auf Rhodos nicht mehr in der Öffentlichkeit zu erörtern („Apostolos Andreas", 23. 3. 60).
Da die Fassung des oben erwähnten Artikels über das orthodoxe Konzil in „Apostolos Andreas" im Vergleich zur Erstfassung in „Christ und Welt" erhebliche Kürzungen aufweist, lassen sich vielleicht daraus Rückschlüsse auf die vom Patriarchat Konstantinopel verfolgten Tendenzen ziehen. Auch im „Apostolos Andreas" ist zu lesen, daß die Reise des Patriarchen Athenagoras zu den östlichen Patriarchen (November/Dezember 1959) ein „erstmaliges" Ereignis in der Geschichte darstellt, daß sie den Zweck hatte, die orthodoxen Kirchen im Nahen Osten zu stärken, vor allem die orthodoxe Konferenz auf Rhodos vorzubereiten. Über die in „Christ und Welt" beschriebene Aktivität Athenagoras' I. und über die Möglichkeiten und Aussichten dieser Konferenz (insbesondere auch über die Frage der russischen Teilnahme) findet sich kein Wort. Indessen wird die Aufzählung der Hauptprobleme, die zur Sprache kommen sollen, übernommen: engere Zusammenarbeit der orthodoxen Kirchen, Zusammenarbeit mit den östlichen Nationalkirchen und (ebenso wie in der Erstfassung in Frageform): „Wird man sich auch mit Fragen einer Annährung an die katholische Kirche befassen?" „Im Geiste . . . dieser Bestrebungen dürfte zweifellos auch dieses Problem, zumindest inoffiziell, in Rhodos zur Diskussion gestellt werden." Übernommen ist auch der Schlußsatz in „Christ und Welt", die orthodoxe Kirche halte natürlich nach wie vor an ihrer Ansicht fest, daß jeder christliche Zusammenschluß auch die protestantischen Kirchen miteinbeziehen müsse. „Apostolos Andreas" fügt aber hieran nochmals einen Hinweis auf das orthodox-katholische Verhältnis an: Dank der Initiative zweier Männer im Alten und Neuen Rom (gemeint sind natürlich Papst und Patriarch) „handeln die Kirchen heute im Hinblick auf die Zukunft" — ein Ereignis, das jahrhundertelang nicht stattgefunden habe.
Sehr deutlich zeigt die Fassung in „Apostolos Andreas", daß man in Istanbul jede konfessionelle Polemik vermeiden möchte. Das griechische Volk wird nicht, wie in „Christ und Welt", als Muttervolk der ganzen Christenheit, sondern als Muttervolk der Orthodoxie bezeichnet. Es wird nicht, wie in der Erstfassung, von einer Zusammenarbeit mit den „schismatischen" oder „monophysitischen" Kirchen, sondern mit den „alten östlichen Kirchen" gesprochen. Es fehlt auch der Hinweis auf gewisse orthodox-katholische Differenzen und Spannungen im Nahen Osten, die mit der unterschiedlichen Behandlung des Nationalitätenproblems zusammenhängen und Araber oft zum Übertritt zur unierten melchitischen Kirche veranlassen, in der Rom seit langem arabische Bischöfe weiht.
Die Fassung in „Apostolos Andreas" weist noch andere Änderungen, die hier nicht vermerkt zu werden brauchen, auf. Sie zeigen vor allem, in welchem Labyrinth politischer Rücksichten sich der Patriarch von Konstantinopel in der Staatenwelt des Nahen Ostens zurechtfinden muß. Auch im „Apostolos Andreas" findet sich die Bemerkung, daß seit der Bereinigung der Zypernfrage ein gänzlich neues Verhältnis zwischen Griechen und Türken besteht, daß die Türken mit der Unterstützung, die sie dem Patriarchen bei seiner Reise gewährten, zeigten, „wie sehr es dem Patriarchen gelungen ist, zur Regierung in Ankara

ausgezeichnete Beziehungen herzustellen, anderseits aber auch, wie sehr die türkische Regierung es versteht, die Tatsache des Residierens des höchsten Würdenträgers der orthodoxen Christenheit auf ihrem Staatsgebiet als positiven Faktor in ihre Politik einzubauen".

Die russische Kirche exkommuniziert Renegaten

Seit Anfang 1957 ist in der antireligiösen Propaganda in der Sowjetunion ein neuer Zug festzustellen. In steigendem Maße erscheinen Zeitungsartikel und Broschüren von ehemaligen Priestern und orthodoxen Laien, die sich öffentlich von der Kirche und dem religiösen Glauben lossagen, angebliche innere Mißstände im kirchlichen Leben anprangern und dem Sowjetbürger klarzumachen suchen, daß man das persönliche und gesellschaftliche Leben nur auf den Grundsätzen des Materialismus führen könne. Die Kritik des christlichen Glaubens wird dabei auf einer Tastatur abgespielt, die von den kläglichen und langweiligen Versuchen einer „wissenschaftlichen" Religionskritik bis zur Verunglimpfung und Verächtlichmachung reicht. Der erste markante Fall dieser Art war ein Artikel des ehemaligen Theologiestudenten Jewgraf Duluman „Wie ich Atheist wurde" in der „Komsomolskaja Pravda" (24. 3. 57). In letzter Zeit machte besonders von sich reden der Fall des ehemaligen Professors für Altes Testament an der Leningrader Akademie A. A. Osipov, der in der „Pravda" vom 6. 12. 59 einen langen Artikel „Die Absage an die Religion, der einzig richtige Weg" veröffentlichte. Über die Motive und Umstände, in denen diese Menschen entweder aus freien Stücken oder unter Zwang zu Apostaten wurden, ließen sich aus einer eingehenden Analyse ihrer Erklärungen und Veröffentlichungen manche Rückschlüsse ziehen. Von A. A. Osipov, der Erzpriester war, weiß man, daß er entgegen den kanonischen Bestimmungen der orthodoxen Kirche eine zweite Ehe eingegangen ist (seine durch den Krieg in den Westen verschlagene Frau weigerte sich, in die Sowjetunion zurückzukehren). Anscheinend hat die kirchliche Gewalt darauf Osipov seines Ranges und Amtes entheben müssen.

Man hat den Eindruck, daß die Berichte dieser Leute von der antireligiösen Propaganda eingespannt werden, um in der heutigen Krisensituation der Jugend, die ihre Unzufriedenheit mit der offiziellen Ideologie nicht mehr verbirgt, darauf hinzuweisen, daß die Position der Kirche auch von innen heraus verwundbar und aufbrechbar ist, und um das Selbstbewußtsein des materialistisch eingestellten Teils der Jugend zu stärken.

Nun hat aber auch die Russische Orthodoxe Kirche ein Zeichen für ihr erstarkendes Selbstbewußtsein gegeben. Bereits in der ersten Nummer des neuen Jahrgangs der Moskauer Patriarchatszeitschrift fiel die Bemerkung auf, die antireligiöse Propaganda schrecke die russischen Geistlichen nicht ... Der Satz stammt aus der Feder des dänischen Propstes Alf Johansen, der damit seinen Eindruck von der Haltung der russischen Geistlichkeit angesichts der antireligiösen Propaganda wiedergibt. Schon die Tatsache, daß Johansen, der über seine Reise in die Sowjetunion berichtet, unter seinen Reisezwecken auch das Studium der antireligiösen Propaganda im Journal des Moskauer Patriarchats offen nennen konnte, entspricht nicht der bisher geübten Zurückhaltung der Kirche in diesen Fragen.

Wie jetzt bekannt wurde, hat der Heilige Synod der Russischen Kirche am 30. 12. 59 unter Vorsitz des Patriarchen Alexius einen sicherlich ebenso schwerwiegenden wie aufsehenerregenden Schritt unternommen, um die kirchliche Haltung gegenüber dem zweifellos von den Sowjets ermunterten und geförderten Renegatentum mit aller Deutlichkeit festzulegen. Die ganze Garde der ehemaligen Geistlichen, die Osipov, Spasskij, Darmanskij „und die übrigen Geistlichen, die öffentlich den Namen Gottes gelästert haben", wird ihres geistlichen Ranges und jeder kirchlichen Gemeinschaft für verlustig erklärt. „Sie sind von uns ausgegangen, aber sie waren nicht von uns", heißt es nach 1 Joh. 2, 19. Duluman und die anderen Laien, die sich desselben Vergehens schuldig gemacht haben, werden exkommuniziert (Journal des Moskauer Patriarchats, 2, 1960, S. 27).

Seit der Loyalitätserklärung des Metropoliten Sergius im Jahre 1927 hat die Russische Kirche im Rahmen des mit der Sowjetmacht gefundenen modus vivendi keinerlei Anathema von Ungläubigen oder Andersgläubigen mehr praktiziert. Überhaupt sind nach rigoroser Auslegung der einschlägigen Sowjetgesetze jegliche Kirchenstrafen unzulässig. Die Russische Kirche hat mit dieser Exkommunizierung erneut die Integrität ihrer Glaubensposition unter Beweis gestellt — ein Recht, das ihr die in der Verfassung garantierte Gewissensfreiheit verleiht. Um die Gesamtlage der Kirche verstehen zu können, darf man freilich nicht an der Tatsache vorbeisehen, daß die Kirche nach wie vor außenpolitisch eingesetzt wird und eine kommunistische Friedenserklärung nach der anderen unterschreiben muß.

Ändert sich die sowjetische Kirchenpolitik?

Die Moskauer „Izvestija" meldete am 21. 2. 60 einen Wandel in der Leitung des „Rates für die Angelegenheiten der Russischen Orthodoxen Kirche beim Ministerrat der UdSSR". G. G. Karpov, der, alle seitherigen Wechsel in der höheren Sowjetführung überstehend, dieses Amt seit seiner Gründung im Jahre 1943 innehatte und die Einrichtung der Russischen Kirche unter den seit dem zweiten Weltkrieg in mancher Hinsicht für sie verbesserten Bedingungen zu beaufsichtigen hatte, ist jetzt durch den bisher unbekannten Funktionär V. A. Kurojedov ersetzt worden. Karpov hatte sich im vergangenen Jahr wegen Krankheit bei verschiedenen offiziellen Anlässen bereits vertreten lassen müssen. Da sich die Sowjetführung in letzter Zeit außerordentlich besorgt über die religiösen Stimmungen im Volk zeigt, ist es allerdings nicht ausgeschlossen, daß dieser Wechsel irgendeine Kursänderung im Verhältnis zur orthodoxen Kirche bedeutet. Etwaige Rückwirkungen auf das ohnehin im Ausland schwer zu beurteilende innere kirchliche Leben würden voraussichtlich erst nach längerer Zeit feststellbar sein. Ein Kurswechsel in dem Einsatz der Russischen Kirche für zwischenkirchliche und internationale Beziehungen würde aber sehr schnell erkennbar sein.

Welche Tendenzen verfolgt die Russische Kirche zur Zeit auf der zwischenkirchlichen Ebene? Es scheint, daß sie auch in diesem Jahr gewillt ist, den ihr bisher im Rahmen der sowjetischen „Koexistenz"-Politik möglichen — oder vorgeschriebenen — Kontakt mit der westlichen Christenheit fortzuführen. In einer ausführlichen Übersicht über den Besuchsaustausch und die zwischenkirchlichen Beziehungen der Russischen Kirche im Jahre 1959 hieß es, daß sie diese ihre Einigungsbemühungen um des Friedens und der Eintracht auf Erden willen verfolge, „um der in die

Tiefe des Bewußtseins und Gewissens der Menschen zu versenkenden Grundwahrheit willen, daß sie alle als Kinder des Einen Vaters im Geist und im Fleisch Brüder sind ... um des Zusammenschlusses der Menschheit im Bunde der Liebe und des Friedens willen, vor allem aber in der Suche nach dem Reiche Gottes in der Gewißheit, daß nach der Verheißung des Heilands alles übrige uns zufallen wird. Auf diesem Arbeitsfeld wird die Russische Orthodoxe Kirche auch im neuen Jahr tätig sein. Sie geht in das Jahr 1960, den Blick auf die künftige Erfüllung der Zeiten gerichtet, auf die allgemeine Auferstehung und auf das ewige Leben — auf einem Wege, den ihre Heiligen und Seligen auf Erden gewandelt sind" (Journal des Moskauer Patriarchats, Nr. 1, 1960).

Zwischenkirchliche Beziehungen

Diese erste Nummer des Jahrgangs 1960 der Patriarchatszeitschrift enthält an hervorgehobener Stelle einen redaktionellen Artikel, in dem der ungenannte Verfasser die neueste Geschichte der Kirche ganz im Zeichen der Annäherungs- und Verständigungsbestrebungen der Weltchristenheit sieht. Diese Tendenz sei besonders erkennbar in der Beschäftigung des christlichen Westens mit dem christlichen Osten, „auf den er mit steigender Sympathie und Achtung blickt".

Ihrerseits habe auch die Orthodoxie neue interessante Erscheinungen in der protestantischen Welt kennengelernt, so zum Beispiel die Theologie Karl Barths. Innerhalb der ökumenischen Bestrebungen (im weiteren Sinn) gehöre der Russischen Kirche ein Ehrenplatz. „In der klaren Erkenntnis von der Nutzlosigkeit und Unmöglichkeit, Kirchen ‚föderieren' zu wollen, deren Gemeinden wesentliche dogmatische Unterschiede aufweisen, öffnet sie nichtsdestoweniger die Türen der Gastfreundschaft den Vertretern der andersgläubigen, besonders der protestantischen Welt." Nicht minder wichtig seien für die Orthodoxie die Beziehungen zu den Alt-Katholiken und Anglikanern.

Bemerkenswert ist in dem oben genannten Überblick über das Jahr 1959, daß dem Besuch der deutschen Alt-Katholiken im Juli der größte Raum gewidmet ist. Dieses Ereignis sei mehr als ein Freundschaftsbesuch gewesen, da die Alt-Katholiken seit Gründung ihrer Kirche die kanonische Vereinigung mit der Orthodoxen Kirche suchen. Auch den mit der Äthiopischen Kirche aufgenommenen Kontakten wird größte Bedeutung beigemessen.

Zu den im gegebenen Zeitpunkt besonders wichtigen Beziehungen der orthodoxen Kirchen untereinander sagt das Patriarchatsblatt: „Ungeachtet ihrer unterschiedlichen Existenzbedingungen, stehen sie in ununterbrochener kanonischer und Gebetsgemeinschaft und arbeiten ständig an einer gemeinsamen Meinungsbildung in vielen gesamtchristlichen und gesamtorthodoxen Fragen. Eine ganze Reihe dieser Probleme soll auf einer Panorthodoxen Konferenz erörtert werden, die auf Initiative des Ökumenischen Patriarchen im Jahr 1960 auf der Insel Rhodos einberufen werden soll." Die Russische Kirche messe dieser Konferenz eine ungeheure Bedeutung bei und sei im festen Glauben, daß die gesamte christliche Welt in Sachen des Glaubens und des Lebens zur Eintracht gelange „und damit der Menschheit zu Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit verhelfe".

Vom Friedensgerede der Kommunisten haben sich diese Worte und Gedanken deutlich ab. Vielleicht ist auch die Nuance beachtenswert, daß hier nicht nur vom Frieden, sondern auch von der Gerechtigkeit und Freiheit gesprochen wird. Besonders bemerkenswert scheint es jedoch, daß das Moskauer Patriarchat offiziell von der bevorstehenden panorthodoxen Konferenz spricht. Ob die für Erteilung der Genehmigung und der Ausreisevisa zuständige Sowjetregierung darin den Versuch einer Festlegung sieht? Wird sie es der Russischen Kirche gestatten, zum ersten Male an einer allgemeinen Versammlung der Orthodoxie im Ausland teilzunehmen, nachdem sie mehrmals nach dem Kriege solche Zusammenkünfte im eigenen Lande zuließ und förderte?

Verschlechterte Lage der Orthodoxen in Rumänien

Der über die Verhältnisse in Rumänien gewöhnlich gut unterrichtete französisch-orthodoxe Publizist Olivier Clément berichtet von einer Verschlechterung der Lage der orthodoxen Kirche in Rumänien, die seit einem Jahr zu beobachten sei. Der vom Patriarchen Justinian in den vergangenen Jahren eifrig betriebenen Reform und Aktivierung des Mönchtums ist von den staatlichen Behörden ein harter Schlag versetzt worden. 2000 Mönche sollen gezwungen worden sein, in den Laienstand zu treten, 250 sind verhaftet. An den Theologischen Instituten von Bukarest und Sibiu (Hermannstadt) studieren nur noch je etwa 100 Studenten (bisher je 300). Der orthodoxe Gelehrte und Priester Staniloae, der mit einer wissenschaftlichen Ausgabe der Philokalia beschäftigt war, ist zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Der rumänische Patriarch, von dessen Internierung wir früher berichteten, befindet sich zur Zeit anscheinend auf freiem Fuß („Contacts", 12. Jhg., Nr. 29). Am 7. 11. 59 sandte er dem russischen Patriarchen Alexius anläßlich seines Geburtstages ein Telegramm mit dem Wunsch, „der Allerhöchste möge ihm helfen, zur Autorität und Größe der Orthodoxie in aller Welt beizutragen".

Bedeutsam erscheint hierbei, daß das Moskauer Patriarchat dieses Telegramm in seinem Journal (Nr. 12, 1959) als einziges Glückwunschtelegramm zu Alexius' Geburtstag veröffentlicht hat und damit anscheinend seine besondere Verbundenheit mit dem Oberhaupt der rumänischen Kirche zeigt, die mit ihrem starken christlichen Lebenswillen als Hort orthodoxer theologischer Arbeit und Öffentlichkeitswirkung im bolschewistischen Bereich in mancher Beziehung sogar die Bedeutung der russischen Kirche übertrifft, nun aber neuen Schwierigkeiten und vermutlich regelrechter Verfolgung entgegenzugehen scheint.

Aus der islamischen Welt

Die Zulassung der politischen Parteien im Irak

Die irakische Regierung hat ihr Versprechen, im Januar 1960 die politischen Parteien wieder zuzulassen, wahrgemacht. An die Zulassung wurde die Bedingung geknüpft, daß das Programm der Parteien nicht den inneren Frieden der Republik gefährde und nicht gegen die republikanische Staatsform gerichtet sei. Die Zulassung wird von der Genehmigung des Innenministeriums abhängig gemacht. Soldaten, höhere Staatsbeamte, Schüler und Studenten dürfen keiner Partei angehören.

Die Zulassung politischer Parteien mag unter den gegenwärtigen Umständen in mancher Hinsicht gewagt erschei-

nen. In Wirklichkeit wurde jedoch nur der bis jetzt herrschende Zustand legalisiert; denn alle der jetzt zugelassenen Parteien hatten auch vor ihrer Zulassung bestanden und sind politisch aktiv gewesen. Die Regierung hatte sich ihrer auch in unterschiedlichem Maße bedient. Ihre offizielle Zulassung gibt der Regierung eine bessere Möglichkeit der Kontrolle an die Hand. Es war auch nie die Absicht der Regierung gewesen, diese Parteien zu liquidieren. Während sich so in Wirklichkeit nur wenig geändert hat, hebt sich das pseudo-demokratische System Kassems nach außen hin sehr angenehm von der Diktatur Nassers ab. An die Einführung eines parlamentarisches Systems ist jedoch vorerst nicht gedacht.

Das Kräfteverhältnis zwischen den Parteien kann auch heute noch nicht eingeschätzt werden, da es im Irak, so wie in den meisten arabischen Staaten, keine wirklichen Mitglieder-Parteien gibt (das gilt in gewisser Hinsicht auch für die Kommunisten). Eine Partei mit wenigen hundert Mitgliedern kann eine „Massenpartei" sein — eben in dem Maße, als es ihr gelingt, Massen zu kaufen oder zu begeistern. Die Macht einer Partei leitet sich eher von ihrem Einfluß und weniger von der Zahl ihrer Mitglieder her. Auch in der Person General Kassems, der sich wechselweise dieser oder jener oder aller Parteien zugleich bedient, repräsentiert sich eine weitere Partei, nämlich die der Armee bzw. jener Teile der Armee, die, wenn auch nicht bedingungslos, hinter Kassem stehen. Die Armee, repräsentiert durch Kassem, ist vorerst die stärkste Partei im Lande, sie ist aber nicht stark genug, um auf die übrigen Parteien verzichten zu können. Hinzu kommt, daß die Armee in zunehmendem Maße politisiert wird, indem die Parteien ihren Einfluß auch auf bestimmte Kreise oder Persönlichkeiten in der Armee ausdehnen.

Die Parteien

Alle zugelassenen Parteien sind ausgesprochene Linksparteien. Als so etwas wie eine „Regierungspartei" gilt die „Nationaldemokratische Partei". Diese setzt sich — wie so viele Parteien — aus einem „rechten" und „linken" Flügel und einem mutmaßlichen „Zentrum" zusammen. Die Nationaldemokratische Partei darf als Ganzes wohl als eine verschwommen sozialistische und gemäßigt nationalistisch-antiimperialistische, aber nicht ausgesprochen prosowjetische, grundsätzlich neutralistische Partei angesehen werden. Sie litt nach der Juli-Revolution von 1958 — in ungewöhnlich starkem Maße — an ideologischen Verwirrungen und konnte sich politisch nicht genügend von den Kommunisten absetzen, mit denen sie vor der Revolution zeitweise zusammengearbeitet hatte. Der linke Flügel z. B. unterzeichnete ein von den Kommunisten inspiriertes „Manifest der nationalen Einheit". Zeitweise stand die Partei auch unter dem politischen Druck der Kommunisten und konnte es nicht wagen, sich nach außen hin gegen diese zu stellen. In den letzten Monaten scheint sich die Partei jedoch konsolidiert zu haben. Sie verfügt zwar noch immer nicht über eine brauchbare politische Organisation, dürfte aber bereits heute ein Sammelbecken der antikommunistischen Kräfte sein, so wie sie heute bereits das einzige politische Gegengewicht gegen die Kommunisten darstellt.

Die nationalsozialistische Baath-Partei wurde nicht zugelassen. Die Baath verfolgte bis jetzt überall eine nasseristische Linie und war eigentlich die einzige größere panarabische Partei mit sozialistischen Vorzeichen. Sie hatte den Anschluß Syriens an Ägypten herbeigeführt, wurde aber während der letzten Monate in Syrien entmachtet und existiert legal nur noch im Libanon.

In Kurdistan konstituierte sich die „Demokratische Partei Kurdistans" unter Mustapha el-Barzani. Barzani war nach dem mißlungenen Kurdenaufstand von 1947 in die Sowjetunion geflüchtet und ist nach der Juli-Revolution zusammen mit einigen Hundert seiner Anhänger zurückgekehrt (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 446).

Barzani ist eher als kurdischer Nationalist anzusehen, der (wie alle Kurden) eine staatliche oder wenigstens völkische Autonomie der Kurdenstämme anstrebt und dies mit Hilfe der Sowjetunion zu verwirklichen suchte. Er ist auch während seines russischen Exils kein Kommunist geworden (das Schicksal der nationalen Minderheiten in der Sowjetunion dürfte ihm nicht unbekannt geblieben sein). Zwischen Barzani und Kassem soll ein sehr gutes politisches Verhältnis bestehen, wohl nicht zuletzt deshalb, weil Kassem als erster arabischer Politiker im Irak ein gesundes Verhältnis zu den Minderheiten herzustellen versucht.

Die Kommunisten haben von jeher auf die Gründung einer eigenen kurdischen kommunistischen Partei verzichtet. Die kurdischen Kommunisten und ihre Mitläufer haben sich der neuen demokratischen Partei Kurdistans angeschlossen und scheinen dort bedeutende politische Positionen innezuhaben. Anderseits scheinen aber auch unter den Kurden die Widerstände gegen die Kommunisten zu wachsen, so daß es nicht ausgeschlossen scheint, daß sich die kurdischen Nationalisten eines Tages von den Kommunisten distanzieren werden oder daß die kurdischen Kommunisten in den Nationalisten aufgehen.

Die Spaltung der kommunistischen Partei

Die schwankende Politik Kassems, die sich abwechselnd oder zugleich auf die Kommunisten und deren Gegner stützt, hatte bei der Zulassung der Parteien ein kurioses Ereignis zur Folge. Um die Zulassung bewarben sich zwei kommunistische Parteien: die von Moskau und Peking anerkannte offizielle kommunistische Partei und eine kommunistische Splittergruppe unter der Leitung von Daud el Sajegh, der schon 1946 eine Parteispaltung herbeigeführt hatte. Er wurde 1948 zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. 1956 aus der Haft entlassen, trat er wieder der Partei bei, scheint jedoch seit dem Herbst 1959 von der „Parteilinie" abgewichen zu sein. Sajegh, Bruder des irakischen Gesandten im Libanon (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 446), scheint ein guter Freund Kassems zu sein. In den Parteispaltungen, von denen die kommunistischen Parteien des Nahen Ostens mit einer beinahe naturgesetzlichen Regelmäßigkeit heimgesucht werden, sind seltener politische als persönliche Differenzen zu erkennen. Sicher ist, daß die Gruppe Sajeghs über einen nur sehr geringen Anhang verfügt. Schon im Januar 1960 hatten sich zwölf der Gründungsmitglieder seiner Partei, dem Druck der offiziellen Parteileitung nachgebend, von ihm losgesagt (vgl. „Neue Zürcher Zeitung", 10. 2. 60). Man kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen im Irak leider nichts anderes als ein Kuriosum darin sehen, daß der irakische Innenminister die Partei Sajeghs anerkannte und der eigentlichen kommunistischen Partei die Zulassung verweigerte. Um den irakischen Kommunisten beizukommen, bedarf es schon anderer Mittel.

Die Regierung scheint bis heute noch nicht stark genug zu sein, um es auf eine Kraftprobe mit den Kommunisten an-

kommen zu lassen. Unterdessen bemüht sie sich mit wechselndem Erfolg und Nachdruck um eine Eindämmung des kommunistischen Einflusses. So wurde die „Volksmiliz", die private kommunistische Armee, (angeblich) entwaffnet. Die Nationaldemokraten bemühen sich, die Bauernkooperativen der Kommunisten zu unterwandern, und der Druck der Regierung auf die kommunistisch beherrschten Gewerkschaften soll sich verstärkt haben. In jüngster Zeit wurden auch einige Kommunisten wegen politischer Morde verurteilt. Der krypto-kommunistische Wirtschaftsminister Kubbah wurde entlassen. Alles in allem laufen die Aktionen der Regierung darauf hinaus, die Kommunisten zu einem relativ ruhigen Verhalten zu zwingen und sie vor einem allzu groben Mißbrauch ihrer Macht abzuhalten.
Die eigentliche Macht der Kommunisten ist jedoch ungebrochen. Sie beherrschen immer noch die wichtigen Medien der Propaganda und sind die einzige organisierte Partei mit einem wirklichen Massenanhang im Lande.

Die Religions- und Minderheitenpolitik der Regierung Kassem

Ganz am Rande und wenig bemerkt, werden im Irak Reformen vollzogen, deren Wirkung sehr nachhaltig sein kann. Hier ist vor allem die Reform des Eherechts zu nennen. Die Polygamie wird nach den neuen Gesetzen grundsätzlich verboten. In Ausnahmefällen ist es jedoch erlaubt, mehr als eine Frau zu heiraten, wenn nachgewiesen werden kann, daß der Ehemann in der Lage ist, eine weitere Frau zu ernähren. Ein Muslim darf eine Jüdin oder Christin heiraten, jedoch darf ein Nichtmuslim keine muslimische Ehefrau ehelichen. Die Bestimmungen hinsichtlich der Mischehen entsprechen dem kanonischen Recht des Islam. Die Einschränkung oder das Verbot der Vielehe entspricht dem Inhalt nach dem muslimischen Recht, so wie es von den muslimischen „Traditionalisten", d. h. den modernen Reformern verstanden wird, die ein faktisches Verbot der Vielehe fordern, weil kein Mann wirklich zwei Frauen gerecht werden kann und dies die Voraussetzung der Zustimmung des Propheten zur Polygamie gewesen sei. Das ist natürlich eine willkürliche Auslegung, aber sie beginnt — besonders in den arabischen Frauenvereinen — Anklang zu finden. Es wird vermutlich einige Zeit dauern, bis die Polygamie wirklich abgeschafft ist. In den Städten können nur wenige sehr reiche Männer mehr als eine Frau erwerben und ernähren. Auf dem Lande verhält es sich jedoch anders. Hier ist die Frau vor allem anderen Arbeitskraft, und die Ehelichung einer zweiten Frau hat für den Bauern die gleiche wirtschaftliche Bedeutung wie die Anschaffung eines Arbeitstieres. In dem Moment, wo sich die wirtschaftlichen Verhältnisse auf dem Lande wandeln, wird wohl auch die Vielweiberei, gleichgültig ob sie das Gesetz erlaubt oder verbietet, verschwinden.
Von den neuen Bestimmungen über den muslimischen Religionsunterricht wird die christliche Bevölkerung in mancherlei Hinsicht betroffen. Der Koranunterricht wird in Zukunft Pflichtfach auch an solchen Schulen sein, in denen die nichtmuslimischen Schüler in der Mehrzahl sind. Nichtmuslimische Schüler sollen lediglich von der Prüfung in muslimischer Religion dispensiert werden. Der Unterricht in einer anderen „geoffenbarten" Religion darf jedoch nur mit Erlaubnis der Regierung erfolgen (KIPA, 3. 2. 60). Die irakische Regierung geht hier sehr viel weiter als die ägyptische (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 507). Die Auswirkung dieser Bestimmungen in der Praxis wird letzten Endes von den detaillierten Ausführungsbestimmungen und von möglichen Sondergenehmigungen abhängen.
Eher formale Bedeutung hat die Aufhebung der diskriminierenden Judengesetze. Der größte Teil der irakischen Juden ist unter Zurücklassung des Vermögens nach Israel ausgewandert, so daß heute kaum noch 5000 Juden im Irak leben. Nach den neuen Gesetzen werden die Juden als gleichberechtigte Staatsbürger anerkannt, auch wird ihnen die Ausübung aller Berufe gestattet. Auch ein Gesetz der Regierung Nuri es-Saids vom Jahre 1948, nach dem jeder Jude, der das Land verläßt, nach Ablauf der Gültigkeitsdauer seines Reisepasses automatisch seine Staatsbürgerschaft verliert, ist aufgehoben worden, so daß die irakischen Juden zurückkehren könnten. Ob das nach den bisherigen Erfahrungen noch irgendein Jude beabsichtigt, ist nicht gerade wahrscheinlich. Die Absicht des Gesetzes liegt auch viel mehr darin, die Gleichberechtigung der Minoritäten hervorzuheben und gleichzeitig die diskriminierende Politik der Regierung Nasser zu unterstreichen. (Die ägyptischen Juden wurden nach der Suez-Intervention faktisch enteignet und vertrieben.)

Die Kirche in den Ländern

Eine Epoche der Kirche in Jugoslawien: Kardinal Stepinac †

Am 10. Februar 1960 starb der Primas von Kroatien, Aloys Kardinal Stepinac, Erzbischof von Agram (Zagreb), in der Einsamkeit seines Heimatdorfes Krasic, das seit dem 5. Dezember 1951 zum Ort seiner Verbannung geworden war.
Dieses Ereignis ist ein Markstein in der neuesten Geschichte der Kirche in Jugoslawien. Wenn sich auch nicht mit Sicherheit voraussagen läßt, ob das Verhältnis zwischen der Kirche und dem Staat in naher Zukunft in eine neue und glücklichere Phase übergehen wird, so ist doch mit dem Tode des Kardinals ein Zeitraum von zweieinhalb Dezennien zu Ende gegangen, in dem seine Persönlichkeit die kirchenpolitische Entwicklung bestimmte. Obwohl er seit dem 18. September 1946, dem Tage seiner Verhaftung, nicht mehr unmittelbar darauf Einfluß nehmen konnte, genügte doch das Zeugnis, das er durch seine Standhaftigkeit ablegte, dem kommunistischen Regime jenen Einbruch in das kirchliche Leben zu wehren, den es in mehreren anderen Ländern erreicht hat. Kardinal Stepinac bestand seit seiner Entlassung aus dem Gefängnis unbeugsam auf seinem Recht und weigerte sich, eine Begnadigung entgegenzunehmen, die mit der Auflage verbunden gewesen wäre, daß er das Land verließ, was die jugoslawische Regierung mehrfach in Erwägung gezogen hat. Diese Weige-

rung entsprach nicht nur der Mannhaftigkeit, die ihn, den ehemaligen Offizier, charakterlich sehr tief prägte und ihn die Schmach, die ein parteiisches Gericht ihm angetan hatte, bitter empfinden ließ. Sie war viel mehr durch die Überzeugung eingegeben, daß sein Verbleiben in der ihm anvertrauten wichtigsten und größten Diözese Jugoslawiens den Glaubensmut des Klerus und des Volkes mächtig stärken würde. Darum legte er die Entscheidung darüber, ob er bleiben oder gehen sollte, in die Hände des Heiligen Stuhles. Papst Pius XII. billigte seine Unbeugsamkeit und ehrte sie dadurch, daß er Stepinac am 12. Januar 1953 zum Kardinal erhob. Er nahm dafür den Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die jugoslawische Regierung in Kauf.

Man darf das Urteil wagen, daß der Kardinal durch seine kompromißlose Haltung ein entscheidendes Verdienst daran hat, daß dem Regime die Gleichschaltung der katholischen Kirche, von der geplanten Herbeiführung eines Schismas und der Einrichtung einer Nationalkirche ganz zu schweigen, nicht gelungen ist, so daß man sich in Belgrad und in Zagreb heute wenigstens Gedanken darüber macht, ob es nicht klüger wäre, einen modus vivendi zu suchen. In diesem Augenblick war vielleicht die irdische Mission seines Lebens erfüllt, wenn man seinen Tod rein menschlich betrachtet. Die Kommunisten haben ihn oft als das größte Hindernis für die Regelung der Beziehungen des Staates zur katholischen Kirche bezeichnet. Damit haben sie nur das Urteil bestätigt, daß er einer diktatorischen Gestaltung dieser Beziehungen unüberwindlich im Wege stand. Wenn sich nun zeigen sollte, daß die jugoslawische Regierung aus der Erkenntnis, daß die Glaubenskraft des katholischen Volkes, ganz besonders in Kroatien, ungebrochen ist, die notwendigen Schlüsse zieht, dann würde das Martyrium von Aloys Stepinac nach seinem Heimgang auch in dieser Hinsicht reiche Früchte tragen.

Über dem Leben des Kardinals liegt eine Tragik, die an die Gestalten der Kölner Erzbischöfe von Droste zu Vischering und Kardinal Melchers oder des Posener Kardinals Graf Ledochowski erinnert. Alle drei haben durch ihre mutige Haltung gegenüber den Anmaßungen der Staatsgewalt entscheidend dazu beigetragen, daß die kulturkämpferischen Auseinandersetzungen im Preußen des 19. Jahrhunderts schließlich in einer für die Kirche erträglichen Weise beendet wurden und sind selbst zu Opfern dieser Kämpfe geworden, indem sie am Ende auf die Forderung der Regierung hin aus dem Amt scheiden mußten. Die Ereignisse der letzten Jahre in Jugoslawien und die Behandlung der Kirche durch den Staat, die sich in ihnen manifestiert, aber auch der Widerstand des gläubigen kroatischen Volkes, das in Stepinac sein Symbol erblickte, tragen ähnliche Züge. So ist es auch wohl wenig wahrscheinlich, daß die Regierung ihm jemals gestattet haben würde, sein Amt wieder zu übernehmen, wenngleich der Vorsitzende des Volksrates von Kroatien, Vladimir Bakaric, einer seiner unerbittlichsten Gegenspieler, vor einiger Zeit der Opportunität wegen diese Möglichkeit andeutete, für den Fall, daß Stepinac sich in Zukunft jeder staatsfeindlichen Tätigkeit oder Äußerung enthalten würde. Doch der Termin, den Bakaric im Auge hatte, das Jahr 1962, in dem die vom Gericht über den Kardinal verhängte Strafe verbüßt gewesen wäre, lag noch in so weitem Felde, daß eine solche unverbindliche Andeutung nicht viel besagt, und außerdem müßte Kardinal Stepinac nicht der Mann gewesen sein, der er war, wenn er sich hätte das Wort verbieten oder beschränken lassen.

Ein Schicksalsdokument

Wie sehr der Kardinal unter seinem Schicksal gelitten hat, das zeigt in erschütternder Weise ein Brief, den er knapp zwei Monate vor seinem Tode an das Bezirksgericht oder den Staatsanwalt in Esseg gerichtet hat, als man ihn im Prozeß gegen einen Priester als Zeugen vernehmen wollte. Er weigerte sich zu erscheinen und schrieb in der Begründung folgende Sätze:

„Ich wurde vom Obersten Gericht der Volksrepublik Kroatien am 11. Oktober 1946 zu sechzehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt, zunächst im Gefängnis von Lepoglava und dann in meiner gegenwärtigen Internierung in Krasic. Daß dieses Urteil ein juristischer Mord an einem Unschuldigen war, das ist die Deutung, die die ganze zivilisierte Welt ihm gegeben hat. Sogar einige Führer der jugoslawischen Volksrepublik (insbesondere Djilas vor seiner eigenen Verhaftung) haben das gegenüber Professor Mestrovic [dem in New York lebenden jugoslawischen Bildhauer, der den Kardinal im vorigen Jahr besuchen durfte] bei einem Besuch in den Vereinigten Staaten zugegeben . . .

Die Folge dieses Urteils, an dem die ganze Welt Ärgernis genommen hat, besteht darin, daß mein Leben während der dreizehn Jahre meiner Gefängnishaft und Internierung an die Schwelle des Grabes gelangt ist. Unsere und ausländische Ärzte haben das Mögliche getan, um mein Leben zu verlängern, aber sie haben mir meine Gesundheit nicht wiederherstellen können . . . Der ernste Zustand meiner Gesundheit ist dem Pfarrer von Krasic und den Schwestern, die oftmals ganze Tage an meinem Bett sitzen müssen, um mir Beistand zu leisten, noch besser bekannt. Jeden Tag muß ich wegen meiner geschwollenen Beine viele Stunden liegen, um die Blutzirkulation anzuregen . . .

Ich gehe zwar zur Kirche, wenn es möglich ist (oft kann ich es nicht), um meine Pflicht wenigstens auf diese Weise zu erfüllen, das Volk durch mein Wort zu belehren und zu stärken und dem Pfarrer von Krasic zu helfen. Denn es kann ihm ja kein Priester aus der Nachbarschaft zu Hilfe kommen, wie es früher immer üblich war. Ich gehe auch in den Hof oder, richtiger, ich schleppe mich an meinem Stock, so gut es geht, um nach ärztlichem Rat ein wenig frische Luft zu schnappen und mich selbst, soviel wie möglich, in der Übung zu halten. Ich habe den Ärzten gesagt, es sei mir nicht möglich, spazierenzugehen (seit einem Jahr habe ich es nicht mehr getan), nicht weil es mir ausdrücklich verboten worden wäre, sondern wegen des Benehmens der Polizisten, die mir überallhin folgen.

Wenn ich die Ideologie der Partei bekämpfe, weil ich überzeugt bin, daß sie völlig falsch ist, heißt das, den Staat bekämpfen? Wenn es gesetzmäßig ist, daß die jugoslawische kommunistische Partei seit fünfzehn Jahren mit Feuer und Stahl die katholische Kirche verfolgt und die Menschen von ihr losreißt, indem sie die Taufe der Kinder, den christlichen Unterricht der Jugend und die kirchliche Eheschließung verhindert; wenn es gesetzmäßig ist, daß die jugoslawische kommunistische Partei katholische Einrichtungen und Schulen vernichtet, ihre Druckpressen, Zeitungen und ihr ganzes Eigentum beschlagnahmt und unzählige Akte der Unterdrückung vollzieht, wie kann dann jemand mich eines Verbrechens zu bezichtigen wagen, wenn ich meine Stimme zur Verteidigung heiliger Werte des Katholizismus erhebe? Habe ich vielleicht die Charta der Menschenrechte der Vereinten Nationen ver-

letzt oder sind es nicht vielmehr andere, die diese Charta verletzt haben, wenn nach blutigen Ungerechtigkeiten und zahlreichen Repressalien einige mich durch lange Verhöre zu quälen begehren wegen einer Sache, in der ich niemals eine Schuld zugeben werde? Ist es nicht genug für Sie, zu wissen, daß einige Ihrer Führer dem Professor Mestrovic eingestanden haben, daß sie keinen Grund hatten, mir den Prozeß zu machen, und daß der Prozeß dennoch stattfand mit den oben dargelegten Folgen, die praktisch zu meinem Tode führen?

Ich sage Ihnen denn also, daß ich ein Mann bin, der mit beiden Füßen im Grabe steht und daran ist, sich ganz ins Grab zu legen. Da ich ernstlich krank bin, kann ich Ihrer Vorladung nicht folgen. Wenn aber der Versuch unternommen werden sollte, mich mit Gewalt durch Fragen zu quälen, sei es an meinem Krankenbett oder während meiner schmerzhaften Spaziergänge im Hof, so verweigere ich von jetzt an jede Art von Antwort. Und weiter lehne ich jede Verantwortung ab für den öffentlichen Skandal, der sich daraus ergeben würde und in der Weltpresse bekanntgemacht werden wird, wenn der neue Angriff auf einen halbtoten Mann zu ihrer Kenntnis kommt. Wenn die Organe der Regierung der Ansicht sind, daß ich zu langsam sterbe, dann mögen sie meine physische Liquidation anordnen, wie sie ja vor vierzehn Jahren auch meine juristische Liquidation angeordnet haben.

Der heilige Cyprian gab seinem Henker fünfundzwanzig Goldstücke. Ich habe kein Gold. Ich kann nur beten für die Person, die vielleicht meine Exekution vorzunehmen hat, und den Herrn bitten, er möge ihr in Ewigkeit vergeben und mich in Frieden sterben lassen. Wenn Sie mich provoziert haben, davon zu sprechen, wie unmenschlich ich in diesen langen Jahren behandelt worden bin, so nehmen Sie mir das nicht übel. Schon die Römer sagten: ‚Sunt certi denique fines.' Meine Wächter mögen auf Ihre Anweisungen hin die Bewachung so verschärfen, daß mir das Leben unmöglich gemacht wird. Ich werde aber jedenfalls wissen, was meine Pflicht ist. Mit Gottes Gnade werde ich sie erfüllen bis zum Ende, einem Ende ohne jeden Haß und ohne jede Rachsucht gegenüber irgendwem, aber auch ebenso ohne Furcht vor irgendwem."

Stepinac und Kroatien

Nach seinem Tode ist dem Kardinal der Vorwurf gemacht worden, er habe sich in den Jahren der Selbständigkeit Kroatiens während des Krieges mit dem Regime von Ante Pavelic, wenn auch nicht gerade identifiziert, so doch verbündet, wodurch er, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (12. 2. 60) sich auszudrücken für richtig hielt, „zwangsläufig zum Kriegsverbrecher wurde". Dasselbe Blatt wirft die Frage auf, ob Stepinac durch die Weigerung, seine Diözese zu verlassen, zum Märtyrer werden oder „eine Schuld sühnen" wollte. Gegen solche Insinuationen hat der Bischof von Speyer, Dr. Isidor Emanuel, in einem über KNA (15. 2. 60) verbreiteten Aufsatz die nötigen Korrekturen der Öffentlichkeit mitgeteilt. Dasselbe tat der „Osservatore Romano" (12. 2. 60).

An der Zusammenarbeit von Kardinal Stepinac mit der Regierung Pavelic und seiner Sympathie für das selbständige Kroatien ist etwas Wahres. Die Motive dafür liegen auf der Hand. Kardinal Stepinac war mit Leib und Seele ein Sohn seines Volkes, des kroatischen Volkes. Hätte er es vielleicht nicht sein sollen? Er erblickte in der Selbständigkeit des kroatischen Staates eine Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Dazu war er nicht nur an und für sich berechtigt, sondern um so mehr, als die Kroaten ebenso wie die übrigen Minderheitsvölker des jugoslawischen Staates, die Slowenen, Mazedonier und Montenegriner, von den Serben auf das stärkste benachteiligt worden waren. In einem Aufsatz in der französischen Zeitung „Le Monde" (4. 3. 60) schreibt G. Castellan: „Der Jugoslawismus der Jahre 1929 bis 1941 war tatsächlich eine groß-serbische Diktatur." Diese äußerte sich nicht allein in der Besetzung des staatlichen Apparates. So waren z. B. im Jahre 1938 von 165 aktiven jugoslawischen Generalen 161 serbischer, zwei kroatischer und zwei slowenischer Nationalität, und ähnlich war es auch in den oberen Rängen der Staatsverwaltung und Diplomatie bestellt. Aber damit nicht genug! Die Feindschaft zwischen Serben und Kroaten war schon vor dem Krieg so siedend heiß, daß eine Auflösung dieser Staatsgemeinschaft als vernünftigster Weg erschien. Man braucht sich nur der Attentate auf den kroatischen Politiker Radic in der Skuptschina im Jahre 1928 und auf König Alexander im Jahre 1934 zu erinnern, um sich die Stimmung beider Völker zu vergegenwärtigen. Daß der sehnliche Wunsch der Kroaten nach einem nationalen Staat ausgerechnet durch Hitler und in der Form eines am Nationalsozialismus orientierten Regimes in Erfüllung ging, war gewiß nicht nach dem Geschmack des Erzbischofs von Agram, was sich in der Folgezeit sehr bald herausstellte, aber es war kein Grund für ihn, gegen die legitimen Ansprüche des eigenen Volkes aufzutreten. Im übrigen repräsentierte die Regierung Pavelic in diesem Zeitraum zweifellos die staatliche Obrigkeit, die der Erzbischof zu respektieren verpflichtet war. Er stand in diesem Kampf um Sein oder Nichtsein auf Seiten seines Volkes wie die Bischöfe aller damals kriegführenden Länder, unterschied aber nicht weniger zwischen der Nation und der herrschenden politischen Ideologie als seine Amtsgenossen in anderen totalitären Staaten. Vom ersten Augenblick an, kaum einen Monat nach der Konstituierung des neuen Regimes, trat er den Übergriffen und Gewalttaten entgegen, die im Namen seiner Ideologie oder auf nationalsozialistischen Druck hin begangen wurden. Nach Mitteilung von Bischof Emanuel konnte Stepinac Ende 1943 sagen, es sei nicht ein einziger Tag vergangen, an dem er nicht für Serben, Juden oder eigene Landsleute aus der Opposition eingetreten sei. Er habe auch öffentlich ausgesprochen, was er denke, und wer die Verhältnisse kenne, der wisse, was das bedeutet habe, nämlich mit seinem Kopf zu spielen. Tatsächlich war Stepinac weder bei den Nationalsozialisten noch bei den Ustaschi persona grata, wie er vor Gericht erklären konnte, und die Regierung des Poglavnik hat wiederholt versucht, ihn loszuwerden. Übrigens wurde sein Verhalten damals auch von Tito und seiner Partisanenbewegung anerkannt. Es ist nach menschlichen Ermessen durchaus wahr, was Djilas in New York zu Professor Mestrovic gesagt hat: Stepinac war natürlich unschuldig, aber die politischen Verhältnisse können eine Regierung zwingen, in einem politischen Prozeß einen Sündenbock zu suchen. Das ist nun einmal die Maxime totalitärer politischer Mächte, gleichviel welcher Färbung.

Was der damalige Erzbischof außer seinen brieflichen und öffentlichen Protesten und Interventionen sonst noch hätte tun sollen, um die Missetaten der Regierung seines Landes, besonders die Massaker an Serben und Juden, zu verhindern, das fließt zwar heute mit Leichtigkeit aus einer Journalistenfeder, aber es ist auch von ebenso leich-

tem Gewicht. Es scheint ein wenig in Mode zu kommen, daß man diese und jene Bischöfe wegen mangelnden Widerstandes gegen totalitäre Gewalten tadelt, und dieses Heft enthält einen weiteren Beleg dafür (vgl. S. 374). Bei solchen Urteilen, die lange post festum gefällt werden, übersehen die Kritiker nur zu leicht, daß die Erfahrungen mit totalitären Staatsgewalten uns allesamt klüger gemacht haben, als wir vor zwanzig Jahren waren, zumal das Problem des Umganges mit diesen Gewalten für die Bischöfe damals wegen des Existenzkampfes der Völker noch kompliziert wurde. Außerdem muß man in Rechnung stellen, daß der Sinn des bischöflichen Amtes zu allererst in der Sorge um das Heil der Seelen liegt, die dem Bischof anvertraut sind. In den turbulenten Zeiten, die das kroatische Volk in jenen Jahren erlebte, standen die Gläubigen auf beiden oder gar auf noch mehr Fronten. Darum allein schon war für den Erzbischof die äußerste Zurückhaltung geboten. Er mußte sich darauf beschränken, offensichtlichen Ungerechtigkeiten der Regierung und Partei entgegenzutreten, konnte aber keine selbständige Politik betreiben und am allerwenigsten sich zum Führer oder Schutzgeist einer Résistance aufschwingen. Auch der „Löwe von Münster", an dem Stepinac in der deutschen Presse gemessen worden ist, hat das nicht getan. Beide Bischöfe haben in genau derselben Weise operiert, als Seelenhirten und Fürsprecher der Wahrheit und Gerechtigkeit, jedoch nicht als Politiker. Beide übrigens haben nicht gezögert, sich als Patrioten zu bekennen und ihre Schicksalsverbundenheit mit ihrem Volk zu bekunden. Was schließlich den persönlichen Mut betrifft, so konnte sich der Kardinal von Agram mit jedermann messen. Er hat sich nie gefürchtet, seinen Gegnern ins Gesicht zu sagen, daß er keine Angst vor ihnen habe, ja er hat sie dadurch mitunter geradezu herausgefordert. Mut war das letzte, was ihm gefehlt hätte! Kardinal Stepinac hat sich vor seinen Richtern darauf berufen, daß er immer nur seinem Gewissen gemäß gehandelt habe, und man sollte meinen, daß er durch sein Leben bewiesen hat, wie wenig irdischer Glanz und irdische Güter ihn verführen konnten, wie wenig ihm überhaupt an seiner Person gelegen war, wenn man sein Ehrgefühl ausnimmt.

Eine neue Phase der Kirchenpolitik

Es ist ein seltsames Zusammentreffen der Ereignisse, daß Tito wenige Tage vor dem Tode des Kardinals dem zweithöchsten Mitglied der jugoslawischen Hierarchie, Erzbischof Ujcic von Belgrad, zu seinem achtzigsten Geburtstag den Volksverdienstorden 1. Klasse, die höchste zivile Auszeichnung, verlieh. Bei der Überreichung des Ordens sagte der Vorsitzende der Kommission für Religionsfragen, Minister Radosavljevic, daß in bezug auf die Beziehungen zwischen dem Staat und der katholischen Kirche die reale Einschätzung der Lage und der Wunsch nach Zusammenarbeit immer mehr zur Geltung komme. Erzbischof Ujcic versicherte seinerseits, daß er als Bürger des Landes „dem Land und seinem höchsten Vorgesetzten, dem Präsidenten der Republik, ergeben" sei. Er bezeichnete es in seiner Ansprache außerdem als den Wunsch vieler gläubiger Katholiken, daß die Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Jugoslawien durch neue Verhandlungen normalisiert werden möchten. Gerüchten zufolge ist die Regierung schon seit einem Jahre mehrfach durch Mittelsmänner dieserhalb an den Heiligen Stuhl herangetreten. Jedoch hatte der Vatikan, solange Kardinal Stepinac lebte, dessen Wiedereinsetzung in sein Amt immer als eine condicio sine qua non bezeichnet. Diese Vorbedingung ist jetzt hinfällig geworden.

Tito selbst hat bereits vor Weihnachten des letzten Jahres gegenüber einer Delegation slowenischer Priester die Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Staat und der katholischen Kirche als notwendig bezeichnet. „Wir haben nichts dagegen", sagte er, „daß die, die glauben, in die Kirche gehen, und wir werden wie bisher in dieser Hinsicht keinerlei Schwierigkeiten machen" („Neue Zürcher Zeitung", 22. 12. 59). Darüber hinaus könne die Kirche zur Stärkung der Einheit der jugoslawischen Völker beitragen. Einige Wochen später erklärte der kroatische Parteisekretär Bakaric: „Wir haben die Religion zur Privatsache erklärt. Wir haben sie aus dem Feld der Politik hinweggeräumt, aber nicht aus dem sozialen Leben ... Wir treiben keine antireligiöse Propaganda. Wir haben uns nur bemüht, die Politik aus der Kirche zu entfernen, was wir auch in Zukunft tun werden. Die jugoslawische Regierung hat niemals die Kirche bedrückt, sie hat sich nur gegen die Ustaschi in ihren Reihen gewendet." Es sei eine Illusion, zu glauben, daß man die Religion mit Gewalt unterdrücken könne.

Wenn solche Worte Ausdruck der Einsicht sind und nicht bloß der Vernebelung politischer Ziele dienen, kündigen sie möglicherweise an, daß die Regierung aus außenpolitischen Gründen, aber nach der Andeutung Titos auch zur Konsolidierung des immer noch labilen gesamtjugoslawischen Staatsbewußtseins in Zukunft das zu tun gedenkt, was sie nach Bakaric schon immer getan hat, nämlich die Religion wenigstens als Privatsache zu tolerieren. Bei der engen Verflechtung von Religion und nationaler Idee, die für die Völker dieses Staates besonders bezeichnend ist, könnten die Kroaten und Slowenen durch eine Politik religiöser Toleranz wahrscheinlich angesprochen werden. Und das ist um so notwendiger, als der ideologische Schwung der kommunistischen Partei in Jugoslawien erlahmt ist (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 39). Ein Betrachter des Nationalitätenproblems in Jugoslawien beurteilte in der „Neuen Zürcher Zeitung" (9. 6. 59) die Konsistenz des heutigen jugoslawischen Staates nach einem Hinweis auf den schnellen Zusammenbruch im Jahre 1941 mit der Bemerkung, daß dieser Staat auch gegenwärtig für den Fall einer ernsten Bewährungsprobe noch längst nicht genügend konsolidiert ist. Immer wieder liest man, daß die stärkste Kraft seines Zusammenhaltes in der persönlichen Autorität Titos liegt, während der Staat institutionell mehr durch die Polizei als durch die Partei getragen werde.

Aber wie verträgt sich der Weg zu religiöser Toleranz mit dem kommunistischen Programm? Im Jahre 1952 erklärte Tito vor dem nationalen Lehrerkongreß (vgl. „Borba", 30. 4. 52): „Wir können nicht damit einverstanden sein, daß die Menschen sich dem Aberglauben ergeben. Und für uns ist das alles Aberglaube." Und erst kürzlich schrieb, nach einem Bericht im „Echo der Zeit" (27. 3. 60), das Wochenblatt der Liga der Kommunisten Jugoslawiens: „Das Programm der Liga betrachtet die Religion als ein ideologisches Phänomen, das innerhalb geschichtlicher Bedingungen, die von der materiellen und geistigen Rückständigkeit der Menschen bestimmt sind, entsteht und sich erhält. Die Religion kann deshalb nicht durch administrative Maßnahmen unterdrückt werden, sondern nur dadurch, daß das Bewußtsein der Menschen durch Verbesse-

rung ihres materiellen Wohlbefindens und die Entwicklung neuer sozialer Beziehungen auf eine höhere Stufe gebracht wird." Dann wird zwar zugegeben, daß auch Gläubige „bewußte sozialistische Bürger" sein können. „Atheismus kann nicht das Kriterium für Ergebenheit gegenüber dem Lande und dem Sozialismus sein." Aber „als Weltanschauung ist der Marxismus mit entgegengesetzten Auffassungen unvereinbar. Die Basis- und Leitungsorganisationen der Liga haben somit ihre Mitglieder ideologisch und politisch zu erziehen ..." Damit ist das Stichwort gefallen, das in den vielleicht kommenden Verhandlungen wohl die entscheidende Rolle spielen dürfte. Was die jugoslawischen Kommunisten unter religiöser Toleranz verstehen und worin sie möglicherweise zu Zugeständnissen bereit sein werden, das ist vermutlich nur die Freiheit des Kultus. „In die Kirche zu gehen", wie Tito sich ausdrückte. In bezug auf die Freiheit der Verkündigung, namentlich vor der Jugend, haben sie aber nicht so viele Zugeständnisse gemacht wie die polnischen Kommunisten, und ihr Programm verheißt wenig Hoffnung, daß sie es in Zukunft tun werden.

Im übrigen sind trotz aller verbindlichen Worte in den letzten Monaten mehrere Gerichtsurteile gegen kirchliche Personen ergangen, die kaum anders aufgefaßt werden können denn als Fortsetzung der Einschüchterung mittels der Justiz. Der Bischof von Skolpje, Msgr. Smiljan Cekada, wurde „wegen Devisenvergehens" zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, allerdings mit Strafaussetzung, da man, wie der Staatsanwalt sagte, die günstige Entwicklung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche nicht stören wolle. Das Devisenvergehen bestand nicht in einem illegalen Transfer, sondern in der Anklage, daß der Bischof die transferierten Gelder der Propagandakongregation „zu Propagandazwecken" verwendet haben soll. Schwerwiegender sind die Urteile, die das Bezirksgericht von Esseg (Osijek) in Nordkroatien in dem Prozeß gegen katholische Geistliche, zu dem auch Kardinal Stepinac als Zeuge vorgeladen war, gefällt hat. Sieben Geistliche, Professoren des Priesterseminars in Djakovo, und zwei Studenten wurden wegen staatsfeindlicher Propaganda und Aufreizung zum religiösen und zum Rassenhaß zu verschärften Gefängnisstrafen von zweieinhalb bis zu sieben Jahren verurteilt. Kurz vorher schon hatte ein Gericht in Zagreb vierzehn Katholiken, darunter einen Franziskaner, wegen ähnlicher Verbrechen verurteilt. In dem Urteil gegen den Franziskanerpater Rudolf Jerak wird ihm vorgeworfen, er habe illegale Gruppen gebildet und seine Kontakte mit der Jugend als Religionslehrer dazu benutzt, um sie gegen das jugoslawische Regime aufzuhetzen. Diese Art von Argumenten ist es, die die Skepsis nähren, mit der man den Toleranzbeteuerungen jugoslawischer Politiker gegenübertritt. Die verheißene Toleranz in Jugoslawien entbehrt der Garantien, und das unterscheidet die Lage in diesem Lande von der Situation der polnischen Kirche. Tito mag, wie er gesagt hat, die Kirche als einen Faktor politischer Einigung werten. In Polen dagegen ist sie ein Faktor der politischen Existenz des Regimes und vielleicht der Nation.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Der christliche Dialog und seine Grenzen

Neue Literatur über die Begegnung der Christen

In einer neuen Verlautbarung über das kommende Konzil wiederholte Papst Johannes XXIII. vor dem Zentralkomitee der Katholischen Aktion Italiens (vgl. ds. Jhg., S. 298), dieses Konzil solle der Welt die Kirche Gottes in ihrer ewigen Stärke und Frische vorstellen, „damit die getrennten Christen die Kirche als ihr eigenes Haus erkennen, das Haus aller jener, welche das Zeichen Christi tragen". Wenn man hingegen, fügte er hinzu, „mit den Diskussionen und Gesprächen beginnen" wollte, „wie das einige wünschen, dann käme man nirgends hin". Dieses Wort soll einem Bericht über nicht unbedeutende literarische Dialoge zwischen katholischen und evangelischen Theologen zugrunde gelegt werden, Dialoge, die unseres Wissens in einer Zeit konzipiert wurden, da man für das Konzil selbst die Anwesenheit der getrennten Christen als Partner für Verhandlungen erhoffte. Lehnt auch der Papst aus guten Gründen — die von den Erfahrungen der letzten 20 Jahre Ökumenischer Bewegung bestätigt werden — Gespräche auf dem Konzil ab, so heißt das nicht, daß gute Gespräche für das Konzil überflüssig oder schädlich wären.

Was aber sind gute und fruchtbare Gespräche? Darüber gibt es immer noch verschiedene, ja einander widersprechende Meinungen. Man kann z. B. einen ähnlichen Weg gehen, wie ihn die Gemeinschaften des Weltrates der Kirchen mit einiger Kunst und großer Brüderlichkeit versucht haben, daß man nämlich die Gemeinsamkeiten des Glaubens erforscht und feststellt und daß man das Trennende wenigstens zum gegenseitigen Verstehen durchklärt. Dieser Weg ist so lange gut, als er das Ganze der Offenbarung, das Ganze der Kirche, ihre ungeteilte Wirklichkeit von vornherein ins Auge faßt, ebenso wie die zentralen Anliegen der Getrennten. Das heißt aber für unsere Seite, daß man auch das göttliche Recht der Kirche und die juridische Seite ihres Dogmas wie ihrer Lehrverkündigung ohne falsche Scham in das Gespräch einbezieht. Das ist die berechtigte Forderung, die Professor Joseph Klein, Göttingen, Kanonist von Fach, in einem Aufsatz stellt: „Was trennt uns heute von den Katholiken?" (In: Evangelische Theologie, Februar 1960, S. 49—70). Man sollte sich dem Ernst seiner Vorwürfe, daß unsere Kontroverstheologie in den Vordergründen steckenbleibt und die getrennten Christen über das eigentliche Wesen der Kirche täuscht, nicht verschließen, obwohl er es nicht vermeiden kann, die Kirche zu verteufeln, die er verlassen hat. Die kundigen Fragen, die er stellt, dürfen wir jedoch nicht übersehen.

Die Karrer-Festschrift

Betrachtet man unter diesen Auspizien das wichtigste und derzeit umfassendste Zeugnis eines christlichen Dialogs — als Dialog von Christen wie in christlicher Weise —, die Festschrift für Otto Karrer zu seinem 70. Geburtstag: „Begegnung der Christen" (hrsg. von Maximilian Roesle

OSB, Einsiedeln, und Oscar Cullmann. Evangelisches Verlagswerk Stuttgart und Verlag J. Knecht, Frankfurt a. M. 1959, 696 S.), so darf man ihr wohl nachrühmen, daß ihre Mitarbeiter von den verschiedensten Seiten her den Zentralpunkt der Trennung mutig, gewissenhaft und z. T. recht gründlich angehen, soweit das kurze Aufsätze überhaupt gestatten. Sie tun das nicht unter dem Druck jener obengenannten Vorwürfe, sondern als Antwort und Ergänzung zu der Arbeit, die Karrer selber zur Frage der Kirche, ihrer Einheit und zum Primat geleistet hat. Festschriften sind keine Programmschriften, diese ist es aber in mancher Hinsicht doch. Die Herausgeber haben mit Umsicht die Themen und die Autoren ausgewählt, und es ist ihnen zweifellos gelungen, mit dem Buche selbst eine Art „ökumenisches Ereignis" zu demonstrieren. Das ist das Höchste, was man einer solchen Festschrift und letztlich ihrem Auctor, dem Jubilar, nachsagen kann.
Der bescheidene Untertitel „Studien evangelischer und katholischer Theologen" täuscht in gewollter Zurückhaltung über das Gewicht, das manchen dieser Beiträge in ihrem Aufeinanderzusprechen zukommt. Man spürt, daß hier nicht „Schüler", sondern daß Freunde schreiben, man spürt den Ernst eines Wetteifers um das Einander-Näherkommen. So ist selbst der Titel „Begegnung" zu schwach, denn man begegnet sich nicht nur, man arbeitet z. T. einander in die Hände, soweit das möglich ist. Nicht alle der rund 34 Beiträge können wir hier würdigen, leider auch nicht den schönsten und angreifendsten: „Maria als Bild der Gnade und Heiligkeit", von dem schweizerischen reformierten Pfarrer Werner *Meyer* (S. 573 f.). Wir wählen die besonders kritische Themengruppe aus, die um die Kirche kreist und reichlich vertreten ist.

Jesus und die Kirche

Das erste und exegetisch wie dogmatisch fundamentalste Thema lautet „Jesus und die Kirche", das letztlich der Frage gilt, ob Jesus bei Lebzeiten eine Kirche aus dem Volke Israel ausgesondert und gestiftet und ob er ihre Leitung Petrus übertragen hat, was u. a. der Anti-Modernisteneid strikte als katholische Lehre vorträgt, was aber evangelische Exegeten weitgehend in Zweifel ziehen (vgl. den Bericht über „Das evangelische Glaubens- und Kirchenbewußtsein" in: Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 602 f.). Leider ist der evangelische Autor nicht Cullmann selbst, sondern Pfarrer Ernst *Fincke,* Mitglied der „Sammlung". Er greift die unerledigte Kirchenfrage von Kattenbusch her, der sie als erster evangelischer Theologe vor 40 Jahren aufwarf, wieder auf, weicht ihr aber doch wohl letztlich aus und bleibt bei der liturgischen Ordnung stehen. Dagegen leistet Professor Anton *Vögtle,* Freiburg i. Br., das Äußerste, um den exegetischen Zweifeln seiner evangelischen Fachkollegen gerecht zu werden und doch die katholische Auffassung des Petruslogions bei Matthäus 16, 18 f. einleuchtend zu verteidigen, eine meisterhafte Arbeit des Dialogs, die freilich nur an den entscheidenden Punkt heranführen kann. Die Aufsatzgruppe „Die Einheit der Kirche im Neuen Testament" führt die Frage weiter. Der Calvinist P. A. van *Stempvoort* untersucht, wie Paulus die Spaltungen in Korinth überwand. Er sagt von der Urkirche, sie war „noch eine Einheit mit Spaltungen". Seine Studie beschränkt sich leider auf den 1. Korintherbrief, das klassische Dokument der autoritären Übung apostolischer Vollmacht im Namen Christi. So gelingt ihm freilich der Nachweis, daß der Apostel nicht mit „dogmatischen Petrifakten", nicht einmal mit Hilfe des Soma-Begriffes die Einheit zu erzwingen suchte, sondern durch den Christus-Geist. Er hält diese tiefsinnige Methode für normativ für jede Arbeit an der Einheit heute. Das ist ein protestantisches Nein gegen das Kanonische Recht. Heinrich *Schlier* dagegen gibt eine umfassendere Darstellung der Einheit der Kirche nach dem Apostel Paulus, die alle seine Briefe heranzieht. So weist er neben Taufe, Eucharistie und dem einen Evangelium auf die Einheit des Apostolats hin, auch die Einheit des Glaubensbekenntnisses mit der gemeinsamen, öffentlichen und verpflichtenden Zustimmung des Glaubensgehorsams.
In der Gliederung des Buches schiebt sich hier die Themengruppe „Schrift und Tradition" ein, deren lutherische Behandlung durch Professor Ernst *Kinder* und deren katholische Weitung aus einer mißverstandenen tridentinischen Enge durch Professor J. R. *Geiselmann* schon aus anderen Publikationen bekannt sind. Unüberhörbar deutlich sagt Kinder bei aller Einsicht in die Relevanz der Tradition, daß die katholische Kirche nicht ernsthaft genug mit Mißtraditionen und dämonischen Möglichkeiten des Antichristlichen in ihrer Mitte rechne. Unüberhörbar klar lehnt er ein unfehlbares kirchliches Lehramt als rechtlichen Garanten und Interpreten der Tradition ab, so daß Geiselmanns Leistung für die Verteidigung der Suffizienz der Heiligen Schrift in der Tradition keine Überwindung der Kluft erbringen kann. Hans *Asmussen* und Eugen *Walter* können dagegen das Thema „Glaube und Sakrament" aufeinander zu beantworten, Walter mit dem ganzen Ernst des Seelsorgers, der seine katholische Gemeinde von der Erweckung von Glaubensakten für den würdigen Empfang der Sakramente zum Glauben im biblischen Vollsinn führen will, so wie die Evangelischen ihn kennen. Man möchte mehr über diese gelungenen Arbeiten berichten, auch über den Gleichklang in der Darlegung von „Rechtfertigung und Heiligung" bei Adolf *Köberle* und Hans *Küng,* bei denen leider ein Eingehen auf die sehr verschiedene dogmatische und ekklesiologische Funktion der Rechtfertigungslehre im Ganzen der katholischen bzw. evangelischen Lehrdarbietung unterbleibt (vgl. dazu den obenerwähnten Bericht der Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 601 f.).

Um das Petrusamt

Die Themengruppe „Geistliches Amt und Gemeinde" führt wieder zum Kern der Begegnung. Der Lutheraner Georg *Hoffmann,* Kiel, trägt die lutherische Lehre vom Amt vor, das der Gemeinde gegenübersteht. Er begrüßt es, daß auch auf katholischer Seite die Zuordnung von Amt und Gemeinde erkannt und wie im Luthertum die Entmündigung der Laien durch das Pfarrherrnwesen überwunden werden soll. Aber er bezeichnet auch die unverrückbare Grenze: das Weihepriestertum. Ihm antwortet Magnus *Löhrer* OSB, Einsiedeln, in offener Sprache, der eine umfassende katholische Theologie des geistlichen Amtes ebenso vermißt wie eine Theologie der Gemeinde, obwohl er zugibt, daß Otto Semmelroth SJ hier der künftigen Arbeit kräftig Bahn gebrochen hat. Er rühmt die Arbeit von Schelkle, der den Dienstcharakter des Amtes nach dem Neuen Testament wieder herausgearbeitet hat, und mahnt, daraus die Folgerungen zu ziehen, um „in allen Graden der Hierarchie von jeder Selbstgefälligkeit und äußerem Machtstreben weg" zu kommen. Das müsse auch an den Begriffen des kirchlichen Rechts gezeigt werden, damit mehr auf ihren analogischen Charakter ge-

achtet werde. Aber Löhrer skizziert nur die Desiderata, er kann sie nicht mehr ausführen; und er scheint zu meinen, daß mit einer biblischen Vertiefung des katholischen Amts- und Rechtsbegriffes den Evangelischen der Weg zur Rückkehr geöffnet würde. Wir halten das für fraglich. Denn jedes theologische Aufeinanderzugehen im echten Dialog hat seine Grenze darin, daß keine reformatorische Gemeinschaft ein Lehramt mit rechtlich bindender Vollmacht kennt und auch nicht wünscht, sowenig wie ein Dogma als Lehrgesetz.

Das zeigt auch die Themengruppe „Petrus der Fels" und „Das Petrusamt in der Urkirche". Zum Felsenwort bei Matth. 16, 18 gibt der Reformierte Joh. *Ringger*, Rifferswil (Zürich), eine umfangreiche und tiefe exegetische Abhandlung in den Bahnen Cullmanns, und Josef *Schmid*, München, bietet die katholische Ergänzung. Über das polare Verhältnis zwischen Petrus und dem Herrenbruder Jakobus, dem Begründer eines judenchristlichen „Kalifats", handelt in seiner geistvoll-dramatischen Art Ethelbert *Stauffer*, während Karl *Hofstetter* den römischen Primat des Petrus mehr in traditioneller Weise an Hand der frühen Bischofslisten zu beweisen sucht. Das sind Vorarbeiten, die nun der evangelische Jurist Hans *Dombois* und Yves *Congar* OP unter dem Thema „Glaubensspaltung und Einheitsproblematik" fortführen. Dombois, Mitglied der „Evangelischen Michaelsbruderschaft" und bekannt durch sein energisch vertretenes Ideal einer föderalistischen Patriarchatsverfassung der Kirche, die die rechtliche Einheit voraussetzt (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 243: „Kirche und Recht"), erklärt auch hier, daß Kircheneinheit und Einheitskirche — mit der „genuinen Unfähigkeit des Romanismus zu föderalistischer Gestaltung" — einander widersprechen. Und doch weiß er diesmal „das Wagnis der Geschichte" zu schätzen, das die lateinische Kirche gegen eine platonische Zeitlosigkeit auf sich genommen habe. Es ist also in wenigen Jahren ein Schritt voran getan, ohne Furcht vor einem Kirchenrecht, die dem Juristen fremd ist. Yves *Congars* geschichtliche Betrachtungen zum gleichen Thema gehen resolut auf die beiden Gaben, die Rom der Kirche geschenkt hat, „den Genius des Rechts und den Apostel Petrus". Er erklärt auch kurz den theologischen Sinn dieses Rechtes, eben jenes Wagnis, von dem vorher Dombois handelte, bis zu dem von J. Klein diskriminierten Canon 100 § 1 des CIC: „Catholica Ecclesia et Apostolica Sedes moralis personae rationem habent ex ipso ordinatione divina." Er zeigt das Befreiende des Kanonischen Rechtes gegenüber der staatlichen Zwangsgewalt während der gregorianischen Reformen, er zeigt aber auch, warum bald die spiritualistischen Sekten zentral gegen den Machtapparat der Kirche opponieren, eine Bewegung, aus der letzten Endes auch das lutherische „Satis est" des Artikel VII der Augsburger Konfession folgt: „Es ist genug zur Einheit, daß das Evangelium (von der Rechtfertigung allein aus Gnade durch den Glauben um Christi willen) rein gelehrt werde ..." Congar legt auch das wichtigste theologische Zeugnis dieses Buches ab: daß das reformatorische Denken nicht den theologischen Realismus der Kirchenväter hinsichtlich der Inkarnationslehre aufgebracht habe, und er weist den Weg: „Wir haben den Weg, der von der Einheitskirche zur Spaltung führte, in umgekehrter Richtung zu gehen — in umgekehrtem Sinne, nicht zurück zur Vergangenheit, sondern vorwärts auf das Reich Gottes zu."

Ist Trient noch offen?

Die Themengruppe „Augustana und Trienter Konzil in ökumenischer Sicht" bringt einen kritischen Bericht von Max *Lackmann* über einen sehr merkwürdigen und lehrreichen Versuch des Jesuiten Johannes Dez, nach der Aufhebung des Ediktes von Nantes durch Ludwig XIV. die Straßburger Lutheraner mit der römischen Kirche wiederzuvereinigen. Er zeigt daran, wie man es heute nicht machen dürfe: es fehle darin jede Selbstkritik der römischen Kirche, und von den Protestanten, deren Anliegen man ehrlich zu verstehen suchte, werde letztlich eine Selbstliquidierung erwartet. Lackmann faßt etwas bitter die gegenwärtige Lage in zwei Seufzern zusammen: „Wären wir doch erst wieder so weit wie Johannes Dez im Jahre 1687!" — „Wahrhaftig, wir sind nicht weiter als Pater Dez im Jahre — 1687!"

Hubert *Jedin* müht sich darum, in einer Analyse des Tridentinum klarzustellen, daß und warum durch die Definitionen bzw. die Canones nur eine behutsame Abgrenzung der katholischen von der damaligen protestantischen Glaubenslehre erfolgen sollte, soweit man sie verstand. „Der Sinn einer lehramtlichen Definition besteht nicht darin, ein christliches Mysterium rational-begrifflich aufzulösen, sondern nur darin, es zu umgrenzen und das Eindringen falscher Vorstellungen zu verhindern... Lehramtlich abgrenzen heißt aber nicht: theologisch gültig antworten" — eine weitverbreitete Ansicht. Das Tridentinum lasse also das Feld für eine vollkommenere Aussage der katholischen Lehre offen. Für viele ist das eine tröstliche Auskunft. Liegt darin eine Lösung? Schwerlich; und wenn ein neues Konzil, falls das möglich wäre, die wichtigsten reformatorischen und ökumenischen Anliegen aufnehmen könnte — und sicher ist das möglich —, so bliebe ein großes Hindernis, ein vorerst unüberwindliches Hindernis: die dogmatische Glaubenstatsache und Glaubensforderung, daß ein Konzil unter dem Primat der Nachfolger Petri die Offenbarung verbindlich definiert und lehrgesetzlich handhabt. Es gibt aber keine Gemeinschaft innerhalb des Weltrates der Kirchen, die das ertragen und — glauben könnte. Auch nicht die Orthodoxen? Auch sie nicht.

Wir schließen die Reihe der Aufsätze, die noch andere wertvolle Arbeiten bringen, z. B. einen Bericht von Reinhard Mumm u. a. über die Paderborner Theologengespräche mit dem wertvollen Nachweis, wo die dort gehaltenen Referate gedruckt sind (S. 627 f.), mit der Studie von Professor Klaus *Mörsdorf*, München, „Patriarch und Bischof im neuen ostkirchlichen Recht". In dieses unbekannte, für kommende Entwicklungen entscheidungsvolle Terrain bringt Mörsdorf helles Licht (man wird den Aufsatz wohl in anderem Zusammenhang ausführlich referieren müssen). Er zeigt anhand des neuen Codex für die Ostkirchen, wie sich der Primat des Papstes, den wir nur von der lateinischen Kirche her kennen, gegenüber den alten Patriarchen freiwillig begrenzt, z. B. bei der Patriarchenwahl. Er beleuchtet schließlich den Einfluß der ostkirchlichen Bischofsordination, mit der die Jurisdiktion verbunden ist, für die Lehre vom Episkopat überhaupt. Diese nüchterne Darstellung gehört zu den ertragreichsten Beiträgen der Festschrift.

Soweit möge der Bericht erwiesen haben, daß dieses kontroverstheologische Werk einer freundschaftlichen Aussprache — wenn auch nicht überall mit gleicher Klarheit und Zielstrebigkeit — die Kernfrage der Glaubens-

spaltung nicht umgangen hat, obwohl man auch nicht sagen kann, daß es sie überall mit derselben Gradlinigkeit ansteuert, wie es Karrer selbst in seinem bekannten und noch nicht überholten Buch „Um die Einheit der Christen" (J. Knecht Verlag 1953) versucht hat. Freunde Karrers werden übrigens durch seine Autobiographie und eine vollständige Bibliographie über das erstaunlich weitschichtige Schaffen dieses katholischen Pioniers für eine Erneuerung der Kirche unterrichtet.

Wege zur Einheit

Völlig anderer Art sind zwei kleine Dialoge, der eine von Hans *Asmussen* und Albert *Brandenburg:* „Wege zur Einheit" (Verlag A. Fromm. Osnabrück 1960. 143 S.), sowie „Gespräche zwischen den Konfessionen" von Hans *Asmussen* und Thomas *Sartory* OSB (Fischer-Bücherei Nr. 310. 224 S.). Wäre es unsere Sache, sie gegen die Vorwürfe von J. Klein zu verteidigen, so wäre das schwer möglich. Das erste der beiden Büchlein gibt viel Erfahrung und Wegweisung, wie man sich näherkommen kann, Erinnerungen und Ausblicke. Das Gewicht liegt, wenigstens bei Asmussen, auf der menschlichen und christlichen Haltung, und von dieser kann nicht genug an andere Menschen weitergegeben werden. Die Zusammenarbeit in der Politik spielt eine besondere Rolle, sie ist auch das Mögliche und Erreichbare. Ob man aber schon „von Kirche zu Kirche" sprechen und auf eine „gegenseitige Anerkennung der Bischöfe" hoffen kann und hoffen darf? Ist das nicht fast zu anglikanisch, fast zu populär und an der Wirklichkeit vorbeigedacht? Ehrlich wirkt die Erklärung, daß Asmussen durch seine Predigten und Bücher manche Katholiken zum evangelischen Glauben konvertierte (S. 20).

Was der Leiter des Johann-Adam-Möhler-Instituts in Paderborn zu bieten hat, ist mehr theologischer Natur: Keine Verwischung der Gegensätze, Zurückgehen auf ihre hintergründigen Voraussetzungen, keine künstlichen Konstruktionen von Übereinstimmungen, die man durch willkürliche Auswahl aus dem theologischen Schrifttum der einen oder anderen Seite als Täuschung und Selbsttäuschung gewinnt — ein sehr nötiger Rat! —, kein Pragmatismus, aber doch gemeinsames Handeln, wo es möglich ist, und viel persönliche Gespräche und Kontakte. Selbstverständlichkeiten, die leider immer noch nicht selbstverständlich sind und darum dauernd angemahnt werden müssen. Über das Aufeinanderzugehen der katholischen und der evangelischen Theologie kann man freilich geteilter Meinung sein. Wir sagten, wo vorerst die Grenze liegt, aber das weiß niemand besser als Brandenburg selbst, der übrigens auch in einem Beitrag der Karrer-Festschrift ausgezeichnete Ratschläge für eine Team-Arbeit katholischer Theologen gibt (vgl. dazu Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 232 f.).

Das neue Fischer-Taschenbuch leidet nicht an dem Mangel des Fischer-Lexikons „Christliche Religion", das alphabetisch die Lehrbegriffe nebeneinanderstellte, die aber auf evangelischer Seite von Autoren sehr verschiedener Richtung und verschiedenen Bekenntnissen bearbeitet wurden, so daß im ganzen ein schiefes Bild und die Illusion einer einheitlichen evangelischen Theologie entstehen mußte. Es fehlte darin der geschichtliche Aufriß der theologischen Probleme. Die „Gespräche zwischen den Konfessionen" sind insofern einheitlich, als zu jeder dogmatischen Frage jeweils derselbe Lutheraner und derselbe Katholik sprechen. Nur müssen ungeschulte Leser beachten, daß sie zwar einer weithin gültigen katholischen Lehrdarbietung begegnen, daß aber der evangelische Autor nur eine unter vielen anderen, oft sehr anderen Ansichten vertritt.

Unnötige Mängel

Schwerer wiegt der Nachteil der Gliederung. Sie ist nicht die der katholischen Dogmatik, übrigens auch nicht die der Augustana, sondern ein neues, wesentlich aber evangelisches Schema. Sie beginnt mit „Offenbarung, Schrift und Tradition", während das Lehrstück von der Kirche an die 12. Stelle, fast an den Schluß rückt, hinter die Lehre von der Gnade, der Rechtfertigung und den Sakramenten. Das ist nun ausgesprochen lutherisch. Sartory hat diesen Übelstand dadurch auszugleichen versucht, daß er das lebendige Lehramt der Kirche schon am Anfang mit einbezog (S. 27 f.). Aber für den theologisch unerfahrenen Leser entsteht so eine verwirrende Optik, als ob die Lehre von der Rechtfertigung, von der Sartory richtig betont, daß sie bei den Lutheranern das Maß aller Aussagen (vor allem das Maß für Kirche!) ist, denselben Ort im Ganzen der Lehrdarbietung hätte wie auf katholischer Seite. Das gilt auch für die anderen Lehrstücke, die ja nicht ohne innere Gründe im katholischen Lehrsystem einen anderen Platz haben als im lutherischen. Die so entstehende Optik dient ungewollt einem theologischen Gleichschaltungsbedürfnis, das im christlichen Volk sehr lebendig, aber deshalb nicht weniger illusionär ist.

Von den meisten der gebotenen Lehren wird man sagen müssen, daß sie gut und treffend, auch verständlich dargestellt sind. Das Buch ist also trotz seiner Mängel lehrreich. Aber es hat auch dogmatische Schönheitsfehler, die falsche Hoffnungen erwecken. Dafür zwei Beispiele:

In seiner Darstellung vom Wesen der Kirche nach Artikel VII der Augsburger Konfession gibt Asmussen nur die eine Seite des Artikels wieder: „die Versammlung der Heiligen, in welcher das Evangelium rein gelehrt und die Sakramente recht verwaltet werden". Der Artikel hat aber eine wesentliche Fortsetzung, auf die fast alle lutherischen Theologen, Bischöfe und der ganze Lutherische Weltbund etwa in seinem Studiendokument von Minneapolis 1957 (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 443 f. und 12. Jhg., S. 68 f.) das größte Gewicht legen; ja sie sehen die besondere Sendung des Luthertums im ökumenischen Raum gerade darin, diesen zweiten Teil des Artikels VII immer neu zu bezeugen: „Dies ist genug zu wahrer Einigkeit der christlichen Kirche, daß da einträchtig nach reinem Verständnis des Evangelium gepredigt und die Sakramente dem göttlichen Wort gemäß gereicht werden. Und ist nicht not zu wahrer Einigkeit der christlichen Kirche, daß allenthalben gleichförmige Zeremonien, von Menschen eingesetzt, gehalten werden" (vgl. Herder Bücherei Nr. 10, S. 63 f.). Diese Fortsetzung des Artikels VII der Augustana ist gleichbedeutend mit der Bestreitung der Heilsnotwendigkeit einer göttlichen Ordnung der Kirche, vor allem des Kanonischen Rechts, selbst wenn Ernst Kinder gesteht, daß der Artikel VII keine erschöpfende Aussage über die Kirche sei. Warum wird dieses lutherische Nein verschwiegen? Wem soll damit gedient sein? Auch Heinz Schütte hatte in seinem Buch „Um die Wiedervereinigung im Glauben" (2. Aufl. 1959, S. 92 f.) das lutherische „Satis est . . ." übersehen. Soll das zur Methode werden? Dann könnten ja die

Lutheraner unsere theologische Arbeit nicht ernst nehmen. Das andere Beispiel: In seiner Darlegung der Sakramente, die mit dem merkwürdigen Satz schließt: „So geht die Lehre von den Sakramenten über in die Lehre von der Kirche" (bisher lernten wir es in Dogmatik und Katechismus umgekehrt), glaubt P. Sartory bei der Erwähnung der Siebenzahl der Sakramente nach dem Tridentinum sagen zu können: „Das Konzil bestimmt nicht, daß diese sieben Sakramente alle den gleichen Rang haben. Es widerspricht dem Trienter Konzil nicht, von Haupt- und Nebensakramenten zu sprechen, wobei unter Hauptsakramenten vor allem an Taufe und Eucharistie zu denken ist" (S. 152). Damit ist doch wohl eine schiefe Ebene betreten, die in der katholischen Dogmatik keine Stütze hat. Der hl. Thomas unterscheidet zwar (III, 65) die Sakramente unter verschiedenen Aspekten nach ihrem jeweils verschiedenen Rang. Aber der Ausdruck „Nebensakramente", den die Altkatholiken gebrauchen, kommt nicht vor. Als heilsnotwendig gelten neben Taufe auch Buße und Ordo (III, 65 a 4)! Warum soll man die evangelischen Brüder in der Hoffnung wiegen, daß man bei uns Beichte, Priesterweihe oder Ehesakrament auf eine niedere Stufe stellt? Wenn irgendeine theologische Richtung das tun sollte, so gehört das kaum in eine gemeinverständliche Darstellung des gültigen katholischen Glaubens.
Man darf zur Entschuldigung solcher Mängel sagen: Jeder, der sich einmal an Unterscheidungslehren versucht hat, ist irgendwo damit gescheitert. Nur so findet man allmählich die richtige Methode.

Dialoge selbst in USA

Viele werden wissen, daß der Dialog zwischen den Christen in Frankreich mit größerem Eifer und größerem Aufwand an literarischen Mitteln seit langem vonstatten geht als bei uns. Neu ist dagegen die Nachricht, daß er auch in den Vereinigten Staaten intensiv beginnt. „Christian Century", eine Wochenschrift für alle protestantischen Denominationen, bringt einen Vorabdruck aus einem im September 1960 erscheinenden Buch, das der Presbyterianer vom Union Theological Seminary, New York, Robert McAfee Brown, zusammen mit dem Jesuiten Gustave Weigel veröffentlicht. Dieser Vorabdruck ist von Professor Brown gezeichnet und nennt sich „Regeln für den Dialog" (17. 2. 60, S. 183 f). Diese Regeln, auf die wir später bei Erscheinen des Buches zurückkommen, sind sehr einfach und sehr notwendig. Sie entsprechen etwa den Ratschlägen von Asmussen und Brandenburg in „Wege zur Einheit". Ihre Durchführung würde bedeuten, daß auch in den USA ein völlig anderes interkonfessionelles Klima entsteht. Sicher ist das auch ein Verdienst des regierenden Papstes, den dasselbe „Christian Century" unlängst in einer längeren Rezension von Büchern über ihn als den „Papst des guten Willens" bezeichnet hat.

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Der Episkopat und die katholische Presse im Dritten Reich

Gordon C. Zahn, Professor der Soziologie an der Loyola-Universität, Chikago, hat in einem am 2. 9. 1959 auf einem Kongreß der Amerikanischen Katholischen Soziologischen Gesellschaft im Mundelein College gehaltenen Vortrag über „Die katholische Presse und der Nationalismus im Nazi-Deutschland", der durch die Veröffentlichung einer deutschen Übersetzung in der „Deutschen Tagespost" (Nr. 32, v. 16. 3. 60) auch bei uns bekannt wurde[1], die kühne These aufgestellt, Bischöfe, Katholiken und katholische Presse Deutschlands hätten im Dritten Reich den katholischen Glauben mit seinen Werten und Verpflichtungen den nationalen, das heißt konkret: den nationalsozialistischen Zielen geopfert; mit Zahns eigenen Worten gesprochen: sie hätten der „nationalen Identität den Vorrang" gegeben „auf Kosten der Worte und Verhaltensweisen, die sich aus ihren religiösen Verpflichtungen" ergaben. Die „religiöse Gemeinschaft" habe versagt, die Bischöfe hätten in „nationalistischem Eifer" und in „200prozentigem Nationalismus" ihre Gläubigen „hinter die Fahnen des Dritten Reiches" gesammelt. Das Weitererscheinen der katholischen Zeitschriften unter Hitler sei ein „Verrat an dem Wesen der religiösen Presse" gewesen. Die katholische Presse sei dadurch ein „aktives Instrument des Goebbelsschen Propagandaministeriums" geworden.
Diese Theorien könnten als verblüffend oder schockierend empfunden werden, wenn man beachtet, mit welcher Selbstsicherheit sie von Zahn verkündet werden. Doch gerade dort, wo man sie für stark hält, weil „Quellen" herbeigebracht werden, sind sie am schwächsten. Zahns Quellen nämlich sind nur sekundäre Quellen, die selbst von vorgängigen Quellen abhängig sind, um die sich Zahn in auffallender Weise gar nicht gekümmert hat. Drei Kirchenblätter reichen nicht aus, die ganzen Verwicklungen der kirchlichen Situation im totalitären Staat zu erklären[2]. Besonders gefährlich ist es, nur aus einem Teilbezirk des katholischen Lebens, nämlich einseitig aus dem Öffentlichkeitsraum der katholischen Presse, Aussagen von solcher Tragweite abzuleiten. Wir haben daher Karl Aloys *Altmeyer*, Freiburg i. Br., einen ersten Kenner der NS-Zeitgeschichte, insbesondere der Fragen, die sich auf das Verhältnis von katholischer bzw. kirchlicher Presse und Drittem Reich beziehen, gebeten, das von Zahn herbeigebrachte, äußerst dürftige Material durch einen Blick in das Hintergrundgeschehen zu erhellen. Wenn diese Hintergrundserhellung auch durch den zur Verfügung stehenden Raum verständlicherweise nicht vollständig ist (nicht alle Details konnten berücksichtigt werden), so glauben wir doch, daß die im folgenden angeführten Tatsachen hinlänglich deutlich machen, daß das von Zahn entworfene Geschichtsbild falsch ist.

[1] Wir zitieren im folgenden nach dieser Übersetzung. Inzwischen hat Zahn seine Stellungnahme auf einem Symposium der Catholic University of America über „Krieg und Frieden in katholischer Sicht" am 27. 3. 1960 wiederholt. Dieser Vortrag konnte hier noch nicht berücksichtigt werden.
[2] Die beste Möglichkeit zum Studium der Zeitschriften der NS-Zeit bietet die Caritas-Bibliothek Freiburg i. Br., die einen großen Bestand aller Arten von Zeitschriften der NS-Zeit hat.

Die geschichtliche Entwicklung der Situation der katholischen Presse[3]

Wenn von katholischer Presse im Dritten Reich die Rede ist, muß unterschieden werden zwischen den katholischen, die gesamte Aktualität des Tages widerspiegelnden und

meist politisch ausgerichteten *Tageszeitungen,* ferner zwischen den katholischen, die Aktualität sammelnd reflektierenden oder bestimmten Zielen dienenden, aber periodisch erscheinenden *Zeitschriften* (unter die auch die Sonntags-, Bistums-, Familien- und Unterhaltungsblätter fallen) — alle oft fälschlich „Zeitungen" genannt — und schließlich zwischen den bischöflichen *Amtsblättern* für den Klerus. Jeder dieser drei genannten Pressetypen hat seine eigene wechselvolle Geschichte. Unsere konkrete Frage, die wir an diese drei Pressetypen richten, lautet: Inwieweit ist die katholische Presse in der NS-Zeit auf Grund des noch vorhandenen Dokumentenmaterials als „Zeichen der Identität der Gemeinschaft" — wie Zahn behauptet — zu betrachten? Kann man also die Gleichung aufstellen: Katholische Presse = katholische Bischöfe = katholische Gläubige?

[3] Zahn a. a. O., S. 3, Sp. 2.

1. Die katholischen Tageszeitungen

Der schicksalschwerste Tag in der Geschichte der katholischen Tageszeitungen der NS-Zeit ist der 24. April 1935. Vor diesem Datum wurde die katholische Tagespresse als rechtlos behandelt. Nach diesem Datum war sie sogar — einer der vielen Akte, wo das Regime die Rechtlosigkeit „legalisierte" — rechtswidrig geworden.

a) Die Periode der Rechtlosigkeit

Sie beginnt bereits unmittelbar nach der Machtergreifung Hitlers. Spontane, von den Nationalsozialisten raffiniert inszenierte „Volksangriffe" gegen die andersdenkende Presse waren an der Tagesordnung. Die bischöflichen Ordinarien beobachteten das Geschehen mit wachsender Sorge, zumal nach der Auflösung der christlichen Parteien gerade die katholische Tagespresse eine starke Stütze verloren hatte. Am 12. Juli 1933 teilte das Bischöfliche Ordinariat Aachen dem Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Bertram, mit[4]:

„Ew. Eminenz möchten wir auf unsere sehr große Besorgnis aufmerksam machen, die wir für unsere katholische Presse haben. Vertreter der kath. Presse sind in ihrer tiefsten Sorge um ihre Existenz und der von ihnen abhängigen Familien vorstellig bei uns geworden ... So sucht man jetzt schon auf kaltem Wege die nichtnationalsozialistische Presse zum Erliegen zu bringen ... Inwieweit wir in Zukunft noch unter diesen Umständen eine katholische Presse haben, ist demnach völlig unklar ..."

In einem Brief an Kardinalstaatssekretär Pacelli[5] schilderte Kardinal Bertram die pressepolitische Situation in Deutschland. Unter dem Datum des 2. September 1933 schreibt er:

„Der Kampf um die katholische Presse: Während unser Heiliger Vater mit den beredtesten Worten immer wieder die eminente Bedeutung der katholischen Presse darlegt, ... wird diese jetzt in Deutschland heftig bekämpft ..."

In fünf ausführlichen Punkten erwähnte er das Verbot der Bezeichnung „katholisch" für die katholische Tagespresse, Pressezensur, Presseverbote, Abonnenten- und Inseratenbeschränkung, den Zwang zum Abonnement von NS-Zeitungen, den Rückgang der katholischen Presse und die schweren Gefahren für den betroffenen Kreis von 300 000 Personen. Noch ehe der Heilige Stuhl in einer Note vom 19. 10. 1933 bei der Reichsregierung intervenierte, erging am 4. Oktober 1933 das Schriftleitergesetz. Es ergab sich schlagartig für die katholische Presse eine neue Situation: die gesamte katholische Tagespresse wurde der Reichspressekammer unterstellt, der Schriftleiter wurde Staatsfunktionär, der Verleger voller Verantwortungsträger. Durch diese Maßnahme ging dem Episkopat und der katholischen Kirche der gesamte Einfluß auf die Tagespresse verloren. Daß das so gewollt war, geht daraus hervor, daß der Bitte des Pressereferenten Bischof Bares und der Vertreter des Augustinusvereins, die sich persönlich am 23. 9. 1933 im Reichsministerium des Innern in Berlin eingefunden hatten[6], nicht entsprochen wurde, vor Erlaß des neuen Schriftleitergesetzes gehört zu werden. Die im Auftrag der Fuldaer Bischofskonferenz vorgetragenen Bitten wurden größtenteils abgelehnt. Es wurde lediglich versprochen, den Wunsch der Bischöfe an Goebbels weiterzuleiten. Das Gesicht der katholischen Tageszeitungen trug jetzt folgende Merkmale: im politischen Nachrichtenteil gleichgeschaltet mit den nationalsozialistischen Zeitungen, im nichtpolitischen Teil war der Abdruck religiöser Beiträge gestattet. Die Ausrichtung auf den NS-Kurs wurde teilweise unterstützt[7] durch die von v. Papen gegründete AKD[8], die für eine rückhaltlose Mitarbeit am Nationalsozialismus" eintrat und katholische Redaktionen mit „katholischen" Nationalsozialisten unterwanderte. Die AKD löste sich aber schon nach einem Jahr auf, weil sie keinen Fuß fassen konnte.

[4] Diöz. Akt. Trier B III, 14, 8, Bd. 4, S. 89 ff. [5] Diöz. Akt. Trier B III, 14, 8, Bd. 7, S. 1 ff. [6] Ebd. S. 3 ff. Konferenzprotokoll. [7] Vgl. Bayerischer Preßverein; „Ritter-Ära" der „Germania". [8] (Nationalsozialistische) Arbeitsgemeinschaft Katholischer Deutscher. Ausführliches darüber in „Ecclesiastica" Nr. 24, 1935 (Kipa-Fribourg).

b) Die Periode der „Rechts"widrigkeit oder „legalisierten" Rechtlosigkeit

Sie kündete sich bereits an, als Dr. W. Hagemann, um seine Germania vor drohendem Untergang zu retten, eine Unterredung mit Goebbels hatte. Nach einem dem Episkopat vertraulich überreichten Bericht vom 3. 4. 1935[9] sagte am 1. 4. 1935 Goebbels zu Hagemann, „um jeden Preis müsse im neuen Deutschland die Gefahr einer Zerklüftung vermieden werden und darum dürfe es eine konfessionelle Presse nicht mehr geben. Es stände heute noch bei ihm allein, die gesamte katholische Presse zu unterdrücken ..."

Die nationalsozialistische Forderung nach „Entkonfessionalisierung" der Tagespresse wurde am 24. April 1935 in die Tat umgesetzt. Unter dem Schleier der Anordnungen „zur Wahrung der Unabhängigkeit des Zeitungsverlagswesens", „zur Beseitigung der Skandalpresse" und „ungesunder Wettbewerbsverhältnisse" wurden alle religiösen Beiträge in den Zeitungen offiziell untersagt und die Abhängigkeit von religiösen Volksgruppen verboten. Ab 24. 4. 1935 gab es keine katholische Tagespresse mehr im strikten Sinn des Wortes „katholisch". Es blieb der Klugheit der Redakteure überlassen, heilend und mildernd zugunsten ihres Glaubens in die Inhaltsgestaltung einzugreifen. Die „Erläuterungen eines Entwurfes für Herrn Präsidenten Amann", die dem Episkopat und der Auslandspresse vertraulich zugespielt wurden, machen die wahren Hintergründe der April-Anordnungen Amanns offenkundig[10]: Die Anordnungen bezweckten den Ausschluß aller juristischen Personen, also auch aller Orden, Gesellenvereine, caritativen Vereine, Bistümer, Diözesen als Verleger. Die Kirche selbst sei nicht genannt, „so daß die Anordnung keine einseitig gegen die Kirche gerichtete Tendenz zeigt". In der Übergangszeit sei ein entsprechender Druck auf die konfessionellen Zeitungen auszuüben, „um auf diesem Wege endlich die besonders konfessionelle

Gestaltung von Zeitungen, wie sie heute noch in ganz erschreckendem Maße vorliegt, zu beseitigen. Dadurch, daß Verlagsleiter nicht mehr *allein* von ihren bisherigen Brotherren abhängen, werden sie sich hüten, im Sinne ihrer bisherigen Arbeit fortzufahren." Allgemein sei darauf zu achten, daß nicht „katholische Kreise verlorengegangene Einflüsse sicherzustellen versuchen".
Die im Auftrag des Episkopates sofort eingeleiteten Verhandlungen verliefen erfolglos. Nach einem Verhandlungsprotokoll vom 30. 4. 1935 legte[11] Domvikar Adolph der Reichspressekammer die aussichtslose Situation der katholischen Tagespresse am Beispiel der Märkischen Volkszeitung dar. Diese Zeitung habe ihre gesicherte Existenz in den Katholiken des Berliner Bistums. Gebe sie diesen Charakter einer speziell auf die Katholiken abgestellten Zeitung auf, dann müsse sie zugrunde gehen, weil sie gegen den Völkischen Beobachter, die Morgenpost und das Berliner Tageblatt nicht angehen könne. Gebe sie ihren Charakter aber nicht auf, dann müsse sie ebenfalls zugrunde gehen, und zwar auf Grund der neuen Bestimmungen. Wörtlich fährt das Konferenzprotokoll dann fort:

„Domvikar Adolph zieht deshalb den Schluß, daß auch bei mildester, aber konsequenter Auslegung der Anordnung das Todesurteil gegen die bisherigen katholischen Zeitungen gesprochen sei."

„Infolge der starken Beunruhigung" der katholischen Pressevereine sandte Kardinal Bertram am 5. 5. 1935 eine „eindringliche Vorstellung" an Hitler, Frick und Goebbels[12], in der er auf fünf Schreibmaschinenseiten die April-Verordnungen „als untragbare Belastung für die öffentliche Betätigung des kirchlichen Lebens und mit dem katholischen Gewissen nicht vereinbar" erklärt.

„Falls eine entsprechende Abänderung nicht erfolgen sollte, müßte der Episkopat im Hinblick auf die für die Kirche und Volk verhängnisvollen Folgen und in gewissenhafter Erfüllung seiner Seelsorgspflichten die Gläubigen darüber aufklären, wie tief es zu bedauern ist, daß die Tagespresse ihren religiös-kirchlichen Interessen und Bedürfnissen nicht mehr Rechnung tragen kann. Der Episkopat würde auch nicht schweigen können zu den Gefahren, die von einer religiös indifferenten Tagespresse drohen."

Von dieser Androhung machte der Episkopat Gebrauch, als er unter dem Datum des 20. 8. 1935 am 1. 9. 1935 auf allen Kanzeln das gemeinsame Hirtenwort der Fuldaer Bischofskonferenz verlesen ließ[13]:

„Die Freiheit der Presse ist, was wir mit tiefem Schmerz feststellen, so weit eingeschränkt, daß die früher katholischen Zeitungen religiöse Artikel nicht mehr bringen dürfen und zuweilen zur Aufnahme von Artikeln gezwungen werden, die den katholischen Leser verletzen . . ."

Damit wurde in aller Öffentlichkeit allen katholischen Gläubigen gesagt, daß es eine katholische Tagespresse nicht mehr gebe. Über 400 katholische Zeitungen wurden von dieser Maßnahme betroffen.

[9] Diöz. Akt. Trier B III, 14, 8, Bd. 6, S. 53 ff. [10] Diöz. Akt. Trier B III, 14, 8, Bd. 7, S. 40 ff.; Diöz. Akt. Regensburg, Presse 1935; „Neue Zürcher Zeitung" Nr. 813 v. 10. 5. 35. [11] Diöz. Akt. Trier B III, 14, 8, Bd. 7, S. 32 ff. und Regensburg, Presse 1935. [12] Diöz. Akt. Trier B III, 14, 8, Bd. 7, S. 60 ff. [13] K. Hofmann, Zeugnis und Kampf d. dt. Episkopates, Freiburg 1946, S. 15 ff.

2. *Die katholischen Zeitschriften*

Auch die katholischen Zeitschriften lassen sich hinsichtlich ihrer Identität mit der offiziellen katholischen Kirche Deutschlands untersuchen: hier liegt *dokumentarisch* die Scheidelinie am 1. Juli 1936. (Wann de facto im Einzelfall die Identität verlorenging, wäre ein Frage von Einzeluntersuchungen. Hier ist von der Gesamtheit die Rede.) Das Reichskonkordat stellte in Artikel 4 die „amtlichen Diözesanblätter" unter seinen Schutz. Die Mißverständlichkeit dieses Ausdrucks allerdings ließ bis zum Juli 1936 sowohl auf staatlicher wie auf kirchlicher Seite die Meinung gelten, als seien damit auch die Zeitschriften gemeint. Goebbels selbst bekräftigte in seinem Gespräch mit Hagemann[14] diese Meinung:

„Weltanschauliche Polemik müsse grundsätzlich der Kirchenpresse vorbehalten bleiben, die unter dem Schutz des Reichskonkordates stehe. Das sei seinerzeit gegen seinen Wunsch und Willen zugestanden worden, und heute bedauerten auch andere führende Persönlichkeiten bereits die Gewährung dieser Sonderstellung."

Kardinal Bertram bemühte sich, den durch das Schriftleitergesetz entbrannten Streit um die „Amtlichkeit" dieser „Diözesanblätter" niederzuhalten, um zu verhüten, daß diese „Amtlichkeit" zu sehr eingeengt werden und die Zeitschriften insgesamt in staatliche Hände geraten könnten. Bereits am 22. 11. 1934 teilte Bertram, weitsichtig und klug wie er war, den deutschen Bischöfen mit[15]:

„Dem Vernehmen nach bestehen Bestrebungen, den oben bezeichneten Kreis der ‚kirchenamtlichen' Zeitschriften einzuschränken . . . Deshalb möchte wohl vorläufig kirchlicherseits eine neue Erörterung des Kreises . . . der kirchlichen Zeitschriften nicht herbeigeführt werden . . ."

Der mit der Taktik des NS-Regimes durch praktische Erfahrungen vertraute Episkopat konnte es so bis zum 1. 7. 1936 verhindern, daß den katholischen Zeitschriften die „Amtlichkeit", d. h. die Identität mit den Bischöfen und dem katholischen Volk genommen werde. An diesem Tag nun schied Amann, der Präsident der Reichspressekammer, zwischen Amtsblättern für den Klerus und den übrigen kirchlichen, meist in Diözesangrenzen verbreiteten Zeitschriften, die er „Bistumsblätter" nannte. Da die praktische Behandlung der katholischen Zeitschriften durch das NS-Regime bisher diese strikte begriffliche Trennung vermieden hatte, da außerdem durch einen Erlaß Goebbels' vom 19. 12. 1933 und durch Vereinbarungen vom 28. 12. 1933 zwischen den Vertretern des Episkopats und der Reichspressekammer[16] die bisherigen Freiheiten der katholischen Zeitschriften weitgehend zugesichert wurden, da darüber hinaus in der Praxis die Anerkennung dieser Zusicherungen bekräftigt worden war, sah sich Amann veranlaßt, am 4. 8. 1936 in einer Anlage zum Fachschaftsrundschreiben 18/1936 [17] festzustellen:

„. . . Soweit die in dem Rundschreiben des Herrn Bischofs von Berlin zitierte Mitteilung der Fachschaft . . . vom 28. 12. 1933 entgegenstehende Erklärungen enthält, sind diese unrichtig. Die Mitteilung wird hierdurch aufgehoben."

Das bedeutete für die Praxis, daß den katholischen Zeitschriften die Amtlichkeit abgesprochen wurde, daß sie also den übrigen deutschen Zeitschriften gleichgestellt und somit der Identität mit der Kirche entledigt wurden. Ausgenommen blieben nur die Amtsblätter für den Klerus.
Das bedeutet ferner, daß ab 1. 7. 1936 und bekräftigt am 4. 8. 1936 nur noch die bischöflichen Amtsblätter für den Klerus „offizielle bischöfliche Veröffentlichungen"[18] genannt werden können. Diese Tatsache erfährt durch eine gleichzeitig erfolgte Maßnahme im Verwaltungsbereich ihre Sanktionierung: durch die Besetzung der unter kirchlicher Leitung stehenden „Fachschaft der katholischen kirchlichen Presse" durch den SS-Mann, Gerichtsassessor Anton Willi.

Als am 4. 10. 1933 das Schriftleitergesetz erlassen wurde und für die katholischen Zeitschriften die Gefahr bestand, auch sie könnten in die Klasse der „politischen" Zeitschriften eingereiht werden, ließ Pressereferent Bischof Bares keinen Zweifel daran, daß eine solche Klassifizierung „strikt abzulehnen" sei[19]. Nach verschiedenen Verhandlungsprotokollen[20] war man sich darüber einig, daß Inhalt, Aufgabe, Bestellung der Schriftleiter und die bischöfliche Beaufsichtigung des Inhalts eine „politische" Einordnung unmöglich machen, vielmehr seien die katholischen Zeitschriften eine „eminent wichtige Angelegenheit der Bischöfe selbst" und fielen unter die Gesetze der Kirche und nicht des Staates. Die Verhandlungen, die Domvikar Adolph führte, hatten zur Folge, daß die Reichspressekammer es nicht wagte, die katholischen Zeitschriftenpresse in der Weise der Tageszeitungen und der übrigen weltlichen Zeitschriften zu behandeln. Um der „wesenhaften Eigenart"[21] der katholischen Zeitschriften gerecht zu werden, schritt die Reichspressekammer zur Gründung der Fachschaft für die katholische kirchliche Presse, die als selbständiges Gebilde innerhalb der Reichspressekammer speziell den Sektor der katholischen Zeitschriften vertrat. Das Bischöfliche Ordinariat Berlin unter Kapitularvikar Steinmann erklärte sich mit der Gründung der Fachschaft einverstanden und ernannte Domvikar Adolph zu ihrem Leiter. Um aufgetretenen Mißverständnissen zu begegnen, stellte Kardinal Bertram in einem „Gutachten" vom 3. 8. 1937 folgendes fest[22]:

„Wer glaubt, daß die Einrichtung der Fachschaft ... in der Reichspressekammer auf einem freien Entschluß des Berliner Ordinariates beruhe, ist nicht richtig informiert. Staatliche und ständische Stellen hatten seit Erlaß des Reichskulturkammergesetzes den festen Entschluß, auch die kirchliche Zeitschriftenpresse beider Konfessionen in die Reichspressekammer einzugliedern. Für Berlin gab es deshalb von Anfang an nur die Alternative, entweder den Aufbau der Fachschaft allein den ständischen Stellen zu überlassen und damit von vornherein jeden kirchlichen Einfluß aufzugeben oder durch Mitarbeit beim Aufbau der Fachschaft die Einflußnahme der Kirche so lange und so tief als möglich zu sichern ..."

Das Hauptaugenmerk der Fachschaftsleitung richtete sich auf Konzentrierung und Ausbau der katholischen Zeitschriften. Trotz unübersehbarer Neugründungen von seiten der Nationalsozialisten und des starken pressepolitischen Kampfes, nicht aber zuletzt zu erklären als gesunde Reaktion des katholischen Volkes auf die Zerstörung der katholischen Tagespresse, stiegen die Auflagenzahlen der katholischen Zeitschriften höher und höher. Jährlich wurden rund eine Million neue Abonnenten[23] geworben. Um die Aufmerksamkeit der NS-Machthaber abzulenken, wurde Auflagenangabe im Impressum oft umgangen[24] oder entsprechend herabgesetzt. Inhalt und Auflage der katholischen Zeitschriften erreichten eine solche Hochblüte wie noch nie zuvor in Deutschland. Dieser stumme Protest der deutschen Katholiken brachte die NS-Machthaber zur Weißglut. Die schreckliche Diskrepanz zwischen dem Presseziel des Regimes und dem der deutschen Katholiken wurde durch die Februar-Anordnungen 1936 offensichtlich, zu denen es wegen des harten Kampfes in der Frage der Inhaltsgestaltung kam. Da seit dem 24. April 1935, dem Tag der Vernichtung der katholischen Tagespresse, religiöse Auseinandersetzungen nur noch in der Zeitschriftenpresse gestattet waren, die scharfe Trennung Politik — Religion aber die Reichspressekammer veranlaßte, die katholischen Zeitschriften daraufhin zu überwachen, daß keine politischen Bemerkungen verbreitet würden, kam es im Laufe der folgenden Monate zu solchen großen Unerträglichkeiten und Unstimmigkeiten in der Frage der Inhaltsgestaltung, daß Pressereferent Bischof Preysing in mehreren Gestaltungsvorschlägen den scharfen Widerspruch Amanns hervorrief. Als nach mancherlei Zeitschriftenverboten am 11. 1. 36 der bischöfliche Jugendführungsverlag Düsseldorf „wegen mangelnder Zuverlässigkeit" aus der Reichspressekammer ausgeschlossen wurde, dieser Ausschluß aber mit „dem Fehlen jeglichen nationalsozialistischen Gedankengutes"[25] begründet wurde[26], umriß Bischof Preysing in seinem Schreiben vom 17. 1. 36 die von den Schriftleitern zu berücksichtigenden Grundsätze für die Inhaltsgestaltung der katholischen Zeitschriften[27]. Unterstützt von Kardinal Bertram[28], gab Preysing am 14. 2. 1936 eine theologisch fundierte Anweisung[29] an die katholische Presse, an die Reichspressekammer und an Goebbels (wobei er die Bitte aussprach, die Anweisung möge „bei zu erwartenden Erlassen und Maßnahmen" berücksichtigt werden). „Aus dem Geist und aus dem Sinn des Konkordates und aus dem Wesen jeder pressemäßigen Betätigung" wird 1. der wesentliche Inhalt, 2. die Gliederung und 3. die formale Gestaltung der katholischen Zeitschriftenpresse hergeleitet. Am 17. 2. 1936 entschieden Goebbels und Amann: 1. die gesamte katholische Zeitschriftenpresse habe sich dem (parteipolitischen) Schriftleitergesetz zu unterstellen, 2. der Grundsatz für die Inhaltsgestaltung laute: Jeder Beitrag hat allein vom Religiösen auszugehen[30]. Die damit verbundenen starken Einengungen, vor allem die geforderte Ausrottung der natürlichen, lebensverbundenen Basis der katholischen Zeitschriften hatte eine bischöfliche Auseinandersetzung mit der Reichspressekammer zur Folge, wie sie in der ganzen Geschichte der katholischen Presse im Dritten Reich einmalig ist. Hier kann nur kurz erwähnt werden, daß zwischen Februar 1936 und Anfang Juli in dieser Sache 16 längere Schreiben, 3 Konferenzprotokolle und 8 Telegramme von den Auseinandersetzungen Zeugnis geben. Die hartnäckige Weigerung der Bischöfe, auf die Anordnungen vom 17. 2. 1936 einzugehen, wurde von Kardinal Bertram am 22. 3. 1936 Dr. Goebbels nochmals telegrafisch eingeschärft[31]:

„... Dagegen lege ich im Namen des Deutschen Episkopates mit aller Entschiedenheit Verwahrung ein. Ich beantrage und darf die bestimmte Erwartung aussprechen, daß die Durchführung des Erlasses, wie ich beantragt hatte, sofort eingestellt wird ..."

Der Erfolg der hartnäckigen Weigerung der Bischöfe hatte zur Folge, daß die Durchführung der Februar-Erlasse durch Telegramm[32] vom 24. 3. 1936 aufgeschoben wurde.
Da Amann und Goebbels sahen, daß sie auf diesem Wege nichts erreichen konnten, schritten sie zur Gewaltanwendung. Mit Schreiben vom 1. 7. 36 wurde[33] — ohne Rücksicht auf seine bischöfliche und nicht staatliche Beauftragung — Domvikar Adolph von seinem Amt als Fachschaftsleiter abberufen; der SS-Mann Willi aus der Reichspressekammer löste ihn ab. Die zu dieser Maßnahme bereits hinreichend klar gewordenen Gründe wurden von Amann und Goebbels in ihren Schreiben bestätigt. Amann schreibt:

„... Die Erfahrungen mit der bisherigen Durchführung meines Erlasses vom 17. 2. 1936 lassen mir eine Fachschaftsleitung als notwendig erscheinen, die dieser Aufgabe ihre uneingeschränkte Unterstützung und eigene starke ungehinderte Initiative im Sinne meiner im Erlaß festgesetzten Richtlinien und Gesamtzielsetzung meiner Kammer gibt ..."

Goebbels gab am 7. 9. 36 in seinem Brief an Bischof Preysing[34] zu:

„... es hat sich nicht bewährt, einen Angehörigen des geistlichen Standes zum Leiter einer Fachschaft der Reichskulturkammer zu machen. Geistliche unterstehen zugleich auch ihren geistlichen Oberen, und es kann bei ihnen, wenn sie Anordnungen der Kammer durchführen sollen, daher leicht zu einem Konflikt zwischen den Pflichten, die ihnen von seiten der kirchlichen Behörden auferlegt werden, und den Pflichten gegenüber der Kammer kommen ..."

Mit der staatlichen Zwangsmaßnahme der Umbildung der Fachschaft war das Schicksal der katholischen Zeitschriftenpresse mit ihrer blühenden Gesamtdurchschnittsauflage von rund 12 Millionen besiegelt. Die Abberufung Adolphs war nichts anderes als das äußere Zeichen dafür, daß eine Identität zwischen Episkopat, deutschem Katholizismus und katholischer Zeitschriftenpresse nicht mehr bestehe. Arbeitete die Fachschaft bisher *für* die katholischen Zeitschriften, so ab 1. 7. 36 *gegen* sie. Jetzt war sie ihrer aller Feind. Es wäre aber verfehlt, anzunehmen, daß der Episkopat diese Entwicklung bloß protestierend hingenommen hätte. Bis zum Antwortbrief Goebbels' an Bertram vom 24. 3. 1937 [35] entbrannte zwischen Episkopat und Reichspressekammer ein Kampf, der in seiner Art unerhört hart geführt wurde, auf den hier aber aus Raumgründen nicht mehr eingegangen werden kann. Nach Eintreffen der negativen Antwort Goebbels' war es verständlich, daß der Episkopat in voller Erkenntnis der Tragweite dieses Geschehens seine tiefe und echte Enttäuschung nicht verbergen konnte. So ist es zu verstehen, wenn Kardinal Bertram am 30. 3. 1937 [36] allen Ordinariaten schreibt:

„... Nun sind die Möglichkeiten außerkirchlicher Einflußnahme auf diese Zeitschriften und deren Schriftleiter ... noch größer und einfacher geworden ... Die Bemühungen um Freistellung der Zeitschriften von der Reichspressekammer, Fachschaft der kath. kirchl. Presse und vom Schriftleitergesetz insgesamt scheinen danach gescheitert ..."

Der gemeinsame Hirtenbrief der deutschen Bischöfe vom 19. 8. 1936 machte das katholische Volk auf die neu entstandene Situation aufmerksam [37]:

„... Wir können es nicht begreifen, daß die katholische Presse bis zur rein kirchlichen und religiösen einschließlich durch Verordnungen eingeschnürt wird, die beim Volke den Anschein erwecken, als bezweckten sie den Untergang der katholischen Presse überhaupt".

In ihrem Hirtenbrief vom 1. Adentssonntag 1936 zitierten die bayerischen Bischöfe [38] den Satz des Heiligen Vaters vom 14. September:

„... Was kann die Kirche tun, wenn und wo die katholische Presse in jeder Art gehemmt ist, während alle Freiheit einer Presse vorbehalten bleibt, die den Auftrag und die Aufgabe zu haben scheint, alle Ideen zu verwirren und die wahre Religion herabzusetzen, dagegen ganz neue Religionen anzupreisen? ..."

In ähnlicher Weise wandten sich auch die übrigen Bischöfe in Hirtenbriefen und Predigten, in ihren Bischofskirchen und bei Visitationen und Firmungsreisen an die Gläubigen, um sie — unter anderem — über die wirkliche Lage der katholischen Zeitschriften in Kenntnis zu setzen [39].
Inzwischen aber war der Kampf noch nicht beendet, er zog sich im Gegenteil bis in den März des kommenden Jahres hin. Dabei war es aber nicht zu vermeiden, daß die durch verschiedene juristische Gutachten [40] theoretisch bereits im voraus untersuchten Fragen akut wurden. Was bringt die geforderte Unterstellung unter das Schriftleitergesetz an Gefahren für das Wesen unserer katholischen Presse? Ist unter Umständen sogar die Einstellung der gesamten katholischen Zeitschriftenpresse einer solchen politischen Unterstellung vorzuziehen?

Bereits am 23. März 1936 gab Kardinal Bertram den deutschen Ordinarien eine entsprechende Information [41]:

„... Falls die ... Verhandlungen nicht alsbald ein befriedigendes Ergebnis zeitigen, stehen die Hochwürdigsten Herren Ordinarien unmittelbar vor der verantwortungsvollen Entscheidung, ob sie entweder in Würdigung der genannten Gefahren von einer Eintragung der ihnen unterstehenden Schriftwalter in die Schriftleiterliste absehen zu müssen glauben und damit auf das Weitererscheinen der betreffenden Zeitschriften verzichten, oder aber ob sie die seelsorgeamtlichen Schriftwalter und Zeitschriften durch Eintragung in die Schriftleiterliste unter das Schriftleitergesetz bringen und die daraus sich ergebenden Folgen bis auf weiteres hinnehmen wollen, um diese segensreich wirkenden seelsorglichen Hilfsmittel nicht ganz zu verlieren ..."

Auch die Fuldaer Bischofskonferenz befaßte sich mit diesen Fragen. Am 19. 8. 1936 faßte sie den Beschluß, es möge bis auf weiteres keinem Geistlichen, „der kraft kirchenamtlichen Auftrages in kirchlichen Zeitschriften innerhalb seines Zuständigkeitskreises tätig ist, gestattet werden, sich unter das Schriftleitergesetz zu stellen" [42]. Da ein zehnseitiges Schreiben Bertrams an Goebbels vom 7. 9. 1936 [43], das die Bitte aussprach, zu den Verhandlungen um die Presse Vertreter des Episkopates hinzuzuziehen, überhaupt keine Beantwortung fand, mehrere Schreiben und Telegramme ebenfalls keinen Erfolg brachten, sah sich die Fuldaer Bischofskonferenz vom 12./13. Januar 1937 genötigt, das Problem wieder aufzugreifen. Die Entschlossenheit der Bischöfe kommt in einem Schreiben Preysings an Goebbels zum Ausdruck. Kurz vor der Bischofskonferenz, am 9. 1. 1937, teilt Bischof Preysing dem Propagandaminister mit [44]:

„Die bisherige, bereits unerträglich gewordene Handhabung des Erlasses vom 17. 2. 1936 ... bedeutet natur- und rechtswidrige Einschränkung des Inhalts der katholisch-kirchlichen Presse, Abdrosselung ihrer natürlichen Lebenskräfte und infolgedessen Blutleere, Auszehrung und Absterben. Das bedeutet gewaltsame Trennung von Lehre und Leben ... Dem katholischen Volk wird Zusammenschrumpfung und Siechtum seiner Presse nicht verborgen bleiben, und es kann mit Recht erwarten, daß der Episkopat bis zum Äußersten für die Lebensnotwendigkeiten und Lebensrechte der katholischen Presse eintritt ..."

Die sich in Fulda Anfang Januar 1937 versammelnden Bischöfe hatten das Bewußtsein, nicht immer im Kampf um die katholische Presse unterlegen zu sein. Sie wußten, daß es ihnen zu verdanken war, daß die katholischen Zeitschriften nicht schon im Dezember 1933 in die Hände des NS-Regimes gekommen waren. Es war ihnen aber auch klar, daß sie im harten Ringen zwischen Februar und Juli 1936 in unnachgiebiger Haltung die Unterstellung unter das Schriftleitergesetz vereitelt hatten. Das waren sicher sehr große Erfolge. Mit derselben Unbeugsamkeit wollten sie auch die letzte Runde des Kampfes um die katholische Presse für sich entscheiden. Deshalb entschlossen sie sich, den bereits auf ihrer August-Konferenz gefaßten Entschluß erneut zu bekräftigen, um Goebbels gegenüber mit der Einstellung aller kirchlichen Zeitschriften zu drohen, falls er auf der Durchführung der Februar-Verordnungen bestehe. Man erhoffte sich, die Ankündigung einer solchen Maßnahme könnte Goebbels zum Nachgeben veranlassen, weil deren Durchführung nicht nur die Pressepolitik der Regierung in Frage gestellt, der hörbare Protest aber dem Ansehen Deutschlands im Ausland geschadet hätte, sondern Goebbels selbst in den Augen Hitlers hätte verletzen können, zumal bekannt war, daß Hitler bei taktlosem und untaktischem Verhalten seiner Minister jede Beherrschung verlor. Die verhärtete Situation sollte es aber zeigen, daß Hitler offensicht-

lich in diesem Punkte mit Goebbels einig war und das in der bischöflichen Denkschrift an Hitler am 20. 8. 1935 gerichtete Wort — das übrigens den Grund für die häufigen Eingaben an Hitler erklärt — wirkungslos bleiben sollte[45]:

„... Herr Führer! Um das Ziel zu erreichen, das in diesen Worten von ferne gezeigt wird, muß allerdings nach unserer Überzeugung ein persönliches Eingreifen Ihrer alle Nebenführer überragenden Autorität erfolgen ..."

„In vollständiger Einmütigkeit und mit ernstester Entschiedenheit"[46] stellte sich der Episkopat auf seiner Januar-Konferenz 1937 „auf den bisher" in der Frage der Unterstellung der katholischen Schriftleiter unter das Schriftleitergesetz „vertretenen Standpunkt" und beschloß,

„... daß der betreffende Ordinarius bzw. der Gesamtepiskopat wegen solcher grundsätzlich und praktisch untragbarer Eingriffe in die seelsorgeamtliche Tätigkeit der Kirche eher die Einstellung der seelsorgeamtlichen Zeitschrift bzw. Zeitschriften vornehmen als diese Unterstellung vornehmen zu lassen."

Hitlers und Goebbels' Pläne allerdings waren anders. In seinem Brief an Kardinal Bertram vom 24. 3. 1937 brachte Goebbels[47] den getroffenen Beschluß in die ärgste Krise:

„Die von Euer Eminenz ... namens des deutschen Episkopates in Sachen der katholisch-kirchlichen Zeitschriften vorgetragenen Beanstandungen kann ich nicht als berechtigt anerkennen ... Durch eine Freistellung vom Schriftleitergesetz würde für diese ein Ausnahmerecht begründet und dem Staat so gut wie jede Einflußnahme ... genommen."

Kardinal Bertram als Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz entschied durch Rundschreiben vom 30. 3. 1937 an die deutschen Ordinarien[48] folgendes:

„Der Beschluß der Plenarkonferenz der deutschen Bischöfe in Fulda ... gründete sich auf die Ansicht, daß durch ihn und seine Mitteilung an den Herrn Minister die Unterstellung der kirchenamtlichen Zeitschriften unter das Schriftleitergesetz verhindert werden könnte. Nachdem aber nach der anliegenden Antwort des Herrn Ministers das grundsätzlich und praktisch gleich wichtige, ja prinzipiell wichtigere Ziel einer Ausgliederung ... aus der Reichspressekammer und der Fachschaft ... sich endgültig als unerreichbar erweist, entfällt für den Beschluß der Fuldaer Konferenz, die Einstellung dieser Zeitschriften ... vorzunehmen, der tiefere und eigentliche Grund ... Vielmehr dürfte nunmehr abzuwarten sein, ob tatsächlich im Einzelfall konkrete, grundsätzlich untragbare Forderungen an diese Zeitschriften oder deren Schriftwalter gestellt werden ... Die Anwendung des gen. Beschlusses der Fuldaer Konferenz dürfte also auf die vorbezeichneten Fälle zu verschieben sein ..."

Damit war generell die Entscheidung für das Weitererscheinen aller 416 Zeitschriften getroffen, speziell für den konkreten Einzelfall aber blieb die Anwendung des Fuldaer Beschlusses weiterhin möglich. In der Tat erfuhr er auch gelegentliche Anwendungen, so zum Beispiel, als Bischof Galen von Münster seinem Bistumsblatt die Aufnahme eines Zwangsartikels über einen Sittlichkeitsprozeß verbot im vollen Bewußtsein, daß dieser Beschluß das Ende des Blattes bedeute oder wenigstens ein zeitweiliges Verbot[49]. Bischof Bornewasser von Trier, dessen Bistumsblatt als erstes aller Bistumsblätter dem endgültigen Verbot verfiel[49], lehnte das Wiedererscheinen des Paulinus ab, weil man die Bedingung gestellt hatte, das Blatt müsse sich dann auf der Linie der Frankfurter Katholischen Kirchenzeitung halten[50]. Ähnliche Situationen gab es in den Diözesen Münster und Paderborn, wo anstelle der verbotenen Bistumsblätter lediglich Dekanatsblätter gestattet wurden, aber unter der nicht akzeptierten Bedingung, sie müßten von rein weltlichen Verlegern herausgegeben werden und dürften keinerlei kirchliche Abhängigkeit besitzen[49]. Das waren keineswegs die einzigen Versuche des NS-Regimes[51], „grundsätzlich untragbare Forderungen" zu stellen.

[14] S. Anmerkung 9. [15] Schreiben C. A. 1659/34 Diöz. Akt. Regensburg, Presse 1934. [16] Konferenzprotokoll Diöz. Akt. Trier B III, Bd. 5, S. 22 und „Eilige" 3. Fachschaftsinformation v. 28. 12. 1933, Diöz. Akt. Regensburg, Presse 1934. [17] Diöz. Akt. Limburg 205/II/H. [18] Vgl. Zitat bei Zahn, a. a. O., Sp. 1. [19] Protokoll v. 24. 11. 1933, Diöz. Akt. Trier B III, 14, 8, Bd. 5, S. 9. [20] Ebd. S. 3—10. [21] Vgl. Schreiben d. Ordinariates Berlin v. 16. 12. 33, Diöz. Akt. Trier B III, 14, 8, Bd. 6, S. 1 ff. [22] Diöz. Akt. Trier B III, 14, 8, Bd. 5, S. 180 ff. [23] Vgl. u. a. Rundschreiben 24, Anlage 22 des B. I. D., Diöz. Akt. Regensburg, Presse 1936. [24] Rundschr. R 952/34. S. 15 Diöz. Akt. Aachen 300044 GvsJ 17. [25] Schr. Amanns v. 11. 1. 36 Diöz. Akt. Aachen 300044 GvsJ 17, I. S. 24 ff. [26] Der Jugendführungsverlag zählte einen jährl. Ausstoß v. 18,8 Millionen Zeitschriftenexempl. [27] Diöz. Akt. Regensburg, Presse 1936, Num. Exh. 611. [28] Schr. Bertrams v. 27. 2. 36 an Goebbels. Diöz. Akt. Regensburg a. a. O. [29] Diöz. Akt. Regensburg a. a. O. Anlage zum Schreiben v. 29. 2. 4936. [30] GZ 2176/36, Diöz. Akt. Limburg 205/II/H und Priv. Akt. Auer, Donauwörth. [31] Anlage z. Schr. C. A. 2012 v. 23. 3. 36, Diöz. Akt. Regensburg, Presse 1936. [32] Telegramm 283 Berlin F 65/63 24 1256, ebd. Num. Exh. 3151/1936. [33] Anlage 2 z. Rundschr. 34 des BID, ebd. (BID = Bischöflicher Informationsdienst). [34] Schr. I 1441/16. 8. zit. im Schr. Preysings Nr. 8366 v. 30. 9. 1936, Diöz. Akt. Trier B III, 14, 8, Bd. 6, S. 126. [35] I C 1441/7. 9., Diöz. Akt. Regensburg, Presse 1937 ff. [36] C. A. 2069/1937, ebd. [37] Amtsblatt Freiburg Nr. 28 v. 26. 8. 1936. [38] Konrad Hofmann, Zeugnis und Kampf, Freiburg 1946, S. 56. [39] Vgl. Hirtenbrief- und Predigtauswahl bei Strobel, Christliche Bewährung, Olten 1946, S. 172 ff. [40] Vgl. Gutachten b. d. Diöz. Akt. Regensburg, Presse 1937 ff., Num. Exh. 1764. [41] Schr. C. A. 2012/36, ebd. Presse 1936. [42] Diöz. Akt. Trier B III, 14, 8, Bd. 5, S. 11 Anlage 5. [43] Ebd. S. 120 ff. Schreiben Bertrams C. A. 5801. [44] Diöz. Akt. Regensburg, Presse 1937 ff. [45] Konrad Hofmann a. a. O. S. 47. [46] Schreiben Bertrams C. A. 1352/1937 an Goebbels v. 3. 3. 37: Diöz. Akt. Regensburg, Presse 1937 ff.; Schreiben Bertrams an alle Ordinarien C. A. 1736, ebd. [47] Schr. I C 1441/7. 9., ebd. u. Walter Adolph, Dokumente zum Kirchenkampf, Wichmann-Jahrbuch 1959/10, S. 28 ff. [48] Schr. C. A. 2069/1937, Diöz. Akt. Regensburg, Presse 1937 ff. [49] Vgl. die mit weiteren Einzeltatsachen unterbauten folg. Dokumente: „Lage und zu erwartende Entwicklung" (Preysing) v. Febr. 1937: Diöz. Akt. Regensburg, Presse 1937 ff., Num. Exh. 1764; „Schlußfolgerungen und Vorschläge" (Preysing) v. 30. 3. 1937: Diöz. Akt. Trier B III, 14, 8, Bd. 5, S. 42 ff.; „Gutachten zur Freiburger Denkschrift" (Bertram) v. 3. 8. 1937, ebd. S. 180 ff.; „Lage der kath. Presse im Sommer 1938" (Preysing) v. 22. 8. 38: ebd. Bd. 4, S. 131 ff.; „Richtlinien für die Inhaltsgestaltung" (Preysing) v. 27. 7. 38, ebd. Bd. 4, S. 147 ff.; „Lage der kath. Presse im Sommer 1939" (Preysing) b. Walter Adolph a. a. O.; mehrere Dokumente in „Dokumente", Morus-Verlag, Berlin 1946. [50] Nicht identisch mit dem Limburger Bistumsblatt St.-Georgsblatt. [51] „Lage der kath. Presse im Sommer 1939" bei Walter Adolph, bes. S. 35, Abs. 5 u. 6.

3. Die bischöflichen Amtsblätter

Von den katholischen Zeitschriften am 1. 7. 1936 grundsätzlich getrennt, konnten sich die Bischöfe ihre durch Konkordat geschützten Amtsblätter auch den ganzen Krieg hindurch als offizielle Publikationsorgane retten. Da die Amtsblätter aber nur für den Klerus bestimmt waren, weitete der Episkopat die Amtlichkeit der Blätter auch für die Gläubigen in der Weise aus, daß viele Hirtenbriefe nicht in den Amtsblättern zur Veröffentlichung kamen, sondern auf hektografiertem Weg verbreitet und unter die Gläubigen gebracht wurden. Wiederholte staatliche Versuche[52], auch die Amtsblätter dem Schriftleitergesetz unterzuordnen, scheiterten an der einmütigen Ablehnung der Bischöfe[53].

[52] 13. 4. 38: Diöz. Akt. Limburg 205/II/H, O. E. 2883 u. 4508; 16. 9. 39 ebd., O. E. 6250. [53] Vgl. ebd. bischöfl. Schr. v. 16. 4. 38; 20. 4. 38; 25. 6. 38; 18. 9. 39; 22. 9. 39; 23. 9. 39 und andere ebd.

Zusammenfassung:

1. Das „Zeichen der Identität innerhalb der Gemeinschaft"[54]

a) Die von Zahn behauptete Gleichheit der katholischen Presse in Deutschland mit der Gemeinschaft der amtlichen Kirche in Deutschland ist dokumentarisch bei der Tagespresse spätestens am 24. 4. 1935 und frühestens am 4. 10. 1933 nicht mehr gegeben. Bei der Zeitschriftenpresse liegt die Aufhebung der Identität spätestens am 1. 7. 1936. Die von Zahn zitierte Selbstdefinition der katholischen Presse aus dem Jahre 1935 (21. 4. 1935) ist weder hinsichtlich der Tageszeitungen noch der Zeitschriften anwendbar auf den Zeitraum nach dem 1. Juli 1936. Infolgedessen müssen 26 „Beweise", die Zahn aus der katholischen Zeitschriftenpresse aus dem Zeitraum nach dem

1.7.1936 herbeibringt, als Beweise abgelehnt werden, weil sie keine „offiziellen Veröffentlichungen ... auf Anordnung und im Auftrag der Bischöfe" mehr sind, wie die zitierte Selbstdefinition besagt. Damit entfällt das „Zeichen der Identität", und die Gleichung heißt jetzt: katholische Presse ≠ Bischöfe ≠ Gläubige.

b) Nur noch die bischöflichen Amtsblätter für den Klerus können für den gesamten Zeitraum der NS-Herrschaft als offizielle Veröffentlichungen der Bischöfe angesehen werden. Sie hatten den Charakter der Amtlichkeit und standen — gemäß der staatlichen Begriffsbeschränkung am 1. 7. 1936 — unter dem Schutz des Reichskonkordates. Sie mußten zwar gelegentlich geringe staatliche Eingriffe über sich ergehen lassen, waren aber frei von Zwangsartikeln. Hier spricht also die offizielle Stimme der Kirche in Deutschland.

c) Bei Ausklammerung der Amtsblätter ist die Behauptung Zahns unrichtig, es hätte einen „Teil der katholischen Presse" gegeben, „der von den Nazi-Machthabern nicht unterdrückt wurde". Die Münchener Katholische Kirchenzeitung, die Bayrische Kirchenzeitung und das Klerusblatt unterstanden wie alle übrigen Kirchenblätter der Fachschaft in der Reichskulturkammer. Von ihnen war sogar die Münchener Katholische Kirchenzeitung, auf die sich Zahn am meisten beruft, der besonderen Verfolgung des NS-Regimes ausgesetzt. Goebbels selbst hielt sie „auf Linie" und drohte ihr schon am 30. 5. 1936, sie als „politische" Zeitschrift zu behandeln, falls sie zu Inhaltsbeanstandungen weiter Anlaß gebe[55].

d) Von einem „geringen" oder gar „keinem Erfolg" (Zahn) der Bemühungen der Bischöfe um die katholische Presse kann man nicht reden. Es muß im Gegenteil angesichts der absoluten staatlichen Machtmittel als sehr großer Erfolg bezeichnet werden, daß es die Bischöfe erreichten, mit einer Haltung mutiger Entschlossenheit die katholische Zeitschriftenpresse bis zum 1. Juli 1936 unmittelbar in ihrem Einflußbereich zu halten. Es war ein weiterer, sehr großer Erfolg, daß man bis Ende März 1937 die Unterstellung der Schriftleiter unter die Staatsgesetze zu verhindern wußte. Ein noch viel größerer Erfolg aber war es, daß es den Bischöfen mit Hilfe der Fachschaft gelang, trotz untersagter Neugründungen, den katholischen Zeitschriften jährlich eine Million Abonnenten neu hinzuzuführen und die gesamte Durchschnittsauflage der Zeitschriften auf über 12 Millionen zu steigern. Diese Tatsachen sprechen für sich und bedürfen für den keines Kommentars, der um die Not der Presse im totalitären Staat weiß. Ähnliche Erfolge der Bischöfe könnte man auch hinsichtlich der Tageszeitungen anführen, für die Zeit natürlich, da es die katholischen Zeitungen noch gab.

Eine Verschmelzung oder „Identifikation der religiösen Gemeinschaft mit der nationalen Identität" (Zahn) kann aus dem Inhalt der katholischen Presse nicht hergeleitet werden. Könnte es nun hergeleitet werden aus der Tatsache, daß die Bischöfe nicht „den einzig anderen Weg" gingen, „den sie hätten gehen können", nämlich die „Einstellung des Erscheinens" (Zahn) der katholischen Zeitschriften zu gebieten?

[54] Zahn a. a. O., „Die katholische Presse und das Nazi-Regime". [55] Anmerkung zu „Lage und zu erwartende Entwicklung" (Preysing) vom Februar 1937; Diöz. Akt. Regensburg, Presse 1937 ff. Num. Exh. 1764/1937.

2. Das zugunsten des NS-Regimes getroffene „Werturteil" [56]

a) Es ist nicht zu leugnen, daß die Frage der Einstellung der katholischen Zeitschriften bei dem Episkopat tatsächlich mehrere Monate hindurch zur Diskussion stand. Wie die Quellen aber[57] gezeigt haben, bestand die Alternative darin, entweder auf das Wiedererscheinen der Zeitschriften zu verzichten oder aber sie trotz der Folgen einer wachsenden staatlichen Beeinflussung zu erhalten, um die „segensreich wirkenden seelsorglichen Hilfsmittel nicht ganz zu verlieren". Auf dem Höchstpunkt der Krise entschied sich der Episkopat für das seelsorgliche Moment, behielt sich allerdings vor, bei „grundsätzlich untragbaren Forderungen" im Einzelfall von der Einstellungsmöglichkeit Gebrauch zu machen.

b) Hätte der Episkopat die Einstellung der katholischen Presse in ihrer Gesamtheit beschlossen, dann wäre folgende Situation eingetreten: sämtliche 416 Zeitschriften wären unmittelbar dem NS-Regime ausgeliefert worden; aus parallelen Fällen der Tagespresse zu schließen, hätte der Staat sämtliche technischen Anlagen konfisziert; die katholischen Verleger und Schriftleiter hätten ihren Beruf verloren; die Beschäftigten der Druckereien wären gezwungen gewesen, nationalsozialistisches Ideen„gut" zu verbreiten; ein großer Teil kirchlichen oder privaten katholischen Besitztums wäre in die Hände des Staates gekommen; die in ihrem Ausmaße einmalige Flut antikirchlichen Schrifttums wäre verdoppelt oder verdreifacht worden[58]; jegliche Art Abwehr antikirchlicher Angriffe wäre unmöglich geworden; der Zusammenhalt zwischen den katholischen Organisationen und Vereinen wäre erschwert worden; die Nationalsozialisten hätten über den gesamten deutschen Publizitätsraum ihre der katholischen Glaubens- und Sittenlehre widersprechenden Grundsätze verbreiten können, ohne daß eine sachliche Darlegung der katholischen Wahrheiten vor der katholischen Öffentlichkeit möglich gewesen wäre[59].

c) Ein Einstellungsbeschluß — vorausgesetzt, daß die Bischöfe überhaupt noch hätten beschließen können, weil die Existenz der katholischen Zeitschriften nur in den Händen des Staates lag — hätte demnach einen Schlag ins eigene Gesicht bedeutet, die radikale Kapitulation vor dem Nationalsozialismus, die Unterstützung des antikirchlichen Kampfes, die langsam um sich greifende Ausbreitung der Unkenntnis der Grundsätze des katholischen Glaubens bei jung und alt, die Aushöhlung der katholischen Gemeinschaft und die Förderung der Zerstörung des Bandes der Einheit unter den geknechteten Glaubensbrüdern. Der dadurch der Kirche und dem katholischen Glauben entstandene Schaden hätte in keinem Verhältnis gestanden zu den Folgen, die die Unterstellung unter das Schriftleitergesetz mit sich gebracht hat, vor allem deshalb, weil trotz der Unterstellung unter das Staatsgesetz den katholischen Verlegern und Schriftleitern, auf die jetzt die Hauptverantwortung fiel, ein großer, wenn auch gefährlicher Raum blieb, die Treue zur Kirche in den Grenzen der Möglichkeit zu beweisen.

d) Solange es eine Reihe von Möglichkeiten gab, der Gefährdung des katholischen Glaubens durch eventuelle Inhaltsauflagen mit anderen Mitteln vorzubeugen, wäre die Einstellung der Zeitschriftenpresse unvernünftig gewesen. Es kann hier nur angedeutet werden, daß diese Möglichkeiten in keiner Weise verkannt werden dürfen. Sie wurden während des ganzen Hitler-Regimes ausgeschöpft:

a) In Hirtenbriefen, Predigten der Bischöfe und durch die segensreiche Predigttätigkeit der Geistlichkeit war der „Mann auf der Straße" über die kirchen- und pressepolitische Situation grundsätzlich aufgeklärt. Er wußte, daß

von einem Kniefall der Kirche vor dem NS keine Rede sein konnte. Er kannte die Tatsache, daß eine Identität zwischen katholischer Presse und offizieller Stimme der Kirche nicht bestand[60]. Seine Augen und Ohren waren in dieser Krisenzeit — wie in allen Krisenzeiten — doppelt weit geöffnet. Er wußte, warum die Bischöfe von ihm verlangten, „zu Hause treuer als sonst im heiligen Evangelium zu lesen ... und fleißiger als sonst die kirchlichen Predigten zu besuchen“[61].

β) Von nicht zu unterschätzender Bedeutung war die Möglichkeit eines mittelbaren Einflusses der Kirche auf die katholischen Zeitschriften durch private Übereinkommen und Verträge mit den verantwortlich zeichnenden Verlegern. Um diesen in ihrer Furcht und in ihren Gewissensnöten beizustehen, erließ Bischof Preysing instruktive Richtlinien[62], brachte über die Ordinarien den dauernden Kontakt zwischen Verlegern und Bischöfen bzw. Diözesanpressereferenten zustande, sorgte für interne Zusammenkünfte und Konferenzen, machte erste Schritte zur Förderung eines guten Schriftleiternachwuchses, einer informierenden Korrespondenz und zur besseren technischen Gestaltung der Kirchenblätter[63].

γ) In Fällen, bei denen den katholischen Zeitschriften Artikel aufgezwungen wurden, die ausgesprochen der offiziellen Haltung der Bischöfe und der Kirche widersprachen, erfolgte eine offizielle Richtigstellung von den Kanzeln[64] oder die bischöfliche Anweisung, bei seelsorglicher Notwendigkeit unter den Gläubigen im Auftrag des Bischofs die betreffenden Zwangsauflagen richtigzustellen[65].

Diese Möglichkeiten bestanden grundsätzlich immer. Deshalb war die Gefährdung für den Glauben weit geringer, als sie bei Einstellung der Zeitschriftenpresse hätte sein können. Eine Gesamteinstellung der Zeitschriften wäre nicht nur unrealistisch und übereilt, sondern auch ungerecht gewesen, denn die Wirkmöglichkeiten der Zeitschriften waren aus verschiedenen Gründen sehr unterschiedlich.

Die vorliegende Rekonstruktion der pressepolitischen Ereignisse im Dritten Reich auf Grund von primären Quellen hat gezeigt, daß von einer Identität von offizieller Kirche und katholischer Presse spätestens vom 1. Juli 1936 an nicht mehr gesprochen werden kann. Hier müßte nun ein großes Loblied auf die meisten katholischen Verleger, Schriftleiter und Schriftsteller eingeschaltet werden, die es in unerhörter Klugheit, christlicher Taktik und Glaubenstreue fertigbrachten, daß kaum ein Thema antikirchlichen oder glaubensgefährdenden Inhalts in ihre Zeitschriften kam. Es wäre hier der Ort, statt der jedem Oberflächlichen in die Augen springenden Schattenseiten die Lichtseiten der „geknebelten“[66] katholischen Presse aufzuzeigen[67], das vergebliche Ringen von Dämonen gegen die Wahrheit, und nicht zuletzt die Tatsache des stummen Sieges und Protestes, angedeutet allein schon in der bloßen Existenz der von Katholiken getragenen Zeitschriften der Hitlerzeit. Solange es die Treue der katholischen Verleger, Schriftleiter und Gläubigen gab, solange es die Möglichkeit gab, staatliche, grundsätzlich unkirchliche Einflüsse auf die Inhaltsgestaltung der Zeitschriften in kluger Weise abzufangen, wie es dargestellt wurde, solange war die Einstellung der Zeitschriftenpresse nicht der „einzig andere Weg“. Die Ziele der katholischen Presse und die Pressepolitik der Regierung Hitler waren nicht identisch. Das beweist jeder Auflagenartikel und seine Abwehr, das beweist die Knebelung und jedes Wort, das „zwischen den Zeilen“ an die Leser gerichtet war. Statt der „bedingungslosen“ Kapitulation vor dem Ns-System, statt der Identifizierung mit der Gemeinschaft der Nationalsozialisten wurde von den Bischöfen bis zum erzwungenen Ende der katholischen Zeitschriftenpresse[68] am einmal gefällten „Werturteil“ festgehalten: *cura animarum suprema lex esto!*[69] So blieb die katholische Presse bestehen nicht „durch“ den Nationalsozialismus, sondern „trotz des Nationalsozialismus“[70]. Sie war ein Contra, nicht ein Idem. Das gilt auch für die Kriegssituation, deren Durchleuchtung der zweite Teil dieses Beitrages dienen soll.

[56] Zahn a. a. O. S. 4, Spalte 1. [57] Die Diözesanakten Fulda und Freiburg konnten noch nicht berücksichtigt werden, ferner die Akten einer Reihe von Privatarchiven. [58] Vgl. alle Dokumente in „Dokumente“ a. a. O. [59] Es können nicht alle Nachteile angeführt werden. Hätte Zahn — und das ist das Bedauerlichste bei seinen Thesen — sich der Mühe unterzogen, die immense deutsche Literatur über die kirchen- und pressepolitische Situation der NS-Zeit zu studieren, dann wären die von ihm in grober Oberflächlichkeit aufgestellten Theorien nicht aus seinem Mund gekommen. [60] Vgl. die Hirtenbrief- und Predigtsammlung Strobel a. a. O. passim. [61] Hirtenbrief v. 20. 8. 35; 20. 8. 36 (Fuldaer Konferenz) und Strobel a. a. O. [62] Richtlinien für die Inhaltsgestaltung: v. 27. 7. 38: Diöz. Akt. Trier B III, 14, 8, Bd. 4, S. 147 ff. [63] Vgl. die in „Dokumente“ a. a. O. angeführten Aktenstücke und W. Adolph a. a. O. [64] Vgl. u. a.: Kanzelverkündigungen u. Klerusinformationen gegen Zwangsartikel, erzwungene Österreich-Artikel, Vorfälle in Rottenburg und Wien, in „Dokumente“ a. a. O. passim, Predigt Galens bei generellem Verbot des Abdrucks bischöfl. Hirtenbriefe u. Verlautbarungen: Diöz. Akt. Trier B III, 14, 8, Bd. 10, S. 5 f.; bei Österreicherklärung vgl. Koerner, Ralf Richard, Publiz. Behandlung der Österreichfrage, Wien 1958. [65] Vgl. „Dokumente“ a. a. O. u. Schr. v. Generalvikar Riemer v. 4. 4. 38 betr. Erkl. d. österr. Bischöf., Nr. 2715, an d. Klerus, Diöz. Akt. Passau, Reg. I/16 b. [66] Preysing am 12. 12. 1938 in „Stellungnahme“, „Dokumente“ a. a. O. S. 89. [67] Eine Untersuchung der kath. Zeitschriften der Hitler-Zeit hinsichtlich der Gefährdung des Glaubens dürfte sehr aufschlußreich sein. [68] Am 25. 4. 1941 für spätestens 1. 6. 41 von der Reichspressekammer festgesetzt „aus kriegswirtschaftlichen Gründen“ (Diöz. Akt. Passau, Reg. I/16 b, Nr. 3215 u. 3506). Schon am 24. 4. 41 forderte Kardinal Bertram telegrafisch von Hitler, „zu verhindern, daß die gesamte religiöse Presse stillgelegt wird“. Er bittet „aus Gründen der seelsorglichen Notwendigkeiten“ (Diöz. Akt. Trier B III, 14, 8, Bd. 4, S. 154). [69] Es fehlt der Raum, alle jene Dokumente wiederzugeben, in denen die Existenz der katholischen Presse mit der Sorge für das Seelenheil der Gläubigen begründet wird. In der Tat war dies das ausschlaggebende Moment. [70] Preysing am 12. 12. 1938 in „Stellungnahme“, „Dokumente“ a. a. O. S. 89.

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

JOHN, Eric. *Bishop, the Mediaevalist.* In: The Dublin Review Nr. 483 (Frühjahr 1960) S. 52—67.

John zeigt die erste ausführliche Biographie des bedeutenden englischen Liturgiehistorikers Edmund Bishop an (Nigel Abercrombie, The Life and Work of Edmond Bishop, London 1959). Bishop spielte ein maßgebende Rolle bei der Wiederherstellung des benediktinischen Mönchstums in England, bei der Entscheidung über die Gültigkeit der anglikanischen Weihen und als Berater der Kommission für die Brevierreform. Seine bedeutendste wissenschaftliche Leistung ist die Erkenntnis der eigentlich (stadt)römischen Elemente der lateinischen Meßliturgie. John benutzt die Gelegenheit der Anzeige des Abercrombieschen Buches, um einige Akzente bei der Darstellung der Kontroverse zwischen Bishop und Duchesne anders zu setzen und Bishops Einfluß auf die Darstellung der englischen monastischen Reform des 10. Jahrhunderts zu kritisieren.

PHILIPON, M.-M., OP. *Les dons du Saint-Esprit chez Saint Thomas d'Aquin.* In: Revue Thomiste T. 59 Nr. 3 (Juli/September 1959) S. 451—483.

Nach einem Überblick über die Vorgeschichte der Lehre des hl. Thomas in seinen frühen Werken wird nach S. Th. I/II q. 68 in Verbindung mit dem Traktat De Lege I/II q. 106 a. 1 und 2 die biblisch-theologische Synthese darüber gegeben, wie der Heilige Geist durch eine besondere Gnade den Menschen zum freien und gehorsamen Werkzeug Gottes werden läßt, so daß er „durch einen höheren Instinkt des Heiligen Geistes bewegt wird". Das sei der Schlüssel der mystischen Theologie.

SAND, Alexander. *Autorität im Religionsunterricht.* In: Katechetische Blätter Jhg. 85 Heft 4 (April 1960) S. 176—179.

Einige exegetische Bemerkungen zur Frage der Autorität des Katecheten. Insofern er lehrt, verkündet und fordert, steht hinter seinem Wort nicht seine Autorität, sondern die, in dessen Namen er spricht. Daß sie vom Schüler häufig verlacht und nicht ernst genommen wird, dürfe ihn nicht wundern, denn der Diener ist nicht größer als der Herr. Wollte sich der Katechet aus der Situation, in der er, bar jeder Autorität, nur noch ein Schauspiel ist, mittels äußeren Aufwandes Respekt verschaffen, dann könnte er wohl menschliche Autorität, die seiner Person, wiederherstellen, er würde aber damit nicht der Wahrheit Gottes dienen.

STAKEMEIER, Eduard. *Das Konzil von Trient über die Tradition.* In: Catholica Jhg. 14 Heft 1 (1960) S. 34—48.

Auf Grund einer Untersuchung von Henry Holstein wird an Hand des Verlaufs der Konzilsverhandlungen über die Frage der Tradition im Verhältnis zur Heiligen Schrift festgestellt, das Konzil habe nur die Kriterien für das Vorhandensein einer apostolischen Tradition als Glaubensquelle definieren wollen. Es fehle aber die Darstellung des Zusammenhanges der Tradition mit der apostolischen Sukzession in der Weise der altkirchlichen Väter. — Eine Ergänzung bildet der Beitrag von Ludger Kruse über „Die Stellungnahme des Konzils von Trient zur Ansicht Cajetans über die Kindererersatztaufe in konzilsgeschichtlicher Würdigung und theologiegeschichtlicher Gegenwartsbedeutung" (S. 55—77). Das Konzil habe die Frage nicht entscheiden wollen und auch keine Ablehnung einer fides aliena geben wollen. Die Frage sei also noch offen.

STROTMANN, Theodor, OSB. *Sur le sacrifice eucharistique, fondement du rassemblement des croyants.* In: Irénikon T. 33 (1. Trimester 1960) S. 41—55.

Zum Gedenken des verstorbenen Priors Dom Lambert Beauduin OSB, des bekannten Vorkämpfers der eucharistischen Bewegung, schreibt der Verfasser, daß die hl. Eucharistie immer mehr als Opfer erkannt, zum Mittelpunkt der Vereinigung aller Christen werde, und erweist das aus dem neuen Buch von Max Thurian, Taizé, über die Eucharistie und aus einem früheren Werk von Vilmos Vajta, Direktor der theologischen Abteilung des Lutherischen Weltbundes, über „Priestertum und Opfer der Gläubigen".

WULF, Hans, SJ. *Christ und Politik.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 6 (März 1960) S. 401—415.

Eine sehr klare Einführung in die politischen Prinzipien vorwiegend der lutherischen Christen, d. h. in die Lehre Luthers von den „Zwei Reichen", die zugleich dem Urteil Karl Barths ausgesetzt und in ihrer Ablehnung, dem geistlichen Regiment eine im Christus-König gegründete Rechtsvollmacht zuzuerkennen, der andersartigen katholischen Lehre entgegengestellt wird.

***. *Die Kirche auf dem Weg zur einen Welt.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 15 Heft 4 (April 1960) S. 245—262.

In diesen „Anregungen und Hoffnungen für das zweite Vatikanische Konzil" werden neben der Darlegung des Standes der Vorarbeiten und des Modus Procedendi einige Desiderata in behutsamer Weise vorgetragen, sowohl bezüglich der Vorarbeiten auf episkopaler Ebene wie vor allem unter Rücksicht der Erwartungen der Christen in aller Welt bezüglich des Konzils als eines Schrittes auf die Wiedervereinigung hin. Folgende Hauptpunkte sollten zur Sprache kommen: Bekenntnis zur Einheit, Bekenntnis zur „Freiheit des Glaubens" (niemand darf wegen seines bona fide gelebten Glaubens diskriminiert werden), De-facto-Anerkennung der Existenz getrennter christlicher Gemeinschaften im Osten und Westen, Anerkennung der Konsequenzen aus der Existenz des Weltkirchenrates, Erklärung, alle Bestrebungen zu fördern, die der Wiedervereinigung dienen, Erklärung, daß die Kirche bereit ist, auch ganze Gruppen Getrennter wieder aufzunehmen und ihnen gewisse Sonderrechte einzuräumen, Intensivierung der theologischen Vorarbeiten zur Wiedervereinigung durch die Episkopate.

Les fonctions liturgiques d'après la Tradition. In: La Maison-Dieu Nr. 61 (1. Trimester 1960).

Nachdem Nr. 60 der französischen Zeitschrift für Pastoral und Liturgie sich mit den „Personen des liturgischen Dramas" (Les acteurs de l'action liturgique) vom praktischen Gesichtspunkt aus befaßt hatte, bringt Nr. 61 die Vorträge einer Tagung in Vanves 1959 als theologischen Unterbau dazu. In den einzelnen Beiträgen behandeln: J. Lécuyer CSSp den Zelebranten, I.-H. Dalmais OP das Problem des Diakons in historischer Sicht, André Duval OP die Einführung des „Kommentators" und dessen Herkunft aus dem Konzil von Trient. Es sei noch hingewiesen auf die Beiträge von Prof. Balthasar Fischer über die Geschichte der niederen Weihen und von Jean Daniélou SJ über die Rolle der Frauen in der frühen Kirche.

Mischehen-Seelsorge. Sonderheft von Lebendige Seelsorge Jhg. 11 Heft 4 (1960) S. 101—140.

Das Sonderheft bietet zunächst die notwendigen empirischen Materialien zur Mischehenfrage, Verbreitung in Deutschland, USA, Schweiz, Österreich, Holland, nach Stadt und Land, Geschlecht, Berufsstand und Klasse, ferner die Einstellung der Jugend zu dieser Frage (Untersuchungsergebnisse aus Holland und Deutschland), die Stellung der Kirche zur Mischehe, die Fragen der Dispens und der sittlichen Erlaubtheit, die religiös-sozialen Auswirkungen der Mischehe (Taufe, Kinderfreudigkeit, religiöse Erziehung der Kinder, Scheidung), die Bedeutung der Mischehe für die Wiedervereinigung der getrennten Christen. Alle Beiträge schrieb Bernhard Häring CSSR. Ein weiteres Sonderheft wird die vielfältigen Aufgaben der Mischehenseelsorge behandeln.

Kultur

BUSSE, Kurt. *Problem und Probleme der Werkbücherei.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 7 (April 1960) S. 36—44.

Unter den Problemen, die sich einer Werkbücherei stellen, greift Busse vor allem die Frage nach dem Recht pädagogischer Einflußnahme durch den Betrieb auf. Der moderne Mensch ist sehr empfindlich gegen jede spürbare Bevormundung; daher sei die Bedienung einer Werkbücherei durch einen ausgebildeten Bibliothekar in vielen Fällen abzulehnen. Der Leser will sich kollegial anregen und nicht im Sinne der deutschen Bildungstradition für das wertvolle Buch erziehen lassen. Der unerfahrene und unverbildete Leser muß das richtige Lesen überhaupt erst lernen; er „schmeckt" die Bücher, er wertet nicht. Um aber dieses Schmecken nicht zu einer Sucht ausarten zu lassen, muß eine indirekte Beeinflussung einsetzen. Es geht um die richtige Mitte; nur ein kollegiales Vertrauensverhältnis kann den Leser weiterführen.

CITATI, Pietro. *Stil und Kritik.* In: Merkur Jhg. 14 Heft 4 (April 1960) S. 330—346.

Citati unterscheidet vor allem zwei Gruppen von Kritik: als erste die Gruppe der Klassizisten, die davon ausgehen, daß eine objektive Situation nur auf eine einzige Weise dargestellt werden kann. In Gegensatz dazu steht die moderne Stilkritik, die von dem Bewußtsein der Vielfalt individueller Stile gelenkt wird und an die Stelle der objektiven Wirklichkeit die subjektive Wirklichkeitserfassung setzt. Ihr hervorragendster Vertreter ist Proust. Seine „pastiches" und dann die „Recherches", in denen die Sprache bestimmter Autoren reproduziert und parodiert wird, zeigen ein äußerstes Mittel, um jede individuelle Essenz zu erfassen; zugrunde liegt ihnen ein mimetischer Trieb, eine irrationale Intuition der Stilkritik, die es für den Kritiker humanistischer Tradition nicht gibt. Für die moderne Stilkritik gilt die Grundanschauung, daß das Kunstwerk ad infinitum beschreibbar ist. Sie lebt in der fruchtbaren Spannung der Aufgaben, ein Äquivalent für individuellen Ausdruck zu schaffen und anderseits eine rein deskriptive, phänomenologische Ästhetik ins Leben zu rufen.

ESPIAU DE LA MAËSTRE, André. *Die Revolte des Albert Camus.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 15 Heft 4 (April 1960) S. 279—291.

Diese Würdigung des Camus ist, verglichen mit den an dieser Stelle angezeigten (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 335), am stärksten historisch-philosophisch orientiert. Nietzsche, Heidegger, Husserl, Scheler und N. Hartmann sind danach Camus' geistige Väter, mit deren Hilfe der Franzose seinen Begriff des Absurden metaphysisch zu fundieren suchte. Camus vertrete, gerade weil er alles auf den Menschen setzte, einen „postulatorischen Atheismus". Der Christ könne im Absurdismus Camus' einen „läuternden Atheismus" sehen, der geeignet sei, jene Menschen, die alles auf Glaube und Hoffnung gesetzt haben, „über ihre Berufung und über den tragischen Schatten, der diese stets begleitet", zum Nachdenken zu veranlassen.

GEHLEN, Arnold. *In die Freiheit verstrickt. Zur Situation der modernen Kunst.* In: Merkur Jhg. 14 Heft 4 (April 1960) S. 301—307.

Die ausweglose Freiheit der modernen Kunst, vor allem der modernen Malerei, wurzelt nach Gehlen in der retrospektiven Einstellung, einem Geschichtsbewußtsein, das in der schnellen Folge antithetischer Umschläge immer neue Kunstformen hervorbringt und sich keine historischen Rückgriffe, keine Renaissancen mehr gestattet. Jede Originalität weist in die Zukunft. Durch diese Freiheit in der modernen Kunstauffassung, Freiheit von der Tradition und Freiheit von dem beherrschenden Zwang des Bildgegenstandes zieht sich der so isolierte Künstler ganz in sich und in den Prozeß seiner Inspiration zurück. Er bohrt sich in seine Kunstprobleme ein; seine geistige Aktivität zieht sich auf sich selbst zurück, und das Ergebnis dieses Prozesses ist, daß der Künstler nach außen hin kontaktlos und dem Publikum unverständlich wird.

KAMSTRA, Jakob H. *Japans größte Gefahr — die Sokagakkai.* In: Zeitschrift für Missionswissenschaft und Religionswissenschaft Jhg. 44 Heft 1 (1960) S. 41—51.

Kamstra gibt einen Überblick über Entstehen, Organisation und Lehre der Sokagakkai-Sekte, die er als größte Gefahr Japans bezeichnet. Ihre fast explosionsartige Entwicklung in den letzten Jahren verdankt die Sekte vor allem den psychologisch fundierten Methoden ihres Mitbegründers Toda, der eine Art zwangsmäßiger Bekehrung gegen die eigene innere

Überzeugung eingeführt hatte. Dieser „Missionierung" dient eine riesige Organisation. Die Doktrin der Sokagakkai, die „Wertlehre", dem Großteil ihrer Mitglieder unverständlich, stellt eine Mischung zwischen Neukantianismus und Pragmatismus dar, in der der Wert des Wahren durch den des Nützlichen ersetzt wurde. Alles Übernatürliche wird geleugnet, auch die Religion ist dem Menschen nur nützlich. So wird in dieser Religion der Materialismus zu einem der höchsten Werte des Menschen erhoben.

KELLER, Rudolf. *Georges Bernanos und seine Kirche.* In: Reformatio Jhg. 9 Heft 2 (Februar 1960) S. 87—95.

Dies ist der erste Teil eines Beitrages „zur innerkatholischen Kritik am Katholizismus", der nach einem Abriß über das Leben von Bernanos die Problemkreise seiner Kritik, zunächst am Priester, in vornehmer Weise darlegt.

NIEMEIER, Gottfried. *Erziehung und Schule in der DDR 1945—1960.* In: Informationsblatt Jhg. 9 Nr. 6 (2. Märzheft 1960) S. 81—93.

Angesichts der neuen verschärften Schulpolitik der Sowjetzone gegenüber den Kirchen ist diese Übersicht mit ausführlicher Zitierung der wichtigsten Quellen sowohl der staatlichen Schulbestimmungen wie der Stellungnahmen der EKD bzw. der Landeskirchen in der Zone von großem Wert.

NOVOTNY, Fritz. *Paul Cézanne und sein Stil.* In: Universitas Jhg. 15 Heft 4 (April 1960) S. 413—420.

Die „petites sensations" Cézannes sind die Erlebnisse des Künstlers mit dem Farbigen in der Natur und dessen Wiedergabe im Bild. Sie bestehen vor allem in der Beziehung, die der Künstler zwischen Farbe und Objekt setzt. Das bedeute jedoch nicht, daß die Farbe bei Cézanne alles allein leiste. Erst in ihrem besonderen Verhältnis zur Realität liege ihre besondere Bedeutung bei Cézanne. Die Farbe diene zur Veranschaulichung von Relationen und Bindungen zwischen Körpern und Dingen; mit ihrer Hilfe werden bisher verborgene Gesetzlichkeiten vordemonstriert.

PICHT, Werner. *Albert Schweitzer in Lambarene.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 15 Heft 4 (April 1960) S. 292—305.

Picht charakterisiert das Ereignis des Auszuges Schweitzers aus der zivilisierten Welt in die afrikanischen Urwälder als das Ereignis einer Berufung, die weder psychologisierend noch säkularisierend gedeutet werden könne. Den Grund, der den Theologen Schweitzer veranlaßte, als Arzt nach Afrika zu gehen, sieht Picht vor allem darin, daß für Schweitzer das „Bedürfnis zu schweigendem Wirken" in dem Maße gewachsen war, als er sich „jahrelang in Worten ausgegeben" hatte. Die Ideen, die hinter den Vorhaben Schweitzers stehen, sind sein Glaube an die „Brüderschaft der vom Schmerze Gezeichneten", ferner seine Überzeugung, daß der Europäer den Farbigen helfen müsse, daß er eine Schuld abzutragen habe, und schließlich die Überzeugung Schweitzers, die in der Parole „Ehrfurcht vor dem Leben" am bekanntesten geworden ist.

PÖPPEL, Karl Gerhard. *Über den Auftrag der Schule in der industriellen Gesellschaft.* In: Ordo Socialis Jhg. 7 Heft 4 (1959/60) S. 248—263.

In Auseinandersetzung mit den Forderungen der Soziologen an die Schule, den Jugendlichen Lebenskunst in der funktionalistischen Gesellschaft beizubringen, betont der Verfasser den eigenständigen Wert der Schule als Institution der Erziehung, die sich frei halten müsse von jedem an sie von außen herangebrachtem Determinismus. Die Schule könne der heutigen Gesellschaft am nachhaltigsten dienen, wenn sie unbeirrt um die Meinungen von außen ihrer Aufgabe der Erziehung des Menschen nachgehe.

Politisches und soziales Leben

COOLEY, John K. *Frankreichs algerische Krankheit.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 15 Heft 3 (März 1960) S. 201—204.

Ein Kommentar zu den Januarvorgängen in Algerien. Cooley betont vor allem die Bedeutung der algerischen Frage für die westliche Welt. Sollte die französische Armee nicht mehr der Regierung gehorchen, würde die Nato auseinanderbrechen. Ohne Unterstützung Frankreichs sei es aber dem Westen nicht möglich, seine Position in der Bundesrepublich und West-Berlin zu halten. Eine Lösung des Algerienproblems, die sowohl Moslems wie Ultras zufriedenstellen könnte, zeichne sich bis jetzt nicht ab. Nur bei günstiger Konstellation aller im Spiel stehender Faktoren lasse sich eine echte Lösung (vertragliche Übereinkunft mit der FLN) verwirklichen.

DELANGLADE, Jean. *Autodétermination en Algérie.* In: Revue de l'Action Populaire Nr. 137 (April 1960) S. 426—440.

Eine sehr kluge, gerechte und nüancierte Darlegung der Probleme, die eine „Selbstbestimmung" Algeriens aufwirft: hier haben zwei gänzlich verschiedene Bevölkerungsgruppen gänzlich verschiedene Auffassungen von dem, was Algerien ist. Für die algerischen Franzosen gibt es drei Forderungen: 1. Franzosen zu bleiben; 2. Heimatrecht in Algerien zu behalten; 3. keine Ausländer in Algerien zu sein. Die beiden ersten Forderungen entsprechen den Menschenrechten, die dritte ist sehr problematisch und nicht von den Algerienfranzosen allein zu lösen, sondern einerseits von ganz Frankreich, anderseits von allen Algeriern, auch den Muselmanen. Denn sie bedeutet: Algerien bleibt eine „französische Provinz". Man hat versucht, dies in den letzten Jahren in dem Sinn zu verwirklichen, daß man den Muselmanen volle Rechte gab; aber sie blieben rein theoretisch. Zu einer gerechten Lösung, auch für die Algerienfranzosen, gehört aber in Wahrheit diese Idee der „französischen Provinz" gar nicht. Gerecht wäre es, diesen Begriff der Vergangenheit aufzugeben, doch damit nicht zugleich alles Positive der Vergangenheit, sondern ein Algerien zu schaffen, in dem die Muselmanen wirklich „frei" sind, die Franzosen aber „zu Hause" in Anerkennung ihrer großen Verdienste um das Land.

HERBERG, Will. *Religion and Culture Today.* In: The Commonweal Vol. 71 Nr. 25 (18. März 1960) S. 667—668.

Der bekannte amerikanische Religionssoziologe stellt die Bewußtseinsänderung über die Religionszugehörigkeit innerhalb der US-Gesellschaft heraus. Zu Beginn des Jahrhunderts glaubte der echte US-Amerikaner noch, er müsse Protestant sein, und ordnete sich an Hand von ethnischen Kriterien in die Gesellschaft ein. Heute dagegen ist die Religionszugehörigkeit weitgehend Einordnungskriterium und die pluralistische US-Gesellschaft von den drei „demokratischen" Religionen, Protestantismus, Katholizismus und Judentum bestimmt.

HÖFFNER, Joseph. *Das Krankenhaus in der modernen Gesellschaft.* In: Die neue Ordnung Jhg. 14 Heft 2 (April 1960) S. 111—118.

Aus mancherlei Gründen, vor allem wegen der zunehmend steigenden Lebenserwartung, wächst die Bedeutung des Krankenhauses in der modernen Gesellschaft. Von den Fragen, die mit dieser Entwicklung verbunden sind, hat Höffner drei besonders wichtige analysiert: die Frage der Trägerschaft (soll der Staat wirklich ausschließlich Träger des Krankenhauses sein?), das Problem der Pflegesätze (sie sollten nicht durch indirekte Steuern, sondern durch echte Beiträge zur Krankenversicherung aufgebracht werden) und schließlich die zentrale Frage des Dienstes im Krankenhaus, der seinem Wesen nach ein Dienst am ganzen Menschen sein muß. Er ist ohne das Ethos des Dienens nicht zu leisten. Gerade dieses Ethos aber schwinde in der modernen Gesellschaft, obgleich die Bedeutung der Dienste zunimmt und für sie auch Interesse vorhanden ist, sofern sie sachlich-objektiv ausgerichtet und in ihren Funktionen klar umgrenzt sind.

LECLERCQ, Jacques. *Croissance ou Décadence de la Civilisation Occidentale.* In: Signes du Temps Nr. 4 (April 1960) S. 3—7.

Der Autor, Moraltheologe der Universität Löwen, gibt einen historischen Rückblick über die Ausbreitung der Zivilisation, die ihren Ausgangspunkt im Mittelmeerraum hat und heute die Eine Welt erobert. Europa, die Wiege dieser Zivilisation, hat seine menschliche Problematik bewußtseinsmäßig am klarsten erfaßt, und nur durch seine politische Einigung würde es noch eine geistig führende und mäßigende Rolle in der technisch geeinten Welt spielen können. Doch scheint heute ein tragisches Paradox in dem Gegensatz zwischen der absoluten Notwendigkeit dieser Einigung und den Schwierigkeiten ihrer Verwirklichung zu liegen.

LENZ, Helmut. *Die gesellschaftspolitische Stellung der Deutschen Gewerkschaften von 1918 bis 1933.* In: Die neue Ordnung Jhg. 14 Heft 2 (April 1960) S. 87—99.

Ein Überblick über Geschichte und Entwicklung der verschiedenen Gewerkschaften in Deutschland während der Weimarer Republik. Durch den Zusammenbruch des Reiches wurden die Gewerkschaften zur Teilnahme am politischen Leben gedrängt. Ihre Mitgliederzahlen stiegen sprunghaft, wobei dieser Zustrom ihnen nicht immer zum Vorteil gereichte. Höhepunkt ihrer Macht und ihrer Verantwortung gegenüber dem Staat war der Kapp-Putsch. Der Verfasser behandelt dann im einzelnen Entwicklung und Probleme der Gewerkschaftsverbände bis zu ihrem Ende 1933.

MURRAY, John C., SJ. *Morality and Foreign Policy.* In: America Vol. 102 Nr. 24 und Nr. 25 S. 729—732 bzw. S. 764 bis 767.

Der bekannte amerikanische Sozialphilosoph analysiert die gängigen Denkschemata der protestantischen US-Gesellschaftsgruppen über die Beziehung zwischen Moral und Politik. Er unterscheidet eine ältere primitive, puritanisch-voluntaristische Richtung, die nur individuelle Akte des Altruismus kenne, die Komplexheit des von Institutionen und Gesellschaftsgruppen bestimmten politischen Handelns nicht zur Kenntnis nehme und die Macht als solche für schlecht erkläre. Die heutigen Verpflichtungen der amerikanischen Außenpolitik werfen jedoch diese Fragen naturnotwendig neu auf und führten weite Kreise zu den Schlußfolgerungen eines existentialistischen „Ambiguismus", den Murray mit den sozialphilosophisch-literarischen Kategorien Sartres sehr plastisch erklärt. Diese Aporie könne nur durch eine naturrechtlich begründete Ethik, die in der sozialen und politischen Wirklichkeit Eigenwerte mit relativer Autonomie innerhalb eines vorgegebenen Wertsysteme sehe, überwunden werden. Murray zeigt an Hand eines Beispiels, wie sich heute die Politik des nationalen Interesses sachorientiert in eine internationale Ordnung eingliedern müsse. Doch bliebe ein solches Denken leider auf den katholischen US-Bevölkerungsteil beschränkt, der es für die Außenpolitik der USA nicht fruchtbar machen könne.

PANNIKAR, Raimúndo. *Der demokratische Mythus.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 7 (April 1960) S. 3—14.

Die Lage Indiens ähnelt in vielem der sozialen Situation der vergangenen feudalen Epoche in Europa. Doch unterscheidet sie sich auch im wesentlichen von ihr. Geistige Grundlagen und Bau der indischen Gesellschaft sind anders als in Europa. Daher glaubt der Verfasser nicht, daß das Ergebnis des Zusammenbruches des europäischen Feudalismus, die Demokratie, in Indien wirklich Fuß fassen wird. Was heute in Indien unter Demokratie verstanden wird, ist etwas anderes, als es im Westen bedeutet. Der Verfasser ist überzeugt, daß das Programm der Socialist Pattern of Society für Indien der rechte Weg ist, wenn auf ihm verwirklicht wird, was die Führer Indiens anstreben: eine neue Ordnung zwischen Kommunismus und Kapitalismus. Die Gefahr, die sich der Verwirklichung des Programmes entgegenstellt, sieht der Verfasser vor allem in der Unkenntnis des Inders über die der modernen Technik und Zivilisation immanenten Gefahren. Er könne sich überhaupt nicht vorstellen, daß das indische Volk seine religiöse Substanz verlieren könne. Aus dieser Wirklichkeitsfremdheit ergibt sich auch die Gefahr, die der Kommunismus für Indien bedeutet.

ST.-JOHN-STEVAS, Norman. *Law and Christian Morals in the liberal Society.* In: The Dublin Review Nr. 483 (Frühjahr 1960) S. 1—20.

Der Verfasser benutzt den Anlaß einer Diskussion über die Strafbarkeit des Selbstmordes im englischen Strafrecht, um einige allgemeine Erwägungen über die Durchsetzbarkeit christlicher Moralbegriffe im Strafrecht anzustellen. „Strafgesetze, die moralische Vorschriften enthalten, sind nur

durchsetzbar, wenn sie von einem entsprechenden sittlichen Konsensus in der Gesellschaft getragen werden." Die Katholiken erregen nur Argwohn, wenn sie solche Gesetze trotzdem vorschlagen. Das ist ein zu hoher Preis für die Erhaltung oder Einführung notwendigerweise doch unwirksamer Gesetze. Sie sollten sich darauf beschränken, die Neutralität des Staates gegenüber sittlich zweifelhaften Praktiken zu sichern, also zu verhindern, daß er sie billigt oder fördert. Im Interesse des gesellschaftlichen Friedens, der selber ein moralischer Wert hohen Ranges ist, müssen Kompromisse zwischen widerstreitenden Tendenzen geschlossen werden.

VON BREISKY, Hubert. *Der Schwarze und der Weiße Mann.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 15 Heft 4 (April 1960) S. 263 bis 278.

Einige Probleme afrikanischer Länder und Regionen: der Union im Süden (deren Apartheidpolitik vom Verfasser mit großem Verständnis dargeboten wird), von Belgisch-Kongo (dessen Problematik, wenn nicht einfacher, so doch eindeutiger ist als in der Union), von Angola-Moçambique (das als Beispiel einer sehr klugen und erfolgreichen Politik der Portugiesen angeführt wird) und von Ghana, einem besonders begünstigten Land. Der Verfasser betont immer wieder, daß das Ausmaß der besonderen Eigenarten des Afrikaners die Vorstellung des Europäers weit überschreitet. Der Afrikaner sei bis zu seiner Begegnung mit den Weißen geschichtslos gewesen, er lebe heute in dem Zustand eines Jugendlichen, der viel will und nur wenige Voraussetzungen mitbringt, um das Gewollte zu erreichen.

WENKE, Hans. *Die soziale Lage der Studentenschaft.* In: Die Sammlung Jhg. 15 Heft 4 (April 1960) S. 196—199.

Dieser Bericht über die soziale Lage der Studentenschaft stützt sich auf das Ergebnis einer Umfrage, die im Sommer 1959 90% der Studierenden in der Bundesrepublik und in West-Berlin erfaßte. Die Kriegsgeneration hat ihr Studium abgeschlossen; dafür wuchs die Zahl der mittelbar vom Krieg Betroffenen: der Kriegswaisen, Ostzonenflüchtlinge und Heimatvertriebenen. Wenke wendet sich strikt gegen die falsche Auffassung, die sogenannten Universitätsferien könnten zur Werkarbeit dienen. Positive Punkte der Umfrage sieht er in dem seit 1951 wieder zunehmenden Hochschulwechsel, der ein vielseitigeres Studium ermöglicht und eine größere finanzielle Bewegungsfreiheit voraussetzt. Die erhöhte Förderung nach dem Honnefer Modell hat den Anteil der Werkstudenten um ein Drittel vermindert. Als vordringlichste Aufgabe aller zu leistenden Hilfsaktionen bezeichnet Wenke den Bau studentischer Wohnheime.

YOUGBARÉ, D. *Migration et apostolat en Haute-Volta.* In: Église Vivante Jhg. 12 Nr. 2 (März/April 1960) S. 111—115.

Der eingeborene Bischof von Koupela skizziert hier die Probleme der Wanderung und der Landflucht im Schwarzen Afrika, die den Problemen der Landflucht überall sehr ähnlich sind, jedoch verschärft durch den großen Kontrast zwischen einheimischen Sitten und Bindungen auf dem Land und moderner technischer Kultur der Weißen. Nicht nur die Seelsorge in den Elendsvierteln der Industrieansiedlungen wird davon betroffen, sondern ebenso die auf dem Land, wo die Armut zum Abwandern verleitet, die Rückkehrer fremde Gedanken mitbringen oder gescheiterte Existenzen sind, die Liebesbotschaft Christi eher aus der allgemeinen Solidarität loslöst als echte Brüderlichkeit schafft.

Artificial Insemination and the Law. Evidence on behalf of the Catholic Body in England and Wales. In: The Dublin Review Nr. 483 (Frühjahr 1960) S. 21—30.

Der Text des Berichtes, den eine vom Kardinal von Westminster ernannte Kommission über den katholischen Standpunkt in der Frage der künstlichen Befruchtung dem zuständigen Regierungsausschuß vorgelegt hat.

Chronik des katholischen Lebens

BÜHLMANN, Walbert, OFMCap. *Die Bibel in der katholischen Weltmission.* In: Neue Zeitschrift für Missionswissenschaft Jhg. 16 (1960) S. 1—26.

Bühlmann gibt in diesem ausführlichen Beitrag einen Überblick über die Bibelübersetzungsarbeit in der katholischen Weltmission. Man schätzt, daß die Bibel heute in etwa 1200 Sprachen übersetzt worden ist, also in die Sprachen von 95 % der Erdbevölkerung, wovon der Hauptanteil den Missionssprachen zufällt. Das bei weitem größte Verdienst an diesen Übersetzungen haben die Protestanten, die auf Grund ihrer Wertschätzung der Heiligen Schrift als überragender Offenbarungsquelle in ihr auch das hervorragendste Missionsmittel sahen. Die Katholiken haben bei ihrer Betonung von Lehramt und Tradition die Übersetzungen stark vernachlässigt. Heute bahnt sich eine Überbrückung dieser Gegensätze an. Das Ziel dieser ökumenischen Bemühungen wäre eine wissenschaftliche Zusammenarbeit in Richtung auf eine Einheitsbibel. Das heißt praktisch: die in irgendeiner Missionssprache vorliegende protestantische Bibel müßte von einer von Bischöfen ernannten Kommission geprüft und kommentiert werden. Solchen Bestrebungen steht Rom nicht fremd gegenüber; auch in protestantischen Kreisen findet man Verständnis und zum Teil freudiges Entgegenkommen.

TSHIBANGU, Tharcisse. *Une Liturgie „africaine".* In: Église Vivante Jhg. 12 Nr. 2 (März/April 1960) S. 116—123.

Eine wirkliche „Afrikanisierung" der Liturgie darf nicht in einzelnen „Anpassungen" bestehen, sie muß von innen kommen. Sie hat eine naturgegebene Grenze darin, daß das Christentum historisch zu den Afrikanern in der lateinischen Form gekommen ist und die Afrikanisierung daher auch von dieser ausgehen muß. Die orientalischen Liturgien stehen wohl theoretisch der Seele Afrikas näher, aber praktisch kann man sie jetzt nachträglich nicht mehr übernehmen. Die lateinische Liturgie selber muß dem Schöpferischen Raum geben.

VILLANYI, Andreas. *Beduinenmission.* In: Zeitschrift für Missionswissenschaft und Religionswissenschaft Jhg. 44 Heft 1 (1960) S. 31—41.

Villanyi bezeichnet die Nomaden als die Elite des Arabertums. Der Nomadismus verlangt eine stoische Anpassung an das Wüstenmilieu. Aus den Notwendigkeiten des Wüstenlebens erwuchsen die arabische Gastfreundschaft, die Höflichkeit und der Großmut, die Askese und Frömmigkeit. Die Beduinen können ohne arteigene Mission nicht erfaßt werden. Bisher wurde diese Mission vernachlässigt. Die Persönlichkeit des Missionars spielt bei den Arabern eine größere Rolle als jede Form von Institution. Der Beduine will als gleichgestellter Freund behandelt werden. Der Nomadenmissionar sollte daher ebenso im Zelte leben wie die Nomaden selbst. Villanyi nennt als Beispiel für echte missionarische Anpassung die Petits Frères und die Petites Soeurs.

WHYTE, J. H. *Newman in Dublin. Fresh Light from the Archives of Propaganda.* In: The Dublin Review Nr. 483 (Frühjahr 1960) S. 31—39.

In den Archiven der Propagandakongregation werden jetzt die Dokumente der 50er Jahre des 19. Jh. zugänglich, der Zeit, da Newman Rektor der katholischen Universität Dublin war. Sie werfen neues Licht auf die Frage, warum Newman 1853 nicht Bischof wurde. Der Widerstand kam von Erzbischof Cullen von Dublin. Sie bestätigen im übrigen, was man über das Verhältnis Cullens zu Newman wußte.

Chronik des ökumenischen Lebens

BUCHRUCKER, Armin-Ernst. *Ist „Arnoldshain" nur eine innerevangelische Angelegenheit?* In: Una-Sancta-Rundbriefe Jhg. 15 Heft 1 (März 1960) S. 12—29.

Der lutherische Verfasser (in ds. Jhg., S. 192, versehentlich Buchdrucker geschrieben) berichtet für katholische Leser über den geschichtlichen Ursprung der reformatorischen Abendmahlskontroverse, die von den sog. Arnoldshainer Thesen der EKD (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 255 f., 287 und 383) überwunden werden sollte und von der VELKD nicht anerkannt worden ist (vgl. ds. Jhg., S. 120), und weist in scharfer Kennzeichnung der Union und der darin von den Reformierten von jeher verfolgten Machtpolitik die Thesen zurück, weil sie die gemeinsame lutherische und katholische Lehre (?) von der Realpräsenz zerstören.

ELLWEIN, Eduard. *Die Christusverkündigung in Luthers Auslegung des Johannesevangeliums.* In: Kerygma und Dogma Jhg. 6 Heft 1 (Januar 1960) S. 31—68.

Nach einer Darstellung der Christologie des Johannesevangeliums, die in der Gottessohnschaft Jesu gipfelt, wird die Auslegung Luthers dazu wiedergegeben, die — das dürfte der Sinn des Aufsatzes sein — die Christologie von Chalkedon, das „paradoxe Wunder der einen Person aus zwei Naturen", als Bekenntnis Luthers erweist. Auf die von Chalkedon abweichenden Äußerungen des Reformators, die z. Z. das interkonfessionelle Gespräch beschäftigen (vgl. unten Journet), wird kein Bezug genommen.

GOLTZEN, Herbert. *Kirchliche Jugendweihe oder Konfirmation.* In: Zeitwende Jhg. 31 Heft 4 (April 1960) S. 238—251.

An Hand der neuen Vorschläge der letzten Synode der EKD zur Frage der Konfirmation (abgedruckt u. a. in „Monatsschrift für Pastoraltheologie", März 1960, S. 78 f., und in „Ev.-luth. Kirchenzeitung", 15. 3. 60, S. 89 f.) gibt der Verfasser eine Kritik der kirchlichen Konfirmationspraxis, die tatsächlich schon zu einer „Jugendweihe" geworden sei, ehe außerkirchliche Mächte diese Weihe übernahmen. Das Konfirmationsgelübde sei theologisch wie jugendpsychologisch untragbar, die Koppelung von Konfirmation mit Schulentlassung oder Verleihung kirchlicher Rechte müsse fallen. Die Vorverlegung allein schaffe keine Abhilfe, obwohl die Frühkonfirmation als freiwilliges Verlangen wertvoll sei. Später sei eine besondere „Ordination zum christlichen Laienstand" nötig nach ausreichender Unterrichtung und Bewährung.

JOURNET, Charles. *Jésus est-il Dieu pour M. Oscar Cullmann?* In: Nova et Vetera Jhg. 35 Nr. 1 (Januar/März 1960) S. 1—8.

Eine ebenso klare wie bestürzende Analyse der „Christologie des Neuen Testaments" von O. Cullmann: mit rein historisch-philologischer Methode, hinter der aber eine moderne Privatphilosophie stecke, gebe der verdiente lutherische Exeget die Christologie der Ökumenischen Konzilien als unbiblisch, weil griechischem Substanzdenken verhaftet, univoce mit Bultmann preis, und zwar, wie Journet bemerkt, in Fortsetzung des mangelnden Interesses, das Luther für das Dogma von Chalkedon hatte. Die Gottheit Christi liege lediglich in seiner Funktion als Offenbarer Gottes, nicht in seinem Wesen. Es gäbe im NT nicht zwei Götter, und es gibt — für Cullmann — nicht mehr die katholische Trinität.

PERSSON, Per Erik. *Die Predigt und die Realpräsenz Christi.* In: Lutherische Rundschau Jhg. 9 Heft 4 (Februar 1960) S. 434 bis 445.

Ausgehend von dem biblischen Befund, daß das „Evangelium Christi" als ein Geschehen verstanden wurde, in dem Christus durch den Geist gegenwärtig ist, wird behauptet, daß es keinen fundamentalen Unterschied zwischen dem Ergebnis der Predigt und der bei der Privatbeichte erteilten Absolution gebe. Die Gegenwart Christi im Abendmahl unterscheide sich nicht von seiner Gegenwart im gepredigten Wort, sie habe nur eine andere Form. Beidemal wird die Gegenwart durch das Wort vermittelt. „Das Abendmahl steht uns nicht als ein Mittel zur Verfügung, um unsere Frömmigkeit damit zu mehren . . ." Christi Gegenwart im Abendmahl hänge auch in keiner Weise vom Zelebrierenden ab, also auch nicht von einer speziellen Vollmacht.

WULF, Hans, SJ. *Das Problem des Naturrechts in der „Theologischen Ethik" von Helmut Thielicke.* In: Die neue Ordnung Jhg. 14 Heft 2 (April 1960) S. 100—110.

Hier wird die im Heft 1 gegebene Darstellung (vgl. ds. Jhg., S. 288) durch eine Widerlegung der Mißverständnisse des katholischen Naturrechts auf seiten Thielickes mit subtilen Unterscheidungen ergänzt, die sich auf die heilsgeschichtliche Situation des Menschen in Schöpfung, Fall und Erlösung, auf den Begriff „Natur" und die falsche Unterscheidung von „ontologischem" zu „personalem" Denken erstrecken.

HERDER-KORRESPONDENZ

Neuntes Heft — 14. Jahrgang — Juni 1960

Ich habe einen Priester, der nach dem Evangelium lebte, das Evangelium predigen gehört. Die Kleinen, die Armen waren begeistert. Die Großen, die Reichen nahmen Anstoß. Und ich dachte, man brauchte das Evangelium nicht lange zu predigen, damit viele, die heute die Kirchen füllen, fortgehen, und die sie verlassen haben, sie füllten . . . Man müßte, glaube ich, mit dem Finger auf uns zeigen und uns für Narren und Aufrührer halten.

Michel Quoist

Der Verschlagenheit und dem Unglauben der Feinde Gottes möge die christliche Wahrheit wirksam entgegengestellt werden. Allgemeine Gebetsmeinung für Juli 1960.

1. Die sehr allgemeine Gebetsmeinung richtet sich gegen die überlegene Verschlagenheit, die betrügerischen Listen, und gegen den Unglauben oder die Selbstherrlichkeit der Feinde Gottes. Sie sagt aber nicht, wer diese Feinde sind. Darin liegt eine gewisse Gefahr. Man kann es sich zu leicht machen, den Sinn der Gebetsmeinung zu treffen und richtig, im Geist der Wahrheit zu beten, jener Wahrheit, die Jesus Christus selber ist: „Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben" (Joh. 14, 6). Diese Wahrheit ist natürlich die Lehre der Kirche. Man wird indessen die Gebetsmeinung weder zu spirituell noch zu klerikal-politisch verstehen dürfen. Als Papst Pius IX. 1850 von der Flucht vor der liberalen Revolution in seinen von Truppen Napoleons III. wieder unterworfenen Kirchenstaat nach Rom zurückkehren konnte, stiftete er das Fest des kostbarsten Blutes unseres Herrn Jesus Christus, mit dem die Kirche den Monat Juli beginnt, aber der liturgische Text verrät nicht, daß er ein Dank für den — kurzfristigen — Sieg über die Feinde Gottes und der Kirche war. Wenn heute nach über 100 Jahren der italienische Episkopat wieder einmal in einem Hirtenbrief vor dem Laizismus warnt (vgl. dieses Heft, S. 397), so sind immer noch dieselben Feinde Gottes und der Kirche gemeint, die das öffentliche und private Leben nicht mehr im Sinn der christlichen Wahrheit nach den Geboten Gottes und der Sittenlehre der Kirche gestalten wollen. Damit sind teilweise die „Feinde Gottes" umschrieben.

2. Um bei ihrer möglichst genauen Sichtung nicht fehlzugreifen und ins Politische abzugleiten, ist es ratsam, zu fragen, wen Jesus Christus selber zu den Feinden Gottes gerechnet hat und welches Verhalten er für die Behandlung dieser Feinde vorschreibt und durch sein Opfer bestätigt hat. Da heißt es im Glaubensgespräch mit den Führern der Juden über die Vaterschaft Gottes: „Wenn Gott euer Vater wäre, würdet ihr mich lieben, denn ich bin von Gott ausgegangen . . . Ihr aber habt den Teufel zum Vater und wollt seine Gelüste ausführen. Der war von Anfang her ein Mörder und lebt nicht in der Wahrheit . . . Er ist ein Lügner und der Vater der Lüge" (Joh. 8, 42—44). Ähnlich redet das Gleichnis vom Unkraut im Weizenfeld (Matth. 13, 24—39). Und der Apostel Paulus wendet diese Kennzeichnung an, wenn er z. B. an die Philipper schreibt: „Viele (Christen) wandeln als Feinde des Kreuzes Chri-

N 495 *Witwe* in Oberschlesien, Mann in russischer Internierung gestorben, Sohn Theologe, steht vor der Priesterweihe. Die Frau hat sich und den Sohn durch harte Arbeit und bei großen Entbehrungen mit sehr kleinem Verdienst durchgebracht und erbittet Hilfe zu Einkleidung und Priesterweihe des Sohnes.

N 496 *Kranke Witwe* in Oberschlesien, alleinstehend, Mann gefallen, schwer an Krampfadern leidend, von Mindestrente von 36 Mark (in Kaufkraft gerechnet) monatlich lebend, erbittet Hilfe in Lebensmitteln und Kleidung, da Anschaffungen finanziell unmöglich.

N 499 *Kriegerwitwe* in Oberschlesien mit schwerbeschädigtem Sohn, 36 Mark Rente (in Kaufkraft gerechnet), erbittet Hilfe in Lebensmitteln, Kleidung und Schuhen. Der Sohn erhält keine Rente und muß von kleinem Verdienst (er kann als Schwerbeschädigter nur gering bezahlte Arbeit verrichten) noch die Mutter unterstützen.

N 501 *Bergarbeiterfamilie* in Oberschlesien, Vater durch Grubenunglück arbeitsunfähig geworden, erhält erst in sechs Monaten Rente, zwei Kleinkinder (zwei und drei Jahre), erbittet Bekleidungshilfe, da sie an allem sehr große Not leidet.

Geldspenden sind einzusenden auf Postscheckkonto Karlsruhe 7926 des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg i. Br. mit Vermerk: „SOS-Ost" und der jeweiligen Kennzahl.

sti . . . ihr Gott ist der Bauch . . . ihr Sinn ist auf das Irdische gerichtet" (3, 18—19). Der 1. Korintherbrief nennt die Auch-Christen „Götzendiener" (10, 7; Ephes. 5, 5). Der Apostel Jakobus schreibt im Sinne Jesu und seines Mitapostels Paulus: „Ihr betet zwar, aber ihr empfanget nicht, weil ihr in der schlechten Meinung betet, (Gottes Gaben) in begehrlicher Sucht zu verzehren. Ihr Ehebrecher, wißt ihr nicht, daß die Freundschaft mit der Welt Feindschaft mit Gott ist?" (4, 4). Die Feinde Gottes sind also überall am Werke, unter den erklärten Atheisten und Antiklerikalen wie unter den Christen, wenn diese sich der Kirche bedienen, statt ihr zu dienen, weil sie sich selber mehr lieben als den dreifaltigen Gott, der in der Kirche gegenwärtig ist. Diese Feinde Gottes nun soll der Christ lieben (Matth. 5, 44), sie durch Liebe belehren und überwinden, damit die christliche Wahrheit wirksam bezeugt wird. Das ist schwer.

3. Denn die Feinde Gottes zeichnen sich, wie die Gebetsmeinung treffend sagt, durch Verschlagenheit, durch ihre Listen und die Wurzel aller Gottesfeindschaft, den Unglauben aus. Will man sie an diesen Merkmalen aufspüren, so ist wiederum große Vorsicht geboten. Es ist für gläubige Christen nicht so schwer, die Feinde Gottes zu erkennen, wenn sie als prinzipielle Atheisten und Materialisten auftreten und mit ihren vielseitigen Methoden, die wir seit langem zwischen Pankow und Peking beobachten, planmäßig die Kirche unterdrücken und die Gläubigen zur Untreue gegenüber ihrem Glauben und ihren Hirten nötigen. 1933 war die ideologische Tyrannis des Hitlerstaates schwerer als Götzendienst zu erkennen, weil sie die täuschende Formel vom „positiven Christentum" im Munde führte und es verstand, sich bekannter Christen zu bedienen, um ihre dämonische Macht erst einmal zu festigen. Diese Verschlagenheit ist unvergessen, und die Spuren des Unglaubens, der dahinter stand, machen uns immer noch ernste Sorge. Aber alle diese Methoden totalitärer Regime, die den Menschen als Werkzeug mißbrauchen und ein irdisches Paradies verheißen oder nur eine freche Tyrannis behaupten, sind inzwischen erforscht und durchschaut. Selbst einfache Gläubige wissen Bescheid, und es ist mehr das Ausharren in der Not der Unterdrückung, das ihnen zu schaffen macht, oder sie sind nicht gerüstet, dieser Feindschaft die christliche Wahrheit tatkräftig, sei es im Leiden, sei es durch geistige Überlegenheit entgegenzustellen. Hier muß in diesem Falle die Gebetshilfe einsetzen. Die ärgste List des Widersachers ist aber dort zu finden, wo er uns weismachen will, es gäbe keinen Widersacher, jedenfalls nicht in diesem Staat, nicht in dieser Partei, nicht in diesem Wirtschaftssystem, das ja die Freiheit des Menschen achtet und der Kirche reichlich zukommen läßt, was sie an materiellen Mitteln für ihre Arbeit benötigt. Man könnte an den Beispielen gerade sogenannter katholischer Staaten, wie es in dieser Zeitschrift gelegentlich geschieht, nachweisen, daß dort, wo der Kirche scheinbar alles zugesprochen wird, die Feindschaft gegen Gott in anderer Weise ihr Haupt erhebt, und sei es nur in sozialer Ungerechtigkeit. Aber das ist nicht nur in katholischen Staaten der Fall. Der Weltgeist ist überall unter Christen verbreitet, und auch unter dem Schutze christlicher Parolen breitet sich der Raubzug der Reklame in den Seelen der Menschen aus, deren Lebensgier ins Ungemessene gesteigert wird, so daß sie über den Gütern dieser Welt das zukünftige Leben vergessen. Die technische Revolution muß keine Feindschaft gegen Gott sein, zumal da ohne sie die Probleme der Massenernährung nicht lösbar sind, aber sie wird es in dem Maße, als die christliche Wahrheit nicht in Gestalt bewährter christlicher Tugenden ihre ganze Macht aufbietet, die rechte Hierarchie der Werte zu behaupten und die Seelen aus der Umstrickung eines mörderischen Wohlstandes zu befreien. Verschlagenheit und Unglaube der Feinde Gottes tun sogar in unserer Mitte ihr götzendienerisches Werk, ohne daß viele Gläubige es merken.

4. Es ist demnach nicht ausreichend, nur die christliche Wahrheit dem erklärten atheistischen Materialismus wirksam entgegenzustellen, sie muß zuallererst in den christlichen Gemeinden selber in der Vielfalt christlicher Tugenden lebendig werden, um dem Weltsinn widerstehen, opponieren zu können, wie der lateinische Wortlaut der Gebetsmeinung sagt. Das kann nicht allein geschehen durch die Proklamation der Rechte Gottes und der Kirche oder durch die Verbreitung dogmatischer Lehren und sittlicher Grundsätze. Die christliche Wahrheit ist zunächst die Wahrheit Jesu Christi, sie ist gegenwärtig im Evangelium und im eucharistischen Opfer; sie ist zweitens entfaltet im lebendigen Zusammenhalt der Gläubigen als der eine Leib Christi in der Gemeinschaft des einen Kreuzesopfers. Sie erfordert die Darstellung des Kreuzes im Leben der Gläubigen und folglich, wie der Apostel Paulus es seinen jungen Christengemeinden immer wieder einschärfte, die Entsagung von der Teilnahme an den Götzenopfern, dem Kult der Dämonen. „Alles ist erlaubt, aber nicht alles erbaut (die Gemeinde)" (1 Kor. 10, 23). Damals war es noch leicht, zu sagen, worin der heidnische Götzendienst bestand, weil ringsum die Tempel der Götter standen, in denen die falschen Opfer dargebracht wurden. Heute gibt es — scheinbar — keine Götter mehr. Es gibt aber Idole und Werte, die an die Stelle der Götzen getreten sind. Mit ihnen darf der Christ keine Gemeinschaft haben, wenn er in der Gemeinschaft des Leibes Christi lebt. Oder es wird unmöglich, die christliche Wahrheit als christliches Leben tatkräftig dem listenreichen Unglauben der Feinde Gottes entgegenzustellen. Zum Begriff tatkräftiger Wirksamkeit gehört also mehr als die Teilnahme an Kult und Prozession oder die Kenntnis christlicher Normen, es gehört dazu eine Übung christlichen Tuns, zu welchem die weithin amorphe Pfarrgemeinde und ihre traditionellen Vereine nicht mehr imstande sind. Dieses Tun der christlichen Wahrheit, das die Jugend anzieht, wenn es ein entschiedenes Tun ist, kann nur gruppenweise in geschlossenen und einander verschworenen, sei es nachbarschaftlichen, sei es berufsgleichen, sei es naturständischen Gemeinschaften, vor allem der Familie, geübt werden, und zwar derart, daß an den Gliedern dieser Gemeinschaften der Unterschied zum Treiben der „Welt" sichtbar, d. h. zeugniskräftig wird. Auch ist die Erneuerung der Kirche ein sicheres Mittel, dem Sinn der Gebetsmeinung zu dienen, samt der Einigung der Christenheit, deren Spaltung die christliche Wahrheit in den Augen der Feinde Gottes so unglaubwürdig macht. Dazu gehört freilich, daß die christlichen Gemeinschaften sich gegenseitig nicht mehr als Feinde Gottes ansehen, und daß sie ernstlich beginnen, untereinander die Zeichen Gottes zu erkennen, ohne die Einzigartigkeit des heilvollen *signum levatum* der Einen Kirche zu verleugnen. Möge das kommende Konzil die positiven Zeichen des dreifaltigen Gottes in den getrennten Gemeinschaften erkennen und beim Namen nennen, damit auch diese zum Entschluß befreit werden, die von Jesus Christus festgesetzten Zeichen der Einen Kirche unter dem Einen Hirten zu erkennen und zu glauben.

Die Arbeitstagung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken in Ettal

Vom 25. bis zum 28. April 1960 trat in der Abtei Ettal das um Sachverständige erweiterte Zentralkomitee der deutschen Katholiken zu seiner großen Arbeitstagung zusammen. Seit einiger Zeit findet eine solche Tagung ebenso wie der allgemeine Katholikentag jeweils im Abstand von zwei Jahren statt. Die letzte wurde im April 1958 in Saarbrücken abgehalten (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 443). Diese Zusammenkünfte dienen dem Zweck, in Arbeitsgemeinschaften, von denen diesmal vierzehn gebildet worden waren, dem Zentralkomitee die faktischen und normativen Unterlagen zu liefern, deren es für „seine Aufgabe der Information, Inspiration und Integration unter den deutschen Katholiken" bedarf. Sie sollen sowohl einen Überblick über die in den verschiedenen Bereichen des kirchlichen und öffentlichen Lebens anstehenden Probleme und Aufgaben bieten als auch darüber Rechenschaft ablegen, was seitens der Kräfte des Katholizismus im Hinblick darauf getan oder auch versäumt worden ist. An der Tagung in Ettal nahmen 570 Personen teil, 455 Männer und 115 Frauen, 136 Priester und 434 Laien, ein respektabler Kreis von Repräsentanten des katholischen Apostolates, seiner Institutionen und Funktionen, doch immer noch zu groß, als daß die Idee der Arbeitsgemeinschaft ideal verwirklicht werden könnte. Da der Bericht in dieser Zeitschrift aus Gründen des verfügbaren Raumes kurz sein muß, weisen wir auf den so bald wie möglich erscheinenden vollständigen Tagungsbericht des Zentralkomitees hin.

Mahnung zur Einheit und Geschlossenheit katholischer Aktion

Im einleitenden Vortrag richtete der geistliche Direktor des Zentralkomitees, Pfarrer *Hanssler,* Bad Godesberg, einen eindringlichen Appell zur Sammlung der Kräfte an die Versammlung. Zunächst legte er als Theologe die Glaubenswahrheit von der Einheit der Kirche aus, ohne die es keine Kirche Christi gibt, die in der Wahrheit gründet und eine ständige Aufgabe ist.

Daraus folgerte der Redner, daß zur Wirklichkeit der Kirche ein Mindestmaß von Geschlossenheit gehört. Man darf hiergegen nicht etwa die Freiheit des Christen auszuspielen versuchen oder die Idee der Offenheit der Kirche. Das Neue Testament spricht vom Sammeln und gegen das Zerstreuen. Es gibt heute unter den Katholiken eine Tendenz zur „liebenden Identifizierung mit Gegnern", die, merkwürdig genug, zugleich zu Blockbildungen in den eigenen Reihen führt. Beides hat nichts zu tun mit der christlichen Liebe. Die neue Gewohnheit, von einem Links- und einem Rechtskatholizismus zu reden, deutet an, worum es sich handelt. „Dieser neue Brauch ist wahrscheinlich das größte Unglück, das uns seit langem zustieß."

Die Einheit muß auf der Wahrheit beruhen. Sie setzt gemeinsame Überzeugungen voraus. Es gibt heute eine schwer faßbare Stimmung, kirchliche Entscheidungen am eigenen Urteil zu messen. Die Berufung auf das „christliche Gewissen" ist aber nur dann angebracht, wenn die Lehre der Kirche undeutlich oder unerkennbar ist. Sie darf nicht dazu führen, daß man jeweils den bequemsten Weg sucht und das Evangelium entschärft.

Die Einheit ist nie schlechterdings gegeben, sondern in jedem Moment neu zu verwirklichen, was Hanssler am Beispiel des Verhaltens einer Mannschaft auf dem Sportfeld verdeutlichte. Die Kirche muß sich darum tief mit der jeweils gegebenen Situation einlassen. Die Katholiken dürfen weder in die Vergangenheit noch in die Zukunft auszuweichen suchen. Nur das Heute ist die fruchtbare Zeit. Es wäre ein falscher Spiritualismus, im Vertrauen auf die Unvergänglichkeit der Kirche die geschichtliche Gegenwart zu bagatellisieren. Dieses Vertrauen ist uns gerade dazu von Gott geschenkt, daß wir die Aufgaben, die unsere Zeit uns stellt, mutig und klug in Angriff nehmen.

Der Schlußbericht

Nach Abschluß der Beratungen in den vierzehn Arbeitsgemeinschaften gab Professor *Hirschmann* SJ, Frankfurt a. M., einen Überblick über die Ergebnisse. In jeder der vierzehn Arbeitsgemeinschaften war ein Lagebericht gegeben und diskutiert, sowie eines oder mehrere vordringliche Themen eingehend erörtert worden. Auf die Frage, was aus den Beschlüssen der vorhergehenden Arbeitstagung in Saarbrücken geworden sei, kann geantwortet werden mit Hinweis auf mehrere Aktionen: so die Aktion gegen Hunger und Krankheit in der Welt, die Gründung eines Institutes für Laienhelfer im Dienste der Mission, den erfreulichen Widerstand gegen die Kommerzialisierung des Fernsehens, die Begründung der Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, die Landfamiliengemeinschaften, die Förderung der Reform des Jugendwohlfahrtsrechtes, das erste Seminar für Publizisten.

Dann berichtete Professor Hirschmann über die einzelnen Arbeitsgemeinschaften. Wir übernehmen seine Ausführungen mit wenigen Kürzungen wörtlich.

1. Arbeitskreis: Ehe und Familie (Leitung: Frau Dr. Krause-Lang, München)

1. Der Lagebericht weist hin auf Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur und dem Aufbau der Familie, die für unsere Arbeit bedeutsam sind: langsames Steigen der Kinderzahl; Zunahme alter Ehepaare; vor allem alter Witwen; erneute Zunahme der Ehescheidung und der Mischehe; berichtigt werden einseitige Auffassungen über die Erwerbstätigkeit der verheirateten Frau. Hingewiesen wird auf die Schwerpunkte familienbezogener Gesetzgebung und sozialpolitische Anliegen in diesem Zusammenhang: Wohnungsnot, Familienbesteuerung, Jugendschutz- und Familienrechtsreform; auf die familienbezogene Wohlfahrts-, Bildungs- und Seelsorgearbeit; auf Wünsche, die wir an die Presse haben.

2. Das spezielle Thema des Arbeitskreises war: „Vater und Mutter in der Familie." Vorträge von Dr. R. Scherer, Freiburg, über „Die Familie in der Spannung zwischen Natur, Kultur und Zivilisation", von P. David, Dortmund, über „Die Stellung des Vaters in der Geschichte", von Direktor Hanssler, Godesberg, über „Die biblische Vateridee" und von Frau Dirks über „Die Rolle der Mutter in der Familie von heute" gliederten das Thema auf.

3. Der Arbeitskreis fordert, entsprechend der Akzentverschiebung von der Institution Familie zur personbestimmten Lebensform, eingehendere soziologische, psychologische und pädagogische Studien, aus denen Folgerungen zu ziehen sind für eine Neugestaltung des Ethos der Gefährtenschaft unter den Gatten, der väterlichen Autorität, einer zugleich geschlechts- und weltgerechten Erziehung von Jungen und Mädchen. — Soziale Stützen der in der Industriegesellschaft geschwächten Stellung des Vaters sieht der Arbeitskreis in einer großzügigeren Familienpolitik. Der Familienausgleich in seiner bisherigen Form genügt nicht. Ferner in einer Lösung der Wohnungsfrage; einer günstigeren Arbeitszeitregelung; in der Einschränkung der freiwilligen Überstunden und in Konsumverzichten zugunsten der Familie. — Die Erziehung zur Väterlichkeit wird verwiesen auf die Bedeutung gesunder Vater- und Mutterleitbilder, auf die Kultur des Gemütes beim Mann, auf die Vertiefung der Vater-Tochter-Beziehung; institutionell auf Ehevorbereitung und Elternschulung.

2. Arbeitskreis: Schule und Erziehung
(Leitung: Prof. Dr. Fleig, Freiburg)

1 Der Lagebericht weist auf die neuen Fragen hin, die die wachsende Einheit der Welt, der technische Fortschritt und die säkularisierten Sozialsysteme der Erziehungsarbeit heute stellen; ihnen gegenüber versagt die sozialistische und liberalistische Pädagogik. Die Problematik des Rahmenplans des Deutschen Ausschusses wird berührt und eindrucksvoll die Gefahr dargestellt, die ein falscher Begriff der Einheit des Volkes als Grundlage der Pädagogik darstellt. Demgegenüber erweist sich heute die bleibende Bedeutsamkeit der nun 30 Jahre alten Erziehungsenzyklika Pius' XI.
2. Das spezielle Thema des Arbeitskreises war „Wirtschaft und Erziehung". Vier Fragen: „Technik und Wirtschaft" (Dr. Daheim, Köln), „Wirtschaft und Mensch" (Köstel, Mannheim, und Direktor Esser, Kelsterbach), „Bildung und Ausbildung" (Dr. Beelitz, Köln, und Dr. Schuwerak, Mönchen-Gladbach), „Wirtschaftliche Lebenswelt und Schule" (Dr. Stark, Bonn).
3. Das Ergebnis ist die Erkenntnis der Wahrheit, daß ideelle Bildung der Gesamtpersönlichkeit Mittelpunkt der Schulerziehung bleiben muß, daß sie anderseits die Bereiche Wirtschaft und Technik als menschliche Kulturwerte in den Raum der bildenden Kräfte einbeziehen muß; sowie die Erkenntnis der Aufgabe, aus dem Bereich der Wirtschaft des Menschen diejenigen Momente zu gewinnen, die wegen ihres Bildungswertes auch in der allgemeinbildenden Schule eine Heimat finden müssen.

3. Arbeitskreis: Freizeitpflege
(Leitung: Bundespräses Bokler, Düsseldorf

1. Der Lagebericht gibt eine Übersicht über das, was seit Saarbrücken an Initiativen zur Überwindung der Freizeitnot zu verzeichnen ist, mit besonderem Hinweis auf Jugenderholung, Heime der „Offenen Tür", Freizeitstätten und Sport.
2. Das spezielle Thema war „Wochenende und Urlaub". Die einführenden Referate untersuchten die unterschiedlichen Auswirkungen der gesellschaftlichen Faktoren Land, Industrie und Sport auf beides; zwei pastorale Vorträge beleuchteten die neuen religiösen Notwendigkeiten und Möglichkeiten für Verkündigung und Sakramentenspendung. Zwei Untersuchungen über Wochenende und Urlaub, eine aus der Sicht der Familie, eine aus der Sicht der einzelnen Person, ergänzten das Bild. Die entsprechenden Referate hielten: Schulrat Steinhauer; Dr. Pornschlegel und Herr Massenkeil; Professor Schöllgen und Pfarrer Lipold; Herr Schroer und Dr. Binkowski.
3. Im Ergebnis wurde noch einmal eindringlich und einmütig die Forderung wiederholt, den letzten Sonntag im Monat als Familiensonntag veranstaltungsfrei zu halten und wenigstens an ihm das Zusammenfinden der Familie zur Tischgemeinschaft anzustreben. Der Wettkampfsport solle vom Sonntag auf den Samstag verlegt werden, auf dem Lande keinesfalls am Sonntag vor 12 Uhr beginnen. Der Samstagabend solle von gesellschaftlichen Veranstaltungen grundsätzlich freigehalten werden. Die Entwicklung zum erweiterten Wochenende rege die Überprüfung der Beichtzeiten in den Gemeinden an. Mit der Ausweitung von Wochenende und Urlaub seien große Teile der Bevölkerung, vor allem der Verkehrs- und Dienstleistungsbetriebe zur Sonntagsarbeit gezwungen. Die daraus sich ergebenden pastoralen Aufgaben werden der Aufmerksamkeit der Seelsorge empfohlen. Begrüßt wird der Zusammenschluß der katholischen Jugendreisedienste. Ähnliche Maßnahmen bei den Erholungs- und Reisediensten für Erwachsene und Familien seien wünschenswert. Gut bewährt habe sich das Familienferienwerk für kinderreiche Familien. Es möge planmäßig in allen Bistümern gefördert werden. Begrüßt wird endlich der vielfältige Ansatz zur Fremdenverkehrsseelsorge, der noch wesentlich verstärkt werden müsse.

4. Arbeitskreis: Soziale Arbeit
(Leitung: Prof. Dr. Höffner, Münster)

1. Der Lagebericht handelt von den Diskussionen um die Eigentumspolitik in der Bundesrepublik, von der Lage im Gewerkschaftswesen mit besonderem Hinweis auf den Kölner Kongreß der christlichen Arbeitnehmer, von den Versuchen zu einer verstärkten Zusammenarbeit in unserm sozialen Bildungswesen und von den anstehenden Fragen der Familienpolitik und der Krankenversicherungsreform.
2. Das spezielle Thema dieses Kreises waren die Gefahren der wirtschaftlichen Konzentration. Einführende Referate klärten Begriff und Arten der Konzentration (Dr. Vogel); sie erläuterten ihre gesamtwirtschaftlichen Probleme (Dr. Oberhauser) und ihre politischen, zumal steuerpolitischen Bedingtheiten (Dr. Dreier) sowie ihre gesellschaftlichen Auswirkungen vor allem auf den Mittelstand (Karl Wieninger) und die Arbeitnehmerschaft (Dr. Deus).
3. Im Ergebnis empfahl der Arbeitskreis eine selektive Antikonzentrationspolitik, zumal im Steuerrecht; die Wiederherstellung der Startgerechtigkeit in der Wirtschaft, die breite Streuung von Initiative und Verantwortung im breitgestreuten Eigentum. Allen Bedenken zum Trotz sollten baldmöglichst konkrete Ergebnisse in der Eigentumspolitik gefordert werden; auch der Investivlohn wird als gangbarer Weg betrachtet. Die Eingriffe der öffentlichen Hand sollten auf das wirklich Notwendige beschränkt bleiben. Ernst und offen wurde die Gewerkschaftsfrage diskutiert. Der Kreis verlangt volle Koalitionsfreiheit. Der katholische Christ darf sich der Verantwortung im gewerkschaftlichen Bereich nicht entziehen. Gegenseitige menschliche Achtung und Zusammengehörigkeitsbewußtsein im gemeinsamen Glauben sind

verpflichtende Haltung aller. Die katholischen Sozialverbände haben eine durch keine andere Organisation oder Arbeitsweise zu ersetzende Aufgabe, und ihre Stärkung muß Anliegen des Gesamtkatholizismus sein. In der Familienpolitik wird der Familienlastenausgleich als Kernstück angesehen, demgegenüber andere Maßnahmen sekundärer Natur sind. Der soziale Wohnungsbau ist noch stärker als bisher auf die Errichtung von Eigenheimen abzustellen. Zum Krankenversicherungs-Neuordnungsgesetz wurde nur gefordert, daß es die Eigenverantwortung der einzelnen stärken muß, ohne die Gesamtleistungen zu schmälern. Die häusliche Krankenpflege solle im Interesse eines gesunden Familienbewußtseins wie der Entlastung des ungeheueren Krankenhausbedarfs durch Bereitstellung einer fachlich geschulten Hauskrankenpflege gefördert werden.

5. Arbeitskreis: Landvolk
(Leitung: Dr. Scharl, München)

1. Der Lagebericht beschränkt sich hier auf zwei Themen, a) „Die Situation der Landfrau" (ihre wachsende Wertung; die Erleichterung ihrer Stellung durch agrarpolitische Maßnahmen; ihre Überforderung wegen der Knappheit der Arbeitskräfte und der helfenden Berufe; ferner der Erfolg der Bildungsarbeit); b) „Priester und Laien in der neuen Dorfpfarrei" (Ländliche Pfarrausschüsse, Gemeinschaft von Landfamilien, familienbezogene Arbeit von Verbänden und Bildungswerken).
2. Das spezielle Hauptthema war hier der Mensch und die Familie als Mitte des bäuerlichen Betriebs. Voraus ging eine Darstellung der kirchlichen Lehre, die in der bäuerlichen Wirtschaft eine fortschrittliche Sozialstruktur sieht (P. Gundlach, Rom). Zwei Referate gaben eine Übersicht über „die europäische Situation der Landwirtschaft" und „Ausblicke und Folgerungen daraus für eine zeitnahe Agrarpolitik" (Priebe, Frankfurt); ein weiteres behandelte die geistigen Werte der Landfamilie (Direktor Schulte).
3. Die Auswertung bezog sich vor allem auf Folgerungen, die eine ernsthafte Landpädagogik aus dem Gesagten zu ziehen hat: Ausbau aller Möglichkeiten genossenschaftlicher Selbsthilfe; Aufbau organisierter Nachbarschaftshilfe, beides zur Sicherung bäuerlicher Familienbetriebe; rasche Bereinigung der noch bestehenden Strukturmängel in der Landwirtschaft und eine positive großräumige Strukturpolitik; daneben Verbesserung der fachlichen Ausbildung und nicht zuletzt eine umfassende Persönlichkeitsbildung des bäuerlichen Menschen. Auch ohne den ausdrücklichen Hinweis des Arbeitskreises ist deutlich, einen wie dunklen Hintergrund zu diesem Wollen der gegenwärtige Schicksalsweg des deutschen Bauerntums in Mitteldeutschland darstellt.

6. Arbeitskreis: Caritas
(Leitung: Präsident Stehlin, Freiburg)

1. Der Lagebericht weist hin auf mancherlei noch ungeklärte Probleme, die der Wohlfahrtsstaat, zumal in seiner durch anormale Gegebenheiten geprägten Form, der katholischen Liebestätigkeit stellt. Daraus ergeben sich Aufgaben der Rechtsgestaltung in Bund und Ländern. — Hingewiesen wird auf die Erschwerungen der Caritas durch den immer noch besorgniserregenden Rückgang ihrer Berufskräfte, vor allem der barmherzigen Schwestern, aber auch des Hauspersonals und der ehrenamtlichen Mitarbeiter. — Die Verlagerung der Anstaltsträgerschaft von den örtlichen Vereinigungen auf zentralere Stellen sowie die wachsende Abhängigkeit von öffentlichen Mitteln sind zusätzliche Schwierigkeiten. Positive Zeichen sind die Bereitschaft der Jugend zu freiem caritativem Apostolat (Krankenhausdiakonat, Kurse für häusliche Krankenpflege); der Neuausbau der Pfarrcaritas.
2. Das spezielle Thema des Arbeitskreises war die Verwirklichung der christlichen Bruderliebe in der Gemeinde. Die Aussprache wurde eingeleitet durch Vorträge über „Barmherzigkeit und Bruderliebe" (Prälat Stehlin, Freiburg); „Das mitmenschliche Verhältnis in der industrialisierten Gesellschaft" (P. David, Dortmund), „Die Pfarrgemeinde als Lebensgemeinschaft" (Prof. Dürig, Freiburg). — Zwei Referate behandelten die Situation der organisierten Caritas: „Das Sozialgefühl der Katholiken von heute und die organisierte Caritas" (Frl. Zillken, Dortmund), „Neue Formen des Apostolates und organisierte Caritas" (Dr. Hüssler, Freiburg). Ausführlich wurde über das Zusammenwirken der kirchlichen Liebestätigkeit mit der behördlichen Fürsorge (Dr. Klein, Freiburg), die Stellung der Kirche und ihrer Verbände im neuen Wohlfahrtsstaat (Direktor Hannisch, Wuppertal) und die praktische Zusammenarbeit in der Gemeinde gesprochen.
3. Das Ergebnis betonte die Chancen, die der Wille zur mitmenschlichen Begegnung heute bietet; ferner die Unersetzlichkeit der persönlichen Hilfen für die seelische Not, die durch den steigenden Wohlstand nicht beseitigt, sondern geschaffen wird; die Notwendigkeiten des Zusammenwirkens zwischen der behördlichen und freien Wohlfahrtspflege, vor allem in der Gemeinde, sowie der Sicherung der Freiheitsrechte bei der Neuordnung unseres Hilferechtes, die gerade im Gang ist.

7. Arbeitskreis: Presse und Rundfunk
(Leitung: Dr. Roegele, Köln, und Msgr. Dr. Becker, Freiburg)

1. Der Lagebericht liegt leider nicht schriftlich vor. Er behandelte vor allem neue Entwicklungen auf dem Gebiet der Kirchenpresse (Hagemeier, Paderborn) sowie die Pläne zur Neuordnung des Presserechtes (Dr. Bringmann, Düsseldorf). Das erste Seminar junger katholischer Publizisten in Bensberg im letzten Winter hatte guten Erfolg und wird nun jährlich in einem dreiwöchigen Kurs so weitergeführt, daß in vier Jahren eine runde Einführung des Nachwuchses in ein berufsspezifisches Glaubenswissen gegeben wird.
2. Beschlossen wurden ein Pressepreis für die Förderung des Guten in der Welt, fünf namhafte Geldpreise für fünf 1960 zu erstellende Arbeiten, einen Kommentar, eine Reportage, ein Feuilleton, eine Kunstkritik, eine Pressezeichnung oder Karikatur. — Besprochen wurden die Möglichkeiten guter publizistischer Erschließung des geistigen Sinns des Eucharistischen Weltkongresses sowie publizistische Vorarbeiten für das Ökumenische Konzil. Weitergeführt werden soll in Zusammenarbeit von Publizisten und Verbänden die Erziehung urteilsfähiger Leser und Hörer.

8. Arbeitskreis: Buch
(Leitung: Direktor Dr. Koep, Bonn)

1. Der jüngste Arbeitskreis hat sich gut eingeführt. Der Lagebericht bietet eine lesenswerte, in der Diskussion er-

gänzte Übersicht über das katholische Bild vom Autor des Buches; von seinen Vermittlern: dem Verleger, den Buchgemeinschaften, dem Sortimentsbuchhandel, den katholischen Volksbüchereien, speziell des Borromäusvereins und des St.-Michaels-Bundes; von dem Kritiker des Buches und schließlich von seinem Leser. Die entsprechenden Vorträge hielten: P. Karl Rahner, Innsbruck, Dr. Knecht, Dr. Ignaz Zangerle, Dr. R. Scherer, Freiburg.
2. Das Ergebnis: Angeregt wurde eine wissenschaftliche Untersuchung der im Lagebericht angeschnittenen Themen. Vom katholischen Verleger und Buchhändler wurde gefordert, dem ausdrücklich Katholischen zur Wirkung zu verhelfen, ohne sich den gültigen Aussagen Außenstehender zu verschließen. — Gewünscht wird eine Verbesserung der praktischen Handhabung des kirchlichen Bücherverbots. — Zusammen mit dem Arbeitskreis „Presse" soll eine Verbesserung des innerkatholischen Besprechungswesens angestrebt werden.

9. Arbeitskreis: Film und Fernsehen
(Leitung: Msgr. Kochs, Köln, und Pfarrer Siegel, Frankfurt)

1. Der Leiter der Bischöflichen Hauptstelle für Film erstattete den Lagebericht über die letztjährigen kirchlichen Bemühungen um Film und Fernsehen. Die unverzichtbare Diskretion, die Voraussetzung einer von allen gewünschten Regelung unseres Filmrechtes ist, schien eine ausführliche Diskussion dieses Punktes im Rahmen der Arbeitstagung auszuschließen.
2. Die Thematik beschränkte sich darum auf die Frage der Bildung des Zuschauers vor der Leinwand und dem Bildschirm. Referate behandelten die pädagogischen Möglichkeiten der Schule (Dr. Stummer, München), der Erwachsenenbildung (Prof. Holzamer, Mainz) und der allgemeinen Jugendarbeit (Dr. Hertz OP, Köln). Kritisch setzte sich der Vorsitzende des Programmbeirats des Deutschen Fernsehens (H. Müller, Osterode) mit dem Film im Fernsehen auseinander.
3. Das Ergebnis wendet sich gegen eine Wertverkürzung des Schauerlebnisses, auch durch seine falsche Verpädagogisierung. Der Kreis setzt sich für eine gesunde Askese ein, in der die Erziehung zur rechten Wahl und Kritikfähigkeit steht, beides im Rahmen der gesamten katholischen Bildungsarbeit. Gefordert wird die stärkere Ausnutzung der bestehenden Möglichkeiten, Auswüchsen und Übergriffen in Film und Fernsehen zu begegnen. Diskutiert wurden vor allem Fragen der familien- und jugendgerechten Programmgestaltung im Fernsehen.

10. Arbeitskreis: Staatspolitische Arbeit
(Leitung: Dr. Kafka, Bad Godesberg)

1. In einem umfassenden Lagebericht gab der Leiter des Staatspolitischen Referats des Zentralkomitees eine Übersicht über die verschiedenen Aspekte der innerkirchlichen Diskussion um das Leitbild der CDU/CSU. Im zweiten Teil ging er in gleicher Ausführlichkeit auf die Entwicklung der Diskussion um die Stellung der Kirche zur SPD ein, eine Frage, die durch das Godesberger Parteiprogramm und die anschließende Schrift „Der Katholik und die SPD" neue Aktualität gewonnen hat. Der Bericht enthält außerdem einen Abschnitt über das Verhältnis zur FDP und grundsätzliche und praktische Erwägungen über das Verhältnis des deutschen Katholizismus zum Parteiwesen sowie zum Gemeinwesen selbst.
2. Der Arbeitskreis beschränkte sich auf die Diskussion der beiden Hauptteile des Lageberichts. Der erste wurde ergänzt durch ein Referat über die Probleme der interkonfessionellen Zusammenarbeit in der Politik (v. Thadden, Saarbrücken); der zweite wurde eingeleitet durch Ausführungen von Dr. Beckel, Münster, über „Katholizismus und SPD".
3. Der Arbeitskreis war der Meinung, der deutsche Katholizismus solle sich in viel stärkerem Maß der Ausarbeitung konkreter gesellschaftspolitischer und staatspolitischer Konzeptionen widmen. Er wünschte zu den Themen seiner Referate vom Zentralkomitee entsprechende Aufträge zur Erstellung konkreter politischer Forderungen, an denen die Praxis der politischen Parteien gemessen werden kann. Über deren Erfüllung sollen die deutschen Katholiken von Zeit zu Zeit durch das Zentralkomitee unterrichtet werden, so daß sich der deutsche Katholizismus als eigenständige, dem Gemeinwohl verpflichtende Kraft erweisen kann. — Das bedeutet zugleich Intensivierung der Meinungsbildung, losgelöst von Wahlterminen und ministeriellen Gesetzentwürfen. — Es bedeutet zugleich eine gesteigerte Bemühung um die dornigen Fragen der Kommunalpolitik. In der Auseinandersetzung mit dem SPD-Programm an Hand seiner inhaltlichen Analyse und jenen Interpretationen, die das Leben der Partei nahelegt, ergab sich, daß die Auflockerungen bisheriger Standpunkte, die das Programm bringt, nichts an den Bedenken der deutschen Katholiken gegen die Partei zu ändern vermögen.

11. Arbeitskreis: Kirche und Heimat
(Leitung: Dr. Czaja, MdB, Stuttgart)

1. Auch dieser Arbeitskreis legt einen umfassenden Lagebericht vor: über die Tätigkeit des Kernkreises zur Verbesserung der deutsch-polnischen Nachbarschaft; über die Kölner Veranstaltung zum Weltflüchtlingsjahr; über weitere Verschiebungen in der Wohnbevölkerung Deutschlands; über die religiöse und organisatorische Betreuung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge; ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Eingliederung; über den Stand der Diskussion von Heimatrecht und Selbstbestimmungsrecht.
2. Die letzte Frage bestimmte auch die Thematik des Arbeitskreises. Zugrundegelegt wurde die prinzipielle Begründung des Rechtes auf die Heimat und seine Auswirkung (P. Gundlach, Rom).
3. Das Zentralkomitee wurde gebeten, die westdeutsche Bevölkerung zu persönlichen Opfern in der Nachbarschaftshilfe aufzufordern, für die berufliche Eingliederung und menschliche Beheimatung der geflüchteten Bauern und Bürger der Zone aufzukommen; sich trotz der Konjunkturdämpfungsmaßnahmen zum Zweck der Räumung der Flüchtlingslager für den Wohnungsbau einzusetzen. Gefordert wurde die bessere Altersversorgung der ehemals Selbständigen; die schnellere Auszahlung der Hauptentschädigung; die Rücksichtnahme auf das Kulturgut der Heimatvertriebenen, die Zusammenarbeit mit den landsmannschaftlichen Gruppen. Auch wurden diözesane Arbeitsstellen zur Verhütung des Absinkens vieler Vertriebener in einen gefährlichen Neutralismus empfohlen. — Das Weltflüchtlingsjahr verpflichte zu besonderer Hilfe für die heimatlosen Ausländer in der Bundesrepublik. — Ausführlich wurde der naturrechtliche Anspruch auf Heimat und Volkstum diskutiert, den der Staat mit allen

Mitteln zu stützen hat, die ihm die eigene und die völkerrechtliche Ordnung geben. Die praktischen Schwierigkeiten der Verwirklichung ließen sich in einer europäischen Föderation friedlich lösen.

12. Arbeitskreis: Christliche Verantwortung für Mission und Entwicklungshilfe
(Leitung: Frau Dr. Lücker, Bad Godesberg)

1. Im Lagebericht werden die Fragen aufgezählt, die den internationalen Arbeitskreis in den beiden Berichtsjahren beschäftigten: die Aktion „Gegen Hunger und Krankheit in der Welt"; das Problem des internationalen Tourismus; die Nachwuchsschulung für die internationale Arbeit; der katholische Akademische Länderdienst; die Gemeinschaftsarbeit für Entwicklungshilfe; der Ausbau der Formkraft der Kirche im neuen Europa; die Betreuung der ausländischen Arbeiter; die Hilfe für die Entwicklungsländer; der Lateinamerika-Ausschuß im Außenamt. Ergänzt wurde der Bericht durch eine Übersicht über die Situation der Weltmission 1960 in Afrika, den verschiedenen Teilen Asiens und Indonesiens.
2. Das spezielle Thema nennt der Name des Arbeitskreises. Einführende Referate behandelten „die staatliche und internationale Entwicklungshilfe" (Dr. Ernst, Bonn); „die Entwicklungshilfe der Katholischen Kirche Deutschlands" (Prälat Dossing, Aachen), „die personellen Hilfen für die Entwicklungsländer" (Vanistendael, Brüssel), die „Ausbildung katholischer Experten für die Entwicklungsländer" (Osner, Köln); „die geistige Bereitung der öffentlichen Meinung für die Enwicklungshilfe" (P. Otto, Bonn).
3. Der Arbeitskreis setzt sich in seinen Anregungen besonders für die Hilfe in der geistlichen Betreuung der fast 100 000 italienischen Arbeiter ein; für die Nachwuchswerbung zur Vorbereitung auf die Arbeit in internationalen Organisationen, auch über die Religionslehrer an höheren Schulen; für Kontakte mit den algerischen Flüchtlingen in Deutschland. — Gewünscht wird eine bessere Kooperation unserer Verbände in ihrer Entwicklungshilfe. — Die Helfer bei dieser Entwicklungshilfe bedürfen noch rechtlich geregelter wirtschaftlicher Sicherung. — Viel zu tun sei noch in der Ausbildung der von der Industrie in die Entwicklungsländer entsandten Fachkräfte, vor allem in kultureller und religiöser Hinsicht. — Der Generalsekretär der Internationalen Christlichen Gewerkschaften entwickelte das Projekt, für eine gemeinsame ethische Basis des Zusammenwachsens der großen Religions- und Kulturkreise eine neue Art sozialer Magna Charta zu erarbeiten. In der Schaffung von Kontakten mit den vielen Studenten aus den Entwicklungsländern an deutschen Universitäten sowie in der Begegnung der Missionare mit den heranwachsenden einheimischen Akademikern an den Universitäten dieser Länder selbst wird eine stärkere Großzügigkeit verlangt. Dringend empfohlen wird die Unterstützung des nach der Tagung in Saarbrücken provisorisch konstituierten Arbeitsausschusses für Lateinamerika.

13. Arbeitskreis: Einheit der Christen in Ost und West
(Leitung: P. Mitnacht OESA, Würzburg, und Dr. Brandenburg, Paderborn)

Dieser Arbeitskreis erschien als Treffen des bisherigen ostkirchlichen Arbeitskreises mit noch nicht bestehenden Kreisen für katholisch-evangelische Zusammenarbeit besonders wünschenswert, um einmal die im Zusammenhang mit dem Konzil und andern ökumenischen Gesamtanliegen auf uns zukommenden Aufgaben anzupacken. Der Arbeitskreis tagte zunächst gemeinsam und diskutierte eine gemeinsame Wegweisung der ökumenischen Arbeit aus der Sicht der ostkirchlichen Arbeit (P. de Vries, Rom). Am Dienstagnachmittag und Mittwoch tagte er in getrennten Sektionen.
2. Behandelt wurden die möglichen Formen der Einigung sowie die Vorbereitungen der Annäherung: die Schaffung einer Unionsatmosphäre und einer ihr günstigen Meinung, einmal durch das mündliche und schriftliche Wort, dann durch Zusammenarbeit im Weltapostolat der Christen. Vorgeschlagen wurde der Weiterbestand eines doppelten Kernkreises mit Zusammenarbeit der beiden Sektionen sowie in freier Zusammenarbeit mit anderen Una-Sancta-Kreisen.
3. Die Ostkirchliche Sektion befaßte sich ausführlich mit der Lage der Russischen Kirche, der katholischen Ukrainer, der Katholiken östlicher Riten im islamischen Bereich und im Libanon, sowie mit Fragen des bevorstehenden Konzils.
4. Die mit dem katholisch-protestantischen Verhältnis befaßte Sektion fordert sachkundige Ausbildung der in der ökumenischen Arbeit stehenden Katholiken; bessere Zusammenarbeit in unseren ökumenischen Bemühungen; bessere Informationen der Öffentlichkeit über den Stand der Kontakte; befürwortet wird vor allem die Zusammenarbeit in kulturellen, sozialen und politischen Fragen.

14. Arbeitskreis: Fragen des geistlichen Lebens
(Leitung: P. Prior v. Severus OSB, Maria Laach)

1. Der Bericht des Arbeitskreises gibt gute Hinweise auf die Motive in der katholischen Spiritualität des heutigen Deutschland: die Sicht der Welt als Aufgabe der Frömmigkeit; den Drang nach einer Spiritualität und Askese der Laien in der Welt; die Idee der christlichen Bruderschaft; die Sicht der christlichen Vollkommenheit als Vollkommenheit des Humanen im Menschen; die Ansätze zu einer neuen evangelischen Armutsbewegung. Die entsprechenden Imperative sind: Verantwortung des Christen für die Welt, Brüderlichkeit in Christus, Meditation, Askese und Opfer.
2. Das Thema des Kreises war „Eucharistie und Spiritualität des Christen in der Welt". Es wurde entfaltet im Anschluß an die Vorträge: „Eucharistie als Sinnerhellung des christlichen Lebens" (Prof. Scheffczyk, Tübingen), „Eucharistie als Mitte unserer Frömmigkeit" (P. Jungmann, Innsbruck), „Eucharistie als Quelle und Antrieb sittlicher Entscheidung" (Prof. Auer, Würzburg), „Eucharistie und der Christ in der Welt" (Dr. Scherer, Freiburg).
3. Der Arbeitskreis trägt dem Zentralkomitee zwei Bitten vor. Es möge bei den Seelsorgeämtern und liturgischen Kommissionen der Bistümer anregen, die Ergebnisse der Sakramententheologie, der liturgiegeschichtlichen und liturgiewissenschaftlichen Forschung und der Pastoralliturgie zur Entfaltung des geistlichen Lebens des Christen in der Welt noch mehr als bisher in Glaubensverkündigung und Katechese zur Auswirkung kommen zu lassen. Es möge ferner anregen, in Zusammenarbeit von Priestern und Laien in den bestehenden Katholikenausschüssen besonders die Fragen der Askese und Spiritualität der Christen in der Welt zu fördern.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Kritik am deutschen Fernsehen

Nach Ansicht weiter Kreise haben in letzter Zeit im Fernsehen die familien- und jugendgefährdenden Sendungen stärker zugenommen. Deshalb sahen sich Vertreter der katholischen und der evangelischen Kirche veranlaßt, diese Erscheinung zu kritisieren und vor weiteren Entgleisungen solcher Art zu warnen. So wandte sich Kardinal Frings in seiner Osterpredigt scharf gegen die derzeitige Fernsehgestaltung. Er sagte:

„Vor nicht langer Zeit haben die deutschen Bischöfe einmal ihre Stimme erhoben und haben gewarnt vor den Gefahren eines rein kommerziellen Fernsehens [vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 147]. Nach wie vor stehen die deutschen Bischöfe hinter dieser Erklärung.

Aber sie haben auch das Recht und die Pflicht, aufmerksam zu machen auf bedauerliche Entgleisungen und Fehlleistungen im heutigen Fernsehen, die sich in letzter Zeit in bedauerlicher Weise gehäuft haben. Es scheint fast, als ob die Verantwortlichen für das Programm vergessen hätten, daß sie, anders als der Film, Gast sind in den Familien, auch in vielen christlichen Familien. Sie scheinen vergessen zu haben, daß bis neun Uhr abends auch die kleinen Kinder vor dem Fernsehschirm sitzen und daß die Halberwachsenen meist bis zum Ende sehen werden. Wer Gast ist in einer Familie, muß die Regel der Gastfreundschaft befolgen, und er darf sich als Gast nicht flegelhaft benehmen. Im Rundfunkgesetz ist gesagt, daß die Sendungen das Familienleben schützen, hüten und fördern sollen. Im Grundgesetz wird dem Bund eine ähnliche Aufgabe zugewiesen im Artikel 6 der Grundrechte, wo es heißt: Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Obrigkeit.

Geliebte, was in der letzten Zeit von nord- und westdeutschen Sendern ausgestrahlt wurde, war vielfach so, daß es geradezu jugendverderbend und familienzerstörend gewesen ist. Sowohl sehr gefährliche Einzelszenen wie auch die Gesamtauffassung von Sichausleben, von Ehebruch und Ehescheidung haben eine Flut von Protesten sowohl aus katholischen wie aus evangelischen Kreisen hervorgerufen. Neuestens hat die ständige Fernseh-Programmkonferenz in einer Tagung in Hamburg am 1. und 2. April dieses Jahres Besserung versprochen. Aber ich halte es für angebracht, daß ich diese Proteste hier öffentlich unterstreiche im Namen der christlichen Familie, die dadurch in größte Gefahr gerät, und sie nachdrücklichst betone."

Eine evangelische Stellungnahme

Auch von seiten der evangelischen Kirchen wurde an den jüngsten Programmpannen des Fernsehens Kritik geübt. Der Beauftragte der EKD für Funk und Fernsehen, Pfarrer Werner Hess, wies unter dem Titel „Achselzucken genügt nicht mehr" (in „Kirche und Fernsehen", epd, 16. 4. 60) auf die Notwendigkeit einer stärkeren Kontrolle des Fernsehprogramms im Hinblick auf das Jugendschutzgesetz hin. Er führte aus, daß von den 53 Millionen unserer Gesamtbevölkerung schon etwa 10 Millionen am täglichen Fernsehprogramm teilnehmen, daß also das Fernsehen eine neue publizistische Großmacht geworden ist, die man nicht unterschätzen dürfe. Wichtig sei vor allem die Einhaltung der Jugendschutzabmachungen, die bisher von den Programmverantwortlichen noch nicht genügend beachtet werden. Für das Fernsehen gebe es dafür zwei Möglichkeiten, nämlich entweder grundsätzlich alle Sendungen vor 21.00 Uhr so zu halten, daß die Jugendlichen an ihnen teilnehmen könnten, oder vor jugendgefährdenden Programmen ein Vorwarnung ergehen zu lassen. Letztere „Patentlösung" sei aber von eavngelisch-kirchlicher Seite abgelehnt worden, da damit nichts gebessert, sondern lediglich die Verantwortung auf das Elternhaus abgeschoben werde. Es bleibe also nur der erste Weg — die Vermeidung von Sendungen, die für Jugendliche ungeeignet sind, vor 21.00 Uhr.

Ein weiteres Mittel, die in vergangener Zeit aufgetretenen Fehler in der Programmgestaltung zu beseitigen, solle darin bestehen, nicht nur den Intendanten für das Programm verantwortlich zu machen, sondern die Verantwortung auf mehrere Kontrollorgane, z. B. auf die Programmdirektoren, auszudehnen, die notfalls eine Sendung ja auch nach der Produktion anhalten können, wenn sie entdecken, daß sie gegen die Jugendschutzbestimmungen verstößt. Pfarrer Hess fährt fort:

„Trotz all dieser vorbeugenden Maßnahmen scheint es uns richtig, daß jetzt organisatorische Maßnahmen getroffen werden müssen, die solche Pannen, die zu Lasten unserer Jugend gehen, radikal abbremsen können. In den amerikanischen Filmproduktionen gibt es jeweils Angestellte der Firma selbst, die schon während der Produktion darauf zu achten haben, daß die Firma später mit dem fertigen Produkt keine Anstände bei der Zensurbehörde und anderen Instanzen erlebt. Man kann nämlich dem Producer, der natürlicherweise in sein Werk und seine Produktion verliebt sein muß, nicht zumuten, daß er auch noch dialektisch deren Grenzen zum Jugendschutz bestimmt. Und man kann bei allem Respekt nicht von jedem Programmdirektor erwarten, daß er diesen Gesichtspunkt bei jeder Sendesekunde wirklich recht beachtet und gewertet hat.

Es wäre deshalb an der Zeit, daß — über all den gezeigten guten Willen hinaus — auch konkrete organisatorische Absicherungen in den Häusern für derartige Fälle getroffen werden. Denn eines ist aus den vergangenen Monaten deutlich geworden — daß man Pannen nun nicht mehr mit Achselzucken abtun kann, sondern daß sich nun automatisch immer die Frage stellt, ob der Mann hinter dieser Panne die Qualitäten besitzt, um die Aufgabe, die ihm gestellt ist, wirklich zu erfüllen. Hier werden Rundfunkräte und Programmbeiräte in Zukunft sehr konkrete Aufgaben bekommen und damit auch ihre eigene Wirksamkeit unter Beweis stellen müssen."

Der Kongreß christlicher Arbeitnehmer in Köln: Neuansätze christlich-sozialer Politik

Wer in den letzten Jahren die gesellschaftspolitische Entwicklung verfolgte, konnte den Eindruck gewinnen, daß die christlich-soziale Bewegung unter dem Druck der Entwicklung politische Dynamik und Gedankenreichtum eingebüßt habe. Seit fünf Jahren wurde in der Bundesrepublik darum gerungen, die in einer Vielfalt von Gruppen organisierten christlichen Arbeitnehmer zumindest einmal auf einem gemeinsamen Kongreß zu versammeln. In erster Linie hatten die Gewerkschaftsfrage und die daraus entstandenen Spannungen dies verhindert. Erst das Ausklammern der Gewerkschaftsfrage und die Erkenntnis

der Notwendigkeit, endlich zu einer gemeinsamen programmatischen Zielsetzung in der heutigen gesellschaftlichen Situation zu kommen, machten am 26. und 27. März 1960 einen christlichen Arbeitnehmerkongreß in Köln möglich, dessen Zustandekommen hauptsächlich der politischen Vitalität des Bundesgeschäftsführers der Sozialausschüsse der CDU, Hans Katzer, zu verdanken ist. Außer Katzers Sozialausschüssen waren der Einladung des Vorbereitungskomitees von katholischer Seite die Katholische Arbeiterbewegung, das Werkvolk, die Kolpingfamilie und die Christliche Arbeiterjugend, aus dem evangelischen Lager die Evangelische Arbeiterbewegung, die Evangelische Arbeiterjugend und die Evangelischen Gesellenvereine gefolgt. Von den 600 Delegierten gehörten 250 den evangelischen Standesorganisationen an.

Die Bedeutung des Kongresses wurde durch Ansprachen von Bundespräsident Lübke und Arbeitsminister Theodor Blank sowie durch die Anwesenheit von Kardinal Frings, des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Willi Richter, und des Präsidenten des Christlichen Gewerkschaftsbundes, Peter Gier, herausgehoben.

Christlich-soziale Proklamation

Die thematische Gestaltung brachte eine klare Abgrenzung christlich-sozialer Ordnungsvorstellungen gegenüber den Ideologien des Sozialismus und Liberalismus, auch des Neoliberalismus. Die nach den drei Grundsatzreferaten in den Arbeitskreisen verabschiedete und vom Kongreß bestätigte sozialpolitische Proklamation fordert einen gesellschaftlichen Strukturwandel nach christlichen Ordnungsideen. Katholische Soziallehre und evangelische Sozialethik hätten die Antwort zu geben auf die gesellschaftliche Neuordnung in einer dem Gemeinwohl verpflichteten Freiheit. Danach müsse „ein verstärkter Lastenausgleich die soziale Deklassierung der Familie verhindern". Der Wirtschaft wird keine absolut zwingende Eigengesetzlichkeit zuerkannt. Für die Verhältnisse in der Wirtschaft und im Arbeitsvertrag hätten Maßstäbe der „Gemeinwohlgerechtigkeit" und einer „personenrechtlichen Begründung des Arbeitsvertrages" zu gelten. Gefordert wird in diesem Zusammenhang der Ausbau der überbetrieblichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf der Ebene eines Bundeswirtschaftsrates und in regionalen Gremien (von Industrie- und Handwerkskammern). Als Gefahr werden die Konzentrationstendenzen der Wirtschaft bezeichnet, denen durch machtverteilende Maßnahmen in der Wirtschaft selbst und durch ein den übergewichtigen Einfluß der Interessenverbände ausschaltendes Parteiengesetz entgegengewirkt werden müsse. In den Referaten wurde zur Begründung dieser Forderung seit langer Zeit wieder einmal auf Prinzipien des Ahlener Programms der CDU Bezug genommen.

Die Proklamation des christlich-sozialen Arbeitnehmerkongresses bekennt sich weiterhin zu einer breiten Streuung des Eigentums und zu einer Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten „unter Berücksichtigung der beruflichen Besonderheiten". Schließlich wird Front gemacht gegen die Entheiligung des Sonntags, da „Rücksichtnahme auf Rentabilität, Produktivität oder auf Sonntagszuschläge keine Sonntagsarbeit rechtfertigen". Der Kongreß bekräftigt auch die Bereitschaft aller beteiligten Organisationen der christlich-sozialen Bewegung zur Hilfeleistung für Entwicklungsländer. „Weitere christlich-soziale Organisationen und Verbände" werden zur Mitarbeit im Ständigen Ausschuß des christlich-sozialen Arbeitnehmerkongresses aufgerufen.

Ein der gesellschaftlichen Entwicklung angepaßtes christlich-soziales Programm hat mit diesen Forderungen Profil gewonnen und wurde verkündet.

Von der Tätigkeit und Dynamik des neu gebildeten Ständigen Ausschusses wird es nun weitgehend abhängen, ob diesen breit gestreuten Programmansätzen zu christlich-sozialer Politik Erfolg beschieden sein wird. Um zu konkreten Verwirklichungen zu kommen, müssen vor allem zwei politische Gegebenheiten beachtet werden: Zunächst wird die Wirtschafts- und Sozialpolitik in immer stärkerem Maße von dem durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die weitere europäische Integration bestimmten größeren Wirtschaftsraum abhängen. Sodann müssen innerhalb der heutigen Verfassungswirklichkeit gesetzgeberische Techniken erarbeitet werden, um Grundsatzforderungen in die Wirklichkeit zu übersetzen. Auch in diesen beiden Punkten zeichnen sich erfolgversprechende Initiativen ab.

Internationale Ausstrahlung

Die wachsende Zusammenarbeit der christlichen Arbeitnehmerschaft, besonders die Erarbeitung konkreter Zielsetzungen, läßt sich weit über den deutschen Raum hinaus erkennen. So waren repräsentative Abordnungen der religiösen Arbeitervereine, der Christlichen Gewerkschaften und der Arbeitnehmer der christlich-demokratischen Parteien aus Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz einer Einladung der Sozialausschüsse der CDU Südbadens vom 31. März bis 2. April 1960 nach Konstanz gefolgt. Das Thema hieß „Mitbestimmung und Miteigentum der Arbeitnehmer in den europäischen Ländern" und diente einer vergleichenden Bestandsaufnahme dessen, was schon erreicht, und einer Konfrontierung dessen, was auf der Grundlage der christlichen Soziallehre und im Rahmen der modernen Forderungen christlicher Sozialpolitiker erstrebt wird. Die Prinzipien dieser Forderungen wurden von H. J. Wallraff SJ und Jakob David SJ aufgezeigt, die aus den geschichtlichen Erfahrungen und der heutigen gesellschaftlichen Situation die Konsequenzen zogen. Sie besagen eindeutig: Abkehr von jeder Art von Kollektiveigentum. Menschenwürde und Freiheit des Arbeitnehmers werden nur gesichert durch Mitbestimmung und Miteigentum. Hier liegen heute die Forderungen christlicher Sozialpolitik. Die interessanten Berichte aus den einzelnen Ländern ergaben, daß ein sehr unterschiedliches Niveau des Erreichten und Erstrebten, eine Vielfalt von Versuchen und Methoden in Gesetzgebung und Organisation sowie ein weitgehender Widerstand der sozialistisch orientierten Gewerkschaften und gewisser Kreise der Unternehmerschaft, vor allem in Frankreich und Italien, gegen diese christlich-sozialen Grundforderungen bestehen. Dagegen zeigte sich bei einer Ansprache der Präsident der deutschen Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Paulssen, für die Idee des Miteigentums grundsätzlich aufgeschlossen. Die christlichen Arbeitnehmervertreter aus den europäischen Ländern beschlossen, ihre gemeinsame Arbeit fortzusetzen.

Bei der Diskussion konkreter Verwirklichungsmöglichkeiten für Miteigentum gaben die volkswirtschaftlich und

politisch durchgearbeiteten Gedanken des CDU-Bundestagsabgeordneten Erwin Häußler wertvolle Anregungen, die vor allem von den nichtdeutschen Tagungsteilnehmern stark beachtet wurden. Der „Häußler-Plan" versucht, christlich-soziale Grundsatzforderungen in gesetzliche und organisatorische Wirklichkeit zu übersetzen.

Der Häußler-Plan

Der schwäbische Abgeordnete Häußler geht von der Voraussetzung aus, daß trotz des Konsumanstiegs in allen Gesellschaftsschichten und trotz der Beseitigung der Not die Zwei-Klassen-Gesellschaft auch heute noch praktisch besteht. Die Unterscheidung beruht auf der Tatsache des Kapitalbesitzes bei den einen und des Nichtbesitzes bei den andern. Noch schärfer bestimmt wird die Lage des Arbeitnehmers durch die beiden Merkmale, daß er unselbständige Arbeit nach fremder Weisung zu leisten und auch keine Möglichkeit zu Kapitalinvestition und damit zum Bezug von Kapitalertrag hat. Die Tatsache der fremdbestimmten Arbeit läßt sich bei den gerade jetzt durch die Automation neu bedingten Produktionsformen nicht beseitigen. Doch läßt die Frage, ob Kapitalbeteiligung und damit Kapitalertrag für den Unselbständigen möglich sind und ob dadurch die Tatsache der fremdbestimmten Arbeit wesentlich gemildert wird, eine positive Beantwortung zu, ja erfordert sie geradezu. Denn erst Arbeitslohn zusammen mit Kapitaleinsatz und -ertrag können das Arbeitnehmerschicksal entscheidend umwandeln. Eine solche Alternative wäre eine wirkliche Alternative zum Marxismus. Kapitalbesitz in Freiheit würde das totalitäre „Volkseigentum" mit all den Nachteilen des staatlichen Brotkorbes überwinden und könnte eine Verwurzelung der breiten Schichten in der hochtechnisierten industriellen Gesellschaft durch Eigentum bringen, wie in analoger Weise in der Agrargesellschaft die Verwurzelung durch Grundeigentum gegeben war. Auf betrieblicher Ebene ist allerdings eine Mitbeteiligung sehr problematisch, da zumindest der Kleinbetrieb dafür kaum in Frage kommt. Durchdachter und erfolgversprechender sind die breiter angelegten überbetrieblichen Kapitalbeteiligungsformen des Investmentsparens und der Volksaktie.

Beim Erwerb von Investment-Zertifikaten und Volksaktien ist die Eigenleistung auf jeden Fall die wichtigste Voraussetzung für die Kapitalansammlung, damit das Eigentumsbewußtsein überhaupt erst ermöglicht wird. Die zumutbare Höhe der Eigenleistung wird begrenzt durch den Familienstand — zumindest solange kein ausreichender Familienlastenausgleich erfolgt —, durch die Einkommenshöhe, das Lebensalter und das bereits vorhandene Kapitalvermögen.

Für den Erwerb solchen Aktienkapitals kommen als Möglichkeiten neben den allgemeinen Sparleistungen und einer freiwilligen investiven Lohnverwendung vor allem der festgelegte Investivlohn, Gutschriften aus der Sozialversicherung, sofern investiv gespart wird, Anlage der Gewinnbeteilung und die vermögensbildenden Anlagen von sozialen Rückstellungen in Frage.

Für die Arbeitgeber sind folgende Vorschläge zur Förderung des Kapitalbesitzes der Arbeitnehmer durchführbar: Kapitalförderung aus Mitteln der Unternehmen, Kapitalerhöhungen aus Mitteln der Gesellschaft, Förderung der Vermögensbildung der Arbeitgeber bei Auflösung sozialer Rückstellungen, die Gewinnbeteiligung sowie der begünstigte Erwerb von Kleinaktien und finanzielle Hilfen. Die Mitwirkung des Staates kann sowohl durch die Gesetzgebung als auch durch Förderungsmaßnahmen aus dem Bundesvermögen geschehen. Verschiedene schon verabschiedete oder in Beratung befindliche Gesetze könnten einen solchen Weg der „Gesellschaftsreform" einleiten. Hier sind zu nennen das Sparprämiengesetz, die Belegschaftsaktien auf Grund des Gesetzes über die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln, die erste Ausgabe von „Volksaktien" anläßlich der Teilprivatisierung der Preußag, das Gesetz über die Privatisierung des Volkswagenwerkes. Vorbereitet werden Gesetze über den Ergebnislohn und die Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer durch Auflösung sozialer Rückstellungen. Notwendig werden Gesetze über den Investivlohn, die bargeldlose Lohnzahlung und letzten Endes die Zusammenfassung all dieser Eigentumsgesetze in einem ähnlichen Kompendium wie die Reichsversichungsordnung.

Investment-Zertifikat und Investivlohn

Eine gewisse Präzisierung erfordern die Begriffe „Investment-Zertifikat" und „Investivlohn". Die herkömmliche Einzelaktie eignet sich infolge des ihr anhaftenden Risikos wenig für den kleinen Anleger. Dieses Risiko wird durch eine Art *Sammel*-Aktie, die Kleinbeteiligungen am Kapital verschiedener Gesellschaften umfaßt, das „Investment-Zertifikat", weitgehend überbrückt. Die besondere Bedeutung dieses finanztechnischen Instrumentes liegt jedoch auf dem Gebiet der Lohnpolitik. Diese überbetriebliche Kapitalbeteiligungsform ist nämlich eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine neue „investive" Lohnpolitik. Darunter ist die Abzweigung bestimmter Teile von Lohnerhöhungen vor der Auszahlung und deren Überweisung auf ein besonderes Kapital-Sparkonto des Arbeitnehmers zu verstehen. Von dort können die ersparten Summen, zu denen dann auch Kapital aus anderen Ersparnisquellen kommt, zum Erwerb von Kapital-Wertpapieren, vorwiegend von Investment-Zertifikaten verwertet werden. Damit könnten kommende Lohnwellen währungsmäßig neutralisiert, die Lohn- und Preisspirale gedämpft, wenn nicht sogar ganz vermieden werden und ein gewisses Kapital in der Hand des Arbeiters entstehen. Kurz gesagt, es würden alle volkswirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Vorteile eintreten, die bei der theoretischen Diskussion dieses Problems im Jahr 1959 von Wilfried Schreiber dargelegt wurden (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 495 f.). Die vom realistischen Schwaben Häußler in seiner Gesamtkonzeption angestrebte Verbindung von freiwilliger Eigenleistung und zielbewußter staatlicher Sozialpolitik, deren Außerachtlassung durch Schreiber ihm Widerspruch in der traditionellen christlich-sozialen Schule eingebracht hat, scheint die Kontroverse über die Eigentumsbildung im christlichen Lager überwinden zu können.

Die katholischen Mittelschulen in Österreich

Einige interessante Aspekte über die katholische Mittelschule in Österreich gibt ein kürzlich erschienener Bericht des Internationalen Katholischen Institutes für kirchliche Sozialforschung (ICARES). Zu Ende des Schuljahres 1956/57 bestanden in Österreich 41 allgemeinbildende katholische Mittelschulen (also ohne die Lehrerbildungsanstalten), 27 Bubenschulen und 14 Mädchenschulen. Von

diesen 41 Schulen sind vier bischöfliche Gymnasien (Linz, Salzburg, Schwaz in Tirol, und Graz; dazu kam, in der Arbeit von ICARES noch nicht mitgezählt, im Herbst 1959 das Knabenseminar Sachsenbrunn der Erzdiözese Wien), vier Ordensnachwuchsschulen, 18 andere Schulen der Männerorden, davon neun Schulen der Benediktiner, 13 Schulen der Frauenorden und zwei weltliche katholische Schulen (die „Neuland"-Schulen in Wien und Ischl). Von den Bubenschulen sind die meisten Gymnasien, von den Mädchenschulen Realgymnasien; Realschule ist keine darunter, dafür aber zwei sogenannte „Aufbauschulen", die ihre Schüler nach vollendetem 17. Lebensjahr zur Matura führen. Der sehr ausführliche Erhebungsbogen, den das Institut aussandte, wurde von 38 Schulen beantwortet. Die Lücke ist also nicht so groß, daß sie das Gesamtbild wesentlich ändern würde.

Die 38 Mittelschulen zählten in 300 Klassen 9179 Schüler. Die 5098 Buben machen 9,9 % der österreichischen Mittelschüler aus, die 4081 Mädchen 13,4 % aller österreichischen Mittelschülerinnen. An den Bubenschulen sind 80 % interne Schüler — die Stärke der katholischen Schulen liegt ja wesentlich in den Internaten —, bei den Mädchenschulen sind es 19 %.

Die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung sind folgende:

1. Was die soziale Stellung des Vaters betrifft, überwiegen die oberen Mittelstandsschichten: öffentlicher Dienst (Buben 18,7 %, Mädchen 24,5 %), Privatangestellte (10,7 % und 18,6 %), Freie Berufe (11,9 % und 20,5 %), Gewerbetreibende (15,7 % und 17 %), dazu noch bei den Buben die Land- und Forstwirtschaft mit 18,3 %. Kinder aus Arbeiterfamilien sind aber nur mit 9,5 % bzw. bei den Mädchen mit nur 3 % vertreten. Diese Einseitigkeit der Verteilung ist die unvermeidbare Konsequenz der Tatsache, daß der österreichische Staat die katholischen Schulen — anders als in Frankreich, Belgien, Holland — in keiner Weise finanziell unterstützt, so daß die Schulen ein relativ hohes Schulgeld (500 bis 1100 S jährlich), dazu die Internatskosten verlangen müssen, was aber trotzdem die Kosten nicht deckt. Wie groß diese Einseitigkeit ist, könnte freilich erst ein Vergleich mit der gesamten österreichischen Mittelschuljugend zeigen. Leider aber gibt es keine amtliche Statistik über Beruf und soziale Stellung der Väter. Interessant ist ferner, daß bei den Buben 17 % der Väter Akademiker sind, bei den Mädchen sogar 31,5 %.

Welche Motive die Eltern leiten, ihre Kinder in katholische Schulen zu schicken: der gute fachliche Ruf der Schule, die erzieherische und religiöse Atmosphäre oder einfach die Notwendigkeit, ein Internat für die Kinder zu finden, konnte auf Grund der Erhebungsbogen nicht genügend festgestellt werden.

2. Die Feststellung der Familienverhältnisse der Schüler ergab das traurige Bild unserer Gesellschaft: ein Fünftel (19,6 %) der Schüler stammen aus unvollständigen Familien: Halbwaisen (13,9 %), Vollwaisen (1 %), Kinder aus geschiedenen Ehen (6,7 %). Auch hier fehlt die Vergleichsmöglichkeit mit der gesamten österreichischen Mittelschuljugend.

3. Die Maturaerfolge waren etwas besser als der österreichische Durchschnitt. Mit Auszeichnung maturierten 20,3 % der Schüler gegenüber 15,6 % des Bundesdurchschnittes, reprobiert wurden 7,5 % gegenüber 10,2 % des Bundesdurchschnittes. Hinsichtlich des folgenden Hochschulstudiums wurden bei dem Jahrgang 1952/53 (neuere Zahlen liegen nicht vor) ein Prozentsatz von 77 % bei den Burschen und 15 % bei den Mädchen ermittelt.

4. Vielleicht das wichtigste Ergebnis der Untersuchung ist die Anzahl der geistlichen Berufe, die aus den katholischen Schulen hervorgegangen sind. Bei den Burschen ergab sich für die drei Maturajahrgänge 1954 bis 1956 folgendes Bild: an den bischöflichen Gymnasien erklärten sich insgesamt 176 Maturanten, das sind 63,8 % der Maturanten, für den geistlichen Beruf; an den Ordensnachwuchsschulen waren es 61 Maturanten, das sind 78,2 %; an den übrigen Ordensschulen (die beiden weltlichen katholischen Schulen offenbar eingerechnet) 159 Maturanten, das sind genau 22,8 %; zusammen 396 Maturanten (37,6 % aller Maturanten der katholischen Schulen). Bei den bischöflichen Gymnasien und den Ordensnachwuchsschulen sind diese hohen Ziffern wohl weniger überraschend als bei den Ordensschulen, wo die Schüler ja nicht von vornherein auf den geistlichen Beruf hin orientiert sind. Die Erfolge sind um so größer, wenn man in Betracht zieht, wie sehr heute die ganze geistig-kulturelle Atmosphäre in der Öffentlichkeit und vielfach auch in der Familie der Berufung zum Priestertum entgegenwirkt und daß die Schüler in den acht Jahren nicht bloß einen ersten Eindruck erhalten, sondern Zeit haben, ihre Lehrer und Erzieher auch im Alltag kennenzulernen. Die Lebensordnung und der Lebensstil des Ordensmannes überzeugt offenbar auch heute noch.

Völlig anders ist das Bild bei den Mädchen. Von 556 Maturantinnen dieser drei Jahrgänge sind bloß zwei in einen Orden eingetreten, und diese nicht in den Orden, der die Schule führt. Eine alarmierende Tatsache, die das Institut für kirchliche Sozialforschung im Zusammenhang einer größeren Arbeit über die weiblichen Orden untersuchen will.

Einen letzten Abschnitt widmet der Bericht dem Lehrpersonal an den katholischen Schulen. Alle Ordensschulen haben zu wenig eigene Leute und müssen daher in großem Ausmaße weltliche Lehrkräfte anstellen. So waren von den 399 Lehrern an den Bubenschulen 49 Weltpriester, 161 Ordenspriester, fünf Ordensangehörige, die nicht Priester sind (hier zeigt sich das Fehlen der großen Schule der Schulbrüder in Wien-Strebersdorf), und 188 weltliche Lehrkräfte (darunter 12 weibliche). An den Mädchenschulen unterrichteten 24 Weltpriester, vier Ordenspriester, 95 Ordensschwestern und 246 weltliche Lehrkräfte (davon 45 männliche). Von den weltlichen Lehrern sind die meisten jüngere Lehrer, die ihre Tätigkeit vielfach als Durchgangsstadium für eine spätere staatliche Anstellung betrachten, weil ihnen die staatliche Anstellung die biennale Vorrückung (zweijährige Gehaltssteigerung), die Pragmatisierung (Beamtenstatus) und eine höhere Pension bringt. Daß hier ein sehr großes pädagogisches Problem für die katholische Mittelschule liegt, ist klar. Denn jede Schule muß auf die Heranbildung eines Stammes von erfahrenen Lehrern bedacht sein, was aber unter diesen Verhältnissen nicht möglich ist. Wenn auch, wie der Bericht mitteilt, heute viele — nicht alle — Schulen ihren Lehrern dieselbe Entlohnung bieten wie die staatlichen Schulen, einschließlich biennaler Vorrückung, bleibt noch die Frage der Pragmatisierung und der höheren Pension. Entweder gelingt es, im Zuge von Schulverhandlungen die Pragmatisierung von Lehrern an Privatschulen durchzusetzen, wie es vor 1938 zum Teil der Fall war, oder es müßte durch Abschluß einer Privatversicherung die Höhe der staatlichen

Pension gesichert werden. Zu diesen hohen finanziellen Leistungen sind aber die Schulen schwer imstande. Nach Angabe der Erhebungsbogen sind die meisten katholischen Mittelschulen defizitär und müssen ihr Defizit aus anderen Quellen decken. Sie beziffern ihr Defizit pro Schüler und Jahr, auf den Durchschnitt umgerechnet, mit 1400.— S an den Bubenschulen und 700.— S an den Mädchenschulen (die meist ein weit höheres Schulgeld verlangen). Dazu haben die Schulen einen sehr hohen Investitionsbedarf, der mit 36 Millionen S dringendem Bedarf und 78 Millionen sehr wünschenswertem Bedarf veranschlagt wird.

Aus dem Vatikan

Johannes XXIII. über die Würde des Arbeiters und den Wert der Arbeit

Am 1. Mai, dem Feiertag der Arbeit, den die Kirche durch das Fest des heiligen Josef des Handwerkers überhöht hat, ist es Sitte, daß die Päpste zu Fragen der Arbeit und des Arbeiters Stellung nehmen. So richtete in diesem Jahr Papst Johannes XXIII. über den vatikanischen und italienischen Rundfunk eine Botschaft an die Arbeiter Italiens und der Welt. Einleitend erläuterte er den liturgischen Sinn dieses Festes vom heiligen Josef und führte dann zum Thema der Arbeit aus:

„Indem die Kirche das Beispiel des heiligen Josef allen Menschen vor Augen stellt, deren Lebensbedingungen durch das Gesetz der Arbeit bestimmt sind, will sie ihnen ihre große Würde zum Bewußtsein bringen und sie dazu einladen, ihre Tätigkeit zu einem mächtigen Mittel persönlichen Vollkommenheitsstrebens und des Verdienstes der Ewigkeit werden zu lassen. Denn die Arbeit ist eine hohe Sendung: Sie ist für den Menschen gleichsam eine einsichtige und wirksame Mitarbeit mit dem Schöpfergott, von dem er die Güter dieser Erde erhielt, um sie zu pflegen und zu mehren. Was Mühe und harte Überwindung von Widerstand an ihr ist, gehört in den Erlösungsplan Gottes. Denn er hat die Welt durch die Liebe und das Leiden seines eingeborenen Sohnes erlöst. So macht er das menschliche Leid zu einem wertvollen Mittel der Heiligung, wenn es mit dem Leiden Christi vereint wird.

Welches Licht wirft das Beispiel von Nazareth auf diese Wahrheit! Dort wurde die Arbeit fröhlich als Erfüllung des Willens Gottes angenommen. Und welche Größe ersteht in der schweigsamen und verborgenen Gestalt des heiligen Josef durch den Geist, in dem er die von Gott aufgetragene Sendung erfüllte! Denn die wahre Würde des Menschen ermißt sich nicht am Flittergold betörender Erfolge, sondern an der inneren Ordnung und am guten Willen.

In diesem Glanz, der vom himmlischen Vorbild ausstrahlt, müssen Haltung und Hinwendung zur Arbeit stehen, die Belastung und Ehre für das Leben jedes Menschen ist. Doch versuchten falsche Ideologien, die einerseits eine enthemmte Freiheit, anderseits die Unterdrückung der Persönlichkeit anpreisen, den Arbeiter seiner Größe zu berauben, ihn zu einem einfachen Instrument des Kampfes zu degradieren oder ihn sich selbst zu überlassen. Man versuchte Kampf und Zwietracht zu säen, indem man die verschiedenen Schichten des sozialen Lebens gegeneinander ausspielte. Man versuchte sogar die Massen der Arbeiterschaft von Gott loszureißen, der doch allein Schützer und Rächer der Armen ist. Von ihm haben wir doch Leben, Bewegung und Dasein (vgl. Apg. 17, 28). Und nun sollte die proletarische Existenz von der Pflicht befreien, ihn zu kennen, ihn zu ehren und ihm zu dienen. Unser Herz ist durch die Feststellung bedrückt, daß so viele Unserer Söhne, sonst aufrecht und gerade im Leben, sich von solcherlei Theorien aufreizen ließen und dabei vergaßen, daß im Evangelium, erläutert durch die Verlautbarungen des Römischen Pontifikates, der Weg zur Lösung all ihrer Probleme liegt. Daraus entsteht der brennende Wunsch nach weiteren Reformen, die an die Achtung vor den Grundwerten gebunden sind.

Geliebte Söhne und Töchter! Schaut vertrauensvoll vorwärts auf den Wegen, die eurem Fortschritt offenstehen. Die Kirche zählt auf euch, um unter der Arbeiterschaft die Lehre und den Frieden Christi zu verbreiten. Euer Werk sei für euch immer eine vornehme Sendung, die Gott selbst und allein anregt und belohnt. Möge in den gegenseitigen Beziehungen des sozialen Lebens doch die wahre Liebe, die Achtung voreinander, der Wille zur Zusammenarbeit, ein vertrautes und brüderliches Klima nach den weisen Ratschlägen des heiligen Paulus im Brief an die Kolosser, die in der heutigen Liturgie stehen, herrschen: ‚Was immer ihr tun mögt in Wort oder Werk, das alles tut im Namen des Herrn Jesus Christus. Durch ihn dankt Gott dem Vater. Was ihr tut, das tut von Herzen gern. Denn es gilt dem Herrn und nicht Menschen. Ihr wißt ja, daß ihr zum Lohn dafür vom Herrn das Erbe erhaltet. Dient Christus dem Herrn' (Kol. 3, 17, 23—24).

Die Arbeiter wissen, daß die Kirche sie mütterlich sowie mit lebendiger und aufmerksamer Zuneigung begleitet. Sie ist besonders denen nahe, die in der Verborgenheit undankbare und schwere Arbeit verrichten, die ihre Mitmenschen vielleicht nicht einmal kennen oder nicht genügend schätzen. Wir Unserseits lassen keine Gelegenheit vorübergehen, alle einzuladen, die die Verantwortung der Macht und der Mittel haben, sich darum zu bemühen, daß der Arbeiterschaft immer bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen garantiert werden. Ihre ganz besonderen Anstrengungen sollen dem Punkte gelten, daß allen eine menschenwürdige und dauerhafte Beschäftigung garantiert wird. Wir vertrauen fest darauf, daß sie mit immer ausgeprägterem Einfühlungsvermögen die Not der Arbeiter verstehen. Spontan möge man ihren gerechtfertigten Erwartungen als freie Menschen, die nach Gottes Bild und Gleichnis geschaffen sind, begegnen. Man möge danach trachten, ihr brennendes Sehnen im Geiste der Gerechtigkeit und Liebe sowie der loyalen Zusammenarbeit in gegenseitiger Achtung der entsprechenden Rechte und Pflichten zu stillen.

Doch würden auch die edelmütigsten Kräfte nur wenig ohne die Hilfe Gottes erreichen. Deshalb bitten Wir euch, an diesem Tag glühende Bitten zum Herrn zu richten, daß sein Schutz durch die Fürbitte des heiligen Josef euer Bemühen stärke und begleite und eure Wünsche erfülle." Mit einem Gebet zum heiligen Josef schloß der Papst seine Botschaft.

. . . über die Frauenarbeit

Zum besonderen Problem der Frauenarbeit hatte der Heilige Vater schon am 24. April 1960 Richtlinien des Lehramtes der Kirche wiedergegeben. Er empfing an diesem Tag die in Rom zu ihrem Weltkongreß anwesenden 800 Vertreterinnen der Verbände der weiblichen katholischen Jugend. Nach einleitenden Worten führte er aus:

„Es ist euch bekannt, wie sehr unsere Zeit die Arbeit verherrlicht. Denn die Arbeit verwandelt zuweilen in ein-

drucksvoller Form das Angesicht der Erde. Sie erfüllt den, der sie leistet, indem sie in ihm Verantwortungsbewußtsein, Unternehmungsgeist und andere Fähigkeiten weckt. Manchmal geht man sogar noch weiter und vergöttert die Arbeit und ihre Organisationsformen. Dadurch wird der Mensch jedoch zum einfachen Arbeitsinstrument erniedrigt. Dagegen sprechen die unverbildete Vernunft und der Glaube an die überragende Würde des Menschen. Sie sagen uns, daß die Arbeit dem Menschen zu dienen hat.

In der Frage der Frauenarbeit zeigt sich die Kirche durch ihre lange Tradition hindurch sorgsam darauf bedacht, die Würde der arbeitenden Frau und den besonderen Charakter ihrer Arbeit herauszustellen. Die Kirche hält daran fest, daß die Frau als Person dieselbe Würde wie der Mann besitzt. Doch ist sie von Gott und durch die Natur mit anderen Aufgaben bedacht, die die dem Mann aufgetragene Sendung ergänzen und vollenden. Gleiche Würde, ergänzende Aufgabe! Mit diesem Wort kann man das Prinzip zusammenfassen, in dessen Licht das Problem der Frauenarbeit behandelt werden muß. Es ist deshalb sehr wünschenswert, daß Organisationen wie die eurige sich darum bemühen, diese natürliche Ordnung sowohl im institutionellen Bereich als auch im Tätigkeitsfeld des Einzelmenschen zu stärken und, wo es notwendig ist, wieder herzustellen.

Wenn man zu klären sucht, was die Arbeit der Frau ausmachen soll, so muß man ohne Zögern feststellen: Da die Aufgabe der Frau auf die Mutterschaft im engeren oder weiteren Wortsinn ausgerichtet ist, findet alles, was Werk der Liebe, der Hingabe, der Aufnahmebereitschaft und uneigennütziger Dienst am Nächsten ist, einen natürlichen Platz in der Berufung der Frau. Das ist der Wille der Vorsehung. Es ist eine äußerst wichtige Aufgabe, sorgfältig darüber zu wachen, daß keine der Natur der Frau widersprechende Arbeit durch ihre zersetzende Wirkung die Persönlichkeit der jungen Arbeiterin verändert. Diesen Preis müssen wir entrichten, um ihre persönliche Würde zu retten und ihr eine harmonische Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten zu sichern. Man kann sogar der Ansicht sein, daß eine erfüllende Arbeit viel zur Entwicklung des übernatürlichen Lebens des jungen christlichen Mädchens beiträgt. Sie mag sogar einige den Anruf des Herrn zu einer religiösen Berufung hören lassen. Eine solche Berufung ist ein Höhepunkt ihrer Existenz. Durch sie nehmen sie tätigen Anteil an der spirituellen Mutterschaft der Kirche. Denn hier erfüllt sich für jeden, der diesen Willen Gottes annimmt, die vollkommenste Entwicklung seines Wesens. Wir wünschen von Herzen, daß aus eueren Reihen in großer Zahl solche Berufungen wach werden."

Nach abschließenden Wünschen für ihre Arbeit in der Heimat erteilte der Papst den Kongreßteilnehmerinnen seinen Segen.

Aus Süd- und Westeuropa

Hirtenbrief der italienischen Bischöfe über den Laizismus

Die Oberhirten Italiens haben am 25. März 1960 einen gemeinsamen Hirtenbrief an den Klerus erlassen. Er trägt die Unterschriften von 14 Kardinälen, 64 Erzbischöfen, 90 Bischöfen und 5 Äbten nullius. Der Episkopat hatte den Beschluß dazu auf seiner Generalversammlung im Oktober vorigen Jahres gefaßt. Ein gemeinsamer Hirtenbrief sämtlicher Ordinarien ist für Italien ein außergewöhnliches Ereignis. Schon aus diesem Grunde hat er auch im Ausland Aufmerksamkeit erregt. Diese wird gesteigert durch das Thema, das die Bischöfe zu der gemeinsamen Ausübung ihres Lehramtes veranlaßte. Der Hirtenbrief handelt vom Laizismus. Die Bischöfe sehen in ihm eine Häresie, die die Atmosphäre des gesellschaftlichen Lebens in ihrem Lande vergiftet und auch die kirchlich gesinnten Gläubigen zu infiltrieren droht und die um so gefährlicher ist, als sie sich sehr geschickt zu tarnen versteht. Der Hirtenbrief hat auch politische Bedeutung. Der Marxismus wird beim Namen genannt und als die radikale Form von Laizismus, als praktischer Atheismus gekennzeichnet. Damit setzt das Dokument die Reihe der Warnungen vor jeder Annäherung an die marxistischen Parteien fort, die seitens der Hierarchie in Italien im letzten Jahre mehrfach ergangen sind (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 414; ds. Jhg., S. 249). Aber der Laizismus erschöpft sich nicht im politischen Bereich. Der Hirtenbrief zeichnet ihn als eine Grundhaltung, die sich in der gesamten Lebensauffassung und Weltanschauung heutiger Menschen und in allen Sektoren des kulturellen und sozialen Lebens auswirkt, als eine der wichtigsten Ursachen für die Krise unserer Zeit. Insofern ist er nicht auf Italien beschränkt, und deshalb kommt diesem Hirtenbrief eine gesamtkirchliche Bedeutung zu. Zweifellos enthält er Gedanken und Lehren, die auf dem Konzil eine Rolle spielen werden, sobald es sich mit der Analyse des Geistes unserer Zeit und der Heilung seiner Irrungen zu beschäftigen beginnt.

Das Wesen des Laizismus

Denn der Laizismus ist nach dem Hirtenbrief „der grundlegende Irrtum der gegenwärtigen Welt, in dem alle anderen wurzeln". Die Bischöfe verstehen unter Laizismus „eine Tendenz oder, noch besser, eine Geisteshaltung systematischer und wacher Opposition gegen jeden Einfluß, den die Religion im allgemeinen und die katholische Hierarchie im besonderen auf die Menschen, ihre Tätigkeiten und Institutionen ausüben könnte". Er ist die Konsequenz einer rein naturalistischen Auffassung vom Leben, die die Religion bestenfalls ins Innere der Gewissen bannt, ihr aber jede Einwirkung auf das Verhalten des Menschen in der Gesellschaft, also seine philosophische, juristische, wissenschaftliche, künstlerische, wirtschaftliche, soziale, politische Einstellung und Tätigkeit bestreitet. Nach dieser Lehre hat die Religion ihren Platz ausschließlich im Privatleben des Menschen. Demgemäß steht der Kirche nur die Seelsorge am privaten Menschen zu. Das öffentliche Leben ist ihr gegenüber völlig autonom. Diese Prinzipien stehen in direktem Gegensatz zum katholischen Glauben. Sie werden allerdings im gegenwärtigen öffentlichen Leben Italiens verhüllt und nur in der Form von Unterstellungen und subtiler Kritik geäußert. Der Laizismus bezieht keine eindeutigen doktrinären Standpunkte; er weckt vielmehr Eindrücke, Stimmungen und Ressentiments. Unter der Maske der Achtung vor der Religion arbeitet er aber hin auf „eine systematische Zerstörung der katholischen Seele des Landes".

Zu seinen Äußerungen in der Gegenwart gehören die folgenden:

1. Mißgünstige Kritik an allen Verlautbarungen des kirchlichen Lehramtes, die christliche Grundsätze praktisch anwenden, selbst in Dingen der öffentlichen Moral;
2. Mißtrauen oder offene Feindschaft gegenüber jeder Prä-

senz der Katholiken im öffentlichen Leben und deren Ausdruck;
3. Publikation kirchlicher Fehlschläge und Entstellung der Absichten kirchlicher oder katholischer Institutionen;
4. Unterstützung der Ehescheidung und Geburtenkontrolle;
5. Vereinzelte Unterwühlung des Konkordates;
6. Heftige Opposition gegen die Privatschule mit der Begründung, daß sie nicht in und zur Freiheit erziehe;
7. Protest gegen die Teilnahme staatlicher Autoritäten an religiösen Feiern und Achtungskundgebungen für den Papst, den man nur als Souverän der Vatikanstadt behandelt wissen will;
8. Verständnislosigkeit gegenüber dem religiösen Sinn von kirchlichen Interventionen zum Zweck der Orientierung der Gläubigen in Fragen des öffentlichen Lebens.
Die Bischöfe betonen, es liege nicht in ihrer Absicht, alte Zwistigkeiten wieder heraufzubeschwören, die die Mitarbeit der Katholiken am Aufbau der Gesellschaft hindern könnten. Sie müßten aber dem Angriff des Laizismus auf die Substanz der katholischen Lehre entgegentreten. Er liegt darin, daß die geschichtliche Bedeutung der Offenbarung, das Heilswerk der Kirche an der Welt, die Einheit des christlichen Lebens und die objektive und allgemeine Geltung des Sittengesetzes geleugnet oder verkannt werden.

Die Versuchung des Laizismus für die Laien

Die Bischöfe bekunden ihre Sorge über die Möglichkeit einer Geistesverwandtschaft zwischen den Ideen des Laizismus und gewissen Strömungen und Stimmungen unter den gläubigen Laien. Sie läßt sich in folgenden Punkten markieren:
1. Tendenz, im Namen der Mündigkeit sich der Führung durch die Hierarchie und den Klerus zu entziehen;
2. Tendenz, in der Sphäre des Profanen vollständige Unabhängigkeit von der Kirche zu beanspruchen, ohne auf die ethische Relevanz der zeitlichen Probleme zu achten;
3. Tendenz, die Fähigkeit der christlichen Botschaft zur Lösung der sozialen Probleme von heute zu bezweifeln, weil die Kirche weltfremd, ihr Lehramt zu prinzipiell, ihre Vermittlung zwischen Tradition und Fortschritt zu zaghaft sei;
4. Tendenz, auf die Ebene des Naturalismus abzugleiten, die übernatürliche Kraft der Kirche zu unterschätzen und nur den unmittelbaren Erfolg zu werten;
5. Tendenz, so großzügig gegen die anderen wie kleinlich und lieblos gegen die eigenen Leute zu sein und ihnen gegenüber das Gefühl für Einheit und Liebe zu vergessen;
6. Tendenz, die charismatische gegen die hierarchische Kirche auszuspielen, Liebe gegen Recht, sichtbare Form gegen unsichtbare Substanz des Christentums;
7. Tendenz, den Unterschied zwischen Weihepriestertum und allgemeinem Priestertum der Laien einzuebnen.
Warum lassen sich die gläubigen und kirchlich gesinnten Laien von laizistischen Parolen beeindrucken?
1. Sie sind theologisch zu mangelhaft gebildet, namentlich in Hinsicht auf den Kirchenbegriff, wofür das laizistische Klima der italienischen Schule ausdrücklich verantwortlich gemacht wird.
2. Sie unterliegen dem Einfluß der Presse, „die entschieden oder wenigstens in der Tendenz laizistisch ist", wiewohl sie der Religion Reverenz erweist. Die Presse spielt alles Kirchliche in das Feld der Kritik hinein. So verabreicht sie Gift.
3. Sie werden „durch eine gewisse fortschrittliche religiöse Literatur, vornehmlich von jenseits der Alpen, beeinflußt, in der eine wesenhafte Unruhe sich mit gewagtesten Gedankengängen verbindet. Ohne Vorbehalt spendet man jedem Experiment auf dem Gebiet des Apostolates Beifall, wenn es nur aus dem Rahmen des Traditionellen fällt. Man ist überzeugt, daß nur auf diese Weise sich ein Weg auftut zu Methoden, die geeignet sind, die verlorenen Kontakte mit der Welt wiederherzustellen."
4. Sie werden durch den Protestantismus beeinflußt, dessen theologische Ideen in direkter Propaganda, in Zeitschriften, in Bewegungen wie etwa der Moralischen Aufrüstung, in Film und Theater vernehmlich werden.
5. Sie werden durch die Idee der Demokratie versucht, auch die Kirche mit soziologischen Kategorien zu beurteilen, die ihr nicht angemessen sind, z. B. in bezug auf das Verhältnis der Lehre zum Konsens der Mehrheit.
6. Sie werden verleitet, die Aktion der Laien zu überschätzen, als könnte nur sie und sie allein die Situation retten.
7. Sie neigen zum Mißtrauen gegen den Klerus, weil sie vereinzelte Fälle überspannter Autorität verallgemeinern.
8. Sie sind geistlich zu wenig gebildet. Deshalb fehlt ihnen die Fähigkeit zur Unterscheidung der Geister und die Kardinaltugend des Maßes.
Diese acht Punkte wollen aber nicht als Urteile verstanden werden, sondern als Hinweise auf Versuchungen und Tendenzen.

Der Laizismus und der Klerus

Der Laizismus läßt selbst den Klerus nicht unberührt, namentlich die Reihen seiner jüngeren Mitglieder, wenn er sich hier auch mehr in praktischen Verhaltungsweisen als in doktrinären Standpunkten zur Geltung bringt. Auch hier wieder handelt es sich um Tendenzen, die sich nur schwer in eindeutigen Aussagen erfassen lassen:
1. Tendenz zu einem neuen Humanismus, der die natürlichen Werte so sehr betont, daß die übernatürlichen Wirklichkeiten, die Gnade und die Gnadenmittel an den Rand gedrängt werden;
2. Tendenz zur Autonomie der eigenen Person, zu einer Art von Unabhängigkeit, die Demut und Disziplin vergißt;
3. Tendenz, im priesterlichen Apostolat soziale, politische, kulturelle und wirtschaftliche Ziele, das heißt die innerweltliche Erlösung des Menschen praktisch für wichtiger zu halten als die Metanoia des Evangeliums;
4. Tendenz, die Distanz zwischen Priestertum und Welt zu verringern, nicht nur in dem Sinn des Bemühens, die Welt zu verstehen und allen alles zu werden, sondern im Sinne einer Angleichung und Kompromißbereitschaft;
5. Daraus folgend, Tendenz zur Opposition gegen alles Traditionelle und Modernität um jeden Preis;
6. Tendenz zur Abneigung gegen alles spezifisch Klerikale und Priesterliche;
7. Tendenz zur Ablehnung der spezifisch priesterlichen Askese oder ihrer herkömmlichen Formen;
8. Tendenz, im Studium und geistigen Leben dem Aktuellen und den ambivalenten Phänomenen des kulturellen Lebens der Gegenwart den Vorzug zu geben vor den zeitlosen Wahrheiten der Schrift und Überlieferung;
9. Tendenz, im priesterlichen Leben die Hierarchie der Werte umzustoßen: die Gnade gegen Techniken, das Gebet gegen die Aktion, seelische Bildung gegen Organisation, Qualität gegen Quantität, Substanz gegen äußeren Ein-

druck, Glauben gegen Kalkül, Sein gegen Schein einzutauschen.
„Nachgiebigkeit gegen solche Versuchungen würde zur Folge haben, daß unser Priestertum sein Gesicht einer übernatürlichen Institution verlieren und sich zur Unfruchtbarkeit und zum Tode verurteilen würde."

Der Einsatz des Priestertums gegen den Laizismus

Die Diagnose des Laizismus gestattet die im zweiten Teil des Hirtenbriefes enthaltenen praktischen Hinweise für ein kluges und zeitgemäßes priesterliches Verhalten gegenüber der Welt, den katholischen Laien und dem priesterlichen Lebensideal.

Der Priester und die Welt

Es ist unumgänglich, zunächst eine konkrete und genaue Kenntnis des Phänomens Laizismus zu erwerben, das so komplex in seiner Struktur und so wandlungsfähig in seinen Äußerungen ist. Dazu gehört das Verständnis seiner philosophischen, historischen und zeitbedingten sowie psychologischen Wurzeln und seiner Zusammenhänge mit vergangenen und gegenwärtigen Glaubensirrtümern, ferner der Motive für seine verführerische Wirkung auf die Zeitgenossen, die in deren Oberflächlichkeit, religiöser Unbildung, politischer Leidenschaft, in allerlei Ressentiments und Vorurteilen zu suchen sind. Man muß auch die spezifischen Auswirkungen des Laizismus auf den einzelnen Sektoren des gesellschaftlichen Lebens genau untersuchen. Das sind Aufgaben, die vor allem die Lehrer der jungen Theologen und die katholischen Publizisten angehen.
Sodann muß der Klerus gegenüber den laizistischen Irrtümern eine wachsame und eindeutige Stellung beziehen. „Zweideutige Haltungen nützen nichts. Sie vermehren nur die Verwirrungen inmitten der christlichen Gemeinschaft. Im Grundsätzlichen sind keine Kompromisse möglich. In einer Zeit, in der alle Gegner der Kirche genau wissen, was sie wollen, und ihre Ziele ohne Zaudern und Schwanken verfolgen, darf in unsere Reihen kein Geist eines beruhigenden Irenismus Einzug halten. Die Kraft unserer Wachsamkeit darf nie erschlaffen." Das gilt besonders in bezug auf die Probleme der Familie, der Schule und der öffentlichen Moral.
Aber Wachsamkeit und Abwehr allein genügen nicht. Die Priester müssen sich im Geist aufrichtiger Liebe der Irrenden annehmen und dürfen nicht vor ihrer Entfremdung oder Feindseligkeit kapitulieren. Man muß alles vermeiden, was derselben Nahrung gibt, dagegen alles versuchen, um die Abseitsstehenden mit der Wirklichkeit der Kirche in Kontakt zu bringen. Man muß auch Verständnis aufbringen für die legitimen Anliegen, die sich oft hinter polemischen Haltungen verbergen.

Die Bildung der christlichen Laien

Man darf sich durch den Laizismus nicht den Blick dafür trüben lassen, daß den Laien „der Aufbau der civitas terrena" rechtens zukommt. Aufgabe des Priesters ist es lediglich, sie dafür religiös auszubilden. Die Bildung betrifft nicht nur den Intellekt, sondern vor allem das geistliche Leben, die christliche Askese, die Übung der Liebe, Demut, Selbstverleugnung, des Gehorsams und der Gelehrigkeit. Denn gerade Mängel in diesen Dingen fördern den laizistischen Geist. Sie zu beheben, sind vor allem Exerzitien, Einkehrtage und dergleichen geeignet.
Die Bildung der Laien muß besonders bemüht sein, den kirchlichen Sinn und das Verständnis für das Geheimnis der Kirche als Leib Christi zu vertiefen. Demnächst müssen diejenigen theologischen Wahrheiten behandelt werden, die in Beziehung zu den Zeitirrtümern stehen.
In dem Umgang mit den Laien muß jede übertriebene Betonung der Autorität vermieden werden. „Man darf sich auch nicht in Bereiche einmischen, wo wir kein Recht haben, Direktiven zu geben, weil hier das Urteil und die Entscheidung der persönlichen Freiheit zustehen."
Man muß aber die dieser Freiheit entsprechende Verantwortung betonen. Vielfach rührt der Laizismus gar nicht so sehr von einer Abneigung gegen die Lehre der Kirche her, sondern vom Verhalten der Christen, das mit dieser nicht übereinstimmt.

Das priesterliche Lebensideal

Die stärkste Waffe gegen den Laizismus ist nicht die Dialektik, sondern das Vorleben jener Werte, die der Laizismus leugnet. In der Bitterkeit mancher Kritiken und der Heftigkeit mancher Angriffe spricht sich die unbewußte Sehnsucht nach einem heiligen Priestertum aus. Die Schwächen der Priester sind es vor allem andern, die auf die Kirche zurückfallen. Gegen die Versuchung, dem Naturalismus zu verfallen, müssen sich die Priester dadurch wappnen, daß sie in ihrem Leben dem Übernatürlichen den Vorrang geben und auch in ihrer Tätigkeit nichts anderes suchen als das Heil der Seelen.

Anweisungen für Messe und Predigt in Santander

Der Bischof von Santander, José *Eguino Trecu*, hat strenge Anweisungen für die Gestaltung der heiligen Messe und der Predigt herausgegeben, die „ad experimentum" zunächst für das Jahr 1960 gelten sollen. Der Inhalt der Veröffentlichung im bischöflichen Amtsblatt (19. 12. 59) läßt sich wie folgt zusammenfassen:
1. In allen Kirchen und Kapellen der Diözese muß in sämtlichen Messen aller Sonn- und Feiertage eine Predigt oder ersatzweise mindestens eine geistliche Lesung gehalten werden.
2. Diese Predigt darf nur zwischen Evangelium und Credo, nicht während der Meßfeier selbst gehalten werden. Falls gleichzeitig an Nebenaltären eine Messe gelesen wird, muß diese während der Predigt unterbrochen oder darf überhaupt erst nach deren Ende begonnen werden.
3. Die Predigt darf die Dauer von 15 Minuten nicht überschreiten. Dabei wird ausdrücklich der an einigen Orten übliche Brauch gelobt, daß ein Ministrant nach Ablauf der 15 Minuten mit der Glocke läutet, um den Prediger an das Ende der Zeit zu erinnern.
4. „Eindringlich ermahnen wir die Prediger, sich durch Studium und Gebet gebührend vorzubereiten, um die Predigt in klaren, einfachen, treffenden Worten zu formulieren, ohne in scholastische Dispute einzutreten ... Wir wissen natürlich, daß die kurze Predigt, für die wir kämpfen, größere Schwierigkeiten bereitet als die bis jetzt übliche ausgedehntere."
5. Während der liturgischen Feier der heiligen Messe sind alle anderen Frömmigkeitspraktiken, „Novenen, Josefssonntage, Rosenkranz usw.", verboten. (Auf eine Anfrage des Erzbischofs von Liverpool hat soeben die Ritenkon-

gregation ganz allgemein verfügt, daß während der Messe nicht der Rosenkranz gebetet werden soll, vgl. ds. Heft S. 402).
6. Die Gottesdienstordnung ist einheitlich so zu reformieren, daß die Messen in den größeren Kirchen immer von Stunde zu Stunde beginnen. Ausnahmen bedürfen einer besonderen bischöflichen Genehmigung.
Der Bischof hat eine eigene Kommission eingesetzt, die über die Einhaltung dieser Anweisungen zu wachen hat. „Die rechte Erfüllung dieser Normen bringt es mit sich, daß die Gläubigen in voller Aufmerksamkeit der Messe folgen können, ihre hervorragende Rolle darin erkennen und liturgisch in echter Weise am heiligen Opfer teilnehmen."
Außer dieser Anweisung an seine Geistlichen hat der Bischof einen Hirtenbrief an alle Gläubigen erlassen, in dem er die Notwendigkeit der Reformen begründet. Durch den bisher vielfach üblichen gleichzeitigen Ablauf von Messe, Predigt, Beichte, Kommunionempfang und privaten Andachten würden „Katholiken herangezogen, die geistig und religiös an Rachitis leiden".
Eguino Trecu ist nahezu 80 Jahre alt, seit 32 Jahren Bischof und seit Jahren kränklich. Wir erinneren an den Ausschnitt eines Hirtenbriefes von 1956 (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 162 f.), der sich als das ergreifende Hohepriesterliche Gebet eines greisen Vaters seiner Diözese darbot.
In Santander findet im Juli 1960 der VI. Weltkongreß der katholischen Presse statt; er hat zum Thema: „Die katholische Presse als Band der Einheit zwischen den Völkern".

Französische Bischofskonferenz

Vom 25.—27. April 1960 fand in Paris die Vierte Vollversammlung der französischen Bischöfe statt. Aus verschiedenen, vor allem historischen Gründen, in denen die Erinnerung an die gallikanischen Traditionen des französischen Epikopats noch nachklingt, bedarf eine solche Konferenz im Gegensatz zu Bischofskonferenzen anderer Länder einer ausdrücklichen Genehmigung durch die römische Kurie. Doch hat sich seit der ersten Zusammenkunft der französischen Bischöfe im Jahre 1951 (vgl. Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 336) bereits ein Dreijahresturnus durchgesetzt. An der diesjährigen Tagung nahmen sechs Kardinäle, 15 Erzbischöfe und 92 Bischöfe teil. Den ersten analytischen Bericht über „Entchristlichung und Verchristlichung" hatte der Bischof von Versailles, Alexandre Renard, übernommen. Es handelt sich hierbei um eine Zusammenfassung detaillierter religionssoziologischer Untersuchungen aus allen Diözesen Frankreichs über die religiöse Lage mit dem Schwerpunkt auf der Entchristlichung und den missionarischen Versuchen zu ihrer Behebung. Die Untersuchungsaktion wurde ausgelöst durch das Verbot der Arbeiterpriester und die begründende Behauptung Kardinal Pizzardos, es sei wohl schwierig, eine Masse von Menschen als vollkommen entchristlicht zu betrachten, von denen noch eine sehr große Zahl das unauslöschliche Siegel der Taufe empfangen habe (vgl. ds. Jhg., S. 77). Jene Maßnahme des Heiligen Offiziums, die von den Bischöfen in schuldigem Gehorsam gegenüber Rom durchgeführt wurde, brachte die Kirche Frankreichs dazu, ihre Missionsprobleme in einem breiteren Rahmen zu sehen. Die Schlußfolgerungen des Berichtes von Bischof Renard unterstrichen den Willen der Kirche, vor allem die neue technische Mittelschicht unserer Gesellschaft zu verchristlichen und unablässig die Apostolatsmethoden unserer sich ständig veränderten Welt anzupassen. Bischof Renard erhob auch die Forderung, den Laien eine fundierte Ausbildung zu geben, die sie dazu fähig macht, den antichristlichen Tendenzen unserer Zeit zu widerstehen.
Den zweiten Grundbericht gab der Erzbischof von Toulouse, Gabriele Garrone, über das Thema „Die Gesamtverantwortung des Episkopates". Der Erzbischof umriß die Probleme, die heute die Autonomie einer Diözese unterhöhlen. Die großen nationalen und übernationalen Tendenzen der modernen Gesellschaft werfen Fragen für die Kirche auf, die nur in einer Gesamtverantwortlichkeit der Bischöfe gelöst werden können. (Wir werden auf die der Konferenz vorgelegten religionssoziologischen Untersuchungen zurückkommen, sobald ausreichende Unterlagen der Öffentlichkeit zugänglich sind.)
Ein offizielles Schlußkommuniqué über die Ergebnisse der Vierten Vollversammlung der französischen Bischöfe wurde nicht sofort veröffentlicht. Doch faßte sie der ausgezeichnet informierte kirchliche Berichterstatter der Zeitung „La Croix", Jean Pélissier, wie folgt zusammen („La Croix", 29. April 1960):

Die Entchristlichung

Den französischen Bischöfen lag es am Herzen, wieder einmal, und zwar in sehr gründlicher Weise, den Stand des christlichen Glaubens in Frankreich festzustellen. Selbst wenn die religiöse Praxis in etwa genauso stark ist wie vor 50 Jahren, selbst wenn die Ausstrahlungskraft der katholischen Kirche in den verschiedensten Bevölkerungsgruppen immer spürbarer wird, so läßt sich doch erkennen, daß eine Strömung des Materialismus das persönliche, familiäre und soziale Leben sogar der praktizierenden Christen fortschreitend unterhöhlt. Ferner ist die Kirche bedauerlicherweise teilweise oder vollständig bei zahlreichen Bevölkerungsgruppen nicht existent. Dies gilt vor allem für die Arbeiterschaft. Es gilt aber auch für zahlreiche Formen des modernen Denkens, besonders bei den Trägern der technischen Zivilisation, die an sich so viele irdischen Hoffnungen in sich birgt.

Die Bemühung, das Evangelium zu künden

Die Bischöfe wissen sich all denen zu Dank verpflichtet, die sich als Welt- und Ordenspriester oder als Laien in der Ausübung einer überkommenen Form von Apostolat oder durch andere Initiativen, die sie in Übereinstimmung mit ihren Bischöfen unternommen haben, sowie in ihrem täglichen Leben und in den Gliederungen der Katholischen Aktion bemüht haben, mit Opferbereitschaft und Hingabe das Zeugnis ihres Lebens und die Frohbotschaft des Evangeliums ihren Brüdern zu schenken, die Christus und seine Kirche nicht kennen.

Leitsätze

Der Verantwortung ihrer von Gott aufgetragenen Sendung, Nachfolger der Apostel zu sein, bewußt, sind die Bischöfe einmütig der Auffassung, daß die bis jetzt unternommenen Bemühungen noch verstärkt werden müssen. Sie werden den Priestern und Gläubigen in einer gemeinsamen Erklärung und in einer Gesamtaufstellung konkreter Entscheidungen die Leitsätze bekanntgeben, die

ihnen von Nutzen sind. Wir greifen jetzt nur folgende Punkte heraus:

a) Die ganze Kirche ist Missionskirche. Alle Priester, Ordensmänner und Ordensfrauen sowie alle christlichen Laien müssen sich, zusammen mit ihren Bischöfen, solidarisch für die Verkündigung des Evangeliums in den entchristlichten Bevölkerungsschichten verantwortlich fühlen. Ohne zu vergessen, was die praktizierenden Christen zur Erhaltung ihres religiösen Lebens brauchen, ist der Schwerpunkt der Tätigkeit vor allem bei den Gliederungen der katholischen Aktion immer mehr auf die verschiedenen Formen missionarischen Einsatzes zu legen.

b) Die Missionsaufgabe lastet vor allem auf den Bischöfen, die, in enger Gemeinschaft unter sich und mit dem obersten Hirten der Kirche, für die Verkündung der Frohbotschaft an alle Menschen verantwortlich sind. Deshalb erhalten die Priester und die Gläubigen in Unterordnung unter die Bischöfe die Sendung oder den Auftrag, das Evangelium zu verkünden. Sie haben in Übereinstimmung mit den Richtlinien der Bischöfe zu arbeiten.

c) Um ihren Verkündigungsauftrag zu erfüllen, müssen Bischöfe, Priester und Laien immer mehr in allen Gebieten des menschlichen Lebens präsent und in allen Formen des modernen Denkens zuhause sein, um Christus zu bringen, der allein alles retten kann. Nur die Verwirklichung des Evangeliums wird unsere Zeitgenossen für die Botschaft Christi offen und bereit machen. Nur vom Glauben an Christus und von einem am Evangelium ausgerichteten Leben aus kann man allen Menschen auf wirksame Weise die Lehre Christi übermitteln.

d) Die Bischöfe fordern alle Christen auf, durch ihr Leben zu beweisen, wie stark der Glaube und die Liebe zu Christus sie zum Dienst an ihren Brüdern verpflichten, um ihnen ein glücklicheres Leben zu ermöglichen, das mit den Erfordernissen der Gerechtigkeit und einer wahren Brüderlichkeit im Einklang steht. Sie denken besonders an die Jugend, die um ihre Zukunft bangt, durch das Algerienproblem bedrängt wird und nach dem Sinn des Lebens fragt und sucht. Sie denken an die Arbeiterschaft, auf der zu oft Lebensbedingungen lasten, die ihr die Ausübung des Glaubens und der christlichen Moral bedeutend erschweren.

Schluß

Mehr als je zuvor ist es wichtig, pastorale Einmütigkeit und Einheit herzustellen, damit keine apostolische Kraft verloren geht, sondern jede ihre volle Erfüllung findet. Deshalb haben die Kardinäle, Erzbischöfe und Bischöfe Frankreichs einstimmig Maßnahmen beschlossen, die es ihnen ermöglichen, ihre eigene Tätigkeit stärker zu koordinieren, zwischen den verschiedenen Gebieten des Apostolates eine größere Einheit herzustellen und öfter in gemeinsamen Erklärungen zu den großen Problemen Stellung zu nehmen, die sich dem christlichen Gewissen des Landes stellen.

Die Durchführungsverordnungen zum französischen Schulgesetz

Der Schulkampf in Frankreich ist auch durch das neue Schulgesetz vom 31. Dezember 1959 (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 205) noch nicht endgültig beigelegt. Doch scheint er jetzt abzuklingen, da sich die politischen Kräfteverhältnisse in der V. Republik gefestigt haben. Die laizistischen Aktionskomitees haben zwar ihre angekündigte großangelegte Unterschriftensammlung für eine Petition zur Abschaffung des Gesetzes durchgeführt. Dabei scheuten sie sich auch nicht, Druckmittel anzuwenden. So bedrohten in einzelnen Fällen in ihrem Laizismus verknöcherte Professoren vor dem Examen stehende Studenten, sie in eine nachteilige Position zu versetzen, falls sie nicht unterschrieben u. ä. Doch erachtete die Regierung die Verhältnisse für so stabil, daß sie trotz einer gewissen Anzahl von Unterschriften der am 29. Mai abgeschlossenen Kampagne die notwendigen Durchführungsverordnungen für das neue Schulgesetz in Kraft setzte (Journal Official vom 24. April). In diesen „Décrets scolaires" wurden zahlreiche konkrete Wünsche der Verwaltung der freien Schulen gegen die in der Erstfassung der Texte eingebauten juristischen Schikanen berücksichtigt. Vor allem werden nun keine unmöglichen Qualifikationsforderungen für die Übernahme von Professoren der freien Schulen in das subventionierte neue Vertragsschulsystem gestellt. Die Befugnisse des Erziehungsministers gegenüber dem nationalen Schiedskomitee sind begrenzt worden. Wichtig ist auch, daß in den Vertragsschulen der Unterricht nur nach den Stundenplänen und Methoden der staatlichen Unterrichtsverwaltung erteilt wird, während die zunächst vorgesehene Bestimmung, daß er auch starr nach ihrem Programm zu erteilen sei, fallengelassen wurde.

Eine relativ fortschrittliche Regelung findet endlich auch der Religionsunterricht an den staatlichen Schulen, aus denen er bis jetzt weitgehend verbannt war. In den Internatsschulen sowie in allen anderen höheren und mittleren Schulen muß nun, wenn ein Antrag der Eltern vorliegt, eine Religionslehrerstelle eingerichtet und der Religionsunterricht in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Direktor in den Stundenplan eingebaut werden. Die Religionslehrer werden von den Religionsgemeinschaften ernannt und bedürfen nur der Zustimmung des Direktors. Die Kosten gehen allerdings zu Lasten der Eltern.

Diese Ausführungsbestimmungen zu einem Schulgesetz, das grundsätzlich den Schulfrieden in Frankreich herstellen will, bedeuten in der vorliegenden Fassung einen Fortschritt bei der konkreten Regelung des Problems, für die nun endlich der Weg frei ist. Trotz der Petitionskampagne zeigt die allgemeine Entwicklung, daß es infolge der Stabilisierung der Verhältnisse durch Präsident de Gaulle der französischen Linken nicht mehr möglich ist, die Schulfrage politisch wirksam am Schwelen zu halten und den Laizismus als ideologisches Vehikel der Massenbeeinflussung zu benutzen, um ihre sozialpolitische Einfalls- und Machtlosigkeit zu verbergen.

In einer gemeinsamen Erklärung anläßlich der oben erwähnten Vollversammlung anerkennen die französischen Bischöfe die Bemühungen der Regierung, zeigen jedoch auch die grundsätzlichen Lücken auf, die die gegenwärtige Regelung noch enthält. So bedauern sie, daß im Gesetzestext das Recht der Eltern, die schulische Erziehung ihrer Kinder ohne zusätzliche Belastung frei zu wählen, nicht ausdrücklich anerkannt wird. Da nun die katholischen Schulen vor einem gewissen Integrationsprozeß in das staatliche Schulsystem stehen, dessen juridischer Ausgangspunkt zwar nicht ungünstig, dessen praktisches Resultat jedoch noch völlig offen ist, stecken die Bischöfe die Ziele der katholischen Schule ab und erklären: „Die Katholiken können keine unmittelbare oder spätere ‚Integration' annehmen, die die christlichen Schulen ihres Existenzgrundes berauben würde." Außerdem bedauern die Bischöfe, daß das katholische Hochschulwesen nicht in die Neuregelung

einbezogen wurde und sich dadurch in einer prekären Ausnahmesituation befinde. Abschließend stellen sie fest, daß man nun den loyalen Versuch unternehmen werde, auf das Vertragssystem einzugehen. Der Ausgang dieses Versuchs werde ihre endgültige Stellungnahme bedingen.
Um zu dem nun gesetzlich möglichen Religionsunterricht an den staatlichen Schulen zu kommen, fordern die Bischöfe die katholischen Eltern dringend auf, entsprechend den neuen gesetzlichen Bestimmungen Anträge zur Errichtung von Religionslehrerstellen einzubringen. In einer nicht ungünstigen politischen Konstellation, die wohl noch einige Spannungsmomente in sich birgt, beginnt nun also in Frankreich das neue Verhältnis zwischen freier und staatlicher Schule.

Stand und Entwicklung des Fernsehens in Europa und in der Welt

Die Herder-Korrespondenz hat unlängst (vgl. ds. Jhg., S. 246) über die Streuung der Fernseh- und Rundfunkteilnehmer in der Bundesrepublik berichtet. Jetzt liegen auch einige Angaben über die Verbreitung des Fernsehens in der Welt und in den europäischen Ländern vor (nach „Neue Zürcher Zeitung", 9. 3. 60). Danach betrug die Zahl der Fernsehteilnehmer 1959 in der ganzen Welt mehr als 85 Millionen. Die Zahl verteilt sich wie folgt:

	Fernseh-sender	Fernsehteilnehmer Ende 1958	Ende 1959
Westeuropa	737	14 373 121	18 472 992
Osteuropa	135	3 703 832	4 221 144
Nordamerika	632	52 549 300	55 108 000
Zentralamerika	70	966 000	1 536 000
Südamerika	49	1 263 500	1 645 000
Asien	117	1 574 872	3 256 376
Australien und Ozeanien	25	550 000	800 000
Afrika	8	19 416	35 150
Insgesamt	1773	75 000 041	85 074 662

Für die europäischen Länder lauteten die Zahlen Ende 1959 wie folgt:

	Zahl der Sender	Zahl der Fernsehteilnehmer Ende 1958	Ende 1959	Einwohner
Westeuropa				
Belgien	7	216 736	330 000	9 Mill. (1958)
Dänemark	8	213 987	337 305	4,5 Mill. (1957)
Deutschland	190	2 129 183	3 375 003	53 Mill. (1960)
Finnland	10	7 757	34 248	4,3 Mill. (1957)
Frankreich	58	988 594	1 368 000	44 Mill. (1958)
Großbritannien	34	8 899 067	9 987 005	51,6 Mill. (1958)
Holland	5	391 036	584 766	11 Mill. (1957)
Irland	—	30 000	40 000	2,8 Mill. (1957)
Italien	343	1 096 185	1 500 000	48 Mill. (1957)
Luxemburg	1	3 500	5 000	0,3 Mill. (1957)
Malta	1	1 325	6 000	0,3 Mill. (1957)
Monaco	1	10 000	11 000	20 000 (1956)
Norwegen	1	534	4 000	3,4 Mill. (1957)
Österreich	17	49 234	112 223	7 Mill. (1957)
Portugal	5	20 000	35 000	9 Mill. (1957)
Schweden	32	244 479	601 542	7,3 Mill. (1957)
Schweiz	14	50 304	78 700	5,1 Mill. (1597)
Spanien	6	20 000	60 000	29 Mill. (1958)
Cypern	1	1 000	3 000	0,5 Mill. (1957)
Osteuropa				
Bulgarien	1	500	1 500	7,6 Mill. (1957)
Jugoslawien	5	7 000	12 000	18 Mill. (1957)
Ostdeutschland	21	317 604	502 644	17 Mill. (1950)
Polen	6	84 812	183 000	29 Mill. (1959)
Rumänien	2	9 000	22 000	17,8 Mill. (1957)
UdSSR	91	3 000 000	3 000 000	208,8 Mill. (1958)
Tschechoslowakei	6	272 916	450 000	13,3 Mill. (1957)
Ungarn	3	12 000	50 000	9,8 Mill. (1957)

Aus der Liturgischen Bewegung in England

Die Antwort der Ritenkongregation auf eine Anfrage des Erzbischofs von Liverpool hat die Aufmerksamkeit auf den Stand der Liturgischen Bewegung in England gelenkt. Erzbischof John C. Heenan hatte angefragt, ob die gemeinsame Rezitation des Rosenkranzes während der heiligen Messe in Zukunft noch gestattet werden könne, nachdem die Instruktion der Ritenkongregation über sakrale Musik und Liturgie vom 3. September 1958 unter Nr. 12 (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 149) verboten hat, daß liturgische Handlungen und fromme Übungen vermischt werden. Die Ritenkongregation hat darauf geantwortet, daß das gemeinsame Rosenkranzgebet nur außerhalb der Messe stattfinden darf. Es gehört demnach in die Kategorie der außerliturgischen frommen Übungen.
Eine weitere Anfrage des Erzbischofs, ob es gestattet sei, daß die Gläubigen in der Messe gemeinsam mit dem Priester das Gloria, Credo, Sanctus, Benedictus und Agnus Dei rezitieren, wobei sie sich in England immer der lateinischen Sprache bedienen, daß aber der Dialog des Stufengebetes unterbleibt, wurde positiv beantwortet. Diese Entscheidungen der Kongregation dienen sichtlich dem Zweck, die Teilnahme der Gläubigen an der Liturgie anzuregen, die in England noch weniger entwickelt ist als in den meisten Ländern des Kontinents. Das scheint zum Teil an der konservativen Haltung der Engländer zu liegen, die wie auf allen Gebieten so auch im Gottesdienst an den eingebürgerten Traditionen festhalten und allen Neuerungen abgeneigt sind, zum Teil aber wohl auch an der sozialen Struktur des englischen Katholizismus (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 137).
Vom Stand der liturgischen Bewegung gibt John A. Greaves in einem Bericht für NCWC News Service (28. 3. 60) folgendes Bild: Unter den mehr als 4 Millionen Katholiken sind nur etwa 2000 einschließlich der Geistlichen und der in der Kirchenmusik Tätigen Mitglied einer der drei bestehenden liturgischen Gesellschaften, denen zudem die Koordination fehlt. Auch die Ordensgenossenschaften in England nehmen sich im Gegensatz zu den französischen der Liturgischen Bewegung nicht nachhaltig an. In weniger als 50 % der 3200 Pfarreien gibt es an Sonntagen eine Gemeinschaftsmesse, ganz zu schweigen von Hochämtern. Vier Fünftel aller Katholiken, so schätzt dieser Berichterstatter, gehen nie in eine Messe, in der gesungen wird, und hören nur ganz selten kirchliche Musik. Das feierliche Hochamt ist ihnen völlig unbekannt. Deshalb haben sie auch vom gregorianischen Choral keine Vorstellung. Das ist um so erstaunlicher, heißt es in dem Bericht, als die englischen Katholiken über ein eigenes Schulsystem verfügen.
England ist eines der wenigen Länder der englisch sprechenden Welt, wo in der Liturgie noch kaum Gebrauch von der Muttersprache gemacht wird. Die lateinische Sprache wird immer noch als ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal gegenüber dem Anglikanismus empfunden. Das starre Festhalten an der lateinischen Sprache hat die Entwicklung der liturgischen Bewegung gehemmt.
Diese Bewegung wird getragen von drei Gesellschaften. Die älteste von ihnen, die Gesellschaft vom hl. Gregor, zählt 800 Mitglieder; sie gibt auch eine Zeitschrift heraus. Durch Konferenzen und Tagungen, Bücher und Flugschriften sucht sie das liturgische Pfarrleben zu fördern. Sie bemüht sich seit mehr als 30 Jahren um die Einführung der Gemeinschaftsmesse. Ihr Sekretär, Father Burgett, be-

klagt den „schrecklichen Konservatismus" der Engländer, die in jeder Neuerung im kirchlichen Leben eine Verschrobenheit sehen.
Die Vereinigung für Kirchenmusik widmet sich der Ausbildung der Organisten und Chorleiter und der Verbreitung liturgisch hochwertiger Gesänge, die auch ihren Weg in die anderen englisch sprechenden Länder finden. Die Gesellschaft verfolgt in ihrer Arbeit auch das Ziel, den katholischen Gottesdienst für Andersgläubige anziehender zu machen; denn die in England meist übliche stille Messe bleibt ihnen unverständlich.
Sodann gibt es eine Vereinigung für den liturgischen Gebrauch der Muttersprache mit etwa 370 Mitgliedern, die die Möglichkeiten dafür studieren und für die Herausgabe von Meßtexten und Laienbrevieren besorgt sind.
Außer diesen auf die Liturgie spezialisierten Gruppen nehmen auch andere Vereinigungen Interesse an der Liturgischen Bewegung. Die einflußreichste von ihnen ist der „Grail", ein weibliches Säkularinstitut von missionarischer Zielsetzung mit etwa 11 000 Mitgliedern und Förderern. Der Grail hat sich um die liturgische Bewegung, abgesehen von der Schulung des eigenen Kreises, besonders durch Verbreitung englischer Psalmtexte verdient gemacht. Auch die Legion Mariens bemüht sich um die Erweckung des Sinnes für Liturgie. Nach dem Urteil von Greaves macht die liturgische Bewegung auch in England dank diesen Bemühungen Fortschritte, doch in zähem Ringen mit einer gottesdienstlichen Tradition, die das Gepräge einer vierhundertjährigen armen Diaspora trägt.

Aus der totalitären Welt

Terrorurteile gegen Bischöfe in China

Am 17. März 1960 wurde der Bischof von Schanghai, Msgr. Kung Ping-mei, wegen Hochverrates zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt, nachdem er bereits seit dem 8. September 1955 in Haft war (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 120 und S. 410). Mit ihm erhielten dreizehn Priester seiner Diözese Gefängnisstrafen von fünf bis zu zwanzig Jahren.
Die Urteilsbegründung ist so haarsträubend und bezeichnend für die Mentalität des chinesischen Kommunismus, daß wir sie hier auf Grund der Verlautbarung des chinesischen Nachrichtendienstes, die durch die Fides-Agentur in Rom übermittelt wurde, wiedergeben:
„Der Gerichtshof erklärt, daß die antirevolutionäre Clique mit Kung Ping-mei an der Spitze ein bedeutsames Instrument in den Händen der Imperialisten war, um das Regime der Volksdemokratie zu untergraben. Ihr Zusammenspiel mit den Imperialisten und ihr Verrat am Vaterland unter dem Deckmantel der Religion sind als Verbrechen des Hochverrates zu bewerten.
Der imperialistische Agent Kung Ping-mei war immer schon gegen den Kommunismus und das Volk eingestellt. Im Jahre 1950 hat er die Stellung eines Bischofs von Schanghai eingenommen, auf Grund des Planes, den der amerikanische Spion James Edward Walsh [siehe unten] und Antonio Riberi [der damalige Internuntius] ausgeheckt hatten, letzterer bekannt als imperialistisches Element in der Kirche Chinas und Gesandter bei den Banditen Tschiang Kai-scheks, alles mit Billigung des Vatikans. Nach den Weisungen des amerikanischen Spions Walsh sowie der imperialistischen Elemente Antonio Riberi u. a. hat Kung Ping-mei seine Clique mit King und dreizehn anderen gebildet. King hatte gerade eine lange reaktionäre Ausbildung in Rom mitgemacht und wurde vom Vatikan zurückgeschickt, um Kung in seiner antirevolutionären Tätigkeit zu unterstützen.
Dank der Unterstützung durch den amerikanischen Imperialismus hat die Clique von Verrätern und Konterrevolutionären des Kung Ping-mei unter dem Deckmantel der Religion sich fortwährend bemüht, die verschiedenen politischen Initiativen und die Gesetze der Regierung zu sabotieren. Sie haben auch die antiimperialistische und patriotische Bewegung der chinesischen Katholiken sabotiert. Sie haben Gerüchte aufgebracht und verbreitet. Sie haben für den Angriffskrieg der amerikanischen Imperialisten gewirkt und die Friedensbewegung sabotiert. Sie traten mit den imperialistischen Spionen in Verbindung und haben sie gedeckt. Sie haben Staatsgeheimnisse gesammelt und Spionen Asyl gewährt. Sie haben junge Leute angestiftet, das Land zu verlassen. Sie haben Waffen und Munition versteckt und über Radio geheime Verbindungen aufrechterhalten. Sie haben Informationen über Zahl, Stärke und Luftschutzmaßnahmen der Freiwilligen Armee in Korea und die nationale Verteidigung geliefert. Sie haben sich mit der Tätigkeit der amerikanischen Imperialisten und Tschiang Kai-scheks zur Wiedereroberung des Kontinents identifiziert. Sie haben antirevolutionäre Organisationen unterstützt. Sie haben in der Umgebung von Schanghai Widerstandsbasen mit Waffen- und Munitionsdepots, Radios und Fahnen angelegt, die in Kirchen und Schulen verborgen waren. Sie haben geheime Gefängnisse eingerichtet, um Katholiken wie die Schwester Shu Haiyun zu verfolgen, die zehn Monate lang festgehalten wurde."
Und das alles, so möchte man hinzufügen, war möglich unter den Augen der chinesischen Staatspolizei, die seit Anbeginn in allen kirchlichen Gebäuden ein- und ausgeht! Eine albernere Begründung für ein Terrorurteil ist wirklich noch keinem totalitären Gericht eingefallen. Ein einziges Faktum ist unter all diesen Phrasen angeführt. Schwester Shu Haiyun, eine alte, geistesgestörte Vinzentinerin, wurde von ihrer Oberin in ihrer Zelle im Gewahrsam gehalten.
Der wahre Grund für die Liquidation des Bischofs von Schanghai und das Urteil, über das wir anschließend berichten, war die Tatsache, daß der Bischof sich, solange er in Freiheit war, hartnäckig weigerte, etwas mit der sogenannten patriotischen Front chinesischer Katholiken und den chinesischen religiösen Autonomiebestrebungen zu tun zu haben, daß er die Legion Mariens unterstützte, die seit den ersten Jahren der chinesischen Kirchenverfolgung eine rühmliche Rolle gespielt hat, und schließlich, daß er die Katholiken seines Bistums so eng um sich zu sammeln verstand, daß sie dem nationalkirchlichen Vorhaben entschiedener Widerstand leisteten als irgendwo anders in China. Warum das Urteil über den seit fünf Jahren verhafteten Bischof gerade jetzt gesprochen wurde, ist ungewiß. „Témoignage Chrétien" (25. 3. 60) hat es mit dem Chruschtschow-Besuch in Frankreich in Zusammenhang gebracht. Danach wäre es eine chinesische Demonstration gegen das Koexistenz-Palaver gewesen.
Es könnte sein, daß die chinesischen Kommunisten es für opportun gehalten haben, auch auf diesem abseitigen Gebiet ihre Eigenwilligkeit zu demonstrieren; denn einen Tag später gaben sie bekannt, daß der amerikanische Bischof James Walsh, der von 1948 bis zur Auflösung im Jahre 1952 das Katholische Zentralbüro in Schanghai geleitet

hatte, nachdem er schon von 1918 bis 1936 in China Missionar gewesen war, zu zwanzig Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, und zwar wegen der gleichen Delikte wie der Bischof von Schanghai. Ein Protest des amerikanischen Botschafters in Warschau bei seinem chinesischen Kollegen wurde mit den gleichen Argumenten abgelehnt, die oben berichtet worden sind. Msgr. Walsh war, als die meisten ausländischen Missionare China verließen oder ausgewiesen wurden, dort verblieben, um das Schicksal des chinesischen Klerus zu teilen. Die Behörden haben damals, im Jahre 1956, keinen Einwand gegen seine Entscheidung erhoben. 1958 haben sie ihn dann verhaftet und jetzt verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es: „Er wurde von den amerikanischen Imperialisten und dem Vatikan geschickt und war von Kardinal Spellman, dem amerikanischen Imperialisten, begleitet, um Anstalten zur Sabotierung der Revolution des chinesischen Volkes zu treffen."

Die Terrorurteile von Schanghai in ihrer Brutalität und der nackten Frechheit ihrer Begründung erinnern von neuem daran, daß dieser asiatische Kommunismus in seiner Grausamkeit und in seinem Zynismus die Grenzen unseres Vorstellungsvermögens sprengt und den Gedanken an Koexistenz geradezu verhöhnt.

Aus den Missionen

Um tiefgreifende und dauernde Wirkungen der großen Volksmissionen in Lateinamerika. Missionsgebetsmeinung für Juli 1960

Unablässig ist die im Jahre 1958 geschaffene Päpstliche Kommission für Lateinamerika, in der alle zuständigen Kardinalskongregationen vertreten sind, bemüht, in enger Zusammenarbeit mit dem zwei Jahre vorher gebildeten Lateinamerikanischen Bischofsrat (CELAM) neue Kräfte für die bedrohte Kirche dieses Erdteils freizumachen, deren Christenzahl infolge der außerordentlich starken Bevölkerungsvermehrung jener Länder jährlich um 5 Millionen steigt und in diesem Jahre 178 Millionen erreichen wird, die gut 34 Prozent aller Katholiken der Welt darstellen. Schon in rund 25 Jahren wird der Prozentsatz voraussichtlich auf 50 gestiegen sein.

Zum dritten Male innerhalb zweier Jahre berief nun die Päpstliche Kommission in Verbindung mit der Religiosenkongregation die Generaloberen der männlichen und weiblichen Orden, Kongregationen und Säkularinstitute Ende März 1960 in Rom zusammen, um sie zu noch größeren Opfern für Lateinamerika zu veranlassen. Vor Beginn der Beratungen, die getrennt je für die männlichen und weiblichen Gemeinschaften stattfanden, wurden alle vom Papst empfangen. Bei dieser Gelegenheit sprach der Heilige Vater erneut die Überzeugung aus, daß Lateinamerika für die Kirche zu retten ist, wenn es gelingt, seine latenten religiösen Lebenskräfte zu wecken: „Die Zukunft der Kirche in den weiten Gebieten Lateinamerikas enthüllt sich als reich an unsagbaren Verheißungen, und eine feste Überzeugung sagt Uns, daß katholischer Geist und katholisches Leben Lateinamerikas in sich genügend Kräfte besitzen, um zu den schönsten Hoffnungen für die Zukunft zu berechtigen. Die Schätze an geistlichen Gütern, die in der Vergangenheit in reichem Maße über diese Gebiete ausgegossen wurden, noch mehr aber jene, die man dort in Zukunft mit vollen Händen ausstreuen wird, werden mit Sicherheit das Erblühen schönster Früchte an Gnade und Heiligkeit begünstigen" („Osservatore Romano", 26. 3. 1960; vgl. auch Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 344). Das über Erwarten günstige Ergebnis planvoll durchgeführter Volksmissionen in Teilen Lateinamerikas während der letzten sechs Jahre, das größtenteils mit Hilfe spanischer Ordensleute erzielt wurde, mutet wie eine Bestätigung für den Optimismus des Heiligen Vaters an. Diese Volksmissionen sollen nun allmählich alle Gebiete der lateinamerikanischen Welt erfassen. Daß ihre Wirkungen tiefgreifend und dauernd seien, ist Gegenstand dieser Missionsgebetsmeinung.

Die spanische Initiative

Im Jahre 1954, also noch vor Gründung des CELAM, begab sich eine starke Gruppe spanischer Volksmissionare aus den verschiedensten religiösen Orden und Kongregationen nach Perú, um zur Vorbereitung auf den nationalen Eucharistischen Kongreß innerhalb von sechs Monaten in allen größeren Siedlungen des Landes Volksmissionen zu halten. Die Früchte waren so groß, daß diese Gruppe, in Spanien „equipo misionero" genannt, im folgenden Jahre ihre Tätigkeit in Ecuador fortsetzte. Im Jahre 1957 ging man nach Bolivien. Für diesen Einsatz sandten die spanischen Jesuiten eigens eine Gruppe neuer Volksmissionare nach drüben, die dort namentlich seitens der Oblaten von der Unbefleckten Empfängnis tatkräftigen Beistand erhielten. Seit seiner Gründung hat sich ja der Oblatenorden sehr stark mit der Abhaltung von Volksmissionen sowohl auf dem Lande als auch in den übervölkerten Randgebieten großer Städte beschäftigt. Er besitzt heute apostolische Arbeiter in neun Ländern Lateinamerikas. Seine Hilfe in Bolivien wurde um so mehr geschätzt, als die dort eingesetzten Volksmissionare auch die Indianerdialekte kannten und seit fünf Jahren in Equipen von mehreren Priestern mit dem Jeep oder zu Fuß die ungeheueren Weiten der Indianergebiete durcheilen, um ein pueblo nach dem anderen mit einer konzentrierten Seelsorgsaktion zu erfassen. Auch die Jesuiten besitzen in Bolivien Spezialisten der Indianerdialekte. Für die Volksmission in Bolivien ließen sie noch eigens den bekannten spanischen Soziologen Martin Brugarola SJ herüberkommen. Seine Aufgabe war es, vor Gewerkschaftsvertretern, Industriellen, Kaufleuten, Fabrikarbeitern und Universitätsstudenten den ganzen Bereich der sozialen Fragen in christlicher Sicht zu behandeln. Seine Vorträge, oft auf öffentlichen Plätzen gehalten, zogen Tausende an. In Bolivien hat man alle großen Städte und vor allem den Distrikt der Zinnbergwerke durchmissioniert. Waren die ersten großen Volksmissionen in Perú und Ecuador noch mehr oder weniger das Werk der ausländischen Missionare, so kam es in Bolivien zu einer sehr nützlichen Arbeitskombination zwischen ausländischen und einheimischen Kräften. Dadurch wurde der Erfolg der Mission sehr gesteigert. In den folgenden Jahren wirkten bei den Volksmissionen anderer lateinamerikanischer Länder immer mehr auch Ordensfrauen und Laien mit. Letztere übernahmen die Technik der Equipen (Büro, Fahrzeugpark, Bedienung des Rundfunks, der Presse usw.), während die Ordensfrauen vor allen in die Häuser gingen, zur Mission einluden und Aufrufe zur Teilnahme an der Mission verteilten. Insgesamt wurden in Bolivien etwa 100 Missionare eingesetzt.

Das folgende Jahr 1958 sah die Missionsequipe wieder in Ecuador. Die Bischöfe hatten ihr als besonderes Ziel die Ordnung Tausender von Ehen gesetzt. Im gleichen Jahre

begann man mit der Missionstätigkeit in den mittelamerikanischen Republiken, in denen große, von priesterlicher Tätigkeit kaum berührte Gebiete liegen. Nacheinander kamen Panamá, El Salvador, Honduras an die Reihe. In diesem Jahre 1960 wird die Volksmission in Nicaragua, Guatemala und Costa Rica abgeschlossen werden. In Mexiko hat man sich entschlossen, die Erzdiözese Puebla zuerst zu erfassen. Etwa 100 ausländische und einheimische Ordensleute werden, unterstützt von 200 Ordensfrauen und zahlreichen Laien, das religiöse Leben in diesem Sprengel zu erneuern suchen. Längst nicht mehr müssen die spanischen Volksmissionare nach priesterlichen Helfern Ausschau halten. Es werden einheimische Kräfte, Welt- und Ordenspriester, selbst da als Helfer gefunden, wo man es nicht erwartet hatte, weil die Priesternot so groß ist. Überall will man das Beispiel der Länder nachahmen, in denen eine sorgfältig geplante große Volksmission zu wirklich greifbaren Ergebnissen führte.

Für den Herbst 1960 ist eine große Volksmission in Argentinien geplant. Der Schwerpunkt der Mission soll Groß-Buenos Aires mit seinen 8 Millionen Einwohnern sein. Hier genügt natürlich die spanische Missionsgruppe bei weitem nicht. Man will (mit Einschluß des örtlichen Klerus) 2500 Priester in diesem Raum zusammenziehen. Wo in einem der 2000 vorgesehenen Missionsdistrikte keine Kirchen vorhanden sind, sollen eigene Missionszentren provisorischer Art errichtet werden, in denen die Seelsorgsfunktionen stattfinden und zugleich der unentbehrliche technische Apparat aufgebaut wird. Aus Spanien werden neue zusätzliche priesterliche Hilfskräfte für die Mission in ganz Argentinien berufen. Die spanischen Orden leisten mit der ihrer Initiative entsprungenen Volksmissionshilfe auf jeden Fall ein Werk, das an Größe und Opferkraft würdig neben den Leistungen des Weltpriester-Hilfswerks für Hispanoamerikanische Zusammenarbeit steht, über die die Herder-Korrespondenz schon berichtet hat (ds. Jhg., S. 157).

Die Systematisierung der Arbeit

Als die Erfolge der spanischen Missionsgruppe sichtbar wurden, überlegte man auf dem Internationalen Kongreß der Volksmissionare in Loyola (1956), wie man dem neuen Unternehmen der Lateinamerika-Hilfe eine feste Form geben könnte. Die Frage wurde auf einem kurz danach stattgefundenen Apostolatskongreß der Orden weiter studiert. Man beschloß, die Volksmissionstätigkeit spanischer Religiosen in Lateinamerika organisatorisch in eine auf dem Kongreß geschaffene „Vereinigung für das Apostolat des Wortes" einzugliedern und für sie ein Statut anzustreben, um die Struktur des Unternehmens zu konsolidieren. Es wurde sofort Verbindung mit CELAM aufgenommen und im Einvernehmen mit dem Bischofsrat eine vorläufige Satzung ausgearbeitet, die die Billigung der Päpstlichen Kommission für Lateinamerika erhielt. Die dritte Zusammenkunft des CELAM in Rom (1958) überarbeitete diese Satzung. Sie erhielt am 6. Februar 1960 „ad experimentum" für drei Jahre die Genehmigung seitens der Konsistorial-Kongregation. Die wichtigste Bestimmung der Satzungen ist, daß sich die Missionsequipe, die als ein Instrument zeitbedingter außerordentlicher Hilfe betrachtet wird, in voller Hingabe an den Geist des Evangeliums und der bischöflichen Grundverfassung der Kirche bedingungslos den Weisungen des lateinamerikanischen Bischofsrats unterstellt, der die Gesamt-Einsatzplanung durchführt und gleichzeitig die volle Mitarbeit der örtlichen Seelsorgsinstanzen sichert. Der Bischofsrat hat inzwischen auch überall in Lateinamerika selbst geeignete Spezialisten der Seelsorge mobilisiert, um sie der spanischen Missionsgruppe zur Seite zu stellen. Diese erhielt in der Person von Enrique Huelin SJ einen dem Episkopat verantwortlichen Generaldirektor. Über das Ergebnis jeder Mission ist dem Bischofsrat ausführlich Bericht zu erstatten. Um die ausländische Aktionsgruppe gruppiert sich, immer stärker sichtbar werdend, der lateinamerikanische Beitrag zur religiösen Erneuerungsarbeit. So erleben wir das bisher in Lateinamerika ungewohnte Schauspiel, daß seitens der Hierarchie bewegliche Hilfskräfte aus voneinander weit entfernten Ländern des Erdteils jeweils zu den Brennpunkten einer außerordentlichen Seelsorgsaktion gesandt werden. Es ist dies sicherlich ein Beweis für die segensreichen Wirkungen der neuen Koordination der Apostolatskräfte in Lateinamerika, das bis vor kurzem weder eine Gesamtbischofskonferenz noch in der großen Mehrzahl der Länder nationale Bischofskonferenzen kannte. Es wirkt sich jetzt auch die Maßnahme der Religiosenkonferenz aus, die in den lateinamerikanischen Ländern die Orden und Kongregationen zu losen Zusammenschlüssen veranlaßte und darüber hinaus alle Orden Lateinamerikas im Rahmen der Apostolatsaktionen des Generalsekretariats von CELAM in großräumige Planungen der Seelsorgshilfe einbezogen hat. Wie überall in der katholischen Welt sind auch in Lateinamerika die Ordensleute aus vielfachen Gründen die Erstberufenen zur Abhaltung von Volksmissionen. Aber die Zahl der für Volksmissionen freien Ordenspriester ist hier sehr gering, obwohl Lateinamerika mehr Ordenspriester (19360) als Weltpriester (18450) zählt. Der meist aus Übersee gekommene Ordensklerus ist angesichts des ungeheueren Priestermangels von der regulären Pfarrseelsorge weitestgehend absorbiert worden. Eine auch nur vorübergehende Entfernung dieser Priester aus den ihnen anvertrauten, an Seelenzahl und auch an Umfang des Territoriums riesenhaften Pfarreien würde dort die Seelsorge völlig zum Erliegen bringen. Dabei ist diese Seelsorge in sich unzureichend, da die allermeisten Seelsorger in der bloßen Sakramentenspendung sich erschöpfen und nicht die Zeit finden, Predigt und Katechese in nennenswertem Maße zu pflegen. Wenn die Ordenspriester, die in den Pfarreien arbeiten, nicht einmal die Pflichten der ordentlichen Seelsorge ausreichend erfüllen können, kann man sie für außerordentliche Seelsorgsaufgaben nicht herausziehen. Gerade wegen dieser Situation ist es auch erklärlich, daß Angehörige von Orden, die in Europa oder Amerika ihren Konstitutionen entsprechend eifrig in der Volksmission tätig sind, in Lateinamerika nur sporadisch und unsystematisch sich solchen Aufgaben widmen können. Gerade aus dieser Situation heraus war der Sondereinsatz spanischer Priester in der Abhaltung großer Volksmissionen wirklich providentiell.

Es gibt nun in Lateinamerika Ordenskommunitäten, die unter Berufung auf ihre Regeln und Konstitutionen Seelsorgstätigkeit, vor allem solche nicht ortsgebundener Natur, ablehnten. Der Episkopat glaubte aber, auf ihre Hilfe angesichts der seelsorglichen Notlage nicht verzichten zu können. Auf der zweiten Plenarkonferenz (zu Fomeque, Kolumbien, 1957) beschäftigte sich der Lateinamerikanische Bischofsrat mit dieser Frage und erinnerte in einer Erklärung zunächst daran, daß can. 608 § 1 CIC ganz allgemein die Religiosen ermahnt, den geistlichen Be-

dürfnissen des Volkes zu genügen. Die besonderen Umstände, in denen sich die Kirche Lateinamerikas befinde, rieten dazu, diesen Kanon mit weitem Blick und hochherziger Gesinnung anzuwenden. Die gegenwärtige Lage könne sogar unter Umständen von den Ordensleuten eine Hilfe verlangen, die nicht ohne offensichtliche Überschreitung des Geistes und des Buchstabens der Regeln und Konstitutionen geleistet werden könne. In diesem Falle müsse man in voller Wahrung der Ehrfurcht vor Geist und Buchstaben der Regel zwar den ernsten Willen zeigen, diese zu beobachten; habe man aber das Mögliche getan, um die Notwendigkeiten des Dienstes an den Seelen mit den Ordensvorschriften in Einklang zu bringen, dann dürfe man vertrauen, daß „Gott, den man für Gott beiseitestellte", ergänze, „was gegebenenfalls fehlen könnte" (vgl. den italienischen Text in „La Civiltà Cattolica", Nr. 2595 [1958] S. 280). Praktisch wird also hier auf das oberste Gesetz der Tätigkeit der Kirche hingewiesen: „Salus animarum suprema lex." So hat der Bischofsrat auch in der Frage der Beteiligung der Orden Lateinamerikas an den Volksmissionen den Weg freigemacht, um selbst Angehörigen beschaulicher Orden und solcher mit ganz andersartigen Zielsetzungen eine Mitarbeit an diesem Werke in einer Zeit äußerster Bedrohung für die Kirche des Erdteils zu ermöglichen, das eine Aufgabe von größter Dringlichkeit erfüllt, da die ordentliche Seelsorge ihre Funktion nur in unvollkommenster Weise erfüllen kann.

Ziele und Methoden der Volksmissionen

Nach dem den Missionsequipen von Rom gegebenen Statut ist der Zweck der Volksmissionen, den Glauben der Katholiken zu festigen und ein christliches Leben in und außerhalb der Familie zu begründen. Sie sollen einen Schutzwall gegen alles errichten, was die religiöse Einheit Lateinamerikas zu zerstören sucht: Kommunismus, Freimaurerei, Protestantismus. Als Mittel zur Erreichung der religiösen Erneuerung werden in dem Statut aufgezählt: die Predigt des Evangeliums zur Bestätigung und Erläuterung der katholischen Grundsätze; die Verwaltung der Sakramente, besonders jener der Buße und des Altars, zur Heiligung der Seelen; die Festigung der christlichen Familie und die religiöse Erziehung der Jugend; die Bereitstellung aller modernen Apostolatseinrichtungen auf dem Gebiete der Sozialwissenschaften, der Ideenverbreitung usw.
Die drei religionssoziologischen Forschungszentren, die in jüngster Zeit in Bogotá, Santiago de Chile und in Rio de Janeiro eingerichtet wurden, sind noch nicht soweit ausgebaut, daß sie den Volksmissionaren bei Analyse der Strukturen helfen können. Man scheint auch das Bedürfnis nach solchen Untersuchungen, ohne die in Europa heute keine große Gebietsmission mehr unternommen wird, nicht allzusehr zu empfinden, wie die spanischen Missionare sich anscheinend auch kaum vor dem Einsatz der Tatsache bewußt waren, daß sie bei ihrer Tätigkeit vor Kulturprobleme gestellt waren. Die allzu einfache Formel von der gleichen Sprache und Kultur, die Spanien mit Lateinamerika verbindet, deckt tiefe Unterschiede zwischen der spanischen und lateinamerikanischen Kultur zu, die sich namentlich im 19. Jahrhundert herausgebildet haben. Dazu kommt, daß heute die Kulturgestalt des Katholizismus in den einzelnen Ländern der lateinamerikanischen Welt durchaus nicht absolut gleiche Züge aufweist. Auf der interamerikanischen Woche katholischer Aktion in Chimbote in Perú (1953) stellte man fest: „Wir haben einen argentinischen oder chilenischen oder kolumbianischen oder mexikanischen Katholizismus, wie wir einen irischen oder deutschen oder französischen oder spanischen Katholizismus besitzen ... Es gibt keine größere Einheit in größerer Verschiedenheit auf allen Gebieten des religiösen, sozialen, ökonomischen und politischen Lebens als in Lateinamerika" (W. J. Coleman MM, Latin-American Catholicism. A Self Evaluation, Maryknoll 1958, S. 2—3). Wir erführen gerne, welchen Einfluß solche Verschiedenheiten, die auch zwischen europäisierter Küstenzivilisation und „Caboclo-Kultur" im Innern bzw. der Indianerzivilisation bestehen und die tiefe Einflüsse auf das religiöse Leben der einzelnen Bevölkerungsteile haben, auf die Methoden der Volksmission hatten. Werden sie überhaupt berücksichtigt? Glaubte man, ohne eine solche Anpassung auskommen zu können? Haben die einheimischen priesterlichen Helfer in den einzelnen durchmissionierten Ländern den spanischen Missionaren hier wirksam beratend zur Seite stehen können? In den Berichten liest man nichts davon, höchstens daß z. B. in den typischen Indianergebieten Boliviens orts- und kulturkundliche westliche Missionare die Volksmission übernahmen. Das stürmische Verlangen nach religiöser Nahrung und den Frieden mit Gott, das den Volksmissionaren überall entgegenbrandete und das sich wesentlich von allem unterscheidet, was unsere Volksmissionare in Europa erleben, mag die Missionare veranlaßt haben, den sog. Imponderabilien weniger Aufmerksamkeit zu schenken. Dennoch kann Beachtung oder Nichtbeachtung dieser Dinge für die Tiefen- und Dauerwirkung einer Volksmission in Lateinamerika eine sehr große Bedeutung haben. Ein endgültiges Urteil über den Grad der Umweltanpassung der Missionsequipen kann man sich freilich so lange nicht bilden, als nicht Berichte vorliegen, die mehr bieten als die Zahlen über die sanierten Ehen, die Kommunionen, die Teilnahme an den Rosenkranz- und Kreuzwegprozessionen, den Besuch der großen Schlußfeiern mit der auf Band übertragenen Ansprache des Heiligen Vaters und so weiter.
Die Missionen sind immer einige Monate vorher durch Rundfunksendungen, Verteilung von Drucksachen und vor allem durch Gebete in den Kirchen vorbereitet worden. Vielerorts hat man Ordensfrauen von Haus zu Haus geschickt, um auf die Mission aufmerksam zu machen und zugleich die Zahl der Katholiken zu erkunden. Wegen der geringen Zahl von Kirchen, vor allem von großen Kirchen, mußten oft „Missionszentren" im Freien errichtet werden, die mit Lautsprechern ausgestattet waren. Die Mission begann mit den Kindern, von denen ein hoher Prozentsatz niemals Religionsunterricht erhalten hatte. Die Erwachsenenmission dauerte 14 Tage in der auch uns bekannten Form. Von ihren Schwierigkeiten ahnt man etwas, wenn man bedenkt, daß Tausende und Abertausende der Erwachsenen außer der Taufe nie ein Sakrament empfangen hatten und in einer religiösen Welt lebten, in der christliche und heidnisch-abergläubische Elemente miteinander verwoben waren. Auf eindrucksvolle religiöse Kundgebungen, an denen die spanische Frömmigkeit reich ist und die das Volk über alles liebt, wurde nicht verzichtet. Neben den allgemeinen Missionspredigten vernachlässigte man auch die Standesvorträge nicht. Für die Seminaristen, Soldaten, Handwerker hielt man sogar gesonderte Missionen. An den Universitäten sprachen die Missionare über den Marxismus und stellten sich zu eingehenden Diskussionen mit Professoren und Studenten.

Es wird in den Berichten hervorgehoben, daß die mit den Hochschulen gewonnenen Kontakte ein sehr erfreuliches Ergebnis der Volksmissionen waren. Im Hinblick auf das brennende Problem der einheimischen Priesterberufe suchten die Missionare die Würde des katholischen Priestertums darzustellen, das in Lateinamerikas öffentlicher Meinung seit dem Einbruch des Liberalismus stark abgewertet wurde und dessen Stellung in der Gesellschaft ausgesprochen gedrückt erscheint. Vielerorts veranstalteten die Missionare öffentliche Diskussionen über die soziale Frage, die Stellung der Kirche zur Politik und zur modernen Zivilisation. In den Industriebezirken Boliviens (Zinnbergwerke und Zinnaufarbeitung) gingen die Missionare auch in die Minen und Fabriken und zu den Gewerkschaftszentren. Der landwirtschaftlichen Bevölkerung wurde wegen Mangels an Kräften und schwieriger Verkehrsverbindungen nicht überall die gleiche Aufmerksamkeit zugewandt wie den Städten und größeren Siedlungen. Zur armen, unwissenden, vom Großgrundbesitz abhängigen und von ihr ausgenutzten Landarbeiterbevölkerung, die für den Kommunismus sehr anfällig ist, müßte man wohl noch mehr Missionare senden, die mit den Sozialproblemen des Agrarsektors in Lateinamerika vertraut sind bzw. in der sich entwickelnden katholischen Landvolkbewegung stehen. Je mehr diese Volksmissionen bei einheitlicher religiöser Grundausrichtung die einzelnen sozialen Umwelten ansprechen, desto größer werden ihre Erfolge sein.

Die Frage der Erhaltung der Früchte der Missionen beschäftigt Episkopat und Missionare. Nachdem die spanischen Volksmissionare zweimal Ecuador durchmissioniert hatten, forderte der Episkopat dieses relativ „priesterreichen" Landes (ein Priester auf 3193 Seelen) seinen Klerus auf, selbst Missionsequipen als ständige Einrichtung zu schaffen. Die Anregung fand auch im übrigen Lateinamerika Beachtung, wird sich indes in Ländern, wo je ein Priester 5000—10 000 Katholiken pastoriert, schwerer durchführen lassen. Man wird aber, nachdem man die Wirkung der großen Volksmissionen in einer Anzahl von Ländern sah, geneigt sein, alles zu tun, um mit eigenen Kräften fortzuführen, was die spanischen Priester, unterstützt vom örtlichen Klerus, begannen. Es spricht hier auch der Nationalstolz mit, der in diesem Fall gewiß ein nützlicher Antrieb zu erhöhten Anstrengungen auf dem Gebiete der außerordentlichen Seelsorge sein wird. Die Päpstliche Kommission für Lateinamerika hat der Frage ebenfalls Beachtung geschenkt, und einer ihrer Assistenten (Tomás Travi SJ) referierte in Rom bei der Versammlung der Ordensgenerale eingehend über „Nationale Missionsequipen".

Ergebnisse der Volksmissionen

Über die Ergebnisse der Volksmissionen, soweit sie menschlich überhaupt erfaßbar sind, liegen nur sehr lückenhafte Berichte vor. Überall wird der Erfolg als überraschend groß bezeichnet. Millionen von Katholiken sind durch sie wieder mit der Kirche in Kontakt getreten. Was immer wieder bezweifelt wird, ist doch Wahrheit. Der Katholizismus ist in Lateinamerika keine bloß äußere Kulturerscheinung, er wurzelt noch in den Seelen, selbst in jenen ungezählten Tausenden, die kaum je mit einem Seelsorger in Berührung kamen. Hier liegt der große Unterschied zu den säkularisierten Massen in Europa. Hier ist auch die Energiequelle, aus der heraus Lateinamerika — in später Stunde freilich — religiös erneuert werden kann. Die Kommunisten haben fast überall bis kurz vor Beginn der Volksmissionen eine mehr oder weniger heftige Gegenagitation entfaltet. Als aber die Missionen begonnen hatten, verschwand jeder öffentliche Widerstand ihrerseits, und selbst führende Persönlichkeiten aus ihren Reihen sah man später an der Kommunionbank. Dem europäischen Leser der Missionsberichte fällt auf, daß selbst die Massen der bisher seelsorglich kaum erfaßten Katholiken ein klares Bewußtsein dessen zeigten, was Sünde ist, und ein heißes Verlangen zeigten, mit Gott wieder in Frieden zu kommen. Von jener Verharmlosung der Sünde, die ein Kennzeichen der Wirkungen des Säkularisierungsprozesses in unsern Ländern ist, war bei diesen Volksmissionen nichts zu spüren. Im Bereich der weltentlegenen Indianersiedlungen Mittelamerikas erschien dies nicht verwunderlich. Aber selbst in den großen Städten Boliviens, die doch seit 150 Jahren dem Einfluß des weltanschaulichen Liberalismus und neuerdings des Diesseitsgeistes der technischen Zivilisation ausgesetzt sind, zeigte sich ein echtes und großes religiöses Heilsverlangen. Dem Geiste der Volksmission konnte sich auch die traditionsgemäß „liberale" Beamtenschaft nicht entziehen. Der liberale Präsident von Honduras, Ramón Villeda Morales, weihte bei dieser Gelegenheit zusammen mit dem Erzbischof von Tegucigalpa seine Nation dem heiligsten Herzen Jesu und dem Unbefleckten Herzen Mariä. Der Präsident von Panamá wollte nach der Mission ein „Gedächtnis-Monument" errichten, versprach aber, als der Leiter der Volksmission, Enrique Huelin SJ, ihm vorschlug, statt dessen Häuser für arme Leute zu errichten, die Zivilbehörden zu veranlassen, entsprechende Pläne auszuarbeiten. Als der Präsident von Bolivien bei der großen Schlußfeier im Stadion von La Paz als erster zur Kommunionbank schritt, klatschten die Tausende in die Hände. Warum mögen sie wohl geklatscht haben? . . . Bei dieser Gelegenheit empfingen übrigens 8000 Arbeiter im Alter von 20—50 Jahren in Gegenwart von 50 000 Menschen ihre erste heilige Kommunion. Das bolivianische Repräsentantenhaus pries in einer gemeinsamen Erklärung die wohltätige Wirkung der Mission auf die öffentliche Moral. In dem Minenzentrum Boliviens, das den stolzen Namen „Siglo XX" (20. Jahrhundert) trägt, in dem aber recht unschöne soziale Zustände herrschen, beichtete vier Tage vor Schluß der Mission der Führer der Kommunisten, ein Gymnasialprofessor. Er bat unter Übergabe der kommunistischen Literatur den Ortspfarrer wegen seiner Angriffe gegen die Kirche um Verzeihung und empfing an der Seite seiner gläubig-christlichen Mutter öffentlich die Kommunion.

Die größten Erfolge erzielten die Volksmissionare bei der Ordnung der bloßen Zivilehen oder der freien Verhältnisse. Allein in der Stadt Cochabamba (Bolivien), in der 60 Prozent der armen Familien im Konkubinat leben, wurden 8000 Ehen kirchlich geordnet. In zehn Diözesen Ecuadors sind 7000 Ehen in Ordnung gebracht worden, in Panamá 22 642, in El Salvador 15 000, in den übrigen fünf Staaten Mittelamerikas zusammen rund 85 000.

Trotz aller Erfolge werden die Volksmissionen in Lateinamerika nur dann Dauerwirkung haben, wenn es 1) gelingt, der Jugend allgemein einen gediegenen Religionsunterricht zu sichern, wenn 2) ein Laientum entsteht, das christlichen Geist in alle Lebensbereiche trägt, wenn 3) die Priesterfrage gelöst wird. Auf der Zusammenkunft der Vertreter der Hierarchien von Lateinamerika, USA und Kanada (November 1959, Washington; vgl. Herder-

Korrespondenz ds. Jhg., S. 157) wurde gezeigt, wie trotz des Zuganges von jährlich 1000 neuen Priestern die Priesternot des Erdteils immer größer wird, zumal der einheimische Nachwuchs eher ab- als zunimmt. Während für eine einigermaßen normale Erfüllung der Seelsorge nach den Berechnungen von CELAM heute bei rund 200 Millionen Einwohnern 122 000 Priester mehr benötigt würden, werden voraussichtlich im Jahre 1980 bei 300 Millionen 244 000 fehlen. Selbst wenn die ganze katholische Welt durch Entsendung von Priestern hilft, ist das hier sichtbare Problem nur dann einigermaßen lösbar, wenn in allen Ländern des Kontinents die Priesterberufe in der Jugend gepflegt werden und wenn dann Zehntausende junger Leute zu den Priestervorbereitungsanstalten strömen. Eine Versorgung mit Priestern entsprechend den Bedürfnissen einer normalen Pastoral wird selbst dann nicht möglich sein. Soll Lateinamerika für die Kirche gerettet werden, so muß also die Hilfsfunktion des Laien in der Seelsorge stärkstens ausgebaut werden. Lateinamerika ist ein Musterfall für die Dringlichkeit der Lösung einer Frage, die unter den verschiedensten Gesichtspunkten heute auch in unseren Ländern erörtert wird.

Der Hunger in der Welt: Hilfe für Kerala

Über die z. T. blutigen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten in Kerala haben wir zuletzt im August 1959 berichtet (vgl. 13. Jhg., S. 528 ff.). Ausgelöst wurden damals die Unruhen durch das von der kommunistischen Regierung dieses indischen Bundesstaates eingebrachte Schulgesetz, durch das die 7000 privaten Schulen des Landes — auf einigen Umwegen — verstaatlicht werden sollten. Von diesen 7000 Privatschulen gehören fast 1700 den Katholiken, 1400 den anderen christlichen Gemeinschaften und 3500 den Nairs, einer hohen Hindukaste. Der kommunistische Angriff auf die Schulen bildete nicht den einzigen Streitpunkt zwischen Regierung und Opposition. Bestechung, Korruption und Unterdrückung der antikommunistischen Kräfte durch das Polizeiregime der Regierung verschärften zunehmend die Lage und zwangen die bisher zur Zusammenarbeit wenig geneigten verschiedenen sozialen und religiösen Gruppen des Landes in eine geschlossene Abwehrfront. Der Widerstand gegen die seit 1957 regierenden Kommunisten unter der Führung E. M. Sankaran Nambudiripads beschränkte sich also nicht ausschließlich auf die 3,5 Millionen Katholiken (Lateiner, Syromalabaresen, Syromalankaresen). Doch ging von ihnen in erster Linie der Widerstand aus. Das Zentrum des Kampfes gegen die Schulpolitik der Regierung bildete von Anfang an der Episkopat der 18 keralesischen Diözesen, während sich alle demokratischen Parteien — die Kongreßpartei, die Prajasozialisten und die Muslem-Liga — in dem Bestreben zusammenfanden, die kommunistische Regierung zu stürzen.

Ziel dieser politischen Aktion war zunächst, die nach Artikel 356 der Indischen Verfassung mögliche Suspendierung der Regierung zu erzwingen. (Der Artikel sieht eine Intervention der Zentralregierung für den Fall vor, daß die Regierung eines Gliedstaates ihre verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Funktionen nicht mehr im vollen Umfang ausüben kann.) Durch Demonstrationen und Streiks, die die Regierung mit blanker Gewalt zu unterdrücken suchte, wurde dieses Ziel erreicht: Am 31. Juli 1959 unterzeichnete der Präsident der Union, Rajendra Prasad, die Proklamation, durch die die kommunistische Regierung Keralas entlassen, die Legislativversammlung (Parlament) aufgelöst, baldige Neuwahlen angekündigt und die Regierung des Bundesstaates durch den Präsidenten übernommen wurde. Die Oppositionsparteien stellten darauf ihre Kampagne gegen die Regierung sofort ein.

Die Wahlen vom 1. Februar 1960

Die nach der Verfassung innerhalb von sechs Monaten erforderlichen Neuwahlen fanden dann am 1. Februar 1960 statt. Es gab einen außerordentlich hitzig geführten Wahlkampf, in dem die nichtkommunistischen Parteien ihre besten Vertreter aus ganz Indien, die Kommunisten hingegen über 300 000 Agitatoren sowie ihre hervorragend eingespielte Parteimaschinerie einsetzten (die Kommunisten zählen allein in Kerala 56 000 eingeschriebene Mitglieder — unter 13,5 Millionen Einwohnern), beide wohl wissend, daß vom Ausgang der Wahl mehr abhängen würde als das Schicksal Keralas. Das veranlaßte auch den Episkopat durch mehrere Hirtenschreiben in den Wahlkampf einzugreifen, insbesondere durch seinen gemeinsamen Hirtenbrief vom 23. Oktober, in dem er alle Gläubigen aufforderte, bis zum Tage der Neuwahlen für die Überwindung des keralesischen Kommunismus bei den Wahlen zu beten. Die Wahl vom 1. 2. 1960 erbrachte folgendes Ergebnis:

	Sitze
Kongreßpartei	63
Prajasozialisten	20
Muslem-Liga	11
Vereinigte (antikommunistische) Front	94
Kommunisten	26
Unabhängige, die die Kommunisten unterstützen	3
Kommunisten insgesamt	29

Außerdem wurden ein Vertreter der revolutionär-sozialistischen Partei und zwei weitere Unabhängige gewählt.

Damit war der Weg frei für die Bildung einer neuen, antikommunistischen Regierung. Die Regierungsbildung war am 22. Februar abgeschlossen. Die neue Regierung ist eine Koalitionsregierung zwischen Kongreßpartei und Prajasozialisten. Chefminister wurde der 75jährige Führer der Prajasozialisten, Patton Thanu Pillai. Von den übrigen zehn Mitgliedern der Regierung gehören acht der Kongreßpartei und zwei den Prajasozialisten an. Letztere haben das Justizministerium und das Ministerium für Tourismus und Öffentliche Arbeiten übernommen. (Die Muslem-Liga verzichtete auf eine Teilnahme an der Regierung „im Interesse des Gliedstaates"; die Kongreßpartei konnte sich nämlich nicht zu einer Koalition mit der Muslem-Liga, „einer auf einer Religionszugehörigkeit basierenden Partei", entschließen.)

Alle Religions- und Kastengemeinschaften sind in der neuen Regierung vertreten: ein Brahmane, vier Nairs, zwei Irawas (die unterste Kaste in Kerala), ein Paria, zwei Christen und ein Moslem. Vertreter der Katholiken ist der 45jährige Thomas Chacko, Vater von sechs Kindern, dessen Bemühungen und taktischem Geschick weitgehend das Wahlbündnis der demokratischen Parteien zu verdanken ist, durch das die Kommunisten am 1. 2. besiegt werden konnten. Der Vertreter der Moslems in der Regierung, Ummer Koya, der mit Chacko im keralesischen Parlament vor 1957 eng zusammengearbeitet hatte, erhielt das Unterrichtsministerium.

Die Entwicklung katholischer Minderheitenkirchen in den letzten hundert Jahren – Typische Beispiele für Wachstum und Rückgang

Es ist ein außergewöhnlich schwieriges Unterfangen, die Entwicklung von Kirche und Mission in Form statistischer Tabellen darzustellen. Für unsere Zahlenangaben dienten als **Quellen:**

Für 1840 :
J. Aschbach, Allgemeines Kirchen-Lexikon. Mainz 1850.

Für 1880 :
Katholischer Missions-Atlas. Freiburg 1884
Wetzer/Welte, Kirchenlexikon. 2. Auflage. Freiburg 1886 ff.

Für 1905 :
Staatslexikon. 3. Auflage. Freiburg 1908 ff. (vor allem Krose SJ, Art. „Religionsstatistik" in Bd. IV, Sp. 576—591)
Herders Konversations-Lexikon. 3. Auflage. Freiburg 1902 ff.

Für 1930 :
Atlas der Katholischen Weltmission (Jahrbuchfolge 1932 der Unio Cleri pro Missionibus)
Lexikon für Theologie und Kirche. 2. Auflage. Freiburg 1930 ff.

Für 1950 :
Despont, Nouvel Atlas des Missions. Paris/Lyon 1951.

Für 1957/59 :
A. Freitag SVD, Der Weg des Heils — Bildatlas zur Geschichte der Weltmission. Salzburg 1960
und neueste Einzelveröffentlichungen (Agenzia Fides u. a.), in Zweifelsfällen Annuario Pontificio 1960.

Abgesehen von den grundsätzlichen und den speziellen Schwierigkeiten der kirchlichen Statistik (etwa daß auch heute noch die Zahl der Katholiken selbst in England oder den USA nur geschätzt werden kann), werden die Zahlenangaben um so spärlicher und um so ungenauer, je weiter wir geschichtlich zurückgehen. Vor 1840 sind statistische Tabellen überhaupt nicht möglich, und selbst von 1880 ab können bis heute durchgehende Übersichten nur für einen Teil der Erdoberfläche gegeben werden. Die mangelnde Vergleichbarkeit etwa vorhandener Zahlenangaben ist vor allem darin begründet, daß kirchliche und politische Jurisdiktionsgrenzen vielfach oft erst sehr spät zur Deckung kamen und beide gerade in den Kolonialgebieten fortlaufenden Veränderungen unterworfen waren. Solche Grenzveränderungen oder aber große Flüchtlingsströme verzerren das Bild teilweise selbst noch bei den Ländern, die in der Übersicht enthalten sind (z. B. Balkan, Naher Osten).

„Minderheitenkirche" ist in dieser Übersicht ein rein statistischer, kein theologischer Begriff; aufgenommen sind alle vom Material her erreichbaren Länder, in denen die Katholiken in mehr oder minder ausgeprägtem Maß die Minderheit bilden. Es sind in der Regel Länder, in denen die Kirche in gesteigertem Maß in einer inneren, aktiven oder auch in einer äußeren, politischen, passiven Dynamik steht. Vielfach ist „Minderheitenkirche" gleichbedeutend mit **„Missionskirche"** (im Sinn der Unfertigkeit ihrer Funktionen und Institutionen). Doch gilt diese Identität keineswegs in allen Fällen oder gar wesenhaft: Skandinavien, Griechenland, England oder Nordamerika sind für die katholische Kirche keine Länder der Heidenmission, während sie das „katholische" Lateinamerika auch in den vollorganisierten Diözesen als Quasi-Missionsland betrachtet (vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 41 ff., und 10. Jhg., S. 19 ff.).

Eine statistische Übersicht kann nur die großen *quantitativen* Entwicklungslinien aufzeigen, ohne die für jeden Kulturkreis anders gelagerte religiöse und missionarische Problematik wiederzuspiegeln.

Das absolut und relativ größte Wachstum hat die katholische Kirche im 20. Jahrhundert zweifellos in **Afrika** erfahren (vgl. die Übersicht nach Kontinenten auf dieser Seite). Freilich war das absolute Wachstum des *Islams* in der gleichen Zeit noch größer, und viele soziale Probleme bedrängen die Kirche (vgl. die laufenden Missionsgebetsmeinungen in der Herder-Korrespondenz, insbesondere 10. Jhg., S. 217 ff.). Die Bedeutung der afrikanischen Mission wurde von Papst Pius XII. in einer eigenen Enzyklika „Fidei Donum" herausgestellt (11. Jhg., S. 474 ff.).

So gut wie keine Fortschritte erzielt die Kirche in der **arabisch-islamischen Welt** (10. Jhg., S. 181 ff., und 11. Jhg., S. 169 ff.) ebenso wie in der ausgeprägt **buddhistischen Welt** (vgl. 12. Jhg., S. 265 ff., und 13. Jhg., S. 424 ff.). Vollends verschlossen ist **Zentralasien,** und zwar nicht nur der kommunistisch beherrschte Teil. „Weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung Asiens, fast zwei Drittel des geographischen Raums des Erdteils, bieten zur Zeit für die herkömmlichen Mittel der Evangeliumsverkündigung keine Ansatzmöglichkeiten . . . Auch wenn — unbestreitbar — heute ‚die Stunde Afrikas' gekommen ist, bleibt Asien *das* Missionsproblem der Kirche" (13. Jhg., S. 379).

Inwieweit die **kommunistische Kirchenverfolgung** den zahlenmäßigen Bestand und die Substanz der Kirche angegriffen hat, läßt sich heute auch nicht entfernt absehen. Daß sich auch in vielen anderen Gebieten der Erde antikirchliche oder mindestens antimissionarische Strömungen bemerkbar machen und daß die Kirche überall schwer an der Erbschaft des **Kolonialismus** zu tragen hat, ist bekannt.

Das Beispiel **Skandinavien** zeigt, daß wir nicht in ferne Länder zu gehen brauchen, um die ganze Problematik einer Minderheitenkirche kennenzulernen. „Der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung Skandinaviens ist kleiner als in den meisten Missionsgebieten der Erde, und die Kirche verfügt dort über so wenig Menschen und Mittel, daß sie kaum die Substanz des kirchlichen Daseins durchzuhalten vermag. Der Verlust durch Umwelteinflüsse ist sicherlich größer als der Gewinn durch neue Konversionen; nur das Einströmen katholischer Flüchtlinge täuscht ein Wachstum der Kirche vor" (11. Jhg., S. 363).

An weiteren genauen Analysen der Missionsentwicklung in einzelnen Ländern sind in den letzten Jahrgängen der Herder-Korrespondenz u. a. nachzulesen: Nordafrika (11. Jhg., S. 169 ff.), Zentralafrika (9. Jhg., S. 163 ff.), Madagaskar (14. Jhg., S. 19 ff.), Pakistan (9. Jhg., S. 207 ff.), Ceylon (12. Jhg., S. 265 ff.), Siam (13. Jhg., S. 424 ff.), Ozeanien (11. Jhg., S. 413 ff.).

Bevölkerungswachstum und Wachstum der Kirche

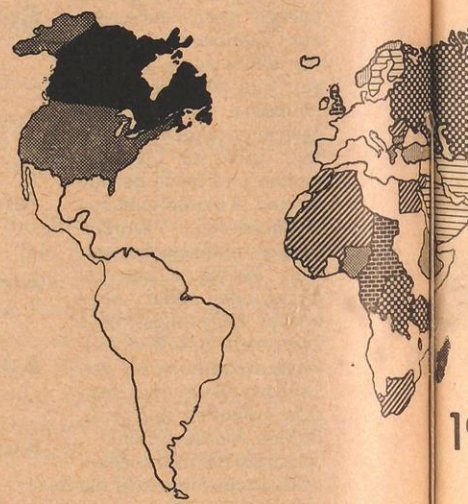
		1880	1960	Wachstum
Europa:	Bevölkerung	320 Mill.	450 Mill.	1,4 mal mehr
	Katholiken	**150 Mill.**	**210 Mill.**	**1,4 mal mehr**
Amerika:	Bevölkerung	100 Mill.	400 Mill.	4 mal mehr
	Katholiken	**50 Mill.**	**220 Mill.**	**4,4 mal mehr**
Afrika:	Bevölkerung	100 Mill.	260 Mill.	2,6 mal mehr
	Katholiken	**2 Mill.**	**25 Mill.**	**12,5 mal mehr**
Asien:	Bevölkerung	800 Mill.	1800 Mill.	2,3 mal mehr
	Katholiken	**8 Mill.**	**34 Mill.**	**4,2 mal mehr**
Austr./Ozeanien:	Bevölkerung	4 Mill.	17 Mill.	4,2 mal mehr
	Katholiken	**0,6 Mill.**	**3,2 Mill.**	**5,4 mal mehr**
Weltbevölkerung		1325 Mill.	2930 Mill.	2,20 mal mehr
Weltkirche		**211 Mill.**	**490 Mill.**	**2,34 mal mehr**

Trotz beachtlicher Missionserfolge in Afrika, Ozeanien und Asien ist also der Anteil der Katholiken an der Weltbevölkerung im Gesamtverlauf der letzten 80 Jahre praktisch unverändert geblieben. Für einen *kürzeren* Zeitraum den Entwicklungsgang im globalen Rahmen statistisch zu belegen (in *einzelnen Ländern* ist ein relativer Rückgang in den letzten Jahrzehnten aus der Tabelle Seite 2/3 ersichtlich), ist aufgrund der statistischen Fehlerquellen unmöglich.

Die Entwicklung katholischer Minderheiten

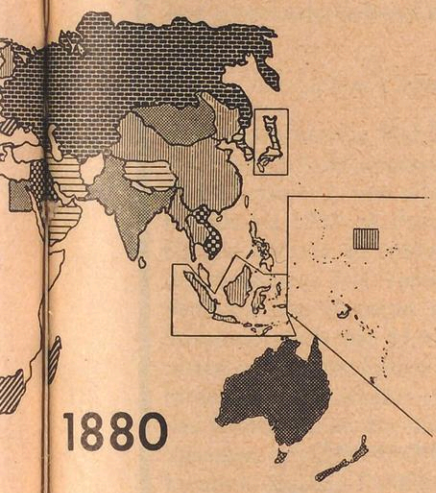
Europa:		**1840**	**1880**	**1905**	**1930**	**1950**	**1957/59**
Dänemark		2 000 0,1 %	2 200 0,1 %	5 400 0,2 %	24 000 0,6 %	22 000 0,6 %	27 000 0,6 %
Norwegen		4 000 0,09 %	1 000 0,05 %	2 000 0,09 %	2 600 0,1 %	4 250 0,14 %	5 900 0,17 %
Schweden			1 000 0,02 %	2 400 0,04 %	4 500 0,07 %	14 300 0,2 %	26 000 0,36 %
Finnland			2 300 0,1 %	755 0,03 %	1 500 0,04 %	6 000 0,15 %	2 000 0,05 %
England	1780: 70 000 0,9 %	580 000 4 %	2 500 000 8 %		2 200 000 5,8 %	4 200 000 8,5 %	4 840 000 9,3 %
Griechenland		20 000 1,5 %		35 000 1,5 %	35 000 0,65 %	50 000 0,65 %	62 000 0,8 %
Türkisches Reich in Europa		380 000 2,5 %		—	—	—	—
Heutige Türkei					40 000 0,25 %	30 000 0,17 %	29 000 0,11 %
Bulgarien				30 000 1,0 %	42 000 0,8 %	57 000 0,8 %	?
Rumänien			50 000 2,2 %	167 000 2,5 %	440 000 2,5 %	2 500 000 15 %	?
Rußland		1 800 000 3 %	3 000 000 5 %	5 400 000 4,6 %		ca. 6 000 000 3,3 %	?
Afrika:							
Marokko			1 900 0,03 %	10 000 0,15 %	164 000 1,7 %	425 000 4,5 %	(?) 490 000 (?) 4,8 %
Ägypten	1740: 10 000	15 000 0,3 %	42 000 0,8 %	100 000 1,0 %	170 000 1,3 %	240 000 1,2 %	210 000 0,85 %
Abessinien	1620: 100 000	500 0,03 %		4 000 0,08 %	12 000 0,15 %	110 000 1,1 %	125 000 0,7 %
Französisch-Westafrika					150 000 1%	435 000 4,3 %	837 000 4,9 %
Französisch-Äquatorialafrika					295 000 7 %	410 000 10 %	620 000 12 %
Belgisch-Kongo				35 000 0,2 %	750 000 4,5 %	3 250 000 29 %	5 000 000 40 %
Ruanda-Urundi					92 000 1,8 %	1 400 000 32 %	1 960 000 41 %
Njassaland					74 000 5 %	290 000 13 %	445 000 17 %
Tanganjika					200 000 4,5 %	700 000 10 %	1 300 000 15 %
Madagaskar		1 000 0,03 %	25 000 1,2 %	40 000 5,0 %	460 000 14 %	740 000 17 %	1 065 000 21 %
Nigerien					170 000 0,9 %	187 000 1,2 %	1 870 000 5,7 %
Südafrikanische Union	1837: 550		9 700 1,4 %	90 000 1,0 %	245 000 2,7 %	770 000 5,4 %	805 000 5,7 %
Asien:							
Türkisches Reich in Asien		900 000 8 %	500 000 3,5 %	775 000 4,8 %	—	—	—
Palästina (Israel und Jordanien)			18 000 3 %	21 000 2,5 %	22 000 1,3 %	75 000 4 %	104 000 3 %
Libanon und Syrien				530 000 17 %		585 000 13 %	690 000 12 %
Iran			5 000 0,07 %	7 800 0,08 %		14 000 0,09 %	18 000 0,09 %
Arabien			500 0,01 %		700 0,01 %	1 000 0,01 %	5 000 0,04 %
Indien und heutiges Pakistan		650 000 0,5 %	1 300 000 0,55 %	1 900 000 0,65 %	2 000 000 0,7 %	5 320 000 1,3 %	6 000 000 1,2 %
Ceylon		150 000 12 %	180 000 7 %	275 000 7,8 %	370 000 8 %	540 000 7,5 %	705 000 7,5 %
Burma			24 000 0,4 %	57 000 0,5 %	100 000 0,8 %	145 000 0,9 %	190 000 0,95 %
Siam			20 800 0,35 %	25 000 0,30 %	40 000 0,36 %	52 000 0,34 %	108 000 0,47 %
Indochina			560 000 3 %	940 000 4 %	1 300 000 5,2 %	1 700 000 5,3 %	1 640 000 4,5 %



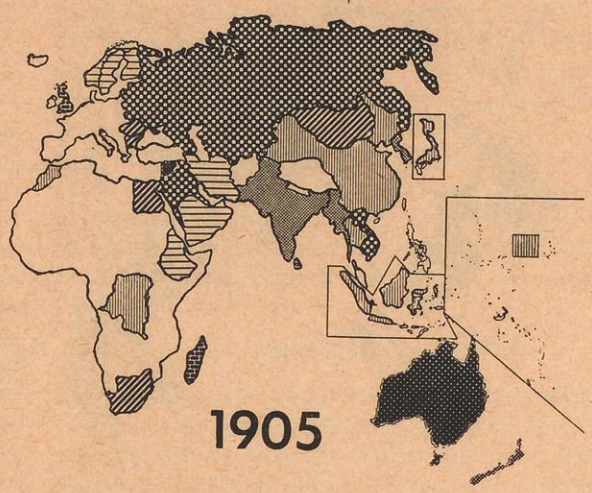


		1840	1880
Korea			8 000 0,09 %
Japan	1610: 750 000		20 000 0,06 %
China	1720: 300 000	250 000 0,10 %	460 000 0,11 %
Tibet			60 0,01 %
Mongolei			12 000 0,5 %
Mandschurei			10 000 0,2 %
Indonesien			80 000 0,3 %

eitenkirchen in den letzten hundert Jahren

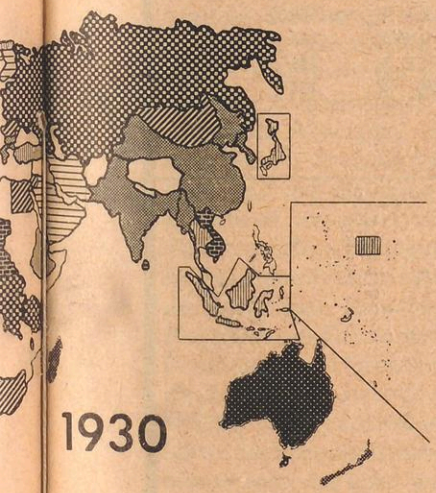


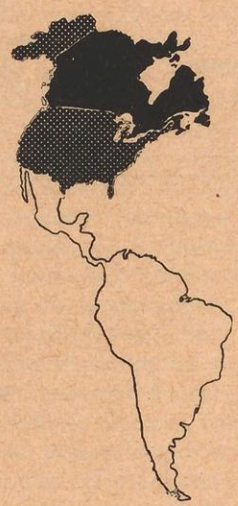


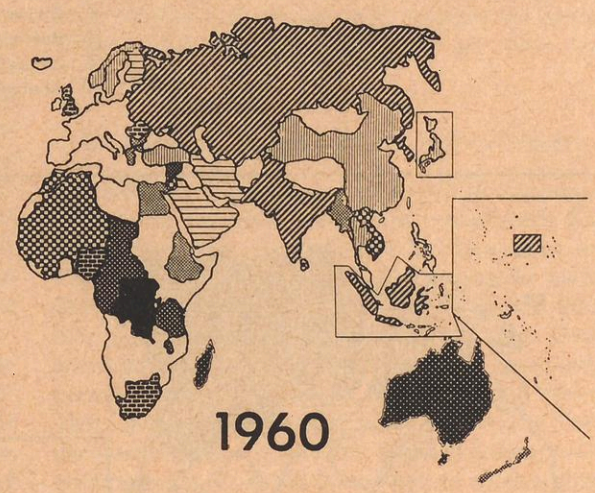


Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung:

unter 0,1 % | 0,1 - 0,49 % | 0,5 - 0,99 % | 1,0 - 2,9 % | 3,0 - 4,9 % | 5,0 - 9,9 % | 10 - 19 % | 20 - 39 % | über 40 %



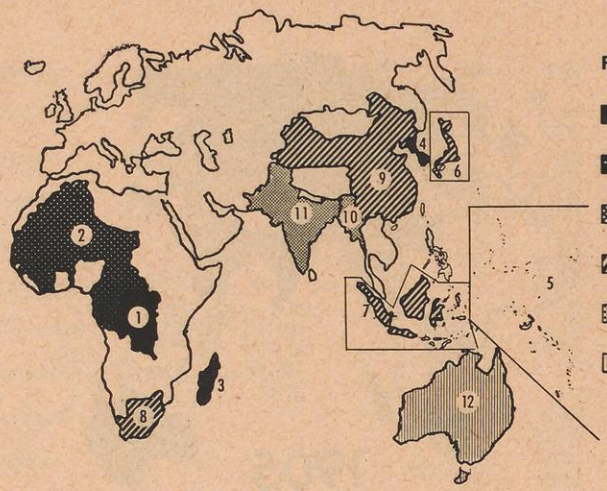




1880	1905	1930	1950	1957/59
8 000	68 000	98 000	185 000	450 000
0,09 %	0,7 %	0,5 %	0,7 %	1,3 %
20 000	63 000	93 000	130 000	270 000
0,06 %	0,12 %	0,12 %	0,17 %	0,28 %
460 000	765 000	2 200 000	3 300 000	?
0,11 %	0,17 %	0,50 %	0,75 %	
600	0	0	0	0
0,01 %				
12 000	36 000	145 000	185 000	?
0,5 %	1,4 %	1,4 %	1,8 %	
10 000	15 000	100 000	155 000	?
0,2 %	0,2 %	0,6 %	0,5 %	
80 000		210 000	815 000	1 120 000
0,3 %		0,4 %	1,2 %	1,3 %

Australien/Ozeanien:	1840	1880	1905	1930	1950	1957/59
Australien	50 000	272 000	950 000	1 150 000	1 350 000	2 050 000
	30 %	13 %	23 %	20 %	20 %	20 %
Neuseeland		51 000	125 000	180 000	200 000	310 000
		13 %	14 %	12 %	12 %	15 %
Ozeanien		81 000		361 000	645 000	850 000
		4 %		15 %	15 %	21 %
Amerika:						
USA	1789 25 000	800 000	6 300 000	14 000 000	28 000 000	36 000 000
		3 %	16 %	16 %	18 %	21 %
Kanada		420 000	1 920 000	3 000 000	5 500 000	7 400 000
		14 %	52 %	45 %	43 %	44 %

Typische Beispiele für ...

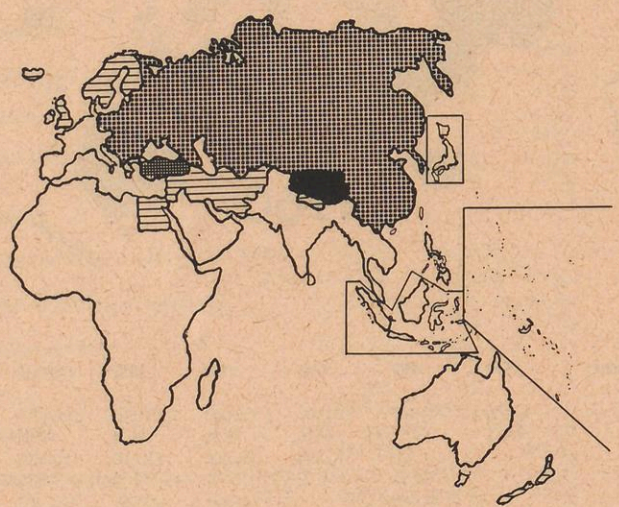


Relativer Anstieg:

- auf mehr als das 100fache
- auf mehr als das 30fache
- auf mehr als das 10fache
- auf mehr als das 3fache
- auf mehr als das 2fache
- auf mehr als das 1,5fache

... Wachstum

		Bevölkerungsanteil: 1880	1960	1960 in % von 1880
1	Belgisch-Kongo	0,1 %	40 %	40 000 %
2	Franz.-Äquat.- und Westafrika	0,2 %	6 %	3 000 %
3	Madagaskar	1,2 %	21 %	1 800 %
4	Korea	0,09 %	1,3 %	1 500 %
5	Ozeanien	4 %	21 %	500 %
6	Japan	0,06 %	0,28 %	470 %
7	Indonesien	0,3 %	1,3 %	430 %
8	Südafrikanische Union	1,4 %	5,7 %	400 %
9	China	0,1 %	ca. 0,4 %	ca. 400 %
10	Burma	0,4 %	0,95 %	240 %
11	Indien/Pakistan	0,55 %	1,2 %	220 %
12	Australien	13 %	20 %	155 %



... Rückgang

Absoluter und relativer Rückgang:

Tibet — kommunistischer Herrschaftsbereich — Türkei

Annähernd statische Verhältnisse oder Zuwachs unter 20 %:

Skandinavien — England — Ägypten — Naher Osten — Iran — Afghanistan
Zentralasien — Ceylon — Neuseeland

Alle 15 Katholiken, die sich als Kandidaten zur Wahl gestellt hatten, wurden in das Parlament gewählt. Von den Kommunisten wurde Nambudiripad wiedergewählt, während der frühere kommunistische Erziehungsminister Joseph Munderassy, ein abgefallener Katholik, durchfiel. (Übrigens war auch der heute 51jährige Nambudiripad, der einer der vornehmsten Hindukasten entstammt, Zögling eines katholischen Colleges.)

Die „letzte Chance" für ein freies Kerala

Der eindrucksvolle Wahlsieg der demokratischen Parteien blieb jedoch nicht ungetrübt. Die Kommunisten gewannen nämlich am 1. 2. von allen Parteien die meisten Stimmen. Hatten sie 1957 36 Prozent aller Stimmen auf sich vereinigen können, so entfielen diesmal auf sie 42,5 Prozent der Stimmen. Die vereinigten demokratischen Parteien verzeichneten dagegen am 1. 2. einen Rückgang ihres Stimmenanteils von 61 auf 54 Prozent. Daß die Kommunisten trotz ihrer hohen Stimmenzahl nur relativ wenige Sitze erhielten, erklärt sich allein aus den Bestimmungen des Wahlgesetzes, das die Parteiengruppe, die die meisten Stimmen erhält — bei der Februarwahl also den antikommunistischen Parteienblock — bei der Verteilung der Parlamentssitze begünstigt.

Wie war und ist es möglich, daß die Kommunisten in Kerala wiederum zu einem solchen Wahlerfolg kommen konnten? Sicher hatten sie während ihrer Regierungszeit dafür vorgesorgt, daß ihre Position in jeder Hinsicht gestärkt würde. Sie hatten im Gegensatz zu den anderen Parteien geschulte Agitatoren und eine erhebliche Finanzkraft im Wahlkampf einzusetzen. Aber sie hatten auch — so glaubten jedenfalls ihre Gegner vor der Wahl — an einer schwerlastenden Hypothek zu tragen: die offensichtliche Mißwirtschaft ihrer Regierung, die allgemein wachsende Abneigung der Inder gegen den Kommunismus, der die Freunde Indiens in Tibet brutal vernichtet hatte und der die ständigen Grenzkonflikte im Norden der Union inszeniert. All das bildeten Argumente der demokratischen Parteipolitiker gegen die Kommunisten im Wahlkampf. Dazu kamen die wiederholten Mahnungen des Episkopats. Dennoch konnten die Kommunisten ihre Hausmacht in Kerala weiterhin erheblich verstärken.

Es gibt nur zwei Gründe (die freilich wiederum im engsten Zusammenhang stehen), die diesen ominösen Ausgang der Wahlen vom 1. 2. 1960 erklären können: Einmal, daß die Masse der kommunistischen Wähler in Kerala im Kommunismus nicht das sieht, was er ist, eine auf politischem und sozialem Felde durchzusetzende menschenfeindliche und menschenfremde Ideologie. (Auf diese Blindheit der Inder gegenüber allem, was Ideologie heißt, hat erst unlängst Raimundo Panikkar, in „Stimmen der Zeit", April 1960, S. 3—14, hingewiesen; ganz ähnlich auch Karl Höller in „Echo der Zeit", 6. 3. 60.) Für viele Keralesen, auch für viele Christen in diesem Land, ist der Kommunismus ein Weg, eine Methode, die aus der Not und dem Elend herausführen kann. Der zweite Grund für die große Chance der indischen Kommunisten, von Kerala aus Indien zu erobern, ist darin zu sehen, daß Hunger, Krankheit und wirtschaftliches Elend in Kerala so groß sind, daß es vielen Keralesen gleichgültig ist, wer ihren Kindern die Münder stopft und ihnen eine Hoffnung auf Besserung verspricht; die Hauptsache ist für sie, daß überhaupt etwas geschieht.

Joseph Vadakkan, ein keralesischer Priester, hat im vergangenen Herbst (NCWC News Service, 26. 10. 59) erklärt, ein Wahlsieg der antikommunistischen Parteien werde Kerala nicht vor dem Kommunismus retten, wenn nicht die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Staates bald gelöst würden. Ein solcher Wahlsieg wäre die letzte Chance für die Demokratie in Kerala. Sie müsse um so rascher und kompromißloser wahrgenommen werden, als in den vergangenen Jahren das Land offensichtlich stiefmütterlich von der Zentralregierung in Neu-Delhi bei der Verteilung der Gelder für die wirtschaftliche Entwicklung des Subkontinents behandelt worden sei. (Die Analyse P. Vadakkans deckt sich mit den Ausführungen E. Zeitlers SVD, Poona [in „Orientierung", 31. 3. 60], der auch darauf hingewiesen hat, daß der antikommunistische Block sich heute fast ganz aus den mittleren und oberen Gesellschaftsklassen zusammensetzt, während die armen Schichten fast geschlossen kommunistisch gewählt haben. Eine Ausnahme hiervon machen nur die katholischen Christen.)

Die Anstrengungen der Kirche

Daß es sich bei dem Urteil Pater Vadakkans nicht um eine vereinzelte persönliche Meinung handelt, ergibt sich daraus, daß sich die offizielle Kirche Keralas in den letzten Jahren sehr intensiv mit den Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes befaßt hat. Das erste Ergebnis dieser Überlegungen bildet das Entwicklungsprogramm für die Fischereidörfer der Diözese Trivandrum, der Hauptstadt Keralas. Es wurde ausgearbeitet vom Weihbischof von Trivandrum, Petro B. Pereira, und P. Berna SJ vom Institute of Social Order, Poona. Zur Durchführung des Programmes wurde die Hilfe der deutschen Katholiken erbeten. Wie primitiv die keralesischen Fischer leben und arbeiten, geht aus dem Gutachten P. Bernas hervor.

Die Lebensbedingungen an der südkeralesischen Küste

Zur Diözese Trivandrum gehören 40 katholische Fischerdörfer, die sich über die 60 km erstreckende Küste vor Trivandrum hinziehen. In den Dörfern leben insgesamt 130 000 Katholiken, das sind 56 Prozent der katholischen Bevölkerung der Diözese. Die Armut in den Dörfern ist hier übergroß. Während der schlimmsten Monate des Monsuns, Juni und Juli, wenn Fischfang kaum möglich ist, geraten viele Menschen an den Rand des Verhungerns. Trotz Not haben die katholischen Fischer dem Vordringen der Kommunisten in den vergangenen Jahren entschlossen widerstanden. P. Berna bezeichnet sie als den eigentlichen Widerstandskern gegen die Politik der Kommunisten. Hunderte von ihnen wurden inhaftiert, acht wurden erschossen. „Es ist nun ein dringendes Gebot, daß die Kirche alles in ihrer Macht Stehende tut, um die Lebensbedingungen der katholischen Fischer (von denen viele Nachkommen der Konvertiten des hl. Franz Xaver sind) zu verbessern und sie auf einen Lebensstandard zu bringen, welcher der Würde der menschlichen Person und eines Gliedes am mystischen Leibe Christi angemessen ist." Das von P. Berna ausgearbeitete Programm berücksichtigt sowohl wirtschaftliche wie soziale Fragen. „Der Schwerpunkt (im Entwicklungsprogramm) wird auf die wirtschaftliche Besserstellung der Fischer gelegt, und zwar durch bessere Fischfanggeräte und Absatzeinrichtungen; denn ohne eine Erhöhung des Einkommens kann nur wenig erreicht werden." Zur wirtschaftlichen Entwicklung muß jedoch auch eine Entwicklung der Gemeinwesen

treten, wenn die Probleme gelöst werden sollen. Das bedeutet also vor allem: Sanierung der Wohnverhältnisse, Ausbildung der Bewohner im Gesundheitswesen, besonders in der Kinderpflege u. ä.

Das Wirtschaftsprogramm: Die Lage

An der keralesischen Küste werden vor allem folgende Fischarten gefangen: Anchovis, Sardinen, Makrelen, Seer, Thunfisch, Haifisch, Ribbonfisch. Die Fangmethoden sind primitiv und unwirksam.

Zwei Bootstypen sind zur Zeit in Gebrauch: das Catamaran und das Vallam. Das Catamaran ist ein floßähnliches Fahrzeug, das aus drei oder vier aneinandergebundenen Baumstämmen besteht. Es wird für die Fischerei in Küstennähe benutzt. Auf diesen Flößen knien oder stehen die Fischer acht oder neun Stunden täglich und werfen die Netze in die See. Das Vallam ist ein ausgehöhltes Holzkanu, zehn Meter lang und 1,30 Meter breit. Es kann acht bis elf Personen aufnehmen, einschließlich vier Ruderern. Diese Boote fahren bis zu 18 km auf das Meer hinaus und bleiben dort 14 bis 16 Stunden. Ihre Fahrtgeschwindigkeit beträgt bei günstigen Wind- und Strömungsverhältnissen 7 bis 9 km pro Stunde. Der Hauptnachteil dieser Boote besteht in dem Zeitverlust durch An- und Abfahrt, wodurch die für den Fischfang verfügbare Zeit sehr begrenzt wird. P. Berna schlägt vor, um diesen Mangel zu beseitigen, ein Motorboot einzusetzen, das die Kanus in die Fischgründe schleppt und auch die Fische auf See einsammelt, wo sie auf Eis gelegt werden. (Zur Zeit erreicht die Masse des Fanges die Küste in verdorbenem oder halbverdorbenem Zustand.) Das Mutterschiff soll im Sommer dieses Jahres eingesetzt werden, wenn entsprechende Landemöglichkeiten geschaffen sind.

An Netzen werden zur Zeit folgende Arten verwandt: das Küstennetz (Zugnetz) und das „Thattumady", eine Art Oberflächennetz (Driftnetz). Das Küstennetz wird von den Catamarans in der Nähe des Strandes ausgelegt und dann von 15 bis 20 Personen ans Ufer eingezogen. Der Vorgang dauert drei bis vier Stunden. Der Ertrag, der unter allen Beteiligten verteilt wird, ist dementsprechend gering. (Außerdem beansprucht der Besitzer des Netzes ein Drittel bis zur Hälfte des Fangergebnisses für sich selbst.) Der Wert der Netze ist beschränkt, weil viele Fische entkommen, nachdem sie umzingelt worden sind. Die Thattumadys werden von Catamarans und Vallams ausgelegt. Ihr Hauptnachteil besteht darin, daß die großen Fische oft ausbrechen, da die Netze wie die Küstennetze aus Hanf oder Baumwolle hergestellt und nicht sehr stark sind. Da nur wenige Fischer eigene Boote und Netze besitzen — die meisten arbeiten für einen Unternehmer —, sind viele Familien, vor allem während der Zeiten des Fischsterbens, auf Darlehen der Unternehmer angewiesen und dadurch verschuldet. P. Berna schlägt die Einführung von Nylonnetzen vor.

Die derzeit übliche Absatzmethode besteht darin, daß die Fische an der Küste an Händler verkauft werden, die gewöhnlich Muslimen sind. Diese transportieren die frischen Fische mit dem Motorrad auf den Markt, oder sie trocknen die Fische zum späteren Verkauf. Oft treten auch Fischerfrauen als Käufer auf und tragen die Fische auf dem Kopf zum Markt, der mitunter 15 bis 18 km entfernt liegt. Der Verkauf der Fische an der Küste findet in Form einer Auktion statt; aber da es nur wenige Käufer gibt, bleiben die Preise niedrig. Zudem fluktuieren die Preise stark: Die zuerst an Land gebrachten Fische erzielen einen hohen Preis, die um wenige Stunden später angelieferten Fische bringen zuweilen gar nichts mehr ein. Es ist nicht ungewöhnlich, daß ein Fischer zu Beginn der Saison mit einem Händler einen Vertrag abschließt, worin er ihm den Fang der gesamten Saison zu einem festgesetzten Preis verkauft. Er kann gezwungen sein, das zu tun, wenn er finanziell vom Händler abhängig ist. Wegen des unzulänglichen Verteilersystems wird zur Zeit nur die Bevölkerung in den dichtbesiedelten Küstengebieten mit frischen Seefischen versorgt, die dann noch oft halbverdorben an den Endverbraucher gelangen. Das gesamte keralesische Hinterland, ein — nachgewiesen — bedeutender potentieller Markt für die Fischer, konnte bisher nicht für den Absatz erschlossen werden.

Bezüglich der Trocken- und Lagermethoden schreibt P. Berna: Die Fische werden gewöhnlich 24 Stunden gesalzen und dann auf den Sand zum Trocknen gelegt. Krähen fressen z. T. die Fische. Bei einigen fetthaltigen Arten, wie Sardinen, verlieren die Fische durch das Trocknen in der Sonne an Gewicht. Gelagerte Anchovis werden oft von weißen Ameisen angegriffen. „Im allgemeinen sind die derzeit üblichen Konservierungsmethoden unhygienisch und liefern ein unansehnliches und manchmal geradezu abstoßendes Endprodukt."

Das Entwicklungsprogramm für die Fischereiwirtschaft

Die Fischer brauchen, wenn ihre Arbeit lohnbringender sein soll, vor allem bessere Fischfanggeräte. Nach einer Beratung mit H. Miyamoto, dem Netzexperten der FAO, wurde beschlossen, die Fischer von vier Versuchsdörfern mit Nylonnetzen auszustatten. (Das ganze Projekt wird als Pilotprojekt zunächst in diesen vier Dörfern durchgeführt.) Die Nylonnetze sind stärker als die Hanf- und Baumwollnetze, sie trocknen schneller, sie haben eine längere Lebensdauer, und sie brauchen nur von 3 bis 4 Personen bedient zu werden, so daß das Fangergebnis unter weniger Personen aufgeteilt werden muß. Die Netzart, die man einführen will, ist das sog. Gillnetz, mit dessen Handhabung die Fischer bereits vertraut sind. (Das Netz treibt mit der Strömung und wird unmittelbar unterhalb des Meeresspiegels befestigt.) Auch Versuche mit Bodennetzen sind geplant.

Als Zweites sollen in allen vierzig Küstendörfern Genossenschaften gegründet werden. Es handelt sich um sog. Primärgesellschaften, die folgende Funktionen zu erfüllen haben: Förderung der Wirtschaftlichkeit und der Selbsthilfe unter den Mitgliedern (das heißt in der Praxis: Deponierung eines festen Prozentsatzes der Fangergebnisse bei der Gesellschaft. Der Betrag wird der Kapitaleinlage des Mitglieds beigefügt; auf diese Weise werden Reserven gebildet und die Fischer zum Sparen erzogen); die Gewährung von Darlehen an die Mitglieder zur Beschaffung und Erhaltung besserer Netze und Boote. Die Genossenschaften kaufen mit Hilfe der Gelder der deutschen Katholiken Netze und Boote und geben sie an die Mitglieder auf der Basis des Leih-Kauf-Systems. Die Mitglieder verpflichten sich, ein Drittel eines jeden Fangergebnisses an die Genossenschaften zurückzuzahlen, desgleichen einen kleinen Zins für den Darlehensbetrag. Die Genossenschaft bestimmt ferner einen gemeinsamen Landeplatz, wo ihre Mitglieder ihre Fische zum Verkauf abliefern. Der Verkauf findet unter der Aufsicht der Genossenschaft statt. Die unverkauft gebliebenen Fische

werden zum Dörren und Lagern in das Zentraldepot der Absatzgenossenschaft gebracht.
Die Absatzgenossenschaften, Sekundärgesellschaften, setzen sich aus je vier Primärgesellschaften zusammen. Sie haben, wie der Name sagt, vor allem für einen geregelten Absatz der Fischereiprodukte zu sorgen: durch Verkauf der Fische, Deponierung in Depots zum Lagern und Trocknen und durch Entwicklung eines Binnenmarktes in Zentralkerala und Erschließung von Überseemärkten, besonders im benachbarten Ceylon.

Das Sozialprogramm — vor allem ein Wohnbauprogramm

Das Sozialprogramm sieht eine Ausbildung der Frauen und älteren Mädchen (die häufig wegen der Abwesenheit der auf den Fischmärkten arbeitenden Mütter den Haushalt führen müssen) vor, die Haushaltungsfragen, Hygiene und Kinderpflege umfaßt. Die vorrangigste Aufgabe ist jedoch die Sanierung der Wohnverhältnisse an der Küste. Die Situation ist in etwa folgende: In Pullavilla z. B. leben ca. 10 000 Katholiken (das sind etwa 2000 Familien) auf einem Gebiet von einer Quadratmeile zusammengedrängt. Die meisten Wohnungen beherbergen zwei oder drei Familien; es ist nicht ungewöhnlich, daß 14 bis 16 Personen unter einem Dache leben. Ein solches Haus besteht aus zwei Räumen einschließlich der Küche. Die Rahmen der Häuser sind aus Bambus, die Wände und Dächer aus geschichteten Palmenblättern, der Boden aus Erde. Die Häuser haben keine Fenster, es gibt fast keine Lüftung. Die Speisen werden gewöhnlich im Haus (während der Monsunzeit immer) über einem offenen Feuer zubereitet. Durch die schweren Regenfälle in der Monsunzeit — Südkerala hat jährlich zwei Monsune und damit vier bis fünf Monate Regen — sind die Häuser feucht und noch ungesünder als sonst. Die Hütten sind durch Zwischenräume von einem bis eineinhalb Meter voneinander getrennt. In diesen Zwischenräumen liegen tote Fische und andere Abfälle, die von Schweinen durchwühlt werden. Hier ist auch der Spielplatz der Kinder. Es ist nicht verwunderlich, daß unter solchen Umständen Tuberkulose und andere Krankheiten (Wurmkrankheiten, Ruhr, Typhus) weit verbreitet sind. Eine Untersuchung von Dorfbewohnern in der Nähe von Quilon ergab 1954, daß 90 Prozent der Untersuchten an Hakenwürmern, Ringelwürmern und anderen Parasiten litten. Eine jüngere Untersuchung im gleichen Gebiet zeigte, daß über 50 Prozent der Personen auf den Tuberkel-Test positiv reagierten. Die Beschaffung besserer Wohnstätten mit mehr Raum pro Familie und entsprechender Hygiene ist eine absolute Notwendigkeit; die Bauern und Fischer sind sich dessen auch bewußt, sie können sich aber wegen übergroßer Armut nicht selbst helfen. Zudem sind die Dörfer am südlichen Ende des Strandes bereits so übervölkert, daß es einfach an Platz fehlt, um bessere Wohnverhältnisse zu schaffen. In unmittelbarer Nachbarschaft der südlichen Dörfer sind Grundstücke nur zu sehr hohen Preisen zu kaufen. Daher sollen 50 Familien aus Pullavilla nach dem Norden, in die Gegend von Alillathurai, umgesiedelt werden. Hier ist der Boden billig, wenn auch nicht erschlossen. Doch glaubt P. Berna, daß das Land ohne große Schwierigkeiten zu kultivieren sei. Gebaut werden sollen hier vor allem Kokosnüsse. Auf den 500 Acres, die sofort gekauft werden sollen, werden in der Endphase des Programms 5000 Familien leben können.

Eine weitere wichtige Sanierungsaufgabe stellt sich in Kunnukuzhy, einem gettoähnlichem Dorf im Herzen von Trivandrum, nur ein paar Minuten von der Kathedrale entfernt. Die Bewohner, 133 katholische Familien (650 Personen), gehören den Fischergemeinden der Küste an, die sich vor vielen Jahren in der Stadt niedergelassen haben, um vom Fischverkauf zu leben. Diese Familien hausen in 82 zerfallenen Erdhäusern, die aus zwei, manchmal aus drei ungelüfteten Räumen bestehen. Die Häuser sind eng aneinandergebaut. Die schmalen Zwischenräume sind ungepflastert und mit offenen Abflußgräben durchzogen. Wegen der niedrigen Lage des Bodens und wegen des dürftigen Abflußsystems ist das Gebiet während der Monsunzeit ein Sumpfgelände. Von den Kommunisten wird dieser Slum in unmittelbarer Nähe der Kathedrale immer wieder als Beispiel für die mangelnde soziale Verantwortung der Kirche gegenüber den Armen angeführt.

Der Kapitalbedarf

Zur Durchführung des Wirtschaftsprogramms werden benötigt (in indischen Rupien):
zum Aufbau der Primärgenossenschaften:

für 100 Nylonnetze	273 505 Rs
für 100 Kanus	100 000 Rs
für den Bau von 52 Schuppen zum Trocknen der Netze	20 800 Rs

(Die Zwischensumme für den Aufbau der Primärgenossenschaften beträgt demnach 394 305 Rs.)

Zum Aufbau der Absatzgenossenschaft (Sekundärgenossenschaft) werden benötigt:

1 LKW (Daimler-Benz, 5 t)	37 000 Rs
1 Kühlwagen (Daimler-Benz, 3 t)	39 000 Rs
1 Fischfangmutterschriff (30 Ps)	20 000 Rs
Bau eines Zentraldepots mit Lagerhaus und Trockengelände	30 000 Rs
Anfangskapital, für Gehälter usw.	50 000 Rs

(Die Zwischensumme für die Absatzgenossenschaft beträgt demnach 176 000 Rs.)

Zur Durchführung des Sozialprogrammes werden folgende Summen benötigt:
für das Umsiedlungsprogramm:

Kauf von 500 Acres Land	37 500 Rs
Bau von 50 Häusern	100 000 Rs
Anlage von 20 Brunnen	5 000 Rs
Anbau von 50 Acres mit Kokosnußbäumen	10 250 Rs
Anbau von 50 Acres mit Tapioca	14 000 Rs
Jahresgehalt eines Managers	2 000 Rs

(Die Zwischensumme für das Umsiedlungsprogramm beläuft sich demnach auf 168 750 Rs.)

Für das Wohnbauprogramm im Slumdistrik von Kunnukuzhy werden benötigt zum

Kauf von Land	29 600 Rs
Bau von 50 Häusern	100 000 Rs

(Zwischensumme für das Wohnbauprogramm = 129 600 Rs.)

Der gesamte Kapitalbedarf beläuft sich demnach auf 868 655 Rs, das sind 782 000 DM.
Die Bischöfliche Kommission hat dem Wunsch der Diözese Trivandrum um Unterstützung dieses für die Zukunft Keralas wichtigen Projekts entsprochen und dem Antragsteller, Weilbischof Pereira, 23 200 DM als Schenkung und 650 000 DM als Darlehen überwiesen.

Ökumenische Nachrichten

Dr. 't Hooft zum „römischen Konzil"

Anläßlich einer Tagung evangelischer und katholischer Theologen in der Evangelischen Akademie zu Loccum vom 4.—7. Mai 1960 über ökumenische Fragen, an der auch der Generalsekretär der „Katholischen Konferenz für ökumenische Angelegenheiten", Prof. Dr. J. Willebrands, Warmond, und Dr. theol. Albert Brandenburg, Paderborn, teilnahmen, machte der Generalsekretär des Weltrates der Kirchen, Dr. Visser 't Hooft, bemerkenswerte Ausführungen über die Frage des „römischen Konzils". Er sagte u. a., die öffentliche Diskussion darüber habe das Verlangen nach der Einheit der Kirche in der ganzen Welt erneut deutlich gemacht. Im Unterschied zu den ersten Ankündigungen des Konzils, die selbst von der katholischen Öffentlichkeit weitgehend als die Möglichkeit zu einem allgemeinen ökumenischen Gespräch gedeutet worden seien, habe sich später herausgestellt, daß dieses Konzil doch nur „eine innerkatholische Angelegenheit" sein werde. Er bedaure diese Entwicklung keineswegs, denn man lebe heute in einer Zeit, in der von einer offiziellen Beratung der Frage nach der christlichen Einheit noch nichts zu erwarten sei. Wenn jetzt eine Einladung an den Weltrat der Kirchen gelangen werde [was Kardinal Tardini in seiner Pressekonferenz vom 30. Oktober als unwahrscheinlich erwies], so wäre es zweifelhaft, ob er zum Konzil gehen und die Einladung annehmen werde. Jedenfalls würde es nicht als Weltrat der Kirchen geschehen können, da dieser von keiner seiner Mitgliedskirchen zu einem derartigen Gespräch autorisiert sei (wie sich auch schon aus seiner Verfassung ergibt). Damit weist Dr. 't Hooft gewisse Anregungen zurück, die im vergangenen Jahre dem Papst nahelegten, sich mit dem Weltrat der Kirchen über das Programm des Konzils und seine Zusammensetzung ins Einvernehmen zu setzen (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 357). Auch müsse man bedenken, daß das neue interkonfessionelle Gespräch überhaupt erst im Anfang stehe und sich im wesentlichen auf einige europäische Kirchen beschränke.

Diese nüchterne Feststellung von Dr. 't Hooft entspricht den Tatsachen und ist zu begrüßen. Er fuhr in seinem Vortrag fort: dennoch gäbe es einige Hoffnungen der im Weltrat vereinigten Kirchen für das Konzil. Sie gelten einmal einer Klärung der Frage nach der Religionsfreiheit. Zum anderen müßte es nach dem Konzil leichter sein, in wesentlichen Fragen, etwa auch in denen, die Asien und Afrika betreffen, zusammenzuarbeiten. Dr. Visser 't Hooft schloß mit dem Wunsch, daß die „ökumenische Verwirrung" in der katholischen Kirche, wie sie etwa nach Rhodos erneut deutlich geworden sei, aufhören möchte. Diesem Wunsche kann man nur beipflichten.

Meldungen aus der islamischen Welt

Fortsetzung der Islamisierungspolitik im Sudan

Die Islamisierungspolitik der sudanesischen Regierung, von der wir wiederholt berichteten (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 42 f. 416 f. 469 f.; 12. Jhg., S. 64 413 ff.; 13. Jhg., S. 187), wird auch unter der Regierung des Militärdiktators Abboud fortgesetzt. Der Staatsstreich vom November 1958, der Abboud an die Macht brachte, hat an den realen Verhältnissen im Lande nichts geändert, wenn man davon absieht, daß die parlamentarischen Institutionen abgeschafft wurden. Im Laufe des letzten Jahres stellte es sich heraus, daß der Staatsstreich Abbouds weniger auf eine radikale Änderung der politischen oder sozialen Verhältnisse gerichtet war, sondern allein das Ziel verfolgte, einige Offiziere an die Macht zu bringen, die an den Vorbildern Ägyptens, Syriens und des Irak gesehen hatten, daß es für die Armee eine Kleinigkeit ist, eine zivile Regierung abzusetzen.

Die muslimischen Orden

Die wichtigsten politischen Faktoren haben sich im Sudan nicht geändert, noch wurden sie von dem Staatsstreich betroffen. Der Sudan wird faktisch von zwei großen muslimischen Sekten (bzw. „Orden" oder „Bruderschaften") beherrscht, der heterodoxen *Ansar,* die aus der Erhebung des Mahdi hervorging und der dessen Nachfolger vorsteht, und der *Khatmia.* Diese beiden Orden, die bis vor kurzer Zeit noch einander bekämpften, sind über den ganzen nördlichen Sudan verbreitet und haben eine äußerst zahlreiche Anhängerschaft (die meisten muslimischen Sudanesen gehören irgendeiner Bruderschaft an, die Ansar zählen über 1,5 Millionen Mitglieder — soweit man orientalischen Zahlenangaben Vertrauen schenken darf). Die Bruderschaften bestimmen nicht nur das religiöse, sondern auch das politische Leben des Landes, da die politischen Parteien auf die ihnen angehörenden Wählermassen angewiesen sind. Die religiösen Führer halten sich zwar im Hintergrund, bestimmen jedoch die Politik der jeweiligen Regierung. Die britische Regierung hatte sich nach dem Aufstand des Mahdi (1881) bis 1917 auf die traditionellen Feinde der Ansar, die Khatmia, gestützt. 1917 änderte sich jedoch die Situation, da die Ansar nicht nur dem Aufruf des türkischen Sultans und Kalifen zum Heiligen Krieg gegen England nicht folgten, sondern selber zum Heiligen Krieg gegen den Kalifen aufforderten. Fortan stützte sich die englische Kolonialregierung auf die Ansar und deren religiösen Führer Abd el-Rahman el-Mahdi (den Sohn des Mahdi). Die Khatmia wandte sich dagegen nach dem zweiten Weltkrieg Ägypten zu und befürwortete eine sudanesisch-ägyptische Union, nicht zuletzt deshalb, weil sie befürchtete, der Mahdi Abd el-Rahman könnte sich auf Grund seiner religiösen Ansprüche zum König ausrufen lassen.

Politische Parteien

Die beiden großen politischen Parteien des Sudans waren zwar nach ihrer Konstitution säkulare politische Organisationen, in Wirklichkeit jedoch kaum etwas anderes als politische „Tochtergesellschaften" der Orden. Der Präsident der Ummah-Partei war Sajed Siddik, der Sohn des Mahdi (jetzt dessen Nachfolger), das Haupt des Ansar-Ordens. Die Khatmia verbündete sich mit der Nationalen Unionspartei, die im Gegensatz zur Ummah als die Partei der fortschrittlichen Intellektuellen gilt. Sie gewann die Wahlen von 1953, doch konnte die Ummah-Partei einen Anschluß an Ägypten verhindern (die Machtergreifung Nassers wirkte auf viele Sudanesen abschreckend) und schließlich eine Koalition zwischen der Ummah und der Nationalen Unionspartei oder genauer eine politische An-

näherung zwischen den beiden Orden herbeiführen. 1958 erhielt die Ummah-Partei eine beachtliche Mehrheit im Parlament.
Der Staatsstreich von 1958 hatte die Auflösung der politischen Parteien zur Folge. Die Orden konnte General Abboud jedoch nicht auflösen. Er mußte sich vielmehr um die Billigung durch sie bemühen, was insofern schwierig war, als es zwei Orden gibt. Es wird allgemein angenommen, daß Abboud den Ansar nahestehe und der Khatmia in der Zusammensetzung seines „Kabinetts" entgegengekommen sei. Der am Ende mißlungene Staatsstreich vom März 1959 soll nichts anderes als ein Versuch der Khatmia gewesen sein, die Zusammensetzung des Kabinetts zu korrigieren (nach einer anderen Version steht Abboud nur sich selbst nahe und geht nur notgedrungen auf die Wünsche der Orden ein).

Die Südprovinzen

Alle diese Vorgänge mögen für die politische Entwicklung im Sudan von entscheidender Bedeutung sein, sie werden jedoch die Politik der Regierung in den Südprovinzen in keiner Weise beeinflussen. Das Problem ist schließlich das gleiche geblieben: In den Südprovinzen leben 3 Millionen Neger, von denen 90% Heiden sind und etwa 10% Christen (200 000 Katholiken und 100 000 Protestanten), die keinerlei Beziehungen zu den muslimischen Nordprovinzen oder zu einem „sudanesischen Staat" haben, nicht zuletzt deshalb, weil die meisten von ihnen nicht wissen, was ein Staat ist. Eng verknüpft, zum Teil auch identisch mit den Problemen der Südprovinzen sind die Probleme der christlichen Kirchen in diesem Land. Die englische Verwaltung hatte die Südprovinzen fast hermetisch gegen den Norden abgeschlossen, u. a. um ihre Bewohner gegen die muslimischen Sklavenjäger und gegen eine Ausbeutung durch die zivilisatorisch höherstehenden Nordsudanesen zu schützen. Die Trennung zwischen diesen beiden Gebieten war um so mehr berechtigt, als sie lediglich eine gemeinsame Territorialgrenze miteinander verband. Darüber hinaus hatten sie weder die Sprache noch die Religion noch eine Zivilisation gemeinsam. Die christlichen Missionen erhielten in den Südprovinzen ein Erziehungsmonopol, und was immer es in dieser Gegend an Zivilisation gibt, ist das Werk der Missionare.

Integration des Südens

Die sudanesische Regierung, die vor der Aufgabe stand, die Südprovinzen irgendwie in einem „sudanesischen Staat" zu integrieren, fand hierzu keinen besseren Weg als den der Angleichung über die Religion, d. h. der Islamisierung. Die Bewohner des Südens dagegen erstrebten ein gewisses Maß an Autonomie und würden ihre Heimat lieber als Teil einer sudanesischen Föderation sehen. Bei den Wahlen von 1958 war es den Südsudanesen gelungen, 37 Sitze im Parlament zu erringen. Da das Parlament aufgelöst wurde, können sie heute ihre Forderung gegenüber der Regierung nicht mehr auf dem Weg über das Parlament geltend machen. Der Wert der parlamentarischen Vertretung war eher propagandistischer Art. Man konnte die Südsudanesen im Parlament nicht einfach ignorieren. Sie hätten jedoch die Regierung auf die Dauer nicht daran hindern können, die „kulturelle und nationale Einheit" zwischen Süden und Norden auf administrativem Wege herzustellen.

Ausweisung von Missionaren

Um ihre Ziele im Süden zu verwirklichen, entschloß sich die Regierung zu einer Repressionspolitik gegenüber den Missionen, von denen angenommen wird, daß sie der Islamisierung im Süden im Wege stehen. Die Missionsschulen wurden verstaatlicht (vgl. Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 469), eine Anzahl Missionare ausgewiesen und die Einreise anderer nicht gestattet.
In den letzten vier Jahren wurden 20 Missionare ausgewiesen (NCWC 29. 2. 60). Die letzten Ausweisungen erfolgten im Februar dieses Jahres und betrafen vier italienische Priester. Zwei wurden de facto deportiert und zwar mit der Begründung, sie hätten sich der Verfügung der Regierung widersetzt, nach der der Freitag als gesetzlicher Ruhetag einzuhalten sei (im Süden, wo nur eine kleine muslimische Minderheit lebte und die heidnische Mehrheit ohnehin keinen Ruhetag kannte, war das bisher der Sonntag). Ein dritter soll den Koran verächtlich gemacht haben, der vierte war an einem Autounfall mit tödlichem Ausgang beteiligt.

Schulpolitik

Den Missionspriestern wird der Zugang zu den verstaatlichten Missionsschulen verwehrt. Sie dürfen in diesen Schulen auch keinen Religionsunterricht mehr erteilen, entgegen der offiziellen Erklärung des Erziehungsministers, „daß an allen Schulen die Möglichkeit zu einem Religionsunterricht, der Religion der Schüler entsprechend, geschaffen werden soll und daß die Kirchen in Zusammenarbeit mit den Schuldirektoren und den Erziehungsbeamten der Provinzen die Schulen hinsichtlich der geistlichen Bedürfnisse der Schüler beraten sollen".
Die verstaatlichen Missionsschulen im Süden werde heute fast gänzlich von Muslimen kontrolliert. Heidnische Schüler erhalten im ersten Jahr nach der Aufnahme keinerlei Religionsunterricht, damit sie sich im folgenden Jahr unbeeinflußt zwischen Christentum und Islam entscheiden können. In der Praxis läuft das darauf hinaus, daß diese Schüler ein Jahr lang unter dem Einfluß muslimischer Lehrer stehen. Der Entschluß, einer der beiden Religionsgemeinschaften beizutreten, muß von den Eltern oder dem Lehrer schriftlich gebilligt und von den Bürgermeistern oder Stammeshäuptlingen bestätigt werden. Diese versuchen möglichst wenige Übertritte zum Christentum zu bestätigen, weil sie befürchten müssen, hierdurch die Gunst der höheren Regierungsorgane zu verlieren.
Es ist die erklärte Regierungspolitik, eine weitere Verbreitung des Christentums im Süden (im Norden ist das ohnehin unmöglich) zu verhindern. Ein höherer Regierungsbeamter äußerte sich zu dieser Frage wie folgt (zitiert nach NCWC 29. 2. 60): „Die Heiden hier haben keine Religion ... Sie sind wie leere Flaschen, die man mit allem füllen kann ... Ob sie mit Christentum oder Islam gefüllt werden, ist ihnen selber egal. Daher ist es besser, sie mit Islam zu füllen, der die Religion der Regierung ist ... Die Regierung beabsichtigt nicht, irgend jemand zu verfolgen, aber wenn irgendwelche ihrer Schritte die Kirche zwingen würde, ihre Pforten an einem Ort zu schließen, so wird sie davor nicht zurückschrecken."
Im Jahre 1959 wurde die Islamisierungspolitik der Regierung im Süden verstärkt. Es wurden auf Kosten der Regierung Moscheen errichtet und Schulen, in denen eine

muslimische Elite herangebildet wird, die die Bekehrung ihrer eigenen Stämme zum Islam vorantreiben soll. Zwei dieser Schulen wurden in den Provinzhauptstädten Wau und Juba errichtet, eine dritte in Malakal gebaut. Bei der Eröffnung einer dieser Schulen sagte Kamil Baghir, Assistant Director der Abteilung für religiöse Angelegenheiten (die im Sudan dem Justizministerium untersteht): „Die Nationalisierung der Erziehung war ein großer Schritt auf die kulturelle Einheit unseres Landes hin. Die christlichen Institutionen fanden unter dem Schutz des Kolonialismus jede Art Unterstützung und leichte Gelegenheit für ihre Tätigkeit . . . Doch jetzt, da wir unabhängig sind, werden wir nicht aufhören, bis wir die muslimische kulturelle Einheit erreicht haben, die wir suchen."

„Sudanisierung" der Kirchen

Einige sudanesische Zeitungen befürworten in letzter Zeit eine „Sudanisierung" der Kirchen. Dies würde bedeuten, daß 139 Missionspriester, 95 Laienbrüder und 198 Schwestern das Land verlassen müssen. Es würden dann nur noch 16 sudanesische Priester und ein Bischof verbleiben.

Die Position der muslimischen Orden ist, was die Islamisierung des Südens betrifft, eindeutig. Nur würden es die Führer der Ansar lieber sehen, wenn dieses Werk ihnen selber überlassen bliebe. So erklärte das neue Oberhaupt der Ansar, Sajed Siddik el Mahdi, in einem Interview: „Wir beabsichtigen, den muslimischen Missionaren die gleichen Möglichkeiten zu geben wie den christlichen Missionaren. Da die Mehrheit des Volkes muslimisch ist, scheint es natürlich, daß auch der Rest muslimisch wird. Doch eine der Pflichten der Nordsudanesen ist es, den Leuten im Süden vollkommene Freiheit zu geben . . . Die muslimischen Missionen sollten nicht von der Regierung, sondern von privaten muslimischen Körperschaften unterhalten werden" — womit das Oberhaupt der Ansar wohl nur die Ansar meinen dürfte.

Obgleich die Reste des Heidentums im Süden des Sudans noch sehr stark sind (es gibt dort noch Stämme, die sich jeder Zivilisation mit Erfolg widersetzen und die lieber als Wilde leben), scheint die Islamisierung der Südprovinzen nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Wie und in welchem Umfang sich die Kirchen, die in jahrzehntelanger Arbeit die Sympathie und das Vertrauen der Südsudanesen gewonnen haben, sich dort behaupten können, ist noch nicht zu sagen. Die meisten muslimischen Sudanesen können im Christentum im Sudan nichts anderes sehen als Restbestände einer Epoche, in der der Sudan von Fremden beherrscht wurde. Es verdient jedoch festgehalten zu werden, daß die wenigsten Sudanesen Ressentiments gegen die Engländer hegen, denn die englische Verwaltung des Sudans war vorbildlich. Es ist aber für sie selbstverständlich, daß ein Sudanese Muslim zu sein hat. Sie werden im Laufe der Zeit kaum etwas unterlassen, was die Missionen zur Aufgabe ihrer Arbeit zwingen soll.

Die Stimme des Papstes

Die Osterbotschaft des Heiligen Vaters 1960

Vor mehr als 100 000 Menschen auf dem Petersplatz und über den vatikanischen Rundfunk, dem zahlreiche Rundfunkanstalten Europas und Amerikas sowie die Eurovision angeschlossen waren, hat Papst Johannes XXIII. am Ostersonntag, dem 17. April 1960, folgende Botschaft an die Gläubigen und die ganze Welt gerichtet:

Der große päpstliche Ostersegen von der äußeren Loggia der vatikanischen Basilika aus ist ein uralter Brauch, und Wir vollziehen ihn gern zur gemeinsamen Freude.

Ostern ist ein Festtag, ein außerordentliches Fest, das jedes andere des Kirchenjahres überragt: „Das Fest der Feste, die Feierlichkeit der Feierlichkeiten."

Unser Vorgänger aus längst vergangener Zeit, der heilige Gregor, der erste dieses Namens in der Reihe der Päpste, die Wir groß unter den Großen nennen, rühmte das Osterfest als das erhabenste Hochzeitslied, um die mystische Vermählung des Fleisch gewordenen Gotteswortes mit der heiligen Kirche zu preisen. Er nannte das Fest das „Hohe Lied" der ganzen Liturgie.

An diesem Ostertag ist es unsere innigste Freude, als gute Christen Jesus, den Erlöser, glorreich und unsterblich durch die Fülle der Zeiten, den Sieger über Tod und menschliche Bosheit, über die Bosheit der ersten Sünde des Menschen und alle Sünden der Welt, zu ehren. Wie sollten wir nicht dem Sohne Gottes und Mariens zutiefst dankbar sein, da Verzeihung durch die Kraft seines Blutes sogar für jene erfleht wurde, die ihn kreuzigten, genau so wie für die ganze sündige Menschheit, deren Schicksal wieder emporgelenkt wurde und deren Heil und Erlösung über die Jahrhunderte hinweg durch ihn gesichert sind?

Das Leiden und das schmerzliche, erniedrigende Sterben Christi, dem wir in diesen Tagen mit bewegtem Herzen gefolgt sind, war jedoch ein glorreicher Streit. Daran wurden wir erinnert, als wir in der Osterliturgie im Triumphton gesungen haben: „Tod und Leben da kämpften seltsamen Zweikampf: Der Fürst des Lebens, dem Tode erliegend, herrscht als König und lebt."

Geliebte Söhne, ihr wißt und spürt, dieser Kampf dauert auf Erden weiter an. Dessen sind wir alle Zeugen, und alle sind wir in diesem Kampf verstrickt. Auf der einen Seite steht Christus mit seinen Vertretern und Jüngern in der Kirche, vereint in heiligem Eifer und in Brüderlichkeit. Auf seiten der Kirche sind die rechte Lehre, die Wahrheit, Einigkeit und Frieden. Auf der andern Seite treibt der antichristliche Geist sein Unwesen, das aus Irrtum, falschen Auffassungen vom persönlichen und sozialen Leben, aus Anmaßung, Gewalt und Zwang, ja aus unseliger und verderblicher Unordnung besteht. Das ist die Bedingtheit unseres irdischen Lebens.

Geliebte Söhne Roms und der Welt, die ihr Uns hört! Die Aufgaben eines jeden sind klar umrissen. Daher ist es notwendig und richtig, sie ehrenhaft zu erfüllen. Das erfordert Verantwortungsbewußtsein, sittlich einwandfreies Verhalten, Kompromißlosigkeit und unbedingte Aufrichtigkeit in Gedanken und Tat vor Gott und den Menschen. Uns richtet die Sicherheit auf, daß der Herr zu seinen Verheißungen steht und uns schon hier auf Erden die Gaben

seiner Güte und seinen Sieg schenkt. Doch müssen wir diese Sicherheit auch verdienen.
In den vergangenen Tagen hat der heilige Augustinus uns alle durch die Lesungen aus dem Brevier zur Geradheit des Denkens, Handelns und Lebens aufgefordert. „Wer schlecht lebt", so schreibt er, „und sich Christ nennt, tut Christus Schmach an. Von ihm ist gesagt, daß durch seine Schuld der Name des Herrn gelästert wird. Umgekehrt aber heißt es auch: Alle, die sich treu an das heilige Gesetz halten, auch wenn sie darunter leiden, tragen dazu bei, daß der Name des Herrn verherrlicht und gepriesen wird."
Hören wir auch auf den Völkerapostel, geliebte Söhne. Er ermahnt uns, der gute Hauch des Herrn, „bonus odor Christi", zu sein, der sich überall ausbreitet, wo sich unser Glaube und unser Tun durchsetzen und Beispiel geben.
An diesem Ostermittag, wo alles um uns ein Aufruf zu geistiger Freude ist, schmachten viele unserer Brüder — es ist Uns sehr schmerzlich, diesen Punkt zu berühren — in persönlicher, staatsbürgerlicher und religiöser Unfreiheit. Sie erdulden seit Jahr und Tag Angst und Gewalt und vollenden so ein Opfer, dargebracht in Schweigen und dauernder Unterdrückung. Wie wünschten Wir, daß auch sie wenigstens als Echo Unsere väterliche und tröstende Stimme hören könnten, die vom Mittelpunkt der katholischen Einheit aus zu ihnen gelangen soll! Die geistige und betende Anteilnahme von uns allen an ihrem Leiden gereicht zum Wohl der ganzen heiligen Kirche, die aus dem wunderbaren Beispiel unerschütterlicher Stärke, das sie geben, einen Zuwachs an Erbauung und Eifer erfährt.
Unser besorgter Blick wendet sich auch all den Kindern Gottes zu, die um ihrer Rassenzugehörigkeit willen, wegen schwer zu lösender und bedrückender wirtschaftlicher Verhältnisse oder durch die Beschränkung der Ausübung ihrer natürlichen oder staatsbürgerlichen Rechte leiden. Unser von Herzen kommendes und bewegtes Wort will der Seele eines jeden einzelnen das Gefühl menschlicher und christlicher Solidarität übermitteln, das sicher an dem von der Vorsehung festgesetzten Tag aufblühen wird.
O Jesus, Heiland und Erlöser, sei du jetzt und immer Ziel unserer Liebe, sei eine ständige Ermutigung für uns und alle, die um deines Namens und deines Evangeliums willen, das vom Opfer deines Blutes durchlebt und durchtränkt ist, leiden. Ostern ist der Höhepunkt des Kirchenjahres, das nun wieder in den Lauf der Zeit hinabsinkt. Jetzt wollen wir das Versprechen unserer Treue erneuern. In ehrenhaftem Einsatz wollen wir die Verantwortung tragen, die das Leben uns in der Gestaltung der religiösen, staatsbürgerlichen und sozialen Ordnung auferlegt. O Jesus, Sieger über Tod und Sünde, dein sind wir und dein wollen wir bleiben, wir, unsere Familien und alles, was uns lieb und teuer ist, im Feuer der Jugend, in der Weisheit des herangereiften Lebens und in den unvermeidlichen Bedrängnissen und Entsagungen des beginnenden und schon vorgerückten Alters. Immer wollen wir dein sein!
Schenke uns deinen Segen und breite auf der ganzen Welt deinen Frieden aus, so wie deine engsten Vertrauten Segen und Frieden empfingen, als du ihnen am Ostermorgen erschienen bist, und so wie du ihnen immer wieder in den folgenden Begegnungen im Abendmahlsaal, auf dem See und auf den Wegen verkündet hast: Fürchtet euch nicht! Ich bin es. Friede sei mit euch! Friede und Segen für alle Tage in Ewigkeit!
Abschließend wünschte der Heilige Vater in französischer, spanischer, deutscher, englischer, portugiesischer und flämischer Sprache den Gläubigen und der Welt „Frohe, gnadenreiche Ostern" und spendete urbi et orbi den Segen.

Hirtenworte in die Zeit

Die Osterhoffnung der bedrängten Kirche

Am Ostersonntag, dem 17. April 1960, hielt der Bischof von Berlin, Julius Kardinal Döpfer, in der St.-Matthias-Kirche in Schöneberg (Ost-Berlin) die Osterpredigt. Sein Thema lautete: „Die Osterhoffnung der bedrängten Kirche". Die Predigt hat folgenden Wortlaut:

Zu Beginn der Fastenzeit haben die verantwortlichen Bischöfe und Bischöflichen Kommissare den Gläubigen, die in Berlin und rund um diese Stadt inmitten einer weithin atheistischen Umwelt leben, einen ernsten gemeinsamen Hirtenbrief geschrieben [vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 315 f.]. Gegen Ende dieses Trost- und Mahnwortes stehen die Sätze: „Das Wort, das wir zu Euch gesprochen haben, kam aus einem Herzen, das um die Last Eures Lebens weiß und mit Euch leidet ... Das aber sollt Ihr wissen: In der kommenden heiligen Fastenzeit werden wir Tag für Tag am Opferaltar Eurer Not gedenken und mit unserem Beten mitten unter Euch sein."
Rückblickend darf ich sagen: Ich habe oft an dieses Versprechen gedacht und mich redlich gemüht, es zu halten; denn die gegenwärtige Stunde der Kirche verlangt innige Verbundenheit der Hirten mit den ihnen anvertrauten Gläubigen.
Nun haben die Wochen ernster Besinnung und Buße im heiligen Osterfest ihre Erfüllung gefunden. Der Bischof sucht bei diesem festlichen Gottesdienst, der sich von der Pfarrkirche St. Matthias in das ganze Bistum hinein öffnet, nach dem rechten Wort, auf daß die Osterbotschaft in diese Stunde des Bistums treffe und in Euren Herzen fruchtbar aufgenommen werde. Von einem Satz der Geheimen Offenbarung möchte ich ausgehen. Zu Beginn dieses geheimnistiefen Sendschreibens stellt sich der heilige Johannes seinen Lesern vor: „Ich, Johannes, euer Bruder und Gefährte in der Bedrängnis und in der Königsherrschaft und in der geduldigen Erwartung Jesu, weilte auf der Insel, die Patmos heißt" (Apk. 1, 9). Aus dieser dreifachen Selbstbezeichnung des Apostels wollen wir unsere Osterbetrachtung entfalten.

I.

„Euer Bruder und Gefährte in der Bedrängnis!" „Bedrängnis" klingt zunächst wahrhaftig nicht österlich. Paßt das nicht besser zum Karfreitag, zum Leiden und Sterben Christi? Sicherlich, aber ohne Leid und Tod des Karfreitags ist die Herrlichkeit des Ostertages nicht denkbar. Schließlich ist es ein Wort des Auferstehungstages, was

Christus auf dem Weg nach Emmaus sagte: „Mußte nicht Christus dies leiden, um so in seine Herrlichkeit einzugehen?“ (Luk. 24, 26.)
Christi Kirche und Christi Jünger sind in die gleiche Spannung hineingestellt. Gerade der Apostel Paulus hat das von der Auferstehung Christi her oft in kühnen Antithesen ausgesprochen. So lesen wir im 2. Korintherbrief, der an solchen österlichen Aussagen über die Bedrängnis besonders reich ist: „Allenthalben bedrängt, sind wir doch nicht erdrückt; ratlos, sind wir doch nicht mutlos; verfolgt, doch nicht verlassen; niedergeworfen, doch nicht verloren: Wir tragen allzeit das Todesleiden Jesu an unserem Leibe, damit auch Jesu Leben an unserem Leibe in Erscheinung trete; ständig sind wir, wenn wir auch leben, dem Tode preisgegeben um Jesu willen, damit auch Jesu Leben offenbar werde an unserem sterblichen Leibe . . . Wir wissen ja, daß derjenige, der Jesus auferweckte, auch uns mit Jesus auferwecken und uns mit euch vor sein Angesicht stellen wird“ (2 Kor. 4, 8—11 14).
Bedrängt — ratlos — verfolgt — niedergeworfen: Klingt das nicht sehr zeitnahe, auch wenn wir nicht jeden Ausdruck einzeln verwirklicht sehen, sondern nur die Tatsache der „Bedrängnis“ als gemeinsame Charakteristik heraushören?
Die kleine Gruppe von einfachen, schlichten Christen, die sich da heute irgendwo in einem einfachen Diasporakirchlein zusammenfindet, ist sie nicht in den Augen der Welt ein verlorener Haufe? Werden sie nicht von vielen, gerade von denen, die die Macht besitzen, als unbelehrbare Nachhut einer vergangenen, überholten Zeit angesehen? Müssen nicht jene, die sich ohne Abstrich und Vorbehalt zu Christus bekennen, nüchtern damit rechnen, daß sie manche sehr spürbare, empfindliche Nachteile auf sich nehmen müssen? Gebe der Herr all denen, auf die solches zutrifft, die Gnade, mit dem Apostel Paulus zu sprechen: „Gern bin ich um Christi willen in Schwachheiten, in Schmähungen, Nöten, Verfolgungen, Bedrängnissen; denn wenn ich schwach bin, dann bin ich stark“ (2 Kor. 12, 10).
Wenn aber mancher von uns solch schwere Bedrängnis auf seinem Weg nicht sieht, so bleibt doch keinem echten Christen die Prüfung und Bewährung erspart; und dies um so mehr, je klarer wir uns zu Christus bekennen. Auf jeden Fall aber wollen wir dies beachten: Gerade in unserem Bistum ist keine Osterfeier möglich, bei der wir nicht, dem Seher von Patmos gleich, Brüder und Gefährten in der Bedrängnis sein müssen.
In diesem Geist unzerstörbarer Einheit habt ihr zu Beginn der Fastenzeit das ernste und zugleich tröstende Wort der Bischöfe vernommen, in dem den Christen in unserem Gebiet ihre große Aufgabe „in atheistischer Umwelt“ aufgezeigt wurde. Ihr habt die darin ausgesprochene Not sorgend und betend im ganzen Bistum mitgetragen, habt so mitgeholfen, daß unsere Brüder ihre Sendung erkennen und mit Gottes Beistand erfüllen.
In den letzten Wochen und Monaten haben wir alle in tiefem Schmerz miterlebt, wie Bauern — auch katholische Bauern unseres Bistums — gegen ihren Willen in landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften hineingezwungen wurden. Die auf der Berliner Ordinarienkonferenz versammelten Bischöfe und Bischöflichen Kommissare hielten sich für verpflichtet, in einem Schreiben an die Regierung Einspruch zu erheben gegen die menschenunwürdigen Methoden der Werbung zum Eintritt in die LPG, gegen die gewaltsame Einschränkung der Verfügungsgewalt über das Eigentum und gegen die Überführung der Bauern in eine Lebensform, die die Grundrechte des Menschen mißachtet.
Die Kirche steht in der Verantwortung ihres Amtes, über die sittliche Ordnung der Welt zu wachen, und in ihrer mütterlichen Sorge denen zur Seite, deren Menschenrecht und Menschenwürde verletzt werden.
Von Herzen bitte ich euch daher, vergeßt am hohen Ostertag in eurer Festesfreude nicht die Brüder. Vollzieht eure eigene Osterfeier in heiligem Ernst und erweist euch durch Fürbitte und stellvertretendes Opfer in der Liebe unseres Erlösers als wahre Brüder und Gefährten in der Bedrängnis.

II.

Johannes nennt sich sodann „Bruder und Gefährte der Königsherrschaft“. Dieses Wort von der Königsherrschaft hat ausgesprochen österlichen Klang. Es gemahnt uns an die hohe Würde, die wir vom Herrn, von dem in der Auferstehung verklärten, gekreuzigten Christus erhalten haben.
Im gleichen 1. Kapitel der Geheimen Offenbarung bietet uns der Apostel den tiefen, heilsgeschichtlichen Zusammenhang für dieses Wort von der Königsherrschaft. Er nennt Christus „den treuen Zeugen, den Erstgeborenen der Toten, den Herrn der Könige der Erde“ (Geh. Off. 1, 5). In diesem Satz sind die österlichen Taten Christi zusammengeschaut: das blutige Zeugnis im Kreuzestod, die Verklärung in der Auferstehung und das Herrschen zur Rechten des Vaters nach der Himmelfahrt.
Doch dann denkt der Seher von Patmos an uns und fügt hinzu: Christus „liebt uns und hat uns in seinem Blut von unseren Sünden erlöst und uns zu einem Königreich, zu Priestern vor Gott, seinem Vater, gemacht“ (Geh. Off. 1, 6). Hier ist die Brücke geschlagen von dem einmaligen geschichtlichen Ostergeschehen zu dem ständigen Osterwirken des Herrn in den Sacramenta Paschalia, in den Ostergeheimnissen Seiner Kirche.
Wir denken an die *Taufe*, das Sakrament dieser hochheiligen Osternacht. Nach der Deutung des Apostels Paulus wurden wir durch die Taufe in den Tod Christi hineinbegraben und sind mit Ihm erweckt worden (Röm. 6, 4). So wurden wir der Herrschaft des Teufels entrissen, dafür aber von Christus, dem König, aufgenommen und Seinem Reiche einverleibt. Ja wir erhielten Anteil an Seiner Königsherrschaft und wurden Seine Throngenossen, da wir hier auf Erden in fröhlicher Freiheit über diese Welt verfügen und berufen sind, dereinst mit Christus zu herrschen im Reiche Seiner Vollendung. Aber können wir denn alle, meine Brüder, dieses österliche Preisen der Taufe mitvollziehen? Oder war euer Besuch dieses Ostergottesdienstes gar nicht so ernst gemeint? Möge der Herr euch alle zu jener gesegneten Tauferneuerung führen, zu der uns die Kirche in dieser Nacht in so ergreifender Weise aufforderte.
In der *Eucharistie* aber, dem Paschamahl des Neuen Bundes, bei dem Christus, unser Osterlamm, geschlachtet wird, werden wir als Mahlgenossen des Königs zu jener hochzeitlichen Feier geladen, die Christus, der Herr, inmitten Seiner heiligen Kirche hält, bis Er wiederkommt. Seid ihr dieser Einladung gefolgt? Oder wolltet ihr eigentlich diese Osterzeit verstreichen lassen, ohne jenen heiligen Leib zu empfangen, den der Herr für uns dahingab? „Heute, wenn ihr seine Stimme hört, verhärtet eure Herzen nicht!“ (Hebr. 3, 7—8.) Was aber soll ich euch sagen, meine Brü-

der und Schwestern, denen die Ordnung der Kirche verwehrt, zum Tisch des Herrn zu kommen? Daß ich für euch bete, daß ihr eure Sehnsucht nach dem Herrn und euer Vertrauen auf Ihn nicht verliert. Betet auch selbst, daß ihr bald die Kraft findet, die Hindernisse auf diesem Weg zu beseitigen. Betet, daß ihr bald wieder euer Ostermahl halten könnt und nicht dereinst vom Tisch des himmlischen Reiches verstoßen werdet.
So laßt uns denn voll Freude sein, daß das Leben des Auferstandenen in uns eingesenkt wurde. Laßt uns danken, daß aller Bedrängnis, die wir vorhin als dunklen Hintergrund unserer Osterfeier sahen, ihre Todeskraft, ihr Stachel genommen ist durch unseren Anteil am Sieg Christi, des auferstandenen Königs.

III.

Ein Drittes sagt Johannes von sich aus und nennt sich: „Euer Bruder und Gefährte in der geduldigen Erwartung Jesu." Geduldiges Harren auf den Herrn: das ist die Grundhaltung österlichen Lebens.
Dieses Warten vollzieht sich in der Spannung zwischen der Bedrängnis, die uns *noch* umgibt, und der Königsherrschaft, die uns *bereits* geschenkt ist. In Christus sind wir schon auferstanden, aber Sein Leben ist uns noch verborgen, es gleicht dem Keim, der noch von der Erde überdeckt, nach dem Licht strebt. Zudem sind wir alle bedroht vom Rückfall in jene Knechtschaft der Sünde, der Christus uns entrissen hat.
In packender Kürze und plastischer Kraft spricht Paulus im Römerbrief aus, wie ein solches Leben geduldigen Harrens sich im einzelnen entfaltet: „Seid fröhlich in der Hoffnung, in der Trübsal geduldig, im Gebet beharrlich, teilnehmend an den Nöten der Heiligen, eifrig bedacht auf Gastfreundschaft! Segnet, die euch verfolgen — segnet, statt zu fluchen!" (Röm. 12, 12—14.)
„In der Hoffnung fröhlich": Der Herr ist auferstanden, ist für uns auferstanden. Oder, um es mit dem hl. Paulus noch besser zu sagen: Da wir mit Christus auferweckt sind, suchen wir, was oben ist, wo Christus zur Rechten des Vaters thront (vgl. Kol. 3, 1). Dieses österliche Ausschauen nach dem Herrn erfüllt unser Leben mit fröhlicher Hoffnung.
„In der Trübsal geduldig": Die Trübsal bleibt auch nach dem Ostersieg des Herrn, auch nach diesen Osterfeiertagen. Erdennot gehört wesentlich zu unserem Osterweg, aber nun ist sie nicht mehr dunkles Schicksal, sondern Gnade des Kreuzes, umfangen und erfüllt von unserer fröhlichen Hoffnung.
„Im Gebet beharrlich": Darauf freilich kommt alles an, daß wir uns hineinbegeben in Christi Erlösungswerk. Das aber geschieht im täglichen Gebet, das aus lebendigem Glauben wächst. Wie wollen wir im bedrückenden Alltag bestehen, wenn wir nicht täglich unsere Sendung und Hoffnung in Christus betend erfahren. Die gläubige Mitfeier der Geheimnisse Christi im Ablauf des Kirchenjahres, das im heutigen Osterfest seine Mitte hat, gibt uns Kraft, zuversichtlich dem Herrn entgegenzugehen, auch in einer Zeit, die das Reich des Menschen erreichen will und selbstsicher prahlend ein Paradies auf Erden verspricht oder aber — über Abgründen zitternd — den Augenblick gierig auskostet.
„Teilnehmend an den Nöten der Heiligen, eifrig bedacht auf Gastfreundschaft!" Überhören wir gerade diese Mahnung des Apostels nicht. Die brüderliche Gemeinschaft fehlt heute so sehr unter uns Christen. Unsere Zusammengehörigkeit im Herrn muß sichtbar werden in herzlichen, familienhaften Formen — der Apostel nennt hier die Gastfreundschaft —, zumal dann, wenn die Umwelt uns einsam machen, isolieren will. Unsere Gemeinschaft in der Kirche soll Abglanz jenes kommenden Reiches sein, das ewig währt.
Laßt mich an dieser Stelle einen Augenblick dankend innehalten. Im Geiste dieses Apostelwortes habt Ihr die Sammlung für Hunger und Krankheit in der Welt aufgenommen. Das Ergebnis dieses Jahres in West-Berlin liegt gut um ein Drittel höher als im vergangenen Jahr (1959: etwa 345 000.— DM; 1960: bis jetzt etwa 500 000.— DM). So will es der Herr, daß wir uns gerade heute verantwortlich wissen für die ganze Menschheit, aber darüber die Liebe des Alltags, die Liebe zum „Nächsten" nicht vergessen.
„Segnet, die euch verfolgen — segnet, statt zu fluchen!" Der Christ steht nicht ingrimmig trotzend, verbittert fluchend in einer Umwelt, die ihn ablehnt, zurückstößt, sondern er schaut auf die Welt in der erbarmenden Liebe des Erlösers. Christus ist für alle gestorben und auferstanden. Darum sind auch wir berufen, all unseren Menschenbrüdern das Heil des Herrn zu künden, zu erbeten und — so es Sein heiliger Wille ist — zu erleiden. So segnen wir heute unsere Stadt Berlin, unser ganzes Bistum und alle Menschen, die hier mit uns zusammen leben.
So darf ich, im Bischofsamt mit Johannes, dem Apostel Christi, verbunden, als „Euer Bruder und Gefährte in der Bedrängnis und in der Königsherrschaft und in der geduldigen Erwartung Jesu" Euch allen im weiten Bistum fröhliche Ostern und einen gesegneten Osterweg wünschen.

Über Freiheit und Würde des arbeitenden Menschen

Auf Wunsch des Erzbischofs von Köln, Josef Kardinal Frings, predigte am Vorabend des 1. Mai der Bischof von Essen, Franz Hengsbach, im Kölner Dom über „Freiheit und Würde des arbeitenden Menschen". Er sagte u. a.:

Wir haben uns schon daran gewöhnt, daß die Kirche den 1. Mai mitfeiert, obwohl er kein kirchlich gebotener Feiertag ist. Wie ganz anders ist der 1. Mai 1960 im Vergleich zum 1. Mai 1890! Im Jahre 1889 wurde er auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Paris beschlossen. Damals war der 1. Mai der Tag einer entrechteten Klasse, die um ihre Ebenbürtigkeit in der Volksgemeinschaft rang. Heute ist er zum Feiertag des ganzen Volkes geworden, das sich an diesem Tage zu Wert und Würde der Arbeit bekennt. Damals war er ein Tag harten Kampfes. Heute ist er schon fast ein Tag des Sieges. Denn die meisten Kampfziele jener Tage sind erreicht, zum Teil über die damaligen Hoffnungen hinaus. So liegt über dem heutigen Tag etwas von der frohen Stimmung des Monats, den er einleitet.
Soll sich die Kirche nicht darüber freuen? Sie betont ja doch immer, daß Kämpfe unter den Menschen nicht um

des Kampfes willen geführt werden dürfen, sondern für den Frieden. Und gibt es für die Arbeitnehmer in unserem Volk, für die Arbeitnehmer in der Welt überhaupt noch Ziele, um die man kämpfen muß, Ziele, zu denen die Solidarität der ganzen arbeitenden Menschheit aufgerufen ist? Gibt es heute noch Kampfesziele, zu denen sich auch die Kirche bekennt und in denen sie hinter dem Arbeiter steht?
Ich meine, es gibt noch solche Ziele, die allerdings nicht nur den Arbeiter im Sinne des Jahres 1890 angehen, sondern den arbeitenden Menschen überhaupt. Über drei von ihnen möchte ich sprechen.

Der Kampf gegen das goldene Kalb

Das erste Ziel, zu dem der arbeitende Mensch heute aufgerufen ist, ist die Verteidigung seiner Freiheit und seines Rechtes und damit seiner Würde gegen neue Formen der Sklaverei. Was heute die Würde der Arbeiter und des arbeitenden Menschen bedroht, sind nicht mehr — wie mir scheint — untragbare Lohn-, Urlaubs- und Freizeitbedingungen, ungeordnete Zustände im Arbeits- und Sozialrecht — wobei ich selbstverständlich eure Auffassung teile, daß in all diesen Bereichen immer wieder Verbesserungen fällig sind —, nein, ich denke an eine ganz andere Form der Sklaverei. Ich denke an die Sklaverei, in die uns die maßlose Übersteigerung unserer Bedürfnisse stürzt. Sie führt zu maßloser Steigerung der Produktion, zur Überhitzung der Konjunktur, zu hektischen Formen des Arbeitstempos. Es wächst der Lärm, die Verpestung der Luft, die Gefährdung im Straßenverkehr bis zur Unerträglichkeit.
Als in der Zeit unmittelbar nach dem Kriege alles wieder aufgebaut werden mußte, rechtfertigte das gewiß einen erhöhten Arbeitseinsatz. Aber jene Maßlosigkeiten, unter denen wir heute leiden, jene Maßlosigkeiten des „immer Mehr", um übersteigerte Lebens- und Prestigebedürfnisse zu befriedigen, ihre Sklaverei ist nie und nimmer zu rechtfertigen.
Sie geht auf Kosten unserer Gesundheit, zumal des Jugendlichen, sie geht auf Kosten der Familie, deren Eigenleben zusammenschrumpft und die durch immer neue Formen der Ausweitung der Arbeit auch auf Frauen und Mütter belastet wird. Es leiden darunter die rechten Maßstäbe für das, worum es sich eigentlich zu arbeiten lohnt.
Es leidet darunter auch unser religiöses Leben. Denn die neue Sklaverei greift den Sonntag an, und zwar nicht nur durch die Arbeit, sondern auch durch die Hetze der sogenannten Vergnügungen. Sie ist es, die dem Menschen jene Ruhe raubt, die er braucht, um Gott zu verehren. Sie ist dabei, unser ganzes Leben zum Betrieb zu machen, dem Menschen die Zeit zur Besinnung zu nehmen und ihn damit immer mehr von sich selbst und von Gott zu entfernen.
Wir kennen die Opfer solcher modernen Sklaverei. Auf allen Stufen der Beschäftigung sind sie zu finden, bis zum Angestellten und zum Direktor: beherrscht vom Terminkalender, in unmenschlicher Betriebsamkeit von einer Besprechung in die andere gehetzt, gereizt und nervös, auf der Jagd nach neuen Geschäften oder nach neuen Zerstreuungen. Durch das System des eigenmächtig gewordenen Getriebes isolieren sie sich dabei immer mehr nicht nur von ihren Mitarbeitern, sondern auch von ihrer Familie. So sind sie zutiefst in einer großen Verlassenheit und Vereinsamung, die durch einen plötzlichen Tod oft tragisch enthüllt und bestätigt wird.
Das ist wahrhaft ein Sklavendasein, bar alles dessen, was den Menschen auszeichnet. Der Mensch ist kein Roboter, und niemand, auch er selbst nicht, darf sich dazu verdammen. Genau hier gilt das Wort Christi: „Was nützt es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewinnt, aber dabei seine Seele verliert?" (Matth. 16, 26.)
Zum Kampfe gegen diese Sklaverei der Unmenschlichkeit rufe ich euch auf. Es geht dabei nicht nur um den Arbeiter, aber um euch an erster Stelle. Denn ihr seid nicht nur Opfer dieser Maßlosigkeit, ihr seid auch in Gefahr, ihre Instrumente zu werden. Kämpft gegen diese Maßlosigkeit!
Ihr wißt: Die Kirche ist für die Solidarität der Arbeitgeber und Arbeitnehmer; nur für eine nicht: für die Solidarität eines Kampfes um das goldene Kalb. Das müßte der Kernpunkt eines wirklich modernen Gewerkschaftsprogramms sein.
Hier habe ich als Bischof eine Bitte an euch: Helft uns Bischöfen in unserem Kampf gegen die sog. gleitende Arbeitswoche. Laßt ihr uns nicht im Stich! Denn in diesem unserem Kampfe für Gottes Recht kämpfen wir auch für euer Recht ...

Kampf gegen den Kommunismus

Ich nenne euch ein zweites Ziel des heutigen 1. Mai. Es ist die Freiheit und das Recht und damit die Würde des arbeitenden Menschen in den kommunistisch beherrschten Ländern. Wenn man daran denkt, welche Rolle die Väter des heutigen Kommunismus in der Geschichte des 1. Mai gespielt haben, dann hätte man bei allem christlichen Gegensatz gegen sie wenigstens auf eines hoffen können, nämlich darauf, daß es in den kommunistischen Ländern zu einer größeren Freiheit des Arbeiters gekommen wäre.
Die Zahl der Länder, in denen sich der Kommunismus durchgesetzt hat, ist gewiß nicht klein. Was aber hat der Arbeiter in diesen Ländern gewonnen? Nicht viel mehr, als daß diese Länder sich den propagandistischen Namen „Arbeiter- und Bauernstaaten" gegeben haben. In Wirklichkeit hat der Arbeiter an Freiheit und Recht unerhört verloren. Keine schönen Worte und keine freundlichen Händedrücke können ihn darüber hinwegtäuschen, daß im Bereich dieser Länder unfaßbare Formen der Ausbeutung und Sklaverei an der Tagesordnung sind. Immer neue Volksgruppen werden, wie jetzt die Bauern und Handwerker in Mitteldeutschland, in diese Unfreiheit eingeschmolzen ...
Die Kirche kämpft in diesen Ländern nicht bloß gegen die Gottwidrigkeit der kommunistischen atheistischen Ideologie, sondern auch gegen ihre Menschenwidrigkeit, gegen diese Entwürdigung des Menschen. Der Kommunismus hat die Religion als Opium für das Volk bezeichnet, das den Kampf der Besten um die Freiheit der Arbeiter lähme. Heute muß die Kirche feierlich in aller Welt erklären, daß die kommunistische Ideologie selbst sich als ein Giftnebel erwiesen hat. Unter dem Trugbild sozialer Errungenschaften soll er eine Wirklichkeit vortäuschen, die nichts mit Freiheit zu tun hat, aber auch gar nichts mit der Freiheit des arbeitenden Menschen. In diesen Ländern können die versklavten Menschen sogar am 1. Mai nicht mehr protestieren. Die Aufmärsche dieses Tages sind zu einem Kult der Unfreiheit geworden.

Um so mehr muß die Solidarität der freien Welt, der freien Arbeiter, der christlichen Arbeiteer vor allem, ihr Anliegen aufgreifen. Sie müssen alle Infiltrationsversuche der Agenten dieses Systems in den Betrieben, in den Gewerkschaften, überall in unseren Ländern zurückweisen. Sie müssen dem Trugbild von den sozialen Errungenschaften immer wieder die nackte Wirklichkeit entgegenstellen.
Sie müssen verlangen, daß bei der kommenden Gipfelkonferenz oder bei den kommenden Gipfelkonferenzen keine Lösungen vorgesehen werden, die noch mehr Menschen mit dieser Unfreiheit bedrohen. Sie werden diese Forderungen im Namen der Menschenwürde auch und gerade für die Menschen von ganz Berlin stellen. Die Menschen in Berlin dürfen nicht zum Gegenstand eines Handels werden. Zur Menschenwürde gehört auch das Selbstbestimmungsrecht. Die freie Welt wird vielmehr Lösungen fordern und befürworten, die die Freiheit des arbeitenden Menschen in den kommunistisch beherrschten Ländern ausweiten. Überall dort, wo die Arbeiterschaft sich zu diesem Kampfziel bekennt, hat sie auch die Kirche hinter sich.

Kampf um eine internationale soziale Ordnung

Ich nenne noch ein drittes Ziel unseres Kampfes. Von Anfang an hat sich der 1. Mai ein internationales Programm gestellt und sich zur Würde der Arbeit in der ganzen Welt bekannt. Bei der Freude darüber, was in diesem Kampfe in den hochindustrialisierten Ländern der abendländischen Welt erreicht werden konnte, dürfen wir nicht vergessen, wie unwürdig noch die Arbeitsbedingungen der Menschen in vielen Ländern der Welt sind, vor allem in Afrika, Asien und Südamerika. Viele hundert Millionen Menschen stehen hier heute vor Problemen, die sich unseren Völkern schon vor etwa 100 Jahren gestellt haben. Sie können sie nicht lösen aus eigener Kraft.
Diese Fragen können auch nicht allein auf dem Wege der caritativen Hilfe gelöst werden, sosehr wir zu dieser Hilfe verpflichtet sind und sosehr wir den deutschen Katholiken für ihre erneuten hochherzigen, unerwartet hohen Spenden zu unserem Misereor-Werk danken.
Bei uns in Deutschland hat vor 100 Jahren die Kirche erst nach tastenden Anfängen in ihrer Sozialarbeit erkannt, daß es hier nicht um Fragen der Caritas geht, sondern um Probleme der Gerechtigkeit und der sozialen Ordnung. So geht es auch heute für die Menschen in den weniger entwickelten Ländern zunächst um eine gerechte, menschenwürdige Sozialordnung, nicht um Caritas. Selbstverständlich auch um Caritas. Nie aber — und das ist ein Kernpunkt der katholischen Sozialethik — kann Caritas ein Ersatz für versagte Gerechtigkeit sein. Dazu ist heute die Solidarität der Arbeiter in den hochindustrialisierten Ländern der Welt aufgerufen.
Ich kann hier nicht über die verschiedenen Formen dieser Hilfe sprechen. Es wird vieler Arbeit bedürfen, um in einer gemeinsamen Anstrengung aller Konfessionen, aller Volksgruppen, aller Völker mit dieser größten sozialen Aufgabe fertig zu werden, die jemals der Menschheit gestellt wurde.
Mit dieser Hilfe gilt es für die Völker Europas, zugleich auch eine alte Schuld abzutragen. Ich denke an die Zeiten der Kolonisation, in der die Würde des Menschen, auch in der schwarzen und gelben Rasse, oftmals verkannt, mißachtet, ja sogar entstellt worden ist. Noch heute beobachten wir mit Scham und Empörung solche dem christlichen Menschenbild hohnsprechenden rassischen und sozialen Diffamierungen.
Mit einer reinen Finanz- und Wirtschaftshilfe allein ist es nicht getan, vor allem dann nicht, wenn sie nur unter dem Gesichtspunkt der Rentabilität gesehen wird. Ebenso entscheidend ist die personale und geistige Hilfe. Träger aller Hilfe für die Entwicklungsländer darf nicht der erschreckende Typ des Managers sein, der seine Geschäfte betreibt, die Wirtschaft hier und dort ankurbelt und dabei womöglich noch glaubt, das übrige finde sich von selbst. Er ist anscheinend mit Blindheit geschlagen gegenüber den genugsam bekannten Bemühungen des Kommunismus, der neben reichlichen Wirtschaftshilfen seine Ideologie durch eigens dafür geschulte Kräfte verbreitet und unter dem Deckmantel der Befreiung eine neue Sklaverei vorbereitet. Um so mehr begrüßen wir es, daß viele unserer Arbeiter und Handwerker und auch unserer Mädchen bereit sind, für mehrere Jahre in die Entwicklungsländer zu gehen, um sich dort in den Dienst der so notwendigen personellen und strukturellen Hilfe zu stellen ...

Die Kirche in den Ländern

Die Kollektivierung der Menschen in der Sowjetzone

Seit unserem letzten Bericht über die Lage der Christen in der Sowjetzone (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 549—554) sind rund zwölf Monate verflossen. Innerhalb dieses Zeitraumes haben sich in der Zone gewichtige Vorgänge ereignet, die sowohl als Abschlüsse bestimmter Phasen wie auch als Einleitungen neuer Entwicklungen anzusehen sind. Diese Ereignisse — wir denken vor allem an die Kollektivierung der Bauern und die gesetzliche Einführung der polytechnischen Schule — berühren nicht nur die Christen, Katholiken und Evangelische, der Zone, sondern *alle* Menschen in diesem Land, die sich irgendeiner Tradition verpflichtet fühlen und nach deren Leitbildern bisher lebten. Alle diese Menschen leiden Not durch den ständigen massierten Angriff der kommunistischen Machthaber und ihrer Handlanger auf die letzten verbliebenen Reste der freiheitlichen, dem natürlichen Sittengesetz verbundenen Ordnung in Mitteldeutschland.
Wenn anderseits dieser Bericht über die sozialen und wirtschaftlichen Vorgänge in der Zone unter der Rubrik: Die Kirche in den Ländern, erscheint, so geschieht das deshalb, weil es besonders die Überzeugungen der Christen sind, die von den Trägern des kommunistischen Systems unerbittlich bekämpft werden; es geschieht aber auch deshalb, weil heute nur noch die Repräsentanten der christlichen Kirchen in der Zone es wagen können und wagen, die hier fortgesetzt verübten Verbrechen unmißverständlich Verbrechen zu nennen und allen, die unter den Über-

griffen des sich allgewaltig dünkenden Staates leiden, — nicht nur den Christen — ein Wort des Trostes und der Hoffnung zu sagen.
In diesem sich immer mehr zuspitzenden Kampf um den Menschen und seine Rechte stehen die Bischöfe und die Bischöflichen Kommissare der Zone sowohl in den Augen der Bevölkerung des Landes wie auch nach Meinung der internationalen Öffentlichkeit in der ersten Frontlinie (vgl. „Neue Zürcher Zeitung", 19. 4. 60).
Was sich in den letzten sechs Monaten zum Entsetzen ganz Deutschlands und der freien Welt in der Zone ereignet hat, die Zerschlagung eines jahrhundertealten freien Standes, kam nicht wie der Blitz aus heiterem Himmel, sondern war seit langem angelegt und vorbereitet. Die Systematik, mit der man dabei vorging, um die Doktrin in die Praxis umzusetzen, ist — objektiv betrachtet — erschreckender als die Folgen dieses Vorgehens, auch wenn zunächst allein diese von dem einzelnen wahrgenommen werden, insofern er von ihnen direkt betroffen wird. Gleiches gilt auch für die Schulpolitik des Systems. Die Beantwortung der Frage, warum die Machthaber den Stoß gegen die Bauern und die Schule gerade in den letzten Monaten des Jahres 1959 und in den ersten des Jahres 1960 führten, wird verschiedene Umstände und Motive berücksichtigen müssen, die fast alle außerwirtschaftlicher Natur (im Falle der Bauernkollektivierung) bzw. alle außerschulischer Natur sind (im Falle der gesetzlichen Neuregelung des Schulunterrichts). Ja sie lassen sich nicht einmal mit den besonderen Gegebenheiten der Zone allein erklären, sondern stehen weitgehend in Abhängigkeit von der allgemeinen internationalen Lage. So richtig der Hinweis auf die kommunistische Doktrin zum Verständnis der jüngsten Vorgänge in der Zone auch ist, so wenig vermag er über Gründe und aktuelle Voraussetzungen des Vorgangs selbst zu besagen. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß auch diejenigen, die gegenüber den Teilzielen und Endzielen des Kommunismus illusionslos sind, sich in einem ungewöhnlichem Ausmaß über die Möglichkeiten der kommunistischen Partei- und Staatsmaschinerie (zur Erreichung dieser Ziele) geirrt haben.

Der Vorgang der Kollektivierung

In unserem letzten Bericht (vgl. 13. Jhg., S. 549) wurde festgestellt, daß die Kollektivierung der zonalen Landwirtschaft der Partei außerordentliche Schwierigkeiten bereite. Noch Ende März 1959 zählten die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) nur 375 000 Mitglieder (39 % der gesamten Nutzfläche der Zone waren damals in ihrer Hand). Im ganzen Jahr 1959 wurden nur 800 neue LPG gegründet. Im Frühjahr und Sommer ruhte die Kollektivierungsaktion sogar ganz. Erst am 15. Januar 1960 begann die große Welle der Bauernvernichtung. Sie ging aus vom Bezirk Rostock, erfaßte kurz darauf die Bezirke Frankfurt an der Oder, Cottbus, Potsdam, Neubrandenburg und griff dann im März auf Sachsen und Thüringen über. Sie verlief also vom Norden nach Süden. Am 12. 3. meldete Rostock, daß der Bezirk keine unabhängigen Bauern mehr habe, am 17. 3. kam die Vollzugsmeldung von Neubrandenburg, ein Tag später die gleiche Meldung aus Potsdam. Bis zum 29. 3. waren außer den genannten Bezirken Leipzig, Cottbus, Schwerin, Frankfurt und Magdeburg vollsowjetisiert. Bis Mitte April folgten dann die restlichen sechs Bezirke der Zone, die wegen ihrer gesunden wirtschaftlichen Struktur als besondere Bollwerke gegen die Kollektivierung angesehen wurden: Erfurt, Halle, Dresden, Suhl, Gera und als letzter, am 14. April, Chemnitz.
Der Abschluß der Kollektivierung bedeutet: in den rund 9600 mitteldeutschen Gemeinden gibt es seit Ostern 1960 nur noch staatseigene Güter und landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, jedoch keine freien Bauern mehr. (Bis Ende 1959 war nur in 1100 mitteldeutschen Gemeinden die Landwirtschaft sowjetisiert.) Es bedeutet ferner, daß mehr als eine Million Bauern (einschließlich ihrer Familienangehörigen) jetzt ihres Bodens und damit ihrer Existenzgrundlage beraubt sind, von denen die weitaus größte Zahl Altbauern, also echte Bauern waren. Und es bedeutet schließlich, daß für die letzte Etappe der Kollektivierung der Landwirtschaft, bei der weitere 40 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Zone sowjetisiert wurden, nur zwei Monate nötig waren, während das System für die Kollektivierung von 48 Prozent des Bodens bei mehrstufigem Vorgehen mehr als acht Jahre benötigt hatte.
Mit diesem Erfolg, den die führende Zeitung der Zone „Neues Deutschland" am Karsamstag mit dem Satz feierte: „Noch nie feierten Deutschlands Bauern ein solches Ostern!", steht die deutsche Sowjetzone einzigartig da. Sie hat vor allen anderen Satellitenstaaten als erster das freie Bauerntum vernichtet. Selbst das „fortschrittliche" Bulgarien, das bis heute 92 Prozent des Bodens kollektiviert hat, kann sich mit der Zone nicht mehr messen. (In Ungarn sind 70 Prozent des Bodens kollektiviert, in der Tschechoslowakei 84, in Rumänien 72, und in Albanien 83, 2 Prozent. Nur Polen bildet unter allen diesen Ländern eine Ausnahme: hier sind erst 13 Prozent des Bodens kollektiviert — eine Folge der Politik Gomulkas, der die freiwillige Auflösung der Produktivgenossenschaften gestattet hat.)

Die Gründe und Motive für die Sowjetisierung des bäuerlichen Landes

Wenn man nach den Gründen für die in der Zone jetzt abgeschlossene Kollektivierung des Bodens fragt, kann man sich, wie gesagt, die Antwort leicht machen, indem man darauf hinweist, daß die Verstaatlichung der Produktionsmittel zum festen Bestandteil des kommunistischen Programms gehört. Die Beantwortung der Frage, weshalb es Ulbricht gelingen konnte, innerhalb von acht Wochen mehr als eine Million freier Menschen zu verproletarisieren, ist jedoch viel schwieriger. Warum setzte Ulbricht gerade in diesem Frühjahr an? Waren die mitteldeutschen Bauern am Ende? War ihr Widerstandswille erlahmt? Hatten sie die Hoffnung auf eine Änderung ihrer Situation aufgegeben? — Alle Berichte westlicher Beobachter, auch die der SED-Funktionäre, sprechen gegen die Annahme, die Bauern hätten es Ulbricht leicht gemacht.
Der Zonenchef hat in seiner Rede vor dem Zentralkomitee der Partei am 30. März in Berlin über die Gründe für die Wahl des Zeitpunktes zur Kollektivierungskampagne gesprochen. Er sagte:

„Man stellt plötzlich die Frage, ob der Eintritt der Bauern in die Genossenschaften mit dem Geist von Camp David zu vereinbaren sei. Aber was die Bauern betrifft, so ist die Lage doch folgende: Der Geist von Camp David, das ist der Geist der friedlichen Koexistenz, das heißt der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder. Das bedeutet: daß beide Seiten in Camp David davon ausgingen, daß sie nicht

Einfluß nehmen auf die gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse anderer Länder. Daß der Übergang der Bauern in der DDR zur genossenschaftlichen Arbeit in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften noch vor der Gipfelkonferenz erfolgt ist, das ist ausgezeichnet" (zitiert nach „Neue Zürcher Zeitung", 5. 4. 60).

So willkürlich diese Interpretation des Geistes von Camp David auch sein mag, sie macht doch deutlich, daß der zitierte „Geist" Ulbricht den Freibrief für seine Aktionen geliefert hat. Das zeigt übrigens auch der Verlauf der Siebten Plenarkonferenz des Zentralkomitees der SED, Weihnachten 1959, auf der Ulbricht und seine Trabanten sich für eine verschärfte Kollektivierung der Bauern mit dem Hinweis darauf entschieden, Chruschtschows triumphale Reise durch die Vereinigten Staaten habe den Bauern der Zone klar gemacht, wer in der großen Auseinandersetzung zwischen Ost und Welt der endgültige Sieger sein werde. Ulbricht hat sich bei der Durchsetzung seiner Politik die allgemeine internationale Entspannung zunutze gemacht, in der Annahme, daß ihm in dieser Phase, von verbalen Protesten abgesehen, nichts passieren werde (womit er sich nicht getäuscht hat). Daß die Aktion in Übereinstimmung mit Moskau durchgeführt wurde, hat Ulbricht in seinem Märzreferat ebenfalls bestätigt. Auf der Anfang Februar 1960 durchgeführten Agrarkonferenz der Ostblockstaaten in Moskau wurde die beschleunigte Errichtung der Kolchosenwirtschaft in allen Satellitenländern beschlossen. (Ob freilich das Tempo und die Praktiken, die Ulbricht in den acht Wochen der Kampagne angewendet hat, Chruschtschow genehm sind, ist nicht sicher; bis zum 1. Mai hatte die Presse der UdSSR, die sonst den Vorgängen in der Zone seitenlange Berichte widmet, die Kollektivierung mit keiner Zeile erwähnt.) Auch der Moskauer Beschluß kam selbstverständlich unter der für solche Aktionen günstigen Aura der Koexistenz und Besuchsdiplomatie zustande. Die Überlegungen, die hinter ihm stehen, sind folgende: Für Chruschtschow und seine Statthalter kommt, wenn sie in absehbarer Zeit ihren weitgesteckten Zielen näherkommen wollen, alles darauf an, den materiellen Vorsprung des Westens einzuholen, da die Masse der Bevölkerung in den Ostblockstaaten sich nicht mehr mit Versprechungen hinhalten läßt. Die Menschen wollen die Überlegenheit des sozialistischen Systems sehen; und zwar nicht in der Theorie oder in der Zukunft, sondern in der Gegenwart. Der Wirtschaftsalltag ist aber in allen Ostblockstaaten nach wie vor mehr als trübe, auch wenn die Menschen nicht gerade Hunger leiden müssen. Daher die Anstrengungen der Machthaber um wirtschaftliche Sanierung und Annäherung an den westlichen materiellen Standard — wenn sie überhaupt eine Chance haben wollen, ihre verschiedenen Stufenpläne, etwa zur Wiedervereinigung Deutschlands unter Ulbrichts Führung, mit Unterstützung wenigstens eines größeren Teiles der Bevölkerung durchzuführen. Der wirtschaftliche Entwicklungsprozeß darf aber nach Willen der Machthaber nur auf „sozialistischem Wege" vor sich gehen. Im anderen Falle würde die Bevölkerung den wirtschaftlichen Fortschritt nicht als Ausfluß der sozialistischen Ordnung, sondern als ein Ergebnis „trotz Sozialismus" ansehen. Ulbricht hat in Moskau — schon um seine Treue Chruschtschow gegenüber zu beweisen — die rasche Kollektivierung der Zonenbauern versprochen, wenn er auch wußte, daß die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Maßnahme zunächst negativ sein würden (auch das hat er indirekt in seiner Berliner Rede vom 30. 3. zugegeben). Ulbricht kann selbst den Zusammenbruch der Zonenlandwirtschaft riskieren, weil er weiß, daß in einem solchen Falle die anderen, sehr viel stärker als die Zone agrarisch orientierten Ostblockstaaten helfen müssen, denen er die Hilfe der Zone beim Aufbau ihrer Industrien versprochen hat, vor allem durch chemische Produkte und Maschinen. Das alles wurde Anfang Februar in Moskau ausgehandelt. Die Kollektivierung der Bauern in der Zone hat also auch die Aufgabe, die Zone wirtschaftlich von den anderen Ostblockstaaten abhängig zu machen, d. h. sie noch stärker als bisher in das politische und wirtschaftliche Gefüge der Satellitenstaaten zu integrieren und sie dadurch gegen jeden Schlag und Zugriff von außen abzusichern.

Methodik der Durchführung

Durchgeführt wurde die Zwangskollektivierung der Bauern in Mitteldeutschland mit folgenden Techniken der „Gehirnwäsche": Ein Trupp von Agitatoren — häufig schriftlich im voraus für einen bestimmten Tag angemeldet — besetzt das Dorf bzw. den Hof des einflußreichsten Bauern und beginnt zunächst mit „Überzeugungsarbeit". Denn der Bauer soll ja aus eigenen Stücken seinen Grund aufgeben und freiwillig Mitglied der LPG werden. Man führt ihm die Vorteile der Kolchosenarbeit vor, verspricht ihm Maschinen, ein Auto, seinen Kindern Studienmöglichkeiten, Beförderungen usw. Man weist ferner auf die Notwendigkeit „genossenschaftlicher" Arbeit im Interesse des „sozialistischen Fortschritts" hin. Zögert der Bauer oder lehnt er ab, wird er auf ideologisches Glatteis geführt. Ob er Adenauer unterstütze, ob er für den westdeutschen Militarismus sei? Er müßte es sich dann auch gefallen lassen, wenn unter solchen Umständen seine Bücher etwas schärfer kontrolliert würden. Kurzum: dem Bauern wird durch eine kombinierte Erpressungsaktion zugesetzt. Das geschieht, wenn er in der Lage ist, die ersten Angriffe zu parieren, immer wieder. Die Funktionäre kommen zu jeder Tag- und Nachtzeit, um mit ihm zu „diskutieren". Lautsprecher werden vor seinem Hof aufgestellt, Scheinwerfer strahlen ihn an, Halbwüchsige umstreichen Tag und Nacht den Hof, damit der Bauer nicht entweichen kann; er mag sich verstecken, er mag seine Hunde frei herumlaufen lassen, es nützt ihn nichts, man läßt ihn nicht in Ruhe, bis er den Zettel unterschrieben hat: „Hiermit erklären wir . . ."
Wie die Bauern im einzelnen erpreßt worden sind, ist durch ihre Aussagen im Flüchtlingslager Berlin-Marienfelde hinlänglich bekannt geworden. Dennoch soll hier auszugsweise ein Brief wiedergegeben werden, der sehr deutlich zeigt, wie man den Bauern zugesetzt hat und wie diese sich ihrer Haut zu wehren versucht haben. (Der „Brief einer brandenburgischen Bäuerin" wurde als Leserzuschrift am 14. 4. in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" veröffentlicht.)

In dem Brief heißt es u. a.: „Am 5. 3. war im Dorf Versammlung angesagt. Mein Mann ist nicht gegangen. Wir sind in die Kreisstadt gefahren . . . Wie wir zurückkamen, haben sie schon auf uns gewartet . . . Dann kamen auch gleich drei Mann. Kriminal war dabei. Ein ganz Scharfer für uns. Wie brutal, kann ich gar nicht schildern. Ich verbot ihm dann den lauten Ton. Nur die Frage: für den Frieden — also LPG — oder Sie gehören zu Adenauers Reserve. Paul war ja nicht still. Dann sollte er in einer halben Stunde ins Gemeindebüro kommen, ging aber nicht . . . Abends wieder Versammlung. Paul hat kein Wort gesagt, obwohl sie darauf gewartet haben. E. saß neben

ihm und sagte, er hätte Sender Luxemburg gehört, die hätten gesagt, der Westen muß aufrüsten, damit sie die 17 Millionen aus der Ostzone befreien können. Noch mehr solche Sachen erzählte er. Der Scharfe von der Kreisleitung sagte: ‚Nicht der hat die Schuld, sondern der Schweiger, für den er spricht!' Also in Pauls Auftrag. Paul ließ sich das nicht gefallen. Dann legten sie die Liste vor, alles richtete sich nach Paul, der nicht unterschrieb ... Beim Schlachten kamen sie wieder. Drei Mann, ein Oberleutnant dabei. Paul hat ihn aber gleich fertig gemacht wegen E. und der Versammlung. Auch gleich gesagt, daß er zu keiner Versammlung mehr kommt, weil er nicht weiß, wo er sich hinsetzen soll. Dann haben sie E. abgeholt. Kam aber am anderen Tag wieder ... Donnerstag kamen wieder welche. Paul sollte Freitag mit der Liste im Dorf rumgehn und unterschreiben lassen. Hat er nicht gemacht. Nachmittags kamen sie wieder. Paul hat mit unserm Sohn Dünger kleingemacht am Wald und geladen. Immer dabei gearbeitet. Der Junge sollte weg. ‚Der bleibt hier', sagte Paul, ‚was wir zu reden haben, kann der hören.' ... Dann ließen sie mich noch holen, aber wir ließen uns nicht fangen oder irgendwas zuschulden kommen. Dann fing der Scharfe wieder von Adenauer an. Ich war aber nicht so dumm, für ihn zu reden, sondern sagte: ‚Den setzen wir ab und wählen uns einen anderen.' Das gefiel ihm: ‚Ist zum Lachen!' Wir haben nicht die Regierung angegriffen. Paul ging los, ließ sie stehen ... Nun dachten wir, wir sind uns sicher. Abends war wieder Versammlung. Um 11 Uhr klopfte unser Nachbar ans Fenster. Paul soll kommen, sie haben alle unterschrieben. Paul ist nicht aufgestanden. Wir dachten doch, uns rührt der Schlag. Wir fanden Tag und Nacht keine Ruhe mehr ... Am nächsten Abend kamen sie wieder. Paul konnte sich noch schnell verstecken. Der Schlimme, Du wirst staunen, kam sich entschuldigen bei Paul. Er sieht ein, daß er Schuld hat und möchte das wieder gut machen. Wegen E. die Beleidigung für meinen Mann. Ich sagte ihm, das wäre in einer öffentlichen Versammlung passiert, am gleichen Ort müßte er es wieder zurücknehmen. Das machte er ... Sie konnten uns nichts zur Last legen. Wenn man selbst rein ist, kann man nur so stehen. Paul hat immer vorbildlich gelebt und gearbeitet ... Montag kam ein LPG-Bauer vom Nachbardorf. Dienstag wieder. Abends der Beamte und der Vorsitzende ... Inzwischen waren die fünf Nachbargemeinden gefallen. Mittwoch früh kamen sie wieder mit einem Wisch zum Unterschreiben. Wir ließen sie noch zappeln ... Nun sahen wir schon, daß alles zwecklos ist. Paul hat das ‚Wir' durchgestrichen und ‚Ich' geschrieben. Ich selbst habe noch nicht unterschrieben. Mir wird aber wohl nichts übrigbleiben, sonst kriege ich kein Futter ... Das ist nun alles freiwillig! Ist das nicht ein Hohn? Ich sagte zu dem Beamten, ich möchte durch den Rundfunk der ganzen Welt erzählen, was mit uns gemacht wird. Wir konnten die vierzehn Tage nicht essen und nicht schlafen. Haben immer am Radio gehorcht, ob uns nicht geholfen würde. Nun haben wir alle Hoffnung verloren ..."

Was hier und anderswo in der Zone geschehen ist, wird in allen Rechtsstaaten der Welt mit Hausfriedensbruch und Nötigung bezeichnet. Den weit über zehntausend Funktionären und Agitatoren der Partei und der kommunistischen Massenorganisationen, die die Kollektivierung in der Praxis durchführten, mögen in der Mehrzahl solche Rechtsbegriffe unbekannt sein. Wenn man aber bedenkt, daß die Partei den gesamten Staatsapparat, insbesondere die Justiz, für die Kampagne mobilisiert hatte, dann muß man annehmen, daß sich wenigstens ein Teil der Zutreiber über ihr Handeln im klaren war. Überhaupt ist zu fragen, wie die Partei eine so große Anzahl von Agitatoren für die Kollektivierung auftreiben konnte. Den wenigsten von ihnen wird die Aktion — zur Zeit der Frühjahrsbestellung — sinnvoll erschienen sein. Sie kamen ja auch in vielen Fällen nicht als Unbekannte oder Feinde zu den Bauern, sondern waren häufig Bekannte und Parteigenossen aus der Nachbarschaft (viele der kollektivierten Bauern hatten sich, besonders in den Nordbezirken der Zone, als brave SED-Mitglieder ausgewiesen). Aus all diesen Gründen muß man annehmen, daß der Gehirnwäsche der Bauern eine Gehirnwäsche der Agitatoren für die Kollektivierungskampagne vorausgegangen ist, daß auf den Schulungsabenden ihre Angst mißbraucht, ihr Ehrgeiz angestachelt und vor allem ihr Neid auf die bis dahin unerschütterte wirtschaftliche Position der freien Bauern der Zone geweckt worden ist. Ohne derartige systematische psychische Knetkuren hätte das System nicht in so kurzer Zeit eine solche Vielzahl von Erpressern auftreiben können, auch wenn man in Rechnung stellt, daß eine beträchtliche Anzahl der Agitatoren entwurzeltes Gesindel war, das die Partei zu jedem Zweck mißbrauchen kann.

Die Reaktion der Bauern

Wie haben nun die Bauern gegen den Zwang reagiert? Sie haben durchweg um ihre Rechte gekämpft (der „Brief der brandenburgischen Bäuerin" ist ein durchaus typisches Dokument). Sie haben auch in vereinzelten Fällen die Kolchosengebäude in Brand gesteckt, sie sind, besonders während der Ostertage, nach West-Berlin geflüchtet (allein in der Woche vom 11. 4.—17. 4. flohen 5783 Menschen aus der Zone; das ist die höchste Fluchtzahl seit März 1953). In 49 Fällen wurde bekannt, daß Bauern sich unter dem Druck der Erpresser selbst umgebracht haben. Die wirkliche Zahl der Selbstmorde liegt sehr wahrscheinlich viel höher.

Im übrigen darf man nicht übersehen, worauf Otto Frei (in „Neue Zürcher Zeitung", 24. 4. 60) hingewiesen hat, daß die Kollektivierung der Bauern besonders in Sachsen und Thüringen noch weitgehend auf dem Papiere steht. „In vielen Fällen hatten die nur auf ‚Siegesmeldungen' bedachten Funktionäre Versammlungen einberufen und die Bauern zum Eintritt in die Genossenschaften aufgerufen. Wenn die Bauern schwiegen, wurde dies als Zustimmung ausgelegt und darauf bekanntgegeben: ‚Das ganze Dorf ist vollgenossenschaftlich'." Die Bauern haben sich in der Regel auch nur zum Eintritt in die Genossenschaften des Typus I bereit erklärt. Sie haben also nur ihre Rechte über den Boden aufgegeben. (Beim Typ II der Genossenschaften sind auch die Maschinen, Traktoren und Zugtiere sowjetisiert, beim Typ III endlich, der der russischen Kolchose ähnelt, sind alle Produktionsmittel des Bauern vergesellschaftet.) Die Bauern hoffen, auf diese Weise Zeit zu gewinnen und ihren Familien Haus und Vieh über die erste Phase der Kollektivierung hinweg zu erhalten. Doch hat Ulbrichts Rede auf der 8. Tagung des Zentralkomitees der SED am 30. 3. 60 in Berlin diese Hoffnungen bereits erschüttert, indem Ulbricht einmal eine Änderung des bestehenden Erbrechts ankündigte, zum anderen eine Genossenschaftsordnung bekanntgab, die schon jetzt jeden alten Besitztitel wertlos macht. „Die Genossenschaftsmitglieder werden nach einem komplizierten Normenschema, das für zahlreiche Einzelarbeiten sogenannte Arbeitseinheiten festlegt, entlohnt. Ein Teil der Vergütung wird zurückgehalten und einem gemeinsamen Investitionsfonds der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft zugeführt. Außerdem werden den Produktionsgenossenschaften die Maschinen der sog. Traktorenstationen zur Verfügung gestellt und später übereignet. Hierfür wird der Buchwert der Maschinen als Schuldsumme der Genossenschaft angerechnet, die dann aus ihren

Erträgnissen abzuzahlen hat. Auch diese Summen sollen dann wieder einem gemeinsamen Investitionsfonds zugeführt werden. Im Handumdrehen entsteht somit eine Situation, in der der private von dem genossenschaftlichen Rechtstitel nicht mehr zu trennen ist" („Neue Zürcher Zeitung", 7. 4. 60). Auf diese Weise werden übrigens Besitzstrukturen geschaffen, die sich nicht ganz so einfach entflechten lassen, wie sich das einige Leute bei uns vorstellen.

Wenn Ulbricht sich zunächst mit dem Eintritt der Bauern in die LPG des Typus I begnügen wird — Ulbricht sprach auf der Tagung des ZK vom 30. 3. von „Agrostädten" für die Zone nach Chruschtschows Vorstellungen —, dann geschieht das vor allem deshalb, weil er damit rechnet, daß die jetzt um ihren Boden gebrachten Bauern in Zukunft sich besonders die Pflege ihres verbliebenen Besitzes angelegen sein lassen; das heißt, daß sie ihr Vieh besonders pflegen werden. Wenn Ulbricht dann zu einem späteren Zeitpunkt das Vieh der Bauern konfiszieren wird, werden die Kolchosen, der Staat also, der Nutznießer davon sein. Auch in diesem Punkte folgt Ulbricht Chruschtschow, der im vergangenen Sommer das private Vieh der Bauern in der UdSSR durch die föderalen Regierungen verstaatlichen ließ.

Die Proteste der Kirchen

Gegen die Kollektivierungspolitik der SED-Regierung haben im Bereich der Zone allein die beiden Kirchen feierlich ihren Protest ausgesprochen. Bereits am 11. März richteten die evangelischen Landesbischöfe Mitteldeutschlands bzw. ihre Stellvertreter an Grotewohl einen Brief, in dem es unter anderem heißt:

„Im Blick auf bestimmte Maßnahmen und Methoden bei der Sozialisierung der Landwirtschaft und in Sorge um die Menschen auf dem Lande sehen wir uns veranlaßt, Ihnen folgendes vorzutragen:
Es ist nicht Sache der Kirche, in wirtschaftlichen Fragen, die mit der Sozialisierung zusammenhängen, Entscheidungen zu treffen. Uns erreichen aber von unseren Pfarrern und aus den Gemeinden laufend so erschütternde Berichte über die Methoden, die angewendet werden, um die einzelnen Bauern zum Eintritt in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu veranlassen, daß wir um der Menschen willen nicht schweigen können.
Es würde zu weit führen, diese Methoden im einzelnen zu schildern. Tatsache ist, daß Bauern gegen ihren Willen mit Mitteln wirtschaftlichen, politischen und moralischen Druckes, auch unter Einschaltung von Staatsanwälten, Polizei und Organen der Staatssicherheit zum Eintritt in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften veranlaßt werden und dann noch schriftlich erklären müssen, das sei ‚freiwillig' geschehen.
Hier werden Menschen in ihrer Würde verletzt und in ihrem Gewissen bedrängt. Was kann man von Menschen erwarten, die in Angst und Verzweiflung zerbrochen sind, die resignierend ihre neue Situation auf sich nehmen und verbittert an die Arbeit gehen?
In Ihrer Hand liegt es, solchen Methoden Einhalt zu gebieten und dem Grundsatz echter Überzeugungsarbeit und der Freiwilligkeit zur Geltung zu verhelfen, wie es auf der 7. Tagung des Zentralkomitees der SED gefordert worden ist. Menschen zu der Erklärung zu zwingen, sie hätten einen Schritt freiwillig getan, zu dem sie genötigt wurden, ist Gewissenszwang ..."

Der Brief ist unterzeichnet von D. Mitzenheim, D. Schröter, D. Noth, D. Scharf, Fränkel, Fleischhack, D. Dr. Beste und Wölke.

In einer Kanzelabkündigung haben sich dann Ostern die evangelischen Landeskirchen erneut gegen die Kollektivierungsmethoden gewandt und auf die schweren äußeren und inneren Bedrängnisse hingewiesen, in die die Bauern durch die Kollektivierung geraten sind.

Die Kampfkraft der evangelischen Kirche gegen den Stoß des Staates gegen die freien Bauern blieb jedoch begrenzt durch die Unsicherheit der evangelischen Kirche in der Eigentumsfrage (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 235 ff.); sie war zudem auf der unteren Ebene geschwächt durch einige, freilich nur vereinzelt gebliebene Fälle, in denen Pfarrer Dankgottesdienste für die Bildung der neuen LPG abhalten ließen. Durch die im Juli 1958 abgegebene Kirchenerklärung, wonach die evangelischen Kirchen der Zone sich verpflichten, die Entwicklung zum Sozialismus zu respektieren (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 561), fühlen sich die evangelischen Kirchenführer weitgehend auch gehindert, zum Vorgang der Enteignung der Bauern selbst Stellung zu nehmen. Präses Figur von der Provinzialsynode der evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg wies in einem Brief an Grotewohl Ende März darauf hin, daß die Respektierung der Entwicklung zum Sozialismus nicht heißen könne, die Kirche bejahe diese Entwicklung. Ein Respektieren sei nur dann möglich, wenn die Grundsätze der Menschlichkeit gewahrt würden. Die Kirche sehe „mit steigender Sorge", daß diese Voraussetzung nicht mehr gegeben sei. Der Brief Figurs ist vom Amte Grotewohl nicht beantwortet worden, wie auch die wiederholte Bitte des Präses um ein Gespräch mit Grotewohl unerfüllt blieb. Für den Kampf zwischen Kirche und Partei in der Alltagswirklichkeit spielen solche Briefe jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Die lokalen Parteifunktionäre haben im Zuge der Kollektivierung gegenüber Pfarrern, die wegen der unmenschlichen Methoden bei ihnen vorstellig wurden, immer wieder auf das ominöse Kirchenabkommen vom Juli 1958 verwiesen.

Dennoch hat das klare Wort einzelner Kirchenführer seine Wirkung auf die Partei nicht verfehlt. Daß die Proteste von Landesbischof D. Jänicke von Magdeburg und von Präses Kreyssig getroffen haben, läßt sich aus den wütenden Antworten der Zonenpresse entnehmen. Landesbischof Beste von Mecklenburg hat in einem Brief die Pfarrer und Gemeinden dazu aufgefordert, die Gemeindemitglieder in ihrer Not nicht zu verlassen. Am weitesten ging der Rat der Kirche der Union, der jetzt die seit langem fällige Verurteilung von Pfarrern ausgesprochen hat, die die Zwangskollektivierung unterstützten oder sie sogar mit Hilfe des Neuen Testamentes zu rechtfertigen suchten.

Kurz vor Ostern haben auch die auf der Berliner Ordinarienkonferenz versammelten Bischöfe und Bischöflichen Kommissare der Zone in einem Schreiben an die Regierung Grotewohl gegen die Kollektivierung der Bauern Einspruch erhoben gegen die Methoden der Werbung zum Eintritt in die LPG, gegen die gewaltsame Einschränkung der Verfügungsgewalt über das Eigentum und gegen die Überführung der Bauern in eine Lebensform, die die Grundrechte der Menschen mißachtet.

Auch hat Kardinal Döpfner in seiner Osterpredigt in St. Matthias in Ost-Berlin die Zwangskollektivierung scharf verurteilt (vgl. ds. Heft, S. 415).

Ulbricht hat am 25. April in der Berliner Volkskammer die Bischöfe und Führer der evangelischen Kirchen der Zone zu beschwichtigen versucht, indem er zunächst feststellte, die Geistlichen beider Konfessionen hätten sich während der Kampagne „loyal" verhalten. Im übrigen bräuchten die Kirchen nicht zu fürchten, daß die Christen

auf dem Lande wegen ihres Glaubens etwas zu befürchten hätten. „Die Kirche bleibt nach wie vor im Dorf." Es werde keinem Mitglied einer Kolchose verwehrt, zu beten und seinen religiösen Gebräuchen nachzugehen. (Inwieweit die Betriebsordnungen der neuen LPG den Bauern überhaupt noch freie Zeit für ihre persönlichen Angelegenheiten lassen werden, wird sich zeigen. Die uns vorliegende Betriebsordnung der LPG „Rosa Luxemburg" in Klein-Haßlow bei Wittstock-Dosse verfügt praktisch über die gesamte Zeit des Tages, sei es durch Arbeit, sei es durch Schulung. Gravierend ist vor allem die Bestimmung, daß der Vorstand der LPG berechtigt ist, die Arbeitszeit für einen bestimmten Zeitraum zu ändern und zu verlängern sowie Arbeit an Sonn- und Feiertagen anzuordnen.) In diesem Zusammenhang verdient auch Erwähnung, daß die 1200 kirchlichen Güter und Betriebe der Zone nicht kollektiviert worden sind. Sie sind allerdings vollkommen isoliert und von den Genossenschaften abhängig, die jetzt — wenn sie wollen — anstelle der Einzelbauern als Pächter des kirchlichen Bodens zu zahlen haben. Der Wert des kirchlichen Grundbesitzes besteht demzufolge jetzt nur noch darin, daß er weiterhin einen gewissen Vermögensstock (für die evangelischen Kirche) bildet.

Kollektivierung auch der privaten gewerblichen Wirtschaft

Nachdem die westlichen Beobachter sich in der Beurteilung des Tempos der Kollektivierung der freien Bauern der Zone geradezu beängstigend getäuscht haben, sind sie jetzt geneigt, eine Fortsetzung der Kollektivierung auch im Bereich der gewerblichen Privatindustrie mit Abschluß der Aktion noch vor Beginn der Gipfelkonferenz anzunehmen. Die Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden in der Zone scheinen ebenfalls mit der Beseitigung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit zu rechnen, wie ihre zunehmende Flucht nach West-Berlin erkennen läßt. Um diese Befürchtungen zu zerstreuen, hat die Pressestelle des „Nationalrates der Nationalen Front", der Dachorganisation aller Parteien und Massenorganisationen der Zone, am 20. April folgende Erklärung abgegeben:

„In allen Bezirken und Kreisen unserer Republik haben sich seit Jahren eine große Zahl von Handwerkern, privaten Unternehmern und Einzelhändlern, überzeugt von der Richtigkeit und Überlegenheit des sozialistischen Weges sowie der Sicherheit ihrer Zukunft, für neue, sozialistische Formen ihrer Arbeit entschieden. Die im demokratischen Block vereinten Parteien und Massenorganisationen erklären, daß keinerlei Absichten und Gründe bestehen, diese gesunde und den ökonomischen Erfordernissen entsprechende Entwicklung zu beschleunigen. Die weitere Entwicklung des Handwerks und der kleinen Unternehmungen in unserem sozialistischen Staat wird sich im Rahmen der Volkswirtschaftspläne vollziehen. So wie bisher werden auch in Zukunft die Aufgaben von Handwerk und Gewerbe sowie die Wege zu ihrer Lösung in den Volksvertretungen in den Bezirken und Kreisen, öffentlich, unter Mitwirkung der Handwerker und Gewerbetreibenden, demokratisch beraten und gelöst."

Diese Erklärung spricht für sich selbst. Noch existieren in der Zone 190 000 selbständige private Gewerbebetriebe, denen Mitte März 1960 nur 3400 „Produktionsgenossenschaften des Handwerks" (PGH) mit 115 000 Mitgliedern, darunter 15 000 Handwerksmeistern, gegenüberstanden. Doch darf man bei diesen Zahlen nicht außer acht lassen, daß die heute mehr als 5000 Privatbetriebe, die mit staatlicher Beteiligung arbeiten, mehr als 60 Prozent der noch vorhandenen privatwirtschaftlichen Kapazität der Zone ausmachen. In den größeren Privatunternehmen sitzt heute also überall der Staat. Im Frühjahr dieses Jahres haben weitere 2000 Privatbetriebe eine staatliche Beteiligung beantragt.

Diese halbstaatlichen Betriebe, die heute noch eine Sonderbehandlung, vor allem in steuerlicher Hinsicht, erfahren, sind als reine Übergangslösung geplant. Die Überführung der privaten gewerblichen Unternehmen in halbstaatliche Betriebe wird zur Zeit forciert. So hat das Zentralkomitee der SED die „Banken für Handwerk und Gewerbe" angewiesen, die Kreditgewährung an selbständige Handwerker und Gewerbetreibende daraufhin zu überprüfen, ob sie der sozialistischen Umgestaltung der privaten Wirtschaft dienen. Die Überprüfung ist den SED-Gruppen der Banken übertragen worden. Den privaten Unternehmern in Industrie und Baugewerbe soll nahegelegt werden, anstelle kurzfristiger Kredite eine staatliche Beteiligung aufzunehmen („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 21. 4. 60). Die Kollektivierung und Besitzenteignung scheint sich Ende April zunächst auf die übrigen Sektoren der Nahrungsmittelproduktion verlagert zu haben. So wurde die private See- und Küstenfischerei Mecklenburgs innerhalb weniger Tage sozialisiert.

Das neue Schulgesetz vom 2. Dezember 1959

Die Kollektivierung der Menschen wird jedoch nicht nur in der Wirtschaft konsequent vorangetrieben. Die Partei bedient sich auch aller anderen Möglichkeiten dazu. Besondere Bedeutung hat hierbei das Erziehungs- und Schulwesen.

Über die probeweise Einführung des polytechnischen Unterrichts in den Schulen der Zone hatten wir bereits vor einem Jahr berichtet (vgl. 13. Jhg., S. 551). Inzwischen ist diese Unterrichtsform für die gesamte Zone gesetzlich eingeführt worden. Am 2. Dezember 1959 hat die Volkskammer beschlossen:

„§ 1 (1) Die allgemeinbildende Schule für alle Kinder in der Deutschen Demokratischen Republik ist die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule, im folgenden Oberschule genannt.

(2) Die Oberschule ist bis zum Herbst des Jahres 1964 planmäßig und schrittweise, den ökonomischen Bedingungen und Perspektiven in den einzelnen Bezirken und Kreisen entsprechend, aufzubauen ...

§ 8 (2) Die Schulpflicht besteht vom beginnenden 7. Lebensjahr für alle Kinder, deren Erziehungspflichtige ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik haben; sie ist in den staatlichen Schulen der Deutschen Demokratischen Republik zu erfüllen ...

§ 16 (1) Es ist die Aufgabe der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Einrichtungen, der Schule und den Erziehungseinrichtungen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben wirksam zu helfen.

(2) Die pädagogischen Wissenschaftler haben die Erfahrungen der Lehrer und Erzieher gründlich auszuwerten und zu verallgemeinern. Es ist ihre Aufgabe, den Lehrern und Erziehern bei der sozialistischen Entwicklung der Schule umfassende Hilfe zu erweisen. Die pädagogische Wissenschaft soll sich dabei auf die fortschrittlichen Traditionen der deutschen Pädagogik stützen und die Erkenntnisse und Erfahrungen der Pädagogik in der Sowjetunion sowie in den anderen sozialistischen Ländern nutzen."

(Der Wortlaut der umfangreichen Präambel zu dem Gesetz findet sich im „Informationsblatt", 24. 3. 60, dessen

Dokumentation, die von Gottfried Niemeier zusammengestellt wurde, wir auch für die übrigen gesetzlichen Neuregelungen auf dem Gebiet von Schule und Erziehung in der Zone folgen.)

Die Bedeutung des neuen Schulgesetzes und die mit ihm verbundenen Absichten werden jedoch erst deutlich, wenn es im Zusammenhang mit der am 12. 11. 59 verabschiedeten „Schulordnung" gesehen wird. Aus der „Schulordnung", die auch für die weiterhin bestehende, den Erfordernissen der „sozialistischen Gesellschaft" jetzt neu angepaßte „erweiterte zwölfklassige polytechnische Oberschule" gilt, sind folgende Bestimmungen von besonderer Bedeutung:

„§ 5 (1) Für alle Schüler ist die planmäßige Bildungs- und Erziehungsarbeit außerhalb des Unterrichts in Schulhorten zu ermöglichen. Der Schulhort ist ein fester Bestandteil der Schule ...
(2) Die Hauptaufgabe des Schulhortes ist es, den Schülern beim Lernen zu helfen und sie in einer sinnvollen Freizeitgestaltung erzieherisch zu betreuen ... Dabei ist mit der Pionierorganisation ‚Ernst Thälmann' und der Freien Deutschen Jugend eng zusammenzuarbeiten.
(3) Der Schulhort ist ganztägig geöffnet ...
§ 6 (2) Die Schüler dürfen durch Veranstaltungen, die außerhalb des Unterrichts liegen, erst zwei Stunden nach Schluß des lehrplanmäßigen Unterrichts und anderen verbindlichen Veranstaltungen der Schule beansprucht werden ..."

Über die Aufgaben der Schulleiter heißt es in der „Schulordnung":

„§ 12 (2) Der Direktor oder Schulleiter muß ein politisch und pädagogisch erfahrener Lehrer und guter Organisator sein, der es versteht, ein kameradschaftliches und zielstrebiges Kollektiv zu schaffen. Er hat ständig an der Verbesserung seiner wissenschaftlichen Qualifikation auf politisch-ideologischem und fachlichem Gebiet zu arbeiten ...
§ 13 (1) Der Direktor ... ist für die gesamte politische, pädagogische, schulorganisatorische und verwaltungsmäßige Leitung einer Schule einschließlich des Schulhortes und Internates verantwortlich ...
(2) Der Direktor ... ernennt die Klassenleiter, stützt sich in seiner Leistungstätigkeit auf ihre aktive Mitarbeit und sichert mit ihrer Hilfe die Einheitlichkeit des Handelns aller Lehrer und Erzieher ...
(4) g) Er sichert die Feriengestaltung der Schüler sowie die Erledigung aller Aufgaben der Schule auch in den Ferien, insbesonders die Vorbereitung des neuen Schuljahres ...
§ 14 (1) Der Direktor ... hat die Schule nach dem Prinzip der Einzelleitung auf der Grundlage kollektiver Beratungen zu leiten. Er stützt sich auf den Pädagogischen Rat, den Elternbeirat, den Polytechnischen Beirat des Betriebes, die Schulgewerkschaftsgruppe und die Leitungen der Freien Deutschen Jugend und der Pionierorganisation ‚Ernst Thälmann'. Er muß die Hilfe der Bevölkerung organisieren und sie in die Lösung der Aufgaben einbeziehen ...
§ 17 (1) Der Leiter des Schulhortes soll ein ausgebildeter Lehrer sein ...
(4) Zur Sicherung einer engen Zusammenarbeit mit der Pionierorganisation ‚Ernst Thälmann' und der Freien Deutschen Jugend bei der Freizeitgestaltung der Schüler hat er die Arbeitspläne des Schulhortes mit den Plänen der zuständigen Leitungen zu koordinieren ..."

Über die Aufgaben des Lehrers und Gruppenerziehers im Schulhort heißt es:

„§ 25 (1) Der Lehrer und der Gruppenerzieher im Schulhort sind für ausreichende Hilfe bei der Anfertigung der Hausaufgaben und für eine erzieherisch wertvolle Freizeitgestaltung der Schüler der Gruppe verantwortlich. Grundlage dafür sind der Jahresarbeitsplan der Schule, das ‚Programm der Jungen Generation für den Sieg des Sozialismus' und das Stufenprogramm der Pionierorganisation ‚Ernst Thälmann'.
(2) Der Gruppenerzieher muß seinen Plan mit dem Arbeitsplan des Klassenleiters, der Pioniergruppe oder FDJ-Gruppe abstimmen ..."

Aus der unmittelbar nach der „Schulordnung" veröffentlichten „Elternbeiratsordnung" sind besonders die §§ 5 und 12 aufschlußreich:

„§ 5 (1) An jeder allgemeinbildenden Schule ist ein Elternbeirat zu bilden ...
(8) Außer den gewählten Mitgliedern gehören dem Elternbeirat als stimmberechtigte Mitglieder an:
ein Vertreter des Patenbetriebes,
eine Vertreterin der FDJ,
der Vorsitzende der Freundschaftsleitung der Pionierorganisation ‚Ernst Thälmann' oder der hauptamtliche Sekretär der FDJ-Grundeinheit bzw. ein Vertreter der FDJ-Kreisleitung,
ein Lehrer oder Erzieher als Vertreter der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung,
ein Vertreter des jeweiligen Ausschusses der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und im zweisprachigen Gebiet ein Vertreter der Domowina.
Die Direktoren und Schulleiter nehmen an den Sitzungen der Elternbeiräte teil ...
§ 12 (7) Das Klassenelternaktiv unterstützt die Arbeit der Pionierorganisation ‚Ernst Thälmann', der Freien Deutschen Jugend und des Ausschusses für die Jugendweihe."

Aus dem Gesamt dieser Verordnungen ist zu entnehmen: Die neue Schule in der Zone ist als eine Ganztagsschule angelegt. Der Einfluß der elterlichen Erziehung auf die Kinder wird auf dem Gesetzes- und Verordnungsweg stark beschnitten. Unter schulischer Erziehung wird vorrangig ideologisch-politische Erziehung im Sinne der SED verstanden. Eine überragende Stellung in der neuen Schule kommt dem Direktor oder Schulleiter zu, der für die politische, pädagogische und verwaltungstechnische Führung der Schule einschließlich des Hortes und Internates verantwortlich ist. Er muß absolut linientreu sein. Er muß die Verwirklichung der von der Partei angestrebten Ziele garantieren. Der Einfluß der Eltern auf die Gestaltung des Unterrichts ist durch die neue Elternbeiratsordnung stark zurückgedrängt, die „Pädagogischen Räte" der Schule sind auf dem Verordnungsweg von den Funktionären der Partei und der kommunistischen Organisationen besetzt.

Für die Arbeit der Kirchen in der Schule (Religionsunterricht) sind besonders der § 6 und die §§ 12—15 der „Schulordnung" von Bedeutung. Die Bestimmungen des sog. Lange-Erlasses vom 12. Februar 1958 (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 413), die die Einführung einer Zwei-Stunden-Pause zwischen der Beendigung des lehrplanmäßigen Unterrichts und allen außerschulischen Veranstaltungen verordnet hatte, ist in die neue Schulordnung aufgenommen worden. Nicht ausdrücklich aufgenommen wurde dagegen — wie G. Niemeier im „Informationsblatt", a. a. O. S. 91, betont — die Bestimmung des Lange-Erlasses, nach der alle Personen, die außerschulisch Schüler unterrichten, einem besonderen Zulassungsverfahren unterworfen sind, diese Zulassung vierteljährlich zu erneuern haben und unter der widerruflichen Genehmigung des Schuldirektors stehen. Diese Bestimmung des Lange-Erlasses ist jedoch auch nicht außer Kraft gesetzt worden. Die Unterstellung, daß sie weiter gilt, ergibt sich fast zwangsläufig aus den Bestimmungen der §§ 12—15 der „Schulordnung".

Der Unterrichtsstoff, der in den einzelnen Klassen zu behandeln ist, ist vom Volksbildungsministerium in einem 500 Seiten umfassenden „Lehrplanwerk" präpariert worden. Wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (1. 9. 59) berichtete, wurden aus dem „Lehrplanwerk" auf Einspruch der Ost-CDU 60 Seiten mit rein marxistischen Thesen sowie die Ausführungen über Aberglauben und Wissenschaft gestrichen. Dennoch machen die im „Lehrplanwerk" enthaltenen Anweisungen deutlich, daß die neue Schule die Aufgabe hat, aus den Kindern waschechte Marxisten zu machen. Aus der Staatsbürgerkunde z. B. sei ein kommunistischer Parteilehrgang geworden, schreibt Hans Schuster in der „Süddeutschen Zeitung" (21./22. 11. 1959). Für die 15 Unterrichtsstunden der 9. Klasse über das Thema DDR lautet die Anweisung, es sei im ständigen Vergleich zum militaristisch-klerikalen Obrigkeitsstaat in Westdeutschland herauszuarbeiten, wie dort die Rechte der Werktätigen mißachtet würden. Sechs Stunden sind den „Organen der Staatsmacht der DDR" gewidmet, während nur eine für die Verfassung der Zone bleibt.

Verfolgt man die Schulpolitik der SED seit 1946 an Hand der einschlägigen Gesetze und Verordnungen, dann sieht man, mit welcher Konsequenz das System vorgegangen ist, um seinem Ziel, der Kollektivierung der Jugend, schrittweise näherzukommen.

Schule und Fabrik

Wie wir schon berichteten (vgl. 13. Jhg., S. 551), besteht das Kennzeichen der polytechnischen Schule in der Kombination von schulischem Unterricht und manueller Arbeit in industriellen bzw. landwirtschaftlichen Betrieben. In der sowjetzonalen Schule besteht die Fünf-Tage-Woche. Am sechsten Tag, der vom Schulleiter auf jeden beliebigen Tag der Woche verlegt werden kann, gehen die Schulklassen „brigadeweise" in die volkseigenen Betriebe oder in die LPG. Dort lernen sie unter Anleitung von Sachverständigen „produzieren". Der kleine Prozentsatz von Schülern, der die zwölfklassige „erweiterte polytechnische Oberschule" alten Stils weiter besuchen darf — sie führt direkt zur Hochschulreife, während der Absolvent der normalen zehnklassigen polytechnischen Oberschule über einen „Zweiten Bildungsweg" zur Hochschule geschleust werden kann — muß vor dem Hochschulstudium ein „berufspraktisches Jahr in der Produktion" ableisten.

Die nach dem Gesetz vom 2. 12. 59 konstituierte zehnklassige polytechnische Schule der Zone stellt die Verwirklichung des von Chruschtschow proklamierten neuen sozialistischen Schultypus vom Sommer 1958 dar — an dessen Verwirklichung Chruschtschow in der UdSSR gescheitert ist (vgl. Fritz Schatten, Sowjeterziehung in der Sackgasse, „Rheinischer Merkur", 14. 8. 59). Chruschtschow hat sehr wohl erkannt (vgl. seine Programmschrift vom 21. 9. 58: Über die Festigung der Verbindung der Schule mit dem Leben und über die Weiterentwicklung des Volksbildungssystems im Lande), daß, einmal, die bis 1958 in der UdSSR angestrebte „technische Erziehung um jeden Preis" ein Überangebot von Hochschulabsolventen zur Folge hatte, für die im Wirtschaftsprozeß kein Bedarf besteht, daß ferner die einseitige intellektuell-technische Ausbildung der Jugend zur Übernahme von Führungsaufgaben in Wirtschaft und Technik die Ursache für den empfindlichen Facharbeitermangel in der UdSSR ist und daß schließlich die hochgradige Verschulung der jungen Sowjetrussen zu einer Differenzierung der Anschauungen, Einstellungen und Lebensgewohnheiten des Sowjetbürgers geführt hat, die der sozialistischen Lehre widerspricht und die Schlagkraft des Kommunismus erheblich schwächt. Obgleich die Schulreform nach Chruschtschows Vorstellungen („polytechnische Schule") durch das Gesetz vom 24. 12. 58 verabschiedet wurde, kam die Reform in der Praxis nicht zustande. Sie scheiterte am Widerstand der Eltern und Schüler, vor allem aber an den Wirtschaftsfachleuten, nach deren Ansicht die Einführung Jugendlicher in die wirtschaftliche Produktion für die Wirtschaft Leerlauf, für die Jugendlichen eine Überforderung der Kräfte bedeutet.

Wenn Ulbricht die sowjetrussischen Erfahrungen mit der polytechnischen Schulreform in den Wind geschlagen und die Verbindung von Schule und wirtschaftlicher Produktion mit allen Mitteln in der Zone forciert hat, so mag ihn dazu die katastrophale Lage des ostzonalen Arbeitskräftepotentials mit bestimmt haben.

Durch die ständigen Abwanderungen aus der Zone — im Jahre 1958 belief sich die Zahl der Flüchtlinge auf 203 000, im Jahre 1959 auf 143 000 (rund 50 000 Menschen wanderten dagegen pro Jahr, seit 1958, von der Bundesrepublik in die Zone aus) — hat sich in Mitteldeutschland eine überaltete demographische Struktur herausgebildet. Heute kommen in der Zone auf 100 Personen im arbeitsfähigen Alter 27 Personen, die Altersrenten beziehen. Bedingt durch das Eintreten der geburtenschwachen Jahrgänge (1943—1950) in die Wirtschaft, wird die Zahl der Beschäftigten in den nächsten sieben Jahren in der Zone weiterhin um 650 000 zurückgehen. Auf 100 Erwerbstätige werden 1965 34 Rentner kommen. Der Mangel an Arbeitskräften, der das wirtschaftliche Programm der Partei in Frage stellt, soll durch Rationalisierung der Betriebe, durch die polytechnische Schule, d. h. verkürzte Berufsausbildung der Jugendlichen, und durch verstärkte Frauenarbeit ausgeglichen werden.

Kollektivierung der Frauen

Die staatliche Planungskommission hat daher befohlen, daß 1960 26 Millionen Arbeitsstunden von noch nicht berufstätigen Frauen abgeleistet werden müssen. Die Frauen sollen notfalls in „Frauenbrigaden der Halbtagsarbeit" zusammengeschlossen werden. Um sie von ihren hausfraulichen und mütterlichen Pflichten zu entlasten — die außerhäusliche Berufsarbeit der Frauen hat auch im Bereich der SED Folgen für die Familie —, soll die Zahl der Kinderhorte erhöht, die HO-Gaststätten verstärkt zu „Zentren gesellschaftlicher Speisung" ausgebaut werden, damit die Frauen keine Zeit mehr mit dem Kochen verlieren. Im Leipziger Stadtbezirk Südwest wird zur Zeit in „freiwilliger Arbeit" ein „Kulturzentrum" errichtet, in dem für die 96 000 Bewohner des Stadtbezirks auch Essen ausgegeben werden wird (für die neuen LPG sind ähnliche Kollektivküchen geplant). Ja man geht daran, „Hausarbeitskollektivs" zu schaffen, „die reihum die einzelnen Wohnungen zu säubern haben".

Daß freilich hinter all diesen Unternehmungen nicht in erster Linie wirtschaftliche Erwägungen stehen — Erwägungen, die, würden sie ernstlich angestellt, nur dilettantisch genannt werden könnten —, haben die Parteiführer mehr als einmal zugegeben: Es geht um die Herstellung von gesellschaftlichen Strukturen, die die „Produktion des neuen Menschen" ermöglichen sollen und um die Auslösung von Entwicklungen, deren Folgen irreversibel sind.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Die liturgische Gestaltung des 37. Eucharistischen Weltkongresses

„Gleichsam als Abschiedsgeschenk seiner Liebe hat Papst Pius XII. München zur Stadt des 37. Eucharistischen Weltkongresses bestimmt", schrieben die deutschen Bischöfe in ihrem gemeinsamen vorbereitenden Hirtenwort vom 30. September 1959 (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 125), das den allgemeinen Charakter und die Zielsetzung dieses vom 31. Juli bis 7. August 1960 in München stattfindenden Kongresses umriß. Von Johannes XXIII. wurde die Entscheidung seines Vorgängers sofort bestätigt, die für die deutschen Katholiken einerseits eine große Ehrung bedeutet, ihnen anderseits aber auch die Hauptverantwortung für die liturgische, programmatische und organisatorische Gestaltung der Veranstaltungen und Feierlichkeiten übertrug. Diese Vorschau will eine zusammenfassende Übersicht darüber geben, wie bei den Hauptveranstaltungen des Kongresses theologische und liturgische Grundgedanken in feierliche Gottesdienste übersetzt werden sollen.

Statio orbis

Einer der führenden Liturgiker des deutschen Sprachbereiches, Josef A. Jungmann SJ, hat den glücklichen Ausdruck „statio orbis" geprägt, der die ganze Feier kennzeichnet: Die Weltkirche hält Einkehr in gemeinsamer Eucharistiefeier. Im Gegensatz zu den früheren Eucharistischen Kongressen bis hin zum letzten in Rio de Janeiro im Jahr 1955 steht nun nicht mehr die große Sakramentsprozession mit dem eucharistischen Segen am Höhepunkt und Ende des Kongresses, sondern das heilige Opfer, zu dem sich Vertreter aller Völker des Erdkreises auf der Münchener Theresienwiese am Sonntag, dem 7. August, zusammenfinden. Der Kongreß verzichtet bewußt auf eine große Prozession am Schlußtag, denn die Welterkenntnisse und Lebenserfahrungen unserer Zeit sollen einen lebendigen und liturgisch gestalteten Ausdruck finden, der behutsam und organisch mit dem Überkommenen verbunden ist. Unsere Zeit findet zweifellos einen tieferen Sinn im lebenspendenden Opfer der Eucharistie als in repräsentativen Prozessionen.

Sehr bewußt wurde in diesem Zusammenhang das Problem Masse und Einzelmensch, die Konzentration von Hunderttausenden von Pilgern in der Kongreßstadt und die Möglichkeit für den einzelnen, sich frei zu bewegen, angepackt. Nur zu den großen Abendveranstaltungen und zum Pontifikalamt am Sonntag werden die Massen zusammenströmen. Für das heilige Opfer hat der einzelne die Möglichkeit, jeden Morgen in den verschiedenen Kirchen innerhalb seines Wohnbezirks zu wählen, ob er einer stillen Messe, einer Gemeinschaftsmesse oder einem Choralamt beiwohnen will. Eine Orientierungsmöglichkeit gibt ihm der ausgezeichnete Kongreßführer, der in den sechs Sprachen des Kongresses — Deutsch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch, Italienisch und Englisch — alle Informationen und auch die gemeinsamen Lieder und Gebetstexte enthält. Damit ist eine für den einzelnen frei zu wählende Form der Teilnahme am eucharistischen Opfer im kleinen Kreis der Gemeinde geboten, während er sich am Abend in den Feierrhythmus der großen Gemeinschaft einzuordnen hat. Diese starke Betonung des Mittelpunktes christlicher Existenz, des im eucharistischen Opfer vergegenwärtigten Mysteriums der Erlösung des einzelnen und der Welt durch Christus soll den Teilnehmern und der Welt, deren Produktivkräfte ins Unvorstellbare gewachsen sind und deren Existenzangst ins Bodenlose hinabgesunken ist, zu Bewußtsein bringen, daß wirkliche Rettung und wirkliches Heil nur aus der Liebe des am Kreuz geopferten Gottessohnes kommt. Diesen Grundbezug der Weltexistenz und Weltordnung will der Kongreß sichtbar und bewußt machen, so daß diese statio orbis durch die Eucharistie zum Kraftstrom pro mundi vita, für das Leben der Welt (nach Joh. 6, 51) — wie das Leitwort des Kongresses heißt — wird. Die Gestaltungsformen schon sollen und werden zum Ausdruck bringen, daß sowohl der einzelne — seit Augustinus ist die dramatische Beziehung der individuell ausgeprägten Person zu ihrem gnädigen Gott scharf formulierter christlicher Bewußtseinsinhalt — als auch die Menschheitsfamilie — deren Lebensprinzip die Kirche ist und deren Lebensformen im technischen Zeitalter durch die Massengesellschaft geprägt werden — Mittelpunkt und Ankerpunkt ihrer Existenz nur in der Erlösungstat Gottes finden.

Während dem geistigen Erfassen der großen Fragen unserer Zeit eine bunte Fülle von Einzelveranstaltungen dient, die von den verschiedensten Organisationen getragen werden und an der Grundgestimmtheit des Kongresses orientiert sind, konzentrieren sich die großen liturgischen Schwerpunkte auf die fünf Tage vom Mittwoch, dem 3. August, bis Sonntag, den 7. August, an den Werktagen in den großen Abendgottesdiensten, am Sonntagmorgen im großen Pontifikalamt. Eine Reihe hervorragender Theologen und Liturgieexperten unter dem formellen Vorsitz des Münchener Dompfarrers Prälat Karl Abenthum haben die Feiergestaltung seit März 1959 ausgearbeitet. Erwähnt seien hier neben dem schon genannten Professor Jungmann SJ u. a. die Münchener Universitätsprofessoren Egenter, Pascher und Schmaus, vom Liturgischen Institut in Trier die Professoren Schnitzler und Wagner sowie die Oratorianer Schreibmayer, Tewes und Tillmann. Auch aus der Sowjetzone haben unter größten Schwierigkeiten einige Persönlichkeiten an der Vorbereitung mitgearbeitet und aus der Erfahrungswelt des Christen in atheistischer Umwelt wertvollste Beiträge geleistet.

Mittwoch: Eröffnung der Statio Orbis Catholici

Den Hauptveranstaltungen des Kongresses werden drei Tage des Gebetes, der Sammlung und der Arbeit in kleineren Kreisen vorangehen. Mit dem Empfang des päpstlichen Legaten, Gustavo Kardinal Testa, am Nachmittag des 3. August, wird der Kongreß offiziell beginnen. Die Abendveranstaltung wird eine eindringliche Konfrontierung dieser unserer Welt und ihrer „Heils"-Erwartungen mit Christus, dem Heil und Leben der Welt, bringen. Die Teilnehmer, die ja nicht als Privatleute nach München gekommen sind, sondern als Vertreter des Volkes Gottes aus allen Nationen der Erde, versammeln sich zum erstenmal gemeinsam auf dem Festplatz, der Münchener Theresienwiese. Während des feierlichen Einzugs der Priester, Bischöfe und Kardinäle werden die einzelnen Nationen

als Glieder der Kirche Gottes feierlich begrüßt. Die Begrüßungsgesänge sind im Stil der alten Laudes aus der ottonischen Zeit in lateinischer Sprache gesetzt und werden von der Schola vorgetragen. Die Christen aus allen Nationen der Welt wissen, daß sie als Glieder der ecclesia militans schon jetzt teilhaben an der ecclesia triumphans. Deshalb werden auch die Schutzpatrone und großen Heiligen aus allen Völkern angerufen. Begrüßt werden sodann die Lenker der Staaten und die Fürbitte für sie eingelegt, daß sie Träger gerechter Gewalt sein mögen. Auch ihre Schutzpatrone, die heiligen Könige und Staatenlenker, werden um Beistand angerufen. Der nächste Gruß gilt den Priestern und Bischöfen als Verwaltern der heiligen Geheimnisse. Der letzte Willkommensgruß geht dem Oberhirten der weltweiten katholischen Christenheit, Papst Johannes XXIII., zu, der durch seinen Kardinallegaten vertreten ist. Nach dem Einzug bittet der gastgebende Bischof, Josef Kardinal Wendel, den päpstlichen Legaten, den Kongreß feierlich zu eröffnen.

Nach der durch Gebet und Gesang an den Heiligen Geist gerichteten Bitte, er möge mit seinem Gluthauch diese Versammlung durchwehen und in den Herzen seiner Kinder das Feuer der Liebe entzünden, und nach der Predigt, die Sinn und Inhalt des Kongresses „pro mundi vita" umreißen soll, beginnt die eucharistische Andacht. In feierlicher Prozession wird das Allerheiligste zum Altar getragen. Die versammelten Gläubigen huldigen dem in der Brotsgestalt verborgenen König durch den von Fanfaren begleiteten Triumphgesang „Christus vincit, Christus regnat, Christus imperat". Aus dem Jubel der Begrüßung erwachsen sodann die Fürbitten der Kirche und der Menschheit an Christus, den Herrn der Welt. Klassisch sind die Fürbitten für die Kirche um Einheit und Frieden, Standhaftigkeit und Glaubensstärke. Modern formuliert und mitten in die Gegenwart, bis in die Problematik des Atomzeitalters hinein, sind die Bitten für die Menschheit gestellt. Die Fürbitten klingen aus im Gebet des Herrn. Auf jede der sieben Bitten werden Klerus und Volk mit einem machtvollen „Amen" antworten. Durch den eucharistisch verborgenen Christus gewährt Gott seinem Volk die Erfüllung der großen Bitten: In ihm wird der Name Gottes geheiligt. Durch ihn kommt zu uns sein Reich. Durch ihn geschieht Gottes Wille. Christus ist unser tägliches Brot. Er hat uns von Tod und Sünde erlöst. Der große ambrosianische Lobgesang des „Te Deum" und der sakramentale Segen über die Kongreßteilnehmer, München und die ganze Welt werden schließlich die Eröffnung der statio orbis pro mundi vita abschließen.

Donnerstag: Tag des Abendmahls

Spontan drängte sich dem liturgischen Vorbereitungsgremium der Gedanke auf, die Hauptveranstaltungstage unter die großen Themen der Liebestat Christi, des Welterlösers, zu setzen, wie sie jedes Jahr in der Liturgie der Kartage versinnbildlicht werden. Natürlich steht der ganze eucharistische Kongreß unter dem Zeichen des Abendmahles, da Christus Brot und Wein in sein Fleisch und Blut für das Leben der Welt verwandelte und so seinen Opfertod am Kreuz sinnbildlich vorwegnahm. Doch sind der Geheimnisse so viele, daß an diesem Donnerstag zwei ganz besonders herausgehoben werden sollen: das Geheimnis des Priestertums und das christlicher Nächstenliebe.

Das Mysterium des katholischen Weihepriestertums hat zweifellos den symbolkräftigsten Ausdruck seiner göttlichen Einsetzung im Wort des Herrn am Abend vor seinem Erlösungstod: „Tut dies, sooft ihr es tut, zu meinem Gedächtnis." Schon zuvor hatte der Herr seinen Aposteln priesterliche Sendung und priesterliche Vollmachten übertragen, doch den Höhepunkt ihres priesterlichen Auftrages sollten sie beim letzten Abendmahl erhalten, Wein und Brot in Christi Fleisch und Blut zu verwandeln.

Um während des Kongresses das Geheimnis des Priestertums zu vergegenwärtigen, finden an diesem Donnerstag in den größten Kirchen Münchens Priesterweihen statt. Auf dem letzten Kongreß in Barcelona waren auf dem Festplatz 800 Kandidaten unter drückender Hitze in einer nicht enden wollenden Zeremonie geweiht worden. Eine solche Konzentration mit all ihren Ermüdungserscheinungen wollte man dieses Mal vermeiden. Die etwa 70 Diakone aller Nationen aus den Orden der Franziskaner, Kapuziner, Jesuiten, Karmeliten, Salesianer, Pallotiner und Steyler Missionare werden in kleine Gruppen von fünf bis sieben Weihekandidaten aufgeteilt und in den größeren Stadtkirchen von München zu Priestern geweiht, so daß jeweils ein relativ kleiner Kreis von Kongreßteilnehmern an der Weihehandlung teilnehmen und dadurch erlebnismäßig in das Geheimnis des Priestertums eingeführt werden kann.

Symbol der Nächstenliebe soll das aus dem Brauchtum der ersten Christen übernommene Liebesmahl, die Agape, sein. In den einzelnen Pfarreien treffen sich die dort untergebrachten Kongreßteilnehmer aus allen Ländern mit Mitgliedern der Pfarrei in einem nicht allzu großen Rahmen zu einer festlichen gemeinsamen Mahlzeit, die gegenseitigem Kennenlernen und Verstehen dienen soll. Da in der heutigen Zeit die Mahlzeit den Sinn und die Bedeutung verloren hat, die sie einst in der Antike hatte, bleibt es eine besonders delikate Aufgabe des jeweiligen Pfarrers oder seines Stellvertreters als Gastgeber, die Atmosphäre zu schaffen, um einer solchen Agape die zu befürchtende Steifheit zu nehmen und sie dennoch über dem Niveau des ortsüblichen Münchener „Weißwurst-Essens" zu halten.

„Eucharistie und Nächstenliebe" ist das Thema der morgendlichen Predigten, die sich die Teilnehmer in einer der sechs Kongreßsprachen aussuchen können. „Eucharistie als Mitte christlicher Lebensgestaltung" und „Einheit und Friede als Frucht der Eucharistie" heißen die Themata der großen Nachmittagsveranstaltungen, deren Vorträge durch ein ganz neues Verfahren simultan in fünf weitere Sprachen übersetzt, ins Schriftliche übertragen und auf eine Filmleinwand projiziert werden sollen. Mit Hilfe der modernsten technischen Mittel wird den Gläubigen und der Welt so dargelegt, wie auch heute die von der Kirche verwaltete und gespendete Eucharistie Mittelpunkt im Einzelleben und Lebensprinzip der Gesellschaft und Menschheit ist.

Der Abend dieses Tages wird wieder alle Kongreßteilnehmer auf dem Festplatz versammelt sehen. Wie am Gründonnerstag wird in der Abendmesse die Fußwaschung gefeiert werden. Nach dem Evangelium des Tagesfestes wird die Perikope von der Fußwaschung verlesen. Sodann werden vier Kardinäle rings um den Riesenaltar, wie einst der Herr, als Symbol der Liebe und brüderlicher Verbundenheit Priestern und Laien die Füße waschen. Priester und Laien sind in gleicher Zahl vertreten, um die Gleichwertigkeit des Laien in der Kirche zu manifestieren. Die Fußwaschung ist ein sprechender Ausdruck dafür, wie

der Christ der Welt zu begegnen hat: Er hat Dienst an der Welt zu leisten. Die Fußwaschung, uraltes Zeichen der Demut und Liebe in den Bräuchen des Orients, drückt schließlich das Geheimnis aus, das sich im Kreuzestod und im eucharistischen Opfer verwirklicht: überströmende Liebe und demütige Hingabe des Herrn an die Menschen aller Rassen und Nationen. Mit dieser erneuten Manifestation des Dienstes an der Welt und der Prinzipien der völkerverbindenden Einheit der Kirche wird der Donnerstag abgeschlossen und in die Gedankenführung des Kongresses sind Vorbereitung und Übergang zum Freitag gegeben.

Freitag: Tag des Kreuzes

Der Freitag ist dem Karfreitag nachgestaltet. Die Kirche steht mit Maria unter dem Kreuz. In den Morgenpredigten wird deshalb weitgehend der Aufgabe und Stellung Mariens im Heilsgeschehen Gottes gedacht; denn in der Tagesliturgie wird das Fest Maria Schnee gefeiert. Die große Feierstunde, die von den Frauenverbänden getragen wird, findet am Freitagmorgen unter dem Thema „Die Aufgabe der Frau und Mutter in Familie und Kirche" statt. In den Mittagsstunden werden die Grundgedanken des Kongresses: die Todesangst und der Kreuzestod Christi, wieder in einer besonders eindrucksvollen Form sichtbar. Auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau wird eine große Sühneandacht stattfinden und gleichzeitig eine Kapelle zu Ehren der Todesangst Christi geweiht werden. Eine eindrucksvolle Deutung über den beabsichtigten Sinn dieser Feierstunde gab Heinz Graf in seiner Schrift „Der Eucharistische Weltkongreß 1960 in München" (Rex Verlag, München): „Die Stunden von 12 bis 15 Uhr sind dem Gedenken des Todeskampfes Christi geweiht. So wie der Herr durch Leiden, Verfolgung, Marter und Tod hindurchgehen mußte, nicht für seine eigene Schuld, sondern um die Sünden der Welt zu sühnen, so haben die Häftlinge und die Verfolgten an dieser Stätte Folterung und Kerker, Todesangst und Todesqualen ausstehen müssen. Auch ihr Schicksal stand unter dem Zeichen des Kreuzes, sie sind bewußt oder unbewußt mit Christus den bitteren Leidensweg gegangen. Alle die grausamen Ereignisse der Vergangenheit steigen an dieser Stelle in der Erinnerung auf, werden wieder gegenwärtig, werden nicht entschuldigt, verkleinert oder verharmlost, aber sie werden unter das Kreuz gestellt und vor den getragen, der das alles an seinem eigenen Leibe erlitten und erduldet hat, damit sie in ihm ihren Sinn und ihre Erfüllung finden.
Gleichzeitig ist diese Stunde aber auch eine Zeit der Sühne. Zwar ist kaum einer von uns an diesen Ereignissen in dem Sinne schuldig, daß er als einzelner sie zu verantworten hätte, aber wir können uns auch weder einfachhin von dem Schicksal noch von der Schuld unseres Volkes distanzieren. Wir alle tragen wenigstens insoweit Verantwortung, als wir nun an dieser Stätte, wo Bosheit, Gottlosigkeit und Ungeist Triumphe feierten, stellvertretend Sühne und Abbitte leisten müssen für die Verbrechen, die hier nicht nur gegen Menschen, sondern auch gegen Gott begangen wurden, damit das Kreuz für unser Volk nicht ein Zeichen des Gerichtes und der Strafe, sondern ein Symbol der Auferstehung und Erlösung wird."
Diese vorbereitenden Gedanken werden am Abend in der großen Kreuzesfeier auf dem Festplatz zusammengefaßt, in der aus der Karfreitagsliturgie die Enthüllung und Verehrung des Kreuzes übernommen wird. Das Kreuz in seiner Paradoxie ist die erlösende Kraft der Welt, und an den am Kreuz erhöhten Erlöser werden die Fürbitten gerichtet, ihm werden die großen Anliegen der Christenheit und Menschheit in moderner Formulierung und in ihrer ganzen Aktualität unterbreitet: der Friede, die Einheit im Glauben, die brüderliche Liebe unter den Völkern der einen Welt, das Konzil, die Heiligung der Welt. Das von der Höhe des Altares herabstrahlende Kreuz bleibt als Symbol Zeichen der Verheißung und Hoffnung.

Samstag: Tag des Lichtes

Der Samstag steht im Zeichen der Liturgie der Osternacht und der Erneuerung der Taufgelübde. Durch die Lichtweihe wird die Osternacht eingeleitet, denn durch Christus, den Erlöser, ist das Licht in die Welt gekommen, das bei jedem einzelnen durch die Taufe die Mächte der Finsternis aus der Seele vertreibt. Die Getauften haben die Sendung, Licht der Welt zu sein und so die Welt zu heiligen. Die Tagesthemen stehen daher unter dem Leitgedanken der „consecratio mundi — der Wandlung und Heiligung der Welt". Sie hat ihre Quelle im Sakralen, muß jedoch in Alltag und Beruf verwirklicht werden. Deshalb wird hauptsächlich die Frage nach Sinn und Zweck der Arbeit behandelt werden. Die Morgenpredigten in den einzelnen Kirchen schlagen das Thema „Wochenende und Sonntag", ein hochaktuelles Problem der heutigen Gesellschaft an. Nachmittags versammeln sich die jungen Arbeiter um Msgr. Cardijn, den Gründer der christlichen Arbeiterjugend, um miteinander ihre Stellung als junge Christen in der Welt zu besprechen. Ein weniger spezialisierter Kreis ist zu dem Thema „Weltgestaltung und Welterhaltung in der Kraft der Eucharistie" eingeladen.
Ein zweites Motiv klingt im Laufe des Tages auf, die Sehnsucht und die Frage nach der „Una Sancta", der Einheit der Kirche.
Mit Behutsamkeit und Takt wurde für eine große Veranstaltung im Auditorium Maximum der Universität ein Referent ausgewählt, der durch seine bahnbrechende Arbeit im interkonfessionellen Gespräch weit über die katholischen Kreise hinaus großes Ansehen genießt: Otto Karrer. Vor geladenen Gästen, zu denen auch Vertreter der getrennten Brüder gehören, wird er das Thema „Die Eucharistie im Gespräch der Konfessionen" mit nachfolgender Diskussion behandeln.
Die drei Motive des Tages, Christus das Licht, Heiligung der Welt und Einheit der Kirche, finden im Abendgottesdienst einen harmonischen Zusammenklang. Christus als Quelle des Lichtes steht im Mittelpunkt der östlichen Liturgie. Die „Consecratio mundi" ist eines der großen Themen östlicher Frömmigkeit und Lebensgestaltung. Schließlich ist es für die Una Sancta wichtig, daß es in der katholischen Kirche nicht nur den lateinischen Ritus gibt, sondern die Einheit in der Vielfalt viel umfassender ist. Unter diesen Gedanken wird der Samstag durch ein großes Hochamt der östlichen Riten in feierlicher Konzelebration von etwa 20 Bischöfen abgeschlossen. Die liturgischen Gesänge der Zelebranten erklingen in Griechisch, Kirchenslavisch und Russisch, drei Chöre antworten je in Griechisch, Ukrainisch und Russisch, um so die Vielfalt und Einheit der weltumspannenden Kirche zum Ausdruck zu bringen. Im Rahmen dieser Kirche erneuern die Gläubigen anschließend ihre Taufgelübde und erhalten als Zeichen ihrer Sendung brennende Kerzen, um Licht der Welt zu sein.

Sonntag: Tag des Herrn

Das große Pontifikalamt am Sonntag ist Zusammenfassung und Höhepunkt aller Gedanken und Gebete der vorausgehenden Tage im Vollzug der Eucharistie. Das Läuten aller Glocken der Stadt, Festfanfaren und ein eigens komponiertes Praeconium, einen Festchor für gemischten Chor, Kinderchor und Bläser, das letzte Werk des Kirchenmusikers Josef Haas, bilden den festlichen Auftakt. Das feierliche „Tu es Petrus", von Schola und Volk gesungen, bereitet auf die Papstbotschaft vor. Nach dem Wort des Heiligen Vaters antwortet das Volk durch die Kongreßhymne „Laetamini", an die sich ein Missionsopfergang der Vertreter der etwa 300 Erzdiözesen der Welt anschließt.

Das Proprium vom Fronleichnamsfest wird lateinisch gesungen, aufgeteilt in Chor, Vorsänger und Volksruf. Beim Introitus und Graduale erklingen jeweils die ganzen Psalmen, auf deren einzelne Verse das Volk mit Alleluja antwortet. Unter dem Thema „Eucharistie und Endzeit" wird die Predigt Kardinal Wendels stehen. Hunderte von Priestern werden die Kommunion austeilen. Durch diesen gemeinsamen Kommuniongang wird die Weltkirche als der eine Leib Christi offenkundig. An alle seine Glieder ergeht dann die große Sendung des „Ite, missa est" von München, das für wenige Tage „statio orbis catholici" war, in alle Länder, damit sie, erfüllt vom Erlebnis des Kongresses, Zeugen und Lichtboten „pro mundi vita" seien.

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

BLONDEL, Maurice. *Pensées zur l Église.* In: Études Mai 1960 S. 145—153.

Im unveröffentlichten Nachlaß von Blondel befinden sich über dreitausend Zettel mit aphoristischen Aufzeichnungen, von denen einige, die die Kirche zum Gegenstand haben, hier als Beispiele veröffentlicht werden. In der Prägnanz ihrer Formulierung und der intuitiven Kraft ihres Gehaltes erinnern sie an die Gedanken Pascals. Als Früchte der Betrachtung eines im besten Sinne existentiellen Denkers erfüllen sie verschiedene ekklesiologische Begriffe und Aussagen mit neuem Leben.

CARPENTIER, René. *La vie religieuse au cœur du peuple de Dieu.* In: Christus. Cahiers spirituels Bd. 7 Nr. 26 (April 1960) S. 151—170.

Alle Beiträge dieses Heftes sind dem Ordensstand gewidmet. Der obige behandelt mit theologischer Gründlichkeit seine Beziehung zum und seine Funktion im Volk Gottes. So wird ein guter Ausgangspunkt gewonnen, das in weiten Kreisen schwindende Verständnis für das Ordensleben wieder zu beleben. Die folgenden Aufsätze führen die Gedanken weiter. Ein kleines Lexikon am Ende des Heftes faßt den reichen Inhalt zusammen.

CULLMANN, Oscar. *Das Thomasevangelium und die Frage nach dem Alter der in ihm enthaltenen Tradition.* In: Theol. Literaturzeitung Jhg. 85 Nr. 5 (Mai 1960) Sp. 321—334.

Die Untersuchung stellt fest, daß der neue Fund nicht nur für die Geschichte des Gnostizismus, sondern auch für die synoptische Tradition wichtig ist, weil der Text auch Logien enthält, die formal und inhaltlich den synoptischen Jesusworten gleichen. Die Möglichkeit sei nicht ausgeschlossen, daß hinter der gnostischen Tradition eine noch ältere nichtgnostische stehe, die von den Synoptikern unabhängig sei. Der Aufsatz stellt die Probleme für die Forschung des Verhältnisses, das das Thomasevangelium zu den Synoptikern, besonders Lukas hat.

HEUSCHEN, L. *La Communion en dehors de la messe.* In: Paroisse et Liturgie Jhg. 42 Nr. 3 (Mai 1960) S. 220—223.

Der Aufsatz kommentiert das diesbezügliche neue Dekret der Ritenkongregation (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 342) und macht sinnvolle Vorschläge für die Gestaltung der Andachten, die das Dekret in Verbindung mit der Kommunionspendung vorschreibt.

KIRCHGÄSSNER, Alfons. *Das Opfer Christi im Licht archaischer Opfervorstellungen.* In: Liturgisches Jahrbuch Jhg. 10 Heft 2 (1960) S. 75—90.

Da der Opferbegriff der katholischen Theologie keine sehr lange Tradition hat, der religiöse Opfergedanke dagegen eine lange Geschichte, meint der Verfasser, daß der in unserer Dogmatik vorgetragene Opferbegriff möglicherweise nicht völlig zureicht, um alle Aussagen der Schrift über den Tod Christi und seine Feier zu erklären. Durch eine Heranziehung zahlreicher Motive aus den Opferkulten der Religionen, die im Neuen Testament nachwirken, wird versucht, der Theologie eine breitere Grundlage für ihre Aussagen zu geben.

KOSTER, M. Dominikus, OP. *Ist die Frage nach der Corredemptio Mariens richtig gestellt?* In: Theologische Quartalsschrift Jhg. 139 Heft 4 (1959) S. 402—426.

Eine grundlegende Kritik an der „affektiv-spirituellen" Mariologie, die die Frage nach der Corredemptrix falsch gestellt habe, so daß der Rückweg zu der in den 20er Jahren verlassenen nüchternen Mariologie, die von einer integren Christologie ausging und die unveräußerliche Mittlerschaft Christi nicht antastete, gefunden werden müsse. Der auch in methodischer Hinsicht wertvolle Beitrag dürfte wesentlich zur Entspannung überhitzter Erwartungen und Bemühungen beitragen.

NIELEN, Josef Maria. *Leben aus dem Wort.* In: Bibel und *Leben* Jhg. 1 Heft 1 (März 1960) S. 3—16.

Seit März dieses Jahres erscheint, herausgegeben von Johannes Botterweck und Josef Maria Nielen, die Zeitschrift „Bibel und Leben" (Patmos Verlag, Düsseldorf, je Heft 75 S., vierteljährliche Erscheinungsweise, Jahresabonnement: 15.— DM, Preis des Einzelheftes: 4.— DM). Die neue Zeitschrift verfolgt zwei Ziele: die Liebe zur Heiligen Schrift zu wecken und zu vertiefen und Brücken zu schlagen von der Bibelwissenschaft zu den Menschen, die aus der Bibel leben wollen. Dem entspricht die Anlage des Heftes. Geboten wird jeweils ein bibeltheologischer Beitrag über ein zentrales Thema (im ersten Heft Nielen: Leben aus dem Wort, und Hillmann: Einführung in die Grundgedanken des Hebräerbriefes), ein Kommentar zu ausgewählten Abschnitten (Botterweck: über Mal. 1, 2—5), ein Beitrag zur Bibelkunde (Dey: Von der Sprache des NT), eine Anleitung zum biblischen Betrachten (Emmanuel von Severerus OSB: Über die Theologie der Meditation), eine Homilie (Kahlefeld) und ein Literaturbericht (Karl Th. Schäfer: Über das neuentdeckte Thomasevangelium).

OSTERMANN, Heinrich, SJ. *Der Mann und die Eucharistie.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 8 (Mai 1960) S. 81—87.

Der Verfasser behandelt die verschiedenen Einstellungen des Mannes zur Eucharistie und zur Meßfeier. Wenn allgemein gilt, daß der Mann im Gegensatz zur Frau stärker auf den Gehalt des Sakramentes sieht als auf das äußere Zeichen und anderseits der Mann in seinen verschiedenen Lebensphasen für verschiedene religiöse Werte besonders ansprechbar ist, so muß die praktische Pastoral diese männlichen Besonderheiten bei der Verkündigung über die Eucharistie wie auch bei der Meßgestaltung berücksichtigen. Die bei uns heute übliche Meßfeier kommt nach Ostermann diesen Besonderheiten nicht allzu sehr entgegen. 40 % aller befragten kirchentreuen Männer einer Großstadt wünschten sich nur oder oft eine stille heilige Messe. „Der Mann will in der heiligen Messe Stille und Möglichkeit zur Sammlung." Dem entspricht auch, daß in der gleichen Umfrage die meisten Männer darüber klagten, daß ihnen die heutige Meßgestaltung keine Zeit für eine persönliche Danksagung nach dem Kommunionempfang lasse.

SCHEFFCZYK, Leo. *Die Idee der Einheit von Schöpfung und Erlösung in ihrer theologischen Bedeutung.* In: Theol. Quartalsschrift Jhg. 140 Heft 1 (1960) S. 19—37.

In Auseinandersetzung mit der traditionellen Theologie, die weithin eine äußerliche Bei- und Nebenordnung von Schöpfung und Erlösung vertrat und wesentliche Züge der Heilswirklichkeit übersah, weist die Tübinger Antrittsvorlesung aus den Offenbarungsquellen des Alten und Neuen Testaments die innere Einheit nach, die auch für die Schöpfung nur ein Ziel kennt, nämlich die Erlösung, ohne die Gefahr zu übersehen, daß die Übernatur zum geschuldeten Titel der Natur werden könnte. Zum Schluß wird auch der Zusammenhang von Weltgeschichte und Heilsgeschichte dargelegt.

SECKLER, Max. *Das Heil der Nichtevangelisierten in thomistischer Sicht.* In: Tübinger Theologische Quartalschrift Jhg. 140 Heft 1 (1960) S. 38—69.

Die an Maritain oritentierte scharfsinnige Analyse der einschlägigen aber unvollständigen Aussagen des hl. Thomas glaubt — auf der Grundlage der Lehre, daß die Natur auf die Gnade hin erschaffen ist —, daß der echte sittliche Akt des Nichtevangelisierten auf jenen Glauben zielt, den das Evangelium fordert und damit Joh. 3, 21 entspricht. Der Glaubenssinn der Kirche habe diesen Zusammenhang geahnt, aber noch nicht systematisch geklärt.

THIEME, Karl. *Neues Evangelium?* In: Hochland Jhg. 52 Heft 4 (April 1960) S. 307—314.

Eine Auseinandersetzung mit der Neuerscheinung „Evangelien aus dem Nilsand" von van Unnik (Frankfurt 1960), einem vor kurzem gefundenen „Thomasevangelium". Bei dieser Schrift handelt es sich um eine koptische Fassung von einer bisher in ihrer griechischen Urfassung fast unbekannten Sammlung von 114 Jesu-Worten. Es ist ein späte, häufig verfälschende Anthologie, die nichts wesentlich Neues über den historischen Jesus aussagt. Ihr Hauptkennzeichen ist ihr gnostischer Charakter; es werden Worte angeführt, keine Taten, die Worte sind aus dem geschichtlichen Zusammenhang gelöst. Der Wert der neuen Schriftfunde könnte nach Thieme darin bestehen, daß sie Fingerzeige vermitteln, wie das gnostische Denken in die Offenbarungstexte eingedrungen ist, also in ihrer Funktion als Hilfsmittel für die deutlichere Herausklärung des kanonischen Evangeliums.

THOMAS Joseph. *Die industrielle Welt und der Glaube.* In: Dokumente Jhg. 16 Heft 2 (April 1960) S. 103—110.

Eine „transzendentale Analyse" des industriellen Bewußtseins: der technische Mensch von heute lebt aus dem Glauben an das Rationalitätsprinzip,

den Leistungskult und den Fortschritt. Es sind drei Häresien, die den Glauben bedrohen, in denen jedoch verborgene Wahrheiten stecken, wenn sie auch entstellt sind. Die Predigt der Kirche muß, wenn sie den modernen Ungläubigen wieder fassen will, an diesen drei Häresien ansetzen. Sie muß den Schöpfergott predigen, nicht nur den „Herrn der Geschichte", sie muß von seiner Allmacht künden, von der „wirksamen Gnade". Sie muß zeigen, daß der Glaube ein „Vorwärts" auf die Zukunft ist, der aber auch ein „Darüber" kennt. „Aus der Verfolgung eines stets flüchtigen Morgen ersteht eine bleibende Stadt, die später erst offenbar wird."

Kultur

BÜCHNER, Franz. *Die deutsche Hochschulreform am Scheideweg.* In: Die Deutsche Universitätszeitung Jhg. 15 Heft 4 (April 1960) S. 11—14.

Im Rahmen einer Forumdiskussion: Reform der medizinischen Fakultäten an den westdeutschen Hochschulen, behandelt der Freiburger Pathologe einige Grundprobleme der medizinischen Fakultäten, die weit über diese Disziplin hinausgehen. Die von der Öffentlichkeit häufig erhobene Forderung nach Trennung von Lehrstuhl und Administration, nach Einrichtung von Doppelordinarien, nach Auflösung der großen Vorlesung der Ordinarien lehnt Büchner kategorisch ab. Er sagt, daß „ein Lehrstuhl auf die Dauer nur so lange ein Instrument der Wissenschaft und ihrer Vertretung im Unterricht bleibt, so lange sein Inhaber aus der gesamten Erfahrung seines Faches heraus universal denkt ..." Würde man die großen universalen Lehrstühle zerstören, dann bedeutete das einen unwiderbringlichen Substanzverlust für die wissenschaftliche Welt.

HAHN, Karl Josef. *Boris Pasternak.* In: Hochland Jhg. 52 Heft 4 (April 1960) S. 325—338.

Eine Analyse des „Doktor Schiwago", dessen Stil und Kunstauffassung noch stark von der Welt des beginnenden Jahrhunderts geprägt sind, dessen Komposition wenig überzeugend ist. Die Ursache für die formalen Schwächen des Werkes ist nach Ansicht des Verfassers Pasternaks dichterische Eigenart als Lyriker. Dennoch muß der Roman als Pasternaks Hauptwerk gelten. In ihm wird die geistige Entwicklung des Russen deutlich: sein Glaube an die Natur und an das Leben, seine Hinwendung zur Religion und zum Christentum. Von der Erfahrung dieser Welt aus kommt er zu seinem negativen Urteil über die Revolution und den Marxismus.

KUHN, Wolfgang. *Westdeutsche Schulbiologiebücher.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 8 (Mai 1960) S. 88—97.

Der Verfasser hat die Biologiebücher, die an den westdeutschen Volksschulen verwendet werden, sorgsam gesichtet. Das Ergebnis seiner Untersuchung lautet: „Die Mehrzahl unserer Volksschulbiologiebücher ist um mindestens fünfzig Jahre hinter der Entwicklung der Wissenschaft zurückgeblieben ... Hier wird, im Gegensatz zu den Erkenntnissen moderner Biologie, noch immer mechanistischer oder, wie ihn die Verfechter des Diamat, der diesen primitiven Mechanismus längst überwunden hat, verächtlich nennen, biologischer Vulgärmaterialismus gepredigt." Nicht daß die Schulbuchautoren immer wieder zum Verständnis des menschlichen Körpers Beispiele aus der Technik anführen, beunruhigt den Verfasser, sondern daß sie fast nie darauf hinweisen, wodurch sich der lebendige Organismus von der Maschine unterscheidet. Durch einen solchen Unterricht, der es sich leicht macht, indem er verfälscht, werde der beste Nährboden für den weltanschaulichen Materialismus geschaffen.

Politisches und soziales Leben

An open Letter from South American Students to the President. In: The Commonweal Vol. LXXII Nr. 2 (8. April 1960) S. 34 bis 36.

Commonweal veröffentlicht diesen Brief einer Gruppe „gemäßigter" chilenischer Studenten an den Präsidenten der USA, als „eines der bedeutsamsten Ergebnisse von dessen Südamerikareise". Die USA werden beschworen, sich nicht auf die Verteidigung der bestehenden Ordnung festzulegen, da dies für Südamerika die Befestigung der bestehenden Unordnung bedeute. Die kubanische Revolution werde von der südamerikanischen Universitätsjugend mit brennender Anteilnahme verfolgt, auch wenn sie nicht ohne Qualifikationen gutgeheißen werde. Südamerika könne sich nicht den USA-Interessen unterordnen. Ein tiefes Ressentiment gegen den USA-Kapitalismus durchzieht den sehr gut durchdachten und fomulierten Offenen Brief.

BAHRDT, Hans Paul. *Die Stellung der „technischen Intelligenz" in der Gesellschaft.* In: Frankfurter Hefte Jhg. 15 Heft 4 (April 1960) S. 241—248.

Unter „technischer Intelligenz" (einem sehr wahrscheinlich aus den Ostblockländern stammenden Begriff) versteht Bahrdt jene Techniker und Naturwissenschaftler, die ihr Wissen auf der Universität, der Technischen Hochschule oder Fachschule erworben haben und in ihrer Arbeitswelt hoch spezialisiert tätig sind, in ihrem Privatleben dagegen Einstellungen und Verhaltensweisen von Kleinbürgern bekunden. Sie unterscheiden sich vom Intellektuellen dadurch, daß sie nicht kritisch zum herrschenden Geist der Zeit stehen, daß sie weder ein eigenes Weltbild hervorgebracht noch Ansätze zu einem solchen entwickelt haben und daß sie sich offensichtlich der Macht, über die sie verfügen, nicht bewußt sind.

BOULADOUX, Maurice. *Die französischen christlichen Gewerkschaften (CFTC) und die V. Republik.* In: Labor Jhg. 7 Nr. 2 (1960) S. 71—74.

Der Verfasser behandelt vier Fragen: 1. die bislang erfolglosen Bemühungen um eine Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmergewinn in Frankreich; 2. das Projekt des sog. bezahlten Ausbildungsurlaubs; 3. die wenig Gutes verheißende Durchführung der Sozialreform; 4. Bezüglich der Position der christlichen Gewerkschaften Frankreichs gegenüber dem Regime de Gaulles erklärt der Verfasser, sie sei positiv trotz zeitweiliger Kontakte mit den kommunistischen Gewerkschaften. Insgesamt betrachtet, sei jedoch ihre Stellung zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der V. Republik eher negativ als zustimmend (das gilt besonders bezüglich der Auswirkungen des Währungsschnittes auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter). Bouladoux faßt zusammen: Die dumpfe Unzufriedenheit der französischen Arbeiter, ein Ergebnis der ständig steigenden Lebenshaltungskosten, „würde sich wahrscheinlich mit großer Heftigkeit bekunden, wenn nicht die Meinung der Arbeitnehmer unter der Wirkung des politischen Chloroforms stünde, die den Existenzbedingungen und dem Funktionieren der V. Republik zugrundeliegt."

BUCHHEIM, Karl. *Die unpolitische deutsche Kultur.* In: Hochland Jhg. 52 Heft 4 (April 1960) S. 299—306.

Der Beitrag untersucht an Hand von H. Pleßners „Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit des bürgerlichen Geistes" (Stuttgart 1959) die historischen und geistesgeschichtlichen Gründe für die beiden Zusammenbrüche Deutschlands im 20. Jahrhundert. Die wichtigste Korrektur, die Buchheim an der Darstellung Pleßners vornimmt, betrifft die Bedeutung Luthers und der evangelischen Kirchen (einschließlich ihrer Mentalität) für die deutsche Geschichte. Nach Pleßner ist Luther der Schöpfer einer Kirche aus dem Evangelium des Glaubens — im Gegensatz zur „politischen" Kirche —, der Vorkämpfer für den griechischen Urtext gegenüber der römischen Vulgata, der Ausgangspunkt einer Entwicklung, die später mit „deutscher Innerlichkeit" bezeichnet wurde und die die deutsche Kultur im 19. Jhrt. entscheidend geprägt hat. Buchheim zeigt dagegen, daß Luther und auch die evangelische Kirche bis zum Ende des 17. Jh. kirchlich dachten und fühlten. Erst der Pietismus erschütterte diese Kirchlichkeit. Indem er zur Grundlage des Staatskirchentums (in Preußen) wurde, konnten Aufklärung, Pantheismus und Idealismus in das kirchliche Denken einbrechen und es aushöhlen.

BURZIO, Lorenzo. *Considerazioni sulle correnti nella Democrazia Cristiana.* In: Vita e Pensiero Jhg. 43 Nr. 4 (April 1960) S. 251—258.

Die besorgniserregende innere Labilität der DC in Italien infolge dauernder Spannungen zwischen den sich vervielfältigenden Strömungen innerhalb der Partei wird in diesem Aufsatz erklärt. Er versucht, gewisse politische und ethische Normen aufzuzeigen, deren Beachtung eine Existenzfrage für eine „christliche" Partei" sei.

CADET, Jean. *L'autorité pastorale dans la pratique de l'Église catholique.* In: Verbum Caro Nr. 54 (1960) S. 115—135.

Der katholische Autor, Professor am Großen Seminar von Laval, erklärt hier in dem Organ des reformierten Klosters Taizé den theologischen Sinn des Kanonischen Rechtes aus seiner pastoralen Zielsetzung, d. h. aus dem Vorrang der Liebe, ohne die Gefahren zu verschleiern, die dann entstehen, wenn das Hirtenamt nicht wachsam auf den Heiligen Geist hört.

CALVEZ, J.-Y. *Le socialisme en question.* In: Revue de l'Action populaire Nr. 138 (Mai 1960) S. 517—532.

Gegen alle Wahrscheinlichkeit und die Erfahrungen nach dem ersten Weltkrieg hat die politische Entwicklung nach 1945 in den hoch industrialisierten Ländern den Sozialismus nicht begünstigt, so daß er in eine Krise geraten ist, die ihn genötigt hat, sein Programm von neuem einer Revision zu unterziehen. Calvez gibt einen guten Überblick über diesen Umformungsprozeß in den einzelnen europäischen Ländern. Ein anschließender Aufsatz von R. Rémond beschäftigt sich noch insbesondere mit den französischen Sozialisten.

MASER, Werner. *Die geistige Situation des modernen Industriearbeiters.* In: Eckart Jhg. 29 Heft 2 (April/Juni 1960) S. 104—113.

Anhand neuester Literatur und Statistik kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, der Industriearbeiter sei in einem derartigen Ausmaß von technischen Prozessen normiert, daß er individuellen Entscheidungen und kulturellen Anregungen aus dem Wege geht, ohne um diese seine menschliche Entartung zu wissen. Sein Interesse richte sich, abgesehen von einem Komfortismus seiner Freizeit- und Lebensgestaltung, fast nur auf technische Fortbildung. Sein Denken sei von ideellen Leitbildern völlig emanzipiert.

MASSE, Benjamin L. *Workers and Jobs in the 1960's.* In: America vol. 103 Nr. 2 (9. April 1960) S. 44—46.

Masse skizziert kurz die wichtigsten Daten aus der Vorschau des US Department of Labor auf die Struktur des Arbeitsmarktes im kommenden Jahrzehnt: Während die Bevölkerungszahl wahrscheinlich um 15 % wachsen wird, wird die Beschäftigtenzahl um 20 % wachsen. Die größte Vermehrung geht in der Schicht der Arbeiter unter 25 und über 45 Jahren vor sich; die Zahl der weiblichen Beschäftigten wird um 25 % wachsen. Unter den Beschäftigtengruppen werden die Dienstleistungsberufe und die „white collar"-Berufe am stärksten zunehmen — entsprechend nimmt die Länge der Schul- und Ausbildungszeiten zu. Für die Gewerkschaften, deren Mitgliederzahlen ohnehin eine sinkende Tendenz haben, bedeutet das eine kritische Situation: diejenigen Gruppen (nach Alter, wie Geschlecht, wie Berufsgruppen) nehmen zu, für die sie ohnehin schon die geringste Anziehungskraft haben.

McCLUSKEY, Neil G. *The Education of our Sisters.* In: America Tol. 103 Nr. 4 (23. April 1960) S. 118—127.

Der Verfasser berichtet von den neuen Bemühungen um eine gediegene College-Ausbildung der Schwestern, die durch die steigenden Anforderungen hervorgerufen wurde, denen sich diese in Schule, Sozial- und Pflegeberufen gegenübersehen. Die National Catholic Educational Association richtete 1953 eine Sister Formation Conference als eigene Abteilung ein, die einen eigenen Ausbildungsplan für die Schwestern, den sogenannten Everett-Plan entwickelte. Die interessantesten Entwicklungen scheinen die „All-Sister Colleges" zu sein, in denen sich verschiedene Orden und Kongregationen sowohl im Lehrkörper wie in der Studentenschaft zusammengefunden haben, sowie der Versuch, ein Schwesternkolleg einer Universität (Seattle University) zu inkorporieren.

SCHASCHING, Johannes. *Der österreichische Sozialismus.* In: Orientierung Jhg. 24 Nr. 7 (15. April 1960) S. 77—79.

Eine Analyse des heutigen Sozialismus in Österreich: 1) Aus verschiedenen Gründen ist der Sozialismus in Österreich kein Austromarxismus mehr. Was aber ist dann seine weltanschauliche Grundlegung? Woher nimmt er den Maßstab für den sittlichen Anruf an den Menschen? Schasching sagt: er kann seine eigene Zielsetzung nicht hinreichend begründen. 2) Obwohl der österreichische Sozialismus sich nicht als antireligiös und antikirchlich

verstanden sehen will und obwohl er sich für die Freiheit des Bekenntnisses ausspricht, schweigt sich das Programm über den Ort der Kirche als Institution innerhalb der Gesellschaft aus. 3) Das gesellschafts-politische Leitbild wird von ihm mit gemeinwirtschaftlicher Ordnung umschrieben. Die demokratische Ordnung ist demnach nur auf den Umweg über den Staat zu erreichen. Man begibt sich nach Schasching damit in einem Sog, dessen Ergebnis darin besteht, daß der Staat, der nur als Mittel angesehen werden dürfe, zum Ziel wird, während das eigentliche Ziel, die selbstverantwortliche Gesellschaft, zum Mittel wird.

STASIEWSKI, Bernhard. *Sowjetische Religionspolitik.* In: Hochland Jhg. 52 Heft 4 (April 1960) S. 315—324.

Aus Anlaß der in jüngster Zeit zunehmenden antireligiösen Propaganda in der UdSSR skizziert der Verfasser die historischen und taktischen Linien der sowjetischen Kirchenpolitik: im Laufe der Zeit verstärkte Einspannung der Kirchen in die russischen innen- und außenpolitischen Pläne, Duldung der rein kultischen Praxis der Gläubigen, Förderung eines militanten wissenschaftlichen Atheismus. Bevorzugt von allen in der UdSSR vorhandenen Religionen und Glaubensgemeinschaften ist die Orthodoxie im Interesse der politischen Ziele des Systems, freilich immer nur im Rahmen der jeweiligen Spanne, die die Regierung ihr im Interesse ihrer politischen Ziele zum Leben läßt.

TORNOW, Werner. *Internationales Projektregister notwendig.* In: Entwicklungsländer Jhg. 2 Heft 2 (30. April 1960) S. 49—52.

Eine Darstellung der Leistungen und Aufgaben des Bundeslandwirtschaftsministeriums gegenüber den Entwicklungsländern: Entsendung von Sachverständigen, Errichtung von Ausbildungszentren usw. Auffallend ist, daß es sich hierbei um fast ausschließlich punktuelle Projekte handelt. Besondere Schwierigkeiten wirft der Mangel an qualifizierten jüngeren Sachverständigen für Entwicklungsaufgaben auf. Der Verfasser spricht sich für eine Koordinierung der Planung und Finanzierung mit Hilfe eines internationalen Projektregisters aus, da man den Entwicklungsländern „nur durch eine Koordinierung der bilateralen Projekte mit den multilateralen Projekten helfen" könne.

ZÖLLER, J. O. *Wird der Sozialismus überfordert?* In: Wort und Wahrheit Jhg. 15 Heft 5 (Mai 1960) S. 347—352.

In diesen „katholischen Anmerkungen zum Grundsatzprogramm der SPD" wird festgestellt, daß sich das Verhältnis zwischen Sozialismus und Kirche merklich gebessert hat. Für die SPD bedeute das viel, für die Kirche reiche das jedoch nicht aus. Die Schwierigkeiten für ein fruchtbares Gespräch zwischen SPD und Kirche liegen in dem Mangel einer für die SPD verbindlichen Gesellschaftstheorie. Das Grundsatzprogramm von Godesberg macht deutlich, daß die Grundwerte des Sozialismus nach wie vor von einer Säkularisierung aller Werte bestimmt sind.

Chronik des katholischen Lebens

DELAHAYE, Karl. *Missionarische Seelsorge.* In: Kölner Pastoralblatt Jhg. 12 Heft 5 (Mai 1960) S. 146—151.

Wie ist die steigende Entfremdung des modernen Menschen, besonders des Großstädters, von der Kirche zu überwinden? Oder: Wie kann die Kirche ihre werbende Kraft auf die Menschen von heute wieder gewinnen? Delahaye nennt eine Reihe von Möglichkeiten, denen allen die Überzeugung zugrundeliegt, daß der moderne in der Anonymität lebende Mensch zunächst in der Anonymität belassen sein will, wenn er nach persönlichen Kontakten ausschaut. Die Integration der Abseitsstehenden in die Pfarrei darf nicht als erster Schritt versucht werden. Ihm müssen Möglichkeiten zur Kontaktaufnahmen vorausgehen, die rein persönlicher Art sind.

* * * *Glaube und Leben im Zeitalter der Technik. Anregungen und Hoffnungen für das zweite Vatikanische Konzil (II).* In: Wort und Wahrheit Jhg. 15 Heft 5 (Mai 1960) S. 325—346.

Im zweiten Teil des Dreisternartikels (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 382) werden behandelt die „Entwicklung des katholischen Glaubens" und die „Erneuerung des christlichen Lebens". Die wohl wichtigsten, in diesem Beitrag ausgesprochenen Desiderata betreffen das Amt des Bischofs. Die Verfasser wünschen sich eine Abklärung der zwei ordentlichen Jurisdiktionsgewalten in der Kirche und auch die Bereitschaft, in der Praxis Konsequenzen daraus zu ziehen, was eine Aufwertung und höhere Wertschätzung des Bischofsamtes bedeute. Der zweite Teil umreißt die Situation des Menschen in der modernen Welt und seine Erwartung, ein wegweisendes, nicht verurteilende Wort von den Konzilvätern zu hören. Vor allem gelte es, die häufige nur verborgenen positiven Ansätze in unserer modernen Welt für die Pastoral und Seelenführung zu entdecken und zu entwickeln. Ein dritter Teil folgt.

HOLLENBACH, Johannes Michael, SJ. *Die religiöse Situation der Jugend.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 8 (Mai 1960) S. 108—123.

Eine bedeutsame Auseinandersetzung mit Hans Otto Wölbers „Religion ohne Entscheidung" (Göttingen 1959). Wölbers Arbeit ist das Ergebnis einer Erhebung über die Einstellung oder den Glauben der Jugendlichen an Gott und die Kirche. Hollenbach referiert im ersten Teil des Beitrages die Ergebnisse der repräsentativen Umfrage. Sein Resümee lautet: „Der überwiegende Teil der befragten Jugendlichen bejaht Religion, aber nicht im Sinne einer spezifischen religiösen Idee, sondern: Religion als Gesellschaftsphänomen, weil er an die gesellschaftlichen Verhältnisse glaubt. Damit verbindet sich Undeutlichkeit und Unsicherheit im religiösen Leben: man hat keine religiöse Überzeugung, sondern eine ‚Meinung' über religiöse Fragen ..." In seiner Deutung der Einzelergebnisse Wölbers schreibt Hollenbach, „die Jugend sei besser als ihr Ruf und beim Gottesdienstbesuch geradezu beispielhaft für die Erwachsenen". Die Einstellung der Jugend zur Religion sei ein Protest gegen die gesamte öffentliche Meinung, die glaubt, der Jugend eine Religion ohne innere Verbindlichkeiten vorsetzen zu können. Sie ist freilich auch ein Vorwurf gegen die religiöse Erziehung und Unterweisung. Die Schwächen im religiösen Denken der Jugendlichen können nach Hollenbach nur überwunden werden, wenn das sachhafte Verständnis der Glaubenswirklichkeit einer personalen Glaubensverkündigung weicht.

Chronik des ökumenischen Lebens

BREITHAUPT, Hans. *Krieg im Atomzeitalter.* In: Informationsblatt Jhg. 9 Nr. 7 (1. Aprilheft 1960) S. 101—109.

Dieser nüchterne politisch-technische Beitrag leitet die anschließende Dokumentation ein: die Entschließung der letzten EKD-Synode vom Februar 1960 zur Atomfrage (S. 109—111) und die Thesen der vom Rat der EKD beauftragten „Evangelischen Studiengemeinschaft für Atomfragen" (S. 111 bis 114), die jedoch noch nicht das letzte Wort darstellen, aber ein Zeugnis ähnlicher verantwortlicher Sachlichkeit sind wie das Dokument des Weltrates der Kirchen von Nyborg (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 93).

FASCHER, Erich. *Ökumenisch und katholisch.* In: Theolog. Literaturzeitung Jhg. 85 Nr. 1 (Januar 1960) Sp. 7—20.

Diese begriffsgeschichtliche Untersuchung der beiden in neuester Zeit einander entgegengesetzten Termini stellt der Berliner Theologe unter ein neues Vorzeichen: er greift über die Ökumene des Weltrates der Kirchen hinaus sowohl nach Moskau, wie nach Konstantinopel und Rom bis zu allen übrigen Religionen einschließlich der Atheisten, die alle heute vor die Frage einer letzten Einheit gestellt seien, vor die Alternative: Rettung auf der Basis allgemeiner Humanität trotz religiöser Verschiedenheit oder Untergang.

KRECK, Walter. *Die Lehre von der Versöhnung.* In: Theolog. Literaturzeitung Jhg. 85 Nr. 2 (Februar 1960) Sp. 81—94.

Ein kritisches Referat über Karl Barth's „Kirchliche Dogmatik" Band IV, 1 und 2, das in der folgenden Nr. 3 (März 1960 Sp. 161—186) von Gerhard *Gloege*, Jena, „Zur Versöhnungslehre Karl Barth's" durch eine Würdigung des 3. Teil der „Kirchlichen Dogmatik" IV fortgesetzt wird, des letzten bisher erschienenen Bandes, der das „prophetische Amt Jesu Christi" und damit alle Probleme des Verhältnisses der Kirche zur Welt behandelt.

LEEMING, Bernhard, SJ. *Ecumenical Conclusions.* In: The Heythrop Journal Vol. I Nr. 1 (1960) S. 18—33.

Diese neue Zeitschrift der englischen Jesuiten stellt sich u. a. mit einer klaren und verständnisvollen Darstellung der Grundlinien der Ökumenischen Bewegung und des Weltrates der Kirchen vor, die noch in weiteren Artikeln sowohl aus ihrer Literatur wie aus den Erfahrungen des Verfassers gewürdigt werden soll. Mauride *Bévenot* SJ erklärt unter dem Titel: „Tradition, Church and Dogma" in Auseinandersetzung mit Cullmann und Skydsgaard die katholische Lehre von der Tradition. Als „Vierteljahresschrift für Philosophie und Theologie", wie der Untertitel heißt, übernimmt sie energisch die Auflockerung des ökumenischen Verantwortungsbewußtseins in dem sonst etwas eingezogenen englischen Katholizismus und ist somit ein Dokument des neuen Geistes, der mit Papst Johannes XXIII. durchgebrochen ist.

LESKOVEC, Paolo, SJ. *Il Concilio Ecumenico nel pensiero teologici degli Ortodossi.* In: La Civiltà Cattolica Jhg. 111 Nr. 2636 (16. April 1960) S. 140—152.

Der Aufsatz gibt eine historische Darstellung von der Entwicklung des Begriffs der konziliaren Lehrautorität in der orthodoxen Theologie. Diese führt im Ergebnis dahin, daß der Konsens der Gläubigen (Sobornost) an die Stelle der magistralen Autorität getreten ist, so daß dem Konzil nach den heutigen Vorstellungen der Orthodoxie nur eine proklamatorische aber keine lehrentscheidende Bedeutung zukommt.

MEISTER, Johannes. *Hermeneutische Einsichten aus dem Abendmahlsgespräch der EKD.* In: Ev.-luth. Kirchenzeitung Jhg. 14 Nr. 9 (1. Mai 1960) S. 129—135.

Diese Analyse der theologischen Prinzipien des evangelischen Abendmahlsgesprächs ist ein Muster konfessionskundlicher Arbeit. Ohne schon eine Lösung zu finden — die aber in einer systematischen Hermeneutik angesteuert wird —, zeigt der Verfasser das unterschiedliche Verständnis der Heiligen Schrift bei Luther und den heutigen Exegeten bzw. deren Vorbelastung durch metaphysische oder a-metaphysische Prämissen und auch die Gefahren, die aus der Alleinherrschaft der historisch-kritischen Exegese über die Theologie erwachsen. Die Untersuchung führt nicht zum Problem des Lehramtes.

SARTORY, Thomas, OSB. *Das Konzil — eine innerkatholische Angelegenheit?* In: Ökumenische Rundschau Jhg. 9 Heft 2 (April 1960) S. 62—76.

Eine Klarstellung dessen, was ein Konzil nach den Normen des Kanonischen Rechts — und der Heiligen Schrift (Apg. 15) — ist gegenüber dem protestantischen Begriff, der seit Luther die richterliche und unfehlbare Autorität eines Konzils in Glaubensfragen ausschließt, eine Erörterung über die Möglichkeiten des Beobachter-Status der Getrennten beim Konzil mit der Hoffnung, daß das Konzil, obschon nicht als Unionskonzil geplant, seine ökumenische Chance wahrnimmt. — Der anschließende Beitrag des reformierten Theologen Jean Louis *Leuba*, Fribourg: „Was erwarten evangelische Christen vom Ökumenischen Konzil?" (S. 77—90), kreist um die Frage, warum die Evangelischen ein unfehlbares Lehramt nicht anerkennen können — weil es „der Offenbarung in Christus vorgeordnet" sei — und hofft, das kommende Konzil möge die Unfehlbarkeit des Papstes und des Lehramtes interpretieren und an Stelle des falschen Skandalons menschlicher Formulierungen das echte Skandalon des Glaubens setzen. Leuba wünscht, die cathedra Petri möge die cathedra für alle Christen werden!

VAN DUSEN, Henry P. *The significance of conciliar ecumenicity.* In: The Ecumenical Review Vol. XII Nr. 3 (April 1960) S. 310—318.

In diesem vorwiegend Fragen von „Faith and Order" gewidmeten Heft entwickelt der entschiedene Propagandist protestantischer Unionen im Weltrat der Kirchen die These, daß die Einheit der Kirche nicht durch die uneigentlichen „Kirchen" die konfessionell verschiedenen Mitglieder des Weltrates realisiert werden könne, es sei denn durch gegenseitige Anerkennung und konziliare, d. h. als Zusammenschluß und Zusammenarbeit in der Form brüderlicher „Räte" (Councils) geübte Assoziation. Das ist die Antithese zu den sogen. „katholischen" Gruppen im Weltrat, und van Dusen betont wieder einmal, daß die Zahl der „nicht-katholischen" Christen im Weltrat zunimmt.

Vorschau auf das Rundfunkprogramm

1. Juni (Mittwoch)

14.15 Schulf. Das Ermächtigungsgesetz (RIAS)
14.45 Ukrainische Erzähler unseres Jahrhunderts (WDR)
15.30 Schulf. Von der Welternährungsorganisation (MÜ II)
16.45 Der Lehrer in der Welt von heute, *F. Stemme* (BRE)
17.45 Buchbespr. Gerhard Rosenkranz: Kommt Christus nach Japan? *H. Lübbe* (SWF) II
19.15 Katholizismus und Gesellschaftsordnung in den USA, P. *Jung* (BRE)
20.00 Österreich — Das 20. Jahrhundert, *E. Schönwiese* (SAA II)
20.15 Buchbesprechung: Gotthard Günther: Idee und Grundriß einer nichtaristotelischen Logik, *M. Bense* (STU II)
21.00 Französische und deutsche Forschung im Wettstreit vereint, *P. Lothar* (SWF)
21.05 Der Dreißigjährige Krieg und der Westfälische Friede (*F. Dickmann* (MÜ II)
21.30 Laßt uns Handel treiben! — Chruschtschows Angebot und seine Konsequenzen (MÜ)
22.15 Das Ich und die Gesellschaft, *W. Jens* (BRE)
23.15 Die Bibliotheken als Quellen zur Zeitgeschichte, *A. Wiener* (SFB)

2. Juni (Donnerstag)

10.40 Schulf. Dr. Carl Sonnenschein — Apostel der Großstadt (ÖRF II)
15.00 Schulf. 1848 — Revolution in Europa (SFB)
16.45 Eheschule, *J. Bodamer* (BRE)
18.45 Ist Mönchtum unmodern? *H. Bacht SJ* (FRA II)
19.05 Der Zerfall der Persönlichkeit in der modernen Welt, *E. Gürster* (MÜ II)
19.30 Das goldene Zeitalter in der Geschichte Rußlands, *P. Eckhardt* (WDR)
20.00 Die farbigen Studenten und die deutsche Bevölkerung (BRE)
21.00 Die Grundlagen des politischen Bewußtseins der Europäer, *B. Pittermann* (BRE)
22.15 Moderne Literatur und Relativitätstheorie, *F. Schonauer* (SWF)
22.20 Gewichtsverschiebungen zwischen Stadt und Land *L. Neundörfer* — Pädagogische Probleme, *R. Dottrens* (FRA II)

3. Juni (Freitag)

14.35 Die Methoden der Experimentalpsychologie, *P. Fraisse* (ÖRF II)
15.00 Schulf. Die Sekten (FRA II)
18.15 Graphologie, *I. Haase* (WDR)
20.45 Der Lärm als städtisches Problem, *F. v. Tischendorf* (STU)
21.30 André Gide und die Sowjetunion, *E. Franke-Gricksch* (SAA)
21.45 Umstrittene Bibel, *C. Westermann* (STU II)
22.10 Neue Aspekte zur biologischen und philosophischen Anthropologie, *H. Schirmbeck* (WDR)
22.10 Begegnungen mit Leo Trotzki, *F. Sternberg* (MÜ II)
22.15 Karl v. Clausewitz, *W. Hahn* (SFB II)
22.30 Einzelgänger der modernen Lyrik, *H. Hennecke* (STU)
22.50 Vom Zerfall der Persönlichkeit, *E. Gürster* (BRE II)
23.20 Gespräch über das Gewissen, *W. Weischedel* (SFB)

4. Juni (Samstag)

10.30 Schulf. Die Geschichte des Atombegriffs (MÜ II)
14.00 Sudetendeutscher Tag 1960 in München (MÜ II)
16.00 Zur Geschichte des Rundfunks, *K. Magnus* (BRE II)
16.00 Bayern und Böhmen (MÜ II)
16.10 Oberammergau — die Passionsspiele 1960, *E. v. Khuon* (SWF)
17.30 Warum altert der Mensch? *H. M. Böttcher* (FRA II)
18.30 Schulf. Ein Dorf jenseits der Zonengrenze: LPG „Rote Barrikade" (BRE II)
19.05 Vom Feuer des Geistes, *P. Jung* (SAA)
20.00 Der Krieg im Roman bei Elisabeth Langgässer (SAA II)
20.30 „Das Ruhrvolk" — Herkunft und Typus der Menschen im Industrierevier, *B. Obendorfer* (WDR)
21.45 Klösterliche Gemeinschaft, *T. Bogler* (SWF II)

5. Juni (Sonntag)

8.00 Gedanken zum Pfingstfest, *J. Bernhart* (MÜ II)
9.30 Zum 85. Todestag von Eduard Mörike, *A. Goes* (SAA II)
11.00 Zum Eucharistischen Kongreß, *R. Egenter* (STU II)
11.15 Pfingsten — das unheimliche Fest, *H. S. Braun* (SWF II)
11.30 Fortschrittsglaube und Wirklichkeit, *F. Heer* (MÜ)
11.45 Die Kirche zwischen Abfall und Bekehrung, *D. Sucker* (SWF II)
17.00 Der Kosmos des Mittelalters, *W. von den Steinen* (SWF)
18.45 Zu den XVII. Olympischen Sommerspielen 1960 (MÜ)
19.45 Die sudetendeutsche Frage und die deutsche Öffentlichkeit, *E. Franzel* (STU)
21.15 Der Psychologe, *R. Bergius* (SFB II)

6. Juni (Montag)

8.00 Eine Pfingstbetrachtung, *F. Leist* (MÜ II)
10.00 Feuer und Sturm — Symbole des Geistes, *E. Steinbach* (STU)
11.00 Aktuelle Probleme der ökumenischen Einheit, *J. Lehmann* (STU II)
11.15 Der Lebensspender, *H. S. Braun* (SWF II)
11.45 Das Evangelium und die Kirche, *D. Sucker* (SWF II)
15.00 Der Mensch und seine Erde, *J. Rausch* (STU II)
17.15 Der christliche Glaube in der technisierten Welt, *J. Bodamer* (WDR)
17.30 Johannes der Täufer in der Bibel, *H. Wachtler* (FRA)
19.45 Was heißt Pfingsten? *G. Ebeling* (STU)
22.10 Das große Konzil — aus dem Nachlaß Reinhold Schneiders (SWF II)

7. Juni (Dienstag)

9.00 Schulf. Theodor Heuss (SAA)
9.00 Schulf. Unbewältigte Vergangenheit (FRA)
10.00 Die weiße Porzellanmanufaktur feiert ihren 250. Geburtstag, *S. Münch-Khe* (SWF II)
16.00 Die Rolle des Vaters in der Familie (FRA II)
16.45 Der Mensch in der Philosophie Berdjajews (STU)
17.00 Schulf. Österreich und Rußland im Streit um den Balkan (STU II)
17.45 Politik und Bürokratie im Bundesrat, *K. Neunreiter* (SWF II)
18.40 Die Röntgenstrahlen in der Kriminalistik, *H. Nahl* (ÖRF III)
19.20 Tagungen — und was weiter? *G. Heinz-Mohr* (WDR)
20.00 Über die Reinerhaltung der Luft, *O. Hettche* (FRA II)
20.00 Wie der barbarische Shakespeare nach Deutschland kam, *C. Brinitzer* (SAA II)
22.00 Das Weltbild der Antike, *W. Schadewaldt* (BRE)
22.10 Vererbung und Verantwortung, *A. Köberle* (MÜ)
22.25 Von der Freiheit und Würde des Menschen, *F. Heer* (ÖRF)

8. Juni (Mittwoch)

9.00 Schulf. Schicksale jüdischer Kinder (SAA)
10.15 Schulf. Das deutsche Volk und der Nationalsozialismus (RIAS)
14.30 Von Zarathustra und Mohammed zum heutigen Irak, *F. Standenath* (ÖRG)
16.45 Die ostpolnischen Gebiete seit 1945, *R. Neumann* (MÜ)
15.30 Wärmehaushalt im Insektenstaat, *F. Turnowsky* (ÖRK)
17.45 Sinn und Bedeutung einer Diözesansynode, *K. Knaupp* (SWF II)
18.40 Das Bioklima in der Großstadt, *W. Undt* (ÖRF III)
19.30 Zum 150. Geburtstag von Robert Schumann, *N. Münchau* (MÜ II)
21.05 Friedrich der Große und der Aufstieg Preußens, *S. Skalweit* (MÜ II)
21.15 Samuel Beckett: Phasen der Agonie, *M. Kesting* (FRA II)
22.15 Paradoxie und Würde der Literaturwissenschaft, *D. Hasselblatt* (SAA II)

9. Juni (Donnerstag)

9.00 Schulf. Heimatliebe und Rassenwahn (FRA)
10.45 Spuren der Freude, *W. Kramp* (STU)
15.30 Schulf. Gottes Wille und die soziale Ordnung der Menschen (FRA)
16.40 Das deutsche Volk und der Nationalsozialismus (RIAS)
16.45 Eheschule, *J. Bodamer* (BRE)
18.10 Bildungsrevolution in West und Ost, *H. Schuster* (WDR)
18.40 Mystizismus und Automation in unserer Zeit, *E. Zdenek* (ÖRF III)
18.45 Die Weltverantwortung der Laien, *G. Strübel* (FRA II)
19.05 Der Zerfall der Persönlichkeit in der modernen Welt, *E. Gürster* (MÜ II)
19.15 Frauen in der Sowjetunion (FRA II)
20.30 Buchbespr. E. Spranger: Perspektiven eines neuen Humanismus, *H. Krüger* (SWF II)
21.00 Das Gemüt und die Funktion, *H. Daiber* und *H. Pelters* (BRE)
22.15 Buchbespr. Jorge Luis Borges: Jeder ist unsterblich, *M. Kelling* (SWF)
22.20 Gewichtsverschiebungen zwischen Stadt und Land, *L. Neundörfer* — Die Sahara, *R. Furon* (FRA II)
23.15 Das Dilemma der zeitgenössischen Musik, *R. Bauer* (SFB)

10. Juni (Freitag)

14.35 Wie erforscht der Experimentalpsychologe die Wahrnehmung? *P. Fraisse* (ÖRF II)
18.40 Kehlkopfkrebs, *S. Kennedy* und *V. Imre* (ÖRF III)
19.05 Der Kampf um das verlorene Selbstbewußtsein der Franzosen, *P. Coulmas* (MÜ II)
20.45 Wie sollten wir wohnen? *H. Harmsen* (STU)
21.20 Das Obszöne in der Literatur, *H. M. Ledig, R. W. Leonhardt* und *L. Marcuse* (MÜ II)
21.30 Von der Sprache zur Handschrift, *G. Ledig* (SAA)
21.45 Umstrittene Bibel, *C. Westermann* (STU II)
22.30 Naturvölker im Sog der Zivilisation, *D. Christensen* (SFB II)
22.45 Vom Zerfall der Persönlichkeit, *E. Gürster* (BRE II)
22.45 Im Sudan schlägt das Herz Afrikas, *G. Bonn* (SWF II)
23.15 Die Frau in der modernen Gesellschaft, *H. Kilian* (SFB)

11. Juni (Samstag)

14.00 Die Vertriebenen in Westdeutschland (MÜ II)
17.00 Schulf. Der zweite Bildungsweg — eine Notwendigkeit in der industriellen Gesellschaft (SWF II)
18.00 Christen im Widerstand, *H. Stephan* (BRE)
18.15 Ob Atomsoldaten im seligen Stande sein können? *S. Daecke* (WDR)
18.30 Ein Dorf jenseits der Zonengrenze (SAA II)
18.55 Der Einfluß der Sprachwandlung auf die Literatur, *T. Nielsen* (ÖRF III)
21.40 Fluch und Segen der Sprachverwirrung, *P. Meinhold* (SWF II)

12. Juni (Sonntag)

8.00 Die Eucharistie in der Frömmigkeit des Laien, *A. Auer* (MÜ II)
8.15 Die Kirche und die Gesellschaft, *C. v. Bismarck* (SAA II)
8.30 Probleme der evangelischen Sozialethik, *W. Künneth* (MÜ II)
9.05 Koreanische Poesie, *A. Eckhardt* (MÜ)
9.45 Schulf. An den Grenzen des Lebens (FRA II)
10.00 Ist die Zelle die kleinste biologische Einheit? *H. Hoepke* (STU)
10.30 Mensch und Kosmos, *L. Gabriel* (SWF)
11.00 Auf der Suche nach der verlorenen Wirklichkeit, *H. Demisch* (SAA)
11.00 Kabarett von und für Kirchenchristen (STU II)
11.15 Das Sakrament der Taufe, *B. Häring* (SWF II)
11.45 Über das Wunder, *H. Specht* (SWF II)
12.00 Krieg ohneFrieden, *R. Fiedler* (SAA II)
13 30 Die Jugend und der Stalinismus in der Sowjetunion (FRA II)
15.15 Die Begegnung mit Jean-Henri Fabre, *K. Guggenheim* (MÜ II)
16.05 Vom Streikführer zum SSD-Agenten, *H. D. Bade* (STU II)
17.00 Möglichkeiten und Grenzen der Graphologie, *E. Singer* (FRA II)
18.00 Profile aus der Wilhelminischen Ära Breslaus, *W. Meckauer* (SAA)
18.45 Zu den XVII. Olympischen Sommerspielen 1960 (MÜ)
18.45 Die Ära Adenauer, *K.-P. Schulz* (WDR)
21.05 Wallfahrten heute, *I. Seligo* (MÜ II)
21.15 Die Familie als Spiel- und Lebensraum, *J. Bodamer* (SWF)
21.45 Jugend in unserer Zeit, *E. Heinitz* (SFB II)

13. Juni (Montag)

14.35 Die Methoden der Experimentalpsychologie *P. Fraisse* (ÖRF II)
15.30 Schulf. Korruption (FRA)
16.40 Schulreform ohne Lehrer? (RIAS)
16.45 Alexander Puschkin: Der Prophet, *P. Schutz* (BRE)
17.15 Verlagsarbeit — eine Aufgabe der Zeit, *H. M. Brenner* (ÖRF II)
17.20 Buchbespr.: Robert Jung: Strahlen aus der Asche, *R. Bohne* (WDR)
17.40 Das Gesicht einer mitteldeutschen Grenzstadt, *P. Aurich* (STU)
18.15 Aus der Geschichte der Päpste, *F. Ansprenger* (SFB)
20.10 Seelenausdruck oder Konstruktion? *H. Adler* (SAA II)
20.15 Für und wider die Todesstrafe, *R. Marcio* (ÖRS)
21.05 Die Zukunft des Menschen, *P. B. Medawar* (MÜ II)
22.20 Vom sozialistischen Realismus zum sozialistischen Neorealismus, *H. v. Szachno* (MÜ II)
23.05 Die tschechische Poesie unseres Jahrhunderts, *P. Hamm* (RIAS)
23.00 Kommunismus und Demokratie (SFB)

14. Juni (Dienstag)

9.00 Schulf. Vom Weg des Volkes Israel (SWF)
15.30 Schulf. Korruption (FRA)
16.45 Der entfremdete Mensch — Intention und Irrtum von Karl Marx, *H. Wagner* (STU)
17.45 Politik und Bürokratie im Bundesrat, *K. Neunreither* (SWF II)
19.20 Das kommende Konzil, *O. B. Roegele* (WDR)
20.00 Lebensart oder Beruf als Zweck des Studiums an den Universitäten in England, *A. Natan* (FRA II)
20.30 Ginseng — die Wurzel der Unsterblichkeit, *A. Ekkardt* (SAA)
22.10 Glaube und moderne Wissenschaft, *H. Pfeil* (MÜ)
22.20 Die Bodenreform — eine Lebensfrage für die Völker des Vorderen Orients, *H. L. Kaster* (FRA)

15. Juni (Mittwoch)

10.00 „Ich bin das Brot des Lebens", *G. v. Mann* (SWF)
10.30 Schulf. Adolf Hitler — Lehrjahre (RIAS)
10.35 Die Eucharistie und die Kranken, *P. T. Tschipke* (MÜ)
15.00 Schulf. Österreich und Rußland im Streit um den Balkan (STU)
17.30 Stalinstadt — die erste sozialistische Stadt Mitteldeutschlands, *U. Rühmland* (STU)
17.45 Die Religion in Geschichte und Gegenwart, *H. Buch* (SWF II)
18.40 Der Pflanzenkrebs, *I. Thaler* (ÖRF III)
19.15 Christliches Mönchtum in Indien, *P. Jung* (SAA)
20.15 Buchbespr.: Vladimir Nabokov: Pnin, *K. Raeber* (STU II)
21.05 Die Französische Revolution, *J. Droz* (MÜ II)
21.15 Das Obszöne in der Literatur (FRA II)
21.45 Zur Berliner Tagung des Kongresses für die Einheit der Kultur (RIAS)
22.15 Die wirtschaftlichen und sozialen „Erfolge" des 3. Reiches, *K. C. Thalheim* (SFB)

16. Juni (Donnerstag)

8.15 Brot und Leben, *P. Jung* (SAA II)
9.15 Das Brot vom Himmel kommen ist — Fronleichnamsspiel, *I. Hampp* (STU II)
9.30 Schulf. Gottes Wille und die soziale Ordnung der Menschen (FRA)
10.00 Bruder Albert von Krakau, *I. F. Görres* (STU)
10.45 Ist die Romantik aktuell? *E. Mikeleitis* (SAA II)
11.00 Fragen eines Laien um das Ökumenische Konzil, *O. B. Roegele* (STU II)
12.00 Für das Leben der Welt, *M. v. Galli* (FRA II)
17.05 Internationale Probleme des Theaters, *O. Ambros* (ÖRF II)
18.45 Das Herz Roms — die Kathedrale Petri, *F. van der Meer* (STU)
18.45 Schicksale hinter Zahlen — eine Sendung zum Weltflüchtlingsjahr (SWF II)
22.20 Gewichtsverschiebungen zwischen Stadt und Land, *L. Neundörfer* — Die Galapagos-Inseln, *P. Dorst* (FRA II)
23.15 Ostpreußens Rolle in der Musikgeschichte, *E. Kroll* (SFB)

17. Juni (Freitag)

7.50 Vom freien Bauern zur Kolchose (SAA)
8.45 Das Wagnis westlicher Existenz, *D. de Rougemont* (STU)
10.00 Die Umgestaltung der Schule in der „DDR" (STU)
11.15 Das gnadenvolle Zeichen der Einheit, *B. Häring* (SWF II)
14.00 Der Christ und die Freiheit, *B. Häussler* (SFB II)
14.35 Der Philosoph und Theologe Paul Tillich, *M. Riser* (ÖRF II)
15.00 Die Frage nach der Obrigkeit, *H. Gerber* (FRA II)
16.00 Der sowjetische Griff nach Berlin, *M. Freund* (SWF)
17.00 Diesseits der Grenze, *E. Müthel* (STU)
17.15 Der 17. Juni 1953, *A. Kantorowicz* (SWF II)
17.30 Schulf. Die Partei hat immer recht (SAA II)
17.45 Diktaturen werben um die Jugend Deutschlands (STU II)
18.00 Die Jugend in der Sowjetzone, *H. W. Kock* (SWF)
18.30 Die Reise von Deutschland nach Deutschland, *D. Kadelbach* (FRA II)
18.30 Christliche Freiheit und politische Autoritäten, *J. Hamel* (STU)
19.00 Die Unterdrückten — Dichtungen aus der Zone, *P. Jokostra* (STU II)
20.00 Ein Gespräch über Bert Brecht (MÜ II)
20.00 Reise mit dem Interzonenzug, *K. Roehler* (FRA)
21.15 Lessing und die Freiheit, *H. Kesten* (FRA II)
21.20 Diesseits der Grenze, *E. Müthel* (SFB)
21.30 Die Geschichte einer Gruppe junger Menschen in der Sowjetzone (MÜ)
22.15 Der Gewissenskonflikt, *H. v. Koenigswald* (SWF II)
22.30 Die Literatur und das Regime, *A. Andreas* (STU)
22.50 Denken unter dem Druck der Ideologie, *G. Specovius*

18. Juni (Samstag)

9.15 Der Tierschutz und seine gesetzlichen Grundlagen, *G. Pichler* (ÖRF II)
10.00 Sächsisches Barock — Kirchen in Dresden, *R. Winter* (SAA)
10.15 Schulf. Aus einer Rede Walter Ulbrichts an die Frauen der Sowjetzone (STU)
17.30 Afrikanische Demokratie, *A. v. Haller* (FRA II)
18.00 Fragen zum Eucharistischen Kongreß, *H. T. Risse* (BRE)
19.05 Vom Glauben und Ethos des Arztes, *H. Wolff* (SAA)
20.10 Hörsp. Wolfgang Borchert: Draußen vor der Tür, *L. Cremer* (SWF II)
21.45 Die Heiligung der Sprachen, *P. Meinhold* (SWF II)

19. Juni (Sonntag)

8.00 Die Eucharistie in der Frömmigkeit des Laien, *A. Auer* (MÜ II)
8.15 Wahrheit und Aktualität, *J. Pieper* (SAA II)
8.30 Eindrücke von einer Reise durch Israel, *H. Flügel* (MÜ II)
9.05 Die Welt der Steinzeit ist noch lebendig, *E. K. Hornauer* (MÜ)
9.45 Die Farbenlehre von Goethe, Newton und Runge (FRA II)
11.00 Abendländische Kultur — christliche Kultur? *M. P. Hauck* (SAA)
11.15 Freude und Ehre des Christseins, *B. Häring* (SWF II)
11.45 Gedanken zum 2. Glaubensartikel, *H. Specht* (SWF)
12.00 Verträge zwischen Kirche und Staat, *G. Krüger-Wittmarck* (FRA II)
14.00 Vom Wesen der Musik, *B. Walter* (FRA II)
15.15 Die Begegnung mit Jean-Henri Fabre, *K. Guggenheim* (MÜ II)
16.05 Die Bauern in der Zone, *H. C. Knebusch* (STU)
18.45 Zu den XVII. Olympischen Sommerspielen 1960 (MÜ)
19.15 Pflanzenzüchtung im Dienste der Gesundheit (STU II)

20. Juni (Montag)

14.40 Schulf. Die Organisation der Vereinten Nationen (ÖRF II)
14.35 Die Illyrer — weltgeschichtliche Sendung eines geheimnisvollen Großvolkes I, *J. Herdmenger* (ÖRF II)
16.40 Was ist Meinungsforschung? *E. Noelle-Neumann* (MÜ)
17.15 Das Farbsehen der Tiere, *H. an der Lahn* (ÖRF II)
18.40 Die Hochschule für Weltpolitik in Washington, *L. Stevens* (ÖRF III)
20.30 Das Fest des Intellekts — Paul Valery, *W. Riemerschmid* (ÖRF III)
20.45 Die Literatur und das Regime, *A. Andreas* (STU II)
21.05 Die Erforschung des Charakters, *H. Kilian* (MÜ II)

21. Juni (Dienstag)

14.35 Streifzüge durch die Weltliteratur, *F. C. Steinermayr* (ÖRG)
16.45 Der Mensch im Betrieb, *W. Schmidt* (STU)
17.00 Schulf. Die freie Meinungsäußerung (STU II)
22.10 Urteil und Vorurteil, *A. Goes* (MÜ)
22.30 Über Umfang, Verteilung und Altersschichtung der Erdbevölkerung, *H. Harmsen* (RIAS II)

22. Juni (Mittwoch)

10.30 Schulf. Adolf Hitler — der Führer (RIAS)
14.35 Der neue Assuandamm verändert die Landschaft, *W. Schneditz* (ÖRF II)
17.30 Aus Königsberg wurde Kaliningrad, *H. J. Schneider* (STU)
17.45 100 Jahre „Osservatore Romano", *E. Schmitz* (SWF)
18.40 Sind unsere Böden am Ende ihrer Leistungsfähigkeit? *W. Lob* (ÖRF III)
21.05 Napoleon und der Wiener Kongreß, *R. Dietrich* (MÜ II)
21.15 Jean Anouilhs dramatische Entwicklung, *J. Kaiser* (FRA II)
21.30 Die Aufklärungspflicht des Arztes, *H. Glaser* (MÜ)
21.45 Was ist Elektrizität? *J. G. Leithäuser* (FRA)
22.30 Symbolhafte und systematische neue Musik (ÖRF III)

23. Juni (Donnerstag)

14.30 Bild und Sinnbild — Ausdruck und Wesen der Malerei, *A. E. Stengg* (ÖRG)
18.40 Die Welt des Auges, *F. Weinhandl* (ÖRF III)
23.05 Über Ursachen und Auswirkungen der globalen Bevölkerungsvermehrung, *B. F. Hoselitz* (RIAS II)

24. Juni (Freitag)

9.00 Schulf. Die meistgekauften Bücher der letzten 50 Jahre (FRA)
14.35 Die Illyrer — weltgeschichtliche Sendung eines geheimnisvollen Großvolkes II, *J. Herdmenger* (ÖRF II)
17.00 Schulf. Der Ausbruch des ersten Weltkrieges (STU II)
17.15 Wasser und menschliche Gesundheit, *K. Megay* (ÖRF II)
18.40 Schadet das Rauchen? *R. Gottlob* (ÖRF III)
20.45 Erholung in der Großstadt, *A. Seifert* (STU)
21.15 Hörsp. Alan Paton: Denn sie sollen getröstet werden, *H. Schwarzmann* (FRA II)
21.45 Umstrittene Bibel, *C. Westermann* (STU II)

25. Juni (Samstag)

14.00 Ein Sommer im Schlesischen (MÜ II)
17.30 Afrikanisches Kunsthandwerk gestern und heute (FRA II)
19.05 Kultur und Kunst im alten Ägypten, *F. Hampl* (ÖRF III)

26. Juni (Sonntag)

8.30 Johannes der Täufer, *W. Stählin* (MÜ II)
11.00 Einübung in die Redlichkeit, *M. Gritz* (STU II)
11.15 Von der Barmherzigkeit Gottes, *B. Häring* (SWF II)
11.45 Die Nächsten- und Fernstenliebe, *H. Specht* (SWF II)

28. Juni (Dienstag)

16.45 Macht uns die Technik passiv? *A. Thomsen* (STU)
22.10 Der Katholizismus in Frankreich, *M. v. Galli* (MÜ)

30. Juni (Donnerstag)

10.45 Zu Helen Kellers 80. Geburtstag, *J. Lopp* (STU)

(BRE) Radio Bremen; (FRA) Hessischer Rundf. Frankfurt; (MÜ) Bayerischer Rundf. München; (NDR) Norddeutscher Rundf.; (ÖRF) Österr. Rundf.; (ÖRG) Österr. Rundf., Lokalsendung Graz; (ÖRK) Österr. Rundf., Lokalsendung Klagenfurt; (ÖRL) Österr. Rundf., Lokalsendung Linz; (ÖRS) Österr. Rundf., Lokalsendung Salzburg; (ÖRT) Österr. Rundf., Lokalsendung Tirol; (ÖRW) Österr. Rundf., Lokalsendung Wien; (RIAS) RIAS Berlin; (SAA) Saarländischer Rundfunk; (SFB) Sender Freies Berlin; (STU) Süddeutscher Rundfunk; (SWF) Südwestfunk; (WDR) Westdeutscher Rundfunk

HERDER-KORRESPONDENZ

Zehntes Heft — 14. Jahrgang — Juli 1960

Wenn zu bestimmten Zeiten und an bestimmten Orten diese oder jene Kultur, diese oder jene gesellschaftliche Schicht mehr als andere Einfluß auf die Kirche geltend machte, bedeutet das keineswegs, daß sie bei irgend jemand lehenspflichtig wird, noch daß sie sich in einem bestimmten Augenblick der Geschichte versteinert . . . Im Gegenteil, immer achtsam über den Menschen gebeugt, hört sie auf seinen Herzschlag und nimmt all sein Verlangen wahr mit jener hellsichtigen Schau . . . , die sich nur vom übernatürlichen Licht der Lehre Christi und der Wärme seiner göttlichen Liebe herleiten läßt . . . Das ist der tiefe Sinn ihres Lebensgesetzes steter Anpassung.

Papst Pius XII. an die Kardinäle am 20. Februar 1946

Um viele Priesterberufe in der Kirche des Schweigens und um Beharrlichkeit der Berufenen. Allgemeine Gebetsmeinung für August 1960

1. In regelmäßigen Abständen lenkt der Heilige Vater die Aufmerksamkeit aller Gläubigen auf die Leiden der verfolgten Kirche in den Ländern unter der Herrschaft des atheistischen Kommunismus, der sich immer bewußter als Gegenkirche versteht und betätigt, wenn auch nicht überall mit gleichem Erfolg, am wirksamsten in China, am schwächsten im katholischen Polen. Aus den häufigen Berichten dieser Zeitschrift wissen die Leser, daß trotz raffinierter Terrormaßnahmen die Kirche des Schweigens erstaunlicherweise noch lebt, z. T. sogar wiederauflebt. Ihr Martyrium trägt Früchte. Die alljährlichen Berichte des Kongresses „Kirche in Not" in Königstein i. T. (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 539 f.; 13. Jhg., S. 563 f.) geben eine Vorstellung von der Entwicklung dieser zur völligen Vernichtung bestimmten Kirche in den einzelnen Staaten des Ostblocks wie von den weitgespannten Maßnahmen der gesamten Kirche im Westen, Priester für die künftige Mission im Osten auszubilden, Maßnahmen, die allerdings von der Annahme ausgehen, es werde einmal der Tag des Zusammenbruches dieser widernatürlichen Regime kommen. 1958 waren es zwölf Priesterseminare mit rund 1500 Theologen, ihre Zahl wird noch steigen.

Aber die Gebetsmeinung spricht nicht von vielen Priesterberufen *für* die Kirche des Schweigens, sondern von solchen, die *in* ihr selber hervorgehen. Das ist etwas anderes, und dafür recht zu beten, setzt zweierlei voraus. Einmal die intensive Betrachtung des Lebens und Leidens der verfolgten Christen in den genannten Ländern. Eine solche Betrachtung, die mehr ist als bloße Unterrichtung, ist nicht weniger wichtig als das Studium der Evangelien und der Apostelbriefe, die uns durch die Kirche des Schweigens sehr nahe rücken. Sodann gehörte dazu eine gründliche Umwandlung unserer kirchlichen Gesinnung sowohl bei den Gläubigen wie bei den kirchlich Verantwortlichen. Wie nötig dieser Wandel ist, zu dem erfreuliche Ansätze in der Aktion gegen den Hunger in der Welt sichtbar wurden, zeigte der ausführliche Bericht über „Die euro-

N 503 *67jährige Witwe* in Schlesien, die anstelle ihres verstorbenen Mannes als Totengräberin tätig ist und von dem geringen Verdienst — es ist ein kleiner Ort, und im Winter, wenn die Gräberpflege wegfällt, hat sie, da ohne Rente oder Unterstützung, fast keine Einnahmen — leben muß, braucht Hilfe für Ernährung und Kleidung.

N 505 *Alleinstehende arbeitsunfähige Frau in* Oberschlesien, 50 Jahre alt, als Waisenkind aufgewachsen, unheilbar an Knochenfraß erkrankt, erbittet verständnisvolle Unterstützung jeder Art, da sie nur eine sehr kleine Mindestrente erhält.

N 506 *Sehr arme katholische Schwesternstation* in Oberschlesien, der vierzig Ordensfrauen, viele über 70 Jahre alt, angehören, erbittet Hilfe für Kleidung. Als die Schwestern aus der Internierung zurückkehrten, mußten sie in Ruinen neu beginnen. Der mühsame Wiederaufbau bedeutet für sie eine schwere Last.

Geldspenden sind einzusenden auf Postscheckkonto Karlsruhe 7926 des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg i. Br. mit Vermerk: „SOS-Ost" und der jeweiligen Kennzahl.

päische Priesterfrage" (vgl. ds. Jhg., S. 319 f.; ds. Heft, S. 474). Aus ihm geht hervor, daß immer weniger Eltern bereit sind, ihre Kinder auf den Weg des Priestertums hinzuweisen. Auf der anderen Seite ist die Bereitschaft der Diözesen, ihren Beitrag zu einem überdiözesanen, ja übernationalen Lastenausgleich zu leisten, noch nicht genug geweckt. Vor allem sollte viel geschehen, um der gläubigen Jugend eine andere, anziehendere Vorstellung vom zukünftigen Stil priesterlichen Lebens und Wirkens in missionarischer Gemeinschaft zu geben, als ihn der einsame Dorfpfarrer darstellen kann. Angesichts solcher unzureichender Voraussetzungen kann ein wirksames Gebet für viele Priesterberufe in der Kirche des Schweigens und um ihre Beharrlichkeit kaum erwachsen.

2. Das erste Erfordernis eines durchgreifenderen Wandels in den Herzen der Gläubigen für das fruchtbare Gebet wäre wohl, daß sie anfangen, wenigstens in Gleichklang mit unsern katholischen Brüdern und ihren Bischöfen in der Sowjetzone zu kommen und die vorbildlichen Hirtenworte, die dort die Gläubigen immer ernster auf das Leiden für Christus vorbereiten, auch als an uns im Westen gerichtet zu hören, zumal da der gemeinsame Hirtenbrief über „Der Christ in der atheistischen Umwelt" vom 20. Februar 1960 (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 315 f.) auch auf unsern Kanzeln verlesen worden ist. Wurde er aufmerksam gehört? Werden Predigten wie die von Kardinal Döpfner zu Silvester oder zu Ostern (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 195 f. und 415) dem katholischen Volk wirkungsvoll bekannt gemacht und von ihm beachtet? Sodann wäre es vielleicht eine Aufgabe unserer Diözesanpresse, die Nachrichten über die Kirche des Schweigens nicht nur fleißig abzudrucken, sondern sie auch zu kommentieren oder in einer auffallenden Sparte vorzutragen: „So leiden unsere Brüder!", mit dem ausdrücklichen Rat an alle ernsten Christen, sich an den Vorbildern des geistlichen Lebens im Osten für die heilige Messe und auch für eine gute Beichte vorzubereiten. Dann nämlich würde das Gebet nach der Wandlung „Nobis quoque peccatoribus . . .", über das man leicht hinweggeht, wieder einen sehr konkreten Inhalt gewinnen und uns mahnen, daß man die Gemeinschaft mit den Heiligen und den Martyrern unserer Tage erbeten muß, um würdig am Opfer Christi teilzunehmen. Dann würde das Meßopfer eher die Bereitschaft entzünden, auch am Leiden der bedrängten Brüder teilzunehmen, so daß unser praktisches Leben einigermaßen vor diesen Glaubenszeugen bestehen könnte. Berichte und Illustrationen über die Pracht der feiernden Kirche im Westen können diese Umwandlung der Herzen nicht erreichen, die zum Gebet für die Kirche des Schweigens gehört.

3. Ein anderes Erfordernis wäre das gründlichere Umdenken über die Existenz des Priesters. Es kann nicht allein den Theologen überlassen werden, die ja auch nicht allein für die Erweckung von Priesterberufen sorgen, zumal da die Gläubigen schon viel darüber erfahren haben, welche Erwartungen die Päpste seit dem hl. Pius X. an die Priester der Kirche in einer apokalyptischen Zeit stellen. Pius XII. hat sich in vielen Rundschreiben über den Sinn des Priesterberufes ausgesprochen und die landläufigen Vorstellungen vom Kultusdiener umgeformt. Nirgends ist zu erkennen, daß dem Priester eine bürgerliche Existenz zugedacht ist, die er mancherorts, besonders in der Bundesrepublik Deutschland, durch vielerlei Umstände hier und da zu führen verleitet wird, soweit ihn die Anforderungen der Seelsorge nicht an sich schon ins Leiden stellen. Jedenfalls besteht zwischen dem Beruf des Priesters im Westen, der hart, aber gesichert ist, und dem ständig gefährdeten, wie die Apostel mit Gefängnishaft vertrauten Priester in der Kirche des Schweigens ein beträchtlicher Abstand. Gewiß, der verfolgte Priester ist nicht die dogmatische Norm, aber er sollte den jungen Theologen immer vor Augen sein. Über ihm liegt der Segen der Verheißungen Jesu Christi an die Jünger, die eindeutig das gleiche Martyrium in Aussicht stellen, das der Herr erleiden mußte, aber keine irdische Herrlichkeit. Die Priester der Kirche des Schweigens, um deren reichliche Berufung wir beten sollen, sind den Jüngern und Missionaren der Urkirche sehr ähnlich, aber dieses Urbild des Priesters haben unsere Gläubigen in der Regel nicht mehr vor Augen. Wie sollen sie da für solche außerordentlichen Berufungen, für Martyrerpriester beten und einstehen? Zu dieser heilsamen Mitverantwortung für die leidende Kirche können die Gläubigen freilich nicht durch eine Kritik an manchen rückständigen Wirklichkeiten des Priestertums im Westen geführt werden, wie sie in Werken katholischer Dichter, besonders aus Frankreich, geübt wurde. Vielmehr sollte das Urbild des Priesters, der nicht nur persona Christi das heilige Opfer zelebriert, sondern das Leiden Christi übernimmt, dem Bewußtsein der Gläubigen dadurch eingeprägt werden, daß dieses in Tausenden von Priesterschicksalen heute gelebte und erlittene Bild aus der Kirche des Schweigens mit allen Mitteln der Predigt und der Publizistik wirkungsvoll verbreitet wird. Denn Menschen können nur für das richtig beten, was sie kennen und ihr Herz bewegt.

4. Eine Gebetsmeinung ist kein organisatorisches, sondern ein aszetisches Programm. Das Gebet, das zum Herzen Gottes drängt, kommt wohl angesichts der grausigen Wirklichkeit im Osten auch zu der Frage: Würde Christus heute genau dieselben Wege des Apostolats weisen wie im Römischen Reich, das ein gewisses Maß an Humanitas und Freiheit schützte? Bildlich gesprochen: man kann heute eingemauerte Menschen durch Ätherwellen erreichen, trösten und verwandeln, ohne die verriegelten Tore einzuschlagen oder das Haus zu bombardieren. Versetzt man sich in die Lage der bedrängten und zermarterten Christen etwa in China (vgl. die Missionsgebetsmeinung ds. Jhg., S. 160 f.), so werden auch die Gläubigen den Experten leichter folgen und über die traditionellen Formen der Mission und des Apostolats hinaus beten, und sie werden nicht warten wollen, bis einmal die Staaten im Osten zusammenbrechen. Wer sagt uns, daß das kommende Gottesreich gerade diesen Weg gehen müßte? Steht nicht in den Adventsevangelien etwas anderes? Und das brennende Gebet, das sich um die Seelen der Verlassenen sorgt, wird fragen, ob denn nur der militante Atheismus fähig ist, durch unerkennbare Agenten die Völker zu infiltrieren, nicht aber die Sendboten des Heiligen Geistes? Ohne die ordentlichen Wege des hierarchischen Apostolats zu verleugnen, werden die Beter für die Kirche des Schweigens nach außerordentlichen Wegen verlangen, die eine missionarische Überwindung des atheistischen Totalitarismus suchen, freilich Wege des Opfers und des Leidens, so frei von staatlichem Rechtsschutz wie die Selbstentäußerung des Gottessohnes in freiwilliger Erniedrigung bis zum Tode am Kreuz. Das Gebet für viele Priesterberufe in der Kirche des Schweigens sollte uns helfen, freiwillig jene Tiefe und Torheit der Kreuzesweisheit zu erlangen, die den verfolgten Brüdern im Osten mit Gewalt auferlegt wird.

Um Mehrung der Ordensberufe für die Missionen unter der weiblichen Jugend. Missionsgebetsmeinung für August 1960

In einer Ansprache an den von der Religiosenkongregation im Jahre 1952 einberufenen internationalen Kongreß der weiblichen Orden in Rom (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 53) berührte Papst Pius XII. erstmalig vor einer repräsentativen Vertretung der Frauenorden aus der ganzen Welt „die recht ernste Krise", die durch den Rückgang der Berufe die Gemeinschaften weiblicher Religiosen im größeren Teil der katholischen Welt, besonders aber in Europa, betroffen hat. Die nur für den Missionsdienst gegründeten Kongregationen, deren Entstehen meist auf das vorige Jahrhundert zurückgeht, sind in einigen Ländern von dem Rückgang weniger betroffen, fühlen ihn aber auch in steigendem Maße. Bei einer Erscheinung, die mit der wachsenden Säkularisierung des Denkens und Lebens so eng zusammenhängt, können auch die Missionsorden nicht von dem Übel verschont bleiben, da ihre Mitglieder ja zunächst Ordensleute und dann erst Missionare sind.

Es sind nun bei weitem nicht alle in den Missionen tätigen Schwesterngemeinschaften ausschließlich zum Dienst im Apostolat der Kirchengründung ins Leben gerufen worden. Sie widmen sich viemehr vielseitigen Aufgaben daheim und draußen. Diese Gemeinschaften fühlen den Nachwuchsmangel in ganzer Schärfe und sind versucht, die „vorgeschobenen" Posten in den Missionen abzubauen, um den Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung der Werke in der Heimat wenigstens einstweilen zu begegnen. Die Versuchung ist besonders groß, wenn nur ein relativ kleiner Teil der Schwestern Missionsarbeit leistet. Eine solche Haltung wäre gewiß nicht katholisch, entspräche vielmehr einem sehr natürlichen Denken, mit dem man bisweilen im katholischen Leben der Heimat unter der Devise „Das Hemd ist mir näher als der Rock" Opfer für die Missionen abwehrte.

Es sind nun in jüngster Zeit neue Genossenschaften mit stärkerem Auftrieb entstanden, die sich ganz oder teilweise den Missionen widmen. Besonders auf das direkte Apostolat der Umwelt eingestellt, unterbauen sie ihre Tätigkeit stark durch Sozialdienste. Bei einem Minimum gemeinsamer äußerer Lebensformen ist ihre ganze Ausbildung und Aszese auf die Formung selbstverantwortlicher Persönlichkeiten mit Wagemut und Initiative abgestellt. Mitten ins Leben tretend, sollen sie, um einen Ausspruch des in China verstorbenen amerikanischen Missionsbischofs F. Ford zu gebrauchen, überall das Ordenshaus mit sich tragen wie die Schnecke ihr Haus. Da diese Gesellschaften zugleich einem Bedürfnis der Seelsorge und dem Verlangen katholischer Frauenelite nach größerer Persönlichkeitsentfaltung im Rahmen der Gemeinschaft entsprechen, üben sie auf manche Mädchen, die zu den bestehenden Ordenstypen kein inneres Verhältnis finden, einen wachsenden Einfluß aus. Aber abgesehen davon, daß diese Gemeinschaften zahlenmäßig das Gesamtbild der Nachwuchskrise bei den Missionsorden auf lange Zeit kaum beeinflussen werden, stellen sie nur eine neue zeitgemäße Spezialisierung des Frauenapostolats dar, dessen Angehörige im allgemeinen die Übernahme von Institutionen ablehnen. Ihr Vorbild sind die frommen Frauen, die mit den Aposteln wanderten, um die Menschen für Christus zu gewinnen. Was soll aber aus den bisher von Ordensfrauen geleiteten zahllosen Einrichtungen der Caritas, der Mädchenbildung, des Sozialdienstes werden, die für eine moderne Missionsarbeit auf breitester Basis nach wie vor grundlegende Bedeutung haben, wenn die Berufe nur dem neuen Spezialtyp fraulicher Missionsarbeit zuströmen? Gerade für die Aufrechterhaltung, Entwicklung und Neugründung der Institutionen fehlt aber der Nachwuchs. Die neuen Gemeinschaften betonen sehr stark den Heroismus, den sie von ihren Schwestern fordern, die in totaler Anpassung mitten in die Welt treten. Man hat oft den Eindruck, daß sie das Leben in den älteren Missionsorden für aszetisch weniger anspruchsvoll ansehen, übersehen aber, daß eine lebenslange, örtlich gebundene Gemeinschaft in Institutionen ebenfalls ein Höchstmaß von Selbstverleugnung und Entsagung fordern kann, die vom Ziel dieser Arbeit her freudig getragen wird. Die älteren Missionsorden sollten aber diese neuen Formen des Apostolats weiblicher Orden gründlich studieren, nicht um sie zu kopieren, sondern um von ihnen zu lernen, um das bei ihnen ständig neu geforderte Werk der Anpassung an die Zeit geistig zu befruchten und von gewissen Erstarrungsformen in Aszese und äußerer Lebensgestaltung abzukommen, „in denen ein wahrhaft gutes und tapferes junges Mädchen nur Hemmnisse für ihre Berufung fände" (Pius XII. an den Ordenskongreß 1952 zu Rom; Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 53).

Selbst wenn es nun gelänge, für die in den Missionen tätigen weiblichen Orden und Genossenschaften den zur Erhaltung ihrer derzeitigen Mitgliederzahl nötigen Nachwuchs zu sichern, wäre das anstehende Problem nur zum Teil gelöst. Die bisher übernommenen Aufgaben ließen sich zwar weiterführen, neue große Unternehmungen aber könnten nicht begonnen werden. Solche fordert aber die Stunde vor allem in Afrika, dessen Kirche in einen lebenbedrohenden Kampf verwickelt ist, der bis in die Wurzeln ihrer irdischen Existenz geht. Große Teile des Schwarzen Afrikas haben überhaupt noch keine oder nur ganz wenige Ordensfrauen. Vor allem fehlen sie in den Pionier-Missionen an der Peripherie der Ausbreitungsfront. Dieser Mangel macht sich um so stärker fühlbar, als die vorhandenen Schwestern aus missionsgeschichtlich einsichtigen Gründen sehr ungleich verteilt sind. In allen Sprengeln, die in Afrika der Kongregation der Glaubensverbreitung unterstehen, gibt es nur 19 600 Schwestern, während in der übrigen Missionswelt 41 900 gezählt werden. Auf die über 700 Missionssprengel, die im Jurisdiktionsbereich der Propaganda Fide liegen, kommen also insgesamt 61 500 Schwestern, während Deutschland nach der Statistik von 1957 ihrer 93 260 zählt. Seit Jahren machen zahlreiche Missionsbischöfe eigens Reisen nach Europa und Nordamerika, um für Neugründungen Schwestern zu erhalten. Meist kehren sie ohne Erfolg heim, da man ihnen den Nachwuchsmangel vor Augen hält. So ging es auch dem damaligen Apostolischen Administrator von Hiroshima, Msgr. Akira Ogihara, der darüber in „Die katholischen Missionen" (1952, S. 35) berichtet: „Hier (in Deutschland) habe ich wohl die größte Enttäuschung erlebt; denn das unmittelbare Ergebnis meiner Bemühungen war Null. Überall, wo ich ein Mutterhaus von Schwestern fand, bin ich hingegangen und habe um die Mitarbeit in der Mission von Hiroshima gebeten. Alle Generaloberinnen haben mir ohne Ausnahme erklärt: ‚Es ist nicht möglich, wir haben keinen Nachwuchs!' Das gebe ich zu. Ist aber nicht einer der Gründe, warum es ihnen an Nachwuchs fehlt, daß sie keine Schwestern in die Mission schicken? Verschiedene Oberinnen, deren Schwestern bereits in der Mission ar-

beiten, haben mir gesagt, daß ihr Nachwuchs normal sei. Mehrere junge Mädchen, die sich meldeten, um in der Mission zu arbeiten, konnte ich an jene Schwesterngenossenschaften weisen, die bereits in Japan wirken." Seit jenem Jahre 1952 hat nun eine Anzahl bisher nicht in den Missionen tätiger weiblicher Orden und Genossenschaften Deutschlands trotz Nachwuchsmangels Aufgaben in Missions- oder Quasi-Missionsgebieten übernommen. Es mag noch zu früh sein, den Einfluß dieses tapferen Wagnisses auf die Behebung des Nachwuchsmangels in den betreffenden Gemeinschaften zu untersuchen. Ganz allgemein kann aber gesagt werden, daß die Übernahme einer Missionsarbeit so mancher Kongregation, die in ihrem geistigen Habitus, in einseitiger Routinearbeit und in krampfhaftem Festhalten an gewissen durchaus nebensächlichen traditionellen Formen und Klosterbräuchen zu erstarren droht, nicht nur eine größere universalkirchliche Blickweite gibt, sondern ihr auch neue Dynamik und den Sinn für Anpassung an neue Gegebenheiten verleiht. Dies ist aber eine der Vorbedingungen, um die Reformen durchzuführen, die eine solche Kongregation für idealgesinnte junge Mädchen anziehend machen und die auch das Verständnis für das Seelenleben dieser jungen Menschen erleichtern.

Die Notwendigkeit von Schwestern in den Missionen

Vier Missionsenzykliken dieses Jahrhunderts bezeichnen die Ordensfrauen als „notwendige Mitarbeiterinnen" der priesterlichen Missionare. Diese Notwendigkeit ergibt sich zunächst aus der Art ihrer Tätigkeit, die sich auf Seelsorgehilfe, Caritas-, Bildungs- und Sozialarbeit vor allem an der Frau erstreckt, aber in ihren Auswirkungen der ganzen Mission zugute kommt. Keine dieser Tätigkeiten kann, wie schon angedeutet, heute entbehrt werden. Durch das Entstehen neuer sozialer Ordnungen, durch den wachsenden inneren Aufbau der Missionskirchen und die rapide Emanzipierung der Frau wird ihre weitere Entfaltung bei zugleich stärkerer Spezialisierung nur noch dringlicher. Keine Laienhilfe „auf Zeit" kann die Ganzheitshingabe der Ordensfrauen in der Lebensweihe an ihre Aufgabe, die stets durch Nachwuchs gesicherte Kontinuität ihrer Arbeit, die gründliche Umweltkenntnis der Schwestern, die Übertragung erprobter Methoden und Erfahrungen von einer Ordensgeneration auf die andere ersetzen. Manche bisher von den weiblichen Religiosen unter dem Zwang der Umstände mit übernommene Funktionen, vor allem auf dem Gebiete der Sozialaktion im weltlichen Raum, werden mit Nutzen, vielleicht sogar besser, von Weltlaien übernommen werden können. Aber es ist zu beachten, daß sich weibliches Ordensleben heute in den Missionen durch geeignete Anpassung fähig zu machen sucht, auch im profanen Raum als christlicher Sauerteig wirksam zu werden. Die verschiedensten Typen von Orden, die sich solche Ziele gesetzt haben, bilden in ihren Lebensformen eine fast kontinuierliche Linie bis hin zu den Säkularinstituten, die ja auch zu den Ständen der Vollkommenheit gehören, und von letzteren führen Verbindungslinien zu den Gesellschaften von Missionshelferinnen, die sich für immer dem Missionsapostolat widmen, ohne den Charakter von Orden oder Weltlichen Instituten zu haben. Die Ordensfrau steht in den Missionen also, obwohl sie „nicht von der Welt" ist, heute in bisher nicht erlebtem Maße, geistig und örtlich auch „mitten in der Welt", in edlem Wettbewerb mit den neuen Formen des Umweltsapostolats von Laien. Die Entwicklungsfähigkeit weiblichen Ordenlebens in Richtung auf die Zeitbedürfnisse zeigt sich auch in der staunenswerten Entfaltung der missionsärztlichen Schwesternschaften, dem Vordringen von Ordensfrauen bis auf die Lehrstühle von Universitäten, bis zur Übernahme von ganzen Universitätskollegs. Auf Formosa sollen Ordensfrauen die Leitung der Fakultät für Frauenbildung an der im Aufbau begriffenen katholischen Universität übernehmen. Die Schwesternschaften bemühen sich, der asiatischen und afrikanischen Frau in allen Phasen der Evolution zu folgen. Wir sehen sie in zielbewußter Mitarbeit an der sozialen Strukturierung und der staatsbürgerlichen Grunderziehung in den neuen Staaten. Dem geistig aufgeschlossenen katholischen Mädchen, das echten Missionsberuf hat, bieten sich also eine Fülle von Möglichkeiten, um je nach Anlage und Neigung den Missionen zu dienen.

Entscheidende Bedeutung haben die Missionsschwestern für die Einpflanzung des Ordenslebens im Bereich der werdenden Kirchen. Sie bieten das Vorbild, wecken das Verlangen nach Ergreifen des Ordensstandes, pflegen die Berufe, stellen die ersten Leiter neugegründeter einheimischer Genossenschaften. Immer zielbewußter gehen auch die großen, im Westen gegründeten Frauenorden darauf aus, einheimische Berufe in ihre eigenen Reihen aufzunehmen. Sie fördern so den katholischen, weltumfassenden Geist sowohl bei den weißen als den farbigen Schwestern. Letzteren geben sie zudem die Genugtuung, in aller Sichtbarkeit den weißen Ordensfrauen gleichgeachtet zu werden. Diese praktische Überwindung der Rassenschranke in den weiblichen Orden hat den gleichen Zeugniswert wie die Aufnahme von Nichtweißen in die Männerorden. Die Begegnung mehrerer Kulturen in der gleichen Ordensfamilie zwingt auch zur Durchdenkung der Anpassungsaufgabe, d. h. zunächst zur Unterscheidung von Wesentlichem und Unwesentlichem im Ordensleben. Der Mangel an dieser Unterscheidung macht einen hyperkonservativen Geist unfähig zu einer vernünftigen Anpassung. Es ist nicht zu leugnen, daß mancher in den Missionen tätige weibliche Orden bis in die jüngste Zeit noch nicht von jenem dynamischen Geist voll durchdrungen war, den die moderne Missionstheologie verbreitet, vielleicht weil man sich nicht genügend bemüht hat, ihn damit vertraut zu machen. Die Bemühungen Roms um Hebung der theologischen Bildung der Ordensfrauen in der ganzen Welt werden den Anpassungsprozeß beschleunigen, der auch in der Heranbildung weiblichen Nachwuchses aus einheimischen Kreisen vonnöten ist. In einem Brief an eine aus dem Westen stammende Oberin in Japan schrieb der japanische Bischof Dominikus Fukahori: „Wäre es nicht an der Zeit, den in Missionsländern arbeitenden Schwestern und ihren einheimischen Mitschwestern in diesem Lande einige Erleichterungen in ihren Regeln zu geben, die bei aller Wahrung der Konstitutionen durch eine bessere Anpassung eine intensivere apostolische Arbeit gestatteten? Man müßte hier von der Anpassung in der Kleidung handeln, von der materiellen Anpassung in Einklang mit dem Klima und ebenfalls von der spirituellen Anpassung..." Der frühere Apostolische Delegat in Australien, Erzbischof Carboni, erklärte im Jahre 1956 einer Gruppe australischer Dominikanerinnen, die zu den Salomonen-Inseln gingen: „Manche Missionsschwestern scheinen es als eine Verletzung ihrer Regel zu betrachten, wenn sie sich in Dingen anpassen, die

in Wirklichkeit nur sekundärer Natur sind. Die Folge ist, daß sie die einheimischen Berufe nicht, wie sie es sollten, anziehen. Katholische Missionsschwestern sollten es nicht darauf anlegen, jenen, zu denen sie gehen, ihre eigene Denk- und Lebensart sowie ihre eigene Tracht aufzuerlegen. Sie werden sich bewußt bleiben, daß sie die Kirche in die Denk- und Tätigkeitsartung, in die Kleidertracht und die Form der Rede dieser Völker einzupflanzen haben."

Neugegründeten einheimischen Schwesternkongregationen gibt man meist wie selbstverständlich ein der kulturellen Umwelt angepaßtes Ordenskleid. Die vom Westen ausgegangenen großen Orden wurden seit jeher in den Tropen vom Klima her zu einer oft großen Anpassung des Ordensgewandes an die Umwelt genötigt. Über diese allgemein anerkannte Anpassung hinaus gibt es Anpassungsprobleme. Die zugleich in vielen Kontinenten arbeitenden weiblichen Orden möchten aus begreiflichen Gründen in aller Welt ein gleichartiges Kleid tragen. Sie suchen deshalb nach einer Tracht, die allen Kulturen genehm ist. Bei der allgemeinen zivilisatorischen Angleichung in der Welt mag es möglich werden, ein anspruchloses, schlichtes Gewand zu finden, das nicht als typisch europäisch angesehen wird und zugleich die Ordensfrau als solche kenntlich macht. Man darf allerdings Zweifel hegen, ob diese Lösung dann zum Ziele führt, wenn sie als „Kompromißlösung" zwischen den konservativen und fortschrittlichen Elementen vorwiegend westlicher Ordensmitglieder ausgehandelt wird. Es bleibt dann immer ein Stück „Europäismus" im Ordensgewand, das sich in Asien und Afrika stärker bemerkbar machen wird, wenn dort die Versuche zur Revalorisierung der eigenen Kulturformen Erfolg haben sollten. Der Europäismus kommt in vielen Missionsländern mit eigener alter Kultur am meisten in den Kopfbedeckungen der Schwestern zum Ausdruck. Zahlreiche Orden haben hier sowohl der Hygiene als der praktischen Arbeit dienliche Reformen durchgeführt, die zugleich die Anpassungsaufgabe erleichtern. Zu Ostern 1960 — um ein Beispiel aus jüngster Zeit zu nennen — hat die 3421 Schwestern in 468 Niederlassungen von vier Kontinenten zählende Kongregation der Lehrschwestern vom heiligen Kreuz (Menzingen, Schweiz) den gestärkten Kragen und den weitabstehenden Schleier durch einen herabfallenden schwarzen Schleier ersetzt. Zur Begründung erklärte die Generaloberin einem sie befragenden Journalisten: „Unsere Schwestern haben Wichtigeres zu tun, als jährlich ungezählte Stunden den Schleier zu stärken." Einige aus jüngster Zeit stammende internationale Kongregationen, wie z. B. die Kleinen Schwestern von Jesus, sind zu einer radikaleren Anpassung des Ordenskleides an die besondere Umwelt, in der sie wirken, geschritten. Die spanischen Missionsschwestern von Jesus Christus tragen außerhalb des Ordenshauses die ortsübliche Frauenkleidung.

Das Ordenskleid ist nicht wesentlich zum Ordensleben, aber abgesehen von dem Schutz, den es nach außen, und der ständigen Mahnung zum Leben nach den Gelübden, den es nach innen darstellt, trägt es in hohem Maße zur Erfüllung der sozialapostolischen Aufgabe bei, die allem Ordensleben vor der Welt gegeben ist, Zeugnis zu geben für den übernatürlichen Charakter der christlichen Botschaft, für das diese Zeitlichkeit übersteigende Reich Gottes. „Ohne ihre nach den evangelischen Räten lebenden Ordensgemeinschaften würde die Kirche nur ein verstümmeltes Antlitz Christi zeigen. Sie würde etwas von ihrer Botschaft verlieren. Ihre lebende Predigt des Reiches Gottes wäre unvollständig" (Henri Mogenet SJ, Études, Dezember 1947, S. 224). Die Missionsarbeit der Kirche ist nun zunächst Verkündigung des Reiches Gottes an die Nichtchristen. Wo also im Missionsapostolat die Ordensleute fehlen, begegnet den Heiden ein verstümmeltes Antlitz Christi. Es fehlt das prophetische Zeugnis des ganz aus Gott und in Gott gestalteten Lebens des neuen Himmels und der neuen Erde. Dieses Zeugnis, das gottgeweihte Männer und Frauen geben sollen, ist in den Missionsländern, die vom Materialismus bedroht sind und in denen sich selbst die Christen heute in Gefahr befinden, den transzendenten Charakter der christlichen Botschaft zu verkennen, unersetzlich. Deshalb muß es mit religiöser Sorge erfüllen, wenn es weite Räume der Missionswelt gibt, in denen sich keine Ordensschwestern befinden. Nicht nur ihr Wirken wird hier vermißt, sondern auch ihr lebendiges Zeugnis für das in der Ewigkeit sich vollendende Reich Gottes. Nur selten wird jungen Mädchen diese Seite des Ordens-Missionsberufs dargestellt.

Der Missionsordensberuf

Man hört heute oft aus dem Munde junger Mädchen: „Ich möchte Missionarin werden, aber nicht in einem Orden, vielmehr als Laienhelferin." Ist dieses Verlangen darauf gegründet, daß keine wirkliche Berufung zum jungfräulichen Leben in einem Orden vorhanden ist, so stehen zu seiner Erfüllung vorläufig nur begrenzte Möglichkeiten offen, besonders wenn nur an eine zeitlich begrenzte Bindung gedacht ist. Aber auch die Zahl der Gesellschaften von Missionshelferinnen, die eine Lebensbindung verlangen, ist klein, und sie treffen nach gründlicher Prüfung des Berufes eine scharfe Auswahl unter den Kandidatinnen. Diese Situation kann nun dazu führen, daß ein junges Mädchen nach langem Suchen schließlich doch über den Eintritt in einen Missionsorden die Erfüllung seines Zieles sucht. Eine solche Berufswahl trägt den Keim der inneren Katastrophe in sich. Denn in einem Missionsorden ist „der jungfräuliche Beruf und seine Pflege das Primäre, die Missionsarbeit das daraus Folgende, Sekundäre (Schwester Sixta Kasbauer SSpS).

Sehr oft ist indes heute die andere Situation anzutreffen, daß ein junges Mädchen echten Ordens- und Missionsberuf hat, aber sich an gewissen Äußerlichkeiten des zeitgenössischen Ordensleben stößt, zu deren Beseitigung den Verantwortlichen manchmal Einsicht und Mut fehlen. Noch häufiger hat die weibliche Jugend ein verzerrtes Bild vom Ordensstande, an dessen Entstehen nicht nur der Geist der Zeit seinen Anteil hat, sondern auch die Art und Weise, wie innerhalb der Kirche von Jugendbildnern bisweilen über den Ordensstand, speziell die weiblichen Orden, geschrieben oder gesprochen wird. Würde unsere katholische Jugend eine echte Kenntnis vom Wesen des Ordenslebens haben, so wäre für sie der Besuch des Films „Geschichte einer Nonne", den die Katholische Film-Kommission als „sehenswert von 16 Jahren ab" empfohlen hatte, wirklich sehenswert gewesen. Sie hätte nämlich erkannt, daß die Heldin des Films keinen Ordensberuf hatte und daß im Film ein völlig verzerrtes Ordensideal dargestellt wurde. Tatsächlich hat dieser technisch hervorragende Film, der zur Zeit auch in Missionsländern wie Indien läuft, explosiv in eine schon bei der katholischen Jugend vorhandene Abwehrhaltung hineingewirkt, und in den Tränen, die Tausende junger

Mädchen beim Mitleben des Schicksals der Schwester Lukas weinten, sind zahllose Ordensberufe erstickt worden. Es sei bei dieser Gelegenheit auf die Auseinandersetzungen mit dem genannten Film in „Die katholischen Missionen" (Heft 2, 1960), in der „Deutschen Tagespost" (16. 2. 60: Stellungnahme der Vereinigung höherer Ordensoberinnen Deutschlands, auch wiedergegeben in „Der große Entschluß", Wien, Mai 1960), in den Pariser „Etudes" (April 1960) und in „The Examiner", Bombay (20. 2. 60) hingewiesen.

Der Hauptschriftleiter der „Katholischen Missionen", J. A. Otto SJ, beschäftigt sich in diesem Zusammenhang auch mit den Aufgaben unserer katholischen Jugendführung: „... Ist das Zentralanliegen unserer Jugendseelsorge und das Herzensanliegen unserer Jugendseelsorger dieser evangelische Höhenruf: ‚Eines fehlt dir noch. Willst du vollkommen sein, dann geh hin, verkaufe, was du hast... dann komm, nimm dein Kreuz und folge mir nach' (Matth. 19, 21 und Mark. 10, 21)? Oder begnügt man sich mit dem braven Durchschnittschristen: ‚Willst du ins Leben eingehen, dann halte die Gebote'? Wagt man auch heute dem jungen Menschen diesen Höhenruf Jesu als Lebensberuf deutlich und unausweichlich zur persönlichen Stellungnahme und Entscheidung vorzulegen? Oder verschweigt man diese Möglichkeit? Blockiert diesen Höhenweg, weil man den jungen Menschen viel zu früh schon auf den Durchschnittsweg festlegt? Ihn nicht mehr offen und ansprechbar hält für den Höhenruf der Gnade? Nur dann, wenn immer mehr Jugendliche wagen, diesem Ruf zum Höchstziel der Christlichkeit zu folgen, werden immer weniger unter den Durchschnitt der Christlichkeit absinken... Die bedrückende Unfruchtbarkeit an kirchlichen Berufen für Mission und Heimat in der Kirche Deutschlands ist für die Seelsorge, zumal die Jugendseelsorge, noch immer eine unbewältigte Aufgabe. Und doch ist die behutsame, aber zielklare Weckung und Pflege von Missionsberufen... der drängendste, vielleicht entscheidende Beitrag, den *nur* die Jugendseelsorge für die Weltmission leisten kann. Nichts und niemand kann ihr diese weltweite, diese wahrhaft katholische Verantwortung abnehmen."

Warum spricht man nun von einer besonderen Berufung zur Mission? Warum nicht einfach von einer Berufung zum Apostolat, wie sie auch in der Tätigkeit zur Wiederverchristlichung des Abendlandes vorhanden sein kann? Weil der Missionsberuf vom apostolischen Arbeiter ein Verlassen der eigenen Umwelt, der eigenen Nation, bei Ordensleuten auch in gewisser Hinsicht der eigenen Klosterwelt verlangt, um in einem Höchstmaß von Anpassung in einer ganz fremden Kultur an der Grundlegung einer neuen Kirchengemeinschaft mitzuwirken. Es wird hier ein sehr hoher Grad von Selbstverleugnung, von Hingabe an ein anderes Volk, von apostolischen Tugenden verlangt. Der Missionar kann zudem trotz des Einsatzes seiner ganzen Persönlichkeit für diese schwierige Aufgabe nicht damit rechnen, das eigene Werk zur Vollendung zu führen. Er ist nur Wegbereiter, muß sich gewissermaßen selbst überflüssig machen, um möglichst bald einheimische Kräfte an seine Stelle treten zu lassen. Zur Erfüllung solcher Aufgabe gehört nach dem Zeugnis Dutzender von Stellen der großen Missionsenzykliken unserer Zeit eine besondere, unmittelbar von Gott kommende Berufung. In den Schwesternkongregationen, so sagt Pius XII. in der Enzyklika *Saeculo exeunte octavo* (1940), „müssen jene ausgesucht werden, die durch die göttliche Gnade zur Hilfeleistung an die Missionen aufgerufen sind". In dem gleichen Rundschreiben wendet sich der Papst an die Leiter von Missionskollegien und an die Oberen der religiösen Institute (Orden) mit folgenden Worten: „Sie mögen sorgfältig erwägen, daß niemand den mühsamen und schweren Weg dieses Apostolats gehen kann, der hierzu nicht durch eine besondere Gnade Gottes gerufen ist; ebenso, daß niemand diesen Weg fortsetzen darf, der auf die göttliche Eingebung und die göttliche Berufung nicht in würdiger Weise antwortet." Es soll hier nicht im einzelnen untersucht werden, wie sich dieser Beruf konkret äußert, auch nicht, inwieweit er mit anderen kirchlichen Berufungen verbunden sein kann. Es genüge hier die Feststellung: der Missionsberuf kommt von Gott.

Zurückhaltung von Missionsordensberufen in der Heimat?

Tritt nun ein junges Mädchen, das Missionsberuf zu haben glaubt, in eine Kongregation ein, die ganz für den Missionsdienst gegründet wurde, so dient das Noviziat zur Prüfung dieser Berufung durch die Kandidatin selbst und durch den Orden. Wird der Beruf bejaht, so läßt man das Mädchen zu den ersten Gelübden zu. Es besteht aber dann auch die Pflicht der Oberen, der jungen Schwester nach entsprechender Ausbildung die Möglichkeit zu geben, dem Rufe Gottes in die Mission zu folgen. Es können in den Ausbildungsjahren Umstände gesundheitlicher Natur eintreten, die eine Schwester hindern, auf dem Missionsfeld zu arbeiten. Sie wird dann gerne daheim für die Mission arbeiten. Sicher braucht ein Missionsorden eine Heimatbasis mit dem notwendigen Personal für Leitung, Heranbildung der Kräfte, Werbung, Verwaltungsaufgaben, Pflege der alten oder kranken aus den Missionen zurückkehrenden Schwestern. Viele Ordensfrauen müssen jahrelang in der Heimat studieren, und man braucht auch Reservekräfte für plötzlich ausfallende Spezialberufe. Aber kann man es verantworten, gesunde Schwestern in Missionsdiensten der Heimat ein Leben lang zu beschäftigen, ohne daß sie wenigstens einige Jahre auf dem ersehnten Arbeitsfeld tätig gewesen sind? In Deutschland haben die besonderen Verhältnisse zweier Weltkriege die weiblichen Missionsorden gezwungen, missionsfremde Aufgaben in der Heimat zu übernehmen, aus denen sie sich bei dem herrschenden Schwesternmangel schwer lösen können, aber trotz allem lösen müßten, um wieder ganz für die Aufgabe frei zu werden, zu deren Erfüllung sie gegründet wurden. Es wird von jungen Mädchen, die in einen Missionsorden eintreten möchten, immer wieder geltend gemacht, sie fürchteten, nicht in die Missionen zu kommen, vielmehr etwa als Krankenschwestern in der Heimat beschäftigt zu werden (vgl. Klemens Tilman in „Katechetische Blätter", 1957, S. 142—43, und die Antwort von Matth. Schneider SVD, ebd. S. 460 f.). Als nach dem ersten Weltkrieg Prof. Josef Schmidlin sich gegen die „Hypertrophie der heimatlichen Missionsbasis" wandte, kam es zu einer lebhaften Auseinandersetzung mit den Missionsorden. Würde man die Klage heute erheben, so würde das gleiche geschehen. Es ist an dieser Stelle nicht beabsichtigt, eine solche Kontroverse zu entzünden, vielmehr zu zeigen, daß das Problem der zu starken Heimatbasis einen viel allgemeineren Hintergrund hat, als es etwa die besondere Lage der deutschen (hier weiblichen) Missionsorden nach zwei Weltkriegen vermuten läßt. Prüft man

erreichbare Statistiken großer internationaler weiblicher Missionsorden, so stößt man oft auf eine unverhältnismäßig große Zahl von in der Heimat beschäftigten Schwestern. Man muß freilich diese Statistiken sorgfältig studieren, um kein ungerechtes Urteil abzugeben. So stellte das Zurückfluten mehrerer Tausend Schwestern aus den Verfolgungsgebieten in China, Korea, Vietnam die weiblichen Missionsorden vor sehr schwierige Aufgaben der Unterbringung. Junge Missionsorden brauchen zudem eine Anlaufzeit, bevor sie stärkere Kontingente in die Missionen senden können. Es dürfte aber Übereinstimmung darüber bestehen, daß es nicht in der Ordnung ist, wenn große, seit langem in allen Kontinenten tätige Schwesterngemeinschaften etwa 50 und mehr Prozent ihrer Profeßschwestern in der Heimat haben. Auf das Argument, daß im Verlaufe der Ausbildungszeit manche Schwestern entdecken, daß in ihrem ersten Missionswunsch viel Jugendromantik war und daß sie nun glücklich seien, auch im Heimateinsatz ganz missionarisch und apostolisch tätig zu sein (vgl. „Katechetische Blätter" a. a. O. S. 460), wäre zu erwidern: Wenn dieser Übelstand so weit verbreitet ist, daß er zur Erklärung einer (zugegebenen) Hypertrophie der heimatlichen Missionsbasis mit herangezogen werden muß, ist dann nicht vielleicht schon im Noviziat einiges versäumt worden?

Weihbischof Fulton J. Sheen beschäftigte sich in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Worldmission" (Winter 1959/60) eingehend mit unserem Problem aus der Sicht der amerikanischen Verhältnisse: „Auf den Missionsgesellschaften lastet gegenüber ihren jungen Mitgliedern eine Verantwortung von erschütternder Größe. Die jungen Menschen treten in den Orden ein, um unter Heiden die Frohbotschaft zu verkünden. Angenommen, der Leiter einer Medizinischen Fakultät hätte über die Kandidaten die gleiche Autorität wie der Obere einer Missionsgesellschaft sie über Schwestern, Brüder und Priester hat. Angenommen, 50 oder nur 20 oder nur 10 Prozent bekämen niemals die Erlaubnis, in der Medizin praktisch tätig zu sein. Angenommen, sie würden zu Buchhaltern, Rechnungsführern, Brieföffnern, Kartenzeichnern, Werbechefs, Tagungsreisenden gemacht. Müssen sie nicht zu Frustrierten, zu Neurotikern und Psychopathen werden? ... Wenn nun ein junger Mensch einer Missionsgesellschaft beitritt mit dem ausdrücklichen Wunsch, Missionar zu werden, hat er nicht das gleiche Recht dazu, wie ein Student das Recht hat, Zahnarzt zu werden, nachdem er die entsprechende Ausbildung genossen hat? Ist es nicht ein Vertrauensbruch, ein Mangel an Gerechtigkeit und eine Pflichtversäumnis, ihn in Jerusalem festzuhalten, wenn er berufen ist, nach ‚Samaria und bis an die Grenzen der Erde' zu gehen? Das soll nicht heißen, daß er nie zu anderen Aufgaben verwendet werden soll ..., aber dies sollte erst dann der Fall sein, nachdem er mindestens für eine gewisse Zeit seine Berufsaufgabe erfüllt hat. Anders liegen die Dinge bei Gesellschaften, deren Zweck nicht ausschließlich die Mission ist und in denen es keine Freiwilligen für die Missionen gibt ..."

Msgr. Sheen wendet sich dann noch gegen gewisse Methoden der Werbung für Missionsberufe, die sich weltlicher Lockmittel bedienen. Der Ruf an die Jugend, Christus dem König zu folgen, sei untrennbar mit dem Kreuz Christi verbunden. Missionsarbeit fange auch nicht in Korea, Indien oder Neuguinea an, sondern bei der Geburt einer Berufung, beim Nazareth des Noviziats. Man dürfe den Kandidaten nicht sagen, sie müßten sich für jenen Augenblick auf das Opfer ihrer selbst vorbereiten, in dem sie die Bestimmung für die Mission erhielten. Auf dem Missionsfeld hätten sie nur eine Form der Hingabe mit einer anderen zu vertauschen. Sheen verlangt, daß man die Aufgeschlossenheit für das Opfer, die die Jugend kennzeichnet, schon im Noviziat zur Erfüllung bringe.

Tut man dies, so wird man echte Berufung zur vollen Entfaltung, unechte zum Rücktritt bringen, und in dem Maße, wie weibliche Missionsgesellschaften nach außen ihre innere ausschließliche Hingabe an die Missionen profilieren, werden sie auch berufenen jungen Menschen das Gefühl der Sicherheit geben, hier zur Erfüllung ihrer von Gott ausgehenden besonderen Berufung zu gelangen.

Die Münchener Volksmission 1960

Vorbereitung, Durchführung und Bilanz einer Großraummission in einer modernen Millionenstadt

Zur Vorbereitung des Eucharistischen Weltkongresses, noch mehr zur Einleitung einer zeitgemäßen Seelsorge, wurde in München während der Fasten- und Osterzeit 1960 eine Großraummission durchgeführt. Die letzte Volksmission, welche die gesamte Metropole erfaßte, war 1928 abgehalten worden. Diesmal freilich wurde das Unternehmen intensiver und (räumlich wie zeitlich) ausgedehnter angelegt.

Vorbereitungen

An Silvester 1956 hatte Kardinal Joseph Wendel die Volksmission in einer vielbeachteten Predigt angekündigt. Der Oberhirte, der einst in Speyer selbst Missionen gepredigt hatte, schaltete sich rege in die Vorbereitungen ein, nahm an den Priesterkonferenzen und Laienzusammenkünften teil, suchte die Arbeiter in den Betrieben auf und drang auf eine Neuausrichtung der Volksmission.

Bereits im Jahre 1956 hatte das Jugendseelsorgeamt einen Vierjahresplan „Für ein neues München" entworfen; im Zentral-Kolpinghaus kamen fast jeden Monat Hunderte von Frauen und Männern zusammen, um mit ihrem Erzbischof die Lage Münchens zu beraten. Fünf Arbeiter-Missionare unter Führung von P. Prinz SJ mühten sich um die Gründung christlicher Zellen in den Betrieben. Zum Auftakt der unmittelbaren Missionsvorbereitung wurde im Erzbischöflichen Seelsorgeamt (Leiter: Domvikar Hubert Klees) eine Missionszentrale errichtet, die Rektor Josef Spielbauer CSSR übergeben wurde, dem derzeitigen Generalvorsitzenden der Vereinigung deutsch sprechender Volksmissionare (= Missionskonferenz).

Mit Anfang 1957 versuchten sieben Missionare in den sieben Stadtdekanaten das Wohnviertel-Apostolat der Laien aufzubauen; an die 10 000 für die Wohnviertel Verantwortlichen wurden in den drei Jahren gewonnen.

Der Stadtklerus versammelte sich in kleinen Gruppen (was sich sehr bewährte) zu regelmäßigen Pastoralkonferenzen mit Aussprachen; zu seiner persönlichen und patsoralen Erneuerung wurden ihm 1959 von bekannten Geistesmännern (darunter P. Lombardi) Exerzitien in sieben Kursen erteilt. Die offiziellen Pastoralthemen betrafen missionarische Fragen.

Die Provinziale der missionierenden Orden im deutschsprachigen Raum wurden von Kardinal Wendel angegangen (8. 6. 1957), ihre besten Kräfte für die Münchener Mission bereitzustellen. Diese wurden innnerhalb der Orden und in gemeinsamen Tagungen (München 1957, Würzburg 1958 und 1959, Essen 1959, München 1959 und 1960) homiletisch, moral- und pastoraltheologisch (insbesondere hinsichtlich der Ehefragen) sowie liturgisch (Gestaltung der Meß- und Missionsfeiern) für die kommende Großmission zugerüstet.

Im September 1959 kam Johannes Leppich SJ und fand mit seinen Predigt-Triduen in drei Stadtteilen vor allem bei der jüngeren Generation großen Anklang; bei der Schlußkundgebung auf dem Königsplatz waren über 70 000 Zuhörer; er gestand, die Münchener Aktion sei sein bisher größter Erfolg gewesen.

Das Katholische Institut für Sozialforschung in Königstein (W. Menges) führte am 10. 11. 1957 und am 9. 3. 1958 Zählungen der Gottesdienstbesucher durch, die zweite mittels Karten. Es beansprucht Jahre, bis sie ausgewertet sind.

Ein achtseitiges Missionsblättchen „Offene Tore" wurde seit 1958 zweimonatlich durch die Helfer in den Wohnvierteln an alle Katholiken verteilt; es erreichte eine Auflage von je 370 000 Exemplaren.

Die letzten zwei Monate vor Beginn sollten die Mission nachdrücklich ins Bewußtsein der Bevölkerung bringen. Am Jahresende 1959 rief der Erzbischof von der Domkanzel aus zur eifrigen Beteiligung an der Mission auf. Seit Lichtmeß 1960 setzten in den Familien „die Gebetsabende" ein: Abend für Abend wanderten Muttergottesbilder von Haus zu Haus, vor denen Maria, die Christusbringerin, um die Bekehrung Münchens angefleht wurde; insgesamt wurden 17 000 Kopien ausgegeben. Diese „Gebetsaktion", die als die „beste Idee" in der ganzen Vorbereitung bezeichnet wurde, machten überraschend viele Familien mit, mehr, als zur Mission kamen. Am 2. März 1960 wurden durch einen persönlichen Brief des Kardinals sämtliche Katholiken Münchens zur Mission eingeladen. Die beiden Münchener Tageszeitungen wiesen in großer Aufmachung auf die Volksmission hin und brachten auch späterhin, soweit es sich um Sensationen handelte, kurze Berichte. Der Rundfunk war für eine Sendung über die Volksmission nicht zu gewinnen. Außer den „Offenen Toren" wurde eine eigene Missionszeitung in 300 000 Exemplaren ausgegeben; ihr folgte eine Zeitung für Arbeitnehmer. Den Kinos wurden zur Werbung Dias übergeben. Eine Plakatserie (Kreuz mit Ähre, aus der Christus hervortritt) wurde in vier Folgen, bei einem Wechsel von drei Wochen, über die Stadt verbreitet: „Der Herr kommt" — „An Christus kommt keiner vorbei" — „Sein Gewissen kann keiner totschlagen" — „Der Herr kommt. Volksmission 1960".

Den Pfarrmissionen wurden dreitägige Kindermissionen vorausgeschickt für die 45 000 Knaben und Mädchen. Von Advent an waren die Kinder im Religionsunterricht für die Mission erwärmt worden; namhafte Katecheten hatten dafür Grundgedanken und Skizzen bereitgestellt. Die Kinder selbst erhielten zur rechten Mitarbeit ein mit Bildern, Fragen und Hinweisen ausgestattetes Werkheft.

Es dürfte in der Stadt wohl keinen Bürger gegeben haben, der von der Münchener Mission nicht gehört hätte. Der ganze Aufwand in der jahrelangen Vorbereitung des missionarischen Unternehmens war nur möglich gewesen, weil es vom Bischof in jeder Weise gefördert und unterstützt wurde.

Der Bischof drang auf eine einheitliche Ausrichtung der Mission: von der Altargemeinschaft über die Lebensgemeinschaft (familia Dei) zum ausstrahlenden Apostolat. Als Devise wurde der Volksmission das Wort gegeben: „Der Herr kommt." Durch sie sollte gemäß der heutigen Theologie die christozentrische, eschatologische, personhafte und ereignishafte Note wie auch der missionarische Charakter des Ganzen hervortreten, der frohe und ernste Akzent, wie er im biblischen Bekehrungsbegriff von der „nahenden Herrschaft Gottes" (Mark. 1, 15) enthalten ist. Bei der Eröffnungsfeier der Volksmission im Dom am Freitag vor dem ersten Fastensonntag legte der Oberhirte den Inhalt dieser Devise dar: Der Herr kommt in seinen Missionaren, in seinem Wort, in seiner Gnade. Anschließend wurde den 180 Missionaren, nach 19 Orden gruppiert, Kreuz und Vollmacht zu der vierzehntägigen Mission in den 112 Pfarrkirchen übergeben. Sie lief in drei terminverschiedenen Wellen ab (1.—3. Fastensonntag; 4. Fastensonntag bis Palmsonntag; 2.—4. Sonntag nach Ostern). Die ersten zwei Phasen betrafen die Innenstadt, die schachbrettartig aufgeteilt war, so daß, wer am ersten Abschnitt der Mission nicht mitmachen konnte, anschließend in der Nachbarpfarrei Gelegenheit hatte.

Parallel liefen zwölf Missionswochen an den höheren Schulen und vier- bis vierzehntägige Missionen in den 16 Krankenhäusern und Kliniken der Stadt. Überpfarrlich erging an die führenden Schichten (Juristen, Ärzte, höhere Beamte, Künstler, Lehrer), die alle namentlich eingeladen wurden, in je einem Predigttriduum ein missionarischer Anruf, im Privatleben wie in der amtlichen Stellung Zeugnis als Christen vor der Stadt und dem ganzen Land abzulegen. Eigene Vorträge erhielten auch die Hotelangestellten. In verschiedenen Sälen der Stadt sprachen Ärzte über moderne Ehefragen. Den vielen Tausenden, die in der City beschäftigt sind und nicht rechtzeitig die Missionspredigt in ihren Pfarreien erreichen konnten, wurde im Dom bzw. (bei der zweiten Welle) in der Kirche Heilig-Geist eine Zentralmission unmittelbar nach Geschäftsschluß angeboten.

Nach Semesterbeginn, vom 22.—27. Mai, fand eine Studentenmission mit Frühansprachen und Abendpredigten (in St. Ludwig) statt.

Hausbesuche durch die Missionare wurden nur vereinzelt gemacht; den der Kirche Entfremdeten, einer ungeheuren Zahl, nachzugehen, war weder vor (wegen der Faschingszeit) noch während der Mission möglich; mit einem flüchtigen Vorsprechen des Missionars wäre ohnehin wenig gedient gewesen. Zwischen den beiden ersten Missionswellen wurde am 25. März eine Wallfahrt der Stadt zur Mariensäule durchgeführt, an der etwa 25 000 Personen teilnahmen; der Kardinal erklärte und betete mit den Anwesenden den Rosenkranz. Nach jeder Missionswelle sprachen die Missionare in profanen Räumen zu Arbeitern, wobei es zu lebhaften Diskussionen kam; es ging dabei um den Ausbau der Werkgemeinschaften.

Über den äußeren Ablauf der Kirchenmission ist zu vermerken: Da ein Großteil der Gläubigen keine zwei Mis-

sionspredigten am Tage besuchen kann und wird, entschlossen sich die meisten Missionsorden, vor- und nachmittags nur ein und dasselbe Thema mehrmals zu behandeln, das dann abwechselnd von jedem Gläubigen gehört werden konnte. In der zweiten Missionswoche wurden auf oberhirtliche Vorschrift die Abendpredigten mit einer Messe verbunden, um die Mitfeier der Eucharistie und den Empfang der Kommunion allen zu ermöglichen. Viele Missionare bauten die Predigt in die Messe ein.

Um die Teilnahme an den Predigten feststellen zu können, wurden an den drei Missionssonntagen, bei den Standespredigten sowie an vier Wochentagen Zählungen vorgenommen. Für die Beteiligung an der *Mission* ist der *Predigtbesuch* wichtig; die Anwesenheit bei der Meßfeier und der Sakramentenempfang sind vielleicht nur Ausdruck der Erfüllung des Sonntags- bzw. Ostergebotes. Die Münchener Zahlen betreffen also den Predigtbesuch, was ein nüchterneres Bild ergibt.

Ergebnisse

Um den Ergebnissen der Münchener Mission gerecht zu werden, muß die religiös-sittliche Lage der Hauptstadt berücksichtigt werden. Die Entwicklung der Stadt ist seit langem der Seelsorge davongelaufen. Im 19. Jahrhundert wuchs München um 460 000 Einwohner; die seelsorgliche Antwort darauf waren acht neue Pfarreien. Von 1900 bis 1918 wurden neun, 1921—1935 wurden 24 Pfarrkirchen gebaut; zum Unglück wurde im zweiten Weltkrieg die Hälfte aller Gotteshäuser zerstört. Trotz aller Anstrengungen in der Nachkriegszeit zählen immer noch mehrere Pfarreien über 20 000 Seelen. Im Herbst 1957 wurde München Millionenstadt; 75 % der Einwohner sind katholisch; von ihnen nahmen (1958) 29,2 % (35 % Frauen; 22,4 % Männer) an den Gottesdiensten teil. Das ist der Durchschnitt; die Spannweite liegt zwischen 11,6 % und 44,3 %. Die mittlere Linie wird von ausgesprochenen Arbeiterpfarreien weit unterschritten; Facharbeiter kommen relativ viel stärker zum Gottesdienst als ungelernte und angelernte Arbeiter.

Die Ostersakramente empfangen etwa 33 %. Obgleich München zu 75 % „katholisch" ist, sind von den geschlossenen Ehen ein Drittel Mischehen; von ihnen werden nur 37,74 % katholisch getraut; 30 bis 40 % aller Ehen von Katholiken werden ungültig geschlossen. Auf 1000 Einwohner treffen (1959) etwa 12,4 Kinder (Bundesdurchschnitt 18,0). Selbst die rein katholische Familie bringt es im Durchschnitt nicht zu einem Kind, sondern nur zu 0,84 Geburten; die religiös-sittlich gesunde Familie ist eine Ausnahme.

Die emporschnellende Bevölkerungszunahme, die unangepaßte Seelsorge, der ein Jahrhundert währende liberale Einfluß der Universität, die wenig bewegliche Stammesart des katholischen Altbayern, die Vitalität der zahlreichen zugezogenen Intellektuellen und Revolutionäre, die die Metropole überflutenden Wogen des Lebensgenusses (Oktoberfest usw.), die wochenendlichen Massenausflüge in die Freizügigkeit an den Seen und in den Bergen, die libidinösen Massenmedien, das gute Wohlstandsniveau (das Gott dem Menschen gern gönnt, das ihn aber nicht zur Anbetung bewegt) haben eine Entchristlichung verursacht, welche das große Leben Münchens bestimmt. Von diesem großen Leben aber gilt, was die Soziologen sagen: „die soziale Realität vertritt die objektive Realität", das heißt, in gleichem Maße, wie die Religion aus der Öffentlichkeit ausgegliedert wird, verliert sie für den Menschen nicht nur an Funktion, sondern an Wirklichkeit. Von daher kommt es, daß selbst gute Katholiken, weil der Mensch keine Monade ist, „geteilt" sind: die Frontlinie zwischen Christlichem und Heidnischem geht mitten durchs Herz.

Anzunehmen, daß angesichts einer solchen verfilzten Verflechtung entschiedener Diesseitigkeit und bei einem solchen täglich um die Menschen werbenden und auf sie einhämmernden Potential der Aufwand einer Volksmission den verbliebenen Rest blitzartig aus den Gefangenen der „Mächte und Gewalten" (Kol. 2, 15) um 40 und 50 % vermehren könnte, wäre weltfremd und — gottfremd; denn Gott pflegt selbst seine außerordentlichen Gnadenmittel nicht auf ein Wundertempo anzulegen. Man darf sich bei der Benennung der Möglichkeiten der Volksmission nicht insgeheim von der Meinung bestimmen lassen, die Millionenstadt München sei ein tausendfach vergrößertes Dorf Oberbayerns.

Wie viele haben an der Volksmission in München teilgenommen? Zahlen besagen für Heilserfolge bekanntlich zuviel und zuwenig. Es können hier nur die Ziffern der ersten und zweiten Welle angegeben werden; jene der dritten Welle (sie betreffen die Peripherie Münchens bis hinaus aufs Land) sind noch nicht ausgewertet.

1) Es haben, die Kinder miteingerechnet, ca. 23 % *gebeichtet*. Nicht mitgezählt sind die Beichtenden in Nebenkirchen, bei eigenen Beichtvätern wie auch nicht die vielen Osterbeichten, die *nach* der Mission erfolgten; bei den sehr großen Pfarreien konnten nicht alle während der Mission ankommen. Die Beichtziffer ist also keine vollwertige Aussage. Vielleicht müßte sie auf 25 % erhöht werden.

2) Von den *Missionspredigten* wurden im Durchschnitt angesprochen: am 1. und 2. Missionssonntag ca. 32 %, an den Werktagen 15 %, bei den Standespredigten 17 %, bei den Schlußpredigten am 3. Missionssonntag 18 %. Hierbei sind die Kinder bis 14 Jahren nicht miteinbezogen. Die Zahlen sind nicht gefühlsmäßig geschätzt, sondern eher zu nüchtern errechnet.

In Anschlag ist zu bringen, daß offenbar nicht wenige sonst eifrige Katholiken und Teile der organisierten Jugend abseits standen, weil sie sich an ihre Spezialseelsorge(r) hielten oder andere Gründe hatten. Die Sondertriduen für führende Kreise wiesen ungefähr den gleichen Prozentsatz der Beteiligung auf wie der Münchener Gesamtdurchschnitt, obgleich sie von namhaften Rednern betreut wurden.

Zum Ganzen muß beachtet werden, daß der heutige Arbeitsprozeß die Menschen weit mehr einfordert als früher; die vielen werktätigen Frauen kommen abends heim und müssen dann den Haushalt versehen; auch bei gutem Willen bleibt ihnen werktags kaum Zeit zu einer Missionspredigt.

Auch die Münchener Volksmission 1960 hatte Einzelbekehrungen und „Heimkehrer" in beachtlicher Anzahl zu verzeichnen, wie dies immer noch jeder Mission als Gnade in einem Ausmaß zufällt, daß damit keine andere kirchliche Veranstaltung konkurrieren kann. Aber bei einer Volksmission in Großstädten wie München ist kein Massenandrang mehr zu erwarten — eine schmerzliche Tatsache für die Missionare, die anderes gewöhnt sind —, und es gelingt kein entscheidender Einbruch in die Reihen der kirchlich Abständigen.

Positive Ansätze

1) „München" bedeutet eine Zäsur in der Geschichte der Volksmissionen. Es wurde ihr der wahre Stellenwert gegeben: sie kann nur innerhalb einer größeren Daueraktion, hier der schon 1956 einsetzenden „Mission München" (vgl. Mission de Paris), als ein allerdings wichtiges Behelfsmittel angesehen werden. Wo die Ursachen der Entchristlichung kollektiv sind, vermag die Volksmission im engeren Sinn kein erfolgreiches selbständiges Unternehmen zu sein, was übrigens von den Missionstheoretikern seit Jahren verkündet wird. Aus dieser Erkenntnis heraus hat das Ergebnis der Münchener Volksmission bei der bischöflichen Behörde keine Krisis und Enttäuschung hervorgerufen, sondern den Mut gestärkt, ernüchtert im Wissen um die wahre Lage, ihre missionarische Aktion fortzusetzen.

Damit ist „München" das erste Exempel im deutschen Raum, wo der Situation eines „Missionslandes im Innern" gezielt entsprochen wird, d. h. wo unter Führung des Bischofs eine klerikale und laikale Gemeinschaftsarbeit unter Abzweckung auf personale Verantwortung und Umweltseelsorge systematisch in Angriff genommen, wo die Volksmission als eine Phase gewertet wird. Deshalb wurde in der „Schweizerischen Kirchenzeitung" (1960, S. 162) mit Recht geschrieben: „Die Tatsache, daß der Erzbischof von München dieses große Wagnis auf sich genommen hat, sichert ihm einen Namen unter den großen Seelsorgern des deutschen Sprachgebietes unserer Zeit."

Es kommt eine echte Konzeption in Mißkredit, wenn in Deutschland Gebietsmissionen am laufenden Band unter dem Namen „Neue Mission" gehalten werden, die nichts anderes sind und sein können als Simultanmissionen mit dem Akzent auf die Vorbereitung einer Volksmission als des eigentlichen Zieles, bei deren Beendigung dann so ziemlich alles — zu Ende ist.

2) Es ist höher anzuschlagen, wenn 10 000 Laienhelfer gewonnen werden, als wenn 70 % eine traditionelle Mission mitmachen, bei der nachher die Christen auf ihr altes Niveau zurücksinken, weil sich in ihrem Milieu nichts geändert hat.

„München" hat gezeigt, daß willige Laien aus allen Schichten zu haben sind. Gewiß sind nicht alle brauchbar, gewiß waren sie weithin erst Helfer und noch keine Mitarbeiter; und sie begingen Ungeschicklichkeiten. Warum soll das Kind, die laikale Seelsorge, nicht immer wieder hinfallen, wenn es das Gehen lernt? Es passieren ja selbst Seelsorgern, Studienräten und Laien-Intellektuellen Fehler! Das Wohnviertel-Apostolat (WVA), in München wie anderswo ein noch unvollkommenes Gebilde, wird nun in eingehender Schulung geformt werden. Im letzten hat es Zeugnis der Liebe vor der Welt zu sein; der Welt steht nach der Apostelgeschichte nicht der Vereinzelte, sondern die christliche Gemeinschaft gegenüber.

3) Als wertvolle Kerntruppe vor allem für das WVA hat sich in München die Legion Mariens erwiesen. Der missionarische Aufbruch wurde für sie die Zeit ihrer größten Ausbreitung über die Metropole hin.

4) In Münchens Betrieben sind 450 000 Arbeiter beschäftigt. Das herrschende Klima in ihnen ist marxistisch und antichristlich. Obgleich seit langem katholische Arbeiterorganisationen vorhanden sind, geschah wenig für die unmittelbare Verchristlichung der Betriebe, etwa durch Gründung von Zellen (was übrigens weithin für Deutschland gilt). Es ist das Verdienst der „Mission München", daß man sich nicht mehr begnügt, die Arbeiter sozialpolitisch zu schulen und sich auf die Pfarrebene zu beschränken, sondern daß man sich auf die Betriebsebene begeben hat und eine religiös-missionarische Bewegung mittels kleiner Laiengruppen inszeniert. Auch hier ist der Anfang bescheiden. Aber das Team der Münchener Betriebsmissionare hat sich doch wohl am besten bewährt. Wohnviertel- und Betriebsapostolat werden die Schwerpunkte der Weiterarbeit sein.

5) Die Quelle aller Erneuerung ist der Altar und die Gemeinschaft um ihn. Sosehr die Verkündigung den Primat hat — schon weil jede Sünde den Glauben angreift, eine Form des Unglaubens ist (1 Joh. 3, 9) —, so gehört im Neuen Testament doch zum Wort das Sakrament, nicht bloß als Vollzug und Ziel der Einzelbekehrung (Bußsakrament und Eucharistie), sondern auch als das „sichtbare Wort" und als Ereignis der Heilssolidarität und darum der wahren Bekehrung („Mein Heil, das sind die andern!"). Es kennzeichnet die neue Volksmission, daß ihre wichtigste „Missionsfeier" die Meßfeier wird und statt der barocken Aufmachung eine liturgienahe Gestaltung versucht wird. In München, wo die bischöflichen „Richtlinien für die Feier der heiligen Messe" (1956) in den Pfarreien die participatio actuosa vorangebracht haben, wurde von Volksmissionaren mehr als sonst die würdige Gestaltung des Gottesdienstes angestrebt und da und dort, vor allem beim organischen Einbau der Predigt ins Meßopfer, auch eindrucksvoll erreicht.

6) Von keiner Institution in Deutschland wird seit einem Jahrzehnt so viele Mühe für fällige Predigtreform (heilsgeschichtliche, ekklesiologische, eschatologische, existentielle und missionarisch-apostolische Verkündigung) aufgewandt als von seiten der „Missionskonferenz". Ihre Zeitschrift „Paulus", zahlreiche Predigtkurse und homiletisch führende Werke sind dafür Beweise. Angesichts dieser Anstrengung hat die Münchener Volksmission gezeigt, wie schwierig es ist, daß sich eine kerygmatische Erneuerung in der Praxis durchsetzt. Außer dem fast pausenlosen Einsatz der Missionare liegt der Grund darin, daß die homiletische Krisis im tiefsten eine theologische Krisis ist; die heutigen Missionare, wie übrigens auch die Pfarrer, haben in ihrer wissenschaftlichen Ausbildung die neue Sicht nicht mitbekommen. Anderseits verstanden manche Jungmissionare, das Gotteswort als Zeitwort aufscheinen zu lassen.

Sicherlich ist — auch das bekundete „München" — bei den Missionaren ein Wandel eingetreten, die Predigt zur Froh- statt zur Drohbotschaft zu machen. Was freilich der Mission eigen bleiben muß, das Charisma der erschütternden und prophetischen Predigt, ist heute schwer zu verwirklichen. Es kann nicht darin liegen: „Noch 40 Tage, und Europa geht zugrunde!" Die Welt von heute weiß, daß der „Zauber" in kurzem vorüber sein kann, und dennoch und gerade deshalb ist ihr Götze der Konsum (vgl. Is. 22, 13).

7) Nicht selten wurden in München Missionare im Sprechzimmer beansprucht. Hier meldet sich etwas an, was für die missionarische Seelsorge mehr berücksichtigt werden muß. Gerade in Hinsicht auf die Münchener Mission wurde in der „Lebendigen Seelsorge" (Heft 9, 1958, S. 294) nach den Möglichkeiten gefragt, wie kirchlich Entfremdete in neutralem Raum sich mit einem Seelsorger aussprechen könnten. Der Anonymität, an sich

eine unchristliche Kategorie, aber ein Merkmal des Abseitsstehenden, muß für den Anfang entsprochen werden. Es ist ihm schwer, sich gleich coram publico in den Beichtstuhl zu begeben. „Wir dürfen ihn — wenigstens für die erste Begegnung — nicht aus seiner Anonymität lösen, sondern müssen ihn in seiner Anonymität aufsuchen, also an neutralen Orten: Sälen, Kinos und dergleichen" (K. Delahaye). Hier bietet sich vor allem die „Offene Türe" an, an einem zentralen Verkehrsplatz, unmittelbar an der Straße, ohne Stufe.

Alles in allem: „München" hat gelehrt, das alte Denken über die Volksmission und ihre Erfolge endgültig aufzugeben und ihr eine bescheidenere, aber bedeutungsvolle Funktion zuzuweisen. Diese liegt darin, die verbliebene Kernpfarrei zu erneuern und als Liebeszeichen Christi in der Welt sowie als Stellvertretung „für die vielen" zu aktivieren, durch die seelische Spannung einen Elan hervorzurufen, durch ihre reichen Aktionsmöglichkeiten mannigfache Kräfte mobil zu machen, den Himmel um Gnade zu bestürmen, ein freundliches Klima für die Spezialmissionare und ihre Laienarbeiter, die beide zur ersten Bedeutung aufrücken, zu schaffen und eine gemeinschaftliche Bemühung um christliche Strukturen in den Lebensräumen zu eröffnen.

Wir sind nicht verantwortlich für Erfolge — der Heilserfolg ist ein Mysterium —, wir haben nur Verantwortung für den Kairos, der immer gegeben ist, selbst wenn in einer Stadt „Gott tot", d. h., wenn in der sozialen Wirklichkeit der Gottesglaube erstorben wäre, weil die Götzen mächtig geworden sind. Unter ihrer Hülle drängt und pocht es zur neuen Gottesgeburt.

Wie in der „Entwicklungshilfe" braucht es auch in der Seelsorge auswärtige Spezialkräfte, die anstelle nur individueller Hilfe (Sorge um den einzelnen) auch an der strukturellen Hilfe in der Umwelt mitarbeiten. Es kann sich aber bei den Missionaren nur um vorübergehende Hilfestellung handeln. Auf die Dauer kann ein Volk nur aus seinen eigenen Menschen gesunden (hier: aus den Pfarrseelsorgern und den Laienmitarbeitern). Auch bei einer modernen Mission kann passieren, was bei der Entwicklungshilfe z. B. in Iran geschah: in dem Augenblick, da die amerikanischen Fachleute von den diversen Projekten zurückgezogen wurden, löste sich alles wieder auf. Ein Aufforstungsgelände verunkrautete. Eine Siedlung für iranische Offiziere blieb, wie dort üblich, ohne Kanalisation; die Straßen starrten von Schmutz, in dem die Kinder spielten (vgl. „Rheinischer Merkur" 20. 5. 60). Auf die Dauer kann ein Volk nur aus seinen eigenen Leuten gesunden. „München" gibt Hoffnung, daß die „strukturelle Hilfe" der Mission fortgeführt wird, weil die bischöfliche Führung gewillt ist, der Vox temporis als Vox Dei, d. h. dem Kairos zu folgen, ferner weil nicht wenige Stadtpfarrer sich zum pastoralen Stichwort von heute bekennen und endlich weil viele Laien vom „Axiom der Rettung" durchdrungen sind: „Eine Gruppe gläubiger Menschen muß sich durch Zucht und Anstrengung zu etwas machen, was sie zuvor nicht waren, um die Zukunft Christi in Gegenwart zu verwandeln."

Der Katholizismus in Europa

Einige statistische und soziologische Betrachtungen im Zusammenhang mit der europäischen Integration

Dieser Bericht stellt den ersten Teil einer soziologischen Studie über den Katholizismus in Europa dar. Die Untersuchung umfaßt ferner sechs Monographien über aktuelle Fragen in Europa, die insbesonders die katholische Bevölkerung der europäischen Länder betreffen und deren Lösung für die künftige Gestalt des europäischen Katholizismus von entscheidender Bedeutung sein wird. Sie behandeln bedeutsame soziale Prozesse, welche die Struktur des gesamten europäischen Zusammenlebens in der nächsten Zukunft mitbestimmen werden. (Wir werden über die sechs Monographien in den nächsten Heften ausführlich berichten — über ihre Thematik vgl. nächste Seite.) Die Studie, die im Auftrag des Zentralkomitees der deutschen Katholiken unternommen wurde, ist ein Ergebnis der verschiedenen Arbeiten der Internationalen Föderation katholischer Sozialforschungsinstitute (FERES).

Die genannten sozialen Prozesse werden zu einem bedeutenden Teil von dem zunehmend internationalen Charakter der Fragen, die sich in den einzelnen Ländern stellen, bestimmt. In Europa vollzieht sich in steigendem Maße eine Integration über die Grenzen der Staaten hinaus. Sie hat unter dem Einfluß der Bedrohungen von außen auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet begonnen und zur Bildung der NATO, der BENELUX, der Montan-Union der sechs Länder des mit einem abwertenden Beiklang sogenannten Klein-Europa, der EWG und des EURATOM, der EFTA und der OEEC und mehrerer politischer Körperschaften (wie z. B. des Europarats) Anlaß gegeben. Gerade in den letzten Monaten ist jedoch festzustellen, daß sowohl die NATO als auch die OEEC und der Europarat sich in einer sehr ernsten Krise befinden. Der Souveränitätsgedanke ist zäher, als man es für möglich gehalten hat, und spielt bei der Kompetenzverteilung noch immer eine sehr wichtige Rolle. In der OEEC und im Europarat droht eine regelrechte, wenn auch vorläufig nach außen noch unsichtbare Spaltung, weil die sechs Länder Klein-Europas sich offensichtlich immer deutlicher zu einem separaten Block entwickeln. Häufig hat es bis jetzt geheißen, der Zusammenschluß der Sechs sei eine rein wirtschaftliche Angelegenheit und bereite die politische Integration auf höherer Ebene vor, nämlich im Rahmen des Europarates. Es wird jetzt aber allmählich deutlich, daß es letzten Endes politische Motive waren, die zur Gründung des Gemeinsamen Marktes und von EURATOM geführt haben, und daß es ebenfalls politische Motive waren, die die sieben Länder des Stockholmer Vertrages dazu veranlaßten, den an und für sich für sie vorteilhaften wirtschaftlichen Anschluß an den Gemeinsamen Markt abzuweisen.

Trotz aller Schwierigkeiten sind infolge der fortschreitenden militärischen und wirtschaftlichen Integration immerhin einige andere Prozesse in Gang gekommen, namentlich die zunehmende Freizügigkeit der Arbeiter und die daraus sich ergebenden Integrationsbemühungen auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung. Andere Entwicklungen werden sich daraus ergeben, und es ist wich-

tig, sie rechtzeitig zu erkennen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um sie in richtige Bahnen zu lenken. Denn es ist offensichtlich, daß mit einer zunehmenden wirtschaftlichen und technischen Integration, die u. a. weitere Wanderungsbewegungen zur Folge haben wird, Europa die soziale und kulturelle Integration nicht automatisch geschenkt werden wird, sondern daß sie auch das Risiko einer sozialen und kulturellen Desintegration in sich birgt. Dies hat für die Kirche unmittelbare und wichtige Folgen, weil die Änderungen, zumal die schnelle Änderung der alten Lebensgewohnheiten und des Lebensraumes, das mitunter abrupte Wegfallen jahrhundertealter Traditionen und der schützenden Wirkung des Milieus, der Abbau der altvertrauten Grundlagen der Kultur, die in hohem Maße mit dem religiösen Leben des Menschen harmonierten, den Standort der Kirche und den Einfluß der religiösen Werte aufs Spiel setzen.
Dazu kommt, daß gerade in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, namentlich in den Ländern gemischtkonfessioneller Struktur, die Katholiken durch einen Emanzipationsprozeß aus ihrer mitunter jahrhundertealten Isolation erwachten und begannen, am sozialen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Leben ihres Landes viel stärker teilzuhaben. Die Folge davon war und ist, daß sie mehr noch als in anderen Ländern mit der Notwendigkeit konfrontiert werden, die altgewohnten Formen ihres individuellen und gemeinschaftlichen Verhaltens den Erfordernissen des nationalen und internationalen Geschehens anzupassen, wenn sie darauf Einfluß gewinnen wollen.
Die zu dieser Untersuchung gehörenden Monographien behandeln nun jeweils einen für die Katholiken und für die katholische Kirche wichtigen Aspekt der europäischen Integration:

1. Die Situation der katholischen Intelligenz

Am Beispiel der Niederlande und des dortigen Emanzipationsprozesses der Katholiken wird die Frage untersucht, wie die Katholiken nach Art und Umfang unter den Führungsschichten vertreten sind und welche Rolle sie darin spielen.

2. Schichtenbildung in der städtischen Konzentration

Am Beispiel der Stadt München wird untersucht, wie sich unter dem Einfluß der Bevölkerungsagglomeration eine neue und innerhalb des städtischen Gemeinwesens auch räumlich differenzierte soziale Schichtung herausbildet. Dabei wird der Ausbildung und Ausbreitung des unselbständigen Mittelstandes besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die Untersuchung wird weiter ausgedehnt auf die kirchlichen Aspekte dieser städtischen Schichtenbildung und dabei die Frage untersucht, welche Bedeutung die schichtentypischen Unterschiede für die religiöse Praxis haben.

3. Innereuropäische Wanderung

Fragen der innereuropäischen Wanderung, die im Zuge der fortschreitenden europäischen Integration ein immer größeres Gewicht erhalten, werden studiert am Beispiel der Wanderungsströme Süditalien — Belgien, Irland — England. Diese Wanderungsströme betreffen fast ausschließlich Katholiken. Die sozialen Hintergründe dieser Wanderungen sowie die soziale und kirchliche Einordnung der Wanderer im Aufnahmeland werden in diesen zwei Monographien besonders umrissen.

4. Soziale Probleme eines rückständigen Agrargebietes

Am Beispiel des französischen Zentralmassivs werden Fragen der Auswirkung einer sozial-ökonomischen Unterentwicklung bei stark vorherrschender Agrarstruktur und ungünstigen natürlichen Voraussetzungen der Landwirtschaft analysiert. Eine zunehmende europäische Integration wird auf die Struktur solcher Gebiete einen noch größeren Einfluß haben als auf höher entwickelte Gebiete. Es wird weiter untersucht, welche Auswirkungen sich aus der sozialen Situation, die u. a. durch starke Abwanderung gekennzeichnet ist, für das kirchliche Leben der katholischen Bevölkerung ergeben.

5. Soziale und kirchliche Integration in einer international geprägten Stadt

Im Zuge der europäischen Integration erhalten Städte, in denen sich gemeinsame Organe der beteiligten Länder konzentrieren, ein internationales Gepräge. Mehr noch als andere solche Städte (wie z. B. Paris, Brüssel, Straßburg und Luxemburg) ist Genf ein Beispiel dieser Entwicklung, weil, erstens, die Lage als Grenzstadt und die wirtschaftliche Struktur der Schweiz schon früher aus Genf eine internationale Stadt gemacht haben und sich, zweitens, durch die zahlreichen internationalen Organisationen, sowohl zwischenstaatlicher als auch privater Natur, derart viele Nichtschweizer niedergelassen haben, daß die Zahl dieser Ausländer kaum kleiner ist als die der autochthonen Bevölkerung. Es wird untersucht, welche Auswirkungen sich aus dieser Entwicklung des politischen Gemeinwesens abzeichnen und wie sich die kirchliche Gemeindebildung, die Repräsentanz und Rolle der Katholiken in diesem Prozeß gestalten.

I

Abgrenzung des Themas, Methodenfragen und Quellen

Die Einleitung zu den genannten Monographien — der vorliegende Bericht — soll eine allgemeine und daher mehr statistisch-soziographische Übersicht über den Katholizismus in Europa und in den verschiedenen europäischen Ländern bieten. Der Bericht beschränkt sich auf die Länder, die an den Prozessen der europäischen Integration teilhaben und läßt deshalb die Länder und Gebiete hinter dem Eisernen Vorhang, die vorläufig an dieser europäischen Entwicklung nicht teilhaben können, außer Betracht. Ihre Einbeziehung muß auch deshalb unterbleiben, weil es unmöglich ist, aus diesen Ländern ausreichende und zuverlässige Unterlagen über die derzeitige Situation zu erhalten.
In dem Maße, wie es den Ländern des freien Europa

gelingt, eine echte europäische Gemeinschaft zu bilden, und es der Kirche gelingt, der „Sauerteig" dieser Gemeinschaft zu sein, wird schließlich auch die Integration der Länder jenseits des Eisernen Vorhangs besser und schneller zustande kommen können, sobald einmal die Voraussetzungen dazu gegeben sein werden.

Eine Untersuchung des europäischen Katholizismus muß sich notwendigerweise auf einige Aspekte, die sich für eine derartige Studie eignen, beschränken. Es ist z. B. bis zu einem gewissen Grade möglich, Unterlagen über die äußeren Organisationsformen des Katholizismus in den europäischen Ländern, über Zahl und Zusammensetzung der katholischen Bevölkerung pro Land und Diözese, über das quantitative Verhältnis zwischen Katholiken und Nichtkatholiken zu einer zahlenmäßigen Untersuchung zu sammeln. Im vorliegenden Bericht wird diesen Gegebenheiten nachgegangen, ebenso dem Bestand und der Verteilung des Welt- und Ordensklerus.

Ein Kapitel ist dem Standort der Katholiken in der sozialen und ökonomischen Struktur Europas gewidmet. Dabei werden einige Folgerungen abgeleitet über das Ausmaß, in dem gerade die Katholiken von der fortschreitenden europäischen Integration und ihren obenerwähnten Folgen betroffen werden. Für diesen Teil konnten Ergebnisse von Forschungen, die unter der Leitung von Prof. L. Neundörfer unter dem Patronat des Europarates durchgeführt wurden, verwendet werden.

Größere Schwierigkeiten ergaben sich beim Zusammenbringen von Unterlagen über mehr qualitative Aspekte des Katholizismus in Europa, namentlich über die Teilnahme am kirchlichen Leben oder auch über die Frage der Priesterberufe und die vor allem in den gemischtkonfessionellen Ländern stark verbreiteten Mischehen. Unterlagen dieser Art sind nämlich erstens nur mangelhaft vorhanden, zweitens nicht in gleicher Weise gesammelt und aufbereitet und deshalb kaum oder nicht vergleichbar, und drittens fordert ihre Interpretation eine derart intime und tiefgehende Kenntnis der Geschichte, der sozial-psychologischen Hintergründe, der nationalen Eigenarten und speziellen Situation des Katholizismus in den einzelnen Ländern, daß man sich im Rahmen dieses Berichtes auf die Wiedergabe einiger Daten aus bestimmten Ländern und auf eine Interpretation, die kaum die nationalen Grenzen überschreitet, beschränken mußte.

Was heißt „katholisch"?

So vorsichtig man bei der Interpretation der Unterlagen auch sein muß, so ist es anderseits doch absolut erforderlich, daß man in einem Bericht wie dem vorliegenden mit einer bestimmten Anzahl von Begriffen arbeiten kann, die in den verschiedenen Ländern Europas ungefähr dieselbe Bedeutung haben. Wie schwierig dies aber ist, läßt sich aus einer kurzen Betrachtung des Begriffs „katholisch" selbst ersehen. Dieser Begriff ist von grundlegender Bedeutung, wenn man den Katholizismus in Europa nach quantitativen Aspekten untersucht. Es besteht Grund zur Annahme, daß bei der Sammlung der Unterlagen für diesen Bericht wohl oder übel verschiedene Nuancen des Begriffes „katholisch" in Kauf genommen werden mußten. Doch sind diese Nuancen nicht so wesentlich, daß jeder Vergleich über die nationalen Grenzen hinweg unmöglich und wissenschaftlich unverantwortlich wäre.

Nach dem Codex Iuris Canonici ist jeder, der in der katholischen Kirche, den Forderungen der Spendung des Sakramentes entsprechend, getauft ist, „persona in Ecclesia", mit allen Rechten und Pflichten, die sich daraus ergeben. Theoretisch ist sogar ein jeder der Kirche unterworfen (Ecclesiae subditus), der, auch außerhalb der katholischen Kirche, getauft ist. In der Praxis aber urgiert die Kirche diesen Menschen gegenüber ihre Gesetze nicht. Und auch in bezug auf die katholisch Getauften ist für unsere Zwecke die juristische Definition unzulänglich. Für die Kirche als sichtbare Gemeinschaft der Gläubigen müssen auch Kriterien der Mitgliedschaft gelten. Dies scheint durchaus möglich, wenn man die dogmatische Definition der Kirchenmitgliedschaft (Membrum Ecclesiae ut Corpus Mysticum) sowie die Definition, die Papst Pius XII. in seiner Enzyklika *Mystici Corporis* umrissen hat, als Ausgangspunkt nimmt. In dieser Enzyklika wird nicht nur die gültige Taufe, sondern auch das Bekenntnis zum wahren Glauben und die Gemeinschaft mit der Kirche als Bedingung für die Katholizität aufgezählt. Dadurch scheinen nicht nur Protestanten und Orthodoxe, sondern auch solche katholisch Getauften, die unmißverständlich ihren Austritt aus der Kirche bekundet haben, objektiv von ihrer Mitgliedschaft ausgeschlossen zu sein. Die Frage bleibt dann nur noch, wann man von einer solchen Willensäußerung zum Kirchenaustritt sprechen kann. In einigen Ländern ist eine diesbezügliche, den kirchlichen Behörden in aller Form mitgeteilte Erklärung erforderlich. Man kann sich fragen, ob in Ländern, wo eine derartige Erklärung nicht erforderlich bzw. nicht üblich ist, eine Erklärung den Zivilbehörden gegenüber (z. B. anläßlich einer Volkszählung) schon als Kriterium für die Kirchenzugehörigkeit angesehen werden kann. In der Praxis wird man wohl gezwungen sein, ein solches Kriterium gelten oder mitgelten zu lassen.

Unterschiedliche Praxis der Registrierung

Man kann auf Grund dieser Überlegungen feststellen, daß die Kenntnis der Katholikenzahl in den europäischen Ländern letzten Endes immer auf einer Registrierung beruht, die aber von Land zu Land unterschiedlich zustande kommt. Es ist sicher, daß die Registrierung und die darauf beruhende Statistik der Katholiken nicht immer alle katholisch Getauften umfaßt. Umgekehrt sind in der Statistik unter den Katholiken wohl auch Personen enthalten, die nicht katholisch getauft sind. Letzteres ist möglich in den Ländern, die überwiegend oder fast ganz katholisch sind. Wenn in solchen Ländern die Behörden eine Statistik der Konfessionen zusammenstellen, kann es geschehen, daß einfach alle Einwohner des Landes oder der administrativen Bezirke als katholisch ausgewiesen werden, sofern sie als Andersgläubige nicht deutlich zutage treten, z. B. auf Grund der Angaben anderer konfessioneller Gruppen über ihre Mitgliederzahl. Man nimmt dann als Katholikenzahl alle Einwohner des betreffenden Gebietes ohne die — meistens geringe Zahl — der Andersgläubigen. Kleinere Ungenauigkeiten sind dabei nicht ausgeschlossen. Sie können aber vernachlässigt werden. Festzuhalten ist indessen, daß die Statistik in diesen Fällen nicht auf Grund einer Registrierung zusammengestellt wird. Anders ist es in den gemischtkonfessionellen Ländern und Landesteilen, in denen große Minderheiten von Andersgläubigen leben oder in denen die Katholiken eine größere Minderheit bilden. In solchen Ländern ist für die Statistik der Glaubensbekenntnisse meistens mehr als eine Quelle vorhanden, und die Ergebnisse der unterschiedlichen Quellen können größere Differenzen zeigen. Das trifft überall

dort zu, wo die Basis für die Statistik nicht mehr ausschließlich in der Registrierung der von der Kirche vollzogenen Taufen liegt, sondern daneben auch die von den Einwohnern selbst abgegebene Erklärung über ihre kirchliche Zugehörigkeit für die Statistik verwendet wird. So kann man z. B. in den Niederlanden feststellen, daß die Zahl der tatsächlich katholisch Getauften größer ist als die Zahl derjenigen, die sich bei den Volkszählungen als katholisch angeben. Und die Registrierung der kirchlichen Zugehörigkeit bei einer Volkszählung bringt wieder andere Ergebnisse als die Feststellungen anläßlich der bürgerlichen Eheschließung, der Geburt eines Kindes oder einer Wohnsitzverlegung. Es hat sich gezeigt, daß eine Anzahl katholisch Getaufter, die faktisch schon Jahre nicht mehr praktizieren oder gar vielleicht nie praktiziert haben, bona oder mala fide bei der Volkszählung angeben, daß sie zu keiner Kirchengemeinschaft gerechnet werden wollen. In diesem Falle ist die Angabe bei der Volkszählung eine — mitunter erst nach Jahren erfolgte — Registrierung des Abfalls. Bei feierlichen, im persönlichen Leben des einzelnen eine große Rolle spielenden Ereignissen aber, wie bei Eheschließungen oder bei der Geburt der Kinder, mißt man in der Regel der kirchlichen Zugehörigkeit wieder ein größeres Gewicht bei und erklärt sich als Angehöriger einer Religionsgemeinschaft, wenngleich man es bei der Volkszählung vielleicht nicht getan hat. Das alles bewirkt, daß die Statistiken je nach ihrer Quelle andere Zahlen ausweisen. So weist B. van Leeuwen in seiner Arbeit über die Mischehen (Het gemengde huwelijk, Assen 1959, S. 85; vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 4) darauf hin, daß die Registrierung anläßlich der bürgerlichen Eheschließung eine größere Anzahl von Katholiken und Protestanten und eine geringere von Konfessionslosen ergibt, als es bei Volkszählungen der Fall ist. Und an anderer Stelle (a. a. O., S. 59—60) kommt van Leeuwen zu der Schlußfolgerung, daß die Katholiken mehrere Kreise bilden, die jeweils einen anderen Begriff „katholisch" umfassen:

a) den Kreis aller derer, die katholisch getauft oder zur katholischen Kirche konvertiert sind;

b) den Kreis der Katholiken, die die bürgerliche Statistik auf Grund der Personenstandsregister ausweist;

c) den Kreis derer, die sich anläßlich besonderer Anlässe, z. B. bei ihrer Eheschließung oder bei der Geburt eines Kindes, katholisch nennen;

d) den Kreis der Katholiken, der von der Volkszählung registriert wird und der kleiner ist als alle vorstehend genannten, und

e) schließlich den noch kleineren Kreis der praktizierenden Katholiken.

In einer großen Anzahl niederländischer Städte beruht die Pfarrstatistik auf zwei Quellen, nämlich auf der kirchlichen Registratur, soweit es sich um die in der Pfarrei geschlossenen Ehen, in der Pfarrei erfolgten und registrierten Geburten sowie Sterbefälle handelt, und auf der bürgerlichen Registratur, soweit es Personen betrifft, die sich in der Pfarrei niederlassen oder daraus wegziehen.

In Deutschland und Österreich beruht die Kenntnis der Katholikenzahl, wie die kirchlichen Behörden sie haben, auf Quellen der bürgerlichen Registratur — der periodischen Volkszählungen, den kommunalen Einwohnerkarteien, den Zu- und Fortzugsmeldungen sowie den Lohn- bzw. Einkommensteuerangaben — und auf den Pfarrmatrikeln, in denen die Taufen, die Eheschließungen und die Beerdigungen verzeichnet werden.

In England hat der Demographic Survey der Newman Association vor einigen Jahren angefangen, eine wissenschaftliche Untersuchung über die tatsächliche Katholikenzahl in England und Wales durchzuführen. Es war schon längere Zeit bekannt, daß die in jeder Diözese gesammelten und im Catholic Directory publizierten Statistiken alles andere als zuverlässig waren. Durch eigene Untersuchungen an verschiedenen Orten, durch die Auswertung der Regierungsstatistiken über die Bevölkerung, der Einwanderungsstatistiken und der Ergebnisse spezieller soziologischer und demographischer Studien und schließlich durch eine Analyse der Geburten-, Tauf- und Trauzahlen kam man zu der Schlußfolgerung, daß die derzeitige Zahl der Katholiken in England und Wales nicht 3 422 500 beträgt, wie in der letzten Ausgabe des Catholic Directory angegeben wurde, sondern 5 250 000. Der Grund für dieses Hochschnellen der Zahl ist fast ausschließlich in der Masseneinwanderung aus Irland während der letzten Jahre zu suchen; ihr Einfluß auf das Anwachsen der englischen Katholikenzahl war bis dahin nicht hinreichend bekannt.

Relativer Wert der Daten

Worauf es bei diesen Ausführungen ankommt, ist, zu zeigen, welchen relativen Wert die Zahlen mitunter haben. Durch das Fehlen seriöser wissenschaftlicher Forschungen und eine gewisse Nachlässigkeit beim Verfolgen der gesellschaftlichen Prozesse läuft man in den konfessionell gemischten Ländern immer wieder Gefahr, daß die Vorstellungen über Zahl und Verteilung der Katholiken den Tatsachen nicht entsprechen. In ganz katholischen Ländern ist diese Gefahr kaum oder nicht vorhanden. Die Kenntnis der Zahl der Staatsbürger schließt in sich die Kenntnis der Zahl der Katholiken. In konfessionell gemischten Ländern aber, wo diese Identität nicht besteht, muß man von anderen Quellen ausgehen. Und dann stellt sich die Frage nach dem Wert und der Zuverlässigkeit dieser Quelle; es entsteht die Mehrdeutigkeit des Begriffes „Katholik".

Es muß übrigens darauf hingewiesen werden, daß der Wert der Angaben über die Zahl der Katholiken auch in den ganz katholischen Ländern relativ ist. In diesen Ländern ist man sozusagen automatisch katholisch. Ein Italiener ist katholisch auf Grund der Tatsache, daß er Italiener ist, wie der Grieche orthodox ist, der Mexikaner spanisch spricht und der Neger eine dunkle Hautfarbe hat. Selbstverständlich ist dieser Vergleich etwas trivial. Sprache und Hautfarbe sind natürliche Eigenschaften, während Zugehörigkeit zur Kirche durch die Taufe von Gott geschenkte Gnade ist. Aber im täglichen Leben kann die Religion zu einem Automatismus entarten und die Taufgnade im Laufe der Jahre allen sichtbaren Einfluß auf das menschliche Handeln verlieren. In den katholischen Ländern bleibt jedoch wenn nicht die Taufgnade, so doch das Etikett. Auch dort, wo von einer kirchlichen Betätigung kaum mehr die Rede ist, wo eine große Anzahl von Menschen höchstens noch „Saisonkatholiken" ist, die Zahl der Kommunisten erschreckend hoch ist, ist offiziell ein jeder noch katholisch. Im allgemeinen nennt sich in den katholischen Ländern auch ein jeder katholisch. In fast allen katholischen Ländern Europas trifft man dieses typische Phänomen an, daß Menschen sich ihr Leben lang um die Kirche wenig oder nicht kümmern, ihr sogar feindlich gegenüberstehen, sie durch ihre Zugehörigkeit zu antiklerikalen Gruppierungen oder anti-

kirchlichen Parteien faktisch bekämpfen, sich aber doch immer noch als katholisch bezeichnen und verwundert, ja böse sind, wenn man ihnen sagt, sie seien nicht katholisch. Es besteht auf jeden Fall in diesen Ländern ein großer Unterschied zwischen der Gruppe der in der Statistik als katholisch geführten Menschen und der viel kleineren Gruppe derer, die in ihrem Leben und ihren Auffassungen der katholischen Lehre nachkommen. Die Kirche als Gemeinschaft der Gläubigen wird ausgehöhlt, und menschlich gesehen, könnte man wohl die Kategorie der „Superstruktur" von Helmut Schelsky auf sie anwenden.

In den konfessionell gemischten Ländern ist in viel größerem Ausmaß die eigene Angabe über die Religionszugehörigkeit für die Kenntnis der zahlenmäßigen Stärke der katholischen Kirche maßgebend, und in diesen Ländern dürfte der Unterschied zwischen der Kirche als Gesamtheit der in ihr Getauften und der „wirklichen" Kirche der praktizierenden Katholiken viel kleiner sein. Dort werden diejenigen, die wohl katholisch getauft sind, aber seit langem nicht praktizieren, nicht automatisch als Katholiken geführt, und in vielen Fällen bezeichnen sie sich selbst als nicht mehr katholisch. Das Schulbeispiel einer solchen Situation dürfte wohl in den Niederlanden zu finden sein, wo sich etwa ein Fünftel der Bevölkerung bei der Volkszählung als „unkirchlich" bezeichnet. Sie sind zum Teil früher entweder evangelisch oder katholisch gewesen, zum anderen Teil stammen sie von Eltern ab, die es waren. Der verhältnismäßig niedrige Prozentsatz nichtpraktizierender Katholiken — über das ganze Land genommen sind es etwa 11 % — ist unter anderem auf diese Tatsache zurückzuführen, daß es eine große Zahl „Unkirchlicher" gibt. In den Ländern, wo ein jeder katholisch ist und bleibt und sich auch so nennt, obwohl er, rein äußerlich gesehen, sein ganzes Leben lang mit der Kirche nicht in Kontakt kommt, ist der Prozentsatz der nichtpraktizierenden Katholiken im allgemeinen höher, oft sogar bedeutend höher als in solchen Ländern, in denen die ausgewiesene Zahl der Katholiken sozusagen von den Abseitsstehenden gesäubert ist.

So kann man davon ausgehen, daß in einer Studie wie der vorliegenden, in der Statistiken über die Katholiken einer ganzen Anzahl von Ländern herangezogen werden, mit einem mehrdeutigen Begriff von Katholik gerechnet werden muß. Dies ist unvermeidlich, weil die Quellen nicht einheitlich sind und zudem auch die Zeitpunkte, auf die sich die Quellen beziehen, nicht immer die gleichen sind. Da es sich aber in diesem Bericht nicht um die Herausarbeitung von Details handelt, sondern die Beschreibung der größeren Konturen beabsichtigt ist, sind die Ungenauigkeiten und die Fehler, die in Kauf genommen werden müssen, nicht von großem Einfluß; sie können die Aussagen nicht verfälschen.

Notwendigkeit erweiterter empirischer Forschungen

Es wäre sehr wünschenswert, wenn den verschiedenen Bedeutungen der Begriffe „katholisch" und „Katholik" und deren Brauchbarkeit für die internationale Forschung eine ausführliche kritische Untersuchung gewidmet würde.

Je weiter die europäische Integration fortschreitet, die Begegnung von Katholiken aus verschiedenen Ländern miteinander zunimmt und zum Teil einen bleibenden Charakter bekommt, um so dringender wird eine solche Studie und um so größer ihr Nutzen.

Die Unterlagen für diesen Bericht sind von den an die Internationale Föderation katholischer Sozialforschungsinstitute (FERES) angeschlossenen Instituten gesammelt worden, soweit in den einzelnen Ländern Mitgliedsinstitute bestehen (Generalsekretariat: Freiburg i. Ü., Route du Jura, Centre International Catholique). Für die übrigen Länder Europas konnte die Mitarbeit einer Anzahl Fachleute gewonnen werden, die mit der Situation in ihrem Lande gut vertraut sind. Der Wert der auf diese Weise zusammengetragenen Unterlagen ist unterschiedlich, weil er davon abhängt, was überhaupt an Unterlagen vorhanden war und wie weit sie zu erlangen waren.

Um der Vergleichbarkeit willen und auch wegen der Gegenstände, die für diese Darstellung gewählt wurden, mußte eine Auswahl der zu behandelnden Tatbestände getroffen werden, die aber — so hoffen wir — die Einsicht in die Verschiedenheit äußerer kirchlicher Erscheinungsformen innerhalb Europas nicht allzu sehr beeinträchtigt hat.

II

Die Katholiken in Europa

Einige allgemeine statistische Daten

In Europa westlich des eisernen Vorhanges leben 295 Mill. Menschen. Fast 177 Mill. von ihnen oder ungefähr 60 % sind katholisch. In den europäischen Ländern östlich des eisernen Vorhanges leben ca. 54 Mill. Katholiken, und zwar 1,6 Mill. in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands; 24 Mill. in Polen; 9,3 Mill. in der CSR; 6,5 Mill. in Ungarn; 6,5 Mill. in Jugoslawien; 2,7 Mill. in Litauen; 2,6 Mill. in Rumänien und schließlich die Katholiken der Diasporakirchen in Bulgarien, Albanien, Estland, Lettland und der UdSSR. Die Verteilung der Katholiken über die einzelnen europäischen Länder zeigt die auf der folgenden Seite stehende Tabelle I.

Diese Katholiken Europas, obwohl alle in der katholischen Kirche getauft und ihr zugehörig, bilden ein sehr buntes Mosaik. Sie leben in einem Gebiet, das sich vom Polarkreis bis in die subtropischen Gebiete und vom Atlantik im Westen bis zum Meer, das Kleinasien umspült, ausdehnt. Sie wohnen in 22 verschiedenen Staaten, darunter Klein- und Kleinststaaten, und gehören einer noch größeren Zahl nationaler Gruppen an. Auch in sozialer Hinsicht gibt es große Unterschiede; ihre Rolle auf politischem Gebiet variiert von Land zu Land. Es gibt viele Arme unter ihnen, aber man findet Katholiken auch unter den Reichen und Mächtigen. Ihr Bildungsniveau ist sehr verschieden, und sie haben in sehr ungleicher Weise an den europäischen Kulturgütern teil. Und zu guter Letzt sind sie auch noch in sehr unterschiedlicher Weise katholisch.

Es ist kein leichtes Unterfangen, über die Katholizität der Europäer etwas Zutreffendes sagen zu wollen. Der Charakter dieses Berichtes ist nämlich überwiegend sta-

Tabelle I: Bevölkerung und Katholikenzahl in europäischen Ländern

Land	Einwohner	Katholiken absolut	Katholiken in %
Belgien	8 982 227	8 718 590	97,1
Dänemark	4 505 367	26 200	0,6
Deutschland	53 000 000	22 900 000	43,2
England	44 907 000	5 100 000	11,4
Finnland	4 248 800	2 000	0,05
Frankreich[1]	42 821 750	38 411 045	89,7
Griechenland	8 000 000	49 000	0,6
Irland	4 339 949	3 276 055	75,5
Italien[2]	49 430 000	49 187 000	99,5
Luxemburg	317 853	310 600	97,7
Niederlande	11 072 933	4 422 825	39,9
Norwegen	3 495 000	5 440	0,2
Österreich	6 933 005	6 289 040	90,7
Portugal[3]	7 856 913	7 585 791	96,5
Schottland	5 169 000	780 050	15,1
Schweden	7 341 122	26 424	0,4
Schweiz[4]	4 939 021	2 069 320	41,9
Spanien[5]	27 574 893	27 389 856	99,3
Europa westlich des eisernen Vorhanges	294 935 000[6]	176 549 000[6]	59,9

[1] Das Fürstentum Monaco bildet eine Diözese. Sie wurde in diesem Bericht zu den französischen Diözesen gerechnet.
[2] Die Republik San Marino gehört kirchlich zu den italienischen Diözesen Montefeltro und Rimini.
[3] Die Diözesen Angra auf den Azoren und Fundhal auf Madeira sind nicht mitgezählt.
[4] Das Fürstentum Liechtenstein gehört kirchlich zur Diözese Chur in der Schweiz.
[5] Andorra gehört kirchlich zur spanischen Diözese Urgel. Ceuta in Nordafrika, Las Palmas und Teneriffa auf den Kanarischen Inseln sind nicht mitgezählt.
[6] Die Gesamtzahl für die europäischen Länder wurde auf 1000 abgerundet, weil die Angaben einiger Länder abgerundet waren.

tistisch. Mit Statistiken kann man die Katholizität höchstens aus der Ferne beobachten, und selbst wenn man über statistisch gültige Unterlagen verfügt, beschränkt sich diese Gültigkeit in vielen Fällen auf die Grenzen des Landes, über das man diese Daten gesammelt hat. Ein internationaler Vergleich birgt in sich die große Gefahr, daß man unvergleichbare oder nur zum Teil vergleichbare Daten zusammenbringt. In dem einleitenden Kapitel wurde schon darauf hingewiesen, daß der Begriff „katholisch" von Land zu Land verschieden sein kann. Dem muß man Rechnung tragen, nicht nur wenn man über rein statistische Unterlagen, sondern mehr noch, wenn man über das Ausmaß der kirchlichen Beteiligung etwas aussagen will.

In diesem Kapitel wird versucht, den äußeren Rahmen einiger Aspekte des Katholizismus in den verschiedenen europäischen Ländern zu skizzieren.

A. Die religiöse Zusammensetzung der europäischen Länder

Die eingangs erwähnten 177 Millionen europäischen Katholiken kann man, wenn man als Kriterium das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Katholiken und Nichtkatholiken nimmt, in drei große Gruppen unterteilen.

1. Die Katholiken, die in überwiegend oder fast ausschließlich von Katholiken bewohnten Ländern leben

Diese Länder sind: Belgien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Österreich, Portugal und Spanien. Unter Irland wird hier die ganze Insel verstanden, die Irische Republik und die zu England gehörenden six counties von Ulster umfassend. Die Irische Republik ist zu mehr als 90 % katholisch; in Ulster bilden die Katholiken eine große Minderheit. Da aber nicht alle Diözesangrenzen mit den Landesgrenzen zusammenfallen, mußte von einer genauen Berechnung und Scheidung der zwei Teile Abstand genommen werden.

Die Katholiken in diesen Ländern bilden mit mehr als 141 Millionen die große Mehrheit der europäischen Katholiken (78,8 %) und leben mit einer kleinen Minderheit von 7,1 Millionen Nichtkatholiken zusammen. Die meisten katholischen Länder in Europa sind romanisch. Wenn wir die Bevölkerung Brüssels, die — wenn es darum geht, zu bestimmen, wer zur germanischen und wer zur romanischen Bevölkerung Europas gehört — einen eigenen Charakter hat, außer Betracht lassen, ergibt sich, daß die romanischen Katholiken — 125 Millionen an der Zahl — 88,6 % der katholischen Bevölkerung in homogen katholischen Ländern ausmachen. Die „germanischen" Katholiken, die in ganz katholischen Ländern wohnen, machen also nur etwas mehr als 11 % dieser Gruppe aus.

Obwohl hieraus wieder einmal deutlich wird, daß die Reformation tatsächlich vorwiegend eine Angelegenheit der nördlichen europäischen Länder war, ist die oben genannte Zahl für die romanischen Länder zu schmeichelhaft. Durch eine länderweise Betrachtung der Katholiken gewinnt man ein zu undifferenziertes Bild und vergißt, daß auch in der zweiten Gruppe, in den gemischt konfessionellen Ländern, die Verbreitung der Konfessionen nicht gleichmäßig ist, sondern große Gebiete rein oder überwiegend katholisch sind. Dies gilt namentlich für Deutschland (das Rheinland, den größten Teil Bayerns, Südwürttemberg, Südbaden, Teile von Westfalen und das südliche Emsland), für die Niederlande (Noordbrabant, Limburg und Teile von Gelderland und Overijsel) und für die Schweiz (die zentralen Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden und Zug sowie die Kantone Freiburg, Wallis, Tessin und Appenzell Inner-Rhoden).

Sobald man die nationale Ebene verläßt und die kleineren Gebiete in den einzelnen Ländern betrachtet, wird deutlich, daß die Grenzen zwischen homogen katholischen Gebieten, konfessionell gemischten Gebieten und Diasporagebieten nicht mit den nationalen Grenzen zusammenfallen, sondern mitten durch mehrere Länder laufen. Es gibt sogar Diasporagebiete in sonst homogen katholischen Ländern und homogen katholische Gebiete in Diasporaländern.

2. Die Länder mit einer konfessionell gemischten Bevölkerung

Es sind dies: Deutschland, die Niederlande, die Schweiz und eigentlich auch England und Schottland. Insgesamt zählen diese Länder 35,3 Mill. Katholiken oder fast 20 % der Gesamtzahl der europäischen Katholiken. Sie wohnen mit fast 83 Millionen Nichtkatholiken zusammen. Wenn wir aber das oben Gesagte über die unterschiedliche Verteilung der Katholiken innerhalb der nationalen Grenzen in Betracht ziehen, gibt dies Anlaß zu drei Bemerkungen:

a) Wie schon erwähnt, gibt es in den betreffenden Ländern Gebiete, die rein katholisch sind, Gebiete mit einer konfessionell gemischten Bevölkerung und Diasporagebiete. Wenn wir als Kriterium für überwiegend katholische Gebiete einen Prozentsatz von 80 oder mehr Katholiken

nehmen, dann ergibt sich, daß in den betreffenden Ländern mehr als 8,5 Millionen Katholiken in solchen überwiegend katholischen Gebieten wohnen. Dieser Prozentsatz erscheint etwas willkürlich. Er wurde gewählt, weil die traditionell katholischen Länder Europas alle mehr als 80 % Katholiken aufweisen. Für Irland wird hierbei auf die Bemerkung auf S. 448 hingewiesen.

Tabelle II: Katholiken in überwiegend katholischen Bistümern Deutschlands, der Niederlande und der Schweiz

	Einwohner	Katholiken Zahl	Katholiken in %
Deutschland			
Aachen	1 634 736	1 325 231	81,1
Augsburg	1 672 091	1 398 763	83,7
München-Freising	2 335 567	1 936 794	82,9
Passau	513 143	478 766	93,3
Regensburg	1 452 568	1 226 958	84,5
Niederlande			
den Bosch	1 071 251	1 060 998	99,0
Roermond	849 870	761 699	89,6
Schweiz			
Lugano	183 209	160 000	90,1
Sitten	184 932	160 489	86,8
	9 897 367	8 514 698	86,0

Die vorstehenden Zahlen sind gering, weil sie sich nur auf Diözesen beziehen, die mehr als 80 % Katholiken zählen. Es gibt in den angeführten drei Ländern mehrere Bistümer mit geschlossenen katholischen Gebieten, wobei die Diözesen aber im ganzen weniger als 80 % katholischer Bewohner haben. Es sind dies in Deutschland die Diözesen Freiburg i. Br., Köln, Trier und Würzburg; in den Niederlanden Breda und — auf Grund der besonderen konfessionellen Struktur einer großen Anzahl von Kantonen — alle Bistümer der Schweiz.

Wenn man die Katholiken, die in den in der Tabelle II genannten Diözesen leben, zu denen zählt, die in überwiegend katholischen Ländern wohnen, kommt man zu dem Ergebnis, daß mindestens 150 Millionen oder mehr als 83 % der europäischen Katholiken ihre Wohnsitze in katholischen Gebieten haben.

b) England und Schottland nehmen hier einen besonderen Platz ein. Die Katholiken machen 11,4 bzw. 15,1 % der Bevölkerung aus. Sie kommen den Ländern mit einer Diasporasituation ganz nahe, können aber in ihrer Gesamtheit kaum dazu gezählt werden, weil sowohl in England als auch in Schottland eine ziemlich große Zahl der Diözesen statistisch gesehen nicht als Diasporagebiete bezeichnet werden kann. In 9 von 18 englischen Diözesen machen die Katholiken zwischen 10 und 39 % der Bevölkerung aus, in Schottland sogar in fünf von acht Diözesen.

Diese zwei Länder sind ein Beispiel dafür, wie schwierig es ist, den Begriff Diaspora überhaupt statistisch abzugrenzen. In der deutschen Literatur wird vielfach von einer Diasporasituation gesprochen, wenn der Bevölkerungsanteil der Katholiken unter 33 % liegt. Gewiß gibt es Situationen, in denen es sich dann um Diaspora handelt, so z. B. wenn diese Katholiken über ein ländliches Gebiet zerstreut sind, in kleinen und kleinsten Gruppen leben und deshalb keine geschlossene Gemeinschaft bilden können. Dies trifft noch mehr zu, wenn es sich um Zugewanderte handelt. Ursprünglich wurde der Begriff Diaspora sogar nur mit der Tatsache einer Immigration in Verbindung gebracht (Krose). Anderseits gibt es zahlreiche Situationen, in denen relativ geringere Bevölkerungsanteile der Katholiken — z. B. eine Gruppe, die nur 15 % einer städtischen Bevölkerung ausmacht — keine Diasporasituation bedeuten. So gibt es in Westeuropa verschiedene Städte und auch Agrargebiete, in denen die Katholiken, obwohl im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung wenig zahlreich, doch gut organisierte Gruppen mit eigenem Charakter bilden und sich überhaupt nicht in der Lage einer „minority" im Sinne der amerikanischen Soziologie befinden. Für die statistische Abgrenzung der Diaspora ist hier ein katholischer Bevölkerungsanteil von 10 % zugrunde gelegt worden. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß die in Deutschland übliche 33-%-Grenze weniger richtig ist. Eine Diasporasituation im soziologischen Sinne ist aber nur dann feststellbar, wenn man auf das Niveau der einzelnen Orte und Gemeinschaften heruntergeht. Dieser Bericht aber muß notwendigerweise auf der Ebene der Diözesen bleiben. Dadurch ist die genaue Feststellung einer Diasporasituation sehr erschwert.

c) Unter Bezugnahme auf das unter b) Gesagte kann man über die Diasporagebiete in den konfessionell gemischten Ländern folgendes feststellen:

In England, den Niederlanden und Schottland gibt es insgesamt 13 Diözesen mit weniger als 10 % Katholiken, wie sich aus folgender Tabelle ergibt:

Tabelle III: Diasporadiözesen in Nordwesteuropa

	Einwohner	Katholiken Zahl	Katholiken in %
England			
Birmingham	4 452 000	400 000	8,9
Brentwood	2 190 000	160 000	7,3
Cardiff	1 771 000	150 000	8,5
Clifton	1 950 000	120 000	6,2
Menevia	960 000	4 000	4,1
Northampton	2 576 000	130 000	4,6
Nottingham	3 129 000	150 000	4,8
Plymouth	1 456 000	60 000	4,1
Portsmouth	1 841 000	100 000	5,4
Niederlande			
Groningen	1 240 679	96 809	7,8
Schottland			
Aberdeen	620 930	13 100	2,1
Argyll	144 400	10 720	7,2
Galloway	471 290	38 920	8,1
	22 810 000	1 470 000	6,4

Außer diesen ausgesprochenen Diasporadiözesen gibt es in England, den Niederlanden und Schottland noch eine Anzahl kleinerer Diasporagebiete. Die Bundesrepublik Deutschland verzeichnet sogar eine ganze Anzahl solcher Diasporagebiete, die mitunter beträchtliche Teile der Diözesen ausmachen. Es ist schwierig festzustellen, um wie viele Katholiken es sich hier handelt, weil die vorhandenen Veröffentlichungen bei der Abgrenzung der Diaspora auf einen katholischen Bevölkerungsanteil von 33 % abstellen.

Neundörfer (Les diocèses; leurs structures confessionelles et sociales; la diaspora, les réfugiés, in „Catholicisme Allemand", Paris 1956, S. 101 bis 129) kommt zu dem Ergebnis, daß die Diasporagebiete in ganz Deutschland — also BRD und SBZ zusammen — eine katholische

Bevölkerung von mehr als 6 Millionen umfassen. Wenn man die katholische Diasporabevölkerung der in der SBZ gelegenen Gebiete von den westdeutschen Diözesen abzieht, kommt man zu einer Gesamtzahl von 4,9 Millionen Katholiken in den Diasporagebieten der BRD. Insgesamt beläuft sich die Zahl der in der Diaspora lebenden Katholiken in den gemischt konfessionellen Ländern daher sicher auf mehrere Millionen.

3. Die europäischen Diasporaländer

Neben den oben erwähnten Diasporadiözesen und -gebieten in Ländern mit einer konfessionell gemischten Bevölkerung gibt es in Europa noch fünf Länder, die im ganzen katholische Diaspora darstellen, nämlich Dänemark, Finnland, Griechenland, Norwegen und Schweden.
In den vier skandinavischen Ländern wohnen die Katholiken weit zerstreut zwischen einer sehr großen Mehrheit von Lutheranern. In Griechenland, wo die Mehrzahl der Katholiken dem lateinischen Ritus angehört, es aber daneben auch eine kleine Gruppe Unierter des byzantinischen Ritus und eine noch kleinere des armenischen Ritus gibt, leben die Katholiken inmitten einer orthodoxen Mehrheit.

Tabelle IV: Europäische Diasporaländer

	Einwohner	Katholiken Zahl	Katholiken in %
Dänemark	4 505 367	26 200	0,6
Finnland	4 248 800	2 000	0,05
Griechenland	8 000 000	49 000	0,6
Norwegen	3 495 000	5 540	0,2
Schweden	7 341 112	26 424	0,4
	± 27 590 000	± 109 000	0,4

Die Diasporakirche hat es in diesen Ländern sehr schwer. Sie wird von der einheimischen Bevölkerung nicht nur als andersgläubig angesehen, sondern auch als eigentlich nicht zur Nation gehörende Gruppe betrachtet. Für die Diasporakirche gilt in vollem Umfang, was im folgenden über Diaspora und inferiore Gruppe gesagt wird.

4. Diaspora und inferiore Gruppe

Diaspora ist im wesentlichen eine Minderheitsposition religiöser Art. Sie hat dadurch Anteil an dem sozialen und psychologischen Charakter aller Minderheiten, gleich ob ethnischer, rassischer, sprachlicher oder sonstiger Art. Obwohl in der amerikanischen Literatur (Wirth, Rose) von „minority" in diesem nicht quantitativen Sinne gesprochen wird und auch Goddijn (Katholieke Minderheid en Protestantse Dominant, Assen 1957) von „Minderheid" im Gegensatz zu „Dominant" spricht, werden wir in diesem Bericht dem allgemeinen deutschen Sprachgebrauch folgen und „Minderheit" für die quantitative Minorität reservieren, hingegen unter „minority" eine „inferiore Gruppe" verstehen.
Wir verwenden den Begriff „Diaspora" im Sinne einer statistischen Minderheit, und zwar in allen Fällen, in denen die Katholiken weniger als 10 % der Bevölkerung ausmachen. Wie unter anderem Goddijn darstellt, muß dieser statistische Begriff abgegrenzt werden gegen eine Gruppe, die sich inferior fühlt und zurückgesetzt wird. Man spricht von einer inferioren Gruppe, sobald eine bestimmte Anzahl von Menschen in einer vorgegebenen Gemeinschaft in physischer, kultureller, rassischer, religiöser oder sonstiger Hinsicht bzw. in einer Kombination dieser Bezüge von der dominierenden Gruppe dieser Gemeinschaft abweicht und infolge dieses „Andersseins" Spannungen entstehen.
Einerseits gibt es hier den Vorherrschenden, der herrscht, ausschließt, zurücksetzt, verachtet und möglicherweise haßt, anderseits den Unterdrückten, der ausgeschlossen, zurückgesetzt, verachtet und vielleicht sogar gehaßt wird. Das wichtigste Merkmal der Relation zwischen dominanter und inferiorer Gruppe ist die Diskriminierung der unterdrückten Gruppe. Diese kann sich auf allen Gebieten des Zusammenlebens äußern; wirtschaftlich, politisch und beruflich. Sie kann auch eine soziale Diskriminierung im engeren Sinne bedeuten, d. h. einen Ausschluß vom Gruppenleben. Sie manifestiert sich auf religiösem Gebiet ebenfalls in einer Zurückstellung und äußert sich als „nationale" Diskriminierung der nationalen Minderheit, Flüchtlingen und Einwanderern gegenüber.
Soweit es sich um die Position der Katholiken in den europäischen Ländern handelt, ist ganz deutlich, daß ihre Beziehungen zu Andersgläubigen vor allem ihr Verhältnis zu den Protestanten betreffen. Die anderen religiösen Gruppierungen, etwa Juden oder Mohammedaner, sind in den meisten Ländern Europas in dieser Hinsicht unbedeutend. Einen Sonderfall stellt Griechenland dar, wo die orthodoxe Kirche die Dominante ist und die Katholiken des lateinischen und des orientalischen Ritus wie auch die Protestanten als inferiore Gruppen gekennzeichnet werden können.
Zweitens ist deutlich, daß die katholischen Minderheitsgruppen den besonders ausgeprägten Charakter einer Inferiorität vor allem in den schon erwähnten geschlossenen Diasporaländern zeigen, in denen sie nur einen Bruchteil der Bevölkerung ausmachen. Es ist zwar möglich, daß eine kleine Gruppe, die weniger als 10 % der Bevölkerung bildet, überhaupt keine inferiore Gruppe darstellt, sondern sogar den Charakter und die Verhaltensweisen der ganzen Gemeinschaft bestimmt; aber im allgemeinen steht eine quantitative Minderheit, sicher wenn sie weniger als 10 % der Bevölkerung ausmacht, in der großen Gefahr, eine inferiore Gruppe zu sein.
Ohne an dieser Stelle auf Einzelheiten eingehen zu können, kann man feststellen, daß die katholische Kirche in Dänemark, Finnland, Griechenland, Norwegen und Schweden die Merkmale von inferioren Gruppen in einer Diasporasituation aufweist. Es scheint allerdings, daß sich in einigen skandinavischen Ländern seit einigen Jahrzehnten eine gewisse Änderung abzeichnet. Ein Anzeichen dafür dürfte u. a. die zwar kleine, aber qualitativ bedeutende Gruppe autochthoner Konvertiten sein. Auch wurden während der letzten Jahre die noch bestehenden Anti-Jesuitengesetze aufgehoben.
Obwohl also Diasporagruppen in den meisten Fällen zugleich auch inferiore Gruppen sind, dürfen sie damit nicht ohne weiteres gleichgesetzt werden. Es wurde schon die Möglichkeit angedeutet, daß eine quantitativ kleine Gruppe in einer bestimmen Gemeinschaft dominiert, wie z. B. noch im vorigen Jahrhundert ein protestantischer Gemeindesekretär in einer katholischen Gemeinde Nordbrabants oder ein preußischer Beamter im Rheinland. Eine solche Situation kann bedeuten, daß die Mehrheits-

gruppe inferior ist. Die Neger in einigen Südstaaten der USA und die Farbigen in der Südafrikanischen Union machen die Mehrheit der Bevölkerung aus, aber sie sind faktisch eindeutig inferiore Gruppen.

Meist hängt ein solcher Zufall mit der Tatsache zusammen, daß sich auf regionaler oder örtlicher Ebene die Kräfteverhältnisse der Gesamtsituation widerspiegeln. So bilden die Neger zwar in den Südstaaten der USA oft an Ort und Stelle eine quantitative Mehrheit, aber national gesehen sind sie sowohl quantitative Minderheit als auch inferiore Gruppe.

Wenn wir uns also fragen, ob die katholischen Diasporagruppen in Deutschland, England, den Niederlanden, Schottland und der Schweiz ebenfalls inferiore Gruppen sind, ist die Antwort mindestens zum Teil von der Frage abhängig, welche Position die Katholiken in diesen Ländern auf nationaler Ebene einnehmen oder eingenommen haben.

Auf Grund der Geschichte kann man wohl behaupten, daß in allen diesen Ländern — in verschiedener Weise und in einem Land intensiver als im anderen — die katholische Bevölkerungsgruppe die Eigenschaften einer inferioren Gruppe hatte und mitunter in mancher Hinsicht noch hat. In England, Schottland und den Niederlanden war dies ein nationales Phänomen. In Deutschland und der Schweiz war die Situation nach den einzelnen Staaten bzw. Kantonen unterschiedlich, hatte aber bestimmte Folgen auf nationaler Ebene. In England, Schottland und den Niederlanden, weniger in Deutschland und der Schweiz, lassen sich, mit Nachwirkung bis heute, folgende Situationen hinsichtlich einer Inferiorität katholischer Gruppen erkennen:

1. Katholische inferiore Gruppen in katholischen Konzentrationsgebieten. Solcher Art war die Situation in den Provinzen Nordbrabant und Limburg während der Zeit der protestantischen Vorherrschaft in den Niederlanden. Eine ähnliche Situation war in Schlesien und im Rheinland gegeben, nachdem diese Gebiete Preußen einverleibt waren.
2. Katholische inferiore Gruppen in konfessionell gemischten Gebieten. Über längere Zeit hinweg war dies die Situation der Katholiken in den meisten Ländern mit konfessioneller Mischung der Bevölkerung bei Überwiegen des nichtkatholischen Bevölkerungsteiles.
3. Katholische inferiore Gruppen in den Diasporagebieten. Die Inferiorität dieser Gruppen hat sich am längsten gehalten und zeigt sich auch in der schärfsten Form.

Anderseits trifft es aber auch zu, daß in den sogenannten katholischen Ländern Europas und ebenso in homogen katholischen Gebieten gemischt konfessioneller Staaten die Katholiken die dominierende und die Protestanten die inferiore Gruppe bilden. Beschwerden von protestantischer Seite über die Lage der Protestanten in Spanien z. B. oder über die Behandlung der Waldenser Kirche in Italien sind allgemein bekannt und scheinen nicht ganz unbegründet zu sein.

Im Rahmen dieses Berichtes ist es unmöglich, zu untersuchen, in welchen Ländern und Gebieten und inwiefern die Katholiken nicht nur zahlenmäßig eine Minderheit, sondern auch tatsächlich inferiore Gruppen bilden. Forschungen darüber wären sehr lohnend. Solche Untersuchungen bilden einen wichtigen Teil der Studien über das Verhältnis zwischen den verschiedenen christlichen Religionen und können dem ökumenischen Gedanken große und wichtige Dienste leisten.

5. Die Emigranten und Flüchtlinge

Der Umstand, daß eine Gruppe sich in sozialer Hinsicht in einer inferioren Situation befindet, kann derartige Auswirkungen haben, daß Minderheitsgruppen mit gleicher Religion wie die Dominante einen gewissen religiösen Diasporastatus erhalten. So leben bestimmte Gruppen von Immigranten und sicher auch von Flüchtlingen — selbst wenn sie wie die Mehrheit der Bevölkerung des Gebietes katholisch sind — in einer Art religiöser Diaspora. Sie haben vielfach eine ganz andere religiöse Mentalität als die autochthonen Katholiken. Ihre Traditionen, ihre Glaubenspraxis und auch ihre Liturgie sind oft anders als die der neuen Umgebung; die Sprache und den Stil der Predigten verstehen sie zunächst nicht oder nur unzulänglich.

Die Flüchtlinge und im gleichen Maß die Auswanderer können — soziologisch gesehen — am besten mit der Kategorie der „sich assimilierenden" inferioren Gruppe gekennzeichnet werden. Diese Kategorie, die vor allem in der amerikanischen Literatur über die Einwanderergruppen beschrieben worden ist, ist bestrebt, sich soweit wie möglich mit der Dominante zu vermischen. Ihr Bestreben ist, einmal von der dominierenden Gruppe völlig akzeptiert zu werden. Das Gelingen eines derartigen Assimilationsprozesses ist von der Größe der inferioren Gruppen und von der Zeit, in der sich der Prozeß verwirklichen kann, abhängig. Die Immigrantenminoritäten in den Vereinigten Staaten sind für diese Gruppe das klassische Beispiel.

Zu einer eventuellen Anwendung der Kategorie der sich assimilierenden inferioren Gruppe auf die Flüchtlinge und Immigranten sind zwei Bemerkungen zu machen:

1. Selbst bei Immigranten, deren Übergang in ein anderes Land — obwohl vielleicht durch die wirtschaftliche Lage und den Bevölkerungsdruck im Herkunftsland verursacht — durch einen freiwilligen Entschluß ausgelöst wird, ist eine völlige Assimilation an die Dominante nicht erwünscht. Es ist sowohl für die Einwanderer wie auch für das Aufnahmeland ein Gewinn, wenn die Einwanderer ihre Eigenart, die sich in ihrer kulturellen Tradition und in ihren religiösen Bräuchen äußert, in einer angepaßten Form bewahren und somit eine Bereicherung für das Aufnahmeland bedeuten. Dies kann realisiert werden, wenn sich auch die Einwanderer im übrigen den wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten des Landes völlig anpassen, in den Arbeitsprozeß ganz aufgenommen werden und die Wohnkultur und Sprache ganz übernehmen. Wir möchten deshalb für diesen Prozeß den Begriff *Integration* reservieren, weil Integration nicht wie Assimilation eine totale Gleichschaltung unterstellt.
2. Flüchtlinge befinden sich *nicht* aus freiem Willen im Aufnahmeland. Ihr Wille zur Integration ist deshalb nicht unmittelbar gegeben und formt sich erst allmählich, möglicherweise erst in der zweiten Generation und in dem Maße, wie die Verbundenheit mit der alten Heimat und der Wille zur Rückkehr nach dort abnehmen.

Die Diskussion über Rückkehr oder Integration spielt in den Flüchtlingsgruppen über eine ganze Periode hinweg eine sehr wichtige Rolle und kann zu heftigen Auseinandersetzungen oder gar zum Auseinanderfallen der Gruppen führen.

Im Europa der Nachkriegszeit gehört der Flüchtling fast zum normalen Bild. Über das katholische Europa zu sprechen, ohne die Millionen von katholischen Flüchtlingen und Heimatvertriebenen zu erwähnen, hieße ein

falsches Bild der Wirklichkeit geben. Millionen vertriebener und geflüchteter Menschen haben in den Ländern Westeuropas — vor allem in Deutschland und Österreich, aber nach und nach auch in den übrigen Ländern — ihr Domizil gefunden und in manchen Gebieten die religiöse Zusammensetzung der Bevölkerung beeinflußt. Sie haben oft einen schwierigen Integrationsprozeß durchzumachen. In diesen harten Jahren, die für ihr weiteres Leben und das ihrer Kinder entscheidend sind, ist es wichtig, ihrer religiösen Integration alle Aufmerksamkeit zu widmen und ihnen eine spezifische Seelsorge angedeihen zu lassen. Dasselbe gilt für die Menschen, die im Zuge der fortschreitenden Integration innerhalb Europas wandern, da noch mit einer Zunahme dieser Wanderungsbewegung zu rechnen ist.

Durch die Promulgation der Enzyklika *Exsul Familia* hat Pius XII. der Seelsorge der katholischen Auswanderer und Flüchtlinge eine eigene Form gegeben und ihr Verhältnis zur normalen örtlichen Seelsorge festgelegt.

Es ist sehr schwierig, eine umfassende und — im Rahmen dieses Berichtes erwünschte — kurze Übersicht über die Flüchtlingsströme in Europa zu geben. Viele Heimatvertriebene und Flüchtlinge konnten nach längerer oder kürzerer Zeit wieder in ihre Heimat zurückkehren, viele andere sind in Osteuropa oder Sibirien verschwunden. Ihr Schicksal ist unbekannt. Die Millionen, die in westeuropäischen Ländern Aufnahme fanden, konnten sich eine neue Existenz aufbauen, entweder in Europa oder in Übersee. Wie viele aber müssen wegen unzulänglicher oder ganz unterbliebener Integration noch immer als Flüchtlinge betrachtet werden? Eine Bestandsaufnahme der jetzigen Flüchtlingssituation wird in diesem Bericht nicht gegeben, vor allem auch deshalb nicht, weil Ereignisse wie der ungarische Aufstand von 1956 und der täglich fließende Strom von Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone in die Bundesrepublik Deutschland das Bild fortwährend ändern und immer wieder neue Fragen in den Vordergrund rücken.

6. Zusammenfassung

In der nachfolgenden Tabelle V werden die zusammenfassenden Zahlen über die Verteilung der Katholiken in Europa wiedergegeben:

Tabelle V: Die Verteilung der europäischen Katholiken auf Konfessionszonen

Konfessionelle Zonen		Gesamtbevölkerung	Katholiken	
			Zahl	in %
A. *Ganz oder überwiegend katholische Länder*: (Belgien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Österreich, Portugal, Spanien)		148 257 000	141 168 000	95,2
B. *Konfessionell gemischte Länder:* (Deutschland, England, Niederlande, Schottland, Schweiz)	1. katholische Gebiete dieser Länder	9 897 000	8 525 000	86,0
	Summe der katholischen Länder und Gebiete (a) (Summe A + B.1)	158 154 000	149 683 000	94,7
	2. konfessionell gemischte und Diaspora-Gebiete dieser Länder (b)	109 191 000	26 757 000	24,5
C. *Diaspora-Länder:* (Dänemark, Finnland, Griechenland, Norwegen, Schweden)	(c)	27 590 000	109 000	0,4
Insgesamt (a) + (b) + (c)		294 935 000	176 549 000	59,9

B. Die Diözesaneinteilung der westeuropäischen Länder

Kirchenrechtlich gesehen, sind alle Diözesen in der ganzen Welt gleich. Sie sind mit den Pfarreien die fundamentalen territorialen Bezirke der Kirche und werden von den ordinarii loci, den Bischöfen, Apostolischen Administratoren, Apostolischen Vikaren und Präfekten, sowie freien Prälaten und Äbten regiert. Es ist eine Tatsache, die sich aus dem römisch-rechtlichen Charakter des Codex Iuris Canonici erklärt, daß er keine territoriale Behandlung dieser kirchlichen Organe enthält und eigentlich nicht von Diözesen und Pfarreien spricht, sondern diese ganze Materie in dem zweiten Codexbuch „De Personis" behandelt (CIC Liber II de personis, sectio II de clericis in specie, Tit. VIII de potestate episcoporum deque iis qui de eadem participant, can. 329—486). Alle Bestimmungen über die Diözesen sind Rechtsbestimmungen, welche die Kompetenzen, die Rechte und Pflichten der ordinarii loci umschreiben und feststellen. Die soziale Wirklichkeit der Diözesen, ihre unterschiedliche Größe, Siedlungsdichte, ihr städtischer oder ländlicher Charakter und ihre Lage in katholischen, konfessionell gemischten oder Diasporagebieten ist in den Rechtsbestimmungen der Kirche nicht ausgesprochen berücksichtigt. Eine Erzdiözese wie Mailand ist, kirchenrechtlich gesehen, in einer gleichen Lage wie die Diözese Oslo, oder, um mit dem Codex zu sprechen, der Erzbischof von Mecheln mit 3 270 000 Diözesangehörigen hat als Ordinarius seiner Erzdiözese dieselbe Verfügungsgewalt, dieselben Rechte und Pflichten wie der Bischof von Lacedonia in Italien, der auf einem Gebiet von nur 289 qkm, von 20 Welt- und 2 Ordenspriestern unterstützt, 33 000 über 11 Pfarreien verteilte Katholiken regiert. Es lohnt sich, den statistischen Daten über die Diözesen in Europa etwas Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Größenordnungen europäischer Diözesen

Die katholische Kirche zählt in den europäischen Ländern insgesamt 571 kirchliche Verwaltungsdistrikte, von denen 549 Erzdiözesen und Diözesen, 14 freie Prälaturen und Abteien, drei Apostolische Administraturen, drei Apostolische Vikariate und zwei Exarchate sind.

Die durchschnittliche Zahl der Katholiken pro Diözese beträgt fast 310 000 Personen. Offensichtlich ist diese Durchschnittszahl aber rein statistischer Natur. In Deutschland, Österreich, den Niederlanden und Belgien haben alle oder fast alle Diözesen eine viel größere Zahl von Katholiken. In anderen, namentlich in den Diasporaländern, gibt es keine Diözesen mit mehr als 30 000 Katkoliken. Es ist denn auch interessant, die Größe und die Bevölkerungszahlen der Bistümer etwas näher zu untersuchen, vor allem weil diese Betrachtungen Anlaß dazu geben könnten, sich einmal etwas mehr mit der Sozialstruktur der Diözesen zu befassen, worüber bis jetzt erst ganz wenige Untersuchungen durchgeführt wurden.

Die zwei größten Diözesen Europas sind die Erzdiözese Mailand mit 3 295 000 und die Erzdiözese Mecheln mit 3 270 000 Katholiken. Insgesamt gibt es in Europa 34 Erzdiözesen und Diözesen mit mehr als einer Million Katholiken, nämlich vier in Italien (Rom, Mailand, Neapel und Turin); fünf in Spanien (Barcelona, Madrid, Santiago de Compostella, Valencia und Sevilla); vier in Frankreich (Paris, Versailles, Lyon und Arras); in den Niederlanden die Diözese 's Hertogenbosch; Lissabon und Porto in Portugal; fünf in Belgien (Mecheln, Lüttich, Tournai, Gent und Brugge); Wien und Linz in Östereich und schließlich 11 von 22 Diözesen in Deutschland, nämlich: Köln, Paderborn, München-Freising, Freiburg i. Br., Münster, Trier, Rottenburg, Augsburg, Essen, Aachen und Regensburg.

Die 34 Millionen-Diözesen sind dermaßen groß, daß besondere Verwaltungsmaßnahmen, wie etwa die Einsetzung eines oder gar mehrerer Hilfs- oder Weihbischöfe und Generalvikare, notwendig sind, wodurch eine entsprechende Verteilung der Verwaltungs- und Regierungsarbeiten erreicht wird. Bei einer durchschnittlichen Größe der europäischen Diözesen von 310 000 Katholiken kann man sagen, daß die Diözesen mit weniger als 100 000 Katholiken als sehr klein zu bezeichnen sind. Sie sind in Europa sehr zahlreich: insgesamt 190 oder mehr als ein Drittel der Gesamtzahl. Unter ihnen gibt es, wenn man die Zahl der Katholiken betrachtet, 89 Kleinstdiözesen, die alle weniger als 50 000 Katholiken zählen.

Tabelle VI: Die europäischen Diözesen nach der Zahl ihrer Katholiken

Zahl der Katholiken	Diözesen Zahl	Diözesen in % aller Diözesen	Katholiken Zahl	Katholiken %
weniger als 50 000	89	15,7	2 381 509	1,4
50 001 — 100 000	101	17,9	7 481 860	4,2
100 001 — 150 000	80	14,2	10 007 294	5,7
150 001 — 200 000	48	8,5	8 589 810	4,9
200 001 — 300 000	70	12,4	17 144 737	9,7
300 001 — 400 000	48	8,5	16 830 945	9,5
400 001 — 500 000	30	5,3	13 084 210	7,4
500 001 — 1 000 000	65	11,5	44 280 500	25,1
mehr als 1 000 001	34	6,0	56 748 000	32,1
insgesamt	565[1]	100,0	176 549 000[2]	100,0

[1] Es war unmöglich, von 6 kirchlichen Verwaltungsbezirken Unterlagen zu bekommen. Es handelt sich dabei um eine Diözese und um 5 freie Prälaturen und Abteien, die ohne Zweifel zur ersten Kategorie (weniger als 50 000 Katholiken) gehören.

[2] Die Gesamtzahl der europäischen Katholiken wurde auf Tausend abgerundet, weil die Angaben einiger Länder abgerundet waren.

Diese Tabelle gibt Anlaß zu einigen interessanten Schlußfolgerungen:

1. Bei der Untersuchung über die Größe der europäischen Diözesen kann man eine Streuung nach irgendeiner mathematischen Gesetzmäßigkeit weder erwarten noch feststellen. Fände die Streuung nach der mathematischen Erwartung statt, dann dürften die kleinsten und die größten Diözesen nur in einer geringen Anzahl vertreten sein, während die Mehrzahl aus den Diözesen mittlerer Größe bestünde. Dies ist aber insbesonders bei den kleinen Diözesen nicht der Fall. Wenn man Diözesen mit einer Seelenzahl zwischen 200 000 und 400 000 als Durchschnittsdiözesen bezeichnet, ergibt sich, daß diese nur 20,9 % aller Diözesen (118 Diözesen) ausmachen. Die kleinen Diözesen mit weniger als 100 000 Seelen sind aber 190 an der Zahl und stellen somit 33,6 % oder ein Drittel der Gesamtzahl der Diözesen dar. Und die Zahl der Diözesen mit weniger als 150 000 Seelen macht 47,8 % oder fast die Hälfte aller europäischen Diözesen aus.
2. Wenn wir hingegen auf die Gesamtzahl der Katholiken in jeder Kategorie abstellen, ergibt sich ein ganz anderes Bild. Die Millionendiözesen, die nur 6 % aller Diözesen darstellen, zählen zusammen nicht weniger als 56,7 Mill. oder fast ein Drittel aller europäischen Katholiken, während die sehr kleinen Diözesen ($^1/_3$ aller Diözesen) insgesamt noch keine 10 Millionen oder nur 5,6 % der Katholiken Europas umfassen. Das bedeutet:

Jeder dritte Europäer wohnt in einer Millionendiözese, aber jede dritte europäische Diözese ist eine Klein- oder Kleinstdiözese.

Die Zahl der Katholiken pro Diözese nach Ländern

Die Situation ist in den einzelnen Ländern sehr verschieden. Die Durchschnittszahl der Katholiken pro Diözese ist am höchsten in Belgien (1 453 100), am niedrigsten in Norwegen (1847). Zwischen diesen zwei Extremen reihen sich die anderen Länder wie folgt ein:

Tabelle VII: Die durchschnittliche Katholikenzahl pro Diözese in den Ländern Europas

Länder	Durchschnittzahl der Katholiken pro Diözese
Belgien	1 453 100
Deutschland	1 040 900
Österreich	786 100
Niederlande	633 300
Portugal	505 700
Frankreich	436 500
Spanien	434 800
Schweiz	344 900
Luxemburg[1]	310 600
England	283 300
Italien	175 700
Irland	125 600
Schottland	97 500
Schweden[1]	26 424
Dänemark[1]	26 200
Griechenland[1]	5 000
Finnland[1]	2 000
Norwegen[1]	1 847

[1] bildet nur eine Diözese.

Belgien, das in der Tabelle an erster Stelle rangierende Land, hat eine fast ausschließlich katholische Bevölkerung, eine hohe Bevölkerungsdichte (293 Einwohner pro qkm), und fünf von den sechs Diözesen sind Millionendiözesen. Man könnte sich fragen, ob Städte wie z. B. Brüssel nicht einen Bischofssitz haben sollten.

Deutschland, ein konfessionell gemischtes Land, ist ebenfalls sehr dicht bevölkert (205) und weist große Bevölkerungskonzentrationen auf, wobei die Hälfte der Diözesen Millionendiözesen sind.

Österreich ist ein katholisches Land und hat zwei Millionendiözesen. Obwohl das Land im ganzen keine hohe Bevölkerungsdichte aufweist (83), sind die bewohnbaren Gebiete (Flachland und Voralpen) ziemlich intensiv besiedelt.

Die *Niederlande* haben die höchste Bevölkerungsdichte Europas (336), zahlreiche Bevölkerungskonzentrationen und eine relativ große Anzahl von Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern. Das Land weist deshalb eine hohe Durchschnittszahl von Katholiken pro Diözese auf.

Portugal hat, obwohl nicht sehr dicht besiedelt (96), doch eine ziemlich hohe durchschnittliche Katholikenzahl pro Diözese. Zwei der 15 Diözesen zählen über eine Million Katholiken.

Frankreich, das zum größten Teil katholisch ist, hat eine durchschnittliche Katholikenzahl pro Diözese, die über dem europäischen Durchschnitt liegt, obwohl die Bevölkerungsdichte nicht sehr hoch ist (79). In Frankreich gibt es vier Diözesen mit über einer Million Katholiken.

Spanien zeigt dieselbe Situation wie Frankreich.

Die *Schweiz* weist eine Katholikenzahl pro Diözese auf, die ungefähr mit dem Durchschnitt in Europa übereinstimmt. Es gibt keine Millionendiözesen und keine größeren Bevölkerungskonzentrationen. Zürich ist mit 438 000 Einwohnern die größte Stadt.

Luxemburg hat nur eine Diözese, deren Katholikenzahl dem europäischen Durchschnitt entspricht.

England weist zwar eine hohe Bevölkerungsdichte auf (297), doch ist die durchschnittliche Zahl der Katholiken pro Diözese kleiner als der europäische Durchschnitt. Daraus ist ersichtlich, daß die Katholiken nur eine Minorität bilden und sich der Diasporasituation nähern.

Italien, dieses Kernland der katholischen Kirche, weist alle Eigenschaften einer sehr alten kirchlichen Struktur auf, die sich durch Jahrhunderte erhalten hat und sich in einer sehr niedrigen durchschnittlichen Katholikenzahl pro Diözese widerspiegelt. Obwohl das Land ganz katholisch ist, vier Millionendiözesen aufweist, die Zahl der Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern nicht gering ist und die Bevölkerungsdichte nach den Niederlanden, England, Belgien und Deutschland die höchste in Europa ist, liegt auf Grund der sehr großen Zahl von Diözesen deren durchschnittliche Katholikenzahl weit unter dem europäischen Durchschnitt.

Irland zeigt merkwürdigerweise dasselbe Bild, nämlich eine sehr niedrige Zahl von Katholiken pro Diözese. Ein großer Strukturunterschied zwischen den beiden Länder besteht darin, daß Irland mit Ausnahme von Dublin und Belfast keine große Bevölkerungskonzentrationen kennt und das Land sehr dünn besiedelt ist (41). Die niedrige Zahl der Katholiken pro Diözese ist — wie in Italien — auf historische Ursachen zurückzuführen.

Schottland zeigt schon sehr viele Merkmale eines Diasporagebietes und hat ziemlich ausgedehnte, aber nur relativ dünn mit Katholiken besiedelte Diözesen.

Die ausgesprochenen Diasporaländer *Schweden, Dänemark, Griechenland, Finnland* und *Norwegen* zeigen die typischen Merkmale einer kirchlichen Zerstreuung: ausgedehnte Diözesen, die in Finnland, Schweden und Dänemark mit dem nationalen Territorium identisch sind und nur sehr wenige Katholiken zählen. Norwegen ist in die Diözese Oslo und zwei Vikariate aufgeteilt, von denen jedes nur ein paar Hundert Katholiken zählt. In Griechenland leben 49 000 Katholiken, die über neun kirchliche Bezirke und zwei das ganze Land umfassende Exarchate verteilt sind. Diese Struktur hängt einerseits mit der uralten kirchlichen Geschichte des Landes und anderseits mit dem Inselcharakter zusammen. Das gesamte Festland von Griechenland untersteht der Jurisdiktion des Erzbischofs von Athen.

Der Sonderfall Italien

Die besondere Situation in Italien drängt eine nähere Erörterung auf. Obwohl die italienischen Katholiken nur 27,5 % der Katholiken in Europa ausmachen, liegt in Italien die Hälfte aller europäischen Diözesen. Die Zahl der Kleinstdiözesen ist außerordentlich hoch: 57 oder ein Fünftel aller italienischen Diözesen haben weniger als 50 000 Katholiken. Die Hälfte der italienischen Diözesen zählt weniger als 100 000 Katholiken. Sie sind also etwa mit einem durchschnittlichen Dekanat im übrigen Europa zu vergleichen.

Tabelle VIII: Die italienischen Diözesen nach ihrer Katholikenzahl

Katholikenzahl	Zahl der Diözesen absolut	in %	Katholiken Zahl	%
weniger als 50 000	57	20,4	1 738 731	3,6
50 001 — 100 000	80	28,6	5 884 003	12,0
100 001 — 150 000	57	20,4	7 019 216	14,3
150 001 — 200 000	27	9,6	4 834 081	9,9
200 001 — 300 000	25	8,9	6 081 586	12,4
300 001 — 400 000	12	4,3	4 137 468	8,4
400 001 — 500 000	4	1,4	1 812 234	3,7
500 001 — 1 000 000	14	5,0	9 600 119	19,3
1 000 001 und mehr	4	1,4	8 079 562	16,4
insgesamt	280	100,0	49 187 000	100,0

Die außergewöhnliche Situation Italiens wird besonders deutlich, wenn man sie mit der gesamten europäischen Situation vergleicht. Hätte Italien verhältnismäßig ebenso viele Diözesen wie das übrige Europa (mit einer durchschnittlichen Katholikenzahl von 455 000 pro Diözese), so wären das 109 Diözesen. Nach der Größe der Diözesen Westdeutschlands hätte Italien sogar nur 43 Diözesen. Umgekehrt würde die Zugrundelegung einer „italienischen Diözesendichte" die Zahl der Diözesen in den meisten westeuropäischen Ländern erheblich vergrößern. So würde Deutschland dann nicht 22, sondern 143, Belgien nicht sechs, sondern 49 und die Niederlande nicht sieben, sondern 28 Diözesen aufweisen. Für Frankreich ergäben sich 218 Diözesen statt der jetzigen 88.

Selbstverständlich sind solche Erwägungen zum Teil statistische Spielereien. Bei der Beurteilung der Größe der Diözesen spielen quantitative Faktoren nämlich nicht die einzige Rolle. Man kann aber doch ohne weiteres sagen, daß der Unterschied zwischen Italien und den übrigen Ländern Europas sehr kraß ist.

Die italienische Situation ist weitgehend ein Erbe der Vergangenheit. Die vielen kleinen Diözesen reichen viel-

fach bis ins früheste christliche Zeitalter zurück, als jede Stadt von einiger Bedeutung ihren Bischof hatte. Auffallend ist, daß sich so viele Kleinstdiözesen im Gebiet des früheren Kirchenstaates befinden, der sich vom frühen Mittelalter bis weit ins 19. Jahrhundert hinein erhalten hat und in der Zeit seiner größten Ausdehnung Ferrara, Bologna, Ravenna, Forli, die Marken, Umbrien und Latium sowie die Enklaven Pontecorvo und Benevent umfaßte. Das frühere Kirchenstaatsgebiet zählt augenblicklich 67 Diözesen mit einer katholischen Bevölkerung von 7 661 000 Seelen oder etwa 114 000 pro Diözese. Wenn man die großen Diözesen Rom, Bologna, Ferrara und Fermo außer Betracht läßt, so verbleiben für die übrigen 63 Diözesen durchschnittlich noch keine 70 000 Katholiken. Die Verteilung ist wie folgt:

Tabelle IX: Die derzeitigen Diözesen in dem Gebiet des früheren Kirchenstaates nach ihrer Katholikenzahl

Katholikenzahl	Zahl der Diözesen	Katholikenzahl
50 000	23	720 337
50 000 — 100 000	26	1 843 284
100 000 — 150 000	11	1 298 665
150 000 — 200 000	3	537 665
200 000 — 300 000	2	478 359
300 000 und mehr	2	2 782 232

Es ist eine Tatsache, daß die städtischen Zentren in den frühchristlichen Zeiten die ausschließlichen Bischofssitze waren. Dies bedeutete, daß auch umgekehrt jede Stadt von einiger Bedeutung ihren Bischof hatte. Obwohl dieses System später aufgegeben wurde, zeigt die Struktur der italienischen Diözesen noch viele Spuren davon. Das zur Verfügung stehende Material ließ leider nur Schlußfolgerungen für solche Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern zu, die ganz oder überwiegend katholisch sind. In Italien gibt es derzeit 28 solcher Städte. Alle sind Bischofssitze. In Italien wird es übrigens auch kaum Städte mit über 50 000 Seelen geben, die keinen Bischofssitz haben. Von den 28 oben erwähnten Bistümern können 18 *städtische* Diözesen genannt werden, da mehr als 50 % ihrer Katholiken in der Bischofstadt selbst wohnen. Derartige „Stadtdiözesen" trifft man auch im übrigen Europa an. Paris, Marseille, Wien, Madrid und Barcelona sind Beispiele dafür. Aber sie sind seltener als in Italien: nämlich 11 von 56 Diözesen, deren Bischofssitz in einer Stadt mit mehr als 100 000 Katholiken ist.

Abweichend von Italien, sind im übrigen Europa Städte mit über 100 000 Katholiken nicht immer Bischofssitze. Es gibt 18 Städte mit einer überwiegend katholischen Bevölkerung von über 100 000 Seelen, die keine Bischofsstädte sind (Brüssel, Antwerpen, Bonn, Mönchen-Gladbach, Saarbrücken, Eindhoven, Tilburg, fünf französische und sechs spanische Städte). Und wenn man die Städte mit einer gemischt konfessionellen Bevölkerung, aber mit mehr als 100 000 katholischen Einwohnern, die keinen Bischofssitz haben (z. B. Amsterdam, den Haag, Frankfurt, Düsseldorf und zahlreiche andere), hinzuzählen würde, so käme man noch zu einer beträchtlich höheren Zahl. Auch in dieser Hinsicht nimmt Italien eine Sonderstellung ein.

Es entsteht der Eindruck, daß die Sonderstellung, die an und für sich durch die Rolle Italiens in der Kirchengeschichte bis zu einem gewissen Grad legitim genannt werden kann, doch etwas zu stark entwickelt ist. Dadurch, daß Italien die Hälfte des europäischen Episkopates stellt, und durch den stark überwiegend italienischen Einfluß in den zentralen Regierungs- und Verwaltungsstellen der Kirche liegt die Organisation und Führung der Gesamtkirche in einem hohen Ausmaß in italienischen Händen.

Es ist verständlich, daß man sich fragt, ob diese Situation für eine Weltkirche wohl optimal ist. Die Situation der Kirche ist in den verschiedenen Ländern derart unterschiedlich, daß es sehr fraglich erscheint, ob das richtige Verständnis für konfessionell gemischte und Diasporagebiete oder etwa für die Kirche in den anderen Kontinenten in einer Regierungszentrale genügend ausgebildet sein kann, deren Funktionäre mehrheitlich aus eigener Erfahrung nur die Verhältnisse in einem bestimmten rein katholischen Land kennen. Es ist daher begrüßenswert, daß in den letzten Jahren weitere Schritte auf dem Wege zu einer größeren Internationalisierung der obersten Leitung der Kirche unternommen wurden.

C. Die Pfarrstrukturen in den europäischen Ländern

Es würde im Rahmen dieses Berichtes zu weit führen, der Pfarrstruktur in den europäischen Ländern die an sich gebührende Aufmerksamkeit zu widmen. Davon abgesehen, daß dazu das vorhandene Material nicht ausreicht, birgt eine „europäische" Betrachtungsweise der Pfarrei große Gefahren in sich, die sehr verschiedenen örtlichen, regionalen und nationalen Eigenarten und Formen aus dem Auge zu verlieren und schematische Vergleiche anzustellen. Eine detaillierte Studie in jedem Land müßte vorausgehen, ehe man Schlußfolgerungen, die für ganz Europa gültig wären, ziehen könnte.

An dieser Stelle sollen nur einige sehr allgemeinen Daten kurz behandelt werden, nämlich die Zahl der Pfarreien in jedem Land und die daraus hervorgehende mittlere Pfarrgröße.

Tabelle X: Zahl und Größe der Pfarreien in den westeuropäischen Ländern

Land	Zahl der Pfarreien (Lokalien) abs.	%	Zahl der Kath. pro Pfarrei	Zahl der Pfarreien pro Diözese
Irland	1 147	1,0	2 847	44
Niederlande	1 612	1,5	2 750	230
Belgien	3 791	3,4	2 300	632
England	2 231	2,0	2 286	124
Bundesrepublik	11 171	10,0	2 261	508
Österreich	2 971	2,7	2 117	371
Schottland	383	0,3	2 037	48
Italien	25 023	22,4	1 965	89
Portugal[1]	4 076	3,7	1 861	272
Spanien[1]	19 500	17,5	1 404	309
Schweden	19	0,0	1 390	19[2]
Schweiz	1 534	1,4	1 349	256
Luxemburg	268	0,2	1 159	268[2]
Frankreich	37 675	33,8	1 019	428
Griechenland	64	0,1	765	6
Dänemark	36	0,0	728	36[2]
Finnland	5	0,0	400	5[2]
Norwegen	26	0,0	213	9
Europa	111 532	100,0	1 604	197

[1] Für Portugal und Spanien wurden die Daten den „Informations Catholiques Internationales" Nr. 100, 15. Juli 1959, entnommen. Die Daten für die anderen Länder entstammen den für diesen Bericht gesammelten Informationen.
[2] je eine Diözese.

Die am meisten auffallenden Tatsachen sind folgende: Irland, das nur eine sehr niedrige Durchschnittszahl von Katholiken pro Diözese aufweist, verzeichnet von allen europäischen Ländern die größte Zahl von Katholiken pro Pfarrei. Mit anderen Worten: die Diözesen Irlands haben durchschnittlich nur sehr wenige Pfarreien, nämlich 44. Merkwürdig ist ferner, daß Italien zwar eine sehr niedrige durchschnittliche Zahl von Katholiken pro Diözese hat, aber hinsichtlich der durchschnittlichen Pfarrgröße über dem europäischen Niveau liegt. Infolge der großen Zahl von Diözesen bleibt jedoch die durchschnittliche Zahl der Pfarreien pro Diözese niedrig (89). Die durchschnittliche Zahl der Katholiken pro Diözese ist in Belgien die höchste von ganz Europa. Dieses Land bestätigt mit seiner überdurchschnittlichen Pfarrgröße, die unmittelbar nach der der dichtbesiedelten Niederlande und des pfarreiarmen Irland folgt, die außerordentliche Situation, in der es sich befindet: hohe Bevölkerungsdichte, außerordentlich große Diözesen und die größte Zahl von Pfarreien pro Diözese. Daß die Niederlande ebenfalls verhältnismäßig große Pfarreien aufweisen, obwohl ihr Priesternachwuchs zu dem reichsten Europas zählt, dürfte nicht nur mit der hohen Bevölkerungsdichte, sondern sicher auch mit der ständigen umfangreichen Entsendung von Missionaren in andere Länder zusammenhängen. Dieser Faktor spielt wahrscheinlich auch in Irland und Belgien eine Rolle. Die Situation der Bundesrepublik ist weitgehend mit der Belgiens vergleichbar. Auch dort hat man große Diözesen und große Pfarreien. Österreich verzeichnet eine ziemlich große Durchschnittszahl von Katholiken pro Pfarrei, obwohl die zahlreichen Alpengebiete im allgemeinen kleine und kleinste Pfarreien aufweisen. In den Städten sind die Pfarreien hingegen ziemlich groß, was teilweise durch den im Lande herrschenden großen Priestermangel zu erklären ist. Die Situation in England weist darauf hin, daß der verhältnismäßig kleine katholische Volksteil zu einem großen Teil auf wenige Gebiete und Städte konzentriert ist. Daraus erklärt sich die niedrige Zahl der Pfarreien pro Diözese und die überdurchschnittlich hohe Katholikenzahl pro Pfarrei. In Portugal könnte die verhältnismäßig hohe Zahl von Katholiken pro Pfarrei mit den Folgen des Priestermangels in Zusammenhang gebracht werden. Dies trifft vor allem für das südliche Portugal zu.

Die Diasporaländer zeigen das erwartete Bild: die Diözesen haben nur wenige, aber räumlich sehr ausgedehnte Pfarreien; die Durchschnittszahl der Katholiken pro Pfarrei ist niedrig. In Schweden und Finnland scheint die Situation von der anderer Diasporaländer abzuweichen: die Zahl der Pfarreien in Schweden ist außerordentlich niedrig und erweckt den Eindruck einer relativen Konzentration der Katholiken an einigen wenigen Orten; in diesem Land gibt es außer in Stockholm weiträumige Pfarreien. Man kann von einem städtischen Katholizismus sprechen wie in England; in Finnland scheint die Konzentration der Katholiken ebenfalls groß zu sein. Dort sind nämlich 2000 Katholiken auf nur vier Pfarreien verteilt.

Die Situation in Frankreich ist als einmalig zu bezeichnen. Die Durchschnittszahl der Katholiken pro Pfarrei ist außerordentlich niedrig. Und dies ist verständlich, wenn man die enorme Zahl der Pfarreien in Betracht zieht: 37 650 oder mehr als ein Drittel aller Pfarreien Europas liegen in Frankreich. Dies hängt natürlich mit der großen Zahl kleiner Dörfer im französischen Flachland zusammen. Die ernste Frage des Priestermangels in Frankreich erklärt sich zum Teil daraus. Es ist unmöglich, die Tausende kleiner Landpfarreien mit einem Priester zu versehen. Hier tut eine Rationalisierung sehr Not; sie wurde teilweise auch schon verwirklicht.

Aus einem Vergleich zwischen Italien und Frankreich wird deutlich, wie sehr die kirchliche Struktur in zwei großen katholischen Ländern Europas grundlegend auseinandergehen kann. Italien mit seinen vielen kleinen und kleinsten Diözesen hat mehr als dreimal soviel Diözesen als Frankreich; Frankreich hingegen zählt 50 % mehr Pfarreien als Italien. Aus diesem krassen Beispiel ergibt sich erstens, wie vorsichtig man sein muß, wenn man zwischen der kirchlichen Situation verschiedener Länder Vergleiche ziehen will, und zweitens, wie ungeheuer schwierig es ist, die Frage zu beantworten, welches die ideale Struktur der kirchlichen Organisation ist. Jedes Land hat nun einmal seine eigene Struktur, die von vielen Faktoren mitbestimmt wird: der Geschichte des Landes, der Eigenart des Volkes und seiner Religiosität, den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, dem Verhältnis zwischen Kirche und Staat, zwischen den eventuell vorhandenen unterschiedlichen religiösen Gruppen und Kirchen, der Bevölkerungsdichte, dem Verhältnis zwischen städtischer und ländlicher Siedlung, den Entfernungen, der Beschaffenheit des Bodens usw.

Mammut- und Kleinstdiözesen sind keine optimalen Größen

Die Frage nach der idealen kirchlichen Struktur, die mit der Frage nach der günstigsten Diözesen- und Pfarrgröße anfängt, ist daher auch nicht ohne weiteres zu beantworten, weil man alle oben erwähnten Faktoren in Betracht ziehen muß. Bis jetzt fehlt das notwendige Material, um gültige Schlußfolgerungen für ein derart großes Gebiet wie Europa ziehen zu können.

Es dürfte aber feststehen, daß weder die Mammutdiözesen noch die Kleinstdiözesen den optimalen Bedingungen für eine geregelte und übersichtliche Seelsorge entsprechen.

Man stellt deshalb auch fest, daß sich eine gewisse Dezentralisation in den Mammutdiözesen nicht vermeiden läßt. Die Gefahr bleibt dabei aber bestehen, daß durch deren territoriale Aufteilung die Koordination leidet und die Leitung, vor allem die geistliche Leitung, nicht mehr auf ein einheitliches Ziel ausgerichtet werden kann. Außerdem läuft man Gefahr, daß der Bischof und seine direkten Mitarbeiter den organisatorischen und administrativen Aufgaben so viel Zeit widmen müssen, daß die geistliche Führung zu kurz kommt und der Bischof mehr zum Manager als zum Hirten seiner Diözese wird.

Es ist ebenfalls offensichtlich, daß auch die Klein- und Kleinstdiözesen nicht den Bedingungen einer optimalen kirchlichen Führung entsprechen. Die 3 270 000 Katholiken der Erzdiözese Mecheln sind sicherlich eine zu große Zahl für eine optimale Seelsorge. Ob es aber einen idealen Zustand darstellt, daß genau die gleiche Anzahl Katholiken Irlands (3 266 000) in 26 Diözesen aufgeteilt ist, läßt sich wohl auch bezweifeln. In den kleineren und kleinsten Diözesen sind die verfügbaren und geeigneten Kräfte wenig zahlreich, und die notwendige Kumulation der Funktionen birgt die Gefahr einer Vernachlässigung in sich. Die allzu gemütliche „Unter-uns-Mentalität" ist für die Autorität des Bischofs nicht förderlich. Die betreffenden Diözesen sind oft sehr arm und kosten ver-

hältnismäßig viel. Außerdem — und das ist auf die Dauer wohl ein sehr negativer Punkt — sind sie in den allermeisten Fällen nicht „self-supporting", müssen oft mit nicht zu der Diözese gehörenden Kräften arbeiten und können sich auf keinen Fall ein eigenes Seminar leisten. Man könnte sagen, daß die ideale Größe einer Diözese sicher von der Forderung mitbestimmt wird, daß sie groß genug ist und eine derartige Struktur hat, daß sie die eigenen Priesterberufe erbringen kann. Ausnahmen sind natürlich immer möglich, dürfen aber nicht zur Regel werden.

Es erscheint sehr wünschenswert, die Struktur der Diözesen so zu gestalten, daß die religiöse Gemeinschaft möglichst mit der natürlichen Gemeinschaft der zu der Diözese gehörenden Katholiken zusammenfällt und darauf bauen kann. Wenn die regionalen oder Provinz- bzw. Kantonsstrukturen einer Bevölkerung tatsächlich solche Gemeinschaften sind, sollte man bestrebt sein, die Diözesangrenzen mit solchen Provinzen und Kantonen, oder wie immer diese Einheiten heißen mögen, in Übereinstimmung zu bringen. Man könnte die Meinung Boulards dahin ergänzen, daß eine Diözese aus einer Anzahl „zones humaines" aufgebaut sein sollte. Es ist deshalb kein idealer Zustand, wenn Diözesangrenzen mitten durch die natürlichen Gemeinschaften oder gar mitten durch Städte verlaufen, was hier und da vorkommt. Ferner muß danach gestrebt werden, daß das Zentrum der Diözese, in dem der Bischof residiert, sich in der Stadt befindet, die in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht der Mittelpunkt des betreffenden Gebietes ist. Es kommt allzuoft vor, daß der Bischofssitz einer Diözese in irgendeinem abseits gelegenen Ort und nicht in der Hauptstadt ist. In dieser Hinsicht ist z. B. die Struktur mehrerer Schweizer Diözesen nicht ideal zu nennen. Sie ist historisch bedingt, und ihrer Änderung stehen verschiedene Schwierigkeiten im Wege, die teilweise verfassungsrechtlicher Art sind. Aber nichtsdestoweniger sollte man bestrebt sein, hier auf längere Sicht eine Reform herbeizuführen.

Das Suchen nach optimalen Strukturen für die Diözesen muß eine ständige Sorge der Kirche sein. Was ideal ist, kann man nicht allgemein sagen. Es ist abhängig von vielen örtlichen Faktoren. Nach oben und nach unten aber gibt es gewiß eine Grenze, die nicht überschritten werden darf: Mammutdiözesen und Kleinstdiözesen sind tunlichst zu vermeiden.

Es handelt sich aber nicht nur darum, die optimale Struktur der Pfarrei und der Diözese als solche zu untersuchen, es muß auch untersucht werden, welcher Standort und welche Rolle der Pfarrei im größeren Zusammenhang der Diözese zuzuweisen ist und welchen Standort und welche Rolle die Diözese in den regionalen, nationalen und auch internationalen Zusammenhängen innehat. Es muß mit anderen Worten die Frage erörtert werden nach dem Verhältnis zwischen den verschiedenen örtlichen, regionalen, nationalen und internationalen Organen der Kirche bzw. die Frage gestellt werden, ob dort, wo solche Organe fehlen, keine neuen Formen der Organisation und Zusammenarbeit geschaffen werden müssen. Abbé François Houtart, der Leiter des Centre de recherches socio-religieuses, Bruxelles 4, Rue Guimard 5, hat in einem vor kurzem erschienenen Artikel (Les structures de l'Eglise, in „La Revue Nouvelle", 15. Jhg., T. 30, Nr. 12, 15. 12. 59, S. 547—558) einige Gedanken zu diesem Thema geäußert.

Das Dekanat — seine Bedeutung für die funktionale Seelsorge heute

Es ist wohl deutlich sichtbar, daß in unserer Zeit die Pfarrei als die traditionelle territoriale Einheit der kirchlichen Organisation auf der unteren Ebene nicht mehr in allen Hinsichten den Erfordernissen der Zeit gewachsen ist. Früher war die Pfarrei eine religiöse Gemeinschaft, die der natürlichen Gemeinschaft des Dorfes oder Stadtviertels entsprach. Seit längerer Zeit und im zunehmenden Ausmaß hat sie diesen Charakter verloren, weil die Menschen sowohl in den Agrargebieten wie mehr noch in den Städten sich immer mehr von der natürlichen Gemeinschaft gelöst haben. Durch die modernen Verkehrs- und Kommunikationsmittel hat sich eine fortschreitende Funktionalaufteilung der Lebensbereiche entwickelt, die nicht mehr wie früher territorial gebunden ist. Arbeits-, Wohn- und Erholungsmilieu des Menschen sind voneinander getrennt. Dadurch ist auch das Fundament für die Pfarrei als solche erschüttert worden. Man kann denn auch ein zunehmendes Bedürfnis nach Seelsorgs- und Apostolatsformen feststellen, die nicht mehr an das Territorium einer Pfarrei gebunden sind, sondern den Anschluß an die modernen Lebensverhältnisse suchen und daher funktional sind. Die Mehrzahl dieser funktionalen Seelsorgsformen (Betriebsseelsorge, bestimmte Formen der Jugendseelsorge, Caritas, Unterricht für Konvertiten, Zentren für Katechese, Liturgie usw.) durchbrechen die Grenzen der Pfarreien, weil deren Rahmen zu klein geworden sind und sie keine komplexen Einheiten mehr bilden. Daher entsteht die Notwendigkeit, zwischenpfarrliche und überpfarrliche Seelsorgsformen und -organe einzurichten.

Es ist naheliegend, bei der Suche nach einer organischen Gestaltung dieser neuzeitlichen Aktivitäten die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, den Dekanaten oder auch den früheren Archidiakonaten neue Aufgaben anzuvertrauen. In einzelnen Diözesen wurden auf diesem Gebiete bereits Initiativen ergriffen. Houtart erwähnt einige Beispiele in den Diözesen Cambrai, Paris und Tournai. Man könnte auch die kürzliche Reorganisation des Amsterdamer Dekanates erwähnen, wo man durch die Errichtung von vier Subdekanaten versucht hat, die Pfarreien in größere Gemeinschaften zusammenzufassen, etwa im Sinne der Boulardschen „zones humaines".

Solche Maßnahmen bedeuten sicher nicht das Ende der Pfarrei, sondern sie versuchen lediglich eine neue Funktionsverteilung. Dabei muß immer das Prinzip maßgebend sein, daß Funktionen, die nur auf höherer Ebene mit Erfolg ausgeübt werden können, von den Pfarreien abzugeben sind, anderseits aber alles, was besser auf Pfarrebene geschehen kann oder — im Falle übergroßer Pfarreien — sogar in Pfarrbezirken, Aufgabe der Pfarrei bleibt. Die Lösung kann und wird von Land zu Land, von Diözese zu Diözese und sogar von Pfarrei zu Pfarrei verschieden sein.

Neue Verteilung der Kompetenzen

Auch die Diözesen sind in der heutigen Zeit nicht mehr völlig „self-supporting". Die fortschreitende technische Entwicklung macht innerhalb der Diözesen die Gründung neuer technischer Organe von sachverständigen Priestern und Laien notwendig, die dem Bischof auf verschiedenen Gebieten der Seelsorge, der Caritas, des Unterrichts und des Gesundheitswesens beratend zur Seite stehen. Es wird ferner notwendig sein, diese neue Formen auch inter- und

überdiözesan — z. B. für mehrere Diözesen zusammen oder für sämtliche Diözesen einer Kirchenprovinz oder gar auf nationaler Ebene — ins Leben zu rufen. Die Notwendigkeit dazu ergibt sich überall dort, wo sich die Probleme der modernen Gesellschaft infolge der demographischen Entwicklung, der internen und externen Wanderungsbewegungen, der Industrialisierung, der Modernisierung der Landwirtschaft usw. regional und national stellen.

Dabei wird man bestrebt sein müssen, ein gesundes Gleichgewicht zwischen zentralen und dezentralisierten Kompetenzen zu suchen. In jedem Land sind die Verhältnisse diesbezüglich verschieden; sie werden auch weitgehend von den Gegebenheiten der zivilen Verwaltung beeinflußt. In Frankreich ist das Verhältnis zwischen dem Staat und den Departements ein ganz anderes als in den Niederlanden zwischen dem Staat und den Provinzen oder in der Schweiz, Österreich und Deutschland zwischen der Bundesregierung und den Kantonen bzw. Ländern. Aber selbst in den letztgenannten drei Staaten, die eine weitgehende regionale Autonomie kennen, werden in wachsendem Ausmaß Kompetenzen der Zentraladministration unterstellt.

Diese Entwicklung wird auch für einige traditionelle Strukturen der Kirche Änderungen herbeiführen. Das Verhältnis zwischen den Diözesen und Rom wird nicht mehr exklusiv und geradlinig sein, sondern überall dort, wo es notwendig ist, Raum schaffen müssen für einen regionalen und nationalen Gedankenaustausch und eine Kompetenzverteilung. Die Befugnisse der Erzbischöfe und die Kompetenzen der Bischofskonferenzen werden vielleicht erweitert werden müssen. Die Entwicklung geht unverkennbar in diese Richtung, auch auf internationaler Ebene.

Die Gründung der CELAM, der Konferenz der Bischöfe Lateinamerikas, ist dafür ein deutliches Beispiel. Die Menschheit wächst zur Einheit zusammen, aber dieser Prozeß impliziert keineswegs eine zunehmende Zentralisierung der Kirchenleitung. Diese sollte sich nach den Richtlinien des Subsidiaritätsprinzips in einem rechten Gleichgewicht zwischen zentralen und dezentralisierten Gewalten geschehen. Nur dann wird die Einigung, die sich im Technischen und Zivilisatorischen vollzieht, nicht zu einer kulturellen Gleichschaltung. Das höchste Ziel der Kirche wird immer eine lebendige Integration, nie aber eine tötende Assimilation sein müssen.

III

Das religiöse und kirchliche Leben der Katholiken in Europa

A. Grundsätzliche und methodische Fragen

In diesem Kapitel wird versucht, einiges über die Art und Weise auszusagen, in der die Katholiken der europäischen Länder den Glauben in ihrem Leben zur Geltung kommen lassen. Es erübrigt sich, die Frage zu erörtern, ob und wieweit statistische und soziographische Untersuchungen — und ihre soziologische Deutung — ein Bild des religiösen und kirchlichen Verhaltens vermitteln können. Die legitime Berechtigung der Religionssoziologie, nach diesen Sachverhalten zu forschen, ist allmählich allgemein, auch von höchster kirchlicher Seite, anerkannt worden.

Es geht also um die Frage, wie es um das kirchliche und religiöse Verhalten der europäischen Katholiken steht. Sie ist schneller gestellt als beantwortet, denn es ist nicht nur außerordentlich schwierig, aussagekräftige und zuverlässige Daten zu sammeln, sondern noch viel schwieriger, diese Daten auszuwerten, zu deuten und miteinander zu vergleichen.

Die Kriterien

Eine erste Frage ist die, welche Kriterien angelegt werden können, um die religiöse und kirchliche Praxis zu messen. In der religionssoziologischen Literatur hat sich allmählich eine ganze Reihe relevanter Begriffe eingebürgert. Die meisten und bis jetzt am häufigsten angewandten Kriterien beziehen sich auf den Umfang sowie die Art und Weise, in der die Katholiken einige wichtige Observanzpflichten erfüllen: die Osterpflicht, den Besuch der Sonntagsmesse, den Empfang einiger anderen Sakramente: Taufe, Trauung, heilige Ölung. In der Religionssoziologie sind bezüglich dieser Observanzpflichten einige Begriffe entwickelt worden, wie Paschant (pascalisant, easter communicant) und Dominikant (messalisant, Sunday mass attendant), ferner eine Anzahl von Kategorien, welche die Katholiken nach ihrer Haltung der Kirche gegenüber einteilen. So sprechen die französischen Religionssoziologen von den *détachés*, den Taufscheinkatholiken, die praktisch keinen Kontakt mehr zur Kirche haben, aber den letzten Schritt des formellen Austrittes aus der Kirche (noch) nicht getan haben; den *conformistes saisonniers*, den Saisonkatholiken, die an einigen kirchlichen Hochfesten im Jahre am Gottesdienst teilnehmen und zu den wichtigsten Lebensabschnitten (Geburt, Hochzeit, Tod) den Beistand der Kirche beanspruchen; den *pratiquants* als den Katholiken, die ziemlich regelmäßig an Sonn- und Feiertagen die heiligen Messen besuchen; den *dévots* als den Katholiken, die regelmäßig auch an nicht obligatorischen Akten teilnehmen, und den *militants* als den Katholiken, die sich aktiv an der Apostolats- und Missionstätigkeit der Kirche beteiligen. In Italien hat eine in etwa der französischen entsprechenden Einteilung der Katholiken in separati, conformisti, osservanti und devoti Eingang gefunden (vgl. Burgalassi: Classificazioni e Tipologie nella Sociologia religiosa, in „Sociologia Religiosa", Nr. 3—4, 1959, S. 95—150). Hinsichtlich der Teilnahme am pfarrlichen Leben teilt E. Pin (Introduction à l'étude sociologique des paroisses catholiques, Vanves 1956) die Katholiken in passive, aktive und militante Pfarrangehörige ein, während J. H. Fichter (Social relations in the urban parish, Chicago 1954; deutsch: Die gesellschaftliche Struktur der städtischen Pfarrei, Freiburg i. Br. 1957) von „dormant" „modal" und „militant" oder „nuclear" parishers spricht.

Es werden ständig andere Begriffe gesucht, um die Intensität des religiösen Lebens festzustellen, so etwa der Begriff des Paschatins, der nur seiner Osterpflicht nachkommt, sonst aber nie oder fast nie in die Kirche geht (auch das Wort „Osterling" wird dafür gebraucht).

Man ist sich bewußt, daß bislang nur ein ganz allgemei-

ner Rahmen abgesteckt ist, um Vollzüge des religiösen Lebens, soweit sie soziographisch und soziologisch zu erforschen sind, einsichtig zu machen. Dabei war das Hauptinteresse bis jetzt eigentlich primär den Zerfallserscheinungen, den Faktoren und Symptomen einer Entchristlichung, zugewandt. Über Bedeutung und Wert des aktiven religiösen Verhaltens der Katholiken, wie es etwa in der soziologischen Kategorie der „religious-attitudes", der religiösen Verhaltensweisen, entwickelt werden muß, ist bis jetzt nur wenig erarbeitet worden.

Es wäre sehr wünschenswert, langsam zu einer Inventarisierung der gebräuchlichsten religionssoziologischen Begriffe, die sich auf das religiöse Verhalten beziehen, zu kommen. Dies würde einer einheitlichen Erforschung der Probleme sehr förderlich sein und internationale Vergleiche, die sehr nottun, erleichtern, ja eigentlich erst ermöglichen.

Mangel an vergleichbaren Daten

Der Wert der vorhandenen Daten über die religiöse Praxis der Katholiken ist unterschiedlich, erstens weil sie zum Teil nicht auf eigentlichen Untersuchungen, sondern auf kirchenamtlichen Statistiken beruhen. Man kann mit Recht bezweifeln, ob solchen Statistiken immer ein wissenschaftlicher Wert beizumessen ist. Es gibt selbstverständlich — und immer mehr — Ausnahmen, aber im allgemeinen wird die Zusammenstellung der geforderten Angaben, die in den meisten Ländern in irgendeiner Weise von den Pfarrern verlangt werden, als eine lästige administrative Bürde aufgefaßt und ohne besondere Genauigkeit vorgenommen. Eine gewisse Neigung, die Unterlagen zu frisieren — und zwar in eine günstige Richtung —, konnte fast überall dort festgestellt werden, wo die Ausweise amtlicher Statistiken an Hand der Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen nachgeprüft wurden.

Aber auch wenn man sich auf Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen beschränkt, ist es schwer, zu befriedigenden Aussagen zu kommen, sobald man den geographischen Bereich verläßt, auf dem die Untersuchungen sich erstreckten. In jedem Land und selbst innerhalb der Länder geben die einzelnen Forscher den angewandten Begriffen eine andere Bedeutung und gewinnen ihre Forschungsergebnisse mit anderen Methoden. Wenn man z. B. den an und für sich eindeutigen Begriff der Dominikanten näher betrachtet, so zeigt sich, daß nicht nur die Methoden der Zählung sehr verschieden sind und dadurch ein Vergleich selbst keineswegs in einheitlicher Weise verstanden wird. Man kann den Observanzgrad einer bestimmten Gruppe Katholiken, gemessen an dem Kirchenbesuch am Sonntag, in Relation zur gesamten katholischen Bevölkerung ausdrücken; man kann aber auch die Zahl der Kirchenbesucher mit der Zahl der zum Meßbesuch verpflichteten Katholiken (über sieben Jahre) vergleichen. Beide Methoden werden angewandt. Andere Forscher wieder tragen dem Umstand Rechnung, daß eine Anzahl Katholiken durch Krankheit, Arbeit oder große Entfernung zur Kirche legitim vom Meßbesuch entschuldigt sind, wieder andere scheiden in den Endergebnissen alle Jugendlichen zwischen 7 und 14 Jahren aus, weil deren freie Entscheidung über den Gottesdienstbesuch beeinträchtigt ist.

Es war unmöglich, im Rahmen unseres Berichtes diese und viele andere Nuancen zu berücksichtigen. Ebenso erwies es sich als unmöglich, auch bei wissenschaftlich genau aufeinander abgestimmten Unterlagen, deren sehr unterschiedliche *Bedeutung* zu berücksichtigen. Auch wenn man über einwandfreie Untersuchungsergebnisse verfügt, die — rein qualitativ betrachtet — von Land zu Land in gleicher Weise gesammelt wurden, so liegt deren religionssoziologische Deutung längst noch nicht klar auf der Hand. Ein internationaler Vergleich birgt die große Gefahr in sich, daß man unvergleichbare oder nur zum Teil vergleichbare Unterlagen zusammenbringt. Zwei Beispiele mögen genügen, um dies zu verdeutlichen:

1. In den meisten Ländern Europas gewinnt man jetzt allmählich umfangreichere Unterlagen über den sonntäglichen Meßbesuch. Die Einhaltung dieser allen Katholiken von der Kirche auferlegten Verpflichtung ist aber von so vielen nationalen, geschichtlichen und sozialen Faktoren abhängig, daß es nicht zu verantworten wäre, nur auf Grund dieser Zahlen ein Urteil über die Religiosität der Katholiken verschiedener Kulturräume geben zu wollen. Wenn man zum Beispiel behaupten wollte, die Tatsache, daß 80 % der Katholiken einer niederländischen Stadt sonntags in die Kirche gehen, beweise, daß die Religiosität hier viermal größer sei als die in einer italienischen Stadt, in der nur 20 % der Katholiken die Sonntagsmesse besuchen, so wäre man höchstens ein guter Rechner, aber kein guter Religionssoziologe.
2. Vergleicht man die Zahl der Priester mit der Zahl der Katholiken und will man auf Grund der gefundenen Verhältniszíffern ein Urteil über die Religiosität der betreffenden Diözesen oder Länder geben, so muß man sich bewußt sein, daß die bloßen Zahlen sehr irreführend sein können. Dies nicht nur deshalb, weil die Siedlungsformen der Katholiken sehr erhebliche Unterschiede aufweisen können und daher z. B. für ländliche Diözesen und überwiegend agrarische Länder andere Normen der Priesterdichte gelten als für Industriegebiete oder überwiegend städtische Diözesen, sondern auch weil die Häufigkeit der Priesterberufe außer von religiösen von einer ganzen Reihe anderer, einschließlich wirtschaftlicher Faktoren beeinflußt wird.

Die Komplexität religiösen Verhaltens

Man muß sich daher bemühen, die verschiedenen Indizien für den Grad der Religiosität der Katholiken im Hinblick auf ihre historischen und sozialen Hintergründe zu verstehen. Was in einem Lande eine Selbstverständlichkeit ist, weil Tradition oder sozialer Zwang es so wollen, kann in einem anderen Land oder in einem anderen Gebiet des gleichen Landes Zeichen eines religiösen Heroismus sein. Die Zusammenhänge können in der Wirklichkeit derart differenziert und kompliziert sein, daß selbst das Urteil über das religiöse Leben einer Stadt oder einer Pfarrei sich als voreilig erweist und man daran gehen muß, die allzu schnell als gut oder schlecht umschriebene Situation näher zu untersuchen und zum Beispiel Faktoren wie Altersaufbau, Verteilung der Geschlechter, Berufsstruktur usw. in seine Betrachtungen einzubeziehen.

Es wird zudem allen, die auf dem Gebiete der Religionssoziologie tätig sind, immer mehr deutlich, daß rein soziologische Untersuchungen das Phänomen der Religiosität in seinen zeit- und umweltbedingten Komponenten nicht völlig zu erklären imstande sind und daß man — sicher wenn man mit den Untersuchungen der Seelsorge und dem Apostolat der Kirche dienstbar sein will — die wissenschaftlichen Forschungen durch sozialpsychologische

Untersuchungen ergänzen muß. Denn letzten Endes wird jede religiöse Struktur in ihrer sozialen Erscheinungsform von der bewußten oder weniger bewußten religiösen Haltung des einzelnen Menschen getragen.

B. Einige Betrachtungen zur religiösen Praxis der europäischen Katholiken

Im folgenden wird das religiöse und kirchliche Leben der Katholiken in den europäischen Ländern in großen Zügen und — angesichts der fragmentarischen Unterlagen, die zur Verfügung standen — sehr unvollständig behandelt. Die Länder werden dabei nach ihrer konfessionellen Struktur in drei Gruppen zusammengefaßt.

1. Die Diasporaländer Europas

Über die Religiosität der Katholiken in *Skandinavien* stehen kaum konkrete Daten zur Verfügung. Man hat aber den allgemeinen Eindruck, daß die kleine Herde der Katholiken dort treu zu ihrem Glauben steht. Norwegen verzeichnet z. B. eine Priesterberufung pro 325 Katholiken. Dabei spielt eben die Tatsache der Diasporasituation, die notwendigerweise eine Art Sektenmentalität mit sich bringt, eine Rolle. Obwohl die Anti-Katholiken-Gesetze in den skandinavischen Ländern abgeschafft worden sind, wird die Gruppe der Katholiken noch immer bis zu einem gewissen Grad als Fremdkörper angesehen. Die Tatsache, daß ein beträchtlicher Teil der in Skandinavien tätigen Priester und weiblichen Religiosen Nichtskandinavier sind und zudem das Wachstum der katholischen Bevölkerung vor allem auf die Einwanderung italienischer Arbeiter und katholischer Flüchtlinge zurückzuführen ist (in Schweden werden von den 26 000 laut offizieller Statistik dort wohnenden Katholiken nur etwa 6000 als Autochthone gerechnet), trägt selbstverständlich zu dieser Auffassung bei.
Die missionarische Kraft der Diasporakirche Skandinaviens zeigt sich in der zwar kleinen, aber ständigen Zahl von Konvertiten, die nicht selten zur Elite des Landes gehören (Sigrid Undset, Karl Krogh-Tonning, Lars Eskeland, Sven Stolpe u. a.), ferner in einem verhältnismäßig gut entwickelten katholischen Schrifttum.
Die Schattenseiten der Diasporasituation zeigen sich einmal in der ziemlich hohen Zahl der Mischehen, die nicht selten zum Glaubensabfall führen, und ferner in einem Gefühl, daß man eigentlich eine etwas vergessene Randgruppe der Weltkirche ist. Die vielleicht etwas zu früh erfolgte Errichtung der normalen Hierarchie hat die Tatsache, daß Skandinavien ein reines Diasporagebiet, ja sogar angesichts der fortschreitenden Dechristianierung ein echtes Missionsgebiet ist, im Bewußtsein der Katholiken der übrigen Länder Europas zurückgedrängt.

Griechenland

In Griechenland leben die Katholiken in einer ähnlichen Diasporasituation, die nicht nur zahlenmäßig zum Ausdruck kommt (nur 0,6 % der Bevölkerung sind katholisch), sondern vielleicht noch deutlicher wird, wenn man beobachtet, welches Mißverhältnis zwischen Katholikenzahl und Diözesanstruktur besteht. Letztere ist eigentlich nur aus der Geschichte zu verstehen, sie ist aber faktisch zu einem Anachronismus geworden. Die 44 000 Katholiken lateinischen Ritus sind über vier Erzdiözesen und vier Diözesen verteilt. Zur Erzdiözese Athen gehören allein 27 000 Katholiken, während die sieben übrigen Diözesen eine Katholikenzahl aufweisen, die zwischen 8500 (Diözese Syra) und 70 (Diözese Chios) liegt. Es ist denn auch nicht verwunderlich, daß man die Verwaltung mehrerer Diözesen zusammengelegt hat, so daß es in Griechenland doch nur zwei residierende Erzbischöfe und einen Bischof gibt, während eine Erzdiözese (Korfu mit 3200 Katholiken) von einem in Italien residierenden Erzbischof verwaltet wird. Die Religiosität der griechischen Katholiken steht vor allem auf den Inseln auf einem hohen Niveau. Über 90 % der Katholiken praktizieren dort regelmäßig. In den größeren Städten (Saloniki, Larissa und vor allem Athen) liegen die Ziffern bedeutend niedriger und betragen nach Ansicht eines Experten etwa 45 % für die Männer und 50 % für die Frauen. Die Katholiken Griechenlands sind sich ihrer missionarischen Aufgaben wohl bewußt. Dies trifft vor allem für die kleine, aber sehr rege Gruppe der Katholiken byzantinischen Ritus zu. Sie umfaßt nur 3000 Seelen, verfügt aber über ein Spital, drei Studentenheime, ein Arbeiterinnenheim, ein Kinderheim, eine Druckerei, ein Pressehaus; sie gibt auch eine Wochenzeitung heraus.
Wenn man die Diasporaländer in Europa betrachtet und dabei nicht vergißt, seine Aufmerksamkeit auch den vielen Diasporagebieten in anderen europäischen Ländern (England, Schottland, die Niederlande, Deutschland) zuzuwenden, fällt auf, welch reges und tiefes religiöses Leben in ihnen herrscht und welch apostolische Tätigkeit mitunter von den Diasporagruppen und -gemeinden ausgeht. Das katholische Exarchat des byzantinischen Ritus in Athen ist dafür ein Beispiel. Das Entstehen dieses Exarchates auf griechischem Boden ist eine Auswirkung des Lausanner Vertrages nach dem ersten Weltkrieg, demzufolge alle in der Türkei wohnhaften unierten Griechen 1923 nach Griechenland umsiedeln mußten. Die kleine Gruppe wurde von dem unlängst verstorbenen Exarchen Calavassy geführt und entwickelte sich unter dessen Leitung zu einer Gemeinschaft mit großem missionarischem Eifer. Wo hingegen die Diasporakatholiken — oft kleine Reste einer durch soziale und wirtschaftliche Faktoren immer mehr zusammengeschrumpften Gruppe — den Glauben an ihre eigenen Möglichkeiten verloren haben, ist auch die Intensivität ihres religiösen Lebens vielfach schwach geworden. Die Untersuchungsergebnisse in einigen südwestlichen Diasporagebieten der Niederlande zeigten ferner, daß sehr oft eine positive Korrelation besteht zwischen der Glaubenspraxis der Katholiken und derjenigen der sie umgebenden evangelischen Mehrheit.
Aus den Ergebnissen verschiedener Diasporaforschungen entsteht der Eindruck, daß — mehr noch als bei den übrigen katholischen Gemeinschaften — in den kleinen Diasporagruppen die Qualität ihrer geistlichen und ihrer sozialen Führer eine wesentliche und entscheidende Rolle für ihr religiöses Leben spielt.
Es wäre zu wünschen, daß die Erforschung des Phänomens der Diaspora auch von den Religionssoziologen stärker betrieben wird.

2. Die konfessionell gemischten Länder

Zunächst muß festgestellt werden, daß über das kirchliche und religiöse Leben der Katholiken in den konfessionell gemischten Ländern keine vollständigen und umfassenden Daten vorhanden sind. Zwar liegen für diese

Länder mehr, teilweise sogar bedeutend mehr Unterlagen vor als für die meisten katholischen Länder, weil in diesen die Religionssoziologie im allgemeinen erst viel später zur Entwicklung gekommen ist, aber es sind zum Teil Daten, die auf amtlichen Statistiken beruhen und deren wissenschaftlicher Wert nicht völlig gesichert ist.

England, Schottland, Wales

Für England und Schottland kommt hinzu, daß die Basisziffern selbst, nämlich die amtlich bekanntgegebenen Zahlen der in diesen Ländern lebenden Katholiken, absolut unzuverlässig sind. Es wurde schon im ersten Kapitel darauf hingewiesen, daß der „Demographic Survey" der Newman Association zu der Schlußfolgerung gekommen ist, daß in England und Wales nicht 3 422 500 (Catholic Directory), sondern 5 250 000 Katholiken leben. Für Schottland wird eine ähnliche Differenz festgestellt, und ein Experte schätzt die wirkliche Zahl der dortigen Katholiken auf eine Million statt 780 000 (kirchenamtliche Zahl von 1958).

In England und Wales wird die Zahl der Katholiken, die ihre Osterbeichte verrichten, auf 40 % der katholischen Bevölkerung geschätzt. Wahrscheinlich bezieht sich diese Angabe auf die katholische Bevölkerung, die zur Osterbeichte verpflichtet ist. In der religiösen Praxis der Katholiken scheinen die verschiedenen Diözesen keine sehr großen Unterschiede aufzuweisen. Die Prozentsätze der Dominikanten, bezogen auf die Gesamtzahl der Katholiken (einschließlich der Kinder und der nicht zum Meßbesuch verpflichteten Katholiken), betragen in 13 der insgesamt 18 englischen Diözesen:

Northampton	41,5 %
Birmingham	38,0 %
Southwark	38,0 %
Shrewsbury	36,4 %
Brentwood	35,6 %
Clifton	35,0 %
Lancaster	35,0 %
Menevia	35,0 %
Salford	33,4 %
Cardiff	33,3 %
Leeds	32,4 %
Middlesborough	32,0 %
Liverpool	31,2 %

Bei einer Gallup-Untersuchung — 1957 unter Katholiken über 16 Jahren in England, Wales und Schottland durchgeführt — erklärten 44 % der Befragten, am vergangenen Sonntag in der Kirche gewesen zu sein. Bei einer YCW-Untersuchung, im selben Jahre unter der städtischen Jugend in England durchgeführt, erklärten von den Befragten zwischen 15 und 24 Jahren 73 %, am Sonntag in die Kirche zu gehen. Zu Beginn der Interviews war jeweils die Frage vorausgegangen, was der Betreffende am vergangenen Sonntag gemacht habe. Auf diese Frage wurde nur von 29 % geantwortet, daß sie unter anderem in der Kirche gewesen waren. Übrigens bestätigte die Untersuchung die fast überall festgestellte Tatsache, daß Mädchen zahlreicher zur Sonntagsmesse gehen als Jungen und daß der Sonntagsbesuch mit dem Erwachsenwerden abnimmt.

Die englische und auch die schottische Kirche verliert, wie in allen konfessionell gemischten Ländern, regelmäßig Mitglieder durch Abfall, vor allem durch den geräuschlosen Abfall, der mit den Mischehen einhergeht. Dem steht eine ständige Zunahme durch Konversionen gegenüber (England und Wales: 14 581 im Jahre 1958; 1959: 14 363).

In Schottland, wo die Katholiken bis jetzt sehr unregelmäßig über das Land verteilt waren (fast 70 % der schottischen Katholiken leben in der Provinz Glasgow; ferner gibt es katholische Konzentrationen in Edinburgh, Dundee und den Städten von Stirling, West Lothian, Fife und North Ayrshire), ist künftig eine etwas gleichmäßigere Verbreitung auf Grund der Auswirkungen des Regierungsprogramms zur Streuung der Industrie zu erwarten. Ein großzügiges Kirchenbauprogramm der Diözesen trägt dieser Entwicklung Rechnung. Seit 1938 hat die Zahl der Pfarreien um 105 zugenommen. 1958 betrug ihre Zahl 383. Die Zahl der Niederlassungen männlicher und weiblicher Religiosen steigt ebenfalls kräftig an. 1951 gab es in Schottland 48 Häuser für männliche und 94 für weibliche Religiose, 1958 waren es 55 bzw. 104.

Das religiöse Leben der schottischen Katholiken zeigt sehr positive Aspekte. Die Autorität der Bischöfe ist groß, auch auf dem Gebiet der praktischen Sozialpolitik. Die Schulgesetzgebung ist in Schottland für das katholische Unterrichtswesen außerordentlich günstig. Der einzige Unterschied zu der Situation in den Niederlanden, die allgemein als mustergültig betrachtet wird, ist der, daß in Schottland der Staat die Lehrer an den voll subventionierten katholischen Privatschulen ernennt, wobei aber den Bischöfen ein Vetorecht eingeräumt ist.

Über die meßbare Religiosität sind für Schottland nur wenig Daten vorhanden. 1954 wurde eine Zählung der Sonntagsmeßbesucher in Edinburgh durchgeführt, wobei sich ergab, daß 46,9 % der Katholiken dieser Stadt die Sonntagsmesse besuchten (und zwar im Durchschnitt von drei Sonntagen, an denen die Zählung durchgeführt wurde). Diese Zahl ist hoch, wenn man bedenkt, daß nur die Erwachsenen über 20 Jahren gezählt wurden und in Schottland wegen der allgemein verbreiteten Sonntagsarbeit viele Katholiken vom Meßbesuch entschuldigt sind. Man erwartet daher auch, daß die Einführung von Abendmessen am Sonntag die Beteiligung noch wesentlich erhöhen wird.

Der englische Katholizismus hat zu einem beträchtlichen Teil seinen Charakter von den eingewanderten Irländern erhalten. Daher trifft man viele Frömmigkeitsformen an, die den Irländern während dreier Jahrhunderte der Verfolgung vertraut geworden sind und von denen sie sich nicht trennen wollen. Noch heute werden auch an Sonntagen vielfach nur stille Messen gelesen. Die Verwendung der Volkssprache hat noch kaum Eingang gefunden. Das Lesen der Bibel ist unter Einfluß der gegenreformatorischen Reaktion auf den Protestantismus nicht sehr verbreitet.

Auch der französische Einfluß macht sich im englischen Katholizismus geltend. Viele katholische Führer Englands hatten sich in Frankreich auf die Rückkehr in ihr Land vorbereitet. Aus Paris bezog man dann Andachtsbücher, die Betstühle und die Gipsfiguren. So kommt es, daß die katholischen Kirchen in England vielfach Devotionalienmagazinen gleichen und daß oft nebensächliche Dinge sehr in den Vordergrund gerückt sind. Man will, so scheint es manchmal, durch die große Zahl der Statuen seine Religiosität unterstreichen. Es ist von größter Bedeutung, daß die katholische Kirche sich in England in einer Gestalt zeigt, die auf Andersgläubige anziehend wirkt. Wie anderswo könnte auch hier die Volkssprache beim Gottesdienst verwendet werden. Auch gibt es keinen durchschla-

genden Grund, warum die Katholiken nicht einen Teil der anglikanischen Kirchenlieder singen sollten, zumal sie selbst nichts Gleichwertiges besitzen. Die Bischöfe deutschsprachiger Diözesen haben bereits die besten evangelischen Lieder in ihre Diözesangesangsbücher aufgenommen. In der Westschweiz legt man immer häufiger die Bibel an einer zentraler Stelle in der Kirche auf und ermuntert die Gläubigen, bei einem Kirchenbesuch einige Minuten darin zu lesen.

Die Situation in den konfessionell gemischten Ländern Kontinentaleuropas

Die konfessionell gemischten Länder auf dem Festland Europas sind Deutschland, die Niederlande und die Schweiz. In diesen Ländern hat die Reformation ihren Anfang genommen; hier sind die großen Richtungen und Kirchen des Protestantismus, sowohl des Augsburger als des Helvetischen Bekenntnisses, entstanden. Die konfessionelle Struktur, die gegen Ende des 16. Jahrhunderts im allgemeinen ihre endgültige Form erhalten hatte, ist im großen und ganzen über vier Jahrhunderte hinweg die gleiche geblieben und bestimmt auch jetzt noch weitgehend die Religionskarte dieser Länder. Man kann nicht ohne weiteres sagen, daß durch die Reformation und Gegenreformation eine Aufteilung dieser Länder in katholische und evangelische Gebiete erfolgt ist. Zwar trifft zu, daß die Niederlande und Deutschland im Norden überwiegend evangelisch geworden und im Süden überwiegend katholisch geblieben sind, daß die Zentralschweiz viel mehr als die äußeren Kantone den alten Glauben bewahrt hat, aber in allen drei Ländern hat sich die Konfessionsstruktur sehr nuanciert gestaltet und läßt sich deutlich zwischen mehrheitlich katholischen, mehrheitlich evangelischen und gemischten Gebieten unterscheiden. Dies ist in den Niederlanden schon seit der Reformation der Fall; in Deutschland und der Schweiz geschah es erst später, vor allem unter Einfluß der Industrialisierung und Verstädterung. Überdies befindet sich unter den mehrheitlich katholischen oder evangelischen Gebieten eine nicht geringe Anzahl, in denen die mehrheitliche Religion quantitativ derart vorherrschend ist, daß die andere Religion in einer Diasporasituation steht. Das Mosaik dieser konfessionellen Verhältnisse spiegelt sich auch in der religiösen Praxis der Katholiken wider. Wenn man von den vielen Faktoren absieht, die einen oft großen Einfluß auf das religiöse Leben ausüben, aber allgemein gesellschaftlicher Art sind, wie z. B. Verstädterung, wirtschaftliche Rückständigkeit, Industriebildung usf., so kann man feststellen, daß die Orthodoxie der Katholiken zweifelsohne auch von den konfessionellen Verhältnissen her beeinflußt wird. Ein Schema dafür ist schwer aufzustellen, denn jede Situation kann eine andere und einmalige sein. Aber doch haben die Erfahrungen vieler Seelsorger und einer wachsenden Anzahl von Untersuchungen zu der Ansicht geführt, daß die Religiosität einer Gruppe ganz anders geartet ist, je nachdem ob sie eine verschwindende Minderheit inmitten einer erdrückenden Mehrheit Andersgläubiger dargestellt oder zahlenmäßig und qualitativ der Gruppe der Andersgläubigen ebenbürtig ist, oder aber selbst Mehrheitsgruppe ist und einen großen Einfluß auf das soziale Strukturbild der Gesellschaft ausübt. Dabei spielt die Glaubenskraft oder -schwäche der Andersgläubigen und der etwaige qualitative Minoritätscharakter der Minderheitsgruppe meistens eine bedeutende Rolle.

Es ist damit nicht gesagt, daß die Stärke oder Schwäche der Religiosität in den meßbaren Werten der Religionspraxis — Zahlen über Osterkommunion und Sonntagsmessebesuch z. B. — wahrheitsgemäß und umfassend zum Ausdruck kommt. Wenn in einem Diasporagebiet die Hälfte der Katholiken regelmäßig am Sonntag in die Messe geht, kann das angesichts der oft großen Entfernung und der psychologischen Schwierigkeiten aus dem mehrheitlich nichtkatholischen Milieu das Zeichen einer viel größeren Religiosität sein als die Tatsache, daß in einem rein katholischen Gebiet die Bevölkerung (traditionsgemäß und aus sozialem Zwang vielleicht) fast hundertprozentig die Sonntagsmesse besucht. Sicher ist es aber nicht richtig, in bezug auf die Religiosität allzu schnell mit den Begriffen gut und schlecht, besser und weniger gut zu arbeiten. Solange nähere Informationen über das religiöse Leben, besonders auch sozialpsychologischer Art, nur in ungenügendem Ausmaß vorhanden sind, sollte man aus den unterschiedlichen äußeren Erscheinungsformen der religiösen Praxis heraus vorläufig besser von einer andersgearteten als von einer besseren oder schlechteren Religiosität sprechen.
Nichtsdestoweniger ist es möglich, in den äußeren Kennzeichen der Glaubenspraxis gewisse Gesetzmäßigkeiten festzustellen, die doch einiges über religiöses Verhalten aussagen.

Deutschland

Für die deutschen Bistümer liegen schon seit 1915 Angaben über die Osterkommunikanten und seit 1925 solche über den Kirchenbesuch vor (im „Kirchlichen Handbuch" veröffentlicht). Für das Jahr 1954 wurden die Meßziffern für die einzelnen Diözesen folgendermaßen ausgewiesen:

Tabelle XI: Kirchenbesucher und Osterkommunikanten in den Diözesen der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1954

Diözese	Osterkommunikanten in % aller Katholiken	Kirchenbesucher
Aachen	52	50
Augsburg	64	51
Bamberg	53	46
Berlin (Ost u. West)	34	29
Eichstätt	70	56
Freiburg	58	52
Fulda/Westteil	59	53
Hildesheim	45	38
Köln	42	40
Limburg	45	41
Mainz	47	39
München	45	37
Münster	55	54
Osnabrück/Westteil	52	49
Paderborn/Westteil	53	52
Passau	78	57
Regensburg	75	59
Rottenburg	54	50
Speyer	57	51
Trier	65	59
Würzburg	70	59

Das Katholische Institut für Sozialforschung in Königstein/Ts. bemerkt zu diesen Angaben: Die Meßziffern der einzelnen Diözesen liegen weit auseinander. Die eifrigste kirchliche Beteiligung findet man in den überwiegend katholischen Diözesen, die noch agrarisch geprägt sind (Passau, Regensburg, Würzburg, Bezirk Trier in der Diözese

Trier). Am niedrigsten ist die kirchliche Praxis einmal in den Diasporadiözesen (Hildesheim, Mainz, Diasporagebiete der Diözesen Osnabrück und Paderborn) und zum anderen in den Diözesen mit einem hohen Anteil städtischer Bevölkerung (München, Köln, Limburg).

Die Entwicklung der Meßdaten während der letzten Jahrzehnte zeigt einen leichten Rückgang seit 1915 (Osterkommunikanten) bzw. seit 1927 (Kirchenbesucher). Bis 1930 blieben die Sätze sehr konstant (rund 58 % für die Osterkommunikanten und 53 % für die Kirchenbesucher); sie zeigten in den dreißiger Jahren sogar eine leichte Zunahme (z. B. 1933: Osterkommunikanten 61,7 %, Kirchenbesucher 56,3 %). Der Rückgang nach 1938 (1942: Osterkommunikanten 51,9 %, Kirchenbesucher 40,1 %) dürfte nicht auf eine Verringerung der religiösen Praxis, sondern auf die Kriegsumstände zurückzuführen sein (Abwesenheit der Soldaten und vieler Zivilpersonen, die in den Seelenzahlen aber enthalten sind).

Die hohen Meßziffern der dreißiger Jahre sind nach 1945 nicht wieder erreicht worden. Ein Rückgang ist vor allem beim Gottesdienstbesuch festzustellen (1954: Osterkommunikanten 53,7 %, Kirchenbesucher 47,9 %). Diese Beobachtung wird auch bei pfarrsoziographischen Studien immer wieder gemacht. Es gibt heute auch in ländlichen Pfarreien eine Anzahl Katholiken, die am kirchlichen Leben nicht mehr (regelmäßig) teilnehmen.

Die Tatsache, daß sowohl in Deutschland als auch in allen anderen Ländern die Sätze der Osterkommunikanten durchwegs höher sind als die des Kirchenbesuches, zeigt, daß auch in solchen Gebieten, in denen die religiöse Praxis noch als gut bezeichnet wird, die Gruppe der Saisonkatholiken größer wird. Man hat den Eindruck, daß diese Gruppe am stärksten in den katholischen oder überwiegend katholischen Ländern ist, aber auch in den gemischt konfessionellen Ländern zunimmt. Dort aber dürfte ein gewisser Teil dieser dem kirchlichen Leben fernbleibenden Katholiken auch den Schritt zum formellen (Deutschland) oder faktischen Kirchenaustritt (Niederlande) tun, und zwar im größeren Ausmaß als in den katholischen Ländern.

Die kirchliche Praxis nach Geschlechtern, Alter und sozialen Schichten

Die kirchliche Teilnahme der einzelnen sozialen Schichten und Gruppen ist sehr unterschiedlich. Fast in allen Ländern Europas ist festzustellen, daß der Gottesdienstbesuch der Frauen zahlreicher ist als der der Männer. Vielleicht bilden einige wenige Agrargebiete und von den Industriegebieten Europas nur der Süden Niederländisch-Limburgs von der Regel der Feminisierung des katholischen Kirchenvolkes eine Ausnahme. Es ist eine große Frage, ob dieses Phänomen mit der Behauptung, die Frau sei nun einmal religiöser als der Mann, erklärt werden kann und darf. Man darf wahrscheinlich nur sagen, daß die Frau in einer anderen Weise religiös ist als der Mann. Aber es wäre wichtig und notwendig, einmal ernsthaft zu untersuchen, ob die Kirche, in der Entwicklung ihrer Frömmigkeitsformen, diesem Anderssein des Mannes genügend Rechnung getragen hat. Es gibt verschiedene Devotionen, die sich im Frömmigkeitsleben der Kirche seit der Reformation und vor allem im 18. und 19. Jahrhundert entwickelt haben und die dem männlichen Frömmigkeitsbedürfnis mit Sicherheit nicht entsprechen. Sie dürften zu der oft vorgebrachten Äußerung katholisch getaufter Männer beigetragen haben, daß die Religion — in den Formen der kirchlichen Ausübung — eine Kinder- und Frauenangelegenheit ist. Der damalige Paternalismus, die wohlwollende, allzu sanfte, unsachliche und freundlich herablassende Verhaltensweise vieler Geistlicher, die süßlichen Gipsfiguren und gehäkelte Bürgerlichkeit des Saint-Sulpice-Stiles, die traurige Tatsache, daß das religiöse und kirchliche Leben sich hinter die Kirchenmauern zurückzog und die Kirche während der ersten Industrialisierungswelle die Männer allein auf die Barrikaden gehen ließ, ja meistens von diesen Barrikaden keine Ahnung hatte, das alles hat es den Männern schwergemacht, einer Religiosität nachzustreben, von der Paulus sagt, daß wir als Wächter im Glauben stehen müssen, männlich und stark (1 Kor. 16, 15).

Der Mann ist gewiß nicht weniger religiös als die Frau, aber seine Religiosität ist eine mehr aktive und kommt nur dann recht zur Entwicklung, wenn er Verantwortung übernehmen kann. Solange er bevormundet wird und der Priester ihm alle Verantwortung nimmt, bleibt er abseits. Die Emanzipation der katholischen Laien, die heutzutage, angeregt durch die Richtlinien der letzten Päpste, in vielen Ländern zur Verwirklichung kommt, wird nicht nur für die Organisation, die Gestaltung und Ausbreitung der Kirche, sondern auch für ihr religiöses Leben segensreich sein.

Es wurde ferner in Deutschland festgestellt, daß die Spanne zwischen männlicher und weiblicher Beteiligung im allgemeinen um so größer ist, je geringer der Gottesdienstbesuch sich im ganzen darstellt. Am dichtesten beisammen liegen die Zahlen für die Gottesdienstbeteiligung der Männer und Frauen in der Regel bei den Jugendlichen unter 20 Jahren und den alten Leuten über 65 Jahren. Von den verschiedenen Altersgruppen beteiligen sich in aller Regel, von den Schulkindern abgesehen, die Jugendlichen von 14 bis zu 19 Jahren am zahlreichsten am Gottesdienst. Ihnen am nächsten kommen meistens die älteren (ab 50) und die alten Leute (ab 65), während die 20- bis 40jährigen am stärksten im Sonntagsgottesdienst fehlen. Bei den Verheirateten beiderlei Geschlechts ist in der Regel eine mit dem Lebensalter zunehmende Beteiligung festzustellen. Der Unterschied in der Beteiligung zwischen den 20- bis 30jährigen und den über 65jährigen Eheleuten macht oft 100 % aus.

Es ist also neben der Feminisierung eine Verkindung und Vergreisung des Kirchenvolkes festzustellen, was teils auf die gleichen, oben erwähnten Ursachen zurückzuführen ist. Die sozialpsychologische Erforschung dieser Fragen erscheint sehr notwendig.

Sehr unterschiedlich ist der Kirchenbesuch der verschiedenen sozialen Schichten und beruflichen Gruppen. Es ist nicht möglich, darüber exakt vergleichbare Unterlagen zusammenzubringen, einmal weil die Situation von Land zu Land große Unterschiede aufweist, und zum anderen, weil die Schichten- und Berufseinteilung in den amtlichen Statistiken nicht einheitlich gehandhabt wird. Einige generelle Zusammenhänge sind jedoch nachzuweisen.

Die selbständigen Bauern gehören im großen und ganzen in den konfessionell gemischten Ländern zu den eifrigsten Kirchenbesuchern. In diesen Ländern ist, von der Teilnahme am kirchlichen Leben her gesehen, von einer Entchristlichung des Landes, wie sie in bestimmten Gegenden Frankreichs und auch schon in einigen ländlichen Gebieten Österreichs erkennbar ist, noch kaum ein Anzeichen vorhanden.

Die religiöse Praxis des alten Mittelstandes — der Kaufleute, der Angehörigen freier Berufe und der selbständigen Handwerker — kann nicht mehr ohne große Einschränkungen als eifrig bezeichnet werden. Zwar sind diese Gruppen vielerorts noch immer die tragende Gruppe des kirchlichen und pfarrlichen Lebens — sie weisen sich z. B. in den Niederlanden noch als sehr kirchlich aus —, aber einige Untersuchungen in Deutschland geben Grund zu der Annahme, daß die alte Vorstellung, die bürgerliche Schicht bilde den tragenden Kern der Kultgemeinde, nicht mehr überall zutrifft — weder für städtische noch für ländliche Pfarreien. Dies gilt weniger für die selbständigen Handwerker als für die Kaufleute, Gastwirte, sonstige Gewerbetreibende und die Angehörigen fast aller freien Berufe.

Die Angehörigen des neuen Mittelstandes (Angestellte, Beamte) zeigen meistens ein Niveau der religiösen Praxis, das im Vergleich zu den anderen sozialen Schichten als günstig bezeichnet werden kann.

Die noch immer sehr verbreitete Meinung, der Arbeiterstand sei im ganzen der Kirche am meisten von allen sozialen Schichten entfremdet, bedarf einer scharfen Korrektur. Die Tatsache, daß große Gruppen der Arbeiter, namentlich die qualifizierten Facharbeiter, entproletarisiert sind, hat dazu geführt, daß diese soziale Schicht sich stark an den neuen Mittelstand angeglichen hat.

In Deutschland wurde festgestellt, daß der Kirchenbesuch der qualifizierten Facharbeiter meistens höher liegt als derjenige der Selbständigen in ihrer Gesamtheit.

Gering ist hingegen überall die kirchliche Beteiligung der unqualifizierten Arbeiter. Die nicht erfolgte wirtschaftliche und soziale Integration dieser noch teilweise proletarischen Berufsgruppen, zu der ein großer Teil der Fremdarbeiter sowie der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen gerechnet werden muß, wirkt sich auch religiös in einer schwachen Teilnahme am kirchlichen Leben aus.

Wie entscheidend sich auch bei nichtproletarischen Bevölkerungsgruppen der Milieuverlust oder Milieuwechsel auf das religiöse und kirchliche Leben auswirken kann, zeigen u. a. die Ergebnisse einer im Raum Limburg durchgeführten Untersuchung des Königsteiner Institutes. In den ländlichen Pfarreien besuchen dort in der Regel die Ortsgebürtigen den Gottesdienst am besten (65 bis 80 %). Ihnen am nächsten (und meistens sehr nahe) kommen die aus der nächsten Umgebung Zugezogenen. Das bedeutet bei den untersuchten Pfarreien fast immer: aus einem ebenfalls katholischen Umraum Zugezogene. Die aus entfernten Gebieten der Bundesrepublik und aus Großstädten Zugezogenen bleiben im Kirchenbesuch stark zurück. Die geringste Gottesdienstbeteiligung weisen in aller Regel die Vertriebenen auf: Männer 30 und 40 %, Frauen 40 bis 55 %. Die Vertriebenen sind in den untersuchten Pfarreien ganz überwiegend Sudetendeutsche. Der Gottesdienstbesuch der Vertriebenen aus Schlesien ist hingegen bedeutend besser und liegt meistens im Durchschnitt der Pfarreien. Im ganzen ist festzustellen, daß die Zugezogenen und Vertriebenen in der Regel die Beteiligung am Gottesdienst erkennen lassen, die für ihre Herkunftsgebiete typisch ist.

Dies bedeutet einmal, daß die Pfarreien mit ununterbrochener und unbestrittener katholischer Tradition auf das kirchliche Leben zugezogener Personen und Gruppen keine sehr starke integrierende Wirkung ausüben. Es bedeutet weiter, daß die mitgebrachten religiösen Mentalitäten der zugewanderten Gruppen eine starke Beharrung aufweisen und sich nicht ohne weiteres am Verhalten der neuen Gemeinde orientieren.

In verschiedenen Diasporagemeinden wurde hingegen beobachtet, daß die Vertriebenen, auch die Sudetendeutschen, in höherem Maße den Gottesdienst besuchen als die einheimischen Katholiken. Auch wurde der Gottesdienstbesuch der Sudetendeutschen vielfach in Diasporagemeinden als zahlreicher registriert als in den katholischen Pfarreien. Man kann auf Grund dieser Befunde zu der Hypothese neigen, daß die Sudetendeutschen in dieser Diaspora, in der sie meistens die Mehrheit der ansässigen Katholiken stellen, in stärkerem Maße als in den katholischen Pfarreien ein Gruppenbewußtsein entwickeln und auch mehr ihre religiösen Eigenheiten pflegen können. Vielleicht wird ihnen in der andersgläubigen Umgebung auch ihre eigene Religion stärker bewußt. Ferner dürfte auch der Umstand eine Rolle spielen, daß die geringere kirchliche Betätigung der Sudetendeutschen in katholischen Gemeinden zum Teil einen Protest gegen die katholische, oft erstarrte und des lebendigen Christentums entbehrende Tradition und ihre Gewohnheiten darstellt.

Die Niederlande

Anders als in Deutschland werden in den Niederlanden die Angaben über den Kirchenbesuch nicht kirchenamtlich festgestellt. Da bis jetzt über den Kirchenbesuch keine Untersuchungen durchgeführt wurden, die sich auf ganze Diözesen beziehen, wird als Kriterium der kirchlichen Observanz der relative Anteil der Osterkommunikanten genommen, der kirchenamtlich registriert wird. Die neuesten Angaben weisen für die einzelnen Diözesen folgende Ziffern aus:

Tabelle XII: Osterkommunikanten in den niederländischen Diözesen

Diözese	Kath. in % der Gesamtbevölkerung	Osterkommunikanten in % der Katholiken über 7 Jahre
Den Bosch	99,0	95,4
Roermond	89,6	94,8
Breda	67,1	94,4
Groningen	7,8	92,0
Utrecht	26,6	90,0
Haarlem	32,5	78,2
Rotterdam	27,3	72,3
Niederlande	39,9	87,9

Zunächst kann man feststellen, daß die Zahl der praktizierenden Katholiken nach diesen kirchenamtlichen Angaben sehr hoch ist.

Dies dürfte zum Teil historisch zu erklären sein. Die Katholiken in den Niederlanden lebten während Jahrhunderten inmitten einer protestantischen Mehrheit und wurden nach der ersten Verfolgungszeit lange Jahre hindurch nicht als vollwertige Bürger ihres Landes angesehen. Aus dieser Tatsache läßt sich ein starkes Gefühl der Zusammengehörigkeit verstehen, das in einer hohen kirchlichen Observanz zum Ausdruck kam, und zwar um so mehr, als es gerade die Meßfeier und die Eucharistie waren, weswegen die Katholiken von protestantischer Seite in den Niederlanden verfolgt wurden und mehrere von ihnen den Märtyrertod erlitten.

Zum anderen Teil hängt die hohe Zahl der praktizie-

renden Katholiken auch sicher damit zusammen, daß in den Niederlanden die informellen Kirchenaustritte zahlreich sind. Bei der letzten Volkszählung (1947) erklärten 17,7 % der Bevölkerung, keiner Kirche anzugehören. Man nimmt an, daß die Zahl seitdem noch etwas angestiegen ist und erwartet, daß sich bei der Volkszählung von 1960 etwa 20 % der Bevölkerung als „unkirchlich" erklären werden. Es ist klar, daß sich unter diesen 20 % eine gewisse Anzahl von katholisch Getauften befindet und sich dadurch die Masse der Katholiken gewissermaßen von abseitsstehenden Glaubensgenossen säubert. Der Prozentsatz der Nichtpraktizierenden bleibt so verhältnismäßig niedrig.

Es sind eindeutig die überwiegend katholischen Gebiete, welche die höchsten Observanzziffern aufweisen. Besonders auffallend ist aber auch, daß die Katholiken der Diözese Groningen — eines ausgesprochenen Diasporagebietes — in der Erfüllung der Osterpflicht den katholischen Gebieten nicht viel nachstehen. Aus einem Vergleich zwischen den drei Diözesen, in denen die Katholiken nur eine Minderheit darstellen, ergibt sich deutlich, daß die in hohem Ausmaß verstädterten Diözesen Haarlem und Rotterdam eine für holländische Verhältnisse niedrige Observanzziffer aufweisen, während die Erdiözese Utrecht mit ihrer überwiegend agrarischen oder kleinstädtischen Bevölkerung in dieser Hinsicht mit der Gruppe der mehrheitlich katholischen Diözesen gleich liegt. Die Korrelation zwischen Verstädterung und religiöser Praxis geht aus den nachfolgenden Ziffern der niederländischen Großstädte noch deutlicher als aus den Diözesanziffern hervor. Mit Ausnahme von Utrecht und Arnhem sind alle aufgeführten Städte in den Diözesen Haarlem und Rotterdam gelegen.

Tabelle XIII: Verhältnis von Verstädterung und religiöser Praxis, dargestellt am Beispiel der Niederlande

a

Stadt	Osterkommunikanten in % der Katholiken über 7 Jahre
Rotterdam	55,8
Amsterdam	62,5
Den Haag	65,8
Dordrecht	69,0
Arnhem	75,6
Schiedam	76,9
Haarlem	78,1
Utrecht	79,1
Leiden	82,1
Hilversum	82,7

In den homogen katholischen Gebieten sind auch in den Städten die Prozentsätze der Osterkommunikanten bedeutend höher:

b

Stadt	Osterkommunikanten in % der Katholiken über 7 Jahre
Roermond	95,5
Venlo	94,9
Tilburg	94,8
Sittard	94,1
Heerlen	91,9
Kerkrade	91,1
Eindhoven	89,7
Maastricht	88,6
Breda	88,3

Im übrigen muß gerade in bezug auf die oben genannten Ziffern darauf hingewiesen werden, daß es zweifelhaft ist, ob sie der tatsächlichen Situation hinsichtlich der religiösen Praxis ganz entsprechen. Die südlichen Niederlande, in denen alle in der Tabelle XIII b genannten Städte liegen, sind ganz oder überwiegend und vor allem in ununterbrochener Tradition katholisch. Man muß sich weiter fragen, ob die sehr hohen Observanzziffern nicht bis zu einem gewissen Grade frisiert sind. Einmal beruhen sie nicht immer auf einwandfreien Feststellungen, sondern werden mancherorts geschätzt, wobei die früheren Ziffern oft richtunggebend sind. Und zum anderen sagen sie, auch wenn sie der Wirklichkeit mehr oder weniger entsprechen, eigentlich nur aus, daß die betreffenden Katholiken ihre Osterpflicht erfüllen oder zu erfüllen scheinen. Letzteres mag dabei öfters der Fall sein. Kenner der Verhältnisse behaupten, daß es in den katholischen Gebieten der südlichen Niederlande eine Anzahl katholisch Getaufter gibt, die entweder die Erfüllung der Osterpflicht vortäuschen (Pseudopaschanten in den Dörfern) oder aber die Nichterfüllung dieser Pflicht verheimlichen (Krypto-non-Paschanten in den Städten). Jedenfalls gibt, auch wenn die vorhandenen Angaben einigermaßen stimmen, ein Vergleich mit den Ergebnissen einiger vom niederländischen Katholischen Institut für kirchliche Sozialforschung (KASKI) durchgeführten Kirchenbesucherzählungen doch Anlaß zu der Feststellung, daß die Zahlen der Osterkommunikanten auf eine zunehmende Zahl von Saisonkatholiken in den südlichen Niederlanden hinweisen dürften. In der folgenden Tabelle werden die erwähnten Kirchenbesucherziffern mit den amtlichen Osterkommunionziffern verglichen. Die kursiv gedruckten Städte sind in den südlichen Niederlanden gelegen.

Tabelle XIV: Die religiöse Praxis in den nördlichen und südlichen Städten der Niederlande

Stadt	% Osterkommunikanten	% Kirchenbesucher
Amsterdam	62,5	52,9
Rotterdam	55,8	47,8
Schiedam	76,9	47,6
Maastricht	88,6	56,8
Tilburg	94,8	72,4
Breda (Teilergebnis)	88,3	± 50,0

Deutlich tritt die große Diskrepanz zwischen der ersten und der zweiten Kolonne, vor allem in den katholischen Städten, zutage.

Die Schweiz

Anders als in den meisten anderen konfessionell gemischten Ländern hat sich die Religionssoziologie in der Schweiz bis jetzt nicht oder noch kaum entwickelt. Auch die kirchliche Statistik gibt über die religiöse Praxis der Katholiken keine Informationen. Es liegen nur Ergebnisse einiger Teiluntersuchungen vor, die aber erst für die Kantone Fribourg und Genf zugänglich gemacht worden sind. Sie enthalten einige Angaben über den Kirchenbesuch in diesen beiden in der Diözese Lausanne-Genf-Freiburg gelegenen Kantonen. Die ausgewiesenen Ziffern sind für die Stadt Genf nicht sehr erfreulich. In dieser Stadt — Geburtsstätte des Kalvinismus —, in der aber gegenwärtig ungefähr 42 % der Bevölkerung katholisch sind, variiert der Kirchenbesuch der erwachsenen Männer in den verschiedenen Pfarreien zwischen 10 und 20 % (mit einer

einzigen Ausnahme von 30 %). Der Gottesdienstbesuch der Frauen ist zahlreicher und liegt zwischen 25 und 30 %. Der Kanton weist zwischen den Pfarreien sehr unterschiedliche Meßziffern auf, die teils sehr niedrige (Männer 15 %, Frauen 30 %) und — vor allem in den rein agrarischen Pfarreien — teils sehr hohe Werte erreichen (Männer 90 %, Frauen 95—98 %). In dem über die Zählung vorgelegten Bericht wird erwähnt, daß der Meßbesuch der Arbeiter sehr gering ist, nämlich ungefähr 5 %. Auffallend ist auch das starke Absinken des Gottesdienstbesuches bei der heranwachsenden Jugend, die nach den Zählungsergebnissen im Alter von 16 bis 17 Jahren nur noch zu 25 % regelmäßig praktiziert. Und schließlich wird noch festgestellt, daß die Marge zwischen der Zahl der sonntäglichen Kirchenbesucher und der Osterkommunikanten äußerst gering ist, was auf eine nur geringe Zahl von Saisonkatholiken schließen läßt und zu der Schlußfolgerung führt, daß das Fernbleiben vom kirchlichen Leben in den meisten Fällen konsequent und total ist. Es soll auch noch auf die erstaunlich hohe Zahl kommunistischer Stimmen hingewiesen werden. Sie war immer schon erheblich groß; bei den Wahlen im Jahre 1959 aber erhielt die kommunistische Parti du Travail in Genf, allerdings durch lokalpolitische Umstände begünstigt, über 30 % aller Stimmen.

In der Stadt und im Kanton Freiburg wurde im Jahre 1956 eine Untersuchung über den Kirchenbesuch durchgeführt. In der Stadt bestand diese Untersuchung aus einer Zählung (18. März 1956), im Kanton aus einer Befragung der Pfarrer. Die Ergebnisse weisen in dem noch weitgehend agrarischen Kanton für die Katholiken ab 16 Jahren eine Beteiligung an der Sonntagsmesse von etwa 90 % aus. In der Stadt Freiburg macht sich die Urbanisation schon bemerkbar. Die Meßziffer des Kirchenbesuches wurde für die männlichen Katholiken über 12 Jahren mit 51 % und für die weiblichen mit 63 % ermittelt. Dabei wurden alle Priester, Ordensleute und Internatsschüler außer Betracht gelassen.

Es wäre wünschenswert, daß zuverlässige Untersuchungen in der Schweiz durchgeführt würden. Sie könnten Aufschluß geben über die Religiosität eines Landes, das

a) von den großen Kriegen des letzten Jahrhunderts nicht berührt wurde,

b) innerhalb seiner Grenzen Katholiken dreier großer europäischer Volks- und Sprachgruppen umfaßt und

c) kirchlich-administrativ auch innerhalb mehrerer Diözesen in sehr klar unterschiedene Gebiete aufgeteilt ist. (In der Diözese Lausanne-Genf-Freiburg z. B. haben die Kantone Genf und Waadt ihren eigenen Generalvikar, während es für mehrere Kantone der Diözese Chur jeweils einen besonderen bischöflichen Kommissar gibt.)

Obwohl die Struktur der katholischen Kirche in der Schweiz durch einen gewissen Kantonalismus beeinflußt ist, hat sich doch vor allem in der deutschen Schweiz gewissermaßen ein eigener Schweizer Katholizismus entwickeln können (Zentrum Zürich). Für die (französischsprachige) Westschweiz ist das in viel geringerem Maße der Fall. Der dortige Katholizismus steht ziemlich stark unter dem Einfluß der Ideenwelt und der Seelsorgeformen des französischen Katholizismus.

Exkurs: Die Mischehen in den konfessionell gemischten Ländern Europas

Ein Phänomen, mit dem sich die katholische Kirche in allen konfessionell gemischten Ländern Europas auseinanderzusetzen hat, sind die in allen diesen Ländern häufig vorkommenden Mischehen. Religionssoziologische Studien über dieses Phänomen, das ein sehr ernstes Problem genannt werden muß, sind kaum vorhanden. Eine erste systematische Studie dazu ist die 1959 erschienene Arbeit des niederländischen Franziskaners B. van Leeuwen „Het gemengde Huwelijk" (Assen 1959), die hauptsächlich über die Mischehen in den Niederlanden handelt, aber die Situation in Deutschland und in der Schweiz ebenfalls mit einbezieht. Die nachfolgenden Bemerkungen sind zum größten Teil dieser Arbeit entnommen.

Über die Situation in England, Schottland, Wales und Nordirland ist kaum Material vorhanden. Untersuchungsergebnisse über die anderen konfessionell gemischten Länder sind wahrscheinlich nicht ohne weiteres für die englischsprechenden Länder gültig, weil dort das Verhältnis der Konfessionen zueinander weitgehend durch den besonderen, von den irländischen Katholiken geprägten Charakter des Katholizismus bestimmt ist und nicht mit dem auf dem Festland verglichen werden kann.

Unterschiedliche Entwicklungen

In den drei Ländern, für die genügend Daten zur Verfügung stehen — den Niederlanden, Deutschland und der Schweiz —, hat die Zahl der Mischehen seit vielen Jahren fortwährend zugenommen. In den Niederlanden gingen nach der bürgerlichen Registrierung im Jahre 1914 3550 katholische Männer und Frauen eine Mischehe ein. Die Zahl erreichte 1946 ihren höchsten Stand (9878), um dann bis 1957 auf 7458 herunterzugehen. Deutschland zeigt eine Zunahme von 39 451 gemischt heiratenden Katholiken im Jahre 1901 auf 85 800 im Jahre 1942. In der Bundesrepublik Deutschland wurden 1946 79 325 gemischt heiratende Katholiken registriert, während ihre Zahl 1950 sogar 117 368 betrug, um 1955 wieder auf 98 294 abzusinken. Die betreffenden Zahlen für die Schweiz betrugen 1940: 6228 und 1956: 8810. Wichtig für eine Aussage ist es, die Zahl der gemischt heiratenden Katholiken mit der Zahl der katholischen Ehen zu vergleichen. Dabei ergibt sich ein großer Unterschied zwischen den Niederlanden einerseits und Deutschland und der Schweiz anderseits. In den Niederlanden betrug der Anteil der eine Mischehe eingehenden Katholiken (in % aller heiratenden Katholiken) im Jahre 1914 13,0 %, 1935 waren es 13,4 %. Seitdem ist dieser Prozentsatz ständig heruntergegangen, bis er 1957 nur noch 9,2 % betrug. In Deutschland hingegen stieg diese Ziffer von 12 % (1901) auf 26,9 % (1942), in der Bundesrepublik von 22,0 % (1946) auf 24,7 % (1955). In ganz Deutschland nach seinem gegenwärtigen Gebietsumfang — also Westdeutschland, Berlin und Mitteldeutschland — dürften gegenwärtig etwa 28 % der heiratenden Katholiken eine Mischehe eingehen. Eine Zunahme der Mischehenzahlen ist nach 1945 in allen Bundesländern eingetreten, vor allem in den städtischen Gebieten, aber auch in verhältnismäßig großem Ausmaß auf dem Lande. W. Menges berichtet in einem Artikel (Die Mischehenfrage ... unter besonderer Berücksichtigung der hessischen Verhältnisse, in „Königsteiner Blätter", S. 13—21) das Ergebnis einer Untersuchung in einer hessischen Diasporapfarrei; die Gründe für das Anwachsen der Mischehen gehen aus dieser Untersuchung sehr deutlich hervor. Die in der Pfarrei ansässigen Familien wurden nach Wachstumsschichten eingeteilt in aufbauende (Ehefrauen unter 30 Jahren), mittlere (Ehe-

frauen 30—45 Jahre) und auslaufende (Ehefrauen über 45 Jahren). Bei den auslaufenden Familien wurden unter 113 Familien 105 rein katholische registriert, bei den mittleren Familien waren unter insgesamt 72 nur noch 29 rein katholische, und die aufbauenden Familien zählten bei 36 Mischehen lediglich 12 katholische. Nach 1945 waren in großer Zahl katholische Familien als Vertriebene in die ländliche Diaspora gekommen. Deren Kinder gehen jetzt zum größten Teil Mischehen ein, da sie nicht leicht einen katholischen Partner finden können. In der Schweiz liegen erst seit 1940 Statistiken über die Eheschließungen nach der Konfession der Brautleute vor. Es ist aber nicht zu bezweifeln, daß die heutigen Mischehensätze, die sich zwischen 22 und 25 % bewegen, seit dem Anfang dieses Jahrhunderts stark angestiegen sind. Dies geht u. a. aus den Gesamtzahlen der bestehenden Ehen hervor, die seit 1880 nach der Konfession der Gatten ausgewiesen werden.

Merkwürdig ist, daß der prozentuale Rückgang der Mischehen in den Niederlanden ausschließlich auf die Entwicklung in den Großstädten — Amsterdam, Rotterdam, Den Haag und Haarlem — zurückzuführen ist, während die Ziffern für das übrige Land (ohne diese Städte also) die gleichen geblieben sind. Nach wie vor aber ist trotzdem die Mischehe in den Niederlanden ein städtisches Phänomen.

Der auffallende Unterschied in der Entwicklung des Umfanges der Mischehen zwischen den Niederlanden und den beiden anderen Ländern ist sicher nicht allein, wohl aber zum beträchtlichen Teil auf die Tatsache zurückzuführen, daß der religiöse Abgleitungsprozeß in den Niederlanden viel häufiger als in Deutschland und in der Schweiz zu einer vollständigen Konfessionslosigkeit führt, was sowohl bei den Volkszählungen als auch (etwas weniger häufig allerdings) anläßlich der Eheschließung offen bekundet wird. Dies ist in Deutschland und in der Schweiz (wie übrigens auch in Österreich) bedeutend seltener der Fall. In diesen Ländern bleibt man dem Namen nach katholisch, auch wenn keine sonstige Bindung mit der Kirche mehr besteht. Dadurch werden Eheschließungen von solchen „Katholiken" als Mischehen registriert, während sie in den Niederlanden als Ehen zweier nichtkatholischer Brautleute verzeichnet werden und somit in der Statistik der Mischehen überhaupt nicht erscheinen. Die Korrelation zwischen zunehmendem Abfall von der Kirche und abnehmender Zahl der Mischehen erklärt auch, warum die Abnahme des Umfanges der Mischehen in den Niederlanden fast ausschließlich auf die Gebiete mit dem größten Abfall — die Großstädte — beschränkt geblieben ist. Der Rückgang der Zahl der Mischehen in den Niederlanden ist jedoch nicht nur auf den Abfall von der Kirche zurückzuführen. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß die Mischehen bei den „hervormden" Protestanten, die auch sehr über Abfall zu klagen haben, nicht ab-, sondern zugenommen haben. Es muß daher auch angenommen werden, daß die relative Häufigkeit der Mischehen bei den Katholiken tatsächlich zurückgegangen ist.

Hemmende Faktoren für Mischehen

Die Faktoren, die einen hemmenden Einfluß auf die gemischte Eheschließung ausüben, sind verschiedenartig. Man kann erwarten, daß die offizielle Haltung der Kirche, die jede Mischehe im Prinzip ablehnt und nur unter bestimmten Bedingungen eine Dispens erteilt, das Verhalten bewußter Katholiken beeinflußt. Dies wird um so mehr der Fall sein, als die Gründe, welche die Kirche zu ihrem Standpunkt veranlaßt haben, als Überzeugungen in der religiösen Einstellung der Katholiken verankert sind. Auf Grund einer speziellen sozial-psychologischen Untersuchung, die in den Niederlanden vom „Hoogveld"-Institut unter Jugendlichen einiger Städte durchgeführt wurde, ist man zu der Annahme berechtigt, daß strikte religiöse und kirchlich-disziplinare Motive nur bei einem kleinen Teil der heiratsfähigen katholischen Jugend eine Rolle spielen, während die meisten Jugendlichen, welche die Mischehe ablehnen, dies aus psychologisch-pädagogischen Bedenken tun.

Der Indifferenz-Index

Einen wichtigen Faktor schließlich beim Abbremsen der Häufigkeit der Mischehen bildet der Solidaritätsgrad und das Gruppenbewußtsein der katholischen Bevölkerung. Dieser Faktor ist selbstverständlich seinerseits wieder von vielen anderen positiven und negativen Faktoren abhängig; er wird sich auf dem Lande viel eher entwickeln können als in den Städten, und er ist auch von der historisch gewachsenen und quantitativen, aber vielleicht mehr noch von der qualitativen Zusammensetzung des katholischen Bevölkerungsteils — auch im Verhältnis zu der nichtkatholischen Umwelt — abhängig. Van Leeuwen bringt in seiner Studie einige sehr interessante Ergebnisse über den Indifferenz-Index der Katholiken. Er geht davon aus, daß Mischehen durch die Vermischung der konfessionellen Gruppen ermöglicht und gefördert werden. Über die Bedeutung und die Berechnung des Indifferenz-Index sagt er: „Die rein quantitative Chance zur Mischehe hängt von dem prozentualen Anteil einer Gruppe an der Gesamtbevölkerung ab. Es kann nun durch ein statistisches Verfahren der Widerstand gegen die Mischehe gemessen werden, und zwar dadurch, daß man den faktischen Prozentsatz der gemischt heiratenden Personen bezieht auf den Prozentsatz, der im Falle völligen kirchlichen Desinteressements entstehen würde. Das Verhältnis zwischen der rein quantitativen Chance zur Mischehe und dem faktischen Prozentsatz bezeichnen wir als Indifferenz-Index, weil dadurch das Ausmaß der gleichgültigen Einstellung zur Mischehe ausgedrückt wird. Im Falle absoluter Indifferenz würde die quantitative Chance zur Mischehe völlig verwirklicht. Wäre hingegen die indifferente Haltung gar nicht oder nur im geringen Maße vorhanden, dann kämen in einer konfessionell gemischten Bevölkerung gar keine oder nur sehr wenige Mischehen vor. Durch die Anwendung des Indifferenz-Index wird es zudem möglich, Städte und Gegenden unterschiedlicher konfessioneller Struktur zu vergleichen."

Daraus geht hervor, daß bei völliger Indifferenz der Indifferenz-Index gleich 1, bei absoluter Ablehnung der Mischehe gleich 0 ist. Ein Vergleich der Indifferenz-Indices für einige größere Städte in Deutschland, der Schweiz, Österreich und in den Niederlanden ergibt nun folgende Resultate: In Deutschland liegen die Indifferenz-Index-Ziffern von 37 untersuchten Städten zwischen 0,62 (Siegen) und 0,81 (Berlin), in der Schweiz zwischen 0,61 (Bern) und 0,68 (Genf und Lausanne), in Österreich haben Wien und Linz einen Index von 0,74 bzw. 0,73, in den Niederlanden hingegen sind die Werte ohne Ausnahme bedeutend niedriger: von den 11 niederländischen Städten mit über 100 000 Einwohnern hat Rotterdam den höchsten

Index, nämlich 0,58, und Enschede den niedrigsten: 0,15.
Auffallend ist, daß der Indifferenz-Index in den Niederlanden nicht nur niedriger ist, sondern auch eine viel größere Variationsbreite aufweist als in Deutschland und in der Schweiz. Diese Tatsache bestätigt, daß der Widerstand gegen die Mischehe bei den von zahlreichen Taufscheinkatholiken „gesäuberten" niederländischen Katholiken viel größer ist als in Deutschland und in der Schweiz. Man kann deshalb erwarten, daß örtliche Variationen diesen Widerstand verringern oder vergrößern und somit eine breite Skala der Werte entsteht. Wo der Widerstand schon stark geschwunden ist, wird eine Nivellierung der Verhaltensweisen mit einem hohen Umfang von Mischehen die Folge sein.
Die Erklärung der niedrigen „Mischehenfreudigkeit" in den Niederlanden und der hohen Indexziffern in Deutschland und in der Schweiz muß wahrscheinlich, abgesehen von der schon erwähnten sehr unterschiedlichen Abfallbewegung, auf die Tatsache zurückgeführt werden, daß die ziemlich hohe quantitative Chance zur Mischehe sich in den Niederlanden seit der Reformation kaum geändert hat und sich bei den Katholiken daher eine traditionell ablehnende Einstellung gegen die Mischehe entwickeln konnte. Das relative Gleichbleiben der Chance zur Mischehe über Jahrhunderte hinweg erklärt sich aus der Tatsache, daß die gemischt konfessionelle Struktur der niederländischen Bevölkerung im wesentlichen schon unmittelbar nach der Reformation ihre jetzt noch bestehende Gestalt erhielt. In Deutschland und in der Schweiz hingegen verursachte die Binnenwanderung und die Entstehung der städtischen Agglomerationen in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts einen konfessionellen Strukturwandel, der bis heute anhält und in Deutschland durch das Einströmen von Millionen Heimatvertriebenen und Flüchtlingen noch akzentuiert wurde. Zwar wurde die konfessionelle Struktur in den beiden Ländern nur in wenigen Fällen derart umgestaltet, daß ehemals mehrheitlich evangelische Gebiete nun eine katholische Mehrheit bekamen oder umgekehrt; aber es entwickelten sich auf beiden Seiten Diasporagebiete, und ehemalige Diasporagruppen wurden starke Minderheiten. Die mit dieser Konfessionsvermischung einhergehende Verstädterung vergrößerte die Chancen zur Entstehung von Mischehen und verringerte durch ihre desintegrierende Wirkung den Widerstand gegen die Mischehe.

Die Anfälligkeit für die Mischehe nach Geschlecht und sozialer Schicht

Es seien noch kurz einige andere Tendenzen erwähnt, die sich aus dem statistischen Material über die Mischehen ergeben. Aus Unterlagen, die für die Niederlande zur Verfügung stehen, scheint deutlich hervorzugehen, daß von allen Berufsgruppen die unqualifizierten Arbeiter am meisten für das Eingehen einer Mischehe anfällig sind. Sie sind den desintegrierenden Einflüssen der Urbanisierung am stärksten unterworfen, der Einfluß der Kirche ist bei ihnen gering, und sie werden am wenigsten durch das Elternhaus geschützt. Angehörige der übrigen Schichten — insbesondere Angehörige der freien Berufe, höhere Beamte, alter und neuer Mittelstand — scheinen mehr Widerstand gegen die Mischehe aufzubringen. Im übrigen ist das vorhandene Material über das Verhalten der verschiedenen Berufsgruppen erst ungenügend ausgewertet, so daß nur vorsichtig interpretiert werden darf.
Sowohl in Deutschland als auch in der Schweiz und in den Niederlanden gehen die katholischen Frauen mehr Mischehen ein als die katholischen Männer, echte Diasporagebiete machen davon — vielleicht — eine Ausnahme. Zum Teil kann man diese Tatsache auf demographische Faktoren (ungleiche Anzahl der Männer und Frauen, vor allem in den katholischen Gebieten mit Zuwanderung von Nichtkatholiken) zurückführen, aber es gibt auch Gründe für die Annahme, daß psychologische Faktoren hier ebenfalls eine Rolle spielen. Einmal ist das Mädchen bei der Auswahl des zukünftigen Ehepartners mehr passiv und daher weniger selbständig als der Mann. Zum anderen wird das Mädchen stärker als der Mann von Gefühlsmotiven und weniger von rationalen Überlegungen geleitet, und zum dritten bestehen bei den Mädchen ein stärkeres Vertrauen und eine größere Erwartung auf eine Konversion des Ehepartners und die katholische Erziehung der Kinder, als das bei den Männern der Fall ist.

Folgen der Mischehe

Die Folgen der Mischehen sind im allgemeinen bekannt und werden hier nur kurz erwähnt. Aus Untersuchungen in Hessen (in Hessen machen die Katholiken ein Drittel der Bevölkerung aus; sie leben über das ganze Land verstreut; es gibt nur ein paar geschlossene katholische Siedlungsgebiete) ist zu entnehmen, daß der größte Teil der Kinder aus Mischehen dort nicht katholisch getauft und erzogen wird. Menges (a. a. O., S. 17) erwähnt für Hessen die Zahlen über die Taufe der Kinder aus Mischehen für die Jahre von 1949 bis 1954: aus Mischehen mit katholischen Vätern wurden von 37425 geborenen Kindern nur 10484 oder 28 % katholisch getauft. Bei Mischehen mit katholischen Müttern ist die Situation besser: 43,5 % der Kinder wurden katholisch getauft. Es scheint, daß sich die katholische Position leicht verbessert. Candolfi (Les mariages mixtes en Suisse, Fribourg 1950) macht einige Angaben für die Schweiz (1930), woraus sich merkwürdigerweise gerade das Gegenteil von der Situation in Deutschland ergibt: aus Mischehen mit katholischen Vätern wurden von 44113 geborenen Kindern 22726 oder 51,5 % katholisch getauft, während von den 48481 aus Mischehen mit katholischen Müttern geborenen Kindern 20667 oder nur 42,6 % katholisch getauft wurden. Dies könnte eine Bestätigung der Tatsache sein, daß in der Schweiz noch immer eine starke Autorität des Mannes und Familienvaters besteht. In Deutschland hingegen ist die Taufe und religiöse Erziehung der Kinder aus Mischehen überwiegend von der Religion der Mutter abhängig.
Van Leeuwen hat den Einfluß der Mischehen auf die religiöse Erziehung der Kinder ebenfalls eingehend untersucht. Er kommt zu dem Ergebnis, daß seit dem Anfang dieses Jahrhunderts von Jahr zu Jahr die Zahl der aus Mischehen geborenen und überhaupt nicht mehr getauften Kinder zunimmt. Dies hängt wieder mit der für die Niederlande typischen Situation der zunehmenden Konfessionslosigkeit zusammen, die sich allem Anschein nach auch in den Mischehen verheerend auswirkt. In den dreißiger Jahren blieb fast die Hälfte der aus Mischehen geborenen Kinder ungetauft, während die katholisch getauften Kinder gut ein Drittel und die evangelisch getauften Kinder kaum ein Viertel der Gesamtzahl ausmachten.

Aus den kirchlichen Ehestatistiken, die allerdings nicht vollständig sind, weil sie nicht alle nur zivil geschlossenen Mischehen umfassen, ergibt sich, daß 80% der Kinder aus Mischehen, die mit Dispens geschlossen wurden, katholisch getauft werden. Bei den Mischehen, die ohne Dispens eingegangen wurden, sind hingegen nur 20% der Kinder katholisch getauft.

Nicht nur in dieser Hinsicht sind die Mischehen ein besorgniserregendes Phänomen für die Seelsorge. Die Tendenz zur Homogenität, die den Mischehen eigen zu sein scheint, hat nur in einer (allerdings relativ hohen) Anzahl der mit kirchlicher Dispens geschlossenen Mischehen eine Konversion des nichtkatholischen Ehepartners zum katholischen Glauben zur Folge. In einer weiteren Anzahl der Fälle erfolgt der Übergang des katholischen Teiles zum Protestantismus. In den meisten Fällen aber erfolgt die konfessionelle Nivellierung der Ehepartner wohl auf dem Niveau der Religionslosigkeit, vor allem in den ohne Dispens geschlossenen Mischehen. So geht die Mischehe nicht nur bezüglich der aus ihr geborenen Kinder, sondern auch für die katholischen Ehepartner mit einer relativ umfangreichen Abfallbewegung einher. Die Frage, ob die abnehmende Religiosität und der Glaubensabfall von den Mischehen verursacht werden oder ob diese Erscheinungen ihrerseits die Ursache von Mischehen sind, ist nicht einfach zu beantworten. Es dürfte eine Wechselwirkung vorhanden sein. Es gibt Mischehen, die im Gefolge der schwachen kirchlichen Bindung des katholischen Partners zustande gekommen sind und in der Folge zu seinem völligen Abfall führen. Anderseits sind die Fälle, in denen der katholische Ehepartner erst durch die Mischehe vor Gewissenskonflikte gestellt und zu einer Entscheidung gezwungen wird, sicher auch nicht selten.

Schließlich sei noch festgehalten, daß die religiöse und sittliche Widerstandskraft einer Bevölkerung durch die Mischehen auch insofern Schaden erleidet, als die Mischehen — wie aus verschiedenen Untersuchungen deutlich hervorgeht —,

a) nur eine unterdurchschnittliche Geburtenfreudigkeit aufweisen und
b) viel häufiger zur Ehescheidung führen als rein katholische Ehen.

3. Die katholischen Länder Europas

Die Schwierigkeit, über die Religiosität und die kirchliche Praxis auf Grund statistischer Unterlagen etwas auszusagen, gilt in doppeltem Maße für die katholischen Länder in Europa. Nicht nur, weil mit Ausnahme von Belgien, Frankreich und Österreich nur wenige einschlägige Unterlagen zur Verfügung stehen, sondern auch weil sich hier die Religiosität in viel stärkerem Maße als in den konfessionell gemischten Ländern in Formen manifestiert, die für Statistik und Soziographie nur schwer faßbar sind. Der Nordeuropäer kennt seine Verpflichtungen als Katholik, und wenn er seinen Glauben ernst nimmt, versucht er, diese Verpflichtungen möglichst gewissenhaft zu erfüllen. Er geht sonntags zur Kirche, und wenn es möglich ist, auch hier und da in der Woche einmal. Das Sakrament des Altares empfängt er im allgemeinen mehrmals im Jahr; er gehört wohl auch katholischen Vereinen an, kurz: er bemüht sich redlich, seine religiösen Pflichten zu erfüllen und ist aufrichtig überzeugt, nur so ein guter Katholik sein zu können. Wenn er hingegen aus irgendeinem Grunde seinen Glauben nicht ernst nimmt und seine Pflichten längere Zeit nicht erfüllt, so ist er bald geneigt, sich nur noch rein nominell als Katholik zu betrachten, als lediglich katholisch Getaufter. In vielen Fällen (z. B. in den Niederlanden) erklärt er in formeller, öfter aber in informeller Weise, nicht mehr katholisch zu sein. In anderen Fällen (z. B. in Deutschland) nennt er sich zwar weiter katholisch, aber dies ist für ihn mehr oder weniger eine Formsache — zu der allerdings auch das Weiterzahlen der Kirchensteuer gehört. Selbstverständlich gibt es zwischen konsequenter Pflichterfüllung und völliger Indifferenz Zwischenformen: Auch in den gemischt katholischen Ländern gibt es viele Katholiken, die in der einen oder anderen Weise — unregelmäßig oder nach langen Jahren wieder einmal — sporadisch am kirchlichen Leben teilnehmen. Glaubenshandlungen verrichten bedeutet außerdem ja auch nicht ohne weiteres, daß derjenige, der sie ausübt, schon dadurch ein religiöser Mensch ist. Es gibt regelmäßige Kirchenbesucher, die im Grunde laue und gewohnheitsmäßige Katholiken sind, wie anderseits ein Mensch, der nur selten in die Kirche geht, ernsthaft um seinen Glauben ringen und ein Sucher nach Wahrheit sein kann.

In den katholischen Ländern aber gibt es bedeutend mehr solcher Zwischenformen. Man kann zwischen „hundertprozentigen" Katholiken und völlig abseits stehenden eine große Skala von Möglichkeiten der kirchlichen Bindung entdecken, die in den west- und nordeuropäischen Ländern schlecht denkbar sind. Der Katholik dieser Länder begreift nicht, daß es in Italien eine so erschreckend hohe Anzahl von Kommunisten gibt, die aber nichtsdestoweniger eine große — objektiv gesehen in vielen Fällen abergläubische — Verehrung für die Muttergottes und den heiligen Antonius zeigen. Er wundert sich, daß in dem so weitgehend kirchenentfremdeten Frankreich fast alle Kinder noch katholisch getauft werden. Er stellt sich die Frage, wie es möglich war, daß die katholischen Spanier im Bürgerkrieg sechzehn Bischöfe und Tausende von Priestern ermordeten, oft in bestialischer Weise. Er würde verstehen, wenn ein Österreicher, der am Sonntag nie in die Kirche geht, marxistischen Ideen anhängt und nach der Scheidung mit einer zweiten Frau lebt, sagen würde, daß er konfessionslos sei. Aber es kommt ihm unverständlich und sonderbar vor, daß dieser Östereicher sich selbstverständlich katholisch nennt und regelmäßig seine Kirchensteuern zahlt. Nichts ist gefährlicher und irreführender, als diese Bindung an die Kirche für null und nichtig zu erklären. Diese Haltung bezeugt eine große Unbesonnenheit und religiöse Unwissenheit, sie hat oft mehr mit Aberglauben als mit Glauben zu tun, aber die Religiosität ist fast nie ganz verschwunden. Sie kann plötzlich wunderbar aufblühen; diese Menschen können auf einmal beten, wie es kein Nordeuropäer kann. Man spürt dann, wie diese Länder bei allem Laizismus, Antiklerikalismus und Kommunismus doch irgendwie in ihrem Fundament christlich und die Menschen, wie der Wiener sagt, „eh katholisch" geblieben sind.

In den katholischen Ländern wird deutlich, wie sehr die Kirche, die einst auf allen Gebieten des Lebens und bei allen sozialen Schichten eine große Autorität besaß, diese weitgehend verloren hat. Die noch immer beträchtlichen Zahlen der Teilnahme am Religionsunterricht und an gewissen kirchlichen Festen und Gedenktagen (Allerseelen, Weihnachten, Silvester, Ostern, Fronleichnamstag), auch die zahlreichen Saisonkatholiken zeigen übrigens, daß diese Autorität bei weitem nicht ganz verschwunden ist:

Die Volksreligion hat verschiedene öffentliche Kulthandlungen des Katholizismus integriert. Dieser Konformismus ist nicht ohne weiteres das Zeichen einer kirchlichen Disziplin oder eines orthodoxen Glaubens. Die kirchliche Praxis nimmt hier Formen an, die nur im Wege der Erforschung der psychologischen Faktoren des religiösen Lebens erklärt werden können. Diese sind dem Folkloristen und Ethnographen oft besser verständlich als dem Theologen. Viele Phänomene, die man als religiöse Feigheit oder als Mangel an Glaubensmut zu disqualifizieren geneigt ist — z. B. die Tatsache, daß viele Kinder bzw. Jugendliche nach ihrer Erstkommunion nicht mehr in die Kirche gehen, oder daß Jungvermählte nach ihrer kirchlichen Trauung noch weniger praktizieren als vorher —, bedeuten nicht, daß diese Menschen etwas unterlassen, was ihnen als Pflicht bewußt ist. In sehr vielen Fällen bedeutet es einfach nur, daß sie der Kirche lediglich das Monopol für gewisse religiöse Riten zuerkennen.

Eine Meinungsbefragung, vom „Institut français de l'opinion publique" 1958 im Auftrage von „La Vie catholique Illustrée" unter 18- bis 30jährigen Franzosen durchgeführt, ergab, daß nur 78 % der *praktizierenden* Katholiken an Himmel, Hölle und Fegefeuer glauben und nur 56 % an die Auferstehung des Fleisches. Von den nicht praktizierenden Katholiken, d. h. überwiegend Saisonkatholiken, erklärten 43 %, an die Dreifaltigkeit, 24 % an Himmel, Hölle und Fegefeuer und 17 % an die Auferstehung des Fleisches zu glauben. Anderseits gaben 79 % dieser Saisonkatholiken an, ihre Kinder religiös erziehen lassen zu wollen.

So kann man sagen, daß die Kirche in den katholischen Ländern für sehr viele Menschen — meistens die übergroße Mehrheit — eine selbstverständliche und notwendige Institution ist, und zwar eine Institution, die ein Monopol für ganz bestimmte Funktionen besitzt. Indem man diese Monopolfunktion anerkennt und zu gegebenen Zeiten davon Gebrauch macht, ist man katholisch.

Irland

Diese Feststellungen treffen wohl nicht für Irland zu, obwohl man hier und da von Kennern der irischen Situation hört, daß eine Entwicklung in dieser Richtung nicht ausgeschlossen sei. Die Struktur des Landes entspricht dem Wunschtraum vieler, die der „guten alten Zeit" nachtrauern: sie ist überwiegend agrarisch, mit idyllischen Dörfern, kleinen Pfarreien und großem Priesternachwuchs. Die Kirchen sind auch in den Städten oft überfüllt, der Sakramentenempfang ist außerordentlich hoch. Aber seit hundert Jahren ist die Entwicklung in Irland anormal. Das Land steht in einem ununterbrochenen Prozeß der Entvölkerung. Die Auswanderung, vor allem nach den USA und nach Großbritannien, hat seit 1850 die Einwohnerzahl von 6,5 Millionen auf weniger als 3 Millionen verringert und stellt das große Problem dieses Landes dar. Die einzigen Möglichkeiten, diesem Prozeß Einhalt zu bieten, sind:

a) die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch eine konsequent durchgeführte planmäßige Industrialisierung und

b) die Bekämpfung der vor allem für die Jugend tödlichen Langeweile auf dem Lande.

Wie sehr eine solche Entwicklung notwendig ist, kann am Beispiel Limericks deutlich gemacht werden. Diese Grafschaft zählt 51 Ortschaften mit folgenden Einwohnerzahlen:

mehr als 1000	:	4 Orte
500—1000	:	19 Orte
200—500	:	9 Orte
weniger als 200	:	19 Orte

Der irländische Soziologe Newman befürwortet die Errichtung kleiner städtischer Gemeinschaften mit wenigstens 1000 bis 1500 Einwohnern. Nur solche Gemeinschaften sind einigermaßen imstande, die minimalen Bedürfnisse eines zeitgemäßen sozialen und kulturellen Lebens zu befriedigen und die weitere Landflucht aufzuhalten. Für die Kirche bedeutet diese notwendige Strukturänderung eine Anpassung der Seelsorge an veränderte Verhältnisse. Eine weitsichtige Planung könnte dabei die Gefahr eines Substanzverlustes auf ein Mindestmaß reduzieren, so daß Irland weiterhin seine weltweite katholische Mission zu erfüllen imstande bliebe.

Belgien

Wie Irland nimmt auch Belgien (mit Luxemburg) unter den katholischen Ländern Europas einen besonderen Platz ein. Das Land ist Schauplatz vieler historischer Ereignisse gewesen und hat sich seine Eigenstaatlichkeit in einer ständigen Auseinandersetzung mit Freunden und Feinden aus Nord, Süd, Ost und West, aber vor allem auch innerhalb seiner eigenen Staatsgrenzen erringen müssen. Der Kampf zwischen Flamen und Wallonen, die Haßliebe zwischen einem germanischen und einem romanischen Volksteil, wurde sowohl auf dem politischen als auch auf sozialem, kulturellem und religiösem Gebiet ausgetragen. Da die Kirche in diesem Kampf nicht abseits gestanden ist, hat sie sich jetzt, nachdem die Wogen sich ziemlich gelegt haben, eine komplexe Form gegeben, deren politische, soziale und religiöse Elemente unzertrennlich sind. Wenn man über Kraft und Schwäche der katholischen Kirche in Belgien diskutiert, führt man als Argumente sowohl den Prozentsatz der Kirchenbesucher als auch die Mitgliederzahl der JOC, die Errungenschaften auf dem Gebiet der Krankenfürsorge und des Unterrichtes wie die Stärke der christlichen Gewerkschaftsbewegung und die Mandate der christlichen Volkspartei ins Feld. Belgien hat mit den Niederlanden letzten Endes doch vieles gemeinsam, obwohl der Werdegang der katholischen Kirche seit der Reformation in beiden Ländern grundverschieden war.

Die Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Untersuchungen, zum beträchtlichen Teil vom Centre de Recherches socio-religieuses, Brüssel, durchgeführt, bestätigen die religiösen Unterschiede zwischen den flämischen und den wallonischen Teilen des Landes und unterstreichen auch in dieser Hinsicht die spezifische Situation und die besondere Problematik der Brüsseler Agglomeration. Einige Ziffern über die religiöse Praxis mögen diese Ausführungen noch untermauern (vgl. Tabelle XV, folgende Seite).

Wie überall, weisen auch in Belgien die Industriegebiete die niedrigsten Observanzziffern auf. In Wallonien gehen durchweg weniger als 25 % der Industriebevölkerung am Sonntag in die Kirche. Eine Untersuchung in Tournai ergab für die sozialen Schichten folgende Ziffern des sonntäglichen Gottesdienstbesuches:

Freie Berufe	68 %
Handel- und Gewerbetreibende	47 %
Angestellte und Beamte	42 %
Qualifizierte Arbeiter	25 %
Unqualifizierte Arbeiter	15 %

Tabelle XV: Gottesdienstbesuch in den belgischen Provinzen

Provinz	Zahl der Kirchenbesucher in % aller Katholiken	Zahl der Kirchenbesucher in % der zum Gottesdienstbesuch verpflichteten Katholiken
Antwerpen	43,8	51,5
Brabant Brüssel	29,7	34,9
Löwen	53,4	62,8
Nivelles	29,4	34,6
Provinz	33,9	39,9
Hennegau	21,7	25,5
Lüttich	38,6	45,4
Limburg	68,0	80,0
Luxemburg	64,3	75,6
Namur	53,5	62,9
Ostflandern	43,8	51,5
Westflandern	61,4	72,2
Flämisches Gebiet	51,2	60,2
Wallonisches Gebiet	34,6	40,7
Belgien	42,2	49,6

Die Ehescheidungen nehmen in Belgien, wie fast überall in Europa, zu, vor allem seit dem letzten Krieg. Auf 100 000 Einwohner wurden in Belgien 1938: 41,75 Ehen geschieden, 1950: 58,93; 1954: 45,23; 1955: 49,64. Die entsprechenden Ziffern für das Hennegau (1938: 57,56; 1950: 83,78; 1954: 61,10; 1955 70,41) deuten darauf hin, daß die Ehescheidungshäufigkeit in Wallonien höher ist als im flämischen Teil des Landes.

Auch die Christliche Volkspartei hat in Flandern (1958: 56,6 % der Stimmen) mehr Anhänger als in Brüssel (38,2 %) und Wallonien (35,1 %). Dasselbe gilt für die Christlichen Gewerkschaften: von 100 Mitgliedern sind 78 bis 79 Flamen, 15 bis 16 Wallonen und 6 Brüsseler („Brusselaars").

Die Katholiken Belgiens verfügen über eine beträchtliche Anzahl von Privatschulen, die mehr Schüler zählen als die öffentlichen Schulen. Auch im Pressewesen sind die Katholiken mit 23 Zeitungen (Gesamtauflage über eine Million) bedeutend stärker als die Sozialisten (8 Zeitungen, 300 000 Auflagen) und die Liberalen (8 Zeitungen, 560 000 Auflagen).

Die ganz besondere Lage Brüssels hat das Centre de Recherches socio-religieuses dazu veranlaßt, dieser Millionen-Agglomeration in mehreren Untersuchungen seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Begegnung Stadt—Land (Brüssel hat eine einmalige Struktur und setzt sich aus vielen Stadt- und Randgemeinden zusammen) und das Zusammenwohnen von Personen, die teils flämischer, teils wallonischer Herkunft sind und in Belgien eine dritte, von Flamen und Wallonen unterschiedliche Bevölkerungsgruppe darstellen, die „Brusselaars" oder „Bruxellois", ist die Ursache dafür, daß die Brüsseler Karte der religiösen Praxis stark differenziert ist. Die Ziffern der religiösen Praxis gehen von 5 bis 50 %. Die Sprachschwierigkeiten stellen die Seelsorge vor ungemein schwierige Aufgaben. Im Agglomerationskern war die Seelsorge für die flämischen Katholiken bis jetzt nur sehr schwach ausgebildet. Eine Verbesserung setzt sich jetzt durch, hat aber noch nicht überall zu einer befriedigenden Lösung geführt. In den flämischen Randgebieten hingegen zieht sich die „Pfarrei" oft auf den — kleiner werdenden — flämischen Kern zurück und verschließt sich allen anderen Einflüssen.

Luxemburg

Das kleine Land Luxemburg scheint für den Religionssoziologen ein ideales Forschungsgebiet zu sein. Es ist ein Land mit einer ausgewogenen Struktur: viel Landwirtschaft, einige Städte und ein relativ großes Gebiet mit Schwerindustrie. Alle Probleme der Religiosität einer katholischen Bevölkerung, die sich sowohl auf dem Lande als auch in den mehr urbanisierten und industrialisierten Gebieten in einer Übergangsphase befindet, da der Anschluß an das internationale Leben (Fremdenverkehr, Montanunion) sich immer mehr verwirklicht, sind in einem ziemlich überschaubaren Rahmen gegeben und können in diesem Rahmen relativ leicht einsichtig gemacht werden.

Das religiöse Leben der luxemburgischen Bevölkerung hat auf dem Lande eine lebendige Tradition. Fast jeder geht in die Kirche und erfüllt seine religiösen Pflichten — aus Überzeugung und weil es sich so geziemt. Durch die Abwanderung in die Stadt oder in das Industriegebiet im Süden des Landes aber werden viele Bewohner dazu veranlaßt, ihre religiösen Pflichten nicht mehr so ernst zu nehmen. Dies ist vor allem bei den Arbeitern der Fall. Im ganzen gehen etwas weniger als 70 % der Luxemburger im Alter über 14 Jahre zur Osterkommunion. Die Ziffern differieren aber stark nach Beruf und Milieu und liegen zwischen 52 % und nahezu 100 %. Der Kirchenbesuch wird für die Gesamtbevölkerung (einschließlich der nicht zum Gottesdienst Verpflichteten) auf 54 % beziffert.

Österreich

Obwohl Österreich eindeutig ein katholisches Land ist, hat der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung seit 1920 ständig leicht abgenommen: 1910 waren 93,7 % der Bevölkerung katholisch, 1934 90,5 % und 1951 89,1 %. Die Abnahme ist teils eine Folge des steigenden Anteils der Konfessionslosen, die 1951 3,8 % der Bevölkerung ausmachten, teils durch die Zunahme des evangelischen Bevölkerungsanteiles (1951: 6,2 %) bedingt.

Für die katholische Kirche Österreichs war der Ausgang des ersten Weltkrieges und der Zusammenbruch des Kaiserreiches ein schwerer Schlag, er gab ihr aber die Möglichkeit, in zähem Ringen und unter manchen Rückschlägen eine freie, von allen politischen Bindungen losgelöste Kirche zu werden. Dieses innere Revirement, das mit der liturgischen Bewegung nach dem ersten Weltkrieg und der stillen Aufbauarbeit während des letzten Krieges begann, wirkte sich besonders nach 1945 aus.

Die religiöse Praxis der österreichischen Katholiken stellt Tabelle XVI (folgende Seite) dar.

Die Tabelle zeigt, daß die Apostolische Administratur Innsbruck-Feldkirch die weitaus höchste Gottesdienstziffer aufweist, Wien (besonders die Stadt Wien) dagegen die niedrigste. Salzburg, Oberösterreich, St. Pölten, Wien-Nord und das Burgenland nehmen eine Mittelposition ein, während Kärnten und Steiermark unter dem Durchschnitt liegen.

Der gesamtösterreichische Durchschnitt mit einer reellen Gottesdienstziffer von 34,5 % dürfte (trotz der negativen Beeinflussung durch den „Wasserkopf Wien") im Mittelfeld der europäischen Nationen liegen.

Zu den Prozentsätzen bei der Erfüllung der Osterpflicht könnte noch folgende Überlegung angestellt werden: Alle Diözesen außer Tirol-Vorarlberg haben höhere Paschanteziffern als Gottesdienstziffern. Das deutet darauf hin,

Tabelle XVI: Religiöse Praxis nach Diözesen in Österreich

Kirchendistrikte	Katholische Wohnbevölkerung[1]	Dominicantes Gottesdienstziffer[2] abs.	in %	Paschantes abs.	% [3]
Erzdiöz. Wien	2 057 570	411 775	23,5	611 167	33,0
davon Wien-Stadt	(1 363 713)	(226 476)	(19,5)	(318 779)	(26,0)
Wien-Nord	(291 745)	(100 473)	(40,5)	(151 047)	(57,5)
Wien-Süd	(402 112)	(84 826)	(24,8)	(141 341)	(41,8)
Diöz. St. Pölten	608 928	214 869	41,5	330 859	60,4
Diöz. Linz	1 043 151	393 093	44,4	535 876	57,1
Ap. Adm. Burgenland	228 089	82 468	42,5	120 609	58,8
Erzdiöz. Salzburg	397 391	133 974	39,7	194 620	54,4
Diöz. Seckau	986 771	257 268	30,7	421 878	47,5
Diöz. Gurk	412 329	101 527	29,0	184 889	49,8
Gen.-Vik. Innsbruck	319 930	146 684	54,0	129 985	45,1
Ap. Adm. Gen.-Vik. Feldkirch	193 161	90 734	55,3	85 996	49,5

[1] Auch diese korrigierten Zahlen dürften für Österreich noch bis zu 1 % ungenau sein, für manche Diözesen sogar mehr. Da die letzte Volkszählung aber zu weit zurückliegt, sind keine genauen Angaben möglich.

[2] Berechnet nach der katholischen Wohnbevölkerung abzüglich 15 % (Kinder und Entschuldigte).

[3] Berechnet abzüglich 10 % Kinder unter 7 Jahren. Angaben sicher etwas überhöht.

daß die an und für sich schlechten Katholiken wenigstens ihr Ostern halten. In Tirol und Vorarlberg dürfte die äußerst hohe Kirchenbesucherzahl aber auf die Tradition zurückzuführen sein, bei langsamerem Verlust der sakramentalen Frömmigkeit — deshalb konsequenterweise niedrigere Paschantesziffern.

Die Kirchenbesuchersätze sind nach sozialem und politischem Milieu verschieden. Die untere Grenze liegt bei knapp 10 % in Wiener Außenbezirken und in schwierigen Industrieorten. Für die Stadt Wien gibt die kirchliche Statistik rund 23 % Kirchenbesucher an, für Graz und Klagenfurt 27 %, für Linz 23 %, für Salzburg 33 % und für Innsbruck 37,5 %. Genaue Zählungen in den genannten Städten würden die Ziffern wahrscheinlich noch etwas nach unten korrigieren. Dabei ist auch der „Säumigkeitsquotient", das heißt der Anteil jener, die zu spät zum Gottesdienst kommen oder die Messe zu früh verlassen, relativ hoch: er geht bis über 30 %. Ein auffallendes Merkmal ist weiter die saisonbedingte Schwankung des Kirchenbesuches. Die Höhepunkte liegen im Herbst und in der österlichen Zeit. Die sommerliche Ferien- und Urlaubszeit weist in den Städten den geringsten Kirchenbesuch des Jahres aus, während die Zunahme des Kirchenbesuches in den Urlaubsorten nicht den gleichen Umfang erreicht.

1957 waren in Österreich 5424 Konversionen und Reversionen gegenüber 8933 Kirchenaustritten zu verzeichnen. Während Taufe und kirchliches Begräbnis noch fast zu 100 % in Anspruch genommen werden, heiraten nur noch 80 % der getauften Katholiken kirchlich.

In Österreich bilden — wie auch anderwärts — Feminisierung, Verkindung und Vergreisung des Kirchenvolkes — vor allem in den Städten — ein ernstes Problem für die Seelsorge.

Über die Situation der Landpfarreien liegt noch zuwenig Material vor, um abschließende Urteile fällen zu können. Der Kirchenbesuch in den kleinen Landstädten und in den Dörfern schwankt zwischen 10 und 90 %. In zahlreichen bäuerlichen Gebieten kommt noch fast die gesamte Bevölkerung der Osterpflicht nach. Dabei ist in den Fremdenverkehrsgebieten ein Rückgang des religiösen Lebens festzustellen; es zeigen sich aber auch in konservativen Landgegenden Anzeichen einer zunehmenden Materialisierung. Signifikant dafür ist der rapide Rückgang der Kinderzahl auch in ganz entlegenen Landgebieten, die Abnahme der geistlichen Berufe sowie des offensichtlich teilweise nur sozial und traditionell motivierten Kirchenbesuches. Das industrielle und bäuerlich gemischte Dorf mit seinen Pendelwanderern und Saisonarbeitern wird heute in Österreich als ein Hauptproblem der Seelsorge angesehen.

Schon die wenigen angeführten Daten charakterisieren den Katholizismus in Österreich: In seiner Gesamtheit zeigt er ein Bild geschwächten Glaubenseifers. Die „kalte Entchristlichung" führt dazu, daß Randschichten indifferent werden und langsam abbröckeln. Dagegen steht die Erneuerungsbewegung, die allerdings erst eine Minorität erfaßt hat. Die künftige Entwicklung wird entscheidend davon abhängen, wie weit es ihr gelingen wird, die Masse des katholischen Volkes religiös zu reaktivieren.

Frankreich

Die Probleme des südlichen Teiles von Belgien sind denen des französischen Katholizismus sehr ähnlich. Rideau hat in einer im Auftrag des niederländischen Institutes für kirchliche Sozialforschung durchgeführten Studie (Le Comportement religieux dans les bassins miniers de la CECA, unveröffentlichtes Manuskript 1956) eine Anzahl Daten über die religiöse Situation der Industriebevölkerung in den zehn großen Kohlen- und Stahlindustriegebieten der Montanunion zusammengestellt. An Hand verschiedener Unterlagen kommt Rideau zu einer Unterteilung in mehr oder weniger „orthodoxe" und in eindeutig „unorthodoxe" Gebiete. Zu den orthodoxen Gebieten, in denen die religiöse Praxis der Industriebevölkerung entweder ein günstiges oder zumindest kein sehr ungünstiges Bild zeigt, zählt er Niederländisch-Limburg, das Ruhrgebiet, die Saar, Luxemburg (Land), Lothringen und Belgisch-Limburg. Die unorthodoxen Gebiete sind alle in Frankreich und Belgien gelegen: Wallonien und die französischen Gebiete Nord, Pas-de-Calais, Cevennes und Loire (Kirchenbesucherziffern zwischen 5 und 25 %).

Nicht nur in den Schwerindustriegebieten, sondern auch in den Städten und in erschreckendem Maße auch in gro-

ßen ländlichen Gebieten hat Frankreich an kirchlicher und religiöser Substanz verloren. Die religiöse Lage in diesem Lande hat zu einer teilweise über die Grenzen hinaus bekannt gewordenen Literatur Anlaß gegeben. Bücher wie „La France — Pays de Mission" oder Hirtenbriefe wie die des Pariser Erzbischofs, Kardinal Suhard, über den Aufstieg und Niedergang der katholischen Kirche Frankreichs haben viele der besten Geister zur Erforschung der Lage und zur pastoralen Aktion geführt. In Frankreich wurde die moderne Religionssoziologie geboren. Schon die ersten Studien — nach Anregung von Gabriel Le Bras — standen eindeutig am Anfang einer ständig weitergehenden Entwicklung im Dienste der Kirche. Merkwürdigerweise ist es aber bis jetzt in Frankreich noch nicht gelungen, Untersuchungen auf nationaler Ebene oder wenigstens methodisch einheitliche und voll vergleichbare Teilforschungen durchzuführen. Der individualistische Geist der Franzosen, dem die Kirche bis in die letzte Zeit viele wertvolle Initiativen verdankt, hat dazu geführt, daß sich mehrere Zentren, Institute und Einzelpersonen der religionssoziologischen Forschung gewidmet haben. Ihre Ergebnisse sind zum Teil nicht publiziert, zum Teil auch nur für die untersuchten Gebiete relevant.

Aus den bisher durchgeführten Untersuchungen gibt es zahlreiche Aussagen über die religiöse Lage Frankreichs. Es sind für das ganze Land Daten über den Kirchenbesuch bekannt. Sie beziehen sich für die ländlichen Gebiete auf die Ziffern der von den Pfarrern festgestellten durchschnittlichen Sonntagspraxis, für viele Städte beruhen sie auf Zählungen der sonntäglichen Meßbesucher. Wenn man auf diese Weise zu dem Ergebnis kommt, daß etwa 31 % der erwachsenen französischen Katholiken praktizieren, so ist diese Gesamtziffer selbstverständlich nur das Resultat einer statistischen Durchschnittsberechnung. Die Wirklichkeit variiert fast unendlich weit. Es gibt selbst innerhalb ländlicher Diözesen große Unterschiede. Im Departement Deux Sèvres z. B. verzeichnet man im Norden eine nahezu hundertprozentige Teilnahme am Gottesdienst, während im Süden fast niemand in die Kirche geht. Die Unterschiede zwischen Stadt und Umraum sind mitunter groß, obwohl kleine Städte oft sehr deutlich von ihrer direkten Umgebung beeinflußt werden. Die Großstädte wie Marseille (11,4 %), Bordeaux (13,2 %), Paris (Männer 6,5 %, Frauen 9,8 %), Versailles (6,1 %) bestätigen den Ruf Frankreichs, nicht sehr kircheneifrig zu sein. Es gibt selbst innerhalb der Städte oft sehr große Unterschiede, die von 1 bis 2 zu 40 % gehen können. Des weiteren sind die typischen Unterschiede in der kirchlichen Observanz zwischen Frauen und Männern, nach Altersgruppen, sozialen Schichten, nach relativ kirchlichen Gebieten — wie Bretagne, Vendée, Savoyen, Lothringen — und den entchristlichten Departements — Zentral-Massiv und Industriegebiete — am Beispiel Frankreichs in die religionssoziologische Literatur eingegangen.

Italien

Viel weniger als über den Katholizismus in Nord-, West- und Mitteleuropa wissen wir bisher über die katholischen Mittelmeerstaaten Portugal, Spanien und Italien. Die noch nicht zahlreichen wissenschaftlichen Untersuchungen bestätigen allerdings in großen Linien die anderweitig gewonnenen Hypothesen und lassen zum Teil Strukturen vermuten, die denen Frankreichs ähnlich sind. Allen drei Ländern ist wohl gemeinsam, daß die „devoti", die aktiven Katholiken, in den nördlichen Landesteilen am zahlreichsten sind. Die Vermutung liegt auf der Hand, daß die oft unvorstellbare Armut, die soziale Rückständigkeit und die große religiöse Unwissenheit sowohl in Süditalien als auch in Südspanien und insbesondere in Südportugal einen wesentlichen Einfluß auf die schwache religiöse Praxis ausüben. Es wäre unbedingt notwendig, mehr Einsichten in den Unterschied zwischen der von Freidenkern und intellektuellen Kommunisten beeinflußte *Kirchenfeindlichkeit* in bestimmten Gebieten und innerhalb bestimmter sozialer Schichten Norditaliens und der von Unwissenheit und Elend geförderten *kirchlichen Indifferenz* im Süden des Landes zu gewinnen. Es ist bedeutsam, daß in Italien die Allerreichsten und die Allerärmsten der Kirche am meisten entfremdet sind (Burgalassi).

Man schätzt, daß die italienischen Katholiken im Durchschnitt zum Großteil zu den sogenannten „conformisti" gehören, also mit den französischen conformistes saisonniers zu vergleichen sind. Die Zahlen dieser conformisti gehen von 20 % in den relativ gut katholischen Teilen des Nordens bis 75 % in der Emilia, in der Toscana und in Sizilien. Der Prozentsatz der praktizierenden Katholiken wird durchschnittlich mit 30—40 % beziffert, und zwar sind sie zahlreich (bis zu 75 %) im Norden (Diözesen Treviso, Vicenza, Brescia); ihr Anteil geht jedoch in den roten Gebieten (Emilia, Toscana) und im Süden bis auf 15 % zurück. Dementsprechend sind auch die Zahlen der „devoti" im Norden bis zu 15 %, in den meisten anderen Gebieten viel niedriger (3—4 %). Echte „Separati" findet man hauptsächlich in den roten Gebieten, wo die aktiven Marxisten bis zu 10 % der Bevölkerung ausmachen, und in den Kreisen der Freimaurer.

In der letzten Zeit arbeiten katholische Elitegruppen in Italien dem religiösen Unwissen und Aberglauben kräftig entgegen. Es ist bezeichnend, daß es Gegenden gibt, in denen schon 60 % der Kinder, aber nur 15 % der älteren Jugend und 5 % der Erwachsenen Religionsunterricht bekommen haben.

Die religiöse Unwissenheit, die zum Teil auch auf den in diesen Ländern, vor allem in Portugal, noch relativ hohen Analphabetismus zurückzuführen ist, muß einerseits als ständige Ursache der schwachen religiösen Praxis angesehen werden, kann aber anderseits als Entschuldigung dafür gelten. Ein bekannter Ausspruch bezeichnet das religiöse Unwissen in den katholischen Ländern Europas (und Südamerikas) als das achte Sakrament.

Spanien

Die traurige Wahrheit, daß gerade in einigen katholischen Ländern Europas die Kommunisten die meisten Anhänger haben, bleibt in Spanien seit dem Ende des Bürgerkrieges verborgen. Es ist schwer zu sagen, ob und inwiefern sich Spanien unter der Oberfläche nach rechts oder links entwickelt hat. Zuverlässige Kenner Spaniens glauben, daß mit dem Sieg Francos der Status quo eingetreten ist und eines Tages die Entwicklung weitergehen wird, wo sie vor der Revolution stehengeblieben ist.

Aus den Angaben über den Priesternachwuchs in Spanien tritt ein erstaunlich großer Unterschied zwischen Nord- und Südspanien klar zutage. Die nördlichen Diözesen Spaniens sind ausgesprochen priesterreich, während der Süden hingegen mit einem chronischen Priestermangel zu kämpfen hat. Diese Tatsache scheint ein Symptom des allgemeinen religiösen Unterschiedes zwischen beiden

Landeshälften zu sein. In Nordspanien sind die Basken zu Hause, die nicht nur in nationaler Hinsicht stolz und prinzipienfest sind. In Nordspanien (dem katalonischen Kernreich) begann auch der Jahrhunderte dauernde Kampf gegen die Mauren zur Wiederherstellung des christlichen Reiches. Die südliche Hälfte Spaniens hingegen war während fünf Jahrhunderten von den Mauren besetzt. Außerdem ist der Süden sozial-ökonomisch und kulturell der rückständige Teil des Landes. Diese Fakten müssen zur Erklärung der mitten durch Spanien verlaufenden „religiösen Grenzlinie" mit herangezogen werden. Statistische und soziographische Daten sind leider unvollständig und ausschließlich für Nordspanien vorhanden. Ihnen ist zu entnehmen, daß im Norden Spaniens die Kirchenbesuchersätze von sieben Diözesen zwischen 26 % (Segorbe, schon gegen Süden gelegen!) und 30 % (Valencia, ebenfalls gegen Süden) sowie 80 % (San Sebastian im Baskenland) liegen. Für einige untersuchte Dörfer sind Angaben publiziert worden, die von 45 bis 82,5 % variieren. Die Stadt Caceres verzeichnet 44 % Kirchenbesucher, in der Industriestadt Mataro hat Abbé Duocastella auf Grund einer eingehenden Untersuchung einen Kirchenbesuchersatz von 29,6 % festgestellt. Zu erwähnen ist auch noch die Untersuchung von P. Vasquez OP, die in einem Viertel von Madrid durchgeführt wurde und 36,0 % Kirchenbesucher feststellte (Frauen 44,7 %, Männer 27,2 %). Einige Studien über die religiöse Praxis der verschiedenen sozialen Schichten bestätigen im wesentlichen die Erfahrungen aus anderen Ländern. Zu erwähnen ist aber die außerordentlich hohe Beteiligung der Großindustriellen, die mit 80,8 % an der Spitze stehen, während die selbständigen Bauern nur eine Beteiligung von 28 % am sonntäglichen Gottesdienst ausweisen.

Portugal

Portugal hatte wie Spanien einen Jahrhunderte dauernden Kampf gegen die Mauren zu bestehen. Die wirtschaftliche, soziale, kulturelle und religiöse Struktur des Landes hat denn auch viele Ähnlichkeiten mit Spanien, besonders bezüglich der Teilung in eine stark unterschiedliche nördliche und südliche Hälfte. Portugal mußte in religiöser Hinsicht viele Kämpfe austragen: erst gegen die Mauren und später gegen die Ideen der Französischen Revolution, die eine Welle von Laizismus und Antiklerikalismus über das Land brachten, 1834 zur Verbannung aller Orden führte und 1910 ihren Höhepunkt in der Errichtung der Republik erreichten. Erst seit den dreißiger Jahren, als Salazar an die Macht kam, wurde es der Kirche möglich, sich zu reorganisieren.

Der Kirche war während dieser langen Jahre viel Schaden zugefügt worden. Im Norden des Landes (von Porto und Fátima bis Lissabon) sind die Prozentsätze der kirchlichen Praxis verhältnismäßig hoch und gehen von etwa 40 % bis zu 70 %. Die Pfarreien sind dort im Durchschnitt klein (die Diözese Bragança hat durchschnittlich 720 Katholiken pro Pfarrei). Es gibt im Norden viele kleine Bauern, die das Land als Eigentum besitzen und auf Grund des guten Klimas und der fruchtbaren Böden von den Erträgnissen ihrer Arbeit relativ gut leben können. Portugal gehört noch zu den Ländern mit hohen Geburtenziffern. Lediglich Lissabon macht eine Ausnahme. Im ganzen Land werden noch 88 % der Ehen kirchlich geschlossen, in Lissabon nur zwei Drittel.

Mit besonderen Schwierigkeiten hat die Kirche in der Hauptstadt zu ringen. Es fehlen zahlreiche Kirchen; manche Pfarreien haben über 50 000 Seelen. Es besteht weiter ein Mangel an Priestern, der sich durch die starke Zuwanderung in die Stadt ständig vergrößert. 60 % der Wanderungsbewegung des Landes geht nach Lissabon. Außerdem gibt es eine starke Auswanderung nach Übersee (Lateinamerika, Afrika).

Die Problemgebiete Portugals liegen aber vor allem im Süden des Landes. Dort wirkt sich der Priestermangel am schlimmsten aus (in Beja z. B. kommt ein Priester auf 7000 Katholiken). Die religiöse Unwissenheit ist sehr groß. Nur eine kleine Minderheit der Kinder erhält Religionsunterricht. In der Diözese Baixo Alentijo werden über die Hälfte der Ehen nicht kirchlich geschlossen. Es gibt Gemeinden, in denen weniger als 25 % der Geschlechtergemeinschaften legalisiert sind. Über 40 % der Kinder werden im Süden des Landes außerehelich geboren. Man schätzt, daß in der Diözese Beja weniger als 5 % der Katholiken sonntags in die Kirche gehen. Ein großes Gebiet der Diözese Baixo Altentijo ist bereits vollkommen heidnisch geworden.

Das Land ist arm, 90 % der Bevölkerung arbeiten als Agrarproletarier auf den großen Landgütern (Latifundien). Die von der Regierung geplante Industrialisierung im südlichen Portugal kann für diese wohl ärmste Gegend Europas ein Segen werden, aber nur dann, wenn die Kirche imstande sein wird, die Folgen dieser eingreifenden Maßnahmen durch eine schnelle Entwicklung ihrer seelsorglichen Methoden aufzufangen.

C. Die Priesterberufe — ein Gradmesser der Religiosität

Seit einigen Jahren wird den Fragen der Priesterberufe und des Priesternachwuchses immer größere Aufmerksamkeit gewidmet. Die kirchlichen Stellen aller Länder sehen mit Besorgnis, daß fast überall die Zahl derjenigen, die sich als Weltpriester oder Ordensleute der Seelsorge und dem Apostolat widmen wollen, zurückgeht oder zumindest stagniert und nicht mit der Bevölkerungszunahme Schritt hält. Es sind nur noch sehr wenige Länder in Europa, in denen dieser absolute oder relative Rückgang noch nicht festzustellen ist.

In zunehmendem Maße beschäftigen sich Religionssoziologen mit den Fragen des Priesternachwuchses (F. Boulard in Frankreich, Burgalassi und Tufari in Italien, Dingemans in Belgien, Duocastella in Spanien und viele andere). Der Niederländer J. Dellepoort verfaßte 1955 eine umfassende Arbeit über die Priesterberufe in den Niederlanden; er hatte auch die wissenschaftliche Leitung des 1958 nach Wien einberufenen Kongresses über die europäische Priesterfrage (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 319 ff.).

Durch die soziographische und soziologische Erforschung verschiedener Fragen, die mit der Entwicklung der Priesterberufe zusammenhängen, will man an erster Stelle Mittel und Wege finden zur Lösung der zahlreichen brennenden Nöte, mit denen die Kirche hinsichtlich ihres „Manpower"-Problemes konfrontiert wird. Die Fragen sind nicht nur für Europa besonders brennend, sondern auch für die Weltkirche, vor allem auch für die Missionsgebiete und die Länder hinter dem Eisernen Vorhang; stellen doch die europäischen Länder noch immer 90 % aller Missionare auf der ganzen Welt.

Die Priesterfrage ist aber nicht nur eine praktische, insofern sie ein „Manpower"-Problem darstellt und die Gefahr besteht, daß die Kirche in den kommenden Jahren

für die Festigung und Verbreitung des Glaubens nicht mehr über die notwendigen Diener des Wortes und der Sakramente verfügt. Sie ist auch eine unmittelbare Frage nach der Religiosität der Katholiken. Die beiden Fragen, von denen hier vor allem die letztere interessiert, sind im übrigen eng miteinander verbunden und stehen gewissermaßen in einem wechselseitigen Verhältnis von Ursache und Wirkung zueinander. Reichtum an Priesterberufen ist für ein Volk auch das Zeichen eines Reichtums an Glauben. Wo ein chronischer Mangel an Priesterberufen herrscht, ist auch mit der Religiosität etwas nicht in Ordnung. Die heute fast allgemein festzustellende Abnahme der Priesterberufe ist denn auch vielleicht mehr noch als die Ziffern über Kirchenbesuch und Osterkommunion ein Gradmesser der religiösen Krise, in der sich Europa befindet. Dieser Gradmesser hat schon zu vibrieren angefangen, lange bevor das Phänomen — durch Industrialisierung und Verstädterung beschleunigt und infolge zweier Weltkriege noch verschärft — seine gegenwärtige alarmierende Perspektive erhielt. Die Anfänge der Krise kann man schon seit der Zeit des Rationalismus und der Aufklärung verspüren. Statistisch ist nachgewiesen, daß die Zunahme der Priesterberufe seit etwa 1750 in Europa zurückblieb. Duocastella teilt mit, daß Spanien im Jahre 1767, bei einer Bevölkerung von etwa 10 Millionen Menschen, 65 000 Priester zählte, während 1957 nur 25 000 Priester für eine dreimal größere Bevölkerung vorhanden waren. Man muß sich aber auch fragen, ob die Verhältnisse im Jahre 1767 wohl ganz ideal waren, als ein Priester auf 150 Katholiken kam.

Der Rückgang hat ohne Zweifel auch allgemeine soziale Ursachen, die mit der Entwicklung und Verbesserung des Unterrichtes für alle Schichten der Bevölkerung und mit der Emanzipation des Laien in der Kirche zusammenhängen: Vor allem sind es aber sozial bedingte religiöse Faktoren, wie der stark verringerte Einfluß der Kirche auf Familie und Gesellschaft und die gesellschaftliche Abwertung des geistlichen Berufes, die nach wie vor eine Rolle spielen.

Die Situation in den einzelnen Ländern

Von H. Fischer SVD (Mehr Priester für das Heil der Welt) wurde eine umfassende Statistik über die Zahl der Seelsorger in den einzelnen Ländern zusammengestellt. Sie ist, von J. Dellepoort ergänzt, im Bericht der Wiener Enquete (Die Europäische Priesterfrage, Wien 1959, S. 325) wiedergegeben und bezieht sich auf 17 der in diesem Bericht besprochenen Länder (England und Schottland sowie die skandinavischen Länder sind zusammengenommen, während Griechenland fehlt).

Tabelle XVII: Das Verhältnis von Seelsorger und Gläubigen in den europäischen Ländern

Land	Zahl der Katholiken pro Pfarrseelsorger
Skandinavien	300
Luxemburg	701
Großbritannien	746
Schweiz	766
Niederlande	907
Irland	917
Belgien	974
Frankreich	1090
Italien	1109
Deutschland	1125
Spanien	1336
Österreich	1578
Portugal	2311

Die Tabelle gibt Anlaß zu folgenden Bemerkungen:

1. Wenn man als Norm eine Zahl von 1000 Katholiken pro Seelsorger annimmt, ergibt sich, daß, national gesehen — das heißt ohne die oft großen Unterschiede innerhalb der Länder zu berücksichtigen —, die Diasporaländer und die (mit Ausnahme der Schweiz) im Nordwesten Europas gelegenen Länder einigermaßen genügend Priester haben oder gar über der Norm liegen. Es ist aber klar, daß die Norm 1:1000 allzu schematisch ist. Man muß die Diasporagebiete, England und Schottland von der Liste der „Reservoir"-Gebiete streichen, weil die Diasporasituation eine relativ große Anzahl von Priestern fordert und diese Länder — einschließlich Schottlands und Englands — zu einem beträchtlichen Teil oder gar ausschließlich ihre Priester von auswärts erhalten. In Norwegen arbeiten z. B. nur 14 einheimische Priester, alle übrigen kommen aus anderen europäischen Ländern. Von den 293 in den Jahren 1953 bis 1958 geweihten und in Schottland tätigen Priestern sind nur 114 gebürtige Schotten, die 178 übrigen sind fast ausnahmslos für die Seelsorge in Schottland geweihte Irländer. Die Zahlen dieser Länder sind kein Maßstab für die religiöse Kraft der betreffenden Katholiken. Sie deuten im Grunde genommen eben nur die Diaspora- oder diasporaähnliche Situation an.

Ganz anders ist die Lage in Belgien, Irland, den Niederlanden und in der Schweiz. Aber auch für diese Länder sind die Angaben irreführend, wenn es darum geht, auf die religiöse Kraft ihrer Katholiken zu schließen. Denn die „Reservoir"-Länder üben tatsächlich schon seit langer Zeit die Funktion eines Reservoirs aus. So sind in den Niederlanden (1957) 3517 Welt- und Ordenspriester in der Seelsorge tätig, aber außerdem arbeiten (1958) 3985 niederländische Priester außerhalb ihres Landes, also mehr als in der Pfarrseelsorge des eigenen Landes. Für Belgien sind folgende Ziffern bekannt, die sich allerdings auf *alle* Priester, auch die nicht in der Pfarrseelsorge tätigen beziehen: 15 178 in Belgien, 3469 außerhalb Belgiens. Die Zahl der in Irland lebenden irischen Priester ist ungefähr die gleiche wie die der irischen Priester, die außerhalb des Landes tätig sind.

2. Deutschland (abgesehen von den Diasporagebieten), Frankreich, Italien und Spanien sind Länder, die eine mittlere Position einnehmen. Wenn es sich darum handelt, aus den angeführten Angaben auf die Religiosität der in diesen Ländern lebenden Katholiken zu schließen, müssen folgende Tatsachen berücksichtigt werden: Neben 16 700 Pfarrseelsorgern in Deutschland stehen 3380 deutsche Priester, die im Ausland tätig sind (9 % der Missionare in der Welt). Die Zahl der Neupriester ist schon seit Jahren ungünstig und gibt Anlaß zur Besorgnis. Frankreich sendet ebenfalls viele Priester in die Missionen. Die Missionare aus Belgien, Frankreich, Irland und den Niederlanden machen zusammen 72 % aller katholischen Missionare in der Welt aus.

Die Entwicklung der Priesterberufe in Frankreich ist unbefriedigend. Doch ist die heutige Lage im Grunde nicht so alarmierend, wie sie in der einschlägigen Literatur zumeist dargestellt wird. Wohl sind 1500 Pfarreien ohne Priester, aber erstens handelt es sich dabei zum größten Teil um sehr kleine Pfarreien, die ohne allzu große Schwierigkeiten ex currendo bedient werden können, und zweitens ist nach der Meinung von Sachkundigen die Verteilung der Priester über die Diözesen reformbedürftig.

In Spanien ist der Bestand an Priestern zwar verhältnismäßig gering, vor allem in den südlichen Diözesen (maurisches Gebiet), aber es gibt sehr viele Seminaristen, insbesondere in den nördlichen Diözesen. Die Lage in Italien ist sehr besorgniserregend.

3. Die ausgesprochenen Notgebiete Europas sind Österreich und Portugal. Die geschwächte Religiosität hat sich in diesen Ländern schon seit längerer Zeit in den niedrigen Zahlen der Priesterberufe ausgewirkt.

Altersaufbau der Priester

Von nur wenigen Ausnahmen abgesehen ist in den europäischen Ländern ein Rückgang der Priesterberufe festzustellen. Das zeigt sich auch bei der Betrachtung des Altersaufbaues der Priester, der sowohl in priesterarmen als auch in derzeit noch relativ priesterreichen Ländern die bekannte Form der umgekehrten Zwiebel angenommen hat. Graphiken des Altersaufbaues der Priester wurden für mehrere Diözesen hergestellt; sie zeigen, daß z. B. in den niederländischen Diözesen Haarlem und Utrecht im Grunde genommen die gleichen Tendenzen zur Überalterung des Klerus bestehen wie in den deutschen Diözesen Köln und München oder in den Diözesen Wien und Graz in Österreich. Man kann eine Erklärung dieses Phänomens nicht nur in der Überalterung der Gesamtbevölkerung suchen; denn überall sind die jungen Jahrgänge der Priester nicht nur absolut, sondern auch im Vergleich zu den Jahrgängen der Bevölkerung, aus denen sie hervorgehen, nur sehr schwach vertreten.

Priesterweihen

Es wurde versucht, Daten über die Priesterweihen für die Jahre 1953/54 bis 1957/58 zu sammeln und diese Angaben mit der der katholischen Bevölkerung zu vergleichen. Die gesammelten Daten sind nicht vollständig; sie geben aber doch die Gewißheit, daß die Entwicklung der Priesterberufe ungünstig ist und sich in vielen Ländern geradezu katastrophal auszuwirken droht (vgl. Tabelle XVIII).

Tabelle XVIII: Priesterweihen pro 100 000 Katholiken im Durchschnitt der Jahre 1953/54 bis 1957/58

Land	Priesterweihen		
	Weltpriester	Ordenspriester	Zusammen
Irland	6,1	6,2	12,3
Niederlande	2,8	6,4	9,2
England und Wales	2,6	4,3	6,9
Spanien	3,6	1,9	5,5
Griechenland	—	—	4,2
Schottland	3,0	0,4	3,4
Luxemburg	2,5	0,8	3,3
Belgien	2,4	—	—
Frankreich	2,2	—	—
Italien	1,7	—	—
Deutschland (1958)	1,6	—	—
Portugal	1,6	—	—
Österreich	1,4	0,9	2,3

Auffallend ist, daß Deutschland einen so niedrigen Platz in der Reihenfolge einnimmt. Endgültige Schlußfolgerungen können daraus aber noch nicht gezogen werden, weil die Angaben für Deutschland sich nur auf die Weltpriester beziehen und zudem nur für das Jahr 1958 zur Verfügung standen. Ferner wird aus den Angaben bestätigt, daß gerade in den katholischen Ländern — mit Ausnahme von Irland und in den letzten Jahren auch Spanien — der Priesternachwuchs immer geringer wird. Deutschland hatte sich zwar 1950 von den Folgen des zweiten Weltkrieges erholt, aber verglichen mit 1949 hatte die Zahl der Theologiestudenten 1956 um 11 % und die der Philosophiestudenten sogar um 14 % abgenommen.

In den Niederlanden ist der Priesternachwuchs seit 1945 bei den Weltpriestern ungefähr konstant geblieben (etwa 95 Neupriester jährlich), bei den Ordenspriestern hat er etwas abgenommen (von 300 auf 270 Priesterweihen jährlich). Seit drei Jahren gehen die Zahlen wieder ein wenig aufwärts, so daß man für die Periode 1960—1970 bei den Weltpriestern eine durchschnittliche jährliche Zahl von 110 Neupriestern erwartet. Angesichts der rapiden Bevölkerungszunahme aber wären jährlich 145 Neupriester notwendig.

In Belgien hat die Zahl der Seminaristen (Priesterseminare) von 1948 bis 1957 um 15 % abgenommen.

Frankreich hatte Mitte der dreißiger Jahre jedes Jahr 1300 Neupriester, in den letzten Jahren sind es nur noch ungefähr 850, und die Aussichten für eine Besserung der Lage sind nicht günstig.

Für Spanien sind die Prognosen hingegen besser. Die Zahl der Seminaristen pro 100 000 Katholiken ist dort in den letzten zehn Jahren von 58 auf 78 gestiegen. In einigen Diözesen kämpft man sogar mit Platzmangel in den Seminarien, und es werden bis zu 50 % der Bewerber abgewiesen.

In ganz Europa kann man eine gewisse Unsicherheit über die Art und Weise der besten Priesterausbildung feststellen, eine Unsicherheit, die aus der fast überall gemachten Erfahrung mit der sinkenden Beharrungsziffer der Theologiestudierenden in den Seminarien entstanden ist.

Ebenfalls aber kann man in fast allen europäischen Ländern eine Zunahme der Spätberufe feststellen. Es gibt Anzeichen dafür, daß die Vorsehung damit neue Perspektiven und Wege öffnet, die es mit aller menschlichen Kraft zu fördern gilt.

In jedem Land, in jedem Gebiet ist die Situation verschieden, aber man darf wohl dem Ausspruch Boulards zustimmen, daß es Gebiete mit hohen Zahlen praktizierender Katholiken und die wirklich christlichen Kreise der Bevölkerung sind, die den Priesternachwuchs stellen.

IV

Katholiken und europäische Integration

Die vor allem seit dem zweiten Weltkrieg immer mehr in Fluß kommende europäische Integration hat für die Kirche nicht nur ihre Konsequenzen, soweit es sich um den engeren Bereich der kirchlichen Organisation und der nationalen und internationalen kirchlichen Struktur handelt. Die Notwendigkeit einer Anpassung dieser Strukturen und der kirchlichen Organisation ist eigentlich nur eine Folge der Tatsache, daß der europäische Raum in

vielen Hinsichten eine tiefgehende Umgestaltung erfährt. Das Entstehen eines wirklich einheitlichen europäischen Marktes hat für die Produktion und die Produktionsweisen, sowohl im industriellen Sektor wie auch in der Landwirtschaft, erhebliche technische, marktwirtschaftliche und finanzielle Konsequenzen. Die fortschreitende Industrialisierung, aber auch die Modernisierung der Landwirtschaft werden das Siedlungbild der europäischen Länder weiter umgestalten. Die unterschiedliche demographische Situation der einzelnen Länder wird auch in Zukunft zu weiterer Industrialisierung in den dichtbevölkerten Regionen und zur Abwanderung nach geburtenarmen Industriegebieten führen, während die landwirtschaftlichen Gebiete weiter eine Tendenz zur Abwanderung und Verringerung der Bevölkerung zeigen werden, sofern es nicht gelingt, dort neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Integration wird auch noch andere Prozesse hervorrufen, namentlich auf sozialem und kulturellem Gebiet; denn jede ökonomische Struktur hat ihre sozialen und kulturellen Komponenten. Und somit hat der Integrierungsprozeß Europas unmittelbare Folgen für die Kirche. Wo die wirtschaftliche Struktur sich wandelt — was mitunter rapid geschieht —, ändern sich auch die sozialen Strukturen, erfährt die traditionelle Kultur den — oft entscheidenden — Einfluß einer neuen Zivilisation und sieht sich die Religion neuen Wertauffassungen und oft neuen Wertsystemen gegenübergestellt.

Die Erfahrungen des letzten Jahrhunderts machen es überflüssig, besonders zu beweisen, daß Industrialisierung überall dort zu einem Substanzverlust für Kirche und Religion geführt hat, wo die Zeichen nicht rechtzeitig verstanden wurden. Man hat inzwischen viel dazugelernt, aber noch immer kann man sagen, daß Industrialisierung stets das große Risiko in sich birgt, daß mit dem Wandel der alten Gesellschaftsordnung auch die mit ihr eng verknüpften religiösen Verhaltensweisen ernsthaft bedroht werden. Dazu kommt, daß in der heutigen Phase des Entwicklungsprozesses, der sich im Rahmen einer übernationalen Integration vollzieht und weiter vollziehen wird, die Kirche in den einzelnen Ländern nicht nur vor die Aufgabe gestellt wird, mit den Strukturänderungen innerhalb der nationalen Grenzen fertig zu werden, sondern sich darüber hinaus auf eine Konfrontation mit der oft ganz anders gearteten Religiosität anderer Völker, ja mit vollkommen anderen Religionen vorbereiten muß. Katholiken und Protestanten vermischen sich immer mehr in den seit Jahrhunderten konfessionell homogenen Gebieten, und in fast allen europäischen Ländern kennt man heutzutage die Probleme der religiösen Minderheitsgruppen und der Diasporagemeinden.

Die Integration Europas wird für alle Länder, die an ihr teilhaben, auf vielen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens Änderungen mit sich bringen. Am wenigsten werden sich diese Änderungen noch in solchen Ländern zeigen und auswirken, die in ihren wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen das in einer ersten Phase erstrebte gesamteuropäische Niveau schon nahezu erreicht haben. Tief eingreifende Folgen jedoch wird der Integrationsprozeß für die Länder haben, die man im Hinblick auf die europäische Integration als rückständig bezeichnen muß und die bis zur Verwirklichung der Integration noch einen weiten Weg zurückzulegen haben. Es kommt daher auch nicht von ungefähr, daß die obenerwähnte, unter dem Patronat des Europarates durchgeführte Studie die Aufgabe hat, die Frage zu untersuchen, welche Anpassungsschwierigkeiten sich aus der Mechanisierung und Industrialisierung der Entwicklungsgebiete für Mensch und Familie ergeben.

In diesem Kapitel unserer Studie wird untersucht, welches die Länder sind, die im Zuge der europäischen Integration noch einen weiten Weg zu gehen haben und welches die Position der Kirche in diesen Ländern ist. Auf diese Weise kann deutlich gemacht werden, inwieweit die Kirche und die Gesamtheit der Katholiken von dem Prozeß der Integration unmittelbar betroffen sind und welche Aufgaben dabei auf sie zukommen.

Die in diesem Kapitel verwendeten Unterlagen wurden hauptsächlich zwei Quellen entnommen:

1. Die schon erwähnten Forschungen, die unter der Leitung von Prof. L. Neundörfer und unter dem Patronat des Europarates über die Anpassungsprobleme der europäischen Entwicklungsländer durchgeführt wurden. Es wurden im Rahmen dieser Forschung bereits eine Reihe von Karten fertiggestellt, die einzelne Aspekte der Industrialisierung in Europa behandeln. Insbesondere sind die Karten über die industriellen Betriebe, über die Erwerbsgrundlagen, über das mittlere Einkommen pro Kopf der italienischen Bevölkerung, über einige demographische Daten zu erwähnen.
2. Eine Studie von W. Kusters, Den Haag, Mitglied der Forschungsgruppe Neundörfer, die unter dem Titel „Problèmes économiques et démographiques de l'Europe occidentale" in: „Social Compass" (Volume V, Nr. 2, S. 57—83) veröffentlicht worden ist.

Als Gebietseinheit wählte die Forschungsgruppe Neundörfer die sogenannte Region, ein Gebiet mit durchschnittlich ungefähr 500 000 Einwohnern. Europa (einschließlich der Türkei, aber zunächst ohne Spanien und Portugal) wurde in 357 solcher Regionen aufgeteilt. Kusters stellte bei seiner Studie auf die größeren administrativen Gebietseinheiten ab (Deutschland: Regierungsbezirke, Österreich: Länder, Schweiz: Kantone, Italien und die Niederlande: Provinzen, Frankreich: Departements usw.). Er kommt so zu 469 Gebieten für ganz Westeuropa einschließlich Spanien und Portugal, aber ohne Griechenland und die Türkei.

A. Das industrielle Europa

Die Gebiete, die durch eine sehr hohe industrielle Konzentration gekennzeichnet sind, liegen in Europa an einer Achse entlang, die von Nordfrankreich über das Ruhr- und Rhein-Main-Gebiet in südsüdöstlicher Richtung durch die Rheinebene und die Schweiz bis in die nördliche Po-Ebene reicht. Es gehören weiter dazu Nordwürttemberg und Nordfranken in Deutschland; die Departements Loire, Rhône und Isère in Frankreich; Schottland, Mittelengland und Südwales in Großbritannien; Südschweden; Wien und Vorarlberg in Österreich und schließlich die nordspanischen Provinzen Barcelona, Biskaya und Guipúzcoa. In allen diesen Gebieten ist die Berufsbevölkerung zu mehr als 45 % in der Industrie und im Bergbau tätig.

Wenn man nun diese hochindustrialisierten Gebiete nach der vorherrschenden Religion ihrer Bevölkerung betrachtet, so ergibt sich, daß, abgesehen von einigen konfessionell gemischten Gebieten, die „katholischen" und die „nichtkatholischen" Industriegebiete ungefähr gleich zahlreich sind.

Untersucht man die von Kusters angeführte Liste der 25 am höchsten industrialisierten Konzentrationsgebiete, nämlich die mit mehr als 55 % Erwerbstätigen in der In-

dustrie, so kommt man zu den gleichen Ergebnissen: 11 dieser Gebiete sind ganz oder überwiegend katholisch (Varese, Como, Mailand und Bergamo in Italien; Hennegau und Lüttich in Belgien; Belfort, Moselle und Nord in Frankreich; die Saar in Deutschland und Barcelona in Spanien). 11 weitere dieser Gebiete sind überwiegend evangelisch (Glarus, Neuchâtel, Schaffhausen und Basel-Land in der Schweiz; Arnsberg in Deutschland; Staffordshire, Durban, Derbyshire, Leicestershire, Monmouthshire und Yorkshire in England). Drei Gebiete sind konfessionell gemischt (Düsseldorf in Deutschland; Solothurn und Aargau in der Schweiz).

An beiden Seiten dieses *Kerngebietes* der europäischen Industriekonzentration befinden sich aber breite Streifen, die ohne Zweifel auch noch zu den ausgesprochenen Industriegebieten Europas gezählt werden müssen (zwischen 30 und 45 % der Berufsbevölkerung sind dort in der Industrie oder im Bergbau tätig). Die genannten Streifen umfassen: fast ganz England, Ulster und die Ostgebiete der Irischen Republik, fast die ganzen Niederlande und Westdeutschland, ganz Dänemark und große Teile Norwegens und Schwedens, ganz Belgien mit Ausnahme der Provinz Luxemburg, das Land Luxemburg, Frankreich nördlich von Paris und große Teile im Osten des Landes bis südlich zum Mittelmeer, die ganze Schweiz, Österreich mit Ausnahme des Burgenlandes und die ligurischen Küstengebiete Italiens. In Norwegen und Schweden muß allerdings die geringe Bevölkerungsdichte in Betracht gezogen werden. Man kann hier schwerlich von einer Konzentration sprechen.

Das industrielle Europa hat also seinen Schwerpunkt deutlich im nichtkatholischen und konfessionell gemischten Norden und Nordwesten. An Hand der nebenstehenden Tabelle XIX, in der die mehr oder weniger intensiv industrialisierten Gebietseinheiten der einzelnen europäischen Länder aufgeführt werden, läßt sich diese Tatsache deutlich ablesen.

In Europa sind von den 444 Gebietseinheiten 257 oder 57,9 % stark industrialisiert. Von diesen 257 industrialisierten Gebieten entfallen 152 oder 59,1 % auf die nichtkatholischen und konfessionell gemischten Länder und nur 105 (40,9 %) auf die katholischen Länder, obwohl die katholischen Länder eine größere Gesamtzahl von Gebieten zählen als die nichtkatholischen und konfessionell gemischten Länder. Nun ist es nicht ohne weiteres zulässig, als Basiseinheit die administrativen Bezirke zu nehmen, weil in manchen Ländern die durchschnittliche Größe und Zahl der Bezirke viel höher ist als in anderen. Der durchschnittliche Kanton in der Schweiz ist viel kleiner als eine niederländische Provinz oder ein österreichisches Bundesland. Schottland und Ulster mit 5 169 000 bzw. 1 397 000 Einwohnern gelten beide sogar nur als ein Bezirk.

Wenn wir für die Gruppe der nichtkatholischen und konfessionell gemischten Länder einerseits und die der katholischen Länder anderseits die durchschnittliche Zahl der Einwohner pro Bezirk nehmen, ergibt sich, daß diese Zahl für die erste Gruppe höher ist als für die Gruppe der katholischen Länder: 689 318 gegen 556 116, aber insgesamt zählen die nichtkatholischen und gemischt konfessionellen Länder mit 141 300 000 Bewohnern immer noch 5 500 000 Menschen weniger als die katholischen Länder (146 800 000 Bewohner).

Als Kriterium für den Industriecharakter der Gebiete

Tabelle XIX: Die in der Industrie und im Bergbau tätige Berufsbevölkerung in % der gesamten Berufsbevölkerung in den Gebietseinheiten der europäischen Länder

Land	Industrielle Bevölkerung in % der gesamten Berufsbevölkerung: 30,1-45 % Zahl der Gebiete	45,1-60 % Zahl der Gebiete	60,1-75 % Zahl der Gebiete	Gesamtzahl der Industriegebiete	Gesamtzahl aller Gebiete
Norwegen	14	—	—	14	20
Schweden	15	7	—	22	25
England — Wales — Schottland Nordirland	34	16	—	50	62
Nicht- oder überwiegend nichtkath. Länder	63	23	—	86	107
Niederlande	8	—	—	8	11
Deutschland	23	10	—	33	37
Schweiz	12	10	3	25	25
Konfessionell gemischte Länder	43	20	3	66	73
Belgien	3	4	1	8	9
Rep. Irland	1	—	—	1	4
Luxemburg	1	—	—	1	1
Frankreich	30	11	1	42	90
Österreich	6	2	—	8	9
Italien	25	6	2	33	91
Spanien	7	3	—	10	48
Portugal	2	—	—	2	12
Kath. Länder	75	26	4	105	264
Nichtkath. u. konf. gemischte Länder	106	43	4	152	180
Europa	181	69	7	257	444

Für Dänemark sind nur Angaben für das ganze Land, jedoch nicht für die einzelnen Gebietseinheiten bekannt.

wurde der Anteil der in Industrie und Bergbau tätigen Berufsbevölkerung genommen. Es ist klar, daß dieses Kriterium unvollständig ist und namentlich über die Art der Industrie, deren Umfang, die durchschnittliche Zahl der Arbeitsplätze in den einzelnen Betrieben und über deren Streuung nichts aussagt. Das äußere Bild des nach dem Anteil der in der Industrie arbeitenden Berufsbevölkerung hochindustrialisierten Kantons Glarus in der Schweiz (64,8 % Industrietätige) ist grundverschieden von dem der Provinz Lüttich in Belgien (55,2 %). Das kommt eindeutig daher, daß die vielen kleinen Textilbetriebe in Glarus sich sehr viel besser in die natürliche Landschaft einfügen und den Anschein eines ländlichen Gebietes bewahren als die Kohlengruben und Schlote der klassischen Gebiete der Schwerindustrie und Rohstoffgewinnung.

Man kann sagen, daß die Gebiete der Schwerindustrie sich zum allergrößten Teil, ja fast ausschließlich in den nord- und nordwesteuropäischen Ländern befinden, und zwar aus dem Grunde, weil sich dort die Rohstoffvorkommen befinden und die Verkehrsbedingungen zur Entwicklung der Schwerindustrie im allgemeinen sehr günstig sind. Eine Ausnahme bilden nur Österreich und einige Gebiete Spaniens. Sonst ist die Industrie der Alpenländer — und zwar in einem solchen Ausmaß, daß man von einer typisch alpenländischen Industrie sprechen kann — fast ausschließlich eine verarbeitende Industrie, die zu einem beträchtlichen Teil hochqualifizierte und spezialisierte Ar-

beiter beschäftigt. Ihre wichtigste Energiequelle ist die Wasserkraft der Alpen.

Es ist nicht möglich, auf Grund der zur Verfügung stehenden Unterlagen den Anteil der Katholiken an der Schwerindustrie einerseits und an der alpinen Industrie anderseits einigermaßen genau festzustellen.

Erstens ist der Unterschied ungenügend nuanciert: es gibt in Nord- und Nordwesteuropa auch eine beträchtliche verarbeitende Industrie, obwohl die klassischen Gebiete der Schwerindustrie (die Kohlenreviere, die Gebiete der Eisenhütten, Hochöfen und Stahlwerke) der Gefahr einer gewissen monoindustriellen Entwicklung nicht immer haben entgehen können.

Zweitens läßt sich nachweisen, daß sich z. B. die großen Bergbaureviere mehr in katholischen als in nichtkatholischen Gegenden befinden. Kusters bringt in seinem Artikel (a. a. O. S. 64) eine Tabelle der Gebiete mit einem relativ hohen Anteil an Grubenarbeitern. In dieser Tabelle zeigt sich, daß von den zehn an vorderster Stelle stehenden Gebieten (mit einem Anteil der Bergleute von 12,5 bis 24,3 % der Berufsbevölkerung) nicht weniger als acht eine überwiegend katholische Bevölkerung haben.

Tabelle XX: Im Bergbau tätige Berufsbevölkerung in % der gesamten Berufsbevölkerung

Gebiete	Anteil der im Bergbau Tätigen
1. Limburg (Belgien)	24,3
2. Pas-de-Calais (Frankreich)	22,6
3. Hennegau (Belgien)	18,6
4. Saargebiet (Deutschland)	18,3
5. Mosel (Frankreich)	17,3
6. Durham (England)	15,8
7. Oviedo (Spanien)	15,8
8. Limburg (Niederlande)	15,0
9. Monmouthshire (England)	14,4
10. Gard (Frankreich)	12,5

Drittens haben die alpinen Industriegebiete eine überwiegend katholische Bevölkerung. Doch macht davon die in dieser Hinsicht wichtige Schweiz eine Ausnahme. In diesem Land befindet sich die Industrie hauptsächlich in den nicht- oder überwiegend nichtkatholischen Kantonen, während die katholischen oder überwiegend katholischen Kantone fast ausnahmslos eindeutig agrarisch geprägt sind. Obwohl in der Schweiz die Wanderungsbewegungen viel zur Auflockerung der ursprünglich scharf gezeichneten geographischen Konfessionszonen beigetragen haben, ist die Grundstruktur nach wie vor dieselbe geblieben, vor allem weil die katholischen Agrarkantone durchweg die Abwanderungsgebiete darstellen und weitgehend ihren traditionellen Charakter behalten haben.

Ein Überblick über sämtliche europäische Industriegebiete, also das Kerngebiet und die „Randgebiete", führt zu der Schlußfolgerung, daß die gemischt konfessionellen und die nichtkatholischen Länder durchwegs stark industrialisiert sind (England, die Niederlande, Westdeutschland, die Schweiz, die skandinavischen Länder). Katholische Industrieländer sind eigentlich nur Belgien und Österreich, während die meisten katholischen Länder nur zum Teil oder in ganz unbedeutendem Maße industrialisiert sind (Frankreich zum Teil, Italien nur in Teilen des Nordens, Irland nur im Osten, Spanien und Portugal fast nicht).

Stellt man die These auf, daß die europäische Integration nur dann und in dem Maß gelingen kann, wie die Entwicklungsländer Europas wenigstens bis zu einem gewissen Grade industrialisiert werden, dann ist deutlich, daß dieser Prozeß nahezu ausschließlich die katholischen Länder betrifft. Die evangelischen und gemischt konfessionellen Länder haben den Prozeß der Industrialisierung schon hinter sich, die katholischen Länder nur zum kleinsten Teil. Die im Rahmen der europäischen Integration zu vollziehende Industrialisierung ist in erster Linie eine Angelegenheit der katholischen Länder.

B. Das agrarische Europa

Die Karte der europäischen Agrargebiete ist sozusagen das Spiegelbild der europäischen Industriekarte: im allgemeinen haben die Länder und Gebiete, die nicht oder nur wenig industrialisiert sind, ihren agrarischen Charakter am stärksten bewahrt. Als erstes Kriterium gilt wiederum der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung. Es muß aber wiederholt werden, was schon im vorigen Abschnitt gesagt wurde: um die Situation der Landwirtschaft, ihre Stärke oder Schwäche, ihre Rolle im wirtschaftlichen Leben und nicht zuletzt auch ihre soziale Funktion beurteilen zu können, sind weitere Kriterien unerläßlich. Die Bodenbeschaffenheit, die Betriebsgröße, das Ausmaß der Mechanisierung, die Besitzverhältnisse usw. spielen für die Beurteilung der Landwirtschaft eine wichtige Rolle.

Tabelle XXI: Die in Landwirtschaft, Fischerei, Forstwirtschaft und Jagd tätige Berufsbevölkerung in % der gesamten Berufsbevölkerung in den Gebietseinheiten der europäischen Länder

Land	Landwirtschaftliche Bevölkerung in % der gesamten Berufsbevölkerung				Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Gebiete	Gesamtzahl aller Gebiete
	30,1-45% Zahl der Gebiete	45,1-60% Zahl der Gebiete	60,1-75% Zahl der Gebiete	75,1-% Zahl der Gebiete		
Norwegen	5	3	—	—	8	20
Schweden	9	—	—	—	9	25
England — Wales	4	—	—	—	4	60
Schottland	—	—	—	—	—	1
Nordirland	—	—	—	—	—	1
Nicht- oder überwiegend nichtkath. Länder	18	3	—	—	21	107
Niederlande	3	—	—	—	3	11
Deutschland	14	2	—	—	16	37
Schweiz	5	—	—	—	5	25
konf. gemischte Länder	22	2	—	—	24	73
Belgien	1	—	—	—	1	9
Rep. Irland	1	—	2	—	3	4
Luxemburg	—	—	—	—	—	1
Frankreich	32	25	4	—	61	90
Österreich	5	1	1	—	7	9
Italien	21	32	22	2	77	91
Spanien	8	12	21	3	44	48
Portugal	1	3	6	—	10	12
Kath. Länder	69	73	56	5	203	264
Nichtkath. und konf. gemischte Länder	50	5	—	—	45	180
Europa	209	78	56	5	248	444

Für Dänemark vgl. das zu Tabelle XIX Gesagte.

Über die verschiedenen Aspekte kann im Rahmen dieses Berichtes nicht ausführlich gesprochen werden. Aber es wird der Versuch gemacht, ein allgemeines Bild herauszuarbeiten, das einige Schlußfolgerungen bezüglich der Rolle der Katholiken in diesem Bericht zuläßt.

Eine Untersuchung über die in der Landwirtschaft, Fischerei, Jagd und Forstwirtschaft Beschäftigten im Verhältnis zur gesamten Berufsbevölkerung ergibt für die einzelnen europäischen Ländern das in der vorstehenden Tabelle XXI wiedergegebene Bild:

Die Tabelle zeigt deutlich, wie sehr die Landwirtschaft in den katholischen Ländern dominiert. Während in ganz Europa etwas mehr als die Hälfte der Gebietseinheiten eine landwirtschaftliche Bevölkerung hat, die mindestens 30 % der Berufsbevölkerung ausmacht, beträgt der Anteil dieser Gebiete in den nichtkatholischen und konfessionell gemischten Ländern nur 25 %, in den katholischen Ländern aber 76,9 %. Damit korrespondiert die Tatsache, daß von den 248 landwirtschaftlichen Gebieten in Europa 203 oder fast 82 % in den katholischen Ländern gelegen sind. Sehr interessant ist es überdies, festzustellen, daß die Einwohner der landwirtschaftlichen Gebiete in den nichtkatholischen und gemischt konfessionellen Ländern mit sehr wenigen Ausnahmen nur höchstens bis zu 45 % in der Landwirtschaft tätig sind, in den katholischen Ländern hingegen (in 134 von den 203 oder in $^2/_3$ der betreffenden Gebiete) dieser Prozentsatz höher und oft bedeutend höher als 45 ist.

Aus der Tabelle ist weiter ersichtlich, daß es vor allem die Länder Spanien, Portugal, Italien, Irland und — etwas geringer — Frankreich sind, die in hohem Maße einen agrarischen Charakter haben. Kusters (a. a. O. S. 65 f.) bringt eine aufschlußreiche Tabelle, in der er die Gebiete, mit einer landwirtschaftlichen Berufsbevölkerung von 70 % und mehr (bis 83,4 %) aufzählt. Es sind dies 16 Gebiete, die alle in Spanien (9), Italien (4) und Portugal (3) liegen.

Es steht somit wohl fest, daß die europäische Landwirtschaft, soweit es sich um den Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung handelt, ihre Konzentrationsgebiete in den großen katholischen Ländern hat. Schon auf Grund dieser rein quantitativen Tatsache ist deutlich, daß jede strukturelle Krise der europäischen Landwirtschaft sich in den katholischen Ländern am stärksten und tiefsten auswirken wird. Dies ist um so mehr der Fall, weil die Landwirtschaft in den südeuropäischen Ländern ihrer rückständigen Struktur zufolge bedeutend krisenanfälliger ist als in den übrigen Ländern Europas.

Die Krise der europäischen Landwirtschaft

Nun ist es eine bekannte Tatsache, daß sich die europäische Landwirtschaft in vielen Regionen unter verschiedenen Gesichtspunkten in einer Krisensituation befindet oder zumindest vor der Aufgabe steht, durch eine Erhöhung und Verbesserung ihrer Produktivität sowie eine Rationalisierung und Mechanisierung der Produktionsmethoden den landwirtschaftlichen Beruf einerseits konkurrrenzfähig und anderseits lohnend und krisenfest zu machen. Die Notwendigkeit dazu wird durch den Prozeß der europäischen Integration noch forciert. Die nicht nur in den Alpenländern, sondern auch in vielen anderen europäischen Ländern seit längerer Zeit festzustellende Landflucht, die Tatsache, daß die Landwirtschaft fast überall durch besondere Schutzmaßnahmen der Obrigkeit unterstützt werden muß, sind ein Zeichen dafür, daß die Gesundung der landwirtschaftlichen Struktur Europas noch nicht erreicht ist.

Besonders ernst aber ist die Lage in den großen Agrarländern Europas. Dort hat, wie eben dargelegt wurde, nicht nur das Wirtschaftsleben seine stärkste Komponente in der Landwirtschaft, so daß eine Agrarkrise sich jedesmal zu einer allgemeinen Krise auswächst, sondern dort ist ferner die landwirtschaftliche Struktur, gemessen am europäischen Niveau, derart rückständig, daß man geradezu von einem chronischen Notzustand sprechen muß. Ein Zeichen dafür ist die massenhafte Abwanderung aus diesen Gebieten. Und wenn auch diese Wanderungsbewegungen im Rahmen der zwischen den Ländern der Montanunion vereinbarten und der sich auf andere Länder und Wirtschaftsgebiete immer mehr ausdehnenden Freizügigkeit als ein positives Symptom für die sich entwickelnde europäische Integration zu werten sind, so ist doch für die betreffenden Gebiete selbst die Not nicht beseitigt.

Ursachen der Rückständigkeit

Die Ursachen der Rückständigkeit sind verschiedenartig. Sie sind zum Teil auf Bodenbeschaffenheit und Klima, also auf natürliche Faktoren zurückzuführen. Die klimatisch gemäßigte Zone Europas bietet — auch unter dem Einfluß des Golfstromes — bessere natürliche Bedingungen für die Landwirtschaft als die nördlich und südlich von dieser Zone gelegenen Gebiete. Das im Norden zu kalte und im Süden Europas zu heiße Klima (zuwenig Regen, unfruchtbarer und steiniger Boden, fortgeschrittene Erosion usw.) haben auf die landwirtschaftliche Produktivität einen negativen Einfluß. Der durchschnittliche Bodenertrag ist daher auch in den betreffenden Ländern (Norwegen und Schweden im Norden; Spanien, Portugal und Italien im Süden des Kontinentes) niedriger und in den drei südlichen Ländern sogar erheblich niedriger als in den übrigen Ländern Europas. Es kommen aber noch andere Faktoren hinzu, die wiederum — vor allem in den drei genannten südlichen Ländern, zum Teil aber auch in Irland und Frankreich — eine Rolle spielen. Es sind dies die „menschlichen" Faktoren, die sich in einer ungenügenden Anbauplanung, in unwirtschaftlicher Feldbestellung, in einseitigen Kulturen, in einem Mißverhältnis zwischen Produktivität und Bevölkerungswachstum, in rückständigen Arbeitsmethoden, in einer verhängnisvollen Parzellierung und nicht zuletzt in einer altmodischen, vollkommen unzeitgemäßen, hie und da noch direkt feudalen Struktur der Besitz- und Pachtverhältnisse offenbaren. Neundörfer hat in einer Reihe sehr aufschlußreicher Kartogramme verschiedene Aspekte der landwirtschaftlichen Struktur der europäischen Länder aufgezeigt und dabei Italien besondere Aufmerksamkeit gewidmet (Kartogramme über die Erwerbsgrundlagen, die landwirtschaftlichen Betriebe, die landwirtschaftlichen Großbetriebe und die Agrarstruktur Italiens). Aus diesen Kartogrammen und den zugrunde liegenden Unterlagen, ebenso aus den diesbezüglichen Ausführungen Kusters, geht deutlich hervor, daß die großen katholischen Länder im Süden Europas in quantitativer Hinsicht die wichtigsten, in qualitativer Hinsicht die schlechtesten Agrarländer Europas sind.

Korrelation zwischen landwirtschaftlicher Produktion, Industrialisierung und Wohlstand

Die Produktivität der Landwirtschaft, ausgedrückt in dem Ertrag pro Hektar, steigt — auch innerhalb der rückstän-

digen Agrarländer — überall dort an, wo sich die Industrie bis zu einem gewissen Grade entwickelt hat. So ist die Landwirtschaft der Industrieländer Europas erheblich produktiver als die der Agrarländer, und auch der Ertrag der landwirtschaftlichen Produktion steigt in Italien mit dem steigenden Industrialisierungsgrad der einzelnen Gebiete. Dies ist ohne Zweifel unter anderem darauf zurückzuführen, daß in Gebieten, die bis zu einem gewissen Grade industrialisiert sind,

erstens mehr und bessere allgemeine technische Ausrüstungen (Elektrizität, Kraftstrom, Gas, Verkehrsverbindungen, Versorgungsdienste, Werkstätten usw.) zur Verfügung stehen, und

zweitens ein günstiges psychologisches Klima — die Bereitschaft, technische Errungenschaften zu benützen, rationelle und planmäßige Arbeitsmethoden anzuwenden — vorhanden ist.

Ein Beispiel dafür unter vielen gibt die in einem Bericht (E/ECE/235, Genève 1956) der UN-Wirtschaftskommission für Europa publizierte Tabelle (Nr. 70, S. 156) über die Zahl der in der Landwirtschaft verwendeten Traktoren. In der Tabelle wird u. a. die Zahl der Traktoren pro 1000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche für die einzelnen Länder angegeben:

	1953	1954	1955
Vereinigtes Königreich	32	34	—
Bundesrepublik Deutschland	21	26	—
Schweden	19	22	24
Schweiz	18	20	23
Norwegen	17	24	29
Dänemark	13	16	18
Niederlande	13	16	18
Belgien	10	12	14
Finnland	8	10	13
Österreich	8	9	—
Frankreich	7	8	9
Italien	5	6	—
Irland	5	—	—
Griechenland	0,8	0,8	0,9
Spanien	0,4	0,5	—

Selbstverständlich wirkt sich diese Situation auch auf das Niveau des Wohlstandes aus. Neundörfer hat in einem Kartogramm die Einkommensverhältnisse in Italien dargestellt und dabei eindeutig eine positive Korrelation zwischen agrarischer Struktur und Armut nachweisen können. Je weiter man nach dem Süden Italiens geht, desto mehr wird das Land ausschließlich agrarisch, bis man im äußersten Süden und auf Sizilien in das Gebiet der großen Latifundien kommt. Die Korrelation mit dem Einkommen pro Kopf der Bevölkerung ist verblüffend. Wenn man das durchschnittliche Einkommen pro Kopf der Bevölkerung für ganz Italien auf 100 stellt, ergibt sich, daß die Regionen des Landes so von diesem Durchschnitt abweichen, wie die Tabelle XXII zeigt.

Diese Tabelle spricht für sich. Sie ist ein partieller Beweis für die These, daß im großen und ganzen in Europa eine negative Korrelation zwischen Agrarstruktur und Wohlstandsniveau besteht.

Die Betrachtung einiger allgemeiner Daten über die Agrarstruktur Europas führt zu der Schlußfolgerung, daß die Verbesserung und Hebung der Landwirtschaft, die für die betreffenden Länder unerläßlich und eine Bedingung für die Teilnahme an der europäischen Integration ist, zum überwiegenden Teil wiederum eine Angelegenheit der katholischen Länder ist.

Tabelle XXII: Durchschnittliches Einkommen pro Kopf der Bevölkerung in den Regionen Italiens, auf den Landesdurchschnitt (100) bezogen

Region	Einkommen in % des Landesdurchschnitts					
	über 200	160-200	130-160	110-130	100-110	90-100
Norditalien	2	4	10	13	7	5
Mittelitalien	—	—	1	—	2	2
Süditalien u. Inseln	—	—	—	—	—	—
	80-90	70-80	60-70	50-60	40-50	unter 40
Norditalien	2	2	—	—	—	—
Mittelitalien	2	3	4	4	1	—
Süditalien u. Inseln	1	1	4	10	11	1

C. Die demographische Struktur Europas

Auf Grund der demographischen Statistiken für Europa und der zur Verfügung stehenden diesbezüglichen Studien können nachstehende allgemeine Feststellungen über die demographische Struktur gemacht werden:

Die Geburtenfreudigkeit

Die Geburtenfreudigkeit, an der Zahl der Lebendgeborenen pro 1000 Einwohner gemessen, ist in Europa am höchsten in den niederländischen Provinzen Drente, Noordbrabant und Limburg, in der belgischen Provinz Limburg, in den zentralschweizerischen Kantonen Uri, Ob- und Nidwalden, in den nordportugiesischen Distrikten Braja, Villa Real, Porto und Guarda, in Südspanien in den Provinzen Jaén, Cadix und Almería, auf Sardinien in der südlichen Provinz Cagliari und in den italienischen Südprovinzen Neapel, Foggia, Potenza, Tarente, Cosenza und Catanzaro. Schließlich gehört auch die nördlichste Gegend Europas, die norwegische Finnmark, zu dieser Gruppe (wobei die absolute Zahl der Geburten in diesem dünnbevölkerten Gebiet sehr niedrig ist und nicht ins Gewicht fällt).

Andere Gebiete mit einer relativ hohen Geburtenfreudigkeit sind die atlantischen Küstenprovinzen Norwegens; das Festland Dänemark; Irland (besonders an der Ostküste); die Niederlande; in Deutschland die Bezirke Osnabrück und Münster, die Rheinebene von Bonn bis nach Karlsruhe, das Saar- und Moselgebiet, Niederfranken, Oberpfalz und der Bayerische Wald, das westliche und südliche Österreich und das Burgenland; die Schweiz, ausgenommen die Kantone Genf, Neuenburg, Waadt, Basel, Zürich und Tessin; in Frankreich der ganze Norden, der Westen von der Bretagne bis nach Bordeaux, der Nordosten; fast ganz Portugal; Spanien mit Ausnahme des Nordostens; Süditalien und die Inseln Sizilien und Sardinien und die mittleren Alpengebiete Norditaliens. Die betreffenden Gebiete werden deshalb aufgezählt, weil sie Anlaß zu der Vermutung geben, daß es keine eindeutige Korrelation zwischen hohen Geburtenziffern und Katholikenanteil an der Bevölkerung gibt. Wohl kann man sagen, daß die angeführten Gebiete in der großen Mehrzahl überwiegend katholisch sind, aber es gibt auch ausgedehnte katholische Gebiete, die niedrige und zum Teil sogar sehr niedrige Geburtenziffern aufweisen, so der Nordosten Spaniens, ganz Süd- und Zentralfrankreich, die fünf wichtigsten und bevölkerungsreichsten Bundesländer Österreichs, fast ganz Süddeutschland, das nördliche

Rheinland, fast ganz Belgien, schließlich Nord- und Mittelitalien. Die Gebiete von Ligurien, Piemont, Pavia, Emilia und Toscana in Nord- und Mittelitalien haben sogar die niedrigsten Geburtenziffern von ganz Europa; sie liegen niedriger als in Südschweden.

Ein weiter festzuhaltendes Phänomen ist, daß die industrialisierten Gebiete nicht ohne weiteres niedrige Geburtenziffern aufweisen und die landwirtschaftlichen Gebiete sich nicht allgemein durch großen Kinderreichtum hervorheben. In Italien ist dies zwar der Fall, aber in Frankreich und Irland nicht. Auch trifft es, was Neundörfer belegt hat, nicht ohne weiteres zu, daß die Großstädte sich kraß von dem sie umgebenden Gebiet unterscheiden. Sie zeigen in vielen Fällen das gleiche Geburtenniveau wie der Umraum und haben mitunter relativ hohe Geburtenziffern.

Der Fortschritt der europäischen Integration muß, wie in den vorhergehenden Abschnitten angedeutet wurde, seinen Ausgangspunkt von der Entwicklung der wirtschaftlichen Struktur der bisher am schlechtesten integrierten Gebiete nehmen. Es wurde festgestellt, daß es vor allem die von Katholiken bevölkerten Länder Europas sind, die dabei den größten Weg zurückzulegen haben. Die Pläne, die zur Verwirklichung der Integration aufgestellt werden, müssen aber an erster Stelle die demographischen Faktoren in Rechnung stellen, weil der Arbeitsmarkt von diesen Faktoren abhängig ist.

Nun sind in dieser Hinsicht folgende Situationen denkbar, die jeweils für ein anderes Verhältnis zwischen wirtschaftlicher und demographischer Struktur exemplarisch sind (siehe Kusters a. a. O. S. 74—83):

1. Industrialisierte Gebiete, in denen die Geburtenziffern relativ hoch sind

Es handelt sich um die Städte Porto in Portugal und Neapel in Italien, die Gebiete Leinster in Irland, Limburg in Belgien, Noordbrabant und Limburg in den Niederlanden, Uri und Nidwalden in der Schweiz, den ganzen Norden und Doubs in Frankreich — alle sind ohne Ausnahme katholische Gebiete. Der Entwicklungsweg dieser Gebiete geht entweder in die Richtung einer Abwanderung des Bevölkerungsüberschusses (z. B. in Porto, Neapel, Belgisch-Limburg und den Schweizer Kantonen) oder in eine weitere Industrialisierung, wobei eine zu starke Urbanisation vermieden werden muß.

2. Industrialisierte Gebiete mit relativ niedrigen Geburtenziffern

Es handelt sich hierbei um England, Südschweden, die Industriegebiete Deutschlands, Belgien mit Ausnahme von Limburg, die Departements Loire, Rhône und Isère in Frankreich, die meisten Industriekantone der Schweiz, Wien und das Wiener Becken, das industrialisierte Norditalien. Im allgemeinen sind diese Länder und Gebiete auf Einwanderung von Arbeitskräften angewiesen. Diese Wanderung kann sich in Frankreich, Italien, Österreich und der Schweiz zum Teil innerhalb der nationalen Grenzen abspielen, weil in anderen Gebieten dieser Länder relativ große Bevölkerungsüberschüsse vorhanden sind. In der Schweiz ist das aber immer weniger der Fall, ebenso in Deutschland. England, Schweden und Belgien sind immer stärker auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen.

Namentlich für Belgien, einige französische Gebiete, Wien und Norditalien stellt sich die Frage einer katholischen Bevölkerung mit einer relativ niedrigen, in einigen Fällen (Norditalien, Wien) sogar sehr niedrigen Geburtenziffer. Man hat angesichts der Gegebenheiten Anlaß zu der Frage, wieweit die katholische Lehre über Geburtenbeschränkung dort noch beachtet wird.

3. Landwirtschaftliche Gebiete, in denen die Geburtenziffern relativ hoch sind

Es sind dies die schon mehrmals erwähnten Problemgebiete Europas: Nordwest-Irland, Süditalien, Spanien und Portugal — ausschließlich katholische Länder. Die Lösung der Probleme in diesen rückständigen Gebieten muß einerseits in einer Rationalisierung und Verbesserung der Landwirtschaft, in einer Änderung der Besitzverhältnisse und in einer angepaßten Industrialisierung — vor allem durch die Förderung einer die landwirtschaftlichen Produkte verarbeitenden Industrie — gesucht werden, anderseits auch in einer Auswanderung. Die Auswanderung aus Süditalien braucht allerdings nicht mehr geplant zu werden. Diese hat sich vor allem seit dem zweiten Weltkrieg stark entwickelt und muß nur besser organisiert werden. Dabei fällt der Kirche die große Aufgabe der sozialen und religiösen Betreuung zu. Die Auswanderung aus Portugal und Spanien steht erst in den Anfängen, wird sich aber aller Wahrscheinlichkeit nach in den kommenden Dezennien sehr kräftig entwickeln. Sie fordert von den zivilen Behörden beträchtliche Anstrengungen und von der Kirche sorgfältig geplante seelsorgliche Maßnahmen.

4. Landwirtschaftliche Gebiete mit relativ niedrigen Geburtenziffern

Es handelt sich vor allem um zwei katholische Gebiete: Mittel- und Südfrankreich und die Landwirtschaftsgebiete in Nord- und Mittelitalien. Vor allem die französische Situation ist bereits in die Literatur eingegangen; das Beispiel einer aussterbenden Bevölkerung in einem Gebiet, wo schon ganze Dörfer verlassen sind, ist bekannt. Auch in Irland sind die Anzeichen für eine gleiche Entwicklung vorhanden. Die Lösung muß wahrscheinlich gesucht werden erstens in der Schaffung kleinerer und größerer städtischer Zentren, wodurch dem weiteren Auswandern der jungen Menschen Einhalt geboten wird, und zweitens in der Schaffung der technischen und materiellen Einrichtungen, die eine Hebung der landwirtschaftlichen Produktion und des allgemeinen sozialen und kulturellen Niveaus ermöglichen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die weitere Industrialisierung und die ebenfalls notwendige Modernisierung und Technisierung der Landwirtschaft im Zuge der europäischen Integration zwangsläufig eine weitere Entwicklung der innereuropäischen Wanderungsbewegungen mit sich bringt. Dabei handelt es sich wiederum fast ausschließlich um Wanderungsbewegungen von Katholiken, weil es nur katholische Gebiete in Europa sind, die noch ein Reservoir an Arbeitskräften aufweisen.

D. Einige zivilisatorische Aspekte der europäischen Integration

Die technische Revolution, durch welche die moderne Wirtschaftsentwicklung ermöglicht wurde, hat die gesamte

soziale und zivilisatorische Struktur der modernen Gesellschaft vielseitig beeinflußt. Auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens haben die technischen Errungenschaften ihre Anwendung gefunden. Das Wohnen und die Wohnkultur, die Verkehrs- und Reisemöglichkeiten, die Verwendung der Freizeit und der Ferien wurden tiefgehend und entscheidend vom technischen Fortschritt mitgestaltet. Die moderne Medizin drängte viele Krankheiten und Epidemien endgültig zurück und veränderte die demographischen Verhältnisse Europas, indem es ihr gelang, die Säuglings- und Kindersterblichkeit stark zu reduzieren und die mittlere Lebenserwartung der Menschen erheblich zu steigern. Radio, Presse und Fernsehen trugen zur Umgestaltung des sozialen und kulturellen Lebens entscheidend bei und bergen in sich ungeheure Möglichkeiten zur Förderung der internationalen Verständigung und somit zur Verstärkung des europäischen Integrationsprozesses.

Überall dort, wo die moderne Wirtschaftsentwicklung sich nicht oder nur in ungenügender Weise verwirklichen konnte, sind auch die Begleiterscheinungen dieser Entwicklung — die technischen und zivilisatorischen Errungenschaften des modernen Lebens — nur teilweise zur Entfaltung gekommen. Diese Hypothese nimmt sofort den Charakter von Befund und These an, wenn man diesbezügliche Untersuchungen durchführt. Kusters bringt in seiner Arbeit (a. a. O. S. 70—73) einige bemerkenswerte und mit Unterlagen belegte Andeutungen in dieser Richtung. Er zeigt die deutliche Korrelation zwischen zunehmendem Industrialisierungsgrad und Abnahme der Säuglingssterblichkeit und des Analphabetismus sowie steigender Dichte von Zeitungen und Rundfunkgeräten auf und untersucht diese Korrelation dann im Detail für Italien, die Schweiz, Österreich, Spanien und Portugal. Einige der bedeutsamsten Ergebnisse dieser Untersuchung sollen hier angeführt werden:

Kindersterblichkeit und Analphabetismus

In den industrialisierten und hochentwickelten Ländern von Nord- und Nordwesteuropa ist die Sterblichkeit der Kinder unter einem Jahr (Zahl der gestorbenen Kinder auf 1000 Lebendgeborene) (Annuaire démographique des Nations Unies 1957) am höchsten in Belgien: 40,7 (1955), am niedrigsten in Schweden: 17 (1956). In Zentraleuropa verzeichnet Österreich eine Kindersterblichkeit von 43,3. Die betreffenden Sätze betragen hingegen für Italien, Spanien und Portugal 48,4, 57,7 und 87,8.

Der Analphabetismus ist in Nord- und Westeuropa fast ganz verschwunden. Nur in Frankreich und Belgien gibt es noch eine verschwindend kleine Zahl von Analphabeten. Aber Italien (11,2 % der Gesamtbevölkerung), Spanien (14,2 % der Bevölkerung über zehn Jahre) und Portugal (40,3 % der Bevölkerung über sieben Jahre) weisen noch beträchtliche Zahlen von Analphabetismus auf.

Die europäische Wohnungsnot

In einem kürzlich veröffentlichten Bericht der UN-Wirtschaftskommission für Europa (Le logement en Europe en 1956, tendances et politique, E/ECE/365, Genève 1959) werden einige aufschlußreiche Daten über Wohnkomfort und Wohnungsnot in den Ländern Europas gegeben. Obwohl die durch den Krieg verursachte Wohnungsnot auch in den nord- und nordwesteuropäischen Ländern noch immer nicht in befriedigender Weise überwunden werden konnte, geht deutlich hervor, daß in den Mittelmeerländern nach wie vor am wenigsten Wohnraum zur Verfügung steht.

Tabelle XXIII: Der europäische Wohnungsbestand am 31. Dezember 1953

Land	Personen pro Raum	Wohnungen pro 1000 Einwohner
Griechenland	2,3	213
Finnland	1,54	260
Italien	1,3	250 (31. 12. 1954)
Bundesrepublik Deutschland	1,11	223
Spanien	1,1	220 (31. 12. 1950)
Portugal	1,1	262 (15. 12. 1950)
Irland	1,08 (12. 5. 1946)	238 (1. 7. 1953)
Frankreich	0,95	288 (10. 5. 1954)
Österreich	0,95	320
Schweden	0,94	342
Niederlande	0,91	230
Dänemark	0,84	312
Norwegen	0,83	279
Großbritannien	0,77	282
Belgien	0,76 (31. 12. 1947)	347
Schweiz	0,73	282

Die in der ersten Kolonne aufgeführten Zahlen sind überdeutlich und vielsagend. Es fällt auf, daß die Bundesrepublik Deutschland in der Reihenfolge unerwartet hoch notiert ist. Dies dürfte sowohl mit den Ende 1953 noch immer nicht ganz behobenen gewaltigen Kriegsschäden zusammenhängen als auch auf den unaufhörlichen Strom von Flüchtlingen aus der Sowjetzone, der eine ständige Belastung des deutschen Wohnungsmarktes darstellt, zurückzuführen sein. Im übrigen sind es, mit Ausnahme von Finnland, die südeuropäischen Länder, in denen die Einwohner am engsten aufeinandergedrängt wohnen müssen.

Die zweite Kolonne (Zahl der Wohnungen pro 1000 Einwohner) stimmt im großen und ganzen mit der ersten Kolonne überein. Je kleiner die relative Zahl der Wohnungen ist, um so enger müssen die Menschen wohnen. Indessen machen die Niederlande, Norwegen, Großbritannien und die Schweiz von dieser Regel eine gewisse Ausnahme. Dies führt zu der Schlußfolgerung, daß in diesen Ländern die verfügbaren Wohnungen eine relativ größere Zahl von Wohnräumen aufweisen als in den übrigen Ländern.

Die Bautätigkeit hat in Südeuropa während der letzten Jahre zwar zugenommen, aber im Durchschnitt weniger als im übrigen Europa. Und trotz den seit 1954 in Italien gemachten Fortschritten scheint sich z. B. die Wohnungslage in Süditalien eher verschlechtert zu haben. In Portugal, Spanien und Griechenland ist die Wohnungsproduktion in den letzten Jahren erheblich gestiegen, aber das Wohnungsangebot reicht nach wie vor bei weitem nicht aus, um dem großen Bedarf einigermaßen zu entsprechen. Die ECE glaubt, daß die zwischen diesen und den übrigen europäischen Ländern im Wohnstandard bestehenden Unterschiede sich nicht vermindern, sondern eher vergrößern. Nun sind freilich die Maßstäbe für den Wohnungsbedarf nicht überall gleich. In Südeuropa dürfte das milde Klima ein wenig zur Linderung der Wohnungsnot beitragen. Aber nichtsdestoweniger ist der Unterschied kraß, besonders wenn man die in den Statistiken nicht festgehaltenen großen Unterschiede in der Qualität und Ausstattung der Wohnungen mit in Rechnung zieht.

So wird der Kampf gegen viele Symptome der technischen und zivilisatorischen Rückständigkeit vor allem in den großen katholischen Ländern auszutragen sein. Wiederum ist eine Frage der europäischen Integration im Grunde genommen eine Frage der katholischen Länder Europas.

Die Bedeutung des katholischen Europa für die kulturelle Integration

Zum Schluß muß aber noch auf eine andere Tatsache hingewiesen werden, die mit der wachsenden europäischen Solidarität zusammenhängt. Es wurde bis jetzt festgestellt, daß es hauptsächlich der katholische Teil Europas ist, der Rückstände in der Entwicklung aufweist und auf dem Weg zur europäischen Integration Hilfe braucht. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Fragen auf dem Gebiet des technischen und zivilisatorischen Fortschrittes. Die kulturelle Integration Europas aber gibt ein wesentlich anderes Bild. In dieser Hinsicht sind die nördlichen und nordwestlichen Länder Europas eher die empfangenden als die gebenden Partner. Es sind noch immer und in steigendem Maß das Alpengebiet Zentraleuropas und die Mittelmeerländer, die durch die Reichtümer ihrer Natur und ihre unvergleichbare kulturelle Vergangenheit das alte Europa bereichern und ihm ein Herz geben. Das heißt, daß es wiederum die katholischen Länder Europas sind, die in der Integration Europas die größte Rolle — aber diesmal in positivem Sinne — zu spielen haben. Die größten Kunst- und Kulturstädte Europas, die berühmtesten Festspiele dieses Kontinentes und die am meisten besuchten internationalen Touristenzentren sind in den katholischen Ländern gelegen. Das stellt die Katholiken wiederum vor große Aufgaben und wirkt sich sogar im Bereich der Seelsorge spürbar aus. In Rom hat ein weibliches Säkularinstitut ein Zentrum zur Beratung der nichtkatholischen Touristen eröffnet. Der Bischof von Innsbruck bereitet planmäßig seine Seminaristen für eine Seelsorgetätigkeit vor, die der Tatsache Rechnung trägt, daß es in seiner Diözese während vieler Monate im Sommer und im Winter bedeutend mehr ausländische als einheimische Katholiken gibt. Es sind dies einige Beispiele dafür, wie die Kirche es verstanden hat und in Zukunft verstehen wird, daß ihr im Rahmen der europäischen Integration eine große, mitunter schwierige, aber immer segensreiche Aufgabe obliegt.

Bibliographie

Bilan du Monde, Tome I: Le Monde, 1958; Tome II: Les Pays, 1960; Tournai-Paris.

Bodzenta, E., Forschungen in Österreich, in: Social Compass, Vol. VI, Nr. 4—5, S. 142—154.

Burgalassi, S., Classificazioni e tipologie nella Sociologia Religiosa, in: Sociologia Religiosa, Nr. 3—4, 1959, S. 95—150.

Candolfi, J., Les mariages mixtes en Suisse, Fribourg 1950.

Catholicisme allemand, Paris 1956.

Centre d'Études Pastorales Fribourg, Recherches Pastorales 1957, Canton de Fribourg, Fribourg 1958.

Centre de Recherche et d'Information socio-politique, Bruxelles: Structures de la Presse quotidienne en Belgique, Januar 1959.
Structures catholiques belges, März 1959.
Recherches sur quelques caractéristiques du syndicalisme belge, März 1959.

Centre de Recherches socio-religieuses, Bruxelles: La Pratique religieuse en Wallonie, 1956.
L'attitude religieuse des jeunes du Milieu populaire, Bericht Nr. 21.

Conférence Internationale de Sociologie Religieuse: État présent de la Sociologie religieuse, Bruxelles 1951.
Sociologie religieuse, Sciences sociales, Paris 1955.
Paroisses Urbaines, Paroisses Rurales, Tournai 1958.

Conseil de l'Europe, Assemblée consultative: Rapport sur les activités de la Sous-Commission No. 1 de la Commission Sociale, Strasbourg 1959.

Coppé, A., New Europe, Unity for Expansion, New York 1956.

Crise des consciences et Redressement, Bruxelles 1947.

Dellepoort, J. J., Priesterroepingen in Nederland, Den Haag 1955.

Ders., Zu wenig Seelsorger, in: Wort und Wahrheit, Heft 4, 1959, S. 245—255.

Diaspora, Sorge und Segen, Paderborn 1956.

Europäische Priesterfrage, Die, Wien 1959.

Fichter, J., SJ. Conceptualizations of the Urban Parish, in: Social Forces, Oktober 1952, S. 43—46.

Ders., Social Relations in the Urban Parish, Chicago 1955.

Frings, P., Das Internationale Flüchtlingsproblem 1919—1950, Frankfurt 1951.

Goddijn, W., OFM., Diaspora, proeve van een functionale Analyse, in: Binnenlands Apostolaat, Okt. 1958, S. 43—67.

Ders., Fonction du Doyenné, in: Social Compass, Vol. VI, Nr. 6, S. 204—212.

Ders., Katholieke Minderheid en Protestantse Dominant, Assen 1957.

Handbuch des Bonifatiusvereins für das katholische Deutschland, Paderborn 1953.

Houtart, F., Les Structures de l'Église, in: La Revue Nouvelle, Dez. 1959, S. 547—558.

Integration, Bulletin International AER, 1954, Nr. 1.

Jesuitenfrage in der Schweiz, Die, Zürich 1954.

Katholiek Sociaal Kerkelijk Instituut, Den Haag: Étude cartographique de la Structure économique et démographique de l'Europe occidentale, Assen 1959.
Het nieuwe Westen, Den Haag 1959.

Kirche in Not, Limburg/L., 1953

Kirche in Not, Priesternot, Limburg/L., 1954.

Kusters, W., Problèmes économiques et démographiques de l'Europe occidentale, in: Social Compass, Vol. V, Nr. 2, S. 57—83.

Labbens, J., L'Église catholique et l'expression politique du monde rural, in: Cahier 94 de la Fondation nationale des Sciences Politiques, S. 327—343.

Laloux, J., Sociologie et Pastorale, in: Revue diocésaine de Namur, mars-avril 1959, S. 230—247, mai-juin 1959, S. 413 bis 427.

Lapraz Y., OP., Le Catholicisme dans le Canton de Genève, 1958, Manuskript.

Leeuwen, B. van, OFM, Het gemengde huwelijk, Assen 1959.

Lorenz, J., Die wirtschaftliche Lage der Katholiken in der Schweiz, in: Schweizerische Rundschau, Sept. 1952, S. 267 bis 273, Okt. 1942, S. 315—330.

Matthijssen, M., De intellectuele Emancipatie der Katholieken, Assen 1958.

Menges, W., Die Mischehenfrage, statistisch und soziologisch gesehen unter besonderer Berücksichtigung der hessischen Verhältnisse, in: Königsteiner Blätter 1, 1959, S. 13—21.

Montanunion: Réadaptation et réemploi de la Main-d'oeuvre, Luxemburg 1956.

Nations Unies, New York/Genf:
Comité exécutif du Programme du Ht. Commissaire:
Rapport interimaire sur le programme de l'UNREF et sur les programmes du HCR pour 1959, A/AC. 96/35.
Commission Économique pour l'Europe:
Etude sur la Situation économique de l'Europe en 1955, Genève 1956.
Le Logement en Europe en 1958, Tendances et politiques, Genève 1959.
Utilisation de l'Espace dans les logements, Genève 1959.
Département des Affaires économiques et sociales:
Annuaire Démographique 1957, New York 1957.

Pratique religieuse dans les grandes villes françaises, La, in: Actualité religieuse dans le Monde, Nr. 52, 1955, S. 17—24.

Protestanten und Katholiken in der Schweiz, eine Übersicht über ihre rechtliche Lage, Zürich 1953.

Rideau, Le Comportement religieux dans les Bassins miniers de la CECA, 1956, Manuskript.

Rieber-Mohn, H., OP., Norway since the Reformation, in: The Month, Februar 1959, S. 69—88.
Schorer, E., Catholicisme et richesse en Suisse, in: Civitas, April 1950, S. 446—453.
Streit, C., SVD., Atlas Hierarchicus, Paderborn 1913.
Tracy, G. M., Le Catholicisme britannique sous la deuxième Elisabeth, Paris 1956.
Vie Catholique dans le Monde, La, in: Informations Catholiques Internationales, Juli 1959, Sondernummer.
Zeegers, G. H. L., De Mijnwerker, Den Haag 1957.

*

Berichte und Informationen der an FERES angeschlossenen Institute und einer Anzahl Korrespondenten:

Centre de Recherches socio-religieuses, Belgien.
Centro de Estudios de Sociología Aplicada, Spanien.
FERES-Generalsekretariat, Schweiz.
Katholiek Sociaal-Kerkelijk Instituut, Niederlande.
Katholisches Institut für Sozialforschung, Deutschland.
Newman Demographic Survey, England.

Internationales Katholisches Institut für kirchliche Sozialforschung, Österreich.

H. H. S. Burgalassi, Italien.
P. Manuel Franco Falcâo, Portugal.
H. H. A. Heiderscheid, Luxemburg.
H. H. P. Grigoriou-Garo, Griechenland.
F. MacMillan, Schottland.
J. Maître, Frankreich.
H. H. J. Newman, Irland.
P. Rieber-Mohn OP., Skandinavien.

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

BEA, Augustin, Kardinal. *Paolo „afferato" de Cristo.* In: Civiltà Cattolica Jhg. 111 Vol. 2 (21. Mai 1960) S. 337—352.

Anläßlich der 1900-Jahr-Feier des Eintreffens des Apostels Paulus in Rom würdigt der Verfasser die Geschichte seiner Konversion und die durchschlagende Kraft seiner missionarischen Predigt von der absoluten Notwendigkeit der Gnade und der Unfähigkeit, durch Werke gerecht zu werden, die jedes Zeitalter hören müsse. Das kommende Konzil wird unter das Zeichen des Apostels Paulus gestellt.

BETZ, Johannes. *Die Eucharistie als sakramentale Gegenwart des Heilsereignisses „Jesus" nach dem ältesten Abendmahlsbericht.* In: Geist und Leben Jhg. 33 Heft 3 (1960) S. 166—175.

Von Friedrich Wulf SJ eingeleitet und durch eine exegetische Arbeit von Betz unterbaut, in welcher nach dem semitischen Leib-Begriff der personale Charakter des eucharistischen Opfers herausgearbeitet wird, folgen die in Ettal gehaltenen Referate von L. Scheffczyk: „Die Eucharistie als Sinnerhellung des christlichen Lebens", J. A. Jungmann SJ: „Die Eucharistie als Mitte unserer Frömmigkeit", Alfons Auer: „Die Eucharistie als Weg der Welt in die Erfüllung" (Bedeutung für die Laienfrömmigkeit) und von R. Scherer: „Die Eucharistie und der Christ in der Welt" als wegweisender Laienbeitrag. Ein Literaturbericht von Hans Wulf SJ über „Das Abendmahlsgespräch in der EKD heute" rundet das zum Eucharistischen Kongreß erscheinende Heft ab.

CARPENTIER, René, SJ. *Lumières de la charité sur un problème pastoral difficile.* In: Nouvelle Revue théologique Jhg. 91 Nr. 9 (November 1959) S. 929—946.

Dieser von uns versehentlich bisher nicht angezeigte pastoraltheologische Aufsatz über die Behandlung des abusus matrimonii bietet eine außergewöhnlich wichtige Hilfe zur theologischen Begründung der Absolution. Der Verfasser weist die Versuche, die Sünde zu entschuldigen oder zu bagatellisieren (Situationsethik), zurück und setzt bei der Frage nach Reue und Vorsatz ein. Seine Untersuchungen darüber führen zu schlüssigen Ergebnissen von allgemeiner Gültigkeit und verdienen Beachtung.

CONGAR, Yves M.-J., OP. *Traditions apostoliques non écrites et suffisance de l'Ecriture.* In: Istina Jhg. 6 Nr. 3 (Juli/September 1959) S. 279—306.

Anknüpfend an die bekannten Werke von J. R. Geiselmann, G. Tavard und die Gegenthese zu Geiselmann von H. Lennerz SJ im „Gregorianum" führt Congar den Nachweis, das Konzil von Trient habe nicht die Intention gehabt, die These von der Suffizienz der Hl. Schrift zu definieren, sondern den Standpunkt der Kirchenväter einzunehmen, die der Reihe nach zitiert werden, sodann die Verhandlungen des Tridentinum selbst. Dabei ergibt sich, daß zu unterscheiden ist *die* Tradition = die christologische Explikation des Alten Testaments und das Zentralmysterium von Christus und der Kirche von *den* apostolischen *Traditionen*, die zum Teil mündlich überliefert wurden und Fragen der Liturgie und der Disziplin betreffen. Erstere sei nicht eine zweite Offenbarungsquelle neben der Hl. Schrift. Ein weiterer Teil untersucht die Frage der Suffizienz der Hl. Schrift bei den Vätern und den Theologen des Mittelalters und findet, daß sie die materielle Suffizienz der Hl. Schrift behaupten, aber nicht aufgeschriebene Traditionen für Kult und Leben der Gläubigen kennen. Ferner betonen sie, daß die Schrift richtig nur in der Kirche und ihrer Lehrtradition verstanden werden kann.

CONGAR, Yves M.-J., OP. *Konzil und Ökumene.* In: Trierer Theologische Zeitschrift Jhg. 69 Heft 3 (1960) S. 129—147.

Dieser Vortrag während der Weltgebetsoktav (im französischen Original erschienen in „Lumière et Vie", 45) beginnt mit einer Analyse der Situation, die die Kirche zum Gespräch mit ihrer Umwelt nötigt, erklärt sodann,was nach den Ankündigungen Papst Johannes' XXIII. ein Konzil ist, und faßt zusammen, was wir vom kommenden Konzil hinsichtlich des unerläßlichen Dialogs und der Wiedervereinigung der Christenheit zu erwarten haben. Er schließt mit dem Vorschlag, an der Kurie ein Organ für den Kontakt mit den getrennten Christen zu schaffen, damit das Konzil selbst durch das Vorhandensein der Getrennten etwas von einem Dialog mit ihnen erhält.

DE LAVALETTE, H., SJ. *Autour de la question des enfants morts sans baptême.* In: Nouvelle Revue théologique Jhg. 92 Nr. 1 (Januar 1960) S. 56—69.

Die vorliegende Frage, über die wiederholt auch in dieser Zeitschrift berichtet wurde, findet immer von neuem Interesse bei den Theologen. De Lavalette legt den Nachdruck auf die anthropologische Erwägung, daß die Seele des Kleinkindes auch forma subsistens ist, während sie in der Theologie meist nur als forma corporis gesehen wird. Daher kann man über die Entscheidungsfreiheit des Kindes in articulo mortis nichts aussagen. Sie ist durchaus möglich.

DIRKS, Marianne. *Wünsche der Mütter an die Seelsorge.* In: Lebendige Seelsorge Jhg. 11 Heft 5 (1960) S. 141—145.

Mit eindringlichen und lebensnahen Bitten an die Pfarrer für die Neugestaltung der Seelsorge an den Müttern leitet die Verfasserin ein Sonderheft „Mütter-Seelsorge" ein, das zahlreiche Beiträge zum Thema enthält, darunter von C. Schmauch „Muttertypen der Gegenwart", G. Alfes „Aktuelle Gedanken zur M.-S.", und alle anderen Lebensfragen, die Müttern zu schaffen machen, bis zur unverheirateten Mutter, der Agnes Plassmann eine verständnisvolle Betrachtung widmet.

HERTSENS, Marcel. *La prière des adolescents.* In: Lumen Vitae Bd. 15 Nr. 2 (April/Juni 1960) S. 296—316.

Der Hauptteil des vorliegenden Heftes ist der religiösen Bildung der reiferen Jugend, insbesondere auf der höheren Schule, gewidmet. Im Unterricht stellt die „Einübung des christlichen Lebens" die schwerste Aufgabe dar. Ihr Kern müßte die Einübung des Betens sein, die weder durch das Erlernen von Gebeten noch durch das Gebet im Unterricht vollendet ist, sondern sehr viel tiefer und psychologisch gründlicher ansetzen muß. Mit diesem Problem befaßt sich der vorliegende Aufsatz in theologischen Übersetzungen und praktischen Hinweisen.

HOFINGER, John. *Bombays New Catechism Syllabus.* In: Asia. Monthly Review of the Apostolate in the Far East Vol. 12 Nr. 5 (Mai 1960) S. 478—482.

Der bekannte Vorkämpfer für eine neue Katechetik in den Missionsländern stellt den neuen katechetischen Lehrplan der Erzdiözese Bombay als Muster kerygmatischer Orientierung vor. Er baut u. a. auf W. Pichlers „Katholischem Religionsbüchlein", T. J. Schusters „Biblischer Geschichte", dem deutschen Einheitskatechismus und einem aus diesem von P. Desmond A. D'Abreo SJ entwickelten „Junior"-Katechismus auf und führt im letzten Jahr der höheren Schule auf das Missale hin. Im gleichen Heft vergleicht E. Becker (S. 483—491) den in einer sehr preiswerten indischen Ausgabe (in englischer Sprache) vorliegenden Deutschen Einheitskatechismus mit dem in Südindien gebrauchten Katechismus, dem „Kurippidam" (in der Tamilsprache), und stellt seine Vorzüge heraus.

KAELIN, Jean, OP. *Le protestant baptisé et l'Eglise.* In: Nova et Vetera Jhg. 35 Nr. 2 (April/Juni 1960) S. 119—122.

Angesichts der im Hinblick auf das Konzil zunehmenden Bedeutung dieses Themas soll dieser kurze Aufsatz erwähnt werden, der sehr kritisch Stellung nimmt zu dem Buch von Etienne Du Mont: La situation du protestant baptisé (St. Maurice 1959), an dem er aussetzt, daß der Verfasser sich zu sehr von dem kanonistischen Denkschema hat beeinflussen lassen.

LE GUILLOU M.-J., OP. *Plénitude de catholicité et oecuménisme.* In: Istina Jhg. 6 Nr. 3 (Juli/September 1959) S. 261 bis 278.

Diese Fortsetzung des Aufsatzes aus Nr. 2 (S. 237—256) wirft die Fragen auf, wie die Kirche ihre volle Katholizität vor den Getrennten entfalten kann, indem sie die schöpferische Kraft des Wortes Gottes als dynamische Einheit der Mission erweist, den Pluralismus liturgischer und kanonischer Traditionen aus der Kontinuität mit der Hl. Schrift und ihrer Interpretation auf die verschiedenen Zeiten hin einsichtig macht und somit das Wirken des Lehramtes als Treue zur apostolischen Tradition verstehen lehrt. So müsse man die Getrennten nicht nur mit dem Dogma, sondern mit der vollen katholischen Glaubenserfahrung konfrontieren.

LEPARGNEUR, H., OP. *L'amitié à la relève de l'apologétique?* In: Nouvelle Revue théologique Jhg. 92 Nr. 5 (Mai 1960) S. 483—493.

Wiewohl der Verfasser weder die Disziplin der Apologetik noch ihre rationale Methode in Frage stellt, sich vielmehr mit der Apologie der christlichen Wahrheit beschäftigt, und zwar unter dem Gesichtspunkt, für sie zu gewinnen, trägt er dennoch zu einer Kritik der apologetischen Vernunft bei. Die Dialektik erscheint ihm als Barriere, die den Dialog über den Glauben sperrt. Der Ausgangspunkt des Dialoges muß die amitié im Sinne der Begegnung sein, seine Form das Ansprechen der Existenz, nicht so sehr der schlußfolgernden ratio.

SCHLETTE, Heinz Robert. *Die alten „Heiden" und die Theologie.* In: Hochland Jhg. 52 Heft 5 (Juni 1960) S. 401 bis 414.

Nach einer Darlegung der Aufgaben der Missionswissenschaft, nämlich aus ihrem Kontakt mit den Mentalitäten der nichtchristlichen Welt den andern theologischen Disziplinen bedeutungsvolle Probleme zu stellen, umreißt der Verfasser einige solche Fragen: Was ist und wie geschieht eine Bekehrung? Wie können nichtchristliche Menschen gerechtfertigt werden? Welchen Sinn besitzen die Religionen, in denen die nichtchristlichen Menschen ihr Heil zu gewinnen trachten? Was ist und wie geschieht Verkündigung des Evangeliums? Welche Gestalt hat die Kirche und welchen Anspruch muß sie erheben? Wie ist ihre Verknüpfung mit dem abendländisch-christlichen Denken zu verstehen? Die Bedeutungsfülle dieser Fragen wird im Rahmen heutigen theologischen Fragens und heutiger Praxis sehr kundig erläutert. Dabei wird die These vom „Aufbau des Reiches Gottes" auf Erden theologisch-kritisch geprüft und als gefährlich, weil mißverständlich erwiesen. „Alles, was uns zu tun gestattet wurde, ist . . . Dienstleistung zu dem eschatologischen Triumph" Gottes durch Christus im Heiligen Geiste.

SEMMELROTH, Otto, SJ. *Mißverstandene Eucharistie?* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 5 (Juni 1960) S. 175—186.

Die Eucharistie ist die Mitte der Kirche, sie hat Geheimnischarakter; zugleich ist sie Nahrung für das Leben der Welt. Damit sie ihre volle Gnadenkraft für das Leben der Welt entfalte, ist es erforderlich, daß die Gläubigen ihren Anruf verstehen; „daß sie dieses zentrale Geheimnis unseres Glaubens aus Erstarrung und Mißverstehen lösen, die seiner ungebrochenen Ausstrahlung heute oft im Wege stehen". Drei solcher Mißverständnisse behandelt Semmelroth ausführlich: eine einseitige Vergegenständlichung der heiligen Eucharistie durch die Gläubigen, eine falsch verstandene Anthropozentrik und einen tief eingewurzelten Individualismus.

THIEME, Karl. *Der jüdische Beitrag zur europäischen Existenz und zu ihrem philosophischen Selbstverständnis.* In: Freiburger Rundbrief zur Förderung der Freundschaft zwischen dem Alten und Neuen Gottesvolk im Geiste beider Testamente 12. Folge Nr. 45/48 (1959/60) S. 10—13.

Der jüdische Beitrag zur europäischen Existenz wird an drei Vaterunserbitten erhellt: eingegangen ist unserer Existenz 1. der Gedanke des heiligen Volkes der als Gottesdiener Ausgesonderten, 2. das bedingunslose Nein zu all dem, was nicht Gott ist, das Nein vor allem zur hierarchischen Pseudoverewigung jedes gesellschaftlichen Zustandes unter den Menschen, der nicht Gottesherrschaft ist, 3. das unverrückbare Ausgerichtetsein auf das Kommen eben dieser Gottesherrschaft. Doch konnte diese Übernahme gerade von den Juden nur als eine sehr defektive angesehen werden. Die sich daraus entwickelnde Dialektik wird von Thieme sehr konzentriert dargestellt.

TROISFONTAINES, R., SJ. *Le Ciel.* In: Nouvelle Revue théologique Jhg. 92 Nr. 3 (März 1960) S. 225—246.

Der Verfasser nennt den Himmel, wie er in der Vorstellung vieler Gläubigen aussieht, nicht schlecht „un chef-d'œuvre d'ennui". Er korrigiert diese aus theologischen Abstraktionen gebildete Vorstellung durch eine Überschau über die biblischen Aussagen, die, und das ist das Wesentliche, im Kontext mit den Hoffnungen und Sehnsüchten des antiken Menschen gedeutet werden müssen. Der Ennui wird besonders durch die fälschlich statisch verstandene Konzeption der visio Dei erzeugt. Deshalb muß das Dynamische des ewigen Lebens herausgestellt werden. Der Aufsatz ist wichtig für die Predigt.

* * * *Erneuerung in Verkündigung und Kanonischem Recht, Anregungen und Hoffnungen für das zweite Vatikanische Konzil (III).* In: Wort und Wahrheit Jhg. 15 Heft 6/7 (Juni/Juli 1960) S. 405—422.

Die in diesem dritten, abschließenden Teil des Dreisternartikels (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 382, 432) vorgebrachten Anregungen und Wünsche für das kommende Konzil wollen nicht mehr sein als der „Versuch einer ersten Bestandsaufnahme dessen, was im Zusammenhang mit der Einberufung des zweiten Vatikanischen Konzils in der öffentlichen Meinung der Kirche diskutiert wird". Die hier vorgetragenen Themen reichen sehr weit. Sie behandeln Fragen einer zeitgemäßen wirksamen Apologetik, der Theologie (Überwindung der Systemerstarrung, Abwehr des Synkretismus), des interdiözesanen Priesterausgleiches, der Internationalisierung der Kurie, einer angemessenen Priestererziehung; ferner die Leitbilder des heutigen Seelsorgers, seine Versuchungen, insbesondere seinen Defätismus; das Laienapostolat (die Notwendigkeit eines kodifizierten Laienrechtes), den priesterlosen Gottesdienst, die Wiederbelebung des Diakonats, Liturgie und Volkssprache, Brevier und Einheitskatechismus. Als drittes Hauptziel nennt der Dreisternartikel die „Anpassung der kirchlichen Disziplin an die Bedingungen unserer Zeit". Wünschenswert wäre eine einsichtbare Verfassung der Kirche, die Revision des CIC (insbesondere die Bestimmungen der Quinquennalfalkutäten, des Eherechtes sowie der gesamten Straf- und Prozeßordnung und des Index). Die Verfasser erwarten nicht, ja sie wünschen nicht einmal, daß alle die hier vorgetragenen Überlegungen auf dem Konzil behandelt werden. Für manche sei sicher die Zeit noch nicht reif. Doch scheine es an der Zeit, eine Ordnung der Prioritäten herzustellen.

Actes de la VIe Conférence internationale de sociologie religieuse. In: Social Compass Jhg. 7 Heft 1 und 2 (1960) S. 7—86 bzw. 99—184.

Seit Jahresbeginn erscheint „Social Compass" in neuer Gestalt (Verlag Editions Universitaires, Paris/Brüssel; sechs Hefte pro Jahr, Umfang des Einzelheftes 96 S. Jahresabonnement 350 BF). — Die Zeitschrift führt jetzt den Untertitel: Revue des Etudes socio-religieuses. Zwei Ziele versuchen die Hefte zu erreichen: die relative Leichtigkeit der Anwendung der soziologischen Methoden im christlichen Denken und Handeln zu erweisen und einen Beitrag zu leisten für eine Soziologie der katholischen Welt. Darüber hinaus öffnet die Zeitschrift ihre Spalten auch verwandten Themen, solchen der sozialen Geographie, der Anthropologie und der Sozialpsychologie wie auch sozialen Problemen der Orthodoxie und des Protestantismus. Methodisch arbeitet die Zeitschrift — wie früher schon — wissenschaftlich. Sie hat ihre Mitarbeiter in allen Ländern. Jedes Heft bringt Artikel (Theorie- und Methodenfragen, Untersuchungsergebnisse), eine Chronik und eine Bibliographie. Die beiden ersten Hefte bieten eine vollständige Dokumentation der VI. Internationalen Konferenz für Religionssoziologie (Bologna, September 1959).

Christlich-jüdisches Schrifttum. In: Freiburger Rundbrief zur Förderung der Freundschaft zwischen dem Alten und Neuen Gottesvolk im Geiste beider Testamente 12. Folge Nr. 45/48 (1959/60) S. 101—116.

Eine rund 300 Nummern umfassende Übersicht über Bücher und Zeitschriftenaufsätze zu diesem Thema seit 1948, gearbeitet nach den Literaturberichten des Freiburger Rundbriefes. Die Bibliographie kann von der Redaktion des Rundbriefes (Dr. Gertrud Luckner, Freiburg i. Br., Werthmannplatz 4) auch als Sonderdruck bezogen werden.

Pastoral und Klugheit. Sammelnummer von Anima Jhg. 15 Heft 1 (1960) S. 1—90.

Heute sei die Klugheit ein Synonym von Kleinmut und von Feigheit geworden, „und mit des Wortes wirklicher Bedeutung ist auch die Sache selbst entschwunden". Das gelte auch weitgehend für die zeitgenössische Pastoral, schreibt F. X. von Hornstein in der Einleitung zu dieser Sammelnummer der „Anima". Die durchweg gewichtigen Beiträge stammen von P. Morant (Die seelsorgerliche Klugheit in den biblischen Büchern); J. F. Groner (Gewissen und Klugheit); H. Fleckenstein (Die Tugend der Klugheit in der heutigen Seelsorge, mit beherzigenswerten Ausführungen zur Frage der Abständigenseelsorge, der Seelsorgerkooperation und der seelsorglichen Mitarbeit der Laien); W. Heinen (Klugheit in der seelsorglichen Beratung); W. Schöllgen (Die Lehrpunkte von der Epikie und vom kleineren Übel); L. W. Weber (Tugend der Klugheit in der Jugendseelsorge); O. Moßhamer (Priesterliche Klugheit und Frauenseelsorge); D. H. Goetz (Die Kinder dieser Welt und die Kinder des Lichtes) u. a.

Philosophie

MESSINEO, Antonio, SJ. *Il diritto alla vita.* In: La Civiltà Cattolica Jhg. 111 Nr. 2639 (4. Juni 1960) S. 449—462.

Das Aktuelle an diesem Aufsatz, der das in der europäischen Konvention über die Menschrenrechte stipulierte Recht auf das Leben kommentiert, sind die Erwägungen über die Todesstrafe. Messineo plädiert nicht für sie, begründet aber naturrechtsphilosophisch ihre Legitimität. Er argumentiert nicht aus den einzelnen Strafzwecken: Vergeltung, Abschreckung, Besserung, sondern unmittelbar aus dem bonum commune, das auch gegenüber dem Leben des Einzelnen schlechthin den Vorrang hat. Es ist eine quaestio facti, ob und wann man die Todesstrafe festsetzt. Ihre grundsätzliche Legitimität kann nur der Individualismus bestreiten.

SACHSE, Arno. *Das Problem der unbewältigten Vergangenheit in pädagogischer Sicht.* In: Freiburger Rundbrief zur Förderung der Freundschaft zwischen dem Alten und Neuen Gottesvolk im Geiste beider Testamente 12. Folge Nr. 45/48 (1959/60) S. 24—35.

Die „Virulenz" des Nationalsozialismus besteht weniger in einem offenen oder getarnten Bekenntnis zur nationalsozialistischen Ideologie, sie bezeichnet vielmehr und als viel gefährlicheres Phänomen einen Komplex von Vorurteilen, Gesinnungen und Haltungen, die sichtbar gemacht und in ihrem gradweise gestuften Zusammenhang mit nationalsozialistischer Mentalität erkannt werden müssen. Das gilt nicht nur für ihre Inhalte, sondern auch für ihre Methoden. Dies ist der pädagogische Ansatz zur Bewältigung der Vergangenheit, denn gerade das pädagogische Denken muß Methode und Ziel als Einheit begreifen. Im Rahmen dieser Erkenntnis gibt der Verfasser einen umfassenden und tiefschürfenden Überblick über den Stand der Frage.

SOCCORSI, Filippo, SJ. *L'Empirico e il Razionale nella Fisica.* In: La Civiltà Cattolica Jhg. 111 Vol. 2 (21. Mai 1960) S. 385—397.

Der erste von drei geplanten Artikeln, die das Formalobjekt der modernen Physik gegenüber den andern Wissenschaften abgrenzen wollen. Der Verfasser untersucht unter verschiedenen Gesichtspunkten die empirischen und rationalen Elemente der Physik. Er schließt die Interpretation eines auf Grund rein empirischer Gegebenheiten konstruierten rationalistischen Weltbildes aus, da sie die Eigennatur der überempirisch erfaßbaren Tatsachen nicht berücksichtigt.

Kultur

AUFENANGER, Heinrich. *Jugendweihe und Weltbild am mittleren Sepik.* In: Anthropos Vol. 55 Fasc. 1—2 (1960) S. 135—144.

Eine ausführliche Beschreibung des Vorganges der Jugendweihe bzw. der Initiationsriten im Inneren Neuguineas. Obgleich auch hier die alten Stammessitten verschwinden, können sich die Einheimischen nur schwer von dem großen Fest der Jugendweihe trennen (auch wenn sie Christen sind). Das hinter diesen Weihen stehende Weltbild ist mythisch-totemistischer Art. Der Verfasser berichtet über die verschiedenen Formen von Geisterglauben, ferner daß die Einheimischen auch an ein höheres Wesen glauben, das gut ist, die guten Menschen beschützt und die bösen Menschen bestraft (sanggure).

CLOSS, Alois. *Das Religiöse im Schamanismus.* In: Kairos Jhg. 2 Heft 1 (1960) S. 29—38.

In dieser Übersicht über den Stand der Schamanismusforschung setzt sich der Grazer Ethnologe besonders mit Mircea Eliades „Schamanismus und archaische Ekstasetechnik" (Zürich/Stuttgart 1957) auseinander. Für Eliade — wie auch für Closs und zahlreiche führende Religionswissenschaftler — ist der Schamanismus ein religiöses Urphänomen, freilich weder Magie noch Mystik, noch Prophetentum. Closs glaubt — stärker als Eliade —, daß neben dem Seinswandel durch Ekstase die Beziehung zur Geisterwelt (nicht in erster Linie zu den Totengeistern) für den Schamanismus wesent-

lich ist. Daß er Religion ist, zeigt sich auch darin, daß er das Überbringen des Opfers an den Himmelsgeist kennt.

DE ROSA, Giuseppe, SJ. *L'insegnamento della religione nella scuola italiana.* In: La Civiltà Cattolica Jhg. 111 Nr. 9 (7. Mai 1960) S. 238—253.

Aus Anlaß fortgesetzter Angriffe der Associazione per la libertà religiosa in Italia, die auf diesem Gebiet die Belange des Laizismus wahrnimmt, gegen den Religionsunterricht, trägt dieser Aufsatz die Argumente zusammen, die von einem humanen Standpunkt aus für ihn sprechen, und setzt sich mit Einwänden auseinander, die der Zeitgeist auch außerhalb Italiens inspiriert. Deshalb ist diese Darstellung von allgemeinem Wert.

FOLLIET, J. *Le pluralisme de la presse catholique.* In: Chronique sociale de France Jhg. 68 Nr. 3 (15. Mai 1960) S. 147—161.

Dieser Aufsatz und der folgende von Antoine Wenger: La liberté de la presse catholique, zeigen am Beispiel der Presse, wie sehr die pluralistische Toleranz als Vorbedingung einer wirklichen öffentlichen Meinung in der Kirche im Sinne Pius' XII. notwendig und wie sehr sie durch den Respekt vor der Wahrheit und vor der Freiheit gefordert ist. Folliet untersucht die Zusammenhänge zwischen Pluralismus, Wahrheit und Freiheit mehr grundsätzlich, Wenger mehr von der Praxis aus.

KAMSTRA, Jakob, SVD. *Japans größte Gefahr — die Sokagakkai.* In: Zeitschrift für Missionswissenschaft und Religionswissenschaft Jhg. 44 Heft 2 (April 1960) S. 98—106.

Nachdem der Verfasser im vorhergehenden Heft die Aktivität und Organisation der Sokagakkai im heutigen Japan dargelegt hat, behandelt er abschließend ihr Verhältnis zur buddhistischen Doktrin und das religiöse Leben der Sokagakkai-Mitglieder. Im Gegensatz zur Lehre aller bisherigen buddhistischen Sekten, Shakyamuni sei der eigentliche Buddha, der das Heil verleihen kann, lehnt die Sokagakkai dieses zentrale Dogma des Buddhismus ab und setzt an Shakyamunis Stelle mittels geschichtlicher Fälschungen Nichiren (13. Jh.), wodurch die Sekte besser ihre Ziele zu erreichen hofft. Die Sokagakkai will die absolute Unterwerfung aller Japaner unter die Botmäßigkeit der Sekte. Dies soll — wenn nötig — auf politischem Wege erreicht werden.

VERONESE, Vittorino. *Le Projet Majeur Orient-Occident.* In: Justice dans le Monde / World Justice T. 1 Nr. 3 (März 1960) S. 295—306.

Um die bis in unsere Zeit vor allem im Westen vorherrschende Meinung: Osten und Westen werden sich niemals verstehen können, abzubauen, hat die Unesco 1956 ein Zehnjahresprogramm lanciert, das der Annäherung und dem Verständnis zwischen der westlichen Mentalität und dem asiatischen Denken dienen soll. Dabei soll bei grundsätzlicher Annahme, daß eine Verständigung heute möglich und notwendig ist, doch das Gegensätzliche klar herausgestellt und auch in den Details genau untersucht werden, letzteres vor allem, um die gängigen Klischees zu zerstören. Die Aktion vollzieht sich auf drei Ebenen: analytische Studien und Forschungsarbeit, Erziehung und Schule und Unterrichtung der Öffentlichkeit durch die großen Massenmedien. Ziel ist eine Strukturveränderung in den heute vorherrschenden geistigen Einstellungen in Asien und im Westen.

Politisches und soziales Leben

BRUCCULERI, Angelo, SJ. *Il pensiero sociale di Giovanni XXIII.* In: Aggiornamenti sociali Jhg. 11 Nr. 6 (Juni 1960) S. 321—336.

Zum erstenmal wird in diesem Aufsatz versucht, die Linie des gegenwärtigen Papstes in den Fragen der Sozialreform und sozialen Ordnung darzustellen. Sie kann naturgemäß nicht in einer neuen Doktrin bestehen, sondern nur in den Akzenten sichtbar werden, die der Papst gewissen Lehren gibt. Aber darin wird seine durch Herkunft und Lebenserfahrungen geprägte Persönlichkeit sichtbar. Der Heilige Vater betrachtet die sozialen Phänomene nicht primär sub specie iuris. Die rechtlichen Prinzipien der Gesellschaftslehre sind in den Enzykliken seiner Vorgänger so umfassend und gründlich dargelegt worden, daß ihnen im Augenblick nichts Wesentliches hinzugefügt werden kann. Der Papst widmet sich deshalb der Aufgabe, der ja alles Recht letztlich dient, den Menschen die Gemeinschaft ihres Schicksals nahezubringen. Insofern reflektiert die Soziallehre Johannes' XXIII. nur seine allgemein sichtbare Einstellung.

FITZSIMONS, M. A. *Midlothian. The Triumph and Frustration of the British Liberal Party.* In: The Review of Politics Vol. 22 Nr. 2 (April 1960) S. 187—201.

Aus der Analyse einer Episode aus Gladstones politischer Karriere zieht der Verfasser gewisse allgemeine Folgerungen: Die Veränderungen, die die liberale Politik erkämpft, werden nach einiger Zeit Gemeingut der anderen großen Regierungsparteien und verlieren so für das liberale Programm ihr Spezifisches, die Partei selbst büßt damit ihre Anziehungskraft ein. „Die [englische] liberale Partei ist in mancher Hinsicht ein Opfer ihres Erfolges." Heute ist sie ein Bündel von Nonkonformisten, die keinen inneren Zusammenhang haben. Nur große politische Führer (mit einer großen Sache als Programm) könnten sie wieder zu einer politischen Kraft machen, was ihr wiederum keine Stabilität einbringen würde.

GUERRERO, Eustaquio, SJ. *La creación y mantenimiento de una sana opinión pública.* In: Razón y Fe T. 161 Nr. 747 (April 1960) S. 341—356.

Der Verfasser befaßt sich mit den Schwierigkeiten und Erfordernissen für das Enstehen und Aufrechterhalten einer gesunden öffentlichen Meinung. Der Publizist muß sich demnach vor gewissen unbewußten Voreingenommenheiten gegen die Wahrheit hüten, er kann nur der Wahrheit dienen, wenn er den Gegenstand seiner Wahrheitssuche liebt. Er muß ferner Unterscheidungsvermögen besitzen in Anbetracht der sich häufig widersprechenden Informationen über ein und denselben Sachverhalt. Die Gabe der Kritik braucht er besonders gegenüber den großen Agenturen und deren tendenziösem Nachrichtenmaterial. Er muß weiterhin der Versuchung widerstehen, sein Material aufzubauschen und zu übertreiben, um zu fesseln bzw. um Erfolg zu haben; er muß diskret sein können; Ruf und Ehre der von ihm behandelten Institutionen und Personen müssen ihm unantastbar sein. Der Beitrag wurde nicht zuletzt geschrieben, um eine nach Guerrero verfälschende, von überholten nationalistischen Gesichtspunkten diktierte ausländische Presseberichterstattung über Spanien und seine Kirche anzuprangern.

JOSTOCK, Paul. *Gibt es noch ein Arbeiterproletariat?* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 9 (Juni 1960) S. 161—175.

Jostock beantwortet diese Frage uneingeschränkt mit Ja. Weder die Lohnsteigerungen der letzten Jahre (über deren tatsächliche Höhe die unsinnigsten Vorstellungen herrschen) noch die gesellschaftliche und rechtliche Einbürgerung des Arbeiters, noch die verschiedenen Sozialreformen haben eine echte Entproletarisierung der Arbeiter zur Folge gehabt. Der harte Kern der Sache ist der, daß, wenn unter Proletarier ein Mensch ohne Vermögen zu verstehen ist, der seine Arbeitskraft zu verkaufen gezwungen ist, das Ausmaß an Proletarität in Deutschland seit den Kriegen sprunghaft gewachsen ist. Alles Reden, Besitz sei heute uninteressant und beschwerlich, verfängt nicht, schon deshalb nicht, weil die Unternehmer sich weigern, der Arbeiterschaft den gebührenden Anteil am Produktionsmittelbesitz zukommenzulassen. „Solange aber der Arbeiter oder Angestellte besitzlos ist, wird er nie ein vollgültiges Mitglied der Gesellschaft werden."

KAMPSCHÖER, Loek. *Spotlight on Latin America Immigration.* In: Migration News Jhg. 9 Nr. 3 (Mai/Juni 1960) S. 5—8.

Der Generalsekretär der ICMC berichtet über seine jüngsten Eindrücke in Lateinamerika. Die Länder des Subkontinents haben alle Einwanderer nötig, aber diese sind auch angewiesen auf die Unterstützung der Staaten, vor allem beim Start, und darüber hinaus auf die Hilfe der Kirche und der großen Wanderungsorganisationen. Auslösen sollten sie in diesen Ländern neue Dynamik, Energie und Initiative, um die ungeheuren Möglichkeiten Lateinamerikas zu erschließen. Dazu wird Geld, Organisation und Planung benötigt, wichtiger noch sind freilich moralische und intellektuelle Fähigkeiten. In zwei weiteren Beiträgen berichten Antonio Lago Carballo über die spanische Einwanderung in Argentinien und Leopold H. Forster über die Einwanderung in Venezuela.

LICHTHEIM, George. *Is there a Sociologist in the House?* In: Partisan Review Vol. 27 Nr. 2 (Frühjahr 1960) S. 295—310.

Ein sehr ironischer, mit vielen Zitaten aus neueren amerikanischen soziologischen Werken belegter Angriff gegen den unkritischen Gebrauch rein quantitativer Befunde in der amerikanischen Soziologie und den daraus resultierenden „Aberglauben", aus der Gegenüberstellung völlig heterogener Daten sinnvolle Schlüsse ziehen zu können. Besonders das Fehlen historischer Kategorien im Begriffsapparat der amerikanischen Soziologie wird angegriffen.

REUSS, Henry S. *A Point Four Youth Corps.* In: The Commonweal Vol. 72 Nr. 6 (6. Mai 1960) S. 146—148.

Der Verfasser, US-Abgeordneter, stellt flüchtig die Argumente zusammen, die einen Gesetzesantrag für den Kongreß (H. R. 9638 und S. 2908) über die Bildung von amerikanischen Jugendgruppen zum Einsatz in den Entwicklungsländern begründen. Wichtigster Punkt: Dieser Dienst gilt als Ersatzdienst für die Ableistung der Wehrpflicht und soll nach militärischen Soldsätzen vom Staat vergütet werden.

SCHMOLZ, F. M., OP. *Zur Situation der Politischen Wissenschaft.* In: Die neue Ordnung Jhg. 14 Heft 5 (Juni 1960) S. 168 bis 179.

Der ausführliche Vergleich zwischen dem Stand der politischen Wissenschaften (als Hochschuldisziplin) in den verschiedenen Ländern zeigt, daß die kontinentaleuropäische Entwicklung weit hinter der angelsächsischen zurückgeblieben ist. Die Schwierigkeiten dafür liegen darin, daß das Formalobjekt dieser Wissenschaft bei uns noch nicht bestimmt ist und daß das vorhandene Material, das eine Bestimmung dieser Wissenschaft als einer theoretisch-praktischen ermöglichte, noch nicht genügend gesichtet ist. Um eine Ordnung in die bis jetzt bei uns arg zerplitterte Wissenschaft zu bringen, schlägt der Verfasser die Wissensvermittlung auf drei gesicherten Gebieten vor: 1. Die politische Theorie und die Geschichte der politischen Theorie und der politischen Ideen. 2. Die Lehre von den Institutionen (Verfassungs-, Regierungs-, Verwaltungsprobleme, Parteien, Pressure Groups, Öffentliche Meinung, Presse, Wahl und vergleichende Verfassungslehre). 3. Internationale Beziehungen und Organisationen, einschließlich Völkerrecht.

UTZ, A. F., OP. *Die wertfreie Gesellschaft von heute.* In: Die neue Ordnung Jhg. 14 Heft 3 (Juni 1960) S. 161—167.

Ein Vergleich zwischen den Grundanschauungen der mittelalterlichen Gesellschaftsphilosophie (Wertvorstellung im Gemeinwohlprinzip und darauf aufbauendes Autoritätsprinzip) und der Gesellschaftskonzeption unserer Zeit. (Der Vergleich ist das Ergebnis umfassender bibliographischer Arbeiten, deren Material demnächst unter dem Titel „Grundsatzfragen des öffentlichen Lebens" [Darstellung und Kritik 1956—59] im Verlag Herder, Freiburg i. Br., erscheinen wird.) Utz stellt als Reaktion auf das mittelalterliche Sozialideal folgende Signatur der modernen sozialwissenschaftlichen Literatur fest: 1. Auflösung jeder Normenethik, die zugleich als Rechtssystem für die Gesellschaft gelten könnte. Daraus folge die Sozialisierung der Autorität. 2. Veräußerlichung des Gesellschaftszieles im Sinne von reinen Bedingungen, auf Grund deren jedem die eigene Bewegungsfreiheit garantiert wird. Die Gesellschaftsmoral bestehe darum in einem störungsfreien Ablauf des äußeren Zusammenlebens, d. h. in Toleranz. 3. Da das äußere Zusammenleben mit gewissen Gesetzmäßigkeiten soziologischer und sozialpsychologischer Natur unterliegt, gilt als gesellschaftsbildende Erkenntnis das Wissen um die Soziologie und die Sozialpsychologie (Social Control).

Les Chances de l'Afrique noire. In: Revue de l'Action populaire Nr. 139 (Juni 1960).

Dieses Sammelheft bietet in zwölf Beiträgen einen sehr guten Überblick zu den Fragen, die uns immer dringender bewegen: Wie werden sich die sozialen Verhältnisse, die innere Politik, die Industrialisierung, die Lage der christlichen Missionen und die weltanschaulichen Einflüsse von außen

und innen nach der Verselbständigung der afrikanischen Völker gestalten? Das Heft befaßt sich vorwiegend mit den ehemals französischen Kolonien und Belgisch-Kongo, doch hat die Darstellung exemplarisch auch für das übrige Schwarze Afrika Wert.

Chronik des katholischen Lebens

DOMENACH, Jean-Marie. *Working Priests and contemporary Unbelief.* In: Cross Currents Vol. 10 Nr. 2 (Frühling 1960) S. 115—122.

Der Autor greift Begründung und Form des Verbotes der Arbeiterpriester in Frankreich durch Kardinal Pizzardo auf und bezeichnet die in der Begründung enthaltenen Argumente als unhaltbar und die Form als verletzend. Das Arbeitermilieu habe sich seit Beginn des Experimentes vor 15 Jahren grundlegend geändert. Der militant kommunistische Atheismus sei einem spirituell indifferenten praktischen Materialismus gewichen, der in der Tiefe schon die ganze Eine moderne Welt der wissenschaftlichen Eroberung, der technologischen Schöpfung und ungeheuerer menschlicher Macht umfasse. „Die Kirche darf dieser Welt keine wesentlichen Konzessionen machen, doch muß sie sie endlich verstehen, durchdringen und ihrer Größe und ihrem Leid das Gesicht des Christentums aufprägen." Deshalb müsse die ganze Kirche Missionskirche sein. Ein nur auf Bewahrung bedachter Geist, wie er im Verbot der Arbeiterpriester deutlich wird, erreiche dieses Ziel nie.

FITZGERALD, George R. *Catholics in Secular Colleges.* In: America Vol. 103 Nr. 8 (21. Mai 1960) S. 278—281.

Die Nachfrage nach höherer Bildung unter den amerikanischen Katholiken übersteigt bei weitem die Fassungskraft katholischer Universitäten und Colleges. Heute können sie noch 40 % der katholischen Studenten aufnehmen, 1970 werden es nur noch 25 % sein. Dadurch entsteht die Frage, ob der Besuch nichtkatholischer Colleges und Universitäten für Glaube und Praxis katholischer Studenten abträglich sei. Auf Grund zahlreicher Umfragen und Erhebungen antwortet der Verfasser, diese Gefahr sei unerheblich. Glaubensverlust und Aufhören der religiösen Praxis hätten zumeist Gründe, die schon vor Besuch dieser Institutionen bestanden hätten, hauptsächlich in der Atmosphäre des Elternhauses und infolge mangelhaften Religionsunterrichtes. Doch müsse noch bessere Vorsorge für die religiöse Bildung dieser Studenten vor allem durch Ausbau katholischer Clubs getroffen werden.

GORDAN, Paulus. *Lateinamerikas Latinität.* In: Die politische Meinung Jhg. 5 Heft 49 (Juni 1960) S. 55—61.

Das „Lateinische" an Lateinamerika ist seine Sprache und Religion. Doch handele es sich bei der linguistischen Latinitas Lateinamerikas um eine aus vielerlei Gründen anders getönte Sprache, deren Bedeutung zudem nicht voll zum Tragen komme, weil 40 Prozent aller Lateinamerikaner Analphabeten sind. Ähnliches gelte auch von dem zweiten Band, das die Völker Südamerikas vereint, dem katholischen Glauben, der wohl tiefer als die lateinische Sprache eingewurzelt sei, aber doch andere Züge als der Katholizismus in den romanischen Ländern Europas zeige. Durch die stark nachwirkenden ethnischen Substrate und die Überwucherung aus Schwarz-Afrika sowie den Einbruch der modernen Zivilisation aus dem Norden hört Lateinamerika in neuerer Zeit immer mehr auf, *Latein*amerika zu sein.

MATTON, Vincent T. *High Hopes for Peru.* In: America Vol. 103 Nr. 8 (21. Mai 1960) S. 282—283.

Ein hochinteressanter Bericht eines Peru-Missionars über soziale Initiativen der Kirche in der fast rein indianischen Stadt Puno. Es geht darum, die Indios zur Selbsthilfe anzuleiten durch Gründung von Spar- und Kreditgenossenschaften, Verbesserung der landwirtschaftlichen Technik, der Wohn- und Verkehrsverhältnisse. Hand in Hand damit geht der Ausbau eines Netzes von einheimischen Katecheten.

ORFEI, Ruggero. *Cattolici di sinistra, cattolici di destra.* In: Vita e Pensiero Jhg. 43 Nr. 5 (Mai 1960) S. 316—323.

Die Bezeichnung „Katholik" erträgt keine spezifizierenden Attribute. Links- und Rechtskatholizismus sind deshalb unangebrachte Benennungen oder, wo sie als Wirklichkeiten verstanden werden, falsche Ideologien. Wenn Linkskatholizismus heißen soll, daß eine dem Sozialismus benachbarte Einstellung zum Wesen des Christen gehöre, und Rechtskatholizismus, daß aus der Soziallehre der Kirche eine konkrete soziale Ordnung ableitbar und deshalb eine konkrete Struktur zu verteidigen sei, wird in beiden Fällen die religiöse Originalität des Christentums mit sozialen Gesichtspunkten von relativer Gültigkeit vermischt und dadurch selbst relativiert.

TILMANN, Klemens. *Das religiös-weltanschauliche Gespräch mit Andersdenkenden.* In: Katechetische Blätter Jhg. 85 Heft 5 (Mai 1960) S. 223—225.

Die Katholiken stehen dem Glaubensgespräch mit Nichtkatholiken hilflos, weil unvorbereitet gegenüber. Sie sind für derartige Gespräche nicht gerüstet; bis heute gibt es weder eine Theorie auf diesem Gebiete noch eine anleitende Praxis. Tilmann versucht nun die Grundzüge einer solchen Gesprächslehre, die er „Dialogetik" nennt, zu entwickeln. Sie wird äußerst verschieden sein, je nach Alter, Temperament und Bildungsgrad des Sprechenden und des Gesprächspartners. Die Zielsetzung wäre jedoch für die verschiedenen Formen einheitlich: nicht Apologetik sei vorrangig, sondern das Vorwärtstragen des Glaubens. Als Ziel im engeren Sinne bezeichnet Tilmann die Fähigkeit, den anderen *Lebenswerte* aufzuzeigen.

Chronik des ökumenischen Lebens

BRÉHIER, Louis. *Les relations normales entre Rome et les Églises d'Orient.* In: Istina Jhg. 6 Nr. 3 (Juli/September 1959) S. 352—372.

Diese wertvolle Darstellung zeigt die normalen Beziehungen zwischen dem Papsttum und den Kirchen des Ostens vor dem Schisma von 1054, auch die gelungenen Bemühungen um eine Angleichung dogmatischer Unterschiede, z. B. durch eine großzügige Toleranz in der Frage des Filioque, so daß es klar wird, daß bis ins 11. Jahrhundert der Osten die dogmatische und disziplinäre Autorität des Papstes anerkannt hat. Auch die Gläubigen in West und Ost lebten im Bewußtsein, einer Kirche anzugehören. Die Politik habe das Schisma auferlegt.

FOHRER, Georg. *Die Struktur der alttestamentlichen Eschatologie.* In: Theologische Literaturzeitung Jhg. 85 Nr. 6 (Juni 1960) Sp. 401—420.

Die ausführliche Abhandlung über die Unterscheidung und Trennung der Zeitalter mit den Grundformen des eschatologischen Gerichts bei den nachexilischen Propheten wird als „epigonale Entartung" der vorexilischen Prophetie erwiesen, die sich grundsätzlich nicht von der auf sie folgenden Apokalyptik unterscheide.

GOLTZEN, Herbert. *Zur Ordnung der kirchlichen Trauung.* In: Zeitwende Jhg. 31 Heft 6 (Juni 1960) S. 398—403.

Aus diesem kritischen Kommentar zur vorläufigen Ordnung der Trauung in der VELKD (vgl Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 520) geht hervor, mit welchen Schwierigkeiten die Lutheraner noch zu kämpfen haben, um sowohl ihren Gemeinden wie anderen Kirchen gegenüber ein klares, die christliche Ehe von staatlichen Ehen absetzendes Zeugnis zu geben. Man könnte also vielleicht damit zu rechnen haben, daß die lutherische Ehepraxis sich allmählich zur Ausbildung kirchlicher Rechtsprinzipien und zur Annäherung der Ehe an ein Sakrament entschließt.

GRUNDMANN, Siegfried. *Der Beitrag des evangelischen Kirchenrechts zum Selbstverständnis des Ökumenischen Rates der Kirchen.* In: Ev.-luth. Kirchenzeitung Jhg. 14 Nr. 11 (1. Juni 1960) S. 161—167.

An Hand neuerer Veröffentlichungen von evangelischen Kirchenrechtlern (J. Heckel, H. Wehrhahn, H. Dombois usw.) wird mit Hilfe einer schwer zu verstehenden Terminologie die unheilvolle Rolle des säkularen Souveränitätsdenkens in der Ökumenischen Bewegung bloßgelegt, wo aus Angst vor einer „Überkirche" die Souveränität der Partikularkirchen festgehalten wird. Der Verfasser fordert eine auf das Jus divinium gegründete Universalkirche. Somit erfahren die Mahnungen von Dr. Visser 't Hooft und Bischof Lesslie Newbigin (in der Einleitung zur Neuauflage seines Buches „The Reunion of the Church" 1960), den Schritt zur Einheit der Kirche zu machen, von lutherischer Seite eine bemerkenswerte Unterstützung.

LESCOVEC, Paolo, SJ. *Il Concilio Ecumenico nel Pensiero degli „Ortodossi" II.* In: La Civiltà Cattolica Jhg. 111 Vol. 2 (21. Mai 1960) S. 372—384.

Der Verfasser legt die Gedanken der modernen orthodoxen Theologen über Rolle und Aufgabe eines Konzils innerhalb der Orthodoxie dar, die von A. S. Chomjakow ausgehen. Dort haben auch der niedere Klerus und die Laien ihren fest umrissenen Platz. Die Konzilien allein sind unfehlbar, und der Modus ihrer Einberufung verlangt die Zustimmung aller Bischöfe. Der Verfasser schließt daraus, daß gerade auch über diese Frage große Schwierigkeiten für eine Wiedervereinigung zwischen katholischer Kirche und Orthodoxen bestehen.

MARON, Gottfried. *Entmythologisierung des Fegfeuers.* In: Materialdienst des Konfessionskundlichen Instituts Jhg. 11 Nr. 2 (März/April 1960) S. 21—28.

„Über neue Fragen innerhalb der katholischen Eschatologie und ihre Konsequenzen" berichtet der Verfasser aus neueren katholischen Veröffentlichungen zur Theologie des Fegfeuers, die er als Anzeichen einer „Reformatio" bewertet, unterstreicht aber, daß die Dogmatisierung der Suffragien der Gläubigen für die Seelen im Fegfeuer der sog. Entmythologisierung eine Grenze setze. Man stehe hier vor dem alten reformatorischen Problem, das an der Mitwirkung des Menschen Anstoß nimmt. Eine weitere Grenze sei die Lehre vom Kirchenschatz.

NIEMEIER, Gottfried. *Die evangelische Unterweisung in der Volksschule.* In: Informationsblatt Jhg. 9 Nr. 10 (Zweites Maiheft 1960) S. 157—163.

Der dokumentarischen Übersicht über „Erziehung und Schule in der DDR" (vgl. dazu Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 424) läßt der Verfasser diese Übersicht über den Religionsunterricht in der Bundesrepublik folgen, die vom Grundgesetz ausgeht, die Bestimmungen der verschiedenen Landesverfassungen zitiert samt den bestehenden Vereinbarungen über die christliche Unterweisung in der Schule und den für das partnerschaftliche Verhältnis zu den Ländern erforderlichen Organen der Landeskirchen wie der EKD. — Im gleichen Heft schreiben Werner Dicke und Helmut Bruckhaus: „Warum und wie fördern wir evangelische Krankenhäuser?" (S. 149—155.)

REBER, Alfred. *Emil Brunner und das katholische Naturrecht.* In: Schweizer Rundschau Jhg. 60 Heft 2 (Mai 1960) S. 85—88.

Diese Gegenüberstellung des katholischen Naturrechts mit der fast katholisch anmutenden Naturrechtslehre von Emil Brunner legt den Unterschied in der Begründung bloß, erklärt die evangelische Unsicherheit in den Folgerungen für die politische Praxis und rät, die Möglichkeit zu gemeinsamen Lösungen im Gespräch auszuschöpfen.

ROSSEL J. *Mission, Kirche und Mission der Kirche.* In: Evangelisches Missionsmagazin Jhg. 104 Heft 1 (1960) S. 9—21.

Der Beitrag gibt einen guten Einblick in die Probleme der evangelischen Missionstheologie, die im Gefolge der Verselbständigung der Missionsgründungen entstanden sind, mit den Gefahren eines neuen Zentralismus bei den Kirchenräten der Missionsgebiete. Probleme, die zu einer Neubesinnung auf das Wesen der Kirche führen und die in größerem Rahmen Bischof Lesslie Newbigin in der Schriftenreihe „Weltmission heute" (Heft 11/12, Evang. Missionsverlag Stuttgart) unter dem Titel: „Die eine Kirche — das eine Evangelium — die eine Welt", vorgelegt hat.

In unserem Bericht über die Tagung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken in Ettal (vgl. ds. Jhg., S. 387—391) muß es auf S. 390 links oben (Bericht über den 8. Arbeitskreis: Buch) richtig heißen: Die entsprechenden Vorträge hielten Karl Rahner SJ, Dr. Josef Knecht, Dr. Ignaz Zangerle und Prof. Dr. Alois Winklhofer, Passau.

HERDER-KORRESPONDENZ

Elftes Heft — 14. Jahrgang — August 1960

Wir nennen die heilige Liebe Gottesliebe, denn Gott ist der Gegenstand dieser Liebe, durch sie lieben wir ihn. Zugleich aber gehört diese Liebe auch uns, denn wir sind es ja, die lieben. Daher dann die Täuschung. Statt diese heilige Liebe zu lieben, weil sie Gott meint, lieben wir sie, weil sie von uns ausgeht, die wir ihn lieben. Wer könnte es aber leugnen, daß wir hier weniger Gott suchen als uns selbst; daß wir statt des Geliebten die Liebe lieben?

Franz von Sales

Alle Katholiken mögen in den gegenwärtigen Schwierigkeiten untereinander und mit ihren Hirten verbunden bleiben. Allgemeine Gebetsmeinung für September 1960

1. Mit dieser Gebetsmeinung zeigt der Heilige Vater auf eine ernste Wunde der Kirche, eine vielleicht noch ernstere als die Gefahr der Spaltungen, denen der Apostel Paulus im 1. Brief an die Korinther in seiner jungen, von der Welt unbeachteten Missionsgemeinde begegnen mußte, ernster deshalb, weil die Einmütigkeit der Christgläubigen heute weniger durch den Reichtum ihrer Geistesgaben bedroht ist als durch den Mangel an solchen Gaben. Dazu kommt der Druck totalitärer Mächte, die die Gläubigen von ihren Hirten trennen wollen wie in China und allen Oststaaten, aber auch die Last weltlicher Nöte, deren Lösung nicht hinausgeschoben werden kann. Manche gegenwärtigen Schwierigkeiten, von denen der Papst spricht, ohne sie im einzelnen beim Namen zu nennen, ergeben sich vor allem daraus, daß eine zu zögernde oder zurückhaltende Einstellung bei führenden Katholiken vielen Christen als nicht ausreichend zur Bewältigung ihrer kirchlichen, politischen und sozialen Sorgen erscheint, so daß sie sich, in der Beantwortung schwerwiegender Fragen von Hirten und Lehrern anscheinend ohne Weisung gelassen, von Parolen angesprochen fühlen, die außerhalb der Kirche erarbeitet worden sind.

Letzten Endes geht es um dasselbe Anliegen, das Papst Pius XII. in der Allgemeinen Gebetsmeinung für Januar 1959 so formuliert hatte: „Alle Gläubigen möchten tief von kirchlicher Gesinnung durchdrungen werden" (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 118). Schon damals mußte gesagt werden, daß die notwendige kirchliche Gesinnung nicht in einer „gouvernementalen" Haltung und in bloßer Fügsamkeit bestehen kann, oder — wie das Direktorium des französischen Episkopats von 1957 zu diesem Thema sagte — in einem falschen Integralismus; sie muß also der freien Meinungsäußerung in der Kirche Rechnung tragen, damit nicht eine Überforderung der kirchlichen Autorität zur Kritiksucht an der Kirche reizt. Der „abgöttische Humanismus" und der „ausschweifende Kult, ja eine Art Fetischismus der Freiheit" würden aus dem Pochen der kirchlichen Führung auf bloßen Gehorsam, ohne daß auch die Sorgen der Gläubigen gehört werden, nur neue Nahrung ziehen, um so mehr, als der Klerus sich heute seiner Ohnmacht bewußt ist, weil er mit seiner Sprache und Lehrweise für die meisten Gläubigen gleichsam aus einer anderen und fremden Welt redet und die Menschen in ihrer welthaften Denkweise, für die sie meistens gar nichts können, weithin nicht mehr erreicht. Seit jenem französischen Direktorium liegen zahlreiche neue

N 497 *Alleinstehende 60jährige Sozialrentnerin* in Oberschlesien, Mann und ältesten Sohn durch Grubenunglück verloren, jüngster Sohn und Ernährer im Krieg gefallen, von minimaler Rente lebend, erbittet Lebensmittel- und Bekleidungshilfe.

N 498 *Kriegerwitwe* in Oberschlesien (Mann im Osten gefallen), 53 Jahre, wegen schweren Herzleidens arbeitsunfähig, mit 15jähriger, noch zur Schule gehender Tochter, erbittet Hilfe für Bekleidung, da bei 45 Mark monatlicher Rente (in Kaufkraft umgerechnet) an Anschaffungen nicht zu denken ist.

N 500 *Kriegerwitwe* in Oberschlesien, 55 Jahre, schwer rheumatisch, herzkrank und asthmaleidend, völlig arbeitsunfähig, Mann im Kriege vermißt, 36 Mark monatliche Rente (Kaufkraft), erbittet Hilfe für Wollsachen und Bettinlett.

N 508 *Verwitwete Mutter* in Oberschlesien, durch Krankheit erwerbsunfähig, da erst 54 Jahre alt, ohne Rente, erbittet Hilfe für Ernährung und Kleidung. Der Ehemann ist in russischer Internierung gestorben, ein Sohn im Kriege gefallen. Von den verbliebenen drei Kindern ist der älteste, erwerbsfähige Sohn zum Militärdienst eingezogen.

Geldspenden sind einzusenden auf Postscheckkonto Karlsruhe 7926 des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg i. Br. mit Vermerk: „SOS-Ost" und der jeweiligen Kennzahl.

Stimmen vor, die das Anwachsen der Schwierigkeiten erkennen lassen, nicht nur der Hirtenbrief des französischen Episkopats von 1960 (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 400), sondern auch der gemeinsame Hirtenbrief der italienischen Bischöfe über die Versuchungen des Laizismus (ebd. S. 397). Erwähnt sei auch der alarmierende Vortrag von Pfarrer Hanssler auf der Arbeitstagung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken in Ettal, der sich gegen eine gefährliche Redeweise von „Linkskatholizismus" gegen „Rechtskatholizismus" wendet und die Tendenz zur „liebenden Identifizierung mit Gegnern" anprangert, um ein Mindestmaß an Geschlossenheit für die Kirche zu fordern (ebd. S. 387), eine Geschlossenheit, die natürlich nicht parteipolitisch zu verstehen ist.

2. Welches sind nun die gegenwärtigen Schwierigkeiten, die den Heiligen Vater nötigen, für die Verbundenheit aller Katholiken untereinander und mit ihren Hirten beten zu lassen? Es gibt deren eine große Menge, teils sind sie struktureller Art, weil die Welt der Kirche entwachsen zu sein scheint, teils sind sie moralischer Natur und können auf den einen Grundzug gebracht werden, daß immer mehr Gläubige dem Weltsinn und dem technischen Geist erliegen, der sie mehr fesselt als die Geheimnisse der Gnade. Davon mußte fast jede Betrachtung zu den Allgemeinen Gebetsmeinungen handeln. Daher sollen hier nur einige der gewichtigsten Schwierigkeiten genannt werden, die leider Spaltungserscheinungen unter den Katholiken heraufbeschwören. Immer noch nicht von allen genügend beachtet wird die Taktik des Feindes, der mit brutaler Drohung oder verführerischen Lockungen die Gläubigen von ihren Hirten, vor allem von der Einheit der Kirche unter dem obersten Lehr- und Hirtenamt trennen will, um nach dieser Trennung die Vernichtung der Getrennten zu beginnen. Aller Ärger der Gläubigen über eine vermeintlich unzureichende Führung durch die Hierarchie und aller Ärger kirchlicher Kreise über den sogenannten römischen Zentralismus sollte sich dessen bewußt sein, daß der Feind gerade an diesen schwachen Punkten einen sicheren Einlaß findet. Sodann muß die unbewältigte Aufgabe der rechten Mitverantwortung der Laien, und zwar nicht nur im kirchlichen Apostolat, sondern vor allem in der sachkundigen Meisterung ausgesprochener Weltfragen genannt werden. Wäre diese Aufgabe gelöst, verschieden freilich je nach der Reife der Gläubigen in ihrem Lande, so würde es kaum solche Tendenzen geben, wie sie der italienische Episkopat beklagt, daß Laien sich „im Namen der Mündigkeit der Führung durch Hierarchie und Klerus entziehen", oder daß „an der Fähigkeit der christlichen Botschaft zur Lösung sozialer Probleme gezweifelt" wird, weil die Kirche weltfremd sei und ihr Lehramt zu prinzipiell urteile. Tendenzen zum „Demokratismus" in der Kirche würden zum Schweigen kommen, wenn die Gläubigen nicht argwöhnten, daß das ordentliche Lehramt, sei es durch mangelnde Koordination der Bischöfe, sei es durch die Unsicherheit der Moraltheologen, unaufschiebbare Entscheidungen scheinbar verzögert, weil es zur Überwindung der strukturellen Entfremdung zwischen Lehre und säkularem Denken Zeit braucht und die Zusammenarbeit sachkundiger Laien mit den kirchlichen Führungsstellen und ihre Zusammenarbeit mit den Theologen in einem Team noch zuwenig eingeübt ist.

Auf diesen noch nicht durchgeordneten innerkirchlichen Bereich wirken die ungelösten Sachfragen der Politik ein und können daher Sprengwirkungen erzielen. Die von Pius XII. angestrebte stärkere Distanzierung von der Idolatrie, die es auch im „freien Westen" gibt, eine Distanzierung, die nicht nur unsere Missionare fordern, ist noch nicht konkret genug formuliert, um sowohl einen falschen Neutralismus auszuschließen wie einer falschen Koexistenzpolitik zu widerstehen. Ein Sonderproblem dieser Schwierigkeit ist die Stellung zu den atomaren Waffen. Es hat sich gezeigt, daß manche ernste Katholiken sich nicht mit der Interpretation der Lehre Pius' XII. abfinden können, wie sie in dem bekannten Gutachten der sieben Moraltheologen gegeben worden ist (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 37), davon geben u.a. die Diskussionsbeiträge namhafter deutscher Katholiken Zeugnis, die unter dem Titel „Atomare Kampfmittel und christliche Ethik" erschienen sind (Kösel, München 1960, 196 S.) und die sich besonders gegen eine zu abstrakte Argumentation wenden. Eine weitere Belastung für die innere Verbundenheit der Katholiken untereinander und mit ihren Hirten ist die in manchen katholischen Ländern immer wieder verzögerte Lösung der sozialen Frage. Sie kommt in Italien nicht voran, weil die strukturelle Reform durch politische Verfestigungen gehemmt ist, die von der Kirche nicht aufzulösen sind und sie hindern, die von ihr geforderten energischen Maßnahmen zur Landreform voll durchzusetzen; und trotz immer neuer Warnungen vorbildlicher Bischöfe in Spanien bleibt auch hier die soziale Frage ungelöst, von Südamerika ganz zu schweigen. Als eine nicht unwichtige Randerscheinung wäre zu nennen, daß viele Katholiken trotz eindeutiger Äußerungen der Kirche zu den Fragen des Rassismus und Antisemitismus ihre Vorurteile und Ressentiments nicht zu überwinden imstande sind.

Neuerdings sind zu diesen politischen Schwierigkeiten die ökumenischen Probleme hinzugekommen. Das Verlangen nach baldiger Wiedervereinigung der Christenheit in einer Kirche hat manche Ideen über die Methode einer Heimholung der getrennten Christen gezeitigt, die in dogmatischen Fragen eine anders formulierte Wahrheit für die Katholiken und für die der Tradition der Kirche entwachsenen evangelischen Christen vorschlägt. Das kommende Konzil hat in manchen Kreisen Erwartungen geweckt, die im Falle einer Enttäuschung bittere Folgen haben könnten. Der Einfluß theologischer Avantgardisten, die die Probleme rein theoretisch forcieren, ohne die kirchlichen Imponderabilien auf beiden Seiten zu berücksichtigen, und die faszinierende Lebendigkeit der ökumenischen Theologie schaffen auch unter den Gläubigen eine kritische Situation, die nur durch die Initiative des Lehr- und Hirtenamtes gemeistert werden kann.

3. Es ist hier nicht der Ort, die erwähnten Phänomene eingehend zu schildern und zu bewerten. Man sollte nur wissen, welches Ausmaß die Gebetsmeinung hat, um ihr entsprechen zu können. Sie fordert zweierlei: 1. daß alle Katholiken untereinander verbunden bleiben und 2. daß sie auch mit ihren Hirten verbunden bleiben. Seit den Tagen des Apostels Paulus ist den Christen die brüderliche Liebe zueinander, das Ertragen der Schwachen im Glauben durch die Starken angemahnt worden, eine Liebe, die in der eucharistischen Gemeinschaft ihren objektiven Ausdruck findet; aber immer wieder meinen die Starken oder „Fortschrittlichen", mit ihren scheinbar tieferen Erkenntnissen der Glaubenswahrheit eigene Wege gehen zu müssen. Freilich braucht „Verbundenheit" in Christus nicht einen kritiklosen Konformismus zu bedeuten, es gehört vielmehr zu unserer Zeit, daß man sich gegenseitig offen

die Meinung sagt. Doch dürfen die Methoden weltlicher oder politischer Publizistik nicht in die Kirche eindringen. Es darf auf keinen Fall so weit kommen, daß die einen sich rühmen, die wahreren Christen zu sein als die anderen. Darüber kann niemals eine religiöse Gruppe oder Meinung befinden. Was in der Kirche wahr oder falsch, was gesund oder übertrieben ist, was der Auferbauung des mystischen Leibes Christi förderlich oder abträglich ist, kann gültig nur das Lehr- und Hirtenamt beurteilen, dem alle Seelen anvertraut sind. Das Gegeneinander politischer Meinungen aber, die auf die Verwirklichung christlicher Werte zielen, darf nicht die sakramentale Verbundenheit antasten. Vor allem darf die Verbundenheit zwischen denen, die in voller Freiheit ihres Glaubens leben, und denen, die um ihres Glaubens willen verfolgt werden, durch keine Unterlassung der Liebespflichten leiden. Es mag schließlich eine Gefahr des katholischen Glaubens sein, der in verschiedenen Völkern in verschiedener Weise Leib wird, daß die von der Kirche angenommene Menschheit sich über das Mysterium der Einheit erhebt und die Besonderheiten des Kultus und der Frömmigkeit zum Gesetz erstarren, das andere abstößt.

Von entscheidender Bedeutung ist die Verbundenheit der Gläubigen mit ihren Hirten. Sie ist von beiden Seiten her Gefahren ausgesetzt. Die Autorität der Hirten ist von Gott, die Hirten üben in besonderer Weise das Christusamt aus. Insofern haben sie sich nicht vor Laien zu verantworten. Wenn aber gläubige Laien die Wirksamkeit der Autorität anzweifeln, so hat diese Kritik ihren Grund nicht nur darin, daß das Leben der Christen nicht mehr mit der katholischen Lehre übereinstimmt, wie der italienische Hirtenbrief sagt. Er nennt auch einen anderen Grund: „Man darf sich (von seiten des Klerus) nicht in Bereiche einmischen, wo wir kein Recht haben, Direktiven zu geben, weil hier das Urteil und die Entscheidung der persönlichen Freiheit zusteht." Der Bischof von Münster warnte einmal vor falschem Paternalismus. In der Tat hindert die Strapazierung kirchlicher Autorität die Verbundenheit mit den Hirten. Ebenso schwerwiegend ist jedoch der andere Tatbestand, daß viele Katholiken oft mehr Führung verlangen, als in der Aufgabe des Hirtenamts liegt.

Die von Gott gegebene Autorität mußte schon immer durch charismatische Übung eingewurzelt und befestigt werden, indem der Geist des Lehrers die Herzen der Gläubigen ergreift. Der Apostel Paulus ließ es seinen Gemeinden gegenüber wirklich nicht an der Geltendmachung seiner apostolischen Autorität fehlen: „In mir spricht Christus", konnte er sagen (2 Kor. 13, 3), sogar mit dem Stock konnte er drohen (1 Kor. 4, 21), aber immer sprach er als liebender Vater und nannte die Gläubigen Brüder. Oft genug berief er sich auf ihre Einsicht. Die kanonische Autorität macht ihre charismatische und menschliche Entfaltung nicht überflüssig. Jeder Soldat weiß, daß der Kommandeur zu befehlen hat, aber es gibt Kommandeure, für die man durchs Feuer geht.

Die Gläubigen aber irren schwer, wenn der eine oder andere meint, er habe auf Grund vermeintlich besserer Einsichten das Recht, den Bischöfen Vorhaltungen zu machen, wie ein politischer Leitartikler das mit Ministern tun kann. Die kirchliche Sprechweise ist leider nicht ganz unschuldig daran, daß die Hirten unter den Begriff der Obrigkeit gebracht werden und infolgedessen als Behörde gelten. Sie sind aber unsere geistlichen Väter, und wenn man sie als Väter anspricht, indem man sie aufsucht, wird man heute auch ihr Ohr finden. Um die Verbundenheit der Gläubigen mit ihren Hirten zu befestigen, sollten die Hirten Wege bahnen, daß sie den Gläubigen nicht nur im liturgischen Dienst begegnen, sondern auch im persönlichen Gespräch. Offene Briefe an die Bischöfe schreiben ist Demokratismus. Aber die Gläubigen sollten wissen, daß sie ihren Hirten schreiben können und daß sie Gehör finden, wenn ihr Anliegen wahr und berechtigt ist. In unseren Kirchen sind meist die barocken Gitter gefallen, die den Chor der Priester von den Gläubigen trennten, so wie in unsern weltlichen Büros die undurchsichtigen Schalter verschwunden sind. Es gibt sicher analoge und viel tiefer begründete Wege, um zwischen Hirten und Gläubigen Scheidewände zu beseitigen, die nicht der Heilige Geist, sondern die Geschichte aufgerichtet hat. Letztlich wird die vom Heiligen Vater gewünschte Verbundenheit in den gegenwärtigen Schwierigkeiten dadurch am wirksamsten gefördert, daß die Hirten eine Herz und Verstand befeuernde Führung ausüben, wozu ja das Ökumenische Konzil von Papst Johannes XXIII. einberufen wird.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Katholische Antwort auf eine evangelische Frage

Die Evangelische Akademie Westfalen in Bochum hatte am 30. Mai eine gedruckt verbreitete öffentliche „Anfrage an die römisch-katholische Kirche" gerichtet und zahlreichen Mitgliedern der Hierarchie sowie der katholischen Presse zugeleitet, ein ungewöhnliches Verfahren. Sie knüpfte an eine Aussprache des katholischen Religionslehrers Heinz *Schütte* mit dem lutherischen Professor D. Ernst *Kinder,* Münster i. W., über das bekannte, von Schütte veröffentlichte Buch „Um die Wiedervereinigung im Glauben" an, über das wir am Schluß aus einer Würdigung von Thomas *Sartory* OSB zitieren. Schütte hat in dem Buch eine Auswahl evangelischer Lehräußerungen von Theologen, die sich positiv zu Einzelheiten der katholischen Wahrheit verhalten, mit einer Reihe entgegenkommender katholischer Ansichten zur Reform der Kirche zusammengestellt. Daraufhin formulierte die Anfrage:

„Wir können unsererseits dem, was hier als Möglichkeit für eine gegenseitige Verständigung und was als weiterzuverhandelnde Fragen für eine fortschreitende Verständigung ausgeführt wird, im wesentlichen zustimmen, und wir vermögen vor allem die Intentionen dieser Ausführungen uns zu eigen zu machen. Wir fragen darum die römisch-katholische Kirche, ob sie die Zusammenfassung der Darlegungen Schüttes ... in ihrer Intention und in ihren inhaltlichen Formulierungen billigt ... und ob sie auf dieser Grundlage und entsprechend dieser Linie zu Gesprächen bereit ist."

Ein Brief des Erzbischofs Dr. Jaeger

Auf diese Anfrage gab der Erzbischof von Paderborn, Lorenz *Jaeger,* in seiner Eigenschaft als Beauftragter des Episkopats für Fragen der Glaubensverbreitung, eine ausführliche Antwort, in der er zunächst darauf hinwies, daß eine solche Anfrage „kaum der geeignete Weg für die

theologische Behandlung von Kontroverslehren sein dürfte" und daß von katholischer Seite als Grundlage eines interkonfessionellen Gesprächs um die Einheit im Glauben „nur die allgemeine Lehrverkündigung der Kirche" dienen könne. Der Erzbischof verweist sodann auf einen Bericht des Evangelischen Pressedienstes über die Verhandlungen in der Akademie Bochum, in dem es zum Schluß hieß: „Die wesentlichen Unterschiede zwischen katholischer und evangelischer Kirche konzentrieren sich heute auf die Auffassungen von der Kirche und vom priesterlichen Amt." Dieses Urteil sei zutreffend: „Der grundlegende Gegensatz liegt nicht in der Rechtfertigungslehre, sondern in der Lehre von der Kirche, von den kirchlichen Ämtern und von der apostolischen Amtsnachfolge der Bischöfe." Das habe schon das Regensburger Religionsgespräch von 1541 ergeben: „Die Regensburger Verhandlungen scheiterten an der Lehre von der Autorität der Konzilien, von der Kirche und dem kirchlichen Lehramt." Der Erzbischof fügt hinzu, daß wir heute vor einer ähnlichen Situation stehen, einer Situation, die der Erzbischof inzwischen durch die Veröffentlichung eines klärenden Buches über „Das Ökumenische Konzil, die Kirche und die Christenheit" nach allen Seiten erhellt hat, um jeder möglichen Verwirrung zu steuern (Verlag Bonifacius-Druckerei, Paderborn 1960, 143 S.).

Wie in diesem Buch, das in vier Kapiteln eine Darstellung der ersten acht ökumenischen Konzilien, der sieben mittelalterlichen Generalkonzilien, der spätmittelalterlichen und der beiden neuzeitlichen Konzilien gibt und jeweils ihre ekklesiologische Bedeutung analysiert, um im 5. Kapitel die Gegenwartsprobleme um das 2. Vatikanische Konzil zu klären, erhebt der Erzbischof von Paderborn einen entscheidenden Einwand gegen die Meinung von Professor Kinder, die in dieser oder jener Form in manchen Kreisen umgeht. Danach müsse eine Wiedervereinigung der Kirche sich „nur auf die Zentralpunkte der Verkündigung und der Sakramente beziehen, jedoch sei keine Einheit der kirchlichen Verfassung am Platze", denn die Kirche sei, wie Kinder als Lutheraner meint, in erster Linie nicht Institution, sondern Glaubensgemeinschaft. Damit habe Kinder, so erklärt der Erzbischof in seinem Brief wie in seinem Buch (Nachwort S. 138), „den protestantischen, nicht aber den katholischen Standpunkt wiedergegeben". Das Augsburger Bekenntnis sage im Artikel VII: „Dies ist genug zu wahrer Einigkeit der christlichen Kirchen, daß da einträglich nach reinem Verstand das Evangelium gepredigt und die Sakramente dem göttlichen Wort gemäß gereicht werden. Und ist nicht notwendig zu wahrer Einigkeit der christlichen Kirche, daß allenthalben gleichförmige Zeremonien, von Menschen eingesetzt, gehalten werden." Der Erzbischof fügt hinzu: „Auf diesem letzten Satz fußt Kinders Stellungnahme. Schütte verstand diesen Satz von den rein kirchlichen Einrichtungen menschlichen Rechts, die nicht auf göttliche Einsetzung zurückgehen." Diese brauchten nicht überall gleich zu sein, wie auch die Enzyklika Papst Johannes' XXIII. *Ad Petri Cathedram* bezüglich der orientalischen Riten betonte. „So ist beispielsweise das orientalische Kirchenrecht der mit Rom vereinigten Ostkirchen in vielen Punkten anders als das abendländische Kirchenrecht. Die Verfassung dieser Ostkirchen mit ihrer starken Betonung der Patriarchate ist weniger ‚zentralistisch' als die abendländische Kirche, obwohl die von Christus selbst eingesetzte Grundstruktur der Kirche mit dem Oberhirtenamt des Nachfolgers Petri und dem Hirtenamt der Nachfolger der Apostel selbstverständlich dieselbe ist. Auch die Frömmigkeit der orientalischen Kirchen hat seit alters ihr eigenes Gepräge — man denke an die Bilderverehrung, die in dieser Form dem Abendland fremd ist. Daß auch innerhalb des Abendlandes, ja selbst innerhalb der einzelnen Bistümer, verschiedene Frömmigkeitstypen vorhanden sind, ist eine leicht feststellbare Tatsache. Einheit in der Mannigfaltigkeit ist ein altes katholisches Prinzip. In diesem Sinne konnte Schütte sagen, es bedürfe keiner einheitlichen Normaltheologie und keiner Gleichheit der liturgischen Formen usw. Ganz anders aber hat Kinder die Aussagen des VII. Artikels des Augsburgischen Bekenntnisses aufgefaßt. Kinder meint, daß ‚keine Einheit der kirchlichen Verfassung am Platze sei'. Er sieht in der kirchlichen Grundverfassung nur menschliche, kirchenrechtliche Einrichtungen, die eben deshalb verschieden sein könnten, weil sie — wie er meint — nicht auf Jesus Christus zurückgehen. Die katholische Christenheit ist demgegenüber überzeugt, daß die Grundverfassung der Kirche mit dem Papst als Einheitszentrum und sichtbarem Oberhirten, mit den Bischöfen als Nachfolger der Apostel, die Kirche also mit ihrer hierarchischen Struktur und ihrer apostolischen Amtsnachfolge, auf die Einsetzung Jesu Christi selbst zurückgeht. Wir sind überzeugt, daß sich diese unsere Auffassung aus dem Neuen Testament und aus ältesten Zeugnissen der Tradition . . . begründen läßt. Wir sehen aber auch, daß hier der eigentliche Unterschied zwischen katholischer und protestantischer Auffassung zutage tritt. Dieser Unterschied ist den Gesprächspartnern in Bochum . . . nicht aufgegangen."

„Zuständig ist das Sekretariat für die Einheit"

Auch Kardinal Augustin *Bea* hat die Anfrage der Evangelischen Akademie Bochum beantwortet und die Bereitschaft zur Verständigung mit den von Rom getrennten Christen betont. Der beste Beweis sei hierfür die Einrichtung eines Sekretariats für die Einheit der Christen durch Papst Johannes XXIII. Diese Instanz — die übrigens von Erzbischof Jaeger bereits in seinem Buche ebenso gewürdigt wird wie die Persönlichkeit ihres Präsidenten, eines „konservativen Reformers" (S. 136) — werde über alle Fragen und Wünsche, die von nichtkatholischer Seite an das Konzil herangetragen werden, unter Hinzuziehung von Sachverständigen beraten und sie entweder selbst beantworten oder dem Konzil zur Behandlung zuleiten.

Zu dem Hauptpunkt der Anfrage der Akademie Bochum antwortet der Kardinal: „Die Stellungnahme zu privaten diesbezüglichen Schriften wird für gewöhnlich Aufgabe der wissenschaftlichen Diskussion kompetenter privater Kreise sein, höhere kirchliche Lehrinstanzen werden nur in besonderen Fällen sich dazu äußern. Was das Buch von Schütte angeht, dürfte schon die Tatsache, daß es mit der Druckerlaubnis des Bischofs von Essen erschienen ist und die Zustimmung zahlreicher katholischer Bischöfe und Theologen gefunden hat, ein Zeichen sein, daß seine Ausführungen im wesentlichen im Sinn der römisch-katholischen Kirche gehalten sind. Sollten über einzelne wichtigere Punkte Zweifel oder Unklarheiten bestehen, so wird unser Sekretariat auf eine entsprechende Anfrage immer gerne bereit sein, diese zu prüfen und zu klären."

Zum Schluß zitieren wir aus einer Würdigung des Buches von Schütte im „Christlichen Sonntag" (Nr. 28, 10. 7. 60) ein Urteil des sachkundigen Benediktiners Thomas

Sartory. Der Leiter der Una-Sancta-Bewegung bemerkt grundsätzlich zustimmend, es lohne sich, wie Schütte das versucht habe, zu einzelnen Kontroversfragen anerkannte evangelische und katholische Theologen samt Auszügen aus kirchlichen Lehrdokumenten einander gegenüberzustellen. Aber man dürfe dabei nicht nur solche auswählen, die miteinander übereinstimmen. Schütte lasse vornehmlich solche evangelische Autoren zu Wort kommen, die viele Catholica nicht mehr für das Ergebnis eines frühchristlichen Sündenfalles halten. Aber man sollte nicht übersehen, daß man die Ansicht eines evangelischen Autors nicht aus dem einen oder anderen Zitat gewinnen könne: „Protestanten denken viel stärker, als wir es kennen, dialektisch und versuchen, den Kern einer Sache in Aussage und Gegenaussage zu erfassen." Sartory hält daher die Methode Schüttes zu einer wirklichen Bestandsaufnahme der gegenwärtigen ökumenischen Lage für nicht ausreichend, was er an einigen Beispielen überzeugend nachweist. Er schließt seine Ausführungen: „Die Stunde der Wiedervereinigung ist doch wohl noch nicht angebrochen. Wir stehen noch weit voneinander, und der Weg, für beide gangbar, ist uns noch nicht sichtbar geworden. Seinen Intentionen nach halte ich das Buch Schüttes für verfrüht ... Was Schütte aufzeigt, ist noch nicht geeignet, schon die Brücke zu schlagen", aber es zeige, daß es auf beiden Seiten schon eine Art Brückenkopf gebe. „Es wäre zu wünschen, daß der Autor bei weiteren Auflagen seines Buches nicht die Zitate katholischer und evangelischer ‚Pioniertheologien' vermehrt — in der Wahrheitsfrage entscheidet nicht die Quantität —, sondern auch kräftig die Gegenstimmen zu Gehör bringt ..., sonst besteht die Gefahr, daß wir im Anliegen einer Wiedervereinigung beim ungeschulten Leser Illusionen nähren."

Die ersten Teilverträge des österreichischen Konkordates

Als erste Teilverträge in der Neufassung des österreichischen Konkordates von 1934 wurde am 23. Juni 1960 im Bundeskanzleramt in Wien ein Vertrag über die vermögensrechtlichen Fragen zwischen Staat und Kirche und ein Vertrag über die Umwandlung der Apostolischen Administratur Burgenland in eine Diözese Eisenstadt unterzeichnet. Im Namen des Heiligen Stuhles unterzeichnete Nuntius Dellepiane, im Namen der Republik Österreich Außenminister Kreisky und Unterrichtsminister Drimmel.

Der Abschluß dieser Verträge hat eine lange Vorgeschichte. 1933 war unter Bundeskanzler Dollfuß — in der Zeit der Ausschaltung des Parlamentes — ein Konkordat abgeschlossen und am 1. Mai 1934 im Zusammenhang mit der neuen Verfassung des „christlichen Ständestaates" ratifiziert worden. 1938 schoben die neuen Machthaber das Konkordat einfach beiseite und erließen Gesetze, insbesondere Ehegesetze, ohne Rücksichtnahme auf das Konkordat. 1945, als wieder ein österreichischer Staat entstanden war, blieben die NS-Gesetze (obligatorische Zivilehe, kirchliche Trauung nur nach vorangegangener standesamtlicher) weiterhin in Kraft. Was als Provisorium gedacht war, erwies sich als sehr dauerhaft. Denn die SPÖ weigerte sich, das Konkordat als gültig anzuerkennen, einmal wegen der ihrer Meinung nach zu großen Berücksichtigung kirchlicher Wünsche und zum andern, weil das Konkordat ohne Zustimmung eines demokratisch gewählten Parlamentes zustande gekommen war. Und ohne ihre Zustimmung konnte die Koalitionsregierung nichts unternehmen.

Erst allmählich und als Folge des Abbaus alter Frontstellungen änderte die SPÖ ihre Haltung und fand sich zur grundsätzlichen Anerkennung der Gültigkeit des Konkordates bereit. Der Ministerrat konnte einen einstimmigen Beschluß fassen. In einer Note der österreichischen Bundesregierung an den Vatikan vom 21. Dezember 1957 wurde die Gültigkeit des Konkordates von 1934 anerkannt und zugleich der Vatikan ersucht, in Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Konkordates einzutreten, da die seit 1934 geänderte Rechtslage der Erfüllung einiger Punkte des Konkordates, insbesondere der Eherechtsbestimmungen, entgegensteht.

Der Heilige Stuhl erklärte in seiner Antwortnote vom 30. Jänner 1958, daß die grundsätzliche Anerkennung der Gültigkeit des Konkordates die Verpflichtung in sich schließt, das Konkordat auch tatsächlich einzuhalten, das heißt, die derzeitigen österreichischen Gesetze im Sinn der Konkordatsbestimmungen zu ändern; der Heilige Stuhl sei nur zu kleinen Änderungen, „kleinen Retouchen", bereit. (Über diesen Notenaustausch vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 349 ff.)

Auf dieser Basis wurden keine Fortschritte erzielt. Die österreichischen Gesetze wurden nicht geändert. (Das Gesetz, nach dem eine kirchliche Trauung erst nach vorangegangener staatlicher vorgenommen werden darf, war schon früher, ohne Zusammenhang mit dem Konkordat, durch eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes aufgehoben worden.)

Die strittigen Fragen gliedern sich in drei Gruppen: 1. vermögensrechtliche Fragen; 2. Eherecht; 3. Schule.

Im Jahre 1959 kamen die Verhandlungen wieder in Fluß. Man begann mit den vermögensrechtlichen Fragen, weil hier eine leichtere Einigung zu erwarten war.

Der nun zustande gekommene Vertrag sieht folgendes vor:

Als Abgeltung der Zahlungen, die der österreichische Staat vor 1938 der Kirche geleistet hat — Klerusbesoldung, Patronate und Kirchenbaulasten —, stellt der Staat der Kirche jährlich 100 Millionen Schilling zur Verfügung. (Dieselbe Summe hat der Staat im Hinblick auf die zu erwartende Regelung bereits in den Jahren 1958, 1959 und 1960 auf Grund eigener Bundesgesetze gezahlt.) Zu einer entsprechenden Entschädigung ist ja der Staat auch nach Artikel 26 des Staatsvertrages verpflichtet, in welchem es heißt, daß der Staat die Vermögenschaften, Rechte und Interessen der Religionsgemeinschaften, wie sie am 13. März 1938 bestanden haben, wiederherzustellen hat. Nach einer Aufstellung des „Wiener Kirchenblattes" (28. 2. 60) würden die verschiedenen Leistungen des Staates vor 1938, umgerechnet auf heutige Verhältnisse mit dem Valorisierungsfaktor 7, eine Summe von jährlich 187 Millionen Schilling ausmachen. Der Vertrag bestimmt ferner, daß die Hälfte der 100 Millionen Schilling wertbeständig ist in Relation zu den Gehältern der Bundesangestellten. Der Realwert der 100 Millionen bleibt also teilweise erhalten.

Das Recht der Kirche, Kirchenbeiträge einzuheben, wird durch diese Leistungen nicht berührt.

Der Religionsfonds, der seinerseit von Joseph II. aus eingezogenem Kirchengut zur Errichtung neuer Pfarren, zur Besoldung des Klerus und zur Erhaltung von Kirchengebäuden errichtet worden ist — noch immer 51 000 ha Wald und 4500 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche —

wird aufgelöst. 90% gehen in den Besitz des Staates und 10% in den der Kirche über.
Ferner wird dem Erzbischof von Salzburg, der 1803 beim Reichsdeputationshauptschluß nicht nur die weltlichen Herrschaftsrechte, sondern auch alle Güter verloren hatte und seither als Mieter des Staates wohnte, das von ihm und den kirchlichen Zentralstellen bewohnte Palais Salzburg, Kapitelsplatz 2, und vier Domherrnhäuser sowie ein Mensalgut von 560 ha Wald als Eigentum übergeben. (Seinerzeit war durch kaiserliche Entschließung im Jahre 1817 dem Erzbischof und dem Domkapitel das freie Nutzungs- und Wohnrecht in staatlichen Gebäuden zugesichert, doch kein Eigentumsrecht gegeben worden; diese Regelung völlig aus dem Geist des Josephinismus hatte seltsamerweise alle folgenden so verschiedenen Zeiten der Monarchie und der ersten Republik überdauert.)
Der zweite Vertrag vereinbart die Erhebung der Apostolischen Administratur Burgenland zur Diözese Eisenstadt. Als 1921 der deutschsprachige Teil Westungarns (zwar nicht im vorgesehenen Umfang, aber doch zum größten Teil) unter dem Namen Burgenland an Österreich gekommen war, wurde das Land (1922) aus dem Verband der ungarischen Diözese Raab und Steinamanger herausgelöst und eine eigene Apostolische Administratur errichtet. Obwohl die neue Grenzziehung völkerrechtlich anerkannt war (anders als die Oder-Neiße-Linie) und auch nach 1945 von Ungarn nicht angefochten wurde und über den Willen der Bevölkerung, zu Österreich zu gehören, kein Zweifel bestand, blieb es bei dem Provisorium. 1934 war im Konkordat die Errichtung einer „praelatura nullius" in Aussicht genommen, doch nicht verwirklicht worden. Die Bevölkerung des Burgenlandes hatte begreiflicherweise den Wunsch nach einer ordentlichen Diözese. Fast 40 Jahre nach der neuen politischen Grenzziehung wurde dem endlich Rechnung getragen.
Der österreichische Staat seinerseits stattet das Bistum durch ein Mensalgut aus (300 ha Wald). Der Heilige Stuhl müßte nun innerhalb von sechs Monaten nach der Ratifizierung die Errichtung vornehmen. Man nimmt an, daß dies am 11. November, am Fest des heiligen Martin, des Landespatrons des Burgenlandes, der Fall sein wird.
Noch offen sind die Fragen der Schule, d. h. der Subventionierung der katholischen Privatschulen, und des Eherechtes. Wahrscheinlich wird die Schulfrage zuerst behandelt werden. Die Koalitionsparteien sind sich über die Subventionierung der katholischen (und anderen) Privatschulen im wesentlichen einig. Schon jetzt wendet der Staat etliche Millionen Schilling für sog. „lebende Subventionen" auf, d. h. für Gehälter von bundesstaatlichen Lehrern, die an Privatschulen unterrichten. Wird diese Summe entsprechend erhöht, könnte das Konkordat, das nur allgemein eine Subventionierung der katholischen Schulen nach Maßgabe der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse vorsah, in diesem Punkt als erfüllt angesehen werden. Die Sozialisten freilich wollen die Subventionierungsfrage mit der Erledigung des gesamten Schulgesetzes koppeln, um in anderen Fragen, die nichts mit dem Konkordat zu tun haben, wie die Frage der Lehrerbildung, ihre Forderungen durchzusetzen.
In der Frage des Eherechtes scheint nach einer vielfach geäußerten Meinung (z. B. „Furche", 2. 7. 60, „Salzburger Nachrichten", 24. 6. 60) die Initiative beim Staat zu liegen, der Vorschläge unterbreiten müßte. Das Konkordat sah für die kirchlich geschlossenen Ehen die kirchliche Gerichtsbarkeit vor, was zwar nicht dem Wortlaut, aber dem Sinne nach bedeutete, daß die kirchlich geschlossenen Ehen nicht geschieden werden können (über die komplizierten Fragen und die verschiedenen Interpretationen des Konkordatstextes vgl. Bruno Primetshofer, Ehe und Konkordat, Verlag Herder Wien 1960). Es ist nun die Frage, ob es in unserer Gesellschaft, welche die Unauflöslichkeit der Ehe weithin ablehnt, durchgesetzt werden kann, daß der Staat zwar die Scheidung grundsätzlich zuläßt, doch die kirchlich geschlossenen Ehen von der Möglichkeit einer späteren Scheidung ausnimmt.

Aus dem Vatikan

Der zweite Schritt zum Konzil

Mit dem Motu proprio *Superno Dei nutu* vom 5. Juni 1960 (vgl. ds. Heft, S. 513) hat der Papst, wie er in seiner Pfingstansprache sagte, den Schritt in die zweite und letzte vorbereitende Etappe des Konzils getan. Diese Ansprache, die vom „Osservatore Romano" (6./7. 6. 60) zusammengefaßt wiedergegeben wurde, darf man mit dem römischen Korrespondenten von „La Croix" (8. 6. 60) als authentischen Kommentar zu dem Motu proprio verstehen. Aber auch deshalb muß man sie genau studieren, weil sie manche Bedenken zerstreut, die das Motu proprio und die bisherigen Maßnahmen zu seiner Durchführung außerhalb Italiens geweckt haben.

Die Pfingstbotschaft des Papstes

Der Heilige Vater äußerte große Freude darüber, daß seine erste Erkundigung nach der Opportunität, den Leitlinien, den Verhandlungsgegenständen des Konzils und den Erwartungen, die man daran knüpft, überall auf der Welt eine sehr günstige Aufnahme gefunden hat. „Man könnte in Wahrheit sagen, daß zum zweiten Male Paulus und Barnabas mit dem Erfahrungsschatz ihrer Besuche bei den verschiedenen Kirchen hierher in unsern Kreis, in die Stadt Petri, das irdische Jerusalem, zurückgekehrt sind und Uns von neuem durch ihre zuverlässigen und verheißungsvollen Nachrichten erfreuen und dadurch ‚allen Brüdern große Freude bereiten' (Apg. 15, 3). Dadurch fühle der Papst sich ermutigt, den Schritt zur unmittelbaren Vorbereitung des Konzils zu tun und eine Kommission einzusetzen, der die Aufgabe anvertraut wird, auf Grund der bisherigen Vorarbeiten ‚alles zu ordnen und der konkreten Verwirklichung entgegenzuführen'."
Es erschien dem Heiligen Vater nicht überflüssig, dazu einige Erläuterungen zu geben: Ein Ökumenisches Konzil vollzieht sich in vier Zeitabschnitten. Der erste dient einer allgemeinen Bestandsaufnahme, der jetzt beginnende zweite der eigentlichen Vorbereitung. Dann folgt die Feier der allgemeinen Kirchenversammlung und schließlich die Verkündigung der Konzilsakten, das heißt der Feststellungen, Erklärungen und Beschlüsse zur Förderung des Glaubens und Lebens, zur Vervollkommnung des Geistes und Tuns, zur Verherrlichung des Evangeliums Christi, das von seiner Kirche verwirklicht und gelebt wird.
Das Motu proprio habe Kunde gegeben vom ersten Abschnitt, „von einer Arbeit, die in ehrfürchtiger Zurückhaltung durchgeführt worden ist mit dem Ergebnis einer reichen und tröstlichen Übersicht über die persönlichen

und örtlichen Verhältnisse, von denen nun ein genaues oder doch gut orientierendes Bild vorliegt".

„Der zweite Abschnitt, der jetzt beginnt, stellt Uns vor die Aufgabe, für die Konzilsarbeit mehrere Kommissionen zu bilden. Sie haben aus guten Gründen vertraulichen Charakter, jedoch große Bedeutung für die Sache. Ihre schwere und geheiligte Aufgabe zeigt sich schon daran, wie viele Kräfte den Ruf zur Mitarbeit erhalten werden, hier in Rom und an den entferntesten Orten der Erde, da, wo die großen Zelte der Kirche dicht beieinander stehen, und dort, wo sie noch klein und spärlich sind."

Die einzelnen Kommissionen werden der Zentralkommission genau von ihrer Arbeit zu berichten haben. „Diese hat an ihrer Spitze den Papst, Bischof von Rom und Haupt der Gesamtkirche, dem nomine et facto der Vorsitz und die oberste Leitung des Konzils gebühren, in Ausübung — würde der heilige Gregor d. Gr. sagen — des so ruhmvollen und doch so demütigen Titels ‚Diener der Diener Gottes', der im Einklang steht mit der erhabensten Tradition."

„Der dritte Zeitabschnitt, das ist die offizielle Feier des Konzils hier im Vatikan, wird ohne Zweifel ein sehr bewegendes und herrliches Schauspiel sein, das ‚der Welt, den Engeln und Menschen' (1 Kor. 4, 9) dargeboten wird. Aber der Termin seiner Feier wird vom Ausmaß und Fortgang der Vorarbeiten des jetzt beginnenden zweiten Abschnitts abhängen."

Im vierten, dem endgültigen, für die Praxis wichtigsten und fruchtbarsten Abschnitt erfolgt die Verkündigung der Konzilsakten, das heißt der Konstitutionen, die das Gesetz des Glaubens, das Gesetz des Betens und das Gesetz des Lebens enthalten werden."

Zwei wichtige Hinweise

Auf zwei besondere Feststellungen legt der Heilige Vater großen Wert: „Das Ökumenische Konzil hat eine ihm eigene Struktur und Organisation, die nicht zusammengeworfen werden darf mit der ordentlichen und charakteristischen Funktion der verschiedenen Behörden und Kongregationen, die die Römische Kurie bilden. Diese nimmt auch während des Konzils ihre ordentlichen Zuständigkeiten in der allgemeinen Kirchenverwaltung wahr. Hier besteht ein klarer Unterschied: Etwas anderes ist die ordentliche Regierung der Kirche, etwas anderes das Konzil. Das schließt aber nicht aus, daß von Fall zu Fall kirchliche Persönlichkeiten mit Rücksicht auf ihre anerkannte und geschätzte Sachverständigkeit zu weiser und erleuchteter Mitarbeit eingeladen werden."

Zweites: „Das Ökumenische Konzil wird konstituiert durch die Gegenwart und Teilnahme der Bischöfe und Prälaten, die die lebendige Repräsentation der weltweiten katholischen Kirche darstellen. Zur Vorbereitung des Konzils wird auch eine Gruppe zuständiger Gelehrter aus allen Ländern und Sprachen einen wertvollen Beitrag leisten. Es ist ein Grundsatz, der inzwischen in das Bewußtsein jedes Gläubigen der Heiligen Römischen Kirche eingegangen ist, daß der Katholik als solcher Bürger der ganzen Welt ist und sich auch wirklich dementsprechend verhalten muß, so wie wir ja auch Jesus als den Erlöser der ganzen Welt anbeten: Salvator mundi. Das ist eine gute Übung wahrer Katholizität, von der sich alle Katholiken Rechenschaft geben und die sie zur Norm ihrer Geisteshaltung und ihres religiösen und sozialen Verhaltens nehmen müssen."

Der Papst erinnerte an die Ernennung von Kardinälen aus Ländern, denen diese Ehre erstmals zuteil wurde, an die Weihe von etwa zwanzig Bischöfen aus Afrika, Asien und Ozeanien, die er in den letzten Monaten vorgenommen hat, an die steigende Zahl von Besuchern aller Art, die zu ihm kommen, und betonte dann: „Man muß diese neue Furche vertiefen, die immer größere Ausdehnung anzunehmen beginnt, und auf diese Pflege der Katholizität Nachdruck legen. Sie ist eine frohe Verheißung edler und reicher Früchte." In diesem Zusammenhang gedachte der Papst wieder einmal in sichtlicher Bewegtheit der getrennten Christen und drückte seine Freude darüber aus, daß auch „zahlreiche Angehörige der getrennten christlichen Gemeinschaften durch einen sanften Zug ihres Herzens bewogen werden, ihn zu besuchen, wie wenn sie ihm ihre stille Freude über eine Begegnung anvertrauen wollten, die der Vorgeschmack von etwas sehr viel Schönerem und Geheimnisvollerem ist, das die göttliche Vorsehung der heiligen Kirche Jesu Christi, des Retters der ganzen Welt, noch vorbehält".

Mitarbeit am Konzil

Der Papst sprach dann von Möglichkeiten und Formen der Mitarbeit am Konzil. Die erste Aufgabe aller Gläubigen, auch in Hinsicht auf die Verwirklichung der vollkommenen Einheit, besteht darin, daß sie sich mit übernatürlichem Geist erfüllen lassen. Denn das Konzil hat nichts mit einer politischen Verhandlung oder Abmachung zu tun. Es erhält seine Prägung vom übernatürlichen Geist. „Die zwei Begriffe vom menschlichen Leben, vom Menschen als Individuum und als Gemeinschaftswesen, vom Leben des Geistes und vom Leben des Leibes, vom ewigen und vom zeitlichen Leben dürften ohne Schwierigkeit in Einklang gebracht werden können und zu unterscheiden sein, ohne daß man sie scheidet." Es ist der Glaube, der die Harmonie herstellt, und ihr dient die Kirche. Wer sich von diesem Glaubensgeist erfüllen lasse und auf der Hut sei, das Heilige nicht mit dem Weltlichen zu vermischen, sondern zwischen dem Sinn der geistlichen Ordnung und den rein menschlichen Werten und Bestrebungen zu unterscheiden, der bereite sich auf das Konzil innerlich vor.

Eine zweite Form der Mitarbeit zu dem Ziel, daß das Konzil zu voller Auswirkung kommen kann, besteht darin, „den Verlauf seiner Entwicklung zu verfolgen in tiefer Durchdringung des Glaubensgutes, des religiösen Bildungsgutes und der geschichtlichen Sachverhalte. Denn von daher gewinnt ein lauterer und ausgeglichener Geist die Norm für ein gerechtes praktisches Urteil und wertvolle Belehrung." Das Hochziel, dem jeder Erlöste, jede Gemeinschaft und auch das Konzil dienen muß, ist der Triumph des Herrn. Wenn Christus in uns wächst, indem wir, wie die Schrift sagt, die Wahrheit tun in der Liebe, dann sind wir auf dem Weg des wahren Fortschritts. „Veritatem facientes in caritate . . ." — die Worte aus dem Epheserbrief Kap. 4, 15—16 müßten über die Tore des Ökumenischen Konzils geschrieben werden: „Wahrheit und Liebe! Christus, Gipfel und Haupt seines mystischen Leibes, der seine Kirche ist — zusammengefügt und zusammengehalten durch alle seine Gelenke, jedes an seinem Platz, das Ganze im Aufbau und Fortschritt der brüderlichen Liebe und eines heiligen, gesegneten Friedens."

Nachdem der Heilige Vater alsdann noch über das Fest-

geheimnis des Tages und seine Auswirkungen in der Kirchengeschichte gesprochen hatte, gab er zum Schluß nochmals dem Gedanken Ausdruck, daß die Wiederherstellung der vollen Einheit „eine der kostbarsten Früchte des Zweiten Ökumenischen Vatikanischen Konzils sein wird, zur Ehre des Herrn des Himmels und der Erde und zur allgemeinen Freude über die Verwirklichung des Mysteriums der Gemeinschaft der Heiligen".

Ernennungen für die Vorbereitenden Kommissionen

In der gleichen Nummer veröffentlichte der „Osservatore Romano" (6./7. 6. 60) die Namen der Kardinäle, die den Kommissionen präsidieren werden:
Theologische Kommission: Kardinal *Ottaviani,* Sekretär des Heiligen Offiziums
Kommission für die Bischöfe und Diözesen: Kardinal *Mimmi,* Sekretär der Konsistorialkongregation
Kommission für die Disziplin von Klerus und Volk: Kardinal *Ciriaci,* Präfekt der Konzilskongregation
Kommission für Ordensleute: Kardinal *Valeri,* Präfekt der Religiosenkongregation
Kommission für die Verwaltung der Sakramente: Kardinal *Aloisi Masella,* Präfekt der Sakramentenkongregation
Kommission für die Liturgie: Kardinal Gaetano *Cicognani,* Präfekt der Ritenkongregation
Kommission für Studien und Seminare: Kardinal *Pizzardo,* Präfekt der Studienkongregation
Kommission für die Orientalischen Kirchen: Kardinal Amleto *Cicognani,* Sekretär der Kongregation für die Orientalischen Kirchen
Kommission für die Missionen: Kardinal *Agagianian,* Präfekt der Propaganda Fide
Kommission für das Laienapostolat: Kardinal *Cento*
Sekretariat für die Wiedervereinigung der Christen: Kardinal *Bea*
Später wurden ernannt:
Msgr. *Felici* zum Generalsekretär der Zentralkommission mit dem Rang des Sekretärs einer Päpstlichen Kongregation („Osservatore Romano", 8. 6. 60).
Kardinal *Di Jorio* zum Direktor des Verwaltungssekretariats für die Vorbereitung des Konzils
Msgr. *O'Connor,* Erzbischof von Laodizea, Vorsitzender der Päpstlichen Kommission für Film und Funk, Rektor des nordamerikanischen Kollegs in Rom, zum Direktor des Sekretariates für die publizistischen Angelegenheiten
P. *Tromp* SJ, Professor an der Gregorianischen Universität, zum Sekretär der Theologischen Kommission (alle laut „Osservatore Romano", 20./21. 6. 60).
P. *Bidagor* SJ, Professor an der Gregorianischen Universität, zum Sekretär der Kommission für die Verwaltung der Sakramente
Msgr. *Guerri* zum Sekretär des Verwaltungssekretariates (beide laut „Osservatore Romano", 23. 6. 60).
Msgr. *Gawlina,* Erzbischof von Madito, Rektor des polnischen Kollegs in Rom, zum Sekretär der Kommission für die Bischöfe
Msgr. *Mathew,* Erzbischof von Apamea, Britischer Militärvikar (früher Apostolischer Delegat für Britisch-Afrika), zum Sekretär der Kommission für die Missionen
Msgr. *Glorieux,* Geistlicher Beirat des ständigen Komitees der Internationalen Kongresse für das Laienapostolat, römischer Chefkorrespondent von „La Croix", zum Sekretär der Kommission für das Laienapostolat
Msgr. *Willebrands,* Beauftragter des niederländischen Episkopates für ökumenische Fragen, zum Sekretär des Sekretariates für die Wiedervereinigung der Christen
Msgr. *Deskur,* Untersekretär der Päpstlichen Kommission für Film und Funk, zum Sekretär des Sekretariates für publizistische Angelegenheiten (alle laut „Osservatore Romano", 29. 6. 60).
P. *Berutti* OP, Generalassistent des Dominikanerordens und Professor am Angelicum, zum Sekretär der Kommission für die Disziplin von Klerus und Volk
P. *Rousseau* OMI, bisher Generalprokurator der Kongregation der Oblaten v. d. Unbefl. Empfängnis Mariens, zum Sekretär der Kommission für die Ordensleute (beide laut „Osservatore Romano", 4./5. 7. 60).
P. *Mayer* OSB zum Sekretär der Kommission für die Studien und Seminare („Osservatore Romano", 6.7.60).
P. *Welykyi* OSBasil zum Sekretär der Kommission für die Orientalischen Kirchen („Osservatore Romano", 9. 7. 60).

Die Zentralkommission

Zu Mitgliedern der Zentralkommission ernannte der Papst nach Meldung des „Osservatore Romano" (16. 6. 60) die Kardinäle Tisserant (Rom), van Roey (Mecheln), Gonçalves Cerejeira (Lissabon), Liénart (Lille), Tappouni (Syrischer Patriarch von Antiochien), McGuigan (Toronto), Gilroy (Sydney), Spellman (New York), de Gouveia (Lourenço Marques, Moçambique), de Barros Camara (Rio de Janeiro), Pla y Deniel (Toledo), Arteaga y Betancourt (Havanna), Frings (Köln), Caggiano (Buenos Aires), Tien-Chen-sin (Peking), de la Torre (Quito, Ecuador), Siri (Genua), D'Alton (Armagh), McIntyre (Los Angeles), Wyszyński (Warschau), Léger (Montréal), Gracias (Bombay), Wendel (München), Garibi y Rivera (Guadalajara, Mexiko), Barbieri (Montevideo), Godfrey (Westminster), König (Wien), Muench (Rom), Tatsuo Doi (Tokio), Alfrink (Utrecht), Santos (Manila), Rugambwa (Rutabo, Ostafrika), Jullien (Rom), Larraona (Rom) und Heard (Rom). Außerdem gehören der Zentralkommission auf Grund des Motu proprio diejenigen Kurienkardinäle an, die einer der besonderen Kommissionen oder Sekretariate präsidieren.
Ferner wurden zu Mitgliedern der Zentralkommission berufen: Stefan I. Sidarouss, Koptischer Patriarch von Alexandrien, Maximos IV. Saigh, Melchitischer Patriarch von Antiochien, und Paul II. Cheikho, Chaldäischer Patriarch von Babylon, sowie die Erzbischöfe Chacón (Mérida, Venezuela), Beras (San Domingo), Ujcic (Belgrad), Finbar Ryan (Port of Spain, Trinidad), Chávez Gonzáles (San Salvador), Silva Santiago (Concepcion, Chile), Mena Porta (Asunción, Paraguay), Grösz (Kalocsa), Antezana y Rojas (La Paz, Bolivien), Campbell (Glasgow), Cooray (Colombo, Ceylon), McKeefry (Wellington, Neuseeland), Lefebvre (Dakar, Westafrika), Alter (Cincinnati), Graner (Dacca, Pakistan), Hurley (Durban, Südafrika), Landázuri Ricketts (Lima, Perú), Bernier (Gaspé, Kanada), Perrin (Karthago), Concha Cordoba (Bogotá, Kolumbien), Bazin (Rangoon, Birma), Poirier (Port-au-Prince, Haiti), Bernard (Brazzaville, Äquatorialafrika), Rakotomamala (Tananarive, Madagaskar), Yago (Abidjan, Elfenbeinküste), sodann die Bischöfe Verwimp (Kisantu, Kongo), Suhr (Kopenhagen), Jelmini (Lugano), Ngô-dinh-Thuc (Vinh-Long, Indochina), Schamarch (Rabaul, Neu-Guinea), Soegijapranata (Semarang, Indonesien), Quinlan (Chunchon, Korea).

Aus dem Kreis der Orden wurden in die Zentralkommission berufen: der Abtprimas der Benediktiner, Benno Gut, der Generalminister der Franziskaner, August Sépinski, und der General der Jesuiten, Johannes Janssens.
Nachträglich wurden zu Mitgliedern der Zentralkommission ernannt: Kardinal Copello (Rom) und der Generalmagister der Dominikaner, Michael Browne (beide laut „Osservatore Romano", 6. 7. 60).

Die Repräsentation der Gesamtkirche

Nach dem Kommentar des „Osservatore Romano" (16. 6. 60) hat sich der Papst bei der Zusammensetzung der Zentralkommission, die nach seinen Worten bei der Konzilsvorbereitung nicht nur eine formale Aufgabe erfüllt, sondern die entscheidende Rolle spielt, von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß die gesamte Kirche in ihr repräsentiert werden solle. Deshalb wurden alle Vorsitzenden der regionalen Bischofskonferenzen, soweit solche als ständige Einrichtungen existieren, zu Mitgliedern berufen, unter ihnen die Vorsitzenden der deutschen, der bayerischen, der österreichischen und der schweizerischen Bischofskonferenz. Aber auch die Gegenden der Welt, in denen die Zusammenarbeit der Oberhirten noch nicht diese institutionelle Form gefunden hat, wurden berücksichtigt. Kein größerer Bezirk der Welt ist ohne Vertretung geblieben. Die Missionsländer sind sorgsam beachtet worden. Auch die Berufung der Patriarchen des Ostens und der Ordensoberen bringt das Prinzip der Repräsentation aller Jurisdiktionsbereiche zum Ausdruck. Der Heilige Vater hat davon gesprochen, daß heutzutage jeder Katholik als solcher Weltbürger sein müsse. Daß dieses Bewußtsein tatsächlich lebendig ist, wird durch die erfreuliche Tatsache bewiesen, daß nirgendwo in den Spalten der Presse nationale Rivalitäten sichtbar geworden oder nach dem Proporzsystem Erwägungen über die Vertretung der einzelnen Nationen angestellt worden sind. Die Zeiten solcher Rivalitäten, bei denen nationale Gesichtspunkte in kirchlichen Dingen eine ungebührliche Rolle spielten, scheinen vorbei zu sein.
Heute, und wahrscheinlich erst recht in der Zukunft, spielen soziologische Momente eine größere Rolle als die nationalen. Ihnen kann sich auch die Kirche nicht verschließen, da sie sich ja als Gesellschaft versteht. Das Prinzip der vertikalen Repräsentation der Gesamtkirche kommt in den bisherigen Ernennungen nicht ebenso deutlich zum Ausdruck wie das der territorialen. Man sollte jedoch bedenken, daß der Personenkreis der Mitarbeiter der Kommissionen begrenzt werden muß, um sie arbeitsfähig zu machen. Doch hat man in Frankreich (vgl. „Témoignage Chrétien", 17. 6. 60) und sicherlich auch anderwärts eine Frage erörtert, die in diesen Bereich gehört und die sich aus der Tatsache ergibt, daß in der Spitze der Kommissionen eine viel engere Verbindung zwischen den Römischen Kongregationen und der Konzilsvorbereitung sichtbar wird, als sie nach den Worten des Papstes in der Pfingstansprache zu erwarten war, zumal der Papst die Vermehrung des Kardinalskollegiums auch im Hinblick auf die Konzilsvorbereitung vorgenommen hat. Auch die Übereinstimmung der Aufgabenbereiche der einzelnen Kommissionen mit denen der entsprechenden Kurialbehörden verstärkt diesen Eindruck. Dadurch sind vielleicht gewisse Ressentiments, besonders bei den getrennten Christen, gefördert worden. Yves Congar OP schreibt in der genannten Nummer von „Témoignage Chrétien" in Beantwortung von Leserbriefen: „Aus meinem Kontakt mit Nichtkatholiken, mit Nichtgläubigen und mit Katholiken, die wirklich mit beiden Füßen in der Welt stehen, frage ich mich, ob man sich in Rom immer genügend Rechenschaft gibt von den ernsthaften Motiven der Unzufriedenheit oder Kritik, die man in bezug auf Rom äußert." Wenn das Konzil die Einheit anstrebt und dieses Streben sich nicht in edelmütigen Gefühlen erschöpfen soll, dann muß man sich sorgfältig davor hüten, Hindernisse zu setzen. „Nun ist eines unter den bestehenden Hindernissen das, was ich schon mehrmals als Mißtrauen gegen Rom, als ‚antirömischen Komplex' bezeichnet habe. Was hat man in Rom getan, um dieses Hindernis wegzuräumen? Hat man es wirklich erwogen, studiert, ernst genommen?" Mit dieser Frage wird sich, wie Congar meint, das Sekretariat des Kardinals Bea, dessen Ernennung zu diesem Amt er warm begrüßt, befassen müssen.
Congar sucht dann den Befürchtungen ihre Spitze zu nehmen, indem er zeigt, daß nach der Verfassung der Kirche das ordentliche und das außerordentliche Lehramt einander korrespondieren und aufeinander zugehen, was selbstverständlich Spannung und Ausgleich besagt. Das Konzil ist die höchste Verkörperung des außerordentlichen Lehramtes, die Römische Kurie repräsentiert das ordentliche Lehramt, jenes ist sozusagen die Stimme der Kirche, dieses die Stimme des Apostolischen Stuhles. Aber beide klingen zusammen und werden zusammengehalten durch die Person des Papstes. Seines Amtes ist es, über den Kontakt der beiden Pole zu wachen und die von beiden Seiten kommenden Einflüsse zu regulieren. Wie man verstehen muß, daß der Papst sich bei der Vorbereitung des Konzils zunächst seiner engsten Mitarbeiter bedient, so hat er doch anderseits oft und deutlich genug gesagt, daß in der gegenwärtigen Etappe der Vorbereitung die ganze Kirche zu Wort kommen und Gehör finden wird.
Soziologisch betrachtet, wird die ganze Kirche nur dann voll repräsentiert, wenn außer der Kurie und dem Episkopat auch der Klerus, insbesondere die theologische Wissenschaft, und die Laien sich aktiv an der Vorbereitung des Konzils beteiligen können. Was die Laien betrifft, hat der Korrespondent von „La Croix" die Bemerkung des Heiligen Vaters in seiner Pfingstansprache, daß zuständige Gelehrte zur Mitarbeit berufen werden sollen, dahin gedeutet, daß die Möglichkeit zur Berufung von Laien durchaus nicht ausgeschlossen sei. Die hierarchische Struktur der Kirche weist natürlich den Repräsentanten aller kirchlichen Stände ihren eigenen Status zu. Beschließende Stimme haben nur die Mitglieder der Hierarchie. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß das auch schon bei der Besetzung der Kommissionen zum Ausdruck kommt, wenngleich die Kommissionen keine definitiven Beschlüsse fassen können. Die Theologen, Geistlichen und Laien können aber als Berater tätig werden, und es besteht nicht der geringste Grund, zu befürchten, daß ihre Gutachten nicht entsprechend ihrem Gewicht gewürdigt werden. Je mehr man in Rom diese Selbstverständlichkeit auch sichtbar zum Ausdruck bringt, um so mehr werden die Hindernisse abgebaut, von denen Yves Congar gesprochen hat. Er hat hinzugefügt, daß das kommende Konzil mit einem großen Kapital von Vertrauen ans Werk gehen kann. Dieses Vertrauen schließt die Hoffnung ein, daß die Römische Kurie das Mißtrauen gegen den „extremen Zentralismus" entkräften wird.

Über die Themen des Konzils hat sich der Heilige Vater bisher nur allgemein und andeutungsweise geäußert, so daß die öffentliche Meinung noch etwas im Dunkeln tappt. Man erwartet aber, auch in Rom, daß der Papst sich über die Ergebnisse der Vorarbeiten, möglicherweise in einer Enzyklika, in naher Zukunft äußern wird.

Die römische Synode und das Konzil

Man geht indes wohl nicht fehl, in den Statuten der Römischen Diözesansynode, die am Vorabend des Festes der heiligen Petrus und Paulus promulgiert wurden und am 1. November 1960 in Kraft treten, ein Vorbild für die Marschroute zu erblicken, die man bei der Vorbereitung des Konzils in Rom einzuschlagen gedenkt, vor allem in bezug auf die disziplinären Verhandlungsthemen. Denn so müssen wohl die Worte verstanden werden, mit denen Papst Johannes XXIII. bei der Promulgation in St. Peter einen Zusammenhang zwischen der Synode und dem Konzil konstatierte. Der Papst sagte: „Die Feier der 1. Römischen Synode war sicher eine schöne Veranstaltung. Der Herr segne alle, die zu ihrem Erfolg beigetragen haben. Die Durchführung der Synodalkonstitutionen verpflichtet alle und jeden einzelnen, die dem römischen Klerus angehören. Sie will eine Hinführung (avviamento) sein zu der Feier, die von erheblich größerer Bedeutung für die Gesamtkirche sein wird, nämlich zum Zweiten Vatikanischen Konzil, das mit Sorge und Zittern (trepidazione ansiosa) erwartet wird von so vielen aufrichtigen Herzen, die den Triumph des Friedensreiches Christi in der Welt herbeisehnen." Der Papst bediente sich zur Kennzeichnung der Statuten derselben Formulierung, die er wiederholt auch schon gebraucht hat, um die Zielsetzung des Konzils zu umschreiben: „lex credendi — lex supplicandi — lex agendi". Er unterstrich den Modellcharakter der römischen Synodalbeschlüsse noch dadurch, daß er die römischen Kleriker und Laien ermahnte, sich durch die Ausführung der Konstitution der großen Würde eingedenk zu zeigen, die Rom wegen der Tradition der Apostelfürsten zugefallen ist (vgl. „Osservatore Romano", 1. 7. 60).

Wieder gab der Heilige Vater zu erkennen, daß er das Konzil als eine Sache der Gesamtkirche betrachtet, die auch die Priester und Laien angeht, wiewohl nur die Hierarchie zur Entscheidung berufen ist und das Schwergewicht der Vorbereitung von den Geistlichen der römischen Kurie einschließlich der eng mit ihr verbundenen übrigen römischen Institutionen getragen wird. Aber der Glaube an die aktive Universalität der Kirche und das Vertrauen zu dem guten Willen Roms und vor allem des Papstes legen allen, die mit der Kirche leben und fühlen, die Pflicht auf, die Vorarbeiten des Konzils auch in der Weise zu begleiten und zu fördern, daß sie ihren Gedanken, Sorgen und Wünschen offen Ausdruck geben. Und es ist die Pflicht der katholischen Presse, sich zum Organ dafür zu machen. Die letzten Päpste haben so eindringlich kundgetan, wieviel ihnen an der öffentlichen Meinung innerhalb der Kirche gelegen ist. Nun, wenn es eine Angelegenheit gibt, die wichtig genug ist, daß alle sich mit ihr beschäftigen, die dafür irgendwie berufen sind, dann das Konzil, durch das die Entwicklung des kirchlichen Lebens für lange Zeit entscheidend bestimmt werden soll.

Es ist deshalb des Bedenkens wert, was Madeleine Garrigou-Lagrange in „Témoignage Chrétien" (1. 7. 60) zu der Frage: „Qu'attendez-vous du Concile" zu sagen hat. Das Konzil, so schreibt sie, ist Ausdruck der Gesamtkirche, und deshalb geht es jeden von uns an. Seine Ankündigung hat allen Gläubigen zu Bewußtsein gebracht, daß die Probleme der Kirche ihre eigenen sind. Gewiß sind die Bischöfe nicht Mandatare ihrer Untergebenen. Dennoch verkörpern sie in ihrer Gesamtheit die katholische Welt, und zwar in dem Maß, als sie um die aktuellen Bedürfnisse dieses großen lebendigen Leibes wissen, für die sie dann befriedigende Lösungen suchen können. So fällt in diesem Zeitraum der Vorbereitung den Gläubigen die Rolle zu, auszusprechen, was Erfahrung und Nachdenken sie entdecken ließen. Aufgabe der Hirten und Theologen ist es, die Gedanken zu ordnen und so dem Konzil eine realistische und universale Grundlage zu schaffen.

Diese Einsicht ist noch wenig durchgedrungen. Viele sagen: die Vorbereitung des Konzils ist die Sache Roms, und fühlen sich darin bestärkt durch die personellen Entscheidungen. Andere sagen: Es ist Sache der Theologen und der Bischöfe. Man würde den Erfolg vielleicht beeinträchtigen und seine Kompetenz überschreiten, wenn man sich äußerte. Es genügt zu beten.

Doch wenn das Konzil eine Sache der ganzen Kirche ist, dann besitzen die Meinungen der Gläubigen mindestens den Wert von Tests. „Gewiß ist die Kirche kein Marktplatz, wo man alle Meinungen durcheinanderwirft und alle Systeme probeweise einführt. Es ist gut, daß die Dinge in der Stille und Überlegung reifen. Aber es ist schlecht, wenn sie in einem Klima der Furcht oder des Mißtrauens vertrocknen. Wenn der Leib der Kirche immer mehr wächst und ihr Antlitz immer mehr neue Züge zeigt, ist es normal und unvermeidlich, daß ihre Führung immer größere Klugheit aufwendet, um für die Gesundheit und Harmonie des Ganzen zu sorgen. Wenn aber diese Weisheit nicht ergänzt wird durch den Einfallsreichtum und die geistige Regsamkeit der Glieder, dann droht die Sklerose." Im Leben der Kirche bietet ein Konzil die seltene Gelegenheit, Fragen zu diskutieren, ehe die Entscheidungen fallen. „Durch die Ankündigung des Konzils hat der Papst alle Katholiken vor ihre Verantwortung als Söhne der Kirche gestellt. Es hängt von uns ab, die Haltung von Söhnen zu zeigen, die gehorsam sind, aber nicht furchtsam, kühn, aber nicht verwegen."

Bisher, so meint die Verfasserin, sind die Stimmen gerade aus den Kreisen der kirchlich aktiven und in den kirchlichen Bewegungen tätigen Laien spärlich, teils weil sie Angst haben, den Mund aufzutun, teils weil ihnen wegen ihres engen und spezialisierten Horizontes ihre Rolle im Hinblick auf das Konzil noch gar nicht bewußt geworden ist. In Wahrheit aber ist eine sprechende Teilnahme an dem Konzilsanliegen sowohl ein Beweis der Vitalität des kirchlichen Sinnes als auch eine wertvolle Quelle von Material und Tests für die Mitglieder und amtlichen Berater des Konzils.

Aus Süd- und Westeuropa

Salazar zum Fall des Bischofs von Porto

Der italienische Journalist Indro Montanelli hat Ende März 1960 im Mailänder „Corriere della Sera" eine Artikelserie unter dem Titel „Porträt Salazars" veröffentlicht. Montanelli erwies sich darin — bei allen Abstrichen, die er machte

— als ein ausgesprochener Bewunderer Salazars und seines Regimes. Die Artikel wurden denn auch von den regimetreuen portugiesischen Zeitungen nahezu wörtlich übernommen.
Im Juni 1960 (Nummern 22 bis 24) erschien die gleiche Artikelserie — mit geringfügigen, wenn auch aufschlußreichen Änderungen — in der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit". Auch diese Tatsache wurde von der Zeitung der „Nationalen Union", „Diário da Manhã", in einer Tagesglosse gemeldet.
Wir könnten diese Beiträge bei aller Korrekturbedürftigkeit auf sich beruhen lassen (vgl. unsere Darstellung der Verhältnisse in Portugal, Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 304 ff. und S. 344 ff.), wenn darin nicht auch einige Unwahrheiten enthalten wären, die den Fall des Bischofs von Porto betreffen. Die Beiträge des italienischen Journalisten haben einen gewissermaßen offiziellen Charakter, weil Montanelli nicht nur mehrere Unterredungen mit Salazar hatte, sondern von ihm sogar ein schriftliches Promemoria ausgehändigt erhielt.

Der portugiesische Antiklerikalismus

In dieser Niederschrift Salazars heißt es: „Unser System besteht aus einer rigorosen Trennung zwischen Staat und Kirche, und man muß zugeben, daß dies nicht ohne Risiko ist in einer Zeit, in der gewisse geistliche Herren die Tendenz haben, sich in politische Fragen zu mischen, und in der gewisse religiöse Institute zum Nährboden für politische Doktrinen werden." Mündlich fügte Salazar hinzu: „Es sind da viele junge Priester, die in Rom studiert haben und die, wenn sie zurückkehren, die größte Lust hegen, sich in die Politik zu mischen. Sie verzeihen es mir nicht, daß ich sie von dieser Versuchung fernhalte, und verstehen nicht, daß ich es im Grunde ihretwillen tue. Portugal ist überzeugt katholisch, aber ebenso überzeugt antiklerikal und würde ihnen niemals diese Einmischung vergeben. Sie besitzen keinen Sinn für den Staat; sie würden ihn ruinieren, wenn sie sich seiner bemächtigten, und würden in die unvermeidliche Katastrophe die Kirche mit hineinziehen. Aber solange ich hier bin, wird das nicht geschehen."

Unwahrheiten über Bischof Ferreira Gomes

Montanelli schreibt selbst, daß sich dies deutlich auf den Bischof von Porto bezog. Dessen Eintreten für die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter und für die politischen Freiheiten im Land (vgl. a. a. O. S. 347 f.) bringt Montanelli dann aber in einen völlig unsachlichen Zusammenhang mit der Opposition gegen Salazar im Wahlkampf von 1958. Im deutschen Text heißt es dann: „Die Antwort Salazars war diskret, aber energisch." Der italienische Text (der deutsche ist an dieser Stelle wesentlich verkürzt) fährt fort: „Einige Wochen später schnürte Herr Ferreira Gomes seine Bündel und ging, um den Lehrstuhl für ich weiß nicht was im spanischen Seminar von Valencia zu übernehmen. Als ihn der Primas nach den Gründen dafür fragte, antwortete er, er habe diesen Schritt gewählt, weil Salazar sich weigere, ihn zu empfangen. Das stimmte aber nicht."
Diese offensichtlich von Salazar ausgegebene Version, die den Bischof von Porto auch noch der Lüge bezichtigt, entspricht nicht im geringsten den Tatsachen. Bischof Ferreira Gomes wurde zu seiner Stellungnahme von der Bevölkerung gedrängt und von Funktionären des Regimes provoziert. Die Veröffentlichung des an Salazar gerichteten Briefes erfolgte aller Wahrscheinlichkeit nach durch den Regierungschef selbst, um die Vorgänge zu einem „Fall" aufzubauschen und mit totalitären Methoden zu „lösen". Wir haben schon vor einigen Monaten mit allen Einzelheiten geschildert, wie dem aus anderen Gründen im Ausland weilenden Bischof am 18. Oktober 1959 die Einreise verweigert wurde (vgl. ds. Jhg., S. 250 f.). Den Wohnsitz in Valencia hat er erst mehrere Wochen später übernommen, weil er das Klima in Santiago de Compostela nicht vertrug. Die Angabe „einige Wochen später" bedeutet in Wirklichkeit genau 16 Monate: so viel Zeit liegt zwischen der Veröffentlichung des fraglichen Briefes und dem erzwungenen Exil von Valencia. Bischof Ferreira Gomes hat nie einen Lehrstuhl übernommen und nirgends in Spanien eine Lehrtätigkeit ausgeübt. Die angebliche Frage des Primas und die angebliche Antwort des Bischofs sind eine böswilige Erfindung, um die öffentliche Meinung irrezuführen.
In dem italienischen Text heißt es bei diesem Abschnitt über die Auslassungen Salazars: „Es war das einzige Mal bei all unseren Unterhaltungen, daß ich Salazar als Diktator erkannte." Der deutsche Text lautet: „Es war das einzige Mal in unserem langen Gespräch, daß Salazar den Diktator hervorkehrte ... Auf dem Gebiet des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche war er von absoluter Unbeugsamkeit."

Die laizistische Aktion in Frankreich

Während die französische Politik vor der Lösung wichtiger Fragen des Landes, besonders der Algerienfrage, der seit Jahren klaffenden Wunde des nationalen Lebens, steht, mutet es wie ein Anachronismus an, daß, von gewissen Interessenten und Ideologen geschürt, der Schulkrieg weitergeführt wird. Die Laizisten stellen die von ihnen aufgezogene Petitionskampagne (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 401) gegen das neue Schulgesetz (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 205) als großen Erfolg heraus. Nach ihren Angaben sollen sich 10 813 697 Wahlberechtigte in die Petitionslisten eingetragen haben. Die Zahl mag korrekt wiedergegeben sein. Ihre Höhe erklärt sich aus der einfachen Tatsache, daß bei der Eintragung in die Petitionslisten keinerlei Personalkontrolle ausgeübt wurde. Jeder Interessent konnte sich bei laizistisch eingestellten Tabak- und Zeitungshändlern oder auf der Straße so oft eintragen, wie er wollte. Die Zahlen, nicht die Namen, wurden säuberlich addiert. Ein Redakteur der katholischen Zeitung „La Croix" machte die Probe aufs Exempel und trug sich gleich 34mal ein, bis er keinen Spaß mehr an dem endlos fortzusetzenden Spiel fand. Die Lehrergewerkschaft und die Kommunistische Partei, Hauptträger der Petitionskampagne, mit ihren straff organisierten Kadern und — bei den Kommunisten — mit einem noch in etwa gehorsamen Wählerstamm gaben natürlich keine Statistik darüber heraus, wie oft sie ihr Leute zum Einschreiben trieben.

Großversammlung der Laizisten

Die politische Auswertung des Petitionsmanövers blieb einer auf den 19. Juni nach Paris einberufenen Großversammlung der laizistischen Aktionskomitees (CNAL) vorbehalten. Etwa 20 000 Personen waren dazu aus der

Metropole und der Provinz mobilisiert worden. Das Massenaufgebot der unkontrollierten Unterschriften und der Manifestanten sollte zunächst die Abgeordneten einschüchtern, die ja alle ihre Wiederwahl anstreben. Doch handelt es sich hier nur um einen verspäteten Racheakt der Laizisten gegen die Parlamentsmehrheit für das neue Schulgesetz; denn bei der jetzigen Struktur des französischen Parlamentarismus dürfte unter einem solchen Druck kaum eine Initiative und sicher keine erfolgreiche Initiative zu einer Außerkraftsetzung des Schulgesetzes entstehen. Deshalb verfolgte die politische Regie der Laizisten ein anderes Nahziel: der Durchführung des Gesetzes darf kein Erfolg beschieden sein, damit sich die Franzosen nicht an den Frieden, den ein pluralistisches Schulsystem wie in andern Ländern bringen kann, gewöhnen. Und so beschwor Denis Forestier, Vorstandsmitglied der nationalen Lehrergewerkschaft und Geschäftsführer der laizistischen Aktionskomitees, alle aufrechten Laizisten auf der Großkundgebung, jede Arbeit in den vom Schulgesetz vorgesehenen Eingliederungs- und Schiedskomitees zu sabotieren. Im gesellschaftspolitischen Kräftespiel soll das ganze Manöver eine stimmungsmäßige Aufwertung der abgewirtschafteten Linksparteien, hauptsächlich der Sozialisten und Radikalsozialisten, bringen, während sich die Kommunisten taktisch klug im Hintergrund halten. In ideologisch-propagandistischer Gemeinsamkeit mit anderen sozialistischen Parteien in Europa bezeichnen sich diese Kreise als die allein authentischen „Demokraten". Denis Forestier verstieg sich in seiner Rede sogar dazu, seine Versammlung vom 19. Juni 1960 mit dem Aufruf de Gaulles zum Widerstand vom 18. Juni 1940 zu vergleichen und alle echten „Demokraten" zur „résistance laique" aufzurufen.

Auch die laizistischen Ersatzriten durften nicht fehlen. Ein Künstler der Opera sang eine „Hymne an die Laizistenschule". Sodann wurde von der Versammlung der feierliche Eid geleistet, „bei allen Gelegenheiten allerorts ihren unverbrüchlichen Widerstand gegen das Hilfsgesetz für die Freie Schule, das der historischen Entwicklung der Nation zuwiderlaufe, zu manifestieren".

Die demokratische Legitimation

Die Funktionsgesetze einer zeitgemäßen Demokratie bestehen darin, die Grundintentionen des Volkes in Freiheit zum Ausdruck zu bringen und im Rahmen der Verfassung zu verwirklichen sowie durch legal verabschiedete, rechtskräftige Gesetze das Zusammenleben der verschiedenen Gruppen zu ermöglichen. Die Petitionskampagne war nun ihrer ganzen Anlage nach wirklich keine Sichtbarmachung der Grundintention des Volkes in der Schulfrage durch echte Demokraten, sondern ein fast „volksdemokratisch" verfälschtes Referendum ohne Wahlzelle. Eine legale Grundlage, ein ordnungsgemäß verabschiedetes Gesetz durch Volksentscheid außer Kraft zu setzen, gibt es nach der Verfassung der Fünften Republik nicht, so daß die ganze Aktion nach Auffassung rechtsstaatlich denkender Kreise einen illegalen Akzent erhält.

Mit genau derselben oder vielleicht noch einer sachorientierteren Berechtigung, die Grundtendenzen des Volkes sichtbar zu machen, kann hier eine demoskopische Umfrage angeführt werden, die ohne Leidenschaftlichkeit und mit weniger gewollten Fehlerquellen das Wollen des Volkes in der Schulfrage sichtbar werden läßt. Sie wurde vom neutralen „Institut Français d'opinion publique" durchgeführt. Die Frage lautete: „Würden Sie Ihre schulpflichtigen Kinder katholischen Schulen mit Priestern und Ordensfrauen an der Spitze anvertrauen, wenn der Unterricht kostenlos wäre?" Die Antworten schlüsseln sich nach Prozenten folgendermaßen auf:

	Ja	Nein	Unentschieden
Männer	38	52	10
Frauen	48	42	10
Männer und Frauen zusammen	43	47	10

Dieses Ergebnis beweist, daß eine sehr starke Minorität, die in einer Demokratie eine Berechtigung auf die Erfüllung ihrer Anliegen hat, die finanzgesicherte freie Schule will, womit ein pluralistisches Schulsystem auch entsprechend der gesellschaftspolitischen Kräfteteilung legitimiert wäre.

Der Fanatismus und die Skrupellosigkeit im Einsatz der Kampfmittel gegen ein ordentliches Gesetz und gegen die freie Schule vor allem bei den französischen Lehrern, die ja in einem ganz anderen Verhältnis zur Geschichte ihres Landes stehen als entsprechende Schichten in anderen Ländern, läßt sich weitgehend aus der historischen Furcht erklären, daß bei Positionsgewinnen der katholischen Schule ein Trend entsteht, der wieder wie in alten Zeiten zu geistlicher Schulaufsicht, Klerikalismus und ähnlichen Dingen führen könnte. Dadurch hat die Kirche Frankreichs in der Vergangenheit starke Verluste gerade unter der Lehrerschaft erlitten. Auf Grund dieser historisch bedingten Ressentiments, die jedoch die Kirche Frankreichs schon längst zu einer Gewissenserforschung, einer Rückbesinnung auf das Wesen der Kirche und zu einer Änderung der Methoden geführt hat, findet die aggressive Ideologie des Laizismus heute noch so viele Anhänger.

Aus Amerika

Priesterhilfe für Lateinamerika

Schon länger wirken in der Seelsorge Lateinamerikas fünf kanadische Bischöfe und in 300 Niederlassungen rund 1000 kanadische Priester und Ordensschwestern aus 50 religiösen Gemeinschaften. Im November 1959 trafen sich Bischöfe Kanadas, der USA und Lateinamerikas in Washington zu einer Tagung, auf der weitere Seelsorgshilfe für den priesterarmen Kontinent besprochen wurde. Als Frucht dieser Tagung veröffentlichte der kanadische Episkopat am 13. Januar 1960 einen gemeinsamen Hirtenbrief, der die ganze katholische Nation Kanadas zum Einsatz für Lateinamerika aufruft. „Der Ruf Lateinamerikas wird zwar nach unserer Überzeugung von uns derartige Opfer und eine solche Begeisterung fordern, wie sie die Kirche in Dienst des eigenen Landes nie verlangt hätte ... Aber die Lage ist so, daß ohne eine unmittelbare brüderliche Hilfe aus Nordamerika unsere ehrwürdigen Brüder die Herde Christi nicht mehr zusammenhalten könnten ..."

Die kanadischen Bischöfe rufen zu einer großen Gebetskampagne auf und veröffentlichen dafür ein eigenes Fürbittgebet. Sie appellieren an alle Priester, sich ohne Verzicht auf ihre heimatliche Inkardination auf eine gewisse Zeit für die Seelsorge in Lateinamerika zur Verfügung zu stellen. Ausnahmslos alle Ordensgemeinschaften werden aufgefordert, in Lateinamerika Kliniken und Schulen zu gründen. An die Laien ergeht der Ruf, als Lehrer, Sozialhelfer oder Krankenschwester Dienst zu tun. Umgekehrt werden die kanadischen katholischen

Schulen und Universitäten in Zukunft lateinamerikanische Studenten aufnehmen, die von ihren Bischöfen dafür vorgeschlagen werden. Für die Koordination aller dieser Einsätze wird eine eigene kanadische Bischofskommission und in Ottawa ein „Katholisches Amt für Lateinamerika" gegründet.

In *Spanien* wurde am 14. Februar 1960 wiederum der „Tag der Berufungen für Hispanoamerika" begangen. Der Vorsitzende der dafür zuständigen Bischofskommission, Erzbischof Casimiro Morcillo González von Zaragoza, erließ dazu ein Hirtenwort, in dem es heißt: „Hispanoamerika ist die Hoffnung, aber auch der Alpdruck der Kirche." Nach Südamerika Priester zu schicken, sei gleichbedeutend damit, ein Drittel der Weltbevölkerung dem Glauben zu erhalten und dort den christlichen Geist hochzuhalten, bis sie selbst aus eigenen Kräften weiterkommen. Die bisherige Zahl von 350 spanischen Priestern in Lateinamerika soll in den kommenden Jahren erheblich vermehrt werden. Das „Werk für Hispanoamerikanische Priesterhilfe" besitzt ein eigenes theologisches Seminar in Madrid, das aus Platzmangel bisher nur 80 Studenten aufnehmen konnte, aber beträchtlich erweitert werden wird. Außerdem bestehen das Studienkolleg von San Vicente (Salamanca) für lateinamerikanische Alumnen und das Studienkolleg „Pius X." in Rom. In Zaragoza besteht eine Schwesternkongregation „Unserer Lieben Frau del Pilar" ausschließlich für den caritativen und schulischen Einsatz in Lateinamerika. Ebenfalls in Zaragoza wurde im Jahr 1959 ein „Laienwerk für Apostolische Zusammenarbeit mit Hispanoamerika" mit einem eigenen Ausbildungszentrum gegründet.

Kommunistische Gefahr in Kuba. Ein Hirtenbrief des Erzbischofs von Santiago de Cuba

Daß die Revolution von Fidel Castro, bewußt oder unbewußt, zur Schrittmacherin des Kommunismus in Kuba und damit zu einer unmittelbaren Bedrohung der Sicherheit von Nord- und Südamerika werden könnte, ist nicht nur die Sorge weit entfernter Beobachter. Ein durchaus unverdächtiger Zeuge, der Erzbischof von Santiago de Cuba, Enrique Pérez Serantes, hat in seinem vielbeachteten Hirtenbrief vom 22. Mai „Für Gott und Kuba" ausdrücklich vor der sehr konkreten Gefahr des Kommunismus gewarnt. Das ist um so bedeutsamer, als der Erzbischof im Jahre 1953 dem damaligen Rebellenführer Fidel Castro Asyl gewährt und auch sonst seine Sympathien für die revolutionäre Bewegung, die ja in der Provinz Oriente und ihrer Hauptstadt Santiago ihren Ausgang genommen hat, öfter bekundet hatte. Der Hirtenbrief hat folgenden Wortlaut (nach Documentation Catholique, 19. 6. 60):

Hirtenpflicht. Getreu unserer heiligen Pflicht, über die Bedürfnisse und die Verteidigung der Herde zu wachen, die uns das Haupt der Christenheit, der Statthalter Christi, anvertraut hat, fühlen wir uns gedrängt, uns heute an unsere lieben Diözesanen zu wenden, um sie zu erinnern oder ihnen notfalls zur Kenntnis zu bringen, welche Haltung sie im gegenwärtigen Augenblick einzunehmen haben, einem Augenblick der Verwirrung und ernster Besorgnis für viele. Die Weisung, die wir ihnen geben wollen, wird gewiß ihrer Erwartung entsprechen.

Wenn wir so handeln, sind wir sicher, sowohl der Kirche wie dem Vaterland zu dienen, die beide für uns das Teuerste sind, was wir haben, und zugleich Gegenstand unserer Sorge.

Der Feind ist in unseren Mauern. Zunächst müssen wir sagen, daß das Feld der Kirche und das des Feindes sich bereits deutlich gegeneinander abheben. Es geht nicht mehr um Gerüchte oder haltlose Vermutungen mehr oder weniger schlauer und eigensüchtiger Art. Man kann nicht mehr sagen, der Feind stehe vor unseren Toren, da er in Wahrheit bereits in unseren Mauern ist und die Stimme laut erhebt wie einer, der bei sich zu Hause ist. Nicht ohne Grund haben gewisse einsichtige und instinktbegabte Leute sich schon seit einiger Zeit beunruhigt und besorgt gezeigt und sich gerüstet, gegen die zu kämpfen, die versuchen, ohne weiteres das alte Joch zu neuer Knechtschaft aufzubürden. Denn ein echter Christ kann und will nicht ohne Freiheit leben. Man darf nicht vergessen, daß stets und überall, von Rom bis Budapest, die Christen vorgezogen haben, alles zu verlieren und sogar ihr Blut zu vergießen, als auf die Freiheit zu verzichten, die den Kindern Gottes besonders zu eigen ist.

Der Kommunismus im Anschlag. Es ist nur zu gut bekannt, daß der Kommunismus der große Feind des Christentums ist, immer auf der Lauer, stets wachsam und bereit, sich auf seine Beute zu stürzen und überall seine Interessen wahrzunehmen. Ob er sich offen zeigt oder verbirgt, man kann ihn überall leicht entlarven, weil er überall zugegen ist, obwohl es auch unter uns Leichtgläubige und Naive oder auch allzu Vorsichtige gibt, die das beharrlich leugnen und sogar nervös werden, wenn sie sehen, daß nicht alle so denken wie sie.

Die Lehre der Kirche. Diese Lehre, die alle Katholiken verpflichtet, ist über diesen Punkt durchaus eindeutig und läßt sich in wenigen Worten zusammenfassen, obwohl ihr umfangreiche päpstliche Verlautbarungen gewidmet sind: „Der Kommunismus", sagt Papst Pius XI. in der Enzyklika *Divini Redemptoris,* „ist in sich schlecht." Wir wollen nur einige Gründe aus dem gleichen Dokument zur Bekräftigung dieser so bestimmten Behauptung anführen.

Der dialektische Materialismus. Der erste und wichtigste Grund ist der, daß der Kommunismus den dialektischen Materialismus von Marx zur Grundlage hat, obwohl er sich gelegentlich unter verführerischer Schauseite verbirgt. Nach der materialistischen Lehre gibt es nur eine Wirklichkeit, die Materie mit ihren blinden Kräften; darum gibt es auch in der Welt nichts anderes als Materie in je verschiedener Entwicklung, und auch die Gesellschaft ist nur ein Erscheinungsbild und eine Form dieser Materie.

Der gottlose Kommunismus. Der zweite Grund ist nur eine notwendige Folge aus dem ersten: wenn alles Materie ist, dann gibt es keinen Platz für Gott, dann gibt es auch keinen Unterschied zwischen Materie und Geist, zwischen Leib und Seele; die Seele überlebt den Tod des Leibes nicht, und so kann es also auch keine Hoffnung auf ein künftiges Leben geben. Darum nennt sich der Kommunismus logischerweise atheistisch.

Daraus folgt ferner, daß der Kommunismus, wie jeder Materialismus, alle menschlichen Werte verneinen muß. Diese haben ja in einem solchen System keine geistige Grundlage, um den Menschen über sich selbst und die unmittelbaren Vitalsphäre zu erheben.

Im Kommunismus ist der Mensch lediglich ein materielles Wesen, ohne Freiheit und ohne moralischen Rückhalt angesichts der niedrigsten Leidenschaften, die ja mit rein menschlichen Erwägungen nicht im Zaume gehalten werden können.

Wir glauben, daß das genügt, um zu verstehen, warum der Kommunismus als in sich schlecht verurteilt werden konnte; und es scheint kaum notwendig, noch hinzuzufügen, daß er das Eheband und seine Unauflöslichkeit, das Eigentumsrecht und viele andere Dinge verneint und daß er die ganze Sozialordnung in ihren Fundamenten umstürzen will, mit dem Anspruch, eine neue Menschheit ohne Gott und ohne geheiligtes Gesetz zu schaffen, die in einem Meer von Haß und Neid versinken müßte.

Unsere Haltung nun muß von einer steten Treue zum Papst und seinen Weisungen bestimmt sein:

Keine Zusammenarbeit mit dem Kommunismus. Angesichts der wiederholten Verurteilungen des Kommunismus durch die höchste Autorität der Kirche sehen wir uns genötigt und gezwungen, unseren Diözesanen (und notfalls allen Kubanern) zu empfehlen und sogar dringlich einzuschärfen, in keiner Weise mit dem Kommunismus zusammenzuarbeiten oder mit ihm gemeinsame Sache zu machen. Sie müssen im Gegenteil alles nur Mögliche tun, sich von diesem unversöhnlichen und machtvollen Feind des Christentums fernzuhalten, sich nicht durch Phrasen und Versprechungen verführerischer und undurchsichtiger, immer aber falscher und lügnerischer Art verführen zu lassen — auch nicht durch die List heimtückisch ausgestreckter Hände, die in Wahrheit nur eine Falle für Leichtgläubige ist.

Allerdings müssen wir auch zeigen, daß wir zwischen Kommunismus und Kommunisten zu unterscheiden wissen. Den Personen gegenüber dürfen wir nichts unterlassen, was immer nur wir für sie tun können; das gebietet uns das göttliche Liebesgebot.

Alle müssen zwei Dinge deutlich vor Augen haben: erstens, keinerlei Konzession in Grundsatzfragen; zweitens, die Feinde der Kirche, und vor allem eben der Kommunismus, wissen sehr genau, was sie wollen, und sie verfolgen ihre Ziele ohne Rücksicht und ohne Zögern.

Die Soziallehre der Kirche. Es wäre gut, wenn die Katholiken sich wenigstens bemühten, die Soziallehre der Kirche kennenzulernen, die für alle wirtschaftlichen und sozialen Probleme eine befriedigende Lösung hat, und daß sie verstünden, warum anständige und aufrichtige Kommunisten angesichts dieser Lehre ausgerufen haben: „Wirklich, hier liegt die wahre Lösung der sozialen Frage!"

Die Frage der materiellen Güter. Obwohl wir uns hier nicht unmittelbar mit diesem Problem befassen, wollen wir euch dennoch bei dieser Gelegenheit sagen, daß die Kirche immer eine gerechtere Verteilung der materiellen Güter gefordert hat. Niemand mehr als sie hat den Armen in Schutz genommen; es ist nur bedauerlich, daß ihre Stimme von den besitzenden und führenden Schichten nicht besser gehört worden ist. Wir haben oft gesagt und wiederholen es hier, daß, um zu verhindern, daß Menschen unter Bedingungen leben müssen, die schlimmer sind als die von Tieren (wie es leider in vielen Teilen der Welt der Fall ist), eine Instanz dasein müßte, der bekannt wäre, über welche Mittel jede Familie verfügt, um das Leben zu bestreiten, damit es nicht menschliche Wesen gäbe, die einem neuen Tag entgegensehen ohne einen Bissen Brot für sich und ihre Kinder und ohne zu wissen, an wen sie sich wenden können, um einem Elend zu begegnen, das viele an den Rand der Verzweiflung treibt. Das ist schlechthin unmenschlich und grausam und ein Schauspiel, das alle schamrot werden lassen müßte, ebenso wie die Wohngelegenheiten, in denen zahlreiche Familien auf abstoßende Weise zusammengepfercht leben müssen, nicht selten unmittelbar neben üppigen Palästen.

In diesem und in manchem anderen Punkt verdient die Revolutionsregierung Lob für ihre Sorge um die notleidenden und so verlassenen Bevölkerungsschichten. Das wollen wir gern anerkennen.

Aber niemand soll glauben, daß das Brot vom Himmel regnen wird, weil man Gott ausgetrieben hat, oder daß es nun leichter sein wird, es zu verdienen. Es könnte gut geschehen, daß man sich eines Tages ohne Gott und ohne Brot findet.

Wir wollen Gott, und wir bedürfen seiner. Schwerer noch wiegt, daß der Kommunismus und der Materialismus wollen, wir sollten auf dem Meere dieses Lebens mit verbundenen Augen, ohne Lotsen, ohne Kompaß segeln, was bedeutet, uns selbst dazu zu verdammen, ohne Hoffnung, ohne Glauben, ohne Liebe, voll Mißtrauen gegen alles und alle zu leben.

Materialismus und Kommunismus verwerfen Gott überall; aber wir Katholiken, wir wollen nicht ohne Gott leben und ohne sein heiliges Gesetz, ohne das jedes menschliche Gesetz der festen Grundlage ermangelt. Ohne Gott Gesetze geben heißt auf Sand bauen.

Wir wollen Gott in allen Dingen. Wir wollen ihn überall und stets. Wir wollen Gott im Mittelpunkt der Familie, in der Schule, im Gericht, in den gesetzgebenden Versammlungen, in Wirtschaft und Handel, in der Industrie, auf dem Lande, in den Krankenhäusern und in den Gefängnissen. Ohne Gott sind wir selbst nur arme Gefangene und elende Kranke.

Ohne Gott kein Friede. Wir lieben unsere Familie, die Gerechtigkeit, die Ehre, das Vaterland zu sehr, um nicht zu wünschen, Gott möge die innere Kraft aller dieser uns so teuren Dinge sein, wie er ja auch ihrer aller Ursprung und Ziel ist. Und das um so mehr, als wir ja wissen, daß die Menschen, selbst die größten und bestmeinenden, aus sich unfähig sind, den furchtbaren Zusammenbruch der Sozialordnung zu vermeiden, der die Welt bedroht, wie sie auch unfähig sind, die Gesellschaft aus dem Sumpf herauszuziehen, in den sie zu versinken droht.

Wer ohne Gott könnte dem Verstand und Willen aller die wahre Einheit geben, die für das Wohl der Gesellschaft nötig ist? Wer ohne Gottes Hilfe die einander widerstreitenden Interessen der Menschen in Einklang bringen, zumal wenn die Deiche, die die natürlichen Begierden ummauern, zerbersten? Das kann nur Gott selbst!

Wenn man Gott aus dem gesellschaftlichen Leben ausschaltet — wo ist dann der Friede zu finden, den die einzelnen und die Völker so sehr ersehnen?

Und doch ist der Friede, der wahre Friede, ganz nahe. Ihn zu erhalten, braucht man sich nur Christus zuzuwenden — er ist „unser Friede". Alles übrige ist Zeitverlust, wie jeder weiß.

Die beste Waffe: die Zehn Gebote. Um diesen Frieden zu finden, bedienen wir uns der Gewalt der Ordnung und nicht der Ordnung der Gewalt. Jeder Mensch möge in sich selbst eine Polizeimacht haben, deren Waffe die Zehn Gebote sind! Sonst aber möge es nirgends und nie jemand geben, der auf der Straße zu Waffen greift, die erfunden worden sind, um andere Menschen zu töten und das Eigentum zu zerstören — ein furchtbarer Zustand!

Rückkehr zu Gott. Um das hohe Ziel zu erreichen, muß man alle Kräfte derjenigen in Bewegung setzen, die mit

Gott und nach seinem Gebote leben wollen. Man muß die Erstarrung jener bekämpfen, die sich gleichgültig gegenüber den Dingen verhalten, die am wichtigsten sind, und an nichts Anteil nehmen, was um sie herum geschieht, während der Feind ohne Unterbrechung am Werke ist.
Es ist also unabweislich notwendig, daß das ganze individuelle, nationale und soziale Leben in Gott seinen Mittelpunkt habe und daß alle sein heiliges Gesetz befolgen, das ja auch für alle gilt. Die Rückkehr zu Gott ist notwendig, ohne den das Leben tot ist und den niemand und nichts ersetzen kann. Es ist notwendig, die Gesellschaft wieder christlich zu machen und ihr den Geist des Evangeliums einzuhauchen, einzige Zuflucht vor dem Zusammenbruch der Sozialordnung.
Religiöse Unwissenheit. Um das Gesetz Gottes zu befolgen und zu leben, wie es sich für Christen schickt, ist ein gut fundiertes religiöses Wissen unentbehrlich. Das Fehlen einer solchen religiösen Bildung ist der beste Alliierte der Feinde der Kirche. Für die gottlose Propaganda des Kommunismus, ständig im Anschlag und auf der Lauer, sind die geistig und materiell unterernährten Massen in Stadt und Land der beste Nährboden.
Jedes Heim ein Ort der Christenlehre. Um den erschreckenden Mangel an Priestern und Katecheten auszugleichen, muß jedes Heim ein Ort der Christenlehre werden, wo die Kinder von frühester Jugend an lernen, was ein guter Christ wissen muß und wo (was allerdings überall geschehen soll, auch da, wo es genügend Priester gibt) sie neben und mit ihren Eltern die grundlegenden religiösen Pflichten erfüllen: Gott loben, ihn preisen, ihm danken, eine Übung, die niemals vergessen werden darf und die man ebenso lieben muß, wie man diejenige liebt, die uns die ersten Unterweisungen gibt: unsere Mutter. Da nun in vielen Familien keiner da ist, der imstande wäre, diese Pflicht zu erfüllen, wenden wir uns im Namen Gottes dringend an solche, die besser vorbereitet sind, damit sie in ihrem Hause oder in einem geeigneten Raum Kinder und auch Erwachsene vereinen, um ihnen die nötige religiöse Unterweisung zu erteilen, damit niemand ihrer entraten müsse. Wir denken dabei vor allem an die zahlreichen Familien auf dem Lande, aber auch in den Städten, wo diese Arbeit am dringendsten ist.

Religionsunterricht — das Hauptproblem

In diesem und den folgenden Abschnitten seines Hirtenschreibens geht der Erzbischof auf die praktische Durchführung des katechetischen Programms ein, gibt klare Vorschriften und schließt mit einem dringenden Aufruf an Priester und Gläubige.
und Gläubige.
Das Schreiben gewährt einen erschütternden Einblick in die religiöse Lage des Landes, der durch folgende Zahlenangaben noch verdeutlicht werden kann: Die Insel zählt 5 665 000 Katholiken (etwa 93 % der Einwohner), 732 Priester (davon 482 Ordenspriester), so daß im Durchschnitt auf 7739 Gläubige ein Priester kommt. Die Zahlen für die Erzdiözese Santiago de Cuba sind noch wesentlich ungünstiger. Den zwei Millionen Katholiken stehen in 40 Pfarreien zu je 50 000 Seelen nur 104 Priester (davon 64 Ordenspriester) zur Verfügung, d. h., auf etwa 19 000 Gläubige kommt ein Priester. Man begreift, daß unter solchen Verhältnissen die religiöse Unwissenheit groß ist und die Kommunisten sich ihrer als weit offenes Einfallstor bedienen.

Daß die christliche Liebe eine aus Rassenhaß hervorgehende Trennung Asiens und Afrikas von der christlichen Welt verhindere. Missionsgebetsmeinung für September 1960

Da der Sinn der Gebetsmeinung aus ihrer Formulierung nicht klar ersichtlich ist, haben wir die von der Leitung des Gebetsapostolats in Rom herausgegebenen Erklärungen zu Rate gezogen. Das Missionsanliegen des Monats wird dort nach folgendem Gedankenaufriß behandelt: Die Wirkungen der Unabhängigkeitserklärungen asiatischer und afrikanischer Staaten sind für die Kirche nicht in jeder Hinsicht erfreulich, denn es entsteht in diesen Staaten eine extreme Form des Nationalismus, der alles der Nation „Fremde" beseitigen möchte. Diese Tendenz erstreckt sich zunächst auf Ausschluß „ausländischer" Personen aus den eigenen Grenzen, und zwar oft unter geringer Achtung der Tugenden der Liebe und Gerechtigkeit. Besonders die Okzidentalen sind von diesen Maßnahmen getroffen. Da nun die meisten katholischen Missionare aus dem Westen kommen, diese Missionare aber vorläufig für Bestand und Fortgang des Missionswerkes in jenen Erdteilen unentbehrlich sind, stellt dieser extreme Nationalismus eine schwere Gefahr für Bestand und Gedeihen der Kirche in diesen Ländern dar.
Der Rassenhaß richtet sich aber nicht gegen die Diener der Kirche aus den westlichen Ländern, sondern zugleich gegen das Christentum als solches, das mit der Kolonialarbeit indentifiziert wird. Unter Verkennung des übernationalen Charakters der Kirche wird diese als ein zugleich mit den Kolonialmächten ins Land gekommenes Fremdgewächs betrachtet, das nun auch mit dem Kolonialregime verschwinden muß. Wir müssen deshalb beten, daß in Asien und Afrika die wahre Natur der Kirche besser erkannt wird. Soweit der Gedankengang der Vorlage.
Es wird hier sicherlich ein nicht immer eindeutiger und oft verwickelter Sachverhalt etwas sehr vereinfacht dargestellt. Nicht in jedem der Länder, die seit Kriegsende die Unabhängigkeit erhielten, ist extremer Nationalismus am Werk. In Afrika erhalten heute riesige Gebiete die Unabhängigkeit, deren Massen noch im Stammesseparatismus befangen sind und erst langsam zu „nationalem" Denken gebracht werden können. Und von da bis zum extremen Nationalismus ist immerhin noch ein Weg zurückzulegen. Extremer Nationalismus ist gewiß auch, wie die jüngste Geschichte zeigt, in großer Gefahr, einen Haß gegen andere Nationen zu entwickeln. Aber dieser primäre, aus einer philosophischen Ideologie erwachsende Rassenhaß ist doch sehr viel seltener als der Haß, der aus wirklicher oder vermeintlicher schlechter Behandlung oder Unterdrückung durch andere Rassen, aus wirklicher oder vermeintlicher wirtschaftlicher, sozialer, kultureller Benachteiligung erwächst. Der Weißenhaß in der farbigen Welt ist, wo er auftritt, als Reaktion zum Kolonialregime entstanden und hat sich in dem Maße entfaltet, als dessen Methoden und geistige Haltungen das stets wachsende Selbst- und Persönlichkeitsbewußtsein der Beherrschten verletzten. Schon in dem Augenblick, in dem die Autorität an die Einheimischen übergeht, kühlt sich dieser Haß bald ab, wenn man sieht, daß man die Fachleute und Sachkenner des abgelösten Regimes nicht entbehren kann. Verschwinden diese möglicherweise auf der untersten Ebene der Verwaltung, so treten sie bald auf

der obersten Ebene diskret wieder auf. Ohne die Zusammenarbeit mit den Weißen — und dazu gehören auch die Russen! — können alle diese Staaten sich weder in die Weltwirtschaft einordnen noch ihre Entwicklungsprobleme lösen. In den Wochen, als aus Belgisch-Kongo Tausende von Europäern ausreisten, schrieb der „Osservatore Romano" in einem Leitartikel zur Afrika-Frage (12. 6. 60): „Das Zusammenleben zwischen Afrikanern und Europäern, zwischen Weißen und Schwarzen ist fast überall, besonders aber in Ländern, die wie der Kongo mit einem Schlage die totale politische Autonomie erhalten, eine organische strukturelle Notwendigkeit für das Weiterbestehen der Wirtschaft und des staatlich-bürgerlichen Lebens. Diese Notwendigkeit geht jener der geschichtlichen Kontinuität und der menschlichen Brüderlichkeit sogar voran. Die spontane oder erzwungene Abreise ganzer Gruppen von Beamten und Zivilisten mit ihren Familien verschleudert nicht nur kostbare Hilfskräfte an besonderem Können und besonderer Überlieferung auf verwaltungsmäßigem und technischem Gebiete, die für alle nützlich sind, sie schafft nicht nur neue Spannungen mit den europäischen Ländern, die diesen neuen Staaten zu Hilfe kommen sollten, sie stellt auch eine politische Absurdität dar und läßt umrißartig den Bruch zwischen den beiden Kontinenten erscheinen, die mehr als je die neue glückliche Wirklichkeit zur Knüpfung substanzieller und freier Bindungen benutzen müssen."

Nüchterne Bestandsaufnahme

Würde in den jetzt zur Selbständigkeit gelangenden Ländern ein allgemeiner Weißenhaß bestehen, wären natürlich alle weißen Missionare bedroht. Dies ist aber durchaus nicht der Fall. Schauen wir zunächst auf Afrika. Wenn in bestimmten Teilen Nordafrikas Tausende von Siedlern ihre Güter verkaufen, wenn Kaufleute und Beamte zurückkehren, so nicht deshalb, weil sie als Weiße verfolgt werden, sondern einfach deshalb, weil sie in den neuen Verhältnissen keine Existenzmöglichkeiten mehr sehen oder sich seelisch in ihnen nicht zurechtfinden. Niemand leugnet, daß sie oft schikaniert werden und daß man ihnen bewußt die Arbeitsmöglichkeiten beschneidet. Der Grund dafür ist aber nur das Bestreben, die Macht, die die Weißen hatten, an sich zu reißen. Es liegt hier nur die Reaktion auf die Kolonialperiode vor. In diesen islamischen Ländern kommt dazu, daß der Nichtmohammedaner in die mohammedanische Rechts- und Lebensordnung gezwängt werden soll, ohne ihr eigentlich angehören zu dürfen. Die in den Verfassungen der neuen Staaten garantierten gleichen Rechte aller Bürger vor dem Gesetz sind in der Praxis gegenüber Nichtmohammedanern durchaus nicht immer gesichert. Anderseits befinden sich in allen diesen Staaten zahlreiche Weiße als Mitglieder von internationalen Missionen oder als technische Berater. Einige Länder locken heute sogar den internationalen Reiseverkehr an, und die Weißen, die dort Ferien machen, fühlen sich in keiner Weise bedroht. Mit dem internationalen Handel kommen Weiße in die Häfen und bis tief ins Innere der Länder hinein. Ausweisungen von Priestern und Ordensleuten sind kaum vorgekommen, wenn auch die Missionen, z. B. in Tunesien, einige sehr unfreundliche Akte gegen ihre Einrichtungen erlebten. Wo Priester und Ordensleute ausgewiesen wurden (Algerien), geschah dies meist durch die Franzosen, nicht durch die Einheimischen. In ganz Nordafrika können die Weißen Väter und die Weißen Schwestern weiterarbeiten. Die algerische Situation ist natürlich durch einen tragischen Konflikt zwischen Europäern und Nichteuropäern gekennzeichnet. Die Freiheitsbewegung hat oft gedroht, die Weißen ins Meer zu werfen. Der entstandene Rassenkonflikt ist aber nur eine sekundäre Erscheinung, der durch ein bis zur Stunde unbewältigtes politisches Problem ausgelöst wurde. Die Regierung des (ehemaligen anglo-ägyptischen) Sudan sucht zwar die weißen Missionare Schritt für Schritt aus dem Süden des Landes zu entfernen, aber nicht aus Haß gegen die Weißen, sondern weil die christliche Mission der Islamisierung der Negerstämme und damit ihrer Einordnung in den mohammedanischen Staat im Wege steht. Der Weißenseelsorge in Khartum wird die Regierung nie Schwierigkeiten bereiten.

In Französisch-Afrika südlich der Sahara hat sich seit der Bildung der Communauté in dem friedlichen Nebeneinander von Weiß und Schwarz bisher kaum etwas geändert. Eine Ausnahme bieten hier Teile Kameruns, wo ein Rachekrieg von Angehörigen der kommunistisch inspirierten UPC (Union des Populations Camerounaises) gegen aus der Partei ausgetretene Mitglieder des Bamileke-Stammes „sich zur Kundgabe eines bösen Rassenhasses gegen alles, was Weißer ist oder den Weißen assimiliert ist, entwickelte. Die Gleichgültigkeit gegen die Missionare verwandelte sich, bei manchen wenigstens, in Feindseligkeit. Wohl fühlend, daß die Kirche ein Hort der Ordnung und des Friedens ist, hätten sie gerne gesehen, daß die Missionare abreisten, wie es schon zahlreiche Europäer taten. Daher ihre Wut, als sie feststellten, daß die Apostolatsarbeit fortgeführt wurde" (Agenzia Fides, Documentazione, 20. 1. 60). Bei den Terrorakten sind gegen 1000 Personen getötet worden, darunter drei Missionare, von denen zwei enthauptet wurden. Unter den Opfern befanden sich auch viele Frauen und Kinder. Vier einheimische Priester sind von den Banden entführt worden.

Zu dem sonst friedlich verlaufenen Übergang der Gewalt an die Einheimischen in Französisch-Afrika trug erheblich die Tatsache bei, daß die Franzosen dort keine Rassenschranke kannten, während die Bevölkerung dementsprechend eine große Aufgeschlossenheit gegenüber dem Einfluß französischer Kultur zeigt und dieser Kultur verbunden bleiben möchte: „Die Schwarzen sehen in ihr das geeignetste Mittel, um dem Abendland eine Kenntnis der afrikanischen Anschauungen zu übermitteln und zu beweisen, daß sie ebenbürtige Partner sind. Sie verkennen ebenfalls nicht, daß eine völlige Neubildung der afrikanischen Gesellschaft vor sich geht und daß in Zukunft sehr viele moderne Elemente zu ihrem Bestandteil gehören werden, wie es neuerdings der bekannte Negerdichter Césaire offen bekannt hat, der den Wert eines engen Zusammenhangs mit Europa richtig einzuschätzen weiß. Er hofft, daß die Europäer geneigt sein werden, eine vollgültige Partnerschaft der Neger aufrichtig anzuerkennen, wenn sie nur für ihr Denken und Handeln das richtige Verständnis haben" (Wahrhold Drascher, Schuld der Weißen? Die Spätzeit des Kolonialismus, Tübingen 1960).

Afrikanische Toleranz

So wundert es uns nicht, wenn der katholische Ministerpräsident von Togo, Sylvanus Olympio, bei der Unabhängigkeitsfeier am 27. April dieses Jahres vor dem Parlament zunächst Frankreich für seine Hilfe auf dem Wege

zur politischen Reife und zur Unabhängigkeit dankte und dann fortfuhr: „Wir wünschen freundschaftliche Beziehungen zu allen Nationen der Welt ... So hat Togo seinen Platz im Kreise der freien und souveränen Völker eingenommen und gibt ein prächtiges Beispiel der Eintracht unter allen seinen Söhnen schwarzer Rasse und den Weißen, die Togo zu ihrem Adoptivvaterland wählten, besonders den Missionaren." Einem Vertreter der Zeitschrift „Afrika" (München) erklärte Olympio: „Ich erhoffe und wünsche eine dauerhafte, fruchtbare Zusammenarbeit auf praktischer Ebene. Ich sehe keinen Grund, das Bestehende zu ändern. Unsere Kinder gehen in französische Schulen, unsere Studenten lernen an französischen Universitäten. Warum sollte man da an einen plötzlichen Wandel denken, der unseren Interessen kaum dienlich sein kann? ... In Togo hat es keine Kolonisation im eigentlichen Sinne des Wortes gegeben, d. h., die Weißen kamen nicht mit der Absicht ins Land, sich endgültig dort niederzulassen und Landbesitz zu erwerben. Bei uns hat es immer nur drei Kategorien von Europäern gegeben, die Beamten, die Kaufleute und die Missionare. Für die französischen Beamten gibt es keinerlei Problem. Im Rahmen des Abkommens über technische Unterstützung werden diejenigen Beamten, die bei uns bleiben, auf Vertragsbasis in unsere Verwaltung übernommen. Den Kaufleuten gewähren wir wie allen anderen freien Zutritt zu unserem Land. So haben wir es immer gehalten und es nie bedauert. Jeder Kaufmann hat Interesse daran, mit seinen Kunden auf gutem Fuß zu stehen, und da die Kunden Togolesen sind, gibt es auch hier kein Problem. Hinsichtlich der Missionare kann ich nur sagen, daß die Toleranz eine alte togolesische Eigenschaft ist, auf die wir großen Wert legen. Die Missionare werden also morgen wie heute in Togo willkommen sein." Es ist bekannt, daß Togo großen Wert auf die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik legt und mit echten Freundschaftsgefühlen allen Deutschen entgegensieht, die zum Wohle des Landes arbeiten wollen, wie auch in Kamerun in Erinnerung an die Zeit der deutschen Herrschaft eine für Deutschland sehr wohlwollende Atmosphäre herrscht. Gerade in diesen beiden Ländern wären auch neue deutsche Missionare hochwillkommen. Es kann aber keine Rede davon sein, daß sie französische Missionare verdrängten, da diese nach wie vor ohne Schwierigkeit dort arbeiten können. — Der Ministerpräsident der Republik Tschad, der Mohammedaner Ahmed Koulamallah, erklärte bei der Erläuterung seines Regierungsprogramms: „Wir sind ein Land, in dem arabische, arabisierte, Sudano-bantu-Elemente und Europäer gelernt haben, friedlich zusammenzuleben. Tschad ist ein Schmelztiegel, in dem Mohammedaner und Christen, die alle Söhne Abrahams sind, lernen müssen, einander noch besser zu verstehen. Der Animismus bei uns aber muß dahin gelangen, daß er seine Stellung gegenüber dem einen Gott neu überdenkt. Diese Aufgabe ist vielleicht nicht schwer, wenn man bedenkt, daß in Sarah der Name Gottes Allah ist. Ein Land der Verheißung, islamisch-christlich und animistisch, franco-arabisch in Sprache und Sitten, wird der Tschad das Produkt dieser Verschiedenheit sein, getragen von der Mithilfe aller, dem religiösen Glauben aller, der Liebe eines jeden zu seinem Nächsten" (Agenzia Fides, französische Ausgabe vom 28. 3. 59). Die politische Vergangenheit des Regierungschefs der Republik Elfenbeinküste, Felix Houphouet-Boigny, gibt die Gewähr, daß es, solange er die Geschicke des Landes führt, keinen Weißenhaß geben wird. Der Kongreß der von ihm geführten Demokratischen Partei forderte im März 1959 die brüderliche Zusammenarbeit der mehr als 60 Rassen des Staates „gegen alle Kräfte des Tribalismus, Rassismus und der Xenophobie". — Der Mitschöpfer des Staates Mali (Senegal und Sudan), Leopold Senghor, dessen geistiger Einfluß weit über die Grenzen dieses Landes hinausgeht, ist aus seiner tiefkatholischen Einstellung und seiner Verbindung mit der französischen Kultur heraus eifrigster Verfechter einer harmonischen Zusammenarbeit von Schwarz und Weiß. — Der Präsident der Mali-Föderation, Modibo Kéita, beendete seine Neujahrsansprache „an die Völker von Mali" mit der Einladung zu einem Gebet: „Unsere innigen Gebete müssen sich zu Gott erheben, daß er uns ... die Liebe zu allen Menschen gibt, die auf der Erde von Mali leben, mögen sie schwarz, weiß, gelb oder rot sein" (Agenzia Fides, 6. 2. 60). In der Republik Kongo (Hauptstadt Brazzaville) kam es Anfang 1959 zu blutigen politischen Kämpfen zwischen den Parteien, die leicht eine antieuropäische Wendung hätten nehmen können. Aber „während der traurigen Tage wurde kein Wort der Feindseligkeit gegenüber den Missionaren gesprochen, keine Geste in dieser Richtung zeigte sich. Der (weiße) Erzbischof von Brazzaville konnte öfter durch alle Schwarzenviertel gehen und alle Straßensperren ohne die geringste Schwierigkeit passieren. Im Gegenteil: man schien überall die Anwesenheit der Missionare direkt zu begrüßen" (Agenzia Fides, 14. 3. 59). — In der Republik Kongo (Hauptstadt Léopoldville) waren bis zu den Unabhängigkeitsfeiern keine Ausbrüche direkten Weißenhasses zu beobachten, obwohl gewisse kommunistische Kreise gegen die Weißen seit längerer Zeit Stimmung machten, vor allem auch durch Beeinflussung der Häuptlinge im Innern des Landes. Die großen Unruhen in Léopoldville, die im Vorjahre zu schweren Zerstörungen des Eigentums von Weißen und auch von Missionseinrichtungen führten, waren in erster Linie Ausdruck sozialer und wirtschaftlicher Notstände. Im übrigen sind die Ereignisse nach dem 30. Juni zur Stunde noch nicht übersehbar. — Allgemein gesprochen, zeigt die bisherige Erfahrung beim Neuwerden der afrikanischen Staaten, daß die kritische Zeit im Verhältnis von Weiß und Schwarz immer in der Periode des Hochgefühls der neuerrungenen Freiheit liegt ... Wenn der harte Alltag kommt, werden die Gemüter durch die Schwere der inneren Probleme bald abgekühlt.

In Britisch-Westafrika hat sich die Zusammenarbeit zwischen Weiß und Schwarz gut eingespielt. Das gilt zunächst für Ghana, wo nach wie vor auch zahlreiche weiße Missionare neu einreisen können. Nkrumah trug kein Bedenken, 1172 staatliche Volks- und Mittelschulen, acht höhere Schulen und acht Lehrerseminare mit zusammen 155 627 Schülern der katholischen Mission zur Leitung zu übergeben, die außerdem ihre 621 eigenen Schulen aller Art weiterführt. Die aus innerpolitischen Gründen den christlichen Missionen vor zwei Jahren an den Grenzen von Togo entzogenen Missionsschulen sind inzwischen alle ihren Eigentümern zurückgegeben worden. An allen diesen staatlichen und kirchlichen Schulen unterrichten nach wie vor auch weiße Missionare und Schwestern! Das vor der Unabhängigkeit stehende größte westafrikanische Land Nigeria wird, nach seinem innerpolitischen Klima zu urteilen, ebenfalls gegenüber der Mitarbeit der Weißen, einschließlich der weißen Missionare, keine Schwierigkeiten machen. Auf Portugiesisch-Afrika kom-

men nun schwere Entscheidungen zu. Portugal wird sich nicht lange mehr unter Berufung auf die Fiktion, es handle sich hier um Provinzen des Mutterlandes, gegen die Lösung des Kolonialproblems sträuben können. Da auch die Portugiesen keine colour bar kennen und eine kleine Elite der Schwarzen schon zu Vollbürgern gemacht haben, werden sie, wenn sie keinen Ausweg mehr sehen, klug genug sein, nicht gegen die öffentliche Meinung ganz Afrikas eine gewaltsame Niederhaltung der Unabhängigkeitsbewegung zu versuchen. Es ist schwer denkbar, daß sie sich der Gefahr aussetzen, aus Afrika vertrieben zu werden.

Die großen Gefahrenherde bleiben alle die Gebiete Afrikas, wo größere Gruppen weißer Siedler leben: Algerien, die Südafrikanische Union, Kenia, Südrhodesien. Gelingt es nicht, diese Brandherde zeitig auszutreten, so mag von dort das Feuer des Weißenhasses sich über Gebiete ausbreiten, die längst zu friedlicher Zusammenarbeit mit den Weißen geschritten sind. Eine große Hoffnung für Ostafrika ist der mutmaßliche Führer des zukünftigen selbständigen Tanganjika, Julius Nyerere, ein hochgebildeter Katholik mit gründlicher sozialer Schulung, der das restlose Vertrauen der Schwarzen, Weißen, Inder und Araber im Lande genießt. Er ist entschiedener Gegner aller Rassendiskriminierung. Mit der Austreibung der Europäer und Asiaten, so erklärt er, sei dem Lande nicht gedient. Alle müßten mitarbeiten. Er erstrebt ein Wahlsystem, in dem es bei Verteilung der Parlamentssitze keine Rassenquoten gibt: „Wir wollen den wählen, der uns gefällt, er sei schwarz, weiß oder braun ... Wir werden keine Ausnahmegesetze haben, keine Revolution, keine Gegenrechnung, keine Gewalt. Wir werden an die Arbeit gehen und hart arbeiten. Wir werden etwas aus diesem Lande machen" (vgl. Franz Gypkens, Schwarze Köpfe, Main-Verlag, Frankfurt 1960, S. 57 ff.). Der prominenteste Führer der Freiheitsbewegung im benachbarten Kenia, dem Lande der Mau Mau, Tom Mboya (ehemals Katholik, jetzt Freigeist), hat bei einer Amerikareise dem Vizepräsidenten der USA, Nixon, erklärt, der Afrikaner sei nicht allergisch gegen die Weißen. Nach der Machtübernahme werde es für ihn keine Rache geben. Seine Überzeugung, der Weißenhaß der Mau-Mau-Bewegung sei die Schuld der Weißen, findet eine gewisse Bestätigung in dem soeben erschienenen englischen Blaubuch über die Revolte, das die weißen Siedler des Mangels an Zusammenarbeit mit den sozial und politisch ausgenutzten Kikuyus bezichtigt.

Die Einreisebeschränkungen für Missionare in Asien

Die kommunistisch beherrschten Länder Asiens müssen aus dieser Übersicht naturgemäß ausscheiden. Die Weißen haben dort überall Zutritt, wenn sie aus Ländern des Ostblocks als kommunistische Funktionäre kommen. Die weißen Missionare aber werden vertrieben, nicht weil sie Weiße sind, sondern weil sie die christliche Religion verbreiten und zugleich angeblich Sendboten des westlichen Imperialismus sind. In den freien Ländern Asiens leidet die Kirche hie und da an lokalen Bedrückungen, die aber nicht den Charakter einer Weißenverfolgung haben. Am schwersten werden die Einschränkungen der Einreisen weißer Missionare empfunden. In keinem einzigen Fall aber beruhen diese auf Rassendiskrimination. In Indonesien ist dies ganz klar ersichtlich. Aus politischen Gründen sperrte die Regierung jahrelang die Einreisen holländischer Missionare, hat aber diese Haltung jetzt insofern geändert, als sie die Ablösung holländischer Missionare durch solche anderer westlicher Nationen zuläßt und sogar Neueinreisen solcher Missionare für neue Missionsgebiete in begrenzter Zahl erlaubt. Hier wie in Indien und Birma wird die Einschränkung des weißen Missionspersonals offiziell damit begründet, daß man sagt, die Kirche sei jetzt lange genug in diesen Ländern, um sich durch Einheimische ausbreiten zu können. Eine große Rolle bei dieser Politik spielt hintergründig die Idee, das Christentum sei ein westliches Gewächs, eine der nationalen Kultur fremde Welt. Der noch allzu westliche Kulturausdruck der Kirche in Asien und Afrika leistet natürlich dieser Auffassung beträchtlich Vorschub. Aber auch stärkste Akkommodation kann in den Hochkulturländern Asiens die Verkennung des übernationalen Charakters der Kirche nicht so leicht beseitigen. Die Kirche kam seit Jahrhunderten mit westlichen Missionaren im Gefolge des Kolonialimperialismus, arbeitete mit ihm zusammen, rief oft seine Hilfe an, brachte westliche Lebensformen ins Land usw. Diese geschichtlichen Tatsachen sind unvergessen, und eine allzu forcierte Anpassung wird sogar bisweilen als ein raffiniertes Täuschungsmanöver einer durch und durch westlichen Religion bezeichnet.

Dies alles hat aber mit einem ideologisch fundierten Rassenhaß nichts zu tun. Buddhismus und Neuhinduismus (desgleichen der Islam) versuchten nicht, in der westlichen Welt zu missionieren, wenn sie den Weißen als unwürdig erachteten, in ihre Religion aufgenommen zu werden, und bekanntlich gibt es auch weiße Buddhisten auf Ceylon und anderswo in Asien. Auf Ceylon ist übrigens nur eine buddhistische Minderheit scharf antikirchlich eingestellt. Sie bedeutet jedoch durch ihren militanten Charakter, ihren Einfluß auf die öffentliche Meinung und ihre Zusammenarbeit mit den dortigen marxistischen Kräften eine sehr ernste Gefahr für die christliche Freiheit auf der Insel. Die Regierung von Birma hat neuerdings die Gesamtzahl der ausländischen christlichen Missionare im Lande auf die Vorkriegszahl (800) beschränkt. Da aber die jetzt erlaubte Zahl höher ist als die Zahl der im Lande weilenden fremden Missionare, muß man diese Anordnung unter den gegebenen Umständen als fair bezeichnen. Die der katholischen Kirche zugebilligte Zahl von 580 Missionaren wird zur Zeit nicht einmal erreicht! Die indische Regierung erklärte im März 1960, ihre restriktive Einreisepolitik habe die Zahl der ausländischen Missionare von 1700 auf 1300 heruntergedrückt. Missionare aus Ländern des Commonwealth haben nach wie vor freien Zutritt nach Indien. Die Zulassungsbeschränkungen für ausländische Missionare sind im Jahre 1959 insofern gelockert worden, als die Formel der Zulassung verändert wurde. Während jahrelang nur solche Missionare die Einreise erhielten, „die für eine Stellung qualifiziert sind, für die kein Inder verfügbar ist", werden jetzt auch Missionare angenommen, „deren fachliche Eignung sie zu einem Wert für das Land machen kann". Beachtenswert ist auch die plötzliche Änderung für Zulassung von Missionaren in den Gebieten der animistischen Grenzstämme im Norden Indiens. Während man unter dem Druck des Hinduismus bisher diese Teile Indiens rigoros westlichen Missionaren weitgehend sperrte, weil man fürchtete, diese Bergstämme würden verwestlicht und der nationalen (d. h. hinduistischen) Kultur entfremdet, hat die Regierung

nach dem Auftreten der kommunistischen Chinesen an den nördlichen Grenzen plötzlich zahlreiche Einreisevisa auch für katholische Missionare gegeben. Eine einzige Kongregation erhielt 18 Eintrittsvisa (Agenzia Fides 19. 12. 59). Man fürchtet die chinesische Invasion mehr als die Missionstätigkeit der westlichen Missionare in den Grenzgebieten. Dies ist um so verständlicher, als beispielsweise in Kalkutta etwa 60 000 Chinesen wohnen, die ideale Konspirationsmöglichkeiten für die chinesischen Kommunisten bei der Infiltration nach Nordindien bieten. Es scheint also, daß auch die Politik der Einreisebeschränkungen nicht unwandelbar ist . . .

Missionare aus dem Westen noch lange notwendig

Das moderne Weltbild begünstigt heute in Verbindung mit der Entwicklung zum äußeren Zusammenwachsen der Welt eindeutig die Ausbreitung universaler Religionen und Weltanschauungen, während es auf regional gebundene Glaubenshaltungen auflösend wirkt. Das Christentum könnte trotz der beängstigenden Ausbreitung des Materialismus, der sich mit der technischen Zivilisation verbindet, in diesen Strömungen eine starke Hilfe zu seiner Entfaltung auch nach Asien und Afrika erhalten, wenn es als eine universale Religion erkannt würde. Solange aber bei den Nichtchristen das Vorurteil nicht behoben ist, die christlichen Kirchen seien mit der westlichen Kultur eindeutig verbunden bzw. Ausdruck einer rassisch begrenzten Religion, die sich mit der Kolonialexpansion durch weiße Missionare verbreitete und zu deren Festigung beitrug, muß man damit rechnen, daß zumindest die Methode der Einschränkung von Einreisen westlicher Missionare auch in anderen Ländern der afro-asiatischen Welt Nachahmung findet. Die katholische Kirche würde ein Mittel haben, die durch solche Maßnahmen drohenden Gefahren abzuwehren, wenn die Missionsanstrengungen der letzten Jahrhunderte nicht so einseitig von der westlichen Welt ausgegangen wären. Beständen starke missionierende orientalische Teilkirchen aus Ländern, die nicht am westlichen Kolonialismus bzw. an der Schaffung der westlichen Welthegemonie beteiligt oder ihr sogar unterworfen waren, so könnte man am Ausgang der Kolonialperiode auch auf Missionare dieser Kirchen zurückgreifen. Sie wären nicht verdächtig, dem westlichen Imperialismus hörig zu sein. Sie kämen als echte Glieder der östlichen Völkergemeinschaft oder (in Afrika) aus Gebieten, die den geistigen und kulturellen Zusammenhang mit dem Schwarzen Afrika nie ganz verloren hatten. Ja diese Kirchen hätten in Asien und Afrika längst echte Kristallisationszentren apostolischer Aktion geschaffen, die auch die Akkommodationsaufgabe leichter bewältigen könnten als die Missionare aus dem Westen. Wahrscheinlich würden sie die Einsenkung des Christentums in den Kulturboden der farbigen Völker, ungehemmt durch die psychologischen Verklemmungen des „Europäismus", auch schneller bewerkstelligt und so das verhindert haben, was Dom Cölestin Lu OSB „die Verdeckung der Universalität der Kirche durch eine allzu westliche Fassade" nannte. Die Kirchengeschichte zeigt, wie und warum alles anders kam, aber man muß diese Sicht vor der eigenen Phantasie erwecken, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu verstehen. Wenn heute aus ganz Asien und Afrika die westlichen Missionare vertrieben würden, käme in den allermeisten Missionsgebieten der Propagandakongregation die geordnete Seelsorge zum Erliegen, und an Missionsarbeit wäre erst recht nicht zu denken, weil eben noch immer die große Mehrzahl der Priester in den Missionen der weißen Rasse angehört. Gewiß hat sich die Zahl der einheimischen Priester in der Missionswelt während der letzten 40 Jahren versiebenfacht. Aber den 1811 einheimischen Priestern der Propaganda-Gebiete Afrikas (Statistik 1957) stehen 9388 ausländische Priester zur Seite. Wie sollten diese 1811 einheimischen Priester (16 % aller Priester) auf riesigem Raum über 21,2 Millionen Katholiken seelsorglich beistehen, über drei Millionen Katechumenen unterrichten und den noch 80 Millionen Angehörigen der Stammesreligionen den Glauben verkünden? Dabei muß man bedenken, daß die einheimischen Priester wegen der Sprachschwierigkeiten in diesem an Sprachen und Dialekten so ungeheuer reichen Erdteil nicht von Land zu Land ohne weiteres verschoben werden können, meist nicht einmal im eigenen Heimatland; daß die Mehrzahl der Katholiken der überaus rasch angewachsenen Afrikamission noch der ersten oder zweiten Katholikengeneration angehört; daß schließlich unter diesen Priestern die Spezialisten zur Erfüllung moderner Seelsorgsaufgaben fehlen, deren die afrikanische Kirche „in der vielleicht schwierigsten Periode der afrikanischen Geschichte" *(Fidei Donum)* bedarf. „Lange noch werden die afrikanischen Kirchen die brüderliche Hilfe der altchristlichen Länder nötig haben. Immer wieder sagten Uns die Bischöfe, die Wir jüngst weihten, mit innerer Bewegung: ‚Möchten uns die Missionare doch nicht so bald verlassen!' Es sei Uns gestattet, diese (Rundfunk-)Botschaft zu benutzen, um jenem von Dankbarkeit und realistischer Einschätzung der Lage getragenen Wunsche ein weites Echo zu geben . . ." (Papst Johannes XXIII. in einer über 23 afrikanische Sendestationen verbreiteten Rundfunkbotschaft an die Katholiken Afrikas am Pfingstfest 1960; vgl. „Osservatore Romano" vom 8. 6. 60). Soll also die junge Kirche Afrikas vor Auszehrung bewahrt und zu weiterem Wachstum geführt werden, so ist in der jetzt anhebenden stürmischen Periode innerafrikanischer Geschichte von größter Bedeutung, daß keine Einreisesperren für westliche Missionare verhängt werden, vor allem aber, daß keine Ausweisungen großen Stils erfolgen. Afrikas Priesterzahl ist trotz der ständig wachsenden Zahl der einheimischen und ausländischen Priester wegen des unverhältnismäßig starken Wachstums der Kirche prozentual zur Zahl der Katholiken seit Jahren rückläufig! Es wäre auch verhängsnisvoll, wenn es den Feinden der Kirche gelänge, Mißtrauen und Entfremdung zwischen den afrikanischen Katholiken und ihren Glaubensbrüdern in der altchristlichen Welt zu säen. Je fester dieses Band, desto weniger die Gefahr, daß man es wagt, die westlichen Missionare heimzuschicken. Am 6. Juli wurden durch ein Charterflugzeug 67 Priester von Holland nach Afrika zur Verstärkung des Missionsstabes gesandt. Möge diese Aussendung neuer Missionare symbolhaft den Willen der Kirchen Europas unterstreichen, der afrikanischen Kirche in entscheidungsvoller Zeit jede nur mögliche Hilfe angedeihen zu lassen!

In allen asiatischen Missionsgebieten der Propagandakongregation zählte man im Jahre 1957 ebenso viele Priester wie in Afrika: 11 000, von denen 7400 Asiaten sind. Dies an sich im Vergleich zu Afrika außerordentlich günstige Zahlenbild des einheimischen Klerus gilt aber praktisch nur für Indien und Südvietnam. Zieht man die dort wirkenden etwa 4000 einheimischen Priester

ab, dann bleiben für die übrigen Missionsländer Asiens vielleicht nur 1500 einheimische Priester übrig. Die kommunistischen Länder werden seit Jahren bei solchen Statistiken mangels genauer Unterlagen ausgeschaltet. Die meisten Länder Asiens brauchen also die Hilfe westlicher Missionare fast ebenso dringend wie Afrika.

Die neuen Anforderungen an die ausländischen Missionskräfte

Wenn aber in Asien und Afrika die Missionare aus dem Westen noch lange tätig sein sollen, müssen diese einer für sie nicht leichten psychologischen Lage gerecht werden und sich in die Evolution hineinstellen, auch wenn diese, wie jetzt im Kongo, von den bisherigen Kolonialherren in staatsbürgerlicher und allgemeinmenschlicher Sicht mangelhaft vorbereitet wurde und sich nun in Sprüngen vollzieht, die die Gefahr von „Beinbrüchen" in sich schließen. Dies erfordert eine große Selbstzucht und Selbstverleugnung bei den westlichen Missionskräften, den unbeirrbaren Willen zum Dienen, die Ablegung aller paternalistischer Allüren und eine wirkliche Liebe zu dem Volke, das sie wie ihr zweites Vaterland lieben müssen, um allen alles werden zu können.

Im Jahre 1957 bereiste der holländische Missionswissenschaftler Eduard Loffeld CSSp sieben Monate lang einen sehr großen Teil der zentralafrikanischen Missionen und nahm dabei Fühlung mit 24 europäischen und 4 afrikanischen Bischöfen, mit 500 westlichen und 50 afrikanischen Priestern, mit 625 Schwestern weißer und schwarzer Rasse, mit 120 Brüdermissionaren, zahlreichen Laienmissionaren, Verwaltungsbeamten, Geschäftsleuten usw. Seine Eindrücke gab er in ungeschminkter Offenheit in „Het Missiewerk" (Nr. 2/4, 1958) wieder. Über die Missionare sagte er hier: „Es gibt Missionare von vielerlei Zuschnitt und Färbung, von unterschiedlicher geistlicher Begnadigung, intellektueller Formung und praktischer Tüchtigkeit, von einer stark getönten Verschiedenheit hinsichtlich der Offenheit für andere menschliche Werte und Kulturen, mit Unterschieden in westlicher Denkart und nationalem Chauvinismus. Es gibt eine Abstufung zwischen der Haltung von Missionaren gegenüber dem afrikanischen Menschen: von Respekt, Hochachtung und Freundschaft über allgemeinmenschliche Höflichkeit bis zu jedenfalls scheinbar abweisender Haltung. Es gibt Hochherzigkeit und unbewußt kund getanes Überlegenheitsgefühl, um nicht zu reden von einer mit den Jahren gewachsenen Negrophobie. Man findet ungeheuchelte Sympathie und ein Verstehen gegenüber dem Afrikaner, eine Bereitschaft zu loyaler Mitwirkung bei seinen noch schwankenden Schritten zur Selbstbestimmung, aber man spürt auch reaktionäre Skepsis, mit dem herablassenden jovialen Schulterklopfen, dem dann später ein Augenzwinkern der Missionare und Weißen untereinander folgt. Es gibt so viele Unterschiede ... Wer in *dem* Missionar einen Heiligen sieht oder auch nur einen Übermenschen, rennt in die mythologische Sphäre hinein ... Das Ideal muß gewahrt bleiben und wurde stets vor Augen gestellt, aber mit dem Mittelmaß muß man sich abfinden können. Auch der Heiland wird dies wohl in seiner allgemeinen Heilsökonomie und seinem konkreten Heilsplan einkalkuliert haben. Er hat vorausgesehen, daß es Missionare geben würde, die in gewisser Hinsicht ‚einschlügen', und andere, die bis zu einer gewissen Höhe abfallen oder selbst radikale Nieten sein würden, mit allen Schattierungen, die dazwischenliegen."

Loffeld macht deutlich, daß mancher ältere Missionar — und dazu rechnet er auch noch jene, die kurz nach dem zweiten Weltkrieg hinauszogen — mit der Zeit nicht mitging und in einer paternalistischen Geisteshaltung verharrt: „Die Missionare sehen ihre früher so gehorsamen und lenkbaren (oder sich fügenden?) Christen heute ihre Forderungen stellen, selbst im tiefsten Binnenland. Und sie denken traurig an die gute alte Zeit, als der Missionar, eine Art von geistlicher Kolonist, seine Station noch als einen Feudalsitz ansehen und behandeln konnte, in höherem Maße als ein Brabanter Pastor von einst ... Etliche versuchen in der Tat noch, denselben Stil durchzuhalten, derweil der Missionar vom Typ 1950 oder 1955 im Jahre 1958 schon wieder veraltet ist." „Es würde seltsam sein", meint Loffeld, „wenn die missionarische Tradition und die bekannte klerikale Beharrungstendenz mit den kulturellen sozialen und politischen Strombeschleunigungen Schritt gehalten hätte." Nach Anführung einiger Beispiele der „Methode der harten Hand" von seiten des einen oder anderen Missionars, die er als Ausnahmen bezeichnet, rügt der Verfasser die psychologische Haltung vieler Missionare, die über ihre Schwarzen mit barschen Befehlen und mit lautem Schimpfen herrschen, und auf jeden Fall bis in alle Einzelheiten hinein die Leitung haben wollten. Man müsse mehr Vertrauen in die Fähigkeiten der Einheimischen zeigen und mehr Initiative gewähren. — Als Ben Sanders SVD jüngst den ehemaligen Kongominister Maurice van Hemelrijck, der für die schnelle Gewährung der Unabhängigkeit an Belgisch-Kongo verantwortlich war, bei einem Interview in Löwen befragte: „Werden die Kongolesen nach Erhalt der Unabhängigkeit alle Missionare in Ruhe weiterarbeiten lassen?", antwortete dieser: „Nein! Es gibt Missionare, die das gleiche Los wie andere Weiße teilen werden. Auch unter ihnen gibt es solche, die durch ihr koloniales Auftreten eine Ausweisung verdient haben. Die große Masse der Missionare ist aber gerne gesehen" (De Katholieke Missien, Teteringen, Holland, Juni 1960). — Ein Korrespondent der Agenzia Fides (18. 4. 59) schrieb aus Tabora (Tanganjika): „Unsere Schwierigkeiten, dem augenblicklichen Entwicklungsrhythmus zu folgen, kommen einerseits von der Schwierigkeit der Massen, sich zu formen und zu bewegen, anderseits von unserem Alter her, daß eine unserem Apostolat doch so wesentliche Anpassung zügelt. Wir müssen gegen die menschliche Neigung ankämpfen, das Morgen im Lichte des Gestern zu sehen und entsprechend zu reagieren. In einem Kontinent, der die Etappen hinter sich verbrennt, kann ein Mangel an Anpassung katastrophale Folgen haben. Die Missionare sehen das und bemühen sich nach Kräften, ihre Schau der Dinge einer Revision zu unterziehen." — In einem Bericht an die Südafrikanische Bischofskonferenz (vgl. NCWC News Service, 13. 6. 60) beklagt der Leiter des südafrikanischen Priesterseminars für Nichtweiße, Oswin Magrath OP, es gebe recht viele weiße Priester, die sicher sind, sie kennten den Nichteuropäer besser, als dieser sich selbst kenne. Sie redeten und handelten ständig nach Pauschalurteilen und mit Pauschalkritik an den Schwarzen und ließen den einzelnen fühlen, daß er hoffnungslos im voraus präjudiziert, klassifiziert und abgeurteilt sei. Ihre Caritas sei eher paternalistisch als von Nächstenliebe eingegeben: „Um Berufe nicht zu entmutigen und zukünftige gute Beziehungen

vorzubereiten, bedürfen wir dringend einer Bewegung (im Klerus) zugunsten elementarer Höflichkeit, der Achtung, des Vertrauens und der (christlichen) Liebe."
Diese wenigen Beispiele zeigen, daß die erste und wichtigste Aufgabe in dem Bemühen, Asien und Afrika der christlichen Welt zu erhalten, bei uns Christen selber liegt: „Noch ist es nicht zu spät. Es besteht kein Zweifel, daß der schwarze Mann nicht hassen will, sondern sich nach verstehender Liebe und Achtung sehnt. Er sucht im Weißen den Bruder, den Freund, der sich mit ihm solidarisch weiß und ihn auf dem Wege in die Zukunft nicht hindert" (F. Raaflauf in „Evangelisches Missionsmagazin", Nr. 1, 1960). Und Papst Johannes XXIII. gab diesem Verlangen die spezifisch christliche Antwort in seiner Rundfunkansprache an Afrikas Katholiken: „Die Kirche empfängt die Christen Afrikas mit der gleichen Zuneigung wie alle ihre anderen Kinder, denn sie ist das gemeinsame Vaterland der Seelen. ‚Ihr alle', sagt Paulus den Galatern, ‚seid durch den Glauben in Jesus Christus Kinder Gottes. Denn alle, die ihr in Christus getauft seid, habt Christus angezogen. Da ist nicht Jude noch Heide, nicht Knecht noch Freier, nicht Mann noch Weib. Denn ihr alle seid eins in Christus Jesus.' Diese tiefe Einheit des Menschengeschlechtes immer mehr kundzutun, ist die Sendung der katholischen Kirche" (Osservatore Romano, a. a. O).

Ökumenische Nachrichten

Die neue Verfassung des Weltrats der Kirchen nach Eingliederung des Internationalen Missionsrates

Seit einigen Jahren steht auf der Tagesordnung des Zentralausschusses des Weltrates der Kirchen der Plan, den Internationalen Missionsrat (IMR), d. h. die Organisation freier Missionsgesellschaften und der nationalen Christenräte in den Missionsgebieten — von jeher Schrittmacher der Ökumenischen Bewegung und Mitbegründer des Weltrates —, diesem einzugliedern. Nachdem auf der letzten Weltmissionskonferenz in Ghana 1958 die Eingliederung grundsätzlich beschlossen worden war (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 222), wurde im August vorigen Jahres dem Zentralausschuß auf Rhodos der Entwurf der Verfassung für die neu zu bildende „Kommission für Weltmission und Evangelisation" im Weltrat vorgelegt, in welcher der Internationale Missionsrat aufgehen soll, samt den erforderlichen Abänderungen der Verfassung des Weltrates der Kirchen sowie seiner Geschäftsordnung. Trotz erneuter Bedenken der Orthodoxen wurden nach einigen Korrekturen die Dokumente angenommen, die 1961 in Neu-Delhi der 3. Vollversammlung des Weltrates zur Ratifikation vorgelegt werden (vgl. ds. Jhg., S. 24 f.).
Diese drei Dokumente liegen uns nunmehr in einem Umdruck vor, so daß man sich ein Urteil bilden kann, ob und wieweit die Struktur des Weltrates und die Richtung seiner Aktivität dadurch verändert werden. Die von den Gegnern der Fusion geltend gemachten Einwände lauten, abgesehen von der „Mammutorganisation", vor allem: 1. der Weltrat dürfe nicht aufhören, eine Gemeinschaft von „Kirchen" zu sein, und 2. dürfe er nicht zu einer protestantischen Missionseinrichtung werden, die z. B. die Orthodoxen (von den Katholiken ganz zu schweigen) bedrohen würde. Es müsse also dafür gesorgt werden, daß die neue „Kommission für Weltmission und Evangelisation" unter der Kontrolle des Zentralausschusses bleibt. Eine Prüfung der Dokumente wird erweisen, daß formal den Bedenken Rechnung getragen worden ist. Aber angesichts der missionarischen Dynamik und — nicht zu vergessen — der bedeutenden finanziellen, vor allem amerikanischen Mittel, die der neuen „Kommission" zu Gebote stehen, ist eine faktische Verlagerung des Schwergewichts wohl unvermeidlich, zumal da die Befürworter der Fusion, z. B. der New-Yorker reformierte Theologe Henry van Dusen, seit Jahren keinen Zweifel aufkommen ließen, daß die Zeit der dogmatisch gebundenen und hierarchisch verfaßten Kirchen vorüber sei.

Die Entwürfe

Da die Verfassung der künftigen „Kommission für Weltmission und Evangelisation" mit ihren wichtigsten Stükken in der abzuändernden Verfassung des Weltrates der Kirche wiederkehrt, gehen wir der Einfachheit halber von letzterer, also von Dokument II aus, das den ursprünglichen Text der Verfassung des Weltrates (vgl. auch Herder-Bücherei Nr. 10, S. 168—170) den Änderungen gegenüberstellt. Danach ist geblieben die sog. „Basis", wonach der Weltrat „eine Gemeinschaft von Kirchen ist, die unsern Herrn Jesus Christus als Gott und Heiland anerkennen". Geblieben sind auch die Bestimmungen über die Mitgliedschaft (2/3 Mehrheit bei Neuaufnahme). Ergänzt ist Artikel III über die Funktionen des Weltrates. Sie bestehen darin: 1. die Arbeit der beiden Weltbewegungen für Glauben und Kirchenverfassung und für praktisches Christentum *und die Arbeit des IMR* weiterzuführen; 2. gemeinsames Handeln der Kirchen zu erleichtern; 3. das Zusammenwirken in Studienarbeit zu fördern; 4. das Wachstum des ökumenischen *und missionarischen* Bewußtseins bei den Gliedern aller Kirchen zu fördern; 5. die Kirchen in ihrer *weltweiten missionarischen und* evangelistischen Aufgabe zu unterstützen; 6. Beziehungen *zu nationalen und regionalen Räten,* zu konfessionellen und anderen ökumenischen Bewegungen aufzunehmen und zu pflegen; 7. Weltkonferenzen einzuberufen usw.
Aus den kursiv gedruckten Stellen ergibt sich, daß eine bloße Addition der Aufgaben vorliegt. Im Artikel IV über die Vollmacht des Weltrates ist nichts geändert worden, d. h., er hat keine gesetzgebende Gewalt über die Kirchen (keine „Superkirche"), er kann aber „im Auftrag von Mitgliedskirchen in solchen Fragen handeln, die ihm eine oder mehr Kirchen übertragen", und er kann regionale Konferenzen oder sachbestimmte Weltkonferenzen abhalten. Auch der folgende Artikel über die Organisation des Weltrates und seiner Organe ist weitgehend unberührt geblieben (vgl. das Schema in Herder-Bücherei Nr. 10, S. 101 bzw. die Soziographische Beilage der Herder-Korrespondenz 10. Jhg., nach S. 368), bis auf folgende Bestimmungen: der Zentralausschuß wird in Zukunft aus dem sechsköpfigen Präsidium und 100 (bisher 90) Mitgliedern bestehen. Die Mitgliedschaft im Zentralausschuß soll außer (wie bisher) Berücksichtigung der Mitgliedskirchen nach zahlenmäßiger Größe, angemessener konfessioneller Vertretung und angemessener geographischer Verteilung auch „eine angemessene Vertretung der Hauptanliegen des Weltrates" enthalten. Artikel VI über die Ernennung der Kommissionen verstärkt die Autorität der Vollversammlung und der Geschäftsordnung des Weltrates für die Arbeit der Kommission, die

ihre Arbeit „gemäß vom Zentralausschuß anerkannten Verfassungen" durchzuführen haben. Hier wird neben der Arbeit für „Faith and Order" und „Praktisches Christentum" auch der IMR erwähnt.
Völlig neu sind folgende Abschnitte, die der Verfassung der „Kommission für Weltmission und Evangelisation", Artikel I—III, entstammen. Sie lauten:

Die Aufgaben der Kommission für Weltmission

Eine Kommission für Weltmission und Evangelisation soll in Übereinstimmung mit der Verfassung des Weltrates gebildet werden. Sie soll zum Ziel haben, die Verkündigung des Evangeliums von Jesus Christus an die ganze Welt zu fördern, zu dem Ende, daß alle Menschen an ihn glauben und gerettet werden. [Hier fehlt jede einschränkende Bestimmung, daß nicht eine der Mitgliedskirchen im Bereich der anderen missioniert bzw. Proselyten macht.]
Die Kommission soll folgende Aufgaben haben:
a) Sie soll den Kirchen ihre Berufung und ihr Vorrecht vorhalten, beständig im Gebet für die Missions- und Evangelisationsarbeit der Kirche einzutreten.
b) Sie soll die Kirchen auf die Reichweite und die Art der unerledigten evangelistischen Aufgaben hinweisen und das Bewußtsein ihrer missionarischen Verpflichtung vertiefen.
c) Sie soll anregen zur Besinnung und zum Studium der biblischen und theologischen Grundlage und Bedeutung des Missionsauftrages der Kirche und solcher Fragen, die in direkter Beziehung zur Ausbreitung des Evangeliums in der Welt stehen.
d) Sie soll unter den Kirchen, den Räten und anderen christlichen Organen wirksamere Zusammenarbeit und gemeinsames Handeln für die Verkündigung des Evangeliums in der Welt fördern.
e) Sie soll das evangelistische und missionarische Bewußtsein im gesamten Leben und Wirken des Weltrates vertiefen.
f) Sie soll mithelfen, Gewissens- und Glaubensfreiheit gemäß den Erklärungen des Weltrates zur Glaubensfreiheit sicherzustellen und zu schützen. [In diesem Punkt steckt die Möglichkeit von Konflikten mit den sog. katholischen Ländern.]
g) Sie soll mit anderen Gremien des Weltrates zusammenarbeiten.
h) Sie soll ferner in Erfüllung ihrer erklärten Zielsetzung solche Aufgaben übernehmen, die im Rahmen des Weltrates anderweitig nicht vorgesehen sind. [Darin steckt ein weitreichender Anspruch!]

Infiltration des Weltrates?

Hier ist nun der Ort, einige Abschnitte aus Dokument I über die Befugnisse und die Arbeitsweise der künftigen Kommission zu zitieren. Danach soll sie „in Übereinstimmung mit den in der Verfassung des Weltrates zum Ausdruck gebrachten Grundsätzen über keinen der ihr angegliederten oder mit ihr in Verbindung stehenden [Christen-]Räte Weisungsbefugnisse haben". Sie soll alle fünf Jahre zusammentreten und Richtlinien für die „Abteilung" für Weltmission formulieren und dem Zentralausschuß zur Zustimmung vorlegen. Die „Abteilung", also das Exekutivorgan, soll für die Durchführung dieser Richtlinien verantwortlich sein. Die Kommission soll die mit ihr nur „in Verbindung stehenden" Räte laufend unterrichten und sich mit ihnen beraten. Das heißt also, daß die nicht der Kommission angeschlossenen Christenräte einen gewissen Einfluß ausüben können. Die Kommission soll der Vollversammlung und dem Zentralausschuß des Weltrates regelmäßig berichten und sich geeignete Organe zur Erfüllung ihrer Aufgaben für die Evangelisation schaffen, wozu auch „Hilfsorganisationen" für bestimmte Zweige der Arbeit gehören, für deren Finanzierung der Weltrat nicht verantwortlich ist. Auch hier ist wieder ein transzendierendes Moment der missionarischen Dynamik der Kommission außerhalb des Weltrates vorgesehen.
Was die Mitgliedschaft betrifft, so gehören der Kommission zum Zeitpunkt der Eingliederung in den Weltrat alle Mitgliedsräte des IMR an. Nach diesem Zeitpunkt sind für den Anschluß besondere Bedingungen aufgestellt, die über die Qualifizierung entscheiden. Dabei sollen auch die Mitgliedskirchen des Weltrates in dem betreffenden Gebiet befragt werden. Nationale oder regionale Christenräte oder Missionsorganisationen, die der Kommission nicht angegliedert sind, können „Räte in Verbindung mit der Kommission" werden. Erwähnenswert sind schließlich die Bestimmungen über die Finanzierung. Die Kommission muß für ihre Arbeit einen Haushaltsplan vorbereiten, der dem Zentralausschuß des Weltrates zur Genehmigung vorzulegen ist. Die Gelder hat sie selber aufzubringen. „Die für allgemeine und besondere Zwecke in Händen des IMR befindlichen Mittel und dazu solche Gelder, die von Zeit zu Zeit der Kommission zur Ausführung ihrer Ausgaben etwa anvertraut werden, sollen dem Weltrat der Kirchen übertragen", aber nur für die Zwecke der Kommission oder den vom Spender bestimmten Zweck ausgegeben werden (also z. B. etwa die 4 Millionen Dollar, die 1958 zur Hälfte von Rockefeller, zur Hälfte von amerikanischen Missionsgesellschaften zum Ausbau der Mission in Südamerika und Afrika bereitgestellt wurden: vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 223).
Den Abschluß der Verfassung der „Kommission für Weltmission und Evangelisation" bilden die Bestimmungen über ihre Vollzugsorgane, die „Abteilung", die wohl in Genf eingerichtet wird, und den „leitenden Ausschuß". Hier ist wichtig, daß „der Direktor der Abteilung von ihrem leitenden Ausschuß in Beratung mit dem Personalausschuß des Exekutivkomitees [des Weltrates] nominiert und vom Zentralausschuß [des Weltrates] zum beigeordneten Generalsekretär des Weltrates der Kirchen ernannt werden soll".
Selbst diese etwas vereinfachende Übersicht macht es schwer, die kommende Großorganisation mit ihren Dependenzen außerhalb des Weltrates und ihren Finanzen, für die der Weltrat z. T. nicht verantwortlich sein soll, zu überschauen. Ein Blick auf die ausführliche Geschäftsordnung des Weltrats der Kirchen zeigt, daß darin wenig geändert worden ist, ausgenommen kleine Ergänzungen, die der Verfassung der Kommission bzw. der Verfassungsänderung des Weltrates entsprechen. Man trifft darin die mehrfache Betonung an, daß in den Sitzungen der Organe des Weltrates „die Hauptanliegen" ausreichend vertreten und besprochen werden, worunter offenbar die Missionsaufgaben zu verstehen sind. Auch sollen Christenräte, die nur in Verbindung zur Kommission stehen, Beobachter entsenden dürfen. Außerdem wird neu ein „Verbindungsausschuß zu den Nationalen

Christenräten geschaffen, der sich fortlaufend um eine weitere Entfaltung der Beziehungen gegenseitiger Hilfe zwischen Weltrat und nationalen wie regionalen Christenräten bemühen soll". Daher soll auch der Zentralausschuß des Weltrates das Recht erhalten, jeweils Vertreter der (nicht angeschlossenen) Christenräte mit beratender Stimme als Beobachter zu den Sitzungen der Vollversammlung des Weltrates und des Zentralausschusses hinzuzuziehen. Diese immer wieder zu beobachtenden „offenen Türen" für eine Infiltration des Weltrates aus den Missionsgründungen, die ihm nach der Verfassung nicht angehören dürfen, weil sie keine „Kirchen" sind, lassen erkennen, daß man im Prinzip den Bedenken der Orthodoxen Rechnung getragen, in der Sache aber sich alle Chancen einer dynamischen Entwicklung offengelassen hat. Soweit die Entwürfe. Sie sind interessant genug, aber das letzte Wort hat die Vollversammlung des Weltrates der Kirchen Ende 1961 in Neu-Delhi, wenn Ende August 1960 der Zentralausschuß des Weltrates die Entwürfe genehmigt hat.

Der Sinn der Integration des Internationalen Missionsrates

Eine Analyse der Entwürfe für die neue Verfassung des Weltrates der Kirchen und die „Kommission für Weltmission und Evangelisation" (s. o.) genügt nicht, um etwas Substantielles über den Sinn dieser Integration des Internationalen Missionsrates (IMR) zu erfahren. Darüber gibt aber Auskunft eine Reihe von Veröffentlichungen, die der Generalsekretär des IMR, Bischof Lesslie Newbigin von Südindien, gerade in diesem Jahr hat erscheinen lassen. Uns liegen vor die Neuauflage seines 1948 erschienenen Werkes „The Reunion of the Church" (SMC Press London, 192 S.), das ursprünglich der Rechtfertigung der 1947 gegründeten „Kirche von Südindien" gegenüber den Einwänden aus den anglikanischen Kirchen diente. Die Neuauflage hat die besondere Aufgabe, die Mitgliedskirchen des Weltrates vor die Entscheidung zu stellen, daß sie dem Beispiel der Kirche von Südindien folgen. Diesem Zweck dient auch die Neuauflage von „A South India Diary", einer zuerst 1951 veröffentlichten Broschüre (SMC Press London) mit lebendigen Erinnerungen über den Werdegang der Kirche von Südindien. Weiter greift Heft 11/12 der Schriftenreihe „Weltmission heute" mit dem Titel: „Die eine Kirche — das eine Evangelium — die eine Welt" (Evang. Missionsverlag, Stuttgart 1960, 53 S.). Es ist sinnvoll, mit dem letzteren zu beginnen.

Ein ökumenischer Missionsorden

Das Heft ist eine Programmschrift zur Integration des IMR. Es schildert die gegenwärtige Krise der Missionsbewegung, die z. T. durch die politische Selbständigkeit der Völker Asiens und Afrikas bedingt ist. Die Parole, die John Mott zu Beginn des Jahrhunderts ausgegeben habe: „Evangelisation der Welt in dieser Generation", sei nicht mehr möglich und müsse durch die andere ersetzt werden: „Die ganze Kirche mit dem einen Evangelium der Versöhnung für die ganze Welt", d. h., zur Mission gehöre die Einheit der Kirche mit dem einen Evangelium, und diese Mission dürfe nicht mehr von Missionsgesellschaften allein getrieben werden, sondern von der Kirche als ganzer. Denn die Kirche ist Mission, und sie darf sich nicht selbst als Ort der Erlösung hinstellen, sie muß über sich hinausweisen. Das Recht zur Mission steht allen Kirchen, auch den Jungen Kirchen, zu: „Die Heimatgemeinde ist überall", nicht nur in London, Basel oder Boston, sondern auch in Tokio. Das eigentliche Merkmal der „äußeren Mission" liegt nicht wie früher im Überschreiten einer geographischen Grenze, als die Christenheit noch auf Europa beschränkt war: „Das Unterscheidungsmerkmal liegt im Überschreiten der Grenze zwischen dem Glauben an Christus als Herrn und dem Unglauben", die missionarische Front verläuft also quer durch jedes Land.
Von dieser Erkenntnis her soll die gesamte Tätigkeit des Weltrates der Kirchen, auch sein Programm zwischenkirchlicher Hilfe, beherrscht werden. Um diese Umwandlung des Denkens über Kirche und Mission zu erreichen, scheut Newbigin sich nicht, zu sagen, daß die hartnäckigsten Schwierigkeiten von den Missionaren gemacht werden, die heute eines der stärksten Elemente der Starrheit darstellen. Es sei ihnen nicht gelungen, dem Beispiel des Apostels Paulus zu folgen, der schon nach kurzer Zeit der Arbeit eine lebendige und selbständige Kirche zurücklassen konnte, um zu neuen Gebieten überzugehen. Diese und andere Überlegungen führen den Verfasser, der in der Geschichte des Weltrates der Kirche noch eine bedeutende Rolle spielen dürfte, zu der Frage, „ob wir nicht die Möglichkeit einer Art ökumenischen Missionsordens erwägen müßten", dem eine Art Tertiärorden anzugliedern wäre. Dieser Vorschlag zielt auf die Einheit der Mission, weil Zusammenarbeit der verschiedenen Missionsgesellschaften allein nicht genüge.

Die Kirche von Südindien als Test

Das Thema der Einheit beherrscht auch die beiden Veröffentlichungen über die Kirche von Südindien, in der sich Presbyterianer, Methodisten, Kongregationalisten und neuerdings Lutheraner unter dem anglikanischen Bischofsamt zusammengeschlossen haben. Das Nachwort des „Tagesbuches" sagt es kurz, es sei heute die Gefahr, daß die Kirche von Südindien kein Gegenstand der Kontroverse mehr ist, sondern die Kirchen sich mit ihr abgefunden haben. Es gebe für das Gespräch über die Einheit ein stillschweigendes Einverständnis, daß überhaupt nichts mehr getan werden müsse und man bei der Föderation des Weltrates, wie sie heute besteht, bleiben könne. In diesem Falle sei der Versuch der Kirche von Südindien als gescheitert anzusehen. Als sie enstand, war die Frage, wie man die bestehenden Ämter der Freikirchen mit dem historischen Episkopat und der apostolischen Sukzession versöhnen könnte, heute sei im Gespräch mit dem europäischen Protestantismus die Frage, die in den Verhandlungen mit den Lutheranern im Vordergrund stand, wie die Einheit in Übereinstimmung gebracht werden könne mit der Treue zu den reformatorischen Bekenntnissen.
Dazu macht nun die umfangreiche „Introduction" zur Neuauflage des Buches „Reunion of the Church" sehr bemerkenswerte theologische Vorschläge, die erkennen lassen, in welche Richtung der Verfasser das Gespräch über die These der 2. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen in Evanston 1954 hinausführen möchte, wonach die Kirchen sterben müssen, damit die Eine Kirche werden kann (vgl. Herder Bücherei Nr. 10, S. 143 f.). Newbigin geht davon aus, daß die Mitgliedskirchen des Weltrates nun durch einen Covenant, einen Bund, zusammengeschlossen seien. Die geistige Wirklichkeit, die damit entstanden sei, könne man noch nicht ergründen, aber es

sei sicher nicht ausreichend, immer nur zu erklären, der Weltrat sei ein neutraler Ort für Gespräche über die Einheit. Das sei eine Illusion: „Der Rat ist selbst eine Weise des Zusammenseins in Christus. Er ist darum ekklesiologisch nicht neutral" (XI). Es gebe keinen Rückweg mehr, und man müsse klarer sagen, was denn die Eigentümlichkeit dieses Beieinanderseins in Christus heute bedeutet. Man könne auch die Frage nicht umgehen, welche Form der Einheit Gott für sein Volk wünscht, und man könne diese Frage nicht nur auf der Grundlage der bestehenden Uneinigkeit stellen. Es gebe weder die Möglichkeit eines Beharrens auf der eigenen Tradition noch die Relativierung aller Ekklesiologien. Der Ausweg, den Newbigin zeigt, ist ein typisch protestantischer. Er wendet zum erstenmal, unseres Wissens, die Lehre von der Rechtfertigung allein aus Glauben um Christi willen auf die „Kirchen" und ihr Beisammensein an, weil das Selbstverständnis der Kirchen immer Teil ihres Verständnisses des Evangeliums sein müsse. „Es ist der Hauptzweck dieses Buches, zu zeigen, daß es eine Möglichkeit zur theologischen Verständigung über den Weg von der Uneinigkeit zur Einheit gibt, und ihr Herz ist zu finden in der christlichen Lehre von der Rechtfertigung allein aus Glauben." Denn die Kirche hat ihr Sein von Gott, der die Gottlosen rechtfertigt und die Toten auferweckt (XVI).

Einheit der Kirche durch die Lehre von der Rechtfertigung

Es folgt sodann eine Auseinandersetzung mit der Kritik, die die Lambethkonferenz von 1948 an der neuen Kirche von Südindien übte, und sie endet mit der Frage: „Wie kann man den Glauben, daß das Bischofsamt Gottes Wille für die Kirche ist, mit dem Glauben vereinen, daß die nichtbischöflichen Kirchen ganz und wirklich Kirchen sind?" Die Antwort lautet abermals: „Das Dilemma ist unlösbar, wenn man von der zweidimensionalen Ebene einer legalistischen Kirchenlehre her denkt. Nur in den Begriffen des Mysteriums der Rechtfertigung durch den Glauben ... ist das Dilemma lösbar." Darüber will die Neuauflage die Diskussion eröffnen (XXVI). Im 3. Abschnitt seiner „Introduction" weist Bischof Newbigin darauf hin, daß man die Entwicklung der Kirche von Südindien „eine Theologie der Kirche in Bewegung" nennen könnte, da „Bewegung zur wahren Natur der Kirche gehört". Heute werde man im Bereich der Kirche von Südindien kaum mehr eine Stimme für die Abschaffung des Bischofsamtes finden, anderseits aber sei diese Kirche weit geöffnet zu den nichtbischöflichen Gemeinschaften, weiter, als es ihre Verfassung erkennen lasse. Die zentrale theologische Frage sei nun diese: „Es ist möglich, zu glauben (wie ich es tue), daß es Gottes Wille ist, die Kirche soll bischöflich verfaßt sein, und dennoch absolut zu leugnen, daß die bischöfliche Ordination wesentlich für gültige Ämter sei [wie es z. B. das lutherische Gutachten über die apostolische Sukzession tut: vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 362f.]. Denn das Sein der Kirche, und folglich die Gültigkeit ihres Amtes, beruht nicht auf der Konformität der Kirche mit dem Willen Gottes, sondern auf der Gnade Gottes, der die Sünder rechtfertigt" (XXXIII). Oder: „Übereinstimmung mit dem Willen Gottes [hinsichtlich der Ordnung der Kirche] ist nicht die Vorbedingung der Gemeinschaft mit ihm, sondern die Frucht dieser Gemeinschaft" (XXXIV).

Ob und wieweit diese Lehrmeinung, die weit über das ekklesiologische Dokument des Weltrates der Kirchen von Toronto 1950 hinausgeht, von den besonders als „katholisch" gekennzeichneten Gemeinschaften des Weltrates anerkannt wird, darüber liegen bisher keine Stimmen vor. Auch die katholische Lehre von der Kirche wird sich mit diesem Argument auseinandersetzen müssen.

Südamerikanische Probleme. Eine Tagung der Evangelischen Akademie Loccum

Die lateinamerikanische Staatenwelt zieht in wachsendem Maße die Aufmerksamkeit auf sich, vordergründig vor allem dadurch, daß der Kommunismus sich hier in bedrohliche Nähe der Vereinigten Staaten heranschieben kann; „die iberoamerikanischen Länder, die für ihren weiteren wirtschaftlichen Aufbau dringend auf Auslandshilfen angewiesen sind, führen jetzt verstärkte Handelsgespräche mit den Ostblockstaaten, nachdem sie sich vom Westen weniger tatkräftige Hilfe versprechen. In den USA wird das mit größter Sorge betrachtet. Es berührt aber ebensogut Europa. Hier zeichnet sich eine fast tragische Entwicklung ab, denn die iberoamerikanischen Länder sind europäische Gründungen und damit westlich orientiert" („Deutsche Zeitung", 14. 6. 60). In einem tieferen Sinne handelt es sich dabei um eine Krise im Selbstverständnis und im Selbstbewußtsein jener Länder, deren kulturelle und religiöse Ortung in suchende Unruhe und gefährliche Disponibilität geraten ist (vgl. dazu Paulus Gordan, Lateinamerikas Latinität, in „Die Politische Meinung", Juni 1960, S. 55—61). Während für die gewöhnliche Meinung Lateinamerika unbestritten als katholische Domäne zu gelten pflegt, ist es in Wahrheit so, daß der Subkontinent seit einiger Zeit nicht nur in die Interessenkämpfe der Machtblöcke geraten ist, sondern sich auch im Blickfeld geistig-religiöser Kräfte befindet. So war die Tagung der Evangelischen Akademie Loccum vom 28. bis 31. Mai 1960 zwar ausführlich Problemen der Entwicklungshilfe für diese „entwicklungsfreudigen Länder", wie sie genannt wurden, sowie kulturellen Fragen gewidmet, immer jedoch auf dem vom Leiter der Tagung, Pastor Dr. Hans Bolewski, oft ins Licht gerückten Hintergrund der menschlich-religiösen Voraussetzungen, die die Physiognomie Lateinamerikas ausschlaggebend bestimmen. Zwei Hauptreferate beschäftigten sich denn auch ausdrücklich mit diesem Aspekt: in protestantischer Sicht (Oberkirchenrat Friedrich Hübner, Hannover) und in katholischer Sicht (Paulus Gordan OSB, Beuron).

Die katholischen Strukturen Lateinamerikas sind ja nicht nur vom ideologischen oder praktischen Materialismus in Frage gestellt, auch nicht nur von dem Neuheidentum des Spiritismus in allen seinen Spielarten, sondern auch von einer wachsenden protestantischen Missionstätigkeit. Hübner unterschied scharf zwischen den Einwandererkirchen und ihren Siedlungsgemeinden als Folgewirkung der verschiedenen Auswanderungswellen und den protestantischen Missionskirchen. Die Sorgen und Probleme der Einwandererkirchen sind mehr interner Art, wie etwa die Frage nach Erhaltung von Volkstum und Sprache. Die Missionskirchen hingegen wenden sich von außen her an die Menschen in Lateinamerika. „So ungewohnt dieser Vorgang der Evangelisation in römisch-katholischen Ländern für europäisches volkskirchliches Denken auch ist, so selbstverständlich empfinden ameri-

kanische Freiwilligkeitskirchen diese Art von Evangelisation unter Menschen, die sich praktisch von der Kirche gelöst haben, als ihre Pflicht." Dem Internationalen Missionsrat gilt heute Lateinamerika als erfolgversprechendstes Missionsgebiet, obwohl zur Zeit die Protestanten kaum mehr als 2 % der Gesamtbevölkerung (drei bis vier Millionen) ausmachen und die missionierenden Gemeinschaften in über 100 verschiedene Denominationen aufgesplittert sind.

Abschließend formulierte Hübner „einige Fragen an die römisch-katholische Kirche in Lateinamerika aus protestantischer Sicht: 1. Gibt es einen theologischen Grund, die Missionierung der ungetauften Indios ausschließlich der römischen Kirche vorzubehalten? 2. In welchem Maße ist eine Verständigung über die Evangelisation der durch die Säkularisation der römischen Kirche Entfremdeten denkbar? 3. Muß der Ruf nach europäischen Einwanderern zur Besiedlung und Erschließung Lateinamerikas nicht so verstanden werden, daß alle europäischen Kräfte, also auch und vornehmlich die Kräfte der Reformation, in Lateinamerika erwünscht und notwendig sind? 4. Müßte es nicht im wohlverstandenen Interesse auch der römischen Kirche liegen, daß nichtpraktizierende, nominell römische Christen durch protestantische Evangelisation zu einer inneren Erfassung der christlichen Botschaft gelangen? 5. Wäre der Begriff der ‚Komplementarität' geeignet, das Nebeneinander und Miteinander katholischen und protestantischen Christuszeugnisses zwar nicht prinzipiell zu rechtfertigen, aber doch in seinen praktischen Bezügen verständlich zu machen und mit mehr Freudigkeit zu erfüllen?"

Die Antwort P. Gordans auf diese Fragen verwies zunächst auf das Selbstverständnis der „römischen" Kirche, von dem aus sich höchstens für die Praxis eine Duldung des protestantischen Faktums im Rahmen der mehr und mehr pluralistisch aufgegliederten lateinamerikanischen Gesellschaft ergibt, wobei allerdings zu bemerken ist, daß es die mehr oder minder laizistisch eingestellten *Staaten* selber sind, die der katholischen Kirche das Missionsmonopol unter den Indios (Kolumbien, Bolivien) einräumen (zu Frage 1) und daß vielfach den *Regierungen* katholische Einwanderer lieber sind als andere (zu Frage 3), weil sie die gemeinsame Religion als politisch wichtiges und wirksames Einheitsband erhalten sehen wollen. Im übrigen behandelte Gordan das Problem des Protestantismus in Lateinamerika, bei aller Bedeutung, die es auch in seiner Rückwirkung auf die Unionsbestrebungen haben kann, lediglich als einen Teilaspekt in einem größeren Ganzen, das er in geschichtlicher Anamnese, Gegenwartsdiagnose und daraus folgender Prognose darzustellen versuchte. Vor allem wurde dabei auch deutlich, daß es nicht zuletzt der protestantische Vorstoß gewesen ist, der die katholische Kirche selbst zu missionarischem Eifer erweckt hat.

Die Stimme des Papstes

Motu proprio über die Vorbereitung des Konzils

Am Pfingstsonntag, dem 5. Juni 1960, erließ Papst Johannes XXIII. das Motu proprio „Superno Dei nutu", durch das die Einsetzung vorbereitender Kommissionen für das 2. Vatikanische Konzil angeordnet wird. Wir geben den Text, der im „Osservatore Romano" vom gleichen Tage veröffentlicht worden ist, in eigener Übersetzung wieder:

Wir haben es als eine Eingebung Gottes angesehen, daß Uns bald nach Unserer Erhebung auf den Apostolischen Stuhl, gleich dem Blütengruß eines unerwarteten Frühlings, der Gedanke kam, ein Ökumenisches Konzil zu feiern. Durch eine solche feierliche Versammlung der kirchlichen Oberhirten um den Bischof von Rom kann die Kirche, die geliebte Braut Christi, in den Wirren dieser Zeit an Leuchtkraft gewinnen und die Hoffnung gestärkt werden, daß die Menschen, die durch den Namen Christen ausgezeichnet, jedoch vom Apostolischen Stuhl getrennt sind, die Stimme des göttlichen Hirten hören und zu der Einen Kirche Christi gelangen.

Am 25. Januar 1959, dem Feste Pauli Bekehrung, gaben Wir nach der Feier in der Basilika St. Paul Unser Vorhaben, ein Ökumenisches Konzil zu berufen, dem Kardinalskollegium bekannt. Die Kardinäle stimmten Uns mit freudigen Glückwünschen zu. Darauf setzten Wir am folgenden Pfingstfest, dem 17. Mai, zum Zweck einer gründlichen Vorbereitung unter Vorsitz Unseres geliebten Sohnes, des Kardinalstaatssekretärs Tardini, eine Kommission für die entfernteren Vorarbeiten zum Konzil ein, die aus den sachverständigsten Persönlichkeiten der Römischen Kurie zusammengesetzt wurde.

In Unserer ersten Enzyklika haben Wir deutlicher zum Ausdruck gebracht, daß das Ökumenische Konzil hauptsächlich zu dem Zweck abgehalten werden soll, „die Entwicklung des katholischen Glaubens zu fördern, das christliche Leben der Gläubigen zu erneuern und die kirchliche Disziplin den Bedingungen unserer Zeit anzupassen. Das Konzil wird sicherlich ein großartiges Schauspiel der Wahrheit, Einheit und Liebe bieten, ein Schauspiel, dessen Anblick für diejenigen, die von diesem Apostolischen Stuhl getrennt sind, eine milde Einladung sein wird, diese Einheit zu suchen und zu finden, für die Jesus Christus an seinen himmlischen Vater eine so brennende Bitte gerichtet hat. Darauf vertrauen Wir fest" (Enz. *Ad Petri Cathedram* vom 29. Juni 1959, AAS LI S. 511 [vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 542]).

Alsdann haben Wir angeordnet, daß das bevorstehende Konzil nach seinem vorgesehenen Tagungsort „Zweites Vatikanisches" genannt wird.

Die Kommission für die entfernteren Vorarbeiten hat mit großer Sorgfalt ihren Auftrag erfüllt. Sie hat von den kirchlichen Oberhirten Ratschläge und Vorschläge für die Verhandlungsthemen des Konzils eingeholt. Alle Antworten, und es sind mehr als zweitausend an der Zahl, die mit vielverheißender Bereitwilligkeit gegeben wurden, hat die Kommission gesichtet und den Behörden der Römischen Kurie zur Kenntnis gebracht. Diese haben ihren

Inhalt ausgeschöpft für die Vorlagen und Hinweise, die sie Uns unterbreitet haben. Auch die kirchlichen und katholischen Universitäten haben, erfüllt von gleichem Eifer, Vorschläge und wissenschaftliche Untersuchungen zu Themen von großer kirchlicher Bedeutung eingereicht.
Diese Arbeiten und Untersuchungen, die mit soviel Eifer und Sorgfalt durchgeführt worden sind, haben Wir persönlich verfolgt. Wir haben es als Unsere Aufgabe angesehen, sowohl die Ratschläge und Vorschläge der Ordinarien als auch die Vorlagen und Hinweise der Behörden der Römischen Kurie und endlich die Vorschläge und Untersuchungen der Universitäten aufmerksam durchzuarbeiten. Wir sagen Gott innigen Dank dafür, daß Unsere Vorschläge seitens Unserer ehrwürdigen Brüder und Söhne durch eifrige Mitarbeit so großzügig beantwortet worden sind.
Dank der Fülle des eingegangenen Materials ist es jetzt klar ersichtlich, mit welchen Themen die kommende Ökumenische Synode zum Nutzen der Kirche und zum Heil der Seelen sich wird befassen müssen. Daher ist es an der Zeit, daß Wir mit Gottes Hilfe zur Berufung der Ausschüsse schreiten, die die voraussichtlichen Themen des Konzils sorgfältig studieren sollen. Wir wollen, daß diese Ausschüsse sich zusammensetzen aus Kardinälen, Bischöfen und Geistlichen des Welt- und Ordensklerus, die durch ihre Person und ihre Wissenschaft hervorragen und aus den verschiedenen Teilen der Welt so ausgewählt werden, daß auch dadurch die Universalität der Kirche und ihrer Sendung zum Ausdruck kommt.
Daher bestimmen Wir durch diesen Apostolischen Brief motu proprio, was folgt:

1. Zur Vorbereitung des Zweiten Ökumenischen Vatikanischen Konzils werden Kommissionen eingesetzt, die den Namen Vorbereitende Kommissionen führen und die Aufgabe haben, Themen und Materialien, die ihnen von Uns zugewiesen werden, unter Berücksichtigung der Vorschläge der kirchlichen Oberhirten und der Hinweise und Vorlagen der Behörden der Römischen Kurie zu studieren und zu erforschen.
2. Die einzelnen Kommissionen können in verschiedene Sektionen oder Unterausschüsse aufgegliedert werden, wenn das erforderlich ist.
3. Jede Kommission hat einen eigenen Präsidenten und eine bestimmte Zahl von Mitgliedern. Der Präsident ist ein Kardinal. Als Mitglieder werden Bischöfe und hervorragende Geistliche ausgewählt.
4. Den einzelnen Kommissionen werden einige Konsultoren aus dem Kreis der Sachverständigen zugeteilt.
5. Jede Kommission soll einen Aktuar oder Sekretär haben.
6. Die Präsidenten, Mitglieder, Konsultoren und Sekretäre werden kraft Unserer Autorität ernannt.
7. Es werden zehn Vorbereitende Kommissionen gebildet. Wir behalten Uns vor, nötigenfalls weitere zu begründen. Die Kommissionen sind die folgenden:
a) Theologische Kommission. Sie hat die Aufgabe, die Fragen, die sich auf die Heilige Schrift, die Heilige Überlieferung, den Glauben und die Moral beziehen, zu erwägen und zu erforschen.
b) Kommission für die Bischöfe und die Leitung der Diözesen,
c) Kommission für die Disziplin des Klerus und des christlichen Volkes,
d) Kommission für die Ordensleute,
e) Kommission für die Verwaltung der Sakramente,
f) Kommission für die Heilige Liturgie,
g) Kommission für Studien und Seminare,
h) Kommission für die Orientalischen Kirchen,
i) Kommission für die Missionen,
k) Kommission für das Laienapostolat in den Bereichen der katholischen, religiösen und sozialen Aktion.
8. Außerdem wird ein Sekretariat errichtet für die Fragen, die mit den heutigen Publikationsmitteln (wie Druckschriften, Rundfunk, Fernsehen, Film usw.) zusammenhängen. Das Sekretariat wird einen von Uns erwählten Prälaten zum Präsidenten und auf Grund Unserer Autorität ernannte Mitglieder und Konsultoren haben.
9. Damit Unsere Liebe und Unser guter Wille gegenüber den vom Apostolischen Stuhl getrennten Christen noch sichtbarer hervortritt und damit diese die Arbeiten des Konzils verfolgen und leichter den Weg finden können, um jene Einheit zu erreichen, die „Jesus Christus von seinem himmlischen Vater in glühendem Gebet erflehte", wird ein besonderer Ausschuß als Sekretariat errichtet, das unter der Leitung eines von Uns zu ernennenden Kardinals in derselben Weise wie die obengenannten Kommissionen konstituiert wird.
10. Endlich wird eine Zentralkommission gebildet, deren Vorsitz Wir selbst oder in Unserm Namen ein von Uns zu bestimmender Kardinal führt. Mitglieder der Zentralkommission sind die Präsidenten der einzelnen Kommissionen, die Leiter der Sekretariate (gem. Nr. 8 u. 9) sowie einige andere Kardinäle und Bischöfe aus verschiedenen Teilen der Erde.
11. Der Zentralkommission wird eine gewisse Zahl von Beratern aus dem Kreis der Bischöfe und der hervorragendsten Geistlichen zugewiesen.
12. Die Zentralkommission hat einen Prälaten als Sekretär. Er ist zugleich Generalsekretär.
13. Die Mitglieder und Berater der Zentralkommission sowie der als Sekretär amtierende Prälat werden von Uns ernannt.
14. Aufgabe der Zentralkommission soll es sein, die Arbeiten der einzelnen Kommissionen zu verfolgen, sie nötigenfalls zu koordinieren und ihre Ergebnisse nach gehöriger Prüfung Uns vorzutragen, damit Wir dann die Verhandlungsgegenstände für das Ökumenische Konzil bestimmen.
Die Zentralkommission erhält auch den Auftrag, die Geschäftsordnung des Konzils vorzulegen.
15. Für die ökonomischen und technischen Angelegenheiten des Konzils werden besondere Ausschüsse oder Sekretariate bestellt werden.

Es ist Unser Wille und Befehl, daß alles, was Wir in dieser Sache zu beschließen für nützlich befunden haben, im Ganzen und im einzelnen, so wie es angeordnet ist, in Kraft tritt und in Kraft bleibt. Nichts Gegenteiliges soll Geltung haben.
Gegeben bei St. Peter zu Rom, am 5. Juni, Pfingsten 1960, im zweiten Jahre Unseres Pontifikates.

JOHANNES XXIII., PAPST

Hirtenworte in die Zeit

Antisemitismus und katholischer Glaube

Der Fastenhirtenbrief des Bischofs von Lille, Achille Kardinal Liénarts, über Rassismus und Antisemitismus liegt uns erst jetzt im vollen Wortlaut vor. Es kann kein Zweifel an der Einstellung der katholischen Kirchenführung zu den antisemitischen Ausschreitungen des vergangenen Winters bestehen — denn es wurden auch katholische Kirchen geschändet —, doch ist uns außer dem folgenden kein Hirtenwort zu den jüngsten Ausschreitungen, z. B. in Deutschland, bekanntgeworden. Zugleich wird in diesem Hirtenbrief auch das theologische Verhältnis zwischen Kirche und Israel im Sinne des Römerbriefes dargelegt. Da dieses theologische Verhältnis schließlich das menschliche Verhältnis zwischen beiden Glaubensgemeinschaften bestimmen muß (und im Laufe der Jahrhunderte manchmal sehr unglücklich bestimmt hat), muß man den Ausführungen Kardinal Liénarts besondere Bedeutung beimessen. Wir geben daher den Inhalt des Hirtenbriefes mit geringfügigen Kürzungen im Wortlaut wieder.

Brüder,
Demonstrationen der Feindschaft gegen die Juden haben kürzlich in einigen Ländern stattgefunden: in Deutschland, in England, in Belgien, in Italien und auch in Frankreich wurden Hakenkreuze, Davidsterne und antijüdische Parolen an die Wände von Synagogen geschmiert, und eine Synagoge wurde sogar in Brand gesteckt. Diese Taten sind bedauerlich, um so mehr, als sie beunruhigende Anzeichen einer Wiederbelebung des Antisemitismus bedeuten. Wir haben im letzten Krieg gesehen, zu welchen Exzessen dies führen kann. Damals gab es unter grauenhaften Umständen Massendeportationen jüdischer Familien, mehrere Millionen Männer, Frauen und Kinder, deren einziges Verbrechen — in den Augen ihrer Henker — es war, zum jüdischen Volke zu gehören, wurden in den deutschen Gaskammern ermordet. Eine derartig gefährliche Geistesverfassung darf unter Christen keine Unterstützung finden, trotz der religiösen Vorwände, hinter denen sich diese manchmal zu verbergen sucht. In einer Zeit, da wir diese Geistesverfassung wieder aufkommen sehen, scheint es uns an der Zeit, auch davor zu warnen, indem wir euch in diesem Briefe die viel zu wenig bekannte Lehre der Kirche über die Bestimmung des jüdischen Volkes erklären.
Dies zwingt uns sowohl vom menschlichen als auch vom religiösen Standpunkt aus, den Antisemitismus entschieden abzulehnen und diesem Volk gegenüber eine Einstellung der Achtung und der Liebe einzunehmen . . .
Von menschlichen Gesichtspunkten her gesehen, benutzt der Antisemitismus die bösen Triebe, die so leicht die verschiedenen Rassen in einen Gegensatz zueinander setzen. Es gibt solche, zu denen wir uns auf eine natürliche Weise hingezogen fühlen, und solche, die Antipathien oder Verachtung in uns erwecken. Das zeigt sich in der Art, wie wir von den schwarzen und gelben Völkern denken, den Nordafrikanern oder selbst den Völkern Europas, die neben uns leben. Das erscheint oft noch sehr viel ausgeprägter hinsichtlich der Juden, die verstreut unter allen Nationen ihre ethnischen Eigenarten, ihre eigene Denkweise, ihre Bräuche und ihre Religion mitten unter uns beibehalten. Hüten wir uns vor diesem blinden Rassismus, der Quelle so vieler Ungerechtigkeit und Feindschaft. Wenn wir so wie andere empfinden, dann müssen wir uns davon befreien, auch im Namen unseres christlichen Glaubens. Denn wir wissen, daß wir trotz der Verschiedenheit der Rassen alle Glieder derselben menschlichen Art sind, die von Gott in Einheit geschaffen wurde, daß alle Menschen unsere Brüder sind und daß sie alle ein Anrecht auf unsere Achtung und unsere Liebe haben.
Wir glauben auch an die universale Erlösung, durch die Jesus Christus, unser Heiland und unser Haupt, alle Menschen aufgerufen hat, ohne Unterschied ein einziges Gottesvolk zu bilden, in welchem es, wie der heilige Paulus sagt, weder Juden noch Griechen, Mann noch Weib, Knecht noch Freie gibt, sondern eine einzige Menschheit, in Christus verbunden und aufgerufen, ihre natürliche und übernatürliche Bestimmung zu erfüllen.
Unter diesem Gesichtspunkt gibt es keinen Raum für Antisemitismus, und die religiösen Vorwände, deren sich manche zu bedienen versuchen, können daran nichts ändern.

Israel ist nicht ein von Gott verfluchtes Volk

In dieser Hinsicht müssen wir uns gegen die allgemeine und viel zu einfache Vorstellung verteidigen, daß das jüdische Volk von Gott verflucht sei, weil es durch seine verantwortlichen Führer den verheißenen Messias in der Person Jesu verworfen hätte und daß sie sogar Gottesmörder seien, weil sie den Sohn Gottes am Kreuze getötet hätten. Von hier folgt der Schluß, daß sie Verachtung und Feindschaft der gläubigen Jünger Christi verdienten, von wo es nur ein weiterer Schritt zu der Überzeugung ist, daß alles erlaubt sei, um sie ihre Verbrechen sühnen zu lassen. Die wahre Lehre der Kirche unterscheidet sich hiervon erheblich, und das Verhältnis, das sie von uns den Juden gegenüber verlangt, ist das Gegenteil dieses Geistes der Rache.
Es ist nicht wahr, daß das jüdische Volk das erste oder einzige sei, das für den Tod Jesu verantwortlich ist. Der tiefe Grund seines Kreuzestodes sind die Sünden der Menschen; folglich sind wir alle dafür verantwortlich. Die Juden waren lediglich die Ausführenden.
Noch ist es wahr, daß sie Gottesmörder seien, denn wären sie sich seiner Göttlichkeit bewußt gewesen, so hätten sie an ihn geglaubt und hätten ihn nicht getötet. Dieser Mangel an Erkenntnis brachte ihnen auch die Verzeihung Jesu selber ein: „Vater vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun“ (Luk. 23, 34). Dieses wurde auch von seinen Aposteln gleich nach Pfingsten in der Gegenwart des Volkes von Jerusalem verkündet: „Den Heiligen und Gerechten habt ihr verleugnet . . . den Schöpfer des Lebens habt ihr getötet . . . und nun, Brüder, ich weiß, daß ihr dies aus Unwissenheit getan habt, so wie auch eure Oberen. Auf diese Weise hat Gott erfüllt, was er durch die Propheten vorher verkündet hat, daß sein Christus werde leiden müssen. Daher kehret um und bekehret euch, damit eure Sünden getilgt werden“ (Apg. 3, 14—19).
Es wäre noch ungerechter, das ganze jüdische Volk

verantwortlich zu machen, das heutige wie das jener Zeit, vergessend, was wir ihnen zu verdanken haben. Durch sie erhielten wir die gesamte Offenbarung des göttlichen Planes des Alten Testamentes und erbten göttliche Verheißung. Ihre Propheten sind unsere Propheten, ihre Psalmen wurden unser Gebet. Als Mensch gehört unser göttlicher Gründer, Jesus, der Sohn Davids, unser Erlöser, zu dieser Rasse. So auch die heilige Jungfrau Maria, unsere Mutter, der heilige Josef, die zwölf Apostel, der heilige Paulus und die frühe Kirche in Jerusalem. „Geistlich sind wir alle Semiten", sagt Papst Pius XI. Daher dürfen wir das Volk Israel nicht einer kollektiven Bezichtigung unterwerfen, wodurch wir uns selbst der Verleugnung unseres Ursprunges schuldig machen und ein Unrecht begehen würden.

Es ist auch nicht wahr, daß das auserwählte Volk des Alten Bundes zum verfluchten Volk des Neuen Bundes wurde.

In Wirklichkeit ist seine religiöse Bestimmung ein Geheimnis der Gnade, über das wir Christen in Achtung und gutem Willen nachzudenken haben.

Der heilige Paulus erfuhr dies schmerzlicher als irgendein anderer. Er, der frühere Pharisäer . . ., fühlte zutiefst das Unglück seiner Brüder, die ungläubig geblieben waren, und suchte mit seiner ganzen Seele, Gottes geheimnisvollen Plan mit seinem auserwählten Volk zu verstehen. Er enthüllte uns ihr Geheimnis in seinem Brief an die Römer (Kap. 9, 10, 11), und seine Lehre ist so lehrreich für uns, daß wir nichts besseres tun können, als sie zu empfangen und ihr zu folgen.

Nach der Lehre des Apostels bestand Israels Schuld darin, daß es glaubte, sich durch Beobachtung des Gesetzes selbst erlösen zu können, obwohl doch die Erlösung ein Gnadengeschenk Gottes ist. Daher verließ es den Weg und verirrte sich. „Folgt nun, daß es endgültig durch Gott verworfen ist? Weit gefehlt", sagt der heilige Paulus. „Denn Gott ist treu und seine Gaben sind unwiderruflich." Er nimmt sie niemals zurück. So ist Israel nicht ein verfluchtes Volk geworden, es ist immer noch das auserwählte Volk. Der Lauf seiner Bestimmung wurde nicht gebrochen, sondern nur aufgehoben.

Hat das Straucheln dieses Volkes ein Hindernis in den Heilsweg Gottes gelegt? Im Gegenteil, es erweiterte ihn. Eine neue Phase wurde erreicht: der Eintritt der Heidenvölker in die Kirche Jesu Christi. Alle Völker wurden (so) zur Teilhabe an dem neuen Gottesvolk zugelassen, . . . sie wurden als wilde Reiser auf den alten Stamm Israel gepfropft, der seiner natürlichen Zweige beraubt war . . . Doch kommt der Tag, wenn Israel wiederum von Gott in den Baum des Heils gepflanzt wird und den Lauf seiner providentiellen Bestimmung wieder aufnimmt . . . Was nun uns Christen betrifft, die wir Nutznießer der zeitweisen Verwerfung Israels sind, so laßt uns nicht uns selbst verherrlichen auf seine Kosten, indem wir gegen es aufstehen. Laß uns lieber darüber nachdenken: Wenn Gott es zuließ, daß die natürlichen Zweige so tragisch fallen durften, wie wird er erst uns abschneiden, wenn wir untreu würden? Das Verstehen dieser Geheimnisse müßte uns mit Gefühlen persönlicher Demut und mit Liebe gegenüber Israel erfüllen.

Ein Christ darf nicht in den Reihen der Antisemiten kämpfen

. . . Brüder, manche mögen der Meinung sein, daß es inmitten der inneren und äußeren Konflikte, die unsere Welt heute beunruhigen, nicht nötig sei, daß wir eure Aufmerksamkeit auf die Frage des Antisemitismus lenken. Immerhin müßt ihr verstehen, daß die Kirche nicht darüber, was sie in der Heiligen Schrift liest, schweigen kann. Darüber hinaus glaube ich, daß die Schlüsse, die aus den Lehren der Kirche zu diesem bestimmten Punkt gezogen werden können, weitreichend genug sind, uns als Christen zu belehren, welche Einstellung wir gegenüber den wichtigsten Problemen der heutigen Welt einnehmen müssen und welch unermeßlichen Dienst wir erweisen können, wenn wir dem Evangelium treu bleiben.

Es darf in der Seele eines Christen keine rassistischen Gefühle geben. Nicht nur, daß wir die Juden oder die Nordafrikaner, die Schwarzen oder irgendein Volk der Erde nicht hassen dürfen, wir müssen sie vielmehr wie Brüder lieben und in ihnen die menschliche Würde achten, weil wir alle im Bilde Gottes geschaffen wurden, weil wir alle in Jesus Christus als Kinder Gottes zur gleichen Bestimmung berufen sind.

Auch darf es in einer christlichen Seele keinerlei Klassenhaß geben, denn so wie der heilige Paulus es sagt, gibt es nicht länger Sklaven und Freie, sondern nur noch ein einziges Gottesvolk.

Wenn es zu einem Konflikt zwischen den legitimen Interessen der Menschen kommt, dann ist es den Christen nicht erlaubt, diesen allein mit Gewalt zu lösen, sondern eher wie unter Brüdern, die einander respektieren in einem Geiste gegenseitiger Gerechtigkeit und Nächstenliebe. Um so mehr haben wir allen Grund, niemals die Würde des einzelnen Menschen anzugreifen, weder physisch durch Anwendung von Gewalt gegen ihr Leben oder ihr Eigentum, noch moralisch, indem wir sie wie minderwertige Wesen behandeln oder sie erniedrigen.

Wir müssen bereit sein, sogar unseren Feinden zu vergeben. Daher soll ein Christ niemals in den Reihen der Antis kämpfen, gleichgültig welche Tendenzen sie vertreten, denn obgleich die Kirche den Irrtum bekämpft, bekämpft sie doch niemals die Menschen.

Im Gegenteil, sie fordert uns auf, uns in den Dienst einer universellen Nächstenliebe zu stellen, welche das letzte Gebot Jesu Christi war. Seine Jünger haben die Pflicht, gegenüber allen Menschen und Nationen Nächstenliebe zu üben, und sie haben den Auftrag, den Sinn der Gleichheit aller Menschen vor Gott in der ganzen Welt zu verbreiten.

Wer sieht nicht, wie dringend diese Aufgabe ist und wie sehr sie es verdient, daß wir uns ihr widmen. Die Welt, in der wir leben, ist unglücklich. Die Gegensätze und der Haß vermehren noch ihre Leiden, und all dies kommt daher, daß die Menschen nicht mehr wissen, wie sie einander lieben sollen. Laßt uns denn das Gebot des Herrn ernst nehmen. Laßt uns zu jenen gehören, die ihre Brüder wirklich lieben, durch Beispiel lehren, einander zu lieben und zu achten. Wir werden sie auf diese Weise auf den einzigen Weg führen, der uns den Frieden bringen kann, nach dem jeder strebt: den Frieden Christi.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Cor Jesu

Theologische Erwägungen über den Sinn und Wert der Herz-Jesu-Verehrung

Vor vier Jahren, am 15. Mai 1956, erschien die Enzyklika Papst Pius' XII. *Haurietis aquas* (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 554—568). Bereits drei Jahre später lag ein umfassendes Kommentarwerk zu dieser Enzyklika über die Herz-Jesu-Verehrung vor (Cor Jesu. Commentationes in Litteras encyclicas Pii XII *Haurietis aquas*. edd. Augustinus Bea SJ, Hugo Rahner SJ, Henri Rondet SJ, Friedrich Schwendimann SJ; Vol. I, XV u. 780 S., Vol. II, 661 S., Verlag Herder, Rom 1959). Diese ungewöhnlich rasche Reaktion der Theologen läßt vermuten, daß die in *Haurietis aquas* festgelegten Lehren und Weisungen des höchsten kirchlichen Lehramtes sowohl für das geistliche Leben der Kirche wie für das Frömmigkeitsleben des einzelnen Christen von zentraler Bedeutung sind. Diese Annahme wird bestätigt durch die in „Cor Jesu" gebotenen Artikel und Kommentare. An ihnen haben führende Gelehrte mehrerer Länder und verschiedener Schulrichtungen mitgearbeitet. Die in dem Werk zutage tretenden Gesichtspunkte und Aspekte sind also ungewöhnlich vielseitig. Dies alles sind Gründe, die eine ausführliche Berichterstattung über das Kommentarwerk nahelegen. Dazu kommt noch eine weiterer, praktischer Grund: das Werk vereint Beiträge aus sechs verschiedenen Sprachen. Dieser Schwierigkeit, die einem beträchtlichen Kreis von Interessenten den Zugang zu vielen Beiträgen zu verwehren imstande ist, soll durch den folgenden Bericht soweit wie möglich begegnet werden.

Der Bericht hat sich zum Ziel gesetzt, die großen Linien des Kommentarwerkes nachzuzeichnen, und zwar unter dem Gesichtspunkt der Lehre und ihrer Verwertung durch den Seelsorger. Bei der Kürze des Beitrages und der Gedankenfülle der Abhandlungen mußten bewußt Vereinfachungen vorgenommen werden.

Zur Eigenart der Enzyklika und des Kommentarwerkes

Zum hundertjährigen Gedenken der Einführung des Herz-Jesu-Festes als allgemeinen und öffentlichen Festes der Kirche im Jahre 1856 hat der verstorbene Heilige Vater Pius XII. eines seiner bedeutenden Lehrschreiben an die Bischöfe gerichtet in der Absicht, „seine geliebten Söhne der Kirche durch das Rundschreiben zu ermahnen, jene aus der Bibel, der Lehre der Väter und Theologen stammenden Grundsätze, auf die sich wie auf feste Fundamente die Verehrung des heiligen Herzens stützt, achtsamer zu erwägen".

Die theologische Bedeutung des Lehrschreibens ist darin zu sehen, daß die kirchliche Klärung des Gegenstandes der Herz-Jesu-Verehrung, die kirchliche Einstellung zu den frohmachenden Mysterien des Herzens Jesu und die Bedeutung der Herz-Jesu-Andacht unter den bevorzugten Frömmigkeitsformen unserer Zeit derart ins Licht gestellt werden, wie es bisher in kirchlichen Lehräußerungen nicht geschehen war und selbst in der wissenschaftlichen Herz-Jesu-Literatur kaum zu finden ist. Das Rundschreiben folgt den Gesetzen der Bestätigung und Verankerung des Gesunden in der bisherigen geschichtlichen Entwicklung und der Wegweisung zu ordnungsgemäßem Ausreifen. Die Bestätigung zeigt sich vor allem in der Feststellung des Gegenstandes: Wir verehren die dreifache Erlöserliebe des menschgewordenen Wortes Gottes unter dem Zeichen und Sinnbild des Herzens Jesu. Die Verankerung meint die Begründungen aus den Glaubensquellen und die Stellung zu den Grunddogmen des Christentums. Hierin zeigt sich außerordentlich stark die zentrale Stellung der Herz-Jesu-Verehrung im Frömmigkeitsleben der Kirche und eine Herzensweite, welche die mittelalterliche Freude am Liebesgeheimnis des Erlösers so sehr betonen kann, wie wir es in den letzten Jahrzehnten nicht mehr gewohnt waren. Die theologische Leistung aber ist damit nicht zu Ende, sondern hat vielmehr neue und gesicherte Ansätze bekommen, um dem Reifungsprozeß zu dienen.

Die Herausgeber des Kommentarwerkes sind bekannte Jesuitentheologen. P. Augustinus Bea (jetzt Kardinal Bea) stellt das Werk als Ehrengabe für Papst Pius XII. zum 60. Jahrestag seiner Priesterweihe vor (1899—1959). Mitarbeiter sind 34 Theologen, Weltpriester und Ordensleute verschiedener Länder. Ihre Beiträge erscheinen als gedrängte Monographien zu Einzelfragen, als Übersichten und als pastorale Erwägungen. Der erste Band enthält die wissenschaftliche Auseinandersetzung, Begründung, Klärung und Vertiefung. Diese Abhandlungen sollen eine Vorarbeit zu einer kommenden Synthese sein. Der zweite Band bringt die Illustration aus Geschichte und Praxis. So Kardinal A. Bea (I, XI—XV).

Das sechssprachige Werk enthüllt oder verbindet vieles, was beim ersten Studium der Enzyklika wohl kaum in den Gesichtskreis tritt. Die Art des Kommentarwerks hat das maßgeblich bestimmt. Wir haben keinen Kommentar zum laufenden Text vor uns, sondern — exegetisch gesprochen — nur Exkurse oder — lexikographisch gesehen — nur Rahmenartikel, von denen jeder seine inhaltliche, stilistische und systematische Eigenheit zeigt. Von der höchsten Spekulation und geistvollen Deutung bis zur addierenden Zusammenstellung finden wir alles. Auch letzterer kann man die Brauchbarkeit, zumal für den Seelsorger, nicht absprechen. Alle Abhandlungen sind vom Willen durchherrscht, auf möglichst kleinem Raum möglichst vieles zu sagen.

Aus praktischen Erwägungen folgen wir nicht der Anordnung der Beiträge, sondern möchten vor allem in den Teilen, in denen die theologische Vernunft das Wort hat, so weit es tunlich erscheint, die Theologie des Gegenstandes der Verehrung auch äußerlich von der Theologie der Verehrung des Gegenstandes abheben.

I

Die Perspektiven der drei großen Herz-Jesu-Rundschreiben

Wir besitzen drei große päpstliche Rundschreiben über die Herz-Jesu-Verehrung, denen ein besonderes Gewicht zukommt. Diese Auffassung hat sich allgemein durchgesetzt. Es sind dies *Annum Sacrum* von Leo XIII. (1899), *Miserentissimus Redemptor* von Pius XI. (1928) und *Haurietis aquas* von Pius XII. (1956). Hiermit soll selbstverständlich der Wert der übrigen päpstlichen Verlautbarungen über die Herz-Jesu-Verehrung nicht gemindert werden.

Annum sacrum spricht über einen religiösen Akt, über die Weltweihe an das Herz Jesu. Diese besteht in der totalen Liebeshingabe an Jesus Christus. Was das menschgewordene Wort Gottes an angeborenem Recht und durch den Erlösungstod an erworbenem Recht besitzt, wird von dem, der sich weiht, in liebender Hingabe erneut anerkannt und ausgesprochen. Darin nimmt der Christkönigsgedanke einen beachtlichen Platz ein. Pius XI. hat ihn in der Enzyklika *Quas primas* (1925) aufgenommen und in seinen Konsequenzen entwickelt. Gegen Schluß der Enzyklika sagt Leo XIII.: „Im heiligen Herzen ist ein Symbol und ein ausgesprochenes Bild der menschlichen Liebe Christi enthalten, die uns zur Gegenliebe bewegt." Das ist ein entscheidender theologischer Satz, der aus der Geschichte der Herz-Jesu-Verehrung genommen wurde und seine Gültigkeit behalten hat.

Eine ebenfalls praktische Herz-Jesu-Verehrung hat *Miserentissimus Redemptor* gewollt. Ohne in den damals noch nicht beendeten Streit über den eigentlichen Gegenstand der Verehrung einzugreifen, lehrt Pius XI. über die zentrale Übung der Sühne in der Herz-Jesu-Verehrung, über ihren Rechts- und Liebesgrund und über die Zuordnung zur Weihe. Als selbstverständlicher Gegenstand aber erscheint die Liebe Jesu Christi, die beleidigt und verachtet wird, unter dem Symbol seines Herzens.

Pius XII. anerkennt die Weihe und die Sühne als die Grundformen der Andacht. Sein Anliegen ist letzten Endes auch ein seelsorgliches. Aber die tatsächliche Wertung der Herz-Jesu-Verehrung in mehreren Kreisen unserer Zeit schiebt zunächst eine apologetische Absicht in den Vordergrund. Sie fordert eine positive Verteidigung, die das Wesen und die Begründung aus den Glaubensquellen erhellen muß. Dadurch hat diese Enzyklika einen mehr theologischen Charakter als die beiden vorhergehenden. Der Kern der Herz-Jesu-Verehrung ist die Erlöserliebe des inkarnierten Logos. Diese Liebe wird unter dem Zeichen und Symbol des Herzens Jesu verehrt. In dieser Verehrung haben wir ein vollkommenes Bekenntnis der christlichen Religion, die eine Religion der Liebe ist.

Das Entscheidende in der Herz-Jesu-Verehrung ist die Sicht und die Absicht, auf die Liebe Gottes wie auf die göttliche und die menschliche Liebe Jesu Christi zu antworten. Je nach dem besonderen Aspekt, unter dem die Liebe betrachtet wird, ist die Art der Antwort unterschiedlich. Der Schöpferliebe entsprechen wir mit gehorsamer Liebe, der Vaterliebe mit kindlicher Liebe, der Opferliebe des Erlösers mit Dankbarkeit, seiner verkannten Liebe mit Liebeseifer, der beleidigten Liebe mit Sühne, der einsam leidenden Liebe mit Trost und der siegreich triumphierenden Liebe mit froher Sicherheit. So auch kommt die religiöse Freude und Dankbarkeit wieder mehr zu ihrem Recht. Die rein theologische Grundlegung erlaubt eine weitere Sicht, als sie bei einer stärkeren Betonung der Privatoffenbarungen genommen wird.

(José Antonio *de Aldama* SJ, I, 3—20)

Die dogmatische Sicht des Gegenstandes

Wesen und Art eines bestimmten Kultus werden durch den Gegenstand bestimmt. Kultgegenstand ist das, was verehrt wird, in seiner Beziehung zu der Person, die den Verehrungsakt entgegennimmt. Unter den Elementen des Kultes gibt es ein innerlich bedingtes Stufenverhältnis.

Das augenscheinliche Kultobjekt in der Herz-Jesu-Verehrung ist das leibliche Herz des Erlösers. Dafür gibt es zwei Hauptgründe. Das leibliche Herz Jesu ist einer der bedeutenderen Teile der hypostatisch mit der göttlichen Natur geeinten Menschheit Christi und darum wie diese anbetungswürdig. Der besondere Teil der menschlichen Natur (Herz) aber wird in den Vordergrund gestellt, weil er ein natürliches Sinnbild (der Liebe) ist. Damit ist bereits gesagt, daß jede Verehrung des Herzens Jesu eine Verehrung der Liebe der Person sein will. Der formale Grund dafür ist die Beziehung, die zwischen dem Herzen und der Liebe Christi besteht. Die Liebe selbst aber ist die Liebe Gottes zu den Menschen und die doppelte menschliche Liebe Jesu zu uns und zum Vater. Die in Jesus Christus lebendige dreifache Liebe ruft die Bewegungen des Herzens hervor (nicht aber ist das Herz Organ der Liebe in dem Sinne, daß es die Liebe hervorbrächte). In umgekehrter Richtung ist die Bewegung des Herzens für uns das Spiegelbild der Liebesaffekte selbst. Die Bildaufgabe des Herzens ist somit dreifach zu sehen. In aufsteigender Linie ist es ein Zeichen und Sinnbild der menschlich sensitiven, der menschlich geistigen und der göttlichen Liebe.

Hier nun setzt die theologische Reflexion ein, um einen geordneten Durchblick zu gewinnen. Die dreifache Liebe, die unter dem Zeichen des Herzens Jesu verehrt wird, ist eine Konsequenz aus der Konstitution Christi. Er ist vollkommen in seiner Gottheit und vollkommen in seiner Menschheit; beide sind unvermischt und ungetrennt geeint in der göttlichen Person des Logos. Die Vollkommenheit der Naturen aber verlangt die Vollständigkeit der göttlichen und der menschlichen Liebe in dem einen Christus. Die menschliche Liebe ist so gestaffelt wie das menschliche Erkennen. Die Zuordnung der Arten entspricht der Ordnung der Naturen. An der Spitze steht die ewige göttliche Liebe des Gottmenschen. Sie wird als Erlöserliebe betrachtet, insofern das Mysterium der trinitarischen Liebe den Erlösungsplan und die Erlösung beinhaltet. Weil aber im Neuen Testament die göttliche Liebe zu den Menschen als erbarmende Liebe der heiligsten Dreifaltigkeit und des Erlösers an erster Stelle steht, ist diese göttliche Liebe das erste Element in der Herz-Jesu-Verehrung. Die göttliche Liebe wirkt auf den menschlichen Willen Christi zu unserer Erlösung ein und läßt schließlich die Gemütsregungen und Herzensbewegungen nicht unbeeinflußt. Infolge der ungestörten Harmonie in Jesus Christus klingt alles zusammen. So wird für uns das leibliche Herz Jesu als menschliches Herz der göttlichen Person natürliches Symbol der ganzen, der mehrfachen und mehrfaltigen Liebe, durch die Jesus Christus uns umfaßt hat und umfaßt. Der Herz-Jesu-Kult ist somit der Kult der Liebe, durch die Gott uns durch Jesus Christus liebt und durch die unsere Liebe angeregt wird, Gott und die Menschen zu lieben. Darum erkennen wir in ihr ein vollkommenes Bekenntnis der christlichen Liebesreligion und die Erfüllung des Fundamentalgebotes der Gottes- und Nächstenliebe.

(Josephus *Filograssi* SJ, I, 47—114)

II

Die biblische und patristische Begründung der Herz-Jesu-Verehrung

Die alttestamentliche Offenbarung der göttlichen Liebe

Alle wesentlichen Elemente der Herz-Jesu-Verehrung haben biblische Fundamente. In den Büchern des Alten

Testamentes erscheint der Heilswille Gottes als Liebesbewegung Jahwes. Ein verhältnismäßig reiches Vokabular und eine Anzahl recht ansprechender Bilder und Vergleiche stehen dafür zur Verfügung. Folgt man größeren literarischen Komplexen in chronologischer Reihenfolge, dann wird eine allmähliche Entwicklung deutlich sichtbar. Die in der Thora aufgezeichneten geschichtlichen Traditionen bewegen sich um Jahwe, der aus Gnade, Erbarmen und Bundestreue am einzelnen Menschen und am Volke Gerechtigkeit übt und Heil und Vergebung schenkt. Die älteren Geschichtswerke zeichnen die liebende Erwählung, barmherzige Langmut und verzeihende Liebe. Bei den vorexilischen Propheten kommt dafür das Wort Liebe zum erstenmal vor; die Bilder aus der Ehesymbolik, aus dem Familien- und Hirtenleben dienen dazu, uns den Heilswillen Jahwes als Liebesgeheimnis nahezubringen. Das Einzigartige der göttlichen Liebe ist die Größe, die den Unwürdigen und Abtrünnigen nicht ausschließt. Die Sündenvergebung schließt auch die Heidenvölker mit ein. Das Deuteronomium bekennt sich dazu, daß die Geschichte Israels eine Geschichte der Offenbarung der völlig freien, drängenden Liebe Gottes ist, die nach der Liebe des Volkes als Antwort verlangt. Die Bilder der Propheten werden aufgenommen und kehren dann in den späteren Büchern immer wieder; gelegentlich erfahren sie eine überraschende Innigkeit und Tiefe. Die exilischen und nachexilischen Propheten verkünden, daß Gott aus seinem Wesen heraus und um seiner Ehre und Heiligkeit willen sich des Volkes mitleidig erbarmt und die innere Neuausrichtung der Menschen bewirkt. Gott schenkt ein neues Herz und einen neuen Geist als Prinzip der Erneuerung. Das steigert sich bis zur Lehre vom Gottesknecht, dem geschenkten Heilsmittler, der Genugtuung für die Sünden seines Volkes leistet. Das Hohelied verwendet den ganzen Reichtum der menschlichen Liebessprache, um den gegenseitigen vollen Besitz und das Ineinanderaufgehen Jahwes und seines Volkes in messianischer Ausrichtung vorzutragen. Gott gibt sich ganz hin und sehnt sich geheimnisvoll nach der Liebe seines Volkes. Die Psalmen durchzieht der Gedanke an den allgnädigen und allgütigen Herrn, der die Bundestreue wahrt, aus Barmherzigkeit die Sünden vergibt und in Liebe ein neues Gnadenverhältnis begründet. In den nachexilischen Geschichtswerken erscheint das Volk in der Haltung des „Armen" vor dem barmherzigen Jahwe und appelliert an seine Bundestreue. Die Weisheitsbücher schließlich preisen die Liebe des Schöpfers als Zuneigung und Erbarmen mit allen, die ihm gehören. Der Vater aller Menschen ist besonders in seinem Volke gegenwärtig. Die göttliche Weisheit selbst ist das Liebesangebot und die Liebesgabe Gottes an die Menschen. Im ganzen gesehen, ist das Heilshandeln Gottes zugunsten Israels, des einzelnen und schließlich aller Menschen der Oberbegriff. Die Heilstat geschieht in der Auserwählung und Führung aus göttlicher Hoheit und Majestät. In der Gerechtigkeit waltet das Geheimnis der Liebe. Das Wort Herz selbst kommt dabei in dreifacher Bedeutung vor: als Sitz der Liebesaffekte Jahwes; als Metapher für das göttliche Erkennen und Aufmerken, Wünschen und Wollen, Sorgen und Vorsorgen; als Organ aller geistigen Einwirkungen.

(Johannes *Kahmann* CssR, I, 349—410)

Die alttestamentlichen Symbole der göttlichen Liebe sind die konkrete Erläuterung dazu. Auch ohne weitere theologische Erörterung vermögen sie, gut zusammengestellt, den Reichtum göttlicher Liebe aufleuchten zu lassen. Jahwe ist der Arzt, der aus verstehender Liebe dem kranken Menschen und dem zerschundenen Volk Hilfe bringt und neues starkes Leben wirkt. Der Hirte führt und heilt und schützt seine Erwählten; das Volk, das er sich erkoren, liebt er, wie Vater und Mutter ihre Kinder lieben. Der Hausvater ladet in Liebe und Güte seine Gäste zum Mahle und verbindet sich mit ihnen zu inniger Familiengemeinschaft. Er weilt auch als Gast im Gezelte der Menschen. In sorgsamer Pflege kümmert sich der Winzer um den Weinberg, den er gepflanzt hat. Auch dieses Bild geht in das des Vaters über. Gott ist der Vater, Israel der Sohn, dem Jahwe das Leben geschenkt hat, der von ihm genährt, belehrt, begeistert, belohnt, aber auch bestraft wird. Noch inniger werden die Worte, wenn vom Liebes- und Treuebund zwischen Bräutigam und Braut gesprochen wird, der bereits auf das tiefe Geheimnis mystischer Vermählung zwischen Christus und der Menschheit im Neuen Bund hinüberweist.

(Rafael *Criado* SJ, I, 413—460)

Die neutestamentlichen Linien

Im Alten Testament handelt es sich naturgemäß um die ewige geistige Liebe des Bundesgottes. Dieser Gesichtspunkt ist im Neuen Testament nicht widerrufen oder aufgehoben, aber der Logos ist im Geheimnis der Menschwerdung unter uns erschienen. Seine Liebe ist nicht allein ewige Gottesliebe, sondern auch geistige und sensitive Liebe seiner Menschennatur. Das Neue ist Fortführung des Alten.

In der Sicht des heiligen Apostels *Johannes* ist die alttestamentliche Erlöserliebe Gottes identisch mit der göttlichen Bundesliebe. Die Bundesliebe wird in der Inkarnation neu inauguriert. Der menschgewordene Logos vermittelt die Liebe Gottes und spendet Licht und Leben, damit wir Gott lieben können, wie es sich für Gotteskinder geziemt. Durch ihn ist die Liebe das Prinzip des christlichen Glaubens und der Bruderliebe geworden. Alles das, was deshalb geschehen ist, soll zum Triumph der Liebe führen, wenn das Lamm, das aus Liebe verwundet ist, die Braut zur himmlischen Hochzeit führt. Jesus Christus ist die feststellbare Offenbarung der göttlichen Gegenwart in seinem Volke. Er offenbart seine wesenhafte Gottessohnschaft, offenbart den Vater, dessen Sohn er ist. Durch ihn berührt der Vater die Welt. Die markanten Ausweise der ewigen Liebestat Gottes sind die Menschwerdung, der Erlösertod und die Geistsendung. Die Liebe aus dem Herzen Gottes wird die Quelle unseres Lebens, indem sie uns zu Gotteskindern macht und als bleibendes Unterpfand dafür die sakramentale Speise schenkt. Aus seinem Innern spendet Christus das Wasser des Lebens. Die höchste Manifestation seiner Liebe ist der Heilige Geist. Christus will auch in der Abwesenheit noch anwesend sein. Bild und Gabe der Liebe sind seine Worte am Kreuz, durch die er alle, die ihn aufnahmen, seiner Mutter zu Kindern gab; Bild und Gabe ist die Geburt der neuen Eva, der Kirche, eine Geburt, die unter dem Symbol von Blut und Wasser aus der Seite des Gekreuzigten geschah. Die Liebe des Verherrlichten ist eine Epiphanie der Liebe des Vaters. Der Triumph des Lichtes über die Finsternis findet sein gottgewirktes Spiegelbild in der Liebe der Christen untereinander, die ausweist, daß Christi Liebe nicht etwas Vergangenes ist, sondern in der Bruderliebe als Tugend der göttlichen Liebe lebendige Gegenwart bleibt. In der

Ehesymbolik der Geheimen Offenbarung wird die zarte Erlöserliebe dessen erkennbar, der mit der Braut das Hochzeitsmahl hält. Ihr hat er im Kämpfen und Ringen des Lebens starken Schutz gewährt, aber ebenso ihr die eigene Leistung abverlangt, welche Drangsal und Tod nicht immer ausschloß.

(David Michael *Stanley* SJ, I, 509—542)

In den *Paulusbriefen* nimmt das Herz des Erlösers einen bevorzugten Platz ein. Das ist richtig, wenn man den Sinn der Sache meint. Die Initiative zur Erlösung der Menschen geht vom Vater aus, aber man darf sie echt paulinisch per modum unius den Liebesratschluß „Christi und des Vaters" nennen. Das Leben, Sterben und Auferstehen Christi offenbart diese Liebe. Um die Fülle des Inhaltes der Liebe zu enthüllen, entwickelt der Apostel zwei Themen und ergänzt sie durch ein großes Bild. Das erste Thema besagt, daß die Liebe des Vaters in Christus ist, der sie im Erlösungswerk offenbart und durch dieses die Welt mit Gott versöhnt. Im Opfertod Christi am Kreuze verwirklicht sich die Liebe: Der göttliche Liebeswille hat uns den Erlöser geschenkt; er opfert sich; Gott nimmt das Opfer an; der Mensch empfängt die Wohltat des Opfers. So ist das Kreuzgeheimnis der Zentralpunkt der Liebe des Vaters und der Liebe Christi, die nicht getrennt werden können. Im zweiten Thema belehrt uns Paulus über den Reichtum der väterlichen Liebe, die in Christus ist. Diese Liebe Christi in allen Dimensionen erfassen heiße das Geheimnis der Erlösung erkennen. Die Freigebigkeit und Herrlichkeit der Liebe Gottes, die in Jesus Christus lebt, ist unser Reichtum geworden. Christus selbst aber ist das Modell des Bildes Gottes und der vollkommenen Liebe. Das Bild des großen Liebesgeheimnisses entwächst der Ehesymbolik. Das Verhältnis Christi zur Kirche ist im letzten Grunde der Liebe zu vergleichen, in der Bräutigam und Braut füreinander leben und wirken sollen. Im Vergleichsbild aber steht nicht das Eheband im Vordergrund, sondern die Liebe in der Ehe. Größe und Sicherheit der Liebe zwischen Christus und der Kirche kommen aus dem Kreuzesopfer. Die Liebe auf Kalvaria ist das unverdiente und zuvorkommende Mittel zur Reinigung und Heiligung der Braut. Erbarmendes Mitleid und schenkende Güte Jesu Christi wirken zusammen. Die Erlösung ist das Liebesgeheimnis Gottes, aus dem sich die Ethik und Spiritualität der Liebe ergeben. Die starke Kraft der Erlöserliebe Christi drängt uns zur annehmenden und antwortenden Liebesgesinnung. Sie ist mit dem Tode Christi nicht beendet, sondern lebt und wirkt weiter, solange es den Bräutigam Christus und die Braut Kirche gibt.

(Salvatore *Garofalo*, I, 544—567)

Die dreifache Liebe Christi zu den Menschen bei Augustinus

Das Kommentarwerk zu *Haurietis aquas* muß notwendig auswählen. Unter den Vätern hat der Doctor gratiae et caritatis Augustinus den Vorzug, der auch in der Schöpfung mit ihrer Last und Sünde eine Offenbarung der Liebe Gottes sieht. Gott hat die Welt nicht verdammt, sondern will sie retten. Die Liebe Gottes vermag alles umzuformen. Ihr Werk ist es, wenn der Gute gut zu sein vermag. Wenn Gott unser Verdienst krönt, dann ist das die Krönung seiner Gaben. Die Offenbarung der Liebe Gottes zu den Menschen durch Jesus Christus muß immer auf dem Hintergrund des liebenden Heilswillens Gottes gesehen werden. Die trinitarische Liebe will Sühne für die Sünden der Menschen. Die menschliche Liebe des Wortes Gottes ist die höchste Intervention der Liebe der drei göttlichen Personen. Von hier aus entstehen die Herz-Jesu-Gedanken bei Augustinus. Gottes liebevolles Erbarmen führt uns zum Lobpreis des edelmütigen Abstiegs des ewigen Wortes in unsere Niedrigkeit. Die Niedrigkeit der Geburt Jesu, seine Taufe und Versuchung, sein Kreuz und sein Begräbnis offenbaren uns die Demut Gottes und das Gesetz der Gnade, das ein Gesetz der herniedersteigenden Liebe ist. Die Sorge des menschgewordenen Wortes ist die des guten Hirten, der zu uns gekommen ist, um uns helfend zu dienen, um uns den Geist der Liebe zu bringen und um uns das Recht zu geben, Gott unsern Vater zu nennen. Seine Liebe hat er einzelnen Menschen gezeigt, besonders groß Johannes, Petrus, Lazarus und seinen Schwestern, am größten seiner Mutter. Diese Liebe bleibt gegenwärtig in den Gliedern seines Leibes. Die leidvollen Ereignisse der letzten Tage Christi, vorab sein Todeskampf im Ölgarten und seine Hingabe am Kreuz, waren gewollt — uns zum Beispiel und zum Segen. Der größte Erweis der Liebe aber ist der Loskauf der Sünder. Die Geburt der Kirche aus seiner Seitenwunde gibt uns Eintritt in sein Inneres. Dafür will Christus unsere Antwort in Liebe. In der liebenden Antwort aber ist schließlich unsere ganze Gottesverehrung enthalten, sowohl die Verehrung der drei göttlichen Personen wie die des inkarnierten Wortes.

(Charles *Boyer* SJ, I, 571—594)

III

Die Geschichte der Herz-Jesu-Verehrung

Die Geschichte der Herz-Jesu-Verehrung kann unser Interesse schon deshalb wecken, weil sie ein umfangreiches Kapitel in der Geschichte der christlichen Andachtsformen ist, noch mehr aber aus anderen Gründen, die bei unserm Thema Beachtung verdienen. Der dogmatische Aspekt richtet sich auf die Entfaltung und Verknüpfung des Verehrungsgegenstandes und des Inhaltes der Verehrungsformen. Das pastorale Interesse wird im Blick auf den Wert lebendig, den die Verehrungsweise auf das religiös-sittliche Leben und insbesondere auf das Vollkommenheitsstreben gewonnen hat. Der illustrative Charakter der geschichtlichen Betrachtung läßt die Heilswahrheiten und Heilstatsachen lebendig werden.

Grundsätzliches zur Geschichtstheologie der Herz-Jesu-Verehrung

Geschichtliche Daten und Vorgänge haben dann ein aktuelles Interesse, wenn sie eine grundsätzliche Erkenntnis vermitteln. Die Geschichte der Herz-Jesu-Verehrung seit Margareta Maria gibt sie uns. Hugo Rahner gebraucht dafür das Stichwort der historischen Lektion der Matutin: Mirabilis progressio — wunderbarer Fortschritt! Das sei für jede echte kirchliche Andachtsform gültig. Das Wort besagt, auf die Herz-Jesu-Verehrung angewendet: Wenn die Herz-Jesu-Verehrung Inbegriff des katholischen Glaubens als der Religion der Liebe ist, dann muß sie, wenn auch lange nur latent, doch immer in der Kirche vorhanden gewesen sein. Warum das? Jede kirchliche Andacht lebt vom Wesen der Kirche, weil die Kirche die wesentliche und geschichtlich gewordene Gottesverehrung der Menschen ist, die in Christus geeint

sind. Jede besondere Andacht in der Kirche aber meint jeweils die ganze Gottesverehrung der Kirche, auch dann, wenn sie es nicht ausdrücklich sagt. Wird eine solche Andacht durch eine Privatoffenbarung geweckt, dann ist das Maß, in dem sie den Glauben der Gesamtkirche repräsentiert, die Kontrolle ihrer Echtheit. Was von der Andacht einer begnadeten Seele aus in die Öffentlichkeit tritt, muß sich im dogmatischen Zusammenhang bewähren. Gottes Werk in der Seele stellt sich der Kontrolle des Rechts. So wird die „Einkirchlichung" zum Beweis des göttlichen Ursprungs. Die Schritte der Kirche dabei sind die Scheidung von Wuchs und Mißwuchs, Billigung, Förderung und Vorschrift. Gelingt die Einkirchlichung einer Andacht nicht, dann liegt der Grund entweder in zu engem Beharren bei zeitbedingten Ursprungsformen oder in zu dürftigen dogmatischen Grundlagen oder in einer zu exklusiven Sicht, die eine Kirche in der Kirche errichten will. Kommt die Einkirchlichung zum Ziel, dann besteht die Gefahr, daß die Wirkkraft der Andacht dadurch lahmgelegt wird, daß an die Stelle des Besonderen die Alltagswelt des Kirchenjahres sie zu Altem, kaum noch Gebrauchtem werden läßt. Daraus ergeben sich die entsprechenden Kriterien für den Historiker.

Wenn wir die Geschichte der Herz-Jesu-Verehrung von Paray-le-Monial bis heute überblicken, dann haben wir vier Phasen vor uns, die uns das wunderbare Entstehen und Werden zeigen. Die erste Phase beginnt mit dem Bemühen um die kirchliche Anerkennung 1697 und endet mit dem Erfolg des Bittgesuchs der polnischen Bischöfe 1765. Die Bittsteller dürfen ein Herz-Jesu-Fest in der Kirche öffentlich feiern. Bis 1856 wird erreicht, daß das öffentliche Fest in der Kirche zu einem allgemein vorgeschriebenen Fest wird. Die Fortentwicklung führt 1899 zur Weltweihe durch Leo XIII. Die Theologie des Weiheaktes wird in den Grundzügen gelehrt. Seitdem schreitet das Bemühen fort. Kurz nach der Heiligsprechung Margareta Marias erfährt das Fest eine Rangerhöhung (I. Kl. m. Oktav); die Sühne wird als Hauptakt der Herz-Jesuverehrung erklärt (1928). 1956 kann Pius XII. sein entscheidendes Wort über den lang umstrittenen Gegenstand sprechen.

Ein Rückblick auf die kirchliche Tradition erkennt im „Herzen" des Erlösers ein „Urwort" des denkenden, dichtenden, betenden Menschen aller Zeiten. Im Herzen Jesu offenbart sich die Königsherrschaft der Liebe Christi, welche die Herzensliebe Gottes sichtbar macht. Das Herz des Gottmenschen ist König und Mittelpunkt aller Herzen, und darum ist seine Kirche das Herz der Menschheit. Forschende Theologie und formende Liturgie haben die Weltweihe an das Herz Jesu vorbereitet. Die volle Einkirchlichung ist geschehen. Erneute theologische Vertiefung kann beginnen. Aber sieht die Prognose nicht doch düster aus? Die Herz-Jesu-Verehrung ist in die Gesamtkirche eingegangen, hat in der Liturgie und im Beten einen festen Platz, ist freilich auch weithin der Abgegriffenheit der aszetischen Alltagssprache verfallen. Und noch mehr. Wesen und Gebet meinen das Letzte und Unsagbarste und wagen den Versuch, Unsägliches zu sagen. Dagegen muß die theologische Prognose sich darauf besinnen, daß jede Andacht am Wesen der Kirche teilnimmt und daher auch an ihrer ewigen Jugend partizipiert. Das Glaubensgut der Kirche ist dem Gesetz von Blüte und Zerfall nicht unterworfen. Außerdem bedeutet Einkirchlichung auch Förderung und unermüdliche Pflege. So sehen wir heute, daß die Herz-Jesu-Verehrung immer theologischer, liturgischer, schriftgemäßer wird. Hierin gibt es kein: „Es ist genug!" In der Rückbesinnung werden bewährte Formen neu in sie hineingeholt. Zur Sühneandacht der heiligen Margareta Maria kommen die innige Gottverbundenheit Bérulles und Jean Eudes' mit ihren Schulen, die stille Innerlichkeit von Helfta und die Theologie der Väter. Die reinigende Aufgabe besteht im Abstoßen des zeitlich und persönlich Bedingten. Die positive Leistung zielt auf die Herausarbeitung der theologischen Fundamente und die Verankerung in den großen Mysterien der Trinität und Inkarnation, dieser Urformen des Mysteriums der Liebe, hin. Die ersehnte Zukunft geht durch die Wunde zum offenen Herzen und von dort zum Herzen Gottes; sie möchte geradewegs ausmünden in den eschatologischen Kult selbst.

(Hugo *Rahner* SJ, I, 23—58)

Die Bahnbrecher der Herz-Jesu-Verehrung

Unter Bahnbrechern der öffentlichen Herz-Jesu-Verehrung versteht die Enzyklika *Haurietis aquas* die Männer und Frauen, deren persönliche Verehrung des Herzens Jesu Schritt für Schritt in ihren Ordensgemeinschaften Einfluß und Anhang erlangte. Die Enzyklika zählt hier ausschließlich Ordensleute auf. Das Kommentarwerk informiert gesondert über die großen Orden der Benediktiner, Dominikaner und Franziskaner. Obwohl ihre Spiritualität keine ausgeprägte Note nach dieser Seite trägt, sind sie lange Zeit die Exponenten dieser Frömmigkeitsform und Andachtstiefe gewesen. Was ihre Mitglieder davon wußten und daran liebten, erlebte durch die Offenbarungen, deren Margareta Maria gewürdigt wurde, im Grunde nur noch die pflichtmäßige Ausweitung in die Öffentlichkeit der Kirche.

Die Linie in der Familie des hl. *Benedikt* beginnt mit den Gedanken des Origenes über das Ruhen des Lieblingsjüngers Johannes an der Brust des Meisters. Sie nimmt dann die patristischen Gedanken über die Verwundung der Seite und Öffnung des Herzens Jesu auf. In soteriologischer Schau betrachtet sie die Kirche, die aus der Liebe Christi entstand und diese Liebe ständig in den Sakramenten lebendig erfährt. Vor allem geben bestimmte liturgische Schrifttexte immer mehr Anlaß zu Betrachtungen, Gebeten und Bildern. Dabei wird das Herz Jesu nicht isoliert, sondern Symbol des Heils, der Freude und des Mitleids. Die Freude des Betenden erwächst aus dem Empfang der Gnade, das Mitleid aus dem Leid des Erlösers. Das Leid aber ist Quelle der Gnaden. Diese Gedankenverbindung zeigt den Zusammenhang mit der Trinität. Das Wort ist geboren aus dem Herzen des Vaters; aus dem leiblichen Herzen des Sohnes kommt der Strom der Weisheit zu uns, durch den wir die Geburt des Wortes in uns erlangen. Von den heiligen Frauen des Ordens wird zuerst Luitgard von Tongern (1182—1221) genannt. In der ersten Periode ihres begnadeten Lebens verehrt sie unter dem Symbol der Seitenwunde die Liebe Jesu, die sie zur Freude an der reinen Liebe ruft. In der zweiten Periode geht sie über die Schriftberichte hinaus und kommt im mystischen Erleben zum „Austausch der Herzen". Christus fordert von ihr Buße für die Sünder. Die soziale Sicht der Sühne tritt bereits hervor.

(Jean *Leclercq* OSB, II, 3—38)

Bei der hl. *Mechtild von Haackeborn* (1241—1298) und der hl. *Gertrud der Großen* (1256—1302/03), die beide unter dem Einfluß der Geisteshaltung des hl. Bernhard standen, ist die Herz-Jesu-Verehrung bereits konkreter und fester Bestandteil ihrer Frömmigkeitsform. Ihr Herz Jesu ist das Herz des verherrlichten Christus zur Rechten des Vaters, der unser Mittler ist. Von der Liturgie her verstehen sie das „per Christum Dominum nostrum" in diesem Sinne und kommen zu der zarten Ausprägung, die nur einer Frauenseele möglich ist. Die Brautmystik der beiden Heiligen entzündet sich bei der Betrachtung der Wunden Jesu. Die Seitenwunde führt zum Herzen, das Herz ist vornehmlich Symbol für die Vermittlung Christi. Es enthält alle unbegreiflichen Geheimnisse Gottes und die Reichtümer aller Kreatur. Durch das Herz Christi bekommen wir alle Gaben von Gott, und wir müssen durch das Herz alles zu Gott hintragen. Christus ergänzt unsere Schwächen, er verdiente für uns, und er sandte den Heiligen Geist. Er bedient

sich aber auch oft untergeordneter Mittler wie Maria, der Heiligen und auch Mechtilds und Gertruds. Das Herz Jesu ist Ort und Ziel unserer mystischen Vereinigung und Vorbild und Ziel unseres sittlich-religiösen und aszetischen Lebens.

(Cyprien *Vagaggini* OSB, II, 32—48)

Der *Dominikaner*orden hat schon bald nach der Gründung, zumal in Deutschland und in Italien, eine Hochblüte der Mystik erlebt. *Haurietis aquas* nennt besonders drei Vertreter: Albert der Gr., Katharina von Siena und Heinrich Seuse (letzterer ist wohl zum ersten Male in einem päpstlichen Herz-Jesu-Dokument genannt). In den ersten vier Jahrhunderten des Ordens geht man vom leiblichen Herzen aus, steigt auf zur Liebe Christi und erhebt sich zur Liebe Gottes. Im Herzen Jesu aber treffen sich alle Linien und Belange, welchen die dogmatische und die mystische Theologie Bedeutung zuerkennen. Ausgangsgedanke ist die Leitidee des Ordensstifters Dominikus vom Worte Gottes, das die Liebe aushaucht. Der Theologe, Seelsorger und Naturwissenschaftler Albertus Magnus gab dem eine besondere Ausrichtung in christologischer und soteriologischer Sicht. Das physische Heilandsherz ist Symbol und Werkzeug der menschlichen Erlöserliebe der Person Jesus Christus. Unter den Mystikern ist Heinrich Seuse wegen seines Einflusses auf Spätere der bedeutungsvollste und innerlichste. In seiner Zeit entwickeln die Dominikanerinnen, vorab im alemannischen Bereich, eine Herz-Mystik. Für Seuse ist das Herz Jesu Symbol der menschgewordenen Weisheit, Symbol des liebreichen Freundes. Katharina von Siena verehrt unter dem Bilde des Herzens insbesondere die befeuernde und umbildende Liebe Christi. Diese verschiedenen Betrachtungsweisen sind im Dominikanerorden üblich geblieben, bis im 17. Jahrhundert die Herz-Jesu-Andacht in die Öffentlichkeit kam. Damals stellten sich die Dominikaner mit Vorzug auf die Seite der École française, in der (nach H. Bremond) mehr das göttliche Herz in innerlicher, beschaulicher Weise verehrt wird. Das Thema aber, das allmählich den Vorrang gewann, ist die umbildende Liebe und die Sühneleistung.

(Angelus *Walz* OP, II, 52—95)

Die *franziskanischen* Ordensfamilien haben nach dem Beispiel des hl. Franz den Gekreuzigten und seine Wundmale verehrt. Mit der Verehrung der Seitenwunde des Herrn war der Weg zum Herzen Jesu und zu seiner Liebe offen. Bonaventura gab ihr eine konkrete Form und theologische Begründung. Objekt ist das physische und das symbolische Herz. Das aszetische Bemühen ist auf die Reinigung der Seele gerichtet, um so Zutritt zum heiligen Herzen zu erreichen. Eine ausgesprochene Pflege dieser Andacht finden wir in der Zeit von 1250 bis 1350 bei den deutschen und italienischen Ordensangehörigen. Einen Höhepunkt erlebt sie in Margareta von Cortona († 1297); ihre Herz-Jesu-Vision im Jahre 1291 ist inhaltlich die Vorwegnahme der späteren Herz-Jesu-Offenbarung, welcher Margareta Maria Alacoque gewürdigt wurde. Weil die Verehrung der Wunden und Schmerzen Christi und der gottmenschlichen Liebe als einziges Motiv der Menschwerdung und Erlösung klar im Vordergrund stehen, hat man die Heilige die Margareta Maria des Franziskanerordens genannt. In der folgenden Periode (1300—1700) vertieft Ubertus von Casale sich so sehr in die Herz-Jesu-Frömmigkeit, daß man ihn den Doctor Cordis Jesu nannte. Sein Gegenstand der Verehrung ist der Gottmensch Jesus Christus, in dessen Worten, Wundern und Leiden das Liebesgeheimnis unserer Erlösung wirkt. Das Herz Jesu ist Symbol der Liebe des Erlösers zu den Menschen, die weithin nicht gekannt oder undankbar aufgenommen wird. Zur Verehrung gehören Reinigung des Herzens, friedlicher Eintritt in die Ruhe, Huldigung, liebendes Mitleid und Sühne. Die Früchte sind Erlangung der Tugenden und Hilfe für die letzten Zeiten. In Spanien, Frankreich und Deutschland kommt es im 16. und 17. Jahrhundert zu Höhepunkten. Ein Herz-Jesu-Bild des beginnenden 17. Jahrhundert zeigt das von der Lanze geöffnete Herz Jesu von Dornen umwunden und vom Kreuz überragt in strahlenden Flammen.

(Lorenzo *di Fonzo* und Giovanni *Colasanti* OFM Conv., II, 99—137)

Der Weg zur öffentlichen Verehrung des Herzens Jesu in der Kirche

Die entscheidende Persönlichkeit auf dem Wege zur öffentlichen Herz-Jesu-Verehrung ist die schlichte und bescheidene Ordensfrau aus dem Orden der Heimsuchung *Margareta Maria Alacoque* (1647—1690). Ihre Bedeutung darf nicht überschätzt, aber auch nicht mißachtet werden. *Haurietis aquas* erklärt, daß ihre Privatoffenbarungen der katholischen Lehre nichts Neues hinzugefügt haben, aber die Überprüfung der außergewöhnlichen Ereignisse ihres Lebens hat dazu geführt, daß die Kirche ihre Herz-Jesu-Visionen für echt hält. In vier Erscheinungen von 1673 bis 1675 erhält sie den Auftrag Christi in dem Sinne, daß an die Stelle der persönlichen Herz-Jesu-Andacht eine universale und soziale treten soll. Gott will die Liebe der Menschen zu seiner Liebe wecken durch das Herz Jesu als Zeichen seiner göttlichen und menschlichen Heilsliebe. Margareta wird aufgefordert, das Herz Jesu zu lieben und mit ihm zu lieben, um so seine Reichtümer den Menschen auszuteilen (1. Ersch. 27. 12. 1673). Die materielle Seite des Gegenstandes der Herz-Jesu-Verehrung ist das leibliche Herz Jesu, die geistige Seite ist die Liebe Christi. Ihr Symbol ist das leibliche Herz. Die Liebe Christi ist die verzeihende und sühnende Liebe. Das Bild dafür ist das durchbohrte Herz (2. Ersch. an einem Herz-Jesu-Freitag 1674). Christus zeigt seine Wunden und fordert Sühne für die Sünden der Menschen. Besondere Mittel dazu sind die häufige Kommunion, die Sühnekommunion am ersten Freitag jeden Monats und die Heilige Stunde in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag (3. Ersch. 2. 7. 1674). Christus beklagt sich über den Undank der Menschen, besonders über die Sünden gegen die hl. Eucharistie und über die Sünden der ihm geweihten Personen. Er fordert Sühne in Sühneanbetung und die Feier eines eigenen Herz-Jesu-Festes mit Ehrenabbitte (4. „große" Ersch., Fronleichnamsoktav 1675). Hier ist die stille Quelle aller Bewegungskraft des ganzen Lebens Margareta Marias und ihres Apostolates. Wenn wir aus apologetischen Gründen den Stellenwert der Heiligen von Paray-le-Monial nicht verkleinern dürfen, so müssen wir doch anerkennen, daß die Verkündigung der Gottesliebe nicht neu, aber wohl das Herz als öffentliches Zeichen dieser Liebe neu ist. Unter diesem Zeichen sind wir zur Weihe und Sühneleistung aus Liebe aufgerufen.

(Giovanni N. *Zoré* SJ, II, 191—231)

Der *Jesuiten*orden betrachtet es als „Auftrag Jesu Christi, die Verehrung des göttlichen Herzens Jesu zu pflegen, zu fördern und auszubreiten". Der Orden versteht das nicht im Sinne eines Monopolrechts, sieht aber darin eine wesentliche Ordensaufgabe, so daß wir sagen dürfen, daß die persönliche Herz-Jesu-Frömmigkeit, der Einsatz für die kirchliche Anerkennung, die theologische Erhellung und die seelsorgerliche Auswertung in ihm nicht bloß Heimatrecht haben. Bereits in der Logik der Exerzitien des hl. Ignatius bestimmen die Christozentrik, die liebesstarke Gemeinschaft mit Christus und die Vereinigung des Herzens mit Christus das Fundament der Geisteshaltung. Der ausdrücklichste Zeuge für die persönliche Herz-Jesu-Mystik vor Margareta Maria ist der hl. Petrus Canisius (1521 bis 1597), der durch die Kölner Kartäuser und die Gebete der hl. Mechtild diese Andacht lieben lernte und am Tage seiner feierlichen Ordensprofeß eine Herz-Jesu-Ekstase erlebte, in der er Friede, Liebe und Beharrlichkeit erbat. Im 17. Jahrhundert haben sich mehrere Jesuiten in Frankreich im Sinne Bérulles mit der Herz-Jesu-Verehrung befaßt und aufschlußreiche Schriften hinterlassen. Der größere Einsatz ist mit den Namen P. Claudius de la Colombière, P. Croiset und P. Galliffet verbunden. Sie und eine größere Anzahl Ordensmitglieder haben sich im Sinne von Paray-le-Monial vor die Aufgabe gestellt gesehen, die Organisation des äußeren Kultes der Herz-Jesu-Verehrung voranzutreiben, sie zum Allgemeingut des christlichen Volkes zu machen und sie theologisch zu rechtfertigen. Sie sind die Vorkämpfer um die kirchliche Anerkennung geworden. Anfänglich stand die Ordensleitung ihnen abwartend, wenn nicht negativ gegenüber. Die Geschichte aber zeigt den Erfolg. Das Bemühen um die Berechtigung der Verehrung, der Kampf gegen den Jansenismus, die Apostolatsarbeit in Europa und den Missionsländern, schließlich die Erhaltung eines Restes des Ordens in der Unterdrückung und der neue Aufstieg machen die Ordensgeschichte zu einem großen Teil zur Geschichte der Herz-Jesu-Verehrung im Orden. Diese Tradition hat sich erhalten und ist lebendig wie je.

(Joseph *Schaack* SJ, II, 142—187)

Ein klärendes Kapitel in der Geschichte der Herz-Jesu-Verehrung ist die Vorgeschichte der Konstitution *Auctorem fidei* Pius' VI. vom Jahre 1794, in der u. a. die Vorwürfe der jansenistischen Synode von Pistoia gegen diese Verehrung zurück-

gewiesen wurden. Die Jansenisten kämpften gegen die Herz-Jesu-Verehrung, weil sie den allgemeinen Heilswillen Gottes leugneten und einen Sakramentsrigorismus vertraten. Die Kampfstellung gegen die Jesuiten kam hinzu. Sie erklärten aber nicht jede Herz-Jesu-Verehrung für häretisch. In Port-Royal kannte man das Herz Jesu als Symbol der Liebe Christi und verehrte es, wenngleich die Seitenwunde Christi als besseres Symbol betrachtet wurde. Die Seitenwunde sei die Wunde der Liebe, die eine Todeswunde ist. Sie zeige den beschränkten Heilswillen und die Härte des Opfers. Das verwundete Heilandsherz fordere Reserviertheit und flöße Schrecken ein. In Italien polemisierte man besonders gegen die „Hysterikerin" und „Visionärin" von Paray und gegen die Verteidiger der neuen „Irrlehre" und des „Götzendienstes". Letzteres nahm man an, weil man den kirchlichen Theologen einen Nestorianismus unterschob, der eine Doppelanbetung zur Folge hat. Das war für die Kirche Anlaß genug, um mit Berufung auf alte Konzilien das hypostatisch unierte Herz Jesu Christi und die Symbolstellung des leiblichen Herzens zu betonen und die entsprechenden Lehren zu approbieren. Damit aber war eine kirchliche Stellungnahme zur Herz-Jesu-Verehrung erfolgt, deren Wert über die Anerkennung von Bruderschaften, die vorher schon sehr großzügig erfolgt war, und über die Bewilligung des Bittgesuchs der polnischen Bischöfte um die Genehmigung des Festes (1765) hinausgeht.

(Benevenuto *Matteucci*, II, 235—261)

Das Aufblühen der kirchlichen Herz-Jesu-Verehrung

Im Jahre 1765 hatte das Bittgesuch der polnischen Bischöfe um die Genehmigung der Feier des Herz-Jesu-Festes Erfolg; 1856 wurde das Herz-Jesu-Fest als öffentliches und allgemeines Kirchenfest vorgeschrieben; 1899 nahm Papst Leo XIII. die Weltweihe vor; 1928 erfuhr das Herz-Jesu-Fest eine Rangerhöhung; 1956 kam die bisher letzte kirchliche Klärung. Was in den letzten 200 Jahren geschehen ist, ist so reich, daß unser Kommentarwerk ihm eigentlich nur noch erweiterte Übersichtstabellen widmen kann, obwohl speziell in den Herz-Jesu-Kongregationen das praktische und theologische Interesse äußerst lebendig ist und sich kontemplativ und apostolisch stark auswirkt.

Nur drei besondere Erscheinungen haben eine Erwähnung erfahren dürfen. Der *christliche Orient* kam bereits in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit der abendländischen Herz-Jesu-Verehrung in Berührung. Im nahen Osten wurden schon damals Bruderschaften gegründet (Antura 1725; Damaskus 1731; Aleppo 1731; Konstantinopel 1735). Herz-Jesu-Bücher wurden ins Arabische übersetzt. Selbst in den abendländischen Kampf wurden sie hineingezogen. Ähnliches gilt für den *slawischen Osten*. Polen wird im 18. Jahrhundert erfaßt, Weißrußland und die baltischen Länder folgten. Der katholische Osten nahm die Herz-Jesu-Verehrung an, der schismatische nicht. Das hat die Frage aufgeworfen, ob die Herz-Jesu-Frömmigkeit für die östliche Mentalität und Spiritualität ein Fremdkörper sei. Eine Überprüfung hat ergeben, daß sich zwar aus der Mentalität der Orientalen eine grundsätzliche Ablehnung der Elemente der Herz-Jesu-Verehrung nicht folgern lasse, dagegen aus der besonders gelagerten religiösen Spiritualität sich eine Zurückhaltung oder sogar Abweisung des Herzens Jesu als Symbol, des Sühnegedankens und mehrerer Erscheinungsbilder nahelege. Das bevorzugte Symbol der Erlöserliebe des Ostens ist der Heiland, der spricht: „Kommt alle zu mir ...", dann das Kreuz oder die Seitenwunde Christi. Die Sühne hat im Osten leicht den Beigeschmack der Selbstgerechtigkeit.

(Mauricio *Gordillo* SJ, II, 265—290)

Die zweite Erscheinung ist die Gründung zahlreicher klösterlicher *Genossenschaften*, die den Namen des Herzens Jesu tragen. Ihre Mitglieder haben sich der unendlichen Liebe des Herzens Jesu geweiht. Ihr Leben nach den evangelischen Räten trägt die Note der Hingabe aus Liebe, bei vielen herrscht der Sühnegedanke vor. Ihr Apostolat steht unter der Leitidee des Herzens Jesu. Unter den Ursprungsländern steht Frankreich für die Priesterkongregationen an der Spitze, während Italien das bevorzugte Land der weiblichen Genossenschaften ist. Insgesamt sind es 111 Kongregationen päpstlichen Rechtes mit 61 050 Mitgliedern. Eine vollständige Liste der Kongregationen bischöflichen Rechts liegt bis heute nicht vor (der Verfasser kann aber 84 aufzählen). Seit 1947 sind sechs Säkularinstitute entstanden, die sich auch im Namen zum Herzen Jesu bekennen, ein Zeichen dafür, daß der Herz-Jesu-Gedanke auch heute noch Anziehungskraft hat.

(Émile *Bergh* SJ, II, 459—494)

Die *Herz-Jesu-Literatur* vom 17. Jahrhundert bis heute ist so umfangreich, daß sie eigens unter literaturgeschichtlichem Gesichtspunkt gewertet werden kann. Eine sehr knappe Charakteristik der Hauptwerke und eine abgemessene Auswahl von Titeln füllen die Seiten 501 bis 638 des II. Bandes.

(Roberto *Tucci* SJ)

IV

Die theologische Reflexion über den Gegenstand der Herz-Jesu-Verehrung

Die spekulative Theologie hat sich dem Wesen und den Beziehungen der Herz-Jesu-Verehrung zugewandt. Sie will die inneren Gründe und die Zusammenhänge mit den christlichen Grundwahrheiten erhellen und damit die Tiefen- und Weitendimension sichtbar machen, die dem Gegenstand der Verehrung zukommt. Dazu bringt das Kommentarwerk sieben Beiträge.

Die Theologie des Symbols

Haurietis aquas verwendet das Wort „Symbol" und die damit verwandten Wörter wie index, imago usw. häufig, sagt aber nichts über den Symbolbegriff. Im allgemeinen kann man in der Enzyklika damit auskommen, daß man die Wörter synonym nimmt, wie Filograssi es tut, und unter natürlichem Symbol „ein sich spontan und wie von selbst dem Menschen aufdrängendes Symbol versteht" (K. Rahner). Das aber befriedigt nicht, weil man damit nicht auskommt, wenn man nach den Zusammenhängen fragt. Karl Rahner entwickelt daher eine Theologie des Symbols, die ein gutes Stück weiter führt und zu einem Ergebnis kommt, in dem die innere Einheit von Herz und Liebe als *ein* Objekt der Verehrung erkannt wird. Stark vereinfacht erscheint folgende Linie. „Die Ontologie der Symbolwirklichkeit" ergibt, daß „das Seiende von sich selbst her notwendig symbolisch ist, weil es sich selbst ‚ausdrückt', um sein eigenes Wesen zu finden." Umgekehrt heißt das: „Das eigentliche Symbol (Realsymbol) ist der zur Wesenskonstitution gehörende Selbstvollzug eines Seienden im andern." Das Realsymbol ist also wesentlich von der „bloß zeichenhaften Verweisungsfunktion" eines Gegenstandes zu unterscheiden. „Die Theologie der Symbolwirklichkeit" wendet die ontologische Erkenntnis an und kommt in der Trinitätslehre zu der Formulierung: „Der Vater ist er selbst, indem er das ihm wesensgleiche Abbild als den Anderen von sich selbst sich gegenüberstellt und so sich selbst hat." In der christologischen Aussage führt dieselbe Überlegung zu dem Satz: „Der menschgewordene Logos ist das absolute Symbol Gottes in der Welt, das unüberbietbar mit dem Symbolisierten erfüllt ist." Und weiter: „Der Logos als Sohn des Vaters in seiner Menschheit ist das offenbarende und damit geoffenbarte Symbol, in dem der Vater sich im Sohn der Welt sagt." Die Anwendung auf die Kirche, die Sakramente und die Kultbilder bringt ähnliche Resultate. Die theologische Anthropologie erkennt auf demselben Weg, wenn sie von dem Grundsatz ausgeht, daß die Seele Form des Leibes ist, daß der Leib insofern Symbol der Seele ist, als die Seele sich in ihm selbst vollzieht, in dem von ihr verschiedenen Leib anwesend ist und in Erscheinung tritt. Was vom ganzen Leibe gilt, gilt auch ähnlich von den Teilen des Leibes, weil diese das Ganze in sich fassen. Ihre Symbolfunktion will unter einer be-

sonderen Rücksicht das Ganze ausdrücken. Hierbei gibt es selbstverständlich Unterschiede, je nach der Bedeutung der Teile. Die Anwendung auf die Herz-Jesu-Theologie schließt zunächst den rein äußerlichen Bezug von Symbol und Symbolisiertem aus. Die ältere Herz-Jesu-Theologie hat wegen ihrer falschen Bezugsetzung die Einheit des Objektes nicht sinnvoll erkennen können und hätte daher das leibliche Herz Jesu am liebsten ausgeschieden. Die beiden Formeln, der Gegenstand der Herz-Jesu-Verehrung sei „das leibliche Herz, weil Symbol der Liebe Christi" oder „die Liebe Christi werde unter dem Symbol des Herzens verehrt", können bei rein äußerlichem Symbolverständnis nicht der Trennung des Gegenstandes entgehen. Sie werden deshalb auch mit den Aussagen von *Haurietis aquas* nicht fertig. Wendet man dagegen den Begriff des Realsymbols an, wie es die ontologische Betrachtung ergeben hat, so ist die Einheit gewahrt: „Die Personmitte vollzieht sich in die Leiblichkeit hinein und drückt sich in ihr aus." Das Herz ist ein Moment im Ganzen des Symbols und Symbol des Ganzen unter einer besonderen Rücksicht. Im Gegensatz zum „Vertretungssymbol" ist das „Realsymbol" mit dem Symbolisierten real geeint. Die Wirklichkeit der Liebe Christi und ihre Erscheinung im leiblichen Herzen sind unvermischt und ungetrennt da.

(Karl *Rahner* SJ, I, 463—515)

Das theologisch-psychologische Menschenbild Christi

Der Entwurf einer Psychologie der Person Jesu Christi durch Carlo Colombo betrachtet die Menschheit Jesu, die, nach neutestamentlichen Berichten unserer Natur im Wesen gleich, aber nach der Lehre von den Erkenntnisarten weit über uns steht. Das Besondere daran ist, daß Christus durch seine menschliche Seele darum weiß, daß er als Person der menschgewordene Gottessohn ist und er die Lebensaufgabe hat, den Menschen die Liebe des Vaters zu offenbaren und sie zur Liebe des Vaters zu führen. Dem Wissen entspricht die Liebe. Der Mensch Jesus Christus steht in Kindeshaltung vor dem Vater und äußert diese Haltung in Akten willentlicher und affektiver Liebe, insbesondere bejaht er seinen Sendungsauftrag. Die Liebe zu den Menschen ist willentliche Nachahmung der Liebe des Vaters zu uns, weil er den Vater liebt. Ziel dieser Liebe ist es, die Menschen zur Liebe des Vaters und zur Nachahmung der Liebe des Vaters zu bewegen. Theologisch weiter denkend, erkennen wir die dreifache Liebe der Person Christi. Die Person als Logos empfängt die göttliche Liebe vom Vater zugleich mit dem Empfang des eigenen Personseins; die übernatürliche menschliche Willensliebe hat sie im ersten Augenblick der Inkarnation mit der menschlichen Natur empfangen; die sensitiv-affektive Liebe aber wird geweckt durch die Erfahrungen mit den erbarmenswerten Sündern. Letztere wird genährt und geleitet von der übernatürlichen Willensliebe und ist ihr affektiver Reflex.

(Carlo *Colombo*, I, 309—345)

Die Verehrung der trinitarischen Gottesliebe

Luigi Ciappi sieht klar, daß die Herz-Jesu-Verehrung die trinitarische Liebe Gottes nicht allein als Ursprungsliebe unserer Erlösung meint, die sich im Herzen Jesu ein Symbol geschaffen hat, sondern das die ungeschaffene Liebe Jesu Christi in sich ihr Sinnbild im Herzen Jesu hat: die göttliche Liebe des menschgewordenen Gottes ist die eine Liebe der drei göttlichen Personen. Darum findet auf sie die Lehre von den innergöttlichen Relationen Anwendung. Wendet man weiter die Lehre des hl. Thomas vom Sinnbildcharakter der sakramentalen Zeichen auf das Herz Jesu an, so ergibt sich: Das Herz Jesu ist Erinnerungszeichen an die schenkende unendliche göttliche Liebe, die als Wirkursache den Menschen nach Gottes Bild erschaffen hat und ihm alle Gnade und Glorie verleiht. Das Herz Jesu ist hinweisendes Zeichen, insofern die gottmenschliche Liebe Christi Verdienstursache und werkzeugliche Wirkursache unseres Heiles ist. Die von Christus verdienten Heilsmittel (Eucharistie, Maria, Priestertum, Kirche, Sakramente, Gaben des Heiligen Geistes) dienen unserer Vereinigung mit der Liebe der Personen in übernatürlichem Erkennen und Lieben und im geheimnisvollen Wohnen der Dreifaltigkeit in uns. Das Herz Jesu ist in die Zukunft weisendes Zeichen der gerechten und erbarmenden göttlichen Liebe, welche unsere vollendete Gottverbindung im unmittelbaren Schauen und Lieben der göttlichen Personen herstellt.
Diese Sicht liefert uns Gründe gegen die heutigen Einwände: Gegen die Behauptung, in der Herz-Jesu-Verehrung schwinde die gesunde theozentrische Frömmigkeit, steht danach fest, daß gerade die Fundamentaldogmen von der Trinität und von der Person des Wortes Gottes zu ihrem Recht kommen. Gegen den Vorwurf, die Herz-Jesu-Verehrung habe durch eine falsche Perspektive die innergöttlichen Ausgänge verkehrt und die menschliche Natur Christi allein zum Ziel der Verehrung gemacht, was der Mittlerschaft des Menschen Christus entgegenstehe, ist zu sagen: Betrachtet man das Herz Jesu als Symbol und Bild, dann hat es eine Beziehung zur innergöttlichen Liebe; ist es aber selbst materieller Gegenstand der Verehrung, dann gebührt ihm wegen der hypostatischen Union absoluter Kult. Außerdem ist das Wort „Herz Jesu" oft genug nur Bezeichnung der Person, sofern sie unter dem Gesichtspunkt der ewigen Liebe gesehen wird. Auch das besteht zu Recht, denn der Logos ist innertrinitarisch das Wort, das die Liebe haucht. Sein menschliches Herz ist dafür ein geeignetes Bild. Mittler aber ist die ganze Menschheit Christi, insofern sie für uns eine Handreichung ist, um zur unsichtbaren Liebe aufzusteigen. So führen alle Überlegungen, auch die über die Weltweihe an das Herz Jesu, zum Zentralgeheimnis des Christentums. Der Jesus Christus der Herz-Jesu-Verehrung ist als Bild und Abglanz des Vaters der Weg, auf dem wir zur Liebe des Herzens Gottes kommen.

(Luigi *Ciappi* OP, I, 117—147)

Die dreifache Liebe Christi und der Heilige Geist

H. M. Diepen fragt danach, in welchem Sinn ein inniges Band zwischen dem Herzen Jesu und dem Heiligen Geist bestehe. Die Antwort wird aus seiner Auffassung in der Gegenwartssituation der trinitarisch-christologischen Diskussion gegeben. Drei Thesen haben für uns eine allgemeine Bedeutung: 1. Der Heilige Geist ist der immanente Terminus der ungeschaffenen Liebe Jesu Christi; 2. der Heilige Geist ist im Sinne der Zueignung das Prinzip der geschaffenen Liebe Jesu und seines Herzens; 3. der Heilige Geist ist die Gabe der ungeschaffenen wie der geschaffenen Liebe Christi. Die beiden ersten Thesen bedürfen keiner Erläuterung. Die letztere ist so zu verstehen: Der Heilige Geist ist Gabe der ungeschaffenen Liebe

Christi, weil er ewig aus der Liebe des Vaters und aus der Liebe des Sohnes hervorgeht als aus der Liebe der Wahrheit. Aus der Liebe der Wahrheit heißt es, weil der Sohn das Wort der Erkenntnis des Vaters ist. Daraus aber folgt weiter, daß die Liebe der Wahrheit in Vater und Sohn das Prinzip der zeitlichen Sendung des Geistes ist. Die menschliche Liebe des Sohnes schenkt uns den Heiligen Geist in dem Sinn, daß Christus durch diese Liebe das Leben der Kirche verdiente, insbesondere die Aussendung des Heiligen Geistes. Die verherrlichte Menschheit Christi sendet den Heiligen Geist, weil sie das Instrument der Heilsgnaden geworden ist. In diesem Instrumente besteht vollendete Harmonie der menschlichen Liebe und des physischen Herzschlags mit der göttlichen Liebe. Darum ist der Heilige Geist die Gabe der dreifachen Liebe Christi, oder mit einem Wort: die Gabe des heiligen Herzens.

(Herman Michael *Diepen* OSB, I, 151—189)

Das Herz Jesu und die Kirche

Das Verhältnis zwischen dem Herzen Jesu und der Kirche wird unter zweifachem Gesichtspunkt behandelt. J. Lécuyer stellt die Frage nach dem Verhältnis der Liebe Christi zur Kirche auf Grund der biblischen Wahrheiten und ihrer theologischen Konsequenzen. In der Kirche als Heilsgemeinschaft des mystischen Leibes Christi liebt Gott sein Volk. Diese Liebe schließt alle Liebesbeziehungen ein: den ewigen Liebesplan Gottes, die Verwirklichung desselben in Jesus Christus und die Ausweitung im Apostolat der Jünger Jesu. Ursprung ist die ewige Liebe, aber sie wirkt auch in Gottes menschlicher Liebe, weil diese die Liebe der zweiten göttlichen Person ist. Wenn es auch schwer sein mag, in den Einzeltaten Jesu die göttliche und die menschliche Liebe konkret zu unterscheiden, so gibt es doch offenkundige Akte Christi, wie das Beten und Opfern, die seinen menschlichen Willen zur Voraussetzung haben. Die Bedeutung dieser Heilsakte erkennen wir aus den biblischen Stellen, die von dem einen Haupte, dem Bräutigam, Mittler und Hirten sprechen. Wie auf Erden bei der geistigen Liebe des menschlichen Willens Christi auch die sensitive aufklang, so muß dasselbe auch konsequenterweise vom verklärten Christus gelten, dessen Leib ein wahrer Leib mit den Fähigkeiten ist, die zum Leib gehören. Der in der Eucharistie gegenwärtige Christus ist ebenso der lebendige Christus mit der göttlichen und der menschlichen Liebe.

(Joseph *Lécuyer* CSSp, I, 194—240)

Nach S. Tromp ist das Brautverhältnis des Herzens Jesu zur Kirche Ausdruck einer Innigkeit, die so weit geht, daß Gregor d. Gr. Christus im Haupt den Bräutigam und im Leib die Braut nennen kann. Die Kirche ist die Gehilfin Christi in der Zuwendung der Erlösungsgnaden. Christus hat sie dazu vorgesehen, erschaffen und stufenweise ausgerüstet. Diese Liebesbeziehung gewinnt eine neue Seite in der Gemeinschaft der durch den Geist der Liebe verbundenen Gläubigen. Den Abschluß des Kreislaufs der Liebe wird die kommende Einheit von Haupt und Gliedern in der seligen Ewigkeit herstellen.

(Sebastian *Tromp* SJ, I, 243—267)

Die Verehrung des Herzens Mariens

Franz Lackner hat die Herz-Mariä-Verehrung neu durchdacht, indem er im Anschluß an *Haurietis aquas* die Frage beantwortet, welche Stellung das Herz Mariens im Heilsplan und in der Heilsökonomie habe. Er konnte dabei die Studien der letzten Jahrzehnte benutzen, die der Alma socia Salvatoris gewidmet sind. Nach einer geschichtlichen Erörterung wird der Begriff „Herz Mariä" bestimmt als leibliches Herz, das Symbol ihrer zweifachen Liebe ist. Weil aber die Liebe der Grundaffekt der Seele ist, ist sie auch Prinzip des inneren Lebens. Im besonderen aber versinnbildet das Herz Mariens die Liebe Gottes, die Maria annehmen und in der sie sich auswirken durfte. Nach patristischer und dogmatischer Erklärung ist Maria mit Jesus im göttlichen Heilsplan absolut prädestiniert. Ihre leibliche Gottesmutterschaft stellt Christus in die Menschheit hinein, ihre Jungfräulichkeit aber ist fruchtbare Jungfräulichkeit als Zustand bräutlicher Verbindung mit Christus. Ihre entscheidende Leistung in der Heilsökonomie besteht im jungfräulichen Glaubensgehorsam. Von hier aus will auch das Verhältnis „Eva—Maria—Kirche" der Vätertheologie gewertet werden, denn die Virginität Mariens drücke auch aus, daß ihre Beziehungen zu den göttlichen Personen gnadenhaft ausstrahlen. Die Anerkennung dieses Verhältnisses gipfelt in der Weihe an das Herz Mariens. Die Geschichte der Weihe zeigt Mariens Heiligkeit, ihre Gnadenmutterschaft und ihr Königtum. Diese Elemente erweisen die Berechtigung der Weihe. Durch göttlichen Heilsplan an die Seite Christi gestellt, durch eigene Leistung im Dienste des Erlösers wirksam geworden und geliebt von den Gläubigen, nimmt das Unbefleckte Herz Mariens unsere Weihe entgegen.

(Franz *Lackner* SJ, I, 723—780)

V

Die pastoraltheologische Betrachtung

Unter dieses Teilthema stellen wir die Fragen, mit denen die seelsorgliche Praxis zu tun hat, um die Gläubigen zum Herzen Jesu zu führen und ihnen seine Segnungen zu vermitteln. Dazu gehören die Aspekte, die sich aus dem inneren Sinn der Herz-Jesu-Verehrung ergeben und von der Zeitsituation nahegelegt werden. Ein besonderes Augenmerk verdient dabei die Theologie der Verehrungsformen.

Die pastoralen Aufgaben und Ziele

Die selbstverständliche pastorale Frage lautet: Wie soll die Herz-Jesu-Verehrung in der Seelsorge gefördert werden, damit sie zur vollen Auswirkung kommt? *Haurietis aquas* enthält vier Gruppen von Hinweisen.

Die Herz-Jesu-Verehrung ist ein bedeutendes, ja außergewöhnliches Mittel, um die Früchte der Erlöserliebe Christi zu erlangen. Der Seelsorger soll über das Ungewöhnliche, Große und Tiefe dieser Frömmigkeitsform eindringlich lehren, allerdings ohne zu übertreiben. Die zentrale Bedeutung des Geheimnisses der Liebe wird aus der außergewöhnlichen Entstehung der Herz-Jesu-Andacht und aus der besonderen Art, wie der Herz-Jesu-Kult Eingang und Verbreitung in der Kirche fand, erkannt.

In der Glaubensverkündigung darf eine grundsätzliche Belehrung über das Wesen, die Begründung und die Grundformen der Herz-Jesu-Verehrung nicht fehlen. Für die Begründung sind allein die Glaubensquellen heranzuziehen. Ein geschlossenes Schema gibt die Themenfolge: Der Kult der göttlichen Liebe ist verpflichtend;

die Kirche empfiehlt diesen Kult unter dem Zeichen des Herzens Jesu; das Herz Jesu ist ein Zeichen für die Liebe Gottes, weil es ihr hypostatisch uniert ist und allgemein als Zeichen der Liebe aufgefaßt wird; die Geschichte der Frömmigkeitsformen zeigt uns den Werdegang der Verehrung der Erlöserliebe Christi von der Verehrung der Seitenwunde bis zur Verehrung des geöffneten Herzens. Die Gedanken dazu ergeben sich zwanglos aus der Schrift, der Geschichte und der kirchlichen Lehrvorlage über das Grundgeheimnis des christlichen Lebens, das die Liebe Gottes und Christi ist.

Die sinngemäße Pflege der Herz-Jesu-Verehrung entspricht dem Wesen unserer Religion. Sie wendet sich an den Geist und an die Gesinnung. Der beherrschende Gedanke darf nicht die äußere Form sein, sicher nicht allein der erwartete eigene Nutzen. Wir geben Antwort auf die Liebe Gottes zu uns. Dementsprechend sind die bestehenden Formen zu verinnerlichen; die Lebensführung ist zu vervollkommnen; das Gebet um Gnade und Erbarmen in den seelischen Nöten unserer Zeit ist besonders zu fördern.

Der Einbau der Herz-Jesu-Verehrung in das Ganze der Seelsorge muß vom letzten Ziel und von der höchsten Aufgabe der Seelsorge her geschehen. Und das ist die Verwirklichung und Vollendung der Lebensgemeinschaft mit Gott. Die Herz-Jesu-Verehrung enthält den Willen zu allen religiösen Wahrheiten und sittlichen Pflichten. Sie will das ganze Leben mit dem Geist der Liebe durchdringen. Dieser Kerngedanke muß in der Glaubensverbreitung, in den christlich sozialen Bemühungen und in allen Frömmigkeitsübungen lebendig sein. Die besonderen Durchführungsmittel sind die Weihe und die Sühne. Werden sie (Einzelweihe, Familienweihe, Gemeinschaftsweihe, Weltweihe; Herz-Jesu-Fest; Sühnekommunion, Haltung des ersten Freitags) ernst genommen, dann bestimmen sie das Leben. In der Liturgie (Eucharistie) werden Weihe und Sühne in ein Gott dem Vater dargebrachtes Opfer verwandelt. Im Apostolat wirkt sich das Drängen der Liebe Gottes als tätige Nächstenliebe mit dem Ziel liebender Einheit mit Christus und untereinander aus. Ein besonderes Mittel dürfen wir in den Herz-Jesu-Vereinigungen und Gruppen erkennen. Einige von ihnen fordern besondere religiöse Übungen, andere wollen den Geist der Liebe in allen Werken betätigen, und wieder andere nehmen in sozialen und lokalen Berufsgemeinschaften die Werke der caritativen Fürsorge auf sich.

(Friedrich *Schwendimann* SJ, II, 421—455)

In der Kulturkrise der Gegenwart

Die Kritik der Herz-Jesu-Verehrung trifft ihre Erscheinungsformen, nicht die Herz-Jesu-Frömmigkeit selbst. Das gilt auch in der heutigen Kulturkrise. Das Zeichen unserer jetzigen Krise ist die Spaltung, die mit der Spaltung zusammengedacht werden sollte, die Nestorius in der Gestalt Jesu Christi sehen wollte. Diese „nestorianische Spaltung" zwischen dem Gottmenschen und der Welt begann in der Politik und Kultur des Westens etwa zwischen 1250 und 1350. Gegen diesen Beginn verkündete Gott damals die Einheit in der Liebe des Herzens Jesu. In der Aufklärung brach das Menschliche und Göttliche auseinander. Damals drang der göttliche Liebesruf über die Mauern der Klöster und Kirchen hinaus in die Weite der Welt. Heute hat die Spaltung alle lebendige Einheit zerrissen. Wo ist Hilfe? Nur in der einigenden Kraft der Liebe.

Die Symptome unserer heutigen Krisis liegen in der Spaltung des reinen Verstandes vom Lebensganzen, in der übertriebenen Pflege des Irdischen und in der Unterordnung des Menschen unter die „metallisch gewordene Lebensatmosphäre". Die Auswirkungen auf Religion und Kirche zeigen sich in der Weltzugewandtheit, die vielfach Weltverfallenheit in Arbeit ohne Gebet wurde, oder aber im erschlaffenden Glauben der Guten, die die Gefahr nicht sehen, daß liturgische Bewegungen und mystische Versenkungen auch zum Quietismus führen können. Das „Es ist vollbracht" des Herzens Jesu aber fordert aktive Leistung und apostolischen Einsatz zur Welterlösung.

Die Überwindung der Trennung der Welt von Gott kann nur erfolgen, wenn Gottes Liebe uns die Kraft gibt, das Spaltende und Trennende zu überwinden.

Die vorstehenden Gedanken werden im Lichte der päpstlichen Rundschreiben unter guter Verwertung der kulturphilosophischen Schriften zu einer Geschichtstheologie ausgebaut, welche den Sieg des Guten auf dem Wege der Liebe kommen sieht. Das Bild des Herzens Jesu zeigt die Wunde, durch die wir geheilt, das Tor, das uns Asylrecht gewährt, und die flammende Sonne zum Zeichen des Triumphs des Lichtes über die Finsternis.

(Rudolf *Graber*, II, 375—417)

Der Geist der Herz-Jesu-Verehrung und die Kritik unserer Jugend

In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hat der Geist der Herz-Jesu-Verehrung das christliche Leben in Frankreich nach drei Seiten befruchtet. An erster Stelle bricht die apostolische Dynamik durch, um das Reich des Herzens Jesu auszubreiten. Es kommt zur volksmissionarischen Erneuerung, die Heidenmission blüht auf, die Erziehertätigkeit der Kirche beschreitet neue Wege. Die neu entstehenden Herz-Jesu-Kongregationen, der wiedererstandene Jesuitenorden und zahlreiche fromme Vereinigungen zeigen, daß der Apostolatsgeist Herz-Jesu-Geist ist. An zweiter Stelle steht der Geist der Buße und Sühne, der seit der Zeit der Offenbarungen in Paray besonders betont wurde. Das verwundete Herz Jesu zeigt realistisch die persönliche Dimension der Sünde als Beleidigung Gottes; es führt zur Erkenntnis der sozialen Dimension als Unrecht und Angriff auf den geheimnisvollen Leib Christi. Die persönliche Buße aus dem Motiv der Liebe erweitert sich zur sozialen Sühneleistung und wirkt sich aus im Entstehen neuer Kongregationen, deren Mitglieder sich zu gemeinschaftlichem Leben im Geiste der Sühne verpflichten. Klöster alter Orden ändern in dieser Sicht ihre Aufgabe. Die Anbetung des eucharistischen Heilandes, Weihe, Bitte um Erbarmen, Lebensbesserung usw. sollen die göttliche Liebe ehren, deren Mentor das Herz Jesu ist. An dritter Stelle steht eine vertiefte Sicht der Kirche. Das Herz Jesu als Symbol der Liebe läßt erkennen, aus welcher Liebe die Kirche geboren wurde und aus welcher sie lebt. Das verwundete Herz offenbart die Größe der Liebe Christi und lehrt, daß aller Fortschritt der Kirche in dem Opfer liegt, das der Bräutigam durch das Opfer der Braut Gott darbringt.

Die heutige Jugend (Frankreichs) übt Kritik an der Herz-Jesu-Verehrung wegen ihrer nicht angemessenen Respräsentation in Bildern und Andachtsübungen. Insbesondere wird der Sühnegedanke abgewiesen, weil er zu sentimental sei, ein falsches Schmerzempfinden des ver-

klärten Christus vortäusche, Schuldkomplexe hervorrufe und sich zu sehr von der Bibel und der Liturgie entferne. Dieser Kritik liegt ein oberflächlicher Sündenbegriff zugrunde, dessen Ursache Unkenntnis und äußere Aktivität sind. Ernstes Mitarbeiten am Werk der Erlösung dagegen macht den schmerzlichen Kontrast zwischen dem, was Christus für uns tat, und dem, was wir für ihn tun, klar. Aber die Jugend fühlt das Übel sehr lebendig, zumal da sie aus Unkenntnis nicht in der Lage ist, ihm richtig zu begegnen. Hier hilft die biblische Begründung, die klare Sicht der Sünde und die aufrichtige Annahme des Erbarmens Gottes.

(Henri *Holstein* SJ, II, 293—340)

Die Weihe an das Herz Jesu

Manche Übungen der Herz-Jesu-Verehrung werden innerliche Belastungen, wie die Kritik sagt. Sie verlangen ein besonderes Wort.

Die Weihe an das Herz Jesu war lange Zeit, bis reflektierende Fragen einsetzten, eine der großen Selbstverständlichkeiten des religiösen Lebens. Ähnlich wie die Liebe der Kinder zu ihren Eltern nicht in Frage gestellt wird, so wurde in der Herz-Jesu-Verehrung der ersten Warum-Frage die spontane Antwort gegeben: Das bedarf keiner Begründung! Diese Haltung spiegelt noch ein Stück der Einfachheit Gottes und der einfachen Bedeutung des Wortes „Herz" wider. Die Weihe in diesem Sinn ist im Grunde die kindliche Antwort auf die Einladung Christi: „Kommt alle zu mir, die ihr Mühsal habt und Krankheit tragt; ich will euch erquicken." Christus hat das Mitleid und die Macht, uns zu helfen. Darum kommen wir mit aller Last und aller Sorge zu ihm. Wir wenden uns an seine Person, sein Herz, seine Liebe, immer aber an denselben Heiland. So steht es in mehreren Gebeten des Mittelalters.

Die ersten Bilder des durchbohrten Herzens Jesu, geschmückt mit Erlösungssymbolen, finden sich in England. Aus der Zeit von 1400 bis 1661 sind mehr als vierzig bekannt. Eine Kritik gerade in der anglikanischen Kirche gegen die katholische Herz-Jesu-Verehrung aus theologischen Erwägungen, geschichtlichen Überlegungen und biblischen Erkenntnissen veranlaßt eine Erwiderung, die auf diese Gründe eingeht. Positiv ist zu sagen: Die theologische Begründung der Weihe an das Herz Jesu muß davon ausgehen, daß Christus Gott, die Weihe an das Herz Jesu daher eine Weihe an Gott ist. Die christliche Frömmigkeit zeigt sich damit in der Weihe theozentrisch und christozentrisch in einem, weil das Herz Jesu das Herz Gottes und das Herz des Erlösers in einem ist. Der Erlöser starb vor rund 2000 Jahren, weil auch ich sein Herz durch Sünden verwundet habe. Die Tatsache, daß der historische Christus damals meine Sünden gekannt hat, hat solide biblische Grundlagen in den Texten, die von seiner Herzenskenntnis und seinem Sühnetod für alle einzelnen Menschen sprechen. An dieser Kenntnis nimmt die menschliche Seele Christi teil. Die Weihe an das Herz Jesu rechnet wirklich mit der Selbsthingabe des Sohnes an den Vater. Diese Selbsthingabe drückt auf menschliche Weise die Liebe der göttlichen Person aus, die wesentlich Selbsthingabe und Selbstmitteilung ist. Christus vollzieht die Hingabe als Mensch und als Vertreter aller Menschen, um dadurch seine und unsere Gottbeziehung auszudrücken. Seine Absicht dabei ist nicht bloß, daß er sich für die Menschen hingibt, sondern auch daß die Menschen sich mit ihm hingeben. Die Eingliederung in Christus fordert auch die willentliche Teilnahme an seiner Aufgabe. Christus reicht sich und uns dem Vater. So ist die Selbstweihe Christi das Vorbild für unsere Weihe an Christus, in der wir anerkennen, daß das Opfer des Erlösers uns einschließt. In der speziellen Herz-Jesu-Weihe wird also expliziert, was bereits in der Taufe geschehen ist und im eucharistischen Opfer ständig neu geschieht. Damit aber wird einsichtig, daß die Weihe allen Forderungen christlicher Frömmigkeit entspricht.

(Bernard *Leeming* SJ, I, 598—655)

Die Sühneleistung

Die Sühne in der Herz-Jesu-Verehrung soll die Weihe einleiten und wiederum aus ihr folgen. Als Sühne für die Beleidigungen, die das Herz Jesu verwunden, soll sie nicht bloß im stillen Kämmerlein des Herzens bleiben, sondern wir sollen sie auch so leben, daß wir Christus in seinen Brüdern suchen und dadurch zum Aufbau des sozialen Königtums Christi beitragen. So Pius XI. Zum Verständnis der Lehre sind mehrere Überlegungen notwendig.

Sühne als Wiedergutmachung will gestörte Dinge und Ordnungen wieder in Ordnung bringen, ihnen ihren früheren Bestand wiedergeben, ihnen zu ihrer rechten Funktion wiederverhelfen. Sühne als Ausgleich will vollwertigen Ersatz leisten. Bei Verletzung geistiger Güter ist das oft sehr schwer, vielfach sogar unmöglich. In solchen Fällen erkennt das Recht eine ungenügende Sühne an, wenn der Geschädigte erklärt, eine bestimmte Genugtuung genüge ihm. Die Hauptsache dabei ist die Großzügigkeit oder gar die Liebe des Geschädigten oder Beleidigten. Die Sühne für die Sünden muß mit den vielfältigen Dimensionen der Sünde rechnen. Die Sünde ist eine Beleidigung Gottes, ein Unrecht gegen Christus, eine Verwundung des mystischen Leibes Christi und eine Schädigung der Welt. Verfolgt man unter diesen Aspekten die Zusammenhänge von Sünde und Sühne im Alten Testament, im Neuen Testament, in der Urkirche, in der Theologie und Mystik des Mittelalters und in der Sicht der neueren Zeit, so erkennt man eine Entwicklung der menschlichen Erfassung, die uns heute erlaubt, die *Arten der Sühne* klarer zu sehen. Wenn wir mit der Schädigung der Welt beginnen, dann ergeben sich folgende Stufungen: Sünde als moralische Unordnung ist oft Empörung gegen die Gemeinschaft oder Verweigerung der Mitarbeit im familiären, sozialen, nationalen oder übernationalen Leben. Die fundamentale Unordnung geht von der Sünde Adams aus. Das Wort Gottes wurde Mensch, auch um die in die Welt gebrachte Unordnung zu beheben. Auch Unwissenheit, Leiden und Sterben haben durch den Sühnetod Christi ihren Sinn geändert und sind Sühnemittel geworden. Wenn unsere Sünden kollektive Auswirkungen haben, muß auch die Sühne kollektiven Charakter tragen. Auf der Ebene des Rechts ist damit das Eintreten für die christliche Sozialordnung, die Verwirklichung des sozialen Reiches Christi und die Regeneration der menschlichen Gesellschaft gemeint. Auf der Ebene der Liebe weitet sich das aus zur Sorge für das Allgemeinwohl, zur Liebe zu den Brüdern und zu Christus, der in jedem Bruder vor uns steht. Diese Sühne wendet sich gegen die Folgen der Sünde. In diesen Bereich fällt dementsprechend auch das Vorgehen gegen üble Gewohnheiten, Vorurteile und spontane ungute Neigungen.

In der Gnadengemeinschaft der Menschen mit Christus umfaßt die Gnade zuerst den ganzen mystischen Leib. Jede Sünde schafft in diesem Leib einen Schattenbereich, den nur das Leben und das Licht Christi wieder aufhellen kann. Wie das allen mitgeteilte Leben Christi nur in der Gemeinschaft und Zusammenarbeit aller als Ganzes wächst, muß dort auch die Buße einsetzen. Die persönliche übernatürliche Buße kommt der ganzen Kirche zugute.

Das Tiefste und Letzte in der Sünde ist die persönliche Dimension. Die Zurückweisung der Liebe Gottes (Beleidigung, Undank usw.) wendet sich gegen Gottes Heilsplan für die Welt und für die Menschen in ihr. In diesem Bereich offenbart sich vollends das menschliche Unvermögen, die Sünde rechtlich auszugleichen. Aber Gottes Liebe entscheidet. Der Sohn Gottes hat in seiner Menschheit vollwertige Sühne geleistet. Der Sünder hat nur noch die Möglichkeit und die Pflicht, einen letzten Rest beizutragen, und das kann er nur durch und in Christus selbst. Christus hat in der Todesangst die Grausamkeit der Sünde geoffenbart. Die Sünde ist danach nicht nur der unvermögende Wille, Gott treffen zu wollen, sondern sie trifft Gott wirklich in der menschlichen Natur Christi. Das ist eine Verwundung des menschlichen Herzens Gottes, eine wahre Sünde gegen die Liebe, welche eine Sühne aus Liebe verlangt. Zur Sühneleistung verlangt Christus keine außergewöhnlichen Taten, wohl aber ein Wort wahrer Reue. Um die Reue zu erreichen, zeigt Gott uns in Christus ein verwundetes Antlitz, ein leidfähiges Herz; er zeigt dadurch aber zugleich, daß er sich durch die Rückkehr zur Liebe bewegen läßt.

Gott läßt den Sünder nie allein in der Buße. Christus hat die Sünden aller getragen und war auch für die Sühne der Guten empfänglich. Von Kalvaria stieg die Gnade der Reue zu uns hernieder. In der Gnade sind Gerechtigkeit und Liebe untrennbar beinander. Und auch wir können an diesem Heilsgeschehen teilnehmen und mitwirken zum Nutzen der Gemeinschaft im mystischen Leib. In diesem Sinn ist beispielsweise die gemeinsam gehaltene Heilige Stunde ein gemeinsames Tragen des Sündenleids der Menschheit und eine Leistung des Ehrenersatzes. Darin wird der Gemeinschaftsgeist im Bereich des Religiösen tatkräftig.

(Henri *Rondet* SJ, I, 685—720)

In der Lehre von der Sühneleistung macht das Wörtchen *Trost* große Schwierigkeiten. Eine theologische Erklärung, die wenigstens einen Zugang zu dem darin ausgesprochenen Geheimnis schaffen will, steht immer vor der Frage: Wie kann der verklärte Christus, an den ich mich heute wende, durch menschliche Sühneakte getröstet werden? Man muß aber genauer fragen: Welches Band besteht zwischen dem objektiven Erlösungsopfer Christi und unserer gegenwärtigen Sühne? Die Antwort kann nur gesucht werden, wenn man mit dem Trost Ernst macht, so scheint es wenigstens, indem man auf *Miserentissimus Redemptor* zurückgreift: Eine gewisse Perennität des Kreuzesgeheimnisses in der sakramentalen Heilsökonomie (Eucharistie) ist sicher. Dadurch entsteht eine gewisse mystische Perichorese zwischen dem Leiden Christi und dem notwendigen Mitleiden der Menschen. Dazu kommt, daß Christus in der Seligkeitsschau seiner menschlichen Seele auf Erden die Sünde und die Sühne gleichzeitig erkannt hat.

(Antonio *Piolanti*, I, 660—682)

Eine heute menschlich verständliche Reaktion auf die Sühne in der Herz-Jesu-Verehrung hat die *psychologische* Frage aufgeworfen, ob die Sühne zur menschlichen Natur passe oder aber ihr Gleichgewicht störe. Dieser sekundäre Gesichtspunkt ist für die Pastoral von Bedeutung, um die Beziehung des Herz-Jesu-Kultes zum religiösen gemüthaften Gleichgewicht zu erkennen und die Verarbeitung eines psychologischen Schocks, den die Begegnung mit der Sünde leicht auslöst, einzuleiten.

Der gefühlsmäßige religiöse Ausgleich fordert ein „positives Sich-selbst-Vergessen". Wenn nämlich das religiöse Streben und damit das religiöse Erleben in uns selbst steckenbleiben, dann verschließen wir uns in uns selbst. Diese Absperrung rächt sich nicht selten dadurch, daß wir gegen andere aggressiv werden. Das aber ist das Gegenteil von religiösem Ausgleich. Wenn wir dagegen zu Gott als unserm „Du" kommen, dem meine ganze Liebe gehört, dann vergessen wir uns. In der Herz-Jesu-Verehrung nun begegnet uns Christus (Gott) menschlich-affektiv und löst in uns die Freude der Begegnung aus. Schreitet die Begegnung so voran, daß eine freie, d. h. nicht durch Antipathie und nicht durch Sympathie gehemmte Kommunikation mit der freien Schöpfer- und Erlöserliebe Gottes zustande kommt, dann treten wir auch seinsmäßig tiefer in die Liebe ein. Damit aber müßten wir über allem Ressentiment und über aller seelischen Verwundung stehen. Eine solche Liebe rechnet zwar mit Wunden, aber sie nimmt sie frei an, um Gott frei lieben zu können.

Sich als Sünder anzuerkennen, fällt heute vielen sehr schwer. Nicht selten entschließt sich der Mensch lieber zur Leugnung biblischer Wahrheiten oder gar Gottes. Das ist der Beginn der seelischen Trennung von der Wirklichkeit, die zur Neurose führen kann. In solcher Situation nützt der Versuch, den Sündenbegriff totzureden oder das Gewissen abzuschaffen, auf die Dauer nicht. Auch kann aus der Selbstanklage nicht eine Selbstrechtfertigung gemacht werden. Die Anerkennung der eigenen Sünde und die Anerkennung des Erlösers, vor dem man die Sünde anerkennt, bewahrt vor der Verzweiflung. Das Kreuz Christi zeigt die Schwere der Schuld und die Sicherheit der Vergebung. Das macht eine heilende Reue möglich. Das menschliche Herz Jesu litt unter meiner Sünde, und das göttliche Herz Jesu hat Macht über meine Sünde.

Die erste Aufgabe der Sühne besteht darin, die reale Welt gegen die erwünschte Welt ins Gesichtsfeld zu bringen. Hat die Sünde uns ein wirkliches Trauma beigebracht, dann ist es häufig so, daß eine Anzahl Überlegungen eingeschaltet werden, welche die psychische Resistenz stärken. Ob sich diese als geistiger Masochismus, als Egoismus, als Ohnmachtsgefühl oder als Empörung zeigt, spielt dann nur noch für das konkrete Bemühen um Heilung eine Rolle. Ist aber die reale Sicht gewonnen, dann muß an zweiter Stelle nach dem Vorbild Christi (Tod—Sieg) das Übel zu einem Heilmittel verwandelt werden. Hierbei hat das Opfer, wie es auch sonst im Leben ist, eine ernste Aufgabe. Ich gebe gewollt etwas hin, um ein anderes Gutes zu erreichen. Sich zum Opfer für andere machen bedeutet, daß ein Mensch etwas für den anderen und für Gott tut. Dadurch gewinnt er wieder Kontakt mit der Wirklichkeit. Dieser Vorgang kann vor dem Gefühl der Ohnmacht und der Empörung bewahren. Aus solcher Überlegung wird der Weg der Sühne verständlich, die nicht mehr die Sündenfolge meint, sondern die Sünde selbst. Die Anerkennung der Sünde wird ein

neues Band zu Gott. Für Gott selbst war die Sünde Anlaß geworden, in die Welt einzutreten und die Gnade zu offenbaren. Für den Sünder wird die Reue und der Sühnewille eine Haltung vor Gott. Wir erreichen Gott durch die Sühne des inkarnierten Logos, der uns die Liebe Gottes als affektive, opferbereite und opferstarke Liebe erkennen läßt. Der „menschliche Mensch" Jesus Christus gibt uns eine gefühlsmäßige Nähe zu Gott, wie es unserer Natur entspricht.

(Jean M. *Le Blond* SJ, II, 341—371)

Die heilige Messe und die Herz-Jesu-Verehrung

Ein bloßer Vergleich einiger wesentlicher Elemente in der Herz-Jesu-Verehrung und in der heiligen Messe ergibt eine weitgehende Übereinstimmung beider. In neueren päpstlichen Rundschreiben wird die Herz-Jesu-Verehrung „Kult der göttlichen Liebe", die heilige Messe „Brautkleid der unendlichen Liebe des Erlösers", die Herz-Jesu-Verehrung „die Zusammenfassung der ganzen christlichen Religiosität" und die heilige Messe „das Zentrum der christlichen Frömmigkeit" genannt. Wie ist die Integration beider?

Die Feier der heiligen Messe führt uns zum Herzen Jesu. Zahlreiche Texte aus der Theologie der Kirchenväter über das Meßopfer belehren über die Seiten des menschgewordenen Wortes, welche für die Herz-Jesu-Verehrung charakteristisch sind. Die Doppelkonsekration und die Kommunion bringen uns das Wort Gottes, das im Opfersakrament mit Fleisch und Blut gegenwärtig ist. Der Leib Christi in der Eucharistie ist derselbe Leib der Passion des Heilandes. Durch Christi Fleisch und Blut kommen wir zur Vereinigung mit der Gottheit Christi und damit mit dem Vater und dem Heiligen Geist, auch in einem gewissen Sinn in Beziehung mit Maria, der Mutter Jesu.

Das sakramentale Geheimnis der Erlöserliebe vereinigt alle Opfernden mit der sühnenden Opferliebe Christi und verpflichtet zu Dank, Gegenliebe und Sühnehaltung.

Größer und inniger ist die Integration beider dadurch, daß die heilige Messe der Fundamentalakt der Herz-Jesu-Verehrung ist. Nach den neueren päpstlichen Rundschreiben sind Weihe und Sühne die konstituierenden Formen der Herz-Jesu-Vereinigung. Beide erhalten im Meßopfer ihre vollste und höchste Verwirklichung. Die Weihe ist die Erneuerung der Bekräftigung unserer Vereinigung mit unserem Hohenpriester und König. In der Opferung vollziehen wir die Vereinigung neu durch einen Aufopferungsakt, in der Wandlung opfert Christus uns in seinem Herzen dem Vater, in der Kommunion schenkt sich Christus uns zur sakramentalen Einigung. Dadurch macht Christus unsere Weihe gültig, wenn er uns, seine Glieder, in der heiligen Messe in seiner Weihe mitweiht. Die Messe ist dadurch der Vollzug der Liebeseinigung zwischen Christus und uns. Um unsere Weihe leben zu können, schenkt Christus uns seine Verdienste. Die Sühne erfährt ihren Höhepunkt, wenn wir unsere Sühne im liturgischen Vollzug des Meßopfers mit dem Sühnopfer Christi und seiner Kirche verbinden. Weil wir mit Christus Opfergabe werden, wird unsere Sühne Sühnopfer. In konsequenter Weise aber bringen wir auf dem Altar dem Herzen Jesu selbst die Genugtuung dar, die er selbst am Kreuze dem Vater darbrachte, denn er ist der ewige Gottessohn. Weihe und Sühne bilden uns immer mehr in Christus um, indem wir an seinem Opferleben teilnehmen. Die heilige Messe festigt immer mehr unsere Bereitschaft dazu.

(Jesús *Solano* SJ, I, 272—305)

Die Herz-Jesu-Messen

Was jedes heilige Meßopfer schon ist, erhält in den veränderlichen Teilen der eigenen Herz-Jesu-Messen einen besonderen Ausdruck. Unter den uns bekannten geschichtlichen Formularen haben acht einen eigenen Charakter.

Das Thema der Messe *Gaudeamus* — vom hl. Jean Eudes, dem Begründer des liturgischen Herz-Jesu-Kultes, 1668 von Kardinal de Vendôme approbiert — ist die Liebe Gottes zu den Menschen, und zwar die barmherzige Liebe Gottes, die uns den Sohn schenkt, und die geopferte Liebe des Sohnes, die unsere Hingabe fordert. Ihr Bild ist das geöffnete Herz des Gekreuzigten als Quelle des Erbarmens und Verzeihens.

Das Formular *Venite exultemus* von P. Galliffet (1688) spricht vorab von der Zartheit der Liebe des Herzens Jesu zu den Menschen und von der Forderung der Sühne durch das verwundete Herz.

In Besançon entstand 1694 eine zweite Messe *Gaudeamus,* die mit antijansenistischer Tendenz die Liebe Gottes zu den Menschen und die Liebe der Menschen zu Gott verkündet. Ihr Bild ist das Herz Jesu als Tempel der Liebe, in den wir eintreten und den Frieden finden.

Die Messe der Schwestern von der Heimsuchung *Humiliavit* v. J. 1696 ist im Grunde eine Verehrung der heiligen Wunden Christi und richtet sich auf das Opfer, die Trauer, das Leiden und die Schmerzen Christi. Ihr Bild zeigt Christus, der für uns sein Blut vergießt.

Die weitverbreitete Messe *Miserebitur* kam 1765 in Gebrauch. Ihr Thema ist die barmherzige Liebe des Herzens Jesu zu den Gerechten, die ihn suchen, und zu den Sündern, die ihn nicht abweisen. Christus opfert sich aus Liebe.

Die verschiedenen Redaktionen (Lyon 1771, Paris 1776, Trappisten 1796) der Messe *Venite ad me* belehren über das Herz Jesu als Quelle der Gnaden.

Gegen den Jansenismus richtet sich der Text der Messe *Egrediemini* (1778), deren Bild das Herz Jesu als Symbol der Güte ist. Sie fordert vor allem Milde und Güte.

Die seit 1929 vorgeschriebene Messe *Cogitationes* hat als Hauptthema die Sühne, wie die Enzyklika *Miserentissimus Redemptor* sie im Anschluß an Margareta Maria lehrt. Das Herz-Jesu-Fest wird eine Sühnefeier für die Vernachlässigung der Liebe und die Unterlassung des Dankes.

Alle Herz-Jesu-Messen sprechen von der Liebe Jesu Christi. Die Arten wahrer Liebe, die wir Menschen untereinander kennen, werden vom Herzen Jesu ausgesagt. Je nach dem besonderen Gesichtspunkte wird eine bevorzugte Seite hervorgekehrt: Erbarmen, Zartheit, Sühne. Die verschiedenen Charakteristika gehen auf die Auffassungen der Verfasser zurück. Nachdem das „liturgische Amt" in der Kirche gedämmt, gemäßigt, neu formuliert und sanktioniert hat, haben wir nach rund 300jähriger Entwicklung die heutige Form.

(Annibale *Bugnini* CM, I, 61—94)

Erwägungen

Zum Abschluß nur noch eine Anmerkung. Der ganze Bericht ist nur ein Rückblick auf den Gedankenreichtum und die Fülle des Inhaltes, den das Kommentarwerk „Cor Jesu" enthält. Darum ist fast alles fortgelassen, was die wissenschaftliche Form der Artikel und die immerhin geführte Kontroverse, wenn diese auch vielfach nur indirekt erfolgte, verlangt hätten. Auch schien es nicht angebracht, vorhandene Meinungsverschiedenheiten auszugleichen und Stellung zu nehmen, wo Auffassungen des Referenten sich nicht ganz mit denen der Autoren decken. Die herausgehobenen Gedankenlinien dürften dem kundigen Leser zeigen, um was es im Grunde geht und wo er sich näher über die ihn berührenden Fragen orientieren kann. Die Eigenart des Werkes hat eine positive Seite in der Vielfalt der Beiträge, eine negative, die aber sicher bewußt einberechnet wurde, in der Aus-

wahl der Themen. Insbesondere wäre zu wünschen, daß noch drei Themenreihen in derselben Art behandelt würden: die Stellung der École française, die Herz-Jesu-Theologie der neueren Herz-Jesu-Kongregationen und die Bedeutung der Enzyklika *Haurietis aquas* für die theologische Klärung des Gegenstandes der Andacht unter besonderer Berücksichtigung der Wissenschaftler, die in der Herz-Jesu-Theologie in den letzten hundert Jahren Rang und Namen hatten. Angezeigt erscheint auch ein Wort über die Stellung der Kirche zu den beglückenden Mysterien des Lebens Christi in der Herz-Jesu-Verehrung und noch stärker, als es geschehen ist, die Auseinandersetzung mit den heute bevorzugten Frömmigkeitsformen. Die Wünsche aber können den Wert des Werkes nicht mindern, höchstens sollten sie einen dritten Band anregen, der vertiefen könnte, was die Gesamtlinie des Kommentarwerks ausmacht: die objektive Bedeutung der Herz-Jesu-Verehrung und den subjektiven Eifer für die Ausbreitung des Reiches des Herzens Jesu, das ein Reich der Liebe ist.

Probleme der katholischen Kirchenmusik

Die Abteilung „Katholische Kirchenmusik" des „Instituts für neue Musik und Musikerziehung" in Darmstadt fand bei der diesjährigen Tagung des Instituts vom 6. bis 11. Juni besondere Beachtung. Unter Leitung von Helmut Hucke, Frankfurt a. M., umfaßte das Programm der Abteilung außer vier Vorträgen, die zeitlich auf die Vorträge der Abteilung Evangelische Kirchenmusik abgestimmt waren, einen Kurs für Orgelimprovisation (J. F. Doppelbauer, Wels), Übungen und Konzerte. Außerdem war den Teilnehmern Gelegenheit gegeben, an Veranstaltungen im Rahmen des allgemeinen Tagungsprogramms (Kongreß „Geschichtliche Kräfte und Historismus im Musikleben der Gegenwart", zahlreiche Kurse und Seminare, darunter „Orchesterleitung", „Chorleitung", „Stimmbildung" u. a.) teilzunehmen.
In den vier Vorträgen der Abteilung „Katholische Kirchenmusik" sprachen Prior Eucharius Zenzen OSB, Trier, über „Fragen des Liturgikers an die Kirchenmusik", Helmut Hucke über „Der Gregorianische Gesang heute", Joseph Gelineau SJ, Paris, über „Die Psalmen als Gesang des christlichen Volkes" und Domkapellmeister Erhard Quack, Speyer, über „Eine neue Psalmodie in deutscher Sprache".
Prior *Zenzen* umriß in seinem Vortrag die Grundvoraussetzungen kirchlichen Musizierens und gab sodann eine Interpretation der Instructio über die Kirchenmusik und die Liturgie vom 3. 9. 1958. Sie repräsentiere die jüngste Zusammenfassung einer jahrhundertelangen Entwicklung und bringe sie auf den Stand der heutigen Zeit. Die Instructio stelle Aufgaben und biete Möglichkeiten, in die die Praxis erst noch hineinwachsen müsse. Das wurde an verschiedenen Formen der Meßfeier, an Stundengebet und Prozessionen aufgezeigt.

Der Gregorianische Gesang heute

Helmut *Hucke* ging in seinem Vortrag vom Thema des mit der Tagung verbundenen Kongresses „Geschichtliche Kräfte und Historismus im Musikleben der Gegenwart" aus, das den katholischen Kirchenmusiker zwinge, sich auch mit dem Gregorianischen Gesang der in diesem Thema ausgesprochenen Frage zu stellen. Der Gregorianische Gesang sei ein Sonderfall des Nachlebens alter Musik in der Gegenwart: Er ist älter als alle andere „alte Musik", was vielerlei Sonderprobleme mit sich bringt. Es handelt sich bei seiner Wiedergewinnung nicht um eine Wiedergewinnung für Kenner und Liebhaber, für den Konzertsaal, sondern für den öffentlichen Kultus der Kirche, für den Kirchenchor und für das Volk, das nicht um der Musik willen, sondern um des Mitvollzugs der Liturgie willen Hörer ist; der Gregorianische Gesang ist endlich der offizielle liturgische Gesang der Kirche des römischen Ritus. Seine Geschichte ist mit der der Liturgie eng verknüpft und ist im Grunde selbst Liturgiegeschichte. So gehe es beim Gregorianischen Gesang niemals nur um musikalische und musikhistorische Fragen, sondern gleichzeitig um liturgische, liturgiegeschichtliche, kirchenrechtliche. Schon die Antriebe zur Choralrestauration im 19. Jahrhundert lagen nicht so sehr in der Unzufriedenheit mit der musikalischen Gegenwart. Mit der Sehnsucht nach „der alten, echten, unverdorbenen Kirchenmusik" ist der Wunsch zur liturgischen Erneuerung, zur religiösen Erneuerung überhaupt, das Verlangen nach dem „omnia instaurare in Christo" untrennbar verbunden. Freilich sah man damals nicht die historischen Perspektiven der Liturgie und des Gregorianischen Gesangs. Man vermeinte, das Antiphonar des heiligen Gregor und in ihm einen Urzustand wiederfinden zu können. Heute ist die Choralforschung sehr viel bescheidener geworden. In der kritischen Ausgabe des Graduale Romanum, die in Solesmes in Arbeit ist, hofft man, die älteste erreichbare Gestalt des Graduale etwa unter Gregor III., wie sie der Ausbreitung des Gregorianischen Gesangs im Frankenreich unter Pippin dem Kurzen in der ersten Hälfte des 8. Jahrhunderts zugrunde lag, zu erschließen. Und das „gregorianische" Repertorium beginnt man immer mehr als etwas in Jahrhunderten Gewordenes, sehr verschiedene Stile Umfassendes zu begreifen. Darin stehen schlichte Elemente, die zum Teil noch in vorgregorianische Zeit zurückreichen, neben hochentwickelter Kunst, die vornehmlich auf die Glanzzeit der römischen Schola cantorum im 7./8. Jahrhundert und auf fränkische Sänger zurückgeht, und neben hoch- und spätmittelalterlichen Schöpfungen. Ein „Repertoirebewußtsein" hat sich erst allmählich entwickelt.
Hucke gab sodann einen Überblick über die Probleme, die insbesondere Rhythmus und Vortrag des Gregorianischen Gesangs beim gegenwärtigen Stand der Forschung bieten. Von dem so gewonnenen Bild des Gregorianischen Gesangs aus stellte er dann die Frage nach dem Gregorianischen Gesang heute: Sei der Gregorianische Gesang eine durch seine Zeit bedingte, nur in seiner Zeit zu begreifende historische Musik, die heute lediglich archäologisches Objekt sein könne? Der Einwand, daß der Gregorianische Gesang als liturgischer Gebrauchsgegenstand jenseits der Historie stehe, sei nicht schlüssig. Vielmehr sei gegenüber solcher Fragestellung zu bemerken, daß es Historismus sei, alle Kunst historisch zu relativieren. Unter den Melodien des Gregorianischen Gesangs befinden sich Kunstwerke von zeitloser Schönheit, die den Vergleich mit herausragenden Werken etwa der bildenden Kunst nicht zu scheuen brauchen. Die Geschichte des Umgangs mit dem Gregorianischen Gesang bis in die Gegenwart ist mit der wechselvollen Baugeschichte mittelalterlicher Basiliken vergleichbar. Freilich sollte man nicht leugnen, daß der Gregorianische Gesang die Praxis

heute vor Probleme stellt, und es würde der Sache kein Dienst geleistet, wenn man so tue, als ob es sie nicht gäbe. Eben das sei ein wesentlicher Grund dafür, daß man mit dem „Volkschoral" so wenig vorangekommen sei: Man dürfe nicht Utopisches verlangen, wenn man nicht Gefahr laufen wolle, daß schließlich auch das, was möglich sei, als phantastisch angesehen werde.

Als Probleme des Gregorianischen Gesanges nannte der Vortragende 1. gerade den Charakter hoher Kunst, der großen Teilen des Repertoriums zukomme und zu dem der Zugang für den Durchschnittskirchenbesucher nicht leicht sei, zumal da keine ungebrochene Tradition mit dieser Kunst bestehe; 2. den Schwierigkeitsgrad der Proprien, die ihrer Herkunft nach Pontifikalmusik sind und unsere Kirchenchöre vor technische Probleme stellen, die sie meist nicht zu meistern imstande sind. Selbst bei bestem Willen werden mitunter Ergebnisse zustande gebracht, die keinesfalls zur Nachahmung ermuntern. Hucke verwies in diesem Zusammenhang auf die Ergebnisse einer Umfrage „Volkschoral in der Pfarrgemeinde", die die Zeitschrift „Musik und Altar" veranstaltet hat (12. Jhg., Heft 3 und 4; die Umfrage ist noch nicht abgeschlossen) und die interessante Aufschlüsse gibt. Der Vortragende verwies, 3., auf die Probleme, die sich nun einmal mit der Vortragsweise des Gregorianischen Gesangs verbinden. Es werde auch die Vortrags- und Rhythmuslehre mancherorts in einer Weise verkompliziert, die der Praxis alles andere als zuträglich sei. Schließlich müsse vermerkt werden, daß man den Eindruck habe, die Liturgiegeschichte und in ihrem Gefolge die liturgische Erneuerung sehe heute die Blüteepoche des Gregorianischen Gesangs, das Zeitalter der großen gregorianischen Kunstwerke, nicht gerade als die Epoche der Liturgiegeschichte an, auf die zurückzugreifen wünschenswert wäre. Vielmehr werde darauf hingewiesen, daß mit der Blütezeit des Gregorianischen Gesangs ein liturgischer Verfall einhergehe, und Erscheinungen wie die Kürzung der Psalmverse zu den Responsorien der Messe, der Übergang der Kehrverse vom Volk auf die Schola und ihre musikalische Ausgestaltung seien Belege dafür.

Neben den großen Kunstwerken stehen im Gregorianischen Gesang aber auch Melodien, die Grundformen des Musizierens zugehören. Dazu gehören nicht nur Versikel, schlichte Rufe, sondern auch die Melodien der einfachen Meßordinarien, gewisse Liedmelodien aus dem Schatz der Offiziumsantiphonen. Der Referent verwies zum Vergleich auf gewisse Melodienmodelle, die in den verschiedensten Völkern und Kulturkreisen ähnlich wiederkehren und zuweilen unmittelbare Parallelen im Gregorianischen Repertorium haben. Die vorher angedeuteten Probleme stellten sich hier nicht; von hier aus müßte die Bemühung um den Volkschoral ansetzen, von hier aus ergebe sich auch das Verständnis für die größeren Formen, für die große Kunst im Gregorianischen Gesang. Die Chancen, die hier für den Volkschoral und für das Vertrautwerden mit dem Gregorianischen Gesang liegen, seien bei weitem noch nicht genutzt.

Gründe für das Stagnieren des Gregorianischen Gesanges

Die sehr lebhafte Diskussion über den Vortrag gewann an Weite und Lebendigkeit durch die Teilnahme von Kirchenmusikern aus Österreich, der Schweiz, aus Frankreich und Holland. Als Ausgangspunkt der Diskussion schälte sich alsbald die Frage heraus, warum die Wiederbelebung des Gregorianischen Gesangs in den letzten 50 Jahren trotz des Einsatzes von so viel Mühe und Idealismus sowenig vorangekommen sei. Es wurde vorgebracht, daß die Gründe dafür in erster Linie weder beim Choral noch beim Volk lägen, sondern 1. bei der kirchenmusikalischen Ausbildung des Klerus, 2. bei der Ausbildung unserer Kirchenmusiker und 3. in der Tatsache, daß vielerorts das Verständnis dafür fehle, welch große Bedeutung gerade im Zusammenhang mit Volkschoral und Gregorianischem Gesang einer würdigen und feierlichen Gestaltung des Gottesdienstes zukomme. Gerade wenn es der Priester verstehe, dem Volkschoralamt den Charakter echter Feierlichkeit zu geben, würde das Volk eine solche Meßfeier schnell liebgewinnen. Die kirchenmusikalische Ausbildung des Klerus sei auch heute noch und trotz aller päpstlichen Vorschriften weithin ungenügend, sie sei auf die Dauer unumgängliche Voraussetzung für jede gedeihliche Volkschoralarbeit auf dem Lande draußen. Aber auch die Ausbildung unserer Kirchenmusiker gerade hinsichtlich des Gregorianischen Gesangs liege vielerorts noch im argen. Es dürfe nicht sein, daß beim Kirchenmusikstudium der Gregorianische Gesang nicht mehr als ein mehr oder weniger lästiges Pflichtfach sei. Wenn der Kirchenmusiker selbst kein rechtes Verhältnis zum Gregorianischen Gesang habe, könne er es auch der Gemeinde nicht mitteilen. In diesem Zusammenhang wurde auch darauf verwiesen, daß die liturgische Ausbildung der Kirchenmusiker sich nicht auf eine Unterweisung über den Aufbau des Kirchenjahrs und den der heiligen Messe beschränken dürfe. Vielmehr müsse den Kirchenmusikern ein Gefühl für die Liturgie, für Liturgisches und liturgisch Unmögliches vermittelt werden. Dann könne es nicht vorkommen, daß die Feier der heiligen Messe in so unmöglicher Art und Weise mit Orgelspiel und mit unangemessenen Liedern begleitet werde, wie das vielerorts immer noch der Fall ist. Daß sogar manche neue Gesangbücher und Handbücher zur Liedauswahl für den Organisten mitunter einen erstaunlichen Mangel an liturgischem Gefühl vermissen lassen, sei geradezu alarmierend. Ferner wurde es als besonders wichtig bezeichnet, daß der liturgische Unterricht der Kirchenmusiker sich nicht auf das Hochamt beschränke. Es sei eine dringende Aufgabe der kirchlichen Behörden, sich des liturgischen Unterrichts an den Kirchenmusikabteilungen der Musikhochschulen und Konservatorien anzunehmen, von seiten der Hochschulen selbst könne man nicht ohne weiteres die Initiative dazu verlangen.

Von größter Wichtigkeit sei es weiterhin, daß die kirchlichen Behörden sich dem Problem der Ausbildung von nebenamtlichen Kirchenmusikern zuwenden. Es sei nicht zu verantworten, dieses Problem allein den Pfarrern aufzuladen. Die Einrichtung von Fortbildungskursen für nebenamtliche Kirchenmusiker sei überall erforderlich. Die Zahl der hauptamtlichen Kirchenmusiker sei noch viel zu gering. Wo die Anstellung eines hauptamtlichen Kirchenmusikers nicht möglich sei, bestünde doch oft die Möglichkeit, daß mehrere Gemeinden zusammen einen Kirchenmusiker anstellen, der gleichzeitig für die Weiterbildung der nebenamtlichen Kirchenmusiker etwa im Rahmen des Dekanats Sorge zu tragen hätte, durch vorbildliche Arbeit beispielhaft wirken und auf mannigfache Art (z. B. dadurch, daß er die Kirchenchöre mitunter zu gemeinsamer Probe zusammenfaßt und daß er sich mit den nebenamtlichen Kirchenmusikern im Kirchenmusik-

dienst an den verschiedenen Kirchen abwechselt) die Kirchenmusik eines größeren Bezirks befruchten könnte.
Was nun die Arbeit mit dem Gregorianischen Gesang selbst betrifft, so ergab sich in der Diskussion schnell, daß die Voraussetzungen für das Ordinarium und für das Proprium völlig verschieden sind. Das Ordinarium bietet im Grunde wenig Probleme. Wichtig ist nur, daß die Arbeit mit geeigneten Stücken beginnt und nicht über gewisse Grenzen hinausgeht. Es wurde darauf hingewiesen, daß schon die Apostolische Konstitution *Divini cultus sanctitatem* Pius' XI. von 1928 ermahnt, der Gregorianische Gesang solle beim Volke wieder eingeführt werden, soweit er für das Volk in Betracht komme; viele Mißerfolge mit dem Volkschoral seien in der Nichtbeachtung dieser Mahnung begründet. Gegenüber dem Einwand, das Volk singe lieber Stücke wie die der VIII. Messe „de angelis" als etwa das Kyrie XVI, wurde auf Erfahrungen verwiesen, daß das Volk gerade ein solches litaneihaftes Kyrie gern singe, wenn es ihm in einer lebendigen, zügigen Art und Weise vertraut gemacht worden sei. Dann werde das Kyrie schnell ebenso selbstverständlich genommen wie die Antworten auf das „Dominus vobiscum" oder bei der Präfation. Das Choralkyrie gehöre eigentlich auch in jedes Deutsche Amt nach dem Eingangslied. Von Kyrie, Sanktus und Agnus ausgehend, sei dann der Weg zu Gloria XV und Credo II nicht schwer.
Ungleich größer sind die Probleme beim Proprium. Es ginge nicht an, zu sagen, der Gregorianische Gesang sei der offizielle Gesang der Kirche und es komme nicht darauf an, wie er gesungen, sondern darauf, daß er aus dem Herzen gesungen würde. Daß gut gesungen werde, sei beim Gregorianischen Gesang wie bei jedem kirchenmusikalischen Musizieren unbedingte und grundlegende Forderung. Auch dürfe die Aufmerksamkeit des Chors nicht durch die technischen Schwierigkeiten einer Musik so in Anspruch genommen werden, daß er gar nicht zum Wesentlichen vorstoße. Es sei doch daran festzuhalten, daß es beim Beten nicht auf das Gebet, daß es bei der Kirchenmusik nicht auf das Stück, sondern auf die Meinung ankomme.
Erfahrungsberichte zeigen, daß selbst eine gute Schola bei reichlichen Probemöglichkeiten, wie sie den Kirchenchören im allgemeinen gar nicht zur Verfügung stehen, kaum imstande ist, an jedem Sonn- und Feiertag das Proprium zu singen. Die meisten Chöre werden also nicht in der Lage sein, allsonntäglich das Proprium zu singen. Deshalb sei es wichtig, daß man sich von vorneherein auf das Mögliche beschränkt. Im übrigen wurde betont, daß auch vom rein musikalischen und chorerzieherischen Standpunkt aus eine regelmäßige Beschäftigung der Kirchenchöre mit dem Gregorianischen Gesang wünschenswert, wenn nicht notwendig ist. Ein Chor, der nicht Choral singen könne, könne auch andere Musik nicht gut singen.

Die Psalmen als Volksgesang

P. *Gelineau* SJ führte zu Beginn seines Vortrags „Die Psalmen als Gesang des christlichen Volkes" aus, daß die Liturgie von ihrem Wesen her den Psalmengesang des Volkes verlange. Seit dem 7. Jahrhundert ist die im Frühchristentum so lebendige Psalmodie des Volkes verlorengegangen. Will man allzu ritualisiertes liturgisches Leben wiederherstellen und dem Volke wieder sprechende Symbole der Mysterien des Glaubens geben, so ist es notwendig, auf das zurückzugehen, was die Kirche wollte, als sie ihre Riten schuf, und wie sie es tat. Dann wäre es möglich, das auf unsere Art neu zu schaffen, was sie nicht aufhört, uns in ihren dauernden liturgischen Einrichtungen vorzulegen.
Die grundlegenden Bedingungen einer volkstümlichen Psalmodie sind nach Gelineau: 1. Rückkehr zur alten Vortragsweise, bei der das Volk den Psalm hört und durch einen Kehrvers einstimmt; 2. eine entsprechende Abstimmung zwischen Psalmodie und Kult. Die Psalmodie hat ihren Platz nach der Lesung, zur Prozession, in der Vigil, und die alte Vortragsweise entspricht der jeweiligen liturgischen Funktion des Psalms; 3. eine genaue Übersetzung, der gegenüber Paraphrasen nur von zweitrangiger Bedeutung sein können; 4. das rhythmische Rezitativ, das den Psalmversen zukommt. Der heutige Iso-Syllabismus der lateinischen Psalmodie ist nur bei einer toten Sprache möglich; 5. der Dienstcharakter der Musik. Die Musik muß Dienerin des Wortes sein. Die Liturgie kann nicht der Kunst und nicht der Musik entbehren. Aber die melodische Entfaltung muß mit dem Ritus im Einklang stehen, und beim Vortrag der Psalmen als des Wortes Gottes kann die Musik nicht größer sein, als wenn sie völlig hinter dem heiligen Text zurücktritt. Ferner sind, 6., die Kehrverse des Volkes von entscheidender Bedeutung, und 7. muß die musikalische Sprache der Psalmodie bezüglich ihrer technischen Schwierigkeiten den gegebenen Voraussetzungen entsprechen, sie muß sakral und kirchlich sein und zum Gebet sammeln.
Das Volk in die Schrift einzuweihen und ihm eine christliche Katechese der Psalmen zu vermitteln, gehört zu den dringenden Aufgaben der liturgischen Pastoral. Die Psalmen der Liturgie sind nicht mehr das Beten oder Danksagen der Juden vor 2500 Jahren, in den Psalmen richtet heute die Kirche ihre Bitten und ihr Lob an Christus. Im Psalter erkennt die Liturgie die Stimme Christi, des menschgewordenen Wortes, oder aber die Stimme der Kirche, der Braut Christi.

Erfahrungen mit der deutschen Psalmodie

In seinem Bericht über eine neue Psalmodie in deutscher Sprache gab Domkapellmeister *Quack* zunächst einen Überblick über die Geschichte des volkssprachlichen Psalmensingens in Deutschland. Die Anfänge des kirchlichen Volksgesanges in Deutschland setzen an anderer Stelle an; das Mittelalter hat weder eine deutsche Psalmodie noch liedhafte Psalmparaphrasen gekannt. Erst unter dem Einfluß Luthers und des französischen Psalters von Marot und Beza (1562) zeigen sich auch auf katholischer Seite Bestrebungen, den Psalter für den Volksgesang zu erschließen. Dabei werden drei Wege gegangen: 1. Psalmenübersetzungen in Prosa, die auf die gregorianischen oder neuen Psalmtöne gesungen werden; 2. Paraphrasen in Form von Psalmliedern; 3. gereimte Parodien, die auf die alten Psalmtöne gesungen werden. Die Psalmlieder wurden im Laufe des 18. Jahrhunderts von rationalistisch-pietistischen Erbauungsliedern aus den Gesangbüchern verdrängt, die Psalmparodien sind eine Schöpfung der Aufklärungszeit; sie haben Eingang in die meisten Gesangbücher des 19. Jahrhunderts gefunden und sich in einigen Diözesangesangbüchern bis heute gehalten („Wessenbergpsalter").
Die liturgische Bewegung der letzten Jahrzehnte hat über dem Beten und Singen mit der Kirche nicht nur in der Messe, sondern auch im Stundengebet, in Vesper und

Komplet das Bedürfnis geweckt, die Psalmen in deutscher Sprache zu singen. Von vielen Institutionen und Einzelpersonen, die sich um deutschen Psalmengesang bemühen, sind insbesondere das Oratorium Leipzig und die Benediktiner von Grüssau zu nennen. Eine autorisierte Gruppe von Fachleuten bemüht sich um die Singbarmachung der Psalmenübersetzung von Romano Guardini nach gregorianischen Melodien. Allenthalben werden jedoch Bedenken gegen eine deutsche Gregorianik laut. Es wird versucht, die Antiphonen durch liedhafte Rufe oder Bruchstücke von Liedmelodien zu ersetzen und den Psalm vorbeten zu lassen. Aber abgesehen davon, daß gesprochenes und gesungenes Wort dabei nicht zu einer Einheit verschmelzen, sind auch die Antiphonen, wo sie aus dem Zusammenhang genommene Bruchstücke von Liedern oder abgewandelte Liedphrasen darstellen, musikalisch fragwürdig.

Großes Aufsehen erregte auch in Deutschland die an die urkirchliche Praxis responsorialen Singens anknüpfende französische Psalmodie von P. Gelineau. Versuche, sie ins Deutsche zu übertragen, erweisen sich nicht als lebensfähig, da sie der deutschen Sprache nicht gerecht werden. Die neue Psalmodie in deutscher Sprache, mit der der Vortragende bekannt machte, verdankt der französischen Psalmodie P. Gelineaus manche Anregung, geht jedoch andere Wege. Ihre erste Voraussetzung war eine getreue Übersetzung, die von vorneherein die Bedürfnisse des Singens und Hörens beachtet, im Wortklang und Rhythmus auf das Singen hin angelegt und vor der Endredaktion mit einem Kreis musikalischer Fachleute durchberaten wurde. Sie wurde von Dr. Arnold M. Goldberg geschaffen. Die musikalische Anlage ergibt sich vom Psalm selbst und von seiner Funktion im Gottesdienste her. Die Psalmen gliedern sich ihrem Inhalt nach in unsymmetrische Strophen; diese werden durch einen Vorsänger oder durch den Chor formelhaft-rezitativisch vorgetragen und von einem Kehrvers des Volkes beantwortet, der liedhafte Gestalt hat. Jedem Psalm sind mehrere Kehrverse beigegeben, so daß er für verschiedene Gelegenheiten paßt. Grundsatz ist, daß die Psalmen von einem Vorsänger und der Gemeinde gesungen werden können, daß aber auch der Chor und die Orgel in verschiedener Weise am Vortrag beteiligt werden können, so daß die Psalmodie unter den verschiedenartigsten Verhältnissen ausgeführt werden kann. Die Kehrverse müssen leicht auffaßbar sein. Die Psalmstrophen gehen nach typischen „Tönen". Das Prinzip lautet: rhythmischer Sprechgesang auf einem Rezitationston, der von Zeile zu Zeile wechseln kann, mit melodischer Interpunktion. Der Vortrag der Strophen ist also nicht iso-syllabisch, sondern geschieht in einem durchnotierten, stilisierten Sprechrhythmus zugunsten einer profilierten Deklamation. Der Chor kann an die Stelle des Vorsängers treten, dabei führt die Grundbedingung nach Verständlichkeit des Textes zu homophoner Satzweise oder entfalteter Einstimmigkeit. Der Satz hält sich von der traditionellen Funktionsharmonik fern, bietet aber keine großen technischen Schwierigkeiten. Durch Wechsel der Strophen zwischen Vorsänger und Chor, Verlegung des cantus firmus in verschiedene Stimmen, mehrstimmige Chorrufe zwischen den vom Kantor vorgesungenen Zeilen und Überchor zum Kehrvers ergeben sich weitere Möglichkeiten. Die neue Psalmodie ist die Frucht einer mehrjährigen Arbeitsgemeinschaft. Die Grundlinien wurden in gemeinsamer Beratung und Versuchen erarbeitet, die einzelnen Mitarbeiter waren immer wieder gegenseitiger Kritik und Anregung unterworfen. Die Psalmodie soll ein Versuch sein, die Psalmen wieder für den Gesang des Volkes zu erschließen, den Gottesdienst zu verlebendigen und der Verbindung von Chor- und Gemeindegesang neue Wege zu weisen. Die neue Psalmodie erscheint unter dem Titel „Neues Psalmenbuch" (Christophorus Verlag, Freiburg i. Br.) in zwei Ausgaben: eine Ausgabe für das Volk in Form eines Heftes enthält die Psalmentexte, die Kehrverse mit ihren Melodien, eine Einführung in die Psalmen und in ihren liturgischen Gebrauch sowie liturgische Verwendungstafeln. Eine Chor- und Orgelausgabe erscheint in Einzelblättern. Die erste Folge umfaßt etwa 25 Psalmen.

Probleme des evangelischen Kirchengesanges

Auch für die katholischen Teilnehmer waren die beiden Vorträge der Abteilung „Evangelische Kirchenmusik" über Gegenwartsprobleme der Musik im Hauptgottesdienst und im Stundengebet der lutherischen Kirche von Karl Ferdinand *Müller,* dem Direktor der Landeskirchenmusikschule Hannover, von hohem Interesse. Es war überraschend, zu sehen, wie sehr auf beiden Seiten gleiche Probleme eine Rolle spielen. Das gilt nicht zuletzt für das Problem der Psalmodie in deutscher Sprache: Der lutherische Gottesdienst kennt keine Meßpsalmodie, dafür steht entweder das Lied oder die Propriumsmotette bereit. Für das Ordinarium sind noch von der Reformationszeit her Choralmelodien im Gebrauch, aber auch Ordinariumslieder. Das Folgen eines Liedes auf das andere ist unerträglich und wird immer mehr als eine musikalische Verarmung empfunden. Der evangelische Gottesdienst leidet unter seiner „Verliedung". Da außerdem auch in der evangelischen Kirche das Stundengebet (Mette und Komplet) wiedergewonnen wird, kam es zu verschiedenen Ansätzen einer volkssprachlichen Psalmodie, die sich meist an die Gregorianik anlehnen. Die Probleme, die damit verbunden sind, dürfen nicht dazu führen, diese Bemühungen aufzugeben. Aufschlußreich war für die katholischen Zuhörer auch die Bemerkung Müllers, daß die große Zeit der liturgischen Bewegung auch in der evangelischen Kirche zu Ende sei. Statt dessen zeichne sich heute eine Strömung ab, die mit den Begriffen „Rationalismus" und „Neupietismus" zu umschreiben sei. Überraschend war ferner seine Feststellung, daß Christmette und Osternachtsfeier im evangelischen Gottesdienst große Bedeutung gewonnen haben. In Hannover hätten in diesem Jahr in etwa 25 evangelischen Gemeinden Osternachtsfeiern stattgefunden.

Das Gespräch zwischen Katholiken und evangelischen Christen

Die Diskussion im Anschluß an den Vortrag von Domkapellmeister Quack und die Vorführung von Bandaufnahmen mit Beispielen der neuen Psalmodie setzte sich zunächst noch einmal mit der deutschen Gregorianik auseinander; die evangelischen Gottesdienste im Rahmen der Tagung (Metten und Komplet in der Form nach Alpirsbach und in der lutherischen Form) forderten dazu heraus. Nicht zuletzt von daher ist denn auch zu verstehen, was den Diskussionsteilnehmern zunächst überraschend, ja irgendwie grotesk erschien: Die evangelischen

Teilnehmer erwiesen sich gegenüber den Katholiken als Anwälte einer deutschen Gregorianik. Während man sich damit und mit der Feier von Metten und Laudes an monastisch-mittelalterliche Tradition anlehnte, beriefen sich die Katholiken mit ihrer responsorialen Psalmodie und ihrer Vigilfeier auf frühchristliche Formen! Auf katholischer Seite wurde festgestellt, daß man über die Versuche mit einer deutschen Gregorianik eigentlich hinaus sei; diese Versuche hätten sich über enge Zirkel hinaus nicht halten können, sie hätten notwendigerweise immer etwas Künstliches und Kunsthandwerkliches, trügen stets den Stempel der Kopie. Demgegenüber wurde von evangelischer Seite auf die „Stille" und die „Entrücktheit" des Gregorianischen Gesangs hingewiesen, daß er Jahrhunderte durch „gehalten" hätte und daß man für den Kult nichts Neues schaffen sollte, von dem es nicht sicher sei, daß es nicht binnen kurzer Zeit verbraucht und abgesungen sei. Entspringe die Stille und Entrücktheit des Gregorianischen Gesanges, so wurde erwidert, aber nicht einer idealisierten Vorstellung vom Gregorianischen Gesang, die auf das 19. Jahrhundert zurückgehe? Und sei der Gregorianische Gesang nicht selbst in Jahrhunderten geworden, sei es nicht falsch, wenn man seine Entwicklung in einer merkwürdigen perspektivischen Verkürzung, wenn man das ganze Repertorium als ein Opus ansehe? Gäbe es nicht in der Überlieferung des Gregorianischen Gesangs seit dem Mittelalter bis heute tiefe Traditionsbrüche, etwa hinsichtlich der Vortragsweise? Wieviel habe eigentlich der Gregorianische Gesang heute noch mit dem vor 1000 Jahren gemeinsam? Und sei die Forderung, für Jahrhunderte zu schaffen, nicht unbillig? Spreche sich darin nicht eine spezifische Krankheit unserer Zeit aus?

An der von Domkapellmeister Quack vorgeführten neuen Psalmodie wurde in der Diskussion vor allem hervorgehoben, daß das Volk dabei auf eine leicht zu verwirklichende und lebendige Art beteiligt werde, daß es gelungen sei, eine lebendige Art und Weise des Psalmvortrags zu entwickeln und daß der Gesang des ganzen Psalms wiedergewonnen werde, daß der Text bei solcher Vortragsweise unmittelbar auffaßbar und verständlich sei. Die Vielfalt der Darbietungsmöglichkeiten erlaube, geradezu von „Mehrzweckpsalmodie" zu sprechen, und es sei nicht zu unterschätzen, daß diese Psalmodie ob ihrer reichen Möglichkeiten auch für den Kirchenmusiker und für den Komponisten ausgesprochen „attraktiv" sei. In einer Vigilfeier zum Feste der Allerheiligsten Dreifaltigkeit in der St.-Elisabeth-Kirche in Darmstadt sang der Domchor Speyer unter Leitung von Domkapellmeister Quack die Psalmen 95, 94, 99 und 116, die Kehrverse waren vorher innerhalb von wenigen Minuten mit dem Volk einstudiert worden. Diese Bewährungsprobe der neuen Psalmodie war außerordentlich eindrucksvoll. Als weitere katholische Gottesdienste fanden ein Deutsches Hochamt und ein Choralamt statt, in dem das Volk ein einfaches Ordinarium sang und die Choralschola des humanistischen Gymnasiums Ingolstadt unter Leitung von Studienrat Alfred Reichling zeigte, welche Möglichkeiten vorbildlicher Kirchenmusik sich im Rahmen einer höheren Schule unter Leitung eines geschickten und zielbewußten Musikerziehers ergeben.

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

BOSIO, G., SJ. *Produzione artificiale della vita e problematica religiosa.* In: La Civiltà Cattolica Jhg. 111 Nr. 2640 (18. Juni 1960) S. 561—573.

Die Erwartung der Möglichkeit synthetischer Herstellung des Lebens wird immer wieder durch Meldungen aus der Biochemie angeregt und gibt zu überspannten, nicht selten auch weltanschaulichen Kombinationen Anlaß. Bosio zeigt hier 1. den Stand und die Per- bzw. Prospektiven der Forschung, 2. die vor allem interessierenden theologischen Konsequenzen einer generatio spontanea aequivoca, mit der ja schon Aristoteles und Thomas gerechnet haben. Sie widerlegt weder per se den Vitalismus zugunsten des cartesianischen Mechanizismus noch viel weniger die Schöpfung der ersten Lebewesen.

BRIEN, André. *La gloire dans la vie chrétienne.* In: Christus. Cahiers spirituels Bd. 7 Nr. 27 (Juli 1960) S. 329—341.

Der Aufsatz ist ein Essay zur Theologie des christlichen Selbstbewußtseins, des Rühmens in Christus. Damit gehört er zu jenen Themen, die unter der Voraussetzung gründlicher bibeltheologischer Vorarbeit — wie hier — der Bemühung um mehr Fleisch und Blut in unserer Verkündigung wirklich dienen. In diesem Zusammenhang sei darauf aufmerksam gemacht, daß die asketische Zeitschriftenliteratur zunehmend sich auf die Spiritualität des Menschen in der Welt einstellt und für die Predigt an Bedeutung immer mehr gewinnt.

GRASSO, Domenico, SJ. *Turismo e Pastorale.* In: La Civiltà Cattolica Jhg. 111 Nr. 2640 (18. Juni 1960) S. 574—587.

An diesem Aufsatz, der die bekannten pastoraltheologischen Gesichtspunkte des modernen Wochenend- und Ferientourismus diskutiert, interessiert vor allem, was der Verfasser über die Chance der Begegnung zwischen Priestern und der Religion entfremdeten Touristen berichtet. Er erzählt da von erstaunlichen Erfolgen des P. Giovanni Arrighi OP in San Remo, Cortina d'Ampezzo und anderen mondänen Ferienorten. Ferienreisen können demnach auch verschüttete Quellen wieder auftun, und die missionarische Seelsorge muß darauf aufmerksam werden.

LYNCH, John J., SJ. *Notes on Moral Theology.* In: Theological Studies. Vol. 21 Nr. 2 (Juni 1960) S. 221—249.

Der bekannte Überblick der „Theological Studies" über Einzelarbeiten zu moraltheologischen Einzelfragen (in der Mehrzahl aus dem englischen Sprachraum, unter Herbeiziehung auch einiger französischer und italienischer Literatur) reicht zeitlich von Juli bis Dezember 1959. Der Bericht bespricht in vier Kapiteln die Mäßigkeit (Nikotinmißbrauch, Alkoholismus, Sexualität), Fragen der Geburtenbeschränkung, Fragen der Medizin (Abtreibung, Experimente an Menschen, kosmetische Chirurgie usw.) und Sakramentenspendung (Taufe, Sterbesekramente, Messe).

MEISNER, Helmut. *Kirche und Glaubensnot.* In: Begegnung Jhg. 15 Heft 7/8 (Juli/August 1960) S. 107—115.

Der Untertitel des Beitrages lautet: Kann die Kirche heute Menschen gewinnen? Meisner zeichnet mit wenigen kräftigen Strichen die Situation, in der heute die praktische Seelsorge steht. Sie ist nur dann als hoffnungslos zu bezeichnen, wenn der Wille nicht bestünde, von alten, unwirksam gewordenen Pastoralmethoden abzugehen. Die neuen Formen, über die Meisner aus eigener Erfahrung eingehend berichtet, zielen alle nicht direkt auf Glaubensgewinnung ab, sondern versuchen Bedürfnissen und Erwartungen des modernen Großstadtmenschen entgegenzukommen. Die Begegnung von Seelsorge und indifferentem Menschen liegen — das zeigen alle **Erfahrungen der Telefonseelsorge** und der „Offenen Türen" — im ethischen Bereich, in der Bewältigung von Lebensfragen, in vorreligiösen Fragen also, die aber fast immer unmittelbar dem Glauben benachbart sind. Diese neuen Formen indirekter Seelsorge sind alle individual-pastoral.

NICOLAS, J.-H., OP. *Dieu exauce-t-il les pécheurs?* In: La Vie spirituelle Jhg. 42 Nr. 463 (Juli 1960) S. 33—46.

Die vielzitierte Entchristlichung in unseren eigenen Reihen ist wohl in der Mehrzahl der Fälle noch nicht Glaubensverlust, sondern eher ein Verlust der Hoffnung, der aus der Kapitulation vor der Sünde resultiert. In diesen Fällen kommt der Aufruf zur radikaen Metanoia oft nicht an, z. B. in den aussichtslosen Ehefällen. Dann stellt sich dem Seelsorger für seine Verkündigung die obige Frage, die hier theologisch gut behandelt wird. So reiht sich dieser Aufsatz ein als Beitrag zu einer quaestio, die zu diskutieren für die Pastoraltheologie, ja man möchte sagen, für das Konzil es höchste Zeit ist.

Technische Werte und Seelsorge. Sammelheft von Anima Jhg. 15 Heft 2 (1960) S. 97—180.

Das Bemühen dieses wiederum durch viele wertvolle Anregungen ausgezeichneten Heftes gilt — wie Schriftleiter F. X. v. Hornstein schreibt — „der Aufhellung der Beziehungen zwischen dem Hirtenamt und der technischen und wirtschaftlichen Mentalität". Unter diesem Gesichtspunkt sind die Ausführungen Hornsteins — sowohl seine Einleitung wie sein Beitrag „Seelsorge im Zeitalter der Technik" — besonders erwähnenswert. Die Frage ist: Wie können die heute recht unterschiedlich erscheinenden Werte des Irdischen und des Übernatürlichen in Übereinstimmung gebracht werden? Dieser von jedem Gläubigen zu leistenden Aufgabe müsse die Seelsorge sekundieren. In der Praxis bedeute das, daß viele Vorurteile und falsche Einstellungen von ihr aufzugeben seien: das ausschließliche Behüten-Wollen der Pfarrgläubigen, so daß die Außenstehenden nicht mehr vom Hirtenamt erfaßt würden. Der Priester könne diese Hilfe nur geben, wenn er Zugang zum Menschen im technischen Raum gefunden hat. Hier liegen die eigentlichen Schwierigkeiten. Noch herrsche zuviel Anmaßung, Arroganz gegen den Menschen aus der technischen Welt. Die Erziehung des Priesters berücksichtige die Erfordernisse des Seelsorgers im technischen Raum fast überhaupt nicht. Erst wenn er demütig die Menschen dieser Welt sucht und sie versteht, kann er wirksam verkündigen.

Kultur

BARROS, R. B., SJ. *La trágica realidad educacional Chilena.* In: Mensaje Jhg. 9 Nr. 89 (Juni 1960) S. 186—189.

Obgleich die Zahl der Besucher aller Schultypen in Chile in den letzten zehn Jahren außerordentlich gestiegen ist, führt die Analyse von P. Barros doch zu alarmierenden Ergebnissen: Nur 17 % aller Schüler durchlaufen den sechsjährigen obligatorischen Volksschulunterricht, d. h. der Prozentsatz derjenigen, die die Schule nach jedem Schuljahr verlassen, steigt kontinuierlich. Gleiches gilt für die höheren Schulen aller Art. Von den 7- bis 14jährigen erhalten 29 % überhaupt keine schulische Ausbildung, ebenso sind 75 % aller Chilenen zwischen 15 und 19 Jahren ohne Unterricht.

GÖTZE, Willibald. *Gustav Mahler.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 10 (Juli 1960) S. 277—286.

Eine Würdigung der Persönlichkeit und des Werkes von Gustav Mahler, eines Musikers, der heute zu Unrecht vergessen ist. Kennzeichen dieses zur katholischen Kirche übergetretenen böhmischen Juden war der Wille zum „Maß" in einer Zeit, die unter dem Einfluß Wagners in der Musik das Grenzenlose, Genialische feierte. Quelle des musikalischen Schaffens war für Mahler das Lied.

KÖPKE, W. *„Kultur"kampf in Malaya.* In: Indo-Asia Jhg. 2 Heft 2 (April 1960) S. 140—148.

Ein Abriß der Geschichte Malayas, um die vielfältigen ethnischen, kulturellen und religiösen Einflüsse auf die derzeitige soziale Struktur des unabhängigen Malaya zu zeigen. Die Aufgabe besteht heute in der Integration der verschiedenen heterogenen Elemente. Die Frage ist wie. Die Regierung versucht das Ziel durch Einführung einer Nationalsprache zu erreichen, für deren Ausbreitung jedoch das dazu notwendige Schulsystem fehlt. Um die Integration voranzutreiben, wurde ferner ein kulturpolitischer Bund „Groß-Malaya", umfassend Indonesien, die Philippinen und Malaya, gegründet. Aus politischen Gründen blieb er bis jetzt Papier.

KRANZ, Gisbert. *Die stillbare Sehnsucht.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 10 (Juli 1960) S. 286—301.

An Hand zahlreicher Auszüge und Zitate zeigt der Verfasser, daß es C. S. Lewis immer wieder darum geht, die letzte Sehnsucht des Menschen anzusprechen und ihm zu zeigen, wo allein diese Sehnsucht gestillt werden kann. Die Art und Weise, wie Lewis von dieser Sehnsucht und ihrer Stillung spricht, ist weder rein sentimental noch rein rational. Er predigt nicht und doziert nicht. Er ist von einer entwaffnenden Aufrichtigkeit. Er setzt sich zum Leser auf die Bank, „um mit ihm die Kollegehefte zu vergleichen". Besonders ausgeprägt ist sein Understatement. Diese Einstellung sowie die souveräne Beherrschung der Mittel sichern ihm den Erfolg.

MENCZER, Béla. *Stephan Széchenyi / Die Romantik in der Politik.* In: Wort und Wahrheit Jhg. 15 Heft 6/7 (Juni/Juli 1960) S. 445—450.

Ein Porträt des vor hundert Jahren verstorbenen ungarischen Staatsmannes. Der Verfasser nennt Széchenyi einen politischen Romantiker im Sinne Schlegels: einen Mann voller Ideen, voller Ehrgeiz, voller Ambitionen, dessen Leben ein Labyrinth war, unausschöpflich, ein Mann mit einem „Doppelleben", wie es der Roman Balzacs kennt.

MÜLLER, Josef. *Das Problem der Begabung.* In: Gewerkschaftliche Monatshefte Jhg. 11 Heft 6 (Juni 1960) S. 340—345.

Der Verfasser sucht zwei Fragen zu beantworten: Sind beim Bildungsprozeß die Erbanlagen oder ist das Milieu entscheidend, und, zweitens, ist die physische Akzeleration der modernen Jugend mit Sicherheit mit geistig-seelischen Retardierungen verbunden? Zu 1): Nach Verfasser ist dem Milieu mindestens die gleiche Bedeutung einzuräumen wie der Anlage (er deckt sich hierin also in etwa mit der These von F. Groner, s. u.); zu 2): Der Verfasser glaubt nicht an geistige Retardierungen auf Grund der Akzeleration, er ist jedoch von Interessenumschichtungen überzeugt (vor allem im technisch-funktionalen Denken), die die Schule bisher noch zu wenig berücksichtigt habe.

SALOMONSEN, Anna. *Fiktion als Rache. Zu den Werken Simone de Beauvoirs.* In: Hochland Jhg. 52 Heft 5 (Juni 1960) S. 426—431.

Eine sehr geistvolle Analyse der Memoiren Simone de Beauvoirs (Mémoires d'une jeune fille rangée), die „mehr als eine Autobiographie, nämlich eine Untersuchung über eine menschliche Einzelentwicklung ist, der allgemeine soziale Bedeutung zukommt". Sie beschreibt die Auflehnung einer jungen Intellektuellen gegen die Rolle der Frau in der heutigen Gesellschaft. Die Frau, durch ihre Natur und ihre Rolle als potentielle Mutter auf ihre Situation festgelegt, ist geneigt, sich mit der sozialen Struktur der überwiegend vom Mann bestimmten Gesellschaft abzufinden. So verkümmert sie als Gattin und als Mutter, also in der Unterwerfung unter eine unnatürliche Bestimmung, in ihrer Menschlichkeit und wird erst frei, indem sie ihre Funktion handelnd transzendiert. Damit wird aber gerade der typisch männliche Aspekt des Weltverhaltens akzeptiert. Die christliche Geschichte zeigt ein Bild der Frau, in der die Transzendenz des Handelns nicht ihre einzige Freiheit ist. Dieses Bild wird mit den Kategorien Buytendijks charakterisiert.

SCHADE, Herbert, SJ. *Moderner Kirchenbau.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 10 (Juli 1960) S. 261—277.

Trotz bedeutender Leistungen im modernen Kirchenbau zeichnen sich viele Bauten durch einen Mangel an organischer Verbindung zwischen profanen und religiösen Elementen aus. Diese Schwäche des modernen Sakralbaues ist nach Schade nicht eine Stilfrage, sondern das Ergebnis von Unsicherheit gegenüber dem Wesen religiöser Struktur. Es fehlt weitgehend an überzeugenden religiösen Konzeptionen, die im Mangel an notwendigen Beziehungen zwischen Form und Inhalt im Bauwerk deutlich werden. Ansätze zu einer religiösen Struktur des modernen Kirchenbaues zeigen sich in der Bewahrung des kosmischen Elementes des Lichtes, ferner in der Betonung der circumstantes, also des sozialen Gedankens der kultischen Feier.

La libertà della Scuola. Sammelheft von Vita e Pensiero Jhg. 43 Nr. 6 (Juni 1960).

Da die Sorge um die freien katholischen Schulen in regelmäßiger Wiederkehr, bald hier, bald dort, Wachsamkeit gebietet, ist dieses Heft aktuell. Ein einführender Beitrag des Erzbischofs von Novara stellt das Wesentliche der kirchlichen Erziehungslehre zusammen. Weitere Aufsätze berichten über die Geschichte der freien Schule im modernen Staat (besonders in Frankreich und Italien), das italienische Schulrecht, die jüngste Entwicklung der freien Schule in Italien, den Stand der Dinge in Holland, Irland, England, Belgien und Frankreich. Zwei grundsätzliche Abhandlungen sind dem Erziehungswert und wissenschaftlichen Niveau der freien Schulen gewidmet. Sie sind leider nicht völlig überzeugend.

Politisches und soziales Leben

ANCIZAR, Alberto. *Red Tinge in Latin Press.* In: America Vol. 103 Nr. 13 (25. Juni 1960) S. 394—395.

Der (venezolanische) Verfasser berichtet von der kommunistischen Infiltration im lateinamerikanischen Pressewesen. An kommunistischen Zeitungen und Zeitschriften gibt es: in Argentinien 34, in Brasilien 52, in Chile 19, in Perú 10, in Uruguay 52, in Venezuela 15. Journalistenverbände haben kommunistische Generalsekretäre in: Brasilien, Chile, Uruguay, Venezuela, während solche in Argentinien und Perú stark kommunistisch durchsetzt sind (es gibt daneben freilich unabhängige Journalistenverbände in diesen Ländern). In Havanna gibt es eine kommunistisch bestimmte Nachrichtenagentur „Prensa Latina", die von Fidel Castro finanziert wird, aber den größten Teil ihres Geldes aus anderen (kommunistischen) Quellen bezieht.

BONNICHON, André. *Indépendances africaines.* In: Etudes Jhg. 93 Nr. 1 (Juli/August 1960) S. 23—29.

Der Verfasser untersucht besonders den politischen Aspekt des afrikanischen Unabhängigkeitsproblems, vor allem für die ehemals französischen Gebiete. Er tritt dafür ein, daß die Souveränität der neuen Staaten in Europa vorbehaltlos und auch innerlich anerkannt wird. Je aufrichtiger das geschieht, um so größer ist die Chance, daß die Afrikaner sich der Gemeinschaft der Nationen einfügen werden.

FUETER, Eduard. *Die soziale Lage der schweizerischen Studierenden und Jungakademiker.* In: Schweizer Monatshefte Jhg. 40 Heft 3 (Juni 1960) S. 290—303.

„Die soziale und finanzielle Lage der schweizerischen Jungakademiker ist prekärer und problematischer, als man meist annimmt." Die Gründe dafür sieht der Verfasser in einem wenig sinnvoll gehandhabten Stipendiatensystem, insbesondere in dessen Almosencharakter, gegen den sich gerade die Schichten, die auf Stipendien angewiesen sind, aus Bürgersinn wehren. Verschärft wird der Unterschied zwischen der allgemeinen und der studentischen sozialen Lage durch die anhaltende Hochkonjunktur, an der die Studenten weniger teilhaben. Sie ist jedoch dem wissenschaftlichen Nachwuchs in etwa zugute gekommen. Anderseits hat sie die allgemeine Interessenlage der Jugend beeinflußt. Akademisches Studium ist weitgehend nicht mehr attraktiv in der Schweiz, man kann schneller und billiger in den Genuß hoher Löhne und geregelter Altersversorgung kommen als auf diesem Wege. Die Entwicklung der Studentenzahlen in der Schweiz ist für Europa einmalig: 1945/50 studierten jährlich im Durchschnitt 9800 Studenten, 1958/59 waren es noch keine 9500.

GINIEWSKI, Paul. *Israels Eingliederung in den Mittleren Osten.* In: Europa-Archiv Jhg. 15 Heft 11 (5. Juni 1960) S. 360—370.

Neben den direkten Bemühungen Israels um Anerkennung und Sicherung seiner staatlichen Existenz durch die arabischen Nachbarn behandelt der Verfasser die Umwegpolitik Israels über Asien und Afrika mit dem gleichen Ziel: Israels Eingliederung in den Nahen Osten. Israels Bedeutung als Wirtschaftspartner ist vor allem groß für Burma und für Ghana, aber auch für andere junge afrikanische Staaten. Das Beispiel der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Israels ist für die asiatischen und afrikanischen Staaten besonders deshalb attraktiv, weil Israel eine ähnliche Ausgangsbasis hatte wie die jungen Staaten heute, ferner weil es nicht mit dem Odium des Kolonialismus belastet ist und weil — besonders in Afrika — die Araber wegen ihrer früheren Sklavenpolitik sehr verhaßt sind.

LOFFREDO, Ferdinando E. *Lo Stato assistenziale (Welfare State) in una polemica tra Cattolici inglesi.* In: Rivista Internazionale di Scienze sociali Bd. 31 Nr. 3 (Mai/Juni 1960) S. 243—255.

Der Aufsatz nimmt Stellung zu den Argumenten, mit denen Paul Crane SJ und Sir Henry Slesser in „The Christian Democrat" und „The Month" im Januar 1959 ihre scharfe Auseinandersetzung über den Wohlfahrtsstaat und die Würde des Menschen ausgetragen haben, wobei Crane auch schon die gegenwärtige Form als glatte Verleugnung christlicher Sozialprinzipien bezeichnet, in deren Konsequenz die geistige Proletarisierung unabwendbar sei, während Slesser mit der Berufung auf die Unabwendbarkeit der technischen Entwicklung und der entsprechenden materialistischen Mentalität — einer gegebenen Struktur, an der die Kirche nur mildernd, aber nicht umwälzend wirken könne — einen resignierend defensiven Standpunkt einnimmt. Loffredo zeigt zwar keine realen Wege aus dem Dilemma, arbeitet aber die Alternative gut und prägnant heraus.

MARLÉ, René. *L'Allemagne de l'Est à l'avant-garde du monde communiste.* In: Etudes Jhg. 93 Nr. 1 (Juli/August 1960) S. 30—42.

Es ist sehr erfreulich, daß in diesem Aufsatz die französischen Leser mit der Wirklichkeit des Lebens in der deutschen Sowjetzone bekanntgemacht werden. Die Darstellung zeigt, daß die im Westen gelegentlich geäußerte Annahme, der Kommunismus würde in Mittel- und Westeuropa ein anderes Gesicht gewinnen, wenn er an die Macht käme, bare Illusion ist. Die Tschechoslowakei und Mitteldeutschland zeugen im Gegenteil dafür, daß seine Ideologie sich in den westlichsten seiner Machtgebiete besonders gründlich einwurzelt.

MURRAY, Elinor. *Resigniert Amerikas junge Generation?* In: Wort und Wahrheit Jhg. 15 Heft 6/7 (Juni/Juli 1960) S. 456—459.

Eine Charakterisierung der jungen studentischen Generation Amerikas. Sie könne nicht allein mit „beat generation" abgestempelt werden, mit Leuten, die nur den Schmutz der Welt sehen, die die soziale Verantwortung verweigern und die in die Suche nach persönlicher Identität flüchten. Die jungen Leute, Kinder des zweiten Weltkrieges, aufgewachsen im Kalten Krieg, die erlebten, daß die ehemaligen Feinde heute Freunde und die ehemaligen Freunde heute Feinde sind, die im ständigen rasenden Wandel der technischen Welt leben, sind vor allem vorsichtig, vielleicht sogar ängstlich gegenüber der Aufgabe, die auf sie wartet: die wenigen grundlegenden Wahrheiten der Welt von gestern mit der neuen Wirklichkeit zu verbinden.

PELLETIER, Gerard. *Der Gesamtverband der katholischen Arbeiter Kanadas (CTCC).* In: Labor Jhg. 7 Nr. 3 (1960) S. 142—144.

In diesem Heft, das aus Anlaß des 40jährigen Bestehens der Internationalen Gewerkschaften die Arbeit der Nationalverbände in den verschiedenen Kontinenten würdigt, skizziert Pelletier die besondere Struktur des CTCC in Kanada. Seine Situation erklärt sich daraus, daß heute von den 1,2 Millionen kanadischen Gewerkschaftsmitgliedern über 700 000 zu den US-amerikanischen AFL-CIO gehören, ein Ergebnis der engen wirtschaftlichen Verflochtenheit beider Länder. Isoliert stehen in dieser Entwicklung die 100 000 gewerkschaftlich organisierten katholischen Arbeiter, fast alle französischer Sprache, mit dem Zentrum Quebec. Der Verfasser skizziert ferner die Probleme, die sich heute der katholischen Gewerkschaftsbewegung Kanadas stellen — auf Grund der ungewöhnlich hohen Fluktuation von Arbeitskräften, von der besonders das Industriezentrum Quebec in den letzten Jahren betroffen wurde.

Chronik des katholischen Lebens

BENEDIKT, Heinrich. *Kirchenstaat: Kirche — Staat.* In: Österreichisches Archiv für Kirchenrecht Jhg. 11 Heft 1 (1960) S. 1—16.

Zur Problematik eines Staates, der zugleich „Kirche" ist bzw. von der Kirche verwaltet wird, gibt der Wiener Gelehrte einen — traurigen — Abriß der Geschichte des Kirchenstaates seit der Renaissance und zeigt, daß trotz viel guten Willens die einfachsten Aufgaben einer gerechten und wirtschaftlich sachgemäßen Verwaltung nicht gelöst werden konnten. Die Korruption forderte die politische Revolution des italienischen Nationalstaates heraus.

BODZENTA, Erich. *Wie katholisch ist Österreich?* In: Wort und Wahrheit Jhg. 15 Heft 6/7 (Juni/Juli 1960) S. 423—444.

Die alles in allem wenig erfreuliche Lage der Kirche in Österreich — vom Verfasser unter den Gesichtspunkten der Kirchlichkeit, das heißt des Kirchenbesuches, der Ehepraxis, der Organisiertheit in den Pfarrgruppen u. ä. untersucht, wonach rund 70 Prozent aller österreichischen Pfarren als überwiegend lau und indifferent zu charakterisieren sind — veranlaßt den Direktor des Instituts für kirchliche Sozialforschung in Wien zu folgenden Hinweisen für die praktische Seelsorge: Konzentrierung auf die seelsorglichen Notstandsgebiete, auf die Saisonkatholiken, Verlagerung der Schwerpunkte der kirchlichen Jugendarbeit von den Kindern auf die Halbwüchsigen. Intensivierung der Erwachsenenseelsorge, Entwicklung der Sonderseelsorge für Wanderer aller Art, Rückgewinnung der Arbeiter, der Unternehmer und der Akademiker.

GRONER, Franz. *Die Sozialstellung der Katholiken in der Bundesrepublik Deutschland.* In: Kölner Pastoralblatt Jhg. 12 Heft 6 (Juni 1960) S. 178—187 und Heft 7 (Juli 1960) S. 215 bis 225.

Groner hat in den beiden Beiträgen alle derzeitig erfaßbaren Unterlagen zusammengetragen, die sich befassen mit der Sozialstellung der Katholiken im Beruf (Ergebnisse des Mikrozensus in: Bundesgebiet, Bayern, einigen ausgewählten Regierungsbezirken, Ministerien, Universitäten) und ihrer Sozialstellung in der Berufsausbildung (Schulen aller Art), darunter auch die Ergebnisse der Arbeiten K. V. Müllers über das Verhältnis von Intelligenz und Konfession. Die Ergebnisse zeigen insgesamt, daß die Katholiken noch beträchtlich nachhinken (begründet wird das mit der Traditionsgebundenheit der Katholiken) und daß sie wegen ihrer relativen sozialen Rückständigkeit, „zum mindesten im Augenblick, in dem eigentlichen Begabungsreservoir, in der Jugend, der übrigen Bevölkerung unterlegen" sind.

HIRLEMANN, M. *Les Jeunes et la Foi en Alsace.* In: Bulletin ecclésiastique du Diocèse de Strasbourg Jhg. 79 Nr. 13 (1. Juli 1960) S. 395—403.

Der Bischof von Straßburg hat zur Schaffung einer Arbeitsgrundlage für Pastoralkonferenzen hierüber eine Enquete durchführen lassen, deren Ergebnisse hier (und in weiteren Fortsetzungen) mitgeteilt werden. Die Durchsicht des ersten Teils zeigt die internationale Gleichartigkeit des Problems. Es werden viele konkrete, treffende und bisweilen nicht beachtete Gesichtspunkte mitgeteilt, die diese Berichte zu einer guten Information für alle Jugendseelsorger machen dürften.

What are Universities for? In: The Dublin Review Nr. 484 (Sommer 1960) S. 99—162.

Das Heft gibt eine Anzahl von Referaten wieder, die einer Konferenz katholischer Universitätslehrer, die im September 1960 in Liverpool stattfindet, vorgelegt werden sollen. M. P. Fogarty bespricht Fragen des Verhältnisses der Katholiken zum Universitätsstudium: zur übrigen Bevölkerung ist die Zahl der Katholiken um ein Drittel geringer, wenn auch relativ im Aufholen begriffen; sie sind mehr an den Geisteswissenschaften und den Problemen der Synthese in den Wissenschaften interessiert als an spezialisierter Einzelforschung u. a. Die Aufgaben liegen im Ausgleich der Tendenzen, die je ihre positive und negative Seite haben. P. Black bespricht Fragen der religiösen Praxis und des Glaubenslebens an den Universitäten (wobei er u. a. zu dem Schluß kommt, das Universitätsmilieu enthalte wahrscheinlich weniger Gefahren für den Glauben junger Menschen als die meisten anderen Milieus; vgl. dazu in der Zeitschriftenschau des vorigen Heftes, S. 488, den amerikanischen Beitrag von G. R. Fitzgerald, Catholics in Secular Colleges). B. Towers erörtert die Frage der Allgemein- und der rein fachlichen Erziehung, die auch in zwei anderen Artikeln von J. Gregor und W. B. Whalley unter anderen Gesichtspunkten behandelt wird. A. A. Parker und C. R. Leetham handeln von der schulischen Vorbereitung auf das Universitätsstudium, wobei der letztere die Überlastung der Schullehrgänge ebenso beklagt wie den Druck einer zu frühen Spezialberufsentscheidung, der auf den Studenten liegt.

Chronik des ökumenischen Lebens

ENGELLAND, Hans. *Schrift und Tradition.* In: Theolog. Literaturzeitung Jhg. 85 Nr. 1 (Januar 1960) Sp. 19—32.

Dieser neue evangelische Beitrag, der von der Voraussetzung ausgeht, daß „wir mit der Bibel allein sind", wird der Tatsache gerecht, daß wir das Evangelium nur durch die Tradition der Kirche haben, widerspricht aber der katholischen Auffassung von Pohle und Schmaus von der bibelfreien Unmittelbarkeit des kirchlichen Lehramts zum Heiligen Geist mit vielfachen Gründen, die eine ausführliche Auseinandersetzung erfordern.

KLAUS, Bernhard. *Die eucharistische Bewegung im Lichte des Evangeliums* In: Materialdienst des Konfessionskundlichen Instituts Jhg. 11 Nr. 3 (Mai/Juni 1960) S. 41—51.

Der bedeutende Aufsatz ist in seinem ersten Teil eine sachliche Würdigung der eucharistischen Bewegung seit ihrer Entstehung und stellt die ewig gültigen Worte des Evangeliums aus dem Munde des Kardinalstaatssekretärs Pacelli, anläßlich des Eucharistisschen Kongresses von Budapest 1938, ins Licht. Der zweite Teil begründet, warum die Evangelischen die Selbstdarstellung der Kirche, die anstelle Christi die Welt beherrschen wolle, ablehnen müssen, führt dann aber zu ernster Selbstprüfung hinsichtlich der evangelischen Abendmahlsfreudigkeit und des evangelischen Kirchenbewußtseins, so daß man sagen kann, daß der in München tagende Eucharistische Kongreß segensreiche Wirkungen auch für die Evangelischen zeitigt.

MATTHES, Joachim. *Ideologische Züge in der neueren evangelischen Sozialarbeit in Deutschland.* In: Lutherische Rundschau Jhg. 10 Heft 1 (Mai 1960) S. 30—55.

Auf der Linie der schon früher berichteten Kritik an der evangelischen Sozialarbeit (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 238) wird hier der ganzen Entwicklung der sozialen Befangenheit nachgespürt, mit deutlicher Spitze gegen Bad Boll. Diese ebenso schwierige wie interessante Untersuchung will mit ihrer Kritik an den utopischen Zügen der evangelischen Sozialarbeit eine gründliche Fundierung durch soziologische Einzeluntersuchungen erwirken, verhindern, daß sämtliche Bereiche der Gesellschaft über einen Kamm geschoren werden, und eine Klärung des Kirchenbegriffs fordern, der sich der „Welt" entgegensetzt. Eigentlich ein full stop für die evangelische Sozialarbeit, dessen Ehrlichkeit Bewunderung und wohl auch eine analoge Befragung der katholischen Arbeit verdient.

MEINHOLD, Peter. *Evangelische Wünsche zum Eucharistischen Weltkongreß.* In: Informationsblatt Jhg. 9 Nr. 12 (Zweites Juniheft 1960) S. 188—189.

Im Rahmen der immer länger werdenden Sparte über „Die Katholische Kirche" wirbt der Kieler Theologe um Verständnis für die eucharistische Frömmigkeit der Katholiken und mahnt die evangelischen Gemeinden in München, ihrerseits ernst das Heilige Abendmahl zu feiern. Der Verfasser enthält sich derartiger Einwände, wie sie ein ähnlicher Aufsatz von W. Rupprecht in der „Ev.-luth. Kirchenzeitung" (Jhg. 14, Nr. 13 v. 1. 7. 60): „Der Eucharistische Weltkongreß und wir" (S. 199—201) bringt. Mit der Mahnung zur Zurückhaltung verbinden sich Warnungen vor der einseitigen Betonung der Eucharistie und einer „abergläubisch-magischen Frömmigkeit". Gleichzeitig wird völlig mißverständlich die römische Abendmahlsfeier in „eine erstaunliche Nähe zu dem Gedächtnis- und Bekenntnischarakter einer bestimmten reformierten Abendmahlstheologie" gerückt.

MEISTER, Johannes. *Zum Stand des Abendmahlsgesprächs nach den Arnoldshainer Thesen.* In: Ev.-luth. Kirchenzeitung Jhg. 14 Nr. 13 (1. Juli 1960) S. 193—199.

Der Verfasser führt hier seine durchdringende konfessionskundliche Analyse des evangelischen Abendmahlsgespräches fort (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 432) und findet, daß die Kontroverse bei der hermeneutischen Frage angekommen ist. Die Aussagen der Thesen bemühen sich, durchweg personalistisch zu sein, man müsse aber fragen, welcher philosophische Personbegriff dahinterstehe. Es geht also um die Denkvoraussetzungen.

SCHULZ, Bruno. *Theologie des Wortes und Theologie des Kreuzes nach ihrer innertrinitarischen Begründung.* In: Münchener Theologische Zeitschrift Jhg. 11 Heft 1 (1960) S. 34—45.

Ein spekulativer Versuch, durch innertrinitarische und biblische Betrachtung eine Theologie des Wortes mit dem Vorrang der Theologie des Kreuzes zu gewinnen und dadurch neuen Einsichten Martin Luthers gerecht zu werden, der seinerseits die spekulative Klärung seines Hauptanliegens, der Theologie des Kreuzes, abgewiesen hatte.

ZEEDEN, Ernst Walter. *Die Deutung Luthers und der Reformation als Aufgabe der Geschichtswissenschaft.* In: Tübinger Theologische Quartalsschrift Jhg. 140 Heft 2 (1960) S. 129 bis 162.

Dieser grundlegende, auf der Jahresversammlung des Evangelischen Religionslehrerverbandes 1958 gehaltene Vortrag erörtert zunächst an Hand der Quellenlage die Probleme und Schwierigkeiten der Reformationsdarstellung und gibt dann wertvolle Anregungen, durch welche Forschungen eine Differenzierung unseres Bildes der Reformation ermöglicht werden kann. Mehr zwischenhinein gibt der Verfasser Winke, wie man, ohne seine Konfession zu verleugnen, den Lehrstoff richtig zum Vortrag bringen kann.

Vorschau auf das Rundfunkprogramm

Wir weisen unsere Hörer auf folgende religiös, weltanschaulich und kulturell bedeutsame Sendungen hin

1. August (Montag)

9.00 Schulf. Ein deutscher Journalist sieht Moskau (BRE)
10.00 Schulf. Weiße und Farbige in einer Welt (RIAS) *P. A. Loos* (BRE)
14.35 Raumflüge innerhalb unseres Sonnensystems, *J. Stemmer* (ÖRF II)
16.15 Existenz am Straßenrand, *W. Rosbaud* (ÖRF II)
16.40 Maria Baers — eine Pionierin der katholischen Sozialarbeit (MÜ)
17.45 Schulf. Blütezeit von Literatur und Kunst zur Zeit der Weimarer Republik (SWF II)
20.30 Die Sonne, *W. G. Suffrian* (RIAS)
20.45 Tradition und Massenkultur, *M. Sperber* (STU II)
21.05 Sozialcharakter und Volkscharakter, *H. Kilian* (MÜ II)
22.00 Sexualität und Ideologie, *P. Honigsheim* (RIAS)
22.15 Meine Freunde, die Kommunisten, *R. Neumann* (MÜ II)
22.30 Die Romane von Elisabeth Langgässer, *F. Kölling* (SWF)
23.00 Wesen, Wert und Sinn des Schwurs (STU)

2. August (Dienstag)

10.00 Erdbebenforschung und -warnung auf neuen Wegen, *K. Hornauer* (SWF II)
11.15 Walter Richard Sickert — Englands größter Impressionist, *F. Walter* (SWF II)
16.45 Franz Werfel zum 15. Todesjahr, *W. Braselmann* (STU)
16.45 Gewissensnot als psychologisches Phänomen, *R. Liertz* (WDR)
17.45 Der parlamentarische Gedanke in den europäischen Gemeinschaften, *K. Neunreither* (SWF II)
18.45 Im Taumel nationaler Begeisterung — Junge Menschen im Nahen Osten (FRA)
20.00 Die Frage der Verantwortung in unserer Gesellschaft, *W. Metzger* (FRA II)
20.30 Verfilmte Weltliteratur, *H. von Troschke* (BRE)
20.30 Ärzte im Dienste Hitlers, *J. Wulf* (WDR)
20.45 Der Tag von Hiroshima, *E. Wickert* (STU)
21.30 Hadramaut — arabisches Mittelalter, *H. Scharfenberg* (SWF II)
22.00 Verteidigung des Individuums, *E. Grassi* (BRE II)

3. August (Mittwoch)

10.00 Zum 50. Todestag von Florence Nightingale, *Th. Lenz* (BRE)
15.00 Schulf. Farbige Studenten in Deutschland (RIAS)
17.40 Verstehen Sie etwas vom Wetterbericht? *R. Pleninger* (ÖRF II)
17.45 Gustavo Kardinal Testa, *W. Sandfuchs* (SWF II)
20.00 Eröffnung des Eucharistischen Weltkongresses in München — Ansprache: *Julius Kardinal Döpfner* (alle deutschen Sender)
22.00 Zur Kultursoziologie des Liebesanspruchs, *G. Gorer* (RIAS)
22.00 Deutsche Literatur im Exil, *F. Schonauer* (MÜ II)
23.00 Die Grundelemente des Lebens — Grundformen der Krankheit, *W. Wieser* und *H. Kilian* (SFB)

4. August (Donnerstag)

9.00 Schulf. Gottes Reich auf Erden — Otto von Freising (FRA)
15.00 Schulf. Der Weg des nordamerikanischen Negers (RIAS)
16.45 Die unverwüstliche Sprache des Unmenschen, *P. A. Joos* (BRE)
17.15 Das neue Hochschulstudium im Sudan, *H. Liebetegger* (ÖRF II)
18.10 Die Jugend und der Antisemitismus, *D. Grunenberg* (WDR)
18.45 Können Forscher fromm sein? *F. Dessauer* (FRA II)
20.30 Zum Problem des afrikanischen Nationalismus, *P. Coulmas* (SWF II)
21.15 Der Sudan — das Herz Afrikas, *G. Bonn* (BRE)
21.15 Die neue Persönlichkeit, *F. A. Hoyer* (WDR)
22.20 Wasserwirtschaft und Industrie Deutschlands, *W. Kumpf* — Kulturaustausch zwischen Ost und West, *D. Suzuki* — Die Galapagos-Inseln, *J. P. Dorst* (FRA II)
22.55 Macht und Ohnmacht des Konsumenten, *D. Schäfer* (BRE II)

5. August (Freitag)

13.30 Eucharistischer Weltkongreß — Gedenkstunde im ehemaligen Konzentrationslager Dachau — Ansprache: *Bischof Franz Hengsbach* (MÜ, FRA, STU II, SWF)
14.35 Steuerung und Fernlenkung der Raumfahrzeuge, *P. Blassel* (ÖRF II)
17.40 Die Kirche in der Welt, *K. Rudolf* (ÖRF II)
17.45 Schulf. Jochen Klepper (SWF II)
20.00 Das Geheimnis des Kreuzes — Unsere Antwort auf die Not und die Todesangst der Welt, *G. Waldmann SJ* (MÜ II, SAA)
21.00 Griechenland ohne Säulen, *J. H. Knoll* (SWF)
21.45 Umstrittene Bibel, *C. Westermann* (STU II)
22.45 Was ist der Mensch? — Nach der Deutung Max Schelers, *H. J. Schoeps* (SWF II)
23.15 Wilhelm v. Humboldt zum 125. Todestag, *W. Weischedel* (SFB)

6. August (Samstag)

16.00 Zur Geschichte des Rundfunks, *Th. Hüpgens* (BRE II)
17.30 Über den Geruchssinn des Menschen, *F. O. Keller* (FRA II)
18.05 Zehn Jahre Charta der Vertriebenen, *K. Mocker* (STU)
19.30 Eucharistischer Weltkongreß — Kundgebung der christlichen Arbeiterjugend — Ansprache: *Prälat Cardijn* (MÜ II)
20.00 Pontifikalamt im byzantinischen Ritus — Ansprache: *Franz Kardinal König* (MÜ II)
22.00 Dylan Thomas — Versuch eines literarischen Porträts, *H. M. Braem* (ÖRF III)

7. August (Sonntag)

8.00 Für das Leben der Welt — Bericht vom Eucharistischen Weltkongreß (MÜ II)
8.30 Porträt einer amerikanischen Slumgemeinde, *E. Lange* (MÜII)
9.15 Auf dem Brot aber steht alles, *R. Schröder* (SWF II)
9.30 Eucharistischer Weltkongreß — Pontifikalamt und Predigt des päpstlichen Legaten Gustavo Kardinal Testa (MÜ, SWF, STU, FRA, SFB, BRE, SAA)
10.00 Über Stilelemente der Unterhaltungsliteratur, *H. Sauter* (FRA II)
11.45 Anstöße des modernen Menschen am Glauben, *U. Mann* (SWF II)
13.15 Alaska — der 49. Bundesstaat der USA, *K. Vetbake* (WDR)
15.00 Konfuzius und seine Widersacher, *D. Leslie* (FRA II)
18.45 Zu den XVII. Olympischen Sommerspielen 1960 (MÜ)
20.00 Uraufführung des eucharistischen Oratoriums „Panis Vitae" von J. H. R. Dixon (MÜ, SAA, RIAS)
20.45 Der Mensch im Zeitalter des Atoms, *R. Lucas* und *E. Naused* (ÖRF II)
21.30 China gestern und heute, *H. O. H. Stange* (SFB)
21.45 Schlußkommentar zum Eucharistischen Weltkongreß, *B. Hanssler* (SAA)

8. August (Montag)

10.45 Der Mensch von morgen, *W. v. Hollander* (STU)
14.45 Schulf. Blütezeit von Literatur und Kunst zur Zeit der Weimarer Republik (SWF)
16.40 Die Frau und der Eucharistische Kongreß (MÜ)
16.45 Auseinandersetzung mit sowjetzonalen Büchern, *H. R. Müller-Schwefe* (BRE)
20.15 Große geschichtliche Gestalten des Bodenseeraumes, *O. Feger* (ÖRT)
20.30 Geschichtliches über Titel und Titelunwesen, *H. Lienhard* (ÖRF III)
20.45 Wesen und Aufnahme fernöstlicher Kultur, *H. Paeschke* (STU II)
21.05 Die Wandlungsfähigkeit des menschlichen Charakters, *H. Kilian* (MÜ II)
22.00 Jugendlichkeit als Ideal moderner Gesellschaften, *R. König* (RIAS)
22.30 Glaube und Unglaube, Briefwechsel zwischen *F. Heer* und *G. Szczesny* (SWF)
23.00 Zeit und Raum als Dimensionen des Menschen, *J. Rausch* und *H. Schomerus* (STU)

9. August (Dienstag)

10.00 Australiens kulturelle Entwicklung, *F. Hill* (SWF II)
14.30 Bericht über die steirische Hindukusch-Expedition 1959, *H. Filipic* (ÖRG)
15.00 Schulf. Bericht über Japan, *P. v. Felinau* (RIAS)
15.30 Schulf. Stätten der Bibel — heute (FRA)
16.45 Ignaz Heinrich v. Wessenberg zum 100. Todestag, *O. Strom* (STU)
17.05 Buchbespr.: Ernst Jünger: „Sgraffiti", *J. Reding* (WDR)
17.15 Wege zum Kunstwerk, *H. Dettelbach* (ÖRF II)
17.45 Tugend und Menschlichkeit, *E. Glaeser* (SWF II)
20.00 Zum 85. Geburtstag von C. G. Jung, *G. Gerster* (FRA II)
22.00 Über den Dichter und das Dichterische, *R. Borchardt* (BRE)
22.10 Die Philosophie, die Philosophen und das Philosophieren, *R. Heiss* (WDR)
22.10 Die Gutmütigkeit und die Güte, *H. Flügel* (MÜ)
22.20 Der Schriftsteller und die Zeit in sowjetischer Sicht — Zum Problem der Aktualität, *H. v. Ssachno* (FRA)

10. August (Mittwoch)

14.30 Gedanken über den Staat bei Augustinus, Thomas von Aquin und Thomas More, *E. Eisenberger* (ÖRG)
14.45 Schulf. Friedrich Joseph Haas (SWF)
16.45 Geschichte in den mitteldeutschen Schulen, *K. Haß* (BRE)
16.45 Die Eigenart Westpreußens, *E. Keyser* (MÜ)
16.45 Chassidische Weisheit — Eine Deutung aus evangelischer Sicht (SFB)
17.05 Hugo v. Hofmannsthal: „Neue deutsche Beiträge" — Porträt einer Zeitschrift, *F. Hering* (WDR)
17.15 Warum starb das Mammut aus? *E. Thenius* (ÖRF II)
17.45 Ein Bericht über Radio Vatikan, *E. Schmitz* (SWF II)
19.15 Die Griechische Hierarchie und die Ökumenische Bewegung, *P. Jung* (SAA)
21.00 Japans Zusammenbruch, *E. Wickert* (SWF)
21.05 Der siebenfache Ursprung der Zivilisation, *R. Coulborne* (MÜ II)
21.15 Anmerkungen zum modernen Drama, *E. Franzen* (FRA II)
21.30 Der Mönch Savonarola, *M. Rathsprecher* (ÖRF)
21.45 Zur Psychologie der Sentimentalen, *L. Dembicki* (FRA)
23.00 Der Organismus als Reglersystem, *W. Wieser* — Von der Zellularpathologie zur Regulationspathologie, *H. Kilian* (SFB)

11. August (Donnerstag)

14.30 Das Volkslied und die moderne Zeit, *K. Jindracek* (ÖRG)
15.15 Schulf. Vesuvausbruch im Jahre 79 n. Chr. (MÜ II)
16.45 Die sogenannten „kleinen Völker" und ihre Bedeutung für Gesamteuropa, *A. Hilckmann* (SWF)
16.45 Menschliches Versagen, *P. A. Loos* (BRE)
18.45 Wie denken wir heute über den historischen Jesus? *G. Bornkamm* (FRA II)
19.30 Das Goldene Zeitalter in der Geschichte Portugals, *J. M. Piel* (WDR)
20.30 Porträt der Else Lasker-Schüler, *L. Paepcke* (SWF II)
22.15 Der Dichter und die Wahrheit, *H. J. Baden* und *H. E. Holthusen* (SWF)
22.20 Literarische Renaissancen in Deutschland, *P. Böckmann* — Die Sahara, *R. Furon* — Demokratie, Autokratie und Diktatur, *H. Tingsten* (FRA II)
23.15 Maurice Ravel — ein Porträt, *R. Bauer* (SFB)

12. August (Freitag)

14.35 Die wissenschaftliche Rolle der Satelliten, *J. Lequeux* (ÖRF II)
14.45 Schulf. Zeugen der Wahrheit im Dritten Reich — Jochen Klepper (SWF)
17.45 Schulf. Die Kunst, Dichtung zu lesen — Das dramatische Wort (SWF II)
19.40 Imperialistische Tendenzen in der farbigen Welt, *R. Jacobs* (WDR)
21.45 Umstrittene Bibel, *C. Westermann* (STU II)
22.00 Das Studium des Deutschen an deutschen Universitäten (SFB)
22.30 Die sowjetrussische Enzyklopädie, *H. Pross-Werth* (STU)
22.45 Was ist der Mensch? — Nach einer Deutung Arnold Gehlens, *H. J. Schoeps* (SWF II)
23.00 Die Lyrik der „Beat Generation", *W. Schmiele* (SFB)

13. August (Samstag)

14.00 Die Volksabstimmung 1920 in Ost- und Westpreußen (MÜ II)
16.00 Zur Geschichte des Rundfunks, *O. Söhngen* (BRE II)
17.00 Schulf. Zur Soziologie der Lehrerin (SWF II)
17.30 Über Edelsteinfunde in Kolumbien, *E. Edlitzberger* (FRA II)
18.00 Helmuth James Graf v. Moltke *H. Stephan* (BRE)
18.55 Die Welt ohne Dichtung, *W. M. Neuwirth* (ÖRF III)
19.05 Das Recht in der Kirche und der Geist, *L. Hofmann* (SAA)
20.30 Die Geschichte der sowjetischen Raketen, *E. E. Koch* (WDR II)
21.45 Humor in der Kirche, *H. Haffner* (SWF II)

14. August (Sonntag)

8.00 Ernst Thrasolt — Priester und Dichter, *R. Greve* (MÜ II)
8.30 Die Bomben sind in der Luft, *A. Sommerauer* (MÜ II)
9.05 Zwei Weisen der Meditation, *U. v. Mangoldt* (MÜ)

10.00 Was müssen wir atmen? *H. A. Schweigart* (STU)
10.30 Jacob Burckhardts „Cicerone" im Lichte neuer Forschung, *W. Andreas* (SWF)
11.00 Ist die Schöpfungsgeschichte noch aktuell? *H. Bannach* (SWF)
11.15 Zwischen Hoffnung und Verzweiflung, *W. Kampe* (SWF II)
11.45 Anstöße des modernen Menschen am Glauben, *U. Mann* (SWF II)
12.00 Weiße und schwarze Magie, *W. Schoellgen* (FRA II)
13.00 Augsburger Freskomaler, *H. Schindler* (MÜ II)
15.00 Konfuzius und seine Widersacher, *D. Leslie* (FRA II)
17.00 Amerika und die Sowjetmacht — Der Sieg der Revolution, *G. F. Kennan* (SWF)
18.45 Zu den XVII. Olympischen Sommerspielen 1960 (MÜ)
18.45 Fortschritt ins Nichts? *W. Weymann-Weyhe* (WDR II)
19.15 Das Geheimnis der Kometenschweife (STU II)
20.30 China — gestern und heute, *H. O. H. Stange* (SFB II)

15. August (Montag)

8.00 Annette v. Droste-Hülshoff — ein Porträt, *M. Rössler* (MÜ II)
9.00 Schulf. Deutschland und die Montanunion — Publizistik in der Zone (FRA)
9.00 Schulf. Ghana — eine Nation im Werden (BRE)
10.00 Schulf. Perspektiven der Weltraumforschung — Der Mond (RIAS)
14.15 Schulf. Ideen, Ideale, Ideologien zur Zeit der Weimarer Republik (SWF)
15.40 Aus Tagebüchern und Briefen von Georges Bernanos, *H. Meier* (SWF)
17.45 Schulf. Faktoren des Scheiterns der Weimarer Republik (SWF II)
18.15 An den Ufern der Themse, *E. Jameson* und *J. Leschke* (MÜ)
19.05 Wallfahrten — heute, *J. v. Herzogenberg* (MÜ II)
20.45 Der Mensch im Zeitalter des Atoms, *R. Lucas* und *E. Naused* (ÖRF II)
20.45 Die sowjetrussische Enzyklopädie, *H. Pross-Werth* (STU II)
20.45 Gespräch mit dem Okkultisten Jac Olten, *H. Bender* (BRE II)
22.00 Formen und Ausmaße der sozialen Mobilität in der Gegenwart, *S. M. Lipset* (RIAS)
22.30 Der Feiertag in der modernen Massengesellschaft, *P. A. Loos* (SWF)

16. August (Dienstag)

10.00 Schulf. Perspektiven der Weltraumforschung — Merkur, Venus, Mars (RIAS)
16.45 Frisierte Wirklichkeit — Maßstäbe zur Beurteilung von Illustrierten, *G. Hegele* (STU)
17.40 Das friedliche Atom (SWF)
19.20 Beten für die Einheit der Christenheit, *W. Hammer* (WDR II)
20.00 Olympia — Sieg des Geistes über den Stoff, *G. R. Hocke* (FRA II)
20.45 Kurzgeschichte des Faschismus, *J. Wulf* (STU)
21.05 Überfluß und Askese in der modernen Massenzivilisation, *H. Schirmbeck* (MÜ II)
22.00 Wie es zum Expressionismus kam, *Chr. E. Lewalter* (BRE II)
22.10 Die evangelische Kirche in Finnland, *H. Buch* (MÜ)
22.20 Der arabische Westen — eine eigene Welt zwischen Europa und dem Schwarzen Afrika? *R. J. Guiton* (FRA)
22.25 Das Gilgamesch-Epos, *M. Rathsprecher* (ÖRF)

17. August (Mittwoch)

10.00 Schulf. Perspektiven der Weltraumforschung — Die Sonne (RIAS)
14.30 Gedanken über den Staat bei Augustinus, Thomas von Aquin und Thomas More, *E. Eisenberger* (ÖRG)
15.45 Friedrich Nietzsche als Lyriker, *J. Handl* (ÖRF)
16.45 Aus der Geschichte der Prager Universität (MÜ)
17.15 Tierkämpfe in der europäischen Volkskultur (ÖRF II)
17.40 Die Beeinflussung unseres Lebens durch große Entdeckungen, *J. Schurz* (ÖRF II)
20.50 D. H. Lawrence: „Der Schaukelpferdsieger", *U. Maerksch* (SFB II)
21.05 Politische Propaganda im Zeitalter der Massen *I. Grubrich* und *H. Kesting* (MÜ II)
21.15 Eine Reise durch die Türkei, *H. Eliseit* (BRE)
21.15 Die Krise der amerikanischen Schule und Universität im Zeitalter der Wettbewerbskoexistenz, *H. v. Borch* (FRA II)
21.30 Was müssen wir atmen? *H. A. Schweigart* (STU II)
21.45 Über das Außerordentliche im Bewußtsein der Zeit, *L. Dembicki* (FRA)
22.00 Zur Geschichte des Generationskonflikts, *H. H. Muchow* (FRA)
23.00 Entwicklung und Wachstum — Die Störungen des Wachstums, *W. Wieser* und *H. Kilian* (SFB)

18. August (Donnerstag)

10.00 Schulf. Raketen und Satelliten (RIAS)
14.30 Wesen und Ziele des National-Institutes für Arbeiterbildung in Madison, *J. Mire* (ÖRG)
15.45 Über Probleme der Persönlichkeitsbildung in unserer Zeit, *O. Hophan* (ÖRF)
16.45 Die Absurdität und Albert Camus, *G. A. Brogan* (SWF)
16.45 Die politische Weisheit der Fabel, *A. Carlsson* (BRE)
18.10 Das indische Dorf erwacht, *P. Neurath* (WDR II)
20.30 Zur Frage des literarischen Eigentums, *K. Colberg* (SWF II)
21.10 Geschichte und Schicksal der Zigeuner in Europa, *K. Rinderknecht* (BRE)
21.10 Standortfragen der modernen Industrie, *L. Schubert* (FRA)
22.15 Hat unsere Epoche einen Stil? *P. Krieger* (SWF)
22.20 Literarische Renaissancen in Deutschland, *P. Böckmann* — Die Probleme der Entwicklungsländer, *P. Bourrières* — Der Sieg der Demokratie, *H. Tingsten* (FRA II)

19. August (Freitag)

10.00 Schulf. Funkzeichen aus dem All (RIAS)
14.35 Die wissenschaftliche Rolle der künstlichen Satelliten, *J. Lequeux* (ÖRF II)
15.00 Schulf. Christus — Lamm Gottes oder Opfer der Juden? (FRA II)
21.45 Umstrittene Bibel, *C. Westermann* (STU II)
22.05 Futurismus in der Literatur und in der Musik, *F. K. Prieberg* (MÜ II)
22.30 Dichtung und Freiheit — eine Diskussion über Bert Brecht (STU)
22.45 Was ist der Mensch? Nach einer Deutung von Erich Rothacker, *H. J. Schoeps* (SWF II)

20. August (Samstag)

10.00 Schulf. Werden und Vergehen im All (RIAS)
17.30 Die Welt als Kugel, *J. G. Leithäuser* (FRA II)
18.00 Die evangelische Jugend fragt ihre Kirche, *D. Grunenberg* (BRE)
20.30 Wohlstandskriminalität — ein Problem unserer Zeit, *W. Tiebel* (WDR II)
21.45 Woran man glauben kann, *H. Fischer-Barnicol* (SWF II)
22.15 Buchbespr.: S. Steinberg: „Schwarze Kunst", *H. Steinberg* (BRE II)

21. August (Sonntag)

8.00 Bischof Guido Beck — Missionar unter Araukanern, *F. Meinfast* (MÜ II)
8.30 Ein Bericht über kirchliche Ersatzriten, *F. Publ* (MÜ II)
10.00 Wer waren die Etrusker? *O. W. v. Vacano* (STU)
11.00 Ist die Schöpfungsgeschichte noch aktuell? *H. Bannach* (STU II)
11.15 Israel als Volk der Hoffnung, *Weibbischof W. Kampe* (SWF II)
11.45 Der Glaube und die Religionen, *U. Mann* (SWF II)
12.00 Die Ethik der Arbeit, *H.-J. Wallraff SJ* (FRA II)
17.00 Die bulgarische Riviera, *S. Schürenberg* (FRA II)
18.45 Zu den XVII. Olympischen Sommerspielen (MÜ)
20.30 China — gestern und heute, *K. Meyer* (SFB II)

22. August (Montag)

14.05 Von der Weltraumforschung in USA (ÖRT)
14.30 Schulf. Bischof Ketteler (SAA)
14.35 Die wissenschaftliche Rolle der künstlichen Satelliten, *J. Lequeux* (ÖRF II)
15.30 Aus der Kulturgeschichte unserer Volksnahrung, *L. Kretzenbacher* (ÖRG)
15.30 Schulf. Deutschland und die EWG — Publizistik in der Zone (FRA)
20.15 Große geschichtliche Gestalten des Bodenseeraumes, *O. Feger* (ÖRT)
20.45 Dichtung und Freiheit — Eine Diskussion über Bert Brecht (STU II)
21.00 Europäische Bildhöhlen, *T. Nielsen* (ÖRF II)
21.05 Existenzprobleme der Entwicklungsländer — Ägypten, *H. Loesch* (MÜ II)
22.00 Ethik und Lebenserfolg, *W. Schoellgen* (RIAS)

23. August (Dienstag)

14.30 Kohistan — Gebirgsland im Hindukusch, *H. Filipic* (ÖRG)
15.45 Guillaume Appollinaire, der Erfinder des Surrealismus, *W. Riemerschmid* (ÖRF)
17.15 Die Flucht in den Haß — eine Analyse der deutschen Judenkatastrophe, *E. G. Reichmann* (ÖRF II)
17.45 Antisemitismus in der Sowjetunion, *J. Wulf* (SWF)
20.00 Die Frage der Verantwortung in unserer Gesellschaft, *W. Metzger* (FRA II)
20.30 Vom Christentum in der Sowjetunion, *W. Schwarz* (SAA)
21.30 Vergessenes Rokoko — Amorbach, *M. H. v. Freeden* (MÜ II)
22.10 Geist und Gesicht der katholischen Kirche in Nordamerika, *E. v. Kuehnelt-Leddihn* (MÜ)
22.20 Der spielende Mensch in der Arbeitswelt — Gedanken zur Olympiade, *H. E. Holthusen* (FRA)

24. August (Mittwoch)

14.30 Moslimherrschaft in Indien, *F. Standenath* (ÖRG)
16.45 Ist der Antichrist böse? *W. Zimmermann* und *W. Lindenberg*(SFB)
17.15 Mein Weg in die Blindheit und zurück, *H. Domes* (ÖRF II)
21.05 Politische Propaganda im Zeitalter der Massen, *I. Grubrich* und *H. Kesting* (MÜ II)
21.30 Chruschtschows Handelsangebot und seine Konsequenzen, *W. Bittorf* (MÜ)
21.30 Entstehung und Voraussetzung der modernen Massenbeeinflussung, *H. Kesting* und *I. Grubrich* (FRA II)
22.00 Das Problem ästhetischer Normen und Leitbilder heute, *Th. W. Adorno* (RIAS)
23.00 Selbstbehauptung und Anpassung des Lebewesens in der Natur, *W. Wieser* — Selbstbehauptung und Anpassung des Organismus in der Krankheit, *H. Kilian* (SFB)

25. August (Donnerstag)

16.30 Zum 10. Todestag Ernst Wiecherts, *W. Röttinger* (ÖRF)
17.00 Schulf. Die Industrialisierung Bulgariens (STU II)
19.15 Bericht über die Eröffnungsfeier der XVII. Olympischen Sommerspiele (MÜ)
20.30 Hiroshima — eine Stadt nach dem Bombenangriff, *R. Jungk* (SWF)
21.15 Die tschechoslowakische Poesie unseres Jahrhunderts, *P. Hamm* (RIAS II)

26. August (Freitag)

14.35 Die Weltraumfahrt — Rückblick und Ausblick in die Zukunft, *J. Stemmer* (ÖRF II)
21.10 Die Weltgesundheitsorganisation in Genf, *F. Deich* (MÜ II)
21.25 Das Reisen ward der Deutschen Lust, *H.-H. Schröd.r* (SAA)
21.45 Umstrittene Bibel, *C. Westermann* (STU II)
22.30 Adolf Hitler und die moralische Anstalt des Bert Brecht (STU)
22.45 Was ist der Mensch? Nach einer Deutung von Ottofriedrich Bollnow, *H. J. Schoeps* (SWF)
23.15 Ist Dichten lebensgefährlich? *A. Henkel* (SFB)

27. August (Samstag)

9.00 Schulf. Justus v. Liebig (SAA)
17.30 Die magische Zahl Null, *J. G. Leithäuser* (FRA II)
21.15 Deutsche Verwandtschaft — Eine Reise mit dem Interzonenzug, *K. Roehler* (FRA II)

28. August (Sonntag)

11.00 Ist die Schöpfungsgeschichte noch aktuell? *J. Riede* (STU II)
11.15 Die Hoffnung im Neuen Testament, *Weibbischof W. Kampe* (SWF II)
11.45 Anstöße des modernen Menschen am Glauben, *U. Mann* (SWF II)

30. August (Dienstag)

10.00 Die Höhle der Mammute, *H. Kühn* (SWF)

(BRE) Radio Bremen; (FRA) Hessischer Rundf. Frankfurt; (MÜ) Bayerischer Rundf. München; (NDR) Norddeutscher Rundf.; (ÖRF) Österr. Rundf.; (ÖRG) Österr. Rundf., Lokalsendung Graz; (ÖRK) Österr. Rundf., Lokalsendung Klagenfurt; (ÖRL) Österr. Rundf., Lokalsendung Linz; (ÖRS) Österr. Rundf., Lokalsendung Salzburg; (ÖRT) Österr. Rundf., Lokalsendung Tirol; (ÖRW) Österr. Rundf., Lokalsendung Wien; (RIAS) RIAS Berlin; (SAA) Saarländischer Rundfunk; (SFB) Sender Freies Berlin; (STU) Süddeutscher Rundfunk; (SWF) Südwestfunk; (WDR) Westdeutscher Rundfunk

HERDER-KORRESPONDENZ

Zwölftes Heft — 14. Jahrgang — September 1960

Hoch erhebt meine Seele den Herrn, in Gott, meinem Heiland, jubelt mein Geist. Er hat in Gnaden geschaut auf seine niedrige Magd. Siehe, von nun an nennen mich selig alle Geschlechter. Großes hat der Gewaltige an mir getan . . . Macht hat er geübt mit seinem Arm und zerstreut, die stolzen Herzens sind. Herrscher hat er vom Thron gestürzt, Niedrige aber erhoben. Hungernde hat er mit Gütern erfüllt, Reiche gehen lassen mit leeren Händen. Israels, seines Knechtes, hat er sich angenommen . . .

Luk. 1, 46-54.

In der Stunde der Verfolgung mögen die Gläubigen, durch die Fürsprache Marias gestärkt, standhaft bleiben. Allgemeine Gebetsmeinung für Oktober 1960

1. Diese Gebetsmeinung für den Rosenkranzmonat ließe sich vielleicht am einfachsten so formulieren: Wir wollen den Rosenkranz für die verfolgten Brüder und für alle jene beten, die unversehens um ihres Glaubens an Jesus Christus und seine Kirche willen in bitteres Leiden gestoßen werden, für die Priester, die ohnehin auf alles gefaßt sein sollten, aber auch für die Familien mit ihren Kindern, für die Väter besonders, denen es geboten ist, für das Wohl der Ihren zu sorgen, und die auf einmal alles drangeben müssen. Es wäre gut und richtig, wenn wir mit großem Eifer zu ihrer Stärkung die Fürbitte Mariens im Rosenkranzgebet bemühten. Die Zahlen, die von Vertretern der Schweigenden Kirchen auf dem Eucharistischen Weltkongreß über das Ausmaß der Verfolgung bekanntgegeben wurden, und die täglichen Nachrichten über Menschenschicksale in der Sowjetzone geben alle erdenkliche Veranlassung, den Rosenkranz für sie zu beten, obwohl die Betroffenen das wahrscheinlich sehr viel besser können, viel inniger und gnadenvoller, weil sie unmittelbar aus der Glaubensnot beten.

Aber mit dieser Meinung ist die Pflicht einer Vertiefung in den Sinn der Gebetsmeinung nicht erfüllt. Viele von uns kennen seit Jahren den Hirtenmut eines Kardinal Döpfner, der immer erneut seinen Gläubigen das ganze Evangelium verkündet, und zum ganzen Evangelium gehört die Teilnahme am Kreuzesopfer Christi durch die freiwillige und freudige Übernahme des eigenen Kreuzes, das uns die Feinde Gottes bereiten, dazu die Gnade, dieses Kreuz standhaft zu erleiden. Verfolgung hat Jesus den Seinen als die normale Antwort der Welt auf sein Evangelium verheißen, weil der Mensch, obwohl ursprünglich dafür erschaffen, nicht so ohne weiteres dem Sohne Gottes in Knechtsgestalt die Königswürde über alles Leben und alles Geschaffene zuerkennt. Das sogenannte „letzte Evangelium" nach jeder heiligen Messe, das wir meist nur als einen liturgischen Schlußpunkt ohne besondere Aufmerksamkeit anhören und von dem wir gerne nur die letzten Worte beachten: „Und das Wort ist Fleisch geworden . . .", enthält auch den anderen Satz: „Er kam in sein Eigentum, doch die Seinen nahmen ihn nicht auf." Und dieser Satz ist immer aktuell, sowohl dort, wo die offene Verfolgung mit Gewalt droht, wie auch dort, wo sie sich in die Verführungen zu einem „süßen Leben" kleidet. Verfolgung in jeglicher Gestalt, auch in Gestalt der institutionell geförderten Selbstent-

N 507 *Hartgeprüfte Invalidenfamilie* in Oberschlesien, zwei noch schulpflichtige Kinder, Vater wegen schweren Asthmaleidens arbeitsunfähig, Mutter gallenleidend und wegen Knochenfraß im rechten Arm ebenfalls erwerbsunfähig, zwei erwerbsfähige Söhne beim Kohlensammeln auf einer Grubenhalde durch Kohlenoxyd umgekommen, erbittet jede mögliche Hilfe.

N 509 *Familie mit sechs Kindern* in Oberschlesien (von 1—13 Jahren), Vater 50 Jahre, wegen schweren Gelenkrheumas langdauernd krank und erwerbsunfähig, sehr minimales Krankengeld. Frau sucht sich und die Kinder durch Heimstrickarbeit durchzubringen, da der kleinen Kinder wegen Berufsarbeit unmöglich. Hilfe jeder Art, besonders an Lebensmitteln, erbeten.

N 510 *Familie* in Ostpreußen, Mann seit langem schwer lungenkrank, zwei kleine Kinder, daher für die Frau Erwerbsarbeit unmöglich, sehr drückende Verhältnisse, erbittet Hilfe in Inlett, Bettwäsche und Strickwolle, da Anschaffungen unmöglich.

N 512 *Kriegerwitwe mit Kind* in Oberschlesien, Mann und vier Brüder in Rußland verloren, erhält noch keine Rente, Verdienst sehr klein, erbittet Hilfe für Bekleidung und Winterkohlen.

Geldspenden sind einzusenden auf Postscheckkonto Karlsruhe 7926 des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg i. Br. mit Vermerk: „SOS-Ost" und der jeweiligen Kennzahl.

fremdung des Menschen durch irdische Güter und massenpsychologische Tricks, ist die Begleiterscheinung des Evangeliums. Es ist auch gesagt, daß die Verfolgung sich zu großer Drangsal steigern wird, so daß Gott selbst um seiner Auserwählten willen eingreifen muß. Standhaft bleiben ist daher neben Glaube, Hoffnung und Liebe die wichtigste und schwerste Tugend der Christen, die frühzeitige Einübung verlangt.

2. Standhaft bleiben können auch die Gläubigen nicht aus eigener Kraft, wenn die Verfolgung oder die ungreifbare Verführung einsetzt. Die Gebetsmeinung rät daher, sich durch die Fürsprache der Gottesmutter stärken zu lassen. Viele Katholiken finden diesen Rat zwar echt katholisch, aber sie fragen sich, wie man ihn auch biblisch ausdrücken könnte. Dieser Frage sei hier nachgegangen. Das katholische Volk stellt sie zwar nicht, denn die Fürsprache Marias ist für die Masse der Gläubigen kein Problem. Aber Jesus sagte es anders: „Ich sende euch wie Schafe unter die Wölfe. Hütet euch vor den Menschen, denn sie werden euch den Gerichten ausliefern ... Wenn sie euch ausliefern, so macht euch keine Sorge, wie oder was ihr reden sollt; denn es wird euch in jener Stunde gegeben werden, was ihr reden sollt. Denn nicht ihr seid es, die da reden, sondern der Geist eures Vaters redet durch euch ..." (Matth. 10, 16 f. par). Der Heilige Geist, der Tröster, der die Heilige Dreifaltigkeit in den Gläubigen gegenwärtig macht, ist die eigentliche und unüberwindliche Kraft in der Stunde der Verfolgung. Das bezeugen die Martyrer der Alten Kirche, und das kann man auch Katholiken sagen; sie werden es verstehen, zumal da die Sendung des Heiligen Geistes ein Gesetz des Rosenkranzes darstellt. Aber sie werden von dieser Botschaft nicht erwärmt, und sie gewinnen nicht jenes innige Zutrauen, das ihnen die Mutter des Glaubens und der Schmerzen um Christi willen einflößt.

Es scheint, als wäre in unserer Verkündigung und Pastoral die Einübung in der Anrufung und Einwohnung des Heiligen Geistes auf eine fromme Elite beschränkt geblieben, beim Volk aber durch sakramentale oder marianische Andachten ersetzt worden. Das ist freilich keine Nachlässigkeit, sondern es waltet darin die Rücksicht auf die Veranlagung der Masse der Gläubigen. Maria ist aber kein Ersatz für den Heiligen Geist, und sie wäre als die Braut des Heiligen Geistes die letzte, die sich dazu mißbrauchen ließe. Das weiß die Kirche wie jeder einzelne Gläubige. Doch wie es in der Physik oder Chemie gewisse Medien gibt, die eine sonst ungreifbare und unsichtbare Kraft sichtbar machen und ihre Anwesenheit bestätigen, so bildet Maria gleichsam das gewisseste Medium für die Gegenwart des Heiligen Geistes. Das ist keine Erfindung der Kirche, sondern es ist eine Anordnung Gottes durch seine Offenbarung, und darum rät die Gebetsmeinung mit der Anrufung der Fürsprache der Gottesmutter um die Geistesgabe der Standhaftigkeit im Grunde nur in anderen Worten, was Jesus den Jüngern als Trost für die sichere Verfolgung verheißen hat. Dabei ist freilich immer noch zu bedenken, daß die Verfolgungen in der Alten Kirche erst einsetzten, weil die Gläubigen um des Namens Jesu Christi willen den Götzen und dem Kaiser keine Verehrung darbringen wollten, während heute die Verfolgung schon beginnt, weil bestimmte Gebote der hierarchischen Kirche, etwa in der Schulfrage oder in der Treue zum Römischen Stuhl, angegriffen werden.

3. Die Gebetsmeinung denkt zweifellos in erster Linie an die marianischen Antiphonen: „Unter deinen Schutz und Schirm fliehen wir ..." und „Gegrüßest seist du, Königin, Mutter der Barmherzigkeit ...", Gebete, die bei den Gläubigen unter der Drohung offener Verfolgung besonders lebendig sein dürften, lebendiger jedenfalls als in unseren konventionellen Andachten. Wir müßten uns also, wenn unsere Gebete für die von Verfolgung bedrohten Brüder wirkliche Kraft haben sollen, darum bemühen, die Situation der Verfolgung zu erfassen, und das ganze Evangelium hören, das auch uns im Zustand scheinbarer Sicherheit gesagt ist. Wir dürften uns nicht mit dem katholischen Brauch begnügen, den jetzt der Weihbischof und Regens von Mainz, Joseph Maria Reuß, in seinem Büchlein „Opfermahl, Mitte des Christseins. Eine pastoraltheologische Untersuchung zur Meßfeier" (Matthias-Grünewald-Verlag, Mainz 1960, 130 S.) einen Mißbrauch nennt, nämlich daß wir unser Gebet für die bedrohten Brüder einfach „aufopfern". Was er von der heiligen Kommunion sagt, gilt sinngemäß auch für die Gebetsübungen: „Man kann in der Vereinigung mit Jesus Christus durch die heilige Kommunion in besonderer Weise für Menschen und Anliegen beten und kann sich aus dieser Vereinigung die Kraft zum Dienst an Menschen und Anliegen holen. Das ist aber auch alles. ‚Aufopfern' kann man die heilige Kommunion in dem Sinne, daß man ihre Gnadenwirkungen verschenkt, nicht ... Das, was man landläufig als Opfer bezeichnet, ist doch wohl eine sehr starke (und wohl auch unzulässige) Ausweitung des Opferbegriffes. Wir haben uns daran gewöhnt, jede Selbstüberwindung ‚Opfer' zu nennen. Es gibt aber im Neuen Bund nur ein Opfer, nämlich das Opfer Jesu Christi ... Ein Christ opfert deshalb im eigentlichen Sinn nur dann, wenn er bei der Meßfeier in Jesu Christi Opfergesinnung eingeht."

Was hier für die „Aufopferung" der heiligen Messe gesagt ist, gilt sinngemäß auch für das Beten der marianischen Antiphonen zugunsten der bedrohten Brüder, damit sie standhaft bleiben. Standhaftigkeit erwächst gewiß aus dem Eintreten in die Opfergesinnung Jesu Christi, und ein wenig von der Standhaftigkeit für den Glauben, die wir unsern Brüdern im Osten erflehen, sollten wir den Versuchungen gegenüber betätigen, die den Charakter einer verschleierten Verfolgung und eines Angriffs auf unsere Glaubenstreue haben. Die Fürbitte Mariens, die die Gaben des Heiligen Geistes auf die bedrohten Brüder herabfleht, darunter auch den Geist der Stärke, werden wir um so eher erlangen, wenn wir uns bereiten, dieselben Gaben in uns zu entfalten. Es gebührt sich, daß wir das geistliche Niveau, das wir durch die Gebetsmeinung des Heiligen Vaters für andere erbitten, auch selber erreichen.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Die Kirche im neuen Europa — eine internationale Arbeitstagung in München

Auf Einladung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken trafen sich ca. 80 Laien und Kleriker aus den Ländern des freien Europa in der Woche vor dem Eucharistischen Weltkongreß (23.—26. Juli 1960) zu einer dreitägigen Arbeitstagung in München. Die Aufgabe, die der Konferenz gestellt war, bestand vor allem darin, die derzeitige De-facto-Position der Katholiken im Prozeß der besonders

auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Felde sich vollziehenden Integration der westeuropäischen Staaten, vornehmlich im Rahmen der sog. europäischen Sechs (mit Montanunion, Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft, Europaparlament und den diesen affiliierten neuen intereuropäischen Institutionen) zu klären, ferner die Aufgaben, die sich auf Grund des Integrationsvorganges für die Katholiken neu stellen, herauszuarbeiten und schließlich zu überlegen, in welcher Weise die Kirche als Lebensprinzip der Gesellschaft das neue Europa am wirksamsten mitzugestalten imstande sei. Sinngemäß lautete daher auch das Thema der Tagung „Die Formkraft der Kirche im neuen Europa".

Das Basismaterial, mit dem sich die Münchener Tagung auseinanderzusetzen hatte, ist unseren Lesern z. T. schon bekannt. Es handelte sich vor allem um die im Juliheft der Herder-Korrespondenz (S. 443 ff.) veröffentlichten Analysen der von FERES zusammengetragenen Daten über die Lage der europäischen Katholiken in den verschiedenen europäischen Ländern und Regionen, aber auch — unter intereuropäischem Aspekt — um das Gefälle zwischen den wirtschaftlichen und sozial integrierten europäischen Diaspora- und gemischt-konfessionellen Ländern (vor allem nördlich der Alpen) und den nichtintegrierten katholischen Ländern im Süden des Kontinents sowie um die Beziehungen und Interdependenzen zwischen sozialen Zuständen bzw. Prozessen und kirchlich-religiöser Praxis, also um neue Aufgaben und Aspekte der Pastoral in einem sich in vielerlei Hinsicht wandelnden Europa. Zu diesem mehr makroanalytischen Material (über die europäischen Verhältnisse heute insgesamt) kam das Material von sechs Monographien über Spezialfragen, deren Themen unseren Lesern ebenfalls bekannt sind (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 444): im Hinblick auf die Großstadt Schichtungs- und Integrationsfragen; bezüglich der ländlichen Welt wirtschaftlich-soziale Retardierungen und die sich daraus ergebenden Wanderungsbewegungen (spatial und professionell) und — als ein besonderes Thema — die unerläßliche Frage nach der geistig-intellektuellen Potenz der Katholiken im neuen Europa. (Über die Monographien soll — wie schon angekündigt — in späteren Heften ausführlich berichtet werden.)

Um bei der Komplexität all dieser Fragestellungen mit wenigstens etwas Aussicht auf Erfolg arbeiten zu können, hatte man in München vier Arbeitskreise gebildet, die sich mit dem neuen europäischen Aspekt in der Seelsorge, auf wirtschaftlich-sozialem Felde, im Bereich der Kultur und mit organisatorischen Fragen befassen sollten.

Wie ungewöhnlich schwierig die den Arbeitskreisen gestellte Aufgabe war, die spezifischen Fragen jeweils in erster Linie unter dem Aspekt zu betrachten, der sich aus der neuen Situation Europas ergibt, soll im folgenden an einigen Beispielen verdeutlicht werden.

Seelsorge und Verkündigung im neuen Europa

Der erste Arbeitskreis hatte zu überlegen, welche Aufgaben sich der Seelsorge heute in den Ländern Europas im Hinblick auf eine stärkere Verantwortung der Katholiken gegenüber dem neuen Europa stellen, in dem 60 Prozent Katholiken sind. Die einzelnen Wünsche, die hier laut wurden, wie Anpassung der Pfarrei und Diözese an neue politische und soziale Gegebenheiten, die Entwicklung spezifischer Frömmigkeitsformen für Männer und Frauen, die Anpassung auch in der Liturgie, Wohnviertel-, Betriebs- und Gemeinschaftsseelsorge im Rahmen des Dekanats, Priesterausgleich u. a., sind zum größten Teil nicht neu. Sie wurden aber weitgehend neu begründet und erhalten dadurch verstärktes Gewicht.

Die soziale und wirtschaftliche Integration Europas und die Katholiken

Mit den fast unübersehbaren Fragen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens hatte sich der zweite Arbeitskreis zu befassen. Es zeigte sich sehr bald, daß es unmöglich war, auch nur eine Liste von Aufgaben und ihren Prioritäten aufzustellen. Die Probleme der Familie, der Jugend, des Sozialtourismus, der beruflichen und räumlichen Wanderung und viele andere, die die heutige Situation stellt, sind uns seit längerem schon bekannt. Viel wichtiger ist die Frage, wie sie zu lösen sind. Was steht uns heute zu ihrer Bewältigung zur Verfügung? Was muß neu geschaffen werden im Hinblick auf die voranschreitende soziale und wirtschaftliche europäische Integration? Ohne der dazu unerläßlichen, noch nicht geleisteten Inventarisierung der bestehenden katholischen Organisationen und Aktionen vorzugreifen, läßt sich doch sagen, daß die Arbeit, das neue pluralistische Europa auch aus katholischem Geist mitzuformen, bisher auf drei verschiedenen Ebenen geleistet worden ist: a) von einzelnen katholischen Persönlichkeiten in den intereuropäischen Institutionen und Organisationen zivilen Charakters, b) von freien christlich inspirierten Gruppen (z. T. auch interkonfessioneller Art), c) von den Gruppen des Laienapostolats in Anlehnung und unter Führung der Hierarchie. Welche von den drei Aktionsebenen ist nun im Hinblick auf die neuen Aufgaben am gangbarsten, und welche Aktionsweise ist — wiederum im Hinblick auf die neue Situation — am erfolgversprechendsten? Reichen sie überhaupt zur Bewältigung der neuen Aufgaben aus, oder ist etwas Neues zu schaffen? Sind stärkere Verklammerungen zwischen den Aktionsebenen erforderlich oder nicht? Sind sie, wenn sie schon notwendig sind — woran niemand in München zweifelte —, auch realisierbar, und wo säßen vermutlich die Widerstände gegen solche Verklammerungen und Koordinierungen?

Das waren die Fragen, die diesen wie auch den vierten Arbeitskreis bewegten. Und es wurden Antworten gegeben und Lösungen gefunden — im Hinblick auf eine möglichst intensive Präsenz der katholischen Kräfte im neuen Europa.

Die gemeinsamen kulturellen Aufgaben

Ausgehend von den Prämissen, daß die Integration Europas wenigstens teilweise an Voraussetzungen anknüpft, die mit der geschichtlichen Einheit Europas früherer Zeiten auf christlich-katholischer Grundlage eng zusammenhängen, und daß ferner das neue Europa ein pluralistisches auf technisch-wissenschaftlicher und politisch-wirtschaftlicher Grundlage erbautes sein werde, sah der dritte Arbeitskreis (für kulturelle Fragen) es als eine besondere Aufgabe der Katholiken in Europa an, das neue Europa vor einem Absinken in eine rein materialistische Interessengemeinschaft zu bewahren. Um diese Aufgabe leisten zu können, müßten die Katholiken freilich erst wieder lernen, europäisch, d. h. über die nationalen kulturellen und sozialen Grenzen hinweg, zu denken und zu handeln. Da der Dialog zwischen Katholiken und Nichtkatholiken,

gerade im Kulturellen, steigende Bedeutung im neuen Europa gewinnen werde, müßten die Voraussetzungen dazu geschaffen werden. Notwendig dazu sei eine Theologie der Weltoffenheit, speziell eine Theologie der Kultur, und eine denkerische Bewältigung aller damit verbundenen Fragen als Voraussetzung für intereuropäische und internationale Zusammenarbeit der Katholiken untereinander und innerhalb der europäischen Gremien und Institutionen. Die Umsetzung der Ergebnisse solcher Bemühungen (mittels Verkündigung, schulischer Bildung und Erwachsenenbildung) sollte auf die Herausbildung eines neuen intellektuellen Habitus der Katholiken abzielen. Da empirische Untersuchungen erwiesen haben (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 134), daß die Anwesenheit der Katholiken in den geistigen Führungsschichten schon rein zahlenmäßig hinter ihrem entsprechenden Anteil am Gesamt der Bevölkerung (in den gemischt-konfessionellen Ländern) zurückgeblieben ist, sollte diese Scharte ausgewetzt werden durch den Ausbau und die Intensivierung der Begabtenförderung mittels großzügigerer Stipendien.

Eines der stärksten Integrale Europas liege in seinem gemeinsamen kulturellen Erbe. Es dürfe in dem bis jetzt vornehmlich auf wirtschaftlichem und sozialem Felde eingeleiteten Integrationsprozeß nicht verlorengehen. Um das kulturelle Integral für das weitere Zusammenwachsen Europas voll wirksam werden zu lassen, sollten die Katholiken ein großzügiges Erziehungs- und Bildungswerk planen und durchführen: von der untersten breiten Basis der Erziehung in Familie und Schule (Volksschule), über die höhere Schule bis zu den Hochschulen und der Erwachsenenbildung. Die Katholiken hätten die Chance, gerade im Bereich einer auf das neue Europa hin ausgerichteten Schule beispielhafte Modelle zu entwickeln, z. B. durch Anerkennung von Diplomen und Zertifikaten der katholischen Hochschulen untereinander über die Grenzen hinweg, wodurch der Austausch von Fachkräften und akademischem Nachwuchs wesentlich erleichtert würde.

Der Blick auf das „größere Europa"

Die Anstrengungen, das neue Europa aus christlich-katholischem Geiste zu inspirieren — in dieser Überlegung waren sich alle vier Arbeitskreise einig —, dürfe jedoch nicht den Blick auf das „größere" Europa verschließen, das heißt, die Verantwortung der Katholiken für die Diasporaländer des Nordens, für Griechenland, für die Länder hinter dem eisernen Vorhang und für die Länder der Iberischen Halbinsel bleibt. Auch könnten sich die europäischen Katholiken angesichts der neuen intereuropäischen Aufgaben nicht von ihren Pflichten gegenüber der Weltmission und den Entwicklungsländern dispensieren.

Aus dem Vatikan

Die Sorge des Papstes um die Entwicklungsländer

In den vergangenen Monaten hat Papst Johannes XXIII. mehrfach seine sorgende Anteilnahme an der Zukunft der Entwicklungsländer bekundet, die sich im gegenwärtigen Augenblick besonders aufdrängt, weil die meisten Völker Afrikas die Souveränität gewonnen haben und deshalb die katholische Mission vor neue Aufgaben stellen.

Konsekration von 14 Missionsbischöfen

Wie sehr die Kirche sich bemüht, dieser Tatsache Rechnung zu tragen, zeigt die Ernennung zahlreicher Bischöfe aus dem einheimischen Klerus, die in mehreren Fällen sogar durch den Amtsverzicht der bisherigen europäischen Oberhirten beschleunigt wurde. Der Papst hatte schon bei der letzten Kardinalsernennung (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 294 und 343) dokumentiert, daß die Völker der Missionsländer in der Kirche ebenbürtig sind und daß sich darin die Katholizität und Einheit der Kirche ausspricht. Einen neuen Beweis dieser Gesinnung gab er am 8. Mai 1960, als er in der Peterskirche vierzehn Bischöfe aus Übersee persönlich konsekrierte, darunter acht aus dem eingeborenen Klerus Afrikas: die Bischöfe Zoungrana, Ouagadougou (Republik Volta), Rakotomalala, Tananarive (Madagaskar), Yago, Abidjan (Elfenbeinküste), Kilasara, Moshi (Tanganjika), Dery, Wa (Ghana), Busimba, Goma (Kongo), Lwamosa, Weihbischof von Mwanza (Tanganjika), und Rajonarivo, Miarinarivo (Madagaskar). Ferner wurden an diesem Tage vom Papst geweiht die Bischöfe Noguchi, Hiroshima (Japan), Hagan, Oturkpo (Nigeria), Scherer, Multan (West-Pakistan), Crawford, Apostolischer Vikar der Salomoninseln, Galvin, Apostolischer Vikar von Miri (Brit.-Borneo) und Muldoon, Weihbischof von Sydney.

Es ist gerade ein Menschenalter vergangen, seitdem Pius XI. im Jahre 1926 durch die Weihe der ersten sechs chinesischen Bischöfe eine Epoche der Missionsgeschichte einleitete. Im Jahre 1927 weihte er den ersten japanischen Bischof und 1933 fünf weitere einheimische Bischöfe aus Indien, China und Indochina. Am 29. Oktober 1939 empfingen zwölf Oberhirten aus Indien, China, Korea, Indonesien, Südafrika, Madagaskar, Uganda und Kongo die Bischofsweihe aus den Händen Papst Pius' XII.

Jetzt ist einer noch größeren Zahl afrikanischer Bischöfe diese Ehre zuteil geworden. Die Gläubigen Roms und die Pilger nahmen in großer Zahl an der Konsekrationsfeier teil. Daß auch mehrere afrikanische Regierungen, zum Teil durch Minister, dabei vertreten waren, mag als Beweis dafür gelten, wie sehr man in Afrika die Berufung einheimischer Bischöfe zu würdigen weiß. Bei der Weihe standen dem Papst als Mitkonsekratoren die Bischöfe Sheen und La Brie, die Leiter des nordamerikanischen und des kanadischen Missionswerks, zur Seite. In ihrer Person kam die Verbundenheit zwischen der Alten und der Jungen Kirche zum Ausdruck.

Ergebnis der materiellen Missionshilfe

Der Heilige Vater hatte den Termin der Bischofsweihe so angesetzt, daß er mit der diesjährigen Tagung der Vertreter der Päpstlichen Missionswerke zusammenfiel. Das große Ereignis sollte neue Impulse für die Förderung der Missionen ausstrahlen. Das Ergebnis der materiellen Spenden, soweit sie über die Propaganda geleitet wurden, betrug im Jahre 1959 über 18 Millionen Dollar und ist gegenüber dem Vorjahr um mehr als eine Million gestiegen. In der absoluten Höhe der Spenden stehen die Katholiken der Vereinigten Staaten an der Spitze. Dann folgen Deutschland, Kanada, Italien und Frankreich. Das Werk des hl. Petrus zur Förderung einheimischer Priesterberufe erzielte vier Millionen Dollar. Hierbei führt Deutschland, gefolgt von den Vereinigten Staaten, Kanada, Frankreich und Italien. Für dieses Werk werden aus den Mitteln der Propaganda weitere drei Millio-

nen Dollar abgezweigt. Aber auch sieben Millionen sind wenig genug für den Unterhalt von 442 Priester- und Knabenseminaren mit 30 000 Alumnen in den Missionsgebieten der Welt.

Das größere Opfer nehmen die neugeweihten Bischöfe auf sich, wie der Papst in seiner Ansprache hervorhob. Sie gehen zum Teil, ganz abgesehen von der politischen Lage, großen Schwierigkeiten entgegen, allein schon, wenn man an die Weite ihrer Territorien und die verhältnismäßig geringe Zahl der darin zerstreuten Gläubigen denkt. So zählt z. B. das Apostolische Vikariat der Salomonen nur 1800, das von Borneo 6800, die Diözese Multan in Pakistan 11 000 Katholiken, die inmitten einer großen Mehrheit von Nichtchristen leben. In Afrika sind die Christen relativ zahlreicher. Dafür sind dort die Territorien weiträumiger und die Verkehrsverhältnisse ungünstiger.

Ansprache an die neugeweihten Bischöfe

Der Heilige Vater beschenkte jeden der neuen Bischöfe mit einem Brustkreuz und sagte, darauf anspielend, in seiner Ansprache: „Der klare Ruf des Kreuzes legt einen Gedanken nahe, der euch alle angeht, Geistliche und Laien, die ihr bei dieser großartigen Feierlichkeit zugegen seid oder sie am Radio miterlebt als eifrige Missionare oder Mitarbeiter der Missionen in der ganzen Welt. Diese feierliche Versammlung im größten Gotteshaus der Christenheit bringt das opus Divinum der allgemeinen und beständigen Verkündigung des Evangeliums an alle Völker zum Ausdruck. Ist sie nicht für euch alle wie auch für Uns selbst ein Aufruf und ein erhabenes und aufrüttelndes Beispiel für ein geordnetes Zusammenleben und Zusammenwirken aller Völker je nach den besonderen Gaben und der Berufung eines jeden, zu dem alle einen Beitrag des Geistes und des guten Willens leisten können im Hinblick auf die Verbesserung der Lage des einzelnen Menschen, auf die Würde, das Wohlergehen und die Sicherstellung der Familien und die Zivilisierung der ganzen Welt?

In diesen Wochen [es war vor der Gipfelkonferenz] sind Millionen Menschen aufmerksam damit beschäftigt, zu erforschen, zu deuten, vorauszusagen und auch zu mißdeuten, was von den Worten, Gesten und Kundgebungen der Häupter der großen Nationen zu halten sei, auf deren Gewissen zu einem großen Teil das Schicksal dieser Nationen lastet und die sich versammeln werden, um über den Aufbau oder, was Gott verhüten möge, die Auflösung des Weltfriedens zu urteilen.

Für uns, die wir in der Schule der himmlischen Dinge erzogen sind, ist die Unterscheidung zwischen den Gütern des gegenwärtigen und des zukünftigen Lebens, den zeitlichen und den ewigen selbstverständlich und maßgebend: ‚Suchet zuerst das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit. Alles andere wird euch dazugegeben werden' (Luk. 12, 31). Aber um die anderen Dinge, das heißt um den Anteil an den Gütern dieser Erde und ihren Besitz, geht ein Streit, der leicht die Hochziele des geistigen und unsterblichen Lebens der Menschen in Mitleidenschaft ziehen kann. Was nützt die missionarische Tätigkeit und die zahlenmäßige Vermehrung der Boten des Evangeliums, die sich in den Dienst der Wahrheit, der Gerechtigkeit und der menschlichen und christlichen Brüderlichkeit stellen, wenn wegen der teilweisen oder allgemeinen Verwirrung der Menschen und Völker eine gewalttätige Unterdrückung die Verteidigung jedweden Rechtes und jede Möglichkeit friedlichen Zusammenlebens unmöglich macht? Deshalb ist dies die Stunde des ‚sursum corda' für alle.

Die geweihten Hände der neuen Hirten und Boten des Evangeliums mögen sich im Verein mit den Unsrigen gen Himmel heben, um mit der ganzen Kirche Fürbitte einzulegen für die Weisen und Mächtigen der Welt, die sich der Ausübung der furchtbaren Verantwortung widmen, die ihnen im Hinblick auf die Achtung vor der Freiheit der Individuen, Familien und Völker auferlegt ist.

Die Kirche Christi und mit ihr alle diejenigen, die den Herzschlag ihrer weltweiten Liebe teilen, ist immer und überall dabei, wenn sich die Schicksale der Völker zur Erfüllung anschicken, überall, wo man sich müht und wo man leidet. Sie ist nicht von gestern. Seit zwanzig Jahrhunderten lebt sie und kämpft sie, nicht mit den Waffen der Gewalt, sondern mit denen der Liebe, des Gebetes und des Opfers. Sie sind unvergleichlich und unüberwindlich. Denn es sind die Waffen ihres göttlichen Stifters, der in der erhabensten Stunde seines Lebens zu den Seinigen sprach: ‚Vertrauet! Ich habe die Welt überwunden.' (Joh. 16, 33)" („Osservatore Romano", 9./10. 5. 1960).

Wie der Papst in dieser Ansprache die Schicksalsverflechtung zwischen der Mission und der politisch-sozialen Entwicklung hervorhob, so äußerte er sich auch in einer Botschaft zur Unabhängigkeitserklärung des neuen Staates Togo (vgl. ds. Heft, S. 564 ff.) und in einer Radioansprache an die Katholiken Afrikas.

Ansprache an die Katholiken Afrikas

In seiner Radiorede, die von 23 afrikanischen Sendern erbeten worden war, wies der Papst darauf hin, daß das Christentum auf eine ruhmreiche Geschichte auch auf dem Boden dieses Kontinents zurückblickt. Gott hat es aber zugelassen, daß diese Geschichte unterbrochen wurde und erst in der Neuzeit wieder begann. Auch in Afrika stand sie dann unter dem Wort: „sanguis martyrum semen christianorum".

Die Kirche, so fuhr der Papst fort, nimmt die Christen Afrikas mit genau derselben Liebe auf wie alle ihre anderen Kinder; denn nach Gal. 3, 27—28 gibt es keine ethnischen und sozialen Unterschiede in ihren Reihen. Die Kirche hat die Pflicht, für die Einheit des Menschengeschlechtes Zeugnis abzulegen und sie fortschreitend verwirklichen zu helfen. Mit großer Befriedigung betrachte sie die neugewonnene Selbständigkeit vieler Völker Afrikas.

„Aber dadurch werden nicht alle Probleme gelöst. Jedem Staat muß es am Herzen liegen, sicherzustellen, daß die Entwicklung des Landes sich in gesunder Weise vollzieht. Man muß klug den gegebenen Möglichkeiten Rechnung tragen und ganz besonders die wahren geistigen Werte achten, die die Seele eines Volkes sind. Die katholische Kirche hat von ihrem göttlichen Stifter eine Lehre empfangen, die ihr gestattet, wiewohl sie sich streng an die Grenzen des religiösen und sittlichen Gebietes hält und den bürgerlichen Autoritäten ihre volle Verantwortung läßt, auf die schwierigen Probleme der Menschen eine Antwort zu geben. Sie stellt ihnen, selbstlos und den Bedürfnissen angepaßt, praktische Grundsätze für die Entwicklung des persönlichen, familiären, beruflichen, bürgerlichen und internationalen Lebens zur Verfügung.

Diese Normen atmen den Geist der Achtung vor der Würde der Person und den Erfordernissen des Gemeinwohls. So begrüßt die Kirche mit großem Wohlwollen die Bemühungen um eine gerechte Besserstellung der Frau, worauf sie selbst in jeder Weise hinarbeitet. Ebenso tritt sie ein, und zwar gegenüber den Gegensätzen, die sich zwischen Bevölkerungsgruppen ein und desselben Landes auftun und leider bisweilen gewaltsame Formen annehmen, für den Vorrang des Gemeinwohls vor den Sonderinteressen, selbst wenn diese berechtigt sind, und folgerichtig für den Verzicht der Bürger auf privilegierte Gewohnheiten zugunsten der Gesamtheit ihrer Mitbürger und darüber hinaus für Opfer, die von geographisch oder wirtschaftlich verbundenen Ländern zugunsten großer Staatengemeinschaften zu bringen sind" („Osservatore Romano", 8. 6. 60).

Der Papst deutete die Ernennung afrikanischer Bischöfe aus dem Wunsch der Kirche, „den geliebten Kindern in Afrika Hirten ihres eigenen Blutes zu geben", und die Ernennung des Kardinals Rugambwa als Ausdruck dafür, daß die Afrikaner nun auch an der Zentralregierung der Kirche beteiligt werden sollen. Doch könne die Kirche Afrikas vorläufig auf die europäischen Missionare nicht verzichten. Das sei auch die Ansicht der einheimischen Bischöfe, die er soeben geweiht habe. Die Verselbständigung der Kirchen Afrikas könne nur schrittweise vollzogen werden, und es bedürfe noch großer Anstrengungen zur Heranbildung eines ausreichenden einheimischen Klerus und zur Ausbildung der Laien für ihre Funktion in der Kirche und in der Gesellschaft. In diesem Zusammenhang verdienten diejenigen Europäer, die als Fachleute den Afrikanern bei der technischen bzw. zivilisatorischen Entwicklung beistehen, besondere Ermunterung und dankbare Glückwünsche.

Neue Ernennungen für die Konzilskommissionen

Zu Mitgliedern der Theologischen Kommission für die Vorbereitung des Konzils wurden ernannt: Francesco Carpino, Erzbischof von Monreale, Marcel Marie Dubois, Erzbischof von Besançon, Alfredo Vincente Scherer, Erzbischof von Porto Alegre (Brasilien), Albert Stohr, Bischof von Mainz, Lionel Audet, Weihbischof von Quebec, Franjo Franic, Bischof und Apostolischer Administrator von Split, James H. Griffiths, Weihbischof von New York, Joseph Schröffer, Bischof von Eichstätt, John Joseph Wright, Bischof von Pittsburgh, Maxim Hermaniuk, Ruthenischer Erzbischof von Winnipeg, Platon V. Kornyljak, Byzantinischer Exarch für die Ukrainer und Ruthenen in Deutschland, ferner die Professoren Lucien Cerfaux, Löwen, Joseph Fenton, Washington, Salvatore Garofalo, Neapel, Gérard Philips, Löwen, Antonio Piolanti, Rom, Michael Schmaus, München, Charles Journet, Fribourg, der Redakteur des „Ami du Clergé", A. Michel, und die Ordenspriester PP. Carlo Balic OFM, Luigi Ciappi OP, Eduard Dhanis SJ, M. Rosario Gagnebet OP, Ludovico Gillan OP, Franz Hürth SJ, Giacomo Ramírez OP, Augustin Trapé OESA (sämtlich nach „Osservatore Romano", 18./19. 7. 60).

Zu Mitgliedern der Kommission für die Bischöfe und Diözesen wurden ernannt: Émile Maurice Guerry, Erzbischof von Cambrai, Casimiro Morcillo Gonzalez, Erzbischof von Zaragoza, Philippe Nabaa, Melchitischer Erzbischof von Beirut, Ermenegildo Florit, Erzbischof und Koadjutor von Florenz, Michael Browne, Bischof von Galway und Kilmacduagh, Georges Léon Pelletier, Bischof von Trois-Rivières, Leo Jozef Suenens, Weihbischof von Mecheln, Giuseppe Piazzi, Bischof von Bergamo, Antoine Khoreiche, Maronitischer Bischof von Saido, Joseph Gargitter, Fürstbischof von Brixen, Alberto Castelli, Titularbischof von Jericho, John J. Krol, Weihbischof von Cleveland, Raul Primatesta, Weihbischof von La Plata George P. Dwyer, Bischof von Leeds, Pierre Veuillot, Bischof von Angers, Matthias Wehr, Bischof von Trier, ferner Msgr. Giuseppe Pasquazi, Auditor der Rota, Fernand Boulard, Domkapitular in Paris, und P. Felice Cappello SJ, Professor der Gregoriana (sämtlich nach „Osservatore Romano", 30. 7. 60).

Zum Sekretär der Kommission für die Liturgie wurde ernannt: P. Annibale Bugnini CM („Osservatore Romano", 18./19. 7. 60).

Als Konsultoren der Zentralkommission wurden berufen: Patriarch José Da Costa Nunes, Vize-Camerlengo der Kirche, sodann die folgenden Sekretäre bzw. Assessoren der Kongregationen: Pietro Parente, Assessor des Heiligen Offiziums, Giuseppe Ferretto, Assessor der Konsistorialkongregation, Pietro Sigismondi, Sekretär der Propaganda, Antonio Samoré, Sekretär der Kongregation für die Außerordentlichen Angelegenheiten, Angelo Dell'Acqua, Unterstaatssekretär, Acacio Coussa, Assessor der Kongregation für die Orientalische Kirche, Cesare Zerba, Sekretär der Sakramentenkongregation, Pietro Palazzini, Sekretär der Konzilskongregation, Paolo Philippe, Sekretär der Ordenskongregation, Enrico Dante, Sekretär der Ritenkongregation, Dino Staffa, Sekretär der Studienkongregation, Vittorio Bartoccetti, Sekretär der Apostolischen Signatur, Francesco Brennan, Dekan der Rota, Pietro Sfair, Erzbischof von Nisibi, Pio Paschini, Emeritierter Rektor der Lateranensischen Universität, Arturo Wynen, Emeritierter Auditor der Rota, Alberto Canestri, Emeritierter Auditor der Rota, Alfredo Cavagna, Prälat, Dom Pietro Salmón, Abt von San Girolamo, P. R. Garrigou-Lagrange OP, P. Alberto Vaccari SJ (alle nach „Osservatore Romano", 17. 7. 60).

Zu Konsultoren der Theologischen Kommission wurden berufen: Prof. André Bride, Lyon, Prof. Johannes Brinktrine, Paderborn, Prof. Artur Janssens, Mecheln, Prof. Georges Jouassard, Lyon, Prof. Heribert Schauf, Aachen, sowie die Ordenspriester PP. Rosario Anastasio OCD, Marcel Bélanger OMI, Yves Congar OP, P. Dander SJ, Henri de Lubac SJ, Laurentius di Fonse OFMConv, Emmanuele Doronzo OMI, Bernhard Häring CSSR, Alessandro Kerrigan OFM, Bõaventura Kloppenburg OFM, Michel Labourdette OP, P. Lécuyer CSSp, Ermenegildo Lio OFM, Leone Ambrogio Ondrak OSB, Amadeo Rossi CM, Gioacchino Salaverri SJ, Dominikus Unger OMCap, Johannes Witte SJ, Bartolomeo Xiberta OCarm, die Salesianer Domenico Bertetto und Giorgio Castellino, Prof. Ignaz Backes, Trier, Prof. Philippe Delhaye, Lille, Prof. René Laurentin, Angers (alle nach „Osservatore Romano", 18./19. 7. 60).

Zu Konsultoren der Kommission für die Bischöfe und Diözesen wurden ernannt: Marie-Joseph Lemieux, Erzbischof von Ottawa, Justin Daniel Simonds, Weihbischof von Melbourne, Miguel Dario Miranda y Gómez, Erzbischof von Mexiko, William Brady, Erzbischof von St. Paul (Minnesota), Helder Pessôa Câmara, Weihbischof von Rio de Janeiro, Jerome D. Hannan, Bischof von Scranton, Narciso Jubany Arnau, Weihbischof von Bar-

celona, Pablo Correa León, Bischof von Cúcuta, Thomas G. Muldoon, Weihbischof von Sydney, Albino Mensa, Bischof von Ivrea, Abt Emiliano Lucchesi (Vallombrosaner), P. Wilfried Joseph Dufault, Generalsuperior der Augustiner v. d. Assumption, P. Gennaro Fernández del S. Cuore, Generalprokurator der Augustiner-Rekollekten, P. Giacomo Martegnani SJ, P. Gommaro Michiels OFMCap, P. Carlo Szrant CSSR, P. Titus aus dem Passionistenorden (alle nach „Osservatore Romano", 30. Juli 1960).

Aus Süd- und Westeuropa

Kirche und Politik in Italien

Die häufigen und schwierigen Regierungskrisen sowie die blutigen politischen Zusammenstöße in den letzten Monaten haben begründete Besorgnis um den Bestand der Demokratie in Italien erregt. Seitdem die Democrazia Cristiana im Jahre 1953 die absolute Mehrheit im Parlament verloren hat, ist es nicht mehr gelungen, aus den Parteien der Mitte eine stabile Regierungskoalition zu bilden. Deshalb konnte, abgesehen von der Außenpolitik, keine einheitliche große Konzeption mehr verwirklicht werden, vor allem nicht auf sozialem Gebiet.

Die Schuld daran tragen aber nicht allein die Koalitionspartner der Democrazia Cristiana. Die politischen und sozialen Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Gruppen und den beiden Flügeln dieser Partei haben ihre innere Festigkeit mit der Zeit so sehr erschüttert, daß die katholische Monatsschrift „Il regno" (5. Mai 1960) vor einiger Zeit schreiben konnte: „Es ist eine Tatsache, daß die Wähler der Democrazia Cristiana ihr aus religiöser Disziplin die Stimme geben und daß die einzige solide Grundlage, die sie noch zusammenhält, in der Verteidigung des Heiligen liegt ... Niemand macht mehr ein Geheimnis aus diesem Übergewicht der religiösen Belange über die Probleme des Regierens."

Das ist keine befriedigende Feststellung. Die Kirche kann am wenigsten darüber glücklich sein, weil sie in der öffentlichen Meinung mit allen Mängeln und Kompromissen einer Politik des Improvisierens belastet wird. Daß diese Belastung mit dem notwendigen Stimmaufwand vor sich geht, dafür sorgt die starke marxistische Linke. Anderseits kann auch die Democrazia Cristiana auf die Dauer nicht ohne ein konkretes und zugleich großzügiges Aktionsprogramm auskommen und sich nicht nur darauf beschränken, Grundsätze zu verkünden, die in der Tagespolitik desavouiert werden.

Frontverbreiterung nach links

Das wird sowohl auf kirchlicher Seite wie von den politischen Führern erkannt. Es sind mehrere kirchliche Weisungen ergangen, die das Ziel verfolgen, klare Grenzen zwischen der Katholischen Aktion und der Partei zu ziehen. Vor allem soll jede Personalunion vermieden werden. Auch in der Partei bemüht man sich, vor allem auf dem linken Flügel, um eine betontere Eigenständigkeit, die natürlich voraussetzt, daß man ein politisches Konzept besitzt und auch die Aussicht, es zu verwirklichen. Um dieses Konzept und den einzuschlagenden Kurs wird seit Jahr und Tag in der Partei gerungen. Zwangsläufig halten alle Beteiligten nach Verbündeten jenseits der eigenen Reihen Ausschau, die das Gewicht der eigenen Position innerhalb der Partei verstärken könnten. Eine Gruppe propagiert seit längerer Zeit den Gedanken der „apertura a sinistra", der Frontverbreiterung nach links. Dabei handelt es sich um den Wunsch, die Linkssozialisten Nennis und über sie einen Teil der Arbeiterschaft für ein gemeinsames Vorgehen auf dem Gebiete der Sozialreform zu gewinnen und sie damit zugleich aus ihrem Bündnis mit den Kommunisten herauszulösen. Aber dieser Wunsch enthält ein großes Risiko, vergleichbar dem Wagnis des Werbens um Tito in der internationalen Politik. Die Sozialisten Nennis sind doktrinäre Marxisten, wenn sie auch ihre Selbständigkeit gegenüber den Kommunisten betonen. Der doktrinäre Marxismus aber sieht in der Macht und nicht in einer Sozialreform das primäre Kampfziel.

Kirchliche Intervention

Der Optimismus jener Politiker der Democrazia Cristiana, die es trotzdem mit Nenni versuchen wollen, wird von kirchlicher Seite nicht geteilt. Die Bischöfe halten das Risiko einer linksrevolutionären Entwicklung der Politik für so groß, daß sie in einer Reihe von Hirtenbriefen interveniert haben. In ihnen wird mehrfach auf das Dekret des Heiligen Offiziums hingewiesen, daß die Zusammenarbeit mit dem Kommunismus und seine parlamentarische Koalition auch mit einer anderen orthodox marxistischen Partei vom Standpunkt der katholischen Moral untragbar sei.

So ruft Kardinal Montini, der Erzbischof von Mailand, durch ein am 4. Juni 1960 publiziertes Hirtenschreiben seinem Klerus in Erinnerung, „daß man in Übereinstimmung mit den wiederholten Warnungen des Heiligen Stuhles und mit den Instruktionen der lombardischen Bischöfe die ‚apertura a sinistra' im gegenwärtigen Augenblick und in der zur Zeit beabsichtigten Form nicht begünstigen dürfe".

Gegen den seitens der Linken erhobenen Vorwurf einer unerlaubten Einmischung der Kirche in die Politik erklärt Kardinal Montini: „Dieses Urteil von unserer Seite berührt zwar seinem Gegenstand nach das politische Gebiet. Es ist aber der Form nach nicht politisch, sondern pastoral, das heißt, es ergibt sich aus den doktrinären und praktischen Grundsätzen und den religiösen und sittlichen Belangen, die wir zu verkündigen und zu verteidigen das Recht und die Pflicht haben."

Die Öffnung nach links hat, wie der Kardinal weiter sagt, sehr schwerwiegende Folgen für die Seelen in bezug auf ihren Glauben und ihr christliches Leben und für die Lage der Kirche in Italien. Es bestehen keine genügenden Garantien dagegen, daß daraus eine Gefahr für die katholische Sache wird. Deshalb könne man der Kirche nicht das Recht bestreiten, sie als unerlaubt zu bezeichnen; denn es sei Sache der Kirche, darüber zu urteilen, welche Grundsätze auf dem Spiel stehen und was die Garantien für ihre Erhaltung wert sind.

Der Kardinal bedauert, daß es nicht möglich ist, die demokratische Front zu verbreitern. Aber der vorgeschlagene Weg könnte vielleicht dazu führen, daß diejenigen sich der Demokratie bemächtigen, die ihre erklärten Feinde sind. Die gegenwärtigen politischen Schwierigkeiten einschließlich derer, die sich aus dieser oberhirtlichen Weisung ergeben könnten, seien zu bedauern. Doch müßten die Rücksichten auf das Reich Gottes auch auf den irdischen Lebensgebieten den Vorrang haben, und diese

fordern in der gegenwärtigen Krise eine starke Einheit aller Katholiken.

Reaktionen

Es ist leicht, sich vorzustellen, daß diese, wie Kardinal Montini sagt, ihrem Gegenstand nach politische Intervention der Kirche zu sehr erregten Reaktionen im öffentlichen Leben führte, ja sogar im Parlament hohe Wellen schlug. Nach dem Zwischenfall von Bari, wo der Erzbischof am 8. Mai 1960 bei der feierlichen Prozession zu Ehren des heiligen Nikolaus den Bürgermeister und die kommunistischen Magistratsmitglieder, als sie in ihrer offiziellen Funktion daran teilnehmen wollten, öffentlich vom Platz wies (was er ihnen aber vertraulich vorher angekündigt hatte), beschuldigte die Linke im Parlament die Hierarchie und den Heiligen Stuhl sogar des Konkordatsbruches und verfassungsfeindlicher Tätigkeit. Die übrigen antiklerikalen Kräfte äußerten sich zwar gemessener, aber doch in vorwurfsvollem Ton. In katholischen Kreisen und in der Democrazia Cristiana selbst fühlten sich die einen durch die energischen kirchlichen Stellungnahmen bestätigt, wobei es nicht immer leichtfällt, zu unterscheiden, inwieweit man sich hier der Kirche zu bedienen suchte und inwieweit man sich ihren Gesichtspunkten unterordnete, die anderen dagegen beriefen sich auf den rein politischen Charakter einer Entscheidung, wie sie die Bildung einer Koalition mit der Linken nach ihrer Ansicht darstellt, und auf die Kompetenz der Laien, eine politische Entscheidung nach eigenem Gewissen zu treffen.

Ein umstrittener Leitartikel des „Osservatore Romano"

In diesen Streit griff der „Osservatore Romano" (18. Mai 1960) mit einem Leitartikel unter der Überschrift „Punti fermi" ein, der seinem neuen Chefredakteur zugeschrieben wurde und weit über die Grenzen von Italien hinaus Aufsehen erregt und auch in katholischen Zeitungen Kritik gefunden hat. Der Aufsatz beginnt mit der Klage über eine „ungesunde laizistische Theorie", die die Kirche ganz auf den heiligen Dienst beschränken wolle und die volle Autonomie der Gläubigen im bürgerlichen Leben proklamiere. Das führe zu einer „absurden Spaltung zwischen gläubigem und bürgerlichem Gewissen". Dann stellt der Verfasser vier Grundsätze auf, die dieser Theorie und der daraus entstandenen Konfusion von den Katholiken entgegenzusetzen sind:

1. Da die Kirche das Recht und die Pflicht hat, die Gläubigen „auf dem Felde der Ideen und auf dem Felde der Aktion" zu führen und zurechtzuweisen, muß jeder Katholik auf jedem Gebiete seines Lebens sein privates und öffentliches Verhalten den Gesetzen, Weisungen und Instruktionen der Hierarchie anpassen.
2. Das politisch-soziale Problem kann von der Religion nicht getrennt werden. Deshalb hat die Kirche, besonders wenn die Politik den Altar berührt, das Recht und die Pflicht, dort zu intervenieren, um den Gläubigen zu helfen, daß sie die Entscheidung treffen, die nach den Grundsätzen der Moral und der christlichen Sozialphilosophie die beste ist.

Der dritte und vierte Punkt aber fanden besondere Aufmerksamkeit:

3. „Auf politischem Gebiet kann sich das Problem einer Zusammenarbeit mit denen ergeben, die keine religiösen Grundsätze anerkennen. Dann steht es der kirchlichen Autorität zu und nicht dem Belieben der einzelnen Gläubigen, über die sittliche Erlaubtheit einer solchen Zusammenarbeit zu urteilen; ein Konflikt zwischen diesem Urteil und der Meinung der Gläubigen ist in einem wirklich christlichen Gewissen nicht vorstellbar; jedenfalls müßte er gelöst werden im Gehorsam gegen die Kirche, die Hüterin der Wahrheit."
4. „Der unauflösliche Gegensatz zwischen dem marxistischen System und der christlichen Lehre ist an sich so evident wie der Gegensatz zwischen Materialismus und Spiritualismus, zwischen Atheismus und religiösem Glauben. Deshalb kann die Kirche den Gläubigen nicht gestatten, den Bewegungen, die die marxistische Ideologie und ihre Folgerungen annehmen und sich an ihnen orientieren, anzugehören, sie zu begünstigen oder mit ihnen zusammenzuarbeiten. Die Anhängerschaft oder Zusammenarbeit würde unvermeidlich zur Aufgabe und Opferung der unveräußerlichen Grundsätze des Glaubens und der christlichen Moral führen."

Es sei bedauerlich, daß katholische Politiker sich nicht nur in Gegensatz zu diesen Prinzipien begäben, sondern sie auch noch mit großer Oberflächlichkeit und Verwegenheit kritisierten. In dieser schweren Stunde müßten alle Katholiken diszipliniert zusammenhalten und sich hinter die Hierarchie stellen, die mit Recht das Urteil gefällt habe, daß in der konkreten politischen Situation wichtige religiöse und sittliche Prinzipien in Mitleidenschaft gezogen werden.

Nach den oben dargestellten Umständen hatte dieser Leitartikel den Zweck, der Intervention der italienischen Bischöfe bei den gläubigen Katholiken innere Zustimmung zu verschaffen, wenn auch am Anfang davon gesprochen wird, daß die Ideenkonfusion „besonders unter einigen Völkern" verbreitet sei. Aber da der Artikel im „Osservatore Romano" erschien und noch dazu in einer magistralen Sprache und in der Form einer Darstellung von Grundsätzen, deren Zusammenhang mit einer besonderen Situation nicht ohne weiteres erkennbar war, fand er weiteste Beachtung.

Beansprucht die Kirche politische Macht?

Seine politische Auswirkung bekam auf der Stelle der amerikanische Präsidentschaftskandidat Kennedy zu spüren, der von den Journalisten zu einer Stellungnahme genötigt wurde. Da das nicht der Ort für die ausführlichen Erörterungen war, die die „punti fermi" nötig haben, wenn sie richtig verstanden werden sollen, blieb ihm nichts anderes übrig, als daß er sich auf den amerikanischen Verfassungsgrundsatz der Trennung von Kirche und Staat berief, der ein Weisungsrecht in politischen Fragen seitens der Kirche ausschließe. Er bestritt, der „Neuen Zürcher Zeitung" (5. Juni 1960) zufolge, daß der Papst aus Gewissensgründen jemals seine Beschlüsse beeinflussen könnte. Man wird nicht sagen, daß das eine sehr exakte Formulierung war, aber sie zeigt, daß eine allzu einfache Bereinigung von Konfusionen unter Umständen neue Konfusionen schafft. Von welcher Art, das sieht man aus der Charakteristik, mit der das Schweizer Blatt den Artikel des „Osservatore" bedacht hat, wobei es für eine weitverbreitete Meinung in den religiös gemischten Ländern, vor allem in denen mit einer katholischen Minorität, gesprochen haben dürfte: „In dem Artikel tritt die theokratische Konzeption zutage: der Lenkungsanspruch der geistlichen Autorität in den weltlichen Angelegenheiten,

verbunden mit dem Verzicht der Laien auf die Souveränität des Urteils und der Entscheidung."
Das ist ein Mißverständnis katholischer Theologie. Wenn die Hierarchie erklärt, daß die politische Zusammenarbeit mit Marxisten in einem konkreten Fall und unter ganz besonderen Umständen sittlich unerlaubt ist, dann hat sie dadurch weder eine allgemeine sittliche Regel für das Verhältnis zwischen Katholiken und Marxisten geschaffen noch viel weniger ganz allgemein die politische Führung der Gläubigen in die Hand genommen, das heißt eine Theokratie aufgerichtet. Es ist eines der obersten Prinzipien katholischer Moraltheologie, daß die sittliche Qualität einer Handlung nicht nur durch ihre innere Beziehung zum Sittengesetz und die Absicht des Handelnden, sondern auch durch die jeweiligen Umstände ihres Vollzuges bestimmt wird. Die Umstände können eine bestimmte Handlungsweise manchmal verbieten, ein andermal gestatten oder sogar zur Pflicht machen. So kann etwa die Führung eines Krieges in einem Fall sittlich erlaubt oder gar geboten sein, in einem andern Falle dagegen sittlich verboten. Nichts anderes haben die Bischöfe Italiens bezüglich der „apertura a sinistra" festgestellt, während z. B. die polnischen Bischöfe ihren Gläubigen nach dem Oktoberumsturz ein anderes Verhalten nahelegten. Mit Theokratie hat weder das eine noch das andere im geringsten etwas zu tun.

Die katholische Presse und der „Osservatore Romano"

Das bedauerliche Mißverständnis des Aufsatzes im „Osservatore Romano" wäre vielleicht nicht entstanden, wenn der Verfasser sich so ausgedrückt hätte, daß die Beziehung zwischen seinen unbezweifelbaren Grundsätzen und dem Fall, auf den er sie anwenden wollte, ersichtlich gewesen wäre. Die angesehene britische katholische Zeitschrift „The Tablet" (4. Juni 1960) hat aus diesem Anlaß an das vatikanische Blatt eine Bitte geäußert, der sich katholische Zeitschriften anderer Länder sicherlich anschließen — eine Bitte, die auch dem künftigen Konzil vorgetragen worden ist —, man möge doch in Rom, auch in der Form aller Äußerungen, an die ganze Welt denken und das, was, entsprechend den Umständen, für Italien gilt, nicht so ausdrücken, daß die übrige Welt dadurch verwirrt wird. „The Tablet" fügt hinzu, daß man anderswo auch Verständnis dafür haben müsse, daß die Kirche in Italien eine einzigartige Lage zu meistern hat, was übrigens auch für Spanien gilt. Aber es ist sehr nachteilig, wenn dadurch Eindrücke hervorgerufen werden, wie sie sich im Urteil der „Neuen Zürcher Zeitung" widerspiegeln.
In Frankreich haben die „punti fermi" des „Osservatore Romano" auf dem Straßburger Lehrerkongreß dazu herhalten müssen, um zu beweisen, daß „der Vatikan vor kurzem in einem niederschmetternden Dokument seine Weigerung bekundet hat, die Autorität der Kirche auf streng religiöse Fragen zu beschränken, und seinen Willen, kraftvoller als in der jüngeren Vergangenheit auf politischem und sozialem Gebiet zu intervenieren" (vgl. den Bericht in „Le Monde", 10./11. 7. 60). Der Kongreß forderte mit Hinweis darauf die vollständige Laisierung des französischen Bildungswesens.
Die führenden katholischen Zeitschriften des angelsächsischen Raumes, von denen hier „The Tablet", „America" und „The Commonweal" genannt werden mögen, bemühten sich, ihren Lesern die Umstände nahezubringen, die zum Verständnis der Sache nötig sind, und wandten dafür erhebliche Mühe auf.
Sehr heftig reagierte die katholische Presse der Niederlande, am deutlichsten wohl die von Dominikanern herausgegebene Wochenschrift „De Bazuin" (28. Mai 1960). Sie legt zunächst den Finger auf die Unsitte, das Wort „Rom" im theologischen oder religiösen Gespräch ohne jede weitere Unterscheidung als Autoritätsbeweis ins Feld zu führen. Ebenso notwendig sei das Unterscheidungsvermögen bei der Beurteilung der Inhalte dessen, was aus Rom kommt. Die Thesen des „Osservatore Romano", wenn sie, wie geschehen, ohne weitere Unterscheidung vorgetragen werden, nennt das Blatt der niederländischen Katholiken ultraorthodox und keineswegs repräsentativ für die katholische Lehre. „Man muß geradeheraus sagen, daß wir es hier mit einer extremen Stellungnahme zu tun haben, mit einem ultraorthodoxen Standpunkt, der diesseits der Alpen weder in der Theorie noch in der Praxis von irgendeinem Katholiken vertreten wird, außer von denen, die hinter dem Banner des Integralismus marschieren. Mit Recht hat die ‚Tijd' in ihrer Rubrik ‚Freie Kommentare' die Figur von Windthorst beschworen, ‚der in den Tagen des Kulturkampfes so klar und freimütig gegenüber der römischen Autorität seine Unabhängigkeit als katholischer Bürger verteidigt hat'." Die Zeitung „De Linie" (28. 5. 60), die von Jesuiten redigiert wird, stimmt den Prinzipien zu, von denen der „Osservatore" ausgeht, um aber sogleich seine Folgerungen zu bezweifeln: „Es bleibt der springende Punkt: die Zusammenarbeit mit Nichtkatholiken. Kann man wirklich so allgemein behaupten, daß allein und ausschließlich die kirchliche Autorität über die sittliche Erlaubtheit einer solchen Zusammenarbeit zu entscheiden hat? Es ist natürlich wahr, daß die Kirche allein grundsätzliche sittliche Urteile abzugeben befugt ist. Aber folgt daraus, daß in einer gegebenen konkreten Situation dem Laien jede eigene Verantwortung abgenommen wird? Keineswegs. Die Katholiken leben überall mit Nichtkatholiken und Nichtgläubigen zusammen und müssen mit ihnen zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit hat, je nach den Umständen, viele Möglichkeiten ... Der Artikel im ‚Osservatore Romano' wirkt verwirrend. Er erweckt den Eindruck, als ob er die eigene Verantwortung der Laien praktisch wegnehmen will, und außerdem sagt er in allgemeinen Ausdrücken etwas, was offensichtlich eine äußerst konkrete italienische Situation angeht." Das Blatt meint, es könne Katholiken geben, die über diese Situation anderer Ansicht sind als das vatikanische Organ, ohne daß sie deshalb mit den allgemeinen Normen und Direktiven der Kirche in Konflikt geraten müssen.
Inzwischen hat sich auch in Italien eine Auslegung der „punti fermi" Gehör verschafft, die die politische Intervention der Kirche auf jene Grenz- und Ausnahmefälle eingeschränkt wissen will, in denen direkte und schwere Gefahr für die religiösen Belange besteht. Nach dem Urteil der Hierarchie ist in Italien zur Zeit ein solcher Fall gegeben, weil der Sozialismus Nennis keinen Vergleich mit der Sozialdemokratie anderer Länder zuläßt. Mit diesem Urteil ist aber kein Präjudiz gegen die politische Aktionsfreiheit der italienischen Katholiken geschaffen worden. Daß jegliche Freiheit dort ihre Grenze hat, wo der Glaube in Gefahr kommt, ist jedem Katholiken selbstverständlich. Er weiß aber auch, daß die Markierung dieser Grenze etwas anderes ist als eine allgemeine Bevormundung.

Der 6. Weltkongreß der katholischen Presse in Spanien

Der 6. Weltkongreß der katholischen Presse versammelte vom 6. bis 10. Juli 1960 vierhundert katholische Presseleute aus 28 Nationen in der Sommeruniversität des spanischen Biskayabades Santander (vgl. zum 5. Kongreß: Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 57 f.). Die angemeldeten polnischen Teilnehmer mußten durch ein Telegramm von Msgr. Mielinski absagen, da sie keine Ausreiseerlaubnis erhalten hatten.

Das Kongreßthema lautete: „Die katholische Presse als Band der Einheit zwischen den Völkern." Es wurde in großen Referaten behandelt von Thurston Davis SJ, USA (Grundsatzreferat), Senatspräsident und Bundesverfassungsrichter Prof. Wilhelm Geiger, Deutschland (Die zwischenstaatlichen internationalen Institutionen), J. P. Dubois-Dumée, Frankreich (Die internationalen katholischen Organisationen), Gary MacEoin, Irland, Vertreter der Internationalen Union der katholischen Presse bei den UN (Die Beziehungen zu den Vereinten Nationen), Professor Lamberto de Echeverría, Spanien (Das Ökumenische Konzil und die öffentliche Meinung in der Kirche) und dem spanischen Pressebischof Msgr. Pedro Cantero von Huelva.

Organisatorisches

Graf dalla Torre, bis 1960 Direktor des „Osservatore Romano" und seit mehr als 25 Jahren der Präsident der internationalen katholischen Pressearbeit, konnte aus Krankheitsgründen nicht mehr am Kongreß teilnehmen und reichte schriftlich seine Demission ein; in Anerkennung seiner Verdienste wurde ihm die „Goldene Feder des katholischen Journalisten" zuerkannt (die erstmals 1957 an Dr. Friedrich Funder verliehen worden war). Das neue Präsidium übernimmt bis zum nächsten Kongreß ein Viererkollegium, bestehend aus den Präsidenten der drei Sektionen sowie dem geschäftsführenden Vorsitzenden Raimundo Manzini, dem neuen Direktor des „Osservatore Romano". Bis zum nächsten Kongreß, der für 1963 nach Ottawa in Kanada eingeladen ist, müssen auch die neuen Statuten der Union ausgearbeitet werden, nachdem aus Italien ein Statutenentwurf vorliegt, der die Ausweitung der „Internationalen Union der katholischen Presse" (UIPC) zu einer „Internationalen Katholischen Union der Presse" (UICP) vorsieht. Deutscher Delegierter in der eingesetzten Statutenkommission ist Verlagsdirektor Dr. Karl Bringmann, Düsseldorf.

Als Generalsekretär der Union amtiert weiterhin P. Émile Gabel, Straßburg-Paris, als Schatzmeister Albert Trachsel, Genf. Unverändert blieb auch die Vertretung bei den UN (Gary MacEoin, New Jersey), die Vertretung bei den Internationalen Katholischen Organisationen (J. P. Dubois-Dumée, Paris) und das Sekretariat für Lateinamerika (César L. Aguiar, Montevideo).

Die Präsidenten der einzelnen Sektionen erfuhren nur geringe Veränderungen. Vorsitzender des internationalen katholischen Verlegerverbandes ist nach wie vor Antoine Wenger AA (Direktor von „La Croix", Paris), des Journalistenverbandes Marc Delforge („Courrier", Namur), des Verbandes der Nachrichtenagenturen Herman Haeck SJ („Fides", Rom).

Pater Gabel legte in seinem Rechenschaftsbericht offen dar, daß im Verhältnis zu den anstehenden Aufgaben nur sehr wenig erreicht worden ist. Die Finanzen reichen nicht einmal für eine qualifizierte Sekretärin und für die englische und spanische Übersetzung des Bulletins. Immerhin konnte aber die internationale Zusammenarbeit — auch gegenüber UNESCO und ECOSOC — in den letzten Jahren beträchtlich verbessert werden. Von großer Bedeutung kann der Beschluß der vollzählig vertretenen katholischen Nachrichtenagenturen sein, ihre römischen Vertretungen zu koordinieren und zu einer gemeinsamen römischen Presseagentur auszubauen; der Kongreß sprach sich außerdem wiederum einmütig gegen die unzureichende vatikanische Nachrichtenpolitik aus und forderte eine bessere Unterrichtung.

Es war kennzeichnend für die globale Ausweitung der katholischen Pressearbeit, wenn die Sektion der Nachrichtenagenturen als neues Vorstandsmitglied einen Afrikaner, den Vertreter der jungen kongolesischen Agentur „DIA", hinzuwählte. Als neuer Zweig wird bis zum nächsten Kongreß der Verband katholischer Journalistenschulen gegründet werden; das vorbereitende Komitee steht unter dem Vorsitz des Leiters der katholischen Journalistenschule von Lille. In mehreren Arbeitsgemeinschaften behandelte der Kongreß aktuelle Fragen der geistigen und technischen Anpassung der Presse heute.

Thematisches

„Das Hauptthema hätte sehr wohl zu akademischen Erörterungen und enthusiastischen Phrasen verführen können. Daß diese Gefahr vermieden wurde, macht den Veranstaltern um so größere Ehre, als die rhetorischen Neigungen eines romanischen Landes sie eher begünstigt hätten" (Rheinischer Merkur, 22. 7. 60). Es war eine noble Geste der beiden nordamerikanischen Hauptredner, daß sie ihre Referate spanisch vortrugen.

Senatspräsident und Bundesverfassungsrichter Wilhelm *Geiger*, Karlsruhe, gab ein recht pessimistisches Bild unserer internationalen Lage, in der „der Friede nicht effektiv geworden ist". Die Organisation der Vereinten Nationen weist nicht fortschrittlich in die Zukunft, sondern hängt am antiquierten Nationalprinzip; sie hat vor den Weltproblemen versagt und ist durch die direkte Aktivität der Staaten: Diplomatie, politische Reisen, Gipfelkonferenzen, überspielt worden. Für eine internationale Justiz fehlt die Übereinstimmung über die Funktion des Rechts: Beherrscht das Recht die Macht oder umgekehrt? Als Aufgabe der katholischen Presse formulierte Professor Geiger: ausreichende Informationen über die großen Zusammenhänge, Werbung für die konkrete internationale Zusammenarbeit, intensive sachliche Koordination der Pressearbeit.

Dubois-Dumée und *MacEoin* konkretisierten diese Aufgabenstellung für die rund 40 internationalen katholischen Organisationen bzw. für die Tätigkeit der UN. Die katholischen Verbände sind bei allen ihren Mängeln ein wichtiges Feld des katholischen Lebens und der Versuch, in der Welt gegenwärtig zu sein; sie werden heute in einem erstaunlichen Tempo immer internationaler und bedürfen notwendig der Koordinierung. MacEoin gab einen lebendigen Überblick über seine solide Arbeit als Repräsentant bei den amerikanischen UN-Institutionen und über die weltanschaulichen Schwierigkeiten dieser Gemeinschaft.

Kardinalstaatssekretär Tardini hatte in einem Brief an den Kongreß vor allem zur konkreten Hilfe für die Entwicklungsländer aufgefordert. „Von überallher dringen bewegende Rufe zu uns, aus dem Schwarzen Afrika wie

aus Indien, aus Südamerika wie aus Korea: Eine von Ihrer Union organisierte technische Pressehilfe ist unbedingt erforderlich und entspricht den oft wiederholten Mahnungen des Heiligen Vaters." Dieses Thema stand durchaus zentral in der Arbeit des Kongresses und erfuhr durch die eingehenden Schilderungen des indischen Erzbischofs von Nagpur und den Diskussionsvorsitz eines indonesischen Geistlichen ein lebendige Illustration. Aber auch die Analyse des Lateinamerikasekretärs *Aguiar* war sehr desillusionierend: Lateinamerika hat zwar rund 2000 katholische Publikationen, davon aber nur 21 Zeitungen und im übrigen 1900 winzige Blättchen von minimaler Qualität und minimaler Bedeutung, die aus apologetischen, erbaulichen und anekdotischen Artikelchen zusammengesetzt sind. In einer Entschließung des Kongresses verpflichten sich die katholischen Presseorgane und die Union zur technischen Hilfe, zum internationalen Austausch von Mitarbeitern, zur Ausbildung von Journalisten aus den Entwicklungsländern und zur finanziellen Hilfe durch jährliche Spendensammlungen.

Ein hervorragendes Referat über das kommende Konzil hielt der spanische Kanonist Lamberto *de Echeverría*, zugleich Direktor der „Propaganda Popular Católica"; wir werden auf dieses Referat in anderem Zusammenhang noch zurückkommen. In einer Schlußresolution versichern die Kongreßteilnehmer, sie würden „dem vorbereitenden Konzil ein breites Echo widmen; sie möchten darüber im Einklang mit den praktischen Forderungen der modernen Massenkommunikationsmittel informiert werden, damit sie die öffentliche Meinung auf dieses große Ereignis der Kirche wirksam vorbereiten können".

Spanien als Tagungsland . . .

Radio Vatikan sagte in einem Kommentar zum Kongreß: „Die Presse ist wahrscheinlich das wirksamste Instrument, um ein echtes brüderliches Verständnis unter allen Nationen zu erzielen. Sie kann informieren, erleuchten und überzeugen, sie kann entweder trennen oder vereinen, zerstören oder aufbauen, Gräben ziehen oder Brücken der Freundschaft und des Verständnisses bauen." Bischof *Cantero* forderte in seiner Schlußansprache die Journalisten der Welt auf, „mehr das herauszustellen, was versöhnt und eint, als das, was Ärgernis schafft und trennt".

Für die Haltung seines Landes in dieser Frage betonte er: „Spanien und der spanische Katholizismus und die spanische katholische Presse sind und waren nie (können und dürfen es nie sein) abgesperrte Inseln, die sich den Forderungen des internationalen Zusammenlebens der Völker verschließen." Ähnlich unterstrich Alberto *Martín Artajo* (von 1945 bis 1957 spanischer Außenminister, heute Verlagsdirektor der „Editorial Católica" und der führende Laie der katholischen Presse Spaniens) den Wandel der öffentlichen Meinung: Spanien sei heute zur internationalen Zusammenarbeit bereit, dürfe aber nicht als „armer Verwandter" gelten. Die spanischen Vorbehalte betreffen die institutionelle Gleichstellung von Religion und Atheismus.

. . . und der Kongreß

„Die Wahl Spaniens als Ort für diesen Kongreß hat einige Unruhe verursacht, da viele katholische Journalisten befürchten, irgendwie in ein raffiniertes politisches Manöver der Regierung hineingezogen zu werden und damit der gegenwärtigen spanischen Pressesituation eine moralische Rechtfertigung zu geben" (La France Catholique, 1. 4. 60). In der Tat wollte die Regierung Franco zunächst offiziell auf dem Kongreß in Erscheinung treten, traf damit aber auf den entschiedenen Widerstand der spanischen katholischen Presse und der spanischen Kirche. Diese verzichteten dafür auf jegliche staatliche Unterstützung und trugen die Kosten des Kongresses mit rund 600 000 Peseten allein. Die Regierung des Gastlandes war dann bei der Tagung nicht einmal durch einen Beamten vertreten. An den Regierungschef des Gastlandes wurde das „wohl kühlste und kürzeste Grußtelegramm" gerichtet, „das Franco je erhalten hat" (KNA, 23. 7. 60); es wurde nur durch Francos Sekretariat und in noch kühlerem Ton beantwortet. Mit Ausnahme der Lokalzeitungen von Santander und der katholischen nordspanischen „Gaceta del Norte" (Bilbao) wurde der Kongreß in der gesamten spanischen Tagespresse nur ganz am Rande behandelt; die reichbebilderte führende Tageszeitung „ABC" brachte kein einziges Foto. Lediglich die Ansprache des Nuntius an die Kongreßteilnehmer, in der dieser die Leiden der spanischen Kirche im Bürgerkrieg und die Leistungen des gegenwärtigen Regimes hervorhob, mußte auf Anweisung des Informationsministeriums in allen Zeitungen auf der Titelseite in ganzer Breite berichtet werden.

In einer Schlußresolution des Kongresses wurde nochmals an das Memorandum in der Frage der Pressefreiheit erinnert, das die UIPC vor wenigen Monaten an die Vereinten Nationen gerichtet hat. Der erste Hauptredner, Thurston N. *Davis* SJ (Direktor von „America", New York), hatte in seinem Referat sehr deutliche Worte gegen die Unterdrückung der Pressefreiheit gefunden; er nannte Freiheit und Freimütigkeit als „Zeichen der Zeit" und zitierte sehr geschickt Martín Artajo aus dessen katholischer Tageszeitung „Ya": „. . . Die Stimme der Staatsbürger zu ersticken, sie gewaltsam zum Schweigen zu bringen ist ein Attentat gegen die natürlichen Rechte des Menschen, eine Verletzung der von Gott bestimmten Weltordnung . . ."

Spaniens Kirche auf dem Gebiet von Rundfunk und Film

In Spanien sind immer wieder reizvolle Einzelheiten anzutreffen, die zeigen, in welcher Unmittelbarkeit die spanische Kirche — aller oft beklagten „Verbürgerlichung" zum Trotz — noch immer mit dem Volk verbunden ist und dabei moderne Mittel einsetzt, die der Kirche in zivilisatorisch höher entwickelten Ländern längst entgangen sind.

Seit nunmehr dreieinhalb Jahren besteht ein Rundfunksender „Die Stimme der Pfarrei" in Vélez, einem Städtchen von 18 000 Einwohnern in der Nähe von Málaga. Die Initiative ging damals von dem jungen Erzpriester José del Campo aus, der nichts mitbrachte als seine Begeisterung und seinen guten Willen. (Die spanischen Erzpriester entsprechen unseren Dekanen, doch sind die Dekanate erheblich kleiner.) Heute arbeiten, zum größten Teil ehrenamtlich, bereits 30 Personen für den Sender. 95 % der Rundfunkhörer von Vélez und Umgebung haben sich der „Stimme der Pfarrei" angeschlossen, und mehr als 1000 Radiogeräte wurden zum Abhören dieses Senders gekauft.

Die abwechslungsreichen Sendungen sind ganz auf das lokale Landmilieu abgestellt. Vor allem zwei Sendereihen ragen heraus; die eine nennt sich „Landschule" und dient zur Unterstützung der „Kapellenschulen" des Erz-

bistums, mit denen junge Lehrerinnen in die entferntesten Flecken des andalusischen Landes hinausziehen. Die Sendereihe „Caritas" vereinigt an jedem Samstag buchstäblich die ganze Hörergemeinde am Radiogerät. Nach allgemeinen Ausführungen werden jeweils konkrete Fälle von Notleidenden vorgestellt und die Hörer zu Spenden oder Hilfsmaßnahmen aufgerufen. Im allgemeinen kommen schon während der Sendung selbst Telefonanrufe von hilfsbereiten Hörern, auch aus ganz anderen Gegenden Spaniens. Kein einziger der in den zwei Jahren bisher vorgetragenen Fälle blieb ungelöst. Den Rekord hält ein Samstag, an dem die vorgestellten Notfälle bereits innerhalb vier Minuten telefonisch ihre Abhilfe fanden.

„Die Stimme der Pfarrei" von Vélez-Málaga ist nur einer von 102 Rundfunksendern (auch größeren Umfangs, vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 326 f.), die die Kirche in Spanien heute unterhält.

Auf dem Gebiet des Films entfaltete ein anderer Pfarrer, Juan J. Garmendia von Tolosa im Baskenland, eine noch fruchtbarere Initiative. Er gründete in den vergangenen zehn Jahren im Einverständnis mit der Bischöflichen Kommission für Film, Funk und Fernsehen einen Verband der katholischen Filmtheater „Fides", der in Vertretung der einzelnen Lichtspielhäuser mit den Verleihfirmen verhandelt, Abschlüsse tätigt und auch auf die Neuproduktion Einfluß nimmt. „Fides" umfaßt heute bereits 579 von 5300 Lichtspielhäusern und ist als Faktor im spanischen Filmwesen nicht mehr wegzudenken.

Bilan du Monde — eine Enzyklopädie über die Kirche in der Welt

Anfang April 1960 ist der zweite, abschließende Band eines Werkes erschienen, das in seiner Art in der katholischen Welt einmalig ist. „Bilan du Monde. Encyclopédie Catholique du Monde Chrétien" — so lautet sein Titel — versucht „Bilanz zu ziehen" über den Zustand unserer modernen Welt, über den Zustand der Kirche und ihre Präsenz in der Welt. (Das Werk ist bei Casterman, Paris/Tournai, erschienen. Der erste Band umfaßt 428 S., der zweite 832 S. Preis für Bd. 1: 180 bfrs, für Bd. 2: 330 bfrs.)

Die drei Hauptteile des Werkes haben folgende Titel: Die Welt, Die großen Kulturkreise der Erde, Die Länder. Alle Teile sind nach dem gleichen Schema gebaut: in ihnen wird zunächst der soziale und kulturelle Zustand und anschließend die Gegenwart und Gegenwärtigkeit der Kirche behandelt.

Im ersten Hauptteil: Die Welt, kommen folgende Themen zur Sprache: Weltbevölkerung, Geburtenkontrolle, das Problem der Verstädterung, Wanderungs- und Flüchtlingsfragen, die Entwicklungsvölker, die Unabhängigkeitsbewegungen in Asien und Afrika, die Welt des Arbeiters, die bäuerliche Welt, Wissenschaft und Technik, Begegnung der Kulturen, die internationalen Organisationen, die großen Weltreligionen. Daran schließt sich die Darstellung der sichtbaren Weltkirche an: Päpste und Konzilien, der Vatikan (Organisation und Universitäten), Verteilung der Katholiken in der Welt, die orientalischen Christen, Orden und Kongregationen, ferner Geschichte und Bedeutung der Ökumenischen Bewegung, die Missionen, die Liturgische Bewegung, das Laienapostolat usf. — Im zweiten Hauptteil werden vorgestellt: Nord- und Südamerika, die Arabische Welt, Westeuropa, der kommunistische Block, Asien und Ozeanien, immer wieder unter dem doppelten Aspekt, dem sozial-kulturellen und dem der Bedeutung der Kirche in diesen Regionen. Der dritte Teil (er füllt den zweiten Band des Werkes mit über 800 Seiten) bietet über 189 Monographien über die Präsenz der Kirche in den einzelnen Ländern.

Die Fülle und Weite der Fragen, die mit solchen Themenstellungen verbunden sind, läßt vermuten, daß das Werk die Probleme nur anreißen oder grob skizzieren kann. Das ist jedoch nicht der Fall. Dadurch daß die Herausgeber — das Centre de Recherches socio-religieuses in Brüssel unter der Leitung von Abbé François Houtart und das Centre von „Église Vivante" in Löwen unter der Leitung von Abbé Bruls und Abbé Frisque — sich von Anfang an der lexikographischen Abbreviatur bedienten, haben sie eine kaum überbietbare Fülle von Materialien: Zahlen, Daten und Anschriften, in das Werk aufnehmen und verarbeiten können. So bietet z. B. die 20seitige Darstellung der Kirche in den beiden Deutschland mehr an Informationen als irgendein derzeit greifbarer deutschsprachiger Führer durch das katholische Deutschland. Das Werk bietet zudem den Vorteil, daß alle Angaben auf den neuesten Stand gebracht sind (Abschluß: 1. 1. 1960).

„Bilan du Monde" ist also eine riesige Sammlung von Informationen und Materialien über die Welt und die Kirche in der Welt. Der weitgehende Verzicht auf eine direkte Darstellung aktueller Probleme und Aufgaben der Kirche sowie deren geschichtlicher Voraussetzungen (in den Ländermonographien) läßt zuweilen den Eindruck einer verkürzten, allzu statisch-statistischen Wirklichkeit entstehen. Doch verliert sich der Eindruck, wenn man die einzelnen Angaben in die größeren, in dem ersten und zweiten Teil des Werkes behandelten Problemkreise stellt, aus denen sie herausgewachsen sind. Man kann also die Darstellungsweise in „Bilan du Monde" mit der Formel kennzeichnen: im einzelnen Statik, im Ganzen Dynamik.

„Die Kirche" wird in „Bilan du Monde" als die für alle Welt „sichtbare" verstanden, also als soziales Gebilde, das mit den von den Herausgebern und ihren Mitarbeitern angewandten empirisch-soziologischen Methoden erfaßbar ist. Daher findet man in den beiden Bänden auch nur selten Auskünfte über die heute vorherrschenden geistigen Strömungen in der Kirche bzw. in den einzelnen Ländern.

Die eigentliche Leistung der Herausgeber und Mitarbeiter des Werkes besteht darin, daß es ihnen zum ersten Male gelungen ist, das unübersehbar gewordene Material über die Kirche in der einen Welt zu sammeln und so zu ordnen, daß Größenordnungen sichtbar werden, die in vielen Fällen vergleichbar sind. Dadurch gewinnen die einzelnen Angaben einen Wert, der weit über den der reinen Information hinausgeht.

Erster Weltkongreß der MIJARC in Lourdes

Vom 27. bis 29. Mai 1960 fand in Lourdes der Erste Weltkongreß der MIJARC (Mouvement International de la Jeunesse Agricole et Rurale Catholique) statt. Die MIJARC — der Dachverband aller nationalen katholischen Landjugendverbände, der 1954 auf holländisch-belgische Initiative hin gegründet wurde und 1958 seine Approbation als internationale katholische Organisation vom Heiligen Stuhl erhielt — hatte den Kongreß unter das Thema „Der Hunger in der Welt" gestellt.

Entsprechend den Möglichkeiten, die Lourdes als Kongreßstadt bietet, hatten die — vornehmlich — belgisch-französischen Organisatoren die Zahl der Kongreßteil-

nehmer von vornherein beschränkt. Immerhin waren es doch mehr als 26 000 Delegierte aus mehr als 60 Ländern der Erde, die sich in Lourdes versammelten. Den Hauptanteil stellten mit ca. 12 000 Teilnehmern die Franzosen, die Zahlen der Delegierten aus den übrigen europäischen Ländern bewegten sich zwischen 2000 und 500; die Zahl der farbigen Teilnehmer (vor allem aus den süd- und mittelamerikanischen Ländern, aber auch aus den ehemaligen französischen und belgischen Territorien Afrikas, zu denen sich noch kleinere Gruppen aus Asien und Ozeanien gesellten) belief sich auf 360.

Welche Bedeutung dem Kongreß bzw. der Arbeit der MIJARC heute in der Welt zugemessen wird, wurde durch die ungewöhnlich große Teilnahme von offiziellen Beobachtern und Gästen deutlich. Von den in Lourdes anwesenden 28 Erzbischöfen und Bischöfen (von denen mehrere einheimische Afrikaner waren) verdienen die beiden Kardinäle P. M. A. Richaud, Erzbischof von Bordeaux, und William Godfrey, Erzbischof von Westminster, besondere Erwähnung. Die Regierung de Gaulle hatte als offiziellen Vertreter ihren Landwirtschaftsminister nach Lourdes geschickt. Allein die österreichische Ehrendelegation zählte 70 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter Alt-Nationalratspräsident F. Hurdes und Landeshauptmann H. Gleißner von Niederösterreich; dazu kamen weitere Altminister aus Belgien und Holland. Auch die FAO und die UNESCO waren vertreten. Der Besuch einer offiziellen polnischen und ägyptischen Delegation hatte sich in letzter Minute zerschlagen, während die israelischen Beobachter wie vorgesehen teilnehmen konnten.

Die Aufgabe des Kongresses

Die Aufgabe, die von den Verantwortlichen auf diesem Kongreß zu leisten war, bestand in der Beantwortung zweier Fragen: Was haben junge Katholiken heute unter der internationalen Sozialen Frage zu verstehen und, zweitens, wie kann die internationale Soziale Frage, ihre Realität, Härte, Vielschichtigkeit, ihre Voraussetzungen wie ihre Bedeutung für die Zukunft der Welt sowie die damit verbundenen Aufgaben, jungen katholischen Menschen aus bäuerlichen Milieus aller Länder und Kontinente wirksam vor Augen gestellt und bewußt gemacht werden?

Es braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, welche Schwierigkeiten zu überwinden waren, wenn diese beiden Aufgaben auch nur in den Ansätzen einigermaßen zufriedenstellend gelöst werden sollten. In der zweijährigen Vorbereitungszeit für den Lourdes-Kongreß ging das Gespräch zwischen den Führungsgremien der verschiedenen nationalen Verbände lange um eine Antwort auf die erste Frage: Was muß heute eine Gliederung der spezialisierten Katholischen Aktion unter dem Thema des internationalen Hungers verstehen? Die Vertreter der west- und zentraleuropäischen Verbände betonten dabei die Verantwortung der Katholischen Aktion auch für die materialen Sachbereiche, während die Vertreter der romanischen Länder — auf Grund eines etwas anders gelagerten Apostolatsverständnisses — stärker die geistige und spirituelle Seite der Verantwortung für die moderne Welt akzentuierten (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 17). Daß es schließlich zu der Formel für Lourdes kam: Hunger nach Brot und Wissen, Hunger nach menschlicher Würde, Hunger nach geistigen Gütern, Hunger nach Liebe — eine Formel, die weder den reinen Pragmatikern noch den reinen Spiritualisten zu viel Raum einräumte, ist weniger wichtig, als daß hier bewiesen wurde, daß auch bei sehr unterschiedlichen Voraussetzungen, Einstellungen wie Erwartungen, bei gutem Willen und entsprechender Ausdauer echte Lösungen in dieser so wichtigen Frage gefunden werden können. Hierin — und nicht so sehr in der Durchführung des Kongresses selbst — besteht die Beispielhaftigkeit des Verfahrens der MIJARC für andere internationale katholische Organisationen.

Die zweite Frage, die nach der wirksamen Methode, um 26 000 jungen Menschen eine Vorstellung von ihrer Verantwortung für die internationale Soziale Frage zu vermitteln, von deren positiven Lösung das Gelingen des Kongresses — für den Beobachter kontrollierbar — abhing, wurde in einer — zumindest für deutsche Mentalität — verblüffenden Weise bewältigt. Es wurde nämlich nicht oder fast nicht geredet. Abgesehen vom Internationalen Colloquium (Ligutti, USA, Veillet-Lavallée, FAO, François, UNESCO, Pank, Deutschland), das aber unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, und der Schlußveranstaltung, in der schon dadurch, daß in ihrem Rahmen die Botschaft des Heiligen Vaters übertragen wurde, die große Rede dominierte, wurde das Kongreßthema dargestellt: gespielt, getanzt, gesungen, gebetet. Bei der Wahl dieser Formen mag sicher mit von Gewicht gewesen sein, daß die Rede vor Menschen mit verschiedenen Sprachen zur Wirkungslosigkeit verurteilt ist. Doch verzichteten die szenischen Darstellungen weder im Stadion noch in der Basilika ganz auf das Wort, für das auch die entsprechenden Übersetzungsmöglichkeiten gefunden wurden. Der Entschluß, von der Rede Abstand zu nehmen, ging von anderen, gewichtigeren Überlegungen aus: Bild und Spiel — im religiösen wie im profanen Bereich — sind die mit Abstand wirksamsten Mittel, um junge Menschen zu verbinden und zu aktivieren. Die Jugend, die in Lourdes zusammenkam, wollte wie jede Jugend sich erleben, nicht geschult werden. Was erwartet wurde, waren bei grundsätzlicher Aufgeschlossenheit für das sehr schwierige Kongreßthema Möglichkeiten zur Aktivität, Dynamik, Selbstwertbestätigung, und zwar nicht zur individuellen, sondern zu der der Großen Gruppe, des Kollektivs. Ein Festival wurde verlangt, mit Farbe, Folklore, Tanzen und Singen, auf dem die Jugend — wenigstens für ein paar Tage — herrschen konnte.

Die Durchführung des Kongresses

Tatsächlich zeigte der Lourdes-Kongreß — in den äußeren Formen — verblüffende Ähnlichkeiten mit gelungenen Jugendfestivals der Kommunisten. Bis tief in die Nacht zogen endlose Scharen lachender, tanzender, singender junger Menschen durch die engen Straßen der Stadt, die für drei Tage ihre Stadt war. Diese Erwartungen der Jugend, für ein paar Tage aus dem strengen Reglement der Arbeitswelt ausbrechen zu können, mußten sich die Veranstalter zunutze machen, wenn sie ihre Ziele erreichen wollten.

Bei der Eröffnungsveranstaltung im Stadion schien zunächst das Folkloristische um seiner selbst willen zur Schau gestellt zu werden. Die flämischen Gruppen tanzten und spielten auf einer 60 Meter langen geschrägten Kreisbühne das Thema Jugend und Freude. Aber schon das Fahnenschwingen — rhythmisch gestaltet auf Gruppenbasis — ließ deutlich werden, daß die Demonstration

mehr wollte, als Kraft und Möglichkeit des einzelnen zu dokumentieren. Die Dynamik, die von dieser tänzerischen Schau ausging, war die der Gruppen, deren Gesetz sich der einzelne ganz unterwirft. Das wurde deutlicher noch in einer großen Kollektivpantomine: Wir alle arbeiten, in der die Bewegungen der über 200 Teilnehmer fast maschinenartigen Charakter annahmen. Es sei offengelassen, ob solche Formen jugendlicher Selbstdarstellung zu begrüßen sind oder nicht. Aufschlußreicher ist sicher die Feststellung, daß die 25 000 Zuschauer um so begeisterter applaudierten, je größer die Gruppe und je präziser und härter die Bewegungen der Demonstrierenden waren.

Dem Verlangen der Jugend nach show wurde auch durch eine entsprechende äußere Gestaltung der Gottesdienste entsprochen. (In dieser Hinsicht war das feierliche Pontifikalamt in der Reihe der kirchlichen Veranstaltungen noch die farbloseste.) So bildete der Opfergang der Nationen — beim Eröffnungsgottesdienst in der Basilika Pius' X. eine Demonstration von Farben und Formen, Kisten- und körbeweise wurden Reis, Fleisch, Bananen, Orangen, Nüsse, Käse, Wein, aber auch Gemälde, Holzschnitzerarbeiten, Medikamente und Schallplatten von den Vertretern der Nationen zum Altar getragen — jedes Land seine besonderen Erzeugnisse. (Die Schweizer opferten z. B. Uhren und Schokolade.) Wiederum war auch bei den kirchlichen Feiern — wie schon bei der Eröffnungsversammlung im Stadion — erstaunlich, wie stark bei den jungen Menschen von heute neben der Freude am satten, reichen Farbenspiel zugleich der Sinn für technische Präzision als Mittel der Abstrahierung, Verkürzung und Verdichtung des wirklichen Lebens entwickelt ist. So gestalteten die Holländer einen Kreuzweg (über das Kongreßthema), bei dem die einzelnen Stationen zeitlich ganz knapp memoriert wurden, entweder durch Gesänge, Gebete oder Lesungen in den verschiedenen Sprachen der Erde, solistisch und chorisch. Das Mittel jedoch, durch das die Spannung der Tausende unablässig gehalten und gesteigert wurde, war das Licht. Bündel von Schweinwerfern konzentrierten sich im Dunkel der Basilika auf die jeweils wechselnden Deklamatoren. Dabei änderten die Strahlenbündel von Station zu Station Farbe und Richtung. So war dieser Kreuzweg formal ein rhythmisches Spiel von Licht, in seiner Kargheit und Härte dem inneren Gesetz des versinnbildeten und geglaubten Heilsgeschehen sehr nahestehend, d. h., Form und Inhalt entsprachen sich weitgehend, wobei freilich die Form nur gelingen konnte, wenn die technischen Mittel zu ihrer Verdeutlichung souverän beherrscht wurden.

Den Höhepunkt der modernen Unterrichtsformen über das Thema: Der Hunger in der Welt, bildete ein großes nächtliches Spiel, ausgeführt von 130 normannischen Jungen und Mädchen auf der Kreisbühne des Stadions. Dargestellt wurde die Geschichte einer Gruppe lateinamerikanischer Bauern, die ihren Boden verlassen müssen und emigrieren. Die 20 Szenen des Spieles dauerten über drei Stunden. Um der Gefahr eines unverbindlichen „Theaters" zu entgehen und um das Gewicht des dargestellten Themas zu verdeutlichen und zu vertiefen, hatten die Verantwortlichen das szenische Spiel mit einer „Dokumentation" verbunden. Diese wurde auf vier großen Lichttafeln in den verschiedenen Sprachen geboten — während der kurzen Spielpausen, in denen die Kreisbühne im Dunkeln lag.

Es versteht sich, daß solche Formen der Instruktion und Beeinflussung mit Hilfe komplizierter technischer Mittel nur dann ihr Ziel erreichen, wenn sie absolut sicher gehandhabt werden. (Die Einstudierung des szenischen Spiels auf zwei Ebenen: Bühne und Lichtkästen, verlangte über ein Jahr lang Arbeit.) Die nationalen Gruppen der MIJARC, die in Lourdes die einzelnen Veranstaltungen verantwortlich gestalteten, haben gezeigt, daß sie sich in der Beurteilung des Stilempfindens der modernen Jugend nicht getäuscht haben, daß sie es verstanden haben, diesem von der technischen Welt her entwickelten Stilempfinden durch die Wahl der Mittel gerecht zu werden, um junge Menschen für eine große Aufgabe zu aktivieren. Verblüffend war dabei vielleicht weniger die ungewöhnliche Leistungsausgeglichenheit der einzelnen Spiel und Feier gestaltenden Nationalgruppen als vielmehr die einheitliche begeisterte Resonanz von 26 000 Menschen aus den verschiedensten Ländern der Erde, so daß das fast einstimmige Urteil aller aufmerksamen Beobachter in Lourdes hohe Wahrscheinlichkeit gewinnt: Es gibt heute innerhalb der jungen Katholiken — gleich welcher Region und sozialer Schicht sie entstammen — keine größeren Differenzierungen mehr bezüglich Lebensgefühl, Einstellungen und auch — weitgehend — äußeren Verhaltensweisen. Die Unterschiede zwischen Stadt- und Landjugend sind verschwunden. Technische Mittel werden sicher beherrscht, ihre Sprache wird verstanden wie eine zweite Muttersprache. Modernsein — im Sinne der Anpassung und Übernahme großstädtischer Zivilisationsformen — ist selbstverständlich. Und die Avantgardisten hierbei — auf dem Weg zu einem universalen technisch-zivilisatorischen Lebensstil, der im Einklang mit den unverrückbaren Normen der Kirche und der Religion steht — sind, nach den Erfahrungen von Lourdes jedenfalls, weniger die jungen Katholiken der nördlichen gemischt-konfessionellen Länder Europas als vielmehr die Eliten der Jugend der romanischen, rein katholischen Länder, der Landjugend von Territorien also, deren Landwirtschaften noch vor oder erst in der ersten Phase der Technisierung stehen.

Leistungen

Hat diese Jugend den Ruf, der in Lourdes an sie erging, verstanden? Wenn ja, wie sieht das erste Ergebnis ihrer Bemühungen für eine neue Ordnung in der Welt aus? Die Führung der MIJARC hatte noch vor Beginn des Kongresses die nationalen Landjugendverbände aufgefordert, nicht nur die Teilnahme der überseeischen Delegierten am Kongreß finanziell durch Subventionen zu sichern, sondern darüber hinaus allen Teilnehmern aus Lateinamerika, Afrika und Asien einen längeren Studienaufenthalt in Europa zu ermöglichen (drei bis fünf Monate). Das Ergebnis dieses Aufrufes war, daß alle überseeischen Besucher auf Kosten der europäischen Verbände anreisen konnten und nach dem Kongreß die Verhältnisse in den verschiedenen europäischen Landwirtschaften unentgeltlich studieren können. Bis zum Abschluß des Lourdes-Kongresses war der Aufenthalt von 283 überseeischen Delegierten in Europa finanziell gesichert. Auch wenn man die Durchschnittssätze für Reise und Europaaufenthalt eines jeden Stipendiaten mit nur 2500 DM veranschlagt, so ergibt das doch eine Gesamtsumme von fast dreiviertel Millionen DM, die von den nationalen Landjugendverbänden aufzubringen waren. Diese Summe ist von der MIJARC noch vor Beginn des Kongresses gesammelt worden, und zwar nur mit Hilfe ihrer Mitglieder, ohne irgendwelche Subventionen von staatlichen und kirch-

lichen Stellen. Die Masse der Überseebesucher (204) wurde durch einen Spezialfonds der MIJARC „Aide Internationale" finanziert, in den alle nationalen Verbände eingezahlt hatten. Unter den Nationalverbänden, die in eigener Regie die Finanzierung von Delegierten aus Übersee übernommen haben, stehen die französischen Verbände JAC und JACF mit Abstand an der Spitze.

Hirtenbrief der niederländischen Bischöfe über die Struktur der katholischen sozialen Organisationen in den Niederlanden

Die niederländischen Bischöfe haben sich in einem Hirtenbrief an die katholischen sozialen Organisationen ihres Landes gewandt, um ihnen darzulegen, auf welche Weise die Struktur der katholischen sozialen Verbände nach der Meinung der Bischöfe an die veränderten und sich ändernden Verhältnisse angepaßt werden müßte. (Der Wortlaut des Hirtenbriefes ist veröffentlicht in „De Tijd", 15. 3. 60, sowie in anderen katholischen Zeitungen des Landes.)

Der Brief ist an erster Stelle für die Organisationen der Arbeitnehmer bestimmt. Das schließt freilich nicht aus, daß auch die sozialen Organisationen der Bauern, der Arbeitgeber, der selbständigen Unternehmer des Mittelstandes und des Kleingewerbes und der freien Berufe bestimmte, in diesem Brief enthaltene Gedanken auf ihre Organisationsstruktur anwenden können.

Anlaß des Briefes

Zu Beginn des Briefes legen die Bischöfe die Gründe dar, die sie zu diesem Brief bewogen haben.

Sie erklären nachdrücklich, daß das Schreiben keine Vorschriften enthält. Die verantwortlichen Leiter der Organisationen müssen selbst entscheiden, welche Form sie letztlich wählen werden. Es handelt sich hier ja nicht um die Frage, ob die Katholiken sich einer katholischen Organisation anschließen müssen. Diese Frage haben die Bischöfe bereits des öfteren als verantwortliche Seelenhirten bejahend beantwortet, und es besteht kein Grund, auf diese Frage nochmals zurückzukommen. Es handelt sich vielmehr jetzt um die Frage, welche Organisationsform die zweckmäßigste ist, und in dieser Hinsicht — da weder religiöse noch sittliche Normen zur Debatte stehen — kommt die Entscheidung nicht den Bischöfen zu.

Wenn sie dessenungeachtet doch ihre Auffassung über die erwähnten Probleme zum Ausdruck bringen und die Erwartung aussprechen, daß auch jetzt das bischöfliche Wort von der katholischen Bevölkerung des Landes gehört werden wird, dann tun sie dies auf Grund folgender Erwägungen:

1. Schon seit langem wird in den Kreisen der betreffenden Organisationen darüber gesprochen, wie die Struktur der Organisationen an die veränderten Verhältnisse angepaßt werden könne. Die Ansichten hierüber laufen auseinander. Die sozialen Organisationen haben sich daher an die Bischöfe gewandt mit der Bitte, die Auffassung des Episkopats über diese Frage bekanntzugeben. Mit dem Erlaß dieses Briefes entsprechen die Bischöfe dieser Bitte.
2. Ein zweiter Grund liegt in der Tatsache, daß die Bischöfe sich für die jetzt gegebene Lage mitverantwortlich fühlen. In früheren Erlässen und Richtlinien haben sie nämlich Vorschriften und Richtlinien erlassen, die der heute bestehenden Struktur zugrunde liegen.

Drei Kernfragen

Das bischöfliche Schreiben behandelt drei Kernfragen, die in den katholischen Organisationen schon seit Jahren eingehend besprochen werden.

1. Die erste Frage betrifft die Fachorganisationen. Zur Zeit sind in den meisten Fällen die Arbeitnehmer, die in demselben Wirtschaftszweig beschäftigt sind, in Organisationen verteilt, die sich über die gesamte Wirtschaft erstrecken: z. B. die Organisation der Handarbeiter, der Büro- und Verwaltungsangestellten, der höheren und technischen Angestellten, der Angestellten und Beamten in leitender Stellung. Ist es nicht zweckmäßiger, alle in einem Wirtschaftszweig tätigen Arbeitnehmer in einer Organisation dieses Wirtschaftszweiges zusammenzufassen?
2. Die zweite Frage betrifft das Problem, ob alle Arbeitnehmer in einer oder in mehreren Gewerkschaftsorganisationen zusammengefaßt sein wollen. Bei der heute bestehenden Struktur sind im allgemeinen die Organisationen der Handarbeiter und der unteren Angestellten bei der Gewerkschaft angeschlossen: der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB), während der größte Teil der Organisationen der übrigen Arbeitnehmer nicht oder nur sehr beschränkt bei einer Gewerkschaftsorganisation angeschlossen ist. Wäre es nicht wünschenswert, zu einem einzigen Katholischen Bund der Arbeit zu gelangen?
3. Die dritte Frage betrifft die Zweckmäßigkeit der Aufrechterhaltung der Standesorganisationen. Bei voller Anerkennung der ausgezeichneten Arbeit, die diese Organisationen geleistet haben, erhebt sich die Frage, ob nicht viele der Aufgaben, welche die Standesorganisationen zu ihrem Aufgabenbereich zählen, zweckmäßiger den Gewerkschaften übertragen werden könnten.

Sind Organisationen nach Wirtschaftszweigen (Industriegewerkschaften) zweckmäßig?

Durch eine Reihe von allgemeinen gesellschaftlichen Erscheinungen und Faktoren wurde die Frage akut, ob nicht an eine Umgestaltung der bestehenden gewerkschaftlichen Struktur gedacht werden müsse. Diese hat im Augenblick einen mehr horizontalen Charakter: Katholischer Fabrikarbeiterverband, Katholischer Angestelltenverband, Verband Katholischer Technischer Angestellter und Beamten. Soll sie umgestaltet werden im Sinne eines mehr vertikalen Aufbaus (durch Organisationen, die alle Arbeitnehmer bestimmter Wirtschaftszweige erfassen)?

Von den erwähnten allgemeinen Faktoren ist an erster Stelle die Tatsache zu nennen, daß, auch als Folge der Mechanisierung und Automatisierung des Produktionsprozesses, eine neue Gruppe von Arbeitnehmern entstand, die im Wirtschaftsleben leitende Stellungen im mittleren und höheren Bereich einnehmen. Wenn man von Arbeitnehmern spricht, muß diese Akzentverschiebung hinsichtlich der mittleren und leitenden Arbeitnehmer berücksichtigt werden. Man kann deshalb die Frage stellen, ob bei den verschiedenen Vertretungen der Arbeitnehmer und bei den Unterhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern die heutige Organisationsstruktur noch zweckmäßig ist und ob insbesondere dabei die Bedeutung dieser „neuen" Gruppen genügend berücksichtigt wird.

Eine zweite, damit zusammenhängende Entwicklung, wodurch diese Frage an Gewicht gewinnt, ist das Zustandekommen der öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsordnung (Publiekrechtelijke Bedrijfsorganisatie — PBO). Ihr

teilweise bereits erreichtes Ziel ist es, je Wirtschaftszweig Organe aufzubauen, welche alle in einem Wirtschaftszweig Tätigen, sowohl Arbeitgeber als Arbeitnehmer, umfassen und als solche öffentlich-rechtliche Befugnisse besitzen. Diese Organe können, sofern der betreffende Gründungsbeschluß entsprechende Befugnisse erteilt, bindende Vorschriften für alle Sozialpartner dieses Wirtschaftszweiges, z. B. im Hinblick auf die sozialen Maßnahmen, die Regelung der Konkurrenz usw., erlassen. Diese öffentlich-rechtliche Wirtschaftsordnung (PBO) ist auf den freien sozialen Organisationen aufgebaut. Das bedeutet, daß diese freien Organisationen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sofern sie als repräsentativ gelten, die Befugnis erhalten, den Vorstand des betreffenden öffentlich-rechtlichen Organs zu bestimmen. Die Vorstände sind paritätisch aus Arbeitgebern und -nehmern zusammengesetzt. Daraus ergibt sich, daß die freien Organisationen — durch die Ernennungen des Vorstandes — einen großen Einfluß auf die bindenden Vorschriften ausüben können, die von den öffentlich-rechtlichen Organen erlassen werden und die für den gesamten Wirtschaftszweig gelten.

Da die PBO nach Wirtschaftszweigen aufgebaut ist, wurde die Frage aktuell, ob die Organisation der Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen (also z. B. Industriegewerkschaften) nicht zweckmäßiger sei und die Belange und Rechte aller Arbeitnehmer auf diese Weise nicht besser geltend gemacht werden könnten, weil im Augenblick lediglich die Organisationen der Arbeiter im Bereich der direkten Ausführung die Vorstandsmitglieder der öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsorgane bestimmen.

Ein dritter Grund ist schließlich darin zu sehen, daß auch im außerkatholischen Raum die Form der Organisation der Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen Eingang gefunden hat und deshalb in den Unterhandlungs- und Beratungsorganen die erwünschte Symmetrie nicht vorhanden ist.

Bedingungen

Die Bischöfe überlassen die Beantwortung der Frage, ob die Organisation nach Wirtschaftszweigen zweckmäßig und erwünscht sei, den verantwortlichen Leitern der bestehenden Organisationen. Sie sprechen sich dazu also nicht aus. Sollte jedoch die Form der Organisation nach Wirtschaftszweigen gewählt werden, dann müßten diese nach der Auffassung der Bischöfe einige Voraussetzungen erfüllen.

Die Struktur dieser Organisation nach Wirtschaftszweigen müßte so aufgebaut sein, daß alle Gruppen (die Arbeiter im ausführenden Bereich, die Arbeitnehmer im mittleren Bereich, z. B. Angestellte, und die Arbeitnehmer in leitender Stellung) nach innen ihre eigene Stellung behalten und nach außen ihren eigenen Beitrag zu den Beschlüssen auf sozial-wirtschaftlichem Gebiet liefern können. Das müßte nicht nur in den einzelnen Wirtschaftszweigen möglich sein, sondern soviel wie möglich auch in der gesamten Wirtschaft. Was dies letztere betrifft, wäre dann vielleicht zu erwägen, bei der Bildung von Organisationen nach Wirtschaftszweigen auch für die mittleren und leitenden Arbeitnehmergruppen auf Landesebene Zentralorgane zu errichten. Diese Zentralorgane für mittlere und leitende Arbeitnehmer hätten zur Aufgabe, die Verbindung der über das gesamte Wirtschaftsleben verteilten Gruppen untereinander zu fördern und dafür zu sorgen, daß ihre Belange im Gesamt des sozial-wirtschaftlichen Lebens zweckmäßig betreut werden.

Eine weitere Voraussetzung, die von den Bischöfen genannt wird, besteht darin, daß eine Gewerkschaft, die sich zu einer Organisation für einen ganzen Wirtschaftszweig umbilden will, dies im Einvernehmen mit den in diesem Wirtschaftszweig bestehenden Gewerkschaften zu tun hat.

Wie bereits gesagt, nehmen die Bischöfe nicht Stellung zur Frage, ob derartige Organisationen nach Wirtschaftszweigen geschaffen werden sollen. Die Tatsache jedoch, daß sie in ihrem Brief den sich ändernden Verhältnissen und der sich daraus ergebenden Zweckmäßigkeit einer anderen Organisationsstruktur so viel Aufmerksamkeit widmen, läßt zumindest den Schluß zu, daß sie ernsthaft in dieser Richtung denken.

Eine oder mehrere Gewerkschaftszentralen?

Muß nun eine einzige Gewerkschaftszentrale geschaffen werden, bei der alle Arbeitnehmerverbände direkt angeschlossen sind (in ausführender, mittlerer und leitender Stellung), oder sollen gesonderte Gewerkschaftszentralen für die Organisationen der Arbeitnehmer in ausführender, mittlerer und leitender Stellung errichtet werden, die in einer Föderation zusammenarbeiten? Im Augenblick besteht die Gewerkschaftszentrale der KAB (bei der die Organisationen der Arbeitnehmer aus dem ausführenden Sektor, einige Organisationen der mittleren Arbeitnehmergruppen, im allgemeinen jedoch nicht die Arbeitnehmer in höherer, leitender Stellung angeschlossen sind) und ein Zentralverband von Organisationen, der insbesondere Arbeitnehmer in leitender Stellung vereinigt.

Daneben bestehen Zentralen, bei denen die Arbeitgeberorganisationen bzw. die Organisationen der selbständigen Unternehmer im mittleren und Kleinbetrieb angeschlossen sind, während auch die landwirtschaftlichen Berufsorganisationen zentral zusammengefaßt sind.

Diese Zentralen bleiben hier jedoch unberücksichtigt. Es handelt sich um die Frage, ob *eine* oder *mehrere* Gewerkschaftszentralen die heute geeignete Lösung darstellen.

Es ist aus verschiedenen Gründen erwünscht, daß eine Organisationsstruktur gefunden wird, die es allen Arbeitnehmern gestattet, über einen Zentralverband ihren Einfluß auf die Entscheidung auszuüben, die auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet getroffen werden, und die ihre Belange vertritt.

Im Wirtschafts- und Sozialrat (dem höchsten Organ der PBO, das die Regierung in allen wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten berät) bestimmt heute die KAB die Mitglieder, welche die den katholischen Arbeitnehmern zugewiesenen Sitze zu besetzen haben. Sie ist hierfür die einzige in Betracht kommende repräsentative katholische Gewerkschaftszentrale für Arbeitnehmer. Dadurch haben jedoch eine große Zahl von Arbeitnehmern der mittleren und leitenden Gruppen keine Möglichkeit, auf die Entscheidungen, die auch für sie unmittelbar von Bedeutung sind, Einfluß auszuüben.

Auch bei den Beratungen auf höchster Ebene zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Rahmen der freien sozialen Organisationen und bei den Verhandlungen z. B. zwischen Regierung und Gewerkschaftszentralen der Arbeitnehmer ist es die KAB, die als die repräsentative Organisation der Arbeitnehmer auftritt. Sie ist im Augenblick dazu gewiß an erster Stelle berufen, anderseits vertritt sie damit einen bedeutenden Teil der Arbeitnehmer im mittleren und leitenden Sektor, die mit ihr keinerlei Verbindung haben.

Sowohl bei der KAB als bei den nicht bei ihr angeschlossenen Organisationen wird diese Situation als unbefriedigend betrachtet.

Katholischer Verband der Arbeit

Es wäre eine zu große Vereinfachung der Frage, wenn man ihre Lösung darin suchen wollte, daß alle Organisationen der Arbeitnehmer sich einfach bei der Gewerkschaftszentrale der KAB anzuschließen hätten. Die Bischöfe sagen dazu folgendes: „Es ist eine Vereinfachung, wenn man die einheitliche Gewerkschaftszentrale auf die Tatsache gründen wollte, daß die ausführenden, mittleren und leitenden Arbeitnehmer schließlich alle ‚Arbeitnehmer' sind. Es trifft zwar zu, daß für diese Gruppen das ‚Arbeitnehmer-sein' einen gemeinsamen Aspekt darstellt. Diesen Aspekt erachten wir jedoch als weniger entscheidend als die Fähigkeit des Arbeitnehmers, seine wirkliche und potentielle Verantwortung, die damit verbundenen, vielfältigen Interessen, Belange, geistigen und materiellen Bedürfnisse usw. Denn diese Faktoren sind es, die das Niveau des Arbeitnehmers, und zwar nicht nur das wirtschaftliche, sondern auch das soziale, bestimmen."
Die Bischöfe erachten es daher als wünschenswert, daß sich die drei Gruppen (ausführende, mittlere und leitende Gruppen der Arbeitnehmer) über die Errichtung einer einzigen katholischen Zentrale gemeinsam beraten, bei der alle katholischen Berufs- und Gewerkschaftsorganisationen unmittelbar angeschlossen sind und in der alle drei Gruppierungen als solche vertreten und anwesend sind. Diese katholische Zentrale wäre nach der Meinung der Bischöfe dann zu Recht „Katholischer Verband der Arbeit" zu nennen. Jeder der drei genannten Gruppen müßte das Recht gesichert sein, ihren Einfluß innerhalb der Zentrale entsprechend zur Geltung bringen zu können.

Gewerkschafts- und Standesorganisation

Die Beziehungen zwischen Gewerkschaftsorganisation und Standesorganisation waren schon immer Gegenstand eingehender Untersuchungen und lebhafter Diskussionen. Der heutige Stand in den Niederlanden läßt sich kurz wie folgt zusammenfassen:
Es gibt fünf Diözesanstandesorganisationen, die jeweils ihre eigenen Ortsverbände haben. In diesen Ortsverbänden sind alle Arbeitnehmer (insbesondere die der ausführenden Gruppe) zusammengefaßt. Die Aktivität des Ortsverbandes der Standesorganisationen (und dementsprechend auch des Diözesanverbandes und der Landeszentrale der Standesorganisationen) bemüht sich vor allem um die religiös-sittliche und kulturelle Bildung ihrer Mitglieder, die allgemeine Wahrung der Interessen des Arbeiterstandes, die sozial-karitative Arbeit unter den Mitgliedern und zum Wohl der Mitglieder usw. In diesen Milieugruppen begegnen die Arbeitnehmer einander, besprechen gemeinsam die Probleme und werden in den allgemeinen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Fragen unterrichtet und gebildet. In gewisser Hinsicht bildet die Standesorganisation auch eine Weiterführung der Seelsorge.
Die Mitglieder der Standesorganisation sind jedes für sich Mitglied ihrer Gewerkschafts- oder Berufsorganisation. Die Berufsorganisation bemüht sich vor allem um die Wahrung der sozialen und wirtschaftlichen Belange ihrer Mitglieder. Sie verhandelt über die Arbeitsbedingungen in dem betreffenden Wirtschaftszweig und vermittelt bei Konflikten zwischen individuellen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.
Die einzelnen Gewerkschaften sind im Gewerkschaftszentralverband der KAB zusammengefaßt.
Gewerkschaftsorganisation und Standesorganisation treffen sich an der Spitze, auf Landesebene. Der Bundesvorstand der KAB besteht aus Vertretern der angeschlossenen Gewerkschaften und der fünf Diözesanstandesorganisationen.
Eine entsprechende Struktur findet man bei den Organisationen der katholischen Arbeitgeber und der katholischen Unternehmer im mittleren und Kleinbetrieb.

Sollen die Aufgaben der Standesorganisationen auf die Gewerkschaften übertragen werden?

Es erhebt sich die Frage, ob die bestehende Organisationsstruktur und die angewendete Arbeitsweise der jüngsten Entwicklung gerecht werden.
Wäre es nicht zweckmäßiger, wenn die Gewerkschaftsorganisationen die Aufgaben übernehmen, die bisher von den Standesorganisationen wahrgenommen worden sind?
Die Bischöfe stellen diese Frage und nennen einige Faktoren, die in diese Richtung weisen.
Der Begriff des „Standes" hat eine bedeutsame Wandlung erfahren; es ist festzustellen, daß in vielen Fällen die Gewerkschaftsorganisation den heutigen Menschen mehr anspricht als die Standesorganisation. Es besteht ein lebendiges Bedürfnis nach einer individuelleren Schulung, wobei deutlich die Dreiteilung zu unterscheiden ist: ausführende, mittlere und leitende Gruppen.
Für die zu treffende Entscheidung muß als wichtiger Ausgangspunkt die Notwendigkeit der Integration der sozialwirtschaftlichen Aufgabe gelten (zu der auch die christliche Durchdringung des sozialwirtschaftlichen Lebens gehört) sowie die Schulung der Mitglieder auf religiös-sittlichem, gesellschaftlichem und kulturellem Gebiet. Mensch und Arbeitnehmer sind eine Person. Daher kann die Gewerkschaft nicht das Ziel haben, nur dem Menschen als Arbeitnehmer zu dienen. Sie muß ausgehen von der Totalität des konkreten Menschen.
Die Gewerkschaften haben heute auch die praktische Möglichkeit, diese Aufgaben zu übernehmen, da sie nicht mehr, wie es früher oft der Fall war, beinahe ausschließlich für die Wahrung der materiellen Belange ihrer Mitglieder eintreten mußten.
Dadurch werden auch die Möglichkeiten beschränkt, die sozial-wirtschaftliche Arbeit einseitig materialistisch zu begreifen und zu betreiben; es wird verhindert, daß die Schulungs- und Bildungsarbeit mangels engeren Kontakts mit den Mitgliedern zu sehr im Theoretisch-Abstrakten steckenbleibt.
Wenn diese Tätigkeistbereiche getrennt blieben, würde man schwerlich der Gefahr der Einseitigkeit und Abstraktheit entgehen.
Die Bischöfe stellen ferner fest, daß die geänderte Situation und die sich aus ihr ergebenden Konsequenzen auch auf eine Wandlung der Aufgaben der Gewerkschafts- und der Standesorganisationen hinweist. Die Aufgabe der Gewerkschafts- und Berufsorganisationen wird sich neben der ständigen Wahrung der materiellen Belange und der Sorge um die Berufsangelegenheiten der Mitglieder mehr als bisher auf die religiös-sittliche, gesellschaftliche und kulturelle Schulung und Bildung der bei

ihnen angeschlossenen Arbeitnehmer ausdehnen müssen. Außerdem werden die Gewerkschaftsorganisationen ihren Mitgliedern den Weg zu den zahlreichen übrigen Organen und Organisationen weisen können, die im niederländischen Organisationsleben bestehen. Die Mitglieder der Gewerkschaften sind für eine christliche Bildung nicht ausschließlich auf die Gewerkschaften angewiesen.

Bindung an die Hierarchie

Eines der Argumente, das die Standesorganisationen zugunsten der Aufrechterhaltung der selbständigen Diözesan-Standesorganisationen geltend machen, besteht darin, daß sie auf die Nowendigkeit der Bindung an die kirchliche Führung hinweisen gerade im Hinblick auf die Arbeit der Standesorganisationen.
Die Bischöfe erklären zur Frage der Bindung an die Hierarchie bei einem eventuellen Zustandekommen einer neuen Struktur, in der die Gewerkschaftsorganisationen die Aufgaben der heutigen Standesorganisationen übernehmen würden, folgendes:
„Da die religiös-sittliche Schulung der Mitglieder der Gewerkschaftsorganisationen in enger Verbindung mit der kirchlichen Führung zu geschehen hat, ist es notwendig, einen Weg zu finden, der einen geeigneten Kontakt des Bischofs mit den Arbeitnehmern seiner Diözese ermöglicht. Diese notwendige Verbindung könnte durch Einrichtungen und Organe der gemeinsamen Gewerkschaftszentralen (also durch eine Art regionaler Gewerkschaftszentralen) verwirklicht werden. Dabei wird nicht unbedingt an eine Aufspaltung dieser Einrichtungen und Organe in autonome Diözesanorgane gedacht, sondern an eine Verteilung in Sektoren, die es ermöglicht, die spezifischen Probleme eines Bistums und ebenso die Problematik bestimmter Gebiete der Bistümer so gut wie möglich und soweit erforderlich völlig in Übereinstimmung mit den bischöflichen Anweisungen zu behandeln. Denn jeder Bischof betrachtet sich als auf besondere Weise verantwortlich für die religiös-sittliche Schulung und Bildung der Arbeitnehmer seiner Diözese."

Auch für andere soziale Gruppierungen

Wie bereits erwähnt, bezieht sich das Schreiben der niederländischen Bischöfe vor allem auf die Organisationsstruktur der Arbeitnehmer. Die Bischöfe erklären jedoch, daß die sozialen Organisationen der übrigen gesellschaftlichen Gruppierungen hieraus bestimmte Schlußfolgerungen ziehen könnten. Insbesondere könnte dies der Fall sein bezüglich der Beziehungen zwischen Berufs- und Standesorganisationen, weil diese Fragen auch für die anderen gesellschaftlichen Gruppierungen Aktualität besitzen.
Die Bischöfe enden ihr Schreiben mit einem Wort nachdrücklichen Dankes für die große und wichtige Arbeit, die die niederländischen katholischen sozialen Organisationen geleistet haben und die ihnen in der gesamten Welt ein großes Ansehen verschafft hat.

Aus Amerika

Brasilia und Brasilien

Die Erhebung von Brasilia zur neuen Hauptstadt des tropischen Großreiches Brasilien hat in der ganzen Welt lebhafte Anteilnahme erweckt. Die öffentliche Meinung ist sich ziemlich einig darüber, daß mit diesem Ereignis ein Meilenstein auf dem Weg in die Zukunft nicht nur Brasiliens, sondern des ganzen südamerikanischen Subkontinents gelegt worden sein dürfte — im übrigen die einzige, einstweilen auf Hoffnung hin gewagte Rechtfertigung des Riesenunternehmens, das es denn auch der brasilianischen Regierung nicht gestattet hatte, auf das vorgeschlagene finanzielle Sanierungsprogramm des Internationalen Währungsfonds mit der damit verbundenen austerity einzugehen, mit allen Konsequenzen einer solchen ablehnenden Haltung.
Brasilia steht für ein ganzes, sehr komplexes Zukunftsprogramm. Was dabei besonders auffällt, ist die stark betonte *religiöse* Note, die mit den Einweihungsfeierlichkeiten verbunden war. Man kann sich fragen, ob es sich dabei eben nur um das einzig verfügbare und vom Herkommen bestimmte Ausdrucksmittel für den festlichen Charakter des Ereignisses handelte oder ob auch hier etwas vorbedacht und richtungsweisend proklamiert werden sollte. Soviel steht fest: sicher sollte die „kopernikanische Wendung" des Landes, die revolutionäre Schwerpunktverlagerung ins Innere, aufs feierlichste sanktioniert werden, durch die Brasilien sich mit einem Schlage „auf allen Gebieten des politischen, demographischen, sozialen, literarischen, künstlerischen und religiösen Lebens von seinem kolonialen Verfremdungskomplex befreien möchte. Die Küstenzivilisation mit dem Rücken zu dem gewaltigen und unbewältigten Hinterland erscheint in diesem Lichte als eine Verewigung der demütigenden Bindungen an Portugal und Europa und wie eine Bestätigung des bösen Wortes von Gobineau: der Brasilianer ist ein Mensch, der nichts sehnlicher wünscht, als in Paris zu leben. Die Verlegung der Hauptstadt in das westliche Hoch- und Binnenland hat darum — wie übrigens alle Städtegründungen seit Urzeiten — neben ihrem praktischen Zweck einen magisch-bannenden, exorzistisch-zeichenhaften Charakter und Sinn, vergleichbar etwa der Gründung von Konstantinopel oder St. Petersburg . . .
Die Gründung Brasilias entspringt nicht etwa einer Diktatorenlaune oder einem unwiderstehlichen Drang des Präsidenten Kubitschek, sich unsterblich zu machen, sondern zunächst dem nüchternen Wortlaut einer ehrwürdigen Reihe brasilianischer Verfassungen seit 1891 und dann sogar einem prophetischen Traumgesicht des hl. Don Bosco aus dem Jahre 1883, der zwischen dem 15. und 20. Breitengrad ein Land der Verheißung von unvorstellbarem Reichtum erblickt hatte, eine Vision, die in Brasilia Gestalt zu gewinnen scheint. So fehlt denn tatsächlich das magisch-mythische Element urtümlicher Städtegründungen bei diesem neuzeitlichen Unternehmen nicht, wie denn auch eine feierliche Feldmesse des Kardinals von São Paulo am 4. Mai 1957 in Gegenwart der gesamten Regierung dem Platz bereits eine höhere Weihe mitgeteilt hatte" (Rheinischer Merkur, 7. 3. 58).
So stark war allerdings die religiöse Note nicht, daß der ernsthaft erwogene Vorschlag durchgedrungen wäre, die neue Hauptstadt „Santa Cruz" (Heiligkreuz) zu nennen, wie das ganze Land seit seiner Entdeckung im Jahre 1500 geheißen hatte, ehe sich der Name Brasilien (von einem Farbholz „pau brazil", dem einzigen wertvollen Exportartikel der Frühzeit) einbürgerte. Immerhin läßt die Art der Feier darauf schließen, daß Brasilien sich zu seiner katholischen Vergangenheit auch heute noch bekennt und mit dem Ereignis vom 21. April 1960 ein Erinnerungsbild hat schaffen wollen, an dem sich auch die Zukunft orientieren soll.

Rom und Brasilien

Welche entscheidende Bedeutung für die Zukunft des katholischen Brasilien auch der Vatikan dem Ereignis beilegt, ist aus der Weise ersichtlich, in der Rom sich an den Einweihungsfeierlichkeiten von Brasilia beteiligt hat: Bereits im März dieses Jahres hat Papst Johannes XXIII. Brasilia aus dem bisherigen Diözesanverband des Erzbistums Goiânia (der ebenfalls aus dem Nichts geschaffenen Hauptstadt des Bundesstaates Goiás) herausgelöst, den neuen Bundesdistrikt als exemtes, d. h. unmittelbar dem Heiligen Stuhl unterstelltes Erzbistum errichtet und ihm mit Dom José Newton de Almeida Batista, dem bisherigem Bischof von Diamantina, der Geburtsstadt des Präsidenten Juscelino Kubitschek, seinen ersten Hirten gegeben.

Für die Einweihungsfeier selbst, die mit einer Mitternachtsmesse am 21. April begann, hatte der Papst den Kardinal-Patriarchen von Lissabon, Manuel Gonçalves Cerejeira, entsandt, um so zugleich die fortdauernde geistige Beziehung Brasiliens zum Mutterlande Portugal wie seine religiöse Bindung an die Kirche feierlich zu bekunden. Der Papst wollte jedoch nicht nur in der Person seines Legaten bei der Eröffnungsfeier zugegen sein, sondern hielt selbst in portugiesischer Sprache eine Radioansprache, in der er (nach NCWC News Service) unter anderem folgendes sagte: „Wir freuen uns, zu hören, daß aus diesem festlichen Anlaß ... die religiösen Feierlichkeiten einen so bedeutenden Raum einnehmen und Gott dabei angerufen wird, damit er mit neuem Gnadensegen das ganze Volk beschenke ... Brasilien hat unter der Führung seines Präsidenten die Wurzeln seiner neuen Hauptstadt in das innere Hochland seines unermeßlichen und reichen Territoriums gesenkt, daß sie dort stehe wie eine Schildwache über dem Geschick der Nation. Brasilia ist fortan berufen, ein Meilenstein in der bisher schon ruhmreichen Geschichte des Landes zu sein; von hier aus werden sich neue Furchen für die Saat der Liebe, der Hoffnung und des Fortschritts unter diesem Volke öffnen, das, geeint durch den gleichen Glauben und die gleiche Sprache, zu solchen Großtaten fähig gewesen ist. Wir bitten Gott, er möge mit dauerndem Gnadensegen die brasilianische Nation im Lichte des Evangeliums und der kirchlichen Verkündigung immer stärker, größer und freier machen gegen alles, was seine Kraft zu unterwühlen, seine Größe zu mindern und seine Freiheit anzutasten droht."

Die Erhebung Brasilias zur offiziellen Hauptstadt der Vereinigten Staaten von Brasilien hat zunächst nur symbolischen Charakter. Zwar versammelten sich die beiden Häuser in dem architektonisch überaus kühnen und originellen Parlamentsgebäude, beschlossen aber, sich „wegen der unzureichenden Einrichtungen und Wohnmöglichkeiten zu vertagen und nach Rio zurückzukehren" (AP, 24. 4. 60). Doch besteht kein Zweifel, daß es sich dabei nur um eine vorläufige Maßnahme handelt.

Die neue Diözese

Die Gründung der neuen Stadt ist aber nicht nur politisch wichtig, sondern auch vom missionsstrategischen Gesichtspunkt aus überaus interessant. Für die katholische Kirche war es bislang schwer, von den fast ausschließlich an der Küste gelegenen Zentren oder weit abgelegenen Stationen aus eine geregelte Seelsorge im Landesinneren zu leisten, zumal angesichts der schwachen Besiedelung der so gut wie unerschlossenen Gebiete. Von der mehr zentralen Lage der neuen Hauptstadt verspricht man sich darum auch im Laufe der Zeit eine Belebung und Durchblutung der Gesamtseelsorge im ganzen Lande — die Worte des Papstes von den „neuen Furchen" enthalten deutliche Hinweise darauf. Allerdings wachsen mit der Einwohnerzahl Brasiliens auch die seelsorglichen Probleme. Während das Land bei seiner gewaltigen Ausdehnung von 8 513 844 qkm und 67 Millionen Einwohnern mindesten 50 000 Priester benötigte, stehen ihm tatsächlich nur etwa 10 000 zur Verfügung. Im Durchschnitt umfaßt jede der 4000 Pfarreien ein Gebiet von über 2000 qkm mit mehr als 16 000 Seelen. Diese Gesamtlage wirkt sich in verschärfter Form in Brasilia aus: nicht nur die Stadt, auch die Diözese ist aus dem Nichts entstanden, und ihr Bischof steht mit leeren Händen vor einer überaus schweren Aufgabe. Gewiß, der Plan für Brasilia sieht eine erstaunlich hohe Zahl kirchlicher Einrichtungen vor. Im Mittelpunkt ersteht auf dem größten Platz eine große Kathedrale, deren Entwurf, wie die Gesamtarchitektur Brasilias, von Oscar Niemeyer stammt. Sie erhebt sich über kreisförmigem Grundriß, über dem 21 Pfeiler nach oben streben. Die Pfeiler sind so nach innen geknickt, daß sie sich an einer Stelle bündeln, dann wieder auseinanderstreben und zum Himmel hin offenstehen. Durch helle Glaswände zwischen den Pfeilern soll genügend Licht ins Innere der Kathedrale fallen, deren Boden unter der Erdoberfläche liegt. Auch der Eingang erfolgt durch einen breiten, unterirdischen Gang. Es ist bezeichnend, daß Niemeyer, unterstützt vom Präsidenten, dieses Projekt gegen einen ursprünglich ganz im Traditionellen verhafteten Plan hat durchsetzen können.

Außer der noch unvollendeten Kathedrale gibt es in Brasilia vorerst jedoch nur eine Pfarrkirche in den entstehenden Wohnbezirken. Viele andere sind allerdings geplant oder schon im Bau. Auch sind katholische Schulen und zahlreiche religiöse Institute für Männer- und Frauenorden vorgesehen. Die Bevölkerung der neuen Diözese ist vorläufig fast ausschließlich städtisch, da das Hinterland von Brasilia noch so gut wie unbesiedelt ist. Es handelt sich zur Zeit vor allem um die 60 000—80 000 Menschen in der „Cidade livre", der Siedlung für die Arbeiter und ihre Familien, die am Bau der eigentlichen Stadt beschäftigt sind — eine fluktuierende Menge, von der die wenigsten in Brasilia selbst bleiben werden, wie ja auch ihre provisorische Stadt dazu bestimmt ist, zu verschwinden. Die eigentliche Bevölkerung der auf eine Einwohnerzahl von einer halben Million berechneten Bundeshauptstadt sickert erst sehr allmählich ein. Da dem neuen Erzbischof naturgemäß noch kein eigener Diözesanklerus zur Verfügung steht, wird die Seelsorge einstweilen von Ordensgeistlichen geleistet: brasilianischen Kapuzinern und Salesianern (die sich wegen der obenerwähnten prophetischen Vision ihres Gründers Don Bosco ganz besonders für Brasilia verantwortlich fühlen), italienischen Stigmatinern, nordamerikanischen Franziskanern, holländischen Karmeliten, spanischen Serviten und Claretinern — ein schwieriges Provisorium, das höchst anschaulich das Kernproblem der Kirche in Brasilien und ganz Lateinamerika deutlich macht: die Priesterfrage.

Die neue Stadt

Die Entwicklung wird zu zeigen haben, ob der urbanistische und architektonische Reißbrett-Traum dem Leben

Raum und Rahmen bietet, in dem es sich organisch und menschlich nach allen Seiten hin befriedigend entfalten kann. Rein vom Architektonischen her meldet S. Giedion als Fachmann gewisse Bedenken an (Neue Zürcher Zeitung, 24. 4. 60): „Die Schwierigkeit von Brasilia besteht in den selbstgelegten Fesseln. Man kann Oscar Niemeyer sehr wohl verstehen, wenn angesichts des Stadtbildes von Rio de Janeiro und São Paulo in ihm eine tiefe Reaktion dagegen entstand und er einmal Einheitlichkeit anstelle des spekulativen Chaos verwirklichen wollte. Aber der Faktor des Unvorgesehenen darf gerade im Städtebau nicht beiseite gelassen werden. Darum ist es gefährlich, der Stadt ein festgelegtes Ausmaß zu geben."

Die Entfernung der beiden Endpunkte der Wohnviertelachse betrage ungefähr zehn Kilometer. An New York gemessen, sei dies ungefähr so weit wie von der Spitze von Manhattan bis zur 125. Straße. Die Wohnviertel durchziehe eine einzige durchgehende Achse. „Ich ließ die Planer im Seminar berechnen, wie breit — allerdings nach amerikanischen Begriffen, nach denen jeder der 45 000 Regierungbeamten sein Auto hätte — für die höchste Verkehrszeit die Fahrbahn sein sollte. Die Antwort war, daß unter Zugrundelegung von 1500 Wagen pro Stunde und Fahrbahn die Durchgangsstraße eine Breite von 15 Fahrbahnen haben sollte."

Die schwierigste Fessel für die bauliche und ästhetische Entwicklung von Brasilia ist nach Giedion der zu kleine Maßstab der einzelnen Wohnsektoren. „Jedes dieser Quadrate hat eine Fläche von 240 mal 240 Meter. Es ist durchaus Vorsorge für die nötige Grünumrahmung sowie für bequeme unterirdische Zufahrten getroffen. Selbstverständlich ist auch die Freiheit des Fußgängers garantiert. Aber der zu kleine Maßstab trägt nicht genügend Rechnung für das in steter Entwicklung begriffene ‚Logis prolongé', wie Le Corbusier die zunehmende Differenzierung sozialer Bedürfnisse zu bezeichnen pflegt. Corbusier selbst hat in Chandigarh die Wohnviertel groß genug bemessen, damit innerhalb eines Rechtecks von 800 zu 1200 Metern genügend Raum und Freiheit vorhanden ist, um dem ‚Logis prolongé' gerecht zu werden, und damit sich ein eigenes Leben in diesem von Straßen umflossenen Raum bilden kann. Es ist schwer verständlich, warum Brasilia die Erfahrung dieses Städtebauers, der 1937 die brasilianische Architekturbewegung auslöste, nicht in seinen Dienst gestellt hat."

Die zu kleine Dimensionierung der einzelnen Wohnsektoren enthalte jedoch noch eine andere Gefahr. Oscar Niemeyer sei als Architekt ein hervorragender Plastiker, der weiß, wie man Volumen in den Raum stellt: „Man denke nur an sein Museum in Caracas oder an das Kongreßhaus in Brasilia selbst. Aber nicht nur Monumentalbauten, auch menschliche Siedlungen verlangen nach genügend Raum und plastischer Gestaltung von hoch und niedrig, je nach den Bedürfnissen, ja nach dem Wohntyp. Mit parallel gerichteten Einheitsscheibenhochhäusern allein kann dieser Entwicklung nicht gefolgt werden. Eine bedenkliche Gleichschaltung in den verschiedenen Teilen der Wohnquartiere kann bei diesem zu kleinen Maßstab kaum vermieden werden."

Gerade weil bei der Gründung von Brasilia der religiöse Charakter so besonders stark betont worden ist, sind solche Bedenken, ob nicht bereits das unabänderlich vorgezeichnete Koordinatensystem einer solchen „Wohn- und Siedlungsmaschine" der vollmenschlichen Entfaltung allzu drückende Fesseln auferlegt, sehr zu beachten. In jedem Fall wird das Problem erst noch zu lösen sein, wie sich die Stadt der Zukunft und die Kirche der Zukunft aufeinander einzuspielen haben.

Moderne Formen der Schwesternausbildung in den USA

Eine der bedeutendsten Institutionen des amerikanischen Katholizismus ist das katholische Schulwesen. Heute bestehen in den 140 Diözesen der Vereinigten Staaten etwa 14 500 katholische Schulen jeder Art mit über 5 Millionen Schülern. Die Katholiken Amerikas unternehmen die größten Anstrengungen und bringen bedeutende finanzielle Opfer, um ihr Privatschulsytem den intellektuellen Erfordernissen der heutigen Zeit anzupassen. Die Diskussion über das Bildungsniveau der amerikanischen Jugend hat gerade in den letzten drei Jahren infolge der weltpolitischen Vorgänge (Sputnikerfolg der Russen) zugenommen und besonders im katholischen Schulwesen zu bedeutenden Verbesserungen geführt. In diesem Zusammenhang ist ein Bericht von Neil G. McCluskey über erfolgreiche Bemühungen in der katholischen Schwesternausbildung aufschlußreich („America", 23. April 1960, S. 118—127). Nach McCluskey stehen mehr als 100 000 Religiosen in Amerika im Schuldienst. Ihre Tätigkeit ist für die Verbreitung und Festigung des katholischen Glaubens von großer Wichtigkeit. Doch beschränkt sich die Hebung des intellektuellen Niveaus nicht nur auf die Lehrschwestern, sondern dehnt sich auch auf die in den verschiedensten caritativen Zweigen tätigen Schwestern aus. Die heute in den USA überall verbreitete Bewegung für eine Verbesserung der Schwesternausbildung wurde 1951 durch eine Ermahnung von Papst Pius XII. auf dem I. Internationalen Kongreß der Lehrschwestern ausgelöst. Der Forderung des verstorbenen Papstes in bezug auf die höchste Berufsethik für alle religiösen Gemeinschaften entsprechend, hat die NCEA (National Catholic Educational Association, der nationale katholische Erziehungsrat) sorgfältige Untersuchungen des katholischen Schulwesens angestellt und danach Richtlinien für die Schwesternerziehung herausgegeben. Das soll aber nicht heißen, daß eine besser organisierte Schwesternausbildung durch einen Befehl von oben geschaffen worden ist. Die Schwestern selbst forderten eine Erneuerung ihrer Ausbildungsformen, um nach den Worten von Schwester Mary Emil IHM „durch eine lange und sorgfältige Ausbildung zu Persönlichkeiten heranzureifen, die ihren Beruf ebenso gut wie die Laien beherrschen und diese noch übertreffen".

Das eigentlich Neue an dieser Bewegung für eine bessere Schwesternausbildung ist die Erkenntnis, daß das Niveau der Schwestern-Erziehung dem der College-Erziehung entsprechen müsse. Zur Verwirklichung dieser Idee entstand im Sommer 1956 der Everett-Plan, der von 17 Erziehern und Spezialisten in der Schwestern-Ausbildung ausgearbeitet wurde und einen wichtigen Markstein in der Zusammenarbeit zwischen Universität und Schwesternbildung darstellt.

Der Everett-Plan

Nach dem Everett-Plan umfaßt die Studienzeit der Schwestern das Postulat, das dem ersten College-Jahr entspricht, danach folgen zwei Jahre, die sich aus dem kanonischen Noviziatsjahr und einem zweiten College-Jahr zusammensetzen, und nochmals zwei Jahre, die dem vier-

ten und fünften College-Jahr gleichkommen. Der Lehrplan sieht die Erlangung des „Bachelor of Art" vor mit Schwerpunkten in den humanistischen und sozialwissenschaftlichen Fächern. Nach dem üblichen Fünfjahresprogramm erhalten die Schwestern, die sich auf einen Dienst im Krankenhaus vorbereiten, noch eine zweijährige klinische Ausbildung, die zum „Bachelor of Science" führt. Dabei darf natürlich nicht übersehen werden, daß die Ausbildung in einer ganz bestimmten Atmosphäre stattzufinden hat, die es den jungen Mädchen — nach den Worten von Kardinal Larraona — „immer wieder zum Bewußtsein bringt, daß sie in erster Linie *Schwestern*-Studentinnen und nicht *Studentinnen*-Schwestern sind".

Bessere Zusammenarbeit

Zu welchen Ergebnissen der Everett-Plan geführt hat, ergibt sich aus einem weiteren Novum: der Zusammenarbeit zwischen den Schwestern der verschiedensten Orden in einer bisher nicht gekannten Weise. Dieser Plan gab zunächst den Ordensprovinzen desselben Ordens einen engeren Zusammenhalt und veranlaßte dann größere Kongregationen dazu, Schwestern kleinerer Gemeinschaften in ihren Räumen aufzunehmen. Das Ergebnis war eine Mischung von Studentinnen aus den verschiedensten Orden, der bald eine gemeinsame Besetzung der Fakultäten folgte. Die Schwestern von St. Joseph von Carondelet und die Barmherzigen Schwestern stehen bei der Verwirklichung des Everett-Planes an erster Stelle. 1955 stellten die sechs Provinzen der St. Josephs-Schwestern ihren Postulantinnen die Bedingung, einen akademischen Grad zu erwerben. Die für diese Studien vorgesehenen Schwestern wurden in dem College St.-Rose in Albany, N. Y., zusammengefaßt, wo sie gemeinsam wohnen und studieren. Als weiteres Beispiel für die Zusammenarbeit der verschiedensten religiösen Gemeinschaften führt der Verfasser das Mount-St.-Mary's-College an, in dem Schwestern von Maria und Josef, Kanonikerinnen vom hl. Augustinus, Fransziskanerinnen, Schwestern vom hl. Ludwig und Schwestern von Unserer Lieben Frau von Cleveland gemeinsam studieren. An Hand der Unterlagen von 27 Kongregationen gibt McCluskey eine Fülle von Beispielen, die alle die Grundtendenz dieser Entwicklung zu einer intellektuell-soliden Ausbildung der Jungschwestern und das enge Zusammenrücken der weiblichen Ordenskongregationen zur Durchsetzung dieses Ziels bei vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten in den Einzelheiten deutlich machen.

Aus den Missionen

Um mehr Katechisten in den Missionen und deren noch bessere Ausbildung. Missionsgebetsmeinung für Oktober 1960

Beim Studium unserer deutschen katholischen Zeitschriften, die sich nicht ausdrücklich mit den Missionen befassen, stößt man heute oft auf Berichte aus den Missionsländern, in denen von „Katecheten" die Rede ist, die dem Missionar zur Seite stehen. Fast immer stellt man dann bei näherem Zusehen fest, daß die Schriftleitung glaubte, das ursprünglich im Text vorhandene Wort „Katechist" durch das Wort „Katechet" ersetzen zu müssen, sei es daß ihr der Ausdruck „Katechist" ungeläufig war, sei es daß ihr im Zeitalter der modernen katechetischen Bewegung und der Entwicklung des Berufes eines Laienkatecheten im heimischen Religionsunterricht die Bezeichnung „Katechet" sinnvoller erschien. Aber der Sinngehalt beider Worte ist durchaus nicht derselbe. Seit Jahrhunderten haben die Missionen den Typ eines Missionarshelfers entwickelt, den man eigentlich als Hilfsmissionar bezeichnen müßte und der in der Eigenart und Fülle seiner Funktionen bis heute in der Seelsorge der altchristlichen Kirchen des Westens kein Gegenstück gefunden hat. Nicht ohne Grund erklärte Pius XII. vor dem 2. Weltkongreß für das Laienapostolat: „Der Katechist stellt vielleicht den klassischsten Fall des Laienapostolats dar, und zwar aus der Natur seines Berufes selber und weil er den Priestermangel ausgleicht. Man schätzt, daß ein Missionar mit sechs Katechisten mehr erreicht als sieben Missionare: der zuständige Katechist arbeitet tatsächlich in einem ihm vertrauten Milieu, dessen Sprachen und Sitten er gut kennt. Er gewinnt mit dem einzelnen sehr viel leichter Kontakt als ein Missionar aus einem fremden Land" (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 118). Diese Beschreibung der Tätigkeit des Katechisten zeigt sofort, daß nicht jeder (Laien)-Katechet ein Katechist ist. Wohl aber ist jeder Katechist ein Katechet, weil zu seinen wesentlichsten Berufsaufgaben auch die Katechese, die Erteilung des religiösen Elementarunterrichts, gehört.

Über die Bedeutung des Katechistats in den Missionen handelte schon einmal eine Missionsgebetsmeinung (April 1953; vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 305 ff.). Seither haben die Missionsrundschreiben der Päpste immer wieder auf diese Einrichtung hingewiesen, zuletzt die Enzyklika *Princeps Pastorum* vom 28. 11. 1959: „Wir können es an dieser Stelle nicht unterlassen, das Werk der Katechisten gebührend hervorzuheben. Es ist offensichtlich, daß sie seit Beginn der Missionsgeschichte einen einzigartigen und notwendigen Beitrag zur Mission geleistet haben. Zu jeder Zeit waren sie die einsatzbereitesten Mitarbeiter der Künder des göttlichen Wortes, teilten ihre Mühsal und nahmen ihnen Arbeit ab. Unsere Vorgänger erklärten eindeutig, wie wichtig es für die Ausbreitung des Evangeliums ist, ihre Zahl zu vermehren und sie sorgfältigst auszubilden (Enzyklika *Rerum Ecclesiae*, 1926). ... Wir erteilen ihnen erneut höchstes Lob und ermahnen sie, daß sie das Glück der Seele, das diesem Amt entspringt, sorgfältig bewahren und sich unablässig und eifrig bemühen, unter Leitung der kirchlichen Hierarchie das religiöse Leben zu pflegen und ein wahrhaft christliches Leben zu führen. Von ihnen sollen die Katechumenen ja nicht nur die ersten Elemente des Glaubens empfangen, sondern auch die Anleitung zur Tugend und zu warmer und aufrichtiger Liebe zu Christus und seiner Kirche. Alle Sorge um die Erhöhung der Zahl und die angemessene Ausbildung dieser hervorragenden Helfer der kirchlichen Hierarchie sowie alles, was sie selbst als Künder der katholischen Lehre an Mühe auf sich nahmen, um ihr Amt so richtig und gut wie möglich zu führen, stellen unmittelbar wirksame Instrumente zur Gründung und zum Gedeihen neuer christlicher Gemeinden dar" (Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 177).

Die Krise des Katechistats

Die Zahl der Katechisten in den Missionen scheint nun, aufs Ganze gesehen, eher ab- als zuzunehmen. Für Asien und Afrika gab Pius XII. im Jahre 1957 (Ansprache an den 2. Weltlaienkongeß) 74 000 Katechisten an und betonte dabei ausdrücklich, daß hier die Lehrer, „die häufig gerade die besten Katechisten sind", nicht einbegriffen

seien. Zwei Jahre später bezifferte die Agenzia Fides (26. 9. 59) die Zahl der Katechisten in den der Propagandakongregation unterstehenden Gebieten dieser Erdteile auf 40 000 (18 000 in Afrika, 22 000 in Asien). Der Unterschied in den beiden Zahlenangaben ist auffallend, auch wenn diese nicht ohne weiteres vergleichbar sind, weil im letzteren Fall nicht ganz Asien und Afrika erfaßt wurden. Der allergrößte Teil der eigentlichen Missionen beider Erdteile untersteht ja der Propagandakongregation! Auch wenn man sich nicht auf Zahlenangaben stützt, weiß man aus zahllosen Missionsberichten, daß sich das Katechistat in einer Krise befindet, und zwar zu einer Zeit, wo in manchen Gebieten infolge sehr schnellen Anwachsens der katholischen Bevölkerung der relative Priestermangel immer größer wird, demnach der einzelne Priester stärker noch als früher auf Laienhilfe angewiesen ist, um die ihm eigenen Funktionen in die Breite und Tiefe wirksam werden zu lassen. Der Hinweis auf den Aufbau der Katholischen Aktion, der übrigens wegen der besonderen Bedingungen der Missionsländer nur unter großen Schwierigkeiten vonstatten geht, kann hier nicht beruhigen, da es nicht die eigentliche Aufgabe der Katholischen Aktion ist, der verlängerte Arm des Priesters zu sein. Katechistat und Katholische Aktion sind in gleicher Weise Laienapostolat, aber mit ganz verschiedenen unmittelbaren Zielsetzungen. Das Katechistenamt, wie es die Missionen seit Jahrhunderten entwickelten, ist und bleibt der priesterlichen Tätigkeit zugeordnet. Vielleicht haben jene, die im Dienste des „Weltamts der Laien" in die Missionen zogen, um dort die Kader der actio catholica mitaufbauen zu helfen, deshalb ihren Blick für die Notwendigkeit des Katechistats in den jungen Kirchen manchmal nicht genügend geschärft. Wie könnte aber eine Laienaktion in den außerkirchlichen Raum hinein aufbauend wirken, wenn im innerkirchlichen Raum ein einzelner Priester für vielleicht 30 weitentfernte Stationen seelsorglich verantwortlich ist, aber nicht durch Katechisten seine Gegenwart an den Außenposten gleichsam vervielfältigen kann! Ein Beispiel für viele: Der neue Bischof von Abercorn (Nordrhodesien), Msgr. Adolf Fürstenberg PA, schrieb vor seiner Ausreise an die Leser der Zeitschrift „Afrika" (Frankfurt a. M.) einen Brief, in dem es heißt: „Meine Diözese mißt 107 000 qkm, das ist die halbe Bundesrepublik Deutschland. Den Missionsbischof packt das Grauen, wenn er innerhalb seines Sprengels tagelang durch Gebiete reisen muß, die absolut noch missionarisches Brachland sind, wenn er abseits der Straße Hunderte von Dörfern weiß, in die noch kein Missionar seinen Fuß gesetzt hat. Wir sind ja nur 34 Priester. 300 000, vielleicht auch eine halbe Million Menschen, leben in meiner Diözese. 47 000 sind getauft. 9000 bereiten sich auf die Taufe vor. Das ist noch kein Fünftel. Und doch bin ich für alle verantwortlich. Wir müssen möglichst rasch das ganze Land besetzen — ehe andere kommen, ehe es zu spät ist. Was im Augenblick in Afrika los ist, brauche ich nicht zu wiederholen. In allen Zeitungen steht es. Da ich nie genug Missionare haben werde und da auch die Zahl der einheimischen Priester in absehbarer Zeit nicht reichen wird — bis jetzt sind es sechs —, bleibt nur die eine Möglichkeit: Laienmissionare in die Dörfer setzen, einheimische Katechisten . . ." („Afrika", Nr. 2/1960).

Der Bischof von Abercorn schildert die Lage der sog. Pioniermission, und er ist sogar glücklich, sagen zu dürfen: „Kandidaten für dieses hohe Amt des Katechisten, die fähig sind und den apostolischen Eifer haben, finde ich genug unter meinen schwarzen Christen. Sie hätten auch den nötigen Idealismus. Dessen bedürfen sie, denn ein Katechist bekommt ein Monatsgehalt von nicht 50 DM..." Auf die Frage der Besoldung der hauptamtlichen Katechisten wird weiter unten zurückzukommen sein. Es gibt nun Missionen, die keine Pioniermissionen mehr sind, in denen sich vielmehr die junge Kirche schon stärker organisieren bzw. in ihren Organen mehr differenzieren muß, um neuen Gegebenheiten (größere Reife christlichen Lebens, soziale Umschichtung infolge des Einbruchs der technischen Zivilisation, Bedrohung der christlichen Substanz durch das Eindringen neuer Weltanschauungen) genügen zu können. Schließlich gibt es namentlich in Asien Missionen, deren gesellschaftliche Struktur immer mehr jener des Westens ähnelt, während gleichzeitig dort die allgemeine Schulbildung zu einem hohen allgemeinen Bildungsstand führte. Mag in den — allmählich seltener werdenden — Pioniermissionen, über deren „strategische" Besetzung durch Katechistenposten die Enzyklika *Maximum illud* von 1919 noch ausführlich handeln konnte, die herkömmliche einfache Ausbildung der Katechisten genügen, so wird von ihnen in den entwickelteren Missionen doch ein stets gesteigertes Maß an religiöser und allgemeiner Bildung sowie pastoraler Schulung verlangt, so daß sich die Missionen der Aufgabe gegenübergestellt sehen, ihren Laienkatechisten eine längere, kostspielige Vorbildung zu vermitteln. Die verantwortlichen Missionsführer können diesen Forderungen nicht ausweichen, indem sie das organisierte Laienapostolat der Katholischen Aktion fördern. Es geht ja darum, Helfer der Priester bei Erfüllung ihrer eigenen Aufgabe zu gewinnen. Kapituliert die Mission vor den wirtschaftlichen Belastungen und den Personalbeanspruchungen, die mit der Errichtung von Katechistenseminarien verbunden sind, so beraubt sie sich der Kontaktmöglichkeiten mit Christen und Heiden, da die geringe Zahl der Priester nicht ausreicht, um eine geordnete Seelsorge, den Katechumenenunterricht und den Fortschritt des Heidenapostolats sicher zu stellen. Der Blick auf die altchristlichen Kirchen, die, von der Säkularisierung des modernen Lebens bedroht, heute so angelegentlich bemüht sind, die Seelsorgehilfe durch Laien auszubauen — man denke auch an die Erörterungen über die Wiederherstellung der Amtsfunktionen der niederen Weihen und des Laiendiakonats in der Seelsorge —, sollte die Missionen veranlassen, unter keinen Umständen das preiszugeben, was sie in der erprobten Einrichtung des Katechistats solange den Heimatkirchen voraus hat.

Laiendiakonat?

Die Diskussionen über die Erneuerung des Amtsdiakonats in der Kirche sind inzwischen auch in den Raum der Missionskirchen getragen worden, und zwar mit vollem Recht. Aber man darf bei der Planung der Zukunft nicht versäumen, die in der Gegenwart gebotenen Möglichkeiten zu wirksamerer Gestaltung des Katechistats restlos zu benutzen. Nur von dieser erprobten Grundlage aus sind in den Missionsländern weitere Schritte in Richtung auf das Laiendiakonat möglich. Ein erster Schritt ist die Einführung einer feierlichen Aussendung der Katechisten durch den Bischof: „Wir müssen zuerst den Stand des Katechisten als solchen religiös wieder mit Wertgehalt erfüllen und in liturgischer Form seine Dienste beim Missionswerk der Kirche anerkennen" (P. Joh. Hofinger, Direktor des Zentrums für Missionspastoral, Manila, in:

„Lumen vitae" Nr. 3, 1959). In manchen Missionen ist diese Anregung schon erfüllt, indem man z. B. die Kandidaten vor dem Bischof auf das Evangelium Treue und Gewissenhaftigkeit in der Verkündigung des Wortes Gottes schwören läßt. Anderswo legt der Bischof den neuen Katechisten das Evangelium in die Hand, heftet ihnen das Katechistenzeichen an und entläßt sie mit dem Friedenskuß. In gewissen Missionen wird bei dieser Gelegenheit auch ein besonderes Katechistengewand angelegt, das bei allen Dienstvorrichtungen getragen wird. Die liturgische Feier wird natürlich nur dann den beabsichtigten Zweck erreichen, wenn der Kandidat auf seine Lebensweihe an das Apostolat gründlich vorbereitet wurde.

Bei der Versammlung der Missionsexperten anläßlich des Liturgischen Kongresses von Assisi ist nun die Frage erörtert worden, ob man bei einer eventuellen Wiedereinführung der Ämter der niederen Weihen den Katechisten die Lektoratsweihe geben sollte. Ein wichtiger Gesichtspunkt bei der Beurteilung dieser Frage ist, daß die Katechisten unserer Tage unvergleichlich umfassendere Aufgaben haben als die niederen Kleriker der Urkirche, die etwa als Lektoren oder Türhüter tätig waren. Es werden von ihnen auch sehr viel mehr Opfer verlangt. Die Lektoratsweihe würde also nur einen sehr begrenzten Teil der Katechistenfunktionen kennzeichnen. Im übrigen bemerkt P. Otto Pies SJ in einem Aufsatz „Diakonat — Stufe oder Amt" (Theologie und Glaube, Nr. 3, 1960) mit Recht: „Die Helferdienste, die von den Trägern der niederen Weihestufen auszuüben wären, könnten zweifellos von Laien ohne kirchliche Weihe ausgeübt und auch wirksamer sowie in einer den heutigen Verhältnissen und Forderungen mehr angepaßten Weise erfüllt werden, als es durch die einfache Wiederbelebung der alten Ämter geschehen könnte."

Zur Frage der Wiedereinführung des Diakonats als eines ständigen Amtes gibt P. Hofinger (a. a. O.) wohl die Auffassung aller verantwortlichen Missionskreise wieder, wenn er schreibt: „Ohne den Bemühungen in Europa (zur Wiedereinführung des Laiendiakonats) entgegentreten zu wollen, wird jeder, der die Missionen kennt, zugeben, daß die Frage des Diakonats sich für den Durchschnitts-Katechisten unserer Tage kaum ernstlich stellt. Es fehlt an der notwendigen Auswahl und Vorbereitung, und zwar noch für voraussichtlich lange Zeit. In naher Zukunft könnte man bestenfalls nur hinsichtlich einer wenig zahlreichen Katechistenelite vom Diakonat sprechen."

Eines der ernstesten Probleme ist die angemessene Bezahlung der Katechisten, besonders der verheirateten. Manche Missionen möchten den finanziellen Schwierigkeiten auf diesem Gebiete ausweichen, indem sie planen, entsprechend ausgebildeten Angehörigen von Orden oder Säkularinstituten die Aufgaben der Katechisten anzuvertrauen. Aber abgesehen davon, daß man kaum Zehntausende von Männern und Frauen finden wird, die sich unter den Gelübden dem Amt des Katechisten widmen, ist es nicht gut, wenn die katechetische Unterweisung ganz in Händen von Zölibatären liegt. Das Beispiel christlichen Familienlebens, das die Familien der Katechisten geben, ist für die Missionskirche von ganz besonderem Wert.

Die Gehälter der Katechisten sind nun oft dermaßen niedrig und so sehr unter dem Gehaltsniveau der Lehrer an den Schulen, daß dadurch der Katechistenberuf ernstlich bedroht wird. Dauernd wandern ausgebildete Katechisten zum Lehrerberuf ab. Zwangsläufig wird ein so schlecht bezahlter Beruf in der Öffentlichkeit wenig geachtet, und auch der Katechist gewinnt den Eindruck, daß die Kirche seine Arbeit nicht hoch wertet. In den patriarchalischen Lebensordnungen von früher trat das Problem der Bezahlung der Katechisten nicht so hervor, heute fordert es gebieterisch eine Lösung. Es ist schon einmal geschrieben worden, sehr wahrscheinlich würde die Zulassung der Katechisten zu den niederen Weihen eine größere Sorge der Kirche um die Sicherung ihres geistlichen und körperlichen Wohls zur Folge haben. Aber die Pflichten der sozialen Gerechtigkeit müssen auch erfüllt werden, wenn die Katechisten keine Weihen haben. In einem Aufsatz über die christliche Haltung gegenüber dem Atheismus („Lumen vitae", Nov. 1955) stellte der oben schon zitierte P. Hofinger zunächst die Pflicht der Kirche zur Predigt der sozialen Gerechtigkeit dar und fuhr dann fort: „Erfüllen wir selbst unser Programm? Zahlen wir unseren Katechisten, Lehrern und Dienern einen angemessenen Familienlohn? Wie oft wurde diese Frage nicht unter den Chinamissionaren vor dem Einbruch des Kommunismus erörtert, und zwar mit mehr Temperament als Prinzipientreue und Besinnung! Unsere Katechisten, so wurde gesagt, besitzen meist ein Eigentum, ‚also' können sie nicht auf einen Familienlohn Anspruch erheben. Als ob ihre Arbeit im Dienste der Mission wegen des Besitzes eines eigenen Ackers ihren Wert verlöre! Man führte ferner an, die Beobachtung der päpstlichen Sozialforderungen ruiniere oder behindere die Mission. Als ob es uns gestattet wäre, das Reich Gottes mit dem Lohn aufzubauen, den wir ungerechterweise zurückbehielten!..."

Die Ausbildung des Katechisten

Sowohl die katechetische Ausbildung der Katechisten als auch die Praxis der Katechese ist in den allermeisten Missionen reformbedürftig. Die moderne katechetische Bewegung, die in Europa entstand, hat inzwischen ihren Wellenschlag bis in die fernsten Missionsländer geworfen. „Das Hauptverdienst daran hat P. Hofinger SJ, der als ‚Trommler' in sechs Jahren sechsmal um die Erde reiste, um überall für die inhaltliche und methodische Erneuerung der Katechese zu werben und dementsprechend auch in den Missionen, denen er früher diente und noch heute als Professor am Chinesischen Seminar zu Manila dient, eine Reform der Katechistenausbildung zu fordern." Die Internationale Studienwoche für Missionskatechese, die vom 21. bis 28. Juli 1960 in Eichstätt stattfand, diente dem gleichen Anliegen. Mehr als jeder andere ist P. Hofinger davon überzeugt, daß auch die beste „kerygmatische" Ausrichtung des Katechismus und die Erarbeitung der besten Lehrmethoden für die Erneuerung der Missionskatechese unwirksam sind, wenn nicht Missionare und Katechisten aus dem Geiste der modernen Erkenntnisse heraus eine solide Schulung erhalten. Und wenn die katechetische Ausbildung der Missionare bisher oft sehr dürftig war, kann man nicht erwarten, daß die von den Missionaren ausgebildeten Katechisten Meister der Katechese werden, es sei denn, daß sie in Einzelfällen begnadete Lehrer sind, die mit unvollkommenen Werkzeugen Vollkommenes leisten. Es kann an dieser Stelle nicht die Aufgabe sein, die erregenden Probleme der Missionskatechese in unseren Tagen darzustellen. P. Hofinger hat es in dem Artikel „Glaubensverkündigung rings um die Erde" getan, den er in Heft 3 (1960) der Zeitschrift „Die katholischen Missionen" anläßlich der Eichstätter Tagung veröffentlichte. Es kann auch nicht auf Einzelheiten des kate-

chetischen Ausbildungsplanes eingegangen werden, desgleichen nicht auf die Frage der Hilfsmittel zum Katechismus-Unterricht (Handbücher), ohne die der Katechist seine Aufgabe nicht erfüllen kann, an denen es aber sehr gebricht. Mit europäischen Vorlagen, die nicht der Ideenwelt des betreffenden Volkes angepaßt sind, vermag er wenig anzufangen. In dem Augenblick, in dem der Missionskatechist eine wirkliche katechetische Ausbildung erhält, wird er auch das Ungenügen jener Unterrichtsmethode erkennen, die erst allmählich in vielen Missionen auszusterben beginnt, daß man nämlich im Katechumenat zunächst einfach Katechismusfragen und -antworten auswendig lernen läßt und dann das Gelernte zum Gegenstand einer Prüfung macht. Auf dem Internationalen Katechetischen Kongreß in Léopoldville (1955) konnte in einem Referat über die religiöse Erziehung der Katechumenen unwidersprochen die Gewohnheit empfehlend erwähnt werden, die Katechumenen zunächst durch den Katechisten ohne weitere Erklärung 350 Katechismusfragen auswendig lernen zu lassen. Auf dieses Fundament sollte dann die folgende katechetische Unterweisung durch den Missionar aufbauen (Neue Zeitschrift für Missionswissenschaft 4/1955). Wenn man den Katechisten nach der Art eines Koranlehrers zum Leiter einer Memorierschule macht, kann er nicht zum Bewußtsein kommen, Glaubensverkünder zu sein. Einigermaßen gebildete Katechisten werden in dieser Art Tätigkeit keine Befriedigung finden. Obwohl die Memoriermethode zweifellos nicht in allen Missionsgebieten üblich war, so doch gerade in manchen Massenkatechumenaten Afrikas. Man muß sich angesichts der Umwälzungen in Afrika fragen, ob dieser mangelhafte religiöse Grundunterricht ausreicht, um die Christen die heutigen Prüfungen und Anfechtungen bestehen zu lassen. So kann in heidnischem Land das Christentum nicht zum Erlebnis werden. Diese Methode kam in fataler Weise der Denkart der Schwarzen entgegen, die bereit waren, die Religion des Herrenvolkes, das den Ton angab, ohne weiteres anzunehmen, um ihm so wenigstens auf religiöser Ebene nahe- oder gar gleichzukommen. „Wie auf anderen Gebieten menschlicher Bildung gab man sich auch auf religiösem Gebiete mit kolonialer, d. h. mehr passiver Aneignung zufrieden. Die Art religiöser Unterweisung, welche die Missionare aus der Heimat als Erbe des 19. Jahrhunderts mitbrachten, wies deutlich in dieselbe Richtung. Mit dem rasch vorausschreitenden Mündigwerden der Missionsvölker und ihrem affektgeladenen Kampf um volle Selbstverantwortung wird sich die religiöse Erziehung viel mehr als bisher gezwungen sehen, die inneren Werte der christlichen Religion den Missionsvölkern in ihrer Weise nahezubringen und auf möglichst selbständiges Erfassen des eigentlichen Kernes der christlichen Lebenshaltung hinzuarbeiten. Im Kommunismus und fanatischen Nationalismus unserer Tage sind dem Missionswerk überaus vitale Gegner erstanden. Ihnen gegenüber hat nur eine Glaubensverkündigung und religiöse Erziehung Aussicht auf Erfolg, welche die vitalen Kräfte des echten Christentums zu vermitteln versteht" (P. Hofinger, in: „Die katholischen Missionen", 3/1960). Zu entscheidender Hilfe bei dieser Aufgabe ist der Katechist der Missionen der Mitte des 20. Jahrhunderts berufen.

Aufbauende Initiativen

Um nun Licht und Schatten richtig zu verteilen, ist es unbedingt erforderlich, auf eine Reihe wagemutiger Verwirklichungen auf missionskatechetischem Gebiete hinzuweisen. Es sind hauptsächlich im letzten Jahrzehnt eine Reihe katechetischer Zentren (Institute, Akademien) in den Missionen entstanden, so zu Tokyo, Nagoya, Poona, Manila, Mayidi (Kongo), und gerade in den letzten Monaten beschloß die indonesische Bischofskonferenz die Gründung einer Katechetischen Akademie für Katecheten und Religionslehrer an öffentlichen Schulen. Zur Aufnahme ist das Abitur oder das Abschlußexamen eines Lehrerseminars erfordert. — Die Bischöfe verschiedener Diözesen Pakistans und Indiens gründeten zu Karachi ein Katechistenseminar. Aufnahmebedingung ist die Vollendung der High School. — Die Weißen Väter werden in ihren afrikanischen Missionen von 14 000 Katechisten unterstützt, die sämtlich in besonderen Schulen eine sorgfältige Ausbildung erhalten. — Die Oblatenmissionare am Okawango (Südwestafrika) haben 1956 mit Unterstützung des Päpstlichen Werkes der Glaubensverbreitung für ihre noch in einfachsten Verhältnissen lebenden Einheimischen eine Katechistenschule eingerichtet, in der 32 fähige und sorgfältig ausgewählte junge Männer, von denen manche beim Eintritt kaum lesen und schreiben konnten, einen dreijährigen katechetisch-pastoralen Kurs absolvieren und gleichzeitig das Gelernte im Religionsunterricht der Kinder praktizieren. Die Familien der Studenten leben während der Ausbildungszeit auf der Missionsstation und erhalten Nahrung und Kleidung von der Mission. Den Frauen wird besonderer Unterricht erteilt, damit sie ihrem Mann im Apostolat unter der Frauenwelt zur Seite stehen können. Das System, die Familien der Katechisten in einem „Katechistendorf" zu sammeln, wenn die Familienhäupter ihre Ausbildung als Katechisten erhalten, ergibt sich in vielen Missionen als absolute Notwendigkeit. Dadurch wird natürlich der Mission eine erhöhte finanzielle Belastung aufgenötigt, selbst wenn die Familien in der Freizeit die Felder des Katechistendorfes bebauen. In der Katechistenschule zu Ambanja (Madagaskar) dauert der Kurs zwei Jahre, und in der ganzen Zeit bleiben die Familien zusammen. — Ein berühmtes Zentrum zur Heranbildung von Katechisten befindet sich in Tindivanam (Indien). Es hat bisher an 2000 Lehrer und Katechisten auf der Grundlage höherer Schulbildung herangebildet. In der Erziehung der jungen Leute, die im Institut den ganzen Gymnasialkurs machen, werden die Grundsätze der Pfadfinderbewegung zugrundegelegt. Die katechetische Heranbildung zieht sich in Form der Ganzheitserziehung durch die Studienjahre hin, nach dem Prinzip: Katechismus ist nicht ein Lehrgegenstand wie Geographie und Englisch, sondern Leben. Dennoch werden täglich dreiviertel Stunden dem Katechismus — und später dem katechetischen Unterricht gewidmet. In 8—9 Jahren erhalten die Schüler so 1000—1200 Stunden Unterweisung in Hinsicht auf ihren kommenden Beruf, dessen letzte Vorbereitung in zweijähriger Seminararbeit vermittelt wird. Die Absolventen sind in Hunderten von Pfarreien erfolgreich tätig. Die hervorragende Bibelkenntnis der Schüler wird gerühmt. — In der erst 8 Jahre bestehenden Apostolischen Präfektur Taichung (Formosa), deren Christenzahl während dieser Zeit von 3000 auf 22 000 heraufschnellte, haben die Maryknoller Missionare eine Katechistenschule eingerichtet, zu deren Besuch Mittelschulbildung verlangt wird. Die Studenten werden dauernd in Gruppen beim Religionsunterricht der Jugend verwendet. Nach Vollendung ihrer Studien werden sie besser bezahlt als Schullehrer und bekommen Kinder-

zulagen. Im Alter wird ihnen eine Pension von 40 Prozent ihrer Bezüge garantiert. Hier ist also die Gehalts- und Versorgungsfrage vorbildlich gelöst.

Auf zwei große Initiativen, die besonders charakteristisch sind, sei zum Schluß noch besonders hingewiesen. Von dem Gedanken ausgehend, daß Katechisten nach entsprechender Ausbildung nebenamtlich auch als technische Berater bei der wirtschaftlichen Entwicklung seiner von Hungersnöten geplagten Diözese Koudougou (Obervolta) tätig sein könnten, hat Bischof Bretault ein Katechistenseminar gegründet, das zugleich Zentrum landwirtschaftlicher und gewerblicher Fortbildung der zukünftigen Katechisten ist. Der Kurs dauert vier Jahre. Das Unternehmen hat weitgehende Hilfe seitens der Bischofsaktion gegen Hunger und Krankheit erhalten. In fast 100 Dörfern sind schon Katechisten dieses Typs als wahre Helfer der Landpfarrer, als echte Missionare und zugleich als Aktivisten des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts tätig. Sie arbeiten mit der Bevölkerung auf den Feldern und unterweisen die Leute in Bewässerungstechnik, in Brunnenbau, in Agrikultur, Nutzgartenbau usw. „Es entsteht hier eine wirkliche ‚Grunderziehung', die sich überall ausbreitet" (Vivante Afrique, Aug. 1959). Die Tätigkeit der Katechisten für das öffentliche Wohl hat der Kirche unter der überwältigenden Mehrheit der Heiden (530 000 bei nur 20 000 Katholiken) überall Freunde gewonnen. Bei ihrer Tätigkeit für das wirtschaftliche Wohl des Volkes sind die Katechisten vollständig imstande, ihren Hauptberuf im Dienste der Kirche zu erfüllen. Die Katechistenschule ist jährlich 7—8 Monate (während der Trockenperiode) geöffnet. Die Familien der Verheirateten leben im Katechistendorf. Es wird eine solide theologisch-praktische und pädagogische Bildung vermittelt. Tüchtige Lehrer unterweisen die Studenten in allen einschlägigen Handwerken, und zwar in Werkstätten der Mission. Im Katechistendorf lehren französische Schwestern die Frauen der zukünftigen Katechisten Haushaltsführung, Kinderpflege, Hygiene, Handarbeiten usw. Auch die geistliche Bildung wird nicht vernachlässigt. Die Katechistenfamilien können so ein Beispiel christlichen Lebens geben. Sie haben eine gehobene Kultur und damit Ansehen. Mann und Frau sind imstande, gemeinsam im Apostolat zu arbeiten und auch in schweren Stunden einander zu stützen. Eine ähnliche Form der Kombination von Katechistat und Entwicklungshilfe versuchen zur Zeit Bischof Blomjous von Mwanza im Tanganjikagebiet und die deutschen Missionsbenediktiner in Ndanda (Ostafrika).

Den Abschluß dieser Übersicht möge ein Blick auf Japan bilden, wo die Missionare des 17. Jahrhunderts sich aus Angehörigen des Adels ein Korps von Seelsorgehelfern (Dojoku) schufen, die ehelos blieben und der verfolgten Kirche große Dienste leisteten. Die moderne Japanmission vermochte unter veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen diese Institution nicht wieder aufleben zu lassen, konnte aber auch nichts Gleichwertiges an ihre Stelle setzen. Ihre Katechisten waren eigentlich nur unselbständige Gehilfen oder taten oft nur die Dienste eines Küsters. In einem hochkultivierten Lande, in dem die Schulbildung allgemein ist, konnten diese mangelhaft ausgebildeten Katechisten nicht viel ausrichten. Manche Missionare glaubten sogar, die Seelsorgesituation Japans nötige zum Verzicht auf Katechisten. Es ist das Verdienst des heute 60jährigen, aus Württemberg stammenden Paters Georg Gemeinder SVD, vor etwa neun Jahren zu Nagoya ein vorbildliches Zentrum zur Heranbildung von Katechistinnen und später auch für Katechisten geschaffen zu haben, das ganz Japan Apostel schenken soll, die, hoch gebildet, vor allem in die dichtbesiedelten Industriezentren und ländlichen Gebiete gesandt werden können. Bezeichnenderweise ging P. Gemeinder zunächst auf ein Katechistinnen-Institut mit Gelübden (Säkularinstitut) aus, wie auch viele alte Chinamissionare der Auffassung sind, man müsse bei Wiederaufnahme des Apostolats in China mit Säkularinstituten oder ähnlichen Zusammenschlüssen arbeiten. Bei diesen Instituten kann das Gehalt auf erschwinglicher Höhe gehalten werden. Die Mitglieder, durch das Institut bei Krankheit, Unfall und im Alter versorgt, vermögen sogar, wenn ihre Zahl steigt, das Ausbildungszentrum mit zu unterhalten. Das Institut bildet nicht nur Katechistinnen aus, sondern auch Frauen, die als Angestellte (z. B. Lehrerinnen an Staatsschulen, Krankenpflegerinnen im öffentlichen Dienst, Behördenangestellte, Bürokräfte in der Privatwirtschaft usw.) ihre Umwelt christlich beeinflussen sollen. Von den 121 Mitgliedern studieren eine Anzahl an japanischen und europäischen Universitäten. Andere besitzen akademische Grade. Seit 1959 ist das Institut internationalisiert und nimmt Ausländerinnen aus jedem Land der Welt auf, die mit Japanerinnen Noviziat und Studien machen, um dann in Japan zu bleiben oder in ihrer Heimat apostolisch zu arbeiten bzw. neue Zweige des Säkularinstituts zu gründen. Die bisher gegründeten Gemeinschaften dieser Art entstanden in Europa und wurden dann in die Missionen verpflanzt. Hier wird der umgekehrte Weg beschritten, und P. Gemeinder verspricht sich viel von diesem Weg, der vor allem Europäerinnen das Akkommodationsproblem in ganz neuer Weise erleben läßt und so ihren Blick weltkirchlich weitet. Das wichtigste Werk des Instituts sind die beiden Katechistenschulen für Männer und Frauen, an denen heute zwölf Priester- und fünf Laienprofessoren wirken. Der Kurs dauert zwei Jahre. Der Standard der Schule ist der einer „Kurzuniversität", die Diplome verleiht. Die Absolventen finden ohne weiteres in allen zwölf Diözesen Japans Anstellung. Selbstverständlich sind die Besucher nicht verpflichtet, dem Säkularinstitut beizutreten. Nicht gebunden durch Gelübde, können sie eine Familie gründen.

Mehr als je bedarf die Missionskirche heute der Katechisten. „Je stärker fast alle Missionen durch die Gefahr offener oder verborgener Behinderungen oder gar durch Verfolgung bedroht sind, um so mehr müssen wir unser Möglichstes tun, um unseren nichtpriesterlichen Mitarbeitern ein Maximum an Wirksamkeit im katechetischen Apostolat zu sichern. Die Zeit könnte kommen, schneller sogar als wir es wünschen, wo ihnen die Hauptaufgabe der katechetischen Unterweisung obliegen würde" (P. Hofinger, Die moderne Katechese im Dienst der Mission, Lumen vitae, 2/1956).

Ökumenische Nachrichten

Der Patriarch von Konstantinopel bekundet erneut den Willen zur Einheit

In seiner letzten Osterbotschaft nahm der Ökumenische Patriarch erneut Stellung zum Problem der christlichen Einheit. Athenagoras I. bekannte, daß er während seines Verweilens am Grabe Christi in Jerusalem im Hinblick auf die Teilung der Kirche Christi von Schmerz und Trauer erfüllt gewesen sei. „Das geteilte Ge-

wand Christi muß genäht werden und wieder seinen entblößten Leib bedecken, und ebenso muß die heilige und makellose Kirche Christi, seine Braut, ihre Einheit wiederfinden." Die in Jahrhunderten errichteten Trennwände zwischen den christlichen Konfessionen machten ihr gegenseitiges Verständnis, ihre Annäherung und Wiedervereinigung nicht unmöglich. Ein tröstliches Zeichen dafür sei der von führenden Vertretern der Christenheit bewiesene gute Wille. Die Theologen mögen den Weg bereiten, während die geistlichen Hirten im Geist der Liebe und aufrichtigen Sehnens ihren Beitrag zur erstrebten Zusammenarbeit der Kirchen leisten könnten („Apostolos Andreas", 13. 4. 60).

Der Exarch des Ökumenischen Patriarchen in Amerika, Erzbischof Iakovos, griff den Gedanken des Patriarchen auf und sagte in einem Interview anläßlich der Osterenzyklika, der Episkopat müsse zur Vereinigung zwischen Osten und Westen etwas Größeres vollbringen als die Theologen. Er unterstrich, daß die Osterbotschaft des Patriarchen zum ersten Mal eine offizielle Stellungnahme zum Thema der Vereinigung der Kirchen enthält („Pravoslavnaja Rus", Nr. 8, 1960).

Am 26. April betonte Athenagoras I. in einer zypriotischen Journalisten gewährten Unterredung in Istanbul wiederum die Notwendigkeit engerer Zusammenarbeit der christlichen Kirchen. Wenn römische Katholiken, Protestanten und östliche Orthodoxe nicht bald zumindest in einer „beschränkten Einheit" zusammenfänden, dann liefen alle Gefahr, den Auftrag ihrer christlichen Sendung zu verpassen.

Was bedeutet „Einheit"

Unter dem Begriff der „Einheit", erläuterte der Patriarch, sei hier nicht die theologische Einheit zu verstehen. Seine Vorstellung von dieser Einheit habe sowohl einen negativen Sinn — Beseitigung von Haß, Mißtrauen und Propaganda zwischen den kirchlichen Gruppen — als auch einen positiven: Kontakte auf Grundlage der gesamtchristlichen Prinzipien und gemeinsame Erörterung der Art und Weise ihrer Verbreitung. Bei dieser Auffassung der Einheit, versicherte der Patriarch, sei er der Unterstützung der Protestanten und der „Millionen orthodoxer Christen, die zur russischen, rumänischen, bulgarischen, griechischen, äthiopischen, zypriotischen, koptischen, armenischen und den anderen östlichen Kirchen gehören", sicher.

Auch die katholische Kirche wünsche engere Bande zu den anderen christlichen Kirchen, meinte Athenagoras I. Seiner Ansicht nach sei die katholische Kirche dabei, aus ihrer traditionellen „Isolierung" herauszugehen. In letzter Zeit seien Anzeichen dafür vorhanden, daß sich der Vatikan dem Gedanken nähere, „die Existenz anderer Kirchen anzuerkennen". Athenagoras I. kritisierte in diesem Zusammenhang die römischen Konzilspläne, insoweit sie mit der Aufforderung an andere Kirchen verbunden seien, sich der katholischen Kirche anzuschließen. Er habe dem Papst gesagt, „nur im Paradiese könne man allein leben" (O orthodoxos paratiritis Nr. 482; OePD 13. 5. 60).

In etwas abgewandelter Form wurde die Auffassung des Ökumenischen Patriarchats zur Frage der christlichen Einheit im „Apostolos Andreas" vom 30. 3. 60 gekennzeichnet. Hier wurde „Einheit" und „Vereinigung" in dem Sinne unterschieden, daß der Einheit zuerst die Vereinigung vorausgehen müsse. An die Adresse Roms gerichtet hieß es, daß die Einheit alle Kirchen beträfe und nicht allein Sache der katholischen Kirche sei. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß man in den Kreisen des Ökumenischen Patriarchats in letzter Zeit oft die Existenz einer Opposition im Vatikan gegen die Pläne Johannes' XXIII. vermutet. Diese Opposition sei konservativ-isolationistisch eingestellt und stelle sich gegen die ursprünglichen Konzilspläne des Papstes, die eine Demokratisierung der katholischen Kirche und ihre Herausführung aus der Isolierung zum Ziele gehabt hätten. So habe die Opposition durchgesetzt, daß auf dem kommenden Konzil die Vikarbischöfe keine Stimme erhalten, womit die Anzahl der stimmberechtigten Bischöfe begrenzt und Abstimmungsergebnisse im voraus kontrollierbar seien. Patriarch Athenagoras äußerte in der gemeldeten Pressekonferenz die Vermutung, daß der Papst die Idee eines ökumenischen Konzils (zugunsten eines rein römisch-katholischen Konzils) aufgegeben habe und dies offenbar den Einfluß konservativer Kreise im Vatikan anzeige.

Die orthodoxe Konferenz auf Rhodos

Der Patriarch beschloß die Pressekonferenz vom 26. April mit einem Hinweis auf die geplante panorthodoxe Zusammenkunft auf der unter seiner Jurisdiktionsgewalt stehenden griechischen Insel Rhodos. Während er damals die Absicht äußerte, sich hier nur durch hohe Würdenträger und Theologen vertreten zu lassen, sagte er später zu, zur Schlußsitzung persönlich erscheinen zu wollen (O orthodoxos paratiritis Nr. 483).

Wie „Christ und Welt" vom 14. 7. 60 mitteilte, hat der Metropolit von Rhodos alle autokephalen und autonomen orthodoxen Kirchen zur panorthodoxen Konferenz offiziell eingeladen. Wenn der Patriarch nicht selbst die Einberufung ausgehen ließ, sollten damit offenbar etwaige Prestigebedenken besonders des russischen Patriarchen zerstreut werden. Anderseits würde der Ökumenische Patriarch sein Prestige wahren, falls die Konferenz nicht zustande kommen oder scheitern sollte („Pravoslavnaja Rus", Nr. 13, 1960, behauptete, die Konferenz sei um ein Jahr verschoben). Während die Teilnahme der anderen östlichen Patriarchate, der griechischen Kirchen von Hellas und Zypern, und der ebenfalls eingeladenen nicht orthodoxen östlichen Nationalkirchen (Monophysiten und Nestorianer) sicher erscheint, ist zur Stunde ungewiß, ob die Kirchen hinter dem eisernen Vorhang ihre Vertreter werden entsenden können.

Aus der totalitären Welt

Mobilmachung der Sowjetwissenschaft gegen die Religionen der Welt

Erneut zeigt sich die Praxis, daß die oberste Sowjetführung in ihren Verlautbarungen die antireligiösen Tendenzen möglichst kaschiert, gleichzeitig aber die mit dem Anstrich der „Wissenschaftlichkeit" versehene Bekämpfung der Religion an den ideologischen Fronten zielbewußt vorantreibt (vgl. die Übersicht über antireligiöse Propaganda und Verlagstätigkeit in der Sowjetunion; Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 210 ff.).

Ein Dekret des Zentralkomitees der Partei vom 9. 1. 60, das sich mit den aktuellen Aufgaben der Parteipropaganda befaßte („Izvestija", 10. 1. 60), rügte in den einleitenden

Abschnitten, daß die Leiter einiger Parteiorganisationen nicht genügend gegen die „fremde Ideologie" ankämpfen und „bisweilen eine passive Abwehrhaltung gegenüber der dem Marxismus-Leninismus feindlichen idealistischen, religiösen Ideologie beziehen". Nach dieser in dem üblichen langen Wortschwall sich recht beiläufig ausnehmenden Erwähnung der Religion wird dann im eigentlichen Dekret die Religion und „religiöse Ideologie" unter den zu bekämpfenden „Überbleibseln der Vergangenheit" nicht einmal mehr genannt.

Der Ausfüllung dieser Lücke dient u. a. ein bedeutsamer redaktioneller Leitartikel in der Märznummer der vom Institut für Philosophie an der Akademie der Wissenschaften herausgegebenen „Fragen der Philosophie" (Für eine schöpferische Ausarbeitung der Probleme des wissenschaftlichen Atheismus, in: „Voprosy filosofii", Nr. 3, 1960, S. 3—7). Der Artikel bezweckt die Mobilmachung der gesamten Wissenschaft gegen die Religion.

Zunächst erfährt man, daß vom 15. bis 17. Juni 1959 eine von 800 Teilnehmern besuchte atheistische Allunionskonferenz gemeinsam von der Akademie und der Gesellschaft zur Verbreitung politischer und wissenschaftlicher Kenntnisse (einer neuen Spielart des früheren Gottlosenverbandes) veranstaltet worden war. Aufschlußreich ist die Erwähnung neuer Institutionen, deren Aufgabe „wissenschaftlich"-atheistische Forschungsarbeit ist. Analog zur Abteilung Atheismus im Institut für Philosophie (vgl. 13. Jhg., S. 211) wurden atheistische Abteilungen und Gruppen in einigen anderen geisteswissenschaftlichen Instituten eingerichtet. An der philosophischen Fakultät der Moskauer Universität gibt es heute einen Lehrstuhl für Atheismus. In einigen Verlagen wurden besondere Redaktionsausschüsse für atheistische Literatur gebildet. Seit September 1959 erscheint eine neue Zeitschrift „Wissenschaft und Religion" (die nicht ins Ausland verschickt werden darf). Ein Koordinationsausschuß für Atheismus und Religionskritik hat sich bei der Abteilung für ökonomische, philosophische und Rechtswissenschaften und der Abteilung für historische Wissenschaften in der Akademie der Wissenschaften etabliert. „Alles das zeigt an, daß die wissenschaftlich-atheistische Arbeit heutzutage in breiter Front entfaltet wird."

Nun werden die bisher noch festzustellenden Mängel dieser Arbeit genannt. Dazu gehört das ungenügende Studium der religiösen Überbleibsel in der Sowjetunion. Die Gründe für das Überleben der „religiösen Vorurteile" im Sowjetland, in dem ja die sozialen Wurzeln der Religion liquidiert seien, machen den Sowjetideologen in letzter Zeit sehr zu schaffen. Oftmals gab man sich mit den üblichen Erklärungen — Zurückbleiben des Bewußtseins hinter dem Sein, Einfluß der bourgeoisen Ideologie („Kapitalistische Einkreisung") — nicht zufrieden. Auf einer Konferenz über Fragen der „kommunistischen Moral", die 1957 in der Moskauer Universität stattfand, wollten einige Diskussionsredner mit den marxistischen Grundsätzen von Basis und Überbau Ernst machen und stellten die impertinente Frage, ob nicht jene kapitalistischen Überbleibsel im Bewußtsein der Sowjetmenschen auch einen materiellen Ursprung in der Sowjetwirklichkeit hätten („Voprosy filosofii", 3, 1957, S. 203—205).

Um die Frage nach den Gründen der Überbleibsel — hier der „religiösen Vorurteile" — wirklich lösen zu können, muß die konkrete Wirklichkeit erforscht werden, heißt es weiter in dem genannten Leitartikel. Im Zeichen dieser Forderung stehen zwei religionssoziologische — so kann man sie wohl bezeichnen — Forschungsvorhaben in den Gebieten von Moskau und Tambov (vermutlich im Anschluß an die Expedition vom Sommer 1959, vgl. ds. Jhg., S. 264 ff.). Zum Studium der in der Sowjetunion „mehr oder weniger verbreiteten Glaubensanschauungen" plant die Abteilung Atheismus im Philosophischen Institut, diese Arbeit im Zusammenwirken mit Wissenschaftlern der verschiedenen Unionsrepubliken erheblich zu erweitern. Der Artikel ruft die Ethnographen, Psychologen, Historiker und Philosophen zu gemeinsamer Arbeit auf.

Ein besonderes Anliegen ist wieder die „Kritik der religiösen Moral", deren Schwächen und Mängel von den Kirchenleuten und Sektierern zu ihren Zwecken ausgenützt würden. Entgegen den Behauptungen der Apologeten der Religion, daß die Religion Grundlage jeder menschlichen Sittlichkeit sei und diese außerhalb der Religion überhaupt nicht existiere, sei in der Entlarvung des „antiwissenschaftlichen" und „antihumanen" Charakters der religiösen Moral deren „Heuchelei und frömmelnde Scheinheiligkeit" aufzuzeigen. Zu der gerügten „Schwäche" in der Bekämpfung der religiösen Moral gehört sicherlich die Tatsache, daß es in den hiermit beschäftigten Kreisen der Sowjetideologen und Atheisten verschiedene Ansichten über die Art der Beziehungen zwischen Sittlichkeit und Religion gibt. Dies wurde deutlich auf einer Diskussion über Moral und Religion, die Ende Mai 1958 im Philosophischen Institut der Akademie veranstaltet worden war („Voprosy filosofii", 9, 1958, S. 174—176).

Mit Vehemenz wird ferner der Gedanke einer Vereinbarkeit von Wissenschaft und religiösem Glauben, der von den heutigen Theologen hartnäckig vertreten werde, verworfen. Die Herausgabe eines vielbändigen Werkes „Wissenschaft contra Religion" durch die Akademie der Wissenschaften wird hierzu angekündigt. Gewisse „religiöse Ideologen" gehen sogar weiter, heißt es warnend, und versuchen, Christentum und Sozialismus zu vereinen, so z. B. die sogenannten „Reformisten", von denen als Musterbeispiel das „vom Geist der Aussöhnung mit dem Klerikalismus und der Religion durchdrungene" Programm der SPD vom November 1959 genannt wird.

In diesem Zusammenhang ist es nützlich, sich einer dem Leipziger Koexistenztheologen Emil Fuchs seinerzeit von den „Fragen der Philosophie" erteilten Abfuhr zu erinnern, bei der — trotz aller Würdigung Fuchsens aus Gründen des taktischen Zusammengehens mit den „fortschrittlichen" Christen — den Versuchen einer „Ineinssetzung religiöser und marxistischer Ideologie" ein glattes Nein entgegengesetzt wurde (Rezension über das Buch von Emil Fuchs, Christliche und marxistische Ethik. Lebenshaltung und Lebensverantwortung des Christen im Zeitalter des werdenden Sozialismus. Leipzig 1956, in: „Voprosy filosofii", 2, 1958, S. 155—157).

Sodann werden einige Gesichtspunkte und Richtlinien für das Studium und die Kritik der einzelnen Religionen genannt. Dieser Teil des referierten Leitartikels in der Märznummer der „Fragen der Philosophie" bildet eine massive Desavouierung sämtlicher Weltreligionen. Vor keiner macht die hohle, sich „wissenschaftlich" verbrämende Hybris halt, mit der sich der dialektische Materialismus zum Richter über die ganze Geschichte erhebt.

Das brennendste Problem ist natürlich die Bekämpfung der Orthodoxie im eigenen Lande. Bei der Kritik der orthodoxen Ideologie sei wohl zu berücksichtigen, daß viele kirchliche Persönlichkeiten in der Sowjetunion „am Friedenskampf teilnehmen und in einer Reihe von Fragen

eine patriotische Position einnehmen", doch dies enthebe den wissenschaftlichen Atheisten nicht der Notwendigkeit, die Ideologie der heutigen Orthodoxie zu bekämpfen, da sie ebenso unwissenschaftlich sei wie alle übrigen Religionen. In eine für uns verständliche Sprache übersetzt, heißt das: Bei der Bekämpfung der Russischen Orthodoxen Kirche ist immerhin ihre — offensichtlich von beiden Seiten als solche empfundene — zwielichtige, auf Duldung und Feindschaft beruhende Situation im atheistischen Sowjetstaat zu berücksichtigen. Besondere Aufmerksamkeit sei zu richten auf die Versuche der „orthodoxen Ideologen", in der Adaptierung an die „sozialistische Wirklichkeit" die Religion mit dem wissenschaftlichen Sozialismus zu vereinen und zu behaupten, daß sie den kommunistischen Aufbau fördere.

Vor den christlichen Sekten, deren Aktivität in den letzten Jahren in einigen Gegenden zugenommen habe, wird gewarnt, insofern ihre Methoden raffinierter seien als die der Kirchenleute. Auf diesem Gebiet sei die Forschung erst am Anfang, da es keine einzige größere Arbeit zur Kritik der Sektiererideologie gäbe.

In der Kritik des Katholizismus komme es auf den überzeugenden, auf konkreten Fakten beruhenden Erweis der Interessenverflechtung der katholischen Kirche mit den Monopolen und Banken an. Da der Vatikan, dessen ideologische Tätigkeit in der Bekämpfung des Kommunismus bestehe, seine Propaganda verstärkt auf die Arbeiterklasse richte, habe innerhalb des Katholizismus „jegliche Art sozialer Demagogie" große Verbreitung gefunden.

Der Protestantismus kommt bei dieser Charakterisierung glimpflich davon. Der Protestantismus, heißt es, sei in vielen Ländern stark verbreitet und stelle die einflußreichste religiöse Ideologie in den großen kapitalistischen Ländern wie USA und Großbritannien dar. Am schonendsten wird der Islam behandelt. Obwohl er eine der verbreitetsten Weltreligionen sei, sei mit seiner wissenschaftlichen Erforschung sehr spät begonnen worden, wobei die europäischen Länder die Interessen der Kolonialpolitik vorangestellt hätten. Die sowjetischen Gelehrten müßten der heutigen Situation des Islam viel mehr Aufmerksamkeit schenken und sich an die Herausgabe der atheistischen literarischen Denkmäler der Völker des Ostens machen, was eine ernste Rolle im Kampf gegen die Ideologie des Islams spielen könnte.

Zum Schluß wird vor dem nicht nur bei bürgerlichen, sondern auch bei sowjetischen Gelehrten anzutreffenden Irrtum gewarnt, den Buddhismus als eine Weltanschauung mit den Charakterzügen eines hohen Humanismus, der Liebe zu allen Lebewesen usw. idealisieren zu wollen. Demgegenüber sei überzeugend zu zeigen, daß der Buddhismus ebenso antiwissenschaftlich und „sozial unannehmbar" sei wie jede andere religiöse Ideologie.

Dieser Generalplan zur „wissenschaftlichen" Religionsbekämpfung verdient von allen koexistenzfreudigen Religionsanhängern in den westlichen und östlichen Ländern eingehend gewürdigt zu werden. Er ist zweifellos das Produkt von Erwägungen auf höchster Ebene und versucht einerseits, dem marxistisch-leninistischen Anspruch auf den alleinigen Besitz der theoretischen Wahrheit im Weltmaßstab Nachdruck zu verleihen, anderseits aber auch mit dem Problem der zunehmenden religiösen Stimmungen im eigenen Lande fertig zu werden. Von der Orthodoxie bis zum Buddhismus sind sämtliche genannten Religionen auf dem Boden der Sowjetunion vertreten.

Die Kirche in den Ländern

Das unabhängige Togo und die Kirche

Vor knapp fünf Monaten, am 27. April, wurde die Unabhängigkeit Togos proklamiert. Das Land ist wahrscheinlich der kleinste der noch zu bildenden unabhängigen Staaten Afrikas; es hat eine Oberfläche von nur 55 000 qkm. Mit seinen 1 100 000 Einwohnern ist die Bevölkerungsdichte (20 pro qkm) aber höher als die der meisten afrikanischen Länder (Südafrikanische Union 11, Kenia 11, Kongo 6, Algerien 4, Libyen 0,7); sie ist mit der Bevölkerungsdichte von Ägypten, Marokko, Ghana, Uganda und Njassaland zu vergleichen. Bis zum ersten Weltkrieg umfaßte Togo 85 000 qkm, aber nachdem die englischen und die französischen Truppen von Ghana bzw. Dahomey aus das Land von den Deutschen „erobert" hatten, wurden im Zuge der Mandatsverteilung (an England und Frankreich) die heutigen, nicht sehr logischen Grenzen festgelegt. Verschiedene Stämme, vor allem der wichtige Ewe-Stamm, wurden damals willkürlich getrennt. Für die Schwierigkeiten, die aus diesen Stammesteilungen zwischen den unabhängigen Staaten Afrikas zu entstehen drohen, darf man daher nicht die Afrikaner verantwortlich machen.

Über die älteste Siedlungs- und Bevölkerungsgeschichte wissen wir nur wenig. Doch weisen die in den letzten 50 Jahren immer häufiger angetroffenen Spuren prähistorischer Zivilisation in Togoland auf eine sehr alte, wenn auch primitive Zivilisation hin. Der deutsche Archäologe Frobenius hat als einer der ersten auf die prähistorischen Schätze in dem „Schutzgebiet Togo" hingewiesen. Diese Schätze findet man vor allem in den bergigen Gegenden, wo die Weidegründe besser waren und die Moskitos (Malaria), Tse-Tse-Fliegen und Trypanosomen (Schlafkrankheit) weniger angetroffen wurden. Die Überlieferung mehrerer Stämme enthält Sagen über das Entstehen der Menschheit in Togoland, wo die ersten Menschen an einem Seil aus dem Himmel oder aus wunderbaren Rissen in der Erdoberfläche auf die Erde gekommen sein sollen. Die alten Sagen und der historische Werdegang der Stämme bilden bis zum heutigen Tag einen wichtigen Gegenstand des Lehrprogramms bei der Initiation und werden auch immer wieder bei abendlichen Versammlungen in den Dörfern behandelt. Daher rührt auch das starke Gefühl der Einheimischen, in ihrer alten Kultur beheimatet zu sein, und ihr Stolz auf eine große Vergangenheit.

Seit der Zeit der ersten Kolonisation der Portugiesen, denen später die Dänen, Holländer und Engländer folgten, wurden über die verschiedenen Reiche im Togogebiet, über ihre Fürsten und Kriege schriftliche Berichte verfaßt. Zur Zeit gibt es in Togo etwa 30 Stämme, die ungefähr 50 Sprachen und Dialekte sprechen. Der größte Stamm ist der der Ewe, den Yorubas in Westnigerien verwandt. Er

zählt in Togo ca. 350000 Seelen oder etwas $^1/_3$ der Gesamtbevölkerung und bewohnt den südlichen Teil des Landes. 500000 Angehörige des Ewe-Stammes wohnen in der Togoprovinz von Ghana (Hauptort Ho). Die Ewe gehören zu den am meisten entwickelten und fleißigsten Völkern Westafrikas. Ihre Sprache wurde von den Missionaren eingehend studiert und bei der Glaubensverkündigung der Katholiken sowie der protestantischen Methodisten gebraucht, die Bibel wurde in die Ewe-Sprache übersetzt. Als Handelssprache wird im Inneren des Landes ferner die Sprache Mina gebraucht und weiter nördlich Haoussa, Twi und Tem. Die älteren Leute sprechen Deutsch, und als Marktsprache ist auch das Pidgeon-Englisch sehr verbreitet. Infolge des französischen Unterrichtes aber wurde Französisch immer mehr Umgangssprache; es wird heute von ungefähr 150000 Togolesen gesprochen.

Wie alle Afrikaner sind die Togolesen religiöse Menschen, das Religiöse spielt bei ihnen auch im täglichen Leben eine große Rolle. Es gibt in Togo Stämme, die in dem Menschen drei Seelen unterscheiden: 1. die Seele als Leben und Schicksal; 2. die Seele des Blutes; 3. die Seele, die spricht und denkt. Der Togolese hält die Seele für unsterblich und glaubt an ihre Auferstehung; einige Stämme glauben auch an Reinkarnation. Überall ist die Institution der Initiationsschulen, getrennt für Mädchen und Burschen, noch verbreitet. In diesen Schulen, die bis zu drei Jahren dauern können, lernen die jungen Togolesen ihre religiösen Bräuche, ihre Sprache, ihre Geschichte und ihre sehr komplizierte Gesellschaftslehre. Sie müssen wiedergeboren werden und als ein neuer Mensch — Mann oder Frau — die Schule verlassen. Die Togolesen kennen verschiedene Götter und Heilige, so z. B. das Schöpfende Paar, von dem Lissa den männlichen und Machou den weiblichen Teil bildet. Lissa und Mahou haben eigene Hütten, die als Wallfahrtsorte gelten.

Kolonisierung

Die ersten Kolonisten in Togo waren die Portugiesen (1471—1473), die 1482 ihr erstes Fort bauten. Von 1530 an beginnt der Sklavenhandel seine Verwüstungen anzurichten. Nicht umsonst wurde die Küste von Togo, Dahomey und Nigerien unter dem Namen „Sklavenküste" bekannt. Man rechnet, daß etwa 20 Millionen Eingeborene dem Sklavenhandel zum Opfer gefallen sind, in einer Zeit, wo der ganze Kontinent etwa 90 Millionen Seelen zählte. Die portugiesischen Sklavenhändler verhandelten mit den Königen von Aschanti und Dahomey. Ihr Einfluß ist in den noch bestehenden portugiesischen (dort brasilianisch genannten) Worten und Namen feststellbar. So hat der erste Staatschef des unabhängigen Togos, Sylvanus Olympio, einen „brasilianischen" Namen. Im 18. Jahrhundert begannen sich auch die Engländer, Franzosen und Holländer für den Sklavenhandel zu interessieren. 1885 wurde Togo deutsches Protektorat.

Jeder objektive Beobachter anerkennt die sehr wertvolle Zivilisationsarbeit, die Deutschland im Togo geleistet hat. Vor allem nach der Errichtung eines Kolonialministeriums 1907 wurde viel Gutes erreicht. Die Administration und die Ausführung der (deutschen) Gerichtsbarkeit wurde den eingeborenen Häuptlingen überlassen, die allerdings der deutschen Verwaltung verantwortlich blieben. Die weniger humanen uralten Bräuche wurden abgeschafft. Der Boden wurde sorgfältig studiert, die Land- und Forstwirtschaft entwickelt. Das Land wurde wieder aufgeforstet, Kaffee- und Kakaoplantagen erstellt, Wege sowie drei Eisenbahnen angelegt. Die Deutschen haben sich um den Unterricht viele Verdienste erworben. Die meisten Schulen wurden den Missionen überlassen, sie blieben aber unter staatlicher Verwaltung, um das Gleichgewicht zwischen Katholiken und Protestanten zu bewahren. Bereits 1914 zählten die Missionsschulen fast 8000 Schüler.

Nach dem ersten Weltkrieg wurde Togo zwischen England und Frankreich geteilt. Die Engländer bekamen den westlichen Teil mit den reichen Kakaoplantagen in dem Gebiet um Ho, die Franzosen den östlichen Teil mit der Hauptstadt Lomé an der Küste. Beide Teile wurden Mandatsgebiete des Völkerbundes. Aus wirtschaftlichen und politischen Gründen wurde somit der Ewe-Stamm auseinander gerissen. Bis 1934 blieb Französisch-Togo ein autonomes Gebiet unter eigener Administration, die so gut funktionierte, daß das Land wirtschaftlich sein Auskommen hatte und sich ohne fremde Hilfe entwickeln konnte. Finanzielle Gründe veranlaßten Frankreich 1934, Togo administrativ an Dahomey anzugliedern. 1936 wurde Togo ein Teil der Kolonie Französisch-Westafrika. Im großen und ganzen erlebte Togo bis zum zweiten Weltkrieg eine ruhige und stetige Entwicklung. Immer mehr Togolesen wurden ausgebildet und konnten an der eigenen Verwaltung teilhaben. 1934 wurden schon 73% aller Beamtenstellen von Togolesen eingenommen. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes gestaltete sich sehr befriedigend; es gelang der französischen Verwaltung, das intelligente Togovolk an der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes teilnehmen zu lassen. Das Land wurde ein bedeutender Produzent von Kakao, Kaffee, Kopra, Kapok, Palmöl, Erdnüsse, Baumwolle, Maniok, Mais und Reis. Auch die sozialen Errungenschaften wurden immer wieder erweitert, das Unterrichtssystem ausgebaut und das Gesundheitswesen sehr gefördert. Die Bevölkerungszahl stieg von 700000 im Jahre 1920 auf 1100000 (1960).

Auf Grund dieser Entwicklung — bei günstigen Voraussetzungen — ist Togo eines der sehr wenigen Länder Afrikas, das einen Überschuß an einheimischen ausgebildeten Fachleuten hat: man findet heute togolesische Ärzte, Lehrer, Verwaltungsbeamte usw. in mehreren anderen Länder an der afrikanischen Westküste.

Die politische Entwicklung seit 1945

Seit dem zweiten Weltkrieg hat Frankreich vieles getan, um die Entwicklung zur Unabhängigkeit des Togolandes zu fördern. Nachdem 1952 Libyen und Ägypten und 1956 Tunesien und Marokko bereits unabhängig geworden waren, war es vor allem das selbständig gewordene Ghana, das einen außerordentlich großen Einfluß auf die übrigen Völker Afrikas ausübte.

Togo hat zur Entwicklung der politischen Bewußtseinsbildung in Schwarz-Afrika entscheidend beigetragen. In vielen Kolonialgebieten wurden die überall entstehenden politischen Parteien der autochthonen Bevölkerung von den Kolonialmächten als Sekten oder nationalistische Klubs geringschätzend behandelt und oft verboten. Die Tatsache, daß man nach und nach begann, diese politischen Parteien ernst zu nehmen, ist bis zu einem gewissen Teil darauf zurückzuführen, daß Togo (und andere Trustee-Gebiete) durch die für diese Trustee-Gebiete festgesetzten

Prozedurregeln die Möglichkeit hatte, seine Stimme in den Vereinten Nationen zu erheben und so die Völker auf seine Probleme aufmerksam zu machen. Der weitaus größeren Mehrheit der afrikanischen Länder war dieser Weg als Kolonialgebiet abgeschnitten. Die älteste politische Partei in Togo ist der sogenannte Togobund, der schon während der französischen und britischen Mandatsperiode entstanden ist, und dem größtenteils Togolesen, die in deutschem Staatsdienst gewesen waren und die sich mit dem Mandatsstatus nicht abfinden wollten, angehörten. 1938 wurde der Bund als „achsenfreundlich" aufgelöst. Mit Unterstützung der Franzosen wurde nach dem Krieg das „Comité d'Unité Togolaise" (CUT) gegründet. Sowohl der Togobund als das CUT befürworteten die Wiedervereinigung des Ewe-Stammes. Schon bald wurde das „Comité" zu einer politischen Partei, vor allem seitdem Sylvanus Olympio sein Vorsitzender wurde. Olympio ist der große Vorkämpfer für die Ewe, obwohl er selber diesem Stamm nicht angehört. Er wurde 1902 in Lomé geboren, besuchte zunächst die deutsche Volksschule, später in Accra die Mittelschule und studierte schließlich in London an der London School of Economics. Im Dienste der „United African Compagny" (Unie Lever) arbeitete er in Nigerien, Ghana und Togo. 1958 wurde er Präsident der Handelskammer in Lomé.

Eine kleinere, mit dem CUT verbundene Gruppe war die „Juvento" (Mouvement de Jeunesse Togolaise), die für einen großen afrikanischen Staatenbund kämpft. — Es entstand weiter der „Parti Togolais du Progrès" (PTP) unter der Leitung des Deutschtogolesen Grunitzky. Grunitzky hat in Frankreich seine Ingenieurstudien absolviert. Er war unter den Franzosen Bürgermeister und später der erste Ministerpräsident Togos. Der PTP wünschte wie das CUT eine stufenweise Verwirklichung der Unabhängigkeit mit Hilfe Frankreichs.

Diesen Parteien steht die Partei des Nordens gegenüber, die an der Ewe-Frage kein Interesse hat. Die Partei, die „Union des Chefs et des Populations du Nord" (UCPN), wurde 1949 gegründet und von der Jugendbewegung „La Jeunesse du Nord-Togo" unterstützt.

1952 gründete Olympio eine neue Partei, den „Mouvement Populaire Togolais" (MPT). Der MPT erstrebte die Wiedervereinigung beider Togos unter französischer Schirmherrschaft. Dieser Plan wurde 1956, als Westtogo ghanesisch wurde, durchkreuzt. Die Vereinigung Westtogos mit Ghana erfolgte auf Grund eines in Britisch-Togo unter den Auspizien der UN durchgeführten Plebizits. Es ergab, daß 90 000 Stimmberechtigte im Norden des britischen Mandatsgebietes für die Vereinigung mit Ghana und mehr als 60 000 Stimmberechtigte im Süden dagegen stimmten. Die Folge war die Schaffung einer Togoprovinz in Ghana (Hauptort Ho).

Daraufhin beschloß Frankreich, Togo den autonomen Status zu geben, und am 30. August 1956 wurde die autonome Republik proklamiert. Nikolaus Grunitzky wurde Ministerpräsident. Anläßlich eines von Frankreich durchgeführten Referendums sprach sich die überwiegende Mehrheit (300 000 gegen 20 000) der Togolesen für die Unabhängigkeit aus. Auf Grund dieses Referendums beantragte Frankreich bei der UN die Aufhebung des „Trusteeship"; sie wurde aber von der Generalversammlung der UN abgelehnt. Trotzdem verfolgte Frankreich den einmal eingeschlagenen Weg weiter und schrieb am 27. April 1958 neue Wahlen aus. Das CUT (Sylvanus Olympio) ging aus diesen Wahlen siegreich hervor (mit 29 von 46 Mandaten). Der neue Ministerpräsident Olympio lehnte die sofortige Unabhängigkeit des Landes ab und einigte sich mit Frankreich über eine Vorbereitungsperiode von zwei Jahren. Daher wurde die tatsächliche Unabhängigkeit des Landes erst am 27. April 1960, genau zwei Jahre nach den entscheidenden Wahlen, proklamiert.

Die Präsenz der Kirche

Die tragischen und beschämenden ersten Kontakte der Togolesen mit den Europäern, die sich praktisch als ein Verhältnis von Sklaven zu Sklavenhändlern gestalteten, wurden einigermaßen durch die fast zu gleicher Zeit einsetzende Missionierung des Landes gelindert. Schon am Ende des 14. Jahrhunderts haben die Portugiesen versucht, in dem Gebiet von El Mina zu christianisieren.

1634 wurde die Goldküste den Kapuzinern der englischen Provinz anvertraut, und 1644 wird berichtet, daß Pater Hugo den Häuptling von Komenda und andere Prinzen getauft habe. Andere Versuche schlugen allerdings fehl. Die evangelische Missionsarbeit setzte im 19. Jahrhundert (1827) mit der Aussendung von deutschen und Schweizer Missionaren durch die Basler Missionsgesellschaft ein. 1842 folgten Methodisten und Anglikaner und 1847 die Norddeutsche Missionsgesellschaft Bremen.

Eine erste katholische Kapelle im Togoland wurde 1835 von der Brasilianerin Venossa de Jesus in Agoué gebaut. Kurz darauf wurde zum erstenmal die katholische Mission organisiert, als der Bischof von Libreville in Guinea die Togomission den Missionaren des Heiligen Herzens Mariens anvertraute. Das Missionsgebiet wurde 1860 zum Apostolischen Vikariat Dahomey erhoben. Die harte Missionsarbeit der Patres wurde für viele unter ihnen durch das Martyrium gekrönt, doch wurden dadurch für die Kirche in Togo die endgültigen Fundamente gelegt. Die „brasilianisch"-togolesischen Familien (Olympio, Sastre, De Campos, Santos) erwiesen sich als große Stützen für die Missionsarbeit, die allmählich auch ins Innere des Landes drang. Nachdem Togo von den Deutschen besetzt worden war, übernahmen die Missionare des Göttlichen Wortes die Missionsarbeit und bauten in vorzüglicher Weise den Katholizismus immer weiter aus. Die Hauptstadt Lomé wurde Zentrum der Mission, erhielt eine Kathedrale, mehrere Klöster und Schulen. Von Lomé aus wurde ein zweites Missionszentrum in Sokodé gegründet. Lomé und Sokodé wurden auch die zwei Zentren der hierarchischen Struktur des Landes. 1892 schon bekam Lomé seinen ersten Apostolischen Präfekten, und 1914 wurde die Präfektur zu einem Apostolischen Vikariat erhoben. Damals zählte die Kirche in Togo fast 20 000 Getaufte, 5200 Katechumenen, 40 Priester und 38 Religiose; 228 Schulen waren der Mission anvertraut. Nach dem Krieg konnte Bischof Sessou den ersten fünf Togolesen die Priesterweihe spenden, und die Mission breitete sich derart aus, daß 1937 Sokodé zur Apostolischen Präfektur erhoben wurde. Unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg wurde in Togo die kirchliche Hierarchie errichtet. 1945 wurde Msgr. Strebler zum Erzbischof von Lomé und Msgr. Lingenheim zum Bischof von Sokodé ernannt. Vor einigen Monaten, im April 1960, wurde die neue Apostolische Präfektur Dapango von der Diözese Sokodé abgetrennt und den Pariser Franziskanern anvertraut.

Das katholische Unterrichtswesen entwickelte sich günstig. 1948 konnten die Patres der Afrikanischen Missionen in

Lomé das Kolleg St. Joseph errichten. Dieses Kolleg wurde zur Ausbildungsstätte der Elite der katholischen Jugend und zählt momentan 358 Schüler. In Togoville wurde ein Lehrerseminar und in Lomé eine Höhere Schule für junge Mädchen gegründet. Auf dem Gebiet der Krankenpflege sind die Schwestern von St. François de Rodez tätig, sie haben eine große Klinik in Lomé; das einzige Entbindungsheim und Kinderkrankenhaus in Togo wird ebenfalls von diesen Schwestern geleitet.

Auf dem Gebiet der Katholischen Aktion wurde bereits viel erreicht. Die erste Konferenz des gesamten Episkopates der Länder von Französisch-Westafrika, 1949 in Dakar, war entscheidend für die Organisation der JOC (Jeunesse Ouvrière Catholique), JEC (Jeunesse Étudiante Catholique), der Organisation der katholischen Pfadfinder und der Legion Mariens. 1956 konnte man drei Franziskanerpatres für die Leitung dieser Aktionen ganz freistellen. Man hat den Eindruck, daß die katholischen Jugendorganisationen mit großem Elan arbeiten und eine rege, wohlgeplante Tätigkeit entfalten. Die JOC zählt etwa 1000 Mitglieder in 50 Gruppen, die sich dem Apostolat unter den jungen Arbeitern, aber auch dem Apostolat unter der ländlichen Jugend widmen. Letzteres ist eine logische Konsequenz der offiziellen Regierungspolitik in Togo, die sehr bewußt die landwirtschaftliche Entwicklung fördert und der Landflucht entgegenwirkt. Die männliche JEC zählt momentan 300 Mitglieder und die weibliche 100. Sie widmen sich zielbewußt der Berufsberatung in den Schulen.

Das Episkopat von Togoland hat zur Koordination der gesamten katholischen Laientätigkeit ein Sozialsekretariat gegründet, das seit 1950 von dem Laienmissionar Ernest Milcent, Mitglied der französischen Organisation für Laienmissionare „Ad Lucem", geleitet wird. Das Sekretariat gibt ein eigenes Blatt „Rencontre" heraus. Man ist bestrebt, die Leitung des Sekretariates sobald als möglich einem afrikanischen Laien anzuvertrauen.

Wenn man die Tätigkeit der Katholiken in Togo auf dem Gebiet der katholischen und sozialen Aktion überschaut, hat man den Eindruck, daß es der Kirche in Togo ernst ist mit ihrem Streben, eine wahrhaft bodenständige, durch afrikanische Priester und Laien getragene Kirche zu schaffen und sie zu festigen.

Im Augenblick der Erlangung der Unabhängigkeit verzeichnete die Kirche in Togo 204 200 Getaufte, 24 300 Taufbewerber, die sich auf das Erzbistum Lomé, das Bistum Sokodé und die Apostolische Präfektur Dapango verteilen und die von den Priestern der Gesellschaft der Afrikanischen Missionen und den Franziskanern betreut werden. 78 europäische und 18 togolesische Priester werden von 77 europäischen und 29 einheimischen Schwestern unterstützt. Über 31 000 Kinder besuchen die katholischen Schulen. Die Mitglieder der Regierung sind mit einer einzigen Ausnahme Christen, der Sender Lomé strahlt regelmäßig religiöse Programme aus. Togo zählt 42 500 Protestanten (Église évangélique du Togo) und 60 800 Mohammedaner.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Neue Forschungen über das Traditionsprinzip

Norm des katholischen Glaubens ist die Lehre der Kirche. Die Kirche setzt die lex credendi und mit ihr das Prinzip für die lex supplicandi und die lex agendi. Diese Gesetzgebung vollzieht sich im Bewußtsein des Beistandes des Heiligen Geistes, der das Lehramt vor jedem Glaubensirrtum bewahrt und ihm nach und nach die Fülle der Offenbarungswahrheit immer mehr erschließt. In der Kraft dieses Beistandes ist die Kirche gewiß, daß sie in ihrer Verkündigung das Erbe Christi und der Apostel jederzeit getreu überliefert und dabei immer mehr in die Tiefe und Fülle seines Gehaltes eindringt. Zwar „schöpft" sie, wie der Katechismus sagt, ihre Lehre aus der Heiligen Schrift und aus der mündlichen Überlieferung. Allein sie bedient sich des Zeugnisses, das aus diesen beiden Quellen fließt, hauptsächlich zur Bestätigung des Glaubens, der in ihr lebt und aus dem heraus sie ihre Dogmen verkündet; sie verkörpert also die lebendige Überlieferung. Wie das Trienter Konzil ausdrücklich lehrt, macht sie von jenen Quellen Gebrauch tamquam „testimoniis ac praesidiis in confirmandis dogmatibus et instaurandis in Ecclesia moribus" (D 784). Es ist der Beachtung wert, daß in dem Dekret das Wort „confirmandis" gewählt wurde statt des Ausdrucks „constituendis", der im Entwurf vorgesehen war. Schon aus diesem Hinweis wird ersichtlich, daß das Verhältnis zwischen der Überlieferung, wie sie in der Kirche von heute und ihrem Glauben lebt, und den Überlieferungen der Apostel, wie sie in und außerhalb der Schrift auf uns gekommen sind, von der Wissenschaft genauer bestimmt werden muß, als das im Katechismus geschieht. Ebenso verhält es sich mit den Beziehungen zwischen der Heiligen Schrift und den sogenannten mündlichen Überlieferungen, worauf ein Bericht im vorigen Jahrgang dieser Zeitschrift aufmerksam machen wollte (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 349). Im Folgenden soll von einigen weiteren neuen Arbeiten zu diesem besonders für das ökumenische Gespräch so wichtigen Problemkomplex berichtet werden.

Die Lehre des Konzils von Trient

Das Konzil von Trient lehrt in seiner vierten Sitzung, daß die Offenbarung in den heiligen Schriften und in ungeschriebenen apostolischen Überlieferungen enthalten ist; ferner daß die letzteren die gleiche Verehrung und Achtung verdienen wie die Bibel (D 783). Muß diese Lehre des Konzils so verstanden werden, daß es zwei voneinander ganz unabhängige Offenbarungsquellen gibt? Oder gestattet sie eine Auslegung, die der Tradition in bezug auf die Glaubenslehre im wesentlichen die Funktion zuschreibt, das zu explizieren, was implizite schon in der Schrift enthalten ist? Die Diskussion darüber, die zwischen Heinrich Lennerz SJ, Rom, und Josef Rupert Geiselmann, Tübingen, geführt wurde (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 349), betraf vor allem die Wichtigkeit oder Unerheblichkeit einer Änderung in der Formulierung des Tridentinischen Dekretes. Im Entwurf hieß es, die Offenbarung sei „teils" in der Schrift und „teils" in der münd-

lichen Überlieferung enthalten. Im definitiven Text wurden die Worte „teils-teils" weggelassen.

Lennerz beschäftigt sich in einem zweiten Aufsatz „Sine scripto traditiones" („Gregorianum" 1959, S. 624—635) nochmals mit der Frage, was in dieser Sache die Meinung der Konzilsväter gewesen sei. Er kommt zu demselben Ergebnis wie früher: das Konzil lehre trotz dieser Änderung der Formulierung, die beiden Quellen seien derart voneinander unabhängig, daß es Glaubenswahrheiten gibt, die ganz und gar nicht in der Heiligen Schrift enthalten sind und aus ihr hergeleitet werden können. Das ergibt sich nach seiner Ansicht schon daraus, daß fast die gesamte nachtridentinische Theologie das Dekret so verstanden hat, ohne daß das Lehramt dagegen eingeschritten ist. Es ergibt sich ferner aus den Konzilsakten, die der Verfasser schon in seinem ersten Aufsatz interpretiert hatte.

In seinem zweiten Beitrag untersucht er zunächst, was die Päpstlichen Legaten darüber nach Rom berichtet haben. Er meint: Wenn dieser kleinen Textänderung vom Konzil selbst eine so große Bedeutung beigemessen worden wäre, dann müßte in den Berichten davon doch eine Spur zu finden sein. Das ist nicht der Fall. Die Legaten schreiben: „Es besteht eine nicht geringe Meinungsverschiedenheit zwischen Katholiken und Häretikern, weil ... die nichtgeschriebenen Überlieferungen so sehr bekämpft wurden, daß man auf nichts eine größere Aufmerksamkeit verwandte als darauf, sie zunichte zu machen, in der Meinung, daß alles zum Heil Notwendige in der Schrift stehe."

Ferner argumentiert Lennerz aus dem Text des Konzilsdekretes: Wenn das Konzil von der Existenz der selbständigen mündlichen Überlieferung nicht überzeugt war, wie konnte es dann lehren, daß die Offenbarung in den Traditionen enthalten ist, daß sie denselben Respekt verdienen wie die Schrift, wie konnte es den Verächtern dieser Traditionen die Exkommunikation androhen, und wie konnte es sich schließlich in seinen dogmatischen Entscheidungen auf sie berufen! Diese Argumentation beruht aber auf einer wichtigen Voraussetzung: „Es kann nicht dasselbe ‚geschrieben' sein, das heißt in der Heiligen Schrift zu finden, und zugleich ‚nichtgeschrieben', das heißt in der Heiligen Schrift nicht zu finden. Diese beiden Dinge schließen sich aus: entweder geschrieben oder nichtgeschrieben."

Lennerz führt drei Beispiele dafür an, daß das Konzil gewisse Lehren allein auf die Tradition stützt: den Kommunionempfang des Priesters, die Krankenölung und die Darbringung des Meßopfers für Verstorbene. Das Beispiel der Krankenölung ist aber nicht überzeugend; denn das Konzil lehrt doch, daß dieses Sakrament sich aus Jak. 5, 14—15 herleiten läßt, wenn man diesen Text im Sinne der Tradition versteht. Es weist der Tradition demnach eine explizierende Funktion zu. Die beiden anderen Beispiele treffen insofern zu, als das Konzil in beiden Fällen nicht ausdrücklich auf die Schrift verweist. Aber betrifft das erste von ihnen überhaupt eine dogmatische und nicht vielmehr eine kultisch-disziplinäre Frage? Und gibt es für das dritte etwa keine biblischen Prämissen? Werden sie nicht im Text (D 940) sogar angedeutet?

Wenn man der These von Lennerz beipflichtet, dann bleibt außerdem unerklärt, warum das Konzil eine so markante Textänderung vorgenommen hat. Die vom Konzil definitiv gewählte Ausdrucksweise läßt im Gegensatz zu dem Wortlaut des Entwurfs die Möglichkeit offen, das Verhältnis zwischen Bibel und Tradition allgemein und grundsätzlich so zu verstehen, wie das Konzil selbst es im Falle der Krankenölung getan hat: Die Tradition hebt Offenbarungswahrheiten, die in der Schrift nur angedeutet oder in ihren Prämissen enthalten sind, in das volle und richtige Licht.

Man kann auch wohl nicht behaupten, daß eine solche Interpretation des Dekretes die Intention des Konzils verkennen würde, die darin bestand, die katholische Glaubenslehre gegen das Prinzip „sola scriptura" der Reformatoren zu definieren. Zu diesem Zweck genügte es klarzustellen, daß die Offenbarungswahrheiten in der Schrift und in der Tradition enthalten sind. Es konnte dahingestellt bleiben, ob die Tradition von der Schrift ganz unabhängig ist oder ob sie die Schrift expliziert. Die Reformatoren bestritten ihr ja auch diesen explizierenden Charakter, soweit daraus Normen für die Schriftauslegung abgeleitet wurden. Es müßte gezeigt werden, daß das Konzil darüber hinaus die innerkatholische Kontroverse über das Verhältnis von Schrift und mündlicher Überlieferung habe entscheiden wollen. Dagegen spricht die Änderung der Textformulierung. Welchen sonstigen Grund gibt es für sie außer dem, daß man diese Frage offenlassen wollte?

Wenn das zutrifft, dann kann man auch die Interpretation des Konzilsdekretes durch die Mehrzahl der späteren Theologen im Sinne der Formel „teils-teils" nicht als Argument verwenden. Dann besteht in dieser Sache bis heute Meinungsfreiheit. Es wäre auch nicht das einzige Beispiel dafür, daß gewisse Aspekte der Offenbarungswahrheiten aus kontroverstheologischen Gesichtspunkten überakzentuiert und andere verdunkelt worden sind und daß die Korrekturen Jahrhunderte brauchten.

Gegen die These von Lennerz wendet sich vor allem das neue Werk von *Geiselmann:* „Die lebendige Überlieferung als Norm des christlichen Glaubens, dargestellt im Geiste der Traditionslehre Joh. Ev. Kuhns" (Freiburg 1959).

Die Tradition als Explikation der Schrift

Der Tübinger Theologe Johann Ev. Kuhn hat während seines ganzen Lebens am Begriff der Tradition gearbeitet. Dabei standen ihm immer die Trienter Entscheidungen vor Augen. Das Ergebnis seiner Arbeit besteht in der Einsicht, „daß der Heiligen Schrift als dem Gegenstand der Erkenntnis die Tradition als Auslegungs- und Erkenntnisprinzip zugeordnet wird" (156).

Kuhn gibt zunächst jener Tridentinischen Bestimmung ihr volles Gewicht, wonach die Heilige Schrift immer so ausgelegt werden muß, wie die Kirche sie verstanden hat und versteht und die übereinstimmende Lehre der Väter sie deutet (vgl. D 786). Daraus folgert er: „Erklärende Norm kann die Tradition doch nur unter der Voraussetzung sein, daß sie auch von den Wahrheiten redet, die sie erklären soll und die in der Schrift stehen. Damit ist also in dem Konzilsdekret vorausgesetzt, daß sich Schrift und Tradition inhaltlich decken und es sich bei der Tradition nicht um eine substantiell inhaltliche Ergänzung der Heiligen Schrift, sondern nur um ihre objektive Auslegung handeln kann" (157). Man mag daran zweifeln, ob das Wort „nur" im letzten Satz folgerichtig ist, wenngleich der Gedankengang, daß die Überlieferung auch die in der Schrift enthaltenen Glaubenswahrheiten in sich birgt, wohl kaum bestritten werden kann. Aber sie könnte ja mehr enthalten als die Schrift!

Kuhn stellt sich der Frage, wie seine Auffassung zu ver-

einbaren sei mit der anderen Trienter Entscheidung, nach der die Offenbarung nicht in der Schrift allein, sondern auch mündlich überliefert ist. Er meint, die mündliche Überlieferung füge der Schrift keine völlig neuen Glaubenswahrheiten hinzu, sondern ergänze sie, was den Inhalt betrifft, bloß „relativ zu dem nur andeutungsweise in der Schrift Ausgesprochenen und nur implizite Enthaltenen" (158). Damit wird die These von Lennerz, daß etwas nur entweder „geschrieben" oder „nichtgeschrieben" überliefert worden sein könne, radikal bestritten. Kuhn versteht die Tradition nicht als eine zweite Schatulle des depositum fidei, die andere Edelsteine enthält als die Schrift. Sie ist in seiner Auffassung „ihrem Wesen nach Glaubensnorm und Glaubensregel und das objektive Auslegungsprinzip der Heiligen Schrift. Dies ist der Sinn des ‚Hauptsatzes' des Konzilsdekretes, die heilsame Lehre des Evangeliums sei in der Schrift und den nichtgeschriebenen Traditionen enthalten" (158). Kuhn bestreitet keineswegs die Insuffizienz der Schrift für den Glauben, die in dem Konzilsdekret festgestellt wird. Aber sie ist nach seiner Meinung eine qualitative. Die Schrift enthält manche Glaubenswahrheiten nur einschlußweise oder in ihren Prämissen. Ihre Lehre ist zudem sehr oft bezogen auf eine bestimmte Situation, und die Tradition erhebt sie aus diesem Zusammenhang ins Allgemeingültige und zur absoluten Glaubensnorm.

Der geschichtliche Hintergrund des Konzils von Trient

Um die Vereinbarkeit dieses Traditionsbegriffes mit den Trienter Dekreten beurteilen zu können, muß man sich vor allem deren geschichtlichen Hintergrund gegenwärtig halten. Sie richten sich gegen die reformatorischen Lehren. Die Konkordienformel besagt, daß die heiligen Schriften nach Ansicht der reformatorischen Theologie die einzige Regel und Norm sind, die für die Beurteilung von Dogmen und Doktrinen in Betracht kommt. Die Dokumente der Tradition mögen einen großen historischen Wert besitzen, aber einen dogmatischen haben sie nicht. Die Schrift dagegen legt sich nicht nur selbst aus, sondern richtet auch über die Rechtgläubigkeit jeder Lehre und Praxis. Das ist die Pointe des Grundsatzes „scriptura sola!" gegen die katholische Lehre. „Damit wird das Dasein und das ununterbrochene Fortbestehen der reinen apostolischen Lehre in der katholischen Kirche geleugnet, der kirchlichen Lehre die Gültigkeit abgesprochen und gefordert, den kirchlichen Glauben an den Maßstäben der Schriftlehre zu prüfen; Glaube und Lehre der Kirche werden nur insoweit anerkannt, als sie mit der Norm der Schriftauslegung übereinstimmen" (156).

Kern der Kontroverse ist also die Frage nach der Glaubensnorm. Die Frage nach der Vollständigkeit oder Unvollständigkeit der Schrift wird ja schon bei Johannes dahin beantwortet, daß nicht alles aufgeschrieben ist, was man von Jesus wußte. Aber die Reformatoren haben mit einer radikalen Deutlichkeit in Abrede gestellt, daß die nicht in der Schrift enthaltenen Teile der Überlieferung irgendeine Bedeutung für den Glauben haben.

Der Traditionsbegriff der Väter

Kuhn meint ferner, daß sein Traditionsbegriff auch in voller Übereinstimmung mit den Vätern stehe. „Beim Studium der Väter, unter ihnen vor allem bei Irenäus und bei Vinzenz von Lerin, macht Kuhn die Entdeckung, daß diese von einer inhaltlichen Unvollständigkeit der Heiligen Schrift, die durch die Überlieferung vervollständigt werden müsse, nichts wissen. In der Anerkennung des unerschöpflichen Inhaltes und der Vollkommenheit der Heiligen Schrift stimmen alle Väter überein" (133). Kuhn führt dafür eine Reihe von Zeugnissen an.

„Allein, wenn die Väter die inhaltliche Vollkommenheit der Heiligen Schrift übereinstimmend bezeugen — zum reinen Schriftprinzip hat sich keiner von ihnen bekannt" (133). Denn der Schrift fehlt gerade wegen der Tiefe ihres Gehaltes die sich selbst erklärende Deutlichkeit. Ihr Wortlaut kann Zweifel und Streitfragen aufwerfen; ja nach Tertullian (de praescript. c. 38) verwirklicht sich nur deswegen das Wort in 1 Kor. 11, 19, daß es Häresien geben müsse. „Das abschließende Urteil gibt Vinzenz von Lerin in seinem ‚Commonitorium', das um so bedeutsamer ist, als er in ihm nicht etwa seine Privatmeinung, sondern die Lehre des christlichen Altertums wiedergeben will. Obwohl er die inhaltliche Vollkommenheit der Heiligen Schrift bejaht, fordert er doch, daß ihre Erklärung sich secundum ecclesiastici et catholici sensus normam zu richten habe, da sie wegen der Tiefe ihres Inhaltes den verschiedensten voneinander abweichenden Erklärungen ausgesetzt sei. Der kirchliche Sinn aber besteht in dem, was überall, immer, von allen geglaubt wird (Commonit. c. 3), d. h. in der lebendigen kirchlichen Überlieferung" (135).

Hieraus ergibt sich, daß die Tradition von den Vätern als Regel und Norm des Glaubens angerufen wird und daß sie mit dem Glaubensbewußtsein der auf apostolischer Nachfolge ruhenden und durch das Fortwirken des Heiligen Geistes zu jeder Zeit in der Wahrheit gehaltenen Kirchen identisch ist, wobei Irenäus bekanntlich der römischen Kirche einen Vorrang einräumt.

Allerdings bedienen sich die Väter auch eines Begriffes von Tradition, wonach diese der Heiligen Schrift Inhalte hinzufügt. Dabei handelt es sich aber um Gegenstände des Kultus und der Disziplin. Freilich, „mittelbar bezieht sich diese schriftergänzende Tradition auch auf den Glauben, da dieser allen Erscheinungen und Betätigungen des christlich kirchlichen Lebens zugrunde liegt und sich in den bedeutsamen Gebräuchen der Kirche, besonders in ihren Gebeten, ausdrückt" (144). Doch haben die Väter diese mündlichen Überlieferungen nicht als einen völlig von der Schrift getrennten Offenbarungsstrom betrachtet. So etwa bezieht sich Augustinus zur Rechtfertigung der Kindertaufe einmal auf die apostolische Tradition, ein andermal auf die Schrift, und dieses Verfahren ist kein Einzelfall.

Wichtiger aber ist die weitere Beobachtung, daß die Väter, wenn sie von der Überlieferung sprechen, um irgendeine Lehre oder Praxis der Kirche zu rechtfertigen, sich immer damit begnügen, das Glaubensbewußtsein der Kirche anzurufen, die „lebendige Überlieferung". In ihr sind die mündlichen Überlieferungen der Apostel „aufgehoben". Wiewohl dieser Ausdruck von Hegel stammt, hat Kuhn ihn als fruchtbar für das theologische Verständnis der Tradition empfunden. Er drückt aus, daß die mündlichen Überlieferungen der Apostel für uns nur in der Aussage der Kirche späterer Zeiten greifbar und nur durch sie verbindlich werden. Sie gehen in die lebendige Überlieferung ein und in ihr auf. Was je zu ihrer Zeit von allen und überall geglaubt und geübt wurde und von altersher stammte, das galt den Vätern, wie Kuhn meint, als apostolische Tradition.

In diesem Traditionsbegriff werden die „mündlichen Überlieferungen der Apostel" praktisch gleichgesetzt mit der „lebendigen Überlieferung der Kirche", wie sie sich in ihrem jeweiligen Glaubensbewußtsein äußert und in dessen schriftlichen oder faktischen Dokumenten niederschlägt. Jedenfalls sind sie von ihm nicht zu isolieren. Diese Auffassung findet aber bei Lennerz den schärfsten Widerspruch. „Die Traditionen der Apostel dürfen nicht mit dem Lehramt der Kirche zusammengeworfen, sondern müssen ebenso von ihm unterschieden werden wie die Heilige Schrift" (634). „Wenn und nur wenn diese Unterscheidung beachtet wird, können Verwechslungen und falsche Begriffe vermieden werden." „Man muß unbedingt unterscheiden zwischen ‚apostolischer Tradition' und jenen ungeschriebenen Traditionen, von denen das Konzilsdekret spricht" (633). (Vgl. hierzu jetzt den in der Zeitschriftenschau kurz referierten Aufsatz von Joh. Beumer, ds. Heft, S. 581.)

Diese Unterscheidung ist aber nur dann von so großer Wichtigkeit, wenn man mit Lennerz die mündlichen Überlieferungen als eine von der Schrift ganz und gar unabhängige Quelle göttlicher Offenbarungen versteht. In diesem Fall sagt sie, daß die mündlichen Überlieferungen als testimonia in confirmandis dogmatibus und instaurandis moribus einen absoluten Eigenwert besitzen.

Muß aber nicht die Frage gestellt werden, wie man ihres Zeugnisses überhaupt habhaft werden kann? Wenn man ihr Zeugnis von der lebendigen Überlieferung methodisch isolieren will, was ja doch der Sinn der Unterscheidung ist, die Lennerz fordert, dann müßte man in der Lage sein, unabhängig von der lebendigen Überlieferung den apostolischen Ursprung der mündlichen Traditionen nachzuweisen. Dazu sagt Geiselmann: „Weil die apostolische Überlieferung unzertrennlich mit der kirchlichen Glaubensbezeugung verbunden ist und von ihr nicht isoliert werden kann, ist die apostolische Überlieferung für sich allein auch nicht nachweisbar" (74). Liegt darin nicht auch der Grund dafür, daß die Theologie „die Heilige Schrift als die Hauptbeweisquelle des Glaubens voranstellt"? Und was den Traditionsbeweis für eine Offenbarungswahrheit betrifft, so wird er doch ohne Ausnahme in der Weise geführt, daß man aus den früheren Äußerungen des Lehramtes, den Schriften der Väter und den übrigen Dokumenten des kirchlichen Glaubensbewußtseins nachweist, daß die betreffende Wahrheit „semper, ubique, ab omnibus" wenigstens implizite geglaubt worden ist. Man schließt also aus der lebendigen Überlieferung der Kirche auf die apostolische Tradition. Selbst die ältesten Dokumente der Tradition sind ja Zeugnisse des Glaubensbewußtseins der Kirche, nicht aber in erkennbarer Weise Zeugnisse einer von der Schrift völlig unabhängigen mündlichen Überlieferung. Wollte man sie zum Beweise einer solchen anführen, so wäre das, wie Geiselmann sagt, eine petitio principii (82). Der Beweis der apostolischen Herkunft einer Lehre kann also, wenn man von der Heiligen Schrift und von der lebendigen Überlieferung absieht, nicht geführt werden. Sowohl das Lehramt wie auch die Theologie arbeiten „in confirmandis dogmatibus" die Beziehungen zwischen der Heiligen Schrift und der kirchlichen Überlieferung heraus. Beide haben ihre besondere Funktion. „Der feste Buchstabe der Schrift ist für die lebendig fließende Überlieferung ein Regulator und eine Art von Zaun" (75). Anderseits wird das Verständnis der Schrift und die Tragweite der in ihr enthaltenen Prämissen und Andeutungen durch die lebendige Überlieferung bestimmt. Bei diesem Verfahren sind die mündlichen Überlieferungen tatsächlich in der lebendigen Überlieferung „aufgehoben".

Auch die Besinnung auf den tatsächlichen Hergang der apostolischen Verkündigung, die Geiselmann sehr ausführlich dargestellt hat, bestätigt diese Auffassung vom Verhältnis zwischen Schrift und Tradition. Lukas bemerkt in der Einleitung zu seinem Evangelium ausdrücklich, daß die mündliche Verkündigung und die Heilige Schrift sich nicht material, sondern formal unterscheiden. Das Kerygma ist ein einziges und wird in der Schrift und in den Dokumenten des kirchlichen Glaubensbewußtseins fortschreitend formuliert. Es liegt in der Natur der Sache, daß in Glaubenssätzen die Schrift, in Angelegenheiten des Kultus und der Disziplin dagegen die Tradition bei diesem Prozeß der Explikation die führende Rolle spielt.

Neuerdings hat auch Karl *Rahner* SJ, Innsbruck, an einem Schulbeispiel die Probleme des Traditionsbeweises dargestellt, und es scheint, daß auch er den Thesen von Lennerz mit Skepsis gegenübersteht (vgl. auch hierzu Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 351). Wir berichten aus Rahners Aufsatz „Virginitas in partu" (in: Kirche und Überlieferung, Festschrift zum 70. Geburtstag von J. R. Geiselmann, herg. v. J. Betz und H. Fries, Freiburg 1960), was der Verfasser zu der Meinung von Lennerz in einem Exkurs (S. 62—65) bemerkt.

Rahner bezweifelt, daß es Glaubenswahrheiten gibt, die aus der Schrift nicht abgeleitet werden können, die dagegen „in einem historischen dogmengeschichtlichen Beweisverfahren als explizite Lehre bis in die apostolische Zeit zurückgeführt werden können" (62). Denn dieser Beweis wird nicht dadurch erbracht, daß man in einem Querschnitt das Glaubensbewußtsein eines nachapostolischen Zeitalters dokumentarisch feststellt. Man müßte vielmehr zeigen, daß entweder in der Zeit der Apostel diese Wahrheiten explizit ausgesprochen worden sind, oder mindestens, daß sie in einer Aussage der apostolischen Zeit implizite enthalten sind. Das kann man aber nicht durch das Zeugnis von Vätern aus einem späteren Jahrhundert belegen, „wenn uns ein solcher Vater nicht den mehr als unwahrscheinlichen Gefallen täte, ausdrücklich und feierlich zu erklären, die vorgetragene Lehre sei apostolischen Ursprungs und von absoluter gesamtkirchlicher Autorität" (64). Wer also den Traditionsbeweis in der herkömmlichen Weise führt und meint, er habe dadurch eine von der Schrift unabhängige mündliche Überlieferung aufgewiesen, setzt an die Stelle eines Beweises ein Postulat. Zwar genügt der Beweis aus dem Glaubensbewußtsein einer Traditionsperiode dogmatisch. Aber er kann nicht einsichtig machen, daß eine mündliche apostolische Überlieferung „wirklich mehr enthalten habe, als was aus dem Ganzen der Schrift für uns (bei genügend sorgfältigem, eindringlichem Verhör) noch greifbar ist" (64). Die Fixierung des Kanons der Heiligen Schrift, die als das einleuchtendste Beispiel für eine selbständige mündliche Überlieferung angeführt werden kann, ist ein von Rahner sehr gründlich dargestellter Sonderfall (vgl. K. Rahner, Über die Schriftinspiration, Freiburg 1959, S. 42—45 und 80—84). Er zeigt besonders deutlich den Zusammenhang zwischen Schrift und lebendiger Tradition.

Auch Rahner macht darauf aufmerksam, daß sowohl das Lehramt wie die Theologie der Väter immer bemüht sind, den Zusammenhang zwischen den Glaubenslehren der

Kirche und der Heiligen Schrift aufzuweisen. „Warum hat sich die Vätertheologie immer und in allen Fällen um eine solche Ableitung bemüht und die Tradition eher als Beweis für die Richtigkeit dieser Ableitung denn als schlechthin eigenständige Quelle ... betrachtet?" (62). Und, was das Lehramt betrifft: „Was soll es denn z. B. bedeuten, wenn die Kirche erklärt, auch für die Assumptio Mariae sei die Schrift das ‚letzte Fundament'? Eine weniger unmittelbar und explizit in der Schrift greifbare Wahrheit als diese wird man sich doch kaum denken können" (63).

Rahner meint ferner, den tridentinischen Canones, selbst wenn man sie so auslegt wie Lennerz, würde man genügen, wenn man die Kanonbildung der Schrift ausschließlich auf die Tradition zurückführt und außerdem zugibt, was auch dem evangelischen Theologen keine Schwierigkeit bereitet, daß das mündliche Kerygma nicht nur der Schrift vorausging, sondern auch nach ihrem Entstehen weiterfloß. Daß es Aussagen enthalte, die durch die Schrift in keiner Weise positiv gestützt würden, das sei aus der Tridentinischen Definition unmittelbar nicht zu entnehmen. Es werde (wie bei Lennerz) höchstens aus ihr gefolgert.

Rahner bemerkt außerdem noch, er könne nicht einsehen, daß die These von Lennerz der Dogmatik Vorteile brächte. Ein dogmengeschichtlicher Beweis von voller dogmatischer Beweiskraft sei nicht leichter zu führen als ein Schriftbeweis. Und er fragt Lennerz, ob er denn an den Sinn oder die praktische Bedeutung seiner These glaube, wenn doch offenbar kein Konsens über die Dogmen zu erzielen ist, die nur aus mündlicher Überlieferung stammen.

Auch Yves *Congar* OP hat in seinem Aufsatz „Traditions apostoliques non écrites et suffisance de l'Ecriture" (Istina Jhg. 1959, Nr. 3 [Juli/September] S. 279—306) zu der Kontroverse Stellung genommen. Sowenig wie Karl Rahner will er ein endgültiges Urteil abgeben. Sein Beitrag beschränkt sich, abgesehen von wertvollen Quellen- und Literaturangaben, auf zwei wichtige Aspekte des Problems. Das Ergebnis seiner Untersuchungen stützt die von Geiselmann dargelegte Auffasung. Übrigens bemerkt auch Congar, daß der endgültige Text des Konzils nicht notwendig so ausgelegt werden muß, wie die Mehrheit der nachtridentinischen Theologen und mit ihnen Lennerz ihn verstehen (282).

Welche mündlichen Überlieferungen gibt es?

Die Erörterungen über das Verhältnis von Schrift und mündlicher Überlieferung gewinnen an Gegenständlichkeit, wenn man erfährt, für welche kirchlichen Traditionen die mündliche Überlieferung im kirchlichen Altertum und im Mittelalter überhaupt in Anspruch genommen und auf den Schriftbeweis verzichtet wurde. Besonders wichtig ist es zu wissen, ob sich unter ihnen wirklich dogmatische Lehren befinden. Bekanntlich hat das Konzil von Trient darauf verzichtet, einen Katalog dieser Traditionen aufzustellen. Doch Congar ist der Meinung, daß es genügend sichere Anhaltspunkte gibt, um sich eine Vorstellung davon zu machen, was die Konzilsväter im Auge hatten. Ludwig Nogarola präsentierte dem Konzil im Jahre 1546 eine Liste von 34 solcher Überlieferungen. Eine große Anzahl von ihnen wird durch patristische oder lehramtliche Äußerungen aus dem Altertum, durch theologische Aussagen auf dem Trienter Konzil oder zu seiner Zeit oder gar durch die Trienter Dekrete selbst bestätigt.

Zählen wir, nur als Beispiele und ohne Vollständigkeit anzustreben, einige von ihnen auf: kirchliche Feste, sakramentale Riten, Gebete und Gebetsriten, das Fasten zu bestimmten Zeiten, die Sonntagsfeier, die Ohrenbeichte, das Mönchtum, die Kindertaufe, die Zelebration der heiligen Messe, die Bilderverehrung, die Gültigkeit der Häretikertaufe, die Aufspaltung des Weihesakramentes, die kirchlichen Tagzeiten, die Kanonbildung der Schrift, die Glaubensbekenntnisse. Schon aus diesen Beispielen ist zu ersehen, daß die Überlieferungen überwiegend kultischen oder disziplinären Inhaltes sind, daß sie aber zum Teil doch auch unmittelbar den Glauben berühren oder einen ausgesprochen dogmatischen Charakter haben. Congar erwähnt im Anschluß an Driedo den Opfercharakter der Messe, die Realpräsenz, die Anrufung der Heiligen, das Purgatorium, die Unauflöslichkeit der Ehe, die permanente Jungfräulichkeit Marias.

Aber es ist nicht entscheidend, daß man diese Überlieferungen des Glaubens und des Lebens in der mündlichen apostolischen Tradition begründete, wobei man sich der Kriterien von Vinzenz von Lerin bediente, sondern wichtig ist, wie man diesen Traditionsbeweis mit der Schrift verband. Und darüber äußert Congar eine sehr bestimmte Meinung. Er sagt: zur Zeit der Reformation zeigten die katholischen Apologeten große Sorge, alles das dem apostolischen Depositum zuzuweisen, was die Protestanten leugneten oder bestritten. Dabei verfuhren sie bisweilen ohne die genügende historische Sorgfalt und Kenntnis des Vorganges der Dogmenentwicklung in einer extrem logistischen Manier. Je weiter man von dieser Zeit aus rückwärtsschreitet, je weniger die Notwendigkeit bestand, die Berechtigung kirchlicher Lehren und Bräuche zu verteidigen, um so mehr verschmilzt der Begriff der mündlichen Überlieferung mit dem der von altersher überkommenen kirchlichen Tradition. Die Dogmen der Kirche werden durch eine einfache Darlegung der Heiligen Schriften nach dem Gesetz der analogia fidei begründet: „Das ist die Tradition" (293). „Der kirchliche Glaube ist ganz in den heiligen Schriften enthalten: diese Überzeugung ist damals allgemein" (293). Dagegen werden die Anwendungen dieses Glaubens in der Liturgie und Seelsorge unbefangen der mündlichen Anordnung der Apostel zugeschrieben, wobei man erst relativ spät zwischen unwandelbaren und wandelbaren apostolischen Anordnungen zu unterscheiden beginnt. Diese These Congars ist für das Verständnis der Meinung der Konzilsväter von Trient sicherlich von Wert. Sie hilft vor allem zu verstehen, warum man sich über die mündliche Überlieferung nicht in konkreterer Weise ausgesprochen hat. Man begnügte sich damit, an der überkommenen Glaubenslehre festzuhalten, daß es eine solche gibt. Erst die nachtridentinische Theologie bediente sich ihrer aus apologetischen Gründen gegenüber der reformatorischen Bibeltheologie.

Abschließend faßt Congar die Auffassung der Väter über die Tradition zusammen: Unter „Tradition" verstehen sie die christologische Auslegung des Alten Testamentes und das kirchliche Verständnis des zentralen Mysteriums von Christus und der Kirche gemäß dem Zeugnis der Schrift. Wenn sie von „apostolischen Traditionen" sprechen, haben sie vor allem die allgemeinen und auf den Ursprung der Kirche zurückreichenden liturgisch-disziplinären Bräuche im Auge.

Das Trienter Konzilsdekret ist kein Hindernis, diese Auffassung der Väter beizubehalten. „Man sieht, um die Wahrheit zu sagen, auch nicht, was das für Glaubens-

wahrheiten sein sollen, die durch Jahrhunderte insgeheim von Mund zu Ohr überliefert worden wären. Abgesehen davon, daß die Zeugnisse der ältesten Väter der Idee einer esoterischen Tradition ausdrücklich widersprechen, wäre das eine historisch äußerst unwahrscheinliche Sache" (295). Ein Dogma kann nur eine Offenbarungswahrheit zum Inhalt haben. Die Offenbarung aber ist öffentlich. „Die heiligen Schriften sind die genügende und vollkommene Denkschrift davon. Die Tradition ist nicht, abseits von ihnen, eine zweite Quelle, aus der ein Teil der Glaubenswahrheiten käme, der in ihnen nicht enthalten ist, sondern eine andere, komplementäre Weise, diese Wahrheiten mitzuteilen. Außerdem trägt sie in sich Überlieferungen, und zwar Bräuche, Praktiken oder Riten, deren geschichtliche Entwicklungen nicht hindern, daß sie der Substanz nach möglicherweise von den Aposteln herkommen; erst recht nicht übrigens hindert ihr liturgisch-disziplinärer Charakter, daß sie im Zusammenhang mit der Lehre stehen und eine Tragweite dieser Art besitzen, besonders wenn es sich um die eigentlichen Sakramente handelt" (295). Ein umfassender Begriff von der Kirche umschließt und überwölbt die beiden untrennbaren Elemente der Schrift und der Überlieferung.

Die Suffizienz der Schrift nach der Väterlehre

Der zweite wichtige Nachweis der Studie von Congar führt an Hand einer Fülle von Texten aus den Vätern und aus der mittelalterlichen Theologie, die hier nicht einzeln zitiert zu werden brauchen, zu dem Ergebnis, daß diese Überlieferungszeugen die materielle Suffizienz der Heiligen Schrift für den Glauben lehren. Sie wissen zwar auch von Überlieferungen, die nicht in der Bibel enthalten sind. Aber diese beziehen sich „hauptsächlich, wenn nicht ausschließlich" auf Sitte und Kult. Die Überzeugung von der materialen Suffizienz der Schrift bei den Vätern bedeutet aber nicht, daß sie das Schriftprinzip im reformatorischen Sinne verstanden, das heißt die Bibel zur obersten Norm des Glaubens erhoben hätten. Für sie steht die Schrift in der Tradition und mit ihr in der Kirche.

Die Entstehung des Trienter Dekretes

Hubert *Jedin* hat in seiner „Geschichte des Konzils von Trient" gezeigt, daß der Traditionsbegriff auf dem Konzil erst allmählich zur Klarheit gelangte. Zu einer Begriffsbestimmung, die genau und umfassend genug gewesen wäre, die nachfolgenden Meinungsverschiedenheiten auszuschließen, ist es überhaupt nicht gekommen. Wenn auch, Jedin zufolge, kein Zweifel darüber besteht, daß die Mehrzahl der in Trient anwesenden Theologen der Sache nach das Verhältnis zwischen Schrift und Tradition im Sinne der Formel „partim-partim" verstand, so ist doch diese Frage nicht zuende diskutiert worden, vermutlich von vielen nicht einmal in ihrer ganzen Tragweite erkannt worden und deshalb auch im endgültigen Dekret nicht entschieden.

Über den Gang der Verhandlungen berichtet Henri *Holstein* in seinem Aufsatz „La Tradition d'après le Concile de Trente" in „Recherches de science religieuse" (Bd. 47, Nr. 3 [Juli/September 1959] S. 367—390). Über diesen Aufsatz hat Eduard *Stakemeier* in „Catholica" (14. Jhg., Nr. 1, S. 34—48) unter dem Titel „Das Konzil von Trient über die Tradition" mit Ergänzungen referiert.

Das Problem ist durch die Präsidenten des Konzils, namentlich durch Kardinal Cervini, gleich zu Anfang an die Väter herangetragen worden. Nach der Vorstellung Cervinis ist das apostolische Zeugnis in seinen Hauptlinien in den neutestamentlichen Schriften enthalten. Aber um sie recht zu verstehen, muß man sie im Zusammenhang mit der Lehrüberlieferung auslegen, die in den von den Aposteln begründeten Kirchen erhalten ist und ihnen neben den Schriften von den Aposteln hinterlassen wurde. Außerdem gibt es kultische und sakramentale Überlieferungen, in denen sich ebenfalls der Glaube ausdrückt.

In bezug auf die letzteren zeigte sich zuerst die Schwierigkeit, den Traditionsbegriff zu bestimmen; bei ihrer Vielzahl schien es nicht möglich zu sagen, welche von den Aposteln stammten und welche von ihnen als Anordnungen von Offenbarungscharakter hinterlassen worden waren. Daraus folgte einerseits der Verzicht auf eine Aufzählung einzelner bestimmter Überlieferungen und die Beschränkung auf die grundsätzliche Entscheidung, daß die Tradition zusammen mit der Schrift Quelle unseres Glaubens ist, und anderseits die Unterscheidung zwischen dogmatischen und kultischen Überlieferungen. Das Konzil entschloß sich, nur über die für den Glauben oder die Moral erheblichen Traditionen zu verhandeln. Als erheblich galt das, was nach allgemeiner kirchlicher Überzeugung von den Aposteln im Namen Christi oder unter Einfluß des Heiligen Geistes ihren Kirchen zu glauben aufgegeben worden war und sich durch die ununterbrochene Überlieferung über alle späteren Zeiten hinweg als solches auswies. Man bediente sich also des Kriteriums von Vinzenz von Lerin und beabsichtigte, gegen Luther festzustellen, daß die konkrete Kirche unter der Leitung des Heiligen Geistes stehe und daß dessen Inspiration nicht nur dem Neuen Testament zuteilgeworden sei. „Die eine und einheitliche Lehrverkündigung der Apostel wurde sowohl in den Schriften des Neuen Testamentes wie auch in der ständigen Lehrverkündigung der Kirche unter dem Beistand des Heiligen Geistes weitergeleitet und — um mit Cervini zu sprechen — in den Herzen der Gläubigen durch den Heiligen Geist bewahrt" (Stakemeier 47). Es ist nicht zu erkennen, daß die Väter von Trient zu einem definitiven Urteil über die Beziehungen bzw. die Unterscheidung zwischen den „mündlichen Überlieferungen" und der „lebendigen Überlieferung" der Kirche gelangt sind. Es „fehlt dem Dekret des Konzils von Trient der Reichtum der theologischen Perspektiven der Tradition . . ." (Stakemeier 48).

Die Bedeutung der Tradition in der Kontroverstheologie

Da in diesem Bericht deutlich ausgesprochen wurde, daß zwischen der katholischen und der evangelischen Lehre in unserer Sache ein wichtiger Gegensatz besteht, der die beiderseitigen Auffassungen von der Norm unseres Glaubens betrifft, muß zum Schluß wohl auch gesagt werden, daß dieser Gegensatz wahrscheinlich gar nicht dort liegt, wo manche katholische Theologen ihn suchen, nämlich in der Frage, ob es mündliche Überlieferungen der Apostel gibt. Und wenn es auch in dieser Frage noch einen Gegensatz gibt, ist er vielleicht nicht unüberwindlich, weil er nur durch die Polemik der Reformationszeit hochgespielt wurde. Zu dieser Einsicht führt das Buch von Peter *Lengsfeld*: Überlieferung. Tradition und Schrift in der evangelischen und katholischen Theologie der Gegenwart (Pa-

derborn 1960). Um Wiederholungen zu vermeiden, sei nur festgestellt, daß der Verfasser in der Frage der Auslegung der Trienter Dekrete mehr mit Geiselmann als mit Lennerz übereinstimmt (vgl. S. 118—128), obwohl sein Buch aus einer Dissertation an der Gregorianischen Universität entstanden ist.

Hier soll es vielmehr genannt werden, weil es manche Mißverständnisse aufdeckt, in die man sich von beiden Seiten her hineingesprochen und hineingeschrieben hat. In den Ohren evangelischer Theologen ruft das Wort „Tradition", wenn es aus dem Munde von Katholiken kommt, die Erinnerung an das wach, was die Reformatoren als „Menschensatzungen" (Mark. 7, 7) bekämpft haben. Wir wiederum beklagen, daß sie dabei, wie Lengsfeld meint, das Kind mit dem Bade ausgeschüttet und zwischen apostolischen Überlieferungen und traditionellen kirchlichen Statuten nicht mehr unterschieden haben. So wurde von protestantischer Seite dem Wort der Schrift eine Exklusivstellung verliehen, die es weder irgendwann in der vorreformatorischen Zeit noch in der praktischen Handhabung der evangelisch-theologischen Systematik innehalten konnte. Und ebensowenig entsprach auf katholischer Seite dem Exklusivitätsanspruch, den nachtridentinische Theologen für die mündlichen Überlieferungen postulierten, das tatsächliche Verfahren des Lehramtes und der konkreten theologischen Beweisführung.

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Der Libanon nach den Wahlen

Das Gebiet zwischen Libanon und Taurus zeichnet sich seit Jahrtausenden durch seine besonders komplizierten ethnischen und religiösen Minderheitsverhältnisse aus. Die muslimischen Herrscher dieses Landes, in den letzten Jahrhunderten die Türken, lösten die sich hieraus ergebenden Probleme, indem sie die Religionsgemeinschaften, die zugleich als nationale Minderheiten behandelt wurden, weitgehend sich selbst überließen, die Angehörigen der Staatsreligion bevorzugten und gelegentlich, nämlich dann, wenn es das Staatsinteresse erforderte, eine Minderheit gegen die andere ausspielten. Als nun nach dem ersten Weltkrieg Syrien französisches Mandatsland wurde, mußten sich die Franzosen mit ähnlichen Problemen auseinandersetzen wie die Türken: Sie hatten ein Gebiet zu verwalten und zu beherrschen, das besonders in den Randzonen von religiösen Minderheiten besiedelt war, die u. a. von der französischen Mandatsregierung erwarteten, daß sie die gleichen politischen Rechte erhielten wie die bis dahin von den Türken bevorzugte sunnitische Mehrheit und zugleich als Minderheiten geschützt und in ihren Rechten bestätigt würden. Die Franzosen lösten diese Aufgabe, indem sie das Land in autonome Provinzen aufteilten, in denen jeweils eine Minderheit vorherrschend war. So wurde eine autonome Alawiten-Provinz im Norden, im Süden ein drusisches Gebiet und der Staat Libanon für die Christen gebildet. Das syrische Kernland blieb sunnitisch. Durch diese Aufteilung sollte zugleich der Widerstand großer Teile der Bevölkerung gegen die Franzosen geschwächt werden. Von all diesen Teilen erwies sich allein das Libanongebiet als lebensfähig, alle übrigen Gebiete wurden Syrien einverleibt. Im Libanon hatten die Franzosen die Grenze so gezogen, daß die Christen eine knappe Mehrheit bildeten, Sunniten, Schiiten und Drusen zusammen in der Minderheit blieben. Der Libanon ist also ein religiöser Minderheitenstaat. Dieser Situation wurde die libanesische Verfassung gerecht, indem sie die Konfessionen proportional an der Legislative beteiligte. Die Volksvertreter können zwar als Vertreter von Parteien oder als Unabhängige gewählt werden, es müssen aber in jedem Wahlbezirk eine vorgeschriebene Anzahl Maroniten, Sunniten, Schiiten, Griechisch-Orthodoxe, Drusen usw. gewählt werden. Ein Schiite darf zwar einem Drusen seine Stimme geben, es wird jedoch auf jeden Fall der Abgeordnete der vorgeschriebenen Konfession einen Parlamentssitz erhalten. Ein ungeschriebenes, aber dennoch streng beachtetes Gesetz ist, daß die wichtigsten Staatsämter nur die Angehörigen bestimmter Konfessionen erhalten dürfen: Der Staatspräsident, der mit großen Vollmachten ausgestattet ist, ist immer ein maronitischer Christ, also Katholik, der Ministerpräsident ein sunnitischer Muslim, der Präsident der Kammer immer ein Schiit.

Die Konfessionalisierung des öffentlichen Lebens ist jedoch nur scheinbar. Selbstverständlich üben die Kirchen einen starken politischen Einfluß aus. Die Kirchen sind jedoch nicht ausschließlich religiöse Institutionen, sondern zugleich die natürlichen Vertreter der religiösen und daher auch der kulturellen Minderheiten. Die Abgeordneten werden ja auch nicht von der Hierarchie, sondern von der ganzen Glaubensgemeinschaft ins Parlament gewählt. Der konfessionelle Proporz bei der Wahl der Abgeordneten ist in der Tat die einzige Möglichkeit, das relativ friedliche Nebeneinanderleben der religiösen Minoritäten zu ermöglichen, denn welche politische Richtung ein Abgeordneter auch vertreten mag, so wird er doch immer die elementaren Interessen seiner Gemeinschaft wahrnehmen, weil diese zugleich seine eigenen sind. Die Vielzahl der Religionsgemeinschaften macht es unmöglich, daß kleinere Gemeinschaften überstimmt werden, da im größeren Rahmen die Gemeinschaften aufeinander angewiesen sind.

Trotz der konfessionellen Struktur des Parlamentes und der Regierung gibt es interkonfessionelle Interessengemeinschaften. So bildet z. B. die Gesamtheit der Christen einen geschlossenen Block, wenn es um muslimisch-christliche Differenzen geht. Es ist aber auch durchaus möglich, daß bestimmte wirtschaftspolitische Interessen z. B. von den Parlamentariern verschiedener Religionsgemeinschaften gegen Parlamentarier der gleichen Religionsgemeinschaften vertreten werden.

Sieht man von den im Parlament nicht vertretenen Kommunisten ab, dann gibt es im Libanon eigentlich keine politische Bewegung, die nicht konfessionell begrenzt wäre. Eine politische Partei ist deshalb primär immer die Partei einer bestimmten Religionsgemeinschaft. Es kann im Parlament aber auch zu Gruppierungen kommen, die über die konfessionellen Grenzen hinausreichen, so besonders in der Form „regionaler Blöcke".

Wie im ganzen Vorderen Orient sind auch im Libanon die politischen Organisationen von nur sehr geringer Bedeutung. Ausgesprochene Mitgliederparteien entsprechen eher dem revolutionären als dem demokratischsen Typus. Unter diesen wäre die verbotene kommunistische Partei mit angeblich ca. 8000 Mitgliedern zu nennen (diese Zahl ist ungewöhnlich hoch und daher nicht unbedingt glaubwürdig). Gleichfalls verboten ist die Syrische Volkspartei, die ein syrisch-nationalistisches Programm verficht, also großsyrisch-national und nicht panarabisch orientiert ist. Auch in dieser Partei sollen die konfessionellen Unterschiede keine Rolle spielen. In Wirklichkeit ist die Syrische Volkspartei keine Partei, sondern eine paramilitärische Organisation mit allgemein terroristischen Tendenzen.

Innerhalb der maronitischen Gemeinschaft sind vor allem die Kataeb („Phalanges") zu nennen, ursprünglich eine Jugendbewegung, aus der dann die Partei gleichen Namens hervorging. Die Kataeb vertreten wie die meisten libanesischen Christen einen libanesischen Nationalismus. Gewisse faschistische Züge werden kaum verleugnet. Auch die Kataeb verfügen über eine paramilitärische Organisation. Sie sind im Parlament zwar relativ stark vertreten, ihr politisches Gewicht macht die Organisation jedoch eher in den Straßenschlachten geltend, die im Libanon mit einer gewissen Regelmäßigkeit stattfinden.

Zivile maronitische Gruppen sind der Nationale Block und die Verfassungspartei (Destour), die bis 1952 die Regierung stellte. Diese beiden Parteien sind eigentlich nur die Wahlapparate der führenden maronitischen Familien und im wesentlichen großbürgerlich. (Auch der frühere Staatspräsident Schamoun hat eine eigene liberale Partei gegründet.)

Eine sunnitische Parallelorganisation der Kataeb sind die Najjada, deren politisches Gewicht sich gleichfalls eher auf der Straße als im Parlament geltend macht. Als Partei dürfte man auch die „Sozialistische Fortschrittspartei" des drusischen Feudalherrn Kamal Jumblatt bezeichnen. Mit Sozialismus marxistischer Prägung hat Jumblatts Programm allerdings wenig zu tun. Er verficht eine im Orient keineswegs seltene Kombination von politisch-religiösen Synkretismen und zitiert alle Propheten von Buddha bis Hitler, vornehmlich jedoch Avesta und Vedanta. Jumblatts Anhängerschaft setzt sich aus seiner drusischen Klientel zusammen, die sich, falls nötig, in eine Privatarmee verwandelt.

So wie in anderen arabischen Staaten ist auch im Libanon die Politik so stark personalisiert, daß politische Parteien nur von untergeordneter Bedeutung sein können. Ein Abgeordneter wird von seiner Klientel bzw. von der Klientel dessen, der ihn unterstützt, gewählt. Der Wähler, so weit er nicht mittelbar oder unmittelbar zu einer bestimmten Wahl gezwungen bzw. gekauft wurde, entscheidet sich nicht für eine bestimmte Partei, sondern für einen Kandidaten, der seine persönlichen Interessen, die seiner Familie, des Dorfes und schließlich seiner Religionsgemeinschaft zu vertreten hat. Dieses System, das alles in allem ganz gut funktioniert, ist im wesentlichen oligarchisch. Dennoch ist der Libanon das einzige Land im Vorderen Orient, in dem eine annähernd parlamentarische Demokratie funktioniert. Eine gewisse Voraussetzung hierfür bietet der gute Bildungsstandard (nach Israel der höchste im Nahen Osten), der einen beachtlichen Teil der Bevölkerung befähigt, das politische Geschehen zu verfolgen.

Sieht man von einigen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen ab, dann kann man fast alle bedeutenden politischen Kontroversen im Libanon auf eine bestimmte Ursache zurückführen: Die christliche Mehrheit ist an der Erhaltung des status quo, d. h. an der Erhaltung eines selbständigen Staates Libanon mit christlichem Übergewicht interessiert, die muslimische Minderheit versucht die „christliche Vorherrschaft" zu brechen und sucht als Folge oder Voraussetzung hierfür einen Anschluß an das muslimische Syrien bzw. an die Vereinigte Arabische Republik Nassers.

Die Fronten sind jedoch auch in dieser Frage keineswegs einheitlich. Es gibt christliche Gruppen besonders im Bergland, die eine stärkere Anlehnung an die arabischen Staaten im allgemeinen suchen, im Gegensatz zu anderen Gruppen, die zu einer Anlehnung an die europäischen Mittelmeerstaaten neigen. Starke muslimische Gruppen wiederum sind an der Erhaltung des libanesischen Staates interessiert, weil ein Anschluß an die VAR sie u. a. der Vorzüge der im allgemeinen günstigen wirtschaftlichen Situation des Libanon berauben würde.

Hinsichtlich der nationalen Selbständigkeit des Libanon war zwischen muslimischen und christlichen Politikern im Jahre 1943 folgendes vereinbart worden: Die Muslimen des Libanon verzichten auf eine „syrische oder arabische Vereinigung", die Christen verzichten darauf, den Schutz fremder Mächte in Anspruch zu nehmen. (Es war daher durchaus folgerichtig, daß Präsident Schamoun 1958 die Amerikaner ins Land rief, weil ein gewaltsamer Anschluß an Syrien zu befürchten war.) Der „Pacte de 43", wie das obige Abkommen genannt wurde, ist das Schibboleth der unten behandelten Regierungsbildung — allerdings haben manche libanesische Politiker eine eigene Phonetik entwickelt. Viele Muslimen, aber auch manche Christen sehen den Pacte de 43 für überlebt an, und es ist in der Tat fraglich, ob er noch anwendbar ist. Anderseits garantierte dieses Abkommen die Existenz des Staates.

Eng mit dieser Frage verbunden ist die Forderung vieler muslimischer Politiker nach Abschaffung des konfessionellen Proporz oder, was auf das gleiche hinausläuft, nach einer neuen Volkszählung. Demographische Daten sind im Libanon ein wohl gehütetes Geheimnis. Der gegenwärtige Proporz geht von folgender, inzwischen natürlich längst überholter Statistik aus:

Gesamtzahl der Bevölkerung	1,5 Millionen
Katholiken (Maroniten, Griechisch-katholische usw.)	570 000 = 38 %
Nichtkatholische Christen (Griechisch-orthodoxe, Armenier, Protestanten usw.)	247 000 = 16,5 %
Muslimen (Sunniten u. Schiiten)	600 000 = 40 %
Andere Minderheiten (Drusen, Juden usw.)	83 000 = 5,5 %

Das Verhältnis gibt den Christen also eine bequeme Mehrheit von 9 %. Ob diese Relation je stimmte, darf mit einigem Recht bezweifelt werden. Die Fälschung von Bevölkerungsstatistiken ist auch im Orient nichts Ungewöhnliches. Daß sie heute noch stimmt, ist völlig unwahrscheinlich, denn die Geburtenzuwachsrate bei den Muslimen dürfte höher sein als bei den Christen, zudem wandern sehr viel mehr Christen als Muslimen aus (es leben fast so viel Libanesen im Ausland wie innerhalb des

Landes). Hinzukommen auch noch die ca. 100 000 arabischen Palästina-Flüchtlinge, die jedoch nicht die libanesische Staatsangehörigkeit besitzen. Eine Volkszählung würde also ein numerisches Übergewicht der Muslimen erweisen. Das wird auch nur noch von sehr wenigen ernsthaft bestritten. Einen sehr geschickten Gegenzug in dieser Sache machten einige christliche Politiker, indem sie einer neuen Volkszählung grundsätzlich zustimmten, jedoch unter der Bedingung, daß auch die im Ausland lebenden Libanesen miteinbezogen würden. Die Muslimen werden auf diesen Vorschlag kaum eingehen, weil dann der christliche „Bevölkerungsanteil" noch erheblich größer werden könnte.

Ein anderer Vorwurf seitens der Muslimen ist die Benachteiligung der muslimischen Bevölkerung bei der Vergebung von Ämtern. Dieser Vorwurf mag in mancher Hinsicht berechtigt sein. Aber auch hier darf der Umstand nicht übersehen werden, daß das Bildungsniveau der christlichen Bevölkerung erheblich höher ist als das der Muslimen. Im übrigen scheint die 1958 durchgeführte Verwaltungsreform die größten Mißstände beseitigt zu haben.

Die Wahlen

Die Wahlen, die im Laufe der letzten Wochen im Libanon durchgeführt wurden, sollten vor allem dazu dienen, die durch den Bürgerkrieg von 1958 entstandene Situation zu bereinigen (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 405 ff.). Nach dem erzwungenen Rücktritt des prowestlichen Staatspräsidenten Schamoun hatte General Schehab, der maronitische Oberkommandierende der libanesischen Armee, die Präsidentschaft übernommen. (Die Familie Schehab, von der es einen muslimischen und einen christlichen Zweig gibt, gehört zu den einflußreichsten im Lande.) Schehab genoß sowohl das Vertrauen der Muslimen als auch das der Maroniten. Er garantierte einerseits die Unabhängigkeit des Landes, führte anderseits eine Verwaltungsreform durch, die einen Teil der innenpolitischen Forderungen der Muslimen erfüllte. U. a. wurde auch die Abgeordnetenzahl auf 99 erhöht, was eine bessere Repräsentation garantierte. Alle Parteien fanden sich mit seiner Regierung ab, weil, so schien es wenigstens, nur er den Bürgerkrieg beenden konnte. Schehab hat sich in den letzten zwei Jahren als ausgezeichneter Politiker erwiesen. Obgleich jede der Parteien sofort zu den Waffen griff, wenn die Regierung die Grenze des Zumutbaren zu überschreiten schien, gelang es ihm immer wieder, einen Bürgerkrieg zu vermeiden. Die ihm nachgesagte Unentschlossenheit ist schließlich seine Stärke gewesen, weil er sich nie dazu entschließen konnte, gewaltsam gegen bestimmte Gruppen vorzugehen.

Präsident Schehab sorgte dafür, daß die Wahlen relativ geheim waren, jedenfalls gab es isolierte Wahlzellen. Die Verteilung der Wahlen über mehrere Wochen ermöglichte einen großzügigen Einsatz der Sicherheitskräfte im jeweiligen Wahlgebiet, so daß es während der Wahlen selber kaum zu Unruhen kam. Auch die Wahlbeeinträchtigung durch Regierungsorgane oder Parteiterror war relativ gering. Der Stimmenkauf wurde unter Strafe gestellt und geschah nach den Berichten der Beiruter Zeitung „L'Orient" (18. 7. 60) eher gewohnheitsmäßig, da niemand die gekauften Stimmen kontrollieren konnte. Die Wahlbeteiligung betrug im Durchschnitt ca. 55 %, was im Libanon als befriedigend angesehen wird. Nach Konfessionen teilt sich die neue Kammer wie folgt auf: Maroniten 30, Sunniten 20, Schiiten 19, griechisch-orthodox 11, griechisch-katholisch 6, Drusen 6, armenisch-orthodox 4, armenisch-katholisch 1, protestantisch 1, Minoritäten 1. Das Verhältnis Christen zu Muslimen/Drusen ist also 53 zu 54.

Nur etwa ein Drittel der Abgeordneten vertreten eine Partei oder einen Interessenblock. Die stärkste „Partei" im Parlament, die Kataeb, zählt ganze 5 Abgeordnete. Die wirklichen Kräfteverhältnisse sind noch völlig undurchsichtig, weil viele Abgeordnete sich als Unabhängige geben. Die Partei des ehemaligen Präsidenten Schamoun verlor viele Anhänger, Schamoun selber wurde in seinem eigenen Stammgebiet nur knapp gewählt. Im allgemeinen wurden die Wahlen als ein Vertrauensvotum für General Schehab gewertet. Unter den Sunniten gingen Saeb Salam, einer der radikaleren sunnitischen Führer im Bürgerkrieg 1958, und der etwas gemäßigtere Raschid Karame, der unter Schehab mehrmals Ministerpräsident war, gestärkt hervor.

Die Regierungsbildung

Seit 1958 hat die libanesische Regierung faktisch ohne das Parlament regiert; denn dieses hatte längst nicht mehr das wirkliche politische Kräfteverhältnis repräsentiert. Die Regierungsbildung nach den Wahlen 1960 schloß daher gewisse Gefahren ein. Es war völlig ungewiß, wie sich die Zusammenarbeit zwischen der zukünftigen Regierung und dem neuen Parlament gestalten würde und ob sich im Parlament überhaupt eine Mehrheit für irgendeine arbeitsfähige Regierung finden würde. Als Ministerpräsidenten kamen fast nur Saeb Salam oder Raschid Karame in Frage, die die stärksten sunnitischen Gruppen vertraten. Auch die Möglichkeit, daß sich die Gegensätze um die wenigen extremistischen (d. h. pronasserischen und prowestlichen) Abgeordneten kristallisierten, war zwar nicht sonderlich groß, aber immerhin nicht ausgeschlossen.

Diese nicht ganz ungefährliche Situation wurde durch einen Theatercoup des Präsidenten Schehab fast schlagartig verändert. Am 20. Juli übermittelte Schehab dem Ministerpräsidenten der Wahlregierung, Daouk, seine Demission, „da seine Aufgabe nach der friedlichen Abwicklung der Wahlen erfüllt sei". Diese Demission kam völlig überraschend und eigentlich zu einem Zeitpunkt, da die ausgleichende Politik Schehabs unbedingt nötig war. Schließlich waren auch die Wahlen unter dem Aspekt durchgeführt worden, daß Schehab Staatspräsident blieb. Schehab wurde denn auch von allen Seiten bestürmt, seine Demission rückgängig zu machen; es kam zu Vertrauenskundgebungen und freundlichen Bedrohungen, sein Wohnhaus zu belagern, usw. Nachdem 90 der 99 Abgeordneten, darunter auch Saeb Salam, eine Petition unterzeichnet hatten, die Schehabs Verbleiben im Amt forderte, gab der Präsident unter theatralischen Umständen noch am selben Tage bekannt, daß er bleiben werde.

Durch den nicht erfolgten Rücktritt Schehabs hat sich dann die politische Situation im Libanon erheblich und, wie es scheint, auch günstig verändert; denn Schehab konnte nun seine Bedingungen für die künftige Regierungsbildung diktieren. Die libanesischen Zeitungen redeten in der Folge von einem „Geist des 20. Juli" (d. h. von der Bereitschaft, partikulare Persönlichkeits- und Parteieninteressen zugunsten einer nationalen Politik zurückzustellen), der von nun an die Arbeit des Parlamentes und der Regierung beherrschen müsse. Schehab konnte nun auch Salam mit der Bildung der Regierung betrauen, ohne

befürchten zu müssen, daß dieser von seiner ausgleichenden Linie abweicht. Ein Novum in der libanesischen Innenpolitik war, daß bei den Verhandlungen zur Regierungsbildung der Staatspräsident nicht wie sonst mit den einzelnen Parlamentariern, sondern mit den Vertretern der „Parteien" und der regionalen Blöcke verhandelte. Im Kabinett Salam, das 18 Minister (also 18 % der Abgeordneten) zählt, werden fast alle Parteien und Interessengruppen vertreten sein.

Die außenpolitische Situation

Die politischen Verhältnisse des Libanons werden in gleicher Weise von den bereits genannten innenpolitischen Verhältnissen als auch von der allgemeinen Situation innerhalb des arabischen Raumes bestimmt. Wird von außen her ein „national-arabischer" Druck auf den Libanon ausgeübt, dann erstarken im Innern die separatistischen Tendenzen der Muslimen und zugleich auch die Gegenkräfte. Bewaffnete Gruppen treten in Aktion, von außen werden Geld und Waffen eingeschleust, und es entstehen bürgerkriegsähnliche Situationen oder wie 1958 ein tatsächlicher Bürgerkrieg. Zur Zeit ist das Kräfteverhältnis fast ausgeglichen. Ein nasseristisches Engagement im Libanon ist im Moment kaum zu erwarten, solange die innenpolitische Situation in Syrien unstabil ist. Es scheint auch so etwas wie ein Stillhalteabkommen zwischen Schehab und Nasser zu geben.

Dieses relativ ausgewogene Verhältnis kann jedoch sehr schnell zu Ende gehen. Die irakische Regierung scheint seit geraumer Zeit auf einen Umsturz in Syrien hinzuarbeiten (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 27). Im Laufe des Juli kam es zwar zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen der VAR und dem Irak, es bleibt jedoch fraglich, ob diese von Dauer sein wird. Der beste Ansatzpunkt für einen irakisch unterstützten Umsturz in Syrien wäre ein ernsthafter Konflikt zwischen dem Libanon und der VAR. Es fehlte auch nicht an Gerüchten, daß der Irak versuche, libanesische Abgeordnete „aufzukaufen". Genau so bezeichnend für die labile Situation sind die „Basargerüchte", die vor den Wahlen in Beirut kursierten (nach „The Economist", 2. 6. 60). Nasser versuche das Dutzend christlicher Abgeordneter aufzukaufen, das er benötige, um den Libanon in die VAR hineinwählen zu lassen. Zusammen mit diesen möglicherweise gar nicht so unfundierten Gerüchten äußerten sich die phantastischsten Wunschträume libanesischer Christen, daß man in diesem Fall die Hilfe der Israelis in Anspruch nehmen müsse (zu denen einige Gruppen tatsächlich sehr freundschaftliche, wenn auch geheime Beziehungen unterhalten), weil man auf amerikanische Hilfe nicht mehr rechnen könne. Derartige Spekulationen sind natürlich von der politischen Realität weit entfernt — Israel wird sich kaum im Libanon engagieren —, sie zeigen aber doch, wie groß und schwerwiegend die Furcht der christlich-libanesischen Bevölkerung vor einer Änderung der gegenwärtigen Verhältnisse ist.

Industriearbeiterschaft in der Sowjetzone

Was denken die Menschen in der Sowjetzone? Wie erfahren sie ihren Alltag, ihre Berufsarbeit? Wie stehen sie zu ihrem Betrieb, zum politischen System? Ist es dem Regime gelungen, in der Bevölkerung Resonanz zu finden, oder haben sich die Kräfte des inneren Widerstandes unter den Mitteldeutschen bis heute gegenüber allen Zwangsversuchen zur Sozialisierung des Menschen als stärker erwiesen?

Das alles sind Fragen, die nicht nur von politischer Relevanz sind, etwa im Hinblick auf die Wiedervereinigung. Ihre einigermaßen wirklichkeitsgemäße Beantwortung läßt auch Rückschlüsse darauf zu, inwieweit der einzelne wie auch Gruppen sich systematischer Beeinflussung, d. h. Indoktrination, widersetzen können bzw. ihr erliegen, ob und wie sich Menschen gegenüber den Ansprüchen von totalitären Systemen einigeln können, wie sie zu diesem Zwecke die dem System immanenten Widersprüche zu ihrem Vorteil ausnutzen. Will man die oben gestellten Fragen auf einen Nenner bringen, so kann man sagen, daß sie alle nach der Resistenz des Menschen gegenüber einer militanten Ideologie fragen, in der der einzelne nicht mehr zählen soll.

Die Frage nach dem Widerstandswillen und der Widerstandskraft der Deutschen in der konkreten geschichtlichen Situation, d. h. in der machtmäßig und ideologisch vom Kommunismus besetzten Zone Deutschlands, wird man unter Berücksichtigung der weltanschaulichen Gegenkräfte und der historischen Voraussetzungen unterschiedlich zu beantworten geneigt sein. So kann man davon überzeugt sein, daß Christen kraft ihrer Glaubenshaltung und -einstellung, Bauern wegen des ihnen geschehenen Unrechts, freie Unternehmer wegen der auf ihnen lastenden Pressionen oder ihrer intensiveren Verbindungen zum westlichen Deutschland von vornherein erklärte Gegner des Regimes sind und daß von diesen Gruppen der härteste Widerstand ausgeht. Doch sicher sind solche Mutmaßungen nicht, wenn sie sich nur auf Eindrücke stützen. Es wäre auch möglich, daß gerade solche mit „Vorschuß" bedachte Gruppen, in denen eine kleine Minderheit nach wie vor einen heroischen Kampf gegen die Unfreiheit kämpft, als Gruppe oder soziale Schicht längst resigniert hat, gerade weil sie dem Druck der Machthaber in besonders starkem Ausmaß während der letzten zehn Jahre ausgesetzt war. Wie die Gruppe, die soziale Schicht als Ganzes, dem System gegenüber eingestellt ist, kann nur durch exakte Untersuchungen ermittelt werden.

Derartige nach sozialen Schichten, weltanschaulichen oder beruflichen Gruppen unterschiedene Untersuchungsergebnisse liegen zu unserer Frage bis heute nicht vor. Wohl aber eine Studie, die nicht weniger aufschlußreich ist als die hier als notwendig umschriebenen. Es handelt sich um eine Erhebung, die sich mit einer sozialen Gruppe befaßt, die man als den entgegengesetzten Flügel zu den oben genannten Gruppen anzusehen geneigt ist: die Industriearbeiter der Zone. Diese bilden eine soziale Gruppe, die breit und daher gewichtig, um nicht zu sagen repräsentativ für die Bevölkerung Mitteldeutschlands steht. Die Industriearbeiter der Zone stellen zudem die Gruppe dar, die vom SED-Regime immer wieder als besondere Säule des kommunistischen Staates herausgestellt wird, um deretwillen der Prozeß der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen „Neuordnung" eingeleitet wurde und heute durchgeführt wird — wie die Machthaber unausgesetzt behaupten. Diese Gruppe kann sicher nicht als „kapitalistisch" oder als „bourgeois verseucht" angesehen werden; sie war seit mehr als dreißig Jahren weitgehend sozialistisch, wenn nicht — wie in Sachsen — kommunistisch eingestellt.

Was denken diese „Schoßkinder des Systems" über das System?

Die Studie, die sich mit dieser Frage befaßt, ist das Ergebnis einer Erhebung, die vom Institut Infratest, München, im Auftrage des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen durchgeführt wurde (Voggo Graf Blücher, Industriearbeiterschaft in der Sowjetzone. Eine Untersuchung der Arbeiterschaft in der Volkseigenen Industrie der SBZ. Enke Verlag Stuttgart 1959. 103 S.). Die Untersuchung hat zwei Mängel. Sie wurde 1956, also vor vier Jahren, durchgeführt, was im Hinblick auf die gegenwärtige Situation gewisse Modifizierungen der Ergebnisse wahrscheinlich macht (auch wenn die Verfasser versichern, daß die in den letzten Jahren gemachten Kontrolltests die Grundkonzeption der Studie bestätigten); die Erhebung mußte sich ferner auf die Aussagen von „Republikflüchtigen" und „Westurlaubern" beschränken. Doch ist in diesem Zusammenhang wichtig, daß nur bei 28 Prozent der Befragten das Motiv der politischen Flucht für das Verlassen der Zone entscheidend war.

Methodisch ist die Studie wissenschaftlich exakt gearbeitet. Die Erhebung setzt sich zusammen aus 83 Intensivinterviews (Monographien), weiteren 300 Interviews und einer Kontrolle des Erhebungsmaterials durch einen psychologischen Wort-Assoziationstest. Die Aufgliederung der zu Befragenden erfolgte entsprechend der sozialen Struktur der Arbeiterschaft in der Volkseigenen Industrie der Zone (Bergbau, chemische Industrie, Elektrotechnik, Energie, Maschinenbau, Baugewerbe u. a.), ferner unter regionalen und altersmäßigen Gesichtspunkten. Die Befragten stammten zu fast zwei Dritteln aus den mittleren Einkommensgruppen mit Monatsverdiensten zwischen 220 bis 520 DM; das letzte Drittel mit 520 bis 820 DM gehörte der Klasse der qualifizierten Arbeiter an.

Ein erstes Überschlagsergebnis

Die untersuchte soziale Gruppe der Industriearbeiter zeichnete sich durch eine ungewöhnlich hohe Homogenität aus. 90 Prozent hatten ihren sozialen Status innerhalb der zehn Jahre Kommunismus in Mitteldeutschland nicht geändert, fast alle hatten nur die Volksschule besucht. Hingegen war die vertikale Mobilität (gegenüber der Elterngeneration) sehr hoch: nur 40 Prozent der Industriearbeiter stammten aus Arbeiterfamilien (die übrigen 60 v. H. kamen aus Angestellten-, Handwerker- und Bauernfamilien). Die Untersuchung weist übrigens ausdrücklich darauf hin, daß diese Form von Nivellierung und Mobilität, die mit zum Programm kommunistischer Sozialreform gehört, von den Kommunisten in der Zone nicht geschaffen, sondern vorgefunden worden ist.

Dieser relativ hohen Homogenität der Gruppe entspricht nicht ihre Einstellung gegenüber dem Kommunismus. Die Einstellung zum Kommunismus sprengt die Gruppe. Das Ergebnis der Intensivinterviews (Einstellung gegenüber dem Kommunismus) lautete:

Ganz oder überwiegend marxistisch-leninistisch eingestellt	35 v. H.
davon: überzeugte Kommunisten, Ideologiegläubigkeit	6 v. H.
unreflektierte Träger der kommunistischen Ideologie, mit gelegentlichem Ausbrechen	12 v. H.
überwiegend, aber nicht bewußt marxistische Gedankengänge	17 v. H.
teilweise, aber nicht überwiegend marxistische Haltungen	26 v. H.
von kommunistischer Ideologie frei, unreflektierte westliche bis bewußt antikommunistische Haltungen	35 v. H.
nicht auswertbare Fälle	4 v. H.

Zur rechten Beurteilung dieses Zahlenergebnisses weist die Untersuchung darauf hin, man dürfe nicht vergessen, daß die Befragten aus einer Zone ständiger kommunistischer Propaganda kommen. Ihr Weltbild kennt kein anderes Gegensatzpaar als Kapitalismus und Kommunismus. Außerdem sei bemerkenswert, daß die Mehrzahl der marxistisch Eingestellten den Marxismus unreflektiert und nicht bewußt vertrete. „In eine andere Umgebung gestellt, mit den tatsächlichen Alternativen zum Kommunismus vertraut gemacht, dürfte die Mehrzahl in dieser Gruppe durchaus für einen freiheitlichen oder demokratischen Sozialismus aufgeschlossen sein." Wichtiger jedoch als dieser Befund ist ein anderes Ergebnis, daß nämlich offensichtlich unter der Arbeiterschaft der bevorzugten Betriebe des Regimes es „eine nicht kleine Gruppe von Arbeitern gibt, die trotz der über fünfunddreißigjährigen Tradition der wichtigsten Industriegebiete der SBZ allen ideologischen Beeinflussungsversuchen bisher widerstanden hat".

Die Studie bietet jedoch in diesem ersten Überblick über die Grundeinstellungen der mitteldeutschen Arbeiter noch ein Ergebnis, das geeignet ist, dieses erste Ergebnis: Verhältnis des Arbeiters zur Partei, zu modifizieren. Eine Kontrollfrage der Interviewer lautete: Wie stehen Sie zur Eigentumsfrage? Sie wurde wie folgt beantwortet:

Radikal leninistisch (Volkseigentum, Modell SED)	16 v. H.
Gemäßigt marxistisch; Verstaatlichung mit Zugeständnissen an das Privateigentum	24 v. H.
Dualistische Wirtschaftsordnung; Grundstoffindustrien sozialisiert; privater Sektor (etwa Modell SPD heute)	29 v. H.
Marktwirtschaft mit staatlichem Sektor (etwa im Sinne der sozialen Marktwirtschaft)	15 v. H.
Liberalistische Eigentumsordnung	8 v. H.
Nicht auswertbar, da keinerlei klare Vorstellung	8 v. H.

Zwei Drittel aller Befragten sprachen sich also für irgendeine Form der Gemeinwirtschaft aus. Die Studie folgert daraus: Wenn auch den Kommunisten wirkliche Erfolge in der Beeinflussung der Arbeiterschaft der Zone bis jetzt versagt geblieben sind, so sind ihnen zweifellos „relativ tiefere Einbrüche" in der Frage der Einstellung zum Eigentum gelungen. Wie inzwischen neuere Befragungen ergeben haben, „beschränkt sich diese Erscheinung nicht auf die Gruppe der Arbeiter in der SBZ". Diese paradox erscheinende Einstellung des Arbeiters zum ideologischen System, zur institutionalisierten Ideologie und ihren Vertretern einerseits und zu den „Errungenschaften" der „sozialistischen Ordnung" anderseits durchzieht die gesamte Studie. Sie ist für den Arbeiter der SBZ typisch und scheint nicht auf ihn beschränkt zu sein.

Arbeiter und Volkseigener Betrieb

In der Untersuchung wurden Arbeiter auf 76 Volkseigenen Betrieben der Zone befragt. Davon waren 24 kleine und mittlere Betriebe (bis 1000 Mann Belegschaft), 37 Großbetriebe (bis 5000 Mann) und 15 Größtbetriebe (über 5000 Mann Belegschaft). Die Arbeiter äußerten sich fast nie aggressiv gegenüber ihrem früheren Betrieb. Grundtenor der Aussagen war: „Was meine Brigade war — die Leute waren in Ordnung." Daraus folgert die Studie, daß das Problem der kleinen Arbeitsgruppe in der Zone offenbar gelöst ist. „Dieses Befragungsergebnis", so heißt es weiter, „erscheint im rechten Licht, wenn man seine Bedeutung an der Feststellung mißt, daß die ‚kleine Arbeitsgruppe' von der amerikanischen Betriebssoziologie als bedeutsames Element funktionsfähiger Betriebe und Vor-

aussetzung für optimale Arbeitsleistungen erkannt worden ist. Gehen die Amerikaner mehr und mehr dazu über, aus der ‚informal group' die Arbeitsgruppe zusammenzustellen, so fördern die Betriebe der SBZ offenbar mit vielen Mitteln die Solidarität der bestehenden formalen Arbeitsgruppen — nicht ohne Erfolg, wie die Untersuchung zeigt." Wurde jedoch die Frage nach dem Betriebsklima im gesamten Betrieb gestellt, „so erfährt man von Reibungen und Spannungen — auch dort, wo über eine gute Zusammenarbeit innerhalb der Brigade berichtet wird". Unter den Motivationen für eine gute Zusammenarbeit innerhalb der Brigaden zeichneten sich zwei Gruppen ab: Die Brigade kann zusammenwachsen, weil man die Betriebsziele und auch die Ideologie bejaht; sie braucht aber auch nichts anderes darzustellen als eine „Notgemeinschaft Ausgebeuteter und Entrechteter". Der soziale und weitgehend auch der wirtschaftliche Effekt ist in beiden Fällen fast unverändert gleich groß. „Eines ihrer Ziele", resümiert die Studie, „scheint die Ideologie offenbar weitgehend erreicht zu haben: Solidarität, freilich nicht der ‚Arbeiterklasse', sondern der kleinen Gruppen — zum Teil für, zum Teil wider das Regime."

Das Verhältnis zu den Vorgesetzten und Privilegierten

Bezüglich des Verhältnisses zwischen Arbeitern und Vorgesetzten im Betrieb fällt zunächst auf, daß die befragten Arbeiter Begriffe wie „Angestellter" und „Parteileute", ferner auch „höhere Vorgesetzte" und „Partei" häufig synonym gebrauchten.

Die persönlich gemachten Erfahrungen der Arbeiter mit SED-Mitgliedern im Betrieb machen das für die SBZ typische „Spaltungsdenken" deutlich. Der nicht regimehörige Arbeiter trennt Politik und Person. Seine menschlichen Beziehungen zu Parteimitgliedern schneiden dabei besser ab als die politischen. Die Studie bezeichnet dieses Ergebnis als einen gewissen „Achtungserfolg" der SED-Leute in den Betrieben. Doch wird nicht ganz klar, ob dieser Erfolg auf das Konto der zuverlässigen oder der unzuverlässigen Parteielemente zu buchen ist. Sicher ist nur, daß zum Zeitpunkt der Erhebung nur ein Drittel der SED-Mitglieder von den Befragten als absolut linientreu bezeichnet wurde, daß ferner rund die Hälfte der befragten eindeutig marxistisch eingestellten Arbeiter (das waren 10—15 Prozent aller Befragten) Nationalkommunisten (Titoisten) waren. Die Studie folgert aus diesen Ergebnissen, daß der SED bis 1956 der Übergang von der Massenpartei zur Kaderpartei noch nicht gelungen war.

Insgesamt betrachtet, kommt die Studie jedoch zu dem Ergebnis, daß, obgleich die Partei eine bedeutende Rolle in der betrieblichen Hierarchie der Zone spielt, das Verhältnis der Arbeiterschaft der Zone zu den ihr vorgesetzten Stellen „sich prinzipiell nicht so sehr von den Verhältnissen in westlichen Betrieben unterscheidet". Wie sehr auch die Verhältnisse institutionalisiert sein mögen, die betriebliche Hierarchie straff, die Arbeitsdisziplin scharf sein mag — das menschlich-persönliche Element überlagert die betriebliche Ordnung fortgesetzt. Die Direktoren, „mit denen man meist offen über alle Probleme und Mißstände reden kann", verschanzen sich meistens hinter offiziellen Thesen der Ideologie, von denen sie sich gleichzeitig persönlich distanzieren („Ich kann nichts machen"). „Es kommt ganz auf den Menschen an", war der immer wieder zu hörende Kehrreim. Einerseits sagt man: „Wir konnten mit dem Direktor reden, was wir wollten, es wurde doch alles politisch ausgelegt, und wir wurden mit der ‚Zukunft' vertröstet." Anderseits heißt es: „Genosse Direktor oder Kollege Direktor — es geht doch etwas leichter als früher, man geht doch anders 'ran heute, ohne Formalitäten."

Da viele höhere Angestellte und Funktionäre in den Betrieben der Zone früher selbst Arbeiter gewesen sind, wurde auch die Frage gestellt: „Bleiben die Aufgestiegenen im Herzen Arbeiter?" Die Antwort auf diese Frage fiel eindeutig aus: Nur fünf der befragten Arbeiter bejahten sie, alle anderen verneinten sie oder machten stärkere Einschränkungen. Damit ist die negative Antwort, die Milovan Djilas (Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems. München 1958; vgl. Die Welt der Bücher, 1958, S. 543) rein hypothetisch auf diese institutionelle Kernfrage des kommunistischen Sozialsystems gegeben hat, für den Bereich der deutschen Sowjetzone auch empirisch belegt.

Sehr komplex erscheint das Verhältnis des Arbeiters zu den Angestellten und zur „Intelligenz". Daß über „zu viele Angestellte" geklagt wird, ist dabei nicht sonderlich aufschlußreich. (Diese Klage kann man in allen modernen Industriewirtschaften hören.) Spezifisch für die Zone ist vielmehr die Dreiteilung, die die Arbeiterschaft gegenüber anderen Sozialgruppen im Betrieb vorgenommen hat. Sie unterscheidet: „Angestellte", „alte Intelligenz", „neue Intelligenz". Das Verhältnis zur „alten Intelligenz", das sind Ärzte, Professoren, z. T. auch Ingenieure, ist dabei am wenigsten belastet. Diese Gruppe wird als „freundlich und vornehm" bezeichnet. Ausgesprochen gespannt ist hingegen das Verhältnis zur „neuen Intelligenz". Die Vertreter dieser Gruppe verdienen nach Ansicht der Arbeiter zuviel. „An sich ist es natürlich, daß ‚die Leute oben' mehr Geld haben; hier ist es aber nicht natürlich, weil sie nicht mehr leisten", heißt es. Oder: „Sie ist auch nichts Besseres, wenn sie sich auch so fühlt." Zwischen „alter" und „neuer Intelligenz" stehen, was die innerbetrieblichen Spannungen zwischen Arbeitern und anderen Sozialgruppen anbelangt, die „Angestellten". Teils kommt man mit ihnen aus, teils nicht. Hierbei spielen stereotype Verhaltensmuster, die sich an der Haltung zur Partei orientieren, die entscheidende Rolle. „Von denen, die in der Partei sind — deutlicher Abstand; mit denen, die nicht in der Partei sind — guter Kontakt", heißt es — oder umgekehrt, je nach Einstellung des Befragten zur Partei. Dazu tritt noch ein anderer Gesichtspunkt: „Ab 600—700 DM werden die Angestellten unangenehm, es gibt Konflikte."

Der Inhalt der Lohn- oder der Gehaltstüte bestimmt weitgehend die Einstellungen der Arbeiter zu anderen sozialen Gruppen mit. Das erklärt sich weniger daraus, wie die Studie betont, daß die Arbeiter den anderen die höheren Gehälter nicht gönnten, sondern aus dem wirtschaftlichen Status des Industriearbeiters in der Zone: er lebt am Rande des Existenzminimums, er war — zumindest zum Zeitpunkt der Untersuchung — „proletarisiert"; und zwar im Sinne der ursprünglichen Wortbedeutung: „Er denkt an die nackte Existenz und vergißt darüber ideelle Werte", heißt es in der Studie. „‚Proletarische Bewußtseinsbildung' im Sinne der offiziellen Ideologie kannte die Arbeiterschaft dagegen kaum. Die längst mittelständisch-kleinbürgerliche Haltung der westlichen Arbeiterschaft ist ihr fremd geblieben — oder wieder verlorengegangen."

Dieses Selbstbewußtsein der Arbeiter, Proletarier — im Sinne Marxens, nicht der Partei — zu sein, denn sie fühlen sich nicht als Mitbesitzer der Volkseigenen Werke, sondern

bezeichnen sich als „bezahlte Lohnarbeiter" oder als „ausgebeutet", ist jedoch wiederum eigentümlich gebrochen. Man stößt sich an den neuen „künstlichen Klassenschranken". Man empfindet „das heutige Verhältnis zwischen Arbeitern und Intellektuellen als einen Rückschritt gegenüber der ‚Volksgemeinschaft' der Nazizeit". Die letztgenannte These, fährt die Studie fort, „trat uns oft entgegen; obwohl die Befragung das Problem nicht speziell anschnitt, drängt sich die Vermutung auf, daß Residuen der nationalsozialistischen Ideologie wahrscheinlich in der Sowjetzone eine nicht unbeachtliche Rolle spielen". Insgesamt betrachtet, läßt sich aus der Einstellung der Arbeiter gegenüber den privilegierten Schichten schließen, „daß der Versuch einer verwaltungstechnisch geschaffenen Nivellierung der Gesellschaft nicht die erwünschten Wirkungen auf das Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft der SBZ gehabt hat: Das orientiert sich vielmehr an früheren Gesellschaftsordnungen, wie die innere Anerkennung der ‚alten Intelligenz' beweist."

„Innerbetriebliche Demokratie"

Unter „innerbetrieblicher Demokratie" versteht man in der Sprache der Zone das Prinzip des betrieblichen Mitspracherechtes. Es ist theoretisch in allen Industriegruppen verwirklicht. Das Prinzip wird in einem erstaunlichem Ausmaß von fast allen Befragten gutgeheißen. Gegenüber seiner praktischen Anwendung in den Betrieben — die sog. „Produktionsberatungen" finden wenigstens einmal monatlich statt und behandeln Materialbeschwerden, Normen, Prämien, organisatorische und technische Verbesserungsvorschläge — werden jedoch von 90 Prozent der Befragten Bedenken angemeldet. Man dürfe reden, es geschehe aber nichts. Oder, etwas pointierter formuliert: „Man kann zwar frei reden, aber nur über Dinge, die in deren Programm passen. Sagt man etwas anderes, dann versuchen sie, einen ideologisch anzupassen." Das heißt mit anderen Worten: Produktionsberatungen und Innerbetriebliche Demokratie stehen im Dienste der Betriebspolitik. „Für grundsätzliche Kritik bleibt kein Raum." Damit „erfüllen sie in der Praxis der SBZ weitgehend jene Funktion, die einige amerikanische Betriebssoziologen in ‚autokratisch' geführten Betrieben der westlichen betriebspsychologischen Praxis zuschreiben: man kann ‚Dampf ablassen'". Immerhin ist das besser als gar nichts.

Die Einstellungen in den verschiedenen Industriezweigen gegenüber der Partei

Eine gewisse Sonderstellung unter der Industriearbeiterschaft der Zone nehmen die Bauarbeiter ein. Ihre Einstellung zum Betrieb ist fast 100prozentig positiv. Dafür ist ihr Verhältnis zur SED und zum FDGB (kommunistische Gewerkschaften) erheblich schlechter als das anderer Industriegruppen. Die Gründe dafür sieht die Studie in der besonderen Arbeitsorganisation der Bauarbeiter: wegen der weitverzweigten Baustellen sind sie von den Parteifunktionären nur schwer zu beeinflussen. Im Gegensatz dazu steht die Einstellung der Arbeiterschaft der chemischen Industrie. Hier ist das Verhältnis zum Betrieb überdurchschnittlich schlecht, dafür stellt diese Arbeitergruppe relativ die meisten FDGB-Mitglieder. Trotzdem blieb das Verhältnis dieser Arbeiter zur Partei ausgesprochen schlecht. Die Arbeiter wehren sich gegen die Agitation der Kader (was die Bauarbeiter gar nicht nötig haben, denn sie werden von der Partei fast nicht erreicht). Die Arbeiter der chemischen Industrie weichen daher aus: Sie werden Gewerkschaftsmitglieder. Woraus die Studie wiederum folgert, daß der FDGB nicht zu den radikalen Institutionen der Zonen-Ideologie gehört. Eine gewisse Mittelstellung nehmen dagegen die Arbeiter der elektrotechnischen Industrie ein. Ihr Verhältnis zum Betrieb ist überdurchschnittlich gut, ihre Einstellung gegenüber der Partei tendiert zu einem indifferenten Mittelmaß. Die Studie weist darauf hin, daß die elektrotechnische Industrie ganz ähnlich überschaubare Verhältnisse wie die chemische Industrie hat, die für eine Agitation der Parteikader besonders günstig sind. „Es drängt sich aus dem Vergleich beider Industriegruppen die Schlußfolgerung auf, daß die Aktivität der Betriebsparteigruppen in einem reziproken Verhältnis zum Betriebsklima stehen könnte."

Der Arbeiter im Spannungsfeld der Kommunikationen

Der Arbeiter der Sowjetzone lebt in einem hochgradigen Spannungsfeld, dem er sich nicht entziehen kann, das ständig auf ihn einwirkt und seine Meinungen und Einstellungen mitbestimmt. Seine Denkweise ist ungewöhnlich ambivalent. Diese Ambivalenz wird nicht nur durch die gegenwärtige politische Situation (Ost—West) hervorgerufen. Ihr liegen auch bestimmte stereotype Vorstellungen von „gesellschaftlicher Ordnung" aus der Vergangenheit zugrunde, die trotz massiven Propagandaeinsatzes der Partei bis heute nicht abgebaut worden sind, sondern sich eher zu versteifen scheinen, gerade weil der Arbeiter die ständigen psychologischen Knetkuren durch die Partei ablehnt (vgl. auch sein Verhältnis zur „Intelligenz"). Aktuell aufgeladen wird freilich diese konträre Einstellung zum Regime durch die vielfältigen Formen der Begegnung, die jeder Mensch in der Zone mit dem „Westen" hat. Gleichzeitig wird sie immer wieder unter Beschuß genommen durch die staatlich dirigierten Massenmedien der Zone. Da diese Beeinflussung ebenso stark auf den Arbeiter einwirkt wie die ihm zugängliche Information aus der westlichen Welt, lebt er in einer fortgesetzten inneren Spannung.

Westkontakte

Auf die Frage: „Woher bekamen Sie Ihre Information über den Westen?" wurden folgende Antworten (in Prozentsätzen) gegeben:

	Meinungsumfrage			
	Intensiv-interv.	Gesamt-heit	Zeitungs-leser	Nicht-leser
Basis	76	295	240	49
Es erhielten Informationen durch:				
Rundfunk	36	29	26	47
Besuch (persönlich im Westen)	29	35	39	16
Briefwechsel	57	28	27	33
Hörensagen,				
Besuch aus dem Westen	47	34	35	33
Westzeitungen	8	3	3	2
Besuch in West-Berlin	4	11	11	10

Diese Angaben besagen, daß „sicher mehr als die Hälfte — wahrscheinlich weit mehr! — ihre Berichte aus dem und über den Westen in unmittelbarem Kontakt mit Bewohnern der Bundesrepublik erfährt". (Aus diesem Sachverhalt erklärt sich hinlänglich die Politik der Zonenmachthaber, den Ein- und Ausstrom aus der Zone und in

die Zone möglichst niedrigzuhalten.) Die zweitgrößte Gruppe bezieht wiederum ihr Wissen über den Westen durch den direkten Kontakt mit der ersten Gruppe. Die hohe Soziabilität, die verwirklichte Gruppensolidarität, die die Ideologie anstrebt, hat hier für das System höchst unerwünschte Nebeneffekte: Sie fördert ohne Frage den raschen Austausch von Nachrichten, die sich auf den Westen beziehen. Neben solchen direkten Kontakten, wie sie bis 1956 bestanden — bis zu diesem Jahr besuchten 21 Prozent aller über 15 Jahre alten Bewohner der Zone jährlich die Bundesrepublik —, spielte nur noch der Rundfunk als Übermittler von Informationen aus dem Westen eine besondere Rolle. (In dieser Hinsicht ist seine Bedeutung für die Bewohner der Zone seitdem unausgesetzt gestiegen.)

Die Rundfunkinteressen

Welche Sendungen hört der mitteldeutsche Arbeiter vorzugsweise? Auf diese Frage antwortet die Studie: diejenigen, die ihn nicht belasten, also entspannende Sendungen, leichte Musik, Operette, Bunte Abende. Seine Rundfunkinteressen unterscheiden sich in nichts von denen des Durchschnittshörers im Westen. Die Sendereihen des sog. Gehobenen Programms, über die auch der Zonenfunk verfügt, wurden von ihm in keinem Falle genannt. Das bedeutet, daß die vom Regime erstrebte „Qualifizierung der arbeitenden Klasse" durch Sendungen wie „Arbeiteruniversität", „Aus dem Volkskunstschaffen unserer Republik", „Das Jugendmagazin", „Pulsschlag der Zeit", „Aus Wissenschaft und Technik", „Kurze Einführung in die Kernphysik für Werktätige" bis heute bei den von ihnen Angesprochenen kein Echo gefunden hat. (Partei und Rundfunk der Zone sind sich dessen bewußt. Sie verpacken daher die Ideologie in „leichte Unterhaltung", oder sie versuchen ihre ideologischen Sendungen besonders geschickt zu plazieren.) Von den Westsendern wird nicht in erster Linie RIAS gehört, sondern die Arbeiter schalten auf den Nord- und den Westdeutschen Rundfunk. RIAS als der „gefährlichste" Westsender ist am stärksten gestört.

Die Zeitung als Beeinflussungsmittel

Drei Viertel aller befragten Arbeiter lasen regelmäßig oder gelegentlich die Zeitungen der SED. Diese waren ihre Hauptnachrichtenquelle. Sie gehören zu den selbstverständlichen und undiskutierten Gegenständen des Zonenalltags des Arbeiters. Warum das so sei? „Die Aufrufe für Lebensmittel erscheinen in den SED-Zeitungen stets zuerst." (Auch wenn heute von einer Lebensmittelrationierung im strengen Sinne in der Zone nicht mehr gesprochen werden kann, so gilt doch, daß die lokalen SED-Zeitungen vor allen andern Blättern, die übrigens nicht leicht zu beschaffen sind, die Nachrichten publizieren, die den Zonenbewohnern besonders „hautnah" sind.)
Was lesen die Arbeiter in der Zone? An erster Stelle wurde „aktuelle Politik" genannt, unpolitische Aktualitäten erscheinen dagegen erst an sechster Stelle. „In der Bundesrepublik ist die Relation genau umgekehrt!", stellt die Studie fest (auf Grund der Ergebnisse einer Repräsentativumfrage über das Verhältnis von Zeitung und Arbeiter in der Bundesrepublik, Hamburg/München, August 1956). Dabei verfügt auch die Ostpresse über Sparten wie „Lokales", „Unterhaltung", „Sport" und „Wirtschaft", die ihrem Umfang nach denen in westdeutschen Blättern entsprechen. Das Ergebnis dieses Vergleichs wird wie folgt kommentiert: „Hier deutet sich offenbar eine prinzipielle Verkehrung der Bewußtseinsinhalte, eine Entfremdung zwischen den beiden Gruppen der deutschen Arbeiterschaft an, deren Ausmaß und Weiterentwicklung uns sorgfältiger Beachtung wert zu sein scheint. Das ganze Ausmaß der Politisierung der öffentlichen und der privaten Sphäre der Zone wird angezeigt — der eine Entpolitisierung der Interessen breiter Schichten in der Bundesrepublik gegenübersteht."
Aus den Erhebungen geht hervor, daß ein beträchtlicher Teil der ostzonalen Arbeiterschaft die politischen Nachrichten ihrer Presse an den zahlreichen Vergleichsmöglichkeiten durch Westfunk und persönliche Kontakte mit dem Westen mißt. „Wenn Regierungsmitglieder unter geheimen Umständen verreisen, die Aufrüstung der Zone, schlecht besuchte Aufmärsche — alles wird bemerkt, wenn die Zeitungen es auch mehr oder weniger übergangen haben."
Die Einstellung zur Presse ist überhaupt kritisch. Ein Teil der Befragten findet sich nicht mit der „Parteilichkeit der Nachricht" ab. Eine beträchtliche Gruppe von Kritikern wendet sich gegen den unausgesetzten Euphemismus, dessen sich die ostzonale Presse bezüglich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Zone bedient. Da, wo unzureichend oder falsch aus der Arbeiterwelt berichtet wird, ist die Kritik der Arbeiter besonders scharf.

Die Einstellung zu den „Errungenschaften der DDR"

Was sich schon in dem eingangs angeführten Vergleich zwischen der Einstellung des Arbeiters zum Regime und seiner Einstellung zur Eigentumsfrage abzeichnete, wird noch deutlicher an Hand der Ergebnisse, die das Verhältnis des Arbeiters zu den „Errungenschaften des Arbeiter- und Bauernstaates" betreffen. Unter solchen „Errungenschaften" sind nach Ausweis der Studie im ideologisch korrekten Sinne zu verstehen: 1. Die kommunistische („sozialistische") Herrschaft in der SBZ. 2. Die Durchführung der radikalen Bodenreform in der Landwirtschaft. 3. Die Schaffung des Volkseigentums in der Industrie der SBZ. 4. Brechung des Bildungsmonopols. 5. Eine große Anzahl von zusätzlich geschaffenen oder auch nur vorgefundenen und übernommenen oder einfach beibehaltenen (geistig usurpierten) Sozialleistungen. Die ersten vier Gruppen von „Leistungen" werden dabei als „Grunderrungenschaften" definiert; die Gruppe der Sozialleistungen bildet hingegen die von den Grunderrungenschaften „abgeleiteten Errungenschaften". Sie „sollen in der Propaganda den Menschen ganz offenbar die ersten schmackhaft machen".
Die befragten Arbeiter nannten nun im Gespräch über die „Errungenschaften" der Zone immer nur jene „abgeleiteten Errungenschaften", die Sozialleistungen, obgleich kein Zweifel darüber besteht, daß „in der Propanda der SED die ‚Grunderrungenschaften' ebenso häufig erwähnt werden wie die ‚abgeleiteten Sozialeinrichtungen'".
Am häufigsten wurden genannt: Kindergärten, Kinderkrippen und -horte im Betrieb, Erholungsheime, Kurheime, Sanatorien für die Arbeiter, auch Lohnausgleich bei Krankheit und Krankenversicherung ganz allgemein. Etwas tiefer eingestuft wurden FDGB-Urlaubsheime. Die Einrichtungen im einzelnen alle aufzuführen, würde hier zu weit führen. Viele von ihnen, so sagt die Studie, würden jeden Industriebetrieb der Welt als modern, fortschrittlich und sozial aufgeschlossen charakterisieren. Daß das Schwergewicht all dieser Einrichtungen betont im betrieblichen Bereich liegt, „erscheint als neuerliche Be-

stätigung dafür, daß das Regime der SBZ alle die Produktion begünstigenden Einrichtungen bevorzugt behandelt". Daher betrachten die Arbeiter diese „Errungenschaften" als echte Werte: sie kommen ihnen und ihren Familien zugute. Sie möchten daher diese Einrichtungen nur ungern missen. Über drei Viertel aller Befragten wünschten die Übernahme dieser „Errungenschaften" in ein wiedervereinigtes Deutschland. Inwieweit ähnliche soziale Einrichtungen in der Bundesrepublik vorhanden sind, war freilich vielen Befragten unbekannt.

Die Studie faßt das Verhältnis des Arbeiters zu den „Errungenschaften" des Systems in folgenden drei Punkten zusammen:

„1. Das Verhältnis ist bei einer Minderheit der Arbeiter als abwartend-feindlich, bei der Mehrzahl als abwartend-kritisch, bei einer kleinen Gruppe als unbedingt positiv zu bezeichnen. Was den Arbeiter zu diesem Staat hinzieht, ist die breite Skala offenbar wirklich sozialer Einrichtungen, Möglichkeiten und Bestimmungen. Was ihn aber abstößt, ist die Tatsache, daß er bei schwerer Arbeit zu wenig Reallohn erhält. Die schwere Arbeit führt nicht, wie in der Bundesrepublik, zur Teilnahme am Zivilisationskomfort, am sozialisierten Luxus, sondern der Arbeiter der SBZ lebt ihr zum Trotz am Rande des Existenzminimums. Sollte sich das einmal ändern, so wird zu untersuchen sein, ob er seine Einstellung zum ‚Staat der Arbeiter und Bauern' nicht revidieren wird."

„2. Eine Bagatellisierung der sozialen Seite der ‚Errungenschaften' ... wird das Gegenteil eines propagandistischen Erfolges beim Arbeiter der SBZ zur Folge haben. Der Zonenarbeiter ist Propagandathesen gegenüber, deren Gehalt er im eigenen Lebensbereich überprüfen zu können glaubt, überaus kritisch eingestellt."

„3. Die Tatsache, daß nur die ‚abgeleiteten', nicht aber die ‚Grunderrungenschaften' genannt wurden, läßt vermuten, daß der Prozeß der Gleichschaltung des Denkens im kommunistischen Sinne noch in den Anfängen steckt ..."

Die Stellung zur Sowjetunion und deren Bedeutung für den Sozialisierungsprozeß in der Zone

Die Arbeiter wurden nicht ausdrücklich nach ihrer Einstellung zur Besatzungsmacht gefragt. Die Beurteilung „der sowjetischen Freunde" ergab sich spontan im Zusammenhang mit anderen Fragen. Aus diesen Meinungsäußerungen ergab sich folgende Einstellung des Arbeiters zur UdSSR:

prosowjetisch	3 v. H.
keine Meinungsäußerung	34 v. H.
insgesamt antisowjetisch	63 v. H.
davon: unverkennbare Abneigung	20 v. H.
deutliche Aggression	24 v. H.
starke Aggressionen	10 v. H.
extreme Haßgefühle	9 v. H.

Das Ergebnis ist vielleicht das eindeutigste der ganzen Untersuchung. Die Schuld an allem, was nicht in Ordnung ist, liegt nach Ansicht der Arbeiter bei den „Russen". Die Zonenregierung wird in diesem Zusammenhang als ganz unwichtig („Marionetten") oder als behindert angesehen. „Ein qualitativer Vergleich der Antworten zu diesem Problem", so heißt es in der Studie, „läßt den Eindruck entstehen, daß von der Mehrzahl der befragten Arbeiter im Verhältnis zu den Sowjets das Schlüsselproblem der Zone gesehen wird, ein Problem, dessen Lösung zugleich zahlreiche politische, wirtschaftliche und soziale Fragen einer Lösung zugänglich machen würde." Das hier zutage getretene Phänomen ist erstaunlich: Eine Arbeiterschaft, die zum großen Teil jahrzehntelang den extremen Marxismus leidenschaftlich vertreten hat, wehrt sich heute derart gegen ihn, daß er sich nicht durchzusetzen vermag. Der Grund dafür liegt vor allem im Emotionalen: Der Stolz des marxistisch eingestellten Arbeiters der Zone läßt es nicht zu, daß ihm etwas aus der Sowjetunion reexportiert wird, was er in reiner Form schon zu einem Zeitpunkt besaß, als noch niemand von einer „mächtigen Sowjetunion" sprechen konnte. Hier erweisen sich nationale Traditionen stärker als die vielzitierte „Solidarität des internationalen Sozialismus". Mit anderen Worten: Die „Russen" selbst sind der Bremsblock der von ihnen intendierten Entwicklung, die freilich nur dank ihrer machtpolitischen Präsenz in der Zone eingeleitet werden konnte — die jedoch unzweifelhaft auch heute noch in andere Bahnen drängen würde, wenn die Zone über einen politischen Kopf verfügte, der — nationalkommunistisch profiliert wie etwa Gomulka in Polen — stark und klug genug wäre, der DDR im Bewußtsein ihrer Bürger zu einer weithin von russischem Einfluß freien selbständigen sozialen Ordnung zu verhelfen. Ob sich unter solchen Voraussetzungen die Chancen für eine Wiedervereinigung — nach westlichen Vorstellungen — erhöhen würden, muß jedoch bezweifelt werden.

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

BEUMER, Johannes, SJ. *Der Begriff „traditiones" auf dem Trienter Konzil im Lichte der mittelalterlichen Kanonistik.* In: Scholastik Jhg. 35 Heft 3 (1960) S. 342—362.

Ein bemerkenswerter Nachweis, daß „der verwirrende Gedanke an eine Vielheit von ‚Überlieferungen', die sich zu dem möglicherweise auf einen dem Offenbarungsgut (der einen Tradition) eigentlich wesensfremden Bereich, den der kirchlichen Disziplin und der liturgischen Gebräuche, erstreckten", auf den Einfluß der Kanonisten besonders seit der IV. Session des Konzils zurückgeht. Aber die Definition, die die Existenz einer mündlichen Glaubens- oder Lehrüberlieferung formell von der biblischen Überlieferung unterscheidet, wollte die rein kirchlichen Tradtionen nicht mit einbeziehen (vgl. ds. Heft, S. 570 ff.).

CONGAR, Yves M.-J., OP. *Sainte Écriture et Sainte Église.* In: Revue des sciences philosophiques et théologiques Bd. 44 Nr. 1 (Januar 1960) S. 81—88.

Im Hinblick auf den Bericht über neue Forschungen zum Traditionsprinzip in diesem Heft verweisen wir auf diesen Beitrag von Congar, der sich besonders mit dem Buch von G. H. Tavard: Holy Writ or Holy Church beschäftigt. Hier wird einmal von einer anderen Seite aus die unzertrennliche Einheit der Offenbarungsquellen dargestellt.

DEJAIFVE, Georges, SJ. *Le Premier des évêques.* In: Nouvelle Revue théologique Jhg. 92 Nr. 6 (Juni 1960) S. 561—579.

Diese Abhandlung ist ebenso wie die folgende von J. Pegon SJ über: Épiscopat et Hiérarchie au Concile de Trente (S. 580—588) mit deutlichem Hinblick auf das kommende Konzil geschrieben. Die „Ironie des Schicksals", daß der von Christus gewollte Fels der Einheit zum Stein des Anstoßes für die getrennten Christen geworden ist, muß eine Korrektur finden, indem die isolierte Lehre des Vaticanum über Primat und Unfehlbarkeit in ihren vollen ekklesiologischen Zusammenhang mit der Lehre über den Episkopat gebracht wird.

FRIES, Heinrich. *Vom Formalprinzip des Katholizismus.* In: Catholica Jhg. 14 Heft 2 (1960) S. 118—132.

An Hand von J. R. Geiselmann: „Die lebendige Überlieferung als Norm des christlichen Glaubens" zeigt der Verfasser die Bedeutung der Theologie der Überlieferung von Joh. Ev. Kuhn und der Tübinger Schule, daß und

wie sehr die apostolische Tradition in der Form der kirchlichen Verkündigung das Formalprinzip des Katholizismus ist, im Unterschied zum Protestantismus, auf dessen Anliegen er in der Weise des Gesprächs eingeht, so daß man sagen könne, daß die Vertreter der Tübinger Schule für die Fragen und Aufgaben einer ökumenisch orientierten Theologie ein wertvolles Erbe bereitgestellt haben, das der Weiterbildung fähig ist (vgl. ds. Heft, S. 567 ff.).

FRIES, Heinrich. *Herman Schell.* In: Hochland Jhg. 52 Heft 6 (August 1960) S. 505—517.

Diese Würdigung Herman Schells zeigt zunächst die geistige Umwelt, aus der heraus das Denken und Wollen des Würzburger Theologen zu verstehen ist. Als bleibende Werte des Schellschen Werkes stellt Fries heraus: das besondere Formalprinzip seiner Apologetik, seine existentiale Theologie der Trinität, seinen reformerischen Ansatz für den Katholizismus seiner Zeit und schließlich seine Suche nach einem neuen Verhältnis zu den Protestanten. Schell war nie Minimalist, vielleicht war er zu optimistisch gegenüber dem Geist seiner Zeit. In vielem hat jedoch die Zeit ihm, nicht seinen Kritikern recht gegeben.

JEDIN, Hubert. *Die Geschäftsordnungen bei beiden letzten ökumenischen Konzilien in ekklesiologischer Sicht.* In: Catholica Jhg. 14 Heft 2 (1960) S. 105—118.

Diese sehr wichtige Analyse der Geschäftsordnungen des Tridentinum und des Vaticanum macht am Vergleich die ekklesiologischen Wandlungen sichtbar: Rückkehr zum altchristlichen Typ der Bischofsversammlung, Beschränkung auf die Sicherung des Glaubens und kirchliche Reform, päpstliches Konzil, verstärkte Mitarbeit des Episkopats an den Konzilsdekreten. Die Aktualität des Aufsatzes liegt darin, rechtzeitig auf der Bedeutung der Geschäftsordnung eines Konzils aufmerksam zu machen.

PIN, Émile, SJ. *Can the urban parish be a community?* In: Gregorianum Jhg. 41 Nr. 3 S. 393—423.

Man kann die Pfarrgemeinde verstehen als Lebensgemeinschaft ihrer Mitglieder, als Stützpunkt kirchlichen Lebens und missionarischen Wirkens oder auch als Organisationsrahmen gläubiger Eliten. Diese Gesichtspunkte sind natürlich nicht exklusiv zu verstehen, sondern als Prinzipien oder Akzente in der Pfarrseelsorge. An Hand einer umfangreichen Literatur untersucht der Verfasser die Gegebenheiten in den Großstädten von heute inbezug auf die Möglichkeit, in diesem oder jenem Sinne Gemeinde zu bilden.

RIES, Johannes, OMI. *Verkündigung als Existenzdeutung.* In: Trierer Theologische Zeitschrift Jhg. 69 Heft 4 (1960) S. 193—206.

Im Dienste einer neuen Seelsorgetheologie wird versucht, eine Analyse der Situation des Menschen zu geben, an der die herrschende Predigtnot entstanden ist, vor allem des „profanen Humanismus", der im Menschen die sartresche Uninteressiertheit für Gott schafft. Die Kirche könne daher nicht mehr den Glauben einfach autoritär auferlegen, sondern ihre Verkündigung muß dem Menschen eine Deutung seiner Existenz geben, d. h. den faktisch pervertierten und unbewältigten, aber in sich legitimen Drang nach Selbstverwirklichung verstehen und annehmen, um ihn zum richtigen Ziel zu führen.

ROSE, André. *L'Epouse dans l'assemblée liturgique.* In: Bible et vie Chrétienne Nr. 34 (Juli/August 1960) S. 13—19.

Ausgehend von der paulinischen Anordnung 1 Kor. 11, 2—16, sucht der Verfasser eine Zusammenfassung der einschlägigen Bibeltexte im Sinne einer biblischen Theologie der Frau zu geben. Auch die übrigen Beiträge des Heftes behandeln das Thema mit Bezug auf Beispiele aus dem Alten und dem Neuen Testament, so daß reiches Material geboten wird.

SCHULTZE, Bernhard, SJ. *Heilige Schrift und Überlieferung in Verbindung mit dem ökumenischen Konzil in der Lehre der byzantinisch-slawischen Theologie.* In: Ostkirchliche Studien Bd. 8 Heft 1 (März 1960) S. 3—25.

Nach einer Stellungnahme katholischer Theologen zum Thema wird die Lehre der östlichen Theologie entwickelt und eine klare Unterscheidung zwischen aktiver und passiver Tradition vermißt. Es folgt die Lehre der östlichen Theologen über die besondere Beziehung von Schrift und Überlieferung zum ökumenischen Konzil, die zum Schluß mit kritischen Bemerkungen vom katholischen Standpunkt aus versehen wird, wobei das Hauptproblem die Frage ist, ob Schrift und Tradition nebengeordnete Quellen der Offenbarung sind und ob die passive Tradition der aktiven, der Kirche und ihrem Lehramt untergeordnet ist. Trotz wesentlicher Übereinstimmung in der Beurteilung von Schrift und Tradition als Kriterien der Offenbarung kann die katholische Theologie nicht zugeben, daß jene geoffenbarten Wahrheiten, die in der Schrift nicht enthalten sind, unwesentlich seien.

SEEGER, Theodor. *Die heutige katholische Sakramentenlehre als Beitrag zur Una Sancta.* In: Una-Sancta-Rundbriefe Jhg. 15 Heft 2/3 (Juli 1960) S. 85—94.

Als Antwort auf eine frühere Anfrage Asmussens: „Was uns Evangelischen an den Katholiken fremd ist", wird hier an Hand neuerer katholischer Literatur dargelegt, daß und inwiefern nicht nur die Kirche als Ganzes, sondern auch die Einzelsakramente Organe der personalen Gottesbegegnung sind und ihre Wirksamkeit ex opere operato keine Magie bedeute.

SÖHNGEN, Gottlieb. *Gesetz und Evangelium.* In: Catholica Jhg. 14 Heft 2 (1960) S. 81—105.

Dieses Referat vor einem evangelisch-katholischen Theologenkreis ist kein Auszug aus der gleichnamigen Schrift des Verfassers oder eine erweiterte Wiedergabe seines Artikels im LThK. Es ist eine überaus geistvolle, von köstlichem Humor durchsetzte und den Kern des konfessionellen Gegensatzes erreichende Bemühung, durch eine logische Operation das lutherische Anliegen, das sich in der Antithese „Gesetz und Evangelium" verbirgt, dem katholischen Verständnis wirklich zu erschließen, wobei die Frage: „Ist Christus Gesetzgeber?" eine sachgemäße Interpretation des anstößigen Kanon aus dem Tridentinum (Denziger 813) gibt und davor warnt, Christus als einen neuen Moses zu verstehen. Ein Meisterwerk menschlicher Kontroverstheologie.

STAKEMEIER, Eduard. *Die Eucharistie, die Einheit der Kirche und die Wiedervereinigung der Getrennten.* In: Theologie und Glaube Jhg. 50 Heft 4 (1960) S. 241—262.

Der Direktor des J.-A.-Möhler-Instituts, Paderborn, entfaltet hier zum Eucharistischen Weltkongreß die katholische Lehre von der Eucharistie als Sakrament der Einheit der Kirche, des mystischen Leibes Christi, wobei besonders auf Augustinus zurückgegriffen wird. Die Beziehung der Eucharistie zur Kirche wird sodann als aktuelles ökumenisches Problem nachgewiesen und die — auch lutherische — These vertreten, daß Abendmahlsgemeinschaft Kirchengemeinschaft voraussetzt. Bei der theologischen Vorhut der ökumenischen Theologie, die das Sakrament der Einheit wiederentdeckt hat, fehle noch der minister sacramenti, der geweihte Priester, und weithin das Verständnis des Opfercharakters.

Philosophie

MARTIN, Joseph. *Amoralische Rechtsprechung in Sachen Empfängnisverhütungsmittel.* In: Freiburger Zeitschrift für Philosophie und Theologie Bd. 7 Heft 2 (1960) S. 162—167.

Eine Kritik an dem Urteil des Bundesgerichtshofes vom 17. 3. 1959 in Sachen Empfängnisverhütungsmittel. Das Urteil des BGH gestattet jetzt „grundsätzlich, Mittel dieser Art öffentlicht anzukündigen, anzupreisen und auszustellen". Strafbar ist diese Werbung nur dann, „wenn sie in einer Sitte und Anstand verletztenden Weise" geschieht. Begründet wird das BGH-Urteil mit dem Hinweis darauf, daß der Gebrauch von Präservativen im Interesse der Gesundheitsfürsorge liege. Martin bedauert, daß, wenn das Urteil schon keine Rücksichten auf moraltheologische Gründe und kirchliche Lehrentscheidungen nehme, die sozialen, medizinischen und demographischen Auswirkungen des Schutzmittelgebrauches mit keinem Wort in dem Urteil erwähnt werden.

PIEPER, Josef. *Symbol und Öffentlichkeit.* In: Hochland Jhg. 52 Heft 6 (August 1960) S. 497—504.

In diesem Fernsehvortrag setzt sich Pieper mit einigen Einwänden gegen die Notwendigkeit des Symbolverständnisses auch für unsere vornehmlich vom funktionalistischen Denken bestimmte Zeit auseinander. Gewiß müsse für den technischen Nutzen, den allgemeinen wirtschaftlichen Fortschritt ein Preis bezahlt werden, aber es frage sich doch, ob der Preis so hoch sein dürfe, daß darüber jedes Symbolverständnis und damit auch die Voraussetzung für kultische Vollzüge verlorenginge. Zum anderen weist Pieper darauf hin, daß diejenigen, die Symbol und Sakrament allein dem geheiligten Raum vorbehalten wollen, sich täuschen, wenn sie unterstellen, daß der öffentliche Raum der profane, d. h. der unheilige Raum sei. Die heilige Handlung sei im Gegenteil ihrer Natur nach keine private oder geheime Sache. Sie ist öffentlicher Akt, denn sie greift über die Menschenwelt hinaus und bezieht den Kosmos ein.

Kultur

BAUM, Günther. *Das Problem der modernen Musik.* In: Universitas Jhg. 15 Heft 7 (Juli 1960) S. 773—782.

Die Schwierigkeiten der modernen Musik liegen in ihren Mitteln und in ihrer Gesinnung. Die Mittel: Herrschaft der Dissonanzen, Vorherrschaft der „tönend bewegten Form", der Struktur, die nichts aussagen will, sondern ihren Wert an sich postuliert — abgeschlossen gegenüber der Außenwelt. Die Partitur kann so wichtiger werden als das Zum-Erklingen-Bringen des in ihr Festgehaltenen. Hinter dieser Erscheinung steht eine neue Gesinnung: die Welt soll umgemodelt werden auf dem Wege ständigen Experiments. Es soll mit Altem nicht mehr verglichen werden können. So kommt es zur Esoterik von Formgebilden, die ihrem Wesen nach unverständlich sind, für deren Verbreitung jedoch paradoxerweise gekämpft wird.

BRUNNER, August, SJ. *Kunst und Erziehung.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 11 (August 1960) S. 346—355.

Die Kunst kann dazu beitragen, den Zwiespalt im Menschen zwischen Überzeugung und Gefühl zu verringern, gerade weil sie, wenn sie wirkliche Kunst ist, immer aus Gestimmtheiten erwächst und so Gestimmtheiten hervorruft, die ja bei vielen Menschen für das Handeln entscheidender sind als theoretische Einsichten. Dazu ist freilich notwendig, daß der junge Mensch an die wirklich große Kunst, die um ihre Verantwortung weiß, in der rechten Weise herangeführt wird, daß ihm im Kunstwerk der unbedingte Vorrang der höheren Werte nicht nur theoretisch vorgetragen wird, sondern daß er ihn auch stimmungs- und gefühlsmäßig erfährt.

FLORIDI, Ulisse Alessio, SJ. *S'inasprisce la lotta antireligiosa nell'URSS.* In: La Civiltà Cattolica Jhg. 111 Nr. 2641 (2. Juli 1960) S. 17—28.

Der Bericht gibt einen Überblick über die atheistische Propaganda in der Sowjetunion seit August vorigen Jahres. Er hebt besonders die Tatsachen hervor, die beweisen, daß es sich dabei keineswegs nur um eine faire Auseinandersetzung mit geistigen Waffen handelt, sondern um vielfältige Zwangsmaßnahmen. Es wäre falsch, zu meinen, daß die Kirchen dort jetzt, wenn auch nicht gern, so doch unangefochten geduldet würden.

HOLTHUSEN, Hans Egon. *Was ist abendländisch?* In: Merkur Jhg. 14 Heft 7 (Juli 1960) S. 605—624.

Spezifisch Abendländisches sucht Holthusen zu entwickeln aus fünf literarischen Leitfiguren von Weltgeltung: Ödipus, Hamlet, Don Juan, Don Quichote, Faust. Es sind (mit Ausnahme Don Quichotes) tragische Figuren. In ihnen allen steckt das jüdische Hiobsmotiv, das griechische Prometheus- und das christliche Gnadenmotiv. Es sind Sucher, die scheitern, „erkenntnistheoretische Bankrotteure". Aber sie alle verwirklichen Freiheit in einem Sinn, wie ihn die nichtwestliche Welt nicht kennt und wie er ohne Christentum nicht möglich ist.

PFLEGER, Karl. *Mauriacs Suche nach dem authentischen Leben.* In: Hochland Jhg. 52 Heft 6 (August 1960) S. 518—530.

Mauriac, ein Mann, bei dem Leben und Schreiben mit innerer Notwendigkeit zusammenfällt, wird hier als ein moderner Pascal dargestellt, dessen ganzes dichterisches Werk nur den einen Sinn hat, durch sich selbst hindurch den Menschen kennenzulernen (wozu Mauriac kraft seiner kritischen Intelligenz ungewöhnlich befähigt war) und durch Christus hindurch ihn lieben zu lernen. Pfleger befaßt sich in diesem Zusammenhang mit der weitverbreiteten Kritik an Mauriac als einem Schwarzweißmaler. Diese Kritik beruhe auf Mißverständnis und Unkenntnis der eigentlichen Tiefen dieses Werkes. In ihm sei immer ein Lichtschein der Hoffnung auf Gnade.

Politisches und soziales Leben

BRIEFS, Goetz. *Closed Shop.* In: Die politische Meinung Jhg. 5 Heft 50 (Juli 1960) S. 53—62.

Drei Gründe nennt Briefs, die in den USA auch heute noch für die Zwangsgewerkschaft angeführt werden: ohne Zwangsgewerkschaft sei die Existenz der Gewerkschaften nicht gesichert; niemand solle in den Genuß von Vorteilen kommen, der nicht Mitglied der Organisation ist, die diese Vorteile ausgehandelt hat; das Mehrheitsrecht: wenn die Mehrheit der Arbeiter closed shop wünscht, verhält sich die Minderheit undemokratisch, wenn sie sich diesem Verlangen widersetzt. Argument eins, schreibt Briefs, wird heute von amerikanischen Gewerkschaftsführern selbst nicht mehr geglaubt; Argument drei verstößt gegen das Wesen echter Demokratie: gerade der Schutz der Minderheitenrechte gehöre zur Grundlage der Demokratie. Was die sog. free riders (Argument zwei) anbelangt, so fragt Briefs: in den Genuß welcher von der Gewerkschaft ausgehandelten Rechte kommen sie denn, ohne selbst Mitglied der Gewerkschaft zu sein? Die von den Gewerkschaften durch Kollektivverhandlungen erzielten Lohnerhöhungen stammen aus folgenden Quellen: a) erhöhten Kosten, die auf die Verbraucher umgelegt werden (wovon organisierte wie nichtorganisierte Arbeiter betroffen werden); b) aus der Beschneidung der Gewinnspannen der Unternehmer und c) aus der Steigerung der Produktivität. Auch für die beiden letzten Fälle weist Briefs nach, daß organisierte wie nichtorganisierte Arbeiter gleicherweise negativ wie positiv betroffen werden können. Im letzteren Falle sind allein die Gewerkschaften free riders.

CALVEZ, Jean Yves. *Evoluzione del Socialismo nel mondo.* In: Aggiornamenti sociali Jhg. 11 (Juli 1960) S. 385—396.

Die „Krise des Sozialismus" darf nicht überschätzt werden. Daß die sozialistischen Parteien in Europa an Stoßkraft verloren haben, wird ausgeglichen durch die Anziehungskraft, die sie in nahezu allen Entwicklungsländern aufweisen. Auch der Anschein einer inneren Wandlung, wie er sich z. B. in der Einstellung zum Eigentum zeigt, täuscht; denn es sind Wandlungen der Gesellschaftsstruktur, die zu neuen, aber in sich durchaus konsequent sozialistischen doktrinären Positionen geführt haben. Der Verfasser sucht vor allem zu zeigen, daß das gesellschaftsphilosophische Denken des Sozialismus sich treu geblieben ist.

COSTA, Gustavo. *Katholische Front und Ideenverbreitung in Italien.* In: Schweizer Monatshefte Jhg. 40 Heft 5 (August 1960) S. 469—471.

Einige statistische Angaben über Presse und Funk in Italien. Die beiden großen Nachrichtenagenturen sind eindeutig in der Hand der Regierung, deren Presse, bedingt durch die zahllosen Richtungskämpfe, jedoch sehr schwach entwickelt ist. Hingegen verfüge die kirchliche und kirchlich inspirierte Presse über ungewöhnlich hohe Auflagen — gemessen an der relativ beschränkten Verbreitung von Presseerzeugnissen in Italien. Als wichtigstes meinungsbildendes Mittel verfügt die Regierung über Funk und Fernsehen (RAI). Die Opposition versucht diesen Einfluß durch den Film zu neutralisieren, über den sie fast monopolistisch verfügt.

KAFKA, Gustav E. *Religion, Kirche und Freiheitlicher Sozialismus.* In: Die neue Ordnung Jhg. 14 Heft 4 (1960) S. 241 bis 254.

Der gekürzte Vorabdruck des unter der Überschrift stehenden Kapitels „Religion und Kirche" aus einer Abhandlung über das Godesberger Parteiprogramm (die Arbeit erscheint demnächst im Bonifacius-Verlag, Paderborn). Kafka zitiert vor allem die unkorrigierten Parteiprotokolle, die sich mit dem Text des Grundsatzprogrammes bezüglich des Verhältnisses von Religion und Kirche befassen. Sein Kommentar bleibt sparsam, da die Dokumentation hinreichend belegt, wie wenig sich der moderne Sozialismus in seinen Heilsansprüchen gegenüber früher gelöst hat, auch wenn er heute nicht mehr antiklerikal ist und das Gespräch mit kirchlichen Vertretern sucht.

LADURANTIE, Geneviève. *La promotion de la femme en pays sous-développé.* In: Chronique sociale de France Jhg. 68 Nr. 4 (30. Juni 1960) S. 227—237.

Das hier von einer bekannten Expertin behandelte Problem gehört sicher zu den wichtigsten, die mit der Entwicklung der aufstrebenden Länder verbunden sind, und ist namentlich gesellschaftspolitisch von entscheidender Bedeutung. Die meist sehr unklaren Vorstellungen, die wir davon haben, werden durch diesen Aufsatz um zahlreiche Informationen und Gesichtspunkte bereichert.

LECLERCQ, Jacques. *Entraide Universelle.* In: Justice dans le Monde T. 1 Heft 4 (Juni 1960) S. 451—462.

Leclercq untersucht die Schwierigkeiten, die sich dem heute notwendigen Sinn für eine universale gegenseitige Offenheit — die Voraussetzung für ein Zusammenarbeiten zur Errichtung einer neuen internationalen Ordnung — entgegenstellen. Er sieht sie vor allem in zwei Faktoren: Alle nichteuropäischen Kulturen, die altamerikanischen wie die asiatischen, waren und sind selbstgenügsam; sie haben nie auf eine Ausweitung ihres Einflußbereiches abgezielt. Ihnen allen fehlt dazu die erste Voraussetzung: die Neugier als Antrieb zum Handeln. Von der Neugier sind jedoch die westlich-europäischen Völker immer stark besessen gewesen; sie hat diese Völker den Erdkreis unterwerfen lassen. Unglücklicherweise sei aber trotz dieses Triebes der Horizont der westlichen Völker immer beschränkt geblieben — die Folge eines latenten oder offenen Superioritätsempfindens seit Griechenland, für das die Welt die Polis, und seit Rom, dessen Sinnmitte allein die Urbs war. Das Christentum trägt an diesem griechisch-römischen Erbe schwer. Es muß sich von ihm lösen, wenn es das Liebesgebot Christi für die ganze Welt heute erfüllen will.

RÖPKE, Wilhelm. *Die wirtschaftliche Integration Europas.* In: Wissenschaft und Weltbild Jhg. 13 Heft 2 (Juni 1960) S. 92—102.

Sehr starke Vorbehalte gegen den Modus der wirtschaftlichen Integration Europas, wie er besonders von der Montanunion angewendet wird. Röpke sieht hier die Gefahr eines vom Reißbrett her konstruierten, kollektivistischen, d. h. sozialistisch gebauten Europas, in dem die europäischen Eigenstrukturen mißachtet werden. Vor der wirtschaftlichen Integration Europas müsse die geistig-kulturelle und politische stehen; sie könne nur föderal sein. Aus diesem Föderalprinzip leitet Röpke dann auch für den Wirtschaftsbereich die Priorität des Multilateralismus ab: Freiheit der Märkte und Freiheit des Geldes.

SCHEUNER, Ulrich. *Politische Probleme der nachkolonialen Epoche in den Entwicklungsländern Asiens.* In: Moderne Welt Jhg. 2 Heft 1 (1960) S. 19—34.

Unter den von Scheuner angeführten „politischen Problemen" (Kolonialismus, Dekolonisation, Nationalismus u. a.) sind die Auffassungen der neuen Staaten über die Normen der internationalen Gemeinschaft am bemerkenswertesten. In formaler Hinsicht anerkennen die Staaten Asiens und Afrikas die Normen und Gepflogenheiten des Völkerrechts (diplomatischen Verkehr, Formen des Vertragsabschlusses, Zugehörigkeit zu internationalen Organisationen). Abweichende Einstellungen — als Protest gegen die westliche Färbung der internationalen Ordnung — zeigen sich gegenüber dem Schutz fremden Eigentums und in der Einstellung zur Souveränität. Doch betont Scheuner ausdrücklich, daß wichtige Bestandteile der internationalen Ordnung von den neuen Staaten angenommen worden sind, z. B. das Verbot des Angriffskrieges, die Sicherung der Menschenrechte und das maritime Recht.

* * * *Wider die Verachtung des Menschen. Kirchenkampf und Sozialisierung der Landwirtschaft in der Sowjetzone.* In: Evangelische Verantwortung Jhg. 8 Nr. 7 (Juli 1960) S. 5 bis 10.

Der bedeutsame Aufsatz beschreibt die Sozialisierung des Dorfes als einen vorläufigen Höhepunkt des Systems der Verachtung des Menschen und berichtigt dabei u. a. auch einen Satz der Herder-Korrespondenz (ds. Jhg., S. 423), die evangelischen Kirchenführer hätten sich durch das Kommuniqué vom 21. 7. 58 („die Christen respektieren die Entwicklung zum Sozialismus") gehindert gefühlt, zum Vorgang der Enteignung der Bauern Stellung zu nehmen. Dies Respektieren sei nur eine Form der prinzipiellen Offenheit für verschiedenartige Gesellschafts- und Eigentumsstrukturen. Die Kirchen in der DDR wüßten sehr wohl, daß hinter der Sozialisierungsaktion das weltanschaulich bedingte Dogma des Parteiprogramms stehe. Nach den Worten Bischof Jänickes (Magdeburg) sei zu fragen, „ob sich hier nicht im Antlitz der Ideologie die Züge eines Abgottes [zeigen], dem der Mensch geopfert werden muß" — der Unrechts- und Vergewaltigungscharakter der erstrebten Gesellschaftsordnung sei deutlich bei Namen zu nennen. Die evangelische Kirche könne nicht für den westlichen Gebrauch „eine Sozialtheologie als Wurzelboden evangelischer Weisung . . . für eine Sozialgestaltung aus christlicher Verantwortung" vertreten und gleichzeitig für die östliche Auseinandersetzung die Trennung von Glaube und Leben proklamieren. „Maßstab für die Beurteilung aller gesellschaftlichen Wandlungsprozesse seien die Auswirkungen auf den Menschen", habe die lutherische Bischofskonferenz (15. 6. 60) erklärt. Hier seien die sittlichen Maßstäbe für eine evangelische Eigentumsethik zu finden, die sowohl der naturrechtlichen Lehre mit ihrer prinzipiellen theologischen Sanktionierung privaten Eigentums als auch dem marxistischen Grundirrtum, Privateigentum sei als solches böse, widerstehe.

Chronik des katholischen Lebens

CONGAR, Yves, OP. *Was kann ich als Laie für die Einigung tun?* In: Una-Sancta-Rundbriefe Jhg. 15 Heft 2/3 (Juli 1960) S. 107—123.

Dieser Auszug aus einer Schrift (Paulus-Verlag, Recklinghausen) gibt eine Reihe wichtiger praktischer Anleitungen, wie der katholische Laie bei der Vorbereitung einer Einigung der Christen mithelfen kann: Änderung des Klimas durch Förderung der gegenseitigen Achtung, bessere Unterrichtung über den Glauben der anderen, auch wissenschaftliche Zusammenarbeit und die Ausübung echter ökumenischer Berufungen.

GRIFFITH, Bede, OSB. *Hinduismus und Christentum in Indien.* In: Kairos Heft 3 (1960) S. 164—170.

Der Subprior des Klosters Kurisumala (Kerala) stellt sich die Frage, warum die Mission in Indien, vor allem unter den Intellektuellen, so erfolglos gearbeitet hat. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die beiden alten christlichen Zentren Indiens, Kerala und Goa, im Laufe der Jahrhunderte nie

wirklichen Kontakt mit den Hindus gesucht haben. Erst De Nobili befaßte sich intensiv mit der Hindureligion und ihren Voraussetzungen. Seine missionarischen Erfolge waren daher auch beträchtlich. Doch wurde sein Werk nur von wenigen weitergetragen (Dandoy und Johanns). Erst in jüngster Zeit wurde die hinduistische Betrachtungs- und Lebensweise von christlichen Missionaren wieder aufgenommen (Monchanin und Le Saux). Ihre Bemühungen haben sich jedoch noch nicht auf den indischen Katholizismus im ganzen auswirken können.

GRÜB, Josef. *Die Katholische Elternschaft Deutschlands (KED).* In: Die neue Ordnung Jhg. 14 Heft 4 (1960) S. 284 bis 294.

Eine Darstellung dieser wichtigen Organisation, die nach zwei Seiten hin zu arbeiten sucht: in den politischen Raum und in den pädagogischen. Die KED ist ein freier Zusammenschluß katholischer Eltern, gegliedert auf Pfarr-, Dekanats-, Diözesan- und Bundesebene, mit dem Ziel, katholische Erziehungsgrundsätze in der Familie und im öffentlichen Leben, besonders in den Schulen, zu verwirklichen. Daher ihre Anstrengungen, sich aktiv in schulpolitische Fragen einzuschalten, Schulpflegschaften zu wirklich arbeitsfähigen Gremien mit weniger funktionalistischen als echten geistigen Interessen zu entwickeln und die notwendige erzieherische Arbeit der Eltern zu intensivieren.

RÄBER, Ludwig. *Die religiöse Situation des Menschen in der Gegenwart.* In: Reformatio Jhg. 9 Heft 5/6 (Juni 1960) S. 272 bis 285.

Die reformierte Zeitschrift gibt dem katholischen Rektor der Stiftsschule Einsiedeln das Wort, seine Ausführungen vor der Neuen Helvetischen Gesellschaft Winterthur evangelischen Lesern vorzulegen. Das Thema wird mit einer methaphysisch-geschichtlichen Standortbestimmung eingeleitet, die alle öffentlichen Bereiche ableuchtet und die Öffnung des Menschen für Religion zeigt. Dennoch sei physisch, kulturell und seelisch der Christ in der Welt bedroht. Der allgemeine Substanzverlust trifft auch die Religion. Zugrunde liegt das Buch vom Emil Staiger: „Glaube und Unglaube in unserer Zeit" (Atlantis, Zürich 1959).

Chronik des ökumenischen Lebens

ASMUSSEN, Hans. *Die Einheit der Christenheit und der Osten.* In: Informationsblatt Jhg. 9 Nr. 14 (Zweites Juliheft 1960) S. 220—223.

An dem von Panagiotis Bratsiotis herausgegebenen Buch „Die Orthodoxe Kirche in griechischer Sicht" (Stuttgart 1959) weist der Verfasser nach, daß der orthodoxen Theologie die an Augustin geschärfte Anthropologie fehlt, so daß sie nur unscharfe, fast semipelagianische Erklärungen über die „nur zum allerkleinsten Teil" von Menschen geleistete Mitwirkung mit der fast ausschließlichen Gnadenwirkung Gottes gibt. Daher sei die Deutung, die E. Schlink über „Die Bedeutung der östlichen und westlichen Traditionen für die Christenheit" auf Rhodos gegeben hat (der Vortrag ist S. 223—227 abgedruckt), eine „arge Verzeichnung", wenn er eine Ähnlichkeit der Orthodoxie zu den Reformationskirchen behauptet. Das Buch leiste der lutherischen Theologie einen Dienst der Ernüchterung.

BRUNNER, Peter. *Gott, das Nichts und die Kreatur.* In: Kerygma und Dogma Jhg. 6 Heft 3 (Juli 1960) S. 172—193.

In Ergänzung der vorausgehenden Untersuchung von Hans Jonas: „Gnosis und moderner Nihilismus" (S. 155—171) stellt der Verfasser seine „dogmatische Erwägung zum christlichen Schöpfungsglauben" auf den antignostischen Charakter des biblischen Schöpfungsgedankens ab. Kreatur gründet in der absolut freien Selbstbestimmung Gottes, in seinem Wort sowie in dem Willen, daß die Kreatur in Lebensgemeinschaft mit Gott tritt. Sie trägt schon auf Grund ihrer Erschaffung auf Christus hin das Heilszeichen an der Stirn. Von besonderer Bedeutung sind die Ausführungen über den Menschen, der ermächtigt ist, Neues zu schaffen: „Gott wirkt, indem die Kreatur wirkt", womit die „monophysitische" allverschlingende Alleinwirksamkeit Gottes ebenso wie die „nestorianische" Zertrennung ausgeschlossen ist. Die Studie ist ein bedeutender Neuansatz zu einer lutherischen Schöpfungslehre.

DUMONT, C.-J., OP. *Rome, Constantinople et Genève.* In: Istina Jhg. 6 Nr. 4 (Oktober/Dezember 1959) S. 415—432.

Diese Gesamtschau über den derzeitigen Wendepunkt der Ökumenischen Bewegung im Zeichen des Konzils entspricht dem in „Wort und Wahrheit" erschienenen Aufsatz gleichen Titels (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 336). Im gleichen Heft gibt ein anderes Mitglied des Pariser Studienzentrums „Istina", Thomas Cowley OP, unter dem Titel: „Les protestantismes aux États Unis" (S. 459—488) einen wertvollen Überblick über die schwer durchschaubare Vielfalt des amerikanischen Protestantismus mit einem bibliographischen und statistischen Anhang.

HENZE, Clemens, CSSR. *Zur Rechtfertigung des Sailer-Gutachtens des hl. Klemens M. Hofbauer.* In: Spicilegium Historium Congreg. SSmi Redemptoris Jhg. 8 Fasc. 1 (1960) S. 69 bis 127.

Diese biographische und theologische Studie zur Geschichte des ökumenischen Gedankens am Beispiel des Bischofs Michael Sailer weist im einzelnen nach, daß das Gutachten Hofbauers gegen die Berufung Sailers zum Bischof durchaus gerechtfertigt war, obwohl sich auch nicht leugnen läßt, daß Sailer trotz aller dogmatischen Inkorrektheiten mit seiner Idee eines Zusammenstehens aller gläubigen Christen erst einmal Zehntausende von der Aufklärung löste und in die Glaubenswelt des Christentums zurückführte.

KINDER, Ernst. *Einheit ohne Vereinheitlichung.* In: Ökumenische Rundschau Jhg. 9 Heft 3 (Juli 1960) S. 121—133.

In Auseinandersetzung mit dem Buch des orthodoxen Theologen A. Zander: „Einheit ohne Vereinigung" (Stuttgart 1959) plädiert der lutherische Dogmatiker dafür, daß die ökumenischen Bestrebungen von dem Leitbild einer „Welt-Einheitskirche" befreit werden. Das Neue Testament zeige das unbedingt nötige Einheitskriterium nicht als eine organisatorische oder typenmäßige Uniformität. Die Pluralität der Kirchen sei kein Widerspruch zu dem wesenhaften Eine-Sein der Kirche Jesu Christi. Es müsse typenmäßig und qualitativ verschiedene Ausprägungen von Kirche geben dürfen, wenn die Einigkeit im Zentralen gewahrt sei, in dem lutherischen „Satis est" von Augustana VII (vgl. dazu Erzbischof Jaeger in Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 492).

LEGG, A. H. *The Unity of the Church.* In: The Ecumenical Review Vol. 12 Nr. 4 (Juli 1960) S. 421—435.

Als Bischof der „Kirche von Südindien" stellt der Verfasser die mangelnde geistliche Einheit der hier zusammengefaßten Konfessionen zur Kritik und schließt daran die Erörterung von Gesichtspunkten, wie die „Kirche von Südindien" weitere Unionen bewirken könne, ohne dabei in Widerspruch zu ihren Bestandteilen, sei es der Anglikanischen, sei es den Reformationskirchen, zu geraten. Die Basis einer Union müsse die Anerkennung der anderen Kirche als Teil der Kirche Christi enthalten. Jeder Zusammenschluß dürfe aber nicht bei einem Arrangement der kirchlichen Führung stehenbleiben, sondern müsse bis zu den Ortsgemeinden durchgehen.

LEENHARDT, Franz J. *La présence eucharistique.* In: Irénikon T. 33 (2. Trimester 1960) S. 146—172.

Mit dem Vorbehalt, daß der Verfasser als Calvinist das Weihepriestertum nicht für nötig hält, druckt die Schriftleitung diesen 1958 in Chevetogne gehaltenen Vortrag als bedeutenden Beitrag zur reformatorischen Sakramentstheologie ab, weil er das Mißverständnis beseitigt, Calvin gehöre zu den Spiritualisten. Seine Betonung des Heiligen Geistes, der die Gläubigen durch Brot und Wein real dem himmlischen Leibe Christi verbindet, sei beste Tradition der Väter. Calvins Polemik gegen die damalige katholische Meßopferlehre und -praxis sei wegen seiner mangelnden Kenntnis und Einfühlung in das Dogma nicht mehr als gültige Aussage hinzunehmen, z. B. der Vorwurf der Idolatrie.

LE GUILLOU, M.-J., OP. *Mission et unité en perspectives protestantes et catholiques.* In: Istina Jhg. 6 Nr. 4 (Oktober/Dezember 1959) S. 433—458.

An der neueren protestantischen Literatur zeigt der Verfasser den segensreichen Einfluß einer Theologie von der Kirche, die diese ihrem Wesen nach als Mission versteht, vor allem seit dem Wirken von J. C. Hoekendijk, dem Lehrer Visser 't Hoofts. Allerdings überwiege vorerst der kalvinistische Aktualismus. Diese Analyse, die eine frühere „Plénitude de catholicité et œcumenisme" ergänzt (in: Istina Jhg. 6, Nr. 2), verspricht sich auch für die katholische Ekklesiologie einen Nutzen, wenn sie den Zusammenhang von institutionellem Sein und missionarischem Auftrag der Kirche mehr herausarbeitet.

MAURER, Wilhelm. *Die Auseinandersetzung zwischen Harnack und Sohm und die Begründung eines evangelischen Kirchenrechts.* In: Kerygma und Dogma Jhg. 6 Heft 3 (Juli 1960) S. 194—213.

Aus der Kritik an Harnacks Verteidigung eines nur fiktiven göttlichen Rechts gegen Sohms Behauptung einer rein pneumatischen Existenz der Kirche sucht der Verfasser den Kristallisationspunkt für ein evangelisches Kirchenrecht sowohl als göttliches wie als menschliches Recht in der Lehre der Augustana vom Predigtamt (Artikel V) und entwirft dafür einige Grundgedanken, die sich vor katholischen Analogien hüten. Was die römische Kirche in ihrem Amts- und Ordinationsrecht als göttliches Recht behauptet, sei in Wahrheit Menschenrecht. Das Evangelium stelle keine Rechtsforderungen auf.

SEIBEL, Wolfgang. *Gegenwart Christi. Zum Abendmahlsgespräch der EKD.* In: Stimmen der Zeit Jhg. 85 Heft 11 (August 1960) S. 321—332.

Diese Analyse der Abendmahlskontroverse (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 255 und 287) hebt die gemeinsamen reformatorischen Denkformen heraus, stellt Luther und Calvin in Vergleich und bedauert, daß die Arnoldshainer Abendmahlsthesen der EKD die historische Stiftung des Abendmahls durch Christus nicht ausdrücklich bezeugen, so daß die reformierte Denkform sich gegenüber der lutherischen eindeutiger durchgesetzt habe. Ihnen wird kurz die katholische Lehre gegenübergestellt.

STEPHANOU, Pelopida, SJ. *Il Patriarcato di Constantinopoli di fronte al problema dell'Unione.* In: La Civiltà Cattolica Jhg. 111 Nr. 2641 (2. Juli 1960) S. 46—58.

Der Bericht stellt die theologischen Vorgänge im Bereich des Patriarchates seit der Neujahrsbotschaft des Patriarchen Athenagoras von 1959 dar, wobei er besonders auf die Gedächtnisfeier für Gregor Palamas im November 1959 in Saloniki eingeht, die besonders dem Anliegen der Einheit sowohl innerhalb der Orthodoxie als auch der Kirche Christi überhaupt gewidmet war.

Die Reform der Konfirmation. In: Informationsblatt Jhg. 9 Nr. 15 (Erstes Augustheft 1960).

Dieses Sonderheft umfaßt Beiträge zum Bericht des EKD-Ausschusses für die Neuordnung der Konfirmation von Karl *Hauschild,* Bischof Gerhard *Jacobi,* Heinrich *Runte* und Gottfried *Mehnert,* die alle Aspekte der Konfirmationskrise durchgehen und vom lutherischen Standpunkt beurteilen. Die radikalen Vorschläge, u. a. einer Vorverlegung der Konfirmation, werden abgelehnt.

1960 k 2332 ✓

Vorschau auf das Rundfunkprogramm

Wir weisen unsere Leser auf folgende religiös, weltanschaulich und kulturell bedeutsame Sendungen hin

1. September (Donnerstag)

9.00 Schulf. Der Dienst am Nächsten — Candido Rondon (SWF)
10.00 Schulf. Berlin im Nachkrieg (RIAS)
14.35 Zum 75. Geburtstag des französischen Dichters Jules Romains, *J. Sofer* (ÖRF II)
15.45 Amerikanische Gesellschaftsstruktur und Pädagogik, *R. Rie* (ÖRF)
18.45 Das rechte Wort, *H. Gerber* (FRA II)
20.00 Glauben die jungen Franzosen an Gott? (BRE)
20.30 Agitprop geht um die Welt, *J. Wulf* (SWF II)
21.00 Erfahrungen in Alaska, *H. v. Borch* (FRA)
22.15 Der Traum von der Kolonie, *G. Marx-Mechler* (SWF)
22.20 Die Erde in der Sonnenhülle, *T. Hatanaka* — Erdöl- und Gasgewinnung in der Sahara, *Y. Delavesne* — Der Kommunismus, *H. Tingsten* (FRA II)

2. September (Freitag)

14.35 Die Entwicklung der menschlichen Sprache, *Victor C. Wendt* (ÖRF II)
17.40 Die Kirche in der Welt, *K. Rudolf* (ÖRF II)
20.00 Hörsp.: Die andere Jehanne, *H. Hensen* (BRE)
20.45 Probleme des Jugendstrafrechtes, *K. Holzschuh* (STU)
21.45 Ursprünge des Konziliarismus, *H. Schmidinger* und *O. Sander* (ÖRT)
22.20 Die holländische Literatur, *A. Morrien* (MÜ II)
22.20 Das moderne Drama — Vom Mythos zur Groteske, *E. Franzen* (STU)
22.45 Allgemeine und angewandte Genetik, *J. Rostand* (SWF II)

3. September (Samstag)

8.45 Schulf. Die Entwicklung der Lehre von der Elektrizität (MÜ)
9.00 Schulf. Zeugen der Wahrheit im Dritten Reich — Rudolf Pechels „Deutsche Rundschau" (SWF)
10.00 Berlin — Werkstatt des Geistes (FRA II)
16.00 Buchbespr.: Reinhold Schneider: Innozenz der Dritte — Wilhelm Herzog: Große Gestalten der Geschichte — Michael Freund: Deutsche Geschichte u. a., *G. Böse* und *E. Möhrke* (FRA II)
17.30 Bohrungen zum Mittelpunkt der Erde, *H. Seitner* (FRA II)
19.05 Wir sprechen mit Gott, *D. Schindler* (SAA)
20.00 Das große Abenteuer der Philosophie, *M. Müller* (WDR II)
20.30 Die Färöer-Inseln, *R. Jacobs* (WDR II)
21.30 Die Arnoldshainer Thesen — Streit um Worte? *O. Weber* (SWF II)

4. September (Sonntag)

8.00 Stanislaus von Dunin-Borkowski und die Kunst der Erziehung, *E. Strittmatter* (MÜ II)
8.30 Amerika braucht Sympathie — Eindrücke von einer Reise durch die USA, *H. Lilje* (MÜ II)
9.05 Der Jesuitenstaat in Paraguay, *E. Schosser* (MÜ) (STU)
9.30 Zum 75. Geburtstag von Franz Theodor Csokor (WDR II)
9.45 Sind Gedanken frei? *K. F. Schwarz* (ÖRF)
10.30 Großstadtvolk — Die Oasen des Vergnügens, *H. Kleffel* (BRE)
11.00 Ist die Schöpfungsgeschichte noch aktuell? *J. Riede* (STU II)
11.15 Die Hoffnung als göttliche Tugend, *W. Kampe* (SWF II)
11.30 Zum 100. Todestag von Arthur Schopenhauer, *H. Hartmann* (SAA)
11.45 Mission heute — Die religiöse Weltlage, *G. Rosenkranz* (SWF II)
12.00 Staatszensur oder Selbstkontrolle? *W. Hess* (FRA II)
15.00 Der Mensch als Mittelpunkt der Schöpfung, *D. Leslie* (FRA II)
21.15 China, Rußland und wir, *R. Poppe* (SFB II)
21.15 Unsterblichkeit und Rangordnung der Seelen — Aus der Altersweisheit Goethes, *E. Johann* (SWF)
22.40 Dresdner Lyrik, *D. Hoffmann* (SWF II)

5. September (Montag)

14.35 Über die Entwicklung der menschlichen Sprache, *V. K. Wendt* (ÖRF II)
17.45 Schulf. Peter der Große (SWF II)
18.15 Cluny — die benediktinische Reformbewegung, *J. Fasbender* (SFB)
20.15 Der deutsche Expressionismus, *R. Netzer* (MÜ)
20.30 Schicksal und Aufgabe der Philosophie im 20. Jahrhundert, *O. Schatz* (ÖRF III)
20.45 Das moderne Drama, *E. Franzen* (STU II)
20.55 Malta — Erinnerungen an eine Insel, *H. Nerth* (BRE II)
21.05 Existenzprobleme der Entwicklungsländer — Griechenland, *G. A. Fischer* (MÜ II)
22.00 Über die Chance der Rationalität in der modernen Welt, *M. Ginsberg* (RIAS)
22.20 Ein Versuch über K. G. Chesterton, *H. Schirmbeck* (MÜ II)
22.30 Der Ausbau des zweiten Bildungsweges, *E. Naused* (SWF)

6. September (Dienstag)

8.45 Der Begriff und die Entstehung des Lebens, *H. Schaefer* (ÖRF)
10.00 Persien heute und einst, *F. Hussmann* (SWF II)
14.35 Die Flucht vor der Größe — Adalbert Stifter, *H. Weigel* (ÖRF II)
15.00 Schulf. Erasmus von Rotterdam — Humanist und Europäer (BRE)
17.45 Lebendige Mystik — Zu Daniel v. Czepkos 300. Todestag, *F. W. Wentzlaff-Eggebert* (SWF II)
20.30 Zum Gedenken an Franz Werfel, *C. Streiter* (SAA)
22.10 Ist die Wirtschaft unser „historisches Schicksal"? *R. Ringguth* (WDR)
22.10 Katholische Erziehung und Bildung in Nordamerika, *E. v. Kuehnelt-Leddihn* (MÜ)

7. September (Mittwoch)

10.00 Schulf. Zum 70. Geburtstag Franz Werfels (SFB)
16.40 Protestantismus im Osten (SFB)
16.45 Über die gegenwärtige Lehrerbildung in Deutschland, *T. Dietrich* (BRE)
17.45 Notizen zum modernen Kirchenbau, *H. E. Bahr* (SWF II)
20.00 Die literarische Darstellung der Landschaft Japans (SAA II)
21.05 Die Sowjetpresse seit Stalins Tod, *W. Horst* (MÜ II)
21.15 Techniken und Instrumente der Meinungs- und Verhaltenssteuerung, *H. Kesting* und *I. Grubrich* (FRA II)
21.30 Vorbeugen ist besser als heilen, *F. Deich* (MÜ)
21.45 Erinnerungen an Karl Wolfskehl, *M. Ruben* (WDR II)
22.15 Vertonung als Interpretation, *D. Hasselblatt* (SAA)
23.00 Prägung und Lernfähigkeit der Tiere — Anlage, Prägung und Krankheitsdisposition, *W. Wieser* und *H. Kilian* (SFB)
23.15 Das Spielelement im Sport und in der heutigen Kultur, *J. Huizinga* (RIAS)

8. September (Donnerstag)

16.30 Zur 70. Wiederkehr des Geburtstags von Franz Werfel, *A. Holzinger* (ÖRF)
17.15 Funde auf den Inseln im Persischen Golf, *A. Beckh* (ÖRF II)
1845 Thomas von Aquin heute, *E. Möhrke* (SAA II)
20.30 Hoffnung im Atomzeitalter? *R. Jungk* und *P. Hühnerfeld* (SWF II)
20.45 Was gibt uns die Kunst unserer Zeit? *H. Kuchling* (ÖRW)
22.15 Die Frage nach dem christlichen Dichter, *H. E. Holthusen* (SWF II)
22.20 Neue Entdeckungen der menschlichen Paläontologie in Italien, *A. Blanc* — Die Probleme der Entwicklungsländer, *P. George* — Die klassische Hindu-Literatur, *R. Rao* (FRA II)
23.15 Der Wandel des Mozartbildes von E. T. A. Hoffmann bis zu Igor Strawinsky, *H. Lohmüller* (SFB)

9. September (Freitag)

14.35 Aspekte der Entwicklung im Sudan, *A. Liebetegger* (ÖRF II)
15.30 Wer wird die Welt beherrschen? *F. Sternberg* (SWF)
20.00 Hörsp.: Offene Rechnung, *G. Webner* (BRE)
20.45 Der Richter als Erzieher, *R. Sieverts* (STU)
21.20 Die Weltgesundheitsorganisation in Kopenhagen, *F. Deich* (MÜ II)
21.45 Umstrittene Bibel, *C. Westermann* (STU II)
22.30 Ludwig Binswangers „Daseinsanalyse", *F. v. Mendelssohn* (MÜ II)
22.45 Die Wissenschaft von der Vererbung im 19. Jahrhundert, *J. Rostand* (SWF II)
23.15 Alfred Döblin: Möglichkeiten und Grenzen des expressionistischen Romans, *F. Schonauer* (SFB)

10. September (Samstag)

8.45 Durch die Wüste nach Jerusalem, *R. Merten* (ÖRF)
16.00 Richard Wagner in literarischer Sicht, *P. A. Loos* (BRE)
18.00 Jochen Kleppers Weg als Künstler und Christ, *K. Iblenfeld* (BRE)
18.15 „Als Christ heute leben", *W. Schmitz-Bunse* (WDR II)
19.05 Jugend ohne Gott? *G. Theisen* (SAA)
20.00 Meere und Kontinente in der Weltpolitik, *W. Treue* (WDR II)
20.10 Hörsp.: Die Heimkehr. *P. Hirsche* (SWF II)
21.30 Erinnerungen an das Nietzsche-Archiv in Weimar, *R. Lindemann* (WDR II)
21.30 Die Arnoldsheiner Thesen (II), *O. Weber* (SWF II)

11. September (Sonntag)

8.00 Bauleute an der Zukunft — Die Arbeit der Kolpingsfamilien (MÜ II)
8.15 Die Kirche und die Demokratie, *D. Heinemann* (SAA II)
10.00 Sicherheit im Glauben? *G. Bornkamm* (STU)
10.30 „Für die tägliche verschwiegene Not", *A. Kempf* (MÜ)
11.00 Fragen eines Protestanten an die Katholiken, *H. H. Walz* (STU II)
11.15 Der mystische Leib Christi, *H. Zeller* (SWF II)
11.45 Christliche Mission und die Religionen, *G. Rosenkranz* (SWF II)
15.00 Schlesien unter den Habsburgern, *G. Pohl* (STU II)
15.00 Konfuzius und seine Widersacher, *D. Leslie* (FRA II)
17.00 Der Angriff der Weltreligionen auf das europäische Christentum, *R. Albart* (FRA II)
18.00 Die Suche nach dem Rettenden — Zum 75. Geburtstag von Ina Seidel, *B. Mascher* (STU II)
19.45 Das Recht auf Heimat, *H. Rogge* (STU)
21.40 Schlußfeier der XVII. Olympischen Sommerspiele 1960 (MÜ)
22.40 Dresdner Lyrik heute, *D. Hoffmann* (SWF II)

12. September (Montag)

9.00 Schulf. Deutschland und die Euratom — Publizistik in der Zone (FRA)
14.35 Dänische Kultur von heute, *H. Stangerup* (ÖRF II)
17.45 Schulf. Der Freiherr vom Stein (SWF II)
20.30 Verlust der Hoffnung — Zum 100. Todestag von Arthur Schopenhauer, *M. Rathsprecher* (ÖRF III)
20.45 Salzburger Hochschulgespräche, *O. Schatz* (BRE II)
21.05 Existenzprobleme der Entwicklungsländer — Burma und Pakistan, *F. Kollmann* (MÜ II)
22.00 Betrachtungen zur modernen Sprachphilosophie, *M. Landmann* (RIAS)
22.30 Zur Psychologie der Ufo-Phänomene, *H. Bender* (SWF)
23.00 Zum 75. Geburtstag von David Herbert Lawrence, *K. Schwedhelm* (STU)

13. September (Dienstag)

9.05 Schulf. Das Menschenbild im Laufe der Jahrhunderte, *E. Springer* (ÖRF II)
14.35 „Gott und die Welt" — Zum 75. Geburtstag von Ina Seidel, *V. Reichert-Heidt* (ÖRF II)
15.00 Die ersten Konzentrationslager (BRE)
15.30 Völkerrecht und Recht im Weltraum, *K. Duden* (SWF II)
18.00 Frauen in Ghana, *G. Strecker* (SAA II)
19.20 Gesellschaftliche Situation und christlicher Glaube, *D. v. Oppen* (WDR II)
20.30 Versuche einer Analyse über den deutschen Film *G. Wichmann* (BRE)
20.30 Hörsp.: „Wovon wir leben und woran wir sterben", *H. Eisenreich* (SWF)
20.45 Gehirnwäsche — Der Kampf um die Seele, *P. Waldbauer* (STU)
21.30 Flucht auf die Landstraße — Die heimatlosen Wanderer, *E. Bottlinger* (SWF II)
22.00 Leben aus deutscher wissenschaftlicher Überlieferung — in Amerika, *L. Bergstraesser* (BRE II)
22.10 Öffentliche und private Verantwortung in den Nöten der Zeit, *O. Jandl* (MÜ)

14. September (Mittwoch)

14.30 Reiseeindrücke eines Philosophen in Portugal, *A. Silva-Tarouca* (ÖRG)
15.00 Schulf. Der sozialistische Realismus (BRE)
16.40 Polen im Jahre 1960 (MÜ)
16.45 Die Erziehungskrise der Gegenwart und ihre Überwindung, *A. Dreyer* (BRE)
17.15 Heilpädagogik und psychische Hygiene (ÖRF II)
17.45 Aktion und Aktivismus, *H. Fischer-Barnicol* (STU II)
19.15 Der dritte Parteitag und die Kirche in Polen, *P. Jung* (SAA)
20.00 Die literarische Darstellung der Landschaft Indiens (SAA II)
20.30 Zum 75. Geburtstag von David Herbert Lawrence, *E. Schönwiese* (ÖRF III)
21.00 Der Riese am Niger — Porträt einer kommenden Macht, *P. Pechel* (BRE)
21.05 Die chinesische Literatur der Gegenwart, *A. Donath* (MÜ II)
21.30 Sicherheit im Glauben? *G. Bornkamm* (STU II)
22.40 Die Eitelkeit und Unsicherheit der Wissenschaften, *A. v. Nettesheim* (MÜ II)
23.00 Die Verständigung im Tierreich — Die Geisteskrankheiten, *W. Wieser* und *H. Kilian* (SFB)

15. September (Donnerstag)

14.30 Radioastronomie, *H. Jaritz* (ÖRG)
15.00 Schulf. Die Chemie der Pflanzenfarbstoffe (RIAS II)
16.45 Autoritätsglauben und Nationalismus, *P. Arnsberg* (SWF)
17.15 Psychotherapie in den USA und Österreich, *R. Schmiedeck* und *W. Mann* (ÖRF II)
18.45 Sind Christen Weltverbesserer? *H.-J. Schultz* (FRA II)
20.30 Das Leidensmotiv in der modernen Literatur, *H. Krüger* (SWF II)
20.45 Was gibt uns die Kunst unserer Zeit? *H. Kuchling* (ÖRW)
21.15 Die Aktion „Brot für die Welt", *B. Ohse* (SFB II)
22.15 Zur Psychologie der Ufo-Phänomene (II), *H. Bender* (SWF)
22.20 Das Gold in den Pflanzen, *B. Nemec* — Die Probleme der Entwicklungsländer, *M. Debeauvais* — Faschismus und Nazismus, *H. Tingsten* (FRA II)

16. September (Freitag)

14.35 Praktische Ziele der Sozialforschung, *P. Neurath* (ÖRF II)
15.00 Schulf. Von Memel nach Friedland — Schicksal eines Memeldeutschen (BRE)
15.30 Wer wird die Welt beherrschen? *F. Sternberg* (SWF II)
15.45 Buchbespr.: „Der graue Regenbogen", Neuerscheinungen von Andres, Böll, Borchardt, Geissler, Koeppen, Schaper und Seidel, *P. Wimmer* (ÖRF)
17.45 Schulf. Zeugen der Wahrheit im Dritten Reich — *Felix Hartlaub* (SWF II)
20.00 Brauchen wir Leitbilder für die junge Generation? *H. Thielicke* (SFB II)
21.20 Die 500-Jahr-Feier der Universität Basel, *E. M. Landau* (SAA)
21.45 Umstrittene Bibel, *C. Westermann* (STU II)
22.25 Der verkannte Voltaire, *J. G. Leithäuser* (MÜ II)
22.30 Thomas Mann und das Theater, *L. Jollos-Mazzucchetti* (STU)
22.45 Die Genetik und ihre Bereicherung durch Mendel, *J. Rostaud* (SWF II)
23.15 Lebenserhaltende und lebensgefährdende Wirkstoffe, *F. Fischer* (SFB)

17. September (Samstag)

9.00 Schulf. Galerien und Museen — Schatzkammer Köln (FRA)
16.00 Franz Josef I. und das Mysterium Österreich, *K. Hoffmann* (MÜ II)
16.00 Zur Geschichte des Rundfunks, *K. Rathke* (BRE II)
17.30 Goldene und leere Zeitalter — Ein Gang durch die Kulturgeschichte, *W. Ross* (FRA II)
18.00 „Brot für die Welt" — die Hilfsaktion der evangelischen Christen Deutschlands, *H. Fischer-Barnicol* (BRE)
18.15 Leben und Meinungen des Toyohiko Kagawa, *R. W. Schmidt* (WRD II)
21.45 Aus der Geschichte der Konzilien, *H. Michel* (SWF II)
22.40 Monte Carlo als Weltanschauung, *G. Mikes* (STU II)

18. September (Sonntag)

8.00 St. Ruperts abendländische Sendung, *O. Schatz* (MÜ II)
8.15 Arthur Schopenhauer und der Reichtum, *R. Schröder* (SWF II)
8.30 Die kunterbunte Weltanschauung, *G. Hegle* (MÜ II)
10.00 Arthur Schopenhauer zum 100. Geburtstag, *K. Jaspers* (STU)
10.30 Die Naturphilosophie Arthur Schopenhauers, *W. Szilasi* (SWF)
11.00 Tiefenpsychologie — Bedrohung des Glaubens? *I. Lepp* (STU II)
11.00 Natur und Weltbild nach Arthur Schopenhauer, *H. Hartmann* (SAA)
11.15 Kirche und Sünder, *H. Zeller* (SWF II)
11.45 Christliche Mission und die jungen Kirchen, *G. Rosenkranz* (SWF II)
12.00 Verantwortung für die Vergangenheit, *O. Dessauer* (FRA II)
18.15 Das Volkslied im Mißverständnis der Romantik, *O. v. Müller* (MÜ II)
18.40 Navigationsgeheimnisse der Zugvögel, *Th. Nielsen* (ÖRF II)
21.20 Bistumstag Berlin 1960 mit Ansprache des Apostolischen Nuntius, *Erzbischof Bafile* (SFB)

19. September (Montag)

14.35 Verblüffende Ergebnisse bei der Nachprüfung von Volkssagen, *J. Herdmenger* (ÖRF II)
16.40 Schrift und Charakter — Graphologische Gutachten, *G. Hedig* (RIAS)
18.45 Die Ernährung bei Naturvölkern, *E. Heun* (FRA)
20.15 Gewissen und Geschäft im Spiegel amerikanischer Romane, *C. Amery* (MÜ)
20.45 Thomas Mann und das Theater, *L. Jollos-Mazzucchetti* (STU II)
21.05 Existenzprobleme der Entwicklungsländer — Indien, *H. W. v. Stockhausen* (MÜ II)
21.15 Schöngeistige Literatur im Zeitalter der Wissenschaft, *H. Schirmbeck* (RIAS)
21.45 Was ist abendländisch? *H. E. Holthusen* (SFB II)
22.00 Zum 100. Todestag von Arthur Schopenhauer, *L. Marcuse* (RIAS)
22.30 Sexualität und Blasphemie in der modernen Literatur, *C. Hoboff* (SWF)

20. September (Dienstag)

8.45 Die Camargue — das subtropische Tierparadies Europas, *H. An der Lan* (ÖRF)
14.30 Der Buddhaberg von Bamian, *H. Filipic* (ÖRG)
16.45 Der Unwille zur Macht, *J. Binkowski* (STU)
17.00 Schulf. Entscheidung zu christlicher Tat — Gustav Werner (STU II)
19.20 Gesellschaftliche Situation und christlicher Glaube, *W. Dirks* (WDR II)
20.00 Porträt des Antisemiten, *J.-P. Sartre* (FRA II)
22.10 Der politische Widerstand als ethische Frage, *W. Künneth* (MÜ)
22.20 Pablo Neruda und sein „Großer Gesang", *H. v. Cramer* (FRA)
22.25 Die abendländische Sendung des Heiligen Rupertus, *O. Schatz* (ÖRF)

21. September (Mittwoch)

11.00 Arthur Schopenhauer zum 100. Todestag, *M. Horkheimer* (FRA II)
14.30 Reiseeindrücke eines Philosophen in Portugal, *A. Silva-Tarouca* (ÖRG)
17.00 Schulf. Die russische Oktoberrevolution 1917 (STU II)
17.15 Geistige Wandlung des Menschen im 20. Jahrhundert, *E. Topitsch* (ÖRF II)
17.45 Zum 300. Todestag des hl. Vinzenz von Paul *K. A. Goetz* (SWF II)
19.00 Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an Victor Gollancz (SAA II, FRA II)
21.05 Die japanische Literatur der Gegenwart, *I. Richter* (MÜ II)
21.30 Arthur Schopenhauer zum 100. Todestag, *K. Jaspers* (STU II)
21.45 Unbewußte Seelenkräfte, *H. Maeder* (FRA
22.15 Glauben Sie an Gott? *K. Colberg* (SAA)
23.00 Tiergemeinschaft und Symbiose — Die Krankheiten der menschlichen Gruppe, *W. Wieser* und *H. Kilian* (SFB)

22. September (Donnerstag)

14.30 Radioastronomie, *H. Jaritz* (ÖRG)
18.00 Der Wald in der Welt — Vom tropischen Regenwald bis zur sibirischen Taiga, *F. Weyr* (MÜ)
19.05 Über Erscheinungen und Folgen der Automation, *Th. Pirker* (MÜ II)
21.00 Wert und Unwert von Tradition, *H. H. Stuckenschmidt* (SWF II)
21.30 Schopenhauer als Beispiel, *L. M. Faerber* (FRA)
21.45 Hundert Jahre Innsbrucker Germanistik, *K. K. Klein* (ÖRT)
22.15 Das Absurde in der Diktatur — Slawomir Mrozek (SWF)
23.15 Das Musikleben der Renaissance, *H. S. v. Heister* (SFB)

23. September (Freitag)

10.30 Schulf. Auf dem Reichstag zu Worms 1521 (MÜ)
14.30 Schulf. Von Moskau nach Jalta (SAA)
15.30 Wer wird die Welt beherrschen? *F. Sternberg* (SWF)
20.45 Die Beziehungen der Eltern zum Kind, *M. J. Langeveld* (STU)
21.45 Umstrittene Bibel, *C. Westermann* (STU II)
22.10 Der Internationale Gerichtshof in Den Haag, *L. Reinisch* (MÜ II)
22.15 Die Aktualität der Philosophie Schopenhauers, *M. Horkheimer* (SFB II)
22.45 Allgemeine und angewandte Genetik, *J. Bostand* (SWF II)

24. September (Samstag)

8.45 Besuch in Hamirpur, einer Mission zwischen Dschungel und Schloten, *K. Oberndorfer* (ÖRF)
10.00 Unbekanntes Schlesien — östlich der Oder, *G. Pohl* (SAA)
14.00 Moskau zwischen Zentralismus und Dezentralismus seiner Wirtschaftsführung (MÜ II)
18.15 Kirche und Naturwissenschaften, *Th. Risse* (WDR II)
19.05 Menschsein im Lichte der Bibel, *J. M. Nielen* (SAA)
21.45 Die Konzilien des Mittelalters, *H. Michel* (SWF II)

25. September (Sonntag)

8.30 Wie die Kirche ihr Geld verwaltet, *W. Kern* (MÜ II)
9.05 Die praktische Anwendung der Sonnenenergie, *H. Rau* (MÜ)
11.00 Der Arbeiterpriester Henri Perrin, *E. Kock* (STU II)
11.15 Die sichtbare Kirche, *H. Zeller* (SWF II)
11.45 Christliche Mission und wir, *G. Rosenkranz* (SWF II)
20.00 Zur ideologischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, *J. Hersch* (MÜ)
21.05 Existenzprobleme der Entwicklungsländer — Indonesien, *J. Pechel* (MÜ II)

27. September (Dienstag)

22.10 Der politische Widerstand als ethische Frage (II), *W. Künneth* (MÜ)

30. September (Freitag)

21.45 Umstrittene Bibel, *C. Westermann* (STU II)
22.20 Neue Elemente aus dem Atomreaktor, *R. Gerwin* (MÜ II)

(BRE) Radio Bremen; (FRA) Hessischer Rundf. Frankfurt; (MÜ) Bayerischer Rundf. München; (NDR) Norddeutscher Rundf.; (ÖRF) Österr. Rundf.; (ÖRG) Österr. Rundf., Lokalsendung Graz; (ÖRK) Österr. Rundf., Lokalsendung Klagenfurt; (ÖRL) Österr. Rundf., Lokalsendung Linz; (ÖRS) Österr. Rundf., Lokalsendung Salzburg; (ÖRT) Österr. Rundf., Lokalsendung Tirol; (ÖRW) Österr. Rundf., Lokalsendung Wien; (RIAS) RIAS Berlin; (SAA) Saarländischer Rundfunk; (SFB) Sender Freies Berlin; (STU) Süddeutscher Rundfunk; (SWF) Südwestfunk; (WDR) Westdeutscher Rundfunk

30. 1. 1962
7. 6. 66
22. JULI 1968
19. Mai 1972
29. MAI 1973
17. AUG. 1981
19. FEB. 1982

10.70